DER KRIEG 1914-[ ]: WERDEN UND WESEN DES WELTKRIEGES, DARGESTELLT, ...

Dietrich Schäfer



Der Krieg
1914/16

*

Erster Teil

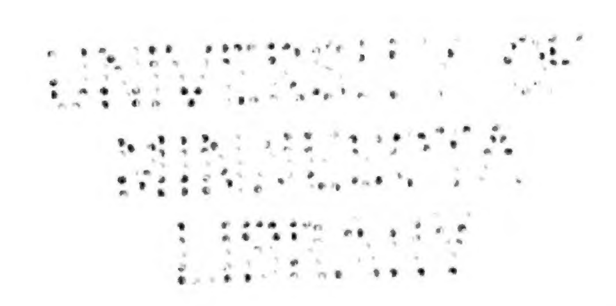
Der Krieg 1914/16

Werden und Wesen des Weltkrieges, dargestellt in umfassenderen Abhandlungen und kleineren Sonderartikeln

*

Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von

Dietrich Schäfer



Erster Teil

Mit vielen Karten, Plänen, Kunstblättern, Textbildern und Beilagen

Leipzig und Wien / Bibliographisches Institut
1916



Vorwort.

Da sich die neuen Tage
Aus dem Schutt der alten bauen,
Kann ein ungetrübtes Auge
Rückwärts blickend vorwärts schauen.

F. W. Weber.

Die welterschütternden Ereignisse der Gegenwart bewegen alle Lebenden. Weit über die Hälfte der Menschheit steht in Waffen; der Rest harrt in banger Spannung, ob nicht auch er in den Kampf hineingezogen werde. Jedermann fühlt, daß ein neues Zeitalter beginnt, eine andere Welt sich begründet. Kaum steht noch irgendetwas von dem, was so lange und so hoffnungsvoll als zukunftsreich und segenbringend angesehen wurde, unerschüttert und unbewegt. Die Grundfesten aller Menschheitsentwicklung scheinen zu wanken.

Der Gegenwart, die diesen Wandel aller Dinge durchkämpft, ist es nicht beschieden, ihn nach allen Richtungen hin befriedigend zu verstehen. Das bleibt der Zukunft vorbehalten, soweit geschichtliche Forschung überhaupt einzudringen vermag in menschlichen Werdegang. Unwiderstehlich und berechtigt regt sich gleichwohl bei allen Mitlebenden das Bedürfnis, zu wissen und zu erkennen. Man möchte die Fülle des Geschehens möglichst überblicken, seinen Ursprüngen und Ursachen nachgehen. Diesem Bedürfnis sucht das vorliegende Werk entgegenzukommen. Es will übersichtlich zur Darstellung bringen, was sich zugetragen hat, will es nach seinen geistigen, seinen mechanischen und technischen Voraussetzungen verstehen lehren, den Zusammenhang mit den Vorereignissen nach Möglichkeit aufdecken.

Alle Volksgenossen leben des Glaubens, daß Deutschland aus diesem gewaltigen Ringen nicht nur siegreich, sondern auch mit vermehrter innerer Kraft, geläutert und gereinigt hervorgehen werde, gerüstet zu neuem Aufschwung und zur Erfüllung seiner Bestimmung in der Welt. Dazu wird helfen, wenn tunlichst Klarheit verbreitet wird über unseres Volkes Daseinsbedingungen, über die unveräußerlichen Voraussetzungen seines Bestehens und seiner Zukunft. So ist in diesem Werke ein starkes Gewicht darauf gelegt, „rückwärtsblickend vorwärts zu schauen" und dadurch politischem Verständnis gleichsam die Wege zu weisen. Hängen doch die ferneren Geschicke des deutschen Volkes nicht zuletzt an dem Grade des Verstehens, das es der Entwicklung seines staatlichen Lebens entgegenbringt, an der Festigung der Einsicht, daß keine Kultur Wert haben, auch keine bestehen kann, es sei denn auf der Grundlage eines starken, freien Staates, der genügend Macht besitzt, Leiter seiner eigenen Geschicke zu sein, seinen berechtigten Ansprüchen auf einen Platz an der Sonne Geltung zu verschaffen.

Dazu möchte dieses Sammelwerk an seinem bescheidenen Teile beitragen. Es sucht das zu erreichen, indem es nicht nur den deutschen, sondern auch den ausländischen Dingen seine Aufmerksamkeit zuwendet, nicht nur die äußeren Geschehnisse ins Auge faßt, sondern auch ihren Zusammenhang mit den Geistesströmungen der Zeit, insbesondere mit denen, die unser eigenes Volk bewegen. Es möchte einen Spiegel abgeben der großen Gegenwart, die wir durchleben, und zugleich nach allen Richtungen hin durch möglichst genauen Einblick in die Einzelhergänge unserem Volke das Vertrauen auf das eigene Können und Wollen festigen. Es ist ein hohes Ziel, das es sich gesteckt hat; möchte gefunden werden, daß es nicht allzuweit von ihm entfernt bleibt.

Aufbau und Anlage des Werkes wurden durch den beabsichtigten zweifachen Zweck bestimmt. Die Behandlung des Stoffes in den über hundert größeren Übersichtsartikeln verleiht dem Buch einen durchaus selbständigen Charakter, ein Hand-in-Hand-gehen der monographischen Abhandlungen mit den Tausenden von kleineren lexikonartigen Beiträgen läßt aber zugleich den Inhalt der getrennten Teile zwanglos zu Ergänzungen des Konversations-Lexikons werden. Wenn auch die Schwierigkeit, diese beiden Ziele zu vereinigen, ohne weiteres zutage tritt — noch erhöht durch den Wunsch und die Notwendigkeit, einen wesentlichen Teil des Werkes während des Krieges zu veröffentlichen —, so glauben wir doch eine Form gefunden zu haben, die dem erstrebten Charakter des Ganzen nach Möglichkeit gerecht wird.

Eine gewisse Nachsicht erbitten wir aber, insbesondere für den ersten Teil des Werkes, da hier manches in Anordnung und Auswahl des Stoffes bei bestem Wollen sich nicht anders hat fügen lassen, denn auch für uns galten die Schranken, die der während des Krieges bestehende Ausnahmezustand der Veröffentlichung von Druckwerken überall gezogen hat.

Herausgeber und Verlag.

Inhaltsverzeichnis des ersten Teiles.

Illustrationsverzeichnis.

Beilagen.

Abbildungen im Text.

Von deutscher Art

von Professor Dr. Dietrich Schäfer in Berlin-Steglitz

Einleitung. Nach den Befreiungskriegen sammelte sich unser Volk unter der Losung »Vaterland, des Deutschen Vaterland«. Wenn man sich erinnert, daß Schiller, als er der württembergischen Heimat entrückt war, schreiben konnte: »Ich habe zu rechter Zeit mein Vaterland verloren, es einzutauschen gegen die weite Welt«, so erkennt man den Wandel der Begriffe. Mit Ernst Moritz Arndts Lied »Was ist des Deutschen Vaterland« hat unser Volk sich in ihn hineingesungen. 1870 war er festgelegt: »Lieb' Vaterland, magst ruhig sein!« In der schweren Prüfungszeit, die wir jetzt durchleben, fassen wir unsere Hoffnungen, Wünsche und Schwüre nicht allzuoft mehr in dem Worte »Vaterland« zusammen. Wohl aber vertreten wir mit Inbrunst unser Deutschtum: »Deutschland, Deutschland über alles!« Gern geben wir unserm nationalen Glauben durch die Verse Ausdruck, mit denen Emanuel Geibel, der Herold von Kaiser und Reich, »Deutschlands Beruf« schloß:

Und so mag am deutschen Wesen
Einmal noch die Welt genesen.

»Am deutschen Wesen«! Was ist das? Was ist Deutschtum, deutsche Art?

Gar mancher, der Geibels Worte begeistert aussprach, hat wohl diese Frage aufgeworfen und eine voll befriedigende Antwort nicht gefunden. Wenn hier versucht wird, zu klaren Vorstellungen zu gelangen, so geschieht es in dem Bewußtsein, daß Schwierigkeiten im Wege stehen, die nicht leicht, die vielleicht überhaupt nicht überwunden werden können. Handelt es sich doch nicht allein um eine Frage der Erkenntnis, sondern fast mehr noch um eine solche des Empfindens, auch um eine Frage des Wollens.

Volkstum. Ist es schon schwer, Wesen und Charakter des Einzelmenschen zu verstehen und zu zeichnen, so mehren sich die Zweifel und Bedenken, sobald man das Gebiet der Völkerpsychologie betritt. Ihre Wichtigkeit wird ja mit Recht betont; aber jeder, der sich ihren Aufgaben nähert, stößt alsbald auf Hindernisse gesicherten und klaren Erkennens. Selbstschilderung ist natürlich von Eigenliebe, die Äußerungen anderer Völker, besonders der Nachbarn, sind von Abneigung beeinflußt. Und in beiden Fällen kann man den Urteilenden kaum einen Vorwurf machen. Ohne Eigenliebe ist ja ein Volk überhaupt nicht denkbar; es bedarf ihrer, wenn es bestehen will. Denn wie beim Einzelmenschen liegen auch für die Nationen in Selbstschätzung und Selbstachtung die Quellen des Selbstgefühls, ohne das weder der einzelne noch ein Volk Halt hat. Abneigung gegen Nachbarvölker kann aber nicht nur berechtigt, sondern unter Umständen sogar Pflicht sein. Man wird sich bei völkerpsychologischen Fragen mehr an Handlungen und Leistungen als an Zeugnisse zu halten haben.

Man muß sich zunächst vergegenwärtigen, daß bei der Bildung eines Volkscharakters Anlage und Entwicklung, Natur und Geschichte nebeneinander eine Rolle spielen. Weite Kreise sind in unserer Zeit geneigt, der natürlichen Anlage, der Rasse, eine entscheidende, ja fast allein Bedeutung zuzuschreiben. Man darf solchen Anschauungen gegenüber nicht vergessen, daß es rassenreine Kulturvölker nicht gibt, daß auch die Geschichte keine solchen kennt; wir wissen nur von mehr oder weniger gemischten. Es gibt hochentwickelte Kulturvölker, in denen kaum eine bestimmte Rasse vorwiegt. Für die Unterscheidung der Völker ist heute fast ausschließlich die Sprache maßgebend. Sie ist die vornehmste, die wirksamste Trägerin und Vermittlerin des Denkens und Empfindens, alles geistigen Lebens. Sie ist eine Naturgabe, ihre Entwicklung und Verbreitung aber eine Frucht geschichtlichen Werdens.

Deutsche Art. Daß unser deutsches Volk, das Volk, »soweit die deutsche Zunge klingt«, nicht rassenrein ist, weiß jedermann. Keltisch-römisches und slawisches Blut sind in erheblichem Umfange eingedrungen, von anderen Beimischungen ganz zu schweigen. Auch kann man von den Deutschen kaum sagen, daß die grundlegende germanische Art bei ihnen am reinsten vertreten sei. Niederländer und Skandinavier können diesen Ruhm mit größerem Recht für sich in Anspruch nehmen, ohne daß sie darum geneigt sein möchten, sich zum Deutschtum zu bekennen. So steht von vornherein fest, daß Deutschtum, deutsches Wesen nicht allein auf deutscher, germanischer Rasse beruht, sondern ein Ergebnis geschichtlicher Entwicklung ist. Daß der Schwerpunkt dieser Entwicklung nicht in der Fortbildung des Körpers, sondern in der des Geistes liegt, versteht sich von selbst, ebenso anderseits, daß auch Geisteseigenschaften Naturanlagen sein können.

Tacitus hat uns ein Bild des Germanen gezeichnet. Es ist ein Schatz unserer Vorstellungswelt geworden, und wir schulden dem Römer dafür noch heute Dank. Es ist dabei nicht in erster Linie entscheidend, ob dieses Bild ganz getreu ist. Es hat, seitdem es in der Zeit des

Humanismus allgemein bekannt wurde, einen ungeheuren Einfluß auf unsere nationalen Anschauungen gewonnen, sie wesentlich mit bestimmt. Ulrich v. Huttens »Inspicientes« vergegenwärtigen uns die Neuheit und die Tiefe des Eindrucks.

Gewisse Züge sind aber auch niemals bezweifelt, sind durch eine schier endlose Reihe von Tatsachen unerschütterlich festgelegt worden. Das gilt vor allem von der kriegerischen Mannhaftigkeit des Volkes, welches das Römische Reich über den Haufen warf.

Denn wer im Krieg will Unglück han,
Der fang' es mit den Deutschen an,

ist ein stolzes Wort, doch nicht unberechtigt.

Der Furor Teutonicus — erst im Verlauf des Mittelalters hat der Ausdruck den Sinn bekommen, der ihm jetzt beigelegt wird — hat sich aber keineswegs durchweg oder auch nur überwiegend als wilde Angriffslust betätigt. Gegenüber den Römern erscheinen die Germanen als Eindringlinge, als Eroberer. Not hat sie nicht allein getrieben. Abenteuer- und Unternehmungslust, begünstigt durch eine eigentümliche Stellung der führenden Geschlechter, spielen erheblich mit. Aber wenn ganze Völkerschaften Verlegung ihrer Wohnsitze erstreben, so folgen sie doch einem Zwange. So ist das Römische Reich von Germanen überflutet worden, die auf seinem Boden ein besser gesichertes Dasein suchten.

Fähigkeit, die Art zu bewahren. Sie haben solches doch nur in geringem Umfange gefunden. Die Reiche, die sie auf den Trümmern des römischen begründeten, haben zum Teil langen, ja dauernden Bestand gehabt; ihr Volkstum ist doch in den meisten zugrunde gegangen. Auf früher römischem Boden hat es sich nur in dem schmalen Landstreifen behauptet, der sich von der Nordseeküste bis zu den Alpen zwischen der alten römischen Reichs- und der jetzigen deutsch-französischen Sprachgrenze entlang zieht. Aus der Zeit der »Völkerwanderung«, wie der übliche Sprachgebrauch sie abgrenzt, sind die Germanen auf dem Festlande nicht mit einer Erweiterung, sondern mit einer Schmälerung ihrer geschlossenen Wohnsitze hervorgegangen. Weit mehr als sie nach Westen und Süden gewannen, haben sie im Osten an andere Völker verloren. Das Ostfränkische Reich, das durch den Vertrag zu Verdun entstand, war auf eine schmale Basis gestellt.

Immer und immer wieder kann man hören: »Daran erkennt man die Unfähigkeit der Deutschen, ihr Volkstum zu behaupten.« Dieses Urteil muß zurückgewiesen werden.

Die ins Römerreich übertretenden Deutschen waren zumeist ganze Volksstämme, doch aber eine Minderzahl, man kann sagen eine verschwindende Minderzahl gegenüber der vorhandenen Bevölkerung. In allem, was Annehmlichkeiten äußerer Lebensführung betraf, war ihnen diese weit überlegen, ebenso in fast allen Formen künstlerischer und gewerblicher Betätigung, überhaupt in den augenfälligen Äußerungen geistigen Lebens. Mochte der Nerv römischer Kultur längst durchschnitten sein, ihre äußeren Errungenschaften drängten sich auf und konnten nicht unwirksam gemacht werden. Die neuen Einwohner mußten ihnen in gewisser Weise dienstbar werden. Es ist als eine Leistung zu bewerten, daß sie ein so großes Gebiet jenseits des Rheines und des Limes deutschem Volkstum gewannen und dauernd behaupteten. Die deutsch-französische Sprachgrenze hat sich in der Zeit der Völkerwanderung festgelegt und in den nahezu anderthalb Jahrtausenden, die bis heute gefolgt sind, trotz mancher Ungunst der Verhältnisse so gut wie unverrückt behauptet. Das wird wenig beachtet, ist aber kein schlechtes Zeugnis für die Fähigkeit des Deutschen, sein Volkstum festzuhalten.

Sie hat sich auch in den folgenden Jahrhunderten bewährt. Das Mittelalter weiß überreich vom Stolz, der superbia, der Deutschen zu berichten. Sie fühlten sich besser als ihre welschen Nachbarn, insbesondere die des Südens. Zunächst beruhte das auf dem Bewußtsein der kriegerischen Überlegenheit; Italien bringe nur weibische Männer hervor. Das Söldnerwesen entstammt romanischen Landen; seinen Höhepunkt hat es doch im Schweizer Eidgenossen und im deutschen Landsknecht erreicht. Seitdem ist kein Volk so zahlreich in fremden Heeren vertreten gewesen wie das deutsche. Sein Volkstum hat der deutsche Kriegsmann draußen nicht verleugnet.

Er hat es aber nicht allein mit den Waffen zur Geltung gebracht. Die Zeit vom 12. bis ins 14. Jahrhundert ist eine Zeit der Ausbreitung, der Neusiedlung west- und mitteleuropäischer Völker innerhalb des Erdteils. Keines hat in dieser Bewegung so umfassende, so dauernde Erfolge davongetragen wie das unsere. Von den Deutschsprechenden, die es heute in Europa gibt, wohnt die Hälfte auf Gebiet, das vor tausend Jahren noch von anderen Völkern besetzt war. Und das ist nicht durch Kriegsgewalt erreicht worden, wie Fremde gern anklagen und Deutsche nicht selten mit einer gewissen Selbstgefälligkeit nachsprechen, sondern durch Friedensarbeit. Sicher war Deutschlands geographische Lage eine Vorbedingung dieser Erfolge; ein weites Siedlungsgebiet lag ostwärts vor seinen Toren. Aber die Polen waren z. B. in der gleichen Lage und haben die geschlossenen Sitze ihres Volkes auch nicht einen Schritt breit ostwärts vorgeschoben. Nur ihre führenden Stände, Adel und Geistlichkeit, sind dort besitzende und leitende Herren geworden. Der deutsche Mönch und der deutsche Ritter, der deutsche Bürger und der deutsche Bauer haben aber nicht nur ihren Einfluß, sondern auch ihr Volkstum von der Elbe bis an und über die Weichsel und vom Erzgebirge und Böhmer Wald bis in den hintersten Winkel der Karpathen in ehrlicher Friedensarbeit zur Geltung gebracht und durch all die Jahrhunderte, zwar nicht ungeschmälert, doch aber in der Hauptsache bis in die Gegenwart behauptet, in großem Umfange sogar Fremde hohen und niederen Standes für die eigene Art gewonnen. Von einer besonderen Neigung und Veranlagung, sie aufzugeben, kann gegenüber solcher Tatsache nicht die Rede sein.

Nun sind aber Zeiten gekommen, in denen der Deutsche, wie es Emerson nicht gerade geschmackvoll, aber treffend ausgedrückt hat, »Völkerdünger« geworden ist. Der Amerikaner nennt übrigens in diesem Zusammenhange den Irländer neben dem Deutschen; er urteilt nach den ihm naheliegenden Verhältnissen. Vom 13. bis zum 19. Jahrhundert gab es kein Deutsches Reich mehr, das diesen Namen verdiente. Das ungehindert sich entwickelnde Territorialwesen konnte diesen Mangel wohl eine Zeitlang, nicht dauernd, wohl stellenweise, nicht überall ersetzen. Der politischen Schwäche folgte unerbittlich die wirtschaftliche. Von den vornehmsten Fürstenhäusern bis herab zum letzten Handwerksburschen und Bauernknecht suchten Deutsche Stellung, Brot und Fortkommen in der Fremde, ein-



zeln oder in Haufen. Blieb doch ihr Heimatland eine vagina gentium. Man begegnet unter diesen Deutschen in fremden Landen und in fremdem Dienst manchem Manne von stolzem Selbstbewußtsein; aber die große Masse mußte sich doch schicken und anschmiegen. »Mit dem Hute in der Hand kommt man durch das ganze Land.« Wem es glückte, der verdankte seinen Erfolg doch meistens nicht allein seiner Tüchtigkeit, sondern auch seiner Fügsamkeit. Wollte man die mannigfachen Redensarten unserer Nachbarvölker gelten lassen, so könnte man gar auf bedenklichere Züge schließen. Dazu kam, daß so mancher da draußen sich eine Stellung erringen konnte, zu der er daheim keine Möglichkeit gesehen hatte, und daß er häufig in Lebensformen eintrat, die ihm gegenüber den heimischen überlegen erscheinen mußten. Wenn trotzdem nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen Deutscher draußen Sprache und Art nicht nur durch Jahrzehnte, sondern durch Jahrhunderte treu bewahrten, besonders da, wo sie — wie im weiten Russischen Reiche — inmitten weniger entwickelter Kulturen sich ansiedelten, so spricht das nicht gerade für einen Mangel an nationaler Widerstandsfähigkeit, so mancher auch dem angestammten Wesen den Rücken gekehrt, ja es grundsätzlich verleugnet hat.

Politische Begabung. Die Germanen, die das Römische Reich betraten, sind im römischen Wesen untergegangen. So sagt man, und es ist richtig, soweit die Sprache, alles Schrifttum und was damit zusammenhängt, in Frage kommt. Ja, es gilt das für das Schrifttum weit über die alten Römergrenzen hinaus. Länger als ein halbes Jahrtausend hat die lateinische Sprache abendländisches Geistesleben so gut wie allein beherrscht. Doch diese Beobachtungen bieten sich zwar dem Blick zunächst dar, bleiben aber auf der Oberfläche. Das Germanentum hat den romanischen Völkern und Staaten seinen Stempel viel tiefer und nachhaltiger aufgedrückt als umgekehrt.

Zunächst hat es ihnen Herrscher und Leiter gegeben. Nicht nur die Fürsten-, sondern auch die Adelsgeschlechter der romanischen Länder sind germanischen Ursprungs. Die Eroberer waren das Herrenvolk! Durch ihr Vorbild ist in den unterworfenen Gebieten, deren Bevölkerung die Einbrechenden »wie Schafe vor sich hergetrieben« hatten, wieder kriegerische Kraft geweckt worden.

Es ist aber auch deren öffentliches Leben von Grund aus umgestaltet worden. Die maßgebenden Institutionen der mittelalterlichen Reiche sind germanischen, nicht römischen Ursprungs. Von römischer Verfassung und römischen Einrichtungen haben sich in Regierung und Verwaltung, in Recht und ständischer Gliederung und gar erst im Heerwesen höchstens Äußerlichkeiten erhalten, zumeist Wörter ohne den alten Inhalt. Erst nach Jahrhunderten haben, unter der Führung der römischen Kirche, ältere Staatsgedanken wieder Beachtung und teilweise Geltung errungen, noch später, gefördert vom mittelalterlichen römischen Kaisertum, römisches Recht. Wenn man die ins Römerreich eindringenden Germanen als Barbaren bezeichnet, so waren es jedenfalls Barbaren, die es verstanden, auf allen grundlegenden Gebieten des öffentlichen Lebens ihre eigenen Anschauungen an die Stelle derjenigen zu setzen, die in der vielgepriesenen römischen Kultur herrschten, an die Stelle leerer und hohler Formen zwar einfaches und durchsichtiges, aber kräftiges, entwicklungsfähiges, zukunftreiches Leben.

Kein Zweifel daher, daß die Germanen über einen reichen Schatz politischer Begabung verfügten. Sie verstanden nicht nur zu unterwerfen, sondern auch zu herrschen und zu regieren.

Wie rasch und richtig hatte doch Armin in kurzem Aufenthalt römische Art erkannt, und wie hatte sich das sinkende römische Staatswesen eines Stilicho, Arbogast, Ricimer und so manches anderen Germanen in leitender Stellung bedient! Heute hört man so oft Klagen über deutschen Mangel an politischem Verständnis und nicht immer ohne Grund; in ursprünglicher Anlage liegt das nicht.

Persönlichkeit. Als ein Vorzug germanischen Wesens wird besonders gern die Individualität, die stark entwickelte Persönlichkeit gepriesen. Daß er bestünde gegenüber Griechen und Römern in den Zeiten ihrer aufblühenden Kultur, könnte bestritten werden; daß er vorhanden war, als die Germanen die Führung der Welt übernahmen, und daß er ihnen bis heute erhalten blieb, ist nicht ernstlich anzuzweifeln. Er konnte aber im Mittelalter kein Moment staatlicher Stärke, sondern nur ein solches staatlicher Schwäche sein. Beim Emporkommen der Staatenlenker spielt das Herkommen, adlige und freie Geburt, eine entscheidende Rolle; aber die Zahl der Geschlechter, deren Angehörige ihre Hände nach dem Höchsten ausstrecken konnten, war nicht gering, ja schier unerschöpflich. So entbrannte der Kampf der Herrscher und der »Großen«, der einen so wesentlichen Teil mittelalterlicher Geschichte ausmacht.

Es gibt, wenn man von der Schweiz absieht, keinen europäischen Staat und hat keinen gegeben, der nicht von einer Dynastie begründet worden wäre, oder bei dessen Entstehen nicht eine Dynastie entscheidend mitgewirkt hätte. Die Völker gaben nur den Stoff her, der, bestenfalls geschlossen, geformt wurde. Insbesondere Deutschland kennt nur dynastische Staaten, wenn man nicht etwa die Reichsstädte heranziehen will. Von Reuß und Schwarzburg bis hinauf zu Preußen und Österreich sind alle deutschen Staaten Schöpfungen ihrer Fürstenhäuser; man muß bestreiten, daß die Bewohner irgendwelchen Anteil an ihrem Zusammenwachsen hatten. Daß Deutschlands Herrscher Inhaber des universalen Römischen Kaisertums wurden und dadurch zur Leitung der Kirche, zum Papsttum, in enge Beziehungen traten, hat noch besonders mitgewirkt, die politische Zersplitterung zu fördern.

Die »Kleinstaaterei« hat naturgemäß den Blick beengt. Durch Jahrhunderte, man kann sagen durch ein halbes Jahrtausend, hat der Deutsche keinen Anlaß gehabt, ans Reich zu denken. Seine Interessen gingen auf im Einzelstaate; die Reichsstädter wurden »Spießbürger«. Daß aus solchen Verhältnissen heraus noch ein Freiherr vom Stein möglich war, zeigt, daß die alte Begabung noch lebte. Daß die Verhältnisse ihre volle Entfaltung unmöglich machten, hat diese echtdeutsche geborene Führernatur schmerzlich empfinden müssen. Aus dem preußischen Staatsgefühl heraus ist uns dann ein Bismarck erstanden, der als schöpferisches staatsmännisches Genie neben den Größten der Großen zu nennen ist. Wir haben wieder ein Reich. Wir haben auch noch die Einzelstaaten; aber in allen Lebensfragen unseres Volkes richtet sich der Blick über die Landesgrenzen hinaus auf das Ganze, muß sich dahin richten. Unser politisches Leben ist so vielgestaltig und

mannigfaltig wie das weniger anderer Völker, doch haben wir keinen Anlaß zu zweifeln, daß Sinn und Verständnis für gesamtstaatliche Notwendigkeiten sich fortgesetzt verstärken und vertiefen werden. In gewisser Weise hat ja das Leben in den Einzelbildungen dazu beigetragen, die überlieferten Kräfte und Anlagen zu schulen.

In diesem Zusammenhange sei der fast unausrottbaren Vorstellung von ererbter deutscher Uneinigkeit gedacht. Staatliches Einheitsgefühl ist ein Ergebnis der Geschichte. Es ist ursprünglich wohl vorhanden in kleineren Volksverbänden; in größeren Staatsgebilden hat es sich überall mühsam durchsetzen müssen, selten ganz ohne Gewalt. Daß es in unserem, nach so langer Zersplitterung nicht ohne Hilfe der Waffen geeinigtem Volke sich im Laufe eines Menschenalters zu der Stärke entwickeln konnte, die der gegenwärtige Krieg erweist, kann uns aller Sorge für die Zukunft entheben. Wir sind ein einig Volk von Brüdern, mögen konfessionelle, gesellschaftliche, berufliche Unterschiede uns noch so oft und noch so scharf in Sondergruppen trennen. Gesamtheit und Persönlichkeit lernen immer mehr ihre Ansprüche aufeinander einstellen, ihre beiderseitige Berechtigung ausgleichen.

Deutsche Arbeit. Als Kolonisatoren haben Deutsche auf europäischem Boden mehr geleistet und mehr erreicht als irgendein anderes lebendes Volk. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß die beiden deutschen Großmächte auf Kolonialboden erwachsen sind, um zu erkennen, was diese Tätigkeit für unser Bestehen bedeutete. Es wurde gesagt, daß ihre Erfolge nur sehr teilweise kriegerischen Machtmitteln verdankt werden. Überlegenheit der Friedensarbeit aber setzt überragende Kultur voraus, die zwar auch durch kriegerisches Können gestützt sein muß, doch aber ohne geistige und sittliche Grundlagen nicht denkbar ist.

Tacitus weiß von besonderer Arbeitsfreudigkeit der Germanen nicht zu berichten. Im Gegenteil, aus seinen Bemerkungen ist gelegentlich der Anlaß entnommen worden, unsere Vorfahren als »blondlockige Müßiggänger, rechte Bärenhäuter« zu schildern, die kaum andere Beschäftigungen gekannt und gewürdigt hätten als Jagd und Krieg, Ratschlagen und Zechen. Tieferes Eindringen zerstört zwar dieses Bild, läßt aber doch den alten Germanen nicht mit Sicherheit als einen wirtschaftenden, arbeitsfrohen und arbeitstüchtigen Bewohner und Benutzer des heimischen Bodens erkennen. Seine Nachkommen dagegen finden wir in den entsprechenden Betrieben rührig. Die Zeit der Karolinger, der sächsischen und fränkischen Könige hat Bodenkultur in Deutschland mächtig ausgebreitet und gehoben, dann auch gewerbliche und Handelstätigkeit entstehen und aufblühen sehen. Am Ende des Mittelalters sind die Deutschen ein Volk von Landherren, Bauern und Bürgern, dessen Dasein auf ehrlicher Arbeit beruht. Den Schädlingen, die sich gelegentlich einnisteten, hat die landläufige Vorstellung vom Raubritterwesen größere Bedeutung beigelegt, als ihnen zukommt. Größerem Geschick in der Arbeit, größerer Lust zu ihr, planmäßigerem Betriebe verdankten die deutschen Siedler jeden Standes ihre Erfolge im Osten.

Christentum. Deutsche Treue. Fragt man nach den Ursachen dieses Wandels, dieser glücklichen Entwicklung, so kann man sie nicht allein in der Entfaltung entsprechender Anlagen sehen, obgleich solche trotz der Bärenhäuterei gewiß vorhanden waren, sondern muß auch fremder Einflüsse gedenken. Und da steht sicher obenan die Christianisierung unseres Volkes.

Es hat die neue Lehre ganz überwiegend vom Römertum empfangen, mit ihr dessen Sprache als Trägerin aller geistigen Lebensäußerungen. Generationen sind dahingegangen, ehe die neue Vorstellungswelt sich mit der alten aussöhnte, mit ihr verschmolz, so daß sie läuternd und sittigend wirken konnte. Daß alte und neue Denkweise in dem, was man als mittelalterliche deutsche Kultur bezeichnet, miteinander zum Ausdruck kamen, kann nicht bezweifelt werden. Germanische Anlage war doch der Boden, der die Saat aufnahm und ihr Gedeihen bestimmte. Und da steht nichts so sehr im Vordergrunde wie der Gedanke der Treue; was dieses Wort ausdrückt, beherrscht germanisches und insbesondere deutsches Denken und Empfinden im öffentlichen wie im privaten Leben.

Im Mittelpunkt mittelalterlicher Lebensverhältnisse steht das Lehnswesen. Es ist aufgebaut auf persönliche Beziehungen. In Staat und Gesellschaft, in Amt und Beruf, in Krieg und Frieden ist der einzelne gebunden durch ein Verhältnis zu Personen, nicht zu Begriffen. Er ist treu, nicht gehorsam. Wie sehr diese Vorstellung deutsches Leben beherrscht, zeigen unsere großen Volksdichtungen, keine klarer und ergreifender als das Nibelungenlied, Mannentreue in Hagen, Frauentreue in Kriemhild nicht nur bis zum Tode, nein, mehr als das, bis zur Untat, zum Verbrechen. Auch das Verhältnis zum Erlöser ist nicht anders gefaßt worden. Fides bedeutet zugleich Treue und Glauben; sie sind eins.

Hier liegt auch der tiefere und feste Grund für das Vertreten von Überzeugungen. Man sagt vom Deutschen, daß es in seiner Natur liege, daß er nicht anders könne, als daß er auf seiner Meinung, seinen Vorsätzen beharre. Das ist richtig. Es hat auch in anderen Völkern manchen Mann gegeben, von dem man sagen kann tenax propositi; völkische Eigenart ist es doch nirgends so wie bei den Deutschen. Sicher kann das Gutem hinderlich im Wege stehen, hat das oft getan; aber es gibt doch den persönlichen Beziehungen und zu guter Letzt den öffentlichen Verhältnissen eine Zuverlässigkeit, die in manchem Lande fehlt, und deren Wert nicht unterschätzt werden darf. Umwälzungen, wie Frankreich sie erlebt hat, sind bei uns nicht denkbar; Deutschlands Einigung war nicht in der Weise zu erreichen, wie Italien sie erlangt hat, durch Entthronung und Verjagung seiner Fürsten. Was die Treue dem deutschen Gemüt bedeutet, empfindet jeder; wer es nicht empfindet, der ist kein Deutscher mehr, hat deutschen Herzens Pulsschlag nicht gefühlt.

Unser Gottesglaube ist Treue. Weil Luther ihn so empfand, ist er der Inbegriff eines deutschen Mannes geworden. Dieser Zug seines Wesens hebt ihn über den Gegensatz der Bekenntnisse hinaus. Er »konnte nicht anders« vor Kaiser und Reich; Gott, sein Herr, den er nach seiner Überzeugung bekannte, sollte ihm helfen. Der Katholik kann nicht anerkennen, daß Luther im Rechte war. Daß er handelte wie ein deutscher Mann, wird er ruhigen Herzens nicht bestreiten dürfen. Unser christlicher Glaube hat selten die Formen glühender Hingebung angenommen, die bei den romanischen Völkern so häufig auftaucht; aber er steht un-

erreicht da in der Innigkeit des Anschlusses, in der »Nachfolge Christi«, in der Läuterung nicht nur alles Denkens und Empfindens, sondern auch des Handelns durch die Hingabe an den Herrn.

Fremde Einflüsse. Das Christentum ist weitaus das vornehmste Gut, das unser Volk aus fremder Kultur herübergenommen hat. Man kann es aus unserem Wesen nicht wegdenken; reines Germanentum kann nur predigen, wer für geschichtliches Werden kein Verständnis hat. Andere Einflüsse sind von verschiedenen Seiten her wirksam geworden, für das Ganze oder auch nur für Teile, jenes mehr von Westen und Süden, dieses von Norden und Osten her. In unserer künstlerischen Übung, in der Entwicklung von Lebensformen sind wir wiederholt von Frankreich, auch von Italien, zeitweise selbst von Spanien abhängig geworden; Slawisches ist in der Art unseres Ostens hängengeblieben, Skandinavisches vereinzelt in unserem Norden; englische Denkweise hat auf unsere wirtschaftliche und politische Vorstellungswelt vielfach bestimmend eingewirkt. Gewiß sind diese Einflüsse nicht immer zum Segen gewesen; sie haben zeit- und stellenweise deutsche Art fast bis zur Unkenntnis entstellt, sie in ihren Grundlagen bedroht. Aber man kann sie doch nicht unterschiedslos als Ausländerei richten und verdammen. Mancher fördernde Anstoß ist von außen her gekommen. Volkstum ist nicht etwas von allem Anfang her Gegebenes. Es wird! Unter Wechselwirkungen bilden die Völker ihre Eigenart aus. Das unsrige, das Volk der Mitte Europas, hat ihrer besonders viele und mannigfaltige erfahren. Es hat doch inmitten dieser Einflüsse sein Eigenstes behauptet, ihm das Fremde eingegliedert, wie es sich anpassen mochte; es ist deutsch geblieben, ziemlich so weit Deutsch gesprochen wird.

Deutsche Geistesbildung. Glänzend hat es diese Kraft bewährt in der Entwicklungsperiode, die uns den Namen des Volkes der Denker und Dichter eingetragen hat. Die Grundgedanken des Klassizismus sind fremden Ursprungs wie einst die des Humanismus. Beide Bewegungen haben die christliche mittelalterliche Vorstellungswelt bereichert und erweitert um die Geistesarbeit der Alten, bei keinem Volke in solcher Ausdehnung wie beim deutschen. In unsern Klassikern sind die Alten als Deutsche wieder lebendig geworden; wir selbst sind mit ihrem Geiste durchtränkt. Sie sind zu Hauptträgern unserer Bildung geworden; Germanentum, Christentum, Antike sind in ihr miteinander verwoben, unauflöslich. Man kann sie nicht mehr voneinander scheiden. Und es war deutsches Bedürfnis, dieser Bildung eine philosophische Grundlage, und zwar nicht nur eine Grundlage des Denkens, sondern auch des Empfindens und Wollens, überhaupt des sittlichen Seins zu geben. Kants kategorischer Imperativ ist aus deutscher Volksart geboren, ist ihr nicht von außen zugewachsen, sondern von ihr erzeugt, ist der wahrheitsgetreue Ausdruck ihres innersten Seelenlebens.

Schulpflicht. Wehrpflicht. Soziale Gesetzgebung. Und nun ist das, was Geistesbildung zu geben vermag, nirgends so Gemeingut des gesamten Volkes geworden wie bei uns. Es gibt kein großes Volk, dessen Schulbildung der deutschen vergleichbar wäre. Eine jahrhundertelange Tätigkeit hat sie eingebürgert. Niemand empfindet Schulpflicht mehr als eine Last; auch der letzte Mann erkennt, daß sie ein Gut ist, das er nicht missen möchte. Die anderen großen Völker ahmen uns nach, sind aber noch weit entfernt davon, die Neuerung in Fleisch und Blut aufgenommen zu haben. In bezug auf Bildung der breiten Masse kann sich keins von ihnen mit uns messen.

Die Wehrpflicht ist lange als eine Hemmung des wirtschaftlichen Vorankommens erschienen. Sie ist erst ein Jahrhundert alt, erst vor einem halben Jahrhundert allgemein geworden; keinem Tieferblickenden kann doch entgehen, wie sie unser Volk gehoben hat und fortgesetzt weiter hebt. Nicht nur, daß sie das Vaterland jedem nahe bringt, daß sie Gemeinsinn und Kameradschaft lehrt, sie erzieht zur Zucht und zu selbstloser Hingebung im Dienste des Ganzen. Die Gegenwart lehrt uns, was das in der Stunde der Not bedeutet. Auch das haben uns andere Völker zwar nachgemacht, aber sie verschreien es als »Militarismus«. Den Segen des Heeresdienstes, der bei uns im werktätigen Leben so deutlich erkennbar wird, empfinden sie nicht. Kaum irgend etwas erscheint dem Engländer so verabscheuungswürdig wie die allgemeine Heerespflicht; das bleibt wahr, obgleich sie jetzt übernommen wurde.

Im engsten Zusammenhange mit Schul- und Heerwesen steht unsere soziale Gesetzgebung. Sie konnte nur geplant und durchgeführt werden in einem Staatswesen, das gewohnt war, seine Angehörigen heranzuziehen, das Zwang nicht scheute, die Ansprüche der Gesamtheit gegen den einzelnen zur Geltung zu bringen, und dem sich nun die Pflicht aufdrängte, den Lasten auch Rechte gegenüberzustellen. Nur in Kopf und Herzen eines Mannes, der so ganz vom Staatsgedanken durchdrungen war wie Fürst Bismarck, konnten die weitverzweigten Erwägungen beginnen und reifen, die der Tat voraufgehen mußten. Das Ausland versucht, uns auf diesem Wege zu folgen; aber wir haben einen weiten Vorsprung und werden ihn noch lange haben. Es ist eine Sache, die zugleich mit dem Verstand und dem Gemüt erfaßt werden muß, und diese Seelenkräfte stehen doch nirgends in so enger Verbindung zueinander wie in unserem Volke.

Deutsches Gemüt. Was der Deutsche unter Gemüt versteht, läßt sich durch kein Wort einer fremden Sprache wiedergeben; daß auch das »Gemütliche« ein Sonderbesitz deutscher Sprache und deutschen Wesens ist, wird oft hervorgehoben. Denken und Handeln werden doch bei uns vom Fühlen und Empfinden in ganz besonderer Weise beeinflußt; in unserem Seelenleben ist alles miteinander verwachsen, schwer selbst durch Willensakte zu sondern. Indem wir einen Entschluß fassen, muß er unserem Kopfe und unserem Herzen genügen. So ist er doppelt verankert. Hier liegt eine der stärksten Wurzeln der selbständigen Persönlichkeit, die das Ideal deutscher Bildung ist.

Man pflegt als eine Eigenart deutschen Geistes hervorzuheben, daß er den Schein nicht liebt, daß er nichts anderes darzustellen sucht, als was er ist. Gewiß ist das richtig. Die Treue, die deutschem Wesen Bedürfnis ist, muß auch gegen das eigene Ich geübt werden. Man kann, man will sie nicht verletzen, indem man sich anders gibt, als man ist. Gewiß führt

das nicht selten zu abstoßendem Gebaren, zur Form-, ja zur Rücksichtslosigkeit. Wir schätzen das aber gering gegenüber dem Bewußtsein, wahr zu sein. Wir empfinden vor allem ethisch, erst in zweiter Linie ästhetisch. Auch in der Beurteilung unserer Kunst, das Wort im weitesten Sinne gefaßt, sollte man das nie aus den Augen verlieren. Wir gehen nicht auf in reiner Formenschönheit, können es nicht, dürfen es auch nicht wollen.

Die Durchdringung unseres Seelenlebens mit den Regungen des Gemüts tritt besonders in die Erscheinung in der Musik. Sie ist dem Deutschen die volkstümlichste der Künste. Als zu Anfang des Jahres 1147 Bernhard von Clairvaux zwischen Maastricht und Lüttich die deutsch-französische Sprachgrenze überschritt (sie war damals, wo sie heute ist), bedauerten seine Begleiter, daß das »Christ uns gnade« nicht mehr erklang, denn die Französisch sprechende Bevölkerung habe keine Gesänge wie die Deutschen; in Lüttich »gab das des Singens unkundige Volk beim te Deum laudamus Tränen für Lieder«. Die rauhen Kehlen der Germanen, von denen man nach Tacitus berichtet, waren im Laufe des Jahrtausends sangeskundig geworden. Das Lied ist dauernd ein Schatz und eine Zierde unseres Volkslebens geblieben, die es vor allen anderen Nationen auszeichnen. Mag der handwerksmäßige Betrieb der Musik oft als lästig empfunden werden, mag sie sich manchmal aufdrängen, wo man sie nicht wünscht, daß hier eine starke Seite deutschen Lebens liegt, kann nicht geleugnet werden. Ein Bach, ein Beethoven, ein Wagner konnten nur unter Deutschen erstehen. Doch kommt nicht in ihnen allein unsere Überlegenheit zum Ausdruck; jeder empfindet sie, der etwa in Frankreich oder gar in England beobachten kann, was in Volkskreisen als musikalischer Genuß geschätzt wird.

Aufgaben der Gegenwart.

Eine zweitausendjährige Geschichte hat den Deutschen entwickelt, der endlich zur lange entbehrten staatlichen Einheit gelangte. Er ist in gewisser Beziehung der alte geblieben; aber Verschiedenes ist ihm auch zugewachsen, anderes hat Wandlungen erfahren. Kriegerischer Mut und kriegerische Kraft zieren ihn noch heute; aber sie sind nicht mehr die am meisten hervorstechenden Eigenschaften. Wir schätzen friedliche Tätigkeit nicht minder hoch, ja höher ein. Die Waffen sind noch heute unser Stolz; aber wir wollen sie nur gebrauchen, um unserer Arbeit sicher nachgehen zu können. Das deutsche Volk, wie es im Deutschen Reiche geeinigt ist, hat wahrlich seine Friedensliebe bewiesen. Daß es aber versteht, Neidern und Hassern auch mit dem Schwerte zu begegnen, zeigen die Hergänge des Tages. Niemand kann uns ungestraft antasten.

Unsere Vorfahren sind mit hochentwickelter Begabung für staatliche Betätigung in die Geschichte eingetreten. Sie haben vermocht, das öffentliche Leben eines ganzen Erdteils auf neue Grundlagen zu stellen. Sie waren starke Persönlichkeiten. Aber eben darin lagen Antriebe zur Auflösung. Durch die Ungunst der Verhältnisse ist so unser Volk dem Untergange nahe gebracht worden. Es hat sich neu gefunden, wiederum durch starke Persönlichkeiten. Das hat nicht ohne Zwang geschehen können; doch hat sich die Eingewöhnung rasch vollzogen. Die Prüfung, die uns die Gegenwart auferlegt, hat erwiesen, daß unser Reich von seinen Angehörigen gewollt wird. Die vornehmste Bedingung seines Bestehens, Einheit gegenüber dem Auslande, ist erfüllt. Darin liegt doch ein Beleg politischen Könnens. Der einzelne hat gelernt, sich der Gesamtheit einzuordnen, besser, als die Vorfahren es wollten und vermochten. Damit ist noch nicht die volle Gewähr dauernden Bestehens gegeben, aber doch eine starke. Das Gerede von der selbstverständlichen Uneinigkeit könnte verstummen.

Wir leben und weben in den Künsten des Friedens. Unser tägliches Dasein geht in ihnen auf. Natürliche Anlage und Selbstzucht, zu der mehr als einmal die Not zwang, haben uns nicht nur auf die gleiche Höhe mit anderen Nationen gebracht, sondern uns auch ermöglicht, sie in manchem zu überflügeln. Nach dem Dreißigjährigen Kriege meinte Leibniz, daß unserem Volke von allen Tugenden nur der Fleiß geblieben sei. Heute sind Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit, Ordnungsliebe und Pünktlichkeit, auch Bildungsfähigkeit, Anstelligkeit und Findigkeit Eigenschaften, die wir wohl als Nationalgut und als mit deutschem Wesen verbunden ansehen dürfen.

Sie haben sich entwickelt im engen Zusammenhange mit der Ausgestaltung unseres geistigen Lebens. Es hat eine Höhe erklommen, auf die wir stolz sein dürfen. Daß es besteht, wagen höchstens die verbissensten unserer Feinde zu leugnen. Es findet seinen Ausdruck nicht nur im Wissen, sondern auch im Können. Es hat auf beiden Gebieten seine Grundlagen in sittlicher Stärke, in Hingebung, Gewissenhaftigkeit, Selbstlosigkeit. Es befähigt uns auch, unseren Gegnern mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, als sie gegen uns aufzubringen vermögen. Wir haben uns nicht hinreißen lassen, ihren Lügen- und Verleumdungsfeldzug mit Ähnlichem zu beantworten. Während in den feindlichen Staaten selbst deren Lenker und mit ihnen führende Männer des geistigen Lebens sich in leidenschaftlichen und verlogenen Beschuldigungen ergehen, Mord und Meuchelmord anstiften oder rechtfertigen, hält bei uns das ganze Volk die Äußerungen seines Zornes in berechtigten Grenzen. Selbst im Kampf um unser Dasein achten wir die Gebote der Sitte. Es sind die Früchte einer jahrhundertelangen, tiefgreifenden Erziehung, die unser Volk genossen hat. Es ist in seiner Gesamtheit durchdrungen von Recht und Macht des Wahren und Guten, vertraut auf sie. Einzelverstöße können dies Urteil nicht entkräften.

Und doch ist es angezeigt, sich klar zu machen, von wo Gefahren drohen, zu fragen, was unerschüttert bewahrt bleiben muß, wenn unserem Volke die Zukunft gesichert sein soll. Denn auch Volksart ist der Wandlung unterworfen, kann sich heben und stärken, aber auch sinken und verkommen. Es gilt festzulegen, in welcher Richtung zu wollen, zu arbeiten ist. Denn wie der einzelne sich sein Los schmieden kann, so ein Volk. Nicht das Schicksal herrscht, sondern der Wille; er macht nicht nur den Menschen, sondern auch ein Volk groß und klein.

Erhaltung deutscher Wehrkraft. Grundlage unseres Bestehens war stets unsere kriegerische Kraft. Ihre unerläßlichen Voraussetzungen sind auch im neuen Reiche oft und heftig angefochten worden, bis unmittelbar an die Schwelle des gegenwärtigen Krieges heran. Selbst die Regierung ist wankend geworden in ihrer Vertretung. Hätten Regierung und Reichstag ihre Pflicht erfüllt, wäre alle die Jahre die allgemeine Wehrpflicht wirklich durchgeführt, jeder wehrfähige Deutsche ins

Heer eingestellt worden, der Krieg wäre nach menschlichem Ermessen längst zu Ende und Deutschlands Grenzen wären schwerlich auch nur einen Tag vom Feinde überschritten worden. Nicht nur Blut, sondern auch Gut wäre erspart worden. Der Krieg hat auch den inneren Wert unseres Heeres glänzend erwiesen. Man darf hoffen, muß fordern, daß das Gerede vom Militarismus, von geisttötendem Drill und unerträglichen Lasten verstumme. Es war immer sinnlos; jetzt sollte es niemandem anders erscheinen. Mängel lassen sich in anderer Form zur Sprache bringen.

Deutsche Macht. Sicher haben wir in staatlicher Einsicht seit Begründung des Reiches verhältnismäßig rasch erfreuliche Fortschritte gemacht. Aber in der wichtigsten Frage müssen Millionen unseres Volkes noch lernen sich umzudenken. Abgesehen von einigen verbohrten und verbissenen Sonderlingen sind alle einig darüber, daß das Reich bestehen soll. Aber bis in hohe und höchste Schichten unseres Volkes hinein ist der Glaube verbreitet, daß es bestehen könne ohne Mehrung seiner Macht. Man möchte zufrieden sein mit der Wahrung der Ehre und der Überlegenheit im Felde. Die europäische, die Weltlage beachtet man nicht oder verkennt sie. Gehen Deutschland und Österreich-Ungarn aus dem Kriege hervor in dem Besitzstande, mit dem sie in ihn eintraten, so sind sie dem sicheren Untergange preisgegeben. Die Streitpunkte, die den Krieg herbeigeführt haben, bleiben. Sie liegen unverrückbar in den Verhältnissen. Die Macht der Gegner aber wächst, auch ohne europäischen Landgewinn durch den gegenwärtigen Krieg, allein durch die natürliche Entwicklung, zwar nicht so bedrohlich die der Franzosen, wohl aber die der Russen und Briten durch ihren ungeheuren, unabsehbarer Entwicklung fähigen Landbesitz. Dazu wird uns die See bei jedem zukünftigen Zusammenstoß mindestens in gleichem Maße verschlossen sein wie im gegenwärtigen Kriege, und wir sollten jetzt doch gelernt haben, was das bedeutet. Es wird gesagt, wir müßten doch wenigstens mit einer Großmacht zusammengehen. Man kann nicht in Abrede stellen, daß die Verschiedenheit der Interessen, die unter den Gegnern besteht, einmal zu einer Trennung führen mag. Aber unendlich viel sicherer und leichter nimmt Deutschland dann Stellung mit vermehrter Macht als in seiner bisherigen Gestalt. Sie würde es unfehlbar zum bloßen Gefolgsmann, zum Vasallen seines Bundesgenossen machen, der dessen Schlachten schlagen könnte, ohne an der Beute entsprechenden Anteil zu haben. In weltpolitischen Fragen könnte Deutschland nicht mehr erstreben und erlangen, als England, Rußland und Amerika zu gestatten für gut fänden. Aus dieser Lage gibt es nur einen Ausweg, Mehrung unserer Macht in einem Umfange, der im Osten eine nachhaltige Schwächung unseres Gegners, im Westen eine gesteigerte Gefahr für kriegslüsterne Feinde bedeutet.

Unsere Vorfahren haben sich schwer an städtische Wohnweise gewöhnt; nach ihrem ersten Eintreten in die Geschichte hat es länger als ein Jahrtausend gedauert, bis sie anfingen, Versuche zu machen. Bei uns überwiegt städtisches Wohnen durchaus. Die Bevölkerungszunahme, die unser Reich seit seiner Begründung erfahren hat — 25 Millionen! —, ist allein den Städten zugute gekommen und zum größeren Teil den Städten mit Mietskasernen. Wir haben die insulas Roms nicht nur erreicht, sondern übertroffen. Dabei ist uns glücklicherweise die Freude an der Natur, die nach Ranke zu »unseren hervorstechendsten Eigenschaften« gehört, nicht verlorengegangen. Kein Volk durchwandert den ihm gehörigen Boden so fleißig und so freudig, keines pflegt und genießt seine Reize so wie das deutsche. Größte Sorgfalt und Umsicht ermöglichen es jetzt noch der heimischen Landwirtschaft, die angehäufte Bevölkerung zu ernähren. Bei weiterem Zuwachs wird sie das nur noch können, wenn mehr Boden zur Verfügung steht. Nur wenn der Landmann neben dem Städter genügend vertreten ist, kann unserem Volke gesunde Blutmischung erhalten bleiben. Der Russe hat weite Landstrecken ausgeräumt, Millionen ihrer Bewohner aus ihrer Heimat und ins Elend getrieben. Möchte die Gelegenheit benutzt werden, sie mit Deutschen zu füllen. Kehrt die Herrschaft des Zaren zurück, so wird das den Entführten nicht zugute kommen; »echte Russen« werden an ihre Stelle treten. Davor kann uns nur Ausbreitung deutscher Macht bewahren; sie ist Lebensbedingung für unseren ferneren Bestand.

Es ist ein Mangel unserer politischen Entwicklung, unseres Staatsgefühls, daß unser Volk nicht in dieser Überzeugung einig ist. Es müßte durchdrungen sein von der Erkenntnis, daß der Staat, zumal der Großstaat, nur als Macht bestehen kann, als Macht, die imstande ist, sich den »Platz an der Sonne« nach ihrem Ermessen zu sichern. Es ist damit noch keineswegs der Anspruch auf schrankenloses Durchsetzen der eigenen Wünsche erhoben, nur die Forderung, nicht von vornherein in Hoffnungslosigkeit verzichten zu müssen. Unserem Volke, als Gesamtheit betrachtet, fehlt noch der Wille zur Macht, das Verständnis für ihre Unentbehrlichkeit. Wer das Verhalten der Parteien in diesem Kriege überblickt, wird ja gegen keine den Vorwurf mangelnder Vaterlandsliebe erheben wollen, doch aber nicht verkennen können, daß ihre Stellungnahme in den Fragen, die für die Zukunft unseres Reiches und Volkes entscheidend sind, vielfach mehr von Parteierwägungen beeinflußt waren, als der Gesamtheit dienlich ist. In dem Streite, der einst um die Frage tobte, ob zunächst Freiheit oder Einheit anzustreben sei, hat David Friedrich Strauß das Wort geprägt: »Trachtet am ersten nach der Einheit, so wird euch alles andere zufallen.« Es hat sich bewahrheitet. Jetzt kann die Lehre nicht anders lauten als: Trachtet zuerst nach Macht; dann wird unser Reich schon die Ordnung erhalten, die ihm, und damit uns allen, dient. Wir brauchen den Willen zur Macht.

Aber wir sind doch ein Friedensvolk, wollen es sein, und durch solche Gesinnung und solche Bestrebungen reizt man zum Kriege. So hört man in Deutschland inmitten dieses Völkerringens nicht so wenige, jedenfalls mehr Stimmen als in irgendeinem anderen kämpfenden Lande. Es ist eine Zeitschrift begründet worden mit dem Titel »Neues Vaterland«. Sie trägt ihren Namen mit demselben Rechte wie einst Cromes »Germania«, die vor reichlich hundert Jahren den Rheinbund als die Vollendung deutscher Größe pries. Wir bringen eben noch nicht das Staatsgefühl auf, daß sich für älter geeinigte Nationen von selbst versteht. Wer nach den jüngsten Er-

fahrungen noch nicht gelernt hat, daß Friedfertigkeit nicht vor Krieg schützen kann, daß allein Furcht, wie sie durch Macht geweckt wird, dies zu leisten vermag, dem ist freilich nicht zu helfen. Er gehört einer Generation an, die erst aussterben muß, ehe ein gesundes Volksleben Platz greifen kann. Hoffen wir, daß sie bald das Schicksal derer teilt, die gegen Rüstungen eiferten. Noch gilt das römische Wort: Si vis pacem, para bellum, gilt heute mehr denn je. Wenn nicht alles trügt, so sind die blutigen Auseinandersetzungen der großen Völker mit dem Zusammenstoße, den wir jetzt erleben, nicht abgeschlossen.

Macht und Geistesleben. Es wird eingewandt, daß wir ein Kulturvolk seien, berufen und besonders geeignet, dem allgemeinen menschlichen Fortschritt führend zu dienen. Aus den Kehlen der Gegner schallt es uns allerdings entgegen »Barbaren«, und wir haben schon vor dem Kriege von ihnen gelegentlich vernehmen müssen und haben es auch aus unseren eigenen Reihen heraus von Stellen her, von denen man es nicht hätte erwarten sollen, wiederholen hören, daß wir doch eigentlich eine eigene Kultur nicht hätten, insbesondere keine »Weltkultur«. Entsprechend haben auch geflissentliche Überschätzung des Fremden, gedanken- und zum Teil würdelose Nachahmung ausländischer Bräuche, Formen, Moden, nicht so selten gerade in leitenden Kreisen verschiedener Lebensrichtungen, sich breitgemacht. Die Besseren unter unseren Gegnern reden auf uns ein, daß wir ablassen möchten vom Machtstreben, wieder das »Volk der Dichter und Denker« werden; da liege unsere Aufgabe und Bestimmung als Glied der Menschheit. Und es widerhallt aus unseren eigenen Reihen gleichsam verständnisvoll, indem sich Stimmen erheben, die da predigen: »Weg von Bismarck, zurück zu Goethe!« Wie steht es damit?

Wir haben in Goethe der Welt vielleicht den Menschlichsten der Menschen geschenkt. Jedenfalls wissen wir von keinem, der je lebte, daß er alle Höhen und Tiefen menschlichen Erkennens und Empfindens so durchmessen hätte wie dieser Sterbliche. Wir haben damit das Gesamtgut der Kultur um ein Wertstück bereichert, wie es kein anderes Volk kostbarer beigesteuert hat. Unser Volk hat sich in gewisser Beziehung auf der Höhe der Goetheschen Zeit nicht gehalten, so wenig wie das englische auf der Höhe Shakespeares oder das französische auf der des »Goldenen Zeitalters«. Unsere schöne Literatur ragt nicht mehr hervor über die anderer Völker. Wohl aber haben wir uns auf zahlreichen anderen Gebieten geistigen Lebens und insbesondere in der Übertragung des Wissens aufs Können eine Stellung errungen, die weit hinausreicht über die, welche wir in Goethes Tagen innehatten. Gerade daß wir in solcher Betätigung das Ausland vielfach überflügelten, eine führende Stellung gewannen, hat uns der Fremde unbequem gemacht. Hier liegt ja für die Engländer der Hauptgrund der Abneigung, für die Russen ein starker, und auch für die Franzosen spielt er mit. Das Schreien über Militarismus verdeckt ja nur das eigentlich Bewegende. »Zurück zum Denken und Dichten« bedeutet: »Entsagt der Macht«, und wenn Deutsche mit der Mahnung: »Weg von Bismarck, zurück zu Goethe« in dasselbe Horn stoßen, so wissen sie nicht, was sie sagen. An Bismarcks Werk hängt unsere ganze Kultur; es in Frage stellen, heißt sie vernichten. Sie steht und fällt mit der vollen Selbständigkeit unseres Volkes, die unauflöslich verknüpft ist mit Bismarcks Persönlichkeit und seiner Schöpfung. Wir wollen, daß Goethe unser bleibt; er kann das aber nur, wenn auch Bismarck unser bleibt. Ohne die Stütze eines mächtigen Reiches sinkt unser Volk wieder in die Niederung des »Kulturdüngers« hinab, aus der wir uns mühsam emporarbeiteten. Wir können dann für die Herren der Welt, für Engländer, Russen und Amerikaner die Rolle der Griechen im Römerreiche übernehmen. In einem starken Deutschland mag jeder seines Herzens Neigung und seines Geistes Antrieb folgen, sich staatlichem Leben hingeben oder die Geistesschätze unseres Volkes bereichern; in einem Deutschland, das von der Gnade der Fremden lebt, ist beides verkümmert. Möge Gott unserem Volke Einsicht geben, wie eins am andern hängt!

Gefahren für unsere Volksseele. Denn darüber können Zweifel nicht bestehen, daß beides notwendig ist zu unserem Gedeihen. Die Staatsmacht allein tut es freilich nicht; soll sie dauernd erhalten bleiben, so muß ihr ein starkes, selbständiges Geistesleben zur Seite stehen, sie begleiten und stützen. Von seiner inneren Gesundheit hängt auch die des Staates ab. Und da drohen allerdings Gefahren, die wir fest ins Auge fassen müssen.

Erwerbstrieb. Das Zeitalter ist stolz auf den Glanz seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Gewiß nicht mit Unrecht! Ist sie doch nicht zuletzt eine Frucht geistigen Könnens. Aber Besitzfragen werden naturgemäß leicht Streitfragen. Sie stehen im gegenwärtigen Kampf vor anderen zur Entscheidung. Vor allem hat England kaum je andere Triebfedern seiner Politik gekannt als Erwerbsinteressen. Es will herrschen, um verdienen zu können. Wenn seine Bevölkerung das gewohnheitsmäßig, fast unbewußt, unter frommem Augenaufschlag verbirgt, so kann das heute niemanden mehr täuschen. Unsere Staatslenker haben nie daran gedacht, denken auch jetzt nicht daran, sich an Englands Stelle zu setzen. Deutschland kämpft allein für Gleichberechtigung, für die Möglichkeit ungehinderten Wettbewerbs, für die »Freiheit der Meere«, die es nicht nur sich selbst, sondern allen Nationen zu sichern wünscht. Wir streben nicht nach einer »öden Weltherrschaft«. Das setzt voraus, daß der Erwerbstrieb stets gezügelt wird vom Gefühl sittlicher Verantwortlichkeit, nicht nur in Worten, sondern in der Tat. Werden Erwerbsinteressen allein oder auch nur an erster Stelle maßgebend für das Leben eines Volkes, so ist sein Dasein vergiftet. Es trägt den Todeskeim in sich.

Wer ein halbes Jahrhundert oder länger zurückdenken kann und die Entwicklung unseres Volkes an seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, den beschleicht ja leicht und nicht ohne Berechtigung das Gefühl, wie wir's doch so herrlich weit gebracht haben. Der materielle Fortschritt ist ja mit Händen greifbar in allen Ständen und in allen Teilen unseres Vaterlandes; Lebenshaltung und Lebensführung sind im letzten halben Jahrhundert bei uns gestiegen wie in diesem Zeitraum bei keinem andern Volke. Wir sind

reich geworden, reicher noch, als unsere Neider angenommen haben.

Das ist an sich gewiß erfreulich. Aber die Sache hat auch ihre Kehrseite. Weithin hat auch eine materielle Lebensauffassung Platz gegriffen. Die sichtbaren Güter, mit denen man sich zeigen, prunken und protzen kann, werden in weiten Kreisen besonders hoch, über Gebühr geschätzt. Die Neigung, über seine Kräfte zu leben, hat bedenklich zugenommen, bedroht besonders auch den inneren Halt unseres Beamtenstandes, der seit langem hoch emporragte über alles, was sonst die Welt kannte. Seine dienstlichen Bezüge genügen nicht recht mehr, um »standesgemäß« zu leben; man muß sich nach Zuschüssen in irgendeiner Form umsehen, faßt wichtigste Lebensentschließungen unter diesem Gesichtspunkte. Staat, Provinz, Gemeinde gehen gleichsam wegzeigend voran. In keinem Lande der Welt werden öffentliche Bauten von den vornehmsten bis herab zu den geringsten mit solchem Aufwande aufgeführt wie im modernen Deutschland. Man will künstlerisch anregen. Aber gerade aus künstlerischen Kreisen wird von den Besten die Losung ausgegeben: Zurück zur Schlichtheit und Einfachheit. Und bei Behörden sollte doch der gute alte Grundsatz haushälterischer Verwendung öffentlicher Gelder, durch den deutsche Verwaltung eine Musterverwaltung geworden ist, nicht in Vergessenheit geraten.

Daß der Zug der Zeit nicht bloß in höheren Kreisen Macht hat, versteht sich von selbst. Ist doch auch kein Stand in seinen Lebensbedingungen durch die Entwicklung des letzten halben Jahrhunderts so gehoben worden wie der handarbeitende. Daß der gemeine Mann in Stadt und Land sich besser nähren, besser wohnen, sich besser kleiden kann als Vater und Großvater, das bedeutet sicher für unser Volk einen ungeheuren Fortschritt, eine wahre Bereicherung seiner Kultur. Aber wer für das Leben, das sich um ihn herum abspielt, nicht ganz blind ist, der weiß auch, daß nicht nur unendlich viel überflüssig verbraucht wird, sondern daß zahlreiche Gewöhnungen geradezu verderblich wirken. Die Gefahr, zum Sklaven seiner Bedürfnisse zu werden, die sonst besonders dem Reichen drohte, hat sich zu einer allgemeinen Volksgefährdung entwickelt. Über Tand und Nichtigkeiten, die modisch sind, wird hintangesetzt, was dauernder Wohlfahrt dient und Pflicht gegen die Gesamtheit ist. Man denke nur an die auch bei uns einreißende geflissentliche Beschränkung der Kinderzahl, um Lieblingsgewohnheiten nicht entsagen, die Lebenshaltung nicht einfacher gestalten zu müssen. So vieles ist Bedürfnis geworden, das weder Fortschritt noch Wohlsein bedeutet, allein dem Augenblicke dient.

Deutsche Kunst. Virgils »fluchwürdiger Hunger nach Gold« (auri sacra fames) bedroht unseren Bestand aber noch in anderer Form als durch ungesunde Mehrung vermeintlicher Lebenserfordernisse. Er gewinnt einen bedenklichen Einfluß auf unsere geistige Arbeit. Die Kunst geht nach Brot. Das Sprichwort hat von jeher etwas Richtiges gesagt und wird das auch immer tun. Kunstübung jeder Art hat zur Voraussetzung einen gewissen Überfluß über das Naturnotwendige hinaus, sei es an Zeit, an Kraft, an Mitteln. Aber das schließt in keiner Weise aus, daß in ihr ein innerer Drang zur Ausgestaltung gelangt, ist in gewisser Beziehung sogar Vorbedingung. Als deutsche Art betrachten wir es mit vollem Recht, das in uns Lebendige zu äußerlich erkennbarer Darstellung zu bringen; das ist der Nerv, der Grundtrieb nicht allein unserer künstlerischen, nein, unserer geistigen Betätigung überhaupt. Es ist keine bloße Phrase, wenn man von der Innerlichkeit deutscher Kunst redet. Was sie ausdrückt, ist nicht anempfunden; es kommt von innen heraus. So ist es mit allem, was wir geistig vertreten. Diese seine Stärke wird deutschem Schaffen genommen, wenn es in profanem Sinne »nach Brot geht«, wenn es bestimmt wird durch die Aussicht auf den klingenden Lohn. Jedermann weiß, welche Rolle im heutigen Kunstleben der Kunsthandel spielt. Nicht nur auf die Erzeugnisse der bildenden, auch auf die der darstellenden Kunst übt er einen tiefgreifenden, vielfach bestimmenden Einfluß. Sie werden vielfach eine Ware, deren Angebot sowohl wie Nachfrage der Händler regelt. Und nicht nur die Kunst, auch die Wissenschaft wird in diesen Betrieb hineingezogen. Der Unternehmer bestellt, läßt schreiben, was Gewinn verspricht, und findet bereite Federn, weil er zahlen kann. Die Ausführung eigener Pläne ist mit der Gefahr verknüpft, auf Einnahmen verzichten zu müssen. Das Eindringen des Spekulantentums und des Mammonismus bedroht unser geistiges Schaffen mit innerer Zersetzung. Die Leistungen eines Deutschen aber haben nur Wert, wenn sie aus seiner Natur heraus geboren sind. Seine Persönlichkeit muß in ihnen lebendig bleiben.

Es ist aber noch ein anderes, was mit schwerer Sorge erfüllt um die Zukunft unseres Volkes und die Gesundheit seines geistigen Tuns.

Deutsche Sitte. Einer der bemerkenswertesten Züge in der Charakterzeichnung des Tacitus ist die Hochschätzung weiblicher Ehre bei den Germanen; er betont sie stark. Wer da glauben möchte, er halte gerade hier den Römern einen Sittenspiegel vor, der sei darauf verwiesen, daß alles, was wir aus den späteren Zeiten unseres Volkes wissen, diesen Zug bestätigt. Wenn von Nebenfrauen und Bastarden in Herrscherfamilien berichtet wird, so ändert das nichts an der Regel, daß der Verkehr der Geschlechter sich in allen Ständen auf der Grundlage der Heiligkeit und Reinheit der Ehe vollzog, mochte sie nun kirchlich eingesegnet sein oder nicht, daß Verstöße als solche empfunden, verurteilt und geahndet wurden. In der Auffassung früherer »Illegitimität« spielt gelegentlich auch Mißverständnis moderner Historiker eine Rolle. Dirnen schied man scharf von »ehrlichen« Frauen. Vor allem aber fehlten widernatürliche Laster; es fehlte die schmutzige Phantasie, die an der Kleinmalerei geschlechtlicher Dinge Freude hat. Jeder, der nur einigermaßen über Belesenheit in erzählender Literatur verfügt, wird diesen Unterschied zwischen deutscher und romanischer Art empfunden haben. Was wir etwa an Nachahmungen in diesem Genre besitzen, bleibt in der Regel weit hinter den Originalen zurück. Eingedrungen ist die Neigung wiederholt unter fremdem, italienischem und französischem, Einfluß.

Wir scheinen in einer neuen Periode solcher Beeinflussung von unseren westlichen Nachbarn her zu stehen. Wenn man noch vor ungefähr zwei Jahr-

zehnten über die französische Grenze kam und sah, was auf Bahnhöfen und in Buchläden ausgelegt war, konnte man die Empfindung haben, aus einem reineren Lande zu kommen. In den letzten Jahren vor dem Kriege fand man keinen Anlaß mehr zu solcher Genugtuung. Gelegentlich übertraf der Lehrling den Meister, und auch der Krieg hat den Schmutz nicht völlig zu beseitigen vermocht. Unsere Literatur und Bühne zeigen starke Neigung, in die gleiche Richtung einzulenken. Das französische Ehebruchsdrama und der entsprechende Roman bürgern sich in schier endloser Mannigfaltigkeit ein, vor allem an der Hand des Erwerbstriebes. Es ist Ton geworden, ein Auge zuzudrücken gegenüber Verstößen gegen das sechste Gebot. Vielgelesene und auch begabte Schriftsteller gefallen sich darin, erotische Dinge in ihre Dichtungen einzuflechten an Stellen, wo sie an den Haaren herbeigezogen sind, wo man sich erstaunt fragt: Wozu? Leser und naturgemäß besonders Leserinnen werden auf Dinge gestoßen, an die sie nie gedacht, von denen sie erst recht nie gehört haben. In öffentlichen Vorträgen werden vor einem Publikum, das sich zum nicht geringen Teil aus halb erwachsenen jungen Mädchen zusammensetzt, als Belehrung geschlechtliche Sachen erörtert, in die selbst der in der Ehe Lebende nicht eingeweiht ist. Der sicher verdienstliche Verein für Beförderung der Volksvermehrung stellt mit in den Vordergrund seiner Tätigkeit Fürsorge für unehelich Geborene, die an sich gewiß berechtigt, aber nicht so durchzuführen ist, daß der Flecken, der auf die Mutter fällt, verblaßt. Der Verein für Mutterschutz arbeitet bewußt in dieser Richtung. Mit dem Schwinden der allgemeinen Volksvorstellung aber, daß außereheliches Gebären eine Schande ist, fiele eine der festesten Stützen allgemeiner Volksmoral. Es ist Zeit, daß unser Volk sich dieser Gefahr bewußt wird; sie ist für uns größer als für unsere westlichen Nachbarn, die hier Lehrmeister sind. Der Franzose kann mit diesen Dingen spielen; sie berühren nicht seine innere Freiheit. Der Deutsche geht in ihnen zugrunde; sie kosten ihm die Selbstachtung. Vor allem aber ist die deutsche Frau in ihrem innersten Wesen bedroht. Sie ist die heilige Hüterin von Zucht und Sitte. Bleibt ihr diese Stellung nicht, so sind die Grundlagen unseres Seins erschüttert. Mißachtung der Frau ist undeutsch; ihre Reinheit sollte heilig sein und bleiben. Staat und Gesellschaft könnten ganz anders eintreten, sie zu schützen, als es Brauch geworden ist. In der erschreckenden Abnahme der Kinderzahl, die fast plötzlich über uns gekommen ist und neben der Neigung zu übertriebenen Lebensansprüchen in der eingerissenen Laxheit der sittlichen Anschauungen nicht zuletzt ihre Ursache hat, steigt ein warnendes Menetekel vor uns auf.

Schluß. Die Zeit fordert gebieterisch, daß wir uns besinnen auf die Grundlagen unserer Kraft. Als die Welt sich gegen uns erhob, durchzuckte es unser Volk. Alles Unedle, Unreine schien abgeworfen; jeder Nerv geistigen und leiblichen Könnens war angespannt. Es liegt in der menschlichen Natur, daß das nicht dauern konnte, als die Entscheidung sich über Erwarten hinauszog. Aber in bedenklicher Weise hat sich doch Niedriges und Gemeines wieder hervorgewagt. Unser Volk ist noch zu gesund, als daß es dadurch gelähmt werden könnte. Es wird bestehen; es wird siegen. Aber eine Mahnung ist diese Erscheinung doch, daß es sich nicht in Sicherheit wiegt. Es gilt, echtes Deutschtum zu behaupten, es zu immer stärkerer Geltung zu bringen. Was es ist, sollte jedem zum Bewußtsein kommen. Wir nehmen für unser Volk in Anspruch tapfere, wehrhafte Mannhaftigkeit. Wir wünschen es immer mehr zu schulen in strenger Selbstzucht, den angeborenen Sinn für Freiheit zu verschmelzen mit dem Geist der Hingebung ans Ganze, der Liebe zum Vaterlande. Wir wollen lebendig erhalten das Bedürfnis nach Wahrheit und Aufrichtigkeit, den innewohnenden Drang, Erkennen und Empfinden in Einklang zu bringen, zugleich mit Herz und Kopf zu handeln. Wir wollen pflegen Geradheit, Schlichtheit und Einfachheit, abhold sein allem leeren Prunk und Gepränge, Reinheit der Sitten hochhalten. Stete Fühlung mit der Natur sei uns Quelle der Kraft. Unsere Kunst sei wahre Kunst, in Wort und Bild Ausgestaltung dessen, was in uns lebt, nicht bloß reine Wiedergabe. So betätige sich auch unser Forschungs- und Wissenstrieb. Dann können wir wie jetzt in dieser unserer Prüfung getrost der Verse Geibels gedenken:

> Mut und Treue sonder Fehle,
> Einfalt, die von Herzen klingt,
> Und den tiefen Zug der Seele,
> Die nach ihrem Gotte ringt;
> Wahrst du die, wohlan, so wage
> Jeden Kampf voll Siegeslust,
> Denn du trägst zu künft'ger Tage
> Frohe Bürgschaft in der Brust.

Dann auch mag am deutschen Wesen
Einmal noch die Welt genesen.

I. Politik und Geschichte

Weltlage und Kriegsursachen

von Prof. Dr. Dietrich Schäfer in Berlin-Steglitz

I. Krieg und Frieden.

Starke Geistesströmungen, deren Wirkung sich bis in staatslenkende Kreise erstreckte, vertraten bis vor kurzem die Möglichkeit eines dauernden allgemeinen Völkerfriedens. Der Gedanke schmeichelt sich ja dem Volksempfinden leicht ein und konnte sich auf die Tatsache stützen, daß durch nahezu anderthalb Menschenalter ein kriegerischer Zusammenstoß unter Großmächten nicht stattgefunden hatte. Wenn kleinere Staaten und Völker ihre Interessenkonflikte mit den Waffen zum Austrag brachten, oder auch eine Großmacht eine schwächere mit blutiger Gewalt unter ihren Willen beugte, ohne sich um das geltende Völkerrecht zu kümmern, so störte das die unentwegten Idealisten wenig. Der Weltfriede schien ihnen doch gesichert, und eine der gangbarsten Ausreden bei unliebsamen Zwischenfällen war ja immer zur Hand, daß die Ausnahmen die Regel nur bestätigen.

Seit den ersten Augusttagen des Jahres 1914 haben diese Träume von Wolkenkuckucksheim ein jähes Ende gefunden. Wir stehen in einem Weltbrande, wie ihn keine Vorzeit erlebte. In zwei Heerlager geteilt steht weit über die Hälfte der lebenden Menschheit in Waffen gegeneinander und unter ihnen, mit Ausnahme der Amerikaner, alle führenden Kulturnationen. Und sie bekriegen sich mit einer Leidenschaft und einem Aufwand an Kraft, wie es die Welt auch noch nicht gesehen hat. Wir glaubten an Gesittung jede Vorzeit weit zu übertreffen, und wir müssen erleben, daß gemeine Lüge und niederträchtige Verleumdung nicht nur von erregten Volksmassen, sondern amtlich und von höchsten, verantwortlichen Stellen in einem Umfange als Kampfmittel gebraucht werden, wie die Vergangenheit ihn jedenfalls nie übertraf, daß anerkannte Grundsätze des Völkerrechts gerade von Nationen mit Füßen getreten werden, die Recht und Gerechtigkeit, Wahrheit und Ehrgefühl stets als die Leitsätze ihres Handelns zu preisen gewohnt waren. Wir pflegten auf Napoleons letzte Jahre, auf Deutschlands und Frankreichs Aufgebote im Kriege von 1870/71 zu verweisen als die höchsten denkbaren Leistungen in Völkerkämpfen, und wir sehen, daß das alles verschwindet gegenüber der Anspannung der Kräfte, die im gegenwärtigen Ringen bei allen Beteiligten als selbstverständlich erscheint. Es wird mit nicht weniger Millionen gerechnet als noch vor einem Menschenalter mit Hunderttausenden. Wie ist das gekommen? Wie haben sich so rasch Grunderscheinungen des Völkerlebens wandeln können? Wie konnte das Urteil so vieler redlicher und auch verständiger Männer so in die Irre gehen?

Die erste und vornehmste Antwort auf diese Frage muß lauten: Weil das Verständnis der überragenden, der entscheidenden Bedeutung des Staates für alles menschliche Zusammenleben weiten Kreisen verlorengegangen war, vielfach auch grundsätzlich untergraben wurde. Worte und Redewendungen, bei denen sich jeder etwas anderes dachte, wie das beliebte Schlagwort »Kultur«, traten an die Stelle der klaren Erkenntnis, daß nichts den einzelnen so sehr zu binden, nichts eine Vielheit so fest zusammenzuhalten imstande und berufen ist wie der gesunde Staat. Allein die Kirche kann da unter Umständen mit ihm in Wettbewerb treten. Keine Kultur, welchen Inhalt sie auch habe, und in welcher Form sie auch auftrete, kann ihre Träger und Teilnehmer so aneinanderketten, wie der Staat es vermag. Ja, es ist wahre und weitgreifende Kultur überhaupt nur denkbar auf der Grundlage des Staates; ohne ihn ist sie haltlos, dem Dahinsiechen, dem endlichen Untergange verfallen.

Viel ist im letzten Menschenalter geredet worden von der Bedeutung der »Gesellschaft«. Man hat geglaubt, sie in den Mittelpunkt aller menschlichen Entwicklung stellen zu können; unser Zeitalter s c h i e n ja mehr von sozialen als politischen Gedanken beherrscht. Man kann sagen, daß diese so in den Vordergrund gerückte Seite menschlichen Lebens mehr Beachtung verdient, als ihr bis dahin geschenkt worden war. Aber soweit sie das Interesse am Staat zurückdrängte und das Verständnis für seine Bedeutung schwächte, war sie sicher nicht förderlich. Man kann höchstens mildernd sagen, daß jede Grenzerweiterung menschlichen Denkens fast unvermeidlich mit einem gewissen Zurückweichen auf schon besetztem Gebiet verbunden ist.

An zweiter Stelle muß hingewiesen werden auf den wunderbaren, ebenfalls alles Dagewesene weit überragenden materiellen Aufschwung des Jahrhunderts, das seit Napoleons Sturz verflossen ist. Er stellt alles Frühere in Schatten sowohl in bezug auf den Umfang als auf die Raschheit des Fortschritts. Vorwärts trieb vor allem die fast märchenhafte Entwicklung der Technik. Die Kräfte der Natur sind in einer geradezu unmöglich erscheinenden Ausdehnung in den Dienst des Menschen gezwungen worden; Raum und Zeit sind in ihrer hemmenden Bedeutung ganz außerordentlich herabgedrückt. Vor allem ist das dem Ver-

kehr, dem Warenaustausch und der Berührung der Menschen untereinander zugute gekommen. Mitteilungen werden ausgetauscht in ebensoviel Stunden, wie früher Monate erforderlich waren; Personen- und Güterbeförderung braucht nicht mehr Tage als ehedem Wochen.

Die Mittel der Technik haben auch Hebung und Verwertung der Bodenschätze ganz außerordentlich gesteigert. Kohle und Eisen, die notwendigsten Erfordernisse stärkerer industrieller Betätigung, werden dem Boden in Mengen entnommen, die vor hundert Jahren ganz unerhört waren. Erdöl ist fast ganz neu hinzugekommen. Die Goldproduktion ist auf über zwei Milliarden Mark jährlich gestiegen und in fortgesetztem raschen Wachsen begriffen. Vor zwei Menschenaltern, als weder die Goldfelder von Kalifornien und Australien noch die von Südafrika und Klondike bekannt waren und die Technik der Förderung weit hinter der gegenwärtigen zurückstand, betrug sie ungefähr den zwanzigsten Teil. Wie dadurch das ganze Geldwesen vereinfacht und gesichert, das moderne Kreditsystem erst ermöglicht wurde, ist allgemein bekannt. Die Reihe derartiger ungeahnter, einschneidender Entwicklungen kann jeder leicht verlängern, der seine Gedanken nur einigermaßen in diese Richtung lenkt. Die internationalen Verkehrsziffern zeigten insbesondere in den letzten Jahrzehnten eine geradezu unglaubliche Steigerung und bewegen sich fortgesetzt rasch aufwärts.

Diese tausendfach verschlungene Verkettung der persönlichen und sachlichen Beziehungen hat zusammen mit dem Zauber, den naturgemäß Schlagworte wie Kultur, Humanität, Gesellschaft ausüben, der Vorstellung, als sei ein einheitliches, durch die Grundbedingungen seines Gedeihens unlösbar aneinandergeknüpftes Menschentum vorhanden, viel weitere Verbreitung verschafft, als nach Lage der Dinge berechtigt war. Es hat zwar nicht zu allen Zeiten, wohl aber seit dem Emporblühen der griechischen, römischen und insbesondere der christlichen Kultur über das nationale Leben hinaus kosmopolitische Strömungen gegeben. Die religiösen Bewegungen der letzten Jahrtausende haben fast durchweg diesen Charakter getragen; sie waren aber auch auf anderen Lebensgebieten, sowohl in der geistigen Betätigung wie in der Form des äußeren Gebarens, reichlich vertreten. In der jüngsten Vergangenheit hat der Kosmopolitismus doch besonders zahlreiche und einflußreiche Bekenner gefunden, nicht zuletzt auch in unserem Volke. Wenn man um die Welt reisen und Tag für Tag und Nacht für Nacht in derselben Weise essen und trinken, schlafen und sich kleiden kann, ohne sich um Sondersitten und Sonderbräuche anders als zur Befriedigung der Schaulust zu kümmern, so kann man wohl von der Einheitlichkeit der »gebildeten«, der »kultivierten« Menschheit träumen. Sah und fühlte man doch auf Schritt und Tritt, mit wie vielen Fäden das Gedeihen jedes einzelnen Volkes an dem des anderen hing!

Und doch konnte auch dem weniger Aufmerksamen nicht entgehen, wie daneben eine genau entgegengesetzte Umgestaltung sich vollzog und kaum minder rasch als die völkerverschmelzende Bewegung Boden gewann. Unsere Staaten sind durch Jahrhunderte und Jahrtausende vor allem Gebilde ihrer Herrscher und der Herrscherfamilien gewesen; auch in der Ausgestaltung unserer abendländischen Staatenwelt haben sie die treibende Kraft dargestellt. Selbst der nationale Staat, der mit dem ausgehenden Mittelalter sich durchzuringen beginnt, hat lange noch unter ihrer Leitung gestanden und deren bedurft. In Deutschland und Italien hat bis in die neueste Zeit hinein das Regentenhaus den Staat bedeutet. Das ist seit der französischen Revolution und der Unterjochung der Völker Europas durch den korsischen Emporkömmling fast überall anders geworden. Mit dem Konstitutionalismus ist der Nationalismus Grundlage und Ausgangspunkt politischer Überzeugungen geworden, jener für die innere Gestaltung der Staaten, dieser für ihre äußere Abgrenzung. Es gibt nicht allzu viele Völker, die nicht Anspruch zu haben glauben auf einen nationalen Staat, auch wenn sich solcher Anspruch geschichtlich in keiner Weise begründen läßt, und seine Befriedigung auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, ohne schwere Kränkung anderer, wohlbegründeter Rechte nicht durchzusetzen ist. Auf dem Gebiet der Politik, des Verhältnisses der Staaten und Völker zueinander, hat im Jahrhundert der innigsten wirtschaftlichen Menschheitsverschmelzung, die es je gab, vor allen anderen Stimmen laut der sondernde, die Völker scheidende Nationalismus das Wort.

II. Die Aufteilung der Erde.

Die Schätze dieser Welt haben sich gemehrt und werden sich weiter in gleichem, ja größerem Maßstabe mehren. Unsere älteren Leute mögen den Atlas in die Hand nehmen, aus dem sie oder auch ihre Väter Geographie lernten, und mögen sich ins Gedächtnis zurückrufen, was sie dort im Innern Afrikas, Asiens, Südamerikas und selbst Nordamerikas fanden: ausgedehnte weiße Flächen, tastende Gebirgs- und Flußeinzeichnungen. Sind es doch selbst für die Vereinigten Staaten von Nordamerika eben erst hundert Jahre her, daß sie zum ersten Male vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean durchquert wurden, für Afrika, ebenfalls in ostwestlicher Richtung, noch nicht einmal vier Jahrzehnte. Jetzt gibt es im Innern dieser Erdteile kein Gebiet von der Größe eines preußischen Regierungsbezirks mehr, das nicht von Weißen betreten worden wäre. Nord- und Südpol wurden erreicht. Die Erdoberfläche liegt offen vor den Blicken der Menschen; sie hat nicht viel mehr zu enthüllen. Überraschungen, wie etwa die Entdeckung der Nilquellen sie bereitete, sind ausgeschlossen.

Die Unternehmungen, die zu diesen Ergebnissen führten, wurden zunächst aus dem Forschergeist geboren, der dem Zeitalter der Aufklärung in noch reicherer Fülle und nachhaltigerer Kraft entsprossen ist als dem vielbewegten der Renaissance. Man wollte die Erdoberfläche kennenlernen, auf der man lebte. So haben zahlreiche Reisende, und zwar nahezu ausschließlich Europäer, die auszogen, fremde Lande zu erkunden (kaum irgendwelche Amerikaner!), ihre Namen der Entdeckungsgeschichte aller Erdteile unvergänglich eingefügt, darunter nicht an letzter Stelle Deutsche. Insbesondere stehen in der Aufdeckung Afrikas und Australiens die deutschen Leistungen denen keiner andern Nation nach. Es konnte aber nicht ausbleiben, daß sich dem Forschertrieb bald der des Gewinnens und Beherrschens zugesellte, der im sogenannten Zeitalter der Entdeckungen so sehr überwogen hatte. Insbesondere war das bei den schon früher kolonisierenden Völkern der Fall, die aus vergangener Zeit her schon ansehnlichen auswärtigen Besitz in Händen hielten und naturgemäß den gewohnten Bestrebungen weiter nachgingen, bei keinem mehr als bei dem englischen. Hatte doch Großbritannien nach den Napoleonischen Krie-



gen seinen Kolonialbesitz in Indien und Australien — weniger in Afrika — fast ununterbrochen erweitert; auch Frankreich hatte sich in Algier, in Hinterindien und im Stillen Ozean einen gewissen Ersatz zu schaffen gesucht für die in Kanada und Vorderindien verlorene Stellung.

Die Neigung zur Beherrschung neu erkundeter Gebiete mußte steigen mit der wachsenden Möglichkeit, sie wirtschaftlich auszubeuten, und dem zunehmenden Bedarf der industrialisierten Kulturvölker an Produktions- und Absatzgebieten. Der Satz Cotton is king ist der drastische Ausdruck dieser Lage, den man in größerer oder geringerer Abschwächung auf so viele andere überseeische Erzeugnisse übertragen kann. England bedurfte gesicherten und billigen Bezugs der Baumwolle und zugleich erweiterter und konsumkräftiger Absatzgebiete für die aus ihr hergestellten Gewebe. Auch der in heimischem Material sich betätigende Gewerbefleiß mußte nach vermehrten Ausfuhrmöglichkeiten streben. Die lange Friedenszeit, die den Napoleonischen Kriegsjahren folgte, hatte naturgemäß das wirtschaftliche Leben der europäischen Völker zu kräftiger Entwicklung gebracht.

Die in wirtschaftlichen und weltpolitischen Dingen führende Macht, das Britische Reich, hat sich zeitweise, von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in den Beginn der 80er Jahre, der Meinung hingegeben, daß dem steigenden Bedarf an Erwerbsmöglichkeiten genügt werden könne durch ungehinderte Freiheit der Bewegung überall, durch Beseitigung aller Hemmnisse, die dem internationalen Verkehr in Gestalt überlieferter Einrichtungen der Staaten, besonders in ihrer Zollpolitik, im Wege standen. England war seit den Tagen Cromwells durch ein ebenso zielbewußtes wie kraftvoll durchgeführtes Schutzzollsystem in Handels- und Seegeltung emporgekommen und konnte durch seine finanzielle und technische Überlegenheit gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts jedem fremden Wettbewerb im Weltverkehr siegreich die Spitze bieten; seine leitenden Geschäftskreise hatten sogar ein Interesse daran, dem britischen Arbeitsmarkt fremde Kräfte zuzuführen. So ward England Vorkämpfer des Freihandels, und die scheinbare Klarheit und Einfachheit des Gedankens schafften ihm auch bald Anhänger weithin im Auslande. Von den größeren Mächten haben nur Rußland und die Vereinigten Staaten sich unentwegt ablehnend verhalten. Ohne Schädigung konnte England auch seine Kolonien dem fremden Verkehr öffnen. So konnte von seinen Staatsmännern die Frage aufgeworfen werden, ob es richtig sei, weiteren überseeischen Besitz zu erstreben, ja, auch nur den erworbenen festzuhalten, und sie konnte von politischen Führern entgegengesetzter Parteirichtung verneinend beantwortet werden. Disraeli, Gladstone, Granville haben zeitweise solchen Ansichten zugeneigt, sie gelegentlich vertreten. Den Gipfelpunkt ihres Einflusses erreichten sie gleichsam in den Zweifeln, ob das Festhalten Indiens sich empfehle oder nicht. Allan konnte es 1880 in »Contemporary Review« entschieden bestreiten, und ein Schriftsteller und Geschichtschreiber von der Bedeutung Seeleys 1883 darzulegen versuchen, daß man es eigentlich nur um Indiens willen zu behaupten habe. Das geschah dicht vor dem völligen Umschwung.

Der französische Ministerpräsident Waldeck-Rousseau hat im Januar 1902 in einer Rede, die er in St.-Etienne hielt, gerühmt, daß die Republik den französischen Kolonialbesitz von 800000 auf 10 Millionen Quadratkilometer erweitert habe, wobei er die Vergrößerung Algiers und das neuerworbene Tunis nicht einmal mit einrechnete. In der Tat hat sich Frankreich nach der schweren Niederlage im Deutschen Kriege mit unentwegter Entschlossenheit der Begründung eines großen Kolonialreiches zugewandt und ist darin von Deutschland nicht nur nicht gehindert, sondern geradezu gefördert worden, weil Fürst Bismarck hoffen durfte, daß die Franzosen auf diese Weise abgehalten würden, fortgesetzt »auf das Loch an den Vogesen zu starren«, leicht auch die in Kolonialfragen überlieferte Spannung mit England verschärft werden konnte, was tatsächlich zeitweise in hohem Maße geschehen und durch Deutschlands Auftreten als Mitbewerber zunächst mehr gefördert als gehemmt worden ist.

Zu staatlicher Einheit gelangt, hat auch unser Volk dem Gedanken überseeischen Landerwerbs näher treten müssen. Es hatte lange zurückgestanden; Kolonialpolitik kann nur ein starker Staat mit Erfolg treiben. Was aber auf deutschem Boden an staatlichen Bildungen vor der Begründung des Deutschen Reiches bestand, war viel zu sehr mit den nächsten Pflichten der Deckung und Erweiterung seiner Grenzen beschäftigt, als daß es außereuropäischen Bestrebungen sich hätte widmen können. Die vereinzelten Versuche, die gemacht worden sind, so rühmlich sie begonnen und durchgeführt werden mochten, haben nur die Unmöglichkeit erwiesen, auf diesem Felde unter den gegebenen Verhältnissen etwas Lebensfähiges zu schaffen. Dabei bestand fortgesetzt für unser Volk die Notwendigkeit, in der Welt Raum zu gewinnen für seine Angehörigen. Nicht nur Tausende und Hunderttausende, nein Millionen deutscher Leute aus allen Ständen, vom niedrigsten bis hinauf zum höchsten, haben im Laufe der Jahrhunderte der Heimat den Rücken gekehrt, um draußen Unterkommen oder Besserung ihrer Lage zu suchen, fast durchweg nicht die Schlechtesten unseres Volkes, sondern Männer von Tatkraft und Unternehmungsgeist, von Können und Wollen, erzogen und groß geworden in der Übung von Fleiß, Sparsamkeit und Anpassungsfähigkeit. Sie sind wertvolle Teile der neuen Völkerbildungen geworden, die sich jenseits des Ozeans, zumeist auf angelsächsischer Grundlage und angelsächsisch gestempelt, vollzogen haben. »Völkerdünger« (manure of nations), wie der Amerikaner Emerson es ausdrückte. Der Wunsch, diese wertvollen Elemente dem eigenen Volkstum tunlichst zu erhalten, war verständlich und berechtigt.

Der Drang nach Außenbesitz hatte aber noch einen anderen reichlich so starken und in seinen Aussichten auf Erfolg überlegenen Ursprung. Der politischen Einigung unseres Volkes war im Zollverein die wirtschaftliche voraufgegangen; durch das Reich war sie zu vermehrter Festigkeit gelangt, vor allem zu der Fähigkeit, ihre Rechte und Ansprüche nach außen hin nachdrücklicher zu vertreten. Deutschland entzog sich unter der Führung des Fürsten Bismarck dem Banne englischer wirtschaftlicher Anschauungen, vor allem dem Freihandelsgedanken und dem Manchestertum. »Schutz der nationalen Arbeit« ward der Leitstern deutscher Wirtschaftspolitik, mit welchem Erfolge, darüber können die Erfahrungen des jetzigen Krieges keinen ruhigen Beurteiler mehr im Zweifel lassen. Wir haben in dem Menschenalter, in dem wir uns von ihm leiten ließen, einen unerwarteten, die Fortschritte aller anderen Nationen übersteigenden Auf-

schwung unserer industriellen Tätigkeit erlebt, und dabei unsere Landwirtschaft lebensfähig und in dem Stande erhalten, daß sie in der gegenwärtigen schweren Prüfungszeit uns vor der von unseren Gegnern uns zugedachten Aushungerung deckt. Die neue Wirtschafts- und Handelspolitik hat auch der starken Auswanderung, die zeitweise bis zu einem halben Prozent der Bevölkerung gestiegen war, vor reichlich zwei Jahrzehnten ein Ende gemacht; unsere Einwanderung übersteigt schon längere Zeit die Abwanderung, in den letzten Jahren ganz erheblich.

Wenn so der Bedarf an Siedlungsland zurücktrat, auch zurückgestellt werden mußte, weil geeignete überseeische Gebiete in größerem Umfange zunächst nicht zu erlangen waren, so steigerte sich doch das Erfordernis an Erzeugungsländern überseeischer Bedarfsartikel und an sicheren Absatzgebieten für einheimische gewerbliche Produktion. Eine vermehrte Einfuhr solcher Artikel war nicht nur Bedürfnis wegen der Zunahme der industriellen Tätigkeit, sondern auch wegen der im Anschluß an den wachsenden Wohlstand sich steigernden Lebenshaltung (man denke nur an Kakao, Kaffee, Tee); als *sichere* Absatzgebiete konnten fremde Kolonien nicht gelten. So drängte unser Volk nach eigenem überseeischen Besitz.

III. Deutschlands Stellung inmitten der Mächte.

Bismarck ist diesem Drängen vom Jahre 1883 an gefolgt. Was wir heute an Kolonien unser nennen, stammt bis auf weniger wesentliche Besitztümer aus den sieben Jahren, in denen es ihm noch vergönnt war, den »Dampfer Germania zu fahren«. Anfangs in gewissen Kreisen unseres Volkes heftig, ja leidenschaftlich bestritten, ist die Unentbehrlichkeit kolonialen Besitzes heute eine von der öffentlichen Meinung allgemein vertretene Überzeugung; man erörtert nur noch das Wie der Verwaltung, nicht mehr das Ob des Besitzes. Allerdings hat sich die Warnung, die von den Gegnern oft ausgesprochen wurde, und die Befürchtung, die Bismarck selbst hegte und die ihn lange zögern ließ, daß nämlich die Erwerbung von Kolonien die Gefahr von Verwicklungen mit dem Auslande, insbesondere mit England, in sich berge, bestätigt.

Der Beginn deutscher kolonialer Tätigkeit ist die Losung geworden für einen fast fieberhaften Wettbewerb Frankreichs und noch mehr Englands, vor allem im »dunkeln Erdteil«. Jenes hat besonders in Mittelafrika im Anschluß an frühere Forschungstätigkeit durch Reisende Verträge mit einheimischen Machthabern schließen lassen, wo sie nur immer zu erreichen waren. England aber hat neben jede deutsche Gründung alsbald eine englische gesetzt, Nigeria neben Kamerun, Britisch- neben Deutsch-Ostafrika, Rhodesia, Njassaland und die unterworfenen Burenstaaten neben unser Südwest; dazu hat es sich als Verwalter Ägyptens des ganzen oberen Nilgebiets bemächtigt. Einer der leitenden Beamten des Colonial Office hat es offen ausgesprochen, daß es nicht darauf ankomme, ob eine Erwerbung Nutzen verspreche, sondern, ob gut oder schlecht, man müsse nehmen, was noch frei sei, damit der Fremde es nicht besetze. So ist in den letzten drei Jahrzehnten von England dem räumlichen Umfange nach ziemlich ebensoviel Kolonialgebiet okkupiert worden wie in all den voraufgehenden Jahrhunderten. Dazu hat es der Kette, die in Gestalt fester Seeplätze schon vorher von ihm um den Erdball gelegt war, neue Glieder eingefügt. Über alle wichtigeren Meeresstraßen des Erdballes kann es im Notfalle die Entscheidung in seine Hand nehmen. Nur von Panama hat es sich aus Scheu vor den Vereinigten Staaten zurückgezogen.

Für die weitere Entwicklung der Dinge war aber nicht nur das Verhalten Englands und Frankreichs, sondern in gleichem, ja in höherem Maße Rußlands Verhalten von Bedeutung.

Das russische Volk hat lange der Geschichte unseres Erdteils völlig ferngestanden; es unterscheidet sich in dieser Beziehung durchaus von Engländern und Franzosen, Deutschen und Italienern sowie von all den anderen Völkern, die auf dem Boden der alten weströmischen, der »abendländischen« Bildung und Überlieferung stehen. Es ist, wenn auch nicht seiner Abstammung, so doch seinem Wesen nach asiatischer Art, mit aufgepflanztem byzantinischen Kirchentum, wie denn seine Wohnsitze ihrem Charakter nach mehr nach Asien als nach Europa hinübergehören. Peter der Große hat es in die europäische Staatenwelt eingeführt. Es hat dann die Mächte niedergeworfen, die es vom Abendland trennten, Polen und Schweden, und ist Vorkämpfer gegen die Türken geworden, was bis dahin Ungarn, Deutsche und Polen gewesen waren. Wenn jetzt vor allem Österreich und hinter ihm Deutschland die Türkei gegen Rußland zu decken suchen, so hat sich die frühere Stellung in ihr Gegenteil verkehrt. Der Umschwung vollzog sich unter Katharina II., die den Zarenstaat zum Grenznachbarn Preußens und Österreichs machte. Seitdem ist sein Auge unverwandt auf Konstantinopel, den Bosporus, die Dardanellen, das Mittelmeer gerichtet.

Er hatte aber längst Sibirien besetzt, als er seine Blicke gegen Europa wandte, und hat gegen Ende der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Bestrebungen wieder aufgenommen, die auf Ausbreitung nach Osten gerichtet waren. Innerhalb zweier Menschenalter erzielte er dort glänzende Erfolge. Über Wüsten und Steppen hinweg hat sich Rußland die alten Kulturgebiete an den Grenzen Persiens, Afghanistans und Indiens unterworfen, Fuß am Stillen Ozean gefaßt und das Chinesische Reich von Norden und Westen her erheblich eingeengt. Räumlich sind fast zwei Fünftel von Asien in seinem Besitz, und wenn auch ein außerordentlich großer Teil dieses Herrschaftsgebiets als wirtschaftlich wertlos gelten kann, so stehen dort doch gegen 30 Millionen Menschen zu seiner Verfügung. Befriedigt ist aber der Moskowiter in keiner Weise. An allen seinen Grenzen empfinden die Nachbarn den Druck, den er ausübt. Lange fühlten sich die Engländer in ihrer indischen Stellung bedroht durch Rußlands Ausdehnungsbestrebungen gegen den Persischen Golf und den Indischen Ozean hin. Sie benutzten sein gleichzeitiges Vorrücken an der pazifischen Küste in der Mandschurei und gegen Korea, um ihm Japan an die Fersen zu hetzen. Es gelang der neuen ostasiatischen Macht, den gefährlichen Mitbewerber aus Korea und vom Gelben Meer und damit vom eisfreien Wasser zu verdrängen und sich so den Rang einer Großmacht zu erkämpfen. Für nachdrückliche Betätigung auf dem Stillen Ozean ist Rußland ein Riegel vorgeschoben, den es nicht so leicht brechen wird. Einen Augenblick schien es, als würden innere Schwierigkeiten das gewaltige Reich dauernd für äußere Aktion unfähig machen. Weithin, besonders in Deutschland, gewann die Meinung Raum, daß die russische Gefahr eine Einbildung sei. Die Kurzsichtigen sollten bald eines anderen belehrt werden;

der russische Bär holte mit vermehrter Kraft zu neuem Schlage aus.

Lieblingsgedanke des russischen Volkes blieb das Kreuz auf der Hagia Sophia. Und es war ja auch nicht anders, als daß hier die Aufgabe einer gleichsam göttlichen Mission mit den realen Vorteilen zusammentraf wie nirgends sonst an den weiten Grenzen des Reiches. Herrschaft am Bosporus und an den Dardanellen bedeutete eine Stellung am Mittelmeer, und zwar eine weithin gebietende Stellung. Sie gestattete, nach Osten und Westen auszugreifen, Kleinasien und den Balkan unter den eigenen Willen zu beugen. Sie machte das Schwarze Meer zu einem russischen Binnensee und ermöglichte, aus sicherstem Halt heraus jederzeit im Mittelmeer mächtig aufzutreten. Dazu war sie Vorbedingung für die Erfüllung der Ideale des Allslawentums, der wichtigste Schritt zur Unterwerfung des ganzen Abendlandes, von dessen Erneuerung durch moskowitische »Kultur« der echte Russe nicht nur träumt, sondern auch wachend redet. Nach dem Mißerfolg im fernen Osten wandte sich das Zarenreich wieder dieser Aufgabe zu; in den nächsten Jahren hat es sie ihrer Lösung wesentlich näher gebracht.

Es hatte sie seit den Tagen Katharinas nicht mehr aus den Augen verloren. Nicht weniger als fünfmal hat Rußland im Laufe des 19. Jahrhunderts den Ansturm mit den Waffen gegen die Osmanenherrschaft versucht, viermal mit eigenen, zum letzten Male (1912/13) mit denen seiner Balkangefolgschaft. Erlösung der christlichen Untertanen des Sultans war das Schlagwort, das der »Zarbefreier« für Rußlands Politik prägte, und das vortrefflich geeignet war, das Türkenreich innerlich zu schwächen. Nur einer dieser Kriege endete dank dem Eingreifen der Westmächte mit einem Mißerfolge; im Pariser Frieden von 1856 mußte Rußland von den Donaumündungen zurückweichen, die ihm 1829 durch den Frieden von Adrianopel zugefallen waren. Es hat erst 1878 wieder an ihren nördlichen Arm heranrücken können. Land hat Rußland nach den Eroberungen Katharinas auf europäischem Boden nicht allzuviel gewonnen; im Frieden von Bukarest (1812) erreichte es hier schon die Grenze, mit der es sich heute begnügt; Gewinn dieser Art erwuchs auf dem asiatischen Herrschaftsgebiete der Türkei. Aber es schwächte die Sultansherrschaft, indem es ihr eins ihrer Untertanenvölker nach dem andern entzog: Griechen, Rumänen, Serben, Montenegriner, Bulgaren. Zuletzt führte es sie alle, mit der einzigen Ausnahme der Rumänen, die an der weiteren Schwächung der Türkei ein unmittelbares Interesse nicht mehr hatten, vereinigt gegen den Padischah. Rußland war Anstifter des Balkankrieges von 1912.

IV. Bestrebungen Rußlands.

Dieser Krieg hat ein anderes Ende genommen als gewollt war. Zwar errangen die Verbündeten gegen die Türkei glänzende Erfolge, weit größere, als die öffentliche Meinung im allgemeinen angenommen hatte; sie hätten den verhaßten Muselmann völlig aus Europa hinausgeworfen, wenn Rußland selbst ihren Waffen vor Konstantinopel nicht Halt geboten hätte. Bosporus und Dardanellen mochte es doch seinen Vasallen nicht gönnen; die behielt es sich selber vor. Aber die Sieger gerieten über die Beute untereinander in Streit. Es war zwar ihre Verteilung unter den drei slawischen Staaten, die sich zunächst gegen die Türkei zusammenschlossen, und zu denen Griechenland erst später hinzutrat, im März 1912 vertragsmäßig festgesetzt worden, aber der Verlauf des Krieges hatte es mit sich gebracht, daß die tatsächliche Inhaberschaft der Beutestücke weit abwich von den Bestimmungen des Abkommens. Bulgarien hatte, wie nun einmal seine geographische Lage war, die schwerste Arbeit leisten, gleichsam den Stier an den Hörnern fassen müssen. Es hatte, mit geringer serbischer Unterstützung, der Hauptmacht der Türken Adrianopel entrissen und sie gegen ihre Hauptstadt zurückgedrängt. Inzwischen hatten Serben und Griechen das ansehnlichste Beutestück, Mazedonien, besetzt, das von Streitkräften verteidigt wurde, die an Zahl und Beschaffenheit der Hauptmacht der Türken weit nachstanden. Sie weigerten sich jetzt, es wieder zu räumen, obgleich der abgeschlossene Vertrag es für Bulgarien bestimmt hatte.

Wir sind durch die Beteiligten selbst über die Abmachungen vom März 1912 unterrichtet. Sie sind unter Rußlands Führung zustande gekommen, von Rußland diktiert worden. Und da wird der eigentliche Sinn des Unternehmens durch nichts so hell beleuchtet, so deutlich erkennbar, wie durch die Tatsache, daß die Bulgarien zugedachten Neuerwerbungen sich so ziemlich decken mit dem Gebiet, welches Rußland sich schon im Frieden von San Stefano von der Türkei hatte abtreten lassen, und das dann auf dem Berliner Kongreß der Verfügung Rußlands wieder entzogen wurde. Es ist das so ziemlich alles, was der Türkei damals überhaupt genommen werden sollte. Wie 1878, so sollte auch 1912 Serbien nur ein geringer Teil der Beute zufallen, und zwar, kann man von einem gewissen Standpunkt aus sagen, trotz seiner erheblichen militärischen Mitwirkung, von Rechts wegen. Denn Serbien hatte auf Grund der Verbreitung seiner Nationalität aus dem türkischen Besitz nur sehr wenig zu fordern, nicht einmal den ganzen Sandschak Novibasar, der es von Montenegro trennte. Schon seine Neuerwerbungen von 1878 haben ganz überwiegend albanische und bulgarische Bevölkerung. Die Aussichten, mit denen Serbien 1912 in den Krieg zog, waren also außerordentlich gering, und nur, indem es die getroffenen Vereinbarungen mißachtete und behielt, was es zwar besetzt hatte, was ihm aber nicht bestimmt war, konnte es mit einem großen Gebietszuwachs, mit fast verdoppeltem Besitz, aus dem Kriege hervorgehen. Wenn man sich aber fragt, was die Serben veranlaßte, mit so geringer Aussicht auf Gewinn sich dem Anschlage auf die Türkei anzuschließen, so gibt es darauf nur eine Antwort, und sie lautet, daß ihnen zugesagt worden ist, sie würden, wie die Bulgaren jetzt mit ihrer Hilfe ihre nationalen Ansprüche befriedigt erhalten sollten, so ihrerseits die ihrigen unter voller bulgarischer Mitwirkung gegen Österreich-Ungarn durchgesetzt bekommen. Denn das Serbentum außerhalb des Königreichs hat seinen Sitz nicht auf ehemals türkischem, sondern auf österreichisch-ungarischem Boden. Bosnien und die Herzegowina, Dalmatien und die Serben des Banats, auch Kroatien und Slawonien und selbst die Slowenen in Krain und im Küstenland, im Süden Kärntens und der Steiermark rechnet man in Belgrad zu den Baustücken, aus denen das geträumte großserbische Reich aufzurichten ist. Zweck und Sinn des von Rußland diktierten Vertrages vom März 1912 ist nicht nur Zertrümmerung der Türkei, sondern auch Vernichtung Österreich-Ungarns, denn eine Abschließung seiner deutschen Gebiete vom Adriatischen Meere und Loslösung des Königreichs Kroatien und des Banats von Ungarn

ist gleichbedeutend mit der Vernichtung der habsburgischen Monarchie, zumal ihre Lenker sich sagen mußten, daß eine Niederlage durch Rußland und seine Verbündeten auch zum Verlust Galiziens und der Bukowina und bei einer Zugesellung Rumäniens zu den Gegnern auch zur Abtrennung Siebenbürgens führen mußte. Eine Einigung der Balkanvölker unter Rußlands Führung ist Österreich-Ungarns Tod. Die Donaumonarchie kann wohl unabhängige Balkanstaaten neben sich dulden, nicht aber Rußlands Herrschaft auf der Halbinsel.

Das gleiche aber gilt von Deutschland. Die Russen reden gern von seinem schnöden Undank. Rußland hat die Begründung der deutschen Einheit nicht unterstützt; es hat sie zugelassen. Es kann sagen, daß es in der Lage gewesen wäre, sie zu hindern; es hat in gewissen Kreisen auch an Stimmung dazu nicht gefehlt. Wenn es nicht geschehen ist, so ist es doch unterlassen worden, nicht weil man für das deutsche Volk empfand und ihm wohlwollte, sondern weil die überwiegende Meinung war, daß es dem eigenen Vorteil entspreche. Man hoffte und erwartete von Deutschland Förderung in den Bestrebungen gegen die Türkei, denen sich die Westmächte, und ganz besonders England, so oft, und zuletzt noch im Krimkriege mit demütigendem Erfolge, widersetzt hatten. Im Pariser Frieden war Rußland untersagt worden, eine Flotte im Schwarzen Meer zu unterhalten, eine Beschränkung, von der es sich nur mit Deutschlands nachdrücklicher Unterstützung gegen Ende des deutsch-französischen Krieges hat frei machen können. Deutschland ist der russischen Orientpolitik auch niemals in den Weg getreten; es hat unter Fürst Bismarcks Leitung treu festgehalten an der Auffassung, die mit dem geflügelten Wort von den Knochen des pommerschen Musketiers gekennzeichnet ist, hat im Kriege von 1877/78 Rußland geradezu begünstigt. Aber als unser Reichskanzler nach dem Frieden von San Stefano auf dem Berliner Kongreß den »ehrlichen Makler« machen mußte, ward ihm von russischer Seite, nicht unbeeinflußt von persönlicher Eifersucht des leitenden Ministers Gortschakow, die Schuld zugeschoben dafür, daß Rußland unter dem Druck Englands und Österreichs von den harten, der Türkei auferlegten Friedensbedingungen so beträchtlich nachlassen mußte. Es hatte schon früher begonnen, sich Frankreich zu nähern; jetzt wandte es sich so offensichtlich von Deutschland ab, daß Fürst Bismarck sich genötigt sah, im nächsten Jahre das Bündnis mit Österreich zu schließen, das dieses gegen russische, jenes gegen russisch-französische Gefahr zu decken bestimmt war. Es ist der Beginn eines Zusammenschlusses der Mitte Europas gegen die beiden gewaltigen Militärmächte im Osten und Westen, der die politische Gruppierung des Erdteils bis zum Ausbruch des gegenwärtigen Krieges überwiegend bestimmt hat. Parallel mit ihm geht die immer größere Annäherung Rußlands an Frankreich. Auch nach dem Abkommen von 1879 hat Deutschland sich noch nicht veranlaßt gesehen, Österreichs Wünsche für die Gestaltung des Balkans unter allen Umständen gegenüber Rußland zu vertreten, jedenfalls so lange nicht, wie Fürst Bismarck am Ruder war. Nach seiner Entlassung ist aber der sogenannte Rückversicherungsvertrag mit Rußland, der die Verpflichtung der Unterstützung bei einem österreichischen Angriff auf diesen Staat für Deutschland, bei einem französischen auf Deutschland für Rußland aufhob, nicht wieder erneuert worden; das System war Caprivi »zu kompliziert«. Eine Abwendung Deutschlands von Rußland wurde in den nächsten Jahren unverkennbar. Versuche, das Dreikaiserbündnis, auf das Bismarck nach 1870 seine Politik zunächst gestützt, und das er auch in der Zeit der aufkommenden Verstimmung zu erhalten bemüht gewesen war, wieder zum Leben zu erwecken, sind nicht mehr gemacht worden. So mußte Deutschland bei der steigenden Spannung zwischen Rußland und Österreich-Ungarn immer mehr auf die Seite der Donaumonarchie gedrängt werden. Als 1908 die türkische Revolution mit der Einführung einer Verfassung für das national und konfessionell so bunt zusammengesetzte Osmanenreich endigte und Österreich-Ungarn sich veranlaßt fand, die Okkupation Bosniens und der Herzegowina in eine Annexion zu verwandeln, wurde es dem russischen Einspruch gegenüber durch Deutschland gedeckt. Ohne dessen in Petersburg abgegebene deutliche Erklärung wäre der Zar wohl schon damals gegen Habsburg vorgegangen.

V. Frankreich und England.

So hat sich die Lage entwickelt, in der Rußland, das seit Napoleons Angriff gewohnt gewesen war, je nachdem Preußen und Deutschland zu helfen oder sich auf sie zu stützen, in der neuen mitteleuropäischen Macht das schwierigste Hindernis zu erblicken anfing, das altüberlieferten Wünschen, denen es nicht entsagen wollte und nicht entsagen zu können glaubte, im Wege stand. Deutschland war der Block geworden, der hinweggeräumt werden mußte, ehe die Siegesfahrt nach Konstantinopel angetreten werden konnte.

Das war für Deutschland ein um so gefährlicheres Ergebnis, als gleichzeitig derselbe Stand der Dinge gegenüber den Westmächten sich klar herausbildete. Auch Frankreich und England sahen in Deutschland das Hindernis, das es ihnen unmöglich machte, die Ziele zu erreichen, hinter denen sie im Interesse ihrer Machtstellung nicht glaubten zurückbleiben zu dürfen. Die drei kriegsgewaltigsten Reiche des Erdballs fühlten sich einig in dem Wunsche, Deutschlands Einfluß einzuengen; sie gewöhnten sich, das als eine unerläßliche Vorbedingung ihrer eigenen Größe anzusehen.

Durch all die Jahrhunderte seit der Entdeckungszeit sind England und Frankreich in ihren kolonialen Bestrebungen Gegner gewesen. Frankreich war zuerst auf den Plan getreten; es hat überseeische Gebiete zu besetzen versucht und tatsächlich gewonnen, ehe Englands Regierung an solche Erwerbungen dachte. Als auch sie im 17. Jahrhundert in diese Bewegung eintrat, entwickelten sich bald Feindschaften. Die englisch-französischen Kriege sind dann immer auch Kolonial- und Handelskriege gewesen und meistens gerade das. Insbesondere in Nordamerika, in Vorder- und Westindien haben sich die Rivalen gegenübergestanden. Die französische Revolution und Napoleon tragen die Schuld, daß Frankreich in diesem Ringen völlig unterlag. Im letzten voraufgehenden Zusammenstoß im Anschluß an den nordamerikanischen Freiheitskrieg hatte es nicht schlecht abgeschnitten. Die Jahre, welche folgten, bedeuten den Tiefstand englischer Kolonialmacht und Seeherrschaft.

Als Frankreich sich kaum erholt hatte, setzte der Wettbewerb neu ein. Noch unter der Restauration ging es nach Algier; unter Louis Philipp begann es im Stillen Ozean Stützpunkte zu gewinnen; unter Napoleon III. trat es nachdrücklich in Hinterindien auf. Während all dieser Zeit war es bemüht, in

Afrika an verschiedenen Stellen seinen Festlands- und Inselbesitz zu mehren, neuen zu begründen. Überall begegnete es der Eifersüchtelei, auch direktem Widerspruch Englands. Das hat sich gegenüber dem großzügigen und erfolgreichen Streben der dritten Republik nach Kolonien noch gesteigert. Die Besetzung Ägyptens durch England (1882) ward in Frankreich als eine grobe Verletzung französischer berechtigter Ansprüche empfunden; denn Frankreich war es gewesen, das dieses Land europäischer Zivilisation zugeführt, es europäischem Einfluß geöffnet hatte. Fürst Bismarck hat dieses englisch-französische Verhältnis bei Deutschlands ersten kolonialen Versuchen als Stütze benutzt. Er hat Frankreichs Bestrebungen nach erweiterter überseeischer Macht trotz der fortdauernden französischen Revanchelust mehr gefördert als gehindert. Im Verein mit der Republik hat er England 1884 auf die Kongo-Konferenz nach Berlin genötigt und ihm die Anerkennung des Kongostaats sowie eines ausgedehnten Freihandelsgebiets in Mittelafrika abgerungen.

Diese Politik ist unter seinem Nachfolger nicht festgehalten worden. Bei der Abgrenzung Kameruns gegenüber der neuen englischen Kolonie Nigeria hat Deutschland ausdrücklich verzichtet auf das gesamte obere Nilgebiet. Es war ein Verzicht, der im Grunde genommen gegenstandslos war, da Deutschland auf dieses Gebiet niemals Anspruch erhoben, seinem Anrecht an Uganda, das allenfalls dazu gerechnet werden konnte, schon 1890 bei der Abgrenzung des deutschen gegen das britische Ostafrika entsagt hatte. Wohl aber hatten die Franzosen dieses Gebiet, das völkerrechtlich als ein Teil Ägyptens angesehen wurde, in ihre kolonialen Berechnungen einbezogen. Damals war Chartum, nahe dem Zusammenflusse des Blauen und Weißen Nils, von den Engländern noch nicht wieder erobert worden. Indem der deutsch-englische Vertrag Deutschland für das zwischen Kamerun und dem Nilgebiet liegende Land ausdrücklich auf Auseinandersetzung mit Frankreich verwies, schob er die Interessengegensätze dieser beiden Mächte in den Vordergrund zu einer Zeit, in der ihr gemeinsames Interesse gegen weitere Ausbreitung Englands vor allem hätte bedacht und verfolgt werden sollen.

Es waren Jahre, in denen Deutschlands Politik eine unverkennbare Hinneigung zu England zeigte und sie auf seine Haltung sowohl gegen Frankreich wie gegen Rußland, die überlieferten Gegner Englands, einwirken ließ. Sie ist nicht unentwegt festgehalten worden. In den Streitigkeiten der Engländer mit den Buren trat das amtliche Deutschland zunächst beim Jameson-Einfall auf die Seite der Buren, später auf die der Briten. Im September 1898 kam zwischen beiden Mächten eine Vereinbarung über etwaige Liquidation des portugiesischen Kolonialbesitzes in Südafrika zustande, die es England ermöglichte, in den nächsten Jahren die Selbständigkeit der Burenstaaten zu brechen und so zur fast vollständigen Herrschaft über Südafrika und vor allem über seine Golddistrikte zu gelangen. Ziemlich gleichzeitig mit dieser Vereinbarung gewann Kitchener Pascha Chartum zurück, während der Franzose Marchand Faschoda am oberen Nil besetzte. Der Streit zwischen Frankreich und England schien zu entbrennen an einem Punkte, wo ihre Gegnerschaft am schärfsten war. Aber Frankreich fand sich allein und zog sich zurück. Ohne die mit England getroffenen Verabredungen wäre Deutschland wohl in der Lage gewesen, dessen afrikanische Politik, die in dem Schlagworte »Vom Kap bis Kairo« ihren Ausdruck fand, im Verein mit Frankreich und Rußland zu durchkreuzen. Irgendwelchen nennenswerten Vorteil hat es von dem Portugal betreffenden Übereinkommen nicht gehabt. Wohl aber hat England dieses mit Erfolg als Köder benutzt, mit dem es die deutsche Politik lange, ja bis unmittelbar vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges hinter sich hergezogen hat, und ihn zugleich verwertet, um an geeigneten Stellen Stimmung zu machen gegen das ländergierige Deutschland.

VI. Zusammenschluß der Mächte.

Der Tod der Königin Viktoria brachte im Januar 1901 in Eduard VII. einen Mann an die Spitze des Britischen Reiches, der auf dessen auswärtige Politik einen Einfluß geübt hat wie kein König seit den Tagen Wilhelms I. Er hat diesen Einfluß in keiner Richtung so nachdrücklich betätigt wie in der einer ausgesprochenen Gegnerschaft gegen das Deutsche Reich. Die Geschichte wird vielleicht einmal in der Lage sein festzustellen, wie weit hier persönliche Abneigung und Verstimmungen eine Rolle spielten; in der Hauptsache vertrat der König, den man nicht unzutreffend mit Shakespeares Heinrich V. verglichen hat, politische Anschauungen, die in seinem Volke weit verbreitet waren, ja, von denen man sagen kann, daß sie dessen Grundstimmung ausmachten. Man war beherrscht von Eifersucht auf das wirtschaftliche Emporblühen des deutschen Volkes; weit verbreitet war die Befürchtung, daß man im Welthandel überflügelt, England auf die zweite Stelle werde herabgedrückt werden. Die deutsche Flottenvermehrung, die mit dem Jahre 1897 einsetzte, verschärfte diese Stimmung. Allgemein sah man in ihr eine Bedrohung, glaubte um der eigenen Sicherheit willen gewaltigster Gegenrüstungen zu bedürfen und — starker Bündnisse. England ward Mittler und Führer aller Feinde Deutschlands.

Es gelang leicht, sich Frankreich zuzugesellen. 1904 beseitigte ein Abkommen fast alle großen und kleinen Differenzen, die auf dem weiten Erdenrund zwischen den beiden Mächten schwebten. Vor allem ließ Frankreich dem neuen Partner freie Hand in Ägypten und erhielt dafür das gleiche Zugeständnis für Marokko. Die Verständigung ist dann enger und enger geworden und zuletzt zur Verabredung gemeinsamer kriegerischer Maßnahmen gelangt. England rüstete eine Armee zum Zusammenwirken mit der französischen diesseits des Kanals; es zog von der Mittelmeerflotte seine Kampfschiffe in die heimischen Gewässer zurück und überließ den Schutz seiner Mittelmeerinteressen Frankreich. Es war damit gegeben, daß es selbst die Deckung der französischen Ozean- und Kanalküsten gegen die deutsche Flotte übernahm. Die Annäherung ward erleichtert durch Deutschlands Einspruch gegen die französischen Marokkobestrebungen. An der Seine sah man in der vollen Beherrschung Nordafrikas vom Golf von Gabes bis zum Atlantischen Ozean eine Lebensfrage für Frankreich; nie waren seit 1871 die Wogen der Erregung gegen Deutschland so hoch gegangen wie 1905 und 1911 nach Tanger und Agadir.

Drei Jahre nach der Verständigung mit Frankreich erreichte Eduard VII. auch die mit Rußland. So lange hatte der russisch-englische Gegensatz in Asien als Axiom aller Weltpolitik gegolten; er machte jetzt einem gemeinsamen Vorgehen in allen vorder-

asiatischen Fragen Platz. Was die alten Gegner zusammenführte, war das Eindringen deutschen Einflusses in die Türkei, die Erschließung ihres anatolischen und weiter ihres mesopotamischen Besitzes durch deutsche Unternehmungen, die zu dem Ergebnis zu führen schienen, daß zwischen englischem und russischem Machtbereich hindurch die nächste Verbindungslinie zwischen Indien und Europa unter deutsche Verfügung kam. England verließ die Bahnen mehrhundertjähriger Türkenfreundschaft und glaubte die Leitung der islamitischen Welt selbst in die Hand nehmen zu sollen. 1905 hatte sein Ministerpräsident Balfour davon gesprochen, daß »von Korea bis Marokko sich über drei Weltteile hin eine Reihe von Staaten erstrecke, die Schwierigkeiten zwischen den zivilisierten Mächten verursachen könnten«. Er nannte sie »politische Depressionsgebiete, die unvermeidlich ein Einströmen von außen her veranlassen«. Dieses Einströmen ist seitdem so gut wie restlos erfolgt, ohne daß Deutschland daran beteiligt gewesen wäre. England und Frankreich, Rußland und Japan sind die Gewinnenden gewesen. England hat fortgesetzt die Miene des freundlichen Gönners gezeigt; nur vereinzelt, wie in der letzten Marokkokrisis, kam das böse Gesicht zum Vorschein, das hinter der gleisnerischen Maske steckte. Die Leiter unserer Politik haben geglaubt, es nicht beachten zu sollen. Sie waren nur von einem Gedanken erfüllt: Frieden, so lange er irgend erhalten werden kann! Es mußten erst Mordbuben kommen und die Völker, die sich für Träger und Führer aller Kultur ausgeben, die es wagen, uns Barbaren zu schimpfen, sich zu ihren Beschützern aufwerfen, ehe es jedermann klar wurde, daß der lang geschürzte Knoten nicht mehr aufgelöst, daß er nur noch zerhauen werden konnte.

Die Lage ist offenkundig. Rußland fand es unvereinbar mit seinem Ansehen auf dem Balkan, Serbien sich vor Österreich-Ungarn beugen zu lassen. Daß Frankreichs Gewehre von selber losgehen würden, wenn Rußland gegen uns in die Waffen trat, war weltbekannt. England aber glaubte den Augenblick nutzen zu sollen, deutschem Wettbewerb für lange Zeit ein Ende zu machen. Ruhige Überlegung mußte ihm zwar sagen, daß eine völlige Niederwerfung Deutschlands und Österreich-Ungarns einen gewaltigen Zuwachs russischer Macht bedeute. So ist Greys Äußerung aufzufassen, daß England Deutschland noch einmal habe nützlich werden können; er durfte doch nicht sagen, daß England Deutschland noch einmal brauchen könne. Die Leiter der englischen Politik meinten, im rechten Augenblicke Einhalt tun, die zukünftige Verteilung der Macht bestimmen zu können. So griffen sie den Bruch der belgischen Neutralität als erwünschten Vorwand auf. Sie und ihre Bundesgenossen täuschten sich über unsere Kraft; über unsere inneren Verhältnisse glaubten sie das, was ihren Wünschen entsprach. Wie hätten nicht auch Zweifel aufkommen sollen über unsere Waffentüchtigkeit, zumal die Fachmänner aller drei Mächte sie oft genug mäkelnd herabgesetzt haben? Was wir seit Kriegsbeginn erleben, hämmert uns wieder einmal die Wahrheit ein, die in Vergessenheit zu geraten drohte, daß Glück und Wohlfahrt der Staaten und Völker auf ihrer Macht beruhen, daß ihre Anpassungsfähigkeit an die Schlagworte des Kosmopolitismus, der Humanität, der Kultur nebensächlich sind, daß geistige und sittliche Kraft, unerläßlich für den Bestand jeder Gesamtheit, sich nicht reiner, nicht größer, nicht würdiger betätigen und offenbaren können als in der vollen, selbstlosen Hingabe an den Staat. Mit ihr ist auch der Menschheit weitaus am besten gedient, denn der deutsche Staat ist erfüllt und wird erfüllt sein vom deutschen Geist, einem Geist der Zucht und Sitte, der Duldung und Anerkennung auch für andere, nicht ein Geist der Herrschsucht, der Habgier, der Rache, sondern des gleichen Rechts für alle und der friedlichen, wetteifernden Betätigung.

Der Dreibund

von Oberstudienrat Dr. **Gottlob Egelhaaf** in Stuttgart

Aus dem französischen Krieg 1870/71 ging Bismarck mit der Überzeugung hervor, daß Deutschland auf lange hinaus mit Frankreichs Rachedurst rechnen und sich gegen die von Westen drohende Gefahr jederzeit gedeckt halten müsse. Die stärkste Wehr schien ihm in unserer militärischen Kraft zu liegen, an deren Stärkung er deshalb unausgesetzt arbeitete. Dann aber galt es, Frankreich in Vereinzelung zu erhalten und es so ohnmächtig zur Rache zu machen. Bismarck hat wohl auch ernsthaft versucht, der großen und reizbaren Nation andere Betätigungsfelder zu eröffnen, sie durch Entwicklung ihrer überseeischen Machtstellung von dem »Starren nach dem Loch in den Vogesen« abzulenken und so vielleicht ein Verharschen der Wunde von 1870 herbeizuführen; er hat Frankreich nach dem Zeugnis des französischen Staatsmannes Jules Ferry und seines Historikers Alfred Rambaud weder in Tunis, noch auf Madagaskar, noch in Hinterindien irgendwelche Schwierigkeiten bereitet, ja der französischen Politik in jenen Gegenden sogar Förderung zuteil werden lassen. Aber seine Bestrebungen stießen schließlich doch auf unbezwingliche Hindernisse; der Haß der Franzosen gegen Deutschland war stärker als alle realpolitischen Erwägungen, und Frankreichs Bereitschaft, uns bei sich bietender Gelegenheit anzufallen, mußte als unabänderliche Tatsache in unsere Berechnungen eingestellt werden. So versuchte Bismarck die Deutschland benachbarten Kaisermächte Rußland und Österreich, deren Politik wesentlich konservativ war, durch das gemeinsame monarchische Interesse mit Deutschland zu verknüpfen. Am 5. und 6. September 1872 kamen die drei Kaiser in Berlin zusammen, und es bildete sich das Dreikaiserverhältnis, wie einst die Heilige Allianz, ebenfalls mit der Spitze gegen Frankreich, bestanden hatte. Aber schon seit der Mitte des achten Jahrzehnts des Jahrhunderts begann sich das Dreikaiserverhältnis allmählich zu zersetzen. Es gab in Rußland eine an Einfluß beständig zunehmende Partei, die es für einen großen Fehler ansah, daß man 1870—71 der Niederwerfung Frankreichs Vorschub geleistet habe, und als infolge der fieberhaften französischen Rüstungen 1875 eine Spannung zwischen Deutschland und Frankreich entstand, welche die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes nahe rückte, nahm der russische Minister des Auswärtigen, Fürst

Gortschakow, eine Deutschland unfreundliche Haltung an, der auch Zar Alexander II. selbst nicht ganz fremd war. Im Sommer 1876 trat auch der alte Gegensatz Rußlands zu Österreich auf dem Balkan mit neuer Stärke hervor. Der Zar ließ von seinem Sommersitz Livadia in der Krim aus Bismarck sondieren, ob Deutschland im Fall eines russischen Angriffs auf Österreich neutral bleiben werde oder nicht. Bismarck suchte zunächst auszuweichen, entsandte aber auf das Drängen des Zaren den deutschen Botschafter am russischen Hof, General v. Schweinitz, nach der Krim, um dem Zaren mitzuteilen, daß Deutschland vor allem den Fortbestand der Freundschaft Österreichs und Rußlands wünsche, daß es gegebenenfalls auch ertragen könne, daß sie gegeneinander Schlachten gewönnen und verlören, nicht aber, daß eine der beiden Mächte so verwundet würde, daß sie aufhören würde, eine unabhängige und in Europa mitredende Großmacht zu sein. Das hieß, daß wir ebensowenig Österreichs als Rußlands Vernichtung mit unseren Lebensinteressen vereinbar fänden. Dem Zaren behagte diese Antwort, wie seine Stimmung war, wenig; er suchte jetzt mit Österreich, da er nicht hoffen durfte, es zu Boden zu schlagen, eine direkte Verständigung und schloß am 15. Januar 1877 einen geheimen Vertrag mit Kaiser Franz Joseph ab, kraft dessen Rußland freie Hand erhielt, in dem damals wütenden Aufstand der Bosnier, der Herzegowiner und der Bulgaren gegen Sultan Abdul Hamid einzugreifen und sich des Haupteinflusses im Osten des Balkans zu bemächtigen; dafür ward Österreich die Erwerbung Bosniens und der vorwaltende Einfluß im Westen der Halbinsel zugesichert.

Auf Grund dieses Abkommens erklärte der Zar am 24. April 1877 dem Sultan den Krieg und zwang ihn nach sehr wechselvollen Kämpfen am 3. März 1878 zu dem Frieden von San Stefano, durch den das türkische Reich in Europa fast vernichtet und ein Großbulgarien von der Donau bis Saloniki errichtet wurde. Da dieser neue Staat zunächst nichts anderes als ein russischer Vasallenstaat zu sein schien, wurde die Vormacht Rußlands auf dem Balkan voraussichtlich übergewaltig und damit der Orient überhaupt von ihm gänzlich abhängig. Diesen Zustand wollte England nicht hinnehmen, und auch Österreich sah sich in seinen wichtigsten Interessen bedroht, wenn die Donaumündungen in Rußlands Hand gerieten. Ein neuer, für Rußland sehr gefährlicher Krieg drohte auszubrechen. In dieser Lage übernahm Bismarck auf Rußlands Wunsch die Vermittlung. In Berlin trat am 13. Juni 1878 ein Kongreß der Großmächte zusammen, der in seiner Schlußakte vom 13. Juli zwar die rechtliche oder tatsächliche Befreiung Serbiens, Rumäniens und Bulgariens vom türkischen Joch aufrechterhielt, Bulgarien aber in wesentlich engere Grenzen verwies, es zu einem Tribut an den Sultan verpflichtete und Ostrumelien mit Philippopel als besondere autonome, türkische Provinz einrichtete. Österreich-Ungarn aber empfing von Europa den Auftrag, Bosnien und die Herzegowina, wo der Sultan die Ordnung nicht herzustellen vermochte, zu besetzen, zu befrieden und zu verwalten, dem Namen nach als Teile der ottomanischen Monarchie, tatsächlich als österreichisch-ungarische Landschaften. Es vollzog diesen Auftrag im August und September 1878.

Mit diesem Ausgang der Dinge waren Italien und Rußland sehr unzufrieden. Italien sah mit Mißbehagen, daß Österreich-Ungarn, dem es gern seine italienischen Gebiete — Welschtirol mit Trient, Görz, Gradiska, das Küstenland und Triest — abgenommen hätte, sich eine starke Stellung im Osten des Adriatischen Meeres am Balkan schuf, auf dem es bisher nur Kroatien und Dalmatien ohne ein Hinterland besessen hatte. Der Traum der Italiener, der von den Zeiten der venezianischen Seeherrschaft herrührte, daß die Adria mare nostro, »unser Meer«, werden sollte, war vor der rauhen Wirklichkeit zerstoben. Rußland aber grollte, daß ihm ein großer Teil der schon unter Dach geglaubten Früchte seines Sieges über die Türken wieder entrissen worden war, und das bald sichtbar werdende Streben der Bulgaren, nicht bloß den Herrn zu wechseln, sondern ein in Wahrheit unabhängiges Staatswesen zu bilden, ließ auch den Wert des Erreichten fraglich werden; Österreich-Ungarn dagegen hatte einen wirklichen Erwerb gemacht. Daraus entwickelte sich in St. Petersburg eine gereizte Stimmung, und statt sich zu sagen, daß man selbst den Bogen in San Stefano allzusehr überspannt und mehr begehrt hatte, als man gegen England hatte behaupten können, klagte man Deutschland an, daß es, undankbar für die 1866 und 1870 Preußen gegenüber eingenommene Haltung, der russischen Politik nicht die gebührende Unterstützung gewährt und ihre Niederlage verursacht habe. Als sich bei der Feststellung der Grenzen Bosniens bzw. der Herzegowina und Serbiens zwischen den russischen und österreichischen Bevollmächtigten Meinungsverschiedenheiten erhoben und Deutschland aus sachlichen Gründen mehrfach den Österreichern beitrat, schrieb Zar Alexander II. im August 1879 an seinen Oheim, Kaiser Wilhelm I., einen Brief, der an zwei Stellen die Drohung enthielt, wenn Deutschland an seiner Weigerung festhalte, seine Stimme ein für allemal im Sinne Rußlands abzugeben, so könne der Friede zwischen ihm und Rußland nicht dauern. Dieser Brief stellte das Deutsche Reich offenbar vor die Wahl, sich entweder zum willen- und würdelosen Schleppträger Rußlands in allen orientalischen Fragen herzugeben oder sich eines Angriffs zu versehen. An sich neigte Bismarck, wie er in seinen Gedanken und Erinnerungen (Kapitel 29) ausführt, mehr zu einem Bündnis mit Rußland als mit Österreich, da wir zu Rußland weder religiöse noch politische Gegensätze hätten, sein Herrscherhaus mit dem preußischen altbefreundet und verschwägert sei, auch der monarchische Erhaltungstrieb bei ihm ebenso stark wirke als bei Preußen. Da aber dieser Bund zur Zeit durch das Gebaren der Russen unmöglich geworden war, so entschied sich Bismarck für das Zusammengehen mit Österreich, obwohl er die daselbst vorhandenen antideutschen oder doch unzuverlässigen Elemente klar erkannte. Stärker waren doch die Gründe, welche hüben wie drüben auf den Zusammenschluß hindrängten, und ohne daß er beabsichtigt hätte, »für die Vertretung österreichischer Interessen im Balkan und im Orient deutsches Gut und Blut herzuleihen«, sah er doch »die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen starken Großmacht für Deutschland als ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa an, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden könne«. Da auch der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, Graf Andrássy, angesichts des für Österreich-Ungarn äußerst bedrohlichen Verhaltens der Russen von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit Deutschland durchdrungen war, fand in Gastein am 27. und 28. August 1879 eine Zusammenkunft beider Staats-

männer statt, und Bismarck suchte bei seinem kaiserlichen Herrn um die Erlaubnis nach, in Wien die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Nur sehr schwer entschloß sich der greise Kaiser Wilhelm I. dazu, da er von seiner Jugend her die Beziehungen zu Rußland, dessen Kaiser Nikolaus I. der Gemahl seiner Schwester Charlotte gewesen war, stets gepflegt hatte, und da er mit seinem Neffen Alexander II. durch persönliche Bande besonders innig verbunden war. Es bedurfte der Erklärung, daß Bismarck und das ganze Ministerium zurücktreten müßten, wenn er nicht zustimme, um ihm endlich das Wort, auf das es ankam, zu entreißen. In Wien hatte Bismarck eine Audienz bei Kaiser Franz Joseph, der um dieses Besuches willen seine Jagden in Steiermark unterbrach. Am 7. Oktober unterzeichneten dann Graf Andrássy und der deutsche Botschafter Prinz Reuß den Vertrag, der zunächst geheimgehalten, aber von dem Kaiser seinem Neffen persönlich mitgeteilt wurde, damit dieser wisse, woran er sei und sich darauf einrichten könne. Das Bündnis ward ohne Zeitgrenze geschlossen und bestimmte: 1) Bei einem Angriff Rußlands auf eine der beiden Mächte stehen sich beide mit ganzer Kraft bei. 2) Beim Angriff einer anderen Macht beobachten sie eine für den Verbündeten wohlwollende Neutralität. 3) Helfe Rußland aber dem betreffenden Angreifer, sei es durch drohende militärische Maßnahmen an seiner Grenze oder gar durch Mitwirkung, so stehen sich beide auch dann mit ganzer Kraft bei. 4) Der Friede wird nur gemeinsam geschlossen. Man kam auch überein, zunächst auf sechs Monate einen sog. Meistbegünstigungsvertrag betreffs der Zölle zu schließen und weiterhin die wirtschaftlichen Beziehungen enger zu gestalten. Bismarck, der wußte, daß das Bündnis in Deutschland, besonders im Süden, dem Volksempfinden durchaus entsprach, wäre sogar bereit gewesen, es durch Aufnahme in die Staatsverfassungen von allen diplomatischen und parlamentarischen Schwankungen unabhängig zu machen; die Österreicher und Ungarn hielten das aber ihrerseits nicht für tunlich. Die Wirkung war durchaus die gewünschte. In St. Petersburg kam man zur Besinnung; noch im November 1879 erschien der Thronfolger Alexander in Berlin, um beruhigende Versicherungen über Rußlands Absichten abzugeben.

Der Zweibund Österreichs und Deutschlands wurde drei Jahre nachher durch den Beitritt Italiens zum Dreibund erweitert. Schon als der italienische Staatsmann Crispi am 17. September 1877 bei Bismarck in Gastein und am 24. September in Berlin war, um mit ihm ein Bündnis gegen die Deutschland und Italien gleichermaßen von Frankreich drohende Gefahr zu vereinbaren, hörte er, daß Bismarck durchaus erbötig war, einen Schutz- und Trutzvertrag gegen Frankreich einzugehen, es aber als wünschenswert ansah, daß Italien sich mit Österreich auf guten Fuß stelle. Das fiel den Italienern nicht leicht. Österreich hatte von 1815—59 Italien von seiner Stellung in Venedig und Mailand aus beherrscht und niedergehalten; die Einheit Italiens hatte ihm in zwei Kriegen mühsam und mit entscheidender fremder Hilfe abgerungen werden müssen; dazu traten die schon erwähnten, von dem Verein der Italia irredenta (des unerlösten Italiens) geschürten Gegensätze in Welschtirol und Friaul, wo Italien einer festen Grenze am Isonzo ermangelte, in der Adria, am Balkan, wo Crispi Österreichs Absichten auf Bosnien 1877 sehr beunruhigend für Italien fand. Es bedurfte einer herben Erfahrung, um Italien zu überzeugen, daß es zu seinem eigenen größten Schaden den rechtzeitigen Anschluß an die mitteleuropäischen Großmächte versäumt hatte. Im Mai 1881 legte Frankreich unter dem Vorwand, daß es Algerien gegen die räuberischen Araberstämme von Tunis schützen müsse, seine Hand auf dieses herrliche Land, dessen 1574 durch Eroberung gegründete Verbindung mit der Türkei längst kaum mehr dem Namen nach bestand. Bismarck hatte auf Ferrys Anfrage, wie sich Deutschland dazu stellen werde, geantwortet, daß er selbst gegen eine endgültige Besitznahme, nicht bloß gegen einen Einmarsch daselbst, nichts einwende. Das Ereignis wirkte auf Italien wie ein Keulenschlag. Man hatte sich in Rom mehr und mehr mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß die alte provincia Africa der Römer, gutenteils ein wahrer Garten Gottes, in der karthagischen Zeit die Stätte rationellsten Anbaues, einst an Italien fallen werde; Sizilien war von Tunis nur durch einen Meeresarm von 150 km Breite getrennt, und die italienische Kolonie in Tunis war mit reichlich 20000 Köpfen weit zahlreicher als die französische. Jetzt waren alle diese schönen Aussichten für immer dahin, und man nahm wahr, daß England die »Regentschaft« sogar lieber in den Händen des französischen Nebenbuhlers sah als in der Hand Italiens, das im gleichzeitigen Besitz von Tunis und Trapani den Weg von Gibraltar nach dem Suezkanal zu sperren in der Lage war. Das Ministerium Cairoli trat zurück, und Mancini wandte sich nach Berlin mit der Frage, ob man das schon vor vier Jahren erörterte Bündnis abschließen wolle. Die Antwort lautete, wie zu erwarten: Ja, aber ihr müßt auch mit Österreich abschließen. Dieses kam Italien durch die Erklärung des Ministers des Auswärtigen, Baron Haymerles, entgegen, daß Österreich keinesfalls nach weiterer Ausdehnung auf dem Balkan strebe und Italiens Interessen daselbst nicht beeinträchtigen werde. An sich würde man in Wien mit einer Verpflichtung zu wohlwollender Neutralität zufrieden gewesen sein; nach der Andeutung in den Gedanken und Erinnerungen am Schluß des 29. Kapitels erschien es aber Bismarck angesichts der damals drohenden Gefahren notwendig, im Dreibund »eine strategische Stellungnahme« zu schaffen, ihm also militärischen Charakter zu geben. Der Dreibund ward am 20. Mai 1882 unterzeichnet. Der Wortlaut dieses ersten Vertrags ist bis heute nicht bekanntgeworden; fest steht nur, daß die drei Mächte sich ihren ganzen Besitz, der für uns Elsaß-Lothringen, für Österreich Bosnien und die Herzegowina, für Italien Rom einschloß, auf fünf Jahre verbürgten. Auch scheint schon damals vorgesehen worden zu sein, daß die drei Mächte, was sich eigentlich von selbst verstand, sich in allen internationalen Fragen Unterstützung leihen sollten. Dagegen ließen sich Deutschland und Österreich nicht darauf ein, eine bestimmte Bürgschaft gegen weitere Veränderungen im Mittelmeer zu übernehmen, und man fand darum in Italien den Bund als den Landesinteressen nicht genügend. Der Minister Graf Robilant setzte im Jahre 1887, indem er sich den Anschein gab, als werde Italien andernfalls von dem Bündnis zurücktreten, eine Erweiterung desselben dahin durch, daß die Wahrung des bestehenden Zustandes im Mittelmeer und auf dem Balkan einbezogen wurde. Um Italien im Mittelmeer noch stärker gegen weiteres Umsichgreifen Frankreichs zu schützen, hat Bismarck damals sogar versucht, den englischen Botschafter in Berlin, Malet,

für den Abschluß eines englisch-italienischen Bündnisses zu gewinnen; doch hatten diese Verhandlungen kein Ergebnis. Wir nehmen gleich vorweg, daß der Dreibund noch viermal, 1891, 1897, 1902 und 1912, erneuert wurde. Es geschah 1891 und 1897 auf fünf Jahre, 1902, wie es scheint, auf zwölf (1902—14). Vor Ablauf dieser Frist erfolgte die letzte Erneuerung am 5. Dezember 1912 bis 8. Juli 1920; eine Kündigung sollte frühestens ein Jahr vor dieser Frist erfolgen dürfen.

Der Dreibund bestand also im ganzen 33 Jahre lang ohne Unterbrechung, und zahlreiche Zusammenkünfte der leitenden Staatsmänner, namentlich der Minister des Auswärtigen auf deutschem, besonders aber österreichischem und italienischem Boden dienten der fortgesetzten gegenseitigen Aussprache und der Beseitigung etwa auftauchender Schwierigkeiten. Die amtlichen Berichte über diese Zusammenkünfte lauteten stets äußerst befriedigend; jedesmal ergab sich nach diesen Berichten eine übereinstimmende Auffassung der beteiligten Regierungen über die jeweilige Lage. Mit Deutschland war die Übereinstimmung wohl auch unschwer zu erhalten; die eigentliche Gefahr für den Fortbestand des Bundes lag in den österreichisch-italienischen Beziehungen, und nicht ohne Grund hat der Franzose Villiers (Pseudonym Tardieu) gesagt: »Weil Österreich und Italien nicht Freunde sein konnten, mußten sie Verbündete sein.«

Wenn das Bündnis gleichwohl immer wieder erneuert wurde und fast alle italienischen Staatsmänner von Ruf sich als dessen Anhänger bekannten, so war für Deutschland und Österreich die Hoffnung maßgebend, daß man wenigstens auf Italiens Neutralität im Fall eines großen Krieges rechnen könne, für Italien die Erkenntnis, daß der Dreibund ihm, wie der Minister San Giuliano am 18. Dezember 1912 im Parlament anerkannt hat, die Sicherheit seiner wirtschaftlichen und politischen Entwicklung besonders im Mittelmeer verbürge: »Wir haben in den letzten 30 Jahren des Friedens, den der Dreibund erhalten hat, die Hauptquellen unseres Nationalreichtums entwickelt, Heer und Marine verstärkt und den nationalen Geist gestählt.« Die Heirat des Kronprinzen Viktor Emanuel mit der Prinzessin Helene von Montenegro (24. Oktober 1896) war jedenfalls zum Teil durch die Balkaninteressen Italiens eingegeben, die durch nahe Beziehungen zu dem südlichen Nachbar Österreichs einige Deckung fanden. Das Abkommen, wodurch nach Ausbruch des griechisch-türkischen Krieges im April 1897 Rußland und Österreich irgendeine Veränderung auf dem Balkan nicht dulden zu wollen erklärten, lag durchaus in der Linie der italienischen Politik, welche darin eine Bekräftigung der Zusagen Baron Haymerles von 1882 sehen durfte. Bei einer der Erneuerungen des Bündnisses — von dem nicht feststeht, ob es in gesonderten Verträgen der drei Staaten oder, wie nach dem Ausdruck des zweiten österreichischen Rotbuches (1915) anzunehmen ist, in einer gemeinsamen Vertragsurkunde niedergelegt war —, spätestens im Jahre 1902, wurde festgesetzt (Art. VII), daß Gebietsveränderungen im Orient, die einer der Vertragsmächte zum Schaden gereichen würden, vorgebeugt werden sollte, und daß, falls die Aufrechthaltung des bestehenden Zustandes auf dem Balkan oder auf den türkischen Küsten und Inseln des Adriatischen und Ägäischen Meeres unmöglich werde und Österreich-Ungarn oder Italien sich genötigt sehen sollten, ihn durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung zu ändern, diese Besetzung nur nach einem vorherigen Übereinkommen erfolgen solle; dieses Übereinkommen sollte auf dem Grundsatz einer gegenseitigen Entschädigung für jeden Gebiets- oder anderen Vorteil beruhen, den jede der beiden Mächte über den gegenwärtigen Zustand hinaus erhalten würde.

Der Dreibund kam nun aber schon ins Wanken, als der jahrzehntelang bestehende scharfe Gegensatz zwischen Italien und Frankreich durch die Bemühungen des gewandten französischen Botschafters Barrère sich abschwächte, als 1897 ein Handelsvertrag zustande kam und Flottenbesuche ausgetauscht wurden. Um die Wunde von 1881 zu heilen, gestand Frankreich 1901 den Italienern als Ersatz für Tunis die Anerkennung ihrer vorwiegenden Interessen in Tripolis zu; Italien sollte Frankreich, Frankreich Italien Entgegenkommen betätigen, falls das eine oder das andere ihre Interessen in Tunis bzw. Tripolis weiter zu fördern gedächten. Italien versprach auch ausdrücklich oder dem Sinn nach, die französischen Absichten auf Marokko, Algeriens Nachbarland im Westen, nicht zu durchkreuzen. In Deutschland wurden Bedenken über dieses Abkommen laut; Graf v. Bülow sprach aber am 8. Januar 1902 das Wort: »In einer glücklichen Ehe muß der Gatte nicht gleich einen roten Kopf bekommen, wenn einmal seine Frau mit einem anderen eine harmlose Extratour tanzt.« Infolge des Abkommens unterstützte aber Italien auf der Konferenz von Algeciras (16. Januar bis 28. März 1906) Deutschlands marokkanische Politik in keiner Weise, und ein glaubwürdiger Zeuge hat mich versichert, daß damals in einer römischen Gesellschaft allgemein, auch seitens eines früheren (1896) auswärtigen Ministers, des Herzogs von Sermoneta, die Ansicht geäußert wurde, daß ein Ministerium, welches das italienische Heer an der Seite Deutschlands in den Krieg gegen Frankreich senden wollte, sich nicht zwei Tage zu halten vermöchte. Am 31. August 1907 gelang es Eduard VII., sich mit Rußland über Asien zu verständigen, und am 9. Juni 1908 kam er mit dem Zaren Nikolaus in Reval zusammen, wobei das »herzliche Einvernehmen« zwischen England und Rußland vollends zur Tatsache wurde; sie trafen, wie sie 1907 Persien »nach Einflußbereichen« unter sich zu teilen vereinbart hatten, so eine Abrede über die tatsächliche Teilung der Türkei. Um das Äußerste abzuwenden, zwangen die Jungtürken den Sultan Abdul Hamid am 23. Juli zur Wiederherstellung der 1877 erlassenen, 1878 aber wieder beseitigten Verfassung; das konstitutionelle Regiment sollte der Erneuerung der Türkei und ihrer Volkskraft dienen. Weil nun Bosnien und die Herzegowina formell noch zum ottomanischen Reich gehörten, war ihre Einbeziehung in die neuen Verhältnisse zu erwarten, und deshalb sprach Kaiser Franz Joseph, der diese Landschaften nach 30jähriger Verwaltung nicht aufgeben wollte und konnte, am 5. Oktober 1908 auf den Rat seines Ministers, des Grafen Ährenthal, ihre Einverleibung in seine Monarchie aus; auch Bulgarien erklärte sich am gleichen Tage für unabhängig. In Italien erregte die Verstärkung der Stellung Österreich-Ungarns am Balkan großes Mißvergnügen, dem der Minister Tittoni im Parlament unverhohlen Ausdruck verlieh; doch gelang es Österreich mit Hilfe Deutschlands, die Einverleibung aufrechtzuerhalten, obwohl Serbien und Rußland, von England unterstützt, längere Zeit große Schwierigkeiten machten. Daraus entwickelte sich eine auffallende Annäherung Italiens an Ruß-

land; in weitem Bogen, um nicht österreichischen Boden betreten zu müssen, reiste der Zar über Erfurt, Lyon und Modane nach dem Schloß Racconigi, das an der Maira am Ostfuß der Kottischen Alpen liegt, und hielt hier vom 23.—25. Oktober 1909 mit Viktor Emanuel III. eine Zusammenkunft, als deren Ergebnis »die Übereinstimmung der russischen und italienischen Interessen und Ziele und das beharrliche Zusammenwirken der beiden Mächte« verkündigt wurde. Als aber Asinaro, der kommandierende General des 3. Korps in Brescia, eine fanatisch irredentistische Rede hielt, wurde er denn doch abgesetzt. Österreich machte im weiteren Verlauf Italien im Dezember 1909 das Zugeständnis, daß — da Österreich bei der Einverleibung Bosniens der Pforte den Sandschak von Novibazar zurückgegeben hatte — der erwähnte Artikel VII des Dreibundvertrags ausdrücklich auf den Sandschak ausgedehnt wurde, dergestalt, daß, falls Österreich sich gezwungen sehen sollte, ihn wieder zu besetzen, es vorher mit Italien ein Übereinkommen zu treffen und ihm eine Entschädigung zuzugestehen habe.

Der Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich über Marokko vom 4. November 1911 verschaffte den Franzosen einen sehr bedeutenden Gebietszuwachs in Nordafrika und gab Italien die Handhabe, nunmehr zur Verwirklichung der ihm 1901 von Frankreich gemachten Aussichten zu schreiten. Sobald der friedliche Ausgang des marokkanischen Streitfalles sicher war, noch vor dem formellen Abschluß, schlug Italien los, erklärte der Türkei am 29. September 1911 den Krieg und besetzte die nordafrikanischen, bis dahin zur Türkei gehörigen Küstenlandschaften Tripolis und Kyrenaika. Der italienische Botschafter in Wien, Herzog von Avarna, versicherte am 26. September dem Grafen Ährenthal, daß, wenn diese Angelegenheit in einem Italien günstigen Sinne gelöst sei, Italien ein völlig befriedigtes und daher um so zuverlässigeres Glied des Dreibundes sein werde. Den bestehenden Zustand auf dem Balkan wolle es auch ferner nicht gefährden, ja, es werde ihn nach Erledigung der tripolitanischen Frage noch besser verteidigen können. Nicht ohne Sorgen ließ Österreich seinem Verbündeten freie Hand in Afrika, verhinderte aber gemäß dem Geist der über den Balkan getroffenen Abreden italienische Flottenangriffe auf Albanien und Saloniki, weil durch diese nicht geringe Gefahren auf dem Balkan heraufbeschworen werden mußten. Der Herzog von Avarna pflichtete diesem Verlangen Österreichs am 6. November 1911 »als etwas Selbstverständlichem« bei.

Die Gefahren wurden aber doch nicht verhütet. Die Bedrängnis der Hohen Pforte durch Italien gab den Balkanstaaten Bulgarien, Serbien und Montenegro den Mut, unter Rußlands oberster Leitung im März 1912 einen Balkanbund zu schließen, dem sich Griechenland anschloß und der dann die Türken militärisch überwältigte und ihnen ihre sämtlichen europäischen Besitzungen mit Ausnahme des Landstrichs zwischen den Linien von Tschataldscha und Konstantinopel und der Halbinsel Gallipoli entriß. Gegen die Gefahr, daß Serbien, der Schleppenträger Rußlands, sich an der albanischen Küste, besonders in Durazzo, festsetze, hielten Österreich und Italien, welche keinesfalls eine dritte Macht an der Adria aufkommen lassen wollten, im gemeinsamen Interesse zusammen; der noch bis zum 8. Juli 1914 gültige Dreibund wurde am 5. Dezember 1912 auf weitere sechs Jahre (1914 bis 1920) ohne Abänderung verlängert und sonderbarerweise somit selbst der Artikel VII beibehalten, obwohl nach dem Ergebnis des Krieges der Türkei gar keine Besitzungen mehr verblieben waren, deren Besetzung durch Österreich oder Italien in Frage kommen konnte. Es gelang dem Dreibund, auch auf der Londoner Konferenz am 16. Dezember 1912 die Serben von der Adria fernzuhalten und die Errichtung eines selbständigen Fürstentums Albanien durchzudrücken. Als Ersatz für die Meeresstellung forderte Serbien von Bulgarien ein Stück des eroberten Mazedonien, und da Zar Ferdinand darauf nicht einging, überwältigten Serben, Griechen, Montenegriner und Rumänen die Bulgaren 1913 im zweiten Balkankrieg und zwangen ihnen im Frieden von Bukarest am 10. August 1913 ihren Willen auf. Serbien gewann von den Türken und Bulgaren ein Gebiet von 39000 qkm und verdoppelte fast seinen Umfang, was den Österreichern so gefährlich erschien, daß sie am 8. August ihren Verbündeten anzeigten, sie müßten die Waffen gegen Serbien ergreifen. Italien lehnte aber ab, diese Maßregel als eine defensive anzuerkennen und den casus foederis als gegeben zu erachten, worauf Österreich sich ruhig verhielt.

Daß die Gefahr, die ihm von Serbien her drohte, keine eingebildete war, zeigte die durch Serbien verschuldete Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin in Serajevo am 28. Juni 1914. Sobald der Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und Österreich und damit auch der des allgemeinen Krieges sich ankündigte, faßte das Ministerium Salandra, obwohl der Minister des Auswärtigen Marchese San Giuliano als einer der ausgesprochensten Anhänger des Dreibundes galt und sich als solchen stets bekannt hatte, am 27. Juli den Beschluß, sich abwartend zu verhalten, woraus am Abend des 1. August der Entschluß zur Neutralität erwuchs. Das Ministerium stellte sich auf den Standpunkt, daß, da Österreich Serbien angegriffen habe, der casus foederis, der die Verteidigung voraussah, nicht gegeben sei; doch richtete Viktor Emanuel III. am 2. August ein Telegramm an Franz Joseph, in dem er die Fortdauer »einer herzlich freundschaftlichen Haltung« zusicherte, und das Ministerium ließ durchblicken, daß man auch noch zu Beschlüssen gelangen könne, welche den Wünschen der Verbündeten noch mehr entsprächen. Da Artikel III des Bundesvertrags für den Fall, daß eine Macht ohne direkte Herausforderung von zwei oder mehr Gegnern angegriffen werde, den casus foederis als gegeben erklärte, so lag in der Beobachtung der Neutralität nur dann kein Vertragsbruch, wenn Italien ernstlich an eine direkte Herausforderung seitens Österreichs glaubte. Graf Berchtold ließ das allerdings nicht gelten und nannte gegen den Botschafter Italiens, Herzog von Avarna, den Entschluß Italiens einen wenig freundschaftlichen, der mit dem Artikel III nicht im Einklang stehe, und machte den Herzog darauf aufmerksam, daß Italien die Verwirklichung weitgehender Aspirationen, wie Tunis und Savoyen, verscherze. Daß Artikel VII zur Zeit nicht angerufen werden könne, weil Österreich ja noch gar keine Vermehrung seines Besitzes auf dem Balkan erreicht habe, und daß Kompensationsforderungen Italiens erst bei der endgültigen Neugestaltung der europäischen Landkarte geltend gemacht werden könnten, hat San Giuliano am 25. August selbst zugestanden. Solange er lebte, war das Verhältnis zu Österreich immer noch ein leidliches. Als aber nach seinem Tode (16. Oktober) Sidney Sonnino das Auswärtige übernahm, änderten sich Ton und

Die Staatsoberhäupter des Vierbundes.



Kaiser Wilhelm II.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Stegl., n. Voigt, Homburg v. d. H.)



Kaiser Franz Joseph I.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz.)



Sultan Mohammed V.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz, nach C. Pietzner, Wien.)



Zar Ferdinand I.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz, nach C. Pietzner, Wien.)

Bibliographisches Institut in Leipzig.

Deutsche Staatsmänner.


Karl Helfferich.
(Phot. C. J. von Dühren, Berlin.)


Theobald v. Bethmann Hollweg.
(Phot. Perscheid, Berlin.)


Rudolf Havenstein.
(Phot. Perscheid, Berlin.)


Gottlieb v. Jagow.
(Nach Originalaufnahme von E. Bieber, Berlin.)


Wild v. Hohenborn.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz, nach Dührkoop, Berlin.)


Alfred v. Tirpitz.
(Phot. Perscheid, Berlin.)

[Zu den Bildnistafeln.]

Staatsoberhäupter, Staatsmänner und Heerführer.

(Ausführliche Schilderungen bringen die einzelnen Lexikonartikel des folgenden Teiles.)

I. Staatsoberhäupter des Vierbundes.

Wilhelm II. (Wilhelm Friedrich Viktor Albert), deutscher Kaiser und König von Preußen, geb. 27. Jan. 1859 in Berlin als ältester Sohn des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, nachmaligen Kaisers Friedrich III., besuchte 1874—77 das Gymnasium in Kassel, studierte 1877—79 in Bonn und wurde nach militär. Dienst 1882 Major, 1888 Kommandeur der 1. Garde-Inf.-Brigade. Seit 9. März 1888 Kronprinz, übernahm er 15. Juni die Regierung.

Franz Joseph I. Karl, Kaiser von Österreich, König von Ungarn, geb. 18. Aug. 1830 in Wien, wurde 1. Dez. 1848 für volljährig erklärt, am folgenden Tag zum Kaiser von Österreich und König von Ungarn und Böhmen proklamiert.

Mohammed V., fünfunddreißigster Sultan der Osmanen, vorher Prinz Mohammed Reschad Effendi, geb. 3. Nov. 1844 in Konstantinopel als Sohn des Sultans Abd ul-Medschid (gest. 1861) und jüngerer Bruder des entthronten Sultans Abd ul-Hamid, wurde 19. April 1909 zum Sultan ausgerufen.

Ferdinand I., König von Bulgarien, geb. 26. Febr. 1861 in Wien, jüngster Sohn des Prinzen August von Sachsen-Koburg und der Prinzessin Clementine von Orléans, österreichischer Husarenoffizier, trat 1886 in die Honvedarmee und wurde am 7. Juli 1887 von den Bulgaren zum Fürsten erwählt und am 2. März 1896 vom Sultan als Fürst von Bulgarien und Statthalter von Ostrumelien bestätigt.

II. Deutsche Staatsmänner.

Bethmann Hollweg, Theobald von, deutscher Reichskanzler, geb. 29. Nov. 1856 in Hohenfinow, 1896 Oberpräsident in Potsdam, 1899 Oberpräsident von Brandenburg, 1905 preuß. Minister des Innern, 1907 Staatssekretär des Innern, 1909 Reichskanzler.

Helfferich, Karl, deutscher Staatsmann, geb. 22. Juli 1872 in Neustadt a. H., 1901 Professor in Berlin, 1906 Direktor der Anatolischen Eisenbahn, 1908 Direktor der Deutschen Bank, wurde 1915 Reichsschatzsekretär und übernahm im Mai 1916 die Leitung des Reichsamts des Innern.

Jagow, Gottlieb von, deutscher Staatsmann, geb. 22. Juni 1863 in Berlin, 1906 vortragender Rat im Auswärtigen Amt, 1908 außerordentlicher Gesandter in Luxemburg, 1909 Botschafter in Rom, wurde 1913 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Havenstein, Rudolf, geb. 10. März 1857 in Meseritz, seit 1890 im preuß. Finanzministerium, 1900 Präsident der Seehandlung, wurde 1908 Präsident der Reichsbank und leitete die finanzielle Mobilmachung.

Wild von Hohenborn (bis 1900: Wild), preuß. General, geb. 8. Juli 1860 in Kassel, seit 1898 im Generalstab, 1914 Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im Kriegsministerium und Generalquartiermeister, Jan. 1915 Generalleutnant und preuß. Kriegsminister, Okt. 1916 Führer eines Armeekorps.

Tirpitz, Alfred von, deutscher Staatsmann, geb. 19. März 1849 in Küstrin, seit 1865 in der Marine, 1895 Konteradmiral, 1896/97 Chef der Kreuzerdivision in Ostasien, 1899 Vizeadmiral, 1903 Admiral. Seit 1898 Staatsminister, vertrat er mehrere Flottenvermehrungsvorlagen, wurde 1911 Großadmiral, trat 15. März 1916 zurück.

III. Österreich.-ungar. Staatsmänner und Heerführer.

Berchtold, Leopold, Graf, österr. Staatsmann, geb. 18. April 1863 in Buchlau, nach diplomatischem Dienst in Paris, London, Petersburg 1912 Minister des Äußern, trat Jan. 1915 zurück und wurde April 1916 Obersthofmeister des Erzherzog-Thronfolgers Karl Franz Joseph.

Burián von Rajecz, Stefan, Baron, ungar. Staatsmann, geb. 16. Jan. 1851 in Stampfen, 1886 bis 1895 Generalkonsul bzw. Gesandter in Sofia, 1903 Reichsfinanzminister, trat 1912 zurück, wurde Jan. 1915 Minister des Auswärtigen.

Tisza, Stefan, Graf, ungar. Staatsmann, geb. 22. April 1861 in Budapest, seit 1886 im Reichstag, 1903—06 Ministerpräsident, 1912 Präsident des Abgeordnetenhauses, übernahm 1913 wieder die Leitung des Ministeriums.

Koerber, Ernst von, österr. Staatsmann, geb. 6. Nov. 1850 in Trient, 1896 Sektionschef im Ministerium des Innern, 1897—98 Handelsminister, 1898 Minister des Innern, 1900 Ministerpräsident, trat 1904 zurück und wurde Okt. 1916 wieder Ministerpräsident.

Conrad von Hötzendorf, Franz, Freiherr, österr.-ungar. General, geb. 11. Nov. 1852 in Penzing, 1887 Major, 1893 Oberst, 1903 Feldmarschallleutnant und Kommandeur der 8. Infanterie-Truppendivision, 1906 Chef des Generalstabes; 1908 General der Infanterie, trat unter Ernennung zum Armeeinspekteur 1911 zurück und leitete als Generalstabschef des Erzherzogs Friedrich die Operationen der gesamten österr.-ungar. Streitkräfte.

Krobatin, Alexander, Freiherr von, österr.-ungar. General, geb. 12. Sept. 1849 in Olmütz, 1895 Oberst, später im Kriegsministerium, 1900 Generalmajor, 1905 Feldmarschalleutnant, 1910 Feldzeugmeister, wurde 1912 zum Kriegsminister ernannt.

IV. Österreich.-ungar. Heerführer.

Friedrich, Maria Albrecht Wilhelm Carl, Erzherzog von Österreich, geb. 4. Juni 1856 in Groß-Seelowitz, 1877 Major, 1882 Generalmajor, führte 1886 als Feldmarschalleutnant die 14. Infanterie-Truppendivision, wurde 1894 Feldzeugmeister und Kommandeur des 5. Armeekorps, 1907 Oberkommandant der Landwehr, 1910 Armeeinspektor, übernahm als Generalinspektor der gesamten Streitkräfte Aug. 1914 den Oberbefehl über das österr.-ungar. Heer.

Karl Franz Joseph, Erzherzog-Thronfolger von Österreich-Ungarn, geb. 17. Aug. 1887 in Persenbeug, Juli 1914 Oberst, seit Oktober 1911 vermählt mit Prinzessin Zita von Bourbon, leitete Juni 1916 den Vorstoß gegen Italien an der Tiroler Grenze.

Eugen, Ferdinand Pius Bernhard Felix Maria, Erzherzog von Österreich, geb. 21. Mai 1863 zu Groß-Seelowitz (Mähren), 1889 Major, 1893 Generalmajor, 1896 Feldmarschalleutnant und Kommandeur der 25. Infanterie-Truppendivision, 1900 Korpsführer (Innsbruck), 1901 Landesverteidigungskommandant für Tirol und Vorarlberg, 1908 General-Truppeninspektor, trat 1912 zurück. Seit Dez. 1914 Oberbefehlshaber der 6. Armee, befehligt E. seit Mai 1915 die österr.-ungar. Kräfte gegen Italien.

Joseph Ferdinand Salvator, Erzherzog von Österreich, geb. 24. Mai 1872 in Salzburg, 1901 Major, 1908 Generalmajor, 1911 Feldmarschalleutnant und Kommandant der 3. Infanterie-Truppendivision, Aug. 1914 kommandierender General des 14. Armeekorps, Okt. 1914 Führer der 4. Armee (Sieg bei Limanowa, Dez.) und leitete Juni-Aug. 1915 als Führer des linken Flügels der Heeresgruppe Mackensen den Vormarsch an der Weichsel.

Dankl, Viktor, österr.-ungar. General, geb. 18. Sept. 1854 in Udine, 1891 Major, 1907 Feldmarschalleutnant und Kommandeur der 36. Infanterie-Truppendivision, 1912 kommandierender General des 14. Armeekorps, bei Kriegsausbruch Führer der 1. Armee (Sieg bei Krasnik, Ende August 1914), leitete Frühjahr 1915 als Landesverteidigungskommandant für Tirol und Vorarlberg die Organisation des Landsturms und der Standschützen gegen Italien.

Auffenberg, Moritz, Ritter von, österr.-ungar. Heerführer, geb. 22. Mai 1852 in Troppau, 1892 Oberst, 1905 Feldmarschalleutnant, führte 1906—11 das 15. Armeekorps und trat 1912 zurück. Zu Beginn des Krieges Führer der 4. Armee (Sieg bei Zamość-Komarów), nahm er Okt. 1914 seinen Abschied.

V. Deutsche Heerführer.

Moltke, Helmuth Johannes Ludwig von, preuß. General, geb. 23. Mai 1848 in Gersdorf (Mecklenburg), 1891—96 Flügeladjutant des Kaisers, führte 1902—04 die 1. Gardedivision, später Generalquartiermeister, 1906 Chef des Generalstabs der Armee, leitete den Aufmarsch der deutschen Armeen, trat Okt. 1914 zurück und wurde Chef des stellvertretenden Generalstabes. M. starb 18. Juni 1916 in Berlin.

Falkenhayn, Erich von, preuß. General, geb. 11. Sept. 1861 in Burg Belchau (Thorn), 1896—99 militärischer Instruktor in China, 1906 Generalstabschef des 16., später des 4. Armeekorps, 1913 preuß. Kriegsminister, Dez. 1914 Chef des Generalstabes, leitete den Durchbruch bei Gorlice-Tarnów, die Sommeroffensive 1915 gegen Rußland und die Bezwingung Serbiens und wurde August 1916 Führer der siebenbürgischen Armee gegen Rumänien.

Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von, preuß. General, geb. 2. Okt. 1847 in Posen, 1877—84 im Generalstab, 1885 Major, 1894 Oberst, 1896 Generalstabschef des 8. Armeekorps, 1900—03 Generalleutnant und Kommandeur der 28. Division, 1904 Befehlshaber des 4. Armeekorps, 1905 General der Infanterie, wurde 1911 zur Disposition gestellt und im Nov. 1914 zum Generalfeldmarschall ernannt. An der Spitze der deutschen Kräfte im Osten befreite H. Ostpreußen vom Feinde, stieß gegen Riga und Dünaburg vor und wurde Aug. 1916 Chef des Generalstabes.

Ludendorff, Erich, preuß. General, geb. 9. April 1865 in Kruszewnia (Posen), 1908 Abteilungschef im Großen Generalstab, 1911 Oberst, 1914 Generalmajor und Kommandeur der 85. Infanteriebrigade, mit der er an der Eroberung Lüttichs teilnahm, wurde Aug. 1914 Generalstabschef des Feldmarschalls v. Hindenburg, Nov. 1914 Generalleutnant, Aug. 1916 General der Infanterie und Erster Generalquartiermeister.

Mackensen, August von, geb. 6. Dez. 1849 in Hausleipnitz, 1888 Major, 1900 Generalmajor, 1903 Generalleutnant, 1908 General der Kavallerie und kommandierender General des 17. Armeekorps, November 1914 Führer der 9. Armee (Siege von Kutno, Łódź und Łowicz), Dez. 1914 Generaloberst, Juni 1915 Generalfeldmarschall, leitete 1915 den Durchbruch bei Gorlice-Tarnów und die Operationen gegen Serbien, 1916 auf dem Balkan.

Beseler, Hans von, preuß. General, geb. 27. April 1850 in Greifswald, 1888 Major, 1899 Oberquartiermeister, 1903 Kommandeur der 6. Division, 1904 Chef des Ingenieur- und Pionierkorps, 1907 General der Infanterie, 1911 zur Disposition gestellt. B. bezwang am 9. Okt. 1914 Antwerpen, am 19. Aug. 1915 Nowo-Georgiewsk und wurde zum Generalgouverneur der im Osten besetzten Teile ernannt.

VI. Deutsche Heerführer.

Kluck, Alexander von, preuß. General, geb. 20. Mai 1846 in Münster, 1887 Major, 1899 Generalmajor, 1902 Generalleutnant, 1906 General der Infanterie und Kommandeur des 5. Armeekorps, 1907 des 1. Korps, 1913 Generalinspekteur der 8. Armeeinspektion, 1914 Generaloberst. August 1914 Führer der 1. Armee (Siege bei Maubeuge und St. Quentin), führte K. den Vorstoß bis vor Paris durch und gab März 1915 das Kommando an General v. Fabeck ab.

Bülow, Karl von, preuß. General, geb. 24. März 1846 in Berlin, 1885 Major, 1896 Direktor des Zentraldep. im Kriegsministerium, 1902 Generalquartiermeister, 1903 kommand. General des 3. Armeekorps, 1912 Generaloberst und Generalinspekteur der 3. Armeeinspektion, August 1914 Führer der 2. Armee (Siege bei Namur und St. Quentin Ende August 1914), schied Juni 1916 aus dem aktiven Militärdienst.

Albrecht, Herzog von Württemberg, geb. 23. Dez. 1865 in Wien, 1893 Major, führte als Generalleutnant die 26. Division, 1906—13 Korpsführer (11. und 13. Korps), hierauf Generaloberst und Generalinspekteur der 6. Armeeinspektion; bei Kriegsausbruch Führer der 4. Armee (Sieg bei Neufchâteau 22. Aug. 1914), eroberte einen großen Teil Flanderns.

Rupprecht, Kronprinz von Bayern, geb. 18. Mai 1869 in München, 1896 Major, 1900 Generalmajor und Kommandeur der 7. Infanteriebrigade, 1904 Kommandeur der 1. Division, 1906 Führer des 1. bayerischen Armeekorps, 1913 Generalinspekteur der 4. Armeeinspektion; Aug. 1914 Befehlshaber der 6. Armee (Sieg zwischen Metz und den Vogesen, 20./21. Aug.), verteidigte später den Frontabschnitt um Ypern.

Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen, geb. 6. Mai 1882 in Potsdam, Sohn Wilhelms II., 1908 Major, 1913 Oberst, später im Großen Generalstab, Aug. 1914 Generalleutnant, führte die 5. deutsche Armee im Westen (Siege bei Longwy, 22. Aug., und Verdun, 25. Aug.) und leitete später die Kämpfe vor Verdun.

Heeringen, Josias von, preuß. General, geb. 9. März 1850 in Kassel, 1892 Abteilungschef im Großen Generalstab, 1898 Direktor des Armeeverwaltungsdepartements, 1903—06 Divisionskommandeur, 1906 kommandierender General des 2. Armeekorps, 1909 preuß. Kriegsminister, trat 1913 zurück. Aug. 1914 Führer der 7. Armee in Lothringen, verteidigte er später die Front im Aisne-Gebiet.

Inhalt der Sprache Italiens. Unter dem Eindruck der von französischem und englischem Geld bestochenen Hetzpresse, als deren Wortführer der erbärmliche Gabriel d'Annunzio auftrat, und der russischen Kriegserfolge in Galizien und den Karpathen, von der Ansicht geleitet, daß das längst von innerlichen Gegensätzen zerklüftete Österreich-Ungarn dem Stoß der russischen Heere nicht werde standhalten können, glitt das Ministerium, dem die Botschafter Frankreichs und Englands, Barrère und Rennel Rodd, aufs stärkste zusetzten, immer mehr ins kriegerische Fahrwasser hinüber. Vergebens suchte Österreich, von Deutschland durch seinen außerordentlichen Vertreter in Rom, Fürsten Bülow, zu möglichstem Entgegenkommen gemahnt, Italien, das am 9. Dezember auf Grund von Artikel VII »juristische« Forderungen erhob, am 27. März 1915 durch das Angebot der Abtretung von Welschtirol mit Trient zu befriedigen. Sonnino verlangte am 6. April weit mehr, alles Land bis zum Brenner, das Isonzotal mit Görz und Gradiska, die Curzola-Inseln an der dalmatinischen Küste, die Verwandlung Triests in einen unabhängigen Freistaat, der natürlich in kürzester Frist sich an Italien anschließen sollte, und Österreichs völligen Verzicht auf allen Einfluß in Albanien, wo die Italiener schon am 29. Dezember Valona durch ein Regiment Bersaglieri besetzt hatten. Überdies verlangte Sonnino den sofortigen Vollzug der Abtretungen. Österreich konnte diese maßlosen Forderungen unmöglich erfüllen und ebensowenig sofort auch nur Welschtirol abtreten, da es nicht einmal sicher war, daß Italien dann wirklich neutral blieb. Am 25. April verhieß der Dreiverband Italien das ganze Tirol bis zum Brenner und das ganze österreichische Küstenland vom Isonzo bis zur Narenta.

Am 4. Mai kündigte Italien, nach Salandras berühmtem Wort vom sacro egoismo getrieben, in Wien das Bündnis mit Österreich; dessen neues Angebot vom 18. Mai, für dessen Ausführung Deutschland sich verbürgte (Umwandlung Triests in eine k. k. freie Stadt mit italienischer Hochschule und Verzicht auf Albanien), kam zu spät. Die beiden Kammern bewilligten am 20. und 21. Mai Salandra außerordentliche Vollmachten, die Abgeordnetenkammer mit 407 gegen 74, der Senat mit 262 gegen 2 Stimmen, und am 23. Mai erfolgte die Kriegserklärung an Österreich. Die Posse war zu Ende; das Trauerspiel des schnödesten Wortbruchs begann, verlief aber freilich ganz anders, als man in Rom hoffte.

Literatur: Singer, Geschichte des Dreibundes (Leipz. 1914); v. Chlumecky, Die Agonie des Dreibundes (das. 1915); Severus, 10 Monate italienischer Neutralität (Gotha 1915); Dörkes, Das Ende des Dreibundes (Berl. 1916); Österreichisches Rotbuch, Nr. 2.

Deutschlands politische Stellung

von Prof. Dr. **Dietrich Schäfer** in Berlin-Steglitz

Die Politik eines Staates wird durch nichts so sehr beeinflußt wie durch seine Geschichte; ist sie doch deren Fortführung. Die Verhältnisse, die geschichtlich überkommen sind, können ohne Nachteil gar nicht übersehen werden; ihre Wirkung zwingt sich unwiderstehlich auf. Ein Staatsmann, der glaubt, sie außer acht lassen zu dürfen, oder der gar versucht, ihnen entgegen zu arbeiten, wird es zu Erfolgen nicht bringen, kann leicht das ihm anvertraute Gut schwer schädigen.

Damit ist gegeben, daß man in die Politik eines Staatswesens nicht fördernd eingreifen kann ohne Verständnis seiner Geschichte, seines Werdegangs. Von allgemein humanitären Gesichtspunkten aus, auf Grund von Erwägungen, die auf den allgemein menschlichen Entwicklungsgang gerichtet sind, lassen sich die Beziehungen eines Staates zur Außenwelt nicht lenken. Solche Betrachtungen haben ihren Wert für das geistige und sittliche Sein eines Volkes und sind dadurch unentbehrliche Grundlagen seiner Gesundheit und Kraft, aber sie können nur nebenher in den Formen des Völkerverkehrs zur Geltung kommen, so gut wie gar nicht in der Regelung der Machtverteilung, die den Hauptinhalt aller auswärtigen Politik darstellt. Die bedarf des Verständnisses und der vollen Würdigung der realen Lage, die sich auf Grund der Vergangenheit herausgebildet hat.

Die geschichtliche Entwicklung eines Volkes wird bestimmt zunächst durch seine Eigenart, dann durch die geographische Lage und die Beschaffenheit seiner Wohnsitze; beide stehen wiederum in einer unumgänglichen Wechselwirkung.

I. Deutschlands zentrale Lage.

Wir Deutschen sind das Volk der Mitte Europas. Darin liegt ein Vorteil, soweit Verkehr, Waren- und Bildungsaustausch in Frage kommen. Kein großes Land Europas liegt so günstig, seine eigenen Erzeugnisse über den Erdteil zu verbreiten, fremde, vor allem auch überseeische, nach allen Seiten hin zu vertreiben, wie Deutschland. Wenn der Westen Europas im Zeitalter der Entdeckungen in dieser Beziehung einen Vorsprung gewann, so ist das nicht eine Folge seiner Lage, sondern günstigerer geschichtlicher Entwicklung. Dieser Vorsprung ist heute so gut wie verloren. Spanien und Portugal bedeuten im Weltverkehr nichts mehr; Frankreich ist von Deutschland überflügelt, und England muß sich gegen Deutschlands Wettbewerb wehren; seine Überlegenheit mindert sich von Jahrzehnt zu Jahrzehnt.

Es gibt aber auch kein Volk Europas, das in so regem geistigen Austausch mit allen anderen Bewohnern des Erdteils stand und steht wie das unsere. Wir haben empfangen und gegeben nach allen Seiten hin. Man spricht von der großen Empfänglichkeit, der geistigen Beweglichkeit der germanischen Stämme; sie sind doch bei keinem so entwickelt wie beim deutschen. Nirgends hat fremdes Geistesleben in solchem Umfange Verständnis gefunden wie bei uns.

Der lebhafte Austausch so ziemlich auf allen Gebieten des Lebens, in dem wir stehen, birgt aber auch seine Gefahren. Wir sind dem Einfluß fremder Denkungsweise, fremden Brauchs und fremder Sitten mehr ausgesetzt als andere Völker, und es hat Zeiten gegeben, in denen wir ihnen fast erlagen. Unsere gegenwärtigen Erlebnisse bestärken uns in dem Gefühl, daß wir allen Anlaß haben, spröder zu sein, als wir vielfach waren, bewußter unsere Art zu behaup-

ten, Fremdes sorgfältiger zu prüfen, ehe wir es zu Eigenem machen. Wir werden um so wachsamer sein müssen, als die Einführung des Fremden häufig verknüpft ist mit Erwerbsinteressen, die Berücksichtigung fordern und sie doch nicht verdienen. Aber das ist eine Sorge, die hier nur mittelbar in Frage kommt. Hier handelt es sich um den Einfluß unserer zentralen Lage auf unsere politische Stellung.

Der Nachteil, den sie im Gefolge hat, leuchtet sofort ein. Unser Reich grenzt an fast alle großen Mächte Europas; England liegt es in kurzem Abstande gegenüber. Natürliche Grenzen hat es kaum, jedenfalls gegen seine gefährlichsten Nachbarn im Osten und Westen nicht. Frankreich ist in sehr viel günstigerer Lage; es hat nur eine, die Ostgrenze, zu verteidigen; im Süden trennt es ein hohes und wenig zugängliches Gebirge von einem schwachen Nachbarn. Schon seine Lage gebietet Deutschland einerseits größte Umsicht und Sorgfalt in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, andrerseits äußerste Stärkung seiner Machtmittel unter Aufbietung aller seiner Kräfte. Wer in unserem Volke Friedensphantomen nachjagt, ist bewußter oder unbewußter Feind seines Vaterlandes, und ebenso rächen sich falsche Schritte in unserer Auslandspolitik bitterer als anderwärts an Wohlfahrt und Bestand unseres Reiches.

Unsere zentrale Lage hat uns nicht nur geographisch verschwommene Grenzen gegeben, sie hat zusammen mit geschichtlichen Hergängen auch die nationalen Trennungslinien verwischt oder sie anders gestaltet als unsere Staatsgrenzen. Ostwärts ist jenseits der Oder und an deren linkem obersten Ufer eine feste, klar verlaufende Nationalitätengrenze überhaupt nicht vorhanden, und west-, süd- und nordwärts fällt sie nicht mit der Reichsgrenze zusammen. Mehr als 15 Millionen Deutsche, in Sprache und Bildung völlig eins mit uns, wohnen in Österreich-Ungarn und der Schweiz, und über 9 Millionen Niederländer und Flamen haben zwar eine besondere Sprache und anschließend daran ein besonderes Geistesleben entwickelt, sind aber doch ihrem Ursprunge nach Fleisch von unserem Fleisch und Bein von unserem Bein. Die politischen Grenzen zwischen ihnen und uns sind durch geschichtliche Zufälligkeiten bestimmt worden. Kein Staat Europas hat so viel Angehörige des von ihm vertretenen Volkstums außerhalb seiner Grenzen wohnen wie das Deutsche Reich, ohne Einrechnung von Niederländern und Flamen mehr als ein Fünftel seines Bestandes.

Andrerseits haben wir, als Folge geschichtlicher Entwicklung, auch Fremde zu Angehörigen unseres Staatswesens. Sie sind weit weniger zahlreich als unsere Außenbestände, und doch nehmen unsere Feinde sie zum Anlaß, uns als Unterdrücker zu verschreien und sich als Befreier aufzuspielen, als ob Rußlands Einwohnerschaft sich nicht ungefähr zur Hälfte aus Fremdstämmigen zusammensetzte und England nicht mehr Irländer unter seinen Willen beugte als wir Polen, Dänen und Franzosen zusammen, ganz abgesehen von seinem außereuropäischen Machtgebiete. Die Verleumder finden Glauben weithin, weil nähere Kenntnis unserer nationalen Verhältnisse im Auslande ein seltenes Ding ist; ist sie doch bei uns selber wenig genug verbreitet, wie sich vor allem aus so manchen Äußerungen zur Polenfrage deutlich erkennen läßt, wie wenn z. B. geraten wird, diese nach dem Muster der Sprachenbehandlung in der Schweiz zu ordnen. Diese Lage der Dinge macht eine gewisse Spannung mit den Nachbarvölkern unvermeidlich. Sprachenfragen, die ihrer Natur nach auch politische sind, schweben mit Franzosen, Polen und Dänen, für die Deutschen Österreichs mit den Italienern. Niederländer, Belgier, Schweizer, auch die reindeutschen Luxemburger fürchten sich vor uns oder tun doch so, obgleich wir auch in den Jahrzehnten wiedererstandener deutscher Macht nicht einen Finger gerührt haben, ihre Selbständigkeit zu beschränken. Wir haben eben durch unsere Lage mehr Reibungsflächen mit anderen Völkern als sonst irgendein Staat.

Durch unsere Lage und, wie bemerkt, durch unsere geschichtliche Entwicklung.

Man schilt uns nicht nur als Bedränger fremder Völker, sondern auch als Unterdrücker eigener Volksteile. Bei den Zertrümmerungsplänen, die unsere Nachbarn in Ost und West so mannigfaltig und so erfinderisch aushecken, spielt die Zerlegung in wirkliche oder angebliche frühere Bestandteile, die Wiederherstellung verschwundener oder in ihrem Selbstbestimmungsrecht gekürzter, die Wiederauffüllung in ihrem Besitz verkleinerter Staatswesen auf ihren früheren Stand eine Hauptrolle. Man redet auch hier von Gerechtigkeit, meint aber nichts anderes als die Schwächung deutscher Macht, in der man den eigenen Vorteil sieht. Man glaubt oder gibt doch vor zu glauben, daß man damit den Wunsch zahlreicher Deutscher, ja einer Mehrheit unseres Volkes erfülle, träumt sich auch in diesen Bestrebungen in die Rolle des »Befreiers« hinein oder spielt sich in ihr auf. Sicher ist auch dabei ein gut Teil Heuchelei, aber ein Teil doch auch wieder grobe Unwissenheit des Auslandes über unsere Verhältnisse, die ja allerdings nicht so leicht zu durchschauen sind wie die Englands oder Frankreichs und obendrein gewohnheitsmäßig oberflächlich betrachtet werden. Doch ist auch hier wieder darauf hinzuweisen, daß ähnliche Verständnislosigkeit bei uns selbst nicht so wenig verbreitet ist.

In der Auffassung von der politischen Gesamtlage, dem politischen Gesamtcharakter unseres Volkes ist es geradezu ein Axiom geworden, daß unser Volk unheilbar und unrettbar zur Uneinigkeit verurteilt, ihm Uneinigkeit als seine Art von der Vorsehung mitgegeben sei. In allen Tonarten hat es wohl jeder wieder und wieder verkünden hören, zürnend und strafend, mahnend und warnend, erklärend, achselzuckend, ja gelegentlich auch befriedigt, weil man zu erkennen glaubt, daß darin ja ein nicht unerheblicher Teil unserer Vorzüge liege. Selbst Bismarck hat in seiner harten Arbeit, das Reich zusammenzuschmieden, so und so oft die unüberwindliche Neigung der Deutschen zur Uneinigkeit bitter beklagt. Und doch ist die Auffassung falsch, grundfalsch. Wir Deutschen waren und sind an sich nicht uneiniger als andere Völker von geistiger Selbständigkeit auch.

Staatliche Einigung ist ein Werk der Geschichte. Wir haben sie vor einem Jahrtausend in der Form, in der sie damals gegenüber Stammes- und anderen Unterschieden erreichbar war, eher und fester erlangt als irgendein anderes europäisches Volk. Sie ist uns dann verlorengegangen, weil wir durch die Zeitverhältnisse in Beziehungen hineingedrängt wurden, die gerade für das mächtigste Volk des Abendlandes unvermeidlich waren, während andere Nationen sich ihnen fernhalten und dadurch in ihrem staatlichen Werdegang uns überholen konnten. Wir sind dann durch eben diese Beziehungen, durch die Gegnerschaft zwischen Kaisertum und Papsttum, zu politischer Zer-

splitterung gekommen, als Reich politisch ohnmächtig geworden. In unserer mitteleuropäischen Lage hatte das die Folge, daß wir weithin unter den Einfluß der Fremden gerieten, daß die Nachbarn ihre Streitigkeiten auf unserem Boden ausfechten konnten, daß sie sich für berechtigt hielten, als Preis ihrer Kämpfe über deutsches Land zu verfügen. Bis hart an den Rand des Untergangs sind wir auf diese Weise gekommen; nur der glückliche Aufstieg des brandenburgisch-preußischen Staates hat uns gerettet.

Naturgemäß und folgerichtig — bei anderen Völkern, die in ähnlichen Lagen gewesen sind, war es nicht anders; man denke nur an die Italiener — hat diese lange und harte Prüfungszeit zersetzend gewirkt. Eine verwirrende Menge von Sonderbestrebungen drängte das Allgemeine zurück, so daß es zeitweise kaum noch erkennbar blieb. Aber der Zustand ist überwunden worden, das Deutsche Reich trotzdem erstanden. In den schweren Kämpfen, die um seine innere Ausgestaltung auch nachher noch geführt worden sind, konnten wohl manchmal Zweifel rege werden, ob es im Herzen unseres Volkes fest verankert, ob Bismarcks Annahme richtig sei, daß das deutsche Volk werde reiten können, wenn es in den Sattel gesetzt werde. Wer aufs Ganze, auf die großen Zusammenhänge sah, dem wuchs doch von Jahrzehnt zu Jahrzehnt die Hoffnung im Herzen, es festigte sich ihm die Überzeugung, daß Bismarcks Schöpfung bestehen, daß sie allen Stürmen gewachsen sein, daß unser Volk sie verteidigen werde gegen jeden auswärtigen Feind. Die Prüfungsstunde ist gekommen; sie hat ein einiges Volk gefunden. Später als andere Völker haben wir die Bürgschaft des Bestehens erlangt; aber wir haben sie und liefern auch der Fremde den Beweis, daß wir sie haben. Das Gerede von der unausrottbaren Uneinigkeit hat zu verstummen. Wie auch der Krieg ausgehen mag, dieser Gewinn bleibt unserem Volke. Nach 44jährigem Bestehen kann das Reich, kann die Einheit unseres Volkes als unerschütterlich begründet gelten. Engländer und Franzosen haben sich früher, aber nicht rascher zusammengelebt.

II. Die Einigung Deutschlands und die Mächte.

Welches ist nun aber die Stellung, die dieses Reich inmitten der Staatengesellschaft einnimmt? Welches sind die Voraussetzungen seines Gedeihens unter ihnen?

Es war verständlich, daß seine Aufrichtung kaum irgendwo in der Welt mit ungeteilter Freude begrüßt wurde. Es hatte nur durch Kampf entstehen können; daß die überwundenen Gegner das nicht so leicht vergaßen, lag in der Natur der Sache. Es hatte einst ein machtvolles deutsches Kaisertum gegeben, und die Erinnerung an seine Herrlichkeit hatte nicht so wenig die Hoffnung unseres Volkes auf Wiedererstehen belebt. Wie, wenn das neue Reich die einst geübten Rechte wieder in Anspruch nahm! Wo man sich ihnen entzogen hatte, regte sich solche Befürchtung. Den beiden großen Mächten aber, die außer Frankreich gewohnt waren, weithin maßgebenden Einfluß zu üben, mußte der neue Bruder als unbequemer Mitbewerber, mindestens als Hemmnis erscheinen. Lange war Deutschland wirtschaftlich eine Domäne Englands gewesen. Hatte schon die Begründung des Zollvereins diesen Besitz beeinträchtigt, was konnte geschehen, nun dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der politische gefolgt war? Fleiß und Unternehmungslust waren dem armen Vetter vom Festlande auch in seinen trübsten Tagen nicht verlorengegangen; haushälterische Tugenden hatte ihm die Enge der Verhältnisse anerzogen. Konnten diese Eigenschaften, straff zusammengefaßt von starkem Wollen und gestützt auf Macht, nicht dem See und Handel beherrschenden Inselvolk gefährlich werden? Und Rußland? Seit den Tagen der Heiligen Allianz hatte es eine Oberaufsicht über deutsche Politik in Anspruch genommen und in so manchen wichtigen Fragen tatsächlich geübt. Es hatte die deutsche Einheit erstehen, Preußen nacheinander über Dänemark, Österreich, Frankreich siegen lassen, weil es hoffte und nach der Lage der Dinge hoffen durfte, dadurch den Arm zu verlängern, mit dem es Europas Geschicke von der Newa aus zu seinem Vorteil zu lenken wünschte. Selbst in den Vereinigten Staaten waren Sympathien mit Deutschland über den Kreis ihrer deutschen Bevölkerung hinaus wenig genug verbreitet. Die Teilnahme für die Nordstaaten in ihrem Ringen mit dem Süden, die in Deutschland wärmer war als in irgendeinem anderen europäischen Lande, hat ihm ein nachhaltiges Gefühl der Dankbarkeit bei den angelsächsischen Einwohnern der Union nicht eingetragen. Wenn in Deutschland die freundlichen Beziehungen zwischen Friedrich dem Großen und dem werdenden amerikanischen Staatswesen fast ermüdend und nicht ohne eine gewisse Absichtlichkeit wieder und wieder hervorgehoben worden sind, so ist das bei der Masse der Unionsbevölkerung selten anders als kühl und förmlich aufgenommen worden. Jede Politik, die von der Annahme ausgeht, daß die Vereinigten Staaten sich in ihrer internationalen Haltung durch etwas anderes bestimmen lassen als durch ihre eigensten und nacktesten realen Interessen, ist nicht nur verfehlt, sondern in hohem Grade verderblich und gefährlich. Das neuerstandene Deutsche Reich galt und gilt überall als Mitbewerber um Reichtum und Macht, ganz anders als das gleichzeitig mit ihm geeinigte Italien, dem man beengende Leistungen nicht zutraut.

Die Befürchtungen der kleinen Nachbarstaaten, auch derer, die nicht Teile des Reiches gewesen waren, haben sich bald verloren. Die loyale Haltung Deutschlands hat alle beruhigt, die den Schein der Besorgnis für ihre Zwecke nicht notwendig gebrauchten. Auch die besiegten Gegner Dänemark und Österreich haben bald den Weg zurückgefunden zu normalen Beziehungen. Anders allerdings Frankreich! Es hatte schwer an seinem Ansehen eingebüßt. Es war und ist ein Glaube der Franzosen, daß sie einen Anspruch haben auf Deutschlands Zersplitterung. Die »deutsche Freiheit« spukt seit Richelieu in ihren Köpfen als die einzige für sie erträgliche Form deutschen staatlichen Lebens. Nun hatte ihnen dieses politisch und nach ihrer Meinung auch militärisch ganz unebenbürtige Volk das Elsaß und Deutsch-Lothringen entrissen, ein Gebiet, das sie trotz seiner fremdstämmigen Bevölkerung auf Grund vorübergehenden Besitzes als ein untrennbares Glied ihres Staatskörpers ansehen. Der Revanchegedanke wurde die beherrschende Stimmung des leicht erregbaren Volkes und naturgemäß der Kristallisationspunkt für alles, was sonst in der Welt an Gegnerschaft gegen Deutschland vorhanden war oder aufkam.

Zuerst führte er zu einer Annäherung an Rußland. Diese byzantinisch kultivierte Macht betrieb seit Peter dem Großen und zumal seit Katharina II. vor allem Orientpolitik. Ihre Blicke waren auf Konstantinopel, den Bosporus und die Dardanellen gerichtet. Mit der Aufrichtung des Kreuzes auf der Hagia

Sophia hätte man zugleich eine Stellung am Mittelmeer gewonnen, die stärkste und sicherste von allen. Die zahlreichen christlichen Untertanen der Türkei boten eine vortreffliche Handhabe, den Zaren zum Zarbefreier zu stempeln. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts glaubte er schon nach dem Preise greifen zu dürfen, als die Westmächte sich ihm in den Weg legten; nur Preußens Zurückhaltung bewahrte Rußland im Krimkriege vor tiefer Demütigung und schweren Verlusten. Der deutsch-französische Krieg gab ihm Gelegenheit, das Schwarze Meer mit Bismarcks Unterstützung wieder frei zu machen von der Sperre, die im Pariser Frieden seiner Flotte auferlegt war. Frankreich kam jetzt als Gegner nicht mehr in Frage. So glaubte Rußland 1877 die Zeit gekommen, von neuem zu versuchen, was 1854 mißlungen war. Serben und Bulgaren mußten sich erheben; als sie den Türken unterlagen, griff es selber ein, und seine Heere gelangten, wenn auch nicht ohne Gegenschläge, mit rumänischer Hilfe bis vor Konstantinopel. Im Frieden von San Stefano verzichtete die Türkei im März 1878 neben anderem auf den größten Teil ihres europäischen Besitzes; er sollte ein neu zu begründendes bulgarisches Fürstentum unter nomineller türkischer, in Wirklichkeit russischer Oberleitung werden.

Dem widersetzten sich England und Österreich. Sie wollten den Balkan nicht unter russische Herrschaft gelangen lassen. Auf dem Berliner Kongreß sind im Juni und Juli des Jahres die Gegensätze ausgeglichen worden. Rußland mußte auf ganz Mazedonien und mehr verzichten; aber Österreich besetzte Bosnien und die Herzegowina, und England ließ sich vom Sultan Cypern abtreten. Während des Krieges hatte Rußland von deutscher Seite eine sehr wohlwollende Neutralität genossen; gegen den Druck der beiden Mächte vermochte Bismarck es nicht zu decken, obgleich er sich wahrlich bemühte, der »ehrliche Makler« zu sein.

Bis dahin war es Bismarcks Bestreben gewesen, durch den Dreikaiserbund, die Wiederbelebung einer Mächtegruppierung, die sich seit 1815 wiederholt stark erwiesen hatte, Frankreichs Revanchelust in Schach zu halten. Schon 1872 hatte er die drei Kaiser in Berlin zusammenführen können. Leiter der russischen Politik war durch alle diese Jahre Fürst Gortschakow, der sich von jeher zu Bismarck in einem persönlichen Gegensatz gefühlt hatte. Er hatte schon 1875 eine angebliche Bedrohung Frankreichs durch Deutschland zum Anlaß genommen, sich als ganz überflüssigen Friedensstifter aufzudrängen. Jetzt mußte Bismarck schuld sein an Rußlands Mißerfolg. An der Newa lenkte man in die Bahn ein, auf der man mit Frankreichs Hilfe seine orientalischen und panslawistischen Ziele zu erreichen hoffte. Für panslawistische Politik wäre Deutschland doch unter allen Umständen ein Hindernis gewesen. Einer der wunderbarsten Hergänge war das Umschwenken und Umdenken der Republikaner an der Seine. Aus den Polenschwärmern wurden nicht weniger begeisterte Russenfreunde, aus den Kämpfern für Freiheit und Menschenrechte phrasendreschende Verhimmeler russischer Gewaltherrschaft und Knutenordnung.

Die Wendung gebot für Deutschland einen engeren Anschluß an Österreich. Ein solcher war immer Bismarcks Wunsch gewesen; nur wollte er nicht ein Kondominat in Deutschland, weil es nicht stärken, sondern nur schwächen konnte. So hatte er 1866 auf einen Frieden bestanden, der einer vollen Aussöhnung mit der Donaumonarchie möglichst Raum ließ; in ihr sah er die unerläßliche Gewähr für die Sicherheit Mitteleuropas. Konnte Rußland angeschlossen werden, um so besser. Jetzt lag doch der Zwang vor, sich mit Österreich-Ungarn näher zu verständigen; 1879 ward das Bündnis geschlossen, das seitdem bestanden hat. Bei dem Gegensatz Österreichs zu Rußland in der orientalischen Frage mußte es zu einer gewissen Abwendung Deutschlands von dieser Macht führen. Bismarck hat es doch stets verstanden, wenn auch unter wachsenden Schwierigkeiten, den Faden nach Rußland in der Hand zu behalten. Er hat 1884 auf drei Jahre den sogenannten Rückversicherungsvertrag geschlossen und 1887 für ebensolange Zeit erneuert, nach welchem Deutschland keine Hilfsverpflichtung anerkannte, wenn Österreich Rußland angreife, Rußland nicht, wenn Frankreich gegen Deutschland Krieg beginne.

Dem deutsch-österreichischen Bunde ist 1882 Italien beigetreten. So kam der Dreibund zustande, der in wechselnden Formen gedauert hat bis zu seinem Bruch durch Italien im gegenwärtigen Kriege. Anlaß zum Beitritt Italiens war die im Jahre zuvor erfolgte Besetzung von Tunis durch die Franzosen. Man braucht nur an Karthago und Rom zu denken, um sich zu vergegenwärtigen, was sie für Italien bedeutete, zumal Malta in Englands Hand war. Dazu kam, daß in Tunesien die italienischen Interessen weit überwogen, dort mehr als 100 000 Italiener, dagegen nur eine kleine Anzahl Franzosen ihrem Erwerbe nachgingen. Crispi, der damals Italien leitete, hatte Verständnis für seine wahren Interessen und vertrat sie mit weitem Blick. Frankreichs Vorgehen war einer der vielen Schritte, die es unternahm, als Ersatz für den erlittenen Verlust und die Minderung seines Ansehens sein Kolonialreich zu erweitern. Es hat das erreicht mit staunenswerter Tatkraft und Folgerichtigkeit weit über das Maß dessen hinaus, was es früher besaß; in Afrika und in Hinterindien hat es einen gewaltigen Kolonialbesitz zusammengebracht. Das konnte nicht geschehen ohne Verschärfung der Spannung, die seit Jahrhunderten zwischen England und Frankreich auf dem Gebiete der überseeischen Kolonial- und Handelsunternehmungen bestanden hatte. Es gab eine tiefe Verstimmung in Frankreich, als England 1882 aus Anlaß einer nationalen Erhebung Ägypten besetzte, ein Land, das durch Frankreich abendländischer Zivilisation zugeführt worden war und das ihm den Suezkanal verdankte.

In dieser Lage der Dinge ist Deutschland unter Bismarcks Führung in die Kolonialpolitik eingetreten.

III. Deutschlands Kolonialpolitik.

Es ist neuerdings wiederholt gegen den Begründer des Reiches der Vorwurf erhoben worden, er habe kolonialer Politik nicht das nötige Verständnis und Interesse entgegengebracht, sei zu sehr in festländischen, preußischen und kleindeutschen Anschauungen befangen gewesen. Solcher Vorwurf kann kaum scharf genug zurückgewiesen werden; er beruht auf völliger Verkennung der Verhältnisse. Niemand wußte so genau wie Bismarck, unter welchen internationalen Schwierigkeiten das Deutsche Reich zustande gekommen war, mit welchen Hindernissen es fortgesetzt zu kämpfen, welche Gefahren es zu bestehen hatte. Ihm war klar, was noch heute für uns die Grundwahrheit aller politischen Weisheit ist, und was in keiner Weise geän-

dert wird und geändert werden darf durch die Möglichkeit, draußen reiche Gewinne zu ernten, daß wir in Europa verankert sind, dort fest und unerschütterlich begründet sein müssen, um mit Erfolg nach Weltgeltung zu streben. Die Gegner jeder Kolonialpolitik haben als eins ihrer gewichtigsten Argumente die Gefahr, mit fremden Nationen, insbesondere mit England, in Händel zu geraten, ins Feld geführt. Bismarck hat zwar jeden »Appell an die Furcht« stolz abgelehnt, aber die Schwere dieses Bedenkens voll erkannt und gewürdigt. Wie, wenn England sich den beiden Festlandsgegnern anschloß, wie es jetzt wirklich geschehen ist? Als die französisch-italienische Entfremdung den Zweibund zum Dreibund ausgestaltet, Ägypten einen weiteren Keil zwischen Frankreich und England getrieben hatte, ist er vorgegangen, obgleich er der Unterstützung durch das deutsche Volk nach den 1880 mit Samoa gemachten Erfahrungen noch keineswegs so sicher war, wie er das immer für unerläßlich notwendig erklärt hat. Er hat gewagt, obgleich er hätte sagen müssen: Vestigia terrent.

In raschem Anlauf ist dann ein ansehnlicher Kolonialbesitz zusammengebracht worden. Er hat nach Bismarcks Entlassung eine erhebliche Vermehrung nicht mehr erfahren. Englischerseits wird jetzt manchmal behauptet, daß England bis zum gegenwärtigen Kriege Deutschland in der Erwerbung von Kolonien nicht nur nicht gehindert, sondern geradezu gefördert und begünstigt habe. Das genaue Gegenteil ist richtig; es ist eine der vielen Verdrehungen der Tatsachen, deren sich insbesondere die Engländer befleißigen. Englands Mißgunst hat jeden unserer kolonialen Schritte begleitet. Sie ist in den ersten Jahren überwunden worden nicht zuletzt durch Zusammengehen mit Frankreich. Die beiden Mächte haben vereinigt England 1884 zur Ordnung der afrikanischen Angelegenheiten auf die Kongokonferenz in Berlin gebracht und ihm dort die Anerkennung des Kongostaats sowie eine ausgedehnte mittelafrikanische Freihandelszone abgerungen. Diese Politik hat nach Bismarcks Entlassung einer anderen Platz gemacht, die aber auch nicht unentwegt festgehalten wurde. Die Hinneigung zu England wich nach einigen Jahren einer Stimmung, die ihren deutlichsten Ausdruck im Januar 1896 im Krüger-Telegramm gefunden hat. Im Herbst 1898 kam trotzdem ein englisch-deutscher Vertrag über eine etwaige Liquidation des portugiesischen Kolonialbesitzes in Südafrika zustande. Ungefähr gleichzeitig gewann Kitchener Pascha den Mahdisten Chartum wieder ab, während der Franzose Marchand von Innerafrika aus Faschoda am oberen Nil besetzte. Der Streit um den ägyptischen Sudan wäre zwischen England und Frankreich entbrannt, wenn die Republik eine Stütze an Deutschland gefunden hätte. Aber dessen Politik folgte jetzt englischem Fahrwasser; Frankreich fand sich allein und gab nach. Auch während des folgenden Burenkrieges ist es zu keiner Annäherung der beiden Mächte mehr gekommen. Wohl aber wußte Eduard VII., der mit seinem Regierungsantritt im Januar 1901 einen entscheidenden Einfluß auf die Politik seines Reiches gewann, die Beziehungen zu Frankreich so enge zu knüpfen, wie sie seit den Zeiten des Krimkrieges nicht gewesen waren.

Er war ein überzeugter Vertreter der Richtung in seinem Volke, die in Deutschland den gefährlichsten Mitbewerber um See- und Weltgeltung sah. Des neuen Reiches wirtschaftliches Leben hatte sich mächtig entwickelt. Seine Produktions- und Verkehrsziffern näherten sich mehr und mehr den britischen; sein Kolonialbesitz, obgleich entfernt nicht vergleichbar dem englischen, ward fortgesetzt als störend empfunden. Dazu kam die Vermehrung unserer Flotte durch die Flottenvorlagen der Jahre 1897 und 1901, unbedingt notwendig, um Deutschlands wachsende Seeinteressen zu schützen, aber von England als eine Bedrohung seiner Sicherheit empfunden oder wenigstens als solche bezeichnet. Persönliche Momente mögen hinzugekommen sein; Eduard VII. begann seine Einkreisungspolitik gegen Deutschland.

Er hatte alsbald in Frankreich Erfolg. Auf den Ausbau des nordafrikanischen Besitzes legte man dort das größte Gewicht, sicher nicht ohne Gründe; denn dort eröffnen sich in der Tat französischer Zukunft glänzende Aussichten. England kam entgegen. Im Vertrage von 1904 einigten sich beide Mächte über all die kleineren und größeren Differenzen, die auf dem weiten Erdenrunde zwischen ihnen schwebten; Frankreich ward in Marokko freie Hand gelassen, England in Ägypten. Aber da trat Deutschland dem Nachbarn in den Weg. Der Besuch unseres Kaisers in Tanger 1905 betonte Marokkos Unabhängigkeit, und als die im folgenden Jahre in den Verhandlungen zu Algeciras gegenüber der fast geschlossenen Haltung der vertretenen Mächte nicht in vollem Umfange aufrechterhalten werden konnte, und Frankreich weiterhin unter fortgesetzter Verletzung der eingegangenen Verbindlichkeiten seine Stellung in dem umstrittenen Lande immer mehr erweiterte und befestigte, erhob Deutschland 1911 in nicht minder schroffer Form Einspruch gegen dessen Bestrebungen durch das Erscheinen des »Panther« vor Agadir. Die Wogen der Erregung gingen hoch in Frankreich. Wenn es Zeiten gegeben hatte, in denen die Revanchelust abzuflauen schien, so loderte sie jetzt wieder hell auf, bohrte sich um so fester in die Gemüter ein, als Deutschland in beiden Fällen einen seinem Auftreten entsprechenden Erfolg nicht erzielte. Frankreich konnte sich nach beiden Zusammenstößen als Sieger fühlen, glauben, daß man nicht nur Recht, sondern auch Kraft zur Vergeltung habe. Es kam hinzu, daß Deutschland 1912 dem Reichslande eine Verfassung zugestand. Die Elsaß-Lothringer, an sich schon erregt durch die Notwendigkeit, in den heftigen französisch-deutschen Zwistigkeiten der letzten Jahre sich klar zu werden über ihre politischen Herzenswünsche, fanden jetzt Gelegenheit, ihre Klagen und Beschwerden weithin hörbar zu machen, und steigerten so das Gefühl in Frankreich, daß man die Bedrängten befreien müsse von unleidlichem Druck. Es war klar, daß die französischen Gewehre von selbst losgehen würden, wenn eine starke Macht sich gegen Deutschland erhob, vor allem Rußland. Das aber ist geschehen.

IV. Die Einigung der Mächte gegen Deutschland.

Nach dem ihm verkürzten Erfolge des Jahres 1878 hat sich Rußland scheinbar von der Türkei ab und dem fernen Osten sowie den indisch-persischen Grenzländern zugewandt. Die Beziehungen zu England, seit langem nicht nur wegen der türkischen, sondern auch wegen zahlreicher anderer, asiatischer Fragen getrübt, verschlechterten sich. Als Rußland nach dem chinesisch-japanischen Kriege (1896) dem Sieger in den Arm fiel, um dann selbst an Japans Stelle die »Bedrohung Pekings« zu übernehmen, ward England klar, daß es einer Landmacht als Bundesgenossen bedurfte. Es hat zunächst den schon öfters angestellten Versuch wie-

derholt, Deutschland zu gewinnen, im Vertrag über die Integrität Chinas im Oktober 1900 scheinbar mit Erfolg, obgleich Deutschland 1898 Rußland bei seinem Einschreiten gegen Japan wunderlicherweise unterstützt hatte. Es zeigte sich aber bald, daß Deutschland nicht gewillt war, die Mandschurei gegen Rußland zu decken, und so verband sich England im Januar 1902 mit Japan. Der ostasiatische Inselstaat war als Landmacht stärker als der europäische; er vermochte Rußland von den eisfreien Küsten des Stillen Ozeans aus eigener Kraft zu vertreiben.

Rußlands scheinbare Erschöpfung war von kurzer Dauer. Es wandte nach dem Frieden von Portsmouth (1905) alsbald seine Blicke wieder dem nahen Orient zu. Und da vollbrachte Eduard VII. das unmöglich Scheinende. Er gelangte 1907 zu einer Verständigung mit Rußland. Man einigte sich über die tibetanische und die afghanische Frage und zog Persien neu in die Kette der Abmachungen hinein; es wurde in eine nördliche russische und in eine südliche englische Interessensphäre zerlegt. Vor allem ward Englands türkische Politik ganz neu orientiert. Es war bis dahin ein Axiom der englischen Staatskunst gewesen, daß man den Sultan gegen Rußland decken müsse. Jetzt wandte man ihm den Rücken. Man ließ 1908 die Revolution geschehen, begrüßte und begünstigte die Einführung einer Verfassung, die in dem bunt zusammengesetzten, völker- und bekenntnisreichen türkischen Staatswesen die Auflösung nur beschleunigen konnte, hat auch seitdem wohl mancherlei getan, den ehemaligen Schützling auszubeuten, aber nichts, ihn in seinem Bemühen um Gesundung zu unterstützen.

Das Rätsel dieses raschen und völligen Umschwungs liegt in der Tatsache, daß deutscher Einfluß sich in die türkischen Lande auszubreiten begann. Unser Kaiser hat die Beziehungen zum Sultan, zum Islam überhaupt, sorgsam gepflegt. Eine deutsche Bahngesellschaft begann die Erschließung Kleinasiens, das seiner Bodenbeschaffenheit und der Zusammensetzung seiner Bevölkerung nach den Grundstock osmanischer Macht darstellt. Sie hat ihr Bahnnetz über den Antitaurus hinweg ins Euphratland vorzutreiben beschlossen, baut die Bagdadbahn, die Verbindung mit dem Persischen Golf herzustellen. Es ist die kürzeste Verkehrslinie zwischen Indien und den Kernländern Europas, auch für Albions Söhne die nächste Möglichkeit, in ihr indisches Herrschaftsgebiet zu gelangen. Man wollte sie an der Themse nicht fremder, zumal deutscher Verfügung überlassen. Man erweiterte seine Herrschaftspläne, nahm Persien und Mesopotamien in sie hinein sowie Arabien, soweit seine Küsten noch nicht von den Briten besetzt waren. Wie man den Franzosen den Suezkanal entwunden hatte, so hoffte man, den Deutschen Bagdad- und Anatolische Bahn aus der Hand nehmen zu können. Vom beteiligten Kapital waren ja jetzt so wenig wie damals erhebliche Schwierigkeiten zu erwarten. Aber Grundbedingung war doch politische Herrschaft hier wie dort. Ägypten hatte dreißigjährige Besetzung des Landes zu Englands voller Verfügung gebracht; für die Türkei ließ sich Ähnliches doch nur erreichen durch Schwächung des Sultans, durch Herrschaft über den Padischah. Man verhehlt sich wohl die Gefahren nicht, die aufsteigen müssen, wenn diese Herrschaft mit Hilfe Rußlands erreicht wird, da man englische Interessen zwischen die moskowitische Macht und den Ozean einschiebt; aber man hofft, ihnen so oder so begegnen zu können. Bei allem Weitblick hat die englische Staatskunst doch immer Gewicht darauf gelegt, vor allem der nächsten Not zu begegnen.

In den Marokkokrisen von 1906 und 1911 hatte England keinen Zweifel darüber gelassen, daß es hinter Frankreich und seinen Ansprüchen stehe. Rußlands Beziehungen zu Frankreich hatten sich im Laufe der Jahre zu einem festen Bündnis ausgewachsen. Es kam nur noch auf den Augenblick an, wann das Zarentum glaubte, die Hindernisse aus dem Wege räumen zu sollen, die sich seinen Balkanwünschen entgegenstellten.

Er schien schon 1912 gekommen. Die Dinge sind in den letzten Jahren mit wachsender Schnelligkeit der Entscheidung entgegen getrieben. Rußland führte die Balkanstaaten zum Ansturm gegen die Türkei. Wenn früher ihr Bestehen oft als ein europäisches Interesse bezeichnet worden war, so war davon jetzt nichts zu spüren; es regte sich keine Hand für sie. Die Macht der Osmanen ward auf den Stand von 1365 herabgedrückt und verdankte es nur dem Zwiespalt, der unter den Gegnern ausbrach, daß der Verlust nicht noch größer wurde. Das Bekanntwerden der auf Rußlands Geheiß unter den drei kleinen Slawenstaaten vereinbarten Vertragsbestimmungen machte aber klar, daß nicht nur die Zertrümmerung der Türkei, sondern auch die Österreichs Ziel des Unternehmens war, daß diese jener folgen sollte. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß 1915 oder 1916 der Plan Versuch geworden wäre, auch wenn der Mord von Serajewo den sofortigen Bruch nicht unvermeidlich gemacht hätte. Der Bestand der Donaumonarchie ist eine Lebensfrage für Deutschland. Das Bekanntwerden ihrer geplanten Vernichtung hat daher alsbald zur größten Wehrvorlage geführt, die je im Reiche eingebracht worden ist. Die Nachbarn im Osten und Westen, England eingeschlossen, beantworteten sie mit Rüstungen bis zum Äußersten und mit Vorbereitungen, deren Zweck gar nicht verkannt werden konnte.

V. Deutschland und der Krieg.

So ist es zu dem Kriege gekommen, in dem wir mitten inne stehen. Daß es sich für uns um Sein oder Nichtsein handelt, fühlt jeder. Bald nach Ausbruch des Krieges hat Japan sich unseren Feinden angeschlossen. Man rechnete bei uns wohl mit seinem Gegensatze zu Rußland, allenfalls auch mit der unvermeidlichen Erkaltung der Beziehungen zu England; die gelbe Großmacht hat doch das nächste Ziel ins Auge gefaßt, Deutschland in Ostasien auszumerzen, wozu ihm Englands Beifall sicher war. Man kann zweifeln, ob es deutscherseits richtig war, Kiautschou zu erwerben (der Gewinn hängt zusammen mit der bedauerlichen Parteinahme für Rußland gegen Japan 1896); der Verlust trifft doch empfindlich. Nach fast zehnmonatigem Zuwarten ist auch Italien unser Gegner geworden. Seine Stellung im Dreibund war gelockert, seitdem England sich dem Zweibund zugewandt hatte; liegt es doch unter den Kanonen von Malta. Mit den Westmächten hatte es sich auch über die Besitzergreifung von Tripolis verständigt, die es durchführte, als noch der Marokkohandel zwischen Deutschland und Frankreich schwebte. Die endliche Ablösung war doch ein schmählicher Bundesbruch, den widerwärtige Rechtfertigungsversuche erst recht in seiner ganzen Nacktheit erkennen ließen. Die Türkei hat sich an die Seite der einzigen Freunde gestellt, die ihr noch geblieben sind; deren Gegner waren ja auch die ihren, Deutschlands und Österreichs Untergang

auch ihr Ende. So stehen eine Milliarde Menschen im erbittertsten und verlustreichsten Kriege, den die Weltgeschichte je gesehen hat.

Wir haben ihn bis jetzt mit Gottes Hilfe glücklich führen können; wir hoffen auf weitere Erfolge, glauben fest an unseren endlichen Sieg. Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Unsere Feinde lügen, wenn sie behaupten, wir hätten sie angreifen, sie überfallen wollen; in blinder Wut über ihre Niederlagen schreien sie den Blödsinn in die Welt hinaus, daß das erwiesen werde durch unsere militärische Überlegenheit. Mangel an Fähigkeit auf ihrer Seite stempeln sie zu boshafter Tücke auf der unseren. Sie machen auch kein Hehl aus dem, was sie uns zudenken: Zerstückelung unseres Reiches, Zerreißen unserer Einheit, Vernichtung unseres Erwerbslebens, jeder Möglichkeit des Wettbewerbs im Weltverkehr. Wir müssen vertrauen, daß unsere Staatsmänner ihrer Aufgabe nicht weniger gewachsen sein werden als unsere Heerführer. Es darf kein Friede geschlossen werden, der uns nicht in jeder nur erdenklichen Weise sichert gegen die Wiederkehr eines solchen Überfalles. Daß das nur geschehen kann durch Vermehrung unserer Macht, versteht sich von selbst für jeden, dem auch nur die Anfangsgründe politischen und historischen Denkens geläufig sind. Wer es anders sagt, versündigt sich an seinem Vaterlande aus verbohrter Beschränktheit, wenn nicht gar andere Beweggründe wirksam sind. Gewiß führen wir keinen Eroberungskrieg; aber wir wollen in diesem uns aufgezwungenen Ringen Sieger bleiben, und das können wir nur, wenn wir mit vermehrter Macht aus ihm hervorgehen.

Es ist unmöglich, im einzelnen zu sagen, welche Stellung Deutschland nach vollbrachtem Werke einnehmen wird. Das ist aber klar, daß ein Unterschied unter unsern Gegnern ist. Die Franzosen ergehen sich in geradezu wahnwitzigen Ausbrüchen des wildesten Hasses; sie sind aber andrerseits dasjenige Volk, das am wenigsten von sich aus die Kraft hat, unsern Bestand in Frage zu stellen. Anders Rußland, anders England. Die Macht beider ist einer starken Steigerung fähig, die Englands durch den Ausbau seines Imperialismus, Rußlands durch den natürlichen Machtzuwachs seines zu unberechenbarer Entwicklung befähigten weiten und geschlossenen Besitzes. Dazu drückt es unmittelbar auf unseren offenen Osten, auf den Kern des preußischen und damit des deutschen Staates, wirkt durch seine bloße Nachbarschaft auflösend und zersetzend auf unsere Bundesgenossen Österreich-Ungarn und die Türkei. Schwächung dieser beiden Gegner, vor allem Rußlands, sollte in diesem Kriege das erste, das oberste Ziel unserer Politik sein.

Weit über seine Dauer hinaus wird ja der Haß der Streitenden bleiben; aber damit ist noch nicht gesagt, daß sie sich so bald wieder gegen uns vereinigen werden. Es gibt auch andere Aufgaben, die ihnen die Weltverhältnisse stellen, und wir werden als Bundesgenossen um so mehr gewünscht werden, je stärker wir sind. Mögen sie hassen, wenn sie nur fürchten! Hätte man unsere Kraft und innere Gesundheit nicht niedriger eingeschätzt, als sie wirklich sind, wir möchten diesen Überfall nicht erlebt haben. Wie immer, wir werden die stärkste Landmacht Europas bleiben; wir werden uns auch auf und über See neben England behaupten, vor allem aber, wir sind ein einiges Volk geworden und werden es immer sein. Bismarcks Werk hat seine Feuerprobe bestanden. Die Weltstellung, die seinem Reiche und seinem Volke gebührt, wird ihm werden.

Die politischen Parteien Deutschlands

von Prof. Dr. Rachfahl in Freiburg i. Br.

I. Entstehung der Parteien.

Das Parteiwesen, wie es heutzutage in Deutschland besteht, reicht in seinen Ursprüngen in die Zeit Bismarcks zurück, und zwar in die Jahre der Reichsgründung. Die konservative und liberale Partei fand er bereits vor, indem sie freilich durch ihn eben damals wesentliche Änderungen erlitten; Zentrum und Sozialdemokratie sind erst damals entstanden.

Was waren die Konservativen und Liberalen vor ihm, was wurden sie durch ihn? Charakteristisch für die Liberalen war der Kampf gegen die historisch überkommene absolute Vollgewalt der Krone, das Streben nach der Herstellung des modernen Verfassungsstaates, und zwar bei der Mehrzahl nach Maßgabe der im Westen Europas auf Grund naturrechtlicher Ideen ausgebildeten konstitutionellen Doktrin unter Annäherung an demokratische Grundsätze, die hart an die republikanischen Forderungen streiften: Souveränität des Volkes, rein individuelle Bemessung der aktiven politischen Berechtigung im Sinne des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes, parlamentarisches System durch Bildung eines nicht nur verantwortlichen, sondern auch der Parlamentsmehrheit genehmen und aus ihr entnommenen Ministeriums, tunlichste Beschränkung der Krone, indem ihr möglichst nur die Exekutive belassen, und indem sie an der Gesetzgebung nicht mehr als gleichberechtigter Faktor, nämlich durch ein bloß suspensives Veto, beteiligt würde, Durchführung eines streng parlamentarischen Budgetrechtes, zumal auf dem Gebiete des Militäretats, wozu wohl auch noch Ersatz des stehenden Heeres durch Volksmiliz trat. Und es schwebte den Liberalen und Demokraten insgesamt dasselbe nationale Ideal vor — ein einiges Deutschland, wie verschiedenartig sich die einzelnen das auch immer vorstellen mochten, ob als deutsche Republik, ob als mehr oder minder konstitutionell eingerichteten und ausgestalteten, vorwiegend unitarisch ausgeprägten Bundesstaat, in dem alle partikularen Eigenheiten, auch die preußische, aufzugehen hätten, in dem eine starke Zentralinstanz die einzelstaatlichen Gewalten einer weitgehenden Mediatisierung unterwürfe.

Ganz anders die Konservativen. Sie waren partikularistisch gerichtet; sie wollten den alten preußischen Militärstaat aus der Zeit Friedrichs des Großen möglichst rein erhalten wissen. Insoweit sie der absoluten Krongewalt widerstrebten, waren ihre Ideale nicht parlamentarisch oder gar demokratisch orientiert, sondern — zumal unter dem Einflusse des schweizerischen Staatsrechtslehrers Karl Ludwig v. Haller — ständisch-feudal; sie verlangten die Kon-

servierung der noch bestehenden Adelsprivilegien, der Steuerexemtionen, Patronats-, Guts-, Jagdrechte usw. Abweichend von der Hallerschen Doktrin entstand auf dem Boden des Konservatismus eine neue Staatslehre, nämlich die von Stahl, deren Ziel eine Verständigung mit dem Konstitutionalismus war, freilich unter Ausmerzung aller demokratischen und parlamentarischen Bestandteile. Praktisch gingen die Konservativen in Preußen bereits in den 1850er Jahren diesen Weg; als sie nach der Einführung des Dreiklassenwahlsystems und infolge der Wahlenthaltung der Linken den Landtag beherrschten, glaubten sie ihr Interesse zur Genüge durch die bestehende Verfassung gewahrt; stillschweigend ließen sie daher die Forderung fallen, daß die Landesvertretung auf ständischem Fuße einzurichten sei. Darüber, daß das ein Irrtum war, belehrte sie freilich die »Neue Ära« nach der Erkrankung Friedrich Wilhelms IV. Die konservative Mehrheit wich einer liberalen, und in ihr gewannen die entschiedeneren Elemente, die Fortschrittler, gegenüber den Gemäßigteren, den Altliberalen, mehr und mehr die Oberhand. Unter dem plutokratischen Dreiklassensystem emporgekommen, setzte sich der Fortschritt nicht sowohl eigentlich demokratische Ziele, wie allgemeines und gleiches Wahlrecht, als vielmehr solche parlamentarischer Art. In dem Verfassungsstreit, der sich im Anfang der 1860er Jahre entzündete, und der Wilhelm I. mit Rücktrittsgedanken erfüllte, schien die Kapitulation des preußischen Königtums vor dem parlamentarischen System bereits fast unvermeidlich; um sie zu vermeiden, erfolgte (Herbst 1862) die Berufung Bismarcks zu einem ausgesprochenen Kampfes- und Konfliktsministerium.

Schon seinem Ursprung zufolge schien das Ministerium Bismarck somit zu einem Vernichtungskrieg gegen den Liberalismus bestimmt, und das um so mehr, als Bismarck ja seiner politischen Vergangenheit nach als extrem konservativ-junkerlicher Heißsporn galt. Rücksichtslos führte er in der Tat zunächst ein durchaus verfassungswidriges Regiment. Für ihn aber trat die innere Politik zurück hinter den Erfordernissen der auswärtigen, und diese war getragen vom Streben nach der Herstellung der deutschen Einheit unter Führung Preußens und mit Ausschluß Österreichs. Dafür aber war er auf die Hilfe der populären Einheitsbewegung angewiesen, und zu diesem Zwecke gab er die Parole der Errichtung eines wahrhaft konstitutionellen Bundesstaates mit einem Bundesparlament auf Grund des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechtes aus. Das neue deutsche Staatswesen, wie Bismarck es jetzt durch die Kriege von 1866 und 1870/71 im Norddeutschen Bunde und in dessen Erweiterung, dem neuen Deutschen Reich, schuf, entsprach den Erwartungen und Idealen des Liberalismus freilich nur zum Teil. Nicht ein unitarischer Einheitsstaat wurde das verjüngte Deutschland, sondern ein föderatives Gebilde mit weitgehender Selbständigkeit der einzelnen Bundesglieder, die in ihrer Gesamtheit die Träger der Reichsgewalt waren; indem unter ihnen Preußen die führende Stellung innehatte, ruhte bei ihm die oberste Leitung der deutschen Geschicke. Dem demokratischen Prinzip machte Bismarck ein weitgehendes Zugeständnis durch die Übernahme des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes. Nachdem er es als Kampfesmittel gegen Österreich benutzt hatte, konnte er es nicht wohl wieder fallen lassen; er hielt es auch bei dem guten Geschäft, das die liberale Bourgeoisie in Preußen mit dem Dreiklassensystem machte, für keineswegs dem liberalen Interesse unbedingt günstig; ebendaher schenkte er ja auch der sozialistischen Bewegung in ihren ersten Anfängen mannigfache Beachtung, weil er in ihr ein Mittel zur Abwendung der Massen vom Liberalismus erblickte. Im Punkte des Parlamentarismus blieb er unerbittlich. Zwar suchte er nach dem Kriege von 1866 für sein bisheriges verfassungswidriges System um die parlamentarische Indemnität nach; aber wie in Preußen die alte Verfassung mit ihrer unvollkommenen Durchführung des Budgetrechts und der Ministerverantwortlichkeit, die ja hier nur rein theoretisch statuiert war, in Geltung blieb, so fanden in der neuen Bundes- und Reichsverfassung weder ein verantwortliches Ministerium noch ein Oberhaus einen Platz: der Bundesrat war keine erste Kammer, sondern die Versammlung der Vertreter der souveränen Einzelstaaten; die Chefs der einzelnen Ressorts der Reichsverwaltung waren die Gehilfen des Bundes- resp. Reichskanzlers, dessen Amt Windthorst eben darum als ein wahres »Großwesirat« kennzeichnete. So ward Fürsorge dafür getroffen, daß die Präsidialgewalt im Bunde nicht einer weitgehenden parlamentarischen Herrschaft unterstünde; der Kampf, der die deutsche Verfassungsentwicklung im 19. Jahrhundert erfüllt hatte — althergebrachte autoritative Stellung der Krone oder parlamentarisches Regime — ward dadurch zugunsten der Monarchie entschieden. Eine neue Form des Konstitutionalismus, echt deutschen Gepräges, hatte sich somit durchgesetzt: verfassungsmäßige Beschränkung der Krone durch eine wahre Volksvertretung, doch so, daß Autorität und Souveränität bei der Krone standen, unter Ausmerzung der westeuropäischen Prinzipien der Volkssouveränität und des parlamentarischen Regimes. So brachte der deutsche Bruderkrieg von 1866 nicht nur die Lösung der Frage betreffend die Vorherrschaft in Deutschland, sondern auch des Verfassungsproblems, und zwar nicht nur für Preußen, sondern auch nach Preußens Vorbild endgültig für die übrigen deutschen Staaten, nicht minder für das neue Reich, insofern als ja die Träger der Bundesgewalt fortan die nunmehr dauerhaft monarchisch konstituierten Einzelstaaten in ihrer korporativen Gemeinschaft waren.

Im Zusammenhang mit dem Werke der Reichsgründung in dieser Gestalt wandelte sich das Wesen der bestehenden Parteien von Grund aus. Indem der Konstitutionalismus seines ausgeprägt westeuropäisch-liberalen Charakters entkleidet wurde, wie ja schon früher Stahl verlangt hatte, ward für die Konservativen die Möglichkeit gegeben, zu ihm ein wirkliches Verhältnis zu gewinnen. So wurden sie aus der altpreußisch-partikularistischen, feudal-junkerlichen Militärpartei, als welche sie sich noch 1848 und im Jahrzehnt der Reaktion dargestellt hatten, eine auf dem Boden der Verfassung stehende, dem Reichsgedanken nunmehr ehrlich und aufrichtig zugewandte Staatspartei, an der Bismarck Rückhalt und Unterstützung bei seinen Bestrebungen für den weiteren nationalen Ausbau des Reiches behufs Festigung und Stärkung seiner Kräfte nach außen fand. Freilich nicht mit einem Schlage und nicht ohne bittere Kämpfe. Zuerst war das der Fall bei den sog. »Freikonservativen«; aber auch die »Deutschkonservativen«, wie sie sich seit 1876 nannten, nahmen schließlich mehr und mehr den Charakter einer Regierungspartei an.



Ähnlich gestaltete sich das Verhältnis Bismarcks zu den Liberalen, ohne jedoch zu einem gleichergestalt befriedigenden Schlußergebnisse zu führen. Unter dem gewaltigen Eindruck der unvergleichlichen Erfolge der auswärtigen Politik Bismarcks im Jahre 1866 vollzog sich im preußisch-deutschen Liberalismus eine Selbstbesinnung und Neuorientierung. Die doktrinär-parlamentarischen Tendenzen traten in den Hintergrund; es galt, den schwer errungenen Bundesstaat im Innern zweckmäßig und zu wohnlichem Behagen einzurichten; so mehrten sich jetzt im Lager des Liberalismus die Stimmen, die als dessen vornehmste Aufgabe ein positives Mitwirken bei der Aufrichtung des Nationalstaates erklärten. Bei der Abstimmung über die Indemnitätsvorlage fiel die Fortschrittspartei in zwei fast gleiche Hälften auseinander, die Unversöhnlichen unter Waldeck und Hoverbeck, die Gemäßigteren unter Lasker und Forckenbeck; aus diesen und den gleichgesinnten liberalen Elementen, die 1867 in den norddeutschen Reichstag einzogen, bildete sich die Partei der »Nationalliberalen«, die es in dem erwähnten Parlament auf eine Stärke von 79 brachte, und in der auch die Reste der Altliberalen aufgingen. Im Gegensatz zu ihr vermochten die Fortschrittler nur 19 Mandate zu erringen, darunter 10 in Preußen.

Stellte sich der Liberalismus, insofern er der neuen Partei angehörte, also auch der Regierung in erhöhtem Maße zur Verfügung, so doch nicht ohne den Hintergedanken, daß sich ja dann, wenn erst die materiellen liberalen Prinzipien in der Verwaltung voll durchgeführt wären, auch das formale Prinzip des Liberalismus, der Parlamentarismus, ganz von selbst durchsetzen und im neuen Reiche heimisch werden würde. Es begann jetzt in Preußen und Deutschland eine Ära der liberalen Gesetzgebung, gegründet auf ein enges Zusammenwirken zwischen der Regierung und dem Gros der Liberalen; ihren Höhepunkt erreichte sie in der ersten Hälfte der 1870er Jahre.

Konservative und Liberale waren die beiden Parteien, mit denen Bismarck bei der Reichsgründung in der Hauptsache zu rechnen hatte. Daneben entstanden nunmehr zwei neue Parteien, die, wie es sich in der Folgezeit herausstellte, den größten Nutzen von der durch Bismarck für den neuen Bundesstaat bewirkten Demokratisierung des Stimmrechtes haben sollten, Sozialdemokratie und Zentrum. Hervorgegangen aus dem 1863 durch Lassalle gegründeten Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, stellte sich die Sozialdemokratie als eine auf wirtschaftlichem und sozialem Untergrund beruhende Klassenbewegung des vierten Standes dar; die durch das gleiche materielle Interesse verbundenen Massen mit unwiderstehlicher Gewalt in schnell wachsendem Umfange in ihren Bannkreis ziehend, nahm sie, sich immer starrer in den marxistischen Grundsätzen verankernd, unter der Leitung von Bebel und Liebknecht steigend einen ausgesprochen internationalen Charakter an. Schon das und ebendarum ihre grundsätzlich ablehnende Haltung gegen die staatlichen Zwecke und Bedürfnisse, ihr feindliches Auftreten gegen alle anderen Klassen der Bevölkerung zugleich mit einer maßlos verhetzenden Agitation beim industriellen Proletariat machten der Regierung jedes Paktieren mit ihr unmöglich, nachdem Bismarck zuerst einige Fühlung mit Lassalle gesucht hatte, um zu sondieren, ob er an der neuen Bewegung ein Gegengewicht gegen das damals im Landtag herrschende frondierende liberale Bürgertum zu gewinnen vermöchte. Ihr Wachstum war ganz enorm; während sie noch bei den Reichstagswahlen von 1871 nur etwa 125000 Stimmen und zwei Mandate zu verzeichnen hatte, war sie 1877 bereits bei ½ Million Stimmen und einem Dutzend von Mandaten angelangt. Noch viel bedenklicher war die vergiftende Wirkung ihrer Agitation, zumal der anarchistischen Elemente, die sich erst gegen Ende der 1870er Jahre förmlich von ihr trennten; es wurde dadurch einer Verrohung und Verwilderung der Gemüter Vorschub geleistet, die den Nährboden abgaben, auf dem Untaten aufsprießen konnten, wie die Attentate Hödels und Nobilings gegen Wilhelm I. (11. Mai und 2. Juni 1878). So entschloß sich denn Bismarck, den Kampf auf Tod und Leben mit der Sozialdemokratie aufzunehmen, und zwar in doppelter Hinsicht: die Partei als solche sollte mit Gewalt unterdrückt, das von ihr vertretene Klasseninteresse aber durch eine Sozialgesetzgebung im großen Stile befriedigt und ihre Stellung bei der Arbeiterklasse dadurch entwurzelt werden.

Noch schneller und unmittelbarer waren die Erfolge, die durch das neue demokratische Stimmrecht das Zentrum errang. Es entstand als eine ausgeprägt konfessionelle Partei. Schon in der Frühzeit des preußischen Parlamentarismus hatte sich (1852) eine »katholische Fraktion« gebildet, 63 Abgeordnete stark; sie sank während des Konfliktes, in dem sie es übrigens mit der Regierung hielt, auf 27 (1862) und später (1866) auf 5 herab; 1867 verschwand sie ganz und gar. Der spätere Hauptführer des Zentrums, Windthorst, gehörte zwar dem norddeutschen Reichstage an; er war aber dort »Präses« des von ihm gegründeten »bundesstaatlich-konstitutionellen Vereins«, der sich aus etwa 20 Partikularisten, Welfen, Schleswig-Holsteinern usw. zusammensetzte.

Unmittelbar nach der Herstellung des Reiches wurde der Versuch einer katholischen Parteigründung wiederholt, und es kam nunmehr eine dauerhafte Organisation zustande. Die Ziele, die man dabei im Auge hatte, waren vor allem kirchenpolitischer Natur: im Innern Übernahme von Art. 15, 16 und 18 der preußischen in die Verfassung des neuen Reiches, da durch sie das System der »Freiheit der Kirche« mit allen daran geknüpften Aspirationen auf die Mitwirkung des weltlichen Armes in Verbindung mit streng konfessionellem Volksschulunterricht gewährleistet war; für die auswärtige Politik wurde das Eintreten des Reiches für die weltliche Machtstellung des Papstes verlangt. Daneben enthielt das Programm Forderungen rein politischer Natur, die ihrer kühlen Stellung gegen staatliches Wesen überhaupt und zumal die zur Zeit bestehenden staatlichen Verhältnisse, insonderheit die Reichsgründung unter preußischer Führung, entsprachen: Beschränkung der militärischen Ausgaben und Dienstzeit, Kampf gegen den »Militarismus« und »Imperialismus«, Betonung des föderativen Charakters des Reiches. Bei den Landtagswahlen Ende 1870 wurden mehr als ½ Hundert Abgeordneter auf dieses Programm hin gewählt; sie konstituierten sich im Dezember dieses Jahres unter dem farblosen Namen einer »Zentrumspartei«; ihre Führer waren Windthorst und Mallinckrodt. Noch stärker traten sie auf Ende März 1871 im ersten deutschen Reichstage; hier verschmolz mit ihnen die bisherige »patriotische Partei« Bayerns; Welfen und Polen, dann auch Elsaß-Lothringer wurden ihre Annexe. Alsbald be-

trieben sie die Intervention in der römischen Frage sowie die Übertragung der preußischen Verfassungsartikel über die Freiheit der Kirche auf die Reichsverfassung. Bismarck hatte ihnen zuerst nicht feindselig gegenübergestanden; aber dieses Auftreten und ihre Verbindung mit den aus nationalen und partikularistischen Gründen dem Reiche und Preußen widerstrebenden Elementen, zumal den Polen, betrachtete er als eine Herausforderung. Er machte einen Versuch, bei der Kurie die Desavouierung der neuen Partei zu erwirken, und als das scheiterte, glaubte er, das Übel mit der Wurzel ausrotten zu müssen. War die Kirche der Boden, aus dem das Zentrum seine Kraft sog, das kirchliche Machtinteresse die Triebfeder und der leitende Gesichtspunkt dieses dem Reiche inkongruenten Parteigebildes, so mußte es bekämpft und unschädlich gemacht werden, indem der Charakter der katholischen Kirche in Deutschland von Grund aus umgestaltet, indem nämlich das Band zwischen ihr und Rom gelockert, indem sie in schärfere Abhängigkeit von der Staatsgewalt gerückt und der Klerus in ein näheres Verhältnis mit den modernen Bildungstendenzen gesetzt, mit nationalem Geiste erfüllt wurde. Das ist die Bedeutung des *Kulturkampfes*, der jetzt ausbrach; zu seiner Entstehung trugen die Proklamation des Unfehlbarkeitsdogmas und die dadurch bewirkte Erhitzung der Gemüter viel bei; aber er wurde, indem die weltliche Gewalt in das rein geistlich-religiöse Gebiet hinübergriff, in einer Weise geführt, durch welche die katholische Bevölkerung in allen ihren Tiefen aufgewühlt und zu erbittertstem Widerstande aufgereizt wurde; dadurch wurde dem Wachstum der Zentrumspartei der denkbar größte Vorschub geleistet. Am Ende der 1870er Jahre verfügte sie sowohl im Reichstage wie auch im Landtage über rund 100 Mandate.

II. Bis 1890.

Um die Mitte der 1870er Jahre bereitete sich ein vollkommener *Umschwung in der inneren Politik Bismarcks* vor; er setzte sich einerseits die selbständige finanzielle Fundierung des Reiches, anderseits den Schutz der nationalen Arbeit gegenüber dem Ausland zum Ziel. Neben anderen Mitteln, wie Schaffung eines Reichseisenbahnmonopols, faßte er dafür die Erhöhung der Zölle, die Ausbildung eines indirekten Reichssteuersystems in das Auge. Er konnte dabei auf die Mitwirkung der Konservativen rechnen und suchte auch die der Nationalliberalen zu gewinnen; als das aber nicht gelang, faßte er den Entschluß, den Schwerpunkt im Reichstage von links nach rechts zu verschieben.

Zwei Momente kamen ihm dabei zustatten, das Abflauen des Kulturkampfes nach dem Tode des unversöhnlichen Pius IX. (7. Februar 1878) und die dadurch eröffnete Aussicht auf eine Verbindung zwischen Konservativen und Zentrum sowie die wirksame Wahlparole für Neuwahlen zum Reichstage, die ihm die Attentate Hödels und Nobilings an die Hand gaben. Nach dem ersten hatte er dem Reichstage einen Gesetzentwurf »zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen« vorgelegt; er wurde abgelehnt, da außer dem Zentrum (bei seiner Abneigung gegen »Ausnahmegesetze«) die ganze Linke mit Einschluß Bennigsens dagegen stimmte (24. Mai 1878). Als nun das zweite erfolgte, was lag da näher, als den Liberalen dafür eine gewisse Verantwortung aufzubürden, als ob es an diesen liege, daß dem Monarchen nicht der genügende Schutz hätte gewährt werden können? Der Reichstag wurde aufgelöst, eine entsprechende Wahlparole ausgegeben; bei den Wahlen vom 20. Juni verloren die Liberalen ihre bisherige Mehrheit im Reichstage. Die vereinigten Konservativen eroberten etwa 40 Sitze, so daß sie auf 120 anwuchsen; immerhin behielten die Liberalen noch 160 Mandate, speziell die Nationalliberalen 100. Eine doppelte Mehrheitsbildung war jetzt für die Regierung möglich, indem die Konservativen entweder mit den Nationalliberalen oder mit dem Zentrum gingen.

So setzte denn für die Partei- und Parlamentsgeschichte Deutschlands eine *neue Epoche* ein; sie wird dadurch gekennzeichnet, daß das Zentrum von jetzt an aus seiner grundsätzlich negierenden Haltung heraustrat, ohne doch deshalb zur Regierungspartei zu werden; es bestimmte seine Haltung von Fall zu Fall, indem es im großen und ganzen eine sogenannte »do ut des-Politik« gegen Konzessionen auf kirchenpolitischem Gebiete trieb; ebendeshalb war und blieb es sein vornehmstes Bestreben, eine ausschlaggebende Stellung im Parlament zu behaupten, die Bildung einer festen Regierungsmehrheit durch die Konservativen und Nationalliberalen zu verhindern, und diesem Zwecke diente insonderheit seine Wahltaktik, die darum häufig den reinen Oppositionsparteien zugute kam. Der *erste Pakt zwischen Regierung und Zentrum* betraf die Reichsfinanzreform und Zollpolitik; sogar der Tag läßt sich bestimmen, an dem sich Bismarck dazu entschloß; es war der 22. Juli 1879. Der Preis, den er dafür bezahlen mußte, war die sogenannte Franckensteinsche Klausel, daß nämlich die Einnahmen aus den neuen Reichszöllen, soweit sie 130 Millionen überstiegen, den Einzelstaaten zu überweisen seien, daß also, falls diese Summe nicht für den Reichsbedarf genüge, der Mehrbedarf durch Erhöhung der Matrikularbeiträge der Einzelstaaten zu decken sei. Das hieß, das Reich, anstatt es, wie Bismarck ursprünglich gewollt hatte, finanziell selbständig zu machen, vielmehr zum Kostgänger der Einzelstaaten herabzudrücken; das war eine gewichtige Konzession an die föderativen Tendenzen des Zentrums. Den Nationalliberalen war die Franckensteinsche Klausel bei ihren unitarischen Grundsätzen unannehmbar, sie stimmten geschlossen dagegen; der entschieden schutzzöllnerische Teil von ihnen nahm jedoch mit Konservativen und Zentrum (am 12. Juli 1879) das ganze Tarifgesetz an; dadurch wurde die Spannung, die zwischen ihren beiden äußersten Flügeln bestand, nur noch verstärkt.

Der Abbau des Kulturkampfes und seiner Gesetzgebung war nunmehr nur noch eine Frage der Zeit. Er erfolgte freilich nicht mit einem Schlage, sondern nach und nach, in zähem und heißem Ringen, indem um jede Position heftig gestritten wurde. Es war Bismarcks Streben, seitdem er sich zum Frieden mit der katholischen Kirche entschlossen hatte, das Zentrum in eine katholisch-konservative Regierungspartei umzuwandeln; Neigung zu Entgegenkommen darin bestand aber nur beim rechten Flügel unter Schorlemer-Alst; das Gros unter Windthorst bewahrte schon in Rücksicht auf die große Masse der Wähler, die vor allem einer Ausdehnung der Militärlasten widerstrebte, eine spröde und oft sogar schroffe selbständige Haltung. In der Zoll- und Wirtschaftspolitik, insonderheit in der *Sozialpolitik*, die Bismarck damals durch die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 einleitete, ging das Zentrum mit der Regierung — hatte es doch eine kräftige Sozialpolitik

von Anfang an auf seinem Programm stehen. In den Heeresforderungen, in allgemeinen politischen Fragen, zumal wenn es sich um die Stärkung der parlamentarischen Machtstellung gegenüber der Regierung handelte, trieb es gemeinsame Opposition mit den Fortschrittlern; auf dem Gebiete der damals inaugurierten Kolonialpolitik, auf dem diese sich streng ablehnend zeigten, verhielt es sich zunächst lau, und als es sich unter Windthorsts Führung damit näher zu befreunden begann, da war für diese Wendung die Rücksicht auf die katholischen Missionen in Afrika maßgebend. So unbequem wurde es Bismarck um die Mitte der 1880er Jahre, daß er damals die endgültige **Beilegung des Kulturkampfes** über die Köpfe der katholischen Fraktion hinweg durch direkte Verständigung mit der Kurie vollzog; auf Weisung des Papstes mußte jene dem letzten Friedensgesetze (27. April 1887) zustimmen. Der Ausgang des Kulturkampfes bedeutete für die Zentrumspartei insofern einen Fehlschlag, als sie das Ziel, das sie sich bei ihrem Entstehen gesetzt hatte, die Übertragung der preußischen Verfassungsartikel über die Freiheit der Kirche auf das Reich, nicht erreicht, und die Stellung, deren sich die katholische Kirche in Preußen vor 1871 erfreut hatte, insonderheit die erwähnten Artikel, die inzwischen gestrichen worden waren, nicht wiederherzustellen vermocht hat. Die im Kulturkampfe aufgehobene Katholische Abteilung, die von Bismarck der Begünstigung des Polentums geziehen worden war, wurde nicht wieder erneuert.

Durch zwei Momente wird die **Parteikonstellation** von 1879—87 gekennzeichnet, einmal durch die Schwierigkeiten, die das Zentrum der Regierung, wiewohl es seine grundsätzliche Oppositionsstellung aufgegeben hatte, doch immer noch bereitete, und seine damit zusammenhängenden, bisher erfolgreichen Bemühungen, keine feste Regierungsmehrheit aufkommen zu lassen, sodann durch eine stetige Verminderung und zunächst auch Zersplitterung des Liberalismus. Die Landtagswahlen von 1879 brachten seinen vollkommenen Bankerott in Preußen. Sowohl die Nationalliberalen wie auch die Fortschrittler verloren fast die Hälfte ihrer Sitze; jene sanken auf etwa 100, diese auf einige 30 hinab; für immer war es vorüber mit der liberalen Mehrheit, die seit dem Beginn der »Neuen Ära« in Preußen bestanden hatte. Die im Nationalliberalismus schon längst latent bestehende Krisis kam im Herbst 1880 zum offenen Ausbruche, indem sich die linke Gruppe mit Lasker, Forckenbeck, Stauffenberg und Rickert, etwa 30 an Zahl, als eine selbständige Fraktion konstituierte, die den Namen »Sezession« erhielt. Die Reichstagswahlen von 1881 schienen noch einmal einen Ruck nach links zu bedeuten; den Liberalen fielen mehr als 150 Sitze zu, doch so, daß die entschiedeneren Elemente weit besser abschnitten. Daneben trugen den Hauptschaden die Konservativen, die von 115 Mitgliedern auf nicht ganz 80 zusammenschmolzen, zumal die Freikonservativen, die über die Hälfte ihrer Sitze verloren und nur 27 behielten. Die Sozialdemokraten brachten es unter dem Drucke des Sozialistengesetzes nur auf etwa 300000 Stimmen, immerhin mit 12 Mandaten. In Wahrheit war das Zentrum jetzt die »dominierende Partei«; zusammen mit seinen Annexen und den beiden bürgerlichen Linken vermochte es die Regierung lahmzulegen. Eben diese beiden, Fortschritt und Sezession, »fusionierten« sich Anfang 1884 zur **Deutschfreisinnigen Partei**; freilich war die Vereinigung ziemlich äußerlicher Natur. Die Motive für die Verschmelzung lagen teils in der Rücksicht auf die kommenden Wahlen, teils auf den bevorstehenden Thronwechsel, da der Kronprinz starke Sympathien für den Liberalismus in seiner unitarisch-parlamentarischen Färbung besaß. Beide Aussichten scheiterten. Bei den Reichstagswahlen von 1884 wurden nur drei Fünftel der neuen Partei wiedergewählt (67 von 105), und auch das nur infolge Unterstützung durch Zentrum und Sozialdemokratie, die es dieses Mal schon wieder auf über $^{1}/_{2}$ Million mit 24 Mandaten brachte. Die Niederlage der Linksliberalen war vor allem die Frucht ihres absolut negativen Verhaltens gegen die Sozialreform. Anders die **Nationalliberalen**. Sie erlebten damals unter Miquels Einfluß eine innere Umbildung, die durch das »Heidelberger Programm« von 1884 gekennzeichnet wurde. Es gipfelte in den Forderungen der Kräftigung des Reiches, der Erhaltung einer starken Heeresmacht, einer Erhöhung der Börsen- und Branntweinsteuer, einer zweckmäßigen Regelung der Zuckersteuer, einer erfolgreichen Hebung der ungünstigen Lage der Landwirtschaft und eben einer erhöhten Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klasse; Miquel war auch ein Anhänger der Bismarckschen Kolonial- und Polenpolitik (zur Stützung des Deutschtums in den Ostmarken). Eine konservativ-nationalliberale Mehrheit für die Regierung war allerdings auch 1884 nicht zustande gekommen. Wenn sich das Zentrum zur Opposition schlug, verfügte diese über 240 Stimmen, und in solcher Stärke wurde sie dem Kanzler mehrfach höchst unangenehm.

Erst die Erneuerung des Septennats, d. h. der Heeresbewilligung auf sieben Jahre, im Winter 1886/87 gab dem Kanzler die Gelegenheit zur Bildung einer gouvernementalen Majorität. Da Zentrum und Freisinn trotz der gespannten äußern Lage widerstrebten und schließlich nur ein Triennat beschlossen wurde, verfiel der Reichstag (Januar 1887) der Auflösung. Nicht nur den Freisinn glaubte Bismarck jetzt vernichten, sondern auch das Zentrum entweder in eine katholisch-konservative Regierungspartei verwandeln oder sprengen zu können. Auf seinen Wunsch hatte nämlich der Papst beim Zentrum für das Septennat interveniert; Bismarck hoffte, daß das wenigstens eine Spaltung der Fraktion zur Folge haben würde. Infolge der diplomatischen Geschicklichkeit Windthorsts bewahrte sie jedoch nicht nur ihre Selbständigkeit, sondern auch ihre Einheit; sie verlor freilich ihre bisherige parlamentarische Machtstellung. Denn bei den Neuwahlen siegten die im sogenannten »**Kartell**« vereinigten Regierungsparteien, das sich aus 100 Nationalliberalen, 80 Konservativen und 40 Freikonservativen zusammensetzte. Die Kosten trug namentlich der Freisinn; er sank im Reichstage auf 32 Mandate herab. Im Abgeordnetenhause war er schon 1885 auf etwa dieselbe Zahl reduziert worden; die Neuwahlen von 1888 gestalteten seine Lage im Landtage eher noch ungünstiger. Damit war er zu einer Bedeutungslosigkeit verdammt, in der er Friedrich III. keine nennenswerte parlamentarische Stütze bieten konnte, auch wenn dieser, bereits ein todkranker Mann, nach seinen wahren politischen Intentionen durchzugreifen vermocht hätte. Der neue Kaiser vollzog unter diesen Umständen das den parlamentarischen Aspirationen so ungünstige, vom Freisinn daher auch heftig bekämpfte Gesetz über die Erstreckung der Legislaturperioden für den Reichstag

von drei auf fünf Jahre; dieselbe Änderung erfolgte für den Landtag. Der Tod des Herrschers (15. Juni 1888) machte allen Aussichten auf ein liberal-parlamentarisches Regiment im Reiche und in Preußen ein definitives Ende.

III. 1890—1914.

Allmählich in sich brüchig geworden, erlitt das Kartell bei den Wahlen, die Anfang 1890 zum erstenmal auf fünf Jahre stattfanden, eine empfindliche Niederlage; es sah sich auf 134 Sitze beschränkt, von denen die größere Hälfte (71) den Konservativen gehörte; ihm standen gegenüber das Zentrum und seine Annexe mit rund 140, die Linksliberalen mit 77 und die Sozialdemokraten mit 36 Mandaten; das Zentrum hatte somit seine alte ausschlaggebende Stellung wiedergewonnen. Dieser Reichstag konnte Bismarck, dessen Verhältnis zu Wilhelm II. bereits damals aufs höchste gespannt war, keinen Rückhalt geben. In der Frage des Arbeiterschutzes bestanden zwischen Kaiser und Kanzler Differenzen, in denen die populäre Meinung eher der abwehrenden Zurückhaltung Bismarcks widersprach. Das Sozialistengesetz stand vor seiner Erneuerung, und dafür war der neue Reichstag nicht zu haben. Ehe diese Frage zur Entscheidung kommen konnte, erfolgte Bismarcks Entlassung, vornehmlich wegen der Meinungsverschiedenheiten auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Sein Nachfolger wurde Caprivi, und unter ihm schien die Möglichkeit eines besseren Verhältnisses zwischen der Regierung und den Parteien der Opposition nicht ausgeschlossen. Dadurch, daß das Sozialistengesetz nicht verlängert wurde, fühlte sich die Sozialdemokratie zwar keineswegs veranlaßt, eine weniger scharfe Tonart anzuschlagen; aber sowohl im Freisinn wie auch im Zentrum begannen sich, freilich noch recht schüchtern, Elemente zu regen, die größerem Entgegenkommen gegen die Staatsleitung keineswegs abgeneigt waren.

Wenngleich die alte Kartellmehrheit beseitigt worden war, so dachte die Regierung doch daran, die innere Politik in deren Sinne, in der Richtung einer »mittleren Linie« unter Vermeidung aller Extreme, fortzuführen; dafür zeugte schon die aus des Kaisers persönlicher Initiative hervorgegangene Ernennung Miquels zum Finanzminister, dessen Hauptverdienst in den nächsten Jahren die Durchführung einer großzügigen preußischen Steuer- und Finanzreform wurde. Es kam darauf an, den Freisinn zu einem Verzicht auf seine unbedingte Opposition zu bewegen. Vorsichtig streckte Caprivi in seiner Antrittsrede im Abgeordnetenhause (15. April) seine Fühler danach aus; er fand wohl einiges Verständnis bei Rickert, aber nicht bei Richter, und es stellte sich bald heraus, daß dieser stärker war als jener. Eine neue Militärvorlage forderte damals eine bescheidene Heeresverstärkung; zwar waren die alten Sezessionisten und die schleswig-holsteinischen Fortschrittler für die Bewilligung; aber Richter setzte durch, daß der Freisinn geschlossen dagegen stimmte, während die Zentrumspartei unter Windthorsts Führung dafür eintrat und den Entwurf dadurch rettete. Sie hatte das in Hoffnung auf kirchenpolitische Konzessionen getan, sah sich darin jedoch durch die Volksschulvorlage des Kultusministers v. Goßler (Ende 1890), die das alleinige Aufsichtsrecht des Staates über die Schule zu starkem Ausdruck brachte, bitter enttäuscht; mit Hilfe der Konservativen brachte sie nun das Gesetz zu Fall. Im Vollgefühl dieses Triumphes schied der greise Windthorst (14. März 1891) aus dem Leben. Die Leitung der Fraktion ging jetzt an Ernst Lieber über, und durch ihn bahnte sich ein weiteres Zusammengehen zwischen Regierung und Zentrum an, nämlich in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Caprivi war damals willens, das Bismarcksche Schutzzollsystem zu mildern; gegen diese Politik setzten sich die Konservativen zur Wehr; da aber der Freisinn und unter Liebers Führung auch das Zentrum dafür waren, drang die Regierung durch. Immer enger wurde das Verhältnis zwischen ihr und der Zentrumspartei. Ganz ihren Wünschen gemäß wurde das neue Volksschulgesetz gestaltet, das Goßlers Nachfolger, der Graf v. Zedlitz-Trützschler, vorlegte; es begegnete freilich entschiedenem Widerspruche nicht nur bei den gesamten Liberalen, sondern auch in den Reihen der Freikonservativen und wurde schließlich, wiewohl seine Annahme durch Zentrum und Konservative sicher war und Caprivi selbst als Ministerpräsident lebhaft dafür eintrat, auf die Initiative des Herrschers hin (28. März 1892) zurückgezogen. Das Zentrum ging jetzt wiederum in die oppositionelle Haltung über; für den Freisinn konnte sich daher eine Annäherung an die Regierung empfehlen, und das um so eher, als eine neue Militärvorlage, die eine abermalige Erhöhung der Präsenzziffer begehrte, eine alte liberale Forderung erfüllte, nämlich die Herabsetzung der aktiven Dienstzeit von drei auf zwei Jahre. In der Tat war die Minderheit unter Rickert und Hänel dafür zu haben; aber die Mehrheit um Richter beharrte auf dem starr negativen Standpunkte, ebenso die große Majorität des verärgerten Zentrums, auf das der Versuch einer Einwirkung durch Vermittelung des Papstes nicht viel mehr Erfolg hatte als früher im Septennatskonflikt. Zwar wurde ein Kompromiß angestrebt, doch umsonst, da bei den Konservativen keine Neigung zu einigem Entgegenkommen gegen diejenigen Elemente des Freisinns bestand, die an sich der Vorlage freundlich gegenüberstanden; die Folge davon war die Auflösung des Reichstages im Frühjahr 1893 und der Zerfall des Freisinns in zwei Fraktionen, die gemäßigtere »Freisinnige Vereinigung« und die radikalere »Freisinnige Volkspartei«.

Die Neuwahlen (15. Juni 1893) befestigten das Zentrum in seiner Position als ausschlaggebende Partei, brachten der Rechten und den Mittelparteien einen Mandatzuwachs von 33, der Sozialdemokratie von 8; die bürgerliche Linke verlor mehr als 200000 Stimmen und etwa die Hälfte ihres früheren Besitzstandes; die Volkspartei errang (und auch das nur mit weitgehender Unterstützung von Zentrum und Sozialdemokratie, wie sie dem gesamten Freisinn schon 1890 zuteil geworden war), und zwar erst in den Stichwahlen, 23, die Vereinigung 13 Sitze; ähnlich war für beide der Ausfall der Landtagswahlen zum Ende des Jahres (14 bzw. 6). Die Militärvorlage wurde im neuen Reichstage (15. Juli) mit einer kleinen Mehrheit angenommen, indem zwar das Zentrum bei seinem Widerstande verharrte, neben der Rechten und den Mittelparteien aber die freisinnige Vereinigung und die Polen, die damals aus Gründen der auswärtigen Politik auf eine Änderung des Polenkurses der Regierung hofften, für den Entwurf stimmten. In der Folgezeit zeigte sich das Zentrum wieder versöhnlicher; unter seiner Mitwirkung kamen 1898 das Bürgerliche Gesetzbuch

und die erste größere Flottenvermehrung zustande.

Seit dem Ende der 1870er Jahre war unter dem Eindrucke der Gründerjahre in Anlehnung an den Konservativismus zunächst in Berlin durch die Agitation Stöckers unter wohlwollender Neutralität Bismarcks, der davon eine Schwächung des hauptstädtischen Freisinns erwartete, der Antisemitismus aufgekommen; er gewann in der Folgezeit im übrigen Lande an Boden, zumal in Hessen; er schrieb auch die Förderung des Mittelstandes, sowohl des agrarischen wie des gewerblichen, auf sein Programm und rief in den 1880er Jahren mehrfache Organisationen von teilweise sehr kurzer Dauer ins Leben. Zum Anfange der 1890er Jahre ließen sich zwei Hauptrichtungen in ihm unterscheiden, die mehr konservative deutsch-soziale = antisemitische Partei, unter Liebermann v. Sonnenberg, und die mehr demokratische deutsche Reformpartei unter Böckel; sie vereinigten sich (Oktober 1894) zu Erfurt zur Deutsch-sozialen Reformpartei. Ihr nahe verwandt war die Christlich-soziale Partei, in der eben damals gegen Stöcker eine jüngere Richtung unter der Führung des Pfarrers Naumann aufkam; diese konstituierte sich als besondere »nationalsoziale Partei« mit ausgesprochen demokratisch-sozialpolitischem Programm. Da auch das extreme Agrariertum seine Sache durch die konservative Partei nicht zur Genüge wahrgenommen glaubte, gründete es sich (1893) im Zusammenhang mit der Caprivischen Handelsvertragspolitik eine spezielle Organisation, den Bund der Landwirte, der eine sehr rührige Agitation sofort einleitete und auf die wirtschaftspolitische Haltung der Konservativen einen starken Druck fortan ausübte. Agrarische Ziele verfolgte der um dieselbe Zeit entstandene bayrische »Bauernbund«, der aber in erklärtem Gegensatz zu jenem als einer Vertretung des Großgrundbesitzes das rein bäuerliche Interesse wahrnehmen wollte. Innere Kämpfe und Zersetzungsprozesse bereiteten sich endlich in der Sozialdemokratie vor. Die offizielle Parteileitung sah sich bedroht durch eine extreme und eine gemäßigtere Opposition. Jene, die »Jungen« unter Werner, Wildberger und Auerbach, die ein schärferes Vorgehen im Hinblick auf die Endziele der Partei forderten, unterlagen auf dem Parteitage von 1891 zu Erfurt, indem die Führer zum Ausscheiden genötigt wurden; es wurde hier ein neues Programm beschlossen, das unter Statuierung der Endziele in marxistischem Sinne zugleich bestimmte politische und sozialpolitische Punkte aufstellte, deren Durchführung bereits auf dem Boden der geltenden Gesellschaftsverfassung erreicht werden sollte. Die Notwendigkeit einer Wirksamkeit der Partei in diesem Sinne, also eines ausgesprochenen Programms der Sozialreform, wurde mit Nachdruck von den »Revisionisten« betont; diese gemäßigteren Tendenzen fanden in der Folgezeit besonders in Süddeutschland Verbreitung, wo sich Vollmar einer besonderen Autorität erfreute. Es wurde ihnen Vorschub geleistet durch den im wissenschaftlichen Sozialismus immer stärker auftretenden Widerspruch gegen die marxistische Orthodoxie, dessen Hauptvertreter Bernstein war. Versuche der Partei, auf das platte Land hinüberzugreifen, fanden wohl mehr und mehr bei der ländlichen Arbeiterschaft Boden, nicht aber bei der bäuerlichen Bevölkerung.

Weder der Reichstag noch auch der Landtag erfuhr durch die Neuwahlen von 1898 nennenswerte Verschiebungen. Indem die Sozialdemokraten dort acht Mandate gewannen, stiegen sie auf 56; sie waren nunmehr die stärkste Partei nächst dem Zentrum. Der Bund der Landwirte und der Bayerische Bauernbund hatten dieses Mal eigene Kandidaten aufgestellt; sie drangen damit in sechs bzw. fünf Bezirken durch; die deutsche Reformpartei, die vorher 16 Mitglieder (1887 : 1, 1890 : 5) gezählt hatte, hatte jetzt nur noch 13 Sitze. Hatte der Bund der Landwirte auch direkt nur wenige Abgeordnete, so reichte sein Einfluß doch viel weiter, und sowohl im Reiche als auch ganz besonders in Preußen stand die innere Politik im Zeichen des agrarischen Interesses. Daher scheiterte die sogenannte »Kanalvorlage« (zum Ausbau der inneren Wasserstraßen in Preußen), wiewohl sie vom Kaiser selbst mit besonderem Eifer betrieben wurde. Man erblickte in ihr eine Bevorzugung des reicheren Westens vor dem ärmeren Osten und besorgte von ihr einen Zuwachs der Getreideeinfuhr. Die Konservativen waren gegen sie; die Entscheidung stand beim Zentrum, und wiewohl ihr Lieber sympathisch gegenüberstand, vermochte er für sie in seiner Fraktion nicht soviel Anhang zu gewinnen, als zu ihrer Annahme nötig war; 1901 wurde das Kanalprojekt definitiv fallen gelassen. Nicht minder heftige Kämpfe spielten sich im Reichstage um die Erneuerung der Handelsverträge ab. Der neue Leiter der deutschen und preußischen Politik, Bülow, wollte eine solche unter Erhöhung der Zölle zum Schutze der einheimischen Landwirtschaft vornehmen; dem widerstrebte einerseits die Linke, während anderseits die extremen Agrarier Zollsätze verlangten, die den Abschluß langfristiger Handelsverträge unmöglich gemacht hätten. Die mittlere Linie der Regierung siegte schließlich, und die neue Tarifvorlage ging, indem sich die Rechte mit ihr abfand, am 14. Dezember 1892 mit 202 gegen 100 Stimmen durch.

Die Linke hoffte, daß die Neuwahlen von 1903 ein Plebiszit gegen den neuen Zolltarif bringen würden. Das war keineswegs der Fall. Nicht ganz 4 Millionen Wähler sprachen sich gegen die Parteien des erhöhten Zollschutzes, aber etwa 5½ dafür aus. Die Stimmen der Sozialdemokratie wuchsen allerdings von 2 bis auf 3 Millionen, ihre Mandate von 56 auf 82; da aber die bürgerliche Linke 14 Sitze einbüßte, blieben die alten Machtverhältnisse im wesentlichen bestehen. Auffallend war der Rückgang der kleinen Fraktionen, die durch Absplitterung von der Rechten entstanden waren. In der Sozialdemokratie kam auf dem Dresdener Parteitage vom 13.—19. September 1903 der Gegensatz zwischen der älteren Generation, voran Bebel, und den Revisionisten zu heftigem Ausdrucke; jene warf diesen vor, sie wollten die Partei aus einer Revolutions- in eine Reformpartei umwandeln; sie setzte zwar eine obsiegende Resolution durch, vermochte aber die Gegner doch nicht zum Schweigen zu bringen. Bei der Landtagswahl, die Ende 1903 stattfand, stellte die Sozialdemokratie zum ersten Male eigene Wahlmänner auf, zugleich gewillt, die Linksliberalen zu unterstützen; trotzdem verloren diese 5 Mandate (31 gegen früher 36). Es blieb somit die Möglichkeit einer doppelten Mehrheitsbildung bestehen, indem die Konservativen mit dem Zentrum, aber auch mit den Nationalliberalen zusammengehen konnten. Der zweite Fall trat ein, indem auf Anregung dieser beiden Parteien ein neues Volksschulgesetz, dessen Grundzüge in Beibehaltung der geistlichen Schulaufsicht und Festlegung des

konfessionellen Prinzipes unter bedingter Zulassung der Simultanschule bestanden, eingebracht und gegen den Widerspruch der Linksliberalen unter Stimmenthaltung des Zentrums angenommen wurde.

Genügte also im Landtage das Zusammenhalten der Konservativen und Nationalliberalen zur Erreichung der Mehrheit, so war im Reichstage dafür immer noch die Mitwirkung des Zentrums erforderlich. Sie wurde auch gewöhnlich gewährt, so bei den Ausgaben für Heer und Flotte, ebenso auch bei der Reichsfinanzreform von 1906, die durch Erschließung neuer Steuern die Reichseinnahme um etwa 200 Millionen vermehren sollte; der Ertrag blieb aber weit dahinter zurück. Was an positiven gesetzgeberischen Maßregeln im Laufe des letzten Jahrzehntes geleistet worden war, das war im wesentlichen mit Hilfe des Zentrums zustande gekommen; jetzt aber nahm es plötzlich wieder einen oppositionellen Standpunkt ein. Die Ursachen hierfür lagen nicht auf kirchenpolitischem Gebiete, wiewohl es in seinem Kampfe gegen das Jesuitengesetz (1904) nur § 2 (betreffend die Aufenthaltsbeschränkungen der Ordensmitglieder), nicht auch § 1 (das Verbot von Ordensniederlassungen) zu entfernen vermochte und mit seinem (zuerst 1900/01 eingebrachten, seitdem immer wiederholten) sogenannten »Toleranzantrage«, wenigstens in dessen wichtigerem zweiten Teile, der auf die Beseitigung der staatlichen Hoheits- und Aufsichtsrechte über die Kirche hinzielte, schließlich (1905) doch nicht durchdrang. Der Zusammenstoß erfolgte vielmehr auf dem Felde der Kolonialpolitik. Es war zu Reibereien zwischen den katholischen Missionen und den Organen der Kolonialverwaltung in Afrika gekommen; sie veranlaßten das Zentrum zu heftigen parlamentarischen Angriffen und zu empfindlichen Abstrichen am Kolonialetat hinsichtlich der zur militärischen Sicherung verlangten Mittel. Es hatte dabei zusammen mit seinen Annexen und den Sozialdemokraten die Mehrheit, während der Freisinn mit den Konservativen und den Mittelparteien die Minderheit bildete (13. Dezember 1906); darauf wurde der Reichstag aufgelöst.

Gemäß den Umständen, die zu dieser Maßnahme geführt hatten, vollzogen sich die Neuwahlen (Anfang 1907) unter der vom Reichskanzler und dem neuen Leiter des Kolonialamtes, Dernburg, persönlich vertretenen Parole einer »konservativ-liberalen Paarung« gegen die Mehrheit vom 13. Dezember 1906. Sie bedeuteten aber nur einen halben Erfolg. Denn die sozialdemokratischen Stimmen vermehrten sich um etwa 1/4 Million, auf 3 1/4 Millionen, so daß sie fast 1/3 der Gesamtzahl betrugen; trotzdem verminderten sich ihre Mandate von etwa 80 auf 43, weil der konservativ-liberale »Block« bei den Stichwahlen gegen sie zusammenhielt. Aber das Zentrum, das doch eigentlich durch die Auflösung getroffen werden sollte, erzielte nicht nur den Gewinn eines Mandats, sondern auch, was mehr besagte, das ansehnliche Mehr von 300000 neuen Stimmen. Zunächst hielt die »Paarungsidee« vor. Zwar widersprach der Freisinn im Abgeordnetenhause, für das die Wahlen von 1908 keine Veränderungen brachten (abgesehen davon, daß hier zum ersten Male sieben Sozialdemokraten ihren Einzug hielten), einer erneuten Gesetzesvorlage zur Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken, die freilich durch Rechte und Mittelparteien durchgebracht wurde; aber durch die Konnivenz der Rechten kam (Frühjahr 1908) gegen Zentrum und Sozialdemokratie ein neues Vereins- und Börsengesetz zustande. Auch in der 1906 nur unvollkommen gelösten, nunmehr dringlich werdenden Frage der Reichsfinanzreform erschien eine Verständigung der Blockparteien nicht als von vornherein ausgeschlossen, und ihr Zusammenhalt wurde auch noch nicht gesprengt durch die im Frühjahr 1909 im Zusammenhange mit den sogenannten »Kaiserinterviews« (betreffend die Haltung des Monarchen im Burenkriege) erhobenen Anklagen über das »persönliche Regiment« des Herrschers und durch die dabei auf seiten der Linken und bis in die Reihen der Nationalliberalen auftauchenden parlamentarischen Machterweiterungstendenzen, Verstärkung der konstitutionellen Garantien, Kräftigung der Rechte der Volksvertretung usw., die schließlich im Sande verliefen.

Schlimmer wirkte für die Einigkeit des Blocks die Frage der preußischen Wahlreform. Der Freisinn verlangte einfach die Übertragung des Reichstagswahlrechts, die Nationalliberalen Pluralrecht, geheime und direkte Wahl. Obgleich auch das Zentrum für die Übernahme des Reichstagswahlrechts war, machten doch die Konservativen kein Hehl daraus, daß sie lieber dieser Sache halber den Block preisgeben und ein allgemeines Zusammengehen mit dem Zentrum anstreben würden. Die Entscheidung gab der Verlauf der Reichsfinanzreform. Die Regierung stellte einen Mehrbedarf von 1/2 Milliarde fest und wollte ihn durch eine Vermehrung der indirekten Steuern um 400, der direkten Besitzsteuern von 100 Millionen decken, unter anderm durch eine »Nachlaßsteuer« bei Erbfällen zwischen Aszendenten und Deszendenten sowie zwischen Ehegatten. Gerade dagegen erhob sich ein starker Widerspruch bei den Konservativen und dem Zentrum, das die Gelegenheit benutzen wollte, um dem Block und seinem Urheber, dem Reichskanzler, ein Ende zu bereiten. Der Freisinn war, seine bisherige doktrinäre Abneigung gegen indirekte Abgaben überwindend, dafür bereit, bestand aber auf der Nachlaßsteuer. Das Zentrum, seiner bisherigen politischen Ausschaltung müde, gewann nun die Konservativen, indem es bei der Erhöhung der Branntweinsteuer für die unbedingte Beibehaltung der unter dem Namen »Liebesgabe« bekannten Prämie für die Brenner auf den für den Landesverbrauch hergestellten Branntwein eintrat, und indem es an Stelle der Nachlaßsteuer eine Vermehrung der vorgeschlagenen indirekten Steuern sowie eine Reihe sogenannter »Besitzsteuern« (Stempelabgaben auf Effekten, Grundstücksumsatz, Schecks und Talons) empfahl. Indem die Konservativen es vorzogen, auf diese Bedingungen hin die Reichsfinanzreform mit dem Zentrum zu machen, kam diese (10. Juli 1909) mit großer Mehrheit (226 gegen 127 Stimmen) zustande, und die Regierung konnte nicht umhin, sie in dieser obzwar von ihr nicht gewollten Form anzunehmen; aber der Block war gesprengt, und mit ihm fiel sein Vater, der Fürst Bülow.

Verschiedenartig war die Wirkung dieser Vorgänge auf die einzelnen Parteien. Bülows Rücktritt wurde natürlich vom Zentrum und auch von den Polen, deren Gunst er sich durch seine entschiedene Ostmarkenpolitik verscherzt hatte, mit Beifall begrüßt; die Konservativen sahen das Schreckgespenst der Liberalisierung des Staatslebens und der Verfassungsänderung in Preußen wieder weiter entfernt. Bei den Liberalen vollzog sich ein merklicher Ruck nach links, und es machte sich ein starker Zug zur Sammlung



der Kräfte geltend. Um für Handel und Industrie ein wirksames Gegengewicht gegen den Bund der Landwirte zu schaffen, wurde im Sommer 1909 der »Hansabund« ins Leben gerufen, dessen Tätigkeit politisch natürlich dem Liberalismus wesentlich zugute kam. Die Fraktionen der bürgerlichen Linken, Freisinnige Volkspartei und Vereinigung sowie die Süddeutsche Volkspartei, schlossen sich im März 1910 zur »Fortschrittlichen Volkspartei« zusammen. Bei den Nationalliberalen gewannen die linksstehenden Elemente, die »Jungliberalen«, an Boden, und die ganze Partei entfernte sich sichtlich von den Konservativen. Schon ward hier und da ein Zusammengehen der ganzen Linken »von Bassermann bis Bebel« befürwortet, und wenngleich es damit noch gute Wege hatte, so war doch in Süddeutschland mit der gemeinsamen Frontstellung gegen das Zentrum stellenweise die Voraussetzung für die Idee eines »Großblocks« der gesamten Linken gegeben. Dem schien auch hier die Entwicklung der Sozialdemokratie, nämlich das Vordringen der Revisionisten gegenüber der radikaleren Richtung, die beim orthodoxen Marxismus aushielt, Vorschub zu leisten — stimmten doch in den süddeutschen Staaten die Sozialdemokraten für das Budget, ohne sich darin durch den Tadel beirren zu lassen, den der Nürnberger Parteitag von 1908 über sie verhängte. Die Entfremdung auch der Nationalliberalen gegenüber den Konservativen wurde durch die Kämpfe um die preußische Wahlrechtsvorlage verschärft, die Bülows Nachfolger v. Bethmann Hollweg Anfang 1910 einbrachte. Genügte sie schon jenen nicht und noch viel weniger der übrigen Linken, so ging sie der Rechten zu weit; sie wurde schließlich durch Zentrum und Konservative so gestaltet, daß sie für die Regierung unannehmbar und daher zurückgezogen wurde. Der Reichstag entfaltete nach dem Blockbruche noch eine rege gesetzgeberische Tätigkeit. Hierher gehört (1911) die neue Verfassung für die Reichslande, die hier das Zentrum zur stärksten Partei machte, und unter deren Ägide die partikularistischen und selbst deutschfeindlichen Tendenzen recht üppig wuchern konnten. In dasselbe Jahr fiel ein Militärgesetz mit erneuter Heeresvermehrung. Wertvoll auf dem Gebiete der Sozialpolitik waren die Reichsversicherungsordnung von 1911, die mit überwältigender Mehrheit gegen die Sozialdemokratie genehmigt wurde, sowie das Gesetz über die Versicherung der Privatangestellten. Die Wertsteigerung des Grundbesitzes wurde durch eine Reichszuwachssteuer getroffen.

Unter dem Zeichen der konservativ-liberalen Entzweiung erfolgten die Neuwahlen vom Januar 1912. Den Hauptvorteil hatten davon die Sozialdemokraten. Sie erhielten bei der Urwahl (mit 4¼ von 14½ Millionen) fast ⅓ aller Stimmen und in der Stichwahl infolge eines Wahlabkommens mit den Fortschrittlern im ganzen 110 Mandate. Das Zentrum verlor 10 Sitze, so daß ihm noch 93 verblieben. Die Fortschrittler behaupteten (unter Verlust von 7) im ganzen 45, ebensoviel die Nationalliberalen (unter Rückgang um 4); die Rechte aller Schattierungen büßte 34 ein, behielt daher nur 70. Der »schwarzblaue Block« ward dadurch zertrümmert; Konservative und Zentrum hatten nicht mehr die Mehrheit. Schon bei der Wahl des Vorstandes gab es harte Konflikte; schließlich kam ein Präsidium zustande, an dem die beiden stärksten Parteien, Sozialdemokratie und Zentrum, gar keinen Anteil hatten, das nur aus Liberalen bestand, indem der Vorsitzende Fortschrittler war, ebenso der zweite Vizepräsident, während der erste durch die Nationalliberalen gestellt wurde. Neue Wehrvorlagen mit ansehnlicher Verstärkung von Flotte und Heer fanden (10. und 14. Mai 1912 sowie 30. Juni 1913) auch die Zustimmung des Freisinns, ebenso die zu gleichem Zwecke bestimmte große Wehrsteuervorlage des Jahres 1913. Zwar nicht der Freisinn, wohl aber das Zentrum stimmte im Landtage für das Gesetz über die Befestigung des deutschen Grundbesitzes in Schleswig-Holstein und im Osten der Monarchie (abgesehen von Polen und Westpreußen, für die ja die Polengesetzgebung bereits sorgte), also in den Provinzen Ostpreußen, Pommern und Schlesien. Ungeschwächt blieb der Gegensatz zwischen der Rechten und der Linken noch in Kraft und innerhalb einzelner Parteien zwischen deren rechten und linken Flügeln. So fanden heftige Auseinandersetzungen bei den Nationalliberalen statt, bei denen die schärfere Tonart mehr im Süden angeschlagen wurde, während die gemäßigteren Elemente in Norddeutschland die Oberhand hatten, im Zentrum zwischen der intransigenten »Berliner« und der von ihr der Lauheit und Förderung interkonfessionalierender Tendenzen geziehenen »Kölnischen« Richtung, die sich allerdings als die weitaus stärkere erwies. In der Sozialdemokratie gingen die Streitigkeiten zwischen den Alten und Jungen weiter.

IV. **Die Parteien im Kriege und Ausblick in die Zukunft.**

Der Hader der Parteien mußte schweigen, als Osten und Westen sich vereinigten, um gegen uns den Vernichtungskrieg zu führen; das Wort des Kaisers, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche, fand begeisterten Widerhall und hat im großen und ganzen die schwere Probe der letzten zwei Jahre bestanden. Wohl schlummern unter der äußeren Ruhe, die der Burgfrieden, Selbstdisziplin und Liebe zum großen Vaterlande den Parteien auferlegen, die alten Gegensätze, und sie werden aus der Tiefe wieder an die Oberfläche emporsteigen. Aber schwerlich wird die Not, in der wir schweben, spurlos an den Parteien und ihrem gegenseitigen Verhalten vorübergehen; wie dereinst durch die Kriege, deren Frucht die Reichsgründung war, so wird jetzt durch den Weltkampf, der das Werk Bismarcks verteidigen und für immer sichern und feststellen soll, ein Wandel im Wesen der Parteien eintreten; oder, richtiger gesagt, eine Entwicklung wird in ihr letztes Stadium geleitet und zum Abschlusse gebracht werden, die sich schon seit Jahrzehnten vorbereitet hat. Der Linksliberalismus ist nicht mehr die steril-störrische Opposition aus der Zeit Eugen Richters; schon unter Caprivi setzte da ein Umschwung ein, der seitdem erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Seine parlamentarischen Machtaspirationen sind nur noch gelegentlich und vorübergehend aufgeflackert; das Doktrinäre tritt zusehends zurück, und das Verständnis für die nationalen Ziele, die Wehrfrage, die finanzielle Fundierung des Reiches, Zweckmäßigkeit der Besteuerung und auch für den Schutz der heimischen Volkswirtschaft, ist im Steigen begriffen. Eindringlich genug lehrt uns ja unsere jetzige Lage, der frevelhafte Versuch der englischen Aushungerungspolitik, wie unerläßlich notwendig ein kräftiger Schutz unserer Landwirtschaft und der gesamten inländischen Produktion ist. — Das gleiche gilt vom Zentrum. Es ist

längst nicht mehr die alte partikularistische, ganz einseitig dem konfessionellen Interesse dienende Partei, wie zur Zeit seiner Entstehung. Seine Stellung zum Reichsgedanken, zur staatlichen Idee überhaupt ist eine ganz andere geworden; es legt nicht mehr an alles und jedes fast ausschließlich den Maßstab des parlamentarischen Machtinteresses, um das Zünglein an der Wage zu bleiben, um eine eigennützige do ut des-Politik um jeden Preis treiben zu können; seine Bereitwilligkeit zu positiver Mitarbeit unter rein sachlichen Gesichtspunkten an der Lösung der großen nationalen und staatlichen Aufgaben im Reiche und in den Einzelstaaten steht außer Zweifel und hat sich oft genug schon praktisch bewährt, von seinen Leistungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik ganz zu schweigen. Es versteht sich von selber, daß mit den letzten Resten des Kulturkampfes, die noch bestehen, aufgeräumt werden wird, während anderseits die Unberührtheit und Unverletzlichkeit des religiösen Lebens in der vielfältigen und reichhaltigen Ausgestaltung, wie sie bei uns besteht, und der Weltanschauung des einzelnen, die Freiheit unseres Geistes- und gesamten Kulturlebens, auch gegenüber kirchlichen Antrieben, Einflüssen und Eingriffen, durch ein unparteiisches Walten des Staates geschützt und gewahrt werden müssen. — Die Regelung der Polenfrage und des Verhältnisses zu den fremdartigen Volkskörpern innerhalb des Reichsgebietes, zumal wenn dieses, wie wir ja hoffen und nach den letzten Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstage mit Bestimmtheit erwarten dürfen, eine Erweiterung erfährt, muß in einer Art und Weise erfolgen, derzufolge ohne kleinlichen und ungerechten Druck auf abweichendes Volkstum doch das Prinzip des autonomen deutschen Nationalstaates und seiner militärischen Sicherung die höchste Norm bilden; die partikularistischen Tendenzen, insofern es sich nicht um die Pflege berechtigter alteingewurzelter landschaftlicher Eigenart handelt, müssen schweigen, und Parteivelleitäten, um parlamentarische Gefolgschaften und Erfolge zu gewinnen, dürfen keine Statt mehr finden. Welchen Kurs jetzt auch immer unsere Polenpolitik nehmen möge, es ist für uns ein Glück, daß durch die Bismarcksche Ostmarkenpolitik und ihre energische Fortführung unter Bülow das Deutschtum im Osten so gefördert und vermehrt worden ist, daß wir schon in Rücksicht auf das hier sitzende deutsche Volkselement Posen und Westpreußen bei uns für immer festzuhalten die heilige Pflicht haben, und das am Ende des Mittelalters ins Stocken geratene Werk der Kolonisation wird am Südufer des Baltischen Meeres voraussichtlich eine Wiederaufnahme in größtem Stile finden. — Von einer Bekämpfung der Sozialdemokratie nach der alten Bismarckschen Art wird um so weniger mehr die Rede sein dürfen, als sie sich ja in großem Umfange willig und begeistert in die Reihen der Kämpfer um das Vaterland gestellt hat und in ihrer Mehrheit (mehr als 60 Mann) die zum Kriege erforderlichen Mittel bewilligt. Die reinliche Scheidung der Geister, auf welche die Entwicklung schon längst hinarbeitete, ist ja nunmehr eingetreten. Diejenigen Elemente, denen engherzigste Parteidoktrin und Solidarität der roten Internationale über die Not von Volk und Vaterland gehen, haben sich, 20 an Zahl, vom Gros abgetrennt, und gibt es auch in diesem hinwiederum eine Gruppe von gleicher Stärke, die gegen die Kriegskredite ist, aber aus Gründen der Disziplin die Teilnahme an der Abstimmung vermeidet, so geht doch aus diesem Zahlenverhältnis hervor, daß mehr als $^{5}/_{6}$ der Fraktion fest zur Nation halten. Wenn sie durchdringen, kann die deutsche Sozialdemokratie mehr und mehr wieder das werden, wovon sie ausgegangen ist, was das Ideal eines Lassalle war, und woran auch Bismarck zuerst dachte, — eine im nationalen Boden wurzelnde Klassenbewegung, die ihre Interessen vornehmlich auf dem Felde der Sozial- und Wirtschaftspolitik wahrnehmen wird, die sich aber stets dessen bewußt bleiben soll, daß sie, wenn sie auch große Massen hinter sich hat, doch nicht das ganze Volk, sondern aus diesem nur eine einzelne Berufsgruppe in sich darstellt. Gerade darin wird die entscheidende Abwandlung im Wesen der Sozialdemokratie zum Ausdruck gelangen müssen, daß sie nunmehr, wie alle die anderen Parteien der früheren Opposition, gegenüber den Wehr- und Rüstungsfragen und den damit zusammenhängenden Finanzproblemen vorurteilsloses Verständnis und vermehrte Opferwilligkeit zeigen wird; sie wird damit lediglich die Konsequenz aus der Haltung ziehen, die ihre Mehrheit jetzt im Kriege einnimmt. Und auch in anderen Parteilagern wird ohne Zweifel die Einsicht aufgehen, daß es nicht nur genügt, eine offene Hand für die nationalen und staatlichen Bedürfnisse zu haben, sondern daß es auch darauf ankommt, die daraus entspringenden Lasten in einer Weise zu verteilen, die der tatsächlich vorhandenen Steuerkraft und den Grundsätzen der Gerechtigkeit entspricht. Und die so dringend wünschenswerte engere Fühlung der Regierung mit den großen Parteien, die Heranziehung einflußreicher Parlamentarier zur obersten Leitung der Staatsgeschäfte wird jetzt, da die Parteien ein ganz anderes Aussehen gewonnen haben, ins Werk gesetzt werden können, ohne daß dadurch dem Grundsatze Abbruch geschieht, der Bismarck bei seiner Reichsgründung, bei der endgültigen Festlegung des Verfassungsstaates als höchstes Ideal vorschwebte, welcher der Brennpunkt seiner gesamten inneren Politik war, — der Erhaltung einer starken, selbständigen Monarchie, so daß der Monarch, nicht aber das Parlament durch das Ministerium regiert. Mögen die Parteien auch sonst ihre besonderen Interessen und Ideale pflegen, niemals mögen sie vergessen — das wird eine der gesündesten und segensreichsten Wirkungen dieser schweren Zeit sein —, daß sie zunächst Deutsche sind, und daß über ihnen und ihrem Hader als das höchste Gut das Vaterland steht, dem alle gleichmäßig mit Liebe, Hingebung und Unterordnung ihres Selbst dienen müssen.

Deutschtum im Auslande

von Professor Dr. **Dietrich Schäfer** in Berlin-Steglitz

Es gibt kein europäisches Volk, ja überhaupt kaum eines, das einen so großen Bruchteil seiner Angehörigen außerhalb seines Staatswesens wohnen hat wie das deutsche, über ein Viertel, fast ein Drittel der ungefähr 90 Millionen, denen Deutsch die Muttersprache ist. Verstehen kann diese Tatsache nur, wer unserer Geschichte gedenkt.

Unter den germanischen Völkern bestand wohl ein ethnographischer, nie aber ein politischer Zusammenhang. Sie vermochten das einheitliche Römische Reich zu vernichten, auch ihre eigenen staatlichen, rechtlichen, gesellschaftlichen Institutionen an seine Stelle zu setzen, nicht aber ihr Volkstum. Das haben sie nur in Britannien und in einem verhältnismäßig schmalen Landstreifen von der Nordsee bis zu den Alpen zwischen der jetzigen Sprach- und der alten römischen Reichsgrenze zu erreichen vermocht. Diesem Gewinn steht ein gewaltiger Verlust im Osten gegenüber. Nach der Völkerwanderung lassen sich in den weiten Ebenen östlich der Elbe und Saale keine Germanen mehr nachweisen und ebensowenig in Böhmen und Mähren, in den östlichen Alpenländern und in Ungarn. Die fünf Stämme der Bayern und Schwaben (Alemannen), der Sachsen und Franken und der Friesen stellen das festländische Germanentum dar. Sie wurden durch Karl den Großen im karolingischen Reiche gesammelt und bildeten seit der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts ein besonderes Reich, in das nur die fränkisch-friesischen Bewohner des Landes links der Schelde, Flanderns, nicht einbezogen waren. Gegen Ende des 10. Jahrhunderts kam für diese staatlich geeinigten Stämme der Gesamtname der Deutschen auf; er hat besonders in den Beziehungen zum Auslande die Sondernamen zurückgedrängt.

Ihr Reich hat sich machtvoll entwickelt, ist durch Jahrhunderte die führende Macht des Abendlandes gewesen und hat insbesondere in Italien in dieser Zeit eine beherrschende Stellung innegehabt, nach Osten die Lande von der Elbe bis zur Oder, ja darüber hinaus, unter seine Herrschaft, das böhmische Staatswesen unter seine Oberleitung gebracht. In der gleichen Zeit hat sich Deutschlands Innenkultur mächtig entwickelt. Durch Rodung und Entwässerung ist umfassender Boden dem Anbau gewonnen worden; die Bevölkerung hat sich stark vermehrt, der neue Stand der Ministerialen sich herausgebildet. Damit ist zugleich die wirtschaftliche und die geistige Kultur außerordentlich gehoben und in weitere Kreise getragen worden. In allen Schichten der Bevölkerung erwachte der Trieb, regte sich das Bedürfnis, die gewonnene Kraft auch in der Fremde zu betätigen.

Mittelalterliche Auswanderung. Ähnliches hat sich im 11., 12. und 13. Jahrhundert so ziemlich bei allen Völkern Europas vollzogen; aber keins hat davon so viel Förderung erfahren wie das deutsche. Die Stellung seiner Herrscher in Italien brachte es mit sich, daß es dorthin manchen guten Mann in leitende weltliche und geistliche Stellen abgeben konnte; vor allem aber stand ihm der weniger dicht bevölkerte, in der Kultur tiefer stehende Osten für den Überschuß seiner Bevölkerung offen. Kein anderes abendländisches Volk hatte ein solches Siedlungsgebiet so unmittelbar vor seinen Türen. Deutsche Bauern und Bürger, Ritter und Mönche strömten hinein. Und ihr Zuzug machte nicht Halt an den Grenzen, die das Deutsche Reich sich gesteckt hatte; er ergoß sich darüber hinaus in die Königreiche Ungarn, Polen und Böhmen. Nicht auf Grund irgendwelcher Gewalt sind Deutsche dorthin gekommen, sondern allein und ausschließlich auf Veranlassung der einheimischen, angestammten Herrscher und ihrer landbesitzenden Großen, denen die Zuwandernden Vorteile aller Art brachten. Auch in Böhmen ist das nicht anders gewesen, obgleich sein König als Reichsfürst angesehen wurde. So hat sich der Osten mit Deutschen gefüllt bis zu den äußersten Enden der genannten Nachbarstaaten hin, ja zum Teil darüber hinaus. Das Städtewesen dieser Lande ist so gut wie ausschließlich deutschen Ursprungs. Auch Skandinaviens Städteentwicklung ist von Deutschland her entscheidend beeinflußt worden. Über die Eider hinaus breitete sich in »Südjütland« (Schleswig) deutsche Art auch auf dem flachen Lande aus. Von besonderer Bedeutung wurde die Eroberung Preußens und der baltischen Provinzen durch den Deutschen Orden bzw. durch die Schwertbrüder.

Nach beiden Richtungen hin hat in den folgenden Jahrhunderten bis ins 19. hinein die Zuwanderung nie völlig aufgehört. Sie nahm ab im 14. Jahrhundert, das auch für die innerdeutsche Entwicklung die Zeit eines gewissen Stillstandes ist. Gegen Ende desselben und zu Anfang des nächsten Jahrhunderts setzt in Polen und Böhmen eine starke antideutsche Strömung ein, die sich dem allgemeinen geschichtlichen Bewußtsein durch die Schlacht bei Tannenberg und die Hussitenkriege eingeprägt hat. Sie hat im weiteren Verlaufe deutschem adligen Einfluß völlig ein Ende gemacht, deutsches Bürgertum stark zurückgedrängt, die deutschen ländlichen Kolonisten an zahlreichen Stellen in die Hörigkeit der slawischen Umwohner hinabgedrückt. Der einheimische Adel ist Hauptträger der Bewegung gewesen. Über Ungarn zog im 15. Jahrhundert die Türkengefahr herauf. Immerhin konnten sich die Gedanken der Reformation noch weithin in jene Lande verbreiten; sie faßten überall Fuß, wo Deutsche waren.

Ihre dauernden Ergebnisse ostwärts. In Polen ist im Zusammenhang damit das Deutschtum noch mehr zurückgedrängt worden. Die jagellonischen Herrscher des Landes beharrten beim alten Bekenntnis, und die Jesuiten wurden mächtig im Königreich. So ward Polen die Hochburg des Katholizismus im Osten; deutsch ward gleichbedeutend mit evangelisch, polnisch mit katholisch, obgleich die protestantische Lehre auch unter den polnischen Landeseinwohnern nicht so wenig Anhänger gewonnen hatte. Doch hat das bei der schlaffen Regierungsweise nicht gehindert, daß Magnaten des Landes zur besseren Ausnutzung ihres Grundbesitzes auch weiterhin bäuerliche Siedler ansetzten und Städte gründeten, besonders in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges, der so manchen Deutschen antrieb, die Heimat zu verlassen. So sind 1638 Rawitsch und Bojanowo in der jetzigen Provinz Posen deutsch gegründet worden, sind auch deutsch geblieben. Die Gebiete, die durch die erste und zweite Teilung Polens (1772 und 1793) Preußen angeschlossen wurden und noch heute preußisch sind, bargen daher, teils durch alte, teils durch neue Einwanderung, bei ihrem Übergang unter preußische Herrschaft eine starke deutsche Bevölkerung, sicher ein Drittel, vielleicht zwei Fünftel. Führende Städte, wie Danzig, Elbing, Thorn, waren deutsch;

sie nahmen zwar polnischen Zuzug aus ihrer ländlichen Umgebung auf, vermochten ihn aber in ihrer Bürgerschaft bald einzudeutschen. Die Besiedlung des Netzebruchs, die Friedrich der Große durchführte, hat das Deutschtum noch wesentlich gestärkt. Heute machen die Polen in der Provinz Westpreußen noch nicht ein Drittel der Bevölkerung aus (297 pro Mille), in Posen gut drei Fünftel (607 pro Mille), in beiden Provinzen zusammen 457 pro Mille. Zum gegenwärtigen Westpreußen gehören auch Landstriche, die nie polnisch waren, die Kreise Marienwerder und Allenstein, während anderseits die Polen von 1466—1772 sich das Ermeland angeeignet haben, das urpreußisches Land ist und jetzt einen Teil der Provinz Ostpreußen bildet, die Kreise Braunsberg, Heilsberg, Rössel und Allenstein. Zieht man diese Gebiete mit in Betracht, so wird das Verhältnis für die Polen noch ungünstiger. Von den vier Regierungsbezirken, die man als ehemals polnisches, durch die Teilungen gewonnenes Land aufzufassen pflegt, Posen, Bromberg, Marienwerder, Danzig, hat nur der von Posen eine Mehrheit polnischer Bevölkerung.

Deutsche im nichtpreußischen Polen. Da die frühere Einwanderung naturgemäß nicht an der Linie Halt gemacht hat, die seit 1815 Grenze ist (früher nie war), so hat sich aus jener Zeit her auch östlich dieser Linie auf dem Boden des alten polnischen Reiches deutsche Bevölkerung erhalten, besonders im sogenannten Zartum Polen (Kongreßpolen) und in Galizien. Im Zartum (Königreich Polen 1815—31) ist deren Zahl erheblich vermehrt worden durch die Verlegung der Betriebe schlesischer, sächsischer, deutschböhmischer Fabrikanten über die Grenze, als Rußland im Jahre 1817 hindernde Zollschranken errichtete; die Industrie der deutschen Grenzlande hatte sich besonders durch die Leichtigkeit der Ausfuhr nach Polen entwickelt. Seitdem ist Lodz im Gouvernement Petrikau aus einer Ortschaft mit 800 Einwohnern eine Stadt von rund 400000 geworden, und in seiner Nachbarschaft haben sich weitere Industrieorte entwickelt, deren Bevölkerung stark mit Deutschen durchsetzt ist. In Lodz selbst beträgt ihre Zahl 100000 oder mehr, und deutsches Leben hat dort, seitdem Polen in unserer Hand ist, nach allen Richtungen hin einen neuen Aufschwung genommen. Bei der ersten und einzigen russischen Nationalitätenzählung im Jahre 1897 wurden im Zartum Polen (es führt auch den Namen Weichselgebiet, auch Generalgouvernement Warschau) 408400 Deutsche gezählt, von denen ein starkes Viertel in Städten, die übrigen auf dem Lande wohnten. Die Bevölkerung des ganzen Zartums ist von da bis 1912 von 9402000 auf 12776000, also um 36 vom Hundert, gestiegen; da die Deutschen sicher keine geringere Vermehrungsziffer haben als die übrigen Bevölkerungsteile, so beläuft sich ihre Zahl heute gewiß auf mehr als ½ Million, wahrscheinlich näher an 600000 als an 500000. Deutsche Zuwanderung in diese Gebiete hat allerdings fast ganz aufgehört. Die deutsche Bevölkerung des flachen Landes stammt ganz überwiegend aus der früheren Zeit. Sie ist besonders stark in den Gebieten, die von 1795 (bzw. 1793) bis 1807 zu Preußen gehörten, dem Nordwesten, Norden und Nordosten des Landes, im Südosten sehr schwach.

Auch in Galizien stammen die vorhandenen Deutschen, hier fast ausschließlich Landbevölkerung, zumeist aus der alten polnischen Zeit oder aus den ersten Jahrzehnten der österreichischen Besitzergreifung. Die Zählungen ergeben eine rasche Abnahme, besonders die letzte: 227158 im Jahre 1890, 211752 bei der Zählung von 1900, bei der von 1910 nur noch 90110 = 11,2 pro Mille der Gesamtbevölkerung. 1880 waren es noch 54,6 pro Mille. Ein wesentlicher, ja wohl der Hauptgrund der Verminderung liegt in der Tatsache, daß zahlreiche Juden, die sich früher als Deutsche in die Listen eintragen ließen, jetzt Polen oder Israeliten geworden sind. Einen wesentlichen Teil der Deutschsprechenden und Deutschgezählten machen die Israeliten noch heute in der Bukowina aus, wo sich 1910 als deutsch 168850 Bewohner eintragen ließen, nicht weniger als 211,3 pro Mille, hier überwiegend Städtebevölkerung.

Österreich-Ungarn seit 1867. Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien gehörten mit Ober- und Niederösterreich und den österreichischen Alpenländern bis 1866 zum Deutschen Bunde. Seitdem sind sie Ausland. Durch den »Ausgleich« von 1867 wurden sie mit Dalmatien, Galizien und der Bukowina zur diesseitigen, zisleithanischen Reichshälfte (den Reichsratsländern) der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie zusammengefaßt. Durch diese Umwälzung wurde die Lage der dortigen Deutschen ganz erheblich erschwert. Sie waren Begründer und bis dahin Träger der Monarchie und Dynastie gewesen und hatten demnach eine leitende Stellung eingenommen. Noch nach den Wirrnissen des Jahres 1848 war versucht worden, den gesamten habsburgischen Staat von Wien aus zentralistisch und deutsch zu regieren. Jetzt sahen sie sich von den Landsleuten im Reiche politisch völlig gelöst; sie mußten versuchen, die überlieferte Stellung aus eigener Kraft zu behaupten.

Die Alpenländer. Faßt man allein den ziffernmäßigen Bestand ins Auge, so möchte man sagen, das sei nicht so schlecht gelungen. Wien hat seinen Charakter als deutsche Stadt, wenn auch unter Schwierigkeiten, behauptet, hat vermocht, den weitaus größeren Teil fremden Zuzugs aufzusaugen. Die zusammenhängenden Sprachgrenzen haben sich kaum verschoben; wo es in den Alpenländern geschehen ist, war es mehr zugunsten der Deutschen. Verluste sind allerdings, wie in den Sudetenländern, in den Exklaven zu verzeichnen, die außerhalb des geschlossenen deutschen Sprachgebietes liegen, besonders gegenüber den Slowenen. Wenn heute nur zwei, und zwar kleine Kronländer, Salzburg und Vorarlberg, völlig frei sind von geschlossener fremder Bevölkerung, so war das auch schon früher so. Ober- und Niederösterreich hatten an ihren Grenzen von jeher einige tschechische Gemeinden. Steiermark zählte:

	Deutsche	Slowenen
1880:	794841 = 67,00 v. H.	388419 = 32,74 v. H.
1890:	847923 = 67,80 „ „	400480 = 32,10 „ „
1900:	902343 = 68,71 „ „	409331 = 31,18 „ „
1910:	983252 = 70,50 „ „	409684 = 29,40 „ „

Kärnten:

	Deutsche	Slowenen
1880:	241585 = 70,22 v. H.	102252 = 29,72 v. H.
1890:	254632 = 71,50 „ „	101030 = 28,40 „ „
1900:	269960 = 74,82 „ „	90495 = 25,10 „ „
1910:	304287 = 88,60 „ „	82,212 = 21,20 „ „

dagegen Krain:

	Deutsche	Slowenen
1880:	29892 = 6,15 v. H.	447610 = 93,73 v. H.
1890:	28033 = 5,70 „ „	466269 = 94,00 „ „
1900:	28177 = 5,59 „ „	475302 = 94,24 „ „
1910:	27915 = 5,40 „ „	490978 = 94,40 „ „

Die von Slowenen und Kroaten umgebene deutsche Sprachinsel der Gottschee geht langsam zurück.

Im Küstenland (Triest, Görz und Gradiska, Istrien) machten die Deutschen 1880: 2,06 v. H. aus, 1890: 2,30 v. H., 1900: 2,73 v. H., 1910: 3,25 v. H., im letztgenannten Jahre insgesamt 29090. Italiener gab es dort 356500 (39,89 v. H.), Slowenen und Serbokroaten 437550 (48,95 v. H.). Die deutsche Bevölkerung ist so gut wie ausschließlich städtisch; in Triest allein fanden sich 11860 Deutsche.

Die Zahlen für Tirol sind auch für das Deutschtum günstig. Es fanden sich:

	Deutsche	Italiener und Romanen
1880:	533259 = 59,43 v. H.	362402 = 40,39 v. H.
1890:	542652 = 59,90 „ „	362416 = 40,00 „ „
1900:	573156 = 60,36 „ „	378905 = 39,37 „ „
1910:	651858 = 62,10 „ „	385700 = 37,30 „ „

Die Fortschritte des Deutschtums beruhen hier nicht etwa auf einer Eindeutschung der Romanen (Grödner und Enneberger), sondern auf günstiger Entwicklung gegenüber den Italienern; jene haben sich in ihrer Sonderart behauptet, sind übrigens politisch deutsch gesinnt. Ein Teil des deutschen Fortschrittes ist wohl auf die Verstärkung der Garnisonen in Südtirol zu schreiben.

Die Sudetenländer. Gegenüber den Ländern der Wenzelskrone, Böhmen, Mähren, Schlesien, haben sich die Verhältnisse in ganz anderer Weise verschoben als gegenüber Polen.

Den empfindlichsten Verlust an Land und Volk hat Polens Reich im Mittelalter nicht durch Deutschland, sondern durch Böhmen ohne jede deutsche Mitwirkung erlitten. Schlesien ist durch seine Sonderherzöge polnischer Herkunft, die Piasten, zu Böhmen hinübergeführt worden; 1335 hat Kasimir der Große diese wertvollste Provinz seines ganzen Reiches an den Böhmenkönig Johann von Luxemburg abgetreten. Damals war Schlesien unter seinen angestammten polnischen Herren durch deutsche Zuwanderung schon zum größeren Teile germanisiert; sein Städtewesen war ganz deutsch. Die gleiche Entwicklung hätte wohl in Böhmen und Mähren Platz gegriffen, wäre nicht die Hussitenbewegung hemmend dazwischen getreten. Sie hat dem Deutschtum im Innern der beiden Länder ein fast vollständiges Ende bereitet; die Gebirgsränder, die von Deutschen ganz besetzt und von ihnen erst dem Anbau gewonnen waren, sind deutsch geblieben.

Die Schlacht am Weißen Berge hat zu einer Gegenströmung geführt. Kaiser Ferdinand II. kämpfte zugleich gegen das böhmische Staatsrecht und die akatholische Haltung der Bevölkerung. Rekatholisierung und Germanisierung waren die Mittel, mit denen das Ziel erstrebt wurde. So sind Böhmen und Mähren durch mehr als 200 Jahre durchaus deutsch regiert worden. Das Tschechische verschwand aus der Verwaltung und aus jedem höheren Zweige staatlichen und kulturellen Lebens. Erst gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts begann eine Neubelebung, die rasch so starke Kraft gewonnen hat, daß sie das Deutschtum erheblich schmälern konnte. Abermals ward es aus dem innern Böhmen verdrängt; nur Prag behauptet mühsam einen Rest deutschen Wesens. In Pilsen haben die Tschechen die Oberhand gewonnen; Budweis droht ihnen zu erliegen; die mährische Hauptstadt Brünn sieht sich gefährdet. Die deutschen Sprachinseln auf der böhmisch-mährischen Grenze, die um Iglau im Süden und das Schönhengstler Land im Norden, kämpfen hart um ihren Bestand. Nur wo das Deutschtum geschlossen im Norden an Schlesien, die Lausitz und Sachsen, im Westen an Bayern, im Süden an Ober- und Niederösterreich sich anlehnen kann, steht es in der Hauptsache unerschüttert. Es verteidigt seine Stellung mit einer Zähigkeit und Entschlossenheit, die im Reiche nicht immer genügend gewürdigt werden.

Die deutsche Bevölkerung Böhmens und Mährens verfügt über ein entwickeltes Städtewesen und eine blühende Industrie, während das tschechische Innere des Landes seine Stärke in der Landwirtschaft hat. Seine kleinbäuerliche Bevölkerung, die zum großen Teil nur Lohnarbeit, keinen Eigenbesitz kennt, hat einen Überschuß an Arbeitskraft, der naturgemäß in die städtisch-industriellen Bezirke, sehr stark auch nach Wien abströmt. Er geht dort immer noch zum großen Teil im Deutschtum unter, bildet aber, da es den Tschechen gelungen ist, nationales Bewußtsein auch in diesen Kreisen zu erwecken, vielfach bedenkliche Minderheiten. Da in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien von den Gemeinden verlangt werden kann, daß Schulen errichtet werden, wenn 40 Kinder einer Sprache vorhanden sind, so ist die Möglichkeit starker Durchsetzung der deutschen Landesteile mit tschechischer, im Herzogtum Teschen auch mit polnischer Bevölkerung in bedrohlichem Grade gegeben. Die Deutschen vermögen aus dieser Lage nicht den gleichen Vorteil zu ziehen, teils weil für sie weniger Anreiz vorliegt, sich in fremdem Sprachgebiet niederzulassen, teils weil die Behörden bei der Entwicklung, die seit einem Menschenalter im österreichischen Staatswesen Platz gegriffen hat, nur zu häufig gegen sie Partei ergreifen und ihren berechtigten Ansprüchen unter allen möglichen Ausflüchten und Vorwänden entgegentreten. Sind doch die Beamten ganz überwiegend, in den Provinzialverwaltungen so gut wie ausschließlich, Nichtdeutsche.

Trotzdem ist die Entwicklung, ziffernmäßig betrachtet, nicht durchaus ungünstig. Es gab in Böhmen:

	Deutsche	Tschechen
1880:	2054174 = 37,17 v. H.	3470252 = 62,79 v. H.
1890:	2159011 = 37,20 „ „	3644188 = 62,80 „ „
1900:	2337013 = 37,26 „ „	3930093 = 62,68 „ „
1910:	2467724 = 36,76 „ „	4241,918 = 63,19 „ „

Erst mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts setzt ein Zurückweichen ein, eine Erscheinung, die mit den inneren Wandlungen des Kaiserstaates gerade in den letzten Jahren zusammenhängt.

In dem schwierigeren Mähren gehen die Dinge allerdings weniger gut. Es gab dort:

	Deutsche	Tschechen
1880:	628907 = 29,38 v. H.	1507328 = 70,41 v. H.
1890:	664168 = 29,40 „ „	1590513 = 70,30 „ „
1900:	675492 = 27,90 „ „	1727270 = 71,36 „ „
1910:	719455 = 27,62 „ „	1868971 = 71,75 „ „

Und noch weniger in Schlesien, wo die Tschechen nur im westlichen Teil, in den Herzogtümern Troppau und Jägerndorf, im Osten, im Herzogtum Teschen, die Polen in Frage kommen. Man zählte dort:

	1880	1890	1900	1910
Deutsche	269338 48,91 v. H.	281555 47,80 v. H.	296571 44,69 v. H.	325523 43,90 v. H.
Tschechen	126385 22,95 v. H.	129814 22,00 v. H.	146265 22,04 v. H.	180348 24,33 v. H.
Polen	154887 28,13 v. H.	178114 30,20 v. H.	220472 33,21 v. H.	235224 31,73 v. H.

Faßt man die drei Sudetenländer zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

	1880	1890	1900	1910
Deutsche . .	2952419 35,92 v. H.	3104734 35,92 v. H.	3809076 35,46 v. H.	3512702 34,87 v. H.
Tschechen .	5103965 62,10 v. H.	5364515 61,96 v. H.	5808628 62,18 v. H.	6291237 62,46 v. H.
Polen . . .	159273 1,94 v. H.	183651 2,12 v. H.	220472 2,36 v. H.	265224 2,63 v. H.

Überblickt man die Gesamtlage der Deutschen in Österreich, so ist zunächst festzustellen, daß sie auch der Zahl nach immer noch den ansehnlichsten Teil der Bevölkerung bilden. Von 28571934 Bewohnern, die der Kaiserstaat 1910 zählte, waren 9950270 Deutsche, 35,58 v. H., mehr als ein Drittel der Gesamtheit. Die nächststärkste Nationalität, die der Tschechen, machte nur 23,02 v. H. aus. Ähnliches ergibt sich, wenn man die gesamte Österreichisch-Ungarische Monarchie in die Berechnung einzieht. Sie zählte 12000250 Deutsche unter 51390223 Bewohnern, 23,95 v. H. Dazu kommen der weit größere Wohlstand, die überlegene Steuerkraft; die Deutschen zahlen auf den Kopf der Bevölkerung rund dreimal soviel als die Polen. In Zisleithanien bringen sie beträchtlich mehr als die Hälfte der Steuern auf, in Böhmen 64 v. H. Gleichwohl sind sie im letzten Menschenalter in der Verwaltung immer weiter zurückgedrängt worden. Die Regierung ist abhängig von den Parteien des Reichsrats, wird oft aus ihnen gebildet, muß Angehörige derselben in sich aufnehmen. Die Deutschen aber haben in dieser parlamentarischen Körperschaft nicht die Mehrheit, auch nicht, wenn sie alle zusammenstehen, was leider selten, kaum je der Fall gewesen ist. So werden die Deutschen aus den Beamtenstellen, ihre Sprache aus dem Bereich der inneren Verwaltung verdrängt, am schlimmsten in Böhmen und Mähren. Es ist zur Regel geworden, daß die Regierung sich die Zustimmung zu unerläßlichen Regierungsmaßnahmen durch nationale Zugeständnisse erkauft. Besonders befinden sich die Polen in der günstigen Lage, zwischen Deutschen und Tschechen-Slowenen-Italienern das Zünglein an der Wage zu bilden, und wissen das auszunutzen. Für Galizien wird über ein Drittel der Reichseinkünfte verwendet, während es nicht ein Zehntel beisteuert; auch in Böhmen ist der Staatsaufwand für die Tschechen bedeutend höher als für die Deutschen, obgleich diese doppelt so viel aufbringen als jene.

Der Krieg hat diese Lage den Deutschen zu klarem und starkem Bewußtsein gebracht. Ihre Leute bilden den Kern des Heeres, sind seine brauchbarsten und vor allem seine zuverlässigsten Angehörigen. Unter allen anderen Nationalitäten der diesseitigen Reichshälfte ist Pflichtvergessenheit schlimmster Art in Erscheinung getreten, zum Teil in erschreckender Ausdehnung. Die vielfach angefochtene einheitliche Heeressprache hat sich als ganz unentbehrlich, als unerläßliche Voraussetzung der Leistungsfähigkeit der Armee erwiesen. Es muß erwartet werden, daß auch in Ungarn nicht mehr versucht wird, an ihr zu rütteln, wenn doch, daß solchen Versuchen mit entschiedener Ablehnung begegnet wird. Auch als innere Reichssprache muß das Deutsche wieder zu größerer Geltung gelangen, als ihm in den letzten Jahrzehnten zugestanden wurde; eine rückläufige Bewegung zu seinen Gunsten muß Platz greifen. Das sind Macht- und Daseinsfragen für den Kaiserstaat, die vor allen anderen eine befriedigende Beantwortung fordern. Das Deutsche Reich ist sowohl in österreichischem wie in eigenem Interesse nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet, mit weniger ängstlicher Zurückhaltung als bisher darauf zu dringen, daß das erreicht wird. Es hängt daran der Bestand beider so eng miteinander verbundenen und so sehr aufeinander angewiesenen Staaten.

Ungarn. Im Gebiet der Stephanskrone ist deutsche Zuwanderung noch älter als in Polen. Schon zur Zeit der Christianisierung Ungarns, um die Wende des 10. und 11. Jahrhunderts, sind hospites, Deutsche, herbeigeholt worden. Noch vor der Mitte des 12. Jahrhunderts wurden sie im äußersten Südosten des Landes, im Gebiet des Altflusses, auf Königsboden angesiedelt. Zu Anfang des 13. Jahrhunderts übernahm der neugegründete Deutsche Orden im Burzenlande um Kronstadt die Deckung der Zugänge zum Reiche gegen die heidnischen Kumanen. Er hat sich von dort nach Preußen gewandt. Neben Rodung und Anbau haben die ungarischen Könige Verteidigung des Landes und Waffendienst für sich im Auge gehabt beim Herbeirufen der Fremden. Auch in Ungarn sind die Deutschen die Städtegründer gewesen; ihnen verdankt der oberungarische Bergbau sein Entstehen und seine Blüte. Von Niederösterreich und Steiermark her verbreitete sich im Ödenburger, Wichelburger und Eisenburger Komitat geschlossene deutsche Bevölkerung, die erst in den letzten Jahrzehnten angefangen hat, sich stark mit Magyaren zu durchsetzen.

So war Ungarn, als es 1526 in Ferdinand I. einen Habsburger zum König erhielt, gerade in den Teilen, in denen der neue Herr zu wirklicher Anerkennung gelangte, ein sehr stark mit Deutschen besetztes Land. Entsprechend hat auch die Reformation dorthin ihre Wirkung geäußert; Ungarn zählt heute fast siebenmal soviel Evangelische als die diesseitige Reichshälfte, fast 4 Millionen; sie wohnen ganz überwiegend in denjenigen Landesteilen, die schon im Mittelalter deutsche Bevölkerung aufnahmen. Als nach dem zweiten vergeblichen Angriffe der Türken auf Wien (1683) Ofen zurückgewonnen und die Feinde dann ganz aus dem Lande hinausgetrieben wurden, begann, durch Karl VI., Maria Theresia, Joseph II. stark gefördert, eine neue deutsche Zuwanderung. Es füllten sich die den Türken abgenommenen, zum großen Teil öde liegenden Landstriche Südungarns mit Siedlern zumeist aus den vorderösterreichischen Gauen Schwabens. Es verstand sich von selbst, daß nur Katholiken zugelassen wurden. So erklärt sich die heutige Verteilung der Deutschen im Lande.

Ungarn zählte 1910 unter 20886487 Bewohnern 2037435 Deutsche, also 9,8 v. H. Etwas günstiger stellt sich das Verhältnis, wenn man Kroatien, wo 134078 Deutsche wohnen, ausscheidet. Es sind dann unter den 18264533 Bewohnern des eigentlichen Ungarns 1903357 Deutsche, = 10,4 v. H. Sie machten 1868: 13,3, 1890: 13,1 1900: 11,8 v. H. aus. Daß die letzten Zählungen zugunsten des Magyarentums stark zurechtgestutzt sind, ist offenkundig (vgl. Lutz Korodi in »Deutsche Erde«, XIII, 202 ff.). Die Deutschen sitzen am dichtesten in Westungarn in den genannten drei Gespanschaften (in der Ödenburger und Wieselburger bilden sie die Mehrheit), dann im Banat, wo sie mit Serben und Rumänen gemischt wohnen, und in der Batschka, dem südlichsten Teil des Landes zwischen Donau und Theiß. In Temesvar und Werschetz ist die größere Hälfte der Bevölkerung deutsch. In Siebenbürgen wohnen ungefähr in der Mitte des Landes um Hermannstadt, Schäßburg und Mediasch, dann im Südosten im Burzenlande um



Kronstadt, im Nordosten um Bistritz im Nösnerlande insgesamt 256854 »Sachsen«, 9,8 v. H. der Bevölkerung des Landes; in der Zips bilden die Deutschen auch ein Viertel der Bevölkerung, auch in der Preßburger Gespanschaft noch mehr als ein Fünftel, in der Stadt Preßburg mehr als die Hälfte. Die Reichshauptstadt zählt unter 880371 Bewohnern 125706 Deutsche, 14,3 v. H. Der Stand hat sich gegenüber der Zählung von 1900 sogar um 0,2 v. H. verbessert. Die Deutschen vermehrten sich in den 10 Jahren um 12,1 v. H.; eine günstigere Ziffer (16,7) hatten nur die Rumänen; der Landesdurchschnitt war 9 v. H.

Trotzdem kann man die Lage des Deutschtums in Ungarn nicht als günstig bezeichnen. Es bildet auch hier in Stadt und Land ein vorgeschrittenes, allen anderen Bevölkerungsteilen kulturell überlegenes Element, ist aber auf Schritt und Tritt behindert, sich geistig auszuleben, insbesondere in Schule, Presse und Bühne. Allein die Siebenbürger Sachsen haben noch ein deutsches Schulwesen, das sie aus ihren Mitteln erhalten dürfen bei gleichzeitiger voller Beitragspflicht zu den Landesschullasten, und das unter strengster magyarischer Aufsicht steht, den Anforderungen an magyarische Sprachbildung in vollem Umfange genügen muß. Das Nationalitätengesetz von 1868, das im Anschluß an den Ausgleich jeder der zahlreichen Nationalitäten Ungarns nationale Erziehung zusicherte, ist so gut wie vollständig auf dem Papier geblieben. Dazu wird den Nationalitäten, und besonders den Deutschen, der Weg in die Landesvertretung mit allen erdenklichen Mitteln erschwert; von Deutschen sind nur Siebenbürger Sachsen Mitglieder, weil sie sich zur Regierungspartei halten. Man schreckte vor Prozessen, Verurteilungen, Gefängnisstrafen nicht zurück, Äußerungen zu unterdrücken, die als selbstverständliches Recht des Staatsbürgers gelten sollten. Dem Auslande und wieder insbesondere den Reichsdeutschen weiß der Magyar mit verblüffender Unverfrorenheit weiß zu machen, daß alles in bester Ordnung sei und jeder zu seinem Rechte komme. Da insbesondere im Deutschen Reiche grobe Unkenntnis über diese Verhältnisse weit verbreitet ist, haben diese Bemühungen nur zu oft Erfolg. Ob der Krieg und die enge Verbindung zwischen den beiden aufeinander angewiesenen Völkern, die er geschaffen hat, zu einer Änderung führen wird, läßt sich nicht übersehen. Jedenfalls sollten die Magyaren zu der Einsicht kommen und sie zur Richtschnur ihres Verhaltens machen, daß noch kein ungarländischer Deutscher jemals daran gedacht hat oder denken wird, dem ungarischen Staatswesen Schwierigkeiten zu machen.

Seitdem Bosnien unter österreichisch-ungarischer Verwaltung steht, haben sich auch dort durch Einwanderung deutsche Bauerngemeinden gebildet, die mehrere tausend Angehörige zählen, ähnlich in Rumänien in der Dobrudscha. In den Städten dieses Königreichs gibt es nicht wenige deutsche Handelsbeflissene und Gewerbtreibende, besonders in Bukarest und Constanza.

Rußland. Im weiten russischen Reiche wohnen Deutsche so ziemlich an allen Ecken und Enden. Die baltischen Lande, die »deutschen Ostseeprovinzen«, sind zur Ordenszeit Teile des Deutschen Reiches gewesen. Den Stempel, den ihnen damals Ritter und Bürger aufdrückten, haben sie bewahrt bis auf den heutigen Tag. Die Städte haben noch heute ein deutsches Gepräge, und auf dem Lande sind der deutsche Gutsbesitzer und der evangelische Pfarrer deutscher Bildung die maßgebenden Persönlichkeiten. Was das Land an Überlieferungen früherer Kultur birgt, ist deutsch, und die geistige Verbindung zwischen der Kolonie und dem Mutterlande ist stets eine innige gewesen und bis auf den heutigen Tag geblieben. Die Beherrschung des Landes durch Schweden, Polen, Dänen, die nach dem Untergange des Ordens um die Mitte des 16. Jahrhunderts Platz griff, hat daran nichts geändert, und auch das russische Regiment, in Livland und Estland seit Peter dem Großen (1710 bzw. 1721), in Kurland erst seit Katharina II. (1795), hat sich lange störenden Eingreifens in die Landesverhältnisse enthalten. Erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts ist darin eine Änderung eingetreten. An die Stelle der früheren Selbstverwaltung ist in allen leitenden Stellen der russische Beamte gesetzt, die russische Sprache ist aufgezwungen, der Unterricht russifiziert worden von der Volksschule bis hinauf zur Landesuniversität Dorpat. Nur zeitweise hat man im Mittelschulwesen wieder Erleichterungen gewährt. Doch hat das alles das Deutschtum der Lande nicht entwurzeln können; seine Geistesbildung ist die alte geblieben.

Die Zahl der Deutschen im Baltenlande ist verhältnismäßig gering. Nach der Nationalitätenzählung von 1897, die, wie erwähnt, die einzige ist, die Rußland vorgenommen hat, gab es in Kurland ihrer 51000 unter 674000 Bewohnern (7,6 v. H.), in Livland 98000 unter 1299400 (ebenfalls 7,6 v. H.), in Estland aber nur 16000 unter 412700 (3,9 v. H.). Von den insgesamt 165600 Deutschen wohnten nicht weniger als 132200 in den Städten. In den Jahren 1897—1912 hat sich die Bevölkerung der drei Provinzen von 2366100 auf 2718200 gehoben, also um nahezu 15 v. H.; danach kann man annehmen, daß sie jetzt ungefähr 190000 Deutsche zu ihren Bewohnern zählen. Die Kriegsereignisse haben Kurland in unsere Hand gebracht; gelingt es nicht, auch Livland und Estland zu gewinnen, so ist ihr Deutschtum sicher für alle Zeiten vernichtet, der Baum unserer Kultur um einen lebenskräftigen, früchtereichen Zweig ärmer geworden. Das gleiche gilt von Kurland, wenn es, was Gott verhüte, den Russen wieder ausgeliefert werden sollte.

Und nicht anders steht es mit dem Deutschtum, so weit es sich sonst über Rußland ausgebreitet hat.

Am Ausgange des Mittelalters (die Eroberung Konstantinopels durch die Türken hat hier Bedeutung gewonnen) haben russische Herrscher angefangen, Abendländer in ihr Reich zu berufen. Peter der Große hat den überlieferten Brauch nach allen Richtungen hin ausgedehnt, Gewerbe und Handel, alle städtischen Betriebe auf diese Weise zu heben und zu beleben versucht. Das ist so geblieben bis in unsere Zeit; was die Herrscher begonnen hatten, haben Besitzende aller Art fortgesetzt; mancher Westeuropäer ist auch um des Fortkommens willen aus eigenem Antriebe in das Zarenreich gezogen. Noch unter Nikolaus I. waren dort einzelne Berufe, der größeren Zuverlässigkeit wegen, den Deutschen vorbehalten.

Katharina II., selbst Deutsche, hat zuerst neben den bürgerlichen Einwanderern, die dem russischen Städtewesen vorwärts halfen, bäuerliche herbeigerufen, schon bald nach Beginn ihrer Regierung (1762). Die ersten wurden an der mittleren Wolga in den südlichen Teilen der Gouvernements Saratow und Samara angesiedelt. Als den Türken die Tatarenlande am Schwarzen Meer abgenommen waren, wurden auch dorthin deutsche Kolonisten gerufen, in das Küstengebiet am Nordwestufer des Asowschen Meeres, in die Krim und

die Umgegend von Odessa. Alexander I. gewann 1812 Beßarabien; seitdem sind dort deutsche Kolonien gegründet worden. Die polnischen Aufstände der Jahre 1830/31 und 1862/63 haben dann Anlaß gegeben, deutsche Siedler nach Wolhynien zu ziehen. Polnischer Güterbesitz wurde dort frei; aus Kongreßpolen sind eine Anzahl deutscher Bauern hinübergewandert. Von den ursprünglichen deutschen Ansiedlungen aus sind weitere gegründet worden, wie die russische Herrschaft sich ausbreitete, diesseits und jenseits des Kaukasus und neuerdings bis nach Sibirien und Turkestan hinein. Aus sich selbst heraus hat sich die Volkszahl außerordentlich gehoben. Das wirtschaftliche Gedeihen war lange Zeit sehr erfreulich; die Kolonistendörfer ragten hoch empor aus ihrer Umgebung. Das ist auch nicht anders geworden, als die ursprünglich gewährten Freiheiten eine nach der anderen wegfielen, sie Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts auch zur Ableistung der Wehrpflicht herangezogen wurden. Sie haben, neuerdings vielleicht mit Ausnahme der Wolga-Kolonien, stets Mustersiedlungen im Reiche dargestellt, sind aber dadurch auch in gesteigertem Maße Gegenstand des Neides geworden, als der Nationalismus im russischen Volke mehr und mehr zur Herrschaft kam. Im gegenwärtigen Kriege ist dann der Grundsatz: »Wir kämpfen nicht gegen Deutschland, sondern gegen das Deutschtum« an ihnen zur Durchführung gekommen. Man hat begonnen, sie von Haus und Hof zu vertreiben, indem man sie unter Festsetzung kurzer Fristen zum Verkauf ihres Besitzes zwang und sie in den fernen Osten trieb, während ihre Wehrfähigen für das Reich und den Zaren ihr Blut verspritzten.

Die Zählung von 1897 ergab für das Russische Reich 1790000 Deutsche. An der Wolga wohnten von ihnen 391000, in Südrußland 409000, in Wolhynien 172000. Da die Gesamtzahl der Bevölkerung seitdem um ein starkes Drittel gestiegen ist und die deutschen bäuerlichen Siedlungen Rußlands sich einer ganz ungewöhnlich hohen Geburtenziffer (bis zu 72 vom Tausend) erfreuen, ist sicher, daß die Zahl der Deutschen im Zarenreiche jetzt nicht allzuweit hinter 2½ Millionen zurückbleibt. Rechnet man einige 700000 für Kongreßpolen und die Ostseeprovinzen ab, so bleiben immer noch 1½—1¾ Million im übrigen Reiche, darunter weit über eine Million, wohl fast 1½ Million, Bauern. Sie haben in Rußland keine Zukunft mehr. Ob der Krieg ihnen neue Heimstätten unter deutscher Herrschaft bringen wird? Es würde nicht nur ihnen, es würde uns allen zugute kommen.

Östliches Deutschtum in seiner Gesamtheit. Weithin nach Osten haben sich Deutsche in vergangenen Jahrhunderten ausgebreitet, nur ganz vereinzelt durch Krieg, weit überwiegend in friedlicher Arbeit. Sie haben ihre Art in der fremden Umgebung in rühmlichster Weise bewahrt, obgleich mancher Sturm über sie dahingebraust ist, sie manches Widrige erfahren haben. Im letzten Menschenalter, seitdem ein festgefügtes Deutsches Reich erstand und überall in Europa nationalistische Strömungen sich regten, sind sie für ihre Umgebung mehr als früher Gegenstand der Abneigung, des Neides, des Hasses geworden. Ihre kulturelle Überlegenheit wurde verdächtigt als dienstbar dem neuen, starken Reiche. Nie im ganzen langen Lauf der Jahrhunderte haben Deutsche der östlichen Lande sich aufgelehnt gegen ihre Herrscher, weder gegen den Zaren noch gegen die Könige von Polen, Ungarn oder Böhmen. Sie sind ihnen vielfach zuverlässige Helfer gewesen gegen äußere und innere Feinde, in Rußland treueste und brauchbarste Diener des Selbstherrschers in Krieg und Frieden. Ihre Anhänglichkeit an deutsche Sprache und Kultur hat in den die Staaten trennenden Fragen nie landesfeindliche Färbung angenommen; sie haben stets Treue gehalten, dem sie Treue gelobt hatten, wie einst die Germanen in römischen Diensten. Es hat ihnen nicht helfen mögen. Man wird sehen müssen, ob es andere Mittel und Wege gibt, ihnen friedliche Betätigung zu sichern.

Deutsche westwärts und im übrigen Europa. Wesentlich anders als ostwärts haben sich die deutschen Beziehungen zum Westen gestaltet. Hier besteht die Sprachgrenze seit anderthalb Jahrtausenden, vielleicht noch länger, so gut wie unverrückt. Es haben sich aber Volksteile politisch losgelöst. Im Gebiet der Rheinmündungen, der Maas und Schelde sind Franken, Friesen und Sachsen zu Niederländern geworden, gehören anderen Staaten an und haben niederdeutsche Mundart zu einer anerkannten, selbständigen Schriftsprache entwickelt. An den Quellen und dem Oberlaufe des Flusses haben sich die Eidgenossen vom Reiche gelöst und im Anschluß an die Umwälzungen, die der französischen Revolution folgten, sich mit Nichtdeutschen zu einem neuen Staatswesen verbunden. Sie haben die alte Sprache bewahrt, sind, wie es das vielangefochtene Wort des Berner Professors Vetter richtig ausdrückte, eine geistige Provinz von Deutschland geblieben, politisch ihm aber ganz fremd geworden. Ebenso ist es mitten zwischen beiden Neubildungen im Großherzogtum Luxemburg, das durch eine eigentümliche Verkettung der Verhältnisse noch neuerdings dem deutschen Staatswesen verlorenging, allerdings mit dem Unterschiede, gegenüber der Schweiz und den Niederlanden, daß hier in widerwärtiger Verzerrung der Lage eine reindeutsche Bevölkerung halb französisch verwaltet wird und sich so verwalten läßt.

Die Schweiz zählte im Jahre 1910 unter 3765002 Bewohnern 2599154 Deutsche, 69 v. H. Im Jahre 1888 waren es noch 71,4 v. H. Die Abnahme ist doch nur sehr teilweise, wenn überhaupt, zugunsten der Franzosen erfolgt. Diese erfuhren in der Zählperiode von 1888 bis 1900 allerdings eine Zunahme von 15,2 v. H. gegen 11 bei den Deutschen, in der von 1900—1910 aber nur von 9 v. H. gegen 12 bei den Deutschen. Die Franzosen machten 1888 21,8 v. H. der Bevölkerung aus, 1900 21,1. Die Verschiebung ward vor allem veranlaßt durch die starke Zunahme der Italiener, und zwar nicht der im Tessin und sonst geschlossen wohnenden, sondern der zerstreuten, besonders als Arbeiter zugewanderten. Sie haben sich von 5,7 auf 8 v. H. vermehrt, in der Zeit von 1900—10 einen Zuwachs von 86,1 v. H. erfahren. Auch die Fremden haben ganz erheblich zugenommen. Zudem ist von Einfluß, daß 1888 und 1900 die Ortsangehörigen, 1910 aber die Ortsanwesenden gezählt wurden!

In den südlichen Niederlanden, im Königreich Belgien, gibt es an der Ostgrenze geschlossene deutsche Gebiete bzw. Ortschaften, so im Anschluß an das Großherzogtum Luxemburg in der belgischen Provinz gleichen Namens um deren Hauptstadt Arel (Arlon), die selbst im deutschen Sprachgebiet liegt, und vereinzelt nördlich davon. Die Zahl der hier wohnenden Deutschen ist bei der belgischen Zählungsweise nicht mit Sicherheit festzustellen. Rechnet man zu den nur Deutschsprechenden die Doppel- und Mehrsprachigen hinzu, was sicher in der Hauptsache richtig ist, so kommt man auf 35—36000. In ganz Belgien gab es 1900 nur Deutschsprechende 31405, Deutsch- und Fran-

zösischsprechende 74993, Deutsch- und Flämischsprechende 8652, aller drei Sprachen Kundige 52547. Man greift wohl nicht fehl, wenn man von diesen insgesamt 167597 (2,3 v. H.) des Deutschen Mächtigen 150000 oder mehr als richtige Deutsche ansieht, da sicher Deutsche viel häufiger die andere Sprache reden als umgekehrt.

In anderen europäischen Ländern gibt es Deutsche in geschlossenen Sitzen nur noch in Italien, in den »7 Gemeinden« rechts der Brenta nordwestlich von Bassano, den »13 Gemeinden« links der Etsch nördlich von Verona, in Bladen und der Zahre (Sappada und Sauris) bei Ampezzo, am Monte Rosa und im oberen Tosatal. Ihre Gesamtzahl beläuft sich auf etwa 10000. Zerstreut aber finden sie sich in allen Ländern Europas, am wenigsten auf der Iberischen Halbinsel. Sie gehen allen möglichen Erwerben nach, besonders in den großen Städten, auch in den Orten starken Fremdenbesuchs. In Paris und London mochten vor dem Kriege je 50000 wohnen. Ihre Gesamtzahl kann höchstens geschätzt werden; sie mag zwischen 300000 und 400000 betragen. Verhältnismäßig zahlreich sind sie in Skandinavien, hier besonders in kaufmännischen Berufen. Es ist keine Frage, daß ihrer viel mehr in England und Frankreich leben als umgekehrt Engländer und Franzosen in Deutschland, anders allerdings gegenüber Italien und auch gegenüber Polen und den slawischen Gebieten Österreich-Ungarns wegen des starken Zustroms von Arbeitern aus diesen Ländern ins deutsche Wirtschaftsgebiet.

Übersee. Vom ersten Beginn überseeischer Entdeckungsfahrten an sind Deutsche an ihnen beteiligt gewesen. Auswanderung dorthin hat doch erst gegen Ende des 17. Jahrhunderts, eigene Schiffahrt, abgesehen von vereinzelten Fällen, erst nach Aufrichtung der Vereinigten Staaten von Nordamerika begonnen. Dorthin richtete sich auch die Auswanderung. 1790 machten die Deutschen reichlich den zehnten Teil der Bevölkerung der Vereinigten Staaten aus, in Pennsylvanien reichlich ein Drittel. In diesem Staat war auch das Deutsche als zweite Sprache anerkannt. Von 1823 an läßt sich in den Berichten des Statistischen Bureaus in Washington die deutsche Einwanderung ziffernmäßig verfolgen; sie betrug bis 1910 rund 5½ Millionen, ein gutes Fünftel der Einwandernden überhaupt. Sie mehrte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts mit der Erleichterung des Verkehrs; 1852 erreichte sie zum erstenmal die Zahl 100000; 1854 waren es 190000, 1881 sogar 221000, die höchste Ziffer. Als die deutsche Wirtschaftsreform, der »Schutz der nationalen Arbeit«, begann, ihre Wirkung zu äußern, ließ sie nach; seit der Mitte der 1890er Jahre ist sie aus den ersten Zehntausenden nicht mehr hinausgekommen, wurde zu erheblichen Teilen durch die Rückwanderung gedeckt. Unter den 1042000 Einwanderern des Jahres 1910 kamen 259000 aus Österreich-Ungarn, 216000 aus Italien, 187000 aus dem Russischen Reiche, 158000 aus Großbritannien und seinen Kolonien, zusammen vier Fünftel, aus Deutschland nur 31283, etwas mehr als aus Griechenland bzw. aus Schweden! Diese Zahl überstieg den Durchschnitt der letzten 20 Jahre.

Die deutschen Auswanderer haben sich allen möglichen Berufen zugewandt, überwiegend doch der Landwirtschaft. Zeitweise ist die Abwanderung auch gesteigert worden durch die politischen Verhältnisse des Vaterlandes, so nach der Erhebung der Jahre 1848/49 und wieder nach 1866. Die wirtschaftliche Krisis der zweiten Hälfte der 1870er Jahre brachte sie auf ihren Höhepunkt. Es sind Angehörige aller Stände ausgewandert, ganz überwiegend doch Bauern und Gewerbtreibende. In manchen Städten und Distrikten des Mississippigebiets, besonders in dessen nördlichem Teil, dann auch in Neuyork und Philadelphia, bilden die Deutschen einen ansehnlichen Bruchteil, vereinzelt die Mehrzahl der Bevölkerung.

Hätten alle Einwandernden ihr Volkstum bewahrt, so möchte es heute über 20 Millionen Deutsche in den Vereinigten Staaten geben, mehr als ein Viertel ihrer weißen Bevölkerung, vielleicht beinahe ein Drittel. Wie groß ihre Zahl wirklich ist, läßt sich nur schätzungsweise angeben; es mögen 10, vielleicht 12 Millionen sein. Der Prozentsatz und die Zahl der in Deutschland Geborenen nehmen natürlich mit der sinkenden Einwanderung ab. Daß auch diejenigen, die ihre Sprache bewahren, in ihren Anschauungen stark veramerikanern, ist unvermeidlich gegenüber Auffassungen, Zuständen und Einrichtungen, die sich geradezu aufzwingen. Man kann sich unter diesen Umständen nur immer wieder freuen, daß die »Deutschamerikaner« dem alten Vaterlande noch in so großem Umfange Liebe und Anhänglichkeit bewahrt haben, wie das tatsächlich der Fall ist und in diesem Kriege auch wieder in herzerhebender Weise zutage tritt.

Zum Teil um die Auswandernden vor dem Verlust ihres Volkstums zu bewahren, begann man in Deutschland gegen Ende der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts an andere Siedlungsländer als die Vereinigten Staaten zu denken. In Texas, das damals noch zu Mexiko gehörte, wurden die ersten Versuche gemacht. Alsbald nach der Mitte des Jahrhunderts sind sie in Südamerika, in Australien, in Südafrika aufgenommen worden. So hat Südbrasilien seine deutschen Kolonien erhalten, in denen insgesamt, trotz der zeitweiligen Sperrung der Auswanderung dorthin (1859—96), gegenwärtig gegen ½ Million Deutsche leben mögen, so das südliche Chile (Puerto Montt) und Argentinien. Die Auswanderung nach Australien hat von der Mitte des Jahrhunderts an einige Jahrzehnte gedauert, ist dann aber fast völlig zum Stillstand gekommen. Es leben dort jetzt 110—120000 Deutsche, ziemlich ⅔ davon in Queensland und Südaustralien. Südafrika zählt zwischen 30000 und 40000 Deutsche; von Bedeutung wurde hier die Ansiedlung der von den Engländern im Krimkriege geworbenen »deutschen Legion«. Neuerdings hat auch eine starke Einwanderung Deutscher in Kanada stattgefunden, allerdings ganz überwiegend von den Vereinigten Staaten aus. In Palästina haben schwäbische Kolonisten sich neue Heimstätten gesucht.

Daß in der ganzen weiten Welt, in aller Herren Länder zahlreiche Deutsche wohnen und ihren Geschäften nachgehen, ist bekannt. Im allgemeinen möchte es kaum ein anderes Volk geben, das im Auslande so zahlreich und mannigfaltig vertreten wäre wie das unsere, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Engländer durch ihren gewaltigen überseeischen Besitz ein ganz anderes Feld der Betätigung haben. Hier ist auch der Punkt, wo der Wettbewerb der Deutschen den Engländern vor allem fühlbar wird.

Versucht man die Gesamtzahl der Auslanddeutschen zu bestimmen, so kann das Ergebnis kein völlig zuverlässiges sein, vor allem nicht, weil sich die Zahl der Deutschen in den Vereinigten Staaten nicht mit Sicherheit bestimmen läßt. Je nachdem man sie ansetzt, möchten sich 28—30 Millionen ergeben. Unter allen

Umständen ist das Auslanddeutschtum für unser Reich so wichtig wie für keinen andern Staat der Volksteil, der ihm außerhalb seiner Grenzen sprachlich angehört. Trotzdem war und ist das Streben der Reichsdeutschen nicht darauf gerichtet, sich diese Außenstehenden politisch anzugliedern, wie Italiener, Franzosen, Serben das für ihre Nationalitäten eingestandenermaßen erstreben. Wir sind zufrieden, wenn Deutschösterreicher und Deutschschweizer ihr Deutschtum bewahren. Damit ist uns die Hälfte unserer Auslanddeutschen gesichert, damit ist auch für Österreich-Ungarn eine Gewähr gegeben, daß es mit uns im Bunde bleibt, eine unerläßliche Vorbedingung für die Selbständigkeit Mitteleuropas. Daß uns darüber hinaus das Schicksal unserer Volksgenossen nicht gleichgültig sein kann, versteht sich von selbst. Ihr Vorhandensein ist eine Stütze unserer Stellung in der Welt, die zu vertreten wir nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht haben. Denn auch deutsche Kultur verdient einen Platz an der Sonne.

Österreich-Ungarn

von Professor Dr. **Dietrich Schäfer** in Berlin-Steglitz

Unter den Großmächten nimmt Österreich-Ungarn eine Sonderstellung ein. Alle anderen beruhen auf einem geschlossenen, einheitlichen Volkstum, Österreich-Ungarn nicht. Alle anderen sind Einheitsstaaten, Österreich-Ungarn ist eine Doppelmonarchie. Alle anderen haben überseeische Besitzungen, Österreich-Ungarn besteht ohne solche.

Entstehung. Diese Sonderart hat ihre Begründung in der Geschichte. Die europäischen Staaten, ja alle Staaten der Alten Welt, sind im allgemeinen Gebilde ihrer Dynastien. Selbst wo die Völker früh angefangen haben, an ihrer Entstehung mitzuwirken, ist doch die Tätigkeit der Herrscher das Entscheidende. Für den habsburgischen Staat ist diese Erkenntnis längst landläufige Vorstellung: Tu, felix Austria, nube! Das Besondere ist aber nicht, daß Familienverbindungen eine besonders große Rolle spielen (da ließen sich Parallelen aufstellen), sondern daß es sich bei diesen dynastischen Erfolgen um das Aneinanderfügen verschiedener Reiche und Völker handelte.

Schon das Emporrücken der Habsburger zu europäischer Bedeutung beruht auf einer Verbindung, die in der älteren deutschen Geschichte beispiellos ist. Ein alemannischer Graf von Tatkraft und Unternehmungslust steigt zum deutschen Königsthrone auf und benutzt diese Stellung, um eins der wichtigsten deutschen Territorien, die Südostmark des Reiches, sich und seinem Hause zu sichern. Schon den nächsten Nachfolgern gelingt es, den Besitz so zu erweitern, daß nur noch habsburgisches Gut an Deutschlands Grenzen gegen Ungarn und Italien liegt. Hätten die Eidgenossen sich nicht dem habsburgischen Hause entzogen, so würde ihr Besitztum den ganzen Süden Deutschlands von den südlichen Vogesen über das Alpenland hinweg bis zum Marchfeld umsäumt haben. Was es in diesen Gebieten an Fremdsprachigen auf dem Boden des Reiches gab, stand unter Habsburg. Dazu ward Ferdinand I. 1526 König von Ungarn und Böhmen. Damals waren schon vier Habsburger nacheinander deutsche Könige und Kaiser gewesen. So war das Herrscherhaus berufen, Deutsche, Magyaren, Tschechen und andere Slawen zu regieren.

Bedeutung für Deutschland. Es hat diese Aufgabe nun durch vier Jahrhunderte zu lösen gehabt. Unter dem Einfluß der Auseinandersetzung, die im vorigen Jahrhundert in Deutschland nötig wurde und sich vollzog, ist manches herbe und abfällige Urteil über Habsburg als Leiter deutscher Geschicke gefällt worden. Bedürfnisse der Gegenwart beeinflussen geschichtliches Urteil nur zu leicht. Ruhige Erwägung muß zu dem Ergebnis kommen, daß das Haus Österreich Deutschland zwar seine Macht, aber dieses jenem fast noch mehr seinen Bestand verdankt. Durch die Erwerbung des burgundisch-niederländischen Gebiets wurde habsburgischer Besitz wie eine schirmende Wand zwischen Frankreichs geschlossene Macht und das morsche, in sich zerfallende Reich gelegt. Gegen das Andrängen der Franzosen im Westen, der Türken im Osten hat doch keine deutsche Herrscherfamilie so nachhaltigen und wirksamen Widerstand geleistet wie die der Habsburger. Einzelne Verfehlungen können an diesem Gesamturteil nichts ändern. Mit vollem Recht hat kein Geringerer als Bismarck mehrfach hervorgehoben, daß Österreichs Herrschaft über Fremdvölker unserem Volkstum zugute gekommen ist. In Ungarn wie in Böhmen gab es, herbeigerufen von den einheimischen Herrschern, starke Bruchteile deutscher Bevölkerung, ehe habsburgisches Regiment einsetzte. Sie sind in ihrem Bestande nicht nur erhalten, sondern vermehrt, und ihre Geltung ist gesteigert worden.

Entfremdung von Deutschland. Ein folgenschwerer Wandel trat ein, als nach den Napoleonischen Kriegen Österreich sich aus dem Westen zurückzog. Der Besitz der Monarchie lag jetzt kompakt zusammen vom Po und Inn bis an die Weichsel, den Dnjestr und die Enden der Karpathen; aber Preußen war mit wertvollstem Besitz Frankreichs Grenznachbar, das Preußen, das in den Befreiungskriegen Deutschlands Vorkämpfer gewesen war. Die Frage »preußische oder österreichische Führung« drängte sich der Nation unabweisbar auf.

Im Deutschen Bunde erhielt Österreich die Präsidialstellung. Es war vor allem das Gewicht der Geschichte, was damit wirksam wurde. Aber gerade die Aufgabe der Leitung des Bundes brachte den Kaiserstaat in Gegensatz zu weiten und nicht den schlechtesten Kreisen des deutschen Volkes. Metternich sah ihre Lösung in der Bekämpfung der »Revolution«, alles dessen, was aus den Ideen von 1789 sich ergab, vor allem des Gedankens der Konstitution und der Nationalität als Grundlagen der Staatenbildung. Es war ja auch klar, daß die habsburgische Monarchie diesen Forderungen schwer gerecht werden konnte. Sie wurden aber im deutschen Volke mit steigendem Nachdruck gestellt, ebenso in Italien, dessen wertvollster Teil unter Österreichs Herrschaft stand. Dazu kam der niedrigere Bildungsstand, die rückständige wirtschaftliche Entwicklung des weit überwiegenden Teiles der Donaumonarchie gegenüber dem reinen Deutschland. So wurde ihre Stellung im Bunde zum Hemmschuh für alle deutschen Bestrebungen nach einer besseren Zu-

Österreichisch-ungarische Staatsmänner und Heerführer.



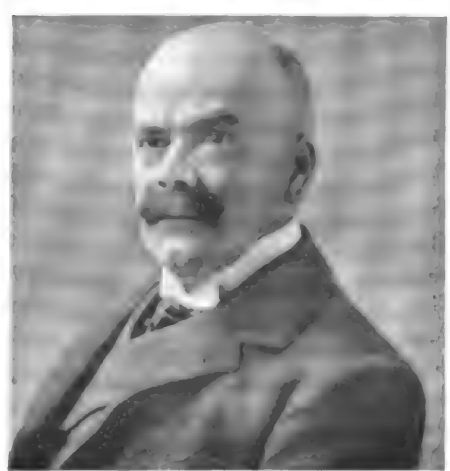
Leopold Graf Berchtold.
(J. J. Weber, Leipzig; nach Phot.)



Stefan Baron v. Burián.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz, nach Szenes, Budapest.)



Stefan Graf Tisza.
(Kunstverl. Kálmán, Budapest.)



Ernst v. Koerber.
(Phot. C. Pietzner, Wien.)



Franz Freih. Conrad von Hötzendorff.
(Phot. Atelier Adèle, Wien.)



Alexander Freih. v. Krobatin.
(Phot. E. Schöfer, Wien.)

Bibliographisches Institut in Leipzig.

Österreichisch-ungarische Heerführer.



Erzherzog-Thronfolger Karl Franz Joseph.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz, nach H. C. Kosel, Wien.)



Erzherzog Friedrich.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz, nach C. Pietzner, Wien.)



Erzherzog Eugen.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz, nach C. Pietzner, Wien.)



Erzherzog Joseph Ferdinand.
(Nach Zeichnung von Brüch.)



Moritz Ritter v. Auffenberg.
(„Clichothek", Berlin.)



Viktor Dankl.
(„Clichothek", Berlin.)

kunft, der Bundestag unter ihrer Leitung der »Indifferenzpunkt der deutschen Politik«. Er ließ sich gebrauchen, um allen Fortschritt zu hindern, dessen Vorkämpfer zu verfolgen und zu strafen. Die Karlsbader und die Wiener Beschlüsse und die Demagogenverfolgungen, die sich anknüpften, sind das Kennzeichnende für die Tätigkeit des Bundes unter Österreichs Leitung geworden.

So ist das Wichtigste und Wertvollste, was Deutschland in der Zeit von 1815—48 erreichte, zustande gekommen nicht nur ohne, sondern sogar gegen die zunächst berufenen Stellen. Die Begründung des Zollvereins war Preußens Werk. Die sachlichen Gründe für seine Errichtung wogen zu schwer, als daß die Mittel- und Kleinstaaten ihrer Abneigung gegen den norddeutschen Emporkömmling hätten folgen und sich versagen sollen. Preußen kam nach Möglichkeit entgegen; es war »der Blitz, der mitten durch Deutschland hindurch fahrt«, während Österreich in allem enttäuschte. Es mußte enttäuschen, weil die Grundsätze der neuen wirtschaftlichen Einigung auf sein buntgestaltetes Staatswesen keine Anwendung finden konnten. Seine späteren Bemühungen, einzutreten, sind wieder und wieder an dieser Schwierigkeit gescheitert, kaum anders seine Versuche, den Zollverein zu sprengen. Er ist in kurzer Frist wirtschaftlich so zusammengewachsen, daß die Verhandlungen nach Ablauf der einzelnen Vertragsperioden immer wieder zur Erneuerung führten.

Zur Zeit des Wiener Kongresses taucht der Gedanke preußischer Führung in Deutschland ganz vereinzelt auf. Gut 30 Jahre später fand er im Frankfurter Parlament, wenn auch nicht ohne Schwierigkeit, eine Mehrheit. Am 28. März 1849 wurde Friedrich Wilhelm IV. mit 290 Stimmen, bei 248 Stimmenthaltungen, zum Deutschen Kaiser gewählt, nachdem tags zuvor die Reichsverfassung angenommen war, die bestimmte, daß »kein Teil des Deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein dürfe«. Dem konnte Österreich sich gutwillig nicht fügen. Schon am 9. März war eine Verfassung für »das ganze, unteilbare Österreich« verkündet worden, und am gleichen Tage hat der Lenker der Monarchie, Fürst Schwarzenberg, an Österreichs führendes Parlamentsmitglied in Frankfurt, Ritter von Schmerling, geschrieben, man »könne nicht einzelne Provinzen aus dem innigen Verbande der Monarchie reißen lassen; die deutsche Einheit müsse auf einem Wege gesucht werden, der es Österreich ermögliche, ohne Aufgeben seiner selbst im großen Gesamtvaterlande zu verbleiben«.

Friedrich Wilhelm IV. hat es abgelehnt, die Kaiserkrone entgegenzunehmen »aus Händen, die sie nicht zu vergeben hätten«. Aber an die Stelle der Reichsverfassung traten die Versuche der »Union«, Deutschland zu einigen unter Ausschluß von Österreich. Auch sie sind erfolglos geblieben, gescheitert vor allem an Österreichs Widerstand. Es hat die innere Krisis der Jahre 1848/49 überwunden, vor allem durch die Einheitlichkeit und Festigkeit seines Heeres. »In deinem Lager ist Österreich; wir andern sind einzelne Trümmer«, mit diesen an Radetzky gerichteten Worten Grillparzers war die Lage richtig gekennzeichnet. Nun waren die Nationalitäten wieder zurückgezwungen unter die einigende Dynastie; die Gesamtstaatsverfassung wurde gehandhabt in der Form einer straffen Zentralregierung. Preußen stand vor der Wahl, sich für den Unionsgedanken, dem die führenden Mittelstaaten sich versagten, der ihm selbst eine sichere Mehrung seiner Macht nicht bieten konnte, zu schlagen oder ihn aufzugeben. Er fand sein Ende in Olmütz, in den anschließenden Dresdener Konferenzen und der Wiederbesendung des Bundestags durch Preußen. Es war ein voller Sieg Österreichs, das geschlossen dastand wie nur je und hoffen konnte, den Bund noch besser zu beherrschen als bisher.

Im Deutschen Bunde seit 1851. Wenn diese Hoffnungen sich nicht erfüllten, so liegt der Grund zum wesentlichen Teil in der Persönlichkeit des neuen Vertreters Preußens am Bundestage, des Herrn von Bismarck, nicht weniger aber in dem zunächst zwar abgewiesenen, alsbald aber mit neuer Kraft sich regenden Drängen des deutschen Volkes nach staatlicher Einheit. Bismarck war in seine Frankfurter Stellung nicht als Gegner Österreichs eingetreten; er hatte an ein Zusammengehen beider Mächte zur Stütze der in den letzten Jahren so schwer erschütterten Ordnung gedacht. Aber »ich hätte jeden Tropfen preußischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich mir auch nur eine mäßige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren sollen«. Er wollte Preußen aus den deutschen Dingen nicht ausschalten lassen. Welche Mittel Österreich besaß und anwandte, um das zu erreichen, läßt uns Bismarcks Korrespondenz aus den Frankfurter Jahren bis ins einzelne erkennen. Es verdankte ihnen manchen Erfolg; sie versagten aber in der wichtigsten, der entscheidenden Frage der deutschen Stellungnahme in der großen, der europäischen Politik. Der Versuch, Preußen und den Bund während des Krimkrieges zum Eintreten für Österreich und die Westmächte gegen Rußland zu bringen, scheiterte. In den Jahren der Krisis hatte sich Österreich dem deutschen Gedanken grundsätzlich abgewandt; es hatte weder zum schleswig-holsteinischen Kriege sein Kontingent gestellt, noch die schuldigen Beiträge für die deutsche Flotte geleistet, wohl aber sich eifrig bemüht, sie wieder unter den Hammer zu bringen. Deutschland war jetzt schwer zu überzeugen, daß man in Wien die auswärtige Politik nach deutschen Gesichtspunkten richte. Bei einem Kriege gegen Rußland fiel sicher Preußen und Deutschland die Hauptlast zu; ob auch bei etwaigem Siege ein entsprechender Gewinn? Wie leicht konnten sich Frankreich und Rußland über Europas Mitte hinweg und auf deren Kosten verständigen!

Gleichwohl ist die Empfindung, daß Österreich eine deutsche Macht sei, auch in diesen Jahren nicht erstorben. Sie trat stark zutage, als Österreich 1859 in den Krieg um seine italienischen Besitzungen verwickelt wurde. Man war deutscherseits durchaus geneigt einzugreifen, und es wäre geschehen, wenn Österreich die militärische Führung im Bunde Preußen hätte überlassen mögen. Es forderte aber die Unterordnung der preußischen Truppen unter einen gewählten Bundesfeldherrn und opferte lieber die Lombardei, als dem preußischen Verlangen zu willfahren. Es konnte sich an den Gedanken einer Teilung der deutschen Leitung mit Preußen nicht gewöhnen. Es ergab sich die Grundlegung des italienischen Einheitsstaates und damit eine neue Gefährdung des eigenen Besitzstandes.

Die Niederlage von 1859 nötigte zu inneren Reformen. Die Verfassung vom März 1849 war Ende 1851 aufgehoben worden; man hatte dann autokratisch und zentralistisch regiert. 1861 trat eine neue Gesamtstaatsverfassung in Kraft mit einer einheitlichen Vertretung fürs ganze Reich. Die Kronländer erhielten

Landtage. Schmerling übernahm die Aufgabe, die Neuerungen zur Durchführung zu bringen; er suchte sie in durchaus liberalem Sinne zu lösen. Damit gewannen Reich und Herrscher auch in Deutschlands öffentlicher Meinung an Geltung und Ansehen, um so mehr, als Preußens Regierung mit dem Ausgang der »Neuen Ära« durch den Heereskonflikt in bedenkliche innere Schwierigkeiten geriet und die Sympathien der Liberalen so gut wie vollständig verlor. Dem Nationalverein, der trotzdem an der preußischen Spitze festhielt, stellte sich ein Reformverein entgegen, der Österreichs Geltung nicht geschmälert sehen wollte. An die Stelle festerer staatlicher Einigung traten Bundesreformpläne. Kaiser Franz Joseph stellte sich persönlich an die Spitze dieser Bestrebungen; im August 1863 versammelte er die deutschen Fürsten und die regierenden Bürgermeister der Freien Städte zum Frankfurter Fürstentage. Der Versuch blieb ergebnislos, weil König Wilhelm sich nicht beteiligte. Bismarck hatte zu erklären, daß es »der Würde seines Monarchen nicht entspreche, Vorschläge entgegenzunehmen, über die er vorher nicht gehört worden sei«.

Trotz der so zum Ausdruck kommenden Spannung hat Österreich sich bereit finden lassen, in der schleswig-holsteinischen Frage, die mit dem Ableben Friedrichs VII. im November 1863 akut wurde, mit Preußen zusammenzugehen, zunächst auf Grund des Londoner Protokolls, auf das beide Mächte sich stützten, dann, als Dänemark seiner Durchführung kriegerischen Widerstand entgegensetzte, zur Befreiung der Herzogtümer. Sie wurden durch den Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 aus ihrer jahrhundertelangen Verbindung mit dem Königreiche gelöst.

Ausscheiden aus Deutschland. Die Eintracht hat aber die Zeit des Kriegsstandes kaum überdauert. Preußen erstrebte Mehrung seiner Macht, politisch-militärische Beherrschung der Herzogtümer und Begründung einer Seemacht. Österreich mochte solch einseitigen Gewinn nicht zulassen und warf sich zum Vertreter der augustenburgischen Ansprüche auf, deren Durchführung »ein neues Großherzogtum« geschaffen haben würde »mit dem Berufe, sich vor Preußen zu fürchten und es mit seinen Gegnern zu halten«. Im Gasteiner Vertrag vom 14. Aug. 1865 kam es noch einmal zu einer Verständigung; man einigte sich über ein Kondominium mit Verwaltungstrennung. Aber während Preußen in Schleswig im Sinne seiner Ansprüche regierte, gewährte Österreich in Holstein den Bestrebungen des Herzogs freie Betätigung und schürte dadurch die Erregung gegen Preußen. So wurde die schleswig-holsteinische Frage Ausgangspunkt für die Entscheidung der deutschen. Am 14. März 1866 gab Österreich in Frankfurt die Erklärung ab, daß der Bundestag über Schleswig-Holsteins Zukunft zu bestimmen habe, und brachte zugleich die Mobilmachung der vier nichtpreußischen und nichtösterreichischen Bundesarmeekorps in Anregung. Am 8. April antwortete Preußen mit einem Antrage auf Berufung eines deutschen Parlaments auf Grund allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, doch mit Ausschluß der österreichischen Lande. Der Krieg war so gut wie unvermeidlich. Als der Bundestag am 14. Juni auf Österreichs am 11. eingereichten formellen Antrag die Mobilmachung des Bundesheeres mit Ausnahme der preußischen Korps beschloß, erklärte Preußens Gesandter den Bund für gebrochen, den Bundesvertrag für erloschen und legte zugleich den Entwurf einer neuen Verfassung auf den Tisch der Versammlung. Am nächsten Tage erging Preußens Ultimatum an Sachsen, Hannover und Kurhessen.

Es ist in unseren Tagen oft daran erinnert worden, daß Bismarck in Nikolsburg alle Kraft daran gesetzt hat, den Sieg über Österreich nicht zu einer dauernden Schwächung und Demütigung des Kaiserstaats werden zu lassen. Als die Friedensbestimmungen dort vereinbart wurden, hatte Franz Joseph schon auf Venetien zu Händen Napoleons III. verzichtet; er hat wiederum den Kaiser der Franzosen lieber zufriedenstellen wollen als Preußens König. Gleichwohl hat Bismarck daran festgehalten, daß Österreich kein Landverlust zugemutet werden dürfe, wie er solchen auch den süddeutschen Gegnern, abgesehen von unerheblichen Grenzregulierungen, nicht zugefügt hat. Er hatte die wünschenswerten Möglichkeiten zukünftiger Gestaltung im Auge. Wenn auf dieses Verfahren als Muster für die Lösung schwebender Schwierigkeiten hingewiesen wird, so kann das nur dann eine Berechtigung haben, wenn die Verhältnisse so unzweideutig auf ein künftiges Zusammengehen hinweisen, wie das bei dem durch Geschichte und Bewohnerschaft so lange zusammengeketteten Länderbestand der habsburgischen Monarchie und der deutschen Staaten der Fall war. Gegenüber Rußland und England sind solche Zukunftserwägungen, wie die Dinge liegen, einfach sinnlos.

Neue Orientierung. Österreich hat sich nicht sofort in die gefallene Entscheidung gefügt. Graf Beust, aus seiner sächsischen Tätigkeit her nicht allein Bismarcks politischer, sondern fast persönlicher Gegner, hat ein Zusammengehen mit Frankreich gegen den neugebildeten Norddeutschen Bund mit vollem Ernst ins Auge gefaßt. Wenn der Neigung 1870 keine Folge gegeben worden ist, so hat das seinen Grund nicht weniger in den raschen deutschen Siegen als in der Gegenwirkung der Ungarn und der Abneigung der Deutschen Österreichs gegen ein Eingreifen zugunsten der Franzosen. Im neuen Deutschen Reiche war es Bismarcks erste Sorge, wieder eine feste Brücke nach Österreich-Ungarn hinüber zu gewinnen. Es gelang ihm zunächst in der Form, die in den Revolutionsjahren zu Bruch gegangen war. Schon im September 1872 brachte er in Berlin eine Dreikaiserzusammenkunft zustande.

Dieses Verhältnis hat nicht von Dauer sein können. Die orientalische Frage erhob sich von Jahr zu Jahr drohender als trennende Wand zwischen Österreich-Ungarn und Rußland. Erreichte Rußland sein Ziel, so war es um die Großmachtstellung der Donaumonarchie geschehen. Die aber war eine Daseinsfrage auch für Deutschland. Demgemäß haben sich die Dinge weiter entwickelt (vgl. den Artikel »Die österreichische Balkanpolitik«, S. 53).

Mit der Niederlage von 1866 war Österreich aus den deutschen Dingen ausgeschieden. Das konnte nicht ohne Rückwirkung auch auf seine inneren Verhältnisse bleiben.

Die Verbindung mit Deutschland und die Stellung, die der Beherrscher der Monarchie dort innehatte, waren zweifellos ihrem Deutschtum zugute gekommen. Die Lösung dieser Beziehungen mußte den anderen Völkern, vor allem ihrem nächst den Deutschen zahlreichsten und politisch noch besser als diese vorbereiteten, den Ungarn, zugute kommen. Sie empfanden diese Lösung als eine Art Befreiung. Neben Beust war Andrássy im Februar 1867 zum Ministerpräsidenten für Ungarn ernannt worden; mit ihm und dem Führer der dortigen Liberalen,

Deák, wurde der »Ausgleich« verhandelt. Er schuf eine Doppelmonarchie, bestehend aus einem Königreich Ungarn, dem Siebenbürgen und dann auch Kroatien und die Militärgrenze einverleibt wurden, und ein Kaisertum Österreich, dem der gesamte Rest angehörte. Beiden Teilen gemeinsam blieben nur die auswärtige Politik und das Heerwesen, die dementsprechend durch Reichsminister geleitet und in Delegationen beider Vertretungskörper zur Beratung und Beschlußfassung gestellt wurden.

Das für diese Neugestaltung vor allem ungarische Wünsche maßgebend waren, erhellt schon aus der Abgrenzung der Gebiete, dann aus der Verteilung der Quoten. Im weiten Bogen umschließt »Zisleithanien« (die Reichsratsländer) von Czernowitz bis Cattaro das geschlossene Königreich. Ungarn hat seine geschichtlichen Grenzen restlos bewahrt; das neue Kaisertum Österreich ist ein bunt zusammengewürfeltes Gebilde, zusammengesetzt aus Stücken, zwischen denen zum Teil jeder innere Zusammenhang fehlt. Was haben Dalmatien und die Bukowina, was Galizien und Tirol miteinander zu tun? Wie so manches andere, was die Geschichte in dieser Staatenbildung festgelegt hat, so ist auch die Verbindung allein auf Grund des Besitzrechts einer gemeinsamen Dynastie echt mittelalterlich. Die Kosten sollten zu 70 v. H. Zisleithanien, zu 30 Ungarn aufbringen, eine Festsetzung, bei der Ungarn sicher im Vorteil war.

Ungarn. Demgemäß ist auch der Entwicklungsgang der beiden Reichsteile. Ungarns Geschicke werden allein von den Magyaren gelenkt. Sie bilden nach der Volkszählung von 1910 fast die Hälfte der Bevölkerung, 10050575 von 20886487. Mit ihnen bewohnen 2949052 Rumänen, 2037435 Deutsche, 1967970 Slowaken, 1833162 Kroaten, 1106471 Serben, 472587 Ruthenen und 469255 Angehörige anderer Volksstämme (besonders Zigeuner) das Land. Kroatien (1910: 2621954 Bewohner) bewahrte im Ausgleich mit Ungarn im Juli 1868 Sonderrechte, die ihm als Amts- und Unterrichtssprache das Kroatische sicherten, auch einen eigenen Landtag in Agram. Im eigentlichen Ungarn sind die Nationalitäten trotz des Gesetzartikels 44 vom Jahre 1868, der ihnen die volle Gleichberechtigung mit den Magyaren zusicherte, in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte bisher so beengt gewesen, daß man mit gutem Grunde von Unterdrückung reden kann. Irgendwelches nationale Schulwesen hat sich nicht entwickeln können; die Zahl der nichtmagyarischen Schulen ist aufs äußerste beschränkt. Nur die Siebenbürger Sachsen, die auf eine jahrhundertelange selbständige und treffliche Entwicklung ihres Kirchen- und Schulwesens zurückblicken können, haben noch die Möglichkeit, ihrer Jugend die Kenntnis der Muttersprache schulmäßig zu überliefern, müssen aber zugleich durch den Unterricht den Anforderungen im Magyarischen genügen, ihre zugelassenen Schulen selbst unterhalten und daneben zu den allgemeinen Schullasten in vollem Umfange beitragen. Es ist schon dadurch erklärlich, daß die Volkszählungen regelmäßig ein Anwachsen des Anteils der Magyaren ergeben, in der Zivilbevölkerung von 1840—1910 von 37,4 auf 45,4 v. H. Daß außerdem die Leitung der Zählungen durch die königlichen Behörden dabei mitwirkt, ist sicher, in welchem Umfange, nicht festzustellen.

Österreich. Anders haben sich die Dinge in Österreich entwickelt. Die Deutschen sind hier ziffernmäßig nicht in so günstiger Lage wie die Magyaren in den Ländern der Stephanskrone. Sie zählten 1910 unter 28572000 Bewohnern 9950000, also ein starkes Drittel; neben ihnen gab es 6436000 Tschechen, 4968000 Polen, 3519000 Ruthenen, 1253000 Slowenen, 783000 Serbokroaten, 768000 Italiener, 275000 Rumänen. Den Nationalitäten gegenüber verfügten die Deutschen zwar weit mehr als die Magyaren in ihrem Reichsteil über eine alte und überlegene Bildung, aber viel weniger über hergebrachtes politisches Gewicht. Politische Betätigung war unter ihnen neu; dazu bewohnten sie geschlossen nur einen verhältnismäßig kleinen und abgesonderten Teil des Reiches, machten in mehreren Kronländern, von denen doch jedes seinen besonderen Landtag und gesonderte Verwaltung erhalten hatte, nur unbedeutende Minderheiten aus. Die ganze Neuordnung, aus der Zisleithanien hervorging, war geleitet von dem Gedanken, die Nationalitäten zufriedenzustellen und sie dadurch dem Ganzen fester zu verbinden. Im Reichsrat, der Gesamtvertretung, haben die Deutschen als solche niemals über eine Mehrheit verfügt. Zwei »Wahlreformen«, von denen die erste 1896 eine fünfte Kurie für ein allgemeines Wahlrecht Unbemittelter schuf, die andere 1906 das allgemeine Wahlrecht unter Festlegung nationaler Mandate einführte, haben die Lage der Deutschen erheblich erschwert. Mit Recht hat Graf Stürgkh die Änderung von 1906 als den »schwersten Schlag gegen das Deutschtum in Österreich seit dem Beginn der verfassungsmäßigen Ära« bezeichnet.

In verhältnismäßig günstiger Lage befand sich das Deutschtum noch in den 1870er Jahren unter dem Ministerium Auersperg (1871—79). Aber die »Verfassungspartei«, die im Reichsrat eine zeitweilig sehr starke Mehrheit bildete, suchte die Monarchie in eine Richtung zu drängen, die ihr auf die Dauer nicht frommen konnte. Sie war, wie gleichzeitig der Liberalismus im Deutschen Reiche, freihändlerisch und gefährdete dadurch das Wirtschaftsleben des Staates, öffnete ihn auch allzusehr der bloßen Spekulation. Sie war zugleich antiklerikal und weckte die Gegnerschaft der Kirche, deren Vertreter und Anhänger allerdings der Entwicklung des Volksschulwesens in bedenklichster Weise entgegenarbeiteten. Sie war auch antimilitärisch, machte sich schwierig gegenüber berechtigten Forderungen der Regierung für das Heer. Vor allem aber bewies sie völligen Mangel an Verständnis für die Notwendigkeiten der auswärtigen Politik. Daß sie sich in ihrer Mehrheit der Annexion Bosniens und der Herzegowina, die doch gegenüber dem Vorgehen Rußlands auf der Balkanhalbinsel ein unabweisbares Erfordernis geworden war, widersetzte und Rücktritt vom Berliner Vertrag von 1878 verlangte, besiegelte ihr Schicksal und ward auch Anlaß zum Sturz des Ministeriums Auersperg. Die nach kurzer Zwischenzeit folgende vierzehnjährige Regierung des Grafen Taaffe (1879—93) ist dann besonders bedeutungsvoll geworden für die Förderung der nationalistischen und föderalistischen Bestrebungen.

Vor allem ist es zu höchst bedenklicher Beschränkung der Kenntnis und des Gebrauchs der deutschen Sprache gekommen. Die Schule ist völlig nationalisiert worden, soweit nicht die Landtage der deutschen Kronländer es gehindert haben. In den geschlossenen Sitzen fremdsprachiger Bevölkerung ist die deutsche Volksschule nahezu verschwunden; auch der Mittelschulunterricht ist überall nationalisiert. Polen und Tschechen, Slowenen und Italiener haben ein genau so entwickeltes Schulwesen wie die Deutschen. Die

Polen können ihre Stellung benutzen, um den ruthenischen Teil der galizischen Bevölkerung zu polonisieren; die Tschechen gewinnen in den deutschen Bezirken der Sudetenländer weit mehr Volksschulen als die Deutschen in den tschechischen Gebieten. Die Prager Universität wurde 1882 in eine deutsche und tschechische geteilt; neben das dortige deutsche Polytechnikum ist ein tschechisches getreten. Galizien erhielt zwei glänzend ausgestattete polnische Universitäten in Krakau und Lemberg. Schon 1869 ist dort das Polnische als Dienstsprache eingeführt worden. Das Sprachengesetz des Jahres 1880 für Böhmen und Mähren, das dort die Erledigung aller Eingaben in der Sprache der Parteien vorschrieb, hat zusammen mit weiteren Verordnungen den Deutschen auch dort die Beamtenlaufbahn so erschwert, daß sie ihnen fast verschlossen ist. In den Kabinetten sorgten die nie fehlenden Vertreter der Nationalitäten als Leiter der einzelnen Ministerien dafür, daß auch die deutschen Kronlande mit anderssprachigen Beamten gefüllt wurden. Für die Regierenden war es das Mittel, die nationalen Parteien des Reichsrats einigermaßen zufriedenzustellen und für die Bewilligung der Staatserfordernisse zu gewinnen. Die Verstaatlichung der großen Bahnen hat in gleicher Richtung gewirkt. Die Tschechen streben fortgesetzt nach dem »böhmischen Staatsrecht«. 1871 wurde die Sonderstellung Böhmens nach dem Muster Ungarns nur durch den Einspruch der Magyaren verhindert, die ein Übergreifen der Agitation auf die Slowaken fürchteten. In Prag möchte man neben die Stephans- die Wenzelskrone setzen.

Auswärtige Politik. Die Stellung der Monarchie gegenüber dem Auslande konnte nicht unberührt bleiben von diesen nationalen Kämpfen. Sie erweckten nach außen den Eindruck der Auflösung; man fing an, von Österreich wie von der Pforte als vom »kranken Mann« zu reden. Und doch stellte die Lage starke Anforderungen an den Kaiserstaat. Rußlands Balkanpolitik fing an, seinen Bestand zu bedrohen. Auch das deutsch-österreichische Bündnis, das Andrássy 1879 als Leiter des Auswärtigen einging, und das seitdem der feste Punkt in Österreich-Ungarns Politik geblieben ist, konnte gegen diese Gefahr nur decken, wenn man selbst stark blieb. Mehrung der Wehrkraft wurde eine Lebensfrage der Monarchie. In den 1870er Jahren haben da, wie bemerkt, die Deutschen Zisleithaniens Schwierigkeiten gemacht, später aber weit mehr die Ungarn, obgleich sie die zunächst Gefährdeten waren. Denn die Balkanfragen berühren sie viel näher als den diesseitigen Teil der Monarchie, nicht nur politisch, sondern vor allem auch wirtschaftlich. Es waren ihre Interessen, die dort für die Politik des Gesamtstaates bestimmend gewesen sind; sie waren auch die Hauptträger russengegnerischer Gesinnung und entsprechender Politik. Trotzdem haben sie sich den Forderungen für das Heer wiederholt widersetzt, auch nachdem der andere Reichsteil sie schon bewilligt hatte. Es hat oft Jahre gedauert, ehe sie ihre Quote bewilligten; noch zu Beginn des gegenwärtigen Krieges waren sie mit einem Teil des Rekrutenkontingents im Rückstande. Dabei spielte nicht allein die Abneigung gegen steigende Belastung eine Rolle, sondern fast mehr noch das Streben nach einer gesonderten ungarischen Armee mit magyarischer Heeressprache. Für die Landwehr (Honveds) war das Magyarische als solche zugestanden; man wollte es auf alle aus dem Königreich rekrutierenden Truppenteile übertragen sehen. Auch im diesseitigen Teil der Monarchie haben sich vereinzelt ähnliche Bestrebungen gezeigt. Dem hat doch der Kaiser entschiedenen Widerstand entgegengesetzt und damit die in Frage gestellte Einheit der Armee gerettet. Die Gegenwart hat dieses Verdienst würdigen lernen.

Die verschiedene Stellung zu der Frage der Erhaltung des Gesamtstaates ist natürlich nicht ohne Einwirkung auf das Verhalten gegenüber dem deutschen Bündnis geblieben. Deutsche und Magyaren sind seine Träger; die Tschechen haben ihm stets widerstrebt. Sie setzten ihre Hoffnungen auf Rußland und waren die Hauptvertreter panslawistischer Gedanken in der Monarchie. Das hat sich beim Ausbruch des Krieges bis zum Landesverrat gesteigert. Ihnen sind die Slowenen zur Seite getreten. Die Polen waren an sich Gegner Rußlands. Aber das sinkende Zutrauen zu Österreichs Macht, die Erwägung, welchen Wert es für das Ganze haben könne, wenn Kongreßpolen und Galizien unter einer Herrschaft geeinigt seien, auch russische Bemühungen haben dahin geführt, daß sich in Galizien ein »polnischer Russophilismus« entwickelte, der im ersten Kriegsjahre deutlich genug in die Erscheinung getreten ist. Von Rußland her ist besonders in den letzten Jahren vor dem Kriege in nicht nur rücksichts-, sondern geradezu schamloser Weise jede Unzufriedenheit in der Monarchie geschürt und zu staatsverbrecherischen Umtrieben angestiftet worden. Schlimme Fälle von Spionage, der Ruthenenprozeß und die Rolle, die Bobrinsky in ihm spielte, haben das kurz vorm Kriege vor aller Augen aufgedeckt.

Österreichs innere Kraft. Der Krieg hat Österreichs Feinde enttäuscht. Die Macht des geschichtlich Gewordenen hat sich einmal wieder offenbart. Die Jahrhunderte haben doch die verschiedenen Bestandteile der Donaumonarchie so ineinander geschweißt, daß keiner sich ohne ernste Gefährdung seiner selbst loszulösen vermag. Was die Einheit bedeutet, ist doch der großen Mehrzahl der Bewohner in der Stunde der gemeinsamen Gefahr zum Bewußtsein gekommen. Auch die Lockerung der Organisation, die sich im ersten Teil des Krieges an mehr als einer Stelle bemerkbar machte, ist einer strafferen Handhabung in allen Zweigen der Verwaltung, insbesondere im Heerwesen, gewichen. Österreich-Ungarn hat sich als eine wirkliche Großmacht erwiesen. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß es aus den Erfahrungen der jüngsten Tage zu lernen hat. Es wird alles tun müssen, um die Einheitlichkeit seiner Armee nicht nur in der bisherigen Form zu erhalten, sondern sie weiter auszubauen, und es wird die deutsche Sprache in der Verwaltung und besonders im Verkehr der verschiedenen Landesteile untereinander wieder in diejenige Stellung einsetzen müssen, die allein der Monarchie den nötigen inneren Halt und Zusammenhang sichern kann. Der föderalistische Gedanke hat im letzten halben Jahrhundert über das Maß seiner Berechtigung hinaus für das Leben des Kaiserstaates Bedeutung gewonnen; es gilt, den Gesamtstaatsgedanken, die Zentralisation, wieder schärfer zu betonen. Man braucht damit noch nicht in die Fehler der 1850er Jahre, der Schwarzenberg-Bachschen Periode, zurück zu verfallen. Österreich-Ungarn hat im europäischen Staaten- und Völkerleben eine große Aufgabe. Es ist berufen, im Verein mit Deutschland die Interessen Mitteleuropas im Südosten des Erdteils und darüber hinaus im vorderen Asien und im Mittelmeer zu vertreten. Dazu gehört vor allem, daß die Völkersplitter, die dieses weite und

zukunftsreiche Gebiet im buntesten Durcheinander füllen, weder unter Rußlands Leitung und Herrschaft gelangen, noch im Trachten nach gesonderten nationalen Staatenbildungen sich in gegenseitiger Befehdung hoffnungslos aufreiben. Österreich-Ungarn ist durch seinen Werdegang darauf angewiesen, hier eine gewisse Ordnung zu schaffen, die jedem Teil das Recht gibt, das mit dem des andern verträglich ist, ist darauf angewiesen und vermag das. In solcher Leitung allein liegt die Gewähr der Ruhe und des Bestandes, deren dieser Wetterwinkel Europas bedarf. Es ist völlig unmöglich, daß jede der dort vorhandenen Nationalitäten sich staatlich so ausgestalte, wie es ihren wortführenden Vertretern richtig erscheint.

Die österreichische Balkanpolitik

von Prof. Dr. P. Samassa in Klosterneuburg bei Wien

Der Ursprung Österreichs geht auf jene Ostmark zurück, die bestimmt war, den Einfällen von Avaren und Magyaren in deutsches Land einen Riegel vorzuschieben. Die Magyaren fügten sich nach ihrer Niederlage auf dem Lechfelde westlicher Kultur ein, und Ungarn wurde ein subgermanisches Staatswesen an den Grenzen deutschen Machtbereiches.

Abwehr der Türken (1526—1718).

Ungarn erwies sich zu schwach, um dem Einfalle der den Magyaren stammverwandten Türken zu widerstehen, und in der Schlacht von Mohacs brach 1526 der ungarische Staat zusammen. Das Haus Habsburg übernahm das ungarische Erbe.

Das 16. und 17. Jahrhundert sind nun von Abwehrkämpfen gegen die türkischen Angriffe erfüllt, in denen sich der Ostmarkberuf des habsburgischen Hausbesitzes neu bewährt, die man aber gleichzeitig auch als die Vorläufer der österreichischen Balkanpolitik bezeichnen kann. War der Höhepunkt der türkischen Macht auch schon früher überschritten, so brachte doch die zweite Belagerung Wiens 1683 nochmals eine gewaltige Kraftäußerung des Feindes, der allerdings die Krise in günstigem Sinne alsbald folgte. Im Karlowitzer Frieden (1699) gewann Österreich ganz Ungarn mit Ausnahme des Banats und Syrmiens zurück, im Frieden von Passarowitz (1718) erwirbt es sogar den größten Teil von Serbien, die kleine Walachei und den Nordrand Bosniens. Die Verteidigung wird nun zum weitausholenden Angriff, dem allerdings in erster Linie der Verteidigungsgedanke zugrunde lag. Bilden Donau und Save die geographische Grenze der Balkanhalbinsel, so kann man von diesem Zeitpunkt an auch von einer österreichischen Balkanpolitik im engeren Sinne sprechen.

Österreichische und russische Balkanpolitik.

Diese Politik steht zwar nicht, wie etwa die russische, im Zeichen eines unveränderlichen Leitgedankens, wohl aber unter sie bestimmenden Bedingungen, die sich im Laufe von zwei Jahrhunderten kaum verändert haben. Zunächst ist sie durch das Bedürfnis nach Ruhe und Sicherheit an der südöstlichen Grenze bestimmt; dies um so mehr, als die Dynastie ja vielfach in europäische Händel verwickelt war, die ihre Kräfte von der südöstlichen Front abzogen. Ist sie — meist wider ihren Willen — gezwungen, sich mit ihr zu beschäftigen, so äußert sich wohl ein territorialer Ehrgeiz, der sich gelegentlich auf Bosnien, Serbien, Albanien und die Donaufürstentümer erstreckt. Aber es stand nicht beim Hause Österreich oder der Türkei allein, Krieg und Frieden an ihrer gemeinsamen Grenze zu bestimmen; ein Faktor, der die ganze österreichische Balkanpolitik vom ersten Augenblick an wesentlich mitbestimmt, ist Rußland.

Konnte die Donaumonarchie sich mit einer Politik der Sicherung ihrer Grenze gegenüber dem Balkan begnügen — ein Ziel, das unter gewissen Voraussetzungen allerdings auch territoriale Eroberungen erfordern mochte —, so war das Verhältnis des Moskauer Staates gegenüber der Türkei von vornherein wesentlich aggressiver. Zunächst standen den Großrussen, die sich der Ukraine bemächtigt hatten, am Nordufer des Schwarzen Meeres die Türken und die von ihnen abhängigen Tataren gegenüber, und sie hatten um das Recht der Schiffahrt auf dem Schwarzen Meere mit diesen zu kämpfen. An die Vertreibung der Türken aus diesem Gebiete schloß sich der Kampf um die Vorherrschaft im Schwarzen Meere an; das weitere Ziel war der Besitz Konstantinopels und der Meerengen. Seine Verwirklichung setzte aber die Zertrümmerung der Türkei voraus und die Ersetzung dieses für Österreich ungefährlich gewordenen Nachbars durch Rußland selbst oder durch von Rußland abhängige Staaten. Eigener Erwerb auf der Balkanhalbinsel konnte diese Gefahren abschwächen, aber nie ganz beseitigen. Dieser Gegensatz konnte nur durch freiwilligen oder erzwungenen Verzicht Rußlands gelöst werden, und da dieses zu ersterem nicht geneigt war, so mußten schließlich die Waffen entscheiden; dieser Gegensatz ist eine der Hauptursachen des jetzigen Weltkrieges, der mit dem Siege der Mittelmächte und ihrer Bundesgenossen erst eine dauerhafte Lösung des Balkanproblems herbeiführen wird.

Österreichisch-russische Koalitionskriege gegen die Türkei (1737—39, 1787—91).

Scheinbar steht damit im Widerspruch, daß — wenn man von der erzwungenen Beteiligung Österreichs am Napoleonischen Feldzug gegen Rußland 1812 absieht — sich diesmal zum erstenmal österreichische und russische Waffen kreuzen, während es lange Perioden gab, wo die beiden Mächte verbündet waren, gemeinsame Kriege gegen die Türkei führten und sich auch über eine gemeinsame Orientpolitik verständigt zu haben schienen. Das hängt nun freilich damit zusammen, daß Rußland seinem Ziele nur schrittweise und unter mancherlei Rückschlägen näher rückte, daß es dabei oft nicht nur durch den Widerstand der Türkei, sondern auch durch den anderer europäischer Großmächte behindert wurde. In dem Maße aber, als es seinem Ziele näher kam, wurde der Zusammenstoß immer unvermeidlicher, besonders in dem Augenblicke, wo Rußland durch die Bundesgenossenschaft Englands und Frankreichs die Aussicht gewann, seine Wünsche in bezug auf die Meerengen zu verwirklichen.

Die Bundesgenossenschaft zwischen Österreich und Rußland in der Balkanpolitik war aber entweder durch die allgemeine europäische Lage für Österreich erzwungen, oder sie hatte auf österreichischer Seite den Zweck, Rußland einen Hemmschuh anzulegen oder russische Erfolge durch eigene Erwerbungen einigermaßen ungefährlich zu machen. Bezeichnend war dabei, daß Österreich meist die Zeche zu bezahlen hatte. Das gilt gleich vom ersten österreichisch-russischen Koalitionskriege gegen die Türkei (1737—39), der Österreich im Belgrader Frieden um alle Früchte des Passarowitzer Friedens mit Ausnahme des Banats und Syrmiens brachte.

Als Rußland im Jahre 1768 wieder in Krieg mit der Türkei geriet, beteiligte sich Österreich nicht an dem Kampfe. Während dieses Krieges tauchte aber eine Frage auf, die durch fast hundert Jahre eine große Rolle in dem Verhältnis zwischen Österreich und Rußland zu spielen berufen war. Der Krieg nahm für Rußland einen günstigen Verlauf und führte zur Besetzung der Moldau und Walachei durch russische Truppen. Eine dauernde Erwerbung der Donaufürstentümer durch Rußland war für Österreich unerträglich; die Frage ihrer Räumung hätte fast zum Kriege zwischen Österreich und Rußland geführt, und Rußland mußte schließlich, um diesen zu vermeiden, nachgeben.

Der Friede, den es zu Kutschuk-Kainardsche der Türkei auferlegte, brachte Rußland trotzdem Vorteile, die den österreichischen Einfluß auf dem Balkan stark beschränkten. Denn Rußland gewann eine Handhabe, um sich in die inneren Verhältnisse der Türkei, insbesondere auch in die Verwaltung der Donaufürstentümer, einzumischen, und zum erstenmal erwarb es rechtliche Ansprüche auf den Schutz der griechischen Kirche in der Türkei. In diesem Frieden wurde der Grund zu der erfolgreichen Politik Rußlands gelegt, die Sache der türkischen Rajahs als Vorwand für eigene Eroberungsgelüste zu benutzen. Die Erwerbung der Bukowina durch Österreich konnte diese Nachteile keineswegs aufwiegen.

Unter Joseph II. macht die österreichische Politik den Versuch, das verlorene Ansehen auf dem Balkan wiederzuerobern, und zum erstenmal gewinnt das Bündnis mit Rußland den Anschein einer von beiden Teilen bewußt angestrebten Erwerbsgemeinschaft. Katharina II. wollte das byzantinische Kaiserreich auf den Trümmern der Türkenherrschaft neu erstehen lassen und ihrem Enkel Konstantin die erneuerte byzantinische Kaiserkrone erwerben. Zu diesem Kaiserreich sollte ein Königreich Dacien unter Potemkin die Brücke bilden. Daneben nahmen sich Josephs II. Ansprüche auf den Wiedererwerb des im Belgrader Frieden Verlorenen sowie auf den Rest von Bosnien, Dalmatien und einen Teil von Albanien sehr bescheiden aus, und es ist sehr begreiflich, wenn ihn Einwendungen, die Katharina hiergegen machte, verstimmten. Die Verhandlungen führten damals allerdings nicht zum Kriege, der aber im Jahre 1787 ausbrach und dessen Hauptlast wiederum Österreich zu tragen hatte, ohne etwas zu erreichen. Der Frieden, den Leopold II. im Jahre 1791 schloß, bestätigte lediglich die durch den unglücklichen Belgrader Frieden gezogenen Grenzen.

Metternichs Balkanpolitik.

Es war der letzte Krieg, den Österreich gegen die Pforte geführt hat. Die österreichische Balkanpolitik gewinnt von da ab immer mehr den Charakter der Passivität, um so mehr, als das Zeitalter der Napoleonischen Kriege den Staat auch reichlich im Westen in Anspruch nimmt. Nach wie vor wird aber Österreich immer wieder von den russischen Vorstößen in Mitleidenschaft gezogen. Der Satz, daß die in Verfall geratende Türkei der beste, weil ohnmächtigste Nachbar der Donaumonarchie sei, war gewiß nicht zu bestreiten; schließlich konnte Österreich aber doch nicht das Schwert ziehen, um den Besitzstand der Türkei zu erhalten. So vollzogen sich Veränderungen an Österreichs Grenze, die ihm nicht willkommen sein konnten, wie z. B. die Befreiung Serbiens, die 1804 begann und 1829 durch den Frieden von Adrianopel abgeschlossen wurde ohne Beihilfe Österreichs, obwohl die Serben es dringend um Hilfe baten. Die Tatsache, daß diese Befreiung schließlich doch ein Werk Rußlands war, mochte dieses seine Kriege gegen die Türkei auch durchaus eigener Belange wegen geführt und gelegentlich diejenigen Serbiens rücksichtslos preisgegeben haben, hat bis in die jüngste Zeit hinein verhängnisvolle Nachwirkungen für die österreichische Balkanpolitik gehabt.

Es entsprach den politischen Grundsätzen Metternichs, daß er auch in der Zeit nach dem Wiener Kongreß, die Österreich in der Balkanpolitik wieder die Möglichkeit freierer Betätigung gab, jede Veränderung auf dem Balkan weit von sich wies und für ihn die Erhaltung der Türkei zum starren Dogma wurde. Solange Alexander I. lebte, vermochte er auch, Rußland für diese Politik zu gewinnen; mit seinem Nachfolger Nikolaus beginnt indes wieder eine Periode aktiver russischer Orientpolitik. Metternich hatte sich auch der Befreiung Griechenlands widersetzt, und gelegentlich war es ihm gelungen, den Zaren auf seine Seite zu ziehen, so bei der Zusammenkunft in Münchengrätz (1833); aber stets stellte sich heraus, daß die russischen Versicherungen nicht ehrlich gemeint waren und Rußland in der Orientpolitik seine eigenen Wege ging.

Der Krimkrieg.

Der Krimkrieg führte dann zu einer Krise im Verhältnis Österreichs zu Rußland. Zar Nikolaus I. wollte, in den Spuren Katharinas II. wandelnd, vollenden, was diese nicht erreicht hatte. Er glaubte sich des Erfolges um so mehr sicher, als nach seiner Meinung der österreichische Kaiser ihm für seine Hilfe bei Niederwerfung der ungarischen Revolution im Jahre 1849 zu tiefstem Danke verpflichtet sein mußte. Aber alsbald erhob sich auch hier das Problem der Donaufürstentümer, und die Staatsinteressen konnten auf persönliche Empfindungen nicht Rücksicht nehmen. Wenn Franz Joseph auch bereit war, die Aktionen der Westmächte für die Türkei diplomatisch zu unterstützen, so konnte er sich zur Kriegserklärung an Rußland doch nicht entschließen. Daraus ergab sich eine schwankende Politik, die Österreich schwere Opfer auferlegte, ihm keinerlei Gewinn einbrachte, wohl aber die dauernde Feindschaft mit Rußland und die Isolierung in dem Kampfe, den es im nächsten Jahrzehnt um die Vorherrschaft in Italien und in Deutschland zu führen hatte. Österreichische Truppen hatten die Walachei besetzt; die österreichische Armee war zum Teil auf Kriegsfuß gebracht und stand zur Bedrohung Rußlands in Galizien. Beide Maßnahmen hatten eine arge Zerrüttung der österreichischen Finanzen zur Folge, an der der Staat noch lange schwer zu tragen hatte. In den militärischen Kreisen der Monarchie gab man sich der Hoffnung hin, daß die



Besetzung der Donaufürstentümer zu einer endgültigen Besitznahme führen würde. Durch ihre unschlüssige Haltung hatte sich die Monarchie aber auch den Groll der Westmächte zugezogen, und auf dem Pariser Kongreß (1856) stand sie allein und mußte sich der beschlossenen Räumung der Fürstentümer fügen.

Graf Andrássys Balkanpolitik.

Die Zeit nach dem Pariser Kongreß ist für Österreich von den unglücklichen Kämpfen um die Vorherrschaft in Italien und Deutschland erfüllt. In den Jahren, die zwischen Königgrätz und Sedan liegen, war die von Beust geführte äußere Politik auf einen Revanchekrieg gegen Preußen eingestellt. Der Verlauf des deutsch-französischen Krieges ließ Österreich dieser Hoffnung für immer entsagen, und der Verlust des politischen Einflusses in Deutschland und Italien wies es naturgemäß auf seine Aufgaben auf dem Balkan hin. Es kam hinzu, daß nach dem Rücktritt Beusts Graf Andrássy Minister des Äußern wurde, der die Interessen der Gesamtmonarchie sehr wohl mit denen seines engeren Vaterlandes und der es regierenden Klasse in Einklang zu bringen wußte.

Der weitere Verfall der Türkei hatte insbesondere in Bosnien die Zustände immer unhaltbarer gemacht. Die Türkei war nicht imstande, im Lande Ordnung zu halten. Im Sommer 1875 kam es in den Provinzen zum offenen Bürgerkrieg zwischen der christlichen und mohammedanischen Bevölkerung; zahlreiche christliche Bewohner flohen über die Grenze, teils nach Montenegro, teils nach Kroatien. Schlimmer aber war, daß Serbien und Montenegro Ende Juni 1876 an die Pforte ein Ultimatum richteten und alsbald in den Krieg traten. Österreich stand vor der Gefahr, daß Rußland sich nun auch noch einmenge und mit seiner Hilfe an seiner südlichen Grenze ein großes slawisches Reich entstünde, ein Großserbien, das notwendig zum Anziehungspunkt für die Millionen Südslawen werden mußte, die in beiden Reichshälften wohnten. Dieser Gefahr vorzubeugen, sah Andrássy als seine wichtigste Aufgabe an.

In Rußland drängte die panslawistische Strömung zum Kriege, und Alexander II. fühlte sich nicht stark genug, ihr zu widerstehen. Einem Kriege mit der Türkei mußte aber eine Auseinandersetzung mit Österreich vorausgehen, wenn Rußland nicht Gefahr laufen sollte, mitten in einem Kriege mit der Türkei von diesem bedroht zu werden. Es versuchte zunächst, Österreich zu einer Beteiligung an einem Kriege gegen die Türkei zu gewinnen. In dieser Beziehung blieb Andrássy aber unbedingt fest. Von vornherein fest entschlossen, Österreich nur im Falle einer offenkundigen Bedrohung durch Rußland in den Krieg einbeziehen zu lassen, verstand er es, das Ziel seiner Politik zu erreichen und Bosnien und die Herzegowina zu erwerben. Bei den Verhandlungen mit Rußland stellte Andrássy sich auf den Standpunkt, daß die Monarchie an sich Landerwerb nicht begehre; die Mißverwaltung der Türkei an seiner Grenze ziehe es indes stark in Mitleidenschaft, weil die unterdrückten christlichen Bewohner Bosniens zu Tausenden über die Grenze zögen und der Monarchie zur Last fielen. Die Monarchie habe vor allem ein Interesse an der Herstellung geordneter Zustände in den benachbarten türkischen Provinzen; sollte die Herrschaft der Türkei dort aber nicht aufrechtzuerhalten sein, dann könne sie nicht dulden, daß dieses Gebiet etwa an Serbien oder Montenegro falle, und müßte es selbst besetzen.

Das am 8. Juli 1876 zu Reichstadt zwischen Österreich und Rußland abgeschlossene Abkommen faßte den Fall eines Zerfalls der Türkei ins Auge und regelte unter Wahrung der erwähnten Gesichtspunkte Andrássys die Neugestaltung des Balkans. Wie wenig befriedigend diese Regelung aber Rußland erschien, geht aus dem von Bismarck in seinen »Gedanken und Erinnerungen« eingehend geschilderten Zwischenfall hervor, wie noch im Herbst desselben Jahres der Zar durch den deutschen Militärattaché am russischen Hofe bei ihm anfragen ließ, wie Deutschland sich bei einem Konflikt zwischen Rußland und Österreich stellen würde, und er darauf die Antwort erteilte, Deutschland könnte es wohl zulassen, daß die beiden ihm gleich befreundeten Mächte einige Schlachten gegeneinander gewönnen oder verlören, nicht aber, daß eine von ihnen ihre Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht einbüße. Dieser deutliche Wink wies Rußland wieder auf den Weg der Verständigung mit der Donaumonarchie. Vorher versuchte es aber noch ein europäisches Mandat zu erlangen, die Türkei zur Besserstellung der Rajahs und zu Verwaltungsreformen zu zwingen mit dem Hintergedanken, daß die Westmächte ihm später nicht in den Arm fallen könnten, wenn es erst einmal im Auftrage Gesamteuropas angefangen hätte, gegen die Türkei Gewalt anzuwenden. Aber dieser Plan scheiterte, da die Botschafterkonferenz in Konstantinopel ergebnislos verlief. Rußland beantragte bei diesen Konferenzen für Bosnien und die Herzegowina eine Autonomie, die sich naturgemäß in der Richtung auf einen großserbischen Staat entwickelt haben würde und für Österreich durchaus unannehmbar war. Nach dem Scheitern der Botschafterkonferenzen war das zum Kriege fest entschlossene Rußland gezwungen, auf die Reichstadter Abmachungen zurückzukommen und sie in der Ofen-Pester Konvention vom 15. Januar und der Wiener Nachtragskonvention vom 18. März 1877 genauer zu präzisieren. Österreich sicherte Rußland darin wohlwollende Neutralität im bevorstehenden Kriege zu und erklärte sich mit der Erwerbung des im Pariser Frieden abgetretenen Teiles von Bessarabien einverstanden; Österreich sollte nach seinem Ermessen den Zeitpunkt bestimmen, wo es Bosnien und die Herzegowina besetzte; es verpflichtete sich, keinesfalls in Rumänien, Bulgarien, Serbien und Montenegro militärische Operationen vorzunehmen. Rußland erklärte das gleiche in bezug auf Serbien, Montenegro, Bosnien und die Herzegowina. Ferner einigte man sich über die Bildung einer Reihe von autonomen Staaten und eine Vergrößerung Griechenlands auf dem Balkan, falls es infolge des Krieges zu einer Liquidierung der europäischen Türkei kommen sollte, wodurch der Entstehung des von Andrássy so gefürchteten großen slawischen Staates vorgebeugt schien. Der Wortlaut dieser Abkommen ist nie veröffentlicht worden; so viel steht aber fest, daß aus ihnen unzweideutig der Anspruch der Monarchie hervorging, für seine wohlwollende Neutralität durch den Erwerb Bosniens und der Herzegowina entschädigt zu werden.

Als es Rußland nach mannigfachen Wechselfällen des Krieges schließlich gelang, die Türkei niederzuwerfen und ihr im Frieden von San Stefano seine Bedingungen aufzuerlegen, schien es die mit Österreich getroffenen Abmachungen völlig vergessen zu haben. Der Einspruch Englands und Österreichs gegen den Friedensvertrag führten dann zum Berliner Kon-

greß, wo auf Vorschlag Englands Österreich das Mandat übertragen wurde, Bosnien und die Herzegowina »zu besetzen und zu verwalten«. Im Sandschak von Novipasar, der auch zum Wilajet Bosnien gehörte, wurde ihm bis »au delà de Mitrovitza« das Recht, Besatzungen zu halten, zugestanden, was mit Rücksicht darauf, daß der Sandschak Serbien von Montenegro trennt, von erheblicher politischer Bedeutung war. Andrássys Erklärung gegenüber den türkischen Vertretern auf dem Kongreß, daß die Okkupation nur einen provisorischen Charakter habe, war zweifellos ein Fehler, der Österreich bei der Durchführung der Okkupation und bei der Regelung des Verhältnisses zur Türkei noch mancherlei Schwierigkeiten bereitete.

Österreich konnte nur wünschen, daß die durch den Berliner Kongreß geschaffene Neuordnung auf dem Balkan sich befestige. Durch den Erwerb Bosniens hatte es die Bildung eines großserbischen Staates verhindert; das Besatzungsrecht im Sandschak sicherte ihm den wirtschaftlichen Zugang nach Mazedonien und Saloniki. Daß Andrássy einen künftigen Erwerb Mazedoniens für die Monarchie ins Auge gefaßt habe, ist nicht zu belegen. Wohl aber stand er auf dem Standpunkt, daß keine weitere Veränderung auf dem Balkan ohne aktive Dazwischenkunft Österreichs erfolgen dürfe und daß Österreich die Vormacht auf dem gesamten Balkan sein müsse.

Die Aufgabe, die die Monarchie in den okkupierten Ländern zu erfüllen hatte, nahm sie in der nächsten Zeit reichlich in Anspruch und hätte ihren Ehrgeiz vollkommen befriedigt. Im großen und ganzen hat die Monarchie durch ihre Kulturarbeit im Lande das ihr vom Berliner Kongreß übertragene Mandat voll gerechtfertigt. Ein ausgedehntes Straßennetz wurde geschaffen und ein schmalspuriges Eisenbahnnetz, das in den ersten 30 Jahren der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes vollkommen genügte. Versuche, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, scheiterten vielfach an der Indolenz der Bevölkerung.

Österreich und Bulgarien.

Rußland war begreiflicherweise vom Ausgang des Berliner Kongresses, der ihm die Früchte des Friedens von San Stefano raubte, wenig befriedigt. Der Groll der panslawistischen Kreise richtete sich gegen Deutschland und Österreich. Dieses insbesondere habe ohne Schwertstreich die Früchte der blutigen Arbeit Rußlands geerntet. Eine weitere Enttäuschung für Rußland war das von ihm geschaffene Bulgarien, das natürlich nur als ein russischer Vasallenstaat für die Zwecke russischer Politik gedacht war. Die Unabhängigkeitserklärung Rumeliens, der Sieg über die Serben bei Slivnitza schufen dem Battenberger aber für eine eigene Politik einen Rückhalt in seinem Volke, der zu den russischen Plänen nicht paßte. Die durch seine Vertreibung, Rückkehr und Abdankung entstandene Verwirrung im Lande suchte Rußland sich zunutze zu machen und unter dem berüchtigten General Kaulbars in Bulgarien wieder festen Fuß zu fassen. Diese Ereignisse konnten Österreich-Ungarn nicht unberührt lassen. Insbesondere in Ungarn gingen die Wogen der Erregung sehr hoch, und der damalige österreichische Minister des Äußern, Graf Kálnoky, wurde im ungarischen Parlament und in der ungarischen Delegation der Schwäche beschuldigt, weil er sich nicht für die Unabhängigkeit Bulgariens stärker eingesetzt habe. Auch Graf Andrássy griff die Politik seines Nachfolgers an. Die Stellung Kálnokys war aber deshalb nicht leicht, weil sich in dieser Frage ein offener Zwiespalt mit der Politik des Deutschen Reiches auftat. Fürst Bismarck war nicht gewillt, sich wegen der bulgarischen Frage in einen Krieg mit Rußland ziehen zu lassen; er legte den Sinn des Berliner Vertrags dahin aus, daß Rußland den Anspruch habe, auf dem östlichen Balkan dieselbe Vormachtstellung zu genießen wie Österreich auf dem westlichen, eine Auslegung, die Graf Andrássy nicht gelten lassen wollte. Der tiefste Grund für die Haltung Bismarcks war aber zweifellos, daß er die für Deutschland günstige Vermittlerstellung zwischen Österreich und Rußland nicht preisgeben wollte. Kálnoky mußte mit dieser Sachlage rechnen und beschränkte sich darauf, eine russische Okkupation in Bulgarien als für Österreich unannehmbar zu bezeichnen: in diesem Punkte blieb er fest und hatte auch Erfolg. Prinz Ferdinand von Koburg, der nunmehr von den Bulgaren zum Fürsten gewählt wurde, mußte Rußland natürlich als österreichischer Kandidat und Werkzeug der österreichischen Politik erscheinen; durch seine kluge Politik wußte er aber schließlich die russischen Vorurteile gegen sich zu überwinden. Während dieser ganzen kritischen Jahre schien die Spannung zwischen Österreich und Rußland oft genug einer kriegerischen Entladung nahe. Wenn auch Bismarck immer wieder betonte, daß Deutschland die ganze bulgarische Frage als eine ihm fern liegende Angelegenheit betrachte, so ließ er letzten Endes doch darüber keinen Zweifel, daß er, wenn es wirklich zu einem Konflikt zwischen Österreich und Rußland kommen sollte, der von Rußland herausgefordert wäre, den Bündnisfall unbedingt als gegeben betrachte. Man kann sagen, daß die Krise, die im Sommer 1886 begonnen hatte, durch seine große Rede im deutschen Reichstag vom 6. Februar 1888 ihre Entspannung erfuhr.

Das Mürzsteger Abkommen.

Sowohl die russische wie auch die österreichische Balkanpolitik kommen in der nächsten Zeit in ein ruhigeres Fahrwasser. Rußland ist mit dem Bau der Sibirischen Bahn und der Ausbreitung seiner Machtsphäre in Asien beschäftigt und hat nach einem Ausspruch eines langjährigen Botschafters am Wiener Hofe, Fürsten Lobanow, das Bedürfnis, den Balkan vorläufig unter einen Glassturz zu stellen; Österreich gibt sich mit der dadurch bedingten Ruhe vollauf zufrieden und macht keinerlei Versuch, die anderweitige Inanspruchnahme Rußlands durch Befestigung seiner Stellung auf dem Balkan auszunutzen. So kam es zu dem österreichisch-russischen Einvernehmen über den Status quo auf dem Balkan vom Jahre 1897 und zum Mürzsteger Abkommen des Jahres 1903, in dem die beiden Mächte übereinkamen, in der mazedonischen Frage nur gemeinsam vorzugehen und von der Türkei Reformen zu erzwingen, durch die der bulgarischen Bandenbewegung der Boden abgegraben werden sollte. Rußland konnte sich nun ohne Sorgen vor einem Angriff der Mittelmächte in sein ostasiatisches Abenteuer stürzen. Der damalige österreichisch-ungarische Minister des Äußern, Graf Goluchowski, wies den Gedanken, die gute Gelegenheit etwa dazu zu benutzen, um die Okkupation Bosniens in eine Annexion zu verwandeln, weit von sich. Er hat deshalb nachträglich manchen Tadel erfahren. Ob dieser vollberechtigt war, läßt sich heute kaum schon entscheiden. Erst in den letzten Jahren und wortgetreu erst nach Eintritt Italiens in den Weltkrieg hat die

Öffentlichkeit von jenem Artikel VII des Dreibundvertrags Kenntnis erhalten, durch den Österreich sich verpflichtete, im Falle irgendwelchen Erwerbs auf dem Balkan Italien entsprechende Kompensationen zu gewähren. Die Entstehung dieses Artikels ist heute noch nicht aufgeklärt. Am nächsten liegt natürlich der Gedanke, daß Italien im Hinblick auf die albanische Frage die Aufnahme dieses Artikels in den Bündnisvertrag gefordert hat. Es warf selbst begehrliche Blicke auf die albanische Küste, die es auf keinen Fall in die Hände Österreichs fallen lassen wollte. Seit Jahren betätigte sich dort ein Wettbewerb der beiden im Dreibund verbündeten Mächte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Österreich nahm auf Grund eines Vertrags mit der Türkei ein Protektorat über die Katholiken Albaniens in Anspruch, und der Handelsverkehr des Landes war infolge alter Beziehungen weit mehr nach Triest gerichtet als nach der gegenüberliegenden italienischen Küste. Dafür hatte Italien den Vorsprung, daß seine Sprache sich in Albanien verbreitete und die Vermittlungssprache mit dem europäischen Kulturkreis wurde, nicht ohne Schuld Österreichs, das in den von ihm unterstützten katholischen Schulen die italienische Unterrichtssprache zuließ und so mittelbar die Stellung seines Wettbewerbers im Lande stärkte. Bei vorurteilsloser Prüfung des Artikels VII muß man es allerdings für ausgeschlossen halten, daß Italien sich bei Verwandlung der Okkupation in Annexion auf ihn hätte berufen können, denn es wird darin nur davon gesprochen, daß im Falle einer künftigen »Besetzung« sich die beiden Staaten vorher über Kompensationen einigen müßten; in einer Rede vom 4. Dezember 1908 stellte sich auch der damalige italienische Minister des Äußern, Tittoni, auf den Standpunkt, daß die Abmachungen des Dreibundvertrags nicht auf eine etwaige Annexion Bosniens anwendbar seien.

Der russisch-japanische Krieg hatte mit einer Niederlage Rußlands geendet; er war im Lande durchaus unvolkstümlich gewesen. Die Revolution, die er im Gefolge hatte, legte den Machthabern in Rußland den Gedanken nahe, das Volk und insbesondere die intelligenten Kreise mit einem Gebiete der auswärtigen Politik zu beschäftigen, das der Volkstümlichkeit im Lande sicher sein und die Unterstützung der durch die Duma zu einem gewissen Einfluß gelangten liberalen Parteien finden konnte. Das Mürzsteger Abkommen, das für Rußland als Sicherung während des japanischen Krieges so überaus wertvoll gewesen war, wurde nunmehr zu einem einseitigen Vertrag, dessen Kosten lediglich Österreich zu tragen hatte. Im Gegensatz zum Grundgedanken dieses Vertrags, daß die Ordnung der Zustände in Mazedonien eine gemeinsame Aufgabe der beiden Mächte sei, bemühte sich Rußland unter besonders lebhafter Unterstützung Englands immer mehr, die mazedonische Frage zu internationalisieren und Österreich dadurch in den Hintergrund zu drängen. Graf Aehrenthal folgte im Jahre 1906 dem in der auswärtigen Politik wenig tatkräftigen Grafen Goluchowski. Entschlossen, eine neue Epoche der österreichischen Balkanpolitik einzuleiten, kündigte er am 27. Januar 1908 in den Delegationen an, daß die Monarchie auf Grund des ihr aus dem Berliner Vertrag zustehenden Rechtes und im Einverständnis mit der Türkei den Bau einer Bahn durch den Sandschak in Angriff nehmen werde, durch die das bosnische Bahnnetz einen Anschluß an die mazedonische Bahn in Mitrovitza finden sollte. Wirtschaftlich hätte die Bahn zunächst keine große Bedeutung gehabt. Die Ankündigung des Bahnbaues wurde aber von Rußland als ein Bruch des Mürzsteger Abkommens bezeichnet; die englische Presse sekundierte und erklärte das Bahnprojekt für den ersten Schritt Österreichs auf dem Wege nach Saloniki, dem angeblichen Ziele seines politischen Ehrgeizes. Als Gegenzug betrieb Rußland nun ein Donau—Adria-Bahnprojekt, das Serbien einen Zugang zur Adria verschaffen und dadurch die österreichischen Pläne durchkreuzen sollte, ein Projekt, das ebensowenig der Verwirklichung näher kam wie die österreichische Sandschakbahn.

Die Annexionskrise (1908/09).

Im Sommer des gleichen Jahres kam es zu einer Krise, die dieses Vorspiel völlig in den Hintergrund drängte. Bei der Monarchenzusammenkunft in Reval (9. und 10. Juni) war zwischen Rußland und England ein neues Orientprogramm vereinbart worden, durch das der Pforte Reformen in Mazedonien nötigenfalls mit Gewalt aufgezwungen werden sollten. Österreich wäre dabei so gut wie völlig ausgeschaltet gewesen. In der Türkei begriff man die drohende Gefahr; das jungtürkische Komitee erzwang durch seine Revolte die Wiedereinführung der Konstitution. Diese Ereignisse veranlaßten nunmehr den Grafen Aehrenthal, zur Annexion der okkupierten Provinzen Bosnien und Herzegowina zu schreiten. Die innere Berechtigung zu diesem Schritt stand ganz außer Frage. Nie hatte jemand im Ernste geglaubt, daß Österreich jemals die Provinzen der Türkei zurückstellen würde, an denen es sich — von allen politischen Gründen abgesehen — durch seine Kulturarbeit ein unzweifelhaftes Anrecht erworben hatte. Zu allerletzt hatte Rußland nach den Verträgen von Reichstadt und Ofen-Pest und weiteren Erklärungen aus den Jahren 1881 und 1884 ein Recht zu einem Einspruch. Die offizielle Begründung für die Annexion war, daß nach Wiedereinführung der Verfassung in der Türkei die staatsrechtliche Stellung der okkupierten Länder klargestellt werden müsse, da man einerseits natürlich nicht dulden könne, daß Bosnien Vertreter in das türkische Parlament entsende oder von türkischer Seite auch nur ein Versuch in dieser Richtung gemacht werde, anderseits aber die Bewohner des Landes nicht schlechter stellen dürfe als die der Türkei und ihnen eine parlamentarische Vertretung gewähren müsse. Diese Gründe mögen mitgespielt haben, waren aber keineswegs entscheidend; weit wichtiger war die großserbische Propaganda, die, von Rußland ermuntert, immer dreister ihr Haupt erhob, die Okkupation als einen vorübergehenden Zustand bezeichnete und den Serben Bosniens und der Herzegowina die künftige Vereinigung mit dem Königreich in Aussicht stellte. Dieser Agitation galt es eine Tatsache gegenüberzustellen, die auch den Wahn zerstören sollte, als ob die Monarchie sich selbst als ein in Zerfall befindliches Gebilde betrachte.

Der Gegensatz zwischen der Monarchie und Serbien hatte sich insbesondere seit der Thronbesteigung König Peters beständig verschärft. Die geographischen und wirtschaftlichen Daseinsbedingungen Serbiens wiesen dieses Land darauf hin, sich an seinen mächtigen Nachbar anzulehnen und mit ihm freundliche Beziehungen zu suchen. Österreich hatte sich zu verschiedenen Malen der serbischen Interessen wärm-

stens angenommen in Fällen, wo Rußland sie rücksichtslos beiseite schob. Noch unter König Milan war das Verhältnis leidlich gut gewesen. Rußland arbeitete daher auch an der Beseitigung der Dynastie Obrenowitsch, wie es ja nie die feste Verankerung einer Dynastie in Serbien gestattet hatte. Die Ermordung Alexanders war ein Werk der russischen Politik. Sein Nachfolger Peter befand sich völlig in der Hand der Königsmörder und Rußlands; er konnte sich auf dem Throne nur durch völlige Unterordnung unter die russophile radikale Partei und Rußland behaupten.

Die Annexion erregte bei den Ententemächten einen Sturm der Entrüstung, die sich heuchlerisch auf die Verletzung des doch tausendfach durchlöcherten Berliner Vertrags berief. Das englische Kabinett gab der englischen Presse den Wink, Österreich deswegen heftig anzugreifen; man hoffte dadurch die Monarchie einzuschüchtern und den englischen Wünschen gefügig zu machen, nachdem im August 1908 ein Versuch König Eduards, den Kaiser Franz Joseph gelegentlich eines Besuches in Ischl vom deutsch-österreichischen Bündnisse abzuziehen, gescheitert war. England forderte, daß die Frage der Annexion vor einen europäischen Kongreß gebracht werde; während England aber hierbei vor allem die Gewährung einer Entschädigung für die Türkei zur Verhandlung gestellt wissen wollte, um sich als Protektor der Türkei aufspielen und das durch die jungtürkische Revolution ohnehin in seinem Einfluß sehr zurückgedrängte Deutschland ganz beiseite schieben zu können, hatte Rußland vor allem Kompensationen für sich in der Meerengenfrage und für Serbien und Montenegro auf Kosten Österreichs im Auge. In dieser Beziehung blieb Aehrenthal aber unbedingt fest; er wollte der Konferenz nur unter der Bedingung zustimmen, daß auf ihr die Annexion Bosniens lediglich ratifiziert, nicht aber zur Erörterung gestellt werden dürfe. Gegenüber der Türkei war die Politik Aehrenthals minder glücklich. Trotz der freiwilligen Rückgabe des Sandschaks weigerte sich die Türkei, den Verlust der beiden Provinzen, der für sie ja nur ein Verlust auf dem Papier war, förmlich anzuerkennen, und schließlich war Aehrenthal gezwungen, der Türkei unter dem Titel der Ablösung ihres Staatsbesitzes eine Abfindung von 2½ Mill. türkischer Pfunde in Gold zu gewähren, worauf natürlich die Politik der Jungtürken von vornherein abgezielt hatte (26. Februar 1909). Die Haltung Italiens war während der ganzen Annexionskrise sehr zweideutig; es hat die Anerkennung der Annexion nicht etwa gleichzeitig mit Deutschland, sondern mit den Ententemächten vollzogen. Die Regierung nahm zu der österreichischen Balkanpolitik im Parlament eine sehr unfreundliche Stellung ein; die Irredenta feierte in Versammlungen und in der Presse Orgien. Nachträglich wurde bekannt, daß die Regierung schon militärische Vorbereitungen, die sich nur gegen Österreich richten konnten, getroffen hatte. In Serbien tobte die öffentliche Meinung, natürlich angestachelt von der Regierung, die ihrerseits ihre Aufträge von Rußland erhielt. In Österreich gab es eine starke Partei, die in den Kreisen hoher Offiziere Anhang hatte, die ein militärisches Einschreiten der Monarchie gegenüber Serbien befürwortete. In der Tat waren im Laufe des Winters die Truppen im Südosten der Monarchie auf Kriegsfuß gebracht worden, und die Lage schien in den letzten Märztagen 1909 bedrohlich genug. Es war klar, daß der Widerstand Serbiens, die Annexion anzuerkennen, nur von Rußland geschürt wurde, das glaubte, Österreich einschüchtern zu können. Tatsächlich war Rußland aber zu jener Zeit für einen Krieg nicht gerüstet. Die Dazwischenkunft Deutschlands in Petersburg zeigte Rußland die Gefahr eines unmittelbar drohenden Krieges, und so gab es nach Belgrad den Auftrag nachzugeben, worauf die serbische Regierung die Annexion in der von Österreich geforderten Form anerkannte (31. März 1909). Montenegro erhielt von Österreich eine Kompensation durch Aufhebung (bzw. Abänderung) des Artikels 29 des Berliner Vertrags.

Abgesehen von dem Mißerfolg gegenüber der Türkei, der durch rechtzeitiges Eingreifen erheblich abgeschwächt wurde, war die Politik Aehrenthals in der Annexionskrise erfolgreich und trug zur Erhöhung des Ansehens der Monarchie nach außen bei, stärkte aber auch im Innern das Selbstbewußtsein. Eine endgültige Lösung brachte sie freilich nicht; sie hatte sowohl Rußland wie Serbien gereizt, ohne einen der beiden künftigen Feinde zu schwächen oder unschädlich zu machen.

Der tripolitanische und der Balkankrieg (1911—13).

Rußland hatte den Ausgang der Annexionskrise als schwere Niederlage seiner Politik empfunden und zog daraus seine Folgerungen; einerseits verstärkte es seine Rüstungen zu Lande und zur See, anderseits suchte es Österreich bzw. die Mittelmächte diplomatisch noch mehr einzukreisen. Diesem Zwecke diente der Besuch, den der Zar im Herbst 1909 dem König von Italien in Racconigi abstattete, wobei er Österreich-Ungarn im weiten Bogen umging. Mochten nun die Absichten Italiens auf Tripolis in Racconigi zur Sprache gekommen sein oder nicht, sicher ist, daß der Krieg zwischen Italien und der Türkei, der im Herbst 1911 ausbrach, den Ententemächten sehr willkommen sein mußte; brachte er doch einerseits Deutschland in eine schwierige Lage zwischen dem verbündeten Italien und der befreundeten Türkei, während er anderseits zu Konflikten zwischen Österreich und Italien führte, auf jeden Fall also das Gefüge des Dreibundes lockerte. Österreich erhob auf Grund des Artikels VII des Dreibundvertrags Einspruch gegen kriegerische Aktionen Italiens an der adriatischen und ägäischen Küste der Türkei. Aehrenthal wollte dadurch verhindern, daß Italien die Balkanstaaten in den Krieg gegen die Türkei hineinziehe.

Rußland war inzwischen eifrig bei der Arbeit, sich auf dem Balkan Verbündete gegen die Monarchie zu schaffen. Durch eine Denkschrift, die Iswolski am 9. Februar 1910 dem österreichischen Botschafter in Petersburg Grafen Berchtold übergab, und in der er die Erhaltung des Status quo auf dem Balkan und die selbständige friedliche Entwicklung als das Ziel der russischen Politik hinstellte, suchte er die Aufmerksamkeit Österreichs von der russischen Tätigkeit auf dem Balkan abzulenken. Diese zielte zunächst auf einen Bund sämtlicher Balkanstaaten einschließlich der Türkei, eine Lieblingsidee des russischen Botschafters in Konstantinopel, Tscharykow. Als sich dieser Gedanke aber als undurchführbar erwies — da hierbei doch Bulgarien und Griechenland leer ausgehen mußten —, kam es zur Bildung jenes Balkanbundes, der sich zunächst gegen die Türkei, weiterhin aber auch gegen Österreich richten sollte.

Im Herbst 1912 brach der Balkankrieg aus. Er

traf den damaligen Leiter der österreichischen auswärtigen Politik, Grafen Berchtold, nicht überraschend. Schon im Laufe des Sommers hatte er in einer Zirkularnote an die Großmächte auf die beunruhigenden Erscheinungen hingewiesen und zu einer Erörterung der Lage aufgefordert, eine Aufforderung, die freilich ganz aussichtslos war, da doch Rußland hinter den Balkanstaaten stand. Was für Österreich im Falle einer Niederlage der Türkei auf dem Spiele stand, lag auf der Hand: die Bildung jenes großserbischen Staates, die zu verhindern stets der Leitgedanke der österreichischen Politik seit den Tagen Andrássys war. Das wirksamste Mittel hierzu wäre gewesen, daß Österreich seine Ansprüche auf den Sandschak wieder geltend machte, den es seinerzeit ja nur der Türkei unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß diese die Besitzerin des Sandschaks auch bleiben würde, zurückerstattet hatte. Das hätte vorausgesetzt, daß Österreich bei Ausbruch des Balkankrieges im Süden militärisch gerüstet war, so daß es seinen Forderungen nötigenfalls auch mit Waffengewalt Nachdruck hätte verleihen können. Es kam allerdings auch in Betracht, daß die Besetzung des Sandschaks, der sich als schmale, von hohen Bergen durchzogene Landzunge zwischen montenegrinisches und serbisches Gebiet schiebt, erhebliche militärische Schwierigkeiten gehabt hätte. Zunächst hoffte man wohl am Ballplatz, daß die Türkei sich ihrer Feinde werde erwehren können, und schloß sich jener Erklärung der Großmächte über die unbedingte Aufrechterhaltung des Status quo an, die doch nur eine Falle für Österreich war, um diesem die Hände zu binden. Die dann von französischer Seite vorgeschlagene neue Formel des »territorialen Desinteressements« lehnte Berchtold ab. Inzwischen hatte man am Ballplatz ein Programm zur Wahrung der österreichischen Interessen ausgearbeitet; durch die Schaffung eines albanischen Staates sollte eine Ausdehnung Serbiens an das Adriatische Meer verhindert werden. Dadurch wurde gleichzeitig bewirkt, daß Serbien für den Verlust Albaniens Entschädigung in Mazedonien suchte; dies im Verein mit der plump brutalen Politik Rußlands führte dann zur Sprengung des Balkanbundes und zum Kriege zwischen den ehemaligen Bundesgenossen, der jenen Gegensatz zwischen Serbien und Bulgarien schuf, der letzteres im Weltkriege den Mittelmächten als Bundesgenossen zuführte. Die Frage bleibt freilich offen, ob dieses Ziel nicht mit geringerem Aufwand an Mitteln (Teilmobilisierung im Süden und in Galizien, Ultimatum an Montenegro Skutaris wegen) zu erreichen war, wenn Österreich bei der Schaffung Albaniens Italien, das hieran mindestens ebensosehr interessiert war, mehr den Vortritt gelassen hätte.

Der Bukarester Friede hatte die politischen Zustände auf dem Balkan in einem durchaus labilen Zustande hinterlassen. Die endgültige Ordnung wird hier nur der für die Mittelmächte siegreiche Ausgang des Weltkrieges schaffen können.

Nationalitäten und Parteien Österreich-Ungarns

A. Österreich

von Prof. Dr. **Paul Samassa** in Klosterneuburg bei Wien

I. Österreich und Bosnien.

Die österreichisch-ungarische Monarchie hat den ausgesprochenen Charakter eines Völkerstaates. Sie wird von 11 Nationalitäten bewohnt, von denen keine die absolute Mehrheit besitzt. Da das Verhältnis der Nationalitäten untereinander und zum Staate in Österreich einerseits, in Ungarn anderseits die größten Verschiedenheiten aufweist, so ist eine getrennte Behandlung der beiden Staaten der Monarchie am Platze, der sich dann noch das Reichsland Bosnien und Herzegowina anzuschließen hätte.

Die Völker Österreichs.

Die zahlenmäßige Stärke und die Verteilung der Nationalitäten Österreichs auf die verschiedenen Kronländer ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht, die auf der Volkszählung des Jahres 1910 fußt:

Deutsche: 9950266 (in Niederösterreich 96, Oberösterreich 100, Salzburg 100, Vorarlberg 95, Kärnten 79, Steiermark 70, Tirol 57, Schlesien 44, Böhmen 37, Mähren 28, Bukowina 21 v. H. der Bevölkerung).

Tschechen: 6435983 (in Böhmen 63, Mähren 72, Schlesien 24 v. H. der Bevölkerung).

Polen: 4967984 (in Galizien 59, Schlesien 32 v. H. der Bevölkerung).

Ruthenen: 3518854 (in Galizien 40, Bukowina 38 v. H. der Bevölkerung).

Slowenen: 1252940 (in Krain 94, Görz 62, Triest 30, Steiermark 29, Kärnten 21, Istrien 14 v. H. der Bevölkerung).

Serbokroaten: 783334 (in Dalmatien 96, Istrien 44 v. H. der Bevölkerung).

Italiener und Ladiner: 768722 (in Triest 62, Tirol 42, Istrien 38, Görz 36 v. H. der Bevölkerung).

Rumänen: 275115 (in der Bukowina 34 v. H. der Bevölkerung).

Die absolutistische Zeit. Aus vorstehender Übersicht geht hervor, daß die Deutschen mit 36 v. H. der Bevölkerung das verhältnismäßig stärkste Volk Österreichs sind, ohne jedoch die absolute Mehrheit zu besitzen. Nach Zahl, Geschichte und Kultur gebührt ihnen aber zweifellos die führende Stellung, die sie auch bis zum Jahre 1866 unbestritten besaßen. Das Haus Habsburg hatte seit Jahrhunderten bis zum Ende des alten Römischen Reiches Deutscher Nation die deutsche Kaiserwürde inne, und als im Jahre 1815 das alte Reich im Deutschen Bunde wieder auflebte, war Österreich im Bunde die Präsidialmacht. Mochte die deutsche Kaiserwürde noch so inhaltslos und der Deutsche Bund ein politisch überaus schwächliches Gebilde gewesen sein, so mußte beides doch die innere Politik in den Ländern des Hausbesitzes der Dynastie Habsburg-Lothringen wesentlich mitbestimmen. Überdies war der Vorsprung, den das deutsche Volk in seiner Kultur vor den nichtdeutschen Mitbewohnern des Staates voraushatte, so groß, und die absolutistisch-patriarchalische Regierungsweise ließ das zahlenmäßige Übergewicht der nichtdeutschen Völker so wenig zur Geltung kommen, daß der im wesentlichen deutsche Charakter des Staates nur von den Magyaren wirksam bestritten wurde. Dieser Widerspruch war aber nicht von nationalen Beweggründen eingegeben, son-

dern es war ein politischer Widerstand, den der ungarische Adel, gestützt auf seine alte Feudalverfassung, absolutistischen Ansprüchen der Dynastie entgegensetzte, eine Auseinandersetzung, die in Österreichs deutschen Kronländern im 16. und 17. Jahrhundert stattgefunden und mit der Niederlage der Stände geendet hatte, während diese in Ungarn im wesentlichen ihr Recht behaupteten und noch erweiterten. Versuche, die nichtdeutschen Völker zu germanisieren, wurden seitens der Regierung nur vorübergehend gemacht, so z. B. unter Kaiser Joseph II.; die Stärkung des Deutschtums in gefährdeten Grenzgebieten oder die Kolonisation mit deutschen Bauern, die eine kulturell noch sehr rückständige andersnationale Umgebung mit höheren Wirtschaftsformen vertraut machen sollte, wurde indes im Interesse des Staates und der dynastischen Macht des öfteren durchgeführt.

Die Anfänge des Verfassungslebens. Als die Geburtsstunde der Nationalitätenfrage als eines politischen Problems in Österreich kann man das Jahr 1866 bezeichnen. Gewiß hat es auch vor diesem Jahre nationalpolitische Bestrebungen bei den österreichischen Nationalitäten gegeben; bei den Polen waren sie nie erloschen, und die nationale »Renaissance« der Tschechen beginnt schon in den 30er und 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Aber erst die Verdrängung Österreichs aus seiner politischen Stellung in Deutschland, die die Frucht des preußischen Sieges von 1866 war, läßt in Österreich eine andere als die deutsche Orientierung überhaupt zu. Ein zweites wichtiges Ereignis, das sich ursächlich vom Ergebnis des Krieges 1866 ableitet, ist der Ausgleich, den die Dynastie im darauffolgenden Jahre mit Ungarn schloß. Dadurch wird das Nationalitätenproblem in zwei Teile geteilt, denn da es keine gemeinsame Angelegenheit bildet, wird es auch tatsächlich in den beiden Reichshälften, die schließlich den Charakter selbständiger Staaten erhalten, sehr verschieden behandelt. Das dritte Moment, das auch etwa mit diesem Jahre einsetzt, ist die fortschreitende Demokratisierung und die Schaffung eines Verfassungslebens, das eine Berücksichtigung der Zahl in höherem Maße als bisher zur Folge hat. Die Anfänge eines Verfassungslebens gehen in Österreich allerdings bis ins Jahr 1848 zurück. Aber es handelt sich hierbei nur um tastende Versuche, die alsbald schon durch eine mehr als zehnjährige Periode des reinen Absolutismus unterbrochen werden. Dann folgen im Laufe weniger Jahre verschiedene Verfassungsexperimente, die oft unvermittelt aufeinanderfolgen. Mit der Dezemberverfassung vom Jahre 1867 schließt diese Periode im wesentlichen ab; wenn das Parlament seither in seiner Wirksamkeit lahmgelegt war, so geschah dies nicht infolge unmittelbarer Eingriffe der Regierungen. Das Wahlrecht zum Abgeordnetenhause aber erfuhr andauernd Erweiterungen, bis man im Jahre 1907 beim allgemeinen Wahlrecht angelangt war.

Zentralismus und Föderalismus. In die Anfänge des österreichischen Verfassungslebens reicht bereits der politische Gegensatz von Föderalismus und Zentralismus, der zwar gewisse Zusammenhänge mit den nationalen Bestrebungen einzelner Völker hatte, sich aber noch keineswegs mit bestimmten nationalen Programmen deckte. Denn die klerikal-konservative Partei unter den Deutschen war z. B. ausgesprochen föderalistisch gesinnt. Die Unterlage für die föderalistischen Bestrebungen gab die staatsrechtliche Konstruktion der Monarchie ab, deren Grundlage auf den einzelnen Ländern ruht, die zu verschiedenen Zeiten von der Dynastie erworben wurden, die selbst die Pragmatische Sanktion wohl zu einem gemeinsamen Besitz, aber noch nicht zu einem wirklichen Staat vereint hatte. Unter Maria Theresia und Joseph II. setzen diese Bestrebungen dann allerdings erfolgreich ein, kamen aber nie zu einem vollkommenen Abschluß, besonders was Ungarn betrifft. Den Höhepunkt als Einheitsstaat erreicht Österreich in der kurzen Bachschen Reaktionsperiode zwischen 1849 und 1860. Der Ausgleich mit Ungarn macht nun all diesen Versuchen ein Ende; er bietet aber vor allem den föderalistischen Bestrebungen in Österreich neuen Anreiz, für bestimmte Kronländer oder Kronlandsgruppen Ähnliches zu erreichen, wie es Ungarn gelungen war. Das gilt vor allem von den Tschechen und ihrem böhmischen Staatsrecht, das übrigens zuerst vom böhmischen Feudaladel wieder zum Leben erweckt wurde. Die staatsrechtliche Forderung hat aber mit den nationalen Bestrebungen engsten Zusammenhang; im Jahre 1871 schien unter dem Ministerium Hohenwart-Schäffle die Verwirklichung dieser staatsrechtlichen Forderung sogar schon ziemlich nahegerückt. Daß es dann schließlich doch nicht dazukam, hat keineswegs gehindert, daß die Tschechen sich nach jeder Richtung erstaunlich entwickeln und beständig steigenden Einfluß auf den Staat gewinnen konnten. Der Rahmen der unverändert zentralistischen Verfassung gibt ihnen hierzu reichlich Raum, und die föderalistische Forderung des böhmischen Staatsrechts wird mehr und mehr nur zur ausgehängten Fahne. Auch die Polen betonen bei Beginn des parlamentarischen Lebens in Österreich nachdrücklich den Föderalismus und verlangen eine erweiterte Autonomie für Galizien und den galizischen Landtag. Gleichsam als Abschlagszahlung auf ihre Wünsche erhalten sie im Jahre 1869 vom deutschliberalen Minister Hasner eine Sprachenverordnung, die das Polnische zur inneren Amtssprache in den wichtigsten Belangen der staatlichen Verwaltung in Galizien macht und praktisch den Beamtenzufluß aus anderen Teilen der Monarchie nach Galizien abschneidet. So gewinnen sie ohne Verfassungsänderung einfach auf dem Wege einer Verordnung einen Vorteil, den ein staatsrechtlicher Föderalismus ihnen auch nicht ausgiebiger bescheren könnte. Allmählich lernen sie aber den Zustand schätzen, daß sie im Wiener Parlament die ausschlaggebende Partei sind, mit der jede Regierung sich gut stellt, und daß sie sich auf diese Art reiche Zuwendungen aus dem gemeinsamen Budget sichern. Auch bei ihnen verblaßt das föderalistische Ideal, um einer sehr ertragreichen nationalen Opportunitätspolitik Platz zu machen.

Das deutsche Parteiwesen. — Die altliberalen Zentralisten. Einen anderen Entwicklungsgang hat die politische Vertretung des deutschen Volkes in dieser Zeit genommen, um schließlich aber doch auch zu einem ähnlichen Ergebnis — einer stärkeren Nationalisierung — zu gelangen. Bei Beginn des österreichischen Verfassungslebens sah das deutsche Volk naturgemäß seine nationale Stellung im Staate gar nicht gefährdet; das politische Ideal des bei den Deutschen am meisten entwickelten städtischen Bürgertums lag in der Eroberung größerer politischer Freiheiten gegenüber einem Regierungssystem, das noch in vieler Beziehung die Spuren des Vormärz an sich trug. Die großösterreichische Episode unter Schmerling, der die Vertreter der gesamten Monarchie in einem Parlamente vereinigen wollte, fand bei der da-

maligen deutschen Verfassungspartei Unterstützung. Als dann freilich durch den Ausgleich der Dynastie mit Ungarn das österreichische Parlament vor vollendete Tatsachen gestellt wurde, die es einfach zu genehmigen hatte, war der Widerspruch der Verfassungspartei hiergegen nicht allzu groß, und zwar nicht allein deshalb, weil sie wußte, daß an den Dingen doch nichts zu ändern war, sondern weil sich ein großer Teil der deutschen Politiker mit dem Gedanken des Dualismus schon ehrlich abgefunden hatte, von der Erwägung ausgehend, daß es den Deutschen doch nicht gelingen könnte, die führende Rolle in der Gesamtmonarchie zu spielen, und weil das ihnen von den magyarischen Politikern vorgeführte Bild, daß die Deutschen in der westlichen Reichshälfte dieselbe herrschende Stellung einnehmen sollten wie die Magyaren jenseits der Leitha, viel Verlockendes hatte. Zunächst schien ja die Stellung des Deutschtums in Österreich durch den Ausgleich mit Ungarn keineswegs erschüttert, und das Bürgerministerium (1867—70) kennzeichnet den Höhepunkt der politischen Macht des freisinnig gerichteten österreichischen Deutschtums. Die Episode Hohenwart (1871) zeigte zwar wohl die drohende Gefahr einer anderen Orientierung der österreichischen Politik, aber gerade der Umstand, daß sie so rasch vorüberging, bestärkte die Deutschen in der Annahme, daß derartige Experimente notwendig zum Scheitern verurteilt sein müßten. So fühlten sich die Deutschen auch unter dem Ministerium des Fürsten Adolf Auersperg im wesentlichen als Staatsvolk, und die herrschende Verfassungspartei hoffte, durch fortschrittliche Staatseinrichtungen die Bundesgenossenschaft der fortschrittlich gesinnten Kreise der anderen Völker zu gewinnen. Das ist auch der Grund, warum in dieser Zeit von der herrschenden deutschen Partei nichts geschah, um die Stellung des deutschen Volkes im Staate zu sichern oder auch nur im Interesse des Staates für diesen lebenswichtige Fragen, wie die Sprachenfrage, endgültig durch Erlaß eines Staatssprachengesetzes zu ordnen. Innerhalb der Verfassungspartei gab es allerdings einen politischen Gegensatz über das Maß des im Staate anwendbaren Liberalismus. *Tatsächlich war ja der tragische Konflikt des österreichischen Deutschtums, daß es einerseits als das kulturell fortgeschrittenste Volk der Monarchie am meisten das Bedürfnis nach einer freieren Staatsverfassung empfand, daß es aber in dem Maße, als es liberalen und demokratischen Grundsätzen zur Geltung verhalf, seine eigene Herrschaft im Staate untergrub.* Nicht gerade in klarer Erkenntnis dieser Tatsache, aber doch aus reiferem politischen Instinkt heraus, hatte der deutsche Adel, der durch die Wählerkurie des Großgrundbesitzes im Parlament stark vertreten war, mehr konservative Anschauungen und geriet dadurch in einen gewissen Zwiespalt mit der Vertretung des städtischen Bürgertums, dem die Wiener freisinnige Presse überdies in liberaldemokratischen Forderungen noch um einige Schritte voraus war.

Zur selben Zeit bereitete sich aber in der jüngeren Generation schon jener Wandel vor, der sich in den folgenden beiden Jahrzehnten auch in der Parteibildung voll auswirkte. Der deutsch-französische Krieg und die Errichtung des Deutschen Reiches wirkte unmittelbar auf die Phantasie der Jugend, löste gleichzeitig den nationalen Stolz der Zugehörigkeit zum deutschen Volke aus, wie auch das Bedauern, durch die Ereignisse des Jahres 1866 von der nationalstaatlichen Entwicklung ausgeschlossen worden zu sein. Ohne klare Vorstellung von der Aufgabe, die dadurch dem Deutschtum in Österreich zugewiesen wurde, suchte diese Jugend mehr eine gefühlsmäßige Befriedigung ihrer nationalen Gesinnung, die ihr die Staatspolitik der älteren Generation kaum bieten konnte. Die Ereignisse sorgten dann bald dafür, daß sich für diese Gesinnung der jüngeren Generation auch ein politisches Betätigungsfeld fand.

Die deutschnationale Bewegung. Der entscheidende Wendepunkt der österreichischen Politik ist der Rücktritt des Ministeriums Auersperg und der Beginn der Ära Taaffe (1879). Der deutsche Liberalismus ist nun im Parlament in die Minderheit gedrängt; Polen, Tschechen, Südslawen und klerikale Deutsche bilden die Mehrheit des »eisernen Ringes«. Während nun aber die parlamentarische Vertretung des freiheitlichen Deutschtums den Kampf doch im wesentlichen als einen politischen ansieht und die Hoffnung hat, früher oder später wieder zur Regierung zu gelangen, hatte die jüngere Generation mehr Verständnis für die Tatsache, daß der Kampf bereits zu einem nationalen geworden war und die Regierung die Slawen auf Kosten der Deutschen förderte und deren völkischen Bestand planmäßig untergrub. Außerdem verurteilte man in diesen Kreisen die allzu enge Verbindung der liberalen Partei mit großkapitalistischen Kreisen, was sich in einer starken antisemitischen Strömung kundgab. Auf dieser Grundlage entwickelt sich nun im deutschen Lager ein Kampf der nationalen Richtung, die im Jahre 1882 ihre politischen Ziele im »*Linzer Programm*« festgelegt hatte, mit der »altliberalen«, den man etwa mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Jahre 1907 als abgeschlossen ansehen kann.

Die Christlich-Sozialen. In Wien entsteht um dieselbe Zeit auf vorwiegend wirtschaftlichen Voraussetzungen eine andere Parteibildung. Gegen die in der Stadtverwaltung herrschende liberale Partei entsteht eine starke Strömung, die besonders in den Kreisen des Handwerks und des kleinen Mittelstandes Anhang gewinnt und gleichfalls stark antisemitischen Einschlag hat.

Der niedere katholische Klerus steht dieser Bewegung nicht fern, die aber von der klerikalen Partei und auch vom Episkopat verurteilt wird. Von den Deutschnationalen scheidet sich schließlich die christlich-soziale Partei, weil sie die Anhänglichkeit an Staat und Dynastie nachdrücklich betont wissen will, was insbesondere der extreme Flügel der Deutschnationalen unter Schönerers Führung entschieden ablehnt. Mit der nationalen Frage muß sich aber auch die christlich-soziale Partei auseinandersetzen, um so mehr als die tschechische Gefahr der Reichshauptstadt immer näher rückt; so scheidet sie eine stärkere Betonung des Deutschtums von der klerikalen Partei, der aber die enge Gemeinschaft mit den Slawen schließlich doch auch unheimlich wird. Zuletzt hatte sie sich noch in den Kämpfen um die Badenischen Sprachenverordnungen, wenn auch unter dem Widerspruch eines Teiles ihrer Anhänger, in diesem Sinne betätigt. Nach den ersten Wahlen des allgemeinen Wahlrechts (1907) schloß sich dann die klerikale Partei mit der christlich-sozialen zusammen bzw. ging in dieser auf; gewisse Gegensätze blieben darum doch bestehen, die z. T. auch darauf beruhen, daß der christlich-soziale Flügel seinen stärksten Rückhalt in der Bevölkerung

Wiens findet, während der klerikale hauptsächlich von alpenländischen bäuerlichen Kreisen gewählt wird.

Die Sozialdemokraten. Als im Jahre 1896 die Kurie des allgemeinen Wahlrechts eingeführt wurde, hatten bei den Wahlen des Jahres 1897 zum ersten Male auch die Sozialdemokraten die Möglichkeit, eine Vertretung im Parlamente zu gewinnen; dies war bei den ersten Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrechte 1907 in noch viel ausgiebigerem Maße der Fall. Die Sozialdemokraten zogen natürlich mit dem Programm der internationalen Solidarität in den Wahlkampf, und sie hatten ja hier in der Tat ein dankbares Feld, ihre Theorie auf dem beschränkten Boden des österreichischen Nationalitätenstreites zu verwirklichen. Sie sind damit kläglich gescheitert; der gemeinsame sozialdemokratische Klub, der nach den Wahlen des Jahres 1907: 87 Mitglieder umfaßte, fiel alsbald nach Nationalitäten auseinander. Insbesondere waren es die tschechischen Sozialdemokraten, die sich das Recht auf tschechisch-nationale Gewerkschaften nicht bestreiten lassen wollten.

Gegenwärtiger Stand der Parteien. Auf der Grundlage der hier in knappen Umrissen geschilderten Entwicklung gewinnt das deutsche Parteiwesen etwa seit den Wahlen von 1907 einen festen Rahmen. Bei Einführung des allgemeinen Wahlrechts wurden die Wahlkreise national möglichst scharf abgegrenzt, so daß man von einem nationalen Besitzstand sprechen kann, dessen Verschiebung zugunsten der einen oder andern Nationalität bei den Wahlen kaum denkbar ist; er könnte nur auf dem Wege der Gesetzgebung geändert werden, wozu aber eine besonders qualifizierte Mehrheit erforderlich ist. Den Deutschen wurden damals 233 von insgesamt 516 Sitzen im Abgeordnetenhause zugewiesen; 23 Sitze fielen den Italienern und Rumänen, 260 den Slawen zu.

Nach den letzten Wahlen des Jahres 1911 ergab sich folgendes Bild der Verteilung der deutschen Mandate: etwa 100 fielen auf den Deutschen Nationalverband, der die freiheitlich gesinnten Deutschen umfaßt, 76 auf die Christlich-Sozialen (einschließlich der Altklerikalen), 42 auf die Sozialdemokraten deutscher Zunge, der Rest verteilt sich auf 4 Alldeutsche Schönererscher Richtung, eine kleine Gruppe in Wien gewählter Demokraten und einige Wilde.

Die stärkste deutsche Gruppe, der Nationalverband, weist in seiner Zusammensetzung noch auf jene Entwicklung des deutschen Parteilebens hin, die früher geschildert wurde. Er ist nicht eine einheitliche Partei, sondern die parlamentarische Zusammenfassung von Parteien und einzelnen Abgeordneten, zwischen denen allerdings programmatische Verschiedenheiten wesentlicher Art kaum bestehen und der trotz der etwas umständlichen Handhabung der Führung doch auch in allen wesentlichen politischen Fragen im Parlamente geschlossen vorging. Die Wahlen des Jahres 1897 hatten den Sieg der nationalen Richtung über die altliberale entschieden; hatte jene die Verteidigung des deutschen Volkstums, diese die Sorge für den Staat und die Regierungsfähigkeit der Partei in den Vordergrund gestellt, so hat sich schließlich doch eine mittlere Linie für gemeinsames Handeln gefunden. Die Haltung der Regierung zwang auch die Liberalen, sich in erster Linie der Abwehr gegen eine Schmälerung deutscher Volksrechte zu widmen, während sich die Nationalen der Erkenntnis nicht verschließen konnten, daß der Bestand des Staates und seine Wehrhaftigkeit auch ein deutsches Interesse sei. Auch in der Judenfrage ergab sich schließlich ein für die praktische Zusammenarbeit brauchbares Kompromiß. Die nationalen Parteien, die die alte liberale Partei verdrängt hatten, waren in Böhmen vor allem die deutschradikale Partei, in den Alpenländern die deutsche Volkspartei. Jene hat ihren Parteicharakter auch innerhalb des Nationalverbandes gewahrt, diese ist im Nationalverband aufgegangen und besitzt nur mehr provinzielle Organisationen. Das gleiche gilt von dem Reste der liberalen Partei, der sich in Mähren erhalten hat, wo ein Teil des Judentums mit den Deutschen zusammengeht und zur Verteidigung der deutschen Interessen kaum zu entbehren ist. Daneben hat sich eine deutsche Agrarpartei gebildet, die ihren Anhang hauptsächlich in Böhmen und Mähren findet.

Zwischen der nationalfreiheitlichen und der christlich-sozial-klerikalen Gruppe hat sich seit der Badenizeit eine fortschreitende Annäherung vollzogen. Zwar scheiden die beiden Gruppen grundsätzliche Verschiedenheiten der Weltanschauung, die gewiß auch in Zukunft bestehen bleiben werden und an eine Verschmelzung der beiden Parteien zu einer einzigen deutsch-bürgerlichen Partei kaum denken lassen. Zur politischen Durchsetzung der einen oder andern Weltanschauung bot indes das österreichische Parlament keinen geeigneten Boden; er konnte es nur unter der Voraussetzung sein, daß die Vertreter aller Nationen sich nicht nach ihrem nationalen Bekenntnis, sondern nach freiheitlicher oder klerikaler Weltanschauung zusammenfänden. An Versuchen in dieser Richtung hat es nicht gefehlt; sie sind meist von deutscher Seite ausgegangen, aber stets völlig gescheitert. Anderseits sind auch an die Christlich-Sozialen immer wieder nationale Fragen herangetreten, wie sie z. B. durch die tschechische Zuwanderung nach Wien und die von den Tschechen in bezug auf das Wiener Schulwesen gestellten Forderungen entstanden sind. Hier ergab sich naturgemäß der Boden für ein gemeinsames Zusammenarbeiten mit den andern deutsch-bürgerlichen Parteien. Als sich nach Ausbruch des Weltkrieges in deutschen Kreisen das Bedürfnis immer stärker äußerte, ein Bild von der Neugestaltung der politischen Verhältnisse in Österreich nach dem Kriege zu gewinnen, fanden zwischen den Vertretern des Nationalverbandes und der christlich-sozialen Partei Verhandlungen statt, die eine Art von nationalpolitischem Mindestprogramm festlegten, das als Ergebnis nach dem Kriege verwirklicht werden soll.

Die nichtdeutschen Völker. Eine wesentlich andere Entwicklung als die hier geschilderte des deutschen Parteiwesens hat das der slawischen Völker Österreichs genommen. Während sich die Deutschen infolge ihrer stärkeren sozialen Gliederung und ihrer alten Kultur, die ihr geistiges Leben viel reicher gestaltet, erst nach Überwindung großer Gegensätze schließlich auf einer gemeinsamen nationalen Plattform einigen konnten, war für die slawischen Völker der nationale Standpunkt bei jeder politischen Betätigung von vornherein gegeben. In dem Maße, als sie sich kulturell entwickelten und ihre Volksangehörigen immer mehr politisierten, traten indes immer zahlreicher Gegensätze und Parteischattierungen auf, die freilich nie die nationale Grundlage ihrer politischen Betätigung zu sprengen vermochten, d. h. der Regierung und den anders-nationalen Parteien gegenüber waren sie doch fast stets eine geschlossene, wenn auch infolge innerer Spaltungen nicht immer sehr

verhandlungsfähige Einheit. Diese nationale Grundlage war hier auch insofern breiter als bei den Deutschen, als sie auch die Sozialdemokraten umfaßte, was bei den Polen schließlich dazu führte, daß die polnischen Sozialdemokraten zu Beginn des Jahres 1916 sogar in den polnischen Reichsratsklub und somit mit den bürgerlichen Abgeordneten in eine ganz enge parlamentarische Gemeinschaft eintraten.

Am bezeichnendsten ist diese ganze Entwicklung bei den Polen gewesen. Beim Eintritt in das Verfassungsleben waren die Polen überhaupt nur durch einen Stand politisch vertreten, den Adel (die Schlachta). Er herrschte natürlich ganz in der damaligen Kurie des Großgrundbesitzes, er wurde fast ausschließlich von den Bauern auf dem Lande gewählt, und die Intelligenz der Städte schloß sich ihm naturgemäß an, ohne irgendwelchen Anspruch auf Führung zu erheben. Inzwischen entwickelte sich aber ebenso wie in Posen auch in Galizien ein polnischer Mittelstand hauptsächlich auf Kosten der Berufe, die bisher von den Juden ausgefüllt wurden; die Juden selbst aber vollzogen insbesondere in den Reihen ihrer Intelligenz eine Assimilierung an das Polentum. Ein Überfluß an Mittel- und Hochschulen schuf geradezu ein akademisch gebildetes Proletariat, das sich teilweise auch zur politischen Betätigung drängte. Das alles führte zur Bildung demokratischer Parteien, die sich keineswegs der Führung des Adels unterordnen wollten. So brach mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Jahre 1907 die bisherige Alleinherrschaft der Schlachta im Polenklub zusammen, und die Verwirrung wurde um so größer, als die Parteien, die sich dieser Herrschaft entzogen, nun untereinander um den Vorrang stritten. So kam es, daß der Polenklub, dem man in andersnationalen Lagern seine geschlossene Führung beneidet hatte, nun ein Bild ärgster Verwirrung bot. Unter den rund 70 Mitgliedern, die der Polenklub im letzten Reichsrat zählte, gehörten 21 der konservativen (Schlachzizen-) Partei an, die indes auch nicht einen ganz einheitlichen Charakter besitzt; man unterscheidet in ihr die sog. podolische Gruppe, die aus den Großgrundbesitzern Ostgaliziens besteht, von denen viele auch im russischen Podolien begütert sind, von den westgalizischen „Stanczyken". Die Podolier neigen den russophilen Allpolen zu und sehen in dem Kampf mit den Ruthenen ihre Hauptaufgabe. 46 polnische Abgeordnete bekannten sich zu einem demokratischen Programm; die Parteigruppierung vollzog sich hierbei aber meist um einzelne Personen, zwischen denen nicht immer Eintracht herrschte, und hat mehrfach gewechselt. Wegen einer Besonderheit des Programms sind hier nur die Nationaldemokraten hervorzuheben, die sog. Allpolen, die einer Verständigung mit Rußland das Wort redeten und vor allem die Feindschaft gegen Deutschland-Preußen predigten. Der Schöpfer dieses Programms war der russische Pole Roman Dmowski. Die Allpolen hatten bei den ersten Wahlen des allgemeinen Wahlrechts dank insbesondere der starken Anhängerschaft in der polnischen Bureaukratie große Erfolge und gewannen damals 25 Mandate, die sich im Jahre 1911 allerdings auf 10 verminderten.

Wesentlich anders als bei den Polen war das Verhältnis zum Adel bei den Tschechen. Der tschechisch-nationale Adel war im Dreißigjährigen Kriege fast ganz zugrunde gegangen. Der böhmische Feudaladel, der seinen Ursprung größtenteils auf Heerführer des Dreißigjährigen Krieges zurückführt, wurde in seiner Politik weit mehr von ständischen und wirtschaftlichen Beweggründen bestimmt als von nationalen. Soweit er im tschechischen Sprachgebiet begütert war, hatte er ein Interesse daran, daß nicht etwa eine demokratische Politik der Tschechen seine Spitze gegen ihn richte, anderseits durfte er von einer gesteigerten Autonomie Böhmens wohl auch für sich größeren politischen Einfluß erhoffen, als er bei der bestehenden Verfassung in Wien ausüben konnte. So kam es, daß der wichtigste Programmpunkt der tschechischen Parteien, die Forderung nach dem „böhmischen Staatsrecht", d. h. eine Stellung der Sudetenländer, die etwa derjenigen Ungarns entspricht, vom böhmischen Feudaladel den Führern der Tschechen eingegeben wurde. Die erste tschechische Partei, die sie in engster Verbindung mit dem Feudaladel verfocht, waren die Alttschechen, die zuerst die tschechische Abstinenzpolitik vertraten und nach dem Sturze des Ministeriums Auersperg mit einer Rechtsverwahrung, die die Zuständigkeit des Wiener Reichsrats in bezug auf die Gesetzgebung des Königreichs Böhmen bestreitet, in den Reichsrat eintraten. Bis zum Jahre 1890 waren die Alttschechen die unbedingt herrschende tschechische Partei. Hinter ihnen tauchte aber bereits die jungtschechische auf, die sich viel radikaler und demokratischer gebärdete und den Kampf um das böhmische Staatsrecht als Mittelpunkt der tschechischen Politik überhaupt ablehnte. Als die Alttschechen im Jahre 1890 mit den Deutschen den deutsch-tschechischen Ausgleich abschlossen, der ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden Böhmen bewohnenden Völker herbeiführen sollte, verhinderten die Jungtschechen durch Gewalt die Beschlußfassung im böhmischen Landtag und fegten bei den nächsten Reichsratswahlen die Alttschechen auch aus der Reichsratsvertretung. Nun verblieb die Führung der tschechischen Politik eine Zeitlang bei den Jungtschechen, mit denen auch die Regierung bald ihren Frieden machte. Aber schon tauchte hinter den Jungtschechen wieder eine noch radikalere Partei auf, die Nationalsozialen, deren Geschichte mit den Namen Klofatsch und Fresl verknüpft ist. Um Professor Masaryk gruppierte sich die Realistenpartei, die es aber nie zu einer halbwegs nennenswerten Stärke brachte, wenngleich Masaryk selbst einen recht großen Einfluß besaß. Er tat so, als wollte er die tschechische Politik von der Herrschaft der Schlagworte befreien und rede einer vernünftigen Verständigung mit den Deutschen das Wort; vor allem schien ihm panslawistische Schwärmerei fernzuliegen. Der Krieg belehrte in dieser Beziehung insofern eines andern, als Masaryk nach dessen Ausbruch Österreich verließ, um im Auslande eine recht kräftige Wühlarbeit gegen die Monarchie zu entfalten. — Die erwähnten Parteien gediehen vor allem auf dem Boden der Städte; die Führerschaft lieferte die dank der vielen Schulen im Übermaß sich entwickelnde Intelligenz. Zunächst war deren Herrschaft über das flache Land unbestritten. In dem Maße, als sich auch die ländliche Bevölkerung organisierte, wuchs das Bedürfnis nach einer rein agrarischen Partei, die schließlich zahlenmäßig das Übergewicht über die städtischen Parteien erlangte. In Mähren hatte sich mit dem Rückhalt der ländlichen Bevölkerung stets eine tschechisch-klerikale Partei erhalten, die in Böhmen aber nicht Fuß zu fassen vermochte.

So ergab sich bei den Wahlen des Jahres 1911 folgendes Zahlenbild der tschechischen Vertretung im Reichsrat: 38 Agrarier, 16 Nationalsoziale, 14 Jung-

tschechen, 7 Klerikale, 27 Sozialdemokraten bei insgesamt 106 tschechischen Abgeordneten. Die Parteizersplitterung hatte im übrigen keineswegs auf die tschechische Politik einen ihre Wirksamkeit sehr behindernden Einfluß, da in allen nationalen Fragen die gesamte tschechische Vertretung doch ziemlich einheitlich zusammenstand oder mit verteilten Rollen recht wirksam das gleiche Ziel verfolgte. Wie insbesondere die Erfahrungen des Krieges gelehrt haben, war der überwiegende Teil der tschechischen Intelligenz panslawistisch und russophil gesinnt. Dem entsprach natürlich auch die Gesinnung der sie vertretenden Parteien, wobei sich die die städtischen Wählerkreise vertretenden Parteien, also die Jungtschechen und die Nationalsozialen, besonders hervortaten.

Ruthenen, Slowenen, Italiener. Die Vertretung der andern in Österreich wohnenden Nationalitäten bringt meist den Gegensatz von liberal und klerikal zum Ausdruck. Am ausgesprochensten ist dies bei den Slowenen, wo es den Klerikalen gelang, die liberale Vertretung auf drei Mandate herabzudrücken, während sie selbst über zwanzig verfügen. Bei den Italienern wählte die Landbevölkerung zehn Klerikale, die Städte Liberale und Sozialisten. Bei den Ruthenen spielte dieser Gegensatz keine Rolle, dafür ist er zwischen den Russophilen und den »Ukrainern« (die für eine selbständige ukrainische Nationalität im Gegensatz zum Großrussentum, in Galizien aber für die Befreiung des ruthenischen Sprachgebiets von der polnischen Herrschaft eintreten) desto heftiger. Obwohl die russische Regierung bei den letzten Wahlen große Geldmittel nach Galizien fließen ließ und die Russophilen auch die Unterstützung gewisser polnischer Kreise genossen, brachten es die Russophilen doch nur auf zwei Sitze.

Es hat im Laufe der parlamentarischen Geschichte Österreichs mannigfache Versuche gegeben, die nationale Gruppierung der Parteien durch eine auf der Weltanschauung oder wirtschaftlichen Interessengemeinschaft beruhende zu ersetzen. Sie haben heute weniger Aussicht auf Verwirklichung denn je. Die deutschen Klerikalen wurden durch das Anwachsen der nationalen Bewegung schon längst gezwungen, sich aus der unnatürlichen Verbindung mit slawischen Parteien zu lösen, und die sozialdemokratische Partei wurde, kurz nachdem sie durch ihre zahlenmäßige Stärke zu einigem Einfluß im Parlament gelangt war, durch nationale Sonderbestrebungen gesprengt.

Bosnien und Herzegowina.

Die Geschichte des parlamentarischen Lebens und Parteiwesens im Reichslande Bosnien und Herzegowina ist kurz genug. Sie liegt zwischen zwei großen europäischen Krisen, beginnt mit der Annexion der Länder 1908 und endet vorläufig mit dem Beginn des Weltkrieges. Die Wiederbelebung der türkischen Verfassung durch die jungtürkische Revolution war einer der Anlässe für die Durchführung der Annexion durch die Donaumonarchie; man fürchtete, daß die Jungtürken den Versuch machen könnten, auch Vertreter der okkupierten Länder unter dem Titel der noch bestehenden Souveränität des Sultans in das türkische Parlament aufzunehmen. Die allerdings nicht ganz schlüssige Folgerung, die die Leiter der Monarchie daraus zogen, war, daß nun auch die neu annektierten Länder ein Parlament und eine Verfassung erhalten müßten, damit man nicht sagen könne, daß deren Bewohner schlechter daran seien, als wenn sie unter türkischer Herrschaft stünden.

In Bosnien-Herzegowina gehen, wie dies für den Balkan überhaupt charakteristisch ist, die konfessionellen Gegensätze viel tiefer als die nationalen, oder, wenn man es anders ausdrücken will, nicht die Sprache, sondern die Konfessionszugehörigkeit gibt hier das Merkmal der staatlichen Zugehörigkeit ab. Mohammedaner, Orthodoxe und Katholiken sprechen im Reichsland die gleiche serbokroatische Sprache, der Mohammedaner fühlt sich aber als Türke, der Orthodoxe als Serbe und der Katholik als Kroate. Die Regierung suchte nun diesen Gegensätzen dadurch Rechnung zu tragen, daß sie konfessionelle Wahlkurien schuf und jeder dieser Kurien so viel Mandate zuwies, als der zahlenmäßigen Stärke der betreffenden Konfession entsprach. Dieser Grundsatz schien zwar gerecht zu sein, er entsprach aber sehr wenig den staatspolitischen Erfordernissen. Es war vorauszusehen, daß die Parteien, die sich auf dieser Grundlage bilden würden, bei dem niedrigen Kulturstand des Landes nicht imstande sein würden, die Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen, und in dieser Voraussetzung hatte die Regierung auch vernünftigerweise die Rechte des neuen Landtags sehr beschränkt. Wollte sie aber die Bevölkerung allmählich zum verfassungsmäßigen Leben erziehen, so war das nur möglich, wenn sie zunächst das ganze Schwergewicht des Einflusses, das sie im Lande hatte, für die Schaffung einer Regierungspartei einsetzte, die dann die Schule für eine sachliche Mitarbeit der Abgeordneten an den Aufgaben der Verwaltung und Gesetzgebung geworden wäre. Das wurde nun durch die konfessionelle Kurieneinteilung außerordentlich erschwert; denn die Serben, die den verhältnismäßig stärksten Anteil hatten, waren fast durchweg österreichfeindlich gesinnt und durch eine von Serbien ausgehende Agitation aufgehetzt. Sie sandten nun eine geschlossene Gruppe von Abgeordneten in den Landtag, von der sich ein Teil allerdings eine gewisse Zurückhaltung auferlegte, solange er auf dem Wege von Verhandlungen mit der Regierung zu erreichen hoffte, daß diese ihr überhaupt die Macht im Lande ausliefere. Konnte die Regierung solchem Ansinnen auch nicht willfahren, so zeigte sie doch nicht die nötige Festigkeit, was dann die Vertreter der Moslims und auch der der Regierung am freundlichsten gegenüberstehenden Katholiken veranlaßte, nicht so sehr bei der Regierung wie bei den Serben Anlehnung zu suchen.

Zu einer ernsthaften Tätigkeit ist es in diesem bosnischen Landtage nie gekommen, der in einem Lande mit fast 90 Proz. Analphabeten doch immer eine Farce bleiben mußte; denn die geringe Oberschicht einheimischer Intelligenz, die im Landtage vorherrschte, entbehrte naturgemäß jeder Kontrolle seitens ihrer Wähler. So sind auch die Parteibildungen, soweit sie die von Natur gegebene konfessionelle Grundlage überschritten, nur cum grano salis zu nehmen. Neben der oben gekennzeichneten scheinbar gemäßigten gab es eine radikale serbische Partei, neben den zur Regierung neigenden Moslims solche, die mit den Serben gingen. Unter den Katholiken kam der Gegensatz zwischen dem Franziskanerorden, der sich großer Beliebtheit bei der Bevölkerung erfreut, und dem von den Jesuiten beeinflußten Weltklerus auch in der politischen Parteibildung zum Ausdruck; die streng klerikale Richtung blieb stark in der Minderheit.



B. Ungarn.

Ungarn ist ein vielsprachiges Land. Als es vor etwa 1000 Jahren von den Magyaren erobert wurde — das 1000jährige Jubiläum der »Landnahme« wurde 1896 glänzend gefeiert —, fanden sie im Nordwesten Nordslawen, im Westen von Karl dem Großen dahinverpflanzte Deutsche, im Südwesten Südslawen, im Südosten Reste der Hunnen und Avaren vor. Mit ihnen kamen Kleinrussen ins Land. Ob die Blachen, Walachen, Nachkommen der von den Römern unterjochten und romanisierten Dacier, die jetzigen Rumänen, schon zu jener Zeit in Siebenbürgen hausten oder erst später einwanderten, ist strittig. Diese Völkermischung wurde unter den Königen aus dem Hause Arpad durch die Einwanderung von deutschen Rittern, Handwerkern, Bauern und Bergleuten und unter Karl VI., Maria Theresia und Joseph II. durch Ansetzung deutscher Bauern in den von den Türken zurückeroberten Landesteilen ergänzt. Das unter den Anjous eingewanderte italienische und das von den Türken zurückgelassene Element assimilierte sich der übrigen Bevölkerung. Als der von Prinz Eugen von Savoyen eroberte Nordwesten der Balkanhalbinsel wieder an die Türken verlorenging, wanderten sehr viele Serben mit ihrem Patriarchen nach Südungarn ein.

Die nationale Differenzierung machte sich dadurch weniger bemerkbar, daß die lateinische Sprache bis in die 40er Jahre des 19. Jahrhunderts Amts- und Gerichtssprache blieb. Der Wahlspruch Stephans des Heiligen: »Regnum unius linguae imbecille et fragile« läßt erkennen, daß trotz zeitweiliger fremdenfeindlicher Strömungen jahrhundertelang in Ungarn nationale Toleranz geherrscht hat. Der Adel, die allein berechtigte politische Nation, obwohl verschiedener Nationalität, wurde durch das verbindende Band der Standesinteressen und der gemeinsamen lateinischen Sprache einheitlich erhalten. Die Städte hatten fast durchweg deutsches Recht und deutsche Selbstverwaltung. Nach dem Übergange der ungarischen Krone an das Haus Österreich fungierten die Wiener Zentralbehörden, sowohl die militärischen wie fiskalischen, in deutscher Sprache. Die Reformation trug wesentlich zur Erhaltung der verschiedenen Volkssprachen bei, soweit nicht, wie bei den Serben, Ruthenen und Rumänen, die griechisch-orientalische Kirche ein Hort ihres besonderen Volkstums war und noch heute ist. Die Siebenbürger Sachsen wurden als eine der drei ständischen Nationen des Großfürstentums durch den Protestantismus dem Deutschtum dauernd erhalten.

Ein klareres nationales Bewußtsein wurde zunächst bei den Magyaren durch die Versuche Josephs II., die deutsche Amtssprache einzuführen, wodurch die adlige Komitatsverwaltung bedroht schien, geweckt und als Vorwand zur Verteidigung der Adelsvorrechte wirksam benutzt. Zu lebhafterem Ausdruck kam es aber erst nach den Napoleonischen Kriegen, in Verbindung mit den wirtschaftlichen und kulturellen Bestrebungen des Grafen Stefan Széchenyi. Das vernünftige Bestreben, die tote lateinische Sprache aus der Verwaltung und Justiz auszuschalten, schlug in das Verlangen um, mit Unterdrückung aller übrigen Landessprachen das Magyarische zur alleinherrschenden zu machen. Gegen einen rasch erlahmenden Widerstand der Konservativen stellte sich auch der Landtag durch gesetzgeberische Maßnahmen in den Dienst der Magyarisierung und rief dadurch den heftigen Widerstand insbesondere der Slawen hervor, bei denen sich inzwischen auch Ansätze zur Pflege der Volkssprache und einer nationalen Literatur gezeigt hatten. Die Slowaken trachteten, sich literarisch von den Tschechen zu emanzipieren, im Kreise der Kroaten und Serben war Gaj der Urheber der illyrischen Bewegung.

Festere Gestalt nahmen diese rasch wachsenden nationalen Bewegungen im Jahre 1848 an, als der Preßburger Landtag von Kaiser Ferdinand mit der Ernennung eines selbständigen ungarischen Ministeriums eine nahezu vollständige selbständige Staatlichkeit für Ungarn erlangte und ihr sofort einen ausschließlich magyarischen Charakter zu geben versuchte. Kroaten, Serben, Slowaken und auch die Rumänen, die im Großfürstentum Siebenbürgen auf der Blasendorfer Versammlung vollständige Rechtsgleichheit und nationale Gleichberechtigung forderten, griffen zu den Waffen gegen die magyarische Herrschaft. Nach der Niederwerfung der Revolution, die im April in Debreczin das Haus Habsburg des Thrones verlustig erklärt, aber in Szegedin durch ein Nationalitätengesetz die Nichtmagyaren zu gewinnen gesucht hatte, wurde im absolutistischen österreichischen Gesamtstaate die nationale Individualität aller Volksstämme anerkannt und ihren kulturellen Bestrebungen freier Lauf gelassen.

Als die Niederlagen des Jahres 1859 die Dynastie veranlaßten, einen Ausgleich mit dem von der Emigration revolutionär beeinflußten Magyarentum zu suchen, trachtete dieses, die Nichtmagyaren durch weitgehende Versprechungen für sich zu gewinnen, und in Siebenbürgen wurde, allerdings unter österreichischem Einfluß, vollständige nationale Gleichberechtigung in Verwaltung, Justiz und öffentlichem Leben durchgeführt. Eine der Bedingungen des 1867er Ausgleichs war auch die Befriedigung der berechtigten Forderungen der nichtmagyarischen Nationalitäten, die nach Meinung der letzteren in dem von Kultusminister Baron Eötvös eingebrachten und vom ungarischen Reichstage 1868 angenommenen Nationalitätengesetz (Ges.-Art. 44) in ungenügender Weise erfüllt worden sind und durch spätere einschränkende Gesetze größtenteils neue Berechtigung erlangten.

Seit der Einführung des dualistischen Systems haben die nichtmagyarischen Völker in Ungarn nicht aufgehört, für die auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens erschwerte oder ganz unterdrückte Geltung ihrer Muttersprache und für freie kulturelle Entwicklung zunächst im Rahmen des systematisch nicht eingehaltenen und wiederholt als undurchführbar bezeichneten Nationalitätengesetzes zu kämpfen, obwohl ihnen dies im Parlament durch ein engherziges Wahlgesetz und durch eine auch von den magyarischen Oppositionsparteien laut verdammte Wahlpraxis nahezu unmöglich gemacht worden ist und noch immer auf jede nur mögliche Weise erschwert wird.

Die offizielle ungarische Statistik gibt kein zuverlässiges Bild der Nationalitätenverhältnisse, weil der Staat, die Behörden, die Gesellschaft, d. h. die herrschenden Schichten das Magyarentum als ziffermäßig möglichst zahlreich hinzustellen trachten. Die Rubrik Muttersprache wird auch durch die Frage alteriert, welche Sprache man am liebsten spreche, und für viele der Befragten ist es schwierig, eine andere als die magyarische Sprache anzugeben. Nach der amtlichen Statistik ergab die Volkszählung im Jahre 1910:

	Im engeren Ungarn	In Kroatien	Zusammen
	Proz.	Proz.	Proz.
Magyaren .	9 944 627 = 54,5	105 948 = 4,1	10 050 575 = 48,1
Deutsche . .	1 903 357 = 10,4	134 098 = 5,1	2 037 435 = 9,8
Slowaken .	1 946 357 = 10,7	21 613 = 0,8	1 967 970 = 9,4
Rumänen .	2 948 186 = 16,1	846	2 949 032 = 14,1
Ruthenen .	464 270 = 2,5	8 317 = 0,3	472 587 = 2,3
Kroaten . .	194 808 = 1,1	1 833 162 = 6,5	2 027 970 = 8,8
Serben . .	461 516 = 2,5	644 955 = 3,8	1 106 471 = 5,3
Sonstige . .	401 412 = 2,2	67 843 = 0,6	469 255 = 2,2
Zusammen:	18 264 553	2 621 954	20 886 487 = 100

Diese Ziffern geben selbstverständlich kein Bild des wirklichen spezifischen Gewichtes der Nationalitäten, ihrer Kulturstufe, ihrer materiellen Lage und ihres Einflusses auf das wirtschaftliche und politische Leben des Landes.

Die in der Bevölkerung vorhandene Scheidung nach der Nationalität kommt im Abgeordnetenhause durchaus nicht proportional den ethnographischen Verhältnissen zum Ausdruck. Die Zahl der nationalistischen rumänischen, slowakischen, serbischen Abgeordneten ist verschwindend gering. Der im letzten Jahrzehnt organisierten ungarländischen Deutschen Volkspartei ist es bei den Wahlen des Jahres 1910 nicht gelungen, gegenüber dem gegen sie angewendeten Wahlterrorismus einen Kandidaten in das Parlament zu bringen, obwohl sie in zwei Bezirken dem Siege nahe war. Die Siebenbürger Sachsen, die von 1874 bis 1890 eine eigene nationale Fraktion gebildet und einen rühmlichen Kampf für ihr Volkstum geführt hatten, sind wieder in der Regierungspartei aufgegangen und haben dadurch eine gewisse Schonung seitens der Staatsgewalt erlangt.

Seitdem 1848 aus dem ungarischen ständischen Landtage eine wenn auch kaum diesen Namen verdienende Volksvertretung geworden ist, hat sich im Abgeordnetenhause die Parteibildung vorwiegend nach staatsrechtlichen Gesichtspunkten vollzogen. Der für den 1867er Ausgleich eintretenden Deákpartei traten als prinzipielle Gegner die auf dem Boden der Personalunion stehende Äußerste Linke und das von Koloman Ghyczy und Koloman Tisza geführte Linke Zentrum entgegen, das mit der Art der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten und mit der Institution der Delegationen nicht einverstanden war. Die schwierige finanzielle Lage, in welche der vor große Aufgaben gestellte, nach vierthalb Jahrhunderten wieder erstandene ungarische Staat wenige Jahre nach dem 1867er Ausgleich geriet, veranlaßte zunächst Ghyczy zum Aufgeben der Oppositionsstellung und zur Bildung der kurzlebigen Reformpartei, dann auch Tisza nach dem Tode Franz Deáks zur Fusion mit der dessen Namen tragenden Regierungspartei (1874), die den Namen Liberale Partei annahm und unter diesem Namen bis 1890 unter der 15jährigen parlamentarischen Diktatur der starken Persönlichkeit Koloman Tiszas, dann unter den Ministerien Szapáry, Wekerle, Bánffy, Széll, Khuen, Stephan Tisza bis 1905 fortbestand. Schon bei der Fusion hatte ein Teil des Linken Zentrums sich von Tisza losgesagt und unter der Führung Ludwig Mocsárys sich als Unabhängigkeitspartei konstituiert, während eine Anzahl von bisherigen Mitgliedern der Deákpartei aus dieser austrat und sich als konservative Partei der Führung des Barons Paul Sennyeys unterstellte. Auch die neue liberale Partei hatte bald aus Anlaß der Verhandlungen über die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Österreich den Austritt einer Gruppe von Dissidenten unter Führung des Grafen Ludwig Simonyi zu verzeichnen, die sich gemäßigte Opposition nannte. Aus ihrem späteren Zusammenschluß mit weiteren Fahnenflüchtigen aus der Regierungspartei, den Unabhängigen Liberalen und mit den Konservativen entstand dann die Vereinigte Opposition auf 1867er Grundlage, welche ein Jahrzehnt lang das Regime Tisza auf das heftigste bekämpfte. Dafür spaltete sich von der Unabhängigkeitspartei die Ugrongruppe ab, die aus Gründen der Realpolitik für die von der Partei perhorreszierte Beschickung der Delegationen eintrat.

Eine Änderung des ungarischen Parteiwesens erfolgte, als nach dem Rücktritt Koloman Tiszas, insbesondere auf das Drängen des aus der Vereinigten Opposition ausgeschiedenen und als Justizminister in das Kabinett Tisza aufgenommenen Desider Szilágyi, von Tiszas Nachfolger Graf Julius Szapáry widerwillig die kirchenpolitische Reform auf die Tagesordnung der Gesetzgebung gestellt, von dem darauffolgenden Ministerium Wekerle, dem die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte gelang, dem Abschlusse unter großen Schwierigkeiten nahe gebracht und vom Ministerium Bánffy durchgeführt wurde. Unter Führung des Grafen Ferdinand Zichy entstand damals die ultramontane Volkspartei und aus der liberalen Partei traten mit dem Grafen Julius Szapáry die klerikalen Abgeordneten aus. Auch die staatsrechtliche Opposition, deren Obmann als Erbe des großen Namens von Ludwig Kossuth nach dessen Tod und großartiger Heimholung sein Sohn Franz geworden war, spaltete sich in dieser Frage. Ihr linker Flügel, geführt von Karl Eötvös, unterstützte Wekerle und Bánffy, während der rechte Flügel mit der Ugrongruppe gegen die Kirchenpolitik derselben Stellung nahm.

Der Grundcharakter des ungarischen Parteiwesens, der staatsrechtliche Gegensatz, trat nach dieser zeitweiligen Verwischung sofort wieder zutage, als Bánffy den vierten wirtschaftlichen Ausgleich mit Österreich schloß, sich mit der Ischler Klausel stärker auf den Boden der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit stellte und auch die Wehrgesetzreform in Angriff nahm. Als die vornehmlich durch Bánffys rücksichtslose Gewalttätigkeit bei den Wahlen hervorgerufene Obstruktion seinen Sturz herbeigeführt hatte, trat die Nationalpartei, die sich unter der Führung Apponyis aus der Vereinigten Opposition gebildet und den Ausbau des magyarischen Nationalstaates zu ihrem Hauptprogrammpunkt erhoben hatte, unter Bánffys Nachfolger Koloman Széll in die liberale Partei ein. Die Obstruktion gegen die Heeresreform mit dem leitenden Gedanken der Einführung der magyarischen Kommandosprache brachte selbst Franz Kossuth in Gegensatz zu seiner Partei, und als sie den Rücktritt Szélls erzwungen hatte und auch Graf Khuen wegen seiner Willfährigkeit gegen die militärischen Wünsche der Krone von der eigenen Regierungspartei fallen gelassen worden war, suchte sein Nachfolger Stephan Tisza, obwohl er in Gesellschaft Apponyis im sogenannten Neunerprogramm weitgehende nationale Forderungen auf dem Gebiete des Heerwesens erhoben und dadurch mittelbar Khuens Sturz mit herbeigeführt hatte, den Widerstand der Opposition gegen das Wehrgesetz durch einen parlamentarischen

Gewaltstreich zu brechen. Dies hatte eine bedenkliche Erschütterung der liberalen Partei zur Folge. Es traten hervorragende Mitglieder unter Führung des Grafen Julius Andrássy aus ihr aus, konstituierten sich als Verfassungspartei und bildeten mit der Volkspartei, Unabhängigkeitspartei und Bánffygruppe eine Koalition gegen Tisza, der es gelang, bei den Wahlen des Jahres 1905 die Majorität zu erlangen. Als die Krone nicht imstande war, mit der koalierten Majorität zu einem annehmbaren Einvernehmen in der Armeefrage zu gelangen, die Opposition vielmehr immer widerspenstiger separatistisch wurde, übertrug der Kaiser die Bändigung derselben dem Ministerium Fejerváry, gegen welches die Komitate z. T. durch Steuerverweigerung einen erbitterten Widerstand entfalteten. Als wirksamstes Mittel hiergegen erwies sich aber die vom Minister des Innern Kristoffy geplante Einführung des allgemeinen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung. Aus Furcht vor dieser Wahlreform, welche auch den nichtmagyarischen Nationalitäten eine entsprechende Vertretung im Parlament gebracht hätte, unterwarf sich die im Grunde genommen reaktionär-oligarchische Koalition den Bedingungen der Krone, bildete das Ministerium Wekerle-Andrássy-Kossuth-Apponyi-Polonyi-Zichy und bekam die Leitung der Neuwahlen in die Hand, zu denen das Kabinett Fejerváry-Kristoffy unter der sichern Erfolg verbürgenden Parole der Wahlreform alle Vorbereitungen getroffen hatte. Die Wahlen brachten nun der äußersten Linken die Majorität und bewirkten nahezu die Vernichtung der liberalen Partei, deren Führer Stephan Tisza vollständige politische Passivität proklamierte.

Das von überschwenglichen Hoffnungen begrüßte Koalitionskabinett erwies sich aber bald als uneinig und mußte insbesondere schleunigst seinen Justizminister Polonyi abschütteln. Die Andrássyschen Wahlgesetzentwürfe, die als direkter Bruch des dem Monarchen schon mit dem Vorsatz der Nichteinhaltung gegebenen Versprechens einer liberalen Wahlreform erscheinen mußten, und die Meinungsverschiedenheiten über die Erneuerung des Privilegiums der gemeinsamen Notenbank führten zur Sprengung der Unabhängigkeitspartei in eine Kossuthgruppe und eine Justhgruppe, die von der Koalition angestrebten »Verfassungsgarantien« und »nationalen Errungenschaften« auf dem Gebiete des Heerwesens zum Bruch mit der Krone. Nach langen Verhandlungen wurde Graf Khuen-Hedervárh zum Ministerpräsidenten ernannt, der aus den Resten der alten liberalen Partei und aus der zu ihm übergehenden, von Andrássy freigegebenen Verfassungspartei die Nationale Arbeitspartei unter wirksamer Unterstützung von seiten Tiszas schuf und bei den Wahlen des Jahres 1910 durch unerhörte Wahlbeeinflussungen zur Majorität zu machen verstand. Als er die der Krone gegebenen Versprechungen nicht bloß betreffs einer Wahlreform und gerechterer Berücksichtigung der Nationalitäten nicht einhielt, sondern sich von Tisza und der Oppositionspartei zu neuen nationalen Forderungen auf dem Gebiete des Heerwesens verleiten ließ und dadurch seinen Sturz herbeiführte, wurde sein Rivale, Finanzminister Lukács, Ministerpräsident und hatte gleich seinem Vorgänger gegen eine hartnäckige Obstruktion der äußersten Linken zu kämpfen, die noch durch den Umstand verschärft wurde, daß er die der Justhpartei eröffneten Aussichten auf eine liberale Wahlreform unter dem Drucke Tiszas nicht einlösen konnte oder wollte. Tisza, der eine schärfere Anwendung der Geschäftsordnung gegen die obstruierende Opposition forderte, wurde geschäftsordnungswidrig zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt und setzte, wieder geschäftsordnungswidrig, die eine Existenzfrage für die Armee bedeutende Wehrgesetzvorlage im Abgeordnetenhause durch, aus dessen Mehrheit infolgedessen die Anhänger Andrássys austraten und die Verfassungspartei neu konstituierten. Sowohl sie wie die Volkspartei und die wieder unter dem Präsidium des Grafen Michael Károlyi geeinigte Unabhängigkeitspartei kündigten dem System Lukács-Tisza den schonungslosesten, erbittertsten Kampf an, wobei auch der Entwurf einer reaktionären Wahlreform wirksam gegen das Kabinett Lukács ausgebeutet wurde und den Austritt der auf ein demokratisches Wahlrecht eingeschworenen Mitglieder der Regierungspartei, mit Justizminister Székely an der Spitze, zur unmittelbaren Folge hatte. Die koalierten Oppositionsparteien erklärten außerdem die weitere Tätigkeit des Abgeordnetenhauses nach gewaltsamer Entfernung oppositioneller Mitglieder für ungesetzlich und hielten sich den Sitzungen konsequent fern. Als die Stellung des Ministerpräsidenten Lukács wegen nachgewiesener Verwendung von Staatsgeldern zu Parteiwahlzwecken unhaltbar und Graf Stephan Tisza sein Nachfolger wurde, kam der Gegensatz zwischen der ihm blind gehorsamen Arbeitspartei und der Opposition noch schärfer zum Ausdruck. Sie bildete eine Art außerhalb stehendes Nebenparlament, bestritt die Rechtsgültigkeit der vom »Rumpfparlament« gefaßten Beschlüsse und gebrachten Gesetze.

Ohne daß der Ausbruch des Weltkrieges eine Änderung dieses prinzipiellen Standpunktes bewirkt hat, ist doch für die Kriegsdauer eine treuga dei zwischen dem Ministerpräsidenten »mit der eisernen Hand« und der Opposition vereinbart worden. Ihre Mitglieder erachteten es für ihre patriotische Pflicht, während des Kampfes um die Existenz der Nation und des Vaterlandes die Geltendmachung ihrer Beschwerden selbst mit den schärfsten parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln auf die Zeit nach dem Friedensschlusse zu verschieben.

Neutralität und Eintritt Italiens in den Krieg

von Oscar Müller, früh. röm. Korrespondent der »Frankfurter Zeitung«, in Frankfurt a. M.

Die Entwicklung Italiens vom »geographischen Begriff« zum europäischen Nationalstaat vollzog sich im 19. Jahrhundert als eine notwendige Folge der geistig-politischen Bewegung, welche in der französischen großen Revolution nur ein Programm erhalten hatte, während Anfänge und Ursprung wenigstens zum Teil nicht in Frankreich zu suchen sind. Für Italien lautete die Aufgabe seiner Geschichte nicht »Freiheit«, sondern »Befreiung«, nicht »Konstitution«, sondern »Einheit«, denn das aus den mittelalterlichen Stadt- und Condottierestaaten zu-

sammengestückelte Italien hatte in die Neuzeit eine staatliche Gestalt mitgenommen, die teilweise noch die Erinnerung an jene bunt schillernde unglückselige Zeit trug, im wesentlichen aber die Grenzlinie des großen Kampfes zwischen Habsburg und Frankreich um die europäische Vorherrschaft an der Wende des 17. und 18. Jahrhunderts darstellte. In Italien war dieser große Machtkampf, der nicht völlig entschieden wurde, erstarrt: der Norden Italiens und sein Herz Toskana blieben unter Herrschaft oder Vorherrschaft des Hauses Habsburg; Neapel und Sizilien trugen den geschichtlichen Fluch des Bourbonenregiments, und inmitten dieser Fremdherrschaften hielt eine italienische Hierarchie die kosmopolitische Idee des Papsttums durch die hartnäckige Verteidigung des Kirchenstaates mit Rom als Hauptstadt aufrecht. Allein im Nordwesten des Landes, in Piemont, hatte sich unter nur halbitalienischen Leuten die nur halbitalienische Dynastie Savoyen eine beschränkte, aber eigene Stellung zu schaffen und zu erhalten gewußt. Cavour und Garibaldi, das piemontesische Königtum und die Revolution waren die staatsschöpferischen und sittlichen Kräfte, die Italien aus diesem Zustand zur Einheit führten. Der Kampf mußte in der Hauptsache gegen Österreich geführt werden, und er fiel in dieselbe Zeit, in der die deutsche Einheit unter Preußen gegen den alten deutschen Kaiserstaat vollendet wurde: die Namen Königgrätz, Custoza, Lissa, Sedan und Porta Pia in Rom markieren die Zusammenhänge der deutsch-italienischen Einheitsgeschichte und eröffnen zugleich das Verständnis für die Entstehung und den Verfall des Dreibundes, der weniger ein Ausdruck der italienischen Staatspolitik als der Bismarckschen Epoche Deutschlands und Europas gewesen ist.

Der Dreibundvertrag wurde 1882 geschlossen, nachdem sich der damals führende Geist Italiens, Francesco Crispi, überzeugt hatte, daß die innere und äußere Machtstellung des monarchischen Italiens gegen die kolonialpolitische und wirtschaftliche Übermacht Frankreichs, das ein Jahr vorher Tunis mit Biserta vertragswidrig unter seine Herrschaft gebracht hatte, nur durch einen engen Anschluß an Deutschland gesichert werden konnte. So zwingend war dieses Anlehnungsbedürfnis des noch unfertigen, von sozialen Fragen bedrängten und durch wirtschaftliche Krisen immer wieder erschütterten Staates, daß die deutsche Bedingung des Bundes, die Aussöhnung mit Österreich und die wenigstens amtliche Verleugnung der Irredenta, jener auf Angliederung der im Besitz Österreichs verbliebenen italienischen Gebiete in Tirol und an der Adria gerichteten leidenschaftlichen Bewegung, von allen italienischen Parteien in Kauf genommen wurde. Zwar fehlte es in den 33 Jahren des Bestehens des Bundes nicht an Auflehnungen des alten Hasses gegen die Staatsnotwendigkeit auf der Straße, in Presse und Parlament, aber auch die radikalen, zu Frankreich neigenden Ministerien des Königreichs hielten an dem Vertrag als an dem Grundgesetz der auswärtigen Politik fest und beschränkten sich darauf, ihn durch den Artikel VII, der später Anlaß und Vorwand des Bruches werden sollte, im Jahre 1887 und durch das Abkommen mit Österreich über Albanien (1900/01) zur Sicherung der italienischen Balkaninteressen zu ergänzen; die vom Dreibundvertrag nicht ausdrücklich umfaßten besonderen maritimen und kolonialpolitischen Wünsche Italiens wurden durch Sonderverträge mit Frankreich (1902) und England (1904) gesichert, die dem kleineren Konkurrenten im Mittelmeer gegen Marokko und Ägypten das Geschenk von Tripolitanien gewährten. Die zweideutige Haltung der italienischen Diplomatie auf dem Kongreß von Algeciras, die Annäherung an Rußland in Racconigi am 24. Oktober 1909 als Antwort auf die Einverleibung Bosniens durch Österreich und endlich der Angriff auf die Türkei in Tripolis (1911) bilden die Etappen der italienischen Politik, die vom Standpunkt Roms aus gesehen nichts anderes waren als die Folgen einer Erstarkung des Staates, die es ihm erlaubte, nach einer Periode der Anlehnung nun eine mehr selbständige auswärtige Politik zu führen. Der letzte italienische Minister des Auswärtigen im Dreibund, der Marchese di San Giuliano, gab diesem Gedanken nach dem Tripoliskrieg im Parlament Ausdruck, als er davon sprach, daß die Zeiten unterwürfiger auswärtiger Politik vorbei seien. Freilich schienen sich jene Worte in dem Augenblick, da sie geprägt und bejubelt wurden, eher gegen Frankreich zu richten, das sich angewöhnt hatte, Italien mit Zuckerbrot und Peitsche zu behandeln; war doch kurz vorher, im Oktober 1912, der Dreibund erneuert worden, so daß das italienisch-österreichische Einvernehmen die Belastungsprobe der beiden Balkankriege und der daraus entstandenen albanischen Frage verhältnismäßig gut überstehen konnte. Die entscheidende Veränderung in den Grundbedingungen der italienischen auswärtigen Politik aber lag, wie wenige, schärfer blickende Augen schon früh erkannten, in der grundsätzlichen Umwandlung, die das europäische Machtsystem durch die Aussöhnung Englands mit Frankreich (1904) und die Einkreisungspolitik König Eduards Deutschland gegenüber erfahren hatte. Der weltpolitische Konflikt, der im August 1914 ausbrach, ergriff gewiß die italienischen Interessen, die durch den Dreibund festgelegt waren, insofern der Krieg seinen Ausgang von dem Zusammenstoß Österreichs mit Serbien und Rußland auf dem Balkan nahm; aber es ist sicher, daß Italien nie das Schwert um Frankreichs willen gezogen hätte und, sehr ungewiß, ob es dies allein aus Eifersucht gegen Österreich getan hätte, wenn nicht der Krieg in seiner weiteren, größeren Bedeutung den Charakter eines Entscheidungskampfes zwischen dem alten britischen und dem jungen deutschen Weltreich angenommen hätte. Daß England gegen den Dreibund stand, wurde das Entscheidende für die Kriegserklärung vom 23. Mai an Österreich, denn erst die Überlegung, von den Freundschaften des seebeherrschenden Englands ausgeschlossen zu werden, konnte die Krone und die nicht radikalen Politiker und Parteien in Italien veranlassen, den Kriegsbund mit dem Radikalismus einzugehen, der aus Liebe zu Frankreich und aus Haß gegen Österreich schon im August 1914 den Bruch des Dreibundes gefordert hatte. Dieses doppelte Gesicht des italienischen Krieges, seine, wie wir hoffen dürfen, falsche weltpolitische Spekulation und die ideologische Folgerung der Irredenta, geht durch seine Entstehungsgeschichte wie durch seinen Verlauf, und sie wird auch das Problem des italienischen Friedens und der ferneren Entwicklung des Landes bilden.

Jenes Selbstgefühl, das sich in der auswärtigen Politik Italiens äußerte, war natürlich keine reine romanische Selbsttäuschung, sondern wenigstens einigermaßen in der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Besserung der Zustände im Lande begründet. Unzweifelhaft hatte Italien in den letzten zwei Jahr-

zehnten erhebliche Fortschritte gemacht. Als Crispi durch das Unglück von Adua (1. März 1896) zum stillen Mann wurde, versank das Land in einen tiefen Pessimismus, der erst in den letzten Jahren zu weichen begann. Die Erinnerung an jene gräßliche Niederlage, welche die zu hoch geflogenen kolonialpolitischen Pläne vernichtet und das militärische Ansehen des Staates schwer geschädigt hatte, wurde erst durch den mühevoll, aber immerhin erfolgreich beendeten Tripoliskrieg ausgelöscht. Nach sorgsamer Vorbereitung hatte sich das Ministerium von 1911, dessen leitende Köpfe Giolitti und di San Giuliano waren, an das Unternehmen herangewagt, das ebenso eine Machterweiterung als eine Feuerprobe für den neuen Geist darstellen sollte, der Italien erfüllte. In der Tat bot das Italien, das für die Erwerbung einer an sich nicht übermäßig verlockenden Kolonie allen Parteihader zurückstellte und in mustergültiger nationaler Einigkeit trotz vieler Enttäuschungen, die der Feldzug brachte, den Plan zu Ende führte, den meisten Kennern der alten Zustände ein neues überraschendes Bild: während des Kriegsjahres gelang es Giolitti, ein umfangreiches Reformprogramm der inneren Politik ohne Widerstand durchzuführen, dessen Hauptstück, die Einführung eines fast allgemeinen Wahlrechts, in diesem vor Demokratie überfließenden Lande bisher immer an der parlamentarischen Zerfahrenheit gescheitert war. Ein strafferer nationaler Zug ging durch das Land und die Parteien, dem sich auch die Sozialdemokratie und der Klerikalismus nicht entzogen. Das Staatsgefühl, das in den fünfzig Jahren der Einheit nur kümmerlich gediehen war und durch einen gewissen Hang zur republikanischen Staatsform und zum Anarchismus bedroht wurde, war sichtlich gestärkt; die Dynastie Savoyen, verkörpert in einem streng konstitutionellen Monarchen, der durch bürgerliche Zurückhaltung den geltenden Anschauungen des Volkes gerecht wurde, schien endlich fest verwachsen zu sein mit dem Staate, der seine Entstehung aus der Revolution endgültig zu überwinden versprach. Giolitti hatte in den zehn Jahren, in denen er eine fast unumschränkte kluge Gewalt in Parlament und Staat führte, konsequent auf diese Ziele losgearbeitet. Als Piemontese seiner Dynastie treu ergeben, aus der Beamtenkarriere jenes alten, geordneten Staatswesens hervorgegangen, hatte er seine Kraft darangesetzt, das Werk seines großen Landsmannes Cavour, der Italien gemacht hatte, fortzusetzen, indem er den Italiener machte. Das Werk der Piemontisierung Italiens war nicht leicht und stieß auf große Schwierigkeiten nicht nur politischer, sondern auch kultureller und ästhetischer Natur. Der unkünstlerische, nüchterne Piemontese ist vielen Italienern ebenso verhaßt wie seine Ordnung und seine staatliche Zucht. So war Giolittis Werk keineswegs vollendet, als er im März 1914 nicht aus einem Zwang der parlamentarischen Verfassung — denn die ersten Wahlen unter dem neuen Wahlrecht im Spätjahr 1913 hatten ihm eine große Mehrheit gebracht —, sondern mit der sicheren Anwartschaft auf die Rückkehr zur Regierung zurücktrat und die Gewalt an Antonio Salandra übertrug. Dieser, Kalabrese von Geburt, hatte in der Kammer der Gruppe konservativ gerichteter Elemente angehört, die sich um Sidney Sonnino, den einzigen ernsten, aber in einem langen politischen Leben erfolglosen Gegner Giolittis, scharten, näherte sich aber in dem Prozeß der Verwischung der Parteiunterschiede während des Tripoliskrieges Giolitti. Sein Ministerium schien zu nichts anderem bestimmt als dazu, den Nachweis zu erbringen, daß Giolittis baldige Rückkehr zur Regierung allein die Vollendung des Weges zur Ordnung und staatlicher Kraft verbürge, den Italien so hoffnungsvoll betreten hatte. Denn alsbald sah sich das neue Ministerium, obwohl es sich auf die alte Mehrheit Giolittis stützte, den größten inneren Schwierigkeiten gegenüber. Im Mai brachen in den Marken und in der Romagna, den Herden der republikanischen Gesinnung, jene Aufstände aus, die mit einem Male die alten Wunden des Staatswesens wieder aufrissen, und schwere Konflikte mit den Eisenbahnern bedrohten den Staat in einem seiner wichtigsten Verwaltungszweige in einer Zeit, in der seine auswärtige Politik in die schwierige albanische Frage verwickelt war. Nur durch ein schwächliches Abkommen hatte das Ministerium Salandra seinen Sturz noch vor den Sommerferien des Parlaments vermeiden können, und seine moralische und politische Stellung war so brüchig, daß man für das Spätjahr sicher mit einem Kabinettwechsel rechnen konnte, als der Mord von Serajevo am 29. Juni Italien und Europa vor ganz neue Fragen stellte, hinter denen alle Erwägungen der inneren Politik zurücktraten.

Die Note der österreichisch-ungarischen Regierung an Serbien vom 23. Juli bildete inhaltlich und aus einem formellen Grunde den Ausgangspunkt einer Bewegung in Presse und öffentlicher Meinung Italiens, um auf die Regierung, in der ein Minister des Auswärtigen mit dem Stempel der Dreibundfreundlichkeit saß, in dem Sinne einzuwirken, daß Italien kommenden Waffengängen mit Gewehr bei Fuß zuschauen solle. Die beiden Vorwürfe, die sich gegen das Vorgehen Österreichs erhoben, waren, daß ein Angriff auf Serbien in Italien als die Vergewaltigung eines kleinen Staates durch einen großen aufgefaßt werde, auch wenn dieser durch jenen zu scharfen Maßnahmen gereizt wurde; eine Gefährdung der serbischen Stellung beeinträchtige die italienischen Balkaninteressen, die an die Aufrechterhaltung des Status quo gebunden seien. Österreich habe aber Italien verhindert, diesen seinen Standpunkt rechtzeitig zur Geltung zu bringen, indem es unterließ, die verbündete Regierung in Rom von dem Inhalt der Note vorher zu unterrichten. Dies letztere war in der Tat nicht geschehen, weil man in Wien, gewitzigt durch frühere schlechte Erfahrungen, der Verschwiegenheit des römischen Kabinetts nicht sicher zu sein glaubte; über die politische Stellung Italiens aber zu einem österreichisch-serbischen Konflikt lag ein Präzedenzfall von jüngster Vergangenheit vor, an den sich Wien wohl erinnern mußte. Im August 1913 hatte die italienische Regierung auf eine vertrauliche Anfrage von Wien, wie sie sich zu stellen gedenke, wenn Österreich genötigt sein sollte, der Expansionslust des nach dem Bukarester Frieden übermütig gewordenen Serbiens zu begegnen, eine kühl ablehnende Antwort gegeben, worauf Österreich auf den Rat Berlins von weiteren Schritten absah. Wenn man trotz der Kenntnis dieser italienischen Auffassung in Berlin und Wien in jenen entscheidenden Tagen daran zu glauben schien, daß Italien seine Bündnispflicht erfüllen werde, so mag die Hoffnung, daß die Imponderabilien des Vertrages, sein Geist, seine lange Dauer und das mit ihm verbundene Wort des Königs und die Ehre der Armee schwerer wiegen würden als die wörtliche Auslegung, eine irreführende Rolle gespielt haben. In

der Tat fehlte es in Italien nicht an gewichtigen Stimmen, welche den Weg der Ehre zu gehen anrieten; vor allem stand damals noch die nationalistische Richtung, die in den letzten Jahren sich in einer eigenen Partei und infolge Durchdringung fast aller Parteien zu der Wortführerin einer imperialistischen Erneuerung Italiens gemacht hatte, für die Waffengemeinschaft mit Deutschland ein, wenn die Ereignisse zu einem europäischen Krieg führen sollten. Auf der anderen Seite aber waren auch schon jene Elemente in Tätigkeit getreten, welche seit langem als Werkzeuge des französischen Botschafters Barrère dessen Lebensaufgabe, die Losreißung Italiens vom Dreibund, betrieben, die republikanische Partei, die radikale Demokratie und die Loge, denen sich aus nicht völlig aufgeklärten Gründen das größte und wohl einflußreichste Blatt des Landes, der »Corriere della Sera«, von Anfang an angeschlossen hatte; die Haltung dieses Organs, das sonst eine konservative Richtung vertrat, hat in verhängnisvoller Weise dazu beigetragen, die Ideen jener extremen Gruppen und Sekten sozusagen zu legalisieren und sie in den Augen der Großbourgeoisie zur Wohlanständigkeit zu erheben. Schon im Ministerrat vom 27. Juli wurde dieser Seelenzustand des Landes deutlich, obwohl ein Entschluß noch nicht gefaßt wurde. Während di San Giuliano zwar die Berechtigung zur Neutralität aus dem Wortlaut des Dreibundvertrages vertrat, zu einer Erfüllung jedoch aus dem Geiste zu neigen schien, falls es zum allgemeinen Krieg kommen sollte, traten bereits zwei Minister, Ciuffelli und der Kolonialminister Ferdinando Martini, ein Toskaner und ganz von literarisch-politischer Neigung zu Frankreich erfüllter Schöngeist, der Vertraute Barrères, für die völlige Zerreißung des Bundes mit den Mittelmächten ein. Schon in den unmittelbar folgenden Tagen war man in Paris und Petersburg sicher, daß Italien nicht marschieren werde, so daß die Diplomatie des Dreiverbandes ihre Kriegsrechnung darauf einstellen und Frankreich seine Truppen von der Südostgrenze an das Loch von Belfort werfen konnte, der erste Liebesdienst, den Deutschland in seiner schwersten Stunde von dem Verbündeten empfing! Der formelle Neutralitätsbeschluß erfolgte erst am 2. August; er berief sich sowohl Österreich als Deutschland gegenüber darauf, daß die Kriegserklärungen von ihnen ausgegangen seien, aber zugleich legte die italienische Regierung Wert darauf, in Berlin und Wien den freundschaftlichen Charakter der Neutralität zu betonen, und am 3. August richtete König Viktor Emanuel jenes Telegramm an den Kaiser Franz Joseph, das später durch das österreichische Rotbuch bekannt und vielfach als ein Beweis hinterhältiger Felonie aufgefaßt wurde, weil es dazu bestimmt gewesen sein sollte, die wahre Absicht, dem Verbündeten in den Rücken zu fallen, die schon damals bestanden habe, zu verschleiern. So sicher diese Vermutung über die damalige Denkweise des Königs nicht zutrifft, so wenig wahrscheinlich ist es, daß die beiden verantwortlichen Männer der Regierung, Salandra und di San Giuliano, schon damals einen fertigen Plan des Abfalles und Treubruches in Kopf und Herz trugen. Salandra hatte für die Führung auswärtiger Geschäfte so gut wie keine Erfahrungen; vor seiner Berufung zur Nachfolge Giolittis, die Sonnino abgelehnt hatte, war der Professor und Abgeordnete nur Leuten bekannt, die sich mit der parlamentarischen Geschichte Italiens befaßten. Das Schicksal hatte ihn vor eine große Aufgabe gestellt, und da es in ihm keine Fähigkeiten fand, beschränkte es sich darauf, Eigenschaften in ihm zu reizen, die er besaß, Eitelkeit und Ehrgeiz; aber diese wuchsen doch nur langsam und machten ihn, wie wir sehen werden, lediglich zum lauten Gehilfen eines anderen, der die wirkliche Verantwortung trägt, Sonninos. Der Marchese di San Giuliano aber wurde durch einen vorzeitigen Tod, der ihn am 16. Oktober traf, in ein geschichtliches Halbdunkel gestellt: seine ministerielle Vergangenheit läßt keinen sicheren Schluß zu, ob er den durch die Neutralitätserklärung geknickten Vertrag, wie er leise versprach, geheilt oder, wie es sein Nachfolger tat, völlig gebrochen hätte. So ist nur erlaubt, das eine mit Gewißheit zu sagen, daß seine großen Erfahrungen in den Geschäften der auswärtigen Politik und seine persönlichen Eigenschaften ihn vielleicht befähigt hätten, die historische Aussöhnung Italiens mit Österreich während des Krieges zu bewirken, die er oft als seine vornehmste Aufgabe bezeichnet hatte. Der Mann, der diese politische Formel wörtlich von ihm übernahm, um sie dann in seinen starren, knochigen und eigensinnigen Händen zur Kriegserklärung werden zu lassen, war Baron Sidney Sonnino, den sein Jünger Salandra nach einer inneren Umbildung des Kabinetts im November als Leiter der Consultapolitik an seine Seite rief.

Der Artikel VII des Dreibundvertrages, an den sich der große Interessenstreit knüpfte, war schon am 25. Juli, also sofort nachdem die österreichische Note an Serbien bekanntgegeben war, durch die italienischen Botschafter in Berlin und Wien als das Instrument der künftigen italienischen Politik angerufen worden. Er besagt, daß, »falls im Laufe der Ereignisse der Status quo auf dem Balkan oder an den ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen und Ägäischen Meer unmöglich würde und Österreich-Ungarn oder Italien genötigt wären, den Status quo durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung zu verändern, diese Besetzung nur stattfinden würde nach einer vorangegangenen Übereinkunft zwischen den beiden Mächten, die auf dem Prinzip einer gegenseitigen Kompensation für alle territorialen oder anderweitigen Vorteile, die eine jede von ihnen über den gegenwärtigen Status quo hinaus erlangen würde, zu beruhen und die Interessen und berechtigten Ansprüche der beiden Teile zu befriedigen hätte«. Es ist wohl nicht zweifelhaft, daß schon di San Giuliano den Entschluß gefaßt hatte, die günstige Gelegenheit zu benutzen, um von Österreich Kompensationen zu erlangen, und sicherlich hat auch er an nichts anderes gedacht als an Gebiete der sog. Irredenta. Die Worte Trento e Trieste, die jenes Programm umschreiben, wurden zwar in den offiziellen Verhandlungen sehr spät ausgesprochen, aber der Gedanke einer Abtretung des italienischen Teiles von Tirol stand jedenfalls seit dem Beginn des Krieges und latent seit fünfzig Jahren im Hintergrund der italienisch-österreichischen Beziehungen. In der Sache wollten also, abgesehen von dem Maß der Forderung, di San Giuliano und Sonnino dasselbe; sie unterschieden sich nur in der Methode und sozusagen in der sittlichen Begründung ihres Begehrens, was aber bei der heikeln Natur des Geschäfts vielleicht das Entscheidende war. Während der gewandte und diplomatisch rücksichtsvolle sizilianische Edelmann begriff, daß die italienischen Wünsche in Wien wie ein Hochverrat wirken mußten, und deshalb weniger das

Recht Italiens als die Billigkeit, die Vernunft und die segensreichen Folgen eines Ausgleiches voranstellte, warf sich Sonnino halsstarrig und gebieterisch in die Pose des Vollstreckers der geschichtlichen und nationalen Gerechtigkeit. Dieser unglückliche Charakter des Mannes, der einer der Väter des Dreibundes und bis zum Krieg einer der eifrigsten Verfechter der Freundschaft mit den Mittelmächten gewesen war, trug die Schuld, daß der natürliche Widerstand Wiens, sich im Kriege, dessen Ende und Gewinn noch unsicher war, alte »Erbländer« abtrotzen zu lassen, zunächst eher wuchs als abnahm, während es doch sowohl die innere Lage in Italien als das Interesse der in hartem Kampf liegenden Mittelmächte wünschenswert gemacht hätten, daß über die endgültige Stellung Italiens zum europäischen Krieg Klarheit geschaffen würde. Denn die kühne Propaganda der Franzosenfreunde hatte bedenklich zugenommen, seit sich das Land daran gewöhnt hatte, die Neutralität als eine Gefälligkeit zu betrachten, die es den Verbündeten erwiesen habe. Längst waren die Stimmen verstummt, die man nach den ersten Augusttagen noch vereinzelt vernommen hatte, daß die Neutralitätserklärung sich an Kindern und Enkeln rächen werde, und daß »ein eidbrüchig Land ein feiges Land« sei. Die Kammer, die am 3. Dezember zusammentrat, zeigte deutlich diese im Gewissen durchaus beruhigte, selbstsichere Stimmung des Landes. Zwar stand die große Mehrheit wenigstens auf der Grundlage der Neutralität und blieb bei den irredentistischen Ausbrüchen der extremen Minderheit durchaus kühl; aber die gewundene und vorsichtige Rede Salandras, die von den »billigen Ansprüchen und gesetzlichen Interessen« Italiens sprach, was in Verbindung mit dem berühmt gewordenen »sacro egoismo« von niemand mißgedeutet werden konnte, wurde überall so verstanden, daß die Regierung sich für friedliche oder, wenn dies nicht gelingen wollte, für kriegerische Erwerbung »unerlöster Gebiete« eingesetzt habe. Unmittelbar nachdem durch die Kammerverhandlungen die Stimmungsgrundlage geschaffen war, die man zur Begründung und zur Dringlichkeit der Forderungen brauchte, eröffnete Sonnino am 9. Dezember durch mündliche Noten in Wien und Berlin die Verhandlungen. Mit diesen Dokumenten beginnt das **italienische Grünbuch**, das die Regierung nach der Kriegserklärung zur Rechtfertigung ihres Vorgehens veröffentlichte; die von di San Giuliano geleiteten Besprechungen und die Vorgänge vor und nach der Neutralitätserklärung sind nur durch das **Rotbuch der österreichisch-ungarischen Regierung** bekanntgeworden; Einzelheiten, wie die letzten Angebote Österreichs am 5. Mai 1915, durch Mitteilungen des Reichskanzlers im deutschen Reichstag am 18. Mai 1915. Alle diese Quellen sind natürlich, so sehr sie sich ergänzen, nicht ausreichend, ein Urteil zu begründen, das vor der Geschichte unbedingte Geltung beanspruchen dürfte; doch läßt sich der **Verlauf der Verhandlungen** etwa so erkennen:

Nachdem die Wiener Regierung schon im August auf deutschen Zuspruch, entgegen ihrem ursprünglichen Standpunkt, sich bereit erklärt hatte, den italienischen Anspruch auf Kompensationen aus dem Artikel VII als prinzipiell durch den Krieg mit Serbien gegeben anzuerkennen, sah sie sich bei Wiedereröffnung der Verhandlungen durch Sonnino am 9. Dezember der klaren Forderung gegenüber, sofort in einen Ideenaustausch über die Befriedigung der nationalen Ansprüche Italiens einzutreten. Nach anfänglicher Weigerung, die in der Räumung Belgrads am 12. Dezember einen äußeren Anhaltspunkt fand, erklärte sich Graf Berchtold am 14. Dezember nach einer Verständigung mit der Berliner Regierung bereit, über Kompensationen zu verhandeln, ohne daß jedoch von Wien aus die dunkle Andeutung auf österreichische Gebiete aufgegriffen worden wäre. Am 17. Dezember traf Fürst Bülow als außerordentlicher Botschafter in Rom ein, um den erkrankten Herrn v. Flotow zu ersetzen. Die Entsendung dieses deutschen Staatsmannes, der in Italien durch seine Vergangenheit und seine persönlichen Beziehungen das höchste Ansehen genoß, bewies, welch großen Wert die deutsche Regierung und mit ihr das deutsche Volk, das die Mission mit hoher Genugtuung aufnahm, auf die Erhaltung der Beziehungen zu Italien legten. Wenn vielleicht, sei es bei der Regierung, sei es in den Kreisen des deutschen Volkes, die stille Hoffnung genährt wurde, es könne dem Fürsten Bülow gelingen, Italien noch auf den Weg der Bundeshilfe allein durch kluge Überredung zu führen, so war dies eine Illusion, die der Unkenntnis der wahren Zustände in Italien entsprang. Bülows Aufgabe konnte es nur sein — und er erkannte dies nach der ersten Erkundung der Lage —, den Krieg gegen Österreich zu verhindern, Italien neutral zu halten oder, falls dies unmöglich würde, den Krieg solange als möglich hinauszuschieben. Dieses Ziel entsprach dem gemeinsamen Interesse der im Kriegsbündnis vereinigten Kaisermächte, deren vornehmste Aufgabe es ist, den Krieg siegreich zu Ende zu führen. Einzelinteressen mußten sich diesem großen Ziel unterordnen, wenn sie dieses gefährdeten. So konnten sich Fürst Bülow und die deutsche Regierung mit gutem Gewissen für die Abtretung österreichischer Gebiete an Italien einsetzen, wenn dadurch die Bedrohung des großen zu erreichenden Zieles, des Endsieges im Weltkrieg, vermieden werden konnte. Diese harte und schmerzliche Aufgabe hatte Bülow in Rom, in Wien der frühere Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Wedel, der im Januar dorthin entsandt wurde. In Wien vollzieht sich ein überraschender Personenwechsel: Graf Berchtold, der zu einem Ausgleich geneigt schien, tritt zurück, und an seine Stelle kommt Baron Burian, der die letzten Versuche macht, Österreich den harten Verzicht auf altes Gebiet zu ersparen und Italien durch andere Zugeständnisse zu gewinnen. Aber die Dinge in Italien sind zu weit gediehen; immer drohender erhebt sich das Gespenst des Bruches, und am 9. März beschließt der Kronrat in Wien, über Abtretung österreichischen Gebietes mit Rom zu verhandeln. Eine Atempause ist wohl eingetreten; aber sofort beginnen neue Schwierigkeiten. Sonnino fordert vorerst die Zusicherung, daß das Gebiet, über das verhandelt werden solle, sofort und nicht erst nach dem Frieden abgetreten werde. In mühevoller Arbeit gelingt es Bülow, diese Frage als Präjudiz auszuschalten und den Gedanken einer Garantie des Deutschen Reiches für die Erfüllung des Vertrages vorläufig in die Verhandlungen einzuführen. Aber am 27. März bietet Österreich nur den südlichen Teil von Tirol an, und kurz darauf melden Telegramme nach Rom aus Petersburg, Berlin, Sofia und Nisch angebliche Versuche Österreich-Ungarns und auch Deutschlands, zu einem Sonderfrieden mit Rußland zu gelangen. Es ist nicht nachweisbar, ob die italienische

Regierung diese Gerüchte bewußt als Gründe vorgeführt hat, um die geringe Vertrauenswürdigkeit des österreichischen Entgegenkommens dem Lande gegenüber zu erweisen, oder ob sie durch ein geschicktes Manöver der Entente tatsächlich in den Glauben versetzt wurde, Österreich verhandle nur zum Schein und rüste sich zur Rache. Jedenfalls waren die Forderungen, die Sonnino am 8. April endlich stellte, derart maßlos, daß man schwerlich glauben kann, er habe auf Annahme durch Österreich gehofft. Die Gegensätze zwischen Angebot und Forderung sind so groß, daß auf einen Ausgleich nur bei gleichzeitigem Nachgeben beider Teile zu rechnen ist. Die Vermittlung des Fürsten Bülows gewinnt ihre höchste und persönlichste Bedeutung, denn er verbürgt sich für Angebote, die die offiziellen Wiens bedeutend übersteigen und eine möglichste Annäherung an das Programm Sonninos bedeuten. Aber am 25. April hat die italienische Regierung einen bedingten Vertrag mit England und Frankreich abgeschlossen, der ihm nahelegt, innerhalb Monatsfrist den Krieg an Österreich zu erklären, und die verantwortlichen Minister wenn auch nicht tatsächlich, so doch moralisch bindet. Das Ministerium Salandra-Sonnino ist seinem Schicksal verfallen; am 3. Mai beschließt der Ministerrat die Kündigung des Bundesverhältnisses in Wien. Was nun noch folgt und was in diesen äußeren Rahmen der Geschehnisse an Intrigen und an innerpolitischer Regie eingeschlossen ist, gehört zu den traurigsten Kapiteln der inneren Geschichte Italiens.

Wenn es sicherlich nicht richtig ist, daß der Abfall vom Dreibund und der Krieg gegen Österreich schon im August vorbedacht war, so entsteht die Frage, wie aus dem diplomatischen Druck, den die italienische Regierung offen zum Zwecke der Erpressung von lange begehrten Vorteilen auf Österreich ausübte, schließlich wie aus einer Notwendigkeit heraus der Krieg erwuchs, obwohl Österreich am Ende überreich geben wollte. Zwei Meinungen stehen sich hier gegenüber. In Österreich namentlich glaubt man, daß auch ein früheres und spontanes Eingehen auf die italienischen Forderungen den Krieg nicht vermieden hätte, weil Italien die Idee der Kompensationen als »Schraube ohne Ende« mißbraucht hätte. Das Gegenteil ist heute schwer zu beweisen; die Ansicht, daß die Abtretung auch nur eines Teiles des später Angebotenen einige Monate früher genügt hätte, Italien neutral zu halten, wenn die Art der Gabe eine dauernde Versöhnung verbürgt hätte, wird jedenfalls von Männern vertreten, die auch in nicht veröffentlichte Einzelheiten der Verhandlungen eingeweiht sind. Aber diese Folge wird historisch vielleicht immer umstritten bleiben. Klarer jedoch liegen vor der Beurteilung die politischen und psychologischen Vorgänge, die es der Regierung ermöglichten, den Krieg, nachdem sie ihn einmal beschlossen hatte, zu machen, obwohl die Mehrheit des Landes und des Parlaments die Neutralität vorgezogen hätte. Was die Welt überraschte und nicht nur bei uns, sondern auch im neutralen Ausland Entrüstung und Abscheu erregte, war nicht, daß Italien in den Krieg ging, weil es die Gelegenheit gekommen sah, alte Träume zu verwirklichen, sondern daß ein Volk von geschickten politischen Spekulanten bei seiner Schwäche genommen und in einen Krieg gezogen wurde, den es gern mit Anstand vermieden hätte. Den Beweis für diese relative Unschuld der Mehrheit des italienischen Volkes erbringt die Geschichte des Anteils, den Giolitti an dem Versuch des Ausgleiches genommen hat, der offiziell in der Kammer am 4. Dezember 1914 begann und mit der Achtung des einst allmächtigen Diktators durch die Gewaltherrscher der Straße in den Maitagen 1915 tragisch endete. In der Dezembersitzung der Kammer hatte Giolitti in die schwebende Lebensfrage des Landes durch die Mitteilung jenes Präzedenzfalles vom 9. August 1913 eingegriffen, wahrscheinlich, um zu beweisen, daß der Dreibund trotz jener ersten Weigerung Italiens, einen österreichischen Krieg gegen Serbien als Bündnisfall anzusehen, als fortbestehend angesehen wurde. Den entscheidenden und ganz eindeutigen Schritt aber tat Giolitti, als er, offenbar beunruhigt über die Haltung der Regierung und ihre herausfordernde Politik, am 1. Februar einen Brief an den ihm befreundeten Abgeordneten Camillo Peano richtete und durch die »Tribuna« veröffentlichen ließ, in dem er sich an die Spitze der neutralistischen Bewegung stellte, d. h. jener gemäßigten Richtung, die den Frieden bewahren wollte, wenn es gelänge »di ottenere parecchio senza una guerra«, einiges zu erreichen durch einen vertraglichen Ausgleich mit Österreich. Diese Formel wurde die Meinung der Mehrheit im Lande und in der Kammer, deren genaue Kenner noch im Mai die Zahl der neutralistischen Stimmen auf 300 (von 508) schätzten. Aber die Tatsache, daß Giolitti sich für den Ausgleich einsetzte und durch die Turiner »Stampa« eine scharfe öffentliche Überredung zur Vernunft betrieb, spornte die Kriegsparteien und die hinter ihnen stehende Ententediplomatie zu äußerster Energie an. Der Druck Englands, das durch den Botschafter Rennell Rodd Italien täglich mit Absperrung des Mittelmeeres und mit Unterbindung der Getreide- und Kohlenzufuhr bedrohte, wurde zu einem Argument für den Anschluß an die Entente, das immer mehr um sich griff. Auf Sonnino, dessen halb englisches Blut ohnehin bei seiner Einschätzung der englischen Freundschaft mitwirken mochte, machte das britische Werben um so größeren Eindruck, als die große politische Aufgabe, die ihm noch am Ende einer wenig befriedigenden Laufbahn zugefallen war, seinen Händen zu entgleiten drohte, wenn sein erfolgreicher gehaßter Gegner Giolitti seine Mehrheit in der Kammer gegen das Kabinett aufrief. So spitzten sich die Gegensätze immer schärfer zu: Auf der einen Seite das Kabinett Salandra und die Kriegsparteien, beide von Giolitti in Bestand und Hoffnungen bedroht, auf der anderen Seite die mehr passive, wenig organisierte und in der großen Tagespresse fast gar nicht vertretene neutralistische Richtung. Diese zu überwinden, durch Drohung einzuschüchtern und schließlich vor vollzogene Tatsachen zu stellen, durfte die Kriegspartei wagen, wenn der letzte Widerstand gegen den Krieg bei dem Träger der Krone zu brechen war. Wie es gelang, König Viktor Emanuel, der es im August 1914 noch beklagt hatte, daß er der erste Savoyer sei, der sein Wort nicht halten könne, zum Krieg gegen den Bundesgenossen zu bringen, ist natürlich nicht bekannt. Aber man darf annehmen, daß die Furcht vor der Revolution und geschickt und eindringlich vorgebrachte Analogien mit der Rolle, die sein Großvater Viktor Emanuel II. durch Benutzung und Verbrüderung mit dem revolutionären Zug der Einheitsbewegung gespielt, den Enkel schließlich verführt haben. Die Vorbereitungen für die Entscheidung waren ganz im Stile einer heroischen Historie getroffen. Auf den 5. Mai war die Ein-

weihung eines Garibaldi-Denksteins in Quarto bei Genua angesagt, von wo der alte Held einst mit den Tausend zur Befreiung Siziliens ausgezogen war. Die Kriegsparteien hatten Gabriele d'Annunzio, den längst an Frankreich Verlorenen, dessen lüsterne Seele nur im Kriegstaumel seines Vaterlandes die Liebe zur Heimat wiederfinden konnte, zur Feier als Redner bestellt. Der König und die Minister sollten erscheinen, und es war zu erwarten, daß sie dort von der historisch aufgeputzten Revolution den Befehl zum Angriff entgegennehmen würden. Noch aber vermochte sich der König, von dem es ungewiß ist, ob er in alle Einzelheiten der Verhandlungen eingeweiht war, den guten Diensten nicht schroff zu entziehen, die der deutsche Vermittler mit aller Energie und bis an die Grenzen persönlichster Verantwortung fortfuhr geltend zu machen; am 3. Mai nachmittags sagten König und Minister die Teilnahme an der Feier ab, nachdem allerdings am Vormittag im Ministerrat die Absage des Bundes in Wien beschlossen worden war. Erst am 9. Mai, zu spät, erschien Giolitti in Rom. Nun entfesselte die Straße alle Wut, deren südliche Leidenschaft und politische Gehässigkeit fähig sind. Mit Duldung der Regierung brach eine Neutralistenverfolgung aus, deren einschüchternde Wirkung sehr bald jene Fiktion schuf, die man brauchte, daß es der Wille des Landes sei, in den Krieg zu gehen. So konnte Salandra am 13. Mai es wagen, durch ein Entlassungsgesuch, das er mit dem Mangel an Einigkeit innerhalb der konstitutionellen Parteien über die große Frage der auswärtigen Politik begründete, seinem Staatsstreich gegen das Land und die Parlamentsmehrheit den Schein legitimen Vorgehens zu verleihen. Es fand sich kein Mann mehr, der es auf sich nehmen wollte, den Frieden nach außen durch einen Krieg gegen die unzurechnungsfähige Partei der Intervention zu sichern. Giolitti selbst wurde nicht berufen, und es ist fraglich, ob er jetzt noch das hätte wagen dürfen, was ihm noch wenige Wochen vorher wohl mühelos gelungen wäre. Seine Flucht aus Rom am 17. Mai nach der Bestätigung des Kabinetts Salandra am 16. Mai war das Zeichen, daß die Entscheidung unwiderruflich gefallen war. Am 20. Mai bewilligte die Kammer mit dem Gehorsam eines alten kaiserlichen Senats die Kriegsvollmachten, die das Kabinett Salandra durch überreichung der Kriegserklärung in Wien am 23. Mai in Anspruch nahm.

Italien zog aus, um Tirol bis zum Brenner, das Küstenland mit Görz und Triest, Istrien und Dalmatien und damit die ausschließliche Herrschaft in der Adria zu erobern. Ohne Schwertstreich hätte es den italienischen Teil Tirols, die Isonzolinie, weitgehende nationale Garantien in Triest und wertvolle Stützpunkte in der oberen Adria neben der Herrschaft in Albanien gewinnen können. Der böse Stern dieses reich beschenkten Landes, die politische Maßlosigkeit, führte es in ein Abenteuer, in dem es das zu verlieren Gefahr läuft, was es in langer Arbeit erworben hat.

Die Fremdvölker Rußlands[1]

von Dr. Erich Zechlin, kgl. Archivar in Posen

Die nationalen Fragen vor dem Kriege. Das Zukunftsproblem Rußlands vor dem Kriege war die Nationalitätenfrage. Solange das Zarenreich ein absoluter Staat war, standen die Fragen der einzelnen Nationalitäten, die in Rußland lebten, im Hintergrund. Das Vorhandensein fremder Nationalitäten in den Reichsgrenzen brachte für den Staat wohl Unbequemlichkeiten mit sich, auch zu Aufständen kam es ja gelegentlich, aber an den Kern des russischen Staatslebens griffen die nationalen Gegensätze nicht; die Machtmittel des Staates waren groß genug, nicht nur um nationale Sonderbestrebungen niederzuhalten, sondern auch um russifizierend in den Grenzmarken vorzugehen. Der übergang zum Konstitutionalismus (1905/06) brachte den Umschwung. Jetzt verquickten sich liberale und nationale Forderungen. Alle Zugeständnisse, die der Staat auf dem Gebiet der Kirche, der Schule, der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechts usw. der liberalen Bewegung machte, kamen auch den fremden Nationalitäten zugute; ihre Bewegungsfreiheit wurde größer; sie gewannen jetzt erst die Möglichkeit und die Mittel zur Hebung und Pflege ihres eigenen Volkstums und zur Propagierung eigener politischer Ziele. Diese Ziele waren in der Hauptsache überall dieselben und wurden während der Revolution mit aller Schärfe formuliert; sie gipfelten allenthalben in der Forderung nach »nationaler Autonomie«, d. h. man wollte im Verbande des russischen Reiches bleiben, aber seine eigenen Angelegenheiten in seiner Muttersprache und durch seine Konnationalen verwalten. Der russische Staat geriet dadurch in ein äußerst schwieriges Dilemma. Er konnte entweder auf dem Wege der nationalen Zugeständnisse an die fremden Nationalitäten weitergehen; das war der Weg, den auch Österreich-Ungarn in ähnlicher Lage gegangen war, und an dessen Ende für Rußland, wenigstens wenn die Forderungen von 1905 und 1906 verwirklicht würden, eine Föderation nationaler Autonomien stand. Aber dadurch würde die Einheit des Staates und seine Stoßkraft nach außen geschwächt und vielleicht gefährdet; und es würde weiter die herrschende Stellung des Großrussentums, das diesen Staat geschaffen hatte, ganz ähnlich wie die des Deutschtums in Österreich, erheblich eingeschränkt. Dabei hätten sich die Großrussen, im Vergleich zu den Deutschen Österreichs, in der schwierigeren Lage befunden; sie waren kulturell nicht das am höchsten stehende Element des Reiches; Deutsche, Polen, Finnen, ja selbst Armenier, Georgier, Tataren und Kleinrussen waren kulturell teils höher, teils doch so stark entwickelt, daß sie von dem Großrussentum nicht zu überwinden waren. So war es denn vom Standpunkt des russischen Staates und des Großrussentums verständlich, daß Stolypin, der in den entscheidenden Jahren am Ruder war (1906—12), eine andere Politik einschlug, die Politik des sog. »Nationalismus«, dessen Ziel in der inneren Politik, kurz gesagt, die Aufrechterhaltung der großrussischen Vormachtstellung in Sprache

[1] Die vor diesem Aufsatz einzureihende Abhandlung über die »Grundzüge der russischen Eroberungspolitik« kann eingetretener Verzögerungen halber erst im folgenden Teile des Werkes gebracht werden.

und Kultur überall im Reiche war, und der im Laufe der Jahre bis zum Kriege von Regierung und Dumamehrheit immer schärfer betont wurde.

Die Auffassung bei Kriegsausbruch. Dieser russische Standpunkt in den nationalen Fragen war gegenüber allen Fremdvölkern der gleiche und lastete auf ihnen allen. Der Gang des Krieges führte nun aber dazu, die Stolypinsche »nationalistische« Politik grundsätzlich aufzugeben. Für die Polen geschah das schon durch den Aufruf des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch vom 15. August 1914; er wurde feierlich bestätigt durch die Erklärung des Ministerpräsidenten Goremykin vom 31. Juli 1915, der außerdem betonte, daß dem Ministerrat vom Kaiser befohlen sei, »Gesetzentwürfe auszuarbeiten, die Polen nach dem Kriege das Recht gewähren, frei sein nationales, soziales und wirtschaftliches Leben auf der Grundlage der Autonomie unter dem Zepter des Kaisers von Rußland auszugestalten. Mit den Polen haben die anderen Nationalitäten des großen, ungeheuren Rußlands Beweise von ihrer Treue gegen das Vaterland abgelegt. Folglich muß unsere innere Politik durchdrungen sein von dem Grundsatz der Unparteilichkeit und des Wohlwollens gegenüber allen treuen russischen Bürgern ohne Unterschied der Nationalität, des Glaubens und der Sprache.«

Genaue zahlenmäßige Angaben über die nationale Zusammensetzung des europäischen Rußlands lassen sich nicht machen. Nach der Volkszählung von 1897, die bis jetzt in Rußland die einzige ist, umfaßt ganz Rußland, ohne die Rubrik »Andere Nationalitäten« und mancherlei Nuancen mitzurechnen, 48 verschiedene Völkerstämme. Im europäischen Rußland wohnten damals:

Großrussen	55,6	Millionen
Ukrainer (Kleinrussen)	22,3	"
Weißrussen	5,8	"
Finnen (in Finnland)	3,0	"
Uralaltaische Völker im Nordost- und Wolgagebiet (Finnen, Kareliter, Wolga- und Kamafinnen, Tataren, Baschkiren, Tschuwaschen, Kirgisen usw.)	6,6	"
Esten	1,0	"
Letten	1,4	"
Deutsche	1,7	"
Litauer	1,2	"
Polen	8,0	"
Juden	5,0	"
Griechen, Moldauer und Rumänen	1,3	"
Kaukasische Völkerschaften verschiedener Rassen (einschließlich Armenier)	3,7	"

Außerdem Tschechen 0,05, Bulgaren 0,17 Mill. usw.

Wir beschränken uns im folgenden jedoch auf die Fremdvölker, die die nordwestlichen und westlichen Grenzmarken des Reiches oder die westlichsten Gebiete des russischen Kerngebietes bewohnen, also im wesentlichen die, deren Sitze im Kriege ganz oder teilweise von den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen besetzt wurden. Die Finnen und Esten ziehen wir, um die Darstellung abzurunden, noch in den Kreis der Besprechung hinein.

Die Finnen. Die Finnen gehören dem finnisch-ugrischen Sprachstamme an, dessen anderer Hauptzweig die Ungarn sind; das Estnische ist ein Dialekt des Finnischen, und nur die verschiedene geschichtliche Entwicklung der beiden Stämme erklärt es, daß eine finnische und estnische Literatur selbständig nebeneinander entstanden sind. Finnland gehörte bis 1809 ganz überwiegend zu Schweden. An Eigenem hatte es im Mittelalter eine umfangreiche Volkspoesie hervorgebracht; die Literatur, die sich seit dem 16. Jahrhundert in der heimischen Sprache zu entwickeln begann, war hier, wie bei den meisten russischen Fremdvölkern, durchweg geistlicher Art. Erst im 17. und namentlich im 18. Jahrhundert wandte man sich in Finnland der nationalen Vergangenheit zu; das Übergewicht, das das Schwedische als Sprache der höheren Stände hatte, wurde z. T. die Ursache dieser sog. »fennophilen« Bestrebungen, die einen deutlichen finnisch-nationalen Einschlag hatten und deren Mittelpunkt die Universität von Åbo war (seit 1640). Der Hauptvertreter dieser Fennophilen war Gabriel Porthan (1739—1804), der als erster in wissenschaftlicher Weise Forschungen auf dem Gebiet der finnischen Sprache und alten Volkspoesie betrieb; doch erschienen auch seine und seiner Schüler Arbeiten durchweg in lateinischer oder schwedischer Sprache. Eine neue Periode begann für Finnland, als der Friede von Fredrikshamn (1809) das alte Band zwischen Schweden und Finnland zerriß und Rußland sich das eroberte Land als selbständigen Staat angliederte. Die finnisch-nationale Bewegung erhielt dadurch einen mächtigen Anstoß. »Finnland ist«, sagte Alexander I., »unter die Zahl der Nationen erhoben«, und »Schweden sind wir nicht, Russen wollen wir nicht werden, also müssen wir Finnen sein«, hieß es damals in Finnland. Jetzt erst entstand eine weltliche finnische Literatur; namentlich ist Elias Lönnrot zu nennen, der aus den überlieferten Schätzen der alten Volkspoesie sein »Kalewala« komponierte, das alle epischen Lieder der Finnen zu einem einheitlichen Ganzen vereinigte und zum finnischen Nationalwerk wurde (1835). Die eigentliche finnische Kunstpoesie hat sich erst seit den 1860er Jahren entwickelt.

Diese Entwicklung der Finnen hatte von jeher einen antischwedischen Zug, sie war darauf gerichtet, das Finnische auf Kosten des Schwedischen in die Verwaltung und in den Verkehr der höheren Stände einzuführen, und 1883 und 1887 gelang es auch, die Gleichberechtigung des Finnischen im amtlichen Verkehr durchzusetzen. Der Gegensatz von Schweden und Finnen hat lange Zeit auch die Parteigliederung bestimmt und bestimmt sie zum guten Teil heute noch; die Bevölkerung zerfällt in »Fennomanen«, die das schwedische Element bekämpfen, und »Svecomanen«, die für die schwedische Nationalität fechten. Neuerdings haben sich die Fennomanen an den Kämpfen mit Rußland in (russophile) Altfinnen und (verfassungstreue) Jungfinnen gespalten; zu diesen drei Parteien kommen noch Bauernbündler und Sozialdemokraten. Zahlenmäßig ist das finnische Element dem schwedischen weit überlegen: von den 3 Millionen fast durchweg evangelischen Einwohnern sind 86,7 Proz. Finnen und nur 13 Proz. Schweden, 0,2 Proz. sind Russen.

Wie steht das finnische Volk nun zu Rußland? Alexander I. hatte, abgesehen von Wiborg und dem Landstrich bis zum Kymmana, die schon seit 1721 und 1743 zu Rußland gehörten, das Land im Feldzug von 1808/09 von Schweden erobert: er hatte in dem Manifest von Borgå (27. März 1809) die Religion und die Grundgesetze des Landes samt den Privilegien und Rechten der Stände bestätigt und bekräftigt und zugleich versprochen, sie unverrückt aufrechtzuerhalten. Demgemäß blieb die altständische Verfassung des Landes (die auf der »Regierungsform« vom 21. August 1772 und der »Vereinigungs-

und Sicherheitsakte« vom 21. Februar und 3. April 1789 beruhte) bestehen; Finnland wurde, ähnlich wie Polen, als Großfürstentum in einer staatsrechtlich besonderen Weise an Rußland angegliedert; die Verbindung mit dem Reich wurde (außer durch den Zaren-Großfürsten) hergestellt, indem in Petersburg ein besonderes Staatssekretariat für die finnischen Angelegenheiten geschaffen wurde. Das **staatsrechtliche Verhältnis zu Rußland** ist schwer zu charakterisieren; es war weder eine Personal- noch eine Realunion noch ein bundesstaatliches Verhältnis; Finnland war keine konstitutionelle Monarchie, wie man auf finnländischer Seite sagte, aber auch nicht lediglich eine »mit autonomen Rechten ausgestattete Provinz«, wie die Gegner behaupteten, sondern war nach Jellineks Ausdruck ein »Staatsfragment«, ein selbständiger nationaler Organismus, der durch einige lose Fäden mit dem Gesamtreich zusammenhing. — In der Folgezeit ruhte die finnländische Verfassung zunächst ganz. Weder Alexander I. noch Nikolaus I. haben den Landtag je einberufen; sie regierten das Land durch ihre Ukase; zu gesetzgeberischen Reformen, die eine Mitwirkung des Landtags nötig gemacht hätten, kam es nicht. Erst Alexander II. berief den Landtag; er sicherte ihm auch Periodizität zu (1869), so daß nun bis in die Zeit Nikolaus' II. der aus den vier Ständen[1] zusammengesetzte Landtag als Legislative und ein Senat als Exekutive ständig fungierten; der Zusammenhang mit dem Reich war nach wie vor durch den finnischen Staatssekretär in Petersburg und den Generalgouverneur, der den Vorsitz im Senat führte und die finnische Armee kommandierte, gegeben. Finnland genoß so nationale Autonomie im weitesten Umfange; es lebte ganz für sich und entwickelte selbständig ein nationales Wirtschaftsleben und eine nationale Kultur; wir sahen schon, daß im 19. Jahrhundert erst eigentlich eine finnische Literatur entstanden ist. Vom russischen Standpunkt dagegen erschien diese Regelung des gegenseitigen Verhältnisses weniger zufriedenstellend. Für Rußland ist der Besitz Finnlands überaus wichtig; seine Lage an der Ostsee, die Nähe der Reichshauptstadt — von Petersburg bis zur finnischen Grenze sind es nur 32 km — machen dies ohne weiteres verständlich. Dabei fühlte sich Rußland dieses Besitzes durchaus nicht sicher; in dem unter germanischem Kultureinfluß stehenden Lande, das ein vorzüglich eingerichtetes und hochentwickeltes Volksschulwesen hat, bedeutet das russische Element, auch das Beamtentum, nichts; die Russen sind in Finnland Ausländer, wenn sie auch gegenüber den anderen Ausländern bevorzugt sind; Finnland ist ein eigenes Zollgebiet; namentlich aber war, nach dem Wehrgesetz von 1878, jeder finnische Staatsbürger wohl wehrpflichtig, aber das Heer durfte außerhalb Finnlands nur zur Verteidigung Finnlands gebraucht werden, oder wenn der Thron gefährdet war; seine Friedensstärke durfte 5600 Mann nicht übersteigen.

Die slawophile Doktrin und ihre praktische Anwendung, die Russifizierungspolitik, der an sich eine geschlossene evangelische, kulturell überlegene und alles Russische ablehnende Bevölkerung ein Dorn im Auge war, fand in dieser Sachlage leicht die Argumente für ihr Vorgehen. Um 1890 begann der Kampf. Unter Alexander III. kam es nur zu unerheblichen Übergriffen; an die Grundlagen der finnischen Verfassung wurde erst unter Nikolaus II. gerührt. Um jene geringe Beteiligung Finnlands an den Militärlasten zu beseitigen, wurde Anfang 1899 dem Landtag ein Gesetzentwurf überwiesen — nicht zur Beschlußfassung, wie es 1878 geschehen war und jetzt wieder hätte geschehen müssen, sondern nur »zur vorbereitenden Prüfung«. Zur Rechtfertigung dieses Verfahrens erging ein Manifest (15. Februar 1899), nach dem die allgemeine Gesetzgebung, d. h. die autokratische Entscheidung des Zaren, an Stelle der finnischen Gesetzgebung in allen Fragen treten solle, die das Reich und Finnland gemeinsam beträfen, und auch in solchen Fragen, die zwar allein Finnland beträfen, »aber auf die gemeinsamen Erfordernisse des gesamten Reiches Bezug hätten oder mit der allgemeinen Reichsgesetzgebung in Zusammenhang ständen«. Das war eine Verfassungsänderung von einschneidendster Bedeutung, die in Finnland die größte Aufregung verursachte und auf den geschlossenen Widerstand des finnischen Volkes stieß. Das Wehrgesetz, das der Zar — gegen das Votum des Reichsrats — 1901 sanktionierte, konnte bei dem passiven Widerstande des Landes nicht durchgeführt werden; dafür griff man nun in der Verwaltung, der Schule, der Presse, im Verkehrswesen zu immer schärferen Russifizierungsmaßnahmen; am 9. April 1903 wurde der Generalgouverneur Bobrikow mit diktatorischer Gewalt ausgestattet, und die finnische Verfassung so ganz beseitigt. Anderseits wuchs die Erbitterung der Finnen; die Fennomanen spalteten sich und gingen nun zum Teil als Jungfinnen mit den Svecomanen zusammen; revolutionäre Bewegungen griffen um sich, im Juni 1904 wurde Bobrikow von einem Finnen ermordet. Kurz darauf brach überall in Rußland die Revolution aus, und nun wurden gerade die Finnen, dank der geographischen Lage ihres Landes und dank ihrer Verbindungen mit Europa, zu einem Mittelpunkt der ganzen revolutionären Bewegung. Die Not der Revolutionszeit zwang Rußland zu manchen Zugeständnissen. Das Manifest von 1899 wurde sistiert, der Landtag tagte wieder, die von 1902—05 abgesetzten Beamten wurden wieder eingesetzt, kurz, in der Hauptsache (bis auf das Heer) wurde der alte Zustand wiederhergestellt. Das Jahr 1906 brachte aber doch eine wichtige Änderung; ein neues Landtagswahlrecht, dem das allgemeine aktive und passive Wahlrecht (auch für Frauen) und ein Proportionalwahlsystem zugrunde lag, wurde Gesetz. Die ersten Wahlen, die im Mai 1907 für den neuen finnischen Landtag stattfanden, ergaben ein überraschendes Resultat; neben 60 Alt- und 24 Jungfinnen, 24 schwedischen Volksparteilern, 10 Bauernbündlern und 2 christlichen Arbeitern wurden nicht weniger als 80 Sozialdemokraten gewählt, eine Zahl, die sich seitdem noch etwas (auf 86) erhöht hat. Noch bevor dies Ergebnis die russische Regierung in ihrer Anschauung bestärkte, daß Finnland ein unzuverlässiger Reichsteil sei, hatte sie in der oktroyierten Reichsverfassung von 1906 die Grundsätze des Manifestes von 1899 sanktioniert; die Einheitlichkeit des russischen Reiches, die Artikel 1 feststellt, schließt die Anerkennung Finnlands als eines besonderen Staates aus, die von finnländischer Seite immer verfochten war; ferner wurde jetzt die Suprematie der Reichsgesetzgebung über die finnländische, gleichzeitig allerdings auch die Autonomie Finnlands nach innen durch die Verfassung festgelegt. Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der allgemeinen und der Landesgesetzgebung kam nach heftigen Kämpfen erst 1910 zustande; auch

[1] Adel, Geistlichkeit, Bürger und Bauern.

dies Gesetz mußte Finnland aufgenötigt werden. Es zählt die Gegenstände der allgemeinen Gesetzgebung kasuistisch auf. Dem finnländischen Landtag blieben danach nur rein lokale Aufgaben, er war von der konstitutionellen Vertretung des finnischen Volkes, die er nach finnischer Auffassung war, auf die Stufe eines Provinziallandtags herabgedrückt. Er darf aber einen Vertreter in die Duma und zwei in den Reichsrat senden; das finnische Volk wählt also, worin ein gewisses Anerkenntnis seiner besonderen Stellung liegt, zur Duma nicht. Das Wehrgesetz ist so gestaltet worden, daß Rußland darauf verzichtete, die Finnen, denen es nicht traute, persönlich zum Heeresdienst heranzuziehen, dafür muß der finnische Fiskus einen Wehrbeitrag an die Reichsrentei leisten. Die Frage, ob Finnland in das Reichszollgebiet einzubeziehen sei, war vor Ausbruch des Krieges noch nicht geregelt.

Die alte finnische Verfassung, die noch heute das Palladium des Volkes ist, ist also zerbrochen; Rußland hat seinen Willen durchgesetzt, ohne freilich praktisch und politisch viel gewonnen zu haben. Die Finnen stehen ihm jedenfalls, was früher nicht der Fall war, in einheitlicher Opposition gegenüber; um die Beseitigung des Gesetzes von 1910 und die Wiederherstellung der alten Autonomie geht heute hauptsächlich der Kampf.

Esten und Letten. Die »Ostseeprovinzen« gelten mit Recht als deutsches Kulturgebiet, obwohl in ihnen nur ein Zehntel von den 1,7 Million Deutschen Rußlands (nach dem Stande von 1897) wohnt. Das Deutschtum in den Ostseeprovinzen wird an anderer Stelle behandelt, weshalb wir uns auf die eingeborene Bevölkerung der Ostseeprovinzen, auf die Esten und Letten, beschränken.

Die Esten und Letten gehören sprachlich und der Abstammung nach verschiedenen Völkergruppen an, die Esten wie die Finnen zum finnisch-ugrischen Sprachstamm, sind also wie die Finnen Mongolen; zu dem finnischen Volksepos »Kalewala« z. B. hat die estnische Volkspoesie Stoffe geliefert. Die Letten dagegen sind Arier, sie bilden mit den Litauern eine besondere indogermanische Sprachgruppe, die heute nur aus diesen beiden Völkern besteht; ehemals umfaßte sie auch noch die im 17. Jahrhundert ausgestorbenen Preußen und die verschollenen Jatwägen. Freilich sind die Esten sowohl wie die Letten so stark mit schwedischem und deutschem Blut durchsetzt, daß beide als Mischvölker bezeichnet werden können. Die Sprachgrenze zwischen den beiden Völkern läuft von der Südgrenze des Peipussees in ostwestlicher Richtung zum Rigaischen Meerbusen; die Letten sitzen also in Kurland (abgesehen von dem südlichen Teil des Kreises Illuxt, der von Litauern und Weißrussen durchsetzt ist), in den südlichen Kreisen von Livland (Riga, Wolmar, Wenden und Walk) und in »Polnisch-Livland«, den an Livland angrenzenden Kreisen Dünaburg, Rositten und Ludsen des Witebskischen Gouvernements. Im Süden fällt die lettische Sprachgrenze gegen die Litauer ziemlich genau mit der Grenze der Gouvernements Kowno und Kurland zusammen, wenn auch das lettische Sprachgebiet an einzelnen Stellen, namentlich im Osten, nach Kowno übergreift, wie ja auch auf dem nördlichen Teil der Kurischen Nehrung (bis Rossitten) Letten wohnen. Ihre Gesamtzahl betrug nach der Volkszählung von 1897: 1380200. Die Esten, deren Gesamtzahl nur etwas über eine Million Köpfe (1002738) betrug, sitzen in Estland und im nördlichen Teil von Livland.

Auf die Geschichte der Ostseeprovinzen kann hier nicht näher eingegangen werden. Estland und Livland wurden mit Ösel von Schweden, das von 1561—1645 nacheinander diese drei Teile des alten livländischen Staatswesens erworben hatte, schließlich an Rußland abgetreten (1721); Kurland mit Semgallen war nach dem Zerfall des livländischen Staates (1561) polnischer Lehnstaat geworden und kam durch die dritte Teilung Polens (1795) an Rußland, so daß von da ab die baltischen Provinzen, wenn auch unter Rußland, wieder vereinigt waren. — Die herrschende Kultur der baltischen Provinzen ist die deutsche; wenn auch zahlenmäßig das deutsche Element nur schwach ist (1897: 165500), so bildet es doch die Oberschicht. Großgrundbesitz, das wohlhabendere Bürgertum, Pastoren und Ärzte auf dem Lande waren bis vor nicht langer Zeit deutsch; das Schulwesen war deutsch, Justiz und Verwaltung, die auf ritterschaftlicher und städtischer Selbstverwaltung beruhten, ebenfalls. Von den Deutschen haben Esten und Letten den Protestantismus angenommen; bis in die letzten Jahrzehnte hinein wurden zahlreiche aufsteigende und geistig rührige estnische und lettische Elemente durch die Aneignung der höheren deutschen Kultur germanisiert; freilich sind auch deutsche Familien der niederen Stände der Lettisierung anheimgefallen.

Bis ins 13. Jahrhundert gab es weder bei den Esten noch bei den Letten ein nationales Leben. Bei beiden Völkern war die literarische Produktion noch im 18. Jahrhundert fast rein kirchlich; die Bibel erschien in lettischer Übersetzung in den 80er Jahren des 17. Jahrhunderts, in estnischer im Druck erst 1739; an weltlicher Literatur haben die Esten vor dem 19. Jahrhundert so gut wie nichts, die Letten wenigstens einige Dichtungen, Erzählungen und Lieder aufzuweisen. Erst das Zeitalter der Nationalidee, das 19. Jahrhundert, sah auch in diesen Völkern eine nationale Bewegung und Kultur entstehen. In der Hauptsache wurde das Nationalbewußtsein der Indigenen jedenfalls durch die deutsche Romantik geweckt; Herder gab zum Sammeln estnischer Kulturpoesie den ersten Anstoß; dann haben sich besonders lutherische Pastoren der Ostseeprovinzen die Pflege des lettischen und estnischen Volkstums angelegen sein lassen. Sie haben dafür nur Undank geerntet. Die Lettisch-literarische Gesellschaft in Riga, die Kurländische Gesellschaft für Literatur und Kunst in Mitau und die Gelehrte estnische Gesellschaft in Dorpat (seit 1839) bestanden fast nur aus Deutschen. Eine »Metamorphose der Letten ins Deutsche« wurde von diesen Kreisen 1819 in Mitau als entschieden unerwünscht bezeichnet; nur durch seine Muttersprache könne ein Volk gebildet werden. Auch später noch ging man auf dieser Bahn weiter. Die Gemeindeschulen waren ohnehin auf nationaler Basis aufgebaut; nur in den Parochialschulen war das Deutsche obligatorisch. So konnte sich denn eine lettische und estnische nationale Literatur entwickeln; bei den Esten schuf vor allem, nach dem Muster von Lönnrots »Kalewala«, Kreutzwald das Kalewi-Epos (1857—1861), wie jenes eine Sammlung und Bearbeitung der Volkspoesie. Seit den 1860er Jahren wurde der Kreis der estnischen und lettischen Schriftsteller immer größer, dafür zogen sich die deutschen Kreise immer mehr von der Sprach- und Volkstumsforschung der Letten und Esten zurück. Auf dem letzteren Gebiet betätigte sich unter den Esten namentlich der Pastor Jakob Hurt mit viel Erfolg, unter den Letten Fr. Brihwsemneeks-Treuland. Im übrigen fehlen in

der jüngeren und jüngsten lettischen und estnischen Generation größere ursprüngliche Talente vollständig; überhaupt gehört die Masse des Schrifttums der beiden Völker nicht der schönen Literatur, sondern der Politik an.

Denn die nationale Bewegung der Esten und Letten, die sich so zwar bemühte, auch eine eigene nationale Kultur aufzubauen, fand doch ihr Hauptfeld in dem Kampf gegen das Deutschtum. In den 1850er Jahren fand sich in Dorpat ein Kreis studierender Letten zusammen, deren Führer Ch. Woldemar war, und der 1862 in der neugegründeten lettischen Zeitung »Peterburgas Awises«, unterstützt von der slawophilen russischen Presse, einen systematischen Feldzug gegen die Deutschen begann. Als in den 1860er Jahren die bisherige »Fronpacht«[1] des Bauern in Geldpacht verwandelt wurde und darauf der bisherige Pachtbesitz zum bäuerlichen Eigentum wurde, wurden mit der Hebung des Wohlstandes und der Erhöhung des Bildungs- und Kulturbedürfnisses die Bedingungen für die autochthonen nationalen Bestrebungen im Baltikum immer günstiger. 1868 wurde in Riga der »Lettische Verein« gegründet, der nun zum Mittelpunkt aller unruhigen und unzufriedenen lettischen Elemente wurde. Ihm entsprach in Dorpat der »Estnische literarische Verein«. In den 1870er und 80er Jahren entstanden in Kurland und Livland, und auch bei den Esten, nationale Vereine aller Art in Hülle und Fülle. Die Deutschen wurden noch nicht mißtrauisch; nach wie vor förderten z. B. die Lettisch-literarische Gesellschaft und ihr verwandte Organisationen das Volkstum der Letten und Esten; sogar an ihrem Vereinsleben nahm man teil trotz aller Anfeindungen, die man von nationalistischer Seite erfuhr. Dabei nahm anfangs der 1880er Jahre die nationale Presse den Kampf gegen das Deutschtum mit aller Schärfe auf, unterstützt besonders — es war die Zeit nach dem Berliner Kongreß! — von der slawophilen Presse und auch von der russischen Regierung. Sehr gestärkt wurde die nationalistische Bewegung durch den berüchtigten Senator N. N. Manassein, der 1882 und 1883 im Auftrag des Zaren die Gouvernements Livland und Kurland »revidierte«. In dem Bestreben, Material gegen die deutsche Verwaltung zu sammeln, fand er vor allem bei den Nationalisten Unterstützung; und durch vielfache Inhibierungen laufender Untersuchungen auf Befehl des Senators wurden die deutschfeindlichen Elemente direkt begünstigt. Schlimmer noch war die sittliche Verderbnis, die infolge der Manasseinschen Reform einriß, namentlich durch die Rechtsunsicherheit, die nach der Russifizierung des Justizwesens um sich griff. Die Russifizierung der Volksschule und die zahlreichen gewaltsamen Konversionen von Bauern zur Orthodoxie und der Streit um die Besetzung der Pfarrstellen und um die städtische Selbstverwaltung — letzterer dadurch begünstigt, daß die Zahl der in die Städte gezogenen Letten und Esten immer größer und ihr Kapital und Grundbesitz immer umfangreicher wurden — haben die Verhältnisse weiter verschlimmert. In Riga selbst ist noch der deutsche Einfluß maßgebend geblieben, ebenso in Mitau; Reval z. B. aber ist seit 1905 vollkommen in den Händen der estnisch-demokratischen Partei; in Libau, Tukkum, Friedrichstadt herrschen die Letten, im übrigen sind die kleinen Städte teils in deutschen, teils in lettischen bzw. estnischen Händen.

Die ältere lettische Bewegung war rein nationalistisch und ist es z. T. heute noch; soweit sie ein Programm hat, läuft es auf eine mehr oder minder friedliche Verdrängung des deutschen Elements aus dem Baltikum hinaus. Die Russifizierung des Schul-, Kirchen- und Justizwesens traf jedoch nicht nur die Deutschen, sie erwies sich auch als schweres Hindernis für die lettische und estnische Bewegung; sie mußten vorsichtiger operieren und zeigten sich teilweise hier und dort sogar zu einem Kompromiß mit den Deutschen geneigt. Die Folge war, daß sich die radikaleren und jüngeren Elemente von dem »Lettischen Verein« loslösten und eine neue »Rigaer lettische Vereinigung« gründeten; diese Richtung blieb nationalistisch, wurde aber durch ihren Radikalismus und, da in der lettischen Bewegung durch den Gegensatz zum deutschen Großgrundbesitz von Anfang an agrarsozialistische Ideen eine Rolle spielten, zum Sozialismus geführt. 1902 schlossen sich die sozialdemokratischen Kreise zur »Baltisch-lettischen sozialdemokratischen Arbeiterorganisation« zusammen; ihr Programm, das sonst ganz marxistisch war, enthielt unter anderem die Forderung, daß Rußland in eine demokratische, föderalistische Republik mit weitestgehender Selbstverwaltung der Provinzen verwandelt werden solle. 1904 zählte die Partei immerhin schon 2500 bewußte Genossen, und eine straffe und sehr rührige Organisation überspannte das ganze Land. In den Revolutionsjahren trug die ausgestreute Saat schreckliche Frucht; in Livland wurden nicht weniger als 85 Herrenhöfe ganz oder teilweise eingeäschert, in Kurland 45, in Estland 54. In Estland gingen die Zerstörungen nur von einigen Leuten aus, die von Reval her das Land heimsuchten; die Masse der estnischen Landbevölkerung blieb ruhig, wie ja auch das nördliche (estnische) Livland fast gar nicht betroffen wurde. Bei den Letten dagegen war auch das Landvolk durchaus von der revolutionären Bewegung ergriffen, und selbst konservative lettische Hofbesitzer wagten nicht, gegen die Revolutionäre aufzutreten. Der Grund liegt wohl einmal in dem Umstande, daß eine sozialdemokratische Agitation unter den Esten nur in geringerem Umfange bestanden hatte, sodann aber in der Verschiedenheit der Volkscharaktere. Der Lette ist neuen Ideen leichter zugänglich als der Este; er ist intelligent, anpassungsfähig, impulsiv, ehrgeizig und hat einen starken Hang zum Luxus und Genuß. Der Este ist schwerfälliger, aber ausdauernder; er ist nüchtern, skeptisch und mißtrauisch. Ein anderer Grund für die verschiedene Haltung der beiden Völker während der Revolution ist wenigstens kaum aufzufinden, da die wirtschaftlichen, sozialen usw. Verhältnisse ganz dieselben waren. Politisch waren die Ergebnisse der Revolution, sieht man von der Verschärfung des Gegensatzes zwischen Deutschbalten und Letten ab, für die Letten und Esten nicht groß; 1906 wurde neben dem Deutschen auch das Lettische und Estnische als Unterrichtssprache zugelassen; außerdem gewannen sie in der Duma eine parlamentarische Vertretung. In nationalpolitischer Hinsicht war für die lettische Bewegung bezeichnend die Proklamierung der sozialdemokratischen »Republik Lettland« (November 1905), während fast gleichzeitig in Dorpat ein »allestnischer Kongreß« stattfand, auf dem die gemäßigten, die »nationalfortschrittlichen« Elemente sich hauptsächlich mit der Autonomie Estlands befaßten, die radikaleren aber

[1] D. h. für das ihm überlassene Grundstück leistete der Bauer dem Gutsherrn einige Tage in der Woche mit oder ohne Gespann Dienste.

offen die Revolution predigten. Bei den Letten hat sich die sozialdemokratische Partei seitdem zur »Lettischen Sozialdemokratie« umgewandelt (1906); damit vereinigte sich 1907 die Organisation der revolutionären Volksschullehrer; hat sich doch allein in den vier lettischen Kreisen Livlands ein Drittel der Volksschullehrer aktiv an der Revolution beteiligt. Alle diese revolutionären Organisationen, die in engem Zusammenhang mit der russischen Sozialdemokratie stehen, sind zweifellos durchaus deutschfeindlich, aber auch die alten nationalistischen Gruppen streben nach wie vor die Vorherrschaft der Letten über die Deutschen an. Die immer stärker betonte nationalistische Politik der russischen Regierung hat dann freilich in den folgenden Jahren die Entwicklung der lettischen und estnischen Bewegung gehemmt.

Die Polen. Das dritte Gebiet, das hier zu besprechen ist, sind die Länder des ehemaligen **polnischen Reiches**. Das Polen-Litauen von 1772 reichte nach Osten bis über die Düna und den Dnjepr hinaus; nach Südosten zwischen Dnjepr und Dnjestr erstreckte es sich etwa bis zu der Grenze des heutigen Gouvernements Cherson; im Süden bildeten der Dnjestr und die Karpathen die Grenze; im Westen gehörten Posen und der Hauptteil von Westpreußen dazu; Kurland war, wie schon gesagt, als Lehnsstaat mit Polen verbunden. Dies große Gebiet war, worauf Bismarck schon 1867 hinwies, national durchaus nicht einheitlich; das polnische Volkstum füllte nach Osten nicht einmal das ganze Kongreßpolen; so ist im Gouvernement Suwalki nur der Kreis Suwalki überwiegend polnisch, und von den Gouvernements Lublin und Cholm ist letzteres überwiegend ukrainisch; dafür war allerdings 1897 in den beiden an das Zartum angrenzenden Kreisen Bjelostok und Bielsk des Gouvernements Grodno ungefähr ein Drittel der Bevölkerung polnisch. Im übrigen ist das ganze große Gebiet der ehemaligen Republik Polen zwischen Njemen und Bug einerseits, Düna und Dnjepr anderseits litauisch, weiß- und kleinrussisch; das alte Polen ist also national nie ein Einheitsstaat gewesen. Aber wenn die Polen auch zahlenmäßig wohl die Litauer, nicht aber die Weiß- oder gar die Kleinrussen übertreffen, so nehmen sie doch in dem ganzen Gebiet bis zur Düna und zum Dnjepr dank ihrer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Überlegenheit bis zum heutigen Tag eine Vorrangstellung ein.

Das polnische Volk ist das einzige unter allen hier zu behandelnden Völkern, das sich einer großen Geschichte und einer reichen Literatur rühmen kann. Gewiß stand Polen zeitlich hinter dem Westen zurück; aber niemand wird in Abrede stellen wollen, daß vieles in seiner Kultur westeuropäisch ist; namentlich das römisch-katholische Christentum hat Polen kulturell immer eng mit dem Westen verbunden. Die großen geistigen Bewegungen, der Humanismus, die Reformation und die Gegenreformation, der Klassizismus und die Romantik, haben auch hier ihre Wellen geschlagen. Der Humanismus brachte in Polen eine erste Blüte geistiger Kultur hervor; Männer wie der Kardinalerzbischof Zbigniew Olesnicki, der Domherr und Historiker Dlugosz und der Erzbischof und Philosoph Gregor v. Sanok wären hauptsächlich zu nennen. Auch sie schrieben freilich alle lateinisch; eine polnische Nationalliteratur erstand erst (die ältesten polnischen Sprachdenkmäler fallen ins Ende des 13. Jahrhunderts) in dem religiös so bewegten 16. Jahrhundert; damals wurde sie durch Jan Kochanowski (1530—84), den größten religiösen Lyriker Polens, freilich mit einem Schlage auf eine hohe Stufe gehoben. Im 17. und 18. Jahrhundert ragt unter den zahlreichen polnischen Dichtern, Schriftstellern und Rednern, obwohl es unter ihnen an bedeutenden Erscheinungen nicht fehlt, doch keiner besonders hervor; im ganzen ging mit dem Niedergang des Staates auch der der Literatur parallel. Er endete im Pseudoklassizismus und mit der Vorherrschaft des Französischen. Die Romantik brachte dann einen großen Aufschwung; die polnische Literatur wurde wieder national, und sie erreichte gleichzeitig ihre höchste Blüte, allerdings nicht auf ihrem Heimatboden, sondern in der Fremde; das Dreigestirn Mickiewicz (1798—1855), Slowacki (1809—49), Krasinski (1812—59) schuf die schönsten Perlen polnischer Poesie in der Emigration. Alle drei sind Hohepriester der nationalen Idee und verkündigen die Wiederauferstehung Polens; namentlich Mickiewicz hat durch seinen »Konrad Wallenrod«, der den Verrat als äußerstes Mittel des Freiheitskampfes verherrlichte, und durch den von ihm besonders vertretenen »Messianismus« (Polen sei das auserwählte Volk auf Erden, sein Untergang sei keine Strafe Gottes, sondern das Opfer für die Missetaten anderer Völker; es sei bestimmt, auf der Erde der Apostel der wahren christlichen Zivilisation zu werden) nicht nur das polnische Nationalgefühl gehoben und entflammt, sondern auch unmittelbar politisch auf seine Zeitgenossen stark eingewirkt. Nachdem die Ermattung gewichen war, die dem Aufstande von 1863 folgte, beherrschten zunächst die historischen Romane Sienkiewicz' das Feld; seit 1890 wird die polnische Literatur, wenn sie sich darin auch keineswegs erschöpfte, durch die demokratische volkstümliche Richtung gekennzeichnet, die ins Volk ging. Auch diese Richtung, die aus dem Bauernstand und der Bauernsprache manchen Stoff und Ausdruck schöpfte, hat nicht geringe politische Bedeutung gehabt; sie trug an ihrem Teile zur nationalen Erweckung des polnischen Bauernstandes bei.

Auch politisch, nicht bloß kulturell, war Polen, namentlich nach der Vereinigung mit Litauen, lange die erste Macht in Osteuropa, und unter Stephan Báthory (1576—86) und in der Zeit der Wirren konnte es scheinen, als ob es auch den aufkommenden moskauischen Staat niederhalten und ihn sich, wie Litauen, angliedern würde. Polen und Rußland konnten in der Tat, solange sie nebeneinander bestanden, nur Gegner sein; die russische Expansion nach Westen und Südwesten, zum Schwarzen Meere hin, und die litauisch-polnische Expansion nach Osten und Südosten mußten zusammenprallen; Kampfobjekt waren hauptsächlich die weiß- und kleinrussischen Grenzmarken Litauens östlich der Düna und Dnjeprlinie. Als Iwan der Schreckliche 1475 den Titel »Herr von ganz Rußland« annahm, war damit der Anspruch auf die kleinrussischen Landesteile Polens deutlich ausgesprochen. Die ersten Zusammenstöße erfolgten noch unter Iwan; von 1506 bis zum Frieden von Andruszow (1667), der die polnische Ostgrenze bis 1772 hin festlegte, haben dann neun kürzere und längere polnisch-russische Kriege stattgefunden. Nach Westen wird die frühere polnische Geschichte besonders vom Gegensatz zu Böhmen, das 15. Jahrhundert durch die Verbindung Polens mit Litauen von einem solchen zum Deutschen Orden beeinflußt.

Für das gegenwärtige Verhältnis des polnischen

Volkes zu seinen Nachbarn sind diese historischen Dinge aber weder nach der einen noch nach der anderen Seite entscheidend. Dafür war maßgebend die Stellung, die jedes polnische Teilgebiet in seinem nunmehrigen Staat einnahm, die geographischen und ethnographischen Verhältnisse vor allem, dann seine wirtschaftliche und kulturelle Stellung zum herrschenden Volkstum und die daraus sich ergebenden politischen Erwägungen und Fragen.

Am einfachsten war die Einordnung des polnischen Volkstums in Österreich; die Karpathen waren im wesentlichen immer seine Südgrenze, die Berührungen mit den Tschechen im Westen nur verhältnismäßig unbedeutend, während im Osten die Ruthenen keine Berücksichtigung fanden. So ist Galizien ein Land ganz für sich; es ist, wie es Bismarck so klassisch formuliert hat, »außerhalb der Grenzmauer der Karpathen künstlich angeklebt, und Österreich könnte ohne es ebensogut bestehen, wenn es für die 5 oder 6 Millionen Polen und Ruthenen Ersatz innerhalb des Donaubeckens fände«.

Umgekehrt lag für Preußen die Frage stets außerordentlich schwierig, nicht nur, weil sich das polnische Volkstum bis nahe an die Grenzen der Mark Brandenburg erstreckte, nicht nur, weil das herrschende Volkstum mit dem fremden auf weite Strecken unmittelbar zusammenstieß, sondern mehr noch, weil beide so mosaikartig durcheinander gewürfelt sind, daß eine Scheidung, wie der Versuch von 1848 bewies, ganz unmöglich war.

Für Rußland endlich war eine Lösung der polnischen Frage nicht so schwer wie für Preußen, aber schwerer als für Österreich; es übernahm einmal das kompakt polnische Gebiet des heutigen »Kongreßpolen«, dann aber auch jene weiten Gebiete zwischen Njemen-Bug einerseits und der Düna und dem Dnjepr anderseits, die zu dem Polen von 1772 gehört hatten, und in denen die Masse der Bevölkerung zwar litauisch, weiß- oder kleinrussisch war, die herrschenden Schichten aber, der Großgrundbesitz und die oberen Klassen des Bürgertums sich zum Polentum bekannten. Rußland konnte nicht das ganze polnische Reich von 1772, soweit es ihm zugefallen war, autonom organisieren, wenn es nicht Riga im Norden, Odessa im Süden aufs Äußerste gefährden wollte.

Eine polnische Frage im engeren Sinne gibt es in Rußland erst seit 1815. Denn in den drei polnischen Teilungen war ihm ja rein polnisches Gebiet nicht zugefallen; erst durch den Tilsiter Frieden kam mit dem Bezirk von Bjelostok ein Zipfel polnischen Sprachgebiets an den Zaren. Seit 1815 aber, als Rußland das ganze Land zwischen Bug und Prosna als »Kongreßpolen« erhielt, hatte sich dann die überwiegende Majorität des Polentums mit ihm auseinanderzusetzen. Alexander I. hatte, hauptsächlich unter dem Einfluß seines Jugendfreundes, des Fürsten Adam Czartoryski, von jeher für die Wiederherstellung Polens geschwärmt. Die Verfassung, die es von ihm erhielt (27. November 1815), war für damalige Verhältnisse immerhin liberal, und sie war vor allen Dingen den nationalen Wünschen der Polen in hohem Maße angepaßt. Mit Rußland wurde Polen einmal durch die Person des Zaren verbunden, dem ein Staatssekretär für die Angelegenheiten des »Königreichs Polen«, wie es von 1815 ab hieß, beigegeben wurde; außerdem war gemeinsam noch die auswärtige Politik. Ob das polnische Heer an etwaigen russischen Kriegen teilnehmen sollte, unterlag der Entscheidung des Zar-Königs; jedenfalls sollte es nicht außerhalb Europas verwandt werden. Im übrigen führte das Königreich verfassungsmäßig ein Sonderleben für sich. Im Mittelpunkt der Regierung stand der König bzw. sein Statthalter; in dem Verwaltungsrat, der dem Statthalter beigegeben war, war seine Stimme allein entscheidend. Der Reichstag setzte sich aus Senat und Deputiertenkammer zusammen; im ersteren dominierte der Adel ganz, auch im zweiten herrschte er vor. Die gesetzgeberische Initiative lag im allgemeinen beim König; nur am Schluß durfte der Reichstag um bestimmte Vorlagen bitten; eine Abänderung königlicher Vorlagen war nur durch den zum »Staatsrat« erweiterten Verwaltungsrat im Einverständnis mit dem Reichstag möglich. Aber dieser ganze Organismus war rein polnisch; nur Polen durften Beamte werden; Polnisch war die Sprache der Verwaltung, des Gerichts, der Schule; nur mit dem Monarchen mußte Französisch korrespondiert werden; man unterhielt sein eigenes Heer, dessen Offiziere allerdings der König ernannte, hatte besonderes Geld und eine eigene Münze; entsprechend der Trennung der polnischen von den russischen Finanzen bestand auch eine besondere Oberrechnungskammer in Warschau.

Aber völlig zufrieden waren die Polen doch von Anfang an nicht. Am tiefsten schmerzte es, daß sich dies Königreich Polen nur bis zum Bug und nicht bis zum Dnjepr erstreckte, daß also Litauen und Ruthenien, mochte sich in ihnen auch das Polentum einer unangefochtenen Vorrangstellung erfreuen, nicht zum »Königreich« gehörten. Alexander hatte durch einige unbestimmte Wendungen den polnischen Hoffnungen auf die Vereinigung dieser Länder mit dem Königreich Nahrung gegeben; um so schmerzlicher wurde es empfunden, daß sich diese Hoffnungen nicht erfüllten. Zum Ausdruck kam aber die Mißstimmung erst, als sich die nach den Befreiungskriegen einsetzende Reaktion, wie überall, so auch in Polen fühlbar machte. Nach der Konstitution (Art. 162) sollte der Staatsrat über das erste Budget beschließen, über die folgenden erst der Reichstag; der Artikel wurde aber so ausgelegt, als ob er sich auf das erste Budget bezöge, das zusammen mit einer Steuerreform vorgelegt würde; auf diese Weise ist weder der Staatsrat noch der Reichstag jemals zur Ausübung eines Budgetrechts gekommen. 1819 wurde die Pressefreiheit aufgehoben und eine scharfe Zensur eingerichtet. Die Mißstimmung wuchs; 1820, als der zweite Reichstag zusammentrat, zeigte sich auf ihm schon eine ziemlich starke Opposition. Zum Bruch mit dem Kaiser ließen es die Polen aber nicht kommen; doch war 1825 im dritten Reichstag die Opposition wiederum stark. Da jetzt die Öffentlichkeit der Reichstagsberatungen beseitigt wurde, verlief der Reichstag ruhig; aber das Gefühl war allgemein, daß eine Krise heraufzog, um so mehr, als kurz darauf Alexander starb und Nikolaus I. allen liberalen und polenfreundlichen Schwärmereien seines Bruders fernstand. Inzwischen hatten sich Geheimbünde gebildet; namentlich die »Patriotische Gesellschaft« ragte unter ihnen hervor, die auch weiter bestand, als einige ihrer Führer verhaftet wurden. Gleich zu Beginn der Regierung Nikolaus' wurde sie in den Dekabristenaufstand verwickelt; eine Menge Verhaftungen wurden daraufhin im Königreich vorgenommen. Der Senat, dem die Verschwörer schließlich zur Aburteilung überwiesen wurden, urteilte sehr milde; die Hauptschuldigen wurden nur mit einigen Jahren Gefängnis bestraft (1828). Die Regierung verbot die Veröffentlichung des Ur-

teils und ließ die Verurteilten nach Petersburg bringen; aber das Urteil des Senats zeigte, daß im Grunde das ganze Land hinter der Patriotischen Gesellschaft stand. Auf die Verwirklichung des heißesten polnischen Wunsches, der Vereinigung Litauen-Rutheniens mit Kongreßpolen, konnte jetzt niemand mehr hoffen; man fürchtete die gänzliche Beseitigung der Konstitution; ein Funke mußte bei dieser Lage genügen, um den offenen Konflikt mit Rußland herbeizuführen.

Als der Aufstand dann ganz plötzlich und ohne Vorbereitungen durch den Handstreich vom 29. November 1830 zum Ausbruch kam, hätten die Führer der Nation, wie Chlopicki, Adam Czartoryski und andere, den Ausgleich mit Nikolaus vielleicht durchgesetzt, wenn der Zar die völlige Wiederherstellung der Konstitution versprochen und die Vereinigung Kongreßpolens mit Litauen-Ruthenien nicht a limine abgelehnt hätte; als keins von beiden zu erreichen war, wurde der ohnehin von Anfang an starke Einfluß der Radikalen, der »Roten«, unter der Führung des Historikers Lelewel übermächtig, und der Beschluß des Reichstags vom 25. Januar 1831, das Haus Romanow des polnischen Thrones für verlustig zu erklären, bedeutete die Kriegserklärung an den Zaren in schroffster Form. Der Aufstand endete, wie es Chlopicki von Anfang an nicht anders erwartet hatte, mit der völligen Niederlage Polens; Anfang Oktober lag nach der Einnahme Warschaus und Modlins das ganze Land zu den Füßen des Siegers, des Fürsten Paskiewicz. Die Politik, die Nikolaus I. in der polnischen Frage nun einschlug, beseitigte zwar die Selbständigkeit des Königreichs Polen nicht vollständig, ließ aber doch nur Reste von ihr bestehen; in nationaler Hinsicht dagegen blieb das Polentum in dieser Periode (1831—61) noch ziemlich unangefochten, wenn sich auch der russische Druck schon bemerkbar machte. An Stelle der Konstitution von 1815 trat das Organische Statut (vom 26. Februar 1832), wonach das Königreich Polen einen untrennbaren Teil des russischen Staates bildete; es wurde also zur Provinz, ähnlich wie später Finnland, herabgedrückt; die Krönung des Zaren zum polnischen König in Warschau, der Reichstag, das eigene Heer wurden beseitigt. Im übrigen aber war das Statut verhältnismäßig liberal: die polnische Sprache blieb Geschäftssprache, das Beamtentum blieb mit geringer Ausnahme polnisch; die Religionsfreiheit blieb gewahrt, insbesondere versicherte das Statut ebenso wie die Konstitution die katholische Kirche der Fürsorge der Regierung, das Königreich behielt eine besondere Regierung und Gesetzgebung, eine besondere Finanzverwaltung; namentlich der Staatsrat behielt seine alte Stellung fast unverändert. Selbst Organe der Selbstverwaltung sah das Statut vor, aber sie traten nicht ins Leben; von Anfang an war also wieder der für Rußland so charakteristische Unterschied zwischen Theorie und Praxis da, und er vergrößerte sich im Laufe der nächsten Jahre, nicht ohne die Schuld der Polen, immer mehr und mehr.

Ein strenges Strafgericht brach ohnehin über Polen herein. Über 2500 Aufständische wurden in contumaciam zum Tode oder zu ewiger Verbannung verurteilt, alle mit dem Verlust ihres Vermögens bestraft; damals wurden die Zitadellen in Warschau und Wilna errichtet, Iwangorod gebaut, Modlin verstärkt und in Nowo Georgiewsk umgetauft. Die Aushebungen der Rekruten wurden streng vorgenommen und auf diese Weise viele Teilnehmer des Aufstandes dauernd nach Rußland verpflanzt; die verwaisten, mittellosen oder von den geflüchteten Eltern zurückgelassenen Kinder der Aufständischen wurden weggeführt, die Universitäten in Warschau und Wilna und auch das Lyzeum in Krzemieniec aufgehoben und die Museen, Bibliotheken und wissenschaftlichen Sammlungen zugunsten Rußlands geplündert. Der Schwerpunkt des polnischen geistigen und politischen Lebens aber verlegte sich nun nach Paris; hier fand die Emigration dank der damaligen allgemeinen politischen Lage und der polnischen Schwärmerei für Napoleon und Frankreich ihren gegebenen Mittelpunkt. Die Blüte des damaligen Polentums war unter den Emigranten; daß Mickiewicz, Slowacki, Krasinski dazu gehörten, wurde schon erwähnt. Politisch spalteten sie sich in die beiden Gruppen, die sich schon während des Aufstandes bekämpft hatten: eine radikale mit dem Historiker Joachim Lelewel an der Spitze, die sich hauptsächlich im »Demokratischen Verein« zusammenfand und Fühlung mit der damaligen allgemein revolutionären Bewegung, namentlich mit Mazzini, nahm und zu allen Putschen und Revolutionen der Folgezeit die Hilfskräfte stellte, und zweitens eine gemäßigte, mit dem Fürsten Adam Czartoryski an der Spitze und nach dessen Wohnsitz meist als die des Hotel Lambert bezeichnete, die auf diplomatischem Wege, durch die Presse und die Parlamente die Wiederherstellung Polens betrieb. Beide Parteien haben sich von Anfang an aufs heftigste befehdet und dadurch ihre eigene Sache in den Augen Europas kompromittiert. Aufstandsversuche hatten nur zur Folge, daß sich der russische Druck verstärkte. Im Jahre 1839, dem Jahr der Entdeckung der Verschwörung des Konarski, wurde für die wissenschaftlichen und Schulanstalten ein besonderer Warschauer Lehrbezirk geschaffen und namentlich die sog. Unierte Kirche aufgehoben[1]; 1841 wurden der Staatsrat, die polnische Münze und das polnische Geld beseitigt. Die polnischen Aufstände von 1846 und 1848 schlugen nicht ins russische Teilgebiet hinüber, aber die Gärung im Königreich wuchs. Da starb am 2. März 1855 Nikolaus I. und fast ein Jahr darauf auch Feldmarschall Paskiewicz. Alexander II. wurde von den Polen mit weitgehenden Hoffnungen begrüßt; um so größer war die Enttäuschung, als alles beim alten blieb. Unter dem Fürsten Gortschakow, dem unfähigen Nachfolger von Paskiewicz, entfaltete sich das politische Leben in Polen ziemlich ungestört; noch immer standen sich die alten beiden Parteien gegenüber, die sich jetzt »Weiße« und »Rote« nannten. Die Weißen, hauptsächlich im »Landwirtschaftlichen Verein« zusammengeschlossen und aus Adel und reichem Bürgertum zusammengesetzt, standen unter Führung des Grafen Andreas Zamojski, während bei den »Roten« die Kiewer Universitätsjugend dominierte. Die »Weißen« wollten das nationale Leben und die nationale Gesinnung wecken und heben; sie dachten im Gegensatz zu den Roten nicht an einen Aufstand und haben sich ihm ja auch erst angeschlossen, als er schon im Gange war. Die Ereignisse der Jahre von 1861 bis 1863 und der Verlauf des Aufstandes, der am 22. Januar 1863 ausbrach, können hier nicht skizziert werden. Nur bei der Persönlichkeit und den politischen Ideen des Markgrafen Alexander Wielopolski müssen wir einen Augenblick verweilen. Er gehörte weder zu den Weißen noch zu den Roten, sondern bildete eine Partei für sich; er bekämpfte die antirussische

[1] Die Unierten sind dem Dogma nach griechisch, der Verfassung nach römisch-katholisch.

Tendenz der beiden großen Parteien; er sah das Heil Polens im engen Anschluß an Rußland und steckte sich zum Ziel die Schaffung eines autonomen Polens auf Grundlage des Organischen Statuts von 1832 und teilweise auch der Konstitution von 1815. Als er in den polnischen Wirren des Frühjahrs 1861 in die neugeschaffene (polnische) Regierungskommission berufen war (27. März 1861) und ein Jahr später (8. Juni 1862) dem Statthalter Großfürsten Konstantin als Leiter der Zivilverwaltung an die Seite gestellt wurde, ging er daran, seine Pläne zu verwirklichen. Vor allem trat der Staatsrat wieder ins Leben; er beriet über Gesetzentwürfe und das Budget und kontrollierte die ganze Verwaltung des Königreichs. In den Kreisen wurde eine weitgehende Selbstverwaltung eingeführt; 1861 entstand in Warschau wieder eine Kommission für Kultur und Unterricht, durch die die Leitung des Schulwesens wieder in polnische Hand kam; in Warschau wurde auch die Universität als »Hauptschule« wieder eröffnet (1862). Zwar fehlten der Reichstag und das eigene Heer, aber das meiste, was durch den Aufstand von 1830/31 dem Polentum verlorengegangen war, hatte Wielopolski durch seine kluge Politik wieder gewonnen. Da brach der Aufstand aus.

Nach seiner Niederwerfung setzte eine ungleich schärfere Politik ein als nach dem ersten Aufstand. In allen Gouvernements des »Nord- und Südwestgebiets«, also in Litauen und Ruthenien, wurde »Personen polnischer Herkunft« der Landerwerb untersagt (1865); soweit die Güter des polnischen Adels nicht konfisziert wurden, legte man ihnen eine 10prozentige Steuer vom Ertrage auf; die polnische Sprache wurde aus der Öffentlichkeit entfernt, die Herausgabe von Druckwerken in polnischer Sprache untersagt, Polen zu den öffentlichen Ämtern nicht zugelassen, die römisch-katholische Kirche wurde verfolgt und schikaniert — kurz, ganz konsequent wurde versucht, die Vorherrschaft des polnischen Elements im »Westgebiet« zu brechen und das russische an seine Stelle zu setzen. In Kongreßpolen, wo das Polentum ja in kompakter Masse sitzt, war eine derartige Russifizierungspolitik nicht möglich; immerhin wurden die Rechte des Polentums und der polnischen Sprache hier ebenfalls nach allen Richtungen stark beschränkt. Die polnischen Behörden in Warschau, der Staatsrat, die Kommission des öffentlichen Unterrichts, die Schatzkommission usw. wurden aufgelöst und durch russische Behörden ersetzt; 1866 wurde die heutige Einteilung in 10 Gouvernements durchgeführt; 1874 verschwand die Würde des Statthalters und an seine Stelle trat, wie im Westgebiet, der Generalgouverneur. Seit 1876 wurde auch die Gerichtsbarkeit russifiziert, nur einzelne Gesetze, wie der Code Napoléon, oder die Hypothekenordnungen von 1818 und 1825 blieben noch in Kraft. In der Verwaltung wurde die russische Sprache im äußeren und inneren Dienst eingeführt (1868); nur in den Gminversammlungen[1] und Gmingerichten blieb die polnische Sprache in Geltung, da es unmöglich war, von den Bauern russische Verhandlung zu fordern; in der Verwaltung der Gmina wurde aber allmählich auch das Russische vorherrschend. Auch sonst drang bis in die 1890er Jahre das Russische vor. In den Schulen wurde die russische Unterrichtssprache 1869 eingeführt; die polnische Sprache blieb Unterrichtsgegenstand, wurde aber in russischer Sprache unterrichtet, nur im Religionsunterricht blieb in allen Schulen das Polnische Unterrichtssprache. Die Invasion russischer Beamten wurde, namentlich seit 1876, als sich ihnen die Justiz öffnete, immer stärker; die unteren Stellen wurden aber nach wie vor durchweg mit Polen besetzt, in den Stadtverwaltungen auch die oberen. Einen besonders schweren Stand hatte die katholische Kirche; die »Uniaten« in den östlichen Gouvernements Siedlce und Lublin wurden mit Hilfe ruthenischer Geistlichen aus Galizien gewaltsam zur Orthodoxie bekehrt. Der Geistlichkeit wurden die Einkünfte geschmälert, es wurde ihnen der unmittelbare Verkehr mit Rom verboten; eine ganze Reihe von Klöstern wurde aufgehoben. Ein Erfolg konnte mit dieser ganzen Politik nicht erzielt werden; während die Russifizierungspolitik im Westgebiet einen gewissen Sinn hatte und sich stützen konnte auf örtliche Elemente, wie Weiß- und Kleinrussentum, die dem Russentum kirchlich und national nahestanden, fehlten in Kongreßpolen dafür alle Voraussetzungen; an eine Russifizierung der kompakten Masse des Polentums war nicht entfernt zu denken, und in nationaler Hinsicht zu verteidigen war hier auch niemand, wenn man von den Ruthenen in Lublin und Siedlce und den Litauern in Suwalki absieht.

Inzwischen aber hatte sich im polnischen Volke eine tiefgreifende Wandlung vollzogen. Nach dem Scheitern des Aufstandes von 1863 war die Aufstandsidee endgültig zu Grabe getragen, und ebenso die Hoffnungen auf die Hilfe der Westmächte, in denen sich die Emigration seit 1831 gewiegt hatte; selbst Frankreich, dessen auswärtige Politik gerade damals von einem Halbpolen, dem Grafen Walewski, geleitet wurde, hatte für die Aufständischen so gut wie nichts getan. Ein Teil des Adels war immer dem Aufstand abhold gewesen; nun wuchs nach der furchtbaren Lehre des Jahres 1863 die Erkenntnis, daß man das letzte politische Ziel, das jederzeit jedem Polen vorschwebt, die Unabhängigkeit, auf einem anderen, langsameren, indirekten Wege zu erreichen suchen müsse, die Aufgabe sei, die nationale Besonderheit des polnischen Volkes, seine Sprache und Kultur zu erhalten und zu entwickeln und sich ferner in dem Staate, dem man durch die Teilung angehöre, eine möglichst einflußreiche Stellung und möglichst günstige Lebensbedingungen zu verschaffen, um so die Zeit abzuwarten, bis der Gang der Geschichte eine Wiederherstellung Polens ermögliche. Am frühesten, konsequentesten und erfolgreichsten wurde dies Programm im österreichischen Teilgebiet durchgeführt; aber auch in Preußen und in Rußland, wo Wielopolskis Beispiel vor Augen stand, beherrschte es in den 1890er Jahren die polnische Politik. Getragen wurde dies Programm fast ausschließlich vom Adel, der früher ebenso ausschließlich der Träger des Aufstandsgedankens gewesen war. Damit war der Aufstandsgedanke im polnischen Volk, wenn nicht ganz erledigt, so doch stark zurückgedrängt. Zugleich ging damit die einhellige antirussische Orientierung des Polentums verloren. Aber noch eine weitere Wandlung trat ein. Die Führung des Volkes entglitt dem Adel, die breiten Volksmassen kamen allmählich empor, und ihre Vertreter übten bald den größten politischen Einfluß aus. In Russisch-Polen war es namentlich die Agrarreform von 1863, die trotz großer wirtschaftlicher Mängel den polnischen Bauernstand zweifellos gehoben hat; es kam die Industrialisierung des König-

---

[1] Gmina ist die Gesamtgemeinde, Gromada die einzelne Dorfgemeinde.

reichs hinzu und schließlich auch die schon erwähnte literarische Bewegung, die »ins Volk ging« und der Hebung des Volkes galt; seit der Mitte der 1880er Jahre wurde sie die allgemeine Losung, namentlich der Universitätsjugend. 1886 erschien die erste Wochenschrift dieser demokratischen Bewegung in Russisch-Polen; im selben Jahre entstand auch ihre Organisation, die »Liga Polska«, später Liga Narodowa (Nationalliga) genannt. Der alte Gegensatz zwischen Adel und Bauern, den die Regierung durch ihre Agrarpolitik seit 1863 noch zu vertiefen gesucht hatte, verlor durch die Arbeit dieser Organisation allmählich an Schärfe; die Schulpolitik der Regierung tat das ihre, um den Bauern national aufzurütteln und gegen die Regierung aufzubringen; schon gegen Ende des Jahrhunderts wurde es klar, daß Rußland auf die polnischen Bauern nicht mehr wie früher zählen könne. Bereits 1897 konnte die bis dahin geheime Liga Narodowa sich offen als »nationaldemokratische Partei« konstituieren und als ihr Programm den Kampf mit dem Regierungssystem proklamieren. Als sich ungefähr zur selben Zeit die Aussichtslosigkeit der versöhnungsparteilichen Richtung offenbarte, wurde die Nationaldemokratie zur herrschenden Partei in Russisch-Polen; nur in der Sozialdemokratie hatte sie eine heftige Gegnerin und Konkurrentin. Das Programm der Nationaldemokratie war in nationaler Hinsicht radikal; sie wollte nicht ein Titelchen des polnischen Besitzstandes aufgeben, in nationaler Hinsicht nicht die geringste Konzession machen und zugleich die materiellen und kulturellen Güter des Volkes vermehren. Nicht mehr die Wiederherstellung der Unabhängigkeit war das Ziel, auf das alles zugeschnitten war, vielmehr trat der Staat hinter der Nation zurück; man gab dies Ziel nicht auf, aber es war fortan nur eine Seite, eine Etappe in dem großen Prozeß der nationalen Hebung und Entwicklung des Volkes. Als die Revolution in Rußland ausbrach, zeigte sich, daß der Aufstandsgedanke in Polen keinen Boden mehr hatte; die Nationaldemokratie verhielt sich zunächst passiv, später begann sie auf legale Weise für die Verbesserung der polnischen Stellung in Rußland zu kämpfen; über eine weitgehende Autonomie sind aber auch die polnischen Forderungen damals nicht hinausgegangen. Zunächst schien es, als ob die Politik der Nationaldemokratie Früchte für das Polentum tragen solle; die Revolution brachte auch hier einige Erleichterungen. Das Toleranzedikt von 1905 ermöglichte einem Teil der Uniaten die Rückkehr zur katholischen Kirche, die Beschränkungen, denen die Geistlichkeit, die Prozessionen usw. unterworfen waren, fielen fort; das Verbot, im Westgebiet Land zu erwerben, wurde aufgehoben; in den vielklassigen Schulen wurde das Polnische jetzt (außer in Religion und polnischer Sprache) auch im Rechenunterricht Unterrichtssprache, so daß auf russisch nur noch der Unterricht in russischer Sprache gegeben zu werden brauchte; endlich und vor allem wurde die polnische Sprache auch in Privatschulen (mit Ausnahme des Unterrichts in russischer Sprache, Geographie und Geschichte) als Unterrichtssprache zugelassen. Die im August 1906 geschaffene »Macierz szkolna« machte sich die Gründung solcher polnischer Privatschulen zur Aufgabe. Dazu kam, daß Polen durch die Duma jetzt auch eine parlamentarische Vertretung gewann (in der ersten Duma saßen 51, in der zweiten 47 polnische Abgeordnete). Diese Milderung des antipolnischen Systems trug dazu bei, die Nationaldemokratie ganz auf die Seite Rußlands zu führen; nachdem sie den Aufstandsgedanken längst hatte fallen lassen, tat sie jetzt den zweiten Schritt und suchte durch engen Anschluß an Rußland möglichst viel für Polen zu gewinnen, geriet also in dieser Beziehung in dasselbe Fahrwasser wie die einst von ihr bekämpfte versöhnungsparteiliche Richtung des Adels. Panslawistische Motive spielten dabei mit; der Panslawismus wurde jetzt zum Neopanslawismus, der auf der Basis der Gleichberechtigung Russen und Polen dauernd verbinden sollte. Schroff antirussisch dagegen und revolutionär blieb die polnische Sozialdemokratie. Aber auch die Versöhnungspolitik der Nationaldemokratie scheiterte, und zwar an der nationalistischen Reaktion, die in Rußland einsetzte (seit 1907). Die Änderung des Wahlrechts (von 1907) drückte die Zahl der polnischen Abgeordneten aus dem Zartum auf 11, aus dem Westgebiet auf höchstens 4 herab; die »Macierz szkolna« wurde geschlossen (Dezember 1907); auch der Gebrauch der polnischen Sprache in den Schulen wurde wieder eingeschränkt. Die Semstwoverfassung wurde im Zartum gar nicht, im Westgebiet auch nur so eingeführt, daß sie in russischem Sinne wirkte. Der Hauptschlag für das Polentum aber war die Loslösung der überwiegend ruthenischen Teile des Gouvernements Siedlce und Lublin, die als Gouvernement Cholm zusammengefaßt wurden, von Kongreßpolen (1912); nachdem man die Hoffnungen auf Litauen und Wolhynien und Podolien hatte aufgeben müssen, war diese Verkleinerung des eigentlichen Polens doppelt bitter. Auch die Russifizierung der Warschau-Wiener Bahn, der Haupteisenbahnlinie des Landes, traf das Polentum schwer (1913). Durch all das sank der Kredit der Nationaldemokratie; ihr Führer Dmowski wurde in die vierte Duma (1912) nicht mehr gewählt. Aber eine politische Gruppe ist bis zum Ausbruch des Krieges nicht an die Stelle der Nationaldemokratie getreten; in der Hauptsache standen sich nach wie vor die russophilen Nationaldemokraten und die antirussischen Sozialdemokraten gegenüber; das übrige Polentum war in viele kleine Gruppen gespalten, ohne daß größere sachliche Gegensätze für die Trennung maßgebend gewesen wären. Wie groß die politische Desorganisation im Polentum war, zeigte sich während der Jahre 1912 und 1913, als infolge der Balkankriege die Gefahr eines österreichisch-russischen Zusammenstoßes drohte. Damals wurde in allen Teilen Polens in einer langen Reihe von Artikeln und Broschüren die Frage erörtert, auf welche Seite sich die Polen im Falle eines russisch-österreichischen Krieges zu schlagen hätten, auf die russische oder die österreichische. Zu einer Einigung kam es nicht, es war nicht einmal zu erkennen, auf welche Seite sich die Mehrzahl des Polentums neigte, und es wurde nur klar, daß eben in dieser Frage im Polentum völlige Uneinigkeit herrsche. In dieser Uneinigkeit hat der gegenwärtige Krieg das Polentum getroffen.

Das alte Polen war, wie schon erwähnt, national kein Einheitsstaat; seine weiten Gebiete östlich der ostpreußischen Grenze und des Bug wurden in der Hauptsache von Litauern, Weißrussen und Kleinrussen bewohnt. Die **Litauer** grenzen im Norden an das lettische Sprachgebiet, so, daß die Grenze der Gouvernements Kowno und Kurland fast genau mit der Sprachgrenze zusammenfällt; der Zipfel Ostpreußens nördlich der Memel hat ebenfalls über 50 Proz. Litauer, ist also zum litauischen Sprachgebiet zu

rechnen; nach Süden reichen die litauischen Minoritäten bis in die Gegend von Labiau, Wehlau und Darkehmen. Von der ostpreußischen Grenze geht die litauische Sprachgrenze zwischen Suwalki und Sejny hindurch zum Niemen, der etwa bei Druskienniki erreicht wird. Vom Gouvernement Grodno gehört nur ein kleiner Zipfel zum litauischen Sprachgebiet; die Grenze tritt schnell ins Gouvernement Wilna über und verläuft hier, zunächst in weitem Bogen nach Osten ausgreifend, durch die Kreise Lida und Troki, um dann einen Halbkreis um Wilna zu beschreiben, so daß die Wilija westwärts von Wilna überschritten wird und die Hauptstadt Litauens außerhalb des litauischen Sprachgebiets bleibt. Nördlich der Wilija geht die Sprachgrenze durch die Kreise Wilna und Swenzjany auf der ungefähren Linie Meischagola-Lyntupy bis zur Grenze des Kreises Disna, tritt dann ins Gouvernement Kowno ein und folgt etwa der Dryswjata bis zur livländischen Grenze; die Sprachgrenze des Litauertums nach Osten fällt also ziemlich genau mit der deutschen Front im Winter 1915/16 zusammen, die sich wiederum fast auf ihrer ganzen Ausdehnung mit der russisch-polnischen Grenze nach der zweiten Teilung Polens (1793) annähernd deckt. Im Süden und Osten schließen sich an das litauische Gebiet die Sitze des Weißrussentums; die südliche Grenze des **Weißrussentums** wird durch den Oberlauf des Narew und den Urwald von Bjelowjesch bezeichnet, weiter östlich folgt sie zunächst dem Pripjet, später der Südgrenze des Gouvernements Minsk; nach Osten erstreckt sich das weißrussische Gebiet bis ins Gouvernement Smolensk. An die Weißrussen schließen sich weiter südlich die **Ukrainer**, deren ungeheures ethnographisches Gebiet im Westen nach Kongreßpolen und tief nach Galizien (bis zum San) hineinreicht, nach Süden sich bis ans Schwarze Meer, nach Osten bis zum Don erstreckt und nach Norden (östlich von Minsk) noch das Gouvernement Tschernigow ganz und die Gouvernements Kursk und Woronesch teilweise mit umfaßt. Genaue Zahlen über diese Nationalitäten liegen nicht vor; die Litauer werden heute auf etwa 2 Mill., die Weißrussen auf 8 Mill., die Ukrainer auf 32 Mill. Köpfe geschätzt. Zum ehemaligen Polen gehörten die Litauer fast ganz, die Weißrussen größtenteils, die Ukrainer nur zum Teil; wobei die polnischen Ukrainer wiederum teils, soweit sie in Grodno und Minsk saßen, zum Großfürstentum Litauen, teils zum eigentlichen Polen gehörten. Über ihnen allen stand als herrschende Nationalität das Polentum, es assimilierte sich den Adel und die oberen Schichten der indigenen Bevölkerung und wurde namentlich im Großgrundbesitz vorherrschend. Die Bestrebungen dieser Völker, ihre eigene Nationalität zu entwickeln, mußten deshalb hauptsächlich im Gegensatz zum Polentum vor sich gehen. Im folgenden werden nur die nationalen Bewegungen bei den Litauern und Ukrainern geschildert, da bei den Weißrussen das nationale Leben noch in den Anfängen ist.

Die Litauer. Die **Litauer** bilden mit den Letten eine besondere indogermanische Völkergruppe. Ihre Literatur war von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts fast ausschließlich religiös und kirchlich; erst von da ab setzt die weltliche Dichtung ein, die zunächst aus Fabeln und Idyllen bestand und die alten Volkslieder sammelte, später durch ethnographische und geschichtliche Schriften an der nationalen Erweckung des Volkes zu arbeiten begann. Gefördert wurde diese national-kulturelle Bewegung von seiten der deutschen und polnischen Wissenschaft, die sich namentlich, seitdem die alte Hauptschule in Wilna in eine Universität umgewandelt war (1803), dem litauischen Volkstum zuwandte; das Aufkommen des Nationalitätsgedankens, das hier wie überall stattfand, hatte den Boden vorbereitet; so entstand eine immerhin bemerkenswerte kulturell-litauische Bewegung, deren Träger im wesentlichen Adel und Geistlichkeit waren.

Aber während sich in Finnland und den Ostseeprovinzen die Entwicklung der Indigenen ungestört vollzog, wurde Litauen, namentlich durch den dorthin übergreifenden polnischen Aufstand von 1863, in den russisch-polnischen Gegensatz hineingezogen, und die antipolnischen Maßnahmen der russischen Regierung trafen auch die junge litauische Bewegung schwer. Zwar wurde der litauische Bauer ebenso wie der polnische nach dem Aufstande begünstigt; seiner Sprache wurden im Gouvernement Suwalki sogar einige Rechte eingeräumt, namentlich wurde für die Litauer in Mariampol ein Gymnasium und in Wejwery ein Seminar für Volksschullehrer gegründet; auch wurden fortan auf russischen Universitäten zehn Stipendien an Litauer verliehen. Ihren Zweck, eine litauische Intelligenz zu schaffen, die unter russischem Einfluß stand und gleichzeitig einen Klassenhaß gegen den polnischen Adel in sich einsog, hat die russische Regierung zum guten Teil dadurch erreicht. Aber wichtiger war zunächst, daß durch das Verbot aller Druckwerke in lateinischen Lettern (das sich gegen die Polen richtete) auch die gesamte literarische Bewegung der Litauer völlig lahmgelegt wurde[1]. Es blieb ihren Führern nichts übrig, als ihren Sitz nach Ostpreußen zu verlegen und von hier aus das litauische Volk im nationalen Sinne zu bearbeiten. Von 1883—1904 erschienen in Tilsit einige litauische Zeitschriften, die ausgesprochenermaßen für Russisch-Litauen bestimmt waren, und die, je länger die Emigration dauerte, die ihnen aufgezwungen war, um so russenfeindlicher wurden. Im Verhältnis zu den Polen faßte man zwar ein Zusammengehen gegen Rußland ins Auge, lehnte aber jede polnische Führung und Vormachtstellung ab. Besonders antipolnisch wurde im Laufe der Zeit die litauische Geistlichkeit; sie kämpfte namentlich gegen den Gebrauch der polnischen Sprache in der Kirche und erstrebte für die litauische Sprache die Herrschaft oder wenigstens eine Erweiterung ihrer Rechte. Welche Erfolge durch diese Agitation in Litauen erzielt wurden, ist schwer zu sagen; sie mußte sich ja im geheimen vollziehen; doch war die Verbreitung der in Tilsit erscheinenden Zeitschriften anscheinend recht groß, namentlich im Gouvernement Suwalki.

Epochemachend für die litauische Bewegung war dann die Aufhebung des Verbots des lateinischen Alphabets (7. Mai 1904); es war zwecklos geworden, da die Verbreitung litauischer Schriften in lateinischen Lettern doch nicht zu verhindern war. Während der Revolution kamen zunächst die radikalsten antirussischen Elemente obenauf; der litauische Nationalkongreß, der am 21. und 22. November 1905 in Wilna tagte, forderte Autonomie für Litauen, das außer dem ethnographischen Litauen auch die Gebiete umfassen sollte, die wirtschaftlich, national oder sonstwie dorthin

[1] Die Litauer in Rußland sind im Gegensatz zu denen in Preußen, die evangelisch sind, Katholiken und bedienen sich wie die Polen der lateinischen, nicht der zyrillischen Schrift.

gravitieren (namentlich also Suwalki), ferner Herrschaft der litauischen Sprache in Gemeinde, Kirche und Schule sowie Kampf gegen Rußland. Namentlich der letztere Punkt entsprach aber nicht den Ansichten der Mehrheit der litauischen Intelligenz; kurz vor dem Kongreß hatte man Graf Witte ein Memorandum übergeben, das zwar sachlich ungefähr die gleichen Forderungen aufstellte, aber doch mit Rußland und innerhalb Rußlands die Autonomie und bürgerliche Freiheiten erstrebte. Und diese im Verhältnis zu Rußland gemäßigte Richtung behielt in den folgenden Jahren die Oberhand; sie wurde im wesentlichen getragen von der Geistlichkeit, die die Stoßkraft der litauischen Bewegung so gut wie ausschließlich gegen das Polentum richtete und dabei mindestens die ideelle Unterstützung Rußlands fand. Das Hauptkampfgebiet war die Kirche, und zwar die Sprache des sogenannten »Ergänzungsgottesdienstes«, d. h. aller Gesänge, Gebete usw. außerhalb des offiziellen Rituales; namentlich in der Diözese Wilna, aber auch in den Diözesen Kowno und Sejny hat dieser Kampf um die Kirchensprache erbitterte Formen angenommen und oft zu recht häßlichen Störungen des Gottesdienstes geführt. Die objektive Feststellung der Nationalitätenverhältnisse, die man versucht hat, um danach die Kirchensprache in den einzelnen Gemeinden zu regeln, stößt auf die größten Schwierigkeiten; es gibt »Litauer«, die kein Wort Litauisch können und umgekehrt überzeugte »Polen«, die nur Litauisch sprechen; dazu öffnet der niedrige Bildungsstand jeder Art von Agitation Tor und Tür. So ist es zu einer Beilegung der Streitigkeiten bis zum Kriegsbeginn nicht gekommen; mit aller Heftigkeit ist vielmehr der Streit zwischen Litauertum und Polentum weitergegangen. Daneben hat die litauische Bewegung ihre Hauptaufgaben im Schulwesen gesucht; so besaß der klerikalkulturelle Verein Ziburys (Aufklärung) in Mariampol 1910: 4150 Mitglieder; er hatte in seinen Bibliotheken und Lesehallen 25000 Bände und unterhielt außer Elementarschulen auch ein Mädchenprogymnasium in Mariampol mit litauischer Unterrichtssprache. In Kowno bestand ein ähnlicher Verein. In den drei Diözesen Wilna, Kowno und Sejny erschienen 1912: 14 periodische Zeitungen und Zeitschriften, zu denen noch 17 litauische Zeitschriften in den Vereinigten Staaten hinzukommen. Eine Tageszeitung vermag die litauische Bewegung aber noch nicht zu tragen; die beiden litauischen Zeitungen Wilnas erschienen dreimal bzw. zweimal wöchentlich; alles andere sind Wochen- und Monatsschriften. Für das Stärkeverhältnis der Polen und der Litauer ist es bezeichnend, daß die Polen trotz ihrer geringeren Zahl Anfang 1912 in Wilna zwei Tageszeitungen hatten; der Großgrundbesitz und auch ein Teil der städtischen Oberschicht ist eben polnisch. In der Stadt Wilna machen die Polen heute ungefähr die Hälfte der Bevölkerung aus. 1897 waren im Gouv. Kowno 9, im Gouv. Wilna 8,2 v. H. der Bewohnerschaft Polen.

Die Ukrainer. Die Ukrainer (in Rußland ist die offizielle Bezeichnung »Kleinrussen«, in Österreich ist der Name »Ruthenen« gebräuchlich; Ukrainer, wie sie sich selbst nennen, kommt von Ukraine, gleich Grenzmark, nämlich das den Tatareneinfällen besonders ausgesetzte Gebiet des mittleren Dnjepr) sind den Großrussen in Sprache und Wesenheit verwandt; sie sind das einzige der hier behandelten Fremdvölker, von dem man das sagen kann. Immerhin sind die Unterschiede des Groß- und Kleinrussischen doch erheblich; der »Kazap« (»Bocksbart«, der Großrusse) und der »Chochol« (»Haarschopf«, der Kleinrusse) unterscheiden sich schärfer voneinander als Engländer und Schotten; der poetischere und individualistischere Kleinrusse ist der reinere Slawe; er blieb in den alten Stammsitzen des Russentums, um Kiew herum, sitzen, während die in das Kolonialgebiet des Nordostens (in das Wolga- und Okagebiet) abfließenden Bevölkerungsmassen sich mit den finnischen Ureinwohnern vermischten und so zu dem heutigen Großrussentum wurden. Es ist heute noch wichtig, daß ganz ebenso wie in Preußen auch in Rußland die spätere Staatsbildung vom Kolonialboden und dem Kolonialvolk, also den Großrussen, ausgegangen ist; bei den Kleinrussen hat es zwar auch an Staatsbildungen nicht gefehlt, aus eigener Kraft haben sie sich aber nie behaupten können. Seit dem 16. Jahrhundert wurde die Machtorganisation des östlichen Teils der Ukrainer das Kosakentum, das seiner freien Organisation und Stellung wegen auf die unter polnisch-litauischer Herrschaft lebenden Teile des Ukrainertums große Anziehungskraft ausübte. Bald machte es sich für Polen unangenehm fühlbar, und 1648 brach der große Aufstand unter dem Hetman Bohdan Chmelnyzkyj aus, der in unserm Zusammenhange vor allem deshalb wichtig ist, weil sich Chmelnyzkyj im Verlaufe des Aufstandes, um gegen Polen einen Rückhalt zu haben, an Rußland anschloß; es geschah in dem Vertrage von Perejaslavl (1654), durch den die Ukraine links des Dnjepr mit Rußland vereinigt wurde. Unzweifelhaft vollzog sich diese Vereinigung nicht auf dem Wege der Eroberung, sondern durch einen Vertrag; es wurde der Ukraine auch eine weitgehende Autonomie zugesichert. Trotzdem aber bemühte sich die moskauische Regierung von Anfang an, die Freiheiten der Ukrainer einzuschränken, und gelegentliche Reaktionen dagegen, wie der Aufstand von 1668 oder das bekannte Unternehmen des Hetmans Iwan Mazeppa, blieben ohne Erfolg. Namentlich Peter d. Gr. und Katharina II. gingen auf dieser Bahn mit aller Energie weiter; 1764 mußte der letzte Hetman seine Würde niederlegen; 1720 war schon der Druck von Büchern in der Ukraine verboten worden. Die gebildete Jugend mußte, da höhere Schulen überhaupt nicht errichtet wurden, die Schulen in Großrußland besuchen; eine weitgehende Russifizierung der höheren Klassen des ukrainischen Volkes war die Folge. Doch hat auch hier die Romantik, die sich besonders seit den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts unter den Ukrainern ausbreitete, das Interesse für die Geschichte, Ethnographie und Sprache des Landes verstärkt und so das Nationalgefühl gesteigert. Schon vorher hatte Kotljarevski die kleinrussische Sprache in die Literatur eingeführt; hauptsächlich in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts fällt dann das Wirken des bis jetzt bedeutendsten Dichters der Kleinrussen, Taras Schewtschenko (1814—61). Zu einer umfangreicheren literarischen Bewegung kam es aber nicht; die russische Regierung suchte im Interesse der Einheit des russischen Volkes jede Lebensäußerung ukrainischer Besonderheiten zu verhindern; der kulturelle Separatismus der Ukrainer sei nur eine Vorstufe zum politischen. 1876 wurde verboten, Werke in ukrainischer Sprache, abgesehen von historischen Dokumenten und belletristischen Schriften (in denen aber auch die russische Rechtschreibung angewandt werden mußte), zu veröffentlichen; auch alle Vorstellungen und Vorträge in

ukrainischer Sprache wurden untersagt. Es war eine so harte Maßnahme, wie sie sonst selbst für Rußland unerhört war; Beschränkungen der Muttersprachen fanden, wie wir sahen, überall statt; daß eine Mundart aber vollständig unterdrückt wurde, geschah nur hier.

Da nun auch das ganze Schulwesen russisch wurde, blieb einerseits die Zahl der Analphabeten in der Ukraine außerordentlich hoch, anderseits wurde die Entstehung einer zahlreicheren Intelligenz hintangehalten. Was es an ukrainischen Politikern und Publizisten gab, siedelte sich in den nächsten Jahrzehnten in Lemberg an; die kleine österreichische Ukraine wurde nun in der Tat zu einem geistigen Piemont für die große russische. Von Österreich aus wurde der Boden in Rußland so gut vorbereitet, daß — als 1905 durch die Revolution die Fesseln in der russischen Ukraine fielen — dort schnell ein politisches Leben erwuchs; im Herbst 1905 gab es schon 34 ukrainische Organe; in der ersten Duma gab es 63 ukrainische Abgeordnete. Man verlangte politisch — das war das Programm noch bei den Dumawahlen 1912 — vor allem Autonomie, so wie sie jener Vertrag von Perejaslavl zusicherte, Gleichberechtigung der ukrainischen Sprache mit der großrussischen vor Gericht, in der Verwaltung und der Kirche, Einführung der ukrainischen Unterrichtssprache und Unabhängigkeit der ukrainischen Kirche. Das war ein für Rußland unannehmbares Programm, und man ist, als die Reaktion einsetzte, mit größter Schärfe gerade wieder gegen die ukrainische Bewegung vorgegangen. Die Bestimmung, daß das Ukrainische in den beiden ersten Schuljahren als Unterrichtssprache gebraucht werden dürfte, wurde aufgehoben; das Preß- und Vereinswesen wurde verfolgt; infolge des Wahlgesetzes von 1907 kam weder in die dritte noch in die vierte Duma ein Vertreter der ukrainischen Interessen. Wiederum wurde jede Art von ukrainischem Separatismus von der Regierung äußerst streng verfolgt; ein Blick auf die Karte lehrt ja auch, wie gefährlich er für Rußland ist. Infolgedessen ist die ukrainische Bewegung scharf antirussisch geworden, wobei freilich nicht übersehen werden darf, daß weitaus die meisten Lebensäußerungen der ukrainischen Bewegung vor dem Kriege aus Österreich kamen; über die Meinung in der russischen Ukraine war wegen der Unterdrückungspolitik der Regierung schwer ein sicheres Urteil zu gewinnen. Erschwerend fällt für die ukrainische Bewegung ins Gewicht, daß sie nach zwei Fronten kämpfen mußte, nämlich nicht nur gegen Rußland, sondern auch gegen das Polentum. Wie in Litauen, so ist auch in der sogenannten polnischen Ukraine (westlich des Dnjepr) der Großgrundbesitz überwiegend in polnischer Hand, und überdies steht die Idee einer Wiederherstellung Polens, die den Polen vorschwebt, der Idee einer autonomen Ukraine, die das ganze ethnographische Gebiet des Kleinrussentums umfassen soll, diametral gegenüber.

Die Juden. Schließlich noch ein Wort über die Juden. Sie sind von allen hier behandelten fremden Nationalitäten nach der Verfassung von 1906 allein »Fremdgebürtige« (inorodcy); die Angehörigen der übrigen Nationalitäten gelten als »geborene Untertanen«, während die Juden, freilich nur, soweit sie sich zum Talmud bekennen, rechtlich mit den »östlichen Fremdvölkern« (Kalmücken, Kirgisen usw.) auf einer Stufe stehen. Die 5 Millionen Juden, die es nach der Volkszählung von 1897 in Rußland gab — jetzt werden es etwa 6 Millionen sein —, müssen im sogenannten Ansiedlungsrayon wohnen, d. h. im Zartum Polen, im Westgebiet (außer der Stadt Kiew), in Beßarabien, Cherson, Poltawa, Jekaterinoslaw, der Krim und in Kurland; auch in diesem Ansiedlungsrayon sind sie auf die Städte beschränkt, soweit sie nicht von früher her auf dem Lande saßen; der Landerwerb ist ihnen verboten. Nur Kaufleuten erster Gilde, Akademikern und ärztlichem Hilfspersonal ist der Aufenthalt im übrigen Reiche gestattet. Diese Gesetzgebung, die in der Hauptsache aus dem Jahre 1882 stammt, ist in der Praxis freilich oft durchbrochen; die Juden sitzen massenhaft — meistens durch Bestechung der Beamten — im Innern des Reiches; aber berechtigt sind sie dazu nicht, sie können jederzeit wieder ausgetrieben werden, und in einzelnen Städten ist das auch wiederholt geschehen. Die Hauptmasse der Juden wohnt aber dicht zusammengedrängt im Ansiedlungsrayon, zum größten Teil also in den ehemals polnischen Landesteilen Rußlands; durch die Teilungen Polens ist ja erst eine Judenfrage in Rußland entstanden. In Kongreßpolen allein saßen 1909: 1,7 Mill. Juden, 1913 schon 1,9 Millionen, in den neun Gouvernements des »Westgebiets« (Kowno, Wilna, Grodno, Minsk, Mohilew, Witebsk, Wolhynien, Podolien, Kiew) etwa 3,4 Millionen. Es liegt auf der Hand, daß diese so zusammengepferchten Judenmassen, die durchweg von Handel und Handwerk leben müssen, sich gegenseitig Licht und Luft zur Existenz wegnehmen; das Elend ist deshalb oft groß, und zionistische und namentlich auch sozialrevolutionäre Strömungen haben im russischen Judentum einen außerordentlich günstigen Boden gefunden. Besonders viel hat der sogenannte »Bund«, der 1897 zu einem »Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in Rußland, Polen und Litauen« wurde, zur Revolutionierung der Arbeiterschaft beigetragen, wie denn überhaupt das Judentum, was sich aus seiner traurigen Lage leicht erklärt, in der russischen revolutionären Bewegung immer in vorderster Reihe gestanden hat. Einer Änderung der Gesetzgebung aber, einer Emanzipation des Judentums, stand immer die Besorgnis entgegen, daß dann zweifellos das russische Wirtschaftsleben zum großen Teil in jüdische Hände geraten würde; außerdem wurde es für unmöglich gehalten, dies orthodox-talmudistische Judentum dem russischen Volke zu assimilieren, womit freilich in Widerspruch zu stehen scheint, daß im Westgebiet z. B. das Judentum teilweise bereits recht stark russifiziert ist.

Faßt man zusammen, so war, wenn man vielleicht von den Juden absieht, bei keinem aller dieser Völker beim Kriegsausbruch die Lage so, daß es einhellig gewünscht hätte, »vom russischen Joch befreit zu werden«, geschweige denn imstande gewesen wäre, einen Aufstand zu unternehmen. Am meisten antirussisch war wohl noch die ukrainische Intelligenz; sie befand sich in Lemberg gewissermaßen in der Emigration; die russenfreundliche Gruppe der Ruthenen war in Österreich verhältnismäßig unbedeutend. Ob aber die antirussische Gesinnung der Ukrainer in Rußland selbst ebenso ausgeprägt war, ist nicht so sicher, und vor allem fehlte der ukrainischen Bewegung doch noch in hohem Maße der Rückhalt in den breiten Volksschichten; während des Krieges ist es bis jetzt anscheinend nirgends zu Unruhen in der Ukraine gekommen. Das Polentum war gespalten; ausgesprochen antirussisch waren die Sozialisten; dafür neigten zu Rußland der Adel und der rührigste, in der nationaldemokratischen Partei

zusammengeschlossene Teil des Bürgertums. Wie sich die beiden Gruppen zahlenmäßig verteilten, läßt sich bei der parteipolitischen Desorganisation, die vor dem Kriege im russischen Polentum herrschte, auch nicht annähernd sagen; ein großer Teil des Volkes war im Verhältnis zu Rußland indifferent. Die Litauer, Letten und Esten richteten die Kampffront hauptsächlich gegen die soziale Oberschicht ihres Gebietes, gegen die Polen und die Deutschen; daraus folgte, daß sie, mochten sie auch selbst unter der Russifizierungspolitik leiden, einen Rückhalt bei der russischen Regierung suchen mußten. Endlich sind auch die Wünsche Finnlands im ganzen nie weiter als auf Herstellung der alten Verfassung gegangen. Wie sich die Nationalitätenfrage in Rußland nach dem Kriege weiter entwickeln wird, ob man die alte nationalistische Politik beibehalten oder jene mit der Erklärung vom 31. Juli 1915 (s. oben, S. 72) bezeichnete Bahn einschlagen wird, steht dahin. Jedenfalls erklärt aber die Politik und die Lage der »Fremdvölker« Rußlands, wie sie hier geschildert wurden, weshalb so manche Erwartungen, die in Deutschland zu Beginn des Krieges gehegt wurden und die auf ungenügender Kenntnis der Sachlage beruhten, sich nicht erfüllen konnten.

Die deutschen Ostseeprovinzen

von Dr. **Kurt Stavenhagen**, Archivar der Kurländischen Ritterschaft in Goldingen (Kurland)

Geographisches. Die »deutschen« Ostseeprovinzen, im Mittelalter alle drei Livland genannt, umfassen heute das Gebiet Liv-, Est- und Kurlands und der vorgelagerten Inseln. Von Rußland sind sie durch die natürliche Grenze getrennt, die der Narvafluß und der Peipussee und das sich nördlich von Dünaburg erstreckende Sumpf- und Seenplateau bilden. Nach Süden, nach Litauen, gibt es keine natürliche Grenze. Liv-, Est- und Kurland sind zusammen (mit den Seen) 93799,3 qkm groß, haben also annähernd dieselbe Größe wie Bayern und Württemberg zusammen.

Geschichte. Der Kultur erschlossen wurde das Land durch die Deutschen. Lübische Kaufleute »segelten« die Dünamündung »auf« und trieben dort im Sommer mit den Eingeborenen Tauschhandel. Missionare folgten. Eine kleine Niederlassung entstand. Der dritte Bischof von Livland, Albert, schuf der Kolonie durch die Gründung Rigas (1201) einen festen Stützpunkt und im Schwertbrüderorden eine stehende Macht im Lande. Dieser Orden, der sich in den Kämpfen aufrieb, und an dessen Stelle (1237) ein Zweig des Deutschen Ordens, in Livland unter einem besonderen Meister, trat, hat im 13. und 14. Jahrhundert das Gebiet unterworfen und gegen die Konkurrenzmächte Dänemark, das sich in Estland festgesetzt hatte und verdrängt wurde, Rußland, Litauen behauptet. Es entstanden außer dem Bistum Riga, das bald Erzbistum wurde, die Bistümer Reval, Dorpat, Ösel (und Kurland). In die Oberhoheit teilten sich Orden und Bischöfe. Von der Urbevölkerung blieben erhalten die Esten, ein zum finnisch-ugrischen Sprachstamme gehöriges Volk, in Estland und im Norden Livlands, sowie die Letten, die mit den Preußen und Litauern einen besonderen Zweig der indogermanischen Sprachfamilie bilden. Die auf der Kurischen Halbinsel sitzenden Kuren wurden ganz, die an der Küste des Rigaischen Meerbusens wohnenden Liven (beide Stämme den Esten nahe verwandt) bis auf einen 3000 Köpfe starken Rest im Norden Kurlands aufgerieben oder von den Letten, die jetzt Südlivland und Kurland bewohnen, aufgesogen. Verhängnisvoll für die zukünftige Entwicklung wurde der Umstand, daß der deutsche Bauer, der damals nur zu Lande auswanderte, der neuen Kolonie fernbleiben mußte; Livland war damals nämlich wegen des sich zwischenschiebenden Litauens nur zur See erreichbar. So viel Rittertum, Bürgertum und Kirche für die Eindeutschung des Gebietes auch geleistet haben — die Verwandlung in ein rein deutsches Gebiet wäre nur unter denselben Bedingungen wie etwa im östlichen Deutschland zu erreichen gewesen, d. h. durch den Bauern als in Lebenshaltung und sozial den Indigenen gleichstehendes Element.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts brach das livländische Staatengebilde, das im Reiche keinen Rückhalt hatte, zusammen: Kurland kam als ein selbständiges Herzogtum an Polen, Estland an Schweden, Livland zuerst an Polen, dann an Schweden. Im Nordischen Kriege gewann Rußland die beiden nördlichen Provinzen, 1795 auch Kurland.

Unter russischer Herrschaft blieben die drei Provinzen zunächst ein deutscher Staat im russischen Reiche. Deutsch war die offizielle Landessprache in Justiz, Verwaltung, Kirche und Schule. Deutsche Beamte verwalteten das Land nach deutschem Recht. Land und Stadt genossen weitestgehende Selbstverwaltung. In den Städten galt die aus dem Mittelalter stammende Ratsverfassung, auf dem Lande war die Verwaltung in den vier Landtagen (Liv-, Est-, Kurland und Ösel) konzentriert. Das Stimmrecht auf dem Landtage, die das Recht der Gesetzesinitiative hatten, war (und ist) an den Besitz eines Rittergutes geknüpft. Die Bauern verwalteten ihre Angelegenheiten (Schule, Versorgung arbeitsunfähiger Gemeindemitglieder usw.) in den Gemeindeversammlungen und deren dauernd residierenden Gemeindeausschüssen, Organen der untersten Selbstverwaltungseinheit, der Landgemeinde. Die Vorschläge der Landtage, die Bauern zu den Landtagen heranzuziehen, scheiterten am Widerstande der russischen Staatsregierung. Über das ganze Land zog sich ein Netz von Schulen, auf dem Lande Volksschulen in lettischer und estnischer Sprache, in den Städten deutsche niedere und höhere Schulen mit den deutschen Hochschulen Dorpat (Universität) und Riga (Polytechnikum) als Abschluß. Als Landeskirche galt die lutherische, in den drei jährlich zusammentretenden Synoden organisiert.

In die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts fällt die von dem Großgrundbesitz durchgeführte Befreiung und wirtschaftliche Verselbständigung der Bauern. Auf demselben Wege wie in Deutschland war zu Beginn der Neuzeit nämlich aus dem öffentlich-rechtlichen Amtsbezirk des Grundherrn das privatrechtliche Eigentum des Gutsherrn, aus dem öffentlich-rechtlichen Untertanenverhältnis von Grundherr und Bauer das privatrechtliche Erbuntertänigkeits-, dann das Leibeigenschaftsverhältnis geworden. In den

Jahren 1804—42 wurde dieses schrittweise aufgehoben und durch geeignete gesetzliche Maßregeln und Kreditinstitutionen dafür gesorgt, daß der Teil des Gutslandes, den der Bauer im Mittelalter gegen seine Arbeitsleistung in erblicher Nutznießung gehabt hatte, zunächst seiner Nutznießung (Pacht) erhalten blieb und im Laufe des Jahrhunderts in seinen Besitz überging, ohne daß eine Zersplitterung der Bauernhöfe oder eine Aufsaugung durch den Großgrundbesitz eintrat. Die durchschnittliche Größe eines Bauernhofes beträgt etwa 42 ha. So gibt es in Livland z. B. 32000, in Kurland 28000 Bauernhöfe auf dem Guts- und Domänenlande. Da es in Kurland etwas über ½ Million lettische Bauern gibt, besitzt — die Familie zu 4—5 Köpfen gerechnet — jeder fünfte Lette einen Hof von 47,72 ha, ist also nach reichsdeutscher Messung Mittelguts-, wenn nicht Großgrundbesitzer.

Ende der 1880er Jahre wurde in Verwaltung, Justiz, Schule und Universität die russische Sprache eingeführt. An die Stelle der einheimischen Beamten kamen die den Rechtsgewohnheiten und Traditionen des Landes fremden korrumpierten russischen Verwaltungs- und Polizeibeamten. Die indigene Bevölkerung wurde systematisch, wenn auch mit sehr geringem Erfolg, gegen das herrschende Deutschtum aufgehetzt. In den Städten wurde die russische Städteordnung eingeführt. Landtag und Kirche blieben deutsche Institutionen.

1905 brach infolge und im Zusammenhang mit der russischen Revolution im lettischen Teil der Baltenmark die Revolution gegen den Zarismus und sein Regierungssystem aus. Die Deutschen, die sich in der Überzeugung von der Aussichtslosigkeit der Revolution auf die Seite der Regierung stellten, hatten ebenso wie die lettischen konservativen Grundbesitzer zu leiden, wenn auch nicht so schwer wie diese. Doch brachte die auf die Revolution folgende kurze liberale Ära dem Deutschtum das Recht der Gründung deutscher Schulen und Kulturvereine.

Kultur und Nationales. Nach der einzigen Nationalitätenzählung Rußlands von 1897 waren von den 2386115 Bewohnern Deutsche 165627 (6,94 Proz.), Letten (im südlichen Livland und Kurland) 1070295 (44,84 Proz.), Esten (im nördlichen Livland und in Estland) 884553 (37,08 Proz.), Russen 128789 (5,39 Proz.), Polen 36057 (1,51 Proz.), Litauer 23211 (0,97 Proz.), Juden 62686 (2,65 Proz.), andere Nationalitäten 14897 (0,61 Proz.). Protestantisch waren 80,4 Proz., Griechisch-Katholisch 11,58 Proz., Römisch-Katholisch 4,5 Proz., Juden 3,45 Proz.[1], andere Bekenntnisse 0,07 Proz. Hierzu ist zu bemerken: Die Zahl der Deutschen ist nicht nur an sich zu niedrig angegeben, sondern hat sich seit 1905 auch relativ durch die Vergrößerung der Existenzmöglichkeiten für sie als Deutsche wie durch die Kolonisation auf etwa 200000 = 8 Proz. gehoben, während die Zahl der Letten, bei denen das Zweikindersystem starke Fortschritte gemacht und deren Geburtsüberschuß rund 1 pro Mille bei 20 Sterbefällen aufs Tausend beträgt, verhältnismäßig wenig gewachsen ist. Die Zahl der Russen ist zu hoch angegeben; sie bestehen im wesentlichen aus der russischen Beamtenschaft und einigen Ärzten, Rechtsanwalten, Priestern usw. und bilden kein bodenständiges Element; es ist dann auch bei der Besetzung Kurlands spurlos verschwunden. Sie bilden auch etwa die Hälfte der 11,58 Proz. Griechisch-Katholischen. Die andere Hälfte, etwa 6,5 Proz., sind im wesentlichen in den 1840er Jahren konvertierte Letten aus bestimmten Gegenden Livlands, deren Zahl mit dem 1905 erlaubten Bekenntniswechsel sehr stark abgenommen hat. Als bodenständige Elemente kommen nur Deutsche, Letten, Esten und Juden (in größeren Mengen nur in den kurländischen Städten) in Betracht.

Trotz der geringen Anzahl Deutscher ist die Baltenmark ein deutsch-protestantisch kultiviertes und von Deutschen beherrschtes Land, wie sich aus der Betrachtung der Besitz- und allgemeinen Kulturverhältnisse leicht ergibt. Von dem Großgrundbesitz sind etwa 90—95 Proz. in deutschen Händen, d. h. 50 und mehr Prozent vom Privatbesitz überhaupt. Die andere, kleinere Hälfte entfällt in der Hauptsache auf den lettischen und estnischen Mittelgutsbesitz.

Für den Immobilienbesitz in den Städten geben die Resultate der Stadtverordnetenwahlen Anhaltspunkte: Trotzdem der Wert der Immobilien für das russische Wahlrecht ebensowenig in Betracht kommt — und gerade die wertvolleren Immobilien sind in deutschem Besitz — wie die Zahl der besseren Immobilien, ist in etwa der Hälfte der Stadtverordnetenversammlungen, vor allem in Riga, die Majorität deutsch, d. h. die Hälfte der städtischen Immobilien ist in deutschem Besitz, dem W e r t e nach bedeutend mehr. Ferner ist der in Kurland recht bedeutende Besitz der Juden, die kein städtisches Wahlrecht haben, politisch und kulturell aber zu den Deutschen zu zählen sind, in Betracht zu ziehen, so daß dem Werte nach schätzungsweise 60—70 Proz. deutsch sein dürften.

Der Handel ist fast ein deutsches Monopol, die Industrie ist zum größten Teil in deutschen Händen. Der ländliche Realkredit wird — auch für die Letten und Esten — fast ausschließlich durch vom deutschen Grundbesitz geschaffene Kreditinstitutionen gedeckt, der städtische Realkredit ist zu einem großen Teil in deutschen Händen. Der Personal- und Betriebskredit wird durch die mächtigen deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften beschafft, denen Letten und Esten nur Unternehmungen örtlich begrenzten Charakters von geringem Umfang entgegenstellen konnten. Das gleiche gilt von den Versicherungseinrichtungen, wo auch die Deutschen das Übergewicht haben. Die russischen Kreditunternehmen, die in letzter Zeit ihre Tätigkeit auf die Baltenmark ausdehnten, sind trotz aller Förderung seitens der Regierung für das Wirtschaftsleben von sehr geringer Bedeutung gewesen.

Ebenso sind die herrschenden Stände deutsch; der Adel, beruflich zum großen Teil durch den Großgrundbesitz vertreten, ist korporativ zusammengeschlossen. Ebenso bilden die Literaten, d. h. die Mitglieder der »studierten« deutschen Familien, einen Stand und nicht eine Berufsklasse. Neben den deutschen Gebildeten gibt es eine kleine Gruppe lettischer und estnischer Gebildeter, die aber ganz oder halb russifiziert ist. Ihre Zahl ist gering: z. B. gab es 1910 in Kurland, wo es rund 50000 deutsche und 500000 lettische Protestanten gibt, 74 deutsche (82,23 Proz.) und 16 lettische (17,77 Proz.) Pastoren. Der dritte deutsche Stand sind die »Bürger« (Kaufleute, Handwerker), noch heutigestags in Gilden oder Ämtern organisiert.

Die D e u t s c h e n sind die Träger alles geistigen

[1] Daß die Juden in der Religionsstatistik mit anderen Zahlen auftreten als in der Nationalitätenstatistik, liegt daran, daß sich viele z. B. als »Deutsche mosaischer Konfession« bezeichnen, aber unter den Nationalitäten als Deutsche, unter den Religionsbekenntnissen als Juden bezeichnet werden.

Lebens gewesen. Die wissenschaftliche Erforschung des Landes (Geschichte, Flora, Fauna, Geologie, lettisches und estnisches Volkstum und Sprache) ist ganz in ihren Händen. Sie ist in zahlreichen Vereinen, Bibliotheken, Museen, Archiven, (landwirtschaftlichen) Versuchsstationen konzentriert. Es gab bis Kriegsbeginn drei ständige und drei Sommertheater. Es erschienen in der Baltenmark 46 deutsche Zeitungen und Zeitschriften. Ebenso beherrschen die Deutschen das kirchliche Leben und die kirchlichen und privaten Wohlfahrts- und Wohltätigkeitsinstitutionen (z. B. Irren- und Krankenhäuser, Taubstummen- und Blindenheime, Lepraasyle, Kleinkinderbewahranstalten usw.), obgleich diese zum allergrößten Teil der indigenen Bevölkerung zugute kommen. Die bedeutendste Kulturleistung sind die (seit der Revolution von der russischen Regierung wieder erlaubten) Schulen mit deutscher Unterrichtssprache: zu Kriegsbeginn gab es etwa 100 deutsche Schulen, Kaufmanns-, Handwerkslehrlingsheime, darunter etwa 22 höhere Schulen.

Das eigentliche Rückgrat des Deutschtums bildet zunächst der Großgrundbesitz, d. h. die in den Landtagen zusammentretenden bürgerlichen und adligen Rittergutsbesitzer, »die Ritter und Landschaften«, die das Recht hatten, sich zu gemeinnützigen Zwecken selbst zu besteuern. Sie haben dieses Recht zu nationalen Zwecken ausgenutzt und große Summen für die Subvention deutscher Kulturinstitutionen und die Erhaltung von vier deutschen Gymnasien (von denen eins eine Doppelschule ist) aufgebracht. Anderseits waren die »deutschen Vereine« die Hauptstütze deutscher Kultur; sie unterhielten im ganzen 72 Elementarschulen, Bürgerschulen, Progymnasien, Töchterschulen, Gymnasien, Kaufmanns- und Handwerkslehrlingsheime, ferner Sparkassen und Stellenvermittlungsstellen, Bibliotheken, sorgten für Volksaufführungen im Theater, Pflege deutschen Gesanges, Fortbildungskurse usw. Angegliedert waren ihnen Frauenbünde, die sich die soziale Hilfstätigkeit (Kleinkinderbewahranstalten, Ferienheime usw.) zur Aufgabe gemacht hatten. Eigens dafür gegründete Baugesellschaften sorgten für die Vermehrung des deutschen städtischen Immobilienbesitzes.

Für die Betrachtung der **Letten** und **Esten** ist der entscheidende Gesichtspunkt, daß es deutsch-kultivierte Bauernvölker sind. Wie stark dieser deutsche Kultureinfluß ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß es den Russen trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, die Esten und Letten, abgesehen von einer kleinen Minderheit, zu russifizieren. Dem Russen fühlen sie sich überlegen. Kreews (Russe) war bis vor kurzem ein lettisches Schimpfwort. In den Deutschen sehen sie die Vertreter höherer Kultur. Die meisten, wenigstens in den Städten, verstehen Deutsch; sehr viele sprechen es. Letten und Esten lernen das Deutsche leichter als das Russische, zum Teil weil ihre Sprachen — was für die Kulturverhältnisse charakteristisch ist — von den deutschen (niederdeutschen) Lehn- und Fremdwörtern stark durchsetzt sind. Vor der Russifizierung gab es unter ihnen nur etwa 2 Proz. Analphabeten, nach der Russifizierung, der auch die von den baltischen Deutschen begründeten indigenen Volksschullehrerseminare und die Volksschulen zum Opfer fielen, schnellte deren Zahl auf 24,8 Proz. in die Höhe (in Rußland etwa 75—80 Proz. Analphabeten). Es ist von Bedeutung, daß die Hauptbildungsmittel der Indigenen neben der Bibel Luthers Katechismus und das deutsche Kirchenlied sind. Das kirchliche Leben, das bei ihnen stark entwickelt ist, bewegt sich in den deutsch-protestantischen Formen. Die Besitzverhältnisse, von denen oben die Rede war, können nur mit denen Europas, aber nicht Rußlands verglichen werden. Das gleiche gilt von der Art ihrer Bewirtschaftung des Landes. Nach deutschem Muster haben Letten und Esten eine Anzahl landwirtschaftlicher, Konsum-, Versicherungs-, Bienenzuchtvereine, Spar- und Vorschußkassen (besonders in Lettland) begründet. Neben der Pflege des wirtschaftlichen Lebens tritt die des geistigen Lebens stark zurück, was sich in der sehr geringen Zahl ihrer Bildungs- und Schulvereine ausdrückt (in Livland z. B. 1910 neben 227 Feuerversicherungsvereinen nur 4 Schul- und 12 Bildungsvereine). Letten und Esten sind ihrem Charakter nach eben Bauernvölker geblieben. Starkes Nationalbewußtsein geht beiden ab, was sich auch darin ausdrückt, daß es die über eine Million Letten nur zu 2 höheren, 7 mittleren und 13 niederen Schulen, die rund 900 000 Esten zu 2 höheren, 2 mittleren, 2 niederen Schulen in der Muttersprache gebracht haben, wobei es sich großenteils nur um nominell lettische oder estnische Schulen mit starker Bevorzugung der russischen Sprache, die nach der Russifizierung leichtere Fortkommensmöglichkeiten bot, handelt.

Es gibt heute auch eine an Zahl und Einfluß nicht bedeutende indigene Intelligenz, die größtenteils aus Vertretern der praktischen Berufe besteht (Kaufleute, Techniker, Bankbeamte usw.) und der russischen »Bildung« verfallen ist. Zu einer modernen Literatur — Letten und Esten haben ein schönes Volkslied, die Esten außerdem alte nationale Heldenlieder — sind Ansätze vorhanden, Übersetzungen und Nachahmungen der russischen und vor allem der deutschen Literatur. Es erschienen vor Kriegsbeginn etwa 49 lettische und 14 estnische Zeitungen und Zeitschriften. Die Stadt Riga unterhält aus politischen Gründen ein lettisches Theater, neben dem es ein lettisches Sommertheater gibt. Ein eigenes nationales Leben höherer Art (Wissenschaft, Kunst) ist solchen Völkersplittern versagt, da die nationale Basis zu klein ist.

Die Letten und Esten in der Baltenmark unterscheiden sich von ihren Volksgenossen, die versprengt außerhalb des baltischen Gebietes sitzen. Die deutsche Erziehung hat aus ihnen fleißige und sparsame Arbeiter gemacht. Der Nationalcharakter der beiden Stämme ist stark verschieden; dem intelligenteren, temperament- und phantasievollen Letten steht der männlichere, nüchterne, zähe Este gegenüber. Die Esten sind als tüchtige Seeleute bekannt. Beide Nationen stehen übrigens in erbittertem politischen und wirtschaftlichen Kampf untereinander.

Das jahrhundertelange gute Verhältnis zwischen Deutschen und Nichtdeutschen ist durch die russische Aufhetzungspolitik um die Jahrhundertwende vorübergehend getrübt worden. Daß dieser Gegensatz nur auf der Oberfläche vorhanden war, haben die Ereignisse seit der Besetzung Kurlands durch das deutsche Heer bewiesen. Von einem Deutschenhaß, der bei der Gemeinsamkeit der Kultur und mannigfacher materieller und geistiger (Kirche!) Interessen auch sinnlos wäre, kann nur bei der ganz oder halb russifizierten indigenen Intelligenz die Rede sein. Die Letten sind übrigens eine aussterbende Nation.

Das **Judentum** spielt nur in Kurland eine Rolle. Die kurländischen, meist wohlhabenden Juden dürfen mit der sog. »Kümmerrasse« in Litauen und Polen nicht verwechselt werden. Sie sind meist Kaufleute und sind die Hauptträger des Holzhandels. Außerdem

sind sie im Handwerkerstande vertreten, ja einzelne Handwerke, wie das der Schneider und Klempner, sind namentlich in den kleineren Städten fast ganz in ihren Händen. Politisch und kulturell halten sie es mit den Deutschen.

Handelspolitisches und Wirtschaftliches. Seit dem frühesten Mittelalter ist an den Besitz der Baltenmark das Dominium maris Baltici in militärischer wie handelspolitischer Hinsicht gebunden. Die Baltenmark mit den Häfen Riga, Reval, Windau, Libau, Pernau, Narva war 1911 das Transitland für ein Drittel der gesamten russischen Ausfuhr und 30 Proz. der Einfuhr. Riga war der größte Ausfuhrhafen und der zweitgrößte Einfuhrhafen Rußlands, der erste Holzhandelsplatz der Welt und überragte mit seinen fast 4 Millionen Registertonnen ein- und ausgegangener Schiffe den ersten deutschen Ostseehafen Stettin (3,6 Mill. Tonnen). Ausgeführt wurden aus Riga in erster Linie Holz, Eier, Flachs, Felle, eingeführt Maschinen, Kautschuk, Kohlen, Baumwolle, Chemikalien, Kaffee, Tee, Heringe usw. Über die Ostseehäfen ging die gesamte Lebensmittelausfuhr Sibiriens, der größte Teil der Flachs- und Leinsaatausfuhr, drei Viertel der russischen Fellausfuhr usw. Anderseits wurde die gesamte russische Industrie mit Ausnahme des polnischen Rayons über die Ostseehäfen mit Rohstoffen (über 50 Proz. der Baumwolleinfuhr), Halbfabrikaten, Kohlen und Maschinen versorgt. Der Handel Deutschlands, das 1911 an der gesamten Einfuhr nach Rußland mit 46,6 Proz. und an der russischen Ausfuhr mit 32 Proz. beteiligt war, geht zum größten Teil durch die Ostseehäfen und hat in letzter Zeit in diesen das Übergewicht über Großbritannien, den Hauptabnehmer und Hauptgeber der russischen Ostseeaus- und -einfuhr, errungen.

Von grundlegender Bedeutung für die Zukunft ist nun die Tatsache, daß der durch die baltischen Häfen gehende Handel, vor allem die gewaltige, oben erwähnte russische Ausfuhr, bei einer Abtrennung der ganzen Baltenmark von Rußland nicht auf andere Wege umgeleitet werden kann. Der Holzhandel ist ohnehin an die Flüsse, vor allem die Düna, gebunden. Im übrigen geht der Handel nach Westen, vor allem England, kann also des kürzeren Weges und der deshalb billigeren Seefracht, Seeversicherung usw. wegen nicht über Odessa oder gar das über die Hälfte des Jahres vereiste Wladiwostok umgeleitet werden. Petersburg kommt aber als Umleitungshafen aus demselben Grunde wie Wladiwostok nicht in Frage.

Der Übergang der baltischen Provinzen an Deutschland würde nicht nur alte daseinsfähige und berechtigte Verhältnisse wiederherstellen, sondern unserem Reiche wirtschaftlich und politisch in der Ostsee gegenüber Rußland eine überaus vorteilhafte und feste Stellung sichern.

Die zukünftige wirtschaftliche Bedeutung der sehr fruchtbaren drei Provinzen besteht in ihrer Landwirtschaft, in ihrem Getreidebau und ihrer Viehhaltung. Angebaut werden hauptsächlich Roggen, dann Gerste und Hafer. Weizen wird in größeren Mengen nur in Kurland geerntet. Daneben spielt, namentlich in Estland, der Kartoffelbau eine große Rolle. Der Durchschnitts-Hektarertrag an Weizen, Roggen und Gerste betrug 1910: 1141 kg, gegenüber 800 kg in den benachbarten russischen Gouvernements und 1500 kg in Ostpreußen. Was die Viehhaltung anbetrifft, so entfielen 1910 auf 100 Einwohner 19 Pferde, 58 Rinder, 46 Schafe und Ziegen und 26 Schweine. Die entsprechenden Ziffern für Deutschland 1912 sind: 7, 31, 14, 33. Es ist nun berechnet worden (vgl. die ausgezeichnete Arbeit von Warmbold, Ranin und Müller, »Die Volkswirtschaft der russischen Ostseeprovinzen«), daß die Baltenmark bei Anwachsen ihrer Bevölkerung von 2,5 Millionen auf 4,5 Millionen Einwohner (s. unten), also etwa auf die Höhe der Bevölkerungsdichte in Ostpreußen, nach Deckung des eigenen Bedarfs unter der Voraussetzung, daß Landwirtschaft und Verkehrsverhältnisse auf die Höhe Ostdeutschlands gehoben würden, mindestens auszuführen imstande wäre: 1 Million t Getreide (Roggen, Weizen, Gerste, Hülsenfrüchte), 100 000 Stück Pferde, 100—120 000 Stück Rindvieh, 800—900 000 größere Läuferschweine, 36 Millionen Liter Spiritus. Deutschlands Einfuhr vor Ausbruch des Krieges war etwa 1 Million t Brotgetreide (nach Abzug der Mehl- und Getreideausfuhr), 3 Millionen t Futtergerste, 140 000 Stück Pferde, 250 000 Stück lebendes Rindvieh. Dazu käme nun noch das durchschnittlich ebenso fruchtbare Litauen in der Größe des Königreichs Bayern.

Von großer Bedeutung sind die großen Forstbestände des Landes; 25 v. H. (in Kurland sogar 34⅓ v. H.) der Gesamtfläche sind von Wald bestanden. Dazu zu rechnen wäre noch, da das Wiese- und Weideland zum größten Teil mit Bäumen besetzt ist, die Hälfte von diesem, so daß die Waldfläche etwa 43 v. H. beträgt. Diese gibt schon jetzt jährlich Holz für 55 Millionen Mark her. Durch Besserung der Verkehrsverhältnisse und Meliorationen ließe sich die Ertragsfähigkeit noch sehr bedeutend steigern.

Seit der Witteschen Ära war in der Baltenmark eine recht bedeutende Industrie emporgeblüht, deren Produktionsziffer 1908 etwa 250 Millionen Rubel betrug. Am wichtigsten ist die Textilindustrie; es folgen die chemische Industrie, zu der nach der russischen Statistik die große Gummiindustrie Rigas gehört, die Metallindustrie, die Nahrungsmittel-, die Papier- und Holzstoffindustrie. Über ihr zukünftiges Schicksal etwas im allgemeinen auszusagen, ist unmöglich, da sie zum Teil, aber nur zum Teil, ihre Blüte den russischen Schutzzöllen und dem freien, durch Differentialtarife begünstigten Absatz im russischen Hinterlande verdankt.

Siedlungswesen. Eine große Bedeutung wird die Baltenmark in Zukunft vielleicht einmal als Siedlungsland haben. Von grundlegender Bedeutung ist hier, daß in dem fruchtbaren Lande nur 28,96 Einwohner (1897) auf dem Quadratkilometer wohnen, und daß es an Kräften gebricht, das Land genügend intensiv zu bewirtschaften. Nach der Revolution ging eine Gruppe baltischer Großgrundbesitzer daran, deutsche Bauern aus dem Innern Rußlands bei sich anzusiedeln. Bis zum Ausbruch des Krieges waren etwa 20 000 Kolonisten angesiedelt, die es ausgezeichnet verstanden haben, sich unter den anders gearteten wirtschaftlichen Verhältnissen in die Höhe zu arbeiten, und die einen auf eigenen Füßen stehenden Kleingrundbesitz entwickelt haben. Reichsdeutsche Siedlungsspezialisten, die einen Hauptteil der Kolonien nach der Besetzung Kurlands besichtigt haben, stellen ihrer Lebensfähigkeit ein vorzügliches Zeugnis aus. In dieser Siedlungstätigkeit könnte in großem Maßstab fortgefahren werden. Als Siedlungsland kämen in Betracht die Domänenländereien, die in Kurland 22 v. H., in Livland 14 v. H. der Gesamtfläche ausmachen (in Estland unbedeutend sind), ⅓ der Ländereien des Großgrundbesitzes, zu dessen Abtretung

sich dieser in Kurland im Herbst 1915 einstimmig bereit erklärt hat, 1/3 des Mittelgutsbesitzes, der (unbedeutende) russische und polnische Großgrundbesitz.

Um Spekulationen zu vermeiden, müßte das in Frage kommende Siedlungsland bei Friedensschluß zu den drei Jahre vor dem Kriege üblichen Preisen enteignet werden. Die sich auf diese Weise ergebende Fläche würde im äußersten Falle 3,5 Millionen ha betragen. Gibt man dem Bauernhof die Größe von 15—20 ha und rechnet man die Kolonistenfamilie 8—10 Köpfe stark — der Geburtenzuwachs der deutschen Wolgakolonisten beträgt z. B. 72 aufs Tausend (Deutsches Reich 28,3) —, so wäre in der Baltenmark Raum für 200000 Familien, d. h. für die 1½—2 Millionen deutscher Kolonisten, die die großrussische Willkür durch das Gesetz vom 15. Februar 1915 enteignet hat. Durch eine derartig vom Staat betriebene Kolonisation würde dieser Millionen gewinnen, für die Baltenmark der Weg einer sicheren Eindeutschung beschritten und der deutschen Industrie ein Absatzgebiet von einer ungeheuren Aufnahmefähigkeit erschlossen werden.

Es ist die historische Mission der deutschen Balten gewesen, dies als Transitgebiet, als landwirtschaftliche Vorratskammer, als Siedlungsland und industriellen Absatzmarkt wichtige Land in oft schweren Kämpfen deutscher Kulturarbeit bewahrt und damit die Lösung solcher Zukunftsaufgaben vorbereitet zu haben.

Polen

von W. v. Massow in Berlin-Halensee

Vor 120 Jahren schied das Königreich Polen aus der Reihe der selbständigen Staaten, nachdem sein Gebiet unter Rußland, Preußen und Österreich aufgeteilt worden war. Aber nur der polnische Staat war tot, die Nation lebte fort. Das bewies sie im Festhalten ihrer geschichtlichen Sonderart und in verschiedenartigem Widerstand gegen die ihr auferlegte Ordnung. Jetzt nötigen die Ereignisse des Weltkrieges aufs neue zu der Frage, was weiter werden soll.

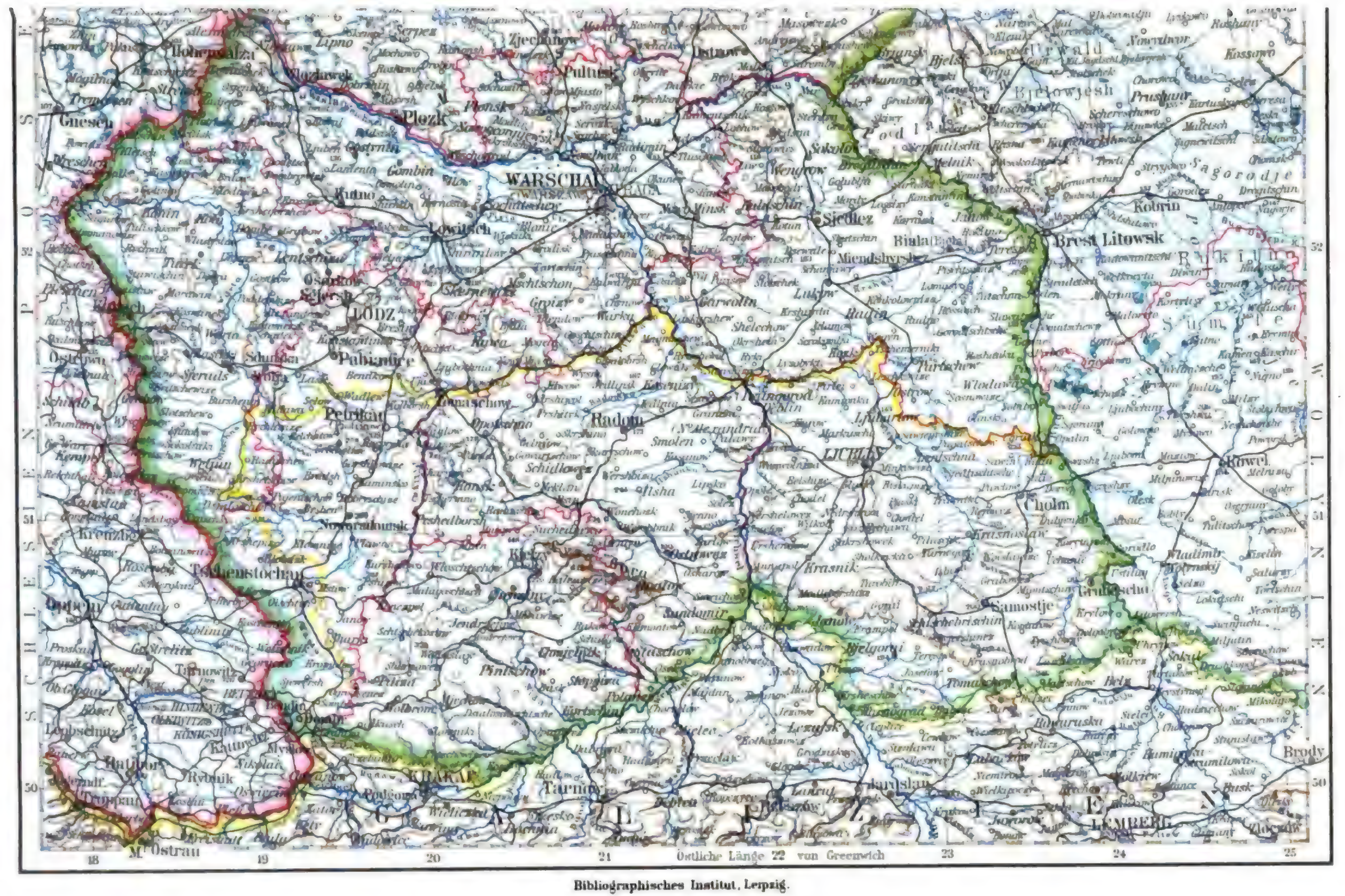
Der polnische Staat des Mittelalters hatte zeitweise seine Macht weit nach Osten ausgebreitet und auch in einzelnen Gebieten, z. B. Litauen, stark polonisierend gewirkt. Aber sein nur auf dem Wege der Eroberung und Unterdrückung, nicht durch Siedlung und Kulturarbeit verbreitetes Volkstum vermochte unter den Nachbarvölkern nicht Wurzel zu fassen. Dagegen war Polen im Westen stark von Deutschen durchsetzt, die nicht als Eindringlinge oder Überbleibsel einer in Grenzkämpfen verdrängten Bevölkerung, sondern, von Polen selbst gerufen, als friedliche Bürger und Ansiedler in das Land gekommen waren. Den Aufgaben des Staates war seine Form nicht gewachsen. Die Verfassung Polens war ein Zerrbild politischer Freiheit geworden; sie brachte Entartung und Zuchtlosigkeit an das Ruder des Staates, ermutigte jede Ruchlosigkeit, deckte die schweren Fehler und die Unfähigkeit der regierenden Gewalten zu und prägte das Brandmal tiefster Schmach einem Volke auf, das trotz aller Fehler und trotz unleugbarer, durch Mißwirtschaft verschuldeter Rückständigkeit seiner Kultur im Kern lebenskräftig und gesund war. So erlag Polen der zielbewußt auf seine Vernichtung hinarbeitenden Politik Rußlands. Das Werk dieser Politik waren die Teilungen Polens, an denen sich auch Preußen und Österreich beteiligten, um Polen nicht ganz in Rußlands Hände fallen zu lassen.

Die Grundlage des bisher bestehenden Rechtszustandes bilden jedoch nicht die alten Teilungsverträge, sondern die Neuordnung, die in Wien während der Verhandlungen des Kongresses 1814/15 unter den drei Teilungsmächten vereinbart wurde. Napoleon hatte aus den 1807 von Preußen und 1809 von Österreich abgetretenen Gebietsteilen des ehemaligen polnischen Reiches das »Großherzogtum Warschau« gebildet, einen Vasallenstaat, der mit seinem Sturze sogleich zusammenbrach. Dieses Gebiet (»Kongreßpolen«) fiel nicht den früheren Herren von 1796, sondern Rußland zu; Preußen und Österreich ließen sich auf diejenigen polnischen Landesteile beschränken, die sie für ihre Sicherheit als unentbehrlich ansahen. Die Verträge vom 3. Mai 1815 ließen Polen, bis auf den kleinen Freistaat Krakau, in der Gewalt der Teilungsmächte; sie enthalten Bestimmungen über die Berücksichtigung der Nationalität, aus denen die Polen eine völkerrechtliche Anerkennung des Fortbestehens ihrer Nation herauslesen konnten. Weiteren Wert hatten diese Bestimmungen für die Polen nicht, denn ihr Umfang und ihre Ausführung waren ganz der Willkür der Teilungsmächte überlassen.

In Österreich gab es natürlich zur Zeit Metternichs keine Sonderstellung der Polen. Aber es lag in den Überlieferungen des Staates, daß die Polen ihre Sprache und Nationalität ungestört festhalten konnten. In Preußen wurden den Polen außer der Einrichtung einer Statthalterschaft im »Großherzogtum« Posen gleichfalls keine Sonderrechte eingeräumt, aber die vortreffliche Verwaltung brachte den Polen große Vorteile und befreite sie gründlich von den Schäden ihrer früheren Mißwirtschaft. Der Schwerpunkt ihres nationalen Lebens lag in dem nunmehr russischen Kongreßpolen, aus dem Kaiser Alexander I. ein durch Personalunion mit Rußland verbundenes, konstitutionelles Königreich gemacht hatte. Der Versuch konnte nicht glücken, weil auf keiner Seite seine Voraussetzungen zutrafen; das Ende war der Aufstand von 1830/31, der auch den Schein der Freiheit des Königreichs Polen gründlich zerstörte. Das »Organische Statut« von 1832 hob alle Sonderrechte des Königreichs auf und unterwarf es auf Gnade und Ungnade dem russischen Zaren.

Die erste große Entladung des polnischen Befreiungsdranges hatte sich zwar nur gegen Rußland gerichtet, aber zugleich die Stimmung des ganzen polnischen Volkes offenbart, dessen Wiedergeburt eben damals in einem bedeutenden geistigen Aufschwung, in ihrer Dichtkunst, Philosophie und Geschichtschreibung, bemerkbar wurde. In der polnischen Literatur war den Jüngeren der Stern der Romantik aufgegangen, während ihre älteren Vertreter den geistigen Zusammenhang mit Frankreich aufrechterhielten; es war die Zeit, als durch die Julirevolution der Gegensatz zwischen Westmächten und Ostmächten besonders lebendig geworden war. Dem nach dem


POLEN
(KONGRESSPOLEN.)
Maßstab 1:2500000
Kilometer
Die Namen sind möglichst der deutschen Schreibweise angepaßt, sh weiches sch, franz j
Gouvernementshauptorte sind unterstrichen
Polen
Deutsches Reich
Österreich-Ungarn
Grenze zwischen dem deutschen und österreichischen Verwaltungsbezirk
O S T S E E
Danziger Bucht
Kurisches Haff
OST PREUSSEN
WEST PREUSSEN
Memel
Tilsit
Königsberg
Danzig
Kowno
Wilna
Grodno
Suwalki
Lomsha
Bjelostok



Bibliographisches Institut, Leipzig.

Aufstand in Russisch-Polen und Litauen angewendeten System der Unterdrückung entzogen sich die unabhängigen Existenzen und die politischen Führer durch Auswanderung. Paris wurde der Mittelpunkt der »Emigration«, die nun die geistige und politische Leitung der Polen in die Hand nahm. Auch der galizischen und preußischen Polen bemächtigte sich eine revolutionäre Stimmung und brachte ihre führenden Kreise, wenn auch noch nicht die Volksmasse, in einen deutlichen Gegensatz zum Staat. Um dem entgegenzuarbeiten, wurden in Preußen auf Anregung des Oberpräsidenten v. Flottwell und unter seiner Leitung Staatsmittel zum Ankauf polnischer Güter zur Verfügung gestellt; ein Teil des verschuldeten polnischen Adels konnte auf diesem friedlichen Wege aus dem Lande entfernt werden. Die Polen erkannten die Gefahr und arbeiteten eifrig nicht nur gegen Flottwell persönlich, sondern auch an der Stärkung ihrer nationalen Widerstandsfähigkeit. Diesem Zweck diente besonders der 1841 von dem Arzt und polnischen Patrioten Dr. Marcinkowski gegründete und nach ihm benannte Verein, der durch ein wohldurchdachtes System von Stipendien und durch umsichtige Überwachung und Verwendung der Stipendiaten im Laufe der Jahrzehnte der polnischen Sache einen Stamm von rührigen und überzeugten Anhängern aus den gebildeten Berufsständen zuführte. Diese hatten nichts von dem Leichtsinn und der Trägheit der nationalen Führer alten Schlages, verbanden aber mit größerer Zähigkeit, Charakterfestigkeit und wirtschaftlicher Tüchtigkeit eine starke Glut nationalen Empfindens und große Begeisterungsfähigkeit. Bald nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. gelang es den Polen auch, die Entfernung Flottwells von seinem Posten und das Fallenlassen seines Werkes durchzusetzen. Diese Erfolge belebten ihre nationalen Hoffnungen wesentlich. In Preußen zeigte das im Jahre 1846 eine umfangreiche polnische Verschwörung, die rechtzeitig aufgedeckt wurde, in Österreich eine Reihe von örtlichen Unruhen in Galizien, die zur Einverleibung des Freistaats Krakau führten.

Das Jahr 1848 gab den Gelüsten und Stimmungen der Polen viel Gelegenheit zur Betätigung — auch außerhalb ihres Heimatbodens; denn sie versprachen sich von einer Umgestaltung Europas in freiheitlichem Sinne Gewinn auch für ihre Sache. Sie sahen in der Verbindung mit Frankreich, dem sie sich durch Überlieferungen und Wahlverwandtschaft in Temperament und Charakter nahe fühlten, und auch mit England, dem angeblichen Musterlande politischer Freiheit, die beste Gewähr ihrer Zukunft. Der russischen Knechtung offenen Widerstand entgegenzusetzen, wagten sie freilich nicht. Aber in Preußen, wo die Regierung sich hatte verleiten lassen, den Polen eine »nationale Reorganisation« zuzugestehen, d. h. der Provinz Posen den Charakter eines polnischen Landes zu geben, führte diese schwächliche Politik zu einem offenen Aufstand, der mit Gewalt niedergeworfen werden mußte. Auch in Österreich suchten die Polen aus den Erschütterungen, die die Monarchie bedrohten, Vorteil zu ziehen. In allen drei Ländern aber hatten sich die Beziehungen der Polen zu den Regierungen verschlechtert. In Preußen und Österreich wurde infolge der neuen Verfassungen von nun an die parlamentarische Vertretung der Polen der Mittelpunkt der nationalen Führung. Dadurch wurde zwar die Pariser Emigration ausgeschaltet, aber auch der Gegensatz zwischen den Polen und der gesetzlichen Autorität des Landes verschärft. Auch innerlich wurde die Führung allmählich umgestaltet. Die Geistlichkeit und der neue Mittelstand (die »Intelligenz«) lösten mit ihrer größeren Verschlagenheit, ihrem strengeren Wirklichkeitssinn und ihrem härteren Fanatismus die weichere und schwankendere Art des international angekränkelten Adels und die empfindsame Begeisterung der Romantiker ab. Noch immer stand bei den Polen im Hintergrunde der Gedanke einer gewaltsamen Erhebung.

Diesem Gedanken machte der Ausgang des Aufstandes von 1863 in Russisch-Polen und Litauen ein Ende. Die Blutopfer, die diese gefährliche Selbsttäuschung der Polen gekostet hatte, ließen endlich die Einsicht reifen, daß auf diesem Wege nichts zu erreichen sei. Bald darauf trat überdies eine bedeutsame Änderung ein: Preußen erhielt durch die Kriege von 1866 und 1870/71 die Führung in Deutschland; Österreich schied aus Deutschland aus, verlor seine italienischen Besitzungen und erhielt durch den Ausgleich mit Ungarn eine neue staatsrechtliche Form, die das ganze Gefüge der Monarchie veränderte. Das neue Österreich-Ungarn stand seinen nichtdeutschen Völkern anders gegenüber als bisher. Die Polen erkannten, was Galizien im Rahmen eines solchen Staates für die polnische Zukunft werden konnte. Sie machten ihren vollen Frieden mit der Dynastie und dem Gesamtstaat, hielten die gebotenen Schranken sorgfältig inne und pflegten in Galizien ungehindert den Ausgangspunkt eines neuen polnischen Staatswesens.

Das wirkte auch auf die Nachbarländer zurück. Der nationalen Arbeit wurde ein neuer Plan zugrunde gelegt. Die Politik der Aufstände hörte auf. Zunächst war eine schwere Aufgabe in stiller, geduldiger und tatkräftiger Arbeit zu lösen, und zwar eine dreifache: die Erhaltung des polnischen Volkstums, wo es gefährdet war; die Gewinnung von Zuwachs, um ein Übergewicht in einem zusammenhängenden Gebiet zu erlangen; die Absonderung des Polentums von seinen Nachbarn, um es für den Tag der Entscheidung auf eigene Füße zu stellen.

In Galizien war diese Arbeit durch keine Hindernisse bedroht, und die Polen hüteten sich, solche hervorzurufen. In Rußland dagegen konnte nur mit äußerster Vorsicht und Entsagung hier und da ein kleiner Schritt vorwärts getan werden, und vor dem Schlimmsten schützte die Polen nur der Umstand, daß das stählerne Netz der russischen Tyrannei doch hier und da weite Maschen und zahlreiche schadhafte Stellen hatte, sowie daß die polnische Veranlagung und Kultur im ganzen der russischen überlegen war. So blieb als Hauptarbeitsfeld für den tätigen und kampfbereiten polnischen Nationalismus die preußische Ostmark, die Provinzen Posen und Westpreußen. Wenn es den polnischen Führern nicht gelang, einen besonderen Widerstand gegen das Deutschtum zu entfachen, mußten die Polen hier langsam, aber sicher der Eindeutschung unterliegen. Deshalb rüstete sich das Polentum zu einem besonders zähen Kampf. Er erschien ihm unmöglich ohne eine schlimme Saat von Haß und Abneigung, auch nicht ohne starre Absonderung von der deutschen Gemeinschaft im wirtschaftlichen und geselligen Verkehr. Eine gewandte und dreiste Propaganda tat sich auf, um mit Hilfe der Mischehen, der Schulen und der geschäftlichen Interessen Teile der ursprünglich deutschen Bevölkerung zu polonisieren. Man rechnete hierbei geschickt

mit deutschen Eigentümlichkeiten und berief sich auf eine Auffassung von Gerechtigkeit, die leider vergißt, daß im Völkerleben die Pflicht der Selbstbehauptung jeder anderen Rücksicht voransteht.

Eine mächtige Stütze besaßen die Polen in Preußen lange Zeit hindurch in der Katholischen Abteilung des Kultusministeriums. Die Beobachtung, daß sich an dieser Stelle deutschfeindliche Einflüsse geltend machten, war es vor allem, die den Fürsten Bismarck zur Aufhebung dieser Abteilung veranlaßte. Der Kulturkampf, der davon seinen Ausgang nahm, wurde nach Bismarcks eigenen Worten »überwiegend bestimmt durch seine polnische Seite«. Er war notwendig zur Abwehr des Polentums, aber er hatte leider eine Kehrseite. Er begründete die Führerschaft der niederen Geistlichkeit im Kampf gegen Deutschtum und Staatsgewalt und gab den Polen eine volkstümlich verständliche Begründung für die verschärfte Ablehnung der Gemeinschaft mit den deutschen Mitbürgern. Die Empfindung des Gegensatzes drang nun auch zu den Bauern und Arbeitern durch und versetzte die ganze polnische Volksmasse in Kampfstimmung.

Unterdessen hatten sich auch die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, die Fürst Bismarck sorgfältig pflegte, zwar nicht gelöst, aber gelockert und in ihrem Wesen geändert. Deutschland bedurfte verstärkter Sicherheiten für seine Ostgrenze und konnte die polnische Propaganda, die schon auf Schlesien, Ostpreußen und Pommern hinübergriff, nicht länger unbeachtet lassen. Fürst Bismarck suchte die Stärke des polnischen Nationalismus im Adel und Großgrundbesitz. Deshalb entschloß er sich zur Wiederaufnahme der Flottwellschen Idee und setzte 1886 im preußischen Landtag das Ansiedlungsgesetz durch. Die Tätigkeit der zu diesem Zweck eingesetzten Ansiedlungskommission begegnete freilich unter den neuzeitlichen Verhältnissen zahlreichen unerwarteten Schwierigkeiten, aber es wurde bald der richtige Weg gefunden. Das Hauptgewicht wurde nicht mehr auf die Entfernung der wenigen und meist unschädlichen polnischen Großgrundbesitzer, sondern auf die systematisch durchgeführte Ansetzung zahlreicher deutscher Ansiedler gelegt. So konnte im Lauf der Jahre der angesessenen deutschen Bevölkerung ein wertvoller Zuwachs zugeführt werden, der in vielen Gegenden der polnischen Propaganda entgegengewirkt hat.

Natürlich hatte diese Politik auch ihre Schwächen. Obwohl sie vom Staat ausging, lagen doch ihre Mittel auf dem Gebiet des Privatrechts; es waren Kaufgeschäfte. Die Polen hatten also viele Möglichkeiten, auf demselben Wege dem Gesetz entgegenzuarbeiten. Davon machten sie denn auch Gebrauch, zumal da sie mit Hilfe ihrer vortrefflichen Organisation bald über reichliche Mittel verfügten. Denn sie bewogen die zahlreichen polnischen Arbeiter, die in die deutschen Industriegebiete oder als sogenannte »Sachsengänger« in die landwirtschaftlichen Betriebe zogen, ihre Ersparnisse, die bei den guten Löhnen und ihrer persönlichen Bedürfnislosigkeit verhältnismäßig hoch waren, zu nationalen Zwecken bei polnischen Geldinstituten niederzulegen. Diese Gegenarbeit wäre an sich nicht zu fürchten gewesen, wenn auf deutscher Seite Einigkeit und Geduld genug vorhanden gewesen wäre, um die Gesamtwirkung des Ringens ruhig abzuwägen. Aber leider fehlte es an diesen Eigenschaften, die der polnischen Kampfleidenschaft das Gleichgewicht hätten halten können, während die Polen, die sich für die Angegriffenen hielten, den Kampf ins Maßlose steigerten.

So mußte der Staat um seiner Autorität und Sicherheit willen seine Politik durch weitere Maßnahmen stützen. Die Polen erwarben häufig Grundbesitz nur zu dem Zweck, die planmäßige deutsche Ansiedlung zu hindern. Um das zu verhüten, wurde zuerst der Erwerb von Grundstücken in den Ansiedlungsprovinzen an eine Genehmigung geknüpft; weiter ermöglichte das 1908 erlassene Enteignungsgesetz den Rückkauf von Grundbesitz im Wege des Zwanges. Auch auf anderen Gebieten nötigten die Angriffe der polnischen Propaganda zur Abwehr. So wurden die freilich nicht immer glücklichen Maßregeln in der Sprachenpolitik gleichfalls durch Ansprüche der Polen, die die Rechte ihrer Sprache als Propagandamittel benutzen wollten, herausgefordert.

An den Schwächen auf deutscher Seite war der preußische Staat nicht ohne Mitschuld. Seine Politik war häufig schwankend und ungleich, ermangelte des rechtzeitigen Handelns, der Zielsicherheit und Voraussicht und wurde erst durch Bismarck, später — nach einer verfehlten Versöhnungsära unter dem Grafen Caprivi — durch den Einfluß des Ministers v. Miquel und endlich durch den Fürsten Bülow in feste Bahnen geleitet, ohne den Vorsprung, der dem Polentum durch die begangenen Fehler gelassen worden war, sogleich wieder einholen zu können. Man hatte früher absichtlich die Anschauung genährt, daß Polen endgültig abgetan sei und das Nationalbewußtsein der Polen nur aus Erinnerungswerten bestehe. Das war staatsrechtlich richtig, hatte aber den Nachteil, daß die Lage der Polen nicht genug nach der Wirklichkeit, nämlich nach ihrer internationalen Seite hin, gewürdigt wurde. Die Frage wurde nur als innerpolitische aufgefaßt, als gleichbedeutend mit der Frage, wie der Staat sein Verhältnis zu einer fremdsprachigen Minderheit zu regeln habe. Die Antwort mußte je nach der Parteianschauung verschieden lauten. Wenn der Staat sich gegen polnische Angriffe wehrte, so sah der Liberale darin nur einen Versuch, die Gleichberechtigung der Staatsbürger anzutasten; der Zentrumsmann witterte eine Gefahr für das katholische Bekenntnis, und der Konservative empfand Bedenken wegen Erschütterung der Besitzverhältnisse und Verletzung landwirtschaftlicher Interessen. Aber viele erkannten doch die Polenfrage richtig als das Ringen einer fremden, neben uns stehenden Nation um den Wiederaufbau ihres politischen Lebens. Diese Erkenntnis befestigt und verbreitet zu haben, ist das Verdienst des 1894 unter Führung der Herren v. Tiedemann, Hennemann und v. Hansemann gegründeten »Deutschen Ostmarkenvereins«, der ebenso gegen das Polentum wie gegen deutschen Parteigeist einen schweren Kampf zu führen hatte.

Der Kampf in der preußischen Ostmark wirkte auch auf Galizien und Rußland zurück. In Russisch-Polen (dem »Königreich«) hielt sich die polnische Intelligenz stets in engster Fühlung mit der französischen Kultur, wodurch — besonders seit 1870 — die Abneigung gegen Deutschland genährt wurde. Aber auch dem Russentum wurde Feindschaft entgegengebracht, und die Bestrebungen des Panslawismus fanden keinen Boden. Unklar und zwiespältig mußte jedoch die Stellung des Polentums werden, als Frankreich der Freund und Bundesgenosse Rußlands wurde. Ein weiterer Zwiespalt entstand aus

wirtschaftlichen Gründen. Polens wirtschaftlicher Schwerpunkt lag bis dahin im Grundbesitz, den Rußland aus politischen Gründen zu knebeln und niederzuhalten wünschte. Dafür wurden Handel und Industrie begünstigt, um Rußland als wirtschaftliches Hinterland mit Polen eng zu verknüpfen. Das gelang zwar erst nach manchen Mißgriffen und Irrwegen in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre, hatte dann aber merkbare soziale und politische Folgen. Der von der Pariser Emigration stammende Widerstreit zwischen einer aristokratischen, in der Romantik wurzelnden, und einer demokratischen, neuzeitlichen Richtung wurde unter den kapitalistischen Einflüssen im Sinne eines Übergewichts der letztgenannten Richtung entschieden. Es entstand die »nationaldemokratische Partei«, die auch außerhalb des Königreichs Hoffnungen auf eine Sammlung aller Parteien und Stände im Bereich des Polentums erweckte. In Galizien wurden diese Hoffnungen durch Vorgänge der inneren österreichischen Politik angeregt, besonders durch die Verschärfung des Nationalitätenhaders. Auch in der preußischen Ostmark gewann die polnische Nationaldemokratie Anknüpfungspunkte. Während der Versöhnungsära des Grafen Caprivi hatten nämlich die Polen unter Führung des am preußischen Hofe besonders gut angeschriebenen Herrn Joseph v. Koscielski die Gunst der Umstände eifrig für sich ausgenutzt. Aber die führende »Hofpartei«, wie man Koscielskis Anhänger nannte, fand keineswegs die Zustimmung der Mehrheit ihrer eigenen Landsleute, die in den Augenblickserfolgen dieses Opportunismus nur eine Hemmung ihrer weiterschauenden Arbeit sah. Nicht nur die »Nationalpartei«, die den Grundbesitz, die höhere Geistlichkeit und einen großen Teil der bürgerlichen Intelligenz vertrat, sondern noch mehr die demokratische »Volkspartei«, die radikalen Anschauungen huldigte und zu panslawistischen Regungen neigte, verwarfen diese Politik und führten eine Wahlniederlage Koscielskis sowie den Zusammenbruch seiner Partei herbei. Persönlich verärgert durch diesen Mißerfolg, enthüllte überdies Koscielski bei einer Feier in Lemberg im Juli 1894 durch eine öffentliche Rede in der Weinlaune sein wahres Gesicht und machte den Täuschungen selbst ein Ende. Die Folge war auf deutscher Seite ein gründlicher Umschwung und auf polnischer eine Stärkung der demokratischen Strömung, die mit den Nationaldemokraten des Königreichs und Galiziens — hier auch »Allpolen« genannt — Verbindung suchte. Die schon seit 1886 bestehende Geheimorganisation, in der die Polen ihre gemeinsame Führung sehen sollten, die »Nationalliga«, gewann an Bedeutung.

Die unbestrittene Herrschaft behauptete die Nationaldemokratie, deren Führer Roman Dmowski war, auch in Rußland nicht. Es stellten sich ihr bald die wieder gesammelten Reste der alten Aristokratenpartei entgegen, und die daraus entstehende neue »Loyalistenpartei« gewann durch drei Umstände an Gewicht: erstens durch die seit dem Thronwechsel in Rußland und dem Rücktritt des Generalgouverneurs Gurko bemerkten Milderungen mancher Härten des russischen Regiments; zweitens durch die Wirkungen des französisch-russischen Bündnisses; drittens durch die fortschreitende Industrialisierung des Landes und deren Folgeerscheinung, das Anwachsen des Sozialismus in Polen. Die Sozialisten, die von ihrem westeuropäischen Vorbild das Revolutionäre, aber nicht den Internationalismus übernommen hatten, organisierten sich in der »P. P. S.« (d. h. Partya Polska Socyalistów, Polnische Sozialistenpartei). Doch neben diese sozusagen offizielle Organisation stellten sich andere revolutionären, z. T. anarchistischen und terroristischen Charakters; außerdem kamen dazu die Organisationen der Juden, deren besondere Lage die Verhältnisse noch verwickelter machte. So kam es, daß sich die russische Regierung und die besitzenden Kreise der polnischen Gesellschaft in der gemeinsamen Furcht vor einer sozialen Revolution näher rückten.

Die russische Revolution schien den Polen einen Weg zu öffnen, wie sie mit Hilfe der russischen Verfassungsfreunde die Forderung der Autonomie Polens durchsetzen könnten. Damit hing es zusammen, daß seit 1905 Dmowski der entschiedenste Wortführer der Verständigung mit dem Zarismus wurde und seine Partei in das russenfreundliche Lager hinüberführte. Aber die russischen Parteien, die mit dem Gedanken der Autonomie Polens gespielt hatten, bereiteten den Polen schwere Enttäuschungen. Die Einigkeit und Klarheit, die notwendig gewesen wären, um selbst in dieser Zeit der Gärung die eigenen Interessen klug und geschickt wahrzunehmen, besaßen die Polen nicht. Die Erfahrungen in der Duma bestärkten auf der einen Seite die Nationaldemokraten in ihrem Glauben an die Möglichkeit einer Verständigung mit Rußland, und ihnen folgte, wer alle Hoffnung aufgegeben hatte, nur noch an materielle Interessen dachte, neue Tyrannei fürchtete oder vor der sozialen Revolution oder — Deutschland Angst hatte. Auf der andern Seite erkannten viele gerade jetzt die Aussichtslosigkeit jeder Gemeinschaft mit Rußland und besannen sich auf die alten geschichtlichen Aufgaben Polens, denen Rußland stets der Gegner gewesen war und bleiben mußte. Diese neue Partei, die »Unabhängigkeitspartei«, wollte die polnischen Interessen wieder auf eigener Grundlage sammeln. Denn eben die Anlehnung an Rußland hatte starke Verwirrung, Bitterkeit und Niedergeschlagenheit unter den Polen hervorgerufen.

In solcher verworrenen Lage traf die Polen der Ausbruch des gegenwärtigen Krieges. Eigentlich war ja ein solcher Weltbrand ihre letzte Hoffnung. Immer unterhielten sie Beziehungen zu allen Bestrebungen, die möglicherweise in eine Störung des Weltfriedens ausmünden konnten. Aber dieser Tätigkeit — mochte sie noch so gefährlich und verwerflich aussehen — waren verhältnismäßig enge Grenzen gezogen. Die Polen beherrschten die treibenden Kräfte der europäischen Politik nicht und konnten die gelegten Minen nicht im gewünschten Augenblick entzünden. Der Weltkrieg brach aus, als die Polen unter sich über das, was ihnen für die nächste Zukunft frommte, so unklar und uneinig waren, wie lange nicht zuvor.

Manche haben geglaubt, ein Krieg zwischen Deutschland und Rußland werde den Polen eine schnelle und leichte Entscheidung möglich machen. Das Gegenteil war richtig. Früher, als die Kriegsmittel einfacher waren, half ein schneller Entschluß zum Aufstand temperamentvollen Völkern oft über die ersten Verlegenheiten hinweg. Das ist heute in einem Lande wie Polen nicht mehr möglich, welches außerdem von dem Gedanken beherrscht wurde, daß ein falscher oder übereilter Schritt die Rache des Siegers nach sich ziehen werde. Wer aber würde der Sieger sein? Den russischen Polen zum mindesten war die Überlegenheit

der deutschen Waffen über Rußlands ungeheure Übermacht keineswegs sicher. So wählten die Polen den einfachsten Ausweg aus der verantwortungsvollen Lage, nämlich die Erfüllung ihrer Staatsbürgerpflicht in den Ländern, denen sie angehörten. Dieser Entschluß, der den galizischen Polen von vornherein feststand, siegte auch bei den preußischen Polen über Haß, Mißtrauen und Vorurteil. Um so schwerer traf die Wucht des Konflikts das Polentum in Rußland. Trotzdem leistete nur eine Minderheit Rußland unbedingte Gefolgschaft, teils aus den schon bekannten Gründen, teils verlockt durch Versprechungen, mit denen die Russen seit Ausbruch des Krieges nicht mehr kargten. Ihnen gesellte sich zu, wer von der unbestimmten Furcht vor dem Kommenden gebannt war. Aber es mehrten sich auch die Anhänger der Unabhängigkeitspartei, und auch im Königreich fanden die in Galizien gebildeten polnischen Legionen Rekruten. Aber die Anschauung, daß ein freies Polen nicht Hand in Hand mit Rußland gehen kann, ist bisher noch lange nicht durchgedrungen. Vielleicht kann man sagen, daß die Einsicht in die Notwendigkeit einer Verständigung mit Deutschland langsam Boden gewinnt.

Wie weit haben wir Deutschen nun unsere Stellung zur Polenfrage einer Nachprüfung zu unterziehen? Wer bisher die Frage nur von seiner Parteianschauung aus lösen wollte, wird sich wohl überzeugen müssen, daß damit der Kern der Sache nicht getroffen wird. Wer die bisherige preußische Ostmarkenpolitik in der Hauptsache unterstützt hat, braucht nichts zurückzunehmen und keinen Irrtum abzuschwören, sofern sich darin die Erkenntnis aussprach, daß die Polenfrage keine innere Frage sei, sondern eine uns aufgezwungene, unabwendbare Auseinandersetzung von Volk zu Volk. Anders mancher, der mehr aus gefühlsmäßigem Antrieb handelte. Wir begegnen ja auch noch den häufigen geringschätzigen Urteilen über die Polen, den seltsamen, auf Unkenntnis beruhenden Meinungen über ihre politische Geschichte, Sprache und Literatur, anderseits auch der verbreiteten Vorstellung von einem überall und allgemein auszufechtenden Kampf zwischen Germanentum und Slawentum, wie er weder geschichtlich begründet noch aus den politischen Verhältnissen der Gegenwart zu rechtfertigen ist. Wenn andere Völker dergleichen Theorien im Interesse ihrer Machtpolitik gepflegt haben — Rußland den Panslawismus, Frankreich das Trugbild der »lateinischen Rasse« —, so braucht das durch den Krieg endgültig national gefestigte Deutschland solche Täuschungen nicht; wir haben an den englischen »Vettern« genug. Trotz allem, was uns trennt, gehört Polen nach der Art seiner Kultur nicht zu Rußland, sondern zu Mitteleuropa und somit zu der Machtgruppe, in die ja auch das Slawisch sprechende Volk der Bulgaren bereits eingetreten ist. Hier wird also mancher »umlernen« müssen.

Eine Verständigung mit Deutschland ist für die Polen notwendig; für uns ist sie höchstens wünschenswert. Denn ihr Ausbleiben brächte uns wenigstens keine schlimmeren Nachteile, als wir sie bisher in einer im ganzen für uns ungünstigeren Lage ungefährdet ertragen haben. Daraus ergibt sich die einfache Grundlage unserer Stellungnahme: sie kann freundlich sein, aber wir können unsere Bedingungen stellen. Hierbei muß vor allem berücksichtigt werden, daß die Polen keine anerkannten und verantwortlichen Organe besitzen, mit denen ein völkerrechtlich gültiger Vertrag abgeschlossen werden könnte. Wir und unsere Verbündeten müssen uns diese Organe kraft unseres Eroberungsrechts selbst schaffen. Deshalb können wir uns auch nicht auf den guten Willen der zufälligen Führer der Polen verlassen, sondern nur auf Verhältnisse, die einen natürlichen Zwang zur Innehaltung unserer Bedingungen ausüben.

Dazu ist vor allem ein unzweideutiger und endgültiger Verzicht der Polen auf den Besitzstand des preußischen Staates notwendig. An unverbindlichen Versicherungen polnischer Politiker hat es zwar nicht gefehlt, aber in den Kundgebungen, in denen sich die polnischen Führer an ihr Volk gewandt haben — z. B. in dem Aufruf des polnischen Nationalkomitees —, gibt es Wendungen, die geradezu auf die Absicht hindeuten, diesen Punkt möglichst unklar zu lassen. Warum Preußen Westpreußen und Posen nicht entbehren kann und warum mit jeder Vorstellung, als ob diese Landesteile irgendwie Gegenstand fremder Ansprüche sein könnten, endgültig aufgeräumt werden muß, bedarf keiner langen Auseinandersetzung; man vergegenwärtige sich nach einer Karte die unmögliche Gestalt des preußischen Staates und seiner Ostgrenze ohne diese Provinzen, deren deutsche Bevölkerung ebenso zahlreich ist wie ihre polnische, während die Werte, die dort deutscher Arbeit verdankt werden, sehr viel größer sind. Österreich ist in einer ganz anderen Lage. Doch sind auch hier die Verhältnisse gegenwärtig noch nicht geklärt genug, um ein Urteil über künftige Lösungen zu fällen.

Die äußere Politik Frankreichs seit 1871

von Prof. Dr. R. Sternfeld in Berlin-Zehlendorf

Die inneren Erschütterungen Frankreichs seit der großen Revolution haben sich auch in dem schroffen Wechsel seiner politischen Geltung nach außen hin kundgetan. Bald — unter den beiden Kaiserreichen — hat es die führende Stelle in Europa und geht, wie einst unter Ludwig XIV., erobernd vor, bald ist es gezwungen, zurückzutreten, von den andern Großmächten wegen seiner Gefährlichkeit beargwöhnt und überwacht. Da aber keine Nation so wenig wie die französische eine solche Bevormundung zu ertragen vermag, so kommt es bei Regierungen, die nach außen ohnmächtig sind, zu inneren Kämpfen, bis ein neuer Herrscher dem Volke durch siegreiche Kriege die ersehnte gloire verschafft, ohne die es nicht leben kann.

So ging es im 19. Jahrhundert von der Besiegung des ersten bis zu der des dritten Napoleon. Trotzdem Frankreich 1815 mit ganz geringer Einbuße aus der großen Niederlage des Empire hervorgegangen war, konnte es doch nicht verschmerzen, gedemütigt und von dem Willen der Sieger abhängig zu sein.

Das Bürgerkönigtum hat sich wohl einmal zu kriegerischer Drohung aufgerafft, als 1840 Adolf Thiers die diplomatische Niederlage Frankreichs im Orient durch einen Vorstoß gegen den Rhein rächen wollte;

aber Ludwig Philipp mochte keinen Krieg und ließ Thiers fallen. Indes war die napoleonische Legende erstarkt; sie ließ die Nation betrübende Vergleiche anstellen zwischen der weltbeherrschenden Stellung unter dem Kaiser und der ohnmächtigen unter dem Bürgerkönig. »Frankreich langweilt sich«: damit sprach Lamartine aus, was die französischen Herzen bewegte. Aber als er selbst nun 1848 nach der Februar-Revolution an die Spitze der neuen Republik trat, hat er sein Volk enttäuscht; Europa fürchtete damals wohl eine Erneuerung der kriegerischen Politik der Gironde von 1792, aber der innere Zwiespalt, der sich in der Junischlacht entlud, ließ die Republik dazu nicht kommen.

Erst der neue Kaiser, der ihr durch seinen Staatsstreich ein Ende machte, hat sofort die napoleonische Angriffspolitik aufgenommen, trotzdem er verkündete, daß »das Kaiserreich der Friede sei«. Schon sehr bald (1853) ergriff er die Gelegenheit, Frankreich an der Macht zu rächen, die einst seinen Oheim in seinem Siegeszug gehemmt hatte, an Rußland. Dazu verband er sich mit England, um mit ihm die Türkei vor dem russischen Angriff zu retten. Mit dem Krimkrieg beginnt eine neue Kriegsperiode Frankreichs, das sein neuer Herrscher in fünf Jahren wieder an die Spitze Europas führen sollte.

Die Stellung Frankreichs während des ganzen Jahrhunderts ist wesentlich durch sein Verhältnis zu England bedingt. Nachdem beide Mächte weit über hundert Jahre sich erbittert bekriegt hatten und schließlich an der britischen Zähigkeit Bonapartes Weltherrschaft gescheitert war, lag es in Englands Interesse, das nun ungefährliche, Anlehnung gegen die drei Mächte der Heiligen Allianz suchende Frankreich zu seinem Vorkämpfer auf dem Kontinent zu machen. So kam das Zusammengehen der Westmächte zustande, eine in der Geschichte ganz neue Erscheinung: denn seit tausend Jahren hatten sie sich fast immer befehdet. Lord Palmerston hat den Bund der Westmächte zur Grundlage der neuen englischen Politik gemacht, indem er Frankreich an England kettete, zugleich überwachte und vom Anschluß an Rußland zurückhielt. Er benutzte klug die Verfassungsfragen des Kontinents, um unter dem Beifall der liberalen Presse die beiden konstitutionellen Staaten, England und Frankreich, als Hort der Freiheit den despotisch regierten drei Ostmächten gegenüberzustellen.

Doch erwiesen schon die 1840er Jahre, daß die Entente cordiale — dieses Wort wurde auf Grund eines ähnlichen des Lord Aberdeen zum erstenmal von Ludwig Philipp in einer Thronrede 1843 gebraucht — oft genug durch die heftigsten Zerwürfnisse gestört wurde: sowohl Englands Stellung auf seiten der Ostmächte 1840 als auch die Frage des Schiffs-Durchsuchungsrechts 1842, ganz besonders 1846 die berüchtigten spanischen Heiraten, bei denen die alte Eifersucht der Westmächte auf der Pyrenäischen Halbinsel wieder hervortrat — das alles zeigte, daß das »herzliche Einvernehmen« auf schwachen Füßen stand.

Da war es denn erklärlich, daß die entgegengesetzte Politik: Anschluß an Rußland, in Frankreich immer noch viele Freunde hatte. Wie schon damals der russische Adel und panslawistische Schwärmer im Haß gegen die Deutschen für Frankreich sich begeisterten, so bezeichnete Lamartine ein französisch-russisches Bündnis als einen durch die Geographie sich ergebenden »Schrei der Natur«.

Daher hat sich Napoleon III. nach der Eroberung Sebastopols rasch mit Rußland verständigt, zur Enttäuschung Englands, das nicht auf seine Rechnung gekommen war und ungern den Kaiser auf dem Pariser Kongreß (März 1856) als den Schiedsrichter Europas walten sah.

Schon vor dem italienischen Kriege 1859 zeigte sich die neue Stellung der Mächte: England war auf die Seite Österreichs, Rußland, aus Haß gegen die Donaumonarchie, auf die Frankreichs getreten, so daß Napoleon die Unterstützung Sardiniens gegen Österreich ungestört ins Werk setzen konnte. Durch diese verhalf Frankreich nun dazu, daß Italien seine Einigung fand, während die Zerklüftung der Apenninen-Halbinsel von jeher seiner Machtstellung förderlich gewesen war; die völlige Eroberung Italiens durch Piemont konnte es daher, auch des Papstes wegen, nicht zulassen. Schwerer noch wurde es durch den Sieg Preußens 1866 betroffen; der Ruf nach Rache für Sadowa, die »patriotischen Beklemmungen« Rouhers und die Warnungen, die Thiers gegen die Erstarkung Mitteleuropas erhob, zeigten den Abstieg der Politik Napoleons, der durch sein mexikanisches Abenteuer der lateinischen Rasse nicht gedient, wohl aber sein Heer zerrüttet hatte.

Bismarcks Politik verhütete dann, daß Rußland dem bedrängten Frankreich 1870 zu Hilfe kam, woran Deutschlands rasche Siege vorher schon Österreich und Italien verhindert hatten. Thiers wurde von den Höfen abgewiesen, als er Hilfe für die neue Republik erflehte; England verharrte in seiner, für den Besiegten freilich parteiischen Neutralität. So trat Frankreich zum zweitenmal im 19. Jahrhundert, besiegt und durch die Abtretung des Elsaß und eines Teiles von Lothringen geschwächt, von seiner Großmacht- und Angriffsstellung zurück. Damit beginnt die neue, 43jährige Periode der französischen Geschichte von 1871—1914, die in vier ziemlich gleiche Abschnitte eingeteilt werden kann:

I. Bis zur Erwerbung von Tunis 1881.
II. Bis zum Bündnis mit Rußland 1891.
III. Bis zum Anschluß an England 1904.
IV. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914.

I. 1871—1881.

Von nun an ist klar zu sehen, wie die alten, auf Rasse, Tradition und geographischer Lage beruhenden Verhältnisse der großen Mächte — und Frankreichs innerhalb ihres Systems — fortwirken unter dem für diese Nation neuentstandenen Gesichtspunkte: der Revanche für 1870 und des Wiedergewinnes von Elsaß-Lothringen. Denn es kann kein Zweifel sein, daß dieser Antrieb das Maßgebende und Bewegende für die Franzosen blieb, mochte er manchmal mehr zurücktreten, dann wieder heftiger hervorbrechen. Damit hing die ganze äußere Politik zusammen, die sich in der Abneigung gegen das neue Deutsche Reich und im Suchen nach Bündnissen zeigte.

Im Innern war es entscheidend, daß diesmal die Republik Bestand hatte. Mochten die Thronforderer nicht kräftig genug sein, mochte die neue Geistesrichtung der Demokratie zuneigen, mochte Bismarck Thiers und die Republik stützen, weil sie weniger als Legitimisten, Orleanisten und Napoleoniden Kriegslust bezeugen würde: die neue Staatsform erhielt sich trotz aller Stürme, auch als Mac Mahon, der Kandidat der Monarchisten, Präsident wurde. Aber auch die Republik hat sehr bald die Revanche ins Auge gefaßt, jedenfalls nichts versäumt, um die

Schäden des Krieges auszubessern und die Wehrkraft zu stärken. Denn nur wenn Frankreich im Innern beruhigt und gut gerüstet war, konnte es wieder als bündnisfähige Großmacht gelten.

Da Österreich bald dem Deutschen Reiche zuneigte, Italien schwach war, kamen nun wieder Rußland und England als Bündner für Frankreich in Betracht. England trat aber damals in die Periode der Isolierung, hatte auch manche kolonialen Gegensätze zu Frankreich. So blieb nur Rußland übrig, das zwar noch mit Deutschland befreundet war, allmählich aber von ihm abrückte, je mehr dies zur Stütze für Österreich wurde. Zwischen Rußland und Frankreich gab es kaum Reibungsflächen, so daß dies Bündnis gleichsam von der Politik vorgezeichnet war. Rußland sah überall in der Welt England, auf dem Balkan Österreich als seine Rivalen, da mochte es gern der Anlehnungsbedürftigkeit Frankreichs entgegenkommen, woraus es nur Vorteile ziehen konnte. Was hinderlich sein mochte: die Widersprüche der Despotie und der Republik oder die französischen Sympathien für Polen — das spielte keine Rolle mehr.

Schon 1873 erklärte Gortschakow, der leitende Staatsmann, dem französischen Gesandten in Bern, Chaudordy, daß Frankreichs Wiedererstarkung in Rußlands Interesse liege. Ins Jahr 1875 fällt dann ein noch nicht ganz geklärter Zwischenfall. Frankreich fürchtete einen Präventivkrieg von seiten Deutschlands, der aber weder von Wilhelm I. noch von Bismarck beabsichtigt wurde, wennschon dieser die Revanchegelüste durch einen Strahl kalten Wassers abkühlte. Gortschakow nahm die Gelegenheit wahr, sich als Freund Frankreichs, das den Zaren um Vermittlung bat, und als Retter des Friedens auszugeben; eifersüchtig auf Bismarck hatte er auch Alexander II. mit Argwohn gegen Deutschlands Friedensliebe erfüllt. Auf der Konferenz in Konstantinopel 1877 hat Chaudordy einen neuen Versuch gemacht, ein Bündnis mit Rußland zustande zu bringen.

Doch nahmen diese Versuche zunächst keinen Fortgang, da sich der neue Leiter des Auswärtigen, Waddington, mehr England zuwandte und durch seine kluge Haltung auf dem Berliner Kongreß (1878) die Erwerbung von Tunis vorbereitete. Diese ist durch Bismarck nicht gehindert worden, denn er wollte Frankreich außerhalb Europas beschäftigen, dann aber auch Italien, das sich durch den Bardovertrag (Mai 1881) von Frankreich hintergangen und schwer geschädigt sah, auf die Seite Deutschlands und Österreichs ziehen. Die Frage blieb aber immer, ob die Republik, innerlich erstarkend und durch den wachsenden Kolonialbesitz einem neuen Imperialismus zuneigend, nicht dadurch gerade auch Revancheträumen lebhafter nachhängen würde. Bismarcks Rechnung erfüllte sich nicht, immer noch blickten die Franzosen unverwandt auf die schwarzumflorten Statuen von Metz und Straßburg, auf das Vogesenloch von Belfort. Gambetta, die Hoffnung der Patrioten, der die Losung ausgab: »Niemals davon sprechen, aber immer daran denken«, war durch seinen klugen Helfer Freycinet sogar schon auf ein Zusammengehen mit Rußland und England hingewiesen worden. Und Bismarck sprach damals von dem Alpdruck feindlicher Bündnisse. Als aber Gambetta (Neujahr 1882) plötzlich starb, schien der gefährlichste Mann beseitigt zu sein. Die Begründung des Dreibundes (Mai 1882) hat die Mitte Europas zum Besten des Friedens gegen die unruhige Republik gestärkt.

II. 1881—1891.

Der neue Leiter der Politik, Jules Ferry, schien im Sinne Bismarcks die Kolonialpolitik im Auge zu behalten; er hat 1883 Anam und Tongking, dann 1885 das Kongogebiet erworben. Wie sehr er aber dadurch unpopulär wurde, zeigte sein rascher Sturz (März 1885) nach einer Niederlage gegen die Chinesen in Tongking. Nun lenkte Frankreich sofort wieder in das deutschfeindliche Fahrwasser. Dem Aufkommen des Kriegsministers Boulanger, den neuen Kriegsrüstungen an der deutschen Grenze, der durch Déroulède angefachten Revanchestimmung, die sich dann 1887 in der »Schnäbele-Affäre« entlud und beinahe zum Krieg mit Deutschland führte, entsprach die neue Annäherung an Rußland. Dort waren nach der Enttäuschung des Berliner Kongresses 1878 die panslawistischen, deutschfeindlichen Kreise erstarkt, und man näherte sich gern der französischen Politik, zumal sie Rußland auf dem Balkan unterstützen wollte. Der Botschafter Mohrenheim wies seinen Herrn, Alexander III., der durch seine dänische Gemahlin gegen Deutschland eingenommen war, schon 1886 auf einen Bund mit Frankreich hin, und Freycinet half der russischen Diplomatie 1885 und 1886 in den bulgarischen Wirren.

Nachdem durch solche Liebesdienste der Zar für eine Annäherung an die Republik gewonnen war, ergaben sich weitere Anregungen durch Finanz- und Militärfragen. Von Bismarck war 1888 den russischen Anleihen der deutsche Markt gesperrt worden; sie wurden von nun an in Frankreich aufgelegt, wo zuerst (Dezember 1888) 500 Millionen Frank zur Ausgabe kamen. Dies blieb nun so: immer mehr legten die französischen Sparer, bei der Schwäche eigenen Unternehmungsgeistes, ihr Kapital in den Papieren Rußlands an, dessen unerschöpfliche Bodenschätze dadurch gehoben wurden. So sind allmählich etwa 20 Milliarden Frank nach Rußland gegangen, beinahe die Hälfte in Staatsanleihen, das übrige in kommunalen und industriellen Aktien.

Wurden schon durch diese finanziellen Bande Frankreichs Interessen fest an Rußlands Politik gekettet, so auch durch militärische Lieferungen. Als 1888 dort eine neue Bewaffnung geplant war, ging die französische Regierung auf das russische Gesuch ein, 500 000 Gewehre zu liefern, wenn diese nie gegen Frankreich verwendet würden. Mit diesem Auftrag kamen 1890 auch russische Generalstabsoffiziere nach Paris, um französische Heereseinrichtungen zu studieren. Zwei neue Anleihen und der Besuch der Großfürsten Wladimir (1888) und Nikolaus (1890) steigerten die Neigung zu festerem Anschluß, besonders da sich jetzt England dem Dreibund näherte. Als der Minister Ribot noch durch die Verhaftung einiger Nihilisten dem Zaren schmeichelte, war es so weit, daß man in Petersburg den Besuch eines französischen Geschwaders als willkommen bezeichnete. Er wurde im Juli 1891 in Kronstadt abgestattet, und am 27. August wurden in Paris die Erklärungen zwischen Ribot und Mohrenheim ausgetauscht, wonach in einem geheim zu haltenden Vertrage die zwei Mächte sich gegenseitig Schutz bei einem Angriff versprachen. Von Elsaß-Lothringen war nicht die Rede, wohl aber von der Bewahrung des europäischen Gleichgewichts.

Noch im selben Jahre wurde dann dem Zaren eine Militärkonvention vorgelegt, die von Freycinet ausgearbeitet, vom General Boisdeffre im August

1892 nach Petersburg überbracht und von Alexander III. gebilligt wurde. 1893 erschien auch ein russisches Geschwader in Toulon.

Natürlich wirkten einem innigen Bunde auch starke Strömungen entgegen. Die französischen Sozialisten waren heftige Feinde des Zarismus; und dieser unterhielt doch immer noch traditionelle Beziehungen zu Preußen und Deutschland. Kirchliche Kreise in Frankreich widerstrebten der orthodoxen Herrschaft Rußlands im Orient, auch polnische Sympathien waren dort noch nicht erloschen. Vor allem wandte sich die russische Politik mehr dem fernen Ostasien zu und entzog sich dadurch den praktischen Revancheplänen Frankreichs.

III. 1891—1904.

Diese Periode ist bezeichnet durch ein Nachlassen der aggressiven Stimmungen in Frankreich, so daß mancher schon auf eine Neigung zur Versöhnung mit Deutschland hoffte. Doch waren es große innere Schwierigkeiten und Spaltungen (der Panama-Skandal 1892, die Dreyfus-Affäre 1894—99, der Kampf gegen den Klerikalismus und die Kongregationen 1901—1905), die ein kräftiges Auftreten nach außen verhinderten; dazu kam die wachsende Rivalität mit England in Afrika und die Niederlage Rußlands gegen Japan 1905, durch die Frankreich isoliert wurde.

Zwar gingen die russischen Kundgebungen weiter: 1894 wurde durch neue Zusätze zum Vertrage der Bündnisfall fester bestimmt; Hanotaux, der Minister des Äußern, sprach 1895 in der Kammer zuerst von einem »Bündnis«, der neue Zar Nikolaus II. kam 1896 nach Paris, der Präsident Faure 1897 nach Petersburg, und hier brauchte auch der Zar (24. August) zum erstenmal das Wort »Allianz«.

Anderseits sah man doch Frankreich durch Rußlands Vermittlung auch mit Deutschland zusammengehen: so in dem Einspruch gegen Englands Pachtvertrag mit dem Kongostaat (1894), dann im Frieden von Schimonoseki, durch den jene drei Mächte dem gegen China siegreichen Japan in den Arm fielen. Dazu kam dann 1898 der Zusammenstoß des Obersten Marchand mit England bei Faschoda; aber Frankreich wich dem Kriege aus und verzichtete März 1899 auf den östlichen Sudan. Es fühlte seine maritime Schwäche, auch machten sich schon englandfreundliche Absichten geltend, deren eifriger Vertreter Delcassé soeben Minister des Auswärtigen geworden war. Trotzdem herrschte noch während des ganzen Burenkrieges (1899—1902) eine sehr heftige Stimmung gegen England, während Frankreich doch auch einträchtig mit Deutschland gegen die Boxer in China (1900) zu Felde zog. Die Allianz mit Rußland wurde durch neue Besuche — des Zaren 1901 in Dünkirchen, des Präsidenten Loubet 1902 in Petersburg — bekräftigt. Trotzdem blieb Frankreich im russisch-japanischen Kriege neutral; es schonte seine Kräfte und mißbilligte Rußlands ostasiatische Politik.

Es ist unzweifelhaft, daß mit dem neuen Jahrhundert auch die Revanche-Idee wieder stärker hervortrat. Man hat dies auf die durch den Dreyfus-Prozeß gesteigerten nationalistischen Leidenschaften zurückführen wollen, doch waren diese nur ein Anzeichen und eine Folge der alten, nun gesteigerten chauvinistischen Strömungen. Gerade in dem Kulturkampf zwischen den klerikal-jesuitischen und den demokratisch-freigeistigen Kreisen, der unter dem Minister Combes Frankreich erschütterte, mußte eine äußere Politik sich als notwendig ergeben, in der alle Richtungen einig waren: die deutschfeindliche. Man darf nicht vergessen, daß jetzt die junge, um 1871 geborene Generation herangewachsen war, die durch alle patriotischen Mittel, besonders in Schulbüchern, Liedern, Reden und Schriften, zur Befreiung der geraubten und angeblich von den Deutschen geknechteten Provinzen ermahnt wurde. Man stachelte die Jugend zur Revanche an und redete zugleich dem Volke ein, daß Deutschland immer stärker rüste, um sich von neuem auf Frankreich zu stürzen. So konnten die Politiker jede weitere Verstärkung des Heeres durchsetzen und sich zugleich Volkstümlichkeit erwerben. Es liegt im Wesen der romanischen Demokratie, eigene Meinungen zu verbergen, um nicht gegen den Strom zu schwimmen, den Volksinstinkten aber zu schmeicheln, um dadurch in die Höhe zu kommen.

Auf Deutschlands wirtschaftliches Erstarken, seine neue Flottenrüstung, seine Pläne im Orient, die sich in der Palästinafahrt Wilhelms II. (1898) und der Konzession der Bagdadbahn (1902) kundgaben, waren England und Frankreich gleicherweise eifersüchtig. Eine Annäherung dieser Mächte war gegeben, wenn es möglich war, Faschoda und mehr noch die nie verschmerzte Eroberung Ägyptens durch England (1882) vergessen zu machen. Dies Mittel erkannte Delcassé in der Festsetzung Frankreichs in Marokko; konnte man dafür die Zustimmung Englands und Spaniens erlangen, so gewann man einen unschätzbaren Stützpunkt an wichtigster Stelle und ein riesiges zusammenhängendes Kolonialgebiet von Tunis bis zum Senegal und Kongo. Delcassé berichtete schon seit 1901 über die Lage in Marokko und zeigte damit die neue gefährliche Politik an: denn dem Scherifenland war durch den Vertrag von Madrid (1880) seine Unabhängigkeit von allen Mächten verbürgt worden, Frankreich aber wollte hier die »offene Tür« zusperren, wie Hanotaux schon 1902 schrieb.

In England war 1901 Eduard VII. seiner Mutter gefolgt; er ist es gewesen, der hier einsetzte, um sein Land aus der splendid isolation durch einen Bund mit Frankreich herauszuziehen und dies zugleich als seinen »Kontinentaldegen« gegen Deutschland zu gewinnen. Im Mai 1903 war er in Paris, im Juli Loubet in London; im September sagte der beredte Führer der Sozialisten, Jaurès, einen Krieg Frankreichs gegen Marokko voraus. Der neue Ministerpräsident Rouvier mochte um so lieber mit England abschließen, als Rußland seit Februar 1904 in den Kampf mit Japan verwickelt war. So kam es zu dem Vertrag vom 8. April 1904: Frankreich erkannte die britische Festsetzung in Ägypten an und erhielt dafür freie Hand in Marokko. Spanien wurde für die Verletzung des Madrider Vertrags von 1880 durch das Rifgebiet in Nordmarokko abgefunden (Oktober 1904). Beide Verträge verhüllten diese Aufteilung Marokkos in geheimen Artikeln. Damit war die Entente cordiale wieder erneuert, und es fehlte nur noch die Angliederung des andern französischen Bündners, Rußlands.

Italien war nach der Niederlage in Abessinien (1896) und dem Hingang Crispis geneigt, sich neben dem Festhalten am Dreibund doch den Westmächten zu nähern. 1901 verständigte es sich mit Frankreich, dann auch mit England: indem es diesen Mächten Marokko und Ägypten zugestand, erhielt es die Freiheit, sich zu gelegener Zeit der letzten türkischen Provinz in Nordafrika, Tripolis, zu bemächtigen. So

lockerte sich der Dreibund, und schon damals wurde es zweifelhaft, ob im Ernstfalle Italien gegen die Westmächte Kriegshilfe leisten würde.

IV. 1904—1914.

Das Bündnis mit Rußland und die Entente mit England haben der französischen Politik die verhängnisvolle Richtung gegeben, die sie schließlich, mit oder ohne ihren Willen, in den Krieg mit Deutschland hineinziehen mußte. Durch die Verbindung mit den mächtigsten Staaten stieg die Großmannssucht der Nation, eine nichtswürdige, unsaubere Presse verhetzte die öffentliche Meinung, verdächtigte jeden Schritt Deutschlands und seines Kaisers; die Saat der Revanche ging jetzt auf, die alte Kriegslust wurde genährt von Strebern, die sich in der Volksgunst behaupten, und von internationalen Finanzmächten, die ihre Börsengewinne durch günstige Operationen und Bestechungen steigern wollten.

Anfang 1905 begann Frankreich die »pénétration pacifique« in Marokko, wobei England ihm den Rücken stärken und Deutschland einschüchtern wollte. Da zeigte Wilhelm II. durch seine Landung in Tanger (31. März), daß er den Madrider Vertrag nicht durch den der Entente von 1904 umzustoßen erlaube. Die Lage Frankreichs war kritisch, Rußland von Japan geschlagen; obschon England Ende Mai die Hilfe seiner Flotte und die Landung von 100000 Mann in Holstein oder in Belgien versprach, wollte es Rouvier doch nicht auf Krieg ankommen lassen, und Delcassé mußte am 6. Juni zornig den Abschied nehmen.

Deutschland schlug vor, auf einer Konferenz der Mächte die marokkanische Frage zu erledigen, was Frankreich September 1905 zugab. In Algeciras trat Januar 1906 der Kongreß zusammen. Frankreich hatte auf seiner Seite nicht nur England, dessen neuer Leiter des Auswärtigen, Eduard Grey, die französischen Interessen bis zum Äußersten fördern wollte, sondern auch Rußland und Italien. So hat in der Algeciras-Akte (7. April 1906) Deutschland zwar seinen prinzipiellen Standpunkt gewahrt, Frankreich aber durfte mit Spanien die Polizei in acht Hafenstädten organisieren und sich dadurch weiter im Scherifenlande festsetzen.

Trotz des Abganges von Delcassé — den Eduard VII. bei einem Besuch in Paris im März 1906 besonders auszeichnete — bewegte die französische Politik sich in den alten Bahnen, besonders als im Oktober Clémenceau ans Ruder kam, der lange schon gute Beziehungen zu dem englischen König unterhielt. Immer mehr traten damals auch die andern Männer in den Vordergrund, die Frankreich an Rußland und England ketteten und dadurch in das Wagnis eines Krieges mit Deutschland trieben: Poincaré, Millerand, Viviani, Pichon, Barthou, dazu der Botschafter in Rom, Barrère.

Im Jahre 1907 setzte Eduard VII. persönlich auf dem Kontinent seine eifrige Tätigkeit für die Einkreisung Deutschlands fort: das Wichtigste gelang ihm im Petersburger Abkommen (31. August), wonach England und Rußland durch Abgrenzung ihrer Interessenzonen in Asien, besonders in Persien, sich einander näherten. Als dann Juni 1908 Eduard den Zaren in Reval besuchte, gewann das neue System des »Dreiverbands« feste Grundlagen. Das in Ostasien geschlagene Rußland sollte sich mit Englands Erlaubnis auf dem Balkan entschädigen.

Bei den nun folgenden Erschütterungen in der Türkei hat sich Frankreich zurückgehalten. Man hoffte in Paris, das jungtürkische Komitee, welches 1908 in Konstantinopel die Verfassung durchsetzte, würde den Westmächten sich zuneigen und den Islam wieder dem deutschen Einfluß entziehen. Frankreich befand sich in neuen militärischen Rüstungen und wollte keinen Krieg, der seine beiden Freunde einander entfremden konnte; es lehnte aber auch Deutschlands Aufforderung ab, mit ihm gemeinsam Rußland von der Unterstützung Serbiens gegen Österreich abzuraten. Es zeigte sich hier schon, wie dann 1914, die Furcht Frankreichs vor jedem Schritt, der seine Bindung an Rußland in Zweifel ziehen konnte.

Das Zurückweichen Serbiens (März 1909) vor der durch Deutschland gestützten Donaumonarchie hinterließ einen Stachel sowohl bei Rußland wie bei England. Die Folge waren stärkere Rüstungen. Von Frankreich aus forderte man geradezu, daß England durch die Wehrpflicht sein Landheer vergrößere, fürchtete man doch immer, von Deutschland bei Kriegsausbruch sofort überrannt zu werden.

Trotz Algeciras war Frankreich unterdessen in Marokko weitergegangen: es besetzte Udjda an der algerischen Grenze, beschoß 1907 Casablanca und reizte die Empfindlichkeit des Islams; der Thronstreit zweier feindlicher scherifischer Brüder bot eine Handhabe, das Protektorat durchzusetzen und so durch Zurückdrängung des deutschen Kapitals das französische zu fördern. Da im November 1908 ein neuer Konflikt in Casablanca ausbrach, stand man wieder vor der Frage: Krieg oder Einigung auf neuer Grundlage? Zu dieser bot Deutschland die Hand; der Vertrag vom 9. Februar 1909 erkannte an, daß Frankreich in Marokko politische Zwecke verfolgen durfte, Deutschland nur wirtschaftliche, doch sollte die Souveränität des Sultans nicht geschädigt werden. Trotzdem war Frankreich nicht gewillt, haltzumachen, da es gerade hier der englischen Hilfe sicher war. Zwar starb Eduard VII. 1910, aber Grey führte seine Politik weiter. Damals trat Delcassé als Leiter der Marine wieder ins französische Ministerium ein.

Unbekümmert ging Frankreich 1911 in Marokko weiter. Unter dem Vorgeben, die bedrohten Europäer in Fes zu schützen, rückte General Moinier dort am 21. Mai ein; die Presse jubelte. Aber der neue deutsche Staatssekretär des Äußern, Kiderlen-Wächter, erhob Einspruch, indem er für Deutschland Entschädigungen am Kongo verlangte, wenn Frankreich in Marokko den Vertrag von Algeciras überschreite. Als Verhandlungen darüber nach dem Sturz des Ministeriums Monis (23. Juni) unter dem neuen, Caillaux, ins Stocken gerieten, sandte Deutschland (1. Juli) das Kanonenboot »Panther« in den südmarokkanischen Hafen Agadir. Nun mischte sich England aufs schroffste ein, erklärte den deutschen Einspruch gegen Frankreichs Zug nach Fes für unbegründet und jede Abmachung ohne Englands Teilnahme für ungültig. Eine herausfordernde Rede des Schatzkanzlers Lloyd George am 21. Juli verschärfte die Spannung; ein Krieg schien im September in Aussicht, obwohl Deutschland versicherte, daß es sich nicht im Sus festsetzen wolle. Frankreich neigte trotz England (dessen General French damals die französische Ostgrenze besichtigte) zur Verständigung, die am 4. November 1911 zustande kam. Es erhielt nun wirklich das Protektorat in Marokko, Deutschland dagegen wirtschaftliche Gleichberechtigung und ein Stück des französischen Kongogebietes.

War der marokkanische Zankapfel beseitigt, so damit doch nicht die europäische Kriegsgefahr. Das Jahr 1912 brachte mit neuen Balkanwirren auch einen noch engeren Anschluß Frankreichs an Rußland, das immer herrischer seine Forderungen durchsetzte, seitdem (1910) Iswolski, der Feind der Mittelmächte, als Botschafter an der Seine intrigierte und der Lothringer Poincaré an die Spitze des französischen Ministeriums getreten war. England hielt an der Entente fest und trat immer mehr als Schützer Frankreichs auf; ging es auf dem Balkan zeitweise mit Deutschland zusammen, so war das wieder ein Antrieb für die revanchelustige Pariser Regierung, sich fester des britischen Schutzes zu versichern. So wurde im September 1912 eine Flottengemeinschaft verabredet, die es Frankreich erlaubte, seine Marine im Mittelmeer zu vereinigen, während England den Schutz der nordfranzösischen Küste übernahm. Dann aber erfolgte am 23. November ein wichtiges Abkommen zwischen Grey und dem Botschafter Paul Cambon in London, das die beiden Verbündeten verpflichtete, sofort in Beratung zu treten, wenn einer von ihnen den »nicht herausgeforderten« Angriff einer dritten Macht zu befürchten hätte. Auch jetzt noch wollte Grey sich nicht durch einen festen Vertrag binden, daher geschah die Verabredung in der Form eines Briefaustausches: so konnte Grey dem Parlament versichern, daß England nicht gebunden sei.

Auch mit Rußland wurde das Bündnis weiter gesichert. Am 13. Juli wurde eine Marinekonvention abgeschlossen; der Ministerpräsident Poincaré reiste im August 1912 nach Petersburg, im September war der Oberbefehlshaber der russischen Armee Großfürst Nikolajewitsch in Frankreich, wo er die befestigte Ostgrenze in Augenschein nahm. Die französische Kriegspartei erstarkte, die Abneigung gegen Deutschland wurde immer lebhafter; man sonnte sich in seiner Kriegsbereitschaft, und doch stellte Rußland die neue Forderung, daß Frankreich wieder die dreijährige Dienstzeit einführe. Es war dies eine furchtbare Belastung, und Kenner erklärten, man werde sie in zwei Jahren wieder abschaffen oder Krieg beginnen müssen. Das Jahr 1913 sollte alle diese Bindungen zu Ende führen. Poincaré wurde Februar 1913 Präsident der Republik, Delcassé ging als Botschafter nach Petersburg. Dorthin kam auch der Generalstabschef Joffre mit seinen Offizieren. Frankreich übernahm eine russische Anleihe von 2½ Milliarden Frank, wogegen Rußland sein Eisenbahnnetz in Polen zugunsten seines strategischen Aufmarsches ausbauen wollte. Auch die dreijährige Dienstzeit ging Juli 1913 gegen den Widerstand der Sozialisten durch, indem sie fälschlich als notwendige Abwehrmaßregel gegen die vom deutschen Reichstag bewilligte Wehrvorlage ausgegeben wurde. Finanzielle und politische Krisen, wie der Sturz des Freundes der Entente Barthou, dann ihres Gegners Caillaux, offenbarten die innere Unruhe, aus der man nicht herauskam, da die von Iswolski beeinflußten Revanchepolitiker die Oberhand behielten, die der Nation einredeten, sie könne nur durch immer stärkere Rüstungen den Frieden bewahren.

So nahte 1914 die Katastrophe. Immer mehr wurde das Volk durch die Presse, durch Theaterstücke, durch Aufbauschung kleiner Grenzvorfälle zu einem Chauvinismus aufgestachelt, der selbst einem Pichon unheimlich schien. Im Januar stellte der belgische Gesandte in Paris, Baron Guillaume, fest, daß Poincaré, Delcassé, Millerand eine nationalistische »Kokardenpolitik« befolgten, womit sie, ohne gerade den Krieg zu beabsichtigen, Europa schwer gefährdeten.

Was half eine Annäherung an Deutschland, das in dem Abkommen vom 14. Februar 1914 Frankreich eine Einflußzone in Syrien einräumte, wie es ihm erst auch einen Anteil an der Bagdadbahn zugestanden hatte? Die Festigung der Entente schritt weiter. Besonders wurden die schon früher gepflogenen Verhandlungen mit Belgien fortgeführt, die zum Schutz seiner Neutralität durch Frankreich und England dienen sollten. Im April war König Georg in Paris, begleitet von Grey. Dieser entzog sich auch jetzt einem Bündnis der drei Ententemächte, um im Juni dem Parlament wieder zu versichern, daß England die Hände frei habe. Aber gerade er hatte Verabredungen der drei Generalstäbe und regelmäßige Zusammenkünfte in London vorgeschlagen; eine Marinekonvention Englands mit Rußland sollte die kriegerischen Mittel der Entente verstärken.

Eine längere Kabinettskrise im Juni 1914 zeigte die tiefe innere Zerklüftung der Regierungskreise. Poincaré selbst war in seiner Präsidentschaft von eifersüchtigen Männern wie Clémenceau und dem tüchtigen Finanzmann Caillaux, dem Gegner der Kriegspartei, bedroht; das Prinzip der dreijährigen Wehrpflicht, auf der Rußland bestand, spielte hier bedeutend hinein. Schließlich kam nicht der einsichtige Ribot, sondern wieder Viviani an die Spitze des Ministeriums, der zugleich das Auswärtige übernahm und Poincaré Mitte Juli zu einem neuen Besuch nach Petersburg begleitete.

Inzwischen war am 28. Juni die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo erfolgt. Untersucht man das Verhalten der französischen Regierung bis zum Kriegsausbruch, so ergibt sich, daß es gar kein anderes sein konnte als eine Fortsetzung seiner langjährigen Politik: man hatte alles auf die Karte Rußland gesetzt, fürchtete aber doch, von Deutschland rasch überrannt zu werden, und bot daher alles auf, England zum hilfreichen Eingreifen zu bewegen. Die französische Nation wollte keinen Krieg und ließ sich doch hineinziehen, da ihre Regierung zwar um den Frieden besorgt war, aber niemals so weit gehen konnte, ihn, mit Deutschland zusammen, dort energisch zu vertreten, wo er am meisten bedroht war: in Petersburg.

Am 4. Juli hat Viviani Serbien geraten, kaltblütig zu bleiben und Österreich keinen Grund zu neuer Erregung zu geben. Doch hatte der französische Botschafter in Wien, Doumaine, viel mehr Verständnis für die serbische Empfindlichkeit als für Österreichs scharfe, aber berechtigte Forderungen. Viviani verabredete in Reval am 24. Juli mit dem russischen Minister des Auswärtigen, Sassonow, Schritte gegen jeden österreichischen Eingriff in innere Verhältnisse Serbiens; in Petersburg erklärte der Botschafter Paléologue, daß Frankreich Rußland bei allen Verhandlungen unterstützen und alle Verpflichtungen des Bündnisses erfüllen werde. In Paris überreichte der Botschafter v. Schön am selben Tage die deutsche Note, die Österreichs Vorgehen billigte und den Wunsch aussprach, den Konflikt auf die Doppelmonarchie und Serbien zu »lokalisieren«. Dieser Schritt wurde aber sofort im »Echo de Paris« als »deutsche Drohung« hingestellt. So wurde die Regierung eingeschüchtert, damit sie nicht mit Deutschland an der Erhaltung des Friedens arbeite und

dabei auch auf Rußland mäßigend einwirke; sie fürchtete, daß Deutschland mit dem Vorschlag einer deutsch-französischen »Solidarität« nur Frankreich bei Rußland »kompromittieren« wolle. Nie hat die französische Regierung daran gedacht, Rußland gegenüber die vermittelnde Stellung einzunehmen, die sich Deutschland bei seinem Bündner Österreich wahrte. Bei dieser Haltung kommt es dann auch nicht viel darauf an, ob Frankreich von Anfang an der russischen Regierung formell seine Unterstützung im Kriegsfall zugesagt hat oder erst, als es sicher war, daß es auf die Hilfe Englands rechnen könne.

Sobald Poincaré am 29. Juli nach Paris zurückgekehrt war, beschloß ein Ministerrat, an der bisherigen Politik festzuhalten, und demgemäß bestätigte Viviani sofort Iswolski, daß Frankreich seine Bündnispflichten erfüllen werde. Am 30. wies der Botschafter Cambon Grey auf jene Briefe hin, die sie im November 1912 ausgetauscht hatten, und stützte das Vorliegen eines »nicht herausgeforderten Angriffs« von seiten Deutschlands durch ein Dokument, das die Zusammenziehung deutscher Truppen an der französischen Grenze meldete. Nach Greys Andeutungen konnte Frankreich auf die englische Hilfe rechnen, wenn ihm Deutschland den Krieg erklärte. Dies führte dann Rußland durch seine plötzliche Mobilisierung herbei, von der es Frankreich in Kenntnis zu setzen nicht einmal für nötig gehalten hatte. Da auf eine Anfrage v. Schöns am 1. August, was Frankreich im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Deutschland tun würde, Viviani ausweichend antwortete, erklärte Deutschland am 3. August Frankreich den Krieg.

So hatte die Revanchepolitik das Land in das Verderben gerissen. Seine Machthaber haben wohl im letzten Augenblick vor dem Krieg gebangt, aber es war zu spät. Sie hofften, Deutschland würde zurückschrecken vor der Gefahr, außer Rußland auch beide Westmächte gegen sich zu haben; sollte das aber nicht der Fall sein, so ließen sie es auf den Krieg ankommen, denn, wenn überhaupt, so mußte die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen jetzt gelingen mit Hilfe der zwei mächtigsten Reiche, die man im Hasse gegen Deutschland endlich sich verbündet sah.

Frankreich ging, von keinem Feinde bedroht, in einen furchtbaren Krieg, der dem Lande entsetzliche Wunden schlagen sollte.

Der Aufbau des überseeischen Frankreichs

von Prof. Dr. G. K. Anton in Jena

Die überseeische Entwicklung Frankreichs weist zwei Höhepunkte auf, den einen in der Gegenwart, den anderen in den Tagen Ludwigs XIV. Wir betrachten zunächst die Politik, die zu dem letzteren führte.

Frankreichs koloniale Vergangenheit.

1453 war der mehr als hundertjährige Krieg beendet, den England gegen Frankreich auf französischem Boden geführt hatte. Das lange Ringen mit den Engländern und ihre schließliche Vertreibung, die unseren Schiller zu seiner »Jungfrau von Orleans« begeisterte, ließ das französische Nationalgefühl erstarken. Damit war der Boden geschaffen, auf welchem Ludwig XI. und seine Nachfolger die innere Zusammenfassung des Landes zum einheitlichen Nationalstaat in der Form der absoluten Monarchie vollziehen und die äußere Selbständigkeit ihres Königreichs sichern konnten, beides Voraussetzungen, ohne die eine erfolgreiche Beteiligung an den maritimen und kolonialen Aufgaben, die mit der Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien an die europäische Kulturwelt herantraten, unmöglich gewesen wäre.

Die ersten Versuche der Franzosen in dieser Richtung finden sich unter Franz I., in dessen Namen 1534 Jacques Cartier von den Ufern des St. Lorenzstroms Besitz ergriff. Doch erst Heinrich IV. gelang es, die innere Staatseinheit so zu festigen, daß er sich einer eigentlichen Kolonialpolitik zuwenden konnte. Die Minister der folgenden Könige, Richelieu und namentlich Colbert, bauten sie weiter aus und erhoben Frankreich am Ende des 17. Jahrhunderts, wenn man von dem bereits im Niedergang begriffenen Spanien absieht, zur ersten Kolonialmacht der Welt. In Kanada, Neufundland, im weiten Stromgebiet des Mississippi, auf den Antillen, Guadeloupe, Martinique, Tobago und St. Domingo, in Cayenne, an der afrikanischen Westküste, auf der Insel Bourbon im Stillen Ozean und endlich in Ostindien wehte damals das Lilienbanner. Zwar handelt es sich meist um Gebiete, die noch kein französischer Fuß betreten hatte, aber sie gehörten deshalb mit nicht geringerem Rechte Frankreich als den europäischen Nationen jene gewaltigen Interessensphären, wie sie z. B. eine Karte Afrikas vom Anfang der 1890er Jahre ohne Rücksicht auf tatsächliche Beherrschung ihnen einräumt.

In jener Zeit stand Frankreich nicht nur auf der Höhe seines kolonialen Ruhmes. Es hatte auch politisch und kulturell eine Vormachtstellung in Europa errungen und stützte sie auf eine Bevölkerung von 20 Millionen Menschen. Eine gleichgroße Volkszahl besaß zwar das Deutsche Reich, aber da es in mehr als dreihundert souveräne Staatengebilde zersplittert war, so war seine Bevölkerung keine kompakte, national geeinte Menschenmasse wie jene, die das blühende und fruchtbare Frankreich bewohnte. Preußen zählte damals nur zwei Millionen Einwohner und England nur sechs.

Der größere Menschenreichtum und die größere koloniale und kontinentale Macht schienen Frankreich zu der Stellung zu berufen, die in der Gegenwart England unter den seefahrenden und kolonisierenden Nationen einnimmt. Wenn es nicht so gekommen ist, vielmehr der größte Teil des damaligen überseeischen Frankreichs zum Ausbau des englischen Weltreichs gedient hat, so liegt die Erklärung hierfür in der Unfähigkeit der Franzosen, ihre kontinentale Politik mit ihrer überseeischen in Einklang zu setzen, und der Klugheit der Engländer, die diesen Fehler geschickt zu benutzen verstanden, indem sie die jeweiligen Feinde Frankreichs in Europa unterstützten und mehrten.

In der zweiten Hälfte der Regierung Ludwigs XIV. setzt nach dem Tode Colberts (1683) mit der Vertreibung der französischen Protestanten und dem pfälzischen Kriege (1688—97) mit seiner schrecklichen Verwüstung Heidelbergs und der Pfalz, aber auch mit

seiner Vernichtung der französischen Flotte der Niedergang Frankreichs ein. Umgekehrt wurde in jenen Tagen der Grund zu Englands Weltstellung gelegt. Der Revolution von 1688, die Wilhelm von Oranien auf den Thron von England hob, war 1707 die Vereinigung Englands mit Schottland gefolgt; auch Irlands Widerstand war gebrochen. Seiner inneren Verhältnisse Herr, konnte nun Großbritannien seine Kräfte ganz auf seinen maritimen und kolonialen Beruf verwenden. Eine neue hundertjährige Rivalität zwischen ihm und Frankreich bricht an. Das in Europa beschäftigte Frankreich vermag seine überseeischen Besitzungen nur in geringem Maße zu schützen, und England hat leichtes Spiel, sie sich anzueignen. Bereits 1763, als der Pariser Friede den Siebenjährigen Krieg beschloß, hatte es den schönsten Teil des französischen Kolonialreiches eingeheimst. Seiner klugen Politik muß selbst Napoleon I. erliegen, der mit klarem Blick für die drohende Weltherrschaft Englands seine ganze Kraft gegen sie eingesetzt hat. Die silbernen Kugeln des Inselvolkes brachten, wie in der Gegenwart gegen uns, immer wieder neue Koalitionen gegen Frankreich zustande. Nachdem Nelson die schon bei Abukir geschwächte französische Flotte bei Trafalgar vernichtet hatte, war England nicht mehr in England selbst angreifbar. Nun schlägt Napoleon Englands Verbündete bei Austerlitz, Jena und Wagram; die Kontinentalsperre wird gegen England verhängt und die erste französisch-russische Allianz geschlossen. Da gelingt es den Engländern, den Zaren von diesem Bündnis wieder abzubringen, und Napoleon faßt den tollkühnen Plan, an dem sich Frankreich verbluten sollte: England, dem Bonaparte als Konsul mit der Besetzung Ägyptens die Völkerstraße nach Indien zu verlegen gedachte, will er jetzt auf dem Wege über Rußland in Indien erreichen ...

Als durch den Wiener Kongreß und den zweiten Pariser Frieden das europäische Gleichgewicht wiederhergestellt war, hatte England die koloniale und maritime Erbschaft Frankreichs angetreten. Nur 150000 qkm waren übrig vom französischen Kolonialreiche, etwas mehr als ein Viertel der Fläche des Mutterlandes: die Inseln St. Pierre und Miquelon an der neufundländischen Küste; von den Antillen Martinique und Guadeloupe; ein Teil Guayanas; die Inseln St. Louis in der Senegalmündung und Gorée nahe dem Grünen Vorgebirge Westafrikas; die Insel Bourbon (später in Réunion umgetauft) und Ansprüche auf Madagaskar, endlich fünf ostindische Handels- und Schiffahrtsstationen. Das war alles, was 1815 unseren Nachbarn verblieb.

Bildung des Kolonialreiches der Gegenwart.

Die Völker vermögen, was den Individuen versagt ist, ihr Leben von neuem zu beginnen. Auf den Trümmern ihres ehemaligen hat sich die französische Nation seitdem ein neues Kolonialreich errichtet, das die Statistik heute auf das Zwanzigfache des Mutterlandes schätzt und wovon zwei Drittel auf Afrika entfallen.

1. 1830 bis 1870.

Die Politik, die zu diesem zweiten Höhepunkt der überseeischen Entwicklung Frankreichs führt, beginnt 1830 mit jenem Schritte, der das ohne britische Eifersucht längst vernichtete Seeräubertum der Barbaresken beseitigte und in weiterer Folge das ehemals römische Afrika Frankreich unterstellen sollte, mit der Fahrt nach Algier. England konnte nicht verhindern, daß die Franzosen in Algerien blieben, beeinträchtigte aber mit seinen anmaßenden Vorstellungen ihre Entschlossenheit und trug so sein Teil dazu bei, daß, abgesehen von den Menschenverlusten, mehr als fünf Milliarden Franken und drei Jahrzehnte nötig gewesen sind, um das Land endgültig zu unterwerfen.

Neun Jahre darauf legte das Julikönigtum mit der Besetzung der Mündungsniederung des Gabunflüßchens an der äquatorialen Westküste Afrikas den Keim zum späteren französischen Kongogebiete und besetzte 1840—42 einige Stationen an der Elfenbeinküste, die Madagaskar benachbarten Inseln Mayotte und Nossi Bé, endlich in der Südsee Tahiti und die Markesasinseln.

Diesen Erwerbungen fügte das zweite Kaiserreich, das in der ersten Hälfte seines Bestehens Frankreich wieder eine Vormachtstellung in Europa verschaffte, 1853 Neukaledonien, 1862 Kotschinchina und 1865 Kambodscha hinzu. In Afrika schob es ungefähr gleichzeitig mit der vollständigen Unterwerfung Algeriens seine Herrschaft von der Senegalmündung in das Innere vor und kaufte 1862 unsern vom Ausgang des Roten Meeres Obock, als Antwort auf die Besetzung der diesen Ausgang sperrenden Insel Perim durch England. Das dem englischen Aden gegenüberliegende Obock ist seitdem zu der auch wegen ihres Hinterlandes Abessinien bedeutungsvollen Kolonie Somaliküste angewachsen und verhindert eine ausschließlich englische Kontrolle der Weltschiffahrtsstraße, die hier vorüber durch das Rote Meer und den Suezkanal läuft.

Der unter Napoleon III. begonnene und zu Ende geführte Bau dieses Kanals steigerte das französische Prestige und erfüllte ein Vermächtnis, das dem Neffen von seinem großen Oheim hinterlassen war. Napoleon I. hatte jedoch nicht nur die Durchstechung des Isthmus von Suez geplant und einen Operationsplan für die Eroberung Algeriens ausarbeiten lassen, sondern auch, als er in St. Helena die Instruktionen an seinen Sohn diktierte, für den Fall der Wiederherstellung der Napoleonischen Dynastie empfohlen, von jedem Eroberungsversuch in Europa abzusehen; die südlichen Ufer des Mittelmeeres seien ein viel fruchtbareres Feld für die Ausdehnung Frankreichs. Anstatt nun dieser Weisung Folge zu leisten, mischte Napoleon III. sich ein, als das von ihm eifrig verfochtene Prinzip der Nationalität die deutschen Stämme zu ihrem Zusammenschluß drängte, und beging so den alten Fehler anmaßender kontinentaler Politik, der die Franzosen um ihr erstes Kolonialreich gebracht hatte. Seine demütigende Folge lag diesmal nicht auf kolonialem Gebiet, sondern beraubte den Kaiser seines Throns und Frankreich seiner Vormachtstellung.

2. Unter der dritten Republik.

Die dritte Republik hat die Mahnung des großen Korsen, von jeder Eroberung in Europa Abstand zu nehmen, so lange befolgt, wie der Zwang der Verhältnisse sie hierzu nötigte. Infolgedessen konnte es mitunter den Anschein gewinnen, als wolle sie sich auf den Ausbau des überseeischen Frankreichs beschränken, ja als werde aus dieser Tätigkeit eine nicht bloß vorübergehende Annäherung an Deutschland hervorgehen, die den Frieden Europas dauernd verbürgt haben würde. Aber immer wieder siegte bei unseren heißblütigen Nachbarn der Revanchegedanke über die kühle Vernunft und bewog sie zum Ergreifen

jeder Gelegenheit, die sie der Erfüllung ihrer Hoffnungen auf eine Aufteilung Deutschlands näher zu bringen versprach. So ist es gekommen, daß die dritte Republik einerseits ihren überseeischen Besitz gewaltig auszudehnen vermochte, wobei unsere Politik ihr mehrfach dienlich war, daß sie anderseits aber dessen Schicksal und ihr eigenes auf das ruchlose Spiel des gegenwärtigen Weltbrandes gesetzt hat, den ihre Leidenschaft entzünden half.

Ihre koloniale Politik verdankt die bedeutendsten Erfolge der Initiative ihres großen Sohnes Jules Ferry, dessen Verdienste das undankbare Vaterland erst nach seinem Tode gebührend würdigen sollte. Sie setzt in den Tagen ein, in denen die kongostaatlichen Zukunftspläne Leopolds II. von Belgien das humanitäre und wissenschaftliche Mäntelchen abgestreift und den Anstoß zu einem allgemeinen Wettlauf um die noch freien Stücke Afrikas gegeben hatten.

Zur gleichen Zeit hatte sich Frankreich von der Niederlage von 1870 erholt und die orientalische Frage durch den russisch-türkischen Krieg ihre einstweilige Lösung im Sinne einer erheblichen Schwächung der Türkei gefunden. Indem Jules Ferry die Lockerung, die hierdurch zwischen der Hohen Pforte und ihren Vasallenstaaten eingetreten war, geschickt benutzte, verschaffte er 1881 seinem Land das Protektorat über Tunesien.

Seit ihrer Festsetzung in Algerien hatten die Franzosen diesen Schritt geplant, waren aber immer am Widerstande Englands gescheitert, das für seine Vormachtstellung im Mittelmeer den gefährlichsten Rivalen in Frankreich erblickte. Der Umschwung in den englischen Anschauungen trat ein, als das bei der tunesischen Einwanderung am meisten beteiligte Italien aus einem geographischen Begriff zu einer kräftigen jungen Macht geworden war, die willens schien, das alte römische Afrika in eine italienische Kolonie zu verwandeln. Man fürchtete in London, daß, wenn beide Ufer des Seeweges nach Indien im Besitz derselben Großmacht seien, diese als Herr der Meerenge zwischen Sizilien und Tunesien anderen Nationen die Durchfahrt werde sehr erschweren können. So erschien es als das kleinere Übel, Tunesien in den Händen Frankreichs zu wissen. Des englischen Einverständnisses im voraus gewiß, konnte die französische Regierung die tunesische Expedition um so ruhiger ausführen, als das damals bündnislose Italien noch keinen Rückhalt an Deutschland besaß. Warum sollten wir uns auch einmischen? Mißlang die Expedition, so hatte das keinen Nachteil für uns im Gefolge, gelang sie aber, so mußte Italien Frankreich entfremdet, wo nicht gar zum Anschluß an das deutsch-österreichische Friedensbündnis bewogen werden. Übergriffe tunesischer Stämme auf algerisches Gebiet, die, solange England widerstrebte, nie beachtet worden waren, boten jetzt den Vorwand zur Landung französischer Truppen. Zwölf Tage später war Tunesien französisches Schutzland und unser Konsul Dr. Nachtigal der erste von allen, der den vollzogenen Umschwung dadurch anerkannte, daß er sich dem Bei durch Vermittlung des französischen Chargé d'affaires vorstellen ließ.

Man hat gemeint, daß England der Besetzung Tunesiens auch in der Erwartung zugestimmt habe, Frankreich durch solchen Liebesdienst aus dem russischen in das britische Fahrwasser zu locken. Viel wahrscheinlicher geschah es, um mit dem Hinweis auf ihn den vorauszusehenden Groll dämpfen zu können, den die schon damals geplante Vernichtung des französischen Einflusses in Ägypten, wenn sie gelang, in Frankreich hervorrufen mußte.

Bereits im folgenden Jahre bot die fehlerhafte ägyptische Politik der Republik hierzu die Handhabe. Seit dem Bau des Suezkanals, dem es vergebens widerstrebt hatte, suchte England das Nilland in seine Gewalt zu bekommen, auf dessen Regierung die englische und französische seit 1879 gleichen Einfluß ausübten. Als 1881 ein Aufstand Arabi Paschas ausbrach, hinderte jedoch eine Abstimmung der Deputiertenkammer Frankreich, ihn gemeinschaftlich mit England zu unterdrücken. Derselbe Clémenceau, der später als Intimus Eduards VII. eine der Hauptstützen der zum Weltkriege treibenden Einkreisungspolitik werden sollte, veranlaßte als Führer der Opposition die Verweigerung der Kredite, die zum Zweck der Entsendung französischer Truppen angefordert waren; die Furcht vor einer Schwächung der gegen Deutschland verwendbaren Streitkräfte bildete den tieferen Grund des Beschlusses. So erfochten die englischen Waffen nach dem völkerrechtswidrigen Bombardement von Alexandria allein den Sieg von Tell-el-Kebir im September 1882, in dessen Folge der französische Einfluß in Ägypten zugunsten des englischen beseitigt worden ist.

Es gereichte dies Frankreich, dessen Genie und Geld die Durchbohrung des Isthmus von Suez gelungen war, zu um so größerem Schmerze, als es nicht nur Prioritätsrechte in Ägypten besaß — bereits 1798 hatten Jahrtausende von den Pyramiden herabgeblickt auf die siegreiche Armee Bonapartes —, sondern auch schon 1840 von England gezwungen worden war, seinen Schützling Mehemed Ali trotz seiner Siege im Stich zu lassen und damit seine Hoffnung auf die Verwirklichung der Worte Napoleons I. aufzugeben, das Mittelmeer müsse ein französischer See werden. Diese alte Wunde wurde durch den neuen Sieg der englischen Politik wieder aufgerissen, und ein wachsendes Mißtrauen beider Nationen war die Folge.

Frankreich revanchierte sich in einer für die englischen Interessen recht empfindlichen Weise, indem es seinen hinterindischen Besitz ausdehnte. Scharmützel mit anamitischen Seeräubern führten noch 1882 zunächst zu einer französischen Niederlage, dann aber dank der Initiative Ferrys zu erheblicher Machtentfaltung, die sich auch gegen China richten mußte. In dieser Ausdehnung würde sie wohl mehr als den bloßen Protest Englands hervorgerufen haben, hätte Frankreich damals nicht engere Fühlung mit uns besessen. Die ägyptischen Ereignisse hatten es mit England, die tunesischen mit Italien überworfen und dieses zum Anschluß an den Zweibund bewogen, von dessen Teilnehmern Deutschland den Draht mit Rußland noch nicht durchschnitten hatte. So war Frankreich isoliert, und es ergab sich als natürliche Folge für die französische Politik die Notwendigkeit, sich an die deutsche anzulehnen. Ungeachtet aller Anfeindungen betrat Ferry entschlossen diesen Weg und setzte damit auch uns in den Stand, bei der Teilung Afrikas englischer Anmaßung gegenüber viel kräftiger auftreten zu können.

In Hinterindien kam es 1884 und 1885 zum Frieden. Frankreich erhielt das Protektorat über Anam und Tongking; China verzichtete auf seine Oberhoheit und öffnete bestimmte Punkte seiner Grenze gegen Tongking dem französischen Handel. So wurde aus der Kolonie Kotschinchina das französische Indochina,

das damals 460000 qkm umfaßte. Später sind ihm noch bedeutende siamesische Gebietsteile hinzugewachsen; auch hat China Frankreich für seine Vermittlung beim japanisch-chinesischen Frieden noch weitere Vorteile zugestanden und ihm die Bucht von Kuangtschau verpachtet.

Die Revanche, die die Franzosen in der geschilderten Weise für ihre Verdrängung aus Ägypten nahmen, ist keine wohlfeile gewesen. Allein die Tongkinger Expedition hat 322 Millionen Franken gekostet. Dies und eine französische Niederlage kurz vor dem Friedensschlusse machten Jules Ferry zum unpopulärsten Manne Frankreichs und nötigten ihn, die Leitung der Geschäfte aufzugeben, sehr zum Nachteil seines dritten kolonialen Planes, der Madagaskar endgültig der französischen Herrschaft unterstellen wollte. Englischer Einfluß dominierte damals auf diesem Erbstück französischer Hoffnungen.

So erhielt zwar Frankreich acht Monate nach seinem Rücktritt das Protektorat über die zukunftsreiche Rieseninsel, das ein Jahr später auf die benachbarten Komoren ausgedehnt wurde, aber in Wirklichkeit blieb die Selbständigkeit der Hovaregierung ungebrochen. Erst 1895 konnte eine zweite Expedition das Vermächtnis des inzwischen verstorbenen Ferry erfüllen und Madagaskar fest dem französischen Kolonialreiche angliedern, von dem es englische Intrigen gar zu gern abgebröckelt hätten.

Jules Ferrys letztes Ziel war die Erweiterung der Kolonie am Gabunflüßchen. Friedliche Erwerbungen des Grafen de Brazza machten aus ihr ein stattliches französisches Kongoland. Dabei war es zu Grenzstreitigkeiten mit der Kongogesellschaft Leopolds II. gekommen. Ferry verstand es, kurz vor seinem Rücktritt das Vorkaufsrecht auf ihre Besitzungen seinem Lande zu verschaffen und überwiegend zu dessen Gunsten jene Streitigkeiten zu beenden. Wenige Tage später, im Februar 1885, wurde in Berlin die afrikanische Konferenz geschlossen, die das Gebiet der Kongogesellschaft in den neutralen Kongostaat verwandelte und hiermit dem französischen Kongolande wie den deutschen Kolonien einen weniger gefährlichen Nachbarn gab, als es ein englischer Kongostaat gewesen sein würde. Das Ergebnis war vor allem dem Zusammengehen Frankreichs und Deutschlands zu verdanken, die damals das gemeinsame Interesse gegen England verband; doch sollte die Übereinkunft später in zivilisatorischer und neutraler Beziehung vom Kongostaate, von Frankreich und England auf das gröbste verletzt werden.

In der Folgezeit verschob sich die Weltlage. Bismarcks Entlassung führt bei uns zur Aufgabe auch seiner russischen Politik und läßt 1891 die schon lange angebahnte Vereinigung Frankreichs und Rußlands gegen uns und England zustande kommen. Dieses erwartet, unsere Unterstützung gegen Rußland zu finden, und unsere Regierung hofft durch die mit der Erlangung Helgolands besiegelte Gebietsregulierung in Afrika ein gutes Verhältnis zur englischen eingeleitet und dem Weltfrieden gedient zu haben.

Im Vertrauen auf Rußlands Hilfe im Ernstfalle plante Frankreich, den englischen Gedanken eines ununterbrochenen afrikanischen Besitzes vom Kap bis Kairo zu durchkreuzen durch einen Besitz, der sich quer durch Afrika legen sollte vom französischen Kongogebiete aus bis nach Obock am Roten Meer. Zu seiner Verwirklichung bedurfte es vor allem des ehemals ägyptischen Sudans, den der Mahdiaufstand 1882 vom übrigen Ägypten abgetrennt hatte. Die Bemühungen Englands um seine Wiedergewinnung wollte ebensogern wie die Franzosen, die ihre Verdrängung aus Ägypten noch nicht verschmerzt hatten, der König der Belgier als Souverän des Kongostaates hintertreiben. Es gelang ihm, 1896 die Pariser Regierung zu gemeinsamem Vorgehen zu überreden. Der sorgfältig vorbereitete Plan würde das obere Nilgebiet den verbündeten Staaten unterworfen haben, hätten nicht die kongostaatlichen Truppen gemeutert, so daß allein die französische Expedition unter Marchand im Juli 1898 den Nil bei Faschoda erreichte. So bewundernswert ihre unter unsäglichen Schwierigkeiten vollbrachte Leistung war, so konnten die wenigen Franzosen doch nicht dem Sirdar Kitchener widerstehen, der zwei Monate später mit der anglo-ägyptischen Armee dort eintraf, nachdem er soeben den Mahdi bei Omdurman geschlagen hatte. Jetzt hätte nur noch der Krieg zwischen Frankreich und England entscheiden können, wem Oberägypten gehören sollte. Wenn er nicht ausbrach, weil Frankreich sich vor England zurückzog, so erklärt sich dies durch das Versagen des französisch-russischen Bündnisses England gegenüber.

Vielleicht wäre Frankreich die Demütigung erspart geblieben und die Weltgeschichte anders verlaufen, hätte es sich nicht 1896, als unser Kaiser nach dem Jameson-Raubzuge sein bekanntes Telegramm an den Präsidenten von Transvaal richtete, den Engländern gegen uns angeboten, statt auf unsere Seite zu treten. Hiermit mag es auch zusammenhängen, daß 1900/01, als der Burenkrieg England schwer bedrängte, unsere Politik, die damals noch an eine loyale englische glaubte, das von Frankreich und Rußland vorgeschlagene gemeinsame Vorgehen zur Demütigung Englands verhindert hat. Für dieses treuherzige Verhalten Deutschlands dankte ihm dann England durch jene Einkreisung, welche die übereinstimmenden Geheimberichte der Vertreter Belgiens in London, Paris und Berlin für alle Welt offengelegt haben.

Als Kitchener den Traum der Franzosen zerstört hatte, schlug Frankreich den Weg der umgekehrten Politik ein, die es schließlich unter dem Eindruck des englischen Sieges über Rußland, den die Japaner für die Briten erkämpften, auch zum Bündnis mit England und in den Weltkrieg führt. Der erwähnte Vorgang während des Burenkrieges zeigt es zwar wieder auf entgegengesetztem Wege, aber unsere damaligen Staatslenker, die die Bismarcksche Realpolitik verlernt hatten, wußten es nicht auf ihm zu erhalten. So blieb diese Anwandlung Frankreichs eine vorübergehende Episode und das französische Staatsschiff in dem Kurse, der durch den Wechsel des Steuermanns nach der Demütigung von Faschoda vorgezeichnet wurde. Vor ihr hatte Hanotaux die auswärtige Politik geleitet, nun trat Delcassé an seine Stelle. Blieb er auch nicht ununterbrochen dort, so war er doch wieder Minister des Auswärtigen am Vorabend des Weltkrieges und hat mit Clémenceau, Millerand und Poincaré Geist und Richtung der französischen Politik in den letzten zwölf Jahren entscheidend beeinflußt. Ob dabei die Erweiterung der Entente zur Tripelentente sein Werk gewesen ist — in dem er sich vor dem belgischen Gesandten mit den Worten sonnte, einen agressiven Bund gegen Deutschland zustande gebracht zu haben —, oder ob er, der zu schieben glaubte, nur der von England Geschobene war, das, durch seinen

Haß gegen unsere Wirtschaftskonkurrenz verblendet, schon spontan seinem traditionellen russischen Gegner sich zu verbünden strebte: jedenfalls wird ihn die Geschichte von der Mitverantwortung des Weltkrieges nicht freisprechen und das Anwachsen der französischen Anmaßung, die dem unbefangenen belgischen Beobachter schon 1907 wieder so groß erschien wie in den schlimmsten Tagen des zweiten Kaiserreiches, mit zu seinen Lasten schreiben.

Die chauvinistische Steigerung seiner Revanchehoffnung würde nicht genügt haben, um Frankreich zum Werkzeuge Englands zu erniedrigen, es mußte auch die Wunde, die Faschoda geschlagen, geschlossen und verhütet werden, daß neue koloniale Gegensätze die Beziehungen beider Staaten wieder beeinträchtigten. Das wurde durch eine Regelung ihrer Interessensphären erreicht, die Frankreichs Wünschen in bezug auf Nordwestafrika zustimmte und Förderung versprach.

Das Ziel der Franzosen, dieses Drittel des dunkeln Erdteils ihrer Herrschaft zu unterstellen, war durch die bisherigen Erfolge ihrer Politik immer näher gerückt worden. Zunächst ist zu erinnern an Algerien, Tunesien, die seit Napoleon III. erheblich erweiterten Senegalgebiete, die Errichtung des Protektorats in Dahomey 1892, der ein Jahr später die Besetzung Timbuktus folgte, weiter an die Vorschiebung des französischen Kongolandes im Rücken unseres Kamerun zum Tschadsee und nach Westen am Ubangi entlang sowie an die Verbindung der französischen Tschadseegebiete mit den französischen Nigergebieten und dieser wieder mit dem Hinterlande der Elfenbeinküste. Die Faschoda-Expedition verfehlte zwar ihren Zweck, führte aber 1899 zur reinlichen Scheidung der französischen und englischen Einflußzone; der letzteren wurde Ägypten mit der Libyschen Wüste und dem ägyptischen Sudan, der französischen alles hiervon und von Tripolis westlich Gelegene zugewiesen. Schon hierin lag die englische Zustimmung zur Angliederung Marokkos, die dann im Abkommen vom 8. April 1904, das Frankreich auf Ägypten endgültig verzichten ließ, auch einige andere der werdenden Entente abträgliche koloniale Reibungsflächen verminderte, noch näher vereinbart worden ist. Wie ferner die Franzosen durch ihre Zustimmung zur Besetzung von Tripolis durch Italien die Zustimmung der Italiener erkauften und diese dem Dreibund entfremdeten und wie sie endlich im Novemberabkommen 1911 mit uns das letzte Hindernis ihrer marokkanischen Pläne aus dem Wege räumten, steht noch in frischer Erinnerung. In diesem Vertrag, der für uns der Schlußstein einer im Ziele richtigen, in den Mitteln aber verfehlten Politik war, hat zwar Frankreich auf den Ausschluß der wirtschaftlichen Interessen anderer Mächte aus Marokko verzichten und ein Stück seines Kolonialreiches abtreten müssen. Aber der von uns erworbene Teil seines Kongogebietes kann den Eindruck nicht verwischen, daß im Kartenbilde Afrikas jener französische Ölfleck, mit dem die Einnahme Algiers es 1830 durchtränkte, inzwischen gewaltig um sich griff. Die spanischen, englischen, portugiesischen und deutschen Besitzungen in Nordwestafrika erscheinen heute als schmale Küstengebiete, im Rücken fest umklammert von einem großen französischen Reiche.

In der geschilderten Weise hat die dritte Republik das meiste zum Wiederaufbau des überseeischen Frankreichs beigetragen. Doch sind die großen Erfolge nicht allein den republikanischen Staatslenkern zu danken, sondern auch dem Zwang der Verhältnisse, der sie bis zum vorigen Sommer nötigte, Ruhe in Europa zu halten und — dem Fürsten Bismarck, der Frankreichs koloniale Ausdehnung jederzeit förderte, um unsere Vogesengrenze zu entlasten.

Seine Politik wird heute von manchem verurteilt. Gewiß hat trotz derselben Frankreich am Revanchegedanken festgehalten, sich nur gar zu willig von England, dem Erbfeinde seiner Geschichte, betören und in den Weltkrieg verstricken lassen. Aber war sie darum falsch? Für Bismarck war die koloniale Ablenkung des französischen Tatendranges nur eines der Mittel, mit denen er seine Reichsschöpfung gegen unzeitige Friedensstörung von Westen her zu sichern suchte. Wenn 24 Jahre nach seinem Rücktritt bei unseren Nachbarn der Revanchegedanke über die Vernunft siegte, so beweist dies nur aufs neue ihre Unfähigkeit, ihre europäische Politik mit ihrer überseeischen in Einklang zu setzen, aber nichts gegen die größere Sicherung, die unserer Westgrenze ein an vielen Punkten der Erde in Anspruch genommenes Frankreich vor einem solchen bietet, das auf ein Stück Europas beschränkt, seinem politischen Ehrgeiz nur kontinentale Befriedigung suchen könnte.

Über Frankreichs Politik und die Bedeutung der Kolonien für die französische Weltmachtstellung vgl. weiterhin G. K. Anton, Frankreichs koloniale Entwicklung unter der dritten Republik (in B. G. Teubners »Internationaler Monatsschrift«, Leipz. 1915).

Englische Weltpolitik (Imperialismus)

von Professor Dr. Heinrich Spies in Greifswald

Unterschied zwischen englischer und deutscher Weltpolitik. — Grund der englischen Weltpolitik. — »Country« und »Empire«.

Englische Weltpolitik ist ihrem Wesen nach grundverschieden von dem, was wir vom deutschen Standpunkt aus und auch erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit als Weltpolitik zu bezeichnen pflegen. Der von Natur aus friedlich veranlagte Deutsche will sich mit der Weltpolitik, wie er sie meint, nur »einen Platz an der Sonne« erwerben, d. h. er wünscht teils in vorwiegend wirtschaftlicher Zielrichtung berechtigte Ellbogenfreiheit auf der Erde für die fleißige Arbeit seiner seit der deutschen Einigung 1871 gewaltig zunehmenden Bevölkerung, teils will er im Weltverkehr das eintauschen, was er zum Unterhalt, zur Arbeit und zur Hebung des Lebens beanspruchen darf. Anders der Engländer! Seine Weltpolitik bezeichnet er selbst als »Imperialism«. Wenn auch das in vielen Bedeutungen schillernde Wort »Imperialismus« in verschiedenen Ländern auf verschiedenartige Bewegungen und Bestrebungen angewandt worden ist, so bedeutet es für die englische Politik doch tatsächlich die absolute politische und wirtschaftliche Beherrschung der Erde durch Großbritannien.

Die Weltpolitik des britischen Imperialismus be-

ruht letzten Endes auf der hervorstechendsten Charaktereigentümlichkeit des Engländers, auf dem Willen, dem gegenüber besonders sein Intellekt zugestandenermaßen zurücktritt. Die starke Ausprägung des Willens hat teils ihren Grund in der »positiven Siebung«[1] der englischen, in insularer Abgeschlossenheit äußerst einheitlich gemischten Rasse (Angeln, Sachsen, Jüten, Skandinavier und Normannen als ausschlaggebende Grundbestandteile), teils in der auf den willensstarken »Gentleman« abzielenden englischen Erziehung. Aus dem Willen entwickelte sich, mit der Zeit infolge der Insellage und anderer glücklicher Umstände fast ungehemmt zunehmend, ein rücksichtslos draufgängerischer Individual- und Volksegoismus, der keine anderen Herren neben sich dulden wollte. Im Spiegel des englischen Nationalliedes erkennen wir diese imperialistische Art des Volksegoismus wieder an dem Offensivgeist des »Rule Britannia« im Vergleich zu dem deutschen Verteidigungssang der »Wacht am Rhein«. Im Spiegel der englischen Sprache tritt sie uns entgegen in dem zum entschuldigenden Deckmantel gewordenen Sprichwort »Our country, right or wrong«, dessen politische Moral Herbert Spencer, wie zu erwarten vergeblich, einer vernichtenden Kritik unterzog[2]. »Country« bedeutet hierbei das Mutterland (»Motherland«) Großbritannien, das sich der Imperialist streng englischer Richtung in seinem Ideal vor dem Kriege als den leitenden und beherrschenden Kopf des »Empire«, des Größeren Britanniens (»Greater Britain«), nicht als einen Gleichen unter Gleichen vorstellte, während das letztere wiederum die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft über den Rest der Welt ausüben sollte.

»Country« und »Empire«, Land und Reich, engere und weitere Heimat, sind im Lauf der vielhundertjährigen Geschichte durch die Herrennatur des englischen Volksegoismus zu dem geschaffen worden, was, wie gesagt, heute mit dem bedrohlichen Anspruch auftritt, auch die anderen Teile und Völker der Erde in seinen Bannkreis zu zwingen. Von den ersten Zeiten der gewaltsamen Festsetzung auf den britischen Inseln im 5. Jahrhundert an ist so in unveränderlich folgerichtiger, wenn auch nicht immer systematischer Weise durch militärische Eroberung, diplomatische Geschicklichkeit oder politische Verschlagenheit aus kleinsten Einheiten der Sippen und Stämme ein immer größeres Ganzes entstanden, dessen weitere, bisher durch äußere Glücksumstände begünstigte Entwicklung als »Empire« der Weltkrieg wiederum vor eine Fülle neuer und äußerst vielspältiger Probleme gestellt hat.

Die Entwicklung des »Country« im Hinblick auf das »Empire«.

Die den Grundstock des englischen Volkes bildenden Angelsachsen eroberten sich ihre neue Heimat, indem sie die damaligen, zum Teil mit Römern durchsetzten Ureinwohner Englands, die Kelten, langsam, aber sicher nach Norden und Westen zurückdrängten. Das Ergebnis dieser Kämpfe waren die angelsächsischen Nationalstaaten der einzelnen germanischen Stämme, die um 827 durch Ecberht, den König des militärisch stärksten Reiches der Westsachsen, zu einer ersten größeren Einheit lose zusammengefaßt wurden. Die zweite Stufe der Entwicklung wird durch die Regierung Alfreds des Großen (871—901) dargestellt, der die dänische Invasion erfolgreich zu bekämpfen vermochte und gleichzeitig literarische und allgemein kulturelle Bestrebungen mit persönlicher Initiative förderte[1]. Vom rückschauenden Standpunkt des modernen englischen Imperialismus gilt Alfred der Große als der erste »Empire Builder« (Reichsgründer). In diesem Sinne hat ihm einer der glänzendsten Redner im heutigen England, der liberale Lord Rosebery, der »Orator of the Empire«, 1901 zur Tausendjahrfeier in der Hauptstadt des alten Westsachsenreichs, in dem heute verträumten Winchester, ein Denkmal enthüllt. Der für England glückliche Ausgang des Burenkriegs befeuerte den national-historischen Geist und prägte die imperialistische Inschrift »To the Founder of Kingdom and Nation«.

Die nächste gewaltsame Vergrößerung des eigentlichen Englands (3. Entwicklungsstufe in der Richtung auf das Empire) vollzog sich nach der normannischen Eroberung durch die Angliederung des in Sprache und Sitte zum Teil noch heute keltischen Wales unter Eduard I. (1272—1307). »England and Wales« ist noch jetzt ein fester staatsrechtlicher Begriff, der Titel »Prince of Wales« dem historischen Ereignis entsprungen. Vom Standpunkt der inneren nationalen Entwicklung aus legte dann (als 4. Entwicklungsstufe) die lange Regierungszeit Eduards III. (1327—77) den Grund für die großen Errungenschaften des England der Neuzeit. Jetzt zeigte sich, daß die verschiedenen Völkerbestandteile der Angelsachsen, Skandinavier und Normannen infolge der Insellage im eigentlichen England schnell zu einem einheitlichen Volk verschmolzen waren. Jetzt erwiesen sich ein einheitliches englisches Nationalgefühl und eine einheitlich über die Dialekte und Fremdsprachen sich erhebende englische Verkehrs- und Schriftsprache[2] als die begleitenden Folgeerscheinungen. Seit dieser Zeitperiode haben sich englisches Nationalgefühl und englische Sprache als höchst bedeutsame Bindeglieder des englischen Imperialismus, ja der Englisch sprechenden Welt überhaupt erwiesen. Rund hundert Jahre später, an der Wende des Mittelalters, schafft der aus Kent gebürtige, später von Brügge nach London zurückgewanderte Kaufmann William Caxton (gestorben 1491 in London-Westminster) ein anderes bedeutendes, von Englands Weltpolitik reichlichst ausgenutztes und mißbrauchtes Kampfmittel der Neuzeit durch die Einführung der Buchdruckerkunst. Für den modernen Durchschnittsengländer aber steht sowohl vom Standpunkt des sprachlich-literarischen wie des historisch-politischen Verständnisses das (die 5. Entwicklungsstufe darstellende) Zeitalter der Königin Elisabeth (1558—1603) am eigentlichen Anfang der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklung des größeren Englands. Innerhalb der britischen Inseln, d. h. im »Country«, entstand abermals eine größere Einheit; Elisabeths Tod und die Thronbesteigung Jakobs I. führten zur Personalunion Englands mit dem seit Jahrhunderten in erbitterten Kämpfen befehdeten Schottland, was dann am 1. Mai 1707 durch die legislative Vereinigung beider Landesteile als »Großbritannien« festgefügt wurde (6. Entwicklungs-

[1] Carl Peters in den »Münchner Neuesten Nachrichten« vom 15. Dezember 1906.

[2] »Facts and Comments« (London 1902).

[1] Vgl. A. Brandl, Altenglische Literatur, in Pauls »Grundriß der germanischen Philologie« (Straßburg, 2. Aufl. 1911, mit weiteren Literaturangaben).

[2] Vgl. die Forschungen von Lorenz Morsbach und seiner Göttinger Schule.

stufe). Das nationale Schwergewicht ruhte nach wie vor im Süden, von wo die Einigkeits-, d. h. die Eroberungsbestrebungen ausgegangen waren. Die letzte (7.) Entwicklungsstufe des »Country« auf dem Wege zum Empire wird schließlich rund ein weiteres Jahrhundert später erreicht, als man mit Hilfe skrupelloser Bestechung irischer Parlamentsmitglieder die Zustimmung Irlands zum Anschluß an Großbritannien erschlich (1801).

Somit war zu Anfang des 19. Jahrhunderts, vor der viktorianischen Zeit, auf den britischen Inseln im »Country« eine einzige große staatliche Einheit mit äußerlicher Einigkeit hergestellt: Great Britain and Ireland oder das »Vereinigte Königreich«. Die sich aus der Vergewaltigung Irlands ergebenden Loslösungsbestrebungen der keltischen Bewohner der »grünen Insel« haben trotz der Agitation der amerikanischen Iren keinerlei nennenswerten Einfluß auf den Gang der imperialistischen Weltpolitik Englands gehabt. Ebensowenig wie neuerliche Vorschläge einer allgemein föderativen Gestaltung des Mutterlandes, wie sie Churchills exzentrische Phantasie am extremsten ausmalte: »Home Rule all round«, d. h. Überweisung irischer, schottischer, walisischer und englischer Sonderfragen an neu zu bildende Landesteil-Parlamente im Fall der Umgestaltung des Parlamentes von Westminster zu einem »Imperial Parliament«, d. h. einem Reichsparlament mit Vertretung aller Teile des englischen Weltreichs. Der Gefahr eines internationalen Prestigeverlustes infolge der irischen »Frage« hat England, der »Beschützer der kleinen Nationen«, mit Hilfe seines Kabel- und Pressesystems schnell und anscheinend stets erfolgreich entgegengearbeitet. Aber Irland blieb, wie die dortigen blutigen Ereignisse im Weltkrieg blitzartig drohend aufs neue erwiesen, trotz aller gegenteiliger Versicherungen englischer Staatsmänner wie des für die englische Weltpolitik eingesponnenen irischen Führers Redmond und trotz der irischen Rekrutierung für das englische Heer ein fremdes Glied am Körper des englischen Mutterlandes, des »Country«. In Wirklichkeit ruht somit die englische Weltpolitik mit ihrem Imperialismus nur auf den Schultern Englands und Schottlands, d. h. Großbritanniens. Die treibende Kraft aber ist allezeit das eigentliche England gewesen und hier wieder besonders der Süden (mit London als Hauptstadt, seit Heinrich II., 1154—89); die historische Entwicklung und die günstigen geographischen Bedingungen hatten das politische und wirtschaftliche Schwergewicht hierher gelegt.

Die Entwicklung des »Empire«.

I. Politische und wirtschaftliche Ziele. Es lag in der Natur der Dinge, daß, solange die Welt des Engländers auf die leicht erreichbaren Teile des europäischen Festlandes beschränkt war, von ausgesprochener Weltpolitik im neuzeitlichen Sinne keine Rede sein konnte. Aber wir brauchen nur an die von Alfred dem Großen in seine Übersetzung der Weltgeschichte des Orosius eingefügten Reisebeschreibungen von Ohthere und Wulfstan oder etwa an Maundeville (14. Jahrhundert) zu denken, um zu erkennen, daß der Trieb des Inselvolkes schon im Mittelalter über das Meer und in die Ferne ging. Entdecker und Erforscher aus England gelten dort heutzutage als »Pioniere des Empire«, so der Südseefahrer Cook aus dem 18. Jahrhundert, die Polarforscher Scott und Shackleton aus jüngster Vergangenheit. Leider kann der Engländer imperialistischer Observanz die größten Entdecker neuer Welten am Ende des Mittelalters nicht als seine »Empire Builders« ansprechen. Aber trotzdem bleiben die Entdeckungsreisen von Spaniern und Portugiesen, vor allem die Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Ostindien, die Vorbedingungen für die darauffolgende Weltpolitik des englischen Imperialismus. Lange bevor im eigentlichen Stammhaus auf den britischen Inseln Einheit und äußere Einigkeit hergestellt waren, beginnt zu den Zeiten der im politischen Lied imperialistisch überschwenglich gepriesenen Königin Elisabeth, der »Good Queen Bess«, die Ausbreitung nach West und Ost. Wenn sich auch die ersten Pioniere des englischen Imperialismus der Tragweite ihrer Erfolge nicht bewußt werden konnten, verrät es doch Mangel an geschichtlichem Verständnis oder bewußte Geschichtsklitterung, wenn Lord Rosebery bei der Eröffnung des »Congress of Universities of the Empire« am 2. Juli 1912 der gedankenlosen landläufig englischen Ansicht von der Entstehung des Empire mit den Worten Ausdruck verlieh: »Wir breiteten uns einfach sozusagen unwillkürlich über die Erde aus«. Ein englischer Witzbold drückte das einmal mit den Worten aus, das Empire sei »in einem Anfall von Geistesabwesenheit« zustande gekommen. Solcher Auffassung widerspricht die geschichtlich erweisbare Entwicklung des englischen Herrscherbewußtseins. Schon Lawrence Minot, der erste politische Lyriker Englands, ruft in seinem Siegeslied über die Schotten 1333 aus: »But ever are they under!« (»Für immer haben wir sie untergekriegt«). Diesen Vers durchwehte bereits derselbe imperialistische Geist, dem auch die einfache Kreideinschrift »At last!« an Gordons Standbild auf dem Londoner Trafalgarplatz nach Kitcheners Eroberung von Chartum zu danken war. Die Ziele der imperialistischen Weltpolitik traten, je weiter die Zeit vorschritt, um so stärker hervor. Zwar gestand man natürlich die Absicht der absoluten politischen und wirtschaftlichen Beherrschung der Erde nicht direkt ein. Aber an tausend Anzeichen war zu erkennen, daß England der »Arbiter mundi« werden wollte, daß »England has spoken« gleichbedeutend werden sollte mit »Roma locuta, causa finita«. Von diesem Gesichtspunkt aus hieß es z. B. in einem Triumphartikel des »Daily Telegraph« vom 4. Juni 1913: »England steht nicht mehr da, wo es stand, sondern in einer höheren Stellung, als es seit vielen Jahren besessen hat, als Gebieter der Geschicke Europas mit Sir Edward Grey als Hauptorganisator des diplomatischen Sieges«. »Wenn Throgmorton Street (mit der Londoner Börse) niest, so läuft den europäischen Börsen ein Schauer über den Rücken, und ein Zittern geht von Selangor bis Chicago«[1]. Darum buchte man auch seinerzeit (1868) mit tiefster, zu Herzen gehender Befriedigung jenseits des Kanals das Weltreiseergebnis des liberalen Sir Charles Dilke: »Die Welt wird mit Riesenschritten englisch«.

Die Ziele seiner imperialistischen Weltherrschaft suchte England vorwiegend auf zweifache Weise zu erreichen. Teils ging es darauf aus, an den großen See- und Handelsstraßen, besonders an Meerengen, militärisch und darum meist auch wirtschaftlich wichtige Stützpunkte in seine Hand zu bekommen. Die Bedeutung dieser Flottenstützpunkte und Kohlenstationen ist natürlich parallel der Steigerung der

---

[1] »Daily Mail«, Überseeausgabe, 14. März 1914.

englischen Flottenmacht gewachsen (im ganzen mehr als 40). Gibraltar, Malta und der Suezkanal, früher auch Helgoland, sind dafür augenfällige Beispiele. Deshalb hatte man in England seinerzeit auch an den Bau eines englischen Panamakanals gedacht und über den geplanten die Kontrolle zu erlangen versucht. Auch die Dardanellen gehören hierher, allerdings mit wechselndem Werte für England infolge veränderter wirtschaftlicher Bedingungen. Andererseits war es das Ziel der englischen Weltpolitik, Siedlungskolonien zu erwerben. Diese sollten die englische Auswanderung aufnehmen und dadurch das Neuland für Großbritannien sichern (der Auswandererverlust Englands an die Vereinigten Staaten ist von imperialistischer Seite oft beklagt worden); sie sollten dem Mutterland die unentbehrlichen Rohstoffe sowie die kolonialen Lebens- und Genußmittel liefern und schließlich auch zu lohnenden Absatzgebieten für die englische Industrie ausgebaut werden. Wo Bodenschätze höherer Art, wie Gold und Diamanten, zu heben waren, verdoppelte England seinen imperialistischen Eifer in der richtigen Erkenntnis, daß Gold gerade auf dem Gebiet der Weltpolitik Macht bedeutet.

II. **Die Niederringung der Rivalen.** Der englische Imperialismus mußte mit seinen Zielen im Laufe der Zeit zu einer gewaltsamen Neuverteilung des bewohnten oder bewohnbaren Bodens und des ihn umgebenden, oft fischreichen Wassers auf der Erde führen. Soweit es sich nicht um tatsächlich herrenloses Land handelte, mußten farbige Rassen um ihre Hoheitsrechte gebracht, vor allen Dingen aber Englands europäische Konkurrenzvölker mit Kolonialbesitz aus dem Felde geschlagen werden. Dies war nur selten auf dem Wege friedlicher Vereinbarung, meist nur auf dem unverhüllter Gewalt möglich. So entsprangen der Weltpolitik des englischen Imperialismus seit der Elisabethzeit des 16. Jahrhunderts nacheinander mit eherner Folgerichtigkeit alle jene großen, meist auf dem Boden Europas zu Wasser und zu Lande ausgefochtenen Kriege Englands mit seinen ernsthaften Gegnern, mit den Spaniern, den Holländern, den Franzosen, den Russen (zum Teil indirekt mit Hilfe Japans) und jetzt mit uns, den Deutschen.

Die Einzeltatsachen der geschichtlichen Entwicklung sind hinlänglich bekannt. Hier kommt es lediglich auf den roten Faden der weltpolitischen Entwicklung Großbritanniens an. Der Kampf mit dem neuzeitlichen Vorläufer Englands in der Weltmachtstellung, mit **Spanien**, hervorgegangen aus englischem Seeraub und Schmuggelhandel nach den spanischen Kolonien, legte die Grundlage für Englands Handel, sein Schiffahrtswesen und vor allem für seine Seemacht, die sich später zur stärksten Stütze seines Imperialismus auswuchs. Der Untergang der spanischen Armada (1588) bedeutet für England die Ausschaltung des ersten Konkurrenten auf dem Wege zur imperialistischen Alleinherrschaft der Welt. Fast gleichzeitig begann die koloniale Ausbreitung nach West (Virginien, seit 1584) und Ost (Ostindische Kompanie, gegründet 1600). — Als nächster Rivale Englands erwies sich **Holland**, das in drei großen Seekriegen (1651—74) durch die von Cromwell und Blake geschaffene englische Kriegsflotte zu einer Macht zweiten Ranges niedergerungen wurde. Die erste Navigationsakte vom 9. Oktober 1651 war im Kern ihrer Tendenz ein früher Vorläufer von wirtschaftlichen Bestrebungen des englischen Imperialismus. — Bedeutend schwieriger und langwieriger gestaltete sich der Kampf Englands mit seinem alten Erbfeind aus dem Mittelalter, mit dem an Volkszahl und Militärkraft bedeutenderen **Frankreich**. Dieser von 1688—1815 währende Kampf um die Vorherrschaft in der Welt wurde von englischer Seite zum erstenmal unter dem von da ab stets schlagwortartig ausposaunten Vorwand der sogenannten »Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts« geführt (s. unten). Drei Höhepunkte wies dieses Ringen auf, den Spanischen Erbfolgekrieg, den Siebenjährigen Krieg zwischen Frankreich und England, wobei Friedrich der Große auf seiten Englands stand, aber von diesem schließlich im Stich gelassen wurde, und die Kriege gegen das napoleonische Frankreich. Im Siebenjährigen Krieg wurde die englische Weltmacht durch die »constructive statesmanship« des älteren Pitt fest begründet. Gleichzeitig legte Clive den Grund zu Englands Herrschaft über Indien, und, abgesehen von vielem andern, wurde im Westen Kanada englisch. Kurz darauf (1788) begann die Anglisierung Australiens durch Begründung der Verbrecherkolonie Sydney in der Botany Bay. Die endgültige Entscheidung zwischen Frankreich und England fiel dann in den Napoleonischen Kriegen, weniger zu Wasser bei Trafalgar (das der moderne Engländer aber mit Vorliebe voranstellt, vgl. »Trafalgar-Tag« weiter unten) als vielmehr zu Lande bei Waterloo durch die Preußen unter Blücher (18. Juni 1815). Damit war aus der Reihe der für die absolute englische Herrschaft bedrohlichen Gegner der gefährlichste Rivale, Frankreich, ausgeschieden. Die Faschoda-Krise (1898) war nur noch ein letztes Wetterleuchten des verrauschten Sturmes. Im gleichen Jahr bejubelte England mit Recht die Überholung der französischen Volkszahl als den letzten siegreichen Ausklang dieses zähen Ringens. Im 1. Pariser Frieden (30. Mai 1814) hatte Großbritannien schon neben vielem anderen das Kap der Guten Hoffnung und damit den sicheren Ausgangspunkt für die imperialistisch-afrikanischen Pläne eines Cecil Rhodes zu erlangen gewußt. Die Folgen der Ausschaltung Frankreichs als ernstlichen Rivalen Englands traten am klarsten im Zeitalter der Königin Viktoria, zumal in seiner ersten Hälfte, zutage. In England war der Gedanke einer englischen Weltoberherrschaft einfach eine Selbstverständlichkeit, und die viktorianische Literatur spiegelte das mit satter, fast schon etwas müder Befriedigung wider; sonst in der Welt nahm man dies fast mit fatalistischer Gelassenheit als eine Tatsache hin. Zwar erschienen dem englischen Imperialismus drohende Wolken am asiatisch-indischen Horizont in Gestalt des russischen Ausdehnungsdranges und der etwas ferneren russischen Zukunftsgefahr für die englische Weltherrschaft nach etwaiger Gewinnung eines eisfreien Hafens, aber bis heute hat England die endgültige Auseinandersetzung mit der russischen Weltpolitik auf eine fernere Zukunft verschieben können. Der Krimkrieg in der Mitte des 19. Jahrhunderts, Englands Bündnis mit Japan (30. Januar 1902), der russisch-japanische Krieg (1904), der englisch-russische Vertrag vom 31. August 1907 und schließlich, nicht zu vergessen, auch die durch die Mittelmächte im Weltkrieg bewirkte Schwächung Rußlands in wirtschaftlicher, besonders finanzieller und militärischer Beziehung, stellen die wichtigsten Etappen der Vertagung dieser Auseinandersetzung zwischen Angelsachsen und Slawen dar.

Ebenso wie der Tag von Waterloo die Ausschal-

tung Frankreichs aus der Reihe der Rivalen um die Weltherrschaft besiegelte, hatte er anderseits der weltpolitischen Feinhörigkeit Englands die wachsende Stärke einer weiteren Kontinentalmacht offenbart, nämlich des seit Jahrhunderten infolge seiner politisch exponierten Lage im Herzen Europas gewaltsam zurückgehaltenen und zerrissenen Deutschlands. So mußte man denn nolens volens diesem »Volk der Dichter und Denker« auch mehr politische Aufmerksamkeit widmen: Neue Gefahr für Englands Ziel der Weltherrschaft! Dabei begleitete das ganze 19. Jahrhundert hindurch tiefstes Mißtrauen von seiten Großbritanniens alle nicht dichterischen oder träumerischen Regungen des Deutschtums, mochten sie politisch auf innere Einigung, militärisch auf Abweisung des Gegners (1864, 1866, 1870/71) oder wirtschaftlich auf den Aufbau von Industrie, Handel und Schiffahrt abzielen.

»Die Welt für Großbritannien
Und 'ne Speckscheibe für Deutschland.«

Das war das Ziel der englischen Politik gegenüber dem unbequemen deutschen »Vetter«, dem »inevitable German«[1]. All die tausend Einzelfälle des von einfacher öffentlicher oder privater Unfreundlichkeit bis zu feindseliger Drohung pendelnden Unmuts im Laufe des 19. Jahrhunderts sind nur Zeichen des tieferen Sinnes der englischen Weltpolitik seit Waterloo und Wellington, wie sie die englische Wochenschrift »Saturday Review« am 11. September 1897 unverhüllt in die englisch-imperialistische Form goß: »Ceterum censeo Germaniam esse delendam«. Vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus sprach sich im gleichen Jahr Lord Rosebery warnend mit den Worten aus: »Wir sind von einem furchtbaren Gegner bedroht, der an uns nagt wie das Meer an den schwachen Stellen einer Küste — ich meine Deutschland. Der Handel des Vereinigten Königreichs geht unaufhörlich zurück, und was er verliert, gewinnt in der Hauptsache Deutschland.« Inzwischen hatte auch Deutschland, wenngleich in bescheidenster Weise, über See Fuß gefaßt und hatte sowohl zum Schutz seiner Interessen wie als Aktivum seiner Weltgeltung langsam angefangen, Kriegsschiffe zu bauen. So war 1897 der Ton auch schon etwas anders als 1849, als Lord Palmerston erklärte, er werde Schiffe der deutschen Flotte mit der schwarz-rot-goldenen Flagge in der Nordsee als »Piraten« behandeln. In den Augen der englisch-imperialistischen Weltpolitik war die Verachtung notgedrungen einer ärgerlichen, wutschnaubenden Beachtung gewichen. Ist die Zeit von 1890—1900 nicht mit Unrecht als die Periode der »Flegeljahre des modernen Englands« bezeichnet worden[2], so gerät Großbritannien seit dem 24. Juni 1900, dem Tage der Annahme des deutschen Flottengesetzes, außer Rand und Band[3]. Eine Nervosität jagte die andre. England hallte wider von der deutschen Gefahr. Das Gespenst der Invasion spukte an seiner Küste. Dankbar griffen Literatur und Theater das neue Motiv auf und vergrößerten die Verwirrung. Jedenfalls hatte die imperialistische Weltpolitik wieder ernsthaft mit einem Rivalen zu schaffen, und sie nahm diesen Kampf mit der geschichtlich zu erwartenden Folgerichtigkeit auf. Wieder wurde nach dem früher so bewährten Rezept einer europäischen Koalition unter Leitung Englands gegen den seine Kreise gefährdenden Gegner gearbeitet. Wieder versöhnte und verbrüderte man sich mit einstigen Feinden. So kam unter tätiger Mitwirkung des königlichen Geschäftsführers, Eduards VII., die Zeit der Ententen und damit die Zeit der Einkreisung Deutschlands. Man hatte zwar all die Zeit hindurch auch freundliche Worte in reicher Fülle für eine »Verständigung« mit dem deutschen Michel und brachte es fertig, selbst offenkundige Brüskierungen als »Mißverständnisse« zu erklären, ja Chamberlain hatte um 1900 herum sogar ein Bündnis mit Deutschland allen Ernstes in Erwägung gezogen (vielleicht um dieses als willkommenen Sturmbock gegen Rußland zu verwenden). Aber: »Warum verwandelten sich die alten Freundschaftsbeziehungen zwischen Berlin und London in Zwietracht? Die einzig richtige Antwort auf das Problem ist, daß Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes Großbritanniens Rivale wurde . . . Der wachsende Einfluß Deutschlands als einer Handels-, Kolonial- und Flottenmacht würde immerwährend dafür gesorgt haben, eine argwöhnische Rivalität zwischen Berlin und London aufrechtzuerhalten. England und Deutschland waren fast nach jeder Seite ihrer vielgestalteten Betätigungen hin Konkurrenten, und es ist nicht leicht, eine scharfe Konkurrenz in ein Freundschaftsbündnis umzuwandeln«[1]. So spann die englische Weltpolitik unaufhörlich ihre Fäden, bis die Katastrophe des Weltkrieges sie zerriß[2].

Während Großbritannien Jahrhundert für Jahrhundert diese weltpolitischen Kämpfe um die Oberherrschaft auf der Erde führte, fast ganz, wie wir sahen, in Europa, fügte es über See mit zäher Konsequenz ein Stück nach dem andern zum Bau des Größeren Britannien. Die gelegentliche Rückgabe eines Bruchteils geschah stets im Eintausch für ein Ganzes an anderer Stelle. Feierliche Versprechungen englischer Staatsmänner, daß die unrechtmäßige Besetzung fremden Landes mit anerkannten Hoheitsrechten wieder rückgängig gemacht würde, sind in den Wind geschlagen worden. Ägypten ist dafür ein geradezu klassisches Beispiel. Im Juni 1884 versprach Gladstone: »Wir übernehmen die Verpflichtung, die militärische Besetzung Ägyptens nicht über den 14. Januar 1888 hinaus zu verlängern«. Am 9. Okt. 1894 erklärte Sir Henry Campbell-Bannerman gar: »Wir können nicht unbeschränkt lange in Ägypten bleiben, ohne unsere feierlichsten Verpflichtungen zu verletzen und uns in den Augen Europas verächtlich zu machen«. Heute wäre demnach das letztere eingetreten[3].

---

[1] S. auch H. Spies, Deutschlands Feind. England und die Vorgeschichte des Weltkriegs (Berl. 1915, S. 1 ff.).

[2] Alexander Tille, Aus Englands Flegeljahren (Dresd. u. Leipz. 1901).

[3] Vgl. Dietrich Schäfer, Deutschland und England in See- und Weltgeltung (Leipz. 1915).

[1] »Daily Telegraph«, Anglo-German Discord and its Origins, 11. September 1912.

[2] Vgl. Eduard Meyer, England. Seine staatliche und politische Entwicklung und der Krieg gegen Deutschland (Stuttg. u. Berl. 1915); Th. Schiemann, Wie England eine Verständigung mit Deutschland verhinderte (Berl. 1915); Graf Ernst zu Reventlow, Der Vampir des Festlandes. Eine Darstellung der englischen Politik nach ihren Triebkräften, Mitteln und Wirkungen (das. 1915); Dietrich Schäfer, Deutschland und England in See- und Weltgeltung. Vier Beiträge zur Beurteilung der Zeitlage (Leipz. 1915); H. Spies, Deutschlands Feind. England und die Vorgeschichte des Weltkriegs (Berl. 1915).

[3] Vgl. Maximilian v. Hagen, England und Ägypten. Mit besonderer Rücksicht auf Bismarcks Ägyptenpolitik (Bonn 1915); Mohamed Fahmy, Präsident des jungägyptischen Komitees in Europa, Offener Brief an Asquith, »Vossische Zeitung«, 14. September 1915.

In der Geschichte der imperialistischen Expansion Großbritanniens gab es auch einen nicht wieder gutzumachenden Rückschlag — **Amerika**. Dort wollte man sich wohl als gleichberechtigtes Mitglied eines Bundes dem englischen Reiche einfügen, aber nicht in kolonialer Unterordnung von London aus regiert und kommandiert werden. Eine Art Homerule hätte den verhängnisvollen Bruch (ob für immer?) verhindert[1]. Seit dem Erfolg des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges werden die Vereinigten Staaten ein Weltfaktor für sich. Die Monroedoktrin, der Panamakanal mit seinen Problemen, das Verhältnis Kanadas zu den Vereinigten Staaten, wie es etwa 1911 aus Anlaß der Frage des Reziprozitätsvertrages in die Erscheinung trat (»Shall Canada be British or American?« fragte damals die »Saturday Review«[2]), das Übergreifen der Vereinigten Staaten nach Südamerika mit Kapital, Industrie und Handel, ja sogar die Amerikanisierung Australiens und selbst des eigentlichen Englands in den letzten Jahren vor dem Kriege ließen schon die Gefahr erkennen, die für den weltpolitischen Imperialismus Englands in der Neuen Welt heraufzog. Großbritannien erkannte das rechtzeitig und suchte, gerade angesichts der kommenden europäischen Verwicklungen, mit Amerika auf gutem Fuß zu bleiben. So wurde auch die Erinnerung an den Frieden von Gent (1814) bei der Hundertjahrfeier in Belgien (!) wie in London und Neuyork von englischer Seite aus mit auffälliger Geräuschfülle festlich begangen und der Bruch im 18. Jahrhundert nach bekanntem Muster auf ein »Mißverständnis« zurückgeführt. Die amerikanischen Erfahrungen haben zwar England in der Folgezeit nicht gehindert, seinen überseeischen Besitzungen zur Aufbesserung seiner passiven Handelsbilanz reichliche Geldopfer zu entwinden (man denke nur an Indien), aber sie haben es doch veranlaßt, dem berechtigten Wunsche nach Selbstverwaltung zu entsprechen! Außerdem harmonierte es mit dem Grundsatz englischer Weltpolitik in Europa, sich einen besiegten Feind oder ungefährlichen Gegner zum Freunde zu machen. Daher auch die geschäftige Eile, mit der man nach Unterwerfung der Buren »Versöhnungspolitik« betrieb und für die »South African Union« Selbstverwaltung schuf (1909). Denn: »Hätten wir Südafrika verloren, so weiß niemand besser als Sie, daß das englische Reich in Stücke gefallen wäre, wie ein Gewölbe, dem man den Schlußstein entzogen hat«[3].

III. Der Ausbau des »Empire«; Probleme und Schwierigkeiten. Somit war es der englischen Weltpolitik gelungen, mehr als ein Fünftel der gesamten Landfläche und 22 Prozent aller Menschen auf der Erde unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Da systematisches Organisieren (im Gegensatz zum deutschen Wesen) dem individualistischen Engländer noch reichlich fremd war, fehlte auch dem britischen Weltreich noch das feste Gefüge. Die auf einen festeren Zusammenschluß von Mutterland und Tochterstaaten gerichteten Bestrebungen begreift man in engerem Sinne unter dem Namen »Imperialismus«. Nicht mit Unrecht hat man den konservativen Premierminister Disraeli als geistigen Urheber dieses Imperialismus bezeichnet, der dem englischen Souverän zum 1. Januar 1877 die Kaiserkrone von Indien aufs Haupt setzte. Sir Charles Dilke schuf das Schlagwort »Greater Britain«, nicht ohne die Aufstellung eines Programms zu vergessen, und J. R. Seeley (1834—95; seit 1869 Professor für neuere Geschichte in Cambridge) begründete die Idee des Weltreichs vom historischen Standpunkt in seinem vielgelesenen Buch »The Expansion of England« (zuerst 1883). Seitdem schwoll die imperialistische Literatur von Jahr zu Jahr mehr zur Lawine an.

Das englische Weltreich wurde von Haus aus schon durch gemeinsame Bande allgemein menschlicher Art umschlossen. Die von London ausgegangene (s. oben) Verkehrs- und Schriftsprache wurde zum maßgebenden Idiom, teils durch den natürlichen Zwang der Umstände, teils durch gewaltsame Nachhilfe der englischen Eroberer, und drohte, trotz ihrer weiteren Differenzierung, mit dem auch in Deutschland gedankenlos kolportierten Schlagwort »Englisch — Weltsprache« die englischen Herrschaftspläne auf der Erde gefährlich zu fördern. Die »English Church« bildete trotz der Verschiedenartigkeit des Bekenntnisses im einzelnen den geistigen Kristallisationspunkt des Engländertums in aller Welt, und die festen Normen der englischen Lebensgewohnheiten und Charakterbildung mit dem scharf ausgeprägten englischen Nationalgefühl formten die sichere Grundlage für die schnelle Anglisierung des gewonnenen Neulands. Was dem System des englischen Weltreichs fehlte, lag auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet. Eine einheitliche Organisierung nach diesen Richtungen hin würde die weltpolitischen Ziele Großbritanniens zu einer Art grandiosen Abschlusses bringen, aber gleichzeitig auch den sicheren Ausgangspunkt für Kämpfe mit den neuerstandenen Gegnern schaffen. Die einschlägigen Fragen sind in allen Teilen des englischen Reiches eingehend erörtert worden. Imperialistische Vereinigungen (s. unten) nahmen sich ihrer an, und die englische Reichsregierung berief von Zeit zu Zeit eine »Colonial Conference« oder »Imperial Conference« zu diesem Zweck.

In politischer Hinsicht stand an der Spitze das Problem der bundesstaatlichen Einigung zwischen Mutterland und Tochterstaaten mit einem »Imperial Parliament« in Westminster oder Windsor. Aber schon die Frage des Wahlrechts rollte weitere Schwierigkeiten auf: »Empire Migration« oder »Imperial Migration«, »Imperial Citizenship« oder »Imperial Naturalization« und die mit diesen verknüpfte größte Schwierigkeit der Behandlung der »farbigen Engländer«, also Reichsfreizügigkeit und Reichsbürgerrecht. Der Zwiespalt der Meinungen auf diesem Gebiet ist im Weltkrieg durch Englands Inanspruchnahme farbiger Rassenhilfe in ganz neue, zur Zeit unübersehbare Bahnen gelenkt worden[1]. — Während die imperialistisch-politischen Tendenzen fast ohne Unterschied der Partei in England Billigung fanden, war die Beurteilung eines etwaigen imperialistisch-wirtschaftlichen Zusammenschlusses, d. h. eines imperialistischen Zollbundes (Chamberlainismus), je nach dem grundsätzlichen Standpunkt: Schutzzoll oder Freihandel? eine geteilte[2]. Die englischen Erörterungen über die hiermit zusammenhängenden Fragen des

[1] Vgl. D. P. Heatley, Studies in British History and Politics (Lond. 1913: »An American Independence Group«).
[2] Auch als Sonderabdruck Nr. 1450.
[3] Joseph Chamberlain in einer Rede zu Durban am 26. Dezember 1902.

[1] Vgl. H. Spies, Deutschlands Feind (Berl. 1915, S. 20 ff.).
[2] Vgl. G. v. Schulze-Gaevernitz, Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Leipz. 1906).

»Inter-Imperial Trade«, von »Imperial Preference«, »British Empire Trade Mark« u. a. ließen einen ausgesprochen deutschfeindlichen Unterton durchklingen, dessen Melodie zum Leitmotiv des englischen Kaufmanns mit seiner Hoffnung auf den künftigen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland geworden ist. Englischer Postraub und die schamlose Ausnutzung der ergatterten Handelsadressen zeigen, mit den Piratenfehden des 16. Jahrhunderts verglichen, auch auf diesem Gebiet die Unveränderlichkeit englischer Weltpolitik.

Empire und Imperialismus sind nun aber einmal nicht ohne eine starke, schlagfertige Flotten- und Landmacht auf die Dauer zu halten, geschweige denn, wie es Großbritannien nach seiner Vergangenheit wollen mußte, zu stärken und zu vermehren. Von diesem Gesichtspunkt aus hieß es auch in der Überseeausgabe der »Daily Mail« vom 14. März 1914, am Schluß des Leitartikels zum »Inter-Dominion Supplement«, durchaus folgerichtig: »Eine weitere Entwicklungsstufe, die wir vor uns sehen, ist das Wachstum von Imperial Defence«. Das bezog sich zunächst auf die Frage einer Reichsflotte. Über die Notwendigkeit war man sich überall im englischen Weltreich klar und einig, über die Art der bestmöglichen Verwirklichung gingen die Stimmen und Wege auseinander. Im allgemeinen wünschte man in England Zentralisation, in den überseeischen Besitzungen dagegen Dezentralisation. Trotzdem erfolgten von seiten der letzteren Beisteuern, von Australien und Neuseeland schon seit 1887. Im Jahre 1909 befaßte sich die nach London zusammenberufene »Imperial Defence Conference« erstmalig mit diesem Problem, doch ohne wirklichen imperialistischen Erfolg. Günstiger fiel die zweite Tagung 1911 aus, vielleicht weil die englische Regierung durch die Admiralität mit dem damaligen neuen deutschen Flottengesetz drücken konnte. Die aber auch hier nicht zustande gebrachte imperialistische Einigkeit ist durch den Weltkrieg anscheinend erzielt worden. Mit »Men, Munition, Money« sowie mit Rohmaterialien und Lebensmitteln haben die überseeischen Besitzungen Englands ihre Solidarität mit dem Mutterlande bekundet. Sie alle werden nach dem Kriege mit ihren Lohnforderungen kommen, d. h. größeren Anteil an der Reichsregierung verlangen. Großbritannien wird sie erfüllen und damit zum Gleichen unter Gleiche herabsteigen müssen.

IV. **Die Methode der englischen Weltpolitik.** Nirgends herrschte der durch glückliche Erfolge gesteigerte insulare Volksegoismus so absolut wie in der Methode von Englands Weltpolitik. Hatte sich schon als ihr Leitsatz »Our Country, right or wrong« herausgebildet, so war eben tatsächlich jede Methode zur Erreichung des jeweils gesteckten Ziels vom englischen Standpunkt aus gerechtfertigt, gleichgültig ob sie sich mit den Forderungen des Völkerrechts und denen der Menschlichkeit und Anständigkeit vereinbaren ließ oder nicht. Aber die doppelte Moral des englischen Puritanertums, der durch intellektuelle Mängel in seiner Entwicklung und Verbreitung begünstigte »cant«, hat es fertiggebracht, auch dieser Art Methode einen ethisch-humanitären Deckmantel umzuhängen. So wurde für die Gedankenlosigkeit der »öffentlichen Meinung« zur Hypnotisierung der urteilslosen Massen in und außer England das Schlagwort von der »Bürde des Weißen Mannes« (White Man's Burden) geprägt. Rudyard Kipling, der »Poet Laureate of Greater Britain«, hat dies bekanntlich in »The five Nations« (1903) als Titel und Leitmotiv eines pathetischen Aufrufs zur Erfüllung der imperialistischen Mission Englands verwandt. »Die Bürde des Weißen Mannes lastet besonders schwer auf unserem Volk«, ließ sich die »Times« noch in ihrem Neujahrsartikel 1914 vernehmen. Im Weltkrieg hat diese Erkenntnis England aber nicht gehindert, die Unterstützung der »weißen Engländer« durch »farbige Engländer« in jeder Form zu betreiben. Der englische »cant« nimmt eben bisweilen die »Bürde des Weißen Mannes« auf die leichte Achsel. England dünkt sich infolge seiner Herrenart und der beispiellosen Entwicklung seiner Weltmacht als das auserwählte Volk; hat doch der Geistliche D. B. Lucas[1] sogar unverhüllt den Gedanken verfochten, daß Gott das englische Weltreich zum Besten der Menschheit gewollt habe. Hieraus leitete England das göttliche Recht ab, einerseits fremde Völker »in seinen Schutz zu nehmen«, d. h. ohne Rücksicht auf das jetzt zum Beispiel gegenüber den Mittelmächten vertretene Nationalitätenprinzip mit der englischen Oberherrschaft zu beglücken, anderseits jede zur Erfüllung dieser göttlichen Mission notwendige Methode anzuwenden. Wurde diese Mission und Methode Englands in dem damit beglückten Lande nicht gebührend gewürdigt, wie beispielsweise in Irland, Indien oder Ägypten, so galt das vom englischen Standpunkt aus als schnöde Undankbarkeit für die Segnungen britischer Kultur[2].

Die Art der englischen Methode war in äußerst geschickter Anpassung an die jeweiligen Bedürfnisse von Zeit und Umständen und in raffinierter, zum Teil monopolartiger Ausnutzung neuer Erfindungen eine außerordentlich vielseitige, aber stets folgerichtige und auf das Endziel bedachte und bis in die Zeiten der deutschen Einigung nach dem Krieg 1870/71 auch fast immer erfolgreiche gewesen. Da bisher der Kampf um koloniale Stützpunkte und Siedlungskolonien im wesentlichen auf dem Boden des europäischen Festlandes ausgefochten wurde, verfolgte die englische Weltpolitik hier, wie die oben skizzierte Entwicklung andeutet, den Gedanken der Unschädlichmachung des jeweils stärksten Gegners, dies aber weniger durch direkte eigene Bekämpfung, als vielmehr dadurch, daß England gegen diesen eine Vereinigung von schwächeren Staaten des Kontinents unter seiner Führung zusammenbrachte. Auch hier mußte ein Schlagwort herhalten, nämlich die hochtönende, Sand in die Augen streuende Phrase von der »Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts«. Während sich die Kontinentalvölker so nach dem nie versagenden englischen Rezept gründlich bekämpften und zermürbten, besorgte England seinerseits fern vom Schuß im Mittelmeer oder außerhalb Europas sozusagen ungestört die Geschäfte seiner imperialistischen Weltpolitik. Wenn es erforderlich war, konnte es sich auch den gegenüber kontinentalen Kontrahenten eingegangenen Verpflichtungen deshalb leicht entziehen, weil ihm das parlamentarische System ein »Revirement« und damit eine völlige Verleugnung der kurz vorher befolgten Politik und der gegebenen Versprechungen, besonders der in unverbindlicher Form, gestattete (vgl. z. B. England und Friedrich der Große).

Gegen den jeweiligen Gegner trat England mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln auf. Vor

---

[1] »The British Empire and Imperial Federation« (Toronto 1907).

[2] Vgl. z. B. Lord Cromer, Modern Egypt (Lond. 1908, 2 Bände).

allen Dingen wurde das Völkerrecht je nach den augenblicklichen Bedürfnissen zu seinen Gunsten in der denkbar willkürlichsten Weise ausgelegt, umgestaltet oder gebrochen. »Freilich, es ist nicht leicht, das sittliche Verhalten derer, die das Größere Britannien aufgebaut haben, zu billigen«, sagt selbst der Engländer Sir J. R. Seeley in seinem weltbekannten Buch »Growth of British Policy«. J. Bruce Glasier hat in Nr. 2 der Flugschriften der »Independent Labour Party« unter dem Titel »Militarism« vielfache englische Zeugnisse und Zugeständnisse dafür beigebracht[1]. Ein besonders charakteristisches Kapitel, charakteristisch wegen der schrankenlosen Möglichkeit englischer Machtausnutzung, bietet das Seekriegsrecht, anfangend mit den Piratenfehden der im Lied und Theater des modernen Englands als »Empire Builders« (= Reichsgründer) gefeierten »Bukaniere«, wie Drake, mit dem »Leumund schonungslosen Plünderns zu Wasser und zu Lande, im Frieden und im Kriege«[2] und endend mit dem im Grunde denselben Geist atmenden Vorgehen Englands im gegenwärtigen Weltkrieg[3]. — Nicht viel anders steht es mit englischen Neutralitätsbrüchen in alter und neuester Zeit (Griechenland z. B.). Nur allzu bekannt ist »Englands Tigerpolitik gegen das neutralitätsfeste Dänemark« im Jahre 1807 mit der barbarischen Beschießung des wehrlosen Kopenhagens (wobei das Manuskript der ersten Ausgabe des angelsächsischen Beowulf-Epos ein Raub der Flammen wurde), die Beschießung offener Hafenplätze während des Krimkriegs im Mai 1855 (was zur Verwüstung der wertvollen Altertümer in Kertsch führte) oder die von Gladstone im englischen Parlament mit gut gespielter Heuchelei bedauerte Beschießung Alexandriens im Juli 1882. Und was der Weltkrieg täglich nach dieser Methode Englands an Neuem gegen fast sämtliche neutrale Staaten gebracht hat, ist noch in aller Erinnerung[4]. Ebensowenig wie fremdes Eigentum achtete die imperialistische Weltpolitik Leben und Gesundheit anderer Völker. Der Geist, der dazu führte, daß Liverpool, wie die sprichwörtliche Redensart besagt, »mit Negerschädeln gepflastert« wurde, der den Opiumkrieg gegen China (1840/41) entfesselte, war in allem Wesentlichen derselbe, der unter dem brutalen Vorwande militärischer Notwendigkeit im Burenkrieg Frauen und Kinder zu frühem Tod oder langem Siechtum in »Konzentrationslager« einpferchte, ihre Farmen niedersengte und dem Urheber dieses unsagbaren Elends, Lord Kitchener, dem »Schlächter von Omdurman«, neben schwach verhallenden Protesten allerhöchste Auszeichnungen und tiefgefühlte Dankbarkeit gerade der breiten Massen des englischen Volkes einbrachte (dies wurde durch die Volksstimmung gegenüber der Kabinettsstimmung bei seinem Ertrinkungstod bestätigt[5]). Bezeichnenderweise ist es auch England gewesen, das in der Staatsfabrik Dum Dum zu Kalkutta in Indien jene (ursprünglich nur zur Vertilgung wilder Tiere gebrauchten) berüchtigten Geschosse zur Verwendung gegen Menschen herstellen ließ[1]. Alles das aber war kein Hindernis dagegen, daß die 1804 begründete »British and Foreign Bible Society« mit dem Sitz in London einen Millionenstrom von Bibeln (über 200 Millionen in 500 verschiedenen Sprachen), andere englisch-religiöse oder »humanitäre Vereinigungen einen solchen von Gebetbüchern und Erbauungsheften auf die überlebenden losließen oder daß die »Imperial Mission« sie auf christlich-englische Weise bearbeitete.

Neben die mehr offen-gewaltsame Art der imperialistischen englischen Marine- und Militärbefehlshaber trat die mehr heimliche, glattzüngige, in tausend Ränken seit Jahrhunderten traditionell geschickt geschulte und verschlagene Methode der englischen Diplomatie, die in den letzten Jahrzehnten, wie vielfach auch von englischer Seite beklagt wurde, mehr und mehr einen juristischen Einschlag erhielt. Als oberster Grundsatz dieser imperialistischen Diplomatie galt »Divide et impera«. Auf diese Weise zersplitterte man die sich immer wieder vom Boden erhebende Kraft des Irentums (noch jetzt im Weltkrieg durch Redmond); das half den »Soldaten-Politikern« bei der Knechtung Indiens, so schuf man für das »geeinigte« Südafrika Botha den Abtrünnigen, so machte man in England durch freundliche Worte und überreiche Gastlichkeit junge und alte Deutsche national mundtot, und ebenso suchte man im Weltkrieg den Australier Hughes für imperialistische Wirtschaftsziele im Sinne der mutterländischen Interessen zu gewinnen.

In einem Lande wie England, in dem »öffentliche Meinung« und die Massen trotz Carlyles »Helden und Heldenverehrung« eine so große Rolle spielen, versteht man sich trefflich auf Massensuggestion, d. h. »to work upon the feelings«, um dadurch die Meinungen zu beeinflussen. Diese Methode wurde und wird je nach Bedarf in positivem oder negativem Sinne angewandt, positiv dann, wenn ein politischer oder wirtschaftlicher Konkurrent aus dem Felde geschlagen und damit für Englands Freundschaft reif war (»Nur einem besiegten Feinde kann England ein Freund werden«[2]). Aus neuerer Zeit ist dafür besonders augenfällig die Behandlung, die Frankreich und Rußland vor dem Weltkrieg in England zuteil wurde. Alle erdenklichen Faktoren seines Kulturlebens wurden dazu in Bewegung gesetzt. Auf dem Gebiet des Erziehungs- und Unterrichtswesens predigte man das französische Ideal und förderte die Erlernung des Französischen wie des Russischen und die Kenntnis dieser beiden Literaturen — alles im Gegensatz zum Deutschen. Das Theater spiegelt diese Methode in der Oper, im Schauspiel (Sarah Bernhardt!), ja sogar im russischen Ballett wider. Ebenso wird die Kunst in politische Bahnen gelenkt; die Einweihung von Denkmälern, wie für die Königin Viktoria in Nizza, für Eduard VII. in Cannes, für Victor Hugo in Guernsey (noch am 7. und 8. Juli 1914!), wurde für politische Kundgebungen ausgebeutet. Ebenso verfuhr man mit Veranstaltungen wissenschaftlicher oder allgemein gesellschaftlicher Art. In größtem Maßstabe aber wurde diese weltpolitische Diplomatenmethode Englands bei den großen Londoner Jahresausstellungen betrieben, die für alle möglichen Länder, aber gegen Deutschland Stimmung machen sollten[3]. Einen bedeutsamen Anteil an der

---

[1] Vgl. auch F. Tönnies, Englische Weltpolitik in englischer Beleuchtung (Berl. 1915).

[2] »Lives and voyages of Drake, Cavendish, and Dampier, including a view of the History of the Buccaneers« (Lond. 1837, S. 183), nach Tönnies a. a. O.

[3] Vgl. z. B. H. Pohl, England und die Londoner Deklaration (Berl. 1915, mit weiteren Literaturangaben).

[4] Vgl. im übrigen auch A. Hofmeister, England und das Völkerrecht (Berl. 1905).

[5] Vgl. »Daily Chronicle«, 7. Juni 1916.

[1] »Handbuch für Heer und Flotte«, hrsg. von Generalleutnant v. Alten.

[2] H. Spies, Deutschlands Feind (Berl. 1915); vgl. namentlich S. 73ff.

[3] Vgl. H. Spies, Deutschlands Feind (Berl. 1915), S. 88f.

Wirkung dieser Methode hat das englische Nachrichtensystem, insbesondere die Presse, die wie auf Kommando je nach dem politischen Winde ihre Blätter dreht. So schwenkte beispielshalber der Ton der englischen Zeitungen und Witzblätter gleichsam auf einen Wink um, als Frankreich 1898 bei Faschoda im Sudan vor England zurückgewichen und daher nicht weiter gefährlich war. Aus ähnlichen Gründen unterblieb auch jegliche Feier zur Erinnerung an Waterloo, wie die englische Unterhaussitzung vom 22. Oktober 1912 mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit ergab. In negativem Sinne wurde diese Methode hauptsächlich durch die Macht der Presse ausgeübt, die durch das englische Kabel-, Funkspruch- und Telegraphenbureausystem (allen voran Reuter) mit ihrer oft geradezu monopolartigen Stellung bis zur Kriegsgefährlichkeit verstärkt werden konnte. Nicht ohne tiefgehende Absichten hatte man 1909 der Reichswehrkonferenz der sich selbst verwaltenden Kolonien eine »Imperial Press Conference« vorangehen lassen, bei der wiederum der »Orator of the Empire«, Lord Rosebery, die imperialistische Begrüßungsrede hielt. Es handelte sich um die Herstellung einer einheitlichen Front zugunsten der Reichsverteidigung; aber diese Front konnte sich nach der politischen Lage der Dinge doch letzten Endes nur gegen Deutschland richten. In Wirklichkeit betrieb ein einflußreicher Teil der englischen Presse, vor allem die »Times« und die »Daily Mail« mit ihren Anhängseln und Ablegern, der sogenannten Harmsworth-Presse, schon in Friedenszeiten mit eifrig betätigter Vorliebe die Herabsetzung und Schmähung deutschen Wesens[1]. Während des Krieges haben in England fast nur der »Manchester Guardian« sowie die Wochenschriften »Economist« und »Nation« einen sachlicheren Ton zu wahren vermocht, da sie herkömmlicherweise wirtschaftliche Interessen den militärischen voranstellen. Im übrigen ist die gesamte englische und die zum Teil von englischem Geld lebende anglophile Presse des Auslands der weltpolitischen Brunnenvergiftung Englands erlegen. Diese Stellungnahme der englischen Presse im Frieden wie im Kriege entspricht im übrigen durchaus der überwiegenden Stimmung des englischen Volkes, nicht nur der einzelner führender oder verführender Persönlichkeiten. Sie hat ihren geschichtlichen Grund in der selbstbewußt-borniert-anmaßenden Herrennatur des Engländers, die andere Völker für minderwertig und eingehender Kenntnis nicht für wert hielt und die sich deshalb bei dem unangenehm überraschenden Erwachen über fremde Leistungen und Erfolge zur Verunglimpfung des lästigen Konkurrenten hinreißen ließ, zumal wenn dieser der imperialistischen Weltmachtstellung Englands im Wege war.

Wie man aber so einerseits von England aus den Gegner seiner imperialistischen Macht- und Herrschaftsgelüste mit allen Mitteln rücksichtslos bekämpfte, den zum Freund gewandelten Feind nach seiner Unterwerfung zu umschmeicheln und zu fesseln versuchte, so bestrebte man sich anderseits, den großen Gedanken des Empire in den breiten Volksmassen von Mutterland und Tochterstaaten zu verankern. Dies geschah natürlich, englischer Gepflogenheit gemäß, mit einem gewaltigen Reklameaufwand, so sehr, daß Lord Selborne einmal in Cambridge voller Bekümmerung ausrief: »Das Wort Empire hat durch die lärmenden Lieder in den Music Halls schrecklich gelitten«[1]. Tatsächlich hallte es tagtäglich in allen Teilen des englischen Weltreichs, besonders natürlich im »Heart of the Empire«, in London, wider von »Empire«, »Imperial«, »Imperialism« und »Imperialists«. Historisch zurückgehend machte man alle diejenigen, die sich um Great Britain oder Greater Britain verdient gemacht hatten, nachträglich zu »Empire Makers« oder »Empire Builders« und posaunte dies in alle Welt hinaus. Mit Alfred dem Großen fing man bei der Tausendjahrfeier 1901 an (s. oben). Geschichtlich folgten Francis Drake, Walter Raleigh und Kapitän James Cook (den die »Times« am 8. Juli 1914 aus Anlaß der Enthüllung eines von der »British Empire League« in der Mall nahe dem Admiralty Arch zu London gesetzten Denkmals sogar »The Father of Empire Builders« nannte). Den Beschluß machen die eigentlichen modernen Imperialisten wie Cecil Rhodes, Joseph Chamberlain, Lord Strathcona und viele andere in wachsender Zahl. (Die »Imperial Conferences« sowie die »Imperial Press Conference« sind schon erwähnt.) Zahlreiche Vereinsverbände und Klubs nahmen sich der imperialistischen Sache im ganzen oder in Sonderbestrebungen an. Den Anfang machte seinerzeit die »Imperial Federation League«, die von 1884—93 bestand und Anhänger verschiedener Richtungen des Imperialismus umfaßte. Auf breitester Grundlage, ohne Unterschied von Partei und Religion, arbeitet jetzt die 1901 begründete »British Empire League«, die einflußreichste Männer Englands zu ihren Mitgliedern und Angehörige des Königshauses zu Protektoren zählt. Ihr Hauptziel, das sie mit fast wissenschaftlicher Gründlichkeit verfolgt, ist: »Die dauernde Einigkeit des Empire zu sichern«[2]. Mehr für die Massen in allen Teilen des englischen Weltreichs bestimmt ist der von der »Daily Mail« eingerichtete »Overseas Club«, der in London Klubräume als imperialistische Treffpunkte besitzt, aber hauptsächlich durch die übersee-Wochenausgabe der »Daily Mail« wirkt. Gleichfalls imperialistischer Art sind Vereinigungen wie die »Victoria League«, der »Sphinx Club«, auch die konservative, zur Erinnerung an Disraeli, Earl of Beaconsfield, gegründete »Primrose League«, während andere, z. B. die »Imperial Arts League«, künstlerisch-geschäftliche, solche wie der »Canada Club« imperialistische Sonderbestrebungen für ein bestimmtes Gebiet pflegen.

In derselben Weise wie bedeutende Männer der englischen Geschichte zu Imperialisten gestempelt wurden, so gestaltete man auch englische Nationalfeste imperialistisch-tendenziös um. So erging es seit einer Reihe von Jahren dem großen Schaugepränge am Tage der Einführung des Lordmayors von London (9. November), dem »Lordmayor's Show«, das ein militärisch-imperialistisches Gepräge erhielt gegenüber dem herkömmlichen harmlosen Mummenschanz. Besonders hoch gehen die Wogen des Imperialismus natürlich am Tage Nelsons, am Trafalgartag (21. Oktober), infolge der vom englischen Flottenverein, der »Navy League«, unter Hinweis auf die Bedeutung von See- und Weltgeltung eifrigst betriebenen Agitation. Beim letzten Festbankett der »Navy League« vor dem Kriege, am 21. Oktober 1913, sang Lord Selborne ein Loblied auf den »Two-keels-to-one standard of the next strongest European po-

[1] Vgl. H. Spies, Das moderne England (Straßburg 1911), S. 30 f.

[1] »Daily News and Leader«, 30. Juli 1912.

[2] Vgl. darüber Whitakers »Almanach«.

wer«, und vom Kriegsminister von Neuseeland lief ein Kabelgramm ein: »Neuseeland wird seine Pflicht tun«. Daß am gleichen Tage 1913 wie schon 1911 an der Nelsonsäule auch ein Kranz für die bei Trafalgar gefallenen französischen und spanischen Soldaten von der »Navy League« niedergelegt wurde, warf beim Vergleich mit der unterdrückten Waterloofeier ein helles Schlaglicht auf den wirklichen Stand der Dinge in Europa. Der eigentliche, dem englischen Reich gewidmete Festtag ist der Geburtstag der Königin Viktoria, der 24. Mai, der auf eine Anregung von Kanada aus durch die »British Empire League« zum »Empire Day« gewandelt wurde. Trotz der vielfachen Bemühungen des Earls of Meath ist diesem Tage bisher die offizielle Anerkennung versagt geblieben. Neben diesen allgemeinen Festtagen ist es neuerdings in London üblich geworden, auch die Sonderfeste Australiens, den »Wattle Day« (26. Januar), und Kanadas, den »Dominion Day« (1. Juli), zur Feier ihrer Begründung als Einheit mit imperialistischem Überschwang zu begehen. Auf imperialistische Massensuggestion war im Krönungsjahr 1911 das »Festival of Empire« berechnet; hierbei wurden im Kristallpalast bei London 24 Szenen aus der Geschichte der Hauptstadt mit dem bemerkenswerten Untertitel »Heart of the Empire« unter tätiger Mitwirkung von Teilnehmern aus den Kolonien vorgeführt. Da Ausstellungen in London die beste Reklame für eine Idee bedeuten, war für 1915 eine »British Empire Exhibition« geplant gewesen, die wegen des Krieges unterbleiben mußte. Leider! Denn schon am 30. August 1913 hatte der »Daily Telegraph« im Hinblick auf diese Ausstellung zu prophezeien riskiert: »Alles deutet darauf hin, daß 1915 unser ‚Imperial Year' werden wird. London wird dann nicht nur dem Namen nach die ‚Imperial City' sein, die über allen anderen Städten thront. Durch die Ausstellung werden wir an unsere ruhmvolle Vergangenheit ebenso erinnert werden wie an die nicht minder glorreiche Zukunft, die schon in unserer Hand ist.... London, als die ‚Imperial City', wird Tausende von Gästen in einem ‚Imperial Spirit' bewillkommnen. Es wird einen Eckpfeiler an den Bau setzen, der unseren Nachkommen als kein geringes Denkmal unserer politischen und geschäftlichen (!) Klugheit und unseres Glaubens an die Mission der englischen Rasse erscheinen wird.«

Hieraus geht schon hervor, daß man in imperialistischen Kreisen großen Wert auf Besuche von und in den überseeischen Besitzungen legte. Solche trugen teils einen rein politischen Charakter, wie die der »Empire Parliamentary Association« (16. Juli bis 17. November 1913), teils einen wirtschaftlichen, wie der »Congress of Chambers of Commerce of the British Empire« (Juni 1912 in London, 1915 in Toronto, Kanada), teils einen intellektuellen, wie der am 2. Juli 1912 im »Imperial Institute« zu London, von Lord Rosebery, dem »Orator of the Empire«, begrüßend eingeleitete Kongreß von 52 Universitäten des Empire. Auch die Krönungsfahrt des englischen Königspaares zum Durbar nach Indien 1911 diente natürlich den imperialistischen Interessen. Die Bedeutung der imperialistischen Unterjochung des Erdballs kam bei dieser Gelegenheit dadurch zur Geltung, daß der König, wie schon bei seiner Weltreise rund zehn Jahre vorher, keinen nichtenglischen Hafen anzulaufen brauchte. Als sichtbares, hochragendes Zeichen des englischen Imperialismus, besonders in wirtschaftlicher Beziehung, steht im vornehmen Westen Londons das zum 50jährigen Regierungsjubiläum der Königin Viktoria von 1887—93 errichtete »Imperial Institute of the United Kingdom, the Colonies, and India«. Den engen, historisch begründeten Zusammenhang zwischen Entdeckern und Erforschern und dem englischen Imperialismus versinnbildlicht das unmittelbar dahinter gelegene neue Heim der »Royal Geographical Society«, dieses »important factor in the life of the Empire«; ein Blick in die Mitgliederliste bestätigt das schon äußerlich. Earl Grey, der frühere Verwalter von Rhodesien und Generalgouverneur von Kanada, der am 5. Juli 1912 Watts Statue der Energie mit ihrem Blick auf das englisch-imperialistische Ziel »Afrika vom Kap bis Kairo britisch« als Denkmal für Cecil Rhodes am Tafelberg in Südafrika eingeweiht hatte, setzte 1913 seinen ganzen Einfluß für die Errichtung eines einzigen gemeinsamen Regierungsgebäudes der selbständigen Kolonien in London auf dem noch unbebauten Gelände am Strand ein. Aber dieser große Gedanke eines »Lighthouse of Empire«, eines »Reichsleuchtturms«, wurde bereits in seinen Anfängen rauh durchkreuzt, indem Britisch-Kolumbien seine eigenen Wege ging und sich weiter westlich, in Regent Street, anbaute. Die Schwierigkeiten und Probleme, denen sich der englische Imperialismus trotz großer Worte und lärmender Reklame in wachsendem Maße gegenübersieht, wurden hierdurch gewissermaßen symbolisiert.

Am gesprochenen und geschriebenen Wort fehlt es im Lande des Individualismus gewiß nicht, und der Idee des Empire ist es in reichlichem, im Laufe der Zeit immer größerem Maße gewidmet worden. Die ersten Männer Englands, ob konservativ oder liberal, streben, wenn auch auf verschiedenen Wegen, doch demselben imperialistischen Endziel zu, der Beherrschung und Beglückung der gesamten Menschheit durch englisches Wesen und englische Kultur, so etwa wie William Ernest Henley (1849—1903) den Imperialismus um jeden Preis gepredigt hatte und wie ihn Rudyard Kipling, der »Poet Laureate« von Größer Britannien (geb. 1866), dem zeitgenössischen England mit Fanfarenklängen in das Ohr posaunt.

Irland und die irische Frage

von Privatdozent Dr. Pokorny in Wien

Bis zur völligen Vereinigung mit England. Das von einer iberisch-piktischen Urbevölkerung bewohnte Irland wurde um 300 v. Chr. von gallischen Kelten erobert. Nach Einführung des Christentums (im 4. Jahrhundert) erreichte die keltische Kultur ihre höchste Blüte, und irische Mönche wurden die Lehrmeister des germanischen Abendlandes. Die im 9. und 10. Jahrhundert einfallenden Wikinger gingen gänzlich in der irischen Nation auf. 1169 eroberten die Anglonormannen einen Teil der Insel, die bis dahin von England völlig unabhängig

gewesen war. Seit Elisabeth (1558—1603) gingen die Engländer daran, in blutigen Raubkriegen dem ganzen Volk seinen Grundbesitz zu entreißen, um protestantische Engländer und Schotten auf dem reichen Land anzusiedeln, was am gründlichsten in Nordost-Ulster durchgeführt wurde. Um 1700 war nur mehr ⅛ des irischen Bodens im Besitz der Katholiken, obzwar diese ¾ der Einwohnerschaft ausmachten. Gleichzeitig wurden Handel, Industrie und geistige Kultur durch eine Reihe selbstsüchtiger, entehrender Gesetze gewaltsam unterdrückt und die katholischen Iren seit 1691 von allen Ämtern und den meisten Berufen ausgeschlossen, damit das Volk arm, träge und unwissend und dadurch politisch ungefährlich gemacht werde. Ungeachtet der grausamsten Verfolgungen blieb es aber seiner katholischen Religion treu. Als schließlich die englischen Ansiedler anfingen, die Partei ihres neuen Vaterlandes zu ergreifen, bestrebte sich England, auch ihre Selbständigkeit zu vernichten, was dank unerhörten Bestechungen und Gewaltmaßregeln in der Tat gelang. 1801 wurde durch die Akte der Union das irische Parlament widerrechtlich aufgehoben und mit dem englischen vereinigt.

Die Folgen der Union. Die Union hatte für Irland die verhängnisvollsten Folgen. Die Großgrundbesitzer wurden Irland entfremdet und nach London hinübergezogen, und das Fallen der wechselseitigen Zollschranken bewirkte, daß die wenigen Industrien, die die Unterdrückung überlebt hatten, eingingen, da nun das kapitalkräftige England die irischen Rohstoffe billig beziehen und dank seiner hochentwickelten Industrie die irischen Fabrikanten im Lande selbst unterbieten konnte. Nur die protestantische Leinenindustrie Ost-Ulsters, die England niemals im Wege gestanden hatte, konnte sich auf ihrer Höhe erhalten. Obzwar Irland nur 1/20 der Steuerfähigkeit Englands besaß, mußte es seit der Union 1/11 der britischen Steuern tragen, so daß die Besteuerung von 1817—94 auf den Kopf um 170 Proz. zunahm, während sie im reichen England gleichzeitig um 11 Proz. abnahm; auf diese Weise wurden seit 1801 gegen 400 Mill. £ durch Überbesteuerung aus Irland herausgepreßt. Die sog. katholische Emanzipation von 1829 eröffnete zwar den Katholiken theoretisch die meisten Ämter, entrechtete aber, da der Wahlzensus fünfmal so hoch wie in England geschraubt wurde, gleichzeitig 150000 Bauern, die sich gegen den Ruin des Ackerbaues nicht mehr zur Wehr setzen konnten.

Niedergang des Ackerbaues. Die große Hungersnot. Die reißende Steigerung des englischen Getreidebedarfs seit 1773 hatte Irland zur Kornkammer Englands gemacht und zu einer ungeheuren Zersplitterung des Bodens geführt, so daß jedes Sinken der Getreidepreise zahllose Bauern zugrunde richten mußte. Der 1846 eingeführte Freihandel versetzte daher der irischen Landwirtschaft, die damals 12/13 der Bevölkerung beschäftigte, den Todesstoß. Die Bauern nährten sich ohnedies fast nur mehr von Kartoffeln, da die reiche Getreideernte zur Bezahlung von Pacht und Steuern nach England geschickt werden mußte. Als 1846—49 die Kartoffeln mißrieten, ließ England es zu, daß irisches Getreide und Vieh im Wert von 50 Mill. £ an die englischen Gläubiger ausgeführt wurde, so daß über 1 Mill. Iren an der Landstraße verhungern mußten, während ebenso viele nach Amerika entflohen. Da außerdem bei jeder staatlichen Unterstützung das Aufgeben des Grundbesitzes Bedingung war, wurde der Ackerbau auf Jahre hinaus lahmgelegt; die bankerotten Großgrundbesitzer sahen sich genötigt, viele Tausende von Kleinpächtern zu vertreiben, um ihre Güter in Weideland zu verwandeln. Jene ungeheure Blutschuld der englischen Regierung, die leicht die Hungersnot hätte verhindern können, ist noch heute die Triebfeder unvergänglichen Hasses gegenüber den englischen Bedrückern.

Die neue Steuerpolitik. Die Fenier. Diese künstlich hervorgerufene Hungersnot lähmte die Tatkraft der Iren auf Jahre hinaus; dazu wurde noch 1853 die englische Einkommensteuer unter gleichzeitiger Aufhebung der Steuern auf Rohstoffe, Industrieerzeugnisse und Nahrungsmittel auf das entvölkerte Irland ausgedehnt, wodurch das Elend der Landbevölkerung ins Unermeßliche gesteigert wurde, während die neue Steuerpolitik dem industriellen England durchweg zugute kam. Der 1857 in Paris gegründete Bund der Fenier (= Krieger) wollte Irland in ehrlichem offenen Kampf von der englischen Tyrannei befreien, wurde jedoch rücksichtslos unterdrückt und seine Führer gleich gemeinen Verbrechern zu schweren Kerkerstrafen verurteilt, wodurch sie zu verbitterten geheimen Verschwörern wurden.

Parnell und die Homerulebewegung. Die alle Schichten durchdringende Überzeugung, daß die Union mit England die völlige Ausbeutung und Unterdrückung Irlands — von 1800 bis 1885 wurde Irland fast ununterbrochen durch Ausnahmegesetze und nicht nach dem in England geltenden Recht regiert — zur Folge gehabt habe, brachte 1873 die Einigung der hervorragendsten Protestanten und Katholiken in der Homeruleliga unter der Führung Isaac Butts zustande, der auf gesetzmäßigem Wege eine föderative Selbstregierung (Homerule) für Irland zu erreichen strebte. Da aber all das nichts half, gingen auf den Rat F. H. O'Donnells einige Abgeordnete unter der Führung des protestantischen Gutsbesitzers John Stuart Parnell daran, die Arbeiten des englischen Parlaments so lange zu stören, bis es den irischen Angelegenheiten mehr Sorgfalt gewidmet haben würde. Parnells furchtlose Unerschrockenheit machte ihn bald zum Abgott des Volkes, und als er zum Präsidenten der durch Michael Davitt 1879 mit amerikanischem Geld gegründeten sozialistischen Landliga gewählt wurde und auf seiner Reise durch Amerika die dortigen Iren zu reichen Spenden zu bewegen verstand, wurde seine Macht fast unbeschränkt. Schon 1880 kamen 65 Homeruler ins Parlament. Ein heftiger Klassenkampf begann, der die durch Agrarverbrechen und Boykott verschüchterten Gutsbesitzer den Anhängern der Union mit England (Unionisten) in die Arme trieb. Ein ungewöhnlich strenges Ausnahmegesetz (1881) ermächtigte die liberale Regierung unter Gladstone, jedermann auf den bloßen Verdacht ungesetzlicher Handlungen hin einkerkern zu lassen, worauf die Landliga aufgelöst und Parnell selbst in das Gefängnis von Kilmainham geworfen wurde. Erneute Unruhen waren die Folge, bis im Mai 1882 Parnell gegen das Versprechen, die Ruhe im Lande wiederherzustellen, freigelassen wurde. Wenige Tage später wurden der neue irische Obersekretär Lord Cavendish und der Untersekretär Burke im Phönixpark zu Dublin von einer kleinen Gruppe radikaler Verschwörer ermordet, die dadurch Parnells Abkommen mit Gladstone zerstören und ihn der Revolution wiedergewinnen wollten. Die »Times« bezichtigte Parnell mittels gefälschter

Briefe der Mitwisserschaft, bis dessen Unschuld auf gerichtlichem Wege festgestellt wurde. Als Gladstone 1885 erneute Zwangsmaßregeln durchführen wollte, wurde er durch die vereinten Iren und Konservativen gestürzt; die Neuwahlen brachten 86 Anhänger Parnells ins Parlament. Mit Hilfe der Iren wieder zur Macht gelangt, versuchte Gladstone 1886 durch ein Homerulegesetz ihre Wünsche zu erfüllen, was jedoch infolge des Abfalls zahlreicher seiner Anhänger seinen Sturz herbeiführte. Der Ehescheidungsprozeß des Kapitäns O'Shea (1891), dessen Frau mit Parnell seit vielen Jahren ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, gab Gladstone die ersehnte Gelegenheit, den verhaßten Gegner zu beseitigen. Obgleich er seit zehn Jahren von dem Verhältnis genau gewußt hatte, erklärte er es plötzlich mit seinem Gewissen für unvereinbar, weiter für Homerule einzutreten, solange der »Ehebrecher« an der Spitze der Iren bleibe, und ging sogar so weit, den katholischen Klerus, dessen politische Einmischung er stets verdammt hatte, auf sein Opfer zu hetzen, worauf Parnell von einem großen Teile seiner Anhänger verlassen und infolge der andauernden Aufregungen am 6. Oktober 1891 vorzeitig durch ein heftiges Fieber hinweggerafft wurde. 1892 abermals Ministerpräsident, brachte Gladstone nochmals ein Homerulegesetz ein, das aber vom Oberhaus abgelehnt wurde. Die irischen Nationalisten, die nach Parnells Tod in Parnelliten und klerikale Anti-Parnelliten zerfallen waren, versöhnten sich erst im Jahre 1900, wobei *John Redmond*, der Führer der Parnelliten, zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Agrar-Reformer. Die Ausbeutung Irlands durch England. Die verschiedenen, von den Liberalen (1870, 1881, 1882) und Konservativen (1885, 1887, 1891, 1896) durchgebrachten Landgesetze, die durch Herabsetzung der Pachtzinse und Erleichterung des bäuerlichen Eigentumerwerbs das ungeheure Elend der Bauernschaft lindern sollten, waren alle in letzter Linie erfolglos und führten bloß zum Ruin der Gutsbesitzer und zu weiterer Verschlechterung des Ackerbaues, da neben der großen Bodenzersplitterung hauptsächlich der Freihandel, der die Getreidepreise andauernd herabdrückte, an all dem Elend schuld war. Aus diesem Grunde kann auch die 1891 erfolgte Gründung des »Amts für übervölkerte Distrikte« (Congested Districts Board), das in den ärmsten Gegenden für Vergrößerung der Pachtstellen, Verbesserung der elenden Wohnungsverhältnisse und gehörigen landwirtschaftlichen Unterricht zu sorgen hat, sowie der Erlaß des *Wyndhamschen Landkaufgesetzes* (1903), das durch Gewährung großer Vorschüsse den meisten Bauern billigen Erwerb ihrer Pachtgüter und den Grundherrn deren einträglichen Verkauf sichert — die Pächter, die 1906 noch 70,8 Proz. der Landwirte bildeten, machten 1911 nur mehr 35,9 Proz. derselben aus —, trotz segensreicher Wirksamkeit im einzelnen keine dauernde Lösung der Landfrage herbeiführen, solange die irischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse immer noch von fremdländischen Erzeugnissen unterboten werden dürfen. Die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse im Westen und Süden sind wohl die erbärmlichsten in ganz Europa; der beste Beweis dafür ist der immer noch wachsende Strom der Auswanderung; seit 1851 sind bis zum Mai 1913 fast 4,3 Mill. ausgewandert. Irland ist *das einzige Land Europas, dessen Bevölkerung dauernd abnimmt*. 1848 betrug sie über 8 Mill., heute nur noch etwas über 4,3 Mill. Nicht zum wenigsten sind neben dem für Irland verderblichen Freihandel namentlich die elenden Verkehrsverhältnisse und selbstsüchtigen hohen Tarife der ohnedies glänzend gehenden Eisenbahnen daran schuld, die es dem Bauern unmöglich machen, seine Erzeugnisse billig und rasch zum nächsten Markt zu bringen. Die absichtliche Vernachlässigung des irischen Verkehrswesens hat sogar bewirkt, daß England nicht nur den gesamten irischen Auslandsverkehr an sich gerissen hat und daß infolge der den ausländischen und englischen Waren gewährten Vorzugstarife und des Freihandels ausländische Erzeugnisse im Lande selbst die inländischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse unterbieten können, so daß Irland genötigt wird, seine wertvollen Rohstoffe nach England auszuführen und minderwertige landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse einzuführen, sondern daß sogar ein großer Teil des irischen Lokalverkehrs über englische Häfen gehen muß. Eine größere Ausbeutung aller Hilfsquellen eines Landes — nicht einmal eine direkte Verbindung mit Amerika, dem Irland ja viel näher liegt als England, ließ man aufkommen — ist kaum mehr denkbar. Der ungeheure Umfang des irischen Außenhandels (83 Proz. davon entfallen auf England), dessen Gesamtwert 1913 rund 2076 Mill. Mk. betrug, liefert einen weiteren Beweis für die Ausbeutung Irlands, das genötigt wird, viel mehr in England zu kaufen und zu verkaufen als im eigenen Lande und das ein sehr wohlhabendes Land sein könnte, wenn es selbst den Nutzen aus seinem großen Handel ziehen könnte, den heute England fast ganz in die Tasche steckt. Zieht man noch in Betracht, daß die Kosten der irischen Zivilverwaltung seit 1841 von 2,8 Mill. Mk. auf über 18 Mill. gestiegen sind, während die Bevölkerung gleichzeitig von acht auf vier Millionen gesunken ist, und daß das arme Land die ungeheuerlichsten Gehälter an die von England eingesetzten, oft überflüssigen Beamten zahlen muß, so begreift man, weshalb der irische Staatshaushalt für unendlich wichtigere Aufgaben, wie Erziehung und Verkehrswesen, nicht die nötigen Mittel besitzt.

Die Sinn-Féin-Partei. Die Gälische Liga. Kein Wunder, daß alle denkenden Iren wirksame Selbstregierung als das einzige Mittel ansehen, ihrem Vaterland, das dank seiner großen Fruchtbarkeit eines der reichsten Länder Europas sein könnte, wieder zu seiner gebührenden Stellung zu verhelfen. Die 1905 gegründete extrem-radikale *Sinn Féin* (= »wir selbst«)-*Partei* hat daher vollständige Trennung von England neben der Pflege aller nationalen Ideale auf ihr Programm gesetzt. Zu letzteren gehört vor allem die nationale irisch-keltische (gälische) Sprache, die 1801 noch von 4 Mill. Iren gesprochen wurde, von denen 2 Mill. des Englischen völlig unkundig waren. Aber infolge der unpatriotischen Haltung der irischen katholischen Geistlichkeit, die nach ihrer Emanzipation Irland hauptsächlich als westbritische Missionsstation betrachtete, sowie dank der rücksichtslosen Anglisierung des Elementarunterrichts, sank die Zahl der Irisch Redenden auf etwas über 600000 herab, bis die 1893 durch den protestantischen Gelehrten Dr. *Douglas Hyde* begründete *Gälische Liga* mit vielem Erfolg die Neubelebung der nationalen Sprache in Angriff nahm, die in der Tat in literarischer Beziehung seit über 1000 Jahren die schönsten Blüten hervorgebracht hatte und deren Untergang für die europäische Kultur einen schweren Verlust bedeuten würde. Heute wird das Irische schon in zahlreichen Schulen gelehrt und

wurde auch in der neuen National University als obligatorischer Lehrgegenstand eingeführt.

Das 20. Jahrhundert, das auf industriellem Gebiet ungeachtet aller Schwierigkeiten endlich auch außerhalb Ost-Ulsters recht erfreuliche Ansätze zeitigte, schien den Iren wenigstens teilweise die Erfüllung ihrer politischen Wünsche zu bringen.

Das neue Homerulegesetz. Nachdem 1911 das Vorrecht des Oberhauses beseitigt worden war, brachte Asquith, der Führer der Liberalen, der schon anläßlich der Neuwahlen von 1910 den Iren für ihre Unterstützung Homerule versprochen hatte, ein diesbezügliches Gesetz (Government of Ireland Bill) ein, das nach Ablehnung durch die Lords am 25. Mai 1914 zum zweitenmal in dritter Lesung verabschiedet wurde und nach Ausbruch des Weltkriegs die Sanktion des Königs erhielt, aber erst nach dem Krieg in Kraft treten soll. Das irische Unterhaus soll aus 164 frei gewählten Mitgliedern, das Oberhaus aus 40 auf 8 Jahre von der dem Parlament verantwortlichen Regierung ernannten Mitgliedern bestehen; bei Meinungsverschiedenheiten sollen beide Häuser gemeinsam abstimmen. Die Vertretung im Reichsparlament wird von 103 auf 42 Abgeordnete beschränkt. Reichsangelegenheiten und einige andere Angelegenheiten sollen der Kompetenz des irischen Parlaments entzogen sein, außerdem soll der an der Spitze der Regierung stehende, vom König ernannte Vizekönig absolutes Vetorecht besitzen; auch das Reichsparlament wird das Recht haben, irische Gesetze durch den Erlaß von Reichsgesetzen aufzuheben oder abzuändern. Nicht einmal über die eigenen Finanzen soll das irische Parlament eine Kontrolle besitzen, und seine steuerrechtlichen Befugnisse sind derart beschränkt, daß es seine Industrie und Landwirtschaft keinesfalls zum Nachteil Englands wird schützen können — also gänzlich wertlos. Die finanziellen Bestimmungen, die auf der falschen Voraussetzung eines Defizits aufgebaut sind, sind überdies schon jetzt infolge des Krieges angeblich undurchführbar geworden. Auch hat sich die Regierung noch wesentliche Änderungen vorbehalten, die selbst die geringen Wohltaten dieses Gesetzes, wenn es je zur Durchführung gelangen sollte, unwirksam machen können.

Die Ulster-Frage. Ein großer Teil der protestantischen Bewohner von Ulster, kaum ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, in deren Händen bisher fast alle einträglichen Stellen und Vorrechte gewesen waren, hatte aus Furcht, nun den katholischen Laien auch tatsächliche Gleichberechtigung gewähren zu müssen, obgleich das neue Gesetz jedwede Gewähr für den Schutz der protestantischen Minderheit enthielt, aufgehetzt durch die Konservativen, die das Gesetz benutzen wollten, um die Liberalen zu stürzen, den heftigsten Widerstand gegen die Gewährung von Homerule angekündigt und unter Führung des Rechtsanwalts Edward Carson einen Vertrag geschlossen, »eher zu sterben als sich einem klerikalen Parlament zu unterwerfen«. Dabei übersahen sie aber, daß gerade England seit Parnells Tod alle Macht in die Hände des katholischen Klerus gelegt hatte, den es als Werkzeug zur Niederhaltung Irlands gebrauchte, und daß es, nachdem es dem irischen Volk den Adel entfremdet hatte, mit Gewalt die Entstehung eines gebildeten Laienstandes verhinderte, aus dem ihm vielleicht gefährliche Gegner hätten erstehen können. Abgesehen davon, daß das irische Unterrichtssystem zum rückständigsten in ganz Europa gemacht wurde, gab es England gänzlich in die Hand der katholischen Kirche, die die Volksschullehrer ernennt und absetzt, über die Verwaltung der neuen Universität verfügt und fast den ganzen Mittelschulunterricht selbst bestreitet. An eine ernsthafte Revolution in Ulster war kaum zu denken; das Ganze wurde vielmehr nur deshalb in Szene gesetzt, um die Sympathien Deutschlands für die Ulster-Protestanten zu erwecken und dessen Aufmerksamkeit von den nationalistischen Iren, den wahren Feinden Englands, abzulenken. Deshalb gestattete England auch, daß sich die 80000 unionistischen Ulster-Freiwilligen bewaffneten; als aber auch die von dem nationalgesinnten Ulster-Protestanten Sir Roger Casement ins Leben gerufenen nationalen Freiwilligen dasselbe tun wollten, wurde die Waffeneinfuhr untersagt.

Irlands Sympathien im Weltkriege. Bei Kriegsausbruch erklärte sich das nationale Irland fast durchweg für Deutschland, weshalb das Reichsverteidigungsgesetz auf Irland ausgedehnt und Rede- und Preßfreiheit völlig unterdrückt wurden. Obgleich Redmond und andere Abgeordnete, durch englisches Gold und Würden geblendet, die Partei Englands ergriffen, hatte doch die Rekrutierung für die englische Armee ungeachtet aller Lügen kläglichen Mißerfolg; außer 25000 Ulster-Leuten hatten sich bis Oktober 1915 nur 35000 Mann, meist die Hefe der Stadtbevölkerung und solche, die durch wirtschaftliche Erdrosselung zum Eintritt in die Armee gezwungen worden waren, gemeldet. Von den übrigen 660000 wehrfähigen Männern gehörten etwa 250000 den nationalen Freiwilligen an, die anfangs nur 10000 Gewehre besaßen, aber den Engländern dennoch solche Besorgnis einjagten, daß sie sogar so weit gingen, den Irenführer Sir Roger Casement durch bestellten Meuchelmord aus dem Wege räumen zu wollen, 150000 Mann englischer Garnison nach Irland legten und es nicht wagten, die Wehrpflicht auf Irland auszudehnen. Redmond ist heute für das irische Volk erledigt; er hat es nicht mehr gewagt, öffentlich im Lande zu sprechen, und bei den seitherigen Ersatzwahlen sind stets die unabhängigen Kandidaten durchgedrungen. Die irischen Geschworenen haben bisher alle der Deutschfreundlichkeit beschuldigten Nationalisten freigesprochen, und auch die Iren Amerikas ihren ganzen Einfluß zugunsten Deutschlands aufzubieten versucht, von dem sie die Erlösung ihres Volkes aus der englischen Knechtschaft erwarten. Dies brachte auch der am 4. und 5. März 1916 zu Neuyork abgehaltene große irische Nationalkonvent, der die vollständige Unabhängigkeit Irlands forderte, öffentlich zum Ausdruck.

Trotz der Absperrung und des zeitweiligen Verbotes der Waffeneinfuhr war es den Nationalisten mittlerweile gelungen, größere Mengen von Waffen und Munition mit Hilfe der Iren Amerikas von dorther einzuschmuggeln und alles für einen Aufstand vorzubereiten. War auch die Hoffnung auf Erkämpfung der gänzlichen Unabhängigkeit gering, so hoffte man doch, hierdurch den Engländern großen moralischen und militärischen Schaden zuzufügen und sie gleichzeitig zur Gewährung weitgehender Zugeständnisse zu nötigen, da die Erreichung von wirksamer Homerule in die Wolken entrückt schien und England sich niemals gutwillig hatte bewegen lassen, das Los Irlands zu erleichtern. Gleichzeitig gedachte man, den bei einem Teile des Volkes schon verminderten Freiheitsdurst abermals kräftigst zu entfachen. Diese Ziele wurden auch erreicht. Zwar war Sir Roger

Casement, der voll Todesverachtung aus Deutschland herübergeeilt war, um sich seinem Volke zur Verfügung zu stellen, gleich bei der Landung ergriffen und nach London geschleppt worden, aber dessenungeachtet brach am 24. April in Dublin und anderen Teilen des Landes die Revolution aus.

Wenn auch die Sinn-Féin-Partei überall die Führung übernommen hatte, so handelte es sich doch keineswegs nur um einen vereinzelten Erhebungsversuch dieser Körperschaft. Auch zahlreiche nationale Freiwillige stellten ihre Waffen in den Dienst der Freiheit; viele irische Abgeordnete waren in den Plan eingeweiht, und daß Leute, wie der Arbeiterführer und Geschichtsforscher James Connolly, der Führer der irischen Syndikalisten, mit Vertretern des Adels und Bürgertums, wie dem Dubliner Museumsdirektor Grafen George Plunkett, dessen Sohn, dem Theaterdirektor und Dichter Grafen Joseph Plunkett, dem Universitätsprofessor Thomas Mac Donagh, dem hervorragenden gälischen Dichter Patrick Henry Pearse u. a., Hand in Hand gingen, beweist am besten, daß diese Bewegung sehr weite Kreise ergriffen hatte. Binnen kurzem war Dublin in der Hand der Aufständischen — die Einnahme des Schlosses des Vizekönigs wurde nur durch einen unglücklichen Zufall verhindert —, und die irische Republik wurde unter großem Jubel ausgerufen. Aber der mit allen artilleristischen Mitteln ausgerüsteten englischen Übermacht, die schleunigst nach Irland geworfen wurde, konnten die Iren trotz ihrer großen Tapferkeit nicht dauernd Widerstand leisten. Denn im ganzen Lande gab es kein unzugängliches Gebirge, keinen befestigten Platz, wo sie sich hätten verschanzen können. In den Straßen Dublins kam es zu verzweifelten Kämpfen, bei denen sich sogar Frauen und Kinder durch unerschrockenes Heldentum hervortaten, indem sie teils selbst in den Kampf eingriffen, teils unter Lebensgefahr verwundete Rebellen aus dem Feuer holten. Erst als ein großer Teil der Stadt durch die englische Artillerie in Schutt und Asche geschossen worden war und den Aufständischen die Munition ausging, ergaben sich am 29. April die Führer des Aufstandes. In der Provinz aber dauerte der Kleinkrieg noch wochenlang fort.

Schon in den nächsten Tagen wurden die Unterzeichner des republikanischen Aufrufes erschossen. Der schwerverwundete James Connolly wurde ungeachtet seiner tödlichen Wunden zum Richtplatze getragen und sitzend hingerichtet. Das englische Militär hauste fürchterlich in der unglücklichen Stadt. Viele Hunderte von Zivilisten wurden ohne jeden Richterspruch ermordet und beraubt, ohne daß die Regierung dagegen eingeschritten wäre. Immer neue Hinrichtungen ließ General Maxwell, der englische Oberkommandierende, vornehmen; Leute wurden öffentlich zu Zuchthausstrafen verurteilt und dann hinterher heimlich erschossen, Hunderte in den Kerker geworfen und Tausende verschleppt und in englische Konzentrationslager gesperrt, vielfach ohne jede Untersuchung von Schuld oder Unschuld. Vergeblich mahnte der Verräter Redmond seine Landsleute zur »Loyalität«. Die entsetzlichen Grausamkeiten, die sich England bei der Unterdrückung des Aufstandes hatte zuschulden kommen lassen, hatten selbst die lauen oder englandfreundlichen Irländer aufgerüttelt und abermals unvergänglichen Haß im Herzen des ganzen Volkes erweckt. Immer neue Truppen mußten nach Irland geschickt und selbst in den kleinsten Städten Garnisonen gehalten werden; aber der Rachekrieg des zur Verzweiflung getriebenen Volkes nahm kein Ende mehr. Tag für Tag wurden die englischen Soldaten überfallen und ermordet, so daß sich viele von den Offizieren freiwillig zum Frontdienste nach Frankreich meldeten; die Agrarunruhen im Westen und Süden brachen wieder aus, und den englandfreundlichen Grundbesitzern ging es gar schlecht, da ihr Vieh von den empörten Bauern in großer Zahl weggetrieben wurde. Die verschiedenen unredlich gemeinten Vermittlungsversuche der Regierung, die die Ulsterfrage zum Nachteile Irlands zu regeln versuchte, sowie das fortwährende Hinausschieben der versprochenen Reformen trugen noch mehr zur Fortdauer der allgemeinen Erbitterung bei.

Belgien

von Professor Dr. G. v. Below in Freiburg i. Br.

Geographische und wirtschaftliche Verhältnisse. Belgien hat einen Flächeninhalt von 29456 qkm (534,9 □Meilen). Natürliche Grenzen scheiden es nicht von den umliegenden Staaten, abgesehen von der 67 km langen Meeresküste. In der Bodengestaltung lassen sich Hochbelgien (600—200 m; höchster Punkt Baraque Michel mit 673 m, an der preußischen Grenze, in der Provinz Lüttich) bis zur Sambre-Maaslinie, Mittelbelgien (200—50 m) bis zu den Tälern der Schelde, Dyle und Demer, endlich Niederbelgien, das teilweise bis zu 2 m unter den Meeresspiegel hinabsinkt, unterscheiden. Zu beiden Seiten der Sambre-Maaslinie hat Belgien bedeutende Kohlenlager, die diese Landstriche (Hauptbezirke: Lüttich und Hennegau) zu einem der namhaftesten Industriegebiete Europas machen. Eisenerze (die freilich den Bedarf der eigenen Industrie bei weitem nicht decken) finden sich an verschiedenen Stellen in Hochbelgien. Den stärksten Gegensatz zu diesen Distrikten bildet das Poldergebiet im Nordwesten, eine durch Dünen und Deiche gegen das Meer geschützte Landschaft. Hier und in den anderen Teilen Belgiens ist der Boden für einen starken Landwirtschaftsbetrieb. Neben der Vieh- und Pferdezucht ist für den belgischen Landbau kennzeichnend ein ausgedehnter (freilich neuerdings zurückgegangener) Flachsanbau. Wie dieser zu einer namhaften Leinenindustrie geführt hat, so erfreut sich Belgien auch einer erfolgreichen Pflege der sonstigen Zweige der Textilindustrie. Die Wollindustrie blüht besonders in Verviers und Umgegend; die Baumwollindustrie hat ihren Hauptsitz in Gent; für die Leinenindustrie kommt namentlich Flandern in Betracht. Hennegau hat eine entwickelte Zuckerindustrie mit beträchtlicher Ausfuhr. Was die Verteilung des Bodens betrifft, so beträgt der Anteil für 1914 an Ackerland 42,6 Proz., an Wiesen und Weiden 27,4 Proz., an Wald 17,7 Proz., an Heide und Sand 11,5 Proz. In den letzten Jahrzehnten hat die Fläche für Wiesen und Weiden bei gesteigerter Viehhaltung auf Kosten der Ackerfläche zugenommen. Eine starke Ausfuhr hat Belgien an Pferden, für 40—

50 Mill. Fr. jährlich, hauptsächlich nach Deutschland (30 Mill. Fr.). Dagegen bedarf Belgien einer starken Getreideeinfuhr. Die Industrie (Eisen-, Textilindustrie) weist eine große Ausfuhr auf, hat aber trotz der beträchtlichen eigenen Kohlenbergwerke eine bedeutende Kohleneinfuhr nötig, besonders aus Deutschland, und zwar in schnell steigendem Maß (mit Verdoppelung von 1910—13). Eine bedeutende Steigerung der jetzigen belgischen Produktion dürfte kaum möglich sein, bei den alten Kohlenlagern unbedingt nicht; hoffnungsvoller ist noch das Kohlengebiet des Kempenlandes (Campine). Die englische Kohleneinfuhr beträgt nur den sechsten Teil der deutschen. So hat sich hier eine wirtschaftliche Abhängigkeit Belgiens von Deutschland angebahnt. Eine verwandte Erscheinung liegt darin, daß der Seehafen Antwerpen seine neuerliche riesenhafte Entwicklung hauptsächlich dem deutschen Hinterland und dem deutschen Schiffsanlaufverkehr verdankt, wenn auch der deutsche Schiffsverkehr in Belgien von dem englischen noch übertroffen wird. Mit eigenen Schiffen ist Belgien wenig beteiligt, und wie schon im alten Brügge und im alten Antwerpen (16. Jahrhundert) steht ebenso heute hier im Vordergrund der auswärtige Kaufmann, namentlich der deutsche. Seit der Erschließung des Kongogebiets ist Antwerpen der Handelsmittelpunkt für Kautschuk geworden.

Die Bevölkerung. Die Vorzüge der Bodenbeschaffenheit und der Arbeitsmöglichkeit haben bewirkt, daß Belgien zu den bevölkertsten Ländern gehört. Bei einer Gesamtbevölkerung von 7 638 700 Einwohnern kommen auf 1 qkm 259, in mehreren Distrikten mehr als 400. Die durchschnittliche jährliche Zunahme beträgt 1 Proz. Die Flamen nehmen (durch ihren größeren Kinderreichtum) zu; die Wallonen bleiben fast stehen. 4,3 Mill. sind Flamen, 3,2 Mill. Wallonen, 100 000 anderer Abstammung (meistens Deutsche). Nach einer Berechnung für das Jahr 1910 verstanden 55,94 Proz. der Einwohner Flämisch, 51,61 Französisch (Wallonisch), 2,26 Deutsch. Nach amtlicher Zählung benutzten als alltägliche Sprache das Flämische 54,03 Proz., das Französische (Wallonische) 44,85 Proz., das Hochdeutsche 1,1 Proz. Wahrscheinlich ist das tatsächliche Verhältnis für das Flämische noch etwas günstiger, da die belgische staatliche Statistik offensichtlich dem Flämischen nicht sonderlich freundlich ist. Jostes (s. unten) glaubt auf Grund des Umstandes, daß von den Doppelsprachigen (1 262 004) höchstens der fünfte Teil das Französische als Muttersprache hat, nur 2,8 Mill. Wallonen feststellen zu müssen. Die flämische Sprache besitzt aber nicht nur die Mehrheit, sondern gewinnt auch an Ausdehnung. Das Wallonische ist ein Dialekt des Französischen, mit den Mundarten des eigentlichen Wallonischen und des Picardischen. Beim Flämischen sind die drei Hauptdialekte des Friesisch-Fränkischen, des Westfränkischen und des Ostfränkischen zu unterscheiden. Das flämische Sprachgebiet reicht bis nach Frankreich hinein, wie es denn auch in Französisch-Flandern eine flämische Bewegung gibt.

Die flämische Frage. Das Flämische würde eine viel größere Verbreitung haben, wenn nicht schon in älterer Zeit drei Umstände die Stellung der Flamen gegenüber den Romanen ungünstig beeinflußt hätten. Flandern wurde 843 im Vertrag von Verdun dem westfränkischen Reich zugesprochen und stand weiterhin unter einem französischen Grafengeschlecht. Das flandrische Bistum Doornick (Tournay) gehörte (bis 1108) wie das reichsdeutsche Bistum Kamerich (Cambray) zur Erzdiözese Reims. Mit der Abtretung der Niederlande vom Deutschen Reich und der Herstellung der Republik Holland bildete sich zwischen Deutschland und den südlichen (spanischen, dann österreichischen) Niederlanden eine derartige Grenze, daß das deutsche vom flämischen Sprachgebiet durch eine romanische Zone geschieden war. Im 14. und 15. Jahrhundert hatte, großenteils im Zusammenhang mit der städtischen Bewegung jener Zeit, eine Reaktion des flämischen und deutschen Elements gegen die Geltung der französischen Sprache und Kultur stattgefunden. Wäre es damals einer germanischen Macht gelungen, die Niederlande ganz in ihre Hand zu bekommen, so hätte das französische Element leicht beseitigt werden können. Aber die Herrschaft erlangte das französische Herzogshaus Burgund, das zwar nicht planmäßig romanisierte, indessen im amtlichen Verkehr dem Französischen das Übergewicht gab und auch sonst zur Verbreitung französischen Wesens, wenigstens in den oberen Schichten, beitrug. Ludwig XIV. raubte den spanischen Niederlanden beträchtliche Stücke. Eine bewußte Französierung nahm die französische Revolution vor (ein Konventsbeschluß beseitigte den Gebrauch der Landessprache und ersetzte sie durch »die Sprache der Freiheit«, d. h. das Französische); Napoleon I. fuhr in der gleichen Richtung fort. In der Zeit der Vereinigung mit Holland wurde das Holländische Staats- und Schulsprache. Mit der Schaffung des Königreichs Belgien im Jahre 1830 gelangte das Französische, bei scheinbaren Zugeständnissen an das Flämische und Hochdeutsche, zur Alleinherrschaft. Dementsprechend wurden die Welschen im Beamtentum bevorzugt. Von den im Dezember 1831 in den Brüsseler Zentralbehörden angestellten 380 Beamten waren nur 22 Flamen (1904 war das Verhältnis immer noch 4 : 1). Aus dem Unwillen über solche Zustände entwickelte sich die flämische Bewegung. Sie wurde eröffnet durch eine von J. F. Willems aufgestellte große öffentliche Bittschrift des flämischen Volkes an den König 1840. Der Kampf der bewußten Flamen beschränkte sich zunächst auf unpolitische, literarische und künstlerische Dinge. Eine flämische Volksliteratur schuf namentlich der Romanschriftsteller Conscience. Er wurde nach dem Tode von Willems (1846) die Seele der Bewegung. Später sorgte man durch die Gründung des Willemsfonds auch für die Verbreitung flämischer Schriften im Volke, und als dieser in den 1870er Jahren in ein liberales Fahrwasser geriet, stellte man ihm einen »Davidsfonds« mit ausgeprägt katholischer Richtung an die Seite. 1886 wurde die flämische Akademie (in Gent) gestiftet. Mit der Erneuerung des flämischen Geisteslebens gingen die Bestrebungen um die Verwirklichung der gesetzlichen Gleichberechtigung der flämischen Sprache im Staatsleben Hand in Hand. Seit den 1870er Jahren erlangte man in dieser Hinsicht Zugeständnisse. Heute ist die Doppelsprachigkeit für die Gebiete der Verwaltung, der Rechtsprechung und des Heerwesens in weitem Umfang anerkannt, weniger auf dem des Schulwesens. Aber die gesetzlichen Zugeständnisse sind nur in bescheidenem Maß in die Tat umgesetzt worden, sind zum größeren Teil nur papierener Art, und im Beamtentum wird nach wie vor der Flame durchaus zurückgesetzt. »Man behandelt«, heißt es in einer flämischen Klage, »den Flamen in seinem eigenen Lande wie ein unmündiges Kind, ja wie einen Kongoneger, sogar noch

schlimmer; denn unsere Richter in Boma lernen die Landessprache.«

Dieser Mißerfolg der flämischen Bewegung erklärt sich, kurz ausgedrückt, daraus, daß die Wallonen einen starken und bewußt gepflegten Zusammenhang mit der französischen Sprache und Kultur haben, während das Flamentum wesentlich isoliert steht und die höheren gesellschaftlichen Schichten der Flamen der Mehrzahl nach von dem Ehrgeiz erfüllt sind, an dem französischen Wesen teilzunehmen. Es ist auf flämischer Seite selbst erkannt worden, daß ein engerer Anschluß an das Deutschtum in unserem Reich der flämischen Sache die entschiedenste Förderung bringen würde. Die Erlernung unserer Schriftsprache würde den Flamen den Anschluß an ein großes Kulturgebiet eröffnen, würde ihnen wirtschaftlich wie allgemein kulturell zustatten kommen, würde ihnen die Vorteile bringen, die die Wallonen von dem Anschluß an die französische Kultur haben; ihre Eigenart könnte dabei, wie das Beispiel der Schweiz lehrt, auch schon das Sonderleben der einzelnen deutschen Landschaften beweisen dürfte, durchaus erhalten bleiben. Aber mannigfache Hindernisse sind hier in den Weg getreten. Zwischen Deutschland und Flamenland liegt, wie ein Flame sagt, ein »welscher Keil«. Deutschland hat ferner wenig Teilnahme für die flämische Sache gezeigt. Die Zurückhaltung, die es, im Gegensatz zu Frankreich, übte, erkennt man als korrekt an, glaubt aber, z. B. vielfach bei den in Belgien ansässigen Deutschen, zu wenig Sympathie für das Flamentum feststellen zu müssen. Eine verhängnisvolle Wirkung übt sodann die auf flämischer Seite bestehende Besorgnis, durch Anknüpfung irgendwelcher Beziehungen zu Deutschland sich der politischen Deutschfreundlichkeit schuldig zu machen, die den Flamen sowieso von wallonischer Seite ganz grundlos vorgeworfen wird. Es ist den Flamen durch das Übergewicht, das das Franzosentum namentlich in den höheren Schichten Belgiens hat, die Anschauung eingeimpft worden, daß man vor Deutschland auf der Hut sein müsse. Aus diesen Gründen kommt es dahin, daß so viele Flamen der Versuchung, sich der französischen Kultur anzuschließen, erliegen, daß die staatlichen Einrichtungen, die zum Schutz des Flamentums erkämpft worden sind, nicht die gewollte Wirkung äußern. Man hat auch daran gedacht, das Flamentum durch den Anschluß an das Niederländische bzw. Holländische zu fördern. Indessen abgesehen davon, daß einem solchen Versuch z. T. ebenfalls die genannten Umstände entgegenstehen, so ist Holland nicht groß genug, um dem Flamen wirtschaftlich und kulturell das zu bieten, was er durch die Annäherung an das deutsche Leben haben würde. Zugunsten des Flamentums ist manches durch seine Verbindung mit den politischen Parteien Belgiens, den Klerikalen, Liberalen, zuletzt den Sozialdemokraten, durchgesetzt worden. Aber die Kompromisse, die die Vereinigung von Wallonen und Flamen in der einzelnen Partei nötig macht, wirken auch gelegentlich hemmend. Überdies hat bisher keine der politischen Parteien Anstalten gemacht, die allgemeine Tendenz, von der Belgien beherrscht wurde, den französischen Stil des ganzen Lebens, zu beseitigen. Nur wenn diese Tendenz beseitigt ist, kann das Flamentum zu freier Entwicklung gelangen. Es steht freilich nicht so, als ob die Flamen Franzosenfreunde wären; sie sind vielmehr keineswegs blind gegen die ihnen von Frankreich her drohende Gefahr, und der Gegensatz zwischen Wallonen und Flamen ist sehr schroff. Allein alle an sich sehr achtungswerten Bestrebungen der Flamen wurden in ihrem Erfolg durch das Bestreben beeinträchtigt, nichts zu tun, was irgendwie als Versuch einer politischen Annäherung an Deutschland ausgelegt werden könnte.

Der Gegensatz zwischen Flamen und Wallonen hat zu dem Wunsch einer Verwaltungstrennung für die beiden sprachlichen Gebiete geführt. Er wurde übrigens anfangs fast mehr von den Wallonen (aus Angst vor dem weiteren Vordringen der sich stärker vermehrenden Flamen) als von den Flamen vertreten. In diesem Wunsch spricht sich der auch sonst deutlich bemerkbare Mangel eines belgischen Nationalgefühls aus. Der belgische Sozialist Destrée erklärte in seiner »Lettre au Roi« (1912): »Belgien besitzt keine Nationalität, keine belgische Volksseele«. Nach einem Wort des Kardinals Mercier »haben die Belgier in diesem Krieg zum erstenmal Gelegenheit gefunden, wahren Patriotismus zu empfinden«. In der Tat ist das Band, das Wallonen und Flamen vereinigte, nie sehr stark gewesen. War es bei der Entstehung des belgischen Staates das gemeinsame katholische Bekenntnis, welches eine Grundlage bildete, so scheint diese im Laufe der Zeit in dem heftigen Streite der Parteien der Klerikalen, Liberalen und Sozialisten, der das öffentliche Leben erfüllt, verlorengegangen zu sein. Es ist bezeichnend, daß sich bei rechtsstehenden Richtungen Belgiens Sympathien für entsprechende Richtungen Hollands eingestellt haben. Die Parteigegensätze sind so scharf wie in wenigen Staaten. Dazu trat dann, diese Gegensätze vielfach kreuzend, der Gegensatz der Flamen und Wallonen, der, wie bemerkt, zu der immer entschiedener erhobenen Forderung der Verwaltungstrennung führte. Die vorhandenen Feindschaften waren so heftig, daß man vor Kriegsausbruch bereits offen von einer drohenden Revolution sprach und daß man sie in manchen Kreisen für die Zeit der kommenden Wahlen bestimmt erwartete. Wenn nun demgegenüber der Krieg einen gewissen Zusammenschluß der feindlichen Richtungen gebracht hat, so wäre es doch ein großer Irrtum, aus der plötzlichen Einigung, die die Überraschung des Krieges in Belgien hervorrief, zu schließen, daß jetzt ein festes Band hergestellt sei, das dauernden Bestand verspräche. Der alte Gegensatz zwischen Flamen und Wallonen ist schon wieder erwacht, und neue Regungen der flämischen Selbständigkeit treten hinzu. Auch an speziellen Äußerungen des wachsenden Gefühls für die deutsch-flämische Gemeinschaft fehlt es nicht. Trotz und selbst während des Krieges ist schon eine gewisse Entwicklung zu beobachten. Bemerkenswerte Vertreter des Gedankens einer Annäherung an Deutschland sind unter den Flamen Pfarrer Domela Nieuwenhuis Nyegaard und der Historiker Leo Picard (Redakteur der »Vlaamschen Post«), beide in Gent. Erwähnt sei auch der Utrechter »allgemeene Nederlandsche verband« mit seiner Zeitschrift »dietsche stemmen«. Wie sich auch das politische Verhältnis Belgiens zu Deutschland gestalten mag, das Gedeihen der flämischen Bewegung wird davon abhängig sein, daß man auf flämischer Seite aufhört, bei einem irgendwie freundlichen Verhältnis zu Deutschland immer eine Beklemmung zu empfinden, von der Besorgnis erfüllt zu sein, daß man auf verbotenem Weg ertappt werde. Deutschland würde bei einem engeren Verhältnis zu den Flamen (mag es politischer oder unpolitischer Natur sein) ihnen die Mög-

lichkeit, ihre germanische Eigenart unbehindert weiter auszubilden, nicht nur nicht beschränken, sondern vielmehr gewährleisten.

Zur belgischen Geschichte. Nach der belgischen amtlichen und halbamtlichen Auffassung, die teilweise auch in die deutsche Literatur eingedrungen ist, ist Belgien seit den ältesten Zeiten etwas Selbständiges, etwas für sich Stehendes, in sich Geschlossenes gewesen. Tatsächlich hat eine solche Einheit nie bestanden. Die Flamen sind im Mittelalter in heftigen Kämpfen gegen die Franzosen zum Bewußtsein ihrer Eigenart gelangt. Es herrschte ein starker Gegensatz zwischen Flamen und Wallonen, in Sprache wie Wirtschaft. Der burgundische Staat des späteren Mittelalters umfaßte einerseits nicht alle heutigen belgischen Gebiete (das Bistum Lüttich nicht) und ging anderseits weit über die heutigen belgischen Provinzen hinaus. Mit dem einen Fuß ruhte das burgundische Regiment auf abgelegenen Gebieten. Es war eine Fremdherrschaft. Ein selbständiges, geschlossenes Belgien wurde auch unter der spanischen Herrschaft nicht geschaffen. Soweit in der neueren Zeit von einem politischen Einheitsgedanken die Rede sein kann, waren seine Träger wesentlich Wallonen, während die Flamen kaum zum Wort kamen. Im Jahre 1830 wurde der belgische Staat geschaffen, eine künstliche Schöpfung, wie der Flame Domela Nieuwenhuis Nyegaard neuerdings gesagt hat, »eine Fabrik von âmes belges«. Das »Experiment« von 1830 ist keineswegs eine einfache Frucht der Erhebung gegen Holland. Aus eigener Kraft hätten sich die Empörer nicht behaupten können. Unter dem Gesichtswinkel der europäischen Politik war die belgische Erhebung eine neue Phase des französischen Ausdehnungsstrebens an den Rhein. Unter einem Kompromiß mit England wurde dann der belgische Staat geschaffen; der Name »Belgien«, bis dahin nur von antiquarischem, gelangt jetzt erst zu praktischem Gebrauch. Wenn das Experiment insofern glückte, als der neue belgische Staat Bestand behielt und wirtschaftlich sich glücklich entfaltete, so lag das in erster Linie an der gegenseitigen Eifersucht der europäischen Mächte; demnächst war es bedingt durch die kluge Politik der ersten beiden Könige; nicht aber ruhte die Entwicklung Belgiens auf einer inneren Harmonie der Bevölkerung. Die Wallonen bildeten die herrschende Oberschicht; die Flamen gewannen hinterher das Gefühl, daß sie die Betrogenen waren. Die Gegensätze zwischen Liberalismus und strengem Katholizismus verschärften sich, und mit dem Aufkommen des Sozialismus steigerte sich noch die Spannung.

Der neue belgische Staat wurde für neutral erklärt. Ein Vorrecht wurde ihm damit eingeräumt, aber auch eine Verpflichtung auferlegt: er durfte nicht angreifen und nicht angegriffen werden; er durfte keine Beziehungen zu anderen Mächten anknüpfen, die den garantierten Zustand veränderten. Frankreich hat, unter Napoleon III., diese garantierte Neutralität wiederholt zu stören versucht. England führte 1870 in Verträgen mit dem Norddeutschen Bund und mit Frankreich eine gewisse Erneuerung des Neutralitätsverhältnisses herbei. Man hat gemeint, das Deutsche Reich, welches nie als solches die belgische Neutralität garantiert hat, sei auch nicht zu ihrer Beobachtung verpflichtet. Das mag auf sich beruhen. Jedenfalls ist nicht zu bestreiten, daß Belgien von sich aus die Bahnen der Neutralität verlassen hat. Zunächst durch die Maasbefestigungen, bei deren Anlage die belgische Regierung zwar wohl nicht von einer einseitig gegen Deutschland gerichteten Tendenz geleitet war, die aber tatsächlich Deutschland beeinträchtigten, zumal Belgien bei seiner zu geringen militärischen Macht nicht eine wirkliche Sicherung gegen einen französischen Durchstoß geboten hätte. Sodann durch die Gründung bzw. den Erwerb des Kongostaats: Belgien, das in Europa nicht aus eigener Kraft, sondern nur durch die Bürgschaft seiner Garanten zu bestehen vermochte, begann draußen eine imperialistische Großmachtpolitik. Seine Neutralität wurde damit einer zu großen Belastungsprobe ausgesetzt, wie denn England, der afrikanische Nachbar Belgiens, die Klagen über die Kongogreuel dazu benutzt hat, um auf den belgischen Staat einen Druck auszuüben. Belgien trat mit dem Erwerb des Kongos in den Kreis der großen Mächte ein, hatte aber nicht die militärische Kraft, um ganz sein eigener Herr zu sein, und setzte sich damit der Gefahr aus, von einer stärkeren Macht abhängig zu werden. Die belgische Regierung ist sich aber auch in anderem Zusammenhang darüber klar geworden, daß von England, seitdem es den Anschluß an Frankreich und Rußland suchte, eine Beobachtung der Neutralität nicht zu erwarten war (Kitcheners Wort: »Die Grenze des Britischen Reiches in Europa ist nicht der Ärmelkanal, sondern die Maaslinie«). Gleichwohl klammerte sich Belgien an die britische Macht an. »Das hat dann zu einer heimlichen Aufgabe der pflichtmäßigen Unparteilichkeit geführt, zu einer weitgehenden militärischen Auslieferung an die Westmächte und zu vorzeitiger Festlegung der Haltung in einem künftigen Kriege« (Hampe). Von Frankreich her wurde die umfassendste Propaganda in Belgien betrieben (für die Presse z. B. stand außer einem reichen Ordenssegen im französischen Haushaltplan jährlich ein Geheimfonds von 200 000 Fr. zur Verfügung); direkte Annexionsabsichten sind in französischen Kreisen hervorgetreten und wurden von belgischer Seite keineswegs allgemein abgewiesen, fanden vielmehr hier einen alten Boden. Aber auch ganz abgesehen davon, die belgische Regierung ließ sich mit Frankreich ebenso wie mit England in Verhandlungen über den Durchzug von englisch-französischen Truppenkörpern durch Belgien »im Fall eines internationalen Konflikts« ein. Deutschland hat bei Ausbruch des Krieges nur durch raschen Entschluß der Ausführung der englisch-französisch-belgischen Pläne zuvorkommen können. Wenn es den Durchmarsch durch belgisches Gebiet gegen Zubilligung voller Entschädigung verlangte, so stellte es nur eine Forderung, die noch 1887 von englischer Seite als erträglich und durch die belgische Neutralität nicht schlechthin ausgeschlossen angesehen worden war. Vor der Kriegserklärung hatten schon französische Truppen die belgische Grenze überschritten, empfangen von belgischen Gendarmen, und am 30. Juli 1914 konnte eine englische Dame ahnungslos nach Deutschland schreiben: »Heute hat uns mein Sohn verlassen, um sich nach Belgien zum Stabe des Generals French zu begeben«. Der deutsche Einmarsch in Belgien entsprang, wie man treffend bemerkt hat, »der riesenhaftesten Notlage der gesamten Weltgeschichte«.

Eine Rechtfertigung Belgiens mit entsprechenden Angriffen gegen Preußen hat der Brüsseler Universitätsprofessor E. Waxweiler in seiner Schrift »Hat Belgien sein Schicksal verschuldet?« unternommen, die in deutscher Übersetzung aus dem französischen Original in Zürich erschienen ist. Eine gründliche Widerlegung seiner sophistischen Darstellung findet man na-



mentlich bei R. Graßhoff, »Belgiens Schuld« (Berlin 1915), und bei K. Hampe, »Die Schuld der belgischen Regierung« (»Internationale Monatsschrift«, Jahrg. 1915, Novemberheft, Sp. 161 ff.). Hier sind die Beweise für die Verhandlungen englischer und belgischer Offiziere in den Jahren vor dem Krieg vorgelegt. Es wird daselbst dargetan, daß der Einmarsch englischer Truppen in Belgien »im Fall eines internationalen Konflikts« (en cas de conflit international), nicht etwa erst »im Fall einer bereits erfolgten deutschen Neutralitätsverletzung« in Aussicht genommen war. Es läßt sich auch nicht bestreiten, daß das belgische Ministerium von jenen Verhandlungen Kenntnis genommen hat. Die Verschuldung der belgischen Regierung bei den Kriegsgreueln liegt auch zutage. Amtliche Aktenstücke über diese Dinge sind abgedruckt in der Denkschrift unseres Auswärtigen Amts »Die völkerrechtswidrige Führung des belgischen Volkskriegs« (Berl. 1915) und in dem Buche »Der deutsche Krieg und der Katholizismus, deutsche Abwehr französischer Angriffe, herausgegeben von deutschen Katholiken« (das. 1915). Zur Entfesselung des Franktireurkriegs hat die Beibehaltung der veralteten Nationalgarde mit ihrem Wechsel von bürgerlicher Kleidung und Uniform beigetragen. Aber die belgischen Behörden trifft wegen ihrer Erlasse vom August 1914 auch eine unmittelbare Schuld. Endlich hat die alte Verhetzung gegen Deutschland hier gleichfalls ihre Früchte getragen.

Der dem Deutschen Reich gemachte Vorwurf, daß es mit der Absicht der Eroberung des belgischen Staates in den Krieg getreten sei, ist völlig grundlos. Hätte Belgien beim Beginn des Krieges den Beweis seiner Unabhängigkeit von England und Frankreich erbracht, so hätte Deutschland sich in dem Bewußtsein, an seiner Grenze einen wahrhaft neutralen Staat zu haben, zu Belgien nie anders gestellt als zu Holland oder der Schweiz. Nachdem sich aber Belgien zum Werkzeug der Westmächte, insbes. Englands, gemacht hat, ist Deutschland durch den Zwang der Dinge genötigt, seine bisherigen Beziehungen zu Belgien einer Prüfung zu unterziehen.

Die provisorische Regierung. Schon wegen der Länge des Krieges verdient die provisorische Regierung, die Belgien durch Deutschland erhalten hat, erhöhte Beachtung; aber auch sachlich ergeben sich bei ihr interessante Verhältnisse. An der Spitze der gesamten Verwaltung steht der Generalgouverneur (der zugleich Oberstkommandierender der Besatzungsarmee ist) mit seinem Militärstab. Der »Verwaltungschef bei dem Generalgouverneur in Belgien«, der an der Spitze der Zivilverwaltung steht und einen Stellvertreter zur Seite hat, ist ihm unterstellt. Die Provinzen, die Stadt Brüssel und die Festung Antwerpen unterstehen militärischen Gouverneuren mit Generalsrang, denen wieder Zivilpräsidenten beigegeben sind, unter denen die Kreischefs (mit Oberstenrang) arbeiten, auch sie von Zivilkommissaren unterstützt. Unmittelbar unter den Generalgouverneur sind neuerdings zu seiner Beratung und Verfügung zwei besondere Abteilungen gestellt, die eine für Finanz- und Bankwesen, die andere die sog. politische Abteilung. Der letzteren unterstehen auch der Flamenausschuß und der Preßausschuß.

Die deutsche Verwaltung läßt sich von dem Gesichtspunkt leiten, daß Belgien, wenn der Frieden kommt, nicht ein ausgesogenes Land ist, sondern lebendig und lebenskräftig dasteht. Nach Möglichkeit sucht sie die belgischen Beamten und die Einwohner zur Mitarbeit heranzuziehen. Zum beträchtlichen Teil ist ihr dies auch gelungen. So hat die Polizei in den Städten und auf dem Land ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, natürlich unter Überwachung durch deutsches Militär, das für die Sicherheit aller öffentlichen Einrichtungen und Gebäude, vor allem auch der Bahnen, einsteht. Ebenso sind die Briefträger, durch den Druck der belgischen öffentlichen Meinung gleichsam gezwungen, wieder in ihren Dienst eingetreten. Die Rechtsprechung liegt in der Hauptsache in belgischen Händen; aber der Justizausschuß bei der Zivilverwaltung in Brüssel übt eine gewisse Aufsicht. Militär- und Zivilbeamte bilden ein über das ganze Land ausgebreitetes Netz, innerhalb dessen Maschen die belgischen Behörden weiter arbeiten können und sollen. In diesem Rahmen wird auch die Selbstverwaltung der Städte anerkannt. Der für das okkupierte Belgien eingesetzte und mit umfassenden Aufgaben betraute »Wirtschaftsausschuß« zieht Sachverständige der Interessenten aus dem deutschen wie belgischen Wirtschaftsleben zu Rate. Durch englischen Diebstahl sind die Barbestände der belgischen Nationalbank, ihre Noten und Notenklischees nach London geschafft. Der damit verfolgten Absicht, die Verwaltung Belgiens lahmzulegen und in die belgischen Geldverhältnisse Verwirrung zu bringen, ist jedoch die deutsche Generalverwaltung wirksam entgegengetreten, indem sie eine bestehende belgische Bank, die Société générale de Belgique, für die Dauer des Krieges mit dem Notenprivileg ausstattete. Im Zusammenhang damit wurde auch die Kontributionsfrage von Jahr zu Jahr neu geregelt (gemeinsame Schuldgarantie aller neun Provinzen). Die Regelung der Bankfrage hat Deutsche und Belgier hier zu gemeinsamer Arbeit vereinigt. Die Industriearbeiter haben der überwiegenden Mehrzahl nach die Arbeit wieder aufgenommen, und die Vertreter der Industrie haben dem Generalgouverneur ihre Unterstützung zugesagt. Ein Haupthindernis für die vollständige Erneuerung der industriellen Arbeit liegt in der mangelnden Rohstoffzufuhr (Eisenerze, Flachs, Baumwolle). Leider hat das belgische Rote Kreuz seine Mitarbeit versagt. Die deutsche Verwaltung hatte den Wunsch gehabt, seinen Aufgabenkreis zu erweitern (eine Friedensarbeit kannte es bisher überhaupt nicht) und ihm die Fürsorge für eine Reihe von Notständen zu übertragen, mit denen es sich bisher nicht befaßt hatte. Nun hat sie diese Obliegenheiten in eigene Hand genommen. Es ist jetzt ein »neues belgisches Rotes Kreuz« geschaffen worden, an das das beschlagnahmte Vermögen des alten übergegangen ist und das unter anderm eine Sackfabrik und die Herstellung wollener Strümpfe in Heimarbeit organisiert hat. Säuglingspflege, Sittenpolizei sind neu geordnet.

Aus dem Gesagten ergibt sich bereits, daß die deutsche Verwaltung sich keineswegs darauf beschränkt, nur Kriegsschäden zu heilen, sondern eine Arbeit von dauernder Wirkung als ihre Aufgabe betrachtet. Ein großes Stück echter Friedensarbeit ist schon getan. Die Tatsache, daß Belgien jetzt unter deutscher Verwaltung steht, wird unbedingt, wie sich auch das Schicksal des Landes weiterhin gestalten mag, dauernde Spuren hinterlassen. Wir gedenken hier zweier Gebiete, auf denen Belgien beträchtlich hinter Deutschland zurückstand, des Schulwesens (im Sinne des allgemeinen Schulzwangs) und der sozialen Fürsorge (der sozialpolitischen Einrichtungen). Auf diesen Gebieten ist

jetzt Belgien unter den Einfluß eines auf höherer Stufe stehenden Staatswesens getreten. Bemerkt sei, daß in Lüttich die erste Krankenkasse eröffnet worden ist. Törichterweise haben sich die Dozenten der belgischen Universitäten der Wiedereröffnung ihrer Anstalten noch widersetzt. Neuerdings, seit Gent teilweise dem Generalgouvernement unterstellt ist, haben sich aber die Flamen an die deutsche Verwaltung gewandt mit der Bitte, die vor dem Krieg beschlossene Verflamischung der Genter Hochschule durchzuführen. Seit Erlaß des Generalgouvernements ist Ende 1915 die Wiedereröffnung der **Universität Gent** als flamische Hochschule in Aussicht gestellt, eine Summe zur Vorbereitung dieses Schrittes in das Budget eingesetzt worden und damit den Flamen von einer kriegführenden Macht, aber in Übereinstimmung mit den in der Haager Konvention dem Besitzer gewährten Rechten ein Geschenk geworden (so sagen sie selbst), um das sie bei ihrer eigenen Regierung jahrzehntelang umsonst gebettelt haben. Erwähnt sei schließlich die Fürsorge der deutschen Verwaltung für die Landwirtschaft (Vieh- und Pferdezucht, Getreidebau). Wenn künftig genügende Arbeitskräfte im Land sein werden, wird man auch an die Urbarmachung des unproduktiven Bodens gehen können, der in Belgien einen verhältnismäßig stärkeren Prozentsatz ausmacht als in Deutschland.

Die deutsche Verwaltung erfüllt die Wünsche der Flamen in stärkerem Maß, als es die belgische Regierung getan hatte. Zum erstenmal seit Jahrhunderten erfahren die Flamen Gerechtigkeit. Die deutsche Verwaltung ist aber weit entfernt davon, sie etwa einseitig auf Kosten der Wallonen zu begünstigen.

Eine Besonderheit staatsrechtlicher Art zeigen die gegenwärtigen Verhältnisse Belgiens darin, daß die neutralen auswärtigen Gesandtschaften (amerikanische usw.) in Brüssel geblieben sind, sich nicht zur bisherigen belgischen Regierung nach Le Havre begeben haben.

Literatur. Aus der sehr großen Literatur über die belgische Frage der Gegenwart verzeichnen wir namentlich solche Arbeiten, die über die Kontroversen unterrichten und weitere literarische Angaben enthalten: **Guthmann**, Ein Zollbündnis zwischen Belgien und den Niederlanden (Tübingen 1907); »Belgien. Land und Leute. Wirtschaftsleben«, herausgegeben im Auftrag des Kaiserlichen deutschen Generalgouverneurs (Berl. 1915); K. **Kretschmer**, Belgien (»Geographische Zeitschrift«, Jahrg. 1915, 11. Heft, Leipzig); Prof. F. W. Frhr. v. **Bissing**, Belgien unter deutscher Verwaltung (Münch. 1915); Derselbe, Belgien und Deutschland (»Süddeutsche Monatshefte«, München, Februar 1916); Eduard **Blocher**, Belgische Neutralität und Schweizerische Neutralität (Zürich 1915); C. **Borchling**, Das belgische Problem (Hamb. 1914); R. **Frank**, Die belgische Neutralität (Tübing. 1915); F. **Fromme**, Neuere Schriften über Belgien (»Deutsche Rundschau«, Jahrg. 1915, Oktober-Heft, Berlin); K. **Hampe**, Belgiens Vergangenheit und Gegenwart (Leipz. 1915); W. v. **Hauff**, Das Deutschtum in Belgien (Weim. 1915); F. **Jostes**, Die Vlamen (Münst. i. W. 1915); D. H. **Kerler**, Deutschlands Verletzung der belgischen Neutralität eine sittliche Notwendigkeit (Ulm 1915); H. J. **Losch**, Der mitteleuropäische Wirtschaftsblock und das Schicksal Belgiens (Leipz. 1914); K. **Wiedenfeld**, Antwerpen im Weltverkehr und Welthandel (Münch. 1915); P. **Oßwald**, Belgien (Leipz. 1915); H. **Pirenne**, Geschichte Belgiens (Gotha 1899—1913, 4 Bde.; dazu kritisch: **Uhlirz**, Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung, Jahrg. 1900, S. 355 ff.); O. **Pönsgen**, Das staatsrechtliche Problem Belgiens (Zeitschrift »Panther«, Jahrg. 1915, Juni-Heft, Leipzig); U. **Rauscher**, Belgien heute und morgen (Leipz. 1915); W. **Schönborn**, Die Neutralität Belgiens (in: »Deutschland und der Weltkrieg«, das. 1915); Al. **Schulte**, Von der Neutralität Belgiens (Bonn 1915); V. **Valentin**, Belgien und die große Politik der Neuzeit (Münch. 1915; dazu kritisch: G. v. **Below**, Gibt es eine belgische Nationalität? im »Tag« vom 20. Aug. 1915). Verschiedene Seiten der belgischen Frage werden in inhaltreichen Aufsätzen im April-Heft vom Jahrgang 1915 der »Süddeutschen Monatshefte« (München) und im Januar-Heft vom Jahrgang 1916 der Zeitschrift »Panther« geschildert.

Die Naturvölker im Kriege

von Dr. Oskar Karstedt in Berlin-Steglitz

Wie der Weltkrieg bisher kleinen, unbedeutenden Staaten in Europa im Ringen der feindlichen Kräfte eine Bedeutung verschaffte, die ihnen manchmal die Rolle des Züngleins an der Wage zuzuweisen schien, so ist auch an den primitiven Völkern, soweit sie nicht, wie die Polarvölker, überhaupt ein Eigendasein, ein von der Kultur nicht beeinflußtes und beeinflußbares Leben führen, das Riesenringen der europäischen Nationen nicht spurlos vorübergegangen. Diejenigen, die unter der Herrschaft eines der kriegführenden Staaten leben — und das ist die Mehrzahl von ihnen —, sind in zahlreichen Fällen sogar unmittelbar in das Völkerringen hineingezogen worden, sei es, daß die Kämpfe in ihre Wohngebiete übertragen wurden, sei es, daß sie ihren europäischen Herren zur Auffüllung und Ergänzung ihrer Heere dienen mußten. Beides, ihre passive wie ihre aktive Beteiligung am Kriege, ist eine der Kriegserscheinungen, die ihre Wirkungen noch auf lange Zeit hinaus üben werden, da in ihnen Gefahren liegen, die für die Herrschaft der weißen Rasse über farbige Kolonialbewohner in der Zukunft ausschlaggebende Bedeutung zu erlangen geeignet sind.

Die Herrschaft der weißen Rasse in tropischen Gebieten, wo die Zahl der Europäer nur eine beschränkte ist, weil ihnen körperliche Arbeit in größerem Umfang nicht möglich ist, ihre Tätigkeit also in der Hauptsache nur eine leitende und beaufsichtigende sein kann, beruht ausschließlich auf der Anerkennung ihrer absoluten Überlegenheit seitens der Beherrschten und auf der ständig gewahrten Solidarität der weißen Interessen und ihrer Vertreter (Französisch-Senegal 5500 Europäer, 1,2 Mill. Eingeborene, Deutsch-Ostafrika 5300 und 8 Millionen, Belgisch-Kongo 2700 und 15 Millionen). Dieser Grundsatz führt zwar zu einer scharfen Trennung zwischen Weiß und Farbig, er gibt aber anderseits der geringen Zahl der Weißen auch erst die Möglichkeit, ihre Autorität im Sinne einer kulturellen Höherentwickelung der beherrschten primitiven Rasse geltend zu machen. Die Erkenntnis, daß nichts geeigneter ist, das Ansehen der Weißen und allgemein die Kolonisationsmöglichkeit zu gefährden, als das Beispiel einander feindlich gegenüberstehender Europäer, hat auf Antrag des amerikanischen Vertreters auf der Kongokonferenz (1884/85) zu dem internationalen, in § 11 der Kongoakte festgelegten Beschluß geführt, daß im Falle eines Krieges zwischen Mächten, die territoriale Besitzungen im Gebiet des konventionellen Kongobeckens haben, die Möglichkeit gegeben werden sollte, diese Gebiete zu neutralisieren. England und Frankreich haben sich an diese Bestimmung nicht ge-

halten und ohne Rücksicht auf sie durch den Angriff auf die äquatorialen Kolonien Deutschlands den Glauben an die Solidarität der weißen Interessen bei den Eingeborenen zerstört.

Tatsächlich hat dieses Hineintragen des Krieges in Gebiete, deren Schicksal in der Hauptsache doch mit dem endgültigen ihrer Mutterländer untrennbar verbunden ist, in ihren farbigen Bewohnern Wirkungen ausgelöst, die verschieden waren, je nachdem die Herrschaft der weißen Rasse bei ihnen gefestigt war. Bei den Küstenstämmen von Kamerun z. B. genügte die Tatsache, daß die bisherigen Herrscher von einem Land angegriffen wurden, von dessen Bedeutung sich die Eingeborenen übertriebene Vorstellungen machten, um nunmehr die Gelegenheit zu der unter dem Zwang deutscher Herrschaft schon so lang entbehrten Betätigung der latent immer im Afrikaner vorhandenen Triebe auf Zerstörung und Rückkehr zur Anarchie zu ergreifen. Die vielen von ihnen seitens der christlichen Missionen gegebene Erziehung hat nicht immer ausgereicht, um diese Entfesselung der animalischen Triebe zu verhindern. Anders wiederum in Gegenden, wie Deutsch-Ostafrika, großen Teilen Kameruns usw., wo die Bevölkerung durch den Angriff von außen zu einem engeren Anschluß an die weißen Herrscher geführt worden ist! Eine langjährige, zwar teilweise harte, aber immer gerechte und der Eigenart der Farbigen Rechnung tragende Ausübung der Herrschaft hat hier die Beherrschten so eng mit den Interessen der Kolonisierenden verbunden, daß die Hoffnung der Engländer, ihr Erscheinen würde das Signal zu einem allgemeinen Aufstand werden, zunichte wurde. Wesentlich wirkte allerdings hier ein gewisses Anstands- und Anhänglichkeitsgefühl mit, das den korrupten Dualaleuten z. B. gänzlich abgeht. Inwieweit bei der mohammedanisch beeinflußten Bevölkerung auch religiös-politische Motive mitsprechen, läßt sich einstweilen nicht erkennen. Für Ostafrika kann aber wohl als sicher gelten, daß das Beispiel der eine soziale Oberschicht bildenden Araber wesentlich mitbestimmend für die gute Haltung der Eingeborenen gewesen ist. Dabei bleibt allerdings zu berücksichtigen, daß auch diesen Eingeborenen der Begriff »Treue« insofern meistens unbekannt ist, als nur so lange auf ihre gute Haltung zu rechnen ist, wie der Erfolg ihren Herren und Führern treu bleibt und keine zu großen Ansprüche an die Selbstlosigkeit des einzelnen gestellt werden. Ein Mißerfolg pflegt dem Afrikaner meistens ein Zeichen der Schwäche zu sein, und Schwäche des Führers wiederum zerstört in ihm jeden Glauben an dessen Autorität. In Togo war deshalb bei den sonst brauchbaren und zuverlässig gewesenen schwarzen Polizeisoldaten der Rückzug der Beginn einer vollkommenen Demoralisation. Auf englischer Seite anderseits war die schwere Niederlage bei Tanga (2. bis 4. November 1914) der Anlaß, daß zahlreiche ihrer farbigen Soldaten desertierten und die eingeborene Bevölkerung in Britisch-Ostafrika nur durch ein Schreckensregiment vom Aufstand zurückgehalten werden konnte. Ähnliches hatte sich auch bei den Eingebornen im englischen Nigerien nach einzelnen Schlappen der englischen Truppen in Kamerun gezeigt. In diesen Niederlagen der Truppen Englands, das bei den Eingeborenen ganz Afrikas einen überragenden Nimbus besaß, liegt eine schwere Gefahr für die koloniale Zukunft Englands, die eine englische Preßstimme folgendermaßen kennzeichnete: »Nach unseren Mißerfolgen in Afrika gibt es nur eins von beiden: entweder bleibt Deutschland Sieger in diesem Krieg, und dann ist die Rolle Englands auf afrikanischem Boden ausgespielt, oder umgekehrt wir siegen, und dann hat Deutschland in Afrika keine Aussichten mehr!« Ähnliches gilt in allen Gebieten, wo England und Frankreich von den Stimmungen ihrer farbigen Untertanen in ihren Kolonien in bezug auf deren Haltung zu ihren Beherrschern abhängig sind. Die Mißerfolge im Kampf gegen die Türkei sind ohne Zweifel die besten Schrittmacher für eine antienglische bzw. antifranzösische Konsolidierung nicht nur der mohammedanischen Bevölkerungsteile in Indien, in Arabien, Nordafrika usw., soweit in ihnen noch der Wille zur Loslösung vom englischen bzw. französischen Joch vorhanden ist. Je länger der Krieg dauert, je geringer die Aussicht wird, daß die in Europa und anderswo erlittenen Schlappen wettgemacht werden, um so mehr sinkt das Ansehen, auf dem allein die Herrschaft über primitive oder politisch nur nach dem divide et impera zu leitende Völker beruht. Dagegen bietet auch die Nachrichtensperre oder -fälschung keinen Schutz; denn eine bekannte Erfahrung lehrt, daß eine wirksame Nachrichtensperre in Kolonialgebieten einmal unmöglich und daß sie anderseits nur die Nährerin übertriebener Gerüchte ist. Mögen z. B. bei den Kämpfen an der Nordwestgrenze Indiens mohammedanisch-religiöse Beweggründe mitgesprochen haben, der Hauptantrieb zum Aufstand lag für die Mohmands, Pathanen und wie sie sonst heißen sicherlich einmal in der Entziehung der auf dem europäischen Kriegsschauplatz zur Verwendung gelangenden alten Garnisonen, anderseits in den zum Teil kritiklos aufgenommenen oder auch absichtlich einseitig zugespitzten Nachrichten über die englischen Mißerfolge.

England hat bei manchen Naturvölkern diesen Gerüchten rechtzeitig durch weitestgehende Bestechungen vorzubeugen gesucht, und zum Teil mit Erfolg. So sind z. B. die Beduinenstämme im westlichen Arabien und einem Teil des Irak durch reichliche Zahlungen veranlaßt worden, dem Ruf Konstantinopels zum Kampf gegen England nicht zu folgen. Sie sind im Gegenteil Parteigänger Englands geworden. Bei armen Wüstenvölkern pflegt die Aussicht auf Gewinn und Beute alle anderen Regungen zu überwinden. Diese psychologische Tatsache dürfte zweckmäßig auch in Rechnung gestellt werden, wenn man von den Senussi, deren Zahl und Bedeutung übrigens immer übertrieben wird, ein Eingreifen in die Ereignisse in Nordafrika erwartet. Zu berücksichtigen ist dabei auch, daß alle diese Völker in bezug auf ihre Versorgung mit Waffen und Munition vollkommen von England und seinen Bundesgenossen abhängig sind. Gewiß mögen Fanatismus und Haß sie gelegentlich so hinreißen, daß sie trotz armseliger und ungenügender Bewaffnung zur Schilderhebung schreiten. Maschinengewehre und Geschütze haben aber immer nur zu schnell den Mut um so leichter gebrochen, als dem Naturmenschen der Sinn für Disziplin und freiwillige Unterordnung abgeht oder doch nur durch lange Schulung anerzogen werden kann.

Die Südsee, außer Afrika der ausgedehnteste Wohnsitz der Naturvölker, spielt in dieser Beziehung keine Rolle, da es sich bei ihren Bewohnern, soweit sie Farbige sind, um gänzlich unkriegerische und territorial zersplitterte, uneinheitliche Völkergrüppchen handelt. In den deutschen Schutzgebieten haben sie den Herrschaftswechsel gleichgültig über sich ergehen lassen.

Eine große Bedeutung haben die Naturvölker, so-

weit sie der Herrschaft einer der kriegführenden Staaten unterstanden, als Soldatenmaterial und als Rekrutierungsquelle erlangt. Im Bereich der tropischen Zone ist es eine geschichtlich und wirtschaftlich begründete Notwendigkeit für alle Kolonialstaaten geworden, den Landesschutz bzw. die Landespolizei in der Hauptsache eingeborenen Truppen unter weißer Führung anzuvertrauen. In Sonderheit gilt das für unentwickelte Gebiete, in denen das Militär gleichzeitig kultivierenden Zwecken dient, wo also die Aufgabe der Truppe nicht ausschließlich militärischer Natur ist, sie vielmehr auch zur Errichtung und Verwaltung von Nachrichtenstationen, von Verkehrswegen usw. dient. Eine Ausnahme von diesem Prinzip haben, abgesehen von den Engländern in Indien, nur die Holländer und die Franzosen mit der veralteten Einrichtung der Fremdenlegion gemacht. Der Eingeborene gibt, wenn er physisch überhaupt dazu befähigt ist, zweifelsohne einen sehr brauchbaren Soldaten ab. Die Autorität, die der Weiße bei ihm genießt, läßt ihn ein um so besseres Werkzeug in dessen Hand werden, je mehr dieser geneigt ist, der Eigenart seiner Untergebenen Rechnung zu tragen, und die Schwächen namentlich des afrikanischen Eingeborenen, wie die Unbeständigkeit, der Mangel an selbstloser Treue usw., sind durch eine straffe Disziplin, die aber mit menschlichem Empfinden für den psychisch andere Wege wandelnden Eingeborenen gepaart sein muß, zum großen Teil auszugleichen. Dazu tritt die Genügsamkeit in bezug auf die Verpflegung, die nur dort eine gewisse Einschränkung erfährt, wo, wie bei den indischen Hindus, strenge Speisegesetze zu berücksichtigen sind. Im Angriff unter ihnen gewohnten klimatischen und orographischen Verhältnissen, geführt von ihnen vertrauten Offizieren haben die farbigen Truppen fast ausnahmslos in allen Kolonialkriegen Glänzendes geleistet. Bei schlechter oder fehlender Führung dagegen hat ihre Disziplin fast regelmäßig versagt. Wenn es häufig heißt, der Naturmensch habe keine Nerven, so widerspricht dem die Erfahrung, daß immer, wenn der sie zusammenhaltende Geist der Überlegenheit in Gestalt ihres weißen Führers fehlte, sie bei drohender Gefahr sofort versagten, und es bedarf in diesem Fall nur eines zufälligen Ereignisses, um sie zum Auseinanderlaufen zu veranlassen. Nur in wenigen Naturvölkern, wie z. B. bei den Sudanesen, findet sich ein natürlicher Sinn für Disziplin, der sie in keiner Lage verläßt. Es ist deshalb schon an sich ein gefährliches Unternehmen, Naturkinder einer mit allen modernen Kriegsmitteln ausgerüsteten europäischen Truppe entgegenzuschicken. Napoleon I., der als der erste Verwender farbiger Truppenverbände, die aus befreiten oder frei gekauften Negersklaven bestanden, in Europa angesprochen werden kann — sie fanden hauptsächlich Verwendung in Italien (Belagerung von Gaeta) —, hat sich nie entschließen können, sie in Nordeuropa gegen geübtere Gegner zu verwenden. In größerem Umfang haben farbige Truppen in Europa erst im deutsch-französischen Krieg und dann in dem jetzigen Krieg Verwendung gefunden. Frankreich hat schon seit Jahren, insbesondere unter dem Eindruck der Bevölkerungsabnahme des Heimatlandes, die Verwendung von farbigen Truppen im großen für den Fall eines Kontinentalkrieges ins Auge gefaßt und gleich zu Beginn des Krieges zahlreiche Kontingente von Soldaten aus Französisch-Westafrika an die europäische Front geschickt und während des Krieges aus dieser Kolonie einer Mitteilung des Kolonialministers Doumergue in den »Lectures pour tous« vom 15. Oktober 1915 zufolge zu den vorhanden gewesenen 31 500 noch weitere 33 500 schwarze Soldaten angeworben. Schätzungsweise dürften demnach bis jetzt etwa 40 000 westafrikanische Truppen in Europa Verwendung gefunden haben. Aus Madagaskar, dessen Einwohner wohl nach ihren physischen Eigenschaften kaum zu einer Verwendung in Europa geeignet sein dürften, hat man erst Mitte 1915 versuchsweise einige kleine Kontingente nach Europa gebracht. Die übrigen Kolonien haben Frankreich dagegen, abgesehen von Nordafrika, kein Menschenmaterial geliefert. Erst neuerdings sollen einer Angabe des französischen Kriegsministeriums zufolge die Riesenverluste zur probeweisen Heranziehung von Anamiten genötigt haben, über deren Brauchbarkeit man sich allerdings auch in Frankreich keinen Illusionen hingibt.

England hat während dieses Krieges zum erstenmal farbige Truppen in Europa verwandt, und zwar, soweit Nachrichten vorliegen, ausschließlich indische. Wie groß ihre Zahl ist, ist nicht bekannt. Bei dem starken Anreiz, der in der hohen Löhnung liegt, und dem kriegerischen Geist, der viele namentlich der indischen Bergstämme beseelt, ist allerdings anzunehmen, daß diese Zahl recht bedeutend ist.

Das Verhalten der Farbigen in dem europäischen Krieg ist naturgemäß verschieden beurteilt worden, und ein gerechtes Bild wird sich wohl erst ergeben, wenn nach dem Krieg der Vergrößerung oder der Verkleinerung nicht mehr bedürftige Wahrheitsbilder vorliegen. Festzustehen scheint die Tatsache, daß die Verwendungsmöglichkeit stark durch die Witterungsverhältnisse bedingt ist. Im Winter 1914/15 ist Frankreich gezwungen gewesen, zahlreiche seiner an feuchte Kälte nicht gewöhnten Negertruppen hinter die Front und nach dem Süden zu schicken, und einer englischen Pressemitteilung vom April 1915 zufolge waren 60 Proz. der als krank in Lazaretten befindlichen englisch-indischen Soldaten tuberkulös.

Inwieweit die Angaben über Disziplinwidrigkeiten der Farbigen, die namentlich im Stellungskrieg erstaunlich hohe Maße angenommen haben sollen, den Tatsachen entsprechen, entzieht sich natürlich der Nachprüfung. Vielfach bestätigt sind allerdings die Behauptungen über Selbstverstümmelungen bei den Negertruppen zum Zweck der Dienstentziehung. Im ganzen aber scheinen die farbigen Truppen im Rahmen des von ihnen zu Leistenden in Angriff und Verteidigung alle Erwartungen erfüllt zu haben.

Wenn aber sowohl in England als auch in Frankreich immer wieder jubelnd betont wird, daß die Waffengemeinschaft zwischen Weiß und Farbig die Beziehungen zwischen Mutterland und Kolonie immer enger gestalten würde, so ist das eine gefährliche Illusion. Die Farbigen, die vorher gewohnt waren, in ihren weißen Herren die Vertreter einer unerschütterlichen Stärke und Autorität zu sehen, erblicken in ihnen jetzt nur noch Wesen bar alles Nimbus. Gewiß ist eine Schranke zwischen Weiß und Farbig gefallen, aber nur in dem Sinne, daß die farbigen Naturmenschen plötzlich in einer Weise aufgeklärt worden sind, die ihnen ihre Herren nicht mehr im Licht einer vorher selbstverständlich gewesenen Überlegenheit erscheinen läßt, sondern ihnen gezeigt hat, daß sie, die früher Stärke und Macht darstellten, auch nur Menschen sind, die ohne ihre, der Farbigen, Hilfe machtlos sind. Je mehr Mißerfolge eintreten, je länger der Krieg dauert, um so mehr hebt sich das Selbstgefühl bei ihnen.

Selbstgefühl aber führt bei einfach konstruierten Naturmenschen zur Arroganz, zum Überlegenheitsgefühl. Darin liegt eine der größten Gefahren; denn was eine solche Anschauung über die Weißen für die Erhaltung der Autorität in den Kolonien selbst bedeutet, wenn einmal die Tausende in ihre Heimat zurückgekehrt sind, bedarf keiner Erläuterung. England und Frankreich haben bei ihrem Angriff auf die deutschen Kolonien die bisher als eine unantastbare Selbstverständlichkeit betrachtete absolute Autorität der weißen Rasse in bewußter Absicht verletzt, indem sie Weiße, Deutsche, mit Farbigen auf eine Stufe stellten, sie diesen sogar als Gefangene unterstellten. Bewußt! Denn es war ein kalt berechnetes Verfahren, die Deutschen zum Spott und Hohn der bisher von ihnen Beherrschten so zu demütigen, um sie für alle Zeit als Herren und damit als Kolonisatoren unmöglich zu machen. Dieses gefährliche Verfahren aber trifft alle Kolonialvölker an einer der verwundbarsten Stellen, so daß das in der oben zitierten englischen Presseäußerung wiedergegebene vae victis seine volle Berechtigung hat. Wer auch immer der Sieger sein mag, die umfangreiche Verwendung von Naturvölkern als Soldaten in Europa einerseits und das Hineintragen des Krieges in die Gebiete der Naturvölker anderseits, die Vernichtung des Glaubens an die Solidarität der weißen Rasse: das sind Begleiterscheinungen des Krieges, die für die gesamte Kolonialpolitik der europäischen Staaten von Folgen sein werden, deren Tragweite unabsehbar ist. Das Verhältnis des Weißen zu dem Naturmenschen Afrikas und Asiens wird eine grundsätzliche und einschneidende Änderung erfahren, keine Besserung, aber eine Verschlechterung in dem Sinne, daß der Fortgang der Kultur in zahlreichen Gebieten gehemmt, wenn nicht überhaupt auf lange hinaus stillgelegt wird.

Diplomatie

von Prof. Dr. G. v. Below in Freiburg i. Br.

Wesen und Bedeutung der Diplomatie. Die Staaten werden nach außen vertreten durch das Staatsoberhaupt, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten und die diplomatischen Agenten. Im Krieg tritt neben den Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Kriegsminister, auch die Oberbefehlshaber des Heeres. Dem Staatsoberhaupt liegt die oberste Leitung der auswärtigen Beziehungen des Staates ob. Er beglaubigt diplomatische Agenten bei fremden Staaten; bei ihm werden diplomatische Agenten beglaubigt; er erteilt fremden Konsuln das Exequatur. Die diplomatischen Agenten sind die ausführenden Organe des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Sie gliedern sich in Botschafter (Vertreter nur bei den namhaftesten Staaten; mit bestimmten Ehrenvorrechten), Gesandte, Ministerresidenten, Geschäftsträger. Der Staat kann einer bestimmten Person den Empfang als Gesandter verweigern, weil sie sich ihm feindlich erwiesen hat oder weil sie unwürdig erscheint oder wegen besonderer Bedürfnisse. Eine sachliche Schwierigkeit in der Stellung der diplomatischen Agenten ist von vornherein dadurch gegeben, daß sie einerseits sich in die inneren Angelegenheiten des Landes, bei dem sie beglaubigt sind, nicht einmischen dürfen, anderseits die Interessen ihres Heimatsstaates verfolgen sollen. Am schroffsten ist jenes Verbot von den englischen diplomatischen Agenten (z. B. unter Palmerston, wo sie offen die revolutionären Regungen, namentlich in Italien, unterstützten) und den russischen (in den Balkanstaaten) übertreten worden. Es mag hier auch an die (vor dem Krieg getane) Äußerung des englischen Obersten Roß erinnert werden: »Man muß einen guten Nachrichtendienst einrichten, der nicht nur gute Nachrichten beschafft, sondern auch falsche verbreitet, Verführung und Zwist in den Reihen des Gegners hervorruft und den Gegner bei der ganzen gesitteten Welt in Mißachtung bringt.«

Damit die Agenten imstande sind, den ihnen zufallenden Aufgaben ungestört und mit Erfolg obzuliegen, genießen sie Unverletzbarkeit und Exterritorialität. Die Zerstörung der deutschen Petersburger Botschaft im jetzigen Krieg war ein unerhörter Völkerrechtsbruch.

Von den diplomatischen Agenten, welche den Staat in universeller Weise vertreten, unterscheiden sich die Konsuln dadurch, daß ihnen die Vertretung in bezug auf die ökonomischen, kommerziellen und allgemeinen Kulturinteressen obliegt. Sie haben ferner jurisdiktionelle Funktionen, hauptsächlich in der freiwilligen Gerichtsbarkeit. In seinem Amtsbezirk soll der Konsul, in einem noch bestimmteren Maß als der höherstehende, in der Hauptstadt lebende, minder zugängliche Gesandte, der natürliche Berater und Beschützer seiner Landsleute sein.

Die Diplomatie ist als Staatsverhandlungskunst als Gegensatz zu denken zu den Mitteln der kriegerischen und gewaltsamen Entscheidung von Streithändeln. Im Zeitalter der Aufklärung ist eine noch heute nicht überall beseitigte Auffassung aufgekommen, welche von der angeblichen Höhe eines kulturgeschichtlichen Standpunktes aus die »Haupt- und Staatsaktionen« der diplomatischen Verhandlungen und der kriegerischen Unternehmungen als etwas Minderwertiges ansieht. Tatsächlich entscheiden die Beziehungen eines Staates zum Ausland, für deren Gestaltung jene beiden Wege den Ausschlag geben, über seinen Bestand.

Die Leistungen der deutschen Diplomatie. In den Jahren von Bismarcks Ausscheiden aus dem Reichskanzleramt bis zum Beginn des Krieges ist an der deutschen Diplomatie viel Kritik geübt worden: einerseits von den Verfechtern einer starken deutschen Auslandspolitik, die mehr oder weniger den rechtsstehenden politischen Parteien angehörten, anderseits von den Parteien der politischen Linken. Jene vermißten in der deutschen auswärtigen Politik die notwendige Selbständigkeit und Energie gegenüber dem Ausland und die echte große Planmäßigkeit; diese waren mit der deutschen auswärtigen Politik im allgemeinen einverstanden; nur, daß sie ihnen öfters noch zu kühn war; ihre Kritik bezog sich wesentlich auf die Zusammensetzung der Beamtenschaft, die Rekrutierung aus dem Junkertum. Die anderen äußerten in bezug auf die Ergänzung des Personals gleich-

falls Wünsche; doch stand jener sachliche Gesichtspunkt bei ihnen durchaus im Vordergrund. Die Frage, ob die deutsche Diplomatie in den letzten Jahrzehnten ihre Aufgabe genügend erfüllt hat, kann heute in vollem Umfang noch nicht beantwortet werden. Soweit man nach den Beobachtungen, die bisher möglich gewesen sind, urteilen darf, wird den Verfechtern einer starken deutschen Auslandspolitik nicht nur zuzuerkennen sein, daß von ihnen für ihre Ideale, die sich als notwendige Ziele erwiesen haben, wertvollste Arbeit geleistet worden ist, sondern auch, daß sie im großen und ganzen den richtigen Weg gegangen sind.

Anderseits lautet das Urteil über die deutsche Diplomatie heute im allgemeinen günstiger als vor dem Krieg. Ein Erfolg liegt unzweifelhaft auf dem Balkan vor. Inwieweit er als ein unmittelbar diplomatischer Erfolg anzusehen oder mehr auf die Wirkung der deutschen Waffen zurückzuführen ist, muß einstweilen unentschieden bleiben. Aber man wird (ganz abgesehen hiervon) sagen dürfen, daß, nach unserer heutigen Kenntnis, die deutsche Diplomatie planvoller gehandelt hat und einzelne unserer Vertreter schärfer beobachtet haben, als man voraussetzte. Es ist in Betracht zu ziehen, daß das Auswärtige Amt durch die Abschätzung des Kräfteverhältnisses der verschiedenen Staaten sich gehindert sah, dasjenige Maß von aktiver Politik ins Werk zu setzen, welches man von ihm verlangte. Die Leitung des Staates hat nun einmal die Aufgabe, umfassend zu prüfen, ob eine Aktion, die angeregt wird, möglich ist. Die Regierung muß sich mehr zurückhalten als die Publizistik und die Presse. Über diese Beziehungen unterrichten die neuerdings veröffentlichten belgischen Gesandtschaftsberichte (vgl. die unten angeführte Ausgabe), ein einzigartiges Denkmal für die Geschichte der zeitgenössischen Diplomatie, durch interessante Beispiele (vgl. daselbst, S. 68). Die Leitung des Staates hat unter Umständen die Pflicht, eine freundlich-friedliche Miene auch da zu zeigen, wo sie tatsächlich gar nicht so friedlich und freundlich gesinnt ist. Als Schulbeispiel dafür kann die Stellung Italiens im Dreibund, nach der Schilderung der belgischen Berichte (S. 70), dienen. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte werden wir teilweise zu einem günstigeren Urteil über die Haltung unserer Diplomatie gelangen, jedenfalls uns zu größerer Zurückhaltung in ihrer Beurteilung genötigt sehen.

Indessen wenn wir bereit sind, die Grenzen anzuerkennen, die durch die Verhältnisse jeder Politik gezogen sind, so läßt sich doch unter gleichen Voraussetzungen mit Energie und Geschick oft etwas erreichen, was dem, der über diese Eigenschaften nicht verfügt, versagt bleibt, und es dürfte wohl nachweisbar sein, daß innerhalb der gegebenen Grenzen nicht immer das Mögliche erreicht worden ist. Sodann dürfte es unbestreitbar sein, daß der der Leitung der auswärtigen Politik gemachte Vorwurf der zu weit gehenden Bekundung der Friedensliebe der Berechtigung nicht entbehrt. Zwar ist schon mit dem vorhin Bemerkten gesagt, daß nicht jede friedliche Miene einfacher Ausdruck einer unbedingt friedlichen Absicht ist. Wie wenig sich die deutsche Regierung auch zum Zweck setzte, um jeden Preis dem Ausland ein freundliches Gesicht zu zeigen, geht schon daraus hervor, daß sie gelegentlich die Verbreitung alldeutscher Artikel durch das Wolffsche Bureau zuließ (vgl. die belgischen Gesandschaftsberichte, S. 121). Allein es bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Leitung der deutschen auswärtigen Politik in der Bekundung der Friedensliebe zu weit gegangen ist und damit eine nicht günstige Wirkung geübt hat. Der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, berichtet am 30. Mai 1907, daß »die Initiative zu den Annäherungsversuchen (an England) immer von Berlin ausgegangen ist. Eine der Ursachen ihres Mißerfolges ist vielleicht die Überschwenglichkeit, mit der sie erfolgten; die lauten Freundschaftsbezeigungen, die weder den wirklichen Tatsachen noch den Gefühlen der beiden Völker entsprachen, riefen jedesmal in England eine Reaktion hervor« (a. a. O., S. 37; vgl. ebenda, S. 41). Das Bestreben, mit allen Mitteln den Frieden zu sichern, hat eher dazu beigetragen, den Ausbruch des Krieges zu fördern. Jedenfalls glaubte man, Deutschland, das sich so friedliebend zeigte, manches bieten zu können, was man andernfalls kaum gewagt hätte.

Zur Rechtfertigung der deutschen Diplomatie hat man geltend gemacht, in dem weiten Entgegenkommen Deutschlands gegenüber den uns heute feindlichen Mächten (insbesondere gegenüber England) sei nicht eine Schwäche zu erblicken, sondern vielmehr die Kunst, den Gegner zur Aufdeckung seiner letzten Karte zu nötigen, zum Bekenntnis der eigenen, schlechthin kriegerischen Absichten. Es würde jedoch zunächst die Frage aufzuwerfen sein, ob das deutsche Auswärtige Amt sich im vollen Umfang über die Deutschland drohende Gefahr klar gewesen ist, wobei es sich natürlich nicht um die Einsicht, die einzelne Diplomaten in die Dinge gewannen, handelt, sondern um die Anschauungen an der leitenden Stelle. Die belgischen Gesandtschaftsberichte (vgl. S. 9, 17 und 133), und nicht bloß sie, lassen doch erkennen, daß die leitende Stelle von Illusionen nicht frei gewesen ist und England mehrfach unbegründetes Vertrauen bewiesen hat.

Neben der großen Politik der auswärtigen Beziehungen kommt die diplomatische Kleinarbeit in Betracht. Es gehören dazu die Information auf wirtschaftlichem Gebiet (unter anderm zum Zweck der Vorbereitung der Handelsverträge), die Erweckung einer für den auftraggebenden Staat günstigen Stimmung in dem Land, in dem der Diplomat wirkt, endlich die verwickelten Fragen des Auslanddeutschtums. Die Information auf wirtschaftlichem Gebiet ist im Lauf der Jahre stärker ausgebaut worden und erfüllt in der Hauptsache gewiß ihren Zweck, wenngleich hier weitere Fortschritte noch wünschenswert blieben. Dagegen sind die Leistungen unserer Diplomatie auf den beiden anderen Gebieten hinter dem Wünschenswerten doch erheblich zurückgeblieben. Gerade die während des Krieges gemachten Beobachtungen haben gezeigt, daß unsere Feinde in der Kunst, in anderen Ländern für sich Stimmung zu machen, uns überlegen sind. Mag auch die von unseren Diplomaten geübte Zurückhaltung zum Teil der Abneigung gegen die Anwendung niedriger Mittel entstammen, so sind doch zum größeren Teil eine zu enge Auffassung vom Diplomatenberuf und auch einfache Bequemlichkeit die Ursachen. Von äußerst geringem Wert sind als Mittel, die Stimmung des Auslandes für uns zu gewinnen, die zur Schau getragene Bewunderung der fremden Einrichtungen, die so viel empfohlenen interparlamentarischen Konferenzen und ähnliche Veranstaltungen. Dagegen ist vor allem für eine Vertretung unserer Auffassung in der auslän-

dischen Presse Sorge zu tragen. In der Frage des Auslanddeutschtums ist der Gedanke der nationalen Gemeinschaft oft außer acht gelassen und eine unangebrachte Nachgiebigkeit dem fremden Staat gezeigt worden, wenn auch zu konstatieren bleibt, daß dieser Tadel keineswegs die gesamte Diplomatie trifft.

Die Zusammensetzung der Diplomatie. Die Diplomatie ist stets vorzugsweise ein Geschäft der vornehmeren Stände gewesen. Die Gründe dafür liegen in der wünschenswerten äußeren Repräsentation, der der Aristokratie eigenen gesellschaftlichen Turnüre, ihrer weltmännischen Art, der Kostspieligkeit des diplomatischen Dienstes, aber auch in dem Festhalten der politischen Überlieferungen des Staates. Neuerdings ist, wie bemerkt, über die ausschließliche Zusammensetzung der Diplomatie aus dem Junkertum geklagt worden. Doch nimmt man bei näherer Prüfung wahr, daß das Junkertum im eigentlichen Sinn keineswegs allein vertreten ist. Neben ihm steht die Gruppe der Standesherren, und neben alten Familien finden sich neue; von den adligen Diplomaten ist eine beträchtliche Zahl erst neuerdings nobilitiert; auch besonders die hohe Finanz ist, zum mindesten indirekt, vertreten. Eine Absicht der Regierung, den Adel zu begünstigen, ist nicht vorhanden gewesen. Man hat auch zu berücksichtigen, daß die verhältnismäßig stärksten Meldungen aus dem Adel kamen. Immerhin ist es als wünschenswert zu bezeichnen, daß neue Kreise mit herangezogen werden. Die Familien, bei deren Angehörigen sich die angedeuteten Voraussetzungen für die Bekleidung der diplomatischen Ämter finden, sind gegenwärtig zahlreich und nicht auf den Adel im engeren Sinn beschränkt. Man darf auch in der Forderung aristokratischer Voraussetzungen nicht eine zu enge Grenze ziehen; die äußerlichen Gesichtspunkte dürfen nicht die Oberhand gewinnen; es braucht auch kein Wort darüber verloren zu werden, daß etwa die Zugehörigkeit zu bestimmten studentischen Korporationen nicht in Betracht kommen darf. Wenn weltmännische Art vom Diplomaten verlangt wird, so droht als Übertreibung derselben die Blasiertheit. Das sittliche Ideal, Geistesbildung und Energie müssen hier wie sonst allem andern vorangehen. Der einzelne kann durch solche Kardinaleigenschaften etwaige Mängel wettmachen. Heute sind denn auch alle Parteien in der Forderung der unbedingten Sachlichkeit in der Auswahl der diplomatischen Vertreter einig. Der (vom Reichstag anerkannte) Grundsatz, die Gehälter so zu bemessen, daß auch der weniger Vermögende den Posten übernehmen kann, wird es, wie zu wünschen, erleichtern, den Kreis der Kandidaten weiter zu ziehen.

Freilich besteht, nachdem einmal die Zusammensetzung der Diplomatie Gegenstand der öffentlichen Kritik geworden ist, die Gefahr, daß das persönliche Moment einseitig in den Vordergrund gerückt wird. Es ist namentlich mit der Gefahr zu rechnen, daß eine Zuteilung der Diplomatenstellen an die parlamentarischen Parteien und etwa an die Finanzkreise Platz greift. Wollte man solche Rücksichten zulassen, so käme man nicht zu einer Besserung der Verhältnisse. So ist denn mit Recht davor gewarnt worden, die notwendige Reform mit der Beseitigung des »Garde- oder Adelsprinzips« als erledigt anzusehen.

Was ferner not tut, ist schon vorhin angedeutet; der diplomatische Nachwuchs ist zu einem ausgeprägten Volksbewußtsein zu erziehen. Das von unserem Kaiser gebrauchte Wort »civis germanus sum« muß gerade für den Diplomaten zur besonderen und umfassenden Wahrheit werden. Es hat für ihn in dem doppelten Sinn zu gelten, daß er die Interessen des deutschen Staatswesens mit Festigkeit und Würde vertritt und zugleich das Anliegen jedes einzelnen Volksgenossen als sein eigenes Anliegen empfindet. So wird er seine Aufgabe im großen diplomatischen Verkehr ebenso erfüllen wie in der Fürsorge für die im Ausland lebenden Deutschen, diejenigen, die noch unser Staatsbürgerrecht besitzen, wie diejenigen, die nicht im Besitz der Reichsangehörigkeit sind. Der deutsche Gesandte (Konsul) muß allen seinen Schutzbefohlenen ein leuchtendes Vorbild echten deutschen Bewußtseins sein. Wenn man die Aristokratie deshalb für besonders geeignet für die Verwendung im diplomatischen Dienst erklärt hat, weil sie die Traditionen des Staates festhält (s. oben), so stellen auch wir gewisse politische Voraussetzungen für die Anwärter der diplomatischen Ämter. Der Diplomat, der nicht von jenem nationalen Geist erfüllt ist, wird seine Aufgabe nicht verstehen, geschweige denn erfüllen können. Der Diplomat, der von Anschauungen, die dem Pazifismus verwandt sind, sich leiten läßt, von internationalen Verbrüderungstagen entscheidende Wirkungen erwartet und das Ausweichen vor jedem Konflikt als empfehlenswert ansieht, würde Erfolge für seinen Staat schwerlich erringen.

Wenden wir uns den formalen Bedingungen oder der Vorbildung für den diplomatischen Dienst zu, so werden strenge Anforderungen ebenso der Sache im allgemeinen dienen, wie sie ein gutes Mittel sind, um Anwärter mit nur äußeren Empfehlungen fernzuhalten. Im Vordergrund der Ausbildung werden die juristischen und nationalökonomischen Studien stehen. Eine Vervollständigung werden sie nach der Richtung zu erfahren haben, daß sie den Diplomaten ebensowohl zum Vertreter des deutschen Volkstums im angedeuteten Sinn geeignet machen, wie sie ihm die Fähigkeit, fremde Art zu beurteilen, vermitteln sollen. Neben geschichtlicher und ethnographischer Orientierung werden darum besonders Sprachkenntnisse zu verlangen sein. Es wird jedoch das bisherige Verfahren zulässig bleiben, nicht von allen Diplomaten einen bestimmten Bildungsgang zu fordern. Wie die Minister zwar meistens aus dem staatlichen Beamtentum hervorgehen, daneben aber aus mannigfachen Berufen, ohne die Voraussetzung eines formellen Studienganges, gewählt werden, so empfiehlt sich auch für die höheren Diplomatenstellen und in noch stärkerem Maß für sie eine ähnliche Möglichkeit der freien Wahl. Der durchschnittliche Weg darf nicht der einzige sein. Es wird sogar erlaubt sein, die Frage aufzuwerfen, ob der Dienst als Legationssekretär und -rat, der erfahrungsmäßig einseitig repräsentativen Obliegenheiten gewidmet ist, der normale Weg für die Gesandtenposten sein soll. Jedenfalls ist es ratsam, Personen aus den mannigfachsten Berufskreisen — so aus den höheren Stellen von Heer und Flotte und aus dem Auslanddeutschtum — für die Gesandtenposten zu verwenden.

Natürlich wird sich die Auswahl eines geeigneten Staatsvertreters auch danach richten, welche Kenntnisse (auf wirtschaftlichem oder auch militärischem Gebiet) an einem bestimmten Platz vorzugsweise erforderlich scheinen; insofern besteht für eine Art Spezialistentum Raum. Die Vertrautheit mit der Sprache des betreffenden Landes ist im allgemeinen zu verlangen, kann aber nicht unbedingt verlangt

werden. Als historische Merkwürdigkeit sei hier erwähnt, daß Jules Cambon, der die Republik Frankreich fünf Jahre lang in Berlin vertreten und den Ruf eines besonders klugen Diplomaten genossen hat, keinen Satz Deutsch sprechen und nicht Deutsch lesen konnte. Er gab sich freilich der Täuschung hin, daß heute noch die Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschland beständen, wie sie vor fünfzig und mehr Jahren vorhanden gewesen waren.

Verfassungsfragen. Die pazifistischen Kreise fordern eine »Demokratisierung der auswärtigen Politik«. In dieser Forderung steckt noch viel von dem alten Vorurteil, daß Kriege der Hauptsache nach durch böse Absichten der »Kabinette gemacht« werden. Tatsächlich ist zu keiner Zeit die Zahl der reinen »Kabinettskriege« groß gewesen. Vollends hat »die Vorgeschichte des jetzigen Weltkrieges bestätigt, was wir uns auch schon vorher sagen durften, daß die größten Gefahren für den Frieden heute nicht in erster Linie von der geheimen Politik der Kabinette und Diplomaten, sondern von dem Einfluß, den mächtige Volksströmungen auf sie gewinnen können, drohen ... Eine demokratische Kontrolle der Verträge und Vereinbarungen durch die Volksvertretungen schützt nicht vor friedstörender Politik, wenn die Neigung dazu in die Mehrheit des Volkes eingedrungen ist. Frankreichs durch Jahrzehnte fortgesetzte Politik, eine aufrichtige Versöhnung mit Deutschland auszuschlagen und ein Netz von Gegnerschaften gegen uns zu weben, hat einer demokratischen Kontrolle durch die Volksvertretung gewiß nicht ermangelt, und alle geheimen Abmachungen, die die Regierungen dort trafen, wagten sie nur zu treffen, weil sie damit Politik im Geist des französischen Volkes zu treiben meinten«[1]. Die jüngste auswärtige Politik Frankreichs und die Englands liefern ein geradezu klassisches Beispiel dafür, wie das Ministerium oder auch nur ein Teil von ihm eine durchaus geheime Politik treiben und dabei doch im Einklang mit der maßgebenden Volksströmung bleiben kann, so daß es später keinerlei Desavouierung erfahren hat. In den belgischen Berichten (S. 33) wird geschildert, wie das englische Volk dem König Eduard die internationalen Fragen als seine ausschließliche Domäne überließ, weil es sie bei ihm gut aufgehoben meinte. Trotz solcher Beobachtungen fordern noch heute die Pazifisten, daß zum Zweck einer Vermeidung von Kriegen die auswärtige Politik einer wirksamen Kontrolle der Parlamente unterstellt werde. Und zwar denken sie sich diese parlamentarische Kontrolle so vollständig, daß geheime Verträge fortan nichtig sein sollen; sie verlangen »einen Übergang von dem heimlichen zum öffentlichen Betrieb der Auslandspolitik«. Es wird indessen unmöglich sein, eine solche Forderung durchzuführen. Denn erstens lehren ja die neuesten Beobachtungen, daß in Staaten, deren Verfassung eine starke Rücksichtnahme auf das Parlament verlangt, die Minister, welche geheime Verträge abschließen, darum nicht in parlamentarische Schwierigkeiten kommen. Zweitens würde die Bestimmung, daß die Minister sich von geheimen Verträgen fernhalten sollen, diejenigen Staaten, die sich nach ihr richten, gegenüber solchen, die von ihr nichts wissen wollen, stark benachteiligen. Es läßt sich unter Umständen gar nicht vermeiden, einen Vertrag im geheimen abzuschließen. Wird er einer großen parlamentarischen Körperschaft kundgegeben, so ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß ihn auch das Land erfährt, gegen welches er gerichtet ist. Die neueste Geschichte der englisch-französischen Beziehungen liefert ein lehrreiches Beispiel dafür, daß man den Abmachungen zwischen den Diplomaten eine eigentümliche Form gerade zu dem Zweck gibt, um der Volksvertretung keinerlei Kenntnis davon übermitteln zu müssen. Im Jahre 1912 tauschte der Minister Grey mit dem französischen Botschafter in London, Paul Cambon, Briefe aus, die starke gegenseitige Verpflichtungen aussprachen, die aber wegen ihrer äußeren Formlosigkeit und deshalb, weil in ihnen für den entscheidenden Fall nur von Beratung gemeinsamen Handelns die Rede war, ein gemeinsames Vorgehen, der Form nach, noch nicht in Aussicht genommen war, die Umgehung des Parlaments ermöglichten.

Die stärkere Teilnahme des Volkes an den Fragen der auswärtigen Politik ist durchaus wünschenswert. Eine entschlußfähige Regierung wird und muß sich gestärkt fühlen durch eine klare, machtvolle Volksstimmung hinter ihr. In ihrem wohlverstandenen eigenen Interesse wird sie eine solche wünschen müssen. Die alldeutschen Kreise haben eifrig gearbeitet, die Teilnahme des Volkes an den Fragen der auswärtigen Politik zu wecken und das Verständnis für sie zu verbreiten und zu vertiefen. Gelegentlich ist wohl auch aus ihren Kreisen von diesen Gesichtspunkten aus der Wunsch nach einer lebhafteren Beteiligung der Volksvertretung an der auswärtigen Politik ausgesprochen worden. Solche Wünsche wurden jedoch geäußert unter der Voraussetzung eines vorhandenen tieferen Verständnisses des Volkes für die Fragen der auswärtigen Politik.

Historisch bemerkenswert ist der Widerstand, den die Alldeutschen bei ihren Bemühungen dieser Art gefunden haben. Die Pazifisten, welche die Mitwirkung des Parlaments bei der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten im Interesse der Lahmlegung jeder aktiveren Politik fordern, brandmarkten jene aufklärende Tätigkeit der Alldeutschen als Kriegshetzerei. Der Sozialdemokratie und dem größeren Teil der bürgerlichen Demokratie waren die Alldeutschen in jenen ihren Bestrebungen »Chauvinisten«. So ergibt sich das für den Historiker interessante Schauspiel, daß diejenigen, welche als allgemeines Verfassungsideal die Vorherrschaft der Volksvertretung aufstellen, auf dem Gebiet der auswärtigen Beziehungen dem Volk die Aufgabe, jede aktivere Politik zu verhindern, oder die Rolle des stummen Zuschauers zuweisen.

In einem Volk, in dem das Verständnis für die Bedeutung der auswärtigen Beziehungen entwickelt ist, wird ganz von selbst der Anteil der Volksvertretung an diesen Dingen stark sein, bzw. die Regierung wird wichtige Anregungen der Volksstimmung entnehmen. Die formalen parlamentarischen Garantien, wie die Demokratie sie fordert, haben freilich wenig zu bedeuten. Einerseits sind sie keineswegs ein geeignetes Mittel zur Erreichung des pazifistischen Zieles; andererseits stören sie die Arbeit der Staatsmaschine. Die Verwaltung im einzelnen bleibt in jeder Hinsicht am zweckmäßigsten der Exekutive überlassen. Im übrigen ist die Teilnahme des Volkes an der auswärtigen Politik nicht auf die parlamentarischen Körperschaften beschränkt. Wie der Alldeutsche Verband, der Flotten-, der Kolonialverein, der Verein für das Deutschtum im Ausland bisher schon auswärtige Angelegenheiten zu Gegenständen volkstümlicher Betätigung gemacht

---

[1] F. Meinecke, Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland (Leipzig 1915), S. 25.

haben, so werden solche Vereinigungen auch weiter diese hohen Aufgaben zu erfüllen haben.

In der Vertretung des Staates nach außen hat von jeher eine weit stärkere Zentralisation des Beamtentums bestanden als in irgendeinem andern Zweig der Verwaltung. Die modernen Verkehrsfortschritte haben sie aber noch verstärkt. Wenn damit die Bedeutung der Zentralstelle gewachsen ist, so könnte man zu der Meinung kommen, daß schlechthin von ihren Beobachtungen und Weisungen die gesamten diplomatischen Erfolge abhängig sind. Und gewiß liegt in ihnen stets das wesentliche Moment. Verantwortung und Ruhm werden sich daher in erster Linie an die Zentralstelle knüpfen. Gleichwohl bleibt den Vertretern des Staates im Ausland eine ernste Arbeit der Vorbereitung der einzelnen Akte, der allseitigen Orientierung, der Anknüpfung von Beziehungen, der Durchführung im einzelnen. Sicherer Blick und die Treue im kleinen haben auch hier reiche Gelegenheit, sich zu belohnen.

Literatur. Über Recht und Organisation der Diplomatie unterrichten die Darstellungen des Völkerrechts. Von älteren Arbeiten sei sonst hervorgehoben: v. Kaltenborn, Diplomatie, in Bluntschli und Brater, »Deutsches Staatswörterbuch«, Bd. 3, S. 115 ff. (Leipz. 1858). Weiter mögen im besonderen Hinblick auf die uns heute bewegenden Fragen folgende Bücher genannt werden: B. L. Frhr. v. Mackay, Die moderne Diplomatie, ihre Entwicklungsgeschichte und ihre Reformmöglichkeiten (Frankf. a. M. 1915; eine populäre Schilderung); B. Harms, Entstehung und Bedeutung der weltwirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands (Jena 1912); L. Bergsträßer, Grundbegriffe der auswärtigen Politik. Eine Anleitung für den Zeitungsleser (Berl. 1915; populär); F. Curtius, Die Demokratisierung der auswärtigen Politik, in »Friedenswarte«, 17. Jahrg., S. 283 ff. (Zürich 1915); Graf Ernst zu Reventlow, Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914 (Berl. 1916); v. Bülow, Deutsche Politik (das. 1916); »Deutschland und der Weltkrieg«, hrsg. von O. Hintze, F. Meinecke, H. Oncken und H. Schumacher (Leipz. 1915; 2. Aufl. 1916, 2 Bde.); »Belgische Aktenstücke 1905—1914. Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Äußeren in Brüssel«. Hrsg. vom Auswärtigen Amt (Berl. 1915). Das Oktoberheft von Jahrg. 1915 der Zeitschrift »Panther« hat eine Reihe von Aufsätzen gebracht, in denen leitende Personen aus dem Alldeutschen Verband die von ihm vertretene Auffassung darlegen. Beizuziehen ist das Organ des Verbandes, die »Alldeutschen Blätter«.

Die Vorgeschichte des Krieges

von Dr. Hans F. Helmolt in Bremen

Der französisch-russische Zweibund.

Seit dem Ausgang des Bismarckschen Zeitalters gab es in Europa zwei große Gruppen, die einander die Wage zu halten bemüht waren. Die ersten Anzeichen einer französisch-russischen Verständigung reichen in die Hälfte der 1880er Jahre zurück. Trotz der Zusammenkunft Kaiser Franz Josephs mit Zar Alexander III. in Kremsier am 25. und 26. August 1885 gebot Österreich-Ungarn dem siegreich in Serbien vordringenden Fürsten Alexander von Bulgarien Halt und legte damit Rußlands überragenden Einfluß auf der Balkanhalbinsel lahm. Aber 1886 schien das Verhältnis der beiden Kaiserstaaten zueinander so gut zu sein, daß ungarische Politiker von einer Steigerung der Intimität mit Rußland sogar eine Schädigung des 1879er Bündnisses mit Deutschland befürchteten. Im Februar 1887 erweiterte sich der deutsch-österreichisch-ungarische Zweibund durch den seit Mai 1882 vorbereiteten offenen Beitritt Italiens zum Dreibund. Gleichzeitig verschärften sich die Beziehungen Deutschlands zu Rußland. Baron Arthur von Mohrenheim und Jules Hansen hatten Briefe fabriziert, in denen Prinz Ferdinand von Sachsen-Koburg in seiner bulgarischen Thronkandidatur unterstützt und zum Widerstande gegen Rußland ermuntert wurde. Aber obwohl es am 18. November 1887 Bismarck in einer persönlichen Aussprache mit dem Zaren gelang, ihre Unechtheit nachzuweisen, spitzte sich die Spannung zu so bedrohlichen Rüstungen Rußlands zu, daß sich der Kanzler zur Veröffentlichung des 1879er Schutz- und Trutzbündnisses am 3. Februar 1888 veranlaßt sah.

Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich III. sanken ins Grab; den Thron bestieg Kaiser Wilhelm II. Noch vor dem Ende des Jahres 1888 spürte Frankreich die eiserne Faust Deutschlands in der Massaua-Angelegenheit, durch die sich Italien bedrängt gefühlt hatte; der Dreibund wurde auch im Süden immer populärer. Anderseits machte dies den französischen Chauvinismus wütend. Der Gedanke an einen Bund mit Petersburg lag damit auf der Hand. Ihm gab Bismarck selber Ausdruck nach seiner Entlassung 1890. Die Existenz Österreich-Ungarns sei für Deutschland ebenso nötig wie für Rußland die Existenz Frankreichs. Sein eigener Rückversicherungsvertrag mit Rußland (1884 bis 1890) war damit fast gegenstandslos geworden.

Als es nun den Franzosen trotz Caprivis Rücktritt nicht gelang, Italien vom Dreibund abzuziehen, ja, als sich sogar England anschickte, den 1887 begonnenen »flirt anglo-triplicien« zu festigen, da beantworteten Rußland und Frankreich diese neue Konstellation auf der Wende vom Juli zum August 1891 mit der Verbrüderung von Kronstadt.

Britisch-deutsche Verstimmungen.

Anfang 1896 legte ein überseeischer Zwischenfall den Keim zu einer tiefgreifenden Verstimmung zwischen Deutschland und England. Um die burische Regierung einzuschüchtern, daß sie den in Transvaal arbeitenden Briten (Uitlanders) politische Gleichberechtigung zugestehe, war Ende 1895 Dr. Jameson in die Südafrikanische Republik eingefallen, aber schon nach einigen Tagen vom burischen Aufgebot gefangengenommen worden. Als Präsident Krüger die Konsuln Deutschlands und Frankreichs von dem Friedensbruch in Kenntnis setzte, bezeichnete Großbritannien, das ein Suzeränitätsrecht über Transvaal beanspruchte, das als vertragswidrig. Noch am letzten Tage des Jahres 1895 forderte eine deutsche Note die Aufrechterhaltung des internationalen Rechtsstandpunktes in Südafrika; daraufhin mißbilligte die britische Regierung Jamesons »Raid«. Die daraus entstehende britisch-deutsche Preßfehde erreichte den Gipfel der Erregung, als Kaiser Wilhelm II. den Präsidenten Krüger am 3. Januar 1896 telegraphisch beglückwünschte.

Die deutsche Regierung tat alles, um die 1896er Kränkung in England vergessen zu machen. Als im Herbst 1899 der Südafrikanische Krieg ausbrach und man in Deutschland allgemein mit den Buren fühlte,

schob sie den unpolitischen Schwärmereien korrekt einen Riegel vor. Einer französisch-russischen Anregung, Englands südafrikanische Verlegenheiten zu einer Demütigung der Briten zu benutzen, winkte sie realpolitisch ab. Unterdes war eine neue Unstimmigkeit aufgetaucht. Sie hing mit dem deutsch-englischen Yangtse-Abkommen vom 16. Oktober 1900 und seiner Auslegung durch den Reichskanzler Grafen Bülow am 15. März 1901 zusammen, daß es sich nicht auf die Mandschurei beziehe. Allerdings hatte Bülow schon bei den Vorverhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß unter dem chinesischen Gebiet, worauf beide Vertragschließenden einen Einfluß ausüben könnten, die Mandschurei nicht mit zu verstehen sei. Staatssekretär Lord Lansdowne, der sich getäuscht fühlte, entschloß sich, um Rußland im fernen Osten zu bändigen, zu einer freundlichen Verbindung Großbritanniens mit den Japanern: er schloß den Zweibund von 1902 (erneuert 1905 und 1911).

Deutschlands Einkreisung durch König Eduard VII. und seine Helfer.

Nachdem Ende April 1903 viele Handelskammern Englands einen Schiedsgerichtsvertrag zwischen England und Frankreich gewünscht hatten, um die seit dem Zwischenfalle von Faschoda (Ende 1898) und dem Burenkrieg abgekühlten Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder wärmer zu gestalten, reiste König Eduard VII. Anfang Mai 1903 nach Paris. Der Weg zur Entente cordiale war geebnet. Anfang Juli 1903 erwiderte Präsident Loubet den britischen Besuch. Und am 10. Juli 1903 genehmigte das Unterhaus den Bau einer neuen Nordsee-Flottenstation am Firth of Forth (Rosyth).

Ihren öffentlichen Niederschlag fand die britisch-französische Annäherung in dem Kolonialabkommen vom 8. April 1904, in dem Frankreich von England keinen Termin einer Räumung Ägyptens forderte, während England den Franzosen in Marokko freie Hand ließ. Deutschland war dabei weder befragt oder berücksichtigt noch hinterher benachrichtigt worden.

Um die wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands in Marokko vor französischen Eingriffen zu sichern, unternahm Kaiser Wilhelm im März 1905 eine Mittelmeerreise mit der Absicht, Tanger anzulaufen und damit dem bedrängten Sultan Abd ul-Aziz beizustehen. Die Tat vom 31. März erregte zwar in der islamischen Welt begreifliches Aufsehen; aber sie blieb trotz dem dadurch mittelbar herbeigeführten Sturze des französischen Ministers Delcassé (6. Juni) eine bloße Kundgebung. Die Geschichte der marokkanischen Frage von der Konferenz zu Algeciras (Anfang 1906) bis zum Kiderlen-Vertrage vom 4. November 1911 lehrt, wie Deutschland seine gerechten Interessen in Nordwestafrika Schritt für Schritt, Posten für Posten aufgab — lediglich, um es deswegen zu keinem europäischen Kriege kommen zu lassen. Diese von vielen Deutschen verurteilte Selbstlosigkeit wurde von der Gegenseite als Feigheit ausgelegt und mit weiteren Versteifungen der Verbindung beantwortet. Nachdem schon am 9. Juli 1905 der Besuch einer britischen Flotte in Brest, einen Monat später der eines französischen Geschwaders in Portsmouth mit großem Aufwande gefeiert worden war, wurde das von König Eduard ausdrücklich gebilligte Programm Delcassés hinter den Kulissen mit allen Kräften gefördert. Es gipfelte in dem Satze: »Schutz« vor dem unheimlich erstarkenden Deutschland durch eine Entente Frankreichs mit dem seegewaltigen England, die auch die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Rußland und England bedeuten würde. Gleichzeitig verstärkte besonders England seine Verteidigung zu Lande: Schaffung eines Generalstabs im Juli 1906, einer Feldarmee im Februar 1907 usw.

Der Ausbau der Entente.

Die von England ausströmenden Feindseligkeiten spürte man in Berlin deutlich; weltpolitische Angelegenheiten sollten ohne Deutschlands Mitwirkung erledigt werden.

Im Foreign Office kommandierte statt Lansdowne vom 10. Dezember 1905 an der Liberale Sir Edward Grey, der in den Ententegeleisen seines konservativen Vorgängers weiterwandelte. Während die Entfremdung zwischen den Höfen von Potsdam und Windsor trotz sorgfältiger Pflege der nahen verwandtschaftlichen Beziehungen durch unseren Kaiser von Jahr zu Jahr zunahm, verständigte sich unter Abweisung des Witteschen Planes einer russisch-deutschen Annäherung Rußland je länger, desto besser mit demselben England, das eben noch, am 12. August 1905, das Bündnis mit Japan von 1902 für zehn Jahre erneuert hatte und zumal in Mittelasien ganz andere Ziele verfolgte als Rußland. Grey legte nicht nur dem deutschen Riesenunternehmen der Bagdadbahn fortgesetzt Steine in den Weg, sondern benutzte auch das Gerücht von einer Festsetzung Deutschlands am Nordende des Persischen Golfs Anfang Juni 1906, um sich in die Angelegenheiten Persiens zu mischen und schließlich mit Rußland eine Dreiteilung des durch innere Wirren zerrissenen Landes in eine britische (im Südosten), eine russische (im Norden) Interessensphäre und den neutralen Südwesten vorzunehmen (31. August 1907). Auch hierbei war und blieb Deutschland ausgeschaltet. — Unterdes wurde der Ausbau des herzlichen Einvernehmens Englands mit Frankreich weiter gefördert. Zur Entlastung wurde von beiden Mächten wiederholt behauptet, Deutschlands zunehmende Flottenrüstung sei der mittelbare Anlaß zu der wachsenden Feindseligkeit der anderen gewesen.

Die Einbeziehung Belgiens.

Im Jahre 1906 umschloß ein noch ziemlich lockeres Band, das offiziell leicht abgeleugnet werden konnte, die Ententegenossen. Immerhin hatte man schon damals die Gelegenheit gefunden, die Frage einer Verwertung belgischen Bodens als der von der Natur gegebenen Einfallspforte gegen Deutschland unter einseitiger Berücksichtigung der Neutralität Belgiens zu behandeln. Im Herbst 1914 haben die Deutschen im eroberten Brüssel beim Aufräumen der vom belgischen Generalstabe zurückgelassenen Archivalien gewisse Urkunden gefunden, aus denen hervorgeht, daß schon im Jahre 1906 die Entsendung eines englischen Expeditionskorps nach Belgien für den Fall eines deutsch-französischen Krieges in Aussicht genommen war. Danach hat General Ducarne, der Chef des belgischen Generalstabes, mit dem englischen Militärattaché in Brüssel, Oberstleutnant Barnardiston, in wiederholten Beratungen einen Plan für gemeinsame Operationen eines englischen Expeditionskorps von 100 000 Mann mit der belgischen Armee gegen Deutschland ausgearbeitet. Den englisch-belgischen Vereinbarungen waren solche mit

dem französischen Generalstab vorausgegangen, und die drei Mächte hatten die Pläne für ein Zusammenarbeiten der »verbündeten Armeen«, wie es im Schriftstück heißt, genau festgelegt.

Reval.

Dauernd wurde entweder durch taktvolle Abschleifung alter Reibungsflächen oder durch aktiven Ausbau der Verständigung die Verklammerung fester gezogen. Da der deutschen Regierung an einem guten Verhältnis zu Rußland lag, hielt sie darauf, daß Wien den 1908/09 abgerissenen Draht mit Petersburg wieder anknüpfte (s. unten). Und da anderseits Kaiser Wilhelm eifrig dahin strebte, zu England mindestens einen Modus vivendi zu finden, so waren ihm englische Annäherungsversuche an Österreich-Ungarn, obwohl sie das Ziel verfolgten, Kaiser Franz Josephs Räte von der deutschen »Bevormundung« zu befreien, ebensowenig unangenehm wie Italiens auffallend gutes Verhältnis zu Frankreich. Natürlich konnte man der emsigen Geschäftigkeit König Eduards, der im Frühjahr 1907 Fallières in Paris, König Alfons in Cartagena und König Viktor Emanuel III. in Gaeta besuchte, nicht ohne Mißtrauen zusehen. Und die Reise General Frenchs nach Petersburg (Mitte Oktober 1907) muß man hinterher als eine politische Mission ersten Ranges einschätzen, die mancher Generalstabsfahrt der folgenden Jahre die Marschrichtung gegeben haben dürfte. Denn auf dem Fuße folgte ihr am 9./10. Juni 1908 die Begegnung Eduards VII. mit Nikolaus II. zu Reval. Vorausgegangen waren ihr am 14. Mai die Eröffnung der französisch-englischen Ausstellung in London durch den Prinzen von Wales und zwei französische Minister und Ende desselben Monats der Besuch Fallières'. Am 25. Mai hatte König Eduard darauf getoastet, daß die »Entente cordiale« auch eine »Entente permanente« sein möge, und der »Temps« hatte dieser deutlichen Anspielung getreulich sekundiert. Nur sein Hinweis auf die Notwendigkeit einer gründlichen Heeresreform (Einführung der allgemeinen Wehrpflicht) verschnupfte jenseit des Kanals außerordentlich. Und am 27. Juli 1908 stellte Fallières auf der russischen Kaiserjacht »Standart« vor Reval fest, in Europa sei nunmehr eine Bürgschaft des Gleichgewichts gegeben.

Die jungtürkische Revolution. Die Einverleibung Bosniens.

Dies europäische Gleichgewicht sollte unmittelbar darauf seine erste, harte Probe bestehen. Im Juli 1908 hatte die jungtürkische Bewegung dem veralteten Absolutismus der Türkei die Wiedereinführung der Verfassung von 1876 aufgezwungen, und am 5. Oktober hatte gleichzeitig mit der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens die österreichisch-ungarische Monarchie die seit 1878 vertragsmäßig besetzten und verwalteten Länder Bosnien und Herzegovina sich förmlich einverleibt. Dieser, eine dreißigjährige Kulturarbeit abschließende Schritt beschwor eine europäische Krisis von ungeahnter Tragweite herauf. Aber die Entschlossenheit, mit der Deutschland sich gegenüber der auf Rußlands Hilfe pochenden serbischen Kriegsrüstung bundestreu auf Österreich-Ungarns Seite stellte und ihm unterm 26. Februar 1909 zu einer vorteilhaften Einigung mit der Türkei verhalf, schüchterte Rußland dermaßen ein, daß es am 2. März 1909 Serbien den »freundschaftlichen Rat« erteilte, seine Kompensationsforderungen aufzugeben, und seinerseits am 26. März die Einverleibung Bosniens ausdrücklich anerkannte. Aber diese diplomatische Niederlage wurde vom Dreiverbande nicht verschmerzt. Großbritannien steigerte Zahl, Größe und Bautempo der Kriegsschiffe planmäßig. Und jede britische Flottenverstärkung wurde fortan unverhüllt mit der drohenden »deutschen Gefahr und Hegemonie« begründet.

Die Nachwehen des kaiserlichen Novembersturms von 1908 (Beschwerden des Reichstags über schwere Mängel in der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten und über angebliche Verstöße gegen das konstitutionelle System) hatten Mitte Juli 1909 der Kanzlerschaft Bülows ein vorzeitiges Ende bereitet. Die damit zusammenhängende einstweilige Unsicherheit in der politischen Gruppierung brachte eine vorübergehende Abschwenkung Italiens mit sich, und eingeweihte Kreise gaben sich in Berlin wie in Wien keinen Täuschungen mehr über den Beistand Italiens hin. Man merkte, daß sich der Quirinal vorbehielt, sich gegebenenfalls auf die Seite des Stärkeren zu stellen. Doch duldeten Deutschland und Österreich-Ungarn Italien weiter im Dreibunde, weil sein offizieller Austritt eine Minderung an Prestige bedeutet hätte und weil man immerhin die Möglichkeit offen halten wollte, es im Fall eines kriegerischen Konflikts nicht als Gegner zu haben.

Potsdam.

Hatte das Jahr 1909 durch Italiens Extratouren von Baja (Empfang Eduards VII. am 29. April) und von Racconigi (Besuch des Zaren am 24. Oktober unter ostentativer Umgehung österreichisch-ungarischen Bodens), durch die mit Flottenparaden verbundenen Empfänge des Zaren in Cherbourg am 31. Juli und in Spithead am 2. August usw. einen beunruhigenden Eindruck hinterlassen, so schien sich mit dem Jahre 1910 der verdunkelte politische Horizont erfreulich aufzuhellen. Am 20. März setzte die russische Regierung die Mächte von dem Ergebnis der Verhandlungen in Kenntnis, die das Petersburger und das Wiener Kabinett miteinander gepflogen hatten: die normalen Beziehungen zwischen beiden Regierungen seien nunmehr wiederhergestellt. Am Tage darauf leugnete der britische Premier Asquith das Vorhandensein eines britisch-französischen Mittelmeerabkommens militärischer oder maritimer Natur. Und am 6. Mai starb der britische König, der in konstitutionellen Formen als tätigster Diplomat seines Landes die Einkreisung Deutschlands im Umherziehen besorgt hatte. Dazu gesellte sich die »große Lüge von Potsdam«: Am 17. Oktober 1910 hatte England der persischen Regierung angekündigt, es werde zur Sicherung des Handels in Südpersien Maßregeln ergreifen, falls dort nicht innerhalb dreier Monate die Ruhe wiederhergestellt sei. Diese britische Drohung veranlaßte Rußland, das sie als Verletzung des Abkommens von 1907 ansah, den Wünschen Deutschlands nach Berücksichtigung seiner persischen Interessen näherzutreten. Am 4. November 1910 traf Zar Nikolaus II. in Wildpark ein. Kurz danach betonte zwar Minister Sasanow (seit Ende September Iswolskis Nachfolger) noch vorsichtig, daß von einem Bestreben, Rußland zu anderen politischen Kombinationen (als dem Bündnis mit Frankreich und dem Einvernehmen mit England) hinüberzuziehen, keine Rede sein könne; es sollten nur Deutschlands Interessen, die mit der Bagdadbahn verbunden seien, gewahrt werden. Aber schon am 10. Dezember 1910 faßte der deutsche Reichskanzler v. Beth-

mann Hollweg das Ergebnis der Potsdamer Begegnung dahin zusammen: es sei von neuem festgestellt worden, daß »sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen wollten, die eine aggressive Spitze gegen den andern Teil haben könnte«. Von Deutschland war dies für den Balkan und für Persien sicher ehrlich gemeint, nicht aber von Rußland. Denn der von Bethmann geprägte Wortlaut des Potsdamer Protokolls wurde von dem verantwortlichen Leiter der äußeren Politik Rußlands, entgegen dem diplomatischen Gebrauche, niemals wiederholt. Dafür wurde unterm 19. August 1911 ein Abkommen Rußlands mit Deutschland über Persien und die Bagdadbahn veröffentlicht, das nur die russische Versicherung brachte, dem deutschen Riesenunternehmen keine Schwierigkeiten mehr in den Weg zu stellen, sondern im Gegenteil seinen Anschluß an das russisch-nordpersische Bahnnetz über Chanykin zu fördern.

Zum zweiten Male Delcassé.

Das Jahr 1911 brachte weitere Enttäuschungen. Eins seiner hervorstechendsten Ereignisse war das Wiederauftreten Théophile Delcassés (am 1. März 1911 Marineminister im Kabinett Monis). Innerhalb der Entente cordiale war aber trotz aller Herzlichkeit der Beziehungen eine materielle Verbindlichkeit noch immer nicht verwirklicht; denn Vorbedingung war ja, nach französischer Ansicht, eine Neuorganisierung des britischen Landheeres. Nur über die Flotten war man sich längst klar: die britischen Geschwader waren namentlich aus dem Mittelmeere, dessen Verteidigung im großen ganzen den Franzosen überlassen wurde, nach dem Kanal und der Nordsee gezogen worden, wo neue britische Flottenstützpunkte geschaffen wurden (so Rosyth am Firth of Forth seit 1908; vgl. oben S. 128).

Demnach hatten die beiden Regierungen die gleichzeitige und solidarische Mobilmachung der französischen und der britischen Marinestreitkräfte formell festgelegt; und zwar, um das vor den Volksvertretern jederzeit ableugnen zu können, ohne Abschluß eines schriftlichen Staatsvertrags, nur durch mündliches Eventualabkommen.

Agadir.

Doch alles das hätte die breite Öffentlichkeit kaum sonderlich aufgeregt. Die Unruhe kam wieder einmal von Marokko her. Nach der durch jahrelang von Frankreich planmäßig fortgesetzte Verletzungen der Algecirasakte von 1906 und des Vertrags vom 9. Februar 1909 gesteigerten Spannung verursachte Anfang Juli 1911 die Entsendung des deutschen Kreuzers »Panther« nach Agadir ungeheure Erregung. Mehrere Male standen die Dinge auf des Messers Schneide. Mit drohender Gebärde (Lloyd-Georges aufreizende Rede vom 21. Juli) mischte sich England in den deutsch-französischen Handel. Dort wurden die Offiziere des aktiven Heeres plötzlich von ihrem Urlaub zurückberufen, Pferde für die Kavallerie angekauft und das Nordseegeschwader zeitweise in Kriegsbereitschaft gesetzt. Man betrachtete es als feststehend, daß die Briten den Franzosen im Kriegsfalle durch ein Landungskorps von 150000 Mann zu Hilfe zu kommen hätten.

Belgiens Anschluß.

In jenen gewitterdrohenden Monaten begann auch das belgische Problem Gestalt anzunehmen. Sir John French machte sich auf mehreren Reisen in der harmlosen Form von »travelling parties« genau mit Belgien bekannt; und die belgische Regierung bereitete sich ihrerseits auf eine aktive Teilnahme an dem, wie es schien, unvermeidlichen Kampfe rechtzeitig vor. Das Heeresgesetz vom November 1909 hatte versagt; und am 19. Dezember 1911 erklärte Senator Hanrez, im Fall eines deutsch-französischen Konflikts sei Belgien genötigt, sich für die eine oder andere der beiden Nationen zu erklären. Besonders schlagende Beweise förderte das im Brüsseler Archiv des belgischen Generalstabs im Herbst 1914 vorgefundene militärische Material zutage sowie der Bericht des langjährigen belgischen Gesandten in Berlin, Barons Greindl, an den belgischen Minister des Äußeren vom 23. Dezember 1911, durch den überzeugend festgestellt wird, daß dasselbe England, das sich seit August 1914 als Schirmherrn der belgischen Neutralität gebärdet, Belgien zu einer einseitigen Parteinahme zugunsten der Ententemächte bestimmte und gelegentlich sogar an die Verletzung der holländischen Neutralität dachte. Anderseits wurden die militärischen Verbindungen zwischen Belgien und England immer intimer, wie z. B. vertrauliche Informationsbücher für englische Flieger über die geographischen Verhältnisse Belgiens, besonders über die Landungsmöglichkeiten in seinen südlichen Gegenden, beweisen: Urkunden, deren Herstellung ohne die Voraussetzung eines belgisch-britischen Geheimvertrags kaum denkbar ist.

Die belgische Kammerdebatte vom Dezember 1911 gab den Anstoß zur Heeresreform von 1912/13, die den Belgiern von Frankreich und England nahegelegt worden war. Minister de Broqueville gab am 12. November 1912 das Programm bekannt: die Militärreform (Übergang zur allgemeinen Wehrpflicht) erscheine geboten durch die Rolle, die Belgien bei einem etwaigen Kampfe der Westmächte Europas unter Umständen spielen könne. Über die wahren Beweggründe der belgischen Wehrvorlage plauderte der belgische Sozialist (und spätere Minister) Emil Vandervelde im Januar 1914 folgendes aus: »Nach Abstimmung über die deutsche Wehrvorlage vom 14. Juni 1912 legten verschiedene Mächte der belgischen Regierung nahe, daß man sich nicht mehr für fähig halte, im Notfall eine Verletzung der belgischen Neutralität zu hindern. Man gab ihr zu verstehen, daß infolge unserer Machtlosigkeit die Deutschen, die an der belgischen Grenze wichtige Vorkehrungen getroffen haben, im Handumdrehen den größten Teil des Landes besetzen könnten, und man erklärte ihr, daß unter diesen Umständen, aus Furcht vor den Folgen einer solchen Besetzung, andere Mächte, etwa Frankreich oder England, es im Kriegsfalle für angezeigt halten könnten, Deutschland zuvorzukommen. Auf diese Argumente sich stützend, setzte es de Broqueville trotz der antimilitaristischen Tendenzen der Mehrheit durch, daß die Kriegsstärke des Heeres etwa verdoppelt und das Heeresbudget um wenigstens 30 Millionen jährlich erhöht wurde.«

Die Haldaneschen Besprechungen.

In ziemlich weiten Kreisen Deutschlands war man sich allgemach darüber klar geworden, daß man sich von den ringsum lauernden Nachbarn keines Erbarmens zu versehen haben werde, wollte man einmal aufhören, auf der Hut zu sein. Denn an dem Netze, das im Herbst 1911 beinahe zusammengezogen worden wäre, wenn sich die Entente damals schon des Sieges sicher gefühlt hätte, wurde 1912 fleißig weitergearbeitet.

Zunächst sah es allerdings so aus, als ob eine deutsch-britische Verständigung gelingen wollte. Die damit zusammenhängenden Verhandlungen wurden im Februar 1912 durch Lord Haldane zu Berlin angeknüpft und im März zu London durch den deutschen Botschafter Grafen Wolff-Metternich weitergeführt. Vorschläge und Gegenvorschläge betreffs eines gegenseitigen Neutralitätsvertrags wechselten miteinander ab. Für Deutschland konnte ein englisches Versprechen, über den anderen Vertragschließenden nicht grundlos herfallen und keine aggressive Politik gegen ihn treiben zu wollen, noch keine Grundlage zu einem besonderen Freundschaftsvertrage bilden. Aber Grey lehnte es ab, über die auf Grund eines Beschlusses des englischen Kabinetts angebotene Formel von Selbstverständlichkeiten hinauszugehen. Er begründete seine Ablehnung mit der Besorgnis, andernfalls die bestehenden Freundschaften Englands mit anderen Mächten zu gefährden. Hiernach verzichtete Deutschland auf Fortführung der Verhandlungen. Trotzdem hat Deutschland am 29. Juli 1914 ein außerordentlich weitgehendes Neutralitätsanerbieten wiederholt.

Die Flottenabreden.

Weder die (bloß mündlich gebliebenen?) Eventualabreden der früheren Jahre, noch die Abmachungen von Reval oder die »harmlosen« Aussprachen der verschiedenen Generalstäbe hatte also Grey preisgeben wollen. Anderseits blieb in Frankreich Delcassé, der Inspirator des Revanchegedankens und Helfershelfer bei der Einkreisung Deutschlands, Marineminister auch im Ministerium Poincaré, das Anfang 1912 an die Stelle des Kabinetts Caillaux trat, nicht zum Besten der deutsch-französischen Beziehungen.

Währenddes arbeitete Winston Churchill, seit Oktober 1911 Erster Lord der Admiralität, der am 9. Februar 1912 zu Glasgow eine große Flotte »für die Deutschen mehr eine Art Luxus« genannt hatte, energisch an der Weiterbildung des englisch-französischen Einverständnisses zum festen Bündnis, erlangte aber anscheinend im Sommer noch nicht die Zustimmung seiner Ministerkollegen zu seiner aggressiven Politik. Doch galt seitdem als politisches Axiom: Großbritannien übernimmt den Schutz der französischen Nordküste, Frankreich den der Interessen Englands im Mittelmeer. Daraus ergibt sich unter anderm die schon gestreifte Ablehnung der Neutralitätsanregungen Deutschlands vom 29. Juli und vom 1. August 1914.

Aber das war nur die britisch-französische Seite der Ententerüstung gegen Deutschland. Die französisch-russische Ergänzung war ungefähr zu derselben Zeit in Paris glücklich geschaffen worden. Im Juli 1912 hatte Rußland durch Fürst Lieven der inzwischen vervollkommneten militärischen Vereinbarung von 1892 eine Abmachung über das künftige Zusammenwirken der beiden Flotten an die Seite gestellt (unterzeichnet zu Petersburg durch Poincaré am 11. August 1912), der es im November das sog. kleine Flottenprogramm für 1913 über 130 Millionen Mark und die geheime Vorlage mit einem verstärkten Flottenbau für die Zeit bis 1916 folgen ließ.

Und während Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch an den französischen Herbstübungen von 1912 teilnahm, weilte der Minister des Äußern, Ssasonow, in London und auf Balmoral — nicht bloß Persiens wegen. Am 2. Oktober besprach sich Ssasonow in Paris mit Poincaré. Unterdessen war am Balkan ein Bund errichtet worden, dessen letzte Ziele in einem Angriff auf Österreich-Ungarn gipfelten, wenn er sich auch zunächst (Anfang Oktober 1912) nur gegen die Türkei zu richten schien (erster Balkankrieg). Während Mitte November 1912 der »Verständigungs«-Botschafter Fürst Lichnowsky in London sein von vornherein zu Unfruchtbarkeit verurteiltes Amt antrat, gelangten eine Woche darauf als verantwortliche Staatsmänner Englands und Frankreichs Staatssekretär Grey und Botschafter Paul Cambon zum Abschluß der 1903 eingeleiteten Einkreisung Deutschlands.

Die letzte Erneuerung des Dreibundes. — Das Jahr 1913.

Vermutlich war von diesen Vorgängen ein leises Echo schon auf der Wende vom November zum Dezember 1912 zu den Ohren der Dreibundstaatsmänner gelangt; vielleicht hatte auch das Mittelmeerabkommen zwischen Frankreich und England auf Italien mehr Eindruck gemacht, als man nach Lage seiner Rückversicherungen hätte erwarten dürfen. Wie dem auch sei: unmittelbar nach der Besprechung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand mit Kaiser Wilhelm II. zu Springe am 22. November 1912 erneuerte der Dreibund seine Einung noch vor Ablauf der gegenseitigen Verpflichtungen und erweiterte sie zeitgemäß durch Berücksichtigung der neuen afrikanischen Interessen Italiens unterm 5. Dezember 1912.

Die deutsche Reichsregierung erfaßte die weitere Verschärfung der internationalen Lage richtig und beantwortete sie mit der großen Heeresvorlage von 1913. Es war ja nicht bloß der Umsturz der Dinge am Balkan, der allein eine Verstärkung der deutschen Armee gut rechtfertigte, sondern dazu kam eine Reihe beunruhigender Erscheinungen, wie die Wahl des ehrgeizigen Ministerpräsidenten Poincaré zum Präsidenten der Republik, die Sendung Delcassés nach Petersburg, Rußlands doppeltes Spiel selbst dem verbündeten Frankreich gegenüber (Botschafter Paul Cambons Geständnis Baron Beyens gegenüber im März 1913), die beleidigende Nichtaufnahme der besonderen Mission des Prinzen Hohenlohe durch den Zaren, die von Rußland Frankreich auferlegte Wiedereinführung der dieses über seine Kraft belastenden dreijährigen Dienstzeit und die Einbehaltung des Jahrgangs 1910 in Frankreich, die Manöver-, Gesandten- und Geschwaderfahrten kreuz und quer.

Die erste Hälfte des Jahres 1914.

Ungefähr zu derselben Zeit, wo Delcassé als Botschafter in St. Petersburg durch den bisherigen Ministerialdirektor Paléologue ersetzt wurde (Januar 1914), kamen zu Paris insgeheim die französischen und die russischen Admiralstäbe unter Admiral Russin zusammen; gleichzeitig wurde eine russisch-britische Marinekonvention angebahnt (im Mai entsprechend ergänzt). Drei Monate darauf berief der Zar die Landwehr des 1. Aufgebots zu vierwöchigen Übungen ein, und an die Stelle des immerhin den Scheinkonstitutionalismus verkörpernden Ministerpräsidenten Kokowzow trat der absolutistisch gerichtete Expremier von 1906, Goremykin (11. Februar). Während ein aufsehenerregender Artikel der »Kölnischen Zeitung« vom 2. März Rußlands Kriegsvorbereitungen an seiner Westgrenze beleuchtete, goß der russische Kriegsminister Ssuchomlinow Öl ins Feuer durch zwei Artikel

in den »Birshewija Wjedomosti« vom 13. März und vom 13. Juni, wonach Rußland zum Kriege bereit sei, dasselbe aber auch von Frankreich fordern dürfe; fortwährende Ministerwechsel gefährdeten jedoch die Aufrechterhaltung des Dreijahresdienstes. Im Mai kam ein italienisch-britisches Abkommen über die von Italien gewünschten Eisenbahnkonzessionen in Kleinasien zustande. Noch nicht vier Wochen später schwenkte auch Rumänien von der bisher beobachteten Linie, dem Einhalten der Vereinbarung mit Deutschland vom Jahre 1883 und der Militärkonvention mit Österreich-Ungarn vom Jahre 1896, sichtlich ab (Zar Nikolaus II. weilte am 13. und 14. Juni in Constanza bei König Carol). Und an demselben 23. Juni 1914, wo in Kronstadt ein britisches Geschwader einlief, genehmigte die Reichsduma in geheimer Sitzung eine Reihe wichtiger Rüstungsvorlagen.

Die diplomatischen Verhandlungen unmittelbar vor Kriegsausbruch.

Die im vorstehenden skizzierten Bestrebungen, vor allem aber Großbritanniens Wirtschaftsneid, Frankreichs Revanchegelüste und Rußlands Panslawismus, waren die tiefer liegenden Ursachen des Weltkrieges. Die Ermordung des präsumtiven Oberbefehlshabers des k. und k. Heeres, des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand, und seiner Gemahlin, der Herzogin Sophie von Hohenberg, zu Sarajevo durch großserbische Verschwörer am 28. Juni 1914 war die unmittelbare Veranlassung des Krieges.

Mit dem 20. Juli 1914, wo Präsident Poincaré in Peterhof beim Zaren weilte, setzen die Angaben eines umfangreichen und trotz mancher Einzelanfechtung als ziemlich zuverlässig zu bewertenden Aktenstückes ein, die des britischen Weißbuches (Br. Wb.). Dieses »White Paper«, erschienen als »Blaubuch« des Foreign Office am 5. August 1914, umfaßt in 159 diplomatischen Schriftstücken die Korrespondenz des Staatssekretärs Sir Edward Grey mit verschiedenen Staatsmännern vom 20. Juli bis zum 4. August 1914 (2. erweiterte Ausgabe vom 28. September 1914). Die Gegenstücke dazu sind:

Das Deutsche Weißbuch (D. Wb.; 2. erweiterte Ausgabe vom 2. Mai 1915), das Russische Orangebuch (R. Orb.), das einige 80 Stücke vom 23. Juli bis zum 8. August 1914 bringt, und das Belgische Graubuch (Be. Grb.) mit 71 Aktenstücken vom 24. Juli bis 29. August (Ergänzung dazu: Anfang August 1915). Ein Französisches Gelbbuch erschien Anfang Dezember 1914, kommt aber trotz seines Umfangs (159 Schriftstücke vom 17. März 1913 bis 5. August 1914, mit verschiedenen Anhängen) nicht entfernt so in Betracht wie die britische Sammlung, weil es mit seinen tendenziösen Entstellungen einer eindringlichen Kritik nicht standzuhalten vermag[1]. Mit dem 20. Juli setzt gleichfalls ein das Österreichisch-Ungarische Rotbuch, das in 205 und 16 Stücken (darunter Artikel I, III, IV und VII des Dreibundvertrags!) nur die Beziehungen zu Italien bis 23. Mai 1915 enthüllt und für die unmittelbare Vorgeschichte des Krieges das zwar mit dem 20. Dezember 1900 beginnende, aber sonst viel knappere Rotbuch »Zur Vorgeschichte des Krieges mit Italien« überflüssig macht. Internationaler gehalten war das vorher (Anfang Februar 1915) ausgegebene erste Österreichisch-Ungarische Rotbuch dieses Krieges, das eine gute Ergänzung zum Deutschen Weißbuch bildet und 69 Nummern vom 29. Juni bis 24. August 1914 enthält. Endlich bietet einiges das Serbische Blaubuch vom November 1914, das vom 29. Juni bis 16. August reicht und 52 Nummern birgt. Das Italienische Grünbuch vom 20. Mai 1915 fängt erst mit dem 9. Dezember 1914 an (Buchausgabe in rotem Umschlage, Mailand 1915). Von allen auswärtigen Urkundensammlungen gibt es eine Reihe deutscher und fremdsprachlicher Übersetzungen.

Den Verlauf der Ereignisse kurz vor Kriegsausbruch kennzeichnen die folgenden Daten:

23. Juli 1914. Österreich-Ungarn richtet eine befristete Note an Serbien (s. 1. Rotb. Nr. 7). Ihre scharfe Sprache erscheint gerechtfertigt, wenn man nicht das Ultimatum isoliert, sondern im Rahmen der langjährigen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien als Schlußglied einer langen Kette harter Geduldsproben würdigt (vgl. D. Wb. Nr. 1). Aus der (anfänglich von ihm bestrittenen) Tatsache, daß Italien vom Inhalt der Note erst nach ihrer Überreichung in Belgrad Kenntnis erhielt, was gegen Artikel VII des Dreibundvertrags zu verstoßen scheint, leitete Italien (Ministerrat vom 1. August) das Recht ab, sich nicht mehr an die übrigen Verpflichtungen des Vertrags gebunden zu halten.

Am 24. Juli erklärt Graf Berchtold dem russischen Geschäftsträger, eine Verschiebung der Machtverhältnisse am Balkan liege ihm fern (s. 1. Rotb. Nr. 18). — Minister Ssasonow erklärt erregt dem deutschen Botschafter Grafen Pourtalès, eine Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konfliktes sei unmöglich (D. Wb. 4), und äußert zum britischen Botschafter die Hoffnung, daß dessen Regierung nicht nachlassen werde, ihre Solidarität mit Rußland und Frankreich zu bezeugen (Br. Wb. 6). Diese den Krieg androhende Einmischung Rußlands in den österreichisch-serbischen Handel, die seine Lokalisierung von Anfang an erschwerte und schließlich verhinderte, wurde bekräftigt durch ein amtliches Communiqué (»Rußland kann nicht indifferent bleiben«; R. Orb. 10) und durch Ssasonows aufstachelnde Haltung gegenüber dem serbischen Gesandten Spalaikovic in St. Petersburg (Serb. Blaub. 36, unvollständig), die für den Fall, daß Österreich-Ungarn sich ohne russische Genehmigung von Serbien Genugtuung verschaffen wolle, offen den Krieg androht. Gleichzeitig wandte sich Kronprinz Alexander als Regent von Serbien vertrauensvoll an den Zaren (Serb. Blaub. 37, R. Orb. 6).

25. Juli. Grey glaubt zwar nicht, daß die öffentliche Meinung Englands einen Krieg wegen Serbiens dulden werde; aber nach Ausbruch des Krieges könnten Zwischenfälle eintreten, die England hineinzögen (Br. Wb. 24). Serbien gibt eine ungenügende Auskunft (man begnüge sich nicht mit dem von Iswolski im Pariser »Temps« veröffentlichten gefälschten Auszug aus der serbischen Antwort, sondern halte sich an den vollen Wortlaut: D. Wb. 1a; 1. Rotb. 25 u. 34). Vorher (um 3 Uhr nachm.) hatte Serbien die Mobilisation angeordnet. Kurz nach 6 Uhr verließ der k. u. k. Gesandte Freiherr v. Giesl Belgrad. So vollzog sich der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Belgrad. In diesem Stadium war es Rußland, das um keinen Preis Österreich-Ungarn trotz seiner Versicherung, keinen Gebietszuwachs anzustreben, Serbien gegenüber gewähren lassen wollte, weil es eine Zunahme feindlichen Prestiges am Bal-

[1] Vgl. »Randglossen zum Französischen Gelbbuch« (Berl. 1915).

kan befürchtete. — Italien nimmt für den Fall einer auch nur provisorischen Besetzung serbischen Gebiets das ihm nach seiner Auslegung des Artikels VII des Dreibundvertrags zustehende Kompensationsrecht in Anspruch, sichert aber im übrigen eine freundschaftliche, den Bündnispflichten entsprechende Haltung zu.

26. Juli. Österreich-Ungarn erklärt in St. Petersburg zum zweiten Male, gegen Serbien keine Eroberungspläne zu hegen (1. Rotb. 32; D. Wb. 5 und 10). Trotz gegenteiligen Ehrenworts Ssasonows und Suchomlinows (1. Rotb. 28 und D. Wb. 11) rüstet Rußland (D. Wb. 6—8); die deutschen Botschafter in London, Paris und Petersburg werden angewiesen, bei den drei Regierungen auf die Gefahr der russischen Mobilisierungen energisch hinzuweisen (D. Wb. 10, 10a u. 10b). — Grey schlägt eine Erneuerung der Londoner Botschafterkonferenz vor (Br. Wb. 36), stößt aber damit schon am folgenden Tag auf Deutschlands Ablehnung (D. Wb. 12) und zieht am 28. Juli seinen Vorschlag zugunsten eines direkten Meinungsaustausches zwischen Wien und St. Petersburg zurück (Br. Wb. 67).

Am 27. Juli veröffentlicht die österreichisch-ungarische Regierung das Dossier, das sein Ultimatum gegen die großserbische Propaganda in Bosnien rechtfertigt (1. Rotb. 34 und D. Wb.). In Serbien erfolgt die allgemeine Mobilmachung, und es kommt zu einem ersten Scharmützel auf der Donau (Br. Wb. 56). — Italien erklärt in dem österreichisch-serbischen Streit seine Neutralität, und aus Frankreich kommen die ersten Meldungen über vorbereitende Kriegsmaßnahmen (D. Wb. 9). — Zar Nikolaus II. antwortet dem Kronprinzen Alexander, Rußland werde Serbien unter keinen Umständen allein lassen (R. Orb. 40 und Serb. Blaub. 43).

Damit tritt die Spannung aus ihrer österreichisch-serbischen Phase ein in ihren zweiten Abschnitt: den österreichisch-russischen. Und noch am selben Tage beginnt bereits die Einleitung zum Übergange des Konflikts aus dem österreichisch-russischen Zwischenzustand in seine letzte, die europäische Phase durch Greys Entschluß, dem Appell Rußlands, nicht länger beiseite zu stehen, durch aktive Teilnahme an der Sache Folge zu leisten. Denn aus Br. Wb. 47 erfahren wir: Der russische Botschafter hatte sich darüber beschwert, daß in deutschen und österreichischen Kreisen der Eindruck vorherrsche, England bleibe beiseite stehen. Dieser Eindruck sollte nun zerstreut werden durch den Befehl an die »zufällig« in Portland vereinigte Erste Flotte, nicht zu Manöverurlaub auseinanderzugehen.

Der 28. Juli bringt den Beginn der österreichisch-ungarischen Teilmobilmachung und die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien (Rotb. 37; Br. Wb. 66; Serb. Blaub 45f.). Der deutsche Reichskanzler richtet ein Rundschreiben an die deutschen Regierungen, der Kaiser ein vermittelndes Telegramm an den Zaren (D. Wb. 20). — Greys Vermittlungsvorschlag wird als unpraktisch abgelehnt, (D. Wb. 16; Br. Wb. 60f.; Rotb. 35), da sein Hintergedanke, die zweifellose Berechtigung einer österreichischen Nachbarschaftsbeschwerde einer voraussichtlich monatelangen, jedes Großmachtgefühl ertötenden Untersuchung in London zu unterziehen, durchschaut worden war. — Österreich-Ungarn macht teilweise mobil; Kaiser Franz Joseph richtet ein Manifest an seine Völker. — Trotzdem setzt Deutschland seine Bemühungen in Wien fort, daß Graf Berchtold seinen Kollegen Ssasonow über den eigentlichen Zweck seines Vorgehens befriedigend aufkläre (D. Wb. 14; Br. Wb. 67 und Rotb. 43). — Rußland erkennt, daß sein Versuch, durch die glatte Unterstützung Serbiens die mitteleuropäische Mächtegruppe zu verblüffen und eine diplomatische Niederlage Österreich-Ungarns zu erzwingen, gescheitert war, und spannt nun den britischen Ententegenossen vor seinen Wagen (R. Orb. 48; Br. Wb. 54 und 70b). Seine Kriegsabsicht erhellt deutlich aus Br. Wb. 72: an dem Tage, an dem Österreich-Ungarn die serbische Grenze überschreite, würde der Befehl zur Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn gegeben werden.

Am 29. Juli werden die beruhigenden Erklärungen Rußlands wiederholt, am Nachmittag 13 Armeekorps mobilisiert (R. Orb. 58; Paléologue stellt im Franz. Gelbb. [Nr. 100] die Reihenfolge auf den Kopf). Trotzdem gibt der russische Generalstabschef sein Ehrenwort, daß nirgends (!) Mobilmachung erfolgt sei, und der Zar richtet die telegraphische Bitte an den Kaiser, ihm zu helfen (D. Wb. 21). Kaiser Wilhelm nimmt die Mittlerrolle an (D. Wb. 22). Der Reichskanzler erteilt dem deutschen Botschafter v. Tschirschky in Wien die bestimmte Instruktion, er solle ausrichten: die Verweigerung jedes Meinungsaustausches mit Petersburg würde ein schwerer Fehler sein (bekanntgewordem durch Bethmanns Reichstagsrede vom 19. Aug. 1915); diese nachdrückliche Aktion Deutschlands in Wien wurde von Grey ausdrücklich anerkannt (Br. Wb. 77; vgl. 1. Rotbuch Nr. 47). Nach einer wichtigen Beratung bei Kaiser Wilhelm wird eine Warnung nach Paris gerichtet (D. Wb. 17). — Der Reichskanzler schlägt dem britischen Botschafter Goschen ein allgemeines Neutralitätsabkommen zwischen Deutschland und Großbritannien vor (Br. Wb. 85). — Grey warnt den deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky, er solle sich durch den freundschaftlichen Ton der Unterhaltung nicht über den Weg täuschen lassen, den die britischen Interessen nehmen würden (Br. Wb. 87; vgl. auch Nr. 98). Gleichzeitig umschreibt er Paul Cambon gegenüber den Umfang der britischen Interessen bei einem Kampf um die Hegemonie von Europa: das ist der Niederschlag der Einkreisungspolitik seit 1903. — Damit tritt die Krisis ganz in ihren dritten Abschnitt ein und nimmt einen europäischen Charakter an.

Am 30. Juli kommt die offizielle Nachricht, daß Rußland gegen Österreich-Ungarn mobil mache, worauf der Kaiser ein entsprechendes Telegramm an den Zaren schickt (D. Wb. 23) unter Fortsetzung der deutschen Aktion in Wien (Rotb. 51; Br. Wb. 107). Der Zar antwortet dem Kaiser, daß er dessen Stellung als Vermittler hoch anschlage (D. Wb. 23a). — Frankreich versichert Rußland seine Unterstützung (Franz. Gelbb. 101.) — Englands Vermittlungsversuch in Wien (Br. Wb. 103) wird, um Zeit zu gewinnen, von Rußland und England wiederholt geändert und verschärft, ohne zum Ziele zu führen. Grey lehnt Bethmann Hollwegs Neutralitätsvorschlag vom 29. Juli schroff ab (Br. Wb. 101). — Paul Cambon erinnert Grey an seinen Eventualvertrag vom 22./23. November 1912 (vgl. oben, S. 131). Damit werden die früher gemeinsam besprochenen und fertig vorliegenden Generalstabspläne vom 30. Juli 1914 an wirksam.

Unterm 31. Juli erfolgt der Mobilmachungsbefehl des Zaren (Vormittag). Er telegraphiert um 2 Uhr nachmittags an den Kaiser: Die militärischen Vorbereitungen einzustellen, sei unmöglich; doch gebe er sein feierliches Wort darauf, daß die russischen

Truppen nichts Herausforderndes unternehmen würden. Damit kreuzt sich das Telegramm des Kaisers an den Zaren: Nun sei er zu Verteidigungsmaßregeln gezwungen (D. Wb.). Damit war natürlich auch Greys letzter Vermittlungsversuch in Berlin (Br. Wb. 111) gegenstandslos geworden. — Die deutsche Regierung richtet befristete Anfragen nach St. Petersburg (D. Wb. 24) und Paris (D. Wb. 25). — Da die Mehrheit des britischen Kabinetts einen Krieg um Serbiens willen und die Geheimabkommen mit Frankreich und Rußland (Flottenkonventionen usw.) nicht gutheißt, droht Grey mit seinem Rücktritt, erklärt sich jedoch bereit, Deutschlands Stellung zur belgischen Neutralität abzuwarten. Er wirft geschickt diese Frage auf (Br. Wb. 114f.) und telegraphiert seinem Pariser Botschafter Bertie, die britische Regierung werde bei Eintritt einer neuen Entwicklung die Frage, ob sie zum Einschreiten verpflichtet sei, noch einmal erwägen (Br. Wb. 116). Poincaré richtet einen persönlichen Appell an König Georg (Br. Wb. vom 20. Febr. 1915). — Die französische Regierung gibt die Einberufungsbefehle zur Post. Am Abend wird der Sozialist und Friedensfreund Jean Jaurès ermordet. — *In Deutschland* wird der *Kriegszustand* gegenüber Rußland erklärt. — Ssasonow dankt der britischen Regierung für ihre feste Haltung (R. Orb. 69 und Br. Wb. 120). Staatssekretär v. Jagow stellt dem britischen Botschafter Goschen gegenüber fest, daß die russische Mobilisation alle Vermittlungsversuche vernichtet habe (Br. Wb. 121). — In Österreich-Ungarn erfolgt *die allgemeine Mobilmachung*. Die Österreicher betreten serbischen Boden. — *Belgien* ordnet die *Mobilisation* an (Belg. Graub. 10).

1. August. *Russische Truppen überschreiten am Nachmittage die deutsche Grenze. Damit beginnt Rußland den Krieg.* — Der Kaiser richtet eine Instruktion an den Grafen Pourtalès für den Fall einer unbefriedigenden Antwort Rußlands (D. Wb. 26). — Rußland läßt die gestellte Frist ablaufen, ohne zu antworten. — Frankreich gibt die ausweichende Antwort, »es werde das tun, was seine Interessen ihm geböten«. — Der britische Kabinettsrat setzt eine Denkschrift auf, die die Bedingungen enthält, unter denen Großbritannien zur Wahrung des Friedens bereit ist. Grey legt diese Denkschrift dem deutschen Botschafter nicht vor. — Belgien beschlagnahmt deutsches, zur Durchfuhr in Antwerpen liegendes Getreide. — *Die deutsche Mobilmachung* wird befohlen. — Auf Grund einer vom Botschafter Fürsten Lichnowsky angeblich mißverstandenen Frage Greys erbietet sich Kaiser Wilhelm, Frankreich nicht anzugreifen, wenn sich Großbritannien mit seiner gesamten Macht für die französische Neutralität verbürge. Grey verweigert Lichnowsky die gewünschte Neutralitätserklärung wegen früherer Verpflichtungen, teilt aber weder dem Kabinettsrate am 2. August, noch dem Parlament am 3. August, noch der französischen Regierung hierüber etwas mit. Auch eine deutsche Verpflichtung zur Nichtverletzung der belgischen Neutralität oder die Verbürgung der Integrität Frankreichs einschließlich seiner Kolonien genügt ihm nicht als Bedingung dafür, daß England neutral bleibe: Unter dem Vorwande, die Hände frei behalten zu müssen, gesteht er gerade ein, bereits gebunden zu sein. Denn an demselben Tage noch erklärt Grey dem französischen Botschafter Paul Cambon, er werde morgen dem Kabinette vorschlagen, daß die britische Flotte eine Durchfahrt der deutschen Flotte durch den Kanal, jedenfalls aber eine feindliche Demonstration vor der französischen Küste verhindern solle (Franz. Gelbb. 126). — Kaiser Franz Joseph telegraphiert an König Viktor Emanuel III. (Rotbuch über Italien, 21), daß er die identische Auslegung des Dreibundvertrags durch die verbündeten Regierungen mit Befriedigung feststelle, und daß er glücklich sei, auf die Hilfe seiner Verbündeten rechnen zu können. — Der italienische Ministerrat beschließt angesichts des defensiven Charakters des Dreibundvertrags, durch eine offensive Unternehmung eines der beiden Verbündeten, über die er im Dunkeln gelassen worden sei, nicht gebunden zu sein, und behält sich die Entschließung vor, ohne seine freundliche Haltung gegen die Verbündeten aufzugeben (veröffentlicht am 2. August).

Der 2. August (Sonntag) ist der erste Tag der deutschen Mobilmachung. — Die ohne Fühlung mit Frankreich lancierte mißverständliche Anregung Greys an Lichnowsky vom 1. August wird als aussichtslos aufgegeben. — *Frankreich eröffnet die Feindseligkeiten*: Flieger werfen Bomben auf die Eisenbahnstrecken Nürnberg–Kitzingen und Nürnberg–Ansbach; eine Reiterpatrouille überschreitet die Grenze. — Dem russischen Botschafter Swerbejew werden die Pässe zugestellt. — König Viktor Emanuel III. antwortet auf Kaiser Franz Josephs Telegramm vom 1. August, Italien werde eine herzlich freundschaftliche Haltung bewahren (Rotb. über Italien, 23). Minister des Äußern Marchese di San Giuliano bestreitet den casus foederis, betont aber ebenfalls die »aufrichtig freundschaftlichen Gefühle« Italiens (dasselbe Rotb., 26). — Unmittelbar nach der Sitzung des britischen Kabinetts am Morgen (vgl. Franz. Gelbb. 137) übergibt Grey dem französischen Botschafter Cambon folgendes Memorandum: »Kommt die deutsche Flotte in den Kanal oder durch die Nordsee, um feindlich gegen Frankreichs Küsten oder Schiffahrt vorzugehen, so wird die britische Flotte diese Macht voll unterstützen. Dies Versprechen unterliegt aber als Teil der britischen Regierungspolitik noch der Billigung durch das Parlament und bindet die britische Regierung nicht vor dem Eintreten der oben bezeichneten Möglichkeit.« Hinsichtlich der luxemburgischen Neutralität stehe er auf dem Standpunkte der Lords Derby und Clarendon von 1867. Dagegen werde eine Verletzung der belgischen Neutralität (durch Deutschland! — sonst nicht) wohl als casus belli betrachtet werden. — Am Abend um 7 Uhr übergibt der deutsche Vertreter in Brüssel eine Note, worin der belgischen Regierung nahegelegt wird, dem geplanten Durchzuge deutscher Truppen keinen Widerstand entgegenzustellen (Belg. Graub. 20).

3. August. Deutschland erklärt amtlich, von Frankreich angegriffen zu sein; der Kriegszustand sei also durch Frankreich hergestellt. Über Frankreich und Algerien wird der Belagerungszustand verhängt. Das am 2. Aug. abgeschlossene deutsche Weißbuch wird ausgegeben. Grey erklärt im Unterhaus folgendes: Im Falle daß ein deutsches Geschwader den Kanal passiere oder die Nordsee hinauffahre und die britischen Inseln umschiffe, um Frankreichs Küsten oder Kriegsflotte anzugreifen und seine Handelsflotte zu beunruhigen, werde das britische Geschwader eingreifen, um die französische Flotte zu unterstützen, so daß sich von diesem Augenblick an England und Deutschland miteinander im Kriegszustande befinden würden (vgl. Franz. Gelbb. 143). — Belgien erteilt eine ablehnende Antwort an Deutschland, dessen Anfrage vom 2. August

durch die belgische Regierung in gefälschtem Auszuge veröffentlicht wird. Das Angebot sofortiger Unterstützung durch fünf französische Armeekorps wird von Belgien vorläufig abgelehnt. Daraufhin trifft der französische Generalstab andere Verfügungen, d. h. er überläßt die Verteidigung des verbündeten Königreichs den Belgiern selbst. — Zwischen Deutschland und Belgien tritt durch Abbruch der Beziehungen der Kriegszustand ein.

Der 4. August ist der denkwürdige Tag der ersten großen Kriegssitzung des deutschen Reichstags. Auf die Thronrede (s. d., S. 145) des deutschen Kaisers folgen die Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg (s. S. 146) und darauf die einstimmige Annahme der Kriegsgesetze. Staatssekretär v. Jagow trägt dem Fürsten Lichnowsky auf, der britischen Regierung zu versichern, daß Deutschland nicht beabsichtige, belgisches Gebiet wegzunehmen. »Deutschland hat Holland gegenüber sein Wort verpfändet, seine Neutralität zu achten. Eine Einverleibung belgischen Gebietes (man achte darauf, daß von einer Einverleibung ganz Belgiens hier nicht die Rede ist!) ohne gleichzeitige Erwerbung von Boden auf Kosten Hollands wäre unnütz. Nach tadelloser Information plante Frankreich einen Angriff quer durch Belgien — dem durfte Deutschland nicht ausgesetzt werden. Es handelte sich für es um eine Frage auf Leben und Tod, hierin Frankreich zuvorzukommen« (Br. Wb. 157). — Nachmittags 7 Uhr läuft in Berlin die Kriegserklärung Großbritanniens ein mit dem Vorwand einer deutschen Verletzung der belgischen Neutralität. — Poincaré erläßt eine Kriegsproklamation. — Italien läßt in Wien versichern, es wolle in keiner Weise aus Österreich-Ungarns anderweiter Inanspruchnahme Nutzen ziehen (Rotbuch über Italien, 29). Generalstabschef Cadorna antwortet auf eine Anfrage Conrads v. Hötzendorf, des k. u. k. Generalstabschefs: »Konferenzen gegenstandslos, da Ministerrat Neutralität Italiens beschlossen. Leichte Mobilisierung angeordnet. Wenn Österreich-Ungarn den Lovčen nicht besetzt und Gleichgewicht in der Adria nicht stört, wird Italien niemals gegen Österreich-Ungarn vorgehen« (dasselbe Rotb. 31).

5. August. Der belgische Gesandte in London, Graf Lalaing, kündigt an, die britische Flotte werde die freie Durchfahrt auf der Schelde zur Wiederverproviantierung Antwerpens sichern (Belg. Graub. 49). — Graf Berchtold beauftragt den Grafen Szapary in St. Petersburg, die Kriegserklärung Österreich-Ungarns auszusprechen (Rotb. 59; ausgeführt am 6. August).

Die nächsten Wochen bringen nunmehr in schneller Folge die Lösungen der Beziehungen der in den Krieg verwickelten Länder; den Verlauf dieser Ereignisse kennzeichnen die nachstehenden Daten:

6. August. Österreich-Ungarn sieht sich als im Kriegszustande mit Rußland befindlich an (R. Orb. 79). — Serbien bricht (laut Beschlusses vom 4. August) die Beziehungen zu Deutschland ab (Rotb. 50 f.).

7. August. Montenegro erklärt Österreich-Ungarn den Krieg.

10. August. Kriegserklärung Frankreichs gegen Österreich-Ungarn (Rotb. 63).

11. August. Montenegro erklärt Deutschland den Krieg.

13. August. Von Mitternacht an betrachtet sich Großbritannien als im Kriegszustand mit Österreich-Ungarn befindlich (Rotb. 65).

19. August. Japan richtet ein Ultimatum an Deutschland (Neuausg. des D. Wb. III, 29; Rotb. 66).

22. August. Abbruch der Beziehungen Österreich-Ungarns zu Belgien (Rotb. 67).

23. August. Abbruch der Beziehungen zwischen Deutschland und Japan (Neuausg. des D. Wb. III, 30; Rotb. 68).

24. August. Österreich-Ungarn schließt sich gegenüber Japan dem Verhalten Deutschlands an (Rotb. 69).

Literatur. Herm. Bächtold, Die geschichtlichen Grundlagen des Weltkrieges (Zürich 1915); Max Beer, Das Regenbogen-Buch: Deutsches Weißbuch, österreichisch-ungarisches Rotbuch, englisches Blaubuch usw. Die europäischen Kriegsverhandlungen. Die maßgebenden Dokumente übersetzt und erläutert (Bern 1915; geschickt angeordneter Auszug aus den wichtigsten Urkunden); »Belgische Aktenstücke 1905 bis 1914. Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Äußern in Brüssel. Herausgegeben vom Auswärtigen Amt« (Berlin 1915; die Schiemannschen Einführungen zum Vorabdrucke dieser Geheimberichte in der »Nordd. Allg. Ztg.« Ende Juli/August 1915 sind in der Buchausgabe weggeblieben); Ludw. Bergsträßer, Die diplomatischen Kämpfe vor Kriegsausbruch. Eine kritische Studie (Münch. 1915; sucht Grey zu entlasten); Theod. Bitterauf, Die deutsche Politik und die Entstehung des Krieges (das. 1915); »Der Krieg von 1914. Dokumente über seinen Ursprung« (mehrere Hefte, Genf 1914); Karl Helfferich, Die Entstehung des Weltkrieges im Lichte der Veröffentlichungen der Dreiverbandsmächte (Neudruck der Sonderbeilage der »Nordd. Allg. Ztg.« vom 26. Jan. 1915; Ergebnis: Rußland der Brandstifter, Frankreich und England die Mitschuldigen); Hans F. Helmolt, Die geheime Vorgeschichte des Weltkrieges (Leipz. 1914; hat dem Vorstehenden im wesentlichen zur Unterlage gedient); Otto Hintze, Friedr. Meinecke, Herm. Oncken und Herm. Schumacher, Deutschland und der Weltkrieg (das. 1915; 2. Aufl. 1916, 2 Bde.); Emil Petri, Die mittelbaren und unmittelbaren Ursachen des Weltkrieges (Straßb. 1915); »Randglossen zum Französischen Gelbbuch. Gesammelte Gegenerklärungen und Kritiken« (Berl. 1915); [Friedr. Siegmund-Schultze:] Das englische Weißbuch in deutscher Übersetzung (Sonderdruck aus der Vierteljahrsschrift »Die Eiche« II, 4, Berl. 1914; wichtig wegen des Vorworts); Karl Strupp, Die Vorgeschichte und der Ausbruch des Krieges von 1914 (Sonderdruck aus der »Zeitschr. für Völkerrecht« VIII, 6, Frankf. a. M. 1914); M. P. C. Valter, Neue Beiträge zur Entstehungsgeschichte des Weltkrieges 1914 (aus dem Holländ. übers., Berl. 1915).

Zum Kriegsausbruch

Von den vor bzw. bei Ausbruch des Krieges erfolgten **amtlichen Verlautbarungen und Kundgebungen** sind von besonderer historischer Bedeutung: der Notenaustausch zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, der zwischen Deutschland und Belgien, das deutsche »Weißbuch« sowie die Thronrede des Kaisers und die Rede des deutschen Reichskanzlers in der ersten Kriegssitzung des Reichstags; sie werden nachstehend wiedergegeben.

I. Der österreichisch-serbische Notenaustausch.

Die Noten zwischen Österreich-Ungarn und Serbien vor Beginn des Weltkrieges im Juli 1914 zeigen die beiderseitigen Auffassungen und Forderungen und bilden die wichtigsten Dokumente zum Verständnis der für den Ausbruch des Krieges zwischen diesen beiden Ländern in Betracht kommenden Vorgänge.

Die Note Österreich-Ungarns an Serbien,
überreicht am 23. Juli 1914 in Belgrad.

Am 31. März 1909 hat der Königlich Serbische Gesandte am Wiener Hofe im Auftrage seiner Regierung der Kaiserlichen und Königlichen Regierung folgende Erklärung abgegeben:

»Serbien anerkennt, daß es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde, und daß es sich demgemäß den Entschließungen anpassen wird, welche die Mächte in bezug auf Artikel 25 des Berliner Vertrags treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und des Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit vergangenem Oktober eingenommen hat, aufzugeben, und verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Österreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem letzteren auf dem Fuße freundnachbarlicher Beziehungen zu leben.«

Die Geschichte der letzten Jahre nun, und insbesondere der schmerzlichen Ereignisse des 28. Juni, haben das Vorhandensein einer subversiven Bewegung in Serbien erwiesen, deren Ziel es ist, von der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gewisse Teile ihres Gebiets loszutrennen. Diese Bewegung, die unter den Augen der serbischen Regierung entstand, hat in der Folge jenseits des Gebiets des Königreichs durch Akte des Terrorismus, durch eine Reihe von Attentaten und durch Morde Ausdruck gefunden.

Weit entfernt, die in der Erklärung vom 31. März 1909 enthaltenen formellen Verpflichtungen zu erfüllen, hat die Königlich Serbische Regierung nichts getan, um diese Bewegung zu unterdrücken. Sie duldete das verbrecherische Treiben der verschiedenen gegen die Monarchie gerichteten Vereine und Vereinigungen, die zügellose Sprache der Presse, die Verherrlichung der Urheber von Attentaten, die Teilnahme von Offizieren und Beamten an subversiven Umtrieben, sie duldete eine ungesunde Propaganda im öffentlichen Unterricht und duldete schließlich alle Manifestationen, welche die serbische Bevölkerung zum Hasse gegen die Monarchie und zur Verachtung ihrer Einrichtungen verleiten konnten.

Diese Duldung, der sich die Königlich Serbische Regierung schuldig machte, hat noch in jenem Moment angedauert, in dem die Ereignisse des 28. Juni der ganzen Welt die grauenhaften Folgen solcher Duldung zeigten.

Es erhellt aus den Aussagen und Geständnissen der verbrecherischen Urheber des Attentats vom 28. Juni, daß der Mord von Sarajevo in Belgrad ausgeheckt wurde, daß die Mörder die Waffen und Bomben, mit denen sie ausgestattet waren, von serbischen Offizieren und Beamten erhielten, die der »Narodna Odbrana« angehörten, und daß schließlich die Beförderung der Verbrecher und deren Waffen nach Bosnien von leitenden serbischen Grenzorganen veranstaltet und durchgeführt wurde.

Die angeführten Ergebnisse der Untersuchung gestatten es der k. und k. Regierung nicht, noch länger die Haltung zuwartender Langmut zu beobachten, die sie durch Jahre jenen Treibereien gegenüber eingenommen hatte, die ihren Mittelpunkt in Belgrad haben und von da auf die Gebiete der Monarchie übertragen werden. Diese Ergebnisse legen der k. und k. Regierung vielmehr die Pflicht auf, Umtrieben ein Ende zu bereiten, die eine beständige Bedrohung für die Ruhe der Monarchie bilden.

Um diesen Zweck zu erreichen, sieht sich die k. und k. Regierung gezwungen, von der serbischen Regierung eine offizielle Versicherung zu verlangen, daß sie die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda verurteilt, das heißt die Gesamtheit der Bestrebungen, deren Endziel es ist, von der Monarchie Gebiete loszulösen, die ihr angehören, und daß sie sich verpflichtet, diese verbrecherische und terroristische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Um diesen Verpflichtungen einen feierlichen Charakter zu geben, wird die Königlich Serbische Regierung auf der ersten Seite ihres offiziellen Organs vom 26./13. Juli nachfolgende Erklärung veröffentlichen:

»Die Königlich Serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda, das heißt die Gesamtheit jener Bestrebungen, deren Ziel es ist, von der Österreichisch-Ungarischen Monarchie Gebiete loszutrennen, die ihr angehören, und sie bedauert aufrichtigst die grauenhaften Folgen dieser verbrecherischen Handlungen.

Die Königlich Serbische Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Beamte an der vorgenannten Propaganda teilgenommen und damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen sich die Königliche Regierung durch ihre Erklärung vom 31. März 1909 feierlichst verpflichtet hatte.

Die Königliche Regierung, die jeden Gedanken oder jeden Versuch einer Einmischung in die Geschicke der Bewohner was immer eines Teiles Österreich-Ungarns mißbilligt und zurückweist, erachtet es für ihre Pflicht, die Offiziere und Beamten und die gesamte Bevölkerung des Königreichs ganz ausdrücklich aufmerksam zu machen, daß sie künftighin mit äußerster Strenge gegen jene Personen vorgehen wird, die sich derartiger Handlungen schuldig machen sollten, Handlungen, denen vorzubeugen und die zu unterdrücken sie alle Anstrengungen machen wird.«

Diese Erklärung wird gleichzeitig zur Kenntnis der Königlichen Armee durch einen Tagesbefehl Seiner Majestät des Königs gebracht und in dem offiziellen Organ der Armee veröffentlicht werden.

Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich überdies,

1. jede Publikation zu unterdrücken, die zum Haß und zur Verachtung der Monarchie aufreizt, und

deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität der letzteren gerichtet ist,

2. sofort mit der Auflösung des Vereins »Narodna Odbrana« vorzugehen, dessen gesamte Propagandamittel zu konfiszieren und in derselben Weise gegen die anderen Vereine und Vereinigungen in Serbien einzuschreiten, die sich mit der Propaganda gegen Österreich-Ungarn beschäftigen. Die Königliche Regierung wird die nötigen Maßregeln treffen, damit die aufgelösten Vereine nicht etwa ihre Tätigkeit unter anderem Namen oder in anderer Form fortsetzen,
3. ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien, sowohl was den Lehrkörper als auch was die Lehrmittel betrifft, alles zu beseitigen, was dazu dient oder dienen könnte, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren,
4. aus dem Militärdienst und der Verwaltung im allgemeinen alle Offiziere und Beamte zu entfernen, die der Propaganda gegen Österreich-Ungarn schuldig sind, und deren Namen unter Mitteilung des gegen sie vorliegenden Materials der Königlichen Regierung bekanntzugeben sich die k. und k. Regierung vorbehält,
5. einzuwilligen, daß in Serbien Organe der k. und k. Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung mitwirken,
6. eine gerichtliche Untersuchung gegen jene Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni einzuleiten, die sich auf serbischem Territorium befinden.

   Von der k. und k. Regierung hierzu delegierte Organe werden an den bezüglichen Erhebungen teilnehmen.
7. mit aller Beschleunigung die Verhaftung des Majors Voislav Tankosic und eines gewissen Milan Ciganovic, serbischen Staatsbeamten, vorzunehmen, welche durch die Ergebnisse der Untersuchung kompromittiert sind,
8. durch wirksame Maßnahmen die Teilnahme der serbischen Behörden an dem Einschmuggeln von Waffen und Explosivkörpern über die Grenze zu verhindern,

   jene Organe des Grenzdienstes von Šabac und Loznica, die den Urhebern des Verbrechens von Sarajevo bei dem Übertritt über die Grenze behilflich waren, aus dem Dienste zu entlassen und strenge zu bestrafen,
9. der k. und k. Regierung Aufklärungen zu geben über die nicht zu rechtfertigenden Äußerungen hoher serbischer Funktionäre in Serbien und dem Auslande, die ihrer offiziellen Stellung ungeachtet nicht gezögert haben, sich nach dem Attentat vom 28. Juni in Interviews in feindlicher Weise gegen Österreich-Ungarn auszusprechen,
10. die k. und k. Regierung ohne Verzug von der Durchführung der in den vorigen Punkten zusammengefaßten Maßnahmen zu verständigen.

Beilage.

Die bei dem Gericht in Sarajevo gegen den Gabrilo Princip und Genossen wegen des am 28. Juni d. J. begangenen Meuchelmordes beziehungsweise wegen Mitschuld hieran anhängige Strafuntersuchung hat bisher zu folgenden Feststellungen geführt:

1. Der Plan, den Erzherzog Franz Ferdinand während seines Aufenthaltes in Sarajevo zu ermorden, wurde in Belgrad von Gabrilo Princip, Nedeljko Gabrinovic, einem gewissen Milan Ciganovic und Trifko Grabec unter Beihilfe des Majors Voislav Tankosic ausgeheckt.
2. Die sechs Bomben und vier Browningpistolen, deren sich die Verbrecher als Werkzeuge bedienten, wurden dem Princip, Gabrinovic und Grabec in Belgrad von einem gewissen Milan Ciganovic und dem Major Voislav Tankosic verschafft und übergeben.
3. Die Bomben sind Handgranaten, die dem Waffendepot der serbischen Armee in Kragujevac entstammen.
4. Um das Gelingen des Attentats zu sichern, unterwies Milan Ciganovic den Princip, den Gabrinovic und Grabec in der Handhabung der Granaten und gab in einem Walde neben dem Schießfelde von Topčider dem Princip und Grabec Unterricht im Schießen mit Browningpistolen.
5. Um dem Princip, Gabrinovic und Grabec den Übergang über die bosnisch-herzegovinische Grenze und die Einschmuggelung ihrer Waffen zu ermöglichen, wurde ein ganzes geheimes Transportsystem durch Ciganovic organisiert. Der Eintritt der Verbrecher samt ihren Waffen nach Bosnien und der Herzegovina wurde von den Grenzhauptleuten von Šabac (Rade Popovic) und Loznica sowie von den Zollorganen Rudivoj Grbic von Loznica mit Beihilfe mehrerer anderer Personen durchgeführt.

Die Antwort Serbiens.

Überreicht in Wien am 25. Juli 1914.

Die Königliche Regierung hat die Mitteilung der k. und k. Regierung vom 10. [23.] d. M. erhalten und ist überzeugt, daß ihre Antwort jedes Mißverständnis zerstreuen wird, das die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen der Österreichischen Monarchie und dem Königreich Serbien zu stören droht.

Die Königliche Regierung ist sich bewußt, daß der großen Nachbarmonarchie gegenüber bei keinem Anlaß jene Proteste erneuert wurden, die seinerzeit sowohl in der Skupschtina als auch in Erklärungen und Handlungen der verantwortlichen Vertreter des Staates zum Ausdruck gebracht wurden, und die durch die Erklärung der serbischen Regierung vom 18. März 1909 ihren Abschluß gefunden haben, sowie weiter, daß seit jener Zeit weder von den verschiedenen einander folgenden Regierungen des Königreichs noch von deren Organen der Versuch unternommen wurde, den in Bosnien und der Herzegovina geschaffenen politischen und rechtlichen Zustand zu ändern. Die Königliche Regierung stellt fest, daß die k. und k. Regierung in dieser Richtung keinerlei Vorstellung erhoben hat, abgesehen von dem Falle eines Lehrbuches, hinsichtlich dessen die k. und k. Regierung eine vollkommen befriedigende Aufklärung erhalten hat. Serbien hat während der Dauer der Balkankrise in zahlreichen Fällen Beweise für seine pazifistische und gemäßigte Politik geliefert, und es ist nur Serbien und den Opfern, die es ausschließlich im Interesse des europäischen Friedens gebracht hat, zu danken, wenn dieser Friede erhalten geblieben ist.

Anmerkung der österr.-ungar. Regierung: Die Königlich Serbische Regierung beschränkt sich darauf, festzustellen, daß seit Abgabe der Erklärung vom 18. März 1909 von seiten der Serbischen Regierung und ihrer Organe kein Versuch zur Änderung der Stellung Bosniens und der Herzegovina unternommen wurde.

Damit verschiebt sie in bewußt willkürlicher Weise die Grundlage unserer Demarche, da wir nicht die Behauptung aufgestellt haben, daß sie und ihre Organe in dieser Richtung offiziell irgend etwas unternommen hätten.

Unser Gravamen geht vielmehr dahin, daß sie es trotz der in der zitierten Note übernommenen Verpflichtungen unterlassen hat, die gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtete Bewegung zu unterdrücken.

Ihre Verpflichtung bestand also darin, die ganze Richtung ihrer Politik zu ändern und zur Österreichisch-Ungarischen Monarchie in ein freundnachbarliches Verhältnis zu treten, nicht bloß die Zugehörigkeit Bosniens zur Monarchie offiziell nicht anzutasten.

Die Königliche Regierung kann nicht für Äußerungen privaten Charakters verantwortlich gemacht werden, wie es Zeitungsartikel und die friedliche Arbeit von Gesellschaften sind, Äußerungen, die fast in allen Ländern ganz gewöhnliche Erscheinungen sind, und die sich im allgemeinen der staatlichen Kontrolle entziehen. Dies um so weniger, als die Königliche Regierung bei der Lösung einer ganzen Reihe von Fragen, die zwischen Serbien und Österreich-Ungarn aufgetaucht waren, großes Entgegenkommen bewiesen hat, wodurch es ihr gelungen ist, deren größeren Teil zugunsten des Fortschritts der beiden Nachbarländer zu lösen.

Anm. d. ö.-u. Reg.: Die Behauptung der Königlich Serbischen Regierung, daß die Äußerungen der Presse und die Tätigkeit von Vereinen privaten Charakter haben und sich der staatlichen Kontrolle entziehen, steht in vollem Widerspruche zu den Einrichtungen moderner Staaten, selbst der freiheitlichsten Richtung auf dem Gebiete des Preß- und Vereinsrechts, das einen öffentlich-rechtlichen Charakter hat und Presse sowie Vereine der staatlichen Aufsicht unterstellt. Übrigens sehen auch die serbischen Einrichtungen eine solche Aufsicht vor. Der gegen die serbische Regierung erhobene Vorwurf geht eben dahin, daß sie es gänzlich unterlassen hat, ihre Presse und ihre Vereine zu beaufsichtigen, deren Wirkung im monarchiefeindlichen Sinne sie kannte.

Die Königliche Regierung war deshalb durch die Behauptungen, daß Angehörige Serbiens an der Vorbereitung des in Sarajevo verübten Attentats teilgenommen hätten, schmerzlich überrascht. Sie hatte erwartet, zur Mitwirkung bei den Nachforschungen über dieses Verbrechen eingeladen zu werden, und war bereit, um ihre vollkommene Korrektheit durch Taten zu beweisen, gegen alle Personen vorzugehen, hinsichtlich welcher ihr Mitteilungen zugekommen wären.

Anm. d. ö.-u. Reg.: Diese Behauptung ist unrichtig. Die serbische Regierung war über den gegen ganz bestimmte Personen bestehenden Verdacht genau unterrichtet und nicht nur in der Lage, sondern auch nach ihren internen Gesetzen verpflichtet, ganz spontan Erhebungen einzuleiten. Sie hat in dieser Richtung gar nichts unternommen.

Den Wünschen der k. und k. Regierung entsprechend ist die Königliche Regierung somit bereit, dem Gericht ohne Rücksicht auf Stellung und Rang jeden serbischen Staatsangehörigen zu übergeben, für dessen Teilnahme an dem Sarajevoer Verbrechen ihr Beweise geliefert werden sollten. Sie verpflichtet sich insbesondere, auf der ersten Seite des Amtsblatts vom 13./26. Juli folgende Enuntiation zu veröffentlichen:

Die Königlich Serbische Regierung verurteilt jede Propaganda, die gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein sollte, d. h. die Gesamtheit der Bestrebungen, die in letzter Linie auf die Losreißung einzelner Gebiete von der Österreichisch-Ungarischen Monarchie abzielen, und sie bedauert aufrichtig die traurigen Folgen dieser verbrecherischen Machenschaften.

Anm. d. ö.-u. Reg.: Unsere Forderung lautete:

»Die Königlich Serbische Regierung verurteilt die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda...«

Die von der Königlich Serbischen Regierung vorgenommene Änderung der von uns geforderten Erklärung will sagen, daß eine solche, gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda nicht besteht, oder daß ihr eine solche nicht bekannt ist. Diese Formel ist unaufrichtig und hinterhältig, da sich die serbische Regierung damit für später die Ausflucht reserviert, sie hätte die derzeit bestehende Propaganda durch diese Erklärung nicht desavouiert und nicht als monarchiefeindlich anerkannt, woraus sie weiter ableiten könnte, daß sie zur Unterdrückung einer der jetzigen Propaganda gleichen nicht verpflichtet sei.

Die Königliche Regierung bedauert, daß laut der Mitteilung der k. und k. Regierung gewisse serbische Offiziere und Funktionäre an der eben genannten Propaganda mitgewirkt, und daß diese damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet hätten, zu deren Beobachtung sich die Königliche Regierung durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich verpflichtet hatte.

Die Regierung ... gleichlautend mit dem geforderten Texte.

Anm. d. ö.-u. Reg.: Die von uns geforderte Formulierung lautete:

»Die Königliche Regierung bedauert, daß serbische Offiziere und Funktionäre ... mitgewirkt haben ...«

Auch mit dieser Formulierung und dem weiteren Beisatz »laut der Mitteilung der k. und k. Regierung« verfolgt die serbische Regierung den bereits oben angedeuteten Zweck, sich für die Zukunft freie Hand zu wahren.

Die Königliche Regierung verpflichtet sich weiter

1. Anläßlich des nächsten ordnungsmäßigen Zusammentritts der Skupschtina in das Preßgesetz eine Bestimmung einzuschalten, wonach die Aufreizung zum Hasse und zur Verachtung gegen die Monarchie sowie jede Publikation strengstens bestraft würde, deren allgemeine Tendenz gegen die territoriale Integrität Österreich-Ungarns gerichtet ist.

Sie verpflichtet sich, anläßlich der demnächst erfolgenden Revision der Verfassung in den Artikel XXII des Verfassungsgesetzes einen Zusatz aufzunehmen, der die Konfiskation derartiger Publikationen gestattet, was nach den klaren Bestimmungen des Artikels XXII der Konstitution derzeit unmöglich ist.

Anm. d. ö.-u. Reg.: Wir hatten gefordert:

»1. Jede Publikation zu unterdrücken, die zum Hasse und zur Verachtung der Monarchie aufreizt, und deren Tendenz gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichtet ist.«

Wir wollen also die Verpflichtung Serbiens herbeiführen, dafür zu sorgen, daß derartige Preßangriffe in Hinkunft unterbleiben; wir wünschten also einen bestimmten Erfolg auf diesem Gebiete sichergestellt zu wissen.

Statt dessen bietet uns Serbien die Erlassung gewisser Gesetze an, welche als Mittel zu diesem Erfolge dienen sollen, und zwar:

a) ein Gesetz, womit die fraglichen monarchiefeindlichen Preßäußerungen subjektiv bestraft werden sollen, was uns ganz gleichgültig ist, um so mehr, als bekanntermaßen die subjektive Verfolgung von Preßdelikten äußerst selten möglich ist und bei einer entsprechend laxen Behandlung eines solchen Gesetzes auch die wenigen Fälle dieser Art nicht zur Bestrafung kommen würden; also ein Vorschlag, der unserer Forderung in keiner Weise entgegenkommt, daher uns nicht die geringste Garantie für den von uns gewünschten Erfolg bietet;

b) ein Nachtragsgesetz zu Artikel XXII der Konstitution, daß die Konfiskation gestattet würde — ein Vorschlag, der uns gleichfalls nicht befriedigen kann, da der Bestand eines solchen Gesetzes in Serbien uns nichts nützt, sondern nur die Verpflichtung der Regierung, es auch anzuwenden, was uns aber nicht versprochen wird.

Diese Vorschläge sind also vollkommen unbefriedigend — dies um so mehr, als sie auch in der Richtung evasiv sind, daß uns nicht gesagt wird, innerhalb welcher Frist diese Gesetze erlassen würden, und daß im Falle der Ablehnung der Gesetzesvorlagen durch die Skupschtina — von der eventuellen Demission der Regierung abgesehen — alles beim alten bliebe.

2. Die Regierung besitzt keinerlei Beweise dafür, und auch die Note der k. und k. Regierung liefert ihr keine solchen, daß der Verein »Narodna Odbrana« und andere ähnliche Gesellschaften bis zum heutigen Tage durch eines ihrer Mitglieder irgendwelche verbrecherische Handlungen dieser Art begangen hätten. Nichtsdestoweniger wird die Königliche Regierung die Forderung der k. und k. Regierung annehmen und die Gesellschaft »Narodna Odbrana« sowie jede Gesellschaft, die gegen Österreich-Ungarn wirken sollte, auflösen.

Anm. d. ö.-u. Reg.: Die monarchiefeindliche Propaganda der »Narodna Odbrana« und der ihr affiliierten Vereine erfüllt in Serbien das ganze öffentliche Leben; es ist daher eine ganz unzulässige Reserve, wenn die serbische Regierung behauptet, daß ihr darüber nichts bekannt ist.

Ganz abgesehen davon, ist die von uns aufgestellte Forderung nicht zur Gänze erfüllt, da wir überdies verlangt haben:

die Propagandamittel dieser Gesellschaft zu konfiszieren;

die Neubildung der aufgelösten Gesellschaften unter anderem Namen und in anderer Gestalt zu verhindern.

In diesen beiden Richtungen schweigt das Belgrader Kabinett vollkommen, so daß uns auch durch die gegebene halbe Zusage keine Garantie dafür geboten ist, daß dem Treiben der monarchiefeindlichen Assoziationen, insbesondere der »Narodna Odbrana«, durch deren Auflösung definitiv ein Ende bereitet wäre.

3. Die Königlich Serbische Regierung verpflichtet sich, ohne Verzug aus dem öffentlichen Unterricht in Serbien alles auszuscheiden, was die gegen Österreich-Ungarn gerichtete Propaganda fördern könnte, falls ihr die k. und k. Regierung tatsächliche Beweise für diese Propaganda liefert.

Anm. d. ö.-u. Reg.: Auch in diesem Falle verlangt die serbische Regierung erst Beweise dafür, daß im öffentlichen Unterrichte Serbiens eine monarchiefeindliche Propaganda getrieben wird, während sie doch wissen muß, daß die bei den serbischen Schulen eingeführten Lehrbücher in dieser Richtung zu beanstandenden Stoff enthalten, und daß ein großer Teil der serbischen Lehrer im Lager der »Narodna Odbrana« und der ihr affiliierten Vereine steht.

Übrigens hat die serbische Regierung auch hier einen Teil unserer Forderungen nicht so erfüllt, wie wir es verlangt haben, indem sie in ihrem Texte den von uns gewünschten Beisatz »sowohl was den Lehrkörper, als auch was die Lehrmittel anbelangt« wegließ — ein Beisatz, welcher ganz klar zeigt, wo die monarchiefeindliche Propaganda in der serbischen Schule zu suchen ist.

4. Die Königliche Regierung ist auch bereit, jene Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst zu entlassen, hinsichtlich welcher durch gerichtliche Untersuchung festgestellt wird, daß sie sich Handlungen gegen die territoriale Integrität der Monarchie haben zuschulden kommen lassen; sie erwartet, daß ihr die k. und k. Regierung zwecks Einleitung des Verfahrens die Namen dieser Offiziere und Beamten und die Tatsachen mitteilt, welche denselben zur Last gelegt werden.

Anm. d. ö.-u. Reg.: Indem die Königlich Serbische Regierung die Zusage der Entlassung der fraglichen Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienst an den Umstand knüpft, daß diese Personen durch ein Gerichtsverfahren schuldig befunden werden, schränkt sie ihre Zusage auf jene Fälle ein, in denen diesen Personen ein strafgesetzlich zu ahndendes Delikt zur Last liegt. Da wir aber die Entfernung jener Offiziere und Beamten verlangen, die monarchiefeindliche Propaganda betreiben, was ja im allgemeinen in Serbien kein gerichtlich strafbarer Tatbestand ist, erscheinen unsere Forderungen auch in diesem Punkte nicht erfüllt.

5. Die Königliche Regierung muß bekennen, daß sie sich über den Sinn und die Tragweite jenes Begehrens der k. und k. Regierung nicht volle Rechenschaft geben kann, welches dahin geht, daß die Königlich Serbische Regierung sich verpflichten soll, auf ihren Gebieten die Mitwirkung von Organen der k. und k. Regierung zuzulassen, doch erklärt sie, daß sie jede Mitwirkung anzunehmen bereit wäre, welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundnachbarlichen Beziehungen entsprechen würde.

Anm. d. ö.-u. Reg.: Mit dieser Frage hat das allgemeine Völkerrecht ebensowenig etwas zu tun wie das Strafprozeßrecht: es handelt sich um eine Angelegenheit rein staatspolizeilicher Natur, die im Wege einer besonderen Vereinbarung zu lösen ist. Die Reserve Serbiens ist daher unverständlich und wäre bei ihrer vagen allgemeinen Form geeignet, zu unüberbrückbaren Schwierigkeiten bei Abschluß des zu treffenden Abkommens zu führen.

6. Die Königliche Regierung hält es selbstverständlich für ihre Pflicht, gegen alle jene Personen eine Untersuchung einzuleiten, die an dem Komplott vom 15./28. Juni beteiligt waren oder beteiligt gewesen sein sollen, und die sich auf ihrem Gebiete befinden. Was die Mitwirkung von hierzu speziell delegierten Organen der k. und k. Regierung an dieser Untersuchung anbelangt, so kann sie eine solche nicht annehmen, da dies eine Verletzung der Verfassung und des Strafprozeßgesetzes wäre. Doch könnte den österreichisch-ungarischen Organen in einzelnen Fällen Mitteilung von den Ergebnissen der Untersuchung gemacht werden.

Anm. d. ö.-u. Reg.: Unser Verlangen war ganz klar und nicht mißzudeuten. Wir begehren 1) Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen die Teilnehmer des Komplotts, 2) Teilnahme von k. und k. Organen an den hierauf bezüglichen Erhebungen (recherche im Gegensatz zu enquête judiciaire), 3) es ist uns nicht beigefallen, k. und k. Organe an dem serbischen Gerichtsverfahren teilnehmen zu lassen: sie sollten nur an den polizeilichen Vorerhebungen mitwirken, welche das Material für die Untersuchung herbeizuschaffen und sicherzustellen hatten.

Wenn die serbische Regierung uns hier mißversteht, so tut sie dies bewußt, denn der Unterschied zwischen enquête judiciaire und den einfachen Recherchen muß ihr geläufig sein.

Da sie sich jeder Kontrolle des einzuleitenden Verfahrens zu entziehen wünschte, das bei korrekter Durchführung höchst unerwünschte Ergebnisse für sie liefern würde, und da sie keine Handhabe besitzt, in plausibler Weise die Mitwirkung unserer Organe an dem polizeilichen Verfahren abzulehnen (Analogien für solche polizeilichen Interventionen bestehen in großer Menge), hat sie sich auf einen Standpunkt begeben, der ihrer Ablehnung den Schein der Berechtigung geben und unserem Verlangen den Stempel der Unerfüllbarkeit aufdrücken soll.

7. Die Königliche Regierung hat noch am Abend des Tages, an dem ihr die Note zukam, die Verhaftung des Majors Voislav Tankosic verfügt. Was aber den Milan Ciganovic anbelangt, der ein Angehöriger der Österreichisch-Ungarischen Monarchie ist, und der bis zum 15. Juni (als Aspirant) bei der Eisenbahndirektion bedienstet war, so konnte dieser bisher nicht ausgeforscht werden, weshalb ein Steckbrief gegen ihn erlassen wurde.

Die k. und k. Regierung wird gebeten, zwecks Durchführung der Untersuchung sobald als möglich die bestehenden Verdachtsgründe und die bei der Untersuchung in Sarajevo gesammelten Schuldbeweise in der bezeichneten Form bekanntzugeben.

Anm. d. d.-u. Reg.: Diese Antwort ist hinterhältig. Ciganovic ging laut der von uns veranlaßten Nachforschung drei Tage nach dem Attentat, als bekannt wurde, daß Ciganovic an dem Komplotte beteiligt war, auf Urlaub und begab sich im Auftrag der Polizeipräfektur in Belgrad nach Ribari. Es ist also zunächst unrichtig, daß Ciganovic schon am 15./28. Juni aus dem serbischen Staatsdienst schied. Hierzu kommt, daß der Polizeipräfekt von Belgrad, der die Abreise des Ciganovic selbst veranlaßt hat, und der wußte, wo dieser sich aufhielt, in einem Interview erklärte ein Mann namens Milan Ciganovic existiere in Belgrad nicht.

8. Die serbische Regierung wird die bestehenden Maßnahmen gegen die Unterdrückung des Schmuggels von Waffen und Explosivstoffen verschärfen und erweitern.

Es ist selbstverständlich, daß sie sofort eine Untersuchung einleiten und jene Beamten des Grenzdienstes in der Linie Sabac–Loznica streng bestrafen wird, die ihre Pflicht verletzt und die Urheber des Verbrechens die Grenze haben überschreiten lassen.

9. Die Königliche Regierung ist gern bereit, Erklärungen über die Äußerungen zu geben, welche ihre Beamten in Serbien und im Ausland nach dem Attentat in Interviews gemacht haben, und die nach der Behauptung der k. und k. Regierung der Monarchie feindselig waren, sobald die k. und k. Regierung die Stellen dieser Ausführungen bezeichnet und bewiesen haben wird, daß diese Äußerungen von den betreffenden Funktionären tatsächlich gemacht worden sind. Die Königliche Regierung wird selbst Sorge tragen, die nötigen Beweise und Überführungsmittel hierfür zu sammeln.

Anm. d. d.-u. Reg.: Der Königlich Serbischen Regierung müssen die bezüglichen Interviews ganz genau bekannt sein. Wenn sie von der k. und k. Regierung verlangt, daß diese ihr allerlei Details über die Interviews liefere, und sich eine förmliche Untersuchung hierüber vorbehält, zeigt sie, daß sie auch die Forderung nicht ernstlich erfüllen will.

10. Die Königliche Regierung wird, sofern dies nicht schon in dieser Note geschehen ist, die k. und k. Regierung von der Durchführung der in den vorstehenden Punkten enthaltenen Maßnahmen in Kenntnis setzen, sobald eine dieser Maßregeln angeordnet und durchgeführt wird.

Die Königlich Serbische Regierung glaubt, daß es im gemeinsamen Interesse liegt, die Lösung dieser Angelegenheit nicht zu überstürzen, und ist daher, falls sich die k. und k. Regierung durch diese Antwort nicht für befriedigt erachten sollte, wie immer bereit, eine friedliche Lösung anzunehmen, sei es durch Übertragung der Entscheidung dieser Frage an das Internationale Gericht im Haag, sei es durch Überlassung der Entscheidung an die Großmächte, welche an der Ausarbeitung der von der serbischen Regierung am 18./31. März 1909 abgegebenen Erklärung mitgewirkt haben.

* * *

Sofort nach Überreichung der vorstehenden serbischen Note zeigte der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Frhr. v. Giesl, der serbischen Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen an und verließ mit dem Gesandtschaftspersonal Belgrad.

II. Der deutsch-belgische Notenaustausch.

Um bald nach Ausbruch des Krieges Belgien die Schrecknisse weiterer Kämpfe zu ersparen, richtete die deutsche Regierung durch Vermittlung einer neutralen Macht am 8. August 1914 an Belgien die nachfolgende Note:

Die Festung Lüttich ist nach tapferer Gegenwehr im Sturm genommen worden. Die deutsche Regierung bedauert es auf das tiefste, daß es infolge der Stellungnahme der belgischen Regierung gegen Deutschland zu blutigen Zusammenstößen gekommen ist. Deutschland kommt nicht als Feind nach Belgien. Nur unter dem Zwang der Verhältnisse hat es angesichts der militärischen Maßnahmen Frankreichs den schweren Entschluß fassen müssen, in Belgien einzurücken, und Lüttich als Stützpunkt für seine weiteren militärischen Operationen besetzen müssen.

Nachdem die belgische Armee in heldenmütigem Widerstand gegen die große Überlegenheit ihre Waffenehre auf das glänzendste gewahrt hat, bittet die deutsche Regierung S. M. den König und die belgische Regierung, Belgien die weiteren Schrecken des Krieges zu ersparen. Die deutsche Regierung ist zu jedem Abkommen mit Belgien bereit, das sich irgendwie mit Rücksicht auf ihre Auseinandersetzung mit Frankreich vereinigen läßt.

Deutschland versichert nochmals feierlichst, daß es nicht von der Absicht geleitet gewesen ist, sich belgisches Gebiet anzueignen, und daß ihm diese Absicht durchaus fernliegt. Deutschland ist noch immer bereit, das belgische Königreich unverzüglich zu räumen, sobald die Kriegslage es ihm gestattet.

Diese Note wurde von Belgien am 13. August 1914 mit folgender Antwort erwidert:

Der von uns der deutschen Regierung unterbreitete Vorschlag wiederholt die in dem Ultimatum vom 2. August formulierte Forderung. Getreu seinen internationalen Verpflichtungen kann Belgien nur seine Antwort auf dieses Ultimatum wiederholen, um so mehr, als seit dem 3. August seine Neutralität verletzt und ein schmerzvoller Krieg in sein Gebiet getragen worden ist und die Garantiemächte loyal und unverzüglich seinem Hilferuf entsprochen haben.

Die Fortsetzung des Kampfes wurde also von Belgien gewünscht.

In der am 2. August 1914 dem deutschen Gesandten in Brüssel gegebenen telegraphischen Anweisung zur Darlegung des deutschen Standpunktes gegenüber der belgischen Regierung waren die Gründe für das Vorgehen Deutschlands und die Richtlinien für sein zukünftiges Verhalten folgendermaßen angegeben:

»Der Kaiserlichen Regierung liegen zuverlässige Nachrichten vor über den beabsichtigten Aufmarsch französischer Streitkräfte an der Maasstrecke Givet–Namur. Sie lassen keinen Zweifel über die Absicht Frankreichs, durch belgisches Gebiet gegen Deutschland vorzugehen.

Die Kaiserliche Regierung kann sich der Besorgnis nicht erwehren, daß Belgien, trotz besten Willens, nicht imstande sein wird, ohne Hilfe einen französischen Vormarsch mit so großer Aussicht auf Erfolg abzuwehren, daß darin eine ausreichende Sicherheit gegen die Bedrohung Deutschlands gefunden werden kann. Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung für Deutschland, dem feindlichen Angriff zuvorzukommen. Mit dem größten Bedauern würde es daher die deutsche Regierung erfüllen, wenn Belgien einen Akt der Feindseligkeit gegen sich darin erblicken würde, daß die Maßnahmen seiner Gegner Deutschland zwingen, zur Gegenwehr auch seinerseits belgisches Gebiet zu betreten. Um jede Mißdeutung auszuschließen, erklärt die Kaiserliche Regierung das Folgende:

1) Deutschland beabsichtigt keinerlei Feindseligkeiten gegen Belgien. Ist Belgien gewillt, in dem bevorstehenden Kriege Deutschland gegenüber

eine wohlwollende Neutralität einzunehmen, so verpflichtet sich die deutsche Regierung, beim Friedensschluß Besitzstand und Unabhängigkeit des Königreichs im vollen Umfang zu garantieren.

2) Deutschland verpflichtet sich unter obiger Voraussetzung, das Gebiet des Königreichs wieder zu räumen, sobald der Friede geschlossen ist.

3) Bei einer freundschaftlichen Haltung Belgiens ist Deutschland bereit, im Einvernehmen mit den Königlich belgischen Behörden alle Bedürfnisse seiner Truppen gegen Barzahlung anzukaufen und jeden Schaden zu ersetzen, der etwa durch deutsche Truppen verursacht werden könnte.

Sollte Belgien den deutschen Truppen feindlich entgegentreten, insbesondere ihrem Vorgehen durch Widerstand der Maasbefestigungen oder durch Zerstörungen von Eisenbahnen, Straßen, Tunneln oder sonstigen Kunstbauten Schwierigkeiten bereiten, so wird Deutschland zu seinem Bedauern gezwungen sein, das Königreich als Feind zu betrachten. In diesem Falle würde Deutschland dem Königreich gegenüber keine Verpflichtungen übernehmen können, sondern müßte die spätere Regelung des Verhältnisses beider Staaten zueinander der Entscheidung der Waffen überlassen.

Die Kaiserliche Regierung gibt sich der bestimmten Hoffnung hin, daß diese Eventualität nicht eintreten, und daß die Königlich belgische Regierung die geeigneten Maßnahmen zu treffen wissen wird, um zu verhindern, daß Vorkommnisse, wie die vorstehend erwähnten, sich ereignen. In diesem Falle würden die freundschaftlichen Bande, die beide Nachbarstaaten verbinden, eine weitere und dauernde Festigung erfahren.«

III. Das deutsche Weißbuch.

Die von der deutschen Regierung veröffentlichte **Denkschrift zur Vorgeschichte des Krieges** wurde am 4. August 1914 dem Reichstag vorgelegt (erweiterte Ausgabe vom 2. Mai 1915). Sie hat folgenden Wortlaut:

Auswärtiges Amt, Berlin, August 1914.

Am 28. Juni d. J. ist der österreichisch-ungarische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin, die Herzogin von Hohenberg, durch Revolverschüsse des Mitglieds einer serbischen Verschwörerbande niedergestreckt worden. Die Untersuchung des Verbrechens durch die österreichisch-ungarischen Behörden hat ergeben, daß das Komplott gegen das Leben des Erzherzog-Thronfolgers in Belgrad unter Mitwirkung amtlicher serbischer Personen vorbereitet und gefördert, mit Waffen aus den staatlichen serbischen Depots ausgeführt wurde. Dies Verbrechen mußte der ganzen zivilisierten Welt die Augen öffnen, nicht nur über die gegen den Bestand und die Integrität der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gerichteten Ziele der serbischen Politik, sondern auch über die verbrecherischen Mittel, die die großserbische Propaganda in Serbien zur Erreichung dieser Ziele anzuwenden sich nicht scheute. Das Endziel dieser Politik war die allmähliche Revolutionierung und schließliche Lostrennung der südöstlichen Gebietsteile der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und ihre Vereinigung mit Serbien. An dieser Richtung der serbischen Politik haben die wiederholten und feierlichen Erklärungen, in denen Serbien Österreich-Ungarn gegenüber die Abkehr von dieser Politik und die Pflege guter nachbarlicher Beziehungen gelobt hat, nicht das geringste geändert. Zum dritten Male im Laufe der letzten sechs Jahre führt Serbien auf diese Weise Europa an den Rand eines Weltkriegs. Es konnte dies nur tun, weil es sich bei seinen Bestrebungen durch Rußland gestützt glaubte.

Die russische Politik war bald nach den durch die türkische Revolution herbeigeführten Ereignissen des Jahres 1908 daran gegangen, einen gegen den Bestand der Türkei gerichteten Bund der Balkanstaaten unter seinem Patronat zu begründen. Dieser Balkanbund, dem es im Jahre 1911 gelang, die Türkei siegreich aus dem größten Teil ihrer europäischen Besitzungen zu verdrängen, brach über der Frage der Beuteverteilung in sich zusammen. Die russische Politik ließ sich durch diesen Mißerfolg nicht abschrecken. In der Idee der russischen Staatsmänner sollte ein neuer Balkanbund unter russischem Patronat entstehen, dessen Spitze sich nicht mehr gegen die aus dem Balkan verdrängte Türkei, sondern gegen den Bestand der Österreichisch-Ungarischen Monarchie richtete. Die Idee war, daß Serbien gegen die auf Kosten der Donaumonarchie gehende Einverleibung Bosniens und der Herzegovina die im letzten Balkankrieg erworbenen Teile Mazedoniens an Bulgarien abtreten sollte. Zu diesem Behufe sollte Bulgarien durch Isolierung mürbe gemacht, Rumänien durch eine mit Hilfe Frankreichs unternommene Propaganda an Rußland gekettet, Serbien auf Bosnien und die Herzegovina gewiesen werden.

Unter diesen Umständen mußte Österreich sich sagen, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der Monarchie vereinbar wäre, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen. Die k. und k. Regierung benachrichtigte uns von dieser Auffassung und erbat unsere Ansicht. Aus vollem Herzen konnten wir unserem Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, daß eine Aktion, die er für notwendig hielte, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde.

Wir waren uns hierbei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte. Wir konnten aber in der Erkenntnis der vitalen Interessen Österreich-Ungarns, die auf dem Spiele standen, unserem Bundesgenossen weder zu einer mit seiner Würde nicht zu vereinbarenden Nachgiebigkeit raten noch auch ihm unseren Beistand in diesem schweren Moment versagen. Wir konnten dies um so weniger, als auch unsere Interessen durch die andauernde serbische Wühlarbeit auf das empfindlichste bedroht waren. Wenn es den Serben mit Rußlands und Frankreichs Hilfe noch länger gestattet geblieben wäre, den Bestand der Nachbarmonarchie zu gefährden, so würde dies den allmählichen Zusammenbruch Österreichs und eine Unterwerfung des gesamten Slawentums unter russischem Zepter zur Folge haben, wodurch die Stellung der germanischen Rasse in Mitteleuropa unhaltbar würde. Ein moralisch geschwächtes, durch das Vordringen des russischen Panslawismus zusammenbrechendes Österreich wäre für uns kein Bundesgenosse mehr, mit dem wir rechnen könnten, und auf den wir uns verlassen könnten, wie wir es angesichts der immer

drohender werdenden Haltung unserer östlichen und westlichen Nachbarn müssen. Wir ließen daher Österreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien. Wir haben an den Vorbereitungen dazu nicht teilgenommen.

Österreich wählte den Weg, in einer Note der serbischen Regierung ausführlich den durch die Untersuchung des Mordes von Sarajevo festgestellten unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem Morde und der von der serbischen Regierung nicht nur geduldeten, sondern unterstützten großserbischen Bewegung darzulegen und von ihr eine vollständige Abstellung dieses Treibens sowie Bestrafung der Schuldigen zu fordern. Gleichzeitig verlangte Österreich-Ungarn als Garantie für die Durchführung des Verfahrens Teilnahme seiner Organe an der Untersuchung auf serbischem Gebiet und definitive Auflösung der gegen Österreich-Ungarn wühlenden großserbischen Vereine. Die k. und k. Regierung stellte eine Frist von 48 Stunden zur bedingungslosen Annahme ihrer Forderungen.

Die serbische Regierung hat einen Tag nach Überreichung der österreichisch-ungarischen Note die Mobilisation begonnen.

Als nach Ablauf der Frist die serbische Regierung eine Antwort erteilte, die zwar in einigen Punkten die Wünsche Österreich-Ungarns erfüllte, im wesentlichen aber deutlich das Bestreben erkennen ließ, durch Verschleppung und neue Verhandlungen sich den gerechten Forderungen der Monarchie zu entziehen, brach diese die diplomatischen Beziehungen zu Serbien ab, ohne sich auf weitere Verhandlungen einzulassen oder sich von serbischen Versicherungen hinhalten zu lassen, deren Wert es genugsam — zu seinem Schaden — kennt.

Von diesem Augenblick an befand sich Österreich tatsächlich im Kriegszustande mit Serbien, den es dann noch durch die offizielle Kriegserklärung vom 28. Juli öffentlich proklamierte.

Vom ersten Anfang des Konflikts an haben wir auf dem Standpunkt gestanden, daß es sich hierbei um eine Angelegenheit Österreichs handelte, die es allein mit Serbien zum Austrag zu bringen haben würde. Wir haben daher unser ganzes Bestreben darauf gerichtet, den Krieg zu lokalisieren und die anderen Mächte davon zu überzeugen, daß Österreich-Ungarn in berechtigter Notwehr und durch die Verhältnisse gezwungen, sich zum Appell an die Waffen habe entschließen müssen. Wir haben nachdrücklich den Standpunkt vertreten, daß kein Kulturstaat das Recht habe, in diesem Kampf gegen Unkultur und politische Verbrechermoral Österreich in den Arm zu fallen und die Serben ihrer gerechten Strafe zu entziehen. In diesem Sinne haben wir unsere Vertreter im Ausland instruiert.

Gleichzeitig teilte die österreichisch-ungarische Regierung der russischen mit, daß der von ihr bei Serbien unternommene Schritt lediglich eine defensive Maßregel gegenüber den serbischen Wühlereien zum Ziele habe, daß aber Österreich-Ungarn notgedrungen Garantien für ein weiteres freundschaftliches Verhalten Serbiens der Monarchie gegenüber verlange. Es liege Österreich-Ungarn gänzlich fern, etwa eine Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Balkan herbeizuführen.

Auf unsere Erklärung, daß die deutsche Regierung die Lokalisierung des Konflikts wünsche und erstrebe, wurde sowohl von der französischen als der englischen Regierung eine Wirkung in dem gleichen Sinne zugesagt. Diesen Bestrebungen gelang es indessen nicht, eine Einmischung Rußlands in die österreichisch-serbische Auseinandersetzung zu verhindern.

Die russische Regierung erließ am 24. Juli ein amtliches Communiqué, wonach Rußland unmöglich in dem serbisch-österreichischen Konflikt indifferent bleiben könnte. Das gleiche erklärte der russische Minister des Auswärtigen, Herr Ssasanow, dem Kaiserlichen Botschafter Grafen Pourtalès. Am Nachmittag des 26. Juli ließ die k. und k. Regierung abermals durch ihren Botschafter in St. Petersburg erklären, daß Österreich-Ungarn keinerlei Eroberungspläne habe und nur endlich an seinen Grenzen Ruhe haben wolle. Im Laufe des gleichen Tages gelangten indes bereits die ersten Meldungen über russische Mobilmachungen nach Berlin. Noch am 26. abends wurden die Kaiserlichen Botschafter in London, Paris und Petersburg angewiesen, bei den Regierungen Englands, Frankreichs und Rußlands energisch auf die Gefahr dieser russischen Mobilisierungen hinzuweisen. Nachdem Österreich-Ungarn Rußland offiziell erklärt habe, daß es keinen territorialen Gewinn in Serbien anstrebe, liege die Entscheidung über den Weltfrieden ausschließlich in Petersburg.

Noch am gleichen Tage wurde der Kaiserliche Botschafter in St. Petersburg angewiesen, der russischen Regierung zu erklären:

»Vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands werden uns zu Gegenmaßregeln zwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müssen. Die Mobilisierung aber bedeutet den Krieg. Da uns Frankreichs Verpflichtungen gegenüber Rußland bekannt sind, würde diese Mobilisierung gegen Rußland und Frankreich zugleich gerichtet sein. Wir können nicht annehmen, daß Rußland einen solchen europäischen Krieg entfesseln will. Da Österreich-Ungarn den Bestand des serbischen Königreichs nicht antasten will, sind wir der Ansicht, daß Rußland eine abwartende Stellung einnehmen kann. Den Wunsch Rußlands, den Bestand des serbischen Königreichs nicht in Frage stellen zu lassen, werden wir um so eher unterstützen können, als Österreich-Ungarn diesen Bestand gar nicht in Frage stellt. Es wird leicht sein, im weiteren Verlauf der Angelegenheit die Basis einer Verständigung zu finden.«

Am 27. Juli erklärte der russische Kriegsminister Ssuchomlinow dem deutschen Militärattaché ehrenwörtlich, daß noch keine Mobilmachungsorder ergangen sei. Es würden lediglich Vorbereitungsmaßregeln getroffen, kein Pferd ausgehoben, kein Reservist eingezogen. Wenn Österreich-Ungarn die serbische Grenze überschreite, würden die auf Österreich gerichteten Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau, Kasan mobilisiert. Unter keinen Umständen die an der deutschen Front liegenden: Petersburg, Wilna und Warschau. Auf die Frage des Militärattachés, zu welchem Zwecke die Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn erfolge, antwortete der russische Kriegsminister mit Achselzucken und dem Hinweis auf die Diplomaten. Der Militärattaché bezeichnete darauf die Mobilmachungsmaßnahmen gegen Österreich-Ungarn als auch für Deutschland höchst bedrohlich.

In den darauffolgenden Tagen folgten sich die Nachrichten über russische Mobilisierungen in schnellem Tempo. Unter diesen waren auch Nachrichten über Vorbereitungen an der deutschen Grenze, so die Ver-

hängung des Kriegszustandes über Kowno und der Abmarsch der Warschauer Garnison, Verstärkung der Garnison Alexandrowo.

Am 27. Juli trafen die ersten Meldungen über vorbereitende Maßnahmen auch Frankreichs ein. Das 14. Korps brach die Manöver ab und kehrte in die Garnison zurück.

Inzwischen sind wir bemüht geblieben, durch nachdrücklichste Einwirkung auf die Kabinette eine Lokalisierung des Konflikts durchzusetzen.

Am 26. hatte Sir Edward Grey den Vorschlag gemacht, die Differenzen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien einer unter seinem Vorsitz tagenden Konferenz der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Italiens zu unterbreiten. Zu diesem Vorschlag haben wir erklärt, wir könnten uns, so sehr wir seine Tendenz billigten, an einer derartigen Konferenz nicht beteiligen, da wir Österreich in seiner Auseinandersetzung mit Serbien nicht vor ein europäisches Gericht zitieren könnten.

Frankreich hat dem Vorschlag Sir Edward Greys zugestimmt, er ist jedoch schließlich daran gescheitert, daß Österreich sich ihm gegenüber, wie vorauszusehen, ablehnend verhielt.

Getreu unserem Grundsatz, daß eine Vermittlungsaktion sich nicht auf den lediglich eine österreichisch-ungarische Angelegenheit darstellenden österreichisch-serbischen Konflikt, sondern nur auf das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland beziehen könnte, haben wir unsere Bemühungen fortgesetzt, eine Verständigung zwischen diesen beiden Mächten herbeizuführen. Wir haben uns aber auch bereitgefunden, nach Ablehnung der Konferenzidee einen weiteren Vorschlag Sir Edward Greys nach Wien zu übermitteln, in dem er anregt, Österreich-Ungarn möchte sich entschließen, entweder die serbische Antwort als genügend zu betrachten oder aber als Grundlage für weitere Besprechungen. Die österreichisch-ungarische Regierung hat unter voller Würdigung unserer vermittelnden Tätigkeit zu diesem Vorschlag bemerkt, daß er nach Eröffnung der Feindseligkeiten zu spät komme.

Trotzdem haben wir unsere Vermittlungsversuche bis zum Äußersten fortgesetzt und haben in Wien geraten, jedes mit der Würde der Monarchie vereinbare Entgegenkommen zu zeigen.

Leider sind alle diese Vermittlungsaktionen von den militärischen Vorbereitungen Rußlands und Frankreichs überholt worden.

Am 29. Juli hat die russische Regierung in Berlin amtlich mitgeteilt, daß sie vier Armeebezirke mobilisiert habe. Gleichzeitig trafen weitere Meldungen über schnell fortschreitende militärische Vorbereitungen Frankreichs zu Wasser und zu Lande ein.

An demselben Tage hatte der Kaiserliche Botschafter in Petersburg eine Unterredung mit dem russischen Minister des Auswärtigen, über die er telegraphisch das Folgende berichtete:

»Der Minister versuchte mich zu überreden, daß ich bei meiner Regierung die Teilnahme an einer Konversation zu vieren befürworten sollte, um Mittel ausfindig zu machen, auf freundschaftlichem Wege Österreich-Ungarn zu bewegen, diejenigen Forderungen aufzugeben, die die Souveränität Serbiens antasten. Ich habe, indem ich lediglich die Wiedergabe der Unterredung zusagte, mich auf den Standpunkt gestellt, daß mir, nachdem Rußland sich zu dem verhängnisvollen Schritte der Mobilmachung entschlossen habe, jeder Gedankenaustausch hierüber sehr schwierig, wenn nicht unmöglich erscheine. Was Rußland jetzt von uns Österreich-Ungarn gegenüber verlange, sei dasselbe, was Österreich-Ungarn Serbien gegenüber vorgeworfen werde: einen Eingriff in Souveränitätsrechte. Österreich-Ungarn habe versprochen, durch Erklärung seines territorialen Desinteressements Rücksicht auf russische Interessen zu nehmen, ein großes Zugeständnis seitens eines kriegführenden Staates. Man sollte deshalb die Doppelmonarchie ihre Angelegenheit mit Serbien allein regeln lassen. Es werde beim Friedensschluß immer noch Zeit sein, auf Schonung der serbischen Souveränität zurückzukommen.

Sehr ernst habe ich hinzugefügt, daß augenblicklich die ganze austroserbische Angelegenheit der Gefahr einer europäischen Konflagration gegenüber in den Hintergrund trete, und habe mir alle Mühe gegeben, dem Minister die Größe dieser Gefahr vor Augen zu führen.

Es war nicht möglich, Ssasonow von dem Gedanken abzubringen, daß Serbien von Rußland jetzt nicht im Stich gelassen werden dürfe.«

Ebenfalls am 29. berichtete der Militärattaché in Petersburg telegraphisch über eine Unterredung mit dem Generalstabschef der russischen Armee:

»Der Generalstabschef hat mich zu sich bitten lassen und mir eröffnet, daß er von Seiner Majestät soeben komme. Er sei vom Kriegsminister beauftragt worden, mir nochmals zu bestätigen, es sei alles so geblieben, wie es mir vor zwei Tagen der Minister mitgeteilt habe. Er bot mir schriftliche Bestätigung an und gab mir sein Ehrenwort in feierlichster Form, daß nirgends eine Mobilmachung, d. h. Einziehung eines einzigen Mannes oder Pferdes bis zur Stunde, 3 Uhr nachmittags, erfolgt sei. Er könne sich dafür für die Zukunft nicht verbürgen, aber wohl nachdrücklichst bestätigen, daß in den Fronten, die auf unsere Grenzen gerichtet seien, von Seiner Majestät keine Mobilisierung gewünscht würde. Es sind aber hier über erfolgte Einziehung von Reserven in verschiedenen Teilen des Reichs, auch in Warschau und in Wilna, vielfache Nachrichten eingegangen. Ich habe deshalb dem General vorgehalten, daß ich durch die mir von ihm gemachten Eröffnungen vor ein Rätsel gestellt sei. Auf Offiziersparole erwiderte er mir jedoch, daß solche Nachrichten unrichtig seien, es möge hie und da allenfalls ein falscher Alarm vorliegen.

Ich muß das Gespräch in Anbetracht der positiven, zahlreichen über erfolgte Einziehungen vorliegenden Nachrichten als einen Versuch betrachten, uns über den Umfang der bisherigen Maßnahmen irrezuführen.«

Da die russische Regierung auf die verschiedenen Anfragen über die Gründe ihrer drohenden Haltung des öfteren darauf hinwies, daß Österreich-Ungarn noch keine Konversation in Petersburg begonnen habe, erhielt der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg am 29. Juli auf unsere Anregung die Weisung, mit Herrn Ssasonow die Konversation zu beginnen. Graf Szapary ist ermächtigt worden, die durch den Beginn des Kriegszustandes allerdings

überholte Note an Serbien dem russischen Minister gegenüber zu erläutern und jede Anregung entgegenzunehmen, die von russischer Seite aus noch weiter erfolgen sollte, sowie mit Ssasonow alle direkt die österreichisch-russischen Beziehungen tangierenden Fragen zu besprechen.

Schulter an Schulter mit England haben wir unausgesetzt an der Vermittlungsaktion fortgearbeitet und jeden Vorschlag in Wien unterstützt, von dem wir die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Konflikts erhoffen zu können glaubten. Wir haben noch am 30. einen englischen Vorschlag nach Wien weitergegeben, der als Basis der Verhandlungen aufstellte, Österreich-Ungarn solle nach erfolgtem Einmarsch in Serbien dort seine Bedingungen diktieren. Wir mußten annehmen, daß Rußland diese Basis akzeptieren würde.

Während in der Zeit vom 29. bis 31. Juli diese unsere Bemühungen um Vermittlung, von der englischen Diplomatie unterstützt, mit steigender Dringlichkeit fortgeführt wurden, kamen immer erneute und sich häufende Meldungen über russische Mobilisierungsmaßnahmen. Truppenansammlungen an der ostpreußischen Grenze, die Verhängung des Kriegszustandes über sämtliche wichtigen Plätze der russischen Westgrenze ließen keinen Zweifel mehr daran, daß die russische Mobilisierung auch gegen uns in vollem Gange war, während gleichzeitig unserem Vertreter in Petersburg alle derartigen Maßregeln erneut ehrenwörtlich abgeleugnet wurden.

Noch ehe die Wiener Antwort auf den letzten englisch-deutschen Vermittlungsvorschlag, dessen Tendenz und Grundlage in Petersburg bekannt gewesen sein mußte, in Berlin eintreffen konnte, ordnete Rußland die allgemeine Mobilmachung an.

In den gleichen Tagen fand zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und König und dem Zaren Nikolaus ein Telegrammwechsel statt, in dem Seine Majestät den Zaren auf den drohenden Charakter der russischen Mobilmachung und die Fortdauer seiner eigenen vermittelnden Tätigkeit aufmerksam machte.

Am 31. Juli richtete der Zar an Seine Majestät den Kaiser folgendes Telegramm:

»Ich danke Dir von Herzen für Deine Vermittlung, die eine Hoffnung aufleuchten läßt, daß doch noch alles friedlich enden könnte. Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Österreichs Mobilisierung notwendig geworden sind. Wir sind weit davon entfernt, einen Krieg zu wünschen. Solange wie die Verhandlungen mit Österreich über Serbien andauern, werden meine Truppen keine herausfordernde Aktion unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf. Ich vertraue mit aller Kraft auf Gottes Gnade und hoffe auf den Erfolg Deiner Vermittlung in Wien für die Wohlfahrt unserer Länder und den Frieden Europas.

Dein Dir herzlich ergebener
Nikolaus.«

Mit diesem Telegramm des Zaren kreuzte sich folgendes ebenfalls am 31. Juli um 2 Uhr nachm. abgesandtes Telegramm Seiner Majestät des Kaisers:

»Auf Deinen Appell an Meine Freundschaft und Deine Bitte um Meine Hilfe habe Ich eine Vermittlungsaktion zwischen Deiner und der österreichisch-ungarischen Regierung aufgenommen. Während diese Aktion im Gange war, sind Deine Truppen gegen das mir verbündete Österreich-Ungarn mobilisiert worden, wodurch, wie Ich Dir schon mitgeteilt habe, Meine Vermittlung beinahe illusorisch gemacht worden ist. Trotzdem habe Ich sie fortgesetzt. Nunmehr erhalte Ich zuverlässige Nachrichten über ernste Kriegsvorbereitungen auch an Meiner östlichen Grenze. Die Verantwortung für die Sicherheit meines Reiches zwingt Mich zu defensiven Gegenmaßregeln. Ich bin mit Meinen Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Nicht Ich trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt droht. Noch in diesem Augenblicke liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedroht die Ehre und Macht Rußlands, das wohl auf den Erfolg Meiner Vermittlung hätte warten können. Die Mir von meinem Großvater auf dem Totenbette überkommene Freundschaft für Dich und Dein Reich ist Mir immer heilig gewesen, und Ich habe treu zu Rußland gestanden, wenn es in schwerer Bedrängnis war, besonders in seinem letzten Kriege. Der Friede Europas kann von Dir noch jetzt erhalten werden, wenn Rußland sich entschließt, seine militärischen Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen.«

Noch ehe dies Telegramm seine Bestimmung erreichte, war die bereits am Vormittag desselben Tages angeordnete, offensichtlich gegen uns gerichtete Mobilisierung der gesamten russischen Streitkräfte in vollem Gange. Das Telegramm des Zaren aber war um 2 Uhr nachmittags aufgegeben.

Nach Bekanntwerden der russischen Gesamtmobilisation in Berlin erhielt am Nachmittag des 31. Juli der Kaiserliche Botschafter in Petersburg den Befehl, der russischen Regierung zu eröffnen, Deutschland habe als Gegenmaßregel gegen die allgemeine Mobilisierung der russischen Armee und Flotte den Kriegszustand verkündet, dem die Mobilisation folgen müsse, wenn Rußland nicht binnen 12 Stunden seine militärischen Maßnahmen gegen Deutschland und Österreich-Ungarn einstelle und Deutschland davon in Kenntnis setze.

Gleichzeitig wurde der Kaiserliche Botschafter in Paris angewiesen, von der französischen Regierung binnen 18 Stunden eine Erklärung zu verlangen, ob sie in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben wolle.

Die russische Regierung hat durch ihre die Sicherheit des Reiches gefährdende Mobilmachung die mühsame Vermittlungsarbeit der europäischen Staatskanzleien kurz vor dem Erfolge zerschlagen. Die Mobilisierungsmaßregeln, über deren Ernst der russischen Regierung von Anfang an keine Zweifel gelassen wurden, in Verbindung mit ihrer fortgesetzten Ableugnung zeigen klar, daß Rußland den Krieg wollte.

Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg hat die ihm aufgetragene Mitteilung an Herrn Ssasonow am 31. Juli um 12 Uhr nachts gemacht.

Eine Antwort der russischen Regierung hierauf hat uns nie erreicht.

Zwei Stunden nach Ablauf der in dieser Mitteilung gestellten Frist hat der Zar an Seine Majestät den Kaiser telegraphiert:

»Ich habe Dein Telegramm erhalten, ich verstehe, daß Du gezwungen bist, mobil zu machen, aber ich möchte von Dir dieselbe Garantie haben, die ich Dir gegeben habe, nämlich, daß diese Maßnahmen nicht Krieg bedeuten, und daß wir fortfahren werden, zu verhandeln, zum Heile unserer beiden Länder und des allgemeinen Friedens, der

unseren Herzen so teuer ist. Unserer langbewährten Freundschaft muß es mit Gottes Hilfe gelingen, Blutvergießen zu verhindern. Dringend erwarte ich voll Vertrauen Deine Antwort.«

Hierauf hat Seine Majestät der Kaiser geantwortet:

»Ich danke Dir für Dein Telegramm. Ich habe Deiner Regierung gestern den Weg angegeben, durch den allein noch der Krieg vermieden werden kann. Obwohl Ich um eine Antwort für heute mittag ersucht hatte, hat Mich bis jetzt noch kein Telegramm Meines Botschafters mit einer Antwort Deiner Regierung erreicht. Ich bin daher gezwungen worden, Meine Armee zu mobilisieren. Eine sofortige klare und unmißverständliche Antwort Deiner Regierung ist der einzige Weg, um endloses Elend zu vermeiden. Bis Ich diese Antwort erhalten habe, bin Ich zu Meiner Betrübnis nicht in der Lage, auf den Gegenstand Deines Telegramms einzugehen. Ich muß auf das ernsteste von Dir verlangen, daß Du unverzüglich Deinen Truppen den Befehl gibst, unter keinen Umständen auch nur die leiseste Verletzung unserer Grenzen zu begehen.«

Da die Rußland gestellte Frist verstrichen war, ohne daß eine Antwort auf unsere Anfrage eingegangen wäre, hat Seine Majestät der Kaiser und König am 1. August um 5 Uhr nachmittags die Mobilmachung des gesamten deutschen Heeres und der Kaiserlichen Marine befohlen.

Der Kaiserliche Botschafter in Petersburg hatte inzwischen den Auftrag erhalten, falls die russische Regierung innerhalb der ihr gestellten Frist keine befriedigende Antwort erteilen würde, ihr zu erklären, daß wir nach Ablehnung unserer Forderung uns als im Kriegszustand befindlich betrachten. Ehe jedoch eine Meldung über die Ausführung dieses Auftrages einlief, überschritten russische Truppen, und zwar schon am Nachmittag des 1. August, also desselben Nachmittags, an dem das eben erwähnte Telegramm des Zaren abgesandt war, unsere Grenze und rückten auf deutschem Gebiet vor.

Hiermit hat Rußland den Krieg gegen uns begonnen.

Inzwischen hatte der Kaiserliche Botschafter in Paris die ihm befohlene Anfrage an das französische Kabinett am 31. Juli um 7 Uhr nachmittags zugestellt.

Der französische Ministerpräsident hat darauf am 1. August um 1 Uhr nachmittags eine zweideutige und unbefriedigende Antwort erteilt, die über die Stellungnahme Frankreichs kein klares Bild gibt, da er sich darauf beschränkte, zu erklären, Frankreich würde das tun, was seine Interessen ihm geböten. Wenige Stunden darauf, um 5 Uhr nachmittags, wurde die Mobilisierung der gesamten französischen Armee und Flotte angeordnet. — Am Morgen des nächsten Tages eröffnete Frankreich die Feindseligkeiten.

IV. Thronrede des deutschen Kaisers und Rede des Reichskanzlers am 4. August 1914.

Der denkwürdigste und bedeutungsvollste Tag bei Kriegsbeginn war der der ersten Kriegssitzung des Reichstages am 4. August 1914, in der nach der Thronrede des Kaisers und der die Lage kennzeichnenden Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg die Kriegsgesetze und Kriegskredite einstimmig angenommen wurden.

Die **Thronrede** im Weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin hatte folgenden Wortlaut:

Geehrte Herren!

In schicksalsschwerer Stunde habe Ich die gewählten Vertreter des deutschen Volkes um Mich versammelt. Fast ein halbes Jahrhundert lang konnten wir auf dem Wege des Friedens verharren. Versuche, Deutschland kriegerische Neigungen anzudichten und seine Stellung in der Welt einzuengen, haben unseres Volkes Geduld oft auf harte Proben gestellt. In unbeirrbarer Redlichkeit hat Meine Regierung auch unter herausfordernden Umständen die Entwicklung aller sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte als höchstes Ziel verfolgt. Die Welt ist Zeuge gewesen, wie unermüdlich wir in dem Drang und den Wirren der letzten Jahre in erster Reihe standen, um den Völkern Europas einen Krieg zwischen Großmächten zu ersparen.

Die schwersten Gefahren, die durch die Ereignisse am Balkan heraufbeschworen waren, schienen überwunden. Da tat sich mit der Ermordung Meines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, ein Abgrund auf. Mein hoher Verbündeter, der Kaiser und König Franz Joseph, war gezwungen, zu den Waffen zu greifen, um die Sicherheit seines Reiches gegen gefährliche Umtriebe aus einem Nachbarstaat zu verteidigen. Bei der Verfolgung ihrer berechtigten Interessen ist der verbündeten Monarchie das Russische Reich in den Weg getreten. An die Seite Österreich-Ungarns ruft uns nicht nur unsere Bündnispflicht. Uns fällt zugleich die gewaltige Aufgabe zu, mit der alten Kulturgemeinschaft der beiden Reiche unsere eigene Stellung gegen den Ansturm feindlicher Kräfte zu schirmen.

Mit schwerem Herzen habe Ich Meine Armee gegen einen Nachbar mobilisieren müssen, mit dem sie auf so vielen Schlachtfeldern gemeinsam gefochten hat. Mit aufrichtigem Leid sah Ich eine von Deutschland treu bewahrte Freundschaft zerbrechen. Die kaiserlich russische Regierung hat sich, dem Drängen eines unersättlichen Nationalismus nachgebend, für einen Staat eingesetzt, der durch Begünstigung verbrecherischer Anschläge das Unheil dieses Krieges veranlaßte. Daß auch Frankreich sich auf die Seite unserer Gegner gestellt hat, konnte uns nicht überraschen. Zu oft sind unsere Bemühungen, mit der französischen Republik zu freundlicheren Beziehungen zu gelangen, auf alte Hoffnungen und alten Groll gestoßen.

Geehrte Herren! Was menschliche Einsicht und Kraft vermag, um ein Volk für die letzten Entscheidungen zu wappnen, das ist mit Ihrer patriotischen Hilfe geschehen. Die Feindseligkeit, die im Osten und im Westen seit langer Zeit um sich gegriffen hat, ist nun zu hellen Flammen aufgelodert. Die gegenwärtige Lage ging nicht aus vorübergehenden Interessenkonflikten oder diplomatischen Konstellationen hervor, sie ist das Ergebnis eines seit langen Jahren tätigen Übelwollens gegen Macht und Gedeihen des Deutschen Reiches.

Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter.

Aus den Schriftstücken, die Ihnen zugegangen sind, werden Sie ersehen, wie Meine Regierung und vor allem Mein Kanzler bis zum letzten Augenblick bemüht waren, das Äußerste abzuwenden. In aufgedrungener Notwehr mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert.

An die Völker und Stämme des Deutschen Reiches ergeht Mein Ruf, mit gesamter Kraft, in brüderlichem Zusammenstehen mit unseren Bundesgenossen, zu

verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben. Nach dem Beispiel unserer Väter fest und getreu, ernst und ritterlich, demütig vor Gott und kampfesfroh vor dem Feind, so vertrauen wir der ewigen Allmacht, die unsere Abwehr stärken und zu gutem Ende lenken wolle!

Auf Sie, geehrte Herren, blickt heute, um seine Fürsten und Führer geschart, das ganze deutsche Volk. Fassen Sie Ihre Entschlüsse einmütig und schnell — das ist Mein inniger Wunsch.

Der Kaiser fügte hinzu:

»Sie haben gelesen, meine Herren, was Ich an Mein Volk vom Balkon des Schlosses aus gesagt habe. Hier wiederhole Ich: Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche. Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Stammesunterschiede, ohne Konfessionsunterschiede durchzuhalten mit Mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere Ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und Mir das in die Hand zu geloben.«

Die Parteiführer kamen dieser Aufforderung nach unter stürmischem, andauerndem Bravo. Darauf trat der Reichskanzler vor und erklärte den Reichstag für eröffnet.

Die **Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg** hatte folgenden Wortlaut:

Ein gewaltiges Schicksal bricht über Europa herein. Seit wir uns das Deutsche Reich und Ansehen in der Welt erkämpften, haben wir 44 Jahre lang in Frieden gelebt und den Frieden Europas geschirmt. In friedlicher Arbeit sind wir stark und mächtig geworden und darum beneidet. Mit zäher Geduld haben wir es ertragen, wie unter dem Vorwande, daß Deutschland kriegslüstern sei, in Ost und West Feindschaften genährt und Fesseln gegen uns geschmiedet wurden. Der Wind, der da gesät wurde, geht jetzt als Sturm auf. Wir wollten in friedlicher Arbeit weiterleben, und wie ein unausgesprochenes Gelübde ging es vom Kaiser bis zum jüngsten Soldaten: »Nur zur Verteidigung einer gerechten Sache soll unser Schwert aus der Scheide fliegen.« Der Tag, da wir es ziehen müssen, ist erschienen — gegen unseren Willen, gegen unser redliches Bemühen. Rußland hat die Brandfackel an das Haus gelegt. Wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Rußland und Frankreich.

Meine Herren! Eine Reihe von Schriftstücken, zusammengestellt in dem Drange der sich überstürzenden Ereignisse, ist Ihnen zugegangen. Lassen Sie mich die Tatsachen herausheben, die unsere Haltung kennzeichnen.

Vom ersten Augenblick des österreichisch-serbischen Konflikts an erklären und wirken wir dahin, daß dieser Handel auf Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleiben müsse. Alle Kabinette, insonderheit auch England, vertreten denselben Standpunkt. Nur Rußland erklärt, daß es bei der Austragung dieses Konflikts mitreden müsse. Damit erhebt die Gefahr europäischer Verwicklung ihr drohendes Haupt. Sobald die ersten bestimmten Nachrichten über militärische Rüstungen in Rußland vorliegen, lassen wir in Petersburg freundschaftlich, aber nachdrücklich erklären, daß kriegerische Maßnahmen gegen Österreich uns an der Seite unseres Bundesgenossen finden würden und daß militärische Vorbereitungen gegen uns selbst uns zu Gegenmaßregeln zwingen würden, Mobilmachung aber sei nahe dem Kriege. Rußland beteuert uns in feierlicher Weise seinen Friedenswunsch, und daß es keine militärischen Vorbereitungen gegen uns treffe. Inzwischen sucht England zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln, wobei es von uns warm unterstützt wird. Am 28. Juli bittet der Kaiser telegraphisch den Zaren, er möge bedenken, daß Österreich-Ungarn das Recht und die Pflicht habe, sich gegen die großserbischen Umtriebe zu wehren, die seine Existenz zu unterwühlen drohten. Der Kaiser weist den Zaren auf die solidarischen monarchischen Interessen gegenüber der Freveltat von Sarajevo hin. Er bittet ihn, ihn persönlich zu unterstützen, um den Gegensatz zwischen Wien und Petersburg zu beseitigen. Ungefähr zu derselben Stunde und vor Empfang dieses Telegramms bittet der Zar seinerseits den Kaiser um seine Hilfe, er möge doch in Wien zur Mäßigung raten. Der Kaiser übernimmt die Vermittlerrolle. Aber kaum ist die von ihm angeordnete Aktion im Gange, so mobilisiert Rußland alle seine gegen Österreich-Ungarn gerichteten Streitkräfte. Österreich-Ungarn selbst aber hatte nur seine Armeekorps, die unmittelbar gegen Serbien gerichtet sind, mobilisiert. Gegen Norden zu nur zwei Armeekorps und fern von der russischen Grenze. Die russische Mobilisierung war grundsätzlich schon beschlossen, bevor sich der Zar an den Kaiser wandte.

Der Kaiser weist sofort den Zaren darauf hin, daß durch diese Mobilmachung der russischen Streitkräfte gegen Österreich die Vermittlerrolle, die er auf Bitten des Zaren übernommen hatte, erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht würde. Trotzdem setzen wir in Wien unsere Vermittlungsaktion fort, und zwar in Formen, welche bis in das Äußerste dessen gehen, was mit unserem Bundesverhältnis noch verträglich war. Während der Zeit erneuert Rußland spontan seine Versicherungen, daß es gegen uns keine militärischen Vorbereitungen treffe.

Es kommt der 31. Juli. In Wien soll die Entscheidung fallen. Wir haben es bereits durch unsere Vorstellungen erreicht, daß Wien in dem eine Zeitlang nicht mehr im Gange befindlichen direkten Verkehr die Aussprache mit Petersburg wieder aufgenommen hat. Aber noch bevor die letzte Entscheidung in Wien fällt, kommt die Nachricht, daß Rußland seine gesamte Wehrmacht, also auch gegen uns, mobil gemacht hat. Die russische Regierung, die aus unseren wiederholten Vorstellungen wußte, was Mobilmachung an unserer Grenze bedeutet, notifiziert uns diese Mobilmachung nicht, gibt uns zu ihr auch keinerlei erklärenden Aufschluß. Erst am Nachmittag des 31. trifft ein Telegramm des Zaren beim Kaiser ein, in dem er sich dafür verbürgt, daß seine Armee keine provokatorische Haltung gegen uns einnehmen werde. Aber die russische Mobilmachung an unserer Grenze ist schon seit der Nacht vom 30. zum 31. Juli in vollem Gange. Während wir auf russisches Bitten in Wien vermitteln, erhebt sich die russische Wehrmacht an unserer langen, fast ganz offenen Grenze, und Frankreich mobilisiert zwar noch nicht, aber trifft doch, wie es zugibt, militärische Vorbereitungen.

Und wir? Wir hatten absichtlich bis dahin keinen Reservemann einberufen, dem europäischen Frieden zuliebe! Sollten wir jetzt weiter geduldig warten, bis etwa die Mächte, zwischen denen wir eingekeilt sind, den Zeitpunkt zum Losschlagen wählten? (Lebhafte Zurufe: Nein! Nein! — Stürmischer Beifall.) Dieser Gefahr Deutschland auszusetzen, wäre ein Ver-

brechen gewesen! Darum fordern wir noch am 31. Juli von Rußland die Demobilisierung, als einzige Maßregel, welche noch den europäischen Frieden retten könne. Der kaiserliche Botschafter in Petersburg erhält ferner den Auftrag, der russischen Regierung zu erklären, daß wir im Falle der Ablehnung unserer Forderung den Kriegszustand als eingetreten betrachten müßten.

Der kaiserliche Botschafter hat diesen Auftrag ausgeführt. Wie Rußland auf unsere Forderung der Demobilisierung geantwortet hat, wissen wir heute noch nicht. Telegraphische Meldungen darüber sind nicht bis an uns gelangt, obwohl der Telegraph weit unwichtigere Meldungen noch übermittelte.

So sah sich, als die gestellte Frist längst verstrichen war, der Kaiser am 1. August, nachmittags 5 Uhr, genötigt, unsere Wehrmacht mobil zu machen.

Zugleich mußten wir uns versichern, wie sich Frankreich stellen würde. Auf unsere bestimmte Frage, ob es sich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral halten würde, hat uns Frankreich geantwortet, es werde tun, was ihm seine Interessen geböten. Das war eine ausweichende Antwort auf unsere Frage, wenn nicht eine Verneinung unserer Frage.

Trotzdem gab der Kaiser den Befehl, daß die französische Grenze unbedingt zu respektieren sei. Dieser Befehl wurde strengstens befolgt, bis auf eine einzige Ausnahme. Frankreich, das zu derselben Stunde wie wir mobil machte, erklärte uns, es werde eine Zone von 10 km an der Grenze respektieren. Und was geschah in Wirklichkeit? Bombenwerfende Flieger, Kavalleriepatrouillen, auf reichsländisches Gebiet eingebrochene französische Kompanien! Damit hat Frankreich, obwohl der Kriegszustand noch nicht erklärt war, den Frieden gebrochen und uns tatsächlich angegriffen.

Was jene Ausnahme betrifft, so habe ich vom Chef des Generalstabs folgende Meldung erhalten: Von den französischen Beschwerden über Grenzverletzungen unsererseits ist nur eine einzige zuzugeben. Gegen den ausdrücklichen Befehl hat eine anscheinend von einem Offizier geführte Patrouille des 14. Armeekorps am 2. August die Grenze überschritten. Sie ist scheinbar abgeschossen worden; nur ein Mann ist zurückgekehrt. Aber lange bevor diese einzige Grenzüberschreitung erfolgte, haben französische Flieger bis nach Süddeutschland hinein auf unsere Bahnlinien Bomben abgeworfen, haben am Schluchtpaß französische Truppen unsere Grenzschutztruppen angegriffen. Unsere Truppen haben sich, dem Befehle gemäß, zunächst gänzlich auf die Abwehr beschränkt. — Soweit die Meldung des Generalstabs.

Meine Herren, **wir sind jetzt in der Notwehr, und Not kennt kein Gebot!** (Stürmischer Beifall.) Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, solange der Gegner sie respektiere. Wir wußten aber, daß Frankreich zum Einfall bereit stand. Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht — ich spreche offen — das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. **Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut!** (Ungeheure Bewegung; stürmischer wiederholter Beifall.)

Meine Herren, wir stehen **Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn.**

Was die Haltung **Englands** betrifft, so haben die Erklärungen, die Sir Edward Grey gestern im englischen Unterhaus abgegeben hat, den Standpunkt klargestellt, den die englische Regierung einnimmt. Wir haben der englischen Regierung die Erklärung abgegeben, daß, solange sich England neutral verhält, unsere Flotte die Nordküste Frankreichs nicht angreifen wird, und daß wir die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Belgiens nicht antasten werden. Diese Erklärung wiederhole ich hiermit vor aller Welt, und ich kann hinzusetzen, daß, solange England neutral bleibt, wir auch bereit wären, im Falle der Gegenseitigkeit keine feindlichen Operationen gegen die französische Handelsschiffahrt vorzunehmen.

Meine Herren, soweit die Hergänge. Ich wiederhole das Wort des Kaisers: **»Mit reinem Gewissen zieht Deutschland in den Kampf!«** Wir kämpfen um die Früchte unserer friedlichen Arbeit, um das Erbe einer großen Vergangenheit und um unsere Zukunft. Die fünfzig Jahre sind noch nicht vergangen, von denen Moltke sprach, daß wir gerüstet dastehen müßten, um das Erbe, um die Errungenschaften von 1870 zu verteidigen. Jetzt hat die große Stunde der Prüfung für unser Volk geschlagen, aber mit heller Zuversicht sehen wir ihr entgegen. (Stürmische Zustimmung.) Unsere Armee steht im Felde, unsere Flotte ist kampfbereit — hinter ihnen das ganze deutsche Volk! — **Das ganze deutsche Volk einig bis auf den letzten Mann!** (Stürmischer, sich wiederholender Beifall, Händeklatschen auf allen Seiten des Hauses und auf den Tribünen.)

Sie, meine Herren, kennen Ihre Pflicht in ihrer ganzen Größe. Die Vorlagen bedürfen keiner Begründung mehr. Ich bitte um ihre schnelle Erledigung. (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall und Händeklatschen; tiefe, allgemeine Bewegung.)

II. Kriegsgeographie und Kriegsgeschichte

Westlicher Kriegsschauplatz

von Privatdozent Dr. Otto Quelle in Hamburg

Der westliche Kriegsschauplatz erstreckt sich in einer Länge von mehr als 500 km vom Fuße des Schweizer Jura bis zur Nordsee und umfaßt in wechselnder Breite eine Reihe verschiedener Landschaften. An das zwischen Schweizer Jura und Vogesen liegende Kampfgebiet der Burgundischen Pforte schließt sich nach Norden der mächtige Gebirgswall der Vogesen an. Zwischen diesem und dem Rheinischen Schiefergebirge greift die Lothringische Stufenlandschaft, der Schauplatz der Kämpfe von 1870/71, weit nach Osten hin bis ans Rheintal vor. Die Durchgangslandschaft Champagne, die schon 1814 der Schauplatz erbitterter Kämpfe war, nimmt auch im gegenwärtigen Weltkriege wieder eine wichtige Stellung ein; nach Norden hin schließen sich die belgischen Landschaften an, in denen als Durchgangsgebieten von Frankreich nach Deutschland sich von Anfang des Krieges an die heftigsten Kämpfe abspielten.

Die *Burgundische Pforte* bildet eine Senkung zwischen dem Schweizer Jura und den Vogesen, zugleich aber auch die Wasserscheide zwischen den tiefer liegenden Teilen der Oberrheinischen Tiefebene und dem des Doubs. Sie besteht aus zwei wesentlich verschiedenen Teilen, dem östlichen, vorwiegend deutschen Sundgauer Tafelland und dem westlichen französischen Tafeljura. Mit einem deutlich ausgeprägten Steilrand bricht das Sundgauer Tafelland, das sich um 70—150 m über der Oberrheinischen Tiefebene erhebt, zu dieser an einer Linie entlang ab, die von Basel nach Mülhausen zu läuft und von hier westwärts in die Richtung auf Thann umbiegt. Das von zahlreichen Flußläufen durchzogene Sundgauer Tafelland bildet also eine Hochfläche, die nach Süden hin auf 440—460 m Höhe ansteigt. Das ganze Gebiet stellt ein fruchtbares Acker- und Weideland dar; der Lößboden und das milde Klima läßt hier alle Getreide- und Gemüsearten in üppiger Fülle gedeihen. Zahlreiche kleinere Waldungen sind über das ganze Tafelland zerstreut und eine Unmenge von kleinen, der Fischzucht dienenden Seebecken breiten sich südwestlich von Altkirch nach Delle hin sowie am Südrande der Vogesen zwischen Giromagny und Belfort aus. Zu der hochentwickelten Landwirtschaft gesellt sich im Sundgauer Tafelland eine nicht unbedeutende Industrie, die vor allem in der am Fuße dieses Tafellandes liegenden Stadt Mülhausen festen Fuß gefaßt hat. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich *Mülhausen*, das mit dem benachbarten Dornach 105500 Einw. zählt, zu einem für alle Zweige der Baumwollindustrie bedeutenden Platz in Deutschland emporgearbeitet. Neben diesem Zweige sind noch von Bedeutung die Maschinenindustrie, Eisengießereien, chemische und Papierfabriken. Von den anderen Städten des deutschen Sundgaues ist nur das zentral gelegene *Altkirch* mit bedeutender keramischer Industrie und Baumwollspinnereien zu nennen; kleinere Städtchen bedecken das fruchtbare Gebiet in größerer Zahl. Die Volksdichte beträgt im Mittel etwa 172 Einwohner auf das Quadratkilometer.

Zwischen die Vogesen, den Kettenjura und das Sundgauer Tafelland tritt bei Belfort, Mömpelgard und Delle der französische Tafeljura unmittelbar an das Sundgauer Hügelland heran, ohne daß zwischen den beiden Gebieten ein nennenswerter Höhenunterschied besteht. In die flachlagernden Jurakalkschichten des französischen Tafeljura, dessen Hochflächen rauh und steinig sind, haben die Flüsse, wie vor allem der Doubs, tiefe enge Täler eingeschnitten.

Den Eingang in das Doubstal von Deutschland her bewacht das Städtchen Mömpelgard (Montbéliard) mit mehreren Sperrforts. Hier mündet von Norden, von den Vogesen herabkommend, die Savoureuse, die am Fuße der Vogesen das breite, mit Seen erfüllte Becken von Giromagny quert und dann an Belfort vorbeifließt; weiter westlich fließt ihr parallel die Lisaine zur Allaine. Wo die Savoureuse aus dem weiten Becken von Giromagny in die Jurakalktafel eintritt, liegt *Belfort* mit 40000 Einw., mit bedeutender Textilindustrie, eine der Hauptfestungen Ostfrankreichs, von zahlreichen, zum Teil hoch gelegenen Sperrforts umgeben. Es ist ein großes, befestigtes Lager, das die aus Deutschland und der Schweiz kommenden Verkehrswege vollständig beherrscht und ein wichtiges Ausfalltor für eine französische Offensive nach dem Oberelsaß bildet. Am oberen Ausgang des Doubstales in das Saônebecken liegt das stark befestigte Besançon.

Die Burgundische Pforte spielt aber auch als Völkerscheide eine wichtige Rolle. Seit mehr als einem Jahrtausend fällt die deutsch-französische Sprachgrenze hier genau mit dem Verlauf der Wasserscheide zusammen und ist in diesem langen Zeitraum nur sehr geringen Schwankungen unterworfen gewesen. Ebenso spielt sie als Verkehrsenge schon seit Jahrhunderten eine hervorragende Rolle, und auch gegenwärtig kreuzen sich hier zwei große internationale Verkehrslinien, die Bahnlinien Paris—Basel und Straßburg—Lyon. Dann führt über die Pforte hinweg der 1783 begonnene, aber erst 1834 vollendete Rhein-Rhone-Kanal, der aber erst in der Neuzeit nach der Regulierung von Rhein und Rhone einen stärkeren Verkehr aufweist. 1912 wurden auf ihm 43816 Tonnen Saar- bzw. Ruhrkohlen nach Frankreich befördert.

Als Kriegsschauplatz hat die Burgundische Pforte zu allen Zeiten immer nur, wie auch jetzt wieder, die Rolle eines Nebenkriegsschauplatzes gespielt. Das liegt daran, daß den Franzosen bei ihrem Vordringen nach

Deutschland die z. T. befestigte Rheinlinie und der Schwarzwald fast unüberwindliche Hindernisse darbieten. Einem Vordringen deutscher Truppen bietet die in ihrer ganzen Breite völlig gesperrte Pforte und der nördlich daran anschließende, für große Truppenmassen ungangbare Vogesenkamm keine Möglichkeit. Selbst nach einem Durchbruch durch die Festungslinie Belfort–Mömpelgard würde ein Durchzug durch den dahinterliegenden unwirtlichen französischen Tafeljura vielen Schwierigkeiten begegnen. Auch die nördlich von Pruntrut (Porrentruy) weit nach Norden vorspringende Grenze der Schweiz engt das Kampfgebiet innerhalb der Burgundischen Pforte ganz wesentlich ein.

Das Rumpfgebirge der Vogesen erhebt sich breit im Norden der Burgundischen Pforte; aus gefalteten archäischen und paläozoischen Schiefern und Graniten aufgebaut, verschmälert sich das Gebirge nach Norden hin und endet am Donon westlich von Straßburg. Die Wasserscheide zieht sich vom 1245 m hohen Elsässer oder Welschen Belchen in Nordnordwestrichtung über den Hohneck (1361 m) zum Donon (1003 m). Nach der französischen Seite hin dacht sich das Rumpfgebirge, dem hier eine Tafel flachlagernder Buntsandsteinschichten auflagert, relativ sanft ab; die breiten, nur wenig tief eingeschnittenen Täler haben einen gewundenen Lauf und gehen streckenweise als Längstäler parallel zur Kammrichtung des Gebirges.

Nach dem Rheintal zu brechen die Vogesen mit einem mächtigen Steilabfall von 15—25 km Breite ab. In diesen steilen Osthang des Gebirges haben die zum Rhein eilenden Vogesenflüsse, wie Doller, Thur, Fecht, Weißleber- und Weilerbach, tiefe Quertäler eingeschnitten, zwischen die sich nach der Rheinebene zu trennende Kämme mit bedeutenden Höhen erstrecken. Auf solchen liegen der Sulzer Belchen mit 1423 m, der Kleine Belchen mit 1268 m, der Hohnack mit 976 m Höhe.

Mit seinem höheren Teil ragt der mächtige Vogesenwall in die Region der alpinen Matten hinein mit Wiesen und Sennhütten; tiefer legt sich um das ganze Gebirge ein breiter Gürtel dunkler Wälder mit bedeutender Forstwirtschaft; die in die Rheinebene vorspringenden Hügel, die eine Art Stufe zwischen Ebene und Kamm des Gebirges bilden, sind dicht bedeckt mit Obstgärten und Weinbergen und von zahlreichen Burgen gekrönt.

Der Rücken und die Querkämme der Vogesen sind nur schwach besiedelt; in den Tälern dagegen ziehen sich zahlreiche gewerbereiche Ortschaften an vielen Stellen fast bis zum Kamm des Gebirges empor. Industrien, die auf landwirtschaftlicher Grundlage beruhen, die Textilindustrie, die die Wasserkräfte der Gebirgsflüsse ausnutzt, und eine nicht unbedeutende Fremdenindustrie bedingen die Blüte vieler größerer Städte, von denen hier Masmünster, Thann, St. Amarin, Gebweiler, Münster, Schnierlach, Rappoltsweiler, Markirch, Weiler und Schirmeck zu nennen sind. Von den zahlreichen Städten, die den Fuß der Vogesen begleiten, haben nur Colmar mit 45000 Einw. und Schlettstadt größere Bedeutung.

Entsprechend dem geschlossenen Charakter des Gebirges kann an keiner Stelle die Eisenbahn das Gebirge überqueren; über Belfort im Süden und Zabern im Norden werden die Vogesen von den aus dem Rheintal nach Frankreich hinüberführenden Bahnen umgangen; in das Gebirge hinein führen dagegen von Osten und Westen zahlreiche Stichbahnen. Mehrere gut gebaute Paßstraßen überqueren das Gebirge, den bequemsten Übergang bietet hier die Schwelle von Saales (560 m), über die die Straße von St. Dié im Tale der oberen Meurthe ins Breuschtal und weiter nach Straßburg führt. Alle anderen das Gebirge überquerenden Pässe, die zur oberen Mosel und Moselotte hinüberführen, bieten (wie z. B. der 1139 m hohe Schluchtpaß) dem Verkehr infolge Steilheit des Anstieges und zahlloser Straßenwindungen erhebliche Schwierigkeiten.

Die deutsch-französische Grenze verläuft unmittelbar auf dem Kamm des Gebirges. Das ist aber in militärischer Beziehung für Deutschland von großem Nachteil, da von Osten, also der steileren Seite, her die Überwindung des Gebirgskammes die allergrößten Schwierigkeiten verursacht; von der französischen Seite ist die Grenze wegen der leichteren Zugänglichkeit von Westen her viel leichter zu verteidigen, zumal auch von der Kammhöhe aus die von Osten heranführenden Straßen leichter zu beherrschen sind. Daraus ergibt sich, daß das Kämpfen mit großen Truppenmassen in den Vogesen nicht möglich ist; sie kommen vor allem als Schauplatz des Kleingebirgskrieges in Betracht und haben diese Rolle im gegenwärtigen Kriege von Anfang an gespielt.

An den natürlichen Grenzwall der Vogesen schließt sich im Nordwesten der lothringische Kriegsschauplatz an. In der Landschaft Lothringen greift das nordfranzösische Becken tief in das deutsche Volks- und Staatsgebiet zwischen Vogesen und Ardennen hinein. Hierdurch entsteht zwischen diesen beiden Gebirgen eine offene Grenzstrecke zwischen Frankreich und Deutschland; seinem Tafellandcharakter und dem geologischen Bau entsprechend gehört Lothringen zu Frankreich, seine Flüsse durchziehen es nach Deutschland hin. Infolge dieser natürlichen Eigenschaften nimmt es eine Mittelstellung zwischen Deutschland und Frankreich ein; jede natürliche Grenze fehlt.

Von größter Bedeutung für das Verständnis des Landes ist sein geologischer Aufbau. Konzentrisch schmiegen sich hier in großem, nach Westen offenem Bogen die Schichten der Trias- und Juraformation an die Vogesen und Ardennen an. Die Grenzen der einzelnen Schichtglieder werden durch fortlaufende einseitige, nach Osten gerichtete Steilabfälle gekennzeichnet, die sich über den jeweils älteren Schichten erheben; nach Westen hin senken sich die Schichten sanft zum Pariser Becken. Diese bogenförmig durch Lothringen verlaufenden Landstufen sind für seine Oberflächengestaltung sehr charakteristisch und als die natürlichen Verteidigungslinien des Landes von größter Bedeutung. Wo die Gesteinsschichten aus undurchlässigen Böden bestehen, da treten vielfach weite, sumpfige Strecken auf, wie in der Landschaft Woëvre westlich von Metz; wo dagegen durchlässige Kalkschichten auftreten, herrschen unfruchtbare oder vielfach mit Wald bedeckte Flächen vor. Nutzbare Bodenschätze finden sich in der Lothringischen Stufenlandschaft vor allem nordwestlich von Metz, wo bei Briey in den Schichten des braunen Jura überaus reiche Eisenerzlager abgebaut werden, an denen außer Frankreich auch Deutschland und in geringem Umfang Belgien Anteil haben. Hier ist in den letzten Jahren einer der wichtigsten Eisenindustriebezirke emporgewachsen, dem gewaltige Mengen von Kohlen aus den rheinischen Kohlengebieten zugeführt werden.

Von den lothringischen Landstufen haben zwei eine besondere Bedeutung gewonnen als die beiden Stützen der Hauptverteidigungslinien Frankreichs und Deutschlands. Die Landstraße unmittelbar im Westen

des Moseltales trägt die Reihe der deutschen Festungswerke, die von Diedenhofen südwärts bis nach Metz hin reichen. Auf französischer Seite ist die östlich des Maastales hinziehende Landstufe der »Côtes Lorraines« von Verdun bis Toul mit einer großen Anzahl von sehr starken Sperrforts ausgebaut, die die von Osten über Metz bzw. Nancy nach Paris laufenden Verkehrswege in wirksamer Weise schützen. Toul und Verdun selbst sind durch zahlreiche kleinere Forts zu schwer einnehmbaren Festungen ausgebaut. Im südlichen Lothringen haben außer der alten Landeshauptstadt Nancy (110000 Einw.) nur Lunéville, St. Dié und die starke Festung Epinal Bedeutung. Die Lothringen in südnördlicher Richtung durchziehenden Flüsse, vor allem Mosel und Maas, sind von geringem Verkehrswert; auch dem über Straßburg–Saarburg–Nancy zur Marne führenden Rhein-Marne-Kanal kommt keine größere Bedeutung zu.

Im Gebiete der mittleren Maas legt sich nordwestlich an die Lothringische Stufenlandschaft das Kreidegebiet der **Champagne** an. Der östliche Teil derselben wird von einem vorwiegend aus weichen Kreideschichten bestehenden Streifen gebildet, der sog. »Champagne humide«, der feuchten Champagne, die in den unwegsamen, mit dichten Wäldern bedeckten Argonnen zwischen Aisne und Aire bis zu 346 m Höhe erreichen und für einen Durchzug von Truppen die größten Schwierigkeiten darbieten. Westlich der Aisne erhebt sich etwa 100 m über der Talsohle die weiße Mauer der Schichten der oberen Kreideformation, die die »Champagne pouilleuse«, die trockene Champagne, aufbauen. Von diesem Steilrand senkt sich die trockene, baumlose, staubige Ebene nach Westen hin; dürftige Äcker und Schafweiden sind das Kennzeichen dieser trockenen Champagne, der größere Siedlungen infolge der Wasserarmut des Bodens fehlen. Inmitten dieser trockenen Champagne, die seit alter Zeit ein wichtiges Durchgangsgebiet ist und in den Kämpfen von 1814 und 1870/71 eine große Rolle gespielt hat, liegt Chalons an der Marne mit dem größten französischen Truppenlager; am Eingang der Marne in das innere Pariser Becken verdanken am Westrande der trockenen Champagne Epernay und weiter nördlich Reims (110000 Einw.) dem blühenden Weinbau (Champagner) sowie der auf einer intensiven Schafzucht beruhenden Wollindustrie ihre Bedeutung.

Den Abschluß des nordfranzösischen Beckens nach Belgien und dem Kanal zu bilden die Kreideflächen der Picardie und des Artois. Die **Picardie** umfaßt im wesentlichen das Flußgebiet der Somme; sie bildet ein weites, niedriges Plateau, auf dem eine intensiv betriebene Landwirtschaft (Zuckerrübe) vorherrscht. Zahlreiche größere Dörfer sind über die Landschaft zerstreut, in deren Mitte Amiens (93000 Einw.) an der Kreuzungsstelle wichtiger Verkehrswege zu einer wichtigen Industriestadt sich entwickelt hat. Das flachwellige Hügelland der Landschaft Cambrésis und der östlichen Picardie greift aus dem Stromgebiet der Somme in das der Schelde über. Die fruchtbare Ebene der **Cambrésis** stellt eine Landsenke zwischen den höher liegenden Ardennen und der Schwelle von Artois dar und bildet daher die natürliche Eingangspforte aus Norddeutschland–Belgien in das Pariser Becken. Über diese Senke führt der die Oise mit der Schelde verbindende Kanal, hier laufen alle Straßen und Eisenbahnen aus Belgien und Holland zusammen mit der großen Linie, die von Köln über Lüttich und Namur kommt, um dann vereint über St. Quentin und La Fère nach Paris zu ziehen. Der hohen militärischen Bedeutung dieser Senke entsprechend waren fast alle Städte der Cambrésis zu Festungen ausgebaut und haben vom 16. Jahrh. an bis heute in allen Kriegen, die sich hier abspielten, hohe Bedeutung gehabt. Auch in der Neuzeit haben die Franzosen hier die Industriestadt St. Quentin (56000 Einw.), Péronne an der oberen Somme, Cambrai, Maubeuge am Eingang ins Sambretal und Laon zu starken Festungen ausgebaut.

Die Ebene der Cambrésis setzt sich nach Nordwesten in der Schwelle von **Artois** fort, die, in breitem Rücken sich bis zu mehr als 200 m Höhe erhebend, steil zur Straße von Calais abbricht. Der fruchtbare Lehmboden begünstigt ebenso wie in der Picardie den Getreide- und Zuckerrübenbau. Im Nordosten setzt die aus Kreideschichten aufgebaute Landschwelle sehr scharf gegen das französisch-flandrische Tiefland ab an einer Linie, die die Städtereihe St. Omer, Béthune, Lens und Douai kennzeichnet. Von zahlreichen Tälern zerschluchtet, bildet dieser Rand eine wirksame natürliche Verteidigungslinie; den bei Arras die Schwelle nach Amiens hin überquerenden Talzug des Scarpe schützt die Festung Arras (26000 Einw.); dem starken Calais entspricht auf der Westseite des Artois der wichtige Hafen von Boulogne.

Der nördlichste, der **belgisch-französische Kriegsschauplatz** umfaßt Landschaften verschiedenartigster natürlicher und wirtschaftlicher Ausgestaltung. Der südlichste Teil, **Hoch- oder Südbelgien**, stellt ein Gebirgsland dar, das, aus alten paläozoischen, stark gefalteten Schichten bestehend, zu einem flachwelligen Rumpfgebirge abgetragen ist. Es erreicht in den Ardennen, die mit weiten Mooren bedeckt sind, in der Baraque Michel unweit der deutschen Grenze seine höchste Erhebung mit 673 m. Von hier ziehen sich die Ardennen nach Südwesten und dachen sich im Maastal sanft zum nordfranzösischen Becken hin ab; die mittlere Höhe bleibt immer über 500 m. Die Ardennen sind ein rauhes, zum Teil unwirtliches, mit ausgedehnten Forsten bedecktes Gebiet, das nur dünn besiedelt ist; größere Ortschaften fehlen völlig; die Volksdichte ist gering. Etwas Holzindustrie, ein wenig entwickelter Ackerbau (Hafer) sowie Pferdezucht nähren die spärliche Bevölkerung. Die tief in das Gebirge eingesenkten Flußtäler der Semois, der Ourthe, der Amblève u. a. erschweren den Verkehr erheblich, so daß das Eisenbahnnetz wenig entwickelt ist. Für kriegerische Operationen ist das Waldgebirge wenig geeignet.

Ein deutlich ausgeprägter Steilrand von im Mittel 200 m Höhe trennt die Ardennen von dem nördlichen Ardennenvorland, das sich von 350—300 m Höhe nach Norden zum Maas-Sambre-Talzug auf 200 m Höhe abdacht. Die wellige Subardennenfläche wird durch die von den Ardennen herabkommenden Flüsse in eine Reihe kleinerer Landschaften zerschnitten. Das im Westen im Winkel zwischen der Maas und der Vesdre liegende Stück der Subardennen ist das Ländchen Herve. Es ist ein anmutiges, von Siedlungen, Weideflächen und Obstgärten übersätes Gebiet, dessen Fruchtbarkeit hier die Bevölkerung auf 150—200 Einw. auf 1 qkm verdichtet. Die als Hausindustrie betriebene Waffenindustrie nährt einen erheblichen Teil der Bevölkerung. Außer dem käseberühmten Herve mit 4730 Einw. und Limburg mit 4500 Einw. und erheblicher Tuchindustrie ist von größeren Städten hier vor allem Verviers zu nennen, das,

von einem Kranz größerer Ortschaften umgeben, der Mittelpunkt bedeutender Tuchfabrikation, Wollfärbereien und Gerbereien ist. Weiter talabwärts hat Chênée mit 9700 Einw. große Kupferhütten und Glasfabriken.

Zwischen der Vesdre bzw. Ourthe und dem Maastale oberhalb Namur dehnt sich das Condroz und die Famenne aus. Herrschen im Condroz Wald und der Roggenbau vor, so bildet die Famenne ein mit sumpfigen Wiesen bedecktes Gebiet. Größere Siedlungen fehlen hier völlig und die Volksdichte ist demgemäß gering.

Famenne und Condroz setzen sich jenseits der Maas nach Westen hin in dem sogenannten Maas-Sambre-Zwischenland fort. Infolge des Auftretens nutzbarer Bodenschätze, an die sich in den südlicheren Teilen eine lebhafte Kleineisenindustrie knüpft, während im Norden die westbelgische Kohlenzone und damit Teile des westbelgischen Industriegebietes auf das Südufer der Sambre übergreifen, ist das Maas-Sambre-Zwischenland stärker besiedelt als das Condroz und verdichtet sich das Netz der Verkehrswege mehr als im Osten.

Für den Verkehr im Subardennengebiet sind die tiefen Täler der Maas und der Ourthe von großer Bedeutung. Dem Maastal folgt von Namur über Dinant eine wichtige Eisenbahnlinie nach Charleville-Mézières bzw. nach Luxemburg. Das Tal der Ourthe bzw. Amblève benutzen zwei von Lüttich aus die Ardennen überquerende Schienenwege nach Luxemburg.

Von der größten Bedeutung ist der Maas-Sambre-Talzug, der Südbelgien von Mittelbelgien trennt. Diesem Tale folgt eine der wichtigsten aus Norddeutschland nach Frankreich führenden Verkehrslinien, die Bahn Berlin–Köln–Paris. Zugleich ist auf dieser ganzen Strecke die Sambre und Maas schiffbar und gewinnt damit für das ost- und westbelgische Industriegebiet eine erhöhte Bedeutung. Aus diesen Gründen bedarf aber diese Verkehrslinie eines besonderen Schutzes. Für einen von Deutschland her erfolgenden Angriff ist das Maastal dort, wo es bei Lüttich nach Nordosten hin umbiegt, durch den Ausbau Lüttichs zu einer der stärksten Festungen Europas geschützt. Ein Gürtel von zwölf Panzerforts legt sich auf den die Stadt umgebenden Höhen um dieselbe herum. In der Mitte des Talzuges, wo Maas und Sambre sich vereinigen, ist Namur unter dem Schutz der umgebenden Höhen ebenfalls zu einer sehr starken Festung ausgebaut; den Eingang durchs Sambretal nach Frankreich bewacht das stark befestigte Maubeuge, während den Zugang zum oberen Maastal Givet schützt, das in einem hier weit maasabwärts liegenden Zipfel französischen Gebiets liegt.

Den Kern des Königreichs Belgien bildet in wirtschaftlicher Beziehung **Mittelbelgien**, ein Hügelland, das sich in seinen westlichen Teilen nordwärts bis zur Schelde, in seiner Osthälfte nordwärts bis zum Demer- bzw. Dyletale ausbreitet. Im Süden bis zu 200 m Höhe ansteigend, senkt sich Mittelbelgien nach Norden hin auf etwa 75 m Höhe und setzt hier an einem deutlich ausgeprägten Stufenrand gegen Niederbelgien hin ab. Während an seinem Aufbau vorwiegend lockere Ablagerungen der Kreide- und Tertiärzeit beteiligt sind, zieht sich in der Tiefe in wechselnder Breite aus der Gegend von Lüttich bis hinüber nach Französisch-Flandern die belgisch-französische Kohlenzone, die nur in der Gegend zwischen Namur und Huy eine kurze Unterbrechung erleidet. In der Gegend von Lüttich im Osten und Mons-Charleroi im Westen reiht sich Kohlenschacht an Kohlenschacht; aus Tiefen bis zu 1000 m werden die Kohlen gefördert in einer Menge von (1912) 22,9 Mill. t. Auf dieser gewaltigen Kohlenproduktion baut sich die hochentwickelte belgische Industrie auf. Die Koks- und Brikettfabriken lieferten 1912 für 30 Mill. Fr. Koks und Briketts. An den Stätten der Kohlengewinnung hat die Stahl- und Eisenindustrie festen Fuß gefaßt, in der 13 Proz. der belgischen Arbeiterschaft beschäftigt sind. Für 160 Mill. Fr. Roheisen erzeugten die Eisenhütten der Provinzen Lüttich und Hennegau und nicht viel geringer ist die Herstellung von Stahl. Die auf der Eisenverhüttung gegründete Maschinenindustrie hat ihre Hauptsitze in Lüttich und dem diese Stadt umgebenden Kranz von Vororten, unter denen Seraing mit seinen gewaltigen Geschützfabriken der bekannteste ist. Neben Lüttich ist das Industriegebiet von Charleroi für die Erzeugung von Maschinen aller Art zu nennen. Im Gebiet von Charleroi-Jumet sowie im Becken von Lüttich hat die Glasindustrie ihren Hauptsitz, die im Jahre 1912 eine Produktion von rund 100 Mill. Fr. Ertrag lieferte.

Begünstigen im südlichen Mittelbelgien die Kohlenlager die hochentwickelte belgische Industrie, so ist der überaus fruchtbare Boden Mittelbelgiens die Grundlage einer intensiv betriebenen Landwirtschaft. Unabsehbare Zuckerrüben- und Weizenfelder dehnen sich über die gesegneten Fluren des Hesbengaues und Brabants aus, welch letztere auch als eines der Hauptpferdezuchtgebiete Belgiens besondere Erwähnung verdient. Für den Absatz der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse Mittelbelgiens ist dessen Oberflächengestaltung von maßgebendem Einfluß. Nirgends stößt hier der Bau von Schienenwegen auf nennenswerte Schwierigkeiten, und die Anlage von Kanälen vor allem nach dem Industriegebiet von Mons-Charleroi war für die Ausfuhr von Kohlen und Industrieerzeugnissen dieser Gegend von hoher Bedeutung. So gehört Mittelbelgien zu den Teilen des Königreiches, die das dichteste Netz von Verkehrswegen aufweisen. Nur wenige Stellen auf der Erde aber dürfte es geben, wo sich die Bevölkerung in gleicher Weise zusammendrängt wie hier; im Lütticher Industriegebiet kommen an 600 Menschen auf 1 qkm und in der Gegend von Mons-Charleroi steigt diese Zahl auf fast 800 an; auch in Brabant ist mit 464 auf 1 qkm die Volksdichte noch sehr bedeutend.

Im Zentrum Mittelbelgiens ist Brüssel, das mit seinen Vororten 645000 Einwohner zählt, die Hauptstadt Belgiens geworden. Das östliche Mittelbelgien zählt nur wenige Städte von Bedeutung; Hasselt (17100 Einw.), Diest (8230 Einw.), Tongeren, St. Truijen (St. Trond) und Thienen (Tirlemont) sind stille Landstädtchen; nur Löwen, am Austritt der Dyle aus dem mittelbelgischen Hügellande (mit 42000 Einw.), hat Bedeutung. Im südlichen Teile des westlichen Mittelbelgiens liegen eine große Zahl namhafter Industrieorte, wie Charleroi, Jumet, Gosselies, Fontaine l'Évêque, Binche, La Louvière und Bergen (Mons). Weiter im Norden sind Tournai, Ath, Hall, Lessines, Ronsse (Renaix), Audenarde, Geertsbergen und Aalst (Alost) zu nennen.

Nördlich der bis zur Quelle schiffbaren Schelde und der Dyle bzw. Demer dehnt sich bis zum Meer bzw. der holländischen Grenze »Niederbelgien« aus, das durch den Unterlauf der Schelde in zwei große natürliche Landschaften gegliedert wird. Östlich der Unterschelde dehnen sich die weiten Flächen des Kempen-

landes (Campine) aus, die ohne natürliche Grenze weit nach Holland hinübergreifen. Einst von ausgedehnten Heide- und Moorflächen bedeckt, sind heute große Gebiete hier aufgeforstet, weite Moorflächen urbar gemacht, so daß das Kempenland schon eine mäßig dichte Bevölkerung besitzt. Außer dem im Süden des Kempenlandes liegenden Hasselt sind nur wenig größere Siedlungen zu nennen, wie Gheel und Turnhout. Zwei von Antwerpen nach Hasselt bzw. Maastricht das Kempenland durchquerende Kanäle sorgen für den leichteren Absatz seiner zumeist land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Da, wo die Schelde am weitesten nach Osten ausbiegend sich dem Höhenrand des Kempenlandes nähert, hat sich **Antwerpen** (mit Vororten 398000 Einw.) zum Haupthandelshafen Belgiens und einem der größten Nordwesteuropas entwickelt. Bis hierher können die größten Seeschiffe ungehindert gelangen, und von hier aus durchziehen zahlreiche Kanäle Mittel- und Niederbelgien; der Schiffahrtsverkehr mit (1912) 13,7 Millionen t im Eingang und gleichviel im Ausgang ist ganz gewaltig, geht doch über Antwerpen nicht nur der größte Teil des Seeverkehrs von Belgien, sondern auch des deutschen Rheingebietes. Von den Belgiern zur Hauptfestung des ganzen Landes ausgebaut, zieht sich der äußere Gürtel von Befestigungen von der holländischen Grenze im Norden bis nach Mecheln im Süden. Da das Mündungsgebiet der Schelde in holländischen Händen ist, so scheidet Antwerpen zwar als Flottenstützpunkt aus, ist aber anderseits auch dadurch vor einem Angriff feindlicher Flotten geschützt.

Westlich der unteren Schelde breitet sich zwischen dem mittelbelgischen Hügellande und der Küste das belgische **Flandern** aus, ein Tiefland aus drei parallel zur Küste verlaufenden Streifen. An das südliche flandrische Geestgebiet schließt sich nordwärts die von Kanälen und Deichen durchzogene Marschenzone an, die ihrerseits vom Meere durch einen mächtigen Dünengürtel getrennt wird. Nur in Westflandern ragt südlich und östlich von Ypern ein Hügelzug im Katsberg 158 m, im Kaemmel und Casselberg 156 m auf; sonst finden sich in Flandern nur wenig Erhebungen über 25 m. In vielfach gewundenem Lauf durchziehen Schelde und Yser mit ihren Nebenflüssen und zahlreiche Kanäle die weiten Niederungen, die, da sie leicht aufgestaut werden können, ein starkes Verkehrshindernis, vor allem in Kriegszeiten, bilden. Landwirtschaft herrscht in ganz Flandern durchaus vor; die Industrie hat sich besonders in den Städten angesiedelt, die in großer Zahl über das ganze Land verstreut sind. An erster Stelle ist Gent an der Schelde zu nennen, mit 210000 Einwohnern, bedeutender Industrie und einem nicht unbedeutenden Schiffsverkehr. Viel von ihrer einstigen Bedeutung haben verloren Brügge (53280 Einw.), Kortrijk (35690 Einw.), Rousselaere (25000 Einw.) und Thourout (10500 Einw.). Eine eigentümliche Städtereihe zieht sich an der Dünenküste entlang, die von der holländischen bis zur französischen Grenze mit Badeorten besetzt ist. Knocke, Heyst, Blankenberghe, Ostende, Middelkerke und Nieuport sind weit über die Grenzen Belgiens hinaus bekanntgeworden; größere Bedeutung kommt aber nur Ostende zu, das außer als Hauptsitz der belgischen Seefischerei vor allem für den Verkehr nach England hinüber internationale Bedeutung hat. Haben doch hier mehrere wichtige europäische Verkehrslinien, wie Ostende–Berlin–St. Petersburg, Ostende–München–Wien–Konstantinopel, Ostende–Genua bzw. Marseille, ihren Ausgangspunkt.

Unter den europäischen Staaten nimmt das nur 29451 qkm große Königreich **Belgien** mit seinen 7,42 Mill. Einwohnern eine Sonderstellung ein. Es ist ein Durchgangsland, das mitten zwischen vier hochentwickelten Kulturstaaten, Deutschland, Holland, Frankreich und Großbritannien, liegt. An seiner Küste entlang führt durch den Englischen Kanal der größte Schiffahrtsverkehr der Erde; auf seinem dichten Eisenbahnnetz bewegen sich im Durchgangshandel Güter im Werte von 2,5 Milliarden Fr. In nationaler Beziehung ist Belgien nicht einheitlich; die wichtige Sprachgrenze zwischen Romanen und Germanen, hier zwischen den niederdeutschen Flamen und den romanischen Wallonen, geht quer durch das Land in westöstlicher Richtung hindurch. Die Eigenart seiner Lage hat es mit sich gebracht, daß Belgiens Boden der Zankapfel zwischen den Nachbarvölkern war, das auf seinem Boden die Heere aller mittel- und westeuropäischen Nationen einander gegenüberstanden, und daß auch jetzt wieder hier die ersten Kämpfe stattfanden.

Ohne scharfe natürliche Grenze setzt sich Belgisch-Flandern nach Westen hin bis zum Fuße der Schwelle von Artois fort. Dieses **französisch-flandrische Niederungsgebiet** ist ein von Kanälen durchzogenes Flachland, das in seinen nördlichen Teilen von weiten Wiesen- und Sumpfflächen, in den südlichen von ausgedehnten Zuckerrübenfeldern bedeckt wird. Unter dem fruchtbaren Boden ziehen sich in der Tiefe die kohleführenden Schichten des nordfranzösischen Kohlengebietes hin, die, zwischen Valenciennes–Douai–Lens–Béthune an zahlreichen Stellen durch Schächte erschlossen, 1912: 26 Mill. t Kohlen lieferten und die Grundlage für die gewaltige Industrie Französisch-Flanderns bilden. Hier erreicht die Volksdichte den für Frankreich unerhörten Wert von 340 auf 1 qkm; hier drängt sich aber auch Stadt an Stadt und die Dichte des Verkehrsnetzes ist erstaunlich groß.

Da ist Lille unmittelbar an der belgischen Grenze mit 218000 Einwohnern einer der Hauptsitze der französischen Textilindustrie und hat als Grenzfestung hohe Bedeutung; die Nachbarstädte Roubaix (123000 Einw.), Tourcoing (83000 Einw.) und Armentières (29000 Einw.) haben neben viel Textilindustrie auch landwirtschaftliche Industrien und Maschinenfabrikation; die Städte um Béthune und Lens herum sind Hauptsitze der Kohlenförderung. Im nördlichen Französisch-Flandern sind die beiden stark ausgebauten Festungen Dünkirchen und Calais die einzigen nennenswerten Städte. Calais' (72000 Einw.) Bedeutung beruht vor allem auf seiner Lage an der schmalsten Stelle des Kanals und dem dadurch bedingten starken Verkehr nach England hinüber; Dünkirchen (39000 Einw.) dagegen hat bedeutende Hochseefischerei und ist, da Kanäle es mit dem südlicheren Industriegebiet verbinden, der Hauptausfuhrhafen für das nordfranzösische Industriegebiet mit einem Güterverkehr von (1912) 4,5 Mill. t.

Literatur. A. Philippson, Der französisch-belgische Kriegsschauplatz (Leipz. 1916); O. Quelle, Belgien und die französischen Nachbargebiete (Braunschw. 1916); Vidal de la Blache, La France (Par. 1908); Joly, Géographie physique de la Lorraine (Nancy 1911); Chantriot, La Champagne (das. 1905); Demangeon, La plaine Picardie (Par. 1905); Blanchard, La Flandre (Lille 1906).

Östlicher Kriegsschauplatz, nördlicher Teil

von Privatdozent Dr. Otto Quelle in Hamburg

Die Landschaften des nördlichen Teiles des östlichen Kriegsschauplatzes gruppieren sich im wesentlichen um den Höhenzug, der sich, in der Gegend zwischen Thorn und Marienburg beginnend, als preußische Seenplatte oder preußischer bzw. baltischer Landrücken über die deutschen Grenzen nach Rußland erstreckt und hier im westrussischen Landrücken über Suwalki, Wilna, Dünaburg–Polozk zum Ilmensee nach Nordosten umbiegt. Im Süden liegt dem preußischen Landrücken das nordpolnische Flachland vor, das sich nach Osten zu über die Landschaft Podlachien zu den Sumpfgebieten des Pripjet hin fortsetzt; nördlich vom obengenannten Höhenzuge greift die Ostsee in den tiefen Buchten des Frischen Haffs, des Kurischen Haffs und des Rigaischen Meerbusens tief ins Land ein und ruft hier in den Niederungen Ostpreußens und der russischen Ostseeprovinzen eine reichere Gliederung hervor.

Die **preußische Seenplatte**, die natürliche Fortsetzung der mecklenburgisch-pommerschen Seenplatte, zieht sich in einer mittleren Höhe von etwa 200 m vom Durchbruchstal der Weichsel unterhalb Thorn bis zu dem südnördlich verlaufenden Teil des Njemen zwischen Grodno und Kowno hin. Sie ist keine zusammenhängende Schwelle, sondern eine Zone von Erhebungen, die durch Talsenken vielfach unterbrochen wird. In der Kernsdorfer Höhe südlich von Osterode erreicht sie mit 313 m Höhe ihre größte Erhebung; dann senkt sich die Seenplatte nach Osten, um nahe der russischen Grenze südlich von Goldap in der Seesker Höhe noch einmal zu 309 m anzusteigen. Wirr aneinandergereihte Kuppen, Hügel und Rücken von wechselnder Höhe, zwischen ihnen unzählige eingesenkte Seen und tiefe Täler, das ist das unruhige Landschaftsbild, das für den größten Teil der Seenplatte typisch ist. Die preußische Seenplatte stellt einen Teil jener großen Endmoränenlandschaft dar, die das ganze südliche Ostseebecken umrahmt. Ein bezeichnender Bestandteil derselben sind die zahlreichen Seen, die bald eine langgestreckte rinnenförmige Gestalt haben, wie die Seen bei Allenstein und Sensburg, bald aber eine unregelmäßig gelappte Form, wie die Grundmoränenseen zwischen Angerburg–Lötzen–Johannisburg. Besonders in dieser Gegend, dem östlichen Masuren, nehmen die Seen einen sehr großen Flächenraum ein und bilden wegen ihrer außerordentlich gelappten Umrisse ein starkes Verkehrshindernis. Durch Zwischenkanäle sind die großen Masurischen Seen, Mauersee, Löwentinsee, Spirdingsee, mit der bei Insterburg in den Pregel mündenden Angerapp verbunden; nach Süden hin vermitteln weitere Kanäle die Verbindung der Masurischen Seen mit den zum Narew eilenden polnischen Flüssen. Charakteristisch sind neben den zahlreichen Seen eine Fülle von Mooren und Brüchen sowie ausgedehnte Waldungen, die besonders in der Gegend südlich und südöstlich von Johannisburg weite Flächen einnehmen.

Die Ungunst der natürlichen Verhältnisse, das Vorherrschen sandiger Böden, der Moore und Wälder drückt in diesem Teile der preußischen Seenplatte die Volksdichte auf 40 Einwohner auf das Quadratkilometer herunter. Landwirtschaft und Viehzucht, Gewinnung und stellenweise auch die Verarbeitung der Produkte des Waldes sowie Torfstecherei sind die einzigen Erwerbszweige der vorwiegend in kleinen Siedlungen wohnenden Bevölkerung. Allenstein mit 33000 und Lyck mit 13500 Einwohnern sind die einzigen größeren Städte Masurens. Johannisburg, Sensburg, Ortelsburg, Osterode, Neidenburg und Soldau sind kleine Landstädte ohne Bedeutung.

Ein besonderes Interesse gewinnt der mittlere und südliche Teil der preußischen Seenplatte, die Landschaft Masuren, wegen der ethnographischen Stellung seiner Bewohner. Dieser ganze Süden wird zum größten Teile von einer polnisch-masurischen protestantischen Bevölkerung bewohnt, die in den 1905 zu dem besonderen Regierungsbezirk Allenstein vereinigten Kreisen Rössel, Allenstein, Ortelsburg, Neidenburg, Osterode, Lyck, Lötzen, Sensburg und Johannisburg an Volkszahl der deutschen Bevölkerung nahekommt (1910: 274320 Deutsche, 248170 Masuren und Polen).

Nach Norden, nach der Ostsee zu, dacht sich die ostpreußische Seenplatte allmählich zu der ostpreußischen Niederung hin ab, nur im Ermeland haben wir noch einzelne höhere Erhebungen, wie den Stablack mit 216 m Höhe westlich von Preußisch-Eylau und die Trunser Berge nordöstlich von Elbing mit 200 m Höhe; auf dem Plateau des Samlandes steigt der Galtgarben zu 110 m auf. Das übrige nördliche Ostpreußen bildet eine ausgedehnte Niederung, die die Passarge im Westen, Memel und Pregel mit ihren Zuflüssen im Nordosten durchziehen.

Diese fruchtbaren Niederungen Ostpreußens sind seit alters schon die Hauptkornkammern des Landes, die fast drei Viertel aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Provinz liefern; nur die Kartoffel findet auf den Sandböden Masurens bessere Lebensbedingungen. Der Wald nimmt noch immer große Flächen ein im Memeldelta und an der russischen Grenze östlich von Tilsit. Von den 1911 qkm Moorfläche Ostpreußens entfällt ebenfalls der größte Teil auf die nördlichen Niederungen. Und wenn auch schon seit Friedrichs des Großen Zeiten in den Moorgebieten des Memeldeltas größere Flächen urbar gemacht sind, so harren doch heute noch das Große Moorbruch, das Rupkalwer Moor und das Augstumalmoor der kulturellen Erschließung. Zu dem Ackerbau, der den größten Teil der Bevölkerung beschäftigt, gesellt sich eine nicht unbedeutende Viehzucht, steht doch Ostpreußen in bezug auf die Pferdezucht unter den preußischen Provinzen an erster Stelle; in der Rinderzucht wird es nur von Schlesien und Hannover übertroffen. Nutzbare Bodenschätze von höherem Wert werden nur an der Steilküste des Samlandes gewonnen, wo ein lebhafter Bergbau auf Bernstein betrieben wird. Die Volksdichte des nördlichen Ostpreußens ist entsprechend der intensiveren Bodenausnutzung auch größer als auf der preußischen Seenplatte. An 65 Einwohner kommen auf das Quadratkilometer, und auch die Siedlungen sind hier zahlreicher als im Süden. An der unteren Passarge hat Braunsberg 13600 Einwohner, Rastenburg 12000, die Regierungsbezirkshauptstadt Gumbinnen 14540 Einwohner. Hauptsächlich vom Handel mit Rußland, vor allem dem Holzhandel, lebt Tilsit mit 39000 Einwohnern; hier, wo das Memeltal sich auffallend verengt, überschreitet zugleich der einzige Schienenweg den Strom. Als Eisenbahnknotenpunkt, in dem sieben Bahnlinien zusammenlaufen, hat Insterburg mit 31600 Einwohnern besondere verkehrsgeographische Bedeutung. An

der Pregelmündung ist Königsberg mit 246000 Einwohnern zur wichtigsten Stadt des preußischen Ostens emporgeblüht. Durch einen einem alten Tal folgenden Kanal steht der untere Pregel mit der Memel in Verbindung, so daß ein Teil des Memelverkehrs nach Königsberg abgelenkt worden ist. Seit 1457 Hauptstadt Preußens, hat sich Königsberg rasch entwickeln können; Holz und Roggen sind die wichtigsten Gegenstände seiner Ausfuhr, die sich rasch gesteigert hat, seit es durch einen Kanal quer durch das Haff auch für größere Seeschiffe zugänglich geworden ist. Die Industrie Königsbergs liefert Maschinen, Wollwaren und Spiritus. Wie es als Sitz einer Universität das am weitesten nach Osten vorgeschobene geistige Bollwerk des Deutschtums ist, so ist es daneben als starke Festung der Hauptwaffenplatz dieses weit nach Rußland vorgestreckten Zipfels der Monarchie. Einen natürlichen Schutzwall gegen Angriffe zur See bilden die langgestreckten, mit hohen Dünen besetzten Halbinseln der Frischen und der Kurischen Nehrung. Nur durch das schmale Pillauer Tief, an dem Pillau zum Vorhafen von Königsberg herangewachsen ist, steht die weite Fläche des Frischen Haffes mit der Ostsee in Verbindung; das dreieckige Kurische Haff, das die Kurische Nehrung abschließt, hat nur bei Memel, der nordöstlichsten deutschen Stadt mit 21500 Einwohnern, einen schmalen Ausgang. Den schmalen Zipfel, der sich nördlich der Memel zwischen der russischen Grenze und dem Kurischen Haff nach Norden hinzieht, bewohnen etwa 100000 Litauer, während die übrigen Gebiete des ostpreußischen Flachlandes eine rein deutsche, zumeist protestantische Bevölkerung trägt; nur im hügeligen Ermeland überwiegt die katholisch-deutsche Bevölkerung.

Das polnische Tiefland, das sich südlich von der preußischen Seenplatte bis zum polnischen Tafelland erstreckt, ist die natürliche östliche Fortsetzung des großen brandenburgisch-posenschen Tieflandes. Es ist eine niedrige, 100—150 m hohe diluviale Platte, die in ostwestlicher Richtung von mehreren breiten, zum Teil trockenen Tälern durchzogen wird; es ist das Land der sandigen und sumpfigen großen Täler mit dazwischenliegenden flachen Rücken, über die sich Decken fruchtbaren Lehmes ausbreiten. Der Bobr und der Narew, der Unterlauf des Bug und die Weichsel bis Thorn durchziehen das flache Land in langsamem Lauf, den Altwässer, Sümpfe und kleine Seen einsäumen. Von Norden her durchqueren, von der preußischen Seenplatte kommend, zahlreiche fast parallel verlaufende Flüsse die nach Süden sich senkende Platte Masoviens; Drewenz und Wkra sind die bedeutendsten dieser Flüsse, die auf weite Erstreckung hin von unpassierbaren Mooren begleitet werden.

Während sich das südliche Polen dank seiner reichen Bodenschätze zu einem der bedeutendsten Industriebezirke mit zahlreichen großen Städten entwickelt hat, ist das nördliche polnische Tiefland ein vorwiegend landwirtschaftliches Gebiet geblieben. Zu dem hochentwickelten Getreidebau hat sich hier in neuerer Zeit eine nicht unbedeutende Zuckerrübenkultur gesellt, so daß die Volksdichte des polnischen Tieflandes stellenweise auf 85 Einwohner auf das Quadratkilometer steigt. Die größeren Siedlungen liegen fast ausnahmslos an den das Tiefland durchquerenden Strömen. Von den Städten der Narew-Weichsel-Linie haben Lomza, Ostrolenka, Pultusk und Nowo Georgiewsk als Festungen mit starker militärischer Besatzung Bedeutung. Plock mit 27000 Einwohnern ist die alte Hauptstadt des polnischen Masurenlandes. Unmittelbar nach dem Übertritt der Weichsel auf deutschen Boden versperrt die starke Festung Thorn mit 47000 Einwohnern russischen Heeren den Durchzug durchs Weichseltal nach Deutschland. Fast im Mittelpunkt des Weichselgebietes, wo mehrere Talzüge und Eisenbahnen zusammenlaufen, hat sich Warschau am linken höheren Ufer der Weichsel zu der größten polnischen Stadt mit 855000 Einwohnern emporgeschwungen. Neben einem sehr bedeutenden Handel, den zum großen Teil die Weichsel mit ihren Wasserverbindungen zwischen Preußen, Polen und Innerrußland vermittelt, haben sich hier Woll- und Seidenweberei, Leder-, Zucker- und andere Industrien entwickelt. Strahlenförmig laufen hier eine große Zahl Eisenbahnlinien zusammen, von denen die Wien-Warschau-Petersburg- und Berlin-Thorn-Warschau-Moskau-Linie die wichtigsten sind. Die hervorragende Bedeutung Warschaus als Waffenplatz wird später noch zu würdigen sein.

Podlachien und die Poljessie. Das Tiefland Podlachien erstreckt sich östlich vom polnischen Tieflande bis zu der 170 m hohen, flachen Bug-Dnjepr-Wasserscheide und reicht nordwärts bis über den Narew. Glazialer und fluvioglazialer Lehm- und Sandboden verhüllt die Kreide- und Tertiärunterlage des Gebietes völlig. In breiten Flachtälern fließen die Flüsse Podlachiens, umsäumt von Sümpfen und Altwässern. Der wichtigste Fluß des Gebietes, der schiffbare Bug, durchzieht das Land in südnördlicher und nordwestlicher Richtung. Am Bugknie, wo der Muchawezfluß in den Bug mündet, sichert die stark ausgebaute Festung Brest Litowsk mit 43000 Einwohnern die rückwärtigen Verbindungen des polnischen befestigten Aufmarschraumes. Die Festung bildet den bedeutendsten Eisenbahn- und Straßenknotenpunkt Westrußlands, wo wichtige Eisenbahnlinien, die Innerrußland mit dem polnischen Festungsgebiet verbinden, einander kreuzen. Im nördlichen Podlachien, das der Narew durchquert, erschweren breite versumpfte Täler und ausgedehnte dichte Waldungen (Forst von Bjelostok) ein Vordringen größerer Heeresmassen außerordentlich; die einzige namhafte Siedlung dieses dünn bevölkerten Gebietes ist der Eisenbahnknotenpunkt Bjelostok.

An Podlachien schließt sich ostwärts das ausgedehnte Wald- und Sumpfland der Poljessje (d. h. Waldland) an. Es stellt eine breite, flache Depression dar, in der der Pripjet die tiefste Furche bildet. Die breite Sohle der Poljessje ist im allgemeinen eine Sumpfebene, die durch einzelne etwas höher gelegene, 20 bis 50 m hohe Bodenschwellen unterbrochen wird. Diese höher gelegenen Erhebungen sind für den ostwestlichen Durchgangsverkehr von besonderer Bedeutung, zeigen eine etwas dichtere Bevölkerung und gestatten in bescheidenem Umfang den Anbau von Buchweizen und Kartoffeln. Fast die Hälfte des Gebietes nehmen Wälder, z. T. typischer Sumpfwald, ein, der für den Verkehr ein schweres Hindernis bildet. Die seit 1875 begonnenen Entsumpfungsarbeiten in diesem periodisch überfluteten Land haben im Verein mit dem Ausbau von hauptsächlich militärischen Zwecken dienenden Bahnlinien bewirkt, daß die Volksdichte der Poljessje, die im Mittel 10—20 Einwohner auf das Quadratkilometer beträgt, stellenweise auf 50—60 stieg. Die einzige größere Siedlung inmitten dieses Sumpflandes ist Pinsk mit 28000 Einwohnern.

Nördlich von der Poljessje (auch Rokitnosümpfe ge-

nannt) erhebt sich im Quellgebiet des Njemen und der Beresina die weißrussische Platte, deren höchste Erhebung nördlich von Minsk in der Lyssaja Gora 344 m Höhe erreicht. Die durch breite Flußtäler stark gegliederte Platte ist stellenweise in einzelne Platteninseln aufgelöst; sie ist aufgebaut aus alten Gesteinen, die fast durchweg mit glazialen Ablagerungen bedeckt sind. Mit ausgedehnten Wäldern und sumpfigen Niederungen bedeckt, bildet die Platte den Kern des eigentlichen, von 6,3 Millionen Weißrussen bewohnten Weißrußlands. Die Mehrzahl der vorwiegend Ackerbau treibenden Bevölkerung bewohnt Einzelsiedlungen und kleine Dörfer, die Stadtbewohner bilden nur etwa 10 Proz. der Gesamtbevölkerung. Inmitten der weißrussischen Platte liegt die wichtige Handelsstadt Minsk mit 100000 Einwohnern; an der Beresina hat die Brückenstadt Borissow, wo die Franzosen 1812 die Beresina überschritten, 19000 Einwohner, weiter flußabwärts die frühere Festung Bobruisk 50000 Einwohner.

Der westrussische Landrücken. Ohne merklichen Übergang legt sich die weißrussische Platte an den nördlich davorliegenden westrussischen Landrücken an, der die natürliche Fortsetzung der preußischen Seenplatte darstellt. Wie in dieser haben wir auch im westrussischen Landrücken ein Hügelland vor uns mit zwar kleinen, aber scharf markierten Formen. Zahllose Seen, Moore und Sümpfe sowie ausgedehnte Waldungen bedecken den Höhenrücken, der nach Nordosten hin an Breite und Höhe abnimmt. Aus demselben Grund- und Endmoränenmaterial der diluvialen Vereisung aufgebaut wie die preußische Seenplatte, wird der Landrücken von den beiden größten Strömen des nordwestlichen Rußlands durchquert, der Düna und dem Njemen. Von der Waldaihöhe nach Südwesten fließend biegt die Düna bei Witebsk (etwa 100000 Einwohner) nach Nordwesten um und durchfließt den Landrücken in engem Tal. Unterhalb Witebsk ist Polozk, die einstige Hauptstadt Weißrußlands, heute mit 31000 Einwohnern nur von untergeordneter Bedeutung; an der Stelle, wo die Düna in die baltische Küstenebene eintritt, ist Dünaburg mit 108000 Einwohnern zu einem wichtigen Handelsplatz (Holz-, Flachs-, Getreidehandel) emporgewachsen; hier überschreitet die Bahnlinie Berlin–Warschau–Petersburg die Düna, und wegen seiner ungemein wichtigen Verkehrslage ist der Ort zu einer starken Festung ausgebaut.

Weiter im Osten durchbricht der von der weißrussischen Platte kommende Njemen den westrussischen Landrücken in einem schmalen, 30—60 m tiefen, südnördlich gerichteten Tal. Am Ein- und Ausgang dieses wichtigen Quertales sind zwei bedeutsame Siedlungen entstanden, im Süden die Festung Grodno mit 42000 Einwohnern meist jüdischer Abkunft, im Norden Kowno, ebenfalls starke Festung mit 75000 Einwohnern, von denen die Hälfte Juden sind. An der bei Kowno in den Njemen mündenden schiffbaren Wilija hat Wilna, die einstige Hauptstadt Litauens, mit Vororten eine Bevölkerungszahl von etwa 200000 Einwohnern. Es ist eine Art Hauptstadt des russischen Judentums und verdankt seinen Aufschwung nicht nur seinem blühenden Handel, vor allem in Holz, sondern auch seiner Lage als wichtigster Eisenbahnknotenpunkt des westlichen Rußlands neben Warschau. Der für den Anbau von Flachs, Obst, Weizen und Rüben recht geeignete Boden des Landrückens hat hier zu einer Verdichtung der Bevölkerung auf etwa 35—40 für das Quadratkilometer geführt.

Die Ostseeprovinzen. Das Gebiet zwischen dem westrussischen Landrücken und den Küsten der Ostsee, die baltischen oder Ostseeprovinzen, unterscheidet sich durch sein mildes Klima, die engen Beziehungen zum Meere und den deutschen Nachbargebieten, durch seine Bevölkerung, Kultur und Geschichte ganz wesentlich vom russischen Binnenlande. Wir bezeichnen als die baltischen Provinzen Estland, Livland und Kurland. Das russische Ostseegebiet besteht aus einer Reihe von Plateaustücken, die durch breite Senken voneinander getrennt werden. Das zwischen unterer Memel, Düna, dem Rigaischen Meerbusen und der Ostsee liegende Plateau, das eines einheitlichen Namens entbehrt, endet im Norden im Kap Domesnäs und wird durch die Windau in eine nordöstliche und eine südwestliche Hochfläche zerlegt, die eine mittlere Höhe von 150 m aufweisen. Zwischen dem Rigaischen Meerbusen und der Riga-Mitau-Senke einerseits, dem Peipussee und der Dorpat-Pernau-Senke anderseits dehnt sich in Livland das Livländer Hügelland, die »Livländer Schweiz«, aus; es ist ein stark welliges, von zahlreichen Flüssen zerschnittenes, mit Sümpfen, Mooren und Wald bedecktes Hügelland, das nördlich von Jakobstadt im Geising 314 m Höhe erreicht. Die nordöstlich von Riga mündende Livländische Aa hat ihren gewundenen Lauf tief in die eiszeitlichen Ablagerungen dieser Hügellandschaft eingegraben. Nördlich von der Pernau-Dorpat-Senke erhebt sich die wenig gegliederte Tafel von Estland, die sich nach Westen in einer Gruppe flacher Inseln fortsetzt, die Inseln Worms, Dagö und Ösel, die den Eingang zum flachen Golf von Riga in wirksamer Weise absperren; im Osten bildet der Lauf der dem Peipussee entströmenden Narwa eine gute natürliche Begrenzung Estlands.

Das ganze russische Ostseegebiet ist aufgebaut aus paläozoischen Schichten, die namentlich im nördlichen Estland in Form einer steilen Stufe abbrechen und hier wesentlich zu der überaus reichen Küstengliederung Estlands beitragen. Über den paläozoischen Schichten liegt die mächtige Decke diluvialer Ablagerungen, Lehme, Mergel und Sande, die im Verein mit dem durch die Nähe der See hervorgerufenen milderen feuchten Klima die Landwirtschaft wesentlich begünstigt und eine größere Mannigfaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion hervorruft. Der starke Anbau der Kartoffel ist wohl auf deutschen Einfluß zurückzuführen; die höhere Feuchtigkeit ermöglicht den Anbau des Flachses sowie die Wiesenkultur mit hochentwickelter Viehzucht und Milchwirtschaft. Neben dem Handel ist dann in den städtereichen baltischen Provinzen eine lebhafte Industrie entstanden.

In ethnographischer Beziehung spiegelt sich in den baltischen Provinzen die Buntscheckigkeit des russischen Gesamtreiches wider. Die Letten, die mit 44,8 Proz. der Gesamtbevölkerung die erste Stelle einnehmen, bewohnen zu 75 Proz. Kurland. Von den 37,08 Proz. Esten kommen auf Estland 88,67 Proz., während von der deutschen Bevölkerung von 6,94 Proz. der größte Teil auf Livland entfällt. Die deutsche Bevölkerung hat trotz ihrer geringen Zahl jedenfalls den baltischen Provinzen die kulturelle Physiognomie aufgedrückt. Letten, Esten und Deutsche bilden neun Zehntel der Gesamtbevölkerung, während ein Zehntel auf die übrigen Völkerstämme entfällt. Die Russen stehen unter diesen an erster Stelle, die hauptsächlich die Militärpersonen, Juristen, Beamte und Lehrer stellen. Die Juden mit 2,65 Proz. und die Polen mit 1,51 Proz. der Bevölkerung spielen im Kulturleben der

drei Provinzen keine besondere Rolle; erstere haben vor allem den Kleinhandel in ihrer Hand, während die Polen als Gutsbesitzer, Kaufleute und Arbeiter größtenteils in Kurland sowie Riga leben.

Die Fruchtbarkeit des Bodens, das milde Klima, die Aufgeschlossenheit und die bequemen und billigen Verkehrsmöglichkeiten auf den Flüssen und dem Seewege haben eine ziemlich starke Volksdichte in den baltischen Provinzen hervorgerufen, deren Extreme zwischen 25 und 45 auf 1 qkm schwanken.

In dem vom Meer ziemlich abgeschlossenen Litauen haben wir Kowno schon früher als wichtigste Stadt am Fuße des westrussischen Landrückens kennengelernt; Schawli (Schaulen) und Ponewjesch sind die einzigen namhaften Siedlungen, die aus diesem Gebiet in neuerer Zeit viel genannt sind. Kurland hat in den beiden Häfen Libau und Windau an der Ostsee zwei für den Export seiner vorwiegend land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse bequem liegende Häfen. Libau mit 90000 Einwohnern ist auch wichtiger Ausfuhrhafen für Innerrußland und für die russische Marine als einziger stets eisfreier Hafen an der Ostsee von hervorragender Bedeutung; es führt besonders Holz, Getreide und Eier aus. Das nördlicher liegende Windau mit 25000 Einwohnern hat geringere Bedeutung. In flacher, fruchtbarer Gegend an der schiffbaren Semgaller Aa gelegen, hat Mitau als Hauptstadt und geistiger Mittelpunkt Kurlands unter seinen 40000 Einwohnern rund 10000 Deutsche. Tukkum, nordwestlich von Mitau, mit 8000 Einwohnern hat keine besondere Bedeutung. 15 km oberhalb der Mündung der Düna liegt die alte Hansestadt Riga, nach Petersburg der bedeutendste russische Ostseehafen. Schon 1201 gegründet, erlangte die Stadt im 13. Jahrhundert eine führende Stellung in der östlichen Ostsee. Heute ist Riga der Mittelpunkt des baltischen Deutschtums. Die Ausfuhr Rigas im Wert von etwa 200 Millionen Rubel erstreckt sich auf Holz, Getreide, Ölkuchen, Flachs, Hanf, die Einfuhr von etwa 150 Millionen Rubel auf Steinkohlen, Maschinen usw. An der Mündung der Düna ist Dünamünde als Vorhafen für Riga gegründet, da größere Schiffe den Strom nicht bis Riga hinauffahren können; zugleich ist Dünamünde als russischer Flottenstützpunkt stark befestigt. Von den übrigen Siedlungen Livlands hat die Universitätsstadt Dorpat (Jurjew) am schiffbaren Embach 50000 Einwohner; die Wasserscheide zwischen Embach und der Pernau überquert mühelos ein Kanal, der die Verbindung zwischen Peipussee und Rigaischem Meerbusen nach der Stadt Pernau mit 25000 Einwohnern herstellt. Unter den Städten Estlands hat Reval mit 100000 Einwohnern an der felsigen, buchtenreichen Nordküste nicht bloß als starke Festung, sondern auch als Handelshafen hohe Bedeutung; Hauptgegenstände seines Handels sind Baumwolle, die in den industriereichen Vororten verarbeitet wird, ferner Steinkohlen, Getreide, Flachs, Häute usw.; einen besonderen Erwerbszweig bildet der Versand von gesalzenen Fischen.

Militärgeographische Verhältnisse. Zwei nicht durch die natürlichen Verhältnisse des Landes bedingte Faktoren sind bei der Betrachtung der militärgeographischen Verhältnisse nicht zu übersehen; der eine ist das weite Ausgreifen Ostpreußens in russisches Gebiet hinein, der andere das weite Vordringen des polnischen Keils in das Herz Mitteleuropas. Von zwei Seiten von russischem Gebiet umklammert, nur in einer Breite von 120 km mit dem Rumpfe des Staates zusammenhängend, stand Ostpreußen dem Vordringen der Russen in dem breiten, offenen Pregeltal offen. Erst unter dem Schutz der starken Festung Königsberg vollzog sich die Organisation des Widerstandes gegen die herandringende Russenflut. Auf der preußischen Seenplatte mit den ausgedehnten Wäldern und dem verwickelten Wassernetz Masurens begünstigen die Engen zwischen den vielgliederigen Seen in wirksamer Weise die Verteidigung (Fort Boyen bei Lötzen). Der Verlauf der Winterschlacht in Masuren im Februar 1915 hat die hohe strategische Bedeutung des Landes deutlich erkennen lassen.

Im nördlichen polnischen Flachland war einer russischen Offensive gegen Deutschland durch das breite Weichseltal der Weg gewiesen. Hier legt sich an der deutschen Grenze Thorn mit seinem breiten Gürtel von starken Forts hindernd einem Vordringen in den Weg und ermöglicht so das Zusammenziehen großer Truppenmassen unter dem Schutze seiner Festungswerke. Unterhalb Thorn gebieten Graudenz und die Verteidigungsanlagen von Danzig sowie die Überschwemmungsflächen des Weichseldeltas einem weiteren russischen Vordringen nach Westen hin Halt.

Die Festungen der russischen Westgrenze halten sich mit Ausnahme derer an der Düna in annähernd gleichem Abstand von der deutschen Grenze. Für ihre Anlage sind Richtung und Beschaffenheit der Flußtäler bestimmend gewesen. An der Düna schützen Dünamünde und das stark befestigte Dünaburg den Übergang über den breiten Strom und ein Vordringen auf Rußlands Hauptstadt. Die dazwischen liegende Strecke ist leicht zu verteidigen, da namentlich am linken Dünaufer breite Moor- und Sumpfflächen sich hinziehen, die das Vordringen erschweren. Am Njemenknie gewährt Kowno als starker Waffenplatz den nach Westen vordringenden Russen Rückhalt. Von hier bis Iwangorod zieht nun eine ununterbrochene Reihe von Festungen nach Süden: Olita, Grodno an der Njemenlinie; Ossowiec, Lomza, Ostrolęka, Rozan, Pultusk, Nowo Georgiewsk, Warschau und Iwangorod an der Bobr-Narew-Bug-Weichsel-Linie.

Von den natürlichen Faktoren, die die Kriegsoperationen auf dem nördlichen russischen Kriegsschauplatz beeinflussen, ist hier vor allem noch des Klimas zu gedenken und die Frage des »russischen Winters« zu streifen. Im allgemeinen unterscheidet sich das Winterklima des nördlichen russischen Kriegsschauplatzes nur wenig von dem des angrenzenden Ostdeutschlands. Der Winter ist im ganzen nördlichen Gebiete überall schneereich; häufige Tauwetter unterbrechen die Frostperioden, und naßkaltes Wetter ist nicht selten. Anderseits ist gerade der Winter die einzige Jahreszeit, wo die berüchtigten Straßen Rußlands einigermaßen passierbar sind; der weiche Boden gefriert, Sümpfe und Seen bedecken sich mit Eis, die Flüsse tragen 3—4 Monate hindurch eine Eisdecke, und die Schneedecke gleicht alle Unebenheiten aus. Die hierdurch entstehende großartige Schlittenbahn kann von Tausenden von Schlitten benutzt werden, und die Schnelligkeit des Verkehrs läßt sich so verdoppeln und verdreifachen, was besonders die Nachschübe großer Truppenmassen beschleunigt. Den größten Nachteil des nördlichen russischen Kriegsschauplatzes, seine gewaltige räumliche Ausdehnung, hat die moderne Technik überwunden dank dem Zusammenarbeiten von Eisenbahnen, deren Bau im Verlauf des Krieges in den weiten Flachlandgebieten relativ geringe Schwierigkeiten darbot, Automobilen

und anderen den modernen Verkehr bewältigenden Einrichtungen.

Literatur. M. Friederichsen, Die Grenzmarken des Europäischen Rußlands (Hamb. 1915); F. Kawlaski, Russisch-Polen von militärgeographischem Standpunkt (»Petermanns Mitteilungen«, Gotha 1910, I); K. R. Kupffer, Baltische Landeskunde. Mit Atlas (Riga 1911); G. Kuchinka, Das Polésie im westlichen Rußland (»Petermanns Mitteilungen«, Gotha 1911, II); H. Praesent, Russisch-Polen (ebenda 1914, II); H. Rosen, Die ethnographischen Verhältnisse in den baltischen Provinzen und Litauen (ebenda 1915).

Galizischer Kriegsschauplatz mit den Karpathen und Südpolen

von Prof. Dr. **Norbert Krebs** in Wien

Einem gefährlichen Keile vergleichbar, der die fest verbundenen mitteleuropäischen Staaten zu spalten droht, schiebt sich russisches Gebiet in Polen weit gegen Westen vor. Seine Grenzen sind allenthalben schlecht und unnatürlich; das ganze Land erscheint als Wachstumsansatz, der nach mehr verlangt. Dem vom Zentrum Warschau vorgehenden Gegner sind Offensivstöße nach Norden, Süden und Westen möglich. Im Norden kann das weit vorgeschobene Ostpreußen überwältigt oder isoliert werden; von der Westgrenze sind es nur 300 km bis Berlin; im Süden droht Galizien dem russischen Eroberer zum Opfer zu fallen. Flankenstöße nach Norden und Süden sind sogar notwendig, wenn das Vordringen gegen Westen gelingen soll. Sie wurden denn auch in diesem Krieg von den Russen versucht; in Ostpreußen scheiterten sie an Hindenburgs genialer Kriegführung, die die Eigenart der baltischen Moränenlandschaft voll ausnutzte; in Galizien brachten sie infolge der doppelten und dreifachen Übermacht den Russen zuerst Erfolge, erlahmten aber dann doch an dem zähen Widerstand österreichisch-ungarischer und deutscher Truppen in den Karpathen, denen im Frühjahr und Sommer 1915 der Vorstoß und die Rückeroberung der besetzten Gebiete gelang.

Galizien ist das Stück der polnischen Erbschaft, das schon bei der ersten Teilung (1772) Österreich zufiel. Als sich der polnische Staat infolge innerer Streitigkeiten zu schwach erwies, einen Schutzwall gegen das ländergierige Rußland zu bilden, mußten die westlichen Nachbarn zugreifen, um nicht die ganze Beute dem einen zufallen zu lassen. Österreich nahm sich den an die Karpathen angelehnten Teil des Flachlandes, der mit dem übrigen Staat, namentlich der österreichischen Hälfte, wohl nur schwach verbunden ist, aber eine Art Glacis vor dem Karpathenwall bildet. Das an sich fruchtbare und gut bevölkerte Land vermehrte allerdings das slawische Element im Donaustaate, konnte aber, entsprechend ausgenutzt, ein wertvoller Schutzraum für Ungarn sein und auch eine wichtige Flankendeckung für das Deutsche Reich bedeuten.

Wie im östlichsten Deutschland haben wir es hier mit einem Übergangsgebiet zwischen mittel- und osteuropäischer Landschaft zu tun. Die Gebiete westlich der Weichsel und des San haben mehr mitteleuropäischen, die östlich davon mehr sarmatischen Charakter. Das polnische Tiefland hat dieselbe zonale Anordnung und dieselben Charakterzüge wie Nordostdeutschland; in der Lysa Gora erscheint noch ein Stück mitteldeutschen Gebirges, und erst die podolische Platte östlich und südöstlich von Lemberg hat die Züge der großen südrussischen Tafellandschaften. Das Klima ist kontinentaler; aber die Unterschiede zwischen Juli- und Januartemperatur bleiben in Westgalizien wie bei Warschau noch unter 23°, der Zahl, die Woeikof als Grenzwert des kontinentalen Klimagebietes bezeichnet. Erst östlich von Lemberg und Przemyśl sinken die Januartemperaturen unter —4° herab, während sich die Julimittel allenthalben zwischen 18° und 20° halten. Die trockenen Fröste sind bei Windstille relativ leicht zu ertragen; schlimmer sind die Staub- und Schneestürme Ostgaliziens und der Kot des Frühlings. Die Eisbedeckung fördert sogar den Verkehr auf den so häufig grundlosen Straßen. Auch die Niederschlagsmengen sind noch keineswegs gering (600 bis 700 mm); am Rand der Karpathen und im Gebirge sind sie sogar sehr bedeutend (900—1300 mm). Baumlose Steppen herrschen nur im östlichen Teil der podolischen Platte (östlich der Strypa), doch gibt es Laubholzbestände noch in den tief eingeschnittenen Tälern. Nur die Nadelhölzer fehlen dem ganzen ostgalizischen Flachland, während die Vegetation des Tieflandes zwischen Weichsel und San mit seinen Dünen und Mooren nicht wesentlich verschieden ist von der der norddeutschen Talsandgebiete.

Wie in der Physis des Landes übernimmt auch im Volkstum die flache Wasserscheide zwischen Bug und Weichsel und der mittlere Sanlauf die Rolle eines Grenzstreifens. Die Polen, deren Verbreitungsgebiet ostwärts nicht über den Wieprz und die Tanewniederung hinausgeht, rechnet man noch zur westslawischen Gruppe. In der Lebhaftigkeit des Denkens und Handelns, dem stärkeren Hervortreten der Individualität unterscheiden sie sich von den konservativen, gleichmütigen und gleichartigen Russen und ähneln viel mehr den west- und mitteleuropäischen Völkern, denen sie als Katholiken auch glaubensverwandt sind. Ihre östlichen Nachbarn sind in Galizien und der nördlichen Bukowina die Ruthenen oder Ukrainer, die sprachlich den Russen nahestehen, wenn sie auch ihre eigene Literatur besitzen, zierlicher gebaut und dunkler in Haar- und Augenfarbe sind als diese und sich durch die größere Lebhaftigkeit, aber auch die geringere Ausdauer des Steppenvolkes von den waldbewohnenden Russen unterscheiden. Die enorme Bedeutung, die der griechischen Religion in Osteuropa im ganzen Leben, in den Sitten und Gebräuchen zukommt, schließt sie aber so eng an die Russen an, daß ihre Sonderbestrebungen nur bei den wenigen Gebildeten, kaum bei der großen Masse, verstanden werden. Das Gebiet der Ruthenen reicht bis in die nördliche Bukowina und in den Waldkarpathen bis zum Rand des ungarischen Tieflandes. Die südliche Bukowina und die Máramaros bewohnen Rumänen. Im ganzen östlichen Galizien haben die Polen nur Sprachinseln im ruthenischen Gebiet inne, und zwar in den Städten, die hier wie in Russisch-Polen auch eine große jüdische Minderheit beherbergen. In den Händen der Juden, die gegen Ende des Mittelalters aus Deutschland eingewandert sind und in ihrem »Jargon« ein Gemisch mittelhochdeutscher, slawischer und hebräischer Worte zu einer eigenen Sprache vereinigt haben, liegen fast der ganze Handel und Verkehr, teilweise auch die Industrie Westpolens und Galiziens. Unter den 855000

Einwohnern von Warschau sind 300000 Juden; in der Fabrikstadt Lódz bilden die Juden ein Fünftel, in den ostgalizischen Städten oft mehr als ein Viertel, ja in einzelnen (z. B. Brody) weit über die Hälfte der Bevölkerung.

Von den wenigen Handels- und Verkehrsplätzen abgesehen, sind die Landschaften östlich von San und Weichsel nur Gebiete der Landwirtschaft, während Südwestpolen und das westlichste Galizien auch industrielle Bedeutung besitzen. In Polen beträgt darum die Volksdichte westlich der Weichsel 128, östlich davon nur 75. Auch in Galizien kommen im westlichsten Teil 130—150 Menschen auf das Quadratkilometer, während am Rand der Waldkarpathen (auch im Hügelland der Bukowina) 110—120, auf der fruchtbaren podolischen Platte etwas über 100, in den sandigen Niederungen am San und Bug 80 bis 85, in den Karpathen 50—90 Menschen auf dem Quadratkilometer wohnen. Eine wesentliche Volksverdichtung erfährt das Gebirgsland in seinen Petroleumrevieren, die neben der Holzgewinnung die wichtigste Einnahmequelle bilden. Die galizische Erzeugung von Erdöl umfaßt nur 5 Prozent der Weltproduktion, stellt aber doch einen Wert von 40 bis 50 Mill. Mark dar. Es war für die vom Meer abgesperrten Zentralmächte gar nicht gleichgültig, als diese Gebiete vorübergehend in die Hände der Russen fielen. Dazu gesellt sich die Salzgewinnung am Karpathenrande (besonders Wieliczka und Bochnia) und die Kohlenproduktion im westlichsten Teil des Landes bei Chrzanów und Trzebinia und auf russischem Boden bei Dombrowa. Das schon seit dem Beginn des Krieges von österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen besetzte Kohlen- und Eisenrevier von Dombrowa ist das zweitwichtigste Rußlands und lieferte 1912: 6,5 Mill. Tonnen (22,3 Prozent der russischen Gesamtproduktion). Es versorgt speziell den Westen Rußlands, die Industrie von Polen, die in Lódz ein Zentrum der Baumwollspinnerei und -weberei, in Warschau Maschinen-, Leder- und Zuckerfabrikation besitzt. In dem agrarischen Rußland gewinnt dieses industrielle Gebiet, so jung es eigentlich ist (erst etwa 50 Jahre), hervorragende Bedeutung, und läßt es begreiflich erscheinen, wenn polnische Industrielle und Kapitalisten den Anschluß an Rußland willkommen heißen und die national-revolutionäre Propaganda als ein ihrem Vorteil schädliches Ideal zurückweisen. Einer Konkurrenz mit der deutschen oder österreichischen Industrie wäre die polnische trotz der billigen Arbeitskräfte schon infolge der größeren Entfernung von den Rohstofflieferanten nicht gewachsen, und darum spielt auch die galizische Industrie trotz erfreulicher Ansätze nur eine geringe Rolle im Wirtschaftsleben des österreichischen Staates. Nicht unbedeutend ist hingegen die Entwicklung der Landwirtschaft auf Kosten des bisher fast allein herrschenden adligen Großgrundbesitzes, der seine Güter nicht intensiv genug bewirtschaftete und sie nun an einen freien, landhungrigen Bauernstand abgibt, der sich durch zeitweilige Auswanderung nach Amerika so viel Geld erworben hat, daß er in die Höhe kommen kann. Wenn auch die Bildung der Bevölkerung noch auf niedriger Stufe steht, ihre Armut und Bedürfnislosigkeit die Kriegführung im Vergleich zum westlichen Kampfgebiet erschweren, dürfen ihre Tatkraft und ihre künftige Blüte nicht bezweifelt werden. Es verschwindet der Allzureiche und der Allzuarme, und damit sind gesündere Verhältnisse angebahnt.

Auch im Wirtschaftsleben Rußlands ist es nicht gleichgültig, daß ihm das reiche Polen durch die kriegerischen Operationen verloren ist, wenn auch Rußlands Macht sich viel weniger auf Polen stützt als auf das Moskauer Zentrum und den kohlen- und erzreichen Süden.

In der Charakteristik der einzelnen Landschaften beginnen wir im Norden am Rand des mittelpolnischen Tieflandes und der Poljessje, an einer Linie, die von der Bzura zur unteren Pilica und zum Wieprz, über Lublin und Cholm ostwärts zu verfolgen ist.

Den Kern des welligen Geländes im südwestlichen Polen bildet das von WNW. nach OSO. streichende polnische Mittelgebirge, das aus gefalteten paläozoischen Schiefern und Kalken besteht, aber längst zu einem Rumpfgebirge abgetragen ist, aus dem nur besonders widerstandsfähige Quarzitrücken als isolierte Erhebungen aufragen. Die Lysa Gora (d. h. Kahles Gebirge) östlich von Kielce erreicht 611 m Höhe. Trotz ihres Namens etwas reicher bewaldet und von tieferen Tälern zerfurcht, mag das Gelände für kleinere Truppenbewegungen nicht unwichtig sein, aber im ganzen bietet es keine Stütze für militärische Operationen. An die alten Gesteine reihen sich gegen Westen und Südwesten Kreide- und Juraablagerungen, die von den Flüssen in eine wellige Hochfläche aufgelöst sind. Die harten oberen Jurakalke bilden im ganzen Bogen von Czestochowa bis Krakau eine gegen Westen steil abfallende Landstufe, die sich zur Verteidigung wohl eignet. Sie erscheint am ausgesprochensten dort, wo sie die Warthe durchbricht; aber auch Krakaus feste Lage ist dadurch bedingt, daß beiderseits Kalkfelsen an die Weichsel herantreten und die westöstlichen Wege aus Schlesien und Mähren hier zusammengefaßt werden, wo zwischen den Karpathen und der polnischen Tafel nur ein schmaler Durchgang besteht. Südwestlich der Jurastufe erscheinen wieder ältere Gesteine, und hart an der Grenze der drei Kaiserreiche erscheint das produktive Karbon, dessen reichste Lager in Schlesien sind. Der Untergrund ist aber in dem flachwelligen Gelände überall unter einer mächtigen Decke eiszeitlicher Ablagerungen vergraben, die bald fruchtbaren Geschiebelehm, bald Blockhügel skandinavischer Findlinge, bald lockere Sanddünen aufgeschlossen zeigen. Breite, oft versumpfte, wenn auch wasserarme Täler gliedern das einförmige, im ganzen fruchtbare Gelände und bildeten in einzelnen Phasen des Krieges Haltlinien. So wirkten zeitweise die Täler der Pilica und Nida. Gegen Nordwesten dacht sich das Flachhügelland allmählich zu den Urstromtälern der Warthe-Ner-Bzura-Weichsel-Linie ab, im Südosten taucht das polnische Mittelgebirge unter die 30—35 m mächtigen Lößablagerungen der Sandomierzer Platte, die von engen Schluchttälern zerrissen und deshalb minder wegsam, in ihrem Formenschatz an die klassischen Lößlandschaften Nordchinas erinnert. Diese Lößplatte fällt steil zur Weichsel ab, die zu ihrer Linken allenthalben ein niederes Bergufer begleitet, während im Osten des Flusses die Sanniederung liegt. Unterhalb von Zawichost, wo der Fluß beiderseits in russisches Gebiet eintritt, beginnt ein 7—8 km breites Quertal, das sich dort, wo die Kreidekalke des Lubliner Höhenzuges über den Fluß herübergreifen (bei Kazimierz), auf nur 1 km verengt. Burgen und Schlösser krönen hier die bewaldeten Gehänge, ehe der Fluß in die Ebene hinaustritt, deren erste Brückenstelle unterhalb der Wieprzmündung die Feste Iwangorod beherrscht.

Östlich der Weichsel und nordöstlich der Sanniederung liegt in der Fortsetzung der podolischen Platte eine beiderseits scharf abgesetzte Kreidetafel, die nahe der Weichsel wieder mit Löß bedeckt ist. Der Südrand ist bei Janów und Tereszpol scharf und erhebt sich über 300 m. Nordwärts aber senkt sich die von kleinen, steilwandigen Tälchen zerschnittene Platte allmählich über Krasnik gegen Lublin und Cholm. Im Osten wird sie sowohl vom Wieprz wie vom Bug in gewundenen Tälern gequert und taucht unter die Niederung, in der die Quellen des Bug und des zum Pripjet führenden Styr liegen. Der schmale Lemberg-Tomaszówer Rücken verbindet sie mit der podolischen Platte. Fast 400 m hoch und kalkärmer, hat er selten seine ursprüngliche Plateaugestalt bewahrt und ist fast bis auf einen schmalen Scheiderücken abgetragen worden. Doch ist sein nordöstlicher Abfall bei Rawa ruska und Zólkiew gut ausgeprägt. Er überragt die obere Bugniederung um 170 m. Diese ist, von einigen aus Kreidemergeln aufgebauten Hügelwellen abgesehen, von mächtigen diluvialen Sanden erfüllt, die vor dem Ende der nordischen Vergletscherung zur Ablagerung kamen. Mächtige Dünenzüge, die durch Baumwuchs wohl gefestigt sind, aber bei Rodungen neuerdings in Bewegung geraten, und dazwischen wieder ausgedehnte Moore erschweren den Verkehr und machen die Niederung, wie es auch sonst in Galizien der Fall zu sein pflegt, auch wegen der ausgedehnten Föhrenwälder zu einer viel ärmeren Landschaft als die angrenzenden Hochflächen. Das gleiche gilt von der dreieckigen Fläche der Sanniederung, die zwischen Weichsel und San liegt und sich über diesen in die Region des Tanew erstreckt. Weite, teilweise versumpfte Wälder, meist noch in der Hand des Großgrundbesitzes, erschweren hier die Operationen wie den Ausblick in dem bei Hochwasser vielfach überschwemmten Gelände. Ein Gewirr von Dünen, Sümpfen und Mooren in der Spitze des Weichsel-San-Dreiecks ist als »Sandomierzer Wildnis« bekannt. Offeneres Gelände decken Heiden vom Charakter des Lüneburger Landrückens, und erst weiter gegen Süden beginnen wohlhabendere Dörfer im Bereich besseren Bodens.

Die podolische Platte, die auf österreichischem Boden das Dreieck Brody–Lemberg–Dnjestrlauf bis Halicz–Pruth erfüllt, ist eine von zahlreichen parallelen Flüssen zerschnittene Pultfläche, die sich von dem 400—470 m hohen nördlichen Steilrand sanft gegen den Dnjestr abdacht. Im Westen ist das breite, versumpfte Wereszycatal, das in den Kämpfen bei Gródek benutzt wurde, als Grenze aufzufassen; im Süden gewinnt der enge, gewundene Cañon des Dnjestr mit den basteiartig vorspringenden Tafelrändern erhöhte strategische Bedeutung. Die völlig flach liegenden Schichten des Untergrundes sind nur an den steileren Ostseiten der tief eingeschnittenen Täler sichtbar. Die fast ebenen Plateauflächen und die sanften, zur Verteidigung minder geeigneten Westgehänge sind mit Löß überkleidet, der einen sehr fruchtbaren Schwarzerde-Boden schafft. Die Querung der Platte ist leichter durchzuführen in ihrem nördlichen, höheren Teil, wo die Flüsse in flachen, von Teichen und Sumpfwiesen eingenommenen Quellmulden entspringen, als weiter im Süden, wo sie tief eingeschnitten sind. In den Tälern liegen, lang hingereiht längs der Flüsse, die Ortschaften; oben auf der Höhe sind nur Ackerfluren und Weideflächen, weithin sich dehnend wie in der angrenzenden südrussischen Steppe. Im Sommer versinkt alles im Staub des durstigen Lößbodens, im Winter brausen eisige Schneestürme über die baumlosen Triften.

Der Dnjestrlauf bietet auch oberhalb von Halicz, wo er in die podolische Platte eintritt, eine gute strategische Linie, allerdings wiederum mit dem Vorteil für den den Nordosten beherrschenden Gegner. Eine weite Sumpfregion, »Wielko blato«, die zur Zeit der Schneeschmelze und anläßlich der Frühsommerregen völlig unpassierbar wird, erstreckt sich von Sambor ostwärts bis zum gewaltigen Schuttkegel des Stryj, der, wie alle Karpathenflüsse überaus launisch in seiner Wasserführung und schuttreich, vielfache Verheerungen anrichtet. Die wenigen Brückenstellen am Dnjestr bei Mikolajów, Zydaczów und Zurawno haben die Russen bei ihrem Rückzug zähe verteidigt. Zwischen den Fluß und den hier scharf ausgeprägten Karpathenrand legt sich das etwa 40—50 km breite pokutische Hügelland mit den Städten Sambor, Stryj, Kalusz, Stanislau und Kolomea, das sich mit ähnlichem Charakter in die Bukowina bis Czernowitz und Sereth erstreckt. Alle diese Städte sind Brückenorte in den breiten, oft versumpften Tälern der in wildem Lauf dahinströmenden Karpathenflüsse, oft in vorzüglicher geschützter Lage, wie das hoch über dem Steilufer des Pruth gelegene Czernowitz. Die Riedelflächen des Hügellandes zwischen den Flußtälern sind meist flachgewelltes, fruchtbares Ackerland, oft aber auch waldbedeckte, wenig gegliederte Schotterflächen. In der Bukowina unterstützt die Asymmetrie der Täler die ans Gebirge angelehnten Verteidiger, da die steileren Hänge nun die südlichen und südwestlichen sind.

Lemberg, Stryj und Przemysl sind die Eckpunkte eines leider nicht ausgebauten Festungsdreiecks. Stryj deckt die Wege von Osten und Südosten und schützt im besonderen das wichtige Petroleumrevier von Drohobycz und Borysław. Lemberg, auf der Wasserscheide zwischen Bug und Dnjestr gelegen, hemmt ein Vordringen von Nordosten aus der Bug-Styr-Niederung und lehnt sich an einen verteidigungsfähigen Hügelzug, der sich südostwärts über die podolische Platte weg bis zur Zlota Lipa erstreckt, während sich im Nordwesten der Tomaszówer Höhenrücken anreiht. Die Versumpfung und Versandung der Niederungen lassen die Entstehung der Orte und den Verlauf der Wege auf den Wasserscheiden begreiflich erscheinen. Auch der nach Westen führende Weg benutzt die flache, nur 250—270 m hohe Wasserscheide zwischen der Sanniederung und den Dnjestrsümpfen. Auf ihr liegen die vielumstrittenen Schlachtfelder von Medyka und Mosciska östlich von Przemysl. Dieses lehnt sich an einen Vorsprung der Karpathen an, deren fast 400 m hohe Erhebungen einzelne Forts der 45 km im Umfang messenden Lagerfestung tragen. Sie hat die Sanlinie zu decken, die allerdings auch weiter abwärts noch bei Jaroslau und Sieniawa überschritten werden kann, und die niedrigsten und wichtigsten Karpathenpässe zu sperren.

Westlich von Przemysl ist der Karpathenrand viel weniger scharf gezeichnet wie im Dnjestr- und Pruthgebiet. Zwischen Gebirge und Ebene legt sich ein flachwelliges, sehr fruchtbares und dicht besiedeltes Gelände, das westgalizische Hügelland. Die zur Weichsel strebenden Flüsse zerlegen es in eine Reihe niedriger Platten, deren Ränder die Brückenorte Rzeszów, Debica, Tarnów tragen. In diesem offenen Gelände und auf den breiten Wellen der ersten, noch

niederen Karpathenzüge fanden wichtige Entscheidungskämpfe statt, als endlich die Angriffsbewegung der Russen knapp vor Krakau zum Stehen kam und durch die Kämpfe bei Limanowa, Zakliczyn, Tarnów, Grybów und Gorlice der Feind wieder zum Weichen gebracht wurde.

Die letzten zwei Orte liegen schon tiefer im Gebirgsland der Karpathen, die bereits im Herbst 1914 von einzelnen russischen Scharen fern im Osten überschritten wurden und während des ganzen Winters Hauptkriegsschauplatz auf galizischem und ungarischem Boden waren. Man hatte vielfach falsche Vorstellungen vom Wesen des Karpathischen Gebirges. Es ist dies wohl ein sehr langgestrecktes und von zahlreichen Parallelketten gebildetes Waldgebirge, das in einzelnen Stöcken in Oberungarn (Tátra) und an den Rändern des siebenbürgischen Hochlandes (Rodnaer Alpen, Transsilvanisches Gebirge) über 2300 und bis zu 2665 m Höhe aufragt, hier auch schroffe Formen vom Hochgebirgstypus annimmt; aber im weitaus größten Teil seines Verlaufes, und besonders in dem mittleren Teil, der strategisch der wichtigste ist, weil er — schmäler als der Westen und Osten — die kürzesten Wege ins ungarische Tiefland enthält, fehlen Hochgebirgsformen durchaus. Fast alle Kämme der Waldkarpathen (mit Ausnahme der innersten aus Trachyt aufgebauten) bestehen aus »Flysch«, unreinen Sandsteinen, Schiefern und Tonen, die der Verwitterung leicht erliegen, wasserundurchlässig sind und von zahlreichen Tälern zerfurchte, überaus gleichartige Bergformen entstehen ließen. Die Längstäler sind wenig entwickelt, die Quertäler für den Verkehr wichtiger, aber gewunden, bald eng, bald zu Becken erweitert. Tief eingeschnittene Pässe gibt es nicht, die Übergänge liegen in flachen Erniedrigungen der weithin gleichmäßig gewellten Rücken. Die Quellmulden der Täler sind flach, viele Wege und nicht wenige Siedlungen liegen unmittelbar auf den Gebirgsrücken, deren Ersteigung von keiner Seite Schwierigkeiten bereitet.

Besonders im westlichen Teil der Waldkarpathen, den Przemysl zu decken hat, zwischen dem Sattel von Puszta mezö (601 m; Bahnlinie Tarnów–Kaschau) und dem Lupkowpaß (651 m), den die Bahnlinie Przemysl–Homonna–Sátoralja Ujhely benutzt, ist das Gebirge kein Hindernis. Der niedrigste Paß an der viel umstrittenen Duklasenke ist nur 502 m hoch; zwischen Poprad und Laborcza erreicht nur ein Gipfel über 1100 m Höhe. Die Unterschiede zwischen den Quellmulden der Täler und den benachbarten Bergen übersteigen selten 200 m Höhe. Der Wald ist allenthalben stark gelichtet, nur das beständige Auf und Ab der Straßen erinnert daran, daß man in einem Gebirgsland ist. Zur Verteidigung geeigneter als die Paßregion sind die beiderseitigen Talausgänge, besonders die südseitigen, der die Flüsse mit größerem Gefälle zustreben, weil die ungarische Ebene niedriger liegt als der Gebirgsfuß im Norden. Im Norden liegen noch breite, fruchtbare Becken (Neu-Sandec, Krosno, Sanok, Jaslo) im Gebirge.

Östlich von Lupkowpaß wird das Gebirge etwas höher. Die Gipfel steigen auf 1200—1500 m an, die Böschungen werden steiler. Die Längstäler treten noch mehr zurück. Uszoker (889 m) und Verescepaß (840 m), die Bahnlinie Stryj–Munkács (Sattel von Lawoczne 814 m) und die Straße über Toronya–Wyszkow (941 m) geben noch genügend Verkehrsmöglichkeiten, führen aber schon durch waldreicheres, eben erst teilweise gerodetes Gelände. Die Rauheit des Winterklimas, in dem die Januarmittel auf —7° bis —9° sinken und gewaltige Schneemassen sich über die Höhen breiten, macht sich geltend, ebenso die Wildheit der Bergwässer, welche die ohnehin bei Regen und zur Schneeschmelze grundlosen Wege vernichten. Oft kommen Rutschungen an den durchfeuchteten Gehängen vor.

Ein wirkliches Hemmnis wird das Gebirge erst nördlich der Mármaros. Die Kämme und Gipfel steigen über 1800, in der Czornahora auf 2058 m Höhe an, ragen in die Almenregion empor und sind mit Felstrümmern übersät. Von den hochgelegenen Pässen trägt nur noch der Längssattel bei Jablonica (931 m) eine Straße und Bahn (Mármaros Sziget–Kolomea). Sonst gibt es nur Saumpfade, die viele Stunden lang durch Wälder führen, obwohl auch hier die Rodungen der jüngsten Zeit manche Blößen geschlagen und damit die Durchgängigkeit erhöht haben. Aber überaus spärlich und armselig sind die ruthenischen Dörfer, und in den inneren Teilen des Gebirges finden sich nur Jagdhütten und Sägewerke. Recht ungünstig war im Verlauf des Krieges der Mangel guter Verbindungen nach der Bukowina. Es besteht aus der Mármaros weder eine Straße ins Czeremosz-, noch ins Suczawatal. Die Stiolstraße führt in den südlichsten Winkel der Bukowina, von dem nur über neue Pässe, hart an der rumänischen Grenze, das Bukowinaer Flachland erreicht werden kann. Eine Bahnlinie aus der Bukowina nach Siebenbürgen wurde erst während des Krieges gebaut. Nur in diesem Teil ist das Gebirge wirklich ein Hemmnis und die Verbindung der beiden Seiten eine unzulängliche. Zur Verteidigung eignen sich aber auch weiter im Westen die engen Taleingänge und die gegen Norden steiler abfallenden vordersten Ketten. Sobald der Gegner einmal ins Gebirge eingedrungen ist, muß mit Flankenbedrohung im Bereich der Längstalfurchen und mit schwierigen Positionen auf der Wasserscheide gerechnet werden.

Die schmale Verbindung Galiziens mit der österreichischen Reichshälfte, die Krakau zu decken hat, macht von vornherein die Zugangswege aus Ungarn über die Karpathen zu den wichtigeren. Es sind im ganzen sieben Bahnen, die übers Gebirge führen. Die wichtigste Basis der Operationen in Westgalizien und zugleich die Verbindungslinie der beiden Festungen Krakau und Przemysl ist die dem Gebirgsfuß folgende zweigleisige Bahn, die nach Lemberg weiterführt. Minder leistungsfähig ist die schon durch die vorderen Ketten der Karpathen führende »Transversallinie«, die zahlreiche Längstäler und Längssattel benutzt, aber Truppenverschiebungen noch möglich machte, als der Feind der Hauptstrecke schon zu nahe gekommen war. Eine dritte Möglichkeit der Hin- und Herbewegung von Truppen besteht noch in Oberungarn in der Kaschau-Oderberger Bahn. Sie blieb allein während des ganzen Winterfeldzuges in der Hand der Verbündeten, denen bei der eigenartigen Gestaltung des ungarischen Bahnnetzes nicht jene Truppenverschiebungen hinter der Front möglich waren, wie sie am nordöstlichen und westlichen Kriegsschauplatz leicht durchzuführen waren. Den wieder vorgerückten Armeen standen die verschiedenen Stichbahnen zur Verfügung, die zur Grenze führen, dort aber blind enden. Jenseits der Grenze liegt auf russischem Boden ein Landstreifen, den der Feind schon in Friedenszeiten absichtlich vernachlässigt hat und verwildern ließ, um das Vordringen in dieser Gegend

zu erschweren. Erst am Rand der Rokitnosümpfe (Polessje) und nördlich von der obenerwähnten Kreidetafel führt die Bahn von Kijew nach Warschau, die auch ihrerseits ein paar Fühlhörner gegen die Grenze vorschiebt. Westlich der Weichsel ist das Bahnnetz völlig ungenügend. Über die südwestpolnische Platte führen nur zwei Bahnen, die eine von Granica über Częstochowa und Petroków nach Warschau, die zweite quer durchs polnische Mittelgebirge nach Iwangorod. Die ganze, 800 km lange galizisch-russische Grenze überschreiten nur drei Bahnen (bei Granica, Brody und Podwoloczyska), und auch auf ihnen war der Verkehr bei der wirtschaftlichen Absonderung Rußlands von seinen westlichen Nachbarn schon in Friedenszeiten ein recht bescheidener. Städte, die nahe der Grenze liegen, wie z. B. Krakau, leiden seit Jahrzehnten darunter, daß ihr Wirtschaftsgebiet willkürlich eingeengt ist.

Literatur. A. Hettner, Das europäische Rußland (Leipz. 1905); T. M. R. v. Górski und E. R. v. Habdank-Dunikowski, Die österr.-ungar. Monarchie in Wort und Bild. Galizien (Wien 1898); L. R. v. Sawicki, Das Königreich Galizien und Lodomerien in »Mein Österreich, mein Heimatland«, Bd. II (das. 1914); H. Praesent, Russisch-Polen (»Petermanns Mitteilungen«, Gotha 1914, II, S. 257; mit Sprachenkarte von P. Langhans); H. Frobenius, Das Landesverteidigungssystem Galiziens (»Internationale Revue über Armeen und Flotten«, XIV, Dresd. 1895/96); »Stromgebietsbeschreibungen der Königl. preuß. Landesanstalt für Gewässerkunde für Oder (1896) und Weichsel (1899)«; J. Partsch, Der polnische Kriegsschauplatz (»Geogr. Zeitschrift«, 20. Bd., Leipz. 1914); St. Rudnyckyi, Der östliche Kriegsschauplatz (»Osten und Orient«, Heft 1, Jena 1915; mit Sprachenkarte); M. Friederichsen, Die Grenzmarken des europ. Rußlands (Hamb. 1915); J. Partsch, Der karpathische Kriegsschauplatz (»Geograph. Zeitschrift«, 21. Bd., Leipz. 1915); N. Krebs, Die Karpathen als Kriegsschauplatz (»Zeitschr. d. Ges. f. Erdkunde«, Berl. 1915).

Das Nordseegebiet als Kriegsschauplatz

von Prof. Dr. Alfred Merz in Berlin-Wilmersdorf

Lage und Bedeutung. Erst durch die großen Entdeckungen zu Beginn der Neuzeit konnte die unvergleichliche Gunst der geographischen Lage des Nordseegebietes zur Geltung kommen. Bis dahin lagen die Nordsee und besonders Großbritannien am Rande der bekannten Welt, und England war in diesen Zeiten viel mehr Kulturempfänger als Kulturgeber. Erst durch die Entdeckung Amerikas erhielt das Gebiet ein Gegengestade jenseits des Ozeans, dessen wirtschaftliche Entwicklung im Verein mit der allmählichen Hereinbeziehung der übrigen großen Produktionsgebiete der Erde in die Weltwirtschaft bewirkte, daß das Nordseegebiet immer mehr in den Mittelpunkt des Weltverkehrs gerückt wurde, für den nunmehr die vordem verkehrsfeindlichen Wasserwüsten der Ozeane die vornehmlichsten Träger wurden. Die mit den großen Entdeckungen Hand in Hand gehende Ausbreitung der Wirtschaftsbeziehungen und des Handels über die ganze Erde und die Verschiebung wichtiger Weltverkehrslinien von den Ländern und Mittelmeeren auf die Ozeane sind demnach neben der Tüchtigkeit der Völker die geographischen Hauptgrundlagen für die neuzeitliche Macht- und Wirtschaftsentwicklung der Nordseeländer. Diese erst nach der geographischen Aufhellung des gesamten Erdbildes voll in Erscheinung getretene Gunst der Lage kommt schon darin zum Ausdruck, daß die Nordsee ungefähr im Mittelpunkt der Landhalbkugel liegt und trotzdem bessere überseeische Verbindungen als irgendein anderes Gebiet besitzt, ganz abgesehen davon, daß die Ostsee einen bequemen Wasserweg bis tief in die Getreide- und holzreichen Gebiete Nord- und Osteuropas eröffnet. Während die Breite des Pazifischen Ozeans die Verkehrsentwicklung zwischen den Gegengestaden sehr behindert, ist ihr die verhältnismäßige Schmalheit des Atlantik günstig; auch wendet ganz Amerika seine breite, produktenreiche Seite dem Atlantik zu. In dem Umstande, daß sich gerade auf der Breite des Nordseegebietes die Entfernung der Gegengestade rasch auf die Hälfte vermindert, liegt ein großer Vorzug desselben gegenüber dem Mittelmeergebiet in bezug auf die Verkehrsentwicklung nach Nordamerika. Die eigenartige Krümmung des Atlantischen Ozeans hat zur Folge, daß die Entfernungen von der Nordsee zu den Getreide- und Viehländern des gemäßigten Südamerikas nicht größer sind als von der Ostküste der Vereinigten Staaten, während die wichtigen tropischen und subtropischen Produktionsgebiete Afrikas vom Nordseegebiet aus unvergleichlich rascher als von dem wichtigsten Konkurrenten, den Vereinigten Staaten, erreicht werden können. Die Eröffnung des Suezkanals hat ferner die reichen Wirtschaftsgebiete Südasiens der Nordsee viel näher gebracht, und trotz der Eröffnung des Panamakanals werden ihre Randländer auch weiterhin selbst in Ostasien in erfolgreichen Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten treten können. Denn bei annähernd gleichen Entfernungen führt der europäische Schiffahrtsweg dahin an mehreren großen Kulturgebieten vorbei, während der amerikanische fast ununterbrochen durch eine riesige Wasserwüste zieht, so daß ein wiederholter nutzbringender Güteraustausch ausgeschlossen ist.

Aber trotz der außerordentlich günstigen Lage hätten die Nordseeländer nicht ihre heutige Bedeutung erlangt, böten nicht Boden und Klima die Möglichkeit für die Entwicklung einer dichten Bevölkerung und gewährten nicht die reichen Schätze an Kohle und Eisen die Grundlagen für die moderne großindustrielle Entwicklung. Der Mangel an genügendem Wohnraum hat von den Randländern des Nordseegebietes Norwegen, Dänemark und Belgien nur zum Range von Mittelstaaten erwachsen lassen und war schließlich einer der Hauptgründe, warum Holland seine einstige Machtstellung zur See gegenüber Großbritannien auf die Dauer nicht behaupten konnte. Der Vorzug des größeren Raumes muß auf die Dauer aber auch Deutschland gegenüber Großbritannien in Vorteil bringen. Die Gunst des Klimas kommt allen Randgebieten in ähnlicher Weise zu. Die Lage an der Westseite des eurasischen Kontinentalgebietes in gemäßigten Breiten bringt es mit sich, daß die Nordseeländer überwiegend unter dem Einfluß atlantischer Winde stehen, die das ganze Jahr hindurch dem Boden genügende Feuchtigkeit spenden, die Sonnenwärme mäßigen und die Kälte des Winters mildern. Infolgedessen haben die Flüsse, die Verkehrsvermittler zum Meere, sehr gleichmäßige Wasserstände und sind teils ganz eisfrei, teils

nur für kurze Zeit vom Eise besetzt. Das milde Klima bewirkt im Verein mit den ozeanischen Strömungen, die beiderseits von Großbritannien in die Nordsee eindringen, daß diese jahraus, jahrein eisfrei bleibt und nur ein Teil der Häfen vorübergehend unter Eisgang zu leiden hat.

Der Vorzug, den Großbritannien, Deutschland und Frankreich durch ihre größere Geräumigkeit genießen, wird gegenüber den anderen Nordseestaaten außer Belgien noch dadurch erheblich vermehrt, daß sie fast ausschließlich die Kohlen- und Eisenvorräte besitzen. Die Bedeutung dieser Schätze möge durch folgende Angaben beleuchtet werden. Die Kohlenförderung in den Nordseeländern betrug vor Kriegsausbruch rund 450 Mill. Tonnen, das ist fast die Hälfte der gesamten Weltproduktion. Die Roheisenerzeugung erreichte mit 30 Mill. Tonnen weit über ein Drittel der Gesamtproduktion der Erde. Der stetig sich vermehrende Anteil, den Deutschland innerhalb des Nordseegebietes an der Kohlenförderung gewonnen (175 Mill. Tonnen gegenüber 265 in Großbritannien), und die führende Stellung, die es in der Roheisengewinnung erobert hat (17,6 gegenüber 9,0 Mill. Tonnen in Großbritannien), bilden eine Hauptursache für die wirtschaftliche Machtverschiebung innerhalb des Nordseegebietes und damit einen der wichtigsten Beweggründe für Englands Streben, diesen emporwachsenden Konkurrenten zu vernichten. Gerade deshalb bedeutet die Tatsache, daß es Deutschland im Laufe des Krieges gelungen ist, das polnisch-russische und das belgisch-französische Kohlengebiet ebenso wie die reichen lothringischen Eisenerzlager in seine Hand zu bekommen, für Englands Bemühungen einen äußerst empfindlichen Schlag. Kohle und Eisen bildeten auch die Grundlage für die großartige Entfaltung der Maschinenindustrie und für die großindustrielle Entwicklung der seit Jahrhunderten im Nordseegebiet heimischen Erzeugung von Woll- und Baumwollwaren. So zählt dieses Gebiet heute die Hälfte aller Baumwollspindeln der Welt, davon allein ein Drittel in England. Denn Großbritannien ist in diesen alteingesessenen Industrien noch führend geblieben, während Deutschland in den modernen, eine bedeutende theoretische Vorbildung erfordernden feinmechanischen, elektrotechnischen und chemischen Industrien an der Spitze marschiert.

Diese großartige Entwicklung führte zu einer so starken Verdichtung der Bevölkerung, daß die westlichen und südlichen Randgebiete der Nordsee zu den dichtest bevölkerten Ländern der Erde gehören. Die Ernährung dieser großen Menschenmassen erfordert die Herbeiführung entsprechender Mengen von Nahrungsmitteln. Daher werden in erster Linie diese Rohstoffe für die Industrie (Baumwolle, Wolle, Häute, Holz, Kautschuk) eingeführt, dagegen Kohle und Erzeugnisse der Textil- und Maschinenindustrie in größten Mengen ausgeführt. Der daraus sich ergebende Generalhandel der Nordseehäfen wurde von Oppel auf 40 Milliarden Mark geschätzt. Diesem gewaltigen Verkehr dienen über 50 größere Häfen, von denen 19 Großstädte und zwei, London und Hamburg, Millionenstädte sind. Es kann daher nicht überraschen, daß in diesen Häfen ein Drittel der Weltflotte beheimatet ist und daß etwa die Hälfte des Seeschiffbaues auf die Nordseeküsten entfällt. Diese wenigen Zahlen legen im Verein mit der Tatsache, daß England und Frankreich die größten Kolonialreiche der Erde und auch Belgien und Deutschland noch nennenswerten Kolonialbesitz ihr eigen nennen, die ungeheure Bedeutung klar, die der kriegerische Zusammenstoß dieser Mächte für die Weltwirtschaft haben muß und für die Veränderung der politischen Karte nach sich ziehen kann. Die Entscheidung in diesen ungeheuren Kämpfen muß aber in den Randländern der Nordsee, wo diese Mächte die Wurzeln ihrer Kraft haben, und auf den Fluten der Nordsee fallen. Denn die Herrschaft über dieses Meer und seine Pforten zum Ozean bedeutet für England die erste Voraussetzung für die Erhaltung seiner Alleinherrschaft zur See; für uns aber ist seine Freiheit die wichtigste Grundlage für die Freiheit des Meeres und für den freien überseeischen Wettbewerb. Darum kann nur eine nähere Kenntnis der Nordsee und ihrer Küstengebiete ein volles Verständnis ermöglichen für die wichtigen Entscheidungen, die dort fallen werden.

Begrenzung und Größe. Die Oberfläche des europäischen Kontinentes fällt vom Rande der deutschen Mittelgebirge ganz sanft nach Nordwesten unter die Fluten der Nordsee ab, und dieses sanfte Gefälle setzt sich unter den Wogen des Meeres noch weit fort, etwa bis zu einer Linie, die von Kap Stat an der Westküste Norwegens in einem großen Bogen um die britischen Inseln außen herum in den Golf von Biskaya führt. Erst an dieser Linie stürzt der Boden der Flachsee steil zu den großen Tiefen des Nordatlantischen Ozeans ab. Diese flache Überflutung des Kontinentalsockels bezeichnet man als den britischen Schelf. Durch die diesem Schelf aufgesetzten britischen Inseln wird die Nordsee von den übrigen Teilen des Schelfes gesondert. Aber diese Trennung ist keine vollständige. Von dem fast rechteckigen Hauptgebiet der Nordsee zwischen Großbritannien im Westen, Norwegen und der Jütischen Halbinsel im Osten und der deutsch-holländischen Küste im Süden führen vier Verbindungen sehr verschiedener Bedeutung zum Ozean und eine natürliche und eine künstliche zur Ostsee. Nach Südwesten schließt sich an die eigentliche Nordsee die Bucht der Hoofden, die England von Belgien und Holland trennt und durch die 33 km breite Straße von Dover mit dem Kanal und dem Ozean verbunden ist. Die Straße von Dover ist die Weltverkehrspforte der Nordsee zum Ozean. England und Frankreich vermögen mit Hilfe der Flotte und durch die an der Straße angelegten Festungen Dover und Calais diesen gesamten Verkehr zu überwachen. Die übrigen Straßen zum Ozean führen nördlich um England herum und kommen wegen des bedeutenden Umweges, den sie für die meisten Nordseehäfen darstellen, im Frieden nur in geringem Maße für den Verkehr in Betracht. Zwischen der Nordküste Schottlands und den gegenüberliegenden Orkneyinseln führt der nur 10½ km breite Pentland Firth, den aber Klippen, Stürme, Nebel und reißende Strömungen zu einem gefährlichen Fahrwasser machen, zum Ozean hinaus. Viel sicherer ist der 80 km breite Meeresarm zwischen den Orkneys und den ebenfalls englischen Shetlandinseln. Beide Straßen vermag England von den genannten Inselgruppen als Stützpunkten leicht zu beaufsichtigen, und die neutralen Schiffe wurden ja wiederholt gezwungen, Kirkwall auf den Orkneys anzulaufen. Die breiteste Verbindung zum Atlantik bietet aber die Öffnung der Nordsee zwischen den Shetlands und der norwegischen Küste, die 315 km mißt. Die Breite dieser Pforte macht England trotz der Basis auf den Shetlands die Beherrschung schwierig, und neutrale wie feindliche Handelsschiffe könnten sich dieser Kontrolle gänzlich entziehen, wenn sie ihren Kurs ent-

lang der norwegischen Küste im norwegischen Hoheitsgebiet nehmen. Aber England hat dieses Hoheitsrecht nicht geachtet und schon wiederholt Handelsschiffe in den norwegischen Gewässern angehalten. So übt praktisch England über sämtliche Ausgänge der Nordsee zum Weltmeer die Aufsicht aus und vermag alle inliegenden Staaten, Schweden, Dänemark, Deutschland, Holland und Belgien, vom Ozean abzusperren. Nur durch ein Vorstoßen mindestens bis zum Kanal können wir diesem unerträglichen Zustande ein Ende bereiten. Zwischen Norwegen und Dänemark schiebt sich von der Nordsee der breite Meeresarm des Skagerraks nach Nordosten vor, durch den der Schiffahrtsweg zum Kattegat und zur Ostsee führt. Da aber die Seewege zur Ostsee zwischen den dänischen Inseln flußartig eingeengt sind und vom Lande aus beherrscht werden können, so bedeutet die Schaffung des für die größten Schiffe benutzbaren Nordostseekanales für Deutschland einen strategischen Gewinn von kaum hoch genug einzuschätzender Bedeutung. Denn dieser Seekanal, der von der Unterelbe zur Kieler Föhrde führt, gestattet Deutschland, seine Seestreitkräfte innerhalb des eigenen vom Feinde nicht einsehbaren Gebietes zwischen den beiden Meeren zu verschieben und in beiden Meeren überraschend mit starken Kräften aufzutreten. — Die **Größe** der Nordsee entspricht innerhalb der angegebenen Grenzen etwa der Fläche des Deutschen Reiches.

Küsten und Häfen. Drei nach Gestaltung, Verkehrseignung, wirtschaftlichem Wert und militärischer Bedeutung sehr verschiedene Küstengebiete umsäumen die Nordsee. Eine einheitliche, aus weichem Material aufgebaute Flachlandküste umgrenzt von Skagens Rev an Jütlands Nordspitze bis Calais an der Straße von Dover das Meer im Südosten. Sanft hebt sich aus den brandenden Wogen ein Dünengürtel hervor, der örtlich bis zu 8 km Breite und 60 m Höhe erreicht, aber nicht überall dieselbe Geschlossenheit besitzt. Glatt verschließt er die französisch-belgische Küste bis zur Mündung der Schelde und ebenso die holländische Küste von Hoek van Holland bis Helder, und ähnliche Verhältnisse zeigen die dänischen Gestade. Dagegen ist er entlang den nordholländischen und deutschen Küsten durch die Kette der Friesischen Düneninseln abgelöst, zwischen denen zahlreiche Lücken zur Innenküste führen. In der Helgoländer Bucht, vor den Mündungen der Elbe und Weser ist selbst dieser Inselkranz gänzlich unterbrochen und statt dessen hält weit draußen die kleine, einsame Felseninsel Helgoland die Wacht. Überall, wo der geschlossene Dünengürtel fehlt, also hinter den Friesischen Inseln und vor den Küsten der Helgoländer Bucht, dehnt sich die schlickige Fläche des amphibischen Watts, das bei Flut von den Nordseewassern leicht überspült wird und bei Ebbe trocken erscheint, durchzogen von tieferen Kanälen, den Prielen, die das ein- und ausfließende Wasser ausfurcht und offen hält ebenso wie die tiefen Lücken, die Gats, zwischen den Inseln. Während das Watt bei Norderney nur 3 km breit ist, wächst es bei den Halligen auf 30 km an und reicht in der Zuidersee, im Dollart und Jadebusen, von Sturmfluten geschaffenen gewaltigen Landeinbrüchen, tief in das Land hinein. Aus dem Watt hebt sich fast unmerklich die Marsch, die gewaltige Seedämme vor dem Einbruche des Meeres schützen, das bei Flut, an einigen Orten sogar dauernd höher steht als dieses ebene, äußerst fruchtbare und an Rinderherden reiche Land. Dahinter erhebt sich, meist mit deutlichem Steilrand, die trockene, sandige Geest. Wo ein geschlossener Dünenwall die Küste schützt, dort fehlt das Watt, und die Marsch lagert sich unmittelbar an die Dünen an. Bis auf 40 km Breite dehnt sie sich, ein gemeinsames Geschenk des Meeres und der Flüsse, in den Niederlanden, im Mündungsgebiet des größten, an Sinkstoffen reichsten Stromes, des Rheines, an 20 km erreicht sie auf deutschem Boden, zu einem schmalen Gürtel zieht sie sich in Belgien und im südlichen Dänemark zusammen, überall wegen der zahllosen, teilweise schiffbaren Entwässerungsgräben und der leichten Überflutbarkeit durch die salzigen Wogen des Meeres ein äußerst schweres militärisches Hindernis und ungeeignetes Feld für Angriffskämpfe. Der geschlossene Dünenwall bildet eine verkehrsfeindliche, hafenlose Küste, und die entlang der Küste führende Meeresströmung droht auch künstlichen Häfen mit Versandung. Dadurch ist Dänemark fast ganz von der Nordsee abgesperrt und zu einem Ostseelande geworden, das seine wichtigeren Häfen alle im Ostseegebiete besitzt. Auch Belgien erfährt dadurch eine ähnliche Benachteiligung. Das jetzt viel genannte Zeebrügge, das mit hohen Kosten als Vorhafen des stillen Brügge erbaut wurde, mit dem es durch einen 8 m tiefen Kanal verbunden ist, die vielbesuchten Seebäder Blankenberghe und Ostende (42000 Einw.) und Nieuport, der Hafen der mittelalterlichen Handelsstadt Ypern, sie alle besitzen nur künstliche Hafenbecken, und auch diese können nur durch Kunst offen gehalten werden und genügen bloß einem Verkehr kleinerer Schiffe. Dasselbe gilt für die französischen Häfen Dünkirchen, Gravelines und Calais (60000 Einw.), von denen aber das erstere durch die anschließenden Binnenwasserstraßen, das letztere als Überfahrtshafen nach England sehr lebhaften Verkehr besitzen. Nur das Mündungsgebiet von Rhein, Maas und Schelde gewährt günstigere Bedingungen, da hier das abströmende Flußwasser im Verein mit den starken Gezeitenströmungen tiefe Schiffahrtsrinnen in den gegenwärtigen und einstigen Mündungsarmen offen hält. So ist im belgischen Anteil an der Schelde Antwerpen zum Welthafen erblüht; an einen Rheinarm knüpft sich das holländische Rotterdam, doch mußte die Öffnung seines »Nieuwe Waterweg« zur Nordsee beim Hoek van Holland durch in die See hinausgebaute Molen vor Versandung geschützt werden, um es vor dem Schicksale von Dordrecht (50000 Einw.) zu bewahren, das seine einstige große Bedeutung verloren hat. Ebenso mußte das bei dem künstlich ausgehobenen Fischereihafen Ymuiden gelegene Ende des Nordseekanals, der das an der seichten Zuidersee gelegene Amsterdam mit dem Meere verbindet, mit weithin ausgebauten Molen versehen werden. Die vom Nordseekanal durchschnittene Dünenküste schließt im übrigen die holländischen Provinzen Nord- und Südholland so sehr vom Meere ab, daß die hinter den Dünen gelegenen großen Städte Delft, Haag, dessen Vor- und Badeort Scheveningen jenseits der Dünen bereits am Meere liegt, Leiden und Haarlem fast keine Beziehung zum Meere haben. Erst am Ende des Dünenwalles, an dem Eingange zur Zuidersee, hat sich die kleine Hafenstadt Helder entwickelt. Es hätten sich die belgisch-holländischen Welthäfen nie zu ihrer heutigen Bedeutung erhoben, wären sie nicht das Ausfallstor des durch den Rhein an sie geknüpften größten deutschen, des rheinisch-westfälischen und daneben des lothringischen Industriegebietes. Die genannten drei Welthäfen und Halbmillionenstädte haben das Gemein-

same in ihrer Lage, daß sie durch ihre weite Entfernung von der offenen See vor Seeangriffen geschützt und landseitig durch breite, überschwemmbare Marschflächen verteidigt werden. So wurden Antwerpen und das noch leichter zu verteidigende Amsterdam zugleich zu den Mittelpunkten der Landesverteidigung. Antwerpen hat in der Verteidigung vor Amsterdam den großen Vorzug, als Basis für Angriffe den schweren Nachteil, daß die Schelde internationalisiert und an der Mündung durch den befestigten holländischen Hafen Vlissingen gesperrt ist.

Verkehrsgeographisch weitaus am wertvollsten sind die Küsten der Deutschen Bucht. In rechtem Winkel dringt hier das Meer tief in das Land ein und nähert sich so sehr der Ostsee, daß hier beide Meere durch einen Seekanal verbunden werden konnten. Der Dünenwall ist unterbrochen und fehlt zum Teil vollständig. Drei Ströme, Elbe, Weser und Ems, verbinden das Hinterland mit der Küste, und da ihre Sinkstoffmengen unvergleichlich geringer als die des Rheins sind, so vermögen die in der Helgoländer Bucht neu verstärkten Gezeitenströmungen die untergetauchten Flußmündungen offen zu halten, und Seeschiffe können ihre Last tiefer in das Land hineinführen als sonstwo an den niederdeutschen oder großbritannischen Küsten. Großartige Flußregulierungen haben noch beigetragen, die natürlichen Verhältnisse zu verbessern. 90 km vom Meere ist am größten der Flüsse, der die besten Fluß- und Kanalverbindungen nach dem Hinterlande besitzt und im innersten Winkel der Bucht mündet, der größte deutsche Seehafen Hamburg entstanden, der heute mit Altona, Harburg und den anderen Vororten 1¼ Mill. Einwohner zählt. Ebenfalls weit im Lande liegt die Viertelmillionenstadt Bremen, dessen am Meer gelegener Vorhafen Bremerhaven mit den angrenzenden Städten Geestemünde und Lehe es auch auf nahezu 100000 Einwohner gebracht hat. Am kleinsten der Flüsse, an der Ems, liegt auch die kleinste Seestadt der Deutschen Bucht, Emden. So liegen die deutschen Welthäfen sicher vor feindlichen Flottenangriffen geborgen.

Aber nicht nur die Haupthäfen, sondern die ganze Flachlandküste bietet feindlichen Angriffen große Schwierigkeiten. Ein flaches, sturmreiches Meer mit starken Strömungen und häufigen Nebeln lagert sich vor, an Belgiens Küsten erschweren zahlreiche, fast parallel der Küste gerichtete seichte Bänke noch mehr die Annäherung, zumal wenn im Kriege die Leuchtfeuer gelöscht und Tonnen und Baken eingezogen sind. So vermochten sich größere feindliche Schiffseinheiten bis heute nicht der nunmehr im schützenden Dünensande schwer befestigten belgischen Küste zu nähern. Das seichte Wattenmeer vor der deutschen Küste mit seinen gewundenen schmalen Fahrwassern ist vollends nach Verlöschen der Feuer und Einziehen der Seezeichen für den des Fahrwassers Unkundigen nicht zu befahren. Bieten so diese Küsten und namentlich die Deutsche Bucht günstige natürliche Verhältnisse für die Verteidigung, so gilt doch nicht dasselbe für den seewärts zu tragenden Angriff. Eine Flottenverschiebung kann nur angesichts des Feindes vorgenommen werden; ein überraschendes Vorbrechen von unerwarteter Stelle ist ausgeschlossen. Die für große Schiffseinheiten benutzbaren Mündungen der Elbe, Weser und des Jadebusens, der den deutschen Hauptkriegshafen Wilhelmshaven birgt, münden in nächster Nachbarschaft, und die ebenfalls brauchbare, weiter entfernte Ems ist durch ihre Mündung an der holländischen Grenze sehr entwertet. Auch können von hier zu den anderen Häfen Verschiebungen nur über die offene Nordsee vorgenommen werden, denn das Watt ist hierfür viel zu seicht. Diesen großen strategischen Nachteil machen die starken Befestigungen der Felseninsel Helgoland und die Werke der friesischen Inseln nur teilweise wett. Denn in ihrem Schutze vermag zwar auch eine große Flotte den taktischen Aufmarsch unbemerkt vom Feinde zu vollziehen und dann nach eigener Entschließung west- oder nordwärts vorzugehen; aber es ändert sich dadurch nichts an der äußerst ungünstigen Tatsache, daß der Feind genau weiß, die deutsche Flotte muß aus diesem Winkel kommen und muß immer wieder dorthin zurückkehren.

Viel mannigfaltiger sind die großbritannischen Nordseegestade gestaltet, da die Küste hier abwechslungsweise weichere und härtere Gesteinsschichten anschneidet. Von felsigen Kliffen gegürtete Landvorsprünge bezeichnen jene Strecken, wo härtere Gesteine mit rasch ansteigenden Höhen ans Meer treten; von flachem Strande umgebene Buchtungen oder ausgeglichene, in starkem Abbruch befindliche niedrige Kliffküsten treffen wir in den weicheren Gesteinen. Nördlich der von Kreidekliffen umsäumten Straße von Dover, die der durch Molenbau künstlich geschaffene befestigte Hafen von Dover beherrscht, dacht sich das Londoner Tertiärbecken sanft gegen die Hoofdenbucht ab. Seine Hauptsammelader, die Themse, Englands bedeutendster Fluß, hat nicht vermocht, die Bucht, die hier in das Land eindringt, zu füllen, während der Rhein gegenüber diese Arbeit längst vollbracht hat. So greift hier heute noch die Nordsee mit der Themsebucht 23 Seemeilen (sm) weit in das Land hinein, und neben der Themse gewähren noch eine Reihe kleinerer untergetauchter Flüsse den Schiffen die Möglichkeit, noch tiefer in das Becken vorzudringen. Aber der Themse gebührt der Vorrang nicht nur wegen ihrer Größe, sondern auch deshalb, weil die tieferen, von den Gezeiten ausgefurchten Fahrwasser, die sich zwischen den zahlreichen Sandbänken der Bucht hinziehen, alle gegen ihre Mündung zielen und im innersten Winkel der Bucht, wo die Themse mündet, die Gezeiten die größten Beträge erreichen. Dort, wo die vom Kontinent kommende Straße, die zwischen Calais und Dover den Kanal übersetzt, die Themse erreicht und feste Ufer das Ausstrahlen von Straßen nach allen Landesteilen ermöglichen, erwuchs London, die Hauptstadt des britischen Weltreiches. Bei Flut, die an der London Bridge 6,3 m Hubhöhe hat (Hamburg 2,2 m), vermögen selbst die größten Seeschiffe bis hierher, mehr als 70 sm von der offenen Nordsee, zu gelangen. Durch seine Lage ist London ebenso wie unsere Seestädte gegen einen Flottenangriff geschützt, und die Themsebucht bildet mit ihren stark veränderlichen Sanden und den mit den Winden rasch wechselnden Wasserständen ebenfalls ein sehr schwieriges Fahrwasser, wenn die 14 Leuchtschiffe ihren Platz verlassen. Zum Schutze Londons sind die englischen Verteidigungsmaßnahmen in hohem Grade auf das Themsebecken konzentriert. Zwei Flankenstellungen, der Kriegshafen Sheerneß und die Marinewerften und Arsenale von Chatham auf der Südseite der Themsebucht sowie der Kriegshafen Harwich an der Nordseite, alle an untergetauchten Tälchen gelegen, dienen diesen Zwecken. An der Themse selbst liegen unterhalb London die großen Artilleriearsenale von Woolwich. Dagegen dienen Southend an der Themsemündung und die am Eingang zur Bucht an einem Kreidefelsen

lieblich gelegenen Badeorte Ramsgate und Margate vorzüglich dem Vergnügen der Londoner. Nördlich der Themsebucht schiebt sich die ostanglische Halbinsel stumpf in das Meer vor, aber die weichen, jungen Schichten, die hier die härteren Kreidegesteine der Tiefe bedecken, weichen unablässig vor den brandenden Wogen des Meeres zurück, in dessen Schoß schon ganze Dörfer hinabgestürzt sind. An dieser glatten, niedrigen Kliffküste, der sich zahlreiche kulissenförmig angeordnete, seichte Bänke vorlagern, gibt es keinen guten natürlichen Hafen. Die Reeden von Yarmouth und Lowestoft, denen die vorgelagerten Bänke leidlichen Schutz vor den Nordoststürmen gewähren, sind infolge ihrer vorgeschobenen Lage gern aufgesuchte Zufluchtsorte für die Fischer der südlichen Nordsee. Die tiefeingreifende Bucht des Wash, die durch ihre Wattflächen und die fast rings sie umgebenden eingedeichten Marschniederungen an unsere heimischen Gestade erinnert, bietet wegen der veränderlichen Sande ein schwieriges Fahrwasser, und die an ihren inneren Winkeln liegenden Städte, die nur kleinere Schiffe zu erreichen vermögen, haben es nur zum Range von Kleinstädten gebracht. Die glatte Dünenküste mit einem Marschlandstreifen im Hintergrund reicht noch bis zur Mündung des Humber. Dieser große Fluß, der bis 12 sm oberhalb seiner fast 5 sm breiten Mündung bei jeder Gezeitenphase selbst von den größten Schiffen befahren werden kann, bot zwischen der Themsebucht im Süden und dem noch weiter (in Luftlinie 350 km) entfernten Firth of Forth im Norden die einzige Gelegenheit zur Anlage sicherer Häfen. So hat sich an ihm trotz des recht veränderlichen Fahrwassers Hull zu einer Hafenstadt von 300000 Einwohnern an der Stelle entwickelt, wo die Großschiffahrt ihr Ende erreicht. Sie ist die natürliche Ausgangspforte für das große Flußgebiet des Humber, besonders für die dicht bevölkerten, industriereichen Kohlenbezirke von Leeds und Sheffield und für die getreidereichen Ebenen von York. Infolge der Lage der Humbermündung gegenüber der fischreichen Doggerbank hat sich am Humber das Fischereigewerbe außerordentlich entwickelt. An 1200 Fischerfahrzeuge sind an seinen Ufern beheimatet, mehr als die Hälfte davon in dem nahe der Mündung gelegenen Grimsby, dem größten Fischereihafen der Welt. Nördlich der Humbermündung verläuft die Küste noch eine Strecke lang in weichen Geschiebemergeln und zeigt daher ähnliche Formen und gleich starke Zerstörung wie in Ostanglien. Der kühne Vorsprung des landschaftlich reizvollen Flamborough-Head zeigt an, daß die Küste nunmehr in das Bereich härterer Gesteinsschichten tritt. Kreide- und Jurakalksteine bauen nunmehr bis zur Mündung des Tees die Küste auf. Das Land im Hintergrund steigt rasch zu größeren Höhen an; an der Küste hat die Brandung zwischen dunklen Klippen nur kleine, wenig geschützte, aber landschaftlich reizvolle Buchten herausgearbeitet. So haben sich hier nur viel besuchte Badeorte, wie das — durch Strandbatterien verteidigte — Scarborough, nicht aber größere Seestädte entwickelt. Anders an der Mündung des Tees. Denn hier streichen die weichen Triasschichten, denen auch die Ebenen von York angehören, in einer Niederung zum Meere aus, und der Tees gewährt größeren Seeschiffen die Möglichkeit, einige Seemeilen landeinwärts zu kommen. Zugleich sind die wirtschaftlichen Grundlagen für die Entwicklung eines industriellen Zentrums gegeben. Denn die südlich anstehenden Liasgesteine enthalten die reichsten Eisenerzlager, die England noch besitzt, und die nördlich benachbarten Kohlenflöze von Durham liefern die zur Verhüttung nötigen Heizstoffe. So brennen in der Umgebung der 5 sm flußaufwärts gelegenen Städte Middlesborough und Stockton mehr Hochöfen als im ganzen übrigen England, und das auf einem frei in die See hinausspringenden Dolomitkap gelegene Hartlepool, das Strandbatterien nur ganz ungenügend zu schützen vermögen, ist ein wichtiger Hafen, der heute fast 100000 Einwohner zählt. Nördlich von Hartlepool gerät die Küste allmählich in das Bereich der Kohlenformation von Northumberland und Durham, die sie auf ungefähr 80 km begleitet und Veranlassung zur Entstehung eines der bedeutendsten Industriegebiete Englands gegeben hat. Auch hier liegen die größten Industrie- und Hafenstädte an Flüssen, so an der Mündung des Wear das mit Eisenindustrie und Schiffbau lebhaft beschäftigte Sunderland, das es bereits auf 170000 Einwohner gebracht hat. Weiter im Norden hat sich am Blyth die kleinere gleichnamige Stadt entwickelt. Die größten Städte finden wir auch hier wieder am größten Fluß, am Tyne. Eine ununterbrochene Kette von Siedlungen zieht sich von den an der Mündung gelegenen Städten Tynemouth und South Shields, die zusammen 170000 Einwohner zählen, hinauf bis über Newcastle, das mit Gateshead am Gegenufer und Vororten fast ½ Million Einwohner hat und, 7 sm oberhalb der Mündung, das Ende der Großschiffahrt bezeichnet. Diese Tynehäfen sind heute das wichtigste Schiffbaugebiet Großbritanniens, beherbergen die großen Armstrongwerke und bewältigen mit Sunderland, Blyth und einigen kleineren Häfen etwa ein Drittel der gesamten englischen Kohlenausfuhr, die von hier besonders an die Nordseehäfen geht. Aber die natürlichen Verhältnisse sind für die Entwicklung der Häfen wenig günstig. Wie bei Hartlepool, so konnte auch bei Sunderland, Tynemouth, South Shields und Blyth ein einigermaßen genügender Schutz gegen die gefährlichen Nordoststürme nur durch weit in die See hinausgebaute Molen erreicht werden, aber trotzdem ist das Einlaufen nicht bei allen Wetterlagen ganz gefahrlos. All die eben genannten, für die Kohlenversorgung und den Schiffbau äußerst wichtigen Häfen sind (ebenso wie Scarborough, Yarmouth und Lowestoft) einem feindlichen Flottenangriff fast schutzlos preisgegeben, und man versteht daher leicht, daß die deutsche Flottenleitung sie zum Ziele kühner Vorstöße auswählte.

In eckig gezeichneten scharfen Linien verlaufen die schottischen Küsten. Mit der dreieckigen Halbinsel von Caithneß springen die Northern Highlands gegen die Nordsee vor, um mit dem sturmumtobten Duncansbay Head am Pentland Firth zu enden. Ein zweites Mal schieben sich die Southern Highlands oder Grampian Mountains in ähnlicher Form vor, und die Southern Uplands wiederholen die Erscheinung, aber in viel bescheidener Weise, ein drittes Mal. Zwischen den massigen Erhebungen der dünn besiedelten Northern und Southern Highlands dringt der Doppeltrichter des Dornoch- und Moray Firth im Gebiet weicherer Sandsteine tief in das Land ein, und von seiner innersten Fortsetzung, dem Beauly Firth, führt durch die schmale, seengeschmückte, von hohen Erhebungen umrahmte Tiefenlinie des Great Glen der Kaledonische Kanal an die atlantische Seite Schottlands. Zwischen den Grampian Mountains und den

Southern Uplands dringen abermals zwei Trichterbuchten, der kleinere Firth of Tay und der größere Firth of Forth, tief in das Land ein als die natürlichen, breiten Öffnungen eines größeren Tieflandes, des Midland Valley, der größten natürlichen Landschaft Schottlands, die ebenfalls bis an die atlantische Seite hinüberführt, mit der sie durch den Firth and Clyde-Kanal verbunden ist. Während die nördliche Tiefenfurche wegen ihres engen Raumes, der Sturmwinde, die sie durchfegen, und wegen des Mangels natürlicher Reichtümer nur eine geringe Bevölkerungsdichte hervorgebracht hat, ist das große und milde, mit reichen Kohlenschätzen gesegnete Midland Valley der Sitz einer sehr dichten Bevölkerung und einer sehr bedeutenden Industrie geworden. Diese Tatsachen haben wohl die englische Flottenleitung bewogen, den für die Kontrolle der nördlichen Nordseeeingänge bestimmten Hauptstützpunkt der Flotte hierher und nicht an den Moray Firth zu legen. Dort wurde nur ein kleinerer Stützpunkt am Cromarty Firth errichtet, einer der inneren Verzweigungen des Moray Firth, den seine große Tiefe und die hohen Felswände, die ihn bis auf einen schmalen Einfahrtskanal völlig von außen trennen, für diese Zwecke besonders geeignet machen. Für den Firth of Forth sprach aber auch die wichtige Tatsache, daß er die besten Hafenplätze besitzt, die England aufzuweisen hat, und leicht zu verteidigen ist. Strandbatterien an beiden Ufern des Firth of Forth, Befestigungen auf den Inseln Isle of May und Isle of Inchkeith, von denen jene in der breiten Mündung, diese mitten im Fahrwasser vor Edinburg liegt, sorgen für die Sicherheit des selbst noch befestigten Kriegshafens Rosyth. Er liegt 30 sm oberhalb der Mündung unmittelbar hinter der berühmten Forthbridge, die den Firth of Forth an der Stelle überspannt, wo er, durch harte Intrusivgesteine eingeengt, eine schlauchförmige Gestalt annimmt. Die Gestade des Firth of Forth bedecken zahlreiche wichtige Siedlungen. Am Südufer liegt die schottische Hauptstadt Edinburg, die mit ihrer Hafenstadt Leith 400000 Einwohner zählt. Musselburgh am gleichen Gestade, Kirkcaldy und Methil gegenüber, bezeichnen die Mittelpunkte kleinerer Siedlungen, die sich an ein den Firth of Forth querendes Kohlenflöz knüpfen, von dem eine lebhafte Kohlenausfuhr im Schwange ist. Obgleich alle diese Städte frei an der Küste liegen, so sind sie doch durch die genannten Befestigungen und die Nähe des Kriegshafens vor feindlichen Flottenangriffen geschützt. Auch innerhalb von Rosyth liegen noch einige Hafenplätze mit bedeutendem Güterumschlag; vermögen doch selbst Schiffe des größten Tiefganges bis 36 sm, kleine Schiffe sogar bis 60 sm oberhalb der Mündung des Firth of Forth vorzudringen. Namentlich hat Grangemouth an der Einfahrt zum Firth and Clyde-Kanal bedeutenden Schiffsverkehr. Für die Zwecke der Kriegsmarine kommt aber weder dieser noch der Kaledonische Kanal in Betracht, da sie nur für Schiffe geringen Tiefganges eingerichtet sind. Durch die Halbinsel Fife wird die zweite Trichterbucht des Midland Valley, der Firth of Tay, vom Firth of Forth getrennt. Er bildet die wichtigste Verkehrsverbindung der vom Tay und seinen Nebenflüssen bewässerten Landschaft Strathmore zum Meere, die durch eine Reihe vulkanischer Gesteinsrücken vom übrigen Midland Valley getrennt wird. Fast 30 sm von der Mündung liegt Perth, die alte Hauptstadt der Landschaft. Da aber große Seeschiffe nur 5 sm aufwärts, bis Dundee, gelangen können, so hat sich nur dieses zur Großstadt entwickelt, die mit den Vororten bereits 180000 Einwohner zählt. Die ausgedehnte Leinen- und Juteindustrie hüllt die Stadt gewöhnlich gänzlich in Dunst und Rauch. Nördlich vom Firth of Tay streicht die Niederung des Strathmore gegen die Nordsee aus; doch haben sich hier wegen der ungünstigen Hafenverhältnisse an der ziemlich glatten Küste nur kleinere Fischerstädte, von denen Arbroath und Montrose genannt seien, entwickelt. Die Küste, mit der die Grampian Mountains zwischen dem Strathmore und dem Moray Firth ans Meer grenzen, ist noch ungünstiger; gute natürliche Häfen für größere Schiffe sind nicht vorhanden. Daher findet man auch hier meist nur Fischereihäfen, wie namentlich Peterhead, Fraserburgh und Banff, die alle in der Landschaft Buchan, die am weitesten in die Nordsee vorspringt, liegen und sehr ansehnliche Fischereiflotten besitzen. Nur Aberdeen, zwischen der Mündung der beiden Flüsse Dee und Don, die größere fruchtbare Landschaften ans Meer anschließen, vermochte sich zu größerer Bedeutung zu erheben. Seine 165000 Einwohner treiben nicht nur Industrie, sondern haben die Stadt auch zu einem Fischereizentrum (450 Fahrzeuge) emporgehoben, das erfolgreich mit Dundee in Wettbewerb tritt. Aber der Hafen ist nur für mittlere Seeschiffe jederzeit anlaufbar und muß durch Molen gegen die Wellen geschützt werden. Auch diese Großstadt liegt schutzlos an der offenen Küste. Von kleineren Fischereistädten abgesehen, haben es die übrigen Nordseeküsten der Southern und Northern Highlands zu keinen nennenswerten Siedlungen gebracht. Nur im Inneren des Moray Firth hat in landschaftlich prächtiger Umgebung das alte Inverneß gerade noch den Rang einer Mittelstadt erreicht, vielleicht ebenso durch den lebhaften Touristenverkehr wie durch seine Stellung als Eisenbahnknotenpunkt und seine Lage am Ausgange des Kaledonischen Kanals.

In strategischer Hinsicht genießt die britische Flotte in der Nordsee nicht nur den außerordentlichen Vorteil, an allen Ausgangspforten zum Ozean Stützpunkte in der Hand zu haben, mit deren Hilfe sie diese Pforten gänzlich oder wenigstens teilweise zu sperren vermag, sondern sie besitzt sowohl im Süden, in der Themsebucht, wie im Norden, im Firth of Forth, ausgezeichnete Kriegshäfen, welche einen Flottenaufmarsch von ganz verschiedenen Richtungen aus gestatten. Nachteile sind der Mangel guter, vor Seeangriffen geschützter Stützpunkte zwischen diesen beiden weit voneinander entfernten Hauptkriegshäfen, da nur die Humbermündung hierfür in Betracht kommt, ferner die ungeschützte Lage zahlreicher wirtschaftlich wichtiger Städte gerade an dieser durch die Flotte schwer zu deckenden Strecke, wodurch sie überraschenden feindlichen Angriffen in hohem Maße ausgesetzt sind.

Einen dritten Typus vertritt die norwegische Küste, die allerdings nur im südlichen Teil ihres Verlaufes der Nordsee angehört. Ein aus alten, stark abgetragenen Schichten aufgebautes Hochland, das bis 2500 m Höhe erreicht und eine ansehnliche Gletscherbedeckung trägt, stürzt auf weiten Strecken mit steilen Felswänden, die sich an einigen Stellen angesichts des Meeres auf 1500 m emporrecken, zur See hinab. Diesen Steilabfällen legt sich nur teilweise eine schmale, oft auch felsige Strandebene vor, die vielfach in ein Gewirr nackter Inselchen, die Schären, aufgelöst ist, zwischen denen schmale Wasserstraßen hindurchführen. Wo diese Strandebene geschlossener auftritt, hat

sich auf ihr eine etwas dichtere Bevölkerung zu entwickeln vermocht, während die Schären und die Hochflächen völlig unbewohnt sind. Letztere werden gegliedert durch die tief eingeschnittenen Fjorde, unter denen an der Nordseeküste der Nord-, Sogne-, Hardanger- und Bukkenfjord durch ihre Größe hervorragen. Bis 180 km tief dringen mit vielen Verzweigungen die größten in das Hochland vor, bis 1300 m senken sich die tiefsten unter den Meeresspiegel ab. Nur hier und da gibt der Schwemmkegel eines einmündenden Baches Platz für eine kleine Siedlung, die sich freundlich abhebt von der glatten dunklen Wasseroberfläche und den drohenden Felswänden. Das Land ist arm an Ackerboden und bar der Naturschätze; die Bevölkerung ist auf das Meer angewiesen, auf dem es weithin Schiffahrt treibt und dessen Fischreichtum es in harter Arbeit ausbeutet. So sind die größten Siedlungen am Meere entstanden, das Nahrung gibt, und wo die Strandebene Raum gewährt. Hier liegt zwischen Sogne- und Hardangerfjord die größte Stadt der norwegischen Westküste, Bergen, das es auf 80000 Einwohner gebracht hat, bedeutende Reederei treibt und das norwegische Grimsby ist. Stavanger am Bukkenfjord kommt ihm mit fast 40000 Einwohnern am nächsten. An den Küsten des Skagerraks, die langsamer gegen das Hinterland ansteigen und ein weniger nasses Klima haben, sind ein halbes Dutzend Orte, die alle Fischerei und Holzhandel treiben, auf 10—15000 Einwohner angewachsen. Die größte Bevölkerungsverdichtung zeigt die Umgebung des lieblichen Christianiafjords, der aus einer eingesunkenen Scholle weicherer Gesteine herausgearbeitet ist, und dem hydrographisch die breite Südostabdachung des Hochlandes mit zahlreichen großen Talzügen angeschlossen ist. In seinem Hintergrunde liegt die norwegische Hauptstadt Christiania mit ¼ Million Einwohnern, deren geräumigen, tiefen Hafen eine sehr enge Einfahrt schützt. An einem anderen Ende des Fjordes liegt Drammen mit 25000 Bewohnern. Die norwegischen Küstenstädte sind alle vor feindlichen Angriffen durch vorgelagerte Inseln und Felsklippen geschützt, zwischen denen tiefe, aber schmale Wasserstraßen hindurchführen; nur der Ortskundige kann das Schiff durch sie in Sicherheit hindurchführen. Die Westküste Norwegens würde es einer Flotte ermöglichen, auf den inneren Wasserstraßen, unbemerkt vom Feinde, ausgedehnte Verschiebungen vorzunehmen und so jederzeit überraschend vorzubrechen. Daher würde diese Küste auch mit geringen Streitkräften gegen eine Übermacht gut verteidigt werden können.

Die Tiefenverhältnisse der Nordsee. Die Nordsee ist nur eine seichte Überflutung der Kontinentaltafel, ihre mittlere Tiefe beträgt bloß 94 m; im einzelnen weist aber ihr Bodenrelief mannigfache Unterschiede auf. Außerordentlich langsam senkt sich ihr Boden von den Küsten der Deutschen Bucht nach Nordwesten. Nirgends ist die 30-m-Tiefenlinie weiter vom Ufer entfernt als an der schleswigschen Küste. Dadurch wird hier jede feindliche Annäherung erheblich erschwert. Allmählich werden Tiefen von rund 50 m erreicht. Dann hebt sich aber der Boden wieder zur Doggerbank, die sich von WSW. nach ONO. erstreckt und an den seichtesten Stellen nur 14 m unter dem Meeresspiegel liegt. An ihrem Südwestrande ist eine schmale Rinne auf 93 m Tiefe eingesenkt. Von den Höhen der Doggerbank fällt der Meeresboden abermals zu größeren Tiefen ab, wobei bis auf die Höhe des Firth of Forth und der Nordküste Dänemarks die westliche Hälfte des Meeres mannigfaltiger gestaltet und etwas tiefer ist (bis 116 m) als die einförmige, noch nicht 80 m erreichende Osthälfte. Erst außerhalb der Shetlandinseln wird die 200 m-Tiefenlinie überschritten, an der dann der steile Absturz zu den großen Tiefen des Nordatlantik erfolgt. Dieser nördliche Teil der Nordsee besitzt eine eigentümliche, bisher nicht befriedigend zu erklärende Erscheinung; von den großen nordatlantischen Tiefen zieht eine bis 80 km breite Senke, die Norwegische Rinne, stets mit Tiefen von mehr als 250 m der norwegischen Küste entlang, biegt mit ihr in das Skagerrak ein und sinkt hier bis 680 m ab, so daß hier die größten Tiefen der Nordsee liegen. Die Hoofden umschließen eine bis 60 m tiefe, in meridionaler Richtung langgezogene Mulde, die im Südwesten, in der Themsebucht, und im Südosten, vor der belgischen Küste, von zahlreichen, für die Schiffahrt hinderlichen Bänken umrahmt wird. Auch von ihrem Nordende zieht eine große Zahl solcher Bänke bis fast vor die Humbermündung hin. Sie verdanken den lebhaften Gezeitenströmungen dieses Gebietes ihre Entstehung, während die einförmigen Formen der Deutschen Bucht wohl durch Flußanschwemmungen, die reichere Ausgestaltung des Reliefs in der nordwestlichen Nordsee durch Flußerosion in einer noch nicht allzuweit zurückliegenden Epoche geschaffen wurden, als die Nordsee durch längere Zeit trocken lag. Für die Kriegführung haben die geringen Tiefen der Nordsee eine erhebliche Bedeutung; denn sie gestatten allenthalben das Legen von Minen, durch die eigene Häfen geschützt, feindliche versperrt und die Handelsschiffahrt zur Einhaltung bestimmter Routen gezwungen werden kann. Auch vermögen infolge der Seichtheit Unterseeboote in großen Teilen der Nordsee einfach am Meeresboden in Ruhestellung zu gehen.

Strömungen und Gezeiten. Auch die Wasserbewegung ist für die Kriegführung von Wichtigkeit, da ja die Navigierung durch die lebhaften Strömungen sehr beeinflußt wird und das Anlaufen vieler Häfen vom Tidenhub abhängt. Besonders wichtig ist aber die Wasserbewegung für eine spezielle Kriegsaufgabe, das Minenlegen, das im gegenwärtigen Krieg eine ganz besonders große Rolle spielt. Je größer die Hubhöhe der Gezeiten ist, um so schwieriger wird das Legen der Minen, da sie eine bestimmte Lage zur Wasseroberfläche besitzen müssen, und je stärker die Strömungen sind, um so leichter vermögen sie die von Stürmen losgerissenen Minen als eine stete Gefahr für die Schiffahrt umherzutreiben. Eine genaue Kenntnis der hydrographischen Verhältnisse ist daher unbedingt erforderlich, um den Feind wirksam, besonders mit Minen und Unterseebooten, bekämpfen zu können. Sowohl bezüglich der Strömungen wie bezüglich der Gezeiten nimmt die Hoofdenbucht eine ziemlich selbständige Stellung ein. Die eigentliche Nordsee wird von einer im Durchschnitt ziemlich langsamen Strömung umkreist. Sie tritt durch die nordwestlichen Pforten vom Nordatlantik herein, setzt an der großbritannischen Küste südwärts, wendet um die Doggerbank südlich herum und zielt dann gegen die Deutsche Bucht. Von hier zieht sie schließlich nordwärts weiter, um teilweise in das Skagerrak einzudringen, teilweise aber entlang der norwegischen Westküste wieder den Ozean zu erreichen. Ein Arm dürfte von ihr an der englischen Küste abzweigen und entlang dem Nordabfalle der Doggerbank gegen das Skagerrak ziehen. Darauf weisen wenigstens die zahl-

reichen losgerissenen Minen, die in diesem Meeresteil immer wieder aufgefunden werden. Anderseits weisen manche Umstände darauf hin, daß die Hauptströmung nicht immer bis in den innersten Winkel der Deutschen Bucht vorzudringen vermag. Die Hoofden haben ihre eigene, durch die Straße von Dover mit Ozeanwasser gespeiste Strömung, welche die Bucht entgegen dem Sinn des Uhrzeigers umkreist, also von den belgisch-holländischen Küsten nördlich herum zu den englischen Gestaden hinüberführt. Auf dieser bisher kaum beachteten Erscheinung beruht die wichtige Tatsache, daß an den belgischen und holländischen Küsten eine Unzahl der schlecht verankerten englischen Minen angetrieben werden, so daß sie oft weithin den Strand bedecken, während die deutschen Küsten davon ziemlich frei bleiben. Eine nicht geringe Anzahl dürfte von der Strömung zu den englischen Auslegern zurückbefördert werden. Die Tiefenströmungen weichen in der Regel nicht stark von den Oberflächenströmungen ab; nur bei heftigen Winden dürften sie an den Küsten — mit geringer Geschwindigkeit — meist in umgekehrter Richtung wie die letzteren verlaufen. In der Norwegischen Rinne sind sie von geringer Tiefe ab stets einwärts gerichtet, während das Oberflächenwasser auswärts strömt. Ähnlich wie die Meeresströmung dringt auch die Gezeitenwelle durch die nördlichen Pforten in die Nordsee ein. Der durch die tiefe Norwegische Rinne vorschreitende Arm vermag rascher zu eilen und sendet seitlich eine Welle aus, welche den entlang den britannischen Küsten nach Süden ziehenden Zweig etwa auf der Höhe des Firth of Forth erreichen dürfte. Infolge dieser nahezu rechtwinkligen Durchkreuzung der beiden Wellen entsteht im südlichen Teil der Nordsee eine links herum laufende Amphidromie, d. h. die Linien gleichen Fluteintrittes, die Isorrhachien, strahlen in einem Punkte, dem Nullpunkt der Amphidromie, zusammen und laufen im selben Sinne wie die Meeresströmung herum. An diesem Punkte, der nicht weit von der Stelle liegen dürfte, wo die Norwegische Rinne in das Skagerrak einbiegt, gibt es keine Ebbe und Flut, der Meeresspiegel liegt immer gleich hoch. Von dort aus nimmt die Hubhöhe nach allen Seiten zu und erreicht an den Küsten die größten Werte. Die höchsten Beträge weisen die Trichterbuchten auf, in denen das Wasser aufgestaut wird. So beträgt der Springtidenhub im Firth of Forth fast 5 m, im Humber 6½ m, im Wash sogar über 7 m. Viel geringer sind die Hubhöhen an den dem Nullpunkt naheliegenden Ostküsten der Nordsee. Nach Süden nehmen die Werte immer mehr zu, bis in der Straße von Dover und in der Themse über 6 m erreicht werden. Die Beherrschung der Nordseegezeiten durch Amphidromien hat zur Folge, daß die von den Gezeiten hervorgerufenen Strömungen als Drehströme auftreten, die in der Zeit einer Tide alle Richtungen der Windrose durchlaufen. Diese Gezeitenströmungen übertreffen überall dort, wo die Hubhöhe beträchtlicher wird, die gewöhnliche Meeresströmung sehr erheblich an Geschwindigkeit. Indem sie sich mit ihr kombinieren, entsteht eine schleifenartige Bewegung, die etwas an die Planetenbahnen erinnert.

Salzgehalt, Temperatur, Eis. Die durch die nordwestlichen Pforten und durch die Straße von Dover in die Nordsee eintretenden Strömungen führen ihr »atlantisches Wasser« von mehr als 35‰ Salzgehalt zu, das im Winter warm, im Sommer kühl gegenüber dem eigentlichen »Nordseewasser« erscheint, das mit einem Salzgehalt von 34—35‰ den mittleren Hauptteil des Meeres erfüllt. Noch salzärmeres Wasser von 32—34‰ finden wir an den Küsten; besonders in der flachen, von starken Strömen gespeisten Deutschen Bucht nimmt dieses »Bankwasser« einen breiten Raum ein und erwärmt sich im Sommer ebensosehr, als es im Winter der Abkühlung ausgesetzt ist. Infolgedessen sind die Sommertemperaturen im Nordwesten mit 12—13° am niedrigsten, in der Deutschen Bucht mit 17—18° am höchsten; umgekehrt sinken hier die Wintertemperaturen auf 2—3° herab, während sie im Nordwesten 6—7°, in der Nähe der Straße von Dover sogar über 7° betragen. Seichtheit, Salzarmut, niedrige winterliche Wassertemperatur und höhere Kontinentalität des Klimas wirken zusammen, um den deutschen Küsten der Nordsee die ungünstigsten Eisverhältnisse zu bescheren. Nicht nur die flachen Watten werden vom Eise besetzt, sondern auch die Schiffahrtswege zu unseren Haupthäfen. So zählt man selbst bei Kuxhaven über zwei Eiswochen im Jahre, Brunsbüttelkoog hat sogar deren drei und bei Hamburg sind es bereits vier. Im Wesergebiet gibt es 2—3 Eiswochen, in der Innenjade bei Wilhelmshaven nur zwei. Vollkommen eisfrei sind nur die Außenjade und Helgoland. Durch Einstellung von Eisbrechern hat man es zwar erreicht, daß die Dampfschiffahrt meist aufrechterhalten werden kann, aber die Segelschiffahrt leidet nicht unerheblich unter diesen Verhältnissen. Ähnlich liegen die Umstände an der dänischen Küste; viel günstiger sind sie bereits für die holländischen und belgischen Welthäfen, die nur in besonders strengen Wintern vom Eise zu leiden haben. Doch kann es selbst hier vorübergehend zur Einstellung der Schiffahrt kommen. Die britischen Häfen verdanken dagegen der Bespülung der Küste mit warmem, salzreichem atlantischen Wasser stete Eisfreiheit.

Klimatische Verhältnisse, Nebel. Die Nordsee ist ein typischer Vertreter der stürmischen, niederschlags- und nebelreichen Meere höherer Breiten. Im Verein mit den zahlreichen schwierigen Fahrwassern und dem äußerst lebhaften Verkehr hat dies zu ungezählten Schiffsunfällen geführt, die ihr in Seemannskreisen die Bezeichnung »Mordsee« eingetragen haben. Die vorherrschende Windrichtung in unserem, besonders im Winter häufig von Zyklonen gequerten Gebiete ist eine südwestliche, wobei die Richtungen im Sommer eine stärkere nördliche, im Winter eine stärkere südliche Komponente haben. Weit mehr als die Hälfte aller Winde kommen aus Südwesten bis Nordwesten, nur an der norwegischen Westküste ist die Verteilung eine gleichmäßigere. Als Seewinde bringen sie hohe Bewölkung und Regen, im Sommer kühles, im Winter warmes Wetter. Sie übertreffen die anderen Winde nicht nur an Zahl, sondern auch an Stärke und entwickeln sich besonders im Winter leicht zu gefährlichen Stürmen. Viel seltener sind die östlichen Winde. Als Landwinde sind sie durch heiteres, im Sommer warmes und im Winter kaltes Wetter gekennzeichnet. Wie ganz allgemein in Europa nimmt die Lufttemperatur im Winter von Osten nach Westen zu. Während sie sich an den Ostküsten um den Nullpunkt bewegt, erreicht sie an den Westküsten 3—4°. Auch aus diesem Grunde müssen die Eisverhältnisse an den dänisch-deutschen Küsten besonders ungünstig sein. Im Sommer ist dagegen das Temperaturgefälle nach Nordwesten gerichtet; von 17—18° in der Deutschen Bucht sinkt die Temperatur auf 12—13° im Nordwesten. Die Niederschlagshöhe nimmt von Süd nach Nord zu, wobei die Westküsten als Leeseite niederschlagsärmer als die Ost-

küsten sind. So hat die englische Ostküste eine Niederschlagshöhe von etwa 600 mm, die deutsche Küste hat dagegen über 700 mm. Die schottische Ostküste hat fast 1000 mm, die norwegische Westküste noch mehr. In den steil ansteigenden Fjordgebieten werden hier Werte von mehr als 3000 mm gemessen. Die Verteilung der Niederschläge ist eine verhältnismäßig gleichförmige, doch sind die Frühlingsmonate am trockensten und die Herbstmonate am feuchtesten. Die für die Schiffahrt so gefährliche *Nebelbildung* wird durch große Unterschiede in der Luft- und Wassertemperatur hervorgerufen und ist daher besonders an die Küsten geknüpft. Hier herrscht oft dicker Nebel, während auf offener See blauer Himmel lacht. Am meisten haben unter Nebel die südlichen Küstengebiete der Nordsee zu leiden. Während die Südhälfte der Nordsee im Sommer größtenteils nebelfrei ist, tritt dann in der winterklaren Nordhälfte, besonders an der schottischen Küste, häufiger Nebel auf.

Fischerei. Eine ebenso hervorragende Stellung wie die Nordseeländer in der Weltindustrie und im Welthandel einnehmen, besitzt die Nordsee in der Fischerei. Ihr jährlicher Ertragswert beziffert sich mit fast 200 Mill. Mk. auf ein Fünftel der gesamten Seefischerei und auf mehr als die Hälfte der nordeuropäischen. Den größten Anteil an der Fischausbeute, die 1910 über 1100 Mill. kg betrug, hat der *Hering*, der in der ganzen Westhälfte der Nordsee, besonders im Gebiet der Shetlandinseln und auf der Doggerbank, in großen Mengen gefangen wird. Er liefert fast 63 Proz. der Gesamtausbeute. Daneben treten der Kabeljau mit $8\frac{1}{2}$ Proz., namentlich in der Deutschen Bucht und auf der Doggerbank, und der Schellfisch mit 11 Proz., dessen wichtigste Fangplätze sich auf der eben genannten, fischreichen Bank und in der nördlichen Nordsee befinden. Den Löwenanteil an dieser riesigen Fischerei hatte vor dem Kriege Großbritannien, das 66 Proz. der in der Nordsee gefischten Gewichtsmenge erbeutete. Nur 25 Proz. fielen zu fast gleichen Teilen auf Norwegen und die Niederlande, und an vierter Stelle erst folgte Deutschland mit 8 Proz. Ganz unbedeutend ist der Anteil der übrigen Nordseestaaten an dieser Fischerei. Diese Verhältnisse hat der Krieg in einschneidender Weise geändert. Die Hochseefischerei ist zum allergrößten Teile lahmgelegt, die Küstenfischerei in hohem Maße durch Minensperren beschränkt. Diese Unterbindung der Nordseefischerei muß natürlich das stark beteiligte Großbritannien viel schärfer als uns treffen. Dies bestätigen die bekanntgewordenen Zahlen. Danach betrug der Ertragswert der britischen Fischerei im Kriegsjahr 1914/15 nur 523 Mill. kg gegenüber 1263,5 Mill. kg im Vorjahr. Dieses enorme Minderertrāgnis, das besonders die Heringsfischerei betraf, wurde nicht nur durch die Heranziehung von etwa $\frac{2}{3}$ der britischen Fischdampfer zu Kriegszwecken, sondern auch durch die erfolgreiche Angriffstätigkeit unserer Kriegsmarine hervorgerufen, die eine regelrechte Fischereitätigkeit unserer Feinde in der Nordsee nicht aufkommen ließ und den Briten allein im ersten Kriegsjahr einen Verlust von fast 190 Fischerfahrzeugen zufügte. Diese schwere Schädigung der eigenen Fischerei nötigte England, seine Fischnahrung aus anderen Ländern zu sehr erhöhten Preisen zu beziehen. Norwegens Fischhandel ist infolgedessen während des Krieges außerordentlich gestiegen. Die Niederlande, deren meist aufgesuchte Fangplätze gerade in der südlichen Nordsee liegen, haben dagegen auch unter dem Kriege gelitten. Anderseits wird durch die sehr erhebliche Verminderung der Nordseefischerei im Kriege diesem schon stark überfischten Gebiete die so dringend nötige Schonzeit gesichert, die alle internationalen Organisationen nicht zu erzielen vermochten.

Literatur: *Partsch*, Mitteleuropa (Gotha 1904); A. *Hettner*, Englands Weltherrschaft und der Krieg (Leipz. 1915); W. *Vogel*, Deutschlands Lage zum Meere im Wandel der Zeiten (Berl. 1913); *Neuse*, Landeskunde der Britischen Inseln (Breslau 1903); *Mackinder*, Britain and the British seas (Lond. 1902); *Herbertson-Howarth*, The British Isles (Oxford 1914); *Wiedenfeld*, Die nordwesteuropäischen Welthäfen (Berl. 1903); *Michaelsen*, Die festländischen Nordsee-Welthäfen (das. 1912); *Krümmel*, Die Deutschen Meere im Rahmen der internationalen Meeresforschung (das. 1904); »Segelhandbuch der Nordsee«, 1. Teil, 1. Heft (das. 1903); »Nordseehandbuch« (das. 1914/15); *van der Stok*, Das Klima des südöstlichen Teiles der Nordsee (Utrecht 1914); *Engelhardt*, Die geographische Verbreitung der Seefischerei in Nordeuropa (»Zeitschr. d. Ges. f. Erdkunde«, Berl. 1914); Graf *Reventlow*, Die versiegelte Nordsee (Berl. 1915). — *Karten:* »Die Nordsee« 1:1200000, 2 Bl. (Berl. 1912); »Die Nordsee, Fischereikarte« 1:900000, 2 Bl. (das. 1915); »Vierteljahrskarte für die Nordsee und Ostsee«, 4 Bl. (Hamburg); »Gezeitentafeln für die Nordsee usw.«, 12 Bl. (Berl., zuletzt 1915).

Der serbische Kriegsschauplatz

von Privatdozent Dr. Otto Quelle in Hamburg

Der serbische Kriegsschauplatz umfaßt das seit 1878 selbständige Königreich Serbien und die durch den Frieden von Bukarest 1913 neu hinzugekommenen Gebiete des sog. Neuserbiens. Er umschließt einen Flächenraum von rund 87300 qkm mit 4,55 Mill. Einwohnern und zerfällt in zwei große natürliche Landschaften: Nordserbien und Südserbien, welch letzteres den Hauptteil Mazedoniens in sich schließt.

Nordserbien einschließlich des alten Sandschaks *Novipazar* wird vollständig zur Save und Donau hin entwässert; von Norden her am leichtesten zugänglich, hat Nordserbien daher auch innigere Beziehungen zu den Kulturländern Mitteleuropas als Südserbien, das durch den Vardar und seine Nebenflüsse zum Ägäischen Meere hin entwässert wird. Die Grenze von Nordserbien im Norden bildet das Tal der Save und *Donau*. Diese beiden Flüsse werden aber auf dem linken nördlichen Ufer von breiten Überschwemmungszonen, die stellenweise mit fast undurchdringlichen Wäldern bedeckt sind, begleitet; da außerdem die Wasserführung und Breite der Save und Donau auf dieser Strecke eine recht bedeutende ist, so bildet das Save-Donau-Tal eine ausgezeichnete natürliche und strategische Grenzlinie, die nur an einer einzigen Stelle, bei Belgrad, wo mehrere kleine Inseln im Flußbett der Save den Übergang erleichtern, von einem wichtigen, aus Mitteleuropa kommenden Verkehrswege, der Bahnlinie Wien—Belgrad—Konstantinopel, überschritten wird.

Die Achse Nordserbiens bildet das Tal der **Morava**, die das Land in südnördlicher Richtung durchquert und unterhalb Semendria in die Donau mündet. Ihr fließt unterhalb Kruševac die aus den nordalbanischen Gebirgen kommende Serbische Morava mit dem Ibar zu; unterhalb Niš nimmt die Morava

die vom Balkan kommende Nišava auf, die das Becken von Pirot und Niš durchfließt. Die serbisch-bosnische Grenze fällt fast ganz mit dem Lauf der der Save zueilenden Drina, die Grenze nach Rumänien bzw. Nordwestbulgarien mit dem Durchbruchstal der Donau durch den Balkan, dem Kasanpaß und weiter abwärts dem sog. Eisernen Tor, und dem Timok, zusammen, der in die unterhalb Turnu-Severin nach Süden umbiegende Donau mündet. Die Südgrenze Nordserbiens bildet die Wasserscheide zwischen Morava- und Vardarflußgebiet.

Ganz Nordserbien ist ein Gebirgsland, das sich allmählich nach Norden hin abdacht. Das westliche nordserbische Gebirgsland erreicht im Kapaonikgebirge seine höchste Erhebung; der Borovnjak weist hier eine Höhe von 2161 m auf. Im übrigen besteht das westserbische Gebirgsland aus einer großen Zahl einzelner Gebirgsstöcke von durchschnittlich 1000—1300 m Höhe, die mit ihrer spärlichen Besiedlung und ihrer stellenweise dichten Waldbedeckung schwer passierbar sind. Das zwischen dem Moravatal und der bulgarischen Grenze liegende ostserbische Gebirgsland durchziehen die Glieder des westlichen Balkans, die sich von fast 2000 m Höhe im Süden nach Norden zur Donau hin abdachen. Die östlicheren kristallinischen Züge des ostserbischen Gebirges bilden das sog. serbische »Erzgebirge« mit reichen Lagern von Kupfer, Eisen und anderen Erzen. Westlich davon liegt ein breites, aus Kalken, Schiefern und Sandsteinen bestehendes Gebirge, das zum Moravatal hin steil abbricht. Die zum Teil verkarsteten unwegsamen Gebirgsstöcke erreichen im Rtanj noch 1566 m Höhe.

Verkehrswege. Zwischen dem west- und ostserbischen Gebirgsland zieht das breite Moravatal in Längsrichtung quer durch Nordserbien hindurch. Es bildet nicht nur die Hauptverkehrsader des Landes, sondern ist auch sein fruchtbarster und bevölkertster Streifen. Die Bedeutung des Moravatales als der Hauptverkehrsstraße Nordserbiens wird noch dadurch erhöht, daß in ihm weitere wichtige Quertäler zusammentreffen. Im unteren Moravatale liegen Semendria an der Donau und Požarevac (13613 Einw.); weiter oberhalb betritt die von Belgrad (90000 Einw.) kommende Verkehrslinie das Tal und folgt diesem aufwärts bis Niš. Wo sich die Serbische und die Bulgarische Morava vereinigen, liegt die frühere Landeshauptstadt, der Hauptwaffenplatz Serbiens, Kragujevac (18376 Einw.). Von hier aus folgt dem Tal der Serbischen Morava ein Schienennetz über Čačak zum kleinen Becken von Užice, während von Čačak nach Norden über das Gebirge ein Verkehrsweg über Valjevo ins Tal der Kolubara führt. Niš, an der Nišava, kurz vor deren Einmündung in das Tal der Bulgarischen Morava, ist der Hauptverkehrspunkt Nordserbiens. Von Niš, das in einem kleinen fruchtbaren Becken liegt, führt nach Südosten über Pirot die große Bahnlinie nach Sofia—Konstantinopel; ferner geht von hier aus nach Süden der Schienenweg Üsküb—Saloniki und laufen zwei alte Verkehrswege nach Nordosten ins Timoktal und nach Südwesten zum Amselfeld (Kosovo Polje). Darum ist Niš auch zur zweitgrößten Stadt Nordserbiens mit 25000 Einwohnern angewachsen und ist seiner bedeutsamen Lage wegen zu einer starken Festung ausgebaut. Nach der bulgarischen Grenze zu schützt das in einem fruchtbaren Becken gelegene Pirot (10730 Einw.) mit seinem Gürtel von Befestigungen vor einem feindlichen Angriff von Osten her. Der Gebirgskamm nördlich von Pirot, auf dem die serbisch-bulgarische Grenze entlang läuft, bedarf, da er nur schwer zu überschreiten ist, keiner besonderen militärischen Verteidigungsanlagen.

Von Niš aus südwärts folgt die Bahnlinie nach Saloniki dem Tal der Bulgarischen Morava aufwärts, das bei Leskovac (14266 Einw.) und Vranja (10487 Einw.) beckenartig erweitert ist.

Ganz Nordserbien treibt in erster Linie Ackerbau und Viehzucht. Wenn auch der Ackerbau, der hauptsächlich in den Tälern und den Beckenlandschaften zu Hause ist, noch nicht voll entwickelt ist, so bildet er doch immerhin die Haupteinnahmequelle des Landes. Weizen, Mais und Gerste sind die Hauptgetreidearten, die besonders in den fruchtbaren Talebenen der Morava und der unteren Drina (der Landschaft Mačva) angebaut und in erheblichem Umfang ausgeführt werden (1911: 8,7 Mill. dz Mais, 4,3 Mill. dz Weizen, 1,3 Mill. dz Gerste). Daneben werden auch Hülsenfrüchte, Gemüse, Tabak und Hanf angebaut und auch ausgeführt. Der wichtigste Zweig der Bodenkultur ist nach dem Getreidebau die Pflaumenzucht. 1911 nahmen die serbischen Pflaumengärten eine Fläche von 139166 ha ein, und die Gesamtausfuhr von frischen und getrockneten Pflaumen sowie von Pflaumenmus hatte 1911 einen Wert von 19,1 Millionen Dinaren (1 Dinar = 1 Fr.). Die Hauptgebiete der Pflaumenkultur sind Šabac, Obrenovac und Belgrad, ferner auch Valjevo, Užice, Čačak, Kragujevac, also in erster Linie das ganze westserbische Gebirgsland. Der Anbau anderer Kulturpflanzen tritt gegenüber den genannten stark zurück. Der Wald soll in Nordserbien, wo er auf das Gebirgsland beschränkt ist, noch etwa 30 Proz. der Bodenfläche bedecken; die Forstwirtschaft ist aber wenig entwickelt und liefert auch nur geringe Erträge. Von den verschiedenen Zweigen der Viehzucht verdient die Schweinezucht besondere Erwähnung, da in ihr Serbien an erster Stelle auf der Balkanhalbinsel steht. Von Bedeutung ist auch die Schafhaltung mit (1910) 3,8 Mill. Stück.

Unter den Bergbauerzeugnissen, die 1911 einen Produktionswert von 15,4 Mill. Dinaren hatten, steht obenan Kupfer mit 8,1 Mill. Dinaren, das in Bor und Majdanpek abgebaut wird; von weiteren geförderten Erzen sind zu nennen Gold (1,4 Mill. Dinare), etwas Schwefelkies, Blei und Silber. Braunkohlen (3,1 Mill. Dinare) liefert Senje im mittleren Moravatale. Die serbische Industrie beruht im wesentlichen auf landwirtschaftlicher Grundlage und arbeitet vor allem für den Eigenbedarf des Landes.

Mit 61 Einwohnern auf 1 qkm gehört Nordserbien zu den bevölkertsten Gebieten der Balkanhalbinsel; die Bevölkerungszunahme ist verhältnismäßig groß. Fast 25 Proz. des Bodens von Nordserbien, besonders die höheren gebirgigen Lagen, stellen unproduktiven Boden dar; daher ist hier auch die Volksdichte am geringsten; die Bevölkerung drängt sich vielmehr im Save-Donau-Tal und im Moravatal sowie den kleinen Beckenlandschaften zusammen, die auch die volkreichsten Siedlungen besitzen. — In ethnographischer Beziehung ist Nordserbien kein Einheitsstaat. Erst im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts ist das Gebiet des alten Königreichs Serbien von den Serben besiedelt, die zu neun Zehntel aus Bosnien, der Herzegovina, dem Sandschak Novipazar, Südserbien und Mazedonien eingewandert sind. Im Nordosten wohnt eine größere Zahl Rumänen, während in den mittleren und südlichen Tei-

len Ostserbiens das bulgarische Element, im Südwesten das albanesische vorwiegt.

Aus dem Tale des oberen Ibar, der der westlichen Morava zueilt, führt der Verkehr aus Nordserbien nach Südserbien hinüber, das im wesentlichen durch den Vardar zum Mittelmeer entwässert wird.

Südserbien, das bis 1913 in seinem nördlichen Teil wohl als *Altserbien*, in seiner Gesamtheit aber als *Mazedonien* bezeichnet wurde, ist überwiegend ein Gebirgsland, in das einzelne Becken eingesenkt sind, die bald mit fruchtbaren Böden bedeckt, bald mit Seen (Ochrida- und Prespasee) ausgefüllt sind. Die einzelnen Gebirgsstöcke, die nur auf hochgelegenen Pässen überschreitbar sind, erreichen zum Teil bedeutende Höhen. In dem albanischen Gebirgsland steigt das Sargebirge im Ljubeten zu 2510 m Höhe empor; zwischen Prespasee und Monastir erreicht der Peristeri 2532 m, südlich von Üsküb der Begora 2530 m Höhe. Die Grenze Südserbiens nach Bulgarien zu fällt fast ganz mit dem Kamm hoher Gebirge zusammen, über die nur wenige gangbare Pässe hinüberführen.

Verkehrswege. Die Achse Südserbiens bildet der meridionale Talzug des *Vardar*, in dem weite Becken mit engen Durchbrüchen (Klissura) abwechseln. Im *Becken von Üsküb*, das von mäßiger Fruchtbarkeit ist, laufen die vom oberen Morava- und Ibartal (über das Amselfeld) kommenden Verkehrswege zusammen. Hier sind Üsküb (Skoplje) mit 40000 Einwohnern und Kumanovo die beiden Hauptorte. Das Becken von Üsküb ist infolge seiner zentralen Lage auf der Balkanhalbinsel seit alters von hoher Bedeutung. Schon im 14. Jahrhundert war *Üsküb* die *Hauptstadt des alten Serbenreichs*, und in den zahlreichen späteren wie auch den letzten Balkankriegen war Üsküb als Beherrscherin der wichtigsten Balkanstraßen das Hauptziel der kämpfenden Parteien. Nicht nur von Norden und Süden, sondern auch von Osten und Westen treffen sich hier wichtige Verkehrswege. Über das albanische Gebirge führt nach Westen die Straße Prizren–Scutari und nach Nordwesten über die Bosur-Planina die Straße Kosovo–Novipazar–Bosnien, nach Osten, d. h. nach Bulgarien, die Straße Kumanova–Kjustendil. Südlich von Üsküb wechseln im Vardartal enge Talstrecken mit kleineren Becken, von denen das von Köprülü (Veles) das größte ist; Köprülü selbst zählt etwa 15000 Einwohner. Westlich vom Vardartal sind in das albanische Gebirge, das die Flüsse in tiefen Quertälern durchziehen, mehrere Becken eingesenkt: im Norden das Becken von Metochija mit Prizren (etwa 25000 Einw.) als Hauptort. Die von hier nach Scutari führende Straße ist ein alter vielbegangener Verkehrsweg. Das breite Tetovobecken mit dem Hauptort Kalkandelen (8000 Einw.) entwässert der Oberlauf des Vardar; das Ochridabecken füllt fast ganz der gleichnamige, 277 qkm große See, an dem auch Ochrida liegt. Östlich vom Prespasee (298 qkm) ist das langgestreckte Becken von Pelagonia von Bedeutung; an seinem nördlichen Rande liegt Prilep (Perlepe) mit 22000 Einwohnern, am Westrande *Monastir* (Bitolje), die *größte Stadt Südserbiens*, mit rund 50000 Einwohnern. Über den 1046 m hohen Babunapaß tritt die von Üsküb kommende Straße in das Becken ein.

Infolge der langen Türkenherrschaft über Mazedonien steht dieses *wirtschaftlich* auf einer sehr *tiefen Stufe*. Der Ackerbau, der hohe Erträge liefern könnte, ist fast ausschließlich auf die genannten Beckenlandschaften beschränkt, in denen Mais, Weizen, Gerste, Tabak und Früchte aller Art angebaut und in den Ortschaften innerhalb der Becken abgesetzt werden. Ein nennenswerter Handel hat sich bei dem schlechten Zustand der Verkehrswege fast nirgends entwickelt. In der Viehzucht spielt nur das Schaf eine größere Rolle; die Schweinezucht konnte aus religiösen Gründen sich in diesen bis vor kurzem türkischen Gebieten nicht entwickeln. Der Wald ist in fast allen Teilen des Landes abgeschlagen und verwüstet; auch Bergbau und Industrie befinden sich infolge des Fehlens guter Straßen und der tiefstehenden Bildung der Bewohner auf sehr niedriger Stufe. Die wenigen Gegenstände der Ausfuhr, wie Häute, Felle, Tabak, Vieh, und etwas Getreide, kommen ausnahmslos über Saloniki zum Versand.

Die *Bevölkerung* — etwa 40 auf 1 qkm — besteht zum größten Teil aus Landbewohnern, die in kleinen Dörfern zerstreut über das ganze Land, vor allem aber in den Talzügen und Beckenlandschaften, wohnen. — In *ethnographischer Hinsicht* ist Südserbien viel gemischter als Nordserbien. Zu den Serben, die im nördlichsten und nordwestlichsten Gebiete wohnen, gesellen sich im Becken von Kosovo und westlich von Üsküb in größerer Zahl Albanesen, die in den letzten Jahrzehnten sich langsam weiter nach Osten hin ausbreiten. Den ganzen Südosten und Süden bewohnen Bulgaren bzw. mazedonische Slawen. Türken sitzen in größerer Zahl noch im Becken von Üsküb sowie südöstlich davon nach Strumica hin und in den größeren Städten.

Als *Kriegsschauplatz* betrachtet, erscheinen Nord- und Südserbien durchaus ungünstig. Die Wasserfülle und die Unnahbarkeit der Ufer machen im Norden die Donau und Save zu einer für Serbien guten strategischen Linie, die nur schwer zu überwinden ist. Die unübersichtliche Gebirgswelt im Westen hält ein Vordringen von Bosnien aus ganz wesentlich auf, zumal von dieser Seite aus auch nur wenige brauchbare Straßen ins Land führen. Im Osten gewähren die Kämme der serbisch-bulgarischen Grenzgebirge nur an wenigen Stellen einen bequemen Übergang. Innerhalb Serbiens können größere Truppenmassen fast nur längs den genannten meridionalen Talzügen bewegt werden, in denen aber der durch häufige Überschwemmungen aufgeweichte Boden ein Vordringen sehr erschwert. Am größten dürften die Schwierigkeiten der Kampfführung in den fast durchweg wenig wegsamen, spärlich bewohnten Gebirgen sein, auf deren Hochflächen die winterliche, oft mehrere Meter hohe Schneedecke sich monatelang hält. Für die Versorgung größerer Truppenmassen bieten die schlechtgehaltenen Landstraßen und Pfade ein schlimmes Hindernis; doch waren bei der Eroberung Serbiens unsere Truppen wegen des im Verhältnis zur Bevölkerungszahl großen Reichtums an Landeserzeugnissen so gut verpflegt, wie kaum irgendwo sonst in diesem Kriege.

Literatur: J. Cvijić, Grundlinien der Geographie und Geologie von Altserbien und Makedonien (»Petermanns Mitteil.«, Ergänzungsheft 162, Gotha 1908); Derselbe, Ethnographische Abgrenzung der Völker auf der Balkanhalbinsel (ebenda 1913, I); »Die wirtschaftlichen Verhältnisse von Neuserbien« (»Berichte über Handel und Industrie«, XXI, Berl. 1914); K. Oestreich, Die Südosteuropäische Halbinsel (in Andrees »Geogr. des Welthandels«, II, Frankf. a. M. 1912); Derselbe, Mazedonien (»Zeitschr. Ges. f. Erdk.«, Berl. 1916).

Kriegskalender

Diese zeitlich geordnete Übersichtstafel bringt die wichtigeren Kriegsereignisse zunächst bis zum Ende des Jahres 1915 und dient zugleich als Anhaltspunkt für die nachfolgenden Kriegsberichte (S. 186 ff.). Über die einzelnen Ereignisse zu Kriegsbeginn unterrichten ausführlicher die in der »Vorgeschichte des Krieges« (S. 132—135) angegebenen Daten. Ein besonderer »Seekriegskalender« ist in den Abhandlungen über den Seekrieg (S. 245 ff.) enthalten.

Juni 1914.

28. Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers, des Erzherzogs Franz Ferdinand, und seiner Gemahlin in Sarajevo durch serbische Verschwörer.

Juli 1914.

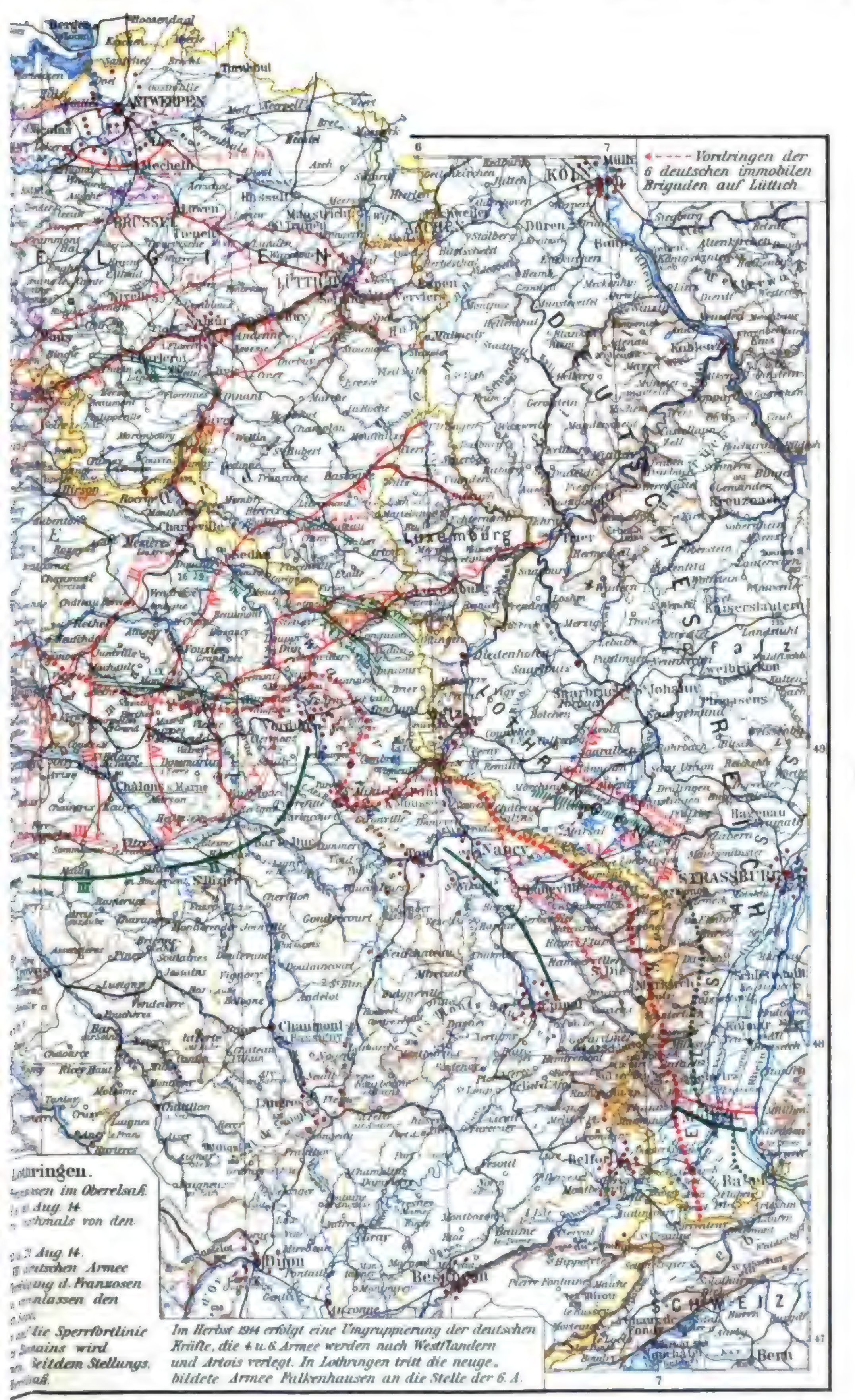
15. Probemobilmachung der englischen Flotte.
„ Ernennung des Erzherzogs Friedrich zum Generalinspektor der österreichisch-ungarischen Armee.
22. Flottenparade über 216 »zur Probe« mobilgemachte Kriegsschiffe vor dem englischen König bei Spithead.
23. Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien (vgl. S. 136).
25. Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien.
26. England, Bulgarien, Rumänien und Griechenland erklären ihre Neutralität im österreichisch-ungarisch-serbischen Krieg.
27. Mobilmachung in Serbien und Montenegro.
28. Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien.
29. Amtliche Verlautbarung der teilweisen Mobilisation in Rußland.
30. Neutralitätserklärung der Niederlande im österreichisch-ungarisch-serbischen Krieg.
31. Mobilmachung des gesamten russischen Heeres und der Flotte.
„ Ultimatum Deutschlands an Rußland.
„ Neutralitätserklärung Dänemarks im österreichisch-ungarisch-serbischen Krieg.
„ Allgemeine Mobilmachung in Belgien »zum Schutze der Neutralität«.
„ Befristete Anfrage Deutschlands an Frankreich betreffs dessen Haltung.
„ Allgemeine Mobilisierung in Österreich-Ungarn.

August 1914.

1. Unbefriedigende Antwort Frankreichs auf die deutsche Anfrage.
„ Mobilmachung des deutschen Heeres u. der Flotte.
„ Allgemeine Mobilmachung in Frankreich.
„ Kriegserklärung Deutschlands an Rußland.
„ Neutralitätserklärungen Schwedens und Norwegens im österreichisch-ungarisch-serbischen Krieg.
1./2. Eröffnung der Feindseligkeiten Rußlands gegen Deutschland durch einen Überfall bei Eichenried.
2. Deutscher Einmarsch in Luxemburg.
„ Beschießung Libaus durch die deutschen Kleinen Kreuzer »Augsburg« und »Magdeburg«.
„ Ultimatum Deutschlands an Belgien (vgl. S. 140).
„ Aufruf des deutschen Landsturms in den Grenzgebieten.
„ Neutralitätserklärung Italiens.
„ Die Franzosen eröffnen die Feindseligkeiten gegen Deutschland durch Überschreitung der Grenze bei Altmünsterol.
„ Französischer Luftangriff auf die Umgebung Nürnbergs.
3. Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich.
„ Besetzung von Kalisz und Czenstochowa durch die Deutschen.
„ Einmarsch der Deutschen in Belgien.
„ Neutralitätserklärung u. teilweise Mobilmachung der Türkei.
4. Angriff des deutschen Schlachtkreuzers »Göben« und des Kleinen Kreuzers »Breslau« auf algerische Häfen.
„ Kriegserklärung Englands an Deutschland.
„ Erste Kriegssitzung des deutschen Reichstages, in der die Bewilligung eines Kriegskredits in Höhe von 5300 Millionen Mark erfolgt.
„ Veröffentlichung des deutschen Weißbuchs (vgl. S. 141).
„ Neutralitätserklärung Rumäniens.
5. Neutralitätserklärung der Vereinigten Staaten.
„ Erneuerung des Eisernen Kreuzes.
6. Kriegserklärung Serbiens an Deutschland.
„ Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland.
„ Untergang des deutschen Minendampfers »Königin Luise« und des englischen Kleinen Kreuzers »Amphion« vor der Themsemündung.
7. Eroberung Lüttichs durch die Deutschen unter General v. Emmich.
„ Kriegserklärung Montenegros an Österreich-Ungarn.
„ Neutralitätserklärung der Schweiz.
8. Vorübergehende Besetzung Mülhausens durch die Franzosen.
„ China erklärt seine Neutralität.
„ Kriegserklärung Ägyptens an Deutschland.
„ Die Engländer beschießen Dar es Salam.
9. Besetzung von Lome (Togo) durch die Engländer.
10. Kriegserklärung Frankreichs an Österreich-Ungarn.
10./11. Sieg der Deutschen bei Lagarde.
„ Niederlage der Franzosen bei Mülhausen.
11. Kriegserklärung Montenegros an Deutschland.
„ Die Festung Boyen von den Russen belagert.
„ Beschießung von Dar es Salam durch die Engländer.
13. Kriegserklärung Englands an Österreich-Ungarn.
14. Deutsche Schlappe bei Schirmeck.
„ Niederlage der Serben bei Ljesnica und Loznica.
15. Aufruf des gesamten deutschen Landsturms in allen Reichsgebieten.
16. Abreise Kaiser Wilhelms zur Armee.
„ Vernichtung des österreichisch-ungarischen Kleinen Kreuzers »Zenta« durch französische Kriegsschiffe an der montenegrinischen Küste.
17. Sieg der Deutschen über die Russen bei Stallupönen.
„ Deutsch-englisches Vorpostengefecht in der südlichen Nordsee.
19. Zweite vorübergehende Besetzung Mülhausens durch die Franzosen.
„ Ultimatum Japans an Deutschland, Kiautschou betreffend.
„ Sieg der Deutschen über die Franzosen bei Perwez.
20. Besetzung von Brüssel durch die Deutschen.
„ Deutscher Sieg über die Russen bei Gumbinnen.
„ Schlacht bei Saarburg.
„ Tilsit wird von den Russen besetzt.
„ Sieg der Österreicher bei Višegrad über die Serben.
20./21. Sieg des Kronprinzen Rupprecht von Bayern über die Franzosen bei Metz.



WESTLICHER
KRIEGSSCHAUPLATZ
in
Nordfrankreich und Belgien.
Maßstab 1:2 250 000
Kilometer
Deutsche Stellungen rot
Französische " " grün
Britische " " violett
Belgische " " violett gestrichelt
Departementshauptstädte sind unterstrichen
NORDSEE
LA MANCHE
Str. v. Dover (Pas de Calais)
Calais
Boulogne
Dunkerque
Ostende
Brügge
Gent
Ypres
Lille
Roubaix
Arras
Amiens
Abbeville
Dieppe
Fécamp
Le Havre
Rouen
Elbeuf
Louviers
Evreux
Beauvais
Compiègne
Soissons
Laon
St. Quentin
Versailles
St. Denis
Paris
Melun
Fontainebleau
Sens
Auxerre
Montargis
Erklärungen:
Einmarschrouten der deutschen Heere im August 1914
I Armee von Kluck
II " " Bülow
III " " Hausen, später v. Einem
IV " Hzg. Albrecht v. Württemberg
V " Kronpr. Wilhelm v. Preußen
VI " Kronpr. Rupprecht v. Bayern
VII " v. Heeringen
Verteidigungsstellungen der Franzosen | vom 20. Aug.-1. Sept. 1914
" " " " " Engländer | die sämtlich infolge der
siegreichen Angriffe der Deutschen aufgegeben werden mußten
Stellungen der deutschen Heere in der Marneschlacht 6.-12. IX. 1914
" " " Franzosen " "
" " " Engländer " "
I Armee des Gen. Sarrail
II " " " de Langle de Cary.
III " " " Foch.
IV " " " Franchet d'Esperey
V Engländer unter French.
VI Armee von Paris unter Gen. Maunoury.
Versuche der Franzosen und Engländer im September 1914 den rechten deutschen Heeresflügel zu umgehen
Stellungen d. Franzosen in den Kämpfen in Artois u. Picardie Anfang Okt. 1914.
Stellungen der deutschen Heere Mitte September 1914 nach dem Rückzug von der Marne. Übergang zum Stellungskampf; die Ausdehnung bis zur belgischen Küste erfolgte später.
Die Gewinne u. Verluste a. d. Frontlinie sind auf d. Spezialk. ersichtlich
Schlachtorte mit Datum · Tag der Einnahme von Festungen und anderen größeren Orten.
Vorgänge in Elsaß-Loth
Grenze des Vordringens der Franz
Schlacht bei Mülhausen 9. u. 10
(19.-25. Aug. wurde Mülhausen n
Franzosen besetzt.)
Schlacht in Lothringen 20. u. 2
Westlichste Stellung d. VI. u. VII. de
u. Rupp. v. Bayern nach d. Verfolg
Frische feindliche Truppen ver
Rückgang auf Metz 10.-12. Sep
Vorstoß Kronpr. Rupprechts auf
Toul-Verdun, Ft. Camp des Ro
am 25. Sept. 14 eingenommen.
kampf, vergl. die Karte Oberels
Bibliographisches


Vordringen der 6 deutschen immobilen Briguden auf Lüttich
ANTWERPEN
BRÜSSEL
B E L G I E N
LÜTTICH
AACHEN
KÖLN
Luxemburg
D E U T S C H E S R E I C H
L O T H R I N G E N
Pfalz
Kaiserslautern
Saarbrücken
Metz
Nancy
Verdun
Chalons s. Marne
STRASSBURG
Epinal
Belfort
Basel
Chaumont
Dijon
Besançon
S C H W E I Z
Bern
ringen.
im Oberelsaß
Aug. 14.
von den
Aug. 14.
Armee
d. Franzosen
den
die Sperrfortlinie
wird
Seitdem Stellungs.
Im Herbst 1914 erfolgt eine Umgruppierung der deutschen Kräfte, die 4 u. 6 Armee werden nach Westflandern und Artois verlegt. In Lothringen tritt die neugebildete Armee Falkenhausen an die Stelle der 6. A.
Institut in Leipzig

22. Sieg des deutschen Kronprinzen über die Franzosen bei Longwy.
- » Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Belgien.

23. Sieg des Herzogs Albrecht von Württemberg über die Franzosen am Semois.
- » Abbruch der diplomatischen Beziehungen Deutschlands zu Japan.

24. Englische Niederlage bei Valenciennes.
- » Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Japan.

25. Die Deutschen erobern Longwy.
- » Einnahme von Namur durch die Deutschen.
- » Teilweise Zerstörung der Stadt Löwen zur Strafe für die Franktireurüberfälle auf deutsche Truppen.
- » Lublin wird von den österr.-ungar. Truppen besetzt.
- » Niederlage der Russen bei Krasnik nach dreitägiger Schlacht (23.—25.).
- » Belgien wird unter deutsche Verwaltung gestellt, mit Freiherr v. d. Goltz als Generalgouverneur.

26. Sieg des deutschen Kronprinzen bei Verdun.
- » Niederlage acht französischer Korps an der Sambre.
- » Übergabe von Togo an die Engländer und Franzosen.
- » Der deutsche Hilfskreuzer »Kaiser Wilhelm der Große« wird nach Kampf mit einem englischen Kreuzer bei Rio de Oro gesprengt.

27. Sieg der 1. deutschen Armee über die Engländer bei St. Quentin.
- » Užice von den österr.-ungarischen Truppen besetzt.
- » Die Armee Hausen überschreitet die Maas.
- » Der deutsche Kleine Kreuzer »Magdeburg« wird infolge Strandung von der Besatzung bei Odensholm in die Luft gesprengt.

28. Sieg Hindenburgs über die Russen nach dreitägiger Schlacht bei Tannenberg (90000 Gefangene und 200 Geschütze).
- » Deutsch-englisches Seegefecht bei Helgoland (vgl. »Seekriegskalender«, S. 245).

29. Sieg der 2. deutschen Armee über die Franzosen bei St. Quentin.
- » Besetzung von Samoa durch die Engländer.
- » Niederlage der Engländer bei Garua (Kamerun).

30. Eroberung von Montmédy durch die Deutschen.

31. Einnahme der Festung Givet durch die Deutschen.

September 1914.

1. Sieg der Deutschen über zehn französische Armeekorps zwischen Reims und Verdun.
- » Sieg der Österreicher und Ungarn unter Auffenberg über die Russen bei Zamość-Komarow (20000 Gefangene und 200 Geschütze).

2. Vorübergehende Besetzung von Amiens durch die Deutschen.
- » Cholm wird von den Deutschen besetzt.
- » Die Aufständischen besetzen Durazzo.
- » Czernowitz wird von den Russen genommen.

3. Räumung Lembergs durch die Österreicher.
- » Die französische Regierung verlegt ihren Sitz nach Bordeaux.

4. Vorübergehende Besetzung von Reims durch die Deutschen.
- » Londoner Abkommen des Dreiverbandes, keinen Sonderfrieden zu schließen.
- » Die Festung Boyen wird durch die Deutschen entsetzt.

5. Der englische Kleine Kreuzer »Pathfinder« wird als erster feindlicher Kreuzer von einem deutschen U-Boot vor dem Firth of Forth vernichtet.

6. Vernichtung der serbischen Timokdivision durch die österreichisch-ungarischen Truppen bei Mitrovica (5000 Gefangene).

7. Kapitulation der Festung Maubeuge (40000 Gefangene, 400 Geschütze).

8. Beginn der Schlacht bei Lemberg.

9. Aufhebung der Kapitulationen in der Türkei.

9./11. Schlacht an der Marne und Rückzug der Deutschen in das Aisne-Gebiet.

10. Zweiter Sieg Hindenburgs über die Russen in Ostpreußen (30000 Gefangene und 150 Geschütze).

11./12. Vollständige Niederlage der Russen bei Lyck.
- » Kriegserklärung der Südafrikanischen Union an Deutschland.
- » Besetzung Deutsch-Neuguineas durch die Australier.
- » Besetzung der Marianen-, Marshall- und Karolineninseln durch die Japaner.

12. Abbruch der Schlacht bei Lemberg durch die österr.-ungar. Armeen (10000 russische Gefangene).

13. Niederlage der Serben bei Pancsova.
- » Versenkung des deutschen Kleinen Kreuzers »Hela« durch ein englisches U-Boot bei Helgoland.

13/14. Serbische Niederlage bei Mitrovica.

14. Das russische Gouvernement Suwalki wird als erstes unter deutsche Verwaltung gestellt.

15. Erste Einschließung von Przemyśl durch die Russen.
- » Vormarsch der südafrikanischen Truppen über den Oranjefluß.
- » Niederlage der Serben bei Jakovo und Alt-Pazua.

17. Gescheiterter Durchbruchsversuch der Franzosen bei Noyon.
- » Hindenburgs Sieg in den Verfolgungskämpfen über die Russen bei Augustów.

19. Der Hafenort Ukoko in Kamerun wird von den Franzosen besetzt.
- » Die Engländer besetzen Lüderitzbucht.

22. Die Zeichnungen auf die erste deutsche Kriegsanleihe erreichen die Höhe von 4,4 Milliarden Mark.
- » Vernichtung der englischen Panzerkreuzer »Aboukir«, »Hogue« und »Cressy« durch das deutsche Unterseeboot »U 9« unter Kapitänleutnant Weddigen bei Hoek van Holland.

24. Die Walfischbai wird von den Deutschen besetzt.

25. Eroberung des französischen Sperrforts Camps des Romains bei St. Mihiel durch die Deutschen.
- » Niederlage der Engländer bei Sandfontein in Deutsch-Südwestafrika.

26. Einbruch der Russen in Ungarn am Uzsoker Paß.
- » Sperrung der Dardanellen und des Bosporus durch die Türken.
- » Beginn des Angriffs auf die Außenwerke von Tsingtau durch die Japaner.

27. Die englisch-französischen Truppen besetzen Duala.

28. Beginn der Beschießung Antwerpens.
- » Mecheln wird von den Deutschen besetzt.

29. Rückzug der Russen beiderseits der Weichsel.
- » Edea in Kamerun wird von englisch-französischen Truppen besetzt.

30. Goma (Belgisch-Kongo) wird von den Deutschen genommen.

Oktober 1914.

1. Einnahme von Wavre-St. Catherine, des ersten Außenforts von Antwerpen.

2. Vertreibung der Russen aus Ungarn.

2./3. Sieg der Deutschen über sibirische und russische Kräfte bei Augustów.

4. Österreichisch-ungarischer Sieg über die Russen am Uzsoker Paß.
- Besetzung der Schantungbahn durch die Japaner.
5. Deutscher Sieg über russ. Kavallerie bei Radom.
- Erster erfolgloser Sturmangriff der Japaner und Engländer auf die Befestigungen Tsingtaus.
- Die belgische Regierung verläßt Antwerpen.
- Die serbische Regierung wird nach Üsküb verlegt.
- Niederlage der Engländer bei Jabassi (Kamerun).
6./7. Serbische Niederlage an den Romaniahöhen.
7. Vorübergehende Besetzung von Lyck durch die Russen.
9. Eroberung der Festung Antwerpen nach elftägiger Belagerung (5000 Gefangene und 500 Geschütze).
9./10. Vergeblicher Sturmangriff der Russen auf die Festung Przemysl unter Verlust von 70000 Mann.
10. Niederlage englischer Kavallerie bei Hazebrouck.
- Die letzten Forts von Antwerpen fallen in deutsche Hand.
- Przemysl wird durch die österreichisch-ungarischen Truppen entsetzt.
- König Carol von Rumänien stirbt in Sinaia.
12. Niederlage der 1. und 10. russischen Armee bei Schirwindt.
- *Essad Pascha wird zum Regierungspräsidenten von Albanien ernannt.
13. Besetzung von Lille und Gent durch die Deutschen.
- Die belgische Regierung verlegt ihren Sitz nach Le Havre.
- Lyck wird von den Deutschen zurückerobert.
- Verkündigung des Kriegsrechts in der Südafrikanischen Union wegen des Aufstandes der Buren.
14. Ein Angriff von acht russischen Armeekorps aus der Linie Iwangorod–Warschau wird von den deutsch-österr.-ungar. Truppen zurückgewiesen.
15. Die Deutschen besetzen Ostende.
- Tsinanfu wird von den Japanern besetzt.
17. Vier deutsche Torpedoboote werden an der holländischen Küste durch englische Streitkräfte versenkt.
18. Aufstand der Hindus in Kalkutta wegen Einreihung in das englisch-indische Heer.
20. Deutscher Sieg über die Engländer in der Schlacht bei Lille.
- Besetzung von Czernowitz durch die österreichisch-ungarischen Truppen.
- Zurückeroberung des Jablonica-Passes durch die Österreicher.
22. Niederlage der Russen vor Iwangorod.
- 1½ Milliarde Mark werden vom preuß. Landtag zur Linderung der Not in Ostpreußen bewilligt.
- Übergang der Deutschen über den Yser-Ypern-Kanal zwischen Nieuport und Dixmuiden.
24. Ostbosnien wird von Serben und Montenegrinern gesäubert.
- Angriff der Buren gegen die Engländer am Oranjefluß.
27. Das britische Linienschiff »Audacious« sinkt durch eine Mine.
- Zurücknahme der deutschen und österr.-ungarischen Truppen vor der aus der Linie Iwangorod–Warschau vorgehenden russischen Übermacht.
28. Verurteilung der Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand und der Herzogin von Hohenberg in Sarajevo.
29. Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen der Türkei und Rußland durch einen Angriff der russischen Schwarze-Meer-Flotte auf ottomanische Schiffe.
- Eroberung französischer Stellungen bei Verdun.
29. Türkische Kreuzer beschießen die russischen Häfen Feodosia und Noworossijsk.
30. Erstürmung von Vailly durch die Deutschen.
31. Vollständiger Sieg der österreichisch-ungarischen Truppen über die Russen in der mehrtägigen Schlacht bei Turka und Stary-Sambor.
- Erfolgreiche Beschießung der russ. Häfen Odessa, Sewastopol und Feodosia durch die Türken.

November 1914.

1. Sieg des deutschen Südseegeschwaders unter Vizeadmiral v. Spee bei Coronel (vgl. »Seekriegskalender«, S. 247).
- England erklärt völkerrechtswidrig die ganze Nordsee als Kriegsgebiet.
2. Erstürmung von Sabac durch die österreichisch-ungarischen Truppen.
- Kriegserklärung Rußlands an die Türkei.
- Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und der Türkei.
- Erster Angriff englisch-französischer Schiffe auf die Dardanellen.
3. Erster Angriff deutscher Kriegsschiffe auf die englische Ostküste; Beschießung von Yarmouth.
- Einbruch der Russen in türkisch-kaukasisches Gebiet.
4. Untergang des deutschen Panzerkreuzers »York« durch eine Hafenmine im Jadebusen.
- England kündigt die Übernahme der Souveränität über Ägypten an.
- Der deutsche Kleine Kreuzer »Karlsruhe« sinkt infolge Explosion.
- Vormarsch der Türken über die ägyptische Grenze.
5. Schwere Niederlage der Engländer bei Tanga in Ostafrika unter Verlust von 3000 Mann (vgl. »Seekriegskalender«, S. 247).
- Kriegserklärungen Englands und Frankreichs an die Türkei.
- England gibt die Annexion Cyperns bekannt.
6. Festnahme aller in Deutschland befindlichen Engländer von 17—55 Jahren und deren Überführung nach Ruhleben bei Berlin.
- Deutscher Sieg über russische Kavallerie bei Kolo.
7. Eroberung Tsingtaus durch die Japaner.
- Niederlage der Russen am Wysztyter See.
- Erstürmung von Krupanj durch die österreichisch-ungarischen Truppen.
- Österr.-ungarischer Sieg über die 1. und 3. serbische Armee, die auf Valjevo zurückgeworfen werden.
- Kriegserklärungen Belgiens und Serbiens an die Türkei.
- Einfall der Buren in den Oranje-Freistaat.
9. Der deutsche Kleine Kreuzer »Emden« wird nach hartem Kampf mit dem austral. Kreuzer »Sydney« bei den Kokosinseln vernichtet; die Landungsabteilung entkommt auf dem Schoner »Ayesha«.
- Griechenland gibt die Besetzung des Epirus bekannt.
10. Erstürmung von Dixmuiden und feindlichen Stellungen bei Langemarck durch die Deutschen.
- Mittelgalizien wird von den österreichisch-ungarischen Truppen geräumt.
- Zweite Einschließung der Festung Przemysl durch die Russen.
- Landung englischer Truppen in Mesopotamien.
11. Die englisch-französischen Truppen räumen das östliche Yserufer von Nieuport bis zur See.
12. Offizielle Kriegserklärung des Sultans an England, Frankreich und Rußland.

12. Vorstoß der Russen in Mittelgalizien und Besetzung von Tarnów.
13. Verkündung des Heiligen Krieges für alle Muselmanen gegen die Staaten des Vierverbands.
- Viktoria (Kamerun) wird von den Engländern besetzt.
- Niederlage der Russen bei Köprikö in Türkisch-Kleinasien unter Verlust von 8000 Mann.
14. Sieg der Deutschen über die Russen bei Wloclawek.
- Erstürmung von Obrenovac durch die österreichisch-ungarischen Truppen.
15. Sieg des Generalfeldmarschalls v. Mackensen über die Russen bei Kutno und Lipno. Gefangennahme von 28000 Mann.
- Einbruch der Russen in Ungarn.
- Valjevo wird von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt.
17. Sperrung des Hafens von Libau durch Teile der deutschen Ostsee-Streitkräfte.
18. Die russische Flotte wird vor Sewastopol von türkischen Kriegsschiffen in die Flucht geschlagen.
21. Mißlungener englischer Fliegerangriff auf die Flughalle der Zeppelinwerft in Friedrichshafen.
22. Vorstoß der Türken bis zum Suezkanal.
- Schlacht bei Lódz und Lowicz.
23. Aufstand in Albanien gegen Essad Pascha.
23./24. Durchbruch des Reservekorps Scheffer-Boyadel und der Division Litzmann bei Brzeziny unter Gefangennahme von 12000 Russen.
25. Sieg der Armee Mackensen nach mehrtägiger Schlacht bei Lódz und Lowicz (40000 Gefangene, 70 Geschütze und 156 Maschinengewehre erbeutet).
- Niederlage der Serben bei Lazarevac.
26. Das britische Linienschiff »Bulwark« wird durch Explosion vernichtet.
- Czernowitz wird von den österreichisch-ungarischen Truppen geräumt.
27. Ernennung des Generalobersten v. Hindenburg zum Generalfeldmarschall.
- Versetzung des Generalfeldmarschalls von der Goltz in das türkische Hauptquartier.
- Niederlage der Russen bei Homonna (Ungarn).
28. Ernennung des Freiherrn von Bissing zum Generalgouverneur von Belgien.
- Beschießung Dar es Salams durch die Engländer.

Dezember 1914.

2. Zweite Kriegstagung des deutschen Reichstages; Bewilligung des zweiten Kriegskredits von 5 Milliarden Mark.
- Erste Besetzung Belgrads durch die österreichisch-ungarischen Truppen unter General Frank.
4. Ernennung des Fürsten Bülow zum Botschafter in Rom.
- Vorstoß der Türken östlich von Batum.
5. Niederlage der Franzosen bei Altkirch.
6. Eroberung von Lódz durch die Deutschen (5000 Gefangene).
7. Starker Gegenangriff der Serben gegen den rechten österreichisch-ungarischen Flügel.
8. Seeschlacht bei den Falklandinseln (vgl. »Seekriegskalender«, S. 248).
9. Vorübergehende Eroberung von Przasnysz durch die Deutschen.
- Ernennung des Kriegsministers v. Falkenhayn zum Chef des Generalstabes.
- Korna (Mesopotamien) wird von den Engländern genommen.
10. Der Goldbestand der deutschen Reichsbank überschreitet zum ersten Male seit Bestehen des Reiches die Summe von 2 Milliarden Mark.
- Ernennung des Erzherzogs Friedrich von Österreich zum Generalfeldmarschall.
- Rückzug des österreichisch-ungarischen rechten Flügels in Serbien.
- Batum wird von den Türken in Brand geschossen.
12. Erstürmung russischer Stellungen an der Miazga durch die Deutschen (11000 Gefangene, 43 Maschinengewehre).
- Niederlage der Russen bei Limanowa und in den Karpathen (26000 Gefangene).
13. Einleitung der türkischen Offensive gegen die persische Provinz Aserbeidschan.
- Die österreich.-ungarischen Kräfte besetzen Dukla.
14. Belgrad wird von den österreichisch-ungarischen Truppen geräumt.
15. Die Höhe 425 bei Sennheim wird von den Deutschen erobert.
16. Rückzug der Russen in Westgalizien und Südpolen.
- Zusammenbruch der russischen Offensive gegen Deutschland und Österreich-Ungarn.
- Gesamtbeute der siegreichen Offensive der Deutschen seit 11. November: 130000 Gefangene, 100 Geschütze und 300 Maschinengewehre.
- Die österr.-ungar. Truppen erstürmen Petroków.
- Vorstoß der deutschen Flotte nach der englischen Ostküste. Erfolgreiche Beschießung der befestigten Hafenstädte Hartlepool und Scarborough.
17. Verkündung des britischen Protektorats in Ägypten.
- Zurückweisung starker Angriffe der Franzosen an der Somme und bei Arras.
- Beginn einer großen französischen Offensive.
18. Zusammenkunft der nordischen Könige in Malmö zur Sicherung der Neutralität.
- Vorstoß deutsch-österreichisch-ungarischer Truppen über die Pilica.
- England ernennt den Prinzen Hussein-Kemal zum Sultan von Ägypten.
- Deutscher Sieg über die portugiesische Besatzung von Naulila (Westafrika).
19. Sieg der Deutschen über die Engländer und Franzosen bei La Bassée.
21. Das französische Linienschiff »Jean Bart« wird in der Straße von Otranto durch ein österreichisch-ungarisches U-Boot versenkt.
22. Zurückweisung starker englischer und französischer Angriffe bei Festubert, Givenchy und Albert.
- Sieg der österreichisch-ungarischen Truppen über die Russen an der Nida.
- Besetzung von Lowicz und Skierniewice durch die Deutschen.
- Ernennung des Erzherzogs Eugen zum Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Südarmee an Stelle des Feldzeugmeisters Potiorek.
- Türkischer Sieg über die Russen bei Olty im Kaukasus.
24. Sieg der Deutschen über die Engländer bei Festubert.
- Zurückweisung eines montenegrinischen Angriffs auf die österreichisch-ungarische Festung Bilek.
- Angriff des türkischen Schlachtkreuzers »Sultan Jawus Selim«, unterstützt vom Kleinen Kreuzer »Midilli«, auf 17 russische Kriegsschiffe; zwei russische Minenleger sinken, ein Linienschiff wird schwer beschädigt.

25. Zurückeroberung des Uzsoker Passes durch die österreichisch-ungarischen Truppen.

„ Abweisung eines Angriffes englischer Seeflugzeuge gegen die Deutsche Bucht durch das Luftgeschwader von Kuxhaven.

„ Valona wird von den Italienern besetzt.

„ Besetzung der Walfischbai durch die Engländer.

27. Sieg der Türken über die Russen bei Urmia in der persischen Provinz Aserbeidschan.

29. Der russische Vorstoß gegen den Karpathenkamm wird zurückgewiesen.

30. Amerikanische Note an England zur Wahrung der Rechte der neutralen Schiffahrt.

Januar 1915.

1. Der Uzsoker Paß wird von den Russen besetzt.

„ Ardahan im Kaukasus wird von den Türken erobert.

„ Das englische Linienschiff »Formidable« wird bei Plymouth von einem deutschen U-Boot versenkt.

2. Eroberung der stark befestigten Stellung der Russen bei Borzymow durch die Deutschen.

„ Vorstoß der Türken in Kaukasien bis Sarykamisch.

„ Die Franzosen besetzen Steinbach.

5. Vorstoß der Deutschen bis zum Sucha-Abschnitt in Polen.

„ Besetzung von Urmia in der persischen Provinz Aserbeidschan durch die Türken.

„ Einrichtung einer Zivilverwaltung für die besetzten Teile von Russisch-Polen.

6. Lebhafte Kämpfe um die Höhe 425 bei Sennheim.

7. Abweisung starker französischer Angriffe bei Steinbach und Ober-Burnhaupt.

„ Abwehr starker französischer Vorstöße bei Vregny.

8./9. Landung der »Emden«-Mannschaft bei Hodeida.

10. Starker deutscher Luftangriff auf die Themsemündung, Dover und Dünkirchen.

12. Einnahme von Täbris durch die Türken.

„ Vollständige Niederlage der Franzosen bei Crouy.

„ Beginn der Schlacht bei Soissons.

12./13. Erstürmung der Höhen von Vregny durch die Deutschen.

„ Rücktritt des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern Graf Berchtold. An seine Stelle tritt Baron Burian.

14. Sieg der Deutschen über die Franzosen nach der dreitägigen Schlacht bei Soissons.

„ Swakopmund wird von den Engländern besetzt.

15. Rücktritt des Reichsschatzsekretärs Kühn; sein Nachfolger wird Helfferich.

„ Vorstoß der Russen in der Bukowina bis zur Moldava.

17. Zusammenbruch der zweiten franz. Offensive.

„ Rückzug der Russen bei Zaliczyn (Galizien).

18. Niederlage der Russen bei Jacobeny (Bukowina).

19. Niederlage der Engländer bei Korna in Mesopotamien.

19./20. Deutscher Luftangriff auf die englische Ostküste.

„ Schwere Niederlage der Engländer bei Jassini in Ostafrika.

20. Siegreiche Gegenoffensive der Türken im Kaukasus.

21. Eroberung des Hartmannsweilerkopfes und des Hirzsteins durch die Deutschen.

„ Erneuter Sieg der Türken über die Engländer bei Korna (Mesopotamien).

22. Niederlage der Franzosen bei Pont-à-Mousson.

„ Starker deutscher Luftangriff auf Dünkirchen.

22. Zurückeroberung von Kirlibaba in der Südbukowina durch die österreichisch-ungarischen Truppen.

„ Rückzug der Russen in die nördliche Bukowina.

„ Die Zeichnungen auf die erste österreichisch-ungarische Kriegsanleihe erreichen die Höhe von 3306 Millionen Kronen.

24. Deutsch-englische Seeschlacht in der Nordsee (vgl. »Seekriegskalender«, S. 249).

25. Die Sachsen erstürmen die Höhen von Craonne.

„ Eroberung englischer Stellungen bei La Bassée durch die Deutschen.

„ Vorstoß der deutsch-österreichisch-ungarischen Armee Linsingen gegen die Karpathenkämme.

26. Niederlage der Russen bei Gumbinnen.

„ Zurückeroberung des Uzsoker Passes durch die österreichisch-ungarischen Truppen.

27. Französische Massenangriffe in den Vogesen.

28. Starker deutscher Luftangriff auf die Festung Dünkirchen.

29. Sieg der Deutschen über die Franzosen im Argonner Wald.

„ Abweisung starker russischer Angriffe am Löwentinsee in Ostpreußen.

„ Zurückeroberung der Karpathen-Paßhöhen durch die österreichisch-ungarischen Truppen (10000 Gefangene).

31. Täbris wird von den Russen genommen.

Februar 1915.

1. Deutschland kündigt den Beginn des verschärften Unterseebootkrieges gegen England für den 18. Februar an.

„ Tsingtau wird zum zweiten Kriegshafen der japanischen Hochseeflotte bestimmt.

2. Die Senussi besetzen die Oase Siwah.

3. Die englische Admiralität erläßt an die englischen Handelsschiffe einen Geheimbefehl über den Gebrauch neutraler Flaggen.

„ Erstürmung der französischen Hauptstellung bei Massiges durch die Deutschen.

„ Siegreiche Offensive der Deutschen bei Bolimów.

„ Lebhafte Kämpfe am Suezkanal.

4. Deutschland erklärt sämtliche Gewässer um England und Irland als Kriegsgebiet.

6. Zurückeroberung von Kimpolung in der südlichen Bukowina durch die österreichisch-ungar. Truppen.

7. Die Türken überschreiten den Suezkanal bei Tussum.

„ Beginn der »Winterschlacht in Masuren«.

9. Befreiung der Bukowina von den Russen bis zur Suczawa.

10. Japan stellt 21 Forderungen an China zur Befestigung seiner Vormacht in der Mandschurei und Schantung.

„ Die Deutschen besetzen Wirballen und Kibarty.

11. Erfolgreicher Luftangriff auf die Festung Verdun.

„ Rückzug der Russen aus ihren Stellungen östlich der Masurischen Seen.

„ Vorstoß der österreichisch-ungarischen Truppen in der Bukowina bis zur Sereth-Linie und fluchtartiger Rückzug der Russen.

12. Übergang der österreichisch-ungarischen Truppen über den Jablonica-Paß.

14. Nadwórna (Karpathen) wird von österreichisch-ungarischen Kräften besetzt.

„ Zerstörung der serbischen Festung Semendria infolge Explosion der Pulvermagazine.

15. Plock wird von den Deutschen besetzt.

15. Vollständiger Sieg Hindenburgs über die Russen nach der neuntägigen »Winterschlacht in Masuren«; Vernichtung der 10. russischen Armee (50 000 Gefangene und 40 Geschütze).
- Antivari wird von österreichisch-ungarischen Seestreitkräften beschossen.
16. Erstürmung von Kolomea durch die österreichisch-ungarischen Truppen.
- Beginn der »Winterschlacht in der Champagne«.
17. Die Armee Pflanzer-Baltin besetzt Czernowitz; Rückzug der Russen über den Pruth.
- Strandung der beiden Luftschiffe »L 3« und »L 4« an der dänischen Küste.
18. Beginn des am 4. Februar angekündigten verschärften Handelskrieges gegen England.
- Eroberung von Tauroggen durch die Deutschen.
- Deutsche Siege über die Russen bei Plock und Raciąz.
19. Erstürmung der franz. Hauptstellung bei Sulzern und des Reichsackerkopfes durch die Deutschen.
- Rückzug der Russen auf Stanislau.
- Abweisung eines englisch-französischen Flottenangriffs auf die Dardanellen.
20. Siegreicher Vorstoß der Deutschen in den Vogesen bei Sulzern.
21./22. Erfolgreicher deutscher Luftangriff auf Calais.
22. Erstürmung des Sattelkopfes im Elsaß durch die Deutschen.
- Ein starker Angriff einer neugebildeten russischen Armee nordwestlich von Grodno wird von den Deutschen zurückgewiesen.
- Beendigung der Verfolgungskämpfe nach der Winterschlacht in Masuren (100 000 Gefangene, 150 Geschütze).
- Niederlage der Russen bei Artwin in Transkaukasien.
24. Przasnysz wird von den Deutschen erstürmt (10 000 Gefangene).
- Auflegung der zweiten deutschen Kriegsanleihe.
25. Erfolgloser Angriff der englisch-französischen Flotte auf die Dardanellen.
26. Offensive starker russischer Kräfte bei Grodno und Przasnysz.
27. Przasnysz wird von den Deutschen geräumt.
- Erstürmung der französischen Stellungen bei Blâmont–Celles in 20 km Breite und 6 km Tiefe durch die Deutschen.
- Sperrung der englischen Haupthäfen für die Handelsschiffahrt.
28. Ein Vorstoß zweier französischer Armeekorps in der Champagne wird von den Deutschen siegreich zurückgewiesen.

März 1915.

1. Niederlage der Franzosen bei Celles (Champagne).
- Eroberung französischer Stellungen bei Badonviller durch die Deutschen.
- Angriff der englisch-französischen Flotte auf die äußeren Dardanellenforts.
- Niederlage der Engländer bei Ahwas (Persien).
3. Erstürmung französischer Stellungen auf der Lorettohöhe durch die Deutschen.
- Antivari wird von österreichisch-ungarischen Seestreitkräften beschossen.
4. Eroberung französischer Stellungen auf der Lorettohöhe durch die Deutschen.
- Mißlungener Landungsversuch der Engländer und Franzosen an den Dardanellen.

5./6. Erfolglose Beschießung von Smyrna durch die englisch-französische Flotte.
6. Massenangriffe der Franzosen bei Le Mesnil in der Champagne werden von den Deutschen siegreich zurückgewiesen.
- Deutscher Sieg über die Russen bei Rawa.
7. Angriff der russischen Flotte auf die kleinasiatischen Häfen.
9. Die zweite große Offensive der Franzosen ist in der »Winterschlacht in der Champagne« vollständig gescheitert (französische Verluste: 45 000 Mann, deutsche Verluste: 15 000 Mann).
10. Ein Landungsversuch von 2000 Engländern wird von den Türken zurückgewiesen.
- Dritte Kriegstagung des deutschen Reichstages.
11. Neuve Chapelle wird von den Engländern besetzt.
- Vollständige Niederlage der Russen bei Augustów (5400 Gefangene).
14. Die Höhe 60 bei Zillebeke wird von den Engländern genommen.
- Zweiter österreichisch-ungarischer Sieg über die Russen am Uzsoker Paß (vgl. 4. Oktober 1914).
- Angriff englischer Kriegsschiffe auf den deutschen Kleinen Kreuzer »Dresden« auf neutralem Gebiet bei der Insel Juan Fernandez (vgl. »Seekriegskalender«, S. 250).
- Eroberung der englischen Höhenstellungen bei St. Eloi durch die Deutschen.
16. Französischer Luftangriff auf die offene Stadt Schlettstadt.
17. Einbruch russischer Reichswehrhaufen in Ostpreußen.
17./18. Erfolgreicher deutscher Luftangriff auf Calais.
- Die Russen besetzen und plündern Memel.
18. Niederlage der Russen in Südostgalizien.
- Schwere Niederlage der englisch-französischen Flotte an den Dardanellen (vgl. »Seekriegskalender«, S. 250).
- Beschießung von Feodosia durch die Türken.
19. Letzter Ausfall der Besatzung von Przemysl.
- Ergebnis der zweiten deutschen Kriegsanleihe: 9060 Millionen Mark.
20. Deutscher Luftangriff auf Paris und Compiègne.
- Erstürmung des Reichsackerkopfes durch die Deutschen.
21. Vertreibung der Russen aus Memel durch die Deutschen.
22. Deutsche Truppen befreien bei Deutsch-Krottingen 3000 von den Russen dorthin verschleppte Einwohner aus Ostpreußen.
- Übergabe der Festung Przemysl.
23. Vergeblicher Sturmangriff der Franzosen auf den Hartmannsweilerkopf.
- Deutscher Luftangriff auf Paris.
- Niederlage der Russen bei Laugszargen.
24. Siegreicher Kampf der österreichisch-ungarischen Truppen am Uzsoker Paß.
- Besetzung der griech. Inseln Lemnos, Tenedos, Imbros und Samothrake durch die Engländer.
26. Erstürmung des Hartmannsweilerkopfes durch die Franzosen.
- Erneute Niederlage russischer auf Tilsit vordringender Kräfte bei Laugszargen.
- Sieg der österreichisch-ungarischen Truppen über die Russen bei Czernowitz.
- Der Untergang des deutschen Unterseebootes »U 29« (Kommandant Kapitänleutnant Weddigen) wird vom englischen Admiralstab gemeldet.

28. Tauroggen wird von den Deutschen zum zweitenmal erstürmt.
29. Sieg der Deutschen über die Russen bei Krasnopol.
„ Ernennung des Marschalls Liman von Sanders zum Oberbefehlshaber der türk. Dardanellenarmee.
30. Niederlage der Russen am Uzsoker Paß.

April 1915.

3. Österreichisch-ungarischer Erfolg im Laborczatal.
„ Warmbad (Deutsch-Südwestafrika) wird von den Engländern besetzt.
5. Beginn einer neuen französischen Offensive zwischen Maas und Mosel.
„ Sieg der deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen im Laborczatal (10000 Gefangene).
6. Vernichtung zweier französischer Bataillone an der Combreshöhe durch die Deutschen.
„ Casablanca wird von Muselmanen erobert.
7. Schwere Niederlage der Franzosen zwischen Maas und Mosel.
„ Mißglückter Landungsversuch englisch-französischer Truppen bei Enos (Ägäisches Meer).
„ Internierung des deutschen Hilfskreuzers »Prinz Eitel Friedrich« in Newport News (Virginia).
7./8. Seegefecht zwischen englischen Geschwadern bei Bergen (?; vgl. »Seekriegskalender«, S. 250).
9. Niederlage der Franzosen zwischen Orne und den Maashöhen.
„ Erstürmung der östlich vom Uzsoker Paß gelegenen Höhe Zwinin durch die Deutschen.
12. Die russische Offensive in den Karpathen wird von den deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen zum Stehen gebracht.
14./15. Fünf franz. Durchbruchsversuche am Hartmannsweilerkopf werden siegreich zurückgewiesen.
„ Deutscher Luftangriff auf die Tynemündung.
15. Französischer Luftangriff auf Freiburg i. Br.
„ Ausdehnung der Landsturmpflicht in Österreich-Ungarn bis zum 50. Lebensjahr.
„ Russischer Angriff auf kleinasiatische Häfen.
15./16. Erfolgreicher Angriff deutscher Marineluftschiffe auf die englische Südostküste.
„ Französischer Luftschiffangriff auf Straßburg.
18. Besetzung von Keetmanshoop in Deutsch-Südwestafrika durch die Engländer.
19. Ernennung des Freiherrn von der Goltz-Pascha zum Oberbefehlshaber der 1. türkischen Armee.
20. Starker deutscher Luftangriff auf Bjelostok.
„ Siegreiche Kämpfe der Österreicher bei Nagy-Polani in den Karpathen.
22. Deutscher Vorstoß nördlich von Ypern. Der Übergang über den Yserkanal wird von den Deutschen erzwungen; Langemarck, Steenstrate, Pilkem, Het Sas werden genommen.
24. Neue Erfolge der Deutschen westlich vom Yserkanal und bei Combres auf den Maashöhen.
„ Erstürmung der Ostryhöhe in den Karpathen durch österreichisch-ungarische Truppen.
25. Die Deutschen erobern den Hartmannsweilerkopf zurück.
„ Erstürmung starker russischer Stellungen bei Koziowa in den Karpathen durch die österreichisch-ungarischen Truppen.
„ Erfolglose Beschießung des Bosporus durch die Russen.
„ Landungsversuche englisch-französischer Truppen an vier Stellen der Halbinsel Gallipoli scheitern, außer bei Kaba Tepe.
26. Zurückweisung englischer Durchbruchsversuche nördlich von Ypern.
„ Der deutsche Hilfskreuzer »Kronprinz Wilhelm« wird in Newport News (Virginia) interniert.
27. Erstürmung russischer Stellungen bei Suwalki in 20 km Breite.
„ Starker Angriff der englisch-französischen Flotte auf die Dardanellen.
29. Beginn der Beschießung Dünkirchens durch die Deutschen.
„ Die Linie Dünaburg–Libau wird von den Deutschen erreicht.
„ Englisch-französische Landungsversuche im Golf von Saros scheitern unter schweren Verlusten.
30. Niederlage der Russen bei Schawli.
„ Niederlage der Russen bei Artwin im Kaukasus.
„ Deutscher Luftangriff auf Harwich.

Mai 1915.

1. Vormarsch der Deutschen in Kurland.
„ Deutsch-englisches Vorpostengefecht am Noordhinder-Feuerschiff.
2. Beginn der deutsch-österreichisch-ungar. Offensive mit dem Durchbruch bei Gorlice–Tarnów unter Führung des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.
„ Schwere Niederlage der Russen nördlich von Skierniewice.
„ Lebhafte Kämpfe auf Gallipoli.
4. Italien kündigt den Dreibundvertrag mit Österreich-Ungarn.
„ Rückzug der Russen aus Ungarn.
5. Deutscher Sieg über die Franzosen im Ailly-Walde.
„ Zurückeroberung von Tarnów und Jaslo durch österreichisch-ungarische Kräfte.
6. Niederlage der Russen bei Rossieny.
„ Der Dukla-Paß wird von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt.
„ Niederlage der Engländer bei Sidd-el Bahr.
„ Karibib (Deutsch-Südwestafrika) wird von den südafrikanischen Truppen besetzt.
7. Besetzung von Libau durch die Deutschen.
„ Überschreitung des Wistok bei Krosno durch die deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen.
„ Versenkung des englischen Cunarddampfers »Lusitania« durch ein deutsches Unterseeboot an der Westküste Irlands.
8. Eroberung wichtiger englischer Höhenstellungen bei Ypern durch die Deutschen.
„ Erstürmung des Brückenkopfes Zaleszczyki in Ostgalizien durch österreichisch-ungarische Truppen.
9. Auflegung der zweiten österreichisch-ungarischen Kriegsanleihe.
„ Beginn einer englisch-französischen Offensive südlich von Lille.
„ Durchbruch der russischen Front bei Dębica durch die Armee Mackensen.
„ Vernichtung dreier englischer Bataillone bei Ari Burun durch die Türken.
„ Ankunft der »Emden«-Mannschaft in Damaskus.
10. Niederlage der Franzosen bei Loos.
„ Die Nidafront wird von den Russen geräumt.
„ Niederlage der Russen bei Sanok durch die Armee Boroevic.
11. Übergang der deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen über den San bei Sanok.
„ Zaleszczyki wird von den österreichisch-ungarischen Truppen geräumt.

11. Erfolgloser Angriff der russischen Schwarze-Meer-Flotte gegen den Bosporus.
12. Carency wird von den Deutschen geräumt.
- » Besetzung von Kielce durch die Deutschen.
- » Siegreiche Kämpfe der deutsch-österreichisch-ungar. Truppen unter General v. Linsingen am Stryj.
- » Windhuk wird von südafrikan. Truppen besetzt.
13. Przemysl wird von den Vortruppen der Armee Mackensen erreicht.
13./14. Das englische Linienschiff »Goliath« wird an den Dardanellen von einem türkischen Torpedoboot versenkt.
14. Der russische Vormarsch wird bei Schawli zum Stehen gebracht.
- » Zurückeroberung von Jaroslau und Stary Sambor durch deutsch-österreichisch-ungarische Kräfte.
- » Lebhafte Kämpfe nördlich von Kolomea.
15. Russische Niederlage an der Magiera-Höhe.
16. Das westliche Yserkanalufer bei Ypern wird von den Deutschen geräumt.
- » Eroberung von Drohobycz durch die Armee Linsingen (5100 Gefangene).
- » Das Entlassungsgesuch des Ministeriums Salandra vom 13. Mai wird vom italienischen König abgelehnt.
17. Erkämpfung des Sanüberganges nördlich von Przemysl durch die deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen im Beisein Kaiser Wilhelms (7000 Gefangene).
- » Deutscher Luftangriff auf Ramsgate.
- » Vierte Kriegstagung des Reichstages.
- » Völlige Niederlage der Russen westlich von Kowno.
19. Siegreicher Angriff der Türken auf die englischen Stellungen bei Ari Burun.
- » Rücktritt des englischen Ministeriums.
20. Erfolgreicher Vorstoß der Deutschen an der Dubissa.
- » Die italienische Kammer bewilligt den Kredit für den Krieg gegen Österreich-Ungarn.
21. Allgemeine Mobilisierung in Italien.
22. Deutscher Sieg über die Russen bei Schawli.
- » Niederlage der englisch-französischen Truppen bei Sidd-el Bahr.
- » Ankunft der »Emden«-Landungsmannschaft in Konstantinopel.
23. Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn.
- » Abbruch der diplomatischen Beziehungen Deutschlands zu Italien.
23./24. Erfolgreicher Angriff der österreichisch-ungarischen Flotte auf die italienische Ostküste zwischen Venedig und Barletta.
24. Siegreicher Angriff der Deutschen gegen die russischen Stellungen an der Dubissa.
- » Beginn der Schlacht bei Przemysl.
25. Abweisung starker franz. Angriffe bei Souchez.
- » Deutsch-österreichisch-ungarische Truppen überschreiten den San bei Radymno.
- » Versenkung des engl. Linienschiffes »Triumph« durch ein deutsches U-Boot bei Ari Burun.
26. Mißglückter Durchbruchsversuch der Franzosen an der Lorettohöhe.
- » Durchbruch durch die russische Linie bei Stryj.
- » Deutsch-österreichisch-ungarischer Sieg bei Przemysl (25000 Gefangene, 64 Geschütze, 64 Maschinengewehre).
- » Durchbruch durch die russ. Front bei Drohobycz.
- » Neubildung des englischen Ministeriums; Asquith bleibt Premierminister.
26. Erfolgreicher deutscher Luftangriff auf Helsingfors.
27. Schwere Niederlage der Franzosen im Priesterwalde.
- » Erfolgloser Angriff eines französischen Luftgeschwaders auf Ludwigshafen.
- » Erstürmung der mittleren Hauptstellung der englisch-französischen Landungstruppen bei Ari Burun durch die Türken.
- » Versenkung des engl. Linienschiffes »Majestic« vor Sidd-el Bahr durch ein deutsches U-Boot.
28. Italienische Angriffe gegen Görz werden von den Österreichern siegreich abgewiesen.
29. Schwere Niederlage der Franzosen am Yserkanal.
30. Deutscher Sieg über die Franzosen nördlich von Arras.
31. Erstürmung zweier Forts von Przemysl und der Stadt Stryj durch die deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen.
- » Erfolgreicher deutscher Luftangriff auf London.

Juni 1915.

1. Zwei weitere Forts von Przemysl werden erstürmt.
- » Deutscher Luftangriff auf Ramsgate und die Londoner Docks.
3. Die Festung Przemysl wird durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen zurückerobert.
- » Hooge bei Ypern wird von den Deutschen erstürmt.
4./5. Rückzug der Russen bis Mosciska.
- » Erfolgreicher Angriff deutscher Marineluftschiffe auf die Humbermündung und den Hafen Harwich.
6. Übergang deutsch-österreichisch-ungarischer Streitkräfte über den Dnjestr bei Zurawno.
- » Russische Niederlage bei Sawdyniki.
- » Lebhafte Kämpfe an der Kärntener Grenze.
6./7. Deutscher Luftangriff auf Grimsby und Hull.
8. Neuville gelangt in französischen Besitz.
- » Stanislau wird von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen besetzt.
- » Der Angriff einer italienischen Division gegen den Görzer Brückenkopf wird von den österreichisch-ungarischen Truppen zurückgewiesen.
- » Rücktritt des amerikan. Staatssekretärs Bryan.
9. Vorstoß der österreichisch-ungarischen Truppen nördlich vom Pruth und südlich von Horodenka.
10. Garua (Kamerun) fällt.
11. Rückzug der Russen von der Pruthstellung auf beßarabisches Gebiet.
- » Der Brückenkopf von Zaleszczyki wird von der Armee Pflanzer-Baltin zurückerobert.
12. Deutscher Sieg über die Russen nordöstlich von Schawli.
- » Zurückeroberung des Brückenkopfes von Sieniawa durch die deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen (5000 Gefangene).
13. Französische Durchbruchsversuche nördlich Arras (13.—18. Juni).
- » Schwere franz. Niederlage an der Lorettohöhe.
- » Erstürmung der russischen Stellungen zwischen Sieniawa und Mosciska in einer Breite von 70 km durch die Armee Mackensen.
- » Österreichisch-ungarische Erfolge bei Plawa am Isonzo.
14. Französischer Luftangriff auf Karlsruhe.
- » Vorstoß der Armee Erzherzog Joseph Ferdinand am östlichen Sanufer nach Norden.
15. Siegreiche Abweisung eines Angriffes von vier englischen Divisionen bei La Bassée durch die Deutschen.

15. Vergeblicher Durchbruchsversuch der Franzosen in den Vogesen.
 » Erfolgreicher Vorstoß der Deutschen bei Kalwarija (Gouv. Suwalki).
15./16. Deutscher Luftangriff auf die Nordostküste Englands.
16. Niederlage der Franzosen bei La Bassée und Souchez.
 » Rückzug der Russen auf Tarnogrod.
17. Schwere Niederlage der Engländer bei La Bassée.
 » Rückzug der Russen auf den Tanew-Abschnitt und die Grodekstellung.
17./18. Österreichisch-ungarischer Flottenangriff gegen die italienische Küste bis Fano.
19. Eroberung der russischen Grodekstellung durch die Armee Mackensen im Beisein Kaiser Wilhelms.
 » Rawa ruska wird von den deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen besetzt.
 » Vorstoß der Türken bei Olty im Kaukasus.
21. Die Engländer besetzen Omaruru in Deutsch-Südwestafrika.
22. Sieg der Deutschen über die Franzosen bei Ban de Sapt.
 » Wiedereroberung Lembergs durch die österreichisch-ungarische Armee Böhm-Ermolli.
 » Türkischer Sieg über die englisch-französischen Landungstruppen bei Sidd-el Bahr (englisch-französische Verluste: 7000 Mann).
23. Übergang der Armee Linsingen über den Dnjestr zwischen Zurawno und Halicz.
 » Rückzug der Russen am linken Weichselufer auf Kielce.
24. Das linke Sanufer wird von den Russen geräumt.
25. Russische Durchbruchsversuche zwischen Dnjestr und Pruth.
26. Eroberung der russischen Stellungen bei Rawa ruska durch die Deutschen.
 » Rückzug der Russen nach dem Bug-Abschnitt.
27. Die Montenegriner besetzen Scutari.
 » Halicz wird von den Deutschen besetzt.
 » Französischer Luftangriff auf Friedrichshafen.
28. Die Russen werden zwischen Firlejów und Halicz über die Gnila Lipa zurückgeworfen.
 » Deutsche leichte Seestreitkräfte beschießen Windau.
29. Siegreicher Angriff der Türken auf die englisch-französischen Stellungen bei Sidd-el Bahr und Ari Burun.
30. Erstürmung der russischen Stellungen östlich der Gnila Lipa durch die Armee Linsingen.
 » Starker, aber erfolgloser Angriff der Italiener auf die Hochebene von Doberdo.

Juli 1915.

1. Eroberung franz. Stützpunkte in den Argonnen nordwestlich von Le Four de Paris in 3 km Breite durch die Armee des deutschen Kronprinzen.
 » Krasnik wird von der Heeresgruppe Mackensen erstürmt.
 » Rückzug der Russen an der Gnila Lipa.
 » Otavi (Deutsch-Südwestafrika) wird von den südafrikanischen Truppen besetzt.
2. Eroberung von Zamość durch deutsch-österreichisch-ungarische Truppen.
 » Deutsch-russisches Seegefecht bei Gotland (vgl. »Seekriegskalender«, S. 252).
 » Ital. Niederlage an der küstenländischen Front.
3. Vorstoß der Armee Linsingen gegen die Zlota Lipa.
4. Sieg des Erzherzogs Joseph Ferdinand über die Russen bei Krasnik (8000 Gefangene).
 » Abweisung eines englischen Flugzeugangriffes auf die Deutsche Bucht in der Höhe der Insel Terschelling.
 » Eroberung franz. Stellungen am Priesterwald.
 » Niederlage der Engländer bei Aden.
5. Schwere Niederlage der 3. ital. Armee bei Görz.
6. Arras wird von den Deutschen in Brand geschossen.
 » Die zweite österreichisch-ungarische Kriegsanleihe ergibt 2950 Millionen Kronen.
7. Die Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand wird vor überlegenen russischen Kräften auf die Höhen bei Krasnik zurückgenommen.
9. Die Höhe 631 bei Ban de Sapt wird von den Deutschen geräumt.
 » Übergabe der deutschen Schutztruppe von Deutsch-Südwestafrika an General Botha bei Otavi.
10. Abweisung starker englischer Angriffe bei Ypern und französischer Vorstöße im Priesterwalde.
11. Erstürmung russischer Stellungen zwischen Suwalki-Kalwarija.
 » Zerstörung des deutschen Kleinen Kreuzers »Königsberg« durch engl. Flußmonitore in der Mündung des Rufidschiflusses in Deutsch-Ostafrika.
13. Sieg des deutschen Kronprinzen über die Franzosen in den Argonnen bei Vienne le Château und Boureuilles.
 » Vollständige Niederlage der englisch-französischen Truppen auf Gallipoli.
 » Erfolgreiche Kämpfe der Türken bei Sidd-el Bahr.
14. Przasnysz wird von den Deutschen besetzt.
15. Übergang der Armee Below über die Windau.
 » Sieg der Türken über die Engländer am Euphrat.
 » Siegreicher Vorstoß der Armee Gallwitz bei Przasnysz.
 » Rückzug der Russen gegen den Narew (17500 Gefangene).
 » Abweisung starker italienischer Angriffe auf die österreichische Dolomitenfront.
16. Die russische Front wird bei Krasnostaw von den Deutschen durchbrochen.
 » Siegreiche Offensive der Armee Woyrsch an der oberen Weichsel.
 » Rückzug der Russen hinter den Ilzanka-Abschnitt.
17. Sieg der Armee Below über die Russen bei Alt-Autz.
 » Erstürmung von Krasnostaw durch Truppen der Armee Mackensen.
 » Beginn der zweiten großen Offensive der Italiener am Isonzo.
 » Angriff österreichisch-ungarischer Seestreitkräfte auf die italienische Ostküste.
18. Lebhafte Kämpfe bei Souchez.
 » Eroberung von Windau und Tukkum durch Truppen der Armee Below.
 » Rückzug der Russen hinter den Narew zwischen Pissa und Szkwa.
 » Erfolgreicher Vorstoß Mackensens zwischen Weichsel und Bug.
 » Übergang der österreichisch-ungarischen Kräfte über den Bug bei Sokal.
19. Abweisung französischer Durchbruchsversuche bei Souchez durch die Deutschen.
 » Radom wird von den Verbündeten besetzt.
 » Erstürmung der russischen Ilzanka-Stellung durch die Armee Woyrsch.

19./20. Italienische Niederlage am Isonzo.
20. Schwere Kämpfe bei Münster.
" Durchbruch der russ. Stellungen an der Dubissa.
" Niederlage der Italiener bei Görz.
21. Abweisung zahlreicher französischer Angriffe auf den Reichsackerkopf.
" Französische Vorstöße gegen die deutsche Linie Lingekopf–Barrenkopf werden von den Deutschen abgewiesen.
" Deutsche Erfolge bei Schawli.
" Die russischen Hauptstellungen bei Iwangorod werden durchbrochen.
" Rückzug der Russen in die Blonie-Stellung vor Warschau.
" Russische Massenangriffe an der Bugstrecke Sokal-Kamionka–Strumilova scheitern.
23. Sieg der Armee Below über die russische 5. Armee bei Schawli.
" Eroberung der russischen Festungen Pultusk und Rozan durch die Armee Gallwitz.
" Erfolgreicher Angriff österreichisch-ungarischer Kriegsschiffe gegen die italienische Ostküste.
" Übergang der Deutschen über den Narew zwischen Ostrolenka und Pultusk.
" Vorstoß der Deutschen bis vor Ponewjesch.
25. Niederlage der Russen bei Cholm.
" Lebhafte Kämpfe bei Doberdo.
26. Vorübergehende Besetzung der deutschen Stellungen am Lingekopf durch die Franzosen.
" Abweisung eines starken russischen Angriffs aus der Gegend von Mitau.
27. Zusammenbruch der zweiten ital. Offensive bei Görz (ital. Verluste gegen 100000 Mann).
" Türkischer Sieg über die Russen bei Erzerum.
" Angriff österreichisch-ungarischer leichter Seestreitkräfte auf die italienische Ostküste.
28. Übergang deutscher Truppen unter General Woyrsch über die Weichsel in der Nähe der Pilicamündung.
" Rückzug der Italiener an der Isonzofront.
" Vorstoß der deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen östlich der Weichsel in Südpolen.
30. Eroberung englischer Stellungen bei Ypern.
" Lublin wird von der Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand besetzt.
31. Luftkampf zwischen 6 deutschen und 15 französischen Flugzeugen bei Château-Salins.
" Cholm wird von der Bugarmee besetzt.

August 1915.

1. Besetzung von Mitau durch die Deutschen.
3. Die Blonie-Stellung wird von den Russen geräumt.
" Vormarsch österreichisch-ungarischer Truppen von Sokal auf Wolynsk.
" Allgemeiner Rückzug der Russen zwischen Weichsel und Bug.
" Rückzug der Russen bei Karakilissa im Kaukasus.
4. Besetzung von Iwangorod durch die Armeegruppe Köveß.
" Ostrolenka wird von den Deutschen gestürmt.
4./5. Eroberung der Forts der Westfront von Warschau durch die Deutschen.
5. Besetzung von Warschau durch die Heeresgruppe Prinz Leopold von Bayern.
" Vorstoß der Deutschen bis zum Narew nördlich von Nowo-Georgiewsk und Erstürmung des Forts Dembe.
6. Rückzug der Russen hinter die Jara in der Richtung auf Dünaburg.
" Deutscher Sieg über die Russen bei Ruskowola und Leczna.
6./7. Landung englisch-französischer Truppen an der Suvla-Bai.
7. Die Festungen Serock und Zegrze von den Deutschen genommen.
8. Die Deutschen besetzen Praga.
" Das türkische Linienschiff »Haireddin Barbarossa« wird durch ein englisches U-Boot versenkt.
9. Französischer Luftangriff auf Saarbrücken.
" Vollständige Einschließung von Nowo-Georgiewsk durch die Deutschen.
9./10. Eroberung der Festung Lomza durch die Deutschen.
" Erfolgreicher Angriff deutscher Marineluftschiffe auf die englische Ostküste (Londoner Docks, Themsemündung, Humber).
10. Vormarsch der Heeresgruppen im Osten auf Brest-Litowsk, Lukow–Siedlce und Ostrow–Czerwony-Bor.
" Angriff deutscher Ostseestreitkräfte auf die Insel Utö.
11. Die russischen Stellungen zwischen Bug und Parczew werden von der Heeresgruppe Mackensen durchbrochen.
" Angriff der österreichisch-ungarischen Flotte auf die italienische Küste bei Molfetta.
" Die Türken besetzen Wan (Kleinasien).
12. Vorstoß österreichisch-ungarischer Kräfte auf Wlodawa, südlich von Brest-Litowsk.
" Lebhafte Kämpfe bei Anaforta auf Gallipoli.
" Siedlce wird von den Deutschen besetzt.
12./13. Deutscher Luftschiffangriff auf Harwich.
14. Starke Durchbruchsversuche der Italiener im Küstenlande scheitern.
15. Rückzug der Russen zwischen Narew und Bug.
16. Erstürmung der Forts der Südwestfront von Kowno durch General Litzmann.
" Schwere Kämpfe am Schratzmännle (Vogesen).
17. Die Russen werden auf Brest-Litowsk zurückgeworfen.
" Seegefecht zwischen leichten deutschen und englischen Streitkräften an der Küste von Jütland (ein Kleiner Kreuzer und ein Torpedobootzerstörer der Engländer vernichtet).
17./18. Eroberung von Kowno durch die Deutschen unter General Litzmann (über 8000 Gefangene, 1300 Geschütze).
" Eroberung des Wkra-Abschnittes durch die Heeresgruppe Hindenburg.
" Erfolgreicher Angriff deutscher Marineluftschiffe auf die London-City und Ipswich.
18. Die Linie Bjelostok–Brest-Litowsk wird von den Deutschen erreicht.
" Übergang der Deutschen über den Narew bei Tykocin.
" Vorstoß der Heeresgruppen Prinz Leopold von Bayern und Mackensen über den Bug.
" Erstürmung der Vorstellungen von Brest-Litowsk durch österreichisch-ungarische Kräfte.
19. Fünfte Kriegstagung des deutschen Reichstages.
" Einnahme von Nowo-Georgiewsk durch die Deutschen unter Führung des Generals v. Beseler (93000 Gefangene, 1649 Geschütze, 103 Maschinengewehre).
19. Das deutsche Unterseeboot »U 27« sinkt bei Queens-

town; die deutsche U-Bootsmannschaft wird von der Besatzung des englischen Dampfers »Baralong« erschossen.
19. Versenkung des Personendampfers »Arabic« an der irischen Küste durch ein deutsches U-Boot.
" Vorstoß deutscher Seestreitkräfte in den Rigaer Meerbusen.
20. Kriegserklärung Italiens an die Türkei.
" Bewilligung des dritten Kriegskredits (10 Milliarden Mark) durch den Reichstag.
" Schwere Niederlage der Italiener am Mrzli-Vrh und bei Doberdo.
" Lebhafte Kämpfe auf der Hochebene von Lafraun.
" Rückzug der Engländer nach Aden.
21. Englische Niederlage an der Suvla-Bai.
22. Die Deutschen besetzen Ossowiec.
" Massenangriffe der Franzosen auf der Linie Lingekopf–Barrenkopf.
23. Kowel wird von der Armee Puhallo besetzt.
24. Narew-Übergang der Armee v. Scholtz bei Sokoly–Bjelostok.
25. Fluchtartiger Rückzug der Russen in den Bjelowjescher Wald.
" Französischer Luftangriff auf das Saartal.
25./26. Eroberung von Brest-Litowsk durch die Heeresgruppe v. Mackensen.
" Starke Vorstöße der Italiener gegen die Hochebene von Lafraun werden von den Österreichern siegreich zurückgewiesen.
26. Besetzung der Festung Olita durch die Heeresgruppe Hindenburg.
" Rückzug der Russen in der Richtung auf Minsk.
27. Die russ. Front an der Zlota Lipa und am Dnjestr wird von der Armee Bothmer durchbrochen.
" General v. Beseler wird Generalgouverneur des besetzten Gebietes im Osten.
" Niederlage der Russen bei Bausk und Schönberg.
" Vormarsch österr.-ungar. Truppen gegen Luzk.
27./28. Niederlage der englisch-französischen Truppen bei Anaforta und Ari Burun.
28. Vordringen der Heeresgruppe Mackensen bis in die Gegend südlich von Kobrin.
29. Angriff der Armee v. Below auf den Brückenkopf von Friedrichstadt.
" Vorstoß der Armee Scholtz gegen Grodno.
" Vormarsch der Armeen Bothmer und Pflanzer-Baltin bis an die Strypa.
30. Besetzung der Kammlinie Lingekopf–Barrenkopf in den Vogesen durch die Deutschen.
31. Der Nordwestrand des Bjelowjescher Forstes wird von der Heeresgruppe Prinz Leopold von Bayern erreicht.
" Der Muchawez-Abschnitt östlich von Brest-Litowsk wird durch die Heeresgruppe v. Mackensen überschritten.
" Die Festung Luzk wird von der Armee Puhallo genommen.
" Die Armee Böhm-Ermolli durchbricht die russische Front bei Bialykamien in 20 km Breite.
" Die Heeresgruppe Prinz Leopold von Bayern überschreitet den oberen Narew.

September 1915.

1. Die äußere Fortlinie auf der Südwestfront von Grodno fällt.
" Rückzug der Russen in Ostgalizien.
" Besetzung von Brody durch die Armee Böhm-Ermolli.
1. Verfolgung der Russen gegen Tarnopol.
2. Die Deutschen erstürmen den Brückenkopf von Lennewaden.
" Eroberung von Grodno durch die Armee Scholtz.
" Vordringen der Deutschen in den Jasiolda-Abschnitt.
" Rückzug der Russen in Ostgalizien über die Sereth-Linie.
3. Erstürmung des Brückenkopfes von Friedrichstadt durch die Armee Below.
" Die österreichisch-ungarischen Truppen überschreiten den Sereth.
5. Der Zar übernimmt den Oberbefehl über die russischen Armeen.
6. Vormarsch der Armee Gallwitz bis zum Roß-Abschnitt (Gouv. Grodno).
" Sieg der Armee Böhm-Ermolli über die Russen zwischen Podkamien und Radsiwilow.
" Niederlage der Italiener an der Pfannspitze.
" Unterzeichnung des türkisch-bulgarischen Vertrages über die Abtretung eines Teiles von Türkisch-Thrazien an Bulgarien.
7. Vormarsch der Heeresgruppe Prinz Leopold von Bayern gegen den Selwjanka- und Roschanka-Abschnitt.
" Rückzug der Russen in Wolhynien hinter die Ikwa.
7./8. Deutscher Luftangriff auf die Londoner Hafenanlagen.
8. Erstürmung französischer Hauptstellungen in den Argonnen bei Vienne-le-Château in 2 km Breite durch die Deutschen.
" Übergang der Heeresgruppe Mackensen über die Jasiolda nördlich von Chomsk.
" Die russische Front bei Olyka wird von den österreichisch-ungarischen Truppen durchbrochen.
" Eroberung der Festung Dubno durch die Armee Böhm-Ermolli.
" Großfürst Nikolajewitsch wird zum Vizekönig des Kaukasus und Oberbefehlshaber der Kaukasusarmee ernannt.
8./9. Erfolgreicher Angriff deutscher Marineluftschiffe auf die London-City, die Docks von London und Hafenanlagen an der englischen Ostküste.
9. Österreichisch-ungarische Kräfte überschreiten den Jasiolda-Abschnitt.
" Niederlage der Italiener am Tolmeiner Brückenkopf.
" Deutscher Kavallerievorstoß östlich von Wilna.
9./10. Deutscher Luftangriff auf den russischen Flottenstützpunkt Baltischport.
" Vorstoß der Russen von der Sereth-Front gegen die Strypa.
10. Eine Note der Vereinigten Staaten von Amerika fordert die Abberufung des österreichisch-ungarischen Botschafters Dumba.
" Lebhafte Kämpfe an der Selwjanka.
11. Die russische Front im Selwjanka-Abschnitt wird von den Deutschen durchbrochen.
" Vorstoß der Heeresgruppe Mackensen auf Pinsk.
" Überschreitung der Ikwa durch österreichisch-ungarische Truppen.
" Italienische Massenangriffe bei Tolmein.
" Ein englischer Truppentransportdampfer von einem österr.-ungar. U-Boot in der Adria versenkt.
11./12. Deutscher Luftangriff auf die Docks von London und ihre Umgebung.
12. Erfolgreicher Vorstoß der Deutschen zwischen Friedrichstadt und Jakobstadt.

12. Die Linie Wilna–Petersburg wird von den Deutschen erreicht.
 „ Deutscher Luftangriff auf die russischen Seestreitkräfte im Rigaer Meerbusen und auf Dünamünde–Riga.
13. Französischer Luftangriff auf Trier, Château-Salins und Donaueschingen.
 „ Einberufung des ungedienten Landsturms in Rußland.
14. Eroberung des Findeniglofel in den Karnischen Alpen durch die österreichisch-ungarischen Truppen.
 „ Die Armee Eichhorn erreicht das Gebiet von Smorgon.
15. Besetzung von Pinsk durch die Heeresgruppe Mackensen.
16. Übergang der Armeegruppe Prinz Leopold von Bayern über die Schtschara.
17. Durchbruch durch die russische Front und Rückzug der Russen zwischen Wilija und Njemen.
 „ Eroberung russischer Vorstellungen bei Dünaburg durch die Heeresgruppe Hindenburg.
 „ Vorstoß der Russen gegen die Linie Rowno–Kowel.
 „ Niederlage der Russen an der Strypa und Rückzug an den Sereth.
 „ Eroberung von Wilna durch die Armee Eichhorn.
18. Zurücknahme der österreichisch-ungarischen Kräfte im wolhynischen Festungsgebiet.
19. Beginn des Angriffes auf Serbien durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen. Beschießung der serbischen Festungen Belgrad und Semendria.
21. Allgemeine Mobilmachung in Bulgarien.
 „ Schwere Kämpfe auf der Linie Souchez–Arras.
 „ Durchbruch durch die russische Front südwestlich von Dünaburg.
22. Die Zeichnungen auf die dritte deutsche Kriegsanleihe betragen 12101 Millionen Mark.
 „ Rückzug der österreichisch-ungarischen Truppen an das Westufer des Styr.
24. Allgemeine Mobilmachung in Griechenland.
 „ Eröffnung der englisch-französischen Offensive von der Nordsee bis an die Vogesen.
 „ Russische Niederlage an der Ikwa in Wolhynien.
25. Räumung der vordersten deutschen Stellungen bei Loos und Perthes.
 „ Vorstoß der Deutschen an der Beresina.
 „ Russische Niederlage bei Nowo-Aleksinez.
 „ Übergabe des an Bulgarien abgetretenen Teiles von Türkisch-Thrazien.
26. Die Offensive der Russen im wolhynischen Festungsviereck bricht zusammen.
27. Die am 26. Sept. fortgesetzten englisch-französisch. Durchbruchsversuche werden zum Stehen gebracht.
 „ Übergang der Heeresgruppe Linsingen über den Styr u. Rückzug der Russen hinter die Putilowka.
 „ Rückzug der Russen östlich von Wilna bis Wischnew (22000 Gefangene).
 „ Vernichtung des italienischen Linienschiffes »Benedetto Brin« durch Explosion.
28. Erfolgreicher Vorstoß der Deutschen bei Loos.
29. Starke Durchbruchsversuche der Franzosen in der Champagne.

Oktober 1915.

3. Zusammenbruch russischer Massenangriffe bei Postawy und Smorgon.
4. Ultimatum Rußlands an Bulgarien.
5. Landung englisch-franz. Truppen in Saloniki.
5. Ablehnung des russischen Ultimatums und Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bulgarien und Rußland.
 „ Wiederaufnahme der französischen Offensive.
6. Eroberung russischer Stellungen vor Dünaburg in 6 km Breite.
 „ Rücktritt des griechischen Ministeriums Venizelos.
 „ Französische Massenangriffe bei Souain scheitern.
6./7. Übergang deutsch-österreichisch-ungarischer Truppen über die Drina, Save und Donau von der unteren Drina bis zum Eisernen Tor.
 „ Einmarsch der Heeresgruppe Mackensen in Serbien.
 „ Lebhafte Kämpfe bei Tschartorysk.
8. Eroberung von Belgrad durch die Armee Kövess.
 „ Übergang von Truppen der Armee Gallwitz über die Donau bei Semendria.
 „ Russische Stellungen bei Garbunowka werden in 4 km Breite genommen.
 „ Niederlage der Russen bei Tschartorysk.
9. Eroberung russischer Stellungen bei Illuxt in 8 km Breite.
10. Beendigung des Donau-Überganges der Verbündeten zwischen Veliko Gradiste und Sabac.
11. Erfolgreicher Angriff der Deutschen gegen die Westfront von Dünaburg.
 „ Eroberung der Festung Semendria durch die Armee Gallwitz.
 „ Verkündigung der bewaffneten Neutralität Griechenlands.
 „ Eröffnung der Feindseligkeiten zwischen Serbien und Bulgarien durch die Serben.
12. Ein starker franz. Vorstoß bei Tahure scheitert.
 „ Der französische Minister des Äußern, Delcassé, tritt zurück; sein Nachfolger wird Briand.
13. Ein englischer Massenangriff zwischen Ypern und Loos wird von den Deutschen zurückgewiesen.
 „ Einnahme der befestigten Stadt Požarevac durch die Deutschen.
13./14. Erfolgreicher Angriff deutscher Marineluftschiffe auf London und Ipswich.
 „ Vormarsch der Engländer am Tigris von Kut el Amara gegen Bagdad.
14. Kriegserklärung Bulgariens an Serbien. Sämtliche Forts von Požarevac werden von den Bulgaren eingenommen.
 „ Beginn der bulgarischen Offensive gegen Serbien im oberen Timoktale.
15. Übergang der Bulgaren über die Grenzkämme zwischen Negotin und Strumica.
 „ Kriegserklärung Englands an Bulgarien.
16. Das Höhengelände südlich von Belgrad gelangt in deutsche Hand.
 „ Die 1. bulgarische Armee überschreitet den unteren Timok.
 „ Kriegserklärung Frankreichs an Bulgarien.
17. Erfolgreicher Vorstoß der Deutschen an der Westfront von Dünaburg bei Illuxt.
 „ Schwere Kämpfe bei Tschartorysk.
 „ Rückzug der Serben im Gebiet des Avalaberges und der unteren Morava.
18. Einnahme von Obrenovac durch die Armee Kövess.
 „ Vranja im oberen Moravatal wird von den Bulgaren besetzt.
 „ Beginn der dritten italienischen Offensive gegen Österreich-Ungarn.
 „ Der Eintritt in das Becken von Kumanovo und in das Vardartal wird von den Bulgaren erkämpft.
 „ Eroberung des Sultan Tepe durch die Bulgaren.

19. Kriegserklärung Rußlands und Italiens an Bulgarien.
- Japan tritt dem Londoner Abkommen vom 4. Sept. 1914, keinen Sonderfrieden zu schließen, bei.
- Niederlage der Italiener bei Tolmein und Vielgereuth.
- Kumanovo und Štip werden von den Bulgaren besetzt.

20. Šabac wird von der Armee Köveß eingenommen.
- Rückzug der Serben aus der Mačva.
- Vorstoß der Bulgaren bis zum Timoktal zwischen Zaječar und Knjaževac.

21. Starke Durchbruchsversuche der Russen in Ostgalizien bei Nowo-Alexinez scheitern.
- Besetzung von Köprülü (Veles) durch die Bulgaren.
- Beschießung der offenen Stadt Dedeagač durch die englisch-französische Flotte.
- Beginn der dritten italienischen Offensive im Küstenlande.

22. Landung schwacher russischer Kräfte bei Domesnäs an der Nordspitze Kurlands.
- Übergang der Armee Köveß über die Drina bei Višegrad.
- Die serbische Kosmaj-Stellung wird von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt.
- Übergang der deutsch-österreichischen Truppen über die Donau bei Orsova.
- Negotin wird von den Bulgaren erobert.
- Übergang der Bulgaren über den Timok zwischen Zaječar und Knjaževac.
- Üsküb wird von den Bulgaren erobert.

23. Rückzug der in Kurland gelandeten Russen auf die Schiffe vor dem Anmarsch deutscher Truppen.
- Illuxt wird von den Deutschen gestürmt.
- Erfolgreicher Vorstoß der Deutschen im Moravatal.
- Der deutsche Panzerkreuzer »Prinz Adalbert« sinkt bei Libau.

24. Einbruch österreichisch-ungarischer Kräfte in die russische Front bei Komarow am Styr.
- Vorstoß der Armee Köveß bis zur Linie Lazarevac-Nabrovac.
- Die Armee Köveß besetzt Valjevo.
- Ein englischer Truppentransport wird bei Saloniki von einem deutschen U-Boot versenkt.

24./25. Erfolgreicher Angriff eines österreichisch-ungarischen Seeflugzeuggeschwaders auf Venedig.

25. Sieg der Armee Köveß über die Serben und Montenegriner östlich von Višegrad.
- Kladovo an der Donau wird von deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen besetzt.
- Die Linie Presedna-Höhe–Petrovac–Sip wird von der Armee Gallwitz erreicht.
- Die Armee Köveß erreicht die Linie Valjevo–Lazarevac–Arandjelovac.

26. Herstellung der Verbindung zwischen den deutsch-österreichisch-ungarischen und bulgarischen Streitkräften bei Brza Palanka.
- Italienische Vorstöße gegegen das Flitscher Becken.

27. Zaječar und Knjaževac wird von den Bulgaren genommen.
- Die Bulgaren überschreiten den Timok in breiter Front.
- Die Armee Köveß überschreitet die obere Kolubara.
- Die Serben ziehen sich in westlicher Richtung vor den bulgarischen Armeen zurück.
- Russischer Flottenangriff auf Varna, wobei zwei russische Schlachtschiffe durch die Bulgaren vernichtet werden.

28. Ein erneuter Ansturm der Italiener gegen die Isonzo-Front scheitert.
- Einzug der Bulgaren in Pirot.
- Niederlage der Serben an der bosnischen Grenze.

29. Eroberung von Komarow am Styr durch die Heeresgruppe Linsingen.
- Rücktritt des französischen Kabinetts Viviani; Ministerpräsident wird Briand.
- Die Italiener besetzen österreichisch-ungarische Stellungen auf dem Col di Lana.

30. Eroberung französischer Stellungen bei Neuville.
- Einbruch der Armee Köveß in Serbien östlich von Višegrad.
- Eroberung der Butte de Tahure durch die Deutschen.
- Milanovac wird von der Armee Köveß besetzt.
- Eroberung von Bela Palanka durch die Bulgaren.

31. Zusammenbruch der italienischen Offensive (ital. Verluste gegen 150000 Mann).
- Eroberung der befestigten Stadt Kragujevac durch die Armee Gallwitz.
- Starker russischer Vorstoß an der Strypa.

November 1915.

1. Die Armee Köveß besetzt Čačak.
- Eroberung montenegrinischer Grenzhöhen durch österreichisch-ungarische Kräfte.
- Die Armee Köveß erkämpft den Austritt in das westliche Moravatal.

2. Užice wird von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt.
- Der Kalafat nordöstlich von Niš wird von den Bulgaren gestürmt.
- Eroberung der serbischen Stellungen im Vlasotincetal durch die Bulgaren.

3. Starker Vorstoß der Russen westlich von Dünaburg wird von den Deutschen zurückgeschlagen.
- Rückzug der Serben östlich der Morava.
- Die Bulgaren erreichen die äußere Fortlinie von Niš.
- Sieg der Bulgaren über starke französische Kräfte südlich der Strumica.

4. Siemikowce an der Strypa wird von der Armee Bothmer zurückerobert.
- Rücktritt des griechischen Ministeriums Zaimis.
- Die Armee Köveß erreicht das Nordufer der westlichen Morava bei Kraljevo.
- Eroberung der serbischen Stellungen an der Nord- und Ostfront von Niš durch die Bulgaren.
- Paraćin wird von der Armee Gallwitz erobert.
- Montenegrinische Grenzhöhen östlich von Trebinje werden von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt.

5. Die Russen werden auf das Ostufer der Strypa zurückgeworfen.
- Die Armee Köveß durchbricht die montenegrinische Hauptstellung östlich von Trebinje.
- Niš wird von den Bulgaren erobert.
- Besetzung von Kraljevo durch die Deutschen (Armee Köveß).
- Vereinigung der Bulgaren und der deutsch-österreichisch-ungarischen Truppen (Armee Gallwitz) zwischen Zaječar und Paraćin.
- Bulgarischer Sieg über englisch-französische Truppen bei Strumica.

6. Vorstoß der Bulgaren in die Ebene von Leskovac.
- Skuludis wird griechischer Ministerpräsident.

6./7. Kruševac wird von der Armee Gallwitz besetzt (103 Geschütze, 7000 Gefangene).

7. Der deutsche Kleine Kreuzer »Undine« sinkt an der schwedischen Küste.
- Die Zeichnungen der dritten österreichischen Kriegsanleihe betragen 3300 Millionen Kronen.
- Übergang der Armee Gallwitz über die Serbische (westliche) Morava.
- Versenkung des italienischen Passagierdampfers »Ancona« durch ein österreichisch-ungarisches Unterseeboot bei Cap Carbonara.
- Niederlage der Italiener am Col di Lana.
- Kalkandelen wird von den Bulgaren besetzt.

7./8. Leskovac und Aleksinac in Mazedonien werden von den Bulgaren besetzt.

8. Übergang der Bulgaren über die Bulgarische (südliche) Morava südwestlich von Niš.
- Serbische Niederlage bei Ivanjica.
- Zusammenbruch russischer Vorstöße westlich von Riga und Jakobstadt.
- Vormarsch der Deutschen (Armee Köveß) am Ibar gegen Novipazar.

10. Zurücknahme deutscher Truppen südwestlich von Schlok (Kurland).
- Beginn der vierten italienischen Isonzo-Offensive.
- Niederlage der Montenegriner östlich von Trebinje.

11. Rücktritt des englischen Marineministers Churchill.
- Niederlage der englisch-französischen Truppen bei Bogdanci (Mazedonien).

12. Auflösung der griechischen Kammer.
- Die Armee Gallwitz erkämpft die Paßhöhen des Jastrebac-Gebirges.
- Die Bulgaren erzwingen den Übergang über die Bulgarische (südliche) Morava.
- Vormarsch der Bulgaren auf Prokuplje.
- Zurückweisung ital. Massenangriffe bei Görz.

13. Starke Beschießung von Görz durch die Italiener.
- Sieg der Armee Köveß über die Serben im unteren Limgebiet.
- Prokuplje wird von den Bulgaren besetzt (7000 Gefangene).
- Erfolgreicher österr.-ung. Luftangriff auf Verona.

14. Sieg der Bulgaren über die Franzosen am Černafluß.
- Gilan wird von den Bulgaren erobert.
- Die Russen werden bei Podgaze aus dem Styrbogen auf das Ostufer zurückgeworfen.
- Siegreiche Beendigung der vierwöchigen Schlacht bei Tschartorysk durch die Armee Linsingen.

15. Užce wird von den Deutschen (Armee Köveß) besetzt.
- Rückzug der Franzosen südlich von Veles.
- Österreichisch-ungarischer Luftangriff auf Brescia.

15./16. Prilep wird von den Bulgaren besetzt.

18. Beginn eines neuen italienischen Angriffs auf Görz.
- Einmarsch der Armee Köveß in den Sandschak Novipazar.
- Sjenica und Priboj werden von der Armee Köveß genommen.

19. Nova Varoš und Raška in Westserbien werden von der Armee Köveß besetzt.
- Einberufung des Landsturms zweiten Aufgebots in Rußland.
- Der Prepolac-Sattel wird von der Armee Gallwitz besetzt.

20. Durchbruchsversuche der Italiener gegen die österreichisch-ungar. Isonzofront werden abgewiesen.
- Übergang der Armee Köveß über die obere Drina.
- Die Deutschen (Armee Gallwitz) und Bulgaren erkämpfen den Austritt in das Labtal nördlich von Pristina.

20. Die Armee Köveß besetzt Novipazar.
- Starke Angriffe der Italiener auf den Col di Lana werden von den österreichisch-ungarischen Truppen abgewiesen.

21. Die Vierverbandsmächte verhängen die Blockade über Griechenland.
- Rückzug der Serben auf Pristina.

22. Niederlage der Engländer im Irak bei Ktesiphon.
- Niederlage der Montenegriner am Kozara-Sattel.

23. Eroberung von Mitrovica (Serbien) durch die Armee Köveß (11700 Gefangene).
- Pristina wird von den Deutschen (Armee Gallwitz) und Bulgaren genommen (7400 Gefangene).

24. Zusammenbruch sämtlicher Angriffe der Italiener auf den Monte San Michele.
- Flucht der serbischen Regierung nach Scutari.

25. Die Armee Köveß besetzt das Mokra-Gebirge südlich von Novipazar und das Amselfeld.
- Beschießung von Görz durch die Italiener.
- Rückzug der Engländer gegen Kut el Amara (Mesopotamien).

26. Vorstoß der Bulgaren auf Prizren.
- Rückzug der Serben gegen Monastir.
- Italienische Massenangriffe an der küstenländischen Front.
- Niederlage der Serben an der Sitnica.

27. Die Höhen südwestlich von Pristina werden von den Bulgaren besetzt.
- Rudnik wird von der Armee Köveß besetzt.
- Flucht der Reste des serbischen Heeres in die albanischen Gebirge; Abschluß der größeren Operationen gegen Serbien.
- Österreichisch-ungarische Kräfte (Armee Köveß) stoßen in der Richtung Ipek gegen die montenegrinische Grenze vor.

28. Eroberung von Prizren und Kruševo durch die Bulgaren (17000 Gefangene).

29. Sämtliche italienische Angriffe auf den Tolmeiner Brückenkopf und die Hochebene von Doberdo scheitern.
- Rückzug der Montenegriner gegen Plevlje.

30. Rückzug der Serben auf Debra und Scutari.
- Beginn der sechsten Kriegstagung des deutschen Reichstages.

Dezember 1915.

1. Plevlje wird von den österr.-ungar. Truppen besetzt.
2. Einnahme von Monastir durch die Bulgaren.
3. Siegreicher Vorstoß der Türken im Irak auf Kut el Amara.
4. Vollständiger Sieg der Bulgaren über die Serben südwestlich von Prizren (100 Geschütze).
- Djakova wird von den Bulgaren besetzt.

5. Erfolgreicher Angriff einer österreichisch-ungarischen Flottille auf San Giovanni di Medua.
- Debra wird von den Bulgaren erobert.

6. Die Armee Köveß besetzt Ipek.
- Die Armee Köveß durchbricht die montenegrinische Hauptstellung nördlich von Berane.
- Die englisch-französischen Truppen räumen den Černa–Vardarbogen.

7. Deutscher Sieg über die Franzosen bei Souain.
- Ochrida wird von den Bulgaren besetzt.
- Vormarsch der Bulgaren südlich von Strumica gegen die französisch-englische Front.

8. Rückzug des montenegrinischen Flügels nördlich von Berane.
9. Rückzug der Engländer auf dem rechten Tigrisufer.

11. Niederlage der Italiener an der Hochebene von Doberdo.
 " Sieg der Bulgaren über die französisch-englische Orientarmee am Vardar.
 " Juanschikai nimmt die Würde als Kaiser von China an.
12. Rückzug der englisch-französischen Armeen über die griechische Grenze.
 " Dojran und Gjewgjelü werden von den Bulgaren besetzt.
 " Kut el Amara gelangt zum Teil in türk. Besitz.
13. Rückzug der englisch-französischen Orientarmee auf Saloniki.
14. Die Bulgaren brechen die Verfolgung der französisch-englischen Truppen an der griechischen Grenze ab.
15. Rücktritt des engl. Oberbefehlshabers, Feldmarschalls French; General Haig wird sein Nachfolger.
16. Zusammenbruch der vierten, am 10. November begonnenen italienischen Isonzo-Offensive.
 " Besetzung von Bijelopolje durch die österreichisch-ungarischen Truppen.
17. Der deutsche Kleine Kreuzer »Bremen« sinkt in der Ostsee.
19./20. Die englisch-franz. Stellungen bei Anaforta und Ari Burun auf Gallipoli werden geräumt.
20. Annahme der Kriegsgewinnsteuer im deutschen Reichstag.
21. Eroberung des Hartmannsweilerkopfes und Hirzsteins durch die Franzosen.
 " Zehn Milliarden Mark Kriegskredit werden vom deutschen Reichstag bewilligt.
22. Tod des Generals v. Emmich.
 " Zurückeroberung des Hartmannsweilerkopfes durch die Deutschen.
24. Beginn der russischen Offensive an der bessarabischen Front und am Dnjestr.
27. Zusammenbruch der russischen Massenangriffe bei Toporoutz.
28. Ein neuer Angriff der Franzosen auf den Hartmannsweilerkopf scheitert.
29. Vernichtung feindlicher Handelsschiffe und des französischen Unterseebootes »Monge« im Hafen von Durazzo und in der Adria durch eine österreichisch-ungarische Zerstörerflottille.
31. Die Konsuln von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei in Saloniki werden von den Franzosen verhaftet.

Kriegsberichte aus dem Großen Hauptquartier

Vorbemerkung. Eine fachmännische Darstellung der militärischen Kriegsereignisse auf sämtlichen Kriegsschauplätzen im Zusammenhang bringt die Fortsetzung des vorliegenden Werkes.

Zur Zeit der Veröffentlichung des ersten Teiles (Herbst 1916) ist sowohl aus Mangel an den erforderlichen amtlichen Unterlagen für den Kriegsverlauf mit allen wissenswerten Einzelheiten, als auch mit Rücksicht darauf, daß mitten im großen Ringen ein Überblick sich schlechterdings noch nicht gewinnen läßt, eine einwandfreie zusammenhängende Darstellung des Kriegsverlaufs, wie sie der Bedeutung und den Zwecken dieses Werkes angemessen wäre, nicht möglich. Wir geben daher im Anschluß an unsere Tabelle der Kriegsdaten (s. vorhergehende Seiten) die bedeutsameren aus dem deutschen Großen Hauptquartier stammenden Kriegsberichte (bis Ende 1915) in der durch »Wolffs Telegr. Büro« veröffentlichten Fassung wieder, mit Ausnahme einer Reihe von Schilderungen, die sich nicht auf den Fortgang der Kampfhandlungen beziehen.

Erinnerungen aus den Tagen der Kapitulation und Übergabe der Festung Maubeuge[1].

Veröffentlicht am 5. Februar 1915.

Nach heißem, opfervollem Ringen war es unseren braven Rheinländern und Westfalen vom 7. Reservekorps Anfang September gelungen, die starke Besatzung der Festung Maubeuge in zähem Vordringen aus dem Vorgelände zu vertreiben und auf die Verteidigung des Fortgürtels zu beschränken.

Nun galt es, Forts und Zwischengelände dem äußerst rührigen, tapferen Gegner zu entreißen. Schnelle Entscheidung war im Interesse der gesamten operativen Lage dringend geboten.

Die nun folgenden hartnäckigen Kämpfe ergaben sich weniger aus dem Zustande der permanenten Anlagen der Festung. Es war vielmehr hier seitens der französischen Landesverteidigung wohl mit Rücksicht auf die Sicherung Nordfrankreichs durch das zum mindesten neutrale Belgien schon seit Jahren nur wenig für den modernen Ausbau von Maubeuge geschehen. Von den zahlreichen Forts und Zwischenwerken entsprach nur ein einziges einigermaßen den heutigen Anforderungen.

Anders verhielt es sich indessen mit der Herrichtung des Zwischengeländes. Hier fand unsere Infanterie nicht die gleichen Verhältnisse wie in den Kämpfen um Lüttich und Namur. Während dort für den Ausbau der Zwischenräume seitens der Belgier wenig oder fast gar nichts geschehen war, die wenigen Anlagen sich vielfach an zweckloser Stelle und meist im toten Winkel befanden, war der Gegner vor Maubeuge mit größter Sorgfalt und Sachkenntnis ans Werk gegangen. Es zeigte sich bereits in diesen Kämpfen die besonders in dem jetzigen Stadium des Krieges in Erscheinung getretene Befähigung der Franzosen, in der Verteidigung jeden sich bietenden Vorteil des Geländes auszunutzen und mit allen Mitteln der Feldbefestigung wertvolle Stützpunkte zu schaffen. Besonders geschickt hatte der Feind an vielen Punkten Scheinstellungen angelegt, welche anfangs oft auch mit der wertvollen Munition unserer großen Brummer, der 42-cm-Geschütze, sowie der österreichischen Motorbatterien beschossen wurden, bis es der Aufklärung der unermüdlichen Fliegeroffiziere gelungen war, die richtigen Ziele festzustellen.

Das Feuer, welches in diesen ersten Septembertagen die feindlichen Forts überschüttete, hatte eine gewaltige Wirkung. Es wurde nach der Einnahme der Festung erkannt, daß die Zerstörung an manchen Stellen der Beschießung der Forts von Lüttich und Namur in keiner Weise nachstand. Dort, wo unsere 42-cm-Geschosse einschlugen, war alles Mauerwerk nur noch ein wüster Trümmerhaufen, und es schien, als hätte ein Erdbeben mit elementarer Gewalt den ganzen Bau durcheinandergeschüttelt.

Gleichzeitig mit der Beschießung der Forts sowie

[1] Am 7. September 1914.

Deutsche Heerführer.



Helmuth v. Moltke.
(Phot. Perscheid, Berlin.)



Erich v. Falkenhayn.
(Phot. Alb. Meyer, Berlin.)



Erich Ludendorff.
(Phot. Stalling, Oldenburg.)



Paul v. Beneckendorff und v. Hindenburg.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz, nach E. Bieber.)



August v. Mackensen.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz, nach E. Bieber.)



Hans v. Beseler.
(Phot. E. Sandau, Berlin.)

Bibliographisches Institut in Leipzig.

Deutsche Heerführer.



Karl v. Bülow.
(„Clichothek", Berlin.)



Alexander v. Kluck.
(Phot. A. Kühlewindt, Königsberg i. Pr.)



Kronprinz Rupprecht von Bayern.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz, Atelier Elvira, München.)



Herzog Albrecht von Württemberg.
(Nach Photographie; E. P. & Co., A.-G., L.)



Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen.
(Neue Phot. Ges., Berlin-Steglitz, nach E. Sandau, Berlin.)



Josias v. Heeringen.
(Phot. Perscheid, Berlin.)

der Zwischenräume ging auch der Angriff unserer Infanterie vorwärts. Freilich an manchen Stellen nur mit großen Verlusten. Somit war vor Maubeuge eine derjenigen Lagen eingetreten, in denen nur der starke Wille zum Siege den Erfolg sichert, und es schien, als ob dieser Gedanke jeden einzelnen, vom höchsten Führer bis zum jüngsten Soldaten, beseelte.

Der Befehlshaber der deutschen Einschließungsarmee, General der Infanterie v. Zwehl, befand sich zu Beginn der Belagerung mit seinem Stabe in dem belgischen Städtchen Binche. Seine Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Leopold von Preußen, Allerhöchst von Seiner Majestät beauftragt, über den Gang der Belagerung zu berichten, hatte in dem nahe gelegenen Mons Quartier genommen.

Angesichts der Tag und Nacht andauernden Beschießung, vor allem aus unseren 42-cm-Geschützen sowie den Motorbatterien der Österreicher, gelang es, bis zum 6. September das wichtige Fort de Boussois auf der Ostfront der Festung zum Schweigen zu bringen. Es wurde nach heftigen Kämpfen, in denen sich vor allem auch unsere Minenwerfer mit großem Erfolge betätigten, durch unsere Infanterie besetzt, und bald wehte die deutsche Fahne von seinen Wällen. Von diesem Augenblick an sollte sich das Schicksal der Festung schnell erfüllen.

Das Generalkommando hatte nach dem Fall des Forts de Boussois seinen Gefechtsstand nach der Ferme Vent de Bise, einem Gehöft etwa 3 km östlich des eroberten Forts, verlegt. Der kommandierende General hatte diesen Punkt mit Rücksicht auf schnellste Nachrichtenverbindung zu seinen beiden Divisionen gewählt. Daß der Standort zeitweise noch im heftigen Feuer der französischen Artillerie lag, konnte an diesem Entschluß nichts ändern. Auch bei den Kämpfen vor Maubeuge trat, wie so häufig, in Erscheinung, daß die Einwohner den Nachrichtendienst mit den französischen Truppen auf das wirksamste unterstützten. So wurden zahlreiche Fernsprechverbindungen aufgefunden, welche in die Ortschaften hinter der Front der Deutschen führten, und noch drei Tage vor der Einnahme der Festung wurde eine Frau standrechtlich erschossen, welche dem Feinde durch eine im Keller liegende Telephonleitung Mitteilungen über die Stellungen und Beobachtungsstände unserer Artillerie sowie den Aufenthalt höherer Stäbe machte. Diese Erfahrungen hatten zur Folge, daß beim Eintreffen des Generalkommandos bei Vent de Bise sämtliche zu dem Gehöft gehörenden Gebäude von den noch dort befindlichen Einwohnern gesäubert wurden.

Der Stab des kommandierenden Generals Exzellenz v. Zwehl hatte am 7. September in einem an das Gehöft Vent de Bise angrenzenden Obstgarten Aufstellung genommen.

Es war kurz nach 2 Uhr nachmittags. Soeben waren mehrere Ordonnanzoffiziere mit Befehlen an beide Divisionen und den unermüdlichen, leider kurz nachher bei Reims zu früh gefallenen Kommandeur der Artillerie, Generalleutnant Steinmetz, abgefertigt worden, als ein Meldereiter, von weitem winkend, dem Gehöft zugaloppierte. Er meldete, daß er vom Generalleutnant v. Unger, dem Führer der 14. Reservedivision, vorausgesandt sei und dieser in kurzer Zeit mit einem Parlamentär vor den Vorposten eintreffen werde. Bald darauf sah man den General mit einem französischen Offizier, dem man die Augen verbunden hatte, dem Gehöft zuschreiten.

Es folgten nun Momente höchster Spannung. Nachdem die Binde von den Augen des Parlamentärs entfernt worden war, meldete sich dieser als der Hauptmann im Generalstabe Grenier, der im Auftrage des Kommandanten, Generals Fournier, an den Oberbefehlshaber der deutschen Truppen gesandt sei. General Fournier bitte um einen Waffenstillstand von 24 Stunden, um die zahlreichen vor der Front liegenden Gefallenen zu begraben und wegen der Übergabe der Festung zu verhandeln. Diese Meldung wurde in fließendem Deutsch gesprochen. Wie er später angab, hatte Hauptmann Grenier längere Zeit in Deutschland gelebt und dort Deutsch gelernt.

Nachdem der Offizier seine Meldung beendet hatte, erwiderte der kommandierende General, daß er die tapfere Verteidigung der Festung zwar in vollem Maße anerkenne, einen so langen Waffenstillstand zu bewilligen sei ihm indessen unmöglich. Wenn es wirklich die Absicht des Kommandanten sei, die Festung zu übergeben, so werde man sich viel schneller einigen. Der Parlamentär möge nach 4 Stunden mit den nötigen Vollmachten wiederkommen. Diese müßten im wesentlichen enthalten, daß die Festung mit sämtlichen Werken und allem Kriegsgerät übergeben werde und die Besatzung kriegsgefangen sei. »So hatten Sie es sich doch wohl auch gedacht?« fragte zum Schluß der deutsche Führer und sagte, als der Franzose dieses bejahte: »Nun, dazu brauchen wir ja dann nicht 24 Stunden Waffenstillstand. Auch kann ich die Beschießung der Festung bis zu Ihrer Rückkehr nicht einstellen, denn wir haben keine Zeit zu verlieren!«

Nachdem der Hauptmann die Frage nach irgendwelchen sonstigen Wünschen verneint hatte, wurde er entlassen und durch Generalleutnant v. Unger wieder zu den Vorposten begleitet.

Der Kampf wurde in den nun folgenden Stunden mit unverminderter Heftigkeit fortgesetzt. An dem klaren, blauen Himmel des heißen Septembernachmittags sah man im ganzen Umkreis, vor allem gegenüber der Nord- und Ostfront der Festung, die weißen Wölkchen der Schrapnells, kenntlich bei den Franzosen an den merkwürdig großen Sprenghöhen, sich entladen. Dazwischen tönte das pfeifende Geheul der sich aufwärts schraubenden schweren Granaten, verbunden mit den krachenden, ohrenbetäubenden Detonationen der einschlagenden Geschosse. Die Brennpunkte des Kampfes bezeichneten rings im weiten Umkreis in Flammen stehende Gehöfte und Strohschober, während eine tiefschwarze Riesenwolke über der Festung Maubeuge und der in Brand geschossenen Arbeitervorstadt lagerte.

Allmählich war die Sonne wie ein rotglühender Ball über einem brennenden Dorf im Westen gesunken, und der Mond stand mit weißleuchtender Sichel über den Trümmern des zerschossenen Forts de Boussois...

Atemlose, feierliche Stille herrschte rings im Kreise, als der kommandierende General das an ihn gerichtete Schreiben des Generals Fournier vorlas, welches Kapitän Grenier überreichte. Es enthielt das Einverständnis mit den ihm gestellten Bedingungen und ermächtigte den Überbringer, sofort wegen aller Einzelheiten in Verhandlung zu treten. Man kann den Eindruck schwer beschreiben, als jetzt erst die wirkliche Stärke des Gegners von 45000 Mann bekannt wurde. Unsere braven Truppen hatten in diesen Septembertagen in schwierigster Lage gegen einen mehr als doppelt so starken Gegner gekämpft und den Sieg über ihn errungen.

Nach kurzer Beratung des kommandierenden Generals mit dem Chef des Generalstabes, Oberstleutnant Hesse, wurde dem Kapitän Grenier das am Nachmittage bereits aufgesetzte Protokoll der Übergabe vorgelesen.

Inzwischen war es völlig dunkel geworden. Nur im weiten Umkreise der Festung beleuchteten die noch brennenden Gebäude die Landschaft mit taghellem Schein, während sich im Westen über Maubeuge, wie von einem gewaltigen Fanal des Sieges, der Himmel rötete. Über das ihm vorgelegte Schreiben gebeugt, saß der Parlamentär an einem der Tische im Garten von Vent de Bise. Beim flackernden Licht von Kerzen, welche man in leere Burgunderflaschen gesteckt hatte, las er die Bedingungen, welche noch am Abend unterzeichnet werden sollten. Einmal schüttelte er mit wehmütigem Lächeln den Kopf. Es betraf die Stelle, an welcher stand, daß mit allem Kriegsgerät auch sämtliche Feldzeichen dem Sieger übergeben werden sollten. Befragt, ob er Zweifel habe, bejahte er dieses. Fahnen oder Standarten seien nicht mehr vorhanden. Man habe sie entsprechend der Instruktion vor der Übergabe der Festung verbrannt.

Nach beiderseitigem Übereinkommen sollte am nächsten Nachmittag der Ausmarsch der gesamten Garnison nach den für den Abtransport bestimmten Bahnstationen erfolgen. Noch während der Nacht sollten die Truppen entwaffnet sowie sämtliche Forts übergeben und von den Deutschen besetzt werden. Dieses alles vollzog sich ohne Zwischenfall.

Es war am Nachmittag des 8. September um 2 Uhr, als der kommandierende General Exzellenz v. Zwehl mit seinem Stabe an der Porte de Mons von Maubeuge den Kommandanten der Festung, General Fournier, empfing. Dieser war begleitet von seinem Generalstabsoffizier Hauptmann Grenier und dem ersten Artillerieoffizier vom Platz.

Nachdem der deutsche Führer dem Kommandanten in Anerkennung der tapferen Verteidigung der Stadt seinen Degen zurückgegeben hatte, begann vor den Augen Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen sowie Seiner Hoheit des Prinzen von Anhalt der Ausmarsch der Besatzung.

Zu beiden Seiten der nach Jeumont führenden Straße waren die deutschen Truppen beider Divisionen sowie die Mannschaften der österreichischen Motorbatterien aufgestellt. Bezeichnend für die treue Kameradschaft mit unseren Verbündeten, welche in diesen Tagen gemeinsamer schwerer Kämpfe bei jeder Gelegenheit hervortrat, war der laute Jubel, mit dem die Österreicher jetzt bei ihrem Eintreffen von unseren Leuten begrüßt wurden.

Es war wohl kein Zufall, daß die ersten französischen Truppenverbände, welche den Ausmarsch aus der Festung eröffneten, von allen den besten Eindruck machten. Es schien vielmehr, daß hier eine besondere Auswahl getroffen war. Haltung, Ordnung und Marschtempo zeigten bei diesen Leuten keine Spuren der voraufgegangenen großen Anstrengungen und Entbehrungen. Auch erschienen keineswegs, wie der Kommandant gleichsam als Entschuldigung gesagt hatte, vorwiegend Leute älterer Jahrgänge, sondern junge, kräftige Gestalten von meist gutem Wuchs. Es war den Offizieren gestattet worden, nach Belieben entweder mit der Truppe zu marschieren oder Wagen zu benutzen. Von dieser Vergünstigung machten indessen fast nur die Verwundeten Gebrauch. Die meisten blieben an der Spitze ihrer Leute und grüßten beim Vorbeimarsch den Kommandanten, der mit seinem Stabe seitwärts von den deutschen Offizieren stand, in strammer Haltung.

Bereits zwei Stunden waren die gefangenen Franzosen durch die zu beiden Seiten der Straße aufgestellten Linien unserer Truppen marschiert. Alles vollzog sich ruhig und würdig. Wenn auch unseren braven Leuten der Stolz über so ungezählte Gefangene aus den Augen leuchtete, sie achteten doch in dem einzelnen geschlagenen Franzosen immer noch den Soldaten und enthielten sich jedes verletzenden Ausdrucks. Da zog es mit einem Male wie lauter Unwille durch die Reihen unserer Braven. Verwünschungen wurden laut und wie umgewandelt sahen sie alle mit haßerfüllten Blicken nach dem Zuge gelb gekleideter Gefangener, der sich jetzt aus dem Stadttore auf sie zubewegte.

Erst jetzt erfuhr man, daß sich auch noch Engländer in der Festung befanden. Es waren etwa 120 Mann, meist Versprengte oder Zurückgebliebene, welche sich seit der Schlacht bei Mons im August in Maubeuge gesammelt hatten.

War die Haltung der Franzosen ernst und militärisch, so zeigte sich das gerade Gegenteil bei den Engländern. Im Gegensatz zu dem elastischen Schritt der ersteren kamen sie ohne Ordnung, schleppenden Ganges, mit einem Ausdruck, der im höchsten Grade unvorteilhaft auffiel, laut sprechend vorüber. Wie nachher bekannt wurde, hatten sie sich vor dem Ausmarsch über einen Teil der Branntweinvorräte in der Festung hergemacht, der seine Wirkung nicht verfehlte.

So endete der Vorbeimarsch dieser englischen Kulturträger, und es folgten weiter in scheinbar endloser Reihe Scharen auf Scharen gefangener Franzosen. Viele Verwundete, zum Teil an Stöcken hinkend oder von Kameraden gestützt. Viele auch auf Wagen und kleinen zweiräderigen Karren. Jeder hatte versucht, an Lebensmitteln und Gepäck so viel als möglich fortzutragen, teils wurde es durch Fuhrwerk aller Art befördert. Weiter folgten in buntem Zuge, mit den Truppen gemischt, Trommler und Spielleute, Verpflegungsbeamte und Krankenpfleger, Trainsoldaten und Sanitätsmannschaften. Viele der Offiziere, welche ihre Degen noch nicht abgegeben hatten, legten sie jetzt im Vorbeigehen vor dem deutschen Führer hin, zu dessen Füßen die im Laufe des Abends sich immer mehr steigende Zahl von Offiziersdegen, Trommeln, Trompeten und Kriegsgerät aller Art Zeugnis ablegen konnte von dem Erfolge, der hier erkämpft war. — — —

So geht der Zug weiter, ziehen vorüber Hunderte, Tausende, zu Fuß, zu Wagen, Verwundete, Unverwundete, einzelne Trupps, ganze Kompanien, Batterien, Bataillone, Regimenter, in scheinbar endloser Reihe, bis erst nach 10 Uhr abends die letzten Gefangenen vorübergezogen sind und der Schleier der Nacht sich über den bedeutsamen Tag senkt, der von nun an in unvergänglicher Erinnerung der Kriegsgeschichte angehört.

Die Kämpfe im Argonner Wald.

Veröffentlicht im Februar 1915.

I. Als Ende September[1] die ersten deutschen Truppen aus dem Airetal in westlicher Richtung in die Argonnen vorgeschoben wurden, hatten die Fran-

[1] 1914.

zosen, nachdem sie aus den östlichen Waldteilen zurückgeworfen worden waren, den südlich Binarville gelegenen Waldteil stark besetzt und namhafte Kräfte aus dem Tale der Biesme nach Barricade Pavillon, St. Hubert Pavillon und Bagatelle Pavillon vorgesandt. Diese Truppen legten bei den dortigen Waldhütten Verhaue und Schützengräben an und richteten sich darinnen zur Verteidigung ein. Vor diesen Sperren fanden die deutschen Jägerabteilungen Ende September ernsthaften Widerstand, so daß Verstärkungen in den Wald geschickt wurden, um den Feind zurückzuwerfen. Da aber auch dieser weitere Truppen dem Walde zuführte, so entspannen sich hier lebhafte Kämpfe, die auf beiden Seiten mehr und mehr den Charakter des Stellungskrieges annahmen. Mitten im Walde entstand Schützengraben hinter Schützengraben, die durch Laufgräben untereinander verbunden wurden. Es wurden Unterstände gebaut, und als das Laub fiel, auch Geschütze in den Wald gebracht. Neben der natürlichen Beschaffenheit des Waldes erschwerten Verhaue und Drahthindernisse dem Gegner die Annäherung an die künstlich geschaffenen Anlagen.

Es begann nun ein Kampf von Graben gegen Graben, vielfach von Schritt zu Schritt. Um unnötige Verluste zu vermeiden, griff man zur Sappe. Mit ihr stellten sich auch die starken Kampfmittel des Festungskrieges, wie Minenwerfer, Handgranaten, Revolverkanonen, Stahlblenden, Sandsackpackungen usw., ein, und die Tätigkeit der Pioniere gewann eine erhöhte Bedeutung. Diese Waffe schritt dann auch zum Minenangriff, wenn andere Mittel nicht zum Ziele führten. Aus allem ergab sich ein sehr langsames Vorschreiten des Angriffs und ein ungewöhnlicher Zeitverbrauch, da nur sorgfältige, wohlüberlegte Vorbereitungen zum Erfolge führten. Zuerst hatte man keine Artillerie im Walde, dann ließ man sie auf Wegen und Schneisen vorkommen, endlich lernte man es, sie überall im Walde zu verwenden. Eine Sonderheit bildeten bei den Franzosen die sogenannten »Eselsbatterien« (Gebirgsgeschütze), eine Bespannungsart, die unseren Soldaten neu war. Die Bevölkerung leistete den Franzosen Vorschub: in deutsche Uniformen verkleidete Soldaten machten sich an unsere Leute heran und versuchten diese auszuhorchen. Der deutsche Soldat und Argonnenkämpfer entwickelte sich bald zu größter Vielseitigkeit. Schnell und gut paßte er sich den neuen Verhältnissen an. Da wir bald den Franzosen überlegene Angriffsmittel zur Anwendung brachten und unsere Soldaten, was Zähigkeit, Beharrlichkeit und Angriffslust betrifft, unübertrefflich waren, so bildete sich im Waldkampfe ein starkes Überlegenheitsgefühl über den Feind heraus, der, abgesehen von gelegentlichen Gegenstößen, in die Defensive gedrängt wurde. Der Feind vermochte unseren Angriffen nicht zu widerstehen, so daß unsere Truppen in zwar langsamem, aber ununterbrochenem Vorrücken geblieben sind, trotz der starken Kräfte, die der Feind uns nach und nach entgegenstellte.

II. Um die Wende der Monate September und Oktober setzte der Beginn der größeren deutschen Angriffe ein. Auf dem rechten Flügel drangen unsere Truppen von Binarville aus in die Westargonnen ein und warfen hier den Feind allmählich südwärts zurück. In der Mitte des Waldgebietes wurden Mitte Oktober dem Feinde Barricade Pavillon und St. Hubert entrissen, nachdem um die letztere heftig gekämpft worden war. In den nächsten Tagen drang man von hier aus weiter nach Westen vor und näherte sich dem Biesmetale in Richtung auf Le Four de Paris, an welchen Ort man bis auf 400 m herankam, und wo man sich festsetzte und sich hielt trotz aller Gegenangriffe, welche die Franzosen seitdem hierher gerichtet haben. Auch Bagatelle Pavillon, einer der stärksten Stützpunkte der Franzosen im Walde, mußte vom Feinde am 12. Oktober aufgegeben und dem deutschen Angreifer überlassen werden. Die Wegnahme der drei erwähnten Pavillons war ein großer moralischer Erfolg. Man begnügte sich nicht mit ihrem Besitze, sondern trug die Offensive weiter vorwärts. Aber auch für diese blieb, wie bei den bisherigen Kämpfen, der schrittweise Angriff bestehen. Die Infanterie sappte und schanzte unentwegt, vielfach bei Nacht, um unnötige Verluste an Menschenleben zu vermeiden. Dem Infanteristen reichte der Pionier die Hand, der den ersteren lehrte, Bergmannsarbeit im felsigen Boden zu leisten und den Stollen unterirdisch weiterzutreiben. Bei den Kämpfen und Stürmen kämpften und stürmten beide Schulter an Schulter. Auch der Artillerist stellte sich im Schützengraben ein. So entstand ein enges kameradschaftliches Verhältnis, wie es selbst im Frieden kaum zustande gekommen war, einer dem anderen vertrauend, jeder auf die Unterstützung des anderen bauend, sie alle jederzeit dem Tode ins Auge schauend.

Graben um Graben war so gewonnen. Bald war es einer, bald stürmte man eine ganze Gruppe von Schützengräben hintereinander. Dementsprechend schwankte der Raumgewinn zwischen 25 und 1000 m. Manchmal wurden selbst größere Fortschritte gemacht, hier und da gelang es auch dem Feinde, vorübergehende kleine Erfolge zu erzielen oder unser Vorgehen durch Gegenangriffe zeitweise aufzuhalten. Beides vermochte jedoch nicht zu verhindern, daß die deutschen Truppen im Argonner Walde in unausgesetzter Angriffsbewegung, und zwar in langsamem, aber ununterbrochenem Vorwärtsschreiten begriffen sind.

III. Rein zahlenmäßig lassen sich die bisherigen deutschen Erfolge in den Argonnen wie folgt ausdrücken. Bis Ende November hat der Feind eingebüßt: 1300 Gefangene, 4000 Tote, 13000 Verwundete. Im Monat Dezember betrug die Zahl der Gefangenen 3000, jene der Toten und Verwundeten 8000. An Trophäen wurden in diesem Monat allein 21 Maschinengewehre, 14 Minenwerfer, 2 Revolverkanonen und 1 Bronzemörser erbeutet.

Rechnet man die bisher im Januar gemachten 2500 Gefangenen und zählt man etwa 4000—5000 Tote hinzu, so ergibt sich französischerseits ein Gesamtverlust in den Argonnen von etwa 36000 Mann. Ein ganzes Armeekorps ist also so gut wie aufgerieben, während die Verluste auf deutscher Seite nicht einmal den dritten Teil betragen. Wie sehr die Franzosen in den Waldkämpfen gelitten haben, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß sie immer neue Verbände in die Argonnen geschickt haben. Kämpften dort zuerst die Truppen des 2. und 5. Armeekorps, so wurden diese bald verstärkt durch Kolonialtruppen und Marineinfanterie. Im Januar tauchten vorübergehend Truppen des 1. Armeekorps und Garibaldianer auf; endlich wurden Mitte Januar neue, bisher bei Ypern verwendete Verbände in den Wald geschickt, um das anscheinend völlig zusammengebrochene 2. Armeekorps abzulösen.

IV. Als das 2. französische Armeekorps, erschüttert durch die bisherigen Kämpfe, aus dem Walde herausgezogen werden mußte, wurde es durch das 32. Armeekorps ersetzt. Gegen diese »frische« Truppe richtete sich am 29. Januar ein größerer deutscher Angriff, der von württembergischen Regimentern durchgeführt wurde.

Ruhig lag der Wald am Morgen des für den Angriff ausersehenen Tages. Nur einzelne Schüsse hallten da und dort durch die Nacht und entfachten ein örtliches, sogleich wieder einschlafendes Feuergefecht. Lautlos traf die deutsche Infanterie ihre letzten Vorbereitungen. Um 7 Uhr 30 Minuten morgens, zu einer Stunde, da es im Walde anfing hell zu werden, sprangen die ersten Minen, und die Nahkampfgeschütze traten in Tätigkeit. Noch hatte sich der durch die Sprengungen erzeugte Rauch nicht verzogen, als sich auf einer Linie von 3 km gleichzeitig die Angreifer aus ihren Deckungen erhoben und gegen die vorderste Reihe der französischen Schützengräben losstürzten, die in dreifacher Linie im Walde angelegt waren.

Der rechte Flügel des Angriffs hatte sumpfiges Gelände vor sich, man war daher hier auf Schwierigkeiten gefaßt. Aber ohne einen Schuß zu tun, kamen hier die Angreifer in die feindlichen Stellungen, in deren zweiter Linie ein französischer Bataillonskommandeur überrascht und gefangengenommen wurde, als er gerade aus seinem Unterstande heraustreten wollte. In der Mitte stürmte die Infanterie im Handumdrehen die drei feindlichen Linien. Eine halbe Stunde lang trafen Teile der deutschen Sturmkolonnen keinen einzigen Franzosen mehr; sie waren weggelaufen und setzten sich erst wieder in einer weit zurückgelegenen, wohlausgebauten Aufnahmestellung. An einer anderen Stelle, wo der Feind sich weniger erschüttert zeigte, ballten sich die Angreifer um einen Stützpunkt zusammen, der erst nach mehrstündigem Kampfe genommen wurde. Am linken Flügel endlich warfen die württembergischen Grenadiere den Feind aus seinen Gräben, dem sie mit Handgranaten ordentlich zusetzten.

Die sämtlichen drei Linien waren bereits genommen, als die Franzosen mit ihren inzwischen herangekommenen Reserven zu heftigen Gegenstößen ansetzten, um das verlorene Gelände wiederzugewinnen. In Front und Flanke aufs heftigste beschossen, brachen diese Angriffe, die zudem aus einem benachbarten deutschen Abschnitte unter Maschinengewehrfeuer genommen wurden, völlig zusammen. Nirgends war der Angriff näher als auf 50 m an die deutschen Linien herangekommen. Massen toter Franzosen bedeckten das Waldtal, über das hinweg die Gegenangriffe erfolgt waren. Die Franzosen waren nicht einmal imstande, einen deutschen Leutnant, der mit 80 Mann weit über die eroberten Stellungen hinausgestürmt und bis zur erwähnten Aufnahmestellung vorgedrungen war, abzuschneiden. Von zwei Seiten angegriffen, brach sich Leutnant Rommel durch energischen Bajonettangriff Bahn und schlug sich unter Verlust von nur 10 Leuten zu seiner Truppe durch.

Das Ergebnis des Tages war, daß die feindliche Stellung mit allen drei Linien erstürmt und 1000 m Gelände gewonnen war. 12 Offiziere und 740 Mann wurden gefangengenommen, über 1000 tote Franzosen bedeckten das Schlachtfeld. Die Kriegsbeute setzte sich aus 11 Maschinengewehren, 10 Minenwerfern, einem Bronzemörser, einer Revolverkanone und aus 2 Pionierparks zusammen, die neben dem verschiedensten Gerät allein mehrere tausend Handgranaten enthielten. Außerdem fiel eine große Menge von Infanteriemunition in die Hand des Siegers. Die französischen Truppen gehörten der 40. Division an. Von dem Regiment 155 und einem Bataillon des Regiments 161, die in vorderer Linie gestanden hatten, dürften nur schwache Reste übriggeblieben sein. Beteiligt waren ferner die Regimenter 94, 150 und 360. Die deutschen Verluste betrugen 500 Mann.

Unser Sieg bei Soissons[1].

Veröffentlicht am 16. Januar 1915.

Die Kämpfe nördlich Soissons haben zu einem recht beachtenswerten Waffenerfolg für unsere Truppen geführt, die dort unter Leitung des Generals der Infanterie v. Lochow und des Generalleutnants Wichura gekämpft und gesiegt haben.

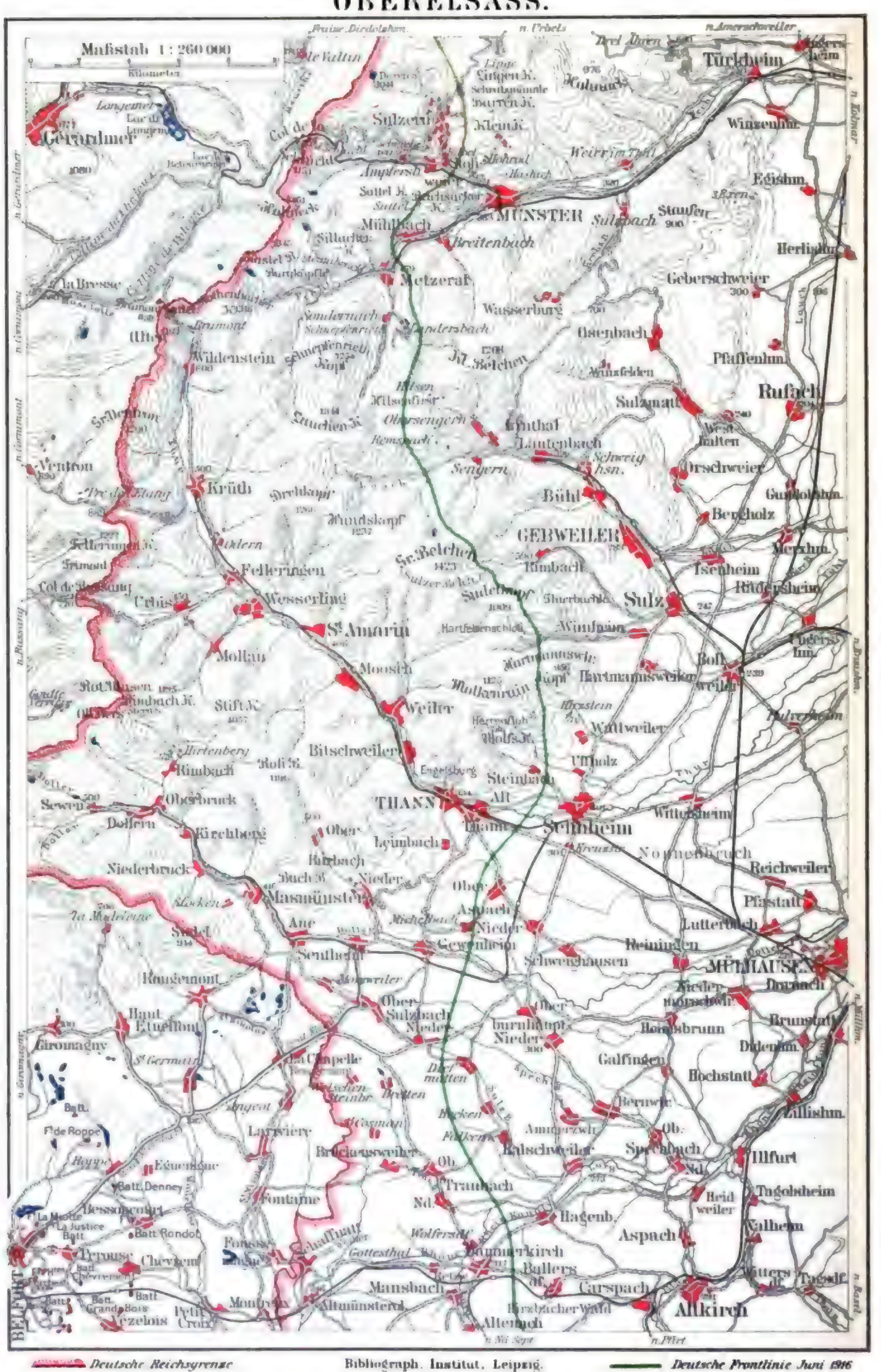
Während des Stellungskrieges der letzten Monate hatten die Franzosen in der Gegend von Soissons aus einem Gewirr von Schützengräben bestehende Stellungen inne, die sich auf dem rechten Aisneufer brückenkopfartig nordwärts ausdehnten.

Auf dem Westflügel des in Frage kommenden Kampffeldes steigt westlich der Bahn Soissons–Laon aus dem breiten Flußtale eine vielfach zerklüftete und reich bewaldete Höhe empor, auf deren oberstem Teile die Gräben von Freund und Feind einander dicht gegenüberlagen, beide Teile bestrebt, sich durch Sappenangriff in den Besitz des höchsten Punktes zu setzen. Östlich der Höhe liegt zu ihren Füßen im Tale das Dorf Crouy; an diesem vorbei zieht in einem tief eingeschnittenen Grunde die Bahn Soissons–Laon nordwärts. Dicht östlich der Bahn sind eine Reihe von Steinbrüchen, in denen sich unsere Soldaten meisterhaft eingebaut hatten. Die sogenannte Steinbruchstellung bildet den westlichen Ausläufer der Hochfläche von Vregny, die sich lang und breit östlich der Bahn ausdehnt und die in ihrem ganzen südlichen Teile in französischem Besitz war. Von der Flußseite her schneiden mehrere lange und tiefe Schluchten in die Hochfläche ein.

In ihnen fand die schwere Artillerie der Franzosen eine sehr günstige Aufstellung. Die am Rande der Hochfläche auf Bäumen hinter Stahlblenden und Brustpanzern sitzenden Beobachter lenkten das Feuer der schweren Geschütze flankierend gegen die deutschen Stellungen auf der genannten bewaldeten Höhe. Dieses Flankenfeuer richtete sich vor allem gegen die Schützengräben des Leibregiments und war am ersten Weihnachtsfeiertage ganz besonders heftig. Unter ungeheurem Munitionsaufwand setzte es am 7. Januar erneut ein; die brave Truppe hatte viel zu leiden; eine Stellung, der sogenannte Maschinengewehrgraben, wurde buchstäblich vom feindlichen Feuer eingeebnet, die darin befindlichen Maschinengewehre wurden verschüttet. Nach dieser Feuervorbereitung schritt der Gegner am 8. Januar zum Angriff. Er drang auf einer Frontbreite von etwa 200 m in den deutschen Schützengraben ein und konnte trotz zahlreicher Versuche daraus nicht wieder vertrieben werden. Es kam hier in den Tagen und Nächten bis zum 11. Januar zu außerordentlich heftigen Nahkämpfen, wie sie erbitterter und blutiger kaum ge-

[1] 12. bis 14. Januar 1915.

OBERELSASS.



Deutsche Reichsgrenze | Bibliograph. Institut, Leipzig. | Deutsche Frontlinie Juni 1916

dacht werden können; hier kämpfende Turkos fochten nicht nur mit Gewehr und Bajonett, sondern bissen auch und stachen mit dem Messer.

Die Lage drängte zu einer Entscheidung. Am 12. Januar setzten die deutschen Truppen zu einem Gegenangriffe ein, der sich zunächst weniger gegen die bewaldete Höhe selbst als gegen die beiderseits anschließenden französischen Stellungen richtete. Schlag 11 Uhr erhoben sich zunächst aus der Steinbruchstellung unsere wackeren Soldaten, die in den Monaten des Harrens und Schanzens von ihrem Angriffsgeiste nichts eingebüßt hatten, und entrissen in kühnem Ansturm dem Feinde seine zunächst gelegenen Schützengräben und Artilleriebeobachtungsstellen. Sogleich ließ das französische Flankenfeuer gegen die bewaldete Höhe nach.

Das Hauptziel dieses ersten Angriffs war kaum erreicht, als eine Stunde später — 12 Uhr mittags — auf dem äußersten rechten Flügel unsere tapferen Schützen sich erhoben und im siegreichen Vorschreiten 1 km Gelände gewannen. Nunmehr wurde auch zum Angriff gegen die bewaldete Höhe angesetzt, der Franzose zuerst aus den deutschen, dann aus seinen eigenen Gräben hinaus- und die Höhe hinuntergeworfen, wo er sich auf halbem Hange wieder setzte.

Wie aus Gefangenenaussagen hervorgeht, glaubten die Franzosen, daß die erwartete Fortsetzung des deutschen Angriffs von der bewaldeten Kuppe, also vom rechten deutschen Flügel ausgehen würde. In Erwartung eines Stoßes aus dieser Richtung warfen sie namhafte Verstärkungen nach dieser Stelle. Von den eroberten französischen Beobachtungsstellungen aus, wo das ganze Aisnetal samt Soissons mit Kathedrale zu Füßen liegt, konnte das Herannahen dieser Reserven auf Kraftwagen und mit Eisenbahn gut beobachtet werden.

Der deutsche Angriff erfolgte am 13. Januar, aber an ganz anderer Stelle. Völlig überraschend für den Gegner war es Mitte und linker Flügel der Deutschen, die sich als Angriffsziel die Besitznahme der Hochfläche von Vregny gesetzt hatten, auf der sich der Feind in einem ganzen System von Schützengräben eingerichtet hatte und ganz sicher zu fühlen schien.

Wiederum war es der Schlag der Mittagsstunde, der hier unsere Truppen zu neuen Taten aufrief. Punkt 12 Uhr kam Leben in die deutschen Gräben, es folgte ein mächtiger Sprung; 12 Uhr 3 Minuten war die erste Verteidigungslinie der Franzosen, 12 Uhr 13 Minuten die zweite genommen, ein Flankenangriff von dem Wald von Vregny kam bei der Schnelligkeit des Vorgehens gar nicht mehr zur Wirkung, und am späten Nachmittag des 13. war der ganze Hochflächenrand in deutscher Hand. Der Feind vermochte sich nur noch in den Mulden und auf den zum Aisnetal hinabfallenden Hängen zu halten.

Das Gelingen dieses deutschen Angriffs brachte die in der Gegend der bewaldeten Höhe gegen den deutschen rechten Flügel vordringenden Franzosen in eine verzweifelte Lage. Denn als am 14. Januar der äußerste rechte Flügel der Deutschen seinen umfassenden Angriff wieder aufnahm und aus der Mitte — über Crouy — deutsche Truppen nun westwärts einschwenkten, da blieb den gegen die bewaldete Höhe vorgedrungenen Franzosen nichts anderes übrig, als sich zu ergeben. Ein Zurück gab es jetzt nicht mehr, da die deutsche schwere Artillerie das Aisnetal beherrschte. Am gleichen Tage wurde der Feind auch von den Hängen der Höhen von Vregny hinuntergeworfen, soweit er nicht schon während der Nacht gegen und über die Aisne zurückgeflutet war.

Eine Kompanie des Leibregiments drang bei Dunkelheit sogar bis in die Vorstädte von Soissons ein. Unsere Patrouillen säuberten das ganze Vorgelände bis zur Aisne vom Feinde; nur in dem Flußbogen östlich der Stadt vermochten sich französische Abteilungen noch zu behaupten.

In den mehrtägigen Kämpfen bei Soissons wurde der Feind auf einer Frontbreite von etwa 12—15 km um 2—4 km zurückgeworfen, trotz seiner starken Stellungen und trotz seiner numerischen Überlegenheit. Auf seiner Seite hatten die 14. Infanterie- und 55. Reservedivision, eine gemischte Jägerbrigade, ein Territorial-Infanterieregiment, außerdem Turkos, Zuaven und marokkanische Schützen gefochten. Von dieser Truppenmacht gerieten mehr als 5000 Mann in deutsche Gefangenschaft; die Kriegsbeute war sehr ansehnlich. Es wurden erobert 18 schwere, 17 leichte Geschütze, ferner Revolverkanonen, zahlreiche Maschinengewehre, Leuchtpistolen, Gewehr- und Handgranaten, endlich außerordentlich große Mengen von Infanterie- und Artilleriemunition.

Diesen glorreichen Kampf führte die deutsche Truppe nach langen Wochen des Stilliegens in einem Winterfeldzuge, dessen Witterung Regenschauer und Sturmwinde waren. Auch an den Kampftagen selbst hielten Regen und Wind an. Die Märsche erfolgten auf grundlosen Wegen, die Angriffe über lehmige Felder, durch verschlammte Schützengräben und über zerklüftete Steinbrüche.

Die Kämpfe im Oberelsaß Mitte und Ende Januar.

Veröffentlicht am 9. Februar 1915.

Die Franzosen hatten gleich bei Beginn des Krieges große Anstrengungen gemacht, sich in den Besitz Elsaß-Lothringens zu setzen. Dem Anfang August von Belfort aus unternommenen Einfalle ins Oberelsaß wurde durch die Schlacht von Mülhausen[1] ein jähes Ende bereitet, und die Offensive gegen Lothringen brach nach dem glänzenden Siege des bayerischen Kronprinzen[2] in sich zusammen. Seitdem haben die Franzosen es nicht mehr gewagt, in Lothringen einzufallen. Dagegen gingen sie im Oberelsaß erneut vor, als die hier eingesetzten deutschen Truppen eine anderweitige Verwendung fanden. Zum zweitenmal betraten die Franzosen vorübergehend Mülhausen und drangen nordwärts bis Ensisheim vor. Die Freude währte aber nicht lange. Durch eine erneute deutsche Offensive wurde der Gegner vertrieben, der heute nur das Weiler- und Münstertal in den Vogesen und den Belfort unmittelbar gegenüberliegenden Grenzstrich in Besitz hat, während in den Nordvogesen die deutschen Truppen bis in die Höhe von Senones, also tief in französisches Gebiet vorgedrungen sind.

Ende Dezember begannen die Franzosen zum dritten Male mit einer Offensive in Richtung Mülhausen. Die Stadt sollte nach Gefangenenaussagen spätestens Ende Januar endgültig in französischer Hand sein. Wie aus den Tagesberichten der Obersten Heeresleitung bekannt ist, wurde zwischen dem 27. Dezember und 8. Januar um den Besitz der Höhe 425 westlich Sennheim Tag für Tag er-

[1] Am 10. und 11. August 1914; vgl. Karte »Oberelsaß«.
[2] Am 20. und 21. August 1914.

bittert gekämpft. Die Franzosen kamen jedoch über diese Höhe nicht hinaus. Dagegen gelang es den deutschen Truppen, Gelände zu gewinnen.

Bis Ende Dezember hatten sich auf dem in 956 m Höhe, fast 700 m über dem Rheintale gelegenen dicht bewaldeten Hartmannsweilerkopfe, einem beliebten, geologisch und botanisch interessanten Ausflugspunkte, nur deutsche und französische Wachen befunden, die einander beobachtend gegenüberlagen. Die Deutschen hielten den östlichen, die Franzosen den westlichen Teil des Kopfes besetzt. Inzwischen hatten die Franzosen eine Reihe von Alpenjägerbataillonen in die Südvogesen entsandt und auf den Hartmannsweilerkopf eine ganze Alpenjägerkompanie vorgeschoben, die sich dort eine festungsartige Stellung schuf, die ellipsenförmig den höchsten Punkt umschloß. Die Höhe des Molkenrain (1125 m), zu der man vom Hartmannsweilerkopf über die Jägertanne (Sattelpunkt) gelangt, wurde ebenso wie der Belchen französischerseits stark besetzt.

Die ersten deutschen Vorstöße gegen die Ringburg auf dem Hartmannsweilerkopf scheiterten an der Stärke jener Stellung. Auch mußte die dem Flachland entstammende Angriffstruppe erst die Schliche des im Gebirge erfahrenen Gegners kennen und bekämpfen lernen, der, mit schwarzen Ziegenfellen behangen oder mit Tannenreisig bedeckt, die Gipfel der schneebedeckten Tannen bestieg und von dort aus, in Körben sitzend, aus seinen Verstecken auf unsere Soldaten herabschoß. Bald hatten diese die Ringfestung von außen völlig umschlossen; auch war die Jägertanne besetzt worden, um die vom Molkenrain her erwarteten französischen Entsatzversuche abweisen zu können. Solche erfolgten auch mit mindestens einem Alpenjägerbataillon, wurden aber von unseren sich energisch zur Wehr setzenden schwachen Truppen abgewiesen. Zu gleicher Zeit aus dem Ringwalle unternommene Ausfälle der Bergbesatzung scheiterten. Inzwischen hatte man die weiter nötigen Angriffsmittel bereitgestellt, so daß am 19. Januar der Sturm unternommen werden konnte. Die ersten wohlgezielten Schüsse trafen den Offiziersunterstand in der Ringfeste. Zwei Offiziere wurden getötet und einer verwundet. Der letzte Offizier streckte, auf dieses Ereignis hin die Aussichtslosigkeit weiteren Widerstandes einsehend, mit dem Rest der Besatzung die Waffen. Ein Offizier und 150 Alpenjäger wurden so zu Gefangenen gemacht. Zwei Tage später wurde auch der Hirzstein genommen und dort noch 2 Offiziere und 40 Mann gefangengenommen. An den Hirzstein waren unsere Truppen, ohne einen Schuß zu tun, herangekommen. Selbst die gefangenen Offiziere sagten aus, daß die deutschen Vorbereitungen zur Wegnahme der Höhenstellungen vortrefflich gewesen seien.

Unsere Truppen waren während dieser Kämpfe im Gebirge den allergrößten Strapazen und Entbehrungen ausgesetzt. Auf hoher Bergeshöhe kämpfend, wo tiefer Schnee lag, die Tannen hoch zum Himmel ragen, und wo dichtes Unterholz den Ausblick auf wenige Meter beschränkt, tagelang ohne warme Nahrung und ohne schützendes Obdach, hatte die Truppe Außerordentliches zu leisten. Erst nachdem der Feind vertrieben war, konnte man sich einigermaßen häuslich einrichten, Wege und Hütten bauen und warmes Essen bereiten. Jetzt finden wir auch Kavallerie hoch oben in den Bergen, aber nicht etwa zu Pferde, sondern angetan mit dem Rucksack, Bergstock und Eissporen. Stunden-, ja halbe Tage lang gehen die Kavalleristen die längsten und gefahrvollsten Patrouillen und bringen oft die besten Meldungen.

Nachdem der französische Versuch, über Sennheim auf Mülhausen durchzustoßen, an dem Widerstande der Deutschen gescheitert war, unternahm der Feind am 27. Januar einen Durchbruchsversuch an anderer Stelle. Er hatte sich also Kaisers Geburtstag für seine Angriffe ausgewählt. Ein höherer Stab war gerade in der Kirche, wo der Festgottesdienst abgehalten wurde, als um 11 Uhr vormittags von dem Nachbarverbande die Meldung einlief, daß ein feindlicher Angriff in Richtung Ammerzweiler erfolgt sei und um artilleristische Unterstützung gebeten wurde. Kaum war diese zugesagt, so wurde auch innerhalb des eigenen Abschnittes des betreffenden Truppenverbandes ein französischer Infanterieangriff gegen einen vorgeschobenen Posten am Rhein-Rhone-Kanal gemeldet. Die in schwierigem, weil sehr unübersichtlichem Gelände stehende deutsche Feldwache wurde von einer weit überlegenen feindlichen Truppenmacht überrannt. Gleichzeitig erfolgte ein dritter französischer Angriff in Richtung auf Aspach. Dieser Angriff sowie jener auf Ammerzweiler wurden bis auf Sturmentfernung durchgeführt, brachen dann aber unter schweren Verlusten für den Feind zusammen. Dagegen begann der bis an den Kanal vorgedrungene Feind sich dort einzurichten, indem er die deutsche Feldwachstellung umbaute, mitgebrachte Pfähle einschlug, Drahtrollen entfaltete, auch Maschinengewehre auf Bäumen sogleich in Stellung brachte.

Der deutsche Führer hatte mittlerweile den Gegenangriff befohlen, zu dem, weil die Reserven weiter abstanden, Teile der zunächst zur Hand befindlichen Abschnittsreserven eingesetzt wurden. Eine Landwehr- und eine Landsturmkompanie waren es, die sich um 4 Uhr nachmittags dem Feinde entgegenwarfen, um ihm die verlorengegangene Stellung zu entreißen. Um 7 Uhr abends war die Stellung wiederum in deutscher Hand. Die Sieger, Landwehr und Landsturm, konnten mit berechtigtem Stolze auf die erbeuteten Trophäen — mehrere Maschinengewehre — sowie auf die gemachten Gefangenen sehen.

Um 4 Uhr nachmittags war ein neuerlicher französischer Angriff auf die deutschen Stellungen im Hirzbacher Walde erfolgt und abgeschlagen worden. Es war schon Nacht, als der Feind um 9 Uhr 30 Minuten abends endlich einen letzten Versuch machte, um im Hirzbacher Walde die Linie der Deutschen zu durchbrechen und die Kanalstellung wieder zu erobern. Alle diese Angriffe wurden abgewiesen. Am nächsten Tage fand man eine große Anzahl toter Franzosen vor den deutschen Stellungen. Im Gegensatz zu den bei Tage unternommenen Angriffen waren die Nachtangriffe der Franzosen sehr matt geführt. Die deutschen Soldaten hörten im Hirzbacher Walde, wie die französischen Offiziere große Mühe hatten, ihre Leute überhaupt vorwärts zu bringen.

Das Gefecht von Hurtebise am 25. und 26. Januar.

Veröffentlicht am 28. Januar 1915.

Einen knappen Tagesmarsch von Soissons entfernt, also nicht allzuweit von dem Kampffelde vom 13. und 14. Januar, hatten die Sachsen am 25. Januar ihren Ehrentag. Die Kämpfe fanden auf der Hochebene von Craonne, also auf historischem Boden

statt. Das Gehöft Hurtebise, um dessen Besitz am 6. und 7. März 1814 Franzosen und Russen erbittert gekämpft hatten, bis es von den letzteren angezündet und geräumt wurde, liegt — auch heute von französischer Artillerie gänzlich zerschossen und ausgebrannt — als trauriger Mauerrest dicht hinter der Mitte der deutschen Stellungen, aus denen heraus der Angriff erfolgte. Ost- und westwärts an das Gehöft anschließend, folgten die deutschen Schützengräben dem Chemin des Dames, einem die Hochfläche von Craonne entlang führenden Höhenwege, der im Jahre 1770 von dem Besitzer des nahegelegenen herrlichen Schlosses Le Böve für die Prinzessinnen von Frankreich angelegt worden war.

Den deutschen Gräben dicht gegenüber lagen die französischen in dreifacher Reihe. Die vorderste Linie der letzteren nahm ganz ähnlich wie bei Soissons den Südrand der Hochfläche und damit eine für Infanteriewirkung und Artilleriebeobachtung günstige Stelle ein. Dazu stützte sich der linke Flügel auf ein starkes, wohlausgebautes Erdwerk, und die Mitte besaß in der Höhle von Creute einen bombensicheren Unterschlupf für starke Reserven. Diese geräumige Höhle, eine der zahlreichen des großen Pariser Kalksteinbeckens, diente einst den Bewohnern als Weinkeller, später als Wirtschaftsraum und Stallung. Hier suchten 1814 die Einwohner während der Schlacht von Craonne Schutz vor dem Artilleriefeuer. Bei dem gegenwärtigen Stellungskampfe war der Besitz eines derartigen Raumes von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Es galt, den Franzosen die erwähnten Stellungen samt Erdwerk und Höhlen zu entreißen. Nach ausgiebiger artilleristischer Vorbereitung schritt unsere Infanterie, die unter den Befehlen der Generale v. Gersdorff und von der Planitz stand, während der Oberbefehl in Händen des Generals der Infanterie d'Elsa lag, auf der ganzen Linie zum Angriff. Binnen wenigen Minuten waren das Erdwerk und die durch das Feuer unserer Artillerie stark erschütterte erste französische Linie erstürmt. Kurz darauf war auch die zweite Linie in deutscher Hand. Über die Höhle hinweg ging dann der Sturm gegen die dritte und letzte Stellung des Feindes. Binnen einer halben Stunde war der Angreifer im Besitz des Erdwerkes und der drei Linien mit Ausnahme des linken Angriffsflügels, wo der Feind erbitterten Widerstand leistete. Auch die Höhle selbst, die nur einen nach Süden gerichteten schmalen Ausgang hatte, war noch in französischem Besitz.

Während sich unsere Truppen bereits südlich der Höhle in den eroberten Stellungen einrichteten, wurde der Höhleneingang umstellt und unter Maschinengewehrfeuer genommen. Es wurde Mitternacht, bis sich die hier eingeschlossene Besatzung von rund 300 Köpfen ergab. Auf dem linken Angriffsflügel dauerten die Kämpfe bis zum 26. Januar 5 Uhr morgens. Zu dieser Stunde war auch hier der Widerstand des Feindes endgültig gebrochen und der Angreifer auf einer Frontbreite von 1500 m im Besitze des von ihm gesteckten Zieles: der drei französischen Linien.

5 Offiziere, 1100 Mann, 8 Maschinengewehre, ein Scheinwerfer und ein großes, in der Höhle niedergelegtes Pionierdepot waren in deutsche Hand gefallen. Was von den französischen Verteidigern noch entkam, flüchtete den Hang hinunter und grub sich dort ein, den Deutschen nunmehr die Hochfläche und damit ausgezeichnete neue Stellungen überlassend.

Die Ereignisse auf dem östlichen Kriegsschauplatz seit Mitte September[1].

Veröffentlicht Mitte Januar 1915.

Nach der Vernichtung und Vertreibung der in Ostpreußen eingefallenen russischen Armeen[2] waren erhebliche Teile der deutschen Streitkräfte zu neuer Verwendung frei geworden. Da die österreichisch-ungarischen Armeen, von stark überlegenen russischen Kräften angegriffen, um diese Zeit im Zurückgehen über den San hinter die Wisloka sich befanden, wurden die freigewordenen deutschen Kräfte nach Südpolen befördert mit der Aufgabe, die Verbündeten durch eine Offensive durch Südpolen über die Weichsel gegen den Rücken der über den San folgenden russischen Kräfte zu unterstützen. Unsere Bundesgenossen schoben alle südlich der Weichsel entbehrlich gewordenen Teile auf das nördliche Weichselufer, um sich dann mit ihrer gesamten Macht der deutschen Offensive anzuschließen. Noch um die Mitte des September standen die deutschen Truppen im russischen Grenzbezirk, und schon am 28. September konnte die neue Offensive aus der Linie Krakau–Kreuzburg in allgemein östlicher Richtung beginnen, eine gewiß achtungswerte Leistung unserer Bahnverwaltung.

Auf dem linken Weichselufer war zunächst nur starke russische Kavallerie — etwa 6 Kavalleriedivisionen — gemeldet, die vor dem deutschen Anmarsch zum Teil unter schweren Verlusten zurückwich.

Die Ende September über den Feind eingehenden Nachrichten ließen erkennen, daß der unmittelbare Zweck der deutschen Offensive, die Entlastung der zwischen den Karpathen und der Weichsel zurückgehenden verbündeten österreichisch-ungarischen Armeen, bereits voll erreicht war. Starke russische Kräfte hatten von den Österreichern abgelassen und wurden östlich der Weichsel im Vormarsch und Abtransport in nördlicher Richtung gegen die Linie Lublin–Kazimierz gemeldet.

In den ersten Tagen des Oktober schickten sich die Russen an, mit Teilen die Weichsel zwischen Sandomierz und Józefów zu überschreiten, anscheinend in der Absicht, mit diesen Kräften die nördlich und südlich Opatów gegen die Weichsel vorrückenden Verbündeten in der Front zu fesseln und, mit allem übrigen über Iwangorod vorgehend, den deutschen linken Flügel umfassend anzugreifen. Diese Absicht wurde durch den überraschenden Angriff überlegener deutscher Kräfte vereitelt, welche die über die Weichsel bereits vorgeschobenen russischen Vorhuten am 4. Oktober östlich Opatów über den Fluß zurückwarfen. Die Russen gaben indes in der ihnen eigenen Zähigkeit ihre Absicht nicht auf. Weiter stromabwärts wurden in der Zeit zwischen dem 8. und 20. Oktober bei Kazimierz, Nowo Aleksandria, Iwangorod, Pawlowice und Ryczywol neue Übergangsversuche unternommen, die sämtlich und zum Teil unter sehr schweren Verlusten für die Russen von uns verhindert wurden.

Inzwischen war es den österreichisch-ungarischen Armeen gelungen, die in Galizien eingedrungenen russischen Kräfte bis über den San zurückzuwerfen und Przemysl zu entsetzen[3]; ein weiteres Vordringen, das sie in die linke Flanke der den

[1] 1914.
[2] Durch die beiden großen Siege Hindenburgs (vgl. Kriegskalender: 28. August und 10. September 1914).
[3] 10. September 1914.

Deutschen gegenüberstehenden russischen Kräfte führen mußte, fand zähen Widerstand am San und hart nordöstlich Przemysl. Hierdurch gerieten die an der Weichsel stehenden deutschen und österreichischen Kräfte, deren Aufgabe es jetzt geworden war, ein Vorbrechen der Russen über die Weichsel zu verhindern, bis die von Süden auf dem rechten Weichselufer vordringenden österreichisch-ungarischen Armeen den Stoß in des Feindes Flanke führen konnten, in eine schwierige Lage.

Nachrichten über den Abtransport starker russischer Kräfte nach Warschau, sowohl vom San her wie aus dem Innern des Reiches, sowie Meldungen über den Ausbau einer starken brückenkopfartigen Stellung zwischen Lowicz–Skierniewice–Grójec–Pilica-Mündung ließen vermuten, daß die Russen eine große Offensive gegen den deutschen linken Flügel aus Richtung Warschau beabsichtigten. Bestätigt wurde diese Vermutung später durch wertvolle, unter den Papieren eines gefallenen russischen Offiziers gefundene Nachrichten; hiernach verfolgten die Russen den Plan, mit etwa 5 Armeekorps die Deutschen an der Weichsel ober- und unterhalb Iwangorod zu fesseln, während die Masse, mehr als 10 Armeekorps mit zahlreichen Reservedivisionen, über Warschau–Nowo-Georgiewsk vorbrechend, den deutschen linken Flügel eindrücken sollte. Die Absicht konnte nur durch schleunigen Vorstoß auf Warschau vereitelt werden. Gelang es, hier die Russen am Überschreiten der Weichsel zu verhindern, so gewannen die immer noch um den Sanabschnitt kämpfenden österreichisch-ungarischen Armeen Zeit, ihren auf dem rechten Weichselufer geplanten Vorstoß in die linke Flanke der um den Stromübergang ringenden Russen auszuführen.

Unter Belassung schwächerer Kräfte zur Sperrung der Weichsel ober- und unterhalb Iwangorod wurde mit den Hauptkräften unverzüglich auf Warschau aufgebrochen. In raschem, rücksichtslosem Angriff gelang es, schwächere, bereits in der ausgebauten Stellung stehende feindliche Kräfte zurückzuwerfen und bis dicht an die Tore Warschaus vorzudringen, während die oberhalb und unterhalb Iwangorod stehenden Truppen in längeren erbitterten Kämpfen, die sich bis zum 20. Oktober hinzogen, die inzwischen bereits unterhalb Iwangorod über die Weichsel vorgedrungenen russischen Kräfte trotz der feindlichen Überlegenheit festhielten.

Gegen die vor Warschau kämpfenden Korps entwickelten die Russen indes, über Nowo-Georgiewsk ausholend, allmählich eine fast vierfache Überlegenheit. Die Lage der Deutschen wurde schwierig, zumal der zähe Widerstand der bei Przemysl und am San stehenden russischen Kräfte ein Vordringen der österreichisch-ungarischen Armeen gegen die linke Flanke des russischen Heeres vereitelte, und damit die Aussicht auf die Mitwirkung der verbündeten Armee auf dem rechten Weichselufer schwand. Ein Vordringen der Russen über die Weichsel war jetzt nicht mehr zu verhindern. Ein neuer Plan mußte gefaßt werden; man beschloß, den bei und westlich Warschau übergegangenen Feind anzugreifen, unter Heranziehung der ober- und unterhalb Iwangorod sperrenden deutschen Korps, die hier durch die auf das linke Weichselufer geschobenen, inzwischen herangerückten österreichisch-ungarischen Truppen abgelöst werden sollten. Hierzu wurden die dicht vor Warschau stehenden Truppen in eine starke Stellung in Linie Rawa–Skierniewice zurückgenommen, während die bei Iwangorod freigewordenen Kräfte über die Pilica vordringen, die in westlicher Richtung nachdringenden Russen von Süden angreifen und die Entscheidung bringen sollten. Es gelang auch, die Masse der russischen Kräfte bei Warschau in die gewollte Richtung zu ziehen. Mit Ungestüm griffen die Russen die sehr starke deutsche Stellung an, aber alle ihre Angriffe wurden unter blutigen Verlusten abgewiesen. Schon sollten die von Süden gegen die Flanke der Russen bestimmten deutschen Kräfte die Pilica überschreiten, als die Nachricht eintraf, daß die Verbündeten, die ihrerseits die unterhalb Iwangorod über die Weichsel vorbrechenden Russen von Süden her angegriffen hatten, ihre Stellungen in Gegend Iwangorod gegenüber der immer mehr anwachsenden feindlichen Überlegenheit nicht mehr zu behaupten vermochten. Gleichzeitig entwickelten die Russen sehr starke Kräfte gegen den deutschen linken Flügel bei Skierniewice, der bei der drohenden Umfassung in südwestlicher Richtung zurückgenommen werden mußte.

Die an der Pilica und Radomka stehenden deutschen Kräfte waren ernstlich gefährdet. Von Iwangorod her entwickelte der Feind in Richtung auf die Lysa Gora immer stärkere Kräfte. Bei Przemysl und am San stand der Kampf. Unter diesen Umständen mußte das verbündete Heer den schweren, aber der Lage nach gebotenen Entschluß fassen, die ganze Operation an der Weichsel und am San, die bei der fast dreifachen Überlegenheit des Feindes keine Aussicht auf einen entscheidenden Erfolg mehr bot, abzubrechen; es galt, sich zunächst die Freiheit des Handelns wieder zu sichern, und demnächst eine völlig neue Operation einzuleiten. Die gesamten zwischen Przemysl–Warschau stehenden Kräfte wurden vom Feinde losgelöst und bis Ende Oktober in Richtung auf die Karpathen und in die Linie Krakau–Czenstochowa–Sieradz zurückgenommen, nachdem zuvor sämtliche Bahnanlagen, Straßen- und Telegraphenverbindungen nachhaltigst zerstört worden waren. Dieses Zerstörungswerk wurde so gründlich ausgeführt, daß die feindlichen Massen nur sehr langsam zu folgen vermochten, und sich die ganze Bewegung der Verbündeten, nachdem einmal die Loslösung gelungen war, planmäßig vollziehen konnte.

Die Russen drangen nur mit Teilen in Galizien ein, ihre Hauptkräfte folgten im Weichselbogen in südwestlicher und südlicher Richtung, schwächere Kräfte rückten vom Narew beiderseits der Weichsel in westlicher Richtung auf Thorn vor.

Das Ziel der weiteren Operation der Verbündeten mußte es sein, die Kraft der großen Offensive der russischen Massen unter allen Umständen zu brechen. Dies konnte trotz der großen zahlenmäßigen Überlegenheit des Feindes nur durch den Angriff erreicht werden; eine starre Verteidigung konnte nur Zeitgewinn bringen, mußte aber von den gewaltigen feindlichen Massen über kurz oder lang erdrückt werden. Der Operationsplan der Verbündeten war folgender: Die Entscheidung sollte in Polen und Galizien durch Angriff gegen die im Weichselbogen und östlich Krakau vorrückenden russischen Hauptkräfte gesucht werden, während auf den Flügeln in Ostgalizien und Ostpreußen die Verbündeten sich gegen die gegenüberstehenden erheblichen feindlichen Kräfte defensiv verhalten sollten. Für die Entscheidung in Polen galt es alle an anderer Stelle irgendwie entbehrlichen Kräfte zusammenzufassen. Das äußerst langsame Folgen der Russen gab die Zeit zu der not-

wendigen neuen Versammlung der Kräfte. In Galizien standen starke Kräfte der österreichisch-ungarischen Armee.

In Südpolen wurde in der Gegend von Krakau und der oberschlesischen Grenze eine starke, aus österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen bestehende Gruppe gebildet; eine zweite starke, nur aus deutschen Truppen gebildete Gruppe unter Befehl des Generals v. Mackensen wurde teils durch Fußmarsch, teils durch Bahntransport an der Grenze zwischen Wreschen und Thorn versammelt. Ihre Aufgabe war es, die unmittelbar südlich der Weichsel zwischen dieser und dem Ner-Warta-Abschnitt vordringenden schwächeren russischen Kräfte zu schlagen, um dann von Norden her gegen die rechte Flanke der russischen Hauptkräfte vorzugehen, deren Fesselung Aufgabe der südlichen Gruppe war. Eine schwächere Gruppe war zum Schutze Westpreußens nördlich der Weichsel in der Gegend Strasburg—Soldau versammelt.

Gegen Mitte November waren die an der ostpreußischen Grenze, im Weichselbogen und in Galizien versammelten russischen Streitkräfte etwa folgendermaßen verteilt:

Acht bis neun Armeekorps — die 10. Armee — standen an der ostpreußischen Grenze zwischen Schirwindt und Biala, schwächere Kräfte, 3—4 Armeekorps mit einigen Kavalleriedivisionen, rückten zwischen der ostpreußischen Südgrenze und der Weichsel gegen Mlawa und Thorn vor, südlich der Weichsel standen gegen Thorn beobachtend zwischen Wloclawek und Dombie 2—3 Armeekorps; diese beiderseits der Weichsel vorgegangenen Kräfte gehörten zur 1. russischen Armee. Anschließend an diese hatten die russischen Hauptkräfte, und zwar die 2., 5., 4. u. 9. Armee — etwa 25 Armeekorps mit zahlreichen Kavalleriedivisionen — die Linie Uniewo—Zdunska Wola—Nowo Radomsk-Gegend nördlich Krakau erreicht und begannen mit den nördlichen beiden Armeen nach einem längeren Halt an der Warta diesen Abschnitt zu überschreiten. Südlich der Weichsel in Galizien gingen die übrigen russischen Armeen vor. Sämtliche im Innern noch verfügbaren Kräfte, vor allem die sibirischen und kaukasischen Korps, waren herangezogen, so daß die Gesamtstärke der zu der großen Offensive gegen Deutschland und Österreichisch-Schlesien bestimmten russischen Streitkräfte auf annähernd 45 Armeekorps mit zahlreichen Reservedivisionen geschätzt werden kann.

Mitte November begannen die Russen auf der ganzen Linie ihre groß angelegte Offensive; Angriffe gegen die ostpreußische Grenze, insbesondere bei Stallupönen, Eydtkuhnen und Soldau, wurden indes nach sehr heftigen Kämpfen abgewiesen. Der russischen Offensive in Polen kam der etwa gleichzeitig einsetzende Angriff der Deutschen zuvor. Am 13. und 14. November wurde ein russisches Armeekorps bei Wloclawek geschlagen und ihm zahlreiche Gefangene abgenommen. Zwei weitere zu Hilfe eilende Korps erlitten am 15. bei Kutno eine entscheidende Niederlage. 28000 Gefangene wurden gemacht und zahlreiche Geschütze und Maschinengewehre erbeutet. Während schwächere deutsche Kräfte unter General v. Morgen die Verfolgung dieser in östlicher Richtung ausweichenden Kräfte übernahmen, schwenkte die Masse der Armee Mackensen nach Süden ein und ging beiderseits Leczyca über den Nerabschnitt vor, nachdem es zuvor gelungen war, ein bei Dombie stehendes russisches Korps zu schlagen. Infolge dieser Bedrohung ihrer rechten Flanke waren die Russen gezwungen, ihren rechten Flügel (die 2. Armee) in die Linie Strykow—Kazimierz—Zdunska Wola, Front nach Nordwesten zurückzuschwenken; in diese Linie wurde nach und nach auch noch die Masse der von Süden herangeholten 5. Armee gezogen, so daß nunmehr in der Mitte der russischen Linie eine erhebliche Lücke zwischen der 5. und 4. Armee entstand.

Den über den Nerabschnitt in der allgemeinen Richtung Lódz unaufhaltsam vordringenden Deutschen gelang es, schon am 17. November den wichtigen Straßenknotenpunkt Zgierdz zu nehmen; am 18. wurde der feindliche rechte Flügel von Strykow bis gegen die Straße Brzeziny—Lódz zurückgeworfen. Die um Lódz auf engem Raume vereinigte 2. und 5. russische Armee wurde in den nächsten Tagen von dem zunächst über Brzeziny in südlicher Richtung, dann über Tuszyn in südwestlicher Richtung vordringenden linken deutschen Flügel zuerst von Osten, dann auch von Südosten eingeschlossen, während schwächere von Posen und Breslau herangezogene Teile und Kavallerie den Feind von Westen und Südwesten umfaßten. Fast schien es jetzt, als ob die Verbündeten das Ziel ihrer ursprünglich nur auf die Abwehr der feindlichen Offensive gerichteten Operationen trotz der großen Überlegenheit des Gegners höher stecken könnten, als ob die Vernichtung des Feindes erreicht werden könne — da trat unerwartet ein Rückschlag ein —; es gelang den Russen, den umklammerten Armeen im letzten Augenblick von Osten und Süden Hilfe zuzuführen. Teile der an der ostpreußischen Grenze befindlichen russischen Kräfte sowie die nördlich der Weichsel zurückgehenden Korps der russischen 1. Armee waren teils durch Fußmarsch, teils durch Bahntransport über Warschau-Skierniewice in der Gegend westlich Skierniewice vereinigt. Diese Kräfte gingen jetzt im Verein mit stärkeren von Süden anrückenden Truppen (anscheinend Teile vom rechten Flügel der 4. Armee) gegen den Rücken der mit der Front nach Westen und Nordwesten im Kampfe stehenden deutschen Truppen vor, drohend, diese ihrerseits zu umklammern, nachdem sie die nach Osten und Südosten entsandten deutschen Sicherungstruppen zurückgeworfen hatten. Die Lage der Deutschen war ernst; von den in Richtung Lowicz vorgedrungenen Truppen des Generals v. Morgen war Hilfe nicht zu erwarten, da diese nach mehreren glücklichen Kämpfen westlich Lowicz auf stark überlegenen Feind gestoßen waren. Das Schicksal der von mehrfacher Überlegenheit umzingelten deutschen Truppen östlich Lódz ließ Ernstes befürchten. Allein die tapfere kleine deutsche Schar gab ihre Sache keineswegs verloren; eine kühne, in der Kriegsgeschichte bisher einzig dastehende Tat sollte sie retten: sie sprengte den eisernen Ring. In der Nacht vom 24. zum 25. November[1] schlugen sich die Truppen in der Richtung auf Brzeziny durch, wobei es ihnen gelang, den sie hier einschließenden Feind gefangenzunehmen. Über 12000 Gefangene und zahlreiche Geschütze und Maschinengewehre fielen ihnen in die Hände. Die eigenen Verluste waren verhältnismäßig gering; fast sämtliche Verwundete konnten mitgeführt werden. Durch diese Heldentat, deren Gelingen neben der unvergleichlichen Tapferkeit der Truppen das bleibende Verdienst einer

[1] Nach einer andern amtlichen Meldung war es die Nacht vom 23. zum 24. November.

entschlossenen und tatkräftigen Führung ist, wurde die scheinbar verlorene Lage zu einer für die deutschen Waffen siegreichen[1]. Es gelang den umklammert gewesenen Truppen, bis zum 26. November zwischen Lowicz und Lódz den Anschluß an den linken Flügel der Lódz von Norden umschließenden Truppen des Generals v. Mackensen wiederzugewinnen. Die deutsche Front erstreckte sich jetzt von Szadek über Kazimierz — nördlich Lódz — Glowno bis in die Gegend nordwestlich Lowicz. Gegen diese Front richtete sich nunmehr eine allgemeine Gegenoffensive der auf engem Raume vereinigten russischen Massen; trotz blutigster Verluste, wie sie in solchem Umfange die bisherigen Kämpfe noch nicht aufgewiesen hatten, erneuerten sie in den letzten Novembertagen mit äußerster Hartnäckigkeit immer wieder ihre Anstürme, die indes von den mit Todesverachtung ausharrenden deutschen Truppen sämtlich abgewiesen wurden.

Anfang Dezember gingen nun die Deutschen nach dem Eintreffen von Verstärkungen trotz der großen Erschöpfung ihrer seit drei Wochen fast ununterbrochen im Kampfe stehenden Truppen ihrerseits von neuem auf der ganzen Front zum Angriff über; es gelang ihrem starken rechten Flügel, in die in der Mitte der russischen Linie bestehende Lücke einbrechend, Lask zu nehmen und in der Richtung auf Pabianice vordringend, die russische Stellung südwestlich Lódz zu umfassen. Hierdurch wurden die Russen gezwungen, in der Nacht vom 5. zum 6. Dezember ihre so zähe behaupteten Stellungen um Lódz und dieses selbst zu räumen und hinter die Miazga zurückzugehen. Alle Versuche der Russen, die Lücke durch nach Norden gezogene Truppen der in Südpolen kämpfenden Armeen zu schließen, waren dank der energischen Angriffe der südlichen Gruppe der Verbündeten — namentlich ihres in Richtung Nowo Radomsk siegreich vorgehenden linken Flügels — mißlungen.

Auch der linke Flügel der nördlichen deutschen Gruppe, der sich inzwischen über Ilow bis zur Weichsel ausgedehnt hatte, machte erhebliche Fortschritte und gelangte bis dicht vor Lowicz und an den Bzuraabschnitt. Gleichzeitig mit der Offensive in Nordpolen waren die verbündeten österreichisch-ungarischen Truppen von den Karpathen und in Westgalizien zum Angriff übergegangen. Auch hier wurden erhebliche Fortschritte gegen den linken russischen Flügel gemacht. Die nunmehr mit erhöhtem Nachdruck auf der ganzen Front, namentlich gegen die Flügel des russischen Heeres, gerichteten Angriffe brachten um Mitte Dezember die feindlichen Massen ins Wanken; zuerst in Westgalizien, dann im südlichen und nördlichen Polen gingen sie auf der ganzen Front in östlicher Richtung zurück. Hinter dem Dunajec, der Nida, Rawka und Bzura leisteten sie indes von neuem zähen Widerstand; um diese Abschnitte wird zur Zeit[2] noch erbittert gekämpft.

Das ursprüngliche Ziel der Operationen ist indessen schon heute[2] erreicht: die schon seit Monaten mit so hochtönenden Worten angekündigte russische Offensive großen Stiles, die das ganze östliche Deutschland überfluten sollte, kann als völlig niedergeworfen bezeichnet werden. Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien werden für absehbare Zeit keinen russischen Einfall mehr zu befürchten haben.

Über 130000 Gefangene, zahlreiche Geschütze, Maschinengewehre und sonstiges Kriegsmaterial sind die Siegesbeute der Verbündeten.

Eine Kraftprobe ersten Ranges, an der vom obersten Führer bis zum jüngsten Kriegsfreiwilligen die ganze in Ostpreußen, Polen und Galizien fechtende Heeresmacht der Verbündeten ruhmreichen Anteil hat, hat einen für die Verbündeten günstigen Ausgang genommen.

Der von ihnen errungene Erfolg ist ein Ergebnis des starken Vertrauens, das sie zu zielbewußtem gemeinsamem Wirken zusammengeschweißt hat. Die Geschichte der Koalitionskriege ist nicht reich an Beispielen wirklich hingebender Bundestreue; hier in diesem gewaltigen Ringen aber sehen wir ein besonders glänzendes Beispiel solcher Art vor Augen. Die Anlage und Durchführung der geschilderten Operationen stellte besonders hohe Ansprüche an die Führung. Diese konnte ihre Entschlüsse um so zuversichtlicher fassen, als sie eine Truppe hinter sich wußte, von der sie das Höchste fordern durfte, und die freudig und willig alles leistete, die im Geiste des Vertrauens zu einer solchen Führung ihr Bestes, ja ihr Herzblut hergab. Ihre Tapferkeit, ihre Ausdauer und Hingebung bedürfen keines Wortes lobender Anerkennung. Seit fünf Monaten im Kampfe mit einem an Zahl überlegenen Feind erst in Ostpreußen, dann in Polen stehend, hat diese Truppe kaum einen Tag der Ruhe gefunden. Sie hat ununterbrochen marschiert und gekämpft, und zwar in den letzten drei Monaten auf einem Kriegsschauplatz, der, an sich schon arm und verwahrlost, jetzt völlig ausgesogen ist. Dazu kamen die bei der Ungunst der Witterung fast grundlosen Wege, auf denen jeder Marsch die doppelte Kraftanstrengung für die Truppen, namentlich auch für die nachfolgenden Kolonnen, bedeutete. Aber trotz all dieser fast übermenschlichen Anstrengungen, trotz aller Not und Entbehrungen, trotz des jetzt schon fast fünf Wochen ununterbrochenen anhaltenden Ringens ist die Angriffskraft dieser herrlichen Truppe ungebrochen, ihr Wille zum Sieg unerschüttert. Wahrlich, das dankbare Vaterland kann mit Stolz und Vertrauen auf seine tapferen Söhne im Osten blicken, die wie Helden zu kämpfen, zu leiden, zu sterben und trotz der überwältigenden Überlegenheit des Feindes zu siegen verstehen.

Die neuntägige Winterschlacht in Masuren[1].

Veröffentlicht Ende Februar 1915.

I.

Seit Monaten[2] waren unsere unter den Befehlen des Generals v. Below in Ostpreußen stehenden Truppen auf verteidigungsweises Verhalten angewiesen. Aus 50 v. H. Landwehr-, 25 v. H. Landsturm- und 25 v. H. anderen Truppen zusammengesetzt, verteidigten diese Truppen die Lande östlich der Weichsel, vor allem die Provinz Ostpreußen erfolgreich gegen einen mehrfach überlegenen Feind, dessen Stärke in 6—8 Armeekorps anfangs Februar noch etwa rund 200000 Mann betrug. Die numerische Überlegenheit der Russen war auf diesem Kriegsschauplatze eine so große, daß die deutschen Truppen starke natürliche Stellungen aufsuchen mußten, die sich an den großen Masurischen Seen und hinter der Angerapplinie anboten. Das Land zwischen diesem Gebiet und der Grenze mußte dem Feinde überlassen

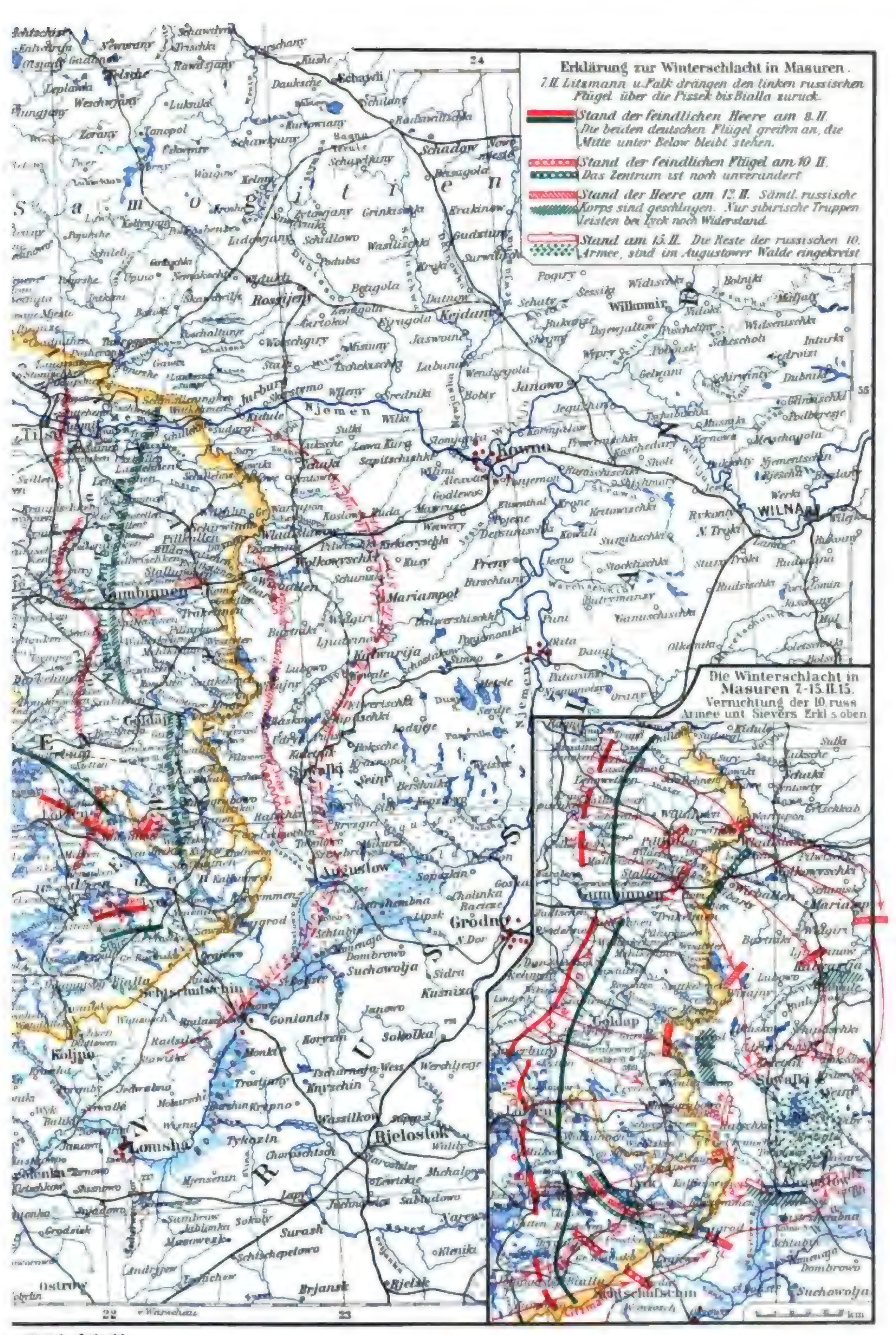
---

[1] Vgl. Kriegskalender: 25. November 1914.
[2] Mitte Januar 1915.

[1] 7. bis 15. Februar 1915; vgl. Karte »Ostpreußen«.
[2] November 1914.



Die militärischen Operationen
in
OSTPREUSSEN
bis zur Winterschlacht in Masuren
7.-15. Febr. 1915.
Maßstab 1 : 1700000
Kilometer
Deutsche Verteidigungsstellung an der Inster, Angerapp und den Masurischen Seen, gegenüber der russischen Njemen-Armee (Rennenkampf). Sie wird am 21. VIII. geräumt.
22. VIII. v. Hindenburg erhält das Oberkommando und beschließt die russ. Narew-Armee anzugreifen. Schlacht v. Tannenberg-Hohenstein.
Stellungen der feindl. Armeen am 26./27. August 1914.
Die russ. Njemen-Armee ist mittlerweile bis Labiau-Angerburg vorgerückt, ihr linker Flügel wird vom 6.-11. Sept. v. Hindenburg angegriffen und vernichtet. Zentrum und rechter Flügel ziehen sich rechtzeitig zurück.
Stellungen der feindl. Armeen am 8. Sept. 1914.
(Über den Verlauf der Schlachten vergl. die zwei Textkärtchen Tannenbg.-Hohenst. u. Angerbg.-Gerd.)
O S T S E E
Danziger Bucht
Memel
Königsberg
Danzig
Elbing
Braunsberg
Allenstein
Graudenz
Dirschau
Marienwerder
Heilsberg
Hohenstein
Kulm
Bromberg
Thorn
Lipno
Serpez
Ziechanow
Makow
Praschnitz
Mlawa
Soldau
Neidenburg
Rastenburg
Bartenstein
Insterburg
Pillau
Putzig
Hela
Labiau
Tilsit
O S T P R E U S S E N
P O L E N
19
20
21
55
54
53
Östl. Länge v. Greenwich
Bibliographisches



nstitut in Leipzig.

werden. In wiederholten Angriffen versuchte dieser sich in den Besitz der befestigten Stellungen der Deutschen zu setzen. Trotzdem er hierzu stets an Zahl überlegene Kräfte aufbot, wurden alle seine Angriffe, die sich mit Vorliebe gegen den Brückenkopf von Darkehmen und den rechten deutschen Flügel auf den Paprodtker Bergen richteten, stets abgeschlagen. Bis zur Brust im Wasser durchwateten am ersten Weihnachtsfeiertag Teile des 3. sibirischen Korps das Sumpfgelände des Rietlitzer Bruchs. Ihr Angriff wurde ebenso abgewiesen wie die noch im Januar und Februar gegen den linken deutschen Flügel versuchten Offensivunternehmungen.

Anfangs Februar war endlich die Zeit gekommen, wo frische deutsche Kräfte verfügbar wurden, um nach dem ostpreußischen Kriegsschauplatz gebracht und dort zu einer umfassenden Bewegung gegen die Russen eingesetzt zu werden. Das Ziel dieser Operation war neben dem in erster Linie erstrebten Waffenerfolge die Säuberung deutschen Gebiets von dem russischen Eindringling, der hier schrecklich gehaust hatte.

Wohl verschleiert durch die deutschen Stellungen und Grenzschutztruppen und sorgfältig vorbereitet vollzog sich in den ersten Februartagen hinter den beiden deutschen Flügeln die Versammlung der zur Offensive bestimmten Truppen. Am 7. Februar trat der Südflügel zum Angriff an, etwas später setzte sich die Nordgruppe — diese aus der Gegend von Tilsit — in Bewegung. Die Erde war mit Schnee bedeckt und scharf durchfroren, alle Seen waren von dickem Eise bedeckt. Am 5. Februar war außerdem erneuter Schneefall eingetreten, der das ganze Gelände mit einer außerordentlich hohen Schneedecke überzog; endlich setzte unmittelbar nach diesem Schneefalle erneut Frost und mit ihm ein eisig kalter Wind ein, der an vielen Stellen zu den stärksten Schneeverwehungen führte und damit den Verkehr auf Bahnen und Straßen ganz besonders erschwerte, ja den Kraftwagenverkehr gänzlich ausschloß. Die deutsche Führung hatte sich aber auf die besonderen Schwierigkeiten eines Winterfeldzuges wohl vorbereitet. Die Truppen waren mit warmer Bekleidung ausgestattet. Tausende von Schlitten, Hunderttausende von Schlittenkufen waren bereitgestellt worden. Um an die feindlichen Hauptkräfte heranzukommen, hatte der deutsche Südflügel zuerst die 40 km tiefe Waldzone des Johannisburger Forstes und dann den Pissek zu überschreiten, der den Ausfluß des Spirdingsees bildet und auf russischem Gebiet als Pissa dem Narew zustrebt, in den er zwischen Lomja und Ostrolenka mündet. Der Feind hatte sowohl im Walde seine Verhaue angelegt als auch die Pissekübergänge besetzt und befestigt. In Johannisburg und Bialla lagerten stärkere russische Truppen. In einem der von ihnen besetzten Orte war für den Sonntagabend[1] ein Tanzfest angekündigt, als gerade an diesem Tage — völlig überraschend für die Truppen sowohl als die Führung — die deutsche Offensive einsetzte.

In aller Stille brachen sich die deutschen Angriffskolonnen ihre Bahn und gewannen am Nachmittag Fühlung mit dem Feind. Die jungen Truppen des Generals v. Litzmann erzwangen sich am Nachmittag und in der Nacht zum 8. bei Wrobeln den Übergang über den Pissek. Trotz stark verschneiter Wege und heftigen Schneetreibens, das den ganzen Tag anhielt und die Bewegungen erheblich verzögerte, haben Teile dieser Truppen an diesem Tage 40 km zurückgelegt. Die kampferprobten Truppen des Generals v. Falck waren an diesem Tage bis dicht an Johannisburg herangekommen und nahmen Snopken im Sturm, wobei dem Feinde die ersten Gefangenen (2 Offiziere, 450 Mann) und zwei Maschinengewehre abgenommen wurden. Am nächsten Tage setzten die deutschen Truppen den Kampf um die Gewinnung des Pissekabschnittes fort. Die südliche Kolonne des Generals v. Litzmann war gerade im Begriffe, bei Gehsen das östliche Flußufer zu betreten, als sie plötzlich in ihrer rechten Flanke vom Feind angegriffen wurde, der aus Kolno gekommen war. Sofort wandten sich die deutschen Truppen gegen diesen Gegner und warfen ihn wieder dorthin zurück, woher er gekommen war. 500 Gefangene, 5 Geschütze, 2 Maschinengewehre, zahlreiche Munitionswagen und sonstiges Material blieben in der Hand der Deutschen, während die Nachbarkolonne an diesem Tage bei Wrobeln 300 Gefangene machte und General Falck Johannisburg erstürmte, das von zwei russischen Regimentern verteidigt wurde. Hier verlor der Feind 2500 Gefangene, 8 Geschütze und 12 Maschinengewehre.

Die Pissecklinie war am 8. Februar in deutscher Hand. Am 9. begann der Vormarsch auf Lyck. Bialla wurde noch an diesen Tagen von den Russen gesäubert. Wiederum fielen 300 Russen in deutsche Gefangenschaft. Indessen war auch der Nordflügel nicht müßig geblieben. Die hier zum Angriff bestimmten Truppen hatten sich zunächst in den Besitz der befestigten Stellung des russischen rechten Flügels zu setzen, die sich von Spullen aus zum Schoreller Forst und von dessen Nordsaum fast bis zur russischen Grenze erstreckte. Für den Angriff gegen diese Stellungen, die mit Drahthindernissen wohl versehen waren, war der 9. Februar in Aussicht genommen. Als sich aber beim Feinde Anzeichen rückgängiger Bewegungen bemerkbar machten, schritten die Truppen, obwohl sie zum Teil weder über ihre Maschinengewehre noch über ihre ganze Artillerie verfügten, schon am Nachmittag des 8. Februar zum Angriff. Am 9. Februar waren die feindlichen Stellungen genommen; der Feind ging in südöstlicher Richtung zurück. Die deutschen Truppen folgten in Gewaltmärschen. Trotz der allergrößten Schwierigkeiten, die diesen Märschen die Naturgewalten entgegenstellten, erreichten die deutschen Marschkolonnen am 10. die Linie Pillkallen–Wladyslawów und am 11. die große Straße Gumbinnen–Wyllowyszki. Der rechte Flügel hatte bis zur Einnahme von Stallupönen fast 4000 Gefangene gemacht, 4 Maschinengewehre und 11 Munitionswagen genommen. Die Mitte zählte bei der Wegnahme von Eydtkuhnen–Wirballen und Kibarty 10000 Gefangene, 6 genommene Geschütze, 8 Maschinengewehre und erbeutete außerdem zahlreiche Bagagewagen — darunter allein 80 Feldküchen —, 3 Militärzüge, sonstiges zahlreiches rollendes Material, Massen von russischen Liebesgaben und — was die Hauptsache war, einen ganzen Tagessatz Verpflegung. Beim linken Flügel endlich wurden 2100 Gefangene gemacht und 4 Geschütze genommen. Bis zum 12. Februar, an welchem Tage unsere Truppen, nunmehr schon ganz auf russischem Boden, Wizainy, Kalwarija und Mariampol besetzten, hatte sich die Zahl der von den Truppen des Nordflügels genommenen Geschütze

[1] 7. Februar 1915.

auf 17 gesteigert. Die russische 73. und 56. Division waren bis zu diesem Zeitpunkte so gut wie vernichtet, die 27. Division aufs schwerste geschädigt.

Der vor der Angerapp-Linie und den Befestigungen von Lötzen gelegene Gegner hatte inzwischen gleichfalls den Rückzug in östlicher Richtung eingeleitet. Nunmehr schritten auch die in den deutschen Befestigungen bisher zurückgehaltenen Truppenteile, aus Landwehr und Landsturm bestehend, zum Angriffe gegen den weichenden Feind, dessen lange Marschkolonnen von unseren Fliegern festgestellt wurden. An diesem und an den nächsten Tagen kam es an den verschiedensten Stellen zum Kampfe. Wiederum wurden zahlreiche Gefangene gemacht.

II.

Während aus der Gegend von Tilsit die Truppen des Generalobersten v. Eichhorn bei Schnee und Eis in Gewaltmärschen auf Suwalki und Sejny marschierten und der rechte deutsche Heeresflügel sich über Grajewo auf Augustów Bahn brach, hatte die Mitte der Truppen des Generals v. Below mehrtägige Kämpfe in der Gegend von Lyck durchzuführen. Begünstigt durch die natürliche Verteidigungsfähigkeit der Masurischen Seen, setzte sich der Feind in den künstlich verstärkten und größtenteils mit Drahthindernissen versehenen Engen hartnäckig zur Wehr. Hier wollte er sich um jeden Preis behaupten, um der Masse seiner Armee die Durchführung des Rückzugs auf Suwalki und Augustów zu ermöglichen. Der Feind, der hier seine besten — sibirische — Truppen entfaltet hatte, die unter einer energischen Führung mit anerkennungswerter Energie fochten, fühlte sich so stark, daß er an einzelnen Stellen aus den Engen der Masurischen Seen zum Angriffe vorgegangen war und befestigte Stellungen bezogen hatte, die mehrere Kilometer über den Lycker See in westlicher Richtung vorgeschoben waren. Die deutschen Truppen hatten diese Stellungen am 12. Februar genommen; der Feind war auf die Seenengen zurückgegangen. Er hielt nunmehr einerseits das Gelände, das sich zwischen dem Laszmiaden-See und dem Dorfe Woszczellen erstreckt und anderseits die Engen zwischen Woszczellen und Lycker See. Für die deutsche Führung kam es darauf an, den Zugang zur Stadt Lyck von Norden her zu öffnen. Die Besitznahme des Dorfes Woszczellen mußte dabei von ausschlaggebender Bedeutung sein. Die zu diesem Angriff ausersehene Truppe bestand aus Landwehr und dem Füsilierregiment Nr. 33, während die Truppen der Generale v. Falck und v. Butlar die Engen selbst angriffen.

Diese Kämpfe um Lyck spielten sich vor den Augen des Allerhöchsten Kriegsherrn ab. Seine Majestät der Kaiser war am 13. Februar in Lötzen eingetroffen, um zunächst jene Stellungen zu besichtigen, die seine Truppen — vorwiegend Landsturm und Landwehr — in ununterbrochenen, drei Monate langen Kämpfen erfolgreich verteidigt hatten. Am Nachmittag traf Seine Majestät dann auf der Höhe westlich des Dorfes Grabnick ein, an dessen Ostausgang die deutschen Geschütze donnerten, während die Infanterie bei lebhaftem Gewehr- und Maschinengewehrfeuer im fortschreitenden Angriffe gegen Woszczellen lag. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte der Allerhöchste Kriegsherr, an dessen Aufstellungsorte die Kaiserstandarte gehißt war, die einzelnen Phasen des Kampfes bis zur einbrechenden Dunkelheit. Leichter Regen rieselte vom Himmel — die strenge Kälte der letzten Tage hatte sich in Tauwetter verwandelt —, als der Feuerkampf allmählich einschlief. Nur um die Enge von Woszczellen wurde noch weitergekämpft und diese am Abend vom Füsilierregiment 33 erstürmt. Kurz vor der Abfahrt nach Lötzen, wo der Hofzug des Kaisers stand, konnte die Meldung von diesem Erfolge, der mit der Gefangennahme von 300 Russen geendet hatte, überbracht werden. Indessen verkündeten die Feuerbrände am nächtlichen Himmel, daß die Russen rückgängige Bewegungen eingeleitet hatten, bei denen sie bekanntlich die Ortschaften, die sie hinter sich lassen, der Flamme übergeben. Am Morgen des 14. Februar wurde der Kampf um die Seenengen bei Lyck so lange fortgesetzt, bis diese vom Feinde geräumt wurden. Seine Majestät hatte schon am Morgen, diesmal östlich Grabnick, Aufstellung genommen. Auf russisch sprach er Gefangene an und erkundigte sich nach deren näherer Heimat. Auf die Meldung, daß Lyck genommen sei, eilte der Kaiser nach dieser Stadt vor, in welche gerade die siegreichen Truppen (hanseatische und mecklenburgische Landwehr sowie die 33er Füsiliere) von Westen her einmarschierten. Während diese Truppen an ihrem Kaiser vorbeizogen, betraten auch von Süden her deutsche Soldaten die befreite Stadt. Es waren die Truppen der Generale v. Falck und v. Butlar.

Die Stadt Lyck war mit durchziehenden und sich sammelnden Truppen aller Waffen angefüllt, deutsche Soldaten noch im Begriff, die Häuser nach versprengten Russen abzusuchen und schwarzweißrote Fahnen zum Zeichen des Sieges auszuhängen, als auf dem Marktplatze Seine Majestät eintraf, um dessen Person sich die Truppen formierten. Als der Kaiser den Kraftwagen verließ, wurde er mit drei donnernden Hurras begrüßt. Die Soldaten umringten und umjubelten ihn und stimmten dann die Lieder »Heil dir im Siegerkranz« und »Deutschland, Deutschland über alles« an. Es war eine tiefergreifende welthistorische Szene. Die Größe des Augenblicks kam allen zum Bewußtsein, die Truppe schien alle ausgehaltenen Strapazen gänzlich vergessen zu haben. Hinter den Reihen der um ihren Kaiser gescharten Soldaten standen Hunderte von russischen Gefangenen mit ihren phantastischen vielgestalteten Kopfbedeckungen und ebenso verschiedenen Gesichtszügen, die Völkerstämme ganz Asiens repräsentierend. Der Kaiser kommandierte nun »Stillgestanden!« und hielt eine kurze, markige Ansprache an seine lautlos ihn umstehenden Soldaten. Hinter dem Kaiser ragte als Ruine die ziegelrote, im Ordensstil erbaute Kirche auf, deren mächtiger Kirchturm völlig ausgebrannt und deren Dachstuhl zerstört war. Die Häuserreihen rechts und links Seiner Majestät waren bis auf die Grundmauern niedergebrannt, verkohlende Balken ragten gen Himmel. Inmitten dieses Bildes der Zerstörung war nur eines erhalten geblieben: das Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Feldzuges 1870/71, geschmückt mit dem Friedensengel und dem Eisernen Kreuz.

Nachdem der Kaiser seine Ansprache beendet hatte, zog er noch verschiedene mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse geschmückte Offiziere ins Gespräch. Dann richtete er anerkennende Worte an das Füsilierregiment Nr. 33, ein ostpreußisches Regiment, das sich in diesem Kriege ganz besonders ausgezeichnet und auch schon große Verluste ertragen hat. Zwischen den Häuserreihen der zerschossenen Stadt mit ihren ausgeplünderten Läden hindurcheilend, fuhr dann Seine Maje-

stät noch nach Sybba weiter, wo er Teile seines pommerschen Grenadierregiments begrüßte, auf welche Ansprache der Kommandeur Graf Rantzau dankend erwiderte. Die verfolgenden Truppen gelangten an diesem Tage noch über Lyck hinaus.

Am 15. Februar war kein Russe mehr auf deutschem Boden. Ostpreußen war vom Feinde befreit.

Die Kämpfe bei Wirballen am 10. Februar 1915.

Unter den größten Anstrengungen, welche die tiefverschneiten Wege verursachten, waren die Truppen des Generals v. Lauenstein am 2. Februar an den Feind herangekommen und warfen diesen in leichten Kämpfen aus dem Schureller Forst hinaus. Wie aus erbeuteten russischen Befehlen hervorgeht, glaubte der Gegner sich vor dem deutschen Ansturme in eine bereits wohlvorbereitete Stellung Pillkallen-Stallupönen zurückziehen und dort behaupten zu können, aber der starke Flankendruck, den die deutsche Offensive ausübte, zwang den Feind zum Aufgeben dieses Planes und veranlaßte ihn, sich nach einer dritten, gleichfalls vorbereiteten Stellung südlich Wirballen zurückzuziehen. Es waren anderthalb russische Divisionen, die sich am Nachmittag des 10. Februar dort einfanden und in Eydtkuhnen, Kibarty und Wirballen zur Ruhe übergingen. Obwohl man vom Anmarsch der deutschen Kräfte wußte, hielt man es für ausgeschlossen, daß die Deutschen bei dem herrschenden Schneesturm an diesem Tage noch herankommen könnten. Man wiegte sich derart in Sicherheit, daß man sogar auf das Ausstellen irgendwelcher Sicherungsposten gänzlich verzichtete. Nur so konnte es kommen, daß die Angreifer, die sich durch die Naturgewalten nicht aufhalten ließen, noch am 10. Februar an die russische Unterkunft herankamen, allerdings nur mit Infanterie und einigen Geschützen; denn alles übrige war in den Schneewehen steckengeblieben. Es war Abend, als Eydtkuhnen, und es war Mitternacht, als Wirballen überfallartig angegriffen und erstürmt wurde. Auf der Chaussee standen zwei russische Batterien mit 12 Geschützen und einer großen Anzahl von Munitionswagen, anscheinend rastend. An sie kam die deutsche Infanterie, ohne einen Schuß zu tun, bis auf 50 m heran. Die sämtlichen Pferde wurden niedergeschossen und dann die Geschütze und Munitionswagen genommen. Der Rest der Bedienung flüchtete. Sowohl in Eydtkuhnen wie in Wirballen kam es dann zu nächtlichen Straßenkämpfen, die mit der Gefangennahme von 10000 Russen endeten. Die Zahl der Gefangenen war so groß, daß man kaum wußte, was man mit ihnen anfangen sollte. Nach der Einnahme der beiden Orte fielen auch die dortigen Bahnhöfe in deutsche Hände, mit ihnen eine schier unermeßliche Beute. Es standen hier drei Lazarett- und ebensoviel Verpflegungszüge. Einer dieser Züge war der Lazarettzug der Zarin, der von dem Fürsten Lieven und zahlreichem Personal begleitet wurde. In ihm fand der Stab des Generals v. Lauenstein ganz unerwartet ausgezeichnetes Nachtquartier. Die übrigen Züge waren mit einer großen Menge Hafer, ausgezeichneten Konserven, sehr viel Schokolade, ferner mit Stiefeln und Pelzwesten in großer Zahl beladen. Jeder berittene deutsche Soldat war imstande, eine Pelzweste an sich zu nehmen; augenblicklich noch wichtiger war aber für die seit zwei Tagen auf eiserne Portion angewiesene deutsche Truppe die Erbeutung von 110 russischen Feldküchen, die fast durchweg mit warmem Essen gefüllt waren. Man kann sich den Jubel unserer siegreichen Truppen vorstellen, als diese Beute in ihre Hand gefallen war. Es war augenblicklich der schönste Lohn für die junge Truppe, die an diesem Tage teilweise zum erstenmal ins Gefecht gekommen war und sich glänzend geschlagen hatte.

Schulter an Schulter mit unseren Verbündeten[1].

Veröffentlicht am 12. März 1915.

Während der ersten Kriegsmonate war es den Russen gelungen, Galizien und die Bukowina zu besetzen, im Karpathengebirge vorzudringen und dort Stellungen einzunehmen, von wo aus sie Ungarn bedrohten. Wie eine Insel inmitten der feindlichen Brandung hielt sich noch die galizische Festung Przemysl. Wollte Österreich-Ungarn Przemysl entsetzen und zugleich verhindern, daß der Russe Galizien, Ungarn und die Bukowina ebenso mit Beschlag belegte, wie Deutschland es mit Belgien und Nordfrankreich getan hatte, so galt es, die dortigen Streitkräfte aufs äußerste anzuspannen, die Russen in ihrem Vormarsch aufzuhalten, ihnen ihre Stellungen wieder zu entreißen und sie mit verdoppelter Wucht in großer Offensive nordwärts zurückzudrängen.

Zur Erfüllung dieser überaus wichtigen Aufgabe beschlossen die Verbündeten im Januar ein gemeinsames Vorgehen. Zwischen die österreichisch-ungarischen Armeen und Armeegruppen wurden deutsche Kräfte eingeschoben, die von Munkács als ihrer Operationsbasis den Vorstoß in die Karpathen alsbald unternahmen.

Zu den Schwierigkeiten, die jeder Gebirgskrieg, zumal im Winter, einer gegen feindlich besetzte Höhen vorrückenden Truppe bereitet, treten in den Karpathen[2] die ungewohnten Hindernisse, wie sie die eigenartige Formation dieses Gebirges mit sich bringt. Von Süden nach Norden führen etliche gut gangbare Straßen über die Paßhöhen. Große Längstäler, die sich in nordöstlicher Richtung erstrecken, sind aber zwischen den hintereinander gelagerten Hauptrücken so gut wie gar nicht vorhanden. Was die großen und hohen Kämme trennt, ist vielmehr ein bewegtes Meer von mittleren Bergen und Hügeln, die sich kulissenartig staffeln und nur selten einen weiteren Überblick gewähren. Die quer durch die Karpathen führenden Straßen können deshalb von unzähligen Punkten aus beherrscht werden, und auch ein zurückweichender Gegner findet auf Schritt und Tritt immer wieder neue Stellungen, die er leicht befestigen und in denen er sich mit verhältnismäßig geringen Kräften behaupten kann. Infolgedessen ist der Angreifer oft gezwungen, seine eigentliche Vormarschstraße zu verlassen, die in mühseligem Spürdienst entdeckten Schlupfwinkel des Feindes zu umgehen und sich ihnen auf unwegsamen Seiten- und Nebenpfaden zu nähern, Pfade, die er bei tiefem Schnee erst auffinden und freischaufeln muß.

Was das für die Sicherung und Aufrechterhaltung der rückwärtigen Verbindungen und überhaupt für die Beförderung schwerer Lasten bedeutet, liegt auf der Hand. Die Karpathen erheben sich zu Höhen von 1000—2600 m. Steigungen, die die Fahrstraße in

[1] Behandelt die Schwierigkeiten des Winterfeldzuges 1914/15 in den Karpathen.

[2] Vgl. die Reliefkarte der Karpathen.

langen Windungen allmählich erschleicht, müssen abseits der Straßen durch steilen Anstieg errungen werden. Rollendes Fuhrwerk versagt hier ganz. Nur Tragtiere vermögen dem kletternden Menschen dorthin zu folgen, und ihnen muß er alles aufbürden, was er an Munition und Lebensmitteln bedarf.

Auch die Fliegeraufklärung hat in den Bergen mit außerordentlichen Widerwärtigkeiten zu kämpfen. Die hohen Stellungen des Feindes zwingen den Flieger zu um so viel höheren Flügen. Die Wolken, die sich in den kurzen und gewundenen Tälern stauen und festklemmen, hindern die Beobachtung ebenso wie die verschleiernden und täuschenden Nebelbildungen. Dabei werden die Winde in dem zerklüfteten Gelände in einer Weise gefangen und wieder zurückgeworfen, die eine Vorausberechnung der Luftströmungen geradezu ausschließt und den schwebenden Apparat fortwährend mit tückischen Überraschungen bedroht.

Der Winterfeldzug in den Karpathen stellte unsere Truppen noch vor weitere neue und beschwerliche Aufgaben. Zunächst mußten sich die deutsche und die österreichisch-ungarische Heeresverwaltung so miteinander einspielen, daß die Verschiedenheit der beiderseitigen Einrichtungen, Vorschriften und Gewohnheiten die glatte Arbeit des neuen Instruments nicht beeinträchtigte. Wohl selten hat es sich klarer gezeigt, was guter Wille vermag, als hier. Unterschiede, die man im Frieden für wesentlich hielt, werden durch freundschaftliches Entgegenkommen schnell ausgeglichen; aus zwei geschichtlich und grundsätzlich voneinander abweichenden Verwaltungen ist eine dritte entstanden, die sich der Vorzüge beider zu bedienen weiß.

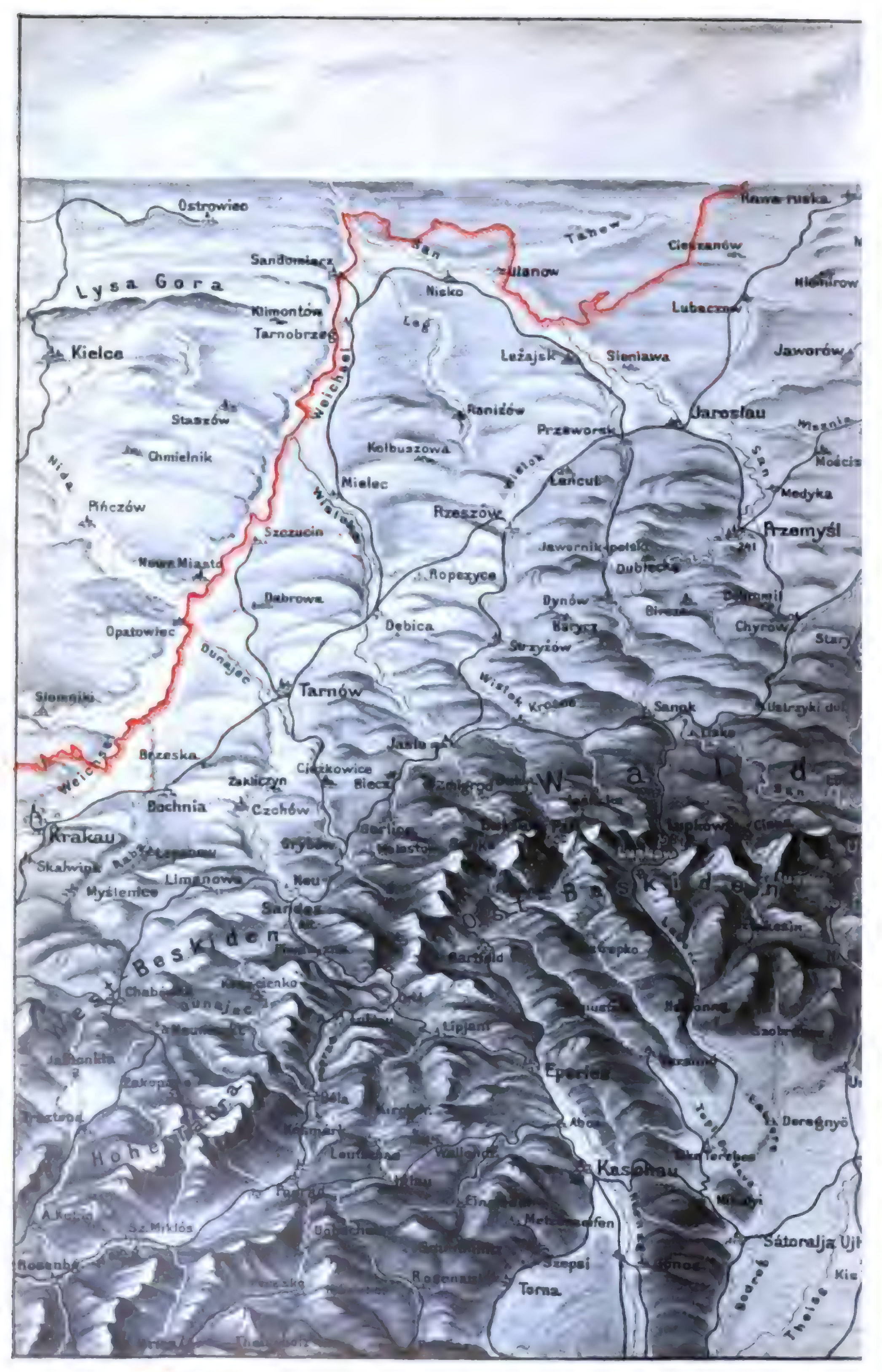
Und dann die Witterung. Wir hatten von Anfang an mit einem strengen Winter gerechnet, zumal uns bekannt war, daß in den Karpathen die Kälte im Februar mit 25—30° unter Null ihren Höhepunkt zu erreichen pflegt. Kleidung und Ausrüstung der Truppe sind danach eingerichtet. Eine große Menge von Fuhrwerken haben wir auf Schlittenkufen gesetzt. Ganze Kompanien sind mit Schneeschuhen ausgestattet. Auch an Eskimohunden fehlt es nicht, die bei dem starken Schneefall im Samariterdienst verwendet werden. Allein der Himmel zeigte sich von seiner launischen Seite. Klingender Frost (bis zu 23°) schlug mehrmals plötzlich in frühlingsmäßiges Tauwetter um; frischer meterhoher Schnee schmolz unter lauen Regengüssen schnell wieder dahin. Die Kolonnen mit ihren Tausenden von Wagen und Schlitten mußten sich bald durch tiefen Schnee, bald über Glatteis, bald in wahren Morästen von Straßenschlamm vorwärts quälen, und häufig hatten sie auf ihrem Vormarsch, je höher sie stiegen, an ein und demselben Tage all diese Hemmnisse der Reihe nach zu bewältigen. Für den durch solche Tagesleistung übermüdeten Soldaten erneuerte sich immer wieder die Gefahr, daß er am Abend, nichts als Schlaf und Ruhe begehrend, im Schnee niedersank und die tötenden Wirkungen des Frostes vergaß. Viele der leider nicht seltenen Erfrierungsfälle, auch manche ernsteren Hals- und Lungenerkrankungen sind auf einen Erschöpfungszustand zurückzuführen, der alle vernünftigen Maßnahmen des Schutzes und der Vorsicht nur allzu leicht außer acht läßt.

Was nun die Quartiere betrifft, so konnte man sich von der armen und teilweise schon früher gründlich gebrandschatzten Bevölkerung der Karpathendörfer von vornherein nicht viel versprechen. Es kann kaum etwas malerischer und urwüchsiger sein als die hölzernen, dünn mit Lehm verklebten, rosa oder bläulich angestrichenen Hütten jener Gegend. Diesen Blockhausbauten mit ihren hoch darauf gestülpten Dächern aus Schindeln oder Stroh sieht man gleichsam in jeder Fuge noch die Handarbeit an; sie erinnern in ihrer primitiven Gestalt in der ausschließlichen Verwendung heimatlicher Rohstoffe an die Höhlen und Zelte der Wilden, an die Nester der Vögel und an die erstaunlichen Gehäuse, womit tierischer Instinkt sich zuweilen umgibt. Aber darin zu wohnen wird den Menschen aus einer höheren Lebenshaltung schwerer, als in Schützengräben oder auf freiem Felde zu kampieren. Zugluft und Rauch, Gerüche und Ungeziefer, Engigkeit und Schmutz hauchen dem Fremden eine Atmosphäre von Ungesundheit entgegen, die er nicht gerade als anheimelnd empfindet. Vor allem war es jedoch die gewaltige Zahl unterzubringender Menschen und Pferde, was die Militärbehörden veranlaßte, überall große Baracken zu errichten und unter Schonung der Einwohner selbst für die Unterkunft der Truppen zu sorgen.

So finden wir an und neben den Heerstraßen außer den Tausenden, die selbst kämpfen oder den Kämpfenden ihren Lebensbedarf nachtragen sollen, noch ein zweites Heer, das Heer der Arbeiter. Die einen bauen Baracken, die anderen schaufeln Schnee oder bessern die Straßen und Brücken aus. Eine höchst wichtige und schwierige Aufgabe ist den Pionieren zugefallen. Auf der Strecke der die Karpathen durchquerenden Eisenbahn sind in einem früheren Stadium des Feldzuges mehrere große Viadukte zerstört worden. Es handelt sich um Brückenbogen, die in einer Höhe von 35 m eine 40 m breite Kluft überspannten. An die Stelle der zwischen zwei steinernen Pfeilern hängenden Eisenkonstruktion ist ein riesiges Holzgerüst getreten, das, aus der Tiefe emporstrebend, den künftigen Schienenweg tragen wird. Das sind keine Instandsetzungsarbeiten, die von heute auf morgen beschafft werden können. Wochen mußten vergehen, bis das kunstvolle Bauwerk aufgerichtet und den Truppen endlich die Bahn wieder freigemacht war.

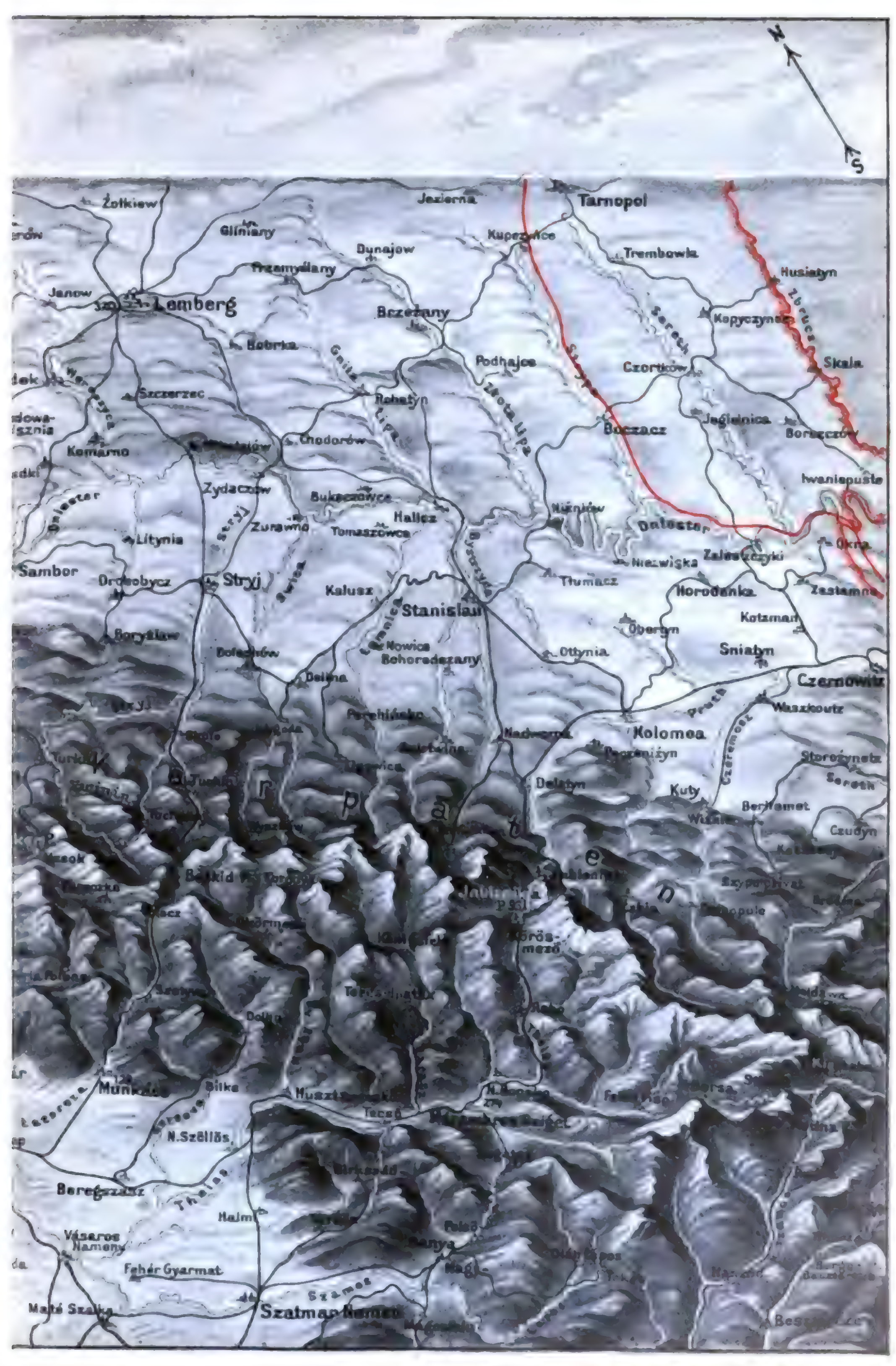
Wir haben auf einige der großen Schwierigkeiten hingewiesen, die es erklären, warum die deutschen Truppen, obendrein gegen den Widerstand der überall sehr geschickt und zäh operierenden Russen, die Karpathen nicht im Sturm durchschreiten konnten. Es kommt hinzu, daß die unerwartet schwankende Witterung in demselben Maße, wie sie unseren Vormarsch verzögerte, dem Gegner Zeit ließ, immer mehr Verstärkungen heranzuziehen. Desto erfreulicher ist es, zu beobachten, wie die Deutschen all dieser Schwierigkeiten Herr werden. Auf jeder nach Galizien hinführenden Straße haben wir dasselbe Schauspiel einer unaufhaltsam vorwärts rollenden Woge. Überall sehen wir deutsche und österreichisch-ungarische Truppen frisch und entschlossen nachrücken, überall begegnen uns Scharen gefangener Russen in ihrem Feldbraun. Eine feindliche Stellung nach der anderen wird genommen, oft erst nach tagelangen Kämpfen und unter blutigen Verlusten, aber stets mit der geduldigen Zuversicht, daß wir es doch länger aushalten werden als der Gegner. Es ist ein anderer Krieg, als ihn unsere deutschen Soldaten bisher gelernt hatten, aber sie passen sich wunderbar schnell den neuen Verhältnissen an, und mit Abhärtung und Ausdauer wird manches wettgemacht, was ihnen vielleicht an Übung mangelt.

Die



Landesgrenze.

rpathen.



Frontlinie Frühjahr 1916.

Die deutschen Truppen in den Karpathen.

Im Januar (1914) wurde im nördlichen Ungarn eine neue Armee gebildet. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppenteile wurden unter dem Oberbefehl des Generals der Infanterie v. Linsingen vereinigt zum Vorgehen über die allgemeine Linie Kalocsa Laz–Ökörmezö–Volócz–Vezérszállás und nordwestlich gegen die russischen Stellungen auf den ungarisch-galizischen und nördlich gelegenen Paßhöhen. Die operativen Bewegungen dieser Armee waren in Einklang zu bringen mit dem Vorschreiten der österreichisch-ungarischen Nachbartruppen.

Gegen Ende Januar trat die neue Armee, in ihren einzelnen Gruppen teilweise vermischt mit österreichisch-ungarischen Verbänden, den Vormarsch an in den Tälern des Talabor, Nagy Ag, der Latorcza, der Vecsa und westlich, während schwächere Kräfte des Bundesgenossen in allgemeiner Linie Kalocsa Láz-Gegend von Volócz sicherten. Hier spielten sich zunächst nur Kämpfe von geringerer Bedeutung ab, bis die Gesamtoperationen der Armee auf Straße Ökörmezö–Toronya und bei Volócz–Vezérszállás auf stärkeren Feind stieß. Einer deutschen, hinter dem rechten Flügel der linken Nachbararmee an den Uzsokpaß vorgeschobenen Division fiel die Aufgabe zu, aus Gegend Hyla zunächst in Richtung Libuchora in den Rücken des vor der Front der neuen Armee stehenden Gegners vorzustoßen.

Bereits in der letzten Januarwoche (25./1.) hatte die Armee in erfolgreichem Vorgehen das Höhengelände bei und östlich Leveles gewonnen, feindliche Gegenangriffe von Toronya abgewiesen, das Massiv des Menscil (1346 m) besetzt und die Gebirgszüge des Kliva (803 m) und westlich davon nach schweren Kämpfen gestürmt. In der Front wurden wiederholt heftige russische Angriffe auf die Kiczirkahöhen (734 m) mit großen Verlusten für den Gegner abgewiesen, die Vortruppen der Armee nach Einnahme von Vezérszállás in die Gegend Abranka und westlich vorgeschoben.

Wenige Tage später schlug der rechte Flügel den Feind erneut, nahm die Orte Toronya, Felsö-Szebes, Majdánka und Tarfalu und verfolgte den schnell zurückgehenden Feind auf Wyszkow.

Die Operationen wurden in dem schwierigen Gebirgsgelände durch die Witterung sehr beeinträchtigt. Fast übermenschliche Anstrengungen hatten die Truppen im Marsch und besonders im Angriff zu überstehen, ungewohnte Hindernisse des Gebirgskrieges zu überwinden. Mühsam und beschwerlich gestaltete sich der Marsch auf den verschneiten, steil ansteigenden oder in zahlreichen Serpentinen auf die Paßhöhen sich windenden Straßen. Eis und Schnee, Glätte, tief ausgefahrene Gleise erschwerten den Vormarsch außerordentlich. Ins Ungeheure aber wuchsen die Hindernisse und Anstrengungen, sie zu überwinden, sobald die Truppe die Straße verlassen und sich zum Angriff entwickeln mußte. Steile, glatte Schneehänge waren zu überschreiten, vereiste Sturzbäche zu überwinden. Häufig sanken die Schützenlinien bis zur Schulter in den Schnee ein. So gestaltete sich der Angriff zu einem unerhört schweren, mühsamen Vorarbeiten in Schnee und Eis; der einzelne Schütze mußte sich seinen Weg gegen die feindliche Stellung im Feuer des Verteidigers durch den tiefen Schnee ausschaufeln. In diesen Schneegassen mußte der Angriff vorgetragen werden, während der Gegner Hindernisse vor seinen Stellungen in Gestalt von ausgedehnten Schneewällen auftürmte, die den Angreifer dicht vor den Drahthindernissen in weichen Schneemassen versinken ließen. Die hereinbrechende Dunkelheit fand die kämpfende Truppe im leuchtenden Schnee dicht vor den Stellungen. Wochenlang erwartete die Armee bei ihren vielen Angriffen auf den Paßhöhen und einzelnen Gebirgsrücken in Höhen von über 1000 m, häufig in eiskaltem Winde bei 20° unter Null, den heranbrechenden Tag und den zu erneuernden Angriff.

Hier haben die Truppen in den ungewohnten Verhältnissen der Kriegführung im winterlichen Hochgebirge Höchstleistungen vollbracht, wie wohl kaum eine andere Truppe in ähnlicher Lage. Schwere Opfer mußten allerdings gebracht, Verluste ertragen werden.

Unter solchen Verhältnissen konnten die operativen Bewegungen und die Angriffe nur schrittweise und langsam vorschreiten. Der frontale Angriff unter solchen Schwierigkeiten kostete bedeutende Verluste, die Umfassungsbewegungen beanspruchten lange Zeit in den wegearmen, vollständig verschneiten Nebentälern, endlose Zeit, wenn sie quer über die Gebirgszüge angesetzt werden mußten. Wenn gleichwohl die Armee vordrang, so ist dies einer wirklich unvergleichlichen Truppe zu verdanken und einer Führung, die sich den neuen Verhältnissen und allen Schwierigkeiten anzupassen verstand.

Anfangs Februar stießen die angesetzten Umfassungskolonnen auf starke Fronten, die der Gegner durch herangezogene Verstärkungen besetzt und befestigt hatte. Teile des rechten Armeeflügels, umfassend gegen den Bergsattel von Wyszkow vorgehend, warfen nach heftigem Kampf den Feind auf Seneczow zurück. In der Front wurde der Verbiassattel (an Straße Vezérszállás–Tucholka) gestürmt. Auch die auf dem linken Flügel umfassend gegen den feindlichen Rücken angesetzte Division stieß in Gegend von Smorze auf eine starke Stellung. Durch neuauftretenden Feind aus nördlicher Richtung in linker Flanke und im Rücken bedroht, befreite sich diese Division durch einen erfolgreichen Angriff auf die Stellung bei Smorze selbständig aus ihrer gefahrvollen Lage und griff noch am Abend des 2. Februar einen neuen Gegner bei Annaberg an. Ein Sieg der Division bei Annaberg mußte dem die Lysahöhen haltenden Gegner den Rückzug abschneiden. Auch auf der übrigen Front wurden in diesen Tagen weitere Teilerfolge erzielt. Der Lysapaß wurde gestürmt; viele Gefangene blieben in unserer Hand. Die Höhen nördlich und südlich des Passes räumte der Gegner einige Tage später und zog sich über Tucholka nach dem Zwinin I zurück. Die nach siegreichem Angriff bei Annaberg freigewordene Division wurde über Gegend Smorze–Magura in den Kampf gegen die Flanke der starkbefestigten Stellung vor dem rechten Flügel der linken Nachbartruppe und später auf den Zwinin II eingesetzt.

Zum Untergang der 10. russischen Armee[1].

Veröffentlicht am 15. März 1915.

Nach dem Zusammenbruch der russischen 10. Armee in der Winterschlacht von Masuren[2] und der Kapitulation im Forst von Augustów sammelten sich

---

[1] März 1915.
[2] Vgl. die Schilderung auf S. 196 ff.

die Reste des russischen 3. Armeekorps unter den Befestigungen von Olita, jene des 26. und 3. sibirischen Korps waren auf die Festung Grodno und hinter die Bobrlinie zurückgegangen. Der Armeeführer General Sievers, sein Generalstabschef sowie der kommandierende General des 3. Armeekorps wurden abgesetzt, drei neue Armeekorps (das 2., 13. und 15.) nach Grodno herangezogen und die gelichteten Reihen der übrigen Korps mit Rekruten aufgefüllt. So entstand neuerdings eine russische 10. Armee, die Ende Februar vergebliche Anstrengungen machte, die deutschen Truppen, die bis an die Bobrlinie und bis dicht an die Festung Grodno vorgerückt waren, zu vertreiben.

Bei diesen Angriffen erlitten die Truppen des bei Tannenberg vernichteten, inzwischen neu aufgefüllten 15. Armeekorps, die in unbeholfenen, dicken Angriffskolonnen vorgingen, die schwersten Verluste. Es lag nicht in der Absicht der deutschen Führung, dicht vor der mit Beton ausgebauten Bobrlinie und den Forts von Grodno sich festzulegen und eine Aufstellung beizubehalten, die dem Feinde eine offene linke Flanke bot; es war vielmehr in Aussicht genommen, sobald wie irgend möglich Operationsfreiheit wieder zu gewinnen. Vorher galt es jedoch noch, die ungeheure Beute zu bergen, die allenthalben in dem Forst von Augustów zerstreut lag. Sobald diese Arbeiten einigermaßen beendet waren, leiteten die deutschen Truppen jene Bewegungen ein, die zu der beabsichtigten neuen Gruppierung führten.

Der rechte Flügel nahm in der Gegend von Augustów inzwischen vorbereitete Stellungen ein, andere Kräfte wurden an geeigneten Punkten versammelt. Planmäßig wurden zunächst alle deutschen Verwundeten, einschließlich der Schwerverwundeten, zurückgeschafft, auch wurden Kolonnen und Trains sowie Fahrzeuge aller Art usw. so rechtzeitig zurückgesandt, daß sich der Rückmarsch der Truppen trotz vereister Wege glatt vollzog. Dem Feinde blieben die deutschen Bewegungen völlig verborgen, ja er belegte am Vormittag des auf unseren Abzug folgenden Tages die ehemaligen deutschen Stellungen mit Artilleriefeuer genau wie an den früheren Tagen. Die deutschen Truppen hatten die geplanten Aufstellungen bereits eingenommen, als der russische Armeeführer, wie aus Aussagen gefangener Stabsoffiziere hervorgeht, einen siegatmenden Befehl erließ, in dem von großen Erfolgen auf der ganzen Linie die Rede war und durch den die Unterführer zu den »energischsten Verfolgungsoperationen« bis in den »Rücken des Feindes«, den man bei Kalwarija anzunehmen schien, angespornt wurden.

In großer räumlicher Trennung setzten sich das 3. russische Armeekorps von Simno auf Lozdsieje, das 2. Armeekorps von Grodno über Kopciowo-Sejny auf Krasnopol in Bewegung, die übrigen russischen Korps gingen durch den Forst von Augustów vor, stießen hier aber auf starken deutschen Widerstand, den zu brechen den Russen nicht gelang, obwohl sie mit zwei- und dreifacher Überlegenheit mehrere Tage hintereinander die deutschen Stellungen angriffen.

Am 9. März begann die deutsche Offensive gegen das auf dem russischen rechten Flügel vorgehende 3. Armeekorps. Als dieses sich plötzlich bei Lozdsieje und Swięto-Jezitory von Norden her in der Flanke bedroht und umfaßt sah, trat es eiligst den Rückzug in östlicher und südöstlicher Richtung an, mehrere hundert Gefangene und einige Maschinengewehre in unserer Hand lassend. Durch diesen Rückzug gab der russische Führer die Flanke des benachbarten 2. Armeekorps frei, dessen Kolonnen am 9. März, wie unsere wackeren Flieger meldeten, Berzniki und Giby erreicht hatten. Gegen dieses Armeekorps richtete sich jetzt die Fortsetzung der deutschen Offensive. Diese durchzuführen war wahrhaftig keine Kleinigkeit, denn es herrschten elf und mehr Grad Kälte, und die Wege waren so glatt, daß Dutzende von Pferden aus Erschöpfung umfielen und die Infanterie nur 2—3 km in der Stunde zurückzulegen vermochte. Am 9. und 10. März kam es bei Sejny und Berzniki zum Kampfe gegen den überraschten Gegner, dessen Vorhut sich bereits zum Angriff in westlicher Richtung bei Krasnopol entwickelt hatte, und der sich jetzt gezwungen sah, nach Norden Front zu machen. Sejny und Berzniki wurden noch in der Nacht vom 9. zum 10. erstürmt, bei Berzniki zwei ganz junge Regimenter völlig aufgerieben, die beiden Regimentskommandeure gefangengenommen. Der russische Armeeführer, der wohl eine Wiederholung der Umfassungsschlacht von Masuren kommen sah, gab am 10. März, die Aussichtslosigkeit weiteren Widerstandes einsehend, seiner gesamten Armee den Befehl zum Rückzuge. Bald konnten unsere Flieger die langen Marschkolonnen des Feindes wahrnehmen, die sich auf der ganzen Linie von Giby bis Sztabin durch den Forst von Augustów in vollem Rückzuge auf Grodno befanden. Am 11. März besetzten unsere Truppen in der Verfolgungshandlung Makarze, Froncki und Giby, eine deutsche Kavalleriedivision nahm noch in der Nacht Kopciowo im Sturm, sie zählte dort allein 300 tote Russen, und über 5000 Gefangene, 12 Maschinengewehre und 3 Geschütze blieben in unserer Hand. Größere ernstliche Kämpfe hatten nicht stattgefunden. Allein die Drohung mit einer kräftigen deutschen Umfassung hatte genügt, um nicht nur den bedrohten Flügel, sondern eine ganze feindliche Armee, die sich auf einer Frontbreite von nicht weniger als 50 km zum Angriff aufgebaut hatte, zum schleunigsten Rückzuge zu veranlassen.

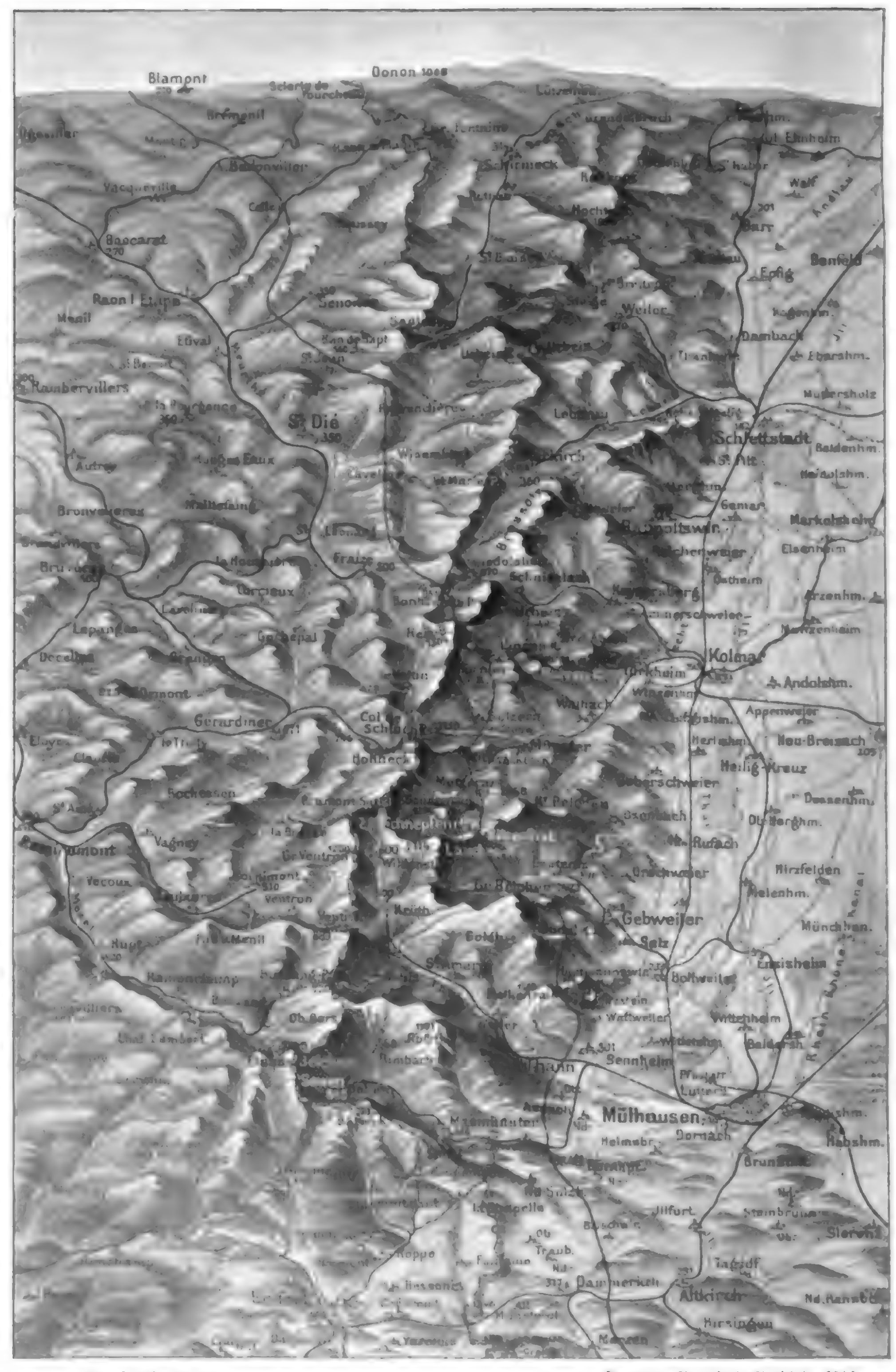
Der geplante Russeneinfall in Tilsit und die Kämpfe vom 18. bis 29. März[1].

Veröffentlicht am 4. April 1915.

Als die Russen gegen Mitte Februar die von ihnen besetzt gewesenen Teile Ostpreußens schleunigst verlassen mußten und dann nach der Winterschlacht die Reste ihrer 10. Armee hinter den Njemen und Bobr retteten, mußte es sowohl in Petersburg als bei den Verbündeten peinlich berühren, daß das russische Heer nun überall von Feindes Boden vertrieben war. Da es der neuen 10. Armee nicht gelingen wollte, gegen Ostpreußen Raum zu gewinnen, auch alle gegen die Südgrenze dieser deutschen Grenzprovinz unternommenen Angriffe scheiterten, so verfiel man auf den Plan, sich in Besitz des äußersten Nordzipfels Ostpreußens zu setzen, um wenigstens durch diese »Eroberung« deutschen Gebietes die gedrückte öffentliche Meinung in Rußland neu zu beleben. — Zu diesem Zweck wurde die sogenannte Riga-Schawli-Gruppe gebildet, die aus dem größeren Teile der 68. Reservedivision, Reichswehren und Grenzschutz-

[1] 1915.

Der Wasgenwald.



Landesgrenze. Deutsche Frontlinie Frühjahr 1916.

truppen zusammengesetzt und dem Befehle des Generals Apuchtin unterstellt wurde, der Mitte März seine Truppen gleichzeitig auf Memel und Tilsit in Bewegung setzte. Die Ereignisse von Memel sind bekannt[1]. Während die Russen dort den Hunnen gleich hausten, waren am 18. März vor Tauroggen, das nur von vierzehn deutschen Landsturmkompanien besetzt war, die Hauptstreitkräfte des Generals Apuchtin erschienen. Gegen die acht russischen Bataillone der durch Reichswehr verstärkten Infanterieregimenter 269 und 270 und rund 20 Geschütze hatte der deutsche Landsturm einen schweren Stand. Als seine beiden Flanken umfaßt waren, mußte er, um der Gefahr des Abgeschnittenwerdens zu entgehen, sich auf Laugszargen durchschlagen. Auf dem linken Flügel war dabei die Landsturmkompanie des Grafen Hagen in eine verzweifelte Lage geraten. Obwohl von allen Seiten von den Russen umstellt, durchbrach sie den Ring und machte dabei noch 50 Russen gefangen. Am 23. März stand der Landsturm mit dem rechten Flügel an den Jurafluß angelehnt bei Ablenken und in der Gegend nordwestlich davon, die Straße nach Tilsit deckend. An diesem Tage gelang es dem Feinde, sich in den Besitz von Ablenken zu setzen. Die Gefahr, daß der deutsche rechte Flügel völlig eingedrückt und der Landsturm von der Tilsiter Straße nordwärts abgedrängt würde, lag sehr nahe. An diesem Tage trafen jedoch die ersten deutschen Verstärkungen ein. Es war ein Ersatzbataillon aus Stettin, geführt von Major von der Horst, das nach dreißigstündiger Bahnfahrt in Tilsit angekommen war, dort Kaffee trank und sich sofort nach der bedrängten Stelle in Bewegung setzte. Nach einem Fußmarsche von 24 km näherte sich das Bataillon gegen Abend Ablenken und warf die Russen in glänzend durchgeführtem Nachtangriff nach Norden zurück. Die Krisis war dadurch auf deutscher Seite überwunden, und als in den nächsten Tagen weitere Verstärkungen eingetroffen waren, konnte General v. Pappritz, der die Operationen leitete, zur Offensive übergehen. Das inzwischen eingetretene Tauwetter erschwerte die Bewegungen auf den Nebenwegen aufs äußerste. Hier stand das Wasser derart hoch, daß auf einem solchen Wege die Geschütze stecken blieben und die Infanterie bis zum Knie, teilweise selbst bis zum Leib im Wasser watete; ein Artilleriepferd ertrank buchstäblich auf dem Wege, der in einen wahren Sumpf verwandelt war. Als die Russen die gegen sie eingeleitete Umfassung erkannten, gingen sie hinter die Jura auf Tauroggen zurück. Unsere Truppen, die zum Teil die von den Russen in Memel verübten Greuel dort gesehen oder erfahren hatten, verfolgten, erfüllt von unbeschreiblicher Erbitterung, den Feind, der sich bei Tauroggen verschanzte und vom dortigen hochgelegenen Kirchturme sein Artilleriefeuer gegen die deutschen Verfolger leitete. Diese mußten, um die eigene Artillerie heranzubringen, zunächst einen tragfähigen Übergang über die Jeziorupaschlucht herstellen, wodurch viel Zeit verlorenging, die der Feind seinerseits zur Verstärkung seiner Anlagen und zum Bau von Hindernissen ausnützte. In der Nähe des Gutes Tauroggen wurde durch die deutsche Infanterie, angeleitet durch Pioniere, bei eisiger Kälte — es war inzwischen wieder Frostwetter eingetreten —, unter schwierigsten Verhältnissen ein erster Steg hergestellt. Bis zum Abend des 28. wurde ein zweiter Steg fertig, der als Schnellbrücke über das inzwischen zu Eis gewordene Wasser der Jura hinübergeschoben wurde. Am 29. März 3 Uhr morgens waren die Erkundungen beendet. Um diese Stunde begann der Sturm unter Führung des schon bei Memel vortrefflich bewährten Majors v. Nußbaum, dessen ausgezeichnetes Bataillon das Zeichen zum Vorgehen auch für die anschließenden Landwehr- und Landsturmbataillone gab. Über das Eis des Flusses hinweg stürmten die deutschen Truppen die feindlichen Schützengräben und setzten sich in den Besitz der Stadt Tauroggen. Von drei Seiten angegriffen, gaben die Russen nach schwersten Verlusten ihren Widerstand auf und flüchteten nach Zurücklassen von mehr als 500 Toten und 500 Gefangenen in die Wälder, nachdem sie in den vorhergehenden Tagen dieselbe Zahl von Gefangenen in deutscher Hand gelassen hatten.

Die Kämpfe bei Münster.[1]

Veröffentlicht am 10. März 1915.

Die Vogesen[2] sind dem Deutschen weniger bekannt als die übrigen Bergländer innerhalb seiner Heimat, aber sie stehen an Schönheit und Reichtum der Formen, in denen sich der schroffe Charakter des Harzes mit den weichen Formen des Thüringer Waldes verbindet, keinem nach. An dem »Loch von Belfort«, dessen Festungsgebiet die Übergänge aus dem südlichen Elsaß nach Frankreich sperrt, beginnen die Vogesen. Bereits 20 km nördlich der Festung gipfelt der Kamm mit 1245 m im Welschen Belchen, und nordöstlich vorgelagert überragt der Große Belchen (1423 m) seine Umgebung. Von diesem höchsten südlichen Teil, den oberen Vogesen, senkt sich das Bergland mählich über die mittleren und unteren Vogesen gleichlaufend mit dem Rheintal zu dem Hügelland der Rheinpfalz.

Größere zusammenhängende Operationen fanden nur in dem offenen Südelsaß statt, in das die Franzosen wiederholt den Einbruch von Belfort her versuchten, ohne dauernde Erfolge erringen zu können. Es ist nur ein ganz schmaler Streifen diesseits der Grenze, den sie zu behaupten vermochten. Nordwestlich Kolmar tritt die deutsche Gefechtslinie auf französisches Gebiet über. Wie auf der ganzen Westfront, so sind auch im Südelsaß und in den Vogesen die Operationen vorübergehend in einen Stellungskampf übergegangen, dessen Einförmigkeit einzelne offensive Unternehmungen unterbrechen. Ihren Schauplatz bildeten in letzter Zeit die oberen Vogesen, in denen der Gegner Schritt für Schritt gegen den Kamm zurückgedrückt wird. Die Einnahme des Hartmannsweilerkopfes südwestlich Sulz ist noch in Erinnerung, und dieser Tage[3] meldete die oberste Heeresleitung siegreiche Kämpfe bei Münster.

Die Leistungen unserer Truppen in diesen Gefechten sind über alles Lob erhaben. Hier ist kein langsames Vorarbeiten unter der Erde mit Laufgraben, Schützengraben, Sappen und Minenstollen in einem Gelände, das Zusammenhang und Übersicht bietet. Die oberen Vogesen sind vielmehr ein dicht bewaldetes, zerklüftetes Bergland, in dem nur wenige aus

[1] Am 17. und 18. März hatten die Russen Memel besetzt und geplündert, am 21. wurden sie vertrieben.

[1] Vom 19. bis 23. Februar 1915.
[2] Vgl. die Reliefkarte »Wasgenwald«.
[3] Gemeint sind die Heeresberichte vom 20. bis 24. Februar 1915.

dem Rheintal gegen den Kamm führende Täler durchgehende Verbindungen zur französischen Grenze öffnen. Zahllose Seitentäler und Tälchen zerlegen das Zwischengelände in ein Gewirr vieler Kuppen und »Köpfe«, die die Querverbindung erschweren und den militärischen Operationen bisweilen im vollen Sinne des Wortes unübersteigbare Hindernisse in den Weg zu stellen scheinen. Die leichte Verteidigungsfähigkeit der Straßen und Wege zwingt aber den Angreifer, diese zu verlassen und sich über steile Abstürze auf und ab den Weg zu bahnen. Geröll und umgestürzte Bäume, die das Alter oder das Feuer der schweren Artillerie gefällt haben, decken die Hänge, und jeder Stein, der ins Rollen kommt, droht den Hintermann zu erschlagen. Unten am Hang sinkt der Fuß in weichen Schnee, weiter hinauf ist selbst mit Eisstollen nur ein mühsames Vorwärtskommen über gefrorene Hänge. Rein sportlich betrachtet, sind solche Kletterübungen bereits eine gute Leistung. Der deutsche Soldat aber, der den Winterfeldzug in den Vogesen führt, sieht sich einem entschlossenen und gewandten Gegner gegenüber, der ihn nicht nur vom halben Hang aus kunstvoll angelegten Feldkanzeln und hinter sicherer Deckung von der Höhe aufs Korn nimmt, sondern der vorwärts der eigenen Stellung in den dunklen Kronen mächtiger Tannen nistet, über und hinter dem Angreifer unsichtbar lauernd, um den sicheren Schuß abzusenden. Diese »Baumschützen« erklettern die höchsten Wipfel mit Steigeisen, binden sich oben fest und decken sich durch Zweige gegen Sicht von unten; nur wenige von ihnen kommen lebend von ihrem Hochsitz herunter, denn mit Recht findet diese hinterlistige Kampfart keine Gnade vor den Augen unserer Soldaten. Ist der Höhenkamm genommen, dann macht der Felsboden nicht selten den Ausbau einer Stellung unmöglich, und eine Mauer aus zusammengetragenen Felsblöcken und Steinen muß notdürftigen Schutz gegen das Feuer des Gegners geben, der sich von neuem auf der nächsten Höhe über dem Tal festgesetzt hat.

Solcher Arten waren die Bedingungen, unter denen die Kämpfe nördlich und südlich Münster vom 19.—23. Februar geführt wurden, an denen fast alle deutschen Stämme zum Schutz des Elsaß teilnehmen.

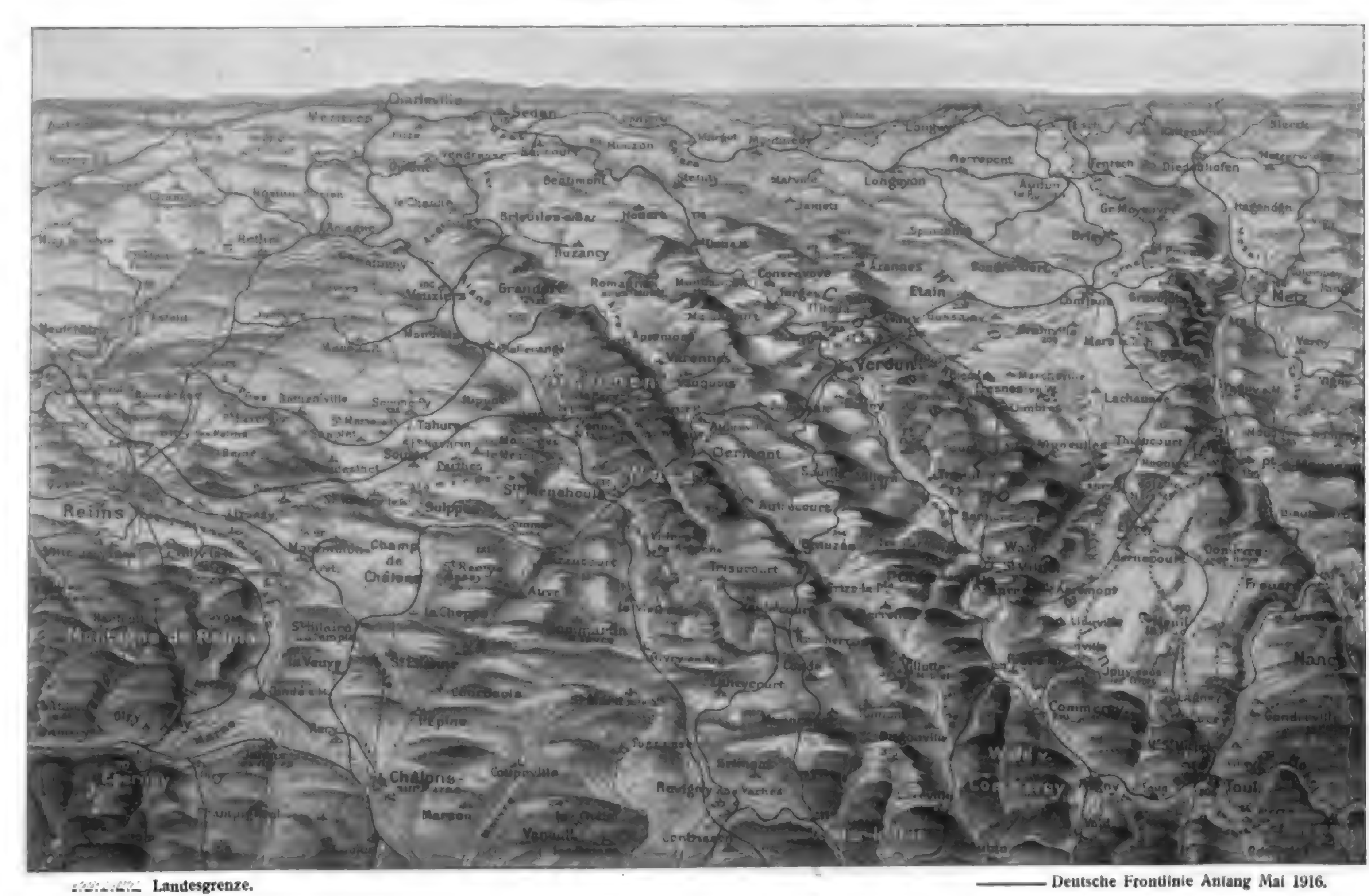
Das Städtchen Münster liegt in dem malerischen Tal der Fecht, durch das Bahn und Straße von Kolmar nach Gérardmer auf der französischen Seite der Vogesen über den bekannten Schluchtpaß, eine der wichtigsten Querverbindungen der oberen Vogesen, führen. Münster war in deutschem Besitz, aber die Franzosen hielten die Höhen unmittelbar nordwestlich und südwestlich des Ortes, von wo ihre »Baumschützen« eine unerwünschte Wirkung gegen unsere Schützengräben hatten. Besonders bemerkbar machte sich einer dieser unsichtbaren Freischützen, den unsere Leute »August« tauften. An seinem Platze wurden später 30 Konservenbüchsen gefunden, ein Beweis, wie lange sich »Baumschützen« in ihrem Versteck halten können. Die südlich und nördlich an Münster angrenzenden deutschen Stellungen waren von den französischen überhöht, die die talaufwärts gelegenen Ortschaften und die für den Gegner als rückwärtige Verbindung wichtige Schluchtstraße deckten. So erwies sich die Verschiebung der eigenen Stellung als notwendig, um taktisch günstigere Stellungen zu gewinnen. Der Führung war die Schwierigkeit der Aufgabe bewußt, aber sie wußte, daß die Truppen sie lösen würden. Gefangene Franzosen sagten später aus, daß man auf ihrer Seite nicht an die Möglichkeit eines Angriffes geglaubt hätte. Die Geschichte hat um die Kämpfe am Gaisberg und an den Spicherer Höhen im August 1870 einen romantischen Schleier gewoben; der Sturm auf den Barren-, den Klein- und Reichsackerkopf stellt sich als eine unvergleichlich schwierigere Leistung dar. Bayerische und württembergische Infanterie und Pioniere haben ihn am 19. und 20. Februar ausgeführt.

Bis zum 19. Februar zog sich die deutsche Stellung im Norden von Münster über Haslach–Genesungsheim–Frauenackerkopf, dann im weiten Bogen nach Osten zum Lingekopf, während sie südlich des Ortes über den Ober-Solberg zum Klein-Belchen verlief. Das Tal zwischen Münster und dem 1 km nordwestlich gelegenen Stoßweier trennte den Angriffsraum in zwei natürliche Abschnitte. Es war anzunehmen, daß der lang hingestreckte, das Tal abschließende Ort Stoßweier von den Franzosen hartnäckig verteidigt werden würde, eine Voraussetzung, die Gefangene nachträglich bestätigten. Es wurde daher beschlossen, den Angriff über die Berge seitlich der Straße so vorzutragen, daß Stoßweier, von beiden Seiten umfaßt, geräumt werden mußte.

Den Kämpfen bei Münster waren deutsche Angriffe im Gebweiler Tale vorausgegangen, durch die der Gegner mehrere Kilometer zurückgedrängt worden war. Von dort her erfolgte der Anmarsch gegen das obere Fechttal, der sich infolge der verschneiten Höhen, die sich über 1100 m erheben und über die Schneeschuhtruppen Wege gebahnt hatten, sehr schwierig gestaltete.

In den frühen Stunden des 19. Februar begann der Angriff auf der ganzen Linie; Bayern und Württemberger trugen ihn vor. Bereits im Laufe des Vormittags nahm württembergische Landwehr die Vorberge dicht westlich Münster und den Kleinen Hörnleskopf. Indessen gewannen die Truppen des südlichen Abschnittes im Fechttal nur langsam Raum an den Hängen des Reichsacker- und Sattelkopfes. Besonders schwere Kämpfe entwickelten sich im nördlichen Abschnitt, aus dem Barrenkopf und Kleinkopf wie natürliche Festungen hervorragen. Ein bayerisches Regiment und württembergische Landwehr haben hier Außerordentliches geleistet; die Bayern waren junge Truppen, die hier ihre Feuertaufe erhielten, die aber eine Ausdauer und Unerschrockenheit bewiesen wie die ältesten kampferprobten Bataillone. Den Spaten in einer Hand, das Gewehr in der anderen, Eisstollen an den Füßen, krochen sie die fast senkrechten glatten Hänge hinan, von der Höhe und von Baumschützen überall umlauert und beschossen. Fünfmal erklommen die Tapferen die steilen Höhen, und fünfmal wurden sie von dem übermächtigen Feuer des Gegners zur Umkehr gezwungen. Aber immer wieder sammelten sie sich auf der Straße, die, im halben Hang eingeschnitten, einige Deckung bot, und wo sie in ihre Mäntel gehüllt eine bange Nacht verbrachten. Am zweiten Tage, dem 20., gab der sechste Ansturm den blutig erkauften Kamm in ihre Hände. Die Reihen der Führer und der Mannschaften waren lichter geworden; ein Bataillonskommandeur, der seinen Leuten vorausstürmte, fiel, als er eine Handgranate in die französische Stellung warf. In ihr und hinter ihr am jenseitigen Hang war die weiße Erde mit den dunklen

Champagne — Maas — Mosel.



Landesgrenze.

Deutsche Frontlinie Anfang Mai 1916.

Gestalten gefallener Alpenjäger besät; nur wenige entgingen dem Tode durch Flucht. Sie sind in den französischen Alpen zu Hause, und der Gebirgskrieg ist ihr eigentliches Element; jeder einzelne ist ein Scharfschütze. Bei diesen ausgezeichneten Eigenschaften des gefährlichen Gegners sind die Leistungen unserer jungen Angriffstruppen, die nicht aus den Bergen stammen, ganz besonders bemerkenswert. Fünf Tage und fünf Nächte lagen sie unter freiem Himmel in den verschneiten Gefechtsstellungen und lebten von dem Brot und den Konserven, die sie mitgenommen hatten. Erst am 23. Februar war die Lage vollkommen geklärt und die ganze Stellung, gegen die der Angriff angesetzt war, in deutschen Händen.

Eigentümlich hatte sich die Lage bei dem Dorfe Stoßweier entwickelt. Als der Gegner am 21. Februar, dem dritten Gefechtstage, den Ort noch nicht geräumt hatte, wurde beschlossen, ihn im Sturm zu nehmen. Bayerische Kavallerie, württembergische Landwehr und badischer Landsturm gingen im Tal gegen die schmale Ostfront des Dorfes vor, das sie im erbitterten Nahkampf von Haus zu Haus nahmen. Die Lage des siegreichen Detachements gestaltete sich indessen recht schwierig, da der hartnäckige Gegner das unmittelbar westlich angrenzende Dorf Kilbel und die südlich und nördlich ansteigenden Hänge behauptete und von dort die Verbindung nach Münster unter Feuer hielt. Da kam die Artillerie dem bedrängten Detachement zu Hilfe, indem sie den Alpenjägern das Verbleiben in Kilbel unmöglich machte und den Nachbartruppen das Vorgehen über die Stoßweier von beiden Seiten beherrschenden Höhen erleichterte. Kilbel wurde am frühen Morgen des 23. Februar besetzt, und damit war der Zusammenhang der neugewonnenen Linie vom Barren- und Kleinkopf über Eichwald bis zum Reichsaderkopf und Sattel hergestellt. Das Ziel fünftägiger schwerer Kämpfe war erreicht, und wieder begann unter Leitung und Beistand der Pioniere die Arbeit mit Beilpicke und Spaten, die in den unübersichtlichen, Überraschungen begünstigenden Waldbergen ebenso wichtig wie im Felsboden schwierig ist. Was den Gräben an Tiefe fehlt, muß in der Höhe durch mühsam aufgetürmte, erdbedeckte Steinmauern gewonnen werden, und an manchen Stellen kann den fehlenden Laufgraben nur die geschickte Führung des Schützengrabens ersetzen. Mancher sorgsam ausgebaute Unterstand der Alpenjäger leistet gute Dienste, nachdem er an der neuen Front verstärkt und vor allem gründlich gereinigt worden ist.

Das Ergebnis der heißen Gefechtstage waren außer rund 800 gefallenen Franzosen 600 Gefangene und mehrere Maschinengewehre. Die Beute an sonstigem Material konnte in dem unübersichtlichen Gelände noch nicht abschließend festgestellt werden.

»In den Vogesen nahmen wir die feindliche Hauptstellung auf den Höhen östlich Sulzern in einer Breite von 2 km sowie den Reichsaderkopf westlich Münster im Sturm ... In der Gegend südöstlich Sulzern nahmen wir Hohrodberg ... wurden die Orte Horod und Stoßweier nach Kampf, der Sattel nördlich Mühlbach im Sturm genommen ...« So lauteten die Mitteilungen der obersten Heeresleitung über die Kämpfe bei Münster. Von denen, die sie lasen, ahnten wohl nur wenige etwas von dem stillen Heldentum unserer Jungen und Alten, die Grenzwacht in den Vogesen halten.

Die Kämpfe zwischen Maas und Mosel[1].

Veröffentlicht am 7., 9., 12., 16. und 21. April 1915.

Bereits vor Ostern war zu erkennen, daß die Franzosen zu einer neuen großen Unternehmung gegen die von den Deutschen befestigten Maashöhen, die Côtes Lorraines, schreiten würden. Wie aussichtslos ein bloßer Frontalangriff sein würde, hatten die Erfahrungen des Winters gezeigt. Der neue Versuch wurde deshalb gegen beide Flanken der deutschen Kräfte zwischen Mosel und Maas unternommen, eine neue Armee hierfür — wie Gefangene aussagen — gebildet.

Nach den ersten tastenden Versuchen, den gleichzeitig von unseren Fliegern beobachteten Verschiebungen hinter der französ. Front, den einleitenden Infanteriekämpfen im Priesterwalde und westlich davon, begann am 3. April eine heftige Tätigkeit der französischen Artillerie im Norden bei dem vielumstrittenen Combres und auf der Südfront zwischen Mosel und Maas. Die deutschen Vorposten gingen, als sich nun die feindliche Infanterie entwickelte, planmäßig von Regniéville und Fey-en-Haye auf die Hauptstellung zurück.

Am Ostermontag, dem 5. April, begann der eigentliche Angriff der Franzosen, auf der Südfront zunächst nördlich von Toul, dann auch im Priesterwalde, gleichzeitig am Nordflügel südlich der Orne sowie zwischen Les Eparges und Combres. Erfolg war den Franzosen nirgends beschieden. Wo kleine Trupps an einzelnen Stellen bis an die deutschen Gräben oder selbst in sie hinein gelangten, wurden sie überall wieder hinausgeworfen.

Am heftigsten entbrannte der Kampf an zwei Punkten. Zwischen der Maas und Apremont kamen in dem waldigen Gelände die Franzosen nahe an die deutschen Stellungen heran, ehe vernichtendes Feuer sie auf kurze Entfernung empfing. Besonders östlich von Flirey entwickelte sich eine regelrechte Schlacht. Den französischen Schützen, die, geschickt jede Geländefalte ausnutzend, vorgingen, folgten starke Reserven, um den Angriff nach Norden vorzutragen. Hier fand die deutsche Artillerie große Ziele und gelangte zu gewaltiger Wirkung gegen sie. Nach kurzer Zeit waren die Reserven in wilder Flucht, während der Schützenangriff im deutschen Gewehrfeuer verblutete. Bei Flirey selbst war es nötig, im nächtlichen Kampf zum Bajonett zu greifen, um die deutschen Gräben zu behaupten.

Sobald der Infanterieangriff am 5. April erloschen war, verstärkte sich auf beiden Seiten die Tätigkeit der Artillerie, mit welchem Erfolge für die deutschen Geschütze, geht aus einer Beobachtung hervor, die am 6. April morgens gemacht wurde: Hunderte von Leichen wurden aus den französischen Gräben nach vorwärts hinausgeworfen.

Am 6. April scheiterten bei Flirey drei neue französische Angriffe. Auch im Priesterwalde griff der Feind von neuem an; hier warf sich dem französischen 13. Infanterieregiment ein rheinisches Bataillon, die »Wacht am Rhein« singend, mit der blanken Waffe entgegen und schlug den Feind in die Flucht. — —

Das Ergebnis des 6. April war, daß alle französischen Angriffe nordöstlich und östlich Verdun ebenso wie die Vorstöße auf dem Südflügel zusammengebrochen waren. Einen kurzen Erfolg der Franzosen auf der Combreshöhe glichen die Gegenangriffe unserer Infanterie aus, so daß die Höhe am Abend in deutschem Besitz blieb.

[1] April 1915; vgl. die zugehörigen Karten.

Die Nacht zum 7. April verlief hier nach diesen schweren, für den Gegner sehr verlustreichen Kämpfen ruhig. Dagegen wurden die deutschen Stellungen auf dem Südflügel zwischen Flirey und der Mosel während der ganzen Nacht unter schwerem französischen Artilleriefeuer gehalten, das von unserer Artillerie durch einige erfolgreiche Feuerüberfälle erwidert wurde. Dieses Artilleriefeuer dauerte den ganzen 7. April an. Am frühen Vormittag wurde hier starke Besetzung der Schützengräben und die Versammlung von Reserven dahinter erkannt, und gegen 9½ Uhr vormittags begannen Angriffe dieser Kräfte gegen das Bois de Mort-Mare. Viermal stürmten sie gegen unsere Stellungen vor, um jedesmal mit schweren Verlusten zurückgeworfen zu werden. Haufen von Gefallenen türmten sich vor unseren Gräben. Östlich des Bois de Mort-Mare scheiterten über das offene Gelände unternommene französische Angriffe bereits in der Entstehung in unserem Artilleriefeuer, während sie links davon im Priesterwalde bis an unsere Stellungen gelangten, um hier im Feuer zu enden.

Im Bois d'Ailly gelang es einem von Bayern unternommenen Angriff, bis in die französischen Stellungen einzudringen und die Gräben zu nehmen. Diese wurden nach ihrer Zerstörung aufgegeben, da ihr Besitz taktischen Wert im Rahmen unserer Stellung nicht hat.

Am Nordflügel wurde die Combreshöhe heute (7. April) vom frühen Morgen an mit schwerem Artilleriefeuer belegt. Vormittags entspannen sich auch hier wieder Infanteriekämpfe, zunächst mit wechselndem Ausgang, bis nachmittags als Enderfolg alle Gräben in unserer Hand blieben, worauf die Franzosen von neuem das Artilleriefeuer dorthin lenkten. Im Laufe des Nachmittags dehnte sich das Artilleriefeuer gegen unsere nördlich an die Combreshöhe anschließenden Stellungen in der Woëvre-Ebene aus. Ein dort auch heute wiederum mit starken Kräften unternommener ausgedehnter französischer Angriff brach in unserem Feuer zusammen. Der Tag endete mit einem deutschen Erfolg auf allen Teilen der Front.

* * *

Während bis zum 7. April die französischen Angriffe sich ausschließlich gegen beide deutsche Flügel gerichtet hatten, setzte der Gegner nunmehr auch zum Angriff gegen die Mitte an, nachdem er in Gegend von St. Mihiel neue starke Kräfte versammelt hatte.

Am Spätnachmittag des 7. April erfolgte der erste Angriff aus dem Walde La Selouse, 9 km nördlich St. Mihiel, gegen unsere Stellungen in der ungefähren Linie Seuzey–Lamorville. Es kam zu schweren Kämpfen, in denen der zurückflutende Angreifer zahlreiche Tote und Verwundete auf dem Kampfplatz ließ; 2 Offiziere, 80 Mann blieben gefangen in unseren Händen.

In der Nacht vom 7. zum 8. April dauerten Artilleriekämpfe an verschiedenen Stellen der Front, besonders an der Combreshöhe und zwischen Regniéville–Fey-en-Haye, mit kurzen Unterbrechungen an. Stellenweise folgten Infanterieangriffe. Südöstlich Verdun, bei Marcheville, brachen zwei Angriffe bereits 100 m vor unseren Stellungen zusammen. Im Bois d'Ailly gelang es den Franzosen, in einen Teil der von ihnen am Tage vorher verlorenen Gräben wieder einzudringen. Die im Bois Brulé bei Tagesanbruch begonnenen Angriffe wurden ebenso wie drei nächtliche Vorstöße im westlichen Teil des Priesterwaldes abgewiesen.

Am Nachmittag und am Abend des 8. entfaltete der Gegner zugleich an verschiedenen Teilen der Front eine rege Tätigkeit. Ein aus dem Walde La Selouse unternommener Vorstoß scheiterte ebenso wie der Angriff an derselben Stelle vom Tage vorher. Gleichzeitig entwickelten sich stundenlange schwere Kämpfe am Bois de Mort-Mare, in denen der Gegner schließlich mit der blanken Waffe zurückgeworfen wurde, und in derselben Weise endeten Angriffe in Gegend Regniéville, im Priesterwalde und südlich der Orne.

Der 8. April wie die Nacht zum 9. standen unter dem Zeichen erbitterter Kämpfe um die Combreshöhe. An diesem Punkt scheinen die Franzosen Verstärkungen aus den obenerwähnten neuen Kräften eingesetzt zu haben. Am 8. April vormittags besetzten sie die von uns in Anbetracht schwersten Artilleriefeuers geräumten Grabenstücke, um die dann den ganzen Tag heiß gekämpft wurde. In der Nacht zum 9. April gelang es unseren Truppen, den Gegner aus einem Teil der Gräben wieder hinauszuwerfen, die ganze Hauptstellung wurde von uns gehalten. Ein neuer, bei Tagesanbruch mit überlegenen Kräften angesetzter französischer Angriff zwang indes wieder zur Räumung einiger Grabenstücke.

Gegenüber diesen Ereignissen an der Combreshöhe treten die Vorgänge auf der übrigen Front in den Hintergrund. Von einigen Feuerüberfällen abgesehen, verlief die Nacht vom 8. zum 9. im allgemeinen ruhig. Nur am Bois de Mort-Mare, wo am Nachmittag die Franzosen in stundenlangem Ringen unter schwersten Verlusten zurückgeworfen waren, griffen sie in den Abendstunden von neuem an, ohne ein besseres Ergebnis zu erzielen. Dagegen gelang es unseren in die französische Stellung nachdrängenden Truppen, 2 Maschinengewehre zu nehmen. Trotz dieser Mißerfolge entschloß sich der Feind am frühesten Morgen des 9. zur Erneuerung des Angriffs, der aber wiederum unter außerordentlichen Verlusten für ihn zusammenbrach.

Am 9. April legten die Franzosen wieder den Schwerpunkt ihrer Angriffe auf den Nordflügel zwischen Orne und Combreshöhe. So griffen sie in der Woëvre-Ebene zwischen Parfondrupt und Marcheville von Mittag bis Mitternacht viermal, jedesmal in einer Breite von etwa 6 km, an und wurden stets verlustreich zurückgeschlagen. Während der Nacht entfalteten darauf ihre Minenwerfer, zeitweise von Artillerie unterstützt, eine lebhafte Tätigkeit. Am Nachmittag stieß der Gegner auf der ganzen Linie der Combreshöhe aus seinen Gräben hervor, nachdem er seit dem Vormittag unsere Stellungen unter schwerstem Artilleriefeuer gehalten hatte. Es gelang ihm, an einer Stelle bis zur Mulde auf der Südseite der Höhe durchzustoßen, ehe der Angriff in dem Feuer unserer zweiten rückwärtigen Stellung verblutete. Unsere Truppen behaupteten nicht nur die Höhe, sondern ein Regimentskommandeur ergriff die Initiative zum Gegenangriff, der uns wieder in Besitz von Teilen unserer Vorstellung brachte.

Auf der übrigen Front brachte der Tag in der Mitte der Kampffront, in der Linie Seuzey–Spada, einen ernsten, aber erfolglosen Angriff des Gegners; wir machten 71 Gefangene. Ein Angriff schwächerer Kämpfe im Walde von Ailly wurde leicht abgewiesen, und auch ein Vorstoß über die Linie Regniéville–Fey-en-Haye endete unter außerordentlich starken Verlusten bereits in unserem Artilleriefeuer; nördlich Regniéville blieben an einer Stelle 500 Leichen liegen.

CHAMPAGNE-WOËVRE.

Maßstab 1 : 850 000

Kilometer

Frontlinie der Deutschen.

Bibliographisches Institut, Leipzig.

Der Abend des 9. April brachte am Croix des Carmes im Priesterwalde einen deutschen Angriff, dem es gelang, 3 Blockhäuser und 2 Verbindungsgräben dem Gegner zu entreißen, wobei 2 Maschinengewehre und 59 Gefangene in die Hände unserer Truppen fielen.

Am 10. April fanden Artilleriekämpfe auf der ganzen Front statt. Es konnte beobachtet werden, daß die Franzosen eifrig schanzten und ihre stark gelichteten vorderen Reihen durch neue Truppen ergänzten, dies besonders auf dem Nordflügel südlich der Orne, in der Mitte gegenüber der Linie Seuzey–Spada, sowie am Südflügel in Gegend von Regniéville. Die Truppenansammlungen wurden mit starkem Feuer belegt, und die dadurch hervorgerufenen Verluste mögen der Grund gewesen sein, daß der Gegner den Entschluß zum Angriff nicht finden konnte. Auch bei Les Eparges am Fuß der Combreshöhe stellten die Franzosen starke Kräfte bereit, die unser Artilleriefeuer fassen konnte.

Nur im Priesterwalde kam es an diesem Tage zu einem französischen Angriff, der ohne Mühe abgewiesen wurde.

So endete auch der 10. April wie alle vorhergegangenen Tage mit einem vollen deutschen Erfolg auf sämtlichen angegriffenen Fronten.

* * *

Die Tage vom 10. bis 14. April kennzeichnen sich durch besonders lebhafte Tätigkeit der Franzosen auf beiden deutschen Flügeln. Nach dem verhältnismäßig ruhigen Verlauf des 10. April nahm der Gegner bereits gegen Abend wieder eine lebhafte Tätigkeit auf. Bei einem französischen Angriff gegen die Linie Seuzey blieben gegen 700 Leichen auf der Waldlichtung zwischen den beiderseitigen Stellungen liegen. Auch bei Flirey brachen abends starke Kräfte zum Angriff vor, wurden aber, nachdem sie in einen Teil unserer Stellungen eingedrungen waren, wieder zurückgeworfen. Dennoch kehrte der Gegner am frühen Morgen des 11. April zurück, wurde erneut abgewiesen und ließ 3 Offiziere, 119 Mann gefangen in unseren Händen.

In diesem Abschnitt wurde später beobachtet, daß die Franzosen ihre Gefallenen wie Sandsäcke auf die Brustwehr ihrer Gräben aufpackten und mit Erde bewarfen.

Im Ailly- und im westlichen Priesterwalde spielten sich die ganze Nacht Nahkämpfe ab, die für unsere Truppen günstig endeten. Am frühen Morgen des 11. April setzten die Franzosen auch an der Combreshöhe zu einem neuen Angriffe an, der aber im Feuer unserer Artillerie nicht zur vollen Entwicklung kam. Am 11. April beschränkte sich die Gefechtstätigkeit im allgemeinen auf beiderseitiges Artilleriefeuer von wechselnder Stärke, in das stellenweise auch die Minenwerfer eingriffen. Nur im Priesterwalde führten zwei französische Angriffe nachmittags und abends erneut zu heftigen Nahkämpfen, in denen unsere Truppen die Oberhand behielten. Auf der Combreshöhe gelang es abends einem zweiten französischen Vorstoß, vorübergehend in Teile unserer Kammstellung einzudringen, aber nach zweistündigem Handgemenge wurde die Stellung vom Gegner wieder gesäubert.

Die beiden am Morgen und Abend abgeschlagenen französischen Angriffe gegen unsere Stellungen auf dem Kamm der Combreshöhe verdienen besondere Beachtung, denn mit ihnen widerlegen die Franzosen selbst die durch den Dank Joffres an die erste Armee der Welt am 10. April verkündete Botschaft von der endgültigen Eroberung der Combresstellung. Hätten die Franzosen dieses Ziel ihrer wochenlangen blutigen Bemühungen erreicht, dann wären die erwähnten Angriffe am 11. April nicht nur überflüssig, sondern ein sinnloses Blutvergießen gewesen. Sie wurden aber unternommen und abgeschlagen.

Die Nacht vom 11. zum 12. April verlief auf der ganzen Front im allgemeinen ruhig; nur stellenweise wurde die Ruhe von französischen Artillerie- und Infanteriefeuerüberfällen unterbrochen. Der 12. April brachte am größten Teil der Front von der Combreshöhe bis Richecourt nur Artilleriefeuer von mäßiger Stärke, dagegen bereitete eine sehr heftige Beschießung unserer Stellungen am Nordflügel zwischen Buzy und Marcheville, am Südflügel in dem Abschnitt östlich Richecourt auf Infanterieangriffe vor. Diese begannen mittags gleichzeitig bei Maizerey und Marcheville. Während der Gegner am letzteren Ort nach dem ersten abgeschlagenen Angriff auf eine Wiederholung zunächst verzichtete, ließ er bei Maizerey, wo sämtliche Angreifer im Feuer liegen blieben, in Abständen von je einer Stunde zwei weitere Vorstöße folgen, bei denen die Angriffstruppen auch völlig aufgerieben wurden. Ein Offizier, 40 Mann fielen in Gefangenschaft. Dennoch rannten die Franzosen abends noch einmal bei Marcheville mit drei aufeinanderfolgenden Schützenlinien, dicke Kolonnen dahinter, in unser Feuer, das diesem fünften Angriff ein blutiges Ende bereitete. An diesem Angriff beteiligten sich zwei Panzerautomobile. Um dieselbe Zeit wurde am südlichen Flügel im westlichen Priesterwald ein Angriff abgeschlagen. Hier wurden schwarze Truppen beim Schanzen beobachtet. Nach einer im allgemeinen ruhigen Nacht lebte am Morgen des 13. April das Infanteriegefecht auf beiden Flügeln wieder auf. Diesmal brachen die Franzosen ohne Artillerievorbereitung gegen unsere Stellung bei Maizerey und Marcheville vor, aber ihre Erwartung, unsere Truppen zu überraschen, wurde getäuscht und der Angriff abgewiesen. Im Priesterwalde wurde das Gefecht fortgesetzt, und nördlich Maizerey unternahm am Nachmittag der Gegner einen neuen vergeblichen Versuch, in unsere Stellungen einzudringen. In der Nacht zum 14. April unterhielten die Franzosen am Nordflügel heftiges Infanteriefeuer, in das zeitweise schwere Artillerie eingriff, um die Wiederherstellungsarbeiten an unseren Stellungen zu stören. Dennoch brach ein in der zweiten Morgenstunde unternommener starker Infanterieangriff vor unserer Linie zusammen. Dasselbe Schicksal ereilte im Laufe des Tages Infanterieangriffe nördlich Marcheville. In schmaler Front und großer Tiefe stürmte der Gegner dreimal gegen unsere Stellungen vor, wobei immer frische Kräfte die zurückflutenden aufnahmen und ihrerseits angriffen. Nach Aussagen Gefangener soll dabei das Infanterieregiment Nr. 51 aufgerieben worden sein. Im Walde von Ailly folgten einer wenig wirksamen Sprengung ebenfalls drei Infanterieangriffe, die sämtlich abgeschlagen wurden. Einen kleinen Erfolg hatten die Franzosen nördlich Flirey, wo sie sich nach starker artilleristischer Vorbereitung in den Besitz eines 100 m breiten Teiles unserer vordersten Stellung setzten. Der erbitterte Nahkampf dauerte den ganzen Tag über an und war am Abend noch nicht entschieden. Auch im westlichen Priesterwalde entspannen sich nachmittags heftige Nahkämpfe, die ebenfalls mit einem sehr verlustreichen Mißerfolg des Gegners endeten. Auf der übrigen

Front brachte der 14. April Artilleriekämpfe von wechselnder Stärke und eine stellenweise rege Tätigkeit der Nahkampfmittel.

* * *

In den Tagen vom 14.—19. April wirkte hauptsächlich die beiderseitige Artillerie, während die französische Infanterie, wohl unter dem Eindruck der in den vorhergegangenen Kämpfen erlittenen außerordentlichen Verluste, sich auf vereinzelte, stets mißglückte Teilangriffe beschränkte, die im Rahmen der Gesamtlage ohne Bedeutung waren. Diese Unternehmungen wiederholten sich fast ausschließlich in den Abschnitten unserer Front, gegen die sich seit Beginn der Kämpfe die französische Offensive mit besonderem Nachdruck richtet, am Nordflügel gegen unsere Stellungen bei Marcheville—Maizeren und Combres, am Südflügel gegen unsere Linien im Walde von Ailly, am Wald Mort-Mare, nördlich Regniéville—Fey-en-Haye und im westlichen Priesterwald.

In der Nacht vom 14. zum 15. April zeichneten sich die Feuerüberfälle auf die Combreshöhe durch besondere Heftigkeit aus. Hier wandte der Gegner auch Nebel- und Stinkbomben an, die den Zweck haben, einen Schleier von Rauch und unerträglichen Gasen vor und in unsere Stellungen zu legen, um den Einblick gegen den Feind zu verhindern und unseren Truppen den Aufenthalt in den Schützengräben zu erschweren. Ein Vorstoß im Priesterwald setzte in derselben Nacht unsere Truppen in Besitz eines Teiles der französischen Hauptstellung, die hier mit einem stark ausgebauten Stützpunkt gegen unseren vordersten Graben vorspringt. Der mit diesem Erfolg eingeleitete Nahkampf im westlichen Priesterwald dauerte die folgenden Tage und Nächte ohne Unterbrechung an.

Die Durchbruchsschlacht in Westgalizien[1].

Veröffentlicht am 7., 12., 14., 19., 26. Mai und 3. Juni 1915.

Völlig überraschend für den Feind hatten sich Ende April größere deutsche Truppentransporte nach Westgalizien vollzogen. Diese Truppen, den Befehlen des Generals v. Mackensen unterstellt, hatten die russische Front zwischen Karpathenkamm und dem mittleren Dunajec im Verein mit den benachbarten Armeen unseres österreichisch-ungarischen Verbündeten zu durchbrechen. Das Problem war ein neues, die Aufgabe keine leichte. Der Himmel bescherte unseren Truppen wundervollen Sonnenschein und trockene Wege. So konnten die Flieger und die Artillerie zu voller Tätigkeit gelangen und die Schwierigkeiten des Geländes, das hier den Charakter der Vorberge der deutschen Alpen oder den der Hörselberge in Thüringen trägt, überwunden werden. Unter den größten Mühsalen mußten an verschiedenen Stellen die Munition auf Tragetieren herangeschafft, die Kolonnen und Batterien über Knüppeldämme vorwärts gebracht werden. Alle für den Durchbruch nötigen Erkundungen und Vorbereitungen vollzogen sich reibungslos in aller Stille. Am 1. Mai nachmittags begann die Artillerie sich gegen die russischen Stellungen einzuschießen. Diese waren seit fünf Monaten mit allen Regeln der Kunst ausgebaut. Stockwerkartig lagen sie auf den steilen Bergkuppen und deren Hängen, mit Hindernissen wohlversehen, übereinander; an einzelnen den Russen besonders wichtigen Geländepunkten bestanden bis zu sieben Schützengrabenreihen hintereinander. Die Anlagen waren sehr geschickt angelegt und vermochten sich gegenseitig zu flankieren. Die Infanterie der verbündeten Truppen hatte sich in den Nächten, die dem Sturm vorangingen, näher an den Feind herangeschoben und die Sturmstellungen ausgebaut. In der Nacht vom 1. zum 2. Mai feuerte die Artillerie in langsamem Tempo gegen die feindlichen Anlagen; eingelegte Feuerpausen dienten den Pionieren zum Zerschneiden der Drahthindernisse. Am 2. Mai, 6 Uhr morgens, setzte auf der ausgedehnten, viele Kilometer langen Durchbruchsfront ein überwältigendes Artilleriefeuer von Feldkanonen bis hinauf zu den schwersten Kalibern ein, das vier Stunden lang ununterbrochen fortgesetzt wurde. Um 10 Uhr morgens schwiegen plötzlich die Hunderte von Feuerschlünden, und im gleichen Augenblick stürzten sich die Schwarmlinien und Sturmkolonnen der Angreifer auf die feindlichen Stellungen. Der Feind war durch schweres Artilleriefeuer derart erschüttert, daß an manchen Stellen sein Widerstand nur mehr ein geringer war. In kopfloser Flucht verließ er, als die Infanterie der Verbündeten dicht vor seine Gräben gelangte, seine Befestigungen, Gewehre und Kochgeschirre fortwerfend, ungeheure Mengen an Infanteriemunition und zahlreiche Tote in den Gräben zurücklassend. An einer Stelle zerschnitt er selbst noch die Drahthindernisse, um sich den Deutschen zu ergeben. Vielfach leistete er in seinen nahegelegenen zweiten und dritten Linien keinen nennenswerten Widerstand mehr, dagegen wehrte sich der Feind an anderen Stellen der Durchbruchsfront verzweifelt, indem er erbitterten Widerstand versuchte. Nachbarschaft haltend mit österreichisch-ungarischen Truppen, griffen bayerische Regimenter den 250 m über ihren Sturmstellungen gelegenen Zemiczyskoberg, eine wahre Festung, an. Ein bayerisches Infanterieregiment errang sich dabei unvergleichliche Lorbeeren. Links der Bayern stürmten schlesische Regimenter die Höhe von Selowa und Sokol. Junge Regimenter entrissen dem Feinde die hartnäckig verteidigte Friedhofshöhe von Gorlice und den zäh gehaltenen Eisenbahnwall von Romienica. Von den österreichisch-ungarischen Truppenteilen hatten galizische Bataillone die steilen Höhenstellungen des Pustkiberges angegriffen und erstürmt und ungarische Truppen in heißem Kampfe die Wiatrowkahöhen genommen. Preußische Garderegimenter warfen den Feind aus den Höhenstellungen östlich der Biala und stürmten bei Staszkowka sieben hintereinander gelegene, erbittert verteidigte russische Linien. Entweder von den Russen angesteckt oder von einer Granate getroffen, entzündete sich die hinter Gorlice gelegene große Naphthaquelle. Haushoch schlugen die Flammen aus der Tiefe, und eine Rauchsäule von mehreren hundert Metern stieg gegen den Himmel. Am Abend des 2. Mai, als die heiße Frühlingssonne allmählich einer kühlen Nacht zu weichen begann, war die erste Hauptstellung ihrer ganzen Länge und Tiefe nach in einer Ausdehnung von etwa 16 km durchbrochen und ein Geländegewinn von durchschnittlich 4 km erzielt.

Am Abend des 2. Mai war es den verbündeten Truppen nicht nur gelungen, die russische Front zwischen Karpathenkamm und mittlerem Dunajec zu

[1] Mai 1915; vgl. die Karte bei S. 210.

durchbrechen, es war vielmehr auch am Unterlauf dieses Flusses geglückt, das östliche Ufer zu gewinnen. Österreichische Truppen waren es, die in der Nacht vom 1. zum 2. Mai bei Mondenschein den Dunajecübergang erzwangen. Das Unternehmen war so gut vorbereitet und ausgeführt worden, daß der gegenüberstehende Feind völlig überrascht wurde. Neben mehr als tausend Gefangenen wurden zahlreiche Geschütze und Maschinengewehre erbeutet.

Am 3. und 4. Mai nahm die Durchbruchsschlacht ihren Fortgang. War doch am 2. Mai erst die vorderste Hauptstellung der Russen gefallen, und hatten diese doch bis zur Wisloka, das ist auf einer Strecke von etwa 30 km, noch drei weitere mehr oder weniger stark ausgebaute befestigte Stellungen vorbereitet. In der russischen zweiten Hauptstellung fanden die Verbündeten wenig Widerstand. Es kam hier vielfach nur zu Nachhutgefechten. Größere Kämpfe fanden an vereinzelten Stellen, vor allem an Punkten statt, wohin der Feind von rückwärts her Verstärkungen herangeholt hatte. Diese Kämpfe endeten allgemein damit, daß auch die Verstärkungen mit in den Strudel des Rückzugs gezogen wurden.

Am Nachmittag standen die verbündeten Truppen vor der dritten Hauptstellung des Feindes, gegen die der Angriff am 3. Mai nicht mehr durchgeführt werden konnte. Die Truppen des Generals von François kämpften an diesem Tage noch um den jener dritten Stellung vorgelagerten Wilczakberg, den Schlüsselpunkt für den Besitz der Stadt Biecz. Diesen Berg hatten die Russen besonders stark ausgebaut. Wiederum lagen ihre Schützengräben stockwerkartig übereinander. Die Russen versuchten das Herankommen der deutschen Truppen an diesen Berg zu verzögern, indem sie von Süden her zu einem Gegenangriff ansetzten. Ein paar Schrapnells genügten aber, um den schon schwer erschütterten Feind zur Umkehr zu veranlassen. Noch am Abend des 3. Mai war der Wilczak in deutscher Hand. Die preußische Garde nahm nach heißem Waldkampfe die Höhen von Lipie. Dem rechten Flügel der österreichischen Truppen der Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand gelang es an diesem Tage, die Russen von den steilen Waldbergen östlich des Bialatals hinunterzuwerfen und in Richtung Tuchów weiter Gelände zu gewinnen.

Standen die Russen am 3. Mai noch ganz im Bann ihrer tags zuvor erlittenen schweren Niederlage, so glaubten sie doch am 4. Mai die Offensive der Verbündeten zum Stehen zu bringen. Mit dem am 3. Mai eingesetzten Teilen verfügten sie über vier bis fünf Infanterie- und vier Kavalleriedivisionen, die sie an diesem Tage den Angreifern entgegenführten. In einem großen, nach Südwesten gerichteten Bogen, der als eine Art von großem Brückenkopf der Stadt Jaslo auf etwa 12—15 km Entfernung vorgelagert war, finden wir die dritte Hauptstellung der Russen. In ihr waren die Höhen um Szerzyny, nördlich Biecz, und die Ostra Gora wichtige Stützpunkte. Der Feind leistete an vielen Stellen erbitterten Widerstand, aber ihm fehlte, wie die gefangenen Offiziere aussagen, jede planmäßige und einheitliche Leitung. War schon die Vermischung der Verbände infolge der Kämpfe am 2. und 3. Mai eine sehr erhebliche gewesen, so erfolgte am 4. Mai der Einsatz der Reserven völlig planlos. Regimenter- und bataillonsweise wurden die Verstärkungen in die Front geworfen, dorthin, wo die Not des Augenblicks es gerade gebot. Die Auflösung hatte bereits einen derartigen Grad erreicht, daß, wenn der Feind an einer Stelle der Kampffront zähen Widerstand leistete, dieser dadurch vergeblich wurde, daß die Truppen rechts und links jede Lust am Kampf verloren hatten und vorzeitig das Weite suchten. So erwies sich auch die Behauptung der dritten Hauptstellung der Russen als unmöglich. Die preußische Garde erreichte am Abend des Tages die Gegend von Szerzyny. Das ungarische Honvédregiment 10 setzte sich nach siebenmaligem Sturm in den Besitz einer Höhe nördlich Biecz, worauf sich die Besatzung der benachbarten Höhe ergab. Weiter südlich schickten sich deutsche Angriffstruppen gerade zum Vorgehen auf die Ostra Gora an, als der durch das schwere Artilleriefeuer erschütterte Feind weiße Fahnen schwenkte und sich in Scharen ergab, bevor noch ein deutscher Infanterist zum Angriff angetreten war.

Am Abend des 4. Mai war der rechte Flügel der Armee Mackensen bis auf wenige Kilometer an die Wisloka herangekommen. Man rechnete mit neuen feindlichen Stellungen auf dem Ostufer dieses Flusses. Hatten doch auch Gefangene ausgesagt, daß die Russen die Landeseinwohner zum schleunigen Bau betonierter Unterstände gepreßt hätten. Dazu war aber für die russische Armee des einstigen bulgarischen Gesandten am Hofe des Zaren, des jetzigen russischen Generals und zum Fürsten erhobenen Armeeführers Radko Dimitriew, keine Zeit mehr; die Reserven waren verbraucht, neue Truppenverbände noch nicht zur Stelle, und die Offensive der Verbündeten kannte kein Stocken.

Bis zum Abend des 4. Mai war die Zahl der Gefangenen auf etwa vierzigtausend gestiegen. Unter den gefangenen Kosakenoffizieren wurden Analphabeten festgestellt, welche merkwürdige Tatsache in einem ausdrücklichen Vermerk in den Personalpapieren dieser Offiziere ihre Bestätigung fand.

* * *

Am Abend des 4. Mai war der taktische Durchbruch vollendet. Trotz des Einsatzes namhafter Reserven und trotz aller vorbereiteten zweiten, dritten und vierten Linien war der Feind geschlagen und im vollen Rückzug über die Wisloka. Wie der offizielle russische Bericht selbst zugibt, war die Truppe vor allem durch die außerordentliche Wirkung der schweren Artillerie der Verbündeten stark erschüttert. Am Morgen des 5. Mai meldeten die Flieger, die durch ihre Unermüdlichkeit und ausgezeichneten Meldungen die Führung außerordentlich unterstützten, und deren Tätigkeit durch eine warme, unverwüstliche Maiensonne wesentlich begünstigt wurde, den Rückzug des Feindes auf allen von Jaslo nach Osten und Norden führenden Straßen. Sie waren sämtlich von in großer Unordnung abziehenden Kolonnen bedeckt, die Straßenbrücken bei Jaslo brannten, die Eisenbahnbrücken über Ropa und Wisloka waren gesprengt. Nun war kein Zweifel mehr, daß der Feind nicht mehr die Kraft besaß, die Wislokalinie zu verteidigen. Der Verzicht auf die Behauptung dieser Linie mußte aber von der weittragendsten Bedeutung für die russische Nachbararmee werden, deren Stellungen im nördlichsten Zipfel Ungarns nunmehr unhaltbar wurden. Die strategische Wirkung des Durchbruchs mußte sich jetzt fühlbar machen, und die Aufrollung der russischen Karpathenfront bis zum Lupkowsattel als Frucht des gelungenen Durchbruchs dem Sieger in den Schoß fallen. Zögerte der Feind mit dem Abzuge, dann wurden ihm die

rückwärtigen Verbindungen verlegt und seine im Gebirge stehenden Truppen abgeschnitten. Tatsächlich brachte der Telegraph von der benachbarten Armee des Generals der Infanterie Boroevic von Bojna schon am frühen Morgen die Kunde, daß der vor ihm gewesene Feind in der Nacht vom 4. zum 5. Mai den Abmarsch nach Norden angetreten habe, und daß er sich nahezu vor der ganzen Front im eiligen, teilweise fluchtartigen Rückzuge befände. Die 3. österreichische Armee folgte dem Feinde auf dem Fuße; um diesem aber womöglich noch die Rückzugsstraße zu verlegen, ließ der den rechten Flügel der Armee Mackensen befehligende General v. Emmich seine Truppen, die bei Zmigród dank dem eiligen Abzug der Russen die Wislokabrücke noch unversehrt gefunden hatten, in einem Gewaltmarsch bis zur Jasiolka nördlich Dukla vorrücken, so daß seine Kanonen am Abend dieses Tages die Stadt Dukla und die von dem gleichnamigen vielgenannten Passe heranführende Gebirgsstraße unter Feuer nahmen. Während Hannoveraner und Bayern die Wacht gegen die Karpathen hielten, damit aus ihnen nichts nach Norden entschlüpfte, stand im Rücken der deutschen Truppen noch schanzender Feind. Im übrigen rückten Mitte und linker Flügel der Armee Mackensen an diesem Tage, gegen feindliche Nachhuten kämpfend, an die Wisloka heran. Am 6. Mai vollzog die Masse der Armee den Übergang über den Fluß. Der Feind versuchte preußischen Garderegimentern die östlichen Uferhöhen streitig zu machen. Er wurde angegriffen und ließ 15 Feldkanonen sowie 2 schwere Geschütze in der Hand des Siegers. Die Gardetruppen hatten bis dahin allein 12000 Gefangene gemacht, 3 Geschütze und 45 Maschinengewehre erbeutet. In engster Zusammenarbeit mit Mackensen überschritt die Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand am 6. Mai mit ihrem rechten Flügel die Wisloka. Die 10. österreichische Division, die sich unter Führung ihres Kommandeurs, des Generals v. Mecenseffy, während der sämtlichen bisherigen Kämpfe ganz besonders ausgezeichnet hatte, setzte sich am 7. Mai nach erbittertem Straßenkampf in todesmutigem Sturm in den Besitz der Stadt Brzostek, die die Russen hartnäckig verteidigt hatten. Mitte und linker Flügel der österreichischen Armee warfen den Feind aus verschiedenen zäh verteidigten Nachhutstellungen und setzten den Vormarsch fort.

* * *

Als am 6. Mai die Armee Mackensen die Wisloka überschritten und die erzherzogliche Armee nach der Einnahme von Tarnów den Feind zur Räumung der ganzen Dunajeclinie bis zur Weichselmündung gezwungen hatte, konnte die Durchbruchsschlacht von Gorlice–Tarnów als beendet angesehen werden. Auf einer Frontbreite von 160 km war der Feind im Rückzuge; die durchbrochenen Stellungen der Russen lagen schon 30 km hinter dem Sieger, der auf der ganzen Linie die Verfolgung aufgenommen hatte. Diese zeitigte auf der weiteren Front die schönsten Früchte.

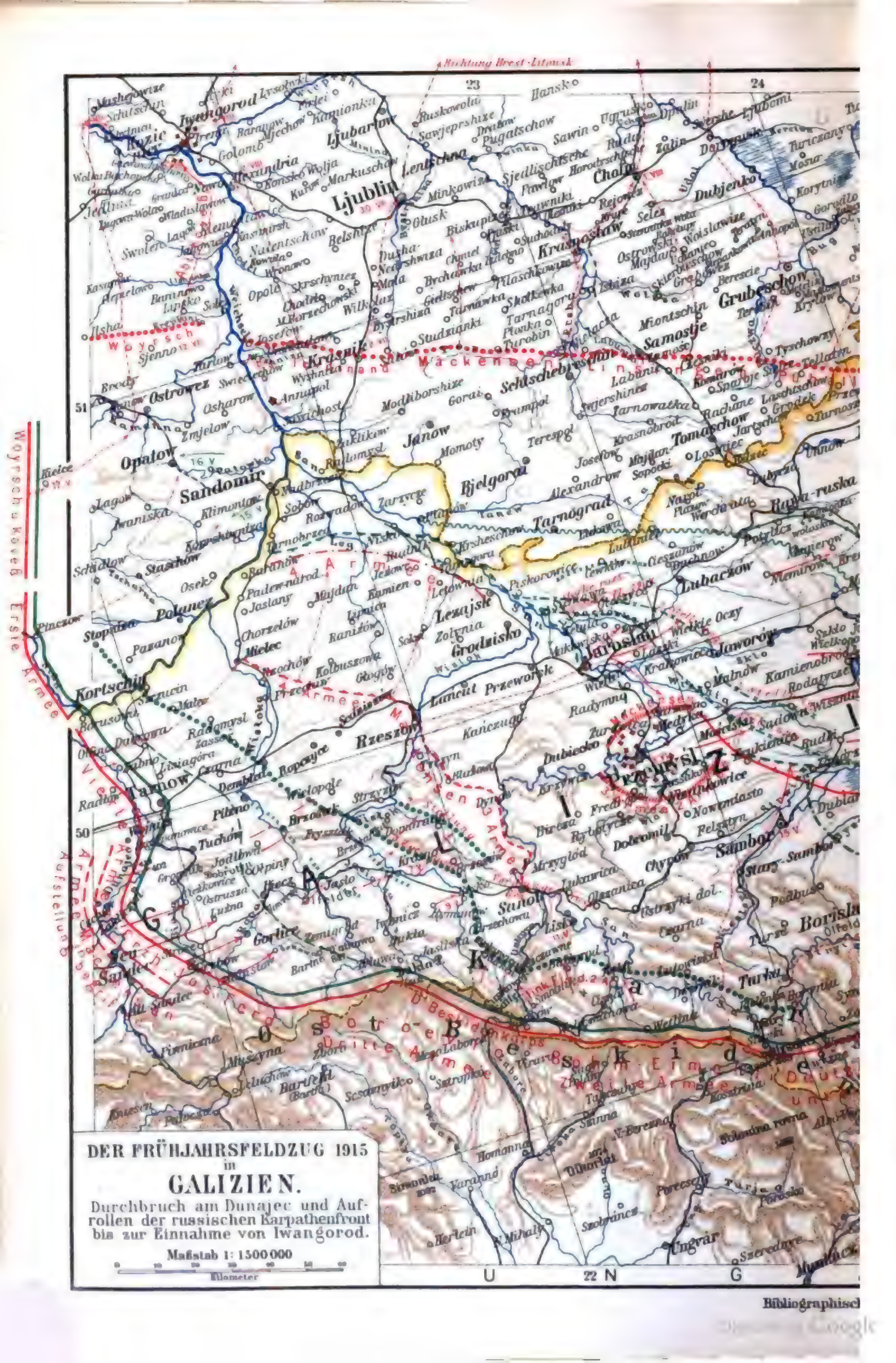
Am 6. Mai nachmittags stellte das im Anschluß an den rechten Flügel Mackensens vorgehende österreichische Korps in dem Karpathendorfe Tylawa die russische 48. Division, machte dabei einen General, einen Obersten und gegen 3000 Mann zu Gefangenen und nahm dieser Division 16 Feldkanonen, 6 ganz neue Feldhaubitzen, zahlreiche Munitionswagen und Kriegsgerät aller Art ab. Am 7. Mai erschienen die Reste dieser Division auf der Höhe von Hyrowa-Gora vor den Truppen des Generals v. Emmich. Von einem deutschen Parlamentär aufgefordert, sich zu ergeben, erklärte der Divisionskommandeur, dies könne er nicht tun, legte sein Kommando nieder und verschwand mit seinem Stabe in den Wäldern. 3500 Mann ergaben sich hierauf dem Korps Emmich. Nach viertägigem Umherirren in den Karpathen ergab sich General der Infanterie Korniloff am 12. Mai samt seinem ganzen Stabe einem österreichischen Truppenteile.

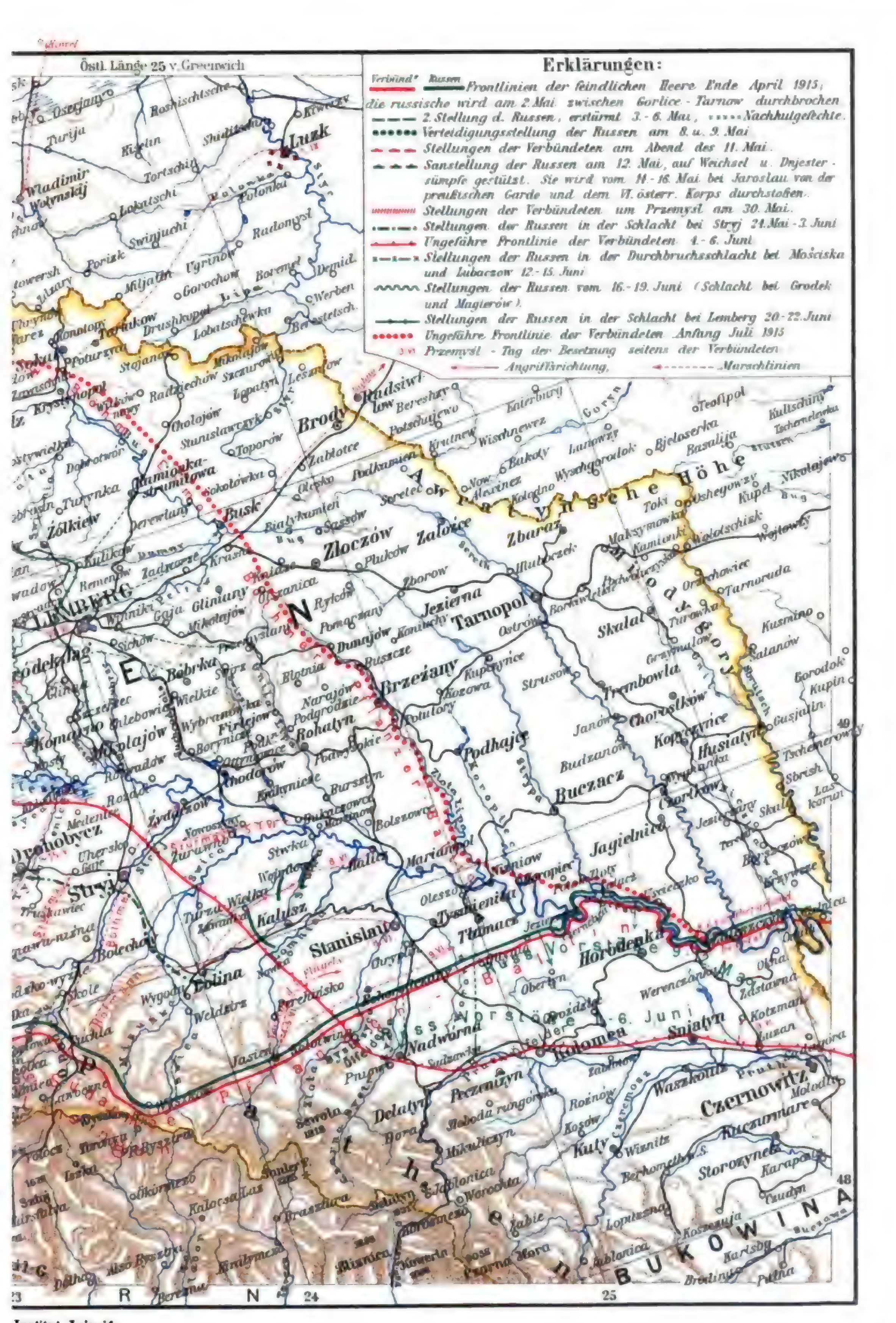
Am 8. Mai hatte die österreichische dritte Armee Boroevic bereits 12000 Gefangene in ihren Händen. General v. Emmich konnte an diesem Tage 4500 melden. Eine schwache ungarische Eskadron hatte schon am 6. Mai, unterstützt von einer deutschen Radfahrabteilung, drei russische Eskadrons aus Krosno hinausgeworfen und damit den ersten Wislokübergang (nicht zu verwechseln mit der Wisloka) in die Hand genommen. In der Stadt wurde viel Sanitätsmaterial und Verpflegung erbeutet. In engster Zusammenarbeit mit deutschen Truppen wurden dem Feinde am 8. Mai auch die das Ostufer beherrschenden Höhen entrissen.

Die Garde fand auf ihrem Vormarsch zum Wislok 9 russische Geschütze und 21 Munitionswagen, die der Feind auf seiner eiligen Flucht stehengelassen hatte. Die Besatzung von Odrzykón, die der Garde den Übergang über den Fluß streitig machen sollte, ergab sich.

Vor der Armee Boroevic ging der Feind aus den Karpathen eiligst in nordöstlicher Richtung zurück. Er hatte also auch seine anfänglich bestandene Absicht, die Wisloklinie zu halten, unter dem Druck der unaufhaltsamen Verfolgung der Verbündeten aufgeben müssen. Wenn es am 9. und 10. Mai bei der Armee Mackensen noch zu einem größeren russischen Angriffe kam, so erfolgte dieser nur, um überhaupt noch den Abzug aus der langen Karpathenfront im Flusse halten zu können. In der Gegend von Sanok zogen die Russen zwei eilig zusammengeraffte Divisionen zusammen, mit denen sie am 9. und 10. Mai zum Angriff auf Besko und die dortigen Höhen schritten, während sie weiter nördlich etwa eine Division, dabei zwei Regimenter der Festungsbesatzung von Przemysl, zu einem Gegenstoß gegen österreichisch-ungarische Truppen ansetzten. Das Ergebnis dieses letzteren in Richtung Krosno geführten Angriffes war ein völliges Mißlingen, wobei einem der aus Przemysl gekommenen Regimenter 1800 Gefangene und 20 Maschinengewehre abgenommen wurden. Die russischen Angriffe auf Besko endeten mit schwerer russischer Niederlage.

Nachdem der Ansturm abgeschlagen war und 500 tote Russen vor der Front lagen, gingen die Truppen des Generals Emmich zum Angriff über. Völlig geschlagen, wichen die Russen nunmehr eiligst auf Sanok zurück, wobei die Verfolgung durch die Kavallerie der Verbündeten große Ergebnisse zeitigte. An vielen Stellen ergaben sich die Russen, so vor allem auf den Höhen und in den Wäldern südlich Besko. Das Kampffeld bot hier noch in den nächsten Tagen ein düsteres Bild. In ununterbrochener Reihe zogen sich hier die stark ausgebauten russischen Schützenlöcher hin. In jedem dieser vielen Hunderte von Löchern lag, teilweise noch horizontal angeschlagen, je ein Gewehr mit dem aufgepflanzten Bajonett, in der Brustwehr waren umgekehrt eingesteckte Gewehre zu


DER FRÜHJAHRSFELDZUG 1915
in
GALIZIEN.
Durchbruch am Dunajec und Aufrollen der russischen Karpathenfront bis zur Einnahme von Iwangorod.
Maßstab 1: 1500000
Kilometer
Richtung Brest-Litowsk
Iwangorod
Ljublin
Ljubartow
Lentschna
Cholm
Krasnostaw
Grubeschow
Samostje
Krasnik
Janow
Opatow
Sandomir
Bjelgoraj
Tarnograd
Tomaschow
Rawa-ruska
Lubaczow
Jaroslau
Jaworow
Przemysl
Rzeszow
Tarnow
Sanok
Sambor
Dobromil
Mielec
Leżajsk
Przeworsk
Gorlice
Jasło
Krosno
Bochnia
Neu-Sandec
Ungvár
Homonna
Bartfeld
Boryslaw
Turka
Zwei-te Armee
Erste Armee
Woyrsch
G A L I Z
O s t - B e s k i d e n
Bibliographisch



Institut, Leipzig.

sehen, an deren Schaft weiße Fetzen gebunden waren. So hatten ganze Bataillone kapituliert. 6200 Gefangene, 6 Geschütze, 7 Munitionswagen fielen in die Hand der dort siegreichen Truppen der Verbündeten.

Die Russen waren jetzt im vollen Rückzuge nach dem unteren San. Die ganze 8. russische Armee räumte die Karpathen; aber auch nördlich der Weichsel wichen die Russen von der Nida in östlicher Richtung zurück. Die Wirkung des gelungenen Durchbruchs machte sich jetzt bereits auf einer Frontbreite von über 300 km geltend.

* * *

Nachdem Fürst Radko Dimitriew, der geschlagene russische Heerführer, in der Durchbruchsschlacht und während der anschließenden Verfolgung der Verbündeten bis zum 12. Mai 140000 Gefangene, gegen 100 Geschütze und 300 Maschinengewehre eingebüßt hatte, befahl er den Rückzug an den unteren San, der von Przemysl an bis zur Mündung gehalten und aktiv verteidigt werden sollte. Hierzu hatte sich die Armee, wie gefangene Offiziere aussagen, auf dem westlichen Flußufer aufzustellen und bis zum Äußersten zu halten. Ausdrücklich soll in einem Armeebefehl auf angriffsweises Vorgehen gegen den Feind hingewiesen worden sein. Theoretisch war eine solche Verteidigungsweise wohl möglich, nachdem die Russen während der vergangenen Monate im Weichsel-San-Bogen bei Sieniawa, dann bei Jaroslau und Radymno große, stark ausgebaute Brückenköpfe auf dem westlichen Flußufer angelegt hatten. Die Ausführung des Befehls sollte sich aber praktisch als unausführbar erweisen.

Die Truppe war durch die erlittene Niederlage und den Rückzug so schwer erschüttert und durcheinander geraten, daß nur eine passive Verteidigung der Sanlinie möglich wurde, fanden doch unsere gegen den San vorrückenden Truppen unter den Gefangenen immer wieder Versprengte aus allen möglichen Verbänden der russischen Front, und berichteten diese Gefangenen doch übereinstimmend, daß die russischen Führer bestrebt seien, durcheinander gekommene Verbände neu zu formieren ohne jede Rücksicht auf eine Rangierung nach früherer Regimentszugehörigkeit. — Von den verschiedensten Kriegsschauplätzen her wurden die entbehrlich scheinenden Teile herangezogen und mit der Bahn an den unteren San gebracht, so daß sich an dieser Flußlinie den Verfolgern nicht weniger als 23 verschiedene Infanteriedivisionen entgegenstellen sollten. Radko Dimitriew mußte aber wohl inzwischen das Vertrauen in die Widerstandskraft eines großen Teiles seiner bei Gorlice–Tarnów beteiligt gewesenen Truppen verloren und die am schwersten erschütterten Verbände weit hinter den San zurückgenommen haben, denn unsere Flieger meldeten am 12. und 13. Mai den Rückmarsch langer russischer Kolonnen vom unteren San nach Osten und Nordosten.

Es blieb demnach im wesentlichen Aufgabe der neuangekommenen Verstärkungen, den San zu halten, besonders den Brückenkopf von Jaroslau, auf dessen Behauptung der russische Armeeführer viel Wert zu legen schien. Am 14. Mai begannen die Verbündeten, die Przemysl von Süden her abgeschlossen und längs der ganzen Sanlinie bis nahe an den Fluß und dessen Brückenköpfe herangerückt waren, mit dem Angriff auf Jaroslau. Der Feind hatte die Höhen westlich dieser Stadt zu einer Art Festung ausgebaut. Von langer Hand vorbereitet, zogen sich hier die Schützengräben in weitem nach Westen gerichteten Bogen vom Flusse durch die westlichen Vorstädte nach dem Meierhof und Schloß des Grafen v. Schimienski und durch den Park zur Zupajowkahöhe, die mit Schloß und Meierhof den Schlüsselpunkt der Stellung bildete. Regimentern der preußischen Garde und des 6. österreichisch-ungarischen Armeekorps war es vorbehalten, sich in den Besitz von Stadt und Brückenkopf Jaroslau zu setzen. Die russischen Verteidiger bestanden aus der 62. Division, zu deren Unterstützung Teile der 41. und 45. Division beschleunigt herangeführt wurden, welche die dortigen Befestigungsanlagen besetzten und durch Neuanlage von Drahthindernissen in aller Eile noch weiter zu verstärken suchten. In zweitägigem Kampfe entriß die Garde dem Feinde die Stadt Jaroslau und warf ihn hinter den Fluß zurück; die Regimenter Elisabeth und Alexander erstürmten, untermischt mit österreichisch-ungarischen Truppen, im Nachtangriff Meierhof und Schloß samt Park, dessen uralte Bäume von den Granaten gleich Streichhölzern geknickt, während die umfangreichen Schloßbauten in Schutt und Asche gelegt wurden. — Das österreichische Linienregiment 56 und Honvéd entrissen dem Feinde den Gipfel der Zupajowkahöhe. Bei diesen Kämpfen fielen etwa 4000 unverwundete Russen in Gefangenschaft, einzelne Regimenter, wie z. B. das 147., wurden so gut wie aufgerieben und bestehen nicht mehr.

Am Abend des 15. Mai war Jaroslau und der ganze Brückenkopf in der Hand der Verbündeten. Die geräumige Stadt mit ihren alten polnischen Renaissancebauten und der prächtigen neuen, in byzantinischem Stile gehaltenen Kirche war erhalten geblieben. Die Russen brannten die Brücken hinter sich ab, nachdem sie auch die Bahnhofsanlagen den Flammen übergeben hatten.

* * *

In knapp 14 Tagen hatte die Armee Mackensen ihre Offensive von Gorlice bis Jaroslau vorgetragen. Unter täglichen Kämpfen, zumeist gegen befestigte Stellungen, hatte sie drei Flußlinien überschritten und einen Raumgewinn von über 100 km Luftlinie erzielt. Am Abend des 14. Tages hatte sie sich mit der Wegnahme von Stadt und Brückenkopf Jaroslau den Zutritt zu dem unteren San erkämpft. Es galt jetzt, diesen Fluß in breiter Front zu überschreiten. Noch aber hielt der Feind vorwärts Radymno und im San-Wislok-Winkel mit zwei stark ausgebauten Brückenköpfen das Westufer dieses Flusses. Im übrigen beschränkte er sich auf die frontale Verteidigung des Ostufers. Während Gardetruppen in engster Fühlung mit österreichischen Regimentern sich bei Jaroslau den Übergang über den Fluß erkämpften und den durch frische Kräfte sich täglich verstärkenden Feind immer weiter nach Norden und Nordosten zurückwarfen, erzwangen mehrere Kilometer weiter stromabwärts hannoverische Regimenter den Flußübergang. Braunschweiger waren es, die durch Erstürmung der Höhen von Wiązownica die Bahn öffneten und dadurch den hartnäckig verteidigten Sanübergang erzwangen.

Weiter nördlich wurde der San-Wislok-Winkel von dem dort noch standhaltenden Gegner gesäubert. 1 Oberst, 15 Offiziere, 7800 Gefangene, 4 Geschütze, 28 Maschinengewehre, 13 Munitionswagen und eine Feldküche fielen in unsere Hände. Der Rest

sah sich zum schleunigen Abzug nach dem östlichen Ufer veranlaßt. Diese Kämpfe und Erfolge der verbündeten Truppen vollzogen sich am 17. Mai in Gegenwart des deutschen Kaisers, der an diesem Tage dem Chef des Generalstabs der hier kämpfenden Armee, Oberst v. Seeckt, den Orden Pour le mérite verlieh, nachdem schon vorher der Armeeführer, Generaloberst v. Mackensen, besonders ausgezeichnet worden war.

In den Tagen vom 18. bis 20. Mai drangen die Truppen der Verbündeten weiter gegen Osten, Nordosten und Norden vor, warfen den Feind aus Sieniawa hinaus und setzten sich auf einer Frontbreite von 30 km auf dem östlichen Ufer fest. Der Feind wich hinter den Lubaczowkabach zurück. Alle seine Versuche, das verlorene Gelände wiederzugewinnen, scheiterten, obwohl er in den Tagen vom 18. bis 20. Mai nicht weniger als 6 frische Divisionen einsetzte, um unser Vordringen bei und über Jaroslau zum Stehen zu bringen.

Im ganzen hatte die russische Führung seit Beginn der Operationen 7 Armeekorps von anderen Kriegsschauplätzen an die Front der Armee Mackensen und gegen Mitte und rechten Flügel der Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand geworfen. Noch aber hielten die Russen am unteren San den letzten auf dem westlichen Ufer gelegenen Brückenkopf von Radymno. Aufgabe der nächsten Kämpfe mußte es werden, den Feind auch von diesem Punkt zu vertreiben.

* * *

Die Korps des Generalobersten Mackensen standen am 23. Mai abends in einem großen nach Osten gerichteten Bogen beiderseits des San. Am rechten Flügel beobachteten bayerische Truppen die Nordwestfront der Festung Przemysl. Im Anschlusse an die Bayern standen deutsche Truppen zusammen mit österreichisch-ungarischen südlich des San vor dem stark befestigten Brückenkopf von Radymno. Weiter nördlich schlossen andere Truppen der Armee an. Der Brückenkopf von Radymno bestand in einer dreifachen Linie von Feldbefestigungen, einmal aus einer mit Draht wohlversehenen Hauptstellung, die sich auf den dem Dorfe Ostrów westlich vorgelagerten Höhen hinzog und durch die Sanniederung hindurch zu diesem Flusse führte, dann aus einer wohlausgebauten Zwischenstellung, die mitten durch das langgestreckte Dorf Ostrów hindurch gelegt war, und endlich aus dem sogenannten Brückenkopf von Zagrody, der zum Schutze der östlich Radymno über den Fluß führenden Straßen- und Eisenbahnbrücken angelegt war. Die Flieger hatten alle diese Stellungen photographiert, die Photogrammeter die erhaltenen Aufnahmen ausgewertet und auf die Karte übertragen.

Es galt zunächst, die feindliche Hauptstellung sturmreif zu machen. Hierzu begann die Artillerie am Nachmittag des 23. Mai ihr Feuer, das am Morgen des nächsten Tages fortgesetzt wurde. Von den Höhen bei Jaroslau aus sah man das im Nebel liegende Santal und daraus aufragend die Kuppeltürme von Radymno nebst den Ortschaften Ostrów, Wietlin, Wysocko usw. Das Feuer der Artillerie war aufs äußerste gesteigert. Die schweren Geschosse durchfurchten heulend die Luft, entfachten im Aufschlag riesige Brände und hoben gewaltige Erdtrichter auf. Die russische Artillerie antwortete.

Um 6 Uhr morgens erhoben sich die langen Infanterielinien aus ihren Sturmstellungen und schritten zum Angriffe. Flieger meldeten, daß hinter den feindlichen Stellungen weidendes Vieh und viele Bagagen zu beobachten seien. Der Feind schien an einen ernsthaften Angriff nicht zu denken. Das Petrograder Bulletin hatte ja auch festgestellt, daß die Kämpfe in Galizien an Heftigkeit nachgelassen hätten und daß die Verbündeten fast allenthalben zur Defensive übergegangen seien. Um 6 Uhr 30 Minuten morgens war die feindliche Hauptstellung ihrer ganzen Ausdehnung nach in der Hand der deutschen Truppen. Erschüttert durch das schwere Artilleriefeuer, hatte der Feind nur kurzen Widerstand geleistet; er war im eiligen Rückzuge nach Osten. Aber gerade dorthin und nach Radymno hinein, von woher die feindlichen Verstärkungen zu erwarten waren, hatte inzwischen die Artillerie ihr Feuer verlegt. Gewaltige Rauchwolken hüllten diese von der Artillerie in Brand geschossenen Ortschaften ein. Die Russen kamen auf diese Weise nicht dazu, sich in Ostrów zu setzen. Die Besatzung dieses Dorfes kapitulierte, Hunderte von Gewehren und große Mengen Munition zurücklassend. Auf der ganzen Linie war jetzt die deutsche Infanterie im Vorrücken auf Radymno und die südlich an diesen Ort anschließenden Dörfer Skołoszów und Zamojsce. Mit jedem Schritt vorwärts mehrte sich die Zahl der Gefangenen.

Da die in Radymno versammelt gewesenen russischen Rekruten nur kurzen Widerstand leisteten, so ging auch diese Ortschaft und die gesamte Artillerie verloren, die sich durch die Ortschaft zum San retten wollte. Erst im Brückenkopf von Zagrody brachten die russischen Führer durch Einsatz frischer, schleunigst herangezogener Reserven den Angriff der Deutschen zum Stehen. An diesem Tage konnte eine Siegesbeute von 70 Offizieren, 9000 Gefangenen, 42 Maschinengewehren, 52 Geschützen, darunter 10 schweren, 14 Munitionswagen und zahlreichem anderen Kriegsmaterial gemeldet werden.

Die Einnahme von Przemysl[1].

Veröffentlicht am 7. und 9. Juni 1915.

Als am 2. Mai die Offensive der Verbündeten in Westgalizien einsetzte, mochten wohl nur wenige ahnen, daß schon vier Wochen später die schweren Belagerungsgeschütze der Zentralmächte das Feuer auf Przemysl eröffnen würden. Die russische Heeresleitung war für diese Möglichkeit kaum vorbereitet und schwankte hin und her, ob sie die Festung, wie ursprünglich geplant, »aus politischen Gründen« halten oder »freiwillig räumen« sollte. Unsere Flieger meldeten fortwährende Hin- und Hermärsche aus der Festung. Am 21. Mai schien man sich zur Räumung der Festung entschlossen zu haben, trotzdem wurde sie acht Tage später zäh verteidigt.

General v. Kneußl schob die Einschließungslinie seiner bayerischen Regimenter von Norden her näher an die Festung heran. Um 11 Uhr vormittags[2] begannen die schweren Batterien die Bekämpfung der Forts der Nordfront. In der Nacht vom 30. zum 31. Mai schob sich die Infanterie näher an die Drahthindernisse heran und wartete die Wirkung der schweren Artillerie ab. Diese bannte die Verteidiger in die Unterstände, so daß unsere Infanterie aus ihren Schützengräben heraustreten und von der Brustwehr aus dem gewaltigen Schauspiel der Ver-

[1] Am 3. Juni 1915. — [2] Am 30. Mai.

nichtung zusehen konnte. Die leichteren Geschütze fanden in den von den Russen seinerzeit ausgebauten Batteriestellungen ihrer damaligen Einschließungsstellung eine ideale Aufstellung. Auch General v. Kneußl fand mit seinem Stabe und denjenigen der Artillerieführer in den von den Russen bei Batycze angelegten Beobachtungsstellen die beste Unterkunft. Von diesem nur wenig mehr als 2 km von der Frontlinie entfernten Punkte übersah man die ganze Front der Forts 10 bis 11.

Am 31. Mai, nachmittags 4 Uhr, schwiegen die schweren Geschütze, gleichzeitig trat die Infanterie (bayerische Regimenter, ein preußisches Regiment und eine österreichische Schützenabteilung) zum Sturme an. Die Vernichtung der Werke und ausgebauten Stützpunkte der Festung durch das schwerste Artilleriefeuer hatte auf die Besatzung einen derartig zersetzenden und niederschlagenden Eindruck gemacht, daß diese nicht imstande war, der angreifenden Infanterie nachhaltigen Widerstand zu leisten. Die Besatzung der Werke 10 A, 11 A und 11, soweit sie nicht verschüttet in den zerschossenen Kasematten lag, floh unter Zurücklassung ihres gesamten Kriegsgeräts, darunter einer großen Anzahl neuester leichter und schwerer russischer Geschütze. Dem Angreifer, der bis zur Ringstraße vorstieß und sich dort eingrub, antwortete der Feind nur mit Artilleriefeuer, unternahm jedoch in der Nacht keinerlei Gegenangriffe. Am 1. Juni führte der Feind einzelne Bataillone zum Gegenangriff vor; diese Angriffe wurden mühelos abgewiesen. Die schwere Artillerie kämpfte nunmehr die Forts 10 und 12 nieder. Das preußische Infanterieregiment Nr. 45 erstürmte im Verein mit bayerischen Truppen zwei östlich Fort 11 gelegene Schanzen, die der Feind zäh verteidigte.

Am 2. Juni, mittags 12 Uhr, stürmte das bayerische 22. Infanterieregiment Fort 10, in dem alle Unterstände bis auf einen einzigen durch die Wirkung der schweren Artillerie verschüttet waren. Das Füsilierbataillon des Augusta-Garde-Grenadierregiments nahm am Abend Fort 12; die Werke 10 B, 9 A und 9 B kapitulierten. Am Abend begannen die Truppen des Generals v. Kneußl den Angriff in der Richtung auf die Stadt. Das Dorf Zurawica und die dort gelegenen befestigten Stellungen des Feindes wurden genommen. Dieser verzichtete jetzt auf jeden weiteren Widerstand. So konnten die deutschen Truppen, denen später die österreichisch-ungarische 4. Kavalleriedivision folgte, die wohlausgebaute innere Fortlinie besetzen und um 3 Uhr morgens, nachdem sie noch zahlreiche Gefangene gemacht hatten, in die befreite Stadt Przemysl einmarschieren. Hier, wo als erste Truppe ein Bataillon des 3. Garderegiments zu Fuß einzog, gab es noch einen letzten Halt vor den abgebrannten Sanbrücken, die aber durch Kriegsbrücken schnell ersetzt waren.

Nach einer Belagerung von nur vier Tagen war die Festung Przemysl wieder in der Hand der Verbündeten. Die Russen hatten vergeblich dieselbe Festung monatelang angegriffen. Obwohl sie Hekatomben von Blutopfern gebracht hatten, war es ihnen nicht gelungen, die Festung mit stürmender Hand zu nehmen; sie brachten sie nur durch Aushungerung zu Fall und konnten sich nur neun Wochen hindurch ihres Besitzes erfreuen. Eine energische und kühne Führung hatte, unterstützt von heldenhaft fechtenden Truppen und der vorzüglichen schweren Artillerie, wiederum in kürzester Zeit eine große Festung zu Fall gebracht.

Die Kämpfe in Galizien[1].

Veröffentlicht am 3. Juli 1915.

Die Armee Mackensen hatte sich bis zum 27. Mai abends auf dem östlichen Sanufer einen großen Brückenkopf geschaffen, der sich in einer Ausdehnung von etwa 79 km von Radko über Kalnikow-Zapalów-Radawa bis zur Lubaczowkamündung erstreckte. Während der auf dem anderen Sanufer verbliebene rechte Armeeflügel sich kämpfend näher an die Nordfront der Festung Przemysl heranschob, versuchten die Russen die Brückenkopfstellung von Norden her zu durchbrechen. In der Zeit vom 27. Mai bis 3. Juni führte der Feind alle nur irgendwie verfügbaren Reserven zu nächtlichen Angriffen gegen die deutschen Truppen vor. Obwohl er im Laufe von acht Tagen etwa fünfzehn allerdings teilweise schon stark geschwächte Divisionen in fortwährenden Nachtangriffen gegen die Linien von drei deutschen Divisionen zum Sturm ansetzte, hatte er kein Glück. Es gelang ihm an keiner einzigen Stelle, gegen die deutschen Linien auch nur den geringsten Erfolg zu erzielen. Dagegen waren seine blutigen Verluste außerordentlich schwer und die Truppen nach dem Mißlingen der ersten Angriffe nur noch schwer vorwärts zu bringen. Die russischen Offiziere blieben infolgedessen hinter der Front zurück und suchten durch Drohungen mit der Waffe die zögernd Vorgehenden in den Kampf zu treiben. Eine Offensive bei Tage wagte man aus Furcht vor der deutschen Artillerie überhaupt nicht mehr. Nur noch vom Nachtgefecht versprach man sich Erfolg, weil bei dieser Kampfesweise allein die zahlenmäßige Überlegenheit zum Ausdruck kommen konnte. Die undisziplinierten, nur wenige Wochen ausgebildeten Ersatzmannschaften versagten aber bei den nächtlichen Kämpfen in dem waldigen Gelände. Die Zahl der Überläufer mehrte sich von Nacht zu Nacht. Dazu fehlte es russischerseits an Offizieren, um die schwierige Führung der Truppe im Nachtgefecht zu ermöglichen. Aus solchen Gründen mußte der in der Nacht vom 2. zum 3. Juni geplante Generalangriff unterbleiben. So mißlang das Unternehmen. Ganze Divisionen mußten in den letzten Tagen zurückgenommen werden, weil ihre Zuverlässigkeit stark erschüttert war. Die Verluste waren so schwer gewesen, daß die Gefechtsstärke einzelner Divisionen nicht viel mehr als 3000 Bajonette betrug, statt einer normalen Kriegsstärke von 16000 Mann. Am 12. Juni war der Augenblick gekommen, in dem die deutsche Offensive, nachdem inzwischen die Festung Przemysl gefallen war, weitergeführt wurde.

Der Feind hatte sich vor der deutschen Armee und vor den beiden an diese anschließenden österreichischen Armeen in starken Stellungen eingebaut, die durchbrochen werden mußten, bevor die Offensive der Verbündeten in Richtung Lemberg vorwärts getragen werden konnte. Am 12. Juni schritten unter dem Befehl des Generalobersten v. Mackensen der linke Flügel der deutschen Armee und der daran anschließende rechte Flügel der Armee des Erzherzogs Joseph Ferdinand zum Angriff über Lubaczowka und San hinweg in Richtung auf Sieniawa und die Höhen östlich davon. Der Feind hatte sich jenseits der Lubaczowka auf gewohnte Weise in mehreren Schützengrabenreihen eingerichtet. Um 8 Uhr vormittags nahm die deutsche Infanterie den Lubaczowkabach,

[1] Ende Mai bis Mitte Juni 1915.

vertrieb den Feind aus seiner ersten, bald darauf auch aus seiner zweiten Stellung und ging dann gegen den Kolowkawald vor, während links davon deutsche und österreichische Truppen die Höhen von Sieniawa in Besitz nahmen. Aus dem Kolowkawalde mit großer Übermacht herausbrechend, schritten die Russen zum abendlichen Gegenangriffe. Obwohl sie diesen durch heftiges Artillerie- und Minenwerferfeuer unterstützten und von drei Seiten zu gleicher Zeit anstürmten, wurden ihre sämtlichen Angriffe abgeschlagen und in den Wald zurückgeworfen, wohin alsdann die Deutschen folgten. In dem ausgedehnten Forste kam es in den nächsten Tagen zu schwierigen Waldkämpfen. Den vordringenden Kompanien traten überall kleine russische Trupps entgegen, die sich im Walde geschickt eingenistet hatten. Auf Bäumen und hinter Astverhauen saßen russische Schützen; auch Maschinengewehre waren verschiedentlich im Walde aufgestellt. Mitten im Forste hatte der Feind Schanzen angelegt, die von Drahthindernissen umgeben und durch Schützengräben untereinander verbunden waren. Der Angriff gegen diese Stellungen war mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Im engsten Anschluß an österreichisch-ungarische Truppen, die gleichfalls in den Wald eingedrungen waren, gelang es, den Angriff vorwärts zu tragen. Nachdem die feindliche Waldstellung durch Mörser- und Minenwerferfeuer an einer Stelle erschüttert und sturmreif gemacht war, wurde sie durchbrochen und nach Ost und Nord aufgerollt. Der Feind trat nunmehr den Rückzug aus dem Walde an. Dies war am 16. Juni. Inzwischen waren die übrigen Teile der Armee des Generaloberſten Mackensen nicht müßig geblieben.

Nachdem der linke Flügel der deutschen Armee am 12. Juni die Offensive ergriffen hatte, traten rechter Flügel und Mitte am 13. Juni zum Angriff an. Es handelte sich durchweg um einen Angriff gegen stark befestigte russische Stellungen. Dieser begann nach entsprechender Artillerievorbereitung um 5 Uhr morgens. Auf dem rechten Flügel leisteten die Russen in den an der Wisznia gelegenen Ortschaften zähen Widerstand, der durch den deutschen Angriff gebrochen wurde. Auch die österreichisch-ungarischen Truppen des Generals v. Arz schritten durch die östlich anschließende Waldzone vor. Preußische Garderegimenter fanden in dem Häusergewirr südlich des Szklo in der Umgebung von Mlyny anfänglich heftige Gegenwehr. Als aber der Feind von hier vertrieben und auch Tuchla im Verein mit Nachbartruppen genommen war, drangen Gardetruppen in einem Zuge bis auf die Höhen westlich von Wielkie Oczy vor. Die nördlich davon fechtenden Truppen durchbrachen gleichfalls die vorderen feindlichen Linien. Das Ergebnis des Tages war, daß die sehr starken feindlichen Stellungen auf einer Breite von 50 km durchbrochen wurden und daß ein Raumgewinn von 3—9 km nach Osten erzielt war. Aber schon standen die Truppen vor einer weiteren wohlausgebauten russischen Stellung, in der der Feind am nächsten Tage erneuten Widerstand leistete. Auch diese Stellung, in der die Russen mit nicht weniger als 19 Divisionen unser Vordringen aufzuhalten suchten, wurden am 14. Juni durchbrochen, worauf der Feind in der Nacht vom 14. zum 15. Juni den Rückzug in die sogenannte Gródekstellung antrat.

Nur in der Gegend von Oleszyce leistete der Gegner noch nachhaltigen Widerstand. Diese Stadt wurde am 15. Juni von den Truppen des Generals v. Emmich erstürmt. — In den Tagen vom 12. bis 15. Juni hatte die deutsche Armee 34000 Gefangene gemacht und 70 Maschinengewehre erbeutet.

Der Kampf um Gródek[1].

Veröffentlicht am 28. Juni 1915.

In der Nacht vom 15. zum 16. Juni hatte der Feind vor der Front der verbündeten Truppen den Rückzug in östlicher und nordöstlicher Richtung angetreten. Er ging jetzt zweifellos in seine Stellung an der Wereszyca und in die sogenannte Gródekstellung zurück. Die Wereszyca ist ein kleines Flüßchen, das in dem bergigen Gelände von Magierów entspringt und im südlichen Lauf dem Dnjestr zuströmt. So unbedeutend das Flüßchen an sich ist, so bildet es doch durch die Breite seines Tales und durch die darin gelegenen zehn größeren Seen einen zur Verteidigung besonders geeigneten Abschnitt. Was an natürlicher Stärke der Stellung noch fehlte, das wurde durch die Kunst ersetzt. Diese entfalteten die Russen aber vor allem in der bei Janów nordwärts an die Wereszyca anschließenden Gródekstellung, die sich in einer Länge von über 70 km in nordwestlicher Richtung bis in die Gegend von Narol Miasto erstreckt. Tausende von Armierungsarbeitern hatten hier monatelang gearbeitet, um eine Stellung zu schaffen, die den russischen Ingenieuren alle Ehre macht. Hier hatten die umfangreichsten Ausholzungen stattgefunden, Dutzende von Infanteriewerken, Hunderte von Kilometern Schützen-, Deckungs- und Verbindungsgräben waren ausgehoben worden. Das waldige Bergland war völlig umgestaltet worden. Schließlich zogen sich mächtige Drahtnetze vor der gesamten Wereszyca- und Gródekstellung hin. In ihrer Gesamtlage bildete diese Stellung das letzte große Bollwerk, durch das die Russen den siegreichen Gegner aufhalten und sein Vordringen auf Lemberg zum Stehen bringen wollten.

Das russische Heer erwies sich außerstande, diesen Absichten seiner Führer zu entsprechen. Einem Garde-Kavallerieregiment mit beigegebenen Geschützen und Maschinengewehren gelang es am 16. Juni, eine auf der Straße Jaworów–Niemirów im nördlichen Abmarsch in die Gródekstellung begriffene russische Infanteriebrigade überraschend anzufallen und sie in die Wälder zu zersprengen. Am Abend wurde die Stadt Niemirów erstürmt.

Am 18. Juni waren die Armeen des Generalobersten v. Mackensen vor den feindlichen Stellungen aufmarschiert; tags darauf setzten sie schon zum Sturm an, am frühen Morgen wurde gegen die Gródekstellung, am Abend gegen die Wereszycalinie zum entscheidenden Angriff vorgegangen. Sehr bald wurden die feindlichen Stellungen auf den Höhen beiderseits des Sosninawaldes genommen und vier feindliche Geschütze erbeutet. Die russischen Positionen auf dem Horoszykoberg, der zu einer wahren Festung ausgebaut worden war, wurden gestürmt. Den Hauptangriff führten preußische Garderegimenter. Vor ihnen lag westlich Magierów die vom Feinde besetzte Höhe 350. Schon von weitem erscheint sie, die das Vorgelände um 50 m überhöht, als Schlüsselpunkt der ganzen Stellung. Zwei Reihen übereinander angelegte Schützengräben mit starken Eindeckungen, Drahthindernissen und Astverhauen vor der Front bildeten die Befestigungsanlagen. Bei Tagesanbruch[2] begann der Artilleriekampf. Er führte schon um

[1] 15. bis 20. Juni 1915. — [2] 19. Juni.

6 Uhr morgens zur völligen Ausschaltung der russischen Artillerie, die sich wie immer in den letzten Tagen zurückhielt und sich nur vorsichtig und unter sparsamem Munitionsverbrauch am Kampfe beteiligte. Um 7 Uhr morgens konnte die feindliche Stellung für sturmreif gehalten und der Sturm befohlen werden. Die Besatzung der Höhe nahm zwar noch das Feuer gegen die Stürmenden auf, ohne ihnen jedoch nennenswerte Verluste zuzufügen. Die deutsche schwere Artillerie hatte ihre Schuldigkeit getan und den Feind so demoralisiert, daß dieser zwar anfänglich noch schoß, es dann aber vor dem Einbruche vorzog, das Weite zu suchen. Über 700 Gefangene und etwa ein Dutzend Maschinengewehre fielen den Angreifern in die Hände. In den genommenen Gräben lagen allein 200 tote Russen.

Inzwischen richtete sich der Angriff auch gegen die Nachbarabschnitte. Bald sahen sich die Russen gezwungen, auch ihre sehr starke, nördlich der Straße nach Magierów mit Front nach Süden verlaufende Stellung kampflos zu räumen. Da es gelang, mit dem fliehenden Gegner auch in Magierów einzudringen und nördlich der Stadt nach Osten vorzustoßen, so wurde auch die Stellung bei Bialo Piaskowa unhaltbar. Die Russen fluteten zurück und versuchten erst bei Lawrykow wieder festen Fuß zu fassen. Am späten Abend nahm ein Garderegiment noch den Bahnhof von Dobrocin ein, auf dem die Russen noch kurze Zeit zuvor Truppen verladen hatten, und gewann damit die Straße Lemberg–Rawa ruska. Die Nachbarkorps standen am Abend etwa auf gleicher Höhe mit den Garderegimentern. Wiederum war ein Durchbruch auf einer rund 25 km breiten Front geglückt. Das Schicksal Lembergs wurde hier und an der Wereszyca entschieden.

Diese Linie wurde am späten Abend, teilweise in den ersten Morgenstunden des 20. Juni erstürmt. Ein deutsches Korps, zu dem sich an diesem Tage Seine Majestät der deutsche Kaiser begeben hatte, stürmte die ganze feindliche Stellung von Stawki bis Folwerk Bulawa. Seit den Morgenstunden des 20. Juni war der Feind, der stellenweise schon in der Nacht abgezogen war, vor der ganzen Front in vollem Rückzuge nach Osten. Die Verfolgung wurde sofort aufgenommen. Am Abend dieses Tages standen k. k. Truppen bereits dicht vor den Befestigungen von Lemberg.

Die Einnahme von Lemberg[1].

Veröffentlicht am 29. Juni 1915.

Anfang September 1914 waren die Russen in Lemberg, der Hauptstadt Galiziens, die eine Einwohnerzahl von 250000 Menschen aufweist, eingezogen. Sie fühlten sich während ihrer dortigen Herrschaft in der schönen Stadt, der sogleich ihr polnischer Name Lwów zurückgegeben wurde, außerordentlich wohl und gingen alsbald daran, Lemberg zu einer großen Festung auszubauen und zum weiteren Schutze dieses Besitzes die befestigten Linien der Gródek- und Wereszycastellung zu schaffen. Die von den Österreichern erbauten Verteidigungsanlagen von Lemberg wurden russischerseits verstärkt und erweitert, besonders auf der Süd- und Südwestfront. Die bestehenden Bahnhofsanlagen wurden erweitert und eine Reihe von Feld- und Vollbahnen im Bereiche der Festung gestreckt. Um aber selbst für den Fall, daß die Gródekstellung durchbrochen und aufgegeben werden mußte, die Behauptung der Festung Lemberg zu gewährleisten, wurde gleichlaufend zur Gródekstellung und angelehnt an die Nordfront der Festung eine stark befestigte Anschlußstellung gebaut, die sich auf den Höhen westlich der Bahn Lemberg–Rawa ruska bis gegen Dobrocin hinzieht. Nachdem die Armeen des Generalobersten v. Mackensen die Gródek- und Wereszycastellung durchbrochen hatten, stießen deutsche Divisionen und die daran anschließenden Truppen der Verbündeten auf die genannte Anschlußstellung.

Die Mitte der Armee Böhm-Ermolli näherte sich gleichzeitig der Westfront von Lemberg. Die Masse dieser Armee griff einen Feind an, der sich in südlicher Anlehnung an die Festung hinter dem Szczerzek- und Stawczankabach gesetzt und zu erneutem Widerstand eingerichtet hatte. Es gelang, diese Stellung am Abend des 21. Juni an verschiedenen Stellen zu durchbrechen und die Angriffstruppen gegen die Befestigungen der Westfront von Lemberg näher heranzuschieben. Deutsche Verbände unter Führung des Generals von der Marwitz erstürmten am gleichen Tage die wichtigsten Punkte der von den Russen zäh verteidigten Anschlußstellung, zwangen dadurch den Feind, diese Stellung ihrer ganzen Ausdehnung nach zu räumen und öffneten nunmehr den benachbarten österreichischen Truppen die Bahn zu den Befestigungen der Nordwestfront der Festung. Am 22. Juni konnten somit die Werke der Nordwest- und Westfront von den österreichisch-ungarischen Truppen genommen werden. Schon um 5 Uhr morgens fiel das Werk Rzesna, bald darauf Sknilów und gegen 11 Uhr auch die Lysa Gora. Dieses Werk wurde vom k. u. k. Infanterieregiment 34, Wilhelm I. Deutscher Kaiser und König von Preußen, erobert. Im Werk Rzesna wurden neben Geschützlafetten und Maschinengewehren allein 400 Gefangene gemacht, die nicht weniger als 18 verschiedenen russischen Divisionen angehörten. Im Werke fand man neben Massen von Waffen und Munition auch eine große Menge ungeöffneter Holzkisten mit Stahlblenden. Schon am Mittag des gleichen Tages betraten die siegreichen Truppen die galizische Hauptstadt, in der die Russen fast zehn Monate geherrscht hatten. Um 4 Uhr nachmittags zog der österreichische Armeeführer in die völlig unversehrte und reich beflaggte Stadt ein. Auf Straßen, in den Fenstern und auf den Balkonen standen Tausende und aber Tausende von Einwohnern, welche die Befreier stürmisch begrüßten und die Kraftwagen mit einem Blumenregen bedeckten.

Die Kämpfe bei Ypern[1].

Veröffentlicht am 10. Mai 1915.

Nach den schweren Kämpfen des Oktober 1914 waren in Westflandern am Yserkanal ebenso wie auf der übrigen Westfront die Operationen in einen zähen Stellungskrieg übergegangen, der nur zeitweilig von kleinen Offensivunternehmungen auf beiden Seiten unterbrochen wurde, ohne daß die allgemeine Lage eine wesentliche Änderung erfuhr.

Von der Nordsee folgten die beiderseitigen Stellungen[2] bis Steenstraate (8 km nördlich Ypern) im allgemeinen dem Laufe des Yserkanals, dessen westliches Ufer zwischen der See und Dixmuiden an zahlreichen Stellen, zwischen Dixmuiden und Ypern

[1] 22. Juni 1915.

[1] April/Mai 1915. — [2] Vgl. Karte »Westflandern«.

nur bei Drie Grachten von unseren Truppen gewonnen worden war. Zwischen Steenstraate und Oosthoek (4 km südlich Ypern) sprang die Stellung des Gegners keilförmig über den Kanalabschnitt nach Osten bis zur Straße Passchendaele–Becelaere vor und umschloß in weitem Bogen ein Gebiet, dessen Hauptverbindungen konzentrisch in Ypern zusammenlaufen.

Im einzelnen erstreckte sich die Linie des Gegners von Steenstraate nach Osten über Langemarck bis Poelcapelle, das in deutschem Besitz war, nahm westlich dieses Dorfes eine südöstliche Richtung und bog zwischen Wallemolen und Passchendaele nach Süden um; weiter folgte sie der Straße Mosselmarkt–Broodseinde–Becelaere, von der sie sich 2 km südöstlich Zonnebeke nach Südosten wandte, um bei Oosthoek auf das Westufer des Kanals zurückzutreten. Dieser von den Franzosen, Engländern und Kolonialtruppen jeder Färbung besetzten Linie lagen die deutschen Stellungen in wechselndem Abstand, im allgemeinen aber sehr nahe, gegenüber.

Das von ihnen umschlossene Gebiet ist, wie die ganze westflandrische Ebene, von flachen Erhebungen und Mulden durchsetzt und mit zahlreichen weitläufigen Ortschaften, Einzelhöfen, Waldstücken, Parks und Hecken so dicht bedeckt, daß die Unübersichtlichkeit des Geländes die Truppenführung und einheitliche Gefechtsleitung schwierig gestaltete. Artilleriebeobachtung ist meist nur von erhöhten Punkten, Kirchtürmen, Windmühlen und ähnlichem, möglich, aber auch hier beschränkt die dichte Bodenbewachsung und die feuchte silbergraue Luft, die die Fernen verschleiert, die Aussicht. Diese Schwierigkeiten des Geländes sind zum Teil der Grund, daß sich der Gegner monatelang in der taktisch ungünstigen Stellung, aus der er jetzt geworfen ist, behaupten und der im April begonnenen deutschen Offensive einen nachhaltigen, nur langsam weichenden Widerstand bieten konnte.

Es lag seit langem in der Absicht des deutschen Armeeführers, die taktisch ungünstige Lage des Gegners zum *Angriff östlich Ypern* auszunutzen. Die Zurückdrängung des Gegners aus seiner vorspringenden Stellung gegen oder über den Yserabschnitt würde die Frontbreite der Armee verringern und den noch in Feindeshand befindlichen Teil Belgiens verkleinern. Auch die moralische Wirkung eines groß angelegten Angriffes auf die Truppen mußte nach dem langen Stellungskampf von Bedeutung sein.

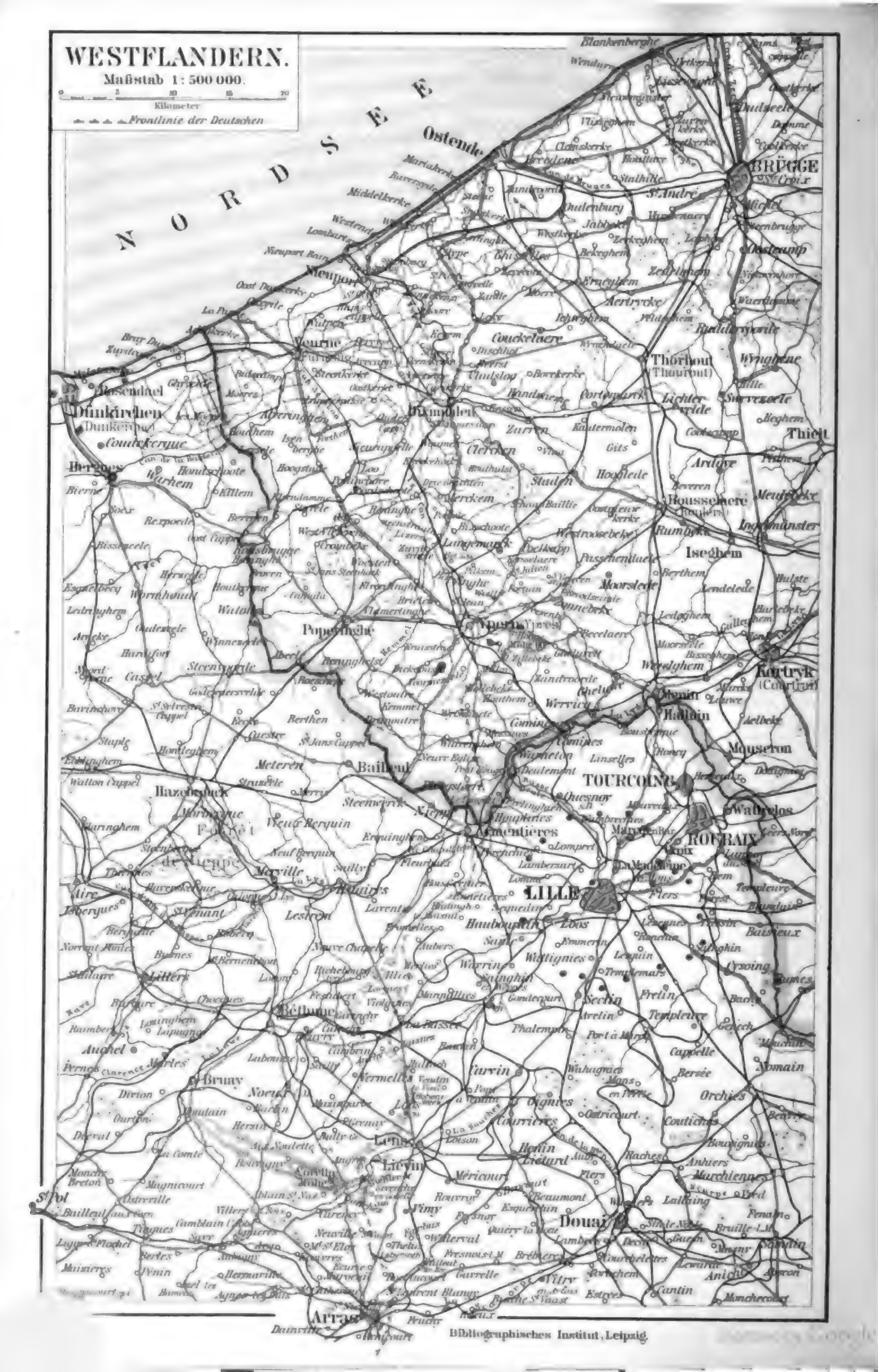
Die Armee Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Albrecht von Württemberg, die an der Yser liegt, konnte an die Verwirklichung dieser Absicht aber erst gehen, nachdem sie über die ihr so nötigen Kräfte verfügte. Der von Norden, Osten und Süden umfaßte Gegner konnte auf die Dauer einem mit ausreichenden Kräften geführten Angriff nicht widerstehen, die deutschen Truppen standen im Norden und Süden von Ypern den dortigen Yserübergängen näher als die am weitesten nach Osten vorgeschobenen Teile des Feindes. Aus dieser Lage ergab sich die Art der Durchführung des Angriffes.

Der *Hauptangriff* mußte nach der Basis der feindlichen Stellung, die der *Yserkanal* bildete, angesetzt werden, um den Ausgang des Sackes, in dem sich der Gegner östlich Ypern befand, allmählich zuzuschnüren und damit die rückwärtigen Verbindungen zu bedrohen. Da die deutschen Stellungen südlich Ypern bereits auf 4 km gegen die Stadt vorgeschoben, im Norden aber um die doppelte Entfernung von hier entfernt waren, schien der Angriff aus dieser Richtung geboten. Es war anzustreben, daß der Gegner im östlichen Teil des Sackes möglichst lange festgehalten wurde. Der Hauptangriff durfte daher nicht zu weit nach Osten ausgedehnt werden, während den übrigen Teilen der Einschließungsfront die Aufgabe zufiel, den gegenüberstehenden Gegner zu fesseln. Diese Gedanken leiteten die *am 22. April beginnende Offensive*.

An diesem Tage waren die Vorbereitungen beendet, die der schwierige Angriff gegen eine seit Monaten ausgebaute, von einem zähen Verteidiger besetzte Stellung forderte. 6 Uhr abends brachen unsere Truppen aus der *Linie Steenstraate–Langemarck* vor. Der vollkommen überraschte Feind überließ ihnen seine erste und zweite Stellung, die 30—500 m vor unserer Front lagen, und floh in westlicher Richtung über den Kanal und nach Süden, während seine Artillerie die nachdrängenden Deutschen aufzuhalten suchte. Als aber die Nacht herabsank, standen die Angriffstruppen in einer Linie, die dem Kanal von Steenstraate über Het Sas bis 2 km südwestlich Pilkem folgte und, von hier nach Osten umbiegend, in Richtung Kersselaere die alten Stellungen des nächsten Abschnitts erreichte. Nur bei *Steenstraate* hatte der Feind heftigen Widerstand geleistet, aber dennoch war es gelungen, den Ort abends zu nehmen und hier, ebenso wie bei Het Sas, mit Teilen das linke Kanalufer zu gewinnen. Das taktische Ergebnis des ersten Kampftages war, daß *Gelände in einer Breite von 9 km und in einer Tiefe von 3 km gewonnen*, der Ausgang des Sackes somit wesentlich verengert worden war; außerdem war in zwei neuen Stellungen westlich des Kanals fester Fuß gefaßt. Gleichzeitig mit dem Hauptangriff wurde der Gegner auf der ganzen übrigen Front beschäftigt.

Es war vorauszusehen, daß die Verbündeten, nachdem sie ihren Verlust in vollem Umfang erkannt hatten, versuchen würden, das *Verlorene wiederzugewinnen*. Die am 23. April beginnenden Kämpfe stellen auf seiten des Gegners eine fast ununterbrochene Reihe von Versuchen dar, die Deutschen aus ihren neuen Stellungen zurückzudrängen, um sich von dem Druck auf die rückwärtigen Verbindungen zu befreien und das westliche Kanalufer dann in die Hand zu bekommen, um von hier den deutschen Hauptangriff im Rücken zu bedrohen. Die Aufgabe der deutschen Truppen war, die gewonnenen Stellungen nicht nur zu behaupten, sondern unter Ausnutzung jeder günstigen Gelegenheit weitere Fortschritte in südlicher Richtung zu machen und den Ring um den Feind immer enger zu schließen. Bis zum 2. Mai spielten sich die *Kämpfe am Kanal und zwischen ihm und der Straße Passchendaele–Broodseinde* ab.

Bereits am 23. April setzten die feindlichen Gegenangriffe ein, aber an diesem Tage verfügte der Gegner anscheinend nur über geringe Menschenkräfte. Zwei Angriffe, von zwei französischen Regimentern und einem englischen Bataillon getrennt unternommen, brachen vor den schnell ausgebauten Stellungen zusammen. Die Angriffe waren gegen den westlichen Abschnitt unserer Front angesetzt, in der Erkenntnis, daß aus dieser Richtung die größte Gefahr drohte. An den folgenden Tagen dehnten sich die Kämpfe weiter nach Osten aus, aber die stärksten Angriffe richteten sich immer wieder gegen den Westabschnitt, gegen den auch die Artillerie des Gegners vom linken Kanalufer flankierend wirken konnte. Die



WESTFLANDERN.
Maßstab 1 : 500 000.
Kilometer
Frontlinie der Deutschen
NORDSEE
Blankenberghe
Ostende
Brügge
Middelkerke
Westende
Nieuport
Furne
Dünkirchen
Dunkerque
Rosendael
Coudekerque
Bergues
Hondschoote
Rexpoede
Wormhoudt
Dixmuiden
Couckelaere
Thorhout
(Thourout)
Lichtervelde
Thielt
Ardoye
Roulers
Rumbeke
Iseghem
Ingelmunster
Poperinghe
Ypern
Ypres
Langemarck
Poelcappelle
Passchendaele
Moorslede
Zonnebeke
Wevelghem
Kortryk
(Courtrai)
Menin
Halluin
Mouscron
Cassel
Steenvoorde
Bailleul
Meteren
Hazebrouck
Steenwerck
Nieppe
Armentières
Comines
Warneton
Tourcoing
Roubaix
Wattrelos
Lille
Loos
Haubourdin
Seclin
Merville
Estaires
Aire
Lillers
Béthune
La Bassée
Bruay
Auchel
Lens
Liévin
Carvin
Hénin Liétard
Douai
Orchies
Cysoing
Vimy
Arras
St. Pol
Bibliographisches Institut, Leipzig.

erbitterten Kämpfe, bei denen beide Seiten abwechselnd Angreifer und Verteidiger waren, kennzeichnen sich meist als Einzelgefechte auf der in dem unübersichtlichen Gelände vielfach gebrochenen Front.

Es erübrigt sich, den Kämpfen in den Tagen bis zum 2. Mai im einzelnen nachzugehen. Es ist ein zähes Ringen, in dem die Stärke der angreifenden Truppen bedeutend schwankt, größere zusammenhängende Angriffe des Gegners aber selten sind. Über Ypern zieht er Verstärkungen heran, die auf etwa zwei englische und ein bis zwei französische Divisionen zu schätzen sind. Am 24. April wird der Angriff einer englischen Division unter schwersten Verlusten für diese abgeschlagen. Am 25. werden fünf englische Bataillone westlich St. Julien durch flankierendes Maschinengewehrfeuer fast bis auf den letzten Mann vernichtet. Den stärksten Angriff brachte der 26. April, als etwa ein Armeekorps zwischen den Straßen von Pilkem nach Ypern und St. Julien sowie weiter östlich vorging; er wurde blutig abgewiesen, und 3000 tote Engländer blieben liegen. Denselben Mißerfolg hatte ein an dem Kanal angelegter breiter Angriff am folgenden Tage. Auch aus dem östlichen Punkt ihrer Stellung bei Broodseinde versuchten die Engländer einen Vorstoß. Ein starker, aber erfolgloser französischer Angriff am 1. Mai in unserem Westabschnitt stellte den letzten Versuch des Gegners dar, seine Stellung, in die er am 23. April gedrängt war und die er am 2. Mai ebenfalls aufgeben mußte, wieder vorzutragen. Die außerordentlich großen Verluste in diesen Kämpfen — vom 23. April bis 1. Mai (außer Tausenden von Toten und Verwundeten etwa 5000 Gefangene, 65 Geschütze, darunter vier schwere englische lange Kanonen, und anderes Kriegsmaterial) — hatten den Verbündeten kein Stück des am 22. April verlorenen Geländes zurückgebracht. Dagegen war es unseren Truppen gelungen, die eigenen Linien langsam in Gegend St. Julien — nordwestlich 's Gravenstafel — vorzuschieben. Von großer Wirkung war das Feuer der deutschen Artillerie, das sich Tag und Nacht, außer auf die feindliche Front, gegen die rückwärtigen Verbindungen sowie Ypern richtete und sogar den 12 km westlich dieser Stadt gelegenen Etappenhauptort Poperinghe erreichte. Die Batterien unseres Südflügels konnten nach dem Erfolg vom 22. April die Angriffe gegen unseren Nordflügel im Rücken wirkungsvoll unter Feuer nehmen. Der ganze Raum, den die Stellung des Gegners umschloß, war von drei Seiten durch unser Feuer beherrscht, dessen verheerende Wirkung zahlreiche Brände bekundeten. Ypern brannte.

Der Gegner hatte den Ernst seiner Lage erkannt; das bewiesen seine verzweifelnden, Verluste nicht achtenden Angriffe. Die Meldungen über das Herausziehen schwerer Artillerie aus dem Sack und der Bau eines Brückenkopfes dicht östlich bei Ypern sprachen dafür, daß die Verbündeten mit dem schließlichen Verluste ihrer vorgeschobenen Stellungen, vielleicht mit dem Verlust des ganzen rechten Yserufers rechneten.

Am Kanal zwischen Steenstraate und Het Sas hatten sich selbständige Kämpfe, unabhängig von den bisher geschilderten, entwickelt, mit denen sie nur durch gegenseitige artilleristische Unterstützung der benachbarten Abschnitte gegen die flankierenden Batterien des Gegners auf dem Westufer des Kanals verbunden waren. Nach der Festsetzung unserer Truppen auf dem linken Kanalufer in der Nacht vom 22. zum 23. April war es ihre nächste Aufgabe, die gewonnenen Stellungen in zusammenhängender Linie unter Gewinnung von Raum nach vorwärts auszubauen. Diesem Bestreben setzte der Gegner heftigen Widerstand entgegen. In der Nacht vom 23. zum 24. April entwickelten sich schwere Kämpfe, besonders westlich Steenstraate, in denen unsere Truppen das Dorf Lizerne vor dem rechten Flügel der Front stürmten. In erbittertem Nahkampf mußte Haus für Haus genommen werden, und auf beiden Seiten waren die Verluste schwer. Ein Vorgehen über das Kanalhindernis in Gegend Boesinghe, um eine breite Basis auf dem Westufer zu gewinnen, war unausführbar, weil der Gegner die Brücken gesprengt hatte.

Der Vorstoß über den Kanal veranlaßte aber den Gegner in den folgenden Tagen, gegen diese verhältnismäßig schmale deutsche Front bedeutende Verstärkungen heranzuziehen, die für die entscheidenden Kämpfe in dem Sack östlich Ypern verlorengingen. Gegen die energischen Angriffe des Gegners, die am 26. April begannen, hatten unsere Truppen einen schweren Stand. Den Brennpunkt bildete das Dorf Lizerne, dessen vorgeschobene Lage es den feindlichen Batterien ermöglichte, den Ort durch konzentrisches Feuer so völlig zuzudecken, daß der Entschluß gefaßt wurde, diesen in der Nacht vom 26. zum 27. April freiwillig zu räumen und die Besatzung in den rückwärts gelegenen, stark ausgebauten Brückenkopf auf dasselbe Kanalufer zurückzunehmen. Am 28. April gelang es dem Gegner, in einen kleinen Teil unserer Front bei Het Sas vorübergehend mit schwachen Kräften einzudringen, die indessen bald durch voreilende Reserven zurückgeworfen wurden. Bei einer Wiederholung dieses Angriffes suchte der Gegner vergeblich, durch einen gleichzeitigen Vorstoß durch Turkos und Zuaven auf dem östlichen Ufer längs des Kanals den Frontalangriff zu erleichtern. In den ersten Maitagen nahm die lebhafte Tätigkeit der französischen Infanterie gegen unsere Kanalstellungen ab, und der Gegner beschränkt sich hier in der Hauptsache auf Artilleriekämpfe, denn die Entwicklung der Lage in dem Sack östlich Ypern zog seine ganze Aufmerksamkeit dorthin.

Die Schilderung der dortigen Kämpfe bis zum 2. Mai hat gezeigt, daß in ihnen im allgemeinen dem Gegner die Rolle des Angreifers überlassen wurde, und die vergeblichen, in ihrer Gesamtheit blutig abgewiesenen Angriffe mußten ihn schwächen und seinen inneren Halt erschüttern, wodurch die Fortsetzung des deutschen Angriffes günstig vorbereitet wurde.

Der Entschluß hierzu wurde am 2. Mai gefaßt. Am Abend dieses Tages begann der Angriff auf der ganzen Nord- und Nordostfront; im Westen kam er in der Mitte, südlich St. Julien, in dem Abschnitt zwischen dem westlich des Dorfes gelegenen Wäldchen und der Straße Langemarck-Zonnebeke, vorwärts. Noch vor Einbruch der Nacht war hier Gelände in einer Tiefe von ½—1 km gewonnen und die Straße Mosselmarkt-Fortuin erreicht; der Häuserkampf in dem letztgenannten Orte endete mit dem deutschen Sieg. Zu beiden Seiten dieses Angriffsstreifens entwickelten sich ebenfalls hartnäckige Kämpfe, in denen unsere Truppen nur sehr langsam Boden gewannen. Trotz heftiger feindlicher Gegenangriffe schob sich aber unsere Linie am 3. Mai weiter vor. In kühnem Sturm entrissen württembergische und sächsische Bataillone den Engländern das als Stützpunkt stark ausgebaute Wäldchen

nördlich 's Gravenstafel, den Eckpfeiler im Schnittpunkt der feindlichen Nord- und Ostfront. Die die Gräben füllenden englischen Leichen bezeugen den tapferen Widerstand des Gegners.

Der starke Druck des von der gesamten Artillerie gestützten deutschen Angriffs verfehlte nicht seine Wirkung auf die Entschlüsse des Gegners. Wieder war der Sack, in dem er sich befand, enger geworden, und mit dem weiteren Fortschreiten des deutschen Angriffs wuchs die Gefahr, daß die am weitesten nach Osten vorgeschobenen Teile nicht mehr rechtzeitig zurückgenommen werden konnten. Schon am Abend des 2. Mai hatten Flieger den Rückmarsch kleinerer Abteilungen in westlicher Richtung und die Fertigstellung des feindlichen Brückenkopfes dicht östlich Ypern gemeldet. Im Rücken der feindlichen Front war auffallend wenig Bewegung festzustellen.

In der Nacht vom 3. zum 4. Mai baute der Gegner ab. Seine ganze Nord-, Ost- und Südfront zwischen Fortuin, Broodseinde, Klein-Zillebeke gab er in einer Breite von 15 km auf und überließ unseren überall sofort nachdrängenden Truppen Gelände in einer Tiefe von ½—3 km. Es waren seit langem nicht mehr gesehene Bilder des Bewegungskrieges, als unsere Schützenlinien, von geschlossenen Abteilungen gefolgt, die flandrische Landschaft belebten, lange Artillerie- und Munitionskolonnen im Trabe nachgezogen wurden und Reserven in grünen Wiesen und verlassenen englischen Stellungen lagen. Überall in dem vernichteten Landstrich waren die gewaltigen Wirkungen unserer Kampfmittel zu sehen.

Im westlichen und mittleren Abschnitt ihrer Nordfront wie in den westlichen Teilen ihrer Südfront behaupteten die Verbündeten ihre Stellungen mit zähem Widerstand, um den Rückzug der übrigen Teile zu decken. Diese setzten sich erneut in der ungefähren Linie 700 m südwestlich Fortuin–Frezenberg–Eksternest — Ostrand des Waldes östlich Zillebeke — fest, und hiermit beginnt ein neuer Abschnitt der Kämpfe.

Das vom Gegner behauptete Gebiet östlich des Kanals, das bis zum 22. April eine Frontbreite von 25 km und eine größte Tiefe von 9 km hatte, ist auf 13 km Breite und 5 km Tiefe zusammengeschrumpft. Der Sack ist so bedeutend enger geworden und der konzentrischen Wirkung der deutschen Artillerie noch mehr als bisher ausgesetzt.

Die weiteren Ereignisse auf der nördlichen Ostfront (Mitte Februar bis Anfang Mai 1915) wurden in einem Bericht zusammengefaßt:

Neues vom Feldmarschall Hindenburg[1].

Während die dem Oberbefehl des Generaloberſten v. Mackensen unterstellten deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen den großen Vorstoß in Galizien vorbereiteten und mit glänzendem Erfolg durchführten (vgl. die Schilderung auf S. 208), hatten die Armeen des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg die Aufgabe, in dem nördlichen Teil der gewaltigen Kampffront die errungenen großen Erfolge zu behaupten und zu erweitern. Durch die unmittelbare Bedrohung Warschaus haben seine Truppen den Russen jede große Offensive verleidet, in den masurischen Winterschlachten haben sie mit äußerster Anspannung der Kräfte das deutsche Land reingefegt. Aber die Truppen des Generalfeldmarschalls durften und wollten nicht auf ihren Lorbeeren ruhen, so leicht gaben auch die zähen Russen ihren Ostpreußenhunger nicht auf. Unter Ausnutzung ihrer Menschenfülle versuchten sie zwar keine allgemeine Offensive, doch immer neue Einzelvorstöße aus ihrer Verteidigungsstellung heraus. Sie hielten die Festungslinie am Narew, Bobr und Njemen und schickten Angriffskolonnen namentlich aus Grodno und Kowno vor. Die Lust dazu ist ihnen mittlerweile vergangen. Die deutschen Truppen haben nicht nur alle Vorstöße blutig abgewiesen und sich in der Linie nördlich Przasnysz–Augustów–Suwalki–Kalwarija–Mariampol bis Sapiezyszki am Njemen hinauf festgesetzt, sondern sind nördlich des Njemen selber mit einer überraschenden Offensive weit ins Feindesland eingedrungen. Dem kurzen russischen Raubzug nach Memel folgte bald der Einfall unserer Truppen in Kurland.

In der Frühe des 27. April begann der Einmarsch aus den äußersten Flankenstellungen heraus: eine Kolonne ging bei Schmalleningken über den Njemen und nach Norden zu, eine andere — 100 bis 125 km davon entfernt — brach aus dem ostpreußischen Nordzipfel in östlicher Richtung vor. Jene drang bereits am ersten Tage mit der Infanterie fast 50 km in Kurland ein, mit der Kavallerie nach Rossieny und über die Dubissa hinaus; diese stieß bei Korzjany auf Widerstand und mußte den Übergang über den Minijaabschnitt unter dem Feuer schwerer russischer Artillerie erzwingen, kam aber ebenfalls ein gutes Stück vorwärts. Eine dritte Kolonne rückte in der Mitte langsamer vor. Die Kühnheit dieses so weit ausgreifenden Unternehmens wird noch klarer, wenn man bedenkt, daß die Nachrichten über Art und Stärke des Feindes recht unsicher lauteten und daß sich Ende April das Land noch in einem Aggregatzustande befand, der ein Fortbewegen vielfach nur auf den Straßen zuließ.

Am Morgen des zweiten Tages stellte es sich heraus, daß der an der großen Straße Tilsit–Mitau bei Skawdwilje stehende Gegner sich eiligst der drohenden Umfassung seiner linken Flanke entzogen hatte und auf Kelmy–Schawli abgezogen war. Sofort wurde die rechte Kolonne ihm nachgeschickt. Sie nahm noch am Abend Kelmy, war also in zwei Tagen 75 km vorwärts gekommen. Die linke Kolonne hatte in dem sehr schwierigen, meist morastigen Gelände besonders große Anstrengungen zu überwinden, weshalb die Mittelkolonne sie durch einen Halblinksvormarsch unterstützte, erreichte aber mit Kavallerie doch schon Worny an der Seenlinie westlich von Kelmy. Der dritte Tag führte die rechte Kolonne bereits über den vom Feinde verteidigten Windawskikanal, die linke nach Worny und Telschi, ihre Kavallerie nach Trischki nordwestlich von Schawli. Fast 100 km sind nach vorwärts gewonnen. Die Russen, die in Kurland wohl nur Kavallerie und Reichswehr gehabt hatten, ziehen nun schleunigst mit der Bahn Verstärkungen heran und laden sie zwischen Schawli und Schadow aus. Aber die deutsche Truppenführung läßt sich dadurch nicht beirren: die Kavallerie erhält den Befehl, die Bahnen zu zerstören und um Schawli herumzugreifen; und es geht weiter vorwärts.

Am Nachmittag des 30. April, des vierten Tages, zieht die rechte Kolonne in Schawli ein, das die Russen angesteckt haben, und verfolgt noch ein Stück

[1] Siehe auch die Karte »Sommerfeldzug in Westrußland« bei S. 228.

darüber hinaus. Die Kavallerie erbeutet auf der Straße nach Janischki-Mitau Maschinengewehre, Munitionswagen und Bagagen. Sie zerstört die Bahnen südwestlich und nordwestlich von Schawli. Der nächste Tag bringt Nachrichten, wonach der Feind von Kowno her Truppen schickt, um unsere rechte Flanke zu bedrohen. Die Infanterie wird daher angehalten und nach rechts verschoben mit der Weisung, die Dubissalinie zu halten; die Kavallerie greift jedoch immer weiter vor. Sie besetzt nach Gefechten Janischki und Schagori, die nur noch sechs Meilen von Mitau entfernt liegen, und nimmt Gefangene, Maschinengewehre und Bagagen des in voller Auflösung nach Mitau flüchtenden Feindes. Am 2. Mai kreist sie die im Zwischenraum noch stehengebliebenen Russen bei Skaisgiry ein und macht 1000 Gefangene. Umfangreiche Bahnzerstörungen an allen erreichbaren Linien gelingen nach Wunsch. Dann wird die Kavallerie der rechten Kolonne zurückgenommen, um den Gegenstoß an der Dubissa zu unterstützen, die der linken aber stößt, obwohl schon das Eintreffen russischer Verstärkungen in Mitau gemeldet wird, über Grünhof vorwärts, nimmt noch 2000 Russen gefangen und steht am 3. Mai mit Teilen 2 km vor Mitau.

Die außerordentlichen Marschleistungen der Infanterie wie der Kavallerie sind um so höher zu bewerten, als die Wege in denkbar schlechtestem Zustand, die Flußübergänge vielfach zerstört und die Russen keineswegs überall ohne Kampfkraft waren. Nun stellte die Abwehr des russischen Vorstoßes gegen unsere rechte Flanke neue hohe Anforderungen an die Ausdauer der Truppen. Eine umfassende Gegenoffensive an der Dubissa bewies dem Feinde, wie sehr er die Stärke der deutschen Truppen unterschätzt hatte. Erst allmählich erholte er sich von der Überraschung und schaffte neue Infanterie-, Kavallerie- und Artilleriemassen heran. — Zu gleicher Zeit aber erlebten die Russen noch eine besondere Überraschung, auf die sie allem Anschein nach gar nicht gefaßt waren: den Zug auf Libau. Während unsere Hauptkolonnen in Eilmärschen auf die obere Dubissa zustrebten, ging eine Nebenkolonne von Memel her nordwärts etwas langsamer vor. Eine Abteilung derselben marschierte über Schkudy, eine andere nahe am Strande von Süden her auf Libau vor. Vom Feinde war nicht viel zu merken. Die Marine hatte ihn schon am 29. April durch die Beschießung von Libau eingeschüchtert. Am 6. Mai sprengte er selbst die Ostforts, dann brachten unsere Kriegsschiffe auch die Strandbatterien zum Schweigen. Die Landungstruppen, die an eine so schwache Verteidigung des großen Hafens nicht glauben wollten und immer auf einen Hinterhalt gefaßt waren, nahmen die Südforts nach kurzem Gefecht und griffen von der Landseite an. Aber die Russen waren tatsächlich auf diesen Schlag nicht vorbereitet gewesen. Sie konnten nur noch in Mitau stärkere Truppen ausladen und in südwestlicher Richtung vorschicken, vermochten jedoch unsere langsam nachgebende Linie nicht zu durchbrechen. Am 8. Mai, 6 Uhr morgens, zogen die deutschen Soldaten in Libau ein. Etwa 1500 Gefangene, 12 Geschütze und eine Anzahl Maschinengewehre bildeten die Beute. Der frische Wagemut fand schönen Lohn. Schnell wurden Abteilungen zur Sicherung des Platzes um etwa 50 km über Preekuln, über Hasenpot und am Strande vorgeschoben.

Der Einfall in Kurland hat uns nicht nur wirtschaftliche Vorteile mannigfacher Art gebracht und ein wertvolles Stück Rußlands in die Hand gegeben, sondern er hat auch militärisch den bedeutenden Erfolg erzielt, daß der Gegner veranlaßt wurde, starke Kräfte dorthin zu werfen und dadurch seine Front an anderen Stellen zu schwächen. — Die Zusammenstöße der deutschen und der russischen Kräfte an der Dubissalinie haben unter vielfachen blutigen Kämpfen stattgefunden. Dabei sind unsere Truppen allmählich von der Defensive, die mit starken Gegenstößen geführt wurde, zur Offensive übergegangen.

* * *

Wer den Heldenkampf um die Befreiung und Verteidigung des deutschen Nordostens recht würdigen will, muß ein besonderes Augenmerk auf die Stelle richten, wo das südliche Masuren an Westpreußen grenzt. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt war hierher gelenkt, als der General v. Hindenburg den Russen bei Tannenberg die erste vernichtende Niederlage beibrachte. Seitdem sind in dieser Ecke gewaltige Schlachten von weithin klingenden Namen nicht mehr geschlagen worden; wohl aber haben dort zahllose schwere Gefechte stattgefunden, die von unseren Truppen äußerste Spannkraft und Widerstandsfähigkeit forderten und daher verdienen, einmal in großen Zügen dargestellt zu werden. Die schwerwiegende Bedeutung eines russischen Einbruchs auf Osterode–Deutsch-Eylau lehrt ein einziger Blick auf die Karte: es dreht sich um die Abtrennung des deutschen Landes rechts der Weichsel vom Reiche. Das war natürlich nicht nur den Ostpreußen klar, die immer — solange überhaupt noch eine Gefahr bestand — mit mindestens gleicher Sorge nach Süden wie nach Osten blickten, sondern auch den Russen. Diese haben für eine Operation auf den Unterlauf der Weichsel hin günstige Eisenbahnverbindungen. Die drei bei Ostrolęka endenden Bahnstrecken ermöglichen dort schnelle Ausladungen großer Truppenmassen, und die Linie Warschau–Mlawa–Soldau führt geradewegs in das Einmarschgebiet hinein. Darum ist der Besitz Mlawas von so hohem Wert. Es klingt glaubhaft, daß der russische Oberbefehlshaber im Februar befohlen haben soll, Mlawa zu nehmen, koste es, was es wolle.

Als die Narewarmee, die den ersten großen Einbruchsversuch an dieser Stelle unternahm, ihr furchtbares Ende zwischen und in den südmasurischen Seen gefunden hatte[1], gingen die Russen längere Zeit hindurch hier nicht mehr mit starken Kräften vor. Immerhin hatten die verhältnismäßig wenigen Truppen des Generals v. Zastrow, die in breiter Front die Grenze schützen und während der Vorbereitungen zu dem zweiten deutschen Einfall in Polen die Aufmerksamkeit des Feindes auf sich lenken sollten, eine recht schwere Aufgabe. Sie drangen weit in Feindesland ein, mußten vor einem überlegenen Gegner bis an die Grenze zurückweichen und gingen kurz vor Weihnachten wieder vor, um Mlawa endgültig zu besetzen. Die Front verlief westöstlich, der rechte Flügel hing also zurück. Da tauchte im Januar bei den Russen ein »neuer gigantischer Plan« auf: sie wollten mit großen Kavalleriemassen, gefolgt von starken Kräften, zwischen Mlawa und der Weichsel nach Westpreußen einbrechen und gleichzeitig von Kowno her im nördlichen Ostpreußen stehende deutsche Truppen umfassend angreifen. Der neue Plan war also im

[1] Schlacht bei Tannenberg 26./28. August 1914.

wesentlichen nur eine Wiederholung des alten, im Herbst gescheiterten. Diesmal blieb er jedoch in den ersten Anfängen stecken, da er mit einem schnell durchgeführten deutschen Offensivplan zusammenfiel. Alle verfügbaren deutschen Kräfte wurden zu dem großen umfassenden Gegenstoß bereitgestellt, der dann in der masurischen Winterschlacht zur Vernichtung der 10. russischen Armee östlich der Linie Johannesburg–Gumbinnen[1] führte.

Zugleich wurden auch die deutschen Truppen an der Südgrenze West- und Ostpreußens etwas verstärkt. Die Führung erhielt der General der Artillerie v. Gallwitz. Er hatte den Auftrag, die rechte Flanke der in Masuren angreifenden Armeen zu schützen und seinen Grenzabschnitt gegen den russischen Einbruchsversuch zu sichern. Dazu ging er offensiv vor. Zunächst wurde der rechte Flügel in scharfem Draufgehen nach vorwärts geschoben, bis er Plock erreichte, das inzwischen zu einer starken deutschen Festung ausgebaut war. Garderegimenter und eine Kavalleriedivision ernteten bei diesem schneidigen Einmarsch reiche blutige Lorbeeren in der Gegend von Sierpc und Raciąz. Sie trieben einen überlegenen Gegner vor sich her und leisteten schließlich einer dreifachen Übermacht erfolgreichen Widerstand. Ein besonderer Glücks- und Ehrentag der Gardetruppen war der von Drobin, wo sie einen bereits geglückten russischen Überfall in eine schwere Niederlage des Feindes verwandelten, der dabei 2500 Gefangene verlor. Das war Mitte Februar. Aber General v. Gallwitz plante Größeres. Er wollte durch einen umfassenden Angriff von beiden Flügeln her das ganze vor seiner Front liegende Gebiet zwischen Weichsel und Orzyc säubern. Der rechte Flügel sollte weiter nach Osten einschwenken, und die in Willenberg eingetroffenen Heeresteile erhielten Befehl, vom Orzyc her die offene rechte Flanke des Feindes zu umgehen. Sie kamen, weit ausgreifend, östlich an Przasnysz vorbei und schwenkten südlich um die Stadt herum, die nur schwach besetzt sein sollte. Da ergab sich aber, daß angesichts des überraschend schnellen Vormarsches der Deutschen eine russische Division nach Przasnysz geeilt war. Der Angriff wurde beschlossen. Inzwischen hatten jedoch die Russen große Truppenmassen am Narew zusammengezogen und gegen Przasnysz in Marsch gesetzt. Zwei russische Korps gingen gegen den linken Flügel der deutschen Truppen vor. Trotzdem wollten diese auf die große Beute, die sich bot, nicht verzichten. Ein Teil noch verfügbarer Kräfte wurde zur Sicherung gegen den nahenden, weit überlegenen Gegner im Halbkreise aufgestellt, und unter diesem Schutze stürmte am 24. Februar eine Reservedivision Przasnysz. Über 10000 Gefangene, darunter 57 Offiziere, 36 Geschütze, 14 Maschinengewehre und viel anderes Kriegsgerät fiel in die Hand der Sieger. Allein es war höchste Zeit, die Beute in Sicherheit zu bringen, denn schon war die russische Übermacht, gegen die ein Widerstand auf diesem vorgeschobenen Posten fruchtlos gewesen wäre, in bedrohliche Nähe gerückt. Unter sehr erheblichen Schwierigkeiten zogen sich unsere Truppen nordwärts in die große Verteidigungslinie im Orzyc-Bogen zurück, nachdem sie den russischen Drängern noch riesige Verluste zugefügt hatten.

Der kecke Sturm auf Przasnysz hatte eine sehr beträchtliche Wirkung: er täuschte den Feind, der nun an dieser Stelle den Feldmarschall v. Hindenburg selber mit starken Kräften vermutete. Das machte sich in der Folgezeit für die Truppen des Generals v. Gallwitz aufs schwerste fühlbar. Denn nun warfen die Russen immer neue Korps hierher, um die Scharte der masurischen Winterschlacht auszuwetzen und die deutsche Linie in Richtung Soldau–Neidenburg zu durchbrechen. Unter solchen Umständen konnte der deutsche Führer an die Fortsetzung seiner Offensive nicht mehr denken, sondern mußte eine hartnäckige Verteidigung vorbereiten, auf deren Gelingen die beteiligten Truppen stolz sein dürfen als auf eine der besten Waffentaten des deutschen Heeres. Unsere Stellung bildete bei Mlawa einen Winkel, da sie einerseits nach Südwesten auf Plock hin, anderseits nach Ostnordost über die Höhen nördlich Przasnysz hinweg verlief. In diesem Winkel schoben die Russen Ende Februar und Anfang März ihre Truppenmassen zunächst langsam hinein — dann brachen diese mit unerhörter Wucht vor. Mlawa war ihr Ziel. In dichten, sich ständig erneuernden Kolonnen stürmten sie, ohne jede Rücksicht auf die furchtbaren Verluste, gegen die Stellungen östlich und südlich von Mlawa an. Aber die Menschenwogen brachen sich an dem Felsen deutscher Tapferkeit. Unsere Truppen hielten aus. Bei Dębsk, östlich von Mlawa, findet man heute eine lange Reihe flacher, mit weißen Steinen eingefaßter russischer Massengräber vor den deutschen Drahthindernissen — ernste Zeugen des Mißerfolges, den 48 russische Kompanien im Sturm auf 10 deutsche davongetragen haben. Der Frost hatte die Sumpfgegend, aus der hier der Orzyc entspringt, gangbar gemacht und so dem Feinde die Annäherung an unsere Stellung gestattet.

Nachdem über 1000 Geschosse aus schweren Geschützen in und hinter Dębsk eingeschlagen waren, folgten die unaufhörlichen Angriffe der Infanterie. In der Nacht des 7. März kamen sie bis unmittelbar an den Stacheldraht. Aber unsere Scheinwerfer und Leuchtpistolen verbreiteten genug Licht, um nun dem verheerenden Infanterie- und Maschinengewehrfeuer den Weg zu weisen. Was vom Feinde nicht fiel, floh in die nächste Bodenfalte zurück, wo das Scheinwerferlicht die Verzweifelten bis zum Tagesanbruch festhielt. Dann ergaben sie sich den vorgesandten deutschen Patrouillen. Viel Munition, 800 Gewehre wurden genommen. Vor der Front fand man an dieser Stelle 300 tote Russen. Einige Kilometer nördlich aber, bei Kapusnik, wo der Feind in unsere Schützengräben eingedrungen war und durch einen verzweifelten Bajonettkampf wieder vertrieben werden mußte, liegen 906 Russen begraben — und 164 Deutsche.

Im ganzen hatte der Feind bei seinen vergeblichen Angriffen auf Mlawa viele Tausende verloren; so viel, daß seine Kampfkraft erschüttert schien und General v. Gallwitz mit teilweise frischen Kräften nun seinerseits einen Vorstoß versuchen konnte. Dieser begann am 8. März, kam aber am 12. März nördlich Przasnysz zum Stehen, da auch die Russen von neuem bedeutende Verstärkungen erhielten. Sie waren bald in großer Überzahl. Auf etwa zehn Armeekorps und sieben Kavalleriedivisionen wurde ihre Stärke geschätzt. Wir mußten uns wieder auf die Verteidigung einrichten, und unsere Truppen, die zum Teil schon 4 Wochen lang in fast ununterbrochenem Kampf gestanden hatten, mußten einen neuen harten Stoß aushalten. Der ging diesmal nicht auf Mlawa zu, sondern nordöstlich von Przasnysz am

[1] 7. bis 15. Februar 1915; vgl. die Schilderungen auf S. 196.

Orzyc und Omulew hinauf. Er wurde nach russischer Eigenart in sehr zahlreichen und sehr heftigen Angriffen geführt. Man zählt vom 13. bis zum 23. März 46 ernstere Sturmversuche. 25 bei Tage, 21 bei Nacht. Fast alle brachen bereits im Feuer unserer Truppen zusammen, wenige gelangten bis in die deutschen Gräben. Besonders schwere Kämpfe fanden bei Jednorozec statt. Wieder erlitten die Russen erhebliche Verluste, ohne ihrem Ziel näher zu kommen: die Südgrenze Altpreußens war wohlverteidigt und ein Einbruch in die Flanke unserer Ostſtellung undurchführbar.

In der letzten Märzwoche flauten die russischen Angriffe ab, und seit Ostern herrscht an dieser Stelle der Kampffront meist Ruhe. Sie ist dem heldenmütigen Widerstande der Truppen des Generals v. Gallwitz zu danken. Sechs Wochen lang haben sie in Kälte und Nässe, in Schnee und Sturm ruhelos, unermüdlich die Heimat verteidigt und sich glänzend bewährt. Es war keine Schlacht mit weithin klingendem Namen — aber es waren viele, viele harte Kämpfe, deren Erfolg den mancher großen Schlacht übertrifft. In diesem Sechswochen-Ringen um das südliche Einfallstor in Altpreußen haben die Truppen des Generals v. Gallwitz 43000 Russen gefangengenommen und gegen 25000 getötet. Der Gesamtverlust des Feindes überschreitet sicherlich die Zahl 100000. Wer unsere braven Truppen jetzt fröhlich in ihren Waldhütten und geräumigen Schützengräben hantieren sieht, vergißt beinahe, welch harte, blutige Zeit hinter ihnen liegt. Über die zahllosen Soldatengräber, die über das ganze blühende Land verstreut sind, und die Trümmer der Städte und Dörfer halten die ernste Erinnerung wach. Auch dieser Teil des Kriegstheaters hat viel Leiden, hat viele Helden gesehen.

Die Schlacht von La Bassée und Arras im Mai 1915[1] (Lorettoschlacht).

Veröffentlicht am 6. Juli und 21. August 1915.

I.

Während in Galizien die verbündeten Armeen von Sieg zu Sieg eilen durften, hatte die Armee des Kronprinzen von Bayern einen Kampf zu bestehen, der nicht minder heiß, blutig und ruhmvoll war. Doch gab es hier kein Vorwärtsstürmen durch die Reihen des Feindes, keine Verfolgung der flüchtenden Scharen mit des Mannes und Rosses letztem Atemzug. Die vielleicht gerade dem deutschen Soldaten schwerste Aufgabe galt es zu erfüllen: in einer Verteidigungsstellung den Ansturm eines weit überlegenen, mit zahlreicher schwerer Artillerie und unerschöpflicher Munition ausgerüsteten Gegners abzuwehren.

Denn Großes plante der Feind. Nicht etwa eine Ablenkung unserer Stärke von dem in Galizien verblutenden Verbündeten galt es. Die Versammlung so starker Kräfte, die Anwesenheit des französischen Oberbefehlshabers, die gewaltigen Anstrengungen und die Hartnäckigkeit des Angreifers beweisen es, die erbeuteten Befehle bestätigen es: General Joffre erachtete den Augenblick für gekommen, die deutsche Front zu durchstoßen, die verlorenen Provinzen und Belgien zu befreien und den Krieg an den Rhein zu tragen. Die Not des östlichen Verbündeten, der Zusammenbruch seiner Armeen in Galizien zwangen dazu, jetzt die Gelegenheit auszunutzen, da Deutschland scheinbar starke Kräfte nach dem Osten hinübergeschoben hatte. Gelang die entscheidende Operation diesmal nicht, so bestand die Gefahr, daß Rußlands Angriffskraft erdrückt, die Kraft der Deutschen auf dem westlichen Kriegsschauplatze vermehrt würde.

Möglichst starke Kräfte galt es zu diesem großen Ziele zusammenzuziehen, also nicht nur französische, sondern auch englische Truppen dafür zu verwenden. So ergab sich von selbst als Schauplatz des Durchbruchs die Gegend, in der die beiden verbündeten Armeen einander berührten.

Hier schien auch die taktische Lage nicht ungünstig für das Vorhaben. Die deutschen Truppen befanden sich nicht in für die Verteidigung sorgfältig ausgewählten Stellungen, sondern hielten im wesentlichen die Linien, wie sie aus der Offensive[1] entstanden waren. So konnte es nicht an schwachen Punkten fehlen.

In dem fast ebenen Gebiet Flanderns zwischen der Gegend Armentières und von La Bassée befand sich zwar kein ausgesprochener Geländevorteil in der Hand der Engländer, immerhin gab es, insbesondere in der Gegend östlich Festubert und bei La Bassée, manche vorspringende Teile unserer Linien, an denen eine Umfassung dem Feinde leicht möglich war. Begünstigt wird hier der Angriff durch die Unübersichtlichkeit des dicht mit baumumpflanzten Gehöften besetzten Geländes. Das im Mai schon hohe Gras verdeckt den geschickt herankriechenden Infanteristen dem Verteidiger. Der Artillerie fehlen natürliche Beobachtungspunkte. Erst hinter unserer Linie, von Radinghem über Aubers-Fromelles, zieht eine leichte Welle nach Violaines.

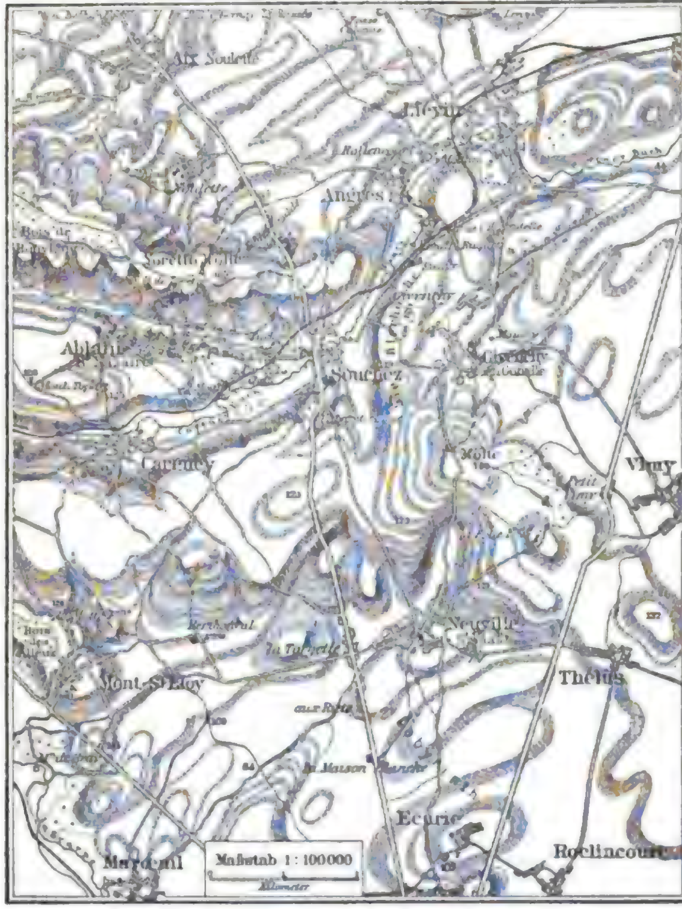
Ein anderes Bild bietet die südlich davon liegende Landschaft Artois. Hier bildet den südlichen Abschluß der Tiefebene ein etwa senkrecht zu unserer Front verlaufender langgedehnter und steil abfallender Höhenzug. Weithin erblickt man im Tiefland auf ihm den scharf abgesetzten Ostrand des Bois de Bouvigny, weithin leuchtete auch früher, als im Herbst zuerst unsere Reitergeschwader hierherkamen, die viel besuchte Wallfahrtskirche von Notre-Dame de Lorette. Sie lag am äußersten östlichen Rande des schmalen, gegen Westen noch ansteigenden Plateaus auf diesem Höhenzug und war in den Kämpfen seit dem Herbst völlig zerstört worden. Hier hatten die Deutschen schon seit dem Oktober[2] Fuß gefaßt. Schrittweise war es ihnen gelungen, in harten Kämpfen in den Wintermonaten einige hundert Meter weit vorzudringen. Immer aber noch blieb der ganze Wald von Bouvigny im Besitz der Franzosen. So klammerten unsere Badener sich nur an einen kleinen Teil dieses Höhenzuges an, der von beiden Seiten umfaßt war, da unsere von La Bassée über Loos und Angres geführte Stellung von dort mit einer scharfen Spitze vorsprang über die Lorettohöhe zu den beiden südlich davon in zwei durch die niedrige Höhe 125 geschiedenen Bachgründen tief gelegenen Orten Ablain und Carency. Von diesen Dörfern, deren Ausläufer noch in Feindeshand geblieben waren, zog die deutsche Linie scharf nach Südwesten zurück und lief auf die östliche Vorstadt von Arras, St. Laurent, zu. Sie führte hier über La Targette dicht östlich des großen Dorfes Neuville im allgemeinen in der Tiefe zwischen zwei Höhenzügen. Der westliche, auf dem die zerschossenen gewaltigen Türme von Mont St. Eloy eine Landmarke des ganzen Gebietes bilden, bot den

[1] Vgl. die Karte »Westflandern« bei S. 217.

[1] Seit Oktober 1914. — [2] 1914.

Franzosen treffliche Artilleriestellungen und in den Dörfern Ecurie und Roclincourt gute Stützpunkte.

Der östliche Höhenzug steigt von dem im Carencybachtal tief gelegenen Orte Souchez aus stark zur Höhe 140 empor und senkt sich dann über La Folie zwischen Thelus und Bailleul hindurch gegen die Scarpe. Die Besitznahme dieser Höhen, die die weite Ebene um Douai nach Westen abschließen und einer von dieser Stadt vordringenden Armee die erste günstige Stellung bieten, war im Oktober für uns von größter Wichtigkeit gewesen. Ihr Verlust konnte uns schwer treffen.



Zu den Kämpfen um die Lorettohöhe.

So bot für die Franzosen der Angriff auf den vorspringenden Winkel bei der Lorettohöhe und die anschließenden Stellungen gute Aussichten.

Die ersten Tage des Monats Mai begünstigten die Franzosen. Das Wetter schränkte die Luftaufklärung sehr ein und hinderte uns daher, das Heranführen der großen Truppenmassen auf der Bahn genau zu erkennen, obschon es beobachtet wurde und auch sonst Anzeichen dafür vorlagen. Sehr geschickt verheimlichten die Franzosen auch sonst diese Verschiebungen. Keine Patrouillen durften ihre Gräben verlassen. Bisher hatten in dem Abschnitt von der Grenze zur englischen Armee südlich La Bassée bis Arras den Deutschen 3¼ französische Armeekorps (58. und 92. Infanteriedivision, das 11., das 23. und ¼ vom 10. Armeekorps) gegenübergestanden. Am 8. Mai deuteten zum ersten Male bei einem gefallenen Franzosen gefundene Briefe auf die Anwesenheit des 17. Armeekorps.

Dagegen lag bereits *seit dem 1. Mai sehr schweres feindliches Artilleriefeuer hauptsächlich auf dem Abschnitt von der Lorettohöhe nach Süden bis gegenüber Roclincourt.*

Am 6. Mai schätzte ein Armeekorps, daß der Feind 13500 Schuß gegen seine vorderen Linien abgegeben habe, am 8. Mai erhöhte sich die Zahl auf 17000. Dazu traten jetzt neuerdings schwere Wurfminen auf, deren am 8. Mai nicht weniger als 1800 gezählt wurden. Schwer litten unsere Gräben und Drahthindernisse, die wiederherzustellen unsere Leute bei dem ununterbrochenen Feuer trotz aller Aufopferung keine Gelegenheit fanden. Südlich *Carency* sappierte der Feind sich auch näher heran.

Zum *Angriff* kam es aber vorerst nur am 8. Mai in der Nähe von *Liévin*, wo französische Jäger nach einem starken Artilleriefeuerüberfall in ein kleines Grabenstück eindrangen. Im Laufe der Nacht warfen die Badener den Feind wieder hinaus und nahmen ihm 100 Gefangene ab.

So brach der strahlend schöne, schwüle Sonntag des 9. *Mai* an. Planmäßig, aber wirkungslos weckten Bombenwürfe feindlicher Flieger einige höhere Kommandobehörden und das Personal aller wichtigen Bahnhöfe. Die Absicht, durch Zerstörungen Verwirrung in der Befehlsgebung zu erzielen und den Antransport von Verstärkungen zu vereiteln, war dem Feind mißglückt. Auf den Stellungen *nördlich Arras* lag von 4 Uhr morgens ab schwerstes Feuer. Auch auf alle Beobachtungsstellen unserer Artillerie und in die Verbindungen nach vorwärts fiel Geschoß auf Geschoß ein. Bald versagten die Drähte zu den Schützengräben, selten und langsam kamen Meldegänger zurück. Daß der Feind seine Hindernisse wegräume, teilten sie mit. Von der Höhe von La Folie aus sah man, wie unsere Gräben in dichten Rauch gehüllt waren. Eine feindliche Granate nach der andern fuhr in die schwarze Wolke, die sich bald haushoch türmte. Höher noch schleuderten Minenwürfe Erdschollen und Trümmer des weißen Kalkgesteins in die Luft. Gegen 8 Uhr schweigt das Feuer auf einen Schlag. Rasch eilen die schon stark gelichteten Reste der Grabenbesatzung, niederrheinische Landwehr sowie bayerische Chevaulegers und Infanterie, an die Brustwehr, bereit, dem anstürmenden Feind Auge in Auge entgegenzutreten. Sofort schicken die vorne befind-

lichen Kommandeure zu den Unterstützungen, die in der zweiten Stellung liegen, den Befehl, vorzurücken. Unsere Artillerie legt starkes Sperrfeuer auf die französischen Gräben. Doch statt des Angriffs erfolgt ein neuer, noch heftigerer Feuerstoß der feindlichen Artillerie. Wieder bedeckt Rauch und Qualm das ganze Gesichtsfeld. Da, um 9 Uhr, sieht die Artillerie von La Folie aus an der zufällig etwas rauchfreien Stelle zwischen Carency und dem Wäldchen südlich davon eine lange, dunkle Linie im Vorgehen. Sie erkennt, wie zwischen Carency und La Targette mehrere Minen in die Luft gehen. Die Franzosen greifen an! Unter dem Rauch hindurch dringen sie in Massen vor.

Im Abschnitt zunächst nördlich der Scarpe brechen sie in unserem Feuer zusammen. Haufen von Toten und Verwundeten der französischen 19. Division und des 17. Armeekorps liegen vor den Drahthindernissen. 1600 feindliche Leichen zählte ein einziges unserer Regimenter vor seinem Abschnitt. Gegenüber Roclincourt dringt ein kleiner Teil ein. Bayerische Bajonette werfen ihn hinaus.

Allzu mächtig aber ist der Ansturm auf den durch Artilleriefeuer besonders beschädigten Abschnitt zwischen La Targette und Carency. Mit gewaltiger Überlegenheit überrennen hier das 20. und 23. französische Armeekorps und mitten zwischen ihnen die marokkanische Division die schwache Besatzung der zertrümmerten Gräben. Verzweifelt wehren sich die wenigen Überlebenden. Schwerverwundet fällt der Regimentskommandeur der Landwehr, der die Unterstützungen persönlich vorführt, in Feindeshand.

Unsere zweite Stellung ist entblößt. An den vorgeschobenen Geschützen nördlich Neuville und südlich Souchez bricht sich die Brandung kurze Zeit, bis der letzte Kanonier zu Boden sinkt. Dann geht der Ansturm weiter. Die Franzosen dringen auf der Höhe von La Folie vor. Die Artilleriebeobachtungsstellen bei La Folie sind in ihrer Hand, schon nähern sie sich dem Ostabfall des großen Höhenzuges. Und auch gegen Norden gewinnen sie Boden. Von der Höhe stürmen sie hinab in das Dorf Souchez. Der Kommandeur eines bayerischen Jägerbataillons mit 10 Mann hält hier vorläufig allein den Südeingang.

Westlich davon dringen Zuaven und Fremdenlegionäre über den Carencybach, nehmen Moulin Malon, bedrohen die Lorettohöhe von Süden und umschließen auch von Osten das Dorf Carency, gegen das von Süd und Westen die 10. Division anstürmt.

Um 12 Uhr mittags scheint es fast, als sei hier den Franzosen der Durchbruch gelungen. In einer Breite von 4 km und einer Tiefe von 3 km ist das Gelände zwischen den Dörfern Neuville, Carency und Souchez in ihrer Hand. Auch südlich Neuville ist der Feind in das Grabengewirr eingedrungen, das sein Bericht bezeichnenderweise »Labyrinth« nennt. Bis über die Straße, die im Hohlweg von Ecurie nach Norden führt, ist er gelangt. Ein von uns kunstvoll mit Dach versehener Verbindungsweg bietet ihm nun Schutz.

Aber jetzt zeigt unsere Truppe, welch Geistes sie ist. Nördlich Ecurie machen die von Süden und Westen angegriffenen Söhne des Algäus nun auch nach Norden Front und wehren dem Feind in erbittertem Nahkampf das Vordringen gegen den Rücken des Regiments. Kein Mann denkt daran, die Stellung zu räumen. In Neuville werfen sich die Verteidiger in die Häuser und halten die östliche Hälfte des Orts. In einem Garten steht ein Geschütz, dessen Bedienung gefallen ist. Ein Pionierleutnant und zwei Pioniere feuern damit auf nächste Entfernung in den Feind. Am Weg von Neuville nach La Folie bildet sich eine Schützenlinie, die den eingedrungenen Feind von Süden flankiert. Von Norden her lösen eine badische Batterie und ein bayerischer Haubitzzug, auf 600 m feuernd, glänzend diese Aufgabe, bis auch im Dorf schwache Unterstützungen, zuerst ein einziger Jägerzug, der Handvoll Verteidiger zu Hilfe kommen. Von Ablain her verhindern Badener das Vordringen des Feindes gegen Norden.

Gegen die Front des Durchbruchs aber werfen sich auf den Höhen westlich Givenchy und Vimy die Reserven des Abschnitts. Jeder Mann weiß, worum es sich handelt. Sieht doch der hier kommandierende General von La Goulette aus schon französische Schützen auf dieser Höhe im Vorgehen. Wer nur Waffen hat, schließt sich den Kompanien an. Mannschaften der Kolonnen und Pferdewärter stürmen den steilen Osthang hinauf. Und es gelingt. Auf den Höhen 119, 140 und an den Waldrändern südlich davon gebietet unsere Artillerie und Infanterie den Eindringlingen Halt, nachdem deren vorderste Abteilungen niedergemacht sind.

1 Uhr ist vorbei, die erste Krisis hier überwunden und bis zum Abend ändert sich die Lage nicht. Inzwischen aber tobt auch an anderer Stelle der Front der Kampf. Auf den nördlich anschließenden Teilen lag seit dem Morgen heftiges feindliches Artilleriefeuer. Die von Gräben, unzähligen Geschoßlöchern und Minentrichtern durchfurchte Lorettohöhe bildete sein hauptsächlichstes Ziel. Dann folgte auch hier der Angriff. Auserlesene Jägerbataillone des französischen 21. Armeekorps führen ihn. Sie dringen in die Gräben ein. Trotz tapferster Gegenwehr müssen die Badener die vorderste Stellung räumen, nur eine Kompanie hält sich dort, trotzdem der Feind sie umringt. Auch weiter nördlich in der Gegend von Loos gelangte ein Angriff in unsere Linie. Wieder wurde hierbei ein neues französisches Armeekorps, das 9., festgestellt. Überall auf diesem Teil des Schlachtfeldes war der Feind nicht über unsere erste Stellung durchgedrungen. Seine Erfolge blieben daher weit hinter dem erstrebten Ziele zurück.

Nicht unmittelbar im Anschluß an die Franzosen erfolgte der englische Angriff. Vom 9. morgens ab beschossen sie unsere Gräben heftig, besonders westlich der großen Straße La Bassée–Estaires und nördlich Fromelles. Allerdings erleichterte ihnen der hohe Grundwasserstand in dieser Gegend die Arbeit. Die Brustwehren mußten seinetwegen größtenteils hier auf den gewachsenen Boden mit Sandsäcken aufgeschüttet werden. Kein Wunder daher, wenn bald alles verschüttet war. Um 6 Uhr 30 Minuten vormittags sprangen vollkommen überraschend in der Brustwehr der Bayern nördlich Fromelles zwei Minen. An dieser Stelle und an zwei anderen in der Nähe gelegenen drangen sofort starke englische Schützenlinien ein, überrannten die vereinzelten überlebenden Verteidiger und warfen sich in weiter hinter unserer Front gelegene Gräben und Gehöfte. Welle auf Welle folgte und versuchte sich von den schmalen Durchbruchstellen aus nach beiden Seiten in den Gräben auszudehnen. Aber schon hatten die anschließenden Abteilungen die Gräben verdämmt, und schon hinderte das Sperrfeuer der Artillerie die Engländer, weitere Kräfte nachzuschieben.

In wahrhaft musterhafter Weise wirkten die bayerischen Truppen zusammen, um diesen Anfangserfolg des Feindes zunichte zu machen.

Um die Mittagsstunde war jede Gefahr beseitigt, bis zum Abend das ganze Gelände wieder zurückgewonnen. Glänzend hatte eine bayerische Division den Angriff des dreifach überlegenen verstärkten 4. englischen Armeekorps abgewiesen.

Nicht gleichzeitig setzte der kommandierende General des durch eine indische Division verstärkten I. englischen Armeekorps seinen Angriff gegen den Abschnitt Bois du Biez–La Quinque Rue an. Nachdem am Vormittag (9. Mai) seine Infanterie nur schwächlich herangetastet hatte, steigerte er von 4 Uhr 30 Minuten nachmittags an sein Feuer zur äußersten Heftigkeit. Um 5 Uhr 15 Minuten brach der Angriff los. Voran eine Welle farbiger Engländer, dann weiße, stürzen aus den vom Feind für große Massen sehr geschickt angelegten Versammlungsgräben heraus; noch einmal farbige und wieder weiße Engländer folgen ihnen. Bis in unsere Drahthindernisse stürmen die Tapfersten. Aber stärker als des Feindes Wille ist das Feuer unserer Westfalen. Kein einziger Feind gelangt in unseren Graben; Massen von Engländern verschiedener Rassen decken das Feld.

II. Drei Stellen in der Schlachtfront der Armee des Kronprinzen von Bayern waren es, an denen am 9. Mai die französische Granate dem Bajonett einen Weg gebahnt hatte.

Den Feind bei Loos wieder hinauszuwerfen, konnte der Oberbefehlshaber den dort stehenden Badenern ruhig überlassen. Er hat sich nicht getäuscht. Einige Kompanien stellten sich den Franzosen frontal gegenüber und wichen langsam zurück, mit dem Auftrag, sie gegen die zweite Stellung nach sich zu ziehen. Die Artillerie legte hinter den Feind Sperrfeuer, das jede Verbindung unterbrach. Von Nord und Süd aber gingen in unseren Gräben je ein Bataillon, die Kommandeure an der Spitze, mit Handgranaten gegen Flanke und Rücken der Franzosen vor. Als am Morgen des 10. Mai die überlebenden 700 des französischen Regiments 114 mit ihren 6 Maschinengewehren die Waffen streckten, erblickten sie an den Helmüberzügen der Sieger dieselbe Nummer, die sie am Kragen trugen. Der tapfere, tödlich verwundete Kommandeur und ein Major des französischen Regiments fanden ihre letzte Ruhestatt im Friedhof des deutschen Truppenteils mitten unter den badischen Helden.

Weiter südlich genügte die eigene Kraft der dort stehenden deutschen Truppen nicht, um die eingedrungenen Massen des Feindes zurückzudrücken. Dort mußte die oberste Führung ihre Reserven einsetzen.

Sorgfältige Vorbereitung des hier im französischen Kohlenrevier dichten Bahnnetzes gestattete ihre schnelle Verschiebung. Bereits um die Mittagsstunde des 9. Mai nahm ein sächsisches Jägerbataillon die Badener auf der Lorettohöhe auf, bayerische Jäger verstärkten die schwache Besatzung von Souchez. Am Abend standen mehrere Infanterieregimenter in der Gegend südlich Lens zur Verfügung, weitere Regimenter führten Zug auf Zug heran. Die Straßen bedeckten die berittenen Truppen, Kolonnen und Trains der bisher in Reserve stehenden Truppenkörper. Bis zum Mittag des 10. Mai konnte der Oberbefehlshaber alle im Armeebereich verfügbaren Truppen dort vereinigen. Ein frisches Armeekorps etwa hatte er damit zur Hand. Das möchte wohl viel scheinen; winzig genug war aber diese Verstärkung gegenüber der feindlichen Übermacht. Und wie im deutschen Heere es stets als vornehmste Pflicht galt, den Kameraden zur Seite zu stehen, so sandten die kommandierenden Generale der nicht angegriffenen Nachbararmeekorps aus freien Stücken ihre bei den breiten Fronten nur recht spärlichen Reserven bereitwilligst an die bedrohten Stellen.

Alles zu vereinigen, um mit einem großen Schlag den eingedrungenen Feind hinauszuwerfen, dieser Gedanke lag nahe. Die Wirklichkeit verbot seine Ausführung. War auch der Feind zwischen Souchez und Neuville an den Höhen 119, 140 und den Waldrändern südlich davon zum Stehen gebracht, so hätten vielleicht die schwachen bayerischen Truppen hier einem neuen großen Angriff nicht widerstehen können. Sie bedurften der Unterstützung.

Schon am späten Abend des 9. Mai schoben sich die ersten Regimenter in ihre Linie ein. Sie begnügten sich nicht, sie zu halten und zu verstärken. Südöstlich Souchez streicht eine tief eingeschnittene Mulde nach Süden, zwischen dem Rücken, auf dem unsere Schützen lagen, und der Höhe, deren südlichsten Ausläufer der Kirchhof dieses Dorfes krönt. Artilleriemulde hieß sie in unseren Stellungskarten. Hier standen noch einige bayerische Feldgeschütze und zwei schwere Feldhaubitzen, die der Feind überrannt hatte, aber nicht hatte zurückführen können. Bayern und Elsaß-Lothringer gingen von Givenchy aus vor, bis in die Mulde warfen sie den Feind zurück. Schon sind die Geschütze zwischen beiden Linien. Heftige Einzelkämpfe entspinnen sich um sie in der Nacht und am nächsten Vormittag. Immer wieder versuchen die Unseren die Geschütze zu nehmen. Ein Tapferer nach dem anderen fällt unter dem Feuer von Maschinengewehren, die der Feind eigens zum Schutze der erhofften Beute aufgestellt hat. Den Franzosen gelingt es aber ebensowenig, die Geschütze in Sicherheit zu bringen. Die schweren Haubitzen verankern sie mit Eisenketten, die bis in ihren westlich der Mulde gelegenen Graben zurückgespannt sind. Das Schicksal will es, daß den Söhnen des Reichslands, die so wacker ihre Pflicht für ihren Kaiser und ihre Heimat tun, ein Fremdenregiment der marokkanischen Division gegenübersteht, das mit fast völliger Vernichtung den Lohn der Vaterlandslosen erntet.

Weiter südlich, in Neuville und nördlich davon, tragen Kurhessen, Lothringer und Westfalen die bayerische Linie weiter vor.

So hatte der Einsatz dieser wenigen Regimenter nicht nur unsere Linie der großen Einbruchsstelle gegenüber gefestigt, sondern die Franzosen verhindert, am 10. Mai hier den Angriff in großem Maße zu erneuern. Nur bei Neuville griff er mit kleineren Abteilungen immer wieder erfolglos an, während südlich des Dorfes das in seinen Gräben von West, Nord und Süd umfaßte bayerische Regiment, vom feindlichen Artilleriefeuer und Minenwürfen überschüttet, im erbitterten Nahkampf mit der feindlichen Infanterie seine Stellung hielt. Von dort bis zur Scarpe getrauten sich nach der blutigen Lehre vom Tage vorher das 17. französische Armeekorps und die 19. Infanteriedivision am 10. Mai nicht anzugreifen.

Bedrohlicher erschien die Lage an der Lorettohöhe. Noch mehr als früher schon war nach dem französischen Einbruch südlich Carency unsere Stellung hier durch den Feind umfaßt. Seine Artillerie, die am 9. Mai der Infanterie gefolgt und nordwestlich La Targette in Stellung gegangen war, schoß sogar in den Rücken unserer Gräben bei der Kapelle. Jeder Verkehr südlich der Höhe entlang nach Ablain und Carency war bei Tage unter diesem Feuer unmöglich, bei Nacht ein großes Wagnis.

Als am Nachmittag des 10. Mai sehr starkes Artilleriefeuer auf diesen Stellungen lag, rückte ein sächsisches Infanterieregiment zur Unterstützung der Badener in den gefährlichen Abschnitt ein.

Dem südlich Souchez kommandierenden General standen daher nur mehr zwei frische Infanterieregimenter zur Verfügung, mit denen er am Abend zwischen diesem Dorf und Neuville anzugreifen Befehl erhielt. Artillerie bereitete den Angriff vor. Ihr Aufmarsch an der einzig möglichen Stellung beiderseits Vimy konnte der französischen Luftaufklärung nicht verborgen bleiben, der Einsatz der Beobachtungsstellen in die Infanterielinien nicht ohne beträchtliche Verluste abgehen. Und doch war es eine Lust für die Truppe; heraus aus der Einförmigkeit der Stellungsschlacht zu kommen und auffahren zu können, beinahe wie man es in der Herbstfeldschlacht getan, für die Sommerfeldschlachten erhoffte. Da ertrug man leicht Verluste an Mann, Roß und Gerät.

Um 7 Uhr abends brach der Angriff los, die frischen Regimenter, ein württembergisches von Givenchy aus, ein sächsisches über Höhe 140 mitten zwischen den im Gefecht stehenden Teilen. Über die feindwärts abfallenden Hänge galt es vorzustürmen gegen die feindliche Infanterie, die sich in unseren vorderen Stellungen und in neu angelegten Gräben einzurichten mehr als 24 Stunden Zeit gehabt hatte, gegen die gewaltige feindliche Artillerie, deren hier eingelebte Feuerleiter jeden Baumstumpf, jeden Erdaufwurf besser kannten als auf einem jahrelang gewohnten Schießplatz.

Ein Feuersturm empfängt daher unsere Schützenwellen. Hier und dort reißt er Lücken in die Tapferen. Aber jeder weiß, daß es gilt, in jedem einzelnen lebt nur der Drang an den Feind. Und es geht! Aus Souchez heraus, unterstützt von den von Givenchy her stürmenden Württembergern, nehmen bayerische Jäger den Kirchhof, der das Dorf beherrscht. Weiter südlich in die Artilleriemulde stoßen Bayern, Württemberger und Elsaß-Lothringer, mitten unter den Schützen die Kanoniere. Der erste will jeder sein, die Waffe, die ihm sein Kriegsherr anvertraut, die überlegene Kraft ihm entriß, wiederzugewinnen. Diesmal gelingt's! Unser sind die Kanonen, unser die angeketteten schweren Haubitzen. Und westlich der Mulde gräbt sich die zersetzte Schützenlinie ein, hinter sich die überrannte erste französische Linie lassend. Bot hier die tiefe Mulde einigen Feuerschutz, so fehlte er weiter südlich, wo die Sachsen vordrangen. Mit schweren Verlusten nur konnte das tapfere Regiment die Höhe 123 stürmen und halten. Ihr zum Schutz unserer Artilleriebeobachter notwendiger Besitz lohnte die Opfer.

Auch in Neuville bringt der Kampf Mann gegen Mann, Haus um Haus uns Gewinn. Vor allem aber hat unser Angriff am Abend des 10. Mai den Franzosen gezeigt, daß wir nicht gewillt waren, ihre Angriffe in der Verteidigung zu erdulden, sondern daß die an Zahl so schwache Truppe sich nicht scheute, selbst anzugreifen. Die Eigenschaft, die den Sieg im Kriege verbürgt, den eisernen Willen, unsere Führer und Truppe hatten sie bewiesen.

Die nächste Sorge der Führung bildete Carency. Fast einer Insel gleich, umbrandet von wilder, an den Gestaden fressender See, lag dieses Dorf vor unserer Front. Auf der Lorettohöhe zwar erreichte der Einsatz der Sachsen Erfolge. Einige Gräben nahmen sie zurück. Am Morgen des 11. Mai befreiten sie dadurch die badische Kompanie, die, seit zwei Tagen rings vom Feinde umschlossen, unter schwersten Verlusten und Entbehrungen ihre Stellung gehalten hatte. Als einziges Getränk hatte sie das Kühlwasser der Maschinengewehre benutzen können, da auf der kalkigen Höhe Brunnen fehlten.

Südlich der Lorettohöhe gelang es an demselben Vormittag badischen Grenadieren, Moulin Malon und die beiden dort am 9. Mai von den Franzosen genommenen Feldkanonen zurückzuerobern. Doch eine gesicherte Verbindung zwischen Carency und Souchez war damit noch nicht erreicht. Auf der Höhe westlich des Kirchhofs Souchez weiter vorzudringen, war nicht geglückt.

Die Frage, ob Carency geräumt werden solle, konnte gestellt werden. Die Antwort fiel dem Soldaten leicht, dem Menschen schwer. Das Opfer der tapferen Besatzung war notwendig. Denn solange wir den Ort hielten, verzögerten wir das Vorwärtskommen des Feindes und nahmen ihm schwere Blutopfer ab. Das aber war hier unser Gefechtszweck.

Durch den Einsatz weiterer Kräfte die Verbindung dorthin zu verbessern, war die Absicht. Sie konnte nicht zur Ausführung gelangen, da am 11. Mai nachmittags wieder große französische Angriffe erfolgten. Nach heftigster Beschießung durch Artillerie griffen die 17. französische Infanteriedivision und Teile der 58. zwischen der Straße Hulluch-Vermelles und Lens-Mazingarbe in breiter Front an; den vordersten Wellen folgten dichte Kolonnen. Vor unseren Hindernissen brachen sie im Feuer unserer Geschütze und Gewehre zusammen. Noch einmal erneuerten frische Truppen in gleicher Form den Versuch, nur um ebenso zu scheitern. »Das französische Regiment 125 ist erledigt« konnten die Badener melden. Gefangene des 9. französischen Armeekorps, die später gemacht wurden, gaben an, daß die 17. Infanteriedivision an diesem Tage 6000 Mann habe liegen lassen.

Auch auf der Lorettohöhe setzte das französische 21. Armeekorps zum Angriff an. Er brach zusammen. Am gewaltigsten tobte jedoch die Schlacht am 11. Mai nachmittags südlich von Carency. Zwischen diesem Dorf und der Scarpe einheitlich vorzubrechen, war die Absicht des Feindes. Schwerstes Artilleriefeuer aus allen Geschützen leitete sie ein. Doch durch die Wand von Rauch und Feuer hindurch sah unsere Artillerie aus dem Wäldchen südlich Carency und aus den Trümmern von La Targette die Massen vorbrechen. Unter den Garben unserer Schrapnells zerstob die französische 77. Division und was von der marokkanischen Division noch mit angriff. Was hier Kanone und Haubitze leisteten, das fiel von Roclincourt nach Süden dem Gewehr zu. Trotzdem hier das 17. und 10. Armeekorps in dichten Scharen bis an die durch das französische Artilleriefeuer stark zerstörten Hindernisse herankam, trotzdem die bayerische Grabenbesatzung durch die Beschießung stark gelitten hatte, sanken die stürmenden Regimenter vor unserer Linie niedergemäht zu Boden, ohne irgendwo einzudringen.

Einzig und allein bei und südlich Neuville, wo man schon in engster Gefechtsberührung stand, kam es zu Nahkämpfen. Sechs französische schwere Minenwerfer feuerten in diesem Orte seit dem heutigen Morgen schon auf die von uns besetzten Häusergruppen; nichts diesem gewaltigen Nahkampfmittel Gleichwertiges hatten wir an dieser Stelle entgegenzusetzen. Da sieht in dem durch uns wiedergewonnenen Ortsteil der Adjutant eines thüringischen Ba-

taillons, ein Reserveoffizier der Feldartillerie, eine bayerische Feldkanone. Am 9. Mai hatten die Kanoniere sie verlassen müssen, Verschluß und Munition aber vorher versteckt. Auch diese findet der Offizier. Mit zwei Infanteristen bedient er auf das wirksamste diese Feuerwaffe im Häuserkampf, mit ihr tritt er auch dem Nachmittagsangriff entgegen. In Neuville selbst kann der Angriff zu keinen großen Ergebnissen führen. Ob das eine oder andere Haus mehr dem Feind zufällt, das entscheidet keine Schlacht. Aber aus dem Dorf heraus gegen Thelus möchten die Franzosen vordringen. Hier liegt 200 m östlich Neuville der Kirchhof, mit Mauern umgeben, im freien Feld. Achtzig Mann des anhaltischen Bataillons, das hier kämpft, halten ihn besetzt. Gegen 3 Uhr nachmittags sehen sie südlich Neuville starke viergliedrige Schützenlinien, denen dichtauf Unterstützungen folgen, vorgehen. Unser Feuer weist den Feind ab. Noch nicht 4 Uhr ist es, da greift von Südwesten Infanterie an, und auf der Straße aus Neuville heraus brechen Turkos hervor mit Handgranaten. In raschem Lauf wollen sie die kurze Strecke zurücklegen und den Verteidiger überrennen. Kaltblütig schießen unsere Musketiere die Feinde nieder. Die sehen, so geht es nicht. Man muß andere Mittel holen. Artillerie und Minenwerfer setzen ein. Grabsteine splittern, Kreuze, Kränze und Särge werden zerrissen, die Besatzung fast vernichtet. Um 1/27 Uhr abends beschließt der Kompanieführer den Rückzug. Nicht weit geht es, nur gerade aus der Geschoßgarbe heraus. Freiwillig aber bleiben ein Unteroffizier und zwei Mann zurück, um in der Westspitze des Kirchhofs mit Handgranaten die Kameraden zu decken und für sie Zeit zum Eingraben zu gewinnen. Dann erst kann der Feind nachdringen, um einer neuen lebenden Mauer gegenüberzustehen.

Im Labyrinth sind noch dieselben Truppen, die dort am 9. Mai gekämpft haben. Auch sie haben nur mehr eine bei Tag nicht gangbare Verbindung nach rückwärts. Wie es bei Neuville steht, ahnen sie nicht. Sie sehen dort nur Rauchschwaden und Flammen. Ob wir das Dorf besitzen oder der Feind, ist ihnen nicht bekannt; ob sie im Osten schon abgeschnitten sind, sie wissen es nicht. Von allen Seiten hageln Granaten, Minen, Infanteriegeschosse in die Trümmer, die einst ihre Gräben waren. Von West, Nord und Süd versuchen die Franzosen vorzudringen. Das Regiment hält aus und erfährt am Abend, daß der große feindliche Angriff abgeschlagen ist, daß die Kameraden auch gehalten haben.

So war an diesem Dienstag (11. Mai), einem herrlichen, warmen Sommernachmittage, der zweite gewaltige Ansturm der Franzosen zusammengebrochen. Was sie gewollt, ergab ein Befehl, den ein östlich Grenay gefangener Offizier bei sich trug. Hiernach rechnete General Joffre unbedingt damit, daß am heutigen Tage Loos, am folgenden Freitag die große Kohlenstadt Lens in die Hände seines linken Flügels fallen müsse. Die Abendmeldungen dürften den französischen Oberbefehlshaber etwas enttäuscht haben. Statt der Nachricht eines Erfolges werden sie die Kunde erhalten haben, daß die französischen Truppen zu einem großen einheitlichen Angriff für die nächste Zeit überhaupt unfähig seien.

Daher finden wir in den folgenden 14 Tagen eigentlich nur mehr an zwei Stellen Kämpfe, in der Gegend der Lorettohöhe und bei Neuville.

Aber was die Schlacht damit an Ausdehnung eingebüßt hatte, das verlor sie durchaus nicht an Heftigkeit. Immer wieder vermochten die Franzosen auf diesen schmalen Fronten neue, teils ganz frische, teils lange ausgeruhte Kräfte heranzuziehen. Vergeblich versuchte man am 12. Mai die Verbindung mit Carency zu verbessern. Moulin Malon, das die Franzosen wieder genommen haben, wird am Morgen erneut erobert; aber ein Angriff bayerischer Jäger am Abend vom Kirchhof Souchez aus auf dem Höhenrande mißlingt. Und zu dieser Zeit erfüllt sich das Schicksal der tapferen Verteidiger von Carency. Noch einmal hat in der Nacht vorher niederrheinische Landwehr sie mit einiger Verpflegung und Munition versehen, dann aber ist der Feind auf der Höhe 125 nördlich des Dorfes durchgebrochen. Einige Häusergruppen sind in seiner Hand. Bei Einbruch der Dunkelheit dringen von Osten Zuaven ein und reichen den Sturmkolonnen der anderen Fronten die Hand. Die letzten Tapferen fallen in Feindes Gewalt. Gleichzeitig nimmt der Feind wieder Moulin Malon. Damit ist der Besitz des Hauptteils von Ablain wertlos geworden. Der hier kommandierende General befiehlt, das Dorf bis zur Kirche zu räumen, wo Anschluß an die Lorettostellung ist. Ohne gedrängt zu werden, gelingt den Badenern die schwierige Ausführung. Auch oben auf der Lorettohöhe nahm der Feind an diesem Tage den Steinhaufen, der die Reste der Kapelle darstellte. Weitere Vorstöße von dort herab führten zur Vernichtung der Franzosen. Ein tapferes schlesisches Reserveregiment konnte sogar im Sturm in der Nacht vom 14. auf 15. Mai wieder einen Teil der Gräben auf der Höhe nehmen, nachdem am Abend ein Angriff von fünf französischen Bataillonen an der Straße Souchez–Aix-Noulette abgewiesen war.

* * *

Nur wer die Lorettohöhe gesehen hat, kann ermessen, was unsere Truppen in diesen Kämpfen geleistet haben. Vor allem aber versteht es der zu würdigen, der sie kennt aus der Oktoberzeit vorigen Jahres (1914), als die stattliche Allee von Souchez nach Aix-Noulette mit ihren mächtigen belaubten Baumkronen zwischen den in den glänzenden Farben des Herbstlaubes prangenden Gehölzen an der Höhe entlang führte, auf der zahlreiche lebende Hecken die Steilabfälle besetzten und die Grenzen frisch bestellter Felder bildeten. Und jetzt im Frühling kein Laub mehr an diesen Hecken und Bäumen, von denen nur einzelne Stümpfe in die Luft ragen, grau und kahl, ohne Graswuchs liegt die Höhe da, ein Trichter schwerer Geschosse und Wurfminen liegt neben dem andern! Wo sie tiefer eingedrungen sind, da haben sie den Kalkstein aufgewühlt und weiße Flecke hingeworfen auf den Berghang. Die weißen Striche der Schützen- und Laufgräben aber sind fast verschwunden, denn das feindliche Feuer hat gut gearbeitet, unsere Leute jeden Schutzes zu berauben. Von dem, was einst ein Waldstück östlich der großen Straße war, zieht eine Mulde gegen die Kapelle hinauf. »Schlammulde« hieß sie bezeichnenderweise auf unseren Karten; redlich hatte sie sich im feuchten Winter Nordfrankreichs diesen Namen verdient. Als gedeckter Annäherungsweg auf die Höhe war sie damals unersetzlich. In ihr hatte deutsche Pietät den zahlreichen gefallenen Kameraden dicht am Feind schön geschmückte Kirchhöfe gerichtet. Nun rissen die feindlichen Granaten unsere Helden aus der Ruhe. Die Schlammulde

bildete nach dem Verluste der Kapelle die Hauptverteidigungsstellung unserer Infanterie auf dem Osthang der Lorettohöhe. Nicht nur mit Front nach Nordwesten, sondern auch gegen die Höhe zu und bald mit Front nach Südosten ward dieser schmale, von allen Seiten durch Feuer umfaßte, von der Kapelle der Länge nach bestrichene Raum zum Brennpunkt des Kampfes. Eine Hölle war es für die badischen, sächsischen und schlesischen Truppen, die hier standen und, fortwährend beschossen, Tag und Nacht angegriffen, ohne Wasser und ohne warme Nahrung aushielten. Aber sie haben nicht nur ausgehalten, immer wieder gingen sie zum Angriff vor, brachten täglich Gefangene ein, am 18. Mai sogar zwei Maschinengewehre. Trefflich unterstützte sie unsere brave Artillerie in dieser schweren Zeit, zum Ruhmesfeld vollends wurde die Lorettohöhe für unsere Pioniere. Was diese Truppe in opfermütiger Arbeit, in heldenhaftem Kampfe dort geleistet hat, wird unvergeßlich bleiben.

Dieselbe Rolle spielte südlich der Lorettokapelle der sogenannte »Barrikadenweg«, der von der Höhe gegen die Kirche von Ablain herabführte. Seine Verteidiger befanden sich in nicht besserer Lage als die Kameraden in der Schlammulde. Ja sie wurde sogar noch schlechter, als die feindliche Stellung bei den Ruinen der Kapelle stärker wurde. Vor hier aus kam man in den Rücken der deutschen Gräben. Immer wieder versuchten es die Franzosen. Am 21. Mai gelang es. Der Barrikadenweg fiel in ihre Hand.

Anders spielte sich bei Neuville die Schlacht ab. Der Häuserkampf nahm hier einen besonders hartnäckigen Charakter durch eine Eigenart des Dorfes an. Unter ihm durchfurchten das Kalkgestein die Gänge und Höhlen alter Bergwerke. Als Unterstände ausgebaut, boten sie selbst gegen schwere Beschießung sicheren Schutz. Deutsche und Franzosen nützten ihn aus. So konnte man wochenlang ausharren gegenüber dem Feind, den nur eine schmale Straße von den Mauerresten trennte, die die eigene Stellung bildeten. Minenwerfer und Feldgeschütze standen in vorderster Linie. Immer wieder griff man mit ihrer Hilfe die Trümmerhaufen an, ohne daß der Besitzstand wesentlich wechselte. Bayern, Badener und Lothringer wetteiferten in diesen Kämpfen. Jetzt kam rheinländische Unterstützung. Der auf diesem Abschnitt des Schlachtfeldes den einheitlichen Befehl führende General beschloß, am 22. Mai mit diesen Truppen das Gelände zwischen Neuville und dem Labyrinth zu säubern und möglichst viel vom Dorf zurückzuerobern. Der Abendangriff hatte teilweise Erfolg. Einige Häusergruppen und Gräben fielen in unsere Hand, zwei Maschinengewehre und 100 Gefangene nahm ein niederrheinisches Regiment.

Der wichtigste Erfolg aber war, daß, wie sich ergab, man gerade in die Vorbereitungen zu einem großen französischen Angriff hineingestoßen war und sie erheblich gestört hatte. Daß er bald kommen würde, wußte man ja. Stand doch Pfingsten vor der Tür. Hohe Feste aber, das war Erfahrung, lockten den Feind stets zum Angriff.

In der Zwischenzeit waren die Engländer nicht ganz untätig geblieben. Von ihren Schlägen am 9. Mai hatten sie sich zwar nicht so rasch erholt wie die Franzosen. Erst am 14. Mai veranlaßten englisches Artilleriefeuer und andere Wahrnehmungen den Kronprinzen von Bayern, Maßnahmen gegen einen Angriff anzuordnen. Die Kunst des Verteidigers, vorauszusehen, was der Feind will, bewährte sich.

Als nach heftigster Artillerievorbereitung am frühesten Morgen des 16. Mai zwei englische Divisionen südlich der Straße La Bassée-Estaires angriffen, waren die vom Oberkommando entsandten Verstärkungen bereits im Eintreffen hinter der dünnen Linie begriffen, die bisher hier gestanden war. Die Brustwehren der wegen des Grundwassers nur 40 cm in den Boden eingeschnittenen Gräben hatte das Artilleriefeuer hinweggefegt. Trotzdem schlug ein westfälisches Bataillon in der Mitte der Angriffsfront den Sturm ohne weiteres ab, rechts und links davon brach der weit überlegene Feind durch. Seinen Massen gegenüber versuchten tapfer, aber vergeblich sächsische Bataillone den Feind zurückzuwerfen. Gewaltiges Artilleriefeuer brachte ihn zum Stehen. Der hier kommandierende General befahl dem vereinzelt vorn stehenden Bataillon am 17. Mai, die unhaltbar gewordene Stellung zu räumen. So nahmen die Engländer am Wald südlich Neuve-Chapelle bis la Quinque Rue 3 km unserer vorderen Stellung in Besitz, aber dicht dahinter in der zweiten Linie standen die Unseren. Weiter nördlich war jeder Versuch vergeblich gewesen. Unter dem Gesang der Wacht am Rhein hatten die Westfalen dort die Sturmkolonnen niedergeschmettert und waren keinen Schritt gewichen, als ihre Nachbarn zurück mußten.

Teilangriffe am 17. und große Stürme am 18. Mai gegen unsere zweite Linie hatten auf der ganzen Front denselben Mißerfolg. Mit großer Tapferkeit, aber in ungelenken dichten Massen versuchte die englische Infanterie uns zu überrennen. Wie musterhaft unsere Artillerie mitwirkte, beweist ein schriftlicher Dank, den die Musketiere eines westfälischen Infanterieregiments den Kanonieren ihres Nachbar-Feldartillerieregiments zusandten. Es hatte seine volle Pflicht getan. Dreimal wurde ein Offizier verwundet, ohne daß er seine Geschütze verließ. Trotzdem war der Kampf nicht leicht. Schwere Verluste erlitt das meist aus Lippe stammende Infanterieregiment bei der Abwehr der Engländer. Singend aber rückte es nachts nach zehntägigem Halten in vorderer Linie in die Ablösungsquartiere und stand am nächsten Morgen zusammengeschmolzen und zerrissen, aber siegesbewußt und ungebrochen in Parade vor seinem Landesherrn. Weiter südlich hatten pfälzische Bataillone und hannoveranische Landwehr wiederholte Stürme abgeschlagen.

Dasselbe Schicksal fanden die Wiederholungen der englischen Angriffe, die aber erst am 21. Mai einsetzten und besonders heftig in der folgenden Nacht fortdauerten. Eine indische Brigade griff östlich Richebourg l'Avoué an; 50—60 Gurkhas von ihr drangen in ein Einzelgehöft ein und wurden niedergemacht. Nur ein kleines Grabenstück gegenüber Festubert fiel in Feindeshand.

Die Kraft zu wirklich großen Offensivstößen der hier versammelten englischen Armee hat damit aber überhaupt ihr Ende gefunden. Das 1., 4. englische und das indische Armeekorps hatten sich eine Schlappe geholt, die ihr Gehalt an innerer Kraft nicht mehr zu überwinden vermochte.

Der Durchbruch bei Przasnysz.

Veröffentlicht am 31. Juli 1915.

Von der Pilica bis zum baltischen Ostseerande rücken die unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls v. Hindenburg stehenden Truppen wiederum kräftig

vor. Im Rahmen dieser großen Offensive erhielt der General der Artillerie v. Gallwitz den Auftrag, mit den Truppen, die unter seiner Leitung seit Monaten die Wacht an der Südgrenze West- und Ostpreußens gehalten hatten, und einigen Verstärkungen die feindliche Stellung zu durchstoßen. Die Aufgabe mußte als außerordentlich schwer erscheinen, hatten die Russen doch die Zeit der Ruhe ausgenutzt, um ein Netz von günstig gelegenen und sehr stark befestigten Stellungen zwischen ihrer vordersten Linie und den Narewfestungen auszubreiten.

General v. Gallwitz entschloß sich zum Durchbruch an zwei Stellen, die so nahe aneinanderliegen, daß die hier gelingenden Vorstöße ihre Wirkung sofort auf das Mittelstück und weiter auch nach rechts und links ausüben mußten. Als Angriffspunkte wählte er die vorspringenden Winkel der russischen vordersten Stellung nordwestlich und nordöstlich von Przasnysz. Wie die Schneiden einer gewaltigen Kneifzange durchbrachen die tapferen deutschen Truppen die feindliche Linie zu beiden Seiten von Przasnysz und schlossen sich unaufhaltsam jenseits der Stadt zusammen. Die russische Besatzung mußte schleunigst die Festung kampflos verlassen, um nicht mitabgekniffen zu werden.

Ein solcher Erfolg wäre aber unerreichbar gewesen ohne sorgfältigste Vorbereitung des Angriffs. General v. Gallwitz zog starke Infanteriekräfte gegenüber den Durchbruchstellen, zumal der rechten, zusammen und vereinigte dort gewaltige Artilleriemassen, deren Munitionsversorgung auf den schlechten Wegen bedeutende Schwierigkeiten bereitete. Alles das war dem Feinde geheimzuhalten, und in der Tat haben die Russen, obwohl unsere Schützen sich allmählich vorschoben und unsere Batterien mit dem Einschießen begannen, an keinen ernsthaften Angriff geglaubt. Ein Stück hinter Przasnysz fanden unsere Truppen eine fertige Feldbahn, auf der gerade am nächsten Tage der Personenverkehr beginnen sollte.

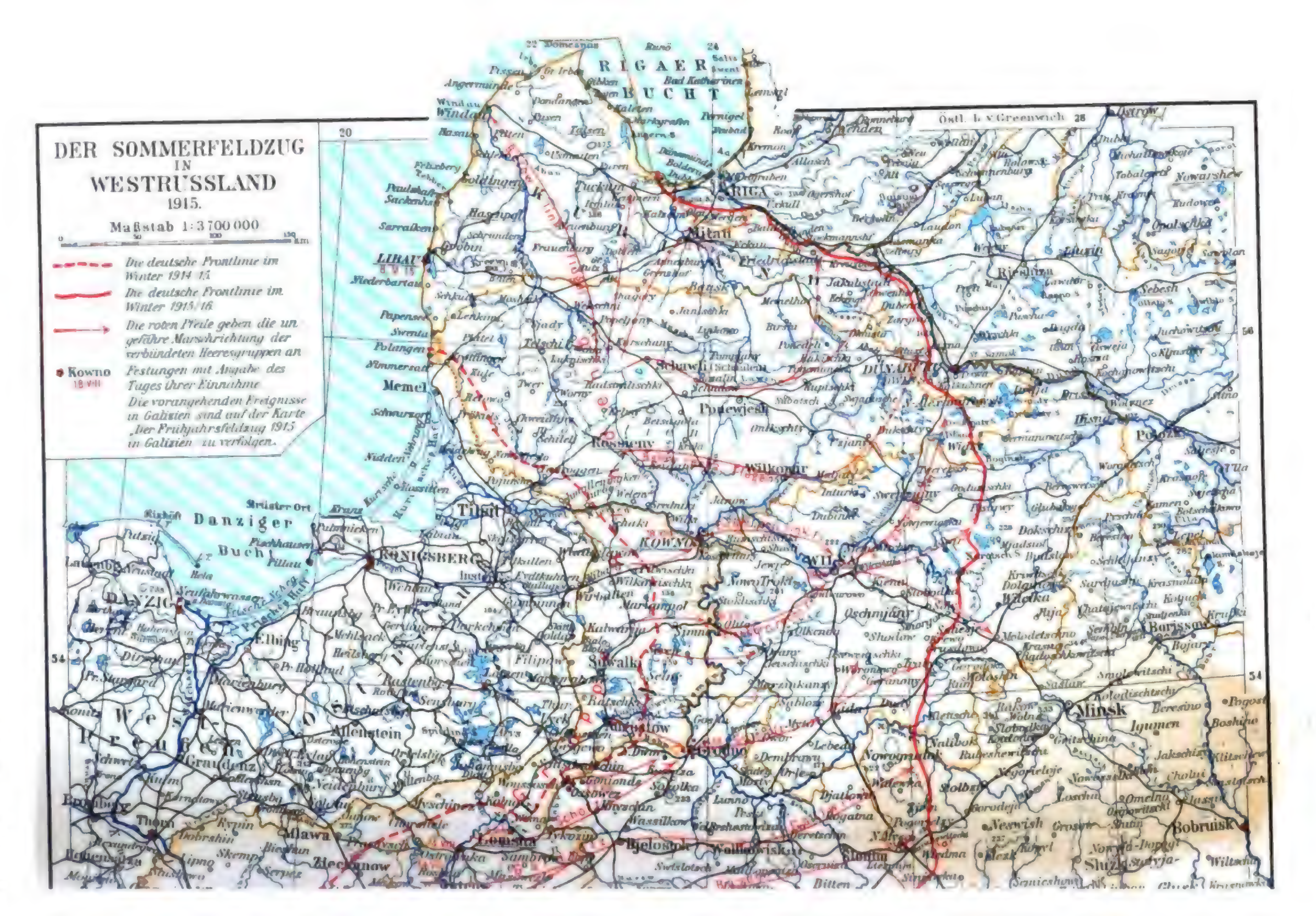
Erst der Morgen des 13. Juli weckte die Russen unsanft aus ihrem Sicherheitsgefühle. Die Sonne war kaum aufgegangen, als aus Hunderten von Feuerschlünden die Geschosse leichten, schweren und schwersten Kalibers auf die russischen Stellungen herniedersausten. Es war eine Kanonade, die schon auf die deutschen Truppen einen tiefen Eindruck machte, die russischen aber völlig um die Besinnung brachte. Trotz des unklaren, regnerischen Wetters schoß unsere Artillerie ausgezeichnet. Den Schützen in so starken Feldstellungen ist ja nur durch Volltreffer größerer Kaliber beizukommen. Hageldicht schlugen diese kurz vor und hinter den russischen Linien ein, oft genug auch unmittelbar in die Deckungen. Wurde dadurch auch nur ein kleiner Teil der Feinde getötet, so war die moralische Wirkung um so gewaltiger. Gefangene haben erzählt, daß in diesem Höllenfeuer jeder Zusammenhalt in der Truppe aufhörte. Hieraus, wie aus der überraschenden Wirkung des ganzen Angriffs ist es zu erklären, daß unsere Infanterie bei der Erstürmung der ersten russischen Stellung wenig Aufenthalt und verhältnismäßig wenig Verluste hatte. Auf 8 Uhr morgens war für einen großen Teil der Truppen der Angriff festgesetzt, für einen anderen etwas später, und schon eine Viertelstunde danach, stellenweise sogar vor der anberaumten Zeit, war der Erfolg gesichert. Die deutsche Infanterie ließ sich in ihrem frischen Vorwärtsdrang um so weniger aufhalten, als sie die gewaltige Wirkung des Artilleriefeuers erkannte und Scharen von waffenlosen Russen herankommen sah, die nur noch in der Gefangenschaft Rettung vor den schrecklichen Granaten suchten.

In dem stark befestigten und von beherrschenden Höhen umgebenen Dorf Grudusk sah es furchtbar aus. Die letzten noch unzerstörten Häuser brannten, die mächtige Kirche war eine Ruine, und ringsherum reihte sich Granatloch an Granatloch. Den Thüringern, die hier schneidig einbrachen, während ein Teil der feindlichen Schützen noch feuerte, fielen fünf russische Kanonen zur Beute, deren heraneilende Protzen unser Schnellfeuer vertrieben hatte. Ebenso sah es an den anderen Orten der beiden Einbruchstellen aus. Das gefürchtete Kastenwäldchen nördlich von Wegra war zu einem Haufen zersplitterter Maste zusammengeschossen, die starken Höhenstellungen nordwestlich von Przasnysz waren vollständig zerstört. Im Lauf des Vormittags brach die Sonne durch und beschien die siegesfroh vorwärtseilenden deutschen Truppen. Die zogen über die drohenden Höhen hinweg, die vor ihnen lagen, und ließen dem Feinde kaum irgendwo Zeit, sich in der starken zweiten Verteidigungslinie festzusetzen. So fielen manche sorgfältig vorbereiteten hervorragenden Stellungen fast ohne Kampf in unsere Hände. Am selben Tage noch kamen die unermüdlichen Kämpfer bis zur nächsten Linie, ja stürmten sie zum Teil schon in der Nacht.

Hier ist die Eroberung der Schlüsselstellung von Gorne, die nach den früheren Erfahrungen als uneinnehmbar galt, besonders zu nennen. Mehr, als man hoffen durfte, hatten mit einem Schlage die Treffsicherheit der Artillerie und das Ungestüm der Infanterie erreicht: binnen 24 Stunden war Przasnysz von beiden Seiten flankiert und nicht mehr zu halten.

Am 14. Juli ging fast ununterbrochen ein feiner Regen nieder. Der Durchzug durch das ausgebrannte, völlig menschenleere Przasnysz war melancholisch genug, aber unsere Soldaten klappten wohlgemut die Zange zu und vereinigten sich südlich davon zu einer Ramme, die nun die neue feindliche Stellung, die letzte geschlossene vor der Narew-Linie, mitten entzweibrach. Die Russen hatten alle Zwischenlinien aufgegeben und schleunigst die seit Monaten vorbereitete, außerordentlich starke Verteidigungsstellung Wyszogrod–Ciechanów–Zielona–Szczuki–Krasnosielc besetzt, die wieder aus mehreren Reihen hintereinander bestand. Unsere Truppen mochten zunächst im Zweifel sein, ob sie hier noch stärkeren Widerstand zu erwarten hätten.

Der 15. Juli gab eine ernste Antwort. Als nach kräftiger Artillerievorbereitung die Schützenlinien vorzugehen begannen, empfing sie überall ein heftiges Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Der Feind setzte offenbar alles daran, das letzte Bollwerk bis zum Äußersten zu verteidigen. So ging es an den meisten Stellen nur langsam vorwärts, und öfters mußte die für das Wirkungsschießen der Artillerie angesetzte Zeit verlängert werden. Trotz des hellen, sonnigen Wetters, das eine gute Beobachtung zuließ, war der Erfolg nicht mehr so durchschlagend wie am ersten Tage. Gerade in der Mitte der Hauptdurchbruchsfront aber lagen Truppen, deren Draufgängerlust ganz besonders ausgebildet worden ist. Die eine Division hatte als Angriffsziel die Höhen südlich und südöstlich von Zielona und war schon am Vormittage stellenweise bis auf 300 m an den Feind


DER SOMMERFELDZUG
IN
WESTRUSSLAND
1915.
Maßstab 1:3 700 000
Die deutsche Frontlinie im Winter 1914/15
Die deutsche Frontlinie im Winter 1915/16
Die roten Pfeile geben die ungefähre Marschrichtung der verbündeten Heeresgruppen an
Kowno 18 VIII
Festungen mit Angabe des Tages ihrer Einnahme
Die vorangehenden Ereignisse in Galizien sind auf der Karte „Der Frühjahrsfeldzug 1915 in Galizien" zu verfolgen.
RIGAER BUCHT
Danziger Bucht
Östl. L. v. Greenwich
RIGA
Mitau
LIBAU
Memel
Tilsit
KÖNIGSBERG
DANZIG
KOWNO
WILNA
Minsk
Bobruisk
Grodno
Thorn
Mlawa
Allenstein
Dünaburg
Ponewjesh
Schawli
Suwalki
Bjelostok
Lomsha
Slonim
Nowogrudok
Elbing
Graudenz

20

22

Bibliographisches Institut, Leipzig.

herangekommen. Die Garderegimenter auf dem rechten Flügel, die sehr bedeutende Anstrengungen hinter sich hatten, sollten eigentlich das Vorgehen der Nachbarn abwarten — da meldeten sie um ½2 Uhr: Sie hielten die feindliche Stellung für sturmreif und würden in einer halben Stunde angreifen. Als dies die Truppen des linken Flügels hörten, wollten sie natürlich nicht zurückstehen, und so trat die Division Punkt 2 Uhr zum Sturm an. Es war ein gewagtes Unternehmen, diesen Stoß ohne die heranbeorderten Verstärkungen zu unternehmen. Sein Gelingen ist dem hervorragenden Zusammenwirken von Infanterie und schwerer Artillerie zu verdanken. Im vollen Vertrauen auf die Treffsicherheit der »schwarzen« Brüder sprangen die Schützen durch das hohe Kornfeld vor, sobald eine Lage Granaten vor ihnen eingeschlagen war. Durch verabredete Zeichen gaben sie ihre neue Linie zu erkennen. Dann legte die Artillerie ihre Geschoßgarbe 100 m weiter vorwärts, und unter ihrem Schirm stürzten jene in die frischen Granatlöcher. So ging es ununterbrochen vorwärts. Weder das russische Schnellfeuer noch das doppelte Drahthindernis vermochte den Sturm aufzuhalten. Als das deutsche Hurra rollte, liefen die Russen, verblüfft durch solche Elementargewalt, in hellen Haufen davon.

Um 2½ Uhr erhielt der Divisionsstab vom linken Flügel die Fernsprechmeldung: Die feindliche Stellung ist genommen, und kaum war der Apparat frei, so traf vom rechten Flügel dieselbe Nachricht ein. Wenig später — und ebenfalls aus eigenem Antriebe heraus — stürmte die Nachbardivision, die aus jungen, erst während des Krieges eingestellten Mannschaften zusammengesetzt ist, in glänzendem Anlauf die Bastion bei Klonowo.

Die Wirkung dieses ersten Durchbruchs durch die russische Hauptstellung pflanzte sich im Laufe des Nachmittags und der Nacht über die ganze Front hin fort. Neue Kräfte wurden in die Bresche geworfen und halfen sie erweitern. Zwar leistete der Feind an vielen Stellen noch hartnäckigen Widerstand, aber den Ansturm von vorne und den Druck auf die Flanke konnte er schließlich nirgends aushalten. Ein nicht ungeschickter Versuch, die zuerst durchgebrochenen deutschen Truppen durch Besetzung einer Seitenstellung zu bannen, wurde von diesen durch einen neuen, scharfen Anlauf vereitelt. Noch weniger konnte der Todesritt einer russischen Kavalleriebrigade, die südöstlich der bereits gefallenen starken Opinogura-Stellung unsere Infanterie attackierte, irgendeinen Erfolg versprechen; Kosaken und Husaren wurden im Nu niedergemacht. Auch einzelne rückwärtige Zwischenstellungen des Feindes fielen bald unter den Stößen unserer siegesfroh vorwärtseilenden Truppen, die erst vor der befestigten Narew-Linie haltmachten.

Überraschend schnell und vollkommen war erreicht worden, was man von dem Durchbruch nur irgend erwarten konnte. In einer Breite von etwa 120 km sind unsere Truppen um 40—50 km weiter in Feindesland eingedrungen, haben ein reiches und schönes Stück russischen Bodens besetzt und Zehntausende von Gefangenen sowie viel Kriegsmaterial erbeutet.

Wie Kowno erobert wurde.

Veröffentlicht am 22. August 1915.

Seit 17. August ist das Hauptbollwerk der Njemen-Linie, die Festung ersten Ranges Kowno, in unserer Hand. Im Juli bereits wurden die der Festung westlich vorgelagerten ausgedehnten Forsten vom Feinde gesäubert und hierdurch die Möglichkeit für Herstellung brauchbarer Annäherungswege und der notwendigen Erkundungen geschaffen. Mit dem 6. August begann der Angriff gegen die Festung. Nachdem durch kühnes Zugreifen der Infanterie die Beobachtungsstellen für die Artillerie gewonnen und das in dem weglosen Waldgelände äußerst schwierige Instellungbringen der Geschütze gelungen war, konnte am 8. August das Feuer der Artillerie eröffnet werden. Während sie die vorgeschobenen Stellungen und gleichzeitig die ständigen Werke der Festung unter überwältigendes Feuer nahm, arbeiteten sich Infanterie und Pioniere unaufhaltsam in Tag und Nacht andauernden heftigen Kämpfen vorwärts. Nicht weniger als acht Vorstellungen wurden bis zum 15. August im Sturm genommen, jede eine Festung für sich, in monatelanger Arbeit mit allen Mitteln der Ingenieurkunst unter sichtlich ungeheurem Aufwand an Geld und Menschenkräften ausgebaut. Mehrfache, sehr starke Gegenangriffe der Russen gegen Front und Südflanke der Angriffstruppen wurden unter schweren Verlusten für den Gegner abgewiesen. Am 16. August war der Angriff bis nahe an die permanente Frontlinie vorgetragen. Durch äußerste Steigerung des mit Hilfe von Ballon- und Flugbeobachtung glänzend geleiteten Artilleriefeuers wurden die Besatzungen der Forts, Anschlußlinien und Zwischenbatterien derart erschüttert, die Werke selbst derartig beschädigt, daß auch auf diese der Sturm angesetzt werden konnte. In unwiderstehlichem Vorwärtsdrängen durchbrach die Infanterie zunächst Fort 2, erstürmte dann durch Einschwenken gegen dessen Kehle und Aufrollen der Front beiderseits die gesamte Fortlinie zwischen Jesia und Njemen. Die schleunigst nachgezogene eigene Artillerie nahm sogleich die Bekämpfung der Kernumwallung der Westfront und nach deren Fall am 17. August die Bekämpfung der auf das Ostufer des Njemen zurückgewichenen feindlichen Kräfte auf. Unter dem Schutze der unmittelbar an den Njemen herangeführten Artillerie wurde im feindlichen Feuer der Strom zunächst durch einzelne kleinere Abteilungen, dann mit stärkeren Kräften überwunden. Schnell gelang danach als Ersatz für die durch den Feind zerstörten Brücken ein zweifacher Brückenschlag.

Im Laufe des 17. August fielen die auch von Norden bereits angegriffenen Forts der Nordfront sowie die Ost- und zuletzt die gesamte Südfront. Neben über 20000 Gefangenen gewannen wir eine unermeßliche Beute, über 600 Geschütze, darunter zahllose schwersten Kalibers und modernster Konstruktion, gewaltige Munitionsmassen, zahllose Maschinengewehre, Scheinwerfer und Heeresgerät aller Art, Automobile und Gummibereifungen, Millionenwerte an Proviant. Bei der großen Ausdehnung dieser modernen Festung ist restliche zahlenmäßige Feststellung der Beute naturgemäß eine Arbeit vieler Tage. Sie erhöht sich von Stunde zu Stunde. Hunderte von Rekruten wurden in der vom Feinde verlassenen Stadt aufgegriffen, nach deren Angaben erst im letzten Augenblick 15000 unbewaffnete Ersatzmannschaften fluchtartig aus der Stadt entfernt worden sind.

Neben den verzweifelten Gegenangriffen der Russen, die auch nach dem Falle der Festung — erfolglos wie die früheren — von Süden her noch einmal einsetzten, ist dies ein augenscheinlicher Beweis,

daß die russische Heeresleitung einen schnellen Fall dieser stärksten russischen Festung für außer dem Bereich der Möglichkeit liegend erachtete. Wie hohen Wert sie auf den Besitz der Festung legte, beweist neben dem starken Ausbau der Festung und ihrer außergewöhnlich starken Ausstattung mit Artillerie die Tatsache, daß der Widerstand der — nicht eingeschlossenen — Besatzung bis zum letzten Augenblick fortgesetzt wurde sowie daß eine unter diesen Umständen verhältnismäßig große Anzahl von Gefangenen in unsere Hände fiel.

Der Donauübergang[1].

Veröffentlicht am 9. November 1915.

Als sich in der zweiten Hälfte des Monats September der Aufmarsch der verbündeten Heere auf dem nördlichen Donauufer vollzog, dachte man in Serbien noch nicht an die von dorther drohende Gefahr. Der Feind hatte wohl Kenntnis von Truppenausladungen, er rechnete aber nur, wie spätere Gefangenenaussagen bestätigen, mit einer stärkeren Besetzung der Verteidigungsstellung der ungarischen Donauseite. Wie konnte auch an eine Offensive der Verbündeten in einer ganz neuen Richtung gedacht werden zu einer Zeit, in der die Entente Angriffe größeren Stils auf allen Kriegsschauplätzen vorbereitete. So vereinigte Serbien seine Hauptkraft gegen den Erbfeind Bulgarien, dessen Haltung sich immer mehr der der Entente zu entfremden schien. Es galt für die Verbündeten, den Serben möglichst lange in seinem Glauben zu belassen, um dann überraschend mit starker Kraft an verschiedenen Stellen gleichzeitig serbischen Boden betreten zu können.

Welche Schwierigkeiten es macht, einen Fluß zu überwinden, dessen Breite durchschnittlich 700 m und mehr beträgt, dessen Wellen bei der herbstlichen Kossava denen der See gleichkommen, und der zumeist von Höhen überragt ist, die einer feindlichen Artillerie denkbar günstige Wirkung ermöglichen, wird auch jedem Fernstehenden klar sein. Hielten auch nicht die Hauptkräfte der Serben das südliche Donauufer besetzt, so ergaben doch die angestellten Erkundungen, daß der Feind ebenfalls hier auf der Hut war und die Nordgrenze seines Reiches mit fortlaufenden Verteidigungsanlagen versehen hatte, zu deren Besetzung nicht unerhebliche Truppen und Artillerie bereitstanden.

Den Hauptstützpunkt der Verteidigungsanlagen bildete die Festung Belgrad, jenes alte Bollwerk, das, seinerzeit von den Türken angelegt, der ruhmvolle Kriegsschauplatz Prinz Eugenscher Truppen gewesen war. Hier sollten 200 Jahre später die Nachkommen jener siegreichen Heere, wiederum zum Bunde vereint, sich ihren Vorfahren würdig erweisen.

Unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls v. Mackensen hatte sich der Aufmarsch der Armeen Köveß und Gallwitz planmäßig vollzogen. In den ersten Oktobertagen standen die deutsch-österreichisch-ungarische Armee im Save-Donau-Dreieck, die deutsche Armee zwischen Temes- und Karasfluß. An der Savemündung und an dem Donaubogen bei Ram sollte zuerst der Übergang erzwungen werden, dort war die Masse der Geschütze in Stellung gebracht, dort hatten die Pioniere in mühevoller nächtlicher Arbeit Brücken und Übersetzmaterial aller Art bereitgestellt. Vom Feinde war in den Zeiten der Vorbereitungen wenig zu merken; hin und wieder feuerte serbische Artillerie vom südlichen Ufer, doch ohne Erfolg, hier und dort mahnten serbische Flieger, noch nicht zu offen die Karten aufzudecken. Ihrem zu häufigen Erscheinen wurde indessen bald von den inzwischen eingetroffenen deutschen Fliegerabteilungen ein Ziel gesetzt; in breiter Front überflogen sie serbisches Gebiet, bekämpften im Luftkampf ihre Gegner, belegten die Arsenale und Militärlager ausgiebig mit Bomben und ergänzten durch ihre Aufklärung jenes Bild, das man sich an oberster Stelle über den serbischen Aufmarsch gemacht hatte.

Am 6. Oktober begann an genannten Stellen das sich von Stunde zu Stunde steigernde Artilleriefeuer und mit ihm die unmittelbare Vorbereitung zum Donauübergang. Das Oberkommando beabsichtigte zunächst auf den Höhen südlich Belgrad und beiderseits der Anatema-Höhe, später rechts und links der Morava Brückenköpfe zu schaffen, unter deren Schutz die Truppe befähigt sein sollte, das zur Offensive erforderliche Material auf das südliche Donauufer zu ziehen. Gleichzeitig ausgeführte kleinere Unternehmungen längs der Drina, an der mittleren Save sowie an der Donau zwischen Velico Gradiste und Orsova sollten den Feind über die Absichten der Verbündeten im unklaren lassen.

Am späten Nachmittag des 6. Oktober stießen im Beisein des Generalfeldmarschalls v. Mackensen die ersten Freiwilligen bei Palank vom ungarischen Donauufer ab. In schneller Fahrt wurde der reißende Strom überwunden, und in gespanntem Schweigen begleiteten die zurückgebliebenen Kameraden jene braven Thüringer, die als erste Deutsche serbischen Boden betraten. Noch immer hatte sich beim Feind nichts gerührt, zeitweise grüßte ein serbischer Kanonenschuß von der Anatema-Höhe aus, sonst schien das feindliche Ufer wie ausgestorben. Direkter Widerstand war demnach hier nicht zu erwarten. Trotzdem entschied man sich, den Übergang der Massen an dieser Stelle nicht in die Nacht hinein vorzunehmen. Die steil vom Ufer aus steigende Gorica-Höhe konnte in ihren Schluchten feindliche Kräfte bergen, deren Vorstoß bei Dunkelheit den Unseren verhängnisvoll werden konnte.

Am frühen Morgen des 7. begann der Übergang der Infanterie an drei verschiedenen Stellen. Komitatschis (Freischärler), die sich in dem Dorfe Ram und seinem hart am Fluß gelegenen malerischen Kastell zur Wehr setzen wollten, wurden überrannt. Was den deutschen Kolben nicht kennenlernte, wanderte auf den zurückfahrenden Pontons in guten Gewahrsam. Mit Bergstöcken ausgerüstet, begleitet von zahllosen kleinen Pferden, deren Rücken Munition und Maschinengewehre trugen, so erkletterte unsere Infanterie das wegelose, ungewohnte Höhengelände. Schwache, mit ungenügenden Kräften geführte Gegenstöße der Serben vermochten das Fortschreiten deutscher Truppen nicht aufzuhalten. Bis zum Abend war die Gorica-Höhe in unbestreitbarem deutschen Besitz, starke Infanterie hatte sich eingegraben, Maschinengewehre waren eingebaut, und Gebirgsgeschütze lauerten in Stellung auf den Versuch des Feindes, uns das besetzte Gebiet wieder zu entreißen.

Anders stand es um den Übergang bei Belgrad; dort verfügte der Feind schon zum Schutze seiner Hauptstadt über starke Artillerie. Englische und französische Geschütze krönten gemeinsam mit serbischen den Kalimegdan, jene der Hauptstadt vorgelegene, weithin sichtbare Zitadelle, und mittlere und schwere Kaliber

[1] Am 6. und 7. Oktober 1915; vgl. die Karte bei S. 232.

harrten auf den überragenden Höhen des Topčider und Barnovo ihrer Ziele. War die Wirkung von der Karasmündung her eine mehr moralische, so galt es hier, im schweren Artillerieduell erst seine Überlegenheit zu beweisen. Noch war es nicht geglückt, die zum Teil gut eingedeckten, schwer auffindbaren Geschütze zum Schweigen zu bringen, als bereits die Zeit für den Übergang gekommen war. Die gegen Sicht schützende Nacht mußte hier helfend beistehen. Als der Morgen graute, lagen vier österreichisch-ungarische Bataillone am Fuße der Belgrader Zitadelle. Notdürftig durch einen Bahndamm gedeckt, mußten jene Tapferen in schwerem Kampfe zwölf Stunden ausharren, bis die Nacht ersehnte Verstärkungen brachte. Deutsche waren unterdessen in fortlaufendem Übersetzen auf die vom Feind besetzte, südwestlich Belgrad gelegene Große Zigeunerinsel gewesen. Hier lauerte im dichten Buschwerk ein gut bewaffneter, zäh sich verteidigender Gegner. Trotzdem viele Pontons, von Schüssen durchbohrt, kenterten oder auf Minen liefen, trotzdem die Strömung manches Fahrzeug mit sich riß, trotzdem durch Handgranaten und Maschinengewehrfeuer große Lücken in die Reihen gerissen wurden, die braven Mannschaften ließen sich nicht aufhalten, sie drangen vorwärts und entrissen im Bajonettkampf dem Feinde Schritt für Schritt. Die Verbindung zum nördlichen Ufer war abgerissen, da sämtliche Übersetzgelegenheiten zerstört, die sie bedienenden Pioniere außer Gefecht gesetzt waren. Sechs Kompanien aber hielten gegen starke Überlegenheit im heldenhaften Kampfe eine notdürftig mit dem Spaten geschaffene uneinnehmbare Stellung. Der Abend brachte Verstärkungen, und bis zum frühen Morgen des 7. war das östliche Drittel der Großen Zigeunerinsel in deutschem Besitz.

Unverzüglich wurde der Übergang auf serbisches Festland jetzt fortgesetzt, das Säubern der Insel von dem noch haltenden Feind war nunmehr in zweite Linie gerückt, der Vormarsch zu den die Stadt beherrschenden Höhen war in den Vordergrund getreten. Aber auch dieser Weg mußte den sich zäh verteidigenden Serben mit Blut entrissen werden. Auch hier waren es wieder die schweren Kaliber, die der Infanterie den Weg zum Siege ebneten. Ihre verheerende Wirkung war den Serben bis dahin nicht bekannt. Am Abend des 8. stand die Infanterie eines deutschen Armeekorps auf den Topčider Höhen und besiegelte damit den Fall der Stadt Belgrad. Dort kämpften österreichisch-ungarische Truppen am Nordrand um die Zitadelle einen erbitterten Straßen- und Häuserkampf. Eine von Topčider aus zur Verbindung mit den Verbündeten entsandte deutsche Abteilung erreichte am frühen Morgen die Mitte der Stadt. Ihr Führer war jener Hauptmann, der in den Augusttagen in Südpolen als erster mit seiner Truppe eines der Westwerke von Brest-Litowsk erstiegen hatte. Er erstürmte am 9. Oktober bei Tagesanbruch das serbische Königsschloß, das noch vom Feinde besetzt gehalten wurde, und hißte auf ihm die deutsche Flagge. Gleichzeitig hatten sich die Verbündeten den Zugang zum Kalimegdan erkämpft und die Zitadelle mit der österreichischen Kaiserstandarte gekrönt. Um dem Druck der Umfassung zu weichen, hatten die Serben Hals über Kopf ihre Hauptstadt geräumt.

Von Belgrad und der Gorica-Höhe schritt die Offensive langsam vorwärts. In der berechtigten Annahme, der Feind werde dorthin die Kräfte seiner Nordfront zusammenziehen, konnte zur schwierigsten Arbeit, dem Übergang gegenüber der Moravamündung, geschritten werden. In einem deckungslosen, beiderseits des Stromes von Sümpfen durchsetzten Gelände, ohne ausreichende Artilleriestellungen, von serbischen Höhen überragt, mußte hier der Strom überwunden werden. Brandenburger und Bayern sollten an jener Stelle Schulter an Schulter den Feind deutsche Ausdauer und Kraft lehren. Die einsetzende Kossova erhöhte die Schwierigkeit. Nach mehrtägigem Ringen mit menschlicher und elementarer Kraft wurde auch hier die Arbeit vollbracht. Im Anschluß an die Truppen, die mittlerweile in mehr oder weniger leichten Kämpfen die Anatema-Höhe überschritten hatten, ging es in fortschreitendem Angriff nach Süden weiter, während sich Teile nach dem stark verteidigten Semendria und dem westlich gelegenen, vom Feinde besetzten Höhengelände wendeten. Es kam jetzt darauf an, möglichst schnell die Verbindung mit dem linken Flügel der Armee Köveß herzustellen, um den Donauweg von Belgrad her freizumachen und der Armee Gallwitz das stromaufwärts bereitgehaltene Brückenmaterial zuführen zu können. Tatkräftig konnte hier die Donauflottille, die sich schon bei Belgrad Lorbeeren erworben hatte, die Kämpfe auf dem Lande unterstützen. Am 18. Oktober räumte der Feind die hartnäckig verteidigten Höhen bei Grocka. Die Verbindung der beiden Armeeflügel war hergestellt. Das Donauufer von Belgrad bis Bazias vom Feinde frei. Der Weg zur 11. Armee war offen.

Nunmehr schien den Serben die Erkenntnis zu kommen, daß ein starkes Heer mehr von ihnen fordere, als sie geahnt hatten. Aus allen Teilen des Reiches wurde herangeschafft, was irgendwie verfügbar war. Aber selbst bei den kurzen Entfernungen war es nicht möglich, mit den mangelhaften Beförderungsmitteln und den trostlosen Wegeverhältnissen Truppen schnell zu verschieben. Immerhin wuchs die Aussicht, einen starken Feind vor die Klinge zu bekommen und damit, ihm einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Von der Drina wurden Truppen herangezogen, die Mačva wurde geräumt, der Negotiner Kreis nach Möglichkeit freigemacht, und von der bulgarischen Front rollten Divisionen auf der Bahn über Cuprije in das Moravatal. Von jener Front etwas Erhebliches wegzunehmen, dazu war es jetzt zu spät geworden.

Am 14. Oktober hatte der Zar der Bulgaren dem König Peter den Krieg erklärt. Vergeblich wandten sich die serbischen Blicke nach dem ersehnten Vormarsch aus Saloniki, dem erhofften italienischen Durchmarsch durch Montenegro, dem versprochenen russischen Expeditionskorps. Der Serbe sollte auf sich selbst angewiesen bleiben. Selbst sein bester Bundesgenosse, der unaufhaltsam niederströmende Regen, und das miserable Wegenetz seines Landes vermochten den Vormarsch seiner Feinde nicht aufzuhalten.

Im Timoktal gelang es allerdings starken serbischen Kräften, der bulgarischen Offensive zwischen Zaječar und Knjaževac Einhalt zu gebieten. Dafür rückte aber ein starkes bulgarisches Heer von Südosten unaufhaltsam vorwärts. In den Tagen vom 20. bis 22. wurden die Bahnen bei Valjevo und Veles, der Lebensnerv für die serbische Armee vom Meer her, in Besitz genommen, am 23. Oktober zog ein bulgarischer Königssohn in Üsküb ein.

Während so die Heere der Verbündeten schon tief im Innern der serbischen Monarchie standen, bereitete sich an der rumänisch-österreichischen Grenze gegen-

über dem Eisernen Tor die letzte Phase zur Herbeiführung des ersten großen Erfolges auf diesem Kriegsschauplatz vor. Dort erzwangen Truppen der Verbündeten den Übergang gegenüber der noch vom Feinde besetzten Donaustrecke und säuberten den mit Minen und Ketten verlegten Donauweg. Am 30. Oktober fuhr das erste Munitionsschiff nach Lom, der Weg zum Reiche des Halbmondes war erzwungen. Drei verbündete Mächte reichten sich auf serbischem Boden die Hand.

Die Kämpfe in Altserbien.

Hierzu Karte.

Veröffentlicht am 11. Dezember 1915.

In siegreich fortschreitender Offensive zog das deutsch-österreichische Heer zwischen Lukavica und Mlava in das Innere Serbiens, als die bulgarische Armee in heftigem Kampf an den Ufern des Timok rang. Zu jener Zeit hatte man wohl im serbischen Hauptquartier den schwerwiegenden Entschluß gefaßt, auf eine Gegenoffensive zu verzichten, die, selbst wenn sie glückte, nur einen Teilerfolg mit sich bringen konnte, dafür aber die Gefahr in sich barg, von allen rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten zu werden. Unter möglichster Schonung der eigenen Kräfte wollte man nur notgedrungen und Schritt für Schritt den heimischen Boden aufgeben und dem Feind nach Möglichkeit Abbruch tun. Das Land und seine Bewohner sollten dabei helfend zur Seite stehen. Die verbündete Entente würde im Laufe der Zeit sicherlich nicht ausbleiben, mit ihr vereint mußte es dann glücken, des fremden Eindringlings Herr zu werden. So mochten damals die Hoffnungen bei der serbischen Heeresleitung sein, und alle Gefangenenaussagen, aufgefangene Befehle und im Laufe der Zeit gemachten Erfahrungen bestätigen diese Vermutung.

Beim Oberkommando des Feldmarschalls Mackensen, dem außer den deutsch-österreichischen Armeen auch eine bulgarische unterstand, war man sich bewußt, daß es in diesem Feldzug hauptsächlich auf Schnelligkeit ankam. Jeder einzelne Truppenkörper mußte davon überzeugt sein, daß nur ein rücksichtsloses Vorstürmen in der einmal angesetzten Richtung den sicheren Erfolg mit sich bringen würde. Der Serbe durfte, von verschiedenen Seiten angefaßt, nicht zur Besinnung kommen. Als tapferer Kämpfer war er wohl ebenbürtig einzuschätzen, in der Schnelligkeit des Handelns waren ihm die Heere der Verbündeten überlegen. So sollte das Heer des ersten Peter niedergerungen werden von einer Macht, bei der ein jeder vom Feldmarschall herab bis zum Musketier von felsenfester Zuversicht durchdrungen war.

Man war beim Oberkommando der Auffassung, der Gegner werde, nachdem er durch den Save-Donau-Übergang völlig überrascht worden war, weiter rückwärts zwischen Lazarevac-Petrovac den ersten größeren Widerstand auf der ganzen Linie leisten. Die Gestaltung des Geländes und das Auftreten stärkerer Kräfte auf ganzer Front — es standen allmählich über 100000 Mann Serben gegen deutsch-österreichisch-ungarische Truppen im Kampf — berechtigten zu dieser Vermutung. Dann mußte es auch im Interesse des Serben liegen, die langsam sich vorwärts bewegende Walze des Feindes zum Stehen zu bringen, um die Hauptquelle jeglichen Nachschubes an Kriegsmaterial aller Art, die Stadt Kragujevac, zu schützen. Konnte auch kein dauernder Schutz gewährt werden, mußte man doch Zeit gewinnen, die dort aufgespeicherten Schätze weiter rückwärts zu verlegen. Schon der Besuch der Flieger, die mit Vorliebe ihre Bombengrüße auf die Arsenale und Magazine von Kragujevac sandten, brachten empfindlichen Schaden mit sich, die Stadt aber dem Feinde zu überlassen, in der die einzigen Waffen- und Munitionsfabriken sich befanden, das war für einen Staat, dessen Zufuhr an Kriegsmaterial nur mehr über Montenegro und Albanien erfolgen konnte, ein unersetzlicher Verlust.

Ein Widerstand beiderseits der Morava und weiter westlich bis an die Lubacowka erschien um so aussichtsreicher, als er zunächst nur frontal getroffen werden konnte. Noch trennte die Bulgaren die tausend und mehr Meter übersteigende Gebirgsgruppe, und vor einer unmittelbaren schnellen Überflügelung schützte den Feind das unwegsame Gelände entlang der Mlava. Dort arbeiteten sich jene Truppen, die schon in den Kämpfen um die Anatema-Höhe Lorbeeren erworben hatten, nur langsam vorwärts. — Schon schien es, wie wenn der Serbe die Schwäche des deutschen Heeres auf seinem linken Flügel erkannt hätte und mit einer Offensive größeren Stils aus südöstlicher Richtung drohe. Mit überwältigender Kraft warf er Bataillon um Bataillon gegen den Heeresflügel. In heißem Ringen galt es hier der Überlegenheit standzuhalten und den stellenweise schon eingedrungenen Feind wieder aus den notdürftig geschaffenen Stellungen herauszuwerfen. Ein heißer Kampf tobte mehrere Tage. Aber die Führung ließ sich hierdurch in den einmal gefaßten Entschlüssen nicht irremachen. Trotz der Gefahr von Osten her strebten die Truppen beiderseits der Morava, fest vertrauend auf den Mut und die Standhaftigkeit ihrer im Kampf stehenden Kameraden und beseelt von dem Willen zum Siege, ihrem Ziele zu. Und durch dieses Vorwärtsschreiten in der einmal angesetzten Richtung brachen sie den feindlichen Stoß, der wohl dazu angesetzt war, starke Kräfte auf sich zu ziehen und dadurch die gesamte Offensive zum Stehen zu bringen. Nunmehr war auch frontal kein Aufhalten mehr. Die Stellungen, die man anfangs zu halten hoffte, konnten einem Feind, dessen Stärke man vorher nie geahnt hatte, kein Halt gebieten. An einen Ausbau war aber jetzt nicht mehr zu denken. Dicht auf den Fersen folgten die Verbündeten. Der Weg nach Kragujevac war offen.

Je mehr unsere Truppen in das Herz Serbiens drangen, um so ungangbarer wurden die Wege, um so größer die Entbehrungen. Konnte man im Tal der Morava noch von mangelhaften Straßen im europäischen Sinne sprechen, weiter östlich und westlich fehlte jeder Begriff für die Wege, die der Truppe zum Vormarsch zugemutet werden mußten. Auf lehmige, zum Teil tief eingeschnittene Pfade, die eines jeden Unterbaues entbehrten, war man mit seinem ganzen Troß angewiesen. Strecken, deren Zurücklegung in der Ebene wenige Stunden erforderte, mußten im tagelangen mühevollen Marsch durchrungen werden. An regelmäßigen Nachschub war nicht mehr zu denken. Was nach vorne gekarrt werden konnte, war Munition. Eisen ging vor Verpflegung. Zum Teil mit zehn Pferden bespannt, unter Beihilfe ganzer Kompanien wurden die Geschütze einzeln in Stellung gebracht. Manches brave Tier, das noch vor kurzem die Straßen des Westens oder Ostens geschmückt hatte, sank hier im Lehm und Schlamm erschöpft zusammen. Pferdefutter gab es von rückwärts schon lange nicht mehr; man konnte froh sein, den Men-


U
Tuzla
Zvornik
Kladanj
Srebrenitza
44
Sarajevo
Visegrad
Maglic
Durmitor
2528
Bresna
Bilek
Kolaschin
Trebinje
MONTENEGRO
(ZRNA GORA)
Podgoritza
Budua
Pristan
42
Antivari
Dulcigno
Scutari
ADRIATISCHES M
G. del Drin
C. Rodoni
Durazzo
B. v. Durazzo
Sta Samana
B. di Valona
Saseno
Kanina
Paliassa
40
Othoni
Kerkyra
(it. Corfu)

schen das Nötige zuführen zu können. Hin und wieder sorgte das Land für die Ernährung der Truppe.

Obwohl die serbische Regierung den Abtransport des reichlichen Viehbestandes in das Innere des Landes organisiert hatte, gab es doch Gegenden, in denen noch mancher Vierfüßler in die Feldküche wandern konnte, zum Teil trieb der starke Schnee, der auf den Bergen fiel, das Vieh unseren Feldgrauen in die Arme. Ohne zu murren, gaben auch die Einwohner ihr Letztes dem Sieger, um ihn selbst dann flehentlich zu bitten, sie vor Hunger zu bewahren. Die vermutete Heimtücke des serbischen Volkes war zur Mythe geworden, wohl hatten vereinzelt Einwohner versucht, einen Hinterhalt zu bereiten; sie haben ihr Verbrechen gebüßt. Im allgemeinen ertrugen die Zurückgebliebenen das über sie verhängte Schicksal mit Würde. Wer als Serbe, Soldat oder Nichtsoldat, im ehrlichen Kampfe in die Hände des Siegers geriet, wurde behandelt, wie es sich dem gegenüber geziemt, der für sein Vaterland dem Tod ins Auge sieht.

Am 1. November 4 Uhr 30 Minuten vormittags wurde durch einen Parlamentär einem Zuge der 7. Kompanie eines deutschen Reserve-Infanterieregiments beim Petrovacka-Wirtshaus die Stadt Kragujevac feierlich übergeben. Die Gemeindevertretung hatte sich am 27. Oktober einstimmig aus eigenem Antrieb entschlossen, die Tore der Stadt ohne Widerstand den verbündeten Truppen zu öffnen, vertrauend auf die Menschenliebe der Sieger und um das Leben vieler Tausende von Kindern, Frauen und Greisen vor den Kriegsgreueln zu retten. Hin und wieder kam es zu kurzen Zusammenstößen mit zurückgebliebenen plündernden Komitatschis, sonst verhielt sich die Stadt ruhig, durch die noch im Laufe desselben Morgens die Massen der Infanterie gegen die die Stadt überragenden, vom Feinde besetzten Höhen vorging. Auch hier zog der Serbe, ohne erheblichen Widerstand zu leisten, ab.

Dagegen bedurfte es äußerst heftiger Kämpfe, um den Feind aus seinen gut ausgebauten Stellungen auf den Höhen von Bagrdan zu werfen. Mit dem Vorrücken der Verbündeten beiderseits Kragujevac war auch ein längeres Halten für die Serben am Timok unmöglich geworden. Die gut ausgebauten Befestigungen von Knjaževac und Zaječar, vor denen sich der reißende Fluß hinzog, hatte den tapferen Bulgaren an dieser Stelle den Eintritt in serbisches Gebiet verwehrt. Jetzt im Rücken bedroht, mußten die Serben dem immer wieder anstürmenden feindlichen Nachbar das Feld räumen. In der dem Sohn der Berge eigenen Gewandtheit strebten sie durch das unwirtliche Hochland ihren Kameraden zu, die sich dem westlichen Moravatal näherten. Noch war die Macht des Feindes nicht gebrochen, noch war von Auflösung nichts zu merken. Wohl brachte jeder Tag allerorten Gefangene, die vor Hunger und erschöpft die eigene Sache für verloren erklärten, das Gros der serbischen Armee aber war noch in der Hand ihrer Führer, mit ihm konnte ein Durchbruch vielleicht über Pristina, Skoplje, gedeckt durch eine schützende Wand an der östlichen Morava, Aussicht auf Erfolg haben. Mußte dann eine Armee, die immerhin noch über 100000 Mann und den größten Teil ihrer Geschütze verfügte, den Kampf aufgeben, wo einstweilen nur schwache bulgarische Kräfte den Weg zum Bundesgenossen verlegen konnten?

Um so mehr kam es für die drei verbündeten Armeen, die sich jetzt (5. Nov.) bei Paraćin die Hand gereicht hatten, darauf an, im rücksichtslosen Fortschreiten zu bleiben. Durch den Anschluß der Bulgaren an den linken Flügel der Deutschen war auch der unmittelbare Einfluß des Feldmarschalls über die ihm unterstellten Heereskörper sichergestellt. Während früher zur Armee des Generals Bojadjeff der durch Witterungseinfluß oft behinderte Funke die Anweisungen übermittelte oder unsere kühnen Flieger im Kampf mit den unberechenbaren Windströmungen jener Gebirgstäler für den Nachrichtenaustausch Sorge trugen, war jetzt der Verkehr von Truppe zu Truppe möglich. Schulter an Schulter, in einer zusammenhängenden Linie von der Grenze Montenegros bis zum Timok, schoben die drei Armeen den Feind vor sich nach Süden her. Der König der Schwarzen Berge schien sich nicht auf Abenteuer einlassen zu wollen. An der westlichen Morava kam es zu erbitterten Kämpfen. Die nördlich und südlich das breite Flußtal krönenden Höhen können von heldenmütigen Opfern reden, die Deutsche und Österreicher in treuer Waffenbrüderschaft gebracht haben, unvergeßlich bleibt jener siegreiche Kampf eines Bataillons gegen eine zwölffache Überlegenheit an dem Wege Kragujevac–Kraljevo. Vier Geschütze, 1300 Gewehre und der Abzug der Serben war der wohlverdiente Lohn. Eng verknüpft sind die Orte Čačak und der Übergang bei Trstenik mit den tapfer geführten österreichisch-ungarischen Waffen. Die Geschichte der einzelnen Truppenteile wird später einmal Zeugnis von dem ablegen, was hier an Mut und Heldentum vollbracht worden ist.

Wo der Serbe angegriffen wurde, wehrte er sich verzweifelt. Bisher war es der zweifellos sehr guten serbischen Führung fast immer gelungen, durch die Nachhutkämpfe Zeit zu gewinnen, um die Masse des Heeres in Sicherheit zu bringen. Jetzt wurden aber die Nachhuten überrannt und der Angriff ging weiter gegen die Hauptkraft des Gegners.

Die Verwirrung und Auflösung der serbischen Armee steigerte sich mehr und mehr. Namentlich an den Bahnhöfen und Brücken von Kraljevo und Kruševac ging diese Auflösung fast bis zur Panik. Immer wieder versuchten Eisenbahnzüge mit Material aller Art den Bahnhof Kraljevo zu verlassen, um nach Osten durchzukommen. Das Sperrfeuer deutscher Geschütze hinderte aber bald jeden Verkehr auf der Strecke, so daß alles in die Hände der Verbündeten fiel. Die Zahl der Gefangenen steigerte sich von Stunde zu Stunde, ebenso die Zahl der genommenen Geschütze. Der Anfang vom Ende der serbischen Armee war gekommen.

An ein Operieren, an ein Verschieben der Truppenkörper war nunmehr für die serbische Führung nicht mehr zu denken, der Feind schrieb die Rückzugsrichtung vor. In den Kapaonik, den unwirtlichsten Teil Serbiens, flutete das feindliche Heer in südlicher und südwestlicher Richtung zurück. Es galt zu retten, was zu retten war. Schon machte sich der seitliche Druck der von der östlichen Morava unaufhaltsam nachdrängenden Bulgaren verhängnisvoll bemerkbar. Eine Katastrophe drohte. Da stürzten sich westlich Leskovac vier serbische Divisionen unter persönlicher Führung ihres Königs auf den verhaßten Verfolger und schüttelten ihn wieder für eine Weile ab. Am 13. November meldeten Flieger den Abmarsch einer 10 km langen Infanteriekolonne auf Kuršumlija. Der Feind hatte sich der Umfassung entzogen.

Den Serben jetzt noch mit der ganzen bisherigen

Kraft zu folgen, erübrigte sich, da mit einem ernstlichen Widerstand größerer Massen nicht mehr zu rechnen war. Abgesehen davon stieß das Nachführen von Munition und Verpflegung bei dem schnellen Folgen und den trostlosen Witterungsverhältnissen auf derartige Schwierigkeiten, daß die vierfache Anzahl von Nachschubmitteln nicht genügte, das Nötigste heranzuschaffen. Was bisher zum Transport für ein Korps genügte, es reichte kaum mehr für eine Brigade aus. Kolonnen konnten nur selten mehr verkehren; man war zumeist auf Tragtiere angewiesen. Trotzdem durfte nicht locker gelassen werden. Brandenburger, Bayern, Thüringer und Preußen waren es, die gemeinsam mit ihren Bundesbrüdern den letzten Teil Altserbiens kämpfend durchmaßen, den selbst die Reste des feindlichen Heeres nicht billig hergaben. Manch harter Gegenstoß mußte hier ausgefochten werden, manch erstem Anstoß folgte ein zweiter, ein dritter, um eine Höhe, einen Abschnitt sein eigen nennen zu können. Die Zeichen der Auflösung mehrten sich. Täglich wurden neue Gefangene eingebracht, in Zivilkleidern ging man massenweise zum Sieger über, Hunderte von feindlichen Verwundeten, notdürftig versorgt, wurden in sorgsame Pflege genommen; deutsche und österreichische Gefangene wurden von ihren Brüdern befreit.

Als in der zweiten Hälfte des November der letzte serbische Soldat die Grenze seines Mutterlandes überschritt und ihm somit der heimische Boden entzogen war, da brach seine letzte Kraft zusammen. Von den Bewohnern Neuserbiens, die nur gezwungen das Joch ihres einstigen Besiegers trugen, war kaum etwas Gutes zu erwarten. Den Feind dicht auf den Fersen, den Eingeborenen im Hinterhalt, Entbehrungen aller Art im Gefolge, so zogen die Trümmer des Serbenheeres über jenes Amselfeld, das schon einmal zum Verhängnis geworden war. Bei Pristina und Mitrovica[1] ward die Macht der Serben gebrochen, der Mord von Sarajevo blutig gerächt. Das einstige Königreich, weit über 150000 Gefangene und mehr als 500 Geschütze sind der Siegespreis. Aber auch manch einen der Unsrigen, der für diesen Siegespreis in treuer Pflichterfüllung sein Letztes hergab, drückt heute die Last fremder Erde. Jenen Helden gebührt vor allem der Dank des Vaterlandes für den siegreichen Feldzug.

[1] Vgl. Kriegskalender: 23. November 1915.

Der Seekrieg 1914/15

von Konteradmiral Foß in Berlin

I.

Technisches. Verteilung der Flotten zu Kriegsbeginn.

(Hierzu Tafeln »Seekrieg I—IV«.)

Die Flotten der gegen die Zentralmächte verbündeten Reiche wiesen eine zahlenmäßig erdrückende Überlegenheit auf. Es wird das am deutlichsten durch einen Vergleich des Gesamttonnengehalts der Schiffe erkannt. Um das aber zu verstehen, auch um den Leser über das Können, die Bedeutung des Materials, die kriegerische Leistungsfähigkeit zu unterrichten, ihm zu ermöglichen, die Geschehnisse des Seekriegs zu verstehen, ist es nötig, der Schilderung der Ereignisse eine technische Einleitung voranzuschicken.

Bei gegebener Schiffsgröße hat der Schiffbauer die Wahl, wie er dieselbe entsprechend den Forderungen der Front ausnutzen will. Er kann einen größeren Teil der Bewaffnung zugute kommen lassen oder der Geschwindigkeit oder dem Kohlenfassungsvermögen oder dem Schutz. Eine größere Geschwindigkeit verlangt schwerere Maschinenanlagen, und deren Gewicht wächst mit dem Kubus der Geschwindigkeit, und ähnlich verhält es sich mit dem Verbrauch an Heizmitteln. Besserer Schutz ist nur durch mehr Panzer oder mehr Stahlbleche zu erreichen, größere Offensivkraft nur durch ein größeres Gewicht an Geschützen und Munition. Die Ansichten mögen darüber auseinander gehen, ob es richtig sei, für bestimmte Schiffsklassen gewisse Forderungen zu stellen; aber es ist nicht zu bestreiten, daß gleichzeitig durch gleich tüchtige Techniker entworfene Pläne der neuen Schöpfung eine im großen ganzen gleiche Leistungsfähigkeit in militärischer Hinsicht geben werden, wenn auch vielleicht nach verschiedenen Richtungen hin. Die Leistungsfähigkeit wächst mit der Schiffsgröße oder, was dasselbe sagen will, mit seinem Gewicht, seinem Tonnengehalt, seiner Wasserverdrängung. Nur in einer Hinsicht bedarf das einer Einschränkung. Die schnellen Fortschritte der Technik unserer Tage haben zur Folge, daß in einer Tonne (1000 kg) Schiffsgewicht eine diesen Fortschritten entsprechende wachsende Leistungsfähigkeit liegt. Nur gleichaltrige Schiffe können demnach verglichen werden. Da aber das schwimmende Material aller Flotten ältere und neuere Schiffe aufweist, so erscheint es gerechtfertigt, diesen Umstand außer acht zu lassen.

Es gehört nicht hierher, darüber zu sprechen, wie das Material verwandt wird, bis zu welchem Grade die in ihm schlummernden Kräfte herausgeholt werden[1]. Darauf können die strategische Oberleitung, die taktische Führung, die Ausbildungsstufe von Offizieren und Mannschaften, deren natürliche Veranlagung und schließlich der Geist, der die Besatzungen — vom Admiral bis zum Matrosen — beseelt, von entscheidendem Einflusse werden. Nicht Schiffe fechten, sondern Menschen. Erst der Verlauf eines Krieges kann zeigen, wer tatsächlich der Stärkere ist.

Die Zusammenstellung auf S. 235 enthält nur Angaben, aus denen die zahlenmäßige Stärke der beteiligten Flotten hervorgeht. Es kommen aber weitere Umstände hinzu, die das Verhältnis zugunsten des Vierverbandes verschieben. Zunächst erleichtert die geographische Gestaltung Englands es der britischen Flotte, die Zentralmächte von der übrigen Welt abzuschließen. Ein dichtes, sich über den ganzen Erdball erstreckendes Netz von englischen und französischen Stützpunkten erleichtert den Gegnern alle Kriegshandlungen. Das tritt ganz besonders im Handelskriege in die Erscheinung. Die auf den Weltmeeren tätigen deutschen Kreuzer entbehren völlig dieser Hilfe und auch der Vorteile, die der Umstand für ihre Gegner schafft, daß sich der weitaus größte Teil der Kabel, das gesamte Nachrichtenwesen unter britischer Kontrolle befindet.

[1] Darüber vgl. die Abhandlung »Seetaktik« auf S. 285 ff.

Stärkeverhältnis der Flotten am 15. Mai 1914.

	Linienschiffe und Küstenverteidiger		Panzerkreuzer		Geschützte Kreuzer		Ungeschützte Kreuzer, Kanonenboote		Zerstörer und Torpedoboote		Tauchboote		Sonstige Schiffe		Gesamtgröße in Tonnen
	Zahl[1]	Größe in Tonnen	Zahl[2]	Größe in Tonnen	Zahl	Größe in Tonnen	Zahl	Größe in Ton.	Zahl[3]	Größe in Tonnen	Zahl	Größe in Ton.[4]	Zahl[5]	Größe in Tonnen	
Vierverband.															
England	60 (21)	1 023 980	43 (8)	604 540	73	372 880	30	20 875	289 (256)	165 790	77	32 850	48	130 365	2 355 780
Frankreich . . .	24 (10)	381 650	22	214 960	12	54 770	10	4 009	234 (84)	50 860	55	28 950	19	13 860	749 059
Rußland	12 (2)	145 740	6	64 940	8	40 880	3	3 750	119 (103)	49 500	28	7 850	21	40 650	362 310
Japan	18 (8)	247 970	15 (6)	205 900	18	75 800	3	1 170	103 (79)	24 880	15	4 080	4	20 600	580 330
Italien	17 (4)	258 630	10	81 120	11	31 830	—	—	121 (58)	30 280	20	5 380	ca. 19	53 050	455 190
													Zusammen:		4 502 669
Mittelmächte.															
Deutschland . . .	43 (13)	590 070	13 (4)	185 990	41	156 516	10	12 020	219	86 841	28	ca. 11 000	21	14 170	1 058 607
Österreich-Ungarn .	15 (3)	181 110	3	18 800	9	25 190	—	—	86	22 760	6	1 690	10	62 050	311 600
Türkei	3	22 520	—	—	2	7 000	32	16 401	43	9 356	—	—	4	8 848	64 125
													Zusammen:		1 433 332

Die eingeklammerten Zahlen geben die [1] Großkampfschiffe, [2] Schlachtkreuzer, [3] Zerstörer an. — [4] Unterwasserdeplacement. — [5] Ohne die Jachten.

Alle Kriegsschiffe sind bewaffnet mit Feuerwaffen und Torpedos. Außerdem besitzen die großen Kriegsschiffe in dem ihrem Bau entsprechend gestalteten und verstärkten Vorsteven, dem Sporn, eine dritte Waffe.

Die wichtigste Waffe ist das Geschütz, da dessen Wirkung gegen die verschiedenartigsten Ziele auf Entfernungen bis zu 20 km zur Geltung gebracht werden kann, während die Reichweite des Torpedos bis zur Hälfte dieser Entfernung geht und dieses unterseeische Geschoß nur geeignet ist, die Schwimmfähigkeit eines Schiffes zu bedrohen. Gegen Landtruppen oder Befestigungen ist es ohnmächtig. Auch mit der Ramme kann nur ein Schiff versenkt werden, aber ihre Anwendung setzt die unmittelbare körperliche Berührung voraus. Sie ist ein zweischneidiges Schwert insofern, als das rammende Schiff bei einem erfolgreichen Angriff selbst ernsten Verletzungen ausgesetzt ist und aus dem rammenden leicht das gerammte werden kann. Dazu kommt, daß heutzutage die Schiffe so weit voneinander entfernt bleiben, daß die Aussichten für den Gebrauch dieser Gelegenheitswaffe noch geringer sind, als sie früher bereits waren. Das mag der Grund sein, daß die Franzosen ihren neuen Großkampfschiffen keinen Sporn mehr geben. Sie sparen damit unzweifelhaft Geld und Gewicht. Lediglich bei Nacht oder Nebel wäre heutzutage eine Anwendung der Ramme denkbar.

Die Geschütze und ihre Munition.

Außer den Geschützen sind von Feuerwaffen auch Gewehre zur Anwendung gelangt; doch darf das Gewehr als genügend bekannt vorausgesetzt werden, so daß sich seine Besprechung hier erübrigt.

Alle modernen Geschütze sind Hinterlader. Die Geschützrohre haben eine Ausbohrung, die Seele, in die sich spiralförmig um die Seelenachse windende Züge eingeschnitten sind. Diese Windung hat zur Folge, daß das Langgeschoß, das den Zügen durch das Einpressen von kupfernen Führungsringen zu folgen gezwungen ist, in schnelle Umdrehung um seine Längsachse versetzt wird. Es behält infolgedessen seine ursprüngliche Lage zur Flugbahn, kehrt die Geschoßspitze stets nach vorn. Es ist das dieselbe Erscheinung, die jedermann vom schnell rotierenden Kreisel her kennt. Der Durchmesser der Ausbohrung ist das »Kaliber«, das in cm oder mm ausgedrückt wird. Nur Engländer und Amerikaner wählen als Maß den englischen Zoll.

Es werden leichte, mit einem Seelendurchmesser (Kaliber) bis zu 100 mm, mittelschwere, mit einem solchen zwischen 101—200 mm, und schwere, mit größerem Kaliber, unterschieden.

Die Rohrlänge wird nach Kalibern angegeben. Ein 305 mm Länge (L) 40 ist also ein Rohr von 305 mm Kaliber, das 305×40 mm = 12,2 m lang ist. Vor 40 Jahren waren die Rohre etwa halb so lang. Die Rohre wurden verlängert, um die von der Ladung beim Abfeuern entwickelten Gase längere Zeit auf das Geschoß wirken zu lassen.

Eine Vergrößerung der Ladung hat eine erhöhte Widerstandsfähigkeit des Rohres als Voraussetzung. Nur Stahl kann den gestellten Anforderungen gerecht werden. Da es nicht möglich ist, genügend große Stahlblöcke zu gießen, so werden die großen Rohre aus mehreren Teilen zusammengesetzt. Der Umstand, daß die inneren und äußeren Schichten der Metallteilchen dem Drucke nicht gleichmäßig widerstehen, bestärkte die Konstrukteure in diesem Vorgehen. Es wurden um ein Seelenrohr Ringe in warmem Zustande gezogen. Die englische Technik konnte derartige Seelenrohre allerdings nicht herstellen, begnügte sich deshalb mit dünnwandigeren und umwickelte sie mit Draht von viereckigem Querschnitt (Fig. 1b). Es liegt im Wesen der Briten begründet, daß sie ihr Nichtkönnen nicht ehrlich eingestanden, sondern es mit wissenschaftlichen Gründen erklären wollten. Erst in allerneuester Zeit scheint es ihnen gelungen zu sein, diesen Mangel zu beheben und Mantelringrohre herzustellen (Fig. 1a). Ein Mangel war es; denn die Drahtrohre erwiesen sich als wenig zuverlässig, und ein großer Prozentsatz ist nach wenigen Schüssen gesprungen oder sonst unbrauchbar geworden.

Allerdings ist die Lebensdauer der modernen Rohre überhaupt gering. Das jetzt gebräuchliche Pulver brennt die Züge schnell aus, wodurch die

Treffsicherheit beeinträchtigt wird. Ein amerikanischer Fachmann bezeichnet als höchstzulässige Schußzahl für ein 305-mm-Rohr 83, für ein 200-mm-Rohr 125, für das 76-mm-Rohr 333 Schuß.

Ein Kruppsches 210-mm-Rohr hat dagegen über 1000 Schuß ausgehalten, ohne daß seine Festigkeit in Frage gestellt worden wäre oder seine Treffsicherheit bemerkenswert gelitten hätte.

Ein sehr wichtiger Faktor ist die Feuergeschwindigkeit des Geschützes. Seit 1875 ist es das stete Bestreben der Kanonenfabriken gewesen, dieselbe zu erhöhen. Die immer mehr vervollkommneten Schnelladekanonen feuern drei- bis fünfmal so schnell wie früher die Einzellader. Noch höher stehen in dieser Hinsicht die Maschinenkanonen, die von Krupp bis zum 12-cm-Kaliber hergestellt worden sind.

Das schnelle Laden wird durch Verbesserungen am Verschluß des Rohres, an der Lafette, der Visierung, der Richtvorrichtung, der Munition und deren Heranschaffung angestrebt. Die Gasdichtung beim Schießen konnte nicht die gleiche wie beim Einzellader bleiben; dazu war sie zu kompliziert. Der deutschen Technik wieder in die Feuerstellung. Auch die Einrichtungen zum Nehmen der Höhen- und Seitenrichtung wurden ebenso vervollkommnet wie die zum Heranschaffen der Munition von der Kammer bis zum Ladeloch des Geschützes. Die Munition bis zu den 105-mm-Schnelladekanonen ähnelt einer großen Gewehrpatrone. Oben auf der die Ladung enthaltenden Hülse sitzt das Geschoß, am Boden der Hülse die Zündpille. Für die größeren Kaliber werden Pulverladung und Geschoß, bei den schweren sogar die Ladung in eine Vorder- und Hinterkartusche getrennt.

Schnelles Schießen hat aber nur dann einen Zweck, wenn der Schütze das Ziel sehen kann. Um ihm das zu ermöglichen, wurde seit 1886 das rauchlose Pulver eingeführt. Unter diesen ist zu unterscheiden Nitrozellulosepulver (aus reiner Schießwolle) und Nitroglyzerin (Gemisch aus Nitroglyzerin und Schießwolle). Ersteres greift die Rohre weniger an, mit letzterem läßt sich höherer Gasdruck erreichen. Alle bedürfen ständiger Fürsorge, wenn sie in ihrer Wirkung gleich bleiben und Selbstentzündungen vermieden werden sollen. Daß das in der französischen und britischen

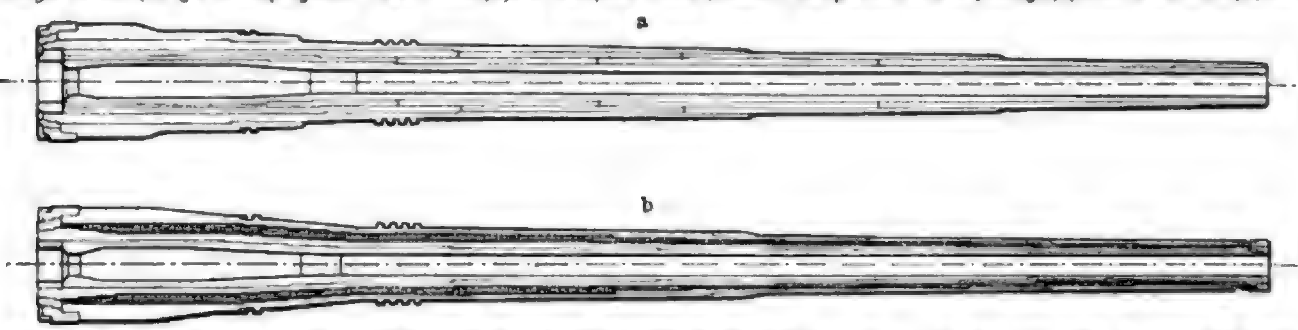
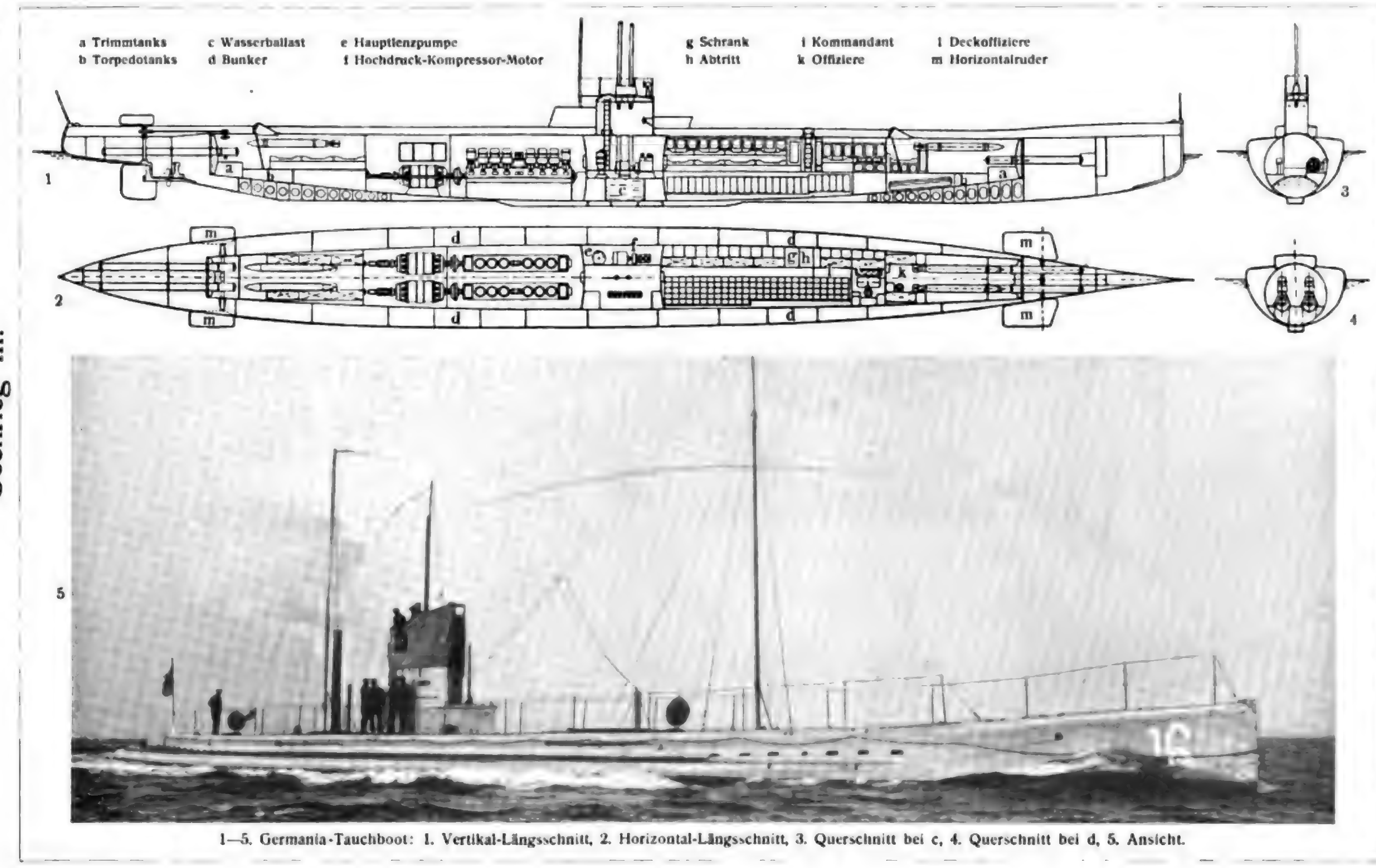


Fig. 1: a) 30,5 cm L/50 Mantelringrohr der Firma Vickers; Rohrlänge 15,7 m. — b) 30,5 cm L/50 Drahtrohr der Firma Vickers; Rohrlänge 15,7 m.

war es vorbehalten, die Dichtung auch des schwersten Rohres nach hinten dadurch zu ermöglichen, daß sie Messinghülsen fertigte, die für die Aufnahme der Ladung ausreichen. Das können die anderen nicht; deren Pulver befindet sich in rohseidenen Kartuschbeuteln, die oft nachglimmen und dadurch Veranlassung zu Unglücksfällen geworden sind. Der Verschluß mußte so eingerichtet werden, daß er sich schnell öffnen und schließen läßt. Auch das ist beim deutschen Querverschluß (Taf. IV, Fig. 1 u. 2) leichter zu erreichen als beim Längsschraubenverschluß (Taf. IV, Fig. 3 u. 4). Ein Patronenauswerfer entfernt beim Öffnen des Verschlusses nach gefallenem Schuß die leere Patrone. Die Abfeuervorrichtung wird beim Schießen gespannt, bleibt aber automatisch so lange gesperrt, bis der gasdichte Verschluß des Rohres hergestellt ist. Die Schnelladekanonenrohre liegen in einem Mantel aus Bronze oder Stahl, der »Wiege«, in der das Rohr beim Schuß zurückgleitet. Die Wiege hat seitlich Ansätze, die »Schildzapfen«, mit denen es in zwei Trägern ruht. Diese bilden die Seitenwände der Lafette, die sich um einen unter ihrer Mitte im Deck angeordneten Zapfen schwenken läßt (Taf. IV, Fig. 5). Die Fernrohrvisiere befinden sich an der Wiege, die beim Schuß unbeweglich bleibt. Deshalb braucht der Schütze das Auge nicht vom Visier zu nehmen, sondern kann das Ziel stetig im Auge behalten und sofort wieder feuern, sobald das Geschütz geladen ist. Hydraulische Bremsen hemmen und begrenzen den Rücklauf des Rohres nach dem Schusse; automatisch wirkende Vorholfedern und Preßluftakkumulatoren schieben das Rohr Marine nicht ausreichend geschehen ist, beweisen die Schiffsverluste, von denen beide durch auf Selbstentzündung zurückzuführende Explosionen heimgesucht worden sind (Iéna, Liberté, Bulwark, Prinzeß Irene). Wenn das moderne Pulver auch weniger Dampf entwickelt als das alte Schwarzpulver, so sind die Rauchwolken, die sich beim Abfeuern schwererer Rohre bilden, doch sehr ausgedehnt. Ein gut gezieltes Feuer hat zur Voraussetzung, daß der Schütze das Ziel sehen kann. Wenn auch das moderne Pulver rauchschwach ist, so ist es doch eben nicht ganz rauchlos. Die beim Abfeuern schwerer Geschütze entstehenden dichten Dampfwolken zerfließen schnell an der vom Winde getroffenen, der Luvseite des Schiffes, haften aber oft erstaunlich lange an der entgegengesetzten, der Leeseite, hinter Rumpf, Türmen und Aufbauten. Dort verdecken sie die Aussicht nach Lee. Daraus ergibt sich, daß es schwerer ist, ein leewärts liegendes, und leichter, ein luvwärts befindliches Ziel zu beschießen. Darauf wird eine umsichtige Leitung Rücksicht nehmen und eine entsprechende Anfangsstellung zu gewinnen suchen.

Der ursprüngliche Zweck des Panzers war, die verderbliche Wirkung krepierender Sprenggeschosse vom Innern der Schiffe fernzuhalten. Artillerie und Panzer sind in einem Kampf begriffen, der jedenfalls länger dauern wird als der gegenwärtige Weltkrieg. Die Geschoßtechnik suchte Granaten zu schaffen, die, aus bestem Stahl hergestellt, den Panzer durchbrechen und im Innern der Schiffe platzen. Der sehr widerstandsfähige Stahl gestattete, Geschosse herzustellen, deren Wandungen schwächer gehalten werden konnten, deren »Sprengkammern« daher entsprechend größer

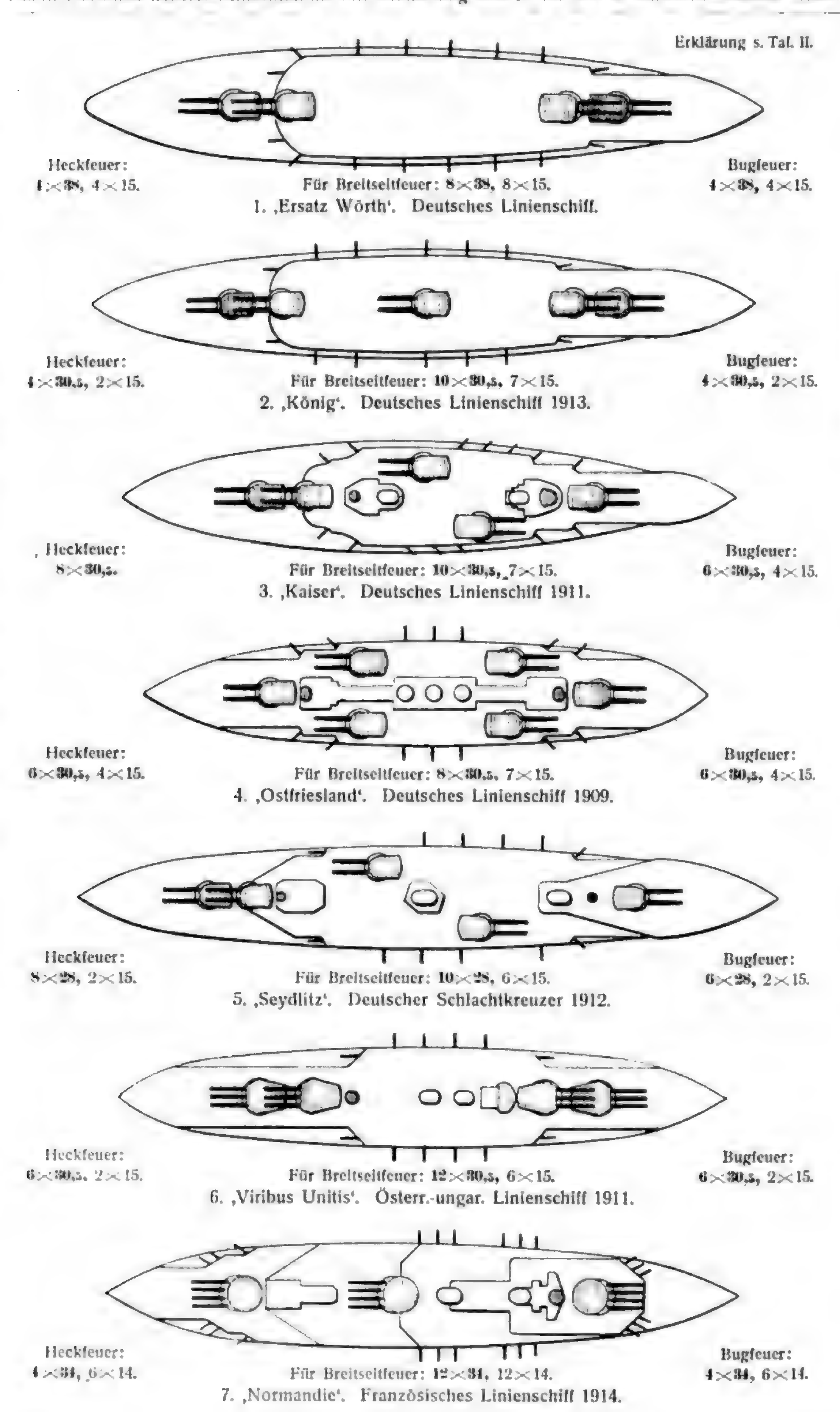


1—5. Germania-Tauchboot: 1. Vertikal-Längsschnitt, 2. Horizontal-Längsschnitt, 3. Querschnitt bei c, 4. Querschnitt bei d, 5. Ansicht.

Bibliographisches Institut in Leipzig.

Seekrieg I.

I u. II. Deckrisse neuerer Schlachtschiffe mit Bestückung von 10 cm Kaliber aufwärts. Maßstab 1:2000.



1. ‚Ersatz Wörth'. Deutsches Linienschiff.

2. ‚König'. Deutsches Linienschiff 1913.

3. ‚Kaiser'. Deutsches Linienschiff 1911.

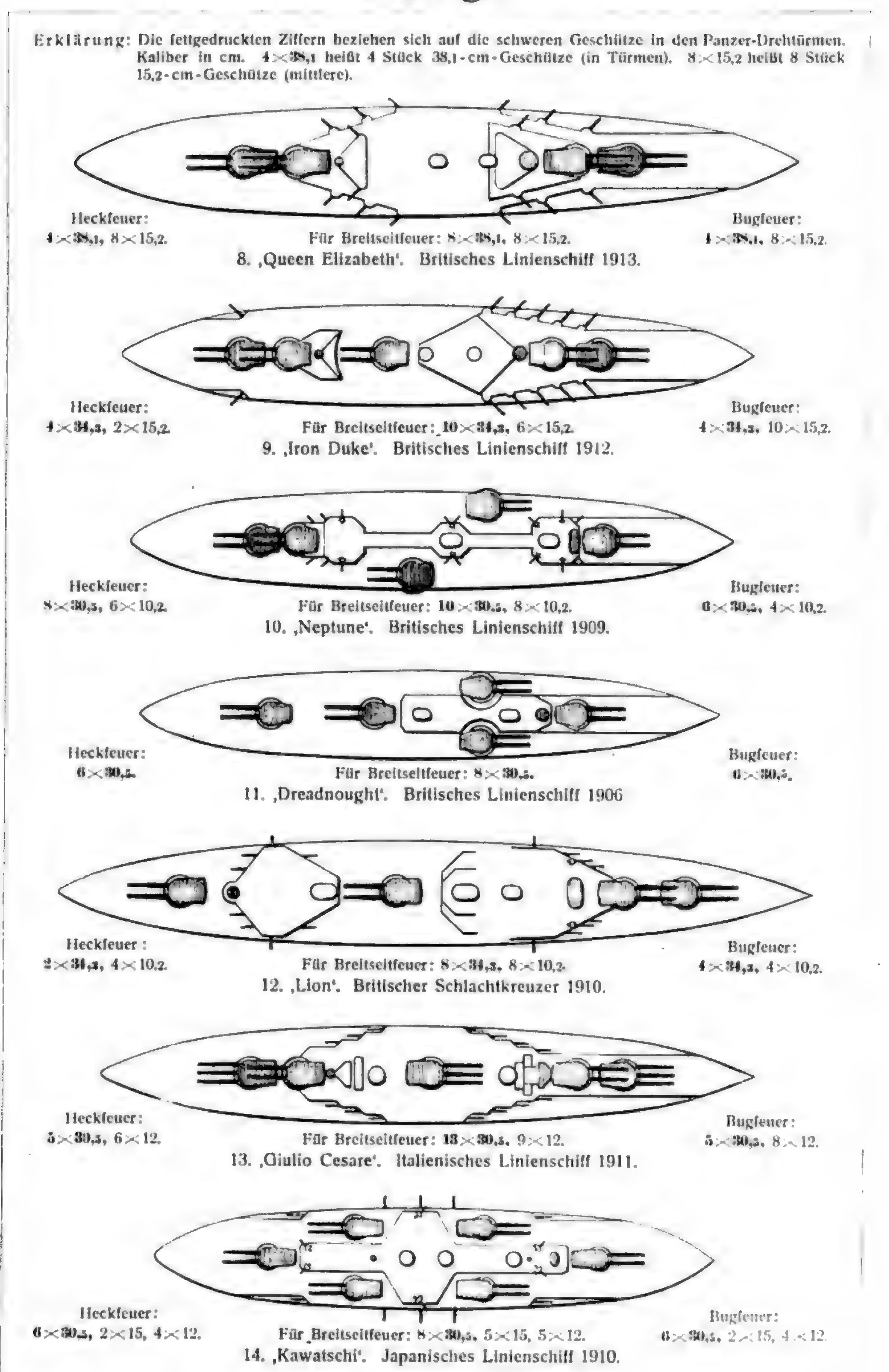
4. ‚Ostfriesland'. Deutsches Linienschiff 1909.

5. ‚Seydlitz'. Deutscher Schlachtkreuzer 1912.

6. ‚Viribus Unitis'. Österr.-ungar. Linienschiff 1911.

7. ‚Normandie'. Französisches Linienschiff 1914.

Seekrieg II.



8. ‚Queen Elizabeth'. Britisches Linienschiff 1913.

9. ‚Iron Duke'. Britisches Linienschiff 1912.

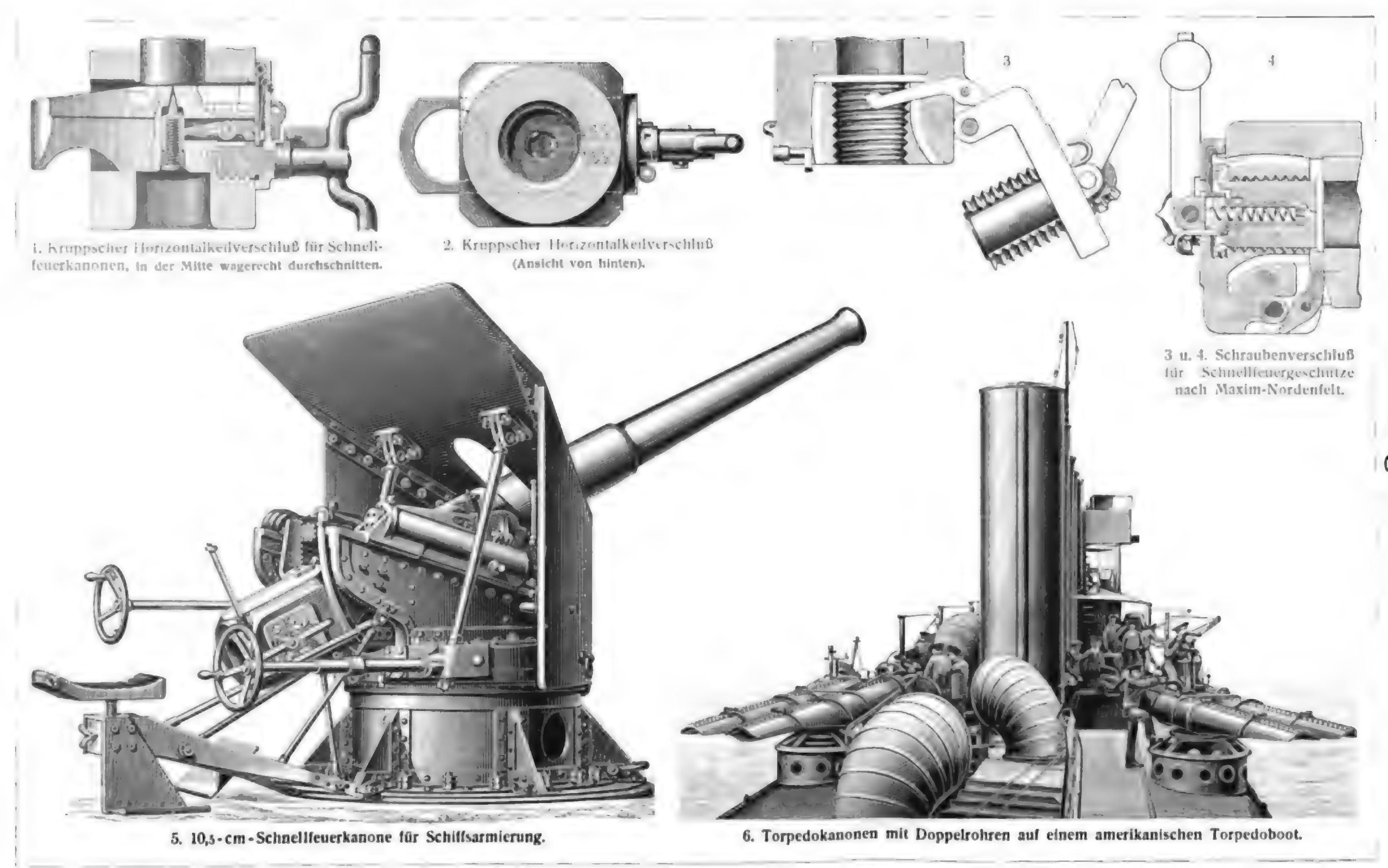
10. ‚Neptune'. Britisches Linienschiff 1909.

11. ‚Dreadnought'. Britisches Linienschiff 1906

12. ‚Lion'. Britischer Schlachtkreuzer 1910.

13. ‚Giulio Cesare'. Italienisches Linienschiff 1911.

14. ‚Kawatschi'. Japanisches Linienschiff 1910.



1. Kruppscher Horizontalkeilverschluß für Schnellfeuerkanonen, in der Mitte wagerecht durchschnitten.

2. Kruppscher Horizontalkeilverschluß (Ansicht von hinten).

3 u. 4. Schraubenverschluß für Schnellfeuergeschütze nach Maxim-Nordenfelt.

5. 10,5-cm-Schnellfeuerkanone für Schiffsarmierung.

6. Torpedokanonen mit Doppelrohren auf einem amerikanischen Torpedoboot.

wurden, so daß sich in ihnen mehr Sprengstoff unterbringen ließ. Dieser wird in den verschiedenen Ländern verschieden benannt, besteht aber durchweg aus Pikrinpräparaten.

Man unterscheidet gewöhnliche Granaten, Sprenggranaten, Halbpanzergranaten und Schrapnells.

Die Zünder der gegen Schiffe zur Anwendung gelangenden Sprenggeschosse funktionieren beim Aufschlag; die Schrapnells werden durch einen Zeitzünder nach Ablauf einer gewissen Zeit zum Krepieren gebracht, worauf sich die Kugeln und Geschoßtrümmer in einem Kegel nach vorn ausbreiten. Je näher dem Ziel das Geschoß springt, desto größer die Zahl der Splitter und Kugeln, die gegen dasselbe zur Wirkung kommen. Geeignete Ziele für Schrapnells sind Luftschiffe, Flugzeuge, Schützengräben, offene Batterien und lebende Wesen.

Die Sprengladung der Granate wird durch einen Zünder zur Explosion gebracht, der bei den gewöhnlichen Granaten in die Geschoßspitze, bei panzerbrechenden in den Boden eingeschraubt wird. Der Zünder erhält die Anregung zur Betätigung durch eine plötzlich eintretende Verlangsamung des Fluges, wie sie ein Aufschlag in Wasser, Erde usw. hervorruft. Es gibt sehr empfindliche und schnell wirkende Zünder (Augenblickszündung) und andere, die ein winziges Zeitteilchen später zur Explosion führen (verzögerte Zündung). Schlagen mit letzteren versehene Geschosse auf wenig widerstandsfähige Ziele, z. B. eine dünne Stahlwand, so kann der Fall eintreten, daß das Geschoß erst platzt, nachdem es das Schiff passiert hat. Die Sprengwirkung ist dann gleich Null. Anders beim Auftreffen auf eine Panzerwand; da wird dasselbe Geschoß den Panzer durchschlagen und dicht hinter ihm krepieren, die mächtige Minenwirkung demnach im Innern zur Geltung kommen. Der Gasdruck einer großen Sprenggranate ist so bedeutend, daß er mächtige Geschütztürme von ihren Unterbauten losreißen und umstürzen kann; jedes in dem getroffenen Raum befindliche Lebewesen wird dabei getötet. Außerdem werden aber auch die großen Geschoßtrümmer ausgedehnten Materialschaden anrichten. Mit Augenblickszündern versehene Granaten richten im Innern eines ungepanzerten Raumes ähnliche Verheerungen an. Beide haben ihre Vorteile und Nachteile. Der Augenblickszünder ist am Platze gegen alte Linienschiffe mit kleinen Panzerflächen, gegen Panzerdeckskreuzer, Torpedoboote, Masten und Schornsteine, während gegen moderne Schlachtschiffe mit ausgedehnten Panzerflächen, Panzerforts u. dgl. die verzögerte Zündung größeren Erfolg verspricht.

Da es im Weltkriege auch zu Kämpfen zwischen Schiffen und Küstenbefestigungen gekommen ist (Dardanellen, Flandern), so muß hier auch kurz auf die Einrichtung und Bewaffnung der Strandforts eingegangen werden.

Der Kampf zwischen Schiffen und Werken ist ein ganz anderer als der von Schiff gegen Schiff. Das Schiff ist für letzteren gebaut, und ihm entsprechen seine Konstruktion, seine Einrichtungen. Die Bekämpfung von Landbefestigungen ist ihm nur ein Nebenzweck. Das Schiff ist dem Fort gegenüber insofern im Vorteil, als es beweglich ist. Es kann den Kampf jederzeit beginnen oder abbrechen. Wenn es sich schnell bewegt, so ist es schwerer zu treffen. Aber auch an Nachteilen fehlt es nicht. Das Schiffsgeschütz steht nicht fest, sondern die Plattform, auf der es steht, ist in Bewegung und schwankt; eine Kursänderung läßt das Ziel plötzlich am Visier vorbeijagen. Das Schiff führt Kanonen, die Geschosse mit höchster Anfangsgeschwindigkeit schießen. Je flacher deren Flugbahn, desto größer die Treffwahrscheinlichkeit einem andern Schiffe gegenüber. Das Fort hat die gleichen Geschütze, außerdem aber noch Haubitzen und Mörser zur Verfügung, die ihre Geschosse in stark gekrümmter Flugbahn »werfen«. Schiffe können derartige Geschütze nicht verwenden, da diese fest stehen müssen. Die aus Steilfeuergeschützen verfeuerten Granaten erklimmen große Höhen, und ihre Fluggeschwindigkeit nimmt während des Abstiegs wieder bedeutend zu. Gegen Schiffe wirken sie hauptsächlich auf die Decks und bedrohen besonders die Unterwasserräume, die durch das Panzerdeck ihnen gegenüber nicht ausreichend geschützt sind (Fig. 4, oben). Dessen Konstruktion rechnet damit, daß die Geschosse eines andern Schiffes in kleinem Winkel die Panzerplatten treffen, die einem in größerem Auftreffwinkel einschlagenden Geschoß gegenüber nicht widerstandsfähig genug sind. Vorbedingung für die Verwendung von Steilfeuergeschützen gegen Schiffe ist ein gute Treffergebnisse in Aussicht stellendes Schießverfahren. Früher fehlte ein solches gegen sich bewegende Ziele, und deshalb verwendete man Steilfeuer nur gegen still liegende Schiffe. Seit einer Reihe von Jahren ist in Deutschland aber ein Schießverfahren entwickelt worden, das auch gegen schnell fahrende Schiffe Erfolg sichert. Offenbar fehlt dieses den Engländern, was daraus hervorgeht, daß sie in ihren Strandbatterien keine Steilfeuergeschütze aufstellen.

Tatsächlich bietet ein Schiff dem Steilfeuer gegenüber ein größeres Ziel als dem Flachbahngeschütz. Ein Linienschiff ist etwa 8 m hoch, aber 25 m breit; sein Bug ist etwa 10 m hoch, aber das Deck 175 m lang (Fig. 2). Dazu kommt, daß das Steilfeuer den starken Vertikalpanzer des Schiffes gewissermaßen umgeht und sich nur gegen den verhältnismäßig schwachen Panzer des Decks richtet.

Die Flachbahngeschütze der Forts stehen in Panzer-

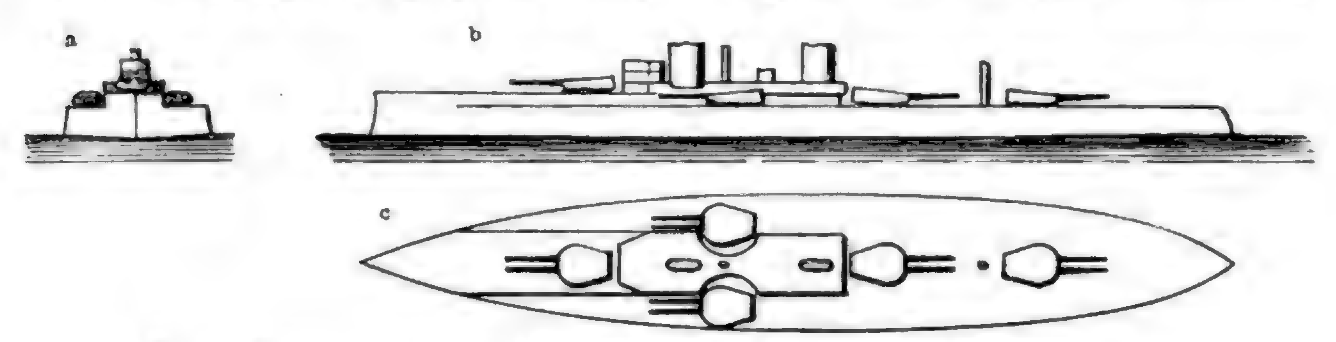


Fig. 2. Umrisse eines heutigen Linienschiffes. a) von vorn; b) von der Seite; c) von oben.

türmen, Panzerkasematten oder offenen Batterien. Ihre Steilfeuergeschütze lassen sich so aufstellen, daß sie vom Schiffe aus nicht zu sehen sind. Deshalb ist ihre Niederkämpfung überaus schwierig, wenn überhaupt möglich. Die beschränkten Munitionsvorräte des Schiffes und die kurze Lebensdauer der schweren Geschütze lassen Streufeuer nicht zu und fordern gebieterisch ein Haushalten mit Munition. Die Landbefestigungen werden überhaupt so angelegt, daß sie möglichst wenig ins Auge fallen. Bei ihrem Bau braucht keine Rücksicht auf das Gewicht genommen zu werden, das beim Schiffbau eine so große Rolle spielt; und derselbe Grund ermöglicht es, so reiche Munitionsvorräte in den Werken anzuhäufen, daß sie praktisch als unerschöpflich zu betrachten sind. Flachbahngeschütze haben die Möglichkeit, bis auf 20 km zu treffen — ihre Reichweite ist aber bereits bis auf 40 km gesteigert —, Steilfeuergeschütze bis auf 11 km. Wo die Bordartillerie über weiter reichende Geschütze verfügt, als sie den Landforts zur Verfügung stehen — wie das oft der Fall sein wird —, kann das Schiff auf eine Entfernung kämpfen, in der es Treffer von seiten der Werke nicht zu fürchten hat (an den Außenforts der Dardanellen).

Bei der großen Wirkung moderner Sprenggeschosse kommt es darauf an, möglichst frühzeitig Treffer zu erschießen. Wer zuerst zu treffen imstande ist, befindet sich in großem Vorteil.

Der Torpedo.

Der Torpedo ist ein Unterwassergeschoß aus Stahl und Bronze von zigarrenähnlicher Form, 5 m lang und mit einem größten Durchmesser von 45 cm. Ein älteres Modell von 35 cm Kaliber ist weniger leistungsfähig, das neueste von 53 cm noch mehr überlegen. Der zugespitzte Kopf nimmt die Sprengladung auf. Hinter dem Kopf liegen Einrichtungen, die automatisch zu arbeiten beginnen, sobald der Torpedo ins Wasser eingetreten ist. Er gelangt dorthin dadurch, daß er aus einem Rohr mittels einer schwachen Pulverladung oder bei Unterwasserrohren durch Preßluft ausgestoßen wird. Eine durch Preßluft betriebene Maschine im Torpedo setzt zwei hintereinander angeordnete Propeller in schnellste Umdrehung, die das Geschoß mit großer Geschwindigkeit durchs Wasser stürmen lassen. Die Preßluft befindet sich in einem Kesselraum aufgepumpt. Zwischen ihm und dem Kopf liegt der Tiefenapparat, der den Torpedo in einer gewissen Tiefe (im allgemeinen 3 m unter Wasser) steuert. Dazu wird eine elastische Platte benutzt, die vom hydrostatischen Druck mehr oder weniger eingedrückt wird. Ein mit ihr verbundenes Gestänge wirkt auf zwei am Schwanzstück angebrachte Horizontalruder. Ein Pendel sorgt dafür, daß die Steuer sich nicht zu energisch betätigen. Ein anderer Apparat steuert den Torpedo in der gewünschten Richtung; dazu wird das Streben einer in schnelle Umdrehung versetzten Scheibe benutzt, in der ursprünglichen Richtung zu verharren. Beim Anstoß gegen den Schiffsboden, 3 m unter Wasser, gelangt der Torpedo an nicht durch Panzer geschützte Teile. Der Stoß betätigt einen Zünder, der die Ladung zur Explosion bringt, und diese reißt ein großes Loch in den Schiffsboden. Verfehlt der Torpedo sein Ziel, so öffnet sich, nachdem er eine bestimmte Strecke gelaufen ist, ein Ventil, durch das Wasser in den Torpedo eintritt und ihn zu Boden sinken läßt. Beim Übungsschießen dagegen bleibt das Ventil geschlossen, die Horizontalruder legen sich nach oben, und unter deren Wirkung springt das Geschoß aus dem Wasser und bleibt auf der Oberfläche mit angehaltener Maschine treiben, so daß der Torpedo eingefangen und zu weiteren Übungen benutzt werden kann.

Die Ausstoßrohre befanden sich früher über Wasser. Es konnte also geschehen, daß der Torpedo durch ein Geschoß zur Explosion gebracht wurde. Deshalb war man bestrebt, die Ausstoßrohre unter Wasser zu legen. Das hatte da keine Schwierigkeiten, wo das Rohr in der Kielrichtung lag, wohl aber, wenn es nach der Seite hin zielte. Der am vorwärts fahrenden Schiff entlang schießende Wasserstrom erfaßt nämlich zuerst den Kopf des austretenden Torpedos und drückt ihn nach hinten (Fig. 3a); das Geschoß klemmte daher und war in Gefahr, abgebrochen zu werden. Es hat langer Zeit bedurft, brauchbare Breitseit-Lancierrohre zu konstruieren (Fig. 3b). Auf Torpedobooten fehlte es an dem nötigen Platz für ihre Unterbringung. Dort blieben die »Torpedokanonen« an Deck. Sie können nach beiden Bordseiten geschwenkt werden, da

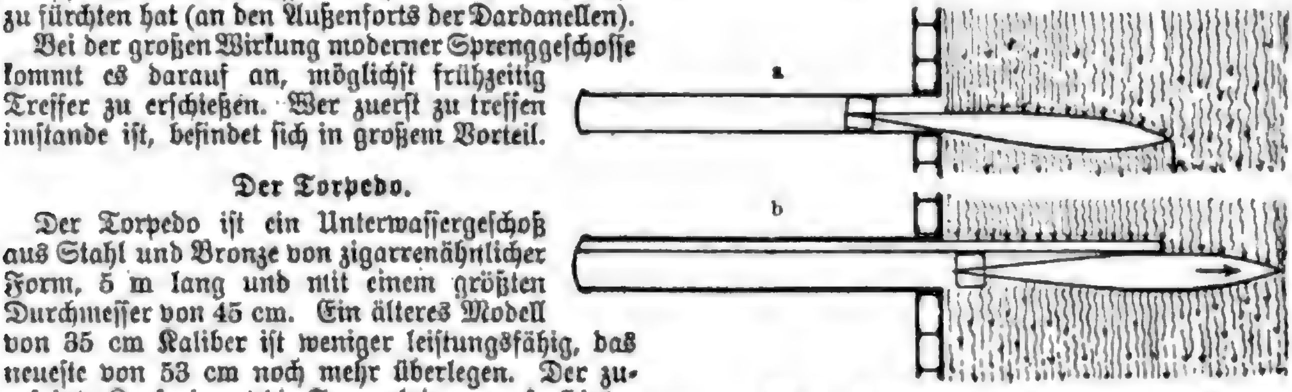


Fig. 3. Unterwasser-Lancierrohr.

sie um einen Zapfen drehbar sind. In neuester Zeit werden »Doppelkanonen« verwendet (Taf. IV, Fig. 6), bei denen, wie bei der Doppelflinte, zwei Rohre nebeneinander angeordnet sind. Mitunter schießt der eine Lauf nach der einen, der andere nach der entgegengesetzten Seite. Die Mündung der Torpedokanonen ist nicht senkrecht abgeschnitten wie beim Geschütz, sondern oben löffelähnlich ausgebildet. In diesem oberen Ansatz greift der austretende Torpedo mit einer über seinem Schwerpunkt angebrachten Warze in eine schwalbenschwanzförmige Rinne. Erst wenn der Torpedo ganz ausgetreten ist, tritt die Warze aus der Rinne, so daß der Torpedo nunmehr flach aufs Wasser fällt. Würde er nicht so lange am Fallen verhindert werden, so wäre die Folge, daß er mit dem Kopf zuerst ins Wasser gelangte und der Wasserstrom ihn nach hinten in unberechenbarer Weise ablenken würde. Dank dem Löffel geht er jetzt geradeaus. Die englischen 1907er Modelle liefen über 1000 Yards (914 m) mit 43, über 2000 m mit 38, über 3000 m mit 32, über 4000 m mit 28 Knoten Durchschnittsgeschwindigkeit, d. h. sie besitzen eine Geschwindigkeit von 21 bis 14 Metersekunden je nach ihrer Laufstrecke. Die neuen Modelle leisten mehr und sollen bis 10 km weit gelaufen sein. Diese Fortschritte sind nicht nur durch eine Vergrößerung erreicht worden, sondern namentlich dadurch, daß die Preßluft im Torpedo angewärmt wird. — Es würde zu weit führen, hier alle die Einzelheiten zu schildern, die in geistvoller Weise erdacht und beim Torpedo angebracht wurden. Sie haben dahin geführt, daß vom Torpedo gesagt werden

konnte: »Der Torpedo kann alles — nur nicht sprechen.« Das kann aber selbst ein Mensch unter Wasser nicht. — Auf 7 oder 10 km Entfernung ist die Aussicht, ein einzelnes Schiff zu treffen, sehr gering, nicht aber die, den Torpedo durch eine Linie von hintereinander fahrenden Schiffen zu jagen. Ob er beim Passieren

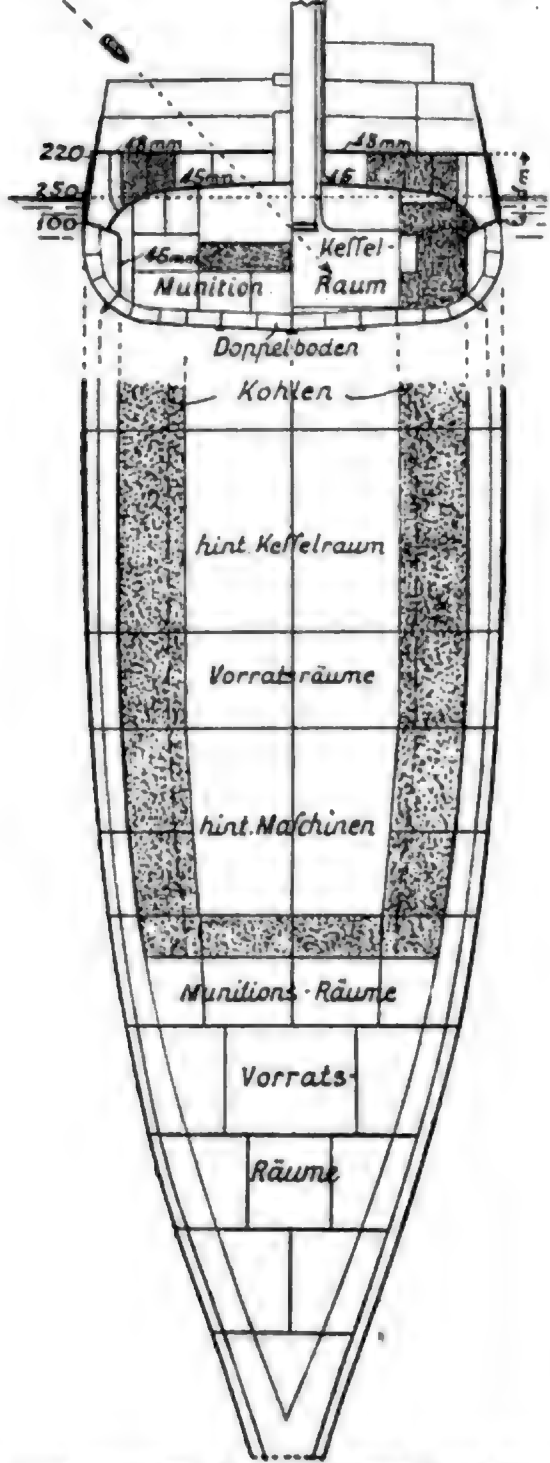


Fig. 4. Panzerschutz und Zellsystem eines französischen Linienschiffes.

Oben: Querschnitt; unten: Schottenanordnung im Hinterschiff unter der Wasserlinie.

derselben trifft, ist allerdings Glückssache, aber die Aussichten sind nicht als ungünstig zu bezeichnen; denn die Treffwahrscheinlichkeit verhält sich wie die Summe der Schiffslängen zur Länge der Linie. Bei 175 m langen Schiffen und 400 m Abstand von Großmast zu Großmast bedeutet das etwa 1 : 2,3, bei 200 m langen Schiffen gar wie 1 : 2. Von Munitionsverschwendung kann nicht gesprochen werden, wenn Aussicht besteht, daß der zweite oder dritte Schuß trifft. Die angegriffene Linie hat aber ein Mittel, um diese Aussichten herabzusetzen, indem sie »abdreht«, den abgefeuerten Torpedos das Heck ihrer Schiffe zukehrt. Dadurch wird die Treffwahrscheinlichkeit wesentlich geringer; denn in der z. B. aus acht Schiffen gebildeten Linie, die bei 400 m Abstand und einer Schiffslänge von 175 m eine Ausdehnung von 2975 m hat, befindet sich als Ziel nicht mehr eine Summe von acht Schiffslängen, sondern eine solche von acht Schiffsbreiten von je etwa 25 m, zusammen also etwa 200 m. Es hat demnach nicht mehr jeder zweite Torpedo, sondern erst jeder vierzehnte Aussicht, in Richtung auf ein Schiff die Linie zu passieren. Diese geringere Treffwahrscheinlichkeit wird noch dadurch herabgesetzt, daß das von den Schiffsschrauben aufgewühlte Kielwasser mit seinen starken Wirbeln den Torpedo aus seiner Bahn bringt. Wenn nun auch die automatische Geradesteuerung des Torpedos bestrebt sein wird, ihn auf seinen ursprünglichen Kurs zurückzubringen, so wird das doch nicht schnell genug wirksam werden, um diese Ablenkung unschädlich zu machen. Damit erklärte sich die geringe Anzahl von Treffern, die die britischen Kreuzer und Zerstörer trotz der ihnen besonders günstigen Umstände erschossen haben.

Um sich gegen Torpedos zu schützen, hängen still liegende Schiffe an 10 m langen Spieren 5 m breite Netze ringsherum ins Wasser, in denen der Torpedo hängenbleiben soll. Die Torpedotechnik brachte darauf am Torpedokopf »Netzscheren« an, die die Maschen der »Torpedoschutznetze« durchschnitten, so daß das Geschoß durch diese Lücke doch an den Schiffsboden gelangen konnte. Weil der erstrebte Schutz damit wegfiel und weil außerdem nur tadellose Netze einen Zweck haben, sie aber nach kurzer Zeit durch Rost unbrauchbar werden, ferner weil sie bei Strom aufschwimmen und daher leicht in die Schrauben kommen können, sind sie zeitweise abgeschafft gewesen, später aber doch wieder in verbesserter Form eingeführt worden.

Die Mine.

Die Mine ist ein unter Wasser verankertes oder treibendes Gefäß, in dem sich eine Sprengladung befindet, die durch einen Zünder zur Explosion gebracht werden kann. Sie unterscheidet sich vom Torpedo dadurch, daß sie still liegt und nur einem sie berührenden Schiffe gefährlich wird, während der Torpedo das Schiff aufsucht. Der Torpedo ist also offensiv, die Mine defensiv. Die Beschaffenheit der von den verschiedenen Mächten benutzten Minen wird geheimgehalten. Die Mine hat im russisch-japanischen und im Weltkriege eine so große Rolle gespielt, daß ihrer hier wenigstens Erwähnung getan werden muß.

Die in den heimischen Gewässern planmäßig ausgelegten Minensperren sollen dem Feinde das Befahren der verseuchten Gebiete erschweren, ihn zu langsamem Fahren zwingen. Allerdings können die Minen durch Minensucher entfernt werden; aber das beansprucht Zeit. Der erstrebte und erreichte Aufenthalt wird benutzt, um den Feind zu beschießen. Nur unter Feuer gehaltene Sperren haben einen Zweck. Es gibt Beobachtungsminen, die auf elektrischem Wege in dem Augenblick entzündet werden, in dem sich das feindliche Schiff über ihr befindet; ferner gibt es Kontaktminen, die krepieren, wenn ein Schiff sie anstößt. Gewisse Einrichtungen gestatten bei manchen Arten, sie »scharf« zu machen oder zeitweise unschädlich.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts sind »Streuminen« hergestellt worden, die so beschaffen sind, daß sie ein Dampfer in schneller Reihenfolge legen kann. Geschieht das vom Feinde unbemerkt, vielleicht innerhalb seines eigenen Küstengebietes, so kann das für ihn zu Schiffsverlusten führen, und er wird alsdann in seiner Beweglichkeit sich behindert sehen, die verseuchten Gewässer erst wieder zu befahren wagen, nachdem sie sorglich abgesucht sind.

Außer Minen sind auch Balken, Netze und versenkte Schiffe zur Herstellung von Sperren verwendet worden.

Das Kriegsschiff.

Ebenso wie ein Heer Fußvolk, Reiterei, Artillerie und technische Truppen braucht, so verlangt auch der Seekrieg verschiedene Schiffsarten.

Da ist zunächst das Linienschiff, dessen Kampf gegen seinesgleichen die Seeschlacht großen Stils entscheidet. Da sind Kreuzer, für Aufklärung, Sicherung und den Handelskrieg unerläßlich. Da sind Torpedofahrzeuge verschiedener Arten nötig, die den Torpedo an die feindlichen Schiffe herantragen sollen. Schließlich folgen für besondere Zwecke Streuminendampfer, Minensucher, Wachtschiffe, Hilfskreuzer, Transportdampfer für Truppen und Vorräte aller Art, Lazarettschiffe, Werkstättenschiffe und Bergungsschiffe, Tender, vielleicht Kabeldampfer, Ballon- und Flugzeugschiffe, kurz alles das, was als »Troß« bezeichnet wird.

Das Linienschiff.

Das Linienschiff ist schwer bewaffnet und gepanzert. Die Anforderungen an Schnelligkeit und Dampfstrecke treten dagegen in die zweite Linie. Eine Höchstgeschwindigkeit von 18 Knoten (zu 1852 m) galt noch vor zehn Jahren als normal. Die Bewaffnung bestand aus vier schweren und einem Dutzend mittelschwerer Geschütze. Die schweren standen paarweise in zwei Türmen, die nahe den Schiffsenden erbaut waren, die mittelschweren — im allgemeinen 15-cm-Schnelladekanonen — in den Kasematten oder Türmen. Die Dicke des Panzers entsprach der Kaliberstärke der Geschütze. Die Wasserlinie wurde am stärksten in der Mitte gepanzert und nahm nach den Schiffsenden zu und unter Wasser ab. Zwischen den schweren Türmen erheben sich Aufbauten, auf denen leichte Geschütze hinter Stahlschilden stehen. Der Kommandoturm hinter dem vorderen schweren Turm erhält bis zu 300 mm dicke Panzerung, ein weiter hinten angeordneter Reservekommandoturm wird leichter geschützt.

Der zuerst angewendete Panzer bestand aus Walzeisen; ihm folgte der »Verbundpanzer«, bei dem auf der Stirnseite des Walzeisens Stahl aufgeschweißt war. Noch widerstandsfähiger war der Stahlpanzer, dessen Stirnseite schließlich durch ein von Krupp ausgebildetes Verfahren glashart gemacht wurde. Alle diese verschiedenen Arten wiesen eine immer mehr gesteigerte Widerstandsfähigkeit auf.

Ein doppelter Boden, eine aus Stahlblechen hergestellte große Anzahl von Längs- und Querschotten teilte den Unterwasserraum in Hunderte wasserdicht voneinander geschiedene Räume oder Zellen (Fig. 4). Wenn auch diese Stahlbleche imstande waren, dem hydrostatischen Druck eingedrungenen Wassers zu widerstehen, so genügte doch der kleinste Granatsplitter, um sie zu durchschlagen. Um das zu verhindern, wurde ein Panzerdeck angeordnet, das den Unterwasserraum überwölbte. Unter dem Panzergürtel ansetzend, stieg es in der Mitte bis etwas über die Wasserlinie. Die steilen Seitenflächen desselben wurden mit 70, die flachen der Mitte mit 40 mm gepanzert. Auf großen Schiffen finden sich mitunter auch zwei Panzerdecks. Dann liegt das obere, stärker geschützte flach auf der Oberkante des Gürtels, das untere, schwächere »Splitterdeck« ähnelt in seiner Anordnung dem eben beschriebenen Einzeldeck. Der vom Panzerdeck gewährte Schutz kommt aber nicht nur dem Zellen- (Schotten-) System zugute, sondern auch den anderen Einrichtungen in den unteren Räumen, deren Beschädigung oder Vernichtung die ernstesten Folgen haben müßte. Es sei da nur auf die Munitionsräume, die Maschinen und Dampfkessel, auf die Hunderte von Hilfsmaschinen aller Art, die für Ventilation, Munitionstransport nötig sind, die Steuermaschinen, Pumpen für Feuerlöschdienst, Luftpumpen für Torpedos, solche, um eingedrungenes Wasser aus dem Schiff zu schaffen (Lenzpumpen), Lichtmaschinen und andere Dynamos, das Rohrsystem zum Fluten und Lenzen, die Leitungen für Befehlsübermittlungen usw. hingewiesen.

Den damaligen Anforderungen konnte mit 13 bis 15000 Tonnen (t) Schiffsgewicht entsprochen werden.

Da trat plötzlich Großbritannien mit dem »Dreadnought« auf den Plan, einem Schiff von der bisher unerhörten Größe von 22500 t und dieser Schwere entsprechend erhöhten Leistungen. Zehn schwere Geschütze wies es auf und besaß eine Höchstgeschwindigkeit von 21,5 Knoten. Mit der den Briten eigenen Selbstüberhebung glaubte man drüben, daß niemand imstande sein werde, auf diesem Wege zu folgen und damit Albions Überlegenheit auf den Meeren ein für allemal sichergestellt sei. Man irrte. Vor die Wahl gestellt, auf Seegeltung für immer zu verzichten oder größere Opfer für Schiffsbauten zu bringen, entschlossen sich alle Seemächte, selbst diejenigen dritter Ordnung, zur Beschaffung von Großkampfschiffen.

Der Gedanke, dem das Großkampfschiff seine Entstehung verdankt, ist, auf einer beliebigen Stelle der Schlachtlinie ein Höchstmaß artilleristischer Kraft einzusetzen. Dementsprechend ist die Artillerie angeordnet. Ein recht großer Teil der schweren Geschütze — womöglich 100 Proz. — soll nach beiden Breitseiten gerichtet werden können, während auch nach der Kielrichtung eine starke Feuerwirkung gesichert ist. Die beigefügten Skizzen (Taf. I und II, Fig. 1—14) einiger Großkampfschiffe lassen erkennen, auf welche Weise das angestrebt oder erreicht worden ist. Es führte dieses Streben zu zwei Neuerungen, dem überhöhten Turm und Türmen, in denen bis zu vier Geschütze eingebaut wurden. Wenn früher gesagt wurde, daß bei den Linienschiffen die Anforderungen in bezug auf Geschwindigkeit gegen andere zurückgetreten seien, so soll damit nicht zum Ausdruck kommen, daß sie bei den neueren Schiffen nicht ebenfalls gesteigert worden wären. So zeigen die fünf Vertreter der britischen »Queen Elizabeth«-Klasse eine Höchstgeschwindigkeit von 25 Knoten, die vor zehn Jahren nur wenige Kreuzer verzeichnen konnten. Allerdings verlangte das eine Größe von 29000 t bei einer Bewaffnung von acht 38-cm-Schnelladekanonen. Dieser Typ bildet gewissermaßen einen Übergang zum Schlachtkreuzer. Auch die Panzerung wurde nicht nur ausgedehnt, sondern auch stärker. Früher war die 305-mm-Platte die stärkste Deckung; heute weist die Wasserlinie der »Warspite«-Klasse bis 343, die schweren Türme 356 mm auf.

Die Kreuzer.

In ähnlicher Weise wie in England mit dem »Dreadnought« das Großkampfschiff geschaffen wurde, entstand durch den Bau der »Indomitable«-Klasse der »Schlachtkreuzer«. Diese Schiffe ähneln durchaus den Großkampfschiffen, werden aber leichter gepanzert, und das dadurch ersparte Gewicht ist zur Erhöhung der Schnelligkeit verwandt. Acht dieser gigantischen Schiffe waren am 1. Januar 1914 in der britischen Flotte verwendungsbereit. Die neuesten erreichen eine Größe von 30000 Tonnen[1] (vgl. Taf. II, Fig. 12).

Auf diesem Wege sind den Briten bisher nur die Deutschen und Japaner gefolgt. Deutschland besaß Anfang 1914 ihrer vier: »Seydlitz« (Taf. I, Fig. 5), »Goeben«, »Moltke« und »v. d. Tann«. Japan hatte einen Schlachtkreuzer fertig, ihrer drei im Bau.

Die älteren Panzerkreuzer waren ebenfalls stattliche Schiffe. Die neueren ähneln den Linienschiffen ihrer Zeit. Ihre Bewaffnung, ihre Panzerung ist geringer, die Schnelligkeit größer als die der gleichalterigen Linienschiffe.

Die Panzerdeckskreuzer.

Panzerkreuzer sind so kostbar, daß sie in genügender Zahl für Kreuzerzwecke nicht zur Verfügung stehen. Deshalb werden kleinere Schiffe für ähnliche Zwecke verwendet. Sie sind schnell, leichter bewaffnet und besaßen bis vor kurzer Zeit als Schutz nur ein Panzerdeck; ihre Geschütze standen hinter Splitterschilden, ein leicht gepanzerter Kommandostand schützte die Einrichtungen für Befehlsübermittlung und das Gefechtsruder. Seit ungefähr zehn Jahren haben einzelne Marinen begonnen, die Wasserlinie der Panzerdeckskreuzer in ihrer ganzen Ausdehnung oder teilweise mit Vertikalpanzer bis zu 100 mm zu schützen. Sie sind die hauptsächlichen Träger des Handelskrieges und kommen auch für den Aufklärungsdienst in erster Linie in Frage. Seitdem die Torpedofahrzeuge immer größer und widerstandsfähiger geworden sind, fällt ihnen auch der Schutz gegen Torpedoangriffe zu. Im Sicherungsdienst werden sie mit unterstützt durch

die Torpedoboote,

die ursprünglich ganz kleine, flinke Boote von 28 t waren. Die Eigenart des Torpedos brachte es eben mit sich, daß er von einem winzigen Boot aus verwendbar ist. Es war verführerisch, ein kleines Boot, im Werte von etwa hunderttausend Mark und mit einigen entschlossenen Männern besetzt, gegen ein großes Linienschiff von ebensoviel tausend Tonnen und einer Besatzung von vielen Hunderten einzusetzen. Es stellte sich aber bald heraus, daß mit so kleinen Booten praktisch nichts anzufangen war, und — wie bei allen Kriegsschiffen — so stieg auch ihre Größe immer mehr. Man erwartete auf Grund von Manövererfahrungen — Kriegserfahrung fehlte — von den Torpedobooten sehr viel. Die Bewaffnung der großen Kriegsschiffe ist durch das Bestreben, sie gegen die Angriffe der Torpedoboote zu schützen, sehr beeinflußt worden. Bis zu dreißig leichte Schnelladekanonen wurden als Antitorpedoartillerie auf den großen Schiffen aufgestellt. Aber damit begnügte man sich nicht, und von dem Sprichwort ausgehend, daß man Gift nur mit Gift vertreiben könne, schuf man die »Zerstörer«, größere und schwerer bewaffnete Torpedoboote. Ihre Aufgabe ist, die Torpedoboote zu vernichten, ehe diese auf Schußweite an die großen Schiffe herangekommen sind. Auch sie wurden mit Torpedos armiert, aber für sie war der Gebrauch des Torpedos nur ein Nebenzweck, dessen Verwendung dem Torpedoboot die Existenzberechtigung schafft. Dieses ist deshalb artilleristisch leichter, torpedotechnisch schwerer bewaffnet. Das Torpedoboot ist demnach der Träger eines streng offensiven Gedankens; der Zerstörer dankt seine Entstehung einem defensiven. Die britische Flotte wies Anfang 1914: 240 fertige Zerstörer und 28 Torpedoboote auf, die deutsche lediglich Torpedoboote, und zwar 152 große und 70 kleine. Die neuesten britischen Zerstörer sind — abgesehen von einzelnen nicht zu klassifizierenden — bis zu 1200 t groß, die mit vier 102-mm-Schnelladekanonen, zwei Doppeltorpedorohren bewaffnet sind und eine Höchstgeschwindigkeit von 34 Knoten aufweisen. Die deutschen Torpedoboote sind 500—650 t groß, mit zwei 88-mm-Schnelladekanonen, mit drei oder vier Doppeltorpedorohren bewaffnet und 30—32 Knoten schnell.

Zu den Torpedobooten gehört auch das Unterseeoder Tauchboot, abgekürzt

das U-Boot.

Seit etwa 40 Jahren hat sich der Amerikaner Holland damit beschäftigt, ein brauchbares U-Boot zu schaffen. Regstes Interesse fand er dafür in Frankreich, wo man ebenfalls viel Geld verschlingende Versuche machte, um den über 250 Jahre alten Gedanken der unterseeischen Schiffahrt zu verwirklichen. England stand der Sache zunächst ganz ablehnend gegenüber; denn es lag nicht in britischem Interesse, etwas zu fördern, was geeignet sein oder werden konnte, das ganze Seekriegswesen umzugestalten. Das U-Boot würde in der Hand des Schwächeren eine wirksame Waffe gegen sonst zur See unbestritten Stärkere werden. Als aber schließlich in Frankreich und in den Vereinigten Staaten Boote entstanden, denen kriegerische Brauchbarkeit schlechterdings nicht länger abzusprechen war, entschloß man sich auch in England zur Schaffung und Entwicklung eines brauchbaren U-Bootes. Anfang 1914 verfügte England über 77, Frankreich über 55 U-Boote. Deutschland hatte sich abwartend verhalten. Es begann die Entwickelung des U-Bootes aber noch so zeitig, daß es zu Beginn des Krieges 28 U-Boote verwendbar hatte. Die Leistungen der deutschen U-Boote sind in technischer und personeller Hinsicht so bewundernswert, daß diese Schiffsklasse zum volkstümlichsten deutschen Kriegsschiff geworden ist.

Wir übergehen die Entwicklungsgeschichte der Unterseeboote und wenden uns der allgemein eingeführten Art, dem »Tauchboote«, zu (vgl. Taf. III, Fig. 1—5).

Das U-Boot fährt gewöhnlich auf dem Wasser wie jedes andere Schiff und wird dabei durch Verbrennungsmotoren angetrieben, die eine, mitunter zwei Schrauben in Umdrehung setzen. Nur Frankreich hat versuchsweise auch Dampfmaschinen verwendet. Der Rumpf des Bootes ragt nur wenig über Wasser (Taf. III, Fig. 5). In der Mitte erhebt sich der Kommandoturm, dessen Decke bei der Überwasserfahrt als Kommandobrücke dient. Vielfach erhält der Turm eine längliche, vorn und hinten scharfe Form, um bei der Unterwasserfahrt ein leichteres Vorüberfließen der Wasserfäden zu erreichen. Außer-

[1] Die in den meisten Handbüchern angegebene Schiffsgröße ist unter anderm für die großen Schiffe 2500—3000 t zu niedrig, wahrscheinlich auf Veranlassung der britischen Admiralität, um irrezuführen.

dem überragen das Deck noch zwei leichte Masten für die Aufnahme der Antennen der drahtlosen Telegraphie und der dünne Schornstein, der die Abgase aus den Motoren ableitet. Aus dem Turm ragen mindestens zwei Sehrohre, die »Periskope«. Soll das Boot tauchen, so werden alle Öffnungen geschlossen, Masten und Schornstein entfernt und Wasser in die Ballastkasten eingelassen. Durch diese Mehrbelastung sinkt das Boot. Beschleunigt wird das Tauchen durch seitlich am Boote angebrachte Horizontalruder, Hydroplane. Gewöhnlich sind zwei Paar davon vorn und hinten angebracht (Taf. III, Fig. 2m). Es ist vorteilhaft, das Boot so tauchen zu lassen, daß es eine horizontale Längslage beibehält. Ein Paar Hydroplane vorn oder hinten lassen das Boot mit gesenktem Vorschiff nach unten gehen. Ein mittschiffs angeordnetes würde ebenso wirken wie ein Doppelpaar vorn und hinten; in der Mitte ist das Horizontalruder aber leichter Beschädigungen ausgesetzt, und deshalb werden sie dort nicht angebracht. Das Tauchen erfordert mehrere Minuten Zeit. Bei der Fahrt unter Wasser werden die Schrauben durch Elektromotoren angetrieben, die durch Akkumulatoren gespeist werden. Die in diesen aufgespeicherte Energie reicht mitunter nur für etwa zwei Stunden »voll Strom« und den entsprechenden Weg. Um unter Wasser Kurs zu steuern, können die magnetischen Kompasse nicht benutzt werden; es werden dazu andere Mittel verwendet. Sehen, was auf der Oberfläche des Wassers vor sich geht, kann der U-Bootmann nur, wenn die oberen Enden der höchstens 7 m langen Sehrohre über Wasser sind. Die Verbesserung der Periskope hat viel Mühe, Zeit und Geld gekostet, bis sie schließlich befriedigten. Das eine Periskop bleibt aufs Ziel gerichtet, das zweite dient zur Beobachtung des übrigen Teiles des Horizonts. Sie bestehen aus einem System von Linsen und Prismen. Verlangt wird, daß sie lichtstarke Bilder in natürlicher Größe geben, damit die Entfernung geschätzt werden kann. Die Okulare sind mitunter als Fernrohre ausgebildet, mitunter haben sie nur eine Sehöffnung. Da nur der obere Teil des Sehrohres auf das Ziel gerichtet zu werden braucht, der untere aber fest stehenbleibt, kann der Beobachter seinen Standort beibehalten. Die Periskope können eingezogen oder ausgeschoben werden. Wenn das U-Boot auch nur kürzere Strecken unter Wasser zurücklegen kann, so ist es doch imstande, sich viele Stunden unter Wasser aufzuhalten. Es kann sich also auch auf den Meeresboden sinken lassen und dort liegen, vorausgesetzt, daß derselbe sich nicht zu tief unter der Oberfläche befindet, da mit dem Hinuntergehen in größere Tiefen auch der hydrostatische Druck wächst; die Bootswandungen aber können nur ein gewisses Höchstmaß desselben aushalten, ohne leck zu werden. Ebenso darf der Meeresboden nicht steinig oder felsig sein, damit Beschädigungen der Außenhaut ausgeschlossen sind.

Die Hauptwaffe des U-Bootes ist der Torpedo (s. oben, S. 238), den es aus nach vorn oder hinten gerichteten Lancierrohren ausstößt. Die Boote besitzen 4—8 solcher Lancierrohre. Seit 1908 begannen die Russen zuerst damit, ihren U-Booten auch Geschütze zu geben (zwei 4,7-cm-Schnelladekanonen und zwei Maschinengewehre). Ihnen sind die anderen Seemächte gefolgt.

Nur über die Boote anderer Seemächte sind Angaben veröffentlicht worden; Deutschland hat sie geheimgehalten. Aus jenen Veröffentlichungen ist zu entnehmen, daß England zu Beginn des Krieges 77 fertige Boote besaß und 28 im Bau waren, daß der 1913 bewilligte »Nautilus« unter Wasser 2000 t Fassung haben soll, »F1« 950 t über Wasser, 1200 t unter Wasser mißt, daß seine Höchstgeschwindigkeit über Wasser 20 Knoten, die unter Wasser 12 Knoten betragen soll. »V1«, »V4« sollen unter Wasser 1050 t haben, über Wasser 19 Knoten schnell sein; sie haben sechs 53-cm-Torpedorohre, vier 7,6-cm-Schnelladekanonen und sind 61 m lang. Die meist genannte »E«-Klasse ist 730/825 t groß, 16 bzw. 10 Knoten schnell, hat vier 53-cm-Torpedorohre, zwei 7,6-cm-Schnelladekanonen und eine Länge von 61 m. Die französischen U-Boote, fertig 55, im Bau 30, weisen ähnliche Angaben auf. Die italienische Flotte besaß bei Kriegsbeginn 20, die japanische 15, die Russen in der Ostsee 8 fertig, 6 im Bau, im Schwarzen Meer ebenso viele.

Man darf nicht aus den Augen verlieren, daß die U-Boote eine ganz junge Schöpfung sind. Wie sie sich weiter entwickeln werden, bleibt abzuwarten. Der Umstand, daß die Briten schon bei 2000 t angelangt sind, berechtigt zu dem Schluß, daß auch sie an Größe immer mehr zunehmen werden wie alle Kriegsschiffklassen ohne Ausnahme bisher.

Die Lage für den Krieg.

Die über ein dichtes, den Erdball umspannendes Netz von Stützpunkten gebietende britische Flotte mit ihren 2,3 Mill. t, vor allem aber die geographische Lage Englands genügten, um die Zentralmächte vom Überseeverkehr mit dem neutralen Ausland abzusperren. Sehr fraglich mußte es jedoch für sie sein, ob sie richtig handelte, wenn sie die Gelegenheit für eine entscheidende Seeschlacht großen Stils suchte, um die deutsche Flotte zu vernichten. Sie hatte damit zu rechnen, daß ein derartiger Erfolg so große Opfer fordern werde, daß infolgedessen die Seemachtstellung Großbritanniens in Frage gestellt werden konnte. Dieser Gefahr mochte sich England nicht aussetzen, einer Gefahr, die um so näher lag, als die Leistungen der deutschen Flotte sehr hoch eingeschätzt wurden.

Nur mit solchen Erwägungen ist die Zurückhaltung zu erklären, die sich die britische Flotte auferlegt hat, und die so gar nicht ihrem Verhalten in früheren Seekriegen und den Großsprechereien der englischen Presse vor dem Weltkriege entspricht.

Die Engländer sind sorglich bestrebt gewesen, ihre hochwertigen Schiffe keiner Gefahr auszusetzen. Ja sie gingen so weit, daß sie nur in den ersten Monaten größere Schiffe älterer Art einsetzten, später aber den Wacht- und Minendienst hauptsächlich durch Hilfsdampfer wahrnehmen ließen, die ihnen ihre großen Handels- und Fischerflotten in unbeschränkter Zahl zur Verfügung stellten. So ist es gekommen, daß die britische Flotte, dank der Leistungsfähigkeit der englischen Werften, durch zahlreiche Neubauten verstärkt, dank auch der amerikanischen Auffassung von Neutralitätspflichten, nach dem ersten Kriegsjahre trotz großer, aber nicht ins Gewicht fallender Schiffsverluste stärker dastand als bei Beginn des Krieges. Eine noch nicht erklärte Änderung dieser Politik trat am Ende des zweiten Kriegsjahres ein und führte zunächst zur Seeschlacht vor dem Skagerrak.

Durch den Beitritt Italiens erhöhte sich das dem damit zum Vierverbande gewordenen ehemaligen Dreiverband zur Verfügung stehende Schiffsmaterial auf 4,5 Mill. t, denen Deutschland und Österreich-Ungarn nur 1,4 Mill. entgegenzustellen hatten. Der

Bestand der osmanischen Flotte beschränkte sich auf zwei kleine Kreuzer und einige Torpedoboote. Was sonst vorhanden war, hatte nur ganz geringen oder gar keinen militärischen Wert. Dieser bedauerliche Zustand findet seine Erklärung darin, daß die Türkei zwar die Leistungsfähigkeit ihrer Flotte zu heben beabsichtigt hatte, dazu aber falsche Wege gewandelt war. Sie nahm nämlich die Hilfe Englands dafür in Anspruch. Britische Seeoffiziere wurden als Organisatoren nach Konstantinopel berufen, die aber, wo auch immer sie tätig waren, ihre Aufgabe darin gesucht haben, der Schiffsbauindustrie ihres Landes Aufträge zu verschaffen, die ihnen anvertrauten Flotten jedoch trotz materiellen Wachstums so wenig leistungsfähig wie möglich zu halten. Im August 1911 hatte die Türkei in England das Großkampfschiff »Reschadié« (23400 t) bestellt. Dasselbe war im Frühjahr 1914 fertig, war bezahlt und hatte seine Probefahrten zufriedenstellend erledigt. Seine Übergabe wurde aber hingezögert und das Schiff schließlich nach Ausbruch des Krieges von der britischen Regierung mit Beschlag belegt und unter dem Namen »Erin« der britischen Flotte einverleibt. Ähnlich ging es mit dem »Sultan Osman«. Dieses Schiff hatte die brasilianische Regierung in England bestellt, und die Türkei hatte es den Brasilianern abgekauft. Es hat bei seiner Einstellung in die britische Flotte den Namen »Azincourt« erhalten, ist 28000 t groß, mit vierzehn 305-mm-, zwanzig 15,2-cm-Schnelladekanonen bewaffnet und 22 Knoten schnell. Im Frühjahr 1914 waren seitens der Türkei in England weitere Schiffsbestellungen erfolgt, ein drittes Großkampfschiff, zwei Kleine Kreuzer von je 1850 t, achtzehn große Zerstörer und zwei Tauchboote, in Frankreich außerdem zwei Tauchboote. Man sieht, es waren für türkische Verhältnisse gewaltige Anstrengungen gemacht worden, um dem Osmanenreich wieder eine leistungsfähige Flotte zu schaffen. Aber wie so oft, ist der Entschluß dazu zu spät gekommen, so daß die gebrachten Opfer im Weltkriege, in den auch die Türkei hineingerissen werden sollte, keine Frucht mehr brachten, im Gegenteil dazu beigetragen haben, die britische Flotte zu verstärken. Und ähnlich wie in bezug auf die Flotte stand es mit den Befestigungen, die den Bosporus und die Dardanellen verteidigen. Auch hier hatten die britischen Seeoffiziere ihre Vertrauensstellung in schmählichster Weise gemißbraucht. Wenn da unten trotzdem Großes geleistet worden ist, so ist das nur dem Umstande zu verdanken, daß gerade noch zu rechter Zeit deutsche Schiffe, deutsche Offiziere, Marineartilleristen, Ingenieure und Spezialisten dort erschienen. Ohne diese Hilfe wären die Türken dem Ansturm von Ost und West ganz sicher erlegen, trotz alles Heldenmuts ihrer vortrefflich veranlagten Soldaten.

Das Verhalten der britischen Flotte seit Kriegsbeginn hat das der deutschen natürlich beeinflußt. Solange die Kraft der deutschen Flotte ungebrochen war, konnte die britische nicht wagen, in die Ostsee einzulaufen; sie hätte dort unter zu ungünstigen Verhältnissen gefochten. Damit war die Absperrung der Zentralmächte zwar nicht ganz lückenlos, ein ernsthafter Angriff auf die deutschen Küsten aber aussichtslos. Fiel aber die Rücksicht auf eine schlagfertige deutsche Flotte fort, so waren zum mindesten die Gestade der deutschen Ostseeküsten der Beschießung und Brandschatzung schutzlos preisgegeben. Und nicht nur das; auch bei den Friedensverhandlungen mußte es schwer ins Gewicht fallen, wenn darauf hingewiesen werden konnte, daß es der britischen Seemacht nicht gelungen war, das vorher bestehende Kräfteverhältnis zur See zu ihren Gunsten zu verschieben. Überlegungen solcher oder ähnlicher Art mögen die Entschlüsse der deutschen Oberleitung beeinflußt haben. Und dann kam für beide Parteien die Rücksicht auf das Tauchboot, die furchtbare neuartige Waffe, gegen die eine Abwehr noch nicht gefunden war.

Am 1. August wurde die Mobilmachung befohlen; der 2. August war der 1. Mobilmachungstag. Die gesamte Marine begann, sich planmäßig zum Kampfe zu rüsten. Die Küste wurde in Verteidigungszustand gesetzt; die Ausrüstung der noch nicht im Dienst befindlichen Schiffe und der als Hilfsschiffe bestimmten Dampfer der Handelsmarine begonnen, die kriegspflichtigen Mannschaften eingekleidet und verteilt. Die nach Besetzung der Schiffe und Seefestungen überschüssige bedeutende Anzahl blieb für andere Zwecke frei. Unter den Handelsdampfern befand sich auch eine Anzahl schneller Schiffe, die als Hilfskreuzer gegen den feindlichen Seehandel vorgehen sollten, während andere als Streuminenschiffe ausgerüstet wurden.

Die deutsche Flotte.

In der Heimat befand sich bei Beginn der Feindseligkeiten die Hochseeflotte — 12 Großkampfschiffe, 8 Linienschiffe, 3 Schlachtkreuzer, 7 Kleine Kreuzer, 7 Torpedobootsflottillen und 2 Tender — in den Nordseehäfen. Der zu ihr gehörige Schlachtkreuzer »Goeben« und der Kleine Kreuzer »Breslau« waren seit geraumer Zeit abkommandiert. Als Kadetten- und Schiffsjungenschulschiffe kreuzten die Großen Kreuzer »Vineta«, »Hansa«, »Hertha« und »Victoria Louise« in der Ostsee. Als Artillerie- und Torpedoschul- und Versuchsschiffe waren im Dienst — abgesehen von Schiffen und Fahrzeugen ohne jede militärische Bedeutung — das Linienschiff »Wettin«, die Panzerkreuzer »Blücher« und »Prinz Adalbert«, die geschützten Kreuzer »Magdeburg« und »Augsburg«. Im Mittelmeer befanden sich der Schlachtkreuzer »Goeben« und der Kleine Kreuzer »Breslau«, in Konstantinopel die Jacht »Loreley«; auf der westafrikanischen Station die Kanonenboote »Panther« und »Eber«; auf der ostafrikanischen die ungeschützten Kreuzer »Seeadler« und »Geier«, das Vermessungsschiff »Möve«; an der ostamerikanischen Küste der Kleine Kreuzer »Dresden«; auf der australischen Station die Kanonenboote »Condor« und »Cormoran« und das Vermessungsschiff »Planet«. Die Panzerkreuzer »Scharnhorst« und »Gneisenau« des Kreuzergeschwaders, begleitet von dem Hilfsdampfer »Titania«, waren auf einer Fahrt nach den deutschen Kolonien in der Südsee begriffen. Die übrigen Schiffe des Geschwaders kreuzten in Ostasien; es waren das die Kleinen Kreuzer »Leipzig«, »Nürnberg« und »Emden«, die Kanonenboote »Iltis«, »Tiger« und »Luchs«, die Flußkanonenboote »Tsingtau«, »Vaterland« und »Otter« sowie die Torpedoboote »Taku« und »S 90«.

Die österreichisch-ungarische Flotte.

In Dienst standen Eskader, I. Division: 2 Großkampfschiffe, 2 Linienschiffe. — Die Kreuzerflottille bestand aus 1 Panzerkreuzer, 2 geschützten Kreuzern, 2 Zerstörern, 8 Torpedobooten. — Das Reserve-Eskader setzte sich aus 3 Linienschiffen, 2 Zerstörern zusammen. Ferner waren in der Heimat: 6 Linienschiffe, 1 Panzerkreuzer, 4 Kleine Kreuzer, 5 Torpedofahr-

zeuge, 10 Zerstörer, 18 Torpedoboote, 6 Untersee-Tauchboote; in der Levante: 1 Kleiner Kreuzer; in Ostasien: 1 geschützter Kreuzer (»Kaiserin Elisabeth«); in Konstantinopel: 1 Jacht.

Die britische Flotte.

In der Heimat befanden sich: I. Flotte: 17 Großkampfschiffe, 11 Linienschiffe, 4 Schlachtkreuzer, 8 Panzerkreuzer, 12 geschützte Kreuzer, 2 Werkstattschiffe, 1 Hospitalschiff, 6 Minensucher, 82 Zerstörer und 4 Begleitschiffe für letztere. — II. Flotte: 12 Linienschiffe, 5 Panzerkreuzer, 5 geschützte Kreuzer, 7 Streuminendampfer. — III. Flotte (normal mit kleinen Besatzungsstämmen in Dienst, seit Anfang Juli mit aufgefüllten Besatzungen): 14 Linienschiffe, 9 Panzerkreuzer, 11 geschützte Kreuzer. Außerdem waren vorhanden Unterseebootflottillen: 6 geschützte Kreuzer, 9 Begleitschiffe, 54 Untersee-Tauchboote. — Als Hafenflottillen wurden verwendet: 20 Zerstörer, alle Torpedoboote, 7 ältere Untersee-Tauchboote, zu Schulzwecken: 12 geschützte Kreuzer, 2 Panzerkreuzer, 4 Linienschiffe, 3 Torpedokanonenboote, mehrere Zerstörer und Torpedoboote als Tender. — Dem Fischereischutz dienten 3 Torpedokanonenboote, 6 Dampfer. Anfang Juli 1914 wurde unter dem Vorwande einer »Probemobilmachung« und für eine »Flottenrevue« in Dienst gestellt, was militärischen Wert hatte. Im Mittelmeer befanden sich: 4 Schlachtkreuzer, 4 Panzerkreuzer, 4 geschützte Kreuzer, 1 Torpedokanonenboot, 16 Zerstörer und 1 Begleitschiff, 6 Torpedoboote, 6 Untersee-Tauchboote, 1 Stationär in Konstantinopel; an der Ostküste Nordamerikas und Westindien: 4 Panzerkreuzer, 2 geschützte Kreuzer; an der Westküste Afrikas: 1 geschützter Kreuzer; in der Kapkolonie: 3 geschützte Kreuzer; in Ostindien: 1 Linienschiff, 3 geschützte Kreuzer, 4 Kanonenboote; in Ostasien: 1 Linienschiff, 2 Panzerkreuzer, 2 geschützte Kreuzer, 2 ungeschützte Kreuzer, 1 Aviso, 3 Kanonenboote, 10 Flußkanonenboote, 1 Vermessungsschiff, 12 Zerstörer, 4 Torpedoboote, 3 Untersee-Tauchboote; in Australien: 1 Panzerkreuzer, 4 geschützte Kreuzer, 3 Zerstörer, 3 Schulschiffe, 2 Vermessungsschiffe; in Neuseeland: 3 geschützte Kreuzer, 1 ungeschützter Kreuzer; an der Westküste Nordamerikas: 2 Kanonenboote, 1 geschützter Kreuzer.

Die französische Flotte.

Im Mittelmeer befanden sich 15 Großkampfschiffe, 3 Linienschiffe, 6 Panzerkreuzer, 44 Zerstörer, 16 Untersee-Tauchboote; in Brest: 3 Panzerkreuzer, 2 Minenleger, 21 Torpedoboote, 16 Untersee-Tauchboote; im Kanal: ältere Torpedoboote und Untersee-Tauchboote, auf die verschiedenen Häfen verteilt; zu Schulzwecken: 3 Panzerkreuzer, 3 Linienschiffe, 1 geschützter Kreuzer; in der Levante: 2 Panzerkreuzer, 1 Aviso (in Konstantinopel); in Marokko: 3 geschützte Kreuzer; in China: 2 Panzerkreuzer, 1 Zerstörer, 1 Kanonenboot, 4 Flußkanonenboote; in Australien: 1 ungeschützter Kreuzer, 1 Kanonenboot; in Madagaskar: 1 Aviso, 2 Torpedoboote; in Saigon: 1 Panzerkanonenboot, 1 Vermessungsschiff, 3 Zerstörer, 12 Torpedoboote.

Die russische Flotte.

In der Ostsee: 4 Linienschiffe, 5 Panzerkreuzer, 63 Zerstörer, 2 Vorratsschiffe, 1 Werkstattschiff, 8 Untersee-Tauchboote mit 2 Begleitschiffen, 6 Minenschiffe; im Mittelmeer: 2 geschützte Kreuzer, 2 Kanonenboote; im Schwarzen Meer: 4 Linienschiffe, 1 geschützter Kreuzer, 1 Werkstattschiff, 13 Zerstörer, 4 Torpedoboote, 5 Untersee-Tauchboote, 2 Streuminenschiffe; in Ostasien: 2 geschützte Kreuzer, 19 Zerstörer und Torpedoboote, 2 Streuminenschiffe, 1 Kanonenboot, 14 Untersee-Tauchboote, 1 Begleitschiff; auf dem Amur: 18 Flußkanonenboote, 12 Dampfer.

Die japanische Flotte.

In der Heimat: I. Geschwader: 2 Großkampfschiffe, 2 Linienschiffe, 2 Panzerkreuzer. — II. Geschwader: 1 Panzerkreuzer, 3 geschützte Kreuzer. — III. Geschwader: 1 Panzerkreuzer, 3 geschützte Kreuzer. — Für Schulzwecke: 2 Panzerkreuzer. — Die übrigen fertigen Schiffe bilden in den großen Kriegshäfen Stationsgeschwader unter einem Konteradmiral. Die Zerstörer, Torpedo- und Untersee-Tauchboote sind während des Sommers dem I. und II. Geschwader zugeteilt; sie bilden in den Häfen Verbände unter einem Konteradmiral. Vier Fahrzeuge bilden eine Flottille.

II.

Die britische Admiralität hatte seit Beginn dieses Jahrhunderts mit der Zusammenziehung der Flotte in den heimatlichen Gewässern begonnen. Die auswärtigen Stationen wurden immer mehr entblößt, das Mittelmeer zeitweise fast völlig geräumt. Auf den Werften herrschte fieberhafte Tätigkeit, um den Schiffsbestand zu vermehren. Um sich beim Kriegsausbruch einen weiteren Vorsprung in den Rüstungen zu sichern, veranstaltete man nach russischem Vorbild Anfang Juli 1914 eine »Probemobilmachung«. 493 Kriegsschiffe waren daran beteiligt, deren Besatzungen durch 16000 eingezogene Reservisten aufgefüllt wurden. Die englische Presse meldete, daß diese gewaltige Flotte am 22. Juli vor dem König paradieren werde. Sie wurde aber nach der stattgehabten Parade nicht nur nicht aufgelöst, sondern füllte ihre Vorräte auf, und die Zeitungen wurden angewiesen, nichts über Schiffsbewegungen zu bringen. Alle Küstenwachtstationen waren am 28. in Betrieb. Am 26. ging die 29 Linienschiffe und 13 Schlacht- und Panzerkreuzer starke I. Flotte ostwärts in See, kehrte aber bereits am folgenden Tage nach Portland zurück. Die deutsche Hochseeflotte befand sich damals in Norwegen, wo sie planmäßig bis zum 28. bleiben sollte. Sie trat aber bereits am 26. die Heimreise nach der deutschen Küste an. Dieser Umstand war wohl die Veranlassung, daß die I. britische Flotte ebenfalls heimkehrte, weil keine Aussicht war, die deutsche überraschend zu vernichten.

Am 29. ging die I. britische Flotte wiederum in See; ihr folgte am 30. die II. Beide gingen nach der Nordsee, wo sie von zahlreichen Zerstörer- und U-Bootsflottillen erwartet wurden. Die britischen Kriegsschiffe in Malta und Gibraltar trafen unverkennbar Vorbereitungen für den Krieg.

Das Vorgehen der Russen veranlaßte am 1. August die Mobilmachung der deutschen Wehrmacht. Planmäßig vollzog sich auch der Übergang der Flotte aus dem Friedens- in den Kriegszustand. Die kriegerisch verwendbaren Dampfer der Kriegs- und Handelsflotte wurden — soweit sie nicht im Dienst waren — ausgerüstet, Sperren ausgelegt, die Küstenbefestigungen in Verteidigungszustand gesetzt, ein Wachtdienst an und vor der Küste eingerichtet. Die Einberufung der Wehrpflichtigen stellten ein so zahlreiches Menschenmaterial zur Verfügung, daß es

möglich war, aus den für die Marine nicht direkt nötigen Mannschaften ein Marinekorps zu bilden, das später in Flandern unter dem Befehl des Admirals v. Schröder wertvolle Dienste leistete.

In der Ostsee richtete sich die Tätigkeit der deutschen Flotte hauptsächlich gegen die russischen Küsten und Kriegsschiffe, in der Nordsee gegen die britischen. Man rechnete in Deutschland damit, daß Großbritannien versuchen werde, nach japanischem Muster den Seekrieg mit einem großartigen Überfall gegen die deutsche Flotte und die deutschen Nordseeküsten zu beginnen. Hatte doch um 1900 ein englischer Journalist geschrieben: »Eines Tages werden die Deutschen gleichzeitig mit der Nachricht von der Kriegserklärung in ihrer Morgenzeitung lesen, daß sie eine Flotte gehabt haben.« Gewiß, britische Zeitungsschreiber pflegen den Mund sehr voll zu nehmen und neigen fast noch mehr als die Franzosen zu Prahlereien; aber es durfte und mußte damit gerechnet werden, daß die britische Flotte den Krieg mit blitzartigen Schlägen sehr energisch eröffnen werde. Und darauf richtete man sich deutscherseits ein. Es ist möglich geworden, die im Auslande befindlichen deutschen Kreuzer rechtzeitig zu warnen, zum Teil dank den großen drahtlosen Stationen in Afrika und in der Südsee, die uns von den meist in englischer Hand befindlichen Kabeln unabhängig machten.

Es soll in nachstehendem zunächst eine der Zeit nach geordnete Zusammenstellung der wichtigeren Ereignisse des Seekrieges im ersten Kriegsjahre gegeben werden; alsdann werden die Geschehnisse auf den einzelnen Kriegsschauplätzen, die während des ersten Kriegsjahres von Bedeutung sind, behandelt.

Seekriegskalender.

1914.

2. August. 1. Mobilmachungstag. Beschießung des russischen Kriegshafens Libau durch die kleinen Kreuzer »Augsburg« und »Magdeburg«.

4. August. Der deutsche Schlachtkreuzer »Goeben« und der Kleine Kreuzer »Breslau« beschießen die französischen Häfen von Philippeville und Bône an der algerischen Küste, um die Überführung der Truppen von Afrika nach Frankreich zu stören.

Der deutsche Kleine Kreuzer »Emden« nimmt im Japanischen Meere den schnellen russischen Dampfer »Rjäsan« (?) der Freiwilligen Flotte und bringt ihn nach Tsingtau, wo er als Hilfskreuzer ausgerüstet wird.

5. August. Die von britischen und französischen Schiffen verfolgten Kreuzer »Goeben« und »Breslau« laufen in Messina ein und füllen dort aus deutschen Handelsdampfern Kohlen auf. Vor dem Hafen beobachten britische Kriegsschiffe unter Admiral Troubridge.

6. August. Am Nachmittag brechen »Goeben« und »Breslau« die Blockade und entkommen in östlicher Richtung.

Der als Streuminenschiff eingerichtete Hilfsdampfer »Königin Luise«, der in der Themsemündung Minen gelegt hat, wird in der Nacht zum 6. durch eine vom britischen Kleinen Kreuzer »Amphion« (1911; 3500 t) geführte Flottille großer Zerstörer versenkt. »Amphion« wird durch eine der soeben gelegten Minen vernichtet.

9. August. Deutsche Tauchboote sind in den letzten Tagen an der englischen und schottischen Ostküste bis zu den Shetlandinseln erschienen; die englischen Gewässer sind mit Minen verseucht.

Die britische Regierung beschlagnahmt die in England liegenden türkischen Großkampfschiffe »Sultan Osman« (1913; 28000 t), »Reschadieh« (1913; 23400 t) und 2 Zerstörer.

11. August. Der Hafen von Dar es Salam (Deutsch-Ostafrika) wird von britischen Kriegsschiffen angegriffen.

16. August. Der österreichisch-ungarische Kleine Kreuzer »Zenta« (1897; 2350 t) wird in der Adria von einer französischen Flotte vernichtet.

Das deutsche Tauchboot »U 15« wird in der nördlichen Nordsee durch den britischen Kleinen Kreuzer »Birmingham« (1913; 5530 t) versenkt.

18. August. Der deutsche Kleine Kreuzer »Karlsruhe« versenkt bei Barbados den engl. Dampfer »Bowes Castle«.

20. August. Der deutsche Kleine Kreuzer »Straßburg« versenkt in der südlichen Nordsee ein britisches U-Boot.

24. August. Der vor Tsingtau ankernde österreichisch-ungar. Kreuzer »Kaiserin Elisabeth« (1890; 4000 t) erhält Befehl, sich an der Verteidigung von Tsingtau zu beteiligen.

26. August. Der deutsche Hilfskreuzer »Kaiser Wilhelm der Große« wird durch den britischen Großen Kreuzer »Highflyer« (1898; 5700 t) in den neutralen Gewässern der spanischen Kolonie Rio de Oro angegriffen, während er kohlt. Um das Schiff nicht in Feindeshand fallen zu lassen, wird es vom Kommandanten versenkt; die Besatzung wird interniert.

27. August. Der deutsche Kleine Kreuzer »Magdeburg« läuft bei Odensholm (Finnischer Meerbusen) im Nebel auf. Von 4 russischen Großen Kreuzern (darunter »Pallada« [1906; 8000 t]) angegriffen, wird die »Magdeburg« von der eignen Besatzung gesprengt, um sie nicht in Feindeshand fallen zu lassen. Der größere Teil der Besatzung wird durch das Torpedoboot »V 26« gerettet.

Der deutsche Handelskrieg gegen die feindliche Schiffahrt hat eingesetzt.

28. August. 6 britische Schlachtkreuzer, 5 Große, 8 Kleine Kreuzer, 31 Zerstörer und eine größere Anzahl von Tauchbooten greifen bei nebligem Wetter die westlich von Helgoland ausgelegte deutsche Vorpostenlinie überraschend an. Die deutschen Kleinen Kreuzer »Mainz«, »Cöln«, »Ariadne« und das Torpedoboot »V 187« sinken.

29. August. Die deutsche Kolonie Samoa wird durch Neuseeländer kampflos besetzt.

3. September. Das britische Torpedokanonenboot »Speedy« (1888/89; 800 t) sinkt durch Mine in der Nordsee.

Vor Tsingtau gerät der japanische Zerstörer »Schirotaje« (1905; 380 t) auf einem Felsen fest.

Der deutsche Kleine Kreuzer »Emden« erscheint im Golf von Bengalen, wo er Jagd auf britische Dampfer macht.

4. September. Der deutsche Kleine Kreuzer »Karlsruhe« jagt im Südatlantischen Ozean auf feindliche Schiffahrt und plänkelt mit britischen Kreuzern.

5. September. Das deutsche Tauchboot »U 21« (Kommandant Oberleutnant z. S. Hersing) versenkt vor dem Firth of Forth den britischen Kleinen Kreuzer »Pathfinder« (1904; 3000 t) mitsamt der Besatzung.

Der engl. Passagierdampfer »Runo« sinkt nahe der engl. Ostküste durch eine Mine. Besatzung u. Passagiere werden gerettet.

7. September. Das von etwa 4600 Mann verteidigte Tsingtau wird zu Lande durch 23000 Japaner und 1350 Engländer, von See aus durch das japanische Linienschiff »Suwo« (1900; 12900 t), die britischen Linienschiffe »Triumph« und »Swiftsure« (1903; 12000 t) sowie eine große Zahl von Kreuzern und kleineren Fahrzeugen angegriffen. Das deutsche Kanonenboot »Jaguar« vernichtet den japanischen Zerstörer »Schirotaje«.

8. September. Ein deutsches Torpedoboot versenkt im Finnischen Meerbusen den russischen Personendampfer »Uleaborg« in nächster Nähe der russischen Flotte. Besatzung und Passagiere werden nach Deutschland gebracht.

9. September. Der britische Hilfskreuzer »Oceanic« (17300 Brutto-Reg.-Ton.) scheitert an der Nordküste von Schottland.

9. September. Der englische Dampfer »Thelma« läuft östlich Smygehuk absichtlich auf, weil er sich verfolgt glaubt. Der »Verfolger« ist die Fähre Saßnitz=Trelleborg.

11. September. Herbertshöhe (Neupommern) und Bismarck=Archipel werden von Australiern, die Marshall=, Karolinen= und Marianengruppe von Japanern besetzt.

Der britische Kleine Kreuzer »Pegasus« (1897; 2200 t) bombardiert Dar es Salam und zerstört das abgerüstete Vermessungsschiff »Möwe«.

13. September. Das britische Tauchboot »E9« (1914; 825 t Unterwassergröße[1]) versenkt den deutschen Kleinen Kreuzer »Hela« südlich Helgoland. Die Besatzung wird gerettet.

14. September. Der deutsche Hilfskreuzer »Kap Trafalgar« sinkt nach Gefecht mit dem britischen Hilfskreuzer »Carmania« an der brasilianischen Küste.

15. September. Die britische Regierung beschlagnahmt die für Chile in England gebauten Großkampfschiffe »Almirante Latorre« und »Almirante Cochrane« (1913/14; 28500 t) und reiht sie als »Canada« und »India« der britischen Flotte ein. Ebenso werden drei für Brasilien gebaute Flußkanonenboote behandelt, die »Humber«, »Mersey« und »Severn« (1913; 1280 t) benannt werden.

Es wird gemeldet, daß das australische U=Boot »AE1« verloren sei.

17. September. Französische und britische Kriegsschiffe erscheinen vor Durazzo und Cattaro.

18. September. Österreichisch=ungarische Kriegsschiffe bombardieren Antivari.

19. September. 15 große und 3 kleine französische Schiffe beschießen die Werke von Cattaro; eines wird nach österreichisch=ungarischen Berichten versenkt, zwei werden beschädigt. Dann erfolgt die Beschießung von Lissa.

Der deutsche Kleine Kreuzer »Königsberg« macht den britischen Kleinen Kreuzer »Pegasus« (s. 11. September) im Hafen von Sansibar gefechtsunfähig.

22. September. Das deutsche Kreuzergeschwader unter Vizeadmiral Graf v. Spee bombardiert den Hafen von Papete (Tahiti) und vernichtet das französische Kanonenboot »Zelée« (1899; 647 t).

Die »Emden« bombardiert Madras und vernichtet dort 600000 Gallonen Petroleum.

Vizeadmiral Troubridge wird abgesetzt, weil man ihm die Schuld an dem Entkommen der deutschen Kreuzer »Goeben« und »Breslau« gibt.

Das deutsche Tauchboot »U9« (Kommandant Kapitänleutnant Weddigen) vernichtet 20 Seemeilen nordwestlich von Hoek van Holland die britischen Panzerkreuzer »Hogue«, »Cressy« und »Aboukir« (1899 u. 1900; 12200 t). 1239 Mann verlieren dabei ihr Leben.

23. September. Französische Schiffe landen in Antivari schwere Geschütze zur Beschießung von Cattaro.

24. September. Ein britisches Geschwader erscheint vor den Dardanellen.

26. September. Die Pforte sperrt die Meerengen.

28. September. Britische und franz. Schiffe hindern vor den Dardanellen ein türk. Torpedoboot am Auslaufen.

29. September. Die »Karlsruhe« hat bisher 7 englische Handelsdampfer im Atlantischen Ozean versenkt.

2. Oktober. Ein japanischer Minensucher wird vor Tsingtau durch eine Mine versenkt.

4. Oktober. Von 3 großen franz. Panzerschiffen und 4 Kreuzern, die Cattaro erneut beschießen, werden 2 beschädigt.

8. Oktober. Das britische Tauchboot »E9« (vgl. 13. September) versenkt das deutsche Torpedoboot »S116« in der Nordsee. Der größte Teil der Besatzung wird gerettet.

[1] Bei U=Booten wird stets das Unterwasserdeplacement angegeben.

9. Oktober. Die französischen Torpedoboote »338« und »347« stoßen vor Toulon zusammen und sinken.

11. Oktober. Das deutsche Tauchboot »U26« versenkt vor dem Finnischen Meerbusen den russischen Panzerkreuzer »Pallada« (vgl. 27. August) mit 568 Mann.

14. Oktober. Zwei japan. Kriegsschiffe und das brit. Linienschiff »Triumph« (1913; 12000 t) beschießen die Seefront von Tsingtau seit mehreren Tagen. »Triumph« wird ernstlich, das deutsche Kanonenboot »Jaguar« leicht beschädigt.

15. Oktober. Das deutsche Tauchboot »U9« (Kommandant Kapitänleutnant Weddigen) versenkt in der nördlichen Nordsee den britischen Großen Kreuzer »Hawke« (1891; 7820 t); 525 Mann ertrinken dabei.

17. Oktober. Das deutsche Torpedoboot »S90« versenkt vor Tsingtau den japanischen Kleinen Kreuzer »Takatchio« (1885; 3700 t), von dessen Besatzung 250 Mann den Tod finden. Da ihm der Rückweg abgeschnitten ist, so setzt der Kommandant das Torpedoboot südlich Tsingtau auf den Strand, sprengt es und wird mit der Besatzung in Nangking interniert.

Die deutschen Torpedoboote »S115«, »S117«, »S118« und »S119« werden an der holländischen Küste durch den britischen Kleinen Kreuzer »Undaunted« (1914; 3560 t) sowie durch die englischen Zerstörer »Lance«, »Lennox«, »Legion« und »Loyal« (1913/14; 950 t) versenkt. 193 Deutsche verlieren ihr Leben, 31 werden gerettet.

Das deutsche Hospitalschiff »Ophelia« wird von den Engländern gekapert.

18. Oktober. Das britische Tauchboot »E3« (1912; 825 t) wird durch deutsche Vorposten in der Nordsee vernichtet.

21. Oktober. Zwei deutsche Schiffe brechen wiederholt aus Tsingtau aus und greifen den japanischen Kreuzer »Tschitose« (1898; 4900 t) an. Tsingtau wird heftig von Land und See beschossen.

Elf britische Kriegsschiffe beschießen die deutschen Stellungen und belgischen Ortschaften an der Küste von Flandern zwischen Ostende und Nieuport. In Middelkerke, Slype und Westende werden große Verwüstungen angerichtet.

1 brit. Kreuzer bombardiert die offene Stadt Swakopmund.

22. Oktober. Das britische Torpedokanonenboot »Dryad« (1893; 1080 t) strandet an der Nordküste Schottlands; die Besatzung wird gerettet.

Der Dampfer »Krefeld« landet in Teneriffa die Besatzungen von 13 englischen Schiffen von zusammen 60000 Brutto=Reg.=Ton. Größe, die die »Karlsruhe« im Atlantischen Ozean versenkt hat.

24. Oktober. Die britische Admiralität gibt bekannt, daß über 70 britische, japanische, französische und russische Kreuzer die 8 deutschen Kreuzer verfolgen.

25. Oktober. Schweres deutsches Feuer zwingt die englischen und französischen Schiffe an der flandrischen Küste zum Rückzuge; 3 Schiffe haben Volltreffer erhalten.

Die ehemals deutschen Kriegsschiffe »Goeben« und »Breslau« haben in der Türkei die Namen »Sultan Jawus Selim« und »Midilli« (»Mytilene«) erhalten.

27. Oktober. Das britische Großkampfschiff »Audacious« (1912; 27000 t) geht an der Nordküste Irlands durch eine Mine verloren. Die Mannschaft wird gerettet.

28. Oktober. Die »Emden« vernichtet im Hafen von Pulo Penang den russischen Kleinen Kreuzer »Schemtschug« (1903; 3180 t) und den französischen Zerstörer »Mousquet« (1900; 310 t). Auf russischer Seite werden 89 Tote und 156 Verwundete, auf französischer Seite 33 Verwundete gezählt.

29. Oktober. Die russische Flotte versucht, die Bosporusausfahrt durch Minen zu sperren. Türkische Kriegsschiffe versenken den russischen Minenleger »Prut« (1879; 5407 t).

Die flandrische Küste wird durch britische Schiffe beschossen. 4 britische Schiffe müssen den Hafen von Harwich auf=

suchen; von britischer Seite werden Verluste auf dem Zerstörer »Falcon« (1896; 315 t), dem Schulschiff »Rinaldo« (980 t) und dem geschützten Kreuzer »Brillant« (1891; 3450 t) zugegeben.

29. Oktober. »Sultan Jawus Selim« (vgl. 25. Oktober) bombardiert Sewastopol; »Midilli« zerstört in Noworossijsk, südöstlich der Straße von Kertsch, Petroleum- und Getreidelager und versenkt 14 Dampfer. Der Zerstörer »Berk i Satwet« vernichtet die dortige Funkenstation; die Zerstörer »Jadig hiar i Millet« und »Muavenet i Millije« versenken im Hafen von Odessa das russische Kanonenboot »Kubanez« (1887; 1250 t) und beschädigen das Kanonenboot »Donez« (1887; 1250 t), 5 weitere Schiffe und Petroleumbehälter. Der Kleine Kreuzer »Hamidje« bombardiert Feodosia und versenkt bei Kertsch einen Dampfer.

30. Oktober. Der deutsche Kleine Kreuzer »Königsberg«, der im Golf von Aden einen englischen Dampfer versenkt hat, war von den britischen Kreuzern »Weymouth« (1910; 5300 t) und »Chatham« (1911; 5500 t) gejagt worden und hatte sich in den Fluß Rufidschi (Deutsch-Ostafrika) geflüchtet. Dort wird er durch Versenken eines Kohlendampfers stromabwärts seiner Liegestelle eingesperrt.

Der britische Hilfskreuzer »Rohilla« (1906; 7400 Brutto-Reg.-Ton.) sinkt bei Whitby durch eine Mine.

31. Oktober. Der britische Kreuzer »Hermes« (1898; 5700 t) wird durch das deutsche Tauchboot »U 27« im östlichen Kanal versenkt; 40 Seeleute ertrinken dabei.

1. November. England erklärt die Nordsee als Kriegsgebiet. Handelsschiffe haben den Weg durch den Kanal zu nehmen. Zweck: leichtere Kontrolle der Schiffahrt.

Britische Kriegsschiffe im Roten Meer laufen in den Golf von Akaba ein und beschießen die Stadt. Ein Landungsversuch wird durch türkische Truppen abgewiesen.

Die ägyptische Regierung zwingt die 18 im Suezkanal liegenden deutschen Dampfer, Port Saïd zu verlassen, worauf sie von britischen Schiffen gekapert werden.

Seeschlacht bei Coronel. Stürmischer Südwest, hoher Seegang. Vizeadmiral Graf Spee schlägt mit den Panzerkreuzern »Scharnhorst« und »Gneisenau« sowie den Kleinen Kreuzern »Dresden« und »Leipzig« ein britisches Geschwader unter Admiral Cradock, bestehend aus den Panzerkreuzern »Good Hope« (1901; 14300 t), »Monmouth« (1901; 9950 t), dem Kleinen Kreuzer »Glasgow« (1909; 4900 t) und dem Hilfskreuzer »Otranto« (1909; 12124 Brutto-Reg.-Ton.). »Good Hope« wird versenkt. Die schwer beschädigte »Monmouth« steuert auf die chilenische Küste zu, begleitet von »Glasgow«. Die deutschen Schiffe haben ihre Gegner in der Dunkelheit aus Sicht verloren. »Otranto« ist nach den ersten Treffern entflohen. Da findet die mit einem Sonderauftrage zurückgebliebene »Nürnberg« zufällig »Monmouth« und versenkt sie durch Geschützfeuer. »Glasgow« entkommt. Sturm und Seegang verhindern Rettungsversuche, so daß die gesamten Besatzungen der beiden britischen Panzerkreuzer (1440 Mann) umkommen. Die deutschen Schiffe bleiben unbeschädigt; nur 2 Verwundete werden gezählt.

2. November. Die britischen Schlachtkreuzer »Inflexible«, »Indefatigable« (1907 und 1909; 20300 und 22000 t), der Panzerkreuzer »Defence« (1907; 14800 t), der Kleine Kreuzer »Gloucester« (1909; 4900 t), die französischen Linienschiffe »République« (1902; 14900 t), »Bouvet« (1896; 12000 t), 2 französische Kreuzer und 8 Zerstörer eröffnen auf 15 km die Beschießung der Außenforts der Dardanellenstellung. Die Werke antworten schwach. Ein britisches Schiff erhält einen Volltreffer.

Der österreichisch-ungarische Kleine Kreuzer »Kaiserin Elisabeth« wird vor Tsingtau versenkt; die Besatzung schließt sich den Verteidigern an Land an.

3. November. Vorstoß deutscher leichter Streitkräfte gegen die englische Ostküste. Yarmouth wird beschossen. Das den deutschen Schiffen folgende britische U-Boot »D 5« (1911; 610 t) gerät auf eine Mine und geht verloren.

Türkische Kreuzer bombardieren Batum nahe der Grenze am Südostwinkel des Schwarzen Meeres.

4. November. Der deutsche Panzerkreuzer »Yorck« gerät in der Jade bei dichtem Nebel in die Minensperre und versinkt; der größte Teil der Besatzung wird gerettet.

Ein starkes englisch-französisches Geschwader beschießt das Außenfort Kum Kale an den Dardanellen.

Der deutsche Kleine Kreuzer »Karlsruhe« (1912; 4900 t) sinkt infolge Explosion, nachdem er im Atlantischen Ozean 17 englische Dampfer von etwa 76609 Brutto-Reg.-Tonnen versenkt hat.

5. November. Die britische und die französ. Regierung erklären der Türkei den Krieg; England besetzt Cypern.

4. und 5. November. Englischer Angriff auf Tanga durch Land- (etwa 8000 Mann) und Seestreitkräfte; die Gelandeten werden am 4. November vernichtend von der Schutztruppe geschlagen (im ganzen etwa 2000 Mann). Am 5. November abends wird die britische Streitmacht unter bedeutenden Verlusten zur Flucht gezwungen. Erbeutet werden 8 Maschinengewehre, 300000 Patronen und große Mengen von Ausrüstungsstücken.

6. November. Die russische Flotte bombardiert die kleinen türkischen Häfen Sungulduk und Koslu an der Nordküste Kleinasiens.

Bei Abadan am unteren Schatt el Arab beschädigt ein türkisches Kanonenboot ein britisches und schießt die Petroleumlager in Brand.

7. November. Nachdem alle Verteidigungsmittel erschöpft sind, »Iltis«, »Luchs«, »Tiger«, »Jaguar«, »Cormoran« und »Taku« gesprengt, sämtliche Kanonen unbrauchbar gemacht und das große Schwimmdock vernichtet sind, wird Tsingtau an die Japaner übergeben.

9. November. Der englische Kreuzer »Chatham« (vgl. 30. Oktober) beschießt den deutschen Kleinen Kreuzer »Königsberg« und das von diesem an Land eingerichtete Lager, ohne Schaden anzurichten.

Das in den Hafen von Honolulu eingelaufene alte deutsche Kanonenboot »Geier« wird interniert.

Die »Emden« hatte zur Zerstörung der englischen Funkstation ihre Landungsabteilung auf der Kokosinsel ausgeschifft, als sie durch den britischen großen Kreuzer »Sydney« (1912; 5700 t) angegriffen und nach hartem Kampfe überwältigt wird, nachdem sie 6 Offiziere, 4 Deckoffiziere, 26 Unteroffiziere, 93 Mann an Toten und 1 Unteroffizier, 7 Mann schwer verwundet verloren hat. Die Briten geben ihren Verlust auf 4 Tote und 12 Verwundete an. Die Landungsabteilung, 3 Offiziere, 49 Mann mit 4 Maschinengewehren, entkommt auf dem Schoner »Ayesha« (123 Brutto-Reg.-Ton.).

11. November. Das japanische Torpedoboot »Nr. 33« (1900; 80 t) sinkt vor Tsingtau beim Minensuchen.

Das britische Kanonenboot »Niger« (1892; 820 t) wird auf der Reede von Deal durch ein deutsches U-Boot versenkt.

16. November. Der deutsche Hilfskreuzer »Berlin« läuft infolge Maschinenschadens Drontheim an und wird am 18. November interniert.

17. November. Deutsche Streitkräfte machen einen zweiten Vorstoß gegen Libau.

Die Dardanellen werden durch 6 Linienschiffe, 7 Kreuzer und zahlreiche leichte Schiffe und Fahrzeuge der englischen und französischen Flotte blockiert.

18. November. »Sultan Jawus Selim« und »Midilli« versuchen, die an dem Bombardement von Trapezunt beteiligten russischen Schiffe abzuschneiden. Das russische Flaggschiff »Swjatoi Jewstafi« (1906; 13000 t) wird beschädigt.

18. November. Im Gebiet des Schatt el Arab tobt ein neunstündiger Kampf, in dessen Verlauf das türkische Kanonenboot »Marmaris« und ein britisches beschädigt werden.

19. November. Britische U-Boote erscheinen in der Ostsee; fünf werden einwandfrei in Helsingfors festgestellt.

20. November. Die britische Admiralität sperrt einzelne Häfen des Humber, Tyne und Firth of Forth sowie den von Scapa Flow (Orkney-Inseln) für die Schiffahrt.

23. November. »U 18« wird an der Nordküste Schottlands durch ein britisches Wachtfahrzeug versenkt; 3 Offiziere, 23 Mann durch den Zerstörer »Garry« (1904; 550 t) gefangen, 1 Mann ertrunken.

25. November. Das britische Linienschiff »Bulwark« (1899; 15250 t) fliegt, wahrscheinlich durch Selbstentzündung der Munition, im Hafen von Sheerneß mit fast der gesamten Besatzung in die Luft.

27. November. Die »Ayesha« (vgl. 9. November) füllt in Padang Vorräte auf.

28. November. Das britische Linienschiff »Goliath« (1898; 13150 t), Kreuzer »Fox« (1893; 4450 t) und andere Schiffe bombardieren Dar es Salam.

30. November. Vor den Dardanellen kreuzen etwa 40 britische und französische Kriegsschiffe. Ein britisches U-Boot wird beim Versuch, in die Meerenge einzulaufen, getroffen.

4. Dezember. Die englische Küste von Yarmouth bis Plymouth wird für die Schiffahrt gesperrt.

8. Dezember. Seeschlacht bei den Falklandinseln. Die deutschen Kriegsschiffe »Scharnhorst«, »Gneisenau«, »Nürnberg« und »Leipzig« werden durch mehr als fünffache Übermacht nach drei- bzw. fünfstündigem Kampfe mit leeren Munitionskammern vernichtet. Beginn des Kampfes der Panzerkreuzer um 1 Uhr mittags. »Scharnhorst« sinkt um 4 Uhr nachmittags, »Gneisenau« um 6 Uhr, »Nürnberg« um 7½ Uhr, »Leipzig« um 9 Uhr abends. Der Verlust auf deutscher Seite ist auf etwa 2000 Mann zu veranschlagen. Zu den Toten zählen Vizeadmiral Graf Spee, sämtliche Kommandanten und der Chef des Stabes. Gerettet wird von »Scharnhorst« niemand, von »Gneisenau« 17 Offiziere, 170 Mann, von »Nürnberg« 7 Mann, von »Leipzig« 4 Offiziere, 14 Mann. Nur der kleine Kreuzer »Dresden« und ein Teil des Trosses entkommen. Die Engländer haben über ihre Verluste nichts bekanntgegeben. Ihre Schiffe haben, wie durch Augenzeugen in den von den Schiffen später berührten Häfen festgestellt worden ist, ernstliche Beschädigungen erlitten. »Invincible« hat 23 Treffer erhalten.

10. Dezember. Die belgische Küste zwischen Ostende und Nieuport wird durch ein britisch-französisches Geschwader bombardiert.

Der türkische Schlachtkreuzer »Sultan Jawus Selim« und der Zerstörer »Berc-i-Satvet« bombardieren Batum.

Der 1700 t große deutsche Dampfer »Choising« verläßt den Hafen von Padang, um der »Ayesha« zu folgen.

13. Dezember. Ein britischer Angriff auf die Stellungen des deutschen Marinekorps an der flandrischen Küste von Land und See scheitert.

Das alte, 1874 vom Stapel gelaufene türkische Linienschiff »Messudié« wird in den Dardanellen von dem britischen U-Boot »B 11« versenkt; die Besatzung wird gerettet.

15. Dezember. Der deutsche Hilfskreuzer »Cormoran« (früher »Rjäsan«; vgl. 4. August) wird in Guam, der südlichsten der amerikanischen Marianen, interniert.

16. Dezember. Die Besatzung der »Ayesha« geht auf den Dampfer »Choising« (s. 10. Dezember) über; die »Ayesha« wird versenkt.

Deutsche Seestreitkräfte stoßen gegen Hartlepool, Whitby und Scarborough vor; 4 brit. Zerstörer versuchen anzugreifen; zwei davon werden vernichtet, einer schwer beschädigt. An Land: 122 Tote, 175 Schwer-, 364 Leichtverwundete.

Der offene Küstenplatz Kilwa (Deutsch-Ostafrika; 40 km südlich der Rufidschimündung) wird durch den britischen Kreuzer »Fox« bombardiert.

18. Dezember. Der offene Küstenplatz Ras Kasone (Deutsch-Ostafrika) wird durch britische Schiffe bombardiert.

21. Dezember. Zeebrügge und Heyst (Flandern) werden von See aus beschossen.

Das österreichisch-ungarische Tauchboot »U 12« (Kommandant Linienschiffsleutnant Lerch) torpediert in der Straße von Otranto das in einer Flotte von 16 Einheiten fahrende französische Großkampfschiff »Jean Bart« (1911; 23500 t) und beschädigt es schwer.

23. Dezember. Bei Pola wird das französische U-Boot »Curie« (1912; 550 t) durch Küstenartillerie versenkt; die Besatzung wird bis auf einen Offizier gerettet.

24. Dezember. Der »Sultan Jawus Selim« trifft bei Sungulbak eine russische, aus 17 Schiffen bestehende Flotte. Der Minenleger »Oleg« (etwa 1000 t) wird versenkt, das Linienschiff »Rostislav« (1896; 9000 t) beschädigt. Als »Midilli« herankommt, weicht die russische Flotte aus. Der Minenleger »Athos« (etwa 1000 t) wird ebenfalls vernichtet; seine Besatzung, 2 Offiziere und 30 Mann, wird gefangen.

25. Dezember. Britischer Flugzeugangriff mit 9 Flugzeugen gegen die Elbemündung, unterstützt durch die kleinen Kreuzer »Arethusa« und »Undaunted« (1903 und 1904; 3600 t), mehrere Zerstörer und U-Boote. Ihnen treten Torpedoboote, U-Boote, 2 Zeppeline und Flugzeuge entgegen. Mehrere britische Schiffe werden durch Bomben beschädigt, 4 britische Flugzeuge vernichtet.

1915.

1. Januar. Das in einem Geschwader fahrende britische Linienschiff »Formidable« (1898; 15250 t) wird nachts bei stürmischem Wetter nahe Plymouth durch ein deutsches U-Boot versenkt. Britischer Verlust dabei etwa 550 Mann.

Bei Sinope (Südküste des Schwarzen Meeres) findet ein Gefecht zwischen zwei türkischen Kreuzern und überlegenen russischen Seestreitkräften statt.

8. Januar. Die russische Flotte beschießt die offene Stadt Sinope. Türkische Kriegsschiffe bombardieren die Befestigungen bei Makriali, südlich Batum.

9. Januar. In der Nacht landet die Landungsmannschaft der »Emden« bei Hodeida (südliches Rotes Meer), unfern des dort ankernden französischen Kreuzers »Desaix« (1901; 7700 t), und marschiert unter Befehl des ersten Offiziers der »Emden«, Kapitänleutnants v. Mücke, nach Sana.

13. Januar. Englische Kriegsschiffe beschießen Westende (Flandern). Einige Zerstörer werden durch das Feuer der deutschen Küstenartillerie verjagt.

Die britische Regierung beschlagnahmt die von griechischen Reedern in England bestellten Dampfer.

14. Januar. Die britische Regierung gibt den Verlust des britischen Hilfskreuzers »Viknor« (1905; 1950 Brutto-Reg.-Ton.) bekannt.

Verstärkter Druck der britischen Regierung auf die Neutralen, um den legitimen Handel derselben nach Deutschland zu vernichten. Die deutsche offiziöse Presse erklärt, daß der »Aushungerungsplan« Englands mit dem verstärkten Einsetzen von U-Booten und Luftschiffen gegen die feindliche Schiffahrt beantwortet werden wird.

15. Januar. Das französische Unterseeboot »Saphir« (1908; 450 t) wird bei dem Versuch, die Dardanellen zu passieren, versenkt; 15 Mann werden gefangen.

18./19. Januar. Nachtangriff deutscher Marineluftschiffe auf Yarmouth, Cromer, Sherringham und Kingslinn; es werden 80 Bomben geworfen.

23. Januar. Das französische Torpedoboot »219«

(1894—1907; 80—97 t) läuft bei Nieuport auf eine Mine. Die Besatzung wird bis auf 5 Mann gefangengenommen.

24. Januar. Seeschlacht an der Doggerbank. Die deutschen Schlachtkreuzer »Seydlitz« (1912; 25000 t), »Moltke« (1910; 23000 t), »Derfflinger« (1913; 26600 t), der Panzerkreuzer »Blücher« (1908; 15800 t), die Kleinen Kreuzer »Graudenz« (1913; 4900 t), »Rostock« (1912; 4900 t), »Stralsund« (1911; 4550 t), »Kolberg« (1908; 4350 t) und zwei Torpedoflottillen (20 Boote) waren am 23. abends zu einem Vorstoß in nordwestlicher Richtung von der Jade aus abgefahren. Um 8 Uhr morgens werden feindliche Schiffe gesichtet, im Norden die Rauchsäulen von mindestens 8 großen Schiffen hinter 7 Kleinen Kreuzern und 26 großen Zerstörern, im Westen weitere 5 große Schiffe, die schnell näher kommen. »Kolberg« wechselt Schüsse mit einem der britischen Kleinen Kreuzer, erhält zwei leichte Treffer oben in die Back. Das deutsche Geschwader schwenkt vor dieser Übermacht auf südöstlichen Kurs, die Kleinen Kreuzer voraus, dahinter die großen Schiffe, »Seydlitz« voran, »Blücher« Schlußschiff, Torpedoboote auf der dem Feinde abgekehrten Seite verteilt, Fahrt 23 Knoten. Die Briten folgen. Voran auf parallelem Kurse südwestlich der deutschen Linie die Schlachtkreuzer »Lion« (1910; 30000 t), »Tiger« (1913; 30000 t), »Princeß Royal« (1911; 30000 t), »New Zealand« (1911; 19100 t) und »Indomitable« (1907; 20300 t); links rückwärts der deutschen Linie die Kleinen Kreuzer »Southampton« (1912; 5530 t), »Nottingham« (1913; 5530 t), »Birmingham« (1913; 5530 t), »Lowestoft« (1913; 5530 t), »Arethusa« (1913; 3600 t), »Aurora« (1913; 3600 t), »Undaunted« (1914; 3600 t), 16 Zerstörer der »Meteor«-Klasse (1914; 1200 t), 10 Zerstörer der »Attack«-Klasse (1911; 820 t). Von den Zerstörern halten sich die 16 der »Meteor«-Klasse zwischen der deutschen und der britischen Schlachtlinie der großen Schiffe, und zwar etwas rückwärts derselben. Die 10 kleineren Zerstörer bleiben bei den Kleinen Kreuzern. Wetter sehr sichtig, Wind leicht aus Nordost, See ruhig. Das feindliche Feuer der großen Schiffe richtet sich, während sie aufdampfen, zuerst gegen »Blücher« und verteilt sich dann gleichmäßig auf die deutschen Großen Kreuzer, indem die britischen Schiffe sich auf große Entfernung halten (18 km, nie unter 14 km sinkend). Die deutschen Schiffe antworten erfolgreich. Gegen 12½ Uhr erhält »Blücher« einen Treffer in die Maschine und bleibt zurück. Gegen 1 Uhr wird er dann durch zwei Torpedotreffer versenkt, nachdem er 3 der britischen Zerstörer abgeschossen hatte. »Lion« verliert um 10½ Uhr einen Mast, um 11 Uhr einen Schornstein; um 11½ Uhr ist »Tiger« gezwungen, infolge von Beschädigungen seinen Platz in der Linie zu verlassen. Ihn nimmt »Princeß Royal« ein. Um 12 Uhr erhält »Lion« einen schweren Treffer, dem eine starke Explosion folgt. Mit starker Schlagseite nach rechts schert er aus der Linie, die nunmehr von »Princeß Royal« geführt wird. »Indomitable« und »New Zealand« sind etwas zurückgeblieben. Das deutsche Torpedoboot »V 5« kommt zweimal auf »Tiger« zu Schuß, der von einem Torpedo den Gnadenstoß erhält und sinkt. Die Briten leugnen diesen Verlust, der von Augenzeugen an Bord des »Moltke«, des »V 5« und eines Marineluftschiffs, das herangekommen war, bestätigt wird. Etwa 70 Seemeilen nordwestlich von Helgoland werden die deutschen Torpedoboote zum Angriff angesetzt, der nicht zur Durchführung kommt, weil gleichzeitig die britischen Schiffe abschwenken. Außer dem »Tiger« verlieren die Briten 3 Zerstörer; »Lion« wird kampfunfähig und muß von »Indomitable« geschleppt werden. »Princeß Royal« wird ernstlich beschädigt. Die Deutschen verlieren den Panzerkreuzer »Blücher«. »Seydlitz« erhält einen Treffer unter die hintere Turmgruppe und hat Verluste. »Moltke« wird überhaupt nicht getroffen. Einen zweiten Treffer gegen »Seydlitz« und einen gegen »Derfflinger« weist der Panzer ab. Von den 887 Mann der Besatzung des »Blücher« kommen 550 um, der Rest gerät in Gefangenschaft.

25. Januar. Der deutsche Kleine Kreuzer »Gazelle« wird bei Arkona durch den Torpedo eines U-Boots beschädigt, kann aber einen deutschen Hafen erreichen.

Ein Marine-Parseval wird, nachdem er Libau bombardiert hat, getroffen und stürzt 15 km südlich in die Ostsee. Russische Boote nehmen die Besatzung gefangen.

30. Januar. Deutsche Unterseeboote fügen dem englischen Seehandel ernstlichen Schaden zu. In der Irischen See versenkte »U 21« (Kommandant Kapitänleutnant Hersing) bei Liverpool an einem Tage 3 englische Dampfer. Die Besatzungen werden gerettet. Ein anderes Boot vernichtet bei Kap Antifer nahe Le Havre zwei weitere englische Dampfer, deren Besatzungen von französischen Torpedobooten aufgenommen werden.

1. Februar. Seitens des deutschen Admiralstabs wird schärfstes Vorgehen gegen bevorstehende englische Truppentransporte nach Frankreich angekündigt; die Neutralen werden aufgefordert, sich keiner Gefahr auszusetzen.

3. Februar. Der britische Hilfskreuzer »Clan Mac Noughton« (1911; 4985 t) läuft auf eine Mine; die Besatzung, 20 Offiziere, 260 Mann, ertrinkt.

Eine türkische Erkundungsabteilung gegen den Suezkanal bei El Kantara und Serapeum gelangt südlich Ismailia auf das westliche Kanalufer. Der britische Hilfskreuzer »Canadian Pacific« wird schwer beschädigt.

4. Februar. Die Bekanntmachung des deutschen Admiralstabs vom 1. Februar wird weiter erläutert; die Gewässer um Großbritannien werden als Kriegsgebiet erklärt.

Englands Antwort bestand darin, daß es seine Handelsdampfer mit Geschützen versah, ihnen die Benutzung neutraler Flaggen anempfahl und Preise für die Handelsdampfer aussetzte, denen es gelingen sollte, ein deutsches U-Boot zu versenken. Die gefangenen Besatzungen deutscher U-Boote sollen als Piraten behandelt werden.

6. Februar. Britische Kreuzer beschießen fortgesetzt die Küstenorte Deutsch-Ostafrikas. Der gekaperte Dampfer »Adjutant« strandet in der Rufidschimündung nach Beschädigung durch Artillerie. Die Besatzung, 24 Mann, und die Bestückung, 6 leichte Schnelladekanonen, fällt trotz des Eingreifens des britischen Kreuzers »Hyacinth« (1898; 5700 t) in deutsche Hand. »Hyacinth« zieht sich zurück, nachdem er selbst getroffen worden ist.

8. Februar. Der englische Dampfer »Lusitania« (31550 t) der Cunard-Linie, in der britischen Flottenliste als Hilfskreuzer geführt, läuft Liverpool unter amerikanischer Flagge an.

Der türkische Kreuzer »Midilli« beschießt Jalta (Krim) und versenkt an einer anderen Stelle einen russischen Dampfer. Russische Kriegsschiffe bombardieren Trapezunt und vernichten hier den amerikanischen Lazarettdampfer »Washington«.

9. Februar. Erfolglose Beschießung von Zeebrügge durch ein britisches Geschwader.

11. Februar. Eine amerikanische Note an die deutsche Regierung spricht die Erwartung aus, daß das Leben amerikanischer Bürger auch in der Kriegszone nicht bedroht werden würde; andernfalls müßte die deutsche Regierung verantwortlich gemacht werden. England gegenüber wird Einspruch gegen den Flaggenmißbrauch erhoben.

16. Februar. Die deutsche Antwortnote an die Vereinigten Staaten erklärt das Vorgehen Deutschlands gegen England mit dessen Aushungerungsplan und der fortgesetzten Einfuhr von Bannwaare, namentlich amerikanischer Munition, aus den Vereinigten Staaten nach England. Deshalb wird jede Verantwortung für Unfälle innerhalb der Kriegszone abgelehnt.

17. Februar. Verlust des Marineluftschiffs »L 3« bei

Fanö infolge schweren Sturmes; die Besatzung wird in Dänemark interniert.

17. Februar. Das Marineluftschiff »L4« wird über Jütland in einem Orkan unbrauchbar; das Wrack treibt mit 4 Mann aufs Meer und geht verloren.

19. Februar. Vier britische und vier französische Linienschiffe beschießen Kum Kale und Sed ul Bahr auf große Entfernung. Die Außenforts der Dardanellenstellung werden nach einigen Tagen von den Türken geräumt.

22. Februar. Der britische Truppentransportdampfer »Nr. 192« wird bei Beachy Head von einem deutschen U-Boot versenkt.

Angriff auf Calais durch ein deutsches Marineluftschiff. Die Vereinigten Staaten schlagen eine Verständigung Amerikas mit Deutschland über das Auslegen von Minen, den U-Krieg gegen Handelsschiffe, die Führung neutraler Flaggen und die Zuführung von Nahrungsmitteln nach Deutschland vor.

24. Februar. Der französische Zerstörer »Dague« (1911; 770 t) wird durch eine Mine in der Adria versenkt.

Der deutsche U-Krieg gegen England auf der Höhe. Zahlreiche Dampferlinien stellen den Betrieb ein. Truppenteile weigern sich, nach Frankreich in See zu gehen.

25. Februar. Erneute Beschießung seitens der feindlichen verbündeten Flotten gegen Sed ul Bahr, Batterie Kap Helles, Fort Kum Kale und die Batterie Irkhanie. Drei feindliche Schiffe werden beschädigt, darunter »Agamemnon« (1906; 19000 t).

28. Februar. Die deutsche Regierung gibt auf die Anregungen des amerikanischen Präsidenten Wilson Entgegenkommen zu erkennen, die britische und französische lehnen ab, erklären vielmehr am

1. März, daß sie alle mutmaßlich aus Deutschland stammenden oder dorthin bestimmten Ladungen neutraler Schiffe beschlagnahmen würden.

Britische Kriegsschiffe beschießen die Außenforts der Dardanellen; 5 erhalten Treffer, Landungsversuche scheitern. Französische Schiffe beschießen Bulair vom Golf von Saros.

3. März. Die Flotte vor den Dardanellen ist auf 38 britische und 21 französische Schiffe verstärkt. Beschießung der Außenforts. Landungsversuche scheitern.

4. März. Das deutsche U-Boot »U 8« wird bei Dover durch einen britischen Zerstörer vernichtet; 4 Offiziere und 25 Mann werden gefangengenommen.

5./6. März. Ein englisch-französisches Geschwader beschießt die Forts bei Smyrna, nachdem die Übergabe der Stadt abgelehnt worden ist. Mehrere Schiffe werden beschädigt, ein Minensucher geht durch eine Mine verloren.

10. März. Der deutsche Hilfskreuzer »Prinz Eitel Friedrich« läuft in Newport News ein, um zu reparieren. Er hatte im Stillen und Atlantischen Ozean 30000 Seemeilen zurückgelegt, 5 englische, 4 französische und 1 russisches Schiff von zusammen 30049 Brutto-Reg.-Ton. versenkt, deren Ladungen einen Wert von 18 Mill. Mk. darstellen.

Das deutsche U-Boot »U 12« wird durch den britischen Zerstörer »Ariel« (1911; 820 t) versenkt. Von den 28 Mann der Besatzung werden 10 gefangen, der Rest kommt um.

11. März. Der britische Hilfskreuzer »Bayano« (1913; 5948 Brutto-Reg.-Ton., 12 Kanonen, 250 Mann Besatzung) wird versenkt; 8 Offiziere und 18 Mann werden gerettet.

Beschießung von Westende (Flandern) durch britische Schiffe.

14. März. Der deutsche Kreuzer »Dresden«, das letzte Schiff des Geschwaders des Grafen Spee, wird in der Cumberlandbucht der chilenischen Inselgruppe Juan Fernandez durch den britischen Panzerkreuzer »Kent« (1902; 10000 t), den Kleinen Kreuzer »Glasgow« (1909; 4900 t) und den Hilfskreuzer »Orama« (1911; 12927 Brutto-Reg.-Ton.) versenkt. Die britischen Geschosse schlagen teilweise auf chilenisches Landgebiet. Deutscher Verlust: 9 Tote, 8 Schwerverwundete. Der Rest der Besatzung wird auf der chilenischen Insel Quiriquina interniert. Der chilenische Protest bei England wird formell erledigt.

In den Dardanellen wird der britische Kleine Kreuzer »Amethyst« (1903; 3050 t) ernstlich beschädigt.

Kapitänleutnant v. Mücke segelt mit der Landungsabteilung der »Emden« in zwei Fahrzeugen von Hodeida an der Küste entlang nördlich.

18. März. 14 britische und 4 französische Linienschiffe greifen die inneren Dardanellenforts an. Ihr Angriff wird abgewiesen. Das französische Linienschiff »Bouvet« (1896; 12030 t), die britischen Linienschiffe »Irresistible« (1898; 15240 t) und »Ocean« (1898; 13160 t) werden vernichtet, das französische Linienschiff »Gaulois« (1896; 11300 t) sehr schwer beschädigt, mehrere der anderen ebenfalls ernstlich verletzt. Der Verlust der Verbündeten beträgt 1200 Mann, der der Befestigungswerke 24 Tote und Verwundete.

24. März. Der brit. Kreuzer »Undaunted« (1914; 3600 t) wird durch einen britischen Zerstörer gerammt und beschädigt.

25. März. Das deutsche Tauchboot »U 29« (Kommandant Kapitänleutnant Weddigen) wird durch einen unter schwedischer Flagge fahrenden englischen Tankdampfer versenkt. Die britische Admiralität hat später bekanntgegeben, daß das Boot von einem »Seiner Majestät Schiffe« vernichtet worden sei. Noch später hat die britische Presse behauptet, »U 29« sei in den Orkneys abgeschossen worden, nachdem es zwei Torpedos gegen ein britisches Kriegsschiff verfeuert hatte.

27. März. Die »Ayesha«-Mannschaft landet in Lith südlich Mekka, um die Hedschasbahn zu erreichen.

1. April. Von England aufgewiegelte Araber überfallen die Kolonne der »Ayesha«-Mannschaft auf ihrem Marsch durch die Wüste. Leutnant zur See Schmidt wird tödlich verwundet, ein Mann fällt; Kapitänleutnant v. Mücke verschanzt sich.

3. April. Während die türkische Flotte vor Odessa zwei russische Dampfer versenkt, gerät der Kreuzer »Medjidije« (1903; 3200 t) auf eine Mine und sinkt. Die Besatzung wird durch die anderen Schiffe gerettet.

Die »Ayesha«-Mannschaft, durch Truppen des Emirs von Mekka befreit, setzt ihren Marsch nach Dschidda fort.

7./8. April. Nach neutralen Berichten soll an der norwegischen Küste unweit Bergen zwischen zwei britischen Geschwadern eine Nachtschlacht stattgefunden haben. Die Tatsache, daß eine große Anzahl beschädigter britischer Kriegsschiffe in englische Häfen eingelaufen sind, scheint diese Nachricht zu bestätigen. Das britische Großkampfschiff »Superb« (1907; 22000 t) und andere Schiffe sollen gesunken sein. Unter ihnen wird aber auch der »Warrior« (1905; 13750 t) genannt, der erst am 31. Mai 1916 in der Skagerrakschlacht vernichtet wurde. Deshalb ist die Nachricht mit Vorsicht aufzufassen.

9. April. Eine deutsche Note fordert die Regierung der Vereinigten Staaten auf, die Frage der Lebensmittellieferung für die deutsche Zivilbevölkerung und der Waffenlieferungen an die Gegner Deutschlands im Geiste wirklicher Neutralität zu regeln.

12. April. Da die britische Admiralität 39 gefangene U-Bootsleute in Arrestanstalten untergebracht hat und die deutschen Gegenvorstellungen unbeachtet läßt, werden 39 gefangene britische Offiziere in gleicher Weise festgesetzt.

14./15. April. Nachtangriff deutscher Marineluftschiffe auf Newcastle on Tyne, Blyth, Morpeth, Bedlington, Cramlington, Wallsend und Yarrow.

15. April. Feindliche Zerstörer werden aus den Dardanellen gejagt. Bei einer Beschießung von Kaba Tepe wird

das britische Linienschiff »Majestic« (1895; 15150 t) so beschädigt, daß es aus dem Gefecht gehen muß.

16. April. Das britische U-Boot »E 15« (1914; 825 t) wird in den Dardanellen vernichtet. Das britische Linienschiff »Swiftsure« (1903; 12000 t) erhält schwere Treffer.

17. April. Das türkische Torpedoboot »Timur Hissar« (1908; 97 t) greift den britischen Transportdampfer »Manitou« an und trifft ihn zweimal mit Torpedos, die nicht explodieren. Das von britischen Zerstörern verfolgte Boot wird auf der Insel Chios auf Strand gesetzt und gesprengt; die Besatzung wird in Griechenland interniert.

Ein deutsches Marineflugzeug vernichtet in der Nordsee ein britisches U-Boot aus einer Flottille, die es angegriffen hat; die Vernichtung weiterer ist wahrscheinlich.

25. April. Englisch-französische Landung auf Gallipoli und bei Kum Kale.

26. April. Der deutsche Hilfskreuzer »Kronprinz Wilhelm« wird in Newport News (Virginia) interniert.

26./27. April. Das österreichisch-ungarische U-Boot »U 5« versenkt den französischen Panzerkreuzer »Léon Gambetta« (1901; 12600 t) 20 Seemeilen von Kap Santa Maria di Leuca. Nur 136 der 600 Mann starken Besatzung können gerettet werden. An Bord haben sich 2 Millionen Franken Bargeld befunden.

27. April. Während die Flotte die Dardanellen und die Umgegend der Landungsplätze heftig beschießt, nimmt die Landung der englischen Armee an der Nordwestseite Gallipolis ihren Fortgang.

Das britische U-Boot »AE 2« (1913; 825 t) wird in den Dardanellen versenkt; 14 Mann finden dabei den Tod.

28. April. Ein britischer Zerstörer wird vor den Dardanellen versenkt, der französische Panzerkreuzer »Jeanne d'Arc« (1899; 11300 t) beschädigt.

29. April. Libau wird durch deutsche Schiffe beschossen.

Die bei Kum Kale gelandeten Franzosen werden wieder eingeschifft.

29./30. April. Ein deutsches Luftschiff belegt Ipswich, Whitton und Harwich mit Bomben.

1. Mai. Das französische U-Boot »Joule« (1911; 550 t) wird in den Dardanellen durch eine Mine vernichtet.

Der britische Zerstörer »Recruit« (1900; 480 t) wird beim Galloper Feuerschiff durch ein deutsches U-Boot versenkt; 39 Mann kommen dabei um.

Zwei deutsche Vorpostenboote greifen drei bewaffnete englische Fischdampfer an und versenken einen. Inzwischen herangekommene britische moderne Zerstörer greifen in das sich bei Noordhinder abspielende Gefecht ein und vernichten die beiden Boote. 3 Offiziere und 44 Mann fallen in britische Gefangenschaft.

Heftige Kämpfe auf Gallipoli. — Das französische Linienschiff »Henri IV« (1899; 8950 t) und das britische Linienschiff »Vengeance« (1899; 13150 t) müssen, da beschädigt, aus dem Gefecht gehen.

2. Mai. Ein britisches U-Boot der »E«-Klasse (1913; 825 t) wird in den Dardanellen versenkt.

Das britische Linienschiff »Agamemnon« (1906; 19000 t), das Bulair am Nordende der Halbinsel Gallipoli vom Golf von Saros aus beschossen hat, wird getroffen und zieht sich zurück.

3. Mai. Eins von mehreren britischen U-Booten, die mit einem deutschen Marineluftschiff ins Gefecht kommen, wird von letzterem vernichtet.

Heftige Kämpfe auf Gallipoli. Türkische Artillerie schießt ein feindliches Transportschiff in Brand.

5. bis 8. Mai. Teile der deutschen Ostseeflotte wirken bei der Einnahme von Libau mit.

7. Mai. Der englische Schnelldampfer »Lusitania« (1906; 31550 Brutto-Reg.-Ton.) wird südlich Irland durch ein deutsches U-Boot vernichtet. (Die Folge sind Angriffe auf deutsche Geschäfte und Personen in den englischen und südafrikanischen Städten. Da amerikanische Untertanen dabei umgekommen sind, verlangen die Vereinigten Staaten die Einstellung des U-Krieges gegen Passagierdampfer.) Die »Lusitania« war bewaffnet; sie sinkt schnell, weil in der aus Munition bestehenden Ladung eine Explosion eintritt.

Bei Zeebrügge wird der britische Zerstörer »Maori« (1908; 1100 t) durch deutsche Küstenartillerie zum Sinken gebracht. Ein Rettungsboot von der Küste rettet einen Teil der Besatzung und nimmt das ebenfalls zu Hilfe geeilte Boot eines anderen britischen Zerstörers (»Crusader«) mit dessen Besatzung, zusammen 4 Offiziere und 88 Mann, gefangen.

9. Mai. In Damaskus wird die »Ayesha«-Mannschaft festlich empfangen.

10. Mai. Ein deutsches Luftschiff bombardiert Southend.

13. Mai. Das türkische Torpedoboot »Muavenet-i-Millije« versenkt vor den Dardanellen das britische Linienschiff »Goliath« (1898; 13160 t); dabei ertrinken 482 Mann.

14. Mai. Ein englischer Handelsdampfer unter norwegischer Flagge versucht ein deutsches U-Boot zu rammen.

17. Mai. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhebt Einspruch gegen die Tätigkeit der deutschen U-Boote, soweit sie Amerikanern Schaden zufügt, und fordert Genugtuung, Schadenersatz und Schutz gegen Wiederholung.

19. Mai. Der Erste Lord der britischen Admiralität, S. J. Fisher, tritt zurück; an seine Stelle tritt S. Henry Jackson; an Stelle des gleichfalls zurücktretenden Marineministers Churchill tritt Balfour.

Heftige Kämpfe auf Gallipoli.

20. Mai. Der Tod des russischen Admirals v. Essen und 20 weiterer Seeoffiziere wird gemeldet. Es wird gemutmaßt, daß sie bei einer Meuterei ums Leben gekommen seien. Genaueres ist nicht bekannt.

22. Mai. Ein britisches U-Boot versenkt im Marmarameer den türkischen Zerstörer »Pelengyi-Deria« (1894; 900 t).

Ein deutscher Flieger versenkt bei Gotland ein russisches U-Boot vom »Akula«-Typ (1908; 370 t).

Auf Gallipoli finden heftige Kämpfe statt.

Die »Ayesha«-Besatzung trifft in Konstantinopel ein.

23. Mai. Ein feindliches U-Boot versenkt in den Dardanellen ein altes türkisches Kanonenboot; die Besatzung wird gerettet. Bei Kaba Tepe (Westküste von Gallipoli) wird ein feindlicher Kreuzer so schwer beschädigt, daß er aus dem Gefecht geschleppt werden muß.

24. Mai. Flottenangriff der gesamten Seestreitkraft der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen die ganze Ostküste Italiens von Venedig bis Barletta. Das italienische Torpedoboot »Turbine« (1904; 330 t) wird durch den Kleinen Kreuzer »Helgoland« versenkt, nachdem es die Flagge gestrichen; die Besatzung wird gefangen. Das Tauchboot »U 12« bringt 7 montenegrinische Segler als Prisen in einen österreichisch-ungarischen Hafen ein.

25. Mai. Das vom Kapitänleutnant Hersing geführte, soeben nach vierwöchiger Seefahrt von Deutschland in der Levante eingetroffene deutsche U-Boot versenkt bei Ari Burnu das britische Linienschiff »Triumph« (1903; 12000 t); 50 Mann der Besatzung können nicht gerettet werden.

26. Mai. Ein deutsches Marineluftschiff belegt Helsingfors mit 30 Bomben, durch die 40 Personen getötet werden und großer Materialschaden angerichtet wird.

27. Mai. Kapitänleutnant Hersing versenkt vor Sed ul Bahr mit »U 51« das britische Linienschiff »Majestic« (1895; 15150 t). Der Feind zieht seine großen Schiffe von den Dardanellen zurück.

Der britische Hilfskreuzer »Irene« (1914; 6000 t) fliegt im Hafen von Sheerneß mit der Besatzung in die Luft.

Die Türkei erklärt den Suezkanal als Kriegsgebiet, da England seine Internationalität gröblich verletzt habe.

28. Mai. Die deutsche Antwortnote an Amerika (vgl. 17. Mai) sagt Regelung aller Schadenersatzansprüche zu, betont jedoch, daß das Vorgehen der deutschen U-Boote so lange nicht geändert werden könne, als die englischen völkerrechtswidrigen Maßnahmen (Flaggenmißbrauch, Bewaffnung von Handelsschiffen usw.) und die amerikanischen Kriegslieferungen andauern.

29. Mai. Heftige Kämpfe auf Gallipoli. Zahlreiche Landungsversuche und Beschießungen bleiben erfolglos.

In der Nacht versenkt ein deutsches U-Boot südlich Lemnos ein feindliches Schiff.

31. Mai. Ein britischer Hilfskreuzer von 12000 t wird bei der Insel Strato versenkt.

1. Juni. In der Nacht belegen deutsche Marineluftschiffe die Werften und Docks von London mit Bomben.

4. Juni. Vor dem Eingang zum Finnischen Meerbusen versenkt das deutsche U-Boot »U 26« den russischen Minenleger »Jenissei« (1906; 2970 t).

Heftige Kämpfe auf Gallipoli. — Der französische Minensucher »Casablanca (1895; 980 t) geht bei Smyrna durch eine Mine verloren.

4./5. Juni. Erfolgreicher Nachtangriff deutscher Marineluftschiffe auf die Humbermündung und den Flottenstützpunkt Harwich.

5. Juni. Das deutsche Tauchboot »U 14« wird in der Nordsee beim Kampf gegen 5 bewaffnete englische Fischdampfer versenkt; die Besatzung wird gerettet.

Beschießung von Ragusa durch ein ital. Geschwader.

Fortdauernde Kämpfe auf Gallipoli.

6./7. Juni. Deutscher Luftangriff auf Hull und Grimsby.

8. Juni. Ein italienischer Luftangriff auf Fiume endet mit der Vernichtung des italienischen Luftschiffes »Città di Ferrara« durch ein Marineflugzeug; 2 Offiziere und 5 Mann werden gefangengenommen.

9. Juni. Das österreichisch-ungarische U-Boot »U 4« torpediert einen von sechs Zerstörern begleiteten britischen Kleinen Kreuzer der »Liverpool«-Klasse 30 Seemeilen von San Giovanni di Medua. Das Schiff soll nicht gesunken sein [»Liverpool«, 1909; 4900 t].

Im Suezkanal sinkt ein engl. Dampfer durch eine türk. Mine.

10. Juni. Die britischen Torpedoboote »Nr. 10« und »Nr. 12« (1907; 267 t) werden durch ein deutsches U-Boot versenkt; von den Besatzungen werden etwa 30 Mann gerettet.

Das italienische U-Boot »Medusa« (1911; 300 t) wird durch ein österreichisch-ungarisches U-Boot versenkt.

Eine amerikanische Note (vgl. 28. Mai) an die deutsche Regierung bestreitet, daß die »Lusitania« ein bewaffneter britischer Hilfskreuzer gewesen sei, bezeichnet die Mitführung von Kriegsmaterial als unwesentlich und fordert erneut auch in der Kriegszone Sicherung des Lebens amerikanischer Bürger auf unbewaffneten Handelsschiffen.

11. Juni. Der türkische Kleine Kreuzer »Midilli« versenkt im Schwarzen Meer einen großen russischen Zerstörer der »Bespokoiny«-Klasse (1913; 1100 t).

15./16. Juni. Deutscher Luftangriff auf die Nordostküste Englands.

16. Juni. Den deutschen Repressalien sich beugend, bequemt sich England zu der Erklärung, die gefangengenommenen Besatzungen deutscher U-Boote wie andere Krieger behandeln zu wollen. Daraufhin werden die gefangengesetzten 39 britischen Offiziere in die Gefangenenlager entlassen.

17. Juni. Das französische Torpedoboot »331« (1900; 97 t) wird nordöstlich Cherbourg von dem englischen Dampfer »Asleya« überrannt, wobei 6 Mann ertrinken.

17./18. Juni. Streife der österreichisch-ungarischen Flotte gegen die italienische Ostküste bis Fano.

20. Juni. Der britische Panzerkreuzer »Roxburgh« (1904; 11000 t) wird in der Nordsee torpediert, sinkt aber nicht.

Britische U-Boote kapern eine Anzahl bei Slagen fischender deutscher Fischdampfer; einer derselben wird versenkt, die Besatzung geborgen.

26. Juni. Das italienische Torpedoboot »5 PN« (1911; 120 t) wird in der nördlichen Adria durch ein österreichisch-ungarisches U-Boot versenkt. (Das Schwesterboot »6 PN« ging durch eine Mine verloren.)

28. Juni. Deutsche leichte Seestreitkräfte beschießen Windau. Gefecht mit leichten russischen Fahrzeugen. Ein deutscher Fischdampfer wird beim Minensuchen versenkt, mehrere russische Zerstörer erhalten Treffer.

30. Juni. Der britische Zerstörer »Lightning« (1894; 355 t) wird durch eine Mine beschädigt.

2. Juli. Deutsche Vorposten bei Gotland werden bei nebligem Wetter von fünf russischen Kreuzern angegriffen. Das Minenschiff »Albatroß« (1907; 2200 t) erhält Befehl, sich auf neutrales Gebiet bei Gotland zurückzuziehen, wird aber dorthin verfolgt und 2 Stunden lang beschossen, so daß es schließlich auf Strand gesetzt werden muß. Schiff und Besatzung werden in Schweden interniert. Die deutschen Kreuzer »Roon« (1903; 9500 t), »Augsburg« (1909; 4350 t) und »Lübeck« (1904; 3250 t) greifen die russischen Kreuzer an, worauf diese nach Nordosten ausweichen. Unter ihnen befindet sich auch der Panzerkreuzer »Rurik« (1906; 15400 t), der ernstlich beschädigt wird. »Albatroß« wird später nach dem Farösund gebracht.

Das italienische Torpedoboot »17 OS« (1912; 120 t) geht in der Adria durch Mine verloren.

4. Juli. Ein von den Briten beabsichtigter Luftangriff auf die deutschen Küsten wird aufgegeben, als den britischen Schiffen und Fahrzeugen bei Terschelling Zeppeline und Flugzeuge entgegentreten.

7. Juli. Der ital. Panzerkreuzer »Amalfi« (1908; 10400 t) wird in der Adria durch ein k. und k. Tauchboot versenkt; von der 680 Mann starken Besatzung finden 180 den Tod.

8. Juli. Der deutsche Dampfer »Friedrich Arp« wird an der Nordküste von Norwegen durch britische Hilfskreuzer innerhalb der norwegischen Hoheitsgrenze versenkt.

Die deutsche Antwort auf die Lusitania-Note (vgl. 10. Juni) des Präsidenten Wilson weist nochmals die Schuld Englands an dem Vorgehen der deutschen U-Boote nach und sichert einigen vorher angemeldeten Passagierdampfern unter amerikanischer Flagge freie und sichere Fahrt zu.

11. Juli. Der deutsche Kleine Kreuzer »Königsberg« wird im Rufidschi durch die britischen Monitore »Mersey« und »Severn« (1913; 1280 t) wrackgeschossen und vom Kommandanten in die Luft gesprengt.

12. Juli. Der britische Regierungsvertreter Lord Cecil gibt im Unterhause bekannt, daß eine große Anzahl englischer Handelsdampfer bewaffnet sei.

18. Juli. Windau wird durch die Deutschen besetzt.

Der italienische Panzerkreuzer »Giuseppe Garibaldi« (1899; 7400 t) wird südlich Ragusa von einem österreichisch-ungarischen U-Boot versenkt.

22. Juli. Die Antwortnote Wilsons (vgl. 8. Juli) verwirft den deutschen Vorschlag vom 8. Juli, einige Dampfer zu bezeichnen, denen Sicherheit zugesagt werden sollte, und erklärt, die Regierung müsse neue Schädigungen amerikanischer Bürger durch deutsche Kriegsschiffe als unfreundliche Handlungen ansehen.

26. Juli. Heiße Kämpfe auf Gallipoli. Das in die Meerenge eingelaufene französische Tauchboot »Mariotte« (1911; 630 t) wird versenkt, die Besatzung gefangen.

28. Juli. Ein britisches U-Boot torpediert den auf Vorposten befindlichen deutschen Fischdampfer »Senator v. Berenberg-Goßler« bei Horns Riff-Feuerschiff.

Österreichisch-ungarische Torpedoboote zerstören die Funkstation auf der von den Italienern besetzten Insel Pelagosa.

29. Juli. Das italienische U-Boot »Nautilus« (1913; 320 t) sinkt im Golf von Triest durch eine Mine (von der italienischen Admiralität bestritten).

Die Verluste der britischen Kriegsflotte sind größer als in irgendeinem der Kriege, die Großbritannien früher geführt hat. Da sie aber zum großen Teil älteres Material betreffen, anderseits die Flotte durch Neubauten und Beschlagnahmen der für fremde Regierungen auf englischen Werften im Bau befindlichen Schiffe verstärkt worden ist, so stand dieselbe am Ende des ersten Kriegsjahres stärker da als zuvor. Es gingen verloren: 8 Linienschiffe (davon ein Großkampfschiff) von zusammen 122730 t, 6 Panzerkreuzer (davon ein Schlachtkreuzer) von zusammen 90860 t, 5 Kleine Kreuzer von zusammen 21820 t, 3 Kanonenboote usw. von 2190 t, 16 Zerstörer und Torpedoboote von 11130 t, 8 Unterseeboote von 5090 t, 7 Hilfskreuzer von 55583 t. Das ergibt einen Gesamtverlust von 53 Schiffen von 309403 t.

Frankreich verlor: 1 Linienschiff von 12030 t, 1 Panzerkreuzer von 12550 t, 1 Kanonenboot von 650 t, 1 Streuminenschiff von 990 t, 6 Zerstörer und Torpedoboote von 1450 t, 4 Unterseeboote von 1720 t. Gesamtverlust 14 Schiffe von 29390 t.

Rußland verlor: 1 Panzerkreuzer von 7900 t, 1 Kleinen Kreuzer von 3180 t, 1 Kanonenboot von 1230 t, 2 Minenschiffe von 8420 t, 1 Zerstörer von 1100 t und 1 U-Boot von 370 t; zusammen demnach 7 Schiffe von 22200 t.

Italien verlor: 2 Panzerkreuzer von 17750 t, 4 Zerstörer von 690 t, 1 U-Boot von 250 t; zusammen 7 Schiffe von 18690 t.

Japan verlor: 1 Kleinen Kreuzer von 3700 t, 2 Torpedoboote von 500 t; zusammen 3 Schiffe von 4200 t.

Das ergibt einen Gesamtverlust des »Vierverbands« von 84 Schiffen mit einem Gehalt von 383883 t.

Im Handelskriege wurden an Dampfern und Segelschiffen vernichtet durch deutsche Kreuzer:

58 englische	Schiffe	von	245655	Tonnen
9 französische	„	„	28801	„
2 russische	„	„	5237	„
Zusammen: 69	Schiffe	von . . .	279693	Tonnen.

Daran sind beteiligt:

»Karlsruhe«	mit	17	Schiffen von	76861	Tonnen
»Emden«	„	17	„ „	73609	„
Hilfskr. »Kronprinz Wilhelm«	„	13	„ „	53659	„
Hilfskr. »Prinz Eitel Friedrich«	„	10	„ „	30049	„
»Dresden«	„	5	„ „	16080	„
»Leipzig«	„	3	„ „	12149	„
Hilfskr. »Kaiser Wilhelm d. Gr.«	„	3	„ „	10685	„
»Königsberg«	„	1	„ „	6601	„

Aufgebracht und dann freigelassen: 6 große Dampfer. Im Rufidschi wurde versenkt: der englische Dampfer »Newbridge« von 3737 t.

In europäischen Meeren wurden durch Kriegsschiffe oder Minen versenkt:

an Handelsdampfern	englischer	Flagge	140	von	397502	Tonnen
„	französischer	„	11	„	16055	„
„	russischer	„	15	„	26753	„
„	belgischer	„	4	„	7101	„
		Zusammen:	170	von	447411	Tonnen
an Fischdampfern	englischer	Flagge	220	von	35032	Tonnen
„	französischer	„	4	„	773	„
„	belgischer	„	2	„	400	„
		Zusammen:	226	von	36205	Tonnen
		Dampfer überhaupt:	396	von	483616	Tonnen,
daran sind die Engländer beteiligt mit			360	„	432534	„

Gesamtverlust der feindlichen Handelsflotten im ersten Kriegsjahre:

England	418	Schiffe	von	678189	Tonnen
Frankreich	24	„	„	45629	„
Rußland	17	„	„	31990	„
Belgien	6	„	„	7501	„
Zusammen:	465	Schiffe	von	763309	Tonnen.

Der Tonnengehalt der englischen Handelsflotte betrug am 1. Januar 1914 rund 20 Mill. t.

III.

Der Krieg in den nordwestlichen Meeren bis Anfang August 1915.

Während vom 2. August an eine Kriegserklärung der andern folgte, ging die deutsche Mobilmachung ihren planmäßigen Gang. Deutsche Hilfsdampfer liefen unmittelbar nach der britischen Kriegserklärung, die am 4. bekanntgegeben wurde, aus und begannen die Einfahrten der englischen Häfen mit Streuminen zu verseuchen, vermieden dabei aber entsprechend den internationalen Abmachungen die hohe See. Es war keine einfache Arbeit, denn die britischen Schiffe hielten scharfe Wacht. Einer der deutschen Minenleger, das neue, bisher als Bäderdampfer nach Helgoland verwendete Passagierschiff »Königin Luise«, hatte die Aufgabe, in der Themsemündung Minen zu legen. Am 5. spät abends hatte sie die englische Küste gesichtet und Kurs auf die Themsemündung genommen. Fast war die Sperre fertig gelegt, als aus dem Frühnebel eine Gruppe feindlicher Wachtschiffe auftauchte. Es war die von dem Kleinen Kreuzer »Amphion« (4. Dezember 1911 vom Stapel, 3500 t, 25,4 Knoten, bewaffnet mit zehn 10,2-, vier 4,7-cm-Schnellladekanonen und zwei Torpedodoppelrohren) geführte, aus vier großen Booten bestehende 3. Zerstörerflottille der I. Flotte, die seit dem 30. Juli an der Ostküste Englands kreuzte. Jedes der Boote war mit drei 10,2-cm-Schnellladekanonen bestückt. Unter dem Feuer der 18 Geschütze wurde »Königin Luise« bald schwer wund. Wahrscheinlich wurde auch eine der am Heck zum Aussetzen bereitgehaltene Mine getroffen; denn es erfolgte eine gewaltige Detonation, durch die das ganze Hinterschiff zerrissen wurde, so daß der Dampfer schnell wegsackte. Ein Teil der Besatzung war gefallen oder ertrank; der Rest wurde gefangen. Als »Amphion« ihren Kurs wieder aufnahm, stieß sie auf eine der soeben gelegten Minen, durch deren Explosion das Vorderteil schwer beschädigt wurde, so daß der Kreuzer in kürzester Zeit ebenfalls unter den Fluten verschwand. Nur etwa die Hälfte der Besatzung konnte gerettet werden.

Die während der folgenden Tage die Nordsee absuchenden deutschen Kreuzer stießen auf keine britischen Kriegsschiffe.

Der Schiffsverkehr auf der Themse blieb längere Zeit gesperrt. Daß man, abgesehen von der »Luise«, keine anderen Minenleger zu erwischen imstande war, erklärte man mit dem Mißbrauch neutraler Flaggen — wie sie von den Engländern selbst als eine durchaus erlaubte Kriegslist erklärt wird, wenn britische Schiffe zu ihr greifen. Obgleich 200 Fischdampfer an der Wegräumung der Minen arbeiteten, traten immer neue Schiffsverluste durch Minen ein, so daß man glaubte, die unschädlich gemachten müßten immer aufs neue durch andere ersetzt worden sein.

Deutsche Tauchboote stießen bis an die Ostküste Schottlands vor, hatten aber Lehrgeld zu zahlen.

Als eine Rotte am 16. August an der schottischen Ostküste kreuzte, wurden die Boote frühzeitig von britischen Kreuzern gesichtet und dabei »U 15« vom Kleinen Kreuzer »Birmingham« versenkt. Die gesamte Besatzung fand dabei den Tod. Bereits zwei Tage später sollte dieser Verlust gerächt werden: Eine in der südwestlichen Nordsee kreuzende Gruppe deutscher leichter Schiffe sichtete zwei britische Tauchboote und eine Flottille von Zerstörern. S.M.S. »Straßburg« versenkte eines der U-Boote, während »Stralsund« sich mit den Zerstörern herumschoß, die, nachdem zwei von ihnen Treffer erhalten hatten, in die Themsemündung flüchteten.

An den deutschen Küsten ließen sich vorerst britische Schiffe nicht sehen, und die deutsche Hochseeflotte hatte keine Veranlassung, die feindliche Übermacht fern von den eigenen Stützpunkten anzugreifen.

Seegefecht bei Helgoland.

Erst am 28. August erfolgte der Vorstoß einer aus den schnellsten Schiffen zusammengesetzten, vom Konteradmiral Beatty geführten britischen Flotte. Sie bestand aus den sechs Schlachtkreuzern »Lion« (Flaggschiff), »Queen Mary«, »Princeß Royal« (1910/12, 30000 t, 28,5—30 Knoten, acht 34,3-, sechzehn 10,2-cm-Schnelladekanonen, zwei 53-cm-Breitseiten-Torpedorohre), »New Zealand« (1911, 19500 t, 26,4 Knoten, acht 30,5-, sechzehn 10,2-cm-Schnelladekanonen, zwei 53-cm-Breitseiten-Torpedorohre), »Invincible«, »Inflexible« (1907, 20300 t, 26,6 Knoten, acht 30,5-, sechzehn 10,2-cm-Schnelladekanonen, fünf Torpedorohre); den fünf Panzerkreuzern »Euryalus«, »Creſſy«, »Hogue«, »Aboukir«, »Bacchante« (1899—1901, 12200 t, 22 Knoten, zwei 23,4-, zwölf 15,2-, zwölf 7,6-, drei 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre); acht geschützten Kreuzern »Birmingham«, »Lowestoft« (1913, 5530 t, 25,5 Knoten, neun 15,2-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 53-cm-Torpedorohre), »Arethusa« (1913, 3600 t, 29 Knoten, zwei 15,2-, sechs 10,2-cm-Schnelladekanonen, vier 53-cm-Torpedorohre), »Southampton« (1912, 5500 t, 25,5 Knoten, acht 15,2-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 53-cm-Doppel-Torpedorohre), »Fearleß« (1912, 3500 t, 26 Knoten, zehn 10,2-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 53-cm-Breitseiten-Torpedorohre), »Falmouth« (1910, 5300 t, 27 Knoten, acht 15,2-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 53-cm-Breitseiten-Torpedorohre), »Liverpool« (1909, 4900 t, 26,2 Knoten, zwei 15,2-, zehn 10,2-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Breitseiten-Torpedorohre), »Amethyst« (1905, 3050 t, 23,6 Knoten, zwölf 10,2-, acht 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Doppel-Torpedorohre), 20 Zerstörern der »L«-Klasse (1913, 950 t, 31—32 Knoten, drei 10,2-cm-Schnelladekanonen, zwei 53-cm-Doppeltorpedorohre), 11 Zerstörern ungefähr gleicher Größe und Bewaffnung sowie allen verwendbaren Tauchbooten, deren Namen und Zahl nicht feststeht. Diesen Unterseebooten war — nach englischen Berichten — die Hauptrolle zugedacht. Ebenso war danach beabsichtigt, neben der Vernichtung der deutschen Vorpostenstellung, die deutsche Hochseeflotte herauszulocken, die dann den in der innern Deutschen Bucht zu beiden Seiten der Rückzugstraße aufgestellten britischen U-Booten vor die Torpedoabgangsrohre laufen sollte. Ihre hohe Geschwindigkeit würde, so erwartete man, die britischen Seestreitkräfte in den Stand setzen, überlegenen Kräften auszuweichen zu können.

Über den Verlauf dieses Vorstoßes ist es zur Zeit (Herbst 1916) noch nicht möglich, eine wahrheitsgetreue Darstellung zu geben, weshalb wir uns auf einige wenige, aber zuverlässige Feststellungen beschränken. Der Angriff der britischen Geschwader und Flottillen erfolgte bei nebligem Wetter aus nordwestlicher Richtung von Helgoland (nicht aus Südwesten und von den Ostfriesischen Inseln her). Der Stoß der voranfahrenden Zerstörer traf auf das etwa 20 Seemeilen nordwestlich Helgoland liegende deutsche Torpedoboot »V 187«, auf dem sich der Flottillenchef befand. Dasselbe alarmierte die Vorposten und ist dann nach heldenmütigem Kampfe der erdrückenden feindlichen Übermacht erlegen und gesunken. In den sich entspinnenden Kampf der Torpedofahrzeuge, der sich in der Richtung auf Helgoland zu anspann, griff eine Anzahl deutscher Kleiner Kreuzer ein. Außer den nach Westen jagenden »Cöln«, »Mainz« und »Ariadne« haben aber auch noch andere sehr erfolgreich gefochten. Es werden da genannt »Straßburg«, »Stettin«, »Danzig« und »Frauenlob«. Dem britischen Kreuzer »Arethusa« wurden von seinen acht Geschützen sieben außer Gefecht gesetzt, so daß er schwer bedrängt die Hilfe der schweren Schlachtkreuzer anrief. Das Gefecht stand hier sehr günstig für die deutschen Schiffe. Erst das Erscheinen der Kreuzer »Southampton«, »Lowestoft«, »Falmouth«, »Birmingham«, »Liverpool« und das Eingreifen der Schlachtkreuzer, die alle überraschend aus dem Nebel auftauchten, führte zur Vernichtung von »Mainz« und »Cöln« sowie der schweren Beschädigung der »Ariadne«, die nach Abdrängung der britischen Geschwader nach Westen schließlich ebenfalls sank.

Trotz ihrer erdrückenden Übermacht hatten auch die Briten ernstlich gelitten. Drei Schiffe mußten geschleppt werden. »Arethusa« war artilleristisch niedergekämpft, eine ihrer Turbinen, die Dynamomaschinen betriebsunfähig, Schornsteine und Kommandobrücke vielfach beschädigt; von den Zerstörern waren »Liberty«, »Laurel«, »Laertes« stark zerschossen und hatten große blutige Verluste; »Goshawk«, »Druid«, »Phönix«, »Fearleß« und »Amethyst« hatten gelitten. Kein britisches Fahrzeug ist so weit östlich gelangt, daß es bei klarem Wetter Helgoland hätte sichten können, keines ist in der Nähe von Wangeroog oder Spiekeroog gewesen, keines über die Linie Helgoland—Norderney Feuerschiff hinaus östlich gelangt.

Daß der englische Angriff den Deutschen drei kleine Kreuzer und ein Torpedoboot kostete (und damit menschlich für uns schmerzliche, strategisch aber bedeutungslose Erfolge zeitigte), erklärt sich mit dem nebligen Wetter, das es den deutschen Seestreitkräften unmöglich machte, die Stärke der angesetzten feindlichen Geschwader zu erkennen. So hat das aus dem Drange »Ran an den Feind« geborne Vorstürmen einzelner Schiffe und ihr unerwartetes Aufprallen auf die schweren Schlachtkreuzer zu den Verlusten geführt. Der nach englischen Quellen dem Vorstoß zugrunde liegende Gedanke aber, die hochwertigen schweren deutschen Schiffe den britischen Tauchbooten vor die Rohre zu locken, scheiterte. Wenn die Briten außerdem gehofft hatten, die in der deutschen Flotte vorhandene kampfesfreudige Stimmung herabzudrücken, so trat das Gegenteil ein; das Selbstvertrauen und die Kampfesfreudigkeit sind nur noch gewachsen.

Die Verseuchung der Gewässer um die Großbritannischen Inseln mit Minen nahm ihren Fortgang; und sehr viele Schiffe sind die Opfer der von den



Shetland-Inseln
Orkney I.
Hebriden
Little Minch
Flannan I.
St Kilda
Barra
Coll
Tiree
Mull
Colonsay
Islay
Aberdeen
Peterhead
Long Forties (Lange Vierzig)
Dundee
Perth
Firth of Forth
Glasgow
Edinburgh
Berwick
Moray Firth
Cromarty
Newcastle
Shields
Stockton
Sunderland
Barrow
Irische See
Anglesey
Holyhead
Liverpool
Manchester
Preston
Southport
Blackpool
Sheffield
Nottingham
Hull
Birmingham
Norfolk
Suffolk
Norwich
Cambridge
Colchester
London
Bristol
Bristol Kanal
Cardigan B.
Carnsore
Bath
Bridgwater
Southampton
Portsmouth
Brighton
Wight
Plymouth
Dartmouth
Lyme B.
Landsend
Englischer Kanal (La Manche)
Kanal
Guernesey
Normannische I.
Le Havre
Rouen
Dieppe
Boulogne
Belfast
Lough Neagh
Londonderry
Donegal
Donegal B.
Dundalk
Dundalk B.
Drogheda
Dublin
Wicklow
Arklow
Galway
L. Mask
L. Corrib
L. Derg
Limerick
Kilkenny
Waterford
Cork
Cork Harbour
Kenmare
Tralee
Killarney
Bibliographisches


DIE NORDSEE.
Maßstab 1:6000000
Kilometer
Tiefen in Metern:
0-20
20-40
40-100
100-200
über 200
Wichtige Leuchtfeuer
NORWEGEN
SCHWEDEN
Skagerrak
Kattegat
JÜTLAND
DEUTSCHE BUCHT
DEUTSCHES REICH
Seeland
Fünen
Bornholm
Rügen
Kristiania
Göteborg
Kopenhagen
Hamburg
Bremen
Berlin
Magdeburg
Amsterdam
Brüssel
Lille
Trier
Aachen
Köln
Barmen
Dortmund
Münster
Bielefeld
Hannover
Braunschweig
Halle
Leipzig
Dresden
Chemnitz
Erfurt
Kassel
Kiel
Lübeck
Rostock
Stettin
Wismar
Schwerin
Altona
Harburg
Stendal
Gr. Fischer Bank
Weisse Bank
Jütland Bank
Koblenz
Reims
Laon
Gent
Lüttich
Namur
Charleroi
Roubaix
Malmö
Helsingborg
Trelleborg
Stralsund
Greifswald
Wittenberg
Hildesheim
Göttingen
Nordhausen
Hameln
Emden
Leer
Oldenburg
Osnabrück
Arnhem
Utrecht
Haag
Rotterdam
Antwerpen
Brügge
Maubeuge
Sedan
Luxemburg
Longwy
Jönköping
Halmstad
Trollhättan
Anholt
Läsö
Falster
Möen
Fehmarn
Lolland
Institut, Leipzig.

deutschen Schiffen ausgelegten Streuminen geworden, darunter auch ein Großkampfschiff.

Am 5. September 1914 kreuzte die 8. britische Zerstörerflottille, geleitet von dem Kleinen Kreuzer »Pathfinder« (1904, 3000 t, 25,3 Knoten, neun 10,2-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Doppeltorpedorohre, 270 Mann Besatzung) bei schönem Wetter vor dem Firth of Forth, als nachmittags der Kreuzer von einem Torpedo des Tauchbootes »U 21« getroffen wurde. Der Fockmast, der vordere Schornstein, die oberen drei Viertel des mittleren stürzten zusammen. Das Schiff sank so schnell, daß nur etwa 50 Mann der Besatzung von den Zerstörern »Star« und »Expreß« gerettet werden konnten, da die nächsten Zerstörer 20—24 Seemeilen entfernt waren. Nach den amtlichen englischen Angaben betrug der Verlust 4 Tote, 13 Verwundete und 243 »Vermißte«.

Am 13. September vormittags wurde der älteste und kleinste deutsche Kreuzer »Hela« (1895, 2040 t, 19,5 Knoten, vier 8-, sechs 5-cm-Schnelladekanonen, drei Torpedorohre), der 6 Seemeilen südlich von Helgoland auf Vorposten lag, durch das britische U-Boot »E 9« torpediert. Obgleich das Schiff schnell sank, gelang es den zu Hilfe eilenden deutschen Schiffen doch, die Besatzung bis auf vier Mann zu retten, die wahrscheinlich im Innern des Kreuzers nahe der Explosionsstelle vom Tode ereilt worden sind.

Und dann kam der große Erfolg des Kapitänleutnants Weddigen! Der Brief eines Teilnehmers der Fahrt des deutschen Tauchboots »U 9« berichtet darüber dem Sinne nach folgendermaßen: Am 20. September 1914 verließ das deutsche Tauchboot »U 9« Helgoland zu einer Kreuzfahrt nach der nordöstlichen Mündung des Kanals. Am 22. früh wurden die drei britischen Panzerkreuzer »Aboukir«, »Cressy« und »Hogue« gesichtet, die schon in dem Gefecht bei Helgoland mitgewirkt hatten. Weddigen ließ das erste Schiff vorüberfahren und gab auf das zweite einen Torpedoschuß ab, der es binnen einer Viertelstunde sinken ließ. Das erste Schiff eilte — wohl in der Annahme, daß es sich um eine Minenexplosion handle — zu Hilfe und konnte ebenfalls mit dem Ergebnis beschossen werden, daß es nach vier Minuten sank. Auch das dritte Schiff war herangekommen und erhielt einen Treffer. Da es aber durch denselben nicht sank, so wurde ein weiterer Torpedo abgefeuert, worauf es kenterte und unterging. Zwei in der Nähe befindliche holländische Fischer nahmen das Rettungswerk auf, während »U 9« erst unter Wasser, später an der Oberfläche die Heimfahrt antrat. Um 11 Uhr wurde bemerkt, daß britische Zerstörer die Verfolgung aufgenommen hatten, denen sich das Boot durch Tauchen entzog. Als es nach einiger Zeit wieder auftauchte, war von den Verfolgern nichts mehr zu sehen. Die Besatzung der drei vernichteten Schiffe betrug im ganzen 2265 Köpfe, und der Verlust an Menschenleben war naturgemäß ein sehr bedeutender, nämlich 1460 Mann.

Am 22. September strandete der 17600 t große britische Hilfskreuzer »Oceanic«, einer der »Windhunde des Meeres«, an der schottischen Küste.

Am 6. Oktober wurde von demselben englischen U-Boot, das die »Hela« versenkt hatte, das Torpedoboot »S 116« (1902, 420 t, 26 Knoten, drei 5-cm-Schnelladekanonen, drei 45-cm-Doppeltorpedorohre) vor der Ems torpediert.

Am 15. Oktober wurden die britischen Kreuzer »Hawke« (1891, 19,5 Knoten, 7820 t, zwei 23,4-, zehn 15,2-, zwölf 5,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre, 550 Mann Besatzung) und dessen Schwesterschiff »Theseus« durch ein U-Boot angegriffen, als sie sich auf der nördlichen Absperrungslinie befanden. Während es »Theseus« gelang, zu entkommen, wurde »Hawke« mittschiffs getroffen und sank innerhalb weniger Minuten. Der erfolgreiche Schuß war wieder von »U 9« abgegeben worden. Auch hier war der Verlust an Menschenleben groß, da »Theseus« schleunigst abgedampft war und sich nur 50 Mann retten konnten.

Am 17. Oktober wurde eine Halbflottille deutscher Torpedoboote, bestehend aus den Booten »S 115«, »S 117«, »S 118« und »S 119«, Schwesterbooten von »S 116«, auf der Fahrt nach Westen durch den britischen Kleinen Kreuzer »Undaunted« (1914, 3600 t, 29 Knoten, zwei 15,2-, sechs 10,2-cm-Schnelladekanonen, vier 53-cm-Doppeltorpedorohre), die Zerstörer »Lance«, »Legion«, »Lennox« und »Loyal« (1913/14, 950 t, 31/32 Knoten, drei 10,2-cm-Schnelladekanonen, zwei Doppeltorpedorohre) angegriffen. Die Torpedoboote drehten, als sie ihre Gegner auf 4—5 Seemeilen sichteten, auf diese zu, wobei sie deren Feuer lebhaft erwiderten. Da hier aber zwei 15,2- und fünfzehn 10,2-cm-Schnelladekanonen mit einem Geschoßgewicht von 300,6 kg gegen zwölf 5-cm-Schnelladekanonen mit 36 kg Geschoßgewicht kämpften, so konnte das Ergebnis nicht zweifelhaft sein. Auch die Verwendung des Torpedos seitens der Torpedoboote kam nicht in Frage, weil sich die Gegner dank ihrer überlegenen Geschwindigkeit diesen unschwer entziehen konnten. Nach einem 1½ Stunde währenden Gefecht waren die deutschen Boote zum Sinken gebracht, und die Engländer retteten, obgleich die Witterungsverhältnisse das Bergen der Ertrinkenden begünstigten, nur 31 von den an Bord gewesenen 240 Mann.

Der »Undaunted« gelang es, am 17. Oktober das deutsche Hospitalschiff »Ophelia« aufzubringen, das ausgelaufen war, um den Booten Hilfe zu bringen. Die durch das Genfer Kreuz gekennzeichnete Besatzung, durchweg Ärzte, Pfleger und Zivilseeleute, wurden bei ihrer Ausschiffung in Gravesend aufs empörendste beschimpft. Vielleicht erklärt sich das damit, daß ausgesprengt worden war, das deutsche Schiff sei offenbar ein Streuminendampfer, der vor Yarmouth — tatsächlich wurde er an der holländischen Küste beschlagnahmt — unter verdächtigen Umständen abgefaßt sei. Die britische Admiralität gab am 4. November bekannt: »Die Admiralität teilt mit, daß das deutsche Schiff ‚Ophelia‘, das die Rote-Kreuz-Flagge führte, festgehalten wurde, weil sein Name der britischen Regierung als Hospitalschiff nicht bekanntgegeben worden war und weil es, als es angetroffen wurde, in einer Art und Weise auftrat, die mit den Pflichten eines Hospitalschiffes nicht in Einklang zu bringen ist.« Damals regierte Mr. Churchill die britische Marine, und während seiner ganzen Amtszeit hat er Behauptungen aufgestellt, die mit den Tatsachen so häufig in Widerspruch standen, daß es nicht wundernehmen kann, wenn auch hier den Tatsachen Gewalt angetan wurde. Das deutsche Auswärtige Amt hatte durch Vermittlung der amerikanischen Regierung den feindlichen Regierungen die Namen einiger damals ausgerüsteter Hospitalschiffe, unter denen sich auch der der »Ophelia« befand, bekanntgeben lassen, und das Staatsdepartement in Washington hat sich dieses Auftrags nach einer in

Berlin am 7. September eingegangenen Mitteilung auch entledigt. Daß sich auf deutschen Hospitalschiffen keine Minen befanden, bedarf kaum einer Versicherung.

Die Blockade der Mittelmächte. England wollte die geographische Lage und seine gewaltige Flotte dazu benutzen, um die Mittelmächte vom Weltverkehr abzusperren; nicht allein im Interesse seines Handels, sondern auch um jede Zufuhr von außerhalb zu unterbinden. Durch Mangel an Rohstoffen, die für die Herstellung von Kriegsbedarf nötig waren, durch Aushungerung von 120 Millionen Menschen sollten Deutschland und die Doppelmonarchie zur Unterwerfung gezwungen werden. Allerdings setzte das voraus, daß die neutralen, an diese beiden Reiche grenzenden Staaten — Rumänien, Holland, Italien, Schweiz und Skandinavien — diese Sperre unterstützten. Um das zu erreichen, scheute man vor Druckmitteln nicht zurück, die allem Völkerrecht Hohn sprachen. Hierzu gehörte die Verweigerung von Kohlen, während den Schiffen der Neutralen unter Bedrohung mit Beschlagnahme auch nicht gestattet wurde, sich mit diesen aus Deutschland zu versorgen; das Verlangen, den Verkehr zwischen den Neutralen und den Mittelmächten durch britische Beamte zu kontrollieren; schärfste Überwachung ihrer Schiffahrt, ja sogar des Briefverkehrs, der von neutralen Schiffen von einem neutralen Hafen nach einem anderen neutralen Hafen vermittelt wurde. Es war eine Vergewaltigung, wie sie die Weltgeschichte niemals gesehen hatte. Und in der Tat ist hierdurch und durch Schikanen aller Art gegen Widerspenstige erreicht worden, daß die Absperrung der Mittelmächte immer wirksamer wurde. Zunächst aber genügten die in ihnen vorhandenen Vorräte, um diesen Plan scheitern zu lassen; und die über Erwarten große Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft, die Anpassungsfähigkeit der Industrie, das Organisationstalent der Behörden, die Geduld und der Opfermut der Bevölkerung und der sehr hohe Stand der deutschen chemischen Wissenschaft hatten zur Folge, daß man in den abgesperrten Ländern auch ohne Zufuhr durchzuhalten imstande war. Es lag aber nahe, diese empörende Politik Englands mit Vergeltungsmaßregeln zu beantworten, und wenn es auch nicht möglich war, England regelrecht zu blockieren, so doch die Zufuhr dorthin möglichst zu erschweren. Das versprach um so eher Erfolg, als kein anderes Volk in gleicher Weise auf Einfuhren angewiesen ist wie gerade England. Wurden die Briten aber durch eine Teilabsperrung kriegsmüde gemacht, so bedeutete das einen Zerfall der ganzen Koalition, deren gemeinsames Ziel die Vernichtung Deutschlands und Österreich-Ungarns war. Aus diesem Gedanken heraus ist der U-Krieg geboren worden, die planmäßige Verwendung des Tauchboots für den Handelskrieg.

Mit den Absperrungsplänen Englands gegen die Mittelmächte stand es im Zusammenhang, daß Anfang Oktober eine ausgedehnte Minensperre durch britische Minenleger am nordöstlichen Ausgange des Kanals entstand. Nur dicht unter der englischen Küste blieb eine Fahrrinne frei. Vielleicht lag es daran, daß das moderne Minenmaterial weder in Großbritannien noch in Frankreich ausreichte und infolgedessen ohne Bedenken auf älteres zurückgegriffen werden mußte, wenn sehr viele dieser Minen vertrieben und die umliegenden Gewässer gefährdeten. Das hinderte die britische Regierung nicht, für die daraus entstandenen Katastrophen die deutsche Marine in unverfrorner Weise verantwortlich zu machen, obgleich die Tatsache, daß von den an der norwegischen, der dänischen, der holländischen Küste angetriebenen scharfen Minen 75 Proz. englischen, 25 französischen Ursprungs waren — die deutschen werden, wenn sie von ihrer Ankerstelle vertreiben, automatisch entschärft —, eine nicht wegzuleugnende Sprache redete. Der praktische Zweck, den England mit der großen Minensperre und den wohlmeinenden, an die Neutralen gerichteten Warnungen verfolgte, war eine Erleichterung der Kontrolle der Schiffahrt. Den Neutralen wurde gesagt, daß es sich um ihrer Sicherheit willen empfehle, ihre Schiffe bei der Fahrt in den Atlantik oder aus diesem nach der Nordsee durch den Kanal, nicht oben um Schottland herum gehen zu lassen. Konnte doch auf der Enge bei Dover durch wenige Schiffe eine zuverlässige Überwachung ausgeübt werden, während die etwa 240 Seemeilen lange Strecke Schottland–Norwegen nur durch eine sehr große Anzahl von Wachtschiffen und nie in durchaus zuverlässiger Weise zu beaufsichtigen war.

Um zu verhindern, daß sich Schiffe nachts der englischen Küste nähern, wurden die Leuchtfeuer gelöscht, ein Teil der Häfen für den Verkehr geschlossen, alle Plätze an der Ostküste wurden als »befestigte« erklärt und Batterien in ihrer Nähe erbaut. Das hinderte nicht, über barbarische deutsche Kriegführung zu zetern, als später dieselben befestigten Orte beschossen wurden. Den neutralen Fischern wurde das Fischen in der Nordsee verboten und ihnen empfohlen, ihr Gewerbe an der Westküste Englands auszuüben. Wenn auch die englischen Fischer in gleicher Weise behandelt wurden, so geschah das, um sie zu veranlassen, in die Kriegsmarine einzutreten oder sich in den Dienst des Minensuchens zu stellen. Dadurch sank die Zahl der Fischerfahrzeuge, die früher in Lowestoft-Yarmouth gelegen hatten, von 2000 auf 500. Daß darunter die Fischerei litt, ist einleuchtend, und da der Seeverkehr der englischen und neutralen Schiffahrt von der Ostküste nach der Westküste verlegt wurde, häuften sich hier Schiffe und Waren an; es traten große Verzögerungen beim Löschen und Laden ein, da die Einrichtungen für den größeren Verkehr nicht ausreichten. Die Folge waren Preissteigerungen und Verkehrsstockungen, die sich noch steigerten, als die deutschen U-Boote ihre Tätigkeit auch dorthin ausdehnten.

* * *

Aber auch für die Kriegsschiffe, die gegen die an der flandrischen Küste errichteten Strandbatterien vorgingen, wurden die in den Kanal eingedrungenen U-Boote sehr unbequem. So wurde, wie hier vorgreifend bemerkt werde, am 31. Oktober um 8 Uhr morgens der von Dünkirchen zurückkehrende Kreuzer »Hermes« (1898, 5700 t, 20 Knoten, elf 15,2-, acht 7,6-, eine 4,7-cm-Schnelladekanone, zwei 45-cm-Torpedorohre), der als Flugzeugmutterschiff verwendet worden war, bei Dover durch ein U-Boot versenkt. Der größte Teil der 480 Köpfe starken Besatzung wurde gerettet. Am 11. November ereilte das Torpedokanonenboot »Niger« (1892, 820 t, 22 Knoten, zwei 12-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, vier 35-cm-Torpedorohre) ein gleiches Schicksal fast an derselben Stelle.

Am 18. Oktober wurde das britische Tauchboot »E 3« versenkt.

Das zweite, aus Großkampfschiffen bestehende britische Linienschiffsgeschwader war am 27. Oktober von Lough Swilly an der Nordküste Irlands ausgelaufen, um Übungen abzuhalten. Es geriet in eine

Minensperre, in der »Audacious« so schwer beschädigt wurde, daß er manövrierunfähig wurde. Da die anderen Schiffe infolge der Bestimmung der Admiralität, daß in ähnlichen Fällen die nicht beschädigten Fahrzeuge sich schleunigst zu entfernen hätten — eine Folge der Vernichtung der drei Panzerkreuzer durch »U 9« —, abgedampft waren und nur den Kleinen Kreuzer »Liverpool« zur Hilfeleistung zurückgelassen hatten, der infolge des hohen Seeganges nichts tun konnte, so war es ein glücklicher Zufall, der den Schnelldampfer »Olympic« an die Unfallstelle führte. Mit seiner Hilfe gelang es, die Besatzung zu bergen; das Wrack wurde gesprengt und sank.

Am 3. November 1914 erschienen Große und Kleine deutsche Kreuzer um 8 Uhr morgens vor Yarmouth, vertrieben die vor dem Hafen liegenden Wachtschiffe und beschossen die Küstenbatterien. Das Torpedokanonenboot »Halcyon« (1894, 1080 t, 18,5 Knoten, zwei 12-, vier 5,7-cm-Schnelladekanonen, fünf 45-cm-Torpedorohre) wurde getroffen. Nachdem die Batterien zum Schweigen gebracht waren, wurde die Rückfahrt angetreten. Das gegen die Schiffe vorstoßende U-Boot »D 5« geriet auf eine Mine und sank; dasselbe Schicksal ereilte zwei Minensucher. Als die deutschen Kreuzer bei dichtem Nebel unbeschädigt vor der Jade eintrafen, wollte der Panzerkreuzer »York« einlaufen, geriet auf eine Mine und sank. Ein beträchtlicher Teil der Besatzung fand dabei den Tod.

Um diese Zeit erklärte die britische Admiralität die Nordsee als Kriegsgebiet. Es wurde verfügt, daß vom 5. November ab alle Schiffe, die eine Linie passierten, die vom Norden der Hebriden durch die Färöer nach Island lief, auf eigenes Risiko führen, falls sie sich nicht nach den Vorschriften der britischen Admiralität richteten. Daran schloß sich die schon erwähnte Empfehlung des Weges durch den Kanal.

Die Kriegführung deutscher Tauchboote. Die deutschen U-Boote hatten den Kreuzerkrieg aufgenommen, als sich die britischen Kriegsschiffe immer seltener zeigten. Sie forderten durch Signal und Kanonenschuß die Kauffahrer zum Beidrehen auf, untersuchten sie und verfuhren dann mit ihnen entsprechend den Verhältnissen. Diese gestatteten nur in Ausnahmefällen, beschlagnahmte Schiffe in einen deutschen Hafen zu bringen; und so mußten die englischen oder die mit Bannware beladenen neutralen Schiffe versenkt werden. Es wurde dabei mit möglichster Schonung verfahren, den Besatzungen Zeit gegeben, um mit ihrer Habe die Boote zu besteigen; diese wurden dann, wo dies irgend angängig war, in Schlepp genommen und in der Nähe eines Hafens oder eines neutralen Schiffes entlassen. Schon Conan Doyle, der beliebte Detektivschriftsteller, hatte einige Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges ein Buch veröffentlicht, in dem er auf die Bedeutung der U-Boote hingewiesen hatte. Und es schien, daß er als Prophet gesprochen hatte. Ganz ähnlich, wie seine Phantasie das vorhergeschaut hatte, so tauchten die deutschen U-Boote in den westlichen Gewässern um England und im Kanal auf und »verpesteten« sie. Die deutschen Seeoffiziere sind immer sehr höflich und rücksichtsvoll gewesen; das wird auch englischerseits zugegeben. Doch hinderte das nicht, daß die englisch-französische Presse die schamlosesten Lügen über die U-Boote und ihr Vorgehen verbreitete, Lügen, die in dem Maße immer gröber wurden, als die Gegenmaßregeln sich als erfolglos erwiesen. Nur ganz ausnahmsweise haben die britischen Zerstörer, die gegen die Boote eingesetzt wurden, etwas ausrichten können. »U 21« entkam ihnen am 25. November und versenkte am 26. bei Kap Antifer den englischen Dampfer »Primo«, dessen Mannschaft gerettet wurde. Dagegen wurde am 23. November 1914 an der schottischen Küste das auftauchende »U 18« durch einen britischen Zerstörer angerannt und versenkt. 3 Offiziere, 23 Mann wurden gefangengenommen, ein Mann ertrank.

Am 25. November 1914 flog im Hafen von Sheerneß das britische Linienschiff »Bulwark« (1899, 15250 t, 18 Knoten, vier 30,5-, zwölf 15,2-, sechzehn 7,6-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, vier 45-cm-Torpedorohre, 750 Mann Besatzung) in die Luft, wahrscheinlich infolge Selbstentzündung der Munition. Es sank drei Minuten nach der Detonation. Nur 12 Mann der Besatzung entgingen dem Tode dadurch, daß sie sich gerade an Land befanden.

Am 16. Dezember erfolgte bei unsichtigem Wetter ein zweiter Vorstoß deutscher Schiffe gegen die englische Ostküste. Scarborough und Hartlepool wurden beschossen, nachdem der Angriff von vier englischen Zerstörern abgewiesen worden war. Einer derselben wurde durch Artillerie versenkt, ein zweiter ernstlich beschädigt. Um 8 Uhr morgens wurde das Feuer gegen Land eröffnet, das alsbald erwidert wurde. Die deutschen Schiffe trugen nur ganz unbedeutende Beschädigungen davon. In Hartlepool wurde der große Gasometer zerstört, nachdem die Batterien zum Schweigen gebracht waren, in Scarborough und Whitby die Küstenwacht- und Signalstationen, in ersterem Orte auch das Wasserwerk. Ohne daß sich weitere feindliche Schiffe gezeigt hätten, kehrten die Deutschen heim.

Die Antwort auf diesen Besuch bestand in einem englischen Fliegerangriff auf Cuxhaven am 25. Dezember. Kreuzer, Zerstörer und Flugzeugmutterschiffe geleiteten 9 Wasserflugzeuge, die auf die Küstenwerke und Kriegsschiffe Bomben abwarfen, ohne Treffer zu erzielen. Vier Flugzeuge wurden abgeschossen, der Kreuzer »Arethusa« wurde durch Fliegerbomben beschädigt; auf einem andern Schiffe brach ein Schadenfeuer aus, zwei Zerstörer wurden beschädigt.

In der Neujahrsnacht 1915 fuhr ein britisches Linienschiffsgeschwader im Kanal westlich. Es wehte stark und lief hohe See, als bei Plymouth das Schwesterschiff der »Bulwark«, das Linienschiff »Formidable«, zwei Torpedotreffer von einem deutschen U-Boot erhielt. Das Schiff ist erst zwei Stunden später gesunken; die ungünstigen Wetterverhältnisse hatten aber zur Folge, daß nur ein Viertel der Besatzung vom Kreuzer »Topaze« gerettet werden konnte, denn die anderen großen Schiffe waren in Gemäßheit der Admiralitätsverfügungen davongedampft, die anordnete, daß in solchem Falle die nicht angegriffenen Schiffe schleunigst fortzudampfen hätten. In der Nacht vom 18. zum 19. Januar griffen Luftschiffe Sheringham-Cromer und Yarmouth an.

Die Schlacht an der Doggerbank. Am 24. Januar 1915 steuerte ein deutsches Kreuzergeschwader südlich der Doggerbank nordwestlich. Es bestand aus den Schlachtkreuzern »Seydlitz«, »Moltke« und »Derfflinger«, dem Panzerkreuzer »Blücher«, den Kleinen Kreuzern »Rostock«, »Graudenz«, »Kolberg« und »Stralsund« sowie zwei Torpedobootsflottillen (20 Booten). Die Kleinen Kreuzer fuhren in breiter Front auseinandergezogen weit voran zur Aufklärung, dahinter die großen Schiffe in Kiellinie, bei ihnen die

Torpedoboote. Die Aufgabe des Geschwaders war, die Doggerbank gründlich von den englischen Fischerfahrzeugen zu säubern, die unter der Maske des Fischfangs Wachtdienst für die britische Flotte taten. Selbstverständlich sollten etwa angetroffene feindliche leichte Streitkräfte, wenn möglich, vernichtet werden. Der Wind wehte leicht aus Nordost; es war außergewöhnlich sichtig, die See ruhig. Kurz nach 8 Uhr morgens meldete die Vorhut voraus einen Kleinen britischen Kreuzer mit einer Zerstörerflottille, in Westsüdwest und Nordnordwest große Rauchwolken. Das ließ auf eine weit überlegene große Flottenabteilung schließen, und deshalb schwenkte der deutsche Admiral auf Kurs Südost. Die Kleinen Kreuzer und die Torpedoboote wurden an die Spitze der Linie gerufen.

Der Kleine Kreuzer »Kolberg« befand sich mit einem britischen Kleinen Kreuzer im Gefecht und hatte denselben mehrfach getroffen, auch wohl ernstlich beschädigt, denn er drehte ab. Als »Kolberg«, dem Befehl seines Geschwaderchefs folgend, das Feuer einstellte, hatte er zwei Treffer ohne Bedeutung im Aufbau des Bugs und zwei Tote.

Aus der Rauchwand im Westen lösten sich 5 englische Schlachtkreuzer, 7 Kleine Kreuzer und 26 große Zerstörer, die schnell näher kamen. Hinter ihnen waren mindestens 8 große Schiffe auszumachen. Während rechts hinter der deutschen Ordnung die 5 Schlachtkreuzer als »Lion« — mit der Flagge des Admiral Beatty, der auch in der Schlacht bei Helgoland geführt hatte —, »Tiger«, »Princeß Royal«, »New Zealand« und »Indomitable« festgestellt werden konnten, die mit großer Fahrt näher kamen, nahmen links hinter den Deutschen die Kleinen Kreuzer Stellung. Die Lage war also folgende: voran die deutschen Kreuzer in Kiellinie, links vorn neben den Kleinen Kreuzern die Torpedoboote mit einem Kurse, der auf die Deutsche Bucht, auf etwaige Verstärkungen, auf das etwa 200 Seemeilen entfernte Helgoland mit seinen Geschützen und Sperren zuführte, und mit einer Geschwindigkeit von etwa 20 Knoten. Rechts hinter den Deutschen auf einem parallelen Kurse, der auf etwa 20 km vorbeiführte, die fünf Schlachtkreuzer, die schnell aufkamen. Die britischen Linienschiffe konnten nicht Schritt halten und blieben zurück, die leichten britischen Kreuzer hielten sich links hinter der deutschen Ordnung, von den Zerstörern ein Teil rückwärts gestaffelt zwischen den deutschen und britischen Schlachtkreuzern, der andere bei den britischen Kleinen Kreuzern.

Über die Stärke der beteiligten Schiffe gibt die untenstehende Tabelle Auskunft. Da die Schlacht hauptsächlich mit der Artillerie ausgefochten wurde, ist für die Offensivkraft derselben ihr Breitseitgewicht ausschlaggebend, d. h. das Gewicht der Geschosse, die die Geschütze, die ins Gefecht gebracht werden konnten, beim einmaligen Abfeuern verschießen. Die Tabelle läßt erkennen, daß diese Offensivkraft auf deutscher Seite durch ein Breitseitgewicht von 10120 kg, auf britischer durch ein solches von 21408 kg zu bewerten ist. Wenn danach also die britischen Schiffe einerseits artilleristisch mehr als doppelt so stark waren, so waren sie anderseits weniger gut gepanzert.

Um 9¼ Uhr eröffnete »Blücher« das Feuer gegen die feindlichen Kleinen Kreuzer und Zerstörer. Einer der Kreuzer wurde getroffen und drehte ab. Es darf zur Ehre seines Kommandanten angenommen werden, daß er das nur getan hat, weil er sein Schiff ernstlich beschädigt sah. Einer der Zerstörer versank nach einer Explosion.

Gegen 10 Uhr eröffnete »Lion« das Feuer gegen »Blücher« auf über 20 km. Da die Geschosse das Ziel nicht erreichten, so stellte der Brite das Feuer wieder ein. Erst 12 Minuten später schlägt sein erster Treffer ein. Die hohe Geschwindigkeit der drei vordersten Briten läßt »New Zealand« und »Indomitable« langsam zurückbleiben. Auch die deutschen »Großen« nehmen nun das Feuer auf. Gegen 10½ Uhr stürzt auf »Lion« ein Mast, um 11 Uhr ein Schornstein. Das Einschlagen weiterer Geschosse kann zweifelsfrei beobachtet werden, obgleich die zwischen den Linien hinstreichenden Rauchschwaden

Name der an der Doggerbankschlacht beteiligten Schiffe	Größe in Tonnen	Höchstgeschwindigkeit	Bewaffnung	Panzerung in Millimetern				Breitseitgewicht in kg
				Wasser-Linie	Deck	Schwere Artillerie	Mittlere Artillerie	
Deutsche Schiffe:								
Derfflinger	26600	?	8 (8) 30,5 cm, 12 (6) 15 cm	?	?	?	?	3120
Seydlitz	25000	26,5	10 (10) 28 cm, 12 (6) 15 cm	280	?	?	?	3000
Moltke	23000	28,4	10 (10) 18 cm, 12 (6) 25 cm	250	?	?	?	3000
Blücher	15800	25,5	12 (8) 21 cm, 8 (4) 15 cm	180	?	?	?	1000
Graudenz	?	?	?	?	?	?	?	—
Rostock	4900	27,3	12 (6) 10,5 cm	100/60	50/20	—	—	—
Stralsund	4550	28,3	12 (6) 10,5 cm	100/60	50/20	—	—	—
Kolberg	4350	26,3	12 (6) 10,5 cm	—	50/20	—	—	—
20 Torpedoboote von je etwa	570	32,0	2 8,8 cm	—	—	—	—	—
							Zusammen:	10120
Britische Schiffe:								
Tiger	30000	30,0	8 (8) 34,3 cm, 12 (6) 15,2 cm	229	76/25	305	51	5080
Lion	30000	28,5	8 (8) 34,3 cm, 16 (8) 10,2 cm	229	76/25	305	51	5080
Princeß Royal	30000	30,0	8 (8) 34,3 cm, 16 (8) 10,2 cm	229	76/25	305	51	5080
New Zealand	19100	26,4	8 (8) 30,5 cm, 16 (8) 10,2 cm	203	76/25	254	—	3084
Indomitable	20300	26,1	8 (8) 30,5 cm, 16 (8) 10,2 cm	178	76/25	254	—	3084
Southampton	5530	25,5	8 (5) 15,2 cm	76	21	—	—	—
Nottingham	5530	25,5	8 (5) 15,2 cm	76	51	—	—	—
Birmingham	5530	25,5	8 (5) 15,2 cm	76	51	—	—	—
Lowestoft	5530	25,5	8 (5) 15,2 cm	76	51	—	—	—
Arethusa	3600	29,0	2 (2) 15,2 cm, 6 (3) 10,2 cm	76	51	—	—	—
Aurora	3600	29,0	2 (2) 15,2 cm, 6 (3) 10,2 cm	76	51	—	—	—
Undaunted	3600	29,0	2 (2) 15,2 cm, 6 (3) 10,2 cm	—	—	—	—	—
16 Zerstörer »M«-Klasse	1200	34,0	4 (3) 10,2 cm	—	—	—	—	—
10 Zerstörer »Attack«-Klasse	820	29,7	2 (2) 10,2 cm	—	—	—	—	—
							Zusammen:	21408

das erschweren. Auch »Tiger« wird mehrfach getroffen; ein Brand loht dort auf. Er sackt etwas und sein Feuer wird schwächer. Um 10 Uhr 40 Min. wird »Seydlitz« hinten getroffen, die Verwendbarkeit seiner hintern Turmgruppe beeinträchtigt. Bald nach 11 Uhr wieder schwere Treffer auf »Tiger« und neue Brände. Um 11½ Uhr muß er aus der Linie. »Princeß Royal« nimmt seine Stelle ein. »Tiger« nähert sich »New Zealand« und »Indomitable«. Das Feuer aller Briten wird schwächer. Um diese Zeit bleibt aber auch »Blücher« zurück. Er brennt und meldet Maschinenschaden. Gegen ihn richtet sich nun das Feuer der drei hinteren Briten. Um Mittag schlagen wieder mehrere schwere Treffer in den »Lion« ein. Auch er brennt, eine große Explosion tritt ein. Stark krängend dreht er aus der Linie, und »Princeß Royal« übernimmt die Führung. Kurz darauf erhält sie von einem zwischen beide Linien gelangten deutschen Torpedoboot einen Torpedotreffer. Da drehen alle britischen Schiffe auf nördlichen Kurs und brechen das Gefecht ab, gerade als der deutsche Admiral seine Torpedoboote ansetzt. Siebzig Seemeilen weiter nach Osten liegt Helgoland.

Admiral Beatty soll — nach den von Herrn Churchill redigierten Veröffentlichungen — berichtet haben, daß er ein deutsches U-Boot gesehen und deshalb die Schlacht abgebrochen habe. Auch den deutschen Minenfeldern habe er sich nicht zu sehr nähern wollen.

Die Verqualmung des Gefechtsfeldes ließ die Lage für den deutschen Führer nicht so deutlich erkennen, wie das nach den verglichenen Beobachtungen von allen Schiffen aus jetzt geschildert werden kann. »Blücher« war schwer beschädigt, das wußte er, auch daß »Seydlitz« nur seine drei vorderen Türme noch gebrauchen könne. Nördlich lagen die leichten britischen Kreuzer mit ihren Zerstörern. Vielleicht gelang es, die erschütterten großen Briten südlich zu umgehen, um auf diesem Wege in die Nähe des »Blücher« zu gelangen. Der Admiral legte also seinen Kurs südlicher. Bald aber mußte er sich überzeugen, daß der bewegungsunfähige Panzerkreuzer nicht zu retten war. So entschloß er sich, den alten Kurs wieder aufzunehmen. Um diese Zeit kam dasselbe Torpedoboot, das schon gegen die »Princeß Royal« erfolgreich gewesen war, auf »Tiger«, der hinter den nach Norden steuernden britischen Schiffen folgte, zu Schuß. Der Torpedo traf. Der Schlachtkreuzer hüllte sich in dichten Qualm und versank um 12 Uhr 23 Min. Das steht fest, und die Ableugnungen der Engländer können daran nichts ändern.

»Blücher« wurde, als er zurückgeblieben war, mehrfach von britischen Zerstörern angegriffen. Es gelang dem Schwerwunden, um 11½ und um 12½ Uhr je einen seiner Bedränger zu vernichten. Ein auf dem Kampfplatz erschienener Zeppelin meldete, daß der Panzerkreuzer bald nach 1 Uhr gekentert sei. Seine Artillerie habe bis zum letzten bittern Ende gefeuert.

Admiral Beatty hatte nach englischen Berichten seinen kampfunfähig gemachten Schlachtkreuzer »Lion« verlassen und sich um 12½ Uhr auf einem Zerstörer eingeschifft. Um 1½ Uhr erreichte er die anderen Schiffe und hißte seine Flagge auf der »Princeß Royal«. Um 5 Uhr hat dann »Indomitable« den bewegungsunfähigen »Lion« in Schlepp genommen und in einen englischen Hafen gebracht.

Das Endergebnis der Schlacht war, daß die Deutschen einen Panzerkreuzer von 15800 t einbüßten, ein Schlachtkreuzer wurde beschädigt, ebenso ein Kleiner Kreuzer. Die Engländer dagegen verloren einen 30000 t großen Schlachtkreuzer und drei große Zerstörer; ein Schlachtkreuzer wurde außer Gefecht gesetzt, ein anderer schwer, der vierte ernstlich beschädigt. Nur einer blieb intakt. Zwei Kleine Kreuzer trugen so ernstliche Schäden davon, daß sie ihren Posten verlassen mußten.

Der U-Bootkrieg und der verschärfte Handelskrieg. Als der deutsche Admiralstab am 4. Februar 1915 die Gewässer um die großbritannischen Inseln als Kriegsgebiet erklärte und aller Welt kund und zu wissen tat, daß vom 18. Februar ab jedes Mittel angewandt werden würde, um die Überführung von Truppen und Zufuhr von Kriegsmaterial zu verhindern, nahm man diese an die Neutralen gerichtete Warnung englischerseits auf die leichte Achsel und verspottete sie als »Bluff«, der nicht ernst genommen zu werden brauche. Der französische Marineminister erklärte, daß man dem deutschen Vorgehen ohne jede Sorge entgegensehe. Die britische Regierung antwortete mit erneuten Drohungen, und der erste Lord, Mr. Churchill, versicherte, von nun an werde die Nahrungsmittelzufuhr nach Deutschland radikal abgeschnitten werden. Die Presse stimmte kräftig den alten Sang von der barbarischen Kriegführung und Piraterie an, ohne sich zu erinnern, daß vor gar nicht langer Zeit britische Seeoffiziere einer noch viel stärkeren Seekriegführung das Wort geredet hatten. Am 5. Juni 1914 hatte Admiral Sir Percy Scott in der »Times« einen Artikel veröffentlicht, in dem er für den Bau von Tauchbooten eintrat, sei es auch auf Kosten der großen Schiffe. Der Verfasser äußerte sich dahin, daß das U-Boot geeignet sei, den ganzen Seekrieg in neue Bahnen zu lenken. Die Erklärung einer Kriegszone in der Absicht, ein Inselland — er dachte dabei besonders an England — von jeder Zufuhr abzuschneiden, stehe durchaus im Einklang mit der modernen Kriegführung. Die Boote würden nach Beute ausfahren; »finden sie solche, so ist sie verurteilt, und sie geben keinen Pardon; sie können nicht an Bord der feindlichen Schiffe gehen und sie — wie in alten Tagen — als gute Prise mitnehmen; sie warten nur, bis die Schiffe sinken, und kehren dann heim, ohne auch nur die Zahl der Menschen zu kennen, die sie zum Grunde der See geschickt haben«. Also weit mitleidloser, als die Deutschen ihn jemals geführt haben, malt dieser Engländer den U-Krieg. Sein Aufsatz führte zu einer großen Zeitungspolemik, der gegenüber Sir Percy seinen Standpunkt nur noch verschärfte und der den berühmt gewordenen Anweisungen entsprach, die seinerzeit die britische Admiralität ihren Flottenführern gab: »Sink, burn and destroy!« (Versenke, verbrenne und vernichte!). Das darf nicht aus den Augen verloren werden, wenn von neutraler Seite im Interesse desselben Landes, dem diese Herren angehören, die »Menschlichkeit« angerufen wurde. Solcher Ansichten erinnert sich die englische Presse aber nicht, wenn sie gerade unbequem sind. Sie war eifrig bestrebt, die in Mitleidenschaft gezogenen Neutralen zu Protesten anzuregen. In erster Linie geschah das durch den Zeitungskönig Lord Northcliff, der im Lande der unbeschränkten Möglichkeiten schon seit einer Reihe von Jahren 46 amerikanische große Zeitungen »kontrollierte«. Die erste an die deutsche Regierung gerichtete amerikanische Note hatte zunächst keinen Erfolg. In ebenso höflicher wie würdiger Form wurden die in ihr geäußerten Wünsche abgelehnt.

Man beschränkte sich in England aber nicht auf Schreiben und Schreibenlassen, sondern suchte sich durch Mittel, in denen man nicht wählerisch war, gegen die drohenden Angriffe zu schützen. Den englischen Schiffen wurde der Gebrauch neutraler Flaggen angeraten, und man folgte dem Beispiel der Neutralen darin, daß man die Abzeichen, durch die sie bestrebt waren, ihre Schiffe als am Kriege unbeteiligt zu kennzeichnen, für die englischen Kriegs- und Handelsschiffe adoptierte. Außerdem wurde den Schiffen empfohlen, Geschütze an Bord zu nehmen. Die für ihre Bedienung nötigen Kanoniere wurden für die großen und besonders wertvollen Dampfer von der Marine gestellt, auf den anderen wurden dafür Leute der Besatzung ausgebildet. Anweisungen über die aussichtsreichste Verwendung der Kanonen wurden den Kapitänen mitgegeben; einzelne Exemplare dieser Anweisungen fielen auf besetzten Dampfern in deutsche Hand. Auch das Niederrennen der deutschen U-Boote wurde empfohlen und durch hohe Prämien auf die Vernichtung der U-Boote die Tatenlust angefeuert. Die erregte öffentliche Meinung wurde dadurch beruhigt, daß ihr gesagt wurde, die Admiralität werde in die gefährdeten Gewässer eine große Anzahl von Zerstörern senden. Ein weiteres Mittel bestand im Auslegen von Netzen, in denen sich die U-Boote fangen sollten. Diese Netze waren so beschaffen, daß die Boote nicht nur festgehalten wurden, sondern daß sie auch durch Alarmvorrichtungen meldeten, wenn ein Boot sich festlief.

Wenn alle diese Maßregeln geeignet waren, die Tätigkeit der deutschen U-Boote sehr zu erschweren, so konnte andrerseits die Übertragung des Freischützenkriegs aufs Wasser dahin führen, daß die U-Boote dazu gezwungen wurden, im Interesse der eigenen Sicherheit die bisher geübte Rücksicht mehr beiseite zu schieben; lief doch jedes auftauchende Boot Gefahr, sofort unter Feuer genommen, dadurch versenkt oder durch in seine oberen Teile geschlagene Lecks am Tauchen verhindert zu werden. An der Oberfläche fahrend, mußte es aber den um vieles schnelleren Zerstörern zu leichter Beute werden.

Durch den Krieg und die Tätigkeit der U-Boote war das wirtschaftliche Leben Englands schwer erschüttert. Die Versicherungsprämien, die vordem Kriege 2½ Schilling für die Tonne betragen hatten, waren am 30. Januar 1915 auf 10, am folgenden Tage infolge des Erscheinens von U-Booten im Irischen Kanal auf 20 Schilling gestiegen; die Kriegsrisikoprämien stiegen am 23. Februar von 25 auf 50 Prozent. Die Fracht für eine Tonne Korn von Argentinien nach Liverpool betrug vor dem Kriege 12½ Schilling, am 5. Februar 1915 war sie auf 70 gestiegen. Die Preise für Brotgetreide hatten sich verdoppelt; Roggen wurde mit 60, früher mit 35, Brot mit 8, früher mit 4½ Pence bezahlt. Haushaltungskohlen kosteten jetzt das Doppelte wie vor dem Kriege. Die Textilfabriken hatten keine Anilinfarben, für die als alleiniger Lieferant Deutschland in Frage kam. Alle Industriellen klagten, daß die ihnen nötigen Rohstoffe um 8—14 Proz. im Preise gestiegen seien. Nach Reuter wies die Ausfuhr Englands im Dezember 1914 ein Weniger von 390 Mill. Mark auf. Dazu führte die Teuerung zu Streiks. Am 17. Februar 1915 waren 17 große englische Dampfer überfällig; und man gab sie verloren. Am 9. Februar veröffentlichten die Londoner »News« eine Liste von 21 englischen und französischen Dampfern, die zusammen 145 050 Reg.-Ton. groß waren, von denen jede Nachricht fehlte. Nach Meldungen Londoner Zeitungen vom 21. Februar stellten damals 17 englische Dampfergesellschaften den Betrieb ein, wahrscheinlich aus Mannschaftsmangel. 9000 Seeleute, denen die Gefahr zu groß schien, streikten. Aus Rotterdam wurde im »Courant« gemeldet, daß fünf weitere Linien nicht mehr fahren könnten. Unter demselben Tage wurde aus Stockholm berichtet, daß die Dampferverbindung Gotenburg–England eingestellt sei, weil die Besatzungen den Dienst unter Hinweis auf die von den U-Booten drohende Gefahr verweigerten.

Die englische Regierung suchte die Lebensmittelzufuhr dadurch zu fördern, daß sie (nach »Daily Chronicle«) eine Prämie von ein Zehntel des Wertes der Ladung als Prämie an die Besatzung der englischen Dampfer zahlte und (nach einer Bekanntmachung des Board of Trade) im Dienst verunglückten oder beschädigten Seeleuten von Kauffahrern dieselben Entschädigungen zusicherte, wie sie für die der königlichen Flotte festgesetzt waren.

Es würde zu viel Raum beanspruchen, hier alle die Verluste aufzuzählen, von denen die Handelsflotten in dieser Zeit des U-Krieges heimgesucht wurden. Jedenfalls wirkte der »deutsche Bluff« derart, daß der britische Minister für Landwirtschaft, Lord Selborne, am 8. Juli 1915 im Oberhause die Gefahr starker Beeinträchtigung der Fleischversorgung vom Auslande her betonte und auf die Wahrscheinlichkeit hinwies, »daß die Deutschen ihre gesamten Schiffswerften zum Bau von U-Booten heranziehen; deshalb müssen wir mit einer Vergrößerung dieser Gefahr rechnen«.

Es war eine panikartige Unruhe in den beteiligten Kreisen in dieser ersten Periode des U-Krieges nicht zu leugnen; mit der Zeit aber ließ sie nach, und auch die Gegenmaßregeln begannen wirksam zu werden. Eine englische Dampfjacht, die keine Flagge zeigte, versuchte ein deutsches U-Boot durch Geschützfeuer zu vernichten, ein Dampfer ein anderes zu rammen. Der Flaggen- und Abzeichenmißbrauch zwang die deutschen U-Boote, obgleich man sich über die damit verbundene Gefahr durchaus im klaren war, in der Nähe der angetroffenen Schiffe aufzutauchen; denn es sollte absolut vermieden werden, neutrale Schiffe leiden zu lassen. Nur Holland zeigte den guten Willen, dem Mißbrauch seiner Flagge und Abzeichen durch Strafandrohungen — die allerdings platonischer Natur blieben — entgegenzuwirken.

Wie immer, wenn ein Kriegsmittel den Engländern unbequem wurde, suchten sie die Gegner zur Aufgabe desselben zu bewegen, indem sie abschreckende Maßregeln ergriffen. Sie erklärten, die gefangengenommenen U-Bootsleute nicht wie ehrliche Krieger, sondern wie Piraten behandeln zu wollen. Tatsächlich wurden denn auch die Leute zweier versenkter U-Boote in ein Gefängnis in Einzelhaft eingesperrt, aber bald darauf wieder entlassen, als die Deutschen als Gegenmaßregel eine gleiche Anzahl von Offizieren in ähnlicher Weise behandelten.

Die Bewaffnung der englischen Dampfer machte schnelle Fortschritte, und bald handelte es sich demnach um einen regelrechten, obrigkeitlich organisierten, aufs Wasser übertragenen Freischützenkrieg. Es wäre daher den internationalen Bestimmungen über das Völkerrecht entsprechend gewesen, wenn jeder an Bord eines bewaffneten Schiffes Diensttuende erschossen wurde, falls er in deutsche Hand fiel. Das ist jedoch

nicht geschehen, obgleich es wahrscheinlich abschreckend gewirkt hätte. Vergeltungsmaßregeln waren kaum zu fürchten; denn dazu befanden sich in deutscher Hand zu viele Gefangene.

Eines der ersten Opfer der englischen Kriegführung war Kapitänleutnant Weddigen, der damals »U 29« kommandierte. Am 7. April 1915 verkündete der stellvertretende Chef des Admiralstabs: »S. M. Unterseeboot ‚U 29' ist von seiner letzten Unternehmung nicht zurückgekehrt. Nach einer von der britischen Admiralität ausgehenden Nachricht vom 26. März soll das Boot mit der ganzen Besatzung untergegangen sein. Es muß danach als verloren betrachtet werden.« Bei der den Briten eignen Neigung zur Ruhmredigkeit mußte auffallen, daß über die Art, wie dieser unzweifelhaft große Erfolg erreicht war, so gar nichts verlautete. Hatte »U 29« doch noch Mitte März die Dampfer »Headland«, »Andalusian« und »Indian City« bei den Scilly-Inseln versenkt und den Dampfer »Adenwen« schwer beschädigt. Dann tauchten Gerüchte auf, nach denen »U 29« von einem als Schweden verkleideten Tankdampfer niedergerannt worden sei. Dem trat die britische Regierung mit der Erklärung gegenüber, daß das Boot durch eines »Seiner Majestät Schiffe« versenkt worden sei. Das mag den Tatsachen entsprechen; nur wurde dabei verschwiegen, daß jeder Hilfsdampfer — also auch ein im Marinedienst befindlicher Tankdampfer — sich mit »H. M. S.« (His Majesty Ship) bezeichnen darf, die Gerüchte also zweifellos ihre Richtigkeit haben werden. Noch später gab die britische Admiralität bekannt, daß »U 29« vor Scapa Flow (Orkney-Inseln) versenkt sei, nachdem es zwei Torpedoschüsse auf ein britisches Schiff abgegeben hatte. Letzteres ist ganz unwahrscheinlich, da nicht ersichtlich ist, weshalb man mit dieser Veröffentlichung bis 1916 gewartet haben sollte. Am 18. März 1915 lief in einem englischen Hafen der Dampfer »Thordis« ein, der im Kanal ein deutsches U-Boot niedergerannt hatte. Der Kapitän wurde zum Leutnant der Reserve ernannt und mit dem Verdienstkreuz ausgezeichnet.

Am 4. März 1915 hatte die deutsche Flotte den Verlust von »U 8«, am 10. den von »U 12« zu beklagen. Letzteres wurde vor Dover versenkt.

In der Zeit zwischen 20. März und 7. April 1915 scheint es zwischen zwei britischen Geschwadern durch gegenseitiges Verkennen zu einem Nachtgefecht gekommen zu sein. Schiffsverluste sind wahrscheinlich die Folge gewesen, und es steht zweifellos fest, daß zu jener Zeit eine größere Anzahl beschädigter Schiffe in englische Häfen eingelaufen ist. Vor den Dardanellen war das britische U-Boot »AE 2« versenkt, die Besatzung gefangengenommen worden. Bei dem Kommandanten fand man den Brief eines britischen Seeoffiziers, der berichtete, daß zwei Schlachten zwischen britischen Geschwadern stattgefunden hätten; das Großkampfschiff »Superb« sei dabei gesunken, »Warrior«, ein Panzerkreuzer, nahezu sinkend, »Lion« furchtbar zugerichtet. Nachrichten Neutraler bestätigen das und melden, daß am 9. April im Tyne mehrere beschädigte Kreuzer eingelaufen seien, im Firth of Forth ein am Backbordbug verletzter, in der Themse ein Linienschiff mit starker Steuerbordschlagseite, in Dover ein Großkampfschiff mit großer Backbordschlagseite, dem die obere Hälfte des hintern Schornsteins fehle.

In der Deutschen Bucht der Nordsee waren britische U-Boote erschienen, die mehrfach von deutschen angegriffen wurden. Eines von ihnen wurde am 11. April vernichtet, wahrscheinlich aber mehrere; doch fehlt die absolute Gewißheit.

Die deutsche Hochseeflotte hat in dieser Zeit mehrfach Kreuzfahrten in der Nordsee unternommen, die sie bis an die britischen Küsten führten. Feindliche Schiffe wurden dabei nicht angetroffen.

Am 30. April wurde Ipswich von Luftschiffen mit Bomben belegt. — Am 1. Mai griffen zwei deutsche Wachtboote bei Nordhinder mehrere englische bewaffnete Fischdampfer an und versenkten den einen. Dann griff eine herbeigeeilte Flottille britischer Zerstörer in das Gefecht ein, das damit endete, daß die beiden Wachtboote in den Grund gebohrt wurden. — Am gleichen Tage bombardierten Zeppeline Bury St. Edmunds, Ipswich und Whitton (Suffolk). — Der britische Zerstörer »Recruit« (1900, 480 t, 29 Knoten, eine 7,6-, fünf 5,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre) wurde am 1. Mai, am folgenden Tage ein Wachtboot durch U-Boote vernichtet. — Am 7. Mai brachten an der flandrischen Küste aufgestellte Geschütze den britischen Zerstörer »Maori« (1908, 1100 t, 33 Knoten, zwei 10,2-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Doppel-Torpedorohre) zum Sinken; das Schwesterboot »Crusader« entkam in schwer beschädigtem Zustande, nur einige seiner Boote, die dem sinkenden »Maori« zur Hilfe geschickt waren, fielen den zur Rettung ausgesandten deutschen Booten in die Hand.

Die großen Verluste[1] der englischen Handelsflotte im ersten Kriegsjahre machten den U-Krieg für England immer unangenehmer, und es lag der Regierung alles daran, von ihm befreit zu werden. Sie fand darin willige Unterstützung in Washington. Die Versenkung des 31 600 t großen Schnelldampfers »Lusitania« am 7. Mai, bei der auch einige Amerikaner umkamen, gab, obgleich das Schiff mit Kriegsbedarf beladen und bewaffnet war, alsbald und auch später der amerikanischen Regierung einen willkommenen Vorwand, die deutsche Regierung unter kaum verhüllten Drohungen immer wieder um Einstellung des U-Krieges zu ersuchen. Wenn sie darin auch nicht ganz erfolgreich gewesen ist, so wurde doch erreicht, daß der U-Krieg mit Einschränkungen geführt wurde, zeitweise sogar ganz eingestellt worden ist. Ein beliebtes Argument bei den erhobenen Protesten war die Berufung auf die »Menschlichkeit«, die gerade von denselben Personen hier in englischem Interesse erhoben wurde, die durch Förderung der Ausfuhr von Kriegsmaterial an England, Rußland und Frankreich verursacht hatten, daß der Weltkrieg nicht bereits seit langem beendet war.

Von den Ereignissen der nächsten Monate seien die wichtigeren hier lose aneinandergereiht: Am 17. Mai erfolgte ein Zeppelinangriff auf Dover und Calais. — In der Nacht vom 4./5. und 6./7. Juni suchten deutsche Luftschiffe Tyne, Humber, Harwich, die Docks in London, Kingston und Grimsby, New Castle und das dort im Bau befindliche Großkampfschiff »Resolution« heim, nachdem sie am 26. April ein in Westdiel liegendes Linienschiff erfolgreich mit Bomben belegt hatten. Die Luftschiffe kehrten von allen diesen Fahrten unbeschädigt heim. — Am 5. Juni ging »U 14« im Kampf gegen fünf bewaffnete englische Fischerdampfer in der Nordsee verloren. Die Besatzung wurde gefangen. —

---

[1] Nach englischen Angaben 145 Schiffe von 524 080 t und 118 Fischdampfer von 19 924 t, zusammen 263 Schiffe von 549 000 t, nach deutschen: 418 Schiffe von 678 189 t.

Am 10. Juni versenkte ein deutsches U-Boot die britischen Torpedoboote Nr. 10 und Nr. 12 (267 t). — Ein als Schwede verkleideter englischer Dampfer, der mit einem anderen, der keine Flagge zeigte, und einem Zerstörer zusammenarbeitete, versuchte ein deutsches U-Boot niederzurennen. Ein Zeppelin bohrte zwei englische Fischdampfer mit Bomben in den Grund. Ein deutsches U-Boot torpedierte am 20. Juni in der Nordsee einen Panzerkreuzer der »Roxburgh«-Klasse, dem es jedoch gelungen sein soll, den Hafen zu erreichen. — Am 15. Juni rannte bei Cherburg der englische Dampfer »Asteya« das französische Torpedoboot »331« (97 t) in den Grund. — Am 15./16. Juni wurde die Nordostküste Englands durch deutsche Luftschiffe heimgesucht, die, obgleich heftig beschossen, unversehrt heimkehrten. — Britische U-Boote, die nach Jütland vorgestoßen waren, kaperten bei Skagen fischende deutsche Dampfer. Einen versenkten sie und führten die Besatzungen als Kriegsgefangene nach England. — Mitte Juni wurde der britische Zerstörer »Mohawk« durch eine Mine schwer beschädigt, und am 27. Juni flog der brit. Hilfskreuzer »Princeß Irene« durch Selbstentzündung der Munition in die Luft. — Am 30. Juni wurde der britische Zerstörer »Lightning« (1894, 355 t, 26 Knoten, eine 7,6-, fünf 5,7-cm-Schnelladekanonen, ein 45-cm-Torpedorohr) durch eine Mine beschädigt. — Ein am 4. Juli von den Engländern beabsichtigter Luftangriff gegen die deutsche Küste wurde aufgegeben, als den Begleit- und Mutterschiffen bereits bei Terschelling deutsche See- und Luftstreitkräfte entgegentraten. — An die Hoheitsrechte der kleinen Neutralen kehrten sich auch im Norden britische Kriegsschiffe nicht. So wurde in norwegischen Gewässern der deutsche Dampfer »Friedrich Arp« am 8. Juli versenkt. — Wiederum antwortete die deutsche Regierung entgegenkommend auf die Note der Vereinigten Staaten und legte nochmals eingehend dar, daß Deutschland zu seinem Vorgehen im U-Kriege durch England gezwungen sei, erbot sich auch, dafür zu sorgen, daß vorher namhaft gemachten amerikanischen Dampfern sichere Fahrt verschafft werde. Dieses Entgegenkommen fand keine Anerkennung; Wilson erklärte am 22. Juli, daß er jede Schädigung amerikanischer Bürger als eine »unfreundliche Handlung« ansehen werde. — Am 12. Juli gab Lord Cecil im Unterhause bekannt, daß eine große Anzahl englischer Dampfer bewaffnet seien. — Am 28. Juli wurde der deutsche Fischdampfer »Senator v. Berenberg-Goßler« bei Horns Riff durch ein britisches U-Boot versenkt.

Die Ereignisse in der Ostsee bis Ende Juli 1915. Bereits mehrere Tage vor der Kriegserklärung wurden russischerseits gegen in russischen Häfen liegende deutsche Handelsschiffe feindselige Handlungen vorgenommen. Unter nichtigen Vorwänden wurden sie am Auslaufen gehindert und dann am 2. August 1914 beschlagnahmt. Der auf der Reise von Petersburg nach Stettin begriffene Dampfer »Prinz Eitel Friedrich« der Neuen Dampferkompanie wurde sogar auf offener See bereits am 31. Juli durch russische Zerstörer gekapert und nach Reval gebracht. Den Passagieren gestattete man, über Schweden ihre Reise fortzusetzen; die Besatzungen des Dampfers und der anderen beschlagnahmten Schiffe dagegen wurden nach Sibirien verschickt. Die Leuchtfeuer an der russischen Küste wurden nicht mehr angezündet, eine Anzahl von Häfen — unter andern Libau und Windau — durch Versenken von Schiffen gesperrt. Im Rigaischen Meerbusen und auf der Linie Helsingfors–Reval wurden Minensperren in drei verschiedenen Tiefen ausgelegt, von denen die obere gegen Torpedoboote, die mittlere gegen große Schiffe und die unterste gegen Unterseeboote bestimmt war. Der Verkehr zwischen Helsingfors und Hangö sowie östlich der großen Minensperre Helsingfors–Reval wurde verboten. Kein Schiff durfte mehr nach Petersburg, Riga, Hangö, Baltisch-Port, Wiborg, Narwa und Reval fahren oder von dort auslaufen.

Der deutsche Vorstoß auf Libau. 65 km nordöstlich der deutschen Grenze liegt Libau, das früher einmal als Kriegshafen ausgebaut, dann aber vernachlässigt worden war. Immerhin besaß es als Stützpunkt für Kreuzer, Zerstörer und Wasserflugzeuge noch Wert, der um so höher einzuschätzen war, als es der deutschen Grenze so nahe liegt, daß ein von dort auslaufendes Torpedoboot in wenig mehr als einer Stunde vor Memel sein kann. Diesen in so unbequemer Nähe befindlichen Hafen als Flottenstützpunkt unbrauchbar zu machen, war die Aufgabe, die gleich am ersten Mobilmachungstage die Kleinen Kreuzer »Augsburg« (1909, 4350 t, 27 Knoten, zwölf 105-mm-Schnelladekanonen, 379 Mann Besatzung) und »Magdeburg« (1911, 4550 t, 27,5 Knoten, zwölf 105-mm-Schnelladekanonen, 373 Mann Besatzung) erhielten. Als die Kreuzer vor Libau erschienen, stellte sich heraus, daß die drei Einfahrten durch versenkte Schiffe[1] und Minen unbenutzbar gemacht waren. Torpedoboote oder Flugzeuge konnten nicht entdeckt werden. Die Zerstörung der Kaianlagen war begonnen, große Kohlenlager waren in Brand gesteckt, die Küstenbatterie nicht armiert. Die Werft brannte heftig. Nach Feststellung dieser Tatsache setzte »Magdeburg« die Erkundung der Küste fort, »Augsburg« feuerte einige Granaten gegen die Küstenbatterie und das Kriegshafengebiet.

Vielleicht hat dieser Vorstoß und die Erwartung einer deutschen Landung die Russen veranlaßt, die in Libau vorhandenen Kohlenlager durch Feuer zu vernichten und den mit großen Kosten ausgebauten Kriegshafen von Hangö am 8. August und den folgenden Tagen vollständig zu zerstören, um ihn als Stützpunkt für feindliche Unternehmungen unbenutzbar zu machen. Werte von etwa 20 Millionen sollen dabei vernichtet worden sein. Man ging dabei in ganz sinnlos vandalischer Weise vor; so wurden die geschliffenen Glasscheiben des Leuchtturms von Bogskaer, die 80000 Mk. gekostet hatten, zerschlagen, obgleich man sie innerhalb weniger Stunden unversehrt hätte bergen können. Die gewaltigen Detonationen der Sprengungen in Hangö gaben zu Gerüchten über eine Seeschlacht zwischen Deutschen und Russen Veranlassung. Dort war übrigens lediglich der Befehl eingegangen, alles zur Sprengung »vorzubereiten«; der Kommandant muß aber vollständig den Kopf verloren haben, er ging sofort ans Werk! Ein großer Dampfer wurde in der Einfahrt versenkt, alle Hafenkräne wurden ins Wasser geworfen, Eisenbahnwerkstätten und die Mole gesprengt, 30 Magazine niedergebrannt. Als der Kommandant schließlich zu spät erkannte, was er angerichtet hatte, beging er Selbstmord.

Die Aufgabe der deutschen Flotte war in erster Linie die Vernichtung der russischen Flotte, wenn es

[1] Die deutschen Dampfer »Primas«, »Saxonia«, »Düsseldorf«, »Wilh. Helmsoth«, »Albatroß« und zwei russische Bagger.

möglich wurde, an sie heranzukommen. Dazu mußten leichte Streitkräfte mit der russischen Fühlung halten, die östlich der 25 Seemeilen langen Sperre Helsingfors–Reval eine Vorpostenkette von Kreuzern und Zerstörern ausgelegt hatte, während sich die großen Schiffe noch weiter rückwärts hielten. Außerhalb der Sperre wurden russische Schiffe zunächst nicht angetroffen. Auch die Einmündung des Bottnischen Meerbusens in die Ostsee mußte unter Kontrolle gehalten werden. Eine südwestlich der deutschen Vorposten befindliche Flotte kampfkräftiger Schiffe hielt sich zum Vorgehen gegen etwa ausbrechende russische Schiffe bereit.

Diese Vorkehrungen schützten auch indirekt den deutschen Seehandel in der Ostsee und unterbanden den russischen. — Um etwa durch den Sund oder die Belte vielleicht unter Nichtachtung der Neutralität Schwedens und Dänemarks in die Ostsee vorstoßenden britischen Kriegsschiffen rechtzeitig entgegenzutreten, war es außerdem nötig, im Westen eine Vorpostenlinie auszulegen. Dank diesem Wachtdienst in Ost und West durfte erwartet werden, daß es mit Hilfe der drahtlosen Telegraphie gelingen werde, den friedlichen deutschen Seehandel rechtzeitig zu warnen, falls ihm Gefahr drohte.

Die leichten deutschen Streitkräfte unternahmen fortdauernd Vorstöße in den Finnischen und Bottnischen Meerbusen, um aufzuklären, Streuminen zu legen und russische Schiffe abzufangen.

Als in der Nacht zum 27. August eine Gruppe deutscher Kreuzer und Torpedoboote, zu der auch der Kleine Kreuzer »Magdeburg« und das Torpedoboot »V 26« gehörten, aus dem Finnischen Meerbusen von einer solchen Fahrt zurückkehrte, setzte dicker Nebel ein. Um 12 Uhr 14 Min. nachts wurden an Bord der »Magdeburg« fünf kurz aufeinanderfolgende heftige Stöße gespürt und das Schiff blieb stehen. Es war auf felsigem Grunde festgelaufen. Das Begleitschiff und »V 26« waren aus Sicht gekommen. Alle Versuche, den Kreuzer flott zu machen, waren vergeblich. Um 2 Uhr 10 Min. lichtete sich der Nebel so weit, daß 300 m entfernt Land gesehen werden konnte. Es war Odensholm und auch eine Signalstation auszumachen. Obgleich alles Entbehrliche über Bord geworfen wurde, um das Schiff zu erleichtern, und auch »V 26«, das sich eingefunden hatte und Abschleppversuche unternahm, blieb »Magdeburg« unverrückbar stehen. Kurz nach 4 Uhr morgens erschienen, wohl durch die Signalstation gerufen, mehrere russische Kriegsschiffe, darunter der Panzerkreuzer »Pallada« (1906, 8000 t, 22 Knoten, zwei 20,3-, acht 15-cm-, dreißig leichte Geschütze und Maschinengewehre, 593 Mann Besatzung). Dieselben eröffneten von 4 Uhr 20 Min. ab ein heftiges Feuer gegen »Magdeburg«, das kräftig erwidert wurde. Es gab Treffer hüben und drüben. Um 5 Uhr 10 Min. stellten die Russen ihr Artilleriefeuer ein und beschränkten sich darauf, den Kreuzer mit Maschinengewehren und aus Handfeuerwaffen zu beschießen, offenbar in der Absicht, den Kreuzer in möglichst unbeschädigtem Zustande in ihre Gewalt zu bekommen. Um 6 Uhr aber gaben die Russen diese Taktik auf und begannen aufs neue, mit ihren Geschützen zu wirken. Die Überlegenheit auf russischer Seite war eine so überwältigende, daß die Hoffnung aufgegeben werden mußte, die Gegner abschütteln zu können. Um den Kreuzer nicht in Feindeshand fallen zu lassen, wurde er um 7 Uhr gesprengt. Auch »V 26« wurde mehrfach getroffen. Als dann der Nebel wieder dichter wurde, legte »V 26« ab und steuerte seewärts; schließlich wurde der Nebel so dick, daß es sehr schnell aus dem Feuerbereich gelangte und am folgenden Tage Danzig erreichte. Dort wurden 14 Tote und 40 Verwundete ausgeschifft. Auf der »Magdeburg« waren 85 Personen der ursprünglich 385 Mann starken Besatzung zurückgeblieben, darunter der Kommandant, 2 Offiziere, 3 Deckoffiziere und 14 Unteroffiziere. Sie fielen in Gefangenschaft.

Über weitere Ereignisse wurde lange Zeit nichts veröffentlicht. Der Wachtdienst in der Ostsee ging seinen Gang und führte wiederholt zur Anhaltung schwedischer, dänischer und norwegischer Dampfer, von denen bis zum Oktober zehn nach Swinemünde zur Aburteilung gebracht worden sind.

Am 11. Okt. 1914 gelang es dem deutschen Tauchboot »U 26«, Kommandant Kapitänleutnant Freiherr v. Berckheim, einen Erfolg zu erzielen. Die russischen Panzerkreuzer »Bajan« und »Pallada« (8000 t) hatten eine Erkundungsfahrt an diesem Tage etwas weiter ausgedehnt. Es gelang »U 26«, an die »Pallada« heranzukommen und ihr einen Torpedotreffer beizubringen, der sie schnell sinken ließ. Die Berichte lauten sehr verschieden. Einerseits wird berichtet, daß die Kreuzer das U-Boot gesichtet und lebhaft beschossen hätten; nach anderer Darstellung scheint es sich um einen überraschenden Angriff gehandelt zu haben. In der »Wetschernaja Wremja« lautet der Bericht eines Augenzeugen folgendermaßen: »Kehrten vom Wachtdienst zurück. Es war 2 Uhr nachmittags. Die Wache ruhte nach dem Essen neben den Geschützen. Plötzlich gab es eine furchtbare Explosion. Alle sprangen empor. ‚Pallada' neigte sich stark zur Seite, eingehüllt in riesige schwarze Rauchwolken. Gleich darauf erfolgte eine zweite Explosion, eine mächtige Dampfwolke stieg auf, aus der nur die Spitzen der Masten der ‚Pallada' herausragten. Schnell verschwand das Schiff unter den Wellen, die die Torpedoboote wie bei heftigem Sturm hin und her schleuderten. Als Rauch und Dampf sich verzogen hatten, war nichts mehr von der ‚Pallada' zu sehen. Die Torpedoboote eilten zur Unfallstelle, doch kam weder ein Mensch noch eine Leiche an die Oberfläche. Die erste Explosion hatte wahrscheinlich die Munitionskammer getroffen, die zweite die Dampfkessel, wobei die Hauptdampfrohre platzten; doch mögen auch die Kessel explodiert sein. Fast 24 Stunden kreuzten die Torpedoboote an der Unglücksstelle, ohne, abgesehen von einigen Rettungsringen, etwas zu finden.« Die amtliche russische Telegraphenagentur meldete: »11. Oktober, 2 Uhr nachmittags (russische Zeit), griffen feindliche Unterseeboote unsere Kreuzer ‚Bajan' und ‚Pallada' von neuem an, die in der Ostsee auf Vorposten lagen. Obgleich die Kreuzer alsbald ein heftiges Artilleriefeuer eröffneten, gelang es gleichwohl einem U-Boot, Torpedos gegen ‚Pallada' zu schießen. Auf dieser trat eine Explosion ein, und der Kreuzer versank mit seiner gesamten Besatzung in die Tiefe.« — »Bajan« entzog sich einem Angriff durch schleuniges Fortdampfen. Der Kommandant handelte dabei militärisch durchaus richtig, wahrscheinlich sogar auf entsprechende Anweisung für derartige Fälle, die nach der Versenkung der britischen Panzerkreuzer »Hogue«, »Cressy« und »Aboukir« (vgl. S. 255) durch ein deutsches Unterseeboot gegeben worden war.

Britische U-Boote in der Ostsee. Hatte die britische Flotte sich bisher den Gewässern der Ostsee fern gehalten, so trat darin im Oktober 1914 eine Ände-

rung ein. Meldungen von der Südwestküste Norwegens sprachen bereits seit Anfang dieses Monats davon, daß dort südlich steuernde U-Boote gesehen worden seien, von denen angenommen wurde, daß sie der britischen Marine angehörten. Am 20. Oktober kreuzte das dänische Tauchboot »Havmanden« nördlich des Sundes und an der Oberfläche fahrend mit gehißter dänischer Flagge, als es sich plötzlich durch zwei Torpedos bedroht sah, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten. Es kann mit Bestimmtheit gesagt werden, daß deutsche U-Boote um jene Zeit dort nicht gewesen sind; daher bleibt nur die Annahme übrig, daß der Angriff von einem britischen U-Boot erfolgt sein muß. Wenn die Untersuchung der Torpedos ergeben haben soll, daß es sich um solche englischen Ursprungs handle, so ist das mit Vorsicht aufzufassen, da scharfe Torpedos untergehen, und die Aussicht sie zu finden, nicht allzu groß ist. Allerdings soll am nächsten Morgen bei Nankehoved ein angetriebener Torpedo explodiert sein, auch habe sich die britische Regierung bei der dänischen entschuldigt. Kurze Zeit darauf ist die Anwesenheit britischer U-Boote in der Ostsee festgestellt worden, die jedenfalls durch den Sund die ausgelegten Minensperren passiert haben. Wie das möglich gewesen ist, darüber ist Klarheit noch nicht vorhanden. Es wäre nicht unwahrscheinlich, daß die Boote einem unter Lotsenhilfe nach der Ostsee fahrenden Handelsdampfer unbemerkt gefolgt sind. Jedenfalls ist die Anwesenheit von mindestens fünf britischen U-Booten der »E«-Klasse in Helsingfors festgestellt worden. — Auch während des Winters haben sich in der Ostsee die britischen U-Boote mehrfach bemerkbar gemacht. Am 25. Januar 1915 wurde der deutsche Kleine Kreuzer »Gazelle« bei Rügen durch eines derselben angegriffen und beschädigt, so daß er im Dock des Vulkan-Stettin ausgebessert werden mußte. An demselben Tage wurde ein nach Osten aufklärendes Marineluftschiff, Typ Parseval, bei Libau heruntergeschossen, die Besatzung gefangengenommen. Mehrere andere Kriegs- und Handelsdampfer sind ergebnislos angegriffen worden, immer ohne daß die letzteren »gewarnt« worden wären.

Über einen Unfall, von dem die russische Flotte heimgesucht wurde, ist noch bekanntgeworden, daß das Großkampfschiff »Andrei Pervoswanni« (1906, 17700 t) bei Hangö auf Felsklippen gelaufen ist, dort lange festgesessen hat und schließlich mit ernsten Bodenbeschädigungen loskam, so daß es im Dock von Petersburg einer langen Ausbesserung unterzogen werden mußte.

Die Fürsorge der deutschen Flotte hatte es bis dahin gestattet, daß die deutsche Handelsflotte ruhig ihre Fahrten machen konnte. So unterhielt auch die deutsche Fähre Saßnitz–Trelleborg die Verbindung zwischen Deutschland und Schweden wie im Frieden aufrecht. Auf einer dieser Fahrten hatte sie einen unbeabsichtigten militärischen Erfolg. Der englische Dampfer »Thelma« hielt sie am 9. September 1914 für ein deutsches Kriegsschiff, das ihn bedrohe, und setzte sich östlich Smygehuk auf Strand, um sich diesem Angriff zu entziehen.

Gewisse Nachrichten hatten zur Folge, daß die deutsche Flottenleitung am 17. November zwei Kreuzer und zwei Halbflottillen Torpedoboote nach Libau entsandte, um diesen Hafen so gründlich zu sperren, daß er als Unterschlupf für Tauchboote oder Torpedofahrzeuge endgültig unbrauchbar wurde.

Am 17. Februar gingen an der Westküste Jütlands zwei Marinezeppeline infolge schweren Sturms verloren. — Als im März 1915 Hindenburg die bis Memel vorgedrungenen Russen aus Ostpreußen verjagte, hat eine deutsche Flottenabteilung diese Operationen unterstützt. Am 23. März 1915 hat dieselbe Schloß und Dorf Polangen beschossen und dann (vom 5.—8. Mai) bei der Einnahme Libaus mitgewirkt. — Am 22. Mai versenkte ein Marineflugzeug ein russisches Tauchboot vom »Akula«-Typ. — Am 4. Juni gelang es einem deutschen Tauchboot, den russischen Minenleger »Jenissei« (1906, 2970 t, 17,4 Knoten, ein 12-, elf 7,5-cm-Schnelladekanonen, vier Maschinengewehre, 360 Minen) zu vernichten, während einige Tage später ein deutscher Kohlendampfer durch ein britisches U-Boot versenkt wurde. Diese letzteren zeigten sich mehrfach und griffen an. — In einem Gefecht zwischen einem deutschen Kleinen Kreuzer und mehreren russischen Zerstörern blieb ersterer unbeschädigt, einer der Zerstörer trug schwere, die anderen leichtere Beschädigungen davon.

Das deutsch-russische Seegefecht bei Gotland (über die beteiligten Streitkräfte unterrichtet die untenstehende Tabelle). Deutsche leichte Seestreitkräfte hatten in der Nacht vom 1. zum 2. Juli nordöstlich Gotland eine vorgeschobene Linie besetzt gehalten und fuhren am 2. morgens mit südwestlichem Kurse zurück. Das Wetter war namentlich nach Osten zu unsichtig, strichweise Nebel. Gegen 6 Uhr erhielt die Gruppe

Schiffsgattung und Name der am Seegefecht bei Gotland beteiligten Schiffe	Stapellauf	Größe Tonnen	Schnelligkeit	Bewaffnung	Panzer in Millimetern					Besatzung
					Deck	Wasserlinie	Kommandoturm	Schwere Artillerie	Mittlere Artillerie	
Deutsche Schiffe:										
Panzerkreuzer Roon	27. 6. 03	9500	21,4	4 21 cm L/40, 10 15 cm L/40, 14 8,8 cm L/35	50/40	100	150/80	150	100	638
Kleiner Kreuzer Augsburg	10. 7. 09	4350	27,0	12 10,5 cm L/40	50/20	—	100/80	—	—	379
Kleiner Kreuzer Lübeck	26. 3. 04	3250	23,5	10 10,5 cm L/40	50/20	—	100/80	—	—	303
Minendampfer Albatroß	13. 10. 07	2200	20,0	8 8,8 cm L/35	—	—	—	—	—	199
Russische Schiffe:										
Panzerkreuzer Rurik	17. 11. 06	15400	22,0	4 25,4 cm L/50, 8 20,3 cm L/50, 20 12 cm L/50, 4 4,7 cm	76/25	203	203/127	203	178	899
Panzerkreuzer Bajan	15. 8. 07	8000	21,0	2 20,3 cm L/45, 8 15 cm L/45, 26 leichte Geschütze	70/50	175/90	137	132	60	568
Geschützter Kreuzer Oleg	1903	6800	23,0	12 15 cm L/45, 8 7,5 cm L/50, 4 4,7 cm, 2 3,7 cm	75/60	—	150	—	125/85	563
Geschützter Kreuzer Bogatyr	1901	6800	23,0	12 15 cm L/45, 12 7,5 cm L/50, 4 4,7 cm, 2 3,7 cm	75/60	—	150	—	125/85	568

(Kleiner Kreuzer »Augsburg«, Minendampfer »Albatroß« und vier Torpedoboote) plötzlich aus einer im Südosten stehenden Nebelbank heraus Artilleriefeuer. In einer Entfernung von 7—8 km wurden vier feindliche Schiffe bemerkt, die sich später als die Panzerkreuzer »Nurik« und »Bajan«, die geschützten Kreuzer »Oleg« und »Bogatyr« herausstellten. Weit östlich der deutschen Gruppe standen die deutschen Kreuzer »Roon« und »Lübeck«. Da »Albatroß« weder in offensiver noch defensiver Hinsicht irgendwelche Bedeutung besaß, erhielt er den Befehl, unter Gotland auszuweichen. »Augsburg« ihrerseits rief die weiter östlich stehenden Kreuzer »Roon« und »Lübeck« heran und bemühte sich inzwischen, die russischen Schiffe von »Albatroß« ab und auf sich zu ziehen. Das gelang nicht. Die Russen verfolgten den Minendampfer und beschossen ihn aufs heftigste. Von 7—9 Uhr wurde er mit einem Kugelregen überschüttet. Auch nachdem »Albatroß« die schwedische Hoheitsgrenze überschritten hatte, verfolgte ihn das russische Feuer, und über ihn fort schlugen Weitgänger auf Land ein und veranlaßten einen Leuchtturmwärter und dessen Familie zur schleunigsten Flucht ins Innere. Nach dreiviertelstündigem Gefecht wurde der Fockmast des Minendampfers fortgeschossen, so daß sich der Kommandant gezwungen sah, das stark beschädigte Schiff um 8 Uhr 50 Min. auf Grund zu setzen. Die 29 Toten wurden alsdann bei halbstocks geholter Flagge in den Booten an Land gebracht. Dann wurde die Besatzung an Land gesetzt, wo der Kommandant Schiff und Personal den schwedischen Behörden übergab. — »Albatroß« ist am 23. Juli 1915 durch die schwedische Bergungsgesellschaft »Neptun« flott gemacht, zuerst nach dem Faröfund (Gotland), später nach Oskarshamn übergeführt worden. Die Besatzung wurde auf Gotland interniert.

»Roon« und »Lübeck« waren inzwischen auf den Kanonendonner losgefahren. Innerhalb Schußweite richtete der Feind sein Feuer hauptsächlich auf die voranfahrende »Lübeck«. Als um 8½ Uhr »Nurik« lebhaft in das Gefecht eingriff, wandten sich »Roon« und »Augsburg« gegen ihn mit dem Erfolge, daß der Russe abdrehte, offenbar weil er aus den schweren Geschützen des »Roon« empfindliche Treffer erhalten hatte. Die anderen Russen folgten ihm und alle verschwanden gegen 10 Uhr in nördlicher Richtung. Außer »Albatroß« wurde kein anderes deutsches Schiff getroffen. — Russische Berichte besagen, daß fünf deutsche Kreuzer nebst Torpedobooten und Tauchbooten zugegen gewesen seien; von den letzteren habe eins einen russischen Zerstörer beschädigt.

Schwedische Berichte melden, daß »Nurik« schwer beschädigt worden sei und derzeit (17. Juli 1915) in Kronstadt ausgebessert werde. Die Russen geben ihre Verluste auf 14 Mann an. Die Verletzungen ihrer Schiffe seien »leichte« gewesen.

Am 18. Juli wurde Windau durch deutsche Truppen besetzt.

IV.

Die österreichisch-ungarische Flotte.

Die nächstliegende Aufgabe der k. u. k. Flotte im Weltkriege war die Unterstützung der Operationen des Landheeres der Monarchie gegen Montenegro.

Ihre erste Tat bestand in der Beschießung von Antivari. Am 9. August 1914 bombardierten »Szigetvar« und ein anderer Kleiner Kreuzer die dort gelegene Funkenstation und öffentliche Gebäude. Die montenegrinische Küste wurde blockiert. Eines der Schiffe, die diesen Dienst versahen, der Kleine Kreuzer »Zenta« (1897, 2350 t, acht 12-cm-, zehn 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre), wurde von einem französischen Panzergeschwader nach heldenmütigem Kampfe versenkt. Einem Teile der Besatzung gelang es, schwimmend die nahe Küste zu erreichen.

Nach Beginn des Krieges zwischen dem Deutschen Reich und Japan erklärte die österreichisch-ungarische Regierung dem Inselreich ebenfalls den Krieg. In Tsingtau lag zu jener Zeit der alte Kreuzer »Kaiserin und Königin Elisabeth« (4000 t, 19 Knoten, acht 15-cm-, sechzehn 4,7-cm-Schnelladekanonen, drei Torpedorohre). Das Schiff erhielt den Befehl, sich den deutschen Streitkräften anzuschließen. Am 23. September war es den Japanern gelungen, die schwachen deutschen Kräfte aus dem Vorgelände in die Infanteriestellung zurückzudrängen, die die Stadt nach der Landseite hin verteidigte. Der erste Sturm auf diese wurde mit schweren Verlusten für den Angreifer abgewiesen; man spricht von 2500 Toten und Verwundeten. Das gut geleitete Feuer der »Elisabeth« und des deutschen Kanonenbootes »Jaguar« trug wesentlich zu diesem Erfolge bei. Da aber der Platz auf die Dauer nicht gehalten werden konnte, wurde die Vernichtung alles dessen vorbereitet, was für den Belagerer von Nutzen sein oder werden konnte. Dazu gehörten in erster Linie die Schiffe und das Schwimmdock. Am 2. November wurden »Kaiserin Elisabeth« und die übrigen Kriegsschiffe versenkt, ihre Besatzungen an Land für die Verteidigung des Platzes ausgenutzt, der von Land und See heftig beschossen wurde. Das Fort »Iltis« mußte wegen Munitionsmangels geräumt werden. Am 7. November setzte der Hauptangriff ein. Der Feind drang in die Stadt, die damit nach zweimonatiger Belagerung fiel. Die Japaner mußten diesen Erfolg mit blutigen Verlusten von mehreren Tausend Mann erkaufen; außerdem war der kleine Kreuzer »Takatchio« versenkt und der Zerstörer »Schirotaje« (1907, 380 t, 29 Knoten, sechs 7,6-cm-Schnelladekanonen, zwei Torpedorohre) durch Auflaufen auf einen Felsen verlorengegangen, wo er dann vom »Jaguar« zusammengeschossen wurde. Dazu kam noch nach der Einnahme der Stadt das Torpedoboot »Nr. 33«, das beim Aufnehmen der Minensperre verunglückte, sowie eine größere Anzahl von Soldaten, die auf eine Fladdermine gerieten. — Rund 4000 deutsche und österreichische Soldaten und Seeleute fielen in Gefangenschaft.

Am 17. September erschienen vor Durazzo und Cattaro britische und französische Kriegsschiffe. Trotzdem wurde am 18. Antivari durch österreichisch-ungarische Seestreitkräfte bombardiert.

Am 19. September eröffneten 15 große und 3 kleine französische Kriegsschiffe ihr Feuer gegen die Werke von Cattaro. Diese antworteten und versenkten ein feindliches Schiff; zwei andere wurden ernstlich beschädigt. Die feindliche Flotte dampfte dann nach Lissa und nahm die dort befindlichen Werke zum Ziel, ohne bemerkenswerte Erfolge zu haben. Auf der Insel Pelagosa landeten die Franzosen, zerstörten den Leuchtturm, stahlen, was ihnen des Mitnehmens wert erschien, und verunreinigten den Brunnen. Am 4. Oktober wurde Antivari von einem Marineflugzeug mit Bomben belegt, nachdem seit Ende September die Franzosen schwere Geschütze an Land geschafft hatten, die, auf den Lovćen gebracht, gegen die Werke von Cattaro wirken sollten. Am 17. Oktober erschien der französische Panzerkreuzer »Waldeck-Rousseau« (1908,

14100 t, 23,1 Knoten, vierzehn 19,4-cm-, zwanzig 6,5-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre). Als Torpedoboote und Tauchboote ausliefen, um ihn anzugreifen, entfernte er sich mit großer Fahrt. Am folgenden Tage ist ein schwer beschädigter britischer Zerstörer in den italienischen Hafen von Molfetta eingelaufen; es ist nicht bekannt geworden, wo er sich diese Schäden zugezogen hat. In der zweiten Hälfte des November konnten die auf den Lovćen gebrachten schweren französischen Geschütze das Feuer gegen die Forts von Cattaro aufnehmen. Die vor dem Hafen stehenden französischen Schiffe griffen nicht ein. Am 21. Dezember torpedierte »U 12« das französische Großkampfschiff »Jean Bart« (1911, 23500 t, 22 Knoten, zwölf 30,5-cm-, zweiundzwanzig 14-cm-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, vier 45-cm-Torpedorohre) zweimal. Es steht noch nicht fest, ob es gesunken ist. (Der jedenfalls gut unterrichtete Mitarbeiter der »Times« für Marinesachen spricht von zwei versenkten französischen Linienschiffen.)

Am 23. Dezember wurde das französische Tauchboot »Curie« beim Hafen von Pola beschossen und versenkt. Anfang Februar 1915 wurde Antivari österreichischerseits beschossen, um dort gelandetes und gelagertes Kriegsmaterial zu vernichten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Jacht des Königs von Montenegro versenkt. Am 24. Februar geriet vor demselben Hafen der französische Zerstörer »Dague« (1911, 770 t, 32 Knoten, zwei 10-cm-, vier 6,5-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Doppeltorpedorohre) auf eine Mine und sank. 38 Mann ertranken. Am 5. März unternahm ein aus 4 Linienschiffen, 3 Kreuzern und 12 U-Booten bestehendes kaiserliches Geschwader eine Streife bis zur Straße von Otranto, ohne auf den Feind zu stoßen. Am 27. April erlag der französische Panzerkreuzer »Léon Gambetta« (1901, 12600 t, 23 Knoten, vier 19,4-cm-, sechzehn 16,4-cm-, vierundzwanzig 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre) einem österreichisch-ungarischen Tauchboot in der Straße von Otranto.

Am 23. Mai erklärte Italien an Österreich-Ungarn den Krieg. Wenige Stunden später stieß die Flotte der Doppelmonarchie gegen die italienische Ostküste vor. An vielen Punkten wurden Eisenbahnen durch Artilleriefeuer zerstört, militärische Einrichtungen wurden ernstlich beschädigt, und einem Kreuzer gelang es, auf einem italienischen Torpedofahrzeug schwere Treffer zu erzielen: als erstes Kriegsfahrzeug strich am 24. Mai 1915 die »Turbine« (1904, 330 t, 30 Knoten, fünf 5,7-cm-Schnelladekanonen, vier Torpedorohre) die Flagge. Nachdem seine Besatzung gefangengenommen war, wurde es versenkt. — Das italienische Luftschiff »Città di Ferrara« hatte am 7. Juni die Richtung verloren und versehentlich italienische Truppen bombardiert. Dann war es nach den Gestaden von Istrien gelangt und begann am 8. Juni dort Bomben zu werfen. Als es sich durch das österreichisch-ungarische Marineflugzeug »L 48« bedroht sah, flüchtete es seewärts, wurde in Brand geschossen und stürzte ab. Ein österreichisch-ungarischer Zerstörer barg die Besatzung. — Ein anderes österreichisch-ungarisches Flugzeug bombardierte die Ballonhallen in Venedig und einige im Hafen liegende italienische Zerstörer. — Am 9. Juni torpedierte »U 4« 30 Seemeilen westlich von San Giovanni di Medua einen britischen Kleinen Kreuzer der »Liverpool«-Klasse (1909, 4900 t, 26,2 Knoten, zwei 15,2-cm, zehn 10,2-cm-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre), der nach Beobachtungen des Angreifers sank. Der Verlust wird englischerseits bestritten. — Ein anderes österreichisch-ungarisches Tauchboot versenkte am 10. Juni vor Venedig das italienische U-Boot »Medusa« (1911, 300 t, zwei 45-cm-Torpedorohre).

Die italienische Regierung hatte 57 in ihren Häfen liegende deutsche und österreichisch-ungarische Handelsdampfer von zusammen 216710 t beschlagnahmt und die geeigneten unter ihnen als Hilfskreuzer und Transportschiffe ausgerüstet. Gleichzeitig erklärte sie die Ostküste der Adria nördlich von Valona als blockiert. »Effektiv« ist die Blockade aber nie geworden, weil die italienischen Kriegsschiffe sich aus Sorge vor den Angriffen feindlicher Schiffe und U-Boote der größten Zurückhaltung befleißigten.

Am 17. Juni wiederholte die kaiserliche Flotte ihre Streife die italienische Ostküste entlang und gelangte bis Fano, ohne auf feindliche Streitkräfte zu stoßen. Am 26. versenkte ein österreichisch-ungarisches U-Boot das italienische Torpedoboot »5 PN« (1911, 120 t), während »6 PN« durch eine Mine in der nördlichen Adria sank. Ein U-Boot der Monarchie versenkte am 7. Juli den Panzerkreuzer »Amalfi« (1908, 10400 t, 23,6 Knoten, vier 25,4-cm-, acht 19-cm-, sechzehn 7,6-cm-, zwei 4,7-cm-Schnelladekanonen, drei 45-cm-Torpedorohre), ein anderes am 18. Juli den Panzerkreuzer »Giuseppe Garibaldi« (1899, 7400 t, 20 Knoten, eine 25,4-cm-, zwei 20,3-cm-, vierzehn 15-cm-, zehn 7,6-cm-, sechs 4,7-cm-Schnelladekanonen, vier 45-cm-Torpedorohre). Am 23. und 27. Juli abermaliger Vorstoß österreichisch-ungar. Kreuzer und Torpedoboote und Beschießung der italienischen Ostküste. Am 29. Juli sank das italienische Tauchboot »Nautilus« (1913, 320 t) im Golf von Triest durch eine Mine.

V.

Der Seekrieg im Orient.

Hierzu Karte.

Bei Ausbruch des Weltkrieges befand sich der deutsche Admiral Souchon mit dem Schlachtkreuzer »Goeben« (1911, 23000 t, 28 Knoten, zehn 28-cm-, zwölf 15-cm-, zwölf 8,8-cm-Schnelladekanonen, vier Torpedorohre) und dem Kleinen Kreuzer »Breslau« (1911, 4550 t, 27,6 Knoten, zwölf 10,5-cm-Schnelladekanonen, zwei 50-cm-Torpedorohre) im Mittelmeer. Er bombardierte zunächst an der algerischen Küste Bône und Philippeville, um die Überführung französischer Kolonialtruppen nach Frankreich zu stören.

Auf dem Rückwege in östlicher Richtung sah er sich durch ein weit überlegenes britisches Geschwader verfolgt. In Messina ergänzte er aus deutschen Handelsdampfern seine Kohlenvorräte. Inzwischen waren ein größeres britisches Geschwader und französische Kriegsschiffe vor den Ausfahrten der Straße angekommen und warteten auf die deutschen Kreuzer. Es gelang diesen jedoch, durchzubrechen und in die türkischen Gewässer zu gelangen. In Konstantinopel wurden beide Kreuzer der osmanischen Flotte eingereiht und »Sultan Jawus Selim« und »Midilli« (Mytilene) benannt. — Am 28. Oktober erschien vor der Mündung des Bosporus eine russische Flottenabteilung, um Minen zu legen. Admiral Souchon lief mit beiden Kreuzern aus und verjagte sie; der Minendampfer »Prut« (1879, 5407 t, 13,5 Knoten, acht 4,7-cm-Schnelladekanonen) und das Kanonenboot »Kubanez« (1887, 1250 t, 11 Knoten, zwei 15-cm-, ein 12-cm-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen) wurden versenkt, ein Zerstörer schwer beschädigt, ein Troß-

dampfer genommen. Damit waren die Feindseligkeiten zwischen der Türkei und Rußland ohne förmliche Kriegserklärung eröffnet. Bei der Wichtigkeit der Benutzung der Meerengen für die Aus- und Einfuhr Südrußlands suchte der Dreiverband die von der Türkei gesperrte freie Fahrt vom Schwarzen Meer ins Mittelmeer zu erzwingen. Als die Vorstellungen seiner Botschafter bei der Hohen Pforte keinen Erfolg hatten, forderten die Botschafter ihre Pässe. Die förmliche Kriegserklärung Frankreichs und Englands erfolgte am 5. November. Am 31. Oktober bombardierte die türkische Flotte Sewastopol, Theodosia, Batum und Trapezunt. Mehrere russische Schiffe wurden versenkt und beschädigt.

Admiral Souchon war unausgesetzt bemüht, die russische Flotte zu beunruhigen. Immer aufs neue machte er Vorstöße und scheute sich auch nicht, die versammelte russische Flotte anzugreifen. Am 18. November bombardierten die Russen Trapezunt. Darauf liefen die beiden Kreuzer sofort aus und griffen zwei Linienschiffe, fünf Kreuzer und fünf Zerstörer so energisch an, daß diese nach Sewastopol flüchteten; »Swjatoi Jevstafi« (1906, 13000 t, 17 Knoten, vier 30,5-cm-, vier 20,3-cm-, zwölf 15-cm-, vierzehn 7,5-cm-, sechs 4,7-cm-Schnelladekanonen, drei Torpedorohre) wurde stark beschädigt. Als Admiral Souchon am 25. Dezember mit »Goeben« bei nebligem Wetter auf einen aus 17 Schiffen starken Verband stieß, gelang es ihm, sich schnell einzuschießen, das Linienschiff »Rostislav« (1896, 9000 t, 15,6 Knoten, vier 25,4-cm-, acht 15-cm-, zwölf 4,7-cm-, vier 3,7-cm-Schnelladekanonen, zwei Torpedorohre) ernstlich zu beschädigen und die Minendampfer »Oleg« und »Athos« zu versenken. Als die »Breslau« herankam, wich das russische Geschwader nach Sewastopol aus. Russische Städte wurden bombardiert, Funkstationen und Petroleumbehälter vernichtet, die Operationen der türkischen Kaukasusarmee unterstützt, die rückwärtigen Seeverbindungen des russischen Heeres gestört, ein Kanonenboot und viele Dampfer versenkt. Bei einer dieser kühnen Fahrten aber geriet der Schlachtkreuzer in eine Minensperre; zwei Minen krepierten unter seinem Boden, glücklicherweise an verschiedenen Seiten. Dank der tadellosen Manneszucht, dem richtig gehandhabten Leckſicherungsdienst und der guten Schiffskonstruktion gelang es, das Schiff nach Konstantinopel zu bringen, wo es durch deutsche Ingenieure und Werftarbeiter völlig wiederhergestellt wurde. Übler erging es am 3. April 1915 dem osmanischen Kleinen Kreuzer »Medjidije«, der bei Otschakow durch eine Mine sank, von denen die Russen ungezählte Mengen im Schwarzen Meer ausgelegt hatten. Am 13. Dezember 1914 versenkte das britische U-Boot »B 11«, dem es gelungen war, die Dardanellen zu passieren, das im Bosporus ankernde alte türkische Panzerschiff »Messudje«.

Vor den **Dardanellen** hatte sich Ende 1914 eine starke anglo-französische Flotte versammelt, die am 3. November die Außenforts auf 15 km Entfernung beschoß. Diese mit kleinen Pausen wiederholten Bombardements führten schließlich dazu, daß die Außenforts niedergekämpft wurden.

Im Laufe des Januar und Februar 1915 unternahmen die Flotten der Westmächte nur Tastversuche gegen die Dardanellen; erst im März gingen sie energischer vor. Das französische Tauchboot »Saphir«, das in die Dardanellen einzudringen versuchte, wurde durch Artillerie versenkt. Am 1. März erschienen vier Linienschiffe in der Einfahrt, beschossen Fort Dardanos und gingen, nachdem einige von ihnen mehrere schwere Treffer erhalten hatten, wieder seewärts. Landungsversuche scheiterten; in die Meerenge eingelaufene Minensucher wurden durch Artilleriefeuer verjagt. Ähnlich verliefen der dritte und vierte Angriff. Bei Sidd el Bahr und Kum Kale gelandete britische Matrosen erlitten schwere Verluste. Am 5. März bombardierten »Vengeance« (1899, 13150 t, 18 Knoten, vier 30,5-cm-, zwölf 15,2-cm-, zehn 7,6-cm-, sechs 4,7-cm-Schnelladekanonen, vier 45-cm-Torpedorohre), »Queen Elizabeth« (1913, 28500 t, 25 Knoten, acht 38-cm-, sechzehn 15,2-cm-, zwölf 7,6-cm-Schnelladekanonen, acht 53-cm-Torpedorohre) und »Agamemnon« (1906, 19000 t, 19 Knoten, vier 30,5-cm-, zehn 23,4-cm-, vierundzwanzig 7,6-cm-Schnelladekanonen, fünf Torpedorohre) vom Golf von Saros aus die inneren Forts mit indirektem Feuer, während vor der Einfahrt stehende Schiffe dieses leiteten. Als am folgenden Tage »Queen Elizabeth« wiederum die Beschießung aufnahm, erhielt sie drei Haubitztreffer, die sie veranlaßten, schleunigst seewärts zu verschwinden. Vom 7. ab beteiligten sich französische Panzerschiffe an der Beschießung. Täglich erschienen 4—6 Schiffe, um die Innenwerke unter Feuer zu nehmen. Abends verschwanden sie wieder in der Richtung Tenedos. Dort waren 14 große britische und 4 französische Schlachtschiffe versammelt.

Am 8. März wurden die Stellungen der türkischen Infanterie auf dem anatolischen Ufer beschossen; in den Nächten vom 11./12. und 12./13. stießen Minensucher gegen die Sperre vor; sie wurden durch Artilleriefeuer verjagt. Am 14. März wurde der Kleine Kreuzer »Amethyst« (1903, 3050 t, 23,6 Knoten, zwölf 10,2-cm-, acht 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre) ernstlich beschädigt. Am 18. folgte der **Hauptangriff** (vgl. »Seekriegskalender«, S. 250). Ein Erfolg wurde jedoch nicht erzielt. Alle Schiffe wurden vielfach getroffen und hatten schwere blutige Verluste. »Irresistible«, »Ocean«, »Bouvet« und ein britischer Zerstörer sanken, weitere Schiffe, darunter »Gaulois«, wurden zum Teil schwer beschädigt. Die Werke blieben völlig gefechtsfähig; die Verluste betrugen an Toten einige zwanzig Mann.

Nach dieser Niederlage drang bei den Admiralen die Überzeugung durch, daß die Dardanellenstellung mit Schiffen allein nicht forciert werden könne; dazu sei vielmehr die Mitwirkung einer Armee unentbehrlich. Sie sollte zu beiden Seiten der Straße gelandet werden und die Verteidigungswerke im Rücken angreifen, während die Schiffe von der Wasserfront aus vorgingen. Dieses Heer aufzustellen und heranzuschaffen, kostete viel Zeit. Die beschädigten Schiffe mußten durch frische ersetzt oder instand gesetzt werden. Am 16. April wurde das britische U-Boot »E 15« in den Dardanellen vernichtet; am 17. das englische Transportschiff »Manitou« durch das türkische Torpedoboot »Timur Hissar«, das bei Chios auf Strand gesetzt und gesprengt wurde, weil es von zwei britischen Kreuzern verfolgt wurde. Ende April war ein über 100000 Mann starkes Expeditionskorps verwendungsbereit, und es gelang, dasselbe an drei verschiedenen Punkten der Halbinsel Gallipoli zu landen. Bei Sidd el Bahr im Süden, 20 km weiter nordöstlich bei Kaba Tepe, westlich Maidos, und dazwischen bei Sari Tepe—Ari Burnu. Auch bei Kum Kale, auf dem anatolischen Ufer, waren Franzosen an Land gesetzt worden; ihre Stellung dort erwies sich jedoch als unhaltbar und wurde deshalb wieder aufgegeben.

Einem britischen Tauchboote war es wiederum gelungen, ins Marmarameer einzudringen; es wurde vernichtet. Nach türkischen Berichten sind während der Landungstage ein Flugzeugmutterschiff, zwei Transportschiffe und ein Zerstörer versenkt, zwei Kreuzer ernstlich beschädigt worden. Am 27. wurde das britische Tauchboot »AE 2«, am folgenden Tage ein britischer Zerstörer in den Dardanellen versenkt.

Den auf der Halbinsel Gelandeten trat eine auf 200000 Mann geschätzte türkische Armee entgegen, die von dem preußischen General Liman v. Sanders geführt wurde. Sie stand vor einer schweren Aufgabe, denn sie hatte nicht allein das Vordringen des anglo-französischen Heeres zu verhindern, sondern sah sich dabei auch dem Feuer der mächtigen Flotte ausgesetzt. Schon ein Gewinn von wenigen Kilometern nach vorwärts würde genügt haben, um die Angreifer in den Stand zu setzen, die am Nordufer gelegenen Forts im Rücken zu fassen. Anfang Mai war die Beschießung durch die Flotte wieder besonders stark, und auch die russische Flotte im Schwarzen Meer regte sich. Am 28. April und 11. Mai stieß sie gegen den Bosporus vor, allerdings um bald wieder zu verschwinden. Die Dardanellenwerke taten, was ihnen möglich war, um die feindlichen Schiffe abzuwehren. Am 1. Mai erhielt »Henry IV« (1899, 8950 t, 17,2 Knoten, zwei 27,4-cm-, sieben 14-cm-, zwölf 4,7-cm-, zwei 3,7-cm-Schnellladekononen, zwei 45-cm-Torpedorohre), ein neu zur Flotte gestoßenes französisches Linienschiff, zehn Treffer. Er und das ebenfalls schwer beschädigte englische Linienschiff »Vengeance« mußten sich aus dem Gefecht zurückziehen. Ein Nachtangriff von Zerstörern wurde leicht abgewiesen. Das französische Tauchboot »Joule« (1912, 550 t, 13 Knoten, 7 Torpedorohre) sank auf einer Mine, ebenso am folgenden Tage ein britisches Tauchboot der »E«-Klasse in den Dardanellen. Am 2. Mai mußte »Agamemnon« sich zurückziehen, nachdem er vier schwere Treffer erhalten hatte.

Sehr unbequem war das Eindringen einer Anzahl von feindlichen Tauchbooten durch Unterfahren der Minensperre ins Marmarameer und den Bosporus, wo sie mit ihren Geschützen die Hauptstadt bedrohten und die östlichen Verbindungen der Dardanellen erschwerten. Am 23. Mai wurde durch ein solches das türkische Kanonenboot »Pelenk i Deria« versenkt. Auch Munitionssorgen kamen dazu. Während der Kampf auf der Halbinsel hin und her wogte, erschienen am 23. einige deutsche U-Boote, die von der Heimat durch die Straße von Gibraltar einen Weg von 3500 Seemeilen (1 Seemeile = 1852 m) zurückgelegt hatten, ohne unterwegs irgendeinen Stützpunkt zur Verfügung gehabt zu haben. Diese U-Boote waren eine willkommene Hilfe. Zwar war türkischerseits versucht worden, die feindlichen schweren Kriegsschiffe durch Torpedobootsangriffe fernzuhalten, und ein Angriff war auch erfolgreich gewesen, indem das türkische Torpedoboot »Muavenet i Millije« am 13. Mai das britische Linienschiff »Goliath« versenkt hatte; aber gegen Torpedobootsangriffe bietet ein scharfer Wachtdienst meist hinreichenden Schutz. Als dann aber das erste deutsche Tauchboot am 25. Mai das Linienschiff »Triumph« und am 27. das Linienschiff »Majestic« versenkt und einem Linienschiff der »Agamemnon«-Klasse eine schwere Wunde geschlagen hatte, hielten die englischen Admirale es doch für geboten, ihre großen Schiffe solchen Gefahren zu entziehen.

An der syrischen Küste war am 30. Mai ein französisches Torpedoboot durch Strandung verlorengegangen. Bei der Insel Strato wurde am 31. durch ein deutsches U-Boot ein britischer Hilfskreuzer von 12000 t torpediert, auf dem sich ein Truppentransport von 800 Mann befand. Nur etwa 120 Mann wurden gerettet. Am 4. Juni ging der französische Minenleger »Casablanca« vor Smyrna durch eine Mine verloren.

Der Kreuzer »Midilli« traf im Schwarzen Meer in der Nacht vom 10./11. Juni auf zwei große Zerstörer des »Bespokoiny«-Typs. In dem sich entspinnenden Gefecht wurde eines der ganz neuen, 1100 t großen und mit drei 10-cm-Schnellladekanonen und fünf 45-cm-Torpedorohren bewaffneten Fahrzeuge in den Grund gebohrt, das andere entkam mit schweren Wunden.

Am Eingang der Dardanellen wurde am 4. Juli der französische Transportdampfer »Carthage« und am 26. Juli das französische U-Boot »Mariotte« (1911, 630 t) durch deutsche Unterseeboote zum Sinken gebracht. Die Besatzung des letzteren wurde gefangen.

VI.

Der Kreuzerkrieg.

Hierzu Karte.

Bei Ausbruch des Krieges befanden sich folgende Schiffe auf auswärtigen Stationen: in Westafrika: die Kanonenboote »Panther« und »Eber«; in Ostafrika: die ungeschützten Kreuzer »Seeadler«, »Geier« und das abgerüstete Vermessungsschiff »Möwe«; an der ost- und westamerikanischen Küste: der Kleine Kreuzer »Bremen« (später: »Karlsruhe«); in der Südsee: die Kanonenboote »Condor«, »Cormoran« und das Vermessungsschiff »Planet«; in Ostasien: das Kreuzergeschwader Panzerkreuzer »Scharnhorst«, »Gneisenau«, die Kleinen Kreuzer »Leipzig«, »Nürnberg«, »Emden«, das Begleitschiff »Titania«, die Kanonenboote »Iltis«, »Tiger«, »Luchs«, die Flußkanonenboote »Tsingtau«, »Vaterland«, »Otter«, die Torpedoboote »Taku« und »S 90«.

Als Stützpunkte für diese Schiffe kam nur Tsingtau in Frage. Kohlenstationen waren zwar in Südwestafrika, Ostafrika und in der Südsee vorhanden, doch hatten diese, da sie ungeschützt waren, keinen Wert im Falle eines Krieges. Daher waren die deutschen Kreuzer auf das angewiesen, was ihnen durch Handelsdampfer zugeführt werden konnte. Gelegenheit zum Docken usw. war nur in dem bald belagerten Tsingtau, und man war in dieser Hinsicht auf das Wohlwollen der Neutralen angewiesen, auf das der örtlich Schwache erfahrungsgemäß nicht rechnen kann.

Den für die Entscheidung maßgebenden deutschen Seeoffizieren blieb keine Wahl; sie mußten die ihnen anvertrauten Kreuzer zur Schädigung der Feinde ihres Vaterlandes ausnutzen, bis das unausbleibliche bittere Ende kam: Vernichtung und Tod durch den Feind. Sie mußten fechten mit der sicheren Aussicht, über kurz oder lang zu unterliegen, und konnten nur ihre Aufgabe darin sehen, vorher dem Gegner den denkbar größten Schaden zuzufügen und dafür zu sorgen, daß ihr eignes Ende zur Mehrung des Ruhmes der deutschen Flagge beitrug.

Den größten Schaden konnte die Tätigkeit der Kreuzer dem Gegner tun, wenn sie sich gegen seinen Seehandel, seine Schiffahrt richtete. Dabei mußten Zusammenstöße mit feindlichen Kriegsschiffen, wenn angängig, vermieden werden; denn selbst unbedeutende Schäden, die ein Gefecht mit sich brachte, konnten ihre weitere Verwendung lähmen.

Das Kreuzergeschwader. Vizeadmiral Graf Spee befand sich mit den Großen Kreuzern »Scharn-



Feindliche Verluste an Kriegsschiffen in den Dardanellen.

1 Ocean Brit. Linien-Schiff
2 Goliath
3 Majestic
4 Irresistible Brit. Lin.-Schiff
5 Triumph
6 Bouvet Franz. Lin.-Schiff

Der Rest sind engl. u. franz. Torpedo u. U-Boote

n 1

C

N

euzer.

horst« und »Gneisenau« sowie dem Begleitdampfer »Titania« auf einer Fahrt nach den deutschen Kolonien in der Südsee, als er durch Funkspruch die Nachricht vom Kriegsausbruch erhielt. In Ponape stieß der Kleine Kreuzer »Nürnberg« zum Geschwader, und nachdem Kohlen aufgefüllt waren, dampften die Schiffe nach dem Gilbertarchipel. Dort erfuhr man, daß Samoa durch ein australisches Expeditionskorps besetzt sei. In der Hoffnung, das diese Truppen geleitende Geschwader abzufangen, ging Graf Spee dorthin in See. Aber die Kriegsschiffe, die die Expedition geleitet hatten, waren bereits wieder nach Australien unterwegs. Sie einzuholen, war aussichtslos, deshalb wurde die Fahrt in östlicher Richtung fortgesetzt.

Am 22. September 1914 wurde das französische Kanonenboot »Zelée« (1899, 647 t, zwei 10-cm-, vier 6,5-cm-, vier 3,7-cm-Schnelladekanonen) im Hafen von Papete vernichtet, militärische Anlagen zusammengeschossen. Bei der Osterinsel und Juan Fernandez wurden Kohlen aufgefüllt; auch die Kleinen Kreuzer »Leipzig« und »Dresden« hatten sich auf Befehl des Geschwaderchefs dort eingefunden.

»Dresden« kam von der Ostküste und hatte auf der Fahrt die englischen Dampfer »Hyades« (3352 t) und »Holmwood« (4223 t) versenkt; »Leipzig« war in San Francisco gewesen, hatte die englischen Dampfer »Elsinore« (6542 t) und »Bankfields« (3763 t) in die Tiefe gesandt und Nachrichten gesammelt. Man hatte erfahren, daß japanische Schiffe auf der Jagd nach dem deutschen Geschwader, der Schlachtkreuzer »Kongo« (1912, 28000 t, 28 Knoten, acht 35,6-cm-, sechzehn 15,2-cm-, sechzehn 7,6-cm-Schnelladekanonen, acht 53-cm-Torpedorohre), das Linienschiff »Hizen« (früher unter russischer Flagge »Retwisan«; 1900, 12900 t, 18 Knoten, vier 30,5-cm-, zwölf 15,2-cm-, zwanzig 7,6-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre), der Panzerkreuzer »Asama« (1898, 10000 t, 21,3 Knoten, vier 20,3-cm-, vierzehn 15,2-cm-, zwölf 7,6-cm-, vier 4,2-cm-Schnelladekanonen, vier 45-cm-Torpedorohre), der britische Panzerkreuzer »Australia« (1911, 19500 t, 26,9 Knoten, acht 30,5-cm- und zwanzig leichte Geschütze, zwei 53-cm-Torpedorohre) und der britische geschützte Kreuzer »Newcastle« (1909, 4900 t, 26,3 Knoten, zwei 15,2-cm-, zehn 10,2-cm-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre) sich in der Nähe befänden. Ein britischer Kreuzer, wußte man, fülle in Coronel Kohlen auf, Admiral Cradock komme mit den Panzerkreuzern »Good Hope« (1901, 14300 t, 23,8 Knoten, zwei 23,4-cm-, sechzehn 15,2-cm-, zwölf 7,6-cm-, drei 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre), »Monmouth« (1901, 9950 t, 23,9 Knoten, vierzehn 15,2-cm-, acht 7,6-cm-, drei 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre), dem Kleinen Kreuzer »Glasgow« (wie Newcastle) und dem Hilfskreuzer »Otranto« (etwa acht 15,2-cm-Schnelladekanonen) die Westküste Südamerikas herauf, und das britische Linienschiff »Canopus« (1897, 13150 t, 19 Knoten, vier 30,5-cm-, zwölf 15,2-cm-, zehn 7,6-cm-, sechs 4,7-cm-Schnelladekanonen, vier 45-cm-Torpedorohre) sei von der Magalhãesstraße her im Anmarsch. Admiral Cradock hatte an Land (auf chilenischem Gebiet) eine Funkstation eingerichtet. Von ihr wurden alle Nachrichten, die über die Bewegungen der deutschen Kreuzer erhältlich waren, sofort an Admiral Cradock weitergegeben.

Die Schlacht bei Coronel. Graf Spee beschloß, das britische Geschwader anzugreifen, und dampfte südlich. Am Spätnachmittag des 1. November sichtete man den Feind. Der Kleine Kreuzer »Nürnberg« befand sich mit einem Sonderauftrage nördlich des Geschwaders außer Sicht. Es wehte stark aus Südwest und es lief hohe See. Das britische Geschwader — »Good Hope«, »Monmouth«, »Glasgow« und »Otranto« — hatte Kehrt gemacht, wohl in der Absicht, an diesem Abend ein Gefecht zu vermeiden. Am folgenden Morgen durfte Cradock darauf rechnen, durch »Canopus« verstärkt zu werden, so daß er alsdann der Stärkere war. Da es den deutschen Schiffen jedoch gelang, aufzukommen, sah sich der Gegner zum Schlagen gezwungen.

Es ist das einzige Mal in dem Weltkriege gewesen, daß in einem Seegefecht die Deutschen den Engländern gegenüber auch numerisch stärker waren. Es konnten nämlich ins Gefecht bringen:

	Anzahl	Schnelladekanonen	Geschoßgewicht	Breitseitgewicht
Scharnhorst	6	21 cm	125 kg	750 kg
	3	15 -	46 -	138 -
Gneisenau	6	21 -	125 -	750 -
	3	15 -	46 -	138 -
Dresden	5	10,5 -	16 -	80 -
Leipzig	5	10,5 -	16 -	80 -
			Insgesamt:	1936 kg
Good Hope	2	23,4 cm	172,3 kg	344,6 kg
	8	15,2 -	45,3 -	362,4 -
Monmouth	9	15,2 -	45,3 -	407,7 -
Glasgow	2	15,2 -	45,3 -	90,6 -
	5	10,2 -	14,0 -	70,0 -
Otranto	5	15,2 -	45,3 -	226,5 -
			Insgesamt:	1501,8 kg

Damit stand deutscherseits ein Breitseitgewicht von 1986 kg einem britischen von 1501,8 kg gegenüber. Das artilleristische Kräfteverhältnis war also wie 4 : 3.

Graf Spee führte seine Schiffe zwischen die feindliche Linie und die Küste, so daß dem Gegner ein Ausweichen auf neutrales Gebiet verlegt war. Um 7 Uhr 10 Min. feuerte »Scharnhorst« den ersten Schuß, und 33 Minuten später waren die beiden feindlichen Panzerkreuzer außer Gefecht gesetzt. »Otranto« hatte nach dem ersten Treffer, den sie erhielt, das Weite gesucht, dann war »Monmouth« aus der Linie gegangen, und »Glasgow« hatte ihren Platz eingenommen. Als »Good Hope« mehr und mehr niedergekämpft worden war, war »Glasgow« der »Monmouth« gefolgt, die mit schwerer Schlagseite auf Land zu hielt. Um ungefähr 8 Uhr dürfte »Good Hope« gesunken sein, was man von den deutschen Schiffen aus wegen der hereingebrochenen Dunkelheit aber nicht erkennen konnte. Die deutsche Linie war inzwischen nach Norden geschwenkt. Daß das feindliche Flaggschiff außer Gefecht gesetzt war, durfte angenommen werden; ihm jedoch Hilfe zu bringen, verboten der Sturm und der Seegang.

Inzwischen suchte »Nürnberg« mit höchster Fahrt Anschluß an das deutsche Geschwader zu gewinnen. Zufällig traf sie auf die schwerwunde »Monmouth« und die ebenfalls beschädigte »Glasgow« — es waren fünf Treffer gegen sie beobachtet worden. Letztere wich aus, und der Untergang des Panzerkreuzers wurde durch einige Granaten in den ungeschützten Schiffsboden beschleunigt. Auch hier waren Rettungsversuche leider unmöglich. Da die Besatzung der »Good Hope« 900, die der »Monmouth« 540 Mann stark war, »Glasgow« fünf und »Otranto« einen Treffer erhalten haben, so werden die Personalverluste der Engländer auf etwa 1500 Mann einzuschätzen

sein. Demgegenüber beliefen sich die deutschen auf zwei Verwundete an Bord der »Gneisenau«.

Nach einem Aufenthalt von wenigen Stunden in Valparaiso zur Aufgabe der Post ging Graf Spee wieder in See. Im Laufe des November hat »Dresden« den englischen Dampfer »North Wales« (3691 t) und das große französische Segelschiff »Valentine« (3120 t) versenkt, »Leipzig« am 6. Dezember den englischen Segler »Drummuir« (1844 t).

Die Schlacht bei den Falklandinseln. Die britische Admiralität sandte sofort nach dem Eintreffen der Nachricht von dieser Niederlage eine größere Anzahl starker Schiffe unter dem Befehl des Admirals Sturdee nach dem südatlantischen Ozean. Dieser sammelte seine Schiffe in Port Stanley auf den Falklandinseln; denn nach eingegangenen Nachrichten war anzunehmen, daß das deutsche Kreuzergeschwader nach dem Atlantischen Ozean gehen werde. Admiral Graf Spee befand sich in schwieriger Lage. Von allen Seiten sah er sich beobachtet und durch seine langsamen Troßdampfer, ohne die er nicht leben konnte, am schnellen Vorwärtskommen behindert. Seine Munitionsvorräte aufzufüllen, war keine Möglichkeit. Er mußte sich sagen, daß etwaige Sendungen ihn um so eher erreichen würden, je mehr er sich der Heimat nähere. Deshalb hatte er sich entschlossen, in den Atlantischen Ozean zu gehen. Mit seinen fünf Kreuzern und drei Troßdampfern sichtete er am 8. Dezember die Felsen der Falklandinseln. In Port Stanley lagen — wenigstens — die Schlachtkreuzer »Invincible« und »Inflexible« (1907, 20300 t, 26,6 Knoten, acht 30,5-cm-, sechzehn 10,2-cm-Schnelladekanonen, fünf 45-cm-Torpedorohre), das Linienschiff »Canopus«, die Panzerkreuzer »Carnarvon« (1903, 11000 t, 23,5 Knoten, vier 19,6-cm-, sechs 15,2-cm-, zwanzig 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre), »Cornwall« (1902, 9950 t, 23,5 Knoten, vierzehn 15,2-cm-, acht 7,6-cm-, drei 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 45-cm-Torpedorohre), der Kleine Kreuzer »Bristol« (wie »Glasgow«), die Hilfskreuzer »Macedonia«, »Otranto« und »Orissa« (meist mit acht 15,2-cm- und einer Anzahl leichter Schnelladekanonen bewaffnet). Vor dem Hafen als Sicherung: Panzerkreuzer »Kent« (wie »Cornwall«) und der Kleine Kreuzer »Glasgow«, der seine Schäden inzwischen in Rio de Janeiro ausgebessert hatte. Es ist Grund zu der Annahme, daß damit die Liste der Schiffe noch nicht erschöpft ist, aber auch die hier angegebenen stellten eine Macht dar, die die des deutschen Kreuzergeschwaders um etwa das Sechsfache übertraf. An schweren Geschossen allein wiesen »Inflexible« 3080 kg, »Invincible« 3080, »Canopus« 1540, »Carnarvon« 363 kg, insgesamt 8063 kg Breitseitgewicht gegen die 1500 kg der deutschen Großen Kreuzer auf; noch ungünstiger war für letztere das Verhältnis der Stärke an mittleren Kalibern. Die weit größere Geschwindigkeit der britischen Schlachtkreuzer schloß auch ein Ausweichen oder die Wahl der Gefechtsentfernung völlig aus. So entschloß sich Graf Spee, seine leichten Kreuzer anzuweisen, sich nach verschiedenen Richtungen zu zerstreuen, während er selbst mit den Großen Kreuzern ihren Rückzug deckte. Das gelang aber nur so lange, bis die britischen Schlachtkreuzer in See waren und das Feuer gegen ihn um 1 Uhr eröffneten. Vorher hatte »Cornwall« von »Scharnhorst« einen Unterwassertreffer erhalten, der ihn zwang, die Jagd auf den deutschen Kleinen Kreuzer »Dresden« aufzugeben, der denn auch entkam. Im übrigen stand jedoch dem Admiral Sturdee eine so bedeutende Anzahl von Schiffen zur Verfügung, daß er gegen jedes deutsche Schiff weit überlegene Kräfte ansetzen konnte.

Das Wetter war klar, der Wind wehte schwach aus Nordost, die See war ruhig. Auf 14 km Entfernung nahmen von 1 Uhr ab »Invincible«, »Inflexible« und »Carnarvon« die beiden deutschen Panzerkreuzer unter Feuer, die mit einem gut gezielten ruhigen Feuer antworteten; denn bei den knappen Munitionsvorräten hieß es haushalten. Die anderen Schiffe nahmen die Verfolgung der Kleinen deutschen Kreuzer und Troßdampfer auf, von denen »Prinz Eitel Friedrich« entkam. Es wird berichtet, daß auch ein japanisches Geschwader teilgenommen habe, das den Deutschen vom Kap Horn her gefolgt war, was jedoch von den Engländern bestritten wird. Ein weiteres britisches Geschwader soll außerdem zwischen den Falklandinseln und der Magalhãesstraße gestanden haben.

Die deutschen Panzerkreuzer faßten ihr Feuer auf das feindliche Flaggschiff »Invincible« zusammen, das 23 Treffer erhalten hat. Aber die Übermacht war zu groß. Als um 3 Uhr das Feuer der »Scharnhorst« schwächer wurde, forderte Sturdee den Grafen zum Streichen der Flagge auf, was dieser selbstverständlich ablehnte. Drei von den vier Schornsteinen des Schiffes und beide Masten waren weggeschossen, die Geschwindigkeit wesentlich vermindert. Um 4 Uhr sank er, bis zum letzten Augenblick feuernd. Kein Mann der Besatzung wurde gerettet, obgleich die Wetterverhältnisse günstig waren. Nunmehr vereinigten die drei feindlichen Schiffe ihr Feuer auf die »Gneisenau«, die nach weiteren zwei Stunden um 6 Uhr abends unterlag. Alle ihre Kanonen waren unbrauchbar, die Munitionskammern leer, der Kommandoturm über Bord geschossen, beide Maschinen zerstört, das Hinterschiff brannte. Als das Schiff in den Wellen verschwunden war, ließen die Engländer ihre Boote zu Wasser, um von den etwa 400 Mann, die auf dem Wasser trieben, einen Teil zu bergen. Die große Kälte des Wassers ist wohl die Ursache gewesen, daß nur 17 Offiziere und 170 Mann gerettet wurden. »Nürnberg« sank um 7½ Uhr, »Leipzig« um 9 Uhr, bis zum letzten Augenblick feuernd. Von ersterer wurden 7 Mann, von letzterer 4 Offiziere und 14 Mann gerettet.

Wie hier vorgreifend bemerkt sei, ist »Dresden« durch die Magalhãesstraße in den Stillen Ozean gelangt und hat dort am 27. Februar 1915 den englischen Dampfer »Conwaycastle« (1694 t) versenkt. Der Kreuzer mußte dann, da seine Maschinen dringend der Ausbesserung bedurften, die chilenische Insel Juan Fernandez anlaufen. Ohne Kohlen und mit unbrauchbarer Maschine lag er hier in neutralem Gebiet, als er am 14. März von den britischen Panzerkreuzern »Kent«, »Glasgow« und »Orma« angegriffen wurde. Der Kommandant ließ den Kreuzer sprengen; die Besatzung wurde in Chile interniert. Ein Protest seitens Chiles wurde formell erledigt, und die »Times« schrieben aus dieser Veranlassung: »Wir haben um Entschuldigung gebeten, und der deutsche Kreuzer liegt auf dem Meeresgrund.«

S. M. S. »Emden«. Der geschützte Kleine Kreuzer »Emden« befand sich bei Kriegsausbruch in Tsingtau, lief sofort aus, nahm in der Japanischen See den russischen Postdampfer »Rjäsan« weg und brachte ihn nach Tsingtau, wo er als Hilfskreuzer ausgerüstet und auf den Namen »Cormoran« umgetauft wurde. Er ist nach einer längeren Kreuzfahrt in Guam interniert worden.

Die »Emden« trat darauf ihren berühmt gewordenen Kreuzzug nach Süden an. Durch die Straße von Malakka dampfend, versenkte sie ein halbes Dutzend großer britischer Dampfer. Die an Bord befindlichen Besatzungen und Passagiere wurden mit anderen Schiffen nach Kalkutta und Rangoon befördert. Den gegen sie ausgesandten Kreuzern wußte sich »Emden« stets geschickt zu entziehen. Am 22. Sept. 1914 vernichtete sie die großen Petroleumtanks in Madras und verschwand ebenso plötzlich, wie sie gekommen, wieder in der Dunkelheit, als die Forts das Feuer gegen sie eröffneten. Ende September versenkte sie unweit Ceylon vier Schiffe. Von den beschlagnahmten Schiffen nahm sie nur die Kohlendampfer mit sich. Absichtlich ließ sie sich vor Pondichéry sehen, um dann in der Arabischen See wieder zu verschwinden. Sie kaperte dort fünf Dampfer und trat am 20. Oktober die Reise nach einem neuen Schauplatz an. Zwischen Sumatra und Java hindurchdampfend, versenkte sie bei Borneo am 27. Oktober ein großes japanisches Schiff und fuhr dann abermals durch die Malakkastraße, wo sie bei Anbruch des 28., durch einen vierten Schornstein unkenntlich gemacht, in Penang einlief. Man hielt sie für den erwarteten britischen Kreuzer »Yarmouth«, und das auf Vorposten befindliche französische Torpedoboot »Mousquet« alarmierte nicht. Der im Hafen liegende kleine russische Kreuzer »Schemtschug« (1903, 3180 t, 24 Knoten, sechs 12-cm-, sechs 4,7-cm-, zwei 3,7-cm-Schnelladekanonen, sechs 45-cm-Torpedorohre) wurde durch Artilleriefeuer und einen Torpedo angegriffen und in den Grund gebohrt. 1 Offizier, 88 Mann waren dabei auf dem russischen Kreuzer getötet, 3 Offiziere, 120 Mann von der 275 Köpfe starken Besatzung verwundet worden. Darauf wendete die »Emden« der Einfahrt zu, sandte noch einige Granaten in die Petroleumtanks an Land und steuerte wieder seewärts. Leider war ihr in der Dämmerung entgangen, daß noch drei französische Torpedoboote im Hafen lagen, die sonst ihre sichere Beute geworden wären. Vor dem Hafen traf sie aber auf den französischen Zerstörer »Mousquet« (1900, 310 t, 27 Knoten, ein 6,5-cm-, sechs 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 38-cm-Torpedorohre), den sie mit einigen Schüssen zum Sinken brachte. Dieser Überfall erregte begreiflicherweise Schrecken und Bestürzung in Indien, während man in England selbst die Sache mehr für einen genialen Sport hielt und der Kommandant, Fregattenkapitän v. Müller, eine Zeitlang dort zu einer populären Persönlichkeit wurde.

Am 9. November früh landete die »Emden« eine 3 Offiziere, 40 Mann starke Abteilung auf einer der der südlich Sumatra gelegenen Kokosinseln, um die dortige Funkenstation und das Kabel Australien–Madagaskar zu zerstören. Leider war sie vorzeitig erkannt worden, so daß die Station Zeit behielt, um Hilfe zu funken. Dieser Ruf erreichte einen Transport, der Truppen von Australien nach Colombo brachte und den die Kreuzer »Sydney« und »Melbourne« geleiteten. Ersterer erhielt Befehl, beschleunigt vorauszudampfen, und ehe »Emden« Zeit hatte, ihre Landungsabteilung wieder an Bord zu nehmen, kam es zwischen »Sydney« (1912, 5700 t, 26 Knoten, acht 15,2-cm-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 53-cm-Torpedorohre) und »Emden« zum Kampf. Um 9 Uhr 40 Min. begann das ungleiche Gefecht, das anfänglich einen für die »Emden« günstigen Verlauf nahm. Zehn Treffer hatte sie ihrem Gegner bereits beigebracht, ehe sie selbst den ersten erhielt. Dieser und die folgenden erwiesen sich aber als derart wirksam, daß sie bald schwer litt. Nach ein und einer halben Stunde sah sich der Kommandant genötigt, sein Schiff mit großer Fahrt auf ein Korallenriff der Insel Keeling zu setzen, nachdem »Emden« ihrem Gegner noch fünf Treffer beigebracht hatte. Fockmast und alle Schornsteine waren weggeschossen, die Steuereinrichtung beschädigt, das Hinterschiff brannte. Nach der Strandung feuerte die »Sydney« noch einige Salven, die die Maschinen zerstörten, und machte sich dann an die Verfolgung des Kohlendampfers der »Emden«. Sie erreichte ihn auch, konnte aber nur seine Besatzung gefangennehmen, denn diese hatte vorher den Dampfer durch Öffnen der Bodenventile zum Sinken gebracht. Als »Sydney« dann zur »Emden« zurückkehrte, kapitulierte der Kommandant, um weiteres unnötiges Blutvergießen zu verhindern, mit dem Reste der Besatzung, von der 6 Offiziere, 4 Deckoffiziere, 26 Unteroffiziere und 93 Mann gefallen, 1 Unteroffizier und 7 Mann schwer verwundet waren.

Damit hatte die erfolgreiche Tätigkeit des herrlichen Schiffes ihr Ende gefunden. »Emden« hatte während derselben vernichtet oder genommen: einen kleinen Kreuzer, einen Zerstörer von zusammen 3490 t, den russischen Dampfer »Rjäsan« (3522 t), einen großen japanischen Dampfer, 16 englische (»Indus« 3413, »Lovat« 6102, »Killin« 3544, »Diplomat« 7615, »Trabboch« 4028, »Clan Mathesen« 4775, »Tymeric« 3314, »King Lud« 3650, »Ribera« 3500, »Foyle« 4147, »Clan Grant« 3948, »Benmohr« 4806, »Ponrabbel« 473, »Troilus« 7562, »Chilkana« 5146, »Buresk« 4350), zusammen etwa 80000 t.

S. M. S. »Ayesha«. Der die Landungsabteilung der »Emden« führende erste Offizier des Kreuzers, Kapitänleutnant v. Mücke, versuchte, mit einem alten, kleinen Schoner namens »Ayesha« in neutrales oder befreundetes Gebiet zu gelangen. Nach mancherlei Fährnissen landete am 9. Januar 1915 die Abteilung bei Hodeida am Roten Meer und gelangte am 22. Mai schließlich nach Konstantinopel. Vgl. »Seekriegskalender« 9. November, 27. November, 10. Dezember, 16. Dezember 1914, 9. Januar, 14. März, 27. März, 1. April, 3. April, 9. Mai und 22. Mai 1915.

S. M. S. »**Königsberg**«. Dieser kleine Kreuzer befand sich auf der ostafrikan. Station. Am 6. August 1914 versenkte er den englischen Dampfer »City of Winchester« (6800 t) und erschien am 19. September vor Sansibar, wo er den britischen kleinen Kreuzer »Pegasus« (1897, 2200 t, 20 Knoten, acht 10,2-cm-, acht 4,7-cm-Schnelladekanonen) zusammenschoß. Von den weit stärkeren britischen Kreuzern »Chatham« (1911, 5500 t, 25,5 Knoten, acht 15,2-cm-, vier 4,7-cm-Schnelladekanonen, zwei 53-cm-Torpedorohre) und »Weymouth« (1910, 5300 t, 25,6 Knoten und der gleichen Armierung) verfolgt, zog er sich in den Rufidschi zurück, dessen Barre die beiden tiefergehenden Briten nicht passieren konnten. Diese versenkten jedoch, um den deutschen Kreuzer am Auslaufen zu verhindern, am 30. Oktober einen beladenen Kohlendampfer in der Mündung. Erst am 1. Juli 1915 wurden vor dem Flußdelta starke Seestreitkräfte zusammengezogen, um die »Königsberg« zu vernichten. Sie bestanden in den flachgehenden, 1280 t großen, 11,5 Knoten schnellen gepanzerten Monitoren »Mersey« und »Severn«, die als Bestückung zwei 15,2-cm-Schnelladekanonen, zwei Haubitzen von 12 cm und vier leichte Geschütze führten. Außerdem die kleinen Kreuzer »Weymouth« (s. oben), »Hyacinth« (1898,

5700 t, 20 Knoten, elf 15,2-cm-, acht 7,6-cm-, eine 4,7-cm-Schnelladekanone, zwei 45-cm-Torpedorohre), »Pyramus« (1897, 2200 t, 20 Knoten, acht 10,2-cm-, neun leichte Geschütze), »Asträa« (1893, 4450 t, 20,5 Knoten, zwei 15,2-cm-, acht 12-cm-, acht 5,7-cm-, eine 4,7-cm-Schnelladekanone, drei 45-cm-Torpedorohre), drei Hilfskreuzer und sieben bewaffnete Walfischfänger, über deren Armierung Angaben nicht vorliegen. Dem Geschwader waren außerdem zwei Wasserflugzeuge beigegeben, um das Feuer der Schiffsgeschütze zu leiten. Den zehn 10,5-cm-Geschützen mit 160 kg Geschoßgewicht der »Königsberg« standen damit 25 15,2-cm-, acht 12-cm-, acht 10,2-cm- und zwei 12-cm-Haubitzen mit einem Geschoßgewicht von etwa 1500 kg gegenüber, d. h. eine um das etwa Zehnfache stärkere Artillerie, die zum Teil hinter Panzer stand. Am 6. Juli gingen die englischen Seestreitkräfte zum Angriff vor. Während die Kreuzer ein starkes Feuer gegen die »Königsberg« richteten, drangen die Monitore und Walfischfänger in den Fluß ein und nahmen sie ebenfalls zum Ziel. Nachdem in einem neunstündigen Kampfe über 3000 Schuß abgegeben waren, mußten die britischen Schiffe unverrichtetersache zurück. Am 11. Juli wurde der Angriff erneuert und war nunmehr erfolgreich. Nachdem alle Geschütze des Kreuzers niedergekämpft waren, ließ der verwundete Kommandant die »Königsberg« sprengen. Der noch kampffähige Teil der Besatzung und das Material ist dann zur Verteidigung der Kolonie verwendet worden.

S. M. S. **»Karlsruhe«**. Das Schiff befand sich beim Ausbruch des Weltkrieges auf der ostamerikanischen Station. Es kreuzte im Atlantischen Ozean und hat dem feindlichen Seehandel schwere Wunden geschlagen. Obgleich von vielen feindlichen Schiffen verfolgt, gelang es ihm dennoch immer wieder, sich denselben zu entziehen. Er ist am 4. November 1914 im Südatlantik infolge einer Explosion gesunken. Den überlebenden Teil der Besatzung führte der erste Offizier auf einem Troßdampfer nach Deutschland zurück.

Der Kreuzer hat vom 18. August bis 26. Oktober 1914 folgende englische Schiffe aufgebracht und versenkt: »Bowes Castle« (4650 t), »Strathroy« (4336 t), »Maple Branch« (4338 t), »Highland Hope« (5150 t), »Indrani« (5706 t), »Cornish City« (3816 t), »Rio Iguassu« (3817 t), »Farn« (4393 t), »Niceto de larrinaga« (5018 t), »Lynrowan« (3384 t), »Cervantes« (4635 t), »Pruth« (4408 t), »Condor« (3053 t), »Gantou« (3021 t), »Hurstdale« (2752 t), »Vandyk« (10328 t) sowie den holländischen, in englischer Charter fahrenden Dampfer »Maria« (3804 t), d. h. 17 Dampfer mit zusammen 76609 Registertons.

S. M. **ungeschützter Kreuzer »Geier«** hatte am 15. Oktober 1914 den Hafen von Honolulu angelaufen und ist dort am 9. November 1914 interniert worden.

Von Hilfskreuzern, die im ersten Jahre Verwendung gefunden haben, sind zu erwähnen:

S. M. **Hilfskreuzer »Kaiser Wilhelm der Große«**. Das bekanntlich zu den »Windhunden des Ozeans« zählende stolze Schiff hatte frühzeitig die Jagd auf die feindliche Schiffahrt begonnen. Am 16. August 1914 versenkte es die englischen Dampfer »Kaipara« (7392 t) und »Nyanga« (3066 t). Weiter südlich hielt er die Dampfer »Arlanza« (15044 t) und »Galician« (6762 t) an, entließ sie aber, weil sich Frauen und Kinder mit an Bord befanden, die der Kommandant nicht den Unbilden der Gefangenschaft aussetzen mochte. Vielleicht hat einer von ihnen beiden seinen Dank für diese Milde dadurch abzutragen gesucht, daß er dem Hilfskreuzer den britischen Kreuzer »Highflyer« (1898, 5700 t, 20,5 Knoten, elf 15,2-cm-, acht 7,6-cm-, eine 4,7-cm-Schnelladekanone, zwei 45-cm-Torpedorohre) auf den Hals hetzte. Als der »Wilhelm« in der spanischen Kolonie Rio de Oro, 2 km vom Lande entfernt, aus zwei Kohlendampfern seine Heizvorräte auffüllte, wurde er am 26. August 1914 von dem obengenannten britischen Kreuzer angegriffen. Nachdem alle Munition verschossen war, ließ der Kommandant sein Schiff versenken. Die Besatzung wurde interniert.

S. M. **Hilfskreuzer »Kap Trafalgar«**. Das schöne, prachtvoll ausgestattete Schiff war auf See von dem Kanonenboot »Eber« mit zwei 10,5-cm-Schnelladekanonen ausgerüstet worden. Mit 32 Mann Besatzung fuhr »Eber« nach Rio weiter, während der übrige Teil der Besatzung den zum Hilfskreuzer gewordenen Dampfer bemannte. Das Kanonenboot ist dann in der Hauptstadt Brasiliens interniert worden. »Kap Trafalgar« nahm die Jagd auf den feindlichen Seehandel auf. Schon am 14. September 1914 traf er mit dem britischen Hilfskreuzer »Carmania« (acht 15,2-cm-Schnelladekanonen) zusammen. In diesem ungleichen Kampfe wurde »Kap Trafalgar« versenkt. Der Kommandant, 2 Offiziere und 10 Mann fanden den Seemannstod, ein Offizier und ein Mann waren gefallen, fünf verwundet worden. Letztere gehörten zu den Geretteten. Der Kommandant der »Carmania«, Captain Noel Grant, ließ die im Wasser Schwimmenden beschießen. Die Besatzung der »Trafalgar« war in die Boote gegangen und wurde von dem deutschen Dampfer »Eleonore Woermann« aufgenommen, nach Buenos Aires gebracht und dort interniert. Die »Carmania« war ebenfalls schwer beschädigt. Sie brannte, hatte 9 Tote, leckte und befand sich in Seenot, als sie den britischen Kreuzern »Cornwall« und »Bristol« begegnete, die sie nach Gibraltar geleiteten.

S. M. S. **»Kronprinz Wilhelm«** schlug der feindlichen Schiffahrt schwere Wunden, mußte aber schließlich, da der Hilfskreuzer dringende Ausbesserungsarbeiten vorzunehmen hatte, einen neutralen Hafen aufsuchen. Nachdem er 13 Schiffe versenkt hatte, lief er am 10. April 1915 in Newport News ein, wurde am 26. interniert und Ende September 1916 nach Philadelphia gebracht. Seine Beute bestand in den englischen Dampfern »Indian Prince« (2846 t), »La Correntina« (8529 t), »Bellevue« (3814 t), »Hemisphere« (3486 t), »Highland Brae« (7634 t), »Potaro« (4419 t), »Tamar« (3207 t), »Coleby« (3824 t), dem englischen Segler »Wilfrid« (M 251 t), dem französischen Dampfer »Mont Agel« (4803 t), »Guadeloupe« (6600 t), dem französischen Segler »Anne de Bretagne« (2032 t), zusammen 53659 t.

S. M. **Hilfskreuzer »Prinz Eitel Friedrich«**. Auch dieser Hilfskreuzer war recht erfolgreich, teilte aber ebenfalls das Geschick des »Kronprinz«. Die fünf englischen Dampfer »Charcas« (5067 t), »Kildalton« (1784 t), »Mary Ada Short« (3605 t), »Willerby« (3630 t), der französische Dampfer »Floride« (6629 t), die französischen Segelschiffe »Jean« (2207 t), »Pierre Loti« (2196 t), »Jacobsen« (2195 t), der russische Segler »Isabel Browne« (1315 t) von zusammen 30049 t sind ihm zur Beute geworden.

III. Technik und Kriegführung

Stellungskrieg und Nahkampfmittel

von Oberstleutnant Faller in Mannheim

Hierzu Tafeln »Schützengräben I—III«.

Wie so manche militärische Begriffe durch den Weltkrieg unseres Jahrhunderts umgewertet, berichtigt oder ergänzt worden sind, so hat auch in bezug auf den Stellungskrieg die neueste Kriegführung dieser Kampfart eine wesentlich andere Deutung und Bedeutung gegeben, als man bisher gewohnt war. Ehedem spielte der Stellungskrieg, d. h. der Kampf um verteidigte Geländeabschnitte, abgesehen vom Kampf um einzelne besonders wichtige Festungen oder sonstige Stützpunkte, eine mehr untergeordnete, nebensächliche, für die Gesamtkriegshandlung nicht entscheidende Rolle. Jedenfalls bildete er stets nur eine mehr oder weniger lange Episode innerhalb einer Schlacht oder eines ganzen Feldzuges, über die der Bewegungskrieg immer wieder, die Entscheidung gebend, hinwegflutete. Früher drehte sich also der Stellungskrieg strategisch hauptsächlich um Festungen oder befestigte Plätze (Flußübergänge, Pässe u. dgl.), taktisch in der Schlacht um einzelne auf irgendeinem Teile des Schlachtfeldes zur Abwehr großer feindlicher Übermacht, um Zeit zu gewinnen, zur Deckung des Rückzuges u. dgl., besonders zur Verteidigung hergerichtete Geländestrecken oder -punkte. Dagegen haben die Massenheere, der neue Faktor im modernen Kriege, jene erstaunliche, riesenhafte Entwicklung des Stellungskrieges hervorgebracht, wie sie in dem gegenwärtigen Weltkrieg uns vor Augen tritt. Da ist von keiner Nebensächlichkeit, von keinem Gelegenheitsmittel mehr die Rede; der Stellungskrieg ist vielmehr zu einer Hauptkampfform geworden, die im Verein mit dem Bewegungskrieg die Entscheidung miterringen hilft. Beide Kampfformen sind nun einander gleichgestellt, einerseits in strategischer Bedeutung für das Gesamtergebnis des Krieges, anderseits in örtlich taktischer Wichtigkeit für jeden Teilabschnitt der ungeheuren Frontausdehnung. Aber auch in moralischer Beziehung, in der Würdigung der soldatischen Eigenschaften, des kriegerischen Heldentums hat sich der Stellungskrieg ebenbürtig an die Seite des Bewegungskrieges gestellt; ihm sind die unvergänglichen Lorbeerkränze für Führer und Geführte ebenso sicher wie dem Bewegungskrieg!

Der Stellungskrieg hatte früher den Makel einer in soldatischer Beziehung minderwertigen Kampfform. Der Begriff »Verteidigung« hatte für den Feldsoldaten einen etwas unangenehmen Beigeschmack. Namentlich die deutschen Offiziere und Soldaten gaben sich in ihrem angeborenen und anerzogenen stürmischen Drange nach vorwärts nicht gern mit Schaufel und Spaten ab, und die Besatzungs- und Verteidigungstruppen waren meist Truppen zweiter und dritter Linie; die Feldpioniervorschrift bildete für Infanterie, Kavallerie und Artillerie kein angenehmes Studium, und die Ausbildung in Feldpionierarbeiten wurde von diesen Waffen vielfach als nebensächlich betrachtet und daher mit keinem allzu großen Eifer betrieben.

Hierin brachte nun schon der russisch-türkische und russisch-japanische Krieg eine Wandlung: Plewna, Liao und Mukden redeten eine zu deutliche Sprache, als daß sich nicht die Erkenntnis von der Bedeutung des Stellungskrieges auch für die Feldarmeen allgemein durchgerungen und gegenüber der modernen Artilleriewirkung die Notwendigkeit der Deckung aller Waffen gegen Sicht und Feuerwirkung sich allen militärischen Kreisen aufgedrängt hätte. Hieraus ergab sich aber, wenigstens zunächst in taktischer Beziehung, die Bedingung für die Entwicklung des Stellungskrieges. Freilich, wie ungeheuer diese sich nun auch in strategischer Hinsicht fortbilden würde, das ahnte vor Beginn des Weltkrieges wohl kaum jemand.

Immerhin waren durch sachgemäße und eifrige eingehende Ausbildung auch die deutschen Offiziere und Soldaten, die nun den Wert auch der Verteidigung, der Deckung anerkannten, für den Feldstellungskrieg wohl vorbereitet, so daß in kurzer Zeit jene für den Feind undurchdringbare Verteidigungsstellung in fast märchenhaftem Ausbau entstehen und zu dem gewaltigsten, folgenschwersten Stellungskriege führen konnte, wie wir ihn in den jahrelang hin und her wogenden, unbeschreiblich heißen Kämpfen um den durch deutschen Heldenmut verteidigten Wall von der Schweizer Grenze bis zur Nordsee haben wüten sehen. Nur das unerschütterliche Aushalten in derselben Stellung, nur die alle soldatischen Eigenschaften auf das Höchste steigernde, an Mut und Tapferkeit, Willens- und Nervenenergie fast unglaubliche Anforderungen stellende erfolgreiche Durchführung des Stellungskrieges an der Westfront hat es der deutschen Heeresleitung ermöglicht, die Wegziehung bedeutender Truppenkräfte nach dem Osten zu wagen; nur dadurch war sie imstande, dort den Bewegungskrieg so glänzend, so kraftvoll im Verein mit den Verbündeten durchzuführen. So sind Führer und Truppen des Stellungskrieges im Westen, in Frankreich, — und auch im Süden an der österreichisch-italienischen Grenze — derselben Anerkennung würdig wie ihre Kameraden im Bewegungskrieg des Ostens.

Welches sind nun die Kampfmittel des heutigen Stellungskrieges?

Seitdem die schweren Steilfeuergeschütze der verbündeten Zentralmächte — die deutsche »dicke Berta« (42 cm) und die österreichischen Motorgeschütze (30,5 cm) — imstande sind, die Panzertürme und -forts auch der modernsten Festungen (Namur, Antwerpen) aus einer der Verteidigung unerreichbaren Entfernung mit wenigen Schüssen zu vernichten und

diese Befestigungen sturmreif zu machen, haben die für sich abgeschlossenen, dem zentralen Feuer der Angriffsartillerie günstige Ziele bietenden Festungen ihren Wert als Hauptstützpunkte des Stellungskrieges zum Teil eingebüßt. An ihre Stelle sind die *Feldbefestigungen* getreten, verteidigt und angegriffen mit allen Mitteln der modernen Kriegstechnik. Ihre großartige Anwendung und Ausnutzung durch Anlage lang ausgedehnter, zusammenhängender Verschanzungen mitten im Bewegungskampfe gewaltiger Kämpfermassen zum Schutze gegen die mörderische Wirkung des Infanterie- und Artilleriefeuers, zur Erreichung der »Leere des Kampffeldes« vermag den Übergang zum Stellungskrieg herbeizuführen, in welchem dann jede Handbreit des Geländes in fast uneinnehmbar scheinenden Stellungen dem Gegner streitig gemacht wird.

Die Grundform der Feldbefestigungen bildet der *Schützengraben*, ein Graben mit einem davorliegenden Wall, aufgeworfen mit der aus dem Graben gewonnenen Erde (Tafel I—III).

Aber es ist nicht mehr nur der ehedem einfache, meist flache Schützengraben für liegende Schützen, sondern auch hier sind die Verhältnisse fast ins Ungemessene gewachsen. Die Gräben sind 1—1⅓ m tief und so schmal, daß sich hinter dem stehenden Schützen gerade noch ein Mann hindurchdrücken kann. Diese dem Gelände angepaßten Gräben, vielfach mit Panzerung und Betonierung versehen, sind oft in mehreren Reihen hintereinander angelegt, oder bilden wieder ein ganzes System fester Feldwerke, alle geschützt durch manchmal kilometertief davorliegende Stacheldraht- und sonstige Hindernisse, wie Wolfsgruben und Fladderminen. Erstere sind ½—1½ m tiefe, schachbrettförmig in mehreren Reihen hintereinander ausgehobene Trichter mit einem zugespitzten Pfahl auf dem Boden; die Fladderminen sind in gewisser Entfernung gegen Sicht eingegrabene Sprengkörper, die entweder durch selbsttätige Zündung oder von einem Beobachtungspunkt aus mittels Zündschnur oder elektrisch beim Überschreiten des anstürmenden Feindes zur Explosion gebracht werden. Die Reserven werden in tief eingegrabenen Unterständen mit Eindeckungen zum Schutz gegen das Artilleriefeuer, oder auch in geschützten Stellungen innerhalb von Dörfern unter den Kellern der Häuser, deren Decken betoniert werden, untergebracht. Alle diese Gräben, Unterstände und Stellungen sind durch tiefe Laufgräben und Gänge untereinander verbunden, so daß ein gegen Feuer ziemlich gesicherter Verkehr ermöglicht ist. In die vorderen Schützengräben werden möglichst viel Maschinengewehre eingebaut, während die ebenfalls eingegrabenen und gegen Sicht gedeckten Artilleriestellungen sich weiter zurück hinter Höhen, Dörfern, Waldstücken u. dgl. befinden. Die Eindeckungen werden durch Reisig, Grasstücke und sonstige Verkleidungen möglichst unkenntlich gemacht, namentlich auch zur Deckung gegen die Beobachtungen seitens feindlicher Flieger. Unsere Abbildungen geben von den verschiedenen Arten der Schützengräben, Eindeckungen, Maschinengewehr- und Geschützdeckungen einen anschaulichen Begriff.

In dieser Art bildet die deutsche Front vom Meere bis zur Schweiz eine einzige befestigte Linie. Wahre Wunder der Technik sind in dem *Stellungskampf der Österreicher* in den Felsengebirgen an der italienischen Grenze geschaffen worden: durch die Berge sind Schächte getrieben, in denen auf Aufzügen Geschütze und allerlei Material auf Höhen gebracht werden, die von außen auf natürlichem Wege unerreichbar wären; ganze Batterien finden in den gehöhlten Bergen die denkbar beste bombensichere Deckung; Motoren, tief in den eingehauenen Höhlen aufgestellt, liefern die nötige Kraft für die geschützten, aus Felsritzen wirkenden Scheinwerfer.

Für alle diese weitverzweigten, räumlich oft weit voneinander getrennten Befestigungs- und Deckungsanlagen ist ein guter und auf das sorgfältigste eingerichteter Nachrichtendienst von größter Wichtigkeit. Die vorgeschobenen Beobachtungsposten werden daher durch elektrische Klingelzüge mit den dahinter befindlichen Schützengräben verbunden und diese durch Fernsprecher mit den Unterstützungstrupps und Reserven; ein weitverzweigtes Fernsprechnetz verbindet alle Stellungen untereinander und mit den Kommandostellen und Stäben. Zur Beleuchtung des Vorgeländes in der Nacht werden zahlreiche Scheinwerfer eingebaut, die Patrouillen und Posten mit Leuchtfackeln, -pistolen und -raketen ausgerüstet.

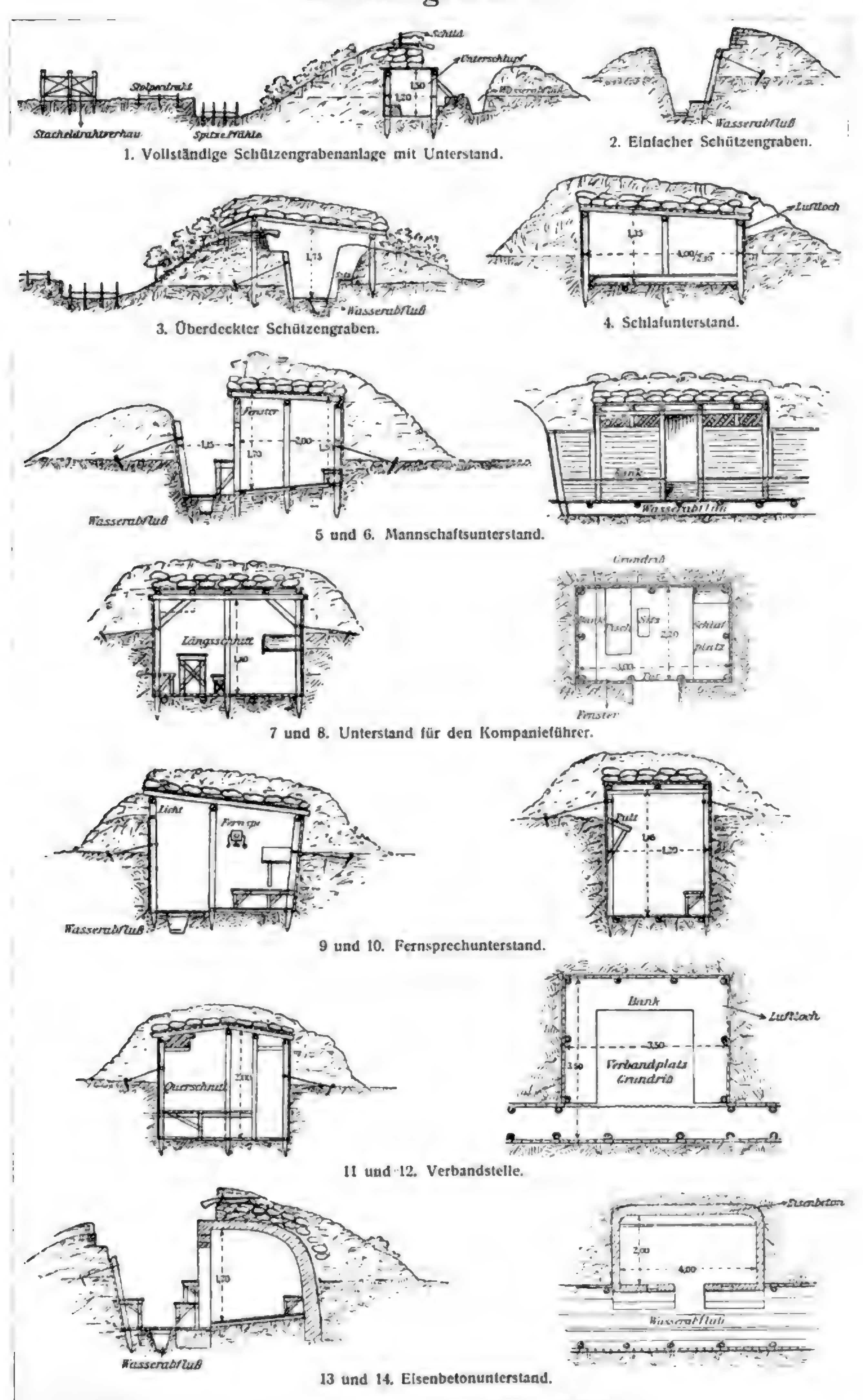
Für den *Nahkampf*, der ein charakteristisches Merkmal des Stellungskrieges geworden ist, ist die Besatzung der Schützengräben mit Gewehr- und Handgranaten, mit Stink-, Gas- und Flüssigkeitsbomben und mit Minenwerfern sowie mit Gasmasken zum Schutz gegen den berüchtigten Gasangriff reichlich versehen (Weiteres s. unten: Nahkampfmittel, S. 275). Auch der Minenkampf, wie er bisher nur im Festungskrieg üblich war, ist ein wichtiger Faktor im Schützengrabenkrieg geworden, indem unterirdische Minengänge unter die Schützengräben des Gegners getrieben und dann die darüberliegenden Teile der feindlichen Stellungen in die Luft gesprengt werden.

Daß gegen ein derartig ausgebautes und zur zähesten Verteidigung eingerichtetes Feldbefestigungssystem, wie es im vorstehenden beschrieben worden ist, der Angreifer nicht so vorzugehen imstande ist wie im Bewegungskrieg, wenn er sich nicht ungeheuren und doch erfolglosen Verlusten aussetzen will, ist ohne weiteres klar. Er ist zunächst seinerseits festgelegt und gezwungen, sich derselben Mittel zu bedienen wie der Verteidiger. Auch der Angreifer muß sich daher eingraben und gedeckte Stützpunkte verschaffen, von wo er sich immer näher durch sappenartiges Vorgehen, Artilleriewirkung, Überfälle u. a. m. an die feindliche Stellung heranzuarbeiten sucht. Dies wird einem zähen, tapferen, zu Gegenstößen stets bereiten Gegner gegenüber ein schweres, verlustreiches Stück Arbeit sein und nur äußerst langsam, sozusagen Schritt für Schritt, vor sich gehen können, aber auch nicht im Zusammenhang auf der ganzen Linie, sondern in einzelnen Vorstößen, bald da, bald dort, wie sich gerade die Gelegenheit dazu günstig zeigt; dabei werden Rückschläge, erfolgreiche Gegenstöße des Feindes nicht ausbleiben.

In diesem Hin und Her im Schützengrabenkrieg, wie es unseren erstaunten Augen das Bild des Stellungskrieges auf dem westlichen Kriegsschauplatz in seiner ganzen ungeheuren Ausdehnung vorführt, können Wochen, ja Monate vergehen, bis die vordersten beiderseitigen Linien vielfach fast unmittelbar, gewissermaßen in greifbarer Nähe, voreinander liegen, bis endlich die Widerstandskraft des Gegners gebrochen ist. Dann nimmt der letzte Sturmangriff, ebenfalls unter Anwendung von Minenwerfern, Handgranaten und Bomben sowie bei günstiger Windrichtung unter Entwicklung erstickender, gegen und



Schützengräben II.



1. Vollständige Schützengrabenanlage mit Unterstand.

2. Einfacher Schützengraben.

3. Überdeckter Schützengraben.

4. Schlafunterstand.

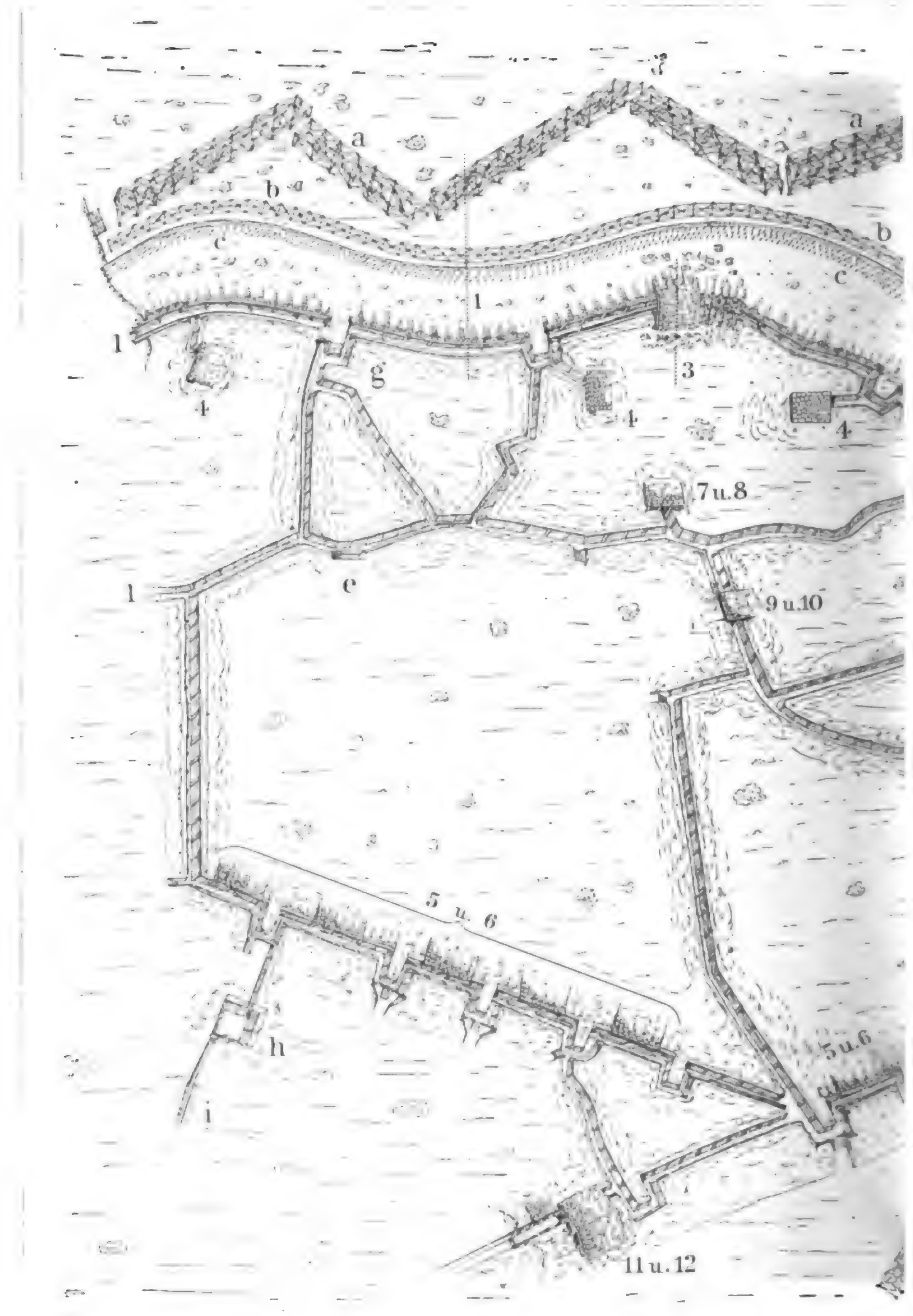
5 und 6. Mannschaftsunterstand.

7 und 8. Unterstand für den Kompanieführer.

9 und 10. Fernsprechunterstand.

11 und 12. Verbandstelle.

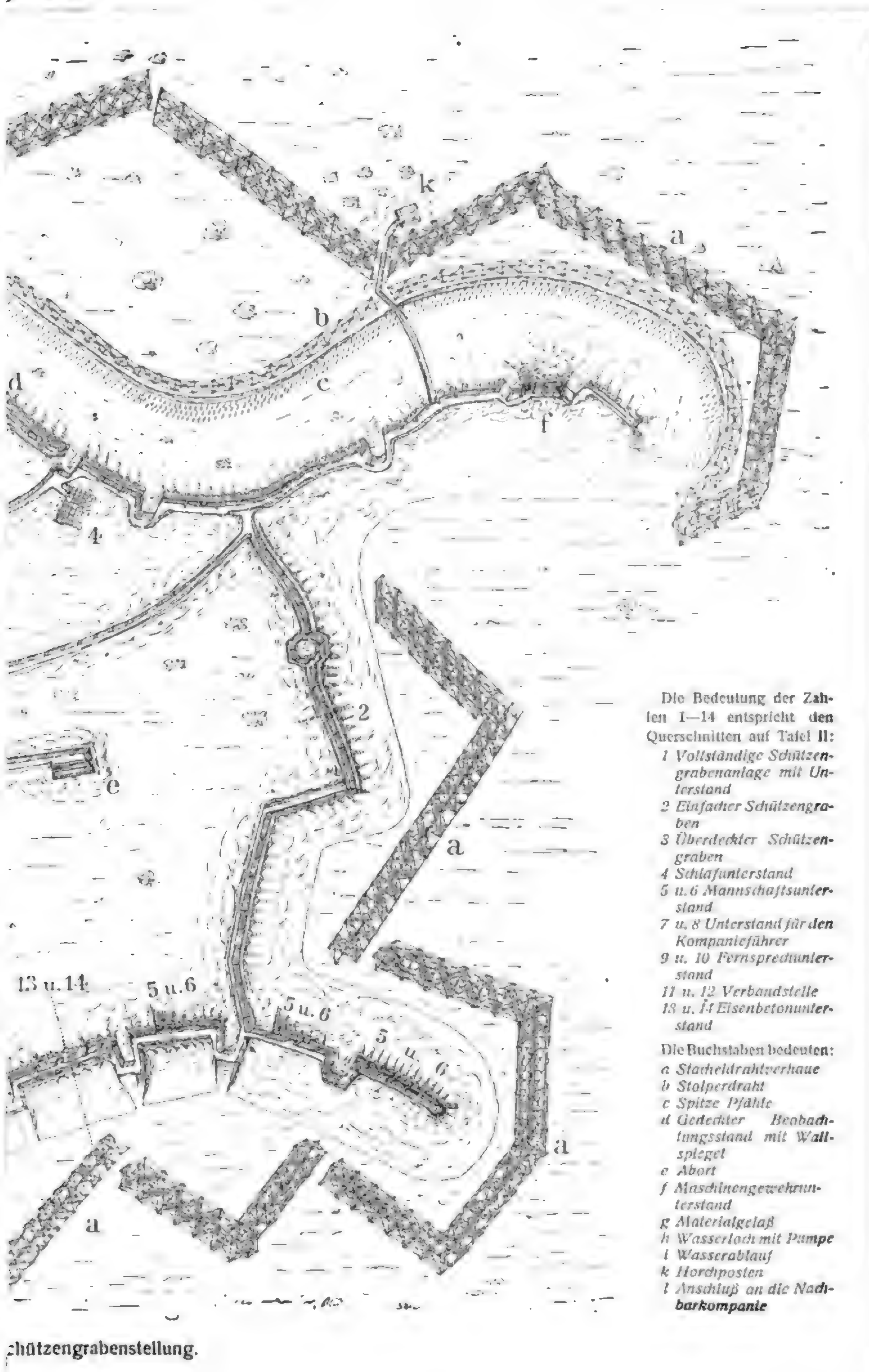
13 und 14. Eisenbetonunterstand.



Schema einer Infanterie-

Bibliographisches I

gräben I.

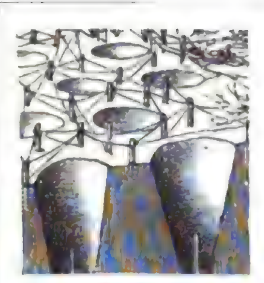


chützengrabenstellung.

stitut in Leipzig.

Schützengräben III

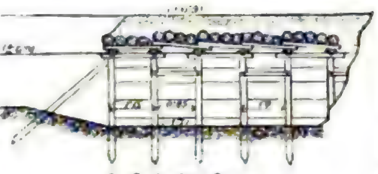
und Artilleriestellungen.



1. Drahtverhau mit Wolfsgruben.



2. Tiefe Sappe.



3. Gedeckte Sappe.



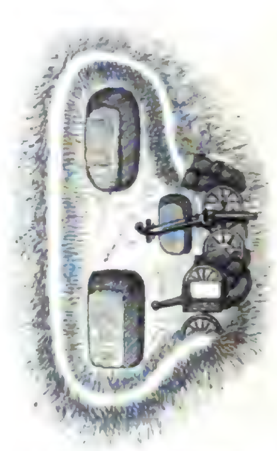


4. Erweiterter Schützengraben zur Unterbringung stärkerer Truppenabteilungen.

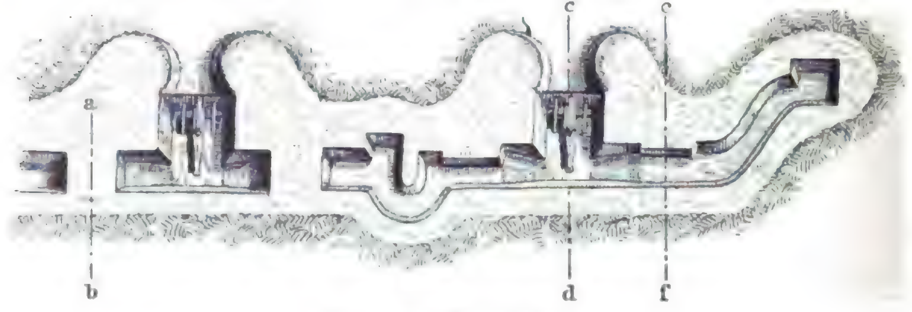
5. Beobachtungsstand im Schützengraben.



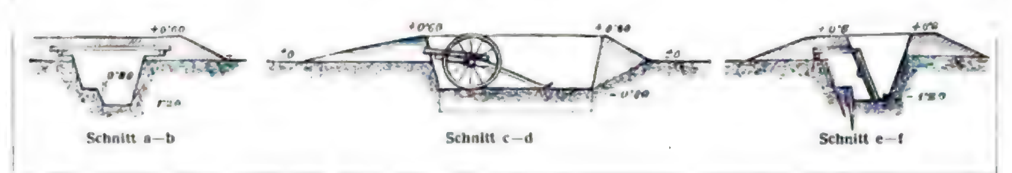
6. Schützengraben mit Maschinengewehr.



7. Im Gefecht hergestellte Geschützdeckung.



8. Ausgebaute Batteriestellung.



Schnitt a—b

Schnitt c—d

Schnitt e—f

über die Schützengräben hinüberziehender Gasnebel (Gasangriff) unmittelbar vor Losbruch der Sturmkolonnen, des Gegners Stellung endgültig in Besitz, wenn er sie nicht schon vorher geräumt hat. Letzteres möglichst herbeizuführen, ist Aufgabe der Artillerie, die stunden-, ja tagelang durch »Trommelfeuer« ununterbrochen unglaubliche Massen von Geschossen aller. auch der schwersten Kaliber auf die feindlichen Schützengräben und in ihre Umgebung schleudert, um sie mitsamt den Unterständen durch die heutige ungeheure Sprengwirkung zu zerstören und ihre Besatzung zu vernichten, gleichzeitig auch ein Herbeikommen von Reserven durch dahinter einschlagende Geschoßreihen (Sperrfeuer) unmöglich zu machen.

Solange nun derartige Erfolge sich nur auf verhältnismäßig kleine Teile der Kampfstellung erstrecken, wird dem Stellungskrieg noch kein Ende bereitet; dies tritt erst ein, wenn ein zusammenhängender Durchbruch großer Massen des feindlichen Heeres in bedeutender Ausdehnung gelingt, und genügend frische Truppen eingesetzt werden können, um den Erfolg des gelungenen Durchbruchs durch die befestigte Linie auszunutzen und den etwaigen Gegenstoß des Feindes siegreich zu überwinden; dann erst ist wieder der Übergang vom Stellungskrieg zu dem in letzter Linie doch den Feldzug endgültig entscheidenden Bewegungskrieg geschaffen.

Aus dem Charakter des Stellungskrieges, wie er sich aus diesem Weltkrieg heraus entwickelt hat — in der Hauptsache ein endlos scheinender Schützengrabenkrieg —, ergibt sich, daß er an die Nerven- und Willenskraft von Führer und Truppe, an die körperlichen und geistigen Eigenschaften, an die Disziplin, an den Mut, die Ausdauer und Unverzagtheit jedes einzelnen, an die Fähigkeit im Ertragen von Anstrengungen und Strapazen aller Art ungeheure Anforderungen stellt, Anforderungen, wie sie an den einzelnen Soldaten im Kriege bisher noch nicht herangetreten sind, und deren Erfüllung kaum möglich, kaum glaublich erscheint. Es sei nur andeutungsweise hingewiesen auf den tage- und wochenlangen Aufenthalt in den Schützengräben bei ungünstigem, nassem Wetter und im Winter, auf die Unmöglichkeit der Ablösung und Verpflegung, auf die grauenhaften Gemütseindrücke in bezug auf die Gefallenen und Verwundeten, auf die ständige Nervenanspannung in Erwartung eines feindlichen Überfalls, der Beschießung u. a. m. Er gibt aber auch seiner Natur nach vielfach den einzelnen und kleineren Abteilungen Gelegenheit zur Ausführung von so manchem Heldenstücklein, zur Betätigung besonderen Mutes, besonderer Tapferkeit, Entschlossenheit und Geistesgegenwart; wahrlich jeder wird in einem solchen Stellungskampf zum Helden!

Es bleibt noch die Frage zu erörtern: welchen Wert und welchen Einfluß werden denn die ständigen Befestigungen für einen zukünftigen Stellungskrieg noch haben? Wir haben einerseits die Tatsache, daß sämtliche belgische Festungen und diejenigen in Nordfrankreich, wie auch in Rußland, in unglaublich kurzer Zeit dem vernichtenden Feuer der deutschen und österreichischen Mörser erlegen sind, während anderseits Verdun und Toul, Epinal und Belfort selbst nach monatelangem Stellungskrieg noch nicht einmal eingeschlossen werden konnten. Der Grund hierfür ergibt sich daraus, daß die ersteren Festungen lediglich auf sich selbst angewiesen waren, keine eigene Offensivkraft hatten, und daß deren Forts, da eine ebenbürtige schwere Festungsartillerie nicht vorhanden war, in kurzer Zeit von den neuen schweren Belagerungsgeschützen aus einer dem Festungsfeuer entzogenen Entfernung zusammengeschossen wurden. Ganz anders verhält es sich mit Verdun und Toul. Diese beiden Festungen bilden mit den dazwischenliegenden Sperrforts eine gewaltige Gruppenfestung und gleichzeitig den Stützpunkt für den rechten Flügel der ganzen französischen Heeresstellung an der Marne, während die ausgedehnte Befestigung von Paris den linken Stützpunkt derselben abgibt. So blieben die Festungsbesatzungen und das Feldheer in steter Verbindung zu gemeinsamen energischen und zahlreichen Offensivunternehmungen, die in dem zur zähen Verteidigung eingerichteten günstigen Zwischen-, Um- und Vorgelände der Festungen eine treffliche Unterstützung fanden. Obwohl die unmittelbare Verbindung zwischen Verdun und Toul durch die Wegnahme des Sperrforts Camp des Romains unterbrochen wurde, waren die beiden Festungen doch in der Lage, in Übereinstimmung miteinander die Vorstöße gegen die deutschen Stellungen zu unternehmen. Dazu kommt, daß beide Festungen und deren Vorgelände sehr bald mit den schwersten Schiffs- und Küstengeschützen ausgerüstet wurden, deren außerordentliche Tragweite den Wirkungskreis der Festungsartillerie bedeutend erweiterte, und die dem Aufmarsch der deutschen schweren Geschütze ein starkes Hindernis entgegenzusetzen imstande waren. Eine ähnliche Rolle fällt auch der Festungsgruppe Epinal–Belfort zu, wie dies auch auf dem östlichen Kriegsschauplatz bei der Festungsgruppe Warschau-Nowo-Georgiewsk anfangs zutraf.

Wir sehen also, daß große Festungen, an günstige, außerdem mit Feldbefestigungen hergerichtete Verteidigungsabschnitte gelehnt, ausgerüstet mit den schwersten und weitest tragenden Geschützen der modernen Geschütztechnik und möglichst noch in Verbindung mit der Feldarmee, ihren Wert zur Herbeiführung und Durchhaltung eines langen Stellungskrieges wohl noch behalten werden.

Die Nahkampfmittel.

Der durch den Schützengrabenkrieg wieder wichtig gewordene Nahkampf, dessen Möglichkeit man vordem infolge der Fernfeuerwirkung der modernen Schußwaffen kaum mehr angenommen hatte, hat natürlich auch die Waffentechnik in dieser Richtung zu ganz neuartigen Konstruktionen veranlaßt.

Von den heute angewandten Nahkampfmitteln haben besonders die Handgranaten und die Wurfladungen schon eine lange Entwicklung durchgemacht. Ein Rückblick auf ihre Geschichte[1] zeigt, daß die mit Schleudern geworfenen glühenden Kugeln der Römer die ersten Vorläufer der heutigen Wurfgeschosse bilden; doch war diese primitive Waffe noch von geringer Bedeutung. Erst die Erfindung des Schießpulvers verlieh ihr größeren Wert. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts kamen springende, mit Pulver gefüllte Kugeln aus Glas oder Ton, erst später aus Gußeisen, auf, bei denen die Explosion durch eine vor dem Wurf in Brand gesetzte Zündschnur hervorgerufen wurde. Diese als Zeitzündung wirkende Konstruktion, die den Schleuderer des Wurfgeschosses oft mehr als den Angegriffenen schädigte, wurde später durch die Aufschlagzündung ersetzt, die dann zur Entstehung der heutigen Handgranaten führte. Im 18. Jahrhundert waren

[1] Vgl. E. Trebesius in der »Umschau« (Frankfurt a. M. und Leipzig 1915, Nr. 51).

mit der Verbesserung der Feuerwaffen Handbomben und Handgranaten fast ganz verschwunden und tauchten auch im 19. Jahrhundert nur gelegentlich auf. Aber Anfang unseres Jahrhunderts gelangte im russisch-japanischen Kriege die Handbombe wieder zu ausgiebigerer Verwendung, besonders beim Kampf um Port Arthur, wo sie sich in wirkungsvollem Gebrauch bewährte. Als granatenartiges Geschoß verband sie darauf der Engländer Marten Hale derartig mit dem Gewehr, daß sie aus diesem abgefeuert werden konnte; das führte zur Konstruktion der Gewehrgranate. Inzwischen hatten fast alle modernen Heere Handbomben übernommen und in den mannigfaltigsten Formen und Konstruktionen hergestellt.

So sind jetzt auf allen Kriegsschauplätzen bei Freund und Feind Nahkampfmittel verschiedenster Art in Gebrauch. Die große Treib- und Sprengkraft der heutigen Pulver- bzw. Sprengstoffarten gestalteten dieselben zu einer sehr wirkungsvollen, ja mitunter furchtbaren Waffe des Nahkampfes im Stellungs- und Festungskrieg sowohl für die Verteidigung wie für den Angriff. Für alle gilt aber, was schon zu früheren Zeiten und heute auch für die übrigen Kriegswaffen Geltung hat, nämlich, daß die Wirkung nicht nur von der Güte der Waffe, sondern auch von ihrem geschickten Gebrauch abhängig ist; und gerade für die Verwendung der Handgranate werden die höchsten Anforderungen an die Geschicklichkeit, Umsicht und Kaltblütigkeit des Kämpfers gestellt.

Es sind zunächst zwei Hauptgruppen zu unterscheiden: die Hand- und Gewehrgranaten und die Minenwerfer.

Das Prinzip bei diesen Konstruktionen ist im Grunde genommen überall dasselbe: ein Sprengstoff wird in irgendein zweckentsprechendes Gefäß gepreßt und durch die eingesetzte Zündung beim Gegner zur Explosion gebracht, indem das Geschoß entweder mit der Hand oder mittels einer besonderen Vorrichtung (Gewehr, Schleuder-, Schießgestell) fortgeschleudert wird. Während hiernach Handgranaten in der allereinfachsten Form, z. B. mit Hilfe von Konservenbüchsen, von den Leuten in den Schützengräben selbst hergestellt werden können, sind die fabrikmäßig in ungeheuren Massen beschafften Granaten zum Teil sehr komplizierter Art, besonders in bezug auf die Zündung. Letztere wird entweder durch einen Zeit- oder Aufschlagzünder bewirkt. Der Unterschied ist der, daß bei Zeitzündung das Geschoß nach einem gewissen, genau durch die Länge der Zündschnur oder die Abbrenndauer des Zündsatzes bemessenen Zeitraum explodiert, während das Geschoß mit Aufschlagzünder stets erst beim bzw. durch den Aufschlag gesprengt wird. Beide Arten der Zündung haben Vor- und Nachteile: der Zeitzünder ist einfacher und billiger, die Bedienung ist einfach und die Explosion selbst sicher, dagegen der Zeitpunkt der letzteren unter Umständen zu früh oder zu spät, je nach der vielleicht nicht genau genug abgepaßten Länge der Zündschnur (1 cm Länge entspricht in der Regel einer Sekunde Brennzeit) oder nach dem nicht zum richtigen Zeitpunkt erfolgten Abwerfen. Im ersteren Fall können die eigenen Leute von der Wirkung betroffen werden, im anderen Fall können die Gegner die Geschosse aufheben und zurückwerfen. Der Aufschlagzünder hat den Vorteil, daß die Handgranate erst beim Feinde explodiert und von diesem nicht zurückgeworfen werden kann, dagegen kann er versagen, also »Blindgänger« verursachen, wenn die Zündung bei weichem, nassem oder sumpfigem Boden nicht zur Wirkung kommt. Alle Zeitzünder beruhen auf derselben Konstruktion: durch das Herausreißen des »Reibers« aus der Zündung (s. Abreißvorrichtung in Fig. 1) wird ein Funken bzw. eine Flamme erzeugt, die eine Zündschnur oder den Zündsatz entzündet; dann wird das Zündfeuer zu einer mit der Sprengladung in Verbindung stehenden Sprengkapsel (Zündpulver) weitergeleitet und durch die Detonation der letzteren die Sprengladung zur Explosion gebracht. Der Aufschlagzünder betätigt sich dadurch, daß eine durch den Abschuß frei werdende Nadel (Bolzen) auf ein Zündhütchen (Sprengkapsel) stößt, dessen Detonation die Zündladung und diese die Sprengladung entzündet (Fig. 2 und 4). — Zur ersten Hauptgruppe gehören Granaten, die unmittelbar aus der Hand, mit und ohne Stiel, geworfen oder aus einem Gewehr abgeschossen werden, also Hand- und Gewehrgranaten.

Fig. 1. Französische Handgranate mit Zeitzündung.

Die allgemeinste Anwendung finden die Handgranaten, sowohl zum Angriff wie zur Verteidigung. Bei ersterem werden sie von den Leuten, die sich an die feindlichen Schützengräben herangearbeitet und angeschlichen haben, möglichst überraschend über den Wall hinüber und dann im Graben selbst unmittelbar gegen die Verteidiger und in die eingebauten Unterstände hineingeworfen. Bei der Verteidigung werden sie aus dem Schützengraben dem stürmenden Feind entgegengeschleudert, wenn er an die Drahtverhaue oder an bzw. auf den Wall gelangt ist. Fig. 1 zeigt eine französische Kugelhandgranate mit Zeitzündung; in Fig. 2 u. 3 ist eine Handgranate mit Stiel und Aufschlagzünder ersichtlich. Die gußeiserne Hohlkugel in Fig. 1 hat einen Durchmesser von 8 cm, Gewicht der Ladung 1,2 kg. Die Granate wird mit Hilfe einer am Handgelenk befestigten Abzugschnur weggeschleudert; durch den Schwung des Wurfes wird

Fig. 2. Handgranate mit Aufschlagzündung, von dem Engländer Marten Hale.

der Reibedraht herausgerissen und die Zündung dadurch betätigt. Bei anderen Konstruktionen wird der Reiber unmittelbar vom Schützen selbst mit dem durch die Reiberschlaufe gesteckten Finger durch einen kräftigen Ruck entfernt. — Von den Stielgranaten ist die englische Marten-Hale-Granate mit Aufschlagzünder (Fig. 2—4) bemerkenswert: ein Messingzylinder von 4,5 cm Durchmesser enthält 140 g Sprengstoff bei einem Gesamtgewicht von 600 g; ein 45 cm langer, in einem Holzpfropfen befestigter Strick dient zum Werfen und dann als Steuerschwanz, damit die Granate lotrecht auf die auf das vordere Ende des Zylinders aufgeschobene und eine Zündschraube mit Zündladung und Zündhütchen enthaltende Zündhaube abfällt; letztere schiebt sich durch den Aufschlag über eine Feder, die die Haube im Ruhestand so festhält, daß zwischen Zündschraube und Zündhütchen ein Zwischenraum besteht, weiter in den Zylinder hinein, so daß die Zündnadel auf das Zündhütchen stößt. Dieses bringt durch seine Detonation die Zündladung und diese die Sprengladung zur Explosion; der eiserne Kranz (Fig. 3) ist mit Einkerbungen versehen, so daß er bei der Sprengung in 24 Stücke auseinandergerissen wird.

Die Wurfweite der Handgranaten beträgt 25—40 m, je nach der Wucht, die der Werfende dem Wurf verleiht. Die Zündvorrichtungen müssen natürlich bis zum Gebrauch so gesichert sein, daß eine unbeabsichtigte Explosion nicht stattfinden kann; erst unmittelbar vor dem Wurf darf die Entsicherung bzw. das Einsetzen der Zündvorrichtung erfolgen. Der Gebrauch der Handgranaten ist für den Werfenden und seine Nachbarn durchaus nicht ungefährlich, da die Wirkung der modernen Sprengstoffe eine ungemein starke ist, auch in moralischer Beziehung durch das Getöse der Detonation. Es ist daher die größte Vorsicht dahin zu beobachten, daß die Reibevorrichtungen nicht zu früh abgerissen, die Granaten nicht zu lange in der Hand behalten, nicht fallen gelassen oder zu kurz (d. h. zu schwach) geworfen werden, da sonst in die eigenen Reihen Tod und Verderben geschleudert wird.

Um nun auch auf größere Entfernungen wirken zu können, werden einzelne Arten von Handgranaten zu Gewehrgranaten (Fig. 4) umgewandelt, indem sie mit einem Stahl- oder Messingstab versehen werden, der durch die Mündung in einen Gewehrlauf gesteckt wird, so daß die Granate oben auf demselben sitzt; mittels einer kugellosen, besonderen Patrone wird sie dann abgeschossen, und zwar indem der Schütze das Gewehr einsetzt wie gewöhnlich, oder indem es in eine besondere Vorrichtung (Schießgestell) eingespannt wird. Mit diesen Gewehrgranaten vermag man, insbesondere auf die letztere Art, wesentlich weiter und sicherer zu schießen, je nach Patronenladung und Höhenrichtung. An dem hinteren Teil des Führungsstabes ist eine Sicherung angebracht, die sich beim Abschuß in die Züge des Laufes preßt, so daß das Geschoß Drall und somit eine sicherere Flugbahn bzw. größere Treffsicherheit erhält. Auch die Handgranate von Marten Hale findet als Gewehrgranate Verwendung (Fig. 3). Beim Fall ist die Lage der Granate senkrecht, da diese schwerer ist als der Führungsstock; sie fällt daher mit der Spitze auf, wodurch der Auffallzünder betätigt wird, indem eine Nadel oder ein Bolzen in eine Sprengkapsel oder in ein Zündhütchen dringt und dieses dadurch detoniert. — Hand- wie Gewehrgranaten können durch Anbringung von Haken usw. am Säbelkoppel oder mittels anderer Vorrichtungen vom Schützen mit sich getragen werden (Fig. 5). Die in Gestelle eingeschraubten Gewehrgranaten werden vielfach gleichsam als kleine Batterien in den Schützengräben zusammengestellt und auf ein gemeinsames bestimmtes Ziel gerichtet, z. B. auf die feindlichen Sappen, um dort Truppenansammlungen, Arbeitertrupps, Sturmabteilungen, bereitgelegtes Sturmgerät u. a. m. zu beschießen. Es ist indessen noch zu bemerken, daß bei

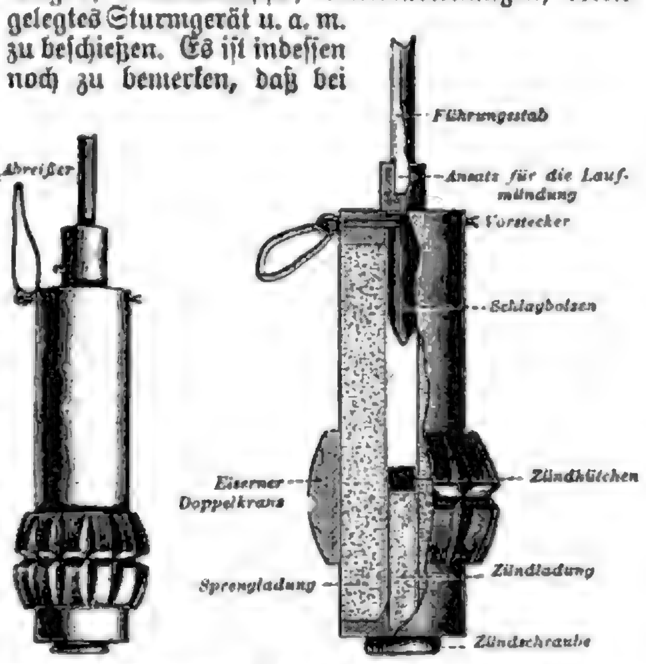


Fig. 3. Die Marten-Hale-Granate.   Fig. 4. Gewehrgranate von Marten Hale.

sumpfigem, nassem oder überhaupt weichem Boden häufig Blindgänger vorkommen, d. h. der Auffallzünder versagt. Sonst ist aber die Wirkung derjenigen Gewehrgranaten, die eigens hierfür konstruiert und daher schwerer und mit wesentlich größerer Ladung versehen sind als die Handgranaten, besonders heftig und gefährlich.

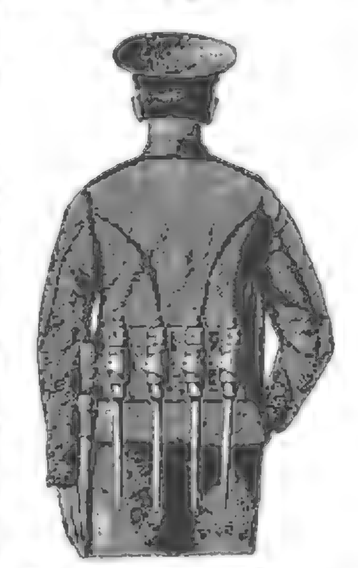


Fig. 5. Englischer Soldat mit Gewehrgranaten ausgerüstet.

Die zweite Hauptgruppe der Nahkampfmittel bilden die Minenwerfer (Schützengrabengeschütze, Bombenmörser). Während die Hand- und Gewehrgranaten in der Hauptsache nur gegen lebende Ziele wirkungsfähig sind, sollen diese größeren Wurfgeschosse gegen die Gräben selbst, ferner gegen Wälle, Drahtverhaue u. dgl. wirken. Ihre Konstruktion ist natürlich auch wieder verschiedener Art (Fig. 6 u. 7). In der Hauptsache bestehen sie aus dem Schießgestell mit Bettung, dem Rohr, der Treibladung und dem Geschoß mit der Zündung, die sowohl Zeit- wie Aufschlagzündung sein kann. Das eiserne Rohr ist etwa 1 m und darüber lang, dünnwandig und gezogen oder glatt. Die gezogenen Minenwerfer erfordern eine besonders vorsichtige und sachkundige Handhabung, weshalb sie meist nur von Pionieren bedient werden, die zu eigens

hierzu aufgestellten **Minenwerferbataillonen** formiert sind. Das Kaliber schwankt zwischen 50 und 250 mm, die Geschoßladung zwischen $^1/_2$ und 50 kg. Die Schußentfernung reicht je nach Größe der Ladung und Erhöhung bis zu 1000 m; das Geschoß ist bis zu 1 m lang. Von etwas geringerer Leistungsfähigkeit sind natürlich die von der Infanterie bedienten Minenwerfer mit glatten Rohren, aber auch hier gibt es verschiedene Arten; das Kaliber beträgt etwa 90 mm. Zur Regelung der Schußweite werden besondere Treibladungen der eigentlichen Ladung beigegeben. Die



Fig. 6. Russischer Minenwerfer.

Schußweite hängt also ab vom Erhöhungsgrad, der längeren oder kürzeren Zündschraube und der größeren oder kleineren Beiladung; mit der größten Ladung werden immerhin noch ungefähr 700 m Entfernung erreicht. Die aus Zündschnur und Sprengkapsel bestehende Zeitzündung wird unten, der Aufschlagzünder oben in die Spitze eingeschraubt. Der Rückschlag ist natürlich ziemlich beträchtlich; es muß daher, um zu

der Minenwerfer ist größte Vorsicht erforderlich, es müssen daher alle Leute beim Abschuß volle Deckung nehmen, da vorzeitige Explosionen im Rohr nicht ausgeschlossen sind. Die Geschosse sind entweder längliche Granaten (Fig. 6) oder runde Bomben. Einen (ausländischen) Minenwerfer für runde Bomben zeigt Fig. 7: das 1 m lange Rohr hat 53 mm Kaliber und liegt mittels Schildzapfen in stählernen Lafettenwänden auf hölzerner Bettung. Die Bombe (Fig. 8) faßt 42 kg Sprengladung, hat einen Durchmesser von 45 cm und ein Gewicht von 58 kg. Durch Vermittlung eines Tellerlagers ruht sie auf einem die Rohrmündung umspannenden Gewichtsstück, durch das eine Treibstange in das Geschoß hinein bis zur Treibladung hinabreicht; sie wird beim Abschuß mit Mine und Tellerlager durch die Pulvergase aus dem Rohr getrieben, aber sobald sie mit ihrem hinteren stärkeren Teil gegen das schwere Gewichtsstück stößt, in ihrer Vorwärtsbewegung gehemmt, während das Geschoß weiter fliegt, so daß Teller, Gewichtsstück und Stange gleich vor dem Werfer zu Boden fallen. Mit diesem Werfer vermag man bis zu 300 m zu schießen.

Schließlich ist noch zu bemerken, daß den beschriebenen Nahkampfmitteln im Laufe des Krieges noch eine auf den menschlichen Organismus unheilvoll einwirkende und alles Leben im Umkreis zerstörende Eigenschaft dadurch verliehen worden ist, daß die Ladungen Beimischungen erhalten, die bei der Explosion betäubende, giftige Gase und erstickende Dünste entwickeln.

Derartig gefüllte Bomben oder Granaten werden in den mannigfachsten Formen verwendet, auch innerhalb der vor den Schützengräben befindlichen Hindernisse, z. B. in Wolfsgruben; sie kommen dann entweder selbsttätig oder mittels elektrischer Entzündung

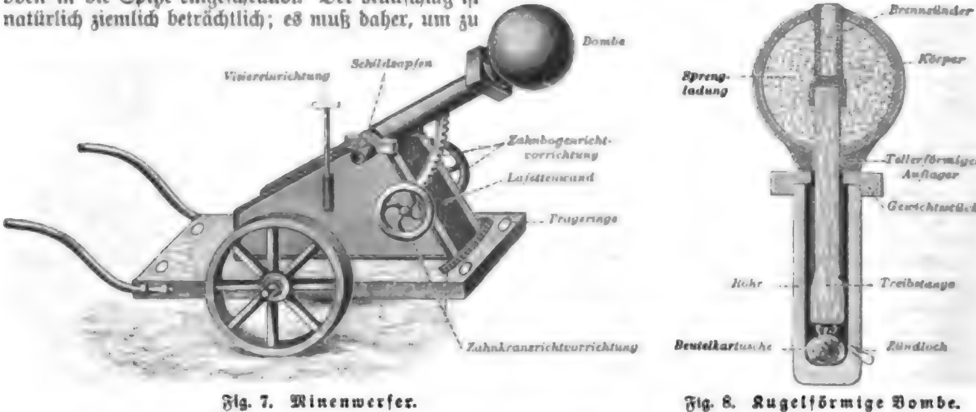


Fig. 7. Minenwerfer.

Fig. 8. Kugelförmige Bombe.

vermeiden, daß der Minenwerfer zurückgestoßen wird, das Schießgestell bzw. seine Bettung mit Pfählen oder sonstwie in den Boden eingerammt werden. An dem Schießgestell befindet sich eine Wasserwage zur Feststellung der horizontalen Lage des Minenwerfers; die Steilstellvorrichtung ist mit einem Gradbogen versehen. Zur raschen Handhabung sind Tabellen angefertigt, von denen der Erhöhungswinkel, die Größe der Treibladung und die Länge der Zündschraube für die bestimmten Entfernungen ohne weiteres abzulesen sind. Die Entzündung wird aus der Deckung vermittels einer Leine, die mit einem Karabinerhaken am Abreißer befestigt ist, betätigt. Beim Gebrauch

zur Explosion, wenn der Gegner in die Gruben gerät oder über sie hinwegzustürmen versucht.

Den ausgedehntesten und verderblichsten Gebrauch finden die giftigen Gase beim »**Gasangriff**«, der in beliebiger Frontbreite ausgeführt werden kann. Anfangs wurden Chlordämpfe dazu benutzt: in der »Gasbatterie« wird das Chlorgas aus großen Gefäßen mit Schläuchen in Stahlzylinder abgefüllt; die Öffnungen der Schläuche werden dann in der Grabenfront, von wo aus der Angriff vor sich gehen soll, in Abständen gegen die feindliche Stellung zu gelegt. Nach ihrer Öffnung vereinigt sich das ausströmende Gas zu einer zusammenhängenden gelbbräunlichen

Wand, die sich nun, vom Winde getrieben, unaufhaltsam, jedem Lebewesen Tod und Verderben bringend, fortbewegt. Ihr Herannahen macht sich bei der feindlichen Grabenbesatzung schon durch ein beklemmendes Angstgefühl bemerkbar, das sie nach und nach immer stärker erfaßt und zur panikartigen Flucht nach rückwärts zwingt, denn diese Gase greifen zuerst die Atmungsorgane an und üben dann die heftigste Wirkung auf die Lungen aus. Diese Wirkung ist so furchtbar vernichtend, daß selbst weit hinter der vorderen Stellung sich sicher glaubende Reserven und alle Lebewesen ganzer Dörfer vernichtet werden. An Stelle von Chlorgas trat späterhin Bromgas, das leichter und billiger herzustellen ist und noch für den Gegner den besonderen Nachteil hat, daß es unsichtbar bleibt, so daß der Gasüberfall den Gegner völlig überraschend und unvorbereitet trifft. Neuerdings kommen noch andere chemische Gasgemische zur Anwendung. Natürlich hängt die Möglichkeit eines Gasangriffs von der ihm günstigen Windrichtung ab — und hierin liegt eine große Gefahr für den Angreifer selbst: denn schlägt der Wind gegen ihn um, so gerät er selbst in die zurückkehrende Gaswand und ist ihrer verderblichen Wirkung verfallen. Auch setzen sich die über das Gelände hinziehenden Dämpfe in allen Vertiefungen, also auch in den Granattrichtern zwischen den beiderseitigen Stellungen, fest und bleiben infolge des mangelnden Luftzuges lange Zeit darin hängen; stürzen nun die eigenen Leute beim Patrouillengang oder sonstigen Gelegenheiten in ein solches Loch, dann sind sie ebenfalls verloren, wenn es ihnen nicht gelingt, vor völlig eingetretener Betäubung sich wieder herauszuarbeiten.

Den einzig wirksamen Schutz gegen einen solchen Gasangriff bilden Gasmasken. Sie enthalten eine Sauerstoffpatrone, die das gefahrlose Atmen ermöglicht. Jeder Mann im Schützengraben ist mit einer solchen Maske ausgerüstet, die, sobald der Gasangriff erkannt ist, fest anschließend über das Gesicht gezogen wird; nach Aufbrauch einer Sauerstoffpatrone kann sie leicht durch eine frische ersetzt werden. Alle anderen Versuche zur Unschädlichmachung der Gase, wie Anzünden von Feuern, Zerschießen der Gaswolken, Anbringung von Vorgräben zum Auffangen der Gaswellen u. dgl., haben sich nicht als genügend wirkungsvoll erwiesen, wenn sie auch manchmal mit Erfolg angewendet worden sind.

Außer mit solchen betäubenden und giftigen Gasen arbeitet der Nahkampf mit »Feuerspeier«, »Flammenwerfer« und ähnlich genannten, fast noch furchtbareren neuen Kampfmitteln: mit brennenden Gasen bzw. Flüssigkeiten. Diese werden in tragbaren Spritzbehältern von besonders ausgebildeten Mannschaften beim Angriff mitgeführt und durch Kohlensäuredruck, auch mittels eines Schlauches, etwa wie ein Feuerwehrmann seinen Wasserschlauch lenkt, entweder aus der eigenen Grabenstellung oder beim Überfall gegen den Gegner gespritzt (bis zu 100 m Entfernung); die Entzündung erfolgt beim Ausströmen in die Luft auf chemischem Wege, wobei eine ungeheure Hitze entwickelt wird, die den Getroffenen sofort zu Kohle verbrennen läßt.

So zeigt sich auch hierin der große Anteil, der bei der modernen Kriegführung der Technik und Industrie zugefallen ist, die die Kampfmittel und ihre Wirkung immer furchtbarer und zerstörender gestaltet haben und sie fortwährend durch Verbesserungen und Neukonstruktionen weiterentwickeln.

Kraftwagen und Kraftwagenzüge im Kriege

von Dipl.-Ing. **Paul Béjeuhr** in Charlottenburg

Hierzu Tafeln »Kraftwagen I—IV«.

Die Verkehrstechnik ist in diesem Weltkrieg zu Leistungen angespornt worden, die auch der bestunterrichtete Fachmann vorher nicht für wahrscheinlich gehalten hätte. Während der deutsche Generalstab sich schon im letzten großen Krieg unseres Volkes in weitgehendem Maße auf ein gut ausgebautes Eisenbahnnetz stützen konnte, sind im jetzigen Krieg noch eine große Zahl anderer leistungsfähiger Verkehrsmittel hinzugekommen. Vergegenwärtigt man sich, daß zur Beförderung eines kriegsstarken Armeekorps etwa 90 volle Militärzüge nötig sind, die zur Durchquerung des Reiches von Ost nach West je 2½—3 Tage brauchen, so versteht man die Notwendigkeit der vielen staatsfiskalischen Bahnen neben dem weitverzweigten Netz der Privatbahnen, deren Linienführung nicht immer nach reinen volkswirtschaftlichen Rücksichten, sondern häufig unter Berücksichtigung militärischer Interessen angeordnet worden ist. Aber schon weit ins 18. Jahrhundert reichen die praktisch ausgeführten Versuche mit Kriegswagen zurück, die ohne tierischen Zug bewegt werden sollten. So hatte 1770 der französische Genieoffizier Nicolaus Cugnot einen Dampfwagen hergestellt, der in seiner Bauart der heutigen Zyklonette ähnelte. Auf dem steuerbaren Vorderrad war die eigentliche Dampfmaschine angeordnet, deren Schub- und Pleuelstangentrieb direkt auf das Vorderrad einwirkte. Der Dampfkessel hing an einem besonderen Rahmen vor dem Vorderrad, so daß dieses zwar stets den nötigen Raddruck zum Zug hatte, aber wohl nicht sehr leicht zu steuern war. Praktisch konnte dieses Fahrzeug schon deshalb keine Bedeutung erlangen, weil nach kaum viertelstündigem Betrieb der erzeugte Dampf aufgezehrt war und Kohlen und Wasser aufgefüllt werden mußten.

Die schnell aufstrebende Entwicklung der Dampfmaschine im vorigen Jahrhundert legte es nahe, Dampfkraftwagen für Kriegszwecke zu bauen, und James Boydell hat für die englische Regierung eine Konstruktion namentlich für die Kolonien ausgeführt, die für diese jedes besseren Verkehrsmittels baren Länder auch gewisse Vorteile mit sich brachte. Der weglosen Strecken wegen ordnete Boydell unter den Rädern seiner Lokomobile ein breites, endloses Kettenband an, das sich stets vom Vorderrad zum Hinterrad abrollte. So umständlich das Fahrzeug war, es nützte den Engländern z. B. 1854 im Krimkrieg doch erheblich und wies schon damals auf die Vorzüge des Kraftwagens für schweren Munitions- und Geschütztransport hin.

Auch 1870/71 wurden deutscherseits, namentlich

im Stellungs- und Belagerungskampf, zu Transportzwecken Straßenlokomobilen benutzt, die entweder lange Munitionszüge schleppten oder Geschütze transportierten oder für den Nachschub größerer Proviantmengen Verwendung fanden. Bei diesen vereinzelten Anwendungen kann man jedoch von einer eigentlichen Benutzung von Kraftwagen im Heeresdienst nicht sprechen; es bedurfte vielmehr auch nach den bahnbrechenden Arbeiten von Daimler und Benz noch lange Jahre angestrengter Versuche, ehe sich der Benzin-Kraftwagen Eingang ins Heer erzwang.

Zuerst war es das französische Heer, das sich die Erzeugnisse der von Deutschland nach Frankreich abgewanderten Automobilindustrie nutzbar machte und zunächst alle erreichbaren Privatautos zu militärischen Versuchen heranzog. In Deutschland sah man von dieser Belastung privater Kreise ab und stellte wenig später (1899) die ersten Heereskraftwagen ein, um ein Urteil über ihre Verwendungsfähigkeit bei militärischen Übungen und Manövern zu gewinnen. Im russisch-japanischen Krieg 1904 war die Entwicklung des Automobils kaum für den Friedensverkehr genügend weit gediehen; es hätte daher den Kriegsansprüchen selbst dann nicht genügen können, wenn die Geländeverhältnisse besser gewesen wären, als der wenig kultivierte Kriegsschauplatz sie bedang. In den später folgenden Kämpfen zwischen Italien und der Türkei sowie in den Balkankriegen 1912—13 waren wiederum die sich gegenüberstehenden Heere zu klein, die Mittel zu gering, um wirklich ernste Prüfungen der modernen Verkehrstechnik durchzuführen.

Zu den Mitteln moderner Verkehrstechnik im militärischen Sinn gehören neben der Eisenbahn und der Großschiffahrt einerseits, dem Fuhrwerk mit tierischem Zug anderseits: das Fahrrad, das Motorrad, der Kraftwagen, das Motorboot, das Luftschiff und das Flugzeug sowie endlich die Einrichtungen der Telegraphie und des Fernsprechwesens. Davon ist hier der Kraftwagen zu besprechen. Das Motorrad hat, obwohl seine Versuchseinstellung mit dem Kraftwagen gleichzeitig erfolgte, auch jetzt keine größere Bedeutung erlangt. Es eignet sich am besten für Ordonnanzdienste, setzt aber gute Straßen voraus, auf denen es den einen Vorteil hat, auch an sperrigen Kolonnen schnell vorbeizukommen. Bei schlechtem, weichem Boden versagt es, so daß es in jedem Fall vom leicht gebauten Kleinauto mit Erfolg ersetzt werden kann.

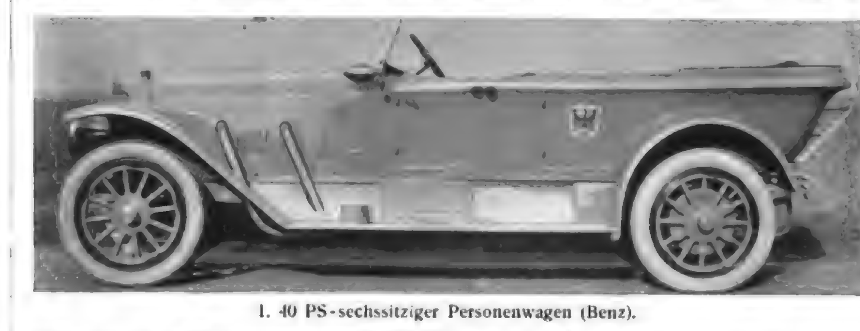
Personenwagen. Von den Arten der Kraftwagen haben die Personenwagen die Aufgabe zu erfüllen, den Verkehr der Stäbe über größere Entfernungen aufrechtzuerhalten und zur schnellen Nachrichtenübermittlung bzw. zur Erkundung zu dienen. Im ersteren Fall kommen sechssitzige, starke Wagen, im letzteren Kleinautos in Frage. Erstere müssen Geschwindigkeiten von 60—80 km/St. auf ebenen Straßen ergeben, Steigungen 1:5 auf fester Straße sicher beherrschen und große Wendigkeit besitzen. Es sind in der Regel 40—60pferdige Wagen, in seltenen Fällen auch stärkere. Am beliebtesten sind die offenen Wagen mit 4 Sitzen und 2 Notsitzen (Tafel I, Fig. 1), die mittels Segeltuchverdeck auch für regnerisches Wetter verwendbar sind; sie fassen für 300 km Brennstoff, so daß sie auch für längere Fahrten ausreichen. Natürlich sind sie mit allen notwendigen Ersatzteilen, abnehmbaren Felgen u. dgl., versehen, damit Störungen schnell behoben werden können, zumal stets mit Fahrer und Begleitmann gefahren wird, welcher letztere größtenteils sofort für den Fahrer einspringen, jedenfalls aber bei Reparaturen behilflich sein kann. Zur Bewaffnung der Insassen dienen neben den Handwaffen der Offiziere die Karabiner der Fahrer, die senkrecht an der Wagenwand auf dem Trittbrett in besonderen Haltern stehen, so daß sie jederzeit schnell ergriffen werden können. Als Beleuchtung finden Azetylenlaternen und Glühlampen Verwendung; jedoch hat sich für stark benutzte Stabswagen die Gasbeleuchtung mit Azetylen für die Scheinwerfer als vorteilhafter herausgestellt, da sie leichter in Ordnung zu halten ist als die elektrische, wenn die Werkstatteinrichtung eines Parks nicht zur Verfügung steht.

Da es anfangs im neubesetzten Gebiet, das noch von Freischärlern durchzogen wurde, häufig vorkam, daß Drahtseile über die Wege gespannt waren, wurden viele Wagen mit einer Drahtseilfang- und Schneidvorrichtung ausgerüstet (Tafel I, Fig. 2). Neben den offenen Wagen sind auch eine große Zahl geschlossener Autos und Landaulets im Dienst, namentlich für die höheren Stäbe, weil es für die ihnen angehörenden Offiziere von Bedeutung ist, allen Witterungseinflüssen entzogen zu werden.

Die Anforderungen an alle diese Wagen im Felde sind besonders hoch, weil erstlich die Wegeverhältnisse häufig sehr schlecht sind, weiter die Anstrengungen des Wagens durch lange Fahrten und kurze Pausen sehr groß werden und außerdem Überlastungen des Wagens durch plötzlich auftretende Zufälligkeiten nicht zu vermeiden sind. Daher müssen die Federungen der Wagen so kräftig ausgeführt sein, daß auch erhebliche Überbelastungen unschädlich sind, wodurch der Wagen allerdings bei normaler Last hart fährt, was wiederum für den Motor schädlich ist. Die Kleinautos für zwei Insassen (Tafel I, Fig. 3), allenfalls noch die viersitzigen Wagen, sollen die Dienste der Meldereiter übernehmen, weiter auch Patrouillen- und Erkundungsfahrten ausführen. Sie sind allerdings auf gute Straßen angewiesen, auf denen sie etwa 50 km in der Stunde erreichen. In erster Linie wurde der Bedarf dieser Wagen, wenigstens bei den feindlichen Heeren, von amerikanischen Firmen (Ford, Stutebaker) gedeckt, deren Ausfuhr schon vom Kriegsbeginn bis Februar 1915 um etwa 6000 Stück gegen die gleiche Zeit des Vorjahres angewachsen war, welche Zahl man unbedenklich als für das Feld geliefert ansehen kann. Die kleinen, außerordentlich billigen Wagen haben den Nachteil, nicht annähernd so solid zu sein wie unsere deutschen Fabrikate; ein Überlasten, vielleicht sogar abseits der Straßen, vertragen diese Wagen einfach nicht. Daher waren in der ersten Zeit die Vormarsch- und Rückzugstraßen sowie das anstoßende Gelände mit beschädigten Kleinautos reich bedeckt, die so zweifachen Schaden anrichteten, einmal durch Nichterfüllung ihres Dienstes, den ein anderer Wagen übernehmen mußte, dann durch Behinderung der Kolonnen auf den ohnehin im höchsten Grade ausgenutzten Straßen.

Deshalb ist denn auch bei den unergründbaren Wegen im Osten, als große Tagesmärsche notwendig wurden, das Pferdegespann wieder zu Ehren gekommen. Der Vorspann wurde eben je nach Bedürfnis verdoppelt, so daß Vier- und Sechsspänner die Regel bildeten. Währenddem hatte sich der Kraftwagen im Westen gerade zu Beginn des Krieges, beim schnellen Vorgehen in gut ausgebautem Gebiet, eine allgemein anerkannte Bedeutung errungen, die weit über das ihm von der Heeresleitung zuerst zuerkannte Maß hinausging. Da man bisher gänzlich auf die Rückschlüsse

Kraftwagen I.



1. 40 PS-sechssitziger Personenwagen (Benz).



2. Geschlossener Wagen mit Drahtseil-Fangvorrichtung (Daimler).

3. Kleinauto der Heeresverwaltung.



4. Subventions-Lastwagen der Heeresverwaltung.



5. Leichter Lastwagen.



6. Armeelastzüge.

Bibliographisches Institut in Leipzig.

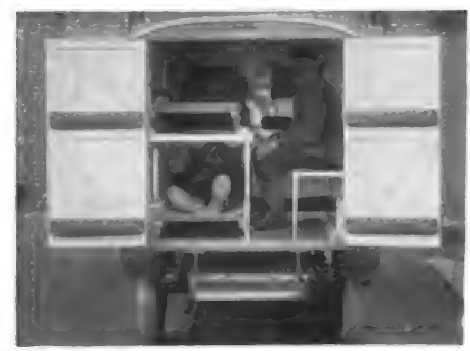
Kraftwagen II.



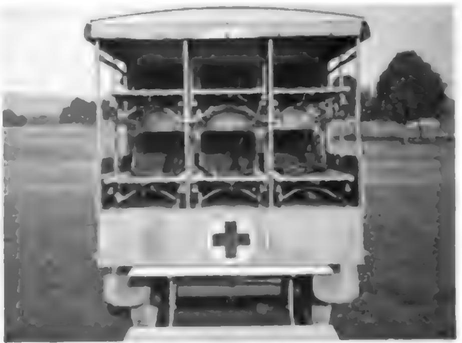
1. Wagen für 4 Schwerverwundete.



2. Halbgeschlossener Krankenwagen.



3. Geschlossener Krankenwagen.



4. Sanitätswagen für 6 Bahren.



5. Küchenwagen mit ausklappbarem Verdeck.



6. Inneres des Küchenwagens.



7. Schneller Mannschafts-Transportwagen.

Kraftwagen III.







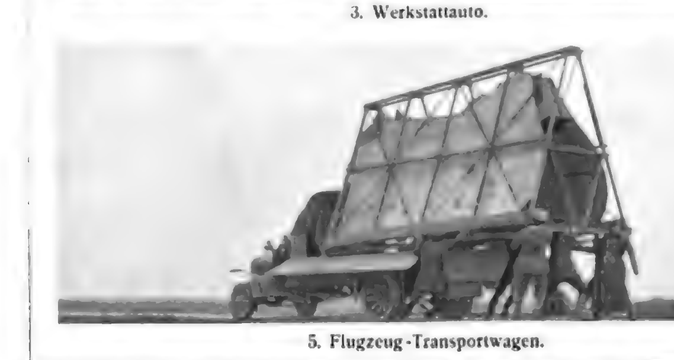
1 und 2. Englischer Badewannen-Kraftwagen (1 geschlossen, mit zusammengelegten Badewannen, 2 aufgestellt).



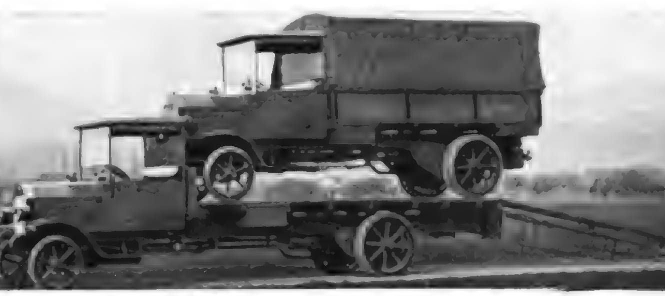
3. Werkstattauto.



4. Kesselwagen mit 3 Abteilungen.

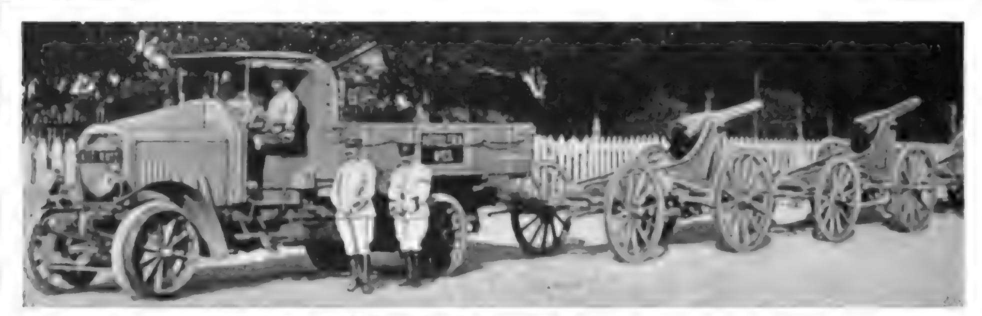


5. Flugzeug-Transportwagen.



6. Transportwagen für beschädigte Autos.

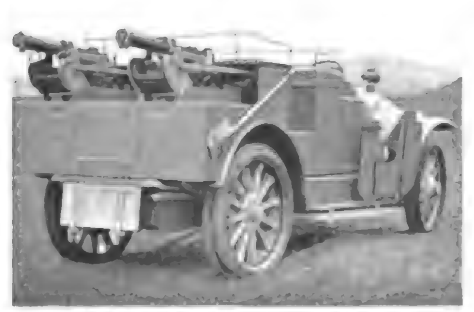
Kraftwagen IV.



1. Geschütz-Schleppzug (Daimler).



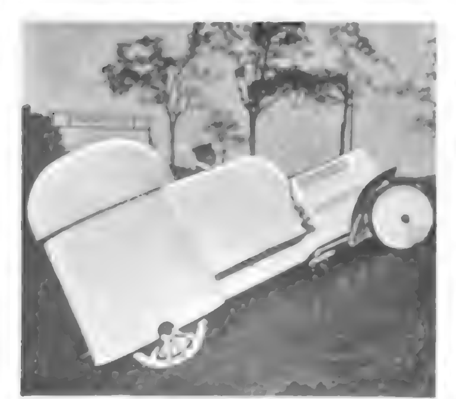
2. Maschinengewehr-Schleppzug auf Steigung mit Winde.



3. Schnelles Maschinengewehr-Auto.



4. Schweres Geschützauto (ohne Geschütz).



5. Panzerauto (Daimler).



6. 7,1-cm-Ballonabwehrkanone auf Panzerauto.

aus den Manöverergebnissen angewiesen war, wurde dem Kraftwagen vorsichtigerweise nur ein beschränkter Wirkungskreis zugewiesen; er sollte den Verkehr zwischen den letzten Eisenbahnetappen bis etwa 10—12 km hinter der Front vermitteln, von wo aus Pferdewagen die Lasten bis unmittelbar an die Feuerlinie leiten sollten. Dieses Programm wurde nun sehr bald umgestoßen. Einmal zog die Kavallerie zur Ergänzung ihrer Verluste alles einigermaßen verwendbare Pferdematerial zusammen, so daß die Nachschubkolonnen entblößt wurden, dann aber zeigte sich der Kraftwagen in so überraschender Weise den schlechtesten Bodenverhältnissen gewachsen, daß man ihm unbedenklich den ganzen Zwischentransport zwischen Bahnstation und Frontlinie übertrug, wodurch neben den anderen Vorteilen noch eine große Zeitersparnis durch Fortfall des Umladens erreicht wurde.

Lastautos. Der militärische Wert des Lastautos gegenüber dem mit Pferden bespannten Trainwagen liegt vor allen Dingen in seiner größeren Leistungsfähigkeit. Die schweren Lastwagen mit Nutzlasten von 3—6 t sind für Geschwindigkeiten von 26—30 km auf die Stunde eingerichtet, so daß mit Reisegeschwindigkeiten von 18 km/St. gerechnet werden kann. Diese Geschwindigkeit genügt aber, um in 4 Nachtstunden, die durchschnittlich zur Verfügung stehen, durch einen Bestand von 100 Lastautos 300—600 Tonnen Last von der letzten Eisenbahnstation 70 km weit bis an die Frontlinie zu befördern. Rechnet man, daß dieselben Wagen noch während der übrigen Zeit fahrfähig sind, daß sie also etwa 80—100 km den Tag zurücklegen können mit einer Last von 3—6 t, so entspricht dies einer Arbeitsleistung von 240—600 Tonnenkilometern. Zur Bewältigung einer gleichen Arbeitsleistung sind etwa 3—5 Doppelgespanne nötig, die ungefähr den drei- bis fünffachen Raumbedarf auf der Straße wie der gleichviel leistende Kraftwagen haben. Ein solches Lastauto erspart daher nicht nur 6—10 schwere Pferde mit ihrem großen Futterbedarf, sondern es entlastet auch in außerordentlichem Maße die Kolonnenstraßen und erhöht dadurch wiederum die Beweglichkeit der Kolonnen.

Mit Rücksicht hierauf ist es nicht verwunderlich, daß eine außerordentlich große Zahl von Lastwagen im Kriege verwendet wird, schätzungsweise deutscherseits 40—45000 Stück. Frankreich hat etwa 55—60000 und England auf dem Kontinent vielleicht 15000 Wagen im Felde, welche Zahlen durch die fortwährenden Nachlieferungen trotz des erheblichen Verbrauchs wohl langsam in die Höhe gehen werden, zumal die Bestellungen des Vierverbands an Lastwagen allein in Amerika in die Tausende gehen. Derartig große Mengen der teuren Lastwagen kann nun keine Heeresverwaltung in Friedenszeiten im Dienst halten, besonders da diese Wagen verhältnismäßig schnell veralten und durch neue Typen ersetzt werden müssen. Die preußische und bayrische Heeresverwaltung haben daher den Weg eingeschlagen, der Industrie den Erwerb von Lastwagen durch Zahlung einer angemessenen jährlichen Unterstützung zu erleichtern, um im Kriegsfall diese Autos sofort zum Heeresdienst heranziehen zu können. Diese Subvention wird derart festgesetzt, daß Lastwagen, die nach den Vorschriften der Heeresverwaltung gebaut sind, ihrem Besitzer bei der Neuanschaffung einen Zuschuß von 4000 Mk. sowie einen jährlichen Kostenbeitrag von 1000 Mk. für fünf aufeinanderfolgende Jahre einbringen. Als Gegenverpflichtung sind diese »Subventionswagen« (Tafel I, Fig. 4) sofort bei der Mobilmachung der Heeresverwaltung zur Verfügung zu stellen, wobei der augenblickliche Wert des Wagens als Erwerbspreis gezahlt wird. Da bei der Mobilmachung sämtliche Wagen beschlagnahmt wurden, so standen der Heeresleitung bereits in den ersten Kriegstagen mehrere tausend Lastkraftwagen und Kraftwagenzüge zur Verfügung, die namentlich im Westen Erstaunliches geleistet haben.

Für sämtliche requirierten Autos mußte die Heeresleitung schon in Friedenszeiten die nötigen Fahrer ausbilden und gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß auch während des Feldzugs jederzeit genügend Nachschub und Ersatzmannschaften für den Abgang in der Front zu haben sind. Das ist nun für Lastkraftwagen, die vornehmlich in Kolonnen fahren, keineswegs so einfach wie für Personenautos, denn für den Führerersatz der letzteren ist neben den Berufschauffeuren die große Zahl der Herrenfahrer schon nach kurzer Ausbildungszeit verwendbar, was für schwere Lastwagen nicht zutrifft. Für die Ausbildung im Frieden dienen die technischen Kompanien des Kraftfahrbataillons und ihre Fahrschulen, deren Dienst in passender Weise durch die großen von Zeit zu Zeit abgehaltenen Subventionsfahrten über längere Strecken ergänzt wird. Im Kriege fällt der Ausbildungsdienst den Fahrschulen der Kraftfahrer-Ersatzabteilungen und der Kraftfahrparks zu. Am schwierigsten ist es, die zunächst auf Personenwagen und Lastautos bereits vorgebildeten Leute im Kolonnenfahren auszubilden. Es ist nämlich zur sicheren Führung einer Kolonne unbedingt nötig, daß das Fahren nach ganz bestimmten, überall gültigen Grundsätzen erfolgt. Ist die Kolonne in einem Ort fahrbereit aufgestellt, so erfolgt vom Führer durch eine Armbewegung (bei Dunkelheit mit Laterne), die von jedem Unterführer und Wagenbegleiter zu wiederholen ist, das Abmarschzeichen. Die vordersten Wagen halten während der ersten 2 km eine Geschwindigkeit von 10 km/St., damit die einzelnen Wagen auf Abstand kommen und Autos, deren Motor nicht sofort anspringen wollte, aufholen können. Dann erst wird eine Fahrgeschwindigkeit von 18—30 km/St., je nach den Wegeverhältnissen, wiederum durch Zeichen befohlen, wobei die einzelnen Wagen stets einen Abstand von 15—20 m auf freier Straße, von 10 m in Ortschaften einzuhalten haben, während sie beim Haltezeichen sofort auf 3 m Abstand aufrücken. Dieser Abstand darf keineswegs irgendwie vergrößert werden, weil dies ein sofortiges Zerreißen der Kolonne mit sich bringt. Haben die Leute dieses Kolonnenfahren erst tüchtig gelernt, so arbeitet selbst ein großer langer Zug in der Hand eines erfahrenen Leiters durchaus genau, ohne daß die Kolonnenstraßen und ihr Verkehr gestört und ohne daß die Fahrer übermüdet werden; ist es doch mehrfach vorgekommen, daß dieselben Fahrer bis 40 Fahrstunden hintereinander Dienst getan haben.

Die vorerwähnten Lastwagen haben, bei 3—6 t Tragkraft, 2,5—3,2 t Eigengewicht und erreichen mit 30—45 PS-Vierzylindermotoren Geschwindigkeiten bis 18 km/St., wobei sie auf festen Straßen Steigungen von 21—24 Proz. überwinden. Daneben werden im Felde noch leichte Schnellastwagen (Tafel I, Fig. 5) verwendet, die 1,5—2,5 t Nutzlast tragen bei etwa 30 km/St. Geschwindigkeit. Diese Autos haben bei 2,1—2,3 t Eigengewicht als Ausrüstung 22—35 PS-Vierzylindermotoren und beherrschen auf festen Straßen noch Steigungen von 11—14 Proz. Sie werden größtenteils als Pritschenwagen ausgeführt, die mittels

eines über vier Bügel schnell auszuspannenden Verdecks aus Segeltuch geschlossen werden können. Der Führersitz bietet neben dem Fahrer zwei Begleitleuten Platz.

Besonders schnelle 1,5 t-Wagen dieser Type sind mit 50—60 PS-Vierzylindermotoren ausgerüstet, erreichen hiermit Geschwindigkeiten von 50—60 km/St. und können noch Steigungen von 18 Proz. nehmen, wobei sie etwa 16 kg Benzin für 100 km verbrauchen. Sie werden dazu verwendet, sog. Sprengkommandos (Pioniere und Genietruppen mit Ausrüstungsmaterial) im Schutz der Nacht schnell an feindliche Kunstbauten u. dgl. heranzubringen. Größtenteils halten die Kommandos sich dann während des folgenden Tages in einem Gehölz usw. verborgen, nehmen in der nächsten Nacht den Sprengungsversuch vor, um hierauf schnellstens zurückzukehren.

Die schwersten Lastwagentypen verkörpern die Lastzüge, deren hauptsächlichster Vertreter der Lastwagen mit ein oder zwei Anhängern ist. Diese Armeelastzüge (Tafel I, Fig. 6) bestehen aus dem Motorwagen mit 3—4 t Tragkraft und dem Anhänger mit 2 t Tragkraft; sie müssen bei voller Last 16 km/St. (meist jedoch bis 30 km/St.) Fahrgeschwindigkeit erreichen, Steigungen auf fester Straße bis 15 Proz. beherrschen, einen Fahrbereich von 250 km bei vollen Betriebsstoffbehältern besitzen und Tagesleistungen von 60—100 km verbürgen. Die Motorwagen sind in der Regel mit 25—50 PS-Vierzylindermotoren ausgerüstet, die Anhänger müssen durch Anbringung einer Deichsel für Pferdegespanne verwendet werden können. Mehr noch als die einfachen Lastkraftwagen sind diese Kraftwagenzüge geeignet, die Heeresverbände beim schnellen Vormarsch mit den nötigen Munitions- und Proviantmengen zu versehen. Nehmen wir einmal an, ein kriegsstarkes Armeekorps von 40000 Mann sei an einem Tage um 25 km vorgeschoben, so müßte allein der Verpflegungsbedarf von 54 t diese 25 km nachgefahren werden. Da die Lastzüge 100 km Tagesleistung haben, so könnte ein Zug zwei Fahrten hin und zurück am Tage machen, also bei 6 t Tragkraft 12 t täglich hinbefördern, so daß fünf Lastwagenzüge für den Bedarf genügen würden. Aus Sicherheitsgründen wird der Dienst so eingeteilt, daß das Armeekorps den Bedarf für zwei Tage stets von einer Zugkolonne erhält, während die andere auf der Rückfahrt begriffen ist. Hieraus ergibt sich größere Stetigkeit im Fahren und Umladen, obschon mehr Lastzüge benötigt werden.

Außer diesen gebräuchlichsten Kraftwagenzügen, deren Bau auf langjährige Erfahrungen der Heeresleitung und der einschlägigen Industrie gegründet ist, so daß auch hierin bei Kriegsbeginn mehr als 1000 Züge verfügbar waren, sind noch die Lastzüge mit benzin-elektrischem Antrieb (Siemens-Schuckert-Werke) und die der Straßenzug-Gesellschaft Müller zu erwähnen. Für beide spricht das große Adhäsionsgewicht der vielen angetriebenen Räder, das sich besonders bei ersteren auf sämtliche Räder verteilt, denn der Benzinmotor des Vorderwagens arbeitet auf eine Dynamomaschine, die ihren Strom an die Elektromotoren des Hauptwagens und der Anhänger weitergibt; gegen beide sprechen die verwickelte Anlage mit ihren vielen Fehler- und Versagerquellen sowie der Umstand, daß die Kraftfahrparks nicht über die nötigen Ersatzteile verfügen.

Daß aber gerade die Möglichkeit des schnellen Ersatzes der Einzelteile von einschneidender Bedeutung ist, davon zeugen die vollkommene Ausrüstung und die Beweglichkeit großer Parks. So hatte z. B. der Kraftfahrpark der deutschen Bugarmee 2000 Autos zu versorgen; er umfaßte 500 Leute; seine Ausrüstung war in Werkstatt- und Materialwagen untergebracht; die Leute hatten Wohnwagen, so daß der ganze Park in 24 Stunden fertig zum Transport war. Was die Ausrüstung anbelangt, so verlangt z. B. die englische Heeresverwaltung an Ersatzteilen bei einer Lieferung von 20 Wagen eine vollständige Steuersäule mit Schneckengehäuse usw., 2 Wasserpumpen, 2 Satz Ventile für Ein- und Auslaß, 2 vollständige Schalt- und Wechselgetriebe, 4 Satz Bleuelstangen, 8 Kühler und 20 Satz Kolben, wonach man sich ein Bild über den Materialvorrat eines Parks machen kann.

Bei dieser Gelegenheit darf vielleicht einmal auf den Geldwert hingewiesen werden, den die im Felde befindlichen Wagen und ihre Erhaltung verkörpern. Nehmen wir an, daß etwa 60000 deutsch-österreichische, 70000 französische, 20000 englische, 20000 russische, 15000 italienische und 10000 bulgarische, also alles zusammen 200000 Kraftwagen im Felde befindlich sind, so verkörpern diese an sich schon einen Wert von 2 Milliarden Mark; nehmen wir weiter an, daß diese Wagen eine durchschnittliche Tagesleistung von 50 km entwickeln und daß die Personenwagen und kleinen Lastwagen 20 kg Benzin für 100 km, die stärkeren Lastwagen 40 kg Benzin verbrauchen, also durchschnittlich 30 kg für 100 km, d. h. 15 kg den Tag, nötig sind, so gibt dies bei 200000 Wagen und 300 Fahrtagen 9000 Kesselwagen Benzin, die rund 60 Millionen Mark kosten. Nach den bisherigen Erfahrungen reicht diese Zahl aber noch gar nicht aus, vielmehr geben Schätzungen etwa 150 Millionen Mark Jahresverbrauch an. Rechnet man ferner mit weiteren 100 Millionen Mark Verbrauchsmaterial zur Aufrechterhaltung des Betriebes, so ergeben sich im ganzen für einjährige Kriegsdauer 2¼ Milliarden Mark Kosten für Kraftwagen.

Eigentliche Dampfwagen werden im gegenwärtigen Krieg nur im englischen Heer, vereinzelt auch bei französischen Truppenteilen verwendet, während sie bei uns keinen Eingang gefunden haben. Dagegen sind mit großem Erfolg Straßenlokomotiven und Straßenwalzen mit Dampfantrieb als Schleppmaschinen für große, nicht gut unterteilbare Lasten (große Geschütze, 42-cm-Mörser usw.) verwendet worden. Die Fortbewegungsgeschwindigkeit bleibt allerdings unter 7 km/St., aber die Lasten werden auch über schwieriges Gelände sicher hinweggeschafft. Als weiterer Vorteil (wenigstens für uns) kann angeführt werden, daß diese Schlepper vollständig unabhängig von Benzin sind; es ist jedoch dabei zu beachten, daß in wasserarmem Gelände ohne jeden brennbaren Stoff das Herbeischaffen von Wasser und Brennstoff vielleicht noch größere Schwierigkeiten bereitet.

Kraftwagen für besondere Zwecke. Wenn wir uns jetzt der großen Gruppe der Spezialautomobile zuwenden, so sind es vor allem zwei Gebiete, die durch die Spezialwagen vollständig geändert und zwar in hervorragendem Maße verbessert sind, nämlich die Verpflegung der Soldaten und die Hilfe gegenüber den Verwundeten. Namentlich auf letzterem Gebiet sind Hand in Hand mit den Fortschritten medizinischer Wissenschaft so einschneidende Verbesserungen durch die schnellen Spezialautomobile eingeführt, daß die Heilungsziffer gegen bisherige Kriege beträchtlich in die Höhe gegangen ist.

Die Sanitätsautomobile (Tafel II, Fig. 1—4)

fürs Feld sind derart eingerichtet, daß sie bis auf den Kampfplatz fahren können; dadurch können die als Krankenträger ausgebildeten Fahrer und Begleitleute die Verwundeten mit den Tragbahren des Wagens zusammensuchen, wodurch das zeitraubende und schmerzhafte Umbetten der Verwundeten unnötig wird. Die Bahren sind aus Stahlrohrrahmen mit Segeltuchbezug hergestellt und stützen sich auf starke Blattfedern und Rollen, mit denen sie in den Schienen der Autos gleiten. Die Wagen führen unter den Vordersitzen und auf den Trittbrettern Trinkwasser und Verbandstoff mit sich, so daß den Verwundeten bereits auf dem Kampfplatz die erste Hilfe erwiesen werden kann, ehe sie auf der Bahre in den Wagen geschoben werden. Ein Auto nimmt vier Bahren für Schwerverwundete auf, oder acht Leichtverwundete, die auf zwei Klappbänken sitzen können, während die leeren Bahren aufs Dach geschoben werden. Seitlich und hinten ist der Wagen durch Segeltuchrollwände zu schließen; so werden zwar Kälte und Regen abgehalten, nicht aber der frische Durchzug, der die üblen Verband-, Schmutz- und Blutgerüche stets fortführt, was ein großer Vorzug vor den geschlossenen Wagen ist. Die Autos sind mit 32—35-pferdigen Vierzylindermotoren ausgerüstet, sie fahren 50—55 km die Stunde, nehmen bei Vollast 16proz. Steigungen und haben für 4 Stunden Betriebsstoffe bei sich. Sie sind seitlich, auf der Motorhaube, hinten und auf dem Dach durch das Genfer Kreuz im weißen Feld sowie durch eine wehende »Rote-Kreuz-Flagge« kenntlich gemacht, was sie jedoch nicht immer vor Angriffen schützt. Bei staubigem Wetter müssen die Kolonnen sich auflösen und mit großem Abstand fahren, da sonst im Staube Verwechslung mit Militärkolonnen möglich ist, wodurch feindliche Angriffe herausgefordert werden können. In der Regel fahren Kolonnen von 6—10 Wagen unter Führung des leitenden Arztes oder eines besonderen Kolonnenoffiziers. Etwas andere Bauarten sehen die Unterbringung von sechs und acht Schwerverwundeten auf Bahren im Wagen vor. Hierbei steht dem Vorteil der Fortschaffung einer größeren Zahl Verwundeter der Nachteil gegenüber, daß der Aufenthalt für diese (namentlich unten und in der Mittelreihe) sehr unangenehm und vielleicht nachteilig für ihr Allgemeinbefinden ist.

Für den weiteren Transport zum Feldlazarett werden in der Regel geschlossene Wagen verwendet, weil die Wege besser, die Entfernungen aber viel größer sind, so daß die Witterungsunbilden schon einen nachteiligeren Einfluß ausüben könnten. Die Maschinenausrüstung, Fahrgeschwindigkeit sowie die Einrichtung mit vier Bahren oder zwei Bänken für acht Leichtverwundete ist die gleiche wie oben erwähnt.

Zu diesen Transportautomobilen für Sanitätszwecke gesellen sich noch die Apotheker-, Röntgen- und Operationsautos, die die Ärzte in die Lage versetzen, mit der ersten Verbandsstelle unmittelbar der Schlacht zu folgen. Die Apotheken- und Operationswagen haben im Innern eine völlig zweckentsprechende Ausrüstung, so daß sofort auf freiem Feld die Tätigkeit beginnen kann. Bei den Röntgenautos wird der Wagenmotor beim Stillstand zur Stromerzeugung für die Röntgenstrahlen verwendet. Ebenfalls von Wichtigkeit sind die Autos für bakteriologische Untersuchungen, die einerseits zur Abhaltung der Seuchengefahr vom Feldheer dienen, deren Hauptaufgabe aber darin besteht, den Truppen schnellstens zu folgen, um das Trinkwasser auf seine Unschädlichkeit zu untersuchen. Die motortechnische Ausrüstung besteht in der Regel aus 50—60 PS-Vierzylindermotor, der dem Wagen 65 km/St. Geschwindigkeit verleiht, während 18 Proz. Steigung überwunden werden können.

Von erheblicher Bedeutung für die Schlagfertigkeit des Heeres ist die regelmäßige und ungehinderte Versorgung der Leute mit frischen Lebensmitteln. Durch die große Zahl fahrbarer Feldküchen, die mit wirklich beispielloser Geschicklichkeit und mit einem durchaus nicht zu unterschätzenden Wagemut stets bis nahe an die Feuerlinie heranzukommen verstehen, ist für das nötige warme Essen gesorgt. Die rechtzeitige Herbeischaffung von frischem Brot und Fleisch an die Küchenwagen geschieht wiederum durch schnelle Lastautos von etwa 500 kg Tragkraft. Diese sind mit 30 PS-Motoren versehen, fahren etwa 50 km die Stunde und können bei Vollast 16 Proz. Steigung überwinden. Es sind auch eine Reihe Mannschaftsküchenautomobile im Dienst, deren Einrichtung genügt, am Stande für 150 Leute zu kochen, während bei der Fahrt (etwa 16 km/St.) der erzeugte Fahrwind die Leistungsfähigkeit des Herdes so steigert, daß gleichzeitig für 350 Leute gekocht werden kann.

Für höhere Stäbe usw. sind Küchenautos (Tafel II, Fig. 5 u. 6) eingestellt worden, die im Inneren einen Kochherd besitzen und deren Geschirr und Eßwarenvorräte in Schränken, Körben, Regalen, Behältern untergebracht ist, während die Ausgabe der Speisen auf den zu Tischen umgewandelten, heruntergeklappten Seitenwänden erfolgt. Ausgespannte Segeltuchverdecke schützen die großen Tische vor Sonne und Regen. In der Regel führen die Wagen ein kleines, schnell zu errichtendes Zelt mit, das dann als Speiseraum Verwendung findet. Die Küchenwagen werden in passender Weise ergänzt durch Vorratswagen, die gewissermaßen als fahrbare Vorratskammern aufzufassen sind.

Einige vom Johanniterorden ausgerüstete Kirchenautos dienen dazu, in unbewohnten Gegenden schnell einen Altar mit den notwendigen Geräten aufbauen zu können. Durch Herunterklappen der Hinterwand und seitliches Herumschwenken der Seitenwände wird das Auto in einen schön geschmückten Altar verwandelt, der viel dazu beiträgt, die Feierlichkeit des Gottesdienstes zu erhöhen.

Weiter muß besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, daß den Truppen genügende Badegelegenheiten geboten werden, um namentlich in schmutzigem Gelände, womöglich noch bei unsauberer Bevölkerung, Schutz gegen Krankheiten und Ungeziefer zu bieten. Zu diesem Zweck sind hauptsächlich für den Bewegungskrieg Badeautos (Tafel III, Fig. 1 u. 2) eingerichtet worden, die zwölf zusammenklappbare Segeltuch-Badewannen mit sich führen. Unter einer Zeltleinwand, die sich beiderseits seitlich dem Wagen anschließt, werden diese Wannen aufgestellt, während der Warmwasserkessel das Badewasser liefert. Es sind entweder zwei Umlaufkessel mit Petroleumspritzbrennern vorgesehen oder ein Hauptkessel, der durch einen Brenner für zerstäubtes Paraffin geheizt wird, mit zwei Nebenkesseln, die durch ein Röhrensystem verbunden sind. Gleichzeitig kann in einer besonderen Desinfektionsvorrichtung das Zeug der Badenden gereinigt werden, und zwar reinigt die Anlage etwa 30 Kleidungsstücke in der Stunde. Als Wagen finden normale 25—30 PS-Autos Verwendung, bei denen nur die hinteren Federn wegen der Kesselanlage verstärkt werden. — Zur

gleichen Fahrkolonne gehören noch die Wäscherei-Automobile, die mittels großer Waschmaschinen die Wäsche vieler Truppen kräftig durchkochen, so daß sie nach tüchtigem Spülen in klarem Wasser mittels Trockenkessel bald wieder verwendungsfähig ist. Bezeichnenderweise sind derartige Wäscherei-Autos nur beim deutschen Heer zu finden.

Weitere Spezialautos sind die Hilfswagen der Kraftfahrparks, die einem auf der Strecke zusammengebrochenen Auto nachgesandt werden. Sie enthalten alle Hilfsmittel, um Brüche u. dgl. so weit zu heilen, daß der beschädigte Wagen zum Park zurückgefahren werden kann; größtenteils haben sie eine Windevorrichtung und einen Kran, um das umgekippte Auto aufzurichten, vielleicht auch hochzuheben, um das Fahrgestell auszubessern. Sie besitzen Motoren von 20—24 PS, weil keine große Fahrgeschwindigkeit erforderlich ist. Ferner gehören zu den Parks vollständige Werkstatt-Autos (Tafel III, Fig. 3), die mit Dreh- und Hobelbänken, Bohrmaschinen, Feldschmieden, Bandsägen, Amboß, Tischlerbänken, Feilbänken u. dgl. ausgestattet sind, so daß auch größere Reparaturarbeiten ausgeführt werden können. Die Seitenwände dieser Wagen werden hoch- bzw. niedergeklappt, wodurch Bodenfläche und Dach des Arbeitsraums vergrößert werden. Wieder andere Wagen sind fahrbare Elektrizitätswerke, die den Strom für die Licht- und Kraftleitungen des Parks, aber auch den Strom für die drahtlose Funkenstation liefern.

Zur weiteren Ausrüstung der Parks gehören noch die Kesselwagen für Benzin und Benzol (Tafel III, Fig. 4), die bis zu 5000 kg Benzin fassen können, während eine kleinere Ausführung 2000 kg faßt. Es sind entweder einfache Kessel ohne jede weitere Apparatur oder besonders unterteilte Wagen; letztere besitzen Hohlräume für verschiedene Flüssigkeiten, die mit festmontierten Pumpen gefördert werden können. Weiter ist der Transportwagen für Flugzeuge (Tafel III, Fig. 5) zu erwähnen, bei dem das Gestell für die Tragflügel auf besonderen Schienen gleitet, ferner das Transportauto für Lastkraftwagen (Tafel III, Fig. 6), ein 45 PS-Wagen von großer Baulänge, der mit einer starken Seilwinde versehen ist. Bei diesem Wagen sind die beiden Seitenwangen durch ein leichtes Sprengwerk zu festen Auflaufbrettern umzuwandeln, so daß die Seilwinde dann den beschädigten Lastwagen auf die Plattform ziehen kann.

Für die eigentlichen militärischen Operationen kommen dann noch die großen Autoomnibusse und die Touristen-Motorwagen in Betracht, die für schnelle Truppenverschiebungen unentbehrlich geworden sind. So sind denn auch sofort nach der Mobilmachung alle derartigen Wagen, bei uns hauptsächlich die Büssing- und Gaggenau-Touristenwagen sowie die N.A.G.- und Daimler-Omnibusse, eingezogen worden. Besonders nützlich sind diese und ähnliche Wagen (Tafel II, Fig. 7), um schnell die Pioniere zum Wegräumen der Hindernisse nach vorn zu werfen, wie sich dies z. B. beim Überfall von Löwen bewährt hat.

Als Spezialautos für die Artillerie haben sich schwere Lastwagen mit Vierräderantrieb bewährt, die eine sehr große Anzugskraft besitzen und Steigungen von 40 Proz. und mehr beherrschen. Diese Wagen dienen zum Schleppen von Geschützen, und zwar können sechs Stück 15-cm-Belagerungshaubitzen von einem Auto geschleppt werden (Tafel IV, Fig. 1). In der Regel gibt man aber auf eine Division von 12 Geschützen 3 Lastwagen, so daß je 4 Geschütze zu schleppen sind. Auch die Munition (2400 Schuß wiegen 110 t!) wird dann mit Lastkraftzügen nachgeführt. Diese Vierräderantriebswagen sind ebenfalls mit Winde ausgerüstet, so daß bei schwierigem Gelände nur ein Erdanker mit Seil vorausgebracht werden muß, worauf sich der Wagen mit seiner Winde vorzieht (Tafel IV, Fig. 2). Auch beim Übergang über Notbrücken bewährt sich die Winde; der Motorwagen fährt voraus, verankert sich am anderen Ufer und zieht dann mittels der Winde den Anhängezug hinter sich her. So können selbst leichte Schiffsbrücken bei steilen Flußufern überschritten werden, ohne daß die Brücke überlastet wird und der Motorwagen auf der steilen Rampe steckenbleibt. Die Motorwagen sind mit starken, 60—70 PS-Vier- und Sechszylindermotoren ausgerüstet, wiegen etwa 4 t, tragen 3 t und 5—7 t auf 3—4 Anhängern bei etwa 18 km/St. Geschwindigkeit. Eine besondere Art dieser Wagen ist von den Daimler-Werken für sehr schweren und daher langsamen Zug gebaut worden mit 65 PS Sechszylindermotor. Wegen der langsamen Fahrt mußte der Kühler vergrößert werden durch Anbau eines zweiten Hufeisenkühlers hinter dem Motor an der Spritzwand; beide Kühler sind durch seitliche Wasserbehälter verbunden, so daß das warme Wasser beide Behälter und beide Kühler durchströmen muß. Der Motor ist eine Stunde lang in tiefem Sand bei 8 km/St. Geschwindigkeit glatt gelaufen. Die normale Geschwindigkeit ist 26 km/St. bei 4000 kg Nutzlast.

Zu erwähnen sind weiter die schnellen Maschinengewehr-Autos (Tafel IV, Fig. 3), die bei 50 km/St. Geschwindigkeit jede Steigung bis 45 Proz. fahren, schnell in die Stellung zu bringen sind, infolge ihrer Wendigkeit große Beweglichkeit haben und eine wesentliche Stärkung beim Vormarsch bieten. Auch die Transportwagen für schwere Geschütze (Tafel IV, Fig. 4), die mit einer Windevorrichtung das Geschütz auf die Plattform ziehen, sind zum Schutz schnellen Vormarsches sehr wertvoll. Ein Büssing-Sechstonnen-Kraftwagen ist so eingerichtet, daß er sowohl Räder für Pneumatiks als auch Eisenbahnräder für Vollspur aufmontieren kann, so daß er auch auf Gleisen zu schleppen vermag. Es muß jedoch betont werden, daß die übliche Wagenfederung für das Fahren auf Schienen keineswegs ausreicht; der Motor liegt zu hart und erleidet Schaden.

Eine besondere Bedeutung haben jetzt bei der weiteren Vervollkommnung der Luftfahrzeuge die Kraftwagen mit Abwehrgeschützen erlangt. Auch für sie ist größte Beweglichkeit und Beherrschung jeglichen Geländes von einschneidender Bedeutung. Das führt von selbst zu starken Motoren und Vierräderantrieb. Diese Wagen sind mit 60 PS-Motoren ausgerüstet, haben acht Geschwindigkeitswechsel, fahren Steigungen von 40 Proz. und kommen überall durch. Der Antrieb für die Hinterräder ist normal, für die Vorderräder durch Kardan und Differential auf eine Untersetzung am senkrechten Drehzapfen und von hier aus erst auf das Kegelrad des Vorderrades. Hierdurch wird leichte Steuerfähigkeit auch bei leerlaufendem, d. h. nicht angetriebenem Rad gesichert.

Weil die Luftfahrzeuge ebenfalls bewaffnet sind, müssen Wagen und Mannschaft geschützt werden, weshalb man das Geschütz mit einem Front- und Deckpanzer von 8 mm, einem Seitenpanzer von 4 mm Panzerblech versieht (Tafel IV, Fig. 6). So gelangt man zu Panzerautomobilen, die anderseits auch dazu dienen, Überraschungsangriffe an vor-

geschobene Stellungen heranzutragen (Tafel IV, Fig. 5). Da die Panzerautomobile sehr schwer werden, sind wiederum starke Motoren und Vierräderantrieb erforderlich; diese befähigen die Wagen jedoch, Steigungen von 50 Proz. selbst bei lehmigen Abhängen zu überwinden.

In Italien wird ein Panzerwagen verwendet, dessen geschlossener viereckiger Panzerwagenkasten in der Längsrichtung geteilt ist, so daß entweder mit vier Maschinengewehren nach vorn oder nach hinten oder nach jeder Seite oder auch im spitzen Winkel gefeuert werden kann. Der Wagen hat den schwerwiegenden Nachteil, daß die Mannschaft hinter den aufgeklappten Panzerwänden gegen einen Überraschungsangriff von der Hinterseite völlig wehrlos ist.

Die von den Engländern eingeführten sogen. Schützengraben-Dreadnoughts (big willy), d. h. gepanzerte und bewaffnete Kettenschienenwagen, werden im Schlußteil des Werkes beschrieben.

Die Fortschritte des Kraftwagenbaues durch den Krieg sind derart, die Möglichkeiten, Kraftwagen mit Erfolg zu verwenden, so groß geworden, daß die Beschäftigung dieser Industrie auch nach dem Krieg in sich gefestigt bleiben wird.

Seetaktik

von Admiralitätsrat G. Wislicenus in Berlin

I.

Seetaktik ist die Kunst und Wissenschaft, gute Pläne vor und während der Seeschlacht zu machen, um die eigene Seestreitkraft mit ihren verschiedenen Seekriegswaffen so günstig wie möglich gegen die feindliche Seestreitkraft wirken zu lassen. Seetaktik ist mithin die Ausführung des Kampfes zur Vernichtung der feindlichen Seemacht. Ihr Leitstern ist der feste Wille, den Gegner unter Einsetzung der ganzen verfügbaren Kraft und unter Ausnutzung günstiger Gelegenheiten niederzukämpfen. Man kann auch mit Clausewitz die Taktik als die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht (und die Strategie als die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zur Erreichung des Kriegszwecks: Niederwerfung des Gegners) betrachten. Die Seetaktik ist mithin abhängig von der Entwicklung der Seekriegswaffen als der Streitkräfte, die im Kampf wirken sollen. Mit anderen Worten: die Taktik ist abhängig von der Technik. Die meisten seetaktischen Regeln werden also stets abhängig von der Art der verwendeten Seekriegswaffen sein: Ramme, Handwaffen, Wurfmaschinen, Feuerwerksmaschinen und Motoren. Infolge der Entwicklung des Kriegsschiffbaues und der Waffentechnik hat die Seetaktik im Laufe der Jahrhunderte mancherlei Wandlungen durchgemacht, um nach dem jeweiligen Stande der Technik die beste Waffenwirkung zu erzielen.

In der Entwicklung des Seekriegswesens wie der Seetaktik kann man drei scharf voneinander sich scheidende Abschnitte erkennen: die erste umfaßt etwa fünf Jahrtausende, die Zeit von etwa 3800 vor Christi Geburt bis zum Ende des Mittelalters; es ist die Zeit der Ruderkriegsschiffe ohne Schiffsgeschütze. Der zweite Abschnitt umfaßt die Zeit der Segelkriegsschiffe bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, der dritte die der Dampfkriegsschiffe von 1840 an.

Die alten Ruderkriegsschiffe wurden schon von den Babyloniern unter dem gewaltigen König Sargon mit der ältesten Seekriegswaffe, einem langen und spitzen Sporn am Vordersteven, ausgerüstet. Rammsporn und Rammtaktik sind also fast sechs Jahrtausende alt, haben aber in der Zwischenzeit lange gegen andere Waffen zurücktreten müssen. Der Rammtaktik der leichten, schnell beweglichen und gut drehfähigen griechischen Trierengeschwader gegen die großen und schwerfälligen phönizischen Schiffe verdankte Themistokles den glänzenden Seesieg bei Salamis (480 vor Christi Geburt). In den engen Gewässern wurde die feindliche Flotte zusammengedrängt; die phönizischen Schiffe fuhren sich oft gegenseitig in die Riemen (Ruder), während jeder Spornangriff der taktisch geschulten Trieren sein Opfer fand. Bei der Rammtaktik der Trieren unterschied man das Durchfahren (Diekplus) zwischen zwei feindlichen Schiffen, um diesen die Riemen abzubrechen, sie also der Bewegungsfähigkeit zu berauben, und das Herumfahren in kurzem Bogen (Periplus), um den Feind in der Breitseite oder schräg von achtern zu treffen. Diese Seeschlacht läßt bereits den wichtigsten Grundsatz der Seetaktik erkennen, der unabhängig von der Seekriegstechnik ist, daher für alle Zeiten Geltung hat, den der Krafthäufung. Der englische Marinehistoriker Campbell drückt diesen Grundsatz so aus: »Hätte ich eine Flotte von zwölf Schiffen im Kampf gegen eine Flotte von zwölf feindlichen, so würde ich alles daran setzen, sie so auszumanövrieren, daß ich zwölf gegen eins habe, falls dies nicht möglich, zwölf gegen zwei usw.; zuletzt erst würde ich gegen alle zwölf zugleich fechten — das würde ich sicherlich nur im Notfall tun.«

Dieser Grundsatz der Krafthäufung ist sehr einfach und einleuchtend, aber seine erfolgreiche Durchführung ist zu allen Zeiten nur den an Tatkraft und Umsicht hervorragenden Flottenführern gelungen.

Dem großen Feldherrn Napoleon I. erscheint die Seetaktik als geringere Kunst im Vergleich mit der Landtaktik; immerhin zeigen die seetaktischen Gedanken aus seiner Hinterlassenschaft, wie weit der hervorragendste Soldat seiner Zeit in das Wesen der Seekriegführung eingedrungen war. Wegen ihrer Anschaulichkeit seien im folgenden die wichtigsten seetaktischen Grundsätze Napoleons angeführt:

»Das Hauptgesetz der Seetaktik muß sein: sobald der Admiral das Signal zum Angriff gibt, muß jeder Kapitän die erforderlichen Bewegungen machen, um ein feindliches Linienschiff anzugreifen, und muß am Kampf teilnehmen und seine Nebenleute unterstützen. Die Seetaktik muß die Verwendung von Massenfeuer auf einen gegebenen Punkt zum Ziele haben. Der Flottenführer muß dahin streben, einen schwächeren Teil der feindlichen Streitkräfte mit dem Maximum der seinigen anzugreifen. Das ist das Gesetz von der Kraftersparnis (deutlicher wäre: der Krafthäufung zum Zweck der Kraftersparnis), das Nelson bei Trafalgar anwendete. Der Flottenführer ist abhängiger von seinen Linienschiffskapitänen, als ein Oberbefehlshaber am Lande von seinen Generalen. Der Flottenführer hat nur auf die Mannschaft des Schiffes, auf dem er sich befindet, persönlichen Einfluß (Napoleon wußte den Wert der Persönlichkeit des Führers zu schätzen!), der Rauch (der Geschütze) verhindert die

Sichtbarkeit der Signale. Die Winde wechseln oder sind nicht auf dem ganzen Raume, den seine Flottenlinie einnimmt, dieselben. Der Flottendienst ist also derjenige von allen Berufen, bei dem die Untergebenen am meisten Verantwortung mitzutragen haben. Der Flottenführer hat keine Rätsel zu lösen; er weiß, wo sein Feind ist, er kennt seine Stärke. Er braucht nur einen geübten Blick zu haben; nichts von den Streitkräften des Feindes bleibt ihm verborgen. Er braucht keine Erkundigungen einzuziehen, kein Gelände zu prüfen und das Schlachtfeld nicht zu erforschen. Indisches Meer, Amerikanisches Meer, Ärmelmeer — immer handelt es sich um eine flüssige Ebene.«

Allerdings darf man die letzten Sätze nur rein taktisch auffassen; denn im strategischen Sinne ist das Meer ein viel unübersichtlicherer Kriegsschauplatz als irgend ein Landgebiet, weil es einen fast unbegrenzten Raum darstellt. —

Der Grundsatz der Krafthäufung brachte neue Erfolge, als Cajus Duilius die Enterbrücken auf den römischen Triremen einführte. Mit dieser Entertaktik erkämpfte Rom die Seeherrschaft bei Mylä (260 vor Christi Geburt) und bei Eknomos (256 vor Christi Geburt). Die taktische Neuerung, mit diesen Fallbrücken durch Schwerbewaffnete die feindlichen Schiffe wie Landfestungen zu erstürmen, brachte die überlegene Angriffskraft der Römer gegen die Punier zur Geltung. Auch die Seeschlacht bei Aktion (31 vor Christi Geburt) wurde durch eine seetaktische Neuerung entschieden. Den 500 großen, hochbordigen griechisch-phönizisch-ägyptischen Penteren, Okteren und Dekeren der Riesenflotte, die Antonius und Kleopatra gegen Rom führten, standen nur 230 römische Liburnen gegenüber, leichte, bewegliche, kleine Ruderschiffe, die mit Wurfmaschinen (Onagern) zum Schleudern von Steinen, Feuertöpfen und Brandpfeilen ausgerüstet waren. Die schnellen Liburnen umschwärmten die schwerfälligen Feinde, warfen Feuer und Steine zwischen die Krieger und Ruderknechte, zerbrachen die feindlichen Riemenreihen und erkämpften durch überraschende übermächtige Angriffe an einzelnen Stellen der weit ausgedehnten gegnerischen Schlachtlinie den Sieg. Feuer verwendete auch der Wandalenkönig Genserich, der 468 eine große west- und oströmische Bundesflotte unter Basilikos mit 75 Brandern (mit Brennstoffen geladenen Fahrzeugen) vernichtete. Die Brandertaktik hat sich bis ins 19. Jahrhundert erhalten.

Im Mittelmeer stand die Galeerentaktik kaum auf der Höhe der griechischen Trierentaktik. Bei den Galeeren war der Bug mit dem Rammsporn, der erhöhten und gedeckten Back, auf der Buggeschütze und Kämpfer standen, der stärkste Teil, die Breitseiten der Riemen (Ruder) wegen am schwächsten und am leichtesten verletzbar. Also lag die Kampfrichtung in der Kiellinie; das ergab für die Flotte breite Gefechtsordnungen: Dwarslinie oder Halbmond und Sichel mit mehreren Treffen hintereinander. Das Gefecht wurde mit den Buggeschützen eröffnet; im weiteren Anlauf suchte man den Gegner in die Breitseite zu rammen oder seine Riemen zu zerbrechen, und schließlich gab der Enterkampf die Entscheidung. Die blutigste Seeschlacht der neueren Zeit, bei Lepanto 1571, war eine Galeerenschlacht. Die Flotte der »Ewigen Liga« (Papst mit Venedig und Spanien), 6 Galeassen und 250 Galeeren, geführt von Don Juan d'Austria, stand gegen eine gleichstarke türkische Flotte mit 264 großen Galeeren und an 40 kleineren Fahrzeugen, geführt vom Großadmiral Ali Pascha. Beide Flotten waren in vier Geschwader geteilt, die in Dwarslinien aufgestellt waren. Don Juan nahm mit den schweren Galeassen die Mitte; dahinter folgten zwei Geschwader, an jedem Flügel, schräg vorgezogen das dritte und vierte Geschwader. Also bildete die Schlachtlinie einen Halbmond. Genau so war die türkische Flotte aufgestellt. Don Juan griff mit voller Fahrt an, seine stark mit Geschützen bewaffneten Galeassen schwächten durch heftiges Feuer den Feind schon vor dem Zusammenprall der breiten Dwarslinien. Im Enterkampf gab die Tapferkeit Don Juans und seiner Ritter den Ausschlag. Die Türken verloren 200 Schiffe. Ähnlich verlief 1638 die letzte reine Galeerenschlacht bei Genua zwischen je etwa 30 französischen und spanischen Galeeren in Dwarslinie.

Zur Zeit der großen spanischen Armada, die Philipp II. gegen England schickte, war die Geschützbewaffnung bei den Spaniern noch nicht die Hauptkriegswaffe, während die an Zahl beträchtlich schwächeren, leichteren und schneller segelnden englischen Schiffe bereits viel besser mit Geschützen bewaffnet waren. Die Fahrt der Armada durch den Englischen Kanal in der stürmischen Woche vom 31. Juli bis 7. August 1588 war eine fast ununterbrochene Reihe kleiner Feuergefechte englischer Schiffsgruppen gegen Teile der spanischen Flottenmasse. Immer gelang es den Engländern, sich windwärts vom Feinde zu halten, zurückgebliebene Gruppen des Gegners mit ihren überlegenen Geschützen und dank ihrer größeren Seetüchtigkeit niederzukämpfen. Jede günstige Angriffsgelegenheit wurde ausgenutzt; jede frische Brise erlaubte den Engländern an einzelnen Punkten der langen spanischen Marschordnung mit überlegener Kraft vorzustoßen, aber doch dem von den Spaniern erstrebten Enterkampf auszuweichen. In diesen Einzelkämpfen entwickelte sich eine Art Gruppentaktik bei den englischen Schiffen zu gegenseitiger Unterstützung, die durch ihre Einzelerfolge die völlige Niederkämpfung der Armada vorbereitete.

Die Segelschiffstaktik des 17. Jahrhunderts beruhte auf der richtigen Einleitung des Gefechts, dem Manöver, um die Luvstellung zu gewinnen, d. h. windwärts vom Gegner zu stehen. Das bot den Vorteil, den Geschützkampf nach eigener Wahl in gewünschtem Abstand zu beginnen, vom Pulverrauch beim Zielen nicht belästigt zu werden und nach Gelegenheit zum Enterkampf übergehen zu können. Als Gefechtsform kam die Kiellinie in Gruppen zur Geltung, die das Manöver um die Luvstellung erleichterte und dem Feinde die Breitseiten der eigenen Schiffe zuwandte, also die größte Geschützwirkung ermöglichte. Bei der großen Zahl der Schiffe und ihrer Verschiedenheit war anfangs eine Kiellinie aller Schiffe schwierig, weil zu lang und unlenkbar. So wurden die Geschwader in Gruppen unregelmäßiger Form geteilt, die in Linie hintereinander segelten: der Oberbefehlshaber in der Mitte mit dem ersten Geschwader, davor die Vorhut, das zweite Geschwader, mit dem Vizeadmiral, und am Schluß die Nachhut, das dritte Geschwader, mit dem Konteradmiral (Schout-bij-Nacht der Holländer). Wenn die Luvstellung erreicht war, wurden die Geschwader mit halbem Wind an den Feind geführt und der Geschützkampf begonnen. Jeder Führer suchte sich seinen Gegner. Die Schiffe jeder Gruppe hatten Befehl, einander zu unterstützen. Bald nach dem Einbruch in die feindliche Linie entstand ein wirres Durcheinander von Freund und Feind; die

Seeschlacht löste sich in viele, durch Wind und Strom oft weit getrennte Gruppenkämpfe, auch in Einzelkämpfe von Schiff gegen Schiff auf.

Erst als die Scheidung zwischen Kriegs- und Handelsmarine den Bau starker Linienschiffe zur Folge hatte, erreichte die Segelschiffstaktik große Vollkommenheit, die allerdings bald zu starren, schematischen Formen ausartete. Da die Schiffszahl abnahm mit der Größe der Linienschiffe, konnte als Hauptgefechtsform die Einzelkiellinie gewählt werden. Jede Flotte blieb in Vorhut, Mitte und Nachhut geteilt; jedes Geschwader setzte sich aus zwei bis drei Divisionen von je drei bis vier Linienschiffen zusammen. Zum Gewinnen der wichtigen Luvstellung diente die Kiellinie beim Winde (dicht am Winde). Während des Geschützkampfes wurde die Schlachtordnung besser innegehalten als früher. Vorstöße gegen den Feind wurden nur gemacht, um einzelne Teile abzuschneiden und zu vernichten, ehe sie von den ihrigen unterstützt werden konnten.

Die strenge Aufrechthaltung der Gefechtsordnung war das besondere Verdienst de Ruyters. Im zweiten und dritten holländisch-englischen Seekrieg gewann die langjährige Kriegserfahrung dieses großen Seehelden glänzende Erfolge durch seine überlegene Taktik. Er bereitete seine Schlachten sorgfältig vor, führte sie in planmäßigem Geschützkampf in guter, oft enggeschlossener Kiellinie tatkräftig durch, ohne durch ungestümen Angriff Verwirrung in der eigenen Linie hervorzurufen. Immer benutzte er den günstigsten Augenblick, um mit bewußter Krafthäufung abgeschnittene Teile des insgesamt weit stärkeren Gegners niederzukämpfen. Als sein taktisches Meisterstück gilt die Schlacht bei Texel am 21. August 1673; dabei standen 90 englische und französische Schlachtschiffe und Fregatten nebst 28 Brandern gegen 75 holländische Kampfschiffe und 22 Brander. De Ruyter benutzte seine Stellung unter der holländischen Küste zum Ausmanövrieren des Feindes, um aus günstiger Windstellung angreifen zu können. Das geschah bereits in der Nacht vor der Schlacht. Die französische Flotte, die in der Vorhut war, wurde durch ein dreifach schwächeres holländisches Geschwader nur beschäftigt und »hingehalten«. In Mitte und Nachhut der Schlachtlinie standen sich gleichstarke Geschwader gegenüber. Bald entwickelte sich die Schlacht zu drei weit voneinander getrennten Gefechten. Der Kampf der Mittelgeschwader wurde durch die holländische Vorhut verstärkt, die die französische Vorhut nach kurzem Gefecht sich selbst überließ. Dadurch errang de Ruyter gute Erfolge, insbesondere noch durch Abschneiden von acht feindlichen Schiffen. Schließlich unterstützten die Mittelgeschwader den Kampf der Nachhuten. Erst als es dunkel wurde, hatten sich die Franzosen so weit geordnet, um sich dem Schlachtfeld nähern zu können. Inzwischen war der Sieg de Ruyters errungen. Ein wesentlicher Teil des Erfolges lag darin, daß de Ruyters Unterführer und Schiffsbefehlshaber von ihm vorzüglich geschult waren. Wie sehr de Ruyter Meister der Seetaktik war, bewies er unter vielen anderen am 8. Januar 1676 in der Schlacht bei Stromboli, wo er von einer bedeutend stärkeren französischen Flotte unter dem berühmten Admiral Duquesne aus der Luvstellung angegriffen wurde. In der als ungünstig bekannten Leestellung nahm de Ruyter den ungestümen Angriff der französischen Geschwader an. Beide Flotten lagen in Kiellinie beim Winde; bald nach Eröffnung des Geschützfeuers segelte die französische Linie schräg auf die holländische zu. Dabei liefen einzelne Schiffe schneller voraus und wurden von den Holländern gründlich zusammengeschossen. Viele französische Schiffe schoben sich nebeneinander, behinderten sich im Feuer, kamen also nicht gleichzeitig, wie beabsichtigt, ins Gefecht.

Die Schlacht bei Malaga am 24. August 1704 ist das erste Beispiel einer schematischen Seetaktik, die darin gipfelte, in gut geschlossener Gefechtsordnung den Gegner so lange auszumanövrieren, bis er eine Blöße zeigen würde; erst dann durfte die feindliche Linie in der entstandenen Lücke durchbrochen und der abgeschnittene Teil von zwei Seiten niedergekämpft werden. Es galt als Grundsatz, daß diejenige Flotte die beste Aussicht habe, an einer Stelle mit Übermacht aufzutreten, die am längsten ihre Gefechtsordnung tadellos innehielt. Das »Ausmanövrieren« des Gegners galt für wichtiger als der Angriff. Der geistige Urheber dieser Evolutionstaktik war der Jesuitenpater und Mathematiker Paul Hoste, der als Schiffskaplan des französischen Admirals Tourville die Seekriegführung kennengelernt hatte; er gab 1697 das erste Werk über Seetaktik heraus: »L'Art des armées navales ou traité des évolutions navales«, worin sehr ausführliche, durch Planzeichnungen erläuterte Regeln für Marsch- und Gefechtsordnungen, für Manöver zur Gewinnung der Luvstellung, zum Meiden des Gefechts wie zum Zwingen des Gegners zum Kampf, zum Umfassen und zum Durchbrechen der feindlichen Linie gegeben werden. Ihm war der Grundsatz der Krafthäufung vollständig klar. Um an einer Stelle die Übermacht zu gewinnen, sollte die Luvflotte mit den hinten überschießenden Schiffen ihrer Linie die Nachhut des Feindes von Lee umfassen und in Kreuzfeuer nehmen. Eine schwächere Leeflotte sollte ihre Linie weiter auseinander ziehen, um dem Umfaßtwerden vorzubeugen. Eine schwächere Luvflotte sollte nur die Nachhut des Feindes angreifen und diese zunächst mit Krafthäufung niederkämpfen. Durchbruch durch die feindliche Linie hielt Hoste nur für eine Leeflotte möglich, und zwar wenn sie vor der Durchbruchsstelle eine Kehrtschwenkung machte, wobei zuerst das Führerschiff, dann die übrigen Schiffe in Kiellinie folgend wenden sollten. Aber dieses Manöver war bei guter Aufmerksamkeit des Gegners nicht ungefährlich. Denn wenn der Feind nach dem Durchbruch der gegnerischen Vorhut wendete, konnte er diese umfassen und in Kreuzfeuer bringen.

Auch die alten englischen Gefechtsvorschriften aus der Segelschiffszeit empfahlen den Angriff aus der Luvstellung, und zwar geschwaderweise, also Vorhut gegen Vorhut des Feindes usw. Schon gegen Ende des 17. Jahrhunderts fielen die Bestimmungen über den Durchbruch fort. Aber der Vorteil der Krafthäufung war ihnen unbekannt. Das strenge Innehalten der Gefechtsordnung war der wichtigste Grundsatz; es handelte sich also immer darum, den Feind in starrer Ordnung im Nahkampf Schiff gegen Schiff niederzukämpfen.

Im Laufe des 18. Jahrhunderts entstand gegen die schematische Angriffstaktik der Engländer eine fast noch einseitigere Abwehrtaktik der Franzosen. Da die Leestellung ungünstiger für den Angriff, in mancher Hinsicht aber günstiger für die Abwehr war, so kann man in dieser Zeit von englischer Luvtaktik und französischer Leetaktik sprechen. Um dem Feind

die geordnete Angriffslinie zu stören, richteten die Franzosen ihr Geschützfeuer vorzugsweise auf die Takelung, die Engländer dagegen das ihrige auf den Schiffsrumpf nahe der Wasserlinie. Die Leetaktik hat den französischen Flotten öfters Vorteile gebracht; aber sie nutzten abgeschlagene Angriffe selten aus. Die Folge der schematischen Luv- und Leetaktik war eine große Zahl unentschiedener Seeschlachten zwischen den englischen und französischen Linienschiffsflotten des 18. Jahrhunderts. Gewöhnlich wurde die aus der Luvstellung angreifende englische Linie in ihren Takelungen so stark beschädigt, daß sie nicht zu einem zweiten Angriff vorgehen konnte, den die französische Linie in einer neugewählten Leestellung außer Schußweite abwartete. Nur wenn ein zu ungestümer britischer Angriff Verwirrung in die französische Linie brachte, errangen die Engländer zuweilen vollen Erfolg.

Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts machte ein schottischer Privatmann ohne seemännische Ausbildung, J. Clerk, in einer geistreichen Studie über Seetaktik (»An essay on naval tactics systematical and historical«, Edinburg 1782, 1790, 1797 u. 1804) auf die großen Nachteile der schematischen Angriffstaktik der Engländer aufmerksam. Er brachte die Maßnahmen zur Krafthäufung wieder in Erinnerung. Seine Kritik an dem verknöcherten System der formalistischen Seetaktik fand volle Anerkennung. Als bestes Mittel schlug Clerk vor, die hintersten Schiffe der feindlichen Linie anzugreifen und zwar hauptsächlich in Lee; der übrige Teil der feindlichen Flotte müßte dann seine Nachhut im Stich lassen oder zum allgemeinen Gefecht abhalten. Vorher hatte der Angreifer Zeit, die Nachhut niederzukämpfen. Clerk hatte seine Gedanken schon vor Erscheinen des Buches englischen Admiralen, auch Rodney, mitgeteilt.

Der Admiral Sir George Rodney führte neue taktische Befehle ein über geschlossene Gefechtslinie, Aussonderung der stärksten Linienschiffe aus der Linie, um sie gegen Spitzen- oder Schlußschiffe der feindlichen Linie anzusetzen, und über die Krafthäufung zum Angriff auf die feindliche Nachhut, Mitte oder Vorhut — im Sinne der Clerkschen Anregung. Mit Rodneys Durchbruch durch die französische Linie in der Seeschlacht bei Dominica am 12. April 1782 begann das Wiederaufleben der dem wirklichen Kampfzweck entsprechenden Seetaktik, wie sie sich früher unter de Ruyter bewährt hatte. 36 englische Linienschiffe standen gegen 30 französische unter Admiral de Grasse. Beide Flotten begannen morgens mit einem Wettsegeln um die Luvstellung. Als die Spitzenschiffe auf Schußweite nahe waren, lief die englische Linie in Lee der feindlichen Linie entlang. Also ein **Passiergefecht** mit beiden Gegnern in Kiellinie. Währenddessen sprang der Wind um, so daß die französische Linie ihn fast von vorn bekam und mit dem Bug auf die feindliche Linie zuhalten mußte. Dabei entstanden Lücken in der französischen Linie. Das nutzte Rodney zu einem doppelten Durchbruch aus, den er selbst mit seinem Mittelgeschwader und sein Vizeadmiral Hood mit der Vorhut durch je eine Schwenkung nach Steuerbord ausführten. Die französische Mitte geriet in schlimmes Kreuzfeuer und wurde stark zusammengeschossen. Nach dem Durchbruch wendete Rodney, sammelte seine Gruppen und folgte dem Feinde unter kleinen Segeln. Nach tapferer Gegenwehr strich das französische Flaggschiff die Flagge; schon vorher waren vier französische Schiffe genommen worden. Mit dem Durchbruch gewann Rodney die Luvstellung; günstige Gelegenheit, nicht planmäßige Vorbereitung hatte die alte taktische Angriffsform wieder zu Ehren gebracht. Für die Seetaktik war diese Seeschlacht bei Dominica wichtig, da das Wiederaufleben der **Durchbruchstaktik** die großen Seesiege Nelsons vorbereitete.

Aber noch ein anderer britischer Admiral wirkte mit, um Nelsons Taktik der günstigen Gelegenheit zu ermöglichen. Admiral Lord Howe strebte seit 1777 Befreiung der Taktik von dem verhängnisvollen Schematismus an. In seinem Anhang zu den Gefechtsvorschriften betonte er die Notwendigkeit, günstige Gelegenheiten im Verlauf des Gefechts auszunutzen zu erlaubtem Abweichen von den strengen Ordnungsbestimmungen. Howe erkannte zuerst den taktischen Wert einer bequemen Marschordnung, die leicht in die Gefechtsordnung überzuführen sein mußte. Er führte die Marschordnung in zwei Linien (Luv- und Leelinie) ein, bei der die Spitzenschiffe sich in der Windrichtung peilten. Eine gewaltige taktische Neuerung war die Art, wie Howe in der Seeschlacht am 1. Juni 1794 (im Atlantischen Ozean 430 Seemeilen westlich von der Insel Ouessant) mit allen Schiffen gleichzeitig, also fast in Dwarslinie, die französische Linie durchbrach, um den Feind schwer zu schädigen und daran zu hindern, den Kampfplatz vor der entscheidenden Niederkämpfung zu verlassen. Aber erst Nelson hat diese Howesche Durchbruchstaktik zur Krafthäufung ausgenutzt, um Teile der feindlichen Linie abzuschneiden und vereinzelt zu vernichten.

Für Nelsons Erfolge war (nach den neueren Untersuchungen des Konteradmirals Glatzel, deren Ergebnisse hier kurz angegeben sind) die freiere Auffassung von den taktischen Pflichten des Flottenführers und seiner Unterführer die notwendige Unterlage. Sie war im Kampf zwischen Form und Geist in der Übergangszeit aus der alten formalistischen in die neue, an Vorschriften nicht mehr gebundene Segelschiffstaktik allmählich zur Geltung gekommen.

Als Gipfelpunkt der Segelschiffstaktik ist Nelsons **Seesieg bei Trafalgar** am 21. Oktober 1805 zu betrachten. In der Schlacht standen 27 englische Linienschiffe und 4 Fregatten gegen die vom französischen Admiral Villeneuve geführte verbündete Flotte von 18 französischen und 15 spanischen Linienschiffen, 4 Fregatten und 2 Briggen. Im Laufe der Schlacht verloren die Verbündeten 22 Linienschiffe, die Engländer nicht ein einziges! Die **Trafalgartaktik** Nelsons wurde auf das günstigste vorbereitet durch die Art, wie Nelson seine Flotte an den Feind brachte. Der Hauptgrundsatz dieser Taktik war: Festhalten eines Teils des Gegners und Überwältigen des andern durch Krafthäufung. Die Trafalgartaktik ist gründlich erforscht worden; das Ergebnis der geschichtlichen Prüfungen über den Verlauf der Schlacht ist in einem englischen Blaubuch 1913 dem britischen Parlament vorgelegt worden. Wie Nelson die Schlacht durchzuführen plante, hatte er in einer Denkschrift am 9. Oktober 1805 dargelegt. Seinem zweiten Befehlshaber, Vizeadmiral Collingwood, und sämtlichen Schiffskommandanten war diese Denkschrift übergeben worden, so daß jeder Unterführer den taktischen Plan im voraus kannte. Der Plan rechnete damit, daß die feindliche Flotte in der althergebrachten Gefechtskiellinie angetroffen werden würde, und bestimmte, daß die Flotte in Marschordnung bis auf Kanonenschußweite an den Feind hinangeführt werden sollte, um ihm die Absicht des Durchbruchs nicht

zu früh zu enthüllen. Dann sollte Collingwood, der die Leelinie führte, zwölf feindliche Schiffe der Nachhut abschneiden und niederkämpfen, während Nelson selbst an der Spitze der Luvlinie vor der feindlichen Mitte durchbrechen wollte.

Am Morgen der Schlacht segelte die englische Flotte mit Backstagswind (NW) mit ostnordöstlichem Kurs auf die spanische Küste in der Nähe des Kaps Trafalgar zu. Sie war in Marschordnung in zwei Linien, die beiden Flaggschiffe »Victory« (Nelson) und »Royal Sovereign« (Collingwood) als Spitzenschiffe vorweg. »Royal Sovereign« lag ganz nach taktischer Vorschrift vier Strich Steuerbord achteraus von »Victory«. Die französisch-spanische Flotte steuerte gleichzeitig nahe unter Land in Gefechtskiellinie südsüdwestlichen Kurs. Gegen 8 Uhr morgens befahl der französische Oberbefehlshaber Admiral Villeneuve die Kehrtwendung seiner ganzen, ungefähr 6 Seemeilen (= 11 km) langen Gefechtslinie, weil er befürchtete, der Gegner würde mit Krafthäufung auf seine Nachhut eindringen und der Flotte den Rückweg nach Cadiz abschneiden. Diese Kehrtwendung erleichterte die Durchführung des Nelsonschen Angriffsplans; denn nun kam Collingwoods Leelinie in die beabsichtigte Lage zur feindlichen Nachhut, und für Nelsons Luvlinie wurde das Festhalten der feindlichen Vorhut bequem durchführbar. Schon gegen 9 Uhr vormittags wendete Collingwood mit seiner ganzen Linie ungefähr vier Strich (45°) nach Steuerbord, um seine Schiffe in (schräger) Staffellinie näher an die feindliche Nachhut hinanzubringen. Dabei richtete Collingwood Kurs auf die »Santa Ana«, das Flaggschiff des spanischen Vizeadmirals Alava. Inzwischen war Nelsons Luvlinie auf dem ostnordöstlichen Kurs geblieben, mit dem der Admiral auf die Mitte der feindlichen Vorhut zusteuerte. Collingwoods Flaggschiff kam gegen Mittag zuerst auf Schußweite an den Feind und wurde fast 20 Minuten ohne Unterstützung seiner Hinterleute allein kräftig beschossen, segelte aber kühn weiter, dicht am Heck der »Santa Ana« vorbei, feuerte eine doppelt geladene Breitseite längs durch den Schiffskörper, die 400 Mann mit einem Schlage außer Gefecht setzte, und luvte dann schnell, um dem Gegner dicht Bord an Bord zu gehen. Allmählich griffen die nächsten Schiffe der englischen Leelinie zur Unterstützung ihres Admirals in den Kampf ein, indem sie teils seinem Kielwasser folgten, teils weiter hinten die feindliche Nachhut durchbrachen und im Kreuzfeuer mit gegenseitiger Unterstützung vernichteten. Nelsons »Victory« kam eine volle Stunde später ins Gefecht als der »Royal Sovereign«; sie schwenkte, fast in Schußweite angekommen, nach Steuerbord, segelte längs der feindlichen Linie südwärts, bis sie hinter dem zwölften Schiff, dem »Bucentaure« (Flaggschiff Villeneuves), nach Backbord schwenkend, die feindliche Linie durchbrach. Bei diesem Manöver waren die vier Hinterleute der »Victory« dieser sehr nahe gekommen, so daß von Nelsons Luvlinie die ersten sechs Schiffe fast gleichzeitig das Feuergefecht begannen. Dem französischen Flaggschiff erging es dabei genau wie der »Santa Ana«; eine Breitseite der »Victory« gerade ins Heck hinein bestrich die Innenräume der Länge nach und richtete gewaltigen Schaden an. Gleich darauf geriet »Victory« Seite an Seite mit dem Linienschiff »Redoutable« in heißen Kampf, in dem Nelson kaum ½ Stunde nach Beginn des Feuergefechts die Todeswunde erhielt, vorher aber schon das Gelingen seines Planes erkannte. Mit der allgemeinen, günstigen Entwicklung des Angriffs hatte die Trafalgartaktik bereits ihre Aufgabe erfüllt; die lange, doppelt durchbrochene feindliche Linie konnte nun mit Krafthäufung aufgerollt werden. Schon zwei Stunden nach Beginn der Schlacht war die feindliche Mitte außer Gefecht gesetzt, die Nachhut eingeschlossen und die Vorhut weit entfernt vom Kampfsplatz. Schiff für Schiff des Feindes konnte mit überlegenen Kräften niedergekämpft werden, ohne daß die äußeren Schiffe der feindlichen Vorhut ihre schwer bedrängten Kameraden unterstützen konnten. Der Plan Nelsons war so vorzüglich gelungen, daß sogar die tödliche Verwundung Nelsons, also das Ausschalten der Oberleitung ½ Stunde nach Beginn des allgemeinen Feuergefechts, keinen Einfluß mehr hatte. Die Seeschlacht bei Trafalgar war nicht nur der seestrategisch bedeutsamste Seesieg, den die Geschichte der Napoleonischen Kriege kennt, sondern auch der größte seetaktische Erfolg, die tatkräftigste Ausführung eines genau im voraus bestimmten, unfehlbar wirksamen Planes. Tatkraft im Wägen und Wagen hatte in der letzten großen Seeschlacht der Segellinienschiffe die Segelschiffstaktik zur höchsten Vollkommenheit gebracht. Die Trafalgartaktik bildet den Schlußpunkt des an blutigen Seekriegen reichen halben Jahrtausends des Zeitalters der Segelkriegsschiffe.

In dem nun folgenden halben Jahrhundert des Übergangs vom Segelschiff zum Dampfschiff wurde keine einzige seetaktisch erwähnenswerte Seeschlacht mehr geschlagen. Erst das Zeitalter der Panzerschiffe und gezogenen Geschütze brachte mit der Seeschlacht bei Lissa 1866 eine neue Seetaktik, die aber in ihren Grundzügen auf Nelsons Trafalgartaktik aufgebaut war.

Über diese Taktik der Panzerschiffe unterrichten die folgenden Ausführungen.

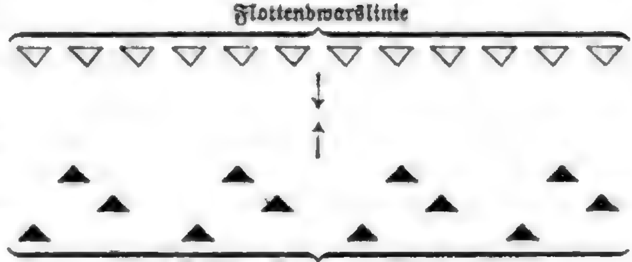
II.

Seetaktik der Panzerschiffszeit. Als die Einführung der Dampfkraft die Kriegsflotten unabhängig von der Windrichtung machte, wurde die Seetaktik bedeutend einfacher. Gegner, die sich schlagen wollten, brauchten nur in solcher Richtung aufeinander loszufahren, daß sie ihre Geschütze gut zur Geltung bringen konnten. Um die Schiffe dabei gegen die neu erfundenen Sprenggeschosse (Granaten) zu schützen, wurden sie gepanzert. Mit der Dampfkraft, der Panzerung, den gezogenen Kruppschen Hinterladegeschützen und den Granaten kam eine uralte Seekriegswaffe wieder zur Geltung, der Sporn. Im Rammangriff sollten die durch Geschosse unverwundbaren Panzerfregatten den Todesstoß erhalten. Der nordamerikanische Bürgerkrieg hatte in mehreren Seegefechten bewiesen, daß mit den marinetechnischen Fortschritten die alte Rammtaktik wieder, wie zuzeiten des Themistokles, Erfolge zu bringen vermochte. Infolgedessen wurden die großen Panzerfregatten der europäischen Flotten seitdem mit starkem Rammsporn ausgerüstet und die taktischen Manöver wieder auf den Nahkampf Schiff gegen Schiff eingerichtet.

In der ersten größeren Seeschlacht zwischen Panzergeschwadern, bei Lissa am 20. Juli 1866, machte der kühne österreichische Seeheld Admiral Tegetthoff den Rammangriff mit dem Sporn, also die alte Trierentaktik, zur Grundlage seines Schlachtplans. Mit einer Flotte, die sowohl an Panzerschiffen wie Geschützen beträchtlich schwächer war als die italienische,

führte der überraschende Angriff Tegetthoffs zu vollem Erfolg, obgleich die Schlacht trotz Tegetthoffs Taktik hauptsächlich im Geschützkampf entschieden wurde. Es standen 7 österreichische Panzerfregatten gegen 10 italienische; die älteren hölzernen Kriegsschiffe waren auf beiden Seiten in gleicher Zahl. Tegetthoff führte seine Flotte in Keilform, das Flaggschiff, die Panzerfregatte »Ferdinand Max«, an der Spitze des Panzergeschwaders, gegen die Mitte der feindlichen Kiellinie. Der sehr unentschlossene italienische Flottenführer Admiral Persano hielt seine Schiffe in langer Linie in abwartender Stellung, um durch überwältigendes Geschützfeuer den Angriff abzuwehren. Zum Glück schossen die Italiener schlecht (worauf Tegetthoff hatte rechnen können); deshalb gelangte der österreichische Keil in bester Ordnung und mit geringen Schäden an den Feind. Tegetthoff hatte seinen Kommandanten befohlen, sich gegenseitig im Nahkampf zu unterstützen. Aber sehr bald nach dem ersten Durchbruch durch die feindliche Linie verhüllte starker Pulverrauch Freund und Feind. Um seine Besatzungen anzuspornen, hatte Tegetthoff den Befehl gegeben: »Den Feind rammen und in den Grund bohren!« Sein Flaggschiff machte zwei vergebliche Versuche, italienische Panzerfregatten zu rammen; erst beim dritten Rammangriff gelang es ihm, die bereits steuerlose Panzerfregatte »Re d'Italia« in den Grund zu bohren. Die hölzerne Fregatte »Kaiser« rammte das italienische Schiff »Re di Portogallo« unter schiefem Winkel ohne Erfolg; beide Schiffe wurden zwar beschädigt, glitten aber aneinander ab und kämpften weiter. Aus der Seeschlacht wurde ein regelloses Durcheinander; Freund und Feind waren oft kaum zu unterscheiden. Trotz dem Bestreben zum Rammen war die günstige Gelegenheit dazu selten auszunutzen. Auch gegenseitige Hilfeleistung war im Getümmel nur zufällig ausführbar. Der italienische Admiral verhinderte sein Flaggschiff zweimal, den »Kaiser« zu rammen, eine Schwachheit, die allgemeinen strengen Tadel gefunden hat. Durch seine Kühnheit hatte Tegetthoff den stärkeren Gegner in schwierige Lage gebracht, seine Linie durchbrochen; dann drehte der österreichische Keil und warf sich mit Wucht auf die Mittelgruppe des Feindes. Ein zweites italienisches Panzerschiff, »Palestro«, wurde in Brand geschossen und flog in die Luft. Nach einstündigem, sehr heftigem Geschützkampf zog sich die italienische Flotte zurück, die Schlacht war zugunsten der tapferen Österreicher entschieden. Die Italiener hatten zwei große Kampfschiffe verloren und waren auch sonst stärker zusammengeschossen als ihre Gegner.

Der Erfolg Tegetthoffs führte in allen großen Marinen zunächst zu einer übertriebenen Bewertung der Rammtaktik. Die seetaktische Preisschrift »The gun, ram and torpedo« (von 1874) des britischen Seeoffiziers Noël ging so weit, die Ramme eine wichtigere Seekriegswaffe zu nennen als die Geschützbewaffnung. Noëls Taktik beruhte auf dem Grundsatz, die größte Zahl von Spornen an einer Stelle einzusetzen. Also Krafthäufung im Rammangriff sollte die Entscheidung bringen. So entstand die britische Gruppentaktik. Man erwartete, daß künftig zwei Flotten sich stets in entgegengesetzter Richtung, Bug auf Bug, angreifen müßten, weil die Breitseiten dem Rammangriff nicht ausgesetzt werden dürften. Also in Flottendwarslinie, Schiff neben Schiff. Wirksamer gegen die einfache Dwarslinie sollte aber eine Gruppendwarslinie sein, wie nachstehend:



Diese breite Gruppenform erinnert an die Dwarslinien der Galeerenschlachten, bei denen ebenfalls die Ramme die Entscheidung herbeiführen sollte. Infolge dieser Taktik wurde die Geschützaufstellung der Panzerschiffe geändert. Man erkannte, daß die bisherige Breitseitaufstellung in engen Pforten mit kleinem Bestreichungswinkel für die neue Angriffstaktik sehr ungünstig war. So entstanden die Turmschiffe und Kasemattschiffe, deren Bugfeuer bedeutend stärker war als das der alten Batterieschiffe. Die neue Torpedowaffe war auf den Panzerschiffen anfangs nur als »Verlängerung« des Sporns gedacht, d. h. die Torpedos sollten nur aus Bugrohren in der Kielrichtung geschossen werden.

In der langen Friedenszeit zur See, die der Schlacht bei Lissa folgte, galt bei den maßgebenden britischen Seetaktikern der Rammangriff, mit dem das enge Durchbrechen durch die feindliche Linie bald zu einem wüsten Wirrwarr aller kämpfenden Schiffe führen mußte, als die Grundlage und als das Hauptziel des Seekampfes. Erst gegen Anfang der 1890er Jahre bekämpfte der amerikanische Marinehistoriker Mahan die Überschätzung der Rammtaktik mit folgenden sehr überzeugenden Gründen:

»Je sicherer ein Admiral seiner selbst, je entwickelter die taktische Ausbildung seiner Flotte ist, je besser geschult seine Kommandanten sind, um so mehr muß er notwendigerweise zögern, in ein Durcheinander mit einem gleich starken Gegner zu kommen, worin alle diese Vorteile weggeworfen sein werden, wo der Zufall allein regiert und wo seine Flotte auf gleiche Stufe mit einem Haufen zusammengewürfelter Schiffe gestellt wird, die nie zuvor miteinander manövriert haben. Die Geschichte lehrt deutlich, wann es vorteilhaft ist, ein Getümmel herbeizuführen, und wann nicht.«

Also die stärkere oder besser geübte Flotte wird das Gemenge zu meiden suchen, die schwächere oder ungeübte kann durch zufällige Erfolge im Gemenge Vorteile erringen. Aber wenn Freund und Feind durcheinanderlaufen, hört die gegenseitige Unterstützung auf, und die Gefahr entsteht, daß befreundete Schiffe einander durch ihre Waffen schaden. Mit der Vervollkommnung der Torpedowaffe war bereits um 1890 die Tegetthoffsche Rammtaktik viel schwieriger geworden, weil der Torpedo schon bei der Annäherung der Schiffe, also vor dem eigentlichen Rammangriff, eine entscheidende Rolle spielen konnte, wenn er vom feindlichen Gegenüber abgeschossen wurde; aber auch als selbständige Waffe war der Torpedo gefährlich geworden, weil Torpedoboote auch bei Tage im Schutze des Pulverdampfes das enge Durcheinanderfahren der kämpfenden Panzerschiffe zu überraschenden Überfällen benutzen konnten.

Die gelehrigen Japaner verstanden es, Mahans Lehren zuerst seetaktisch auszunutzen. In der Seeschlacht vor der Yalumündung am 16. September 1894 griff der japanische Admiral Ito mit 8 Panzerdeckskreuzern und 4 alten Schiffen die chinesische Flotte

von 3 Panzerschiffen, 5 Panzerdeckskreuzern und 4 alten Kleinen Kreuzern an. Die chinesischen Schiffe hatten mehr schwere Geschütze und waren zum Teil auch schwerer bewaffnet. Wegen der starken Bug- und Heckbewaffnung seiner Panzerschiffe wollte der chinesische Admiral Ting in Dwarslinie kämpfen. Kurz vor der Schlacht hatte er seiner Flotte befohlen: Im Kampf sollen Schwesterschiffe oder Gruppen von je zwei Schiffen zusammenhalten und einander unterstützen; alle Schiffe sollen nach Möglichkeit mit dem Bugfeuer kämpfen; alle Schiffe sollen den Bewegungen des Admirals folgen. Der japanische Admiral hatte seine Flotte in zwei Geschwader geteilt, dessen erstes »fliegendes« Geschwader aus den vier schnellsten Schiffen bestand, während das Hauptgeschwader acht Schiffe zählte. Beide Geschwader dampften in Kiellinie, das fliegende vorn, auf die Mitte der feindlichen Dwarslinie zu, deren Flügel nach hinten zurückgebogen waren. Wahrscheinlich war die chinesische Anfangsstellung keilförmig. Das chinesische Flaggschiff eröffnete auf 5300 m Abstand das Feuer. Gleichzeitig schwenkte die Spitze des japanischen fliegenden Geschwaders nach Backbord, um den rechten chinesischen Flügel zu umgreifen. Dies zu verhüten, wendete die chinesische Flotte etwas nach rechts, wodurch ihre Linie noch mehr in Unordnung kam. Die Japaner feuerten erst, als sie den rechten chinesischen Flügel mit dem fliegenden Geschwader umfaßt und nur noch 3000 m Abstand vom Feind hatten. Zwei chinesische Flügelschiffe wurden in Brand geschossen; die chinesische Gefechtsordnung geriet in völlige Verwirrung. Der japanische Admiral hielt seine Kiellinie in gutem Schußabstand von dem chinesischen Knäuel, umkreiste unaufhörlich den Feind und verschoß dabei fast den ganzen Vorrat an Schießbedarf, erlitt auch beträchtliche Beschädigungen. Die Chinesen verloren 2 Panzerdeckskreuzer und 3 alte Kleine Kreuzer. Dem chinesischen Admiral gelang es trotz mehrfacher Bemühungen nicht, seine an Trutz- und Schutzwaffen überlegenen Panzerschiffe voll auszunutzen. Admiral Ito führte seine schnelleren Schiffe so geschickt, daß er das planlose und für seine schwächer gepanzerten Schiffe gefährliche Durcheinanderfahren vermeiden konnte.

Mit dieser an sich geringfügigen ostasiatischen Seeschlacht machte die Seetaktik der europäischen Marinen einen ruckweisen Fortschritt im Sinne der schon angeführten Lehren des Amerikaners Mahan. Allgemein wurde die den Erfolg bestimmende Bedeutung der Geschützbewaffnung anerkannt und demgemäß die geschlossen geleitete Schlachtlinie als geeignetste taktische Gefechtsordnung angesehen. Die einzelnen Schiffe der Linie decken sich gegenseitig durch die Kraft ihres Geschützfeuers; durch Ausfall von Schiffen entstandene Lücken müssen durch Aufschließen der Hintermänner möglichst schnell wieder geschlossen werden. Die seetaktischen Manöver dienen seitdem dem Zweck, die Geschütze der Schlachtlinie möglichst günstig zur Wirkung zu bringen, um die Vernichtung des Gegners herbeizuführen. Das seetaktische Mittel, die günstigste Wirkung zu erzielen, ist die Krafthäufung, der Angriff mit überlegener Kraft auf den verwundbarsten Teil der feindlichen Schlachtlinie, der am schwersten von anderen Teilen unterstützt werden kann. Ist dieser Teil niedergekämpft, dann soll der Gegner weiterhin womöglich ebenfalls abschnittsweise gänzlich vernichtet werden.

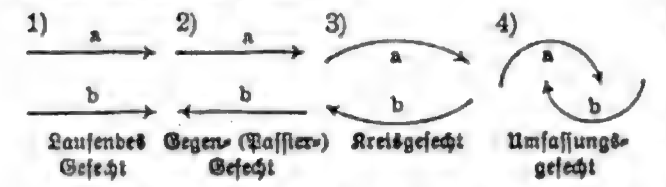
Die neuzeitige Seetaktik strebt mithin schon vor Beginn des Feuergefechts einen Stellungsvorteil an, der geeignet ist, eine Feuerüberlegenheit zu schaffen. Die taktische Flottenführung muß deshalb den heutigen Anforderungen des Geschützkampfes entsprechen. Das ergibt wiederum Abhängigkeit der Seetaktik von der jeweiligen Entwicklungsstufe der Geschütztechnik.

Die beweglichste und für die Geschützwirkung der neuzeitigen Panzerschiffe im allgemeinen günstigste Gefechtsordnung ist die Kiellinie, kurz oft nur Linie genannt, die Schiffe hintereinander im Kielwasser des Flaggschiffs, etwa 300—600 m Abstand zwischen jedem Schiff. Nach dieser ihrer Hauptgefechtsordnung nennt man die heutigen Kampfschiffe wieder, wie zur Zeit der großen Segelschiffskriege, Linienschiffe. Für Linienschiffe, deren schwere Geschütze sämtlich in der Breitseite verwendbar sind, bedeutet die Kiellinie stets die Gefechtsform, bei der die meisten Geschütze gleichzeitig auf den Feind gerichtet werden können, ohne daß bei richtiger Führung die einzelnen Schiffe der Linie sich gegenseitig im Feuer behindern können. Bei der Keilform oder bei Doppellinien kommen dagegen häufig Lagen vor, in denen sich Schiffe die Feuerlinie abschneiden (überdecken). Allerdings ist die Kiellinie dann ungünstig, wenn man mit geradem Kurs auf den Feind zusteuert, weil dann die vorderen Schiffe die Feuerlinie der Hintermänner teilweise überdecken und weil außerdem die vorderen Schiffe anfangs am stärksten dem feindlichen Feuer ausgesetzt sind. Die einfache Linie erlaubt infolge ihrer Beweglichkeit in jedem Augenblick Schwenkungen oder Wendungen auszuführen, ohne daß eigene Schiffe dabei gefährdet werden. Bei Doppellinien, wie bei der Keilform, haben schon bei Friedensmanövern Kursänderungen oder Schwenkungen zur Übung verhängnisvolle Schiffsverluste herbeigeführt.

Die Linientaktik, die seit der Yaluschlacht allgemein anerkannt ist, hat den Kriegsschiffbau stark beeinflußt. Besonders die Anordnung der Panzertürme für die schweren Geschütze ist auf den Linienschiffen mehr und mehr unter dem Gesichtspunkt starken Breitseitfeuers, wie die Schlachtlinie es fordert, entwickelt worden, und zwar bis zu dem Maße, daß die meisten neuesten Linienschiffe ihre sämtlichen schweren Geschütze zum Feuern nach jeder Breitseite verwenden können. Die Steigerung des Gefechtswertes (Vergrößerung der Stückzahl und des Kalibers der schweren Geschütze) auf den Großkampfschiffen (Dreadnoughts) begünstigt gleichfalls die Linientaktik, und zwar dadurch, daß die Einheiten der Linie an Stärke zunehmen, ohne daß ihre Anzahl zunimmt. Mithin braucht die Linie nicht länger zu werden trotz größerer Gesamtgefechtskraft. Eine sehr lange Kiellinie ist ungünstig, weil sie für den Flottenführer unübersichtlich ist und schwerfälliger in den Wendungen und Schwenkungen wird als eine kurze Linie. Auch die Steigerung der Schiffsgeschwindigkeit bei den neuesten Großkampfschiffen beeinflußt die Linientaktik günstig. Eine Flotte mit überlegener Geschwindigkeit kann, wie die Yaluschlacht schon zeigte, den Feind »ausmanövrieren«, kann ihn in Schlachtlinie umkreisen, bis die Sonne im Rücken der eigenen Zielrichtung ist, bis also die günstigste Stellung und Entfernung für das Feuergefecht erreicht ist. Der Überschuß an Geschwindigkeit gibt der schnelleren Flotte die Freiheit, den Kampf anzunehmen oder nicht, und gibt ihr auch die Macht, unter günstigen Umständen den Gegner zur Schlacht zu zwingen. Andrerseits aber hat die Überlegenheit an Geschwindigkeit, wenn sie, wie heutzutage, nicht mehr als 1—2 Seemeilen ausmacht, auf

die Entscheidung in der Schlacht geringeren Einfluß als die Kampfkraft der schweren Geschütze (einschließlich der Schießfertigkeit der Geschützführer, Durchschlagskraft und Sprengwirkung der Geschosse), wie die Betrachtung der Hauptgefechtsarten ergibt.

Bei den Manövern der neuzeitigen Linienschiffsflotten haben sich vier **Hauptgefechtsarten der Linientaktik** entwickelt (a Fahrtrichtung der einen, b die der andern Partei):



Die Gefechtsabstände der feindlichen Linien betragen neuerdings bis zu 200 Hektometer (20 km) und mehr. Allerdings kann bei sehr großen Abständen auch bei den schwersten Geschützen und feinsten Zielfernrohren nur noch mit Zufallstreffern gerechnet werden, die aber wegen ihres steilen Aufschlags sehr verhängnisvoll werden können.

Beim **laufenden Gefecht** ist ein gleichmäßiges, stetiges Artilleriefeuer möglich. Wenn die schnellere Linie sich vorzieht, um einen Spitzenangriff auszuführen, wird die langsamere Linie allmählich abdrehen, um nicht in ungünstigere Stellung zu kommen. Ist der schnellere Gegner nämlich imstande, das Feuer einer größeren Zahl seiner Schiffe gegen die feindliche Spitze zu richten, so ist ihm die erstrebte Krafthäufung gelungen, mit der die Vernichtung eines Teiles der feindlichen Linie erkämpft werden soll.

Eine ungünstige Gefechtslage beim laufenden Gefecht kann gelegentlich durch eine Kehrtwendung geändert werden; in dem nun entstandenen **Gegen- (Passier-) Gefecht** laufen die Gegner sehr schnell aneinander vorüber, wodurch die Sicherheit des Zielens erheblich eingeschränkt, also die Feuerwirkung herabgesetzt wird. Wenn die Flotten mit entgegengesetzten Kursen aneinander vorbei sind, werden ihre Spitzen auf die feindliche Nachhut zudrehen, um diese unter verstärktes Feuer zu nehmen. Daraus entsteht die dritte Hauptgefechtsart, das **Kreisgefecht**. Bei ihm kann der Geschwindigkeitsüberschuß des Gegners für die langsamere Flotte verhängnisvoll werden, weil die schnellere Flotte das Kreisgefecht leicht in das **Umfassungsgefecht** umwandeln kann, das nur ein verschobenes Kreisgefecht ist. Das Umfaßtwerden muß jede seetaktisch geschulte Flotte beizeiten durch Gegenmanöver (Abdrehen, Kehrtwendung oder schnelleres Mitdrehen auf der inneren Linie) vermeiden; denn es gibt der feindlichen Geschützwirkung die denkbar beste Stellung: die gesamten Breitseitgeschütze kämpfen nur gegen die Buggeschütze der gegnerischen Vorhut (Spitze). Es ist das die T-Stellung der britischen Flottenmanöver, das sog. »Kreuzen des T«.

Aus vorstehendem wird ersichtlich, daß die neuzeitige Seetaktik lediglich dem Zwecke dient, die Geschützwirkung in günstigster Stellung zu steigern; durch geeignete seetaktische Manöver soll die artilleristische Krafthäufung erreicht werden; der Feind (b) soll mit mehr Geschützen beschossen werden, als er selbst gegen die eigene Linie (a) zu Schuß bringen kann. Vorschriften oder Verordnungen, wie unter allen Umständen angegriffen werden muß, lassen sich für die Seetaktik nicht geben, wohl aber wichtige Warnungen, wie gefährliche Manöver des Gegners unschädlich gemacht werden können. Die seetaktische Friedensschulung der Flottenführer ist ein unentbehrliches Hilfsmittel, um die Maßnahmen kennenzulernen, wie der Überflügelung und Umfassung selbst durch einen stärkeren und schnelleren Feind wirksam vorgebeugt werden kann. Eine reine T-Stellung, bei der eine Flottenlinie mitten vor der feindlichen Spitze die größte Geschützwirkung zur Geltung bringen kann, wird in einer Seeschlacht kaum je vorkommen, weil der Gegner abhalten wird, um die gefährlichste Gefechtslage zu meiden. Aber zwischen dem laufenden Gefecht und der T-Stellung gibt es noch sehr viele andere Gefechtslagen, bei denen je nach der seetaktischen Begabung der Führer und nach der Liniengeschwindigkeit derjenige für längere oder kürzere Zeit günstigere Geschützwirkung entfalten kann, der von beiden der T-Stellung am nächsten ist. Diese Überlegung führt dazu, schon früher, als der Geschützkampf begonnen werden kann, danach zu streben, eine günstigere Anfangsstellung, als der Gegner sie nach den Meldungen der Aufklärungskreuzer hat, einzunehmen. Das richtige »Ansetzen des Angriffs« ist mithin außerordentlich wichtig; es kann den Erfolg der Seeschlacht bewirken. Schon der mit Krafthäufung glücklich gewählte Beginn des Feuergefechts kann über den Ausgang einer Seeschlacht entscheiden. Zufälligkeiten, wie plötzlich steigende oder fallende Nebelbänke, Schneegestöber, dicke, unsichtige Luft, unerwartete Stromversetzung, können die Entwicklung einer Seeschlacht je nach Umständen günstig oder ungünstig beeinflussen, in besonderen Fällen sogar die Entscheidung bringen.

Die bei Flottenmanövern in Friedenszeit gewonnenen seetaktischen Grundsätze fanden ihre Bestätigung in der **Seeschlacht bei Tsushima**; mit voller Berechtigung ist diese neuzeitige Seeschlacht mit der seetaktisch bemerkenswertesten Seeschlacht der Segelschiffszeit, mit der Schlacht bei Trafalgar (vgl. S. 288), verglichen worden. Auch bei Tsushima gab der Grundsatz der Krafthäufung das Mittel zur vollständigen Vernichtung des Gegners. Wie Nelson, so griff auch der japanische Admiral Togo mit seiner Hauptmacht den Teil der feindlichen Flotte an, der von dem andern am schwersten unterstützt werden konnte. Auch an die Yaluschlacht erinnert der letzte japanische Erfolg bei Tsushima. Denn auch dem Admiral Togo gelang es, ohne die eigene Linie aufzulösen und zum Einzelschiffskampf überzugehen, die Entscheidung herbeizuführen, und zwar lediglich durch günstige Ausnutzung seiner gesamten Geschützbewaffnung. Allerdings hatte er einen minderwertigen Gegner vor sich, der von vornherein (wie aus russischen Berichten deutlich hervorgeht) von der Erfolglosigkeit seiner Gegenwehr überzeugt war.

Die aus Europa abgesandte russische Flotte unter Befehl des Vizeadmirals Rojestwenski zählte 8 Linienschiffe, 3 Küstenpanzerschiffe, 3 alte Panzerkreuzer und 5 geschützte Kreuzer nebst 9 Torpedobootszerstörern und einem großen Troß von Hilfsschiffen. Diese Flotte wurde am 27. Mai 1905, morgens 5 Uhr, von einem japanischen Aufklärungskreuzer vor der Südeinfahrt in die Koreastraße gesichtet, etwa 50 Seemeilen südwestlich von der Insel Tsushima. Der japanische Admiral Togo hatte seine Flotte an der südkoreanischen Küste bei Masampho gesammelt; je eine äußere und innere Aufklärungslinie schneller Kreuzer bewachten die Durchfahrten beiderseits Tsushima. Die japanische Flotte zählte nur 4 Linienschiffe, aber 8 große, fast den Linienschiffen gleichwertige Panzer-

kreuzer, 2 Küstenpanzerschiffe, 17 geschützte Kreuzer, 21 Torpedobootszerstörer und etwa 60 Torpedoboote. Im Laufe des Vormittags nahmen alle japanischen Aufklärungskreuzer Fühlung mit der russischen Flotte, die einige Schüsse mit dem Feind wechselte und ihren bisherigen nordnordöstlichen Kurs fortsetzte. 1¾ Uhr nachmittags sichteten die Russen die feindliche Schlachtflotte in Kiellinie 17 km vor ihrem Bug. Die russische Flotte steuerte Nordnordostkurs, die japanische Westkurs. Die 4 japanischen Linienschiffe und 8 Panzerkreuzer bildeten eine Kiellinie, die Russen standen anfangs in Doppelkiellinie. Admiral Togo beschloß, den Angriff auf die Spitze der linken feindlichen Linie anzusetzen, steuerte deshalb südwestlichen Kurs, um die Absicht eines Gegengefechts vorzutäuschen, schwenkte aber, sobald der Abstand vom Feind nur noch 8,5 km war, auf Ostkurs, so daß ein laufendes Gefecht auf schräg sich nähernden Kursen entstand. Auf 8 km Abstand eröffneten die Russen das Feuer, die Japaner erst auf 6 km; trotzdem errangen sie sehr schnell das Übergewicht an Geschützwirkung. Beide russische Spitzenschiffe waren eine Zeitlang dem Feuer der ganzen japanischen Linie ausgesetzt; das linke der beiden, das Linienschiff »Osljabja«, war nach einem Feuer von kaum 10 Minuten zusammengeschossen und zum Kentern gebracht. Kurz darauf gelang es Rojestwenski, seine Division vor die linke Linie zu setzen, unter gleichzeitigem Abdrehen auf Ostkurs, so daß nun auch die russischen Schlachtschiffe eine einzige Kiellinie bildeten. Kaum ¾ Stunde nach Beginn der Schlacht mußten wieder zwei zusammengeschossene russische Linienschiffe aus der Gefechtslinie ausscheren, »Suwarow«, das Flaggschiff des Flottenführers, und »Alexander III.« Die russische Linie geriet in Gefahr, von der japanischen umfaßt zu werden, mußte deshalb immer mehr nach Süden abdrehen. Da die russischen Küstenpanzerschiffe weit zurückgeblieben waren, drehte die russische Linie im Kreis um ihr beschädigtes Führerschiff. Rauch und Nebel hüllten zeitweise die russische Flotte völlig ein, so daß die Japaner zuweilen ihr Feuer einstellen mußten. Die japanische Linie war gegen 3 Uhr mit einer Kehrtwendung auf Westkurs gedampft, hatte aber ¼4 Uhr durch nochmalige Kehrtwendung den alten Ostkurs wieder aufgenommen, so daß gegen 4 Uhr das laufende Gefecht auf 5 km Abstand weiter geführt wurde. Da bald wieder eine Umfassung durch die beträchtlich schnellere japanische Linie zu befürchten war, drehte die bereits stark mitgenommene und zusammengeschossene russische Schlachtlinie gegen 4½ Uhr nach Süden ab. Die Entscheidung war bereits zugunsten der Japaner gefallen, es galt nur noch, dem erschöpften Gegner den Rest zu geben.

Während der Entscheidungsschlacht der Linienschiffe gelang es dem japanischen Kreuzergeschwader, mit südlichem Kurs die russische Schlachtlinie zu umfassen und dann ostwärts drehend die russischen leichten Kreuzer und Troßschiffe in laufendem Gefecht ebenfalls in vernichtendes Feuer zu nehmen. Es kam zu einer Art Kesseltreiben. Gegen 5 Uhr trafen die Reste der russischen Kreuzer und Troßschiffe auf die inzwischen südwestwärts steuernden Reste der russischen Schlachtlinie. So entstand ein wirres Gemenge, in dem die russischen Schiffe ohne Ordnung durcheinander liefen und sich im Feuer gegenseitig behinderten. Die japanischen, immer noch in bester Ordnung geführten Kiellinien der leichten Kreuzer, Panzerkreuzer und Linienschiffe gaben von drei Seiten wohlgezieltes ruhiges Feuer auf den russischen Knäuel, während die Russen mit nördlichem Kurs sich zu sammeln und zu entkommen suchten, was durch Eintritt der Abenddämmerung begünstigt wurde.

Noch vor Beginn der Dunkelheit setzten die Nachtangriffe zahlreicher japanischer Torpedobootsflottillen gegen die fliehenden russischen Schiffe ein; diese Angriffe folgten einander so schnell, daß den Schiffen kaum Zeit blieb, sie abzuwehren. Wahrscheinlich haben dabei die russischen Schiffe zuviel mit Scheinwerfern geleuchtet und dadurch die japanischen Vorstöße erleichtert. Infolge der Angriffe wurden verschiedene, bereits in der Tagschlacht schwer beschädigte russische Schiffe zerstört; der Rest der russischen Flotte löste sich während der Nacht völlig auf. Bei Tagesanbruch war der russische Admiral Nebogatow, der noch 2 Linienschiffe, 2 Küstenpanzerschiffe und einen kleinen Kreuzer beisammen hatte, von der japanischen Schlachtflotte vollständig umstellt; bald nach Eröffnung des Feuergefechts strich der unglückliche russische Admiral die Flagge und übergab, um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, seine bereits stark beschädigten Schiffe dem Sieger. Von den 38 Schiffen der russischen Flotte (einschließlich der Troßschiffe) entkamen nur 3 kleine Kreuzer nach Manila, 2 Hilfsschiffe und 1 Torpedoboot nach Wusung; 19 Schiffe sanken, darunter 6 Linienschiffe; 7 Schiffe, darunter 2 Linienschiffe, wurden genommen; 2 Schiffe wurden von ihren Kommandanten auf den Strand gesetzt, und nur 1 kleiner Kreuzer, 2 Torpedoboote und 1 Hilfsschiff erreichten Wladiwostok, den Bestimmungshafen der Flotte. Die Russen verloren 10000 Mann, wovon die Hälfte fielen oder ertranken; die Japaner hatten nur 537 Tote und Verwundete. Die japanische Flotte verlor nur zwei Torpedoboote in der großen Schlacht. Die Tüchtigkeit der japanischen Admirale, Kommandanten und Geschützführer hatte einen Seesieg errungen, dem an Erfolg nur Nelsons Trafalgarsieg nahekommt. Die Russen schoben einen Hauptteil des Erfolgs auf die gewaltige Sprengwirkung der japanischen Granaten, die mit dem Pikrinsäure-Sprengstoff Schimose geladen waren; aber die ungenügende Schießausbildung der russischen Besatzungen war wohl der Hauptgrund des schnellen Zusammenbruchs. Die Frage ist nicht völlig geklärt, wie weit die schweren Geschütze den Ausschlag gegeben haben. In der Seeschlacht bei Tsushima standen nur 16 schwere, aber 190 mittlere Geschütze auf japanischer Seite gegen 30 schwere und 110 mittlere russische Geschütze. Während Admiral Togos Linienschiffe ruhig, wie bei einer Schießübung, ein russisches Schiff nach dem andern mit vereinigtem Feuer niederkämpften, hat das russische Feuer überhaupt keine erwähnenswerten Erfolge gehabt. Offenbar wußten die Japaner, daß die Russen ebensowenig wie vor einem Jahrhundert imstande waren, im Feuer seetaktisch richtig zu handeln. Ihre ganze Seetaktik bei Tsushima bestand darin, der gewaltigen Wirkung des japanischen Feuers zu weichen. Überdies ist aus späteren russischen Veröffentlichungen zu ersehen, daß die russische Flotte von Anfang an von der Erfolglosigkeit ihres Unternehmens überzeugt war, sich auch den Japanern nicht gewachsen fühlte. Dieses Schwächegefühl war wohl noch verhängnisvoller als die Schimose.

Die einfache Kiellinie als Schlachtlinie hat sich bei Tsushima ähnlich wie in der Yaluschlacht bewährt; mit Hilfe der festgefügten Gefechtsordnung konnte der allerdings langsamere Feind zu solcher Stellung gezwungen werden, daß die japanische Geschützwirkung

stets günstig war, und daß stets eine große Zahl von Geschützen auf bestimmte Schiffe des Gegners gerichtet werden konnten. Admiral Togo ist mit seiner erfolgreichen Anfangsstellung Jahrhunderte alten japanischen Überlieferungen gefolgt. Mit seiner Linientaktik wollte er die eigene Flotte in solche Stellung zum Gegner bringen, wie sie der japanische Buchstabe Tai (T) zeigt. Tatsächlich kommt dies auf dasselbe Bestreben hinaus, den Feind unter Sammelfeuer zu nehmen, wie bei der schon oben (S. 292) erwähnten T-Stellung der britischen Flottenmanöver.

Um die Anfangsstellung zu erreichen, mußte der Aufklärungsdienst erfolgreich sein. Tatsächlich hatten die japanischen Kreuzer die russische Flotte schon gemeldet, bevor die Russen es ahnten. Unbegreiflich sorglos war der russische Flottenführer ohne Marschsicherung und ohne Aufklärungsdienst in die gefährliche Koreastraße eingesteuert. Dagegen konnte Admiral Togo nach den Meldungen seiner Kreuzer genau vorausberechnen, wo er die Schlacht liefern wollte. Togo berichtet selbst darüber folgendes: »Der Tag war nebelig, und wir konnten nicht weiter als 5 Seemeilen (9 km) sehen, doch wurde ich so über die Bewegungen des noch weit entfernten Feindes unterrichtet, als wenn ich ihn wirklich gesehen hätte. Ehe ich ihn sah, mußte ich, aus welchen Schiffen seine Flotte bestand. So konnte ich bestimmen, daß ich ihn ungefähr um 2 Uhr nachmittags nahe bei Okinoshima zur Schlacht stellen, und zwar zuerst die Spitze der linken Kolonne angreifen und vernichten würde.« — Eine zweckdienlichere taktische Aufklärung zur Vorbereitung der richtigen **Anfangsstellung** für die Seeschlacht läßt sich kaum denken. Die Russen gaben sich nicht einmal die Mühe, mit ihren starken Funkentelegraphengeräten die japanischen Meldungen zu stören. Dadurch wurde der russische Admiral durch das plötzliche Sichten der japanischen Schlachtlinie in seiner Marschrichtung völlig überrascht.

Die **Überraschung** des Gegners, die dem Admiral Togo aufs beste gelang, ist zur Erzielung seetaktischer Erfolge besonders wichtig. Denn der Entschluß, eine Seeschlacht einzuleiten, wenn beide Flotten einander erreichbar sind, muß sehr schnell gefaßt werden, weil die taktische Lage von Flotten zueinander sich viel schneller ändert als die gegeneinander wirkenden Heeresmassen mit all ihrem Zubehör. Bei ungünstiger Anfangsstellung der japanischen Flotte würden wahrscheinlich die Russen einen größeren Teil ihrer Streitkräfte nach Wladiwostok haben retten können. Durch die günstige Anfangsstellung gelang dem zielbewußten japanischen Flottenführer noch eine zweite, den Ausschlag für den Erfolg gebende taktische Überraschung, das schnelle Vernichten der feindlichen Spitzenschiffe mit der Krafthäufung seiner gesamten Geschützwirkung. Kaum eine halbe Stunde nach Eröffnung des Feuers war die Schlacht bei Tsushima bereits entschieden; alle weiteren taktischen Maßnahmen dienten der gänzlichen Vernichtung des bereits geschlagenen Gegners. Togos Erfolg mehrten freilich schwere Fehler und Unterlassungen auf russischer Seite. Der russische Aufklärungsdienst hatte gänzlich versagt; die russischen Geschwader wurden zu spät aus der Marschordnung in die Gefechtslinie gebracht. Die Bewegungen der russischen Flotte während der Schlacht entsprachen zu wenig den seetaktischen Forderungen und Grundsätzen, weil sie in verhängnisvollem Maße von dem Grundgedanken beherrscht blieben, den Durchbruch nach Wladiwostok zu erreichen. Für den japanischen Erfolg war neben besserer taktischer Schulung des Flottenführers die den Russen weit überlegene vorzügliche Schießausbildung der Geschützführer maßgebend.

Die Hauptlehre, die aus den japanischen Erfolgen in der Seeschlacht bei Tsushima zu ziehen ist, läßt sich ungefähr mit folgendem ausdrücken: Die heutige Seetaktik soll die eigene Waffenwirkung zur günstigsten Geltung bringen und zugleich die feindliche Waffenwirkung möglichst behindern. Die **Aufgaben der Seetaktik** bestehen mithin darin, durch gute Aufklärung eine günstige Anfangsstellung zu erreichen, um einen umfassenden Angriff mit gehäufter Geschützwirkung auf einen feindlichen Flügel zu führen. Oder kurz gesagt: Stellungsvorteil muß Feuerüberlegenheit schaffen.

Die Seetaktik soll also die wichtigste Seekriegswaffe, das schwere Geschütz, zur größten Wirkung bringen; sie ist abhängig von der Schußweite und Treffähigkeit der Geschütze, von der Schießausbildung der Geschützführer und in nicht geringem Grade auch vom Wetter: Beleuchtung des Ziels durch die Sonne, Bedeckung des Ziels durch Rauch in der Windrichtung oder durch Nebelschwaden, Erschwerung des Zielens durch Seegang. Daraus erhellt ohne weiteres, daß die Seetaktik sich verschiedenen Anforderungen anpassen muß, also keine starre Formaltaktik sein darf, die schon in der Segelschiffszeit kläglich Schiffbruch litt, als der ungestüme und vorurteilsfreie Nelson alle alten taktischen Rezepte über Bord warf und den Feind durch neue Angriffsformen überraschte. Unerwartete, neue seetaktische Formen haben sich auch in den Entscheidungsschlachten der Panzerschiffsgeschwader bei Lissa, am Yalu und bei Tsushima als besonders wirksam erwiesen. Daraus darf man den Schluß ziehen, daß in zukünftigen Seeschlachten wiederum **der** Flottenführer den Erfolg erringen wird, dem es durch eigene geistige Überlegenheit gelingt, die Schwächen des Gegners zu erkennen und zu seinem Vorteil auszunutzen. Dem genialen Führer bleibt heute wie vor Jahrhunderten die Wahl des Weges zur Überraschung des Gegners unter Berücksichtigung aller Erfolg bedingenden Umstände vorbehalten. In Seeschlachten, wo die geistige Überlegenheit in der Führung fehlt oder auf beiden Seiten gleich stark ist, wird der seetaktische Erfolg beider Flotten gering sein. In Seeschlachten zwischen Flotten von ganz ungleicher Gefechtskraft wird die wesentlich schwächere Flotte nur dann auf Erfolge rechnen dürfen, wenn die taktische Schulung des Flottenführers und seiner Unterführer sowie die Schießausbildung der Geschützführer auf das gründlichste durchgeführt sind und durch ständige Übungen befestigt werden.

Die deutsche chemische Industrie im Weltkrieg

von H. Blücher in Leipzig, Herausgeber des »Auskunftsbuches für die chemische Industrie«

Von wie gewaltiger Bedeutung die Technik für die Gestaltung und den Ausgang moderner Kriege ist, bedarf keiner Auseinandersetzung; die Taten der schweren Geschütze, die Erfolge der Unterseeboote, die Errungenschaften der Flugzeuge und Luftschiffe führen eine beredte Sprache. Und wenn wir mit berechtigtem Stolz auf den hohen Stand gerade der deutschen Technik das Wort geprägt haben, daß eben diese deutsche Technik uns den Sieg erringen helfen müsse und werde, so ragt wiederum aus der Gesamttechnik ein Zweig ganz besonders hervor — die chemische Technik. Auf diesem Gebiete sind wir unseren Gegnern entschieden weit voraus, und von welcher Bedeutung das ist, mag ein flüchtiger Streifzug zeigen.

Nicht besser kann der hohe Stand der deutschen chemischen Industrie bewiesen werden als durch die seit Jahren lauter und immer lauter ertönenden Stimmen des Auslandes, die auf diese Industrie mit Besorgnis hinwiesen und Mahnworte an ihre Landsleute daran knüpften, daß man im eigenen Lande ungesäumt Anstrengungen machen müsse, um den deutschen Vorsprung einzuholen. An der Spitze der Länder, in denen solche Mahnrufe laut wurden, stand jederzeit England. Überblickt man die geschichtliche Entwicklung der chemischen Industrie, so kann man es an sich gerade diesem Reich nicht verdenken, wenn es über die Gestaltung der Dinge murrte; war doch die englische chemische Industrie früher allgewaltig, und zwar schon zu einer Zeit, als wir selbst erst kümmerliche Ansätze einer solchen Industrie besaßen (um die Mitte des vorigen Jahrhunderts). Dann aber entwickelte sich Deutschlands chemische Industrie so überraschend schnell, daß sie diejenige Englands überflügelte, und seit dieser Zeit treffen wir auch auf den englischen Vorwurf, daß Deutschland allein an dem Niedergange der chemischen Betriebe Englands schuld sei. Bei den ungeheuren Werten, um die es sich gerade in der chemischen Industrie handelt, ist wohl anzunehmen, daß gerade die erwähnte Ansicht der Engländer zum guten Teil mit dazu beigetragen hat, ihre Abneigung gegen Deutschland großzuziehen und sie zu einem Vernichtungskrieg gegen Deutschland zu bewegen.

Tatsächlich handelt es sich bei dem Aufblühen der deutschen und bei dem Niedergang der englischen chemischen Industrie zwar um zwei parallel laufende Vorgänge, nicht aber um solche, deren einer als Ursache des andern bezeichnet werden dürfte. Denn die ganze Gestaltung des Chemikalienmarktes beweist unwiderleglich, daß an sich eine ebenso stark aufblühende englische chemische Industrie neben der Deutschlands und mancher andern Länder reichlich Platz und Nahrung fände; gibt es doch genug Erzeugnisse, nach denen stets mehr Nachfrage als Angebot herrscht. Aber England ist nicht mitgeschritten: während die deutschen Chemiker unermüdlich gearbeitet haben und die Ergebnisse dieser Arbeiten von den deutschen Fabriken unter großen Opfern und mit kühnem Wagemut der Praxis dienstbar gemacht worden sind, hat die chemische Großindustrie Englands geglaubt, ausruhen zu dürfen. Lange Zeit war dort nichts von der oft gerühmten englischen Unternehmungslust zu spüren; von gewaltigen Versuchslaboratorien, wie sie die deutschen chemischen Werke ständig unterhalten, wollte man der Kosten wegen dort nichts hören; mit echt englischem Hochmut glaubte man es nicht nötig zu haben, neue Erzeugnisse auf den Markt zu bringen, sondern gedachte die alten ebensogut loszuwerden, eben weil es England war, das sie erzeugte. Der englische Hochschulunterricht ist wohl keinem Studium weniger vorteilhaft als dem der Chemie: die Laboratorien sind meistens nicht auf der Höhe, und der Student ist zu einer regelmäßigen, täglich vielstündigen Arbeit darin, seiner sportlichen Nebeninteressen halber, nicht zu bewegen. Auch im Fabrikbetriebe machen sich auf chemischem Gebiete die kurzen Arbeitszeiten schädlich bemerkbar, vor allem aber der Umstand, daß die beaufsichtigenden Direktoren, Chemiker, Ingenieure an dem »week-end-Prinzip« festhalten und deshalb vom Freitag Nachmittag bis Montag nicht arbeiten.

Bei unseren Feinden ist es Mode geworden, alle deutschen Errungenschaften auf wissenschaftlichem, technischem und künstlerischem Gebiete dadurch herabzuwürdigen, daß man beweist oder doch beweisen will, wir seien nur Nachahmer und hätten die Ideen, Anregungen und Erfindungen der Geistesgrößen anderer Völker sozusagen gestohlen. Namentlich die Franzosen, daneben aber auch die Engländer, haben Ähnliches für die Erfolge der chemischen Technik zu erweisen gesucht. Es ist hier nicht der Ort, solche Behauptungen zu widerlegen, obwohl man auch auf diesem Felde wie auf dem wohl jeder andern Betätigung den Beweis führen kann, daß die Errungenschaften der verschiedenen Kulturvölker ineinandergreifen, derart daß ein jedes vom andern ungefähr gleichviel Nutzen gezogen hat. Ja, eine solche Beweisführung würde zeigen, daß Deutschland über eine lange Reihe stolzer Namen auf dem Gebiet der chemischen Technik verfügt. An sich sind aber alle solche Beweisführungen müßig, denn wenn es wirklich so wäre, daß England und Frankreich die Erfindungen seiner Chemiker unbeachtet gelassen, Deutschland sie aber aufgegriffen und zur Blüte gebracht hätte, so würde schließlich auch damit nur erwiesen sein, daß wir unsere Erfolge ebenso verdienen wie jene Länder ihr Zurückbleiben.

Immerhin sind noch andere Ursachen beim Zurückbleiben der englischen chemischen Industrie mit wirksam gewesen. Beispielsweise ist die englische Sodaindustrie, soweit sie sich auf dem alten Leblanc-Prozeß aufbaute, untergegangen, und damit wurden Werte vernichtet, die mit 700—800 Millionen Mark niedrig angesetzt sind, von den meisten Sachverständigen aber auf mehr als 1 Milliarde geschätzt werden. Allerdings ist die gleiche Industrie auch bei uns vernichtet worden, weil eben ein neuerer, besserer Prozeß den alten mit eherner Notwendigkeit verdrängen mußte, und daß die hierbei in Deutschland vernichteten Werte, entsprechend dem geringeren Umfange dieses Fabrikationszweiges, kleiner waren als in England, könnte man uns noch nicht als Verdienst anrechnen. Aber auch hier zeigt sich, daß unsere Chemiker jene unabwendbare Umgestaltung rechtzeitig voraussahen und früh genug daraufhin eine allmähliche Loslösung von der alten Betriebsweise anstrebten, während die englischen Industriellen zum größten Teil mit der ihnen eigenen Halsstarrigkeit an dem Bestehenden festhielten; das Studium der deutschen Fachzeitschriften hätte ihnen in zahlreichen Artikeln die drohende

Gefahr zeigen können, aber deutsche Fachzeitschriften brauchte man ja nicht zu beachten, und wenn sie der eine oder andere englische Chemiker doch las und darauf hinwies, so fand er bei den Industriellen seines Landes kein Gehör. Das Haften am Alten, eine Abneigung vor den Kosten für wissenschaftliche Versuche, überhaupt die Unlust, Neues zu erproben, haben Englands chemische Industrie weit zurückgedrängt. Jetzt, während des Krieges, scheint man das drüben einzusehen und fordert, daß die Empirie durch wissenschaftliche Folgerichtigkeit ersetzt werde; früher hatte man nur Spott für die »deutschen Theoretiker«. In der Tat hat gerade auf dem Felde der Chemie die Theorie Glänzendes geleistet: die künstliche Herstellung des Indigofarbstoffes, des Duftstoffes der Vanille usw. sind Errungenschaften, die vorher gewissermaßen am Schreibtisch »errechnet« und daraufhin erst im Laboratorium verwirklicht wurden.

Die chemische Industrie unseres Vaterlandes ist durch den Krieg vor Aufgaben gestellt worden, die mehr als gewaltig genannt werden müssen. Daß sie diese Aufgaben nicht nur restlos löst, sondern weit darüber hinaus noch Tag und Nacht durch neue Errungenschaften überrascht, zeugt mehr von ihrem hohen Können, als je im Frieden möglich gewesen wäre.

Die eine große Schwierigkeit für die chemische Industrie liegt darin, daß sie gut geschulter Kräfte bedarf, um vorteilhaft zu arbeiten; dies bezieht sich nicht nur auf die Chemiker, sondern erstreckt sich über die Aufseher und Werkmeister hinweg bis zu den Arbeitern. Die Kräfte wurden und werden ihrer Beschäftigung aber durch den Krieg zum großen Teil entzogen, und wenn auch die Heeresverwaltung in Ansehung der hohen Wichtigkeit zahlreicher chemischer Betriebe einen Teil dieser Kräfte in den Fabriken belassen hat, so fehlt doch weit mehr als die Hälfte, und das bedingt eine erhebliche Einschränkung der Erzeugung, selbst bei übermäßiger Belastung der zurückgebliebenen Arbeitskräfte.

In zweiter Linie hat die chemische Industrie unter dem Fehlen vieler Rohstoffe zu leiden. Deutschland ist an zahlreichen Rohmaterialien arm, ja viele fehlen ihm ganz, und darunter sind nicht wenige, die als durchaus unentbehrlich gelten müssen. Wir haben z. B. viele Erze nicht, die die Industrie braucht; bei uns wächst keine Baumwolle, und Kautschuk kann in Deutschland so wenig aus heimischen Pflanzen gewonnen werden wie Guttapercha und Kampfer. Uns fehlen die Farbhölzer wie die Chinarinde, der Kokastrauch wie die Thoriumerze, der Chilesalpeter wie die Seide; unsere heimische Erzeugung an Erdöl ist winzig gegen unsern Verbrauch, die Kupfererze Deutschlands decken nur einen kleinen Teil unserer Kupfergewinnung; Schmieröle, Zinnerze, Schwefelkiese und vieles andere mehr führen wir in gewaltigen Mengen ein, um es auf hochwertige Erzeugnisse zu verarbeiten.

Der Krieg hat mit einem Schlage alle unsere überseeischen Zufuhren abgeschnitten. Hieraus ergaben sich für die chemische Industrie Aufgaben nach drei Richtungen hin. Erstens mußte man die verbleibenden heimischen Rohstoffe samt denen, die uns das benachbarte befreundete und neutrale Ausland noch zuführen kann, besonders ökonomisch auf die verlangten und notwendigen Erzeugnisse hin verarbeiten; dabei war auch zu beachten, ob die Abfälle der Friedensproduktion nicht noch Reste enthalten, deren Gewinnung im Frieden zwar nicht lohnte, jetzt aber notwendig geworden ist. Zweitens hatte die Industrie nach andern, bei uns vorhandenen oder erhältlichen Rohstoffen zu suchen, die bisher nicht ausgebeutet wurden, aber doch auf irgendeinem Wege — der unter Umständen erst zu ersinnen war — eines der sonst aus andern Rohmaterialien gewonnenen Produkte zu erzeugen gestatten. Drittens endlich kam es darauf an, für Erzeugnisse, deren Einfuhr ganz unterbunden oder deren Herstellung durch den Krieg ganz unmöglich gemacht worden war, geeignete Ersatzstoffe zu ersinnen, die entweder das fehlende Produkt vollkommen ersetzen konnten oder doch wenigstens vorübergehend für die Kriegszeit, selbst wenn einige Mängel dabei in den Kauf genommen werden mußten.

Nach allen drei Richtungen hin hat die chemische Technik Deutschlands große Erfolge zu verzeichnen, die aber bei dem Mangel an Arbeitskräften nur dadurch möglich geworden sind, daß die chemische Industrie die Erzeugung zahlreicher Produkte, die während des Krieges weniger nötig sind, eingestellt oder doch auf die dem Verbrauch des Vaterlandes entsprechenden Mengen beschränkt hat, während das früher der Ausfuhr dienende Quantum wegfallen konnte. Dafür legte man den Nachdruck in erster Linie auf alle Erzeugnisse für den Heeresbedarf, wobei dieser im weitesten Sinne gemeint ist. Darüber hinaus mußte vor allem das sichergestellt werden, was der Ernährung unseres Volkes dient; hierzu gehören also mittelbar auch künstliche Dungstoffe, um den Bodenertrag zu steigern, und Futtermittel, um die Viehhaltung zu ermöglichen. Aber es bleiben für ein Kulturvolk auch darüber hinaus noch viele Bedürfnisse, die unentbehrlich sind. Dazu gehören Kleidungsstoffe, Leder für Schuhe, Beleuchtungsstoffe und vieles andere sonst, was außer für das Heer auch für die Allgemeinheit beschafft werden oder erhalten bleiben muß.

Wie mannigfaltige Anforderungen stellt doch ein modernes Heer an die chemische Industrie! Die Geschütze müssen aus hochwertigem Stahl hergestellt werden — Stahlsorten, die nicht bloß aus Eisen und Kohlenstoff bestehen, sondern noch mannigfache Beimengungen haben. So zeigen die Legierungen Nickelstahl und Chromnickelstahl als Panzer besonders erwünschte Eigenschaften. Die sogenannten Schnelldrehstähle, die zum Bearbeiten (auf der Drehbank) der Geschützrohre, Gewehrläufe, der Granaten usw. dienen, enthalten oft Chrom, Wolfram oder Molybdän, d. h. Metalle, die uns zum Teil fehlen. Soweit hierbei nicht die Einfuhr aus benachbarten neutralen Ländern aushelfen kann (Norwegen, Schweden), bleibt es die Aufgabe der Industrie, aus entbehrlichen Friedenserzeugnissen, welche solche Metalle enthalten, diese abzuscheiden und augenblicklich nötigeren Verwendungen zuzuführen. Wo es an solchen Quellen für die gewünschten Zusätze fehlt, wurden sofort Versuche gemacht, auf anderem Wege mit noch vorhandenen Materialien ähnliche Legierungen zu erzeugen, die für den gleichen Zweck zu brauchen sind.

Unserem Mangel an heimischen Kupfererzen sollte die Beschlagnahme von Gegenständen aus Kupfer und Messing sowie die Metallsammlungen begegnen. Das Heer braucht gewaltige Mengen Kupfer zu den Führungsringen für Artilleriegeschosse, zu Zünderteilen, ferner in Form von Messing zu den Hülsen für Gewehr- und Maschinengewehrpatronen. Dazu kommen Teile der Feldfernsprecher und Feldtelegraphen,

Helmbeschläge usw. Trotzdem kann ein Mangel nicht eintreten, denn große Mengen bleiben erhalten und werden wieder gesammelt, wie z. B. abgeschossene Patronenhülsen, und die im Land selbst gewonnenen Kupfererze sind zur Zeit ausschließlich dem Heeresbedarf aufgespart. Man hat berechnet, daß der Jahresbedarf der Heeresverwaltung für den Krieg etwa 100000 bis höchstens 120000 Tonnen (t) Kupfer beträgt. Aus heimischen Erzen und Zwischenprodukten erzeugt Deutschland nur etwa 24000 t. Aber die Aufnahme der Bestände an Fertigfabrikaten hat ergeben, daß in dieser Form in Deutschland etwa 1,15 Million t Kupfer vorhanden sind. Hiernach könnten wir also für ein Jahrzehnt alle Kriegsbedürfnisse befriedigen. Zu alledem gehört jedoch eine gewaltige Anspannung der Hüttenindustrie, die Erze und Altmaterial unaufhörlich verarbeiten muß.

Ausgedehnte Verwendung für die Zwecke des Heeres findet das Aluminium, namentlich für Luftschiffe und auch für Flugzeuge. Hier liegen einige Schwierigkeiten vor. Den größten Teil der europäischen Erzeugung deckt die Aluminium-Aktiengesellschaft in Neuhausen in der Schweiz, die zur Erzeugung des für die Gewinnung nötigen elektrischen Stromes die Wasserkräfte des Schaffhausener Rheinfalls ausnutzt. Hätte diese Gesellschaft nur eine Fabrik in der Schweiz, so fiele sie vielleicht für die Lieferung des Metalles an uns ganz fort, da die Schweiz die Lieferung von Heeresbedarf an keine der kriegführenden Mächte duldet. Aber dieselbe Gesellschaft betreibt auch eine Fabrik in Deutschland und eine andere in Österreich, so daß hier kein Hindernis vorliegt. Ein solches machte sich jedoch bezüglich des Rohmaterials geltend. Man geht bei der Aluminiumgewinnung gewöhnlich vom Bauxit aus, einem Mineral, das in Friedenszeiten aus Frankreich bezogen wurde. Im Krieg mußte man suchen, den Bauxit von anderen Orten zu beziehen, so aus Dalmatien, doch ist auch dort des nahen Kriegsgebietes wegen die Ausbeutung nicht rätlich. Dagegen hat man guten Bauxit in Oberungarn gefunden; auch einige andere Tonerdemineralien lassen sich auf Aluminium verarbeiten, so daß die Schwierigkeiten als behoben gelten können.

Wohl die wichtigsten Aufgaben, welche die chemische Industrie zur Zeit bewältigt, beziehen sich auf die Gewinnung von Stickstoffverbindungen, und von diesen wieder im besondern auf die Erzeugung von Salzen der Salpetersäure und des Ammoniaks. Im Frieden führen wir riesige Mengen von Chilesalpeter ein; so verbrauchte Deutschland im Jahre 1913 von diesem Material 747000 Tonnen im Werte von fast 150 Millionen Mark. Davon kamen vier Fünftel auf die Landwirtschaft, für welche Stickstoffverbindungen das wichtigste Düngemittel bilden. Der Rest wird von der Industrie in Beschlag genommen und auf Salpetersäure und einige salpetersaure Salze hin verarbeitet. Die Salpetersäure wieder ist der wichtigste Stoff zur Erzeugung der modernen Sprengmittel, die als wirksame Substanz stickstoffreiche »Nitroverbindungen« enthalten. So entsteht durch Einwirkung von Salpetersäure (mit Schwefelsäure) auf Baumwolle die Nitrozellulose, dem Laien als Schießbaumwolle bekannt. Sie dient nicht nur gepreßt zur Sprengfüllung von Minen und Torpedos, sondern gibt auch nach besonderer Behandlung die modernen rauchschwachen Schießpulver; fast alle diese Pulversorten enthalten auch Nitroglyzerin (aus Glyzerin mit Salpetersäure erzeugt). Andere Sprengstoffe sind Pikrinsäure und Trinitrotoluol (Trotyl), und alle diese bedürfen zur Erzeugung der Salpetersäure. Mit dem Kriegsbeginn hörte die Einfuhr von Chilesalpeter mit einem Schlage auf, aber gerade auf diesem Gebiete konnte man nicht wie auf manchem andern auch den Verbrauch einschränken; das oben Gesagte zeigt vielmehr, wie unentbehrlich die Stickstoffverbindungen zum Kriegführen sind. Eine einzige 15-cm-Granate enthält ungefähr 4 kg Sprengladung (ganz abgesehen von der Ausstoßladung im Geschütz), und man kann danach leicht berechnen, welche ungeheuren Mengen stickstoffreicher Sprengstoffe z. B. schon bei der September-Offensive 1915 von Engländern und Franzosen verbraucht wurden, wenn man hört, daß ein ununterbrochenes Trommelfeuer für 50—70 Stunden auf der ganzen, Hunderte von Kilometern langen Front die Angriffe vorbereitete. Aber nicht nur für die Artillerie- und Infanteriemunition, nicht nur zur Füllung von Wurfminen, Fliegerbomben, Torpedos und Seeminen bedarf man der Stickstoffverbindungen, vielmehr sind sehr große weitere Mengen nötig, um die »friedlichen« Sprengstoffe zu schaffen, durch die allein die Massengewinnung der Kohle (des wichtigsten Rüstzeuges aller industriellen Tätigkeit überhaupt!), der Kalisalze usw. ermöglicht wird. Und auch die Landwirtschaft ist nicht imstande, während des Krieges auf die Stickstoffverbindungen zur Düngung zu verzichten, im Gegenteil, da die überseeische Getreideeinfuhr abgeschnitten ist, muß sie um so mehr auf intensivste Ausbeutung des heimischen Bodens bedacht sein, und dazu gehört eben reichliche Kunstdüngung.

Die chemische Industrie mußte bestrebt sein, gerade auf diesem Gebiete trotz Aufhörens der Salpetereinfuhr ausreichende Hilfe zu bringen. Das gelang ihr um so eher, als sie schon seit Jahren infolge der starken, immer unangenehmer empfundenen Abhängigkeit vom Auslande bezüglich des Salpeters nach verschiedenen Richtungen daraufhin gearbeitet hatte, sich in gewissem Grade unabhängig zu machen. Salpetersaure Salze als Naturprodukte hat Deutschland nicht. Dagegen war es möglich, andere Stickstoffverbindungen, nämlich Ammoniaksalze, in erheblichen Mengen zu erzeugen. Man ging dabei zuerst von Brennmaterialien, insbesondere von der Steinkohle aus, die bei der trocknen Erhitzung (Vergasung) neben dem Leuchtgas, dem wichtigen Steinkohlenteer und dem zurückbleibenden Koks Ammoniakwasser entstehen läßt, aus dem reines Ammoniak und Ammoniaksalze leicht zu erhalten sind. Außer den Gasanstalten erzeugen auch die besonders angelegten Kokereien auf gleiche Weise als Nebenprodukt Ammoniakverbindungen, und andrerseits gelingt es auch durch die Vergasung von Torf, sich Ammoniaksalze zu verschaffen. Hier war schon ein Mittel gegeben, einen gewissen Teil des Stickstoffbedarfes zu decken; namentlich die Landwirtschaft kann auch mit Ammoniakstickstoff düngen und deshalb für die Kriegszeit auf den größten Teil des Salpeterstickstoffes verzichten, wenngleich sie sonst den Stickstoff in Salpeterform noch etwas höher bewertet als den Ammoniakstickstoff. Aber der sonstige Bedarf bleibt zu beschaffen übrig, ja auch sämtliche Gasanstalten und Kokereien vermögen schon die Landwirtschaft allein nicht vollkommen zu befriedigen, namentlich jetzt, bei der durch den Leutemangel stark eingeschränkten Steinkohlenförderung. Was aber den eigentlichen Salpeterstickstoff angeht, so läßt sich wohl Ammoniak in salpetersaure Salze umwandeln, jedoch vorteilhaft nur

dann, wenn es in sehr reinem Zustande vorhanden ist; man hätte also die Ammoniaksalze der Gasanstalten und Kokereien erst einem teueren Reinigungsprozeß unterziehen müssen, um daraus Salpeterstickstoff zu erzeugen, selbst wenn die Mengen verfügbaren Ammoniaks ausgereicht hätten.

Man mußte sich mithin nach andern Stickstoffquellen umsehen. Freier Stickstoff als Gas mangelt uns ja nicht, besteht doch die Luft, welche unsere Erde als Hülle umgibt, zu vier Fünfteln aus Stickstoff. Aber der freie Stickstoff ist, wie der Chemiker sagt, sehr »indifferent«, d. h. er ist nur schwierig mit andern Elementen zu chemischen Verbindungen zu vereinigen, und doch bedürfen wir seiner gerade in dieser gebundenen Form. Es gehört zu den größten Errungenschaften der Chemie, daß ihr die Bindung und damit die Ausnutzung des Luftstickstoffs gelang. Wie aber gewöhnlich ein Erfolg nicht allein kommt, vielmehr die Errungenschaft auf einem Wege zum Aufsuchen noch anderer solcher anspornt, so auch hier.

Man kann jetzt vier verschiedene Wege unterscheiden, nach denen der Luftstickstoff ausgenutzt wird. Der eine Weg führt zur Salpetersäure, der zweite zum Kalkstickstoff, der dritte zum Ammoniak und der vierte zum Aluminiumnitrid.

Die Erzeugung von Salpetersäure aus dem Luftstickstoff bedarf außerordentlich hoher Temperaturen, wie man sie nur durch den elektrischen Lichtbogen erzeugen kann. Dabei ist außerdem nötig, daß die Gasmassen, nachdem sie sehr schnell auf die hohe Temperatur gebracht worden sind, ebenso schnell wieder der heißen Zone entzogen werden, weil nur dann beträchtliche Mengen von dem Stickoxyd (welches durch Oxydation des Stickstoffs in der Hitze entsteht) unzersetzt erhalten bleiben. Das genannte Prinzip wird von mehreren Erfindern in verschiedener Weise benutzt. So erzeugen Birkeland und Eyde eine gewaltige Flammenscheibe, indem sie einen Wechselstromlichtbogen durch einen Elektromagneten schnell im Kreise herumwirbeln lassen; die Luft wird senkrecht zur Flammenscheibe durch diese hindurchgeblasen und so in Bruchteilen einer Sekunde auf die Höchsttemperatur erhitzt, um nach Austritt ebenso schnell wieder abzukühlen. Das Verfahren von Schönherr verwendet umgekehrt einen ruhig brennenden Lichtbogen, um den das zutretende Gas herumwirbelt. Die beiden genannten Verfahren werden namentlich in Norwegen ausgebeutet, und zwar unter Benutzung der dort vorhandenen großen Wasserkräfte; man erzeugt dabei meistens nicht freie Salpetersäure, sondern gewöhnlich Kalksalpeter, nach dem Ursprungsland Norge-Salpeter genannt. Das dem Lichtbogen entströmende Stickoxyd wird durch Einwirkung von Sauerstoff bei Gegenwart von Wasser in Salpetersäure umgewandelt, und nur für die Zwecke der Landwirtschaft und andrerseits des leichteren Transports wegen führt man diese in Kalksalpeter über, kann aus letzterem aber die Salpetersäure selbst bei Bedarf leicht wieder frei machen. Obwohl bei dem Zwange, in Deutschland die elektrische Kraft durch Dampfmaschinen zu erzeugen, diese Verfahren ökonomisch nicht so vorteilhaft arbeiten wie mit Wasserkräften, so hat man doch schon im Frieden in weiser Voraussicht auch bei uns derartige Anlagen gebaut, um bei Bedarf vom Auslande unabhängig zu sein.

Der zweite Weg der Nutzbarmachung des Luftstickstoffs beruht auf der Verwendung des Kalziumkarbides, wie es aus Kalk mit Kohle im elektrischen Ofen im großen hergestellt und hauptsächlich zur Entwicklung von Azetylengas gebraucht wird. Leitet man Stickstoff über hocherhitztes Kalziumkarbid, so bildet sich unter Kohlenstoffabscheidung das Kalziumzyanamid, das man technisch als Kalkstickstoff bezeichnet. Die ersten Erfinder waren hier Frank und Caro; ein abgeändertes Verfahren hat Polzenius angegeben. Man kann den Kalkstickstoff ohne weiteres als Düngemittel verwenden, doch verträgt er bei Luftzutritt kein langes Lagern, zeigt auch gegenüber manchen Kulturpflanzen unangenehme Eigenschaften. Deshalb wird der Kalkstickstoff oft gleich weiter verarbeitet, und zwar erhitzt man ihn mit gespanntem Wasserdampf, wobei er in Kalziumkarbonat und Ammoniak zerfällt; das letztere kann durch Einleiten in Säure in das entsprechende Ammoniaksalz übergeführt werden. Leitet man Ammoniak in Schwefelsäure, so bekommt man das als Düngemittel geschätzte schwefelsaure Ammoniak; leitet man es aber in Salpetersäure, so erhält man salpetersaures Ammoniak oder Ammonsalpeter, der wegen seines hohen Stickstoffgehaltes besonders wertvoll ist und namentlich zur Erzeugung von Sprengstoffen Verwendung findet.

Der dritte Weg der Ausnutzung des Luftstickstoffs führt unmittelbar zum Ammoniak, und das hierhergehörige Verfahren von Haber verdient in bezug auf Einfachheit und gleichzeitig größte technische Vollkommenheit unbedingt den Preis. Ammoniak besteht nur aus Stickstoff mit Wasserstoff, und diese Gase vereinigt auch Haber direkt. Dabei kann man den Stickstoff aus der Luft durch Verflüssigung dieser und Rektifikation vom Sauerstoff trennen und den Wasserstoff durch Abkühlen aus Wassergas gewinnen. Oder man erzeugt zunächst in einem Generator durch Einwirkung von Wasserdampf auf glühenden Koks Wassergas, welches ein Gemisch von Wasserstoff, Kohlenoxyd, Kohlensäure und Wasserdampf ist. Zu diesem läßt man Luft zutreten und leitet das Gemisch über einen sogenannten Katalysator, wobei ein Teil des Wasserstoffs mit dem Sauerstoff der Luft verbrennt, so daß ein Gemisch aus Wasserstoff, Stickstoff, Kohlenoxyd, Kohlensäure und Wasserdampf übrigbleibt. Dieses wird über einen zweiten Katalysator geleitet, der bei möglichst tiefer Temperatur das Kohlenoxyd zu Kohlensäure verbrennt; durch Kondensation kann man die letztere und den Wasserdampf entfernen, so daß nur Wasserstoff und Stickstoff übrigbleiben. Als Katalysatoren bezeichnet man Stoffe, welche die Reaktionsgeschwindigkeiten chemischer Umsetzungen künstlich beeinflussen; sie sind für verschiedene Reaktionen verschieden. Auch Haber bedarf zur chemischen Vereinigung des Stickstoffs und Wasserstoffs eines Katalysators, und zwar eines fein verteilten Metalles, als welches er zuerst das teuere Osmium empfahl, doch sind auch billigere Katalysatoren gefunden worden. Das nach einem der beiden beschriebenen Verfahren hergestellte Gemisch aus Wasserstoff und Stickstoff wird auf 200 Atm. verdichtet und dann über den auf 500° erhitzten Katalysator geleitet; hierbei bildet sich etwas Ammoniak, das durch Abkühlen der austretenden Gase als Flüssigkeit niedergeschlagen wird, während das Gasgemisch wieder durch eine Pumpe angesaugt, verdichtet und aufs neue über den Katalysator hinweggetrieben wird. So läßt sich, obwohl auf einmal nur eine geringe Ammoniakmenge gebildet wird, doch schließlich fast das ganze Gasgemisch chemisch vereinigen. Das so gewonnene Ammoniak ist außerordentlich rein, so daß hier bei Bedarf

auch die Überführung in Salpetersäure ökonomisch möglich erscheint.

Das vierte Verfahren, von Serpek, das über Aluminiumnitrid hinweggeht, ist zwar recht aussichtsreich, aber wirtschaftlich noch nicht erprobt; es genügen daher folgende Andeutungen. Man glüht das Mineral Bauxit, mit Kohle gemischt, im Stickstoffstrom, wobei Aluminiumnitrid entsteht, das durch Einwirkung von gespanntem Wasserdampf zersetzt wird und dabei Ammoniak liefert.

Bedeutet die Bindung des Luftstickstoffs schon an sich einen großen Triumph der Chemie, so knüpft sich ein noch viel größerer unmittelbar daran. Es ist nämlich auch gelungen, den Luftstickstoff nicht nur in die Form der unorganischen Salze zu bringen, sondern auch in die der für die Ernährung wertvollsten organischen Verbindung, nämlich des Eiweiß.

Nach den Verfahren zur Bindung des Luftstickstoffs erhält man diesen in Form von Ammoniak oder Salpetersäure bzw. in der Form der Salze dieser unorganischen Verbindungen. Düngt man den Boden mit solchen, so vermag die Pflanze daraus organische Stickstoffverbindungen aufzubauen, insbesondere Eiweißstoffe, welche unter allen Nahrungsstoffen den höchsten Nährwert besitzen. Dagegen ist der tierische Körper zu einem solchen Aufbau nicht befähigt, er muß vielmehr schon vorgebildetes Eiweiß (sei es tierischer oder pflanzlicher Natur) aufnehmen, um sich zu erhalten. Auch die reine Chemie ist bisher noch nicht imstande, Eiweißstoffe vollkommen künstlich zu erzeugen, wenngleich E. Fischer auf diesem Wege schon weit gekommen ist, so daß wir in absehbarer Zeit auf restlose Lösung dieses Problems hoffen dürfen. Aber der Krieg hat uns inzwischen ein Verfahren beschert, das die gleiche Aufgabe sozusagen indirekt bewältigt und, wenn es sich praktisch und wirtschaftlich im Großbetriebe bewährt, schier unübersehbare Bedeutung hat. Es handelt sich um das Verfahren von Delbrück, Eiweiß aus unorganischen Stickstoffverbindungen mittels Hefe zu erzeugen. Was wir Hefe nennen, sind pflanzliche Lebewesen, nämlich Sproßpilze, die man als »Gärungserreger« bezeichnet, weil sie die Fähigkeit haben, in zuckerhaltigen Materialien zu gedeihen und dabei den Zucker in Alkohol und Kohlensäure zu zerlegen. In der Bäckerei benutzen wir diese Reaktion, um die Backwaren zu lockern; der Vorgang ist der, daß die bei der Gärung gebildete Kohlensäure nebst den Alkoholdämpfen in der Backhitze entweicht und dabei Bläschen und Poren im Teige bildet. In dem eigentlichen Gärungsgewerbe dient die Hefe zur Erzeugung von Wein, Bier und Spirituosen — in allen Fällen wird zuckerhaltiges Ausgangsmaterial (das entweder den Zucker fertig gebildet enthält oder aus Stärke entstehen läßt) zwecks Bildung von Alkohol vergoren. Im Gärungsgewerbe bleiben dabei große Mengen von Hefe übrig, die ihren Zweck, den Gärprozeß zu unterhalten, erfüllt haben und früher einen lästigen Abfallstoff bildeten. Immerhin wurde die Abfallhefe hier und da als Viehfutter benutzt, wobei nur ihre mangelnde Haltbarkeit hindernd im Wege stand. Dann gelang es, diese Hefe in Trockentrommeln vom größten Teil ihres Wassergehaltes zu befreien, und die erhaltene Trockenhefe wird jetzt schon in erheblichen Mengen als Viehfutter benutzt. Anfangs war die Landwirtschaft mit den Fütterungsergebnissen nicht recht zufrieden, doch sind die Verfahren zur Gewinnung dieser Futterhefe so verbessert worden, daß keine Klagen mehr gehört werden. Schon das war ein bedeutsamer Erfolg, der gerade jetzt, wo der Krieg die Einfuhr aller Kraftfuttermittel aus dem Auslande unterbunden hat, zurechtkam. In richtiger Erkenntnis der Sachlage ist denn auch alle Futterhefe beschlagnahmt worden. Die Tatsache, daß Trockenhefe viel Eiweißstoffe enthält, bewog das Berliner Institut für Gärungsgewerbe zu Versuchen, dasselbe Produkt auch der menschlichen Nahrung dienstbar zu machen. Delbrück und Hayduck erfanden ein Verfahren, durch Reinigung und Entbitterung der Brauereihefe (die sonst Hopfenbestandteile enthält) eine Nährhefe zu gewinnen, die ein hellgelbes, lockeres Pulver bildet und verschiedenartigen Speisen zur Erhöhung ihres Nährwertes zugesetzt werden kann. Alle diese Erzeugnisse stehen und fallen aber mit der Gärungs-, im besondern mit der Brauindustrie: muß diese, wie gegenwärtig, wegen Mangels an Gerste stark eingeschränkt werden, so bleibt auch weniger Hefe zur Verfügung, und in demselben Maße läßt sich auch weniger Futterhefe und Nährhefe erzeugen. Hier greift nun das neue Verfahren von Delbrück ein, das ohne Inanspruchnahme der Gärungsindustrie arbeitet und unorganische Stickstoffverbindungen, nämlich Ammoniaksalze, in die höchstwertige Form organischer Stickstoffverbindungen, nämlich in Eiweiß, überführt. Benutzt wird hierzu die Fähigkeit der Hefe, diese Überführung zu bewirken. Man läßt die Hefe in Flüssigkeiten wachsen, die sowohl Zucker wie schwefelsaures Ammoniak enthalten, und gestaltet den Vorgang unter Hindurchleiten von Luft und unter sonstigen geeigneten Bedingungen so, daß der Gärprozeß Nebensache, dagegen die Vermehrung der Hefe, also der Aufbau ihrer Körpersubstanz, die Hauptsache wird. Man kann auf diese Weise eine Hefemasse erhalten, die überraschend reich an Eiweißstoffen ist, nämlich ungefähr 50 Proz. und mehr davon enthält. Wie steht es nun mit der Beschaffung der dafür nötigen Rohstoffe? Zucker vermag Deutschland in solchem Überfluß zu erzeugen, daß man jetzt, wo die Ausfuhr wegfällt, die Produktion erheblich eingeschränkt hat. Auch genügt für das Verfahren die zuckerhaltige Melasse, welche nur ein Abfallprodukt der Zuckerfabrikation ist. Den zweiten Rohstoff, schwefelsaures Ammoniak, gewinnt man eben jetzt in gewaltigen Mengen aus der Luft nach einem der oben beschriebenen Verfahren, namentlich nach der Methode von Haber. So hat es die chemische Industrie, indem sie die Hefe als Zwischenglied benutzte, verstanden, aus dem früher für ganz wertlos gehaltenen Stickstoff der Luft den höchstwertigen Nahrungsstoff, nämlich das Eiweiß, zu erzeugen, gewiß ein Triumph von höchster Bedeutung! Das Reich hat denn auch sogleich das Verfahren enteignet und unterstützt die (allerdings nicht billige) Errichtung von Fabriken für Lufthefe außerdem durch Hergabe von Geldmitteln. Zwar sind im Anfang noch viele Erfahrungen zu sammeln, bis das Verfahren unter allen Umständen technisch gut durchgebildet ist und wirtschaftlich befriedigend arbeitet, doch brauchen die dabei auftretenden Kinderkrankheiten uns keine Sorge zu machen. Für die Kriegszeit ist die hohe Wichtigkeit der Sache jedenfalls unbestritten; wie weit der Prozeß später unter den normalen Verhältnissen des Friedens mit den sonstigen Arten der Eiweißgewinnung durch Ackerbau und Viehzucht in Wettbewerb treten kann, muß sich dann zeigen. Aber die sonstigen Erfahrungen der chemischen Industrie sind in bezug auf diesem Punkt sehr

ermutigend; war doch auch der erste künstliche Indigo hundertfach so teuer wie das Naturprodukt und wurde erst später allmählich wohlfeiler erzeugt, bis er schließlich den Anbau der Indigopflanze fast ganz verdrängte. Außer dem Delbrückschen Verfahren gibt es übrigens noch einige andere zu dem gleichen Zweck, so daß wohl allmählich die besten Teile jedes Prozesses herausgefunden und vereinigt werden dürften.

Der Zucker, den wir zur Aufzucht der Hefe nötig haben, braucht nun nicht durchaus Rübenzucker zu sein. Es gibt nämlich ein Verfahren von Claaßen, Zucker aus Holz zu erzeugen. Dabei werden Sägespäne mit wässeriger schwefliger Säure befeuchtet und dann unter Überdruck erhitzt. Zunächst sollte dieses Verfahren nur dazu dienen, Spiritus zu gewinnen, indem man die auf die beschriebene Weise erhaltene Zuckerlösung gleich weiter vergärt. Aber es ist auch möglich, eine solche Zuckerlösung unvergoren zu lassen und zur Aufzucht der Hefe weiter zu benutzen.

Beiläufig sei gesagt, daß die synthetische Erzeugung von Zucker ein Problem darstellt, an dem die Allgemeinheit sehr interessiert ist. Denn wenn wir auch eine blühende Zuckerindustrie haben, so wäre es doch besser, wenn die großen Flächen, die zum Rübenanbau nötig sind, für den Getreidebau frei würden. Eine solche Wandlung könnte, wenn die Zuckersynthese auf eine wirtschaftlich brauchbare Grundlage gestellt ist, immer nur ganz allmählich erfolgen, schon weil neue Prozesse bis zum höchsten Grad der Konkurrenzfähigkeit nur nach und nach emporsteigen; deshalb wäre auch nicht zu befürchten, daß durch die Zurückdrängung der Rübenzuckerfabrikation große Werte plötzlich verlorengingen.

Unsere Spiritusindustrie hat durch den Krieg ebenfalls eine erhebliche Einschränkung erfahren. Namentlich dürfen Getreidefrüchte jetzt überhaupt nicht gebrannt werden. Kartoffeln gibt es dagegen stets mehr, als zur menschlichen Ernährung gebraucht werden, und auch mehr, als für die Viehzucht zurückgestellt werden müssen. Nach der Beschaffenheit werden Speisekartoffeln und Futterkartoffeln unterschieden, und es gibt weiter sehr erhebliche Mengen, die auch nicht als Viehfutter, wohl aber im Brennereibetriebe zu verwenden sind. Dann wird die schon vorhin bei der Lufthefefabrikation erwähnte Rübenmelasse, ein Abfallstoff der Zuckerfabrikation, ebenfalls in großen Mengen auf Spiritus vergoren. Daß die Erzeugung von Spiritus nicht zu sehr eingeschränkt wird, liegt im allgemeinen Interesse. Die Einfuhr von Petroleum stockt, und so herrscht ein großer Mangel an diesem Beleuchtungsstoff, der überall da nicht entbehrt werden kann, wo Gasanstalten und elektrische Lichtzentralen fehlen, ja der überhaupt noch immer so recht der Lichtspender des armen Mannes ist. Um der Petroleumknappheit zu begegnen, bringt man billige Brenner für Spiritusglühlicht in den Handel, deren Verwendung aber eben voraussetzt, daß der Brennspiritus ausreichend zur Verfügung bleibt. Große Spiritusmengen braucht übrigens weiter die chemische Industrie für viele Zwecke.

Ein Stoff, bezüglich dessen wir im großen und ganzen auch auf das Ausland angewiesen sind, ist das Benzin, von dem wir in den letzten Friedensjahren mindestens jährlich 250000 t eingeführt haben. Erst seit der Verwendung der Kraftwagen hat das Benzin sehr an Begehrtheit gewonnen, und die Motorboote, Luftschiffe und Flugzeuge haben den Bedarf daran immer mehr gesteigert. Im modernen Kriege sind die mit Benzin betriebenen Verbrennungsmotoren so wichtig, daß man ernste Befürchtungen hegte, wie der gesteigerte Bedarf bei unterbundener Zufuhr gedeckt werden sollte. Schon im Frieden setzten deshalb Bestrebungen ein, das Benzol an die Stelle des Benzins zu setzen. Benzol wird bei der Verkokung der Steinkohle gewonnen und ist etwas billiger als Benzin. Seine Vergasung im Verbrennungsmotor gelingt bei geeigneter Anordnung der Vergaservorrichtung ohne Schwierigkeit; nur im Winter droht den Benzolmotoren die Gefahr des »Einfrierens«, doch hat man auch diese Schwierigkeit inzwischen überwunden. Ein weiterer Ersatzstoff für Benzin ist wieder der Spiritus, doch ist dieser, wie oben auseinandergesetzt, zunächst für andere Zwecke nötiger, solange es nicht gelingt, die Spiritußerzeugung aus Holz sowie diejenige aus den Abfällen der Zellstoffabrikation (Sulfitsprit) bei uns in viel größerem Umfange einzubürgern. Nach Versuchen von Dieterich sind Mischungen von Benzol mit Spiritus und von Benzin mit einigen andern flüssigen Brennstoffen ganz besonders günstige Motortreibmittel. Weiter werden viele Motoren mit Teerölen betrieben, und endlich sei hervorgehoben, daß auch das Naphthalin als Brennstoff für Kraftwagen recht geeignet ist. Naphthalin ist ebenfalls ein Produkt der Steinkohlenverkokung, aber es ist keine Flüssigkeit, sondern ein fester Körper. Deshalb ist seine Vergasung nicht ganz einfach, jedoch ist es dafür wieder außerordentlich billig, und betriebssichere Naphthalinvergaser sind inzwischen auch konstruiert worden. Noch leichter löst man die Schwierigkeit, wenn man nach dem Vorschlage von Ostwald Lösungen von Naphthalin in Benzol benutzt, für die die gewöhnlichen Autovergaser genügen. Zunächst reicht unsere Benzolmenge allein vollständig aus, erzeugt doch die Deutsche Benzolvereinigung monatlich 5400 t Benzol, was nicht nur den Bedarf des Heeres deckt, sondern darüber hinaus gestattet, einen Teil der Erzeugung für andere Zwecke freizugeben.

Sehr umfangreich ist die deutsche Industrie der Fette, Öle, Seifen und Kerzen. Aber sie verlangt Rohmaterialien, die zum größten Teil aus dem Auslande kommen. Kokosöl und Palmöl stehen hier obenan; nicht minder wichtig aber sind Trane, Hammeltalg, Rindstalg. Daneben sind Baumwollsamenöl, Erdnußöl, Rüböl, Olivenöl, Mohnöl, Leinöl und Nußöl zu nennen. Hierzu treten die Wachsarten und die Mineralöle; zu letzteren gehört die bei der Rektifikation von amerikanischem Petroleum erhaltene Vaseline. Unsere eigene Gewinnung von Rohfetten ist verhältnismäßig gering, und namentlich gilt das für feste Fettarten, die überhaupt höherwertig sind als die flüssigen Fette (Öle). Unter einer Knappheit in Fetten leiden wir augenblicklich entschieden. Der Bedarf an Fetten und Fettprodukten ist dagegen sehr groß; zu den letzteren gehören vor allem auch Seife und die durch den Petroleummangel wieder in den Vordergrund gedrängten Kerzen. Seife ist ein fettsaures Salz und wird durch Zersetzung von Fetten gewonnen, enthalten letztere (mit Ausnahme der Mineralöle) doch Fettsäure mit Glyzerin in chemischer Bindung. Bei der Fettzersetzung wird also als Nebenprodukt auch Glyzerin frei, das ebenfalls ein sehr begehrter Stoff ist. Durch Einwirkung von Salpetersäure (mit Schwefelsäure) auf Glyzerin erzeugt man nämlich, wie schon S. 297 gesagt ist, die sogenannten Nitroglyzerine, welche in der Sprengstofftechnik die

größte Rolle spielen und in allen modernen rauchschwachen Schießpulvern enthalten sind.

Da an festen Fetten ein Mangel, an flüssigen aber schon eher Überfluß herrscht, die letzteren auch weniger verwendbar sind, galt es lange für ein hochwichtiges Problem der Chemie, flüssige Fette (Öle) in feste überzuführen. Die Ehre, hier das richtige Prinzip gefunden zu haben, gebührt ursprünglich einem französischen Forscher, Sabatier, aber praktisch verwendbar geworden ist das Verfahren erst durch Normann. Die Fettsäuren der flüssigen Fette unterscheiden sich von denen der festen dadurch, daß sie weniger Wasserstoff enthalten, und es kommt also darauf an, eine gewisse Menge dieses Gases in chemische Verbindung mit dem flüssigen Fett zu bringen. Bei diesem Verfahren der Fetthärtung ist feinverteiltes Nickel als sogenannter Katalysator, d. h. als ein die Reaktion unterstützender Körper, tätig: läßt man in dessen Gegenwart unter Überdruck und Erhitzung Wasserstoff auf Öl bzw. flüssige Fettsäuren einwirken, so lagert sich der Wasserstoff an, und es ergibt sich festes Fett. Auf diese Weise werden schon große Mengen festen Fettes aus flüssigem Tran gewonnen. Der letztere, den Deutschland von Norwegen und Schweden erhält, war sonst wegen seines sehr unangenehmen Geruches und Geschmackes sowie seiner Neigung, schnell ranzig zu werden, nur in engeren Grenzen verwendbar. Jetzt erzeugt man daraus durch Fetthärtung nicht nur Fette für industrielle Verwendung (z. B. zur Seifen- und Kerzenfabrikation), sondern auch vorzügliche Speisefette, da erfreulicherweise mit der Fetthärtung auch ein vollständiges Verschwinden des unangenehmen Geruches und Geschmackes verbunden ist, so daß sich bei sorgfältiger Herstellung ein reines, weißes Fett ohne hervorstechenden Geschmack ergibt. Eingehende Versuche haben die Bekömmlichkeit und Güte dieser Fette zur menschlichen Ernährung bewiesen. — Für bloße technische Verwendung beginnt man nach einem Vorschlag von Bechhold, die städtischen Abwässer auf Fett zu verarbeiten, befindet sich dabei aber erst in den Anfängen. — Versuche von Lindner, Fett aus Hefe zu gewinnen, haben noch keine praktische Bedeutung erlangt.

Empfindliche Knappheit herrscht in Schmierölen, als welche namentlich die bei der Verarbeitung von Erdöl gewonnenen Mineralöle dienen, doch erhält man andere Mineralöle auch bei der trocknen Destillation von Kohle und bituminösem Schiefer. Weiter kommen als Schmiermittel pflanzliche Öle, rein oder in Gemischen, in Betracht. Die Schmieröle werden namentlich im Eisenbahnbetrieb in größter Menge verbraucht, ferner von den Werkzeugmaschinen, die Heeres- und Friedensbedarf erzeugen, usw. Es hat sich nun gezeigt, daß mit den Schmiermitteln im Frieden sehr verschwenderisch umgegangen worden ist, und daß man schon durch bessere Schmiervorrichtungen große Ersparnisse erzielen kann. Weiter wird das ablaufende Schmiermaterial sorgfältig gesammelt, durch Filtrieren von Schmutz befreit und wieder verwendet, ja es gibt besondere Raffinerien, die gebrauchte Öle wieder reinigen. Auch aus dem Fischtran werden Schmieröle erzeugt. Ferner schlägt man vor, die Lager der Wellen statt aus Metall aus Pockholz zu machen und dann mit Wasser zu schmieren, wie auch die Einführung von Kugellagern statt Gleitlager an sich den Schmierölverbrauch stark verringert. Vor allem aber ist der Graphit als Ölsparer wertvoll; durch Verwendung von Graphit-Öl-Gemischen läßt sich über die Hälfte des Schmieröls ersparen. Soweit das heimische Vorkommen des natürlichen Graphits nicht ausreicht, benutzt man künstlichen Graphit, wie er nach verschiedenen Verfahren im elektrischen Ofen und auf andere Weise gewonnen wird.

Ein Produkt von höchster Wichtigkeit ist der Kautschuk, vom Laien gewöhnlich Gummi genannt. Der Kautschuk, bekanntlich der geronnene Milchsaft verschiedener tropischer Pflanzen, hat seine Bedeutung erst erlangt, seitdem man gelernt hat, ihn zu vulkanisieren, d. h. durch Behandeln mit Schwefel oder Schwefelverbindungen in der Wärme seine Widerstandsfähigkeit und Unabhängigkeit von der Temperatur beträchtlich zu steigern und gleichzeitig manche unangenehme Eigenschaft auszuschalten. Gewaltige Mengen an Kautschuk werden zu Schläuchen, Dichtungen, Automobilreifen und zahllosen andern Gegenständen verarbeitet, teils zu solchen aus Weichgummi, teils zu dem ganz harten und festen, schwarzen Hartgummi (Ebonit). Bereits im Jahre 1912 belief sich der Weltverbrauch an Kautschuk auf etwa 75000 t im Werte von mehr als 1 Milliarde Mark. Der Krieg hat jede Einfuhr von Rohkautschuk unmöglich gemacht, während gleichzeitig sein Verbrauch, namentlich zur Bereifung der militärischen Kraftwagen, in gewaltiger Weise gewachsen ist. Um auch hier »durchzuhalten«, versucht einmal die Industrie an Kautschuk zu sparen, indem sie beispielsweise im Pumpenbau statt der Klappenventile aus Gummi überall Metallventile benutzt, indem sie die Gummischläuche für Gase und Flüssigkeiten durch metallene Spiralschläuche ersetzt, usw. Dann hat man gelernt, die ungeheuren Mengen von Abfallgummi wieder zu »regenerieren«, wobei man die Abfälle mahlt und durch Behandlung mit Dampf wieder entvulkanisiert; auch werden zu demselben Zwecke verschiedene Chemikalien angewandt. Man erhält so eine Kautschukmasse, die sich aufs neue verarbeiten und vulkanisieren läßt, jedoch ist das Erzeugnis in jedem Falle von viel geringerer Güte als frisches Gummi, obwohl die Regenerierungsmethoden allmählich sehr verbessert worden sind. Für Automobilreifen beispielsweise bewährt sich das Kautschukregenerat noch nicht, wohl aber kann es für Dichtungsringe, Schläuche, Bälle und manches andere verwendet werden. Ferner sind schon seit langer Zeit sehr mannigfaltige Ersatzstoffe für Gummi vorgeschlagen worden, z. B. die sog. Faktis, die man durch Einwirkung von Chlorschwefel auf fette Öle erhält. Andere Surrogate haben Leimsubstanzen zur Grundlage, wieder andere sollen aus heimischen Pflanzen gewonnen werden usw. Wirklich eingeführt haben sich als Surrogat des Weichgummis bisher nur die Faktis, und auch hier nur für Verwendungszwecke, bei denen keine sehr hohen Anforderungen an die Eigenschaften gestellt werden.

Ganz für sich betrachtet werden müssen die Versuche, Kautschuk synthetisch darzustellen, also keinen Ersatzstoff dafür, sondern die wirkliche Kautschuksubstanz, nur mit dem Unterschiede, daß sie nicht von der Pflanze, sondern künstlich vom Chemiker aufgebaut wird. Hierzu war nötig, zunächst die chemische Konstitution des Kautschuks aufzuklären, was Harries gelang. Von den Verfahren, künstlich Kautschuk zu erzeugen, sind namentlich die von Hofmann und Coutelle zu erwähnen. Man geht bei der Kautschuksynthese entweder vom Isopren aus, welches man seinerseits aus Terpentinöl herstellen kann, oder vom Erythren (Butadien), das sich im komprimierten

Leuchtgas findet, oder endlich vom Dimethylbutadien, das ebenfalls ohne Schwierigkeit erhältlich ist. Namentlich die Badische Anilin- und Sodafabrik sowie die Elberfelder Farbenfabriken haben sich um die Kautschuksynthese sehr verdient gemacht. Leider wurden vor dem Krieg die Versuche unterbrochen, weil der Naturkautschuk plötzlich so sehr im Preise fiel, daß die künstliche Herstellung nicht mehr viel Anreiz bot. Im Kriege wurde die Sache von neuem aufgegriffen und ist aufs beste weitergeführt worden. Wird auch strenges Geheimnis bewahrt, so darf man doch sagen, daß das Problem gelöst ist, und wenn selbst zunächst der synthetische Kautschuk noch bedeutend teurer sein sollte als der natürliche im Frieden, so spielt das vorerst keine Rolle. Jedenfalls sind bereits Automobilreifen aus dem neuen Material hergestellt worden und werden dauernd verwendet.

Auch an Leder haben wir keineswegs Überfluß, führten vielmehr im Frieden große Mengen tierischer Häute ein. Jetzt ist aber die Nachfrage nach Leder viel stärker geworden, bedürfen doch die Millionen von Soldaten der Stiefel, Patronentaschen, Gurte, wozu Sattel- und Zaumzeug, Koffer, Kraftwagenteile und sonst noch vieles andere hinzutreten. Ersatzstoffe für Leder gibt es, nach der Patentliteratur zu urteilen, zahllose, aber wirklich bewährt hat sich davon nur wenig. Man hat Webwaren, Pappe, Filz usw. mit Leimstoff getränkt, auch aus Harzen, eingedickten Ölen, Asphalt und Dextrin mit Pflanzenfasern, Asbest, Infusorienerde, Sand u. a. m. auf den verschiedensten Wegen eingedickte und schließlich zur Trockne gebrachte Massen geschaffen, die in manchen Eigenschaften dem Leder gleichen. Aber leider ist es noch nicht gelungen, dessen große Widerstandsfähigkeit gegen mechanische Abnutzung und gegen Feuchtigkeit mit seiner Zähigkeit, Dehnbarkeit und Elastizität in einem Kunstprodukt zu vereinigen. Gerade für das begehrte Sohlenleder fehlt noch ein vollwertiger Ersatz, wenngleich mancher verheißungsvolle Anfang vorliegt. Beachtung schenkt man einem neuen und höchst originellen Wege, lederartige Häute künstlich zu gewinnen; es werden nämlich besondere Mikroorganismen (Bakterien und Schimmelpilze) auf Bierwürze gezüchtet, wobei sie die Nährsubstanz schließlich als fest zusammenhängende, dicke, zähe Schicht überziehen, die sich dann genau wie Naturleder gerben läßt.

An Spinnfasern besitzen wir ebenfalls nicht soviel, wie wir eigentlich brauchen. Wir haben vor dem Kriege Wolle aus vielen Ländern, namentlich aus Australien, eingeführt; die Baumwolle ist ein Erzeugnis der Tropen, und der Seidenspinner wird in Deutschland nicht mehr gezüchtet, seitdem die Versuche früherer Zeiten kläglich mißlungen sind. Auch die Jutefaser kommt vom Ausland, ebenso der größte Teil des Hanfes und der Neuseeländische Flachs. Mancher von diesen Stoffen wird ja auch im Kriege noch eingeführt, und an anderen wurden große Vorräte von unseren Feinden im Osten und Westen erbeutet. An wieder andern Faserstoffen können wir ohne Not viel sparen, und endlich lassen sich viele Abfälle wieder zu neuen Erzeugnissen formen. Endlich aber ist es auch hier wieder die chemische Industrie, die in mannigfacher Weise helfend eingreift. Sie zeigt, wie man wollene Lumpen entfärben und zu Kunstwolle gestalten kann. Sie hat aber namentlich schon seit Jahren die Seidenindustrie mächtig beeinflußt, und zwar durch die Einführung der Kunstseide. Es ist dies in Wirklichkeit chemisch keine Seide, sondern sie ist eher der Baumwolle vergleichbar, besteht doch der Kunstseidefaden aus Zellulose, aber die durch die Art der Herstellung gewonnenen Erzeugnisse gleichen im Aussehen und den Eigenschaften am meisten der Seide. Zur Darstellung wird Baumwolle in Lösung gebracht, was entweder unmittelbar durch Einwirkung von sogen. Kupferoxydammoniak gelingt, oder aber indirekt, indem man die Zellulose durch Einwirkung von Salpetersäure »nitriert« (wie zur Herstellung der rauchschwachen Pulver) und die Nitrozellulose in einem Gemisch von Äther und Alkohol löst; diese Lösung (Kollodium) spritzt man durch äußerst feine Düsen in eine wässerige Salzlösung, wobei die austretenden Strahlen zu dünnen Fäden erhärten, die gleich in der Flüssigkeit aufgegriffen und zu mehreren versponnen werden. Diese Kollodiumseide ist feuergefährlich; sie wird deshalb noch einer Nachbehandlung, der sogenannten Denitrierung, unterworfen. Besteht der Faden nicht aus Nitrozellulose, sondern aus reiner Zellulose, die vorher in Kupferoxydammoniak gelöst war, so ist natürlich eine Denitrierung nicht nötig. Endlich kann man die Zellulose durch Behandlung mit essigsauren Salzen in Zelluloseazetat überführen und dieses lösen, durch Düsen austreten lassen und verspinnen; auch diese »Azetatseide« ist nicht feuergefährlich. Ganz so fest wie Naturseide ist die Kunstseide noch nicht, aber sie hat doch so vorzügliche Eigenschaften, daß ihr Verwendungsbereich schon im Frieden außerordentlich groß war; namentlich Besatzstoffe, Bänder, Krawatten werden fast ausschließlich aus Kunstseide hergestellt.

Nicht so einfach liegt es mit manchen andern Spinnfasern, deren inländischer Vorrat wohl, dank den Beschlagnahmungen, für den Heeresbedarf auf absehbare Zeiten ausreicht, nicht aber für die Bedürfnisse der Allgemeinheit. So ist der Bindfaden allmählich immer knapper geworden, aber auch hier hat die Industrie schnell helfend eingegriffen. Das Papierstoffgarn eignet sich für Bindfaden recht gut, ja es wird in dünnen Sorten sogar zu mancherlei Zeugen für Säcke, Wandstoffe, Teppiche, Handtücher, Schürzen, ja ganze Anzüge verwebt. Ferner erzeugt man aus Stroh durch besondere Behandlung mit Chemikalien den sogenannten Stranfa-Faserstoff, einen Ersatz für Jute. Ebenfalls als Juteersatz dient die Textilose, eine Verbindung von Papierfaser mit Baumwollfaser. Unter dem Druck des Krieges sind verschiedene andere Pflanzen zur Verarbeitung auf Spinnfasern vorgeschlagen worden, so einmal das Weidenröschen und zum andern die Bohne, deren Faser ja beim Zuputzen der grünen Bohnen abgezogen und sonst weggeworfen wird. Immerhin sind das Vorschläge, die, selbst wenn sie sich bewähren, nicht sehr schnell zu einer nutzbringenden Verwendung im großen entwickelt werden können, weil dazu ein geregelter Anbau der Pflanzen nötig ist, auch jedenfalls Spezialmaschinen ersonnen werden müssen. Dagegen hat man die Nesselpflanzen wirklich schon nutzbar gemacht, stellt doch eine Holsteiner Firma die Nesselfaser in Fadenform so her, daß sich daraus, rein oder mit Wolle vermischt, Wäsche, Trikotwaren, Kleidungsstücke, Strümpfe weben bzw. wirken lassen.

Für das Kriegssanitätswesen ist es wichtig, daß man die Watte durch den aus Holz hergestellten Zellstoff, den Mull durch präpariertes Fließpapier mit vorzüglichem Erfolge ersetzt hat.

Die Heilkunde ist überhaupt durch den Krieg erheblich in Mitleidenschaft gezogen, hat sie doch einen

großen Mehrbedarf an Heilstoffen, während die Einfuhr vieler Rohstoffe aufgehört hat. Dazu gehören die Chinarinde, der Kolastrauch, die Brechnuß usw.; aber trotzdem fehlen uns Chinin, Kokain, Strychnin usw. nicht, teils weil in unseren chemischen Fabriken, die sonst die ganze Welt mit den rein dargestellten Pflanzenalkaloiden versorgten, bei Kriegsbeginn große Mengen der Rohstoffe und der Fertigerzeugnisse lagerten, teils aber auch, weil wir überhaupt nicht mehr auf diese dem Pflanzenreich entstammenden Heilmittel so sehr wie früher angewiesen sind. Die Chemie hat es gelernt, auf künstliche Weise Heilmittel mit ganz bestimmten Wirkungen zu erzeugen, die entweder ein Pflanzenalkaloid vollkommen ersetzen oder aber gar die gleiche Wirksamkeit mit weniger schädlichen Nebenwirkungen verbinden. So haben wir viele Fiebermittel, wie Antipyrin, Aspirin, Pyramidon, Malarin, Tussol usw., die für den einen oder andern Zweck an die Stelle von Chinin treten. Das Eukain vertritt unter Verbesserung der Wirkung das Kokain, und so ließen sich noch viele andere Beispiele aufzählen.

Eine Reihe von Arzneistoffen stellt man auch geradezu synthetisch her, und dazu gehört beispielsweise der Kampfer, der übrigens nicht nur als Arzneimittel, sondern auch für die Technik wichtig ist. Die Methoden zur Erzeugung von künstlichem Kampfer sind verschieden, doch geht man in jedem Falle vom Terpentinöl aus. Nach einem Verfahren wird Terpentin beispielsweise mit Oxalsäure erhitzt.

Wie erwähnt, versorgte sonst die deutsche chemische Industrie fast die ganze Erde mit Heilstoffen. Jetzt können und müssen wir ausschließlich für den eigenen Bedarf arbeiten; wir befriedigen diesen aber bequem und behalten dann noch Arbeitseinrichtungen, Materialien und Kräfte übrig, um andere Aufgaben zu bewältigen. Unseren Feinden fehlen dagegen die deutschen Arzneimittel so sehr, daß trotz der strengen Zensur überall die Klagen durchsickern. Derselbe Ruf kommt auch aus Amerika, wo zahlreiche Heilmittel mangeln, die nur Deutschland herzustellen versteht.

Nicht anders ist es mit dem Zweig der chemischen Industrie, auf den Deutschland besonders stolz sein kann, nämlich mit der Farbenindustrie. Die Teerfarbstoffe, die Deutschland zwar nicht allein erzeugt, aber doch ausschließlich in einer alle Anforderungen berücksichtigenden Mannigfaltigkeit, werden von den Vereinigten Staaten so sehr vermißt, daß durch die fehlende Zufuhr aus Deutschland ganze Zweige der Textilindustrie lahmgelegt waren, bis die Fahrt des Handels-U-Bootes »Deutschland« hierin einen Wandel anbahnte.

Neid und Haß umgeben uns, und laut ertönt der Schrei unserer Feinde, daß dem jetzigen Kriege — sei sein Ausgang, wie er wolle — die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands folgen müsse, indem man alle unsere Erzeugnisse boykottiere. Zum Teil müssen solche Forderungen immer Phantasien bleiben, weil der verknüpfenden Fäden zwischen verschiedenen Kulturnationen zu viele sind, und darunter genug, die sich einfach nicht durchschneiden lassen. Aber zu leicht darf man solche Drohungen auch wieder nicht nehmen, denn sie sind sicher ehrlich gemeint, und ebenso sicher wird man mit allen Kräften an ihrer Erfüllung arbeiten, und gerade dann, wenn die militärische Bezwingung Deutschlands mißglückt ist. Von allen heimischen Industriezweigen kann vielleicht die chemische Industrie solchen Versuchen am ruhigsten zuschauen, in dem stolzen Bewußtsein ihres Könnens, ihrer Kraft und ihrer stets sich mehrenden Erfolge. Aber doch heißt es, auf der Wacht zu sein, namentlich England gegenüber, das sich mächtig regt, seine frühere Vormachtstellung auf dem Gebiete der chemischen Technik wieder zu erwerben.

Nach zwei Richtungen haben wir zu arbeiten: einmal alle Erzeugnisse in solcher Güte und dabei durch Ausnutzung aller Arbeitsvorteile so preiswürdig herzustellen, daß man diese Erzeugnisse eben im Auslande nicht entbehren kann, sondern sie verlangen muß, allem inneren Widerstreben zum Trotz. Zum andern aber müssen wir damit rechnen, daß doch manches Absatzgebiet auf Jahre verlorengeht und für manches Produkt die Ausfuhr nicht mehr in Frage kommt. Hier können wir den Gegenschlag dadurch führen, daß wir die Lehren dieses Krieges benutzen, daß wir festhalten, was wir unter dem Zwange bitterer Notwendigkeit ersannen, daß wir alles, was wir aus heimischen Rohstoffen oder künstlich und jedenfalls ohne ausländisches Ausgangsmaterial herstellen können, auch weiter so erzeugen. Gewaltige Summen können wir im Lande behalten, wenn wir auch im Frieden die Einfuhr von Chilesalpeter nicht mehr brauchen, wenn wir auf den Kampfer der gewinnsüchtigen Japaner zu verzichten vermögen usw. Dann, wenn wir jeden Boykott deutscher Waren mit einer schroffen Ablehnung der Rohstoffe aus feindlichen und uns unfreundlich gesinnten Ländern und insbesondere aus englischen Kolonien beantworten können, dann wird man uns notgedrungen von jener Seite wieder mit anderen Tönen nahen, und es wird so möglich sein, die gegenseitigen Handelsbeziehungen wieder richtig zu gestalten, d. h. so, wie es — um hier nur das eine Gebiet wieder zu berücksichtigen — die hohe Stellung der deutschen chemischen Industrie und ihr Nutzen verlangen.

Der Gesundheitsdienst im Kriege

von Dr. H. Hetsch, Oberstabsarzt im Kriegsministerium in Berlin

»Der Gesundheitsdienst im Kriege bezweckt die Erhaltung der Truppen in gutem Körperzustand und die Verhütung von Krankheiten. Krankheiten können die Schlagfertigkeit des Heeres gefährden. Sie haben oft mehr Opfer gefordert als Schlachten.« Mit diesen kurzen Worten kennzeichnet die Kriegs-Sanitätsordnung in trefflicher Weise die hohen Aufgaben, die den Sanitätsdienststellen neben der Fürsorge für die Verwundeten und Kranken im Kriege zufallen und für deren Erreichung auch die Truppenführer verantwortlich sind.

Es ist Pflicht jedes Truppenarztes, von der seiner Fürsorge anvertrauten Truppe tunlichst alle Einflüsse fernzuhalten, die den guten Gesundheitszustand zu gefährden geeignet sind, und, wo es angezeigt ist, vor unzweckmäßiger Lebensweise, namentlich vor Trunkenheit und Ausschweifungen, zu warnen. Die Fürsorge des Arztes hat sich im besonderen

zu erstrecken auf gesunde Unterkunft, Kleidung, Ernährung, Körperpflege, zweckmäßiges Haushalten mit Arbeit und Ruhe und auf die Abwehr übertragbarer Krankheiten. »Eine Truppe, die durch Anstrengungen erschöpft, mangelhaft ernährt, eng und schlecht untergebracht ist, ist dem Eindringen und der Ausbreitung von Heeresseuchen besonders ausgesetzt.«

Jedem Korpsarzt steht zur Anordnung besonderer hygienischer Maßnahmen und zur Überwachung ihrer Ausführung ein hierin durch ein mehrjähriges Kommando zu hygienischen Universitätsinstituten oder ähnlichen Anstalten besonders vorgebildeter Sanitätsoffizier (»Korpshygieniker«) zur Seite. Er soll den Truppenärzten des Armeekorps mit seinem fachmännischen Rat an die Hand gehen und ist auch mit einem Mikroskop und einem tragbaren bakteriologischen Laboratorium ausgerüstet, um rechtzeitig das Auftreten übertragbarer Krankheiten feststellen zu können.

Im Etappengebiet wird, in der Regel im Etappenhauptort, ein größeres und mit Personal und Material reichlicher ausgestattetes Untersuchungsamt eingerichtet, das von den Bewegungen der Kampftruppen weniger abhängig ist als das Laboratorium des Korpshygienikers. Es wird geleitet von dem dem Etappenarzt beigegebenen »beratenden Hygieniker«, dessen Wirkungskreis sich im allgemeinen auf das Etappengebiet beschränkt, der aber für besondere Aufgaben nach den Bestimmungen des Armeearztes auch ins Operationsgebiet herangezogen werden kann.

Die Unterkunft soll nicht nur in den Ortsquartieren und Biwaks so beschaffen sein, daß Gesundheitsschädigungen vermieden werden, sondern auch in den Schützengräben und sonstigen vorderen Stellungen der Kampftruppen. Daß sich hier alle hygienischen Maßnahmen den taktischen Anforderungen unterordnen müssen, ist selbstverständlich. Bei der tage- und oft wochenlangen Unterbringung in nassen, engen Gräben und dumpfen Erdhöhlen wird die Übertragung ansteckender Krankheiten von Mann zu Mann in besonderem Maße erleichtert. Die Aufgabe, die Truppen dagegen zu schützen, ist sehr schwierig, aber mit gutem Erfolg lösbar.

Die Bekleidung soll unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Verhältnisse den Witterungseinflüssen angepaßt werden. Im Winter ist für die rechtzeitige Ausgabe genügender Mengen von wollenem Unterzeug und wollenen Decken sowie für Ausstattung der Wachen mit Pelzen zu sorgen. Ferner ist darauf hinzuwirken, daß die Wäsche oft genug gewechselt und gewaschen werden kann. Unter Umständen können hierzu auch die fahrbaren Feldwäschereien, die den Lazaretten zur Verfügung stehen, mit herangezogen werden. Beim Austausch der Sommer- und Winterwäsche ist vor der Rückführung in die Heimat eine sorgfältige Entlausung der alten Bestände notwendig.

Hinsichtlich der Ernährung soll der Arzt beratend mit dafür sorgen, daß den Truppen eine aus einwandfreien Materialien zweckmäßig hergestellte abwechslungsreiche Kost geboten wird, die eine den dienstlichen Anstrengungen entsprechende Menge von Nährwerten enthält. Besonders ist dem zur Truppenverpflegung verausgabten Fleisch mit Hilfe der Fleischbeschauer, Veterinäre und Verpflegungsoffiziere fortdauernd Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit Fleisch kranker oder notgeschlachteter Tiere, das zu Gesundheitsstörungen führen kann, ausgeschaltet wird. Bei Schweineschlachtungen darf die Trichinenschau keinesfalls verabsäumt werden. Es kann sonst bei Außerachtlassung dieser Vorschrift, z. B. bei einzelnen Kolonnen usw., die Selbstschlachtungen vornehmen, leicht zu Trichinenerkrankungen kommen. Wenn Truppen längere Zeit auf Konservennahrung, namentlich auf Salzfleisch, angewiesen sind, ist auf die Verabfolgung frischer Gemüse hinzuwirken, damit die Entstehung des Skorbuts verhütet wird. Büchsenkonserven, die heute in der Heeresverpflegung eine äußerst wichtige Rolle spielen, müssen ständig darauf untersucht werden, ob ihr Inhalt unverdorben ist.

Von den Getränken erfordert das Trinkwasser ständig die strengste Kontrolle seitens der Truppenärzte und Hygieniker, weil die durstige Truppe auf Märschen und in der Ortsunterkunft erfahrungsgemäß jede Möglichkeit der Wasserentnahme benutzt und der Genuß infizierten Wassers Seuchenausbrüche (Typhus, Ruhr usw.) veranlassen kann. Die Sorge für eine einwandfreie Trinkwasserversorgung ist eine der wichtigsten Aufgaben des Gesundheitsdienstes im Kriege. Das Wasserschöpfen aus offenen Wasserläufen ist in jedem Falle zu verbieten. In Ortschaften sind die Trinkwasserverhältnisse tunlichst vor dem Einrücken der Truppe durch vorausgesandte Sanitätsoffiziere besonders zu erkunden. Brunnen, die nach ihrer Lage und äußeren Beschaffenheit gegen den Zufluß von Oberflächenwasser oder von Jauche und Abortgrubeninhalt nicht genügend gesichert erscheinen, und Wasserentnahmestellen in Gehöften, in denen Erkrankungen an Typhus oder Ruhr, wenn auch vor längerer Zeit, vorgekommen sind, müssen gesperrt und mit Warnungstafeln versehen werden. Auf gute Wasserentnahmestellen ist durch Tafeln an den Ortseingängen und Wegweiser nötigenfalls besonders hinzuweisen. Werden Orte längere Zeit von Heeresteilen belegt, so ist die Verbesserung schlechter Brunnen nach den Weisungen der Hygieniker durch geeignete Leute der Truppe baldmöglichst in die Wege zu leiten. Durch Reinigen der Brunnenschächte, Abdichtung ihrer Wände mit Zement, Einbringen einer genügenden Schicht von reinem gewaschenen Kies, Aufmauerung des Schachtes über Gelände, Aufsetzen neuer Pumpen usw. lassen sich vielfach schlechte Brunnen, wenn sie nicht in einer Zone starker Bodenverschmutzung stehen, in einen einwandfreien Zustand bringen. In geeignetem Gelände mit nicht besonders tiefem, aber gegen Verunreinigung von oben her durch undurchlässige Bodenschichten geschütztem Grundwasserstand lassen sich größere Mengen einwandfreien Trinkwassers durch Anlegen von Abessinierbrunnen gewinnen. Mit dem erforderlichen Gerät hierzu sind die Pioniertruppen und die Feldbäckereien ausgerüstet. Daß im Stellungskrieg in Gebieten, wo die Beschaffung genügender Mengen guten Wassers auf Schwierigkeiten stößt, auch große Wasserversorgungsanlagen durch die Truppen hergestellt werden können, ist im gegenwärtigen Kriege an verschiedenen Stellen bewiesen worden. Es sind geradezu musterhafte Kriegswasserleitungen gebaut worden, die in einer Länge von fast 100 km bestes Grundwasser aus Tiefbrunnen bis zu 200 m Tiefe zu den Unterkünften der Truppe und selbst an die vordersten Bereitschaften und Schützengräben brachten.

Läßt sich gutes Trinkwasser an bestimmten Orten, z. B. während des Vormarsches, nicht beschaffen, so muß zu Maßnahmen gegriffen werden, die das nicht einwandfreie Wasser, das man in schlechten Brunnen,

in Flüssen, Teichen, Bächen, Quellen usw. findet, zu reinigen und unschädlich zu machen geeignet sind. Keimdichte Filter (Porzellanerde-, Kieselgurfilter usw.) sind hierzu nicht brauchbar, weil die sehr empfindlichen Filterkerzen beim Gebrauch im Felde, beim Transport und bei dem Abkühlen nach dem zeitweise erforderlichen Auskochen sehr leicht Sprünge und Risse bekommen, die dem Auge oft nicht wahrnehmbar sind, dennoch aber Bakterien und somit auch etwaigen im Rohwasser vorhandenen Krankheitskeimen den Durchtritt ermöglichen. Auch der Zusatz von chemischen Mitteln, durch welche die im Wasser enthaltenen Infektionserreger abgetötet werden, empfiehlt sich im allgemeinen nicht, weil fast alle wirksamen Chemikalien dem Wasser einen unangenehmen Geschmack verleihen und weil die erforderliche Menge und Einwirkungsdauer je nach der Beschaffenheit des Rohwassers verschieden bemessen werden muß. Ist die Anwendung chemischer Wassersterilisierungsmittel nicht zu umgehen, so wird als zur Zeit zuverlässigstes das Desazon empfohlen. Es besteht aus zwei verschiedenen, für je 1 Liter Wasser in Gläschen gebrauchsfertig abgemessenen Pulvern, einem weißen, das hochprozentigen Chlorkalk enthält, und einem braunen, das aus einem hochprozentigen Wasserstoffsuperoxydkarbamidpräparat (sogenanntes Ortizon) besteht. Wenn man beide Pulver der Vorschrift gemäß nacheinander einwirken läßt, so kann man auch stark bakterienhaltiges Wasser in 10—12 Minuten in zuverlässiger Weise entkeimen.

Das sicherste Verfahren der Wassersterilisierung ist und bleibt das Abkochen. Die Armeen werden durch die Etappensanitätsdepots mit einer genügenden Menge »fahrbarer Trinkwasserbereiter« versorgt, die, mit zwei Pferden bespannt und von einem hierfür besonders ausgebildeten Sanitätsunteroffizier bedient, der Truppe überallhin folgen können und an den Orten des Bedarfs aus jedem Bach, Teich oder Flußlauf im Verlauf einer Stunde etwa 800 Liter einwandfreies Trinkwasser liefern. Das dem Apparat zugeführte Wasser wird zunächst in einem Vorfilter von den in ihm schwebenden Schmutzstoffen befreit und dann dem Kessel zugeführt, in dem es in zwangsläufiger Führung so lange erhitzt wird, daß jeder Tropfen mindestens 10 Minuten lang einer Temperatur von 100° C ausgesetzt war. Dann wird es durch einen nach dem Prinzip des Gegenstroms gebauten Kühler geführt, in dem es durch das in entgegengesetzter Richtung, aber getrennter Leitung dem Kessel zuströmende Rohwasser wieder abgekühlt wird. Schließlich tritt das entkeimte Wasser in ein Nachfilter ein, in dem es frisch belüftet wird und seine durch den Kochprozeß entstandenen Niederschläge (Kesselstein usw.) abgibt. Auch bei dauerndem Betriebe hat das dem Trinkwasserbereiter entströmende Reinwasser eine nur um etwa 3° höhere Temperatur als das Rohwasser. Diese Apparate haben sich in jeder Richtung außerordentlich bewährt und sind sowohl im Bewegungs- wie im Stellungskriege ein unentbehrliches Hilfsmittel der Truppen geworden. Sie haben noch den besonderen Vorzug, daß sie in allen ihren Leitungen durch den von ihnen selbst erzeugten Dampf in kurzer Frist zu sterilisieren sind.

In großem Umfange wird auch, namentlich um dem Mißbrauch alkoholischer Getränke vorzubeugen, vor dem die Kriegs-Sanitätsordnung in sehr eindringlichen Worten warnt, für die Zufuhr von einwandfreiem Selterwasser und Limonaden aus der Heimat gesorgt. Im Etappengebiet sind außerdem an verschiedenen Stellen eigene Selterwasserfabriken eingerichtet worden, die den Bedarf der Truppen vollauf befriedigen können.

Außer für die Beschaffung einwandfreien Trink- und Gebrauchswassers muß auch für die unschädliche Beseitigung der Abfallstoffe Sorge getragen werden. Hier gilt es in erster Linie, auf zweckmäßige Einrichtung von Feldlatrinen hinzuwirken und die Desinfektion der Ausleerungen und ihre Beseitigung zu überwachen. Auch die sachgemäße Behandlung der Schlachtabfälle gehört hierher. Es müssen besondere Plätze zum Schlachten angewiesen und für das Vergraben der Abfälle Anordnungen getroffen werden. Daß durch die Abfallstoffe, namentlich in Epidemiezeiten, sehr oft Krankheitserreger verschleppt und auf Gesunde übertragen werden, ist bekannt. Die rechtzeitige Bekanntgabe und strenge Durchführung wirksamer Verhütungsmaßnahmen in dieser Richtung ist daher von größter Bedeutung für die Gesunderhaltung der Truppe.

Die Mitwirkung der Sanitätsoffiziere ist bestimmungsgemäß auch bei der Aufräumung der Schlachtfelder vorgesehen. Es ist auf eine richtige Anordnung der Gräber hinzuwirken, damit gesundheitsschädliche Einflüsse auf Ortschaften, Brunnen, Quellen usw. vermieden und etwaige Mißstände, die sich später zeigen, baldigst beseitigt werden.

Als wichtigstes Ziel der Gesundheitspflege im Kriege muß die Verhütung und Bekämpfung der Seuchen gelten. Das Studium der Kriegsgeschichte lehrt, daß ansteckende Krankheiten die regelmäßigen Begleiter aller größeren Feldzüge gewesen sind und oft den Ausgang des Krieges entschieden haben. In früheren Jahrhunderten haben die Opfer der Kriegsseuchen häufig ein Vielfaches der Verluste durch die feindlichen Waffen betragen. So verhielt sich im russisch-türkischen Kriege 1828/29 die Zahl der auf russischer Seite durch Krankheit Gestorbenen zu der durch Waffengewalt Gefallenen wie 4:1, und ein ebenso ungünstiges Verhältnis zeigten die Verluste der englischen und französischen Heere im Krimkriege. Bei weitem am größten war der Unterschied zwischen den Opfern der Seuchen und der Waffen bei der russischen Kaukasusarmee im russisch-türkischen Kriege 1877/78. Diese Armee verlor fast 19mal soviel Menschen durch Krankheiten wie durch feindliche Waffen. Erst der deutsch-französische Krieg 1870/71 macht hier eine rühmliche Ausnahme, denn in ihm erreichte die Zahl der Seuchenopfer etwa nur die Hälfte der durch Waffengewalt Verstorbenen.

Als Kriegsseuchen treten besonders Typhus und Ruhr, Cholera, Fleckfieber und Pocken auf. In Gegenden, in denen Pest und Rückfallfieber heimisch sind, haben auch diese in Kriegszeiten sehr oft eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Der Typhus befällt deswegen so oft die Kriegsheere, weil er auch in den europäischen Staaten noch in weiten Landesteilen heimisch ist und weil durch das enge Zusammengedrängtsein großer Menschenmassen, durch die Schwierigkeiten einer den hygienischen Anforderungen genügenden Unterkunft, Ernährung und Körperpflege sowie durch die das Widerstandsvermögen des Körpers herabsetzenden Anstrengungen die weite Verschleppung der Krankheitserreger begünstigt wird. Das gleiche gilt von der Ruhr. Im Kriege 1870/71 hatte das deutsche Heer über 74000 Erkrankungs- und gegen 9000 Todesfälle an Typhus zu verzeichnen

und über 38000 Erkrankungs- und 2400 Todesfälle an Ruhr. Im Burenkriege hatten die Engländer bei 22000 Verwundeten 450000 Kranke. Fast die Hälfte der Todesfälle war auf Typhus und Ruhr zurückzuführen. Die Cholera ist in Ländern, die sich von dieser fremdländischen Seuche noch nicht frei zu machen wußten, auch heute noch als Heeresseuche von großer Bedeutung. Im Kriege 1866 verlor die preußische Armee auf dem böhmischen Kriegsschauplatz allein durch die Cholera 4529 Mann, während ungeachtet der blutigen Schlachten den Tod durch Waffen nur 3473 Mann erlitten hatten. In den Balkankriegen und ebenso jetzt auf den östlichen Kriegsschauplätzen hat die Cholera überall die kämpfenden Heere befallen. Die Pocken waren in früheren Jahrhunderten als Kriegsseuche besonders gefürchtet, haben aber heute dank den Erfolgen der Schutzpockenimpfung ihre Schrecken fast ganz verloren. Als eigenartige, im Frieden in Deutschland und anderen kultivierten Ländern kaum noch bekannt gewesene Seuche ist schließlich das Fleckfieber, vielfach auch als Flecktyphus bezeichnet, zu nennen. Es wird durch Kleiderläuse übertragen und hat im gegenwärtigen Kriege infolge der weiten Verbreitung der Krankheit in Rußland und Serbien und durch die leider nur sehr schwer zu verhütende Verlausung der Truppen in den Quartieren und Schützengräben des feindlichen Gebietes auch unsere auf dem östlichen und südöstlichen Kriegsschauplatz kämpfenden Truppen in erheblichem Grade bedroht.

Die moderne Seuchenbekämpfung vermag die verheerende Wirkung der Kriegsseuchen in Schranken zu halten. Es ist das unsterbliche Verdienst des großen deutschen Forschers Robert Koch, uns die Erkennung und Verbreitungsweise der Infektionserreger gelehrt und die Methoden einer zielbewußten und erfolgreichen Bekämpfung der einzelnen Seuchen an die Hand gegeben zu haben. Seinen Lehren folgend, hat die Heeres-Sanitätsverwaltung in weitsichtiger Weise die nötigen Anordnungen erlassen, um von vornherein die Seuchen den Truppen fernzuhalten und beim Auftreten übertragbarer Krankheiten deren Weiterverbreitung wirksam entgegenzutreten.

Für die Erkundung und Ausschaltung von Seuchenherden und für die Abstellung gefahrdrohender gesundheitlicher Mißstände im Aufmarsch- und Operationsgebiete des Feldheeres haben in erster Linie die Sanitätsoffiziere bei den höheren Kommandobehörden zu sorgen. Es werden auch zu diesem wichtigen Dienste hygienisch besonders vorgebildete Ärzte herangezogen, die durch eingehende Ortsbesichtigungen, Nachfragen bei Behörden, beamteten Ärzten, geeigneten ortskundigen Zivilpersonen, z. B. Lehrern, durch das Einsehen der Sterbelisten, Schulversäumnislisten usw. und durch Aufsuchen verdächtiger Kranker nach dem Vorkommen übertragbarer Krankheiten zu forschen haben. Feststellungen, die für die nachfolgenden Truppen von Wichtigkeit sind und unter Umständen die Nichtbelegung einzelner Orte, Gehöfte oder Häuser wegen Seuchengefahr erforderlich machen, werden auf schnellstem Wege den zuständigen Kommandobehörden übermittelt. Ebenso haben alle Truppenärzte die Pflicht, über von ihnen aufgefundene Seuchenherde oder anderweitige gesundheitliche Mißstände, unbeschadet der von ihnen selbst sofort zu ergreifenden Maßnahmen, ungesäumt an die höheren Dienststellen zu berichten. Auf diese Weise werden die Truppen beim Vormarsche gegen Seuchen nach Möglichkeit geschützt. Bei längerer Belegung von Ortschaften in Feindesland wird nach den Weisungen der Armee- und Etappenärzte, abgesehen von der allgemeinen hygienischen Verbesserung der Häuser, Brunnen, Abortanlagen usw., auch dem Gesundheitszustand der Einwohner eine besondere Beachtung geschenkt. Besonders in weniger kultivierten Gegenden hat sich diese den Militärärzten zufallende Aufgabe als ein außerordentlich wichtiges und erfolgreiches Mittel erwiesen, um die Truppen vor der Seuchenübertragung zu bewahren. Es werden, wo Krankenhäuser nicht vorhanden sind, solche eingerichtet und ärztlicher Leitung und der Fürsorge von Krankenschwestern unterstellt. In diese Krankenhäuser werden alle Zivilpersonen aufgenommen, die an Infektionskrankheiten leiden oder solcher verdächtig sind und eine Ansteckungsquelle für die Einquartierung werden könnten.

Treten unter den Truppen Fälle von übertragbaren Krankheiten auf, so wird mit größter Beschleunigung für die Lazarettüberführung der Erkrankten und deren Absonderung Sorge getragen. Bei häufigerem Auftreten verdächtiger Darmkrankheiten werden Sammelstellen für Darmkranke geschaffen, in denen eine schnelle und sichere Erkennung der Seuchenfälle mit allen Mitteln der modernen Diagnostik erstrebt wird und die mit den bakteriologischen Untersuchungsstellen in engem Verkehr stehen. Nötigenfalls werden auch besondere Seuchenlazarette eingerichtet und zum Abtransport der Kranken Seuchenzüge bereitgestellt. Die Korpshygieniker, denen die über jeden Seuchen- und Seuchenverdachtsfall sogleich zu erstattenden Meldungen zugänglich gemacht werden, gehen den mutmaßlichen Ansteckungsquellen nach und treffen nach ihren Feststellungen die erforderlichen Maßnahmen.

Neben der schnellen und wirksamen Absonderung der Infektionskranken wird der fortlaufenden Desinfektion aller Abgänge, die möglicherweise Krankheitserreger enthalten, die größte Sorgfalt zugewendet. Die Sanitätsformationen und Sanitätsdepots sind mit Desinfektionsmitteln aller Art reichlich ausgerüstet. Für die Desinfektion der Latrinengräben, die in Zeiten der Seuchengefahr regelmäßig durchgeführt wird, werden Chlorkalk und gebrannter Kalk (zur Bereitung von Kalkmilch) in großen Mengen vorrätig gehalten. Für die Desinfektion von Bekleidungsstücken, Decken usw. stehen fahrbare Dampfdesinfektionsapparate in genügender Zahl zur Verfügung, die, von besonders ausgebildeten Leuten bedient, jederzeit seitens der Etappensanitätsdepots an Seuchenlazarette oder sonstige anfordernde Dienststellen abgegeben werden können. Die Desinfektion von Krankenzimmern und Wohnungen wird, nach gründlicher Säuberung der Fußböden, Wände und Möbel mit Kresolseifenlösung, mit Formaldehydgas vorgenommen.

Bei der Bekämpfung des Typhus und der Cholera haben sich als außerordentlich erfolgreich die im ganzen Heere planmäßig durchgeführten Schutzimpfungen erwiesen. Diese bestehen in der Einspritzung geringer Mengen abgetöteter Typhus- oder Cholerabazillen unter die Haut der Brust und haben den Zweck, den Körper zur Bildung spezifischer Schutzstoffe anzuregen, die ihn instand setzen, wenn er später mit diesen Infektionserregern in Berührung kommt, ihrer Herr zu werden. Nach den Impfungen, die unter geeigneter Steigerung der Impfstoffmenge bei Typhus dreimal, bei Cholera zweimal im Abstand von etwa

5 Tagen durchgeführt werden, stellen sich als Zeichen der zur Bildung der Schutzstoffe nötigen Reaktion leichtes Unwohlsein und Schmerzhaftigkeit sowie Schwellung der Impfstelle, oft auch Fieber ein. Diese Erscheinungen gehen aber sehr bald wieder zurück. Dauernde Gesundheitsschädigungen durch die Impfungen sind, wie die millionenfachen Erfahrungen gezeigt haben, nicht zu befürchten. Der durch die Impfungen hervorgerufene Impfschutz währt im allgemeinen nur ½—1 Jahr, so daß nach dieser Zeit die Impfung bei allen, die noch der Infektionsgefahr ausgesetzt sind, wiederholt werden muß. Die Impfungen wurden nicht nur bei den Heeresangehörigen ausnahmslos vorgenommen, sondern auch bei den Kriegsgefangenen, ja sogar bei der Zivilbevölkerung der im Operations- und Etappengebiet besonders seuchenbedrohten Ortschaften. Wenn auch nicht ein völliges Aufhören der Erkrankungen erreicht worden ist — die Impfungen sind in ihrer Wirkung beim einzelnen nicht unfehlbar —, so sind die Zugangsziffern an Typhus und Cholera nach der restlosen Durchführung dieser Maßnahme doch in unverkennbarer Weise in allen Armeen so weit herabgegangen, daß von Epidemien oder auch nur gehäuften Erkrankungsfällen, die die Schlagfertigkeit der Truppen herabsetzen könnten, nirgends mehr die Rede war. Und an der Einschleppung des Krankheitsstoffes hat es, wie wir aus den Krankheitsfällen der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete und der Kriegsgefangenen wissen, wahrlich nicht gefehlt. Der Typhus herrscht auf allen Kriegsschauplätzen in ausgedehntem Maße, und auch mit der Cholera sind unsere Truppen in Rußland und namentlich in Galizien und in Serbien in sehr innige Berührung gekommen. Wenn trotz der Schutzimpfung bei einzelnen Personen Typhus oder Cholera zum Ausbruch kommt, so pflegt die Krankheit einen gegen die Regel viel leichteren Verlauf zu nehmen. Jedenfalls ist die Sterblichkeit erheblich geringer als bei den Nichtgeimpften. — Ausgezeichnete Erfolge haben wir auch noch einer anderen Schutzimpfung zu verdanken. Im Beginn des Krieges stellte sich besonders auf dem westlichen Kriegsschauplatz als Wundinfektionskrankheit in nicht seltenen Fällen der Wundstarrkrampf (Tetanus) ein. Seitdem von vornherein bei jedem Soldaten, der auch nur die geringste Verletzung davongetragen hat, die Schutzimpfung mit Tetanusserum vorgenommen und bei allen schwerer Verwundeten diese Maßnahme nach 8 Tagen nochmals wiederholt wird, ist der Starrkrampf aus dem Heere völlig verschwunden.

Bei der Verhütung und Bekämpfung des Fleckfiebers mußte der Beseitigung der Läuseplage fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden. Aus den unsauberen Quartieren wurden die Läuse mit den Kleidern in die Unterstände verschleppt, und ebenso waren die vom Feinde eroberten Schützengräben in hohem Grade verlaust. Die Bekämpfung der Läuseplage bietet außerordentliche Schwierigkeiten und erfordert Maßnahmen, die sich in der vordersten Linie trotz aller hygienischer Fürsorge nicht immer durchführen lassen. Bei stark verlausten Menschen ist das Ungeziefer in allen Bekleidungs- und Ausrüstungsstücken anzutreffen. Die Läuse legen ihre zahlreichen Eier nicht nur in den Falten und Nähten der Kleidung ab, sondern vor allem auch an den Körperhaaren, und hier werden sie so fest angekittet, daß sie durch ein einfaches Seifenbad nicht entfernt werden können. Chemische Mittel, die in die Wäsche gestreut oder in Form von Beuteln auf dem Körper getragen werden, haben nur einen recht bedingten Wert. Wirklich zuverlässig wirken für die Bekleidung und Ausrüstung nur Dampf, heiße Luft von etwa 65—75°, schweflige Säure und Waschen in Kresollösungen. Dauererfolge sind bei der ständigen Neueinschleppung des Ungeziefers kaum zu erwarten. Es bleibt nur übrig, daß den Truppen Gelegenheit geboten wird, sich in besonderen »Entlausungsanstalten« immer wieder von den lästigen und als Fleckfieberübertrager unter Umständen auch gefährlichen Quälgeistern zu befreien. Solche Anstalten sind auf allen Kriegsschauplätzen je nach Bedarf in größerer oder geringerer Zahl in behelfsmäßiger, aber durchaus zweckdienlicher Weise eingerichtet worden. In den besonders befallenen Stellen der östlichen Kampffront hat sich fast jedes Bataillon während des Stellungskrieges seine eigene Entlausungsanstalt gebaut. Ihr werden die Truppen in regelmäßigem Wechsel zugeführt, und während Offiziere und Mannschaften ein warmes Seifenbad nehmen, werden die Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke durch Dampf oder heiße Luft desinfiziert. Bei einigen Armeen sind auch fahrbare Bade- und Desinfektionseinrichtungen geschaffen, die entweder gleich mit Ankleide- und Auskleideräumen in Eisenbahnwagen eingebaut sind oder in Form von großen Kraftwagen jeweils an die Stelle des Bedarfs herangezogen werden können.

Sanierungsanstalten von besonders großer Leistungsfähigkeit, die wie ein Filter alle Infektionsstoffe von der Heimat fernhalten und unschädlich machen sollen, sind seitens der Medizinalabteilung des Kriegsministeriums an der Ostgrenze des Deutschen Reiches überall dort eingerichtet worden, wo die großen Eisenbahnlinien einmünden. In ihnen können bei ununterbrochenem Tag- und Nachtbetrieb täglich je 12000 Mann saniert werden. Alles, was die Truppen mit sich führen, außer Taschenuhren, Eßwaren, Feuerzeugen und leicht brennbaren Gegenständen, wird genügend lange Zeit der Einwirkung des Dampfes oder der heißen Luft ausgesetzt, um auch die widerstandsfähigen Nisse der Läuse mit Sicherheit zu vernichten. Die Soldaten bekommen hier, nachdem ihnen Haare und Bart geschnitten und ein warmes Brausebad verabfolgt ist, völlig neue Leibwäsche und warme Kost, außerdem in Form von Liebesgaben neue Hosenträger, Zahnbürsten, Taschentücher u. dgl. Auch schlechte Uniformstücke werden aus besonderen Bekleidungsdepots durch neue ersetzt. Die abgelegte Leibwäsche wird später desinfiziert, gewaschen und dann zur Ausbesserung und weiteren Verwendung an die Intendanturen abgeführt. Wie umfangreich die Anlagen und der Betrieb einer solchen Sanierungsanstalt ist, geht schon daraus hervor, daß als Personal für jede ein Sanierungskommando von etwa 360 Köpfen aufgestellt und für die verschiedenen Dienstobliegenheiten, die dort zu verrichten sind, ausgebildet werden mußte. Jede Anstalt besteht aus einer zentralen Maschinenanlage, einer Dampfwäscherei, einem besonderen Offiziersbad und acht Einzelabteilungen für die Mannschaften. Jede dieser Abteilungen ist außer der Badeanstalt mit den erforderlichen Dampfdesinfektionsapparaten und Heißluftkammern und mit besonderer Küche und Wäschekammer versehen. Die Gebäude sind nach den Regeln aller neuzeitlichen Desinfektionsanlagen streng in eine »unreine« und eine »reine« Seite getrennt. Erst nach dem Baden erhalten die Leute auf der reinen Seite

ihre inzwischen entlausten Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände zurück.

Nach Beendigung der Sanierung, die 8 Stunden erfordert, werden die Truppen, um eine Wiederverlausung zu verhüten, in neu herangeführten, läusefreien Eisenbahnzügen weiterbefördert. Für das Umladen der Pferde und Fahrzeuge, das innerhalb dieser 8 Stunden ebenfalls beendet sein muß, steht jeder Anstalt ein besonderes Umladekommando von 900 Mann zur Verfügung. Die Größe der Sanierungsanstalten ist so bemessen, daß bei großen Transportbewegungen und bei der Rückführung der Truppen in die Heimat nach der Demobilmachung die Leistungsfähigkeit der Bahnlinien voll ausgenutzt werden kann.

Mit den bisher genannten Betätigungsgebieten sind aber die Aufgaben der Gesundheitspflege im Kriege noch nicht erschöpft. Die Hygieniker müssen, um nur noch einige Beispiele anzuführen, auch der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten, mit der nach den Erfahrungen aller länger dauernden Kriege besonders in den Etappengebieten gerechnet werden muß, mit aller Energie entgegentreten und, wenn die regelmäßigen Belehrungen der Truppen über die Gefahren dieser Seuchen nicht erfolgreich sind, die strenge Überwachung der Prostitution und die Zwangsbehandlung aller infizierten Dirnen durchsetzen.

Im Heimats- und Etappengebiet erfordern die Kriegsgefangenenlager und die zahlreichen Arbeitsstätten, an denen Kriegsgefangene beschäftigt werden, eine fortlaufende und eingehende gesundheitliche Überwachung, damit Unterkunft, Ernährung, Wasserversorgung, Abwässerbeseitigung, Bade- und Entlausungseinrichtungen usw. den berechtigten Anforderungen genügen und Seuchenausbrüche rechtzeitig erkannt und schnell unterdrückt werden können. Die Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges haben gezeigt, daß Seuchenerreger der verschiedensten Art von den Kriegsgefangenen in die Lager mitgebracht werden.

Die hygienische Fürsorge für das Feldheer, die hier nur in ihren wichtigsten Punkten in großen Zügen geschildert werden konnte, kommt mittelbar naturgemäß auch dem Heimatsgebiet und seiner Zivilbevölkerung zugute. Es gilt, auch sie vor der Seucheneinschleppung wirksam zu schützen und dem Volke nach dem Kriege gesunde und arbeitsfähige Männer wiederzugeben. Nach dem Feldzuge 1866 wurde durch das zurückkehrende Heer die Cholera in unser Vaterland eingeschleppt, und ihr erlagen allein in Preußen über 120000 Zivilpersonen. Vor derartigen Vorkommnissen brauchen wir uns heute im Vertrauen auf die Errungenschaften der modernen Seuchenbekämpfung nicht mehr zu fürchten. Die Aufgaben, die der Kriegsgesundheitspflege gestellt sind, können schon jetzt als auf allen Kriegsschauplätzen in jeder Beziehung glänzend gelöst bezeichnet werden. Die ärztliche Fürsorge hat uns trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten in der sachgemäßen Unterkunft und Verpflegung der Riesenheere, trotz aller Krankheitseinschleppung und trotz der gewaltigen Strapazen, denen unsere Truppen überall während dieses langen Krieges ausgesetzt waren, ein gesundes, seuchenfreies und schlagfertiges Heer erhalten und wird dies auch weiterhin tun.

Einrichtung und Aufgaben der Feldlazarette

von Dr. Haehner, Stabsarzt im Kriegsministerium in Berlin

Hierzu Tafeln »Feldlazarette I—III«.

Das Feldlazarett ist die am nächsten an die fechtende Truppe vorgeschobene Sanitätsformation, die zur Aufnahme von Verwundeten und Kranken und eventuell auch länger dauernden Belegung eingerichtet ist und nicht nur eine Durchgangsstation für Verwundete bildet. Es muß also der Truppe möglichst schnell zu folgen vermögen, um bei Gefechten nahe an den Ort der Verluste herangezogen und in der Nähe des Hauptverbandplatzes eingerichtet zu werden. Der Einrichtungsort soll nicht in unmittelbarem Gefechtsbereich liegen; in der Mehrzahl der Fälle wird es möglich sein, es in Ortschaften mit geeigneten Räumlichkeiten in der Nähe des Schlachtfeldes aufzuschlagen. Dabei ist besonders darauf Rücksicht zu nehmen, daß es für die von den Verbandplätzen der Truppe und der Sanitätskompanie (Truppen- und Hauptverbandplatz) und unmittelbar vom Gefechtsfelde zugeführten nicht marschfähigen Verwundeten leicht und bequem erreichbar ist, um ihnen dort längere Zeit hindurch ohne Wechsel des Aufenthaltsortes Lazarettpflege angedeihen zu lassen, bis ihr Zustand die Rückbeförderung gestattet oder die Etappenbehörde die Fürsorge übernimmt.

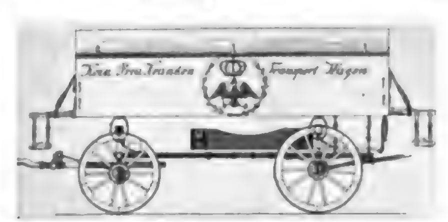
Anweisungen für die Verwendung des Feldlazaretts erteilen die höheren Truppenbefehlshaber, der Chef des Stabes, der Korpsarzt, bei den einer Division zugeteilten Lazaretten der Divisionsarzt. Jedes Armeekorps verfügt über 12 Feldlazarette, die zu den Trains der Korps gehören. Jedes Feldlazarett ist ausgerüstet zur Aufnahme von 200 Verwundeten, es kann jedoch durch Ausnutzung örtlicher Hilfsquellen und weitgehende Anpassung an vorhandene Möglichkeiten noch wesentlich erweitert werden.

Den Befehl über das Feldlazarett führt ein Chefarzt, ihm sind weitere 5 Ärzte (1 Stabsarzt, 4 Ober- oder Assistenzärzte) als Stations- oder assistierende Ärzte, 1 Oberapotheker und 2 Feldlazarettinspektoren unterstellt. Hinzu kommen noch an Unterpersonal für den eigentlichen Lazarettbetrieb 12 Unteroffiziere (1 Polizei-, 1 Schreib-, 1 Kammerunteroffizier, 9 Sanitätsunteroffiziere, darunter 3 als Stationsaufseher) und 17 Mannschaften (14 Militärkrankenwärter, 1 Koch, 1 Apothekenhandarbeiter [Drogist] und 1 Radfahrer). Ferner sind an Trainpersonal vorhanden 1 Unteroffizier, 1 Gefreiter, 1 Trompeter, 1 berittener Mann zu den Vorratspferden, 9 Fahrer und 9 Burschen.

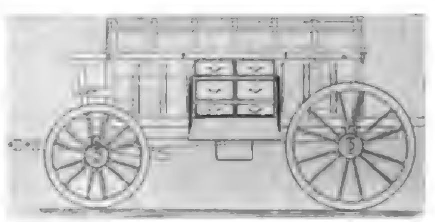
Der Wagenpark eines Feldlazaretts besteht aus 1 Krankenwagen, 2 Sanitätswagen, 1 Packwagen, 4 Geräte- und 1 Beamtenwagen. Die große Mehrzahl der Lazarette ist zudem während des Krieges mit Feldküchen ausgestattet worden.

Ist der Befehl zum Einrichten des Lazaretts gegeben, so kommt es besonders darauf an, die für den Lazarettbetrieb geeignetsten Baulichkeiten unter Be-

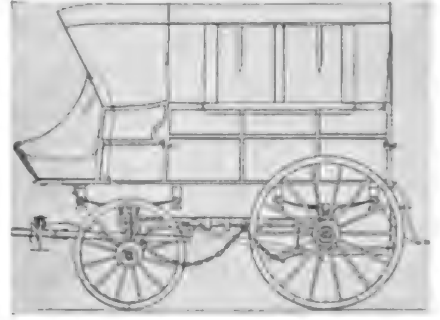
Feldlazarette I.



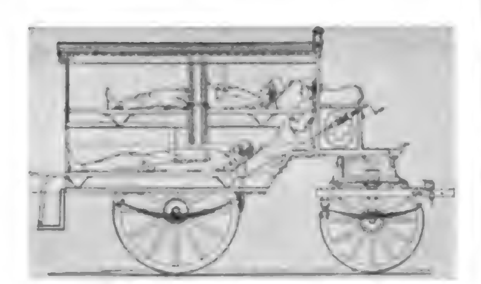
1. Krankenwagen 1796.



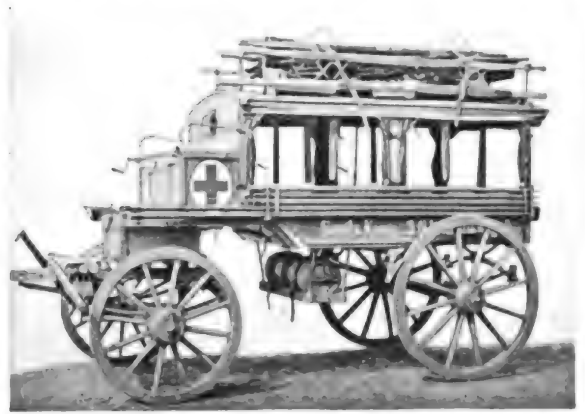
2. Feldapotheke 1792.



3. Krankenwagen 1831.



4. Meyerscher Krankenwagen 1876.





5 und 6. Krankenwagen 1872/74.



7 und 8. Krankenwagen 1895.

Die Figuren der Tafeln I–III sind dem Werke: Niehues, Die Sanitätsausrüstung des Heeres im Kriege (Berl. 1913), entnommen.

Bibliographisches Institut in Leipzig.

Feldlazarette II.

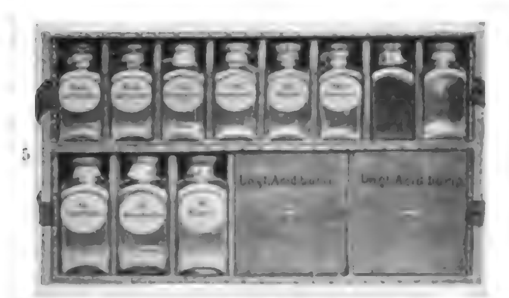


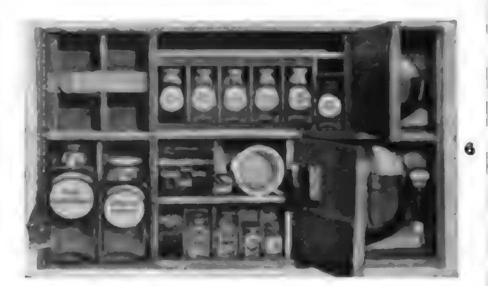






1—4. Sanitätswagen 1895 des Feldlazaretts.
1. Geschlossen, 2. Hinterwand geöffnet, 3. und 4. Seitenwände geöffnet.





5 und 6. Sanitätswagen 1895: Zwei von den sieben Schiebekästen.





7 und 8. Packwagen 1895.

Feldlazarette III.



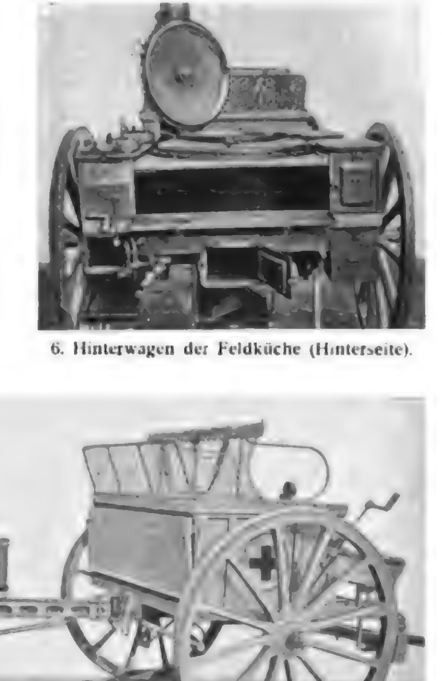
1. Gerätewagen 1895, gepackt.



2. Gerätewagen 1895 des Feldlazaretts, Packung nach Betteinheiten.



3. Gerätewagen 1895 des Feldlazaretts, gewöhnliche Packung.



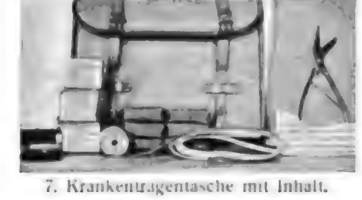
6. Hinterwagen der Feldküche (Hinterseite).



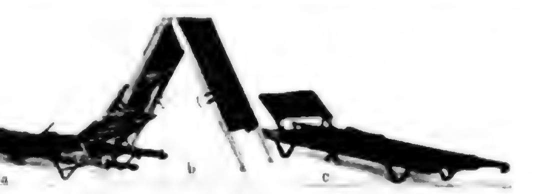
4. Beamtenwagen 1895.



5. Feldküche.



7. Krankentragentasche mit Inhalt.

8. Krankentragen: a Zusammenlegbare, b Krankentrage alter Art, c neuer Art.

9. Nottragen.

rücksichtigung bequemer Zufahrtsstraßen und leichter Auffindbarkeit ausfindig zu machen und herzurichten, um so schnell wie möglich in volle Tätigkeit treten zu können. Es gilt, eine vollständige Lazarettanlage aus dem Nichts hervorzuzaubern. Der Chefarzt mit drei Ärzten nebst dem Trompeter reitet zum Ort der Einrichtung voraus. Die beiden Feldlazarettinspektoren und der Oberapotheker folgen im Beamtenwagen. Nun suchen der Chefarzt und der erste Inspektor die geeigneten Räumlichkeiten aus; hat man die Wahl, so wird man ohne weiteres Schlössern, Fabrikanlagen mit großen Sälen, Turnhallen den Vorzug geben. In Dörfern ohne solche Anlagen werden in erster Linie Rathaus, Schulhaus und Wirtschaften mit Tanzsälen in Betracht kommen. Nach Auswahl der Gebäude werden alsbald die einzelnen Räume nach ihrer Bestimmung bezeichnet. Der Radfahrer holt nun die zurückgelassene Kolonne und führt sie zu dem Platze, wo die Wagen anfahren sollen.

Außer den Räumen für 200 Kranke und Verwundete ist zunächst als wichtigster auszuwählen der Operationsraum; eine geräumige Kochküche nebst Speisekammer und Vorratsräume sowie eine Apotheke dürfen nicht fehlen. Für die Verwaltung wird durch Bestimmung der Aufnahme- und Geschäftszimmer, Kleiderkammer, Räume für Wäsche, Feuerungsmittel, Waschküche, Desinfektionsraum, Totenkammer gesorgt. Die Wagen werden gewöhnlich in einem geschlossenen Hofraum untergebracht; als Wachtstube wird ein nach der Straße gelegenes Zimmer in dessen Nähe bestimmt. Die Wohnungen für die Ärzte werden nach Möglichkeit so gewählt, daß in der Nähe jedes größeren Gebäudes ein Arzt untergebracht ist, falls nicht das ganze Lazarett in einem einzigen Gebäude unterkommen konnte; die Beamten wohnen in der Nähe des Geschäftszimmers und der Verwaltungsräume.

Ist die Kolonne angelangt, so treffen ein Beamter, ein Sanitätsunteroffizier und der Koch in der Küche sofort die nötigen Vorbereitungen, zwei Trainmannschaften besorgen das Anbringen der Wegweiser an den Ortsausgängen und der Roten-Kreuz-Flaggen an den ausgewählten Gebäuden. Gleichzeitig beginnt das Ausräumen und Reinigen der Räume, und dies ist häufig die unangenehmste, sicher eine schwierige und zeitraubende Arbeit. Dann folgt das Auspacken der Wagen. Die Einrichtung des Operationsraumes überwacht der Stabsarzt, der gewöhnlich der Chirurg des Lazaretts ist. Die Bettrollen werden aus dem Gerätewagen (Tafel III, Fig. 2) ausgepackt und auf die einzelnen Räume verteilt; der Inhalt einer Bettrolle besteht aus 1 Strohsack, 1 Kopfpolstersack nebst Überzug, 1 Bettlaken, 1 wollenen Decke, 1 Hemd und 1 Handtuch und enthält damit in handlichst zusammengepackter Form die ganze Ausstattung eines Krankenlagers. Im Hofe werden die Strohsäcke und Kopfpolster mit dem in reichster Menge beigetriebenen Stroh gefüllt. Erst wenn die Strohsäcke und Kopfpolster aufgelegt sind, wird mit dem Einräumen des übrigen Gerätes begonnen. Das Hauptbestreben bleibt stets, die Krankenräume zur Aufnahme der Verwundeten zunächst fertigzustellen und Essen und Erfrischungen für sie bereit zu halten. Im Operationsraum ist inzwischen alles zu etwa gleich vorzunehmenden Operationen vorbereitet. Instrumente, die in dem großen chirurgischen Besteck mitgeführt werden und zur Ausführung jeder Operation in die Lage setzen, sowie Verbandstoffe sind zur Hand gestellt; ein Operationstisch ist aus vorhandenem Gerät schnell hergerichtet worden. Zur Sterilisation der Instrumente dient der mitgeführte Sterilisierapparat, während die Verbandstoffe in schon in der Heimat keimfrei gemachten Packungen bereit gehalten werden. Die Beleuchtung des Operationsraumes erfolgt durch den im Sanitätswagen vorhandenen Beleuchtungsapparat für Azetylenlicht, sie kann durch Improvisation mittels Spiegels zu einer indirekten Beleuchtung des Operationsfeldes ausgenutzt werden. Die Apotheke ist durch Herausnahme der Regale aus dem Sanitätswagen (Tafel II, Fig. 5 und 6) und Aufstellung auf Tischen und Bänken fertig eingerichtet.

Ist das Lazarett so weit aufgeschlagen, so wird seine Bereitschaft sogleich an die in der Nähe befindlichen Verbandplätze gemeldet; eine gleiche Meldung ergeht an die militärärztlichen und militärischen Vorgesetzten sowie an die nächste Etappenkommandantur, auf daß sofort über die Einrichtungen des Lazaretts verfügt werden kann. Der Ausbau des Feldtelephonnetzes ermöglicht die Verbreitung dieser Meldung in kürzester Zeit und auf sicherste Weise.

Die ankommenden Kranken werden unter Aufsicht eines Sanitätsoffiziers von den Krankenwagen abgeladen. Bestimmungsgemäß erfolgt nun die Aufnahme in das Lazarett in der Weise, daß im Aufnahmezimmer durch den Lazarettinspektor dem Kranken das Soldbuch abgenommen und der Lazarettschein ausgefertigt wird, das Nationale wird in das Hauptkrankenbuch eingetragen, die Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke werden von dem Kammerunteroffizier in Verwahrung genommen und in ein besonderes Buch eingetragen; dafür erhält der Kranke dann Lazarettbekleidung. Bei starkem Andrange, wie er durchweg an Tagen größerer Gefechte herrscht, kann natürlich von einer sofortigen genauen Ausführung dieser Aufnahmeregelung keine Rede sein, es ist dann in erster Linie das Bestreben, die Verwundeten unterzubringen, zu verpflegen, ihnen die notwendige ärztliche Hilfe zuteil werden zu lassen. Die erforderlichen Eintragungen werden dann am Bette des Kranken vorgenommen. Eine genaue Listenführung ist schon deshalb notwendig, weil über jeden Zu- und Abgang, über jeden Todesfall Mitteilung an das Zentralnachweisebureau des Kriegsministeriums zur eventuellen Benachrichtigung der Angehörigen über den Verbleib der Verwundeten und zur Aufstellung der Verlustlisten erfolgen muß.

Bleibt die Lazarettanlage länger bestehen, so wird sie ständig weiter ausgebaut, ihre Einrichtungen verbessert und vervollständigt. Fehlende oder erwünschte Instrumente, Geräte usw. werden von der Etappe auf Anfordern nachgeliefert. Das Feldlazarett, das besonders infolge des Stellungskrieges lange Zeit an einem Ort in Tätigkeit ist, nimmt fast den Charakter der stehenden Lazarette an und vermag auch den Kranken, die bestimmungsgemäß nur ausnahmsweise aufgenommen werden sollen, länger dauernde Pflege zu gewähren. Durch den Chefarzt wird die Einteilung in Stationen, äußere und innere, angeordnet; der Dienst auf den Stationen, Krankenvisite usw., regelt sich wie im Friedenslazarett. Doch kann auch eine ganze Feldlazarettanlage ausschließlich zum Seuchenlazarett, besonders Typhuslazarett, bestimmt werden.

Nicht immer aber wird es möglich sein, das Feldlazarett an vorhandene Baulichkeiten anzugliedern, oder werden sich solche finden lassen. Dann wird es

durch Zelte und Baracken, die von der Etappe geliefert werden, ergänzt, oder es hilft sich durch Bau von Blockhäusern. Bei der Auswahl des Personals wird auf die mancherlei Bedürfnisse des Lazaretts Rücksicht genommen; Handwerker aller Art, Schreiner, Schlosser, Schuster, Schneider, Bäcker, Fleischer u. a. m., sind vertreten.

Beim Vorrücken der Truppe folgt das Feldlazarett dieser sobald wie möglich. Die Kranken und Verwundeten werden zum nächsten Kriegslazarett abtransportiert, oder die ganze Lazarettanlage wird von dem nachfolgenden Kriegslazarett übernommen. Die Ergänzung des abgegebenen Materials erfolgt dann durch die Bestände des ablösenden Lazaretts. Auf diese Weise ist das Feldlazarett das Bindeglied und der Übergang von den lediglich dem Transport dienenden Sanitätseinrichtungen der Truppe und der Sanitätskompanie zu der stabilen Lazarettform, den Kriegslazaretten, die sich in der Mehrzahl an vorhandene Krankenanstalten in den hinter der Front gelegenen Orten angliedern.

Geschichtliches, Entwicklung und Ausstattung der Feldlazarette im einzelnen.

Erst mit der Aufstellung und Schaffung einer stehenden Heeresmacht unter Friedrich Wilhelm I. gewann auch die Fürsorge für ein geordneteres Feldlazarettwesen ein festeres Gefüge. Er erließ im Jahre 1704 eine Instruktion für die Anlage von Feldlazaretten zur »Conservation« der Truppen, nach der unter anderm bei fehlender Ortsunterkunft für die Verwundeten Zelte bereitgestellt wurden. Wenn sich auch die geschaffenen Neuerungen in den Feldzügen Friedrichs des Großen anfänglich bewährten, so stellte doch jeder neue Krieg unerwartete größere Aufgaben. Zudem erlaubten bei aller Fürsorge des Königs für die Kranken und Verwundeten die unruhigen Kriegszeiten und vor allem die ungünstige Finanzlage nicht, die notwendigen Folgerungen aus den Feldzügen zu ziehen. Zu Beginn des Siebenjährigen Krieges wurden Haupt- und ambulante Lazarette geschaffen, von denen die letzteren das Heer auf den Märschen und in die Schlacht begleiteten. Es waren dies Zeltbauten, in denen die Verwundeten die erste Hilfe fanden, bis sie zur Überführung in ein Hauptlazarett geeignet waren. In der Schlacht wurden die fliegenden Lazarette so nahe bei der Armee aufgestellt, »als es die Operation des Feindes und die Stellung der Armee erlaubt«, Verhältnisse, die fast gleich den heutigen Bestimmungen der Feld- und Kriegslazarette sind. Transportmittel standen für die Verwundeten nicht zu Gebote. Das Feldlazarett-Reglement vom Jahre 1787 unterschied stehende und bewegliche Feldlazarette; erst Ende des 18. Jahrhunderts, im Jahre 1796, wurde durch Friedrich Wilhelm II. die Einführung von zwölf Krankentransportwagen für die »Lazareths-Ambulants« genehmigt.

Frühzeitiger als für den Krankentransport durch die Schaffung besonderer Fahrzeuge war für die Mitführung der Arzneien gesorgt worden. Bereits zu Zeiten des Großen Kurfürsten war auf Staatskosten eine besondere Feldapotheke eingeführt und ausgestattet worden. Im Siebenjährigen Krieg befand sich bei jeder Armee eine Feldapotheke für das Hauptlazarett; das Anfertigen der Arzneien und die Ausgabe an das fahrende Lazarett (Hôpital ambulant) besorgten die Feld- und Reiseapotheker. Auch für die Wirtschaftsausrüstung eines etablierten Feldlazaretts waren bestimmte Regeln gegeben. Die Vorschriften über die Ausrüstung blieben im allgemeinen bis zum Jahre 1787 in Geltung; in diesem Jahre wurden verschiedene Ergänzungen der Wirtschaftsausrüstung durch das neue Feldlazarett-Reglement vorgenommen. Durch eine Kabinettsorder des Jahres 1796 wurde die Zahl der Fahrzeuge für ein Lazarett auf 4 festgesetzt, und zwar: 1 Apothekerwagen für die komplette Feldapotheke mit den zubereiteten Arzneien und Apothekerutensilien, 1 Apothekerbeiwagen mit den rohen Arzneiutensilien, 1 Utensilienwagen für die Küchengerätschaften und die Kasse der detachierten Lazarette, 1 verschlossener chirurgischer Bandagenwagen mit Instrumenten, Verbandzeug, Listen und Krankenbüchern.

Die Zahl der den Lazaretten zugewiesenen Fahrzeuge und ihre Ausrüstung wechselten sehr. Das den Feldzügen Friedrichs des Großen angepaßte Reglement des Jahres 1787 hatte 1806 absolut versagt. Als nach dem Tilsiter Frieden eine Neuregelung des Feldlazarettwesens vorgenommen wurde, behielt man den Unterschied zwischen Haupt- und leichtem oder fliegendem Lazarett bei. Jede Division erhielt ein Hauptlazarett, das für 1200 Kranke eingerichtet war, jede Brigade ein fliegendes Lazarett für 200 Kranke. Wesentlich geändert und vermehrt wurde auch die Ausrüstung mit Arzneien. Ein Teil der damals eingeführten Mittel befindet sich auch heute noch im Apothekenschatz der Feldlazarette. Die Fahrzeuge, auf denen alle diese Ausrüstungsstücke befördert wurden, waren den übrigen Truppenfahrzeugen gleich, eine besondere innere Einrichtung hatte nur der Medizin- oder Apothekerwagen. Bereits 1813 erwiesen sich jedoch die neu eingeführten Reformen als unzureichend. Im folgenden Jahre wurde daraufhin die Zahl der fliegenden Lazarette auf 24 erhöht (statt 6), aber diese Zahl war immer noch zu gering, zumal die Lazarette infolge ihrer großen Schwerfälligkeit niemals zeitig am Bestimmungsort eintrafen. Ein wesentlich festeres Gefüge als bis dahin erhielten die Feldlazarette durch die im Jahre 1834 herausgegebenen »Vorschriften über den Dienst der Krankenpflege im Felde bei der Königlich Preußischen Armee«, nach denen für jedes Armeekorps ein Feldlazarettstab vorgesehen wurde, dem je drei leichte und drei schwere Feldlazarette unterstanden.

Die leichten Feldlazarette zerfielen in eine fahrende Abteilung und ein Depot. Erstere sollte unmittelbar auf dem Schlachtfelde tätig sein, letzteres sich in der Nähe der kämpfenden Truppe einrichten und die zu ihm gebrachten Verwundeten bis zur Ankunft des schweren Feldlazaretts behandeln. 1844 wurden die drei schweren Feldlazarette in ein Hauptlazarett vereinigt, 1860 aber dieses auf Beschluß einer Kommission, die zur Prüfung des Feldlazarettwesens berufen war, wegen seiner Schwerfälligkeit in drei selbständige Korpslazarette zu je 400—600 Betten wieder aufgelöst. Zu einem Armeekorps gehörten zudem noch drei leichte Divisionslazarette zu je 200 Betten. Die Einteilung in eine fahrende Abteilung und das Depot blieb, ebenso wurden die Etablierungsbestimmungen von früher beibehalten. Aber auch diese Einrichtungen versagten in den Feldzügen 1864 und 1866, hauptsächlich weil die Lazarette zu schwer beweglich waren. Die Erfahrungen dieser Jahre wurden zusammengefaßt in der »Instruktion über das Sanitätswesen der Armee im Felde vom 29. April 1869«. Danach wurden jedem Armeekorps 12 Feldlazarette

zu je 200 Betten zugeteilt; sie traten an die Stelle der früheren drei Korpslazarette und der Depots der Divisionslazarette. An Fahrzeugen standen ihnen zur Verfügung: 3 Ökonomie-Utensilienwagen, 2 Sanitätswagen, 1 Omnibus für 6 Personen, Kasse und Gepäck. Jedes Feldlazarett konnte im Bedarfsfalle in zwei selbständige Sektionen geteilt werden, abgelöst wurde es beim weiteren Vorrücken durch die neugeschaffenen Etappenlazarette. Wenn auch im Kriege 1870/71 eine erhebliche Besserung gegenüber den früheren Verhältnissen zweifellos festzustellen war, so traten doch auch offenkundige Mängel zutage, die abzustellen man sich zwar schon während des Feldzuges bemühte, deren vollkommene Beseitigung aber erst einer Neuorganisation in den folgenden Friedensjahren vorbehalten war. Die im Kriege gesammelten Erfahrungen wurden niedergelegt in der »Kriegssanitätsordnung« vom Jahre 1873, die durch die Neuausgabe des Jahres 1907 ihre jetzt gültige Fassung erhielt.

Hand in Hand mit den Verbesserungen des Feldlazarettwesens im allgemeinen gingen auch, entsprechend den inneren gesteigerten und geänderten Anforderungen, die Verbesserungen des Materials der Feldlazarette, besonders des Wagenparks. Als Muster für die durch die Kabinettsorder vom 2. Oktober 1796 genehmigten Krankentransportwagen (Tafel I, Fig. 1) hatte ein Wagen gedient, der bei den Engländern im Gebrauch war. Im Jahre 1831 wurde ein neues kürzeres, dafür aber höheres Modell eines Krankenwagens eingeführt. Statt des bisher für Sanitätsfahrzeuge vorgeschriebenen hellblauen erhielt der Wagen einen dunkelblauen Anstrich und die Bezeichnung »Lazarett-Personenwagen Nr. .. des .. Armeekorps« (Tafel I, Fig. 3). Von diesem Modell wurden 54 Wagen beschafft. Der Etat sah für jedes leichte Feldlazarett einen Verwundetenwagen vor, durch den Mobilmachungsplan von 1846 trat ein zweiter hinzu. Doch bewährte sich der Wagen im Feldzuge gegen Jütland 1849 wegen seiner unpraktischen Bauart, mit der die Gefahr des leichten Umkippens verbunden war, nicht, so daß im Jahre 1854 ein anderes, lediglich für die Verwundeten bestimmtes Fahrzeug gebaut wurde. Auch die Bezeichnung wurde geändert. Sie lautete jetzt auf dem Verdeck angebracht: »Transportwagen für Schwerverwundete Nr. .. Feldlazarett Nr. ..« Durch eine Kabinettsorder desselben Jahres wurden vier solcher Wagen für Schwerverwundete für ein leichtes Feldlazarett festgesetzt, jedoch zunächst nur drei beschafft. Schon im Jahre 1859 wurden diese Wagen wieder abgeändert und erfuhren in der Zeit bis zum deutsch-französischen Krieg 1870/71 nochmals Umbauten. In diesen Feldzug zog man mit drei verschiedenen Wagen, zu denen noch französische Ambulanzwagen als viertes Modell hinzutraten. Nach vielfachen Versuchen gelangte im Jahre 1872 ein Wagen zur Einführung, bei dessen Konstruktion man sich die Erfahrungen des vergangenen Krieges zunutze machte. Mit einigen Abänderungen gab man diesen Neubau dann als Muster 1874 heraus (Tafel I, Fig. 5 und 6). Eine wesentliche Änderung im Bau dieser Krankenwagen brachte ein im Jahre 1876 vorgeführtes Fahrzeug, in dem zwei Lagen von Krankentragen übereinander angebracht waren (Tafel I, Fig. 4). Die Versuche mit diesem neuen Modell wurden aber im Jahre 1879 abgebrochen und erst fünf Jahre später wieder aufgenommen; das Modell wurde als Muster 1884 bei Neubeschaffungen eingeführt. Die Bezeichnung »Krankentransportwagen« wurde in »Krankenwagen« umgeändert. Doch auch dieses Muster vermochte auf die Dauer den Ansprüchen nicht zu genügen, der Wagen war vor allen Dingen zu schwer. Während der Herbstübungen 1887 wurde ein neuerbautes Modell ausgiebig geprüft und als Muster 1887 aus Anlaß der Heeresvermehrung in größerem Umfange beschafft. Nach mehrfachen Abänderungen, unter denen die wichtigsten in Verkürzung des Wagens und dadurch bedingter Erleichterung bestanden, wurde dann im Jahre 1895 das noch jetzt gültige Modell eingeführt (Tafel I, Fig. 7 und 8). Im Jahre 1908 erhielten die Krankenwagen, wie alle Sanitätsfahrzeuge, feldgrauen Anstrich. Außer den Krankentragen (Tafel III, Fig. 8 und 9) sind im Inneren des Wagens noch 250 Strohsäcke in Rollen zu 5 und 10 Stück untergebracht.

Die Sanitätswagen des Feldlazaretts finden ihren Ursprung in den Fahrzeugen der Feldapotheke, die im 17. Jahrhundert zur Einführung kam. Im Siebenjährigen Krieg wurde die Feldapotheke für das Hauptlazarett auf drei für Arzneien und Bandagen bestimmten Wagen befördert, die eine besondere innere Einrichtung erhielten. Auf dem grauen Wagendeckel befand sich die Inschrift: »Königl. Preuß. Feld-Apotheke«, an der Vorderseite »H. L.« oder »Amb. 1 oder 2«, je nachdem das Fahrzeug zu einem Haupt- oder zu einem ambulanten Lazarett gehörte (Tafel I, Fig. 2). Ein Bandagenwagen der damaligen Zeit, der den übrigen Fahrzeugen noch mehr glich, trug auf der linken Seite des Deckels die Aufschrift »Bandagen-Wagen« und hatte im übrigen die gleiche Bezeichnung wie der Apothekenwagen. Auch bei diesen Wagen wie bei den Krankenwagen stellten sich im Laufe der Jahre so erhebliche Mängel, hauptsächlich in ihrer Bauart, heraus, daß im Jahre 1854 neue Wagen eingeführt wurden, die wiederum 1867 durch ein neues Modell abgelöst wurden. Nach weiteren Versuchen und Erprobungen wurde dann endlich im Jahre 1898 als »Sanitätswagen 95« (Tafel II, Fig. 1) das jetzt im Gebrauch befindliche Muster eingeführt. Feldgrauen Anstrich erhielt er wie der Krankenwagen im Jahre 1908, geringfügige Änderungen seiner Fächerung wurden noch in den Jahren 1901 und 1910 vorgenommen. Fig. 2, 3 und 4 (Tafel II) zeigen den Wagen an der Hinterseite und den Seitenwänden geöffnet. Die Arzneien des Wagens sind in 7 Schiebekästen untergebracht (Tafel IV, Fig. 5 und 6). Der Wagen enthält außer den fertigen Arzneien sämtliche Gerätschaften zur Anfertigung von Arzneien und Pflastern, ferner unter anderm Spritzen, das Verbandzeug, Operationstücher und Operationshandschuhe, eine Vorrichtung zum Streckverband, Reifenbahren, Wannen für Teilbäder.

Die Pack- und Lebensmittelwagen der Feldlazarette haben sich in ihrer Bauart stets an die gleichartigen Fahrzeuge der Truppe angeschlossen. Über mehrere Modelle hinweg, deren Nachteile vor allem in den Feldzügen sich herausstellten und darum Abhilfe erheischten, kam man im Jahre 1895 zu dem als »Packwagen 95« eingeführten Fahrzeug. Der als Packwagen 95 n. K. (neuer Konstruktion) eingeführte weist gegenüber dem ersten einige Änderungen auf, ist im wesentlichen in seiner Bauart jedoch nicht verändert (Tafel II, Fig. 7—9). Er enthält im Inneren die Sanitätsausrüstung, an der Außenseite die Trainausrüstung, unter anderm auch Werkzeugkasten für Schuster und Schneider, Ration für Offizierspferde,

Kameradschaftskochapparat, die Offizierskoffer und Zeltgerät.

Die Gerätewagen, deren das Feldlazarett vier mit sich führt, sind dieselben wie die Packwagen 95 und 95 n. K. Sie bergen unter anderm die Lazarettwäsche und Lazarettbekleidung, die Bettrollen, Bett- und Kopfpolsterbezüge, wollenen Decken, Badewannen, Eßnäpfe, Küchengeschirr und Konserven sowie sonstige Lazaretteinrichtungsgegenstände (Tafel III, Fig. 1, 2 und 3).

Bevor die Ärzte allgemein beritten waren, hatte man zu ihrer Beförderung wiederholt eine Art Omnibus erprobt. Mit der Einführung der Berittenmachung der Ärzte blieb nur übrig, für die Beamten einen Transportwagen zu bauen. Das Modell des Beamtenwagens veranschaulichen Tafel III, Fig. 4, das einer Feldküche endlich Tafel III, Fig. 5 und 6.

Die gesamten Bestimmungen über Anlage, Ausrüstung, Verwendung usw. der Feldlazarette sind in der Kriegssanitäts-Ordnung vom 27. Januar 1907 niedergelegt.

In neuester Zeit kommen neben den von Pferden gezogenen Krankentransportwagen die Kraftwagen zu immer ausgedehnterer Verwendung; vgl. darüber den Aufsatz »Kraftwagen und Kraftwagenzüge im Kriege« mit Tafeln, S. 279.

Die landwirtschaftlichen Maschinen im Weltkriege

von Regierungsrat H. Bock in Berlin-Steglitz

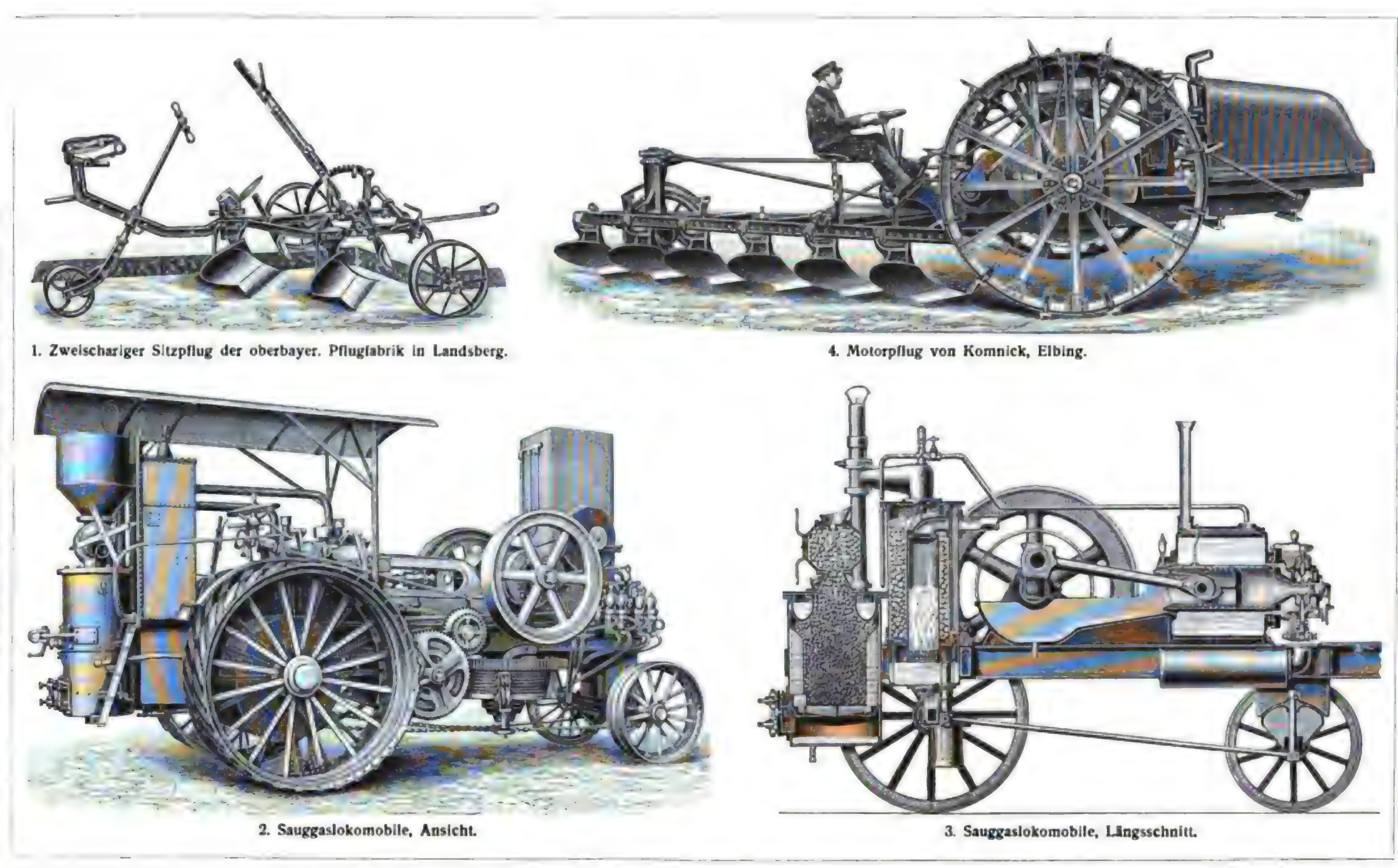
Hierzu Tafeln »Landwirtschaftliche Maschinen I—IV«.

Schon in früheren Kriegen hat der Mensch, der Not gehorchend, Pflug und Sense zur Waffe umgeschmiedet, wie kann es uns daher verwundern, wenn auch in dem furchtbaren Völkerringen unserer Tage die Werkzeuge des friedlichen Landmanns als wirkungsvolle Abwehrmittel verwendet worden sind. So hat manche Egge im Verein mit anderen Geräten ein gefährliches Verhau gegen feindliche Annäherungsversuche bilden helfen, und Pflüge und Grubber haben hinter unseren zurückgehenden Truppen die Anmarschstraßen des Feindes gründlich zerstören müssen. Natürlich bedeutet die Verwendung landwirtschaftlicher Geräte auf dem Kriegsschauplatze selbst nur eine Nebenrolle, die Hauptarbeit unserer hilfreichen Sklaven der Technik liegt auch jetzt noch auf friedlichem Gebiete, doch sind die Rückwirkungen des Krieges auf die Maschinen und ihre Herstellung mannigfaltig und einschneidend. Wie auf anderen Gebieten der Technik war auch hier manche Schwierigkeit, hervorgerufen durch Mangel oder Beschlagnahme der Rohstoffe, zu überwinden. Z. B. mußten Ledertreibriemen zum Teil durch Stahlbänder oder Kamelhaargurte ersetzt werden. Die Bronzenot trieb zur ausgedehnteren Anwendung von Kugel- oder Rollenlagerung. Das fehlende Gummi spielt bei landwirtschaftlichen Maschinen keine besondere Rolle, dagegen wirkte der Mangel an leicht verdampfenden Brennstoffen, besonders an Benzin, erheblich auf die Benutzung der kraftspendenden Maschinen im landwirtschaftlichen Betriebe insofern ein, als nunmehr eine Umschaltung der Kraftmaschinen auf die zur Verfügung stehenden Brennstoffe erforderlich wurde. Eine ganze Reihe von Geräten oder Maschinen tauchte wieder auf, oder es traten neue hinzu, je nachdem ein im Absterben begriffener Zweig landwirtschaftlicher Erzeugung wieder belebt, durch den Krieg überhaupt erst geschaffen oder nutzbringend gemacht wurde. Erinnert sei nur an den wiederaufgenommenen Flachs- und Hanfbau, an den verstärkten Anbau von Futtermitteln, Mais u. dgl., ferner an die erhöhte Wiesenpflege, Moorkultur usw.

Eine weitere Kriegsfolge ist die Vorsorge für die Weiterbeschäftigung der Verstümmelten in der Landwirtschaft. Wenn einerseits die größten Anstrengungen gemacht werden, durch erprobte Ersatzglieder eine möglichst weitgehende Leistungsfähigkeit bei diesen Invaliden zu erreichen, so muß diesem Streben andrerseits durch entsprechende Rücksichtnahme beim Bau der Geräte und Maschinen Rechnung getragen werden. Bekanntlich geht das Streben neuerlich nicht mehr nach einer Universalhand, sondern man sucht dem Verstümmelten eine für seine besondere Berufsarbeit geeignete Arbeitsvorrichtung als Ersatzglied zu liefern. Für den landwirtschaftlichen Arbeiter ist ein Handersatz bestimmt, der auf Grund von Versuchen im Königlichen orthopädischen Reservelazarett Nürnberg hergestellt wird. Der nach allen Richtungen schwenkbar an der Schulter befestigte und vom Armstumpf zu bewegende, hülsenartige Handersatz dient zur Aufnahme verschiedener, durch Klemmschraube zu befestigender Geräte: ein Haken zum Tragen von Lasten, Körben, Gießkannen u. dgl., eine schwenkbare Klemmhülse zum Halten der Karren- oder Pfluggriffe oder der Sense, ja, es läßt sich hiermit, wie Versuche ergaben, sogar das Dreschen mit dem Flegel erreichen. Eine dreizackige Kralle soll zum Scharren beim Unkrautjäten, zum Heranholen und Festhalten der Zweige beim Pflücken des Obstes, beim Beschneiden der Bäume und Sträucher und zu ähnlichen Arbeiten im Garten und Weinberg dienen. Trotz der vollkommensten Ersatzglieder wird bei der Herstellung der Maschinen auf eine verminderte Leistungsfähigkeit Rücksicht genommen werden müssen. Man wird also für Beinverletzte und sonst körperlich geschwächte Leute möglichst auf allen Ackergeräten eine Sitzgelegenheit schaffen müssen; außer den Handhebeln wird man auch Fußhebel zur Bedienung der Maschinen vorsehen, soweit es angängig erscheint. Schon werden von verschiedenen Firmen Sensen für Linkshändige und Rechen und Hacken für Einarmige angeboten. Bipparts Zughacke mit verlängertem Stiel zum Auflegen auf die Schulter soll besonders dem Einarmigen das leichtere »Rückwärtshacken« ermöglichen.

Sehr sorgfältig wird man weiter erwägen müssen, inwieweit eine Ausdehnung der Schutzvorrichtungen an den einzelnen Maschinengattungen mit Rücksicht auf die verminderte Beweglichkeit Kriegsbeschädigter und die Verwendung ungeübter Hilfskräfte erforderlich erscheint. Im nachstehenden soll bei Beschreibung der einzelnen Maschinen immer auf die diesbezüglichen, schon vorhandenen oder noch erwünschten Abänderungen hingewiesen werden.

Landwirtschaftliche Maschinen I.



1. Zweischariger Sitzpflug der oberbayer. Pflugfabrik in Landsberg.

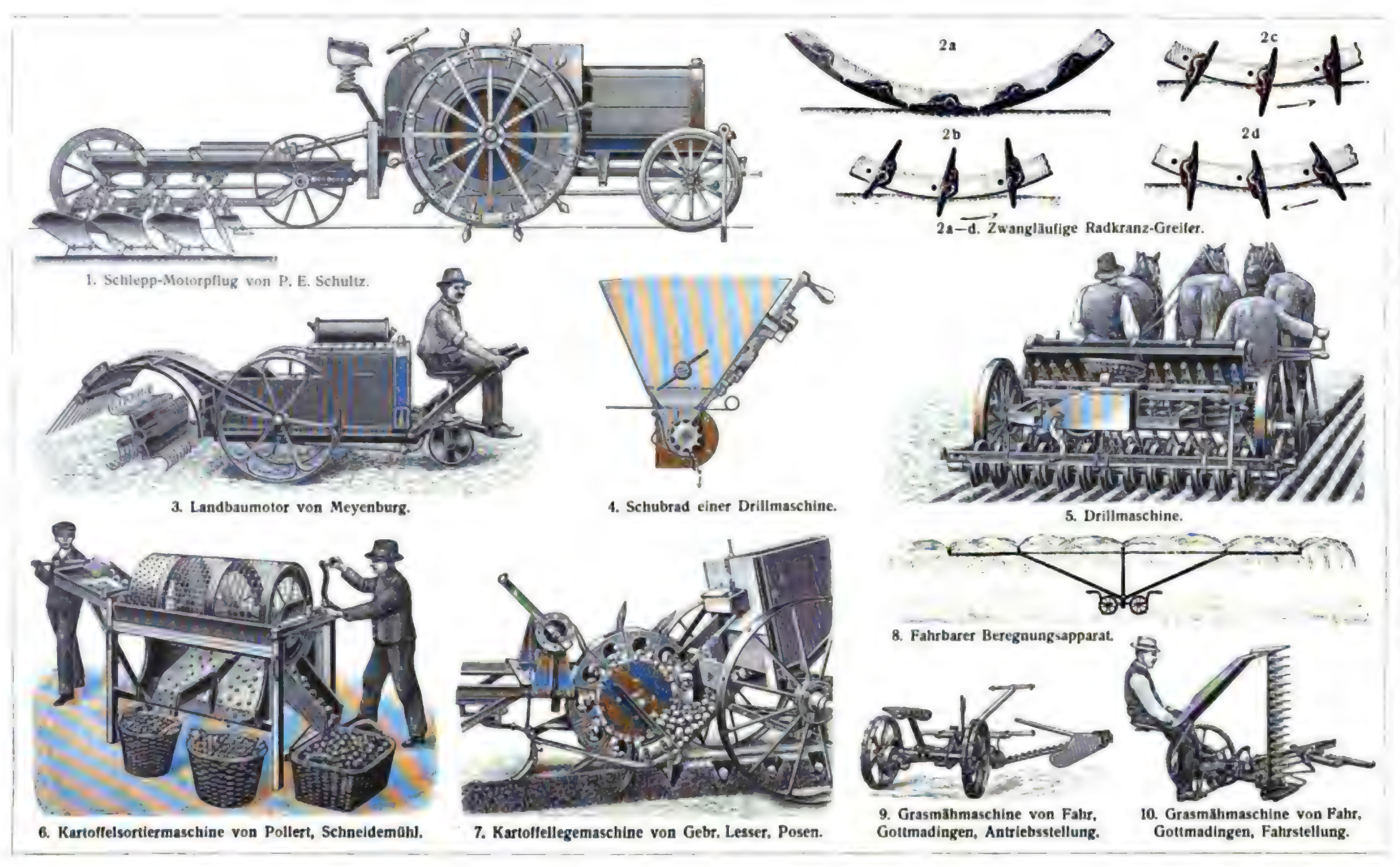
4. Motorpflug von Komnick, Elbing.

2. Sauggaslokomobile, Ansicht.

3. Sauggaslokomobile, Längsschnitt.

Bibliographisches Institut in Leipzig.

Landwirtschaftliche Maschinen II.



1. Schlepp-Motorpflug von P. E. Schultz.

2a–d. Zwangläufige Radkranz-Greifer.

3. Landbaumotor von Meyenburg.

4. Schubrad einer Drillmaschine.

5. Drillmaschine.

6. Kartoffelsortiermaschine von Pollert, Schneidemühl.

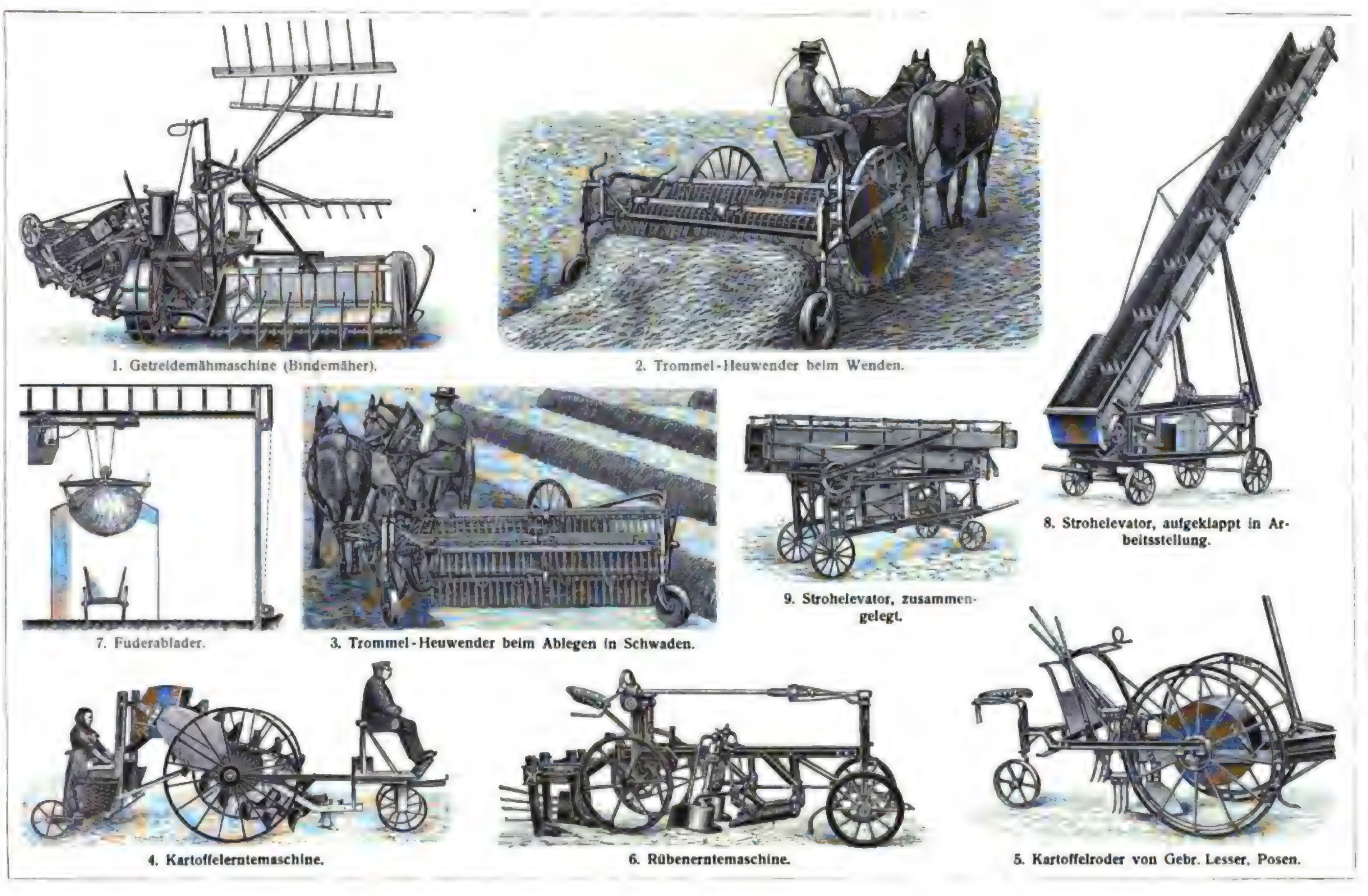
7. Kartoffellegemaschine von Gebr. Lesser, Posen.

8. Fahrbarer Beregnungsapparat.

9. Grasmähmaschine von Fahr, Gottmadingen, Antriebsstellung.

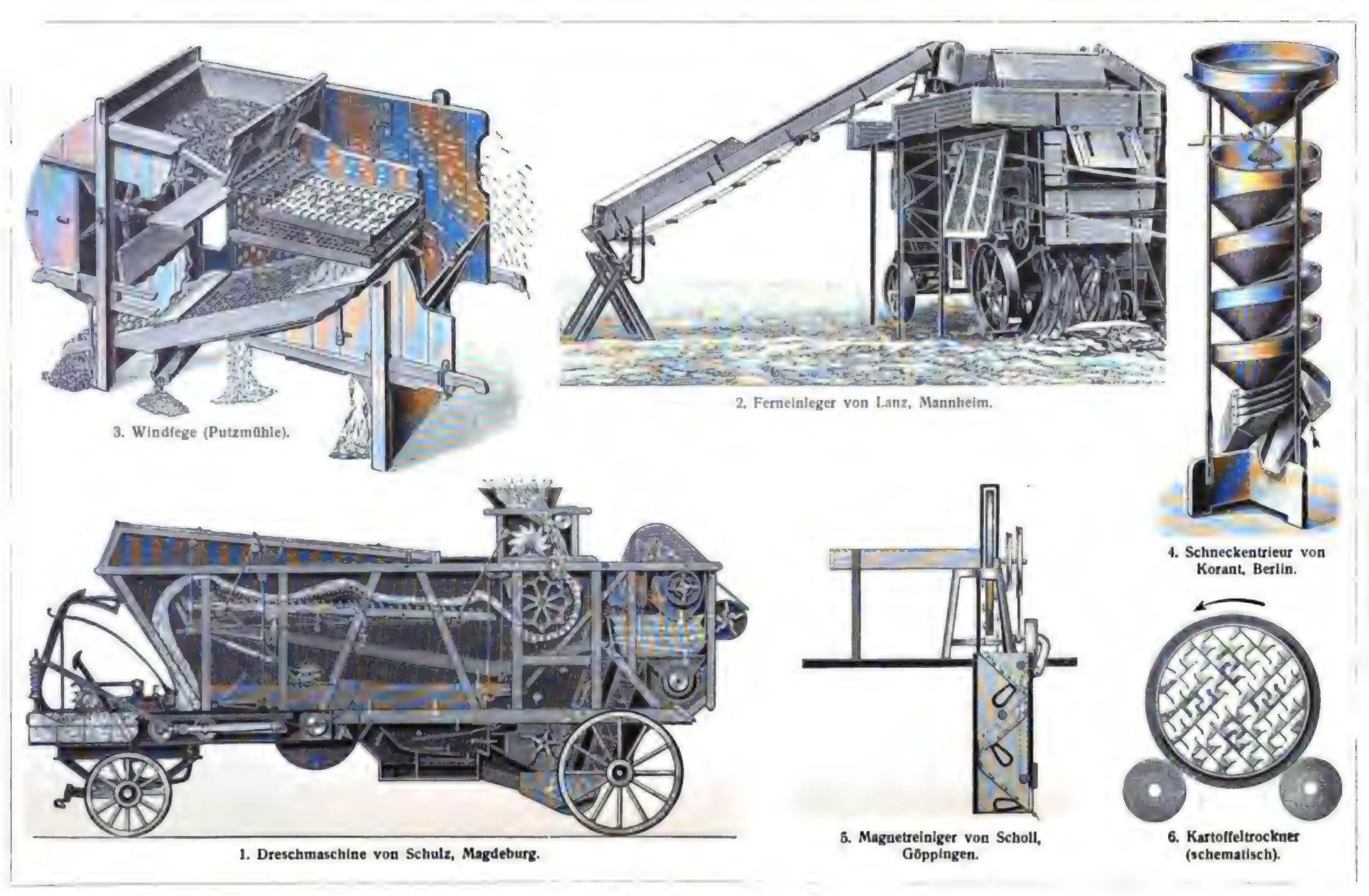
10. Grasmähmaschine von Fahr, Gottmadingen, Fahrstellung.

Landwirtschaftliche Maschinen III.



1. Getreidemähmaschine (Bindemäher).
2. Trommel-Heuwender beim Wenden.
3. Trommel-Heuwender beim Ablegen in Schwaden.
4. Kartoffelerntemaschine.
5. Kartoffelroder von Gebr. Lesser, Posen.
6. Rübenerntemaschine.
7. Fuderablader.
8. Strohelevator, aufgeklappt in Arbeitsstellung.
9. Strohelevator, zusammengelegt.

Landwirtschaftliche Maschinen IV.



3. Windfege (Putzmühle).

2. Ferneinleger von Lanz, Mannheim.

4. Schneckentrieur von Korant, Berlin.

1. Dreschmaschine von Schulz, Magdeburg.

5. Magnetreiniger von Scholl, Göppingen.

6. Kartoffeltrockner (schematisch).

Verfolgen wir nun die Arbeit des Landwirts im Kreislauf des Jahres, so stoßen wir zunächst auf die Geräte und Maschinen, welche ihm bei der Bereitung des Saatbettes helfen sollen. Da ist zunächst der uralte Pflug, der durch nachträgliche Anbringung einer Vorkarre mit sogenannter Selbstführung auch zur Bedienung durch Einarmige geeignet gemacht werden kann. Die Amerikaner haben auch die Einscharpflüge mit einem Sitz ausgestattet; unsere Firmen scheinen hierin nicht folgen zu wollen, man wird aber bei Mehrscharpflügen, die ohnehin stärkere Bespannung verlangen, nach amerikanischem Beispiele verfahren müssen. Die Oberbayerische Pflugfabrik in Landsberg am Lech bringt einen zweischarigen Sitzpflug (Tafel I, Fig. 1), der für zwei schwere Pferde bestimmt ist, auf den Markt. Vom Sitz aus erfolgt die Steuerung und die Tiefeneinstellung. Sitz und Steuerung können nachträglich angebracht werden, so daß mancher invalide Landwirt sein Feld auch weiterhin selbst bestellen kann.

Bekanntlich hat, veranlaßt durch den Pferdemangel, der Kraftpflug in diesen Kriegsjahren besondere Triumphe gefeiert; nur durch seine Hilfe ist die Bestellungsarbeit in manchen Gegenden überhaupt ermöglicht worden. Für das verwüstete Ostpreußen hat der Staat ein Darlehen von 1464600 Mark zur Beschaffung von Kraftpflügen gewährt; diese Summe ist später auf 5800000 Mark erhöht worden, und dafür hat die zur Verwaltung berufene Landwirtschaftskammer 111 Motorpflüge und 12 Dampfpflüge angeschafft. Außerdem wurden für verschiedene Grenzkreise unter Verrechnung auf den vom Reiche bewilligten Entschädigungsvorschuß 13 Kraftpflüge angekauft, und der Generalintendant des Feldheeres ließ dort und später in den eroberten Gebieten 29 Motorpflüge arbeiten. Die Bekanntschaft mit diesen Maschinen wurde also weiten Kreisen vermittelt, und die gewonnenen Erfahrungen werden der Industrie und damit auch der Landwirtschaft zugute kommen.

Bei den Kraftpflügen müssen wir drei Arten unterscheiden: den Seilpflug, den Schlepppflug und den Tragpflug. Der Seilpflug, zugleich die älteste Gattung, beruht auf der vollständig durchgeführten Trennung des Motors vom Arbeitsgerät. Zwei an den Feldrändern aufgestellte Lokomobilen ziehen den Kipppflug zwischen sich hin und her. Diese Gattung arbeitet also mit dem geringsten Kraftverlust, da keine tote Last über das Feld geschleppt wird, allerdings sind die Anschaffungskosten hoch und 4—5 Mann zur Bedienung notwendig. Neu belebt hat der Krieg mit seinem Brennstoffmangel die Versuche mit Sauggaslokomobilen (Tafel I, Fig. 2 und 3), die, mit der erforderlichen Seilscheibe ausgerüstet, auch als Pfluglokomobilen dienen und den Besitzer von dem teuren Benzol unabhängig machen, da sie nur Koks, Anthrazit oder Holzkohle als Brennstoff verlangen. Man hat auch versucht, die Kosten durch Einführung des sogenannten Einmaschinensystems herabzudrücken. Hier werden statt der zweiten Kraftmaschine nur ein mit Seiltrommel ausgerüsteter Ankerwagen oder statt dessen auch mehrere an den Feldwerken verankerte Umleitrollen verwendet. Weit besser ist diese Kostenverminderung bei Schlepp- und Tragpflügen durchzuführen; allerdings muß man dafür einen größeren Kraftverlust in Kauf nehmen, der dadurch entsteht, daß die tote Last des Motors mit über das Feld bewegt werden muß. Der Schlepppflug gestattet infolge seiner loseren Kupplung zwischen Motor und Arbeitsgerät — am engsten ist sie beim Tragpflug, indem hier beide in einem Gestell vereinigt sind —, den Motor nach Abhängen des Pfluges als Schlepper für andere Feldgeräte oder auch für Lastwagen, Walzen u. dgl. auf Fahrstraßen zu benutzen. Dazu kommt die größere Beweglichkeit des Pflugrahmens gegenüber dem Zugmotor, was bei unebenem und steinigem Boden sehr erwünscht sein kann. Beide Vorteile sucht man neuerdings, wenn auch noch nicht mit vollem Erfolge, bei dem Tragpflug zu erreichen, indem die Pflugschare in einem besonderen, am Hauptrahmen nachgiebig aufgehängten Hilfsrahmen befestigt werden. Da sich beim Tragpflug die Motorkraft auch für die Tiefensteuerung (Einstellung der Furchentiefe) nutzbar machen läßt, so kann man hier tatsächlich mit der geringsten möglichen Bedienung, durch nur einen Mann, auskommen. Der erste Vertreter dieser Pfluggattung war der deutsche Stockpflug, dessen vorzügliche Leistungen bei verhältnismäßig geringem Preise verschiedene andere Firmen zu Nach- und Weiterbildung dieses Gedankens anregten. Eine solche Weiterbildung ist z. B. auch der Motorpflug von Komnick, Elbing (Tafel I, Fig. 4), der mit einem selbsttätigen Tiefenanzeiger vor dem Führersitz ausgestattet ist; alle Steuerhebel, auch für die obenerwähnte Tiefensteuerung, liegen in bequemer Reichweite vom Führersitz. Bei den Schlepppflügen ist es der Firma P. E. Schultz gelungen, durch eine sogenannte Rückwärtskupplung zwischen Schlepper und Pflugrahmen das bisher nicht ohne weiteres ausführbare Rückwärtsfahren des Schlepppfluges zu ermöglichen (Tafel II, Fig. 1). Große Schwierigkeit macht die richtige Ausbildung der Radkränze der Treibräder an Schleppern und Tragpflügen, da von der guten Griffigkeit der Treibräder naturgemäß die Zugkraft des Pfluges abhängt. Man muß also besondere, für die Fahrt auf der Landstraße abnehmbare Greifer oder spatenartige Rippen auf dem Radkranze anbringen. Auch Versuche mit zwangläufig gesteuerten, vor- und zurücktretenden Greifern hat man gemacht. Die neueste, anscheinend ganz zweckmäßige Lösung des Fürstlich Stolbergschen Hüttenamtes zu Ilsenburg zeigen die Figuren 2a—d der Tafel II. Die mit leicht gewölbter Fläche versehenen Spatengreifer schwingen um einen wagerechten Bolzen und sitzen seitlich am Radkranz, den sie also bei ihrer tangentialen Stellung verbreitern, was bei weichem Boden (Moorkultur) sehr erwünscht sein kann. Beim Umstellen in annähernd radiale Richtung greifen sie in den Boden ein, wobei sie sich mit besonderen Stützbolzen gegen den Radkranz lehnen, hierbei aber doch noch eine gewisse Beweglichkeit behalten.

Wenn der Pflug die Spatenarbeit ersetzt, so hat man seit einigen Jahren auch die Arbeit der Hacke durch Maschinen nachzuahmen gewußt. Diese Maschinen, auch Bodenfräser genannt, werden bisher in zwei hauptsächlichen Bauarten hergestellt. Der Landbaumotor von Lanz hat umlaufende Fräsertrommel, an der die starren Arme der Arbeitswerkzeuge sitzen, die neuerdings auch drehbar angebracht und durch Federn in der Arbeitslage gehalten werden. Eine zweite Bauart nach dem System von Meyenburg (Tafel II, Fig. 3) benutzt krallenartige, aus biegsamem Federstahl hergestellte Arbeitswerkzeuge, die bei ungleichem oder steinigem Boden sehr vorteilhaft arbeiten sollen. Vor allem aber läßt sich diese Bauart in ganz kleinen, billigen Größen herstellen, womit eine weite Verbreitung gesichert ist, wenn die Maschine auf die Dauer alle Hoffnungen erfüllt. Diese Landbaumaschinen

sollen das Saatbett fertig herstellen und jede weitere Bearbeitung durch Egge, Kultivator, Schollenbrecher u. dgl. überflüssig machen.

Die altbekannten Zinkeneggen sind nicht gut mit Sitzgelegenheit zu versehen, wohl aber ist dies bei den neueren *Scheibeneggen* mit runden oder sternförmig gezackten Scheiben möglich. *Zum Streuen künstlichen Düngers* kann jede breitstreuende Sämaschine benutzt werden, doch hat der jetzt als Ersatz des Chilesalpeters im Inland erzeugte Kalkstickstoff die unangenehme Eigenschaft, daß er als feines Pulver ausgestreut werden muß, das bei Wind eine gleichmäßige Verteilung ausschließt, da der Dünger stark stäubt, wobei er außerdem einen schädlichen Reiz auf Augen und Schleimhäute der Arbeiter ausübt. Hier soll ein Vorschlag Abhilfe schaffen, der dahin geht, vor und hinter dem Streuschlitz einen Vorhang oder eine Schürze von dem Kasten des Düngerstreuers herabhängen zu lassen, von denen die hintere etwas auf der Erde schleppen und so eine gleichmäßige Düngerverteilung bewirken soll. Vielleicht noch mühsamer, jedenfalls aber zahlreiche Arbeitskräfte erfordernd, ist die Ausbringung des Stalldüngers auf den Acker und seine gleichmäßige Verteilung. Mit Freude wird daher der Landwirt eine selbsttätige Vorrichtung zur gleichmäßigen Verteilung des Stalldüngers begrüßen, die ihm viele Menschenarme erspart und dabei noch bessere, gleichmäßigere Arbeit leistet. Das einfache und billige Gerät besteht aus einem zweirädrigen, an den Düngerwagen anzuhängenden Karren, auf dem eine Bürsten- oder Stachelwalze wagerecht gelagert ist, die, von den Fahrrädern angetrieben, den Dünger aus einem darüber befindlichen Einfülltrichter entnimmt und ihn nach rückwärts schleudert. Vorbedingung dabei ist nur, daß der Dünger keine langen Strohhalme enthält, was bei moderner Stallwirtschaft ohnehin für selbstverständlich gilt.

Vielfach hält man es für vorteilhaft, den Kunstdünger in die Saatfurchen einzubringen, was mit Hilfe der *Drillmaschinen* genau wie bei der Saat selbst erreichbar ist. Drillmaschinen sollten auch mit Sitz ausgerüstet werden, wenn auch die Sitzanordnung vor dem Streukasten, wie sie z. B. die Firma Siedersleben anfertigt, noch verbesserungsfähig sein dürfte. Bei diesen Drillmaschinen wird das Streugut (Saat oder Dünger) durch Schub- oder Schöpfräder (Tafel II, Fig. 4) aus dem Vorratskasten entnommen und in das Saatrohr befördert. Vor diesem Saatrohr geht ein Furchenschar, und hinter ihm bewirken Zustreicher ein Bedecken der Saat mit Erde, die dann meistens noch durch Druckrollen fest angedrückt wird (Tafel II, Fig. 5).

Schmerzenskinder der Landwirte und Fabrikanten sind bisher noch die *Kartoffellegemaschinen*. Vielleicht wird der Leutemangel auch hier seine zwingende Macht zeigen und ihre Einführung beschleunigen. Vorbedingung ist, daß der Landwirt für ein in der Größe gleichmäßiges Saatgut sorgt, dann werden die häufig gerügten Versager bei dieser Maschinenart fortfallen. Auch hier stellt die Industrie sehr leistungsfähige Kartoffelsortiermaschinen zur Verfügung. Die Maschine von Pollert, Schneidemühl (Tafel II, Fig. 6), zeigt eine umlaufende Trommel mit verschiedenen, durch Wände abgeteilten Kammern mit Mänteln verschiedener Siebgröße. Die Kartoffeln durchwandern allmählich sämtliche Kammern, werden von Staub und Erde befreit und sorgfältig nach der Größe sortiert. Die Kartoffeln gleicher Größe kommen nun in die Kartoffellegemaschine, die nach der Bauart der Gebr. Lesser, Posen (Tafel II, Fig. 7), mit einem Löffelrad arbeitet. Aus dem Vorratsbehälter rollen die Kartoffeln in dünner Schicht dem Löffelrade zu. Am Umfang des Löffelrades sitzen die Lochspaten, jeder an einem besonderen Kasten. Die von einem Löffel erfaßte Kartoffel wird von einem feststehenden Finger, an dem der Löffel vorbeistreicht, in den obenerwähnten Kasten hinter dem Lochspaten hinübergestoßen und rollt aus dem Kasten heraus, wenn dieser die tiefste Stellung einnimmt, nachdem der Spaten das Pflanzloch hergestellt hat. Vor dem Stechspaten geht ein Schar oder ein Furchenzieher nach Art der Federzahnkultivatoren zum Auflockern des Bodens, hinten folgen Zustreicher, Häufelschare oder Häufelscheiben.

Ist die Saat bestellt, so darf zum Gedeihen der Regen nicht fehlen. Da die Niederschlagsmenge indessen häufig zu gering ist, so hat man *Apparate zur künstlichen Beregnung* hergestellt und erstaunliche Ergebnisse damit erzielt. Auf einem leicht fahrbaren Karren (Tafel II, Fig. 8) ist in ungefähr $1^1/_2$ m Höhe über dem Boden ein mit Sieblöchern oder mit einzelnen Sprühköpfen versehenes langes Rohr wagerecht gelagert, dem Druckwasser durch einen Schlauch von einer Pumpe oder einer am Feldrande verlegten Druckleitung zugeführt wird. Man kann auch mehrere Karren mit den Sprengrohren durch Schlauchstücke kuppeln und so die ganze Feldbreite gleichzeitig besprengen.

Die Einbringung der Ernte kann heutzutage nur noch unter Heranziehung zahlreicher Maschinen erfolgen. Zu diesem Zwecke findet man auch auf kleineren Bauernhöfen meist eine *Mähmaschine*. Vor dem Kriege sind allein für Maschinen dieser Art noch 12 Millionen Mark jährlich in das Ausland, meist nach England und Amerika, abgeflossen. Besonders erwähnt sei hier die Mähmaschine von Fahr, Gottmadingen (Tafel II, Fig. 9 und 10), deren Schneidwerk durch einen Fußhebel in die aufrechte Stellung geschwenkt werden kann, wie das beim Fahren auf der Landstraße oder beim Ausweichen vor einem Baum oder Stein während der Arbeit nötig wird. Durch diese Neuerung wird die Maschine auch zur Benutzung durch Einarmige geeignet. Die Einrichtung der Maschinen zum Mähen von Gras und Getreide ist im wesentlichen die gleiche. Ein mit dreieckigen Messern besetzter Messerbalken wird durch ein Kurbelgetriebe schnell hin und her bewegt und schneidet hierbei die Gras- oder Getreidehalme ab, welche zwischen die einzelnen Finger des wagerecht über den Boden gleitenden Fingerbalkens geraten. Bei den Getreidemähern kommt noch eine Ablegevorrichtung hinzu, die aus mühlenflügelartig bewegten Schlagarmen besteht, welche die Halme auf eine hinter dem Messerbalken angeordnete Plattform niederschlagen und sie dann nach Ansammlung einer bestimmten Menge von dieser Plattform abstreichen. Bei den *Bindemähern* (Tafel III, Fig. 1) findet statt der Plattform ein endloses Fördertuch Verwendung, das die Halme einem geneigten Tisch zuführt, auf dem sie durch schwingende Packerarme zu einer Garbe vereinigt werden. Das Umschnüren und Verknoten der Bindeschnur erfolgt hier durch ein ganz selbsttätig arbeitendes Getriebe. Diese Maschinen stellen große Anforderungen an die Zugtiere; man sollte daher, um diese wenigstens von den seitlichen und senkrechten Stößen der Deichsel zu entlasten, stets eine Vorkarre benutzen, welche zugleich die Lenkbarkeit erhöht.



Zum Wenden des gemähten Grases haben sich die Trommelheuwender (Tafel III, Fig. 2) durchaus bewährt. Die Rechentrommel kann aus der zur Fahrräderachse parallelen Lage in eine schräge Lage geschwenkt werden, wobei selbsttätig die Drehrichtung umgekehrt wird. Dann dient die gleiche Maschine zum Zusammenrechen des Heues, welches seitlich in Schwaden abgelegt wird (Tafel III, Fig. 3).

Mühsamer noch als das Getreidemähen mit der Sense ist wohl das Kartoffelausnehmen mit der Handhacke. Diese Arbeit leisten die verschiedenen Kartoffelerntemaschinen mit spielender Leichtigkeit. Zwei Gattungen sind im wesentlichen zu unterscheiden. Die Kartoffelroder nach amerikanischem Vorbilde (Tafel III, Fig. 4) arbeiten mit einem endlosen Gitterrost, der die von einem Schar ausgehobenen Kartoffeln nach rückwärts in Behälter oder Sortiertrommeln fördert und sie gleichzeitig von Erde und Kraut befreit. Die andere Art arbeitet mit einem Schleuderrad oder mit gesteuerten Wurfgabeln, die in den Boden eingreifen und die Kartoffeln seitlich herausschleudern. Die gesteuerten Wurfgabeln hat zuerst Harder eingeführt, und auf diesem Gedanken beruht auch der neueste Kartoffelroder der Gebr. Lesser (Tafel III, Fig. 5), der aber in Rücksicht auf etwaige Bedienung durch Invaliden mit einem sehr geschickt angebrachten Sitz versehen ist.

Die Rübenernte erfordert zwei Arbeitsvorgänge: das Köpfen und das Ausheben der Rüben. Man kann das Köpfen vor dem Ausheben und an den geernteten Rüben auf dem Gutshofe vornehmen; für beide Arbeitsweisen hat man Maschinen konstruiert. Wenn jedoch reichliche Zugkräfte zur Verfügung stehen, dürfte sich eine Rübenerntemaschine empfehlen, die beide Arbeiten gleichzeitig ausführt (Tafel III, Fig. 6). Die Köpfmesser, meist als drehbare Scheibenmesser ausgebildet, werden durch vorauseilende Tasthebel auf die richtige Höhe eingestellt. Der abgeschnittene Rübenkopf mit den Blättern wird bei den neuesten Maschinen durch ein endloses Förderwerk in Sammelbehälter gehoben, um dieses wertvolle Futtermittel nicht verlorengehen zu lassen. Die Rüben werden sodann durch zwei Aushebschare seitlich unterfaßt und nach dem Ausheben ebenfalls durch ein endloses Förderwerk dem Sammelbehälter zugeführt oder auch nach Befreiung von etwa anhaftenden Erdklumpen auf das Feld abgeworfen.

Beim Einbringen der Ernte und bei der weiteren Verarbeitung kann sehr an Menschenkräften gespart werden. Das mühsame Abladen der Heu- und Getreidefuder vollbringt in viel kürzerer Zeit der von einem Göpel oder Motor getriebene Fuderablader (Tafel III, Fig. 7): Ein kurzes Kuppeln des auf dem Wagen liegenden Netzes mit den herabhängenden Hubseilen, ein Hebeldruck, und schon kann der entleerte Wagen unter dem freischwebenden Fuder hinwegfahren. Der Aufzug wird nun seitlich nach dem Scheunenbansen gesteuert und das Fuder an der gewünschten Stelle zum Abstürzen gebracht. Langsamer arbeitend, dafür aber vielseitiger verwendbar sind die sogenannten Strohelevatoren, deren eingebauter kleiner Motor das Aufklappen und Aufrichten der Förderlade in die Arbeitsstellung und dann den Antrieb des endlosen Greiferbandes selbsttätig übernimmt (Tafel III, Fig. 8 und 9).

Die eingebrachten Halmfrüchte müssen nun zunächst durch Dreschen von den Körnern befreit werden. Die neuen Dreschmaschinen (der Dreschflegel ist so gut wie ausgestorben) gehören zu den technischen Wunderwerken bezüglich Raumausnutzung und Leistung. Bei der Dreschmaschine von Schulz, Magdeburg (Tafel IV, Fig. 1), wird oben das Getreide eingeworfen und in gleichmäßiger Menge durch die zackigen Greiferscheiben des Selbsteinlegers der Dreschtrommel zugeführt. Die ausgedroschenen, durch Sieb und Gebläse von Kurzstroh, Hülsen, Spreu und Staub befreiten Körner werden selbsttätig durch ein Becherwerk in das zweite Reinigungswerk gehoben, dort nochmals gereinigt, wenn nötig im Entgranner behandelt, von Unkrautsamen befreit, nach Größenklassen sortiert und endlich in angehängte Säcke befördert. Kurzstroh und Spreu können durch ein Gebläse beliebig weit in Behälter gefördert werden. Das Stroh gelangt über den Strohschüttler in eine im Gestell eingebaute Ballenpresse. Im Gegensatz zu dem sonst üblichen Kurbelschüttler bedarf der hier angewandte, in Pendelfedern aufgehängte Flächenschüttler keiner Schmierung. In beliebig einstellbarer Größe formt die Strohpresse Ballen und umschlingt sie selbsttätig mit Bindfaden oder Draht, der ebenfalls selbsttätig befestigt wird. Über ein an der Mündung der Presse angesetztes Gestell mit Gleitschienen werden die Strohballen durch die Presse auf den Scheunenboden oder den Strohdiemen hinaufgedrückt. Bei Benutzung eines Ferneinlegers (Tafel IV, Fig. 2) zum Zuführen der Garben zur Dreschmaschine genügen schon einige Frauenhände zur Bedienung. 2000 kg Garben vermag diese gewaltige Maschinenanlage stündlich zu verarbeiten. Größere Dreschmaschinen können außerdem mit eingebauten Wägevorrichtungen, Schrotmühlen und selbsttätigen Sackhebern ausgerüstet werden.

Auch kleinere und billigere Maschinen werden dem Landmanne geboten; natürlich muß dann Reinigung und Sortierung in besonderen Maschinen erfolgen. Hierfür sind die Windfegen, auch Putzmühlen genannt, die vielfach mit Schüttelsieben ausgerüstet werden, immer noch am gebräuchlichsten (Tafel IV, Fig. 3). Um rundkörnigen von langkörnigen Samen zu trennen, bietet Korant, Berlin, dem Landwirt den sogenannten Schneckentrieur (Tafel IV, Fig. 4), der keine Betriebskraft erfordert und doch gute Arbeit leistet. Bei dem über die Schneckenflächen herabrieselnden Gut streben die runden Körner, der Fliehkraftwirkung leichter folgend, dem Umfange zu und können so gesondert abgefangen werden.

Das geerntete Stroh wird zu Futterzwecken entweder klein gehäckselt oder als Streustroh in ungefähr 30—40 cm lange Stücke geschnitten. Bei den Häckselmaschinen unterscheidet man solche mit Messertrommel und solche mit Messerrad. Bei beiden Arten wird das in eine Strohlade eingelegte Stroh selbsttätig durch Preßwalzen dem Schneidwerk zugeführt. Um das Futter von Staub und Eisenteilen zu befreien, baut Scholl, Göppingen, unten an die Häckselmaschine einen Abfallschacht an. Das dort über zickzackförmige Siebflächen herabrieselnde Futter streicht an Magneten vorbei und wird zugleich durch einen Saugluftstrom vom Staube befreit (Tafel IV, Fig. 5). Zum Streustrohschneiden dienen kleine Handgeräte, bei denen die Garbe in einen oben offenen Bügel eingelegt und dann durch ein Messer mit langem Handhebel durchschnitten wird. Wo Kraftantrieb zur Verfügung steht, wird man Maschinen wählen, bei denen in einem der Garbenlänge entsprechenden, schmalen Trichter eine mit Greifern besetzte Welle umläuft; die Greifer raffen die Halme an federnd gelagerten Gegenmessern

vorbei. Der Messerabstand entspricht der gewünschten Halmlänge.

Zur Verleihung größeren Nährwertes suchte man den Häcksel mit Rübenmelasse durch Rührwerke möglichst innig zu vermischen. Diese auf anderen Gebieten schon verbreiteten Mischmaschinen, ebenso wie auch Mahlgänge zum Verarbeiten des Häcksels zu dem leichter verdaulichen Strohmehl, sind erst unter der Not des Krieges in weitere Kreise der Landwirtschaft eingedrungen.

Die schwierigste Lösung lag für den Landwirt in der Beschaffung und Erhaltung der Futtermittel. Bei unserem inländischen Hauptfuttermittel, der Kartoffel, beträgt der jährliche Durchschnittsverlust infolge von Fäulnis 9—10 Proz. des Ernteertrages, also bei einem durchschnittlichen Jahresertrag von 50 Mill. t ein sehr erheblicher Posten, der sich in ungünstigen Jahren noch steigert. Diesen Verlust hofft man durch Trockenverfahren auszuschalten, wobei man zugleich weitere Vorteile erreicht. Es enthalten:

	Wasser	Kohlehydrate
Rohe Kartoffeln	75 Prozent	21 Prozent
Trockenkartoffeln . . .	14 „	73 „

Es hat sich also beim Trocknen geradezu eine Umkehrung in diesem Bestandteilsverhältnis vollzogen. Diese Anreicherung der Nährstoffe macht die Trockenkartoffeln zu einem hochwertigen Kraftfutter. Da nun zur Herstellung von 1 Zentner Trockenkartoffeln ungefähr 4 Zentner rohe Kartoffeln verbraucht werden, so liegen die weiteren Vorteile bezüglich Lagerung und Beförderung auf der Hand. Beachtet man ferner, daß rohe Kartoffeln vor dem Verfüttern gedämpft werden müssen, so leuchtet ein, daß beim Vergleich die Kosten der Trocknung nicht einmal voll in Rechnung zu stellen sind. Diese Kosten schwankten im Frieden zwischen 0,30 und 0,70 Mk. für den Zentner Rohkartoffeln je nach Kohlenpreis und Geschick des Heizers und der Maschinenbedienung, wobei die größeren, selbständigen Werke meist günstiger abschneiden als die kleinen, der Gutswirtschaft als Nebenbetrieb angegliederten. Unter dem Einfluß der Kriegsteuerung wird man nach Angabe der Trocknungsanstalten den Trocknungspreis für den Zentner Rohkartoffeln zu 0,90—1 Mk. ansetzen müssen.

Zwei Verfahren sind zu unterscheiden: die Schnitzeltrocknung und die Erzeugung von Kartoffelflocken, die weiter zu Grieß und Walzmehl verarbeitet und dann auch für den menschlichen Gebrauch geeignet werden. Bis zu 20 Proz. davon kann man ohne Schaden dem Brotmehl beimengen. Bei der Schnitzeltrocknung werden die gewaschenen Kartoffeln auf Maschinen mit umlaufenden Messertrommeln oder -scheiben zu Schnitzeln oder Scheiben zerkleinert; unter ständigem Umlagern werden die Schnitzel im Heißluftstrom getrocknet. Man verwendet hierzu umlaufende Trommeln mit im Innern angebrachten Rieselflächen (Tafel IV, Fig. 6). Nach dem anderen Verfahren werden die Kartoffeln zunächst gedämpft und dann zu Brei gequetscht. Auf mit Dampf geheizten Walzen trocknet der Kartoffelbrei zu einer dünnen, beim Abschaben in zartweiße Flocken zerfallenden Schicht. Schon im Frieden waren ungefähr 500 Kartoffeltrocknungsanlagen im Betrieb, denen sich jetzt mit Unterstützung des Staates mindestens 300 hinzugesellt haben. — Kurze Erwähnung verdient noch ein drittes Verfahren, das eine Herabsetzung der beim Verdampfen des Wassers entstehenden Kosten durch Entfernen des Wassers auf kaltem Wege, durch Pressen, anstrebt. Die erhaltenen Preßkuchen können sogleich oder kurz vor dem Verfüttern zerkleinert werden. Ein Teil der Eiweißstoffe entweicht mit dem abgepreßten Wasser, so daß dieses aufgefangen und weiter verarbeitet werden muß.

Es ist selbstverständlich, daß ebenso wie Kartoffeln auch Futterrüben und ähnliche Erzeugnisse auf Trockenschnitzel verarbeitet werden können. Die Vorteile einer Trocknung des Kornes für seine Vermahlung und Backfähigkeit sind allgemein bekannt.

Große Trocknungsanlagen ermöglichen dem Landwirt, die Halmfrüchte auch bei ungünstiger Witterung zu trocknen. Der Hordentrockner von Dr. Zimmermann, Ludwigshafen, besteht aus einzelnen Horden mit doppeltem Boden. Auf dem oberen Siebboden wird das Trockengut ausgebreitet, worauf ein Gebläse Luft in den Hohlraum zwischen den Böden einbläst. Dort erwärmt sie sich an den Abdampfrohren der Lokomobile, tritt durch den Siebboden und durch das aufgehäufte Gut, um, mit Feuchtigkeit beladen, zu entweichen. Gras, Getreide, Kartoffeln, Schnitzel, kurz alle möglichen Erzeugnisse, können auf diesem Trockner behandelt werden.

Es konnte hier nur ein kurzer Überblick gegeben und nur die wichtigsten Maschinengruppen konnten in einzelnen Vertretern vorgeführt werden: zum Teil sind sie erst im Kriege, vielfach durch diesen veranlaßt, entstanden oder weiter ausgebildet worden. Der deutsche Erfindergeist hat auch im Kriege nicht gerastet, und viele Landwirte, die jetzt der Not gehorchend den Nutzen der Maschinenhilfe erfahren, werden auch ferner treue Abnehmer der deutschen Industrie bleiben, deren Leistungsfähigkeit hoffentlich jetzt auch jene erkannt haben werden, die früher auf die Überlegenheit englischer oder amerikanischer Maschinen geschworen haben. Ein »Verein zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte« hat sich durch Zusammentritt zahlreicher hervorragender Landwirte, Wissenschaftler und Fabrikanten gebildet, der natürlich seine Aufgabe darin sieht, die deutsche Industrie zu stärken und in diesem Sinne aufklärend unter Händlern und Landwirten zu wirken. Die eroberten Gebiete, besonders Polen, haben sich als aufnahmefähiger Markt erwiesen, und die durch Zettel gekennzeichneten Gerätesendungen unter Vermittlung der amtlichen Handelsstelle der deutschen Handelskammer in Russisch-Polen genießen Bahnfrachtvorzug. Aus Ungarn gingen zahlreiche Bestellungen, vor allem auf Motorpflüge, ein, und es steht wohl zu hoffen und zu erwarten, daß der Absatz unserer Maschinen nach den Ländern unserer übrigen Verbündeten stark ansteigen wird. Und wenn außerdem die Einschränkung der Einfuhr ausländischer landwirtschaftlicher Maschinen auch nach dem Kriege freiwillig aufrechterhalten bliebe, so könnten dem deutschen Wirtschaftsleben allein auf diesem Gebiete 19 bis 20 Millionen Mark im Jahre erhalten bleiben.

IV. Kultur und Geistesleben

Krieg und Kultur

von Prof. Dr. **Rudolf Eucken** in Jena

Krieg und Kultur erscheinen auf den ersten Anblick als unversöhnliche Gegensätze: die Kultur bedarf ruhiger Sammlung, der Krieg erzeugt höchste Aufregung. Die Kultur erstreckt ihre Arbeit gleichmäßig auf alle Lebensgebiete, der Krieg drängt mit seiner Spannung alle übrigen Aufgaben in den Hintergrund. Die Kultur, namentlich die moderne, bedarf eines freundlichen Zusammenwirkens und einer gegenseitigen Ergänzung der Völker; der Krieg reißt sie auseinander und verfeindet sie einander schroff. Die Kultur stellt das menschliche Streben als einen unablässigen Aufstieg zu immer neuen Höhen dar; der Krieg hemmt solchen Aufstieg, er erschüttert den Boden, auf dem wir stehen, er droht Völker und Menschheit weit zurückzuwerfen. So schien die Kultur notwendig einen Stand des Friedens zu fordern, und wenn der Segen des Friedens für sie von alters her tausendfach besungen wurde, so bildeten das Gegenstück heftige Klagen über das zerstörende, verfeindende, verwildernde Wirken des Krieges; er erschien lediglich und allein als eine schwere Geißel der Menschheit, mit den anderen apokalyptischen Reitern brauste auch er verheerend über sie dahin. Wie kann von einem solchen Feinde des Menschengeschlechts die Kultur eine Förderung erwarten?

Aber ein Blick auf die *Geschichte* zeigt, daß die Sache nicht ganz so einfach liegt. Denn er zeigt uns Kriege, die unbestreitbar einen starken Aufschwung der Kultur hervorgebracht haben. Die wunderbare Blüte der griechischen Kultur im 5. Jahrhundert ist undenkbar ohne die Perserkriege; dem heldenhaften Kampfe der Niederländer gegen spanische Unterdrückung folgte ein großartiger Aufschwung, und auch bei uns Deutschen haben die Befreiungskriege tief in die Kulturbewegung eingegriffen und sie vom Künstlerisch-Literarischen mehr ins Politisch-Nationale gewandt. In allen diesen Fällen hat der Krieg offenbar etwas geweckt, was bis dahin schlummerte, er hat neue Wege gezeigt, er hat sonst Zerstreutes verbunden, er hat das Selbstgefühl gehoben und Mut zu höheren Zielen gegeben. Aber wenn diese Fälle ein freundliches Verhältnis von Krieg und Kultur aufweisen, so zeigen sie zugleich die Bedingungen, unter denen sich ein solches bilden kann. Der Krieg darf, um ein Volk innerlich weiterzuführen, kein bloßer Kabinettskrieg sein, er darf auch nicht aus bloßer Eroberungsgier oder wildem Tatendrange entspringen, er muß von der festen Überzeugung des ganzen Volkes getragen sein, in ihm höchste Ziele zu verfechten, für Haus und Herd zu kämpfen, er muß dem Volke einen gerechten, ja einen *heiligen Krieg* bedeuten. Zugleich aber muß ein Volk von besonderer innerer Beschaffenheit sein, wenn der Krieg bei ihm die Kultur fördern soll. Ein greisenhaftes Volk, ein Volk, das im Lebensgenuß das höchste der Ziele sieht, kann aus jenem unmöglich eine Förderung ziehen; das kann nur geschehen, wenn ein *Volk noch jugendfrisch* ist, seine Kraft noch nicht ausgegeben hat, noch nicht starr bei sich selbst geworden ist; dazu muß es große Aufgaben in seinem Wesen tragen und zu ihrer Lösung einer inneren Erhöhung bedürfen; ist alles das der Fall, so kann der Krieg mit seinem Vermögen der Aufrüttelung und Erneuerung ganz wohl einen glücklichen Aufstieg fördern.

Daß dieser Krieg von uns nicht gewollt, sondern uns aufgedrängt ist, daß wir ihn nicht zur Eroberung, sondern zur Verteidigung führen, das haben wir alle viel zu deutlich miterlebt, als daß es für uns auch nur eines einzigen Wortes darüber bedürfte. Ebenso klar ist, daß dieser Krieg nicht auf einzelne Streitfragen geht, sondern daß wir um das Ganze unserer nationalen Stellung, ja um unsere Selbständigkeit zu kämpfen gezwungen sind. Der letzte Grund der Verwicklung ist der, daß wir uns aus unserer eigenen Art heraus in einer Weise entwickelt haben, die den anderen Völkern unbequem ist, daß wir, die man draußen früher als das Volk der Dichter und Denker allen Fragen der sichtbaren Welt entzogen glaubte, jetzt auch in dieser Welt eine ungeahnte Kraft und Tüchtigkeit entfalten, daß die anderen Völker solche Tüchtigkeit als eine Schädigung ihrer eigenen Interessen betrachten und daher uns möglichst vernichten möchten. So kämpfen wir in Wahrheit für das Ganze unserer Existenz, für unsere Art zu sein, für unsere Freiheit und Selbstentwicklung.

Wir dürfen aber von solchem Kampf trotz aller Opfer und Verluste Gutes für uns erwarten, weil wir noch keineswegs ausgelebt sind, sondern trotz einer tausendjährigen Geschichte bis zum heutigen Tage eine jugendliche Frische behalten haben. Unsere Arbeit hatte dabei durch den Gesamtverlauf der Geschichte ein eigentümliches Verhältnis zur Kultur. Unsere geistige Höhe fällt uns nicht leicht und bequem als ein freundliches Naturgeschenk zu, sondern wir haben sie mit Mühe und Arbeit erst zu erringen, wir kommen nicht leicht in Bewegung und haben manchen Widerstand im eigenen Wesen zu überwinden, wir mögen daher, von außen betrachtet, leicht als schwerfällig erscheinen. Aber haben wir eine Sache einmal energisch ergriffen, so setzen wir an sie unsere ganze Kraft und üben zäheste Beharrlichkeit; indem sich dabei unser Vermögen steigert, können wir Gipfel des Schaffens erreichen, die den anderen unzugäng-

lich bleiben. Wie der zähe Fleiß und das Geschick unserer Landwirte es erreicht hat, daß unser von Natur minder ergiebiger Boden reichere Früchte trägt als der von der Natur bevorzugte anderer Völker, so steht es auch mit unserer geistigen Arbeit: wir sind namentlich groß durch das, was eignes Tun aus uns macht. Wenn schon dies dahin wirkt, unsere Kultur zu einer Kultur der Tat, nicht des bloßen Genusses zu gestalten, so hebt sich unser Wirken weiter dadurch, daß unser Wesen zwei Hauptbewegungen in sich trägt, die sich nicht unmittelbar miteinander ausgleichen lassen, sondern deren Ausgleichung den Gewinn eines neuen Standorts, ja eine innere Hebung des gesamten Wesens fordert. Uns Deutsche drängt es nämlich einerseits in die sichtbare Welt hinein zu rüstigem Wirken und Schaffen, andrerseits aber treibt es uns in das Innere der Seele, um hier ein Reich der Innerlichkeit zu errichten und die Außenwelt darin umzuwandeln. Diese Bewegungen können leicht einander widersprechen und sich gegenseitig schädigen, aber ihr Gegensatz hält unser Leben in unaufhörlicher Spannung und verhindert ein Erstarren in Verfolgung einer besonderen Richtung. Diese Elastizität des deutschen Geistes hat das 19. Jahrhundert mit besonderer Klarheit erwiesen, ihr dürfen wir auch für die Zukunft vertrauen, sie läßt uns mit Sicherheit hoffen, daß die gewaltigen Erschütterungen dieses Weltkrieges sich schließlich auch unserer Kultur fruchtbar erweisen werden. Wenn ein Volk, daß soviel an sich selbst zu arbeiten hat, sich des Ansturms der halben Welt, ja mehr als der halben Welt zu erwehren hat, und wenn es das mit Einsetzung aller seiner Kräfte tut, so müßte es wunderlich zugehen, wenn das, was es dabei tut und erfährt, es nicht auch innerlich weiterbilden und durch solche Weiterbildung auch seine Kultur vor neue Aufgaben stellen und zu neuen Höhen führen sollte.

Indem der Krieg zu einem Handeln aufruft, das den ganzen Menschen verlangt und höchste Gefahr enthält, klärt er uns in einzigartiger Weise über den wirklichen Stand der Dinge auf; er tut das, indem er sowohl viel Schein zerstört als eine sonst verdunkelte Wahrheit in voller Klarheit erkennen läßt.

Der Krieg reißt zunächst unbarmherzig dem Schein die Maske ab, welcher dem Durchschnittsstand der Kultur zähe anzuhaften pflegt. Denn es neigt diese Durchschnittskultur dahin, das Leben möglichst bequem zurechtzulegen, alles Störende aus den Augen zu rücken, Menschen und Dinge weit besser erscheinen zu lassen, als sie in Wahrheit sind. Schöne Worte gelten ihr als Taten, blinkende Rechenpfennige als Gold. Solche Scheinhaftigkeit empfinden wir heute besonders stark im gegenseitigen Verhältnis der Nationen. Die Neuzeit hat eine besondere Größe darin, die verschiedenen Kulturvölker zu voller Ausprägung ihrer Eigentümlichkeit zu führen, sie als gleichberechtigte Glieder in eine fruchtbare Wechselwirkung zu bringen; das Leben der Menschheit hat dadurch früheren Epochen gegenüber weit mehr Reichtum und weit mehr innere Bewegung erlangt. Aber solche Gemeinschaft geistigen Strebens galt leicht auch als eine Befreundung der Gesinnung, auch die moderne Art des Verkehrs mit ihrer Erleichterung gegenseitiger Berührungen stellte die Menschheit wohl als einen festen Zusammenhang dar, in dem gegenseitige Schätzung und Bereitschaft zur Förderung walte. Oft ward mit Posaunenstößen eine Solidarität der Völker verkündet, und auf internationalen Kongressen konnte man sich oft nicht genug gegenseitig Weihrauch streuen.

Wieviel Schein darin war, das müssen wir heute schmerzlich erfahren. Sehen wir doch, wie fremd die Völker einander im Grunde sind, wie wenig sie sich verstehen, welche Entstellungen und Verzerrungen des Bildes anderer möglich sind; nicht minder sehen wir, wie die Verfolgung des eigenen Interesses auch grenzenlose Unbill und wildesten Haß zu rechtfertigen scheint. Eine völlige Verwirrung des sittlichen Urteils ist eingetreten, nichts vielleicht ist dafür bezeichnender als die Tatsache, daß hochstehende englische Geistliche und Gelehrte dem italienischen Volke zu seinem Eintritt in den Krieg, der doch ein offenbarer Treubruch war, in einer gemeinsamen Adresse glaubten, ihre Hochachtung versichern zu sollen. Der Treubruch also fand Ehre und Lob, weil er dem englischen Interesse diente! Und das bei den Spitzen der Nation! Wir wollen nicht vergessen, daß in den Ausbrüchen von Gehässigkeit und moralischer Verblendung vieles auf die Leidenschaft des Augenblicks kommt, aber der Augenblick hätte die Gemüter nicht so weit fortreißen können, hätte in ihnen nicht schon viel Abneigung und Haß gegen die Deutschen geschlummert. Im großen und ganzen haben wir von der Menschheit viel Enttäuschung erfahren, und wir müssen erkennen, daß, so wie dieser Begriff sich heute darstellt, er viel hohlen Schein in sich trägt. Früher gab ihm die Religion, dann eine Vernunftkultur eine innere Begründung und Weihe; diese Grundlagen wurden vom überwiegenden Zuge der Neuzeit aufgegeben, trotzdem redete man in hohen Tönen von der Menschheit und glaubte in ihr ein festes Band und ein verpflichtendes Ziel für alle Völker zu finden. Sicherlich hat private Liebestätigkeit an humaner Gesinnung auch jetzt viel geleistet und dabei die Scheidewände der Völker durchbrochen, aber im Verhalten von Volk zu Volk scheint der Gedanke der Humanität oft völlig ausgelöscht; wir sehen deutlich, daß er noch nicht genügend fest in unserem Wesen verankert ist und daß seiner üblichen Fassung viel Unwahrheit innewohnt. Aber wenn uns Deutschen durch solche schmerzliche Erfahrungen der Internationalismus in der üblichen Fassung arg verleidet ist, ja, wenn er mit der Forderung, unsere nationale Art zugunsten eines charakterlosen Völkerbreies preiszugeben, entschiedenste Abweisung verdient, so behält der Gedanke einer internationalen, vom Gedanken der Menschheit beherrschten Kultur ein gutes Recht; nur muß er sich nach den Erfahrungen des Krieges von Flachheit und Scheinhaftigkeit aufs gründlichste befreien. Es ist fehlerhaft und gefährlich, als schon erreicht zu behandeln, was in Wahrheit als hohes Ziel vorschwebt.

Der Krieg hat uns auch im inneren Leben der Völker viel Hohlheit und Unwahrheit aufgedeckt. Man hat gemeint, daß die Durchführung einer möglichst unbegrenzten parlamentarischen Verfassung volle Freiheit verbürge, daß sie die Überzeugung und den Willen eines Volkes rein zum Ausdruck bringe. Aber der Krieg hat gezeigt, daß mit formaler Freiheit stärkste Gebundenheit Hand in Hand gehen kann; er hat gezeigt, wie kleine, aber zielbewußte und rücksichtslose Minderheiten das Ganze des Volkes einschüchtern und tyrannisieren, ja, ihm die eigenen Meinungen einflößen können; er hat gezeigt, wie wehrlos die sog. öffentliche Meinung einer geschickt geleiteten Presse gegenübersteht. Galt diese öffentliche Meinung früher wohl als ein Ausdruck der Vernunft, ja, als eine Stimme Gottes, so mußten wir uns überzeugen,

daß sie sich leicht künstlich hervorrufen läßt und oft, wenn auch unbewußt, nur den selbstischen Interessen des Kapitals Dienste leistet. Die Unselbständigkeit und die Leichtgläubigkeit des menschlichen Durchschnitts traten uns dabei deutlich vor Augen, wir sahen, daß mit dem Wachstum der Zahl keineswegs auch die Sicherheit des Urteils wächst. Das Vermögen des bloßen Quantums hat sehr bemessene Grenzen, und es gibt keinen stärkeren Druck auf die Freiheit als den, welcher im Namen der Freiheit geübt wird.

Aber der Krieg zerstört nicht nur den Schein, er bringt auch die Wahrheit zur Anerkennung; wenn er uns einerseits zeigt, daß wir weniger besitzen, als wir zu besitzen glaubten, so zeigt er uns andrerseits, daß wir in dem, was wir besitzen, weit mehr haben, als wir dachten. Zunächst klärt der Krieg uns darüber auf, was heute den Schwerpunkt des gemeinsamen Lebens und Strebens bildet. Unsere Zeit ist so voller Probleme und Gegensätze, daß wohl Unsicherheit darüber entstehen konnte. Die religiösen, die sozialen, die politischen Fragen beschäftigten stark die Zeitgenossen, und es pflegte dabei jedes Problem als das Hauptproblem aufzutreten. Nun aber gewahren wir deutlich, daß heute der nationale Staat weitaus die größte Macht über die Geister hat. Das freiheitstolze England scheut nicht ein enges Bündnis mit der russischen Gewaltherrschaft, mit der es so lange um die Oberhand kämpfte, und die verschiedenen Konfessionen spalten sich nach der Zugehörigkeit ihrer Anhänger zu den verschiedenen Völkern, der deutsche Katholik verficht ebenso tapfer und treu die deutsche Sache wie der französische die französische. Es ist heute der nationale Staat, welcher vor allem die Menschen verbindet und trennt, er bildet den stärksten Antrieb zur Aufbietung aller Kraft, zur Einigung der Gemüter, zu unbegrenzter Hingebung und Aufopferung. Gerade uns Deutschen hat der Krieg in dieser Richtung wertvollste Entdeckungen gebracht. Unser Kulturleben zeigte in jüngster Zeit manche Erscheinungen, die Zweifel erwecken konnten, ob nicht die Gesundheit unserer Nation durch Genußsucht und Verkünstelung gefährdet sei, ob unserem Leben nicht eine Verweichlichung drohe; der Krieg hat solche Erscheinungen weggefegt und deutlich erwiesen, daß der Kern unseres Volkes gesund ist. Die großartige Opferwilligkeit, die er hervorrief, hat gezeigt, daß der Egoismus weniger Macht über weiteste Kreise hat, als wir wohl dachten, und wenn die zahlreichen Gegensätze und Streitigkeiten der Friedenszeit uns zur Freude unserer Feinde zerrissen und einander verfeindet erscheinen ließen, so haben wir nun gesehen, daß das nicht bis zur letzten Tiefe reicht, daß eine Einheit im Grunde allen Spaltungen überlegen blieb und uns jetzt zu gemeinsamem Wirken verbindet. So besitzen wir mehr, als wir meinten, wir wachsen in unserer eigenen Schätzung, es wächst unser Selbstvertrauen. Und dies Selbstvertrauen hebt sich weiter durch die gewaltige, wir dürfen sagen einzigartige Leistung des Krieges mit ihrer engen Verbindung von moralischer Tapferkeit und geistigem Vermögen. Nur diese Verbindung erklärt unsere ausgezeichnete Organisation nicht nur draußen, sondern auch drinnen. Auch unsere Feinde erkennen sie an und schicken sich an, sie nachzuahmen. Aber sie werden dabei unliebsame Enttäuschungen erleben. Denn zu solcher Organisation genügt weder ein Anhäufen von Massen noch ein Befehlen und Ordnen von oben her, sondern dazu ist unentbehrlich, daß alle einzelnen Glieder an ihrer Stelle treue Pflichterfüllung und geistiges Vermögen erweisen, daß jeder sein Werk als wichtig für das Wohl des Ganzen erachtet und seine ganze Seele an seine Vollendung setzt. Das aber setzt eine lange geschichtliche Erziehung voraus, das läßt sich nicht improvisieren.

Das Große aber, das wir so in unserem Volke erkennen, muß unmittelbar eine Ermutigung und ein Antrieb für hohe Ziele werden, es wird uns besonders eine weitere Hebung unserer nationalen Kultur hoffen lassen. Eine solche Kultur kann nach dem Geist unseres Volkes unmöglich eine ängstliche Absonderung von der Gesamtbewegung der Menschheit und eine Einschließung in eine enge Sonderart bedeuten. Der deutsche Geist hat eben darin eine unvergleichliche Größe, daß es ihn drängt, alles, was irgendwo und irgendwann an hervorragender geistiger Leistung entstand, an sich zu ziehen, ihm seinen Stempel aufzuprägen und es damit sich anzueignen. Es liegt aber darin bei unbestreitbarer Größe des Strebens eine nicht geringe Gefahr, die Gefahr, daß das Fremde das Eigne überflutet, daß dieses nicht stark genug ist, jenes in eignes Fleisch und Blut zu verwandeln. Auch die weitverbreitete Neigung der Deutschen hängt damit zusammen, fremde Leistungen zu überschätzen, allem ein günstiges Vorurteil entgegenzubringen, was von draußen herangebracht wird, die Leistung der eignen Volksgenossen aber oft mit großer Unbill dahinter zurückzustellen. Daß das nicht notwendig ist, daß das Streben nach Universalkultur mit treuer Bewahrung deutscher Art aufs beste zusammen gehen kann, das zeigt besser, als alle allgemeinen Erörterungen es vermöchten, das Lebenswerk eines Goethe. Aber es bleibt die Gefahr, und es bedarf einer kräftigen Belebung der eignen Art, damit nicht über der Weite unseres Schaffens sein Charakter Schaden leide. Nun hat der Krieg uns in unserem Volk eine Kraft und Größe gezeigt, welche die ganze Welt und manche auch bei uns selbst überrascht hat; das darf uns mehr Vertrauen zu uns selber geben und uns getrost an die Aufgabe herantreten lassen, jene Größe dauernd festzuhalten und sie ins Innere zu wenden zum Aufbau einer zugleich nationalen und universalen Kultur. Das wäre ein großer Gewinn nicht nur für uns selbst, sondern für das Ganze der Menschheit.

Das Große in unserem Wesen, das der Krieg uns geoffenbart hat, kann uns auch dazu verhelfen, das Kleine und Kleinliche abzustreifen, das sich an unser Wesen haftet und jenes Große nicht zu reiner Gestalt und Wirkung gelangen läßt. Denn es steht nun einmal so, daß, während wir im Kern unseres Wesens stark und schöpferisch sind, wir an der Oberfläche leicht unsicher, formlos oder pedantisch werden und daher nicht genügend zur Erscheinung bringen, was unserem Wesen innewohnt. Möchte der Krieg uns dazu verhelfen, solcher Zerklüftung erfolgreich entgegenzuwirken und vollauf zu werden, was wir im Grunde sind!

Ferner aber treibt uns der Krieg, einer Künstlichkeit und Verweichlichung der Kultur entgegenzuwirken. Die Kultur des Friedens pflegt das Leben immer verwickelter zu gestalten, immer neue Aufgaben werden als unabweisbar aufgedrängt, immer neue Genüsse entstehen und stellen sich durch die Gewöhnung des Alltags als unentbehrlich dar. Dabei pflegen sich Haupt- und Nebensachen als gleichberechtigt zu geben, der Zug ins Weite und Breite unterdrückt die Sorge um einen beherrschenden Mittelpunkt und hemmt eine Abstufung des Lebens. Nun kommt der Krieg und verlangt die Anspannung aller Kräfte, und das für

eine Aufgabe, deren Lösung vor allem an schlicht-menschlicher Tüchtigkeit und Gesinnung hängt, er zwingt zu manchem Verzicht, er legt harte Entbehrungen auf. Und indem unser Volk sich dessen mit Freuden fähig zeigt, befreit es sich von mancher Abhängigkeit, es wird der einzelne wieder mehr auf die eigne Kraft gestellt und lernt, dieser Kraft zu vertrauen. Wie damit aber viel Verkünstelung von uns abfällt, so wird der Zug zum Wahrhaften und Einfachen bei uns verstärkt und auch der Kulturarbeit eine Richtung darauf gegeben. Im Lauf der Weltgeschichte wurde inmitten aller Fortschritte der Kultur immer von neuem eine Rückkehr zur Einfalt des Lebens zu einer dringlichen Forderung, die großen Wendepunkte des Lebens waren nicht Erweiterungen, sondern Vereinfachungen, Befreiungen der Hauptsache von dem immer stärker überwuchernden Nebenwerk, ein mutiges Abschütteln überflüssigen Ballastes. So zeigt es besonders die Religion, so zeigt es nicht minder die Kunst, und auch die großen Erzieher waren an erster Stelle bemüht, die Fremdheit der Bildung zu überwinden und die Erziehung des Menschen auf die einfachen Grundzüge seiner Natur zu stellen; in gleicher Richtung wirkt jetzt der Krieg, er ruft uns zu energischer Scheidung, zur Konzentration auf den Kern unseres Wesens, zur Unterordnung aller Nebensachen, zur Brechung der Macht des Entbehrlichen auf.

Zugleich verändert sich das Gesamtbild der Kultur. Die Neuzeit war weithin dem Einfluß der verderblichen Vorstellung verfallen, die Kultur sei ein bloßer Prozeß, in dem sich ohne Zutun des Menschen das Spätere aus dem Früheren heraus entwickle, in sicherem Fortgang das eine zum anderen häufe. Diese Vorstellung dünkt uns verderblich, weil sie die Meinung erweckt, als werde die geistige Bewegung dem Menschen zwingend auferlegt und als sei sein Entscheiden und Tun eine bloße Nebensache. Bei solcher Fassung droht sich das Leben in eine müßige Kontemplation zu verwandeln und seinen ethischen Charakter einzubüßen. Nun zeigt der Krieg mit überwältigender Eindringlichkeit, daß, so viel wir der Geschichte verdanken, sie allein uns keineswegs den Forderungen der Gegenwart gewachsen macht; was hilft uns in den Nöten der Zeit alles, was aus der Vergangenheit an uns kommt; haben wir nicht vielmehr heute wie um uns selbst, so auch um die Aufrechterhaltung des Gesamtbestandes unserer Überlieferung zu kämpfen? Mit voller Deutlichkeit sehen wir, daß die Entscheidung bei uns selbst und der lebendigen Gegenwart liegt; die Gegenwart dünkt nun nicht mehr ein bloßes Glied einer langen Kette, die aus sich selber abrollt, sondern sie gewinnt eine volle Selbständigkeit und einen unvergleichlichen Wert; sie empfängt zugleich das Recht und die Pflicht, sorgfältig zu prüfen, was von der Vergangenheit eine bleibende Bedeutung hat, die Pflicht, in unserem Besitz Zeitliches und Ewiges, Vergängliches und Unvergängliches voneinander zu scheiden, damit aber das Leben von aller Greisenhaftigkeit zu befreien und einer Verjüngung zuzuführen. Weite Ausblicke und Aufgaben zur Regeneration der Kultur tun sich uns damit für die nächste Zukunft auf.

Solche Aufgaben aber vertrauensvoll zu ergreifen, dazu berechtigt uns eine Vergegenwärtigung der vielen neuen Leistungen und Kräfte, die der Krieg hervorgebracht hat. Wie die Aufgabe der Verteidigung des Vaterlandes gegen einen übermächtigen Feind den Menschen aus träger Lebensgewohnheit aufrüttelt und ihn schwersten Gefahren für Leib und Leben mutig ins Auge schauen heißt, so setzt sie neue körperliche und seelische Kraft in Bewegung, kehrt neue Seiten des Lebens hervor, führt neue Eindrücke zu, läßt neue Erfahrungen machen, Welt und Leben mit neuen Augen sehen. Was zunächst durch äußeren Zwang auferlegt ward, das vermag sich ins Innere zu wenden und zur eignen Tat zu werden, damit aber das Leben wesentlich weiterzubilden.

Auch das Verhältnis von Mensch zu Mensch erfährt eine gründliche Erneuerung. Je mehr sich die Kultur entwickelt und je mehr sie eine Teilung der Arbeit verlangt, desto mehr soziale Differenzierung und Abstufung bringt sie mit sich; eine solche aber läßt im gewöhnlichen Lauf des Lebens die Menschen sich nur in einzelnen Punkten berühren und auch füreinander interessieren; äußerlich oft zusammengedrängt, bleiben wir uns meist innerlich fremd, wissen wenig voneinander, kümmern uns wenig umeinander. Das wirkt oft auf die Gefühle wenig günstig ein: auf der einen Seite entstehen leicht Dünkel und Übermut, auf der anderen Mißtrauen und Abneigung. Uns Deutschen ist das besonders gefährlich, da wir den natürlichen Unterschieden künstliche zuzugesellen lieben und Fragen des Ranges und Titels eine ungebührliche Bedeutung verleihen. Nun kommt der Krieg und führt die Menschen aller Arbeitsgebiete und aller Klassen aufs allerengste zusammen, läßt sie Gefahr und Not miteinander teilen, Mühen und Entbehrungen gemeinsam tragen, Schwerstes und auch Freudiges miteinander erleben, gemeinsam dem Tode ins Auge schauen und in Todesnöten einander helfen. In so gewaltigen Bewegungen und Erfahrungen verschwinden alle Unterschiede der sozialen Stellung, das Verhältnis von Mensch zu Mensch wird auf einen neuen Grund gestellt, der Mensch sieht im anderen nun an erster Stelle den Menschen und lernt ihn als Menschen schätzen. Für viele Deutsche war es wie eine Entdeckung, zu gewahren, welche Größe rein menschlicher Art oft in Menschen von schlichtester Lebenslage wohnt; wie solche Erfahrung jetzt die Gemüter innig verbindet, so dürfen wir hoffen, daß sie auf die Dauer einer künstlichen Scheidung entgegenwirke, ja daß sie auf alle Gebiete des Lebens und auf das Ganze der Kultur einen befruchtenden Einfluß übe. Nachdem sich alle so in gemeinsamem Kampf und gemeinsamer Not bewährten, können sie nicht wieder in der alten Art auseinandergehen und einander als halbe Feinde betrachten; die Kultur aber kann viel daraus gewinnen, wenn sie mehr durch die gemeinsame Überzeugung und Teilnahme aller Volksgenossen getragen wird; auch von hier aus läßt sich einer Verkünstelung des Lebens entgegenwirken und der Kultur mehr Wahrhaftigkeit geben. Gewiß entstehen damit schwere Probleme, und auch manche Verwicklungen treten in Sicht, aber die jetzt erwiesene Tüchtigkeit mit ihrer Erhöhung des Lebens läßt uns hoffen, daß dem Wachstum der Probleme auch ein Wachstum der Kräfte entsprechen wird.

Erschließen sich so für die Gesinnung neue belebende Quellen, so hat der Krieg auch unserem geistigen Vermögen viel Belebung und Steigerung gebracht. Am deutlichsten zeigen dies das technische und das wirtschaftliche Gebiet. Dieser Krieg schneidet uns die meisten Beziehungen zu anderen Völkern ab und beschränkt uns gänzlich auf den eignen Bereich, die Feinde hofften, uns damit auszuhungern und niederzuzwingen. Nun aber hat sich gezeigt, daß ein solches Unternehmen unser Vermögen erst recht geweckt hat. Auf die eigne

Kraft gestellt, haben wir neue Wege entdeckt, Altbekanntes besser verwertet, neue Möglichkeiten ins Leben gerufen, eine bewunderungswürdige Elastizität der verschiedenen Erwerbszweige erwiesen. So haben wir uns überzeugt, daß wir weit selbständiger sind, als wir dachten, und daß unser technisches wie wirtschaftliches Vermögen keine Grenzen kennt. Vieles von dem, was die besondere Lage der Zeit erzwang, wird von dauerndem Vorteil sein, über alle einzelne Gewinne hinaus aber wirkt das Bewußtsein der Kraft und der Selbständigkeit, das aus solcher Erfahrung hervorgeht. Das muß auch der Kultur und ihrem Fortschritt zugute kommen.

Beim überblicken des Ganzen ist eine starke Wirkung des Krieges auf die Kultur unverkennbar. Der Krieg erwies sich zunächst als ein Klärer, indem er den wahren Gehalt der Welt des Menschen erkennen ließ; er tat das sowohl durch ein Aufdecken falschen Scheins als durch ein Herausstellen sonst verborgener oder doch unterschätzter Wirklichkeit; er wirkte aber darüber hinaus als eine Kraft der Umwandlung, indem er uns einmal von starrem Druck befreite, weiter aber neues Vermögen erweckte und auf neue Wege trieb. Das Bild, in dem dabei der Mensch erschien, war keineswegs einfach. Unerfreulich stellte es sich im Verhältnis der Völker zueinander dar, erfreulicher innerhalb der einzelnen Völker. Im besonderen erwies das deutsche Volk eine solche Fülle von Kraft und Tüchtigkeit der Gesinnung, es hob sich so weit über den Durchschnittsstand der menschlichen Lage hinaus, daß von hier aus der Glaube an das Menschenwesen sich wieder befestigen konnte, den die Eindrücke der internationalen Lage schwer zu erschüttern drohten. Was aber die Kultur anbelangt, so erwies der Krieg sowohl eine starke Unfertigkeit als eine große Steigerungsfähigkeit. Auf die Probe der Tat gestellt, wurde manches als leerer Schein und Einbildung befunden, was als volle Wirklichkeit aufgetreten war und mit solchem Anspruch viel Anerkennung gefunden hatte. Aber zeigte der Krieg mit seiner Aufdeckung der Oberflächlichkeit und Hohlheit der Durchschnittskultur uns ärmer, als wir dachten, so eröffnete er uns einen großen Reichtum im eigenen Volke und zeigte hier feste Wurzeln für eine Neubelebung der Kulturarbeit. Indem er aber nicht nur schon Vorhandenes zeigte, sondern auch durch den Aufruf zu neuen Zielen weiterführte, befreite er die Kultur von dem Starrwerden in geschlossenen Bahnen, gab er ihr einen starken Antrieb zur Ursprünglichkeit, zur Abstreifung angeklebter Künstlichkeit, zur Herausarbeitung der einfachen Grundzüge menschlichen Wesens. Die Kultur wird durch ihn von dem Mechanismus befreit, der in Leben und Überzeugung schon weit um sich gegriffen hatte, sie wird wieder mehr in Fluß gebracht und wieder mehr auf eigne Tat gestellt. Eine schärfere Sichtung des überkommenen Bestandes, ein Wirken und Schaffen aus lebendiger Gegenwart, eine Verjüngung des Ganzen wird damit angeregt.

Allerdings kann erst der weitere Verlauf der Dinge darüber entscheiden, ob diese Aussichten sich voll verwirklichen, ob die gehofften Gewinne in Wahrheit unser eigen werden und ob damit eine wesentliche Hebung der Kultur aus diesem Kriege hervorgeht. Denn die Kräfte und Gesinnungen, die er belebte, waren zunächst an ein besonderes Ziel gebunden, das vorübergehender Art ist; nun wird zur Frage, ob es gelingt, jene Kräfte davon abzulösen, die Erhöhung dauernd festzuhalten und über den ganzen Umkreis des Lebens auszudehnen. Daran hängt es auch, ob der Krieg der Kunst und der Literatur eine wesentliche Förderung bringen, sie zu vordringendem Schaffen anregen wird. Es ist verkehrt, große Leistungen auf diesem Gebiet von ihm unmittelbar zu verlangen. Denn solche Leistungen sind nur in seltenen Fällen Kinder des Augenblicks; gewöhnlich senken die großen Ereignisse nur einen fruchtbaren Keim in die Seelen ein, der erst nach längerem Reifen zu großen Werken führt. Aber warum sollten wir nicht in dieser Hinsicht getrost in die Zukunft sehen, warum sollte den Deutschen nicht gelingen können, was den Griechen und den Niederländern gelungen ist: durch gewaltige Erschütterung hindurch ein Aufstieg des ganzen Wesens, eine Verjüngung der Kultur?

Dem Blick auf die Erfahrungen der Gegenwart würde aber ein wesentlicher Zug entgehen, wenn er die ungeheure Erschütterung und die unermeßlichen Verluste unbeachtet ließe, die ein Weltkrieg wie der gegenwärtige bringt. Tausende werden aufgeopfert, eine unheimliche Auslese beraubt uns der Besten, beraubt uns namentlich der frisch aufstrebenden, hoffnungsfreudigen Jugend; nicht nur den Familienkreisen werden unheilbare Wunden geschlagen, werden unersetzliche Güter geraubt, auch in das Ganze des Volkes werden schwere Lücken gerissen, und in das Leben eines jeden, der den Gefallenen durch Teilnahme, Freundschaft und Liebe verbunden war, kommt ein trüber Ernst, den auch eine längere Zeit nicht leicht verwischen wird; müssen doch die Bilder der Abgeschiedenen, müssen die verlorenen Hoffnungen dauernd unser Leben begleiten. Wie steht es nun mit dem Menschen? Was bedeutet und soll sein Leben? Zu hohen Zielen und schwerer Arbeit wird er von innen her aufgerufen, und es wird ihm damit ein einzigartiger Wert verliehen, er darf sein Tun über sein eigenes Befinden hinaus als bedeutend erachten; zugleich aber sehen wir ihn in seinen Geschicken dunklen Gewalten ausgeliefert, die keinerlei Werte kennen. Das ist ein Widerspruch, den nur matte Seelen gleichgültig hinnehmen können, kräftigere werden dadurch zu einer Entscheidung gedrängt: zu völliger Verzweiflung oder zur Ergreifung neuer Zusammenhänge und somit zu einer Vertiefung des Lebens. Wo die Entscheidung bejahend ausfällt, da gewinnt die Religion, Religion im allgemeinmenschlichen Sinne, wieder Macht in den Herzen der Menschen. Die Religion aber steht zu der Überzeugung, daß die innere Erhebung, die beim Menschen erscheint, im besonderen eine Erhebung durch Mühe, Sorge und Leid hindurch, nicht eine Sache des bloßen Menschen ist, sondern aus Gnade höherer Mächte hervorgeht, daß die Kraft der Erneuerung und Überwindung nicht aus eignem Vermögen aufgebracht, sondern durch jene gegeben wird. Aus solchem Bewußtsein eines Getragenwerdens durch überlegene Mächte quillt die zuversichtliche Hoffnung, die felsenfeste Überzeugung, daß diese Mächte nicht schlechthin verlorengehen lassen werden, was sie selbst bereiteten und worin sie mit ihrer Kraft gegenwärtig waren. Diese Überzeugung aber ist die tiefste Wurzel der Religion. Diese schließt nicht aus einer vorgefundenen Vernunft der Wirklichkeit auf einen vernünftigen Grund, sondern die Unvernunft der greifbaren Wirklichkeit zusammen mit dem Gewahren des Aufsteigens einer neuen Welt in der Seele des Menschen treibt sie zur Anerkennung einer der sichtbaren Welt überlegenen Ordnung, die über dem Wechsel und Wandel zeitlicher Dinge steht. Die Religion

schließt nicht nach der gewöhnlichen Weise mit einem Weil, sondern mit einem Obschon und Trotzdem; indem sie den Widerspruch anerkennt, hebt sie zugleich über ihn hinaus.

Bringt der Krieg uns diese Tiefen des Lebens wieder zu vollerer Wirkung, so wird auch der Kultur damit eine größere Tiefe und ein größerer Ernst zugeführt; wo ihr diese fehlen, da ist sie stets in Gefahr, eine bloße Menschen- und Genußkultur zu werden, eine Kulturkomödie, deren bunte und wechselnde Bilder den Menschen wohl zeitweilig ergötzen, nicht aber dauernd befriedigen können. Der Krieg sei uns mit all seinen Schmerzen gesegnet, wenn er uns von der Leerheit dieser Komödie befreit, die schon viel zu viel Macht über uns gewonnen hatte, wenn er uns einen starken Antrieb gibt, von der bloßen Menschenkultur zu einer echten Geisteskultur vorzudringen. Wohl stellt das menschliche Leben und mit ihm die Kultur sich in all den Gegensätzen und Verwicklungen als höchst unfertig, ja als voll harter Widersprüche dar, aber alle Dunkelheit läßt die Tatsache unangetastet, daß bei uns Großes vorgeht und daß damit auch das Tun und Leben jedes einzelnen einen unvergleichlichen Wert gewinnt.

Die religiöse Bewegung im Weltkrieg[1]

von Prof. Dr. M. Schian in Gießen

Der Umfang der Bewegung. Darüber, daß die gewaltigen Ereignisse des Kriegsausbruchs und der ersten Kriegsmonate eine religiöse Bewegung im deutschen Volk hervorgerufen haben, kann kein Zweifel bestehen. Als der Kaiser am Tage der Kriegserklärung am Schlusse seiner Ansprache vom Balkon des Schlosses der Menge zurief: »Jetzt geht in die Kirche, kniet nieder vor Gott und bittet ihn um Hilfe für unser braves Heer!«, traf er das Empfinden der Masse, und keine Anklage auf Romantik ward laut. Der für Preußen auf den 5. August 1914 angesetzte Landesbuß- und Bettag sah durchweg überfüllte Kirchen. In einer stark sozialdemokratischen Gemeinde im Norden Berlins hatte man, weil es ein Wochentag war, keinen Vormittagsgottesdienst anzusetzen gewagt; unter dem Andrang der gar nicht geladenen Kirchenbesucher mußte einer improvisiert werden; und der planmäßige Abendgottesdienst fand wieder lebhafte Beteiligung. Einen so gewaltigen, noch dazu viele Wochen anhaltenden Kirchenbesuch, wie er damals durch ganz Deutschland zu beobachten war, hatte von der gegenwärtigen Generation noch niemand gesehen. Vielfach wurden auch Gottesdienste auf freien Plätzen unter ungeheurer Beteiligung gehalten, so in Berlin am 2. Aug. am Bismarckdenkmal. Wie weit die Kraft dieser Bewegung reichte, war aus den Zeitungen zu ersehen; auch diejenigen unter ihnen, die sonst zur Religion kein näheres Verhältnis gehabt hatten, gaben jetzt mindestens gelegentlich einem ernst-frommen Worte Raum. In der »Kölnischen Zeitung« schrieb jemand einen Preis aus für das beste, der Zeit Rechnung tragende Tischgebet; den Preis errang ein Remscheider Rechtsanwalt. Im »Berliner Tageblatt« (25. Sept., Abendausgabe) pries ein Mitarbeiter die Bibel: »Viele Menschen kehren heute zu dem Buch zurück und werden es nicht mehr missen können, nicht jetzt und nicht später. Denn es ist in ihm das einzige Mittel enthalten, nicht nur diese Tage auszuhalten, sondern auch dem Leben gewachsen zu sein, das uns nach diesen Tagen benötigen wird.« In der »Frankfurter Zeitung« (Nr. 239 vom 29. August) las man in einer Schilderung der Siegesstimmung: »Das sind Momente, in denen gläubige Gefühle der Jugendzeit sich wieder melden und in alten geprägten Worten auf die Lippen kommen, auf die Lippen auch derer, von denen es gilt: ‚Lang' ist's her; ich hab' indes Weisheit dieser Welt erworben, lang' in meinem klugen Kopfe ist der liebe Gott gestorben! Wer heute auf freiem Platz in begeisterter und ergriffener Menge den Choral von Leuthen singt, braucht keinen Spott zu besorgen; es stimmen alle ein'.« Als Merkmal für die Allgemeinheit dieser Stimmung kann auch die Tatsache gelten, daß Rektor und Senat der Universität Leipzig dem emeritierten, aber noch dem Lehrkörper angehörigen Professor Wilhelm Ostwald wegen abfälliger Äußerungen, die er in Schweden über das Erstarken des religiösen Lebens in Deutschland getan hatte, ihre schärfste Mißbilligung aussprachen.

Der Stimmung in der Heimat entsprach die Stimmung im Heere. In entscheidenden Stunden wurden Lieder wie »Ein feste Burg« (beim Einmarsch in Antwerpen) und »Nun danket alle Gott« gesungen; das erstere ist in diesem Krieg beinahe zum deutschen Nationallied geworden. Durch Umfrage bei den Münchenern Buchhändlern wurde festgestellt, daß die ins Feld Ziehenden (freilich bücherkaufende Gebildete!) am meisten das Neue Testament, Goethes »Faust«, Nietzsches »Zarathustra« verlangten. Daß in Gefechtspausen der ersten großen Bewegungskämpfe die Mannschaften fast allgemein ihr Neues Testament oder ein Gebetbuch hervorgeholt haben, wird von allen Seiten bezeugt. Die Sehnsucht nach Feldgottesdiensten machte sich stark geltend. Besonders bemerkenswert ist, daß in vielen Fällen Offiziere und Unteroffiziere (keineswegs etwa bloß Theologen) ihren Abteilungen religiöse Ansprachen, auch geradezu Gottesdienste gehalten haben. Zahlreiche Feldpostbriefe bezeugen, daß man im Felde beten lerne oder daß man dort »ein anderer« werde. Man wird sich vor Verallgemeinerungen hüten müssen; sicherlich sind längst nicht alle von der Bewegung erfaßt worden, draußen so wenig wie daheim, und ebenso sicher sind zahllose andere nur oberflächlich von ihr angerührt worden. Aber das wird man sagen dürfen: die herrschende Stimmung war und blieb lange die einer stillen Ehrfurcht vor der Religion, einer lebhaften Hochschätzung ihrer Werte. Und bei vielen vertiefte sich diese Stimmung zu ganz persönlicher religiöser Ergriffenheit.

Den Charakter der Bewegung näher zu bestimmen, ist nicht leicht. Ohne Frage schließt sie ja eine ungeheure Mannigfaltigkeit von Gedanken und Empfindungen ein. Vielleicht kennzeichnet sie gerade der Umstand, daß sie meist der konfessionellen Be-

[1] Den ganzen Umfang und die Ergebnisse der Bewegung darzustellen muß für später vorbehalten bleiben; diese Abhandlung beschränkt sich ebenso wie die folgende über die christlichen Kirchen auf das Bild, das sich etwa Ende 1915 darbot.

stimmtheit ermangelte. Zwar ergoß sich, namentlich in der Heimat, die Flut religiöser Erregung ganz selbstverständlich in das längst gebahnte Strombett kirchlicher Frömmigkeit. Evangelische wie Katholische gingen in die Gottesdienste ihrer Konfession; Predigten, Kriegsbetstunden, Flugblätter, Andachten, meist von Theologen gehalten oder verfaßt, trugen selbstverständlich die Farbe des ihnen geläufigen Frömmigkeitstypus. Aber die Besonderheit der Einzelkirche trat doch auch bei diesen Gelegenheiten zurück. Unter der Herrschaft des »Burgfriedens«, aber keineswegs infolge eines Zwanges oder auch nur Druckes, verstummte jede konfessionelle Polemik. Der Antiultramontane Reichsverband stellte seine Tätigkeit ein; der Evangelische Bund schied aus der seinigen jede Bekämpfung der Gegenseite aus. Die Gemeinsamkeit des Erlebens drängte die gemeinsamen religiösen Werte in den Vordergrund. Manche evangelische Predigt dieser Zeit hätte auch in einer katholischen Kirche gehalten werden können; und — was fast noch mehr besagen will — manche katholische in einer evangelischen Kirche. Aber nicht bloß die konfessionelle Sonderung trat zurück, sondern vielfach auch die besondere Gedankenwelt des geschichtlichen Christentums. Die stete Anlehnung an die Person Christi, die sonst weithin als Regel gilt, war gerade für Kriegserlebnisse und Kriegsnotwendigkeiten schwierig; so griff man unwillkürlich zu den allgemeineren Werten christlicher Frömmigkeit, zu den Gedanken des Weltregiments Gottes, seiner Majestät und seiner Gerechtigkeit, um an ihnen Mut, Vertrauen, Geduld und Hoffnung zu stärken. Man hat nicht ganz mit Unrecht von einer alttestamentlichen Stimmung gesprochen, die auch in kirchlichen Kreisen den Vorrang beansprucht habe; die eben genannten Gedankenreihen finden ja in Propheten und Psalmen des Alten Testaments klassischen Ausdruck. Auch darüber hinaus wirkte das Alte Testament ein. Es wies gerade für die mannigfaltigen Lagen des Krieges die geeigneten Anknüpfungen auf in seinen Erzählungen aus Israels Kriegen, in seinen Siegesliedern und seinen aus den Zeiten der Not geborenen Bittpsalmen. Vor allem bot es auch Gedanken, die ein einzelnes Volk in engem Zusammenschluß mit seinem Gott, also eine national gestimmte Religion, zeigen. Die lebhaft gesteigerte Frömmigkeit war begreiflicherweise geneigt, die deutsche Sache ohne weiteres mit Gottes Sache gleichzusetzen. Die feste Überzeugung von der Gerechtigkeit der Sache Deutschlands führte dazu, von dem Lenker der Welt den Sieg des deutschen Volkes zu begehren. Gerade diese Stimmung griff weit über die eigentlich kirchlichen Kreise hinaus. Niederschlag fand sie z. B. in Richard Dehmels Gedicht »Einmütigen Volkes Gottvertrauen« mit dem Schluß: »Eins (= ein Volk) wohl aber ist drum zur Stunde am reinsten deines Willens inne — o Geist der Einheit, das gibt uns Kraft«; Alexander von Gleichen-Rußwurm sprach sie in »Der Deutschen Gebet« aus: »Laß die Gerechtigkeit nicht sterben, Herr! Das Göttlichste, das deinem Stern verliehen! Darum liegt Deutschland heute auf den Knieen. Laß die Gerechtigkeit nicht sterben, Herr! Dies Ungeheure, laß es nicht geschehen, daß gutes Recht und Treue untergehen.« Daß in dieser Stimmung frommer Sinn mit der Forderung göttlichen Eingreifens zugunsten Deutschlands öfter zu weit ging, soll nicht verkannt werden. Nicht allein, daß ein unmittelbar zu erwartender, rascher Sieg Deutschlands vielfach wie eine selbstverständliche Folge der göttlichen Gerechtigkeit angesehen wurde; auch die Bestrafung der Feinde wurde in die an Gott gestellten Forderungen einbezogen. A. von Gleichen-Rußwurm dichtete: »Herr, straf sie heut! Herr, straf sie schon hienieden!« Der anfangs weitverbreitete Gruß »Gott strafe England« hatte in solchen Empfindungen seinen Ursprung; freilich war er schon in seiner ständigen Wiederholung und in seiner Isolierung ihr einseitigster und bedenklichster Ausdruck geworden. Daneben gab sich die Kriegsfrömmigkeit auch manchen andersgearteten Ausdruck; namentlich bei solchen, die dem eigentlichen Christentum fern standen, äußerte sie sich naturgemäß mehr als Ehrfurcht vor dem Ewigen, als bewegtes Miterleben der gewaltigen Schicksalswege. Immerhin bleibt die Rolle beachtenswert, welche die Größen der christlichen Frömmigkeit, zum mindesten die Worte und Wendungen, in denen sie diese Größen zu nennen gewöhnt ist, auch außerhalb der Kirchenmauern spielten. In diesem Sinn wurden die bekannten Dichter Deutschlands fast alle zu Predigern. Richard Dehmel betitelte eine Liedersammlung »Volkesstimme, Gottesstimme« (Hamb. 1915); Gerhart Hauptmann schließt sein Reiterlied: »Meine Ehr' und mein Land bleiben ewig mein: nimmer nimmt sie uns irgendwer; dafür sorgt Gott, Kaiser und deutsches Heer. Nimmermehr!« Und andere schlugen ähnliche Töne an.

Im Heere dürfte die Prägung, die die Zeit der Frömmigkeit gegeben hat, ähnlich sein. Stärker noch schwand hier die konfessionelle Schranke; die enge Kameradschaft läßt keine Betonung des Unterschieds zu. Die Verhältnisse brachten es mit sich, daß Feldgottesdienste bald vom evangelischen, bald vom katholischen Pfarrer, auch einmal vom Rabbiner gehalten wurden; jedesmal nahm die Truppe ohne Unterschied des Bekenntnisses teil. Sollte ein Lied gesungen werden, so mußte zu einem der bekannten gegriffen werden; der Bericht mag zutreffen, daß auch der Rabbiner einmal »Ein' feste Burg« wählte. Wohl halten sich viele auch im Kriege von jeder eigenen religiösen Betätigung fern; bei anderen bleibt sie rein äußerlich; wieder bei anderen kommt sie über ein Fragen, vielleicht Disputieren nicht hinaus. Aber zum mindesten das Problem der Religion ist allgemein wichtig geworden. Die Weihnachtsfeiern, die von den deutschen Truppen überall, wo es anging, und so festlich wie möglich begangen wurden, hat ihrer Frömmigkeit einen im besonderen Sinn christlichen Einschlag neu zugeführt; doch wird angesichts der Lage an der Front die Versenkung in den geschichtlichen Gedankengehalt des Festes kaum allzu nachhaltig gewesen sein. Das »Friede auf Erden« und das Gedenken an die Lieben zu Haus bestimmte neben ernsten persönlichen Erwägungen wahrscheinlich am stärksten den Inhalt der Festbetrachtungen, von den eigentlichen Gottesdiensten abgesehen. Ernst von Wolzogen hat seine Landsturmkompanie eine »Heilige Julnacht« feiern und als das beste Weihnachtslied im ersten Kriegsjahr »Deutschland, Deutschland über alles« »zu Allvaters Nachthimmel« emporklingen lassen (»Landsturm im Feuer«, Berlin-Wien 1915, S. 186 ff.).

Daß bei gesteigerter religiöser Erregung auch der Aberglaube stärker hervortritt, ist unausbleiblich. Kriegszeiten bieten ihm immer besonders günstige Bedingungen. Der Wunsch, sich selbst oder den Angehörigen vor der feindlichen Kugel zu schützen, und der andere Wunsch, das Geschick des in den Krieg Gezogenen vorauszuwissen, sind auch in diesem Kriege

die Haupttriebkräfte für allerhand Zauber gewesen. Die Methode, sich durch einen »Himmelsbrief« zu schützen, ist außerordentlich verbreitet; ganze Regimenter, namentlich älterer Jahrgänge, sollen mit solchen ausgerüstet sein. Dabei hat freilich weibliches Bitten und Drängen vielfach den Anstoß oder den Ausschlag gegeben; der Soldat mag oft nach dem Grundsatz gehandelt haben: »Hilft es nichts, so schadet's nichts.« Daheim sind von Teilnehmenden oder auch nur Neugierigen sämtliche gebräuchlichen Methoden der Zukunftserforschung reichlich angewendet worden; das Volk sieht darin keinen Widerspruch mit dem christlichen Glauben.

Deutsche Religion. Eine dieser Kriegszeit eigentümliche Erscheinung ist die stark hervortretende Sehnsucht nach deutscher Religion, deutschem Christentum. Zu verstehen ist sie ohne weiteres aus der Hochspannung nationalen Gefühls im Kriege. Jedes Volk, das religiös empfindet, nimmt in Zeiten nationaler Not Gott für seine Sache, weiter dann aber auch für sich selbst in Anspruch. Von daher liegt die Entwicklung einer »Volksreligion« nahe, die nun aber heutzutage niemand mehr in dem naiven Sinn der alten Volksreligionen fassen will, deren Begründung auf ein inneres Verhältnis zwischen Volksart und Religion vielmehr als Notwendigkeit empfunden wird. In der Regel ist dabei an gewisse Züge des deutschen Volkscharakters gedacht (Treue, Wahrheit, Innerlichkeit), aus denen eine deutsche Religion abzuleiten sei. So scheint es E. von Wolzogen zu meinen, wenn er (a. a. O., S. 166) die Hoffnung ausspricht, daß »unser Volk aus diesem Kriege als schönste Frucht des Sieges vielleicht schon die Kraft heimbringen werde, die morsche, zersetzende Kirchlichkeit zu überwinden, um in einem gemeinsamen deutschen Glauben aufzugehen«. Wie bei ihm, so hilft auch bei anderen die Beobachtung, daß die konfessionellen Schranken im Kriege verschwinden, daß die Soldaten »die Ausschaltung aller von der Kirche ihnen sonst zur Verfügung gestellten Vermittler zwischen sich und Gott keineswegs schmerzlich vermißten«, zu solchen Erwartungen. Die Formen, in denen ein kirchenloser »deutscher Glaube« mit oder ohne Anlehnung an altgermanische Vorstellungen gewünscht oder gepriesen wird, sind ganz gewiß zahlreich; um jede einzelne aber schart sich, wenn überhaupt eine Mehrheit von Anhängern, so doch nur eine ganz kleine. Der Grundcharakter der Frömmigkeit ist doch auch jetzt christlich geblieben. Aber auch auf die christliche Religion erstreckt sich das Begehren nach engster Zusammenschweißung mit dem deutschen Volk, nach Verdeutschung. So gewiß der internationale Charakter des Christentums über alle Zweifel erhaben ist, so unausrottbar ist doch das Streben, es der Art des Volkes, insbesondere des deutschen, anzugleichen. Es fand längst vor dem Krieg seinen Ausdruck in dem Verlangen nach »Germanisierung« des Christentums (Arthur Bonus; vgl. die Arbeitsziele von Julius Burggraf, Georg Schnedermann). Jetzt hat es zunächst zu sehr eingehenden literarischen Erörterungen geführt, die noch längst nicht als abgeschlossen gelten können. An ihnen beteiligten sich selbstverständlich die katholisch-kirchlichen Kreise gar nicht oder nur im Sinne bestimmter Ablehnung. Denn so stark auch das Nationalbewußtsein im deutschen Katholizismus in dieser Zeit lebendig ist, irgendwelchen Einfluß auf die Gestaltung der religiösen Vorstellungen oder Forderungen kann ihm die katholische Kirche selbstverständlich nicht geben; wird doch, was zu diesen gehört, für sie vom internationalen Papst für alle Gebiete der katholischen Kirche gleichmäßig festgesetzt, und sind doch alle Bestrebungen nationalkirchlicher oder auch nur nationalreligiöser Art in dieser Kirche regelmäßig, in den letztvergangenen Zeiten noch entschiedener als früher, gescheitert. Wenn man überhaupt im Katholizismus der Frage nach deutschem Christentum begegnet, so kann das nur in den Kreisen des sog. Reformkatholizismus geschehen. Dieser hat unter den Stürmen des Krieges sein Organ, »Das neue Jahrhundert«, eingehen lassen; seit Beginn des Jahres 1915 aber ist als eine Fortsetzung desselben eine Monatsschrift: »Freie deutsche Blätter« (München, Krausgesellschaft) ins Leben getreten, und diese hat in Nr. 1, gleichsam programmatisch, »das Erwachen des deutschen Geistes« gefeiert, dessen innerster Kern Frömmigkeit, Religiosität sei. Zu irgendwelchen weiteren Folgerungen aber ist es weder in diesem Aufsatz noch später gekommen; die große Frage nach einer engeren Verbindung des deutschen Geistes mit denjenigen Formen von Religion und Kirche, die heute die maßgebenden sind, ist von hier aus nicht aufgeworfen worden. Auch die Untersuchungen über den Krieg und den Katholizismus, die der katholische Theologieprofessor Schrörs in einem besonderen Büchlein angestellt hat (s. unten), beschränken sich auf die Besprechung der Rückwirkung des Krieges auf die Lage und Entwicklung der katholischen Kirche. Die Frage des deutschen Christentums hat also nur für das evangelische Christentum tiefergreifende Bedeutung. Hier ist sie durch den engen Zusammenhang der lutherischen Reformation mit dem deutschen Volk unterbaut; in der nationalen Begrenzung der Kirchen, in der Ausprägung individueller Volkstypen evangelischer Frömmigkeit ist ihr Recht begründet. So darf es nicht wundernehmen, wenn jetzt die Forderung des deutschen Christentums zuweilen so einseitig schroff vertreten wird, daß darüber der universalistische Charakter der christlichen Religion gefährdet erscheint. Die kirchlichen Zeitschriften haben in zahlreichen Artikeln das Für und Wider dieser Losung besprochen. Vielfach wurde dabei auf das Buch von Sigismund Rauh: »Deutsches Christentum« (Göttingen 1912, 2. Aufl. 1915) zurückgegriffen, das aber keineswegs eine Klärung des Begriffs bietet. Im allgemeinen zeigt sich auf Seite der kirchlichen Rechten sehr viel mehr Abneigung gegen die Losung als Zuneigung zu ihr, was aus der dort geübten stärkeren Betonung der überkommenen Lehrinhalte von vornherein verständlich ist. Praktisch werden die meisten, die für die Losung eintreten, an nichts anderes denken als an die Geltendmachung deutscher Eigenart im Rahmen des evangelischen Christentums. Zu solcher gehört zunächst die Abkehr von aller Ausländerei, insbesondere aller »Engländerei« im kirchlichen und religiösen Wesen, wie sie durch Kirchlein und Sekten, die von anderen Ländern her nach Deutschland hineingekommen waren, vor allem aber durch den Einfluß des Methodismus auf die deutsche Gemeinschafts- und Heiligungsbewegung mehr und mehr um sich gegriffen hatte. In dieser Richtung hat der Krieg auch tatsächlich schon Wirkungen geübt. Manche kleinen Kirchengemeinschaften, die, weil sie ihren Ursprung in England haben, auch in einer gewissen inneren Abhängigkeit von England lebten (z. B. die Baptisten), haben sich viel mehr als vorher auf das Recht ihrer religiösen Selbständigkeit besonnen. Daß Engländer jemals wieder die Rolle im religiösen

Leben Deutschlands spielen sollten, die sie vor dem Krieg in den Kreisen der Evangelisationsbewegung und durch die Organisationen der Heilsarmee übten, scheint fast ausgeschlossen. Sodann wird deutsche Eigenart auch stärkere positive Berücksichtigung in der kirchlichen Ausgestaltung verlangen. Das Volkskirchentum hat kräftige Belebung erfahren. Die vor dem Krieg in den Kreisen der Rechten hervortretende Neigung zur Kirchentrennung aus dogmatischen Gründen wird sich für die nächste Zeit kaum mehr bemerkbar machen; das in der Not der Zeit erprobte Einheitsbewußtsein des deutschen Volkes wird nachdrücklich eine das Volksganze umspannende Organisation fordern; statt ihres Abbruchs wird ihr weiterer Ausbau fürs erste das Ziel sein. Damit wird sich eine stärkere Rücksichtnahme auf die Eigenart des deutschen Volkscharakters von selbst verbinden, und sei es nur in dem Sinne, daß man die Einheit in der Mannigfaltigkeit deutlicher für berechtigt erkennen wird als bisher.

Die Zukunft der Bewegung. Die innere Kraft und im Zusammenhang damit die Zukunftsaussichten der Bewegung werden sehr verschieden beurteilt. Hier und da begegnet man dem Wort von der religiösen »Wiedergeburt«; aber auch wo es gebraucht wird (z. B. bei F. Mahling, s. unten), bezeichnet es nicht eine Tatsache, die man für vollzogen hielte, sondern ein Ziel, dem man zustrebt. In der Tat könnte man nur in recht allgemeinem Sinn behaupten, daß das deutsche Volk eine religiöse Wiedergeburt erlebt habe. Zahllose Deutsche haben eine Neubelebung ihres mattgewordenen religiösen Lebens erfahren; aber diese bedeutet weder eine völlige Umwandlung, noch hat sie sich auf das ganze Volk ausgedehnt. Starken Einfluß hat bei dieser Belebung sicherlich die Not der Zeit gehabt; das »Not lehrt beten« hat sich wieder bewährt. Die Gefahr des Todes ließ den Soldaten, die Gefahr des Vaterlandes den Bürger zu Gott emporschauen. Dazu kam die überwältigende Erfahrung vom Fehlschlagen aller menschlichen Berechnungen, das plötzliche Aufhören aller Lebensbedingungen, auf die man sich gewohnheitsmäßig eingestellt hatte, die unerhörte, das Volk innerlich mit fortreißende Größe des täglichen Geschehens, angesichts deren auch der klügste Alleswisser eine Zeitlang verstummte. Zugleich fand eine Umwertung der Werte statt, die sich in langer Friedenszeit allmählich bei vielen an die erste Stelle geschoben hatten; vielen ging mit einem Male das Verständnis für sittliche Energie, für Zucht und Ordnung auf; und so wurde man bereit, die Bedeutung der Religion in anderem Maße als früher anzuerkennen.

In dieser Deutung des Erlebens ist die Antwort auf die Frage nach der Dauer der Wirkung bereits gegeben. Es handelt sich um Erkenntnisse, die auf eigenem Erleben beruhen; sie werden sicherlich auch in den Frieden mit hinübergenommen werden und in ihm weiter wirken, nur wahrscheinlich nicht mit der gleichen Kraft, mit der sie anfangs erfaßt wurden. Friedenseindrücke werden ihnen den Rang wieder streitig zu machen suchen. Es handelt sich um Eindrücke, die im lebenden Geschlecht fortarbeiten werden, die aber, wenn wir wieder mit gesicherten Friedenszuständen rechnen können, allmählich verblassen werden. Es handelt sich um persönlichstes Erleben, das je nach der in Frage kommenden Persönlichkeit verschiedene Dauer und Wirkung haben wird; bei Oberflächlichen vergeht es rasch, bei Tieferen hält es vor, gestaltet wohl auch wirklich den Menschen um. Daß die wechselnden Eindrücke des Krieges auch wechselnde Wirkungen auf die religiöse Stimmung üben, wird vielfach beobachtet; dem Ernst vor dem Sturmangriff folgt Gleichgültigkeit bei gesicherter Lage. Die lange Dauer des Krieges läßt die Stärke des inneren Erlebens geringer werden; der Soldat gewöhnt sich an die persönliche Gefahr, der Bürger an die des Vaterlandes. Auch die sittlichen Wirkungen des Krieges lassen diese langsame Ermattung erkennen. Anfangs waren Opferwilligkeit, gegenseitige Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft sicher sehr viel größer als im späteren Verlauf des Krieges. Das gilt auch von den im deutlich sichtbaren engen Zusammenhange mit dem religiösen Leben stehenden Betätigungen des Opfersinns und der Nächstenliebe. Die anfangs gewaltig anschwellende Bereitschaft zur Hergabe von Geld und anderen Hilfen machte später auch bei kirchlichen Sammlungen bereits wieder vorsichtiger Zurückhaltung Platz.

Und so werden wir die Zukunftsaussichten etwa so zu bestimmen haben: Die Kraft der anfänglichen religiösen Flutwelle wird allmählich abebben; aber der Krieg wird immerhin eine nicht geringe, ihn selbst überdauernde belebende Wirkung auf das religiöse und sittliche Leben des deutschen Volkes ausüben.

Das religiöse Leben anderer Völker. Über die Wirkungen des Krieges auf das religiöse Leben anderer Völker zu urteilen, sind wir noch nicht in der Lage. Dazu fehlen allzusehr die auf ruhiger Beobachtung fußenden näheren Nachrichten. Von einer religiösen Bewegung in Frankreich ist mehrfach die Rede gewesen. Französische Blätter druckten das Bekenntnis eines atheistischen Schriftstellers: »Wie schwer ist's, auf diesem Nationalfriedhof noch Atheist zu sein! Ich kann es nicht, ich kann es nicht. Ich habe mich betrogen und euch, die ihr meine Bücher laset und meine Lieder sanget.« Ein deutscher Feldzugsteilnehmer fand in einem leeren französischen Schulhaus, vom geflüchteten Lehrer an die Wandtafel geschrieben, die Worte: »C'est le résultat de notre école sans Dieu!« In Masseneingaben ist die französische Regierung aufgefordert worden, die Abhaltung offizieller Gottesdienste anzuordnen. Der Ministerrat billigte die Antwort seines Präsidenten, der die Einmischung der Regierungsgewalt in jeder Form für unzulässig erklärte. Ein im Lande wohnender protestantischer Geistlicher, R. Saillens, stellt fest, daß ein Geist ernster Lebensauffassung über Frankreich gekommen, daß die Empfindung der Abhängigkeit vom Allmächtigen gewachsen sei; er berichtet von überfüllten Kirchen, vielen Sondergottesdiensten. »Männer, deren Leben im üblichen Gleis ging oder sogar gottlos war, sind Puritaner geworden. Theater und Musikhallen sind gereinigt.« Freilich scheint das Urteil dieses Beobachters reichlich optimistisch; er schreibt auch den Satz: »Der Ton der Tagespresse steht auf hoher Stufe«. Bischof Gibier von Versailles will wissen, daß 9/10 der französischen Soldaten beten; von anderen wird behauptet, daß der Priestersoldat bei den Soldaten der französischen Armee überall geachtet und willkommen sei. Beide Sätze gewinnen dadurch nicht an Glaubwürdigkeit, daß sie in der ungeheuerlich einseitigen Tendenzschrift »La guerre allemande et le Catholicisme« stehen und daß Gibier zugleich Frankreich das auserwählte Volk Gottes, den Freund Christi und den treuen Diener der heiligen Kirche nennt. Die Antwort deutscher Katholiken auf jenes Buch bestreitet denn auch diese Behauptungen ganz entschieden unter Bei-

bringung statistischer Daten über die kirchliche Betätigung kriegsgefangener Franzosen. An manchen Orten besucht mehr als die Hälfte von ihnen Sonntags die Messe, an sehr vielen Orten nehmen nur 10 Proz. oder noch weniger daran teil; in den Lagern mangele es tatsächlich an Achtung gegen die Priestersoldaten; den daraus entspringenden Unannehmlichkeiten sind sie durch ihre vom Kaiser angeordnete Gleichstellung mit den Offizieren entgangen. Daß manche französische Kriegsgefangene wieder Anschluß an die Kirche gesucht haben, der sie längst den Rücken gekehrt hatten, wird übrigens häufig anerkannt.

Daß die nach alledem sicherlich vorhandene, nur entfernt nicht so weit und tief, wie in jener Tendenzschrift angenommen, reichende religiöse Bewegung vorwiegend der katholischen Kirche zugute kommen muß, ergibt sich schon aus dem Verhältnis der Konfessionen; doch spricht Saillens (wieder sehr optimistisch) davon, daß der sittliche, religiöse und soziale Einfluß der protestantischen Kirchen sich viel stärker fühlbar mache, als nach der Zahl ihrer Glieder zu erwarten sei.

Daß die an sich sehr lebendige englische Frömmigkeit durch den Krieg Anregungen zu weiterer Kräftigung erfährt, ist wahrscheinlich; es ist der englischen Regierung ja gelungen, den ganzen Krieg als einen Kampf für das von Deutschland unterdrückte Recht hinzustellen, also der englischen Beteiligung sittliche Motive unterzuschieben. Anderseits ging dem englischen Volk das ganze Ringen sicher — zumal in der ersten Kriegszeit — nicht so tief wie dem deutschen; seine Söhne waren und sind längst nicht in dem Grade beteiligt wie die des deutschen Volkes; darum wird auch die Kraft der religiösen Wirkungen wohl geringer bleiben als die, welche wir erlebt haben.

In Rußland sind reichlich Bittgottesdienste für den Sieg der russischen Waffen gehalten worden; in den offiziellen Anreden an das Volk spielt Gott selbstverständlich eine große Rolle. Aber inwieweit hier von religiöser Bewegung die Rede sein kann, das entzieht sich unserem Urteil noch völlig.

Literatur. Joh. Schneider, Kirchliches Jahrbuch (Gütersloh 1915 und 1916; Kapitel: Kirchliche Zeitlage); »Chronik der christlichen Welt« (Tüb.; enthält seit Kriegsanfang in fast allen Nummern Übersichten u. d. T. »Der Krieg«); Neuberg und Stange, Gottesbegegnungen im großen Kriege. Feldpostbriefe usw. (Leipz. 1915); »Das religiöse Leben im Feld« (»Allg. ev.-luth. Kirchenzeitung«, 1914 ff.; zahlreiche Fortsetzungen); A. Uckeley, Wie sie im Kriege Gott fanden (Bonn 1915); D. Eberhard, Gottes Wort im Felde und daheim (Berl. 1915); Joh. Jeremias, Frömmigkeit im Kriege (Leipz. 1915); H. Schrörs, Der Krieg und der Katholizismus (Kempten, 2. Aufl. 1915); G. Pfeilschifter, Religion und Religionen im Weltkrieg (Freiburg 1915); Bousset-Schuster-Dörries, Der Krieg und die christlich-deutsche Kultur (Gött. 1915); R. Saillens, The moral and religious effects of the war on the French people (»The Review and Expositor«, 1915, Nr. 3, S. 375—383); »La guerre allemande et le Catholicisme« (Paris o. J. [1915]); »Der deutsche Krieg und der Katholizismus« (Berl. 1915); Paul v. Wurster, Das englische Christenvolk und wir (Tüb. 1915); P. Herpel, Deutsche Theologieprofessoren zum Kriege (»Die christliche Welt«, I, 1915, Nr. 39—41); W. Laible, Deutsche Theologie über den Krieg (Leipz. 1915); M. Schian, Das deutsche Christentum im Kriege (das. 1915); H. Ostertag, Religiöses Leben draußen (das. 1915); W. Wendland, Krieg und Religion (»Grenzboten«, 1915, S. 212—219); F. Röpke, Der religiöse Geist in deutschen Soldatenbriefen (»Grenzboten«, 1915, Heft 30); W. Lehmann, Krieg und Frömmigkeit (»Preuß. Jahrbücher«, Bd. 161, Heft 1); E. Krebs, Von deutscher Frömmigkeit (»Hochland«, 1915/16, Heft 1).

Die christlichen Kirchen im Weltkrieg[1]

von Prof. Dr. M. Schian in Gießen

I. Die evangelischen Kirchen.

Die gegenseitigen Beziehungen der evangelischen Kirchen der feindlichen Länder. Durch den Weltkrieg sind auch die evangelischen Kirchen in den feindlichen Ländern miteinander in Kriegszustand getreten. Die evangelischen Kirchen bilden ja auch im Frieden keine Einheit; die meisten sind in nationale Grenzen eingeschlossen und mit ihren Völkern eng verbunden; jede von ihnen geht ihren eigenen Weg. Aber es bestehen doch allerhand freundschaftliche Beziehungen zwischen ihnen. So hatten die Waldenserkirche in Italien und die kleine Belgische Missionskirche von Deutschland aus vielfach pekuniäre Unterstützung bezogen. Zwischen den deutschen Kirchen und denen Großbritanniens waren in der letzten Zeit, nicht ohne politische Verständigungsabsichten, mancherlei Fäden neu gesponnen worden; Massenbesuche und Gegenbesuche deutscher und großbritannischer Kirchenmänner waren (1908 und 1909) zustande gekommen; ein »Komitee zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland« war gegründet worden und hatte sich ein eigenes Organ geschaffen, die »Eiche«. Jetzt hat sich das Komitee aufgelöst, und die »Eiche« nennt sich viel allgemeiner »Vierteljahrsschrift für Freundschaftsarbeit der Kirchen. Ein Organ für soziale und internationale Ethik«. Zwischen den Kirchen selbst aber ist, obwohl meist nicht die Behörden, sondern nur hervorragende Persönlichkeiten sich ausgesprochen haben, eine scharfe Gegnerschaft entstanden. Ende August 1914 erließen zahlreiche hervorragende deutsche evangelische Kirchenmänner einen Aufruf an die evangelischen Christen im Auslande, der die Verantwortung für diesen Krieg vom deutschen Volk abwies und sie England zuschob. 42 Vertreter der englischen und schottischen Staats- und Freikirchen antworteten mit einer Verteidigung der Politik Greys: sie hätten für die Erhaltung des öffentlichen Rechts in Europa und für den guten Glauben im internationalen Leben Stellung genommen. Der Conseil de la Fédération der protestantischen Kirchen Frankreichs sprach am 30. Oktober 1914 »seinen tiefen Schmerz darüber aus, daß nach so vielen Jahrhunderten des Christentums zwei große Reiche die am festesten stehenden Regeln des Völkerrechts mit Füßen treten«. Die Waldenser-Zeitschrift »La Luce« nahm (1915, Nr. 32 und 33) in scharf antideutschem Sinn Stellung, doch wurde amtlich erklärt, daß diese Artikel nicht als Äußerung der Waldenserkirche als solcher und ihrer Behörden aufzufassen seien. Endlich hat die Belgische Missionskirche ihre Beziehungen zum Gustav-Adolf-Verein, der sie dauernd unterstützte, einstweilen ge-

[1] Vgl. die Fußnote auf S. 322.

löst, sich dabei allerdings die Wiederaufnahme vorbehalten. Außerdem sind eine große Zahl von Erklärungen, Briefen und sonstigen Äußerungen hin und her gegangen, namentlich zwischen angesehenen deutschen und englischen Theologen. Das Ergebnis ist dahin zusammenzufassen, daß eine Verständigung weder erzielt noch auch angebahnt ist. Die Brücken zwischen den evangelischen Kirchen der feindlichen Länder sind fürs erste als abgebrochen anzusehen.

Die evangelischen Kirchen der neutralen Länder (auch die Waldenserkirche gehörte anfangs zu ihnen) haben sich natürlich stärker zurückgehalten. Doch hat die Gesellschaft der Genfer Pfarrer eine Erklärung an die protestantischen Kirchen Frankreichs und Belgiens geschickt, in der sie bezeugte, daß, ob sie auch politisch neutral sei, ihre brennenden Sympathien sich ganz natürlich den Schwesterkirchen unter dem Kreuz zuwendeten. Das Schweizerische Zentralkomitee der Evangelischen Allianz, die ja ein Bindeglied für die Evangelischen der verschiedenen Länder sein will, bezeugte September 1914 allen christlichen Ländern Europas ihre Teilnahme; es sprach die Hoffnung auf den Tag aus, da in Wirklichkeit alle eins sein würden. Im übrigen hat die Evangelische Allianz, die vornehmlich unter englischem Einfluß steht, keine Anstrengungen zur Herstellung einer Verständigung gemacht. Besonders eifrig hat der oberste Geistliche der lutherischen Kirche Schwedens, Erzbischof N. Söderblom von Upsala, für den Frieden zu wirken gesucht; er hat nicht nur bald nach Kriegsausbruch dem Erzbischof von Canterbury seine Auffassung in einem ernsten Schreiben dargelegt, sondern auch einen gemeinsamen Aufruf der höchsten geistlichen Würdenträger einer großen Zahl von evangelischen Landeskirchen und Freikirchen angeregt, der dazu mahnte, »den Gedanken des Friedens ernstlich ins Auge zu fassen, so daß des Blutvergießens bald ein Ende werde«. Aber weder die deutschen noch die englischen Kirchenleiter haben ihre Unterschrift dazu gegeben; der Aufruf ist mit Namen, die fast durchweg neutralen Ländern, namentlich Amerika, entstammten, ausgegangen, ohne irgendeine praktische Wirkung zu erzielen.

Die deutschen evangelischen Kirchen machten, wie schon aus dem Vorstehenden hervorgeht, die nationale Sache ganz zu der ihrigen. Sie konnten das, weil niemand in ihrer Mitte an der Gerechtigkeit der deutschen Sache zweifelte. Die führenden Männer gaben dieser Überzeugung in den Absatz 1 genannten Erklärungen öffentlich Ausdruck; auf die erwähnte Antwort der 42 erfolgte noch einmal eine deutsche Erwiderung, die in ausführlicher Darlegung den Beweis für Deutschlands ehrlichen Friedenswillen und für seine Schuldlosigkeit am Ausbruch dieses Krieges führte. Nachher haben, abgesehen von den Verhandlungen des Gustav-Adolf-Vereins mit den Waldensern und der Belgischen Missionskirche, die deutschen Kirchen ihre Arbeit lediglich dem eigenen Volke gewidmet. Die Kirchenregierungen erließen wegweisende Kundgebungen; sie veranstalteten durch ihr ganzes Gebiet Kollekten für die durch den Krieg hervorgerufenen Notstände, besonders für Ostpreußen und das Elsaß; die hessische Landeskirche stellte aus einer besonderen Sammlung dem Roten Kreuz die Mittel für einen Lazarettzug zur Verfügung. Die meisten Kirchenregimente ordneten am Anfang des Krieges einen besonderen Landesbuß- und -bettag an. Vielfach wurde das Offenhalten der evangelischen Kirchen angeregt und durchgeführt. Die Abhaltung regelmäßiger »Kriegsbetstunden« wurde teils angeordnet, teils doch empfohlen. Aus kirchlichen Mitteln erfolgten Zeichnungen für die Kriegsanleihen. Alle sonst im Flusse befindlichen kirchlichen Unternehmungen ließ man, um die Kräfte für die Kriegsarbeit freizumachen, vorläufig ruhen; die Synoden tagten nur ganz kurz zur Erledigung unaufschiebbarer geschäftlicher Angelegenheiten.

Die Hauptmasse der Kriegsarbeit entfiel, wie sich das aus der Sache selbst ergibt, auf die Kirchengemeinden. Obwohl die Arbeitskräfte durch die militärische Einberufung oder den freiwilligen Eintritt nicht weniger Pfarrer, besonders auch der jüngeren Hilfskräfte, ins Heer an manchen Orten vermindert waren, ist in den Gemeinden eine gewaltige Arbeit geleistet worden. Fast überall wurden Kriegsbetstunden eingerichtet, die regelmäßig neben Gesang und Schriftlesung eine freie Ansprache des Pfarrers bringen. Für die ausziehenden Soldaten und ihre Angehörigen wurden besondere Abendmahlsfeiern veranstaltet. Die Pfarrer in den größeren und viele in kleineren Orten übernahmen als freiwillige, nicht bezahlte Mehrarbeit die Seelsorge in den zahlreichen Lazaretten; nicht wenige halfen zur Einrichtung von Soldatenheimen für die Verwundeten. Die soziale Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer forderte viele Kraft und große Mittel; die kirchliche Armenpflege mußte ihre Leistungen vervielfachen. Es kam den Kirchengemeinden auch darauf an, mit den Familien der im Felde Stehenden innere Fühlung zu gewinnen; so wurde an zahlreichen Orten unter Mithilfe von eifrigen Gemeindegliedern eine besondere Besuchs- und Hilfsorganisation geschaffen, die sich mühte, allen Ansprüchen gerecht zu werden. An die Frauen der ins Feld Gezogenen ergingen Einladungen zu abendlichen Zusammenkünften mit zweckmäßigen Ansprachen und gemeinsamer Arbeit. Religiöse Schriften wurden unter sie zur Verteilung gebracht. Ganz besonders beteiligten sich die Vereine der Evangelischen Frauenhilfe und die Gemeindefrauenvereine an diesen Arbeiten. Auch mit den im Feld stehenden Gemeindegliedern suchten viele Kirchengemeinden Verbindung zu halten. Aus freiwilligen Sammlungen beschaffte Liebesgaben wurden ihnen zugeschickt, gedruckte und mit handschriftlichem Gruß versehene Blätter aus der Heimat wurden hinausgesandt; die persönliche Korrespondenz der Pfarrer mit ihren an der Front stehenden oder in auswärtigen Lazaretten liegenden Gemeindegliedern nahm oft einen mächtigen Umfang an. Mit den Anstrengungen der Kirchengemeinden und Pfarrer vereinigten die freien Organisationen die ihrigen. Die innere Mission stellte nach festen Abmachungen und darüber hinaus ihre Pflegekräfte, vor allem Diakonissen, der Heeresverwaltung zur Verfügung; ihre Krankenhäuser wurden zum großen Teil als Lazarette eingerichtet. Besonders pflegte sie die Arbeit der Schriftenverbreitung; ein »Gesamtausschuß zur Verteilung von Lesestoff im Felde und in den Lazaretten« sammelte Mittel und Schriften und sorgte dafür, daß alle Lazarette in der Heimat und im Feld, dazu auch die Truppenteile mit gutem (nicht ausschließlich, aber auch religiösem) Lesestoff versehen wurden. Um die Herstellung geeigneter Schriften waren zahlreiche Vereinigungen, insbesondere auch der Evangelische Bund, bemüht. Der Abhaltung von Kriegsvorträgen religiösen Inhalts wurde von seiten der Kirchengemein-

den wie der freien Vereine viel Mühe gewidmet. Von den meisten dieser Arbeiten ist in der großen Öffentlichkeit nicht viel bekanntgeworden; es mag darum sein, daß mancher über ihren Umfang im unklaren bleibt (für eine statistische Darstellung werden durch die Kirchenbehörden die notwendigen Unterlagen beschafft). Jedenfalls darf ein gerechtes Urteil über die Leistungen der evangelischen Kirche im Kriege am allerwenigsten gerade an dieser Arbeit vorübergehen.

Es ist das Schicksal der evangelischen Kirche, daß in der Öffentlichkeit viel mehr als von dieser stillen, fruchtbaren Arbeit von den kirchlichen »Fragen« und den sie zersetzenden Streitigkeiten gesprochen zu werden pflegt. Ganz ist sie diesem Schicksal auch im Weltkrieg nicht entgangen. Allerdings hat der eigentliche Streit der Richtungen seit Kriegsanfang geruht. Nicht bloß die konfessionellen Auseinandersetzungen verstummten, sondern auch die innerkirchlichen Debatten. Man einigte sich wie von selbst auf die Wahrung eines kirchlichen »Burgfriedens«. Gelegentlich hat jede der Parteien die Empfindung gehabt, daß die andere ihn nicht so streng wie sie selber halte; im allgemeinen hat er doch fortbestanden und wird wahrscheinlich fortbestehen, solange der Krieg währt. Darüber hinaus wird ihm aber keine Dauer beschieden sein. Der eine der die letzten Jahre vor dem Krieg aufwühlenden »Fälle«, der Fall Traub, hat auch in den Krieg hineingewirkt. Die Reinoldigemeinde in Dortmund, an der Traub zuletzt tätig gewesen war, richtete im Herbst 1914 an den Berliner Evangelischen Oberkirchenrat ein Gesuch um Rehabilitierung Traubs. Es ward abschlägig beschieden. Seither klingt der Widerspruch gegen diese Entscheidung in einer ganzen Anzahl gedruckter Äußerungen zur kirchlichen und religiösen Lage mit; möglich, daß er später noch einmal sehr laut wird. Sobald gar erst die Fragen der kirchlichen Verfassung, die Agendenfragen und die Lehrfragen wieder verhandelt werden, müssen auch die Gegensätze wieder zum Vorschein kommen. Das wird um so mehr der Fall sein, als gerade an den Krieg und die mit ihm verbundene religiöse Bewegung (s. S. 322 ff.) allerhand kirchliche Zukunftspläne anknüpfen, die natürlich alsbald verschiedene Anschauungen erkennen lassen. Deutlich wurde das durch vielbesprochene Äußerungen des bekannten religiösen Individualisten Johannes Müller, der die Anklage wenn nicht selbst erhob, so doch weitergab, die Kirche habe im Kriege »versagt«. Angesichts der außerordentlich regen Kriegsarbeit ist das kaum anders zu verstehen als so, daß die Kirche nicht die richtige Lehre aus dem Kriege gezogen habe, nämlich sich in Selbstbefreiung von Dogma und Kultus zu reiner Innerlichkeit des religiösen Erlebnisses zu entwickeln. Gerade hier aber liegen die Schwierigkeiten, weil bei der Feststellung der aus dem Kriege zu ziehenden Lehren sofort die Verschiedenheit der Deutung und damit die Uneinigkeit beginnt. Auch die von Joh. Müller angedeutete Entwicklung wird selbstverständlich nicht entfernt von allen Seiten als notwendige Kriegsfolge anerkannt werden. Wer von der raschen Gleichsetzung eigener Wünsche und Ansichten mit notwendigen Ergebnissen des Krieges absieht, wird nur wenige Punkte finden, an denen bei richtiger Arbeit die kirchliche Zukunft durch den Krieg über den Streit hinaus sicher beeinflußt werden kann. Zunächst muß versucht werden, die religiöse Belebung, die der Krieg brachte, für das kirchliche Leben fruchtbar zu machen; dabei muß, wenn nicht alles verdorben werden soll, auf die Eigenart dieser Bewegung (s. S. 322 ff.) energisch Rücksicht genommen werden. Dann muß die veränderte Stellung der Arbeiterschaft zur Religion, sofern und soweit man von einer Veränderung als von einer endgültigen Tatsache wird sprechen können, zum Ausgangspunkt für die Herstellung eines freundlicheren Verhältnisses zwischen Kirche und Arbeiterschaft gemacht werden. Die Kirche kann mancherlei, was ihr die Gewinnung des Vertrauens der Arbeiterschaft erschwerte, beiseite tun; sie muß ihren sozialen Charakter stärker als bisher in die Erscheinung treten lassen. Ferner muß der enge Zusammenhang zwischen Volksempfinden und kirchlichem Empfinden nach Kräften gewahrt bleiben. Eine Zerreißung der Volkskirche wird nach dem Kriege mindestens zunächst ferner liegen als vor ihm; dieser Zustand muß zur Befestigung der Stellung der Volkskirche genutzt werden. Auch wird das Gebot der Einigkeit aus der Kriegszeit in die Friedenszeit hinüberklingen. Es wird eine Lebensfrage für die deutschen Landeskirchen sein, ob es gelingt, diese Einigkeit wenigstens insoweit zu einer dauernden zu machen, daß der nachgerade das gesamte kirchliche Leben vergiftende Hader zum Aufhören gebracht und statt dessen sachliche Auseinandersetzung gepflegt werden kann. Die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den großen freien Arbeitsorganisationen der evangelischen Kirche ist zu diesem Zweck bereits angebahnt worden. Schließlich ist der starke Einfluß, den englisches Christentum vor dem Kriege auf das deutsche ausübte, zu beseitigen. Die Kirchen können, was dazu nötig ist, längst nicht allein bewirken; aber sie können dazu helfen.

Die Schäden, die der Krieg in den zeitweise zum Operationsgebiet gewordenen Landesteilen verursacht hat, sollen wenigstens kurz erwähnt sein. In Ostpreußen sind etwa 30 evangelische Kirchen und 20 Pfarrhäuser derart zerstört, daß nahezu ein Neubau nötig wird. Zahlreiche weitere kirchliche Gebäude sind schwer beschädigt. In etwa 20 Kirchengemeinden sind die kirchlichen Wertgegenstände geraubt; in den Pfarrhäusern ist vielfach der Hausrat vernichtet. Sechs Pfarrer sind nach Rußland verschleppt, vier mit ihren Familien. Fälle von Tötung von Geistlichen sind, entgegen anfangs umlaufenden Nachrichten, nicht vorgekommen, doch eine schwere Verwundung. — Im Elsaß mußten leider in vereinzelten Fällen protestantische Pfarrer wegen Bekundung franzosenfreundlicher Gesinnung bestraft werden. In den Vogesentälern sind die evangelischen Gemeinden teils schwer erschüttert, teils völlig verstreut. Wegen der noch andauernden französischen Besetzung ist der Umfang der Schäden noch nicht genau feststellbar. Die Anzahl der ins Innere Frankreichs verschleppten Pfarrer ist jedenfalls nicht unbeträchtlich und der Schade an Kirchen und kirchlichen Gebäuden sehr groß. Die in der preußischen Landeskirche zur Beseitigung dieser Nöte gesammelte Kollekte (250000 Mark) wird natürlich nur einen Teil der Aufgabe lösen können.

II. Die katholische Kirche.

In vielen Beziehungen ist die Lage der katholischen Kirche von der der evangelischen verschieden. Der Umstand, daß sie eine einheitliche Leitung in der Gestalt des souveränen Papsttums besitzt, ermöglichte ihr ein wiederholtes Eingreifen in die internationalen Beziehungen, zog sie aber auch mehrfach in die internationalen Verwicklungen hinein. Abgesehen davon, ist ihre Einheit aber im Krieg wenig zur Geltung

gekommen. Stehen auf evangelischer Seite Kirchen gegen Kirchen, so auf katholischer Kirchenteile gegen Kirchenteile; und der Gegensatz ist hier nicht im mindesten schwächer als dort. Die katholischen Volksteile in Deutschland und Österreich-Ungarn haben sich mit ganz unbedeutenden Ausnahmen genau so kräftig auf die Seite ihrer Länder gestellt wie die Katholiken Frankreichs und Belgiens auf die Gegenseite. Höchstens kann man sagen, daß die katholischen Iren der englischen Sache gegenüber größere Zurückhaltung beobachtet haben. Die entschiedenen Katholiken Italiens wünschten den Eintritt ihres Landes in den Krieg anfangs nicht, haben aber, als gegen diesen Wunsch entschieden war, sofort ihre Stellung entsprechend ihrer vaterländischen Zugehörigkeit genommen. Die Katholiken Rußlands waren, wie es der Stimmung des Polentums entspricht, in ihrer Stellungnahme nicht einheitlich. — Am schärfsten ist die nationale Zerspaltung zwischen Deutschland einerseits, Frankreich-Belgien anderseits zum Ausdruck gekommen; für die Sache der letztgenannten Mächte haben auch die Bischöfe, ja die Kardinäle der beiden Länder mit allem Nachdruck Partei genommen. Unter umfassender Mitwirkung der französischen Bischöfe ist die Schrift »La guerre allemande et le Catholicisme« (Paris, Bloud u. Gay) zustande gekommen; Kardinal Amiette von Paris hat ihr ein Geleitwort mitgegeben. Diese Schrift verfolgt ganz offensichtlich den Zweck, die gesamte katholische Welt gegen Deutschland aufzustacheln; sie sucht mit allen, auch den gröbsten Mitteln, den Krieg als Religionskrieg hinzustellen; Frankreich wird als Freund Christi und Diener der heil. Kirche geschildert; das Wort der Jeanne d'Arc wird wiederholt: »Krieg führen gegen Frankreich heißt Krieg führen gegen Gott«. Ein deutscher Sieg würde, so sucht dieses giftige Tendenzwerk zu beweisen, für den Katholizismus vernichtend sein. Durch Ausmalung und Aufzählung deutscher Greueltaten will es dartun, daß das deutsche Heer den Feldzug in Belgien und Frankreich geradezu als Krieg gegen den Katholizismus geführt, systematisch Kirchen geschändet und zerstört, Geistliche unschuldig erschossen und Nonnen vergewaltigt habe. Die deutsche Gegenschrift »Der deutsche Krieg und der Katholizismus« (Berlin 1915), verfaßt von Prof. Rosenberg, verzichtete auf Benutzung der Autorität des Episkopats, um der Welt das Schauspiel des Kampfes katholischer Bischöfe gegeneinander zu ersparen. Doch sprachen die beiden deutschen Kardinäle Bettinger und Hartmann im Namen aller deutschen Bischöfe dem Kaiser telegraphisch ihre Entrüstung über die Verunglimpfung des deutschen Vaterlands und seines Heeres durch jene Schrift aus und kündigten an, daß sie beim Papst Beschwerde führen würden. Ferner vereinigten sich zwanzig katholische Gelehrte in dem von Georg Pfeilschifter herausgegebenen Werke »Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg« (Freiburg 1915) zu gemeinsamer Abwehr der französischen Verleumdungsschrift. — Kardinal Mercier von Mecheln hat seine Stellung dazu benutzt, um die Bewohner Belgiens gegen die Deutschen, die das Land besetzt halten, zu erregen. Sein Weihnachtshirtenbrief 1914 schilderte in krassen Farben die deutschen »Greueltaten« so, daß ganz besonders Priester und Religiosen als ihre Opfer erschienen; er sprach über die Pflichten gegen die deutsche Obrigkeit in einem Ton, der seine Diözesanen geradezu in die Opposition hineintreiben mußte. Die Verlesung des Hirtenbriefs in den Kirchen wurde vom Generalgouvernement verboten, das Verbot aber von der anderen Seite zu einer Hetze gegen Deutschland benutzt. Es scheint, daß der Papst in einigen Sätzen seiner im geheimen Konsistorium 22. Januar 1915 gehaltenen Ansprache diese Haltung Merciers hat mißbilligen wollen. — Im Verfolg aller dieser Geschehnisse ist von einer Gefahr der Nationalisierung auch mit bezug auf die katholische Kirche gesprochen worden (Pfeilschifter). Jedenfalls sind die Schwierigkeiten einer internationalen Kirche noch niemals in der neueren Weltgeschichte dermaßen deutlich hervorgetreten wie jetzt. Doch ist als sehr wahrscheinlich anzusehen, daß die in den letzten Jahrzehnten so außerordentlich gefestigte einheitliche Organisation der katholischen Kirche auch diese Schwierigkeiten überwinden wird.

Auf die inneren Verhältnisse der katholischen Kirche hat der Krieg, auch von der religiösen Bewegung (vgl. S. 324) abgesehen, mancherlei Einfluß geübt. Daß der katholische Volksteil in Deutschland ebenso freudig wie der protestantische fürs Vaterland einsteht, ist von allen Seiten rundweg anerkannt worden. Der Umstand, daß katholische Geistliche in den Reichslanden eine franzosenfreundliche Gesinnung betätigt haben, darf dem Katholizismus ebensowenig zur Last gelegt werden, wie dem Protestantismus die Tatsache, daß auch einige evangelische Pfarrer aus gleicher Ursache bestraft worden sind. Daran ändert auch nichts, daß zwei katholische Priester geradezu ins französische Lager übergegangen sind: der Reichtagsabgeordnete Wetterlé und der Metzer Ehrendomherr Collin. Befremdlich war eher der Umstand, daß der letztere im Schematismus des Bistums Metz 1915 nach wie vor unter der Zahl der Domherren aufgeführt ward; die Streichung wurde erst Herbst 1915 verfügt und die Tatsache, daß ein kirchliches Strafverfahren gegen ihn nicht eingeleitet ist, damit begründet, daß Collin zur Zeit unerreichbar, daher die nach kanonischer Vorschrift erforderliche Zustellung der Anklageschrift unmöglich ist. Dem Französisch sprechenden Klerus der Grenzgebiete gegenüber erklärt auch ein katholischer Theolog wie Pfeilschifter eine zurückhaltende und wachsame Vorsicht für geboten (a. a. O., S. 85). Die wirklich vorgekommenen landesverräterischen Taten haben zur Entstehung verallgemeinernder und übertreibender Gerüchte geführt, gegen die nicht nur die bischöflichen Ordinariate von Straßburg, Metz und Freiburg mit öffentlichen Kundgebungen vom August und September 1914, sondern auch Zivil- und Militärbehörden energisch auftraten. Mittelbar ist die katholische Kirche auch an der durch den Krieg hervorgerufenen Gestaltung der Verhältnisse in Posen beteiligt. Nach langjähriger Sedisvakanz wurde der erzbischöfliche Stuhl von Posen-Gnesen alsbald nach Kriegsausbruch durch einen Polen, den Weihbischof Likowski, besetzt; nach dessen Tod wurde wieder sehr rasch ein Pole, Edmund Dalbor, sein Nachfolger. Für die Militärseelsorge stellte sofort bei Kriegsanfang der Jesuitenorden seine Kräfte zur Verfügung, und die Militärbehörde nahm, soweit Jesuiten deutscher Reichsangehörigkeit in Frage kamen, das Anerbieten an. In der Budgetkommission des Reichstags beantragte das Zentrum, »sämtliche gegen einzelne Teile des deutschen Volkes gerichtete gesetzliche Ausnahmebestimmungen alsbald aufzuheben, insbesondere das Jesuitengesetz und den sog. Sprachenparagraphen im Vereinsgesetz«. Der Reichstag nahm 20. März 1915 den Antrag an: »den Bundesrat zu ersuchen, die gegen einzelne Teile des deutschen Volkes gerichteten

gesetzlichen Ausnahmebestimmungen alsbald zu beseitigen«; die Nennung einzelner Bestimmungen blieb fort. Der Stellvertreter des Reichskanzlers erklärte dazu, es könne darüber, was Ausnahmegesetze sind, gestritten werden; das Jesuitengesetz könne als Ausnahmegesetz passieren, und es werde wohl zu den Aufgaben gehören, die uns dieser Krieg stelle, »die Frage erneut zu prüfen, ob dieses Gesetz weiterhin Bestand haben soll und kann«. Auch die möglicherweise durch Gebietsveränderungen eintretenden Verschiebungen der konfessionellen Verhältnisse sind unter dem Gesichtspunkt des Zusammenlebens der Konfessionen betrachtet worden; selbstverständlich ist es zu Erörterungen darüber zu früh.

In Österreich-Ungarn ist in den von den Russen zeitweilig besetzten Gebieten die katholische Kirche des griechischen Ritus, also die »unierte« Kirche, stark durch die Kriegsereignisse in Mitleidenschaft gezogen worden. Die russische Regierung betrieb die Gewinnung dieser in Galizien etwa zwei Millionen zählenden Unierten für die russisch-orthodoxe Kirche mit großem Eifer. Der orthodoxe Erzbischof von Wolhynien nahm seinen Sitz in Lemberg und forderte den Klerus auf, die uralte historische Verbindung mit der russischen Kirche wiederherzustellen. Unterstützt durch Waffengewalt ist die Orthodoxisierung anscheinend rasch vor sich gegangen. Bereits Anfang Januar 1915 sollen nicht weniger als hundert orthodoxe Gemeinden in Galizien neu errichtet gewesen sein; der Heil. Synod in Petersburg suchte für sie monatlich 10000 Rubel bereitzustellen. Katholische Geistliche, und zwar nicht bloß unierte, sind vielfach abgesetzt und nach Rußland verbannt worden, so auch der Lemberger Erzbischof Graf Scheptyzki. Besondere Arbeit wurde auf die Russifizierung des galizischen Schulwesens verwendet. Nach der Vertreibung der Russen aus Galizien wurde überall die Wiederherstellung des früheren Zustandes in die Wege geleitet.

Die Lage der katholischen Kirche in Frankreich war vor dem Krieg infolge der Trennungsgesetze außerordentlich ungünstig. Im Krieg zeigte sich die Beseitigung jedes Vorrechts unter anderm darin, daß die Geistlichen wie jeder andre, nach Lage der Dinge meist als einfache Soldaten, ihrer Heerespflicht zu genügen hatten. In Deutschland empfand man die dadurch geschaffene Lage der in Kriegsgefangenschaft geratenen französischen Priester so sehr als unangemessen, daß man für sie vom Kaiser eine der Behandlung der Offiziere entsprechende Behandlung erbat und gewährt erhielt. Daß trotz dieser Lage der französische Klerus, Bischöfe und Kardinäle voran, nicht nur einmütig für die Sache Frankreichs eintraten, sondern auch diese Sache zur Sache Christi und Gottes zu stempeln suchten (s. oben II, 1), ist in erster Linie aus einem ins Grenzenlose gesteigerten Nationalgefühl zu erklären, das alle Logik vergessen ließ. Der Haß gegen das »protestantische« Deutschland wird das Seine dazu beigetragen haben. Inwieweit daneben auch Hoffnungen auf einen Umschwung in Frankreich selbst zugunsten der katholischen Kirche mitsprachen, ist für uns schwer zu beurteilen. Es hat auf kirchlicher Seite an Versuchen nicht gefehlt, eine Stellung der Regierung zugunsten der Kirche herbeizuführen. Eine vom Kardinalerzbischof von Lyon verfaßte, mit 180000 Unterschriften versehene Petition wünschte, die Regierung möge nationale Gebete für Frankreich ausschreiben; eine zweite Petition bemühte sich um die Erlaubnis zur Rückkehr der verbannten Schwestern zur Verwundetenpflege. Beiden Wünschen versagte sich die Regierung, dem letzteren wenigstens, sofern damit die Rückkehr der betreffenden religiösen Genossenschaften gemeint war. Der Staat hat die aus der Trennung von Staat und Kirche sich ergebende Haltung folgerichtig durchzuführen gesucht. Die Nachrichten über die Maßnahmen religiöser Art in Lazaretten, Gefangenenlagern usw. sind nicht ganz deutlich; der katholischen Propaganda gegenüber soll in den ersteren ausdrücklich bekanntgemacht worden sein, daß jeder Soldat das volle Recht eigener religiöser Überzeugung habe. Daß die Regierung wieder ein diplomatisches Verhältnis zum Vatikan herzustellen versucht habe, ist mehrfach berichtet worden; diesem übrigens ergebnislosen Versuch würde aber eine religiöse Bedeutung nicht notwendig zukommen. Die Lage ist also die, daß die katholische Kirche in Frankreich sich mit großem Nachdruck unter Ausnützung der durch den Krieg geschaffenen Stimmungen und mit fanatisch-rückhaltlosem Eintreten für die nationale Sache müht, eine Änderung der durch das Trennungsgesetz geschaffenen Zustände herbeizuführen, daß sie aber bisher mit diesem Bemühen noch keine greifbaren Erfolge erreicht hat. Manche Anzeichen sprechen aber dafür, daß die herrschenden Parteien diese Propaganda nicht ganz ohne Sorge ansehen.

Aus den anderen kriegführenden Ländern ist über Wandlungen in den inneren Verhältnissen der katholischen Kirche kaum zu berichten. In Belgien und Polen sucht die deutsche Verwaltung selbstverständlich den leisesten Schein zu meiden, als ob sie der katholischen Kirche auch nur im geringsten zu nahe zu treten beabsichtige. Die Vorkommnisse bei der kriegerischen Besetzung Belgiens (s. oben II, 1) haben natürlich hier und da auch kirchliche Gebäude und Anstalten in Mitleidenschaft gezogen; die von Jesuiten geführte Universität Löwen hat besonders schwer gelitten; ihre Professoren sind nach England übergesiedelt. Diese Geschehnisse und ebenso das oben berührte Verbot des Hirtenbriefs des Kardinals Mercier sind unter ungeheurer Aufbauschung und krasser Entstellung zur antideutschen Agitation reichlich gemißbraucht worden. Auf die Dauer wird doch die der katholischen Kirche weit entgegenkommende Haltung der Deutschen anerkannt werden müssen. Ähnliches gilt von Polen. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß, während sonst Czenstochau deutscher Verwaltung unterstellt wurde, das berühmte Paulanerkloster auf der Jasna Gora daselbst als eine Art Enklave Österreich-Ungarn zugeteilt wurde; übrigens sind ihm auch von deutscher Seite Freundlichkeiten erwiesen worden. — In Italien vereinigt sich das Interesse auf die Stellung des Papstes zu und in den Kriegsereignissen (s. »Der Krieg und der Vatikan« im folgenden Teile dieses Werkes).

Selbstverständlich hat auch die katholische Kirche reichlich praktische Kriegsarbeit getrieben. Die Caritasorganisationen haben kräftig mit angefaßt; die Pfarrer sind zumeist in ähnlicher Weise beteiligt wie die evangelischen (vgl. oben I, 3). Die überall beobachtete Tatsache, daß im Kriege die interkonfessionellen Verbände ihre Tätigkeit weit ausgedehnt haben und daß damit, wenigstens für einen nicht kleinen Teil der Kriegsfürsorge und selbstverständlich für die Verwundetenfürsorge, auch für die Jugendbewegung, die konfessionelle Arbeit einigermaßen zurückgetreten ist, hat auf katholischer Seite Bedenken hervorgerufen (P. Noppel, s. unten: Literatur).

III. Die orthodoxe Kirche.

Auch die dritte große christliche Konfession, die **orthodoxe**, wird vom Krieg stark berührt. Der Zusammenhang zwischen Rußland und dem Slawentum des Balkans, der beim Kriegsausbruch eine so verhängnisvolle Rolle spielte, gründet sich ja nicht bloß auf die Verwandtschaft des Volkstums, sondern auch auf die der Religion. Rußlands Sehnsucht nach Konstantinopel ist nicht ausschließlich in dem Wunsch nach freier Zufahrt zum warmen Meer begründet; sie ruht auch in der geschichtlichen Tatsache, daß Konstantinopel die alte Hauptstadt der morgenländischen Kirche war. Die russische Kirche, geleitet vom Heil. Synod, hat denn auch die nationale Sache in jeder Weise zu stützen, zugleich aber rücksichtslos ihre eigene Sache zu fördern gesucht. Die Lage der Andersgläubigen in Rußland, namentlich auch der (deutschen) Evangelischen, wurde während des Krieges geradezu unhaltbar; in den Ostseeprovinzen überschritten die Drangsalierungen evangelischer Pastoren jedes Maß. Lediglich die ungeheure Größe der Gesamtereignisse verursacht es, daß von diesen Dingen verhältnismäßig wenig die Rede ist. Von Gewissens- und Glaubensfreiheit ist Rußland zur Zeit weiter entfernt als je. Daß Bischof Demetrius von Taurien und Simferopol in einem besonderen Hirtenbrief zur Liebe und Duldsamkeit gemahnt hat, sei ausdrücklich erwähnt; am Gesamturteil ändert es nichts. — Zwischen dem orthodoxen Patriarchat in Konstantinopel und der türkischen Regierung war kurz vor dem Krieg ein lebhafter Streit entbrannt, in dessen Verlauf das erstere die Kirche als in Verfolgung befindlich erklärt und die Schließung von Kirchen und Schulen angeordnet hatte. Bald nach Beginn des Weltkriegs (4. August 1914) wurde diese Maßregel rückgängig gemacht. Daß der Krieg die Gestaltung der orthodoxen Kirchen auf dem Balkan, insbesondere auch die Stellung des Patriarchats in Konstantinopel, in vielen wichtigen Stücken beeinflussen wird, steht außer Frage; doch hängt die Art, wie das geschehen wird, natürlich vom Ausgang des Krieges ab. Sehr wichtig ist, daß die Türken mit der Aufhebung der sog. Kapitulationen 1914 auch die weitreichenden Privilegien des ökumenischen Patriarchats in Konstantinopel, die den ihm unterstehenden Christen auch zivilrechtlich eine Sonderstellung gaben, außer Geltung gesetzt zu haben scheint.

Die kurze Übersicht zeigt, in welch hohem Grade die christlichen Kirchen Europas vom Weltkrieg berührt werden. Noch sind die aus dieser Berührung sich ergebenden Entwicklungen im Fluß, ja in den Anfängen. Der weitere Verlauf der Dinge wird zweifellos den engen Zusammenhang, in dem auch für das christliche Europa Religion und Weltgeschehen stehen, klar herausstellen.

Literatur. G. Pfeilschifter, Religion und Religionen im Weltkrieg (Freib. i. Br. 1915); »Chronik der christlichen Welt« (Tübingen; regelmäßige Übersichten über die Kriegsgeschehnisse unter religiösem Gesichtspunkt); »Die Eiche« (Berlin; 3. Jahrg., Abdruck kirchlicher Kriegsdokumente); K. Völker, Der Krieg als Wendepunkt der Kirchengeschichte (Wien, Ev. Pfarrerverein 1915).

Zu I: J. Schneider, Kirchliches Jahrbuch auf das Jahr 1915 und 1916 (Gütersloh); M. Schian, Die evangelische Kirche und der Krieg (Berl. 1915); F. Holdermann, Der Krieg und die evang. Kirche (»Die Hilfe«, 1915, Nr. 2); Arthur Brausewetter, Die Volkskirche und ihre vaterländische Sendung (»Die Grenzboten«, 1915, Nr. 16); J. Müller, Und die Kirche? (»Christl. Welt« 1915, Nr. 9; vgl. A. Pauli und F. Lahusen, ebenda, Nr. 13 und 14); Bruno Geißler, Die evangel. Diaspora in der Kriegszeit (Leipzig, »Gustav-Adolf-Stiftung«, 1915); G. Naumann, Kriegserfahrungen der Kirche (Dresd. 1915); Derselbe, Das religiöse Erleben im Kriege und die Kirche (»Deutsch-Evangelisch«, 1915, Heft 10); M. Rade, Die Kirche nach dem Krieg (Freiburg i. Br. 1915); A. Schettler, Die Kirche in der Schicksalsstunde der Gegenwart (Berlin-Lichterfelde 1915); M. Schian, Kirche und Gemeinde nach dem Kriege (»Der evang. Kirchenvorstand«, 1915/16, Heft 1); »Was wir in der Russennot 1914 erlebten«, 17 Berichte ostpreußischer Pfarrer (hrsg. von Nietzki; Königsberg i. Pr. 1915); »Kriegserlebnisse ostpreußischer Pfarrer« (gesammelt von E. Moszeik, 2 Bde.; Berlin-Lichterfelde 1915).

Zu II: H. Schrörs, Der Krieg und der Katholizismus (2. Aufl., Kempten 1915); »Kraft aus der Höhe« (hrsg. von H. Finke; ebenda 1915; darin unter anderm: H. Schrörs, Die Kirche im Weltkriege; G. Pfeilschifter, Die Gefahr einer Nationalisierung der christlichen Weltreligion; H. Finke, Deutsche Zukunftsfragen); E. Krebs, Von deutscher Frömmigkeit (»Hochland«, 1915/16, S. 49—60); P. P. Lippert, Die Nationen in der kathol. Kirche (»Stimmen der Zeit«, 1914/15, S. 305—315); H. Swoboda, Unser Krieg in seinen sittlichen Werten (Wien 1915); H. J. Rosenberg, Ist ein neuer Kulturkampf nach dem Kriege zu befürchten? (»Theologie und Glaube«, 1915, Heft 5); P. C. Noppel, Eine Stunde der Entscheidung für die katholische Caritas (»Stimmen der Zeit«, 1914/15, S. 201—211); »Ein bischöfliches Wort über die Aufgaben der kathol. Caritas in der Gegenwart« (»Caritas«, 1915, S. 99).

Zu III: M. Brunau, Zur Lage des ökumenischen Patriarchats in der Gegenwart (»Deutsch-Evangelisch«, 1915, Heft 11).

Militarismus

von Prof. Dr. G. v. Below in Freiburg i. Br.

Geschichte der Klagen über den Militarismus in Deutschland. Wenn man sich aus der vor dem Krieg erschienenen deutschen Literatur über den Begriff des Militarismus zu unterrichten sucht, so erhält man etwa die Auskunft, daß Militarismus die Herrschaft des Militärs oder die Bevorzugung des Militärwesens im staatlichen Leben oder die starke Belastung des Volkes durch militärische Anforderungen oder die Bedrohung eines Staates durch die aus kriegerischen Absichten stammende Eroberungssucht eines andern bedeute. Die zuletzt genannte Bedeutung des Wortes begegnete in der deutschen Literatur vielleicht am seltensten. Der Ausdruck Militarismus ist in Deutschland bisher erst für das Jahr 1870 nachgewiesen worden. Zweifellos ist er tatsächlich älter. Jedenfalls sind die Klagen über Militarismus in dem angegebenen Sinn sehr alt.

Um nicht von früheren Jahrhunderten zu sprechen, so begegnen in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zahlreiche und lebhafte Klagen über die stehenden Heere, im Zusammenhang namentlich mit der damals sich regenden politisch-liberalen Bewegung. Man forderte statt des stehenden Heeres eine Miliz;

in Preußen war es die damalige Landwehrverfassung, zu deren Gunsten man das stehende Heer bekämpfte. In einem solchen erblickte man die »Pest, welche das Mark der Staaten langsam verzehrt«. »Alle unsere Übel«, so hören wir, »lassen sich auf zwei zurückführen, auf Abgabenlast und willkürliches Regiment statt freier Regierung; der Grund von beiden liegt in der Einführung stehender Heere.« Diese zerstören Industrie, Gewerbe und Handel und verderben die Sittlichkeit. »Tiefer noch als die mechanischen Gewerbe«, ruft Rotteck aus, »werden Kunst und Wissenschaft fallen (nämlich so weit die neue allgemeine Wehrpflicht stehende Heere hervorbringt)... Der Tod des Geistes ist das unvermeidlich einbrechende Los.« Gelegentlich werden auch die stehenden Heere bekämpft, weil sie durch ihre Kriegsbereitschaft eine beständige Gefahr für den Frieden bringen; ein großes schlagfertiges Heer müsse man beschäftigen, zu diesem Zweck also Krieg führen.

Die Gründe dieser Klagen erklären sich aus den mannigfaltigen Gegensätzen jener Zeit. Nicht am wenigsten kommt in Betracht, daß das stehende Heer des 18. Jahrhunderts, abgesehen vom Kantonsystem, Söldnerheer gewesen war, und daß das Kantonsystem keineswegs alle Untertanen heranzog, während die jetzt in Preußen eingeführte allgemeine Wehrpflicht mit den zahlreichen Befreiungen aufräumte. So beobachten wir z. B. eine Opposition in den Städten Berlin und Breslau, welche von der Kantonpflicht frei gewesen waren.

Die in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts aufgekommene Stimmung gegen die stehenden Heere behauptete sich weiterhin, in einigen Kreisen wohl in verminderter Kraft, anderseits dauernd gestärkt durch die politischen Gegensätze der Zeit. Überdies wurde sie durch eine vom Zeitalter der Aufklärung her überkommene Unterströmung lebendig erhalten durch die Anschauung, daß der Fortschritt der Menschheit allein durch die Zunahme und das Wachsen der intellektuellen Kräfte möglich, daß der Krieg als etwas Vernunftwidriges aufzuheben, und daß ein geeignetes Mittel zu dessen Beseitigung die Beseitigung der stehenden Heere sei. Nach dem Versiegen des Rationalismus wurde diese Anschauung durch die Theorien des vulgären Materialismus und Positivismus fortgesetzt. Von ihnen aus trug man die Lehre von der »Nichtigkeit der Schlachten und Staatsaktionen« vor; man erklärte, daß »nur die Tatsachen der Kultur (die man in Gegensatz gegen die politischen und militärischen Tatsachen stellte) noch die Aufmerksamkeit des denkenden Menschen verdienen«, und hatte »für die Herrlichkeit der Könige und den Ruhm der meisten Siege nur ein mitleidiges Lächeln«.

Einen gewaltigen Streit um das Heerwesen brachte die preußische Konfliktszeit hervor. Seinen Gegenstand bildete nicht bloß, wie man zur Rechtfertigung der Opposition jener Jahre behauptet hat, die Frage der zwei- oder dreijährigen Dienstzeit. Politische Gegensätze verknüpften sich mit militärischen Streitpunkten, und hinter der Opposition standen auch die eben skizzierten allgemeinen Anschauungen.

Eine Wandlung in der Beurteilung der Heereseinrichtungen bahnten die siegreichen Kriege der folgenden Jahre an, in bescheidenem Umfang schon der von 1864, in starkem die von 1866 und 1870/71. Der Liberalismus befreundete sich mehr und mehr mit ihnen. Freilich lieferten die Septennatsverhandlungen von 1874 den Beweis, daß selbst noch im Kreis der Nationalliberalen eine gewisse Unsicherheit nicht ganz fehlte. Und die Demokratie (die bürgerliche wie die sozialistische) forderte nach wie vor die Ersetzung des stehenden Heeres durch eine Miliz oder suchte, bei der praktischen Aussichtslosigkeit dieser Forderung, Verstärkungen des stehenden Heeres zu verhindern. Unerfreuliche Nebenerscheinungen im Soldatenleben, z. B. Soldatenmißhandlungen, führte sie auf unsere Heereseinrichtungen an sich zurück.

Weitere Etappen in der Entwicklung des Urteils über unsere Heeresverfassung bilden die Jahre 1887, 1893 und 1906. Der Sieg der vereinigten Konservativen und Nationalliberalen bei den Reichstagswahlen von 1887 bewirkte nicht bloß die Bewilligung der verstärkten Heeresforderungen der Regierung, sondern bedeutet zugleich einen Markstein in der fortschreitenden Anerkennung unserer Heeresverfassung. Die Einführung der zweijährigen Dienstzeit im Jahre 1893 brachte bei einem Teil der linksstehenden Liberalen eine Abkehr von den alten demokratischen Ideen über das Heerwesen hervor. Für die Gesamtheit dieser politischen Gruppen leistete den gleichen Dienst der Streit um die Heeresforderungen der Regierung im Herbst 1906; sie traten auf deren Seite und sagten sich damit endgültig von ihrem frühern Standpunkt, eine Verstärkung des stehenden Heeres nach Möglichkeit zu verhindern, los. Das Zentrum hatte sich nie so scharf ablehnend gegen unsere Heeresverfassung gestellt wie die Demokratie, anderseits aber doch mit der Bewilligung neuer Forderungen nach Möglichkeit kargen zu müssen geglaubt. Nicht schon im Herbst 1906, aber im Gefolge der damals geschaffenen Situation gab es einen solchen Standpunkt auf.

Die Jahre unmittelbar vor dem Ausbruch des großen Krieges zeigten die bürgerlichen Parteien, trotz einiger Vorbehalte auf demokratischer Seite, im wesentlichen geeint in dem Bewußtsein von der Unentbehrlichkeit unserer Heereseinrichtungen und der Notwendigkeit der Verstärkung unseres Heeres. Nur die Sozialdemokratie stand noch abseits. Sie lehnte alle militärischen Forderungen ab, sah in Übelständen, die sich im Heere zeigten, Folgen der Sache selbst, hielt auch sonst an der alten demokratischen Auffassung fest und glaubte der Verbreitung des »militaristischen« Geistes dadurch steuern zu müssen, daß die sozialistischen Zeitungen die Eltern ermahnten, den Kindern nicht Bleisoldaten zu Weihnachten zu schenken. Doch fehlte noch viel, daß selbst in den bürgerlichen Parteien mit der Bewilligung der unvermeidlichen Heeresverstärkungen die Klagen über den Militarismus ganz aufgehört hätten. Charakteristisch ist die Beurteilung, die bei ihnen in weitem Umfang der Zaberner Fall fand (Herbst 1913). Mochten die militärischen Stellen hier im einzelnen fehlgegriffen haben, so waren doch die Beurteilung der Vorgänge im ganzen und die Art, wie sie laut wurde, nur verständlich unter der Voraussetzung einer merkbaren Parteilichkeit.

Der Ausbruch des großen Krieges hat hier Wandel geschaffen und manche beachtenswerte Äußerungen hervorgerufen, die die Bedeutung eines Widerrufs abschätziger Urteile über den Militarismus haben. Eine Revolution ist mit dem Krieg speziell innerhalb der Sozialdemokratie eingetreten, die teilweise schon dahin geführt hat, daß sie die Vorwürfe gegen den deutschen »Militarismus« für grundlos erklärt. Freilich hat sie ihre alte Doktrin noch keineswegs ganz aufgegeben. Aber die Spekulationen unserer Feinde

auf eine Bundesgenossenschaft, die sie in deutschen Stimmungen gegen unsere militärischen Einrichtungen finden würden, erwiesen sich als durchaus irrig.

Beantworten wir zusammenfassend die Frage nach den Ursachen der Klagen über den Militarismus in Deutschland, so werden in den Vordergrund zu stellen sein die Abneigung gegen die persönlichen und finanziellen Leistungen, die die deutsche Heeresverfassung forderte, und eine unpolitische Lebens- und Geschichtsauffassung. Dazu traten die Verknüpfung militärischer Streitpunkte mit politischen Gegensätzen und die Ansicht, daß gewisse unerfreuliche Nebenerscheinungen mit dem Wesen unserer Heeresverfassung zusammenhängen.

Rechtfertigung unserer Militäreinrichtungen. Der Ausbruch des jetzigen Krieges hat, wie angedeutet, in Deutschland die Klagen über den Militarismus plötzlich in überraschender Weise zurücktreten lassen. Die furchtbare Bedrohung unseres Staatswesens brachte es mit einemmal den Gemütern zum Bewußtsein, daß unsere Heeresverfassung der unentbehrliche, der einzige Schutz für unser Hab und Gut, unser Volkstum, unsere deutsche Kultur ist. Für das unbefangene Urteil war es indessen auch vor dem Krieg ganz deutlich, daß Deutschland der stärksten Rüstung bedurfte. Unser Vaterland ist nicht wie England oder die Vereinigten Staaten von Amerika mit einem ozeanischen Sicherungsgürtel umgeben. Die Natur unserer Grenzen, unsere Lage inmitten der stärksten Militärmächte der Welt weisen uns von vornherein darauf hin, uns militärisch stärker zu rüsten, und die Mißgunst unserer alten und neuen Feinde steigerte sich mit der reicheren Entfaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen und der Kräftigung der deutschen Verhältnisse überhaupt. Selbständig konnten wir nur werden oder bleiben durch ein starkes Heer. Wenn aber nach Ranke das Maß der Unabhängigkeit einem Staat seine Stellung in der Welt gibt und ihm damit zugleich die Notwendigkeit obliegt, alle inneren Verhältnisse zu dem Zweck sich zu behaupten einzurichten, so war für Deutschland weiter durch die Unentbehrlichkeit eines starken Heeres auch eine bestimmte Ordnung der inneren Verfassung gegeben. Die bestimmte Gestalt unseres monarchisch-konstitutionellen Systems hat auf mehr als einem Gebiet Vorzüge; ganz besonders aber wird sie gefordert durch die Verhältnisse unseres Heerwesens. Von hier aus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß es gegenstandslos ist, unsere Verfassung deshalb als »militärisch« zu tadeln, weil sie durch die Bedürfnisse des Heerwesens beeinflußt ist.

Preußen ist derjenige Staat, der zuerst die moderne Heeresverfassung, die Verbindung des allgemeinen Aufgebots mit gründlicher technischer Ausbildung, geschaffen hat. Das Frankreich der Revolution hat zwar zuerst von den neueren Staaten die allgemeine Wehrpflicht zum Gesetz erhoben, aber bald durch die Konskription (d. h. die Zulassung der Stellvertretung) ersetzt, und weiterhin sind die Staaten mit größeren parlamentarischen und demokratischen Freiheiten dauernd hinter Preußen zurückgeblieben oder ihm nur langsam gefolgt. In England haben neuerdings Demokratie und Arbeiterschaft den stärksten Widerstand gegen die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht geleistet. In diesen Verhältnissen liegt die Überlegenheit der preußisch-deutschen Verfassung ausgesprochen. Der Vorwurf ferner, daß eine bestimmte Kaste, etwa der Adel, in Deutschland der Träger des Militarismus sei und vermöge der militärischen Einrichtungen den Staat beherrsche, entbehrt schon deshalb der Begründung, weil unsere Verfassung monarchisch ist und innerhalb des monarchischen Rahmens allen Volksschichten Anteil an der Regierung gewährt. Es kommt aber hinzu, daß mit den neuesten Heeresverstärkungen, in denen unsere Feinde einen Gipfelpunkt des Militarismus sehen, die Zahl der bürgerlichen Offiziere in den hohen wie niedern Stellen fortschreitend eine starke Zunahme aufweist.

In der Natur der Dinge liegt es, daß unser militärisches System starke Anforderungen an den Staatsbürger stellt. Auch hier aber sind die Klagen unberechtigt. Bismarck ist wegen seiner militärischen Forderungen leidenschaftlich angegriffen worden, obwohl er doch nur um die nötigsten Aufgaben kämpfte und Summen verlangte, die schlechthin und verhältnismäßig gering waren. Die neuere Steigerung der militärischen Lasten und der für sie erforderlichen finanziellen Leistungen hat auch keineswegs einen störenden Druck auf unsere allgemeinen Verhältnisse ausgeübt.

Hiermit ergibt sich weiter die Irrigkeit der Auffassung, daß unter dem Militarismus die deutsche Kultur leide. Die deutschen Verhältnisse haben sich unter dem angeblichen Druck des Militarismus ja gerade erfreulich entwickelt. Wie die deutsche wirtschaftliche Entfaltung heute den Neid der Völker hervorruft, so ist die Zeit von den Befreiungskriegen bis zur Gegenwart gleichmäßig eine Periode des Gewinns einer führenden Stellung für die deutsche Wissenschaft und einer Ruhmesgeschichte des deutschen Heeres. Der heute namentlich von England aus unternommene Versuch, zwischen einem zu hegenden unmilitärischen, den Kulturaufgaben hingegebenen Deutschland und einem zu vernichtenden militärischen Deutschland (oder Preußen) zu unterscheiden, reißt Dinge auseinander, die tatsächlich zusammengehören. Wie die gesamte deutsche Kultur als eine Einheit aufzufassen ist, so hat der Aufschwung des nationalpolitischen Lebens bei uns wesentliche Förderungen erfahren durch die literarische und wissenschaftliche Bewegung. Dann aber haben unsere militärischen Einrichtungen auch den andern Seiten unserer Verhältnisse wertvolle Anregungen gegeben. Die militärischen Forderungen sind der Anstoß zu manchen bemerkenswerten Neuerungen gewesen, und die energische Anspannung für das Vaterland hat eine wohltätige Wirkung allgemeiner Natur ausgeübt.

Militärischen Sinn hat das deutsche Volk allerdings als eine wehrhafte, tapfere Nation. Man darf jedoch nicht Kriegertum und Heldentum mit Säbelherrschaft und Großmannssucht verwechseln. Und für den Vorwurf, daß der kriegerische Sinn des deutschen Volkes in brutaler Eroberungssucht gipfele, bietet die geschichtliche Betrachtung keine Handhabe.

Daß gewisse unerfreuliche Nebenerscheinungen, die man aus dem Wesen unserer Heeresverfassung hergeleitet hat, ohne Änderung derselben eingeschränkt werden können, lehrt die bisherige Erfahrung. Ihre Einschränkung dürfte um so mehr gelingen, je weniger man den Kern unserer Einrichtungen in Zweifel zieht, je umfassender das deutsche Volk in ihnen einen wertvollen nationalen Besitz erkennt. Eine Bestätigung unserer Auffassung, daß die Nebenerscheinungen jener Art mit unserer Heeresverfassung selbst nichts zu tun haben, liefert die Tatsache ihres Vorkommens auch in Staaten mit andrer Heeresverfassung, auch in solchen mit Milizverfassung.

Die Klagen unserer Feinde über den deutschen Militarismus. Die Klagen, die in Deutschland von der bürgerlichen Opposition und nach ihrem Vorgang dann von der Sozialdemokratie über deutschen Militarismus erhoben worden sind, begegnen uns in der Presse und Literatur der uns heute feindlichen Staaten und auch der meisten neutralen Länder vor dem großen Krieg und in gesteigertem Maß während desselben wieder. Vieles, was dort über unsere Verhältnisse geschrieben worden ist und geschrieben wird, liest sich wie ein Plagiat aus unseren oppositionellen Blättern und den Reden unserer parlamentarischen Opposition. Diese Erscheinung erklärt sich z. T. daraus, daß diejenigen deutschen Zeitungen, die im Ausland am meisten gelesen werden, die großen Zeitungen der Opposition sind (»Frankfurter Zeitung«, »Berliner Tageblatt«). Aus ihnen unterrichtete man sich namentlich über Deutschland, und so konnte man denn, mit begreiflicher Steigerung des Eindrucks, zu der Meinung gelangen, daß bei uns der Militarismus die Kraft des Landes aufzehre, die Freiheit unterdrücke und edlere Bestrebungen nicht aufkommen lasse, ja daß eine deutsche Kriegspartei über die Nachbarländer herfallen wolle. Wenn insofern den Klagen des Auslandes über den deutschen Militarismus der gute Glaube nicht ganz abzusprechen ist[1], so kann eine solche Entschuldigung doch eben nur z. T. gelten. Denn abgesehen davon, daß dem Ausland nicht die Möglichkeit fehlte, die Stimmen der deutschen Opposition kritisch zu prüfen, hat es die Klagen über den deutschen Militarismus noch festgehalten und gesteigert, als sie bei der deutschen bürgerlichen Opposition fortschreitend geringer wurden. In beträchtlichem Umfang müssen Vorurteil, Neid und Haß als Ursachen der feindlichen Anklagen anerkannt werden. Man schilt auf unsern Militarismus, meint aber unsere Macht. Man macht dem Ärger über unsere Überlegenheit auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet Luft. Besonderer Art sind die englischen Klagen. Ein Motiv des englischen Krieges gegen uns liegt in dem Wunsch, von der allgemeinen Wehrpflicht verschont zu bleiben. England wollte uns niederwerfen, um ihr zu entgehen. Wenn die Berechnung sich inzwischen als irrig erwiesen hat, so schimmert heute vollends in den englischen Klagen über den deutschen Militarismus der Ärger über den eingetretenen Zwang zur allgemeinen Wehrpflicht durch. Ähnlich spielt bei der amerikanischen Stimmung gegen uns die Schwäche der staatlichen und militärischen Organisation eine große Rolle. Im übrigen trifft England im vollen Maß der Vorwurf des Militarismus, da es sein Söldnerheer ausgesprochenermaßen für Eroberungszwecke unterhält, für sich eine Flotte beansprucht, die ihm die Alleinherrschaft auf dem Meere sichert, und tatsächlich diese seine Machtmittel für umfassende Eroberungen verwendet hat. Noch direkter als die englischen widersprechen die französischen Klagen über deutschen Militarismus der Wahrheit. Frankreich ist das klassische Land der Eroberungssucht. An der Stelle der deutschen Wehrhaftigkeit steht dort die Ruhmsucht. Wenn England uns wegen der allgemeinen Wehrpflicht bekämpft, so hat, wie bemerkt, die französische Revolution sie proklamiert. Klagen über französischen Militarismus sind in Frankreich in reichstem Maß und auch lebhafter als in Deutschland, z. B. zur Zeit des Dreyfusstreits, erhoben worden. Die Bedrohung durch Frankreich und Rußland hat uns wesentlich zu unseren Heeresverstärkungen genötigt. Die dreijährige Dienstzeit ist dort (auf Veranlassung Rußlands) zur Bekämpfung Deutschlands erneuert worden. In keinem Staat werden wie in Frankreich die Volkskräfte für militärische Zwecke so in Anspruch genommen, daß die kulturelle Entwicklung dadurch behindert wird. In Rußland verlangen scheinbar die militärischen Zwecke weniger Leistungen vom Volk. Allein bei der Armut des Landes bedeuten die militärisch-finanziellen Aufwendungen doch so viel, daß der Staat großenteils eben um ihretwillen nicht zu stärkerer Pflege der Kulturaufgaben übergehen kann. Der Einfluß der militärischen Einrichtungen auf das gesamte Staatswesen ist in Rußland nicht geringer als in irgendeinem andern Staat.

Es bleibt das Urteil bestehen, daß Deutschland das am besten organisierte, technisch am höchsten stehende Heer besitzt, ein gewaltiges Kriegsinstrument, aber keineswegs ein Heer, welches seiner Art nach auf Eroberungen gestellt ist, und daß das unvergleichliche Rüstzeug der deutschen Heeresverfassung zwar die Staatseinrichtungen stark bestimmt, jedoch so, daß dies Deutschland in der Pflege der Kulturaufgaben an die Spitze der Staaten zu treten vermocht hat. Wir dürfen uns auch des Vorzugs rühmen, daß wir den jetzigen großen Krieg mit den geringsten finanziellen Mitteln führen. »Wer die Militärausgaben der beiden Kriegslager (für Landheer und Flotte)« — sagt ein Neutraler (der Schweizer H. Bächtold) — »auf den Kopf der mutterländischen Bevölkerung vor dem Kriege ausrechnet, der wird für die Entente etwa auf das Doppelte kommen wie für die Mittelmächte.«

Literatur. G. v. Below, Das deutsche Heerwesen in alter und neuer Zeit (»Internationale Monatsschrift«, Berl. u. Leipz. 1914, Dezemberheft); Derselbe, Militarismus und Kultur in Deutschland (»Scientia«, Bd. 17, Bologna 1915); Derselbe, Die Urteile unserer Feinde über unsere Verfassungsverhältnisse (»Panther«, Leipz. 1916, Januarheft); W. v. Blume, Der deutsche Militarismus (Tübing. 1915); A. Brackmann, Kaisertum und Militarismus, Kriegsschriften des Kaiser-Wilhelm-Dank, 21. Heft (Berl. 1915); G. Briefs, Staat, politische Freiheit und Militarismus in Deutschland, in »Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg«, hrsg. von G. Pfeilschifter (Freiburg i. Br. 1915); F. Endres, Der Militarismus (»Süddeutsche Monatshefte«, Münch. 1915, Aprilheft); Ad. Mürmann, Die öffentliche Meinung in Deutschland über das preußische Wehrgesetz von 1814 während der Jahre 1814 bis 1819 (Berl. 1910); Ad. Wahl, Beiträge zur Geschichte der Konfliktszeit (Tübing. 1914); K. Wolzendorf, Der Gedanke des Volksheeres im deutschen Staatsrecht (das. 1914). Inhaltreiche Aufsätze, die hierher gehören, bietet auch das Werk »Deutschland und der Weltkrieg« (Leipz. 1915; 2. Aufl., das. 1916, 2 Bde.).

[1] Heute wird in den deutschen oppositionellen Kreisen dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß man früher in der Kritik unsachlich gewesen ist. Das Stuttgarter Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes schrieb z. B. am 9. Januar 1915: »Unsere ätzende Kritik lieferte dem Ausland den Stoff zu dem Bilde, das sie uns nun als das Bild des heutigen Deutschlands vorhalten.« Auf Grund deutscher Pressestimmen (keineswegs bloß sozialistischer) wurde der Fall Zabern als Beweis der innern Schwäche der deutschen Heeresorganisation angesehen. Vgl. Ed. Meyer, Nordamerika und Deutschland (Berl. 1915), S. 28 u. 37.

Krieg und Schule

von Gym.-Dir. Prof. Dr. Grünwald in Friedeberg, Nm.

Dieser von Krämerneid, Landhunger und Eitelkeit entfesselte Krieg, der mit seinem ausgedehnten Kriegsschauplatze, seinem Aufgebot an Menschenmassen und Kriegsmaterial, seiner Aufwühlung der edelsten und niedrigsten menschlichen Triebe in der Weltgeschichte vergebens seinesgleichen sucht, wird nicht nur für die Umgruppierung von Staatenbünden, sondern für die innere Entwicklung der einzelnen Staatengebilde bis jetzt noch nicht übersehbare Folgen haben. Auch unserem Volke wird es, des fest erwarteten Obsiegens über seine Widersacher ungeachtet, nicht erspart bleiben, auf den verschiedensten Gebieten seines politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in eine ernste Nachprüfung seines bisherigen Tuns und Lassens einzutreten, um weiter zu pflegen, was sich in dieser harten Zeit als lebenskräftig und lebenspendend, auszuscheiden, was sich als überlebt und lebenzerstörend erwiesen hat. Da Erziehungs- und Bildungsfragen mit Kulturfragen in engster Wechselwirkung stehen, so wird sich auch die deutsche Schule solcher Nachprüfung ihrer Ziele und Wege nicht entziehen wollen, wenngleich übereilten Unberufenen gegenüber, die ihr jetzt das Horoskop stellen, angesichts der sich zum Staunen der Welt offenbarenden Größe unseres Volkes draußen wie daheim nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden kann, daß bei dieser Revision unseres Erziehungs- und Bildungswesens von einem Bruch mit der Vergangenheit, von einem Umsturz nicht die Rede sein, daß es sich vielmehr nur um eine natürliche und planmäßige Weiterentwicklung geschichtlich gewordener und bewährter Einrichtungen und Endzwecke handeln darf. Die Schule ist in deutschen Landen niemals ein Fossil gewesen, sondern immer ein lebendiger Organismus geblieben, der als solcher biologischen Gesetzen unterworfen ist; und wenn der preußische Kultusminister von dem Kriege als einem Lichte sprach, das in alle Ecken auch unserer Schule zu leuchten haben werde, so meinte er doch gewiß nicht, daß es gerade überall Spinneweben oder gar Unrat finden müsse. Da der Krieg nicht der normale Zustand eines gesitteten Volkes ist, so bedeutet die Arbeit der Schule zunächst Friedensarbeit; da aber ihr Absehen darauf gerichtet ist, nicht bloß vornehm und klar denkende Menschen, sondern auch tüchtige Staatsbürger heranzubilden, die mit Verständnis, Hingebung, Opfermut und Kraft an ihre zukünftigen Pflichten herantreten, so kommen wir in unserer Betrachtung der Beziehungen zwischen dem währenden Kriege und der Schule zu der ersten zu beantwortenden Frage: Wie war unsere Schule vor dem Kriege, und wie hat sie ihre Aufgabe, auch für ihn unser Volk auszurüsten, erfüllt?

Daß der deutschen Volksbildung an den bis jetzt von uns errungenen Erfolgen die gute Halbscheid gebührt, wird nicht nur bei uns, sondern auch im Auslande, ja, wenn auch mit verhaltenem Grimm, sogar von unseren Gegnern anerkannt. »Das Geheimnis der deutschen Kraft«, sagte neulich der Amerikaner Russell, »liegt in dem deutschen Unterrichtssystem.« »Die deutsche Schule«, schrieb ein Engländer, »durchtränkte das deutsche Heer mit Wissen.« Und eben noch bekämpfte eine angesehene französische Zeitung die »blödsinnige Phrase« von der Vernichtung des preußischen Militarismus, der »der nationale Ausdruck eines großen und ewigen Lebensprinzips« sei. Es wird dies aber, weil unsere Volkskraft in geistigen und sittlichen Werten verankert ist, der Summe einer Jahrhunderte alten Kulturarbeit, die sich von der Schule aus in breitem Strome durch das Land ergießt. Nach Petersilies Zusammenstellung (1909) kamen auf 10000 Ausgehobene in Deutschland 2 Analphabeten, in England 100, in Frankreich 400, in Italien 3072, in Rußland 6110! Selbst hochkultivierte Völker wie Engländer und Franzosen haben den allgemeinen Schulzwang: jene erst seit den siebziger, diese seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts; wir in Preußen haben ihn seit Friedrich Wilhelm I.; einige Bundesstaaten hatten ihn noch früher.

Unser Schulwesen hat — was kurz vor dem Kriege ein französischer Schulmann als den Hauptgrund seiner großartigen Entwicklung rühmte — immer im Vordergrund des Interesses der Staatsleitung gestanden, die es unter ihrer Aufsicht hielt, den Haushalt für Bildungsaufgaben dem für die Landesverteidigung allmählich nahe brachte (1908: 1080 zu 1100 Mill. Mk.) und schließlich eine wohldurchdachte und -organisierte Fülle von Bildungsstätten und -möglichkeiten schuf, so daß die Bedürfnisse der verschiedensten Volkskreise und Lebensgebiete befriedigt werden können. Zu behördlichen Einrichtungen gesellen sich ungezählte private Veranstaltungen von Vereinen, Berufsgenossenschaften, industriellen Betrieben und Stiftungen, die Arbeit der Schule fortsetzend, ergänzend und den von Jahr zu Jahr anwachsenden Bildungshunger auch des gemeinen Mannes befriedigend. Daher die unvergleichlich hohe Bildungslage unseres Volkes, seine Lebensbewertung, seine Qualitätsarbeit. Unsere Fachausbildung hat immer auf einer breiten Basis von Allgemeinbildung geruht, und dazu ist vornehmlich in allen unseren Lehranstalten für eine Reihe ethischer Fächer gesorgt, die fertige Ergebnisse der Kultur einfach mitteilen oder nötigen, sie historisch nachzuerarbeiten, und damit allen Staatsbürgern eine eiserne Ration von Wissen und Denkart mit ins Leben geben, die zu mehr stufenweisen als wesentlichen Bildungsunterschieden führt. Kommen diese ethischen Fächer zweifellos deutscher Gemütsart, die nach Gründlichkeit und Verinnerlichung strebt, entgegen, so haben sie sie doch ebenso geklärt, vertieft, gefestigt und über bloße Theorie hinaus auf die Praxis des Lebens eingestellt. So sind wir das gebildetste, charakterfesteste, gemütstiefste, arbeitsamste Volk der Erde geworden, das denn auch in diesen schweren Tagen die Generalprobe auf seine Zukunft ablegen konnte. Und bei aller Entfaltung, Entwicklung und Kräftigung unserer Eigenart sind wir uns doch immer bewußt geblieben, daß wie der Wert des einzelnen abhängt von dem, was er für sein Volk leistet, so der eines Volkes von dem, was es für den Fortschritt der Welt bedeutet. Was fremde Völker etwa durch unseren politischen und wirtschaftlichen Aufschwung einbüßten, das haben wir ihnen durch die Zufuhr solider und wertvoller Erzeugnisse und Waren und vor allem kostbarer Kulturgüter ersetzt. Wir haben freilich auch klug und neidlos von andern das Gute genommen, wo wir es fanden, in Vergangenheit und Gegenwart. Daher hat denn auch bei uns das Erlernen von Fremdsprachen immer einen starken Teil der Unterrichtszeit beansprucht; nicht als ob Sprachfertigkeit unser letztes Ziel ge-

wesen wäre, sondern um mit der fremden Volksseele Fühlung zu gewinnen, unser Geistes- und Gemütsleben zu bereichern, staatliche und wirtschaftliche Einrichtungen zu vervollkommnen, das Fremde vorurteilslos zu erkennen und völkische Gegensätze zu gemeinsamer Arbeit im Dienste der Menschheit zu überbrücken. Solche Bestrebungen machten uns den Frieden teuer und ließen ihn uns gelegentlich fast auf Kosten der nationalen Würde halten; aber zu ihrer bitteren Enttäuschung müssen unsere Neider sehen, daß wir Deutschen uns mehr denn je auch in einer langen Friedenszeit Fichtes Worte zur Richtschnur genommen haben: »Ein Volk, welches bis in die untersten Schichten hinein die tiefste und vielseitigste Bildung besitzt, wird zugleich das mächtigste und glücklichste sein unter den Völkern seiner Zeit, unbesiegbar für seine Nachbarn, beneidet von den Zeitgenossen oder ein Vorbild der Nachahmung für sie.« Und neben der Geistesbildung ist auch die körperliche Ertüchtigung unserer Jugend von der Schule nicht versäumt worden: für sie hat eine von Jahr zu Jahr vervollkommnete und mehr gewürdigte Schulhygiene, hat vor allem der Turnunterricht gesorgt, in dem eine einsichtige Verwaltung bald ein wichtiges Mittel der Volkserziehung erkannte, und der deshalb in Preußen 1842 pflichtmäßiges Lehrfach wurde. Durch ihn, der sich die planmäßige Ausbildung des Leibes zur Aufgabe stellt, erhält das Heer abgehärtete, kräftige, gewandte, mutige, geistesgegenwärtige, an Gehorsam und Gemeinsinn gewöhnte Männer, und zumal seitdem solche Leibes- und Charakterpflege durch Spielen, Schwimmen, Rudern, Wanderungen zu erhöhen gesucht wird, ohne der sportlichen, des geistigen und erziehlichen Einschlags entbehrenden Kraftmeierei das Wort zu reden. »Eine harte Jugenderziehung« fordert Prinz Oskar von Preußen in seinem Bericht »über die Winterschlacht in der Champagne«: daß wir dieser im Rahmen der Schulerziehung zu genügen versucht haben, das haben die gewiß beispiellosen Leistungen unserer Feldgrauen, das haben auch die körperlicher Arbeit naturgemäß meist abgewandten Kriegsfreiwilligen bewiesen, deren relative Zahl dazu diesmal die von 1813 und 1870 weit übertraf. Sie sind überhaupt die eindrucksvollsten Eideshelfer der vielgescholtenen höheren deutschen Schule geworden und haben zugleich gegen alle Verdächtiger und Verkenner deutscher Jugend, unter denen ihre eigenen Lehrer nicht fehlten, ein erhebendes Zeugnis abgelegt. Auch der Lernunlustige, Träge und Stumpfe hat unter der Not und Forderung der Zeit sein Herz entdeckt, schlummernde Kräfte geweckt und schnell die Saat reifen gesehen, die deutsche Erziehung in sie gesät hatte. Einen herrlichen Geist atmen ihre Briefe aus dem Felde, voller Dankbarkeit gegen Schule und Lehrer, voller Verständnis für Pflicht und Recht, voller Stolz auf die Größe ihres Volkes und doch ohne Ruhmredigkeit, voller Mitleid mit den Opfern auf beiden Seiten, voller Grauen vor der harten, verderbenbringenden Notwendigkeit des Krieges und immer voll froher Hoffnung und unerschütterlichem Gottvertrauen: der deutsche Jüngling, fromm und stark, beschirmt die heil'ge Landesmark. Sein beispielloses Heldentum ist ein Echo »des ganz eigentümlichen Maßes der Verbreitung von Volksbildung in Deutschland«, wie sich Bismarck einmal ausdrückte, »das mit zu den Dingen gehört, die uns kein Volk in der Welt nachmachen kann«; das ist der neue Barbarentypus, den die durch ihre Mißerfolge und die Vereitlung ihrer Vernichtungspläne verblödete »Intelligenz« des feindlichen Auslandes entdeckt hat; sie begründet Rohrbachs Wort, daß letzten Endes die deutsche Schule die eigentliche Kriegsursache gewesen sei.

»Unsere Arbeit«, schrieb einer aus dem Felde, »ist jetzt der Krieg, aber unser Ziel auch jetzt der Friede.« Im Hinblick auf dies Ziel hat auch die deutsche Schule, so viel an ihr lag, es für ihre vornehmste vaterländische Pflicht gehalten, ihre Aufgabe während des Krieges fortzuführen. »Es entspricht nicht dem Ernste der Zeit, daß die Jugend müßig gehe«, hieß es in einem Erlaß des preußischen Kultusministers, der vielfachen Widerhall fand; so in den Worten Dietrich Schäfers: »Es ist genug mit dem Überbürdungsgeschwätz und der Freiheitsfaselei. Arbeiten lernen soll die Jugend und Selbstzucht üben.« In Frankreich blieben die Schulen bis in den Oktober 1914 geschlossen; selbst in Paris fiel der Unterricht aus Furcht vor »Tauben« und Zeppelinen monatelang aus; zu diesem Äußersten kam es bei uns nur in den von den Russen und Franzosen überfallenen Landesteilen, wie natürlich in den betroffenen Auslandschulen; es hat aber eine höhere Lehranstalt ihre Reifeprüfung abgehalten, während die feindlichen Granaten in die Stadt, ja in das Schulgebäude selbst einschlugen. Allerdings ganz ohne Störungen und Unruhe ging es nirgends ab. Gleich am 2. August und an den folgenden Tagen bot die Schule ein ebenso ungewohntes wie ergreifendes Bild: Lehrer und Schüler nahmen Abschied von den zu Alten und den zu Jungen — allen zu unglücklicher Zeit Geborenen —, und mancher von ihnen hat fremdes Land mit seinem Blute gedüngt, mancher Abschied genommen auf Nimmerwiedersehen. 70000 Volksschullehrer, 7000 Akademiker legten des Königs Ehrenrock an; bis Ostern 1916 waren 1500 deutsche Philologen gefallen, hatten 2500 das Eiserne Kreuz zweiter, 100 das erster Klasse erhalten; einige Kollegien wurden bis auf die Hälfte und mehr ihres Bestandes verringert. Von 22600 Jünglingen, die die Primen der preußischen höheren Schulen besuchten, zogen 20000 ins Feld, so daß die obersten Klassen in vielen Anstalten ganz eingingen; ihnen schlossen sich jüngere Kameraden an. Tagelang sind sie gefahren und gelaufen, haben ganz Deutschland durchquert, um die Einstellung zu erreichen, und wie verzweifelt ist mancher zurückgekehrt, den man nicht brauchen konnte! Mußten sie doch mitleidige und schlimmere Blicke von ihren Mitschülern ertragen, die ihr Alter in solcher Zeit nicht auf der Schulbank zu leiden schien. Und mit und ohne Notprüfung stürmten sie davon.

Wie unsere übrigen Behörden, die militärischen freilich in erster Linie, so hat auch die Schulverwaltung sich durch eine Reihe von Erlassen und Verfügungen der plötzlich veränderten Lage glänzend gewachsen gezeigt, und der bei aller Selbständigkeit, die bei uns dem Lehrer, insbesondere der höheren Schule, gelassen ist, straffen Organisation und Zentralisation unseres Schulwesens verdanken wir es, wenn der Unterrichtsbetrieb verhältnismäßig bald wieder in festere Gleise kam. Oben und unten galt es allerdings zunächst, besonnen und schnell zu arbeiten; nur so konnten z. B. die Notprüfungen, die für Oberprimaner im vierten Semester nur mündliche, für solche im dritten auch schriftliche waren, trotz der ihnen gegebenen verkürzten Form in den ersten

Augusttagen abgehalten und die ungeduldigen Vaterlandsverteidiger früh genug entlassen werden — gar mancher mit der Mahnung, dem Vaterlande zu geben, was er der Prüfungskommission schuldig geblieben sei. Dazu kamen Examina für den einjährig-freiwilligen Dienst, Beratungen über Zuerkennung der vorzeitigen Versetzung nach Unter- und Oberprima behufs Erlangung des Fahnenjunker- bzw. Fähnrichzeugnisses; dazu im Verlaufe des Krieges verlangte Notprüfungen aller Art — wofür die Behörde weitgehende Erleichterungen gewährt hatte. Schwierig gestaltete sich die *Ersetzung einberufener Lehrkräfte*. Der ersten Not konnte nur durch Stundenausfall, Zusammenlegung von Klassen und Erhöhung der Pflichtstundenzahl der zurückgebliebenen Lehrer begegnet werden. Ohne unpädagogische Maßregeln ging es dabei nicht ab; das Durchnehmen des vorgeschriebenen Pensums konnte nicht oder nur oberflächlich bewältigt werden, Wahlfreiheiten und persönliche Liebhabereien mußten zurücktreten, mancher Mathematiker mußte seine lateinische Grammatik, mancher Philolog den Pythagoras wieder vornehmen; technische Fächer kamen oft ganz in Wegfall. Unterdessen waren in den Provinzialschulkollegien Nachweise zur Aushilfe sich darbietender Lehrkräfte eingerichtet worden: Emeriti des Standes, Geistliche, Privatlehrer, Studenten, Künstler, Techniker, Damen wie Herren, Berufene und weniger Berufene konnten manche Lücke, nicht alle, ausfüllen. Nicht weniger litt der Unterricht durch die ganze *Unruhe der Zeit*; besonders in den ersten Kriegsmonaten, wo das Neue und die Spannung alles in Atem hielten, außerdem die Siegesnachrichten sich drängten, war es nicht immer leicht, die Zügel in der Hand zu behalten: das bewegte Straßenleben mit seinen militärischen Bildern, Auslagen in den Schaufenstern, Zeitungen u. Zeitschriften, Sieges- und Totenfeiern, häusliche schmerzliche und freudige Kriegsnachrichten, ein vaterloser Haushalt, Sammlungen und Arbeiten für Kriegszwecke lenkten leicht ab und durchkreuzten die nötige Stetigkeit der Erziehung. Die Verhältnisse bringen es mit sich, daß die höheren Schulen unter einer gewissen Verwilderung, ja Verrohung der Jugend, über die die Zeitungen wie die Jugendrichter und selbst die Strafrichter klagen müssen, nicht gerade leiden; aber schon mangelnde Teilnahme am Unterricht kann bei ihnen verhängnisvoll werden. Teilweise wenigstens suchte die Schule dem jugendlichen *Bedürfnis nach Miterleben* der großen Zeit Rechnung zu tragen, denn Erziehen heißt doch wohl auch Erlebenlassen, und insonderheit das Mittunwollen in regelmäßige und planvolle Tätigkeit zu verwandeln. Im Geschichtsunterricht wurden Parallelen zur Gegenwart gezogen, die Fäden der feindlichen Gespinste zurückverfolgt, die Zeitereignisse auch wohl in bestimmten Wochenstunden durch Lehrer- und Schülervorträge und mit Hilfe von Karten und z. T. von den Schülern selbst verfertigtem Anschauungsmaterial der Fassungskraft der Jugend nahe gebracht; in der Erdkunde lernte man die Kriegsschauplätze kennen, besprach auch wohl die Einflüsse der Bodengestaltung und des Klimas auf die militärischen Ereignisse. Im Deutschen herrschten kriegerische oder doch nationale Stoffe, prosaische und besonders poetische, klassische und moderne, vor; Kriegsdiktate und Kriegsaufsätze spiegelten die neue Ideenwelt, die uns aufgegangen ist, wider. Religionsstunden und Schulandachten klärten und stärkten verwirrte und schwache Seelen und zeigten die schreckliche Wirklichkeit im Lichte des Ewigen: die Psalmen und Propheten des Alten Testaments gewannen wunderbaren Gegenwartswert. Die Fremdsprachen gaben auf Schritt und Tritt Gelegenheit, Parallelen mit der Zeit zu ziehen oder den Charakter unserer Gegner zu beleuchten, und interessierter übersetzte der Sextaner, daß die Engländer den Deutschen, als daß die Karthager den Römern den Krieg erklärt haben. In den Rechenaufgaben lieferten Brotkarte, Nahrungsmittelpreise und die ungeheuren Zahlen, an die uns dieser Krieg gewöhnt hat, den zeitgemäßesten Stoff. Mathematiker und Naturwissenschaftler ließen Geschoßflugbahnen berechnen und zeichnen, Geländemessungen anstellen, erklärten Tauchboot und Luftschiff, besprachen Volkswirtschafts- und Ernährungsfragen. Vaterländische Lieder ertönten im Gesangunterricht. Aber nicht nur in lehrplanmäßigen Stunden wurde die Schule der Zeit gerecht: in besonderen *Kriegsabenden* vereinigte sie um sich auch Angehörige der Schüler und Freunde der Anstalt, um an ihrem Teile das große Erlebnis der Zeit aufklärend und aufmunternd zu beleuchten. Und wenn nun erst Lehrer oder ehemalige Schüler aus dem Felde zurückkehrten, verwundet, das Ehrenkreuz auf der Brust, in der kleidsamen Felduniform, gar mancher, der als Gemeiner ausgerückt war, zum Leutnant befördert, und von ihren Erlebnissen erzählten, von endlosen Märschen, entnervendem Trommelfeuer, schwimmenden Schützengräben, wildem Sturmangriff — dann hingen die Kinder an den Lippen des Augenzeugen, dann glühten die Herzen wie die Köpfe, und dann brauste endlich der dankbare Beifall durch die an solche Ehrungen so wenig gewöhnte Aula. Und dann umringte man das greifbare Wunder, das Stück Krieg, und verlegen und blutübergossenen Antlitzes stand wohl der Gefeierte vor seinen alten Lehrern, die ihn heute so gern im Mittelpunkt des Interesses sahen und sich freuten, was oft aus dem zarten, schüchternen Jüngling für ein stattlicher, reifer Mann geworden war. Exempla trahunt: so lernte in diesen Tagen die Jugend den Pflichtmoralismus Kants und Fichtes, das große Schicksal und das große Opfer. Ist es überraschend, daß in dieser Zeit der Taten und Wunder die Jugend nicht untätig bleiben, sich nicht bloß begeistern lassen, sondern mittun wollte an dem großen Werke des Durchhaltens, in das heimatliche Heer der Kämpfer für des Vaterlandes Bestand und Ehre eingereiht sein wollte? Überraschend blieb immerhin, in welcher Ausdehnung und mit welcher Hingabe und mit welchem Erfolge sich die Schule der *Kriegshilfe* widmete. Gern stellten sich die Lehrer an die Spitze von Organisationen und Veranstaltungen, die diesem Zwecke dienten. Ganz unerwartet hohe Ergebnisse hatte die Goldgeldsammlung, die allein in Preußen bis zum 1. Juli 1915 auf 65 Millionen stieg und noch für die Monate Januar und Februar 1916 in allen deutschen Schulen mehr als 1½ Million ergab. Zäh, unverdrossen, mit Bitten, Schmeichelei und List warb die junge Welt in ihrer Umgebung, lag auch wohl, mit Legitimationen der Schule oder einer Behörde versehen, in den Straßen der Stadt und besonders auf dem Lande bei den papiergeldscheuen Bauern dem Aufklärungs- und Einwechslungsgeschäft ob. Auch eine Beteiligung an den Kriegsanleihen zu selbst winzigen Beträgen wurde den Schülern ermöglicht; bei der dritten kamen über 30 Millionen zusammen. Reichen Ertrag lieferten Sammlungen von Altgold und -silber, ausländischen

Münzen, Gummi, Büchern, Spielen und Weihnachtsgaben für Feld und Lazarette; täglich gingen Hunderte von Sendungen an »Vergessene« hinaus, damit ja kein Feldgrauer das liebevolle Gedenken und Danken der Heimat vermisse; die Mädchen veranstalteten Stricknachmittage, um die da draußen vor den Unbilden der Witterung zu schützen, lieferten getragene Kleidungsstücke für ostpreußische Flüchtlinge ab, bedienten Erfrischungsstationen auf Bahnhöfen, sangen mit den Knaben um die Wette den Verwundeten in den Lazaretten ihre Lieder vor; die Eintrittsgelder von musikalisch-deklamatorischen Vortragsabenden wurden der Kriegsfürsorge überwiesen; Paketnachmittage wurden mit Eifer besucht, Altmetall und Wollsachen auch von Schülern der oberen Klassen in den Häusern erbeten und erbettelt und geschäftig und ohne Scheu mit dem Handkarren der Sammelstelle zugeführt. Jede Anregung der Behörde oder eines findigen Lehrers, Geld zu schaffen, Liebe zu beweisen, Not zu lindern, fand bereitwillige Unterstützung; in den Ferien zogen ganze Scharen hinaus aufs Land, um die Ernte einbringen zu helfen und bei oft ungewohnter Kost noch ungewohntere Arbeit zu tun und am Abend auf primitivster Lagerstätte die zerschlagenen Glieder auszustrecken. Nicht hinter den Alten zurückbleiben war die Losung der Jungen: wahrlich, ein Bad der Wiedergeburt wurde dieser Krieg auch für unsere Jugend, und der große Moment fand kein kleines Geschlecht. Manche Schulen haben den Eifer ihrer Zöglinge anzuspornen und zu belohnen für gut befunden, haben für besondere Leistungen kleine Auszeichnungen, Bücher, Medaillen, Diplome, Gedenkblätter verabfolgt, auch schulfreie Tage bewilligt; aber daß nicht wenige Anstalten ohne das Erstaunliches erreicht haben, beweist, daß die Freude am Mithelfen und am Erfolg der beste Anreiz war. Oft war ein Dankesgruß aus dem Felde ein vielbeneideter Lohn. Die Schulprogramme dieser Kriegsjahre werden einst Zeugnis ablegen für den Geist der jungen Generation, der Gefahr und der Größe der Zeit entsprechend umfassender und eindrucksvoller als die von 1871. Schon die von 1915 lassen die Musen vor den Waffen schweigen: die Chronik der Anstalt, Ansprachen von Lehrern, Ehrentafeln von Feldzugsteilnehmern unter Schülern und Lehrern, Ausgezeichneten, Verwundeten, Gefallenen und veröffentlichte Feldbriefe — alles läßt die Wellen der stürmischen Gegenwart bis an die friedliche Kleinstadt branden, alles hallt wider von Krieg und Sieg und Treue bis zum Tode. Eine große Anzahl solcher Schulberichte bot die Sonderausstellung im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin, die überhaupt ein anschauliches und vielseitiges Material zusammengetragen hatte, um »zu zeigen, welche Wirkung der Krieg auf die Arbeit der Schule und darüber hinaus auf die Erziehung, Bildung und Betätigung der Jugend überhaupt bisher ausgeübt hat und voraussichtlich weiter ausüben wird«. Die Ausstellung findet hoffentlich in dem geplanten Schulmuseum eine dauernde Stätte: ein stolze Erinnerungen weckendes, neue Geschlechter mahnendes Denkmal der deutschen Jugend und der deutschen Schule. Der Erfolg der Schule wird oft bedroht, ja vereitelt durch die vielen Miterzieher, die mit ihr sich um die Seele des Kindes streiten, Haus und Umgang, Leben und Lektüre, natürliche Trägheit und Mangel an Beschäftigung — dankbar und freudig erkennt sie die große Hilfe an, die ihr vom Kriege und von dem unvergleichlichen Erleben dieser Zeit gekommen ist: er hat sich auch an der Jugend als ein Erwecker und Erzieher bewährt, gegen den kein landläufiges Erziehungsmittel, kein Lob und keine Strafe, kein Zwang und keine Güte, kein fesselnder Gegenstand und kein beredtes Wort aufkommt. Insonderheit hat er schon die Jugend gelehrt, daß das höchste Gut des Mannes sein Volk ist, daß der Krieg nicht nur durch den Heroismus und die Führerkunst da draußen, sondern auch durch treue und entsagungsvolle Arbeit daheim entschieden werden kann, daß es für jeden einzelnen nicht genügt zu leben, sondern daß er seine Schuldigkeit tue, und hat unserer Jugend damit eine Erziehung zu staatsbürgerlicher Gesinnung zuteil werden lassen, deren Nachwirkung sie hoffentlich bis ins späte Alter empfinden und an das kommende Geschlecht weitergeben wird. Daß die Schule diese Wirkung klärend begünstigt, regelnd befördert, immer neu anregend unterhalten hat, darf sie sich als Ruhmestitel anrechnen.

Wenn sich somit auch die deutsche Schule den hohen Anforderungen der Zeit gewachsen gezeigt hat, wird sie nach dem Kriege einzig von diesem Ruhme zehren und selbstgerecht jede Änderung ihrer Organisation ablehnen wollen? Will sie eitel genug sein zu hoffen, daß hinfüro alle Schulkämpfe, die freilich in den letzten Jahrzehnten viel Unruhe in sie hineingetragen haben, aufhören? Das sei ferne: Stillstand ihrer Entwicklung setzte Stillstand der Kultur, der Wissenschaft, des staatlichen Lebens voraus; eine nicht reformbedürftige Schule ist ein Unding. Aber wir wiederholen es: auch der Krieg scheint uns dargetan zu haben, daß von einer entschiedenen Absage an unser bisheriges Bildungswesen ebensowenig die Rede sein kann wie von starrem Beharrungsvermögen. Wenn etwas zur Vorsicht in übereilter Reformarbeit an der Schule mahnen kann, so sind es die starken Gegensätze in den schon jetzt erhobenen Forderungen einer neuen Erziehung, neuer Bildungswege und Bildungsziele. Prüfen wir diese Forderungen und erwägen wir zugleich, in welcher Richtung sich eine Weiterentwicklung unserer Unterrichtsanstalten etwa zu bewegen hätte. Die unerhörten Kräfte, die unsere Nation unter dem furchtbaren Druck der Gegnerschaft an den Tag gelegt hat, und die Höhe und Vornehmheit der Denkart, die sie vor ihren Widersachern voraus hat, haben begreiflicherweise das deutsche Selbstbewußtsein und Nationalgefühl gehoben, raten zur Zurückhaltung und zum Mißtrauen gegen alles Fremde und zu nur noch sorgfältigerer und ausgiebigerer Pflege unserer Eigenart: deutsches Wesen und deutsche Kultur werden mehr denn je auch im Mittelpunkte des Jugendunterrichts stehen müssen. Aber auch in Zukunft darf unsere Abneigung gegen das Fremde nicht so weit gehen, daß wir vergessen, was die deutsche Kultur im Laufe der Jahrhunderte an wertvollen und für ihre Entwicklung fruchtbaren Anregungen und Entbehrungen dem Auslande verdankt. Fremde Kultur aber vermitteln uns vor allem fremde Sprachen; ihren Betrieb einschränken hieße, uns gerade des Vorsprungs über unsere Feinde berauben, den wir, wie diese Zeit lehrt, damit, daß wir sie besser kennen als sie uns, vor ihnen haben. Es kann sich höchstens darum handeln, neben dem Französischen und Englischen, die schon wegen ihrer Literatur unsere weitere Aufmerksamkeit verdienen, oder wenigstens einem von ihnen, mehr aus Handelsrücksichten und besonders in Grenzländern die eine oder andere moderne Fremdsprache in den Lehrplan auf-

zunehmen, auch aus der Erfahrung dieses Krieges heraus durch geeignete Auswahl in der fremdsprachlichen Lektüre die deutscher Art widersprechenden und gefährlichen Eigenschaften der andern zu betonen. Wirklich Herr über eine fremde Sprache wird man nur durch längeren Aufenthalt im Auslande: für unsere Kaufleute wird es genügen, wenn wir ihnen auf der höheren Schule statt des bloßen Studs der Parlierfertigkeit eine solide grammatische Kenntnis der Fremdsprachen und ein gründliches Verständnis der fremden Kulturen und Charaktereigenschaften mitgeben. Geradezu den Vorwurf der Antinationalität hat sich von den höheren Lehranstalten das humanistische Gymnasium gefallen lassen müssen und hat ihn auch nicht durch die Bewährung seiner Zöglinge in diesem Kriege entkräftet gesehen, das humanistische Gymnasium, das den größten Teil des vorigen Jahrhunderts hindurch unsere einzige höhere Bildungsanstalt war und als solche doch gewiß sein gutes Teil zu dem Aufstiege Deutschlands beigetragen, auch seinen Aufschwung in Handel, Industrie und Technik wahrlich mehr gefördert als gehindert hat. Für jedem Auge sofort erkennbaren, leicht ausmünzbaren Nutzen arbeitet es freilich nicht; aber gerade die jahrelange Beschäftigung mit dem Tagesinteresse und Tagesstreite entrückten Stoffen, wie es die alten Sprachen und zwei in ihren Wirkungen noch fortdauernde abgeschlossene, durchsichtige und typische Kulturen wie die griechische und römische sind, gibt dem Geiste eine besondere Geschmeidigkeit und Anpassungsfähigkeit, deren auch jegliche Fachbildung schließlich bedarf, stellt ihn auf das allgemein Menschliche und auf eine idealistische Lebensrichtung ein, die zum bloßen Erwerbsleben, zu Engherzigkeit und Beschränktheit ein heilsames Gegengewicht bildet, und ermöglicht endlich auch in den verwickelteren Kulturverhältnissen der Gegenwart eine vorurteilslosere Stellungnahme und leichteres Zurechtfinden. Ein volles Verständnis unserer klassischen Dichtung, die sich geradezu mit der Antike vermählt hat, ist ohne ihr eingehendes Studium ausgeschlossen. So sehr wir demnach wünschen müssen, daß das Gymnasium nur von Berufenen besucht und von solchen, die etwa nur das Einjährigen-Zeugnis oder irgendeine andere »Berechtigung« ersitzen wollen, entlastet werde, so sehr müssen wir doch auch wünschen, daß sein Bildungsgang einem nicht zu kleinen Teile der Nation erhalten bleibe. Welchen Wert gerade die Imponderabilien haben, hat uns gewiß der Krieg deutlich genug gemacht. Nur muß man, wenn man den Zweck billigt, auch die Mittel nicht versagen: eine Verringerung der den alten Sprachen gewidmeten Stundenzahl würde diesen Zweck gefährden. Daß die deutsche Sprache durch den ausgedehnten Betrieb der alten zu kurz komme, müßte voraussetzen, daß die Realschüler die Muttersprache besser beherrschten und überhaupt bessere Patrioten wären, was noch nicht bewiesen ist. Neben heißblütigen Germanisten bedrohen das Gymnasium noch Demokraten und Einheitsschulfanatiker. Jene schelten es eine Standesschule und möchten auch den untersten Klassen den Zutritt zu ihm gewährt wissen. Daß schon viele Schüler aus den einfachsten Verhältnissen das Gymnasium besuchen, läßt sich leicht statistisch nachweisen; vielleicht könnte der Staat durch Gewährung von Unterhaltungsgeldern schon während der Schulzeit oder Ausdehnung staatlicher Alumnate hier noch mehr tun; aber verkehrt wäre es doch, alle klugen Köpfe aus den unteren Ständen in die höheren Laufbahnen zu drängen und den andern nur die Mittelmäßigkeit zu lassen. Die Einheitsschule im Sinne des alten Comenius — Mutterschule bis zum 6., Volksschule bis zum 12., Lateinschule bis zum 18., Akademie bis zum 24. Lebensjahre — hat heute kaum noch Verfechter; die Differenzierung unserer höheren Lehranstalten, die den Reichtum unserer Kultur widerspiegelt und uns von der Teilung der Arbeit aufgedrängt ist, rückgängig zu machen, würde zu unerträglicher Überbürdung oder Oberflächlichkeit führen und wäre nach den Kämpfen, die sie gekostet hat, eine historische Vergewaltigung. Aber auch der »gemeinsame Unterbau«, der die Übergänge von den niederen und mittleren Schulen zu den höheren erleichtern soll, und von dem man zugleich eine soziale Annäherung der Stände und bequemere Auslese der Tüchtigen erhofft, würde organische Gebilde zerstören, wie solche unsere einzelnen Schularten sind, die ganz durchlaufen werden müssen, um zu einer abgeschlossenen, für ein bestimmtes Tätigkeitsgebiet genügenden Vorbildung zu gelangen; die kurze Annäherung aber verschiedener Stände während der Schulzeit wird gerade in dem zarten Alter weniger wirksam sein, wird auch durch Familienleben, Lebenshaltung und spätere Berufssphäre aufgehoben. Auch die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter befürwortet der Krieg nicht: er hat doch recht gezeigt, wie verschieden beider Denkart und Aufgaben sind, daneben aber, daß für das weibliche Geschlecht auch auf der Schule mehr frauliche Tüchtigkeit zu pflegen und seine augenfällige Neigung für Weltbürgerlichkeit, fremdes Wesen und fremde Moden entschiedener zu bekämpfen ist. Zur Weckung und Stärkung des nationalen Sinnes sind vor allem die auf jeder deutschen Schule das Übergewicht bildenden ethischen Fächer berufen. Im Kriege haben die Anhänger aller Bekenntnisse Schulter an Schulter die schwersten Stunden verlebt, ihr Bestes gegeben und zu dem Vater aller beten gelernt: der Religionsunterricht mag in Zukunft das Gemeinsame der Konfessionen hervor-, das Trennende zurücktreten lassen und die Gegensätze praktisch durch die Tat und die durch Einigkeit bedingte Stoßkraft nationaler Bestrebungen überbrücken lehren. Ihm komme auf den höheren Schulen eine im Anschluß an die deutsche und fremdsprachliche Lektüre getriebene philosophische Propädeutik zu Hilfe, in deren Mittelpunkt der deutsche Idealismus stehe, den das Gymnasium bis auf seine griechischen Quellen zurückzuführen in der glücklichen Lage ist. Der deutsche Unterricht beute zu dem Zweck unsere Klassiker, insonderheit Schiller, aus. In der Pflege der Muttersprache erfreue er sich durch ständige Vergleichung und geschmackvolle Übersetzung des Beistandes der Fremdsprachen; maßvoller Sachunterricht unterstütze die deutsche Lektüre bei der Einführung in die deutsche Kultur. Wenn dann noch ein von Wärme durchstrahlter Geschichtsunterricht das Hauptinteresse der Schüler auf unseres Volkes Entwicklung sammelt, in der Erdkunde Liebe zur Heimat genährt und für volkswirtschaftliche Zwecke die Lebensbedingungen der Völker aus Boden und Klima abgeleitet werden; wenn die naturwissenschaftlichen Fächer ihr darin zur Seite treten, womöglich auch durch die Biologie straffer zusammengefaßt werden; wenn die Mathematik, durch den Krieg belehrt, mehr Fühlung mit der Praxis nimmt und fleißig Anwendungen übt; wenn endlich der Gesangunterricht auch durch Pflege des Volksliedes dem durch den Krieg aufs neue bewiesenen Bedürfnis des Volkes nach Sang und Klang Rechnung trägt —

dann haben wir die nationale Schule, in der das Deutsche, wenn auch nicht der deutsche Unterricht, den Mittelpunkt bildet.

Und zum Schluß — was lernen unsere Lehrer aus dem Kriege für die zukünftige Ausübung ihres Berufs? Im Felde wie in der Heimat haben die gemeinsame Not und die gemeinsame Abwehr Lehrer und Schüler einander besser kennen gelehrt; dadurch wird das heute schon vielerorten bestehende Vertrauens-, ja Freundschaftsverhältnis zwischen beiden und zwischen Schule und Haus an Boden gewinnen, die schwere und verantwortungsvolle Arbeit unseres Standes mehr gewürdigt, von uns aber die Natur des Kindes eifriger studiert und berücksichtigt werden. Das »Zeitalter des Kindes« freilich ist vorbei, ferner denn je muß unserer Erziehung Weichlichkeit und Schwäche sein; aber neben der Erziehung zur herben Pflicht, zu festem Willen, zu Arbeitslust und Schaffensdrang sollen auch die lieblichen Gefühle in der Schulstube nicht ausgeschaltet sein: Humor, Anerkennung, Mitgefühl. Der Unstimmigkeiten zwischen beiden Seiten würden weniger sein, wenn der Lernstoff mit Rücksicht auf seinen Kultur- und Bildungswert weise gesichtet und mehr für seine Durchdringung, Vertiefung und innere Aneignung gesorgt würde, damit die wertvollste Frucht der Erziehung, Persönlichkeitsbildung, reife. Freilich kommt bei unserer reichen Kultur und hohen Bildungslage auch der gewöhnliche Mann ohne ein gewisses Maß allgemeiner Bildung nicht aus, um seine Fachkenntnisse besser verwerten und im Wettbewerb bestehen zu können, aber im Kriege haben doch Männlichkeit, Charakter, gesunder Menschenverstand und alle Mannestugenden ihren Höchstwert bewiesen. Aus solchen Erfahrungen Überzeugungen zu machen, wird die Schule vornehmlich berufen sein: sie muß ihr Schwergewicht mehr als bisher auf die Erziehung legen. Der pädagogischen Ausbildung der künftigen Lehrer müssen sich die Universitäten neben der wissenschaftlichen besonders widmen. Der Einschlag von Männern, den auch dem Lehrerstande der Krieg bringt, die alle Höhen und Tiefen menschlichen Erlebens durchlaufen, Welt- und Menschenkenntnis gewonnen und den Blick für das Wesentliche und Notwendige geschärft haben, wird der Schule zum Segen gereichen. So wird auch der furchtbare Krieg, der so viele Werte, so viel Glück zerstört hat, selbst Bausteine liefern zu einer echt deutschen Kultur und einer echt deutschen Schule; und bauen wollen wir unsere Jugend lehren an einem starken und stolzen Deutschland, wie die mauerbauenden Juden des Alten Testaments: die Kelle in der einen Hand, das Schwert in der andern.

Krieg und internationale Wissenschaft

von Prof. Dr. **Theobald Ziegler** in Frankfurt a. M.

Die Wissenschaft ist international. Das war fast zum Dogma geworden in den letzten Jahrzehnten vor dem Krieg, und die Neutralen halten auch heute noch an diesem Satz unentwegt fest. Und es ist ja auch so einfach: die Wissenschaft sucht Wahrheit; die Wahrheit aber ist nur eine, kann für alle Menschen nur eine und dieselbe sein. Also was geht der Krieg die Wissenschaft an? Oder vielmehr: er geht sie sehr viel an; er ist für sie etwas Negatives und Störendes; inter arma silent artes. Deshalb muß die Wissenschaft eine Feindin des Krieges sein. Und so ist denn auch in manchen Kreisen der Wissenschaft der Pazifismus verbreitet, von Akademikern ist der Gedanke des ewigen Friedens ausgegangen und propagiert worden, 1713 von dem Abbé de St. Pierre in seiner Schrift »Projet de paix perpétuelle entre les souverains Chrétiens« und 1795 von Kant in seinem philosophischen Entwurf »Zum ewigen Frieden«. Und praktisch sind es nicht am wenigsten Vertreter der Wissenschaft gewesen, die den Gedanken einer internationalen Verständigung und »zwischenstaatlichen Organisation« gepflegt haben. Internationale Zeitschriften wissenschaftlichen Charakters entstanden, die sich in den Dienst dieser Verständigung stellten, internationale Bibliographien und Jahresberichte machten uns mit der fremden, die anderen mit unserer wissenschaftlichen Produktion völkervermittelnd bekannt, internationale Gelehrtenkongresse gaben den Wissenschaftern der verschiedenen Nationen Gelegenheit, sich hin und her kennenzulernen, die »Austauschprofessoren« sollten Deutschland den Amerikanern und Nordamerika den akademischen Kreisen Deutschlands verständlich machen und näher bringen, und ein vielgeschäftiges Hin und Her und ein Austausch von Liebenswürdigkeiten aller Art täuschte zuletzt auch über Abgründe und Spannungen hinweg, die sich tatsächlich immer mehr vertieften und verschärften. In Ansprachen und Reden wurde die völkerverbindende Mission der Wissenschaft, die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und Aufgaben, die gemeinschaftliche Betätigung und Arbeit betont und dabei wirklich manches Mißverständnis und Vorurteil beseitigt und allerlei Brücken von Volk zu Volk geschlagen. Dazu kam, daß unsere Universitäten immer zahlreicher von Ausländern aus aller Herren Ländern besucht wurden; erst der Mangel an Arbeitsplätzen für unsere deutschen Studenten, nicht irgendwelche chauvinistische Aus- und Abschließungsabsicht hatte in allerletzter Zeit den Zustrom der Fremden etwas einzudämmen genötigt. Umgekehrt besuchten namentlich unsere Neuphilologen als Studenten der Sprache wegen England und Frankreich oder nahmen als Lehrer zur Auffrischung ihrer Sprachfertigkeit an Ferienkursen teil. Auch pädagogisch hat man dabei hin und her allerlei voneinander gelernt: und schließlich führten eine Reihe gemeinsamer wissenschaftlicher Unternehmungen, deren Träger die Akademien und Institute waren, zu persönlicher Annäherung und zu einer Interessengemeinschaft, die namentlich von deutscher Seite mit großem Eifer gepflegt wurde, während sich die französischen Gelehrten zurückhaltender benahmen und bei aller scheinbaren Gemeinsamkeit in oft verstimmender und verletzender Weise ihre nationalen Vorbehalte machten.

Ganz besonders international aber zeigte sich und mußte sich natürlich zeigen die Wissenschaft des Völkerrechts. Denn in diesem handelt es sich ja gerade um die Beziehungen der Staaten zueinander und um gewisse Abmachungen zwischen ihnen über Fragen des Friedens und noch mehr des Krieges. Solche Vereinbarungen bestanden längst schon, sie schienen aber eine besondere Stärkung zu erfahren und sich zu einem wirklichen Völker»recht« ausbauen zu wollen, als 1898 Kaiser Nikolaus II. von Rußland sämt-

liche Mächte zu einem Kongreß einlud, der »in einem mächtigen Bündel die Bestrebungen aller Staaten vereinigen sollte, die aufrichtig darum bemüht sind, den großen Gedanken des Weltfriedens triumphieren zu lassen über alle Elemente des Unfriedens und der Zwietracht«. Neben Staatsmännern waren seitdem namentlich auch Völkerrechtslehrer bemüht, dieser unter Tolstoischen Einflüssen stehenden Anregung des Zaren praktische Folge zu geben und sie auf realen Boden zu stellen. Das Haager Schiedsgericht wurde eingerichtet und zwischen England und Deutschland über Abrüstungs- und Neutralitätsvorschläge — freilich vergeblich — verhandelt; und wenn ein Neues auftauchte, wie die Kunst, den nicht mit Grenzen versehenen Luftraum zu befahren, so machte sich die Wissenschaft alsbald daran, auch dieses Problem völkerrechtlich zu bearbeiten.

Da kam 1914 der Weltkrieg, und mit einem Schlag zerstoben die Träume vom ewigen Frieden und von einer großen internationalen Völkerverbrüderung. Und neben dem Pazifismus wurde davon das Völkerrecht am härtesten getroffen; auch jetzt wieder galt das Wort Ciceros: silent leges inter arma; das Völkerrecht ist heute ein wüstes Trümmerfeld, keine Wirklichkeit mehr. Und auch die persönlichen Fäden, die sich vor dem Krieg so zahlreich und so erfreulich geknüpft hatten, sind vielfach zerrissen, im Zorn von den einen, voll Schmerz von den anderen, und schon wird die Frage erwogen, ob sie sich nach dem Krieg leicht und rasch oder überhaupt wieder in der alten Weise werden zusammenfügen lassen.

Daß die Vertreter der Wissenschaft zugleich auch Glieder ihres Volkes sind und als solche viele von ihnen sich am Kampf draußen im Feld beteiligen, das versteht sich von selbst. So haben sich die Hörsäle unserer Universitäten und alle wissenschaftlichen Arbeitsräume geleert; und auch nach dem Krieg werden sich die Lücken, die er unter dem wissenschaftlichen Nachwuchs reißt, noch lange spürbar machen und die Auslese der Besten erschweren. Daß weiter Männer der Wissenschaft die Sache ihres Volkes und Vaterlandes gegen die Feinde mit der Feder führen und vertreten, versteht sich ebenso: ihre Stimme hat Gewicht und Schwung, sie können das eigene Volk zum Kampf und zum Durchhalten anfeuern, es über den Sinn des Krieges und damit, soweit es die Zensur gestattet, auch über dessen Ziele belehren und aufklären, dann aber auch über die Grenzen des eigenen Landes hinaus auf die Neutralen einwirken und die Netze der Lüge und Verleumdung, die rings um uns her uns über den Kopf geworfen sind, zerreißen.

Aber nun kam in unserem gegenwärtigen Krieg doch etwas Neues hinzu. Vielen verwunderlich und schreckhaft und den Neutralen namentlich wie eine große Sünde, als Verleugnung der internationalen und allgemeinmenschlichen Stellung und Mission der Wissenschaft und ihrer Aufgabe, die Wahrheit zu suchen, schien es doch, daß die Wissenschaft selber ihre internationale Neutralität aufgab, Partei ergriff und national wurde oder sich offen als national bekannte. Der äußere Anlaß dazu lag darin, daß längst schon Akademien und wissenschaftliche Gesellschaften auswärtige Mitglieder aufgenommen hatten. Das war eine Ehrung hervorragender Männer der Wissenschaft ohne Rücksicht auf Nationalität und Herkunft, war eine Ehre für sie, aber auch für die aufnehmenden Gesellschaften, die es sich ebenso zur Ehre rechnen mußten, Männer wie Mommsen oder Helmholtz, wie Wundt oder Röntgen zu den Ihrigen zählen zu dürfen. Der sichtbarste Ausdruck für diese Art Internationalität der Wissenschaft sind die Nobelpreisträger, die jedenfalls immer zu den hervorragendsten Vertretern ihrer Fächer gehören und bei deren Auswahl auf eine wohltemperierte Abwechslung zwischen den Kulturnationen gesehen wurde. Wäre nun die Wissenschaft absolut international, so dürfte und könnte an alledem der Krieg nichts ändern. Es kam aber anders. Gleich zu Anfang des Krieges, wo in Deutschland die Wogen der Empörung über die Kriegserklärung Englands und dessen Schuld an dem Ausbruch desselben besonders hoch gingen, verzichteten eine Reihe deutscher Gelehrter »in deutschem Nationalgefühl« und unter ausdrücklicher Betonung von Englands »moralischer Verantwortung für den Völkerbrand« und seinem »schnöden Neid und brutalen nationalen Egoismus« in öffentlicher Erklärung auf ihre ausländischen Ehrungen und auf die damit verbundenen Rechte. Umgekehrt strichen dann eine Anzahl namentlich französischer Akademien und gelehrter Gesellschaften ihre Mitglieder aus den feindlichen Nationen von ihren Listen, was natürlich als die bei weitem größere Kränkung empfunden wurde.

Entspricht nun das alles dem Wesen und den Aufgaben der Wissenschaft? Einer internationalen Wissenschaft sicher nicht! Aber vielleicht lag es an den ganz besonderen Umständen und Bedingungen dieses Krieges. Und da werden wir Deutsche allerdings zweierlei mit Recht sagen: Erstens uns ist der Krieg aufgezwungen worden; deshalb sind gerade auch die Männer der Wissenschaft, die Frieden zu ihrer Arbeit brauchen, mit Recht zornig und empört über die Anstifter dieses ihre Arbeit so schnöde unterbrechenden und störenden Krieges und verargen es namentlich den englischen Gelehrten, daß sie — mit einer verschwindenden Ausnahme von 8—10 Unterschriften unter einer recht zahmen Friedenserklärung — als freie Engländer oder gar als Mitglieder des Parlaments zu der Kriegspolitik des Kabinetts Asquith geschwiegen und kein Wort des Protestes oder der Mißbilligung für sie gefunden haben. Und zweitens: Nie war in der Welt, so will es wenigstens uns scheinen, ein schlimmerer Feldzug von Lüge und Verleumdung organisiert, als der gegen uns Deutsche von unseren Feinden in Szene gesetzte; und an ihm haben sich unbedenklich auch Männer der Kunst und der Wissenschaft beteiligt, selbst in neutralen Ländern; man denke nur an die Erklärung gegen unsere »Barbarei« aus Anlaß der Vorgänge in Löwen und der Beschießung von Reims. Der Lüge gegenüber aber hat die Wissenschaft das Recht und die Pflicht als berufene Vertreterin der Wahrheit, zu der doch auch die historische gehört, für diese zu zeugen und gegen jene laut und vernehmlich ihre Stimme zu erheben. Und so fällt es doch nicht ganz aus dem Rahmen der wissenschaftlichen Betätigung heraus, wenn Vertreter der Wissenschaft diesem Lügenfeldzug entgegentraten und versuchten, auch den Neutralen die Stimme der Wahrheit zum Bewußtsein zu bringen.

Allein alles das geschieht doch so lange nicht ohne scheinbar begründete Einsprache von anderer Seite und nicht ohne einiges eigenes Schuldgefühl und Gewissensbedenken, als man an dem Gedanken der absoluten Internationalität der Wissenschaft festhält. Und daher haben wir diese Voraussetzung selbst zu prüfen. Tatsächlich sprechen wir doch von deutscher, französischer, englischer Wissenschaft: wie könnte man

das tun, wenn die Wissenschaft nur eine, bei diesen Völkern allen ganz dieselbe wäre? Es ist natürlich wahr und nur wahr, daß die Sätze der Geometrie oder das Gesetz von der Erhaltung der Energie für alle Völker gleich und gleich wahr sind. Und daher wird auch von mathematischer oder naturwissenschaftlicher Seite der Gedanke der internationalen Wissenschaft am häufigsten betont, und vielleicht umgekehrt der Widerspruch dagegen besonders gereizt ausfallen. Doch wie steht es mit der Geschichte? wie mit der Philosophie? Natürlich ist auch geschichtlich eine Tatsache nur entweder wahr oder nicht wahr. Allein auch in der Geschichte handelt es sich nicht bloß um die nackten Tatsachen, sondern auch um ihre Verknüpfung durch Motive und Zwecke, handelt es sich um Urteil und Wert, um Schuld oder Unschuld. Und da kann man doch meistens die Dinge von verschiedenen Seiten ansehen und beurteilen; und diese verschiedenen Seiten und Gesichtspunkte sind teilweise auch nationale Seiten und nationale Urteilsverschiedenheiten. Und vollends die Philosophie: sie ist Weltanschauung, und daß die Weltanschauung eines germanischen Volkes eine andere ist als die eines romanischen, die Weltanschauung der Engländer eine andere, utilitaristischere als die mehr idealistische der Deutschen, wer könnte das bestreiten? Eben deswegen und in diesem Sinn gibt es eine deutsche und eine englische Philosophie, und diese zwei sind — zweierlei, sind, man könnte geradezu sagen, total verschieden, sie müssen sogar auf Grund nationaler, und das will sagen: geschichtlicher Unterschiede auf allen Punkten verschieden sein. Aber nicht nur die Philosophie, sondern die Wissenschaft überhaupt ist ein Teil, ein organisches Glied der gesamten Kultur, und die Kultur ist immer die eines Volkes, ist immer national bestimmt und gefärbt. Was Fichte von der Philosophie gesagt hat: »was für eine Philosophie man wähle, hängt davon ab, was für ein Mensch man ist: denn ein philosophisches System ist nicht ein toter Hausrat, den man ablegen oder annehmen könnte, wie es uns beliebt, sondern ist beseelt durch die Seele des Menschen, der es hat«, gilt mutatis mutandis von aller Wissenschaft und von ihrem Verhältnis zu dem Volk, das ihr seine Seele einhaucht. Gerade in diesem Sinne haben daher die deutschen Hochschullehrer durchaus recht gehabt, als sie in den ersten Kriegsmonaten erklärten: »Wir Lehrer an Deutschlands Universitäten und Hochschulen dienen der Wissenschaft und treiben ein Werk des Friedens. Aber es erfüllt uns mit Entrüstung, daß die Feinde Deutschlands, England an der Spitze, angeblich zu unseren Gunsten einen Gegensatz machen wollen zwischen dem Geiste der deutschen Wissenschaft und dem, was sie den preußischen Militarismus nennen. In dem deutschen Heere ist kein anderer Geist als in dem deutschen Volke; denn beide sind eins, und wir gehören auch dazu. Unser Heer pflegt auch die Wissenschaft und dankt ihr nicht zum wenigsten seine Leistungen. Der Dienst im Heere macht unsere Jugend tüchtig auch für alle Werke des Friedens, auch für die Wissenschaft. Denn er erzieht sie zu selbstentsagender Pflichttreue und verleiht ihr das Selbstbewußtsein und das Ehrgefühl des wahrhaft freien Mannes, der sich willig dem Ganzen unterordnet. Dieser Geist lebt nicht nur in Preußen, sondern ist derselbe in allen Ländern des Deutschen Reiches. Er ist der gleiche in Krieg und Frieden.«

Noch in einem anderen wichtigen Punkt zeigt sich dieser nationale Unterschied des Wissenschaftsbetriebs bei den einzelnen Völkern — in der Methode, der Art und Weise, wie die einen und die anderen zu der Wahrheit durch- und vorzudringen suchen. Man sehe sich, um den Gegensatz in seiner ganzen Weite und Tiefe daran zu illustrieren, den Unterschied an zwischen den drei großen Aufklärern des 18. Jahrhunderts, dem Engländer Locke, dem Franzosen Voltaire und dem Deutschen Wolff. Alle drei kommen ungefähr zu denselben Ergebnissen, und doch — wie anders wirken die drei Zeichen auf uns ein! Der hausbackene, nüchterne, utilitaristische Engländer, der geistreiche, bewegliche, frivole Franzose und der gründliche, methodische, umständliche Schulmeister der deutschen Aufklärung! Oder man stelle heute den französischen Modephilosophen Bergson und den Deutschen Wundt einander gegenüber: in ihnen treten der gallische und der germanische Geist, französischer Esprit und deutsche Gründlichkeit noch einmal und geradeso schroff und typisch einander gegenüber wie in Voltaire und Wolff. Natürlich sind auf anderen Wissensgebieten die Unterschiede nicht so groß und so auffallend, aber vorhanden sind sie immer, weil eben die Arbeitsmethode eine verschiedene ist. Ein Bacon oder ein Darwin arbeiten anders als ein Liebig oder ein Helmholtz. Es hängt dies teilweise schon mit der äußeren Stellung der Gelehrten und mit der Einrichtung unserer Universitäten zusammen: bei den Engländern stehen die großen Wissenschafter vielfach außerhalb jedes Lehrbetriebes, bei den Deutschen sind sie Professoren, Forscher und Lehrer zugleich und bei den Franzosen womöglich auch Rhetoren und Conférenciers.

Endlich bringt auch die Organisation der Wissenschaft Unterschiede. Da, wo es sich um Aufgaben handelt, deren Lösung die Arbeit und das Können eines einzelnen übersteigt, müssen gelehrte Gesellschaften und Akademien, die über größere Geldmittel verfügen, diese in die Hand nehmen. Am lehrreichsten sind dafür wohl die Ausgrabungen der Archäologie, die Kunstschätze, Denkmäler und Anlagen aller Art aus ihren Gräbern wieder erstehen lassen und ans Licht fördern sollen. Dabei zeigt sich der durchaus nationale Charakter der deutschen Archäologie in der ganzen neuen Epoche, die für sie mit 1870 einsetzt. 1841 zog der Deutsche Schönborn nach Kleinasien, um hier zu schürfen und zu forschen; »ein schlichter, mittelloser, zuweilen etwas unpraktischer Schulmann, der allein, ohne ein anderes Instrument als einen Taschenkompaß und ein Siedethermometer, ohne einen anderen Rückhalt als die tiefe Leidenschaft des Autodidakten für Wissenschaft und Altertum, in eiserner Ausdauer beobachtend umherzog«. Und neben ihm fast an denselben Stellen grabend »drei in ihren Mitteln nicht beschränkte, vorzüglich ausgerüstete, namentlich in ihrem Wissen gut zusammenpassende Engländer, welche in seltener Vereinigung schneller erreichen, energischer erledigen und sicherer mitteilen konnten, was jener einsam und mühsam sich in dunklem Drange fast wie zu unveräußerlichem persönlichen Eigentum erwarb«. 1853 verhallte der Aufruf, den Ernst Curtius zu einer deutschen Ausgrabung in Olympia ergehen ließ, ungehört; ganze 300 Taler war das Ergebnis der dafür veranstalteten Sammlung. Das erste Friedenswerk des Deutschen Reiches nach dem Krieg von 1870 aber war die Inangriffnahme eben dieser Ausgrabungen in Olympia unter lebendiger Anteilnahme und Förde-

rung des deutschen Kaisers und des damaligen Kronprinzen; und ihnen folgte schon 1878 die ergebnisreiche Erschließung von Pergamon. Aber auch die Art, wie dabei zu Werke gegangen wird, und der Zweck solcher nationalen Unternehmungen ist ein vielfach verschiedener. Sie alle dienen scheinbar demselben Ziel und gehen doch nicht nur an verschiedenen Stellen, sondern auch auf verschiedenen Pfaden, in einem sozusagen national unterschiedenen und deutlich unterscheidbaren Stil ihren Weg. Ja es ist geradezu nationale Rivalität und nationaler Ehrgeiz, die hier zum Guten ausschlagen, vorwärtstreiben und als gleichstrebender Wetteifer das Werk fördern. »Von politischer Macht und von Mitteln hängt es ab, ob sich ein Schaffen auf diesem Gebiete ins Große entfalten kann.« Oder ein anderes Beispiel für diese nationalen Zusammenhänge. Das Archäologische Institut in Rom ist ursprünglich mit privaten Mitteln gegründet, dann staatlich, jedoch spärlich von Preußen unterstützt worden. Aber sieben Tage nach der Gründung des Deutschen Reiches hat König Wilhelm I. zu Versailles das Aktenstück unterzeichnet, das jenes Institut zur preußischen Staatsanstalt machte, und 1873 wurde es unter die Reichsanstalten übernommen mit dem Hauptsitz in Berlin und zwei diesem untergeordneten Zweigstellen in Rom und in Athen; und 1885 wurde vollends durch eine Verordnung Bismarcks der nationale Charakter des römischen Instituts auch darin zum Ausdruck gebracht, daß der bis dahin von den Sitzungen und Publikationen ausgeschlossenen deutschen Sprache wenigstens gleiche Rechte mit der italienischen eingeräumt wurden. Umgekehrt ist an dem Bruch mit Italien vielen von uns das Schmerzlichste, daß die wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft mit den italienischen Fachgenossen durch den Treubruch Italiens für lange unterbrochen worden ist und der Krieg für uns Ältere jedenfalls einen Abschied bedeutet fürs Leben.

Nun ist freilich daneben klar, daß *jede Nation an der Arbeit der andern teilnimmt*, ihre Ergebnisse aufgreift und in der eigenen Arbeit an sie anknüpft und darauf weiterbaut, daß somit jede von der andern lernt, und zwar nicht bloß durch und aus den Veröffentlichungen der Gelehrten anderer Nationen, sondern auch ganz direkt durch das Verhältnis von Lehrern und Schülern. Die Japaner, die bei uns studiert haben, geben dafür das Massenbeispiel, wie der Engländer Haldane dafür das im Augenblick bemerkenswerteste Individualbeispiel ist. So gehen zahlreiche Fäden persönlicher und überindividueller Art herüber und hinüber; die Arbeit selbst aber bleibt immer getrennt, und die Arbeitsweise sowie, wenn wir eben die Japaner genannt haben, auch die Denkweise bleiben verschieden. Übrigens lassen die gegen uns geschleuderten Anklagen von Gelehrten fremder Nationen während des Krieges erkennen, daß man uns Deutsche auch auf wissenschaftlichem Gebiet bisher schon immer nur unter Vorbehalten geliebt hat, und daß die Dankbarkeit gegen uns vielfach keine sehr tiefgehende gewesen ist.

Haben wir damit den letzten Endes doch immer *nationalen Charakter und Hintergrund der Wissenschaft* festgestellt, so kommt gerade im gegenwärtigen Kriege noch ein anderes hinzu. Es ist mehr als je zuvor ein Krieg auch der Technik, der Landwirtschaft und der Industrie. Nach zwei Seiten hin: durch sie werden die Mittel zum Kriegführen bereitgestellt, und durch sie wird der satanische Plan, ein ganzes Volk wie in einer Festung eingeschlossen auszuhungern, vereitelt. Technik, Landwirtschaft und Industrie aber ruhen vielfach auf den Säulen der Wissenschaft, ich nenne nur beispielsweise die Chemie. Und ebenso ist es mit der Kunst des Arztes, die im Kriege zeigt, was sie kann, und vieles lernt, was sie bisher noch nicht gekonnt hat; Medizin ist aber ebenso Wissenschaft, wie sie Kunst und Technik ist. So wird die Wissenschaft vielfach ganz direkt in den Dienst der kriegführenden Nationen gestellt. Nun könnte man freilich sagen: für die Wissenschaft selbst ist es ganz gleichgültig, wie sie angewendet wird; dafür ist sie nicht verantwortlich; sie bleibt international, nur ihre Verwertung ist national. Aber nicht einmal das ist richtig. Der Krieg stellt der Wissenschaft als solcher im Dienst des eigenen Volkes bestimmte neue Aufgaben, z. B. für den Unterseebootkrieg oder für die Luftschiffahrt oder für die Volksernährung, und wird dadurch für sie ausdrücklich die Veranlassung, im nationalen Dienst nach einer bestimmten Richtung hin zu arbeiten, im nationalen Dienst zu erfinden und Mittel herzustellen, mit denen der nationale Krieg geführt wird und das Volk erhalten werden kann. Nicht erst Technik, Landwirtschaft und Industrie stehen in solchem nationalen Dienst, militärisch im Dienst des männermordenden Krieges und volkswirtschaftlich im Dienst der Menschenerhaltung und Selbstbehauptung des eigenen Volkes, sondern schon die Wissenschaft selber. Die deutsche Chemie denkt heute bei ihrer Arbeit nur an Deutschland, nicht an die Menschheit und an die Völker draußen, sie ist deutschnational, nicht international. Und selbst mit der Medizin ist es trotz alles Roten Kreuzes im Grunde nicht anders.

Aber allerdings geht aus dem zuletzt Gesagten doch hervor, daß sich die Wissenschaft *auf die Dauer* nicht in die nationalen Schranken und Grenzen hineinbannen läßt, daß sie in der Tat doch auch eine internationale Seite hat. *Auf verschiedenen Wegen* — das ist das *Nationale* — streben die wissenschaftlichen Forscher der verschiedenen Völker doch alle *demselben Ziele zu* — das ist das *Internationale*. Und deswegen hat die wissenschaftliche Arbeit in der Tat eine völkerverbindende und völkerversöhnende Kraft. Jeder, welcher Nation er angehört, muß sich den Blick so weit frei und das Auge so weit offen halten, daß er nach wie vor den Anteil anerkennt, den auch die anderen an den Leistungen und Arbeiten der Kunst und Wissenschaft gehabt haben und haben, und muß ihnen dafür Dank wissen. Wir alle, auf welchen Gebieten wir arbeiten, stehen auf den Schultern Darwins, wie alle Philosophie heute von den Gedanken Kants ausgeht und mit ihnen sich auseinandersetzen muß. So ergibt der nationale und immer national gefärbte Beitrag der verschiedenen Völker und ihres Wissenschaftsbetriebes eine Förderung der wissenschaftlichen Gesamtarbeit und über diese hinaus der Gesamtkultur, welche, da alle Kulturgebiete, Kunst, Religion, Sitte und Sittlichkeit, unter sich und also auch mit der Wissenschaft zusammenhängen, doch schließlich eine allumfassende menschheitliche ist oder wird oder einer solchen in unendlicher Annäherung zustrebt.

Und damit ergibt sich nun erst die *Lösung* und das letzte Wort für dieses neuerdings so heillos verfilzte Problem. Die *Internationalität der Wissenschaft* ist wie das Völkerrecht immer *nur eine Idee*, d. h. im Kantischen Sinn des Worts eine Aufgabe, deren Erfüllung im Unendlichen liegt. Dieser Gedanke ist seit Ausbruch des Krieges verdunkelt worden, mußte es werden. Nach dem Krieg wird er den

Menschen aufs neue, man kann sogar hoffen: stärker noch als bisher aufgehen, und aufgehen wird namentlich auch das Bewußtsein, daß diese Gemeinschaft nicht in irgendwelchen Äußerlichkeiten, wie der Zugehörigkeit zu fremden Akademien oder der Teilnahme an internationalen Kongressen, sondern viel tiefer und fester verankert ist in dem kategorischen Imperativ eines Sollens und eines gemeinsamen Strebens, das zwar ein getrennt Marschieren bleiben wird und bleiben mag, wenn es nur ein vereint Schlagen und Siegen ist. Deswegen ist zu hoffen und zu glauben, daß nach dem Krieg, rascher vielleicht als wir denken und jedenfalls besser und fester als zuvor, von der Wissenschaft wieder Fäden angeknüpft werden, friedenbringende, völkerverbindende Fäden. Und so ist allerdings gerade sie vor anderen berufen, auch den Gedanken des Weltfriedens, den sie für ihre Arbeit braucht, von sich aus zu hegen und zu pflegen. Nur soll sie und sollen ihre Vertreter dabei keinen Utopien nachjagen: einen ewigen Frieden gibt es auch in Zukunft nicht, und **das Nationale wird nie und soll nie verschwinden vor dem Internationalen, auch in der Wissenschaft nicht.**

Literatur: W. Wundt, Die Nationen und ihre Philosophie (Leipz. 1915); F. Winter, Die deutsche Archäologie seit 1870 in ihrer Beziehung zum Auslande (»Bonner Jahrbücher« 1915, Heft 123, 1, S. 86—99); E. J. Vetter, Das Völkerrecht der Zukunft (Münch. 1915).

Krieg und bildende Kunst

von Dr. P. Jessen, Direktor der Bibliothek des Kgl. Kunstgewerbemuseums in Berlin

Hierzu Tafeln »Krieg und Kunst I—VI«.

Der Krieg, der große Zerstörer und Schöpfer, ist der Kunst zugleich Freund und Feind. Er vernichtet unersetzlichen Bestand; er spannt für seine Dauer die Volksseele in das harte Joch der Not; er benimmt dem Künstler das innere Gleichgewicht, ohne das kein großes Kunstwerk reifen kann. Aber er schafft Helden und Heldenruhm, eine höchste Aufgabe für die Künste nach dem Frieden. Wie tief der Drang, die Helden zu feiern und die eigenen Erlebnisse zu gestalten, die Künstler und das Volk packen wird, hängt ab von dem Anteil, den der einzelne Volksgenosse an dem Krieg hat nehmen können, ob Fürstenkrieg, ob Volkskrieg. Wo, wie heute, alle Besten in Waffen stehen, mag vereinzelt schon während des Kampfes aus den unmittelbaren Erlebnissen ein tüchtiges Werk erwachsen. Im ganzen aber wird Bleibendes nur da entstehen, wo nach der Zeit der kriegerischen Spannung mit der gehobenen Stimmung eines siegreichen Volkes sich die Fähigkeit begegnet, große Eindrücke künstlerisch zu verwerten. Nur wenn Siegeshochgefühl und Gestaltungskraft zusammentreffen, läßt sich eine starke Kunst des Krieges erhoffen. Das ist leider nur selten eingetroffen im Laufe der Kunstgeschichte.

Die **Aufgaben und Antriebe** künstlerischer Schöpfung im Gefolge des Krieges sind mannigfacher Art. Lange bevor man daran dachte, planmäßig Gedenkbilder der Kämpfe und der Kämpfer festzuhalten — gelegentliche Beobachtungen finden sich schon in den Höhlenritzungen der Urzeit —, hat der Krieger seine **Waffen** über das Notwendige hinaus zu Kunstwerken ausgebildet. Die Kriegsbeile und Dolche der Steinzeit sind Muster nicht nur der Zweckmäßigkeit, sondern auch der Form, die Schwerter und Schilde der Bronzezeit Meisterstücke knappen, organischen Schmuckes. Auf den Waffen des frühesten Griechentums, aus den mykenischen Gräbern, finden sich schon köstlich eingelegte Ornamente und Gestalten. Diese Freude am handfesten Zierat der Wehr und Waffen ist geblieben durch das Mittelalter und die neueren Zeiten in Europa und bei den Kulturvölkern Asiens, bis die unerbittlichen Ansprüche der heutigen Kriegstechnik alle Zutat verbannt und nur der knappsten Zweckform Raum gelassen haben. So ist es gegangen mit den Schutzwaffen, so mit Hieb- und Schußwaffen, so mit den Geschützen (Wendelin Boeheim, »Handbuch der Waffenkunde«, Leipz. 1890; Erich Haenel, »Alte Waffen«, Berl. 1913).

In steter Wechselwirkung mit den Waffen ist auch die **Kriegstracht** von alters her zu mannigfachen Zweck- und Schmuckformen ausgestaltet worden. Die Panzer und Helme des Altertums, die Rüstungen des Mittelalters, die zerschlitzten Wämser, Hosen und Hüte der Landsknechte, die Koller aus dem Dreißigjährigen Kriege und die lange Reihe der Uniformen von der bunten Pracht des 17. und 18. Jahrhunderts bis zum schmucklosen Feldgrau von heute spiegeln zugleich die Kriegsgebräuche und die Geschmacksansprüche ihrer Zeiten wieder. Bald Nachahmer, bald Vorbilder der bürgerlichen Männertrachten, sind sie im Laufe der Entwicklung in vielen stattlichen Bildfolgen und Werken beschrieben und abgebildet worden (Richard Knötel, »Uniformenkunde«, Rathenow 1890 ff.; Derselbe, »Handbuch der Uniformenkunde«, Leipz. 1896).

Die durch den Krieg ins Leben gerufenen **Bauten** bilden einen eigenen, weiten Abschnitt der Baugeschichte. Die Nutz- und Trutzbauten erhoben sich zur Baukunst, solange der gesunde Handwerkssinn der alten Meister alles Notwendige mit einem Überschuß schöpferischer Arbeitsfreude zu umkleiden pflegte. Nicht nur die Burgen und Wehrtürme des Mittelalters, sondern auch die Tore der Renaissance, ja die mathematisch berechneten Festungswerke der Barockzeit, soweit sie sich erhalten haben oder in den vielen umständlichen Kupferwerken abgebildet sind, zeigen einen anfangs ungesuchten, später bewußten Zug nach kraftvoller, großzügiger Massen- und Raumbildung und werden nebenher belebt durch mancherlei gefälliges, ziervolles Beiwerk. Selbst im fernen Japan sind die vielgeschossigen Kastelle der einstigen Teilfürsten noch heute die eindrucksvollsten Reste der weltlichen Baukunst. Auch diesen Werken der Kriegskunst hat erst die neuzeitige Geschoßwirkung eine allerknappeste, bis zur völligen Unsichtbarkeit vereinfachte Formengebung aufgezwungen (O. Piper, »Burgenkunde«, 2. Aufl., Münch. 1905; B. Ebhardt, »Deutsche Burgen«, Berl. 1899 ff.; M. Jähns, »Handbuch einer Geschichte des Kriegswesens«, Leipz. 1880 ff.).

Den gleichen Weg hat der Bau der **Kriegsschiffe** nehmen müssen. Einst taten es die hochbordigen Orlogschiffe mit den weithin leuchtenden holzgeschnitzten Gallionen am Bug und den bunten, vergoldeten Schnitzereien um die Fenster und Stückpforten den fröhlichsten Kauffahrern gleich. So kennen wir sie aus den Seebildern der holländischen Maler und aus

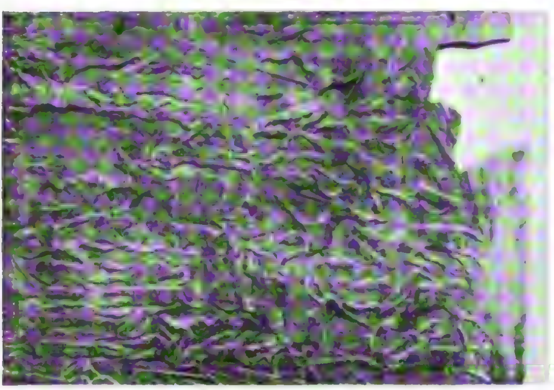
Krieg und Kunst I.



1. Siegesrelief des Sethos I. in Karnak.
Aufnahme Photoglob, Zürich.



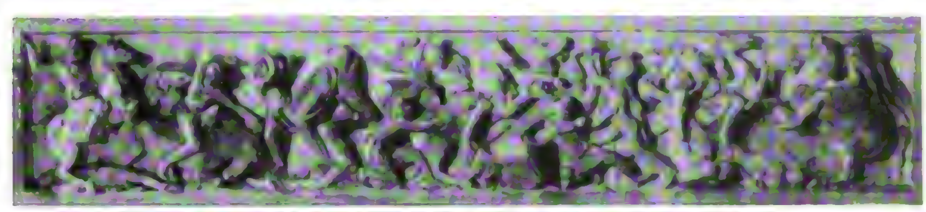
2. Assyrischer Bogenschütze aus Ninive.
Louvre.



3. Sieg des Assyrerkönigs Assurbanipal über die Elamiter.
Britisches Museum.



4. Grabrelief des Dexileos.
Athen.



5. Kampf der Griechen und Perser. Vom sog. Alexandersarkophag aus Sidon.



6. Gefecht zwischen römischen Truppen und Dakern. Von der Trajanssäule in Rom.
Aus Cichorius, Die Reliefs der Trajanssäule (G. Reimer, Berlin).

Bibliographisches Institut in Leipzig.

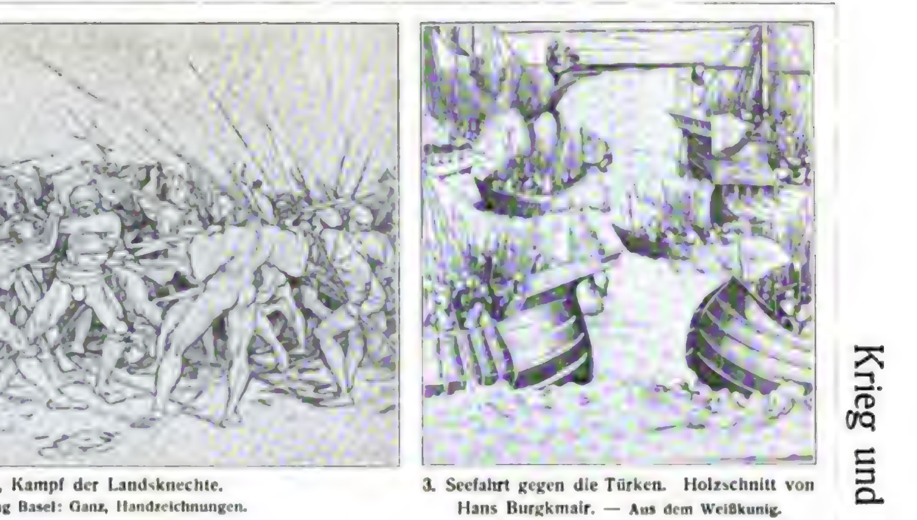
Krieg und Kunst II.



1. Belagerung. Holzschnitt von Hans Burgkmair. Aus dem Weißkunig.



2. Hans Holbein, Kampf der Landsknechte. Öffentliche Kunstsammlung Basel: Ganz, Handzeichnungen.

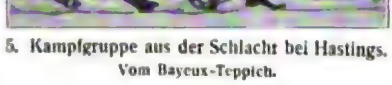


3. Seefahrt gegen die Türken. Holzschnitt von Hans Burgkmair. — Aus dem Weißkunig.



4. Kampf vor Gent. — Aus der Bilderhandschrift der Chroniken des Jean Froissart, um 1470. Breslau.





5. Kampfgruppe aus der Schlacht bei Hastings. Vom Bayeux-Teppich.





6. Paolo Uccello. Die Schlacht bei Sant' Egidio.

Krieg und Kunst III.

1. Callot, Misères et malheurs de la guerre. Blatt 2.



2. Velasquez, Übergabe von Breda.
Heliogravüre der Photographischen Gesellschaft in Berlin.



3. Schlüter, Maske eines sterbenden Kriegers.



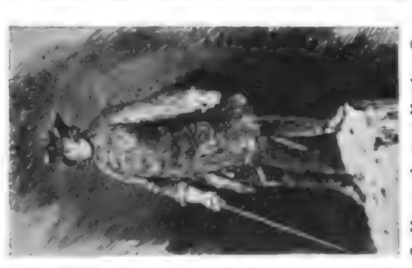
4. W. v. Kobell, Die Kanoniere.
Farbendruck von E. A. Seemann, Leipzig.



5. Baron Gros, Napoleon auf dem Schlachtfeld von Eylau.

Krieg und Kunst IV.

1. Albrecht Adam, Aus dem Rückzug der Franzosen aus Rußland.
Phot. Frz. Hanfstängl, München.

2. Menzel, aus: Kugler, Geschichte Friedrichs d. Gr.



3. Ad. v. Menzel, Friedrich und die Seinen bei Hochkirch.
Aus: Ausstellung Friedrich d. Gr. in der Kunst (Verlag der Photogr. Ges., Berlin).




4. Böcklin, Der Krieg. Aus Arnold Böcklin, 3. Folge. München, Photogr. Union.




5. Hodler, Auszug der Freiwilligen 1813.
Aus: Das Werk Ferdinand Hodlers (München, Piper u. Co.).

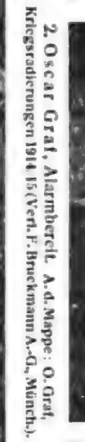
6. Th. Rocholl, König Wilhelms Ritt um Sedan.
Photogr. F. Hanfstängl, München.

Krieg und Kunst V.



1. A. Egger-Lienz, „1915". Originallithographie. Verlag der Gesellschaft für vervielfält. Kunst, Wien.





2. Oscar Graf, Alarmbereit. A. d. Mappe: O. Graf, Kriegsradierungen 1914/15 (Verl. F. Bruckmann A.-G., Münch.).



3. W. Jaeckel, Spione. Steindruck.



4. K. Caspar, Kameraden („Kriegsbilderbogen Münchner Künstler", Goltzverlag).

5. Bruno Paul, Die Schlacht an den Masurischen Seen 1914. Gedenkblatt des „Wieland".



6. Willi Geiger, Der Fähnrich. Radierung.

Krieg und Kunst VI.



1. Arthur Kampf, Auf dem Vormarsch.



2. Wilh. Schreuer, Sanitätskolonne.



3. Emil Cauer, Verwundeter Krieger.



4. Hans Kohlschein, Abzug der kriegsgefangenen Besatzung von Maubeuge, 8. September 1914.
Mit Genehmigung der Photogr. Gesellschaft, Charlottenburg 9.

den Modellen, die sich in unseren Hansestädten erhalten haben. Im schärfsten Gegensatz dazu ist das Panzerschiff des 19. und 20. Jahrhunderts von Jahrzehnt zu Jahrzehnt glatter, niedriger, schmuckloser, unfarbiger geworden. Und doch, obwohl ohne jede Spur entbehrlichen Zierats, ist es unter der rechnenden, wägenden und gestaltenden Arbeit der heutigen Konstrukteure zu einem Kunstwerk der Umrisse und Massen geworden, zu einem in sich vollendeten Ausdruck der Beweglichkeit und Wehrhaftigkeit (Korvettenkapitän Albert Scheibe in: »Der Verkehr, Jahrbuch des deutschen Werkbundes«, Jena 1914).

Umgekehrt sind die Kasernen aus den nüchternen, wenngleich oft nicht unschönen Nutzbauten des 18. Jahrhunderts und den bestenfalls völlig kunstlosen, meist aber romantisch aufgeputzten Stilversuchen des 19. Jahrhunderts im jüngsten Deutschland durch eine immer kunstwilligere Garnisonbauverwaltung zu Wohngebäuden im besten Sinne geworden, nach zweckmäßigem Grundplan, oft aus Einzelgebäuden, zu eindrucksvollen Massen gruppiert, hier und da mit ansprechendem Schmuck; im Inneren sind besonders die Speiseräume nach den Ansprüchen der neuen Innenkunst bescheiden und oft farbenfroh ausgestaltet. Man hat sich gesagt, daß die Kaserne dem Soldaten eine Heimat werden solle und deshalb auch zu seinem Auge und Herzen sprechen müsse; solche kluge Fürsorge wird sich nach dem Kriege erweitern und vertiefen. (Beispiele neuer Kasernen aus Cannstatt, Straßburg, München, Regensburg in den Zeitschriften: »Der Baumeister«, Jahrg. 1910; »Moderne Bauformen«, 1910; »Dekorative Kunst«, 1911).

Der jetzige Krieg hat in Deutschland ein scheinbar fernliegendes, unerwartetes Nebenergebnis für die Handwerkskunst gezeitigt. Bei der Fürsorge für die Verwundeten und Kriegsverletzten in den Lazaretten und Heilstätten hat man die ernste Handarbeit nicht nur als Beschäftigung eingeführt; man hat die Beschädigten auch in Werkstätten an gediegene Handwerkstätigkeit gestellt, um möglichst auch die Behinderten ihrem Berufe zu erhalten. Dabei haben an mehreren Orten tatkräftige Künstler alte und heutige Techniken des Kunsthandwerks im Interesse und mit Hilfe der Krieger zu neuen Aufgaben und Formen gesteigert, für die wir dem Kriege als Anreger verpflichtet bleiben werden (in den Technischen Lehranstalten zu Offenbach u. a. O.)

Als Werk bald des Baukünstlers, bald des Bildhauers, inmitten zwischen Zweckaufgabe und freier Kunst, entstehen im Verfolg der Kriege die Grabmäler und Denkmäler der Gefallenen und der Sieger in zahllosen Abstufungen. Solange die Fürsten mit vaterlandslosen Söldnern oder widerwillig ausgehobenen Landeskindern ihre Kriege führten, sind die Grabstätten des gemeinen Mannes ohne Zeichen und Namen geblieben; er wurde auf der Walstatt oder am Wegrain verscharrt, und sein Gedächtnis war mit ihm verweht. Nur der siegreiche Herrscher setzte sich selber sein Gedächtnismal, wie die Pharaonen in den Pyramiden, oder wurde von seinem dankbaren Volke geehrt. Selbst die freien Städte der italienischen Renaissance haben nicht ihren Kriegern, sondern den Unternehmern, den Söldnerführern, Denkmäler von ewigem Wert errichtet: Padua dem Gattamelata, Venedig dem Colleoni. Anders im Zeitalter der Volkskriege. Die Freiwilligen und Landwehrmänner der deutschen Freiheitskriege und die Opfer unserer Einheitskämpfe sind nach Möglichkeit an würdiger Stätte gebettet worden, auf den Dorffriedhöfen oder nahe der Gefechtsstätte in besonderen Umfriedungen, die Mannschaften oft nur im Massengrab, die Offiziere einzeln, häufig Freund und Feind versöhnt nebeneinander, wo es sich machen ließ, unter hölzernen Grabkreuzen oder schlichten Steinen; inmitten steht möglichst ein gemeinsames Denkmal. Es gibt aus den Freiheitskriegen, z. B. in Schlesien, einige noch heute vorbildliche Anlagen; weniger anspruchslos, ja oft leider aufdringlich sind die architektonischen Prunkmäler nach 1870. Auch im jetzigen Kriege sprechen die zahllosen Gräber, die in Ost und West die Kameraden den Kameraden mit den einfachsten Mitteln herrichten und schmücken, meist mehr zu Herz und Sinn als die leider nicht seltenen, wohlgemeinten Versuche, durch zufällige Hilfskräfte hinter der Front kostspieligere Male modellieren oder meißeln zu lassen. Der Gefahr, daß hier bei aller Pietät der gute Geschmack der Deutschen bloßgestellt werde, suchen verschiedene einsichtige Stellen zu begegnen. Man hat eine Reihe von Mahnschriften geschrieben, Wettbewerbe für geschmackvolle Grabzeichen veranlaßt, die Bauberatungsstellen und Heimatschutzverbände aufgerufen. Von der städtischen Kunsthalle in Mannheim geht eine umfassende Wanderausstellung aus. Vor allem hat sich die Heeresverwaltung der wichtigen Aufgabe angenommen und berufene Baukünstler und Bildhauer entsendet, um das Vorhandene zu begutachten und in sachgemäßer, möglichst schlichter Weise mit bodenständigen Mitteln zu etwas Dauerndem zu gestalten. Als erste sind mit einem frisch anregenden Werk (»Soldatengräber und Kriegsdenkmäler«, Wien 1915) die künstlerischen Kräfte Österreichs auf dem Plan gewesen. An Vorbildern aus älterer Zeit fehlt es nicht. Unter den köstlichen Grabstelen des alten Athen gibt es ergreifende Gedächtnisbilder gefallener Krieger, zu Pferd und zu Fuß, im Kampf und im Kreise der Ihrigen, auch ein jugendliches Opfer des Seekrieges auf seinem Fahrzeug. Als markige Persönlichkeiten stehen die geharnischten Ritter auf den vielen deutschen Steinplatten in den Kirchen des Mittelalters; auch schöne Tafeln finden sich mit Namen, Wappen und schlichten Zeichen der Wehrhaften. Vor den klassischen Wandgräbern der italienischen Renaissance erscheint bisweilen der Verstorbene wie ein Held auf stolzem Rosse. Prunkvoll sind die Ehrenmale, bescheiden die Schriftsteine der Barockzeit. Zu eigenen, strengen, stillen Typen hat die klassizierende Zeit um 1800 gerade die Denksteine von Offizieren auf den deutschen Friedhöfen geformt. Und nach trüben Jahrzehnten der Unkunst weist die entschlossene Reform der neuen deutschen Friedhofskunst auch dem Kriegergrab zuverlässige Wege zu gediegener Kunst.

Die Denkmäler für Krieg und Sieg dagegen wünschen wir heute bis zu gelegener Zeit, mindestens bis nach dem Frieden, ja bis zur vollen, tiefen Selbstbesinnung des ganzen Volkes zurückgestellt. Wir haben erlebt, wie die begeisterte, aber übereilte Denkmalswut seit den 1870er Jahren fast nichts bleibend Gutes, dagegen eine Fülle hohlen Phrasenschwalls gezeugt hat. Selbst der ungeheure Aufwand der Riesendenkmäler ist meist ohne Nutzen für die Kunst vertan worden. Man beherzige das ernste Wort aus dem Schützengraben: »Gebt unseren Hinterbliebenen, den Opfern des Krieges, nicht Steine statt Brot.« Man sollte bedenken, daß auch in den langen Jahrhunderten früherer Kunst nur wenige wahrhaft denk-

würdige Wahrzeichen des Heldentums entstanden sind, wie etwa der Löwe vom Schlachtfeld zu Chäroneia, die Gräber der Scaliger in Verona, das Reiterstandbild des Großen Kurfürsten, Thorwaldsens Löwe in Luzern, der Triumphbogen Napoleons in Paris. Besteller und Künstler müssen einer des anderen wert sein. Was im heutigen Deutschland in der Hast der Kriegszeit von unverantwortlichen Kräften vorgeschlagen und leider zum Teil unter dem Schutze der Wohltätigkeit ausgeführt worden ist, besonders die benagelten Riesenstatuen in den größeren Städten, sind Warnungsmale, die als solche weithin wirken sollten (Werner Lindner, »Denkmäler für unsere Krieger«, Münch. 1915; »Kriegergrabzeichen und Gedenktafeln«, Stuttgart 1915; »Deutsche Kriegergräber«, München 1916).

Denkmünzen auf Helden, Schlachten, Belagerungen, Friedensschlüsse gibt es in Italien seit dem 15. Jahrhundert, im Norden seit dem 16. voll köstlicher Kunst, teils zum Andenken an weltbewegende Anlässe, an den Westfälischen Frieden, die Türkenbelagerung Wiens, die Siege Friedrichs des Großen, teils als amtliche Künder fürstlichen Ruhmes, wie die Medaillenfolgen Ludwigs XIV. und Napoleons I. Noch fehlt es an solcher Kunst in den bisherigen Siegestalern des neuen Deutschen Reiches. Der Weltkrieg hat bei uns neben einigen aussichtsvollen Versuchen auch unreife Stümpereien gezeitigt; erst wenn die Tüchtigen aus dem Felde heimgekehrt sein werden, wird es sich entscheiden, ob wir dieses Mal reif dazu sind, Würdiges und Bleibendes zu schaffen (Ferd. Friedensburg, »Die Münze in der Kulturgeschichte«, Berl. 1909; Julius Leisching in »Kunst und Kunsthandwerk«, Wien 1915, Heft 12).

Die bildlichen Darstellungen kriegerischer Ereignisse sind im Laufe der Menschheitsgeschichte aus sehr wechselnden Anlässen entstanden. In den ältesten Zeiten haben sie, wie die Denkmäler, den ausgesprochenen Zweck, den Ruhm der Taten, meist die Siege des Herrschers, der Nachwelt zu verkünden, so die wortreichen Reliefs an den Gedächtnistempeln und Königspalästen Ägyptens und Assyriens, so die Gemälde und Kupferstichreihen Ludwigs XIV. und seiner Nachahmer, so noch heute die von den Regimentern bestellten Schlachtenbilder. Sie alle stellen den Künstler vor die undankbare, meist unlösbare Aufgabe, ein bestimmtes Geschehnis, das er selber nicht gesehen hat, nach Beschreibungen so darzustellen, daß die Gestalten des Fürsten, der Führer oder sonstiger Teilnehmer in das besondere Licht persönlichen Heldentums gerückt werden. Das läßt sich fast ausnahmslos nur auf Kosten der inneren Wahrheit des Vorganges und des künstlerischen Bildwertes erreichen, so daß mit allen solchen Repräsentationswerken für die Kunst vom Kriege nicht viel gewonnen ist. Je treuer die Überlieferung, um so aussichtsloser der Kunstwert. Einen zweiten Antrieb bildet der Wunsch der Zeitgenossen, das Tatsächliche der kriegerischen Ereignisse im Bilde vor sich zu sehen: ihm dienen seit Erfindung des Holzschnittes und des Kupferstiches die Flugblätter, Bilderfolgen und illustrierten Zeitungen. Auch hier ist, schon wegen der Hast des Schaffens, auf ein reines Kunstwerk selten zu hoffen. Zu freier Kunst erhebt sich das Bild vom Kriege erst dort, wo der Künstler seinem großen Stoff innerlich frei gegenübersteht, wo er aus eigenem Erleben oder aus persönlicher Begeisterung für seinen Helden sein ganzes Ich einsetzt, oder dort, wo der Nachklang heldenhafter Volkskämpfe in der ganzen Kunst eines begnadeten Volkes forttönt, wie in den heroischen Kampfesbildern der griechischen Plastik. Die reiche Fülle der Möglichkeiten und Ergebnisse verlangt eine kurze Übersicht in geschichtlicher Folge (Alfred Steinitzer und Wilhelm Michel, »Der Krieg in Bildern«, Münch. 1912; Konrad Escher, »Kunst, Krieg und Krieger«, Zürcher Kunstgesellschaft, »Neujahrsblatt« 1915).

In den Monarchien der frühen Mittelmeerkultur bestimmte der König die Kriege und die Bilder von den Kriegen. Der Bürger des alten Ägyptens ließ sich nicht mit Wehr und Waffen bestatten; er wollte auf der Todesreise nur von den Gestalten und Geräten seines friedfertigen Lebens begleitet sein; es ist eine seltene Ausnahme, wenn unter den Grabbeigaben sich einmal eine holzgeschnitzte Schar von Bogenschützen und Speerträgern findet. Selbst die umständlichen Schlachtenbilder der Pharaonen sind im wesentlichen auf das vergleichsweise kurze Heldenzeitalter der großen Eroberer beschränkt, die Zeit des Neuen Reiches, der zweiten thebaischen Epoche. Da stehen in den flachen Reliefs an den Wänden der Tempel und Torbauten Sethos I. und Ramses II. mit Bogen oder Wurfspieß auf dem Streitwagen, riesengroß im Vergleich zu den streng geordneten Reihen ihrer eigenen Krieger und zu den Feinden aus Asien oder Afrika, die in wildem Gewimmel vor dem Sieger fliehen, über das Feld oder durch den Fluß, oder ihre Wälle und Türme gegen den Ansturm der Belagerer verteidigen. Obwohl im einzelnen sicher umrissen und in ihrer Eigenart oft scharf gekennzeichnet, pflegen diese Massen doch nur schematisch flächenhaft gereiht zu sein, ohne Raum- und Tiefenwirkung, ohne daß ein Ganzes, ein Bild der Schlacht gewonnen wäre. Es bleiben Chroniken im Dekorationsstil (Lepsius, »Denkmäler aus Ägypten«, Berl. 1849 ff., Bd. 3 und 4). Auch die Schlachtenbilder der Assyrer auf den Gips- und Kalksteinplatten, mit denen einst die Paläste der kriegs- und siegesgewohnten Könige belegt waren (jetzt meist in den Museen von London und Paris), dienen dem Ruhm des Herrschers und seiner Feldherren. Ohne Maßverhältnisse und Raumgestaltung schildern sie die Feldschlachten und zahlreiche Belagerungen mit dem eindringlichen Blick für mancherlei Einzelheiten der Tiergestalten und der Männertracht, der auch die benachbarten ruhmredigen Jagdabenteuer der Herrscher uns wert macht. Vereinzelt haben sich schon aus den frühesten Reichen Mesopotamiens unbeholfene Schlachtenbilder erhalten; das Relief auf der sog. Geierstele des Königs Eannatum, auf etwa 3000 v. Chr. geschätzt, kann als das älteste Kriegsbild der Kunstgeschichte gelten (Paterson, »Assyrian sculptures«, Haarlem 1907; Bruno Meißner, »Grundzüge der babylonischen und assyrischen Plastik«, Leipz. 1915).

Zu unvergleichlicher Freiheit des Gehaltes und der Form hat sich das Bild von Kampf und Krieg durch die wunderbare Gestaltungskraft der griechischen Kunst erhoben. Wie das Leben des hellenischen Mannes früher und bester Zeit in den schweren Kämpfen für die Heimat und in ernstem Wettstreit mit den Volksgenossen seinen tiefsten Inhalt fand, wie in den Liedern der Sänger die Heldentaten der heroischen Ahnen allen übrigen Geschehnissen voranstanden, so waren unter den Bildern von Göttern und Menschen, auf den bemalten Vasen wie im plastischen Schmuck der Tempel und, soweit wir wissen,

in den einstigen Wandgemälden der Kampf und die Zurüstung zum Kampfe lange der beliebteste Vorwurf. In allen Wandlungen der Gefäßzeichnung, von der geometrischen Gebundenheit der frühen Funde vom Dipylon zu Athen bis zum freien Stil der reifsten Kunst, hat der Krieger, sei er Gott oder Heros oder ein Lebender, das erste Wort, beim Wagenrennen, beim Wettlauf, beim Anlegen der Wehr oder beim Abschied von den Seinen, in der Schlacht und in heroischen Einzelkämpfen; neben den Männergestalten kämpfen die Amazonen, die Kentauren, die Giganten. Die stolze Gesinnung, die den Hellenen zum Widerstand gegen das Perserreich stärkte, sprach sich vor und vollends nach dem Siege in zahllosen Kampfesbildern an erhabener Stelle aus. So wird gekämpft vor Athena im Giebel des Tempels von Ägina, so am Schatzhaus der Knidier in Delphi, so auf den wildbewegten Friesen am Niketempel der Akropolis, so in Phigaleia, am Mausoleum von Halikarnaß, so am Nereidendenkmal von Xanthos und am Dynastengrab von Gjölbaschi in Lykien, so auf berühmten Sarkophagen und an anderen Stellen. Gegenständlich alles ins Göttliche und Heroische erhoben, künstlerisch aus den unmittelbarsten Eindrücken des Lebens gestaltet, eine völkische Kunst vom Kriege, wie sie die Welt bisher nur einmal gesehen hat. Die heroische Form wirkt nach bis in die pergamenischen Bildwerke aus den Gallierkriegen. Wie die Historienmalerei die Großtaten Alexanders zu gleichwertiger Kunst gesteigert hatte, spüren wir an dem berühmten Mosaikgemälde aus Pompeji, dem Siege bei Issos.

Vom Heroischen zum Geschichtlichen, das ist der Weg vom griechischen zum römischen Schlachtenbild. Es erscheint lediglich an Ruhmesbauten der Kaiser, an den bekannten Triumphbogen und Ehrensäulen, nicht ein freies Kunstwerk, sondern in der engen Absicht, Ereignisse in tunlichster historischer Treue abzubilden, mehr auf den Sieg als auf den Kampf, mehr auf die äußerliche Wirklichkeit als auf die innere Wahrheit gerichtet. Als Geschichtsquellen unersetzlich, tragen diese überfüllten Reliefs zur künstlerischen Lösung des Problems Kriegsbild wenig bei (Baumgarten, Poland und Wagner, »Die hellenische Kultur«, 3. Aufl., Leipz. 1913; Dieselben, »Die hellenistisch-römische Kultur«, das. 1913).

Das Mittelalter. Was gäben wir Deutschen darum, wenn die germanischen Heldenzeiten, die Römerkämpfe, die Wanderungen, die Wehrschlachten der Ottonen, in Bildern überliefert wären! Aber als unsere Vorfahren in die Weltgeschichte eintraten, lebten sie noch bildlos; und der Vorstellungskreis des Christentums brachte ihnen zwar einige streitbare Heilige, blutige Martern mit Henkersknechten und entlegene Schlachtberichte aus dem Alten Testamente, die Heilsgeschichte selber aber bot keinen Anlaß zur Darstellung ernsten Männerkampfes. So schweigen für uns die Mosaiken, die Wandgemälde, die Glasfenster. Nur eine Nadelarbeit, der lange, gestickte Fries mit dem Zuge der Normannen nach England, jetzt in Bayeux, gibt uns wirklichkeitsgetreue Gestalten von Kämpfern, Rittern und Knappen, wie sie bald darauf auf den Kreuzzügen nach Osten zogen. Frischer lebt vor unseren Augen die Tracht des einzelnen Ritters, seine Rüstung für Krieg und Turnier, durch die Grabsteine und Siegel. Allmählich treten gemalte oder gezeichnete Bilder in den Handschriften hinzu; vereinzelt in romanischer Zeit, wie in dem Hortus deliciarum der umsichtigen Äbtissin Herrad von Landsberg, ergiebiger im 14. Jahrhundert als Erläuterung von Zeitschilderungen (die Romfahrt Kaiser Heinrichs VII. in dem sogenannten Kodex des Erzbischofs Balduin u. a.), mit breitem Behagen im 15. Jahrhundert in den meist burgundischen und französischen Prachtwerken, Chroniken, Romanen, Sagen, darin im Kostüm der Gegenwart Ritterschlachten aller Art, mit wachsender Herrschaft über den Raum, die Landschaft, das Schlachtfeld, die Festungen und über die dichten Haufen der Kämpfer. Tatsachen aus dem Kriegsleben wurden wohl auch aus Freude am einzelnen festgehalten, wie in dem Hausbuch des Fürsten von Wolfegg. Schlachtenbilder ins Große zu übertragen, gelingt der Zeit noch nicht, wie die flämisch-burgundischen Wandteppiche lehren.

Um die Wende vom Mittelalter zur Neuzeit packt die allseitig umschauende Volkskunst der deutschen Stecher und Holzschneider auch das Kriegsleben sieghaft an. Feldzüge, Schlachten, Lagerleben, Schiffe u. a. erscheinen, persönlich aufgefaßt, in Stichen des Israel von Meckenem (Judith), aus Schongauers Werkstatt (Jakobsschlacht), von unbekannter Hand (der Schwabenkrieg) usw. Diese Welt weitete sich im Werk der großen deutschen Zeichner und Maler. Noch lebt das letzte Rittertum, siegreicher im Kampfspiel als in den Schlachten. Beherrschend aber drängen sich die Landsknechte vor, die volkstümlichen Genossen der kecken Künstlerjugend, in ihrem phantastischen Aufzug, mit wallenden Bannern, auch bei lockerem Tun oder den mahnenden Tod zur Seite. Für alle Darstellungen ritterlichen und landsknechtischen Wesens hat der große Kriegsliebhaber Kaiser Max voll romantischer Ruhmsucht glänzende Aufträge gegeben, den Theuerdank, den Weißkunig, die Ehrenpforte, den Triumphzug, Glasfensterfolgen, Fresken, die Reliefs seines Grabmals in Innsbruck. Der Landsknecht hält jetzt auf hundert Jahre hinaus die Wacht auf den Wappenscheiben der Schweiz. Einige übervolle Schlachtenbilder antiken Vorwurfes und Teppichfolgen mit den Taten Kaiser Karls V. suchen, freilich vergebens, den Weg zum Monumentalen. An alledem haben neben den großen Meistern die vielen starken Talente teil, Zeichner, Stecher und Maler, die Wechtlin, Altdorfer, Huber, Jörg Breu, Feselen, Urs Graf, Nikolaus Manuel u. a. Dürer beobachtet Landsknechte, Ritter und Geschütze und gestaltet in den Reitern der Apokalypse das grausige Bild des Krieges, in dem »Ritter trotz Tod und Teufel« das Ideal des mannhaften Streiters; Hans Holbein zeichnet das erschütternde Todesbild des Ritters und weiß als Führer zur Monumentalität den Kampf der Landsknechte, den Haufen und die einzelnen, ins Große zu zwingen, auch hierin den Italienern ebenbürtig.

Zum monumentalen Kriegsbild hat indessen auch die italienische Renaissance nur einzelne Ansätze geschaffen: Simone Martini im Rathaus zu Siena, Paolo Uccello auf vier Tafelbildern für die Medici, Lionardo und Michelangelo in den beiden Kartons für das Rathaus von Florenz, Raffael in der Konstantinsschlacht, Tizian in einem Bilde für den Dogenpalast, Tintoretto in dem Gemälde der Eroberung von Parma, endlich die Nachfolger, Vasari u. a., in ihrer Manieristenart. Allein nicht das Volk, sondern die Stadthäupter und die Fürsten führten die Kriege; so konnten wohl gelegentliche Einzelwerke und Bildnisse der Führer, nicht aber eine Volkskunst vom Kriege entstehen.

Neue Ansprüche führte der Dreißigjährige Krieg herauf. Das Volk verlangte nach Neuigkeiten,

nach »Zeitungen« in Wort und Bild. Dem kamen unternehmende Kupferstecher entgegen durch Flugblätter aller Art, allen voran unser Mathias Merian von Frankfurt, behend, nicht ungeschickt, aber doch mehr auf die Tatsachen, das Gelände, die Bildnisse und die jetzt beginnenden Uniformen bedacht als auf die künstlerische Gestaltung. Zweitens fanden die aufregenden Greuel und Leiden der grausigen Zeit ihre Abnehmer und ihre Künstler. Was Jacques Callot geistreich begonnen hatte, haben später Romain de Hooghe und andere fortgesetzt, z. B. die Franzosengreuel in Belgien 1672 und 1673. Drittens stellt die wilde Romantik des Soldatenlebens und der Reiterkämpfe ein eigenes Geschlecht von Schlachtenmalern auf den Plan, verwegene Söhne des Weltkrieges, bewegliche Schilderer und zum Teil bestellte Ruhmeskünder der Kriegstaten Ludwigs XIV., des Prinzen Eugen, Karls XII., unter Italienern der wildromantische Salvator Rosa, unter Niederländern, Franzosen und Deutschen Jacques Courtois genannt Bourguignon, Antoine François van der Meulen, die Familie Rugendas u. a. Auch ihre Gemälde und Stiche sind bestellte Arbeit, der Fürst oder Feldherr hoch zu Roß im Vordergrunde, die Schlachtordnung des Siegers vorschriftsmäßig aufgestellt, die Ortschaften, Lager, Festungen landkartenhaft getreu; es ist zu bewundern, daß unter alledem die Bildwirkung nicht noch mehr gelitten hat. Das Soldatentum im Frieden erscheint in mannigfacher Gestalt auf den Gemälden der Holländer (Wouverman u. a.); hier wird auch die Seeschlacht zum erstenmal künstlerisch bezwungen; und doch steht aus dem 17. Jahrhundert als wahrhaft historisches Kriegsbild Velasquez' Übergabe von Breda fast allein neben den hinreißenden Phantasien von Kampfgewühl und Kriegsgetümmel, die in niemals wiederholter Gestaltenfülle aus Rubens Feuergeist gequollen sind.

Der große Friedrich, von armseligen deutschen Künstlern umgeben und gleichgültig gegen seinen Ruhm, hat erst zwei Menschenalter nach seinem Tode seinen Verkünder gefunden. Eine neue Zeit der Kriegsgestaltung brach an, als Napoleon alle Völker und Volksschichten Europas in das Joch seiner unablässigen Kämpfe zwang. Aus persönlicher Neigung und staatlichem Gebot auf laute Verherrlichung bedacht, hat er selber die politischen und kriegerischen Haupt- und Staatsaktionen in den Riesengemälden der David, Baron de Gros und anderer starker Talente festhalten lassen und durch seine Taten auch freiwillige Gestalter begeistert, als frischeste nicht die unmittelbaren Zeitgenossen, wie etwa Carle Vernet, den Schilderer der italienischen Kämpfe von 1800, sondern die jüngere Generation, in deren Jugend die große Zeit bestimmend hineingespielt hatte, die Géricault, Delacroix u. a. Horace Vernet, Charlet, Raffet haben, vorzugsweise in ihren Steinzeichnungen, die eigentliche Ruhmesgeschichte des Kaisers und seiner Soldaten geschrieben. Die ergreifende Kehrseite hat, größer als alle Zeitgenossen, Francisco Goya in seinen Desastros de la guerra gezeichnet.

Mit den Friedenskünsten des Ohres, mit Dichtung und Musik, beschäftigt, haben die Deutschen an der bildlichen Gestaltung der kriegerischen Zeitgeschichte selbst für ihre eigenen Großtaten nur bescheidenen Anteil genommen. Die Freiheitskriege trafen die deutsche Kunst gänzlich unvorbereitet, halb auf dürftige Bürgerlichkeit, halb auf antikes Pathos eingestellt. Einzelne biedere Beobachter haben die seltsamen Gestalten der flüchtenden Franzosen und nachrückenden Kosaken festgehalten, mehr aus Neugier als aus Gestaltungsdrang; der unermüdliche Joh. Adam Klein hat neben seinen Landschaften und Fuhrwerken auch das Militär der Zeit radiert; einen sicheren Gestalter, der zu Großem befähigt war, haben wir in Albrecht Adam besessen, dessen Zeichnungen aus Napoleons Russenfeldzug Menschen und Landschaft mit seltener Kunst in Einklang zu setzen wissen.

Die Stimmung der großen Zeit ist nicht den zeitgeschichtlichen Darstellungen, sondern der rückwärtsgerichteten Historienmalerei (Cornelius u. a.) und der Denkmalsplastik (Rauch u. a.) zugute gekommen.

Doch dürfen wir auch den Meister der deutschen Kunst vom Kriege, Adolf Menzel, als einen Sohn der Freiheitskämpfe Preußens ansprechen. 1815 geboren, in Schlesien unter begeisterndem Nachhall der Heldenzeit erwachsen, schon als Einundzwanzigjähriger in der ergreifenden Steinzeichnung »Viktoria« ein unvergleichlicher Gestalter der fechtenden, siegenden, sterbenden Landwehr, hat er, auf eine vergangene Zeit gewendet und doch aus ureigenstem, gegenwärtigstem Erleben heraus, seinen Helden Friedrich den Großen und das Heldentum der Seinen hingestellt wie nie ein Meister vor ihm und nach ihm, ganz groß auch in dem bescheidenen Maßstab, wie ihn die Aufträge geboten, die Holzschnitte zu Kuglers »Geschichte Friedrichs des Großen« und die Illustrationen zu den Werken des Königs. Herrlicher Gestalter bleibt er selbst bei einer scheinbar hoffnungslos trockenen Aufgabe, dem Steindruckwerk über die Uniformen der »Armee Friedrichs des Großen«, Gestalter des vollen malerischen Eindrucks in seinem einzigen Schlachtgemälde, dem nächtlichen Überfall von Hochkirch, dem Meisterwerke der Kriegsmalerei aller Zeiten.

Menzels Beispiel lehrt, wie in der Kunst die Persönlichkeit, nicht die Zeitrichtung entscheidet. Wir haben aus der langen Geschichte des 19. Jahrhunderts keine Schlachtenkunst, die wir ihm gleichstellen könnten an Form und Seele. Die wohlgeschulten Franzosen haben für das Historische Museum in Versailles allerlei Geschehnisse der Königszeiten und des zweiten Kaiserreiches ohne künstlerischen Gewinn gemalt. Dann machte sich Meissonnier, ein Virtuos der Tatsächlichkeit, zum beliebten Verherrlicher Napoleons I. Die Schlachtenmaler des Krieges von 1870, die Détaille und de Neuville, sind seine Erben an Geschick der Technik und der Komposition, aber auch an tendenziöser Unsachlichkeit. Die chauvinistische Lyrik bleibt ihr innerster Antrieb. Von andern Ausländern ist der einst berühmte Russe Wereschtschagin mehr um der absonderlichen Vorwürfe als um der Kunst willen zu nennen. Leider ist auch an den deutschen Gestaltern unserer großen Einheitskriege nicht viel zu loben. Zwingende malerische Begabungen sind selten gewesen. Als Kriegsteilnehmer hat Louis Kolitz selbsterlebte Stimmungen eindrucksvoll aufgefaßt. Der lebendigste Schilderer der gewaltigen, bunten Reiterangriffe ist Franz Adam gewesen, der Sohn des einstigen Darstellers der Freiheitskriege, neben ihm als Zeichner für illustrierte Zeitungen sein Bruder Eugen. Bleibtreu, Hünten u. a. haben sich redlich geplagt um die sogenannten historischen Momente, Monarchenbegegnungen auf dem Schlachtfelde u. dgl., bei denen der Zwang des Vorganges zumeist die künstlerische Freiheit ausschließt, deren der Schlachtenmaler bei seiner ohnehin so schwierigen Aufgabe nicht entbehren kann. Hier liegt auch das Hemmnis für die zahlrei-

chen Regimentsbilder, um die sich Röchling u. a. mit großem Ernst bemüht haben. Die bekannten Geschichtsbilder A. v. Werners werden mehr um ihres Gegenstandes willen und vielleicht wegen der unbekümmerten Sicherheit des Vortrages denn als künstlerische Ergebnisse für die Kunst vom Kriege dauern.

An solchen sind auch die langen Friedensjahre arm geblieben, schon weil es an Aufträgen zu freier Gestaltung gefehlt hat. Statt eines großen, einheitlichen Wollens nur vereinzelte Kräfte, oft nur vereinzelte Werke. Kampf und Soldatenleben, bald im Sinne der Geschichtsmalerei aufgefaßt (Rocholl, Speyer u. a.), bald rückschauend, etwa auf die Freiheitskriege (R. v. Haug), bald mehr malerisch im Sinne neuerer Zeitströmungen (Ludwig Putz, A. Deusser, Wilhelm Schreuer u. a.), frische Schilderer voll fröhlicher Manöverstimmung (Angelo Jank u. a.), ein talentvoller Satiriker (Ed. Thöny). Von unseren Stilisten hin und wieder eine Allegorie oder symbolische Ausdeutung des Krieges: Böcklin, Klinger, Stuck u. a. Die stärksten Heroisierungen kriegerischer Taten nicht im Reich, sondern in den Nachbarländern entstanden: Ferdinand Hodler, der trotz seines neuerlichen undeutschen Gebarens einst von deutschem Wesen ausgegangen und in Deutschland mehr als sonstwo geschätzt und beschäftigt worden ist, und Egger-Lienz mit seinen Bildern vom Tiroler Freiheitskampf. An solche Stilisten wird die Kunst vom Weltkriege anzuknüpfen haben.

Was uns bisher der Weltkrieg gebracht hat, kann nur Bruchstück sein, eine Reihe wertvoller Beobachtungen als Anschauungsstoff für die Heimat oder als Vorarbeit für künftige Gestaltungen, gewagter und meist unzulänglich die Versuche, schon jetzt Erlebnisse und Eindrücke in endgültige Form zu bringen. Von den Kämpfern, die selber im Felde stehen, sagen uns die Besten, daß die unerhörten Eindrücke noch langer Muße bis zur Reife bedürfen. Gegen wohlgemeinte Versuche der Daheimgebliebenen sind wir im Laufe des Krieges mißtrauischer geworden. Wir fühlen mehr und mehr die Pflicht abzuwarten, besonders in Hoffnung auf die Stillen und Starken, die noch da draußen mit dem Feinde und mit ihrer eigenen Seele ringen. Erst wenn sie heimgekehrt sein werden, dürfen wir vertrauen, daß sich das verworrene Bild der deutschen Kunst klären und ordnen werde. Hier können aus den vielen Erscheinungen nur einige wenige herausgehoben werden. Für eine Bibliographie der Kunst dieses Krieges ist es ohnehin noch zu früh, zumal das Ausland selbstverständlich vor der Hand noch ausfallen muß.

In Deutschland haben zuerst die illustrierten Zeitungen Gelegenheit zu Studien an der Front gegeben, obwohl ja heute vor allem der Photograph berufen ist, über die Tatsachen das alltägliche Material beizubringen. Bald aber hat auch die Heeresverwaltung planmäßig Künstler ins Feld zugelassen und berufen. Arbeiten solcher Kriegsmaler und andrer Kriegsteilnehmer sind bei verschiedenen Anlässen ausgestellt worden, z. B. von Hans v. Hayek, Max Slevogt, Ludwig Dill, Franz Klemmer, Walter Georgi. Eine einheitliche Ausstellung hat die preußische Heeresverwaltung im Februar 1916 in der Akademie der Künste zu Berlin veranstaltet, darin unter andern Ludwig Dettmann, Fritz Rhein, Erich Matschaß. Versuche der Gestaltung sind besonders in graphischen Folgen niedergelegt (vgl. Julius Zeitler in »Zeitschrift für Bücherfreunde«, Leipzig 1915, Heft 7/8). Teils sind es Nachbildungen von Zeichnungen wie das großzügige Werk von Fritz Erler und Ferd. Spiegel »1914/15« (Berlin, Vereinigte Kunstinstitute vorm. Otto Troitzsch), teils Originalradierungen oder -holzschnitte (Erich Erler, Willi Geiger, Edmund Schäfer u. a.), teils Mappenwerke, Bilderbogen oder Zeitschriften aus mehreren Händen, wie »Kriegs-Bilderbogen deutscher Künstler« und »Zeit-Echo« (München, Goltzverlag), »Kriegszeit« (Berlin, Paul Cassirer), »Krieg und Kunst« (Berliner Sezession), »Wieland«, »Die Front« (Kriegsausgabe von »Licht und Schatten«), die Münchener Mappe »Deutsche Helden«, »Neue deutsche Bilderbogen« (Berlin, Karl Werckmeister) und andere mehr. Hier sind als Künstler tätig gewesen Max Liebermann, Otto Hettner, Bruno Paul, Emil Orlik, Joseph Wackerle, Max Unold, Ernst Schilling, Bernhard Bleeker, Edwin Scharff u. a. Unter den Buchillustrationen ragen die Holzschnitte von Walter Klemm zu Borkowsky, Der deutsche Krieg, und andere hervor. Gedenkblätter auf die Gefallenen sind teils amtlich (z. B. Max Klinger für den Rat der Stadt Leipzig), teils von Kunstfreunden (Dürerbund) veranlaßt worden. Die Zeichner der Witzblätter haben aus den Kriegsereignissen neuen Stoff gezogen; im Felde sind die Beiblätter von Karl Arnold zur Liller Kriegszeitung entstanden. Über die wenigen Beispiele hinaus, die sich hier nennen ließen, wird uns hoffentlich die Zukunft vertiefte Lösungen der großen Aufgaben bringen.

(Nachtrag zu den Literaturnachweisen am Ende der Abschnitte, erschienen während des Druckes: Hans Hildebrandt, Krieg und Kunst, München 1916).

Das Zeitungswesen und der Nachrichtendienst im Kriege

von Dr. H. Diez, Direktor von Wolffs Telegr. Büro, Berlin

Bestimmend für die äußere Einwirkung des Weltkrieges auf das Zeitungswesen war einerseits die beispiellos gesteigerte Nachfrage nach Neuigkeiten, anderseits der gewaltige Rückgang des Anzeigengeschäfts. Hat die erstere die Auflagenhöhe, insbes. der großen Nachrichtenblätter der Hauptstädte, mächtig anschwellen lassen, so hat der letztere die geschäftlichen Grundlagen vieler Zeitungsunternehmungen empfindlich berührt, denn die eigenartige, für die neuere Entwicklung des Zeitungswesens überaus bezeichnende Verschiebung dieser wirtschaftlichen Grundlagen hat es mit sich gebracht, daß der Zuwachs an seiten Beziehern und gelegentlichen Käufern die nachteiligen Wirkungen des Anzeigenrückgangs entfernt nicht auszugleichen imstande ist. Entsprechend der bewundernswerten Schmiegsamkeit, mit der sich ein großer Teil der Industrie, des Gewerbes und des Handels den Bedürfnissen des Krieges anzupassen verstand, nachdem der Lähmungszustand der ersten Wochen überwunden war, haben allerdings auch gewisse Zweige des Anzeigengeschäfts sich verhältnismäßig rasch wieder belebt, und wenn der Rückgang bei Kriegsausbruch allenthalben auf 60—70 v. H. berechnet wurde, so ist verhältnismäßig rasch eine Erholung auf die Hälfte bis zwei Drittel des regelmäßigen Umfangs eingetreten. Aber das gilt nur von den großen Anzeigenblättern unter den Tageszeitungen der Mittelpunkte des deutschen Geschäfts-

lebens. Bei den illustrierten Zeitschriften, vor allem bei den Witzblättern, aber auch bei einem großen Teil der Fachzeitungen und bei den kleineren und kleinsten Provinzblättern war der Ausfall noch sehr viel größer. So weist denn auch die amtliche Postzeitungsliste neben einer Anzahl neugegründeter Kriegszeitungen unter dem Titel »Zeitungen, die während des Kriegszustandes vorläufig nicht erscheinen« eine von Monat zu Monat wachsende Zahl von eingegangenen Unternehmungen auf. Im Oktober 1915 betrug sie annähernd 1150 (von etwa 11000). Die große Mehrzahl der zeitweilig verschwundenen Blätter sind freilich Fach- und Vereinszeitschriften; auch die verschiedenen für den Fremdenverkehr bestimmten Blätter haben begreiflicherweise ihr Erscheinen fast völlig eingestellt. Wenn sich trotzdem etwa 200 eigentliche Zeitungen darunter befinden, so gehören sie mit wenig Ausnahmen der kleinsten und bescheidensten Gattung der Provinzzeitungen an. Dabei ist außerdem zu berücksichtigen, daß gerade die allerkleinsten Blätter, die in Friedenszeiten überhaupt nur auf zwei Augen standen, durch die Einberufung des Besitzers vielfach zur Unterbrechung ihres Erscheinens gezwungen wurden. Anderseits aber ist der Kreis der durch den Krieg notleidend gewordenen Blätter sehr viel größer, als diese Zahlen erkennen lassen, und auch unter den bekanntesten und nahmhaftesten Zeitungen, die sich mit Stolz als Träger des deutschen Geistes in dem Riesenkampf der Gegenwart bezeichnen dürfen, waren gar manche, die nur mit schweren Opfern durchzuhalten vermochten. Einer der größten Zeitungsverlage Deutschlands, der Blätter und Zeitschriften verschiedenster Art in sich vereinigt, berechnet den Einnahmeausfall durch den Rückgang des Anzeigengeschäfts während des ersten Kriegsjahres auf etwa 7 Mill. Mk. Später kamen dann noch andere ungünstige Einflüsse, wie die Verteuerung und Knappheit des Papiers, der Mangel an Schriftmetall, an Druckfarbe, Maschinenöl usw., die im Frühjahr 1916 zu erheblicher Einschränkung des Zeitungsumfangs zwangen. Mit ihrer Durchführung wurde die vom Verein Deutscher Zeitungsverleger gegründete *Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungswesen* G. m. b. H. betraut.

Der schreiende Widerspruch zwischen dem geschäftlichen Niedergang des Zeitungswesens und seiner unvergleichlich gesteigerten Bedeutung für die äußere und innere Aufrechterhaltung des vaterländischen Lebens und sogar für die höchsten Zwecke der Heeresleitung selbst, hat wenigstens zu einem zögernden und schüchternen Versuche geführt, durch Erhöhung des Bezugspreises der Zeitungen eine Besserung herbeizuführen. Der »Zeitungsverlag« zählte bis Ende Oktober 1915 etwas über 400 Blätter, die sich im Laufe des ersten Kriegsjahres oder an dessen Ende zu dieser bescheidenen Selbsthilfe entschlossen hatten. Im allgemeinen läßt sich aber feststellen, daß die einzigartige Gelegenheit, mit dem überaus bedenklichen System zu brechen, wonach nicht der Bezieher, sondern der Inserent die Zeitung bezahlt, sie also gewissermaßen zu seinen Zwecken herstellen läßt, ungenutzt vorübergegangen ist. Schon vor etwa einem Jahrzehnt ist festgestellt worden, daß bei einer großen Zeitung mit einem ausgedehnten Netz eigener Mitarbeiter durch Bezugsgelder und Einzelverkauf bei niedrig gehaltenem Bezugspreise etwa ein Drittel, bei hohem Preise etwa drei Fünftel der Gesamtherstellungskosten gedeckt werden. Seitdem hat sich das Verhältnis noch weiter verschärft und verschlimmert, und das Zeitungswesen ist damit in eine Abhängigkeit von dem Anzeigengeschäft geraten, die mit Notwendigkeit auf den Geist der Zeitung drückt.

Das gilt natürlich nicht von den außerordentlichen Zeiten des Weltkrieges. Die deutsche Presse hat es zwar nicht, wie ihr von vereinzelter akademischer Seite angesonnen worden ist, für ihre Aufgabe gehalten, in doktrinären Höhen über dem eigenen Volke zu schweben und mit kaltem Verstand die innere Vorgeschichte des Weltkrieges kritisch zu zergliedern, sondern sie hat mit der unbeirrbaren Klarheit des Herzens *ihre dreifache Aufgabe* erkannt und erfüllt: als Organ der lebendigen Seele des deutschen Volkes all deren Kräfte in sich zu sammeln und sie millionenfach zurückströmen zu lassen, all die kleinen und großen Trennungen und Zwiste der Vergangenheit in dem heiligen Gedanken des für sein Dasein kämpfenden Vaterlandes aufgehen zu lassen und aus diesem Gedanken dann wieder Kräfte und Richtlinien für die Lösung der künftigen Friedensaufgaben zu schöpfen. Voraussetzung dafür war allerdings die ehrliche Überzeugung von der Reinheit unserer Sache und unseres Schwertes; ohne sie wäre die wunderbare Einigkeit des deutschen Volkes, die die erste große Enttäuschung und die erste schwere Niederlage seiner Gegner bildete, nicht denkbar gewesen, und keine Suggestionskraft der Presse hätte sie zu schaffen vermocht, wie das in Frankreich und namentlich in Italien möglich und auch der Fall gewesen ist. Der Eigenart des deutschen Geistes gegenüber mußte und konnte sie sich darauf beschränken, diese Einigkeit gegen die kleinen Anfechtungen des Tages zu verteidigen und sie von Zeit zu Zeit zu ihrem großen Ursprung und zur lebendigen Quelle ihrer Kraft zurückzuführen.

Ob staatlicher *Zwang* dabei nützen oder vielleicht nur schaden konnte, ist eine vielumstrittene Frage. Ist die äußere Ordnung des Pressewesens in Kriegszeiten darauf berechnet, schädigende Einwirkungen der Preßfreiheit auf die Erreichung der Kriegszwecke und die hierzu erforderliche Sammlung aller Volkskräfte zu verhindern, soll sie somit in erster Linie abwehren und verhindern, so ist damit von selbst gesagt, daß die Presse ihre Schranken um so peinlicher empfinden wird, je mehr sie sich vertrauenswürdig und einer derartigen Überwachung nicht bedürftig fühlt. Kommen dann gewisse Unklarheiten rechtlicher Art und die nicht zu vermeidenden Mißgriffe in der tatsächlichen Anwendung der Kriegsbefugnisse hinzu, so können Unzufriedenheit und mancherlei Reibungen nicht ausbleiben. So ist es denn auch gekommen. Am 31. Juli 1914 hatte der Reichskanzler auf Grund des wenige Wochen vorher nach schweren Kämpfen unter Dach gebrachten Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 bis auf weiteres die Veröffentlichung von Nachrichten über Truppen- oder Schiffsbewegungen oder über Verteidigungsmittel verboten, »es sei denn, daß die Veröffentlichung einer Nachricht durch die zuständige Militärbehörde ausdrücklich genehmigt ist«. Als zuständig für die Genehmigung wurden die Generalkommandos, die Stellvertretenden Generalkommandos, die Marinestationskommandos und das Gouvernement Berlin (Oberkommando in den Marken) bezeichnet und in 26 Rubriken die Nachrichten näher bezeichnet, deren Veröffentlichung dadurch verboten war, gleichviel ob sie sich auf Deutschland oder einen fremden Staat bezogen. Damit war die *Zensur für militärische Nachrichten* eingeführt, die im Grundsatz als notwendig und selbstverständlich hingenommen wurde

und auch in der tatsächlichen Handhabung und Durchführung zu ernsteren Meinungsverschiedenheiten und Zusammenstößen kaum Anlaß gegeben hat. Es konnte sich allerdings die Frage erheben, ob es als eine solche Nachricht anzusehen sei, wenn z. B. deutsche Zeitungen davon Notiz nahmen, daß ein großes englisches Blatt die Zahl der zu einem gewissen Zeitpunkt im Felde stehenden deutschen Truppen auf 7 Millionen, die Zahl der noch in Ausbildung befindlichen auf 3 Millionen berechnete. Im übrigen jedoch bezogen sich Klagen und Beschwerden hauptsächlich auf die Uneinheitlichkeit in der Handhabung der Zensur, die sich bei der Selbständigkeit der einzelnen Stellvertretenden Generalkommandos und bei der verschiedenen Qualifikation der ausführenden untergeordneten Zensurbehörden an den kleineren Zeitungsorten im Grunde von selbst verstand. Um dieser Uneinheitlichkeit entgegenzuwirken, wurde nun am 1. November 1915 ein Kriegspresseamt ins Leben gerufen mit dem Zweck, das Zusammenwirken der Obersten Heeresleitung mit den Heimatsbehörden auf dem Gebiete des Pressewesens zu erleichtern, den Behörden und der Presse Auskünfte zu geben und für die gleichmäßige Handhabung der Presseaufsicht zu sorgen.

Eine gewisse Unklarheit und Unsicherheit bestand tatsächlich von Anfang an, und zwar infolge einer Lücke in der Gesetzgebung. Die schon erwähnte Verordnung des Reichskanzlers vom 31. Juli 1914 beruhte allerdings auf dem völlig einwandfreien § 10 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse: »Wer vorsätzlich während eines Krieges gegen das Reich oder bei drohendem Kriege Nachrichten über Truppen- oder Schiffsbewegungen oder über Verteidigungsmittel einem vom Reichskanzler erlassenen Verbote zuwider veröffentlicht, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 5000 Mk. bestraft.« Im übrigen jedoch machte es sich störend geltend, daß das im Artikel 68 der Reichsverfassung:

> »Der Kaiser kann, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Teil desselben in Kriegszustand erklären. Bis zum Erlaß eines die Voraussetzungen, die Form der Verkündigung und die Wirkungen einer solchen Erklärung regelnden Reichsgesetzes gelten dafür die Vorschriften des preußischen Gesetzes vom 4. Juni 1851«

vorgesehene Reichsgesetz nicht zustande gekommen ist. In dem sonach in Kraft gebliebenen preußischen Gesetz ist von einem sog. verschärften Kriegszustand die Rede, der die Aufhebung gewisser Bestimmungen der preußischen Verfassung, und zwar auch des Artikels 27 in sich schließt, wonach die Zensur überhaupt nicht, jede andere Beschränkung der Preßfreiheit nur im Wege der Gesetzgebung eingeführt werden darf. Von dieser Verschärfungsbefugnis ist in einzelnen Teilen des Reiches Gebrauch gemacht worden, in anderen nicht. Wo es aber geschehen ist, erhoben sich Zweifel, ob die hierzu gewählte Form den Vorschriften des Gesetzes entspreche, das die Verkündigung »unter Trommelschlag oder Trompetenschall« zu erfolgen habe. Das Reichsgericht hat jedoch entschieden, daß dem Gesetz durch die Beobachtung dieser altertümlichen Form in der Reichshauptstadt Genüge getan sei und daß im übrigen die Militärbefehlshaber, an die mit der Erklärung des Kriegszustandes die vollziehende Gewalt übergegangen war, die fraglichen Verfügungen auf dem sonst üblichen Wege durch öffentlichen Anschlag usw. erlassen konnten. Von großer praktischer Bedeutung waren diese Meinungsverschiedenheiten nicht, aber die Schwierigkeit der Abgrenzung des politischen Gebiets vom militärischen, das Verbot der Erörterung der Kriegsziele, die Erklärung der Beziehungen zu gewissen Ländern, wie z. B. zu den Vereinigten Staaten, als militärische Angelegenheit, die ungleichmäßige Auffassung und Behandlung des sog. »Burgfriedens« unter den Parteien gaben fortgesetzt zu Meinungsverschiedenheiten und Reibungen Anlaß, und es zeigte sich schließlich doch, daß die Härten des Kriegszustandes mit der Länge seiner Dauer immer stärker empfunden wurden. Trotzdem waren die Verhältnisse im Deutschen Reich erheblich besser als in anderen Ländern, insbes. in Italien, aber auch in Frankreich, wo die Presse sich erst von dem Ministerium Briand im November 1915 eine gewisse Lockerung der Zensur erkämpfte, und sogar in England, wo allerdings die politische Kritik immer frei geblieben, das militärische Nachrichtenwesen aber aufs stärkste eingeschränkt und eingeengt war. Deutschland blieb das einzige Land, in dem auch die amtlichen Berichte der feindlichen Heeresleitung regelmäßig und ungekürzt verbreitet und abgedruckt wurden. Soweit dagegen unsere Berichte im feindlichen Ausland überhaupt gedruckt werden durften, geschah es meist mit Streichungen, die auf Fälschungen hinausliefen.

Das Nachrichtenwesen als solches wurde, was die Kriegsberichterstattung anbelangt, amtlich geordnet und streng überwacht. Die amtlichen Berichte der deutschen Heeresleitung, die während der ersten Wochen des Krieges unregelmäßig je nach den Ereignissen erschienen, dann eine Zeitlang etwa um Mitternacht ausgegeben wurden, so daß manche Blätter sich veranlaßt sahen, besondere Frühausgaben einzuführen, schließlich aber regelmäßig in den Nachmittagsstunden veröffentlicht wurden, und zwar als Tagesberichte, die die sämtlichen Kriegsschauplätze umfassen, gingen aus dem Großen Hauptquartier an den Stellvertretenden Generalstab in Berlin, der sie seinerseits an Wolffs Telegraphisches Büro weitergab. Von dort aus gingen sie teils unmittelbar, teils durch Vermittlung der im ganzen Reich verteilten Zweigstellen des Büros, teils auch durch den Verein deutscher Zeitungsverleger an die sämtlichen Blätter des Reiches. Diese amtliche Berichterstattung wurde ergänzt durch ausführlichere Schilderungen besonders wichtiger Kriegsabschnitte, die von dem Großen Hauptquartier bzw. dem Stellvertretenden Generalstab ebenfalls durch das Wolffsche Büro verbreitet wurden[1] und schließlich durch die sog. »Ehrentafel«, kurze Darstellungen von besonders tapferen Leistungen einzelner Kriegsteilnehmer. Der eigene Dienst der Zeitungen wurde von Kriegsberichterstattern ausgeübt, die einer ausdrücklichen Zulassung bedurften und ihre amtlich geprüften Berichte unterzeichnen mußten. Für die eigentliche Nachrichtengebung kamen sie nur selten in Betracht, sie beschränkten sich vielmehr in der Hauptsache auf Schilderungen feuilletonistischer Art. Die Zulassung von Berichterstattern auf die Kriegsschiffe war natürlich mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft und kam nur vereinzelt vor.

Die amtlichen Berichte der uns verbündeten Heeresleitungen wurden der deutschen Presse ebenfalls durch Wolffs Telegraphisches Büro übermittelt, das sie seinerseits von den amtlichen Telegraphenagenturen der betreffenden Länder erhielt. Die private Bericht-

[1] Vgl. z. B. S. 186ff.

erstattung hatte namentlich in Österreich-Ungarn verhältnismäßig etwas weiteren Spielraum als sonst, war dagegen in Bulgarien und der Türkei naturgemäß noch stärker eingeschränkt; nur über die großen Dardanellenkämpfe zu Ende März 1915 sind ausführliche private Meldungen in die Öffentlichkeit gedrungen.

Da ein unmittelbarer Verkehr mit den feindlichen Ländern während des Krieges ausgeschlossen war, kamen die Berichte der feindlichen Heeresleitung teils durch Vermittlung der neutralen Telegraphenagenturen, teils durch die neutralen Zeitungen zu uns. So waren insbes. Kopenhagen, Amsterdam, Rotterdam, Basel, Genf und Lugano wichtige Mittelpunkte des Nachrichtendienstes. Im übrigen wurden auch die feindlichen Zeitungen in Deutschland mit ganz vereinzelten Ausnahmen ungehindert zugelassen, während Frankreich und Italien sich bezeichnenderweise zeitweilig nicht nur für unsere, sondern auch für die neutralen Zeitungen abgesperrt hatten. Ja, die Auslandstelle des Kriegspresseamts gab Nachrichten der Auslandspresse heraus, die den Zeitungen zur Verfügung gestellt werden und in denen auch unsere Feinde, und zwar einschließlich der gehässigsten und niederträchtigsten Federn, ausgiebig zu Worte kamen.

Durch den Kriegsausbruch völlig abgeschnitten wurde zunächst der Nachrichtenaustausch mit dem überseeischen Ausland. Am 4. August 1914 erklärte Großbritannien uns den Krieg, am 5. schnitt es unsere Kabel durch. Das wäre natürlich auch geschehen und nicht zu hindern gewesen, wenn unser Kabelnetz sehr viel umfangreicher gewesen wäre, als es tatsächlich der Fall war, und die bittere Kritik, die vielfach an der vermeintlichen Saumseligkeit unseres Kabelbaues geübt wurde, war daher gänzlich verfehlt und sinnlos. Unzweifelhaft war es aber politisch von außerordentlich großer und unerfreulicher Bedeutung, daß der Nachrichtendienst für ganz Amerika während der ersten Wochen des Krieges ausschließlich unseren Gegnern überlassen werden mußte, die insbesondere den Einmarsch in Belgien und die notgedrungen harte Unterdrückung des aufflammenden Volkskrieges zu einer wilden Verhetzung der öffentlichen Meinung benutzen konnten. Erst die Entwicklung des drahtlosen Verkehrs, insbes. der Großstationen Nauen und Eilvese, schuf hier Wandel und ermöglichte uns einen unkontrollierten Verkehr mit Amerika, wenn auch leider in verhältnismäßig engen Grenzen. Auf drahtlosem Wege wurden auch Spanien und durch Vermittlung des Wolffbüros und des Reichspostamts auch die deutschen Kriegsschiffe mit Nachrichten versorgt. Den Dienst nach Amerika hatte das Auswärtige Amt in Verbindung mit der neugegründeten Transozean-Gesellschaft selbst in die Hand genommen. Mit Ostasien war zur Zeit der japanischen Kriegserklärung und des beginnenden Angriffs auf Tsingtau noch ein Verkehr über Sibirien möglich; er hörte aber natürlich bald auf.

Es liegt auf der Hand, daß die Erschwerung des Nachrichtendienstes nur für Deutschland und seine Verbündeten, für diese letzteren sogar noch mehr als für uns selbst, nicht aber für unsere Gegner ins Gewicht fiel, die sich mit Ausnahme Serbiens und Montenegros ungehindert der englischen Nachrichtenwege bedienen konnten und vor den Brutalitäten der englischen Postkontrolle geschützt waren. Die Möglichkeit eines ziemlich ungehinderten Handels- und Schiffahrtsverkehrs unserer Gegner hat dann außerdem die schädigenden Einwirkungen auf das Zeitungsgeschäft wesentlich herabgemindert, so daß für die englische Presse vielleicht tatsächlich das großtuerische Wort: »Geschäft wie gewöhnlich«, seine Richtigkeit haben mochte, abgesehen von der empfindlichen Papierknappheit. In Frankreich hat der Krieg in hohem Maße zerrüttend auf die wirtschaftliche Lage der Zeitungen gewirkt, wenn auch der Aufenthalt der Pariser Presse in Bordeaux nur wenige Wochen dauerte. Vielleicht noch ungünstiger war in Frankreich die Einwirkung des Krieges auf den geistigen Stand der Presse. Das beweisen die schamlosen Beschimpfungen des deutschen Volkes und insbes. des deutschen Kaisers, in denen sich die Mitglieder der französischen Akademie und andere Größen förmlich überboten. In Italien halten sich die meisten Blätter auch in Friedenszeiten nur durch Parteiunterstützungen und sonstige Zuwendungen, die vor dem Eintritt Italiens in den Krieg besonders reichlich geflossen sein mochten, dann aber um so mehr stockten.

Was die zeitweilig oder dauernd von feindlichen Truppen besetzten Gebiete anbelangt, so haben im ostpreußischen Kriegsgebiet während der zwei Russeneinfälle die Blätter ihr Erscheinen natürlich fast durchweg eingestellt. Die französische Presse des Reichslandes ist unterdrückt worden. Für die von den deutschen Truppen besetzt gehaltenen Teile Frankreichs war in Charleville die »Gazette des Ardennes« geschaffen worden, die unter anderem vollständige Listen der in Deutschland weilenden französischen Kriegsgefangenen veröffentlichte. Den Bedürfnissen der deutschen Truppen dienten die »Liller Kriegszeitung«, die Zeitschrift des Marinekorps »An Flanderns Küste« und manche Schützengrabenzeitungen. Die belgisch-französische Presse war zum Teil geflüchtet, das Regierungsorgan nach Le Havre, die »Indépendance belge« nach London, die meisten Blätter stellten jedoch ihr Erscheinen ein; dafür erschienen unter anderen der »Bruxellois« und der »Belgische Kurier« in Brüssel. In den Hauptstädten Polens und Kurlands, Warschau, Lódz, Plock, Wilna, Kowno, Libau usw., erschienen unter Aufsicht der Presseverwaltung deutsche Blätter, in Lódz auch ein hebräisches Blatt. Außerdem wurden an den Sitzen der meisten Oberkommandos Armeezeitungen geschaffen. In Berlin und Hamburg wurden zur Aufklärung des fremdsprachigen Auslandes illustrierte Kriegszeitungen in mehreren Sprachen herausgegeben; ferner die »Continental Times« und die »Russkija Iswjästija« (»Russische Nachrichten«).

Weiteres s. im Art. »Kriegszeitungen« des folgenden Teiles.

Deutsche Sprache u. Sprachreinigung

von Prof. Dr. A. Tesch in Köln

Der Ursprung unserer Sprache ist unbekannt. Wir wissen nur, daß die Germanen in frühester Zeit mit den Romanen, Slawen, Iraniern und Indern eine gemeinsame Sprache hatten. Sobald sie sich räumlich von ihnen trennten, gaben sie ihrer Sprache eine eigene Lautgestalt. Nach dem Gesetze der Lautverschiebung schufen sie sich besondere Mitlaute. Wenn man unserer Sprache die Schönheit streitig machen will, weil diese Mitlaute namentlich in gehäufter Zusammenstellung hart klingen, dann schiebt man das Urteil auf ein falsches Geleise. In ihnen zeigt sich

nicht die Schönheit, sondern die Kraft der deutschen Sprache, und in dem Zusammenspiel von harten und weichen Mitlauten spiegelt sich das deutsche Wesen überhaupt, das eine Mischung von Kraft und Weichheit darstellt. Das Ausdrucksmittel der Schönheit hat sich unsere Sprache in den Selbstlauten geschaffen. Wenn auch die Klangfülle der gotischen und althochdeutschen Zeit namentlich durch die Abschleifung der Endungen verlorengegangen ist, so kommt innerhalb des jetzigen Bestandes der Mitlaute der Wohlklang dennoch zu seinem vollen Recht. Im Reime erreicht die Lautmalerei der Mit- und Selbstlaute die höchste Kunst und Wirkung.

Noch mehr kommt die Eigenart unserer Sprache in ihrem Betonungsgesetz zur Geltung. Die Ursprache der Indogermanen konnte jeder Wortsilbe den Ton geben. Im Lateinischen und Griechischen hat er seinen Spielraum auf den letzten drei Silben der Wörter. Der Deutsche aber gab diese Wandelbarkeit des Tones auf und legte den Nachdruck auf den Wortstamm. Mit diesem Gesetz der festen Betonung war die Selbständigkeit unserer Sprache vollendet und ihr wesentlichster Unterschied von anderen Sprachen begründet. Wenn somit das Französische die Endsilbe, die Nebensache, das Deutsche dagegen die Stammsilbe, die Hauptsache, betont, dann drückt sich darin, wie man sagt, die deutsche Art aus, die den Sachen auf den Kern geht.

Einen unbestreitbaren Vorzug hat unsere Sprache in dem Reichtum ihrer Formen. Zwar sind die Formen des Zeitworts nicht so zahlreich wie die in anderen Sprachen, dafür aber übertrifft sie durch die zweifache — die starke und die schwache — Beugung, das dreifache Geschlecht der Haupt- und Eigenschaftswörter und die Mannigfaltigkeit der Endungen das Französische und Englische an Biegsamkeit. Frei von den Fesseln, die der Franzose seinem Satzbau anlegt, gestattet der Deutsche der Wortstellung ungebundene Beweglichkeit. Das ist ein Zeichen des deutschen Freiheitssinns, der sich nicht sklavisch an Gesetze der Sprachmeister bindet, und eine Sprachbehörde wie die Académie française ist in Deutschland unmöglich. Die höchste geistige Leistung unseres Volkes tritt in seinem Wortschatz zutage. Die französische Sprache hat 109000, die englische 120000, die deutsche aber eine halbe Million Wörter. Diesen Reichtum verdankt sie besonders der Fähigkeit zu Zusammensetzungen, in der ihr keine Sprache gleichkommt. Man wird unserer Sprache aber nicht gerecht, wenn man sie nur äußerlich als ein Erbe der Vergangenheit oder als eine Summe von Wörtern oder als ein Ausdrucksmittel für Wort und Schrift ansieht. Sie hat auch einen Gefühlswert für uns. Die ganze hohe Meinung, die wir Deutschen im Laufe der Geschichte über uns selbst gewonnen haben, alles Große und Edle, das wir mit dem Wort deutsch ausdrücken, das ist in unserer Sprache lebendig. Der Krieg hat die Empfindung dafür gestärkt, daß das Wesen unseres Volkes mit seiner Sprache eng verwachsen ist. Festhalten an ihr ist Selbstbehauptung, Trennung von ihr ist Absage vom eigensten Wesen. Diese Überzeugung hat, durch das hocherregte vaterländische Gefühl genährt, beim Ausbruch des Krieges einen Kampf gegen das Fremdwortunwesen hervorgerufen.

Die deutsche Sprache hat natürlich wie jede Kultursprache **fremde Bestandteile** in sich aufgenommen. Die Entlehnung ist die Folge der Lage Deutschlands im Herzen Europas. Sie artete aber in Zeiten geistiger und politischer Abhängigkeit vom Ausland in eine Fremdwortherrschaft aus. Während der Berührung der alten Germanen mit den Römern war die Einwanderung lateinischer Wörter so groß, daß unsere Sprache von dem damals übernommenen Wortvorrat für Hausbau, Ackerwirtschaft, Handel, Erziehung und des Leibes Nahrung und Notdurft noch heute lebt. Die Übernahme hatte ihren Grund in der Anlehnung der noch unentwickelten Kultur der Deutschen an die hochstehende der Römer, aber die mündliche Überlieferung machte die lateinischen Ausdrücke durch Umwandlung ihrer Stammlaute, Betonungen und Endungen für die deutsche Sprache zurecht. Während diese Eindeutschungskraft unserer Sprache ein aufstrebendes und stark entwickeltes Volksbewußtsein voraussetzte, kamen Zeiten, die eine große Gleichgültigkeit gegen das eigene Volkstum mit sich brachten und mit ihr den Widerspruch gegen alles Fremdländische abstumpften. Vorschub leistete dieser Verachtung des Einheimischen die Geistesbildung, die in der Nachahmung der ausländischen Kultur Grund und Beweis aller Vornehmheit sah. Die Verehrung ausländischer Eigenart begann schon während der Regierung der Hohenstaufen mit den höfischen Dichtern, die Frankreich als das Vorbild aller Kultur ansahen und mit den französischen Stoffen auch französische Wörter in die deutsche Sprache übernahmen. Dieses Durchsickern fremder Bestandteile war aber noch eine Kleinigkeit gegenüber dem Einströmen griechischer und namentlich lateinischer Wörter zur Zeit des Humanismus. Beide Fremdsprachen gewannen in Wissenschaft, Musik, Religion, Erziehung und selbst Namengebung eine solche Herrschaft, daß durch sie eine Trennung zwischen Gebildeten und Ungebildeten eintrat und die deutsche Sprache zum Ausdrucksmittel für Bauern und Bediente herabsank. Den Höhepunkt erreichte der fremde Einfluß in dem Zeitalter Ludwigs XIV., das Frankreich als **das** Kulturland Europas bewunderte. Kunst und Wissenschaft, Heer und Staatswesen, Handel und Gewerbe und selbst die deutscheste Erfindung, die Buchdruckerei, wurden mit französischen Ausdrücken überschwemmt.

Aber jedes Zeitalter hat nicht nur Freunde, sondern auch Feinde der Fremdwörter. Der Widerspruch gegen die sprachliche Abhängigkeit nahm mit dem Erstarken der Geistesbildung unseres Volkes immer mehr zu. Namentlich seitdem Luther durch die Bibelübersetzung den Deutschen eine Schriftsprache gegeben und die klassische Zeit unserer Dichtung eine deutsche Weltliteratur geschaffen hat, ist unsere Sprache immer mehr das einigende Band für alle deutschen Stämme und dadurch eine starke Trägerin des deutschen Volksbewußtseins geworden. Doch haben wir Deutschen, um uns auf den ganzen Wert unserer Sprache zu besinnen, stets eines starken Anstoßes von außen bedurft. So war es im Dreißigjährigen Kriege, als die Sprachgesellschaften den Kampf gegen das Welschtum aufnahmen, so im Siebenjährigen Kriege, als Lessing den Franzosen auf dem Felde des Schrifttums ein Roßbach lieferte, so im deutsch-französischen Kriege von 1870/71, als eine Bewegung gegen die französischen Fremdwörter einsetzte.

Aber alle früheren Bestrebungen gegen das Fremdwortunwesen hat die mit dem jetzigen Kriege ausgebrochene Sprachreinigung an Tiefe, Umfang und Kraft weit übertroffen. Ihren Grund hatte sie in dem hocherregten vaterländischen Gefühl unseres Volkes. Der Schutz der Sprache galt ihm als der Schutz des

Deutschtums überhaupt. Daher kam es, daß alle Schichten der Bevölkerung, von den obersten Behörden herunter bis zum einfachen Mann, sich zur Säuberung unserer Muttersprache verbanden. Allen voran stand die oberste Heeres- und Flottenverwaltung, die, frei von der Fremdwortgewohnheit früherer Zeiten, durch das reine und gute Deutsch ihrer Tagesberichte einen starken und vorbildlichen Willen zur Sprachreinigung bekundete. In ihren Fußtapfen wandelten die ihr angehörenden Befehlshaberstellen im ganzen Reiche. Ihre Verordnungen unterschieden sich in der Art des Vorgehens je nach der Lage ihres Befehlsbereiches und der Denkart ihrer Bewohner. In Elsaß-Lothringen handelte es sich besonders um die Bekämpfung der grundsätzlichen Benutzung der französischen Sprache zum Ausdruck einer deutschfeindlichen Gesinnung. In den Bezirken der Generalkommandos von Breslau, Hannover, Karlsruhe, Kassel, Koblenz, Münster kam es hauptsächlich darauf an, den guten Willen der Bewohner für die Vermeidung von Fremdwörtern im öffentlichen Verkehr zu wecken. Ihnen schlossen sich die Reichs- und Staatsbehörden an, die einen planvollen Kampf gegen das Fremdwort auf breiter Grundlage begannen. Das Reichspostamt wies gleich im Anfang des Krieges die Angehörigen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung an, nach Kräften an der Sprachreinigung mitzuwirken, eingedenk dessen, daß die Reichspost es war, die bald nach der Gründung des Reiches auf diesem Gebiete bahnbrechend vorgegangen ist. Die Eisenbahnverwaltung ersetzte auf den Bahnhöfen in Belgien die französischen Aufschriften durch deutsche und entfernte die fremdländischen Werbeanzeigen. Das bayerische Staatsministerium des Innern verfügte an die Verwaltungsbehörden, daß die Fremdtümelei im Widerspruch stehe mit den längst geltenden und nun auch allgemein anerkannten Geboten deutscher Selbstbesinnung und Selbstachtung und daher je eher desto besser aufhören solle. In ähnlicher Weise drangen die Ministerien der anderen Bundesstaaten auf Sprachreinheit in ihren Verwaltungsgebieten. Ein bemerkenswertes Seitenstück zu dem Vorgehen der deutschen Staatsbehörden bildete die Verfügung des österreichischen Eisenbahnministers, der auf Grund der Erfahrungen im Kriege die deutsche Sprache als Dienstsprache vorschrieb, deren Anwendung bei Bewerbungen, Erlassen und im amtlichen Verkehr unerläßlich sei. Mit diesen höchsten Behörden wetteiferten auch die Provinzialbehörden, der Polizeipräsident von Berlin, die Landräte, die städtischen Verwaltungen, die Handelskammern und sonstige Verbände, in der Bekämpfung des Fremdwortunwesens in ihren Bezirken.

Gleichartige Strömungen entstanden auch in den Volksvertretungen. Der Reichstag ersuchte den Reichskanzler, den Reichshaushaltplan von fremden Ausdrücken zu reinigen. In der hessischen Kammer wurde sogar ein Gesetz gegen das Fremdwortunwesen angeregt. Diese Verhandlungen wurden zum Anlaß, daß die ganze Bewegung immer weitere Kreise ergriff. Von großer Bedeutung war es, daß die Schulverwaltungen in richtiger Erkenntnis der günstigen und wichtigen Gelegenheit für die Sprachreinigung auf die vermehrte Pflege der deutschen Sprache in den Schulen drangen, zumal von diesen der sicherste und größte Erfolg für die künftige Sauberkeit der Sprache erwartet wird. Die Unterrichtsministerien, Provinzialschulkollegien und Regierungen erließen Verordnungen in diesem Sinne. In Elsaß-Lothringen wurde der Unterricht im Deutschen in der Quinta der Gymnasien und Realgymnasien um zwei Wochenstunden vermehrt und der im Französischen um ebensoviel vermindert. Der Königlich Württembergische Evangelische Oberschulrat schärfte die Ersetzung fremdländischer Ausdrücke durch deutsche besonders den Lehrerseminaren ein. Der Allgemeine Deutsche Lehrerverein, der viele Tausende von Mitgliedern umfaßt, erklärte es für seine Pflicht, die Sprachreinigung zu fördern, und beschloß die Herausgabe eines Verdeutschungswörterbuches für die Erziehungswissenschaften. In den Schulen wurden gegen den Fremdwortgebrauch Strafsparkassen gegründet, deren Ertrag der Kriegshilfe zufloß.

Daß auch die Kirche — nicht die katholische, wohl aber die evangelische — mit der Überlieferung lateinischer und griechischer Benennungen für Amtshandlungen zu brechen unternahm, ist ein besonders beachtenswertes Zeugnis für die Stärke der Verdeutschungsbewegung. Einige Kreissynoden beantragten bei ihren Konsistorien und bei der Gesamtsynode, der Ausländerei in kirchlichen Fachausdrücken und Amtsbezeichnungen ein Ende zu machen und dafür deutsche, jedermann verständliche Wörter einzuführen. Der Verband evangelischer Pfarrer beschloß auf seiner Kriegstagung im September 1915, Fremdwörter in seiner amtlichen Tätigkeit zu meiden, und ersuchte die maßgebenden kirchlichen Stellen, die erforderlichen Änderungen möglichst einheitlich vorzunehmen.

Auf gleiche Weise arbeiteten zahlreiche Verbände und Vereine aller Art. Ein besonderes Verdienst erwarb sich der Deutsche Bühnenverein durch die Herausgabe von Verdeutschungsvorschlägen für das Bühnenwesen (Berl. 1915). Die Säuberung war eine schwere Aufgabe, weil die fremdländischen Ausdrücke dieses Faches besonders fest in der Sprachgewohnheit wurzeln, aber auch eine wichtige, weil die Bühne berufen ist, die vorbildliche Pflegestätte der deutschen Sprache zu sein. Bedeutsam war auch die Bewegung für die Sprachreinigung auf dem Gebiete der Musik. Der Münchener Tonkünstlerverein beschloß schon im April 1915, die fremden musikalischen Kunstausdrücke da zu vermeiden, wo das deutsche Wort gleich bestimmt und verständlich ist. Er stellte einen ähnlichen Antrag an den Zentralverband deutscher Tonkünstler und Tonkünstlervereine. In Österreich und in Ungarn sind bei den Unterrichtsministerien Anträge gestellt worden, dahin zu wirken, daß Titel, Zeitmaße und Vortragsbezeichnungen musikalischer Werke an den Unterrichtsanstalten in deutscher Sprache zugelassen werden. Bemerkenswert und in diesem Maße bisher noch nicht gekannt war das allgemeine und kraftvolle Eintreten des deutschen Handels und Gewerbes für die Sprachreinigung. Die Mahnung, die der preußische Handelsminister Dr. Sydow im Oktober 1913 an sämtliche Handelsvertretungen gerichtet hatte, der Muttersprache auf ihren Gebieten zum Rechte zu verhelfen, trug unerwartet reiche Früchte. Der Webstoffhandel stellte eine umfassende Verdeutschungsliste für die Webstoffgebiete auf, der Gastwirteverband beschloß die Einführung deutscher Benennungen statt französischer und englischer auf der Speisekarte, das Bankfach und Versicherungswesen, die Mode, der Buchdruck, der Buch-, Feinkost-, Leder- und Tabakhandel, der Rabattsparverein, der Werbeverein und der österreichische Luftschifferverein regten die Bildung von Sprachausschüssen an oder führten auch Verdeutschungen ein.

Daß der Allgemeine Deutsche Sprachverein sich mit Feuereifer ans Werk machte, um die mit so ungeahnter Gewalt aufgetretene Bewegung zu fördern, ist begreiflich, weil er sich besonders die Aufgabe gestellt hat, das Verständnis der Muttersprache zu vertiefen sowie die Verdeutschung maßvoll zu regeln und in einheitliche Bahnen zu führen. Gleich beim Beginn des Krieges forderte er mit einem Mahnruf »An alle Deutschen« zu kräftigem Kampfe wider das alte Erbübel der Ausländerei auf. Die Zweigvereine entwickelten mit erfinderischem Fleiße eine unermüdliche Werbe- und Aufklärungstätigkeit. Aufrufe wurden an öffentlichen Stellen aufgehängt, Sprachhilfen, die Rat und Auskunft in sprachlichen Fragen unentgeltlich erteilten, wurden eingerichtet, die Behörden um ihre Mitwirkung gebeten, Innungen und Verbände zum Zusammengehen bei den Verdeutschungen mit dem Sprachverein angegangen, Verdeutschungsbücher, Verdeutschungstafeln herausgegeben, Vorträge gehalten, kurz, in Wort und Schrift leistete der Verein eine Unmenge Arbeit für die Sprachreinigung.

Das Eintreten der Presse in den Kampf war eine Erscheinung, die in der Geschichte unserer Sprache einzig dasteht. Blätter aller Richtungen brachten Aufsätze über die Verdeutschung. Es liegt in der menschlichen Art, die sich vom hergebrachten Denken nicht leicht trennen kann, daß in den Zeitungen mancherlei Einwände gegen die Neuerung auftraten. Das Fremdwort wurde als eine Bereicherung und Notwendigkeit für die deutsche Sprache bezeichnet, weil es kürzer, klarer, mannigfaltiger und darum brauchbarer sei als manches deutsche Wort. An Erwiderungen fehlte es nicht. Es wurde gezeigt, daß das Fremdwort wegen seiner Vieldeutigkeit verschwommen, wegen seiner Dunkelheit mißverständlich sei, an Kürze von manchem deutschen Wort übertroffen werde, die Quellen der Geistesbildung verstopfe, dem deutschen Betonungsgesetz widerspreche und namentlich dem Haupterfordernis der Sprache, der Allgemeinverständlichkeit, nicht genüge. Gehört eine solche grundsätzliche Auseinandersetzung nun einmal zu dem Wesen des Deutschen, so ist doch durch die ganze Bewegung dies deutlich an den Tag getreten: Wie die Welt niemals ein Schauspiel so fester Einheit eines ganzen großen Volkes erlebt hat, wie es Deutschland bei diesem Überfall seiner Feinde bot, so hat sie auch niemals ein Bild einer so vollkommenen Einmütigkeit in der Abwehr des Fremdwortunwesens und einer so kraftvollen Erhebung zum Schutz der Muttersprache gesehen.

Die Sprachbewegung in diesem Kriege ist Geschichte geworden. Ihr Zukunftswert besteht darin, daß der Gebrauch entbehrlicher Fremdwörter in verstärktem Maße als eine Versündigung gegen den Geist der deutschen Sprache empfunden wird und dadurch wertvolle Anregungen für die Pflege des Deutschtums bringen wird. Der schon jetzt vielfach benutzte Weg, den Mangel an Wortbedarf aus den Fachsprachen und Mundarten sowie durch die Wiedereinführung alter und die Bildung neuer Wörter zu decken, wird mit Erfolg weiter beschritten werden. Das planvolle und gemeinschaftliche Vorgehen der Fachleute bietet die Gewähr, daß eine große Zahl der gewählten Ersatzwörter auf dem Gebiet des Handels und Gewerbes, der Mode und des Verkehrs sich behaupten wird. Auch die Heeresverwaltung wird nach dem Kriege, wenn ruhigere Zeiten diese Änderung gestatten, mit der Verdeutschung der Heeressprache fortfahren. Auf dem Grunde der ganzen Bewegung aber wird sich die erhöhte Wertschätzung der Muttersprache erheben. Immer weiter wird sich die Überzeugung verbreiten, daß unsere Sprache, die jetzt von 87 Millionen Menschen gesprochen wird und vor der französischen, die 46 Millionen als Ausdrucksmittel benutzen, schon einen großen Vorsprung hat, hinter der englischen, der sich 130 Millionen bedienen, aber nicht allzusehr zurückbleibt — daß unsere über die ganze Erde verbreitete Sprache berufen ist, ihren Platz neben der französischen und englischen zu behaupten und in die Reihe der Weltsprachen einzutreten.

Kriegsorden

von Dr. **Stephan Kekule von Stradonitz** in Berlin-Lichterfelde

Hierzu zwei farbige Tafeln.

Die im gegenwärtigen großen Kriege seitens der deutschen Einzelstaaten und seitens Österreich-Ungarns zur Verleihung gelangenden Kriegsauszeichnungen sind zum Teil recht alt und werden sogar im wesentlichen noch auf Grund der alten Satzungen verliehen. Andere haben im Laufe der Zeiten wiederholte Abänderungen erfahren. Eine ganz besondere Stellung nimmt der berühmte preußische Orden des Eisernen Kreuzes ein, als er immer nur als für einen bestimmten Krieg »gestiftet« gilt und infolgedessen, gegebenenfalls, »neu aufgerichtet« werden muß, in Kriegen, für die dieses nicht geschah (1864 und 1866), aber, selbst für Taten der höchsten Tapferkeit, nicht zur Verleihung gelangen konnte. Die gleich vom ersten Augenblick an erkennbare Größe des Krieges, in dem Deutschland, Österreich-Ungarn und ihre Verbündeten einer Übermacht von Gegnern gegenüberstehen, hat es mit sich gebracht, daß seit der »Wiederaufrichtung« des Eisernen Kreuzes in den ersten Tagen des August 1914 eine sehr große Menge von neuen »Kriegsorden«, diesen Begriff im weitesten Sinne verstanden, neu gestiftet worden ist. Diese Fülle ist hinsichtlich der inneren Einrichtung so vielgestaltig, daß die Entwicklung, soweit die Gliederung der Gesamtheit in Betracht kommt, wohl als abgeschlossen betrachtet werden kann. Überblickt man nun die Gesamtheit der in Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgarien (Ende 1916[1]) bestehenden »Kriegsauszeichnungen«, so springt vor allem in die Augen, daß die Grenze zwischen »Orden« und »Auszeichnung« oft sehr schwer festzustellen ist. Das Wort »Orden« ist, offenbar nicht ohne Absicht, sogar vielfach vermieden, vielmehr durch den Begriff »Kreuz« oder ein ähnliches ersetzt. Trotzdem lassen sich verschiedene Arten der »Kriegsauszeichnungen« deutlich unterscheiden, wenn auch die unterscheidenden Merkmale oft genug nicht so sehr durch den Wortlaut der Satzungen als durch den Gebrauch bei der Verleihung erkennbar werden. Diese Arten sind: 1) Kriegsauszeichnungen, die ausschließlich für Offiziere bestimmt sind; 2) Auszeichnungen, die wirkliche Kriegsauszeichnungen sind, d. h. nur für Tapferkeit im Kriege verliehen werden; 3) Auszeichnungen für Militärverdienst schlechthin,

[1] Etwaige nachträgliche Stiftungen werden in der Fortsetzung dieses Werkes behandelt.

die aber auch im Kriege verliehen werden; 4) Auszeichnungen für Militärverdienst schlechthin, die durch ein besonderes Abzeichen (gekreuzte Schwerter, Lorbeerkränze, Band von besonderer Farbe) zu wirklichen Kriegsauszeichnungen werden; 5) Verdienstauszeichnungen schlechthin, an sich also auch für Zivilverdienst bestimmt, die durch ein besonderes Abzeichen der (unter 4) angegebenen Art zu wirklichen Kriegsauszeichnungen werden; 6) besondere Kriegsauszeichnungen oder -ehrenzeichen für Leistungen im Kampfgebiet; 7) besondere Kriegsauszeichnungen oder -ehrenzeichen für Leistungen in der Heimat; 8) Gedächtniszeichen an besondere Ereignisse im Kampfgebiet (Schlachtenmedaillen; Schlachtenspangen mit der betreffenden Inschrift und ähnliches); 9) allgemeine Kriegsgedächtniszeichen, die kein besonderes Kriegsverdienst belohnen sollen, für Tätigkeit im Kampfgebiet (sog. »Kombattantenmedaillen«); 10) allgemeine Kriegsgedächtniszeichen, die kein besonderes Kriegsverdienst belohnen sollen, für Tätigkeit in der Heimat (sog. »Nichtkombattantenmedaillen«); 11) Auszeichnungen für Verdienste um die Krankenpflege, insbes. die freiwillige. Wesentliche Unterschiede sind dann noch für die Arten 1) bis 6), ob es sich ausschließlich um Auszeichnungen für bewiesene Kriegstapferkeit oder auch um solche für bewiesene Kriegstüchtigkeit handelt; für die Arten 2) bis 9), ob sie auch Personen weiblichen Geschlechts verliehen werden oder nur solchen männlichen Geschlechts. Von denjenigen Kriegsauszeichnungen, die ausschließlich für bewiesene Kriegstapferkeit verliehen werden, sind unzweifelhaft am volkstümlichsten, tragen auch ebenso unzweifelhaft am meisten zur Hebung der Kriegstüchtigkeit des gesamten Heeres bei: diejenigen, die für im Kriege bewiesene Tapferkeit ohne Unterschied des Ranges und Standes an Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften verliehen werden (Eisernes Kreuz!).

Die aus dem Vorstehenden ersichtliche Mannigfaltigkeit bringt es mit sich, daß Rücksichten auf den Raum es unmöglich machen, für jede einzelne Kriegsauszeichnung genauer anzugeben, welche satzungsgemäßen Bestimmungen für sie gelten. Einzelne Stichworte müssen genügen. Für Genaueres, ebenso für die Trageweise, muß auf die Satzungen selbst, die grundsätzlich öffentlich bekanntgemacht worden sind, verwiesen werden.

In der nachfolgenden Übersicht sind die bisher vorhandenen »Kriegsauszeichnungen« innerhalb Deutschlands nach der Reihenfolge der Staaten angeführt, innerhalb der einzelnen Staaten nach der Zeitfolge des ursprünglichen Stiftungsjahres.

Deutschland.

Preußen. Roter-Adler-Orden. Gestiftet 1705 von Georg Wilhelm, Erbprinzen von Brandenburg-Bayreuth. Nur für Offiziere. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern und an schwarz-weißem Bande. 4 Klassen in 6 Abstufungen (s. Taf. I, Fig. 3: 3. Klasse mit Schwertern).

Orden Pour le mérite. Gestiftet 1740 von Friedrich dem Großen. Nur für Offiziere. Tapferkeitsorden. 2 Klassen. (Ganz ausnahmsweise auch »Großkreuze« verliehen.) S. Taf. I, Fig. 2.

Eisernes Kreuz. Gestiftet 1813 von Friedrich Wilhelm III., neu errichtet 1870 von Wilhelm I., wieder neu errichtet 1914 von Wilhelm II. Für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Für Verdienste auf dem Kriegsschauplatz und militärische Verdienste von Offizieren in der Heimat: an schwarz-weißem Bande (s. Taf. I, Fig. 1), für sonstige Verdienste in der Heimat: an weiß-schwarzem Bande. 2 Klassen und »Großkreuz«, letzteres die höchste soldatische Auszeichnung Preußens. Die 1. nur nach Besitz der 2. Klasse. Besitzer der 2. Klasse aus dem Kriege von 1870/71 erhalten eine auf dessen Band zu tragende »Spange« mit dem Kreuze von 1914 in Verkleinerung, statt der 2. Klasse von 1914.

Königl. Hausorden von Hohenzollern. Gestiftet 1851 von Friedrich Wilhelm IV. Nur für Offiziere. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern und an schwarz-weißem Bande. 4 Klassen.

Kronenorden. Gestiftet 1861 von Wilhelm I. Nur für Offiziere. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern und an schwarz-weißem Bande. 4 Klassen in 5 Abstufungen (s. Taf. I, Fig. 4: 3. Klasse mit Schwertern).

Rote-Kreuz-Medaille. Gestiftet 1898 von Wilhelm II. Für Verdienst auf dem Gebiete der Menschenliebe. Auch Frauenorden. 3 Klassen (s. Taf. I, Fig. 5: 2. Klasse).

Bayern. Militärverdienstmedaille. Gestiftet 1794 vom Kurfürsten Karl Theodor. Nur für Feldwebelleutnants, Unteroffiziere und Mannschaften. 2 Klassen. Mit Zulagen verbunden (s. Taf. I, Fig. 9: Medaille in Silber).

Militär-Max-Joseph-Orden. Gestiftet 1806 vom König Max Joseph I. Nur für Offiziere. Tapferkeitsorden. Für die rangältesten Ritter, Kommandeure und Großkreuze mit Jahreseinkünften verbunden. 3 Klassen, die alle für bayerische Offiziere den persönlichen Adel mit »Ritter von« mit sich bringen, falls auch der Vater und der Großvater den Orden besaß, den Anspruch auf Verleihung des Erbadels.

Militärverdienstorden. Gestiftet 1866 von Ludwig II. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern an besonderem Band, für Personen des Soldatenstandes; für Beamte und Zivilpersonen: das Band mit schwarzen Randstreifen. 6 Klassen (s. Taf. I, Fig. 6: 4. Klasse mit der Krone und Schwertern) und Militärverdienstkreuz in 3 Klassen, letzteres nur für Unteroffiziere und Mannschaften (s. Taf. I, Fig. 7: 3. Klasse mit der Krone und Schwertern).

Verdienstkreuz und Dienstauszeichnungskreuz für freiwillige Krankenpflege. Gestiftet 1901 vom Prinzregenten Luitpold. Verdienstkreuz in 2 Klassen, für Kriegsverdienst: mit Spange mit der Jahreszahl des Feldzuges. Dienstauszeichnungskreuz für 20 Dienstjahre. Auch Frauenorden.

Militärsanitätsorden. Gestiftet 1914 von Ludwig III. Für Sanitätsoffiziere. 2 Klassen, mit Zulagen verbunden (s. Taf. I, Fig. 8: 2. Klasse).

König-Ludwig-Kreuz. Gestiftet 1916 von Ludwig III. Für Kriegsverdienst in der Heimat. 1 Klasse. Auch Frauenorden.

Königreich Sachsen. Militär-Sankt-Heinrichs-Orden. Gestiftet 1736 vom Kurfürsten August III. Nur für Offiziere. Tapferkeitsorden. 4 Klassen (s. Taf. I, Fig. 10: Ritterkreuz).

Militär-Sankt-Heinrichs-Medaille. Gestiftet 1796 als »Militärverdienstmedaille« vom Kurfürsten Friedrich August III. Nur für Unteroffiziere und Mannschaften. 2 Klassen (s. Taf. I, Fig. 11: Medaille in Silber).

Verdienstorden. Gestiftet 1815 von Friedrich August I. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 6 Klassen (s. Taf. I, Fig. 12: Ritterkreuz 1. Klasse mit Schwertern).

Kriegsorden.

Die Zusammenstellung der Tafeln erfolgte mit weitgehender Unterstützung der Hofjuweliere Godet u. Sohn in Berlin.

Tafel I.

Preußen.

1. Eisernes Kreuz 2. Klasse.
2. Orden Pour le mérite, Kriegsklasse.
3. Roter-Adler-Orden 3. Klasse mit Schwertern.
4. Kronenorden 3. Klasse mit Schwertern.
5. Rote-Kreuz-Medaille 2. Klasse.

Bayern.

6. Militärverdienstorden 4. Klasse mit der Krone und Schwertern.
7. Militärverdienstkreuz 3. Klasse mit der Krone und Schwertern.
8. Militärsanitätsorden 2. Klasse.
9. Militärverdienstmedaille in Silber.

Sachsen.

10. Militär-Sankt-Heinrichs-Orden, Ritterkreuz.
11. Militär-Sankt-Heinrichs-Medaille in Silber.
12. Verdienstorden, Ritterkreuz 1. Klasse mit Schwertern.
13. Albrechtsorden, Ritterkreuz 2. Klasse mit Schwertern.
14. Albrechtskreuz mit Schwertern.
15. Ehrenkreuz mit der Krone und Schwertern.
16. Friedrich-August-Medaille in Silber.

Württemberg.

17. Militärverdienstorden, Ritterkreuz.
18. Militärverdienstmedaille.
19. Orden der Württembergischen Krone, Ritterkreuz mit Schwertern.
20. Friedrichsorden, Ritterkreuz 1. Klasse.
21. Verdienstkreuz mit Schwertern.

Tafel II.

Baden.

22. Militärischer Carl-Friedrich-Verdienstorden, Ritterkreuz.
23. Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen.
24. Militärische Carl-Friedrich-Verdienstmedaille in Silber.

Hessen.

25. Tapferkeitsmedaille.

Mecklenburg.

26. Mecklenburg-Schwerin: Militärverdienstkreuz 2. Klasse.
27. Mecklenburg-Strelitz: Kreuz für Auszeichnung im Kriege 1. Klasse.

Oldenburg.

28. Friedrich-August-Kreuz 2. Klasse.

Sachsen-Weimar.

29. Wilhelm-Ernst-Kriegskreuz.
30. Hausorden vom weißen Falken, Ritterkreuz 1. Klasse mit Schwertern.
31. Allgemeines Ehrenzeichen, Medaille in Bronze mit Schwertern.

Braunschweig.

32. Kriegsverdienstkreuz.

Sächsisch-Thüringische Herzogtümer.

33. Sachsen-Meiningisches Ehrenkreuz.
34. Sachsen-Ernestinischer Hausorden, Verdienstkreuz mit Schwertern.
35. Sachsen-Altenburgische Tapferkeitsmedaille.

Anhalt.

36. Friedrichskreuz.

Reuß.

37. Kriegsverdienstkreuz.

Lippe.

38. Kriegsverdienstkreuz.

Freie Städte.

39. Hanseatenkreuz (von Hamburg).

Österreich.

40. Militärverdienstkreuz 3. Klasse mit der Kriegsdekoration.
41. Silberne Tapferkeitsmedaille.

Türkei.

42. Eiserner Halbmond.

Bulgarien.

43. Militärverdienstorden 4. Klasse.

Kriegsorden I.



Kriegsorden II.



Albrechtsorden. Gestiftet 1850 von Friedrich August II. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 7 Klassen (s. Taf. I, Fig. 13: Ritterkreuz 2. Klasse mit Schwertern und Taf. I, Fig. 14: Albrechtskreuz mit Schwertern).

Sidonienorden. Gestiftet 1870 vom König Johann. Für Verdienst auf dem Gebiete der Menschenliebe. 1 Klasse. Frauenorden.

Ehrenkreuz für freiwillige Wohlfahrtspflege. Gestiftet 1871 vom König Johann als Erinnerungskreuz für freiwillige Krankenpflege. 1 Klasse. Auch Frauenorden.

Ehrenkreuz. Gestiftet 1876 als »Allgemeines Ehrenzeichen« vom König Albert. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 2 Klassen (s. Taf. I, Fig. 15: Kreuz mit der Krone und Schwertern).

Carolamedaille. Gestiftet 1892 vom König Albert. Für Kriegsverdienst: mit Spange. Für Verdienst auf dem Gebiete der Menschenliebe. 3 Klassen. Auch Frauenorden.

Friedrich-August-Medaille. Gestiftet 1905 von Friedrich August III. Für Unteroffiziere und Mannschaften usw. Für Kriegsverdienst: das Band mit blauen Streifen. 2 Klassen (s. Taf. I, Fig. 16: Medaille in Silber). Auch Frauenorden.

Maria-Anna-Orden. Gestiftet 1906 von Friedrich August III. 3 Klassen und Maria-Anna-Kreuz. Frauenorden.

Kriegsverdienstkreuz. Gestiftet 1915 von Friedrich August III. Für vaterländische Betätigung während des Krieges. 1 Klasse.

Württemberg. Militärverdienstorden. Gestiftet 1759 als Militär-Karls-Orden vom Herzog Karl Eugen. Nur für Offiziere. Tapferkeitsorden. 3 Klassen (s. Taf. I, Fig. 17: Ritterkreuz). Für die rangältesten Ritter, Kommandeure und Großkreuze mit Jahreseinkünften verbunden. Brachte früher (bis 1913) den Personaladel mit sich. Damit verbunden: goldene und silberne Militärverdienstmedaille, letztere nur für Unteroffiziere und Mannschaften (s. Taf. I, Fig. 18).

Orden der Württembergischen Krone. Gestiftet 1818 von Wilhelm I. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. Die 4 obersten Klassen brachten bis 1913 den Personaladel mit sich. 5 Klassen (s. Taf. I, Fig. 19: Ritterkreuz mit Schwertern) und Verdienstmedaille.

Friedrichsorden. Gestiftet 1830 von Wilhelm I. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 5 Klassen (s. Taf. I, Fig. 20: Ritterkreuz 1. Klasse) und Verdienstmedaille.

Verdienstkreuz. Gestiftet 1900 von Wilhelm II. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 1 Klasse (s. Taf. I, Fig. 21).

Wilhelmskreuz. Gestiftet 1915 von Wilhelm II. Für Kriegsverdienst in der Heimat. Kann an Militärpersonen mit Schwertern sowie mit Schwertern und Krone verliehen werden. 1 Klasse.

Charlottenkreuz. Gestiftet 1916 von Wilhelm II. Für Verdienst um die Pflege der Verwundeten und Erkrankten oder auf dem Gebiete der allgemeinen Kriegsfürsorge. 1 Klasse. Auch Frauenorden.

Baden. Militärischer Carl-Friedrich-Verdienstorden. Gestiftet 1807 vom Großherzog Karl Friedrich. Nur für Offiziere. Tapferkeitsorden. 3 Klassen (s. Taf. II, Fig. 22: Ritterkreuz).

Militärische Carl-Friedrich-Verdienstmedaille. Gestiftet 1807 vom Großherzog Karl Friedrich. Für Unteroffiziere und Mannschaften. Tapferkeitsauszeichnung. 2 Klassen (s. Tafel II, Fig. 24: Medaille in Silber).

Orden vom Zähringer Löwen. Gestiftet 1812 vom Großherzog Karl Friedrich. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 5 Klassen.

Verdienst- und Rettungsmedaille. Gestiftet 1866 vom Großherzog Friedrich I. Für Kriegsverdienst: am Bande des Militärischen Carl-Friedrich-Verdienstordens. 3 Klassen.

Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen. Gestiftet 1889 von Friedrich I. Für Kriegsverdienst: am Bande des Militärischen Carl-Friedrich-Verdienstordens. 1 Klasse (s. Taf. II, Fig. 23).

Orden Berthold I. Gestiftet 1896 von Friedrich I. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 4 Klassen.

Kreuz für freiwillige Kriegshilfe 1914 bis 1916. Gestiftet 1915 von Friedrich II. Für Verdienst auf dem Gebiete der Menschenliebe. Für Auszeichnung im Kriegsgebiete: mit Eichenkranz. 1 Klasse. Auch Frauenorden.

Hessen. Allgemeines Ehrenzeichen. Gestiftet 1849 von Ludwig III. Für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften: 1) »für Tapferkeit« (s. Taf. II, Fig. 25: Tapferkeitsmedaille), nur für Auszeichnung in feindlichem Feuer in eigentlicher Kampftätigkeit; 2) »für Kriegsverdienste«, für Auszeichnung in feindlichem Feuer, nicht in eigentlicher Kampftätigkeit; in Ausnahmefällen für Kriegsverdienst hinter der Front. Je 1 Klasse.

Militärsanitätskreuz. Gestiftet 1870 von Ludwig III. Für Personen jedes Standes und Geschlechts für unmittelbare Verdienste um die Pflege kranker und verwundeter Soldaten. 1 Klasse. Inhaber des Kreuzes von 1870 können eine Spange mit der Zahl 1914 erhalten.

Kriegsehrenzeichen. Gestiftet 1916 vom Großherzog Ernst Ludwig. Für Kriegsverdienste jeder Art hinter der Front. 1 Klasse. An Frauen: mit der Inschrift »Für Kriegsfürsorge«.

Mecklenburg-Schwerin. Militärverdienstkreuz. Gestiftet 1848 von Friedrich Franz II. Für Verdienste auf dem Kriegsschauplatz: an blauem Bande mit rot und gelber, für Kriegsverdienste in der Heimat: an rotem Bande mit gelb und blauer Einfassung. 2 Klassen (s. Taf. II, Fig. 26: 2. Klasse). Auch Frauenorden.

Hausorden der Wendischen Krone. Gestiftet 1864 von den Großherzögen Friedrich Franz II. zu Schwerin und Friedrich Wilhelm zu Strelitz. Für Kriegsverdienst: Klasse 1 (Großkreuz) mit Schwertern. 5 Klassen und 2 Verdienstkreuze. Auch Frauenorden.

Friedrich-Franz-Alexandra-Kreuz. Gestiftet 1912 von Friedrich Franz IV. und seiner Gemahlin Alexandra. Für Werke der Nächstenliebe in der Heimat: an karmesinrotem, blau und gelb eingefaßten, für besondere Verdienste um die freiwillige Kranken- und Verwundetenpflege auf den Kriegsschauplätzen oder in den Okkupationsgebieten an Zivilpersonen: am blauen Bande des Militärverdienstkreuzes. 1 Klasse. Auch Frauenorden.

Großherzogtum Sachsen. Hausorden der Wachsamkeit oder vom weißen Falken. Gestiftet 1732 vom Herzog Ernst August. Mit Schwertern, wenn vor dem Feind erworben. 5 Klassen (s. Taf. II, Fig. 30: Ritterkreuz 1. Klasse mit Schwertern) und 2 Verdienstkreuze.

Allgemeines Ehrenzeichen. Gestiftet 1902 vom Großherzog Wilhelm Ernst. Mit Schwertern,

wenn vor dem Feind erworben. 3 Klassen (s. Taf. II, Fig. 31: Medaille in Bronze mit Schwertern).

Wilhelm-Ernst-Kriegskreuz. Gestiftet 1915 vom Großherzog Wilhelm Ernst. Voraussetzung: Besitz des Eisernen Kreuzes 1. Klasse. 1 Klasse (s. Taf. II, Fig. 29).

Ehrenzeichen für Frauenverdienst im Kriege. Gestiftet 1915 vom Großherzog Wilhelm Ernst. 1 Klasse.

Mecklenburg-Strelitz. Hausorden der Wendischen Krone (s. Mecklenburg-Schwerin).

Kreuz für Auszeichnung im Kriege. Gestiftet 1871 vom Großherzog Friedrich Wilhelm. Für Offiziere, Militärbeamte, Unteroffiziere und Soldaten. Für Kombattanten: an blauem, für Nichtkombattanten: an rotem Bande. 2 Klassen. Das 1915 vom Großherzog Adolf Friedrich VI. gestiftete Kreuz 1. Klasse (s. Taf. II, Fig. 27) wird ohne Band auf der Brust getragen.

Kreuz für Auszeichnung im Kriege für Frauen. Gestiftet 1915 vom Großherzog Adolf Friedrich VI. Für Verdienste auf dem Gebiete der Nächstenliebe. 1 Klasse.

Oldenburg. Friedrich-August-Kreuz. Gestiftet 1914 vom Großherzog Friedrich August. Für Kriegsverdienst, auch in der Heimat. Für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Für Verdienste auf dem Kriegsschauplatz: am Bande des Hausordens. 2 Klassen (s. Taf. II, Fig. 28: 2. Klasse).

Rote-Kreuz-Medaille. Gestiftet 1907 vom Großherzog Friedrich August. Für Verdienste auf dem Gebiete der Menschenliebe in Kriegs- und Friedenszeiten. 1 Klasse. Auch Frauenorden.

Braunschweig. Kriegsverdienstkreuz. Gestiftet 1914 vom Herzog Ernst August. Für männliche Personen ohne Unterschied des Ranges und Standes. Für Verdienste auf dem Kriegsschauplatz: an dunkelblauem Bande mit gelben Randstreifen, für Kriegsverdienst in der Heimat: an gelb-blauem Bande. 1 Klasse (s. Taf. II, Fig. 32).

Sachsen-Meiningen. Ernestinischer Hausorden. Gestiftet 1833 von den Herzögen Friedrich zu Altenburg, Ernst I. zu Coburg und Bernhard Erich Freund zu Meiningen. Für Kriegsverdienst im Kampfgebiete: mit Schwertern. Für Kriegsverdienst im Heimatsgebiet: mit der Jahreszahl 1914. 5 Klassen (s. Taf. II, Fig. 34: Verdienstkreuz mit Schwertern).

Ehrenzeichen für Verdienst im Krieg. Gestiftet 1915 vom Herzog Bernhard III. 2 Formen (s. Taf. II, Fig. 33: Ehrenkreuz).

Ehrenzeichen für Verdienst von Frauen und Jungfrauen in der Kriegsfürsorge. Gestiftet 1915 von der Herzogin-Regentin Charlotte. 1 Klasse.

Sachsen-Altenburg. Ernestinischer Hausorden (s. Sachsen-Meiningen). Für Kriegsverdienst: mit Schwertern, für Kriegsverdienst im Heimatgebiet: mit der Jahreszahl 1914.

Herzog-Ernst-Medaille. Gestiftet 1906. Für Kriegsverdienste auf dem Gebiete der Krankenpflege und der Kriegswohlfahrtspflege: mit einer Spange mit der Jahreszahl 1914, mit oder ohne Krone. Auch Frauenorden.

Tapferkeitsmedaille. Gestiftet 1915 von Ernst II. Nur für Unteroffiziere und Mannschaften. 1 Klasse (s. Taf. II, Fig. 35).

Sachsen-Coburg-Gotha. Ernestinischer Hausorden (s. Sachsen-Meiningen). Für Verdienste im Kriegsgebiete: mit Schwertern, für Kriegsverdienste im Heimatgebiet: mit den Jahreszahlen 1914, 1914/15 oder 1914/16.

Herzog-Carl-Eduard-Medaille. Gestiftet als Herzog-Ernst-Medaille 1888 von Ernst II. Für Verdienst im Kriegsgebiet: mit Schwertern und an einer Spange mit dem Datum des Auszeichnungstages. 2 Klassen.

Carl-Eduard-Kriegskreuz. Gestiftet 1916 vom Herzog Carl Eduard. Für Angehörige des Infanterieregiments Nr. 95 und für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften dieses Regiments, die während der Mobilmachung zu anderen Truppenteilen übergetreten sind, sofern sie das Eiserne Kreuz 1. Klasse bereits erhalten haben.

Anhalt. Hausorden Albrechts des Bären. Gestiftet 1836 von den Herzögen Heinrich zu Anhalt-Köthen, Leopold Friedrich zu Anhalt-Dessau und Alexander Karl zu Anhalt-Bernburg. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 5 Klassen und 2 Medaillen (auch mit der »Krone«).

Friedrichkreuz. Gestiftet 1914 von Friedrich II. Für Personen ohne Unterschied des Ranges und Standes für Verdienste auf dem Kriegsschauplatz und im Heimatgebiete. Für Kriegsverdienst: das Band grünrot. 1 Klasse (s. Taf. II, Fig. 36).

Schwarzburg. Ehrenkreuz. Gestiftet 1857 von den Fürsten Friedrich Günter zu Rudolstadt und Günter Friedrich Karl zu Sondershausen. Für Kriegsverdienst vor dem Feinde: mit Schwertern, für Kriegsverdienst nicht vor dem Feind ebenso wie die Ehrenmedaille: mit einem goldenen Eichenbruche. 4 Klassen und 2 Ehrenmedaillen.

Silberne Medaille für Verdienst im Kriege. Gestiftet 1870/71 von den Fürsten Günter Friedrich Karl zu Sondershausen und Georg zu Rudolstadt. Nur für Militärpersonen vom Feldwebel abwärts. Für Kriegsverdienst vor dem Feind: am Bande des Ehrenkreuzes, auf dem zwei kleine, gekreuzte silberne Schwerter anzubringen gestattet ist; für Kriegsverdienst nicht vor dem Feind: an blauem Bande.

Waldeck. Verdienstkreuz. Gestiftet 1857 vom Fürsten Georg Viktor als Verdienstorden, seit 1896 »Verdienstkreuz« in 4 Klassen, 1912 ein »Offizierkreuz«. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern und an weißem, schwarz-rot-gelb gerändertem Bande. 5 Klassen und 2 Verdienstmedaillen.

Ehrenkreuz. Gestiftet 1899 vom Fürsten Friedrich. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 1 Klasse (hat den Rang zwischen dem Verdienstkreuz 4. Klasse und der Goldenen Verdienstmedaille).

Friedrich-Bathildis-Medaille. Gestiftet 1915 vom Fürsten Friedrich. Für Verdienste auf dem Gebiete der Menschenliebe. 1 Klasse.

Reuß ältere Linie. Ehrenkreuz. Von Reuß jüngere Linie (s. unten) auf Reuß ältere Linie ausgedehnt 1902 von Heinrich XIV. j. L. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern, das Band goldgelb, schwarzrot gerändert. 6 Klassen und 3 Medaillen.

Kriegsverdienstkreuz. Gestiftet 1915 von Heinrich XXVII. Für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. Tapferkeitsauszeichnung. 1 Klasse (s. Taf. II, Fig. 37).

Medaille für aufopfernde Tätigkeit in Kriegszeit. Gestiftet 1915 von Heinrich XXVII. Für Verdienste auf dem Gebiete der Nächstenliebe. 1 Klasse. Auch Frauenorden.

Reuß jüngere Linie. Ehrenkreuz, gestiftet 1869 von Heinrich XIV. (s. Reuß ältere Linie).

Kriegsverdienstkreuz (s. Reuß ältere Linie).

Medaille für aufopfernde Tätigkeit in Kriegszeit (s. Reuß ältere Linie).

Schaumburg-Lippe. Schaumburg-Lippischer Hausorden (Ehrenkreuz). Gestiftet 1890 vom Fürsten Adolf Georg. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 5 Klassen.

Kreuz für treue Dienste 1914. Gestiftet 1914 vom Fürsten Adolf. Tapferkeitsorden. Für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. 1 Klasse.

Militärverdienstmedaille mit dem Genfer Kreuz. Gestiftet 1914 vom Fürsten Adolf. Für aufopfernde Tätigkeit um das Wohl der Kämpfenden und deren Angehörigen von Personen ohne Unterschied des Ranges, Standes und Geschlechts. 1 Klasse. Auch Frauenorden.

Lippe. Militärverdienstmedaille. Gestiftet 1832 von Leopold II. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 1 Klasse.

Lippischer Hausorden (Ehrenkreuz). Gestiftet 1869 von Leopold III. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 4 Klassen in 7 Abstufungen.

Kriegsehrenkreuz für heldenmütige Tat. Gestiftet 1914 von Leopold IV. Tapferkeitsorden. 1 Klasse.

Kriegsverdienstkreuz. Gestiftet 1914 von Leopold IV. Für Kriegsverdienst im Feld: an gelbem, rot und weiß eingefaßtem, für Kriegsverdienst in der Heimat: an weißem, rot und gelb eingefaßtem Bande. 1 Klasse (s. Taf. II, Fig. 38). Auch Frauenorden.

Kriegsehrenmedaille. Gestiftet 1915 von Leopold IV. Für Verdienste auf dem Gebiete der Menschlichkeit. Für Verdienste dieser Art im Feindesland: an gelbem, rot und weiß eingefaßtem, für Kriegsverdienst in der Heimat: an weißem, rot und gelb eingefaßtem Bande. 1 Klasse. Auch Frauenorden.

Lübeck. Hanseatenkreuz (s. Hamburg).

Bremen. Hanseatenkreuz (s. Hamburg).

Hamburg. Hanseatenkreuz. Gestiftet 1915 vom Senat. Für Kriegsverdienst ohne Unterschied des Ranges und Standes. 1 Klasse (s. Taf. II, Fig. 39).

Hohenzollern. Fürstlicher Hausorden von Hohenzollern. Gestiftet 1841 von den Fürsten Friedrich Wilhelm Konstantin zu Hechingen und Karl Anton zu Sigmaringen. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 5 Klassen und 2 Verdienstkreuze.

Ehren- und Verdienstmedaille. Gestiftet 1841 von den Fürsten Friedrich Wilhelm Konstantin zu Hechingen und Karl Anton zu Sigmaringen. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 2 Klassen, die 1. (goldene Medaille) für Unteroffiziere mit Portepee, die 2. (silberne Medaille) für Unteroffiziere und Mannschaften.

Österreich-Ungarn.

Militär. Maria-Theresien-Orden. Gestiftet 1757 von der Kaiserin Maria Theresia. Nur für Offiziere. Tapferkeitsorden. Mit lebenslänglichen Jahreseinkünften verbunden. 3 Klassen, die alle für Inländer den Adelsstand mit sich bringen.

Tapferkeitsmedaille. Gestiftet 1789 von Joseph II. Für Unteroffiziere und Mannschaften. Tapferkeitsauszeichnung. 4 Klassen, von denen die ersten drei für Inländer monatliche Zulagen mit sich bringen (s. Taf. II, Fig. 41: Medaille in Silber).

Geistliches Verdienstkreuz. Gestiftet 1801 von Franz II. Für Kriegsverdienst an weißrotem, sonst an weißem Bande. 2 Klassen.

Leopoldorden. Gestiftet 1808 von Franz I. Für Kriegsverdienst: mit Lorbeerzweigen. 4 Klassen.

Orden der Eisernen Krone. Gestiftet 1816 von Franz I. Für Kriegsverdienst: mit Lorbeerzweigen. 3 Klassen.

Franz-Josef-Orden. Gestiftet 1849 von Franz Josef I. Für Kriegsverdienst: Stern zum Groß- und zum Komturkreuz mit Lorbeerkranz, Komtur- und Ritterkreuz am Bande des Militärverdienstkreuzes, Offizierskreuz mit grünemaillierten Bändern an der Krone.

Militärverdienstkreuz. Gestiftet 1849 von Franz Josef I. Nur für Offiziere. Für Kriegsverdienst: mit Lorbeerzweigen. 3 Klassen (s. Taf. II, Fig. 40: 3. Klasse mit der Kriegsdekoration).

Goldenes und Silbernes Verdienstkreuz mit und ohne Krone. Gestiftet 1849 von Franz Josef I. Für Kriegsverdienst: am Bande der Tapferkeitsmedaille. 4 Klassen.

Militärverdienstmedaille. Gestiftet 1890 von Franz Josef I. Nur für Offiziere (Militärbeamte). Für Kriegsverdienst: am Bande des Militärverdienstkreuzes. 3 Klassen.

Ehrenzeichen für Verdienste um das Rote Kreuz. Gestiftet 1914 von Franz Josef I. Für Kriegsverdienst: mit Lorbeerkranz. 4 Klassen und 2 Medaillen.

Kriegskreuz für Zivilverdienste. Gestiftet 1915 von Franz Josef I. 4 Klassen.

Eisernes Verdienstkreuz mit und ohne Krone. Gestiftet 1916 von Franz Josef I. Nur für Unteroffiziere und Mannschaften. Für Kriegsverdienst: am Bande der Tapferkeitsmedaille. 2 Klassen.

Türkei.

Imtiazmedaille. Gestiftet 1882 von Abd-ul-Hamid II. Tapferkeitsauszeichnung. 2 Klassen.

Liakatmedaille. Gestiftet 1890 von Abd-ul-Hamid II. Verdienstauszeichnung. 2 Klassen.

Eiserner Halbmond (Stern der Osmanen). Gestiftet 1915 von Mohammed V. Für Kriegsverdienst. Für Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften. 1 Klasse (s. Taf. II, Fig. 42).

Roter Halbmond. Gestiftet 1915 von Mohammed V. Keine eigentliche Kriegsauszeichnung. Wird für moralische und materielle Verdienste um den »Roten Halbmond« (entsprechend dem »Roten Kreuz« in Westeuropa) verliehen. 3 Klassen. Auch Frauenorden.

Bulgarien.

Militärorden für Tapferkeit im Kriege. Gestiftet 1879 vom Fürsten Alexander. 4 Klassen.

Alexanderorden. Gestiftet 1881 vom Fürsten Alexander. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern. 6 Klassen.

Rotes Kreuz. Gestiftet 1886 vom Fürsten Alexander. Für Verdienste auf dem Gebiete der Menschenliebe. 2 Klassen. Auch Frauenorden.

Militärverdienstorden. Gestiftet 1900 vom Fürsten, jetzigen König Ferdinand I. Für Kriegsverdienst: mit Schwertern und am Bande des Militärordens für Tapferkeit im Kriege. 6 Klassen (s. Taf. II, Fig. 43: 4. Klasse).

Militärverdienstmedaille. Gestiftet 1912 vom Fürsten, jetzigen König Ferdinand I. Für Kriegsverdienst: am Bande des Militärordens für Tapferkeit im Kriege. Für Unteroffiziere und Mannschaften. 3 Klassen.

V. Recht und Volkswirtschaft

Das Völkerrecht

in seinen Grundzügen dargestellt von Oberlandesgerichtsrat Dr. **Warneyer** in Dresden

I. Der Weltkrieg hat in hohem Maße das öffentliche Interesse dem Völkerrecht zugewendet. Das ist begreiflich. Ist doch der Krieg ein an bestimmte Regeln gebundener Waffenkampf, dessen Führung den Rechtssätzen des Völkerrechts untersteht. Von Beginn des Krieges an haben die Geschehnisse in großer Zahl Fragen darüber ausgelöst, ob diese oder jene Handlung kriegsrechtlich erlaubt sei oder nicht. Es hat auch leider nicht an Fällen gefehlt, wo das Vorgehen unserer Feinde den offensichtlichen Charakter eines Völkerrechtsbruches an sich trug. Solche Fälle waren, namentlich im Anfangsstadium des Krieges, so zahlreich und so unerhört, daß sogar Zweifel darüber laut wurden, ob es überhaupt noch »ein Völkerrecht in dem bisher üblichen Sinne gab«[1]. All dies läßt es verstehen, daß sich die Allgemeinheit jetzt bei weitem mehr als bisher mit dem Völkerrecht beschäftigt und daß man die vielfach auftauchenden völkerrechtlichen Zweifelsfragen zu lösen sucht. Eine Beantwortung setzt die Kenntnis der Grundbegriffe des Völkerrechts voraus. Diese Kenntnis zu vermitteln, ist die Aufgabe der nachstehenden Abhandlung.

Unter *Völkerrecht* versteht man diejenigen Normen, die die Beziehungen der einzelnen Staaten untereinander regeln. Es nimmt seinen Ausgang von der im internationalen Verkehr anerkannten gegenseitigen Unabhängigkeit der souveränen Staatsgebilde und beruht »auf der übereinstimmenden Rechtsüberzeugung der Kulturstaaten, soweit sich diese zur Erklärung des gemeinsamen Rechtswillens verdichtet hat«[2]. Eine derartige Erklärung äußert sich teils durch ständige Rechtsausübung (*Völkergewohnheitsrecht*), teils durch ausdrückliche Rechtssetzung (*Völkerrechtlicher Vertrag*). Das Völkergewohnheitsrecht bildet die Grundlage für die allgemeinen Normen, nach denen sich der Verkehr zwischen den Staaten abspielt, während die internationalen Abkommen (Staatsverträge, Deklarationen usw.) einzelne besondere Gebiete des völkerrechtlichen Verkehrs regeln. Dem aus beiden Quellen fließenden Recht ist eine Eigenschaft eigentümlich, die es von dem ganzen übrigen Recht scharf unterscheidet, der Mangel eines darüber stehenden Willens, einer übergeordneten Autorität, und demzufolge das Fehlen eines gesetzlich geregelten Verfahrens zu seiner Durchführung. Die Vorschriften des Völkerrechts sind anders, als im Wege der Selbsthilfe, nicht erzwingbar. Dieser Umstand hat besonders Veranlassung dazu gegeben, die Rechtsnatur des Völkerrechts anzuzweifeln. Mit Unrecht. Denn das Wesen des Rechts besteht nicht darin, daß es von einer übergeordneten Macht gesetzt, daß von einer solchen etwas geboten oder verboten wird — mag dies auch auf den übrigen Rechtsgebieten regelmäßig die Form sein, in der das Recht in die Erscheinung tritt —, vielmehr ist das Recht der Inbegriff der die gegenseitigen Interessen abgrenzenden, dem sozialen Willen und dem Volksempfinden entsprechenden Regeln.

Wie nun in den übrigen Rechtsgebieten die Rechtsverhältnisse der einzelnen *Menschen* untereinander geordnet werden — sei es, daß die Privatrechtssphäre eines jeden genau umgrenzt, sei es, daß die öffentlichrechtlichen Befugnisse festgelegt werden —, so werden im Völkerrecht die Beziehungen der (zivilisierten) *Staaten* zueinander geregelt. Hieraus folgt der obenerwähnte tiefgreifende Unterschied zwischen dem Völkerrecht und dem übrigen Recht. Während das letztere *innerhalb des Staates* von diesem gesetzt und seine Durchführung vom Staat erzwungen wird, während hier also der Staat sich als die über den einzelnen Berechtigten und Verpflichteten stehende Autorität darstellt, muß das Völkerrecht notwendigerweise einer solchen übergeordneten Obrigkeit entraten, eben weil die Staaten selbst die Berechtigten und Verpflichteten sind und eine ihnen übergeordnete Zwangsgewalt nicht anerkennen. Daher sind die völkerrechtlichen Befugnisse nur im Wege der *Selbsthilfe* erzwingbar, deren schärfste Form der Krieg ist.

II. Aus der dargelegten Begriffsbestimmung ergibt sich, daß *Subjekte des Völkerrechts* nicht, wie beim übrigen Recht, die einzelnen Menschen, sondern die Staaten sind. Aber nicht alle Staatsgebilde nehmen an der völkerrechtlichen Gemeinschaft teil, sondern nur die *zivilisierten Staaten*; nur sie haben das Bedürfnis, ihre gegenseitigen Beziehungen zueinander zu regeln, nur sie erhalten daher durch die Normen des Völkerrechts Befugnisse und Verpflichtungen.

Nach der Zusammenstellung, die der Völkerrechtslehrer *v. Liszt*[1] gibt, gehören dem Völkerverband außer den 24 europäischen und den 21 amerikanischen Staaten bloß noch Japan sowie mit gewissen Beschränkungen China, Persien, Siam, Liberia und Abessinien an. — Eine weitere Voraussetzung für die volle völkerrechtliche Persönlichkeit ist die *Souveränität*. *Halbsouveräne* Staaten, wie z. B. Ägypten, Marokko, Sansibar, sind keine vollberechtigten Glieder der Völkerrechtsgemeinschaft, sondern werden in gewissen Be-

[1] Riedner, Der Krieg und das Völkerrecht (Jena 1915), S. 3. — [2] v. Liszt, Das Völkerrecht (10. Aufl., Berl. 1915), S. 11.

[1] A. a. O., S. 6.

ziehungen durch den Staat, unter dessen Oberherrlichkeit (Suzeränität) sie stehen, vertreten, so Ägypten — trotz der tatsächlichen Besetzung durch England — von der Türkei, Marokko von Frankreich, Sansibar von England.

Bei einem Bundesstaat genießen die einzelnen Gliedstaaten keine selbständige völkerrechtliche Persönlichkeit; Träger des Völkerrechts ist vielmehr der Bundesstaat selbst (Beispiel: die Schweiz im Gegensatz zu den einzelnen Kantonen).

Durch dauernde Neutralität, die »auf einer Vereinbarung des neutralisierten Staates mit den übrigen Mächten beruht und ein dauerndes Rechtsverhältnis zwischen den beteiligten Staaten begründet«[1], wird die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit des betreffenden Staates nicht ausgeschlossen. Dauernd neutralisierte Staaten waren bei Beginn des gegenwärtigen Krieges nur die Schweiz, Belgien und Luxemburg.

Die völkerrechtliche Persönlichkeit beginnt mit der Entstehung eines selbständigen Staates und dessen Anerkennung durch die übrigen, schon vorhandenen Staaten (Anerkennung Rumäniens, Serbiens und Montenegros als souveräne Staaten durch den Berliner Kongreß 1878; Unabhängigkeitserklärung Bulgariens am 5. Oktober 1908). Sie endet mit dem Untergang des Staates (als friedliche Einverleibung, z. B. der hohenzollerischen Fürstentümer in Preußen 1849, oder als gewaltsame Einverleibung, meist infolge eines Krieges, z. B. die Annexion von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. durch Preußen 1866), oder mit der Aufgabe der selbständigen völkerrechtlichen Persönlichkeit (Eintritt in einen Bundesstaat, Unterordnung eines bis dahin souveränen Staates als Vasallenstaat unter das Protektorat eines anderen).

III. Aus den Darlegungen im letzten Absatz, wonach Träger des Völkerrechts nur die souveränen Staaten sind, »folgt unmittelbar eine ganze Reihe von Rechtsnormen, durch die Rechte und Pflichten der Staaten untereinander bestimmt werden, die keiner besonderen Anerkennung bedürfen, um bindende Kraft zu besitzen. Sie bilden den festen Grundstock aller ungeschriebenen Rechtssätze des Völkerrechts, seinen ältesten, wichtigsten, heiligsten Bestand«[2]. Man pflegt sie als »völkerrechtliche Grundrechte« oder als »völkerrechtliche Persönlichkeitsrechte« zu bezeichnen. Die wichtigsten dieser Rechte sind: die Gleichberechtigung der einzelnen Staaten und das Recht auf Anerkennung dieser Gleichberechtigung eines jeden durch die übrigen; der Anspruch darauf, daß die andern Staaten sich einer Verletzung oder Beschränkung des Machtbereichs jedes einzelnen Staates enthalten, und die daraus entspringende Befugnis, solche Verletzungen oder Beschränkungen zurückzuweisen, worunter auch das Verbot der Intervention fällt, d. h. das Recht, die Einmischung eines fremden Staates in die inneren Angelegenheiten des eigenen Staates oder in äußere Beziehungen zu andern Staaten (Verhandlungen, Streitigkeiten usw.) zurückzuweisen; das Recht auf Anerkennung der Persönlichkeit und die hierauf beruhende Rechtswidrigkeit von Beleidigungen und sonstigen Achtungsverletzungen, begangen gegenüber einem Staate oder dessen Vertretern; endlich das Recht, nicht vor den Gerichten eines andern Staates verklagt werden zu dürfen (»Kein Staat ist der Gerichtsbarkeit eines andern unterworfen«[1]).

[1] v. Liszt, a. a. O., S. 62. — [2] v. Liszt, a. a. O., S. 65.

IV. Um die Tragweite des Satzes ermessen zu können, daß kein Staat in den Machtbereich eines andern eingreifen dürfe, ist eine Erörterung darüber nötig, worauf sich der Machtbereich erstreckt. Unterworfen ist der einzelnen Staatsgewalt das Gebiet (Gebietshoheit) und das Volk des Staates (Personalhoheit). Die Gebietshoheit ist »das ausschließliche Herrschaftsrecht des Staates an einem bestimmten Teil der Erde. Es gründet sich auf die Zugehörigkeit des Gebietsteiles zum Staat... Er selbst benutzt allein das Gebiet zur Entfaltung staatlichen Lebens; nur er darf Hoheitsakte auf ihm vornehmen«[2]. Die Gebietshoheit hat in der Regel an ein und demselben Gebiet nur ein einziger Staat; steht sie ausnahmsweise mehreren zu, wie beispielsweise Preußen und Österreich in den Jahren 1864—65 bzw. 1866 an Schleswig-Holstein und Lauenburg, so spricht man von Kondominat. Die Gebietshoheit umfaßt den von den Staatsgrenzen umschlossenen Teil des Erdreichs und den darüber vorhandenen Luftraum — eine endgültige internationale Regelung des Luftschiffahrtsrechtes ist noch nicht erfolgt; daß jeder Staat auch in Friedenszeiten das Überfliegen seines Gebiets durch ein fremdes Flugzeug verbieten kann, ist außer Zweifel — sowie die innerhalb der Grenzen befindlichen Flußläufe und Binnenseen; vom Meere unterliegen der Gebietshoheit diejenigen Teile, die durch einen Staat vollständig umschlossen sind und abgeschlossen werden können (z. B. der Rigaische Meerbusen, das Asowsche Meer), sowie die Küstengewässer, d. h. derjenige Meeressaum, der vom Ufer aus ständig beherrscht werden kann. (Die frühere Bemessung auf drei Seemeilen trifft im Hinblick auf die jetzt bei weitem größere Tragweite der Strandbatterien nicht mehr zu.) Die offene See, wozu auch die eingeschlossenen, aber nicht von einem Staat allein umschlossenen Teile, wie z. B. das Schwarze Meer, gehören, ist frei; kein Staat kann Rechte daran erwerben oder andere Staaten in der freien Benutzung daran hindern. Besonderes gilt von einigen Meerengen. Nach einer alten Rechtsregel, die durch die Londoner Verträge vom 13. Juli 1841 und 13. März 1871 von den Großmächten und der Türkei ausdrücklich anerkannt worden ist, dürfen fremde Kriegsschiffe den Bosporus und die Dardanellen in Friedenszeiten nicht durchfahren, während die Türkei selbst fremden Kriegsschiffen die Einfahrt nur in ganz bestimmten Fällen gestatten darf. Das letztere enthält eine Beschränkung der Gebietshoheit der Pforte. Denn bei voller Ausübung ihres Hoheitsrechtes würde es völlig in ihrem Belieben stehen, ob sie fremden Kriegsschiffen die Durchfahrt gestatten wollte oder nicht.

Derartige Beschränkungen, durch die ein Staat verpflichtet wird, auf seinem Gebiet die Ausübung seines Hoheitsrechtes in gewisser Richtung zu unterlassen oder auch auf seinem Gebiet die Einwirkung eines andern Staates in bestimmter Weise zu dulden, kommen auch sonst vor. Sie werden, wenn es sich um einen dauernden Zustand handelt, in der Regel mit dem, nach v. Liszt[3] allerdings irreführenden, Ausdruck »Staatsdienstbarkeiten« bezeichnet. Als Beispiele seien genannt: die dauernde Entfestigung

[1] Heilborn in Holtzendorff-Kohlers »Enzyklopädie der Rechtswissenschaft« (7. Aufl., Münch. 1914), 5. Bd., S. 501. — [2] Heilborn, a. a. O., S. 513. — [3] A. a. O., S. 78.

gewisser Orte (Luxemburg gemäß Art. 5 des Londoner Vertrags vom 11. Mai 1867); das Recht der Etappenstraße, d. h. das Recht, Truppen durch ein fremdes Gebiet marschieren zu lassen; die Einräumung einer Kohlenstation.

Die Gebietshoheit kann endlich in einer so erheblichen Weise beschränkt werden, daß es einer Aufgabe des Hoheitsrechts beinahe gleichkommt. Das ist der Fall bei der Einräumung eines Pfandrechts an einem Gebietsteil (Verpfändung Wismars von seiten Schwedens an Mecklenburg durch den Malmöer Vertrag vom 26. Juni 1803, erledigt durch den Verzicht Schwedens vom 20. Juni 1903) sowie bei der Einräumung eines langjährigen Verwaltungs- und Nutzungsrechts (Pachtvertrag vom 6. März 1899, durch den China die Ausübung seiner Hoheitsrechte über die Kiautschoubucht auf 99 Jahre an das Deutsche Reich abtrat).

Gänzlicher Verlust der Gebietshoheit tritt ein durch freiwillige Abtretung oder Aufgabe, durch Eroberung seitens eines andern Staates, durch Abfall der in einem bestimmten Gebietsteil wohnenden Bevölkerung unter Gründung eines selbständigen Staates (Abfall der südamerikanischen Kolonien Spaniens und deren Verwandlung in selbständige Republiken).

V. Die Personalhoheit wird bedingt durch die Staatsangehörigkeit; ihr unterstehen alle Angehörigen eines Staates (das Staatsvolk), mögen sie sich im Staate selbst oder außerhalb desselben aufhalten. Insofern greift die Staatsgewalt über das Staatsgebiet hinaus. Dieses Hinausgreifen äußert sich einmal in dem Schutz der im Ausland befindlichen Staatsangehörigen (Eintreten für sie im Falle einer rechtswidrigen Behandlung im Ausland), sodann in dem Recht, auch über die im Ausland befindlichen Staatsangehörigen nach gewissen Richtungen hin zu gebieten (Befehl zur Rückkehr in Kriegszeiten, Verbot des Eintritts in fremden Militärdienst u. a.).

Anderseits unterliegen auch die Ausländer, die sich in einem andern Staat aufhalten, in beschränktem Maße der Staatsgewalt dieses Aufenthaltsstaates (Territorialhoheit), insbesondere sind sie an dessen Rechtsordnung in zivil- und strafrechtlicher Beziehung gebunden. Dagegen nehmen sie nicht teil an den staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten (Wahlrecht, Militärpflicht usw.). An dem Verbleiben in dem fremden Staat und an der Rückkehr in den Heimatstaat kann der Ausländer in der Regel nicht gehindert werden. Ausnahmen gelten namentlich in Kriegszeiten, wo es einerseits zu Massenausweisungen, andrerseits zur Internierung der im Inland befindlichen feindlichen Ausländer kommen kann.

Außerhalb der Territorialhoheit des Aufenthaltsstaates stehen die Exterritorialen, insbesondere die Gesandten und das Gesandtschaftspersonal fremder Mächte sowie deren Staatshäupter. Die Exterritorialität umfaßt in der Hauptsache die Unverletzlichkeit der Person, die Exemtion von der Gerichtsbarkeit des fremden Staates (sowohl der zivilen wie der Strafgerichtsbarkeit), die Befreiung von Steuern und Abgaben, endlich die sog. Lokalimmunität, infolge deren die Wohnung der Exterritorialen gegen ihren Willen nicht betreten, ihr Reisegepäck nicht zollamtlich revidiert, ihre Archive nicht durchsucht werden dürfen. Von den Konsuln genießen die mit Jurisdiktionsgewalt ausgestatteten die volle, die übrigen eine beschränkte Exterritorialität.

VI. Die völkerrechtlichen Verträge, welche teils von allen bzw. den meisten der zur Völkerrechtsgemeinschaft gehörenden Staaten, teils nur von einzelnen abgeschlossen sind, verfolgen entweder politische Zwecke, oder sie dienen der Wohlfahrt und dem Schutze der einzelnen Staatsangehörigen, oder sie regeln das Verhalten während eines Krieges sowohl zwischen den kriegführenden Mächten als auch gegenüber den neutral gebliebenen Staaten. In allen Fällen werden unmittelbare Rechte und Pflichten aus den betreffenden Verträgen nur für die vertragschließenden oder einem internationalen Abkommen beigetretenen Staaten, nicht für deren Angehörige begründet. Denn nur dem Verkehr der Staaten dienen die im Wege des Völkerrechts geschaffenen Rechtsnormen. Wird ein Angehöriger des einen Staates infolge Übertretung einer solchen Norm von einem Angehörigen eines andern Staates oder von diesem selbst verletzt, so kann er sich lediglich an seinen Heimatstaat wenden und um dessen Schutz nachsuchen. Sache des Heimatstaates ist es dann, den fremden Staat zur Rechenschaft zu ziehen.

Als Beispiele der politischen Zwecken dienenden Verträge seien genannt: das Bündnis, wie der von Italien im gegenwärtigen Kriege so verräterisch gebrochene Dreibund, und der Garantievertrag. Durch einen solchen übernehmen die Vertragschließenden die Haftung dafür, daß ein einem dritten Staat eingeräumtes Recht von den anderen Staaten nicht verletzt werde, so z. B. die von den Mächten übernommene Garantie für die dauernde Neutralisierung Belgiens[1], Luxemburgs und der Schweiz.

Die im Interesse der einzelnen Staatsangehörigen oder der Menschheit überhaupt abgeschlossenen Verträge können, je nach den durch sie geschützten Gütern, in fünf Arten gegliedert werden. Sie dienen nämlich entweder dem Schutz der persönlichen Freiheit (Unterdrückung des Sklavenhandels, Bekämpfung des sog. Mädchenhandels), oder sie suchen Leben und Gesundheit der Menschen (z. B. die Kollektivverträge zur Bekämpfung der Cholera, der Pest, des Gelben Fiebers) oder deren Vermögensinteressen zu schützen (so die internationalen Übereinkommen über das Urheber- und Erfinderrecht), oder sie haben die Erleichterung des Verkehrs im Auge (Beispiele: Weltpostverein, Kabelschutz, internationales Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr, Freiheit auf den internationalen, d. h. den durch mehrere Staaten fließenden Strömen), oder sie bezwecken endlich die Regelung der Rechtsinteressen (z. B. die Haager Abkommen von 1902 und 1905 über den Zivilprozeß, über die Eheschließung und die Ehescheidung, über die Vormundschaft; ferner die Auslieferungsverträge).

VII. Alle Staatenverträge erzeugen Rechte und Pflichten zwischen den Vertragschließenden in derselben Weise wie die von Privatpersonen abgeschlossenen Verträge. Aber bei Verletzung der Rechte oder bei Nichteinhaltung der Pflichten fehlt es im Völkerrecht, worauf im Eingange schon hingewiesen wurde, an einer übergeordneten Macht, welche die Einhaltung der Verträge durch ein dem Prozeß ähnliches Verfahren erzwingen könnte. Die Durchführung der völkerrechtlichen Normen muß daher auf anderem Wege erfolgen.

---

[1] Bezüglich Belgiens sind in neuerer Zeit namentlich von belgischen Schriftstellern Zweifel darüber laut geworden, ob sich die Garantie der Mächte auch auf die Neutralität oder nur auf die Unabhängigkeit dieses Staates beziehe.

Vielfach gelingt die Beschaffung einer Sühne oder die Beilegung eines ausgebrochenen Zwistes auf friedliche Weise, sei es, daß sich die streitenden Mächte entweder ohne fremdes Zutun oder infolge der Vermittlung (Intervention) einer dritten Macht (vermittelnde Tätigkeit des Papstes in dem Karolinenstreit zwischen dem Deutschen Reich und Spanien 1885) wieder einigen, sei es, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht überweisen und sich dessen Schiedsspruch unterwerfen. Die Beschreitung dieses Weges ist durch den auf der Haager Konferenz von 1907 geschaffenen »ständigen Schiedshof« wesentlich erleichtert worden.

Nichtkriegerisch ist auch die Anwendung von Selbsthilfe, die in die Erscheinung treten kann als Vergeltung (Retorsion) — Erwiderung einer unbilligen Maßregel durch eine andere Unbilligkeit (z. B. beim sog. Zollkrieg) — oder als Repressalie — Gewaltmaßregel gegen den rechtswidrig handelnden Staat oder dessen Angehörige, um ihn zur Nachgiebigkeit oder zur Genugtuung zu veranlassen (Beispiele: Flottenkundgebung, Blockade, Embargo, d. h. Beschlagnahme von Schiffen) — oder endlich als Intervention. Als solche wird bezeichnet »das nichtkriegerische, zwangsweise Eingreifen eines oder mehrerer Staaten in fremde Staatsangelegenheiten«, z. B. die Intervention Deutschlands, Frankreichs und Rußlands gegen den Frieden von Shimonoseki zwischen China und Japan 1895[1].

»Das äußerste Mittel zur Durchsetzung eines wirklichen oder vermeintlichen Anspruchs, die ultima ratio zur Erledigung völkerrechtlicher Streitigkeiten, bleibt auch im heutigen Völkerrecht der Krieg. Der oft erörterte Gedanke eines ewigen Friedens ist bis zum heutigen Tage Utopie geblieben«[1].

[1] Heilborn, a. a. O., S. 555.

Das Kriegsrecht ist eingehend durch eine große Anzahl von völkerrechtlichen Verträgen geregelt worden, die sich auf die Kriegführung zu Lande und zu Wasser beziehen. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit gerade dieses Teiles des Völkerrechts in der jetzigen Zeit werden der Darstellung des Landkriegsrechtes und des Seekriegsrechtes zwei besondere, hier folgende Abhandlungen gewidmet.

Literatur. Von neueren Gesamtdarstellungen des Völkerrechts seien genannt: F. v. Liszt, Das Völkerrecht, systematisch dargestellt (10. Aufl., Berl. 1915); P. Heilborn, Das Völkerrecht, in Holtzendorff-Kohlers »Enzyklopädie der Rechtswissenschaft« (7. Aufl., Münch. 1914); v. Martitz, Das Völkerrecht, in dem Sammelwerk »Die Kultur der Gegenwart«, Abteilung: Systematische Rechtswissenschaft (Leipz. 1906). — Aus der großen Zahl der anläßlich des Krieges verfaßten völkerrechtlichen Schriften sei nur hingewiesen auf: J. Niedner, Der Krieg und das Völkerrecht (Jena 1915); O. Zoller, Das Völkerrecht und der Krieg 1914/15 (Zürich 1915); »Deutschland und der Weltkrieg«, die Entstehung und die wichtigsten völkerrechtlichen Ereignisse des Krieges, dargestellt von deutschen Völkerrechtslehrern, Sonderausgabe der »Zeitschrift für Völkerrecht«, Band VIII, Heft 9 (Breslau 1914); R. Frank, Die belgische Neutralität, ihre Entstehung, ihre Bedeutung und ihr Untergang (Tübingen 1915). — Die spezielle Literatur zu Land- und Seekriegsrecht ist bei den Abhandlungen über diese Gebiete zu finden.

[1] v. Liszt, a. a. O., S. 301.

Das Landkriegsrecht

gemeinverständlich dargestellt von Oberlandesgerichtsrat Dr. Warneyer in Dresden

I. Wird ein Staat von einem andern Staat in seinem Besitz gestört, in seinen Rechten verletzt, an seiner freien wirtschaftlichen Betätigung gehindert, in seiner Unabhängigkeit bedroht und kann er sich dieser fremden Eingriffe auf friedliche Weise oder im Wege nichtkriegerischer Selbsthilfe nicht erwehren oder vermag er begründete oder vermeintliche Ansprüche gegen den andern auf diese Art nicht durchzusetzen, so bleibt ihm nichts anderes übrig, als zu den Waffen zu greifen. Diese äußerste Form der Selbsthilfe, die in einem zwischen zwei oder mehreren Staaten mit Waffengewalt geführten Kampfe besteht und die häufig einem Staate durch die Pflicht der Selbsterhaltung geradezu aufgedrängt wird, ist der Krieg. Derjenige, der ihn beginnt, ist, wie sich aus dem vorstehenden ergibt, keineswegs immer der eigentliche Friedensbrecher. Wird er zum Waffengang durch widerrechtliche, wenn auch noch nicht kriegerische Angriffe oder durch ernste Bedrohungen seitens eines andern Staates gezwungen, so ist der letztere der Störer der Rechtsordnung und daher als der eigentliche Urheber des Krieges anzusehen. Diese Rolle fällt im gegenwärtigen Weltkrieg, wenn man von der ihn letzten Endes verursachenden Einkreisungspolitik Englands absieht, Rußland zu, welches durch die Mobilisierung an seiner ganzen Westgrenze das Deutsche Reich zur Kriegserklärung am Abend des 1. August 1914 nötigte. Danach hat Rußland den Krieg begonnen, mag nun die Überschreitung der deutschen Reichsgrenze durch die russischen Truppen an diesem Tage und damit der tatsächliche Anfang der Feindseligkeiten vor oder nach der Überreichung der deutschen Kriegserklärung erfolgt sein.

»Führt ein Staat Krieg, so greift er nicht nur den Gegner an, sondern setzt auch sein eigenes Selbst voll und ganz ein, verzichtet er auf den völkerrechtlichen Schutz für seine eigene Person«[1]. Damit ist aber nicht gesagt, daß er und seine Staatsangehörigen während des Krieges außerhalb des Völkerrechts ständen. Durch den Krieg wird die Rechtsordnung nicht aufgehoben, sondern nur abgeändert; es tritt das sogenannte Kriegsrecht in Kraft, das, je nachdem es die Kriegführung zu Lande oder Wasser betrifft, als Landkriegsrecht oder als Seekriegsrecht bezeichnet wird. Wegen der tiefgreifenden Verschiedenheiten beider empfiehlt es sich, sie gesondert darzustellen. Die vorliegende Abhandlung soll sich nur mit den Normen des Landkriegsrechts befassen.

II. Erst seit kurzer Zeit gilt ein kodifiziertes, d. h. ein auf internationalen Vereinbarungen beruhendes, gesetzmäßig geregeltes Kriegsrecht. Noch bis zum Jahre 1899 gehörten die Normen des Kriegsrechts mit Ausnahme der Pariser Seerechtsdeklaration vom 16. April 1856, der Genfer Konvention vom 22. August 1864 und der Peters-

[1] Heilborn in Holtzendorff-Kohlers »Enzyklopädie der Rechtswissenschaft«, 7. Aufl., Münch. 1914, 5. Bd., S. 557.

burger Deklaration vom 29. November (11. Dezember) 1868 dem Völkergewohnheitsrecht an. Dem hierdurch bedingten unsicheren Zustand machte die erste Haager Konferenz von 1899 ein Ende durch das Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs, das die zweite Haager Konferenz von 1907 in verschiedenen Punkten abänderte und ergänzte und dem sie das Abkommen über den Beginn der Feindseligkeiten und dasjenige betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges sowie verschiedene auf den Seekrieg bezügliche Verträge hinzufügte, während die Genfer Konvention durch das Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken bei den im Felde stehenden Heeren vom 6. Juli 1906 ersetzt wurde. Alle diese Abkommen sind von den meisten Vertragsstaaten ratifiziert, d. h. durch ihre Staatshäupter genehmigt und unterzeichnet worden. Das ist wesentlich; denn erst mit der Ratifikation wird der betreffende Vertrag im Sinne des Völkerrechts für den ratifizierenden Staat verbindlich. Die Abkommen haben also Geltung nur zwischen denjenigen Staaten, die sie in dieser Weise genehmigt haben. Da nun das zweite Abkommen über den Landkrieg und die zweite Genfer Konvention nicht von allen Mächten ratifiziert worden sind, die das erste Abkommen und die erste Konvention unterzeichnet hatten, so sind insoweit, als dies nicht geschehen, die letzteren in Kraft geblieben. Eine Streitfrage von weittragender Bedeutung ist durch den Wortlaut des Artikels 2 des Haager Abkommens über den Landkrieg von 1907 und des Artikels 24 des Genfer Abkommens von 1906 gleich zu Beginn des gegenwärtigen Krieges veranlaßt worden. Da nämlich darin gesagt ist, daß die Abkommen nur dann Anwendung zu finden hätten, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien seien, und da Serbien und Montenegro dem neuen Abkommen nicht wie jenen von 1864 und 1899 beigetreten sind, so erschien es zweifelhaft, ob diese neuen Abkommen überhaupt im jetzigen Weltkrieg Geltung beanspruchen könnten. Die Frage dürfte mit Strupp[1] gegen v. Liszt[2] zu bejahen sein. Danach gelten im Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einerseits, Serbien und Montenegro andrerseits die Genfer Konvention von 1864 und die Haager Landkriegsordnung von 1899, im Verhältnis zwischen jenen Staaten und den übrigen feindlichen Mächten aber die Abkommen von 1906 und 1907. Der folgenden Darstellung sind lediglich diese neuen Abkommen zugrunde gelegt.

III. Während nach früherem Gewohnheitsrecht eine Ankündigung des Krieges, eine sogenannte Kriegserklärung, zwar üblich, aber nicht unerläßlich war — weder der Einmarsch Friedrichs des Großen in Sachsen 1756 noch der Überfall der Japaner auf die russische Flotte in der Nacht vom 8. auf den 9. Februar 1904 waren völkerrechtswidrig[3] —, bestimmt das obenerwähnte (III.) Haager Abkommen über den Beginn der Feindseligkeiten vom 18. Oktober 1907, daß diese ihren Anfang nicht ohne eine vorausgehende unzweideutige Benachrichtigung nehmen dürfen, die entweder die Form einer mit Gründen versehenen Kriegserklärung oder die eines Ultimatums mit bedingter Kriegserklärung haben muß. (Eine solche war in dem Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien vom 23. Juli 1914 nicht enthalten.) Nach Artikel 2 jenes Abkommens ist der Kriegszustand den neutralen Mächten unverzüglich anzuzeigen; er wird für sie erst nach Eingang der Anzeige wirksam, sofern sie nicht schon vorher von dem Kriegszustand auf andere Weise unzweifelhafte Kenntnis erlangt haben.

Mit dem Kriegsbeginn, dem der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den kriegführenden Mächten vorausgeht oder nachfolgt, tritt das eigentliche Kriegsrecht in Kraft. Inwieweit der Kriegszustand Wirkungen ausübt auf die nicht im Hinblick auf den Krieg geschlossenen, sondern gerade dem friedlichen Verkehr dienenden Staatenverträge, und inwieweit er den Handel der Angehörigen der kriegführenden Staaten beeinflußt, darüber haben sich feststehende Regeln nicht gebildet. Dagegen gilt der Grundsatz, daß der Kriegszustand ohne Einfluß sein soll auf die privatrechtlichen Verhältnisse zwischen den Staatsangehörigen der feindlichen Länder, ein Grundsatz, der trotz seiner Anerkennung im Artikel 23 h der Haager Landkriegsordnung von 1907 von England gleich bei Beginn des Krieges mißachtet und deshalb auch von Deutschland und seinen Verbündeten im Wege der Vergeltung außer Kraft gesetzt worden ist.

Auch Person und Eigentum der Angehörigen der kriegführenden Mächte sollen nicht verletzt werden, sofern nicht das Kriegsinteresse ein anderes gebietet (Zurückhaltung der wehrpflichtigen feindlichen Ausländer; ihre Internierung wegen Verdachts der Spionage oder als Vergeltungsmaßregel [Repressalie]).

IV. Das (IV.) Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs, verpflichtet die Vertragsmächte, ihren Landheeren Verhaltungsmaßregeln zu geben, die der dem Abkommen beigefügten »Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkriegs« entsprechen. Die Kriegspartei ist für alle Handlungen verantwortlich, die von den zu ihrer bewaffneten Macht gehörenden Personen begangen werden, und hat den Schaden zu ersetzen, der durch Verletzung der Bestimmungen jener Ordnung entsteht.

Oberster Grundsatz des modernen Kriegsrechts ist, daß der Krieg ausgefochten wird nur zwischen den Angehörigen der »Kriegsmacht«, den »Kriegführenden«, im Gegensatz zur friedlichen Bevölkerung der im Kriege befindlichen Staaten. Jene haben den aktiven, diese den passiven Kriegsstand. Eine — nicht glückliche und zu mannigfachen Zweifeln Anlaß gebende — Durchbrechung dieses Grundsatzes spricht Artikel 2 der Landkriegsordnung aus. Danach wird nämlich die Bevölkerung eines noch nicht besetzten Gebiets, die beim Herannahen des Feindes aus eigenem Antrieb zu den Waffen greift, um die eindringenden Truppen zu bekämpfen, als kriegführend betrachtet, wenn sie die Waffen offen führt und die Gesetze und Gebräuche des Krieges beobachtet. Die Vorgänge in Belgien im August 1914 haben deutlich gezeigt, wie schwer es ist, im einzelnen Fall die Grenze zwischen einer solchen erlaubten nichtorganisierten Massenerhebung und dem unerlaubten Franktireurkampf zu ziehen.

Zu den Kriegführenden gehören nach Artikel 1 der Landkriegsordnung in erster Linie die Kombattanten, das sind die waffentragenden Soldaten, sowie die Milizen und Freiwilligenkorps, sofern sie einen verantwortlichen Befehlshaber an

[1] »Das internationale Landkriegsrecht« (Frankf. a. M. 1914), S. 162. — [2] »Das Völkerrecht« (10. Aufl., Berl. 1915), S. 325. — [3] Vgl. v. Liszt, a. a. O., S. 307; Heilborn, a. a. O., S. 560.

ihrer Spitze haben, ein erkennbares Abzeichen tragen, die Waffen offen führen und die Gesetze und Gebräuche des Krieges beobachten. Den aktiven Kriegsstand haben ferner die *Nichtkombattanten*, die, obwohl beim Heere befindlich, nicht zu kämpfen haben. Hierunter fallen Militärbeamte, Sanitätsmannschaften, Feldgeistliche, Post- und Telegraphenbeamte, Armeelieferanten, Berichterstatter u. ä. Ihnen gegenüber ist der Waffengebrauch untersagt, doch unterliegen sie, mit Ausnahme der Feldgeistlichen und des Sanitätspersonals, der Gefangennahme und sind alsdann als *Kriegsgefangene* zu behandeln. Mit diesen letzteren beschäftigen sich eingehend die Artikel 4—20 der Landkriegsordnung. Sie unterstehen danach der Gewalt der feindlichen Regierung, aber nicht der Gewalt der Personen der Abteilungen, die sie gefangengenommen haben. Ihre Einschließung ist nur statthaft als unerläßliche Sicherungsmaßregel. Im übrigen sind sie in Städten, Festungen, Lagern oder an anderen Orten unterzubringen. Der Staat ist befugt, sie, mit Ausnahme der Offiziere, nach ihrem Dienstgrad und nach ihren Fähigkeiten als Arbeiter zu verwenden; doch dürfen die Arbeiten in keiner Beziehung zu den Kriegsunternehmungen stehen. Der hierdurch erzielte Verdienst soll zur Besserung ihrer Lage verwendet werden und der Überschuß nach Abzug der Unterhaltungskosten ihnen bei der Freilassung ausgezahlt werden. Die Kriegsgefangenen sind im allgemeinen, was Nahrung, Unterkunft und Kleidung betrifft, in derselben Weise zu behandeln wie die Truppen der Regierung, die sie gefangengenommen hat. Widersetzen sie sich den geltenden Vorschriften und Befehlen, so kann das mit der erforderlichen Strenge geahndet werden. Entwichene Gefangene, die wieder ergriffen werden, bevor sie zu ihrem Heer oder in ihr Heimatland gelangt sind, unterliegen disziplinarischer Bestrafung. Unter Umständen können Gefangene gegen Ehrenwort freigelassen werden, eine Bestimmung, von der im gegenwärtigen Krieg wohl noch in keinem Falle Gebrauch gemacht worden ist. Die gefangenen Offiziere erhalten dieselbe Besoldung, wie sie den Offizieren gleichen Dienstgrades in dem Lande zusteht, wo sie gefangengehalten werden; doch ist ihre Regierung zur Erstattung verpflichtet. In der Ausübung ihrer Religion und der Teilnahme am Gottesdienst wird den Kriegsgefangenen volle Freiheit gelassen; Testamente können sie in derselben Weise wie die Militärpersonen des eigenen Heeres errichten. Im Falle ihres Todes werden sie mit denselben militärischen Ehren beerdigt. Bei Ausbruch der Feindseligkeiten wird in jedem der kriegführenden Staaten eine Auskunftsstelle errichtet, die die Aufgabe hat, alle die Kriegsgefangenen betreffenden Anfragen zu beantworten, und hierfür von den zuständigen Dienststellen die nötigen Angaben erhält. Diese Auskunftsstellen genießen Portofreiheit. Ebenso sind Briefe, Postanweisungen, Geldsendungen und Postpakete, die für die Kriegsgefangenen bestimmt sind oder von ihnen abgesandt werden, sowohl im Lande der Aufgabe als auch im Bestimmungsland und in den Zwischenländern von allen Postgebühren, Liebesgaben für Kriegsgefangene von Zöllen, Frachtkosten u. dgl. befreit.

V. Während der erste, im vorstehenden skizzierte Abschnitt der Landkriegsordnung von den Personen handelt, die bei der Kriegführung in Frage kommen, bezieht sich der zweite, »Feindseligkeiten« überschriebene Abschnitt auf die *Art der Kriegführung*.

Der Zweck des Krieges ist die Besiegung des Gegners. Die kriegführende Partei wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, den Feind niederzuringen, sei es durch Gewalt, sei es durch List. Aber die Kriegführenden haben, wie Artikel 22 der Landkriegsordnung hervorhebt, kein unbeschränktes Recht in der Wahl ihrer Mittel; vielmehr sind sie an die in den Artikeln 23, 25—28 ausgesprochenen Verbote gebunden. Danach ist ihnen untersagt:

1) Die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen (hierunter fällt z. B. die Vergiftung von Brunnen — die von den Zeitungen zu Beginn des jetzigen Krieges gebrachten Nachrichten über derartige Versuche unserer Feinde sind amtlich nicht bestätigt worden[1]);

2) die *meuchlerische* Tötung oder Verwundung von Angehörigen des feindlichen Volkes oder Heeres — in dieser Richtung haben sich namentlich die Engländer, wie Müller-Meiningen[2] berichtet, schwere Völkerrechtsbrüche zuschulden kommen lassen;

3) die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Feindes, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat — eine Vorschrift, in deren Übertretung nach Müller-Meiningen[3] die Farbigen Englands und Frankreichs das meiste leisteten (»für sie gelten die völkerrechtlichen Normen über Menschlichkeit überhaupt nicht«);

4) die Erklärung, daß kein Pardon gegeben wird — eine Erklärung, die in der Erbitterung des Kampfes tatsächlich häufig vorkommt[4];

5) der Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, *unnötig* Leiden zu verursachen — unter diese Vorschrift fallen die schon in früheren Abkommen ausgesprochenen Verbote des Gebrauchs von Geschossen, deren *einziger* Zweck ist, erstickende oder giftige Gase zu verbreiten, sowie von Geschossen, die sich leicht ausdehnen oder plattdrücken (daß amtlichen Mitteilungen zufolge nicht bloß unsere Feinde sogenannte Dumdumgeschosse häufig verwendet, sondern auch von amerikanischen Fabriken geliefert erhalten haben, dürfte allgemein bekannt sein)[5];

6) der Mißbrauch der Parlamentärflagge, der Nationalflagge oder der Uniform des Feindes sowie der besonderen Abzeichen des Genfer Abkommens — auch diesem Verbot haben unsere Feinde nach beglaubigten Meldungen vielfach in unerhörter Weise zuwidergehandelt; Fälle besonders dreisten Mißbrauchs des Genfer Roten Kreuzes von seiten der Russen gibt Müller-Meiningen[6];

7) die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums außer in den Fällen, wo diese Zerstörung oder Wegnahme durch die Erfordernisse des Krieges dringend erheischt wird — also nur durch *militärische* Notwendigkeit kann eine Verletzung des feindlichen Eigentums gerechtfertigt werden, nicht durch irgendwelche andere Zwecke;

8) die Aufhebung oder zeitweilige Außerkraftsetzung der Rechte und Forderungen der Angehörigen der Gegenpartei oder die Ausschließung ihrer Klagbarkeit — diese, wie schon erwähnt, gleich zu Beginn

[1] Vgl. *Strupp*, a. a. O., S. 58.

[2] In seiner unter dem Titel »Der Weltkrieg 1914—15 und der Zusammenbruch des Völkerrechts« erschienenen Abwehr- und Anklageschrift (3. Aufl., Berl. 1915, S. 207ff.).

[3] A. a. O., S. 213.

[4] Vgl. *Strupp*, a. a. O., S. 59.

[5] Vgl. *Müller-Meiningen*, a. a. O., S. 109, Note 1, u. S. 464.

[6] A. a. O., S. 210/211.

des Krieges von England und demzufolge als Vergeltungsmaßregel auch von Deutschland und Österreich-Ungarn außer Kraft gesetzte Bestimmung behandelt ein Artikel über die Vergeltungsmaßregeln im folgenden Teile dieses Werkes;

9) die Nötigung der Angehörigen der Gegenpartei zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr Land, z. B. die zwangsweise Anwerbung deutscher und österreichischer Staatsangehöriger, insbesondere Gefangener, für die französische Fremdenlegion;

10) der Angriff oder die Beschießung unverteidigter Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude — die Russengreuel bilden eine Kette von Verletzungen dieser im Hinblick auf die Gebote der Menschlichkeit als selbstverständlich erscheinenden Vorschrift. Das Werfen von Geschossen und Sprengstoffen aus Luftschiffen fällt jedoch nicht darunter; das auf der Haager Friedenskonferenz von 1899 zunächst auf 5 Jahre abgeschlossene Abkommen, das ein solches Werfen aus Luftschiffen verbietet, ist von Deutschland und Frankreich nicht erneuert worden und deshalb nicht mehr zu Recht bestehend. Abgesehen davon würde aber ein Belegen unbefestigter Orte mit Bomben aus Luftschiffen und Flugzeugen auch dann keine völkerrechtswidrige Handlung darstellen, wenn es als Vergeltungsmaßregel (Repressalie) einer gleichen Handlung des Feindes, z. B. der Beschießung Karlsruhes durch ein französisches Flugzeuggeschwader im Juni 1915, erfolgte. Denn »in Notwehr und als Repressalie sind auch Handlungen gestattet, die dem strengen Kriegsrecht (der Kriegsmanier) zuwiderlaufen«[1];

11) die Plünderung eroberter Städte oder Ansiedlungen, selbst wenn sie im Sturm genommen sind — statt vieler anderer schwerer Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift sei nur an den Memeler Plünderungszug im März 1915 erinnert, der seit den Tagen des Dreißigjährigen Krieges nicht seinesgleichen hat;

12) die Zerstörung der dem Gottesdienste, der Kunst, der Wissenschaft und der Wohltätigkeit gewidmeten Gebäude, der geschichtlichen Denkmäler, der Hospitäler und der Sammelplätze für Kranke und Verwundete anläßlich von Belagerungen und Beschießungen, sofern sie mit einem deutlich erkennbaren Zeichen versehen sind und nicht gleichzeitig zu einem militärischen Zwecke Verwendung finden — es ist bekannt, wie peinlich genau die deutsche Heeresleitung diese Vorschrift beachtet, wie sie bis zum äußersten bemüht ist, Kunstdenkmäler, historische Stätten und ähnliches zu erhalten, sofern sie nicht, wie z. B. bei der Kathedrale von Reims, durch das rücksichtslose Vorgehen des Feindes zu anderen Maßnahmen gezwungen wird.

Wie Artikel 24 der Landkriegsordnung feststellt, sind Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, erlaubt. Was unter den Begriff der »Kriegslist« fällt, wird oft schwer zu entscheiden sein. Einen Anhaltspunkt für die Verneinung des Vorliegens einer solchen geben die oben unter 2) und 6) aufgeführten Verbote. Danach können der Gebrauch der feindlichen Uniform und ein unter einer solchen Verkleidung ausgeführter Überfall niemals als erlaubte Kriegslisten sich darstellen. Daß der systematisch geführte Lügenfeldzug unserer Feinde nicht als solche anzusehen ist, versteht sich auch ohne geschriebene Satzung von selbst. Eine derartige Handlungsweise »ist eine Untergrabung aller guten Sitten, die die Grundlage des gesamten Völkerrechts bilden müssen«[1].

Die Übermittlung von Nachrichten über den Gegner und das Gelände ist dann zulässig, wenn sie nicht den Begriff der **Spionage** erfüllt. Als Spion gilt nach Artikel 29 der Landkriegsordnung, wer heimlich oder unter falschem Vorwand in dem Operationsgebiet eines Kriegführenden Nachrichten einzieht oder einzuziehen sucht in der Absicht, sie der Gegenpartei mitzuteilen. Mit Recht sind gemäß dieser und der oben unter 6) angeführten Bestimmung russische Patrouillen, die sich, wie der deutsche Generalstabsbericht vom 5. Oktober 1915 meldete, deutscher Pickelhauben bedienten und gefaßt wurden, als Spione behandelt worden.

VI. Wichtige Bestimmungen enthält der dritte Abschnitt der Landkriegsordnung über die **militärische Gewalt auf besetztem feindlichen Gebiete.** Danach hat der Besetzende die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze. Die Plünderung ist selbstverständlich untersagt. Naturalleistungen und Dienstleistungen können nur für die Bedürfnisse des Besetzungsheeres gefordert werden, dürfen nicht über die Kräfte der Hilfsquellen des Landes gehen und sind, soweit möglich, bar zu bezahlen. Die Ehre und die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und das Privateigentum sowie die religiösen Überzeugungen und gottesdienstlichen Handlungen sollen geachtet, das Privateigentum darf nicht eingezogen werden. Mit Beschlag belegt kann nur werden das bare Geld und das bewegliche Eigentum des feindlichen Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen. Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staate gehören und sich in dem besetzten Gebiete befinden. Das Eigentum der Gemeinden und der dem Gottesdienste, der Wohltätigkeit, dem Unterrichte, der Kunst und der Wissenschaft gewidmeten Anstalten, auch wenn diese dem Staate gehören, ist als Privateigentum zu behandeln. — Es ist interessant, an der Hand dieser Vorschriften, deren strenge Einhaltung durch die deutsche Heeresleitung in Belgien und Polen einerseits und deren rücksichtslose Mißachtung durch die Russen während ihrer vorübergehenden Herrschaft in Ostpreußen und Galizien andrerseits nachzuprüfen.

VII. Dem **Schutz der Verwundeten und Kranken** dient das schon erwähnte **Genfer Abkommen** vom 6. Juli 1906, dessen Bestimmungen in den zwei Grundsätzen gipfeln, daß Verwundete und Kranke ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit von der Kriegspartei, in deren Händen sie sich befinden, geachtet und versorgt werden sollen, und daß die Militärärzte, Feldprediger und Sanitätsmannschaften sowie die Mitglieder der anerkannten und ermächtigten freiwilligen Hilfsgesellschaften unverletzlich sind und nicht der Gefangenschaft unterliegen. Als Zeichen der Unverletzlichkeit dient »zu Ehren der Schweiz« das rote Kreuz auf weißem Grunde, das durch Umkehrung der eidgenössischen Landesfarben gebildet ist. Es wird ein unauslösch-

[1] v. Liszt, a. a. O., S. 306.

[1] Müller-Meiningen, a. a. O., S. 289.

licher Schandfleck auf dem Wappenschild unserer Feinde bleiben, daß sie, wie genugsam bekannt, selbst vor schweren Völkerrechtsbrüchen gegenüber dem Genfer Abkommen, diesem schönen Dokument reinster Menschlichkeit, nicht zurückgeschreckt sind.

Die Kapitel der Landkriegsordnung, die von den Parlamentären, den Kapitulationen und dem Waffenstillstand handeln, lenken den Blick auf das Ende des Krieges. Dieses wird herbeigeführt entweder durch die Vernichtung des Feindes (Unterwerfung der Burenstaaten durch England 1902) oder durch Abschluß eines Friedensvertrags. Ein solcher steht unter den allgemeinen Regeln eines Vertrags. Er erledigt die Streitfragen, die den Krieg verursacht haben, stellt die friedlichen Beziehungen zwischen den Gegnern wieder her und beendet den Kriegszustand auch den Neutralen gegenüber. Die weiteren Folgen ergeben sich aus den jeweiligen Bestimmungen des einzelnen Friedensschlusses; so wird dieser häufig namentlich Vereinbarungen über Räumung besetzter Gebiete, über Gebietsabtretung sowie über Kriegskostenentschädigung enthalten. Vielfach werden auch Maßnahmen verlangt werden, die einem neuen Kriegsausbruch vorbeugen sollen, so die Schleifung von Festungen, die Schaffung einer neutralen Zone zwischen den feindlichen Mächten u. a. Es ist zu hoffen, daß der künftige Friede dem Deutschen Reich und seinen tapferen Bundesgenossen ausreichende Sühne bringt für die vielen Verletzungen des Völkerrechts seitens unserer Gegner, und daß er Bestimmungen enthält, die eine derartig barbarische Kriegführung, wie wir sie erleben mußten, für immer unmöglich machen.

Literatur. Außer auf die im Artikel Völkerrecht (S. 363) vermerkten Werke sei noch auf folgende hingewiesen: K. Strupp, Das internationale Landkriegsrecht (Frankf. a. M. 1914); Ernst Müller-Meiningen, Der Weltkrieg 1914/15 und der Zusammenbruch des Völkerrechts (3. Aufl., Berl. 1915); H. Pohl, Deutsches Landkriegsrecht (das. 1915; Quellensammlung).

Das Seekriegsrecht

gemeinverständlich dargestellt von Oberlandesgerichtsrat Dr. Warneyer in Dresden

I. Zweierlei ist es hauptsächlich, wodurch sich das Recht der Kriegführung zur See völlig von dem Landkriegsrecht unterscheidet, der Umstand, daß auch das feindliche Privateigentum dem Zugriffe — infolge des Beuterechts zur See — unterworfen ist, und die Tatsache, daß auch die neutrale Schiffahrt auf dem Kriegsschauplatz, dem offenen Meere, in gewissen Beziehungen der Einwirkung durch den Krieg unterliegt.

An einem das gesamte Seekriegsrecht zusammenfassenden Abkommen, etwa in der Art der Landkriegsordnung, fehlt es. Die Londoner Seerechtsdeklaration von 1909, die übrigens nicht ratifiziert worden und deren Wirksamkeit deshalb zweifelhaft ist, regelt nur einzelne Punkte, während andere im Haag 1907 durch verschiedene Abkommen ihre Erledigung gefunden haben.

Bei der Betrachtung der im Seekrieg geltenden Normen ist auszugehen von der Pariser Seerechtsdeklaration vom 16. April 1856, die zwischen Preußen, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Rußland, Sardinien und der Pforte vereinbart, auf die meisten anderen Staaten durch deren Beitritt ausgedehnt und seither in den Seekriegen befolgt worden ist. Sie enthält nur vier Vorschriften, damit aber die Hauptgrundsätze des modernen Seekriegsrechts, auf denen die weitere Ausgestaltung dieses überaus verwickelten Rechtsgebildes beruht. Es wird nämlich durch »feierliche Erklärung« (déclaration solenelle) bestimmt:

1) die Kaperei ist und bleibt abgeschafft;

2) die neutrale Flagge deckt das feindliche Gut mit Ausnahme der Kriegskonterbande;

3) neutrales Gut unter feindlicher Flagge, mit Ausnahme der Kriegskonterbande, darf nicht mit Beschlag belegt werden;

4) die Blockaden müssen, um rechtsverbindlich zu sein, wirksam sein, das heißt, durch eine Streitmacht aufrechterhalten werden, welche hinreicht, um den Zugang zu der Küste des Feindes wirklich zu verhindern*.

II. Unter Kaperei verstand man die Verfolgung und Ergreifung feindlicher und Konterbande führender neutraler Kauffahrteischiffe mittels Privatschiffen, die durch Ausstellung eines Kaperbriefes die staatliche Ermächtigung zum Seekrieg erhalten hatten. Die Kaperei, die für Privatrechnung betrieben wurde, »artete nicht selten in wirklichen Seeraub aus«[1]. Ihre Abschaffung bedeutet deshalb einen erfreulichen, durch den preußisch-amerikanischen Vertrag von 1785 bereits angebahnten Fortschritt in der Entwicklung des Völkerrechts. An ihre Stelle trat die von den Mächten in dem VII. Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 unter bestimmten Voraussetzungen zugelassene Umwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe. Das umgewandelte Schiff erlangt die mit der Eigenschaft eines Kriegsschiffes verbundenen Rechte und Pflichten nur, wenn es den direkten Befehlen, der unmittelbaren Aufsicht und der Verantwortlichkeit der Macht, deren Flagge es führt, unterstellt ist. Es muß die äußeren Abzeichen der Kriegsschiffe seines Heimatlandes tragen; der Befehlshaber muß im Staatsdienst stehen und in die Rangliste der Kriegsmarine aufgenommen sein; die Mannschaft muß den Regeln der militärischen Disziplin unterworfen sein. Das umgewandelte Schiff hat bei seinen Unternehmungen die Gesetze und Gebräuche des Krieges zu beobachten. Die Umwandlung ist alsbald auf der Liste der Kriegsschiffe

---

* Die Erklärung lautet im Urtext:
1) La course est et demeure abolie;
2) Le pavillon neutre couvre la marchandise ennemie, à l'exception de la contrebande de guerre;
3) La marchandise neutre, à l'exception de la contrebande de guerre, n'est pas saisissable sous pavillon ennemi;
4) Les blocus, pour être obligatoires, doivent être effectifs, c'est-à-dire maintenus par une force suffisante pour interdire réellement l'accès du littoral de l'ennemi.

[1] Perels, Das internationale öffentliche Seerecht, 2. Aufl., Berl. 1903, zitiert nach Heilborn in Holtzendorff-Kohlers »Enzyklopädie«, 7. Aufl., Münch. 1914, 5. Bd., S. 562.

der Kriegführenden zu vermerken. Über die Frage, ob eine Umwandlung auf offener See und eine Rückverwandlung zulässig sein soll, konnte eine Einigung zwischen den Vertragsstaaten nicht erzielt werden[1].

III. Aus den Vorschriften unter 2) und 3) der Pariser Deklaration folgt mittelbar, daß das feindliche Gut, d. h. Privatschiffe und Privateigentum, auf der See der Ergreifung durch den Gegner unterliegt und daß das neutrale Gut selbst durch die neutrale Flagge nicht geschützt wird, wenn es sich als Kriegskonterbande darstellt. Was darunter zu verstehen und wie mit Konterbande führenden Schiffen zu verfahren sei, bestimmt die Londoner Seerechtsdeklaration von 1909, die zwar, wie schon erwähnt, nicht ratifiziert worden, die aber für die Auslegung der bisher geltenden Gebräuche des modernen Seekriegs maßgebend ist[2] und in der Hauptsache von den kriegführenden Staaten im jetzigen Weltkrieg für verbindlich anerkannt worden ist — mit Ausnahme Englands, das auch hier seine eigenen Wege wandelt.

Unter Konterbande versteht man Gegenstände und Stoffe, die zur Kriegführung verwendet werden, und zwar ist zu unterscheiden zwischen absoluter und relativer Konterbande. Als erstere werden diejenigen Sachen angesehen, die ausschließlich zu Kriegszwecken gebraucht werden, also beispielsweise Waffen, Geschosse, Schießpulver und Sprengstoffe, die besonders für den Krieg bestimmt sind, Lafetten, Munitionswagen, militärische Uniformen, Kriegsschiffe und sonstige Kriegsfahrzeuge. Die relative Konterbande umfaßt diejenigen Gegenstände und Stoffe, die sowohl für kriegerische als auch für friedliche Zwecke verwendbar sind, wie Lebensmittel, Furage, Gold und Silber (geprägt und in Barren), Eisenbahnmaterial, Stacheldraht, Doppelgläser, Fernrohre. Den Mächten steht es frei, noch andere Waren in die Liste der absoluten oder relativen Konterbande durch eine an bestimmte Formen gebundene Erklärung aufzunehmen, sofern es sich nicht um Gegenstände und Stoffe handelt, die für kriegerische Zwecke überhaupt nicht verwendbar sind. Als solch letztere, die also niemals unter den Begriff der Konterbande fallen können, führt Artikel 28 der Londoner Deklaration eine große Anzahl auf, an deren Spitze Rohbaumwolle. Trotzdem hat, wie bekannt, im Laufe des gegenwärtigen Krieges England unter anderm auch die Baumwolle für Konterbande erklärt!

Da das feindliche Eigentum, wenn es auf der See ergriffen wird, dem Gegner ohnehin verfällt, so hat die Eigenschaft einer Ware als Konterbande Bedeutung nur für den neutralen Handel, dessen Freiheit sich diese Beschränkung im Interesse der kriegführenden Mächte gefallen lassen muß.

Absolute Konterbande unterliegt der Beschlagnahme ohne weiteres, wenn bewiesen wird, daß ihre Bestimmung das feindliche oder von Feinden besetzte Gebiet oder die feindliche Streitmacht ist, wobei es keinen Unterschied macht, ob die Zuführung unmittelbar erfolgt oder ob sie noch eine Umladung oder einen Landtransport erfordert. Bei der relativen Konterbande genügt zur Beschlagnahme nicht der Beweis, daß sie für den Gebrauch der Streitmacht oder der Verwaltungsstellen des feindlichen Staates bestimmt ist; vielmehr muß dazu kommen, daß sie sich auf einem Schiff befindet, das nach dem feindlichen oder vom Feinde besetzten Gebiet fährt und das diese Gegenstände nicht in einem neutralen Zwischenhafen ausladen soll. Wird ein neutrales Schiff unter dem Verdacht der Führung von Kriegskonterbande von einem Schiff der kriegführenden Mächte ergriffen — wird eine »Prise« gemacht —, so ist über die Rechtmäßigkeit der Ergreifung und der weiteren Maßnahmen im Wege der Prisengerichtsbarkeit zu entscheiden. Für dieses Verfahren ist in Deutschland die am 3. August 1914 ausgegebene Prisengerichtsordnung vom 15. April 1911 maßgebend, während die ebenfalls am 3. August 1914 veröffentlichte Prisenordnung vom 30. September 1909 eingehende Vorschriften über das Verhalten bei der Anhaltung, Durchsuchung und Aufbringung der konterbandeverdächtigen Schiffe, über die Behandlung der Besatzung und der Fahrgäste sowie über die Behandlung der aufgebrachten Schiffe und der beschlagnahmten Güter enthält. Beide Gesetze sind der Londoner Deklaration von 1909 angepaßt und liefern damit den Beweis, daß das Deutsche Reich sich auf den Boden dieses Abkommens zu stellen gewillt ist.

Sind die Voraussetzungen der Zuführung von Kriegskonterbande gegeben, so unterliegen die betreffenden Sachen der Einziehung. Ebenso ist das die Konterbande befördernde Schiff einzuziehen, wenn die Konterbande nach Wert, Gewicht, Umfang oder Fracht mehr als die Hälfte der Ladung ausmacht. Auch wenn es freigelassen wird, hat es die der nehmenden Kriegsmacht durch das Verfahren vor der Prisengerichtsbarkeit sowie durch die Erhaltung von Schiff und Ladung während der Untersuchung erwachsenen Kosten zu tragen. Endlich unterliegen der Einziehung auch die dem Eigentümer der Konterbande gehörenden Waren, die sich an Bord desselben Schiffes befinden. Wird die Beschlagnahme des Schiffes oder der Waren vom Prisengericht nicht bestätigt, so haben die Beteiligten Anspruch auf Schadenersatz.

Ausnahmsweise darf ein beschlagnahmtes neutrales Schiff, das der Einziehung unterliegen würde, zerstört werden; nämlich dann, wenn die für den Regelfall angeordnete Verbringung in einen Hafen das Kriegsschiff einer Gefahr aussetzen oder den Erfolg der Operation, worin es derzeit begriffen ist, beeinträchtigen könnte. Vor der Zerstörung müssen die an Bord befindlichen Personen in Sicherheit gebracht, auch sämtliche Schiffspapiere und sonstige Beweisstücke, die nach Ansicht der Beteiligten für die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Wegnahme von Wert sind, auf das Kriegsschiff herübergenommen werden. Unter denselben Voraussetzungen, unter denen ein beschlagnahmtes Schiff zerstört werden darf, kann das nehmende Kriegsschiff die Übernahme einziehbarer Waren, die an Bord eines der Einziehung selbst nicht unterliegenden Schiffes gefunden werden, verlangen oder zu ihrer Zerstörung schreiten.

In gewissen Fällen, die man unter dem Begriff der neutralitätswidrigen Unterstützung zusammenzufassen pflegt, kann ein neutrales Schiff, auch ohne daß es Kriegskonterbande führt, eingezogen oder zerstört werden, und zwar

1) wenn es sich unmittelbar an den Feindseligkeiten beteiligt;

2) wenn es sich unter dem Befehl oder unter der Aufsicht eines von der feindlichen Regierung an Bord gesetzten Agenten befindet;

---

[1] Vgl. v. Liszt, Völkerrecht, 10. Aufl., Berl. 1915, S. 814.

[2] Vgl. Müller-Meiningen, Der Weltkrieg 1914—1915, 3. Aufl., Berl. 1915, S. 403.

3) wenn es von der feindlichen Regierung gechartert ist;

4) wenn es ausschließlich zur Beförderung feindlicher Truppen oder zur Nachrichtenbeförderung im Interesse des Feindes bestimmt ist;

5) wenn es die Reise eigens zum Zwecke der Beförderung einzelner in die feindliche Streitmacht eingereihter Personen oder zur Nachrichtenbeförderung im Interesse des Feindes ausführt;

6) wenn es mit Wissen des Eigentümers, des Charterers oder des Kapitäns eine geschlossene feindliche Truppenabteilung oder eine oder mehrere Personen, die während der Fahrt die Operationen des Feindes unmittelbar unterstützen, an Bord hat.

In den vier ersten Fällen unterliegt es der Behandlung, die es als feindliches Kauffahrteischiff erfahren würde, in den zwei letzten der Behandlung, die ein neutrales, der Einziehung wegen Kriegskonterbande unterworfenes Schiff erfahren würde. In allen sechs Fällen sind die dem Eigentümer des Schiffes gehörenden Waren gleichfalls einzuziehen.

Da die neutrale oder feindliche Eigenschaft eines Schiffes durch die Flagge bestimmt wird, zu deren Führung es berechtigt wird, kommt einem Flaggenwechsel besondere Bedeutung zu. Wird der Übergang eines feindlichen Schiffes zur neutralen Flagge vor Beginn der Feindseligkeiten herbeigeführt, so ist er gültig, falls nicht bewiesen wird, daß dieser Übergang herbeigeführt ist, um den mit der Eigenschaft eines feindlichen Schiffes verbundenen Folgen zu entgehen. Dagegen ist der nach Beginn der Feindseligkeiten herbeigeführte Übergang zur neutralen Flagge nichtig, falls nicht bewiesen wird, daß dieser Übergang nicht herbeigeführt ist, um jenen Folgen zu entgehen. Doch ist die Nichtigkeit unwiderleglich,

1) wenn der Übergang herbeigeführt worden ist, während sich das Schiff auf der Reise oder in einem blockierten Hafen befand;

2) wenn ein Rückkaufsrecht oder Rückfallsrecht vorbehalten ist;

3) wenn die Bedingungen nicht erfüllt worden sind, von denen das Flaggenrecht nach der Gesetzgebung der geführten Flagge abhängt.

Gegenüber diesen die Rechtsüberzeugung aller Kulturstaaten aussprechenden Sätzen nimmt sich der von England systematisch verübte, durch einen Geheimerlaß der Admiralität anbefohlene Flaggenbetrug besonders verächtlich aus[1]. Er ist gleich bezeichnend für den moralischen Tiefstand der britischen Regierung wie für die feige Ohnmacht ihrer Flotte.

Der gewaltsame Widerstand gegen die rechtmäßige Ausübung des Anhaltungs-, Durchsuchungs- oder Beschlagnahmerechts hat in allen Fällen die Einziehung von Schiff und Ladung zur Folge.

Befreit von der Durchsuchung sind neutrale Schiffe, die unter dem Geleit (convoi) ihrer Kriegsflagge stehen. Ergeben sich Zweifel darüber, ob die geleiteten Schiffe Konterbande an Bord führen, so steht allein dem Kommandanten des Geleitschiffes die Nachprüfung zu.

IV. Außer den im vorstehenden unter III. dargelegten, die Kriegskonterbande und verwandte Tatbestände betreffenden Bestimmungen enthält die Londoner Deklaration von 1909 nur noch Vorschriften über die Blockade, d. h. »die Absperrung eines feindlichen Küstenstrichs (eines Hafens oder anderen Platzes, einer Flußmündung) vom Seeverkehr«[1]. Der Grundsatz, daß die Absperrung, um rechtswirksam zu sein, tatsächlich wirksam sein müsse, ist aus der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 wörtlich übernommen (vgl. Absatz I. unter 4, S. 367). Aus diesem Grundsatz ergibt sich, daß eine Entfernung der blockierenden Streitkräfte die Blockade aufhebt. Nur wenn diese Entfernung zeitweise wegen schlechten Wetters erfolgt, gilt die Blockade als fortbestehend. Sie muß den verschiedenen Flaggen gegenüber unparteiisch gehandhabt, auf die feindlichen oder vom Feinde besetzten Häfen und Küsten beschränkt werden und darf den Zugang zu neutralen Häfen und Küsten nicht beschränken.

Um rechtlich wirksam zu sein, ist eine vorschriftsmäßige Erklärung und Bekanntgabe der Blockade erforderlich. Insbesondere sind anzugeben: der Tag des Beginns der Blockade; die geographischen Grenzen der blockierten Küstenstrecke; die Frist, die neutralen Schiffen zum Auslaufen gegeben werden muß. In ähnlicher Weise hat die Bekanntmachung der Ausdehnung, Einschränkung und Aufhebung der Blockade zu erfolgen.

Der Blockadebruch, d. h. »der Versuch eines neutralen Schiffes, an die blockierte Küste zu gelangen oder von ihr aus die offene See zu gewinnen«[2], der die wirkliche oder vermutete Kenntnis der Blockade voraussetzt, zieht die Beschlagnahme des betreffenden Schiffes nach sich. Die Beschlagnahme darf jedoch nur innerhalb des Aktionsbereichs der Kriegsschiffe stattfinden, die beauftragt sind, die tatsächliche Wirksamkeit der Blockade sicherzustellen. Doch bleibt ein Schiff, das unter Blockadebruch den blockierten Hafen verlassen oder anzulaufen versucht hat, der Beschlagnahme ausgesetzt, solange es durch ein Kriegsschiff der blockierenden Streitmacht verfolgt wird. Ein Blockadebruch ist nicht anzunehmen, wenn sich das Schiff derzeit auf der Fahrt nach einem nicht blockierten Hafen befindet, wie auch immer die spätere Bestimmung von Schiff oder Ladung sein mag. Ebenso darf ein neutrales Schiff im Falle der Seenot in die blockierte Örtlichkeit einlaufen und diese später unter der Voraussetzung wieder verlassen, daß es dort keinerlei Ladung gelöscht oder eingenommen hat.

Ein des Blockadebruchs schuldig befundenes Schiff wird samt der Ladung eingezogen. Letztere entgeht diesem Schicksal nur, wenn der Befrachter zur Zeit der Verladung der Waren die Absicht des Blockadebruchs weder gekannt hat noch kennen konnte.

V. Der Seekrieg macht, wie schon erwähnt, vor dem feindlichen Privateigentum nicht halt; vielmehr unterliegen die Kauffahrteischiffe und ihre Ladung dem Beuterecht des Feindes. Ausnahmen gelten nach dem VI. Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 »über die Behandlung der feindlichen Kauffahrteischiffe beim Ausbruch der Feindseligkeiten« zugunsten derjenigen Handelsschiffe, die vom Kriegsausbruch überrascht werden. Befindet sich nämlich ein Kauffahrteischiff einer kriegführenden Macht zu diesem Zeitpunkt in einem feindlichen Hafen, so ist es »erwünscht«, daß ihm gestattet wird, unverzüglich oder binnen einer ihm zu vergönnenden, ausreichenden Frist frei auszulaufen und, mit einem Passierschein versehen, unmittelbar seinen Bestimmungshafen oder einen sonstigen, ihm bezeichneten Hafen aufzusuchen. Kann es infolge höherer Gewalt den feindlichen Hafen nicht binnen der

[1] Vgl. Müller-Meiningen, a. a. O., S. 515.

[1] v. Liszt, a. a. O., S. 338. — [2] v. Liszt, a. a. O., S. 341.

gesetzten Frist verlassen oder wird ihm das Auslaufen nicht gestattet, so darf es nicht eingezogen werden. Dasselbe gilt von Schiffen, die ihren letzten Abfahrtshafen vor dem Beginn des Krieges verlassen haben und in Unkenntnis der Feindseligkeiten auf See betroffen werden. Sie unterliegen nur entweder der Beschlagnahme unter der Verpflichtung, daß sie nach dem Kriege ohne Entschädigung zurückgegeben werden, oder der Anforderung oder selbst Zerstörung gegen Entschädigung und unter der Verpflichtung, daß für die Sicherheit der Personen und die Erhaltung der Schiffspapiere gesorgt wird. Ähnlich verhält es sich mit den feindlichen Waren, die sich an Bord der betreffenden Schiffe befinden. Die gedachten Vergünstigungen erstrecken sich nicht auf solche Schiffe, deren Bau ersehen läßt, daß sie zur Umwandlung in Kriegsschiffe bestimmt sind.

Weitere Ausnahmen enthält das XI. Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 »über gewisse Beschränkungen in der Ausübung des Beuterechts im Seekriege«, wonach von der Wegnahme befreit sind:

1) die ausschließlich der Küstenfischerei oder den Verrichtungen der kleinen Lokalschiffahrt dienenden Fahrzeuge sowie ihr Fischereigerät, ihre Takelage, ihr Schiffsgerät und ihre Ladung;

2) die Schiffe, die mit religiösen, wissenschaftlichen oder menschenfreundlichen Aufgaben betraut sind.

Das Abkommen spricht ferner die Unverletzlichkeit der Briefpostsendungen, und zwar der Neutralen wie der Kriegführenden, aus und trifft Bestimmungen über die Behandlung der Besatzung der weggenommenen feindlichen Kauffahrteischiffe.

Auch im Falle der Ausübung des Beuterechts tritt die Prisengerichtsbarkeit in Tätigkeit, um über die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahme zu befinden.

VI. Eine besondere Waffe im Seekrieg sind die unterseeischen, selbsttätigen Kontaktminen. Da diese für den Handel äußerst gefährlich sind, wird durch das VIII. Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 die Legung solcher Minen nur unter gewissen Beschränkungen für zulässig erklärt. Untersagt ist es danach:

1) unverankerte selbsttätige Kontaktminen zu legen, außer wenn diese so eingerichtet sind, daß sie spätestens eine Stunde, nachdem der Legende die Aufsicht über sie verloren hat, unschädlich werden;

2) verankerte selbsttätige Kontaktminen zu legen, wenn diese nicht unschädlich werden, sobald sie sich von ihrer Verankerung losgerissen haben;

3) Torpedos zu verwenden, wenn diese nicht unschädlich werden, nachdem sie ihr Ziel verfehlt haben;

4) vor den Küsten und den Häfen des Gegners selbsttätige Kontaktminen zu legen zu dem alleinigen Zwecke, die Handelsschiffahrt zu unterbinden.

Bei der Verwendung von verankerten selbsttätigen Kontaktminen sind für die Sicherheit der friedlichen Schiffahrt alle möglichen Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Nach Beendigung des Krieges haben die kriegführenden Mächte alles zu tun, um die gelegten Minen zu beseitigen; insbesondere soll die Lage der längs der Küste des Gegners ausgestreuten Minen diesem mitgeteilt werden, damit sie alsbald entfernt werden können.

Über die andere Waffe, die im gegenwärtigen Völkerringen für die Kriegführung zur See eine ungeahnte Bedeutung erlangt hat, über die Unterseeboote, sind völkerrechtliche Abkommen noch nicht getroffen worden.

Dagegen ist der Grundsatz des Verbotes der Beschießung unverteidigter Plätze, der für den Landkrieg Geltung hat, durch das IX. Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 auch auf den Seekrieg ausgedehnt worden. Danach ist es untersagt, unverteidigte Häfen, Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude durch Seestreitkräfte zu beschießen. In diesem Verbot sind jedoch nicht inbegriffen militärische Werke, Militär- oder Marineanlagen, Niederlagen von Waffen oder von Kriegsmaterial, Werkstätten und Einrichtungen, die für die Bedürfnisse der feindlichen Flotte oder des feindlichen Heeres nutzbar gemacht werden können, sowie im Hafen befindliche Kriegsschiffe. Hiernach ist ohne weiteres einleuchtend, daß der von der englischen Presse erhobene Vorwurf, die Beschießung der drei Küstenplätze Scarborough, Hartlepool und Whitby durch deutsche Seestreitkräfte sei völkerrechtswidrig gewesen, jeder Begründung entbehrt, wie dies die offiziöse Auslassung der »Norddeutschen Allgemeinen Zeitung« vom 4. Januar 1915 überzeugend nachweist[1]. Dagegen stellt sich die Beschießung der unverteidigten bulgarischen Stadt Dedeagat durch die Engländer in den letzten Oktobertagen 1915 als schwerer Völkerrechtsbruch dar.

VII. Daß die im Seekrieg gemachten Gefangenen in derselben Weise zu behandeln sind wie die zu Lande eingebrachten, daß also die diesbezüglichen Bestimmungen der Landkriegsordnung ohne weiteres auf sie Anwendung zu finden haben, ist auch ohne besondere vertragliche Abmachung selbstverständlich[2] und von keiner der jetzt Krieg führenden Mächte bezweifelt worden. Um so unverantwortlicher war die vom Londoner Auswärtigen Amt unter dem 1. April 1915 zugegebene Verbringung von Offizieren und Mannschaften deutscher Unterseeboote in das Marinegefängnis. Die von der deutschen Regierung deshalb angeordneten Vergeltungsmaßregeln haben die Aufhebung jener gegen unsere heldenmütigen U-Bootskrieger gerichteten Maßnahmen zur Folge gehabt[3].

Endlich sind, und zwar durch das X. Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907, die Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Seekrieg für anwendbar erklärt und besonders eingehende Bestimmungen über die Unverletzlichkeit der militärischen Lazarettschiffe getroffen worden. Das sind die Schiffe, die vom Staat einzig und allein erbaut oder eingerichtet sind, um den Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen Hilfe zu bringen. Namentlich dürfen solche Schiffe vom Feinde nicht weggenommen werden, sofern sie nicht dazu verwendet werden, ihm zu schaden. Dieses Schutzes gehen sie nicht dadurch verlustig, daß sich eine funkentelegraphische Einrichtung an Bord befindet. Ein Lazarettschiff darf also deshalb, weil sich eine solche Einrichtung darauf befindet, nicht beschlagnahmt werden. Trotzdem wurde das deutsche Lazarettschiff »Ophelia« bei dem Versuch, nach Schiffbrüchigen von vier untergegangenen deutschen Torpedobooten zu suchen, von dem englischen Kreuzer »Yarmouth« hieran gehindert und weggenommen, das Sanitätspersonal aber, trotz des Verbots in Artikel 9 des Genfer Abkommens vom 6. Juli 1906, in Kriegsgefangenschaft verbracht und dies damit begründet, daß sich eine drahtlose telegraphische Ein-

[1] Vgl. Müller-Meiningen, a. a. O., S. 524. — [2] Vgl. v. Liszt, a. a. O., S. 342. — [3] Näheres hierüber s. Müller-Meiningen, a. a. O., S. 526—530.

richtung auf dem im übrigen völlig als Hospitalschiff ausgerüsteten Fahrzeug befunden habe. Es muß Müller-Meiningen aus vollstem Herzen zugestimmt werden, wenn er zu dem Schlusse kommt: »Für den moralischen Tiefstand der englischen Nation kann es kein beschämenderes Dokument geben als die Ignorierung eines Abkommens, das die Anwendung der alten und ehrwürdigen Grundsätze des Genfer Abkommens auf den Seekrieg bringen soll. Augenfälliger kann die brutalste Nützlichkeitspolitik des angeblichen Schutzes von ‚Freiheit, Recht und Menschlichkeit' nicht dargetan werden, als durch die absichtliche Verhinderung der Rettung der tapferen Mannschaften der vier... untergegangenen deutschen Torpedoboote, die zum großen Teile... hätten gerettet werden können, wenn England nicht diesen Völkerrechtsbruch begangen hätte.«

Literatur. Den bei den Abhandlungen über Völkerrecht und Landkriegsrecht vermerkten Nachweisen sind hier noch anzufügen: E. Perels, Das internationale öffentliche Seerecht der Gegenwart (2. Aufl., Berl. 1903), und H. Pohl, Deutsches Seekriegsrecht (das. 1915, Quellensammlung).

Weltwirtschaft und Wirtschaftskrieg

von Prof. Dr. Jastrow in Charlottenburg

Der Weltkrieg von 1914 bildet den gewaltigsten Eingriff in die Weltwirtschaft, den die Menschheit je hat über sich ergehen lassen. Dies nicht bloß aus dem Grunde, weil in früheren Zeiten an weltwirtschaftlichen Zusammenhängen weniger vorhanden war und daher auch weniger vernichtet werden konnte, sondern vor allem auch deswegen, weil in räumlicher Ausdehnung und Stärke des wirtschaftlichen Kampfes dieser alle vorangegangenen übertrifft.

I. Weltwirtschaft.

Versteht man unter dem (in verschiedenem Sinne gebrauchten) Worte Weltwirtschaft die Gesamtheit aller Zusammenhänge zwischen den auf der Erde bestehenden (Volks- und Einzel-)Wirtschaften, so müssen diese Zusammenhänge sich auf die beiden Objekte zurückführen lassen, die den Gegenstand aller wirtschaftlichen Tätigkeit bilden, d. h. auf die beiden Arten von »Gütern«: Sachgüter und Dienstleistungen. Dem Tauschmittel für den Austausch dieser Objekte, dem Gelde, wird zusammen mit handelsmäßigen Wertpapieren (Effekten), mit Wechseln und sonstigen Kreditmitteln eine Sonderstellung unter dem Namen des internationalen Geldwechsel- und Effektenverkehrs (internationaler Geldmarkt) eingeräumt, so daß sich schon aus diesem Grunde nicht zwei, sondern drei Rubriken ergeben. In ähnlicher Art bilden unter den Dienstleistungen, die ein Volk für andere Völker übernehmen kann, die Transportleistungen, insbesondere die zur See (Schiffahrt, Reederei), und die Beförderung von Nachrichten, so bedeutende Objekte, daß man sie schwer mit anderen zusammenwerfen kann. Sonstige Leistungen eines Volkes für das andere, die man theoretisch als Dienstleistungen bezeichnen müßte, wie z. B. die Übernahme von Bankkommissionen aller Art, werden natürlicher bei dem Geldmarkt untergebracht, und selbst beim Versicherungsgeschäft mag diese Anfügung übersichtlicher sein. Endlich kommt zu allen erdenklichen Tauschvorgängen zwischen den Völkern hinzu, daß die Träger der Wirtschaft selbst, die Menschen, ausgetauscht werden können.

Aus diesen Gründen ist es besser, einer Übersicht über die weltwirtschaftlichen Störungen nicht eine streng systematische Einteilung zugrunde zu legen, sondern eine solche, die mehr die Hauptpunkte hervortreten läßt: 1) Warenhandel; 2) Geldmarkt, Wechsel- und Effektenverkehr, auch Versicherungsübernahme; 3) Transportleistungen, insbes. Schiffahrt, Reederei; 4) Nachrichtenaustausch; 5) Personenverkehr.

Den Umfang des internationalen Warenhandels vor dem Kriege zeigt die folgende Tabelle.

Welthandel 1913 (Wert in Millionen Mark; die Zahlen in Klammern gelten für eins der vorhergehenden Jahre, da die für 1913 nicht erreichbar).

	Einfuhr	Ausfuhr
Deutsches Reich	10 769,7	10 097,2
Kolonien	136,3	140,2
Belgien	4 039,0	2 972,7
Bulgarien	137,0	74,6
Dänemark	874,6	717,0
Frankreich	6 806,7	5 500,3
Kolonien	660,1	559,5
Griechenland	142,9	95,1
Großbritannien	13 446,0	10 715,0
Kolonien	(5 346,7)	3 511,3
Italien	2 916,5	2 000,3
Niederlande	6 660,4	5 241,1
Norwegen	608,2	428,5
Österreich-Ungarn	2 895,6	2 354,2
Portugal	(338,9)	(155,8)
Rumänien	(455,8)	(556,4)
Rußland	2 531,1	3 280,6
Finnland	396,3	820,4
Schweden	952,3	919,3
Schweiz	1 535,9	1 101,1
Serbien	84,9	62,4
Spanien	1 129,5	938,6
Ägypten	568,2	657,0
Argentinien	1 706,5	1 958,2
Brasilien	1 350,1	1 298,7
Chile	504,2	598,6
Costarica	(42,3)	(41,8)
Kuba	555,6	693,9
Mexiko	411,1	630,8
Paraguay	32,9	22,9
Uruguay	214,6	275,8
Venezuela	86,1	105,7
Vereinigte Staaten von Amerika	7 457,6	10 199,7
China	1 750,1	1 242,2
Japan	1 524,0	1 322,0
Persien	203,4	151,3
Zusammen:	79 278,8	70 948,4

Die Daten sind allerdings nicht durchweg vergleichbar, doch kann man (in Rücksicht auf einige fehlende exotische Länder u. a.) den Wert des internationalen Verkehrs in Einfuhr und Ausfuhr auf dem ganzen Erdball vielleicht auf je 100 Milliarden Mark ansetzen. Alljährlich stellt das Kaiserliche Statistische Amt Welthandelszahlen zusammen. Wenngleich hierbei in der Aufnahme der Beispiele Zufälligkeiten mitzusprechen scheinen, so läßt sich doch daraus ein Tableau herstellen, das in manchen Punkten ein anschauliches Bild gewährt:

Wichtigere Waren des Welthandels 1913 (Wert in Millionen Mark).

Ware		Deutsches Reich	Österr.-Ungarn	Schweiz	Belgien[2]	Niederlande	Frankreich	Italien	Spanien	Großbritannien	Dänemark	Schweden	Norwegen	Rußland	Finnland	Rumänien	Verein. Staaten	Kanada	Mexiko	Brasilien	Ägypten	Brit.-Südafrika	Austral. Bund	Neuseeland	China	Japan	Brit.-Indien[1, 2]	Niederl.-Indien
Roggen	Einfuhr	42,2				96,6							24,4	12,0				—										
	Ausfuhr	132,9				55,6							—	62,0														
Weizen	Einfuhr	417,3		103,3	304,0	477,4		319,6		890,7				13,2		(0,7)	2,4	2,3										
	Ausfuhr	87,6		0,1	56,7	382,5		0,2		1,7				415,2		195,8	374,0	402,5					162,9				240,6	
Gerste	Einfuhr	390,4			54,7	120,8				164,7				2,1														
	Ausfuhr	1,0			8,2	94,7				0,5				330,9														
Hafer	Einfuhr	60,4			21,4	76,4	88,9			115,5				2,1														
	Ausfuhr	93,1			0,2	61,5	0,4			3,4				112,0														
Mais	Einfuhr	101,9			79,6	110,8				275,8	46,1			0,5		0,8	2,1	26,1										
	Ausfuhr	—			17,9	33,3				—	—			81,7		146,6	121,0	—										
Reis[1]	Einfuhr	103,9				208,2	55,4																		56,6	101,8	—	48,3
	Ausfuhr	43,3				114,9	6,6																			9,2	442,8	14,9
Baumwolle	Einfuhr	607,1	275,0	43,5	177,4	70,1	433,0	267,8	105,9	1253,1				203,6			96,5	36,6			—				9,3	490,6	30,5	
	Ausfuhr	16,0	5,3	—	81,6	33,2	76,6	0,1	0,1	31,8				—			2268,9	—			529,4				51,1	—	386,2	
Rohtabak	Einfuhr	134,3	49,1							132,9							150,9											1,5
	Ausfuhr	0,6	4,7							—							207,3											36,3
Obst	Einfuhr	148,8								113,4							27,2											
	Ausfuhr	6,5								—							109,4											
Roher Kaffee	Einfuhr	219,6	76,5		67,0	108,4	179,8										499,6			—								
	Ausfuhr	0,2	—		14,6	68,8	—										36,5			819,0								
Bau- und Nutzholz	Einfuhr	325,4	20,2		97,9	222,1	152,4	105,8		624,2	42,4	16,7	15,2	21,6	1,6		154,9	—										
	Ausfuhr	27,1	200,7		2,7	94,6	44,6	5,0		7,0	0,1	161,1	28,3	292,9	117,6		326,9	137,4										
Kautschuk, Guttapercha[2]	Einfuhr	137,1			69,6		159,6			116,0				73,9			425,6			—								
	Ausfuhr	22,4			52,4		97,8			—				—			3,7			205,8								
Eier usw.	Einfuhr	194,2	58,3				36,9			194,0	1,9			2,4														
	Ausfuhr	2,3	121,4				7,0			—	37,1			183,0														
Wolle	Einfuhr	481,1	129,7		351,5	40,8	558,6	90,7		470,6		21,7		111,8			149,4					—	—	—				
	Ausfuhr	110,3	20,9		301,8	32,2	235,4	8,8		156,0		0,5		23,0			—					116,7	536,1	144,9				
Felle und Häute	Einfuhr	638,8	99,1		168,8	56,6	164,2	53,7		116,1							493,0											
	Ausfuhr	178,0	73,3		99,9	47,7	120,1	52,4		38,5							14,5											
Mehl	Einfuhr	4,9				166,4				137,9							13,7						—					
	Ausfuhr	84,5				72,7				21,8							235,8						38,1					
Zucker	Einfuhr	0,8	3,1		1,2	44,9	37,4			497,7				0,3			441,4	79,1							112,3	77,2		—
	Ausfuhr	264,7	252,7		28,3	133,2	74,7			14,7				122,4			16,3	—							1,9	33,3		266,2
Eisenerze	Einfuhr	227,1			49,9	87,9	11,3		—	143,7		—																
	Ausfuhr	7,7			5,5	89,2	58,5		78,4	0,2		67,2																
Steinkohlen	Einfuhr	204,6	201,4	47,9	136,7	233,5	366,4	299,0	56,2	—	68,0	88,0		103,7			18,4	171,3								8,5		
	Ausfuhr	516,4	12,5	—	76,9	93,0	25,0	5,3	0,3	1034,8	—	0,1		3,9			273,4	23,7								49,6		
Mineralöle u. Rückstände	Einfuhr	176,5			77,6		115,9			218,5				2,6			38,7											
	Ausfuhr	10,5			31,6		2,0			—				68,6			576,4											

		Deutsches Reich	Österr.-Ungarn	Schweiz	Belgien	Niederlande	Frankreich	Italien	Spanien	Großbritannien	Dänemark	Schweden	Norwegen	Rußland	Finnland	Rumänien	Verein. Staaten	Kanada	Mexiko	Brasilien	Ägypten	Brit.-Südafrika	Austral. Bund	Neuseeland	China	Japan	Britisch-Indien	Niederl.-Indien
Seide	Einfuhr	100,3	51,6	137,2			250,5	96,0						57,9			356,4								—	1,5		
	Ausfuhr	36,7	18,1	83,9			128,4	333,5						2,4			—								256,1	420,9		
Wollengarn	Einfuhr	108,1	41,2		4,0		11,3			71,1																		
	Ausfuhr	90,6	15,9		53,4		77,4			164,0																		
Baumwollengarn	Einfuhr	116,9	22,2			84,7				11,3																1,8		
	Ausfuhr	61,1	42,1			11,7				306,1																149,5		
Roheisen	Einfuhr	10,5			37,6	49,7	7,2			26,6							26,9											
	Ausfuhr	51,0			1,2	38,9	11,1			99,0							17,4											
Zinn[3]	Einfuhr	58,2				37,5	32,4			63,1							223,1											
	Ausfuhr	23,3				31,9	3,5			49,6							—											
Kupfer	Einfuhr	335,3	53,0		32,5	156,1	138,0			122,0							187,4		7,2				—			0,1		
	Ausfuhr	10,5	1,0		24,6	129,1	64,4			23,2							506,8		55,8				58,7			59,2		
Maschinen	Einfuhr	80,4	103,6	30,8	87,0		210,0	63,9		99,9				305,9			31,5	164,2	41,6				109,3					
	Ausfuhr	680,3	26,4	59,8	61,8		55,4	14,5		741,4				5,7			529,1	5,7	—				9,3					

[1] Außerdem Reis, Ceylon: Einfuhr 63,9; Straits Settlements: Einfuhr 145,5, Ausfuhr 111,1. — [2] Kautschuk usw., Belgisch-Kongo: Ausfuhr 27,8. — [3] Zinn, Straits Settlements: Einfuhr 48,8, Ausfuhr 255,0.

Der Umfang des internationalen Warenaustausches hat sich in Wechselwirkung mit den theoretischen volkswirtschaftlichen Ansichten entwickelt. Im Rückschlag gegen merkantilistische Anschauungen hat die französische Schule der Physiokraten, entsprechend dem Menschheitsideal des 18. Jahrhunderts, den freien Verkehr unter Individuen wie unter Völkern gepredigt. Die Schule von Adam Smith hat auf deutschem Boden Zollschranken beseitigt und den Zollverein begründet, auf englischem die Kornzölle zu Fall gebracht und damit eine Ära des »Freihandels« eingeleitet, in den französischen Handelsverträgen die Formel der »Meistbegünstigung« entwickelt. Nachdem auf Grund dieser Neuerungen in den mittleren Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts der Güteraustausch gewaltig zugenommen hatte, hat der schutzzöllnerische Rückschlag seit den 1870er und 1880er Jahren ihm zwar in vielen Punkten eine veränderte Richtung gegeben; im ganzen aber (wie heute als Tatsache von beiden Seiten anerkannt wird) ist der internationale Güteraustausch in dieser Periode sogar mit besonderer Lebhaftigkeit gestiegen.

Der Weltverkehr auf dem Geldmarkt ist weitaus älter, als man sich gewöhnlich vorstellt. Der Wechsel ist schon bei seinem ersten Aufkommen im 12. und 13. Jahrhundert zum Zahlungsausgleich von Land zu Land benutzt worden; ja, er hat wahrscheinlich gerade in diesem internationalen Bedürfnis seinen Ursprung. Die Methode, die Wechsel des einen Landes in der Währung des andern zu bewerten, wie sie an den Börsen im 16. Jahrhundert bereits vollkommen ausgebildet ist, hat im 17. nicht einmal während des Dreißigjährigen Krieges aufgehört. Als nach der napoleonischen Zeit England zuerst sich eine unveränderliche Goldwährung schuf, war hier am leichtesten die Möglichkeit geboten, andere Währungen auf einen festen Maßstab zu beziehen. Der in £ ausgedrückte Wechsel wurde im Weltverkehr das beliebteste Zahlungsmittel und ist in allen Kolonialländern, d. h. im weitaus größten Teile der Erde, herrschend geblieben. Aus diesen und anderen Gründen wurde London der anerkannte Mittelpunkt des Zahlungsmittelverkehrs im weitesten Sinne. An diesem Verkehr nahmen die Fondsbörsen aller Länder teil, und eine fein ausgebildete Arbitrage brachte die Wechselkurse auch der entferntesten Börsen in genaue rechnerische Übereinstimmung. Die gleichen Wege ging der Effektenverkehr, d. i. der An- und Verkauf von Wertpapieren aller Art: Staatsanleihen, Aktien, Obligationen industrieller Gesellschaften usw. Soweit für staatliche und industrielle Bedürfnisse das Kapital nicht im eigenen Lande aufgebracht wurde, konnte man sagen: als Emissionsort wurde London gewählt, wenn nicht ein Grund vorlag, einen andern Ort zu wählen. Vor dem Kriege schätzte man die englischen Kapitalanlagen in Kolonien und Ausland auf etwa 65 Milliarden Mk., die französischen und deutschen auf je etwa die Hälfte, wobei die Rolle Frankreichs (des »Weltbankiers«) anfing, ruhend zu bleiben, während die Deutschlands in schnelles Wachstum kam. — Im Versicherungsgeschäft zeigte sich die Internationalität nicht bloß darin, daß Versicherungsgesellschaften des einen Landes ihre Tätigkeit auf andere Länder ausdehnten, sondern hier gewann diese Ausdehnung eine spezifische Bedeutung; gewisse große Risiken konnten eine Versicherung nur finden, wenn sie international angesammelt wurden; die volle Ausdehnung der Rückversicherung war nur in der

Tendenz zu weitester internationaler Ausdehnung möglich. Obgleich daher in den einzelnen Staaten die Gesetzgebung das größte Gewicht darauf legte, den Versicherten Sicherheiten innerhalb des eigenen Landes zu beschaffen, so führte hier doch die Internationalität am deutlichsten dazu, daß die Menschheit den ihr drohenden Gefahren gegenüber sich gewissermaßen solidarisch betätigte.

Der Umfang der internationalen Transportleistung wird in erster Linie durch die Umsätze des Warenhandels von Land zu Land (s. oben unter 1) veranschaulicht. Seitdem der Frachtwagen durch die Eisenbahn ersetzt wurde (Ende 1913 betrug die Länge der Eisenbahnlinien auf der ganzen Erde bereits mehr als 1 Mill. km, wovon die Hälfte allein im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts gebaut war), hat die internationale Wirksamkeit des beflügelten Rades beständig zugenommen. Aber während auf den Landwegen der Wagen im internationalen Verkehr verschwand (bis auf eine gewisse Bedeutung, die gegenwärtig das Automobil wieder gewinnt), hat neben dem Dampfschiff der alte Segler seine internationale Bedeutung nicht verloren, sondern an manchen Stellen sogar noch konkurrierend gesteigert. Im J. 1912 kamen, Segler und Dampfer zusammengerechnet (ohne Küstenfahrer), Schiffe an (in Millionen Reg.-Ton.):

	eigene	fremde	zusammen
Großbritannien und Irland	44,3	31,9	76,2
Größere britische Besitzungen	47,6	14,8	62,4
Vereinigte Staaten von Amerika	13,1	37,6	50,7
Deutsches Reich	13,0	12,5	25,5
Japan	10,3	11,4	21,7
Brasilien	10,0	16,5	26,5
Spanien	8,4	14,3	22,7
Frankreich	7,3	23,2	30,5
Schweden	6,2	6,5	12,7
Österreich-Ungarn	5,1	2,6	7,7
Italien	4,8	13,5	18,3
Dänemark	4,5	3,7	8,2
Niederlande	4,3	13,0	17,3

Wichtiger noch als die nationale Angehörigkeit der Schiffe ist der Zielpunkt des Verkehrs, der in den größten Häfen weitaus überwiegend einen internationalen Charakter zeigt:

Verkehr wichtigerer Häfen (»ankommend«, in Mill. Reg.-Ton.):

	Gesamtverkehr	darunter Auslandverkehr
London 1912	18,7	13,0
Liverpool 1912	15,1	11,8
Cardiff 1912	11,5	6,7
Newcastle 1912	11,0	6,7
Hamburg 1913	14,2	13,1
Antwerpen 1912		13,8
Rotterdam 1913		12,3
Neuyork 1912/13		14,5

Eine Reihenfolge nach der Größe ist hierbei nicht aufzustellen, da England seinen Kolonialverkehr nicht zum Auslandverkehr rechnet (übrigens auch sonst in manchen Punkten die Vergleichbarkeit fehlt). Die Beschleunigung des Weltverkehrs wurde durch die großen Kanalbauten gefördert, wie man denn schätzte, daß die Entfernung, von den westlichsten Punkten Europas aus gerechnet, nach Ostindien durch den Kanal von Suez auf die Hälfte, nach Kalifornien durch den Panamakanal beinahe auf ein Drittel herabgesetzt wurde. Die äußerste Steigerung erfuhr der Weltverkehr durch die Kombination der Seefahrten mit großen Überlandbahnen, wie die amerikanischen Pazifikbahnen (seit 1869), die russische Sibirische Bahn (seit 1904) und die (mit starker Beteiligung deutschen Kapitals begründete und im Ausbau begriffene) Bagdadbahn.

Den Nachrichtenaustausch im Weltverkehr hat (seit 1874) der Weltpostverein so einheitlich gestaltet, daß er sich in denselben Formen und mit derselben Glätte wie der Verkehr im Lande selbst abspielt und in den Gebühren sich nicht mehr so weit unterscheidet, daß die Differenz verkehrshemmend wirkte, ja für weite Gebiete der Erde den Unterschied in der Gebührenhöhe bereits verschwinden sah. Dem telegraphischen Verkehr dienten 1912 Leitungen von 5—6 Mill. km Länge (mit denen der Erdball hundertfach umwickelt werden könnte). Daß sie in bedeutendem Maße dem internationalen Verkehr dienten, zeigen die Beispiele folgender Länder:

Telegramme 1912 (ohne dienstliche), in Millionen Stück:

	inländische	internat.		inländische	internat.
Großbritannien[1]	77,0	16,9	Italien	20,3	3,6
Frankreich	51,4	12,4	Österreich	10,1	12,0
Deutsches Reich	41,8	20,3	Ungarn	14,0	8,0
Rußland	33,1	6,2			
Japan	32,5	0,7	Britisch-Indien	14,2	2,1

[1] Ohne Eisenbahn u. a.

wobei weniger auf das Verhältnis der internationalen zu den inländischen Gewicht zu legen ist (denn jene werden dadurch an Bedeutung nicht geringer, wenn diese sich mit besonderer Lebhaftigkeit entwickeln), sondern auf die an sich große Millionenzahl (so wenn in Deutschland täglich 58000, stündlich 2—3000 Auslanddepeschen aufgegeben werden). Die Länge der Unterseekabel betrug etwa ½ Mill. km. Das neue Mittel der drahtlosen Telegraphie hatte auf der Erde bereits rund 500 Stationen für den öffentlichen Verkehr gezeitigt. Auch das Fernsprechnetz diente bereits in weitem Umfange dem Verkehr zwischen größeren Plätzen benachbarter Länder (Berlin-Brüssel-Paris = 1000 km). — Auf Grund des telegraphischen Verkehrs erlangten im 19. Jahrhundert die Sammlung und Verbreitung von Nachrichten die Bedeutung eines großen, weltumfassenden Geschäftszweiges. Die ungewöhnliche Kostenerhöhung veranlaßte den Herausgeber der »Berliner Nationalzeitung« B. Wolff, die einlaufenden telegraphischen Nachrichten auch anderen Redaktionen gegen Entgelt zugängig zu machen, woraus im Jahre 1849 ein eigenes Bureau, später »Wolffs Telegraphisches Büro« (WTB) genannt, hervorging. Um dieselbe Zeit entwickelte P. J. Reuter in Aachen ein ähnliches Bureau, das er mehrfach, zuletzt 1851 nach London, verlegte. Seit 1858 unterhielt er beständige Beziehungen mit der englischen Tagespresse, die ohnedies als die erste in ganz Europa die Bedeutung eines internationalen Korrespondentennetzes in allen (auch in den entlegensten) Ländern der Erde erkannt hatte. An diese beiden oder an die Agence Havas in Paris schlossen sich ähnliche Anstalten an allen wichtigeren Plätzen der Erde an. Die drei Hauptbureaus grenzten ihre Gebiete gegeneinander ab; der Vorsprung jedoch, den Reuter durch die Beziehungen Englands in allen Weltteilen hatte, machte ihn unbestritten zum ersten seines Faches. Auch als die amerikanische Presse sich zu einheitlichem Nachrichtenbezuge aus Europa zusammentat (Associated Press), bestand eine enge Anlehnung an Reuter. Die kon-

tinentale Presse unterhielt zwar an den wichtigeren Plätzen eigene Korrespondenten. Was ihr aber aus entlegenen Ländern zufloß, stammte unmittelbar oder mittelbar aus dem englischen Nachrichtendienste. Etwa seit der Jahrhundertwende mehrten sich in Deutschland die Stimmen, die darauf aufmerksam machten, daß die Billigkeit des so erworbenen Nachrichtenmaterials den deutschen Interessen eines Tages teuer zu stehen kommen könnte. Es waren auch bereits Unternehmungen im Gange, die einen eigenen deutschen überseedienst begründen sollten, als der Krieg ausbrach.

Der **Personenverkehr** von Land zu Land ergibt sich im Zusammenhange mit fast allen vorhergenannten Gruppen, außerdem als Aus- und Einwanderung, als Zuzug von Wanderarbeitern sowie als Verkehr von Vergnügungs-, Erholungs-, wissenschaftlichen und anderen Reisenden. Einen überblick über den Umfang des Menschenaustausches besitzen wir nicht. Volkszählungsergebnisse, wie z. B. daß im Deutschen Reich an Ausländern gezählt wurden am 1. Dezember:

1900	1905	1910
778 737	1 028 560	1 259 880

(wovon mehr als die Hälfte Österreicher), sind mehr eine Statistik der rechtlichen Staatsangehörigkeit, sind aber, zum mindesten in dem schnellen Ansteigen der Ziffer, doch auch symptomatisch für die Stärke des Menschenstroms. Die Gesamtzahl der Wanderarbeiter auf der Erde (vom Sachsengänger bis zum wandernden Kuli) schätzte man auf 6—8 Millionen. Daß der »Fremdenverkehr« im engern Sinne auch für die Zahlungsbilanz erheblich werden kann, beweisen Länder wie die Schweiz und Italien, wo die Summen, die jährlich durch die Fremden ins Land gebracht werden, auf 150 und 300 Mill. Fr. geschätzt werden. In den meisten Ländern dürften diese Beträge (schon durch die Zunahme der Amerikareisenden während der letzten Jahre) bedeutend gestiegen sein.

Den gemeinsamen Ausdruck aller dieser Beziehungen bilden die **völkerumfassenden Organisationen**, die sich im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gebildet und zu Anfang des 20. schnell vermehrt haben. Sie beziehen sich auf alle erdenklichen Kulturgebiete, wie denn die streng wissenschaftlichen Gelehrtenkongresse einen nicht geringen Prozentsatz ausmachen. Innerhalb des wirtschaftlichen haben fast alle Einzelgebiete dauernd oder gelegentlich internationale Vereinigungen angestrebt. Handelskammern und Landwirtschaftsvertretungen haben die allgemeinen Standesinteressen auf diese Art gemeinsam zu fördern gesucht, ebenso wie Kartelle und Syndikate die rein geschäftlichen. Den Unternehmerzusammenkünften gingen in weit umfassenderer internationaler Entwicklung die gewerkschaftlichen der Arbeiter parallel. Das Office central des associations internationales in Brüssel zählte im Jahre 1912: 510 internationale Organisationen und in dem Zeitraum 1840—1912 an internationalen Kongressen 2615. Nicht wenige von ihnen wurden von den Regierungen beschickt, ja als Treffpunkt für die Besprechung gemeinsamer staatlicher Angelegenheiten benutzt. An amtlich anerkannten **internationalen Vereinigungen** führt der Gothaische Hofkalender folgende 13 auf:

1. Ständiger internationaler Schiedsgerichtshof. Haag (begründet 1899).
2. Weltpostverein. Bern (1874).
3. Internationale Telegraphenvereinigung. Bern (1869, 1875).
4. Internationale Vereinigung für Gewichte und Maße. Sèvres (1875).
5. (Zwei) internationale Vereinigungen zum Schutze des gewerblichen, literarischen und künstlerischen Eigentums. Bern (1883, 1886).
6. Bureau zur Unterdrückung des Sklavenhandels. Brüssel (1890).
7. Internationale Vereinigung zur Veröffentlichung von Zolltarifen. Brüssel (1890).
8. Internationaler Eisenbahn-Frachtverkehr (Welteisenbahnverein). Bern (1890).
9. Zentralbureau der internationalen Erdmessung. Telegraphenberg bei Potsdam (1866, 1869).
10. Internationales Gesundheitsamt. Paris (1903).
11. Internationales Ackerbauinstitut. Rom (1905).
12. Internationale Vereinigung für Erdbebenforschung. Straßburg i. E. (1903).
13. Nobelstiftung. Stockholm (1895).

Die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge des heutigen Völkerlebens entstammen nicht etwa einer Treibhauskultur der letzten Jahrzehnte. Wollte man ihren Anfängen nachgehen, so müßte man nicht nur die Jahrhunderte der Neuzeit und des Mittelalters zurückverfolgen, sondern bis auf den Bernstein- und Zinnhandel des phönizischen Kaufmanns, ja sogar bis auf dessen prähistorische Vorläufer zurückgehen. Lediglich um eine ungefähre Anschauung davon zu geben, wie hier Entdeckungen und Erfindungen, Verkehrsunternehmungen, wirtschaftliche Meinungsänderungen und politische Vorgänge zusammengewirkt haben, stellen wir einige **weltwirtschaftlich wichtige Tatsachen** chronologisch zusammen:

1492 Entdeckung Amerikas.
1498 Seeweg nach Ostindien.
16. Jahrhundert. Neuere Börsen in Holland, England, auch Deutschland.
1776 Adam Smith, Wealth of Nations.
1807 Fultons Dampfschiff auf dem Hudson.
1819 Erste Dampfer-Ozeanfahrt (Neuyork–Liverpool).
1825 Erste Eisenbahn (Darlington–Stockton).
1829 Stephensons Lokomotive.
1833 Gauß-Weberscher Telegraph in Göttingen.
1834 Deutscher Zollverein.
1846 Abschaffung der Kornzölle in England.
1847 Hamburg-Amerika-Paketfahrt-AG. (Hapag).
1851 Erstes Seekabel (Dover–Calais).
1865 Internationaler Telegraphenvertrag.
1866 Erstes Ozeankabel (Irland–Neufundland).
1869 Eröffnung des Suezkanals.
1869 Erste Pazifikbahn (Neuyork–San Francisco, 5000 km).
1875 »Allgemeiner Postverein« (seit 1878 »Weltpostverein«). — (Sogenannter) Welttelegraphenverein.
1884 Vorläufer internationaler Kartelle.
1890 Internationale Arbeiterschutzkonferenz. — (Sogenannter) Welt-Eisenbahnverein.
1892 Nordatlantischer Dampferlinienverband.
ca. 1901 International Mercantile Marine Co. (Morgan-Trust).
1902 Internationale Zuckerkonvention.
1904 Sibirische Bahn (9000 km). — Internationales Schienenkartell.
1906 Internationale Funkentelegraphenkonferenz.
1911 (und früher, seit 1888 und 1893) Konzessionen für die Bagdadbahn.

Es war also ein langsam entstandener, in den letzten Jahrzehnten aber besonders engmaschig entwickelter Zusammenhang, der in den ersten Tagen des August durch Kriegserklärungen von nie dagewesener Zahl bedroht wurde.

11. Wirtschaftskrieg.

Die Unterbrechung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge begann bereits vor Ausbruch des Krieges, indem unter dem Drucke bevorstehender schwerer Entscheidungen in der Woche von Montag den 27. Juli an die Börsen verschiedener Länder sich für geschlossen erklärten und zwar etwa in folgender Reihenfolge: Wien, Budapest, Brüssel, Paris, Montreal, Toronto, Petersburg, Antwerpen, Amsterdam, Liverpool, Le Havre, Rom, Mailand, Manchester, Edinburg, Glasgow, Berlin, London. Von den großen Weltbörsen des Geldmarktes hielt allein Neuyork den Verkehr aufrecht. Die Suspension der Börsen war nicht etwa eine panikartige Erscheinung. Man hat sie vielmehr als eine von gemeinsamem Instinkt eingegebene Maßregel aufzufassen, einer Panik vorzubeugen oder ihren Ausbruch in Gestalt eines Massenverkaufs von Papieren unmöglich zu machen. Aber auch in dieser Beschränkung bleibt es ein Vorgang ohnegleichen, unerwartet für alle, die sich in früheren Jahren mit der Bedeutung der Fondsbörse in Kriegszeiten beschäftigt hatten.

Die Störungen im Güteraustausch, wie sie die notwendige Folge jeden Krieges sind, setzten wie immer bei den Transportleistungen ein; der Transport über die Grenze hört zwischen kriegführenden Völkern auf. Da zur See ein Kauffahrteischiff von jedem feindlichen Schiff aufgebracht werden kann und ein dem vorbeugender Schutz des Privateigentums zur See auf keiner der Seerechtskonferenzen durchzusetzen war (vgl. S. 367 ff.), so zogen es deutsche und österreichisch-ungarische Schiffe, sobald ihnen die englische Kriegserklärung bekannt wurde, vor, in neutralen Häfen, in denen sie sich befanden, zu bleiben oder tunlichst in solche zurückzukehren. Ein zweiter Eingriff erfolgte in den Nachrichtenaustausch. In der Nacht vom 4. zum 5. August hörte an den deutschen Telegraphenämtern plötzlich der Kabelverkehr auf. England hatte die Kabel durchschnitten und damit sein schon im Frieden erworbenes Nachrichtenmonopol (vgl. S. 374) für alle Völker der Erde bis zu voller Ausschließlichkeit gesteigert. Deutschland hatte weder die Möglichkeit, sich anderen Völkern verständlich zu machen, noch auch nur zu erfahren, was über Deutschland verbreitet wurde. Nach der später erschienenen halbamtlichen Zusammenstellung der englischen Kriegsgesetze war an die drahtlosen Stationen Englands das Warnungssignal »that an emergency has arisen« schon am 1. August ergangen. — Es folgte ein Eingriff in den Personenverkehr, indem England die Angehörigen feindlicher Staaten gefangensetzte. Diese Maßregel war in Europa neu. In dem Kriege 1870/71 hatte das Unerhörte des französischen Vorgehens gerade darin bestanden, daß die Deutschen sämtlich ausgetrieben wurden, während man in früheren Kriegen die einzelnen Staatsangehörigen den Krieg nicht entgelten ließ. Als ferner die ersten Nachrichten eintrafen, daß die englische Regierung Bankguthaben von Deutschen mit Beschlag belegt oder die Auszahlung verboten habe, wurden diese Nachrichten zunächst nicht geglaubt und, als sie mit juristischer Korrektheit dargelegt wurden, nicht verstanden, weil unserem Rechtsleben die Anschauung, daß man dem Feinde nicht Wort zu halten brauche, fehlt. Erst später wurde bekannt, daß alle diese Maßregeln nur die Anwendung eines alten, von England konsequent festgehaltenen Systems waren, wonach zu den kriegerischen Feindseligkeiten auch die größtmögliche Schädigung jedes Angehörigen des feindlichen Staates gehört (vgl. Landkriegsrecht, S. 364).

Mit allen diesen Mitteln war aber die Zerreißung des internationalen Warenhandels noch nicht durchzusetzen. In Wirklichkeit ist auch das völlige Aufhören des Güteraustausches mit »feindlichen« Ausländern nicht bis in die äußerste Konsequenz hinein angestrebt worden. Nur darauf legte England ein großes Gewicht, die Kontrolle über diese Handelsvorgänge in der eigenen Hand zu haben. Der Handel der neutralen Staaten war in den letzten Kriegen stets imstande gewesen, den Zusammenhang des Welthandels nach beiden Seiten hin aufrechtzuerhalten. Auch hatte er durch genauere Bestimmungen über Güter, die als Konterbande (Banngut) dem Wegnahmerecht unterliegen, größere Sicherheit gegen Kriegsschiffe erlangt. Die Methode, mit deren Hilfe England zu erreichen suchte, Deutschland vom internationalen Warenaustausch abzuschneiden und dadurch »auszuhungern«, gründete sich nicht, wie gewöhnlich angenommen wird, auf eine bestimmte völkerrechtswidrige Anschauung, sondern auf Machtmittel, die in jedem einzelnen Falle verschieden angewendet wurden und nur nach den Einzelheiten dieser Anwendung verstanden werden können. Die Summe dieser Einzelheiten macht den englischen »Wirtschaftskrieg« aus.

Eben weil dieser »Wirtschaftskrieg« weder die Anwendung eines bestimmten Rechtssatzes, noch die Durchführung eines bestimmten Rechtsbruches ist, sondern sich seine Formen und Kampfmittel in zahllosen Einzelhandlungen erzwungen hat, die in den Anfangsstadien jedesmal zu verheimlichen oder irreführend darzustellen, einen Hauptpunkt in der Strategie und Taktik dieses Guerillakrieges bildete, wird seine korrekte Geschichte, wenn überhaupt je, so erst in ruhiger gewordenen Friedenszeiten geschrieben werden können. Doch läßt sich ein ungefährer Überblick über Methode, Ergebnisse, Gefahren oder Mißerfolge gewinnen und somit die Entwicklung, wenigstens wie sie sich uns nach dürftigen gedruckten, brieflichen und persönlichen Mitteilungen darstellt, skizzieren.

Im Dezember 1914 wurde zuerst von der niederländisch-deutschen Grenze bekannt, daß der Grenzverkehr nach Deutschland einer Kontrolle unterworfen sei. Reisende erzählten, daß die niederländische Zoll- und Grenzverwaltung Güter und selbst kleines Gepäck der Reisenden nicht ohne genaue Untersuchung außer Landes gehen lasse, und daß der niederländische Beamte die Genehmigung nicht früher erteile, als bis ein neben ihm stehender »Engländer« es für zulässig erklärt habe. Daß eine kriegführende Macht auch auf den Landverkehr der Neutralen einen Einfluß, geschweige denn gar eine Kontrolle beanspruchte, war noch niemals vorgekommen. Die Gegenvorstellungen und -maßnahmen der niederländischen Regierung führten schließlich dazu, die gesamte Einfuhr in einer Handelsgesellschaft zu konzentrieren, die den Namen »Nederlandsche Overzee-Trust-Maatschappij« erhielt. England erklärte sich bereit, Güter an den Trust ungehindert eingehen zu lassen, wenn dieser ihm die Gewähr leistete, daß sie nicht in Feindesland gelangten. Der Trust durfte Waren nur an solche Personen verkaufen, die sich verpflichteten, sie nicht in Feindesland weiter zu verkaufen, und die für eine Vertragsstrafe (bis zum Fünffachen des Warenwertes) eine Kaution in Wechseln oder Wertpapieren

hinterlegten. Außerdem aber mußte der Trust im Lande und an der Grenze Überwachungsbeamte unterhalten, die offen oder geheim die weiteren Schicksale der eingeführten Waren feststellten. Das Gefühl der niederländischen Ohnmacht gegenüber dieser englischen Willkür sprach aus den Wortspielen auf die schnell üblich gewordene Bezeichnung des Trustes durch seine drei Anfangsbuchstaben NOT (»Holland in Not« und »Kinder der Not«). — Nunmehr war für die kriegerische Maßregel gegen ein neutrales Land die Form gefunden; indem die Voraussetzung des Ganzen die Möglichkeit einer vollständigen Verhinderung des neutralen Handels war, stellte sich jede einzelne Vorschrift Englands als ein »Zugeständnis«, eine »Erleichterung« oder ähnliches dar. Jedenfalls erreichte England den erstrebten Zweck, der nach dem Urteil des »Economist« darin bestand, daß Deutschland in einer Weise boykottiert wurde, wie die niederländische Regierung es ohne Neutralitätsbruch nicht hätte tun können. Der Einfluß der (formell privaten) Gesellschaft wachse offensichtlich über das Geschäftliche hinaus. Vermöge des Vertrauens, daß die NOT bei der englischen Regierung genieße, habe sie »an autonomic and unofficial *corps diplomatique*« entwickelt und vermittle zwischen beiden Regierungen. Dies nach dem Kriege fortzusetzen, sei wünschenswert, und es sei bedauerlich, daß die niederländische Regierung nicht derselben Meinung sei.

Für dieses System eines Einfuhrtrustes bildete die englische journalistische Berichterstattung eine konsequent gehaltene Phraseologie aus, die auf jenem Grundgedanken beruhte, daß ein solcher Trust eine Einfuhrerleichterung und also ein Zugeständnis Englands an das betreffende Land darstelle. Als im Jahre 1915 die ersten Reuterdepeschen von den Hoffnungen zu melden wußten, daß ein derartiges Übereinkommen der Alliierten auch mit der Schweiz zustande kommen werde, und die schweizerische Presse nüchtern antwortete, daß ein Trust nach dem Muster der NOT eine glatte Vergewaltigung enthalten würde, gab Reuter die Ablehnung in der Form weiter, Deutschland habe es verstanden, mit der Drohung, Kohle und Eisen zurückzuhalten, wenn nicht Kompensationen in Reis und anderes bewilligt würden, die Schweiz um jene ihr zugedachte Vergünstigung zu bringen. Um in der Geschäftswelt selbst ein Verlangen nach einem Abkommen hervorzurufen, wurden schweizerischen Fabrikanten bei ihrer Ausfuhr im einzelnen Schwierigkeiten gemacht. So verweigerte der britische Generalkonsul in Zürich einer Fabrik, die ihre Exportartikel vom Rohstoff ab ausschließlich auf schweizerischem Boden herstellte, die Legalisierung der Rechnungen, weil an ihr deutsches Kapital »beteiligt« sei (Direktor, Verwaltungsrat und Arbeiter waren ausnahmslos Schweizer). Die Schokoladenausfuhr nach Mittelmeerhäfen blieb auf französischen Eisenbahnen unbefördert liegen. Auf Besprechung derartiger Mißstände in der schweizerischen Presse wurde mit der Ausstreuung geantwortet, daß die Schweiz mit Deutschland ein Abkommen geschlossen habe und es dem andern Teil willkürlich verweigere. Als vollends eine Anzahl Genfer Firmen sich in der Tat bereit finden ließen, ein Abkommen betr. Edelobst und Feingemüse zu schließen, wurde diesem Privattrust eine Form gegeben, die ihn zur Verallgemeinerung geeignet machte, und unter dem Drucke der oben berichteten und weiter angedrohten Erschwerungen stimmte schließlich im September der Bundesrat dem Plane zu, einen einheitlichen Geschäftsgang durch Begründung einer allgemeinen schweizerischen Importgesellschaft zu ermöglichen. Diese wurde unter dem Namen Société Suisse de Surveillance Economique (SSS) am 18. November eröffnet. Zur Erledigung von Einfuhrgesuchen und zur Bearbeitung von Klagen über Wagenmangel errichtete sie auch in Paris ein Bureau. Trotz der auch hier vollständig durchgeführten Vergewaltigung eines neutralen Staates haben die Folgen doch keineswegs den Absichten der Urheber entsprochen. In einem Geheimbericht vom 19. Januar 1916 an den Minister des Äußern in Paris führte die Französische Handelskammer in Genf bittere Klage darüber, daß das System zu einer Verhinderung der Geschäftsverbindung französischer Firmen mit der Schweiz ausschlage, daß die deutsche Valuta in der Schweiz jetzt mehr Aussichten auf Besserung habe als die französische. Die Errichtung der SSS erweise sich als ein »ungeheurer Fehler«. Die Kammer verlangte die schleunigste Aufhebung mit der Begründung: »Jede Verzögerung ist für uns eine verlorene Schlacht«. Als dieser Geheimbericht einige Wochen später in die Öffentlichkeit geriet, wiesen die Leiter der SSS darauf hin, die Schuld treffe nicht sie, sondern die Veranstalter.

Für die Überwachung der skandinavischen Staaten war der Zielpunkt: Errichtung formell privater Vereinigungen, desto wichtiger, weil auf diesem anscheinend außerpolitischen Wege das Bestreben dieser Staaten, politisch miteinander Fühlung zu halten, am leichtesten ausgeschaltet werden konnte. In Dänemark merkte man Anfang Mai 1915, daß die englischen Kohlenlieferungen aufhörten. Als es hieß, daß ein Kohlenausfuhrverbot erlassen sei und über Befreiungen von diesem Verbot nichts in Erfahrung zu bringen war, stellten jetzt die dänischen Reeder an ihre Regierung selbst das Verlangen, sie möge auf amtlichem Wege nach den Grundsätzen für die Ausfuhrbewilligung fragen. Die dänische Regierung merkte die Gefahr, die in einer solchen diplomatischen Verhandlung liegen würde, und forderte statt dessen zu vermehrter Torfgewinnung in Dänemark auf. Im Juli wurde die dänische Textilindustrie in steigende Verlegenheit gebracht, da England alle Baumwolle zurückhielt. Gegenüber dem Hinweis auf die völkerrechtliche Unzulässigkeit der Beschlagnahme erklärte England sich bereit, in jedem einzelnen Falle den Wert der beschlagnahmten Baumwolle in Geld zu ersetzen. Da dadurch an den Verlegenheiten der Textilindustrie nichts geändert wurde und andere ähnliche Schwierigkeiten beständig hinzukamen, entsandten im Oktober die beiden angesehensten gewerblichen Vereinigungen Kopenhagens, der Industrierat und die Großkaufleutevereinigung (Gilde), Vertreter nach London, um Erleichterungen zu erwirken. Zu solchen erklärte sich die englische Regierung unter der Bedingung bereit, daß die beiden Körperschaften die Bürgschaft für bestimmungsgemäße Verwendung übernähmen. Von dem geplanten Abkommen sollten Öle und Zinkplatten ausgeschlossen sein sowie ferner Kohle, Koks und Baumwolle (nebst Garnen und Abfällen), für die (wie man bei dieser Gelegenheit erfuhr) bereits Abkommen mit maßgebenden Firmen bestanden. Auch für Telegramme sollte der Trust der beiden Körperschaften Garantie gegen Weiterbeförderung in feindliches Ausland leisten. Käme der Trust zustande, so wollte England sogar die schwarze Liste und deren Begründung mitteilen. Dieses Abkommen

suchte man dem dänischen Nationalgefühl dadurch schmackhaft zu machen, daß die englische Regierung sich in Parlament und Presse wegen der gemachten Zugeständnisse angreifen ließ und selbst auf die Vorwürfe, daß Erleichterungen für eine neutrale Macht die andern erzürnen müsse, ja, daß die englische Regierung durch dieses Abkommen die Gefahr schaffe, Deutschland mit Waren zu versorgen, die den englischen Arbeitern vorenthalten würden (z. B. in der Oberhaussitzung vom 16. Dezember 1915), sich geflissentlich sträubte, den Wortlaut zu veröffentlichen. — Mit Schweden fanden Anfang Juli 1915 Geheimverhandlungen statt. Ihr Scheitern wurde später von den einen darauf zurückgeführt, daß Schweden eine englische Kontrolle auf schwedischem Boden nicht zulassen wollte, von andern darauf, daß England neutralitätswidrige Durchfuhren nach Rußland verlangte. Tatsächlich bestand zu Anfang des Winters für den einheitlichen Einkauf und Weiterverkauf der Kohle eine Zentralisierung in Stockholm und dementsprechend ein amtliches englisches Bureau in London. Den Transport von England nach Rußland hatten die beiden beteiligten Regierungen einigen wenigen norwegischen und finnischen Firmen unter bestimmten Bedingungen als Monopol übertragen, neben denen schwedische Firmen nur beteiligt werden sollten, soweit sie sich einer in Schweden eingetragenen Gesellschaft »Transito« anschlössen. Es sollte eine zusammenhängende englisch-norwegische und schwedisch-russische Linie mit Kontrolle der Absendung in England unter Innehaltung der Route auf skandinavischem Boden, mit Unterstellung der Reeder und Kapitäne unter das Kriegsdepartement in London und mit Anwerbung englischer und russischer Mitarbeiter einheitlich geschaffen werden. Auf Vorhaltung der Tagespresse, daß es gegen Unterhandlungen mit fremden Regierungen unter Umgehung der eigenen in Schweden einen Strafparagraphen geben müsse, erklärte der Ministerpräsident in einer Rede in Gotenburg am 18. Dez. 1915, die Regierung werde nicht dulden, »unter ausländischer Leitung einen Staat im Staate zu errichten«. In der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages am 17. Januar 1916 sprach der König davon, daß er gegen Versuche habe einschreiten müssen, »unser Erwerbsleben unter fremde oder angemaßte Aufsicht zu stellen«, und kündigte mit dieser diplomatisch fein formulierten (»oder«) Begründung ein neues, verschärftes Strafgesetz an »gegen die, die sich in eine für das Reich nachteilige Verbindung mit fremden Mächten einlassen«. Trotz alledem schien freilich Schweden das Land zu sein, in dem die Handelsspionage durch englische Beauftragte am weitesten geübt wurde, wiewohl die Möglichkeit bestehen bleibt, daß gerade hier durch freimütige Enthüllungen, wie z. B. in der »Gotenburger Handels- und Schiffahrtszeitung«, bekannt wurde, was anderswo zugedeckt blieb. Tatsächlich bestand die »Transito«, und im März 1916 wurde auch ihr Vertragsformular bekannt, wonach nur an solche Firmen geliefert wurde, die sich bei Strafe des Zehnfachen verpflichteten, die Ware nicht auszuführen, die Nachprüfung in Handelsbüchern und Geschäftspapieren zu gestatten und jedem Abnehmer dasselbe bei der gleichen Strafe zur Pflicht zu machen. Die angekündigten Gesetze kamen (in anderer Form) zustande und wurden unter dem 17. April 1916 verkündet. — Am schwierigsten ist es, von dem Vorgehen gegenüber Norwegen ein klares Bild zu gewinnen. Ist doch in diesem Lande der demokratischen Preßfreiheit auf eine bisher nicht aufgeklärte Art der Presse unmöglich gemacht worden, über den Mordversuch gegen Sir Roger Casement einen Bericht zu bringen. Dieses Maß von Abhängigkeit, das an die Vasallität Portugals erinnert oder sie überragt, wird von Kennern der nordischen Verhältnisse darauf zurückgeführt, daß das Hauptgewerbe des Landes, die Fischkonservenindustrie, mit jederzeit kündbarem englischen Kapitale betrieben werde. Jedenfalls hielt sich England für stark genug, das in Dänemark mühsam und auf Umwegen Erreichte als bestimmtes Ziel hinzustellen, nämlich daß auch hier die beiden angesehensten gewerblichen Vereinigungen (Den norske Handelsstands Fællesforening und Fællesforeningen for Handwerk og Industrie) die Haftung in derselben Art übernehmen sollten. Als sie nicht ohne weiteres bewilligt wurde, nahm England Beschlagnahmen in Gewässern vor, die Norwegen als norwegisch in Anspruch nahm (innerhalb einer Vier-Seemeilenzone, während England nur drei anerkennen wollte), legte in diesem Teil des Schärenmeeres einen Ring von englischen Kreuzern um Norwegen, rief dadurch die Furcht vor dem Herannahen deutscher U-Boote hervor, dehnte seine Beschlagnahmen selbst auf den skandinavischen Verkehr mit Island aus, ließ im November 1915 durch ein englisches Prisengericht die Lebensmittelladungen dreier norwegischer Schiffe für gute Prise erklären, weil die Bestimmung der Ladung für Deutschland dem Gerichtshof nicht zweifelhaft sei, und rief dadurch einen Streit zwischen den Reedern und Versicherungsgesellschaften hervor, die auf Grund der Klausel, daß Ladungen für kriegführende Länder ausgeschlossen seien, sich von jeder Schadenersatzpflicht befreien wollten. Im November 1915 teilte die englische Gesandtschaft in Christiania in einem Rundschreiben an die englischen Konsulate und an den Landesverein der Kohlenimporteure mit, daß künftig niemand mehr englische Kohle erhalten werde, der Kohlen an ein Schiff oder Fischerboot verkaufe, dessen Fischfang irgendwie einem Feinde Englands zugute kommen könnte. Ein Revers dagegen wurde den Fischkonservenfirmen in Stavanger zur Unterschrift überschickt, um so Deutschland die Zufuhr von Fischen und Fischkonserven abzuschneiden. England ließ von jetzt ab Öle und Bleche nicht mehr durch und begründete sein Verfahren mit der Behauptung, daß es keine Konserven mehr bekommen könne, weil alles nach Deutschland geliefert werde, obgleich es anerkanntermaßen in Norwegen Fabriken gab, die ihre Gesamterzeugung an England lieferten; es hieß, daß trotz der allgemeinen Preissteigerung England die Lieferung nur zu unveränderten Preisen annehmen wollte. Auf Grund dieser Einschüchterungen haben sich auch eine Anzahl Firmen gefügt. Anderen wurde zum Vorwurf gemacht, daß sie sich ihr Wort zwar abzwingen ließen, aber nachher nicht gehalten hätten. Von 6 Firmen, die standhaft blieben, verharrten in einer Stavanger Versammlung vom 15. Januar 1916 noch 4 bei der Weigerung, einen Revers zu unterschreiben, den sie mit der Neutralität Norwegens nicht für vereinbar hielten, diese 4 jedoch auch nur in der Form, daß sie befugt bleiben wollten, an alle Länder zu liefern, die ihnen Rohstoff lieferten (also an Deutschland in deutschem Blech). Zwei Tage nach dieser Versammlung forderte in einem aufsehenerregenden Aufsatz die »Handelspolitische Zeitschrift« die norwegische Regierung auf, fest zu bleiben und

sich des Rückhalts der gesamten Handelswelt versichert zu halten; England habe die Absicht, Norwegen hinter Dänemark und die Schweiz zu drängen; Norwegen dürfe nicht vergessen, daß es sich jetzt um das Recht handle, über **seine eigenen** Erzeugnisse zu verfügen, und daß deren Lieferung an Deutschland für Norwegen auf die Dauer eine Lebensfrage sei. Aber schon am 31. Januar 1916 wurde ohne Zuziehung der norwegischen Regierung zwischen der englischen Gesandtschaft und Vertretern der Konservenindustrie ein Vertrag unterzeichnet, wonach ein Überwachungsausschuß in Stavanger gewählt werden und bei einer Bank eine Garantie dafür hinterlegen sollte, daß für jede etwa nach Deutschland gelieferte Ware der doppelte Betrag des Wertes verfallen sollte. In die gleiche Notlage wurde durch Abschneidung von Kohlenlieferungen die Papierindustrie gebracht, deren Vertreter auf einer Versammlung in Drammen am 27. Februar eine Petition an den englischen Gesandten beschlossen, während in derselben Angelegenheit eine Vereinigung von Kohlenhändlern einen Delegierten nach London entsandte, um bei der dortigen Regierung vorstellig zu werden. Als jetzt doch die Presse darauf aufmerksam machte, wie das Ansehen Norwegens leiden müsse, wenn seine Bürger sich unmittelbar an englische Behörden wendeten und den englischen Gesandten in Christiania geradezu als den »mächtigsten Mann in Norwegen« bezeichneten, erklärte in der Thronredebebatte vom 15. März der Minister, daß »von jetzt ab« derartige Abkommen nur unter Zuziehung der Regierung gestattet werden würden; die Rechte verlangte (»nach schwedischem Muster«, s. oben, S. 378) ein Gesetz, daß die Handelsspionage bestrafe und es jeder ausländischen Behörde unmöglich mache, auf norwegischem Boden eine Kontrolle auszuüben.

Englands Maßnahmen waren von Anfang an darauf berechnet, mit einer entschlossenen Ausübung der Seeherrschaft dem Kriege sofort ein Ende zu bereiten. Daß naturalwirtschaftliche Länder wie die Türkei und Bulgarien (die übrigens bei Beginn noch nicht zu den kriegführenden Mächten gehörten) durch Absperrung nicht ohne weiteres in Verlegenheit zu bringen waren, wußte man. Daß aber westeuropäische Länder wie Deutschland und Österreich-Ungarn von der Naturalwirtschaft noch nicht so weit entfernt waren, um nicht gegenüber einer Absperrung sich auf die Wurzeln der eigenen Kraft besinnen zu können, war den Leitern der englischen Politik (dies darf man ohne Gefahr behaupten) unbekannt. War zu Anfang die englische Erklärung, man werde nicht nachgeben, und wenn der Krieg auch 20 oder 30 Jahre dauern sollte, in dem Munde von Politikern, die sich zum Kriege nur entschlossen hatten, weil sie mit dem Beitritt Englands den Krieg für entschieden hielten, lediglich Äußerung einer auf Einschüchterung berechneten Überhebung: so fühlten sie sich jetzt vom Schicksal gewissermaßen beim Wort genommen und vor die unerwartete Entscheidung gestellt, wer von beiden Teilen auf die Dauer die Wirkungen länger aushalten könnte.

* ° *

Auf dieser Basis erklären sich nun die **Gegenmaßregeln Deutschlands und Österreich-Ungarns**. Die natürliche Gegenwehr bestand darin, daß man in aller Ruhe die englischen Maßregeln an England selbst sich auswirken oder England, wie unsere sprichwörtliche Redensart sagt, »im eigenen Fett schmoren« ließ. Die Abschneidung der Ausfuhr nahm die deutsche Industrie als gegebene Tatsache hin, machte, als auch die Einfuhr spärlicher wurde, aus der Not eine Tugend und vollzog die vielgerühmte »Anpassung« (vgl. S. 383 u. 418). So näherte sich Deutschland mehr dem Zustande einer national geschlossenen Wirtschaft, bei der für Rüstungen, Industrieerzeugnisse aller Art, Nahrungsmittel usw. »das Geld im Lande blieb«. In England aber stand der Störung des auswärtigen Handels, die jeder Krieg mit Notwendigkeit herbeiführt, und die durch Englands eigene Maßnahmen gewaltig verschärft wurden, kein derartiges Gegengewicht gegenüber. Es betrug in England (in 1000 £):

	1913	1914	1915
Einfuhr	768,7	696,6	853,7
Ausfuhr	525,2	430,7	384,6
Wiederausfuhr	109,6	95,5	98,8
Einfuhr-Überschuß:	133,9	170,4	370,3

Der Rückgang in der Ausfuhr betrug danach 26,8 Proz.; die Steigerung in der Einfuhr war aber nur scheinbar, da sie durch Verteuerung der Produkte und in noch höherem Maße durch bloße Kriegslieferungen herbeigeführt war. Tatsächlich war der ganze Rhythmus des englischen Welthandels sowohl in Einfuhr wie in Ausfuhr über alles Erwarten hinaus gestört. Die Bedeutung des »in bar zu begleichenden« Einfuhrüberschusses wurde allerdings auf dem Kontinent überschätzt. Daß England an seinem Warenhandel »Geld zusetzen« mußte, war eine Erscheinung, die zwar zu den im kontinentalen Publikum herrschenden Anschauungen von dem handeltreibenden England nicht paßte, aber mit unbedingter Regelmäßigkeit alljährlich wiederkehrte. Von entscheidendem Einflusse war es, daß gerade die Zahlungsvorgänge, mit denen England den Ausfall im Warenhandel auszugleichen und zu überkompensieren gewohnt war, auf das schwerste getroffen wurden. Einen Maßstab dafür wie Englands Einnahmen an seinen Frachten zurückgegangen sein müssen. bietet der Rückgang des Schiffsverkehrs. Es verminderte sich in den englischen Häfen der Tonnengehalt (in 1000 t) der

	März 1914	März 1915	März 1916
eingelaufenen Schiffe .	von 3912	auf 2966	auf 2449
Prozent:	" *100*	" *75,8*	" *62,6*
ausgefahrenen Schiffe .	" 5517	" 3626	" 2968
Prozent:	" *100*	" *65,7*	" *53,8*

Für den Rückgang an Bank-, Kommissions-, Versicherungs- und anderen Gebühren Englands fehlen zwar ähnliche Maßstäbe; daß aber die Ausfälle alle Erwartungen überboten, ist der gemeinsame Eindruck aller, die Gelegenheit hatten, in der City Beobachtungen zu machen. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr waren stets eine Bereicherungsquelle Englands, da schon der Fremdenstrom aus den Kolonien und aus den am Londoner Zentrum beteiligten Handelszweigen der verschiedensten Länder mehr Tribut nach England hineinbrachte, als der »reisende Engländer« dem Kontinent zuführte. Mit der langen Dauer des Krieges versickerte auch diese Quelle für die Auffüllung der Zahlungsbilanz. Der sichtbare Ausdruck aller dieser Rückgänge ist die Erschütterung des Sterlingkurses, wie er aus den etwas wunderlich-altmodischen Neuyorker Notierungen der umstehenden Übersicht hervorgeht (bei denen für Pfund und Mark das Sinken, für Franken aber das Steigen — nämlich des Dollars — ungünstig ist):

	Ungünstigster Kurs 1913	29. Juli 1914	31. Juli 1915	30. Okt. 1915	31. Dez. 1915	31. März 1916
London (Cable Transfer) 1 £ = Dollar	4,85	4,98	4,77	4,64	4,74	4,77
Berlin 400 Mark = Dollar	94,62	95,50	81,88	81,38	76,25	72,13
Paris 1 Dollar = Franken	5,21	5,13	5,71	5,97	5,86	5,98

Vergebens suchten Londoner Finanzblätter darauf hinzuweisen, daß der Markwechsel ungleich mehr zurückgegangen war. Denn dieses war durch das Aufhören der deutschen Ausfuhr notwendigerweise herbeigeführt, und Deutschland hatte niemals für seine Markwechsel eine Standardstellung beansprucht.

Wesentlich in derselben Linie des Auswirkenlassens der englischen Maßregeln lag es, wenn wir die unserem Rechtsempfinden an sich fremden Maßregeln gegen die »alien enemies«, so wie England sie proklamierte, entsprechend in Deutschland und Österreich-Ungarn gesetzlich einführten. Namentlich die englische Anschauung, die es für unmoralisch erklärte, seine Schulden an den »Feind« zu bezahlen, hat mit Notwendigkeit zur natürlichen Folge, daß der Gegner dieselbe Maßregel in Kraft setzt, wenn er nicht erleben will, daß zu derselben Zeit, wo ihm der Geldzufluß gehemmt wird, der Geldabfluß in Gang bleibt und ihn entleert. Bisher sind alle diese Maßregeln mit dem Worte »Vergeltung« nicht sachgemäß bezeichnet.

Endlich aber wendete Deutschland die englische Methode der Zufuhrabschneidung im Wege des Seekrieges auf England selbst an. Nachdem England die ganze Nordsee bis Island für Kriegsgebiet erklärt hatte und so alle Schiffe zwingen wollte, durch den Kanal zu fahren, erklärte Deutschland unter dem 4. Februar 1915 (mit Wirkung vom 18. an) die Gewässer um Großbritannien und Irland, einschließlich des Kanals, für Kriegsgebiet und machte darauf aufmerksam, daß bei der Zerstörung feindlicher Kauffahrteischiffe jeder, der sich einem solchen anvertraut, damit zu rechnen habe, daß es nicht immer möglich sein werde, die der Besatzung und den Fahrgästen drohenden Gefahren abzuwenden. Da Deutschland für die Durchführung seiner Maßregeln über eine Waffe verfügte, für die es völkerrechtliche Bestimmungen noch nicht gab, das Unterseeboot, so suchte und fand England die Unterstützung Amerikas in dem Bestreben, die für andere Kriegsschiffe gegegebenen Beschränkungen auch auf die neue Waffe anzuwenden. — Die Beeinträchtigung des englischen Schiffsverkehrs, die mit diesem und ähnlichen Mitteln erzielt wurde, ist als Teilwirkung in den oben (S. 379) gegebenen Ziffern enthalten. Von 11328 Schiffen der englischen Handelsflotte (1913) waren bis März 1916 vernichtet: 764 = 6,75 Proz. Die Verminderung des Laderaums betrug 3,55 Proz.

III. Zukunftsaussichten.

Die Frage, wie sich die »Weltwirtschaft« nach dem Kriege mutmaßlich gestalten werde, hängt in erster Linie davon ab, ob und inwieweit der »Wirtschaftskrieg« auch nach Friedensschluß fortgesetzt wird.

Was den Güteraustausch anbetrifft, so ist die Nachricht, daß auf der Pariser Konferenz im März 1916 die Ententemächte sich für eine zweite Konferenz bereits über ein Beratungsprogramm betreffs Maßregeln zur dauernden wirtschaftlichen Boykottierung Deutschlands geeinigt hätten, nicht glaubwürdig. Für Rußland hängt die Möglichkeit wirtschaftlicher Erholung durch reichliche Lieferungen von landwirtschaftlichen und industriellen Maschinen, von chemischen Hilfsstoffen und Fertigfabrikaten aus seinem westlichen Nachbarlande in so offenkundigem Maße ab, daß es keinen Grad von Haß gibt, der die Verblendung bis zur Verkennung dieses Sachverhalts treiben könnte. Bei den drei anderen Mächten aber, wo derselbe Sachverhalt zwar auch vorhanden, aber vielleicht doch noch verkannt werden kann, müssen zum mindesten starke besonnene Gegenströmungen vorhanden sein. Ähnlich liegt es mit dem Bedürfnis des Absatzes nach Deutschland hin, wo in derselben Art das Verhängnisvolle einer Gefährdung dieses Absatzes durch Boykottierungsmaßregeln für Rußland klar ist und für die andern (auch für englische Kolonien, wie Australien, Kapland u. a.) zum mindesten etwas Beängstigendes und Lähmendes hat. Die in Wirtschaftskämpfen immer wieder auftauchenden Anschauungen, als ob man einen Lieferanten einfach beseitigen könne, weil man ihn »nicht nötig habe«, weil man »die Sache selbst machen könne«, usw., sind theoretisch zu gut und zu gründlich widerlegt, als daß es heutzutage noch irgendein größeres Land geben könnte, in dem nicht die gesicherten Ergebnisse der Nationalökonomie in die Kreise eines nur einigermaßen wissenschaftlich gebildeten Beamtentums ausreichend eingedrungen wären. Das Maß wirtschaftlicher Betätigung eines Landes hängt auf heutiger Kulturstufe im wesentlichen von dem vorhandenen Kapital ab. Wenn es wirklich einfache, leicht zu vereinbarende Mittel gäbe, um eine wirtschaftliche Weltmacht auszuschalten, so wäre für die Feinde Deutschlands der ganze Krieg nicht nötig gewesen. Da sich die leitenden Kreise Englands wie über das Scheitern des ursprünglichen militärischen, so auch des Aushungerungsplanes nicht im unklaren sind, so gründen sie ihre Hoffnungen auf einen dritten Plan, den Krieg noch nach dem Friedensschluß zu gewinnen, indem die in einem möglichst langen wirtschaftlichen Kriege durch Handelsspionage (s. oben) erworbenen Kenntnisse der Geschäftsbeziehungen dazu benutzt werden, in der Übergangszeit der deutschen Ausfuhr überall den Rang abzulaufen. Auf der andern Seite sind in Deutschland und Österreich-Ungarn die Erörterungen über eine gemeinschaftliche Wirtschaftspolitik nach dem Kriege in voller Öffentlichkeit geführt worden. Dieser gemeinsamen Politik etwa die möglichste Schädigung der kriegerischen Feinde auch nach dem Frieden als Ziel zu geben, ist von keiner Seite angeregt. Ihr Ziel wird lediglich die Wahrnehmung des eigenen Interesses sein. Wenngleich nach den in den Kriegsjahren zutage getretenen Stimmungen Deutschland sich nicht für geeignet halten wird, die Initiative zu ergreifen, sondern ruhig abwarten wird, ob ein näheres Verhältnis von anderen gesucht wird, so bleibt doch das Negative bestehen, daß Boykottierungsabsichten von seiten Deutschlands und Österreich-Ungarns nicht zu befürchten sind, solange sie nicht durch ein Vorgehen andrer Mächte als unumgängliche, dann aber auch siegreich durchzuführende Verteidigungsmaßregeln herausgefordert werden. Von symbolischer Vorbedeutung hierfür ist das deutsch-rumänische Handelsabkommen, von Mitte

April 1916, nachdem die Berliner Zentraleinkaufsgesellschaft ein Bureau in Bukarest und die Bukarester Zentralkommission für Einfuhr ein solches in Berlin errichtet (beide mit dem Zweck, Güter, die im eigenen Lande entbehrlich sind, der Einfuhr in das andere so glatt und bequem wie möglich zugänglich zu machen), und zwar unter ausdrücklicher Abschaffung aller Gegenbedingungen (Kompensationen). Hier werden die Formen, die der englische Wirtschaftskrieg zur Knebelung der Neutralen ersonnen hat, angewendet, um die Freiheit ihres Verkehrs nach Möglichkeit zu fördern.

Es darf wohl als die gemeinsame — sei es ausgesprochene, sei es dezent zurückgehaltene — Meinung der volkswirtschaftlichen Fachmänner aller Länder gelten, daß nach einer kurzen, wie man es wohl ausgedrückt hat, »Karenzzeit des Hasses« die Völker ihren Warenaustausch wieder wie vorher aufnehmen werden. Malt man sich aber die Produktionsbedingungen, wie sie nach Beendigung eines so langen, so weit umfassenden und so schweren Krieges sich in der Wirtschaft der ganzen Welt darstellen werden, etwas konkreter aus; stellt man sich namentlich den Heißhunger nach Rohstoffen, Halbfabrikaten und Maschinen vor, der die Produktionen aller Länder bedrücken wird: so kommt man zu der Überzeugung, daß schon den ersten Haßäußerungen sich Hindernisse entgegenstellen werden. Man wird vielmehr angesichts der ersten dringendsten Bedürfnisse geneigt sein, den Haß auf eine kurze Zeit zu vertagen, um später die Vertagung zu prolongieren. Zudem lehrt alle historische Erfahrung, daß nach kriegerischen Mißerfolgen eines nationalen Maulheldentums diesem nicht eine Fortsetzung des Krieges mit Mitteln der Politik gestattet wird, sondern daß die eigene Nation mit ihren Führern und Verführern abrechnet.

Erheblich anders als bei dem vorstehend behandelten Warenhandel liegen die Aussichten bei dem zweiten Gebiete weltwirtschaftlicher Beziehungen, die wir als die des Geldmarktes zusammengefaßt haben. Wenn eine internationale Organisation, wie die des Geldmarktes, sich historisch mit einem bestimmten örtlichen Mittelpunkte entwickelt hat, so bleibt sie auch in vielen Dingen bestehen, in denen sie sachlich nicht erforderlich ist. Bei dem gesteigerten Telegraphen- und Telephonverkehr war selbst für die empfindlichen Bedürfnisse der Arbitrage der Verkehr über London nicht mehr nötig, weil zwei beliebige Plätze sich jederzeit in direkten Verkehr setzen konnten. London wird daher aufhören, Mittelpunkt des internationalen Geldmarktes im alten Sinne zu sein, weil der internationale Geldmarkt sich in dem alten Sinne überhaupt nicht wieder bilden wird. Aber auch für den Rest der Zentralisierung im Zahlungsausgleich, der immerhin in London sich halten wird (teils aus historisch nachwirkenden Gründen, teils weil geographisch London der ungefähre Mittelpunkt der Ländermassen-Hemisphäre ist, teils auch aus Gründen der Edelmetallzufuhr), wird die Stellung der City nicht mehr die frühere sein. Das wird auf den Geldmarkt im weiteren Sinne, den Wechsel- und Effektenverkehr, die Emissionen für fremde Länder und ähnliches irgendeinen (wenn auch weniger sicher vorherzusagenden) Einfluß ausüben. Mag ferner in wirtschaftlicher Beziehung das oft bewährte Gesetz historischer Trägheit bewirken, daß manche Beziehung erhalten bleibt oder wieder angeknüpft wird, die man schon für endgültig verloren halten mußte, die Tatsache, daß die juristischen Voraussetzungen für die Sicherheit des Londoner Geldmarktes fehlen, ist bei Ausbruch des Krieges mit einer so auf die Nerven fallenden Deutlichkeit verkündet worden, daß die Welt sie nicht vergessen kann. Die Vorstellung, daß man sein Geld nirgends so sicher habe wie in der Bank of England, hat eine Richtigstellung dahin erfahren, daß man es nicht erhält, wenn man es am nötigsten braucht, nämlich im Falle eines Krieges. — Noch deutlicher wird dies bei den Versicherungsgeschäften wirken. Ein Land, dessen Rechtsverfassung die Versicherungsgesellschaften von ausländischen Verpflichtungen bei Ausbruch eines Krieges entbindet, kann nicht erwarten, daß das Vertrauen ihm in demselben Maße entgegengebracht wird, wie in den Zeiten, da dieses sogenannte Recht nicht allgemein bekannt war.

Am günstigsten wird sich die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen in allen Transportleistungen, insbesondere in der Schiffahrt gestalten. Vermöge des Rohstoffhungers wird zunächst ein allgemein vermehrter Bedarf an Laderaum bestehen und vermöge der großen Schiffsverluste während des Krieges eine Verminderung des bei Kriegsausbruch vorhanden gewesenen Laderaums. Dieses Mißverhältnis wird dadurch noch verschärft werden, daß der erhöhte Bedarf sich auf eine möglichst knappe Zeit zusammendrängen wird (weil die Inbetriebsetzung zahlreicher Fabriken von der Herbeischaffung der Rohstoffe abhängt), und weil bei Beginn des Friedensverkehrs viele Schiffe sich noch nicht an den Orten befinden werden, an denen sie gebraucht werden. Hier wird Laderaum genommen werden, wo man ihn bekommen kann; und wenn irgendeine Nation Laderaum (z. B. als Rückfracht) gewähren kann, so wird keine andere Nation auf ihn verzichten können.

Der internationale Nachrichtenaustausch wird, soweit er die Voraussetzung für Warenaustausch und sonstigen Geschäftsverkehr bildet, in dem Maße, wie diese sich durchsetzen, notwendigerweise ebenfalls durchgesetzt werden. Daß der Nachrichtenverkehr am Tage des Friedensschlusses seine Organe so wieder vorfindet, wie er sie am Tage des Kriegsausbruches verlassen hat, daß unter den Schlägen dieses Krieges der Weltpostverein nicht aus den Fugen ging, sondern als Rahmen stehengeblieben ist, bedeutet eine gewaltige Leistung, die dem Völkerrecht um so mehr angerechnet werden muß, je häufiger wir während des Krieges in der Lage waren, sein Versagen betonen zu müssen. Soweit der Nachrichtenaustausch ein selbständiges Gewerbe bildet, sind durch die Rolle, die Reuter im Kriege gespielt hat, der Welt die Augen geöffnet worden. In Deutschland hat man eingesehen, daß es eine übel angebrachte Sparsamkeit ist, von den Nachrichten leben zu wollen, die ein anderes Volk verbreitet. An Zuverlässigkeit und Bedeutsamkeit kann der internationale Nachrichtenaustausch nur gewinnen, wenn mehrere gleich große und gleich einflußreiche Bureaus sich gegenseitig kontrollieren. In den Mitteln des Nachrichtenaustausches hat im Laufe des Krieges neben dem Kabelverkehr die drahtlose Telegraphie eine so große Bedeutung erlangt, daß die Gefahr, ein Volk durch Zerschneidung der Kabel jemals wieder abzuschließen, schon jetzt als beseitigt gelten kann (womit jedoch über etwaige Kampfmittel gegen den Funkspruchverkehr nicht geurteilt sein soll).

Am schwierigsten ist es, über den internationalen Personenverkehr der Zukunft ein einigermaßen zutreffendes Urteil auszusprechen. Der geschäftliche Ver-

kehr wird versuchen, möglichst viel im Wege der Korrespondenz zu erledigen. Die deutsche Geschäftswelt wird vielleicht vorziehen, auf eine ihrer bestausgebildeten Einrichtungen, den sprachen- und länderkundigen Handlungsreisenden, in gewissen Fällen zu verzichten und statt dessen abzuwarten, ob die Länder, die auf Bezug von (deutschen oder fremden) Waren aus Deutschland angewiesen sind, nicht ihren eigenen Vorteil darin erblicken, Exportmusterlager und Messen in Deutschland zu besuchen. Die kindlichen Veranstaltungen, die zu Anfang des Krieges aus London berichtet wurden, im Augenblick »nachzumachen«, was eine generationenlange gewerbliche Tradition in Deutschland ermöglicht hat, haben für den Gang der Weltwirtschaft ebensowenig zu bedeuten wie die elegante Fixigkeit, mit der die seit mehr als vier Jahrhunderten bestehende Leipziger Messe während des Krieges nach Lyon »verlegt« wurde.

Schwerer als an den Güteraustausch werden sich die Völker an den Menschenaustausch wieder gewöhnen. Aus- und Einwanderungen werden zunächst auf die Schwierigkeit stoßen, daß man selbst da, wo im eigenen Lande die Verhältnisse als drückend empfunden werden, das bekannte Übel doch den unbekannt gewordenen Verhältnissen in fremden Ländern vorziehen wird. Die Frage der Wanderarbeiter wird nach dem Kriege eine gänzlich andere werden als vorher. Es wird Länder geben, die ihren Menschenmangel durch einen vorübergehenden Zuzug, den sie früher bekämpften, gern ein wenig auffüllen wollen, und denen die Möglichkeit dazu fehlen wird, selbst wenn an anderen Orten Menschen überflüssig sind. Anderswo wird der Zwang eines Wiederaufbaues der Volkswirtschaft zu der heilsamen Erkenntnis führen, daß Menschen, die man für überflüssig gehalten hatte, bei richtiger Organisation im eigenen Lande sehr wohl zu brauchen sind; wobei freilich manches Land, das durch leichtfertige Beteiligung am Weltkriege seine Kapitalsbeziehungen unterbunden hat, mit Schrecken gewahren wird, daß ihm die Kapitalien zur Beschäftigung der eigenen Volksgenossen nicht in dem erwünschten Maße zur Verfügung stehen. Der Fremdenverkehr zu Erholungs- und Vergnügungszwecken wird zunächst in allen Ländern infolge der ernsten wirtschaftlichen Lage einen Rückgang erfahren. Überall wird das Reisen im eigenen Lande bevorzugt werden, und die Länder, für deren Zahlungsbilanz der Verkehr von Ausländern eine gewisse Wichtigkeit hatte, werden auf seine Wiederkehr im alten Maße vermutlich lange warten müssen. Deutschland insbesondere wird die schweren Enttäuschungen, die es während dieses Krieges nicht bloß bei Feinden, sondern auch bei angeblich Neutralen erfahren hat, nicht schnell verwinden können.

Literatur: Jastrow, Wirtschaftskrieg und Völkerrecht (Beiheft der »Zeitschr. f. Völkerrecht«, Bresl. 1916); Harms, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft (Jena 1912); Derselbe, Weltwirtschaftliches Archiv (das., seit 1910) und Deutschlands Anteil an Welthandel und Weltschiffahrt (Stuttg. 1916), die beiden ersteren mit weiteren Literaturangaben; Calwer, Einführung in die Weltwirtschaft (Berl. 1906); »Der Wirtschaftskrieg. Sammlung der Maßnahmen des wirtschaftlichen Kampfrechts« (2. Aufl., Wien 1915); Clapp, Britisches Seekriegsrecht und die Neutralen, übersetzt von E. Zimmermann (Berl. 1916). — Vgl. ferner »Seekriegsrecht«, S. 367 ff.

Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege

von Privatdozent Dr. Emil Lederer in Heidelberg

Die Beziehungen zwischen Volkswirtschaft und Krieg sind immer sehr eng gewesen. Aber erst in der neueren Zeit sind sie besonders untersucht worden, seitdem der Kreislauf der Güter das Material einer eigenen Wissenschaft, der (theoretischen) Nationalökonomie, geworden ist und seitdem man sich gewöhnt hat, dem Alltäglichen im Leben, seinen allgemeinsten sozialen und wirtschaftlichen Formen einen tiefgreifenden Einfluß auf die großen weltgeschichtlichen Begebenheiten zuzusprechen. An der Hand der Erörterung der wichtigsten Einwirkungen eines Krieges auf die moderne Volkswirtschaft lassen sich die mannigfachen Wechselbeziehungen erkennen, die zwischen Krieg und Wirtschaft bestehen.

Einem jeden Wirtschaftssystem und jeder sozialen Verfassung entspricht eine besondere Art des Heerwesens. Ein und dasselbe Wehrsystem ist nicht zu allen Zeiten möglich. Der engen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Vasallen vom Stammesfürsten entsprach das Lehensheer, während die Auflösung dieser engen Beziehungen, die Umwandlung des feudalen Eigentums in freies Eigentum zum Söldnerheere führt, dessen Ausbildung, Vergrößerung und innere Entwicklung wieder von der Möglichkeit steigender Einnahmen der Staatskasse abhängt. Die allgemeine Wehrpflicht, das herrschende Wehrsystem, nimmt seinen Anfang von der französischen Revolution. Seine soziale Voraussetzung ist das Bewußtsein einer Zusammengehörigkeit und intensiven Interessenverflechtung und die dadurch gegebene innige Anteilnahme aller Volksgenossen an den Geschicken des Staates auf der einen Seite, eine gewisse Höhe der Volksbildung, allgemein verbreitete Fähigkeit, sich der militärischen Organisation einzuordnen und in ihr leistungsfähig zu werden, auf der andern Seite.

Dieser Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht kann erst in dem modernen Industriestaat vollkommen zur Durchsetzung gelangen. Denn für einen Agrarstaat ist es ganz unmöglich, wirklich die ganze wehrfähige männliche Bevölkerung unter Waffen zu stellen und zu halten, weil er weder über die finanziellen noch materiellen Mittel hierzu verfügt. Wo es heute doch geschieht, dort auf Basis der Volkswirtschaft von Industriestaaten (z. B. Serbien). An sich zwar scheint auf den ersten Blick ein Agrarstaat dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht eher zugänglich, besonders ein agrar-demokratischer Staat; jeder verteidigt seine Scholle, die Entziehung der Arbeitskräfte trifft alle Wirtschaften gleichmäßig und ist daher nirgends katastrophal. Das trifft freilich zu; aber ein solches Agrarland kann die materiellen Hilfsmittel, Bewaffnung und Unterhaltung eines Heeres, das nach dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht gebildet ist, gar nicht oder nur unter den schwersten Opfern aufbringen. Die größere Produktivität des Industrielandes kann daher leichter ein großes Heer ausrüsten, erhalten und dauernd mit Kriegsmaterial versorgen. So empfindlich die industrialisierte Volkswirtschaft einerseits für den Krieg ist, so ist sie doch andrerseits je nach ihrer Höhe

in der Lage, sich auch auf den Krieg und seine Erfordernisse einzustellen und sie besser zu bewältigen.

In Deutschland ist in ganz außerordentlichem Maße eine Anpassung aller wirtschaftlichen Kräfte an die Erfordernisse des Krieges erreicht worden. Das bedeutet aber eine völlige Umformung der Volkswirtschaft, die seit Kriegsbeginn, und je länger der Krieg dauert, um so mehr, einen ganz neuen Inhalt bekommen und auch neue Verkehrsbahnen eingeschlagen hat. Es gilt nicht mehr der Satz Montecuculis, daß zum Kriegführen Geld, Geld und nochmals Geld gehöre; das allein reicht nicht mehr aus, weil alles Material, das zum Kriegführen notwendig, aber namentlich die Menschen, gar nicht in dem für einen modernen Krieg hinreichenden Umfange gekauft, d. h. in Sold genommen werden können, wie es ehedem der Fall war. Daher ist ein Kriegsschatz für den modernen Krieg (ganz abgesehen davon, daß er in dem notwendigen Umfang überhaupt nicht angesammelt werden könnte) keine notwendige Voraussetzung.

Tiefgreifende Veränderungen ergaben sich auf allen Gebieten. In erster Linie mußte dafür Sorge getragen werden, daß sich der Güterumlauf glatt vollziehe, daß keine Geld- und Kreditkrise eintrete. Die ungeheure wirtschaftliche Erschütterung, die Panikstimmung bei Kriegsanfang, bedeutete auf jeden Fall eine Gefahr für das Geldwesen, also zugleich die Gefahr einer allgemeinen wirtschaftlichen Zerrüttung, weil ja der ganze wirtschaftliche Prozeß nur als Geldbewegung möglich ist. Eine der größten Schwierigkeiten bestand darin, daß bei unveränderter Aufrechterhaltung des Edelmetallumlaufes Gold als Schatz von Privaten aufgespeichert worden wäre. Da der Verkehr überdies mit Kriegsbeginn mehr Umlaufsmittel braucht als in gewöhnlichen Zeiten (denn die Kreditgewährung hört infolge der allgemeinen Erschütterung auf oder wird wesentlich eingeschränkt, so daß überall Barzahlung erfolgen muß), so hätte bei weiterer Einlösbarkeit der Banknoten leicht der innere Wert des Geldes durch Abnehmen der Golddeckung leiden können. Auch wäre der Abfluß von Gold nach dem Auslande möglich gewesen. Diese Gefahren wurden durch wichtige Abänderungen der für das Geldwesen geltenden Gesetze beseitigt. Zunächst wurde die Uneinlösbarkeit der Banknoten verfügt, so daß alles Gold, welches in der Reichsbank oder bei staatlichen Kassen vorhanden war, nun auch da bleiben mußte, der Bank nicht entzogen werden konnte. Eine umfangreiche Propaganda hat dann noch diesen Goldschatz durch Einwechslung von Metall gegen Noten während des Krieges erheblich gesteigert. Die zweite wichtige Maßnahme bestand darin, daß während des Krieges auch Schatzanweisungen des Reiches und Wechsel, welche das Reich verpflichten, als Deckung der Noten gelten sollen. Diese beiden Bestimmungen (wozu noch die über Darlehnskassenscheine kam, s. unten) hatten die Wirkung, daß die Bank in der Notenausgabe viel freier wurde, daß sie dem großen Bedarf an Zahlungsmitteln gerecht zu werden vermochte, ohne die Grenzen solider Geschäftsgebarung zu überschreiten.

Hierbei ist die Absperrung Deutschlands vom Auslande, die der Krieg mit England bewirkte, insofern von Vorteil gewesen, als das deutsche Geldwesen im großen ganzen nur den Güterumschlag auf dem inneren Markte zu besorgen hatte und auf diesem die Autorität des Staates und das Vertrauen in das Reich, welches mit dem Kriegsverlauf gewachsen ist, trotz den außergewöhnlichen Maßnahmen nicht vermindert wurde. Die Versorgung mit Material aller Art ist durch die staatliche Regelung des Geldwesens erst ermöglicht worden. Erhebliche Schwierigkeiten bereitete anfangs die Kreditbeschaffung, die für das Geschäftsleben doppelt notwendig war; drohte doch im Anfang des Krieges eine Geldklemme, die selbst den lebensfähigsten Unternehmungen gefährlich zu werden schien. Die wachsende Gewöhnung vieler Banken, die der Natur nach langfristigen (Anlage-)Kredite in Form von kurzfristigen Krediten zu gewähren, stellte viele selbst große Unternehmungen mit der Kündigung solcher Kredite vor das Nichts, um so mehr als die Krise auf dem Wertpapiermarkte auch die Umwandlung von Vermögenswerten in Geld nur mit schwersten Verlusten oder gar nicht gestattete. Die Darlehnskassen, die mit Kriegsbeginn ins Leben traten, halfen den Unternehmungen über diesen Punkt hinweg, da bei ihnen Wertpapiere aller Art und auch Waren zu einem billigen Zinsfuß belehnt werden konnten. Sie gestatteten einmal die Weiterführung bedrohter Betriebe und erleichterten außerdem die Notenausgabe der Reichsbank. Denn ihre Darlehen konnten in Banknoten gewährt werden, während die Darlehnskassenscheine in die Reichsbank wanderten, bei welcher sie — ebenso wie Edelmetall — die Grundlage der Notenausgabe bildeten. Der Betrag der bei der Reichsbank verbleibenden Darlehnskassenscheine vermehrt also den Edelmetallbestand, und ihre Einrechnung in diesen Metallbestand ist insofern nicht unberechtigt, als für die Darlehnsscheine ja reale Werte (in Gestalt der verpfändeten Wertpapiere und Waren) haften. Die Einrichtung der Darlehnskassen (die übrigens nur in einem sehr geringen Umfange in Anspruch genommen wurden, weil die Möglichkeit, Kredit zu erhalten, diesen schon vielfach überflüssig macht) bewirkt also, daß ein Teil des wirklichen Volksvermögens, der realen ökonomischen Substanz, als Sicherheit für das Geldwesen (neben dem Barrengold) haftet.

Außer auf dem Gebiet des Geldwesens brachte der Krieg andere, sehr tiefgreifende staatliche Maßnahmen, die wichtige Teile der Volkswirtschaft unter staatliche Aufsicht stellten und das Wirtschaftsleben in die Bahnen lenkten, die den Zwecken der Kriegführung entsprachen:

1) Die Einberufung der Wehrpflichtigen bedeutet eine Verringerung der Arbeitskräfte. Bei früheren Kriegen lag darin kein Problem, denn der Stoß, den das ganze Wirtschaftsleben erhielt, war so heftig, daß sich daraus eine Verminderung der wirtschaftlichen Tätigkeit ergab, die meist noch weiterging als der Rückgang der verfügbaren Arbeitskräfte. Mangel an Arbeitskräften ist daher nicht Begleiterscheinung früherer Kriege, in deren Verlauf vielmehr Arbeitslosigkeit und Not in breiten Schichten des Volkes zu herrschen pflegten. Der Zustand des Arbeitsmarktes zu Beginn dieses Krieges vor der Einberufung des Landsturms gibt ungefähr ein Bild davon. Die modernen Heere sind aber derart Volksheere geworden, daß bei längerer Kriegsdauer sämtliche Bevölkerungsreserven herangeholt und dadurch die Hauptmasse der Arbeitskräfte der Volkswirtschaft entzogen wird (im Alter von 17—45 Jahren stehen von allen männlichen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft etwa 54 Proz., in Industrie, Bergbau usw. etwa 70 Proz., in Handel und Verkehr etwa 68 Proz.). Da in der Regel bloß die militärisch Tauglichen auch im Beruf voll verwendbar sein dürften, so bedeutet die Heranziehung

aller waffenfähigen Männer im wesentlichen den Wegfall der produktiven Jahrgänge. Diese Verringerung der Arbeitskräfte trat nicht in allen Industrien gleichmäßig ein; in dem Maß, als eine Industrie auf Frauenarbeit aufgebaut ist, bleibt sie von dieser Wirkung des Krieges verschont (obgleich zwar überall die Einziehung von Vorarbeitern, Werkmeistern, technischem und kaufmännischem Personal sich fühlbar gemacht haben dürfte), und das sind zum Teil Industrien, deren Geschäftsgang gerade durch den Krieg (wenigstens in den ersten Monaten) eine Stockung erlitt (Textilindustrie, Heimarbeit aller Art). Eine solche Beanspruchung der Volkskraft wirkt am stärksten in einem hochdifferenzierten Industriegebiet; da sind die meisten Arbeitskräfte an ihrer Stelle fast unersetzlich. In einem bäuerlichen Agrarland kann die Arbeitskraft von Frauen und Kindern zur Not die der eingezogenen Männer ersetzen, so daß dort infolge des Krieges eine gleichmäßige Herabsetzung der Leistungsfähigkeit eintritt, während in einem vielgestaltigen Industrieland eine vollständige Umbildung des Wirtschaftslebens erfolgen muß (vgl. die Standfestigkeit der serbischen Volkswirtschaft in diesem Kriege, welcher seit wenigen Jahren bereits der dritte ist! Ähnlich ist die überraschende Widerstandskraft der russischen Volkswirtschaft zu erklären).

2) Zu dieser organischen Störung, welche die lebendige Kraft jeder Volkswirtschaft betrifft, kommt die äußere Störung der Verkehrsverbindungen. Diese war in Deutschland besonders groß. Nicht nur die Mobilmachung und die damit verknüpfte Störung des Eisenbahn-Personen- und -Frachtenverkehrs ist hierher zu rechnen, sondern namentlich auch die Absperrung vom Auslande. Nur der Verkehr mit unmittelbar angrenzenden neutralen Staaten und mit Österreich-Ungarn blieb aufrecht; der Seeverkehr schrumpfte auf ein Mindestmaß zusammen. Das bedeutet Schwierigkeiten in der Beschaffung von Rohstoffen und anderen Einfuhrgegenständen, Schwierigkeiten in der Ausfuhr von Fertigfabrikaten. Die gesamte Außenhandelsbewegung Deutschlands bezifferte sich in Friedenszeiten auf etwa 20 Milliarden Mark jährlich. Ihre wesentliche Verminderung und die gleichzeitige Erschwerung des Transports im Innern des Landes waren weitere mit Kriegsbeginn eintretende Hemmungen. Letztere bedeuten, soweit unentbehrliche Rohstoffe nicht eingeführt, Exportwaren nicht ausgeführt werden können, eine Einschränkung der Produktion; so mußten Betriebe ihre Tätigkeit einstellen, die zwar noch über genügende Arbeitskräfte verfügten, sich jedoch nicht in der Lage sahen, ihre Erzeugnisse an die bisherigen Abnehmer zu verkaufen.

3) Die Einschränkung der Gütererzeugung erstreckt sich nun infolge der innigen Verflechtung aller Teile einer modernen Volkswirtschaft sehr bald auf andere Gebiete, die unmittelbar von diesen Kriegswirkungen nicht berührt sind. Denn sie lähmt die Verbrauchskraft breiter Schichten der Arbeiterbevölkerung und des Mittelstandes, zwingt sie zu Einschränkungen und hat so auch die Einstellung oder Einschränkung von Betrieben zur Folge, die von den beiden erwähnten Ursachen nicht betroffen werden.

In allen Ländern war daher der Krieg zunächst als eine Krise des Wirtschaftslebens fühlbar, und zwar als eine sehr schwere Krise, da ja die erwähnten Ursachen während des Krieges nicht in Fortfall kommen konnten. Aber in dem Maße war überall die Möglichkeit der Wiedererholung gegeben, als im Kriege und durch den Krieg wesentliche Teile der Wirtschaftstätigkeit zu lohnenden Bedingungen in gesteigertem Umfang in Anspruch genommen werden mußten. So konnte die gesamte Landwirtschaft während des Krieges mit einem vorteilhaften Absatz ihrer Produkte rechnen (durch die Abschnürung der Einfuhr), ebenso wie die gesamte Rüstungsindustrie im engeren Sinn mit dem Momente des Kriegsausbruchs ihre Tätigkeit ganz außerordentlich steigern mußte. Tatsächlich setzte mit Kriegsausbruch sofort ein sehr starker Begehr nach Verbrauchsgegenständen aller Art ein, der ja auch zu manchen unerfreulichen Nebenerscheinungen führte. In der Landwirtschaft vor allem und den Handelskreisen mußte sich also neue Kaufkraft bilden und über kurz oder lang auf dem Markte für Industrieerzeugnisse in Erscheinung treten.

Noch wichtiger aber ist die außerordentliche Bedeutung, welche die Rüstungsindustrie während dieses Krieges bekommen hat. In jedem Kriege war die Herstellung des Kriegsmaterials ausgedehnt und gewinnbringend. Das Eigenartige des modernen Krieges beruht aber auf zwei Momenten, erstens darauf, daß das eigentliche Kriegsmaterial, entsprechend der steigenden Anzahl von Soldaten, in ganz ungeheuren Mengen erzeugt werden muß, um die während des Krieges eintretende Vergrößerung der Armeen und den ohnedies großen und damit noch wachsenden Verbrauch an Kriegsmaterial aller Art zu ermöglichen. Noch nie in der Geschichte bisher sind während des Krieges in überraschender Schnelligkeit so ungeheure Heeresformationen neu geschaffen worden (eines der größten Beispiele hierfür bietet England, das trotz seines kleinen stehenden Heeres während des Krieges aus Freiwilligen eine Millionenarmee aufstellte), welche sämtlich neu ausgestattet und mit Kriegsmaterial aller Art versehen werden müssen. Nie noch war auch der Verbrauch an Material aller Art (namentlich Munition) so groß als in diesem Kriege, welcher die Abstoßungskraft der Verteidigung sowohl als die Durchschlagskraft des Angriffs durch die Artillerie ins Ungeheure zu steigern sucht. So stehen alle kriegführenden Staaten, auch sofern sie eine eigne Industrie besitzen, dem schweren Dilemma gegenüber, wie das notwendige Kriegsmaterial im Lande beschafft werden soll, wenn die hierfür notwendige Arbeiterschaft allmählich in die Heeresorganisation einbezogen wird (wie in England) und wenn wichtige Roh- und Hilfsstoffe nicht regulär auf dem Weltmarkte beschafft werden können (wie z. B. in Deutschland und Österreich-Ungarn).

Das Gebiet der Kriegslieferungen wird aber zu eng gefaßt, wenn man bloß an Ausrüstungsgegenstände im engsten Sinne, wie Geschütze, Gewehre, Munition usw., denkt. Dadurch, daß die ganze waffenfähige männliche Bevölkerung (in manchen Ländern sogar die Mindertauglichen) wirklich in den Krieg hineingezogen, daß auch die Unausgebildeten noch während des Krieges ausgebildet und als Reserven oder Linientruppen verwendet wurden, ergab sich, und das ist das zweite Moment, ein ganz ungeheuer gesteigerter Verbrauch all der Ausrüstungsgegenstände, die in früheren Zeiten im Kriege einfach schon zu Beginn vorhanden waren, wie Uniformen und andere Ausrüstungsgegenstände der Soldaten, deren persönliche Nachfrage nach allen Artikeln des täglichen Bedarfs und ihrer Bequemlichkeit auf den Zweck des Krieges hin verändert worden war. Diese gesamte Nachfrage, welche von der Finanzkraft des Staates sowohl als

der Einberufenen selbst und deren Angehörigen getragen wird (Liebesgaben!), ist dem Umfang nach sicherlich ganz außerordentlich bedeutsam und ergänzt die Nachfrage nach Erzeugnissen der Rüstungsindustrie im strengen Sinn des Wortes. Beide spielten überall in diesem Krieg eine entscheidende Rolle bei der Wiederbelebung des Wirtschaftslebens, in Deutschland besonders stark, weil hier in rascher Folge starke Reserven mobilisiert wurden und sich auf allen Kriegsschauplätzen eine ungeheure Tätigkeit entfaltete.

Das Zurücktreten der »privaten Nachfrage« im weitesten Sinn des Wortes, das Überwiegen der »militärischen« Nachfrage (wieder im weitesten Sinn genommen) erforderte aber eine Umschaltung des gesamten Wirtschaftslebens, weil sich diese neue Nachfrage nicht auf dieselben Produkte richtete wie die alte. Unter manchen Schwierigkeiten (vgl. darüber den besonderen Artikel über die Industrie im Weltkriege, S. 416) ist aber in Deutschland diese Umschaltung im großen ganzen in befriedigender Weise möglich geworden. Sie hatte mehrere Voraussetzungen: gute Organisation der Industrie in Friedenszeiten, die nun als Kriegsorganisation verwendet werden konnte; Abkommen der Unternehmer mit der Arbeiterschaft (Tarifverträge), deren Form auf Heereslieferungen übertragen werden konnte und zur Abschwächung des Konfliktstoffes viel beitrug; hohen Stand der deutschen Industrie, der es ermöglichte, trotz der Unterbindung mancher wichtiger Zufuhren (durch Ersatzmittel und Verwendung von Altmaterial) die Nachfrage nach allen Produkten zu befriedigen; schließlich, aber nicht an letzter Stelle, den günstigen Verlauf des Krieges, der nicht nur die deutschen Industriegebiete unberührt ließ, sondern Hauptindustriezentren der Gegner Deutschlands in deutschen Besitz brachte und damit die industrielle Basis verbreiterte. So konnte die deutsche Industrie den erstaunlichen Anforderungen nachkommen, die im Laufe des Krieges an sie herantraten.

In dem Umfang, als dieser Verbrauch wuchs, als alle im Inland vorhandenen Kräfte in die Rüstungsindustrie (im weitesten Sinn genommen) hineingezogen wurden, wich immer mehr die ökonomische Krise, und das Wirtschaftsleben nahm sogar allmählich den Charakter einer Hochkonjunktur an. Steigende Preise, wachsende Bestellungen, großer Arbeitermangel, Anspannung aller Betriebseinrichtungen bis zur höchsten Leistung sind die Signatur der deutschen Volkswirtschaft bald nach den ersten Kriegsmonaten.

Diese Kriegskonjunktur, eine Folge des langdauernden Krieges, erschöpft jedoch nicht das Bild der wirtschaftlichen Gesamtlage. Zwei Punkte, die zu ihrer Beurteilung wesentlich sind, seien noch erwähnt, die Gestaltung der Lebensmittelversorgung und die ökonomische Deckung der Kriegskosten.

Da ein erheblicher Teil der Getreide- (namentlich der Weizen-) Versorgung Deutschlands aus dem Ausland erfolgt und außerdem die in Deutschland betriebene Viehzucht (die es gestattet, die Fleischnahrung Deutschlands im wesentlichen aus den eigenen Viehbeständen zu bestreiten) auf der Zufuhr ausländischer (in erster Linie russischer) Futtermittel beruht, hatte Deutschland, wenn es von den überseeischen oder fremden Zufuhren überhaupt abgesperrt war, von vornherein mit **Nahrungsschwierigkeiten** zu kämpfen, die ja auch einen der wesentlichsten Posten in der Rechnung Englands ausmachten. Diese objektiv gegebenen Schwierigkeiten setzten sich gleich zu Beginn des Krieges in erhebliche Preissteigerungen um. Wenn der Staat bei dieser Marktlage für landwirtschaftliche Produkte nicht eingegriffen hätte, so wäre eine Hungersnot und außerordentliche Teuerung sicherlich eingetreten, da ja nach einer alten volkswirtschaftlichen Regel (dem Kingschen Gesetz) erfahrungsgemäß bei relativ geringer Einschränkung des Angebotes an Getreide die Preise hierfür ganz außerordentlich steigen. Je mehr Getreide zum Hauptnahrungsmittel geworden ist (in Deutschland namentlich an Stelle der Kartoffeln), desto restloser gilt dieses Gesetz. So mußte die Regierung zu einer Einschränkung der Marktfreiheit gelangen und zur Erlassung von **Höchstpreisen** schreiten; auch diese mußten sich als unzureichend erweisen, weil jeder Höchstpreis eine bestimmte Marktlage voraussetzt. Ist weniger Getreide vorhanden oder angeboten, als der Nachfrage bei diesem Höchstpreis entspricht, so wird die Nachfrage selbst die Schranke der behördlichen Verordnung durchbrechen und die leistungsfähigen Käufer werden durch Überbietung der Höchstpreise sich den Ankauf zu sichern suchen — wie wir es in größtem Umfang erlebt haben. Höchstpreise können daher nur wirksam werden, wenn man gleichzeitig die Nachfrage begrenzt. Hier, wo bloß die Volkswirtschaft im großen ganzen in ihren wesentlichsten, durch den Krieg bedingten Veränderungen besprochen wird, genügt der Hinweis, daß sich die Politik des Reiches (wie aller kriegführenden Staaten, die vom Ausland abgeschnitten sind) darauf erstrecken mußte, eine sorgliche Bewirtschaftung der vorhandenen Nahrungsmittel zu sichern (Weiteres s. S. 423 ff.). Man kann nicht behaupten, daß das Ziel, gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung zu mäßigen Preisen, restlos erreicht wurde; im Gegenteil sind in den erzielten Wirkungen nur Ansätze einer gemeinnützigen Nahrungsmittelpolitik zu erblicken. Immerhin sind sie als solche außerordentlich bemerkenswert. Wir werden ihnen aber nicht ganz gerecht, wenn wir sie nur als sozialpolitische Maßnahmen betrachten; sie sind zugleich für die Kriegführung außerordentlich wichtig gewesen, weil sie erst die Möglichkeit dafür geboten haben, daß der Krieg durch die **militärische** Leistung entschieden werden könne (die Maßnahmen setzten ja tatsächlich auch erst ein, als eine längere Kriegsdauer wahrscheinlich wurde), und sie sind ganz allgemein wirtschaftspolitisch bedeutsam, weil sie Mittel großen Stiles waren, einen wesentlichen Teil des Wirtschaftslebens, ohne ihn ganz zu verstaatlichen, unter staatliche Aufsicht zu bringen. Hier wie bei der Regelung des Geld- und Kreditwesens während des Krieges war gerade die Abschließung vom Ausland Voraussetzung einer tiefgreifenden systematischen staatlichen Kriegswirtschaftspolitik. In hohem Maße von militärischen Gesichtspunkten beherrscht, war sie zugleich ein — allerdings auf ein besonderes Gebiet begrenzter — Versuch, die auseinanderstrebenden wirtschaftlichen Interessen tunlichst gleichmäßig zu berücksichtigen.

Das Eigenartige der Einwirkung des Krieges auf die (geschlossene) Volkswirtschaft haben wir bisher darin erblickt, daß die Form alles Wirtschaftens, der Geldumlauf, vom Staat wesentlich umgestaltet wurde, daß bedeutsame Einschränkungen der wirtschaftlichen (und namentlich der industriellen) Tätigkeit eintraten, daß diese selbst in ihrem Inhalt — nach dem veränderten Begehr — umgestaltet werden mußte, daß die ganze agrarische Sphäre, welche während des Krieges einen gesteigerten Monopolcharakter erhielt, Gegenstand eingehender Regelung wurde.

Es sind also tiefgehende Eingriffe des Staates in

die wirtschaftliche Tätigkeit zu vermerken, sowohl auf dem Gebiete der Landwirtschaft als dem der Industrie. Diese Wirtschaftspolitik während des Krieges ist aber nicht als Beginn einer Sozialisierung der Wirtschaft aufzufassen. Denn diese Regelung hat ja letztlich nur den Sinn, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kriegführung zu erhalten. Sowohl die Verteilung der industriellen Rohstoffe als die Verteilung des Getreides und Mehls, die Vorsorge dafür, daß nur die notwendigsten Dinge erzeugt werden, deren Erzeugung aber sichergestellt wird (daß z. B. wichtige Nahrungsmittel den Menschen vorbehalten bleiben, ihre Verfütterung verboten wurde, daß wichtige Rohstoffe für Heereszwecke verwendet, dem Privatgebrauch entzogen wurden usw.), alle diese Maßnahmen leiten sich letzten Endes durchaus von dem Kriege her, sind Ausnahmeverfügungen für die Zwecke und die Zeit des Krieges und können eine grundsätzliche Bedeutung nicht beanspruchen. Sie sind um so weniger ein Beginn des Sozialismus, als es sich in den markantesten, weitestgehenden Bestimmungen (der Brotmarkeneinrichtung) nur um eine Sozialisierung des Konsums, nicht aber der Produktion handelt, und schließlich um eine Sozialisierung, die ebenso unsozial ist, wie ehemals die Kopfsteuer war[1]. Nur insofern ist die Bedeutung dieser Maßnahmen erheblich, als der Beweis geliefert ist, wie tiefe Eingriffe in die Privatwirtschaft vertragen werden können. Dabei müssen wir uns immer wieder vor Augen halten, daß in der deutschen Volkswirtschaft — die vom Ausland im wesentlichen abgeschnitten ist — manche Dinge möglich sind, die sich bei freiem Weltmarkt von selbst verbieten. So sehr also auch der Staat im Kriege bestimmend in die Volkswirtschaft eingegriffen hat, so dürfen wir darin doch keine prinzipielle Wandlung seines Verhältnisses zur Wirtschaft erblicken.

Über diese Veränderungen, welche sich während des Krieges in der Struktur der Volkswirtschaft vollzogen, hinaus ist aber noch die Frage aufzuwerfen, welche sich jedem aufdrängt, der über die Beziehungen zwischen Wirtschaft und modernem Kriege nachdenkt: **Was kostet der Krieg und wie wird er bezahlt?** Wie ist es möglich für den Staat, so viel Geld aufzubringen, um die Tätigkeit des ganzen Volkes auf allen Äckern und in allen Werkstätten zu entlohnen? Woher stammt der Reichtum, der Deutschland in den Stand setzt, einen Krieg zu führen, der monatlich 2 Milliarden kostet, wie der Schatzsekretär bei Einbringung der dritten Kriegsanleihe im Reichstag anführte? Wer bezahlt uns eigentlich den Krieg? Denn soweit wir ringsum sehen: gewerbliche Unternehmer, Landwirte, Arbeiter — alle verdienen am Krieg; die Soldaten und Offiziere werden gekleidet, gespeist, die Kriegsmaschinerie wird klaglos mit allem Material versehen — wer bezahlt das? Denn alles, was für den Krieg notwendig ist, wird ja für Geld hingegeben. Woher kommt das Geld?

Es gibt mehrere Möglichkeiten, den Krieg ökonomisch zu bewältigen. Am leichtesten fällt es, wenn der Gegner gezwungen wird, für die Kosten aufzukommen. Dann ist die ökonomische Regelung so vorzustellen, daß der Staat das Geld auslegt, der geschlagene Gegner es nach dem Kriege ersetzt. Und weil Geld ja nur Anweisung auf Waren ist, heißt das so viel, daß die Produzenten aller Art während des Krieges vom Staat Geld — also Anweisung auf Waren — erhalten, die einzulösen dann der geschlagene Feind die Verpflichtung hat. Wird im ganzen Umfang der Kriegskosten Entschädigung geleistet, so ist das ökonomische Problem glatt zu lösen; es ist nur in gesteigertem Umfang in dem **besiegten** Staat gegeben, welcher die eigenen **und** die fremden Kriegskosten tragen muß. Diese endgültige ökonomische Liquidation des Krieges ist etwas, was uns in diesem Zusammenhang nicht in erster Linie interessiert, sondern vielmehr die Form, in welcher sich **während** des Krieges die wirtschaftliche Kriegführung vollzieht. Hier sind, im wesentlichen, zwei Möglichkeiten gegeben. Die eine, bei einem kurzen Krieg, besteht darin, daß der Staat das Geld für alle Kriegslieferungen (im weitesten Sinn genommen) auslegt. Das ist der Sinn des Kriegsschatzes in alter Zeit. Er sollte womöglich so groß sein, um die Lasten des Krieges zu tragen oder wenigstens sehr zu erleichtern. Der Fall liegt analog, wenn der Staat imstande ist, während des Krieges, so wie für alle Staatsauslagen auch für die Kosten des Krieges Steuern in Anspruch zu nehmen, also die Steuererträgnisse so zu steigern, daß die Kriegskosten im wesentlichen aus ihnen gedeckt werden können. Das ist eine, namentlich in England bisher sehr beliebte Methode, die den Vorteil hat, daß der Krieg **sofort** die Volkswirtschaft belastet, dadurch leichtfertige Kriegführung verhütet und daß jede Generation die Kriege bezahlt, die sie führt. Es tritt keine Belastung der Zukunft durch den Krieg ein. Diese Art, die Kriegskosten zu decken, ist im gegenwärtigen Kriege unmöglich. Kein Staat könnte die Steuererträgnisse so steigern, um auch nur einen erheblichen Teil der Kriegskosten zu decken. Daher sehen wir auch in diesem Krieg andere Mittel in Anwendung, die auch bereits in früheren Kriegen üblich waren. Das eine Mittel besteht darin, daß der Staat sich die Kriegsauslagen durch Anleihen bei der Zentralbank und den großen Privataktienbanken zu verschaffen sucht, was so viel bedeutet, als daß (unter Garantie dieser Institute) Geldmittel zur Bezahlung der Kriegslieferungen geschaffen werden. Kurz gesagt, die Deckung der Kriegskosten im Wege der Schaffung von Geldzeichen, also Ausgabe von Papiergeld, spielt eine große Rolle (z. B. in Frankreich, Rußland; auch in Österreich-Ungarn dürfte ein erheblicher Teil der Kriegskosten bisher durch vermehrte Notenausgabe gedeckt worden sein). In allen diesen Fällen, soweit die Deckung durch Notenausgabe erfolgt, ist eine Überfüllung des Geldumlaufs und damit eine Entwertung des Geldes zu befürchten — zum Teil ja auch schon in Form von Teuerung eingetreten. Wir müssen uns den Prozeß der Gütererzeugung dann so vorstellen, daß die Kriegslieferanten (im weitesten Sinn des Wortes) ihre Waren an den Staat hergeben, dafür Geldnoten erhalten — daß die Masse der im Umlauf befindlichen, in den Händen der Produzenten sich ansammelnden Noten wächst, ohne daß sich die Menge der für den Verbrauch verfügbaren Güter vergrößert (diese verringert sich vielmehr). Der Krieg wird in diesem Fall geführt

[1] Da der Brotverbrauch auf den Kopf im großen ganzen im umgekehrten Verhältnis zum Einkommen steht, so bedeutet die gleichmäßige Zuteilung von Brot, daß die begüterten Schichten ihren Verbrauch unverändert beibehalten können, während die ärmeren Schichten ihn einschränken müssen. Diese sind dann genötigt, zu Surrogaten, schlechteren oder teureren Nahrungsmitteln überzugehen. (Der Brotverbrauch schwankt zwischen 100 und 1000 g täglich im umgekehrten Verhältnis zur Wohlhabenheit; der Anteil wurde auf den Kopf mit 280 g für den Tag bestimmt, einschließlich des Mehlverbrauchs, so daß sich bei Ankauf von Mehl die zur Verfügung stehende Brotmenge verringerte.)

nicht auf Kosten des Staates, sondern der einzelnen Bürger, welche genötigt sind, höhere Preise für alle Produkte zu bezahlen. Diese Preiserhöhungen sind in Wahrheit dann die Kriegskosten, und sie werden in sehr roher Weise — eben durch Preiserhöhung — vom ganzen Volke (also auch den Kriegslieferanten selbst) gedeckt.

Etwas geregelter vollzieht sich der wirtschaftliche Prozeß, wenn die Kriegskosten, wie in Deutschland, im wesentlichen durch eine Anleihe gedeckt werden. In diesem Fall nämlich werden zwar auch alle Kriegslieferungen mit Geld bezahlt; aber dieses Geld fließt mittelbar oder unmittelbar durch die Zeichnung und Bezahlung der Anleihe wieder in die Kassen des Staates zurück. Es kann daher wieder ausgegeben und wieder durch eine neue Anleihe zurückgezogen werden. Diese Praxis hat den Vorteil, daß der Geldumlauf des Landes vor Überfüllung bewahrt wird. Da die Geldzeichen, welche umlaufen, nicht zum Ankauf von Waren, sondern zur Bezahlung der Anleihe verwendet werden, da also (direkt oder indirekt) die Ansprüche, welche durch die Kriegslieferungen entstehen, erst späterhin, ratenweise (als Zinserträgnis der Anleihen) in Erscheinung treten, so ist eine solche Entwertung des Geldes, wie sie bei der Kostendeckung durch Notenausgabe unvermeidlich ist, bei dieser Praxis nicht zu befürchten. Sie ist aber nur möglich, wenn das Vertrauen des gesamten Volkes in den Staat ein unerschütterliches ist, wenn selbst die größten finanziellen Ansprüche des Staates im Wege der Anleihe (wie das in Deutschland der Fall ist) befriedigt werden können. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß auch hier die Abschnürung vom Auslande, namentlich vom überseeischen, zum großen Teil den Anleihenerfolg erst ermöglicht hat. Denn diese Abschnürung hat auf der einen Seite zur Folge, daß alle Kriegslieferungen im Inland aufgebracht werden müssen und daß also die Bezahlung fast durchweg an Reichsinländer geht; diese können wiederum das einfließende Geld nicht anders als im Inland anlegen. Da aber die Anlagetätigkeit der Industrie während des Krieges fast ganz stockt, weitere Anlagemöglichkeiten (außerhalb der Kriegsindustrie) also nicht gegeben sind, so wenden sich die Ersparnisse der Kriegszeiten einem gewissen Sinn automatisch den Reichskriegsanleihen zu, welche ja hoch verzinslich sind. Deren Zeichnung ist also seitens der Besitzer flüssiger Mittel kein Opfer, sondern ökonomisch ein Vorteil. Diese Zeichner denken ja auch nicht daran, die Anleihe dauernd zu behalten, sondern werden sich, wenn die Anlagemöglichkeiten für Kapital wieder aufleben werden, sehr bald ihrer Anleiheanteile wieder entledigen. Ein Opfer wird nur von jener breiten Schicht kleiner Zeichner gebracht, die ihren Konsum einschränken, um sich an der Zeichnung beteiligen zu können.

Mit der Zeichnung der Anleihe ist aber der Krieg noch nicht bezahlt. Dem Reich wird vielmehr — eben in Form der Anleihe — von seinen Bürgern die für die Bezahlung des Krieges notwendige Summe geliehen. Sie muß dann während der nachfolgenden Friedenszeit (wenn keine Kriegsentschädigung in Höhe der Kriegskosten zu erzielen ist) in den Zinsen und Tilgungsraten gedeckt werden. Es wird eines der schwersten finanzpolitischen Probleme bilden, in welcher Weise die Kosten des Krieges (soweit sie nicht durch Entschädigung beglichen werden) auf die einzelnen Bevölkerungsklassen zu verteilen sind. Hier handelt es sich (vgl. Geld und Kredit, S. 416) um ganz außerordentliche Summen, welche das Reichsbudget mindestens verdoppeln dürften. Erst damit wird der Krieg ökonomisch liquidiert.

Die Geldbewegung im Kriege zeigt also deutlich, wie intensiv der Zusammenhang zwischen dem Krieg und der modernen Volkswirtschaft ist. Er besteht im wesentlichen (namentlich in einer geschlossenen Volkswirtschaft) darin, daß die reale Gütermasse, die in einem Volke gegeben ist, vermindert wird; im großen ganzen besteht diese Verminderung darin, daß während des Krieges mehr als in normalen Zeiten bloß direkte Verbrauchsgüter erzeugt werden, hingegen die Erzeugung von Kapitalgütern wesentlich vermindert ist. Während des Krieges werden kaum Maschinen erzeugt, werden keine neuen Bergwerksstollen angelegt, werden nur wenig Schiffe und Häuser gebaut, werden die Investitionen aller Art vermindert usw. — weil alle Kräfte notwendig sind, um die Bedürfnisse jeder Art von Heer und Flotte zu befriedigen, und die Zivilbevölkerung mit dem Notwendigsten zu versorgen. Alles, was an verbrauchbarem Material eine von außen abgeschlossene Volkswirtschaft in sich hat, wird auf diese Weise verarbeitet. Nach dem Krieg ist die Volkswirtschaft an Gütern, die zu Verbrauchsgütern werden können, ärmer. Es muß die Kapitalausstattung wieder ergänzt, vermehrt werden. Ein erheblicher Teil der dann zur Verfügung stehenden Arbeit wird notwendig sein, diese Ergänzungen vorzunehmen, und daher wird der Gesamtgüterbestand, der zum Verbrauch zur Verfügung steht, geringer sein (mit der Zeit vor dem Kriege verglichen). Und dieser Bestand wird außerdem in anderer Weise zur Verteilung gelangen, weil ja die Zinszahlungen für die Anleihen bedeuten, daß ein Teil des realen Volkseinkommens den Zeichnern der Anleihen zufließt. Die Volkswirtschaft führt also, den Wirtschaftsprozeß im großen ganzen betrachtet, mit ihrem Reichtum Krieg. Ihr Reichtum ist das Material, das aufgewendet, und das zum Teil aufgebraucht wird. Nach dem Kriege sind wir ärmer, wenn auch noch so viele Einzelpersonen aus dem Kriege Gewinn gezogen haben mögen. Das rasch pulsierende Leben unserer Volkswirtschaft darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich Tag für Tag der Volksreichtum vermindert. Nur wenn man hofft, die Kriegskosten würden ganz wiedererstattet werden, ist die ökonomische Bilanz des Krieges günstiger; auch dann zwar bringt der Krieg nicht ökonomischen Gewinn, aber doch nicht so erhebliche Verluste. Der Verlust bestünde dann in dem Ausfall an Arbeitskraft all der Millionen, welche als Soldaten und Offiziere während der Kriegsdauer im Felde standen. So ist dieser Krieg in einem ganz bestimmten Sinn ein Wirtschaftskrieg: er wird mit der Substanz der Volkswirtschaft geführt, die sich in ihm allmählich aufzehrt, wenn der Krieg lange dauert. Auch darin zeigt sich, in welch hohem Maße jeder moderne Krieg ein Volkskrieg ist, daß Gut und Blut und auch Vermögen des Volkes in ihm aufgeopfert werden müssen. Wir müssen den Mut haben, das einzusehen, daß wir in einem Krieg nie reicher, nur ärmer werden können. Eine moderne Volkswirtschaft kann nicht — wie es ehedem wohl der Fall war — den Krieg als eine gewinnbringende Unternehmung führen. In jedem Krieg opfert sich die Volkswirtschaft selbst auf; sogar in einem siegreichen Krieg ist das möglich, wenn der Gegner vom Sieger so geschwächt wird, daß er nicht mehr imstande ist, eine Entschädigung zu bezahlen. Gerade der militärisch erfolgreiche Krieg kann einen solchen Ausgang nehmen.

Diese Einsicht folgt aus der Eigenart des modernen Krieges, die wieder durch die allgemeine Wehrpflicht und das Industriesystem gegeben ist. Daraus erklärt sich dann, daß jeder, auch ein glücklich geführter Krieg für einen modernen Industriestaat ökonomisch mit den größten Opfern verbunden sein muß.

Literatur: Beumer, Deutschlands Wirtschaftslage während des Krieges (Essen 1915); O. Brandt, Die deutsche Industrie im Kriege (Berl. 1915); C. J. Fuchs, Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege (Tübing. 1915); E. Gothein, Krieg und Wirtschaft (Heidelb. 1914); H. Herkner, Krieg und Volkswirtschaft (Berl. 1915); E. Jaffé, Volkswirtschaft und Krieg (Tüb. 1915); Jastrow, Im Kriegszustand (Berl. 1914); Landesberger, Der Krieg und die Volkswirtschaft (Wien 1915); G. v. Mayr, Volks-, Welt- und Kriegswirtschaft (Berl. 1915); Plenge, Der Krieg und die Volkswirtschaft (Münster i. W. 1915); Schmid, Kriegswirtschaftslehre (Leipz. 1915). Das »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« hat unter dem Titel »Krieg und Wirtschaft« (Tüb. 1914 ff.) einen Kriegsband herausgegeben, der zahlreiche Beiträge über die allgemeinen Beziehungen zwischen Krieg und Wirtschaft nebst vielen speziellen Abhandlungen enthält. Alle volkswirtschaftlichen Zeitschriften bringen seit Kriegsbeginn fortlaufend Arbeiten über kriegswirtschaftliche Fragen. Hier sind nur die wichtigeren allgemeinen Veröffentlichungen über Krieg und Wirtschaft aufgeführt worden; eingehendere Angaben finden sich bei den Sonderartikeln.

Kriegsnotgesetze

von Oberlandesgerichtsrat Dr. Warneyer in Dresden

Der unerwartete Eintritt des Kriegszustandes war naturgemäß geeignet, den Fortgang des wirtschaftlichen Lebens auch in Deutschland schwer zu gefährden. Die Einberufung der Wehrpflichtigen zur Fahne brachte deren wirtschaftliche Tätigkeit plötzlich zum Stillstand; in weitem Umfang griff auch die notwendige Heranziehung von Arbeitsmitteln für Heereszwecke in den regelmäßigen Betrieb von Landwirtschaft und Gewerbe ein. Die Inanspruchnahme der Eisenbahnen für die Militärtransporte lähmte zunächst die Heranschaffung von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und anderen Waren. Der hochentwickelte Welthandel wurde für Deutschland durch die scharfen Maßnahmen der feindlichen Staaten, namentlich Englands, unterbunden und das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes damit im großen und ganzen auf die im Lande selbst vorhandenen Kräfte und Mittel eingeschränkt. Dazu kamen insbesondere noch der starke Geldbedarf für die Zwecke der Kriegführung und die großen Schwierigkeiten in der Erhaltung des für das Wirtschaftsleben unentbehrlichen Kredits. Eine umfassende Arbeitslosigkeit, ein weitgehender Stillstand der Gütererzeugung, des Handels und des Verkehrs und eine bedenkliche Verteuerung der Nahrungs- und Gebrauchsmittel des Volkes traten in gefahrdrohende Aussicht.

Da galt es, durch rechtzeitige und doch wohlerwogene Maßnahmen nach Möglichkeit die deutsche Volkswirtschaft auf eigene Füße zu stellen, sie den schwierigen Verhältnissen anzupassen und einem gedeihlichen Fortgange des Wirtschaftslebens die Wege zu ebnen. Diese Erwägungen, mit denen die Reichsregierung in der am 23. November 1914 dem Reichstag überreichten Denkschrift die getroffenen Maßnahmen begründete, führten zum Erlaß einer Anzahl von Gesetzen und Verordnungen, die man unter der Bezeichnung »Kriegsnotgesetze« zusammenzufassen pflegt.

Der Umstand, daß eine Reihe überaus wichtiger Vorschriften nicht in eigentlichen Gesetzen, sondern in den vom Reichskanzler bekanntgemachten Verordnungen des Bundesrats enthalten sind, findet darin seine Erklärung, daß in der denkwürdigen Sitzung des Reichstags vom 4. August 1914 die im Gesetzentwurf, betreffend die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts, nur hierfür vorgesehene Ermächtigung des Bundesrats auf alle gesetzlichen Maßnahmen ausgedehnt wurde, die sich zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen als notwendig erweisen würden. Hierdurch war die Möglichkeit gegeben, alle erforderlichen Anordnungen, die bei der gebotenen Eile noch nicht in der Form fertiger Gesetzentwürfe vorgelegt werden konnten, auch ohne vorherige Befragung des Reichstags zu treffen. Die Maßnahmen sind jedoch dem Reichstag jeweils bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Die nachstehend gegebene kurze Darstellung des durch diese Sondergesetzgebung geschaffenen Kriegsrechts folgt der in jener Denkschrift getroffenen Einteilung.

I. An erster Stelle stehen die am 4. August 1914 verabschiedeten Finanzgesetze, die ein in sich zusammenhängendes Ganze bilden und den Zweck der finanziellen Mobilmachung verfolgen. Das Gesetz, betreffend die Reichskassenscheine und Banknoten, spricht die Befreiung der Reichsbank von der Verpflichtung zur Noteneinlösung aus, um den Goldschatz der Reichsbank vor einer Schwächung durch Goldentziehungen, insbesondere solche spekulativer Art, zu schützen und damit der Reichsbank die wichtigste Grundlage des Notenkredits zu erhalten, aber auch dem Reich eine Reserve zu sichern, aus der im Falle des Bedarfs geschöpft werden kann. Im Zusammenhang hiermit gestattete das Gesetz, betreffend Änderung des Münzgesetzes, die Verabfolgung von Reichskassenscheinen an Stelle der Goldmünzen seitens der Umwandlungskassen bei Einlieferung von Scheidemünzen gemäß § 9 Abs. 2 des Münzgesetzes. Um nun dem Hypothekenschuldner in den Fällen, wo laut Vereinbarung Zahlung der Zinsen oder Rückzahlung des Hypothekenkapitals in Gold erfolgen soll (sog. Goldklausel), gegen schikanöse Ausübung dieses Gläubigerrechts zu schützen, wurde durch die Bekanntmachung über die Unverbindlichkeit gewisser Zahlungsvereinbarungen vom 28. September 1914 die Goldklausel bis auf weiteres für unverbindlich erklärt. Dem verwerflichen, namentlich in Grenzbezirken beobachteten Handel mit Goldmünzen gegen Aufgeld trat die Bekanntmachung, betreffend Verbot des Agiohandels mit Reichsgoldmünzen, vom 23. November 1914 entgegen, die einen solchen, an Landesverrat grenzenden Handel unter Strafe stellte. Durch das Gesetz, betreffend die Änderung des Bankgesetzes, wurde die Notensteuer für die Reichsbank aufgehoben und zugleich die Möglichkeit eröffnet, dem Reich in einer dem Wesen und der Zweckbestimmung einer Notenbank ent-

sprechenden Form ohne Beeinträchtigung der Sicherheit der Anlage weitestgehenden Kredit zu gewähren, während die Ausgabe von Wechseln zwecks Bereitstellung der im Wege des Kredits zu beschaffenden Mittel durch das Gesetz, betreffend die **Ergänzung der Reichsschuldenordnung**, gestattet wurde. Das **Darlehnskassengesetz** endlich, das letzte der am 4. August 1914 verabschiedeten Finanzgesetze, schuf ein neben der Reichsbank stehendes und die Reichsbank unterstützendes Kreditinstitut für den Lombardverkehr. Die von den Darlehnskassen in Höhe der bewilligten Darlehen ausgegebenen Darlehnskassenscheine sind den Reichskassenscheinen gleichgestellt. Der höchste Betrag der auszugebenden Darlehnskassenscheine ist durch die Bekanntmachung vom 11. November 1914 auf 3000 Millionen Mark festgesetzt. Dem erheblichen Bedürfnis des Verkehrs nach kleinen Zahlungsmitteln trugen die Bekanntmachung, betreffend die **Ausstellung von Darlehnskassenscheinen** auf Beträge von 2 und 1 Mark, vom 31. August 1914 sowie das Gesetz, betreffend die **Ausgabe von Reichskassenscheinen und Reichsbanknoten** zu 10 Mark, vom 22. März 1915 Rechnung.

II. Die weitgehende Kreditgewährung seitens der Reichsbank und seitens der Darlehnskassen konnte doch in vielen Fällen das stark vorhandene Kreditbedürfnis nicht befriedigen. Den deshalb zahlreich hervortretenden Wünschen wegen Erlasses eines allgemeinen **Moratoriums** hat die Reichsregierung jedoch, nach eingehender, unter Zuziehung vieler Sachverständigen erfolgter Prüfung aus guten Gründen nicht entsprochen. Wohl aber hat sie dem berechtigten Grundgedanken eines gesetzlichen Moratoriums durch eine Reihe von Verordnungen in anderer Weise Rechnung getragen.

In erster Linie mußte dafür gesorgt werden, daß Zahlungsansprüche dann, wenn eine Erleichterung der Lage des Schuldners infolge der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse geboten erschien, nicht rücksichtslos durchgeführt würden. Diesem Zweck dienen die Bekanntmachung über die **gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen** vom 7. August 1914 und die Bekanntmachung über die **Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung** vom 18. August 1914, beide nicht unwesentlich abgeändert durch die Verordnung vom 20. Mai 1915. Die erste Bekanntmachung ermächtigt das Gericht, dem Schuldner, wenn seine Lage es rechtfertigt und die Anordnung dem Gläubiger nicht einen unverhältnismäßigen Nachteil bringt, eine Frist von drei Monaten für die Erfüllung solcher Verbindlichkeiten zu gewähren, die vor dem 31. Juli 1914 entstanden sind. Die Anordnung kann erlassen werden in dem über den fraglichen Anspruch anhängigen Rechtsstreit, ohne Vorliegen eines solchen auch auf Antrag des Schuldners im Beschlußverfahren, nach Erlaß eines vollstreckbaren Titels auch noch in der Vollstreckungsinstanz. Durch die Bekanntmachung vom 18. August soll der Schuldner in ähnlicher Weise in den Fällen geschützt werden, wo der Verzug mit der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung nach Gesetz oder Vertrag besondere Nachteile für ihn zur Folge hat, so die Verpflichtung zur Rückzahlung eines Kapitals wegen Nichtzahlung der Zinsen, die Verpflichtung zur Räumung der Wohnung wegen Verzugs mit der Mietzinszahlung, ferner die Verwirkung einer Vertragsstrafe oder den Eintritt eines namentlich bei Abzahlungsgeschäften für den Gläubiger eingeräumten Rücktrittsrechtes. Auch hier kann dem Schuldner eine Frist bis zu drei Monaten eingeräumt, unter Umständen auch der erfolgte Eintritt der kassatorischen Klausel für beseitigt erklärt werden.

Dem Wunsche der Grundbesitzer nach erweiterter Stundungsmöglichkeit für Hypothekenkapitalien, deren Beschaffung zur Zeit mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft ist, ist durch die ebenfalls durch die Verordnung vom 20. Mai 1915 abgeänderte Bekanntmachung, betreffend die **Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschulden**, vom 22. Dezember 1914 entsprochen worden. Danach kann das Gericht die Zahlungsfrist für Hypotheken und Grundschuldkapitalien bis auf sechs Monate bemessen, sofern sie durch die Lage des Schuldners gerechtfertigt ist und dem Gläubiger keinen unverhältnismäßigen Nachteil bringt, und eine solche Stundung unter diesen Voraussetzungen sogar mehrmalig gewähren. An dieser Stelle sei auch hingewiesen auf das Gesetz zur **Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzinsforderungen** vom 8. Juni 1915, durch das den Hypothekengläubigern die Miet- und Pachtzinsen des belasteten Grundstücks in größerem Umfang als bisher sichergestellt werden. Das Gesetz ist zwar kein eigentliches Kriegsgesetz, denn es gilt nicht bloß für die Dauer des Krieges, sondern auch darüber hinaus. Aber seine Verabschiedung ist infolge des Krieges wesentlich beschleunigt worden, um der durch ihn besonders für den städtischen Grundbesitz drückend gewordenen Hypothekennot einigermaßen abzuhelfen.

Der Vermeidung des Konkurses in Fällen, wo die Zahlungseinstellung auf einer durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen Notlage des Schuldners beruht, dienen die Bekanntmachung, betreffend die **Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens**, und diejenige, betreffend die **zeitweilige Außerkraftsetzung einzelner Vorschriften des Handelsgesetzbuches** usw., beide vom 8. August 1914.

Um ein Losschlagen gepfändeter Sachen weit unter dem wahren Wert zu vermeiden — eine Gefahr, die bei der gegenwärtig verminderten Kauflust sehr nahe liegt —, bestimmt die Bekanntmachung über das **Mindestgebot bei der Versteigerung gepfändeter Sachen** vom 8. Oktober 1914, daß der Zuschlag nur auf ein Gebot erfolgen darf, das wenigstens die Hälfte des gewöhnlichen Verkehrswertes des Pfandes erreicht.

Eine wesentliche Erleichterung nicht nur für den Wechselschuldner, sondern auch für den Wechselgläubiger ist durch § 1 des Gesetzes über die **Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts in Fällen kriegerischer Ereignisse** vom 4. August 1914 geschaffen. Danach verlängern sich die Fristen für die Vornahme wechsel- oder scheckrechtlicher Handlungen, wenn diese Vornahme in Veranlassung kriegerischer Ereignisse durch höhere Gewalt, z. B. durch feindliche Besetzung oder durch Unterbindung des geregelten Postverkehrs, verhindert wird, um so viel, wie erforderlich ist, um nach Wegfall des Hindernisses die betreffende Handlung vorzunehmen. Dagegen ist die in der Verordnung, betreffend **Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts**, vom 6. August 1914 angeordnete dreißigtägige Verlängerung der Fristen für die Vor-

nahme einer Handlung, deren es zur Ausübung oder Erhaltung des Wechselrechts oder des Regreßrechts aus dem Scheck bedarf, durch die Bekanntmachung vom 17. Mai 1915 mit dem Ablauf des 30. Juni 1915 wieder außer Kraft gesetzt worden. Für die vom Kriege besonders in Mitleidenschaft gezogenen Grenzgebiete (Elsaß-Lothringen, Ostpreußen, Teile von Westpreußen) sind bezüglich der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts mehrere Sonderbestimmungen getroffen worden.

Von den weiteren Maßnahmen zur Kredithilfe und zugunsten der Schuldner seien nur noch erwähnt die Bekanntmachung, betreffend vorübergehende Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts, vom 10. September 1914, die die Beteiligten gegen Nachteile aus Versäumung der zwecks Abwendung des Verfalles des Schutzes zu wahrenden Fristen schützt, die Bekanntmachung, betreffend die Befreiung von Hypothekenpfandbriefen von der Reichsstempelabgabe, vom 18. September 1914, die Bekanntmachung über die Sicherheitsleistung mit Wertpapieren vom 22. Dezember 1914, durch welche die §§ 234, 236 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der § 69 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung dem Kriegszustand angepaßt werden, endlich die Bekanntmachung über die Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen vom 17. Mai 1915, wodurch der unpfändbare Lohn- und Gehaltbetrag von 1500 auf 2000 Mk. erhöht wird.

III. Während alle diese, dem Kreditbedürfnis und der durch den Krieg entstandenen Schuldnernot dienenden Maßnahmen allgemeine Gültigkeit haben, gewährt das Gesetz, betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 lediglich den Kriegsteilnehmern für die Dauer des gegenwärtigen Krieges einen besonderen Rechtsschutz. Nach diesem Gesetz soll das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten wie vor den Gewerbe- und den Kaufmannsgerichten unterbrochen oder ausgesetzt werden, wenn ein Kriegsteilnehmer dabei als Partei beteiligt ist. Als Kriegsteilnehmer im Sinne des Gesetzes ist anzusehen:

1) Wer vermöge seines Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufes zu den mobilen oder gegen den Feind verwendeten Teilen der Land- oder Seemacht oder zu der Besatzung einer armierten oder in der Armierung begriffenen Festung gehört;

2) wer dienstlich aus Anlaß der Kriegführung des Reiches sich im Ausland aufhält;

3) wer als Kriegsgefangener oder Geisel sich in der Gewalt des Feindes befindet.

Die Zwangsvollstreckung in bewegliche körperliche Sachen soll gegen solche Kriegsteilnehmer nur beschränkt zulässig, der Zwangsverkauf regelmäßig überhaupt unzulässig sein; ebenso unzulässig ist auch die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen. Die Eröffnung des Konkurses gegen einen Kriegsteilnehmer darf nur auf seinen Antrag stattfinden, bei einem schon eröffneten Konkurs kann das Konkursgericht auf Antrag des Kriegsteilnehmers die Aussetzung des Verfahrens anordnen. Die Verjährung wird zugunsten der Kriegsteilnehmer und ihrer Gegner gehemmt.

Da die die Unterbrechung und Aussetzung betreffenden Vorschriften in einer Reihe von Fällen dazu mißbraucht worden sind, um sich der pünktlichen Erfüllung bestehender Zahlungsverpflichtungen zu entziehen, so ist durch die Bekanntmachung über die Vertretung der Kriegsteilnehmer in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vom 14. Januar 1915 dem Gericht die Möglichkeit eingeräumt worden, den Antrag auf Aussetzung des Verfahrens in vermögensrechtlichen Streitigkeiten dann abzulehnen, wenn die Aussetzung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig ist. Da aber die Verhandlung und Entscheidung darüber, ob die Aussetzung unbillig sei, nur angängig ist, wenn der Kriegsteilnehmer im Rechtsstreit einen Vertreter hat, so ist zugleich dafür gesorgt worden, daß dem Kriegsteilnehmer, der ohne Vertreter ist, von dem Vorsitzenden des Prozeßgerichts auf Antrag des Gegners ein Vertreter bestellt werden kann, der die Rechte und Pflichten des Kriegsteilnehmers im Rechtsstreit wahrzunehmen hat.

Das enge Bundesverhältnis legte es nahe, den gleichen Schutz auch den Staatsangehörigen Österreich-Ungarns zu gewähren. Das ist durch die Bekanntmachung über die Ausdehnung jenes Gesetzes auf Kriegsbeteiligte Österreich-Ungarns vom 22. Oktober 1914 und durch die Bekanntmachung über die Gegenseitigkeit im Verhältnis zu Österreich-Ungarn hinsichtlich der Kriegsbeteiligten vom 4. Februar 1915 geschehen.

IV. Auch abgesehen von der Kredithilfe handelte es sich darum, das Wirtschaftsleben möglichst den durch den Ausbruch des Krieges geschaffenen besonderen Verhältnissen anzupassen und zu fördern. Diesem Zweck dienen beispielsweise das Gesetz und die Bekanntmachung, betreffend die Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren, vom 4. und 24. August 1914. Weitere gesetzliche Maßnahmen betreffen den Arbeiterschutz sowie die Arbeiterversicherung; in letzterer Beziehung sei namentlich auf die Bekanntmachungen, betreffend die Wochenhilfe während des Krieges, vom 3. Dezember 1914, 28. Januar und 23. April 1915 hingewiesen.

Von durchschlagender Wichtigkeit endlich, aber auch besonders schwierig war die Aufgabe, die Volksernährung überhaupt und zu Preisen, die unter den gespannten Verhältnissen des Kriegszustandes noch annehmbar erscheinen, sicherzustellen. Hierüber wie auch über die Rechtsbeziehungen zwischen dem Inland und dem Ausland, ferner über die Vergeltungsmaßregeln auf privatrechtlichem Gebiet geben besondere Artikel im vorliegenden Werke Aufschluß.

Kriegssozialpolitik in Deutschland

von Ministerialrat Dr. Friedrich Zahn, Direktor des Bayer. Statist. Landesamts und Universitätsprofessor in München

I. Friedenssozialpolitik als soziale Kriegsfürsorge.

Der Krieg ist nach dem bekannten Ausspruch des Generals v. Clausewitz nur die Fortsetzung der Politik des Friedens mit anderen Mitteln. Im Frieden waren unsere Macht- und Wirtschaftspolitik getragen von einer zielbewußten Sozialpolitik. Ebenso sind jetzt die Kriegspolitik und Kriegswirtschaftspolitik begleitet von einer umfassenden sozialen Kriegspolitik, von einer ausgedehnten sozialen Kriegsfürsorge. Und zwar ist letztere teils Fortsetzung der bisherigen Friedenssozialpolitik, teils eine den besonderen Kriegsverhältnissen Rechnung tragende Kriegssozialpolitik.

Daß die bisherige Sozialpolitik für den friedlichen Fortschritt des Volkes ungemein segensreiche Wirkungen äußerte, ist bekannt. Sie schuf solide Unterlagen für eine kräftige Entwicklung unserer Volkswirtschaft im Innern des Landes und für ein starkes Vordringen der deutschen Volkskraft nach außen[1]. Gleichzeitig arbeitete sie aber den sozialen Verhältnissen des Krieges gut vor und bewirkte eine soziale Rüstung, die neben unserer militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Rüstung unserer Kriegsstärke wichtige Dienste leistete.

Zunächst hat die Sozialpolitik die Gesundheit des einzelnen erhalten und sichergestellt, ihm eine große Widerstandskraft gegeben, seine Lebenskraft und seinen Lebensmut gesteigert. Es geschah dies namentlich unter der Massenwirkung unserer Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung. Die Krankenversicherung, die Heilfürsorge der Invaliden- und Unfallversicherung heilte die Schäden der Erkrankten und Verletzten und beugte den drohenden Gefahren der Invalidität vor. Das Recht auf freie ärztliche Behandlung führte die gesundheitliche Aufklärung bis in die ärmste Hütte. Neben den Versicherten lernten auch ihre Angehörigen die Grundlagen der sozialen Hygiene kennen. Die Tuberkulosesterblichkeit ging zurück, die mittlere Lebensdauer verlängerte sich. Der militärische Ausbildungsdienst, die allgemeine Militärpflicht tat noch ein weiteres und stärkte dieses Kapital an Gesundheit. So verfügte unsere Wehrkraft bei Kriegsausbruch über gesundheitlich widerstandskräftige und gesundheitlich geschulte Mannschaften.

Aber nicht nur jedem einzelnen Glied des Heeres gab die Sozialpolitik höheren Wert, auch die Zahl der wehrfähigen Menschen wurde beträchtlich erhöht. Der Betriebsstättenschutz, der hygienische Maximalarbeitstag, die Vorschriften über Frauen-, Jugend- und Kinderarbeit, die vorbeugenden Maßnahmen der Sozialversicherung bewirkten einen Ausgleich gegenüber den Gefahren der Verstädterung und der Industrialisierung. Sie verhinderten Raubbau mit unserem Volkskapital, Entartung und Verelendung der Massen, Herabsinken der unteren Schichten unter eine gewisse Höhe. Sie sicherten vielmehr ein möglichst hohes unterstes wirtschaftliches, auch geistiges und sittliches Niveau, bewirkten eine Hebung unseres Volkskapitals, stärkten die Produktions- und Reproduktionskraft. Hierdurch blieb unser Volk, trotz seinem starken industriellen und städtischen Einschlag, waffenfähig und kriegstüchtig und konnten Millionen wehrkräftiger Streiter an die Front gebracht werden.

Neben der physischen und numerischen Beschaffenheit unserer Wehrkraft war es ferner die psychische und moralische Beschaffenheit, um die sich unsere Sozialpolitik verdient machte. Unter ihrem Einfluß, den die organisierte Arbeiterbewegung noch erhöhte, gelangten wir zu einer Stärke, die außer in physischer Kraftansammlung auch in sittlichen und geistigen Eigenschaften wurzelte. Es erwuchs eine auch geistig und moralisch gehobene Arbeiterschaft, eine Arbeiterschaft voll Vertrauen zum deutschen Gegenwartsstaat, mit klarer Erkenntnis dessen, was bei der jetzigen Gefährdung des Vaterlandes auch für sie auf dem Spiele steht, eine Arbeiterschaft mit starkem Nationalbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl. Darum nichts von Entnervung, Verweichlichung, mangelnder Selbstverantwortung, die mancher als unerwünschte Folgen der Sozialpolitik voraussah. Vielmehr ein glühender opfermutiger Patriotismus, der das ganze Volk bis zum letzten Arbeiter beseelte. Viele Hunderttausende unserer Arbeiterschaft eilten freudig und kampfbereit zu den Waffen, und sie kämpfen draußen Schulter an Schulter heldenmütig mit den anderen Deutschen, nicht etwa aus dumpfem Gehorsam oder des bloßen Soldes wegen, sondern aus eigenem Ehr- und Pflichtgefühl. Derselbe Geist der Entschlossenheit — ein Ausdruck starker, nicht schwacher Nerven — hat seitdem in glänzenden Proben von persönlichem Mut, rascher Entschlußkraft und Hintansetzen der eigenen Person mit zu den großen Waffenerfolgen unserer Truppen geführt.

Dieser Geist der Entschlossenheit war von Beginn des Krieges an verbunden mit dem Geist der Einigkeit. Auch hier wirkte die sozial versöhnende und sozial erzieherische Vorarbeit der Sozialpolitik mit. Sie hatte in Friedenszeiten vielseitige Gelegenheit zur gemeinsamen Arbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und zu gemeinsamen Interessen geschaffen, wodurch sich die sozialen Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft milderten. Die Angehörigen der beiden Klassen lernten hier Ein- und Unterordnung unter das große Ganze.

Die in Friedenszeiten entwickelte Organisationskraft leistete bei Kriegsausbruch wertvolle Dienste. Sowohl die Organisationen der Sozialversicherung und der Arbeitsnachweise wie die der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände boten Grundlagen, von denen aus die neuen Forderungen der Kriegszeit rasch bewältigt werden konnten. Sie stellten ferner für die Kriegsarbeit hinter der Front in den heimischen Schützengräben Führer und Führerinnen, einen Stamm geschulter Mannschaften und eine zuchtgewohnte Masse.

Der von der Sozialpolitik geweckte und verbreitete Gemeinsinn, die von ihr erhöhte soziale und staatsbürgerliche Homogenität verhalfen einem einmütigen Geist sozialer Pflichterfüllung, einer raschen und starken Opferwilligkeit in den weitesten Kreisen zum Durchbruch.

So schuf die bisherige Sozialpolitik eine soziale Rüstung, die bei Kriegsausbruch gesunde, widerstandskräftige, sittlich reife, organisatorisch geschulte Massen zur Aufnahme und Durchhaltung des Weltkampfes in militärischer, wirtschaftlicher, sozialer und sittlicher Beziehung unserem Volk zur Verfügung stellte. Sie erwies sich daher so recht als ein bedeut-

---

[1] Vgl. F. Zahn, Wirkung der deutschen Sozialversicherung (Münch. 1915).

sames Stück zielbewußter Nationalpolitik. Das durch sie ertüchtigte Volk konnte nun seine Vollkraft für seine politische Größe einsetzen.

Und es setzte seine Vollkraft ein. Mit einer Einigkeit und Entschlossenheit, die sich im Verlauf des Krieges immer noch weiter vertiefte. Diese Einigung fand auch seitens des Kaisers bezeichnenden Ausdruck in dem Wort: »Ich kenne keine Parteien mehr. Ich kenne nur Deutsche«. Und der Reichskanzler setzte diesen Gedanken fort in der Reichstagssitzung vom 2. Dez. 1914: »Wie vor einer Zaubergewalt sind die Schranken gefallen, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennte, die wir gegeneinander aufgerichtet hatten in Mißverstand, in Mißtrauen und in Mißgunst. Eine Befreiung und Beglückung ist es, daß einmal dieser ganze Wust und Unrat weggefegt ist, daß nur noch der Mann gilt, einer gleich dem andern, einer dem andern die Hand reichend, ein einig und heilig Ziel.« Auch seitens der Sozialdemokratie wird diese Einigkeit und nationale Zusammengehörigkeit immer wieder nachdrücklich seit Kriegsausbruch bekundet und zur Geltung gebracht. Mit dem ganzen Volk teilt auch die Sozialdemokratie — in ihrer überwiegenden Mehrheit — den Willen zum Durchhalten des Krieges bis zum erfolgreichen Sieg. In Verwirklichung dieser ihrer nationalen Auffassung leistete sie praktisch positive, der politischen Verantwortlichkeit bewußte Mitarbeit an der Gesetzgebung des Reiches in den denkwürdigen Reichstagssitzungen am 4. August und am 2. Dezember 1914 und in den weiteren Kriegstagungen. Die sozialdemokratische Presse fördert mit Eifer die Aufklärung der Massen über unsere nationalen Interessen und die Abwehr des Lügenfeldzugs unserer Feinde.

Also eine weitgehende soziale und politische Homogenität, mit der wir in den Krieg eintraten.

II. Fortsetzung der bisherigen Sozialpolitik im Kriege.

Diese wichtigen materiellen und immateriellen Werte zu erhalten und in verstärktem Maße zu nützen, war die Sozialpolitik seit Kriegsbeginn eifrig bestrebt. Zu dem Zweck wurde einerseits die bisherige Sozialpolitik in den Hauptstücken fortgesetzt, gleichzeitig wurde sie durch eine spezielle Kriegssozialpolitik ergänzt.

Was zunächst die bisherige Sozialpolitik betrifft, so war im Ausland bei Kriegsausbruch erhofft worden, daß unter den Wirkungen des Krieges in erster Linie der Aufbau unserer Sozialversicherung ins Wanken geraten und zusammenbrechen würde. Nichts dergleichen ist geschehen. Die Sozialversicherung hat eine Festigkeit und Tragfähigkeit gezeigt und Kraft genug aufgespeichert, daß sie die schwere Belastungsprobe des Krieges ohne empfindliche Störung zu ertragen vermag, ja über ihre gewohnten Friedensaufgaben hinaus trotz vorsichtiger Wirtschaftsführung sich noch an allen Zweigen der besonderen Kriegswohlfahrtsbestrebungen beteiligen kann.

Nur wenige Maßnahmen waren erforderlich, um den Fortgang der sozialen Versicherung während des Krieges sicherzustellen. Selbstverständlich wirkte der Krieg auf die Leistungsfähigkeit derselben ungünstig ein. Auf der anderen Seite verringern sich die Einnahmen wegen Einstellung oder Einschränkung zahlreicher Betriebe, wegen Einschränkung in bezug auf Dienstpersonen bei den einzelnen Haushaltungen, es geht also weniger an Beiträgen zur Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestelltenversicherung ein, auch die Beiträge der zu den Fahnen einberufenen Angestellten und Arbeiter, für die nach dem Kriegsausbruch eine Reihe von Arbeitgebern noch die Beiträge fortzahlten, blieben mehr und mehr aus. Im Gegensatz zu den verringerten Einnahmen sind die Anforderungen an die Leistungen der Sozialversicherung erhöht worden. Zu den laufenden Renten bringt der Krieg wesentlich mehr Rentenansprüche. Mit der Zahl der Verwundeten und Gefallenen steigern sich die Ansprüche auf Krankengeld, Sterbegeld, Invaliden- und Waisenrenten, die Ausgaben für Heilverfahren. Sofern das Versicherungsverhältnis während des Krieges fortgesetzt wird, was vielfach geschieht, müssen die Krankenkassen für die aus dem Militärdienstverhältnis krank Entlassenen alsbald eintreten. Die nach der Entlassung aus dem Militärverhältnis zur Friedensarbeit Zurückkehrenden werden vielfach nicht voll erwerbsfähig sein, sie werden bei ihrer geringeren Leistungsfähigkeit Betriebsgefahren leichter erliegen und auch ihre Mitarbeiter gefährden. Die Zahl der Erkrankungen und der Unfälle wird vermehrt und die Rentenlast infolgedessen gesteigert. Mit der neuen Erwerbstätigkeit wird die frühere öffentlich-rechtliche Versicherung fortgesetzt. Bei Eintritt von mehr als zwei Drittel Erwerbsunfähigkeit muß neben der Militärrente die Invalidenrente nach der RVO. gewährt werden, ohne daß dafür während des Militärdienstes Beiträge zu entrichten sind.

Außerdem bringt es die Heranziehung von ungelernten und ungeübten Arbeitern (zahlreiche jugendliche und weibliche Arbeitskräfte), mit denen sich die einzelnen Betriebe an Stelle der im Felde stehenden geschulten Arbeiter behelfen müssen, mit sich, daß die Unfallgefahren sich vermehren und dadurch erhöhte Ausgaben für Unfallentschädigungen erwachsen.

Endlich sind über die Vorschriften der RVO. hinaus den Versicherungsträgern aus Anlaß des Krieges durch Bundesratsbestimmung noch besondere Leistungen auferlegt worden. So haben die Krankenkassen versicherten Wöchnerinnen, die Anspruch auf Wochengeld, aber nicht auf Wochenhilfe haben, die Mehrleistungen nach der durch die Verordnung vom 3. Dezember 1914 eingeführten Reichswochenhilfe zu gewähren. Ergänzend schreibt die Verordnung vom 28. Januar 1916 Gewährung der Wochenhilfe vor an die Ehefrauen nicht versicherter landwirtschaftlich beschäftigter und solcher Kriegsteilnehmer, die zur Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge gehören. — Nach der Verordnung vom 28. Januar 1915 können Kriegsteilnehmer des deutschen und österreichisch-ungarischen Heeres nach dem Krieg als Weiterversicherte in die Krankenkassen eintreten, auch wenn sie die Weiterversicherung versäumt hatten. — Der Begriff der Hausgewerbetreibenden ist auf Personen ausgedehnt, die wie Hausgewerbetreibende für öffentliche Verbände oder Wohlfahrtsvereinigungen (Rotes Kreuz usw.) arbeiten. — Im übrigen wird der ganze Vollzug der Versicherung noch erschwert durch Einberufung vieler Ärzte und Versicherungsbeamter.

So große Schwierigkeiten auch aus dem Gesagten für die Wirksamkeit der Sozialversicherung während des Krieges zu erwarten waren, die deutsche Organisationskraft bewährte sich auch hier und wurde mit ihnen tatsächlich fertig.

Die am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Krankenkassen wurden gleich bei Kriegsausbruch durch besonderes Reichsgesetz vom 4. August 1914 in ihrer

Leistungsfähigkeit gestützt. Man erhöhte die Beiträge und beschränkte die Leistungen. Bei sämtlichen Kassen wurden nämlich die Beiträge während des Krieges auf 4½ Proz. des Grundlohnes festgesetzt, auch wenn die Satzungen früher einen niedrigeren Beitrag vorgesehen hatten. Wenn die Kassen damit nicht auskommen, ist es Sache der Gemeindeverbände oder bei den Betriebskrankenkassen Sache der Arbeitgeber, mit Zuschüssen einzugreifen. Die Leistungen der Krankenkassen wurden für die Dauer des Krieges zunächst auf die Regelleistungen (Krankenhilfe, Wochenhilfe, Sterbegeld) beschränkt. Alle anderen erhöhten Leistungen kamen in Wegfall. Ausnahmen wurden nur solchen Kassen zugestanden, die trotz niedriger Beiträge oder höherer Leistungen leistungsfähig blieben; mit Genehmigung des Versicherungsamtes dürfen sie ihre bisherigen Beiträge oder Leistungen beibehalten.

Tatsächlich kam es besser, als man vermuten durfte, so daß sich die in diesen Bestimmungen zum Ausdruck kommende Vorsicht als zu weitgehend erwies. Die Zahl der Versicherten ging nur wenig zurück. Bei der Hälfte der Kassen trat eine für die Versicherten günstigere Gestaltung ein. Bis zum Sommer 1915 hatten 3561 Kassen, also ein Drittel aller, wieder Mehrleistungen eingeführt. Von diesen erhoben 2539 Beiträge unter 4½ Prozent.

Das gleiche gilt bezüglich des Reichsgesetzes vom 4. August 1914, das die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden vorübergehend aufhob mit dem Vorbehalt, daß auf übereinstimmenden Antrag der beteiligten Gemeinden oder des Gemeindeverbandes und des Vorsitzenden der Krankenkasse, das Oberversicherungsamt das Fortbestehen genehmigte. Von dieser Möglichkeit wurde im Herbst 1914 bereits in 121 Fällen Gebrauch gemacht.

Um den durch Einberufung und durch die Fürsorge für die Kriegsverwundeten entstandenen Ärztemangel bei den Krankenkassen abzuwenden, erfolgte eine Verständigung zwischen dem Leipziger Ärzteverband und den Kassenverbänden. Der Leipziger Ärzteverband versucht geeignete Orte mit einem oder mehreren approbierten Ärzten zu versorgen und neben diesen nicht approbierte Mediziner zur Kassenpraxis heranzuziehen. Von der Reichsregierung sind ausnahmsweise Medizinalpraktikanten und Studierende der Medizin, die bereits zwei klinische Semester vollendet haben, zur selbständigen Hilfeleistung zugelassen. Infolgedessen sind Klagen über mangelhafte ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder nur wenig hervorgetreten.

Auch die Träger der Unfallversicherung, die Berufsgenossenschaften, verstanden rasch ihren Betrieb den Kriegsbedürfnissen anzupassen. Eine besondere Stützung ihrer Leistungsfähigkeit durch ein Kriegsnotgesetz wie bei den Krankenkassen war hier nicht veranlaßt und auch nicht erfolgt. Soweit gewisse Berufsgenossenschaften darunter zu leiden hatten, daß ihre Mitglieder durch die Kriegslage wirtschaftlich geschädigt wurden, z. B. Bau- und Holzindustriegenossenschaften, und die genossenschaftlichen Beiträge nur schwer aufbrachten, wurde auf Grund des § 746 der RVO. ihnen Entnahmen aus der Rücklage erlaubt. Insgesamt wurden 31 gewerblichen Berufsgenossenschaften eine solche Erleichterung der Umlagen im Betrage von 11429500 Mark gewährt.

Bezüglich der Invalidenversicherung war eine besondere gesetzliche Stütze ebenfalls nicht erforderlich. Soweit die Landesversicherungsanstalten von Ostpreußen und Elsaß-Lothringen im Zusammenhang mit den feindlichen Einfällen in Schwierigkeiten kamen, haben die Schwesteranstalten ausgeholfen. Die Heilstättenpflege wurde zwar zugunsten der Verwundetenpflege eingeschränkt, aber der Kampf gegen Tuberkulose, Trinksucht und Geschlechtskrankheiten angesichts der durch den Krieg für die Volksgesundheit erhöhten Gefahren noch tatkräftiger als bisher fortgeführt.

Bei der Angestelltenversicherung wurde durch Bundesratsbeschluß vom 26. August 1915 eine Reihe von gesetzlichen Änderungen getroffen, die den Zweck haben, dieses zu wenig auf die jetzige Kriegszeit eingerichtete Gebiet der Sozialversicherung in verschiedenen Richtungen zugunsten der Versicherten zu verbessern. Sie hatten eine erhebliche finanzielle Belastung der Reichsversicherungsanstalt (schätzungsweise für die ersten 15 Kriegsmonate mehr als 70 Mill. Mk.) zur Folge.

Aber die Träger der Sozialversicherung ließen es bei ihren gesetzlichen Pflichtleistungen keineswegs bewenden. Sie haben ihre Einrichtungen und Kräfte in hohem Maße noch in den speziellen Dienst der Kriegsfürsorge gestellt.

Viele ihrer Krankenhäuser, Genesungsheime, Lungenheilstätten stellten die Versicherungsträger zur Verwundetenpflege der Heeresverwaltung zur Verfügung — natürlich bei ausreichender Wahrung der Interessen der Versicherten. Die großartige Ausgestaltung des Krankenhauswesens war auch für die Neueinrichtung der Lazarette usw. sehr von Wert.

Die von der Arbeiterversicherung seit Jahren bewirkte Ausbildung eines umfassenden ärztlichen Dienstes lieferte für den militärischen Sanitätsdienst viele erfahrene Ärzte. Insbesondere leisteten die reichen Erfahrungen, die auf dem Gebiete der Unfallheilkunde, der Verletztenbehandlung, der Arbeitsvermittlung für Unfallverletzte die Berufsgenossenschaften und ihre Ärzte gesammelt hatten, jetzt gute Dienste, namentlich für die bestmögliche Heilung und tunlichste Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit unserer Kriegsbeschädigten. Gerade dieser Förderung der Chirurgie und Orthopädie durch die Unfallversicherung ist es zu danken, daß die Zahl der rasch Genesenen und für den Dienst an der Front wieder tauglichen Verwundeten gegen früher so erfreulich gestiegen ist.

Im Interesse der kriegsbeschädigten Arbeiter haben die Berufsgenossenschaften Schritte eingeleitet, um die Unfallverhütungstechnik noch weiter zu verbessern und so die Verwendung von Kriegsbeschädigten zu fördern. Eine Reihe von Berufsgenossenschaften berücksichtigen kriegsbeschädigte Offiziere usw. beim Freiwerden von Stellen in ihrer Verwaltung in erster Linie.

Auch die vielseitigen Erfahrungen bei den Heilverfahren der Krankenkassen und Versicherungsanstalten lohnen sich jetzt sehr für die Behandlung der erkrankten Krieger (Herz-, Lungen-, Rheumatismus-, Nierenkranke). Besonders hervorzuheben sind dabei die Maßnahmen, die während des Krieges die Krankenkassen, vor allem die Invalidenversicherungsanstalten im Interesse des Mutterschutzes, der Säuglingspflege, zur Bekämpfung der Lungentuberkulose, der Trunksucht und der Geschlechtskranken getroffen haben.

Weiter ist aber die Mobilmachung der finanziellen Kräfte der Sozialversicherung hervorzuheben. Die Versicherungsanstalten haben von ihrem Vermögen von über 2 Milliarden Mk. bei Kriegsaus-

bruch Mittel bis zu 5 Proz., also einen Betrag bis zu mehr als 105 Mill. Mk., zur allgemeinen Kriegswohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt. Tatsächlich sind davon im Jahre 1914: 7,8 Mill. Mk., 1915: 19,6 Mill. Mk. aufgewendet. Von diesen Summen entfallen (in Mark) auf:

	1914	1915
das Rote Kreuz und ähnliche Stellen	1 328 202	1 118 156
Wollsachen und andere Liebesgaben	1 059 832	1 962 011
Unterstützung unmittelbarer Versicherter	691 275	583 401
Unterstützung an Gemeinden und Kreise	1 827 789	2 637 810
Unterstützung an Vereine und für Kriegswohlfahrtseinrichtungen	676 251	1 806 901
die Provinz und Landesversicherungsanstalt Ostpreußen	344 000	—
Lazarettzüge	197 631	124 974
Förderung der Kriegsversicherung	119 572	823 820
Ehrengabe an Hinterbliebene gefallener Krieger	146 305	3 660 601
Kosten der Bereitstellung von Heilstätten für Verwundete usw., abzüglich der Ersatzleistungen	1 309 250	4 618 302
Kriegsbeschädigtenfürsorge (946 000 Mark), Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten	—	1 058 759

Außerdem beschlossen die Versicherungsanstalten durch Lombardierung von Wertpapieren bis zu 200 Mill. Mk. flüssig zu machen, um sie als Darlehen an bedrängte Gemeinden und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu verwenden. Im J. 1915 sind solche Darlehen in der Höhe von 46 Mill. Mk. gewährt worden.

Die Leistungen der Reichsversicherungsanstalt beziehen sich zunächst auf Spenden, die unter dem rechtlichen Gesichtspunkte der Heilfürsorge gewährt werden. Gleich zu Beginn des Krieges wurde dem Roten Kreuz das Sanatorium Fürstenberg mit 90 Betten zur kostenlosen Verfügung gestellt. Die Ausrüstung zweier Lazarettzüge, zweier Automobilkolonnen, die Beschaffung von Feldwäschereien, von Bade- und Desinfektionswagen, von Sanitätshunden usw. erforderten beinahe 1 Mill. Mk. Zur Beschaffung von Wollsachen und für Nässeschutz wurden dem Kriegsausschuß für warme Unterkleidung 2 Mill. Mk. zugewandt.

Auf die *Berufsberatung* und *Berufsumlernung* kriegsbeschädigter Versicherter hat das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt sein besonderes Augenmerk gerichtet und bezüglich der Verpflegungskosten für den Versicherten selbst und seine Angehörigen das weiteste Entgegenkommen gezeigt. Außerdem geht die Reichsversicherungsanstalt auch auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung und auf dem Gebiete der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten der Kriegsteilnehmer in engstem Zusammenarbeiten mit den Trägern der Arbeiterversicherung und der Heeresverwaltung vor.

Endlich haben die Versicherungsträger auch unsere finanzielle Rüstung gestärkt. Sie überwiesen alle verfügbaren Barmittel an die Reichsbank und halfen wesentlich zum Erfolg der bisherigen Kriegsanleihen. Es zeichneten zu den ersten vier Anleihen die Berufsgenossenschaften nicht weniger als 194 Millionen, die Invalidenversicherungsanstalten und Sonderanstalten 594 Millionen, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 200 Millionen, was einer Gesamtsumme von fast 1 Milliarde Mk. entspricht. Dazu kommen noch eine Reihe erheblicher Zeichnungen von seiten einiger Krankenkassen.

Bei all diesen Leistungen wurde eine vorsichtige Wirtschaftsführung und die Sorge für das Flüssigbleiben der erforderlichen Mittel auch bei langer Dauer des Krieges nie außer acht gelassen.

Wie mit der Sozialversicherung hat Deutschland auch mit seinem *Arbeiterschutz* durchgehalten. In vielen Stücken, nicht in allen. Die Sorge für die Bedürfnisse von Heer und Volk machte es notwendig, daß einige Schutzwehren, die die Gesetzgebung zugunsten der Arbeiterschaft errichtet hatte, fallen mußten. Deshalb traf das Reichsgesetz vom 4. August 1914 Vorsorge, *von den geltenden Beschäftigungsbeschränkungen Ausnahmen zu gewähren*. Doch wurde von diesen Ermächtigungen nur in den Grenzen des durchaus Notwendigen und mit größter Vorsicht Gebrauch gemacht.

Solche Ausnahmen waren namentlich für Gewerbezweige der Heeresbedarfs- und der Nahrungsmittelindustrie erforderlich, wo der Krieg eine außerordentliche Häufung der Arbeit brachte und mit Rücksicht auf die durch Einberufungen verringerte Zahl an männlichen Arbeitskräften eine Nachsicht am Platze war, so in bezug auf *überstunden, Nachtarbeit, sonstige Arbeiten, Besuch von Fortbildungsschulen*. Auch mußten, soweit es die rechtzeitige Ausführung der militärischen Aufträge erforderte, die gesetzlichen Beschränkungen in der Beschäftigung der weiblichen und jugendlichen Arbeiter aufgehoben werden, und es mußten an viele Arbeitsplätze, die bisher von Männern eingenommen wurden, Arbeiterinnen gestellt werden, auch um die Zahl von Reklamierungen Wehrpflichtiger durch die Kriegsindustrie auf ein möglichst geringes Maß herabzusetzen. Der Anteil der Frauen stieg daher nicht nur in Gewerbezweigen, die schon in Friedenszeiten viel Frauenarbeit hatten (Herrenkonfektion, Schneiderei, Korbflechterei, Tabakindustrie), sondern es wurden vielfach Frauen in der Metallindustrie, an Drehbänken, Stanzen, Fräs- und Bohrmaschinen beschäftigt, ferner in der Granatfabrikation beim Füllen von Granaten, in Pulverfabriken und in chemischen Fabriken, auch in Eisenwerken. Diese neuen Frauenarbeiten sind vielfach vom Gesichtspunkt des Friedensarbeiterschutzes aus bedenklich, und die Frauen werden nach Beendigung des Krieges in jenen Betrieben den Männern wieder Platz machen müssen.

Die Gewerbeaufsichtsbeamten wenden natürlich diesen Arten von Frauenarbeit ihr besonderes Augenmerk zu, um sie auf das unerläßliche Maß zu beschränken und um die besonderen Unfallgefahren der Frauen durch geeignete Vorkehrungen herabzumindern.

Während die bisher erwähnten Maßnahmen die *Sicherstellung der gewerblichen Erzeugung* bezweckten, erforderte die *Sicherstellung der landwirtschaftlichen Erzeugung*, vor allem die Sicherung der Frühjahrs- und Herbstbestellung, eine eigene Maßnahme gegenüber ländlichen Dienstboten und Arbeitern. Um die Landflucht derselben, die Entblößung des platten Landes von Arbeitskräften hintanzuhalten, erließen die stellvertretenden Generalkommandos verschiedener Bezirke entsprechende ausführliche Anordnungen.

Auf der anderen Seite brachte der Krieg *Erweiterungen des Arbeiterschutzes*. So erging ein Nachtbackverbot im Januar bzw. März 1915. Dieses Verbot, das die Streckung der Brotgetreidevorräte unterstützen will, beseitigte die Nachtarbeit im Bäckerei- und Konditoreigewerbe und erfüllte damit einen alten Wunsch der in diesem Gewerbe beschäftigten Arbeiter. Ferner wurde seit August 1915 die Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien und Wirkereien eingeschränkt (Beschäftigung von Arbeitern nur an höchstens fünf Tagen in jeder Woche zulässig; die tägliche

Arbeitszeit höchstens zehn Stunden, ausschließlich der Pausen). Diese Anordnung erfolgte vor allem im Interesse der notwendigen Einschränkung in der Verwendung von Rohstoffen und sollte die Verarbeitung der Rohstoffe auf einen längeren Zeitraum sowie die Verwendung von möglichst zahlreichen Arbeitern ermöglichen. Soweit eine größere Arbeitslosigkeit unter den Textilarbeitern entstand, wurde eine besondere Notstandsaktion eingeleitet. Danach zahlt das Reich für solche Angestellte und Arbeiter, die in Betrieben der Textilindustrie infolge von eingetretenen Arbeitsbeschränkungen erwerbslos geworden sind, höher bemessene Beihilfen an die Gemeinden als in sonstigen Fällen der Kriegswohlfahrtspflege, und das Reich übernimmt seit 1. Oktober 1915 in der Regel statt des üblichen Drittels die Hälfte der für die Unterstützung der Textilarbeiter aufgewendeten Beträge, in besonderen Fällen sogar zwei Drittel und drei Viertel. — Eine ähnliche Regelung erging auch für die Konfektionsindustrie und für das Schuhmachergewerbe.

Der *Lohnschutz* erfuhr einen Rückhalt dadurch, daß die staatlichen Behörden bei Vergebung staatlicher Arbeiten und Lieferungen (durch Vermittlung von gewerblichen Interessenvertretungen, endlich durch Gewerbeaufsichtsbeamte) gegen ungerechtfertigte Kürzungen von Gehältern und Löhnen einwirkten. Das Kriegsministerium hat mehrfach Arbeitgeber, welche die durch den Krieg geschaffenen Arbeitsverhältnisse zur Ausbeutung der Angestellten und Arbeiter ausnützten, von den Lieferungen für die Heeresverwaltung ganz ausgeschlossen.

Überhaupt beteiligt sich unser »Militarismus« ganz energisch an der Lösung sozialer Kriegsaufgaben. So hat das Kriegsministerium den Unternehmern, welche die mit den Gewerkschaftsorganisationen geschlossenen Tarifverträge verletzten, sofort die Aufträge entzogen, ferner angeordnet, daß Kriegsgefangene denselben Lohn wie die freien Arbeiter erhalten, damit die Unternehmer die Kriegsgefangenen nicht als Lohndrücker benutzen können.

Das *Koalitionsrecht der Arbeiterschaft* zur Regelung ihrer Lohn- und Arbeiterverhältnisse machte ebenfalls Fortschritte. Erinnert sei nur an die neue Fassung der Arbeiterdienstordnung der preußischen Eisenbahnarbeiter seit 1. Januar 1916 sowie an die neue Vereinsgesetznovelle vom 26. Juni 1916, wonach die Gewerkschaften sowohl wie die Organisationen der Arbeitgeber nicht als politische Vereine anzusehen sind, auch wenn sie sich mit Fragen der Gesetzgebung beschäftigen.

Vergegenwärtigen wir uns noch, was die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, die öffentlichen Arbeitsnachweise, die öffentlichen Auskunftstellen, die soziale Selbsthilfe und Mithilfe der Arbeitgeber, Arbeitgeberverbände, Arbeiter, Arbeitervereine seit Kriegsausbruch leisten, so sehen wir, daß bei Fortsetzung der bisherigen Sozialpolitik im Krieg ein gesunder sozialer Sinn der Zivil- und Militärbehörden Hand in Hand ging mit hochgespanntem Pflichtgefühl bei Arbeitgebern und erfreulichem Verständnis für die Schwierigkeiten der Lage bei der Arbeiterschaft, daß ein harmonisches Zusammenarbeiten aller Beteiligten diese Schwierigkeiten zu meistern verstand.

III. Spezielle Kriegssozialpolitik.

Mit der Fortführung der bisherigen Friedenssozialpolitik und ihrer Einstellung auf die Kriegsprobleme hat sich unsere Sozialpolitik nicht begnügt. Es wurde noch eine *spezielle Kriegssozialpolitik* ins Werk gesetzt. Sie gilt in erster Linie unseren Vaterlandsverteidigern draußen im Felde, auf dem Meere, unter dem Meere, in der Luft, daneben ihren Angehörigen zu Hause, ferner den deutschen Flüchtlingen aus den vom Krieg heimgesuchten Reichsgebieten und aus dem Feindesland sowie den sonstigen durch den Krieg in Arbeitslosigkeit, Not und Hilfsbedürftigkeit geratenen Personen (auch dem Mittelstand), schließlich der Volksernährung. Reich, Staat, Kommune, private Wohlfahrtspflege wetteifern, um die hier in Betracht kommenden besonderen Kriegsschäden und Kriegsnöte tunlichst zu mildern.

In dem großen Organismus der freiwilligen Hilfe, der von Beginn des Krieges ab an der Seite des Militärsanitätswesens und Hand in Hand mit sonstigen staatlichen und mit kommunalen Stellen systematisch Kriegswohlfahrtsarbeit leistet, bildet das *Rote Kreuz* einen hervorragend wichtigen Faktor. An dieses schließen sich die übrigen Vereinigungen ergänzend und unterstützend an. Die Kriegsgliederung des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz zeigt, in welch vielseitiger Weise diese sich an der Kriegsfürsorge beteiligen. Das Tätigkeitsgebiet umfaßt 22 Abteilungen (vgl. den Artikel »Rotes Kreuz«).

Grundsätzlich trägt die Hilfe der speziellen Kriegssozialpolitik wie die unserer sonstigen Sozialpolitik *keinen armenrechtlichen Charakter*. Die Hilfe ist kein niederdrückendes oder demütigendes Almosen, sondern Dankeserstattung und soziale Hilfe gegenüber denen, die unser Vaterland verteidigen, und ihren Angehörigen, soziale Hilfe gegenüber den sonst durch den Krieg unverschuldet in Not Geratenen, sie ist soziale Hilfe im Gesamt-, im Staatsinteresse.

Auch des *Nationalen Frauendienstes* ist hier zu gedenken. Begründet gleich bei Kriegsausbruch, führte er ein weitreichendes Zusammengehen der konfessionellen, politischen Wohlfahrtsorganisationen, der Frauenvereine vom Roten Kreuz, ein enges Hand-in-Hand-Arbeiten mit den Behörden herbei und leistet bei der Durchführung der Kriegsfürsorge sehr schätzenswerte Dienste.

Die Notwendigkeit, wie mit den wirtschaftlichen, so mit den sozialen Hilfsmitteln hauszuhalten, führte allgemein zu *besserer Arbeitsvereinigung und Arbeitsteilung*. Vielfach wurde der wünschenswerte Zusammenschluß von Wohlfahrtsvereinen unter Führung von Reich, Staat oder Kommunen erreicht, z. B. Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Sächsischer Landesausschuß für Kriegshilfe, städtische Wohlfahrtsausschüsse. Diese organisierte Solidarität verhinderte die sonst so häufige Kräftezersplitterung, befähigte vielmehr zu erhöhten persönlichen und finanziellen Leistungen.

Sozialpolitik zugunsten der Krieger. Sie erstreckt sich auf die Besoldung und Löhnung, auf leibliche und geistige Verpflegung draußen im Felde, auf Heilfürsorge und Rentenversorgung der Verwundeten und Beschädigten, auf Erwerbshilfe, auf Wahrung staatsbürgerlicher Rechte, auf Familienfürsorge.

Die im *Offiziers- und Mannschaftsversorgungsgesetz* vom 31. Mai 1906 und im *Militärhinterbliebenengesetz* vom 17. Mai 1907, das auf die als Kriegsfreiwillige in den aktiven Militärdienst eingetretenen ebenso Anwendung findet wie auf die anderen Heeresangehörigen, vorgesehenen

Leistungen sind nicht nur mit öffentlichen Mitteln des Reiches, sondern ganz wesentlich noch dank der beispiellosen Opferwilligkeit der privaten Wohlfahrtspflege vielseitig ausgestaltet worden.

Besoldung und Löhnung weisen gegenüber den Friedensgehältern erhöhte Sätze auf und schließen Dienstzulagen und Mobilmachungsgelder ein. Als Erleichterung bei der Ausbezahlung der Kriegsbesoldung können alle Angehörigen mobiler Formationen sich einen Teil ihrer Besoldung in Abzug bringen lassen zum Unterhalt ihrer Familien in der Heimat, und zwar je nach ihren besonderen Bedürfnissen in regelmäßig monatlichen oder in einmaligen Beträgen. Die regelmäßige Familienzahlung der Gehaltsempfänger dürfen aber nicht mehr als 7/10 der Kriegsbesoldung, die der Mannschaften nicht mehr als 1/3 der Löhnung betragen. Die Auszahlung dieser Familienzahlungen an die berechtigten Empfänger geschieht monatlich im voraus. Daß unsere Feldgrauen mit den draußen bezogenen Geldern im allgemeinen auskommen und sparsam umgehen, beweist die Tatsache, daß sie monatlich 60—70 Mill. Mk. aus dem Felde in die Heimat schicken.

Die leibliche Beköstigung wird natürlich in erster Linie von unserer Heeresverwaltung selbst besorgt, und zwar nach den Äußerungen unserer Krieger im allgemeinen ganz befriedigend. Aber auch hier hilft noch in reichem Maße mit der private persönliche Liebesgabendienst der Zuhausegebliebenen und der Liebesgabendienst der organisierten Verbände (Rotes Kreuz, Beamten-, Lehrervereine, sonstige Berufsvereine usw.). In welchem Maß dies geschieht, davon gibt schon eine leise Ahnung der gewaltige Umfang des Feldpostverkehrs nach und von dem Felde sowie innerhalb des Reichspostgebiets. Er umfaßte im Reichspostgebiet (ohne Bayern und Württemberg) zeitweise täglich 16,4 Millionen Sendungen, d. i. annähernd soviel als im Jahre 1913 die ganze Tagesauflieferung im Reichspostgebiet überhaupt betragen hat. Noch deutlicher wird das Bild, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß allein beim Zentralkomitee des Roten Kreuzes in Berlin im ersten Kriegsjahr rund 5 Mill. Mk. an Geld und Geldeswert für Liebesgabenfürsorge zusammenflossen. Dabei sind nicht eingerechnet zahllose Gaben an Angehörige von Kriegsteilnehmern, Kriegerwitwen und Waisen, insbesondere an Schwangere und stillende Mütter, für die Versorgung von Flüchtlingen aus Ostpreußen, aus Elsaß-Lothringen, aus dem feindlichen Ausland, die Spenden für gefangene deutsche Krieger und internierte Zivilpersonen.

Für die geistige Verpflegung unserer Feldgrauen kommt besonders die hochverdienstliche Tätigkeit unserer Feldprediger in Betracht. Daneben hält die Feldpost die geistige Verbindung zwischen dem kämpfenden Heere und der Heimat aufrecht, das Familiengefühl durch die Briefsendungen, das Heimatgefühl durch die heimatlichen Zeitungen. Die privaten Sendungen werden noch erheblich ergänzt durch besondere Stellen unserer Kriegswohlfahrtspflege. Die Zeitungsabteilung des Zentralkomitees vom Roten Kreuz sendet z. B. wöchentlich zweimal 200000 Zeitungen, illustrierte Drucksachen und Druckschriften an die Front. Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung versorgte etwa 2000 Truppenteile und Lazarette mit Lesestoff und gab für diesen Zweck 225000 Bücher und 70000 Bände und Hefte von Zeitschriften ab. Sie stellte auch Bildwerfer, Kinoapparate und Filme zur Verfügung, gewann zur Veranstaltung von vaterländischen Vortragsabenden Vortragende, die sie hinaussandte und mit Lichtbildern versah.

Außerdem sorgen für weitere geistige Kost unserer Feldgrauen die fahrbaren Kriegsbüchereien (scherzhaft Bildungskanonen genannt) sowie die dicht hinter der Front entstehenden Feldbuchhandlungen, die, buchhändlerisch betrieben, Bücher, Zeitschriften und Zeitungen führen.

Eine weitere Einrichtung, die der lange Stellungskrieg hervorrief, ist in diesem Zusammenhang zu nennen: die Soldatenheime, die den Mannschaften an der Front das gemütliche Zuhause ersetzen wollen; gleichem Bedürfnis dienen für Truppenlager im Inland die Soldatenheime in Döberitz, Zossen usw.

Die Heilfürsorge unserer Krieger erfüllt die Kriegssanitätsverwaltung selber in doppelter Richtung; sie sorgt für die einzelnen Verwundeten und Erkrankten sowie für die allgemeine Hygiene des Gesamtheeres (vgl. »Gesundheitsdienst im Kriege«, S. 303, und »Feldlazarette«, S. 308).

Die Verwundeten und Beschädigten erhalten noch eine Rente bzw. Pension. Auch diese Leistung ist sozialisiert. Sie hat gleichen Charakter wie die Rente der Sozialversicherung, ist also durchaus kein Almosen. Durch die Rente ist für die im Heeresdienst Erkrankten und Ergrauten eine von härtester Sorge freie Zukunft geschaffen. Ihr Ausbau zwecks besserer Berücksichtigung von Lebensalter, Familienverhältnissen, bisherigem Einkommen und gesellschaftlicher Stellung ist in Aussicht genommen. Ferner ermöglicht das Kapitalabfindungsgesetz vom 3. Juli 1916 den Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen einen Teil der Rente zu kapitalisieren und mit Hilfe dieses Kapitals sich auf eigener Scholle ansässig zu machen oder vorhandenes Besitztum zu erhalten und zu stärken. Dazu werden die Rentenempfänger, auch wenn sie Arbeit übernehmen, im Besitz ihrer Militärrente belassen, um auch die Teilarbeitskräfte für unsere Wirtschaftsaufgaben nutzbar zu machen. Mit Recht sagt man sich: zum Glück eines Menschen gehört mit in allererster Linie die Arbeit, in der Arbeit offenbaren sich die besten Kräfte des Menschen, nur durch Arbeit werden sie erhalten und gestählt.

Von diesem Grundgedanken ist auch die ganze soziale Kriegsinvalidenfürsorge beherrscht. Reich, Staat, Gemeinden, Arbeitsnachweise, Fachschulen, Ärzteschaft, Arbeitgeber und Arbeiterverbände, das Rote Kreuz, private Opferwilligkeit sind außerhalb des gesetzlichen Versorgungswerkes bereits dabei, diesen neuen und hochwichtigen Zweig der Kriegswohlfahrtspflege in bestmöglicher Weise zu organisieren und ihrem edlen Zweck entgegenzuführen. Ziel ist, den durch Verwundung dauernd Geschädigten die Erwerbsfähigkeit und Erwerbsmöglichkeit wiederzugeben. Darauf wird schon beim Heilverfahren Bedacht genommen. Nach dem Heilverfahren setzt die soziale Invalidenfürsorge mit Berufsberatung, Berufsunterweisung und Berufsvermittlung ein.

Träger dieser Kriegsbeschädigtenfürsorge sind besondere Landes-, Provinz-, kommunale Stellen; sie alle haben ihren Mittelpunkt im »Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge«. Die Finanzierung dieser Fürsorge ist grundsätzlich Reichsangelegenheit; es sind bereits 5 Mill. Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt. Daneben hilft ganz erheblich mit die Sozialversicherung (insbesondere die

Invalidenversicherungsanstalten, die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte), ferner die Sammlung »Kriegsinvalidenfürsorge«, zu der private Opferwilligkeit schon erhebliche Beiträge gestiftet hat.

Von der umfassenden ärztlichen und sozialen Fürsorge darf erhofft werden, daß nur eine geringe Zahl von Invaliden der dauernden Pflege in Anstalten bedürfen wird. Für diese kommen in erster Linie die bestehenden Einrichtungen (Invalidenheime, Pfründeanstalten usw.) in Betracht. In besonderen Fällen mögen eigene Kriegerheime, an deren Errichtung da und dort gedacht wird, Verwendung finden.

Die Erwerbshilfe wird den Kriegsbeschädigten zuteil, indem die Fürsorge sie, soweit erforderlich, vom Lazarett bis zur endgültig gewonnenen Arbeitsstelle begleitet. Sie kümmert sich ebenso um die heil nach Hause kehrenden Krieger. Staatliche, private Arbeitgeber, Arbeitsnachweise, Beratungsstellen, besondere Kriegshilfskassen usw. sind eifrig bemüht, Arbeitsgelegenheit den heimkehrenden Kriegern zu beschaffen, den Wiederaufbau ihrer bürgerlichen Existenz durch Barbeihilfen usw. zu erleichtern. Als Maßnahmen sind im Gange Vorbereitung von Arbeitsaufträgen, Bereitstellung (Offenhaltung) von Stellen (Anstellungsscheine, Zivilversorgungsscheine), Organisierung des bisher zersplitterten Arbeitsnachweises, Beratungsstellen, Beschaffung von Betriebsmitteln für die selbständig Erwerbstätigen, Steuererleichterungen. Auch hier arbeiten Reich, Staat, Gemeinde Hand in Hand mit Trägern der sozialen Selbsthilfe, mit Organen der privaten Wohlfahrtspflege (Deutscher Kriegerhilfsbund usw.) und mit privaten Arbeitgebern.

Die Kriegersozialpolitik bezweckt ferner Wahrung persönlicher staatsbürgerlicher Rechte des Kriegsteilnehmers in der Heimat. Hierbei handelt es sich um Wahlrechte, Unterstützungswohnsitz, um prozessuale Rechte, die durch besondere Reichs- und Landesbestimmungen dem Krieger gesichert bleiben.

Endlich ist noch die Fürsorge, im Falle der Krieger in Kriegsgefangenschaft gerät, zu erwähnen. Diese Gefangenenfürsorge erfolgt sowohl seitens des Reiches wie durch eine besondere Abteilung des Roten Kreuzes. Die Fürsorge erstreckt sich auf Gefangenen- und Vermißtennachforschung und auf Erleichterung des Gefangenenloses (Überweisung von Liebesgaben, Hinweis der zuständigen Stellen auf einwandfrei ermittelte Mißstände).

Sozialpolitik für die Kriegerfamilien. Zu der Fürsorge für unsere Krieger kommt noch die Fürsorge für die Kriegerfamilien. Sie ist schon im Interesse der Kampfesfreudigkeit unserer Vaterlandsverteidiger geboten. Der vor dem Feinde stehende bisherige Ernährer seiner Familie oder sonstigen Angehörigen muß die Zuversicht haben, daß während seiner Abwesenheit seine Familie vor jeder Not bewahrt bleibt. Die Fürsorge gilt der Familie des Kriegers, der Ehefrau des Kriegers im Wochenbett, den Hinterbliebenen des gefallenen Kriegers.

Die Fürsorge ist eine militärische Rentenversorgung, die einen angemessenen Lebensunterhalt ermöglichen will, und weiter eine soziale Fürsorge, die der Ehefrau und den Kindern bei der Fortführung der Erziehung, des Geschäfts, im Falle der Krankheit, des Wochenbettes usw. hilft. Maßgebend ist das sogenannte Familienunterstützungsgesetz vom 28. Februar 1888 in der Fassung vom 4. August 1914 und 21. Januar 1916. Das Gesetz hat für diese Familienfürsorge unserer Krieger Mindestsätze vorgesehen, unter die nicht hinabgegangen werden darf. Sie gelten als der Ersatz, den das Reich an die sogenannten Lieferungsverbände zu leisten hat. Im Laufe des Krieges ist sowohl der Begriff der Angehörigen als der Betrag der Unterstützung erweitert worden.

Den Angehörigen muß bei vorliegender Bedürftigkeit die Unterstützung gewährt werden. Die Bedürftigkeit ist wohlwollend und ohne Kleinlichkeit zu würdigen. Sie ist stets und ohne Prüfung anzunehmen und wenigstens der Mindestsatz zu zahlen, wenn nach der letzten Steuerveranlagung das Einkommen des in den Dienst Eingetretenen und seiner Familie in den Orten der Tarifklasse E 1000 Mark oder weniger, in den Orten der Tarifklassen C und D 1200 Mark oder weniger, in den Orten der Tarifklassen A und B 1500 Mark oder weniger beträgt. Die Unterstützung hat keinerlei armenrechtlichen Charakter. Infolgedessen darf hinsichtlich der Höhe der Unterstützung nicht der armenpflegliche Maßstab angewendet werden. Den Angehörigen hat die Kriegerfamilienfürsorge nicht bloß das an sich zum Leben unbedingt Notwendige zu gewähren, sondern das bereitzustellen, was nach den beruflichen und sozialen Verhältnissen der Beteiligten bei gebotener Einschränkung zur Bestreitung des Lebensunterhaltes auf der bisherigen sozialen Stufe zur Fortführung der Wirtschaft erforderlich ist. Vor dem Krieg gewährte Armenhilfe geht für die Dauer des Krieges in Kriegsfürsorge über.

Wenn Bedürftigkeit im Sinne des Gesetzes vorliegt, sind zunächst die Mindestsätze zu gewähren (15 Mark für die Ehefrau und 7,50 Mark für die sonstigen Berechtigten; im Anfang des Krieges: in den Sommermonaten 9 Mark, für die übrigen Monate 12 Mark, für die sonstigen Angehörigen 6 Mark). Die Gewährung dieser Sätze hat auch dann zu erfolgen, wenn das Maß der Bedürftigkeit unter dem Aufwand der Mindestsätze sich bewegt.

Wo die Beteiligten ausschließlich auf die Unterstützung angewiesen sind, reichen die Mindestsätze in der Regel nicht aus, und es müssen daher noch weitere Zuwendungen gemacht werden. Tatsächlich ist durch solche die Reichsunterstützung vielfach verdoppelt worden. Es handelt sich dabei sowohl um Zuschußunterstützungen der Gemeinden (Lieferungsverbände) als auch um Unterstützungen von Privatpersonen (Arbeitgeber) und Vereinen; die Unterstützungen der Privatpersonen und der Vereine dürfen aber nur auf die Erhöhung der Lieferungsverbände und nicht auf die Mindestsätze angerechnet werden. Die gesetzliche Unterstützung darf weder ge- noch verpfändet werden.

Der Unterstützungsaufwand ist von den Lieferungsverbänden aufzubringen. Der für die Gewährung der Mindestsätze erforderliche Bedarf wird seinerzeit (nach Beendigung des Krieges) vom Reich erstattet; doch wird im Hinblick auf die großen Summen, die die Lieferungsverbände bereits vorzuschießen haben, angestrebt, daß noch während des Krieges ein Teil dieser Vorschüsse das Reich den Lieferungsverbänden zurückerstattet. Der über die Mindestsätze hinausgehende Mehrbedarf fällt den Lieferungsverbänden endgültig zur Last. Sie erhalten jedoch namhafte Zuschüsse des Staates und, soweit erforderlich, auch des Reiches.

Die Unterstützung kann in Geld verabfolgt werden, aber auch teilweise in Sachleistungen (Lieferung von Brotkorn, Kartoffeln, Brennmaterialien usw.). Erhält der Krieger infolge von Verwundung oder Krank-

heit eine Krieger-Invalidenrente, so ist die Familienunterstützung bis zur Auszahlung der Krieger-Invalidenrente fortzusetzen. Erkrankung oder Verwundung, zeitweilige Beurlaubung des Kriegsteilnehmers unterbrechen nicht die Auszahlung der Unterstützung. Im Falle des Todes des Kriegers ist die Familienunterstützung bis zur Auszahlung der zuständigen Hinterbliebenenrente fortzusetzen, und zwar noch während drei Monate über den Zeitpunkt hinaus, von dem an die den Hinterbliebenen auf Grund des Militärhinterbliebenengesetzes zu zahlenden Bezüge zuständig sind. Die Unterstützung endigt bei Fahnenflucht des Kriegers oder bei Verurteilung desselben zu einer Gefängnisstrafe von länger als sechsmonatiger Dauer bis zum Wiedereintritt in den Dienst.

Die gesetzliche Fürsorge für die Familien unserer Kämpfer hat bereits in hohem Maße die Mittel des Reiches, der Bundesstaaten und der Lieferungsverbände in Anspruch genommen. Nebenher hat auch die freiwillige Kriegerfürsorge, die teils das Rote Kreuz mit den ihm zugehörenden zahlreichen Organisationen, teils die Kommunen getroffen haben, beträchtliche Mittel aufgewendet.

Das Reich hat sowohl im Reichsetat 1914 wie in dem von 1915 je 200 Millionen Mark zur Familienhilfe und Erwerbslosenhilfe bereitgestellt und zur Verteilung an die einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Matrikularbeiträge bestimmt. Die Hälfte von den 400 Mill. Mark (nach Abzug von 5 Mill. Mark für die Krieger-Invalidenfürsorge) ist für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer bestimmt und wird in Teilbeträgen den bedürftigen Gemeinden durch Vermittlung der Landesregierung ausbezahlt. Nach den vereinbarten Grundsätzen wird einer Gemeinde nicht mehr als ⅓ ihres Gesamtaufwandes für die Kriegswohlfahrtspflege bewilligt; doch können mit Genehmigung des Bundesrats auch ½ oder ⅔ ersetzt werden.

Bis März 1916 sind vom Reich für Kriegswohlfahrtsausgaben etwa 1,5 Milliarde Mark, von den Gemeinden etwa 1,1 Milliarde, insgesamt 2,6 Milliarden Mark ausgegeben worden. Die Beihilfen des Reiches sind seit Kriegsausbruch von Monat zu Monat gestiegen, teils infolge der Zunahme von Einberufungen, dann infolge ständiger Erweiterung des Kreises der Unterstützungsberechtigten durch Verwaltungsanordnung, teils infolge Aufforderungen der Aufsichtsbehörden an die Lieferungsverbände zur wohlwollenden Erledigung der Unterstützungsanträge und zur Erhöhung der Mindestsätze wegen Verteuerung der Lebensmittel, der Ausgaben für Kleidung, Brennstoffe usw. So kam es, daß das Reich an Mindestsätzen leistete: 1914 im August 27,6, September 46,2, Oktober 52,6, November 58,4, Dezember 63,4 Mill. Mark; 1915 im Januar 65,1, Februar 68, März 74,7, April 78,2, Mai 82,7, Juni 84,9, Juli 89,7, August 93,4, September 94,1, Oktober 97,2, November 120, Dezember 129 Mill. Mark.

Zu den vom Reich bewilligten Beihilfen haben einzelne Bundesstaaten weitere Beihilfen bereitgestellt. So Preußen im Etat 1915: 110 Mill., im Etat 1916: 200 Mill. Mark. Wie groß in Preußen die Steigerung gewesen, geht daraus hervor, daß im April 1915 noch 23,16 Mill., im Juli bereits 29,7 Mill., im Oktober schon 37,7 Mill. Mark Kriegswohlfahrtsausgaben bei Gewährung von Beihilfen berücksichtigt werden mußten. Mittels dieser Reichs- und Staatszuschüsse konnten vielen Gemeinden über 50 Proz., nicht selten 60—75 Proz. ihrer Aufwendungen ersetzt werden.

Durch zielbewußte Zusammenfassung der in Betracht kommenden Vereine wurde deren Aktionsfähigkeit zu einer ganz besonderen Kraft gesteigert. Die Zusammenfassung erfolgte in »örtliche Kriegsämter«, »städtische Wohlfahrtsausschüsse«, in »Kreisausschüsse«, »Landesausschüsse zur Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer«.

Eine nähere Schilderung der tatsächlichen Leistungen der Gemeinden im Interesse der Familien der Kriegsteilnehmer findet sich unter anderen in den Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetages (ständige Rubrik: Leistungen der Städte aus Anlaß des Krieges). Insgesamt zahlte beispielsweise Berlin bis Juni 1916 an die Kriegerfamilien 150 Mill. Mark aus.

Neben diesen Unterstützungen laufen zahlreiche Beihilfen, die Reich, Staat, Gemeinde als Arbeitgeber durch Zulagen an die Angehörigen von einberufenen Kriegern leisten, von vielen Arbeitgebern noch ergänzt und vermehrt mit Rücksicht auf die Familienangehörigen. Außerdem arbeitet ein freiwilliger gegenseitiger Hilfsdienst (Standeshilfe) in opferwilligster Weise zugunsten der durch Einberufungen in Bedrängnis gekommenen Familien, Betriebe und Geschäfte.

In besonderer Weise wurde für die Familien der Kriegsteilnehmer im Falle der Entbindung der Ehefrau gesorgt. Das Reich bietet hier eine besondere Wochenhilfe während des Krieges, die aus 25 Mark als einmaliger Beihilfe zu den Entbindungskosten, 10 Mark als Beihilfe für ärztliche und Hebammenbehandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden, aus Wochengeld in Höhe von 1 Mark täglich für 8 Wochen sowie aus Stillgeld für die ihren Säugling selbst nährende Mutter von 50 Pfennig täglich für die Dauer des Selbststillens (bis 12 Wochen) besteht.

Die erwähnten Leistungen werden von den Krankenkassen gegen Ersatz aus der Reichskasse vermittelt. Auch bei versicherten Wöchnerinnen, deren Männer nicht am Krieg teilnehmen, sollen die Krankenkassen diese Wochenhilfe leisten, nur geht sie hier auf eigene Rechnung der Kasse. Seit April 1915 wurde die Wochenhilfe ausgedehnt auf Wöchnerinnen, deren Ehemänner Kriegsdienste leisten oder an deren Weiterleistung oder an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit durch Tod, Verwundung, Erkrankung oder Gefangennahme verhindert sind, und wenn die Wöchnerinnen minderbemittelt (Gesamteinkommen bis 1500 Mark und für jedes schon vorhandene Kind unter 15 Jahren nicht über 250 Mark) sind. Auch für das uneheliche Kind eines Kriegsteilnehmers wird die Wochenhilfe gewährt.

Im ganzen wurden bis 7. März 1916 für Wochenhilfe 28½ Mill. Mark zur Erstattung beim Reichsamt des Innern angemeldet.

Eine Ergänzung dieser Wochenhilfe bieten eine Reihe von Einrichtungen der privaten Liebestätigkeit (Frauenvereine vom Roten Kreuz). Unter diesen ist noch besonders die »Kriegskinderspende Deutscher Frauen« hervorzuheben, die durch einen Aufruf der Kronprinzessin Cecilie vom 20. September 1915 in die Wege geleitet wurde. Unterstützt werden aus dieser Sammlung bedürftige und würdige Mütter, die nach dem 20. September 1915 geboren haben, wenn der Vater deutscher Kriegsteilnehmer ist.

Eine besondere Bedeutung kommt der Fürsorge für die Hinterbliebenen unserer Krieger zu. Ihr Ziel ist, auch nach dem Tod des Ernährers die Hinterbliebenen möglichst ihrer bisherigen Schicht zu

erhalten, sie vor Not und Bedrängnis zu bewahren und instandzusetzen, den Haushalt fortzuführen und die Kinder der Gefallenen angemessen zu erziehen und auszubilden. Die Fürsorge steht den Hinterbliebenen zunächst nach den militärischen Hinterbliebenengesetzen zu; soweit die Kriegsteilnehmer versichert waren auf Grund des Invaliden- und Angestelltenversicherungsgesetzes, auch auf Grund dieser Gesetze; soweit es sich um Staats- und Gemeindebeamte handelte, auch auf Grund des Beamtenrechts. Wo diese gesetzliche Versorgung und die eigene Kraft nicht hinreichen, soll zur Stärkung der Selbsthilfe eine anderweitige helfende und beratende Fürsorge, besonders die freiwilligen Fürsorgeorganisationen und -einrichtungen, und da, wo gleichwohl die gesetzliche Geldversorgung auch zusammen mit angemessener eigener Tätigkeit den wirtschaftlichen Bedarf nicht erreicht, weitere wirtschaftliche Unterstützung in freier Fürsorge dazutreten. Für diese weitere Beihilfe kommt an erster Stelle die »Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der gefallenen Krieger« in Betracht, die den Zusammenschluß aller Hilfsquellen und Einrichtungen für diesen Liebesdienst anstrebt.

Die militärische Rentenversorgung der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer ist im Militär-Hinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 geregelt. Der darin aufgestellte Grundsatz starrer Einheitssätze entspricht wenig mehr unserem sozialpolitischen Empfinden. Dieses verlangt nach abgestuften Renten, die das bürgerliche Arbeitseinkommen des Verstorbenen mitberücksichtigt. Es dürfen die Familien von Männern, die sich durch ihren Fleiß zu einer gehobenen Lebensstellung emporgearbeitet haben und jetzt draußen den Heldentod finden, noch ehe sie in eine zu größeren Bezügen der Hinterbliebenen berechtigende militärische Stellung aufrücken konnten, nicht durch den Krieg in sozial niedrigere Verhältnisse herabgedrückt werden. Darum sind zu den geltenden Mindestsätzen Zuschlagsrenten angeregt, die nach dem bürgerlichen Arbeitseinkommen — bis zu einer Höchstgrenze — der auf dem Felde der Ehre Gefallenen berechnet werden. Seitens der Reichsverwaltung erfolgte der Vollzug des Hinterbliebenengesetzes tunlichst im Sinne dieser Wünsche; ein besonderer Fonds zum Ausgleich von Härten kommt zur Verwendung bei Witwen und Waisen solcher Kriegsteilnehmer, deren Rente dem Arbeitseinkommen des Gefallenen — von über 1500 Mark — nicht entspricht; auch werden Zuwendungen aus dem Pensionsfonds des Kriegsministeriums gemacht. Überdies steht eine diesen Wünschen entsprechende Gesetzesvorlage für die Zeit gleich nach Friedensschluß in Aussicht. Die gegenwärtigen Renten bedeuten daher in den Fällen, in denen die Ernährer infolge höherwertiger Arbeit ein größeres Arbeitseinkommen hatten, noch nicht, daß die Hinterbliebenen endgültig auf sie angewiesen bleiben.

Die reichsgesetzliche Invalidenversicherung wird unverkürzt neben der militärischen Rentenversorgung gewährt. Für die Hinterbliebenen eines nach der reichsgesetzlichen Angestelltenversicherung versicherten Angestellten sind nur ausnahmsweise Renten erhältlich. Die Versorgungsansprüche der Hinterbliebenen aus dem staatlichen Dienstverhältnis des Gefallenen bleiben gleichfalls unberührt. Dasselbe gilt in der Regel für sonstige Beamte und Angestellte.

Soweit die geschilderte Hilfe nicht ausreicht, kommt zur Stärkung der Selbsthilfe ein weiterer beratender und helfender Beistand und eine wirtschaftliche Unterstützung in freier Fürsorge hinzu. Für diese besondere soziale Fürsorge für Kriegerwitwen und Kriegerwaisen bestehen neben einem »Hauptausschuß für Kriegerwitwen und -waisen« vielfach eigene örtliche Fürsorgestellen, teils selbständige, teils im Anschluß an die Invalidenfürsorge-Ausschüsse.

Zur Vermeidung einer Zersplitterung wurde gleich nach Kriegsausbruch eine einheitliche Sammlung unter dem Namen »Die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der gefallenen Krieger« ins Leben gerufen, der dank der Opferwilligkeit des Volkes, auch der Auslandsdeutschen, bereits ansehnliche Mittel zugeflossen sind.

Daneben verdienen die pflichtmäßigen und die freiwilligen Leistungen der Invalidenversicherung zugunsten der Hinterbliebenen der gefallenen Krieger Hervorhebung. Außerdem ist in diesem Zusammenhang zu erinnern an die »Kriegsspende Deutscher Frauendank«, an die Kriegskinderpflege des Roten Kreuzes, die Kriegskinderkrippen, Kriegspatenschaften, Kriegspatenversicherung, den um die Fortsetzung einer besseren Ausbildung der Kinder gefallener Krieger bemühten »Vaterländischen Jugendheimbund« usw.

Sozialpolitik zugunsten der deutschen Flüchtlinge und der kriegsbeschädigten Reichsgebiete. Eine weitere Aufgabe ist der Kriegssozialpolitik erwachsen durch die feindlichen Überfälle auf Reichsgebiete wie Ostpreußen, Elsaß-Lothringen, die deutschen Kolonien und durch die deutschen Flüchtlinge, die diese Gebiete sowie das feindliche Ausland verlassen haben. Viel Kummer und Elend sind dadurch entstanden. Eine Vorstellung davon geben die Kriegsschäden, die für Ostpreußen festgestellt sind. Der gesamte Schaden wird auf etwa 1,2 Milliarde Mark geschätzt. Darunter sind 300 Mill. Mark Gebäudeschaden, 450 Mill. Mark Trümmer- und Plünderschaden. Die staatliche Hilfe für die schwer heimgesuchte Provinz setzte noch während des ersten Einfalles ein. Eine besondere Kriegshilfskommission diente zur Beratung der Zentralbehörden bei Erlassung gesetzlicher Vorschriften und bei Durchführung der Kontrolle des Wiederaufbaues der Provinz. Ähnliche Dienste leisten Kriegshilfsausschüsse der Kreise. Im preußischen Etat wurden für Vorentschädigungen zur Fortführung des Wirtschaftslebens, zum Wiederaufbau der Provinz und zur Verhütung schädigender Rückwirkungen der eingetretenen Zerstörungen auf das Wirtschaftsleben der übrigen Teile des Staates 400 Mill. Mark bereitgestellt und bis Mitte Dezember 1915 etwa 300 Mill. Mark ausgezahlt.

Das Verfahren zur Feststellung von Kriegsschäden an beweglichem und unbeweglichem Eigentum im Reichsgebiet wurde durch ein besonderes Gesetz vom 3. Juli 1916 geordnet.

In Ergänzung der staatlichen Hilfsmaßnahmen wirkt in weitem Umfang die freie Liebestätigkeit mit. Viele Städte (auch Landwirtschaftskammern, Regierungsbezirke) haben als Fürsorgestädte für je eine der durch den Krieg schwer geschädigten ostpreußischen Kleinstädte oder der ländlichen Ortschaften eines Kreises die Patenschaft übernommen und hierfür besondere Hilfsvereine gegründet. Ein Verband deutscher Kriegshilfsvereine für zerstörte ostpreußische Kleinstädte und Ortschaften unter dem Namen »Ostpreußenhilfe« sucht diese Hilfe unter den einzelnen Städten und Ortschaften zu verteilen.

Auch der Landesversicherungsanstalt Ostpreußen ist man zu Hilfe gekommen, um ihr ihre versicherungsgemäßen Verpflichtungen zu erleichtern. Schwesteranstalten aus dem übrigen Reich stellten angemessene Unterstützung zur Verfügung.

Für die Flüchtlinge wurde Vorsorge getroffen sowohl an den Plätzen, wohin sie abwanderten, als auch in der Heimat. So hat die Groß-Berliner Beratungsstelle des Roten Kreuzes für die deutschen Flüchtlinge bisher über 80000 Flüchtlinge mit Unterkunft, Verpflegung und Beratung unterstützt, unter weitgehender Beihilfe der Staatsregierung. Mehrfach erfolgte auch die Unterbringung in Krankenhäusern, Genesungsheimen, Entbindungsanstalten und Säuglingsheimen. Nicht mehr schulpflichtige Jugend wird in Fortbildungs-, Haushaltungs- und Handarbeitsschulen unterrichtet. Auch die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit erfolgt in ausgiebigem Maße. Ein besonderer Verein für Kriegszufluchtsstätten hat Heime geschaffen zur Aufnahme von Flüchtlingen. Nach Versorgung der Ostpreußen widmete sich dieser Verein den aus Frankreich, England, Italien und namentlich aus Rußland vertriebenen und geflüchteten Deutschen.

Anderseits wurde Heimathilfe den heimkehrenden Flüchtlingen geboten, vor allem durch Beköstigung, Obdach, Kleider und Hausrat. Dank der Heimathilfe des Vaterländischen Frauenvereins in Ostpreußen ist der größte Teil der erwerbsfähigen Leute in ihre Heimat zurückgekehrt.

In ähnlicher Weise erfolgt die Obsorge für Elsaß-Lothringen. Auch hier besteht eine Kriegshilfskommission und Kriegshilfsausschüsse. Ein besonderer Kriegshilfsfonds erhielt vom elsässischen Landtag einen außerordentlichen Kredit von 15 Mill. Mark; das Reich stellte einstweilen 1 Mill. Mark zur Verfügung. Eine Kriegshilfsaktion, welche in ganz Deutschland Gelder sammelte, ergab bis Februar 1916 ein Erträgnis von über 2,3 Mill. Mark. Dazu kamen Naturalspenden in großer Menge. Auch der Landesversicherungsanstalt von Elsaß-Lothringen wurde geholfen.

Die anfangs etwas zurücktretenden Maßnahmen zugunsten der eingewanderten Auslandsdeutschen wurden seit Januar 1915 durch die Abteilung »Flüchtlingsfürsorge« des Roten Kreuzes ausgiebig erweitert. Empfangsstellen für die aus Frankreich, Belgien und Rußland hereinströmenden Flüchtlinge wurden vorgesehen, von wo aus dann eine wohldurchdachte Zerstreuung vor sich ging. Auch die Flüchtlingsheime in Berlin leisteten hier gute Dienste. Eine Kleiderausgabe- und Versandstelle beschaffte Wäsche, Wollsachen, Schuhwerk. Eine besondere Untergruppe sorgt für die Jugendlichen, eine weitere für passende Beschäftigung, eine andere nimmt die Protokolle über angebliche Gewalttaten auf, die als Unterlagen für Entschädigungsansprüche später dienen sollen. In vielen Städten entstanden Hilfsorganisationen. Endlich ist auch noch der sehr verdienstlichen Tätigkeit des Vereins für das Deutschtum im Ausland zu gedenken, der seine persönlichen und materiellen Mittel zur Unterstützung der deutschen Flüchtlinge aus dem Ausland verwendete.

Sozialpolitik für den Arbeitsmarkt und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Begreiflicherweise litt bei Kriegsausbruch die Erwerbsgelegenheit ziemlich Not. Eine Reihe von Betrieben wurde eingestellt teils wegen Einberufung ihrer Unternehmer und eines erheblichen Teiles ihres Stammpersonals, teils wegen Schwierigkeiten im Rohstoffbezug oder im Absatz infolge unterbundenen Verkehrs, teils wegen befürchteter Nichtbezahlung von eventuellen Lieferungen. Indes schon nach wenigen Wochen vermochten deutsche Schaffenskraft und Intelligenz im Zusammenhang mit sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen die neugeschaffene Lage wieder zu meistern, und zwar mit solchem Erfolg, daß im Dezember 1914 die Arbeitslosenziffer nur mehr ein Drittel von der im August ausmachte und im Laufe der Jahre 1915 und 1916 geringer wurde als in den gleichen Monaten des letzten Friedensjahres.

Vor allem wurde auf eine zweckmäßige Regelung des Arbeitsmarktes Bedacht genommen. In Anknüpfung an das vorhandene Netz von öffentlichen Arbeitsnachweis-Verbänden und örtlichen Arbeitsnachweisen wurde eine Reichszentrale der Arbeitsnachweise im Reichsamt des Innern am 6. August 1914 geschaffen. Sie brachte während des Krieges die vorhandenen Arbeitsnachweise in geeignete Beziehungen und nahm sich alsbald besonderer Kriegsaufgaben an: Sie sorgte mit für Unterbringung der Bevölkerung, die aus Festungsgebieten zu entfernen war, sie leistete Beihilfe bei Verteilung der in Deutschland zurückgehaltenen russischen Arbeiter, bei der Heimbringung der italienischen Arbeiter, bei Zuweisung von Arbeitskräften an die Landwirtschaft (Bergung der Ernte, Frühjahrsbestellung) und Industrie, bei Beschaffung von Arbeitskräften für Festungsarbeiten usw., von Arbeitskräften für die Betriebe der Militärbehörden und für die von ihnen beschäftigten Privatbetriebe, bei Zuweisung von Gefangenenarbeit. Zur Unterstützung dieser Tätigkeit wurde ein besonderer Arbeitsmarktanzeiger geschaffen, der wöchentlich zweimal erscheint, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik. — Die bereits bestehenden, namentlich die öffentlichen Arbeitsnachweise haben ihre Leistungsfähigkeit und ihre tatsächlichen Leistungen im Laufe des Krieges außerordentlich erhöht.

Auch Sonderorganisationen traten zur Minderung der Kriegsnot in Tätigkeit. So wurde auf Anregung des »Zentralverbandes deutscher Industrieller« und des »Bundes der Industriellen« der »Kriegsausschuß für deutsche Industrie« gegründet mit der Aufgabe, eine systematische Verteilung und Unterbringung der Angestellten und Arbeiter zu sichern, die Unterstützung und Beschäftigung notleidender Zweige der Industrie zu fördern und für schnellste Verbreitung der staatlichen Lieferungsausschreibungen zu sorgen. Ähnliche Zwecke verfolgt die deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten und viele andere Kriegsgesellschaften. Ein Ausschuß für Konfektionsnotarbeiten befaßt sich im besonderen mit der Notlage der als Folge des Krieges brotlos gewordenen Konfektionsarbeiterinnen in Berlin und Umgegend. Ferner ist hier die vom Berliner Zentralarbeitsnachweis eingerichtete eigene Betriebswerkstätte zu erwähnen, die für Kriegsbedarf arbeitet. In gleicher Richtung sind die an vielen Orten von vaterländischen Frauenvereinen oder sonstigen Wohlfahrtsorganisationen geschaffenen »Arbeitsstuben« tätig. Auch die Arbeitsgemeinschaften zur Beschaffung von Aufträgen für Arbeitgeber und für Arbeiter, wie sie von Organisationen von Unternehmern und Arbeitern in einer Reihe von Gewerben (Bau-, graphische, Tapeziergewerbe usw.) im Laufe des Krieges ins Leben gerufen wurden, wirken ersprießlich,

abgesehen davon, daß sie gleichzeitig zur Stärkung des Solidaritätsgefühls der Unternehmer und Arbeiter der einzelnen Berufszweige beitrugen.

Daneben waren die verschiedensten Stellen bemüht, Arbeit zu schaffen und Arbeitskräften andauernde Beschäftigung zu bieten. Vor allem ließen sich dies die öffentlichen Betriebsverwaltungen (Eisenbahn-, Bau-, landwirtschaftliche Verwaltung) von Reich, Staat, Kommunen, Kirchen und Stiftungen sehr angelegen sein. Als besonders bedeutsamer Arbeitgeber erwies sich der Militärfiskus mit seinem ausgedehnten Kriegsbedarf an Bauten und an Munitions- und Mannschaftsausrüstungen. Zur Befriedigung dieses Bedarfs haben sowohl die einzelnen Betriebe wie die Arbeiter eine staunenswerte Anpassungsfähigkeit an den Tag gelegt.

Damit die Herstellung und der Betrieb der Heeresbedarfsartikel auch in Hinblick auf die dazu erforderlichen Waren aus den im Lande vorhandenen Beständen gesichert war, wurde durch Bundesratsverordnungen (vom 24. Juni, 22. Juli, 9. Oktober, 25. November 1915) eine Zugriffsmöglichkeit geschaffen, die in der Regel der Enteignung vorausgeht, aber nicht immer die Enteignung zur Folge zu haben braucht. Ebenfalls zur Sicherung des Bedarfs für die Heeresverwaltung ist schon seit Kriegsausbruch die Kriegsrohstoffabteilung beim preußischen Kriegsministerium tätig; sie hat das Recht der Beschlagnahme gewisser wichtiger Sprengstoffe, Textilien, Metalle. Auf ihre Anregung haben eine Reihe Industrien weitere Kriegsgesellschaften gegründet (Kriegswolle-, Kriegsbaumwolle-, Kriegsledergesellschaft usw.), die unter eigener und staatlicher Kontrolle die Produktion so einrichten, daß die Erfordernisse der Heeresverwaltung und des Privatbedarfs genau abgewogen und gemäß ihrer Wichtigkeit für das allgemeine Interesse befriedigt werden.

Außerdem wurde die ungestörte Herstellung der Kriegsaufträge gegen starken Wechsel der Arbeiter sichergestellt. Ähnliches geschah im Interesse der Ernährung von Heer und Volk, um die Arbeitskräfte für die Feldbestellung und die Erntearbeiten zu sichern.

Daß die Wiederbelebung unserer Volkswirtschaft tatsächlich gelang, war auch mit ein Verdienst unserer Verkehrsverwaltung und Finanzverwaltung. Die Eisenbahnen haben trotz der riesenhaften Kriegertransporte, die sie bewältigten, unser heimisches Erwerbsleben durch alle möglichen Tariferleichterungen stark angeregt und den Verkehr in neue Bahnen gelenkt, den Austausch zwischen Industriegebieten des Westens und den Agrarbezirken des Ostens, den Austausch mit neutralen Häfen vermittelt. Die Finanzverwaltung, insbes. die Leitung der Reichsbank, hatte durch die verschiedensten Mittel, hauptsächlich auch durch Bereitstellung der Darlehnskassen, einer Kreditkrisis vorgebeugt, die kreditwürdigen Kreise erhielten bald die Sicherheit, daß sie im Bedarfsfalle Kredit bekommen würden; damit war die erwünschte Beruhigung im Geschäftsleben gewährleistet. Unser Geldstand zeigt eine große Flüssigkeit. Die Reichsbank kann seit 23. Dezember 1914 an einem Diskontsatz von 5 Proz. festhalten, der Privatdiskont in Berlin betrug bisher durchschnittlich 4¹/₈ Proz., tägliches Geld gab es zu 2 Proz., Ende März 1915 sogar zu 1—1¹/₂ Proz. (vgl. auch die Artikel »Deutsche Volkswirtschaft«, S. 382, sowie »Geld und Kredit«, S. 411). Vor allem aber ist es den hervorragenden Waffenerfolgen unserer Truppen in den ersten Wochen zu danken, daß auch in der Privatindustrie sich rasch wieder Mut und Unternehmungslust einstellten.

So begreift sich, daß immer weniger von Arbeitsmangel und Arbeitslosigkeit im Laufe des Krieges zu spüren war, vielmehr sich mit der Zeit ein starker Arbeitermangel geltend machte. Die Folge war, daß alle zulässigen Möglichkeiten der Beschaffung von Ersatzarbeitskräften ausgenutzt wurden. Es wurden viele ungelernte Arbeiter, auch Frauen, Jugendliche und ältere Personen herangezogen, ferner Heimarbeiter und -arbeiterinnen bei teilweiser Überführung in die Fabriken, Kriegsbeschädigte, soweit sie nicht wieder kriegsverwendungsfähig wurden, Kriegs- und Zivilgefangene, Arbeiter aus besetzten Landesteilen und dem neutralen Ausland.

Alles in allem hat die deutsche Industrie den Kriegsschwierigkeiten sich gut angepaßt. Allerdings blieb ihre Lage trotzdem schwierig. Die Erzeugungskosten erhöhten sich schon in Anbetracht der Verteuerung der Rohstoffe namhaft und ebenso stiegen infolge des gegenwärtigen Arbeitermangels die Löhne erheblich.

Soweit trotz Fürsorge für Arbeitsgelegenheit eine Arbeitslosigkeit verblieben ist, setzte eine besondere Arbeitslosenfürsorge ein. Zunächst traten die Gemeinden, die Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter, Privatwohltätigkeitsvereine ein. Im weiteren Verlauf, als diese Aufwendungen immer höhere Mittel in Anspruch nahmen, wurden auch Beihilfen der Bundesstaaten und des Reiches flüssig gemacht, zu welchen noch Mittel von Landesversicherungsanstalten usw. kamen. Das Reich hat bis zu 400 Mill. Mk. in den Jahren 1914 und 1915 an Beihilfen den Gemeinden gewährt, und zwar fallen davon 3—4 Proz. auf die Erwerbslosenfürsorge, etwa 80 Proz. auf die Zuschläge zu den Familienunterstützungen, 16—17 Proz. auf andere Kriegswohlfahrtszwecke. Neben dem Reich tritt auch der Staat helfend ein, er ersetzt seinerseits den Gemeinden regelmäßig ¹/₃ der fraglichen Aufwendungen, so daß ihnen selbst höchstens ¹/₃ zu eigenen Lasten verbleibt.

So ist allgemein eine umfassende Erwerbslosenhilfe durch das Zusammenwirken von Reich, Staat, Gemeinde und Privatwohltätigkeit ausgebaut, welche die mit Arbeitslosigkeit verbundenen Nöte bisher wesentlich gelindert hat.

Wie alles Gute, ist auch diese Kriegshilfe vor Mißbrauch nicht verschont geblieben. Wiederholt haben männliche wie weibliche Arbeitsfähige sich eine Arbeitslosenunterstützung verschafft und diese einem durch Arbeit selbst erworbenen Lohn vorgezogen. Mit Recht wurden solche Erscheinungen auch seitens der einzelnen Unterstützungsausschüsse für Kriegsarbeitslose ernstlich verfolgt; auch die Kreise der Gewerkschaften schärften solchen Gesinnungslosen die Übernahme von Arbeit als heilige Kriegspflicht ein in einer Zeit, wo es gilt, zur Abwehr der großen Gefahr für das Vaterland alle Kräfte anzuspannen.

Sozialpolitik für sonstige durch den Krieg in Not und Hilfsbedürftigkeit geratene Personen. Die Kriegssozialpolitik trägt in vielseitiger Weise auch der Hilfsbedürftigkeit Rechnung, in die der breite Mittelstand, die Hausbesitzer, das Handwerk, die mittlere Beamtenschaft, die freien Berufe durch den Krieg gedrängt wurden. Sie setzt damit die Mittelstandspolitik des Friedens kriegsmäßig fort, geleitet von der Überzeugung, daß ein gesunder, wirtschaftlich kräftiger Mittelstand im sozialen und wirtschaftlichen Ausbau unserer Bevölkerung nach dem Krieg

nicht fehlen dürfe, daß er daher gegen die Kriegsnöte rechtzeitig gestützt werden müsse.

Eine Reihe von Maßnahmen bezweckten Hilfeleistung sowohl für Mieter und Hausbesitzer wie gegenüber Hausbesitzern und Hypothekengläubigern (vgl. Artikel »Kriegsnotgesetze«, S. 389). Ein weiteres Gebiet betrifft die Kreditnot. Ihr steuerten Kriegseinrichtungen wie die Reichsdarlehnskassen, bundesstaatliche Beleihungskassen für sichere Hypotheken, die Berliner Kriegsbeleihungskasse für nachstellige Hypotheken, die Kriegskreditbanken, ferner die Kreditgenossenschaften, die Landesversicherungsanstalten usw. Auch auf dem Arbeitsmarkt erfolgte eine Kriegshilfe zugunsten des Mittelstandes teils durch gegenseitige Standeshilfe, teils durch Zusammenschluß des Handwerks zu Lieferungsverbänden, durch besondere Berücksichtigung des Handwerks bei staatlichen, kommunalen und Heereslieferungen. Besondere Provinzialkriegshilfskassen suchten den Kriegsteilnehmern aus dem Mittelstande bzw. deren Angehörigen die Wiederherstellung oder Erhaltung ihrer geschäftlichen Lebensstellung (durch Darlehen usw.) zu erleichtern. Für die Festbesoldeten des mittleren Beamtenstandes und der Lehrerschaft brachten Kriegsteuerungszulagen einen gewissen Ausgleich. Zugunsten der in Bedrängnis geratenen Angehörigen freier Berufe (Künstler, Schriftsteller usw.) wirkt private Wohlfahrtspflege, zum Teil durch staatliche Mittel gefördert.

Kriegssozialpolitik zugunsten der Volksernährung. Schon im Frieden war die Lebensmittelversorgung unseres Volkes nicht bloß eine wirtschaftspolitische Aufgabe, sondern hatte starken sozialpolitischen Einschlag. Es gehört zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Festigung der breiten Massen auch eine richtige Ernährung, die bei ihrer Bedeutung für Gesundheit, Wachstum, Leistungsfähigkeit und Militärtauglichkeit des Volkes so gestaltet sein muß, daß sie die Grundlagen zur Erhaltung eines kräftigen Körpers bietet. Bedingung ist dabei nicht nur der erforderliche Lohn für die notwendigen Lebensmittel, sondern auch das Vorhandensein der Lebensmittel in entsprechender Güte, zu entsprechendem Preis und in entsprechenden Vorräten, ferner aber auch eine angemessene hauswirtschaftliche Bildung.

In der Richtung dieses Zieles bewegte sich unsere bisherige heimatliche Produktionspolitik und unsere äußere Zollpolitik, ferner die lohnpolitische Tätigkeit der Gewerkschaften, die die Verbraucher gegen minderwertige und gehaltlose Erzeugung schützende Lebensmittelpolizei sowie die sonstigen Maßnahmen von Reich, Staat und Kommunen auf dem Gebiete der Einfuhrerleichterung, Preisregelung, des An- und Verkaufs von Nahrungsmitteln, der Förderung des Fischverzehrs, der Pflege der hauswirtschaftlichen Belehrung.

Der Krieg erhöhte die Notwendigkeit einer zielbewußten Ernährungspolitik. Es stellten sich gegenüber einer ausreichenden Ernährung des Volkes individuelle wie generelle Schwierigkeiten ein. Diese auf das geringstmögliche Maß zu beschränken, gebot schon das Interesse an einer hochgemuten Stimmung der Daheimgebliebenen, deren Wille und Fähigkeit zum Durchhalten den draußen Kämpfenden die Bedingungen des Erfolges schaffen und sichern.

Zur Überwindung der individuellen Schwierigkeiten — des Mangels gewisser Personenkreise an den erforderlichen Mitteln zur Bestreitung des notwendigen und verteuerten Lebensbedarfs — war die Kriegsfürsorge von Beginn des Krieges an darauf bedacht, die Bedürftigen nicht bloß mit Geld, sondern auch mit Naturalien zu unterstützen. Zu dem Zweck haben die Gemeinden vielfach besondere Vorräte an Lebensmitteln für die Minderbemittelten bereitgestellt und abgegeben. Fahrbare Küchen, Volksküchen, Mittelstandsküchen, Suppenanstalten, Schulspeisungen, die allenthalben eingerichtet wurden, leisteten ersprießliche Dienste.

Zu den individuellen Ernährungsschwierigkeiten brachte der Weltkrieg noch generelle Schwierigkeiten. England hat den Krieg gleichzeitig zu einem wirtschaftlichen Krieg gegen Deutschland gesteigert und hat alle denkbaren, völkerrechtswidrigen Maßnahmen getroffen, um eine Aushungerung des deutschen Volkes zu erreichen. Deutschland verstand es aber, diesen Plan zuschanden zu machen, teils durch Gegenmaßnahmen unseres Unterseebootkriegs, die den Engländern selber die Versorgung erheblich erschweren, teils durch wirtschaftliche Mobilmachung unserer Heimat. Die wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs haben wir einer organisierten Einteilung und Verteilung, einer Verbrauchsbeschränkung, einer Preisfestlegung, einer Zentralisation der Einfuhr vom Ausland unterworfen und zugleich die Produktion seiner Lebensmittel gesteigert und sichergestellt. Der große Verbrauch hat damit die kriegsmäßigen Formen gefunden. Die nötige Einschränkung umfaßt alle und ermöglicht uns das Durchhalten im Wirtschaftskampfe. — Wegen der einschlägigen Einzelmaßnahmen sei auf die am Ende dieses Teiles befindlichen Artikel über die Nahrungsmittelversorgung, S. 423 ff., verwiesen[1].

Der in diesen Maßnahmen liegende Kriegssozialismus ist übrigens nur Kriegsnotwendigkeit, bedeutet keine grundsätzliche Neuorientierung unseres Wirtschaftssystems und kann nicht als Einleitung einer sozialistischen Staatsentwicklung gedeutet werden.

IV. Gesamteindruck der Kriegssozialpolitik.

Zweifellos ist, daß das deutsche Volk die hohe staatsbürgerliche Reife, mit der es im Frieden seine sozialen Pflichten auffaßt und erfüllt, auch in der jetzigen Feuerprobe der nationalen Nervenkraft aufs beste bewährt. Diese Kriegssozialpolitik und Kriegswohlfahrtspflege legen zugleich beredtes Zeugnis ab von der begeisterten stahlharten Entschlossenheit, mit der Deutschland seinen Willen zum Sieg wie auf militärischem und wirtschaftlichem so auch auf sozialem und kulturellem Gebiet in Siegesgewißheit, in die Tat umsetzt.

Sie ist selbst starke Wehr und hochbedeutsamer Siegesfaktor geworden.

Das politische Ziel, das uns der jetzige Krieg aufzwingt, ist Machtbehauptung und Machtgewinnung. Bereits winkt uns in aufgehender Morgenröte das neue, noch mächtigere Deutschland. Soll es Bestand haben, muß auch dieses von starken sozialen Grundfesten getragen werden. Denn es braucht zur Vervielfältigung seiner Arbeitsfähigkeit viel Menschen, braucht viel Qualitätsmenschen, allesamt beseelt von starkem Nationalbewußtsein, durchdrungen von dem gemeinsamen Streben, daß unsere gefestigte und erweiterte nationale Produktion sich im Wettkampf mit anderen uns feindlich gegenüberstehenden Produktionen behaupte und durchsetze.

Darum muß und wird die Sozialpolitik auch künf-

---

[1] Vgl. ferner F. Zahn, Kriegsernährungspolitik (in den »Annalen des Deutschen Reiches« 1916, S. 272).

tig einen wichtigen Bestandteil unserer Nationalpolitik bilden. Sie muß und wird zum Ausgleich des Verlustes eines wertvollen Menschenfrühlings, den der jetzige Krieg uns dahinmäht, sowie zur Bewältigung der bevorstehenden gewaltigen Friedensaufgaben zielbewußte Menschenökonomie pflegen und dazu die Politik des Vertrauens, des Sichverstehenwollens zwischen den einzelnen Klassen wie zwischen Regierung und Volk weiter vertiefen.

Mit Hilfe dieser so erhöhten sozialen Gesamtkraft, mittels der verbreiteten geistigen Arbeitsgemeinschaft unseres ganzen Volkes, dürfen wir hoffen, daß wir einen festen und gegen früher noch festeren Wiederaufbau von Reich, Volk und Volkswirtschaft erzielen und uns zugleich auch künftig die beste Bereitschaft nach außen sichern. Darum laute in Zukunft noch mehr als bisher die Losung: Societatis salus suprema lex.

Österreich-Ungarns Volkswirtschaft im Kriege

von Dr. **Gustav Stolper** in Wien

Allgemeines. Vergleich mit der Kriegswirtschaft Deutschlands.

Der Weltkrieg hat Österreich-Ungarn vor dieselben wirtschaftlichen Aufgaben gestellt wie das Deutsche Reich, und es hat ihre Lösung in den grundsätzlich gleichen Formen gefunden. Wenn wir aber diesen Parallelismus als das Charakteristikum der mitteleuropäischen Kriegswirtschaft erkennen, so hat doch die Verschiedenheit der staatlichen, geographischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Kriegswirtschaft in Österreich und Ungarn eigenartige Züge aufgeprägt, die ihre gesonderte Betrachtung nötig machen. Die Gesamtheit der kriegswirtschaftlichen Aufgaben können wir in drei Gruppen zerlegen: die Aufbringung der Kriegskosten, die Befriedigung des Heeresbedarfs und die Sicherung einer ausreichenden Ernährung der Bevölkerung im Hinterland. Zur Aufbringung der Kriegskosten haben Österreich und Ungarn wie alle kriegführenden Staaten während der ersten Kriegswochen die Notenbank in Anspruch nehmen müssen. Aber der Notenbank in Österreich-Ungarn war die Bewältigung dieser Aufgabe schwieriger als den Notenbanken der meisten übrigen Großmächte, namentlich auch als der Deutschen Reichsbank, und verschiedene Umstände haben zu Kriegsbeginn im Zusammenhang mit der Ungunst der österreichischen Zahlungsbilanz vor dem Krieg zu bank- und kreditpolitischen Maßnahmen gezwungen, von denen Deutschland absehen konnte. Wie Deutschland ist auch Österreich-Ungarn durch die englische Blockade von der Zufuhr überseeischer Rohstoffe abgesperrt worden. Aber während Deutschland in Belgien, Nordfrankreich und den von seinen Truppen besetzten Teilen Polens industriereiche Gebiete in seine Gewalt bekam und mit ihnen ungeheure Rohstoffvorräte, hatten Österreich-Ungarns Truppen überwiegend verwüstete landwirtschaftliche Landstrecken zu besetzen und mußten zeitweilig eigene Rohstoffquellen von besonderer Wichtigkeit, wie die galizischen Petroleumlager, dem Feind überlassen. Österreich-Ungarn war daher in hohem Maße — allerdings bei weit geringerer normaler Verbrauchsfähigkeit — auf die Rohstoffmengen angewiesen, die der verbündete Generalstab der Monarchie aus der großen Beute überwies. Und schließlich hat auch die Ernährungsregelung durch den besonderen Verlauf der kriegerischen Ereignisse zunächst in Österreich-Ungarn Schwierigkeiten gefunden, an die man bei Kriegsausbruch nicht denken konnte. Das ergiebigste Ackerbauland der österreichischen Reichshälfte, der wichtigste Lieferant für Vieh, Geflügel, Eier und Kartoffeln, Galizien, war nahezu ein Jahr in feindlichem Besitz, und als das Land von den verbündeten Truppen zurückgewonnen wurde, konnten nur in einem Teile die Anbauarbeiten nachgeholt, der landwirtschaftliche Betrieb wieder in Gang gesetzt werden. Je mehr die Kriegslage sich zugunsten der Mittelmächte verschob und je mehr die Kriegswirtschaft ins Gleichgewicht kam, desto mehr verschwanden die grundlegenden Verschiedenheiten in der kriegswirtschaftlichen Organisation Deutschlands und Österreich-Ungarns, desto ähnlicher wurde die Struktur der Volkswirtschaft beider Staaten. Den Übergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft werden sie jedenfalls unter viel ähnlicheren Bedingungen durchzumachen haben als den Übergang von der Friedens- in die Kriegswirtschaft.

Die Österreichisch-Ungarische Bank.

Für die Formen der österreichisch-ungarischen Finanzwirtschaft in der ersten Kriegszeit war entscheidend die ungünstige Wendung, welche die österreichisch-ungarische Handels- und Zahlungsbilanz im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg genommen hatte. Sie hat die österreichisch-ungarische Währung einer Belastung ausgesetzt, an die zur Zeit der Valutareform nicht zu denken war. Die Valutareform des Jahres 1892 (durch welche Österreich-Ungarn zur Goldwährung überging) wurde in einer Zeit durchgeführt, da die österreichische Handelsbilanz wachsende Überschüsse erzielte, die seit langer Zeit einen außerordentlich günstigen Stand der Wechselkurse bewirkt und die Verschuldung der Monarchie an das Ausland ständig vermindert hatten. Seit 1904 trat die Wendung ein. Das Handelsaktivum verschwand, und seit 1907 begann die Einfuhr in immer größeren Beträgen die Ausfuhr der Monarchie zu übersteigen. Das Passivum erreichte für das erste Halbjahr 1914 bereits die Höhe von einer halben Milliarde Kronen. Die Folgen dieser Entwicklung, auf deren Gründe hier nicht einzugehen ist, waren bereits in den Jahren vor Kriegsausbruch in einer ständigen Anspannung der Wechselkurse bemerkbar. Immerhin bewahrte die österreichisch-ungarische Währung ihre Stabilität. Eine geschickte Zinsfuß- und Devisenpolitik und fortlaufende Verkäufe von Wertpapieren an das Ausland (als öffentliche und private Anleihen) bewahrten die Devisenkurse vor bedenklichen Schwankungen und gestatteten es der Notenbank, ihren Metallschatz im wesentlichen auf seiner alten Höhe zu halten.

Die Österreichisch-Ungarische Bank war so gut eine barzahlende Bank wie irgendeine der großen europäischen Notenbanken, obwohl sie von der Einlösungspflicht der Banknoten formell entbunden war. Die außerordentlichen Vorgänge in den ersten

Kriegswochen zwangen zu außerordentlichen Maßnahmen. Während auf der einen Seite die Möglichkeit schwand, im neutralen und feindlichen Ausland neue Guthaben zu erwerben, wurden die alten ausländischen Guthaben in Österreich-Ungarn zum großen Teil gekündigt und zurückgezogen; österreichische Fabrikanten suchten in den Mobilisierungstagen, als man von der unterbrochenen Verbindung mit den Weststaaten noch keine Kenntnis hatte, ihre Rohstoffschulden nach London zu bezahlen; an den Schaltern der Notenbank drängten sich in Österreich wie in den anderen Staaten die Kleinmütigen, die sich für alle Fälle einen Schatz anlegen wollten und daher Metall begehrten. Und gleichzeitig traten an die Bank die größten Ansprüche des Staates heran, der Tausende von Armeekassen zu dotieren hatte, und Millionenansprüche der Banken, die ihrerseits wieder dem stärksten Ansturm ihrer Einleger standzuhalten hatten. In den ersten Mobilisierungstagen gab die Bank bei mäßig steigenden Kursen noch unbeschränkt Gold und Devisen ab. Dabei muß beachtet werden, daß die Österreichisch-Ungarische Bank, da Österreich-Ungarn als erster Staat (gegen Serbien) mobilisierte, als erste Notenbank und mindestens eine Woche vor den anderen der Kriegspanik ausgesetzt war. Eine kaiserliche Verordnung vom 4. August 1914 ermächtigte die Regierung »im Hinblick auf die durch die angeordnete Mobilisierung und durch den Kriegszustand verursachten Verhältnisse außerordentliche Maßnahmen hinsichtlich der Geschäftsführung der Österreichisch-Ungarischen Bank zu treffen«. Das Bankstatut wurde »suspendiert«, die Österreichisch-Ungarische Bank lehnte die weitere Abgabe von Gold und Devisen im allgemeinen ab und stellte die Veröffentlichung der wöchentlichen Ausweise ein. Gleichzeitig dürften die Bestimmungen über die »metallische« Deckung der Banknoten zeitweilig aufgehoben worden sein. Bis zum Krieg galt in Österreich-Ungarn Zwei-Fünftel-Deckung.

Über die weitere Entwicklung der Notenbank sind offizielle Mitteilungen seither nicht gemacht worden. Der Metallschatz, der nach dem letzten Ausweis vor der Mobilmachung 1589 Millionen Kronen betrug, dürfte sich während des Krieges weiter vermindert haben, da die Notenbank in weitem Umfang für die Auslandsbezüge der Kriegsverwaltung Gold und fremde Zahlungsmittel abgeben mußte. Immerhin ist ohne Zweifel der Metallschatz der Österreichisch-Ungarischen Bank auch heute noch recht beträchtlich, und die böswilligen Erfindungen der Ententepresse darüber sind ebenso aus der Luft gegriffen, wie ihre Mitteilungen über den angeblichen Notenumlauf in der Monarchie. Darüber lassen sich auf Grund verschiedener offizieller Angaben, die allerdings nur bis Mitte Juni 1915 reichen, unschwer Schätzungen anstellen. Seither aber dürfte kaum eine erhebliche Vermehrung des Notenumlaufs eingetreten sein, da die dritte und vierte Kriegsanleihe ein weit höheres Ergebnis lieferten als die beiden ersten. Anderseits dürfte weitaus der größte Teil der privaten Schulden an die Notenbank abgetragen sein, da infolge der allgemeinen Geldflüssigkeit der Diskontsatz auf dem freien Markt sich tief unter dem offiziellen Banksatz hält. In Wechseln und Vorschüssen auf Wertpapiere war aber vor Kriegsausbruch rund eine Milliarde Kronen angelegt. Wir kämen demnach zu einem Notenumlauf, der kaum die Hälfte des französischen oder russischen betragen würde.

Devisenkurse und Auslandanleihen. Auf die Gestaltung der Devisenkurse blieb die Umwandlung der inneren Geldverfassung ohne Einfluß. Für die Preise der fremden Zahlungsmittel wurden dieselben Verhältnisse maßgebend wie in Deutschland. Die normale Warenausfuhr war fast völlig unterbunden, während Heeresverwaltung und Bevölkerung trotz der englischen Blockade namhafte Warenmengen aus den neutralen Staaten bezogen und bezahlen mußten. Das Disagio der österreichisch-ungarischen Währung hielt sich daher dauernd auf der Höhe des deutschen, vermehrt um das Disagio der Krone in Berlin, das wieder durch die eingangs erwähnten Rohstoff- und Materialbezüge der Monarchie aus Deutschland entstanden war. Der ständigen Verteuerung der Markdevisen, in welchen die meisten Auslandszahlungen Österreich-Ungarns zu leisten sind, suchte man frühzeitig durch die Aufnahme von Valutaanlehen entgegenzuwirken, die von einem deutschen Bankenkonsortium an die österreichische und ungarische Postsparkasse gewährt wurden. Das erste kam schon im November 1914 im Betrag von 300 Mill. Mark (für Österreich und Ungarn), das zweite im Juni 1915 mit 500 Mill. Mark zustande. Anfang 1916 wurde schließlich durch Vereinbarung mit deutschen Finanzkreisen die notwendige Ergänzung des österreichisch-ungarischen Bedarfs an deutschen Zahlungsmitteln dauernd dadurch sichergestellt, daß den beiden Postsparkassen monatlich 100 Mill. Mark zur Verfügung gestellt werden. Tatsächlich hat sich der Markkurs in Wien seither von seinem Höchststand gesenkt und hält sich seit Monaten unverändert auf etwa 143, was einem Agio von 22 Proz. entspricht. Die übrigen Devisenkurse regeln sich im Einklang mit Berlin. Die Stabilisierung der Devisenkurse ist auch in Österreich erst möglich geworden, nachdem es gelungen war, den Devisenverkehr zu zentralisieren. Das hat dem dualistischen Gefüge der Monarchie entsprechend zwei gesonderte Organisationen in Wien und Budapest vorausgesetzt, die allerdings in der Österreichisch-Ungarischen Bank ihre gemeinsame Spitze haben.

Kriegskosten und ihre Deckung.

Die Kriegskosten Österreich-Ungarns betrugen nach einer Äußerung des ungarischen Finanzministers im Reichstag für Ungarn Juli 1916: 560—600 Mill. Kronen monatlich gegen durchschnittlich 450 Mill. Kronen in den ersten Kriegsmonaten. Da die Kriegskosten zwischen Österreich und Ungarn im Verhältnis ihrer Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten aufgeteilt sind, das ist 63,4:36,6, so lassen sich daraus die gesamten monatlichen Kriegskosten der Monarchie (für Mitte 1916) mit rund 1600 Mill. Kronen berechnen. Für die zwei Kriegsjahre dürften die eigentlichen Kriegskosten der Monarchie mit rund 30 Milliarden Kronen anzunehmen sein. Zu ihrer Deckung haben Österreich und Ungarn (bis Juli 1916) vier Kriegsanleihen begeben, die für Österreich zusammen 13½ Milliarden Kronen, für Ungarn 6¼ Milliarden Kronen erbrachten[1]. In Österreich war die Form der Kriegsanleihen durch verfassungsmäßige Schwierigkeiten beeinflußt. Da das Parlament in Österreich nicht tagte und die Regierung zu seiner Einberufung nicht zu bewegen war, mußten die Anleihen auf Grund einer kaiserlichen Verordnung nach dem

[1] Im einzelnen ergaben in Österreich: die erste Kriegsanleihe 2201, die zweite 2688, die dritte 4203, die vierte über 4400 Millionen; in Ungarn die erste 1175, die zweite 1133, die dritte 1970, die vierte 1930 Millionen Kronen.

bekannten § 14 begeben werden. Nun schließt aber dieser ausdrücklich eine »dauernde Belastung des Staatsschatzes« aus, läßt daher nur die Aufnahme schwebender Schulden zu. Als »schwebende Schuld« hat aber die parlamentarische Staatsschuldenkontroll-Kommission, die alle staatlichen Schuldtitel gegenzeichnen muß, noch vor dem Krieg eine Anleihe mit höchstens fünfzehnjähriger Laufzeit anerkannt. Um die Fälligkeiten nach dem Kriege nicht allzusehr zu häufen, wurde daher die erste Kriegsanleihe in 5½-, die zweite in 10-, die dritte in 15jährigen Schatzscheinen ausgegeben. Als nach der vierten Kriegsanleihe eine weitere Erstreckung der Laufzeit angezeigt schien, mußte die Staatsschuldenkontroll-Kommission entweder ihren alten Standpunkt verlassen oder die Regierung zur Einberufung des Parlaments nötigen. Sie entschied sich für das erstere, und so wurden bei der vierten Kriegsanleihe wahlweise vierzigjährige tilgbare Rente und siebenjährige Schatzscheine aufgelegt. Sämtliche Kriegsanleihen sind nominell mit einer 5½prozentigen Verzinsung ausgestattet und werfen unter Einrechnung des Begebungskurses und der Rückzahlung rund 6¼ Prozent ab. In Ungarn wurde von Anfang an für die Kriegsanleihen die Rentenform gewählt. Die ungarischen Kriegsanleihen sind sechsprozentig. Die Kriegsanleihen haben, wie aus den mitgeteilten Ziffern hervorgeht, zur Deckung der Kriegskosten nicht hingereicht. Der ungedeckte Rest wurde durch Kontokorrentvorschüsse der Banken, Schatzscheine und Vorschüsse der Österreichisch-Ungarischen Bank gedeckt. Ihre Höhe ist nur in Österreich bis zum 30. Juni 1915 aus dem Bericht der Staatsschuldenkontroll-Kommission bekannt. Danach hat zu diesem Zeitpunkt die österreichische Schuld an die Notenbank 3563 Mill. Kronen betragen, was wieder nach dem Quotenverhältnis umgerechnet einer Gesamtverschuldung der Monarchie von rund 5600 Mill. Kronen an die Notenbank entspricht.

Der Geldmarkt im Kriege.

Der große Erfolg der Kriegsanleihen ist in Österreich so wie in Deutschland in erster Reihe den starken Veränderungen zu danken, denen die ganze Kreditwirtschaft im Kriege unterworfen ist. Die einseitige Richtung, in welche die gesamte Produktion gelenkt wurde, die Aufzehrung der Vorräte ohne die Möglichkeit des Ersatzes, die Unterbindung jeglicher Investitionstätigkeit, die nicht mit dem Kriegsbedarf in unmittelbarem Zusammenhang stand, bewirkten schon nach wenigen Wochen auch in der Monarchie eine zunehmende Geldflüssigkeit, die, je länger der Krieg dauert und die Veräußerung der alten Vorräte fortschreitet, immer größeren Umfang annimmt. Daraus erklärt sich auch der wachsende Erfolg der Kriegsanleihen.

Auch in Österreich-Ungarn wurden nach dem Vorbild Deutschlands bereits in den ersten Kriegswochen Darlehnskassen gegründet. Sie wurden nur mit ganz geringen Beträgen in Anspruch genommen. Bis Mitte Juli 1916 hatten sie insgesamt Darlehen von 219 Mill. Kronen gezählt, wovon bis dahin 94 Mill. Kronen auch bereits wieder zurückgezahlt waren, so daß der gesamte Darlehnsstand nicht ganz 125 Mill. Kronen betrug. Allerdings ist nicht bekannt, wie weit die Österreichisch-Ungarische Bank selbst Lombarddarlehen gewährt hat. Doch handelt es sich ohne Zweifel auch da nicht um bedeutende Beträge. Soweit Kriegsanleihen auf Kredit gezeichnet wurden, ist dieser Kredit von den einzelnen Banken und Sparkassen selbst gewährt worden, die über sehr schnell steigende Einlagen verfügten.

Die Moratorien.

In den ersten Kriegswochen schien sich die Entwicklung anders zu vollziehen. Der Krieg hat die Monarchie nach einer Zeit der stärksten Kreditanspannung getroffen, die die Liquidität der Volkswirtschaft sehr vermindert hatte. Die Ursachen dieser Gestaltung waren mehrere. Das österreichische Bankwesen hatte bei Kriegsausbruch ein Jahrzehnt der stärksten Umgestaltung hinter sich. Die Wiener Großbanken waren vom »extensiven« zum »intensiven« Geschäftsbetrieb übergegangen, hatten über alle halbwegs bedeutenden Orte der Provinz ein dichtes Netz von Zweigstellen ausgebreitet, und diese Stellen machten sich einerseits in der Heranziehung von Einlagen, anderseits in der Kreditgewährung an Industrielle und Kaufleute die größte Konkurrenz. Verschärft wurden diese Mißstände durch die Entwicklung nationaler Kleinbanken und durch die Schleuderkonkurrenz in einzelnen nicht kartellierten Großindustrien. Was jene betrifft, so war insbesondere das tschechische Geldwesen vor dem Kriege durch eine große Anzahl kleiner, wenig lebensfähiger, aber desto rascher sich ausbreitender Banken gekennzeichnet, die bei der gewaltsamen Erweiterung ihres Geschäfts auf Grundsätze der Liquidität wenig bedacht waren und neben industriellen Gründungen hauptsächlich das Börsengeschäft im weitesten Umfang pflegten. Doch war diese nationale Tendenz in der Entwicklung des österreichischen Bankwesens nicht nur bei den Tschechen, sondern, wenngleich in schwächerem Maß, auch bei den anderen Nationen zu beobachten.

Hand in Hand damit und durch die Entwicklung des Bankwesens gefördert, ging eine ständige Verschlechterung der Zahlungssitten in weiten Kreisen der Industrie, vor allem in der ganzen Textilindustrie, die Absatzschwierigkeiten durch immer weitergehendes Entgegenkommen an ihre Abnehmer zu überwinden suchte. In der ersten Kriegspanik war daher Grund genug zu der Besorgnis, daß dieser ganze seit Jahren bereits mit einiger Sorge betrachtete Bau dem Ansturm von allen Seiten sich nicht gewachsen zeigen könnte. Ein kleines Vorspiel hatte man dazu bereits während der Balkankrise in den nördlichen Provinzen erlebt, und schon in den letzten Julitagen des Jahres 1914 kamen vielfach aus der Provinz Nachrichten von beginnenden Runs, namentlich auf kleinere Institute. Mit der allgemeinen Mobilisierung begann tatsächlich der allgemeine Ansturm auf die Kassen aller Banken und Sparanstalten, der teils nur der Angst, teils den tatsächlichen Geldbedürfnissen der Millionen entsprang, die die Mobilisierung zu den Waffen rief. Gleichzeitig meldete sich jedoch ein gesteigerter Kreditbedarf von Industrie und Handel, denen von ihren Lieferanten die Kredite gekündigt wurden, und die zögernde Unterstützung, die die Notenbank gewährte, minderte auch bei manchem Leiter von Großbanken die Bereitwilligkeit, sich dem Ansturm auszusetzen.

Am Morgen des 1. August 1914 verkündete die »Wiener Zeitung« ein allgemeines Moratorium für alle Geldforderungen, die vor dem 1. August entstanden waren. Ausgenommen waren zunächst nur Rückforderungen bis zu 200 Kronen aus Einlagen bei Kreditinstituten, Forderungen aus Dienst- und Lohnverträgen, aus Mietverträgen und Ansprüche aus staatlichen und staatsgarantierten Schulden. Die

Verordnung war in der Eile improvisiert worden und erwies sich als unzulänglich, weil weder die Mietzinszahlung (der 1. August war Mietzinstermin) noch Lohn- und Gehaltzahlungen möglich waren, wenn man nicht über die Guthaben bei den Banken in höherem Umfang verfügen konnte. Inzwischen hatten jedoch die Wiener Banken beschlossen, freiwillig über die durch das Moratorium gezogenen Grenzen hinauszugehen, um die wirtschaftlichen Störungen zu mildern. Das Moratorium wurde in Österreich verhältnismäßig bald »abgebaut«. Eine Verordnung vom 14. August 1914 erweiterte dann den Kreis der von der Zahlungsstundung ausgenommenen Forderungen erheblich; eine vom 27. November sah bereits die erste Teilzahlung sämtlicher gestundeter Forderungen vor, und bis August 1915 waren sämtliche Stundungen in Österreich rechtlich aufgehoben. Der tatsächliche Abbau des Moratoriums vollzog sich noch rascher als der rechtliche. Die zunehmende Geldflüssigkeit, die fortschreitende Umschaltung weiter Zweige der Wirtschaft auf den Kriegsbedarf und die damit einhergehende Wiederbelebung auch der Privatwirtschaft stellten normale Zahlungsverhältnisse bald wieder her, wobei nur als günstige Wirkung der Kriegspanik der ersten Wochen das Überwiegen der Barzahlung über die Stundung des Kaufpreises übrigblieb. Besondere Bestimmungen sind bezüglich der unmittelbar vom Krieg betroffenen Provinzen erlassen. Für Galizien und die Bukowina besteht das Moratorium ebenso fort wie für Südtirol und die Küstenländer der Monarchie.

Wesentlich langsamer als in Österreich wurde das Moratorium in Ungarn abgebaut. Die ungarische Kreditwirtschaft hat entsprechend dem überwiegend agrarischen Charakter Ungarns ein anderes Gefüge als die der österreichischen Reichshälfte. Ungarn hat nicht wie Deutschland und Österreich öffentliche, gemeinnützige Sparkassen; ihre Tätigkeit vertreten zahllose kleine Provinzbanken, deren Zahl sich gleichfalls in den Jahren vor dem Kriege beängstigend vermehrt hatte und die zum großen Teil weniger auf die Sicherheit und Liquidität ihrer Einlagen als auf möglichst hohe Gewinne bedacht waren. Überdies spielt der Wechselverkehr in Ungarn eine viel größere Rolle als in Österreich, da dieser dort die Form ist, in der sich der Bauer vielfach nicht nur Betriebs-, sondern auch Anlagekredit beschafft. Diese Wechsel sind daher nur formell kurzfristig und werden regelmäßig bei Fälligkeit oft durch viele Jahre erneuert. Infolgedessen mußte Ungarn gerade beim Abbau des Wechselmoratoriums langsam vorgehen. Die vollständige Aufhebung des Moratoriums wird in Ungarn erst im Mai 1917 vollendet sein. Doch hat in Ungarn inzwischen die Geldflüssigkeit womöglich noch größeren Umfang angenommen als in Österreich, da die enorme Preissteigerung aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse den kleinen und großen Grundbesitzern nicht nur die Rückzahlung von älteren Schulden, sondern darüber hinaus die Ansammlung von Ersparnissen gestattete.

Die Kriegskonjunktur der Industrie.

Noch weit größere Ähnlichkeit als im Geld- und Kreditwesen zeigt die Kriegswirtschaft Österreich-Ungarns mit der deutschen auf dem Gebiete der Industrie. Die Industrie hat sich den Anforderungen des Krieges auch in der Monarchie technisch und kommerziell in vollstem Maße gewachsen gezeigt. Das gilt nicht nur von der eigentlichen Rüstungsindustrie, deren technische Leistungsfähigkeit und Vollkommenheit so Entscheidendes zur erfolgreichen Führung des Krieges beigetragen haben. Skoda, die Gewehrfabrik in Steyr, die Fiumer Torpedofabrik, die zahlreichen Patronenfabriken usw. haben glänzend bestanden und den rasch wachsenden Bedarf der Heeresverwaltung, der allen im Frieden je geahnten Umfang bald weit übertraf, ohne Stockung befriedigt. Aber auch die sogenannte »Umschaltung« der übrigen Industrie hat sich sehr rasch vollzogen, und ohne Zweifel hat darin die österreichische Industrie etwas geleistet, was ihr außer der deutschen die Industrie keines Staates nachzumachen vermochte. Die Umstellung auf die Herstellung von Kriegsbedarf hat in Österreich der weitaus größte Teil der Industrie vorgenommen. Das hat mit den zunehmenden Einberufungen bald die in den ersten Kriegsmonaten kritische Arbeitslosigkeit überwinden helfen und allmählich den Verbrauch der Zivilbevölkerung so stark angeregt, daß auch die nicht in die unmittelbare Kriegskonjunktur einbezogenen Industriezweige sich allmählich zu erholen vermochten.

Das Kernproblem für die industrielle Tätigkeit wurde in Österreich-Ungarn so wie in Deutschland sehr bald die Frage der Rohstoffversorgung. Und das Problem wurde in ganz ähnlichen Formen gelöst wie in Deutschland; allerdings nicht mit der gleichen Promptheit, auch nicht in der straffen Zusammenfassung, welche die deutsche Rohstoffversorgung in der Kriegsrohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums fand. Zwei Aufgaben waren vor allem zu lösen: die Regelung des noch möglichen Verkehrs mit dem Ausland und die Verteilung der im Inland vorhandenen Vorräte und deren Sicherstellung für den Kriegsbedarf. Der Verkehr mit dem Ausland schrumpfte auch in Österreich-Ungarn bald nach Kriegsausbruch auf einen kleinen Teil des normalen zusammen. Immerhin umfaßte er noch ansehnliche Mengen, bis im Mai 1915 Italien der Entente beitrat. Bis dahin waren doch noch über Italien nicht unbeträchtliche Warenmengen ins Land gekommen. Seit dem Ausbruch des Krieges mit Italien wurden die statistischen Angaben über den Außenhandel der Monarchie nicht mehr veröffentlicht. Zur schärferen Kontrolle des Verkehrs mit dem Ausland und als Gegenmaßnahme gegen Verfügungen des feindlichen und neutralen Auslandes sowie vor allem zur Sicherung und Schonung der vorhandenen Vorräte wurden auch in Österreich-Ungarn auf alle wichtigeren Waren Ausfuhrverbote gelegt. Damit war die Grundlage geschaffen für einen sogenannten Kompensationsverkehr, indem von Fall zu Fall durch behördliche Genehmigung bestimmte Waren in bestimmten Mengen zur Ausfuhr freigegeben wurden gegen die Einfuhr einer gleichwertigen Menge von Waren anderer Art, die das Inland benötigte. Dadurch hat auch der Handelsverkehr mit den angrenzenden neutralen Staaten anormale Formen angenommen.

Die Sicherstellung der Rohstoffe. Zur Aufbringung und Verteilung der inländischen Vorräte wurden für die wichtigsten Rohstoffe Zentralen gegründet, deren Kapital von der Privatindustrie aufgebracht wurde, deren Wirken jedoch unter Überwachung des Kriegsministeriums und der wirtschaftlichen Ministerien steht. Das Vorbehalten der Rohstoffe für die Bedürfnisse der Heeresverwaltung wurde vor allem durch Beschlagnahmen gesichert, die sich allmählich auf alle wichtigeren Roh- und Hilfsstoffe sowie später auf zahlreiche Fabrikate aus solchen erstreckte, die im Inland

nicht oder nicht in hinreichenden Mengen erzeugt wurden. Mit den wachsenden Schwierigkeiten der Vorratsergänzung werden auch in Österreich-Ungarn die Herstellung und Verwendung von Ersatzstoffen im weitesten Umfang betrieben. Auf diese Weise ist das Rohstoffproblem auch in Österreich organisatorisch und technisch im wesentlichen gelöst. Zwei Umstände haben die industrielle Leistungsfähigkeit der Monarchie vor allem getragen: der Besitz hinreichender Erz- und Kohlenlager und die frühzeitige Wiedergewinnung der Petroleumgruben in den galizischen Karpathen. Eisen- und Kohlenwerke arbeiten mit dem Höchstaufwand ihrer Leistungsfähigkeit, und die Eisenwerke weisen Absatzziffern auf, die über die höchsten vor dem Krieg erreichten erheblich hinausgehen und eine immer weitergehende Steigerung erfahren. Die angespannte Tätigkeit einer großen Anzahl der wichtigsten Industrien hat allmählich die Beistellung der erforderlichen Arbeitskräfte zu einer schwierigen Aufgabe gemacht.

Der Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist einem scharfen und ständig wachsenden Arbeitermangel gewichen. Soweit es sich um unmittelbar für die Heeresverwaltung tätige Betriebe handelt, gibt die Heeresverwaltung nach Möglichkeit Arbeiter frei. Die Verwendung von Kriegsgefangenen in industriellen Betrieben gelingt jedoch nur im beschränkten Umfang und mit zweifelhaftem Erfolg. Diejenigen Betriebe, die für die Heeresverwaltung tätig sind, stehen auf Grund des sogenannten »Kriegsleistungsgesetzes« vom Jahre 1912 unter militärischem Schutz. Das hat für den Unternehmer zur Folge, daß er seinen Betrieb nicht willkürlich verändern oder einstellen kann, und unterstellt die Arbeiterschaft der militärischen Disziplin, die gesetzlich Streik oder freiwilliges Verlassen des Arbeitspostens ausschließt. Die Freizügigkeit der Arbeiterschaft ist dadurch in hohem Maße unterbunden. Die Entlohnung der Arbeiter erfolgt jedoch auch in den unter »staatlichem Schutz« stehenden Betrieben nach den ortsüblichen Sätzen.

Das Ernährungsproblem.

Mit der langen Dauer des Krieges und der Absperrung von ausländischen Zufuhren ist mehr und mehr auch in Österreich ein Problem zum Hauptproblem der Kriegswirtschaft geworden, die Versorgung der Bevölkerung mit hinreichenden Lebensmitteln. Als der Krieg ausbrach und man allgemein an seine Beendigung nach wenigen Monaten glaubte, war man sich über die Tragweite dieser Aufgabe in Österreich-Ungarn weit weniger klar als im Deutschen Reich. Österreich-Ungarn war doch in Friedenszeiten ein im großen und ganzen sich selbst versorgender Staat gewesen, der in besseren Jahren in manchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen sogar erhebliche Ausfuhrüberschüsse erzielt hatte. Nur ganz vereinzelt forderten bereits im August 1914 Weiterblickende energisch Getreideeinfuhr aus dem Balkan und von Übersee, zur Zeit als die englische Blockade noch die direkte überseeische Zufuhr nicht vollständig gesperrt hatte. Den breiten Schichten der Bevölkerung trat das Ernährungsproblem vorerst in einer Form entgegen, die ihr den Kern der Frage verbarg: in der Form einer allgemeinen Teuerung der Lebensmittel, die jedoch die längste Zeit in hinreichender Menge angeboten blieben.

Daß sich die Verhältnisse bald erheblich verschlechterten, beruhte auf mehreren Ursachen. Zunächst brachte der unglückliche Verlauf des Krieges in den ersten Wochen Galizien und die Bukowina, fast ein Drittel der österreichischen Reichshälfte und zwei der für die landwirtschaftliche Erzeugung wichtigsten Provinzen, zum größten Teil in die Gewalt des Feindes. Sowohl die Getreide- als die Kartoffelernte gingen dabei zum größten Teil verloren und überdies dürften bei dem Rückzug die Truppen auch bedeutende Nahrungsmittelvorräte den Russen überlassen haben. Dazu kam, daß sowohl in Österreich wie in Ungarn die Ernte schlecht war und hinter dem Durchschnitt zurückblieb, während anderseits durch die Bedürfnisse der Heeresverwaltung der Verbrauch bald über das Normale hinaus stieg. Die ersten Schwierigkeiten zeigten sich in der Versorgung mit Brotgetreide. Indes entschloß man sich erst spät zu durchgreifenden Maßnahmen. Anfänglich begnügte man sich mit einer Aufhebung der Getreidezölle zu einer Zeit, da eine nennenswerte Einfuhr nicht mehr möglich war, erließ verschiedene »Streckungsvorschriften«, um den Vorrat an Edelmehl zu schonen, erließ bestimmte Mahlvorschriften, schränkte die Getreideverarbeitung der Brennereien und Brauereien ein. Erst Ende März 1915 kam es zum staatlichen Getreidemonopol und zur Einführung der Brot- und Mehlkarte für die städtische Bevölkerung.

Die späte Organisation der Brot- und Mehlversorgung hatte zur Folge, daß nur unter größten Schwierigkeiten bis zur neuen Ernte durchgehalten werden konnte. In den letzten Monaten standen zum weitaus größten Teil nur mehr Mais und Maismehl zur Verfügung, wobei man hauptsächlich auf die ungarischen Zufuhren angewiesen war. Die Organisation der Brot- und Mehlversorgung ist in der Folgezeit noch ausgebaut und vervollkommnet worden. Der besonders schlechte Ernteertrag des Jahres 1915 hat ihre Aufgabe nicht erleichtert. Ungarn erklärte, nicht in der Lage zu sein, das mit der österreichischen Regierung vereinbarte Getreide- und Mehlkontingent zu liefern, und ohne Zweifel wäre eine erhebliche Knappheit eingetreten, wenn nicht die Freilegung des Donauweges zur rechten Zeit die regelmäßige Aufnahme der rumänischen Getreide- und Futtermittelzufuhren ermöglicht hätte. Erst viel später, im zweiten Kriegsjahr, begann die Fleisch- und Fettversorgung Schwierigkeiten zu bereiten, obwohl auch da ständig steigende Preise die Knappheit ankündigten. Die straffe Durchorganisierung des Brot- und Mehlverkehrs hat aber auf diesem und anderen Gebieten bisher keine Nachahmung gefunden. Allerdings blieb allmählich kein wichtigeres Nahrungsmittel der staatlichen Verordnungstätigkeit entzogen. Indes waren die Erfolge nur mangelhaft.

Mit der Organisation der Brot- und Mehlversorgung war das Schema für die Ernährungsregelung im großen und ganzen gegeben: Beschlagnahme, Höchstpreise, Verbrauchsbeschränkung. Wo die Herrschaft über den Markt nicht lückenlos erstreckt wurde, blieben die Maßnahmen großenteils auf dem Papier. Vor allem erwiesen sich die Höchstpreisverordnungen als wenig brauchbar. Ihre strenge Durchführung stößt in Österreich auf besondere Schwierigkeiten, die in der Verfassung der Monarchie und im Charakter der Bevölkerung begründet sind. Eine gewisse Lässigkeit, die dem österreichischen Volkscharakter eigen ist, bietet der Wirksamkeit der Behörden nur geringe Unterstützung.

Entscheidend ist aber für die Schwierigkeiten der ganzen Ernährungsregelung in Österreich vor allem seine weitgehende Abhängigkeit in der Nahrungsmittelzufuhr von Ungarn, das bei der Behandlung

der Ernährungsfragen im Krieg seine Staatlichkeit zur vollsten Geltung brachte. Höchstpreise waren unhaltbar, wenn sich Ungarn nicht zu den gleichen Höchstpreisen entschloß, da sonst bei dem freien Wirtschaftsverkehr der Grenzschmuggel im größten Umfang selbst bei Beschlagnahme nicht zu verhindern war. Aber auch die gleichzeitige Festsetzung von Höchstpreisen in Ungarn war nur dann ein Schutz dagegen, wenn in Ungarn die Entschlossenheit und die Fähigkeit vorhanden gewesen wären, die Höchstpreise einzuhalten. Darauf hat aber die österreichische Regierung keinerlei Einfluß. Vollends bei Nahrungsmitteln, die Ungarn nach Österreich liefert, bedeutet jede formell oder tatsächlich einseitige Regelung in Österreich das Ausbleiben der ungarischen Zufuhren, die immer wieder zur stillschweigenden Duldung der Umgehungen oder zur formellen Aufhebung der Vorschriften nötigt. Dazu kommen Mängel der inneren Verwaltungsorganisation in Österreich selbst. Vor allem leidet die Ernährungspolitik unter der Zersplitterung der Kompetenzen. Während im Deutschen Reich die Ernährungspolitik vom Reichsamt des Innern geleitet wird, fällt sie, und zwar in recht willkürlicher Gliederung, in Österreich unter die Kompetenz des Ministeriums des Innern, des Handels-, Ackerbau-, Eisenbahn- und Finanzministeriums. Dazu hat das Ministerratspräsidium insbesondere bei allen Fragen mitzuwirken, die Verhandlungen mit Ungarn erfordern. Durch diese Zersplitterung der Kompetenzen wird jede Regelung wo nicht vereitelt, so jedenfalls beträchtlich verzögert und ihre Durchführung erschwert, weil jedes Ministerium in der Lage ist, an die Landesstellen (Statthaltereien) selbständige Weisungen hinauszugeben, die nicht selten einander widersprechen. Eine weitere Erschwerung einer wirksamen Ernährungspolitik liegt in der ungenügenden Mitwirkung der Gemeinden bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Die Gemeindeverwaltung in Österreich ist durchaus politisch organisiert, so daß auch der Bürgermeister aus dem Kreis der auf Grund eines Zensuswahlrechtes gewählten Gemeinderäte ohne Rücksicht auf die fachliche Eignung gewählt wird. Infolgedessen nimmt die städtische Ernährungspolitik manchmal auf einflußreiche Wählerschichten mehr Rücksicht, als mit dem allgemeinen Interesse vereinbar ist. Dies macht sich besonders bei der Bekämpfung der Teuerung in der mangelhaften Überwachung des Zwischenhandels fühlbar. In Österreich fehlen noch die Preisprüfungsstellen. Die unzulängliche Mitwirkung der Selbstverwaltungskörper nötigt die Regierung wieder, die staatlichen Verwaltungsorgane der unteren Instanzen, d. h. die Bezirkshauptmannschaften, mit Aufgaben zu betrauen, deren Bewältigung immer mehr über ihre Kraft geht. Alles das wirkt zusammen, daß in Österreich-Ungarn die Nahrungsmittelteuerung trotz der zweifellos besseren Gesamtversorgung noch weit größer ist als im Deutschen Reich, ohne daß Entsprechendes zu ihrer Bekämpfung geschieht. Vor allem ist (Mitte 1916) eine Organisierung der gesamten Nahrungsmittelversorgung noch nicht einmal geplant, da Ungarn es bisher abgelehnt hat, sich im allgemeinen den gleichen Erzeugungs- und Verbrauchsbeschränkungen zu unterwerfen, die sich Österreich auferlegen will.

* * *

Im allgemeinen hat sich die Volkswirtschaft Österreich-Ungarns im Kriege stärker erwiesen, als man vor dem Kriege sie beurteilt hatte. Die schwerste Probe wird sie freilich wie die Wirtschaft der anderen kriegführenden Staaten erst nach dem Kriege zu bestehen haben. Der gewaltige Menschen- und Güterverlust, die stark gewachsene Verschuldung an das Ausland, die Erschütterung des Staatshaushalts, die Revolutionierung der Preise und die damit zusammenhängende soziale Umschichtung — das alles stellt Probleme von einer Tragweite und Schwierigkeit, daß sie darin den kriegswirtschaftlichen Aufgaben zumindest nicht nachstehen. Die Verarmung, die dieser Krieg für Österreich-Ungarn wie für die anderen kriegführenden Staaten nach sich ziehen muß, läßt nur einen Weg offen, der allmählich aus der wirtschaftlichen Not herausführt: die äußerste Intensivierung der Wirtschaft, Arbeit und Sparsamkeit. Ihre Wirksamkeit freilich ist in Österreich-Ungarn mehr als anderwärts politisch bestimmt. Wenn es, wie wohl zu erwarten ist, gelingt, nach dem Kriege die zahllosen politischen Hemmungen zu überwinden, welche die zerklüftete Struktur der Monarchie vorher ihrer wirtschaftlichen Entfaltung bereitet hat, darf sie hoffen, ohne allzu schwere Krisen die Wunden zu heilen, die der Krieg ihrer Volkswirtschaft schlägt.

Deutsch-habsburgische Zollannäherung

von Prof. Dr. **Jastrow** in Charlottenburg

Alle gegenwärtig erörterten Pläne einer engeren handelspolitischen Gemeinschaft zwischen den mitteleuropäischen Staaten sind aus dem Wunsche hervorgegangen, die im Kriege bewährte Bundesgenossenschaft in Friedenszeiten nicht wieder in ein bloßes schriftliches Bündnis zurückfallen, sondern in irgendeiner äußerlich sichtbaren Form einer engeren Gemeinschaft fortdauern zu lassen. Diese handelspolitischen Pläne entspringen also einem politischen Bedürfnis und gehen auf das Bündnis zurück, wie es seit dem Defensivbündnis von 1879 ununterbrochen bestanden hat. Da die Entstehung dieses Bundesverhältnisses wiederum den Ereignissen von 1866 und 1870/71 zeitlich nahe steht und auf die Stellung Österreichs in dem ehemaligen Deutschen Bunde zurückweist, so sind die heutigen Bestrebungen ohne ein weiteres historisches Zurückgehen nicht zu verstehen, um so weniger, als die früheren Zustände uns in der Regel unter den Nachwirkungen der späteren viel einseitiger bestimmt erscheinen, als sie in Wirklichkeit waren.

In dem großen Deutschen Zollverein, den Preußen nach mehreren vorangegangenen Einzelverträgen mit dem 1. Januar 1834 zustande gebracht hatte, fehlte zwar Österreich. Da aber die Verfassung dieses Vereins auf die Gleichberechtigung aller größeren Staaten (von Hessen aufwärts) begründet war, so lag in der Anlage an sich kein unbedingtes Hindernis für einen Beitritt Österreichs (Lists »Zollvereinsblatt«, seit 1843), auch nicht in der tatsächlich befolgten Han-

delspolitik. Denn wenn auch die Handelspolitik des Zollvereins freihändlerisch war, so hat sie sich doch wiederholt auch schutzzöllnerischen Einflüssen geöffnet; und wenn anderseits die damalige österreichische Zollpolitik schutzzöllnerisch war, so hat doch auch Metternich gegenüber der österreichischen Zollbureaukratie im Interesse der auswärtigen Politik wiederholt Zoll- und Verkehrserleichterungen im Verhältnis zu Preußen und zu den zollvereinten Staaten befürwortet. Der aus seinen Bestrebungen hervorgegangene österreichisch-preußische Vertrag von 1847, der den kleinen Grenzverkehr und außerdem den schlesisch-böhmischen Leinwandverkehr erleichterte, zeigte, wenn auch inhaltlich nicht bedeutsam, doch die Neigung, zu dem neuen zollpolitischen Gebilde in Vertragsbeziehungen zu treten. Diese Keime weiter zu entwickeln und zu maßgebender politischer Bedeutung zu bringen, war hauptsächlich das Bestreben des Freiherrn v. Bruck, der als Handelsminister (1848—51) und als Finanzminister (1855—60) in diesem Sinne tätig war und auch in der Zwischenzeit als Unterhändler in Berlin (Winter 1852/53) ein gewisses Ergebnis zustande brachte. Daß die habsburgische Monarchie durch die zentralistische Verfassung von 1849 eine Reihe innerer Schranken beseitigte, 1851/52 in der Tat einen einheitlichen Zolltarif aufstellte und für diesen eine in dreijährigen Perioden wiederkehrende Revision — parallel den Tariferneuerungen des Zollvereins — in Aussicht nahm, konnte handelspolitisch als eine Vorbereitung enger Beziehungen zum Zollverein betrachtet werden. Politisch aber benutzte Preußen die zentralistische Vereinigung slawischer und magyarischer Gebiete mit den deutschen Bundesstaaten, um die Notwendigkeit einer neuen deutschen Bundesverfassung ohne Österreich zu begründen. Als in der Nationalversammlung der Paulskirche (dem Versuch eines gemeinsamen deutsch-habsburgischen Parlaments) die »kleindeutsche« Partei siegte, tauchte — zum ersten Male — der Gedanke eines »engeren Bündnisses mit Österreich« auf. Freilich galt dies den Großdeutschen wie Uhland nur als die »Bruderhand zum Abschiede«. Und als Friedrich Wilhelm IV. die Erfurter Union zu begründen suchte (1850), trat der Gedanke ganz in den Hintergrund. Vergebens faßte eine österreichische, aus dem Bruckschen Gedankenkreise herrührende Denkschrift vom 30. Mai 1850 die Vorteile einer wirtschaftlichen Vereinigung zusammen, die Elbe, Weser und Oder ungeteilt ihr eigen nennen, die Adria, Nord- und Ostsee umschlingen und »das politische Gesicht eines Handelsgebietes, wie die Geschichte kein gleiches kenne«, in die Wagschale werfen würde. Diesem Plane zuliebe wäre Bruck bereit gewesen, in eine Teilung des Präsidiums am Deutschen Bunde zu willigen. Diese Bestrebungen, die nicht bloß auf ein Zoll-, sondern auch auf eine Verkehrseinheit abzielten, waren nicht erfolglos (aus ihnen ging der Postvertrag von 1851 hervor); aber Österreich mußte doch seine von 14 Staaten beschickte Konferenz (1852), die einen Handelsvertrag mit dem Zollverein und die Anbahnung einer gänzlichen Verschmelzung vorberiet, ohne Preußen abhalten und faßte einzelne, teilweise entgegenkommende Erklärungen, die z. B. der aus Frankfurt nach Wien geschickte Bundestagsgesandte v. Bismarck abgab, doch eher in ablehnendem Sinne auf. Die ausgezeichnete Kenntnis der Handelsverhältnisse und die sachkundige Betonung aller praktischen Vorteile ermöglichten es Bruck schließlich doch, in seinem Berliner Aufenthalt (s. oben) eine große Reihe von Zollherabsetzungen, Zollbefreiungen und sonstige Erleichterungen in dem Vertrage vom 19. Februar 1853 (»Februarvertrag«) zustande zu bringen, der bis 1860 gelten sollte und von vornherein (Art. 25) eine Zollkonferenz zur Beratung weitergehender Verkehrserleichterungen und des vollständigen Zollanschlusses in Aussicht nahm. In die Zeit, in der diese Konferenz stattzufinden hatte, fällt der unglückliche Tod v. Brucks (aus dessen Nachlaß eine der bedeutendsten seiner Denkschriften veröffentlicht wurde: »Die Aufgabe Österreichs«, Leipzig 1860), fällt ferner bereits die Klarstellung der Bismarckschen Zukunftspläne für die Einheit Deutschlands mit preußischer Spitze, fällt endlich eine handelspolitische Stellungnahme Preußens, die, aus ganz anderen Gründen herrührend, tatsächlich auch die deutsch-habsburgische Annäherung entscheidend in negativem Sinne beeinflußte. Indem nämlich Preußen, die freihändlerische Grundrichtung des Zollvereins fortsetzend, in das System der Meistbegünstigungsverträge Napoleons III. eintrat (1862), war nunmehr entschieden, daß Vorzugsbewilligungen an Österreich, die nicht auch zugleich Frankreich und den anderen meistbegünstigten Staaten zugute gekommen wären, in dem neuen handelspolitischen System keinen Platz mehr hatten. Noch am 11. Februar 1865 ist zwar ein Handelsvertrag zwischen Österreich und dem Deutschen Zollverein zustande gekommen, und darin jener Artikel 25 des Februarvertrages erneuert worden; aber alle handelspolitischen Erörterungen wurden damals bereits durch die drohende politische Auseinandersetzung übertönt. Nachdem Bismarck diese im Jahre 1866 seinem politischen Plane entsprechend in dem Sinne entschieden hatte, daß die deutsche Hegemonie in voller Klarheit an Preußen fiel, und Österreich, ebenfalls in voller Klarheit, aus dem Bundesverhältnis ausschied, verhinderte er anderseits jede Demütigung Österreichs, insbesondere jede Gebietsabtretung. Die also bekundete Geneigtheit des neuen (nord-)deutschen Bundesstaates, zu dem neuen Österreich in guten politischen Beziehungen zu stehen, fand ihre Bekräftigung im Jahre 1870/71. Frankreich gab für seinen Feldzug das Stichwort Revanche pour Sadowa aus. Österreich aber lehnte es ab, dem ehemaligen Gegner in den Rücken zu fallen, und allen Erwartungen und Anwandlungen zuwider hielt Graf Andrássy an der Politik der Neutralität fest. Diese Politik wurde bereits als zweiseitig vorausgesetzt in der Petersburger Anfrage, die im Jahre 1876 den Fürsten Bismarck vor die Entscheidung stellen wollte, ob im Falle eines russisch-österreichischen Zusammenstoßes aus Anlaß drohender Balkanfragen auf die völlige Neutralität Deutschlands zu rechnen sei. Indem Bismarck in der Beantwortung über die bisherige Linie hinausging und andeutete, daß eine etwaige empfindliche Schwächung Österreichs von Deutschland nicht geduldet werden könne, bahnte er eine deutsch-habsburgische Annäherung anderer Art an, die Umbildung der Neutralität zum Schutze des beiderseitigen Bestandes. Nachdem Deutschland seine Uninteressiertheit an der Erledigung des russisch-türkischen Krieges auf dem Berliner Kongreß von 1878 durch das erfolgreiche Bestreben bekundet hatte, zwischen den am Balkan interessierten Mächten lediglich eine mittlere Linie zu finden (von diesem Kongresse stammt das geflügelte Wort vom »ehrlichen Makler«), wurde jene seit dem Jahre 1866 bereits tatsächlich befolgte Politik urkundlich festgelegt, indem am 22. September 1879 in

Wien die beiden leitenden Staatsmänner ein Schutzbündnis zustande brachten, das Österreich gegen russische, Deutschland gegen französische Angriffsabsichten sicherzustellen bestimmt war. Als sich demgegenüber auch Rußland und Frankreich einander zu nähern suchten, trat Bismarck der Gefahr eines vereinigten Angriffs dieser beiden Mächte mit der Veröffentlichung (1888) der Bündnisurkunde entgegen und begründete damit eine Defensivpolitik, die auch einem »Kriege nach zwei Fronten« gewachsen sein sollte. Obgleich die beiden verbündeten Staaten im Jahre 1883 auch mit Italien einen Bündnisvertrag abschlossen und man seit damals in Europa sich gewöhnt hatte, von einem »Dreibund« zu sprechen, so ist doch das deutsch-habsburgische Verhältnis stets etwas wesentlich anderes als etwa bloß eine gemeinschaftliche Teilnahme an diesem Dreibunde gewesen, was äußerlich in entscheidender Weise dadurch hervortrat, daß das klare habsburgische Verhältnis vor aller Welt offengelegt war, während die Verträge mit Italien nicht veröffentlicht wurden (und der genaue Inhalt in der Tat auch niemals zuverlässig bekanntgeworden ist). Bei aller Entschiedenheit der Annäherung an Österreich hat Bismarck die überlieferte Freundschaft der von ihm vertretenen altpreußischen Kreise zu Rußland nicht aufgegeben und nach vorübergehenden Unterbrechungen stets wiederherzustellen gesucht. Ja, er fügte den friedensichernden Absichten des deutsch-habsburgischen Schutzbündnisses eine weitere Bürgschaft des europäischen Friedens dadurch hinzu, daß in einem Vertrage mit Rußland, der am 1. April 1884 erstmalig mit der Absicht dreijähriger Erneuerung abgeschlossen wurde, beide Staaten sich für den Fall eines Angriffs Neutralität zusagten (sog. »Rückversicherungsvertrag«). Indem Bismarcks Nachfolger Caprivi diesen Vertrag beim Ablauf der zweiten Periode (1890) nicht mehr erneuerte, war von diesem Jahre ab das deutsch-habsburgische Schutzbündnis der feste, durch nichts mehr beeinträchtigte Richtungspunkt der deutschen Politik geworden.

Dieser politischen Entwicklung waren von Anfang an auch wirtschaftspolitische Vereinbarungen zur Seite gegangen, die an sich zwar nicht sehr bedeutend waren, doch über das hinausgingen, was andere Staaten gemeinsam regelten. Der sofort nach der politischen Auseinandersetzung abgeschlossene Postvertrag von 1867 »zwischen dem Norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg, Baden und Österreich« brachte schon in der Aufzählung der vertragschließenden Teile eine gewisse Fortsetzung des alten eben gelösten Ideenkreises noch zum Ausdruck; zusammen mit der Erneuerung von 1873 begründete dieser Vertrag das Verhältnis, wonach der Zehnpfennigtarif von der Nordsee bis zur türkischen Grenze galt. Dem (nach damaliger Übung wenig inhaltreichen) Handelsvertrage von 1868 wurde ein »Zollkartell« beigegeben, das beiden Teilen die Zollüberwachung erleichterte. Mit dem Markenschutz- (1875) und dem Eisenbahnvertrage (1880) wurde die Regelung der Materien begonnen, die später international wurden. Die Armenkonvention von 1886 griff sogar einen Gegenstand der inneren Verwaltung heraus. Der Gedanke, diese Annäherung auch auf die Zollpolitik zu übertragen, wurde aber nicht von dieser Entwicklung, sondern von anderer Seite her angeregt. Um die Zeit, wo die Wendung vom Freihandel zum Schutzzoll in Europa sich zu entscheiden schien, wurden gleichzeitig (1879/80) in Frankreich und in Deutschland Stimmen laut (Molinari, Leroy-Beaulieu, v. Kaufmann), die größere Staatenverbände als Träger der Zollpolitik verlangten, schutzzöllnerische, weil die Absperrung nur für ein größeres Gebiet möglich schien, freihändlerische, weil sie wenigstens innerhalb der Absperrung die Verkehrsfreiheit zu retten hofften. Diesen Plänen schwebte in Frankreich manchmal eine Einigung der lateinischen Völker (»westeuropäische Zollunion«), manchmal aber auch ein Anschluß an Mitteleuropa vor, was dann im Gegensatz dazu als »mitteleuropäische Zollunion« bezeichnet wurde. Daher wendete man in Deutschland den letzteren Namen zunächst auf die Bestrebungen an, die Mitteleuropa mit Frankreich vereinigen wollten, sodann aber auch auf Vereinigungspläne, die sich auf das mittlere Europa allein bezogen. In diesen Erörterungen, offenbar durch die politische Bündnispolitik, wenn auch nur gedanklich, beeinflußt, zeigte sich nun, daß die alten Vorstellungen von einer deutsch-habsburgischen Annäherung nicht erloschen waren. In einer Umfrage der Handelskammer Troppau (1885) an österreichische, ungarische und deutsche Handelskammern kam sogar von einigen Seiten das ausdrückliche Verlangen nach einem deutsch-habsburgischen Zollverein zum Ausdruck, und eine Annäherung in irgendeiner Form wurde von den meisten befürwortet. So war die Vorstellung einer handelspolitischen Gemeinschaft von Mitteleuropa bereits vorhanden, als Caprivi seine handelspolitische Überzeugung dahin formte, daß die bisherige Schutzzollpolitik sich nur aufrechterhalten lasse, wenn im Wege gegenseitiger Herabminderung der Zölle ein Staatsgebilde sich zusammenschließe von ausreichender Größe, um den Weltreichen des Erdballs, wenn auch nicht gleich, so doch einigermaßen geographisch ebenbürtig zu sein (programmatische Reichstagsrede vom 10. Dezember 1891). So eröffnete sein Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn die Reihe der »mitteleuropäischen Handelsverträge«. Wenn im Zusammenhang mit der Caprivischen Handelspolitik der Ausdruck »mitteleuropäisch« noch so gebraucht wurde, daß er nicht bloß die angrenzenden Kleinstaaten, sondern sogar Italien mit umfaßte, so mehrten sich doch in der Folgezeit die Stimmen, die gerade eine engere handelspolitische Beziehung zu Österreich als mitteleuropäisches Ziel hinstellten. Der »Bund der Industriellen« in Berlin legte der Frage bereits aktuelle Wichtigkeit genug bei, um sie im Oktober 1900 auf die Tagesordnung einer Versammlung zu setzen. Und wenn die Beratung auch ohne Ergebnis verlief, verließen die Anhänger sie doch mit der stark betonten Überzeugung einer späteren Verwirklichung. Endgültig setzte sich der Sprachgebrauch fest, als im Jahre 1903 Paasche und Julius Wolf den »Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein« mit dem Programm einer Vorzugsbehandlung trotz oder innerhalb der bestehenden Meistbegünstigungen ins Leben riefen. Als nach Ausbruch des Weltkrieges von 1914 klar wurde, daß ein wirklicher Dreibund nicht bestand und nicht förmlich aufgelöst zu werden brauchte (eine Kriegserklärung Italiens an Deutschland war bis Frühjahr 1916 nicht erfolgt), und als anderseits der Gegenbau des Drei- oder Vierverbandes sich als ein mühsam durch immer neue Vertragsabreden zusammengehaltenes Gebilde erwies, blieb von allen Bündnissen der letzten Jahrzehnte nur das deutsch-habsburgische Bündnis als eine durch Natur und Geschichte gegebene historische Gemeinschaft einer geographisch zusammenhängenden Ländermasse übrig. Diesem Empfinden klaren Aus-

druck gegeben zu haben, ist das Verdienst von Naumanns »Mitteleuropa«, das im Herbst 1915 erschien und eine ungeheure Verbreitung fand.

Da das Tasten nach einer Betätigung für ein Mitteleuropa als Einheit kein bestimmtes anderes Betätigungsfeld fand (die Militärgemeinschaft, wie Naumann sie fordert, geht von irrtümlichen Voraussetzungen aus), so blieb es auf dem handelspolitischen Gebiete stehen, wo es schon gewisse Anknüpfungspunkte und Vorarbeiten gab und wo eine Mannigfaltigkeit der Formen zahlreiche Möglichkeiten vom engsten bis zum losesten Bande darbot. Die gegenwärtigen Ziele (Frühjahr 1916) lassen sich etwa wie folgt gruppieren:

1) Glatter Zollverein. Dieser tritt allen anderen Staaten gegenüber als Einheit auf und schneidet daher den Einwand ab, daß die Zollfreiheit im Inneren des Bundes gegen die Meistbegünstigung verstoße. Schwierigkeit: Beiderseitiger Verzicht auf Zölle und Unmöglichkeit eines Zollparlaments. Ausgleichsversuch: Gemeinsame Syndikate mit stärkerer Berücksichtigung gefährdeter (österreichischer) Industrien.

2) Vorzugszölle. Da diese mit der Meistbegünstigungsklausel in ihrer heutigen Form nicht zu vereinbaren sind, so müßte die grundsätzliche Verständigung schleunigst stattfinden, damit während der Friedensverhandlungen bereits feststeht, in welcher Form und mit welchen Beschränkungen die neue Meistbegünstigungsklausel den bisher feindlichen Staaten (und den anderen, deren Verträge nötigenfalls zu kündigen wären) anzubieten ist. Schwierigkeit: Da auch die ungarische Industrie Schutz gegen die österreichische wünscht und überhaupt die Vorstellung von einem ungarischen selbständigen Zollgebiet noch nicht erloschen ist, so könnten sich unter Umständen drei konzentrische Zollinien ergeben.

3) Zwischen diesen beiden Formen steht ein Zollverein mit Zwischenzöllen. Er bietet die Möglichkeit, jedem Schutzbedürfnis der österreichisch-ungarischen Industrie gegen die deutsche sowie der deutschen Landwirtschaft gegen die österreichisch-ungarische Berücksichtigung zu gewähren. Aber nur wenn es gelingt, diese Zwischenzölle bis auf die Bedeutung bloßer Ausnahmefälle herabzudrücken (wie sie ganz auch im heutigen Deutschen Reiche nicht aufgehört haben), ist Aussicht vorhanden, daß das Ausland diesen Zustand für vereinbar mit der Meistbegünstigung erklärt; andernfalls wie zu 2).

4) Während alle bisherigen Formen das Hauptgewicht auf die Zollerleichterungen zwischen beiden Reichen legen und nur als Folge davon eine einheitliche Zollpolitik nach außen eintreten lassen, kann das Verhältnis auch umgekehrt werden: Einheitliche Zollpolitik nach außen unter Zugrundelegung eines der bestehenden Tarife (z. B. des deutschen Meistbegünstigungstarifs). Dabei würde es der Zukunft überlassen bleiben, ob die beiden Reiche im Verkehr untereinander später einmal auf Zölle verzichteten. Durch Beseitigung dieser schwersten Reibungsfläche würden sich um so leichter sonstige Gemeinsamkeiten (die übrigens von allen Gruppen befürwortet werden) anbahnen lassen, wie Ausgleichung steuerlicher und sozialpolitischer Produktionsbedingungen, Geld- und Währungsgemeinschaft, Eisenbahntarife, bürgerliches Recht und anderes mehr.

5) Bei der Unsicherheit einer Verständigung über irgendeine der vorgeschlagenen Formen scheint ein Einverständnis nur über den formalen Punkt zu bestehen, daß, was auch immer beschlossen werden möge, die zukünftige Gemeinschaft irgendein Organ (wenn auch nur in der Form einer ständigen Konferenz von Regierungsvertretern) werde haben müssen. Dann möge man dieses Organ sofort begründen und ihm die Sammlung und Sichtung aller einzelnen, namentlich von Interessenten entgegengetragenen Möglichkeiten als erste Aufgabe überweisen. Ob daraus eine Gemeinschaft nach einem der bisherigen Schemata oder etwas ganz Neues hervorgehen werde, braucht nicht im voraus entschieden zu werden.

Für die Erörterung aller dieser Annäherungsformen und verwandter Probleme hatte sich, da der »Mitteleuropäische Wirtschaftsverein« (s. oben) sich hauptsächlich der literarisch-wissenschaftlichen Behandlung widmete, schon im Jahre 1913 aus Kreisen der Handel- und Gewerbetreibenden der »Deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverband« in Berlin gebildet. Während des Krieges (1914) trat ihm der »Österreichisch-deutsche Wirtschaftsverband« in Wien zur Seite. Von beiden gemeinsam wurde Anfang 1916 das Wochenblatt »Wirtschaftszeitung der Zentralmächte« (mit Redaktionen in Berlin, Wien, Budapest, Sofia, Konstantinopel) gegründet und im März über »die Stellungnahme der Regierungen und wirtschaftlichen Körperschaften« eine Zusammenstellung veranstaltet, die den jeweiligen Stand des Problems veranschaulichen.

Literatur: Außer der eben genannten »Stellungnahme« und Naumann (s. oben) hauptsächlich »Schriften des Vereins für Sozialpolitik«, Bd. 155, I—III (Beiträge von 19 Mitarbeitern, hrsg. von Herkner, Münch. 1916); Sammlung »Zwischen Krieg und Frieden« (Leipz. 1914—16): Heft 13 (Losch), 14 (v. Philippovich), 26 (Jastrow), 35 (Heller); »Kriegspolitische Einzelschriften« (Berl. 1916): Heft 10 (Rajnik), 16 (Jastrow); Literaturübersicht: K. Landauer in »Kriegswirtschaftl. Untersuchungen aus dem Institut für Seeverkehr zc., Kiel«, Heft 11 (Jena 1916).

Geld und Kredit

von Prof. Dr. Jastrow in Charlottenburg

Die Geld- und Kreditverfassung, in der Deutschland den Weltkrieg durchficht, ist nicht eine Notschöpfung des Augenblicks. Sie ist durch gesetzgeberische und Verwaltungsakte über die Reichsbank vorbereitet, die hauptsächlich in die Jahre 1906, 1909 und 1913 fallen. Als das Gesetz vom 20. Februar 1906 neben den Tausend-, Fünfhundert-, Zweihundert- und Hundertmarknoten auch Stücke zu 50 und 20 Mk. zuließ, wurde von Freunden und Gegnern der Vorlage die grundlegende Wichtigkeit der anscheinend so unbedeutenden Maßregel betont: Ersetzung des Goldes durch Papier auch im kleineren Geldverkehr. Im Verwaltungswege hat die Reichsbank schon damals auf eine mehr oder weniger freiwillige Benutzung in diesem Sinne hingearbeitet. Die privatrechtlich wirkende Gutheißung dieser Politik erfolgte durch das Gesetz vom 1. Juni 1909, das die Noten der Reichsbank zu gesetzlichen Zahlungsmitteln erklärte. Danach war jedermann im Deutschen Reiche ver-

pflichtet, die Noten der Reichsbank in Zahlung zu nehmen, konnte sie aber jederzeit in Berlin zur Einlösung in Gold vorlegen. Von dem Rechte, in Noten zu zahlen, machte die Reichsbank selbst in weitestem Umfange Gebrauch, schonte dadurch ihren Goldbestand und verlangte außerdem, gestützt auf die wissenschaftliche Kritik angesehener Banktechniker, daß die privaten Depositenbanken sich durch größere Guthaben bei der Reichsbank »liquide« hielten. Die gemeinsame Wirkung aller dieser Maßregeln war, daß Banken und Publikum sich in höherem Maße an die Banknoten gewöhnten, daß von dem Rechte der Goldeinlösung immer weniger Gebrauch gemacht wurde und daß gerade infolgedessen der Goldvorrat, welcher der Einlösungspflicht zur Grundlage diente, beständig stieg: Schonung und Steigerung des Goldvorrats gingen Hand in Hand. Bei der großen Finanzreform des Jahres 1913 wurde der (aus altpreußischer Überlieferung herrührende) Reichskriegsschatz, der (im Juliusturm von Spandau) bei der Reichsgründung auf 40 Millionen Taler gebracht worden war und einem ersten Bedürfnis nach Bargeld im Falle eines Krieges dienen sollte, erhöht. Es sollten ihm durch Ausgabe von Reichskassenscheinen weitere 120 Mill. Mark und außerdem ein Gewinn aus der Vermehrung der silbernen Scheidemünze hinzugefügt werden. Auch der »Wehrbeitrag« (der zwar an sich nicht in die Geld- und Kreditverfassung, sondern in die Steuerverfassung gehört) diente doch tatsächlich der Stärkung der Reichskasse.

Diese schon vorhandene Reichsbankverfassung wurde für den Krieg beibehalten und fortgebildet. Neue Vorschriften über die Deckung der Banknoten hängen mit zwei anderen zusammen, denen über die Reichsanleihe und über die Darlehnskassen. Um den Geldmarkt nicht bei Beginn des Krieges mit einer Riesenanleihe zu belasten und um das Reich nicht dauernd an einen Zinsfuß zu binden, wie er unter dem Drucke eines Kriegsbeginns sich zu gestalten pflegt, verlangte die Reichsregierung von dem Reichstage einen Kredit von 5 Milliarden ohne jede Bestimmung über seine Aufbringung. Die Art, wie der Reichstag diese noch nie von einem Parlament geforderte Summe ohne Spezialisierung und ohne Debatte glatt bewilligte, war die hervorragendste Leistung des berühmt gewordenen Gesetzgebungstages vom 4. August 1914. Da so der Reichsregierung jede Form des Kredits bewilligt war und sie sich also auch des Wechselkredits bedienen konnte, so wurde, wenn diese Wechsel der Reichsbank als Gegenwert für die Notenausgabe dienen sollten, eine an sich kleine Gesetzesänderung notwendig, wenn man die Formalität der »zweiten Unterschrift« dem Reiche ersparen wollte. Wichtiger war, daß das Reich, wenn es durch Hergabe seiner Wechsel selbst eine Vermehrung der Banknoten verlangte, die Reichsbank von der 5proz. Steuer bei Überschreitung des Notenkontingents befreite. — Die Darlehnskassen waren an sich keine neue Einrichtung, sondern seit dem Jahre 1848 als Veranstaltung für außerordentliche Fälle bekannt und auch in den Kriegen 1866 und 1870/71 erneuert worden: Kassen, bei denen gegen Hinterlegung von Waren oder Wertpapieren Darlehen in einfacherem Geschäftsgang und zu mäßigerem Zinsfuß als bei der Reichsbank aufgenommen werden konnten. Es wurde aber diesmal der zulässige Höchstbetrag nicht bloß ungleich höher — zunächst bis 1½ Milliarde Mark — angesetzt, sondern (und das war das Neue) diese Darlehnskassen wurden in eine Beziehung zur Reichsbank gebracht.

Wenn man diese gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen etwa mit Änderungen vergleichen kann, die an der Friedensverfassung eines Heeres im Interesse schnellerer Mobilmachung in aller Öffentlichkeit vorgenommen werden, so ging dem noch ein wirklicher finanzieller Mobilmachungsplan zur Seite. War er auch ebensowenig wie der Mobilmachungsplan des Generalstabs veröffentlicht, so ergab er sich tatsächlich aus der bisherigen Bankpolitik mit so sicherer logischer Notwendigkeit, daß er jedem sachkundigen Interessenten so gut wie bekannt war. Die wesentliche Arbeit bestand darin, daß der »finanzielle Mobilmachungsplan« in Gestalt wirklicher Gesetzentwürfe, Ausführungsbestimmungen, Reglements, Personenernennungen, Dezernatsverteilungen im Reichsschatzamt vollständig ausgearbeitet vorlag, als ein notwendiger Bestandteil der »Schlagfertigkeit« des Reiches. Nachdem daher der Krieg über Deutschland hereingebrochen war, konnten dem am 4. August zusammentretenden Reichstag die formulierten Gesetzentwürfe vorgelegt und sofort nach der Annahme die Ausführungsbestimmungen versandt werden. Daß sich unter diesen Gesetzesvorlagen die Ermächtigung befand, den Reichskriegsschatz an die Reichsbank auszuschütten, war selbstverständlich. Zu dem verdoppelten Goldbetrag waren aber von dem Silberbetrag erst 6 Mill. Mk. hinzugekommen (nebenbei auch ein Beweis, wie töricht die Vorstellungen sind, als ob Deutschland den Krieg geplant oder dem Schicksal vorweggenommen hätte). So gut wie selbstverständlich war auch die Befreiung der Reichsbank von der Verpflichtung, ihre Noten in Gold einzulösen (wie denn in Wirklichkeit die Reichsbank die gesetzliche Dispensation gar nicht abwartete, sondern am Tage der Mobilmachungsorder mittags 1 Uhr die Schalter für die Einlösung schloß, ohne daß darin etwas Auffallendes gefunden wurde). Die Reichsbank, die verpflichtet war, für ein Drittel der Banknoten metallische Deckung vorrätig zu halten, erhielt die Befugnis, sich darauf die Darlehnskassenscheine anzurechnen.

In diesem Aufbau einer Kriegskreditverfassung ist der einzige umstrittene Punkt die Verbindung der Darlehnskassenscheine mit der Reichsbank. Wenn man annimmt, daß ein Drittel der Banknoten metallisch gedeckt sei, in Wirklichkeit aber der Reichsbank erlaubt wird, Darlehnskassenscheine so zu zählen, als ob sie Gold wären, so werde dadurch nach der Meinung mancher, besonders ausländischer Kritiker für einen Teil der Golddeckung eine bloße Kreditdeckung eingesetzt, und es finde eine Auftürmung von Krediten übereinander statt; wenn aber der Kredit bei der Darlehnskasse selbst sich auf Verpfändung von Reichsanleihen gründet, ja, wenn sogar schließlich jemand Kriegsanleihe verpfänden kann, um Kriegsanleihe zu zeichnen, so sei das ein bloßes Blendwerk, das darauf hinauslaufe, daß das Reich sich selbst Kredit gebe, und die so auf Darlehnskassenscheine begründeten Banknoten seien nichts anderes als der Anfang einer Assignatenwirtschaft. Auf der andern Seite wird dem entgegengehalten, daß die in der ganzen Welt als solid anerkannte Friedensverfassung der Reichsbank schon eine Ausnahme von der Metalldeckung enthält, indem der Reichsbank stets erlaubt war, sich auf diese die Reichskassenscheine anzurechnen, daß aber die Darlehnskassenscheine nicht eine geringere, sondern sogar eine höhere Sicherheit ge-

währten (weil außer dem Reiche hier noch der Darlehnsnehmer haftete). Allein diese Kontroverse ist nur geeignet, den irrigen Anschein zu erwecken, als ob es sich hier um eine schwer zu durchschauende Verkettung handle. In Wirklichkeit sind jedoch diese Grundlagen einfach und leicht verständlich. Von der Befugnis, sich die Darlehnskassenscheine auf die metallische Deckung anzurechnen, hat nämlich die Reichsbank keinen Gebrauch gemacht. Das Geschäft der Darlehnskassen hat überhaupt nicht den Umfang angenommen, den man erwartete (obgleich für vorübergehende Bedarfsfälle die Grenze bis auf 3 Milliarden heraufgesetzt wurde).

Ihre wirkliche Grundlage erhielt die Kriegsverfassung für die Reichsbank durch einen Vorgang, der in der Finanz- und Wirtschaftsgeschichte aller Völker der Erde ohnegleichen dasteht und der in seiner erhabenen, für jedermann verständlichen Einfachheit durch jene scharfsinnigen Erörterungen nur verdunkelt wird. Während nämlich sonst unter dem Drucke kriegerischer Unsicherheit jedermann sein Gold und Silber ängstlich hütete und dies den Finanztechnikern geradezu als der charakteristische Vorgang einer Kriegszeit erschien, hat das deutsche Volk seine Vorräte an Goldmünzen der Reichsbank freiwillig entgegengetragen. Gewiß war dies zunächst die Fortsetzung jener Politik, die schon in Friedenszeiten das Publikum mehr daran gewöhnte, sich papierner Zahlungsmittel zu bedienen (was ja nichts anderes heißt, als das Gold den Kellern der Reichsbank anzuvertrauen). Daß aber diese doch noch junge Gewöhnung durch den Krieg nicht nur keinen Rückschlag, sondern sogar noch eine bewußte, mit Ehrgeiz betriebene Steigerung erfuhr, war ein Beweis von Volksvertrauen und gestiegener Volksbildung, der in diesem Maße auch die kühnsten Erwartungen überstieg. Der wachsende Goldvorrat hatte sich in der ersten Hälfte des Jahres 1914 auf 1306,2 Mill. Mk. erhöht und war bis zum 23. Juli auf 1356,9 Mill. gestiegen. In der darauffolgenden kritischen Woche, in der die Kriegsgefahr sich auf das Äußerste anspannte, ohne daß man jedoch schon wagen wollte, der Goldentziehung mit Kriegsmaßregeln zu begegnen, trat zwar — ein einziges Mal — eine Goldverminderung auf 1253,2 Mill. Mk. ein; sobald aber der Krieg wirklich da und die Kriegsverfassung der Reichsbank, die jede Goldentziehung unmöglich machte, proklamiert war, trat nicht die gewöhnliche Wirkung ein, daß jeder sein Gold desto ängstlicher bei sich zu behalten suchte, sondern im Gegenteil, die Aufforderung, das Gold der Reichsbank anzuvertrauen und diese nach Möglichkeit zu stärken, fand offene Ohren. Zwar der Goldzufluß, den der erste Wochenausweis der Kriegszeit (7. August) zeigte, hatte seine Hauptquelle im Spandauer Juliusturm. Die drei folgenden Wochenausweise dieses ersten Kriegsmonats zeigten weitere Vermehrung um 31,0, um 21,2 und 26,7 Mill. Mk. Auf dieser ungefähren Höhe von 20—30 Mill. Mk., zuweilen darunter, zuweilen auch darüber gehend, hielt sich die Goldzubringung Woche für Woche, bis sie etwa im März 1915 (wo tatsächlich das meiste Gold bereits abgeschöpft sein mochte) herunterzugehen begann, aber niemals gänzlich aufhörte und zuweilen durch Goldsammlungsagitationen in Vereinen und Geschäften, durch Urlaubs- und andere Prämien an Schüler und Soldaten doch immer wieder aufs neue belebt wurde. Das Ausland stand dem starr und verständnislos gegenüber, so daß sich in England märchenhafte Gerüchte über den dunklen Ursprung dieser Ziffern bildeten, daß sie bloßer Humbug seien, daß das Gold der österreichischen Bank (die keine Ausweise veröffentlichte) heimlich von Wien nach Berlin gebracht worden sei, und andres mehr. In Wahrheit beweisen diese verzweifelten Umdeutungsversuche nur, daß es sich hier um eine einzigartige Volksleistung handelt.

Das ist die wahre Grundlage der Notenemission während des Krieges. Sieht man nämlich von allen jenen gesetzlichen Befugnissen, Silber, Reichskassenscheine, Darlehnskassenscheine sich auf die metallische Deckung anzurechnen, ab und berechnet, wieviel Prozent der ausgegebenen Noten durch wirkliches Gold in den Kellern der Reichsbank gedeckt waren, so ergeben sich für die Quartalsletzten folgende Ziffern (in Prozenten):

1914		1915			
September	Dezember	März	Juni	September	Dezember
38,2	41,8	41,6	40,9	39,3	35,3

d. h. durch Gold allein war nicht nur das erforderliche Drittel, sondern mehr als das gedeckt, und die vermehrte Notenausgabe hatte im Kriege eine so solide Unterlage wie nur je in Friedenszeiten.

Die Bedeutung dieser Goldreserve ist freilich unter der Herrschaft der Kriegsverfassung eine andere geworden. In normalen Zeiten hat die Reichsbank die Verpflichtung, soviel Gold vorrätig zu halten, wie nach den Grundsätzen solider Geschäftsführung erforderlich ist, um der Einlösungspflicht genügen zu können. Dieser Rücksicht dient die gesetzliche Vorschrift, daß sie keinesfalls unter den einer alten Erfahrung entnommenen Mindestsatz von einem Drittel heruntergehen darf. Wenn die kleinen Abweichungen von dieser Dritteldeckung für die Kriegszeit so erweitert waren, daß die Reichsbank sich sämtliche Darlehnskassenscheine darauf hätte anrechnen können, und sie, wie wir gesehen haben, von dieser Befugnis niemals Gebrauch gemacht hat, ja, wenn sogar ausnahmslos die Dritteldeckung durch Gold im Kriege reichlicher vorhanden war, als sie nach den Friedensgesetzen erforderlich gewesen wäre, so kann dies nicht aus Angst vor einer Einlösungspflicht geschehen sein, die ja gesetzlich suspendiert war. Das Bedeutungsvolle dieser Haltung lag vielmehr darin, daß sie ein Symptom strenger Selbstzucht war. Wenn in Kriegszeiten ein kreditbedürftiger Staat seiner Zettelbank die gesetzlichen Zügel lockert, so besteht die Gefahr einer regellos steigenden Notenausgabe, die das Land weit über seinen Bedarf hinaus mit Zahlungsmitteln überschwemmt, bloß weil der Staat Kreditmittel braucht (»Notenpresse«, »Assignatenwirtschaft«.) Will man nun feststellen, ob der Staat und seine Zettelbank dieser Versuchung erlegen sind oder nicht, so gibt es kein anderes Mittel als den Vergleich mit den Schranken der Friedenszeit. Daß diese Schranken, ohne gesetzliche Verpflichtung dazu, innegehalten wurden, ist der vollgültige Beweis dafür, daß der Rhythmus der geschäftlichen Leitung der Reichsbank unverändert geblieben ist. In der Geschichte des Bankwesens wird diese Geschäftsführung das klassische Beispiel für das Gegenteil der Leichtfertigkeit darstellen, die mit jenen Schlagwörtern der »Notenpresse« und der »Assignatenwirtschaft« gekennzeichnet werden; und es ist völlig unzulässig, das Verdienst verkleinern zu wollen mit einem Hinweis darauf, daß die Bank mit mäßigen Diskonterhöhungen (von 4 Proz. am 31. Juli und 1. August auf 5 und 6 Proz., seit 23. Dezember 1914 wieder 5 Proz.) auskommen konnte. Daß der Betrag der Noten, nach ihrem absoluten Werte genommen,

in Deutschland wie in allen anderen Ländern während der Kriegszeit gestiegen ist, ist zwar für den Zirkulationsprozeß an sich nicht gleichgültig, wird aber an Bedeutung doch durch jenes Deckungsverhältnis und die darin ausgedrückte Selbstkontrolle entscheidend überboten. — Die weiteren Einzelheiten gehen aus den Hauptziffern der wöchentlichen Ausweise hervor, die wir für die Vierteljahrsletzten und einige andere Tage in der folgenden Übersicht zusammenstellen:

	1914					1915			
	30. Juni	23. Juli	31. Juli	30. Sept.	31. Dez.	31. März	30. Juni	30. Sept.	31. Dez.
Metall	1630,6	1691,4	1528,0	1737,4	2129,7	2377,7	2434,3	2456,9	2477,3
Darunter Gold	*1306,2*	*1356,9*	*1253,2*	*1716,1*	*2092,8*	*2337,5*	*2387,6*	*2419,4*	*2445,2*
Reichskassenscheine usw.	49,9	65,5	33,4	336,5	875,0	563,4	507,9	835,1	1287,9
Noten anderer Banken	9,7	40,1	11,5	7,3	5,3	18,6	6,5	11,9	3,1
Wechsel und Schecks usw.	1212,7	750,9	2081,1	4755,8	3936,6	6860,0	4917,8	7470,6	5803,3
Lombardforderungen	71,6	50,2	202,2	30,6	22,9	16,7	15,7	13,1	12,9
Effekten	367,0	330,8	396,6	105,9	34,0	16,9	20,3	37,8	51,4
Notenumlauf	2406,5	1890,9	2909,4	4490,9	5045,9	5624,0	5840,3	6157,6	6917,9
Depositen	858,3	944,0	1258,5	2350,7	1756,9	4037,0	1799,3	4416,3	2359,0

Die Scheidung zwischen Reichsbank und Reichsfinanzen fand vor allem darin ihren Ausdruck, daß die Reichsregierung von Versuchen kurzfristiger Bedarfsdeckung sich sehr schnell durch ordnungsmäßige Kriegsanleihen befreite. Schon im September 1914 wurde der Versuch gemacht, festzustellen, wieviel auf die vom Reichstage bewilligten 5 Milliarden Mark durch freiwillige Zeichnungen seitens des deutschen Volkes zu erlangen war. Um die Belastungsprobe sicher zu gestalten, wurde auf das ernstlichste davor gewarnt, wie bei anderen Subskriptionen hohe Beträge zu zeichnen in der Erwartung, daß doch nur geringe zugeteilt würden; es wurde vielmehr von vornherein zugesichert, daß der gezeichnete Betrag jedem auch in Wirklichkeit zugewiesen werden würde. In der Zeit vom 10. bis 19. September, wo die fünfprozentige Reichskriegsschuld zum Kurse von 97,50 aufgelegt wurde, ergaben die Zeichnungen aber nicht einen Teil, sondern beinahe den ganzen vom Reichstag bewilligten Kredit: 4,46 Milliarden Mk. Hiervon waren am 15. Oktober 1,8 Milliarde Mk. fällig; in Wirklichkeit wurden statt dessen bereits 2,8 gezahlt. Die Darlehen, die zu diesem Zwecke bei den Darlehnskassen aufgenommen waren, betrugen an sich nur 0,7 Milliarde Mk. und wurden überdies schnell abgezahlt. Von allen Gewohnheiten früherer Kriege abweichend, in denen man bei späteren Anleihen durch immer günstiger werdende Bedingungen das Publikum anzulocken suchte, wagte die Reichsregierung es für die zweite (27. Februar bis 15. März 1915) und die dritte (4. bis 22. September 1915) Kriegsanleihe sogar, mit dem Ausgabekurs noch in die Höhe zu gehen: auf 98,50 und 99,00. Und trotz dieser ungewöhnlichen Maßnahme sind die Erträge sogar noch gestiegen: auf 9,1 bzw. 12,1 Milliarden Mk., und wiederum wurden die ersten Raten überbezahlt: am 14. April statt der fälligen 3,36 Milliarden bereits 6,08 und am 6. Oktober statt rund 3¼ etwa 6¼ Milliarden Mk. Die Rolle, die die Darlehnskassen bei der Beschaffung dieser Summen spielten, war noch geringer: 0,52 bzw. 0,19 Milliarde (ebenfalls unter sofort begonnener Abzahlung). Daß diese Emission nicht etwa die bloße Augenblicksleistung eines Bankkonsortiums war, der die Verteilung unter das Publikum erst nachträglich hätte folgen müssen, sondern daß mit der Zeichnung und Abnahme die wirkliche Unterbringung der Anleihe vollzogen war, ging nicht nur aus dem verhältnismäßig hohen Betrag hervor, der mit Sperrung in das Reichsschuldbuch eingetragen wurde, sondern namentlich aus der Statistik, die bei allen drei Anleihen (I., II., III.) eine ganz unverhältnismäßig hohe Zahl kleiner Zeichnungen aufwies:

Mark	Zahl der Zeichnungen I.	II.	III.	Betrag in Mill. M. I.	II.	III.
bis 200	231 112	452 113	686 289	86	71	107
300— 500	241 804	581 470	812 011	111	234	348
600— 1 000	} 453 143	660 776	881 923	} 587	604	811
1 100— 2 000		418 861	503 576		733	899
2 100— 5 000	157 591	381 459	415 576	579	1354	1 586
5 100— 10 000	56 438	130 903	145 286	450	1057	1 184
10 100— 20 000	19 313	46 105	54 513	307	745	868
20 100— 50 000	11 584	26 407	33 392	410	926	1 168
50 100—100 000	8 029	7 742	10 512	315	648	876
100 100—500 000	2 050	4 361	7 274	509	1066	1 801
500 100—1 Mill.	361	538	849	287	440	709
über 1 Million	210	325	545	869	1162	1 774
Zusammen:	1 177 235	2 691 060	3 551 746	4460	9060	12 101

Danach wurde fast die Hälfte des Ertrages von den Zeichnern unter 20 000 Mk. aufgebracht, deren Zahl sich von 1,2 auf 2,7 und 3,5 Mill. steigerte. Anderseits beweisen die Millionenzeichnungen in ihren ebenfalls steigenden Ziffern, daß das Großkapital an Leistungsfähigkeit und innerer Zuversicht nicht zurückblieb.

Spricht sich in den Beträgen der drei Anleihen und noch mehr in ihrer Gliederung ein unbegrenztes Vertrauen zum Vaterlande aus, so wäre es doch nicht richtig, in ihnen lediglich eine Leistung patriotischer Opferwilligkeit zu erblicken. Neben diesem Beweggrund war mindestens in ebenso hohem Grade das Verlangen nach einer guten Kapitalsanlage maßgebend, und das hierin sich äußernde Vertrauen zum Reiche war mindestens ebenso ehrenvoll. Wenn bei der dritten Kriegsanleihe (nach privaten Zusammenstellungen der »Voss. Ztg.«) 21 Versicherungsanstalten 164,0 Mill. und 167 Sparkassen (außer den Sparern selbst) 781,3 Mill. Mk. zeichneten, so haben sie damit den Verpflichtungen gegenüber ihren Einlegern genügt, denen sie keine bessere Verwertung der Ersparnisse und Versicherungsbeiträge hätten beschaffen können. Der Anleihebedarf des Deutschen Reiches erfüllt nebenbei noch die wirtschaftliche Aufgabe, den anlagesuchenden Kapitalien in der an sich schwierigen Zeit eine sichere und vorteilhafte Gelegenheit zu bieten.

Gegenüber den großen Geld- und Kreditfragen pflegt die bloße Fürsorge für Zahlungsmittel, d. h. die Fürsorge dafür, daß diese nicht bloß vorhanden, sondern auch gerade da vorhanden sind, wo sie gebraucht werden, als eine Angelegenheit minderer Bedeutung betrachtet zu werden. Und doch könnte die glatte Abwicklung des Zirkulationsprozesses in einem so kritischen Moment, wie der Beginn eines Krieges

ist, an der schlechten Erledigung dieser Fürsorge geradezu scheitern. Soweit die Kassen der Heeresverwaltung in Betracht kamen, bildete die Berechnung des Bedarfs an Zahlungsmitteln und die Anweisung derselben einen Bestandteil des im voraus festgestellten finanziellen Mobilmachungsplanes. Für die sechs ersten Mobilmachungstage war ein Bedarf von ³/₄, für die ersten 30 von 2,3 Milliarden Mk. vorgesehen und wurde nach ausgesprochener Mobilmachung den Kassen mit derselben Pünktlichkeit zugeführt wie den Truppenteilen ihr Ersatz. Da übrigens unter dem Eindrucke eines drohenden und beginnenden Krieges der private Verkehr sicher in noch stärkerem Maße als der staatliche einen erhöhten Bedarf an Zahlungsmitteln aufweist, so wird die plötzliche Vermehrung der Banknoten in den beiden Wochen vor und nach der Kriegserklärung (mit zusammen etwa zwei Milliarden Mark), obgleich aus anderen Ursachen entsprungen, tatsächlich nicht über das Maß hinausgegangen sein, das dem Bedarf an vermehrten Zahlungsmitteln entsprach. Unabhängig von dem allgemeinen Zahlungsmittelbedarf tauchte in den ersten Tagen des Krieges in den verschiedensten Teilen des Reiches ein drückender Mangel an Kleingeld auf. Die Ursachen im einzelnen haben sich so wenig ermitteln lassen, daß keine andere Annahme übrigbleibt, als daß das Thesaurierungsbedürfnis, das sich bei der gesteigerten Volksbildung nicht mehr im Goldverstecken äußerte, in den wirtschaftlichen und intellektuellen Niederungen des Lebens sich auf Silber-, ja sogar auf Nickel- und Kupfermünzen warf. Die Verlegenheiten wurden so groß, daß hier und da Gemeinden in Gestalt sog. Platzanweisungen ein »Notgeld« ausgaben; und häufig wurde es vom Publikum sogar dankbar angenommen, auch wenn es von Privaten, z. B. von Aktiengesellschaften, ausging. Im ganzen sind damals von 86 Gemeinden 5,5 und von 25 Privaten 0,8 Mill. Mk., zusammen also 6,3 Mill. Mk. an solchem Notgeld ausgegeben worden, nur selten Stücke über 20 und 10 Mk., meistens zwischen 5 Mk. und 50 Pf., vereinzelt zu 25, 10 und selbst 5 Pf. Da die Reichsbank die Darlehnskassenscheine über 5 Mk. nicht an sich zog, sondern ins Publikum gehen ließ (auch ein Beweis, daß die Reichsbank sich nicht von dem Bestreben, sie als Notendeckung an sich zu reißen, leiten ließ, sondern von dem volkswirtschaftlichen Bedürfnis), und nachdem der Bundesrat unter dem 31. August kleine Darlehnskassenscheine von 2 und 1 Mk. zugelassen hatte, konnte das Notgeld wieder eingezogen werden. Daß gleichzeitig die Klagen über den Mangel an Münzstücken unter 1 Mk. aufhörten, kann auch als Beweis dafür angesehen werden, daß sie bei wiederkehrender Vernunft und Ruhe nur aus ihren Schlupfwinkeln hervorzukriechen brauchten.

Dies etwa sind die Grundzüge der Geld- und Kreditverfassung, wie sie für die Kriegszeit amtlich geschaffen wurde. Seit den ersten Wochen des Krieges war man fast in allen Reichsteilen bemüht, private Veranstaltungen zustande zu bringen, die den mittleren und kleinen Gewerbetreibenden den Anschluß an jenes Kreditwerk erleichtern sollten. Da die amtlichen Darlehnskassen nur gegen Pfand Kredit gaben, so sollten die »Kriegskreditbanken«, »Kriegskreditkassen« und ähnliche dem reinen Personalkredit dienen; doch war ihr Geschäftsumgang ganz gering, da eine »Kreditnot« nicht vorhanden war.

Die Kreditorganisationen sind in Deutschland für wirkliche Kreditgabe weit ausgedehnter und feiner verzweigt als in irgendeinem anderen Lande. Sie sind für das Großgewerbe einerseits, für Mittel- und Kleingewerbe anderseits verschieden organisiert: dort hauptsächlich Banken und Bankiers, hier Genossenschaften; für jene typisch sind die großen Aktienbanken. Ihnen ist vielfach zum Vorwurf gemacht worden, daß sie bei Ausbruch des Krieges den Kopf verloren und Kredite kündigten, statt in dieser Zeit eine großartige Aktion zu entfalten, um durch Befestigung des Kredits das allgemeine Vertrauen zu befestigen. Dieser Vorwurf ist insoweit einzuschränken, als die Banken in einer über alles, was sonst kritische Lage genannt wird, noch hinausgehenden Situation in der Tat ohne die Leitung der Reichsbank nicht auf den richtigen Weg kamen, unter dieser Leitung aber nach ganz kurzem Schwanken den richtigen Weg gefunden haben. Die tatsächliche Aufrechterhaltung des Kredits im Anschluß an die Reichsbank ist zum großen Teile ihr Werk. Nach der Zusammenstellung der »Frankfurter Zeitung« über 43 Aktienbanken waren Ende 1914 in deren Händen 8,3 Milliarden fremder Gelder, d. h. nicht weniger, sondern über eine halbe Milliarde mehr als Ende 1913; ein Beweis, daß die Banken in vollem Umfange das Vertrauen des Publikums genossen. Die durchschnittliche Dividende stellte sich auf 5,65 Proz., d. h. etwa 2 Proz. weniger als im Vorjahr. Bei den vier allergrößten Banken, den sogen. D-Banken (Deutsche, Dresdner, Darmstädter Bank u. Diskontogesellschaft), betrug die Dividende 4—10 Proz. und blieb mit 2—2¹/₂ Proz. hinter dem Vorjahre zurück. Daß eine Großbank (die Nationalbank für Deutschland) überhaupt keine Dividende zahlte, hatte Gründe, die nicht mit dem Krieg zusammenhängen. — Der Teil der Genossenschaften, der an die preußische Zentralgenossenschaftskasse (die sog. Preußenkasse) angeschlossen ist und deren finanzielle Hilfe durch die Vermittlung von Verbänden in Anspruch nimmt, erfuhr hierin vom Beginn des Krieges an eine Reihe weitgehender Erleichterungen. Hierunter fallen auch die landwirtschaftlichen Raiffeisenkassen, die nach den Berichten ihrer landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse »jene kritische Zeit ohne irgendwelche Erschütterung bestanden«. Die der Staatshilfe mehr oder weniger abgeneigten Genossenschaften, die im »Allgemeinen Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften« (sog. Schulze-Delitzscher Verband) zusammengeschlossen sind, legten das größte Gewicht darauf, daß ihre Selbsthilfe-Organisation (Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank) ihnen ein nicht minder günstiges Ergebnis ermöglicht hat.

Jede Kreditverfassung hängt mit dem allgemeinen Schuldrecht zusammen. Dieses wurde durch gesetzgeberische Maßregeln für die Dauer des Krieges in einigen Punkten gemildert. Die Gerichte erhielten die Befugnis, unter gewissen Voraussetzungen eine Stundung bis zu 3 Monaten zu gewähren und statt des sofortigen Konkurses eine bloße Geschäftsaufsicht einzuführen. Auch wurde, wenn eine Zwangsvollstreckung zu einer Versteigerung führte, Vorsorge dagegen getroffen, daß die Habe des Schuldners zu Schleuderpreisen losgeschlagen wurde. — Über die wechsel- und scheckrechtlichen Fristen, wie die Prolongation der Ultimogeschäfte an den Börsen, die Lage des Hypothekarkredits, das Problem der nicht bezahlten Wohnungsmieten sowie die Sparkassen vgl. S. 389.

Wollen wir zu einem Gesamturteil über die Bewährung der deutschen Geld- und Kreditverfassung

im Kriege gelangen, so sind, abgesehen von der staatswirtschaftlichen Tatsache, daß sie den Kreditbedarf des Reiches tatsächlich im Inlande gedeckt hat (neben Österreich-Ungarn der einzige Fall unter allen kriegführenden Staaten der Erde), volkswirtschaftlich drei negative Umstände zu beachten. Erstens: es hat kein Ansturm auf eine Bank stattgefunden. Dieser Ausdruck ist erlaubt; denn was in dieser Beziehung berichtet wird, ist gegenüber Vorfällen in anderen Kriegen so unbedeutend, daß es unbeachtet bleiben kann. Zweitens: es brauchte kein allgemeines Moratorium irgendwelcher Art erlassen zu werden. Es gibt keinen zweiten Staat (auch unter den Neutralen nicht), der sich ohne dieses Mittel behauptete. Drittens: es ist im gesamten deutschen Wirtschaftsleben kein großer, irgendwie weite Kreise ziehender Zusammenbruch erfolgt. Ein glänzenderes Zeugnis als diese drei negativen Umstände ist für die Bewährung einer Kriegs-Geld- und Kreditverfassung kaum möglich.

Das Geld- und Bankwesen **Österreich-Ungarns** im Kriege, soweit es sich bis Mitte 1916 überblicken ließ, ist in dem Aufsatz über die Volkswirtschaft Österreich-Ungarns (S. 403 ff.) geschildert.

Die Finanzen **Englands**, **Frankreichs** und **Rußlands** bieten zwar der Berichterstattung verschiedene Voraussetzungen, denn die Bank von England hat ihre Ausweise ununterbrochen veröffentlicht, während die Veröffentlichungen des französischen und des russischen Zentralnoteninstituts durch eine längere Pause in ihrem Wert erheblich beeinträchtigt, übrigens auch nach Wiederaufnahme, wenigstens in Rußland, offensichtlich unzuverlässig waren. Aber die Undurchsichtigkeit erstreckte sich auch auf England, da beispielsweise von den Goldauslieferungen, welche die Bank von England von Rußland als Gegenleistung für finanzielle Hilfeleistung verlangte, nicht zu ersehen war, ob sie nicht bei beiden Banken gezählt wurden (ähnlich wie von den Beständen der Ägyptischen und der Belgischen Bank in London sowie von einem »Goldpool« zwecks englischer Zahlungen in Neuyork). Die plötzliche Hinaufsetzung des englischen Bankdiskonts von 4 auf 8 und 10 Proz. (31. Juli und 2. August 1914) zusammen mit Moratorien und mehrtägigem Bankschluß machte den Eindruck einer Angstmaßregel, erfuhr aber später, als bekannt wurde, daß der ungewöhnlich hohe Satz nur kurze Zeit gegolten hatte (6. und 8. August: 6 und 5 Proz.), eine andere Beurteilung. Über die Frage, ob die Peelsche Bankakte außer Kraft gesetzt sei, war auf dem Kontinent lange Zeit keine Klarheit zu bekommen, bis sich herausstellte, daß dies zwar formell nicht der Fall gewesen, tatsächlich aber durch die Schaffung eigener Regierungsnoten (currency notes) neben den Banknoten eine noch viel weiter gehende Lockerung eingetreten war. Genauer wird sich die Finanzgeschichte des Auslandes erst nach dem Kriege überblicken lassen.

Um den internationalen Einfluß des Krieges auf die Staatsfinanzen zu zeigen, geben wir in folgendem die Schlußziffern für die im **ersten Kriegsjahr** aufgenommenen Anleihen zu Kriegszwecken nach einer von Stephan Jacobi im Bankarchiv vom 1. Oktober 1915 veröffentlichten Tabelle. Sie enthält außer den kriegführenden Staaten auch solche neutrale, die entweder für die Zwecke der bewaffneten Neutralität oder (Südamerika) wegen allgemeiner Beeinflussung der Finanzen durch die kriegerische Weltlage Anleihen aufnehmen mußten.

Staat	Schuld	Jahreszins	
	Mill. Mark	Prozent	Mill. Mark
a) Kriegführende Staaten:			
Deutsches Reich	13584,00	5	679,20
Österreich und Ungarn	6816,00	5,50, 6	385,43
Frankreich	13901,00	5, 6, (?)	482,92
Großbritannien	25294,00	1,61—4,50	869,25
Britische Besitzungen	2207,00	4, 4,50, 5	100,80
Rußland	16821,00	4—7	639,90
Italien	2156,00	4, 4,50, (?)	85,00
Belgien	610,00	?	?
Montenegro	0,40	?	?
Serbien	97,30	?	?
Japan	61,30	5,75	3,50
Zusammen:	81548,00	—	3245,40
b) Neutrale Staaten:			
Argentinien	270,00	6	16,20
Brasilien	1028,00	5, 6	56,00
Bulgarien	324,00	7,50 (?)	19,64
China	183,50	6	11,00
Dänemark	163,10	4, 5	7,50
Griechenland	68,80	?	—
Niederlande	636,90	4,50, 5 (—)	30,58
Norwegen	58,76	5, 6,50, 7	3,35
Panama	12,60	(5)	0,63
Rumänien	160,10	(—)	—
Spanien	435,34	4, 4,50	27,46
Schweden	179,00	5, 6	9,16
Schweiz	289,60	4,50, 5	14,06
Zusammen:	3809,70	—	196,20

Literatur: Jastrow, Geld und Kredit im Kriege (Jena 1915; mit Literaturangaben für alle Länder der Erde).

Die deutsche Industrie im Weltkrieg

von Privatdozent Dr. Emil Lederer in Heidelberg

Jeder moderne Krieg, welcher mit dem Einsatz aller staatlichen Kräfte geführt wird, ist notwendigerweise ein Industriekrieg. Er ist es in dem Sinn, daß mit Kriegsbeginn ein großer, während des Krieges wachsender Teil der Arbeiterschaft zu den Fahnen gerufen wird, daß Erzeugnisse der Industrie in gewaltigem Umfang zur Kriegführung benötigt werden. Bevor diese beiden, für die Gestaltung der Industrie im Kriege maßgebenden Momente zur Wirksamkeit gelangen, äußert sich der Krieg, der eine gleichzeitige Erschütterung aller wirtschaftlichen Verhältnisse bewirkt, auch als Industriekrise. Die Arbeitslosenziffern schwellen an, die Warenlager werden unverkäuflich, das Kreditsystem bricht zusammen, ja selbst das Verkehrswesen unterliegt schweren Störungen. Diese erste Erschütterung kann bei einigermaßen günstigem Verlauf des Krieges nicht lange dauern. Die Krise des Arbeitsmarktes findet ihr Gegengewicht in den wachsenden Einziehungen der Wehrfähigen, und die sinkende Aufnahmefähigkeit der privaten Nachfrage wird durch die rasch einsetzenden großen Heeresaufträge mehr als ausgeglichen.

Doch ist die Lage der Industrie von vornherein recht schwierig, besonders wenn man sie mit der der Landwirtschaft vergleicht. Im bäuerlichen Betriebe ver-

mögen die Frauen, die jugendlichen und älteren Personen einigermaßen die Arbeitsleistung der eingezogenen Männer zu ersetzen. Der landwirtschaftliche Großbetrieb verfügte über die Massen ausländischer Arbeiter, welche im Lande blieben. In der Industrie war erst Heranziehung der weiblichen Arbeitskräfte, zeitraubende Anlernung und Einschulung notwendig. Die Landwirtschaft brauchte nur ihre Produktion fortzusetzen; höchstens daß da und dort (aber auch erst nach mehreren Kriegsmonaten) sich die Notwendigkeit ergab, den Anbau etwas zu verändern (Getreide statt Zuckerrüben oder ähnliches). Die gesamte Industrie hingegen mußte großenteils ihre Betriebe völlig umschalten.

Am schwierigsten gestaltete sich sofort nach Kriegsbeginn die Lage für die Ausfuhrindustrie. Denn da der Krieg von England sofort als Handelskrieg geführt wurde, die deutschen Schiffe in neutralen Häfen Zuflucht suchten und keine neu ausfahren konnten, war keine Möglichkeit mehr gegeben, die Waren ins Ausland zu bringen, auch nur in geringstem Umfang auf dem Umweg über neutrale Häfen. Das bedeutete für große Industrien zunächst eine schwere Krise, weil zahlreiche Zweige auf den überseeischen Absatzmarkt angewiesen sind; betrug doch die Ausfuhr der Fertigwaren im Spezialhandel im Jahre 1913: 6,4 Milliarden Mark. Alle großen Industrien sind an dieser Ausfuhr beteiligt, besonders Maschinen, Farbstoffe, Waren aus Kupfer, Leder und Lederwaren, Spielzeug usw. Diese Ausfuhr wurde zum Teil überdies (soweit sie noch möglich gewesen wäre) durch behördliche Ausfuhrverbote gehemmt, die vielfach weitergingen, als im Interesse der Landesverteidigung notwendig war, und die daher späterhin wieder eingeschränkt wurden. Für eine große Reihe von Industrien wurden Vertrauensmänner bestellt, die in berücksichtigenswerten Einzelfällen die Ausfuhrerlaubnis bei den Behörden befürworteten.

In einer Reihe von Industrien wurde diese Schwierigkeit noch durch die Erschwernis in der Rohstoffbeschaffung gesteigert. Zwar werden Kohle und Eisen in einem den Bedarf übersteigenden Maße in Deutschland selbst gewonnen, aber die übrigen Metalle (namentlich Kupfer, Zinn), ferner Baumwolle und Schafwolle, Flachs und Jute, Häute, Seide, Tabak, Materialien für die Nahrungsmittelindustrie und viele andere für die Industrie unentbehrliche Stoffe kommen in einem entscheidenden Umfang aus dem Ausland. Hierbei handelt es sich außerdem fast durchweg um Materialien, welche zugleich für die Zwecke des Krieges benötigt werden, so daß mit Kriegsbeginn nicht bloß die Möglichkeit wegfiel, Vorräte zu ergänzen, sondern größtenteils auch vom Staat die vorhandenen Vorräte mit Beschlag belegt wurden.

So trat also sofort die Einwirkung des Krieges nicht nur als eine Störung in Erscheinung, sondern es erwies sich als notwendig, eine dauernde Fühlung zwischen Industrie und Heeresverwaltung herzustellen, weil die Wiederbelebung der gestörten wirtschaftlichen Tätigkeit in jedem Punkte Verständigung mit den Militärbehörden notwendig machte: die Beschaffung von Arbeitern, die Eröffnung neuer Absatzwege anstatt der versperrten, die Beschaffung von Rohmaterialien; selbst die Produktionsrichtung mußte in Einklang mit den Bedürfnissen der Landesverteidigung erfolgen. Da überdies die Bedürfnisse des Staates, die von der Industrie befriedigt werden mußten, sehr bald rasch anstiegen, ergab sich von selbst eine Militarisierung der Industrie, insofern als immer wachsende Teile der Industrie für die Heeresverwaltung arbeiteten und auch diejenigen Zweige, die den privaten Markt versorgen, aus den erwähnten Gründen nur in ständiger Fühlung mit der Militärverwaltung ruhig weiter arbeiten konnten.

Diese Organisierung des Wirtschaftslebens erstreckte sich in erster Linie auf die Sicherung und Verteilung der Rohstoffe, an denen bei längerer Kriegsdauer Mangel eintreten mußte. Trotzdem im Inland das vorhandene Altmaterial zu neuem Leben erstand, war bei dem ungeheuren Massenverbrauch des modernen Krieges haushalten geboten. Daher wurde gleich nach Kriegsbeginn (Mitte August 1914) die Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium gebildet, deren Aufgabe es war, die Vergeudung von Rohstoffen zu verhindern, das Verhältnis des Privat- und Heeresverbrauchs zu regeln und für die richtige Verteilung der Rohstoffe (namentlich an die Betriebe mit Heereslieferungen) zu sorgen. Diese Abteilung leitete die Gründung von Aktiengesellschaften ein, die von den beteiligten Industrien finanziert wurden, so daß die Industrie selbst durch ihre Organe die Sammlung und Verteilung der Rohstoffe vornehmen konnte. — Zunächst wurde (nach einem offiziellen Bericht von Anfang März 1915) der Friedensbedarf möglichst eingeschränkt, auf Ersatzmittel, Rückgewinnung aus Altmaterial und dergleichen hingewiesen; die Verteilung der Rohstoffe selbst ordnete sich dem Grundsatz unter, den Betrieben fortlaufend ihren Bedarf an Rohstoffen zur Herstellung von Kriegsgütern zuzuführen und Ungerechtigkeiten durch ungleichmäßige Verteilung zu verhindern. Dabei wurden auch kleinere Betriebe berücksichtigt und Höchstpreise für die wichtigsten Materialien festgesetzt.

Diese Regelung erstreckte sich auf Wolle, Chemikalien, Metalle, Baumwolle, Rohgummi, Leder, Häute und Gerbstoffe. Auf diese Weise konnte also trotz der schwierigen Verhältnisse eine panikartige Entwicklung des Marktes (wie sie selbst im Frieden manchmal vorkommt) vermieden und der Betrieb der Industrie, wenngleich in gemindertem Umfang, gesichert werden.

Ein zweites wesentliches Moment war die Sicherung des Heeresbedarfs an Industrieprodukten. Es zeigte sich sehr bald, daß nicht nur unmittelbare Kriegsbedürfnisse (Waffen, Munition) in rasch steigendem Umfang benötigt wurden, zu deren Herstellung die reguläre Waffenindustrie bei weitem nicht ausreichte, sondern daß fast aus jeder Industrie Produkte benötigt wurden (namentlich Erzeugnisse der Textilindustrie und der Bekleidungsgewerbe im weitesten Sinn für die Ausrüstung und der Nahrungsmittelindustrie für die Verpflegung der Truppen). So ergab sich schon aus militärischem Gesichtspunkt eine Umschaltung der Industrie. Die Betriebe wurden in größtem Maßstab bald nur zur Herstellung verwandter Produkte, bald aber auch zu ganz andersartigen technischen Prozessen herangezogen. Vielfach wurden auch neue Betriebe für Heereslieferungen gegründet. So wurden ganz neue Maschinenanlagen zur Aufstellung gebracht, so daß geradezu nur das Fabrikgebäude und die Arbeiterschaft blieben, während der technische Prozeß während des Krieges von Grund auf geändert wurde. Namentlich für Munitionsherstellung wurde eine Unzahl von Betrieben eingerichtet, nicht nur in der Metallindustrie, sondern auch weit darüber hinaus, selbst Spielzeugfabriken und Zementwerke richteten sich auf Geschoßherstellung ein.

Eine weitere wesentliche Aufgabe der Industrie

während des Krieges bestand in der *Herstellung von Ersatzstoffen*, Ersatz in zweierlei Sinn: 1) Herstellung von Stoffen oder Produkten, die sonst bequemer und billiger aus anderem Material gewonnen werden können (z. B. an Stelle der Stickstoffgewinnung aus Chilisalpeter Stickstoffgewinnung aus der Luft; Erzeugung von Manganerz auf chemischem Wege; Herstellung von Futtermitteln aus Abfällen und anderes mehr); 2) die Erzeugung von Surrogaten; Gewinnung von Faserstoffen für die Textilindustrie; Herstellung von Textilprodukten aus Altmaterial; Erzeugung von Ersatzmitteln für Produkte, welche sonst eingeführt werden oder für Kriegszwecke gebraucht wurden: Herstellung von künstlichem Leder, von Nahrungsmittelersatz aller Art (für Butter, Eier, Fleisch — größerenteils machte sich auch eine wucherische, der Volksgesundheit abträgliche Industrie breit). Gegenstände, welche des Materials wegen beschlagnahmt wurden, mußten aus anderem Material hergestellt werden (kupfernes Geschirr wurde durch solches aus Eisen oder Blech ersetzt, ebenso wurde Weißblech an Stelle von Aluminium, Stahl an Stelle von Messing, verzinntes Eisen an Stelle von Kupferlegierungen und Eisen für elektrische Leitungen in Verwendung gebracht, Jute durch Papier ersetzt usw.). Diese Herstellung von Ersatzstoffen und Produkten hat einen sehr großen Umfang angenommen, zum Teil dürften die Erfahrungen des Krieges noch in die Friedenszeit nachwirken. Endlich war *Anpassung an die vorhandenen Stoffe* notwendig (z. B. Kartoffeltrocknung für Mehl- und Futtermittelgewinnung, Forcierung der Marmeladenerzeugung zur Ausnutzung der Obst- und Zuckervorräte usw.). So gibt es kaum eine Industrie, welche nicht durch den Krieg ziemlich weitgehende Umgestaltung erfahren hat. Nehmen wir dazu, daß sich auch der private Bedarf während des Krieges umorientierte (Einschränkung des Verbrauchs unentbehrlicher Güter in den ersten Kriegsmonaten, Nachfrage nach Bedarfsartikeln für die Soldaten — Liebesgaben —, wachsender Konsum von Luxusartikeln seitens der Heereslieferanten, Einschnürung der Kaufkraft durch die Lebensmittelteuerung), so können wir sagen, daß kaum irgend einmal die Industrie mit einem solchen allgemeinen Wechsel aller Bedingungen zu rechnen hatte als während des Krieges.

Daß diese Anpassung der Industrie in Deutschland möglich war, in England und Frankreich aber z. B. weitaus geringere Veränderungen auf die größten Schwierigkeiten stießen, liegt in erster Linie an der hohen Organisationsstufe, welche die deutsche Industrie bei Beginn des Krieges bereits erreicht hatte. Nirgends in Europa sind die Kartelle und ihre Organisationen so entwickelt, ist die Zusammenfassung der Industriellen in Arbeitgeberverbände und Fachverbände so weit gediehen wie in Deutschland. Auch ist die Betriebsorganisation, namentlich der Großindustrie, in Deutschland viel moderner als in England oder Frankreich, namentlich die Rationalisierung des Erzeugungsprozesses, die Ausschaltung überflüssiger Zwischenglieder, die wissenschaftliche Durchdringung der Güterherstellung haben in Deutschland den höchsten Stand erreicht. Das gestattet einerseits, weitgehende Veränderungen in den Betrieben rasch und sicher durchzuführen — wo der Erzeugungsprozeß ganz mechanisiert ist, mag er eher verändert werden als dort, wo er noch zahlreiche empirische, historische Elemente in sich birgt —, und anderseits war die Industrie selbst übersichtlich, organisiert gegeben und konnte als Ganzes erfaßt, in Rechnung gestellt und für die Kriegszwecke verwendet werden. (Ergänzend sei noch auf die durch die allgemeine Wehrpflicht indirekt gegebene Ausschaltung von Streiks und Arbeitsstreitigkeiten während des Krieges hingewiesen.) Während in England und Frankreich eigene Munitionsministerien gebildet werden mußten, um die Schwierigkeiten in den Arbeiter- und Organisationsfragen zu überwinden, konnte in Deutschland die ganze Metallindustrie mit geringen Schwierigkeiten in ihrem Betrieb umgebildet werden (ähnlich lagen die Verhältnisse in Österreich-Ungarn). Diese Selbstorganisation der Industrie in Kartellen und Fachverbänden wurde um so wichtiger, je länger der Krieg dauerte, je mehr wirtschaftliches Umgehen mit *allem* Material geboten wurde. In der Mitte des zweiten Kriegsjahres erstreckte sich die regelnde Gewalt des Staates bereits fast auf die gesamte Industrie, und dieses weitgehende Erfassen aller gewerblichen Tätigkeit, diese Leitung des Gewinnstrebens in Bahnen, die mit dem militärischen Zweck parallel liefen, wäre ganz unmöglich gewesen, wenn die ganze Industrie in hunderttausend Einzelbetriebe zersplittert gewesen wäre, die, miteinander nicht in Fühlung, einzeln beaufsichtigt und in ihrer Erzeugung hätten überwacht werden müssen. Die Organisationen der Industrie nahmen diese Aufgabe dem Staat ab, der sich auf die Erlassung von Normen beschränken und zu deren Ausführung er in großem Umfang die Unternehmer selbst heranziehen konnte. So war die deutsche Industriekriegswirtschaft Regelung privater Unternehmertätigkeit. Wenn bei Bewirtschaftung der Agrarprodukte da oder dort ein Anklang an Sozialismus gegeben sein mochte, so konnte davon in der Industrie nicht die Rede sein. Denn überall blieb die Form der Privatunternehmung bestehen, und selbst wo weitestgehende Beeinflussung der Gütererzeugung stattfand, wurde diese nicht dem Rahmen des Privatbetriebs entzogen. Im Gegenteil, man kann sagen: in der Industrie zeigte sich auf das deutlichste, daß die Vorstellungen, als ob Deutschland im Krieg zu einem gesteigerten Staatssozialismus gekommen sei, keine Basis haben. Denn die Formen des Hochkapitalismus haben sich nur noch deutlicher ausgeprägt: bedeutet doch der Krieg wachsende Gewinne gerade in den großen und größten Betrieben, Verdrängung und teilweise Vernichtung der kleineren Anlagen, Zwang zur besseren Organisation, Zwang zur Kartellierung und Verschmelzung. Ganz allgemein ist zu beobachten, daß sich auch Industrien, welche bis dahin wegen der großen Zahl der Betriebe oder der Mannigfaltigkeit der Erzeugung für Kartellbildung nicht geeignet waren, zu wirtschaftlichen Verbänden zusammenschlossen, daß Konditionenkartelle zu Verkaufskartellen werden (besonders in der Textilindustrie). Der Staat selbst fördert während des Krieges, weil er die Industrie als organisierte besser in den Kriegszweck einstellen kann, die Syndizierung oder erhält sie dort aufrecht, wo sie in die Brüche zu gehen droht. So wird die Industrie mit gefestigter Organisation in das normale Wirtschaftsleben zurückkehren. Die Stärkung der Kartelle durch den Krieg trat so deutlich in Erscheinung, daß die Regierung bald nach Kriegsbeginn in einem eigenen Erlaß (*Konditionenerlaß*) die zu weitgehende Übermacht der Kartelle einzudämmen versuchte, allerdings nur mit teilweisem Erfolg. Der Krieg verstärkt eben auch

auf diesem Gebiete die Tendenzen der Friedenszeit: die Organisation, die Konzentration des Kapitals, der Übergang zu rationellem Fabrikbetrieb wird beschleunigt. Die Zeit nach dem Kriege wird infolge Mangels an Arbeitern, zum Teil ungünstiger Marktlage, großer steuerlicher Belastung weiter in derselben Richtung wirken wie der Krieg. Ein anderes Moment, auf das Jaffé zuerst eindringlich hingewiesen hat, wird diese Tendenz noch verstärken: die Wichtigkeit zahlreicher Industrierohstoffe für die Kriegführung wird wahrscheinlich dazu führen, daß der Staat trachtet, für den Fall eines Krieges sich mit den unentbehrlichen Rohstoffen für die wahrscheinliche Kriegsdauer zu versehen. Es wird daher zur Anlegung von Rohstofflagern kommen müssen, die eine ständige Fühlung des Staates mit der Industrie und wachsende Organisation derselben zur Folge haben muß. In großen Rohstofflagern werden viele dem Verderb ausgesetzte Materialien ständig gekauft und wieder abgestoßen werden müssen, der Rohstoffhandel wird sich also vorwiegend durch staatliche Stellen hindurch vollziehen, aber doch für die Industrie, so daß deren Mitwirkung (vermutlich wieder durch die industriellen Verbände, Kartelle usw.) nicht umgangen werden kann. Daraus ergibt sich von selbst eine Festigung der Organisation, weil die Produktionsbedingungen gleichartige werden. Wir steuern so einem Wirtschaftszustand entgegen, in welchem privatem Gewinnstreben nach wie vor Raum gegeben ist (gerade im Kriege konnte es sich ja in ungeahnter Weise entfalten), in dem aber das Wirtschaftsleben nicht eigenmächtig seine Wege wählen kann, also regulierte Wirtschaft in Form privatwirtschaftlicher Unternehmung — auch das aber ist eine Tendenz, welcher das Wirtschaftsleben schon zustrebte. Hochkapitalistische, organisierte Wirtschaft mit starker Regelung durch die staatliche Gewalt dürfte die Form der Wirtschaft sein, der wir zusteuern.

Krieg und Landwirtschaft

von Prof. Dr. Wygodzinski in Bonn

I. Der Krieg traf die deutsche Landwirtschaft in einem Zustand der Blüte und der hohen Entfaltung. Unter dem Schutze der Zölle hatte sie, gestützt auf einen ungemein kaufkräftigen inneren Markt, eine Höhe erreicht, die von keinem anderen Lande übertroffen wurde, ja fast ohnegleichen dasteht. Zwar ist die Entwicklung nicht überall gleichmäßig; namentlich in den Gebieten des Kleinbauerntums des Westens und Südens hat sich eine durchgängige Rationalisierung des Betriebes gegenüber der Nachwirkung einer tausendjährigen Tradition noch nicht in den wenigen Jahrzehnten der »modernen Landwirtschaft« durchzusetzen vermocht. Im Durchschnitt aber haben die deutschen Landwirte sich alle Fortschritte der Technik wie der Betriebsorganisation, mit der mächtigen Hilfe unseres vorbildlichen landwirtschaftlichen Schul- und Genossenschaftswesens, zu eigen gemacht. In den letzten drei Jahrzehnten (1881—1913) waren in Deutschland die Durchschnittserträge auf das Hektar für Weizen um 85,8 Proz., für Roggen um 75,2 Proz., für Kartoffeln um 47 Proz. gestiegen. Auf dem von der Natur nicht besonders begünstigten Boden Deutschlands wurden im Jahre 1913 auf das Hektar 23,6 dz Weizen, 19,1 dz Roggen, 158,6 dz Kartoffeln (gegen 13,3, 10,6 und 85,6 in dem viel reicheren Nachbarlande Frankreich) geerntet, bei gleichzeitiger Ausdehnung der Anbaufläche. Nicht weniger stark ist das Wachstum der tierischen Produktion, wobei nicht zu vergessen ist, daß auch die Qualität eine beträchtliche Verbesserung erfuhr.

Die durchgängige Hebung der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Zweigen war freilich erkauft mit einer immer stärkeren Verflechtung in die Weltwirtschaft, die sich nun während des Krieges als tief einwirkend erweisen sollte. Auf den ersten Blick freilich schien es, als ob der Zusammenhang mit dem Auslande nur ein loser sei; wurden doch kaum 5 Proz. des deutschen Fleischverbrauchs, 10 Proz. des Brotgetreidebedarfs aus dem Ausland gedeckt, während England für 45 Proz. seines Fleisch- und reichlich drei Viertel seines Brotgetreidebedarfs auf die Einfuhr angewiesen ist. Wenn wir auch in jedem Falle unvergleichlich günstiger dastehen als alle unsere Gegner, vor allem als Großbritannien, so ergibt sich doch bei näherer Betrachtung, daß das eben gezeichnete, scheinbar einfache Bild sich mannigfach und nicht durchaus zu unserem Vorteil verschiebt. Das günstige Ergebnis wird zunächst einmal dadurch getrübt, daß wir beträchtliche Mengen von Hilfsstoffen aus dem Ausland einführen müssen, um die gewünschte Nahrungsmittelerzeugung zu erreichen. Das sind einmal Kunstdünger für die pflanzliche Produktion; je stärker die Stoffentnahme aus dem Boden wird, um so notwendiger ist ein Stofferſatz, wenn der Boden nicht verarmen und künftig seine Dienste verweigern soll. Es handelt sich dabei neben Phosphaten namentlich um Stickstoff, den wir als Chilesalpeter 1913 im Werte von 165 Mill. Mk. bezogen. Für die tierische Produktion aber in allen ihren Formen (Fleisch, Milch usw.) stützten wir uns bereits in sehr bedenklichem Maße auf ausländische Futtermitteleinfuhr, deren jährlicher Wert mehr als 1 Milliarde Mk. betrug. Unsere Schweinezucht war zum großen Teil auf der Einfuhr russischer Gerste, unsere Milchproduktion auf der der verschiedensten Kraftfuttermittel des Auslandes aufgebaut. Wir haben allerdings dadurch einen so hohen Viehbestand erreicht, daß wir dieses »Viehkapital« im Kriege unbedenklich angreifen konnten.

Zweitens führen wir noch eine ganze Reihe weiterer Lebensmittel ein und ebenso andere unentbehrliche Erzeugnisse der Landwirtschaft, wie namentlich Öle und Spinnstoffe. Wenn Hülsenfrüchte, Eier, Wolle, Flachs, Hanf in großem Umfange eingeführt wurden, so lag dies daran, daß entweder die klimatischen oder die wirtschaftlichen Bedingungen für deren Erzeugung in anderen Ländern günstiger waren als bei uns. Auch hier handelt es sich um ganz riesige Werte, allein bei der Rohwolle um rund 400 Mill. Mk. Wesentlich ist, daß weitere wichtige Produkte (Baumwolle, Reis, Kaffee) überhaupt nur in tropischen Ländern gewonnen werden können. Nach einer Berechnung im »Nauticus« (1914, S. 327) betrug im Jahre 1913 bei einer deutschen

Gesamteinfuhr im Werte von $10^3/_4$ Milliarden Mk. der Einfuhrwert der organischen Stoffe nicht weniger als $3^1/_2$ Milliarden Mk., so daß also unsere Abhängigkeit vom Auslande trotz der gewaltigen Leistungen unserer Landwirtschaft sehr groß war.

Endlich haben wir zu berücksichtigen, daß die starke »Landflucht« der Landwirtschaft eine beträchtliche Zahl Arbeitskräfte, und zwar zumeist solche der besten Lebensalter, entzogen hat. Sie mußte als Ersatz dafür Ausländer einstellen, deren Zahl mit einer halben Million nicht zu gering geschätzt wird.

Auf der anderen Seite ist die deutsche Landwirtschaft aber auch Ausfuhrgewerbe geworden. Der Wert dieser Ausfuhr belief sich nach »Nauticus« (1913) auf 420 Mill. Mk., worunter die erste Rolle Roggen, Roggen- und Weizenmehle und Zucker spielten. Diese Ausfuhrwerte konnten, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, als Ausgleich für die eingeführten Stoffe angesehen werden. Rein ökonomisch betrachtet, ist diese Produktionsverschiebung für die deutsche Landwirtschaft durchaus vorteilhaft gewesen. Die Ermöglichung einer Roggenausfuhr insbesondere (durch das Einfuhrscheinsystem) machte es der deutschen Landwirtschaft möglich, ohne Verzicht auf die Preisvorteile des Zollschutzes, den nach unseren klimatischen und Bodenverhältnissen vorteilhafteren Roggenanbau auf Kosten des Weizenbaues auszudehnen, wobei der fehlende Weizen von dem unter günstigeren Bedingungen produzierenden Ausland bezogen wurde. Die Mehl- und Zuckerausfuhr ist vorteilhaft, weil sie die umfangreichere Verwertung industrieller Arbeit gestattete; zugleich ist die Zuckerrübe ein im Fruchtwechsel für die schwereren Böden ungemein erwünschtes Teilglied der Fruchtfolge.

So zeigt sich also die deutsche Landwirtschaft als tief in den Prozeß des internationalen Wertaustausches verstrickt.

II. Die Lage im Augenblick des Kriegsausbruches war nicht ungünstig. Die Ernte war wenigstens teilweise schon eingebracht, stand allerdings zum größten Teil noch auf dem Felde. Zwar war noch in den Tagen seit dem Mord von Sarajevo eine Getreideausfuhr erfolgt; dies waren jedoch verhältnismäßig unbedeutende Mengen. Selbstverständlich erfolgte sofort, schon am 31. Juli, ein Verbot der Ausfuhr tierischer und pflanzlicher Lebensmittel sowie von Streu- und Futtermitteln, das später noch nach verschiedenen Seiten ergänzt wurde; ebenso wurden natürlich die Zölle für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte sofort aufgehoben. In welchem Umfange eine Einfuhr aus neutralen Ländern erfolgt ist, wurde bisher nicht bekannt; doch können wir wohl annehmen, daß diese im Verhältnis recht gering war und Deutschland hauptsächlich auf seine eigenen Erzeugnisse angewiesen blieb.

Ein besonders glücklicher Umstand war es, daß die ausländischen Wanderarbeiter zur Zeit des Kriegsausbruches im Lande waren. Zwar konnten die aus Österreich-Ungarn stammenden nicht lange zurückgehalten werden, soweit sie wehrpflichtig waren; dagegen erfolgte eine solche Rückhaltung der (an Zahl weit überwiegenden) russischen Arbeiter. Es waren wohl einzelne unsichere Elemente unter ihnen und gelegentlich mußte eingeschritten werden; im ganzen aber scheinen sie recht gern geblieben zu sein und sich gut gehalten zu haben.

III. Im weiteren Verlaufe des Krieges machten sich allerdings dessen Einwirkungen auf die Landwirtschaft sehr deutlich fühlbar. Die größte Schwierigkeit boten zunächst die Arbeitskräfte. Die Wehrfähigkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist im Durchschnitt größer als die der städtischen; so ist denn auch der Prozentsatz der zur Fahne berufenen Landwirte ein außerordentlich hoher. Es war nun die erste Sorge, für sie, soweit möglich, Ersatz zu beschaffen. Dies wurde dann besonders erschwert, wenn es sich um Betriebsleiter und qualifizierte Kräfte handelte; das Entgegenkommen der Militärverwaltung in dieser Beziehung fand eine naturgemäße Grenze an den Anforderungen des Krieges. Vielfach traten die Frauen, die Kinder, die Alten ein. Mancher »Auszügler« kam wieder zu Ehren; mancher junge Student mußte nun plötzlich als Betriebsleiter des väterlichen Gutes auftreten. Namentlich in den kleinbäuerlichen Betrieben wurde die ausfallende Arbeitskraft der wehrfähigen Männer größtenteils durch die Arbeit der Familienmitglieder und wohl auch durch Nachbarschaftshilfe ausgeglichen, soweit das eben möglich war. Es wird stets ein Ruhmestitel vor allem der Frauen sein, daß ohne ihre Arbeit in Feld und Stall das deutsche Volk den Krieg nicht hätte durchhalten können.

Weitere Arbeitskräfte fanden sich von den verschiedensten Seiten. Es waren zunächst, ehe die Industrie sich den veränderten Verhältnissen anzupassen vermocht hatte, viele städtische Arbeiter brotlos geworden; im Bauhandwerk hat sich auch während des Krieges eine Neubelebung nicht eingestellt. Was von diesen Leuten vom Lande stammte, war jetzt dort hochwillkommen. Die deutsche Stadtjugend schloß sich zu »Erntebünden« zusammen und tat ihr möglichstes. Die Heeresverwaltung half durch Beurlaubungen über die schwierigsten Zeiten (Bestellung, Ernte) hinwegzukommen. Weiter bot der Krieg selbst eine neue Arbeitsquelle in den Kriegsgefangenen. Der Verwendung dieser Kräfte sind freilich durch die Natur der Sache Grenzen gezogen; diese Bedenken sind z. T. sanitärer Natur (Verhütung der Verbreitung von Seuchen!), z. T. liegen sie in der Schwierigkeit der Bewachung, wenn diese nicht einen unverhältnismäßigen Aufwand von Bewachungsmannschaften erfordern soll, namentlich in kleineren Betrieben, die nur wenige Leute beschäftigen können. Immerhin ist es gelungen, die Arbeitskräfte der Gefangenen, namentlich der Russen, in beträchtlichem Maße nutzbar zu machen, zumal sie selbst diese ihnen zumeist gewohnte Beschäftigung gern übernehmen. Seit die russische Regierung durch die Enteignungsgesetze vom Februar 1915 dem bei weitem größten Teile der Deutschrussen, auch denen, die im russischen Heere kämpfen, ihr Grundeigentum genommen hat, konnte der Versuch gemacht werden, gefangene Deutschrussen unter etwas erleichterten Bedingungen zur Verfügung zu stellen, weil mit Recht bei ihnen eine Abschwächung früherer russischer Sympathien angenommen werden durfte; man läßt sie jetzt auch als Gesindepersonen zu.

Nicht minder schwer als die Arbeitshände entbehrt die Landwirtschaft die Zugtiere. Bereits am ersten und zweiten Mobilmachungstage, also mitten in der Ernte, mußten die heerestauglichen Pferde ausgehoben werden, was namentlich für die kleinen Betriebe, die nur über ein oder zwei Tiere überhaupt verfügten, ganz besonders belastend war. Weitere Ankäufe der Heeresverwaltung entzogen immer mehr Pferde der Verwendung im landwirtschaftlichen Betriebe, wofür die für Kriegsdienste nicht mehr brauchbaren »Beutepferde«, die dafür später zur Verfügung gestellt wurden,

keineswegs einen Ausgleich boten. Später wurde auch eine Begrenzung des für Futterzwecke zu verwendenden Haferquantums notwendig, so daß die Ernährung der stark arbeitenden Zugpferde erschwert wurde. Allerdings ergab sich aus dem Pferdeverkauf (wie später bei eintretendem Kraftfuttermangel aus dem Verkauf von Vieh) vielerorts eine starke Bareinnahme der Landwirtschaft, so daß die Kreditgenossenschaften durch diesen »Ausverkauf der Landwirtschaft« eine ansehnliche Steigerung ihrer Depositen erfuhren, die nach dem Kriege zur Neubeschaffung des Viehinventars werden dienen müssen. Inzwischen mußte der Zugochse stärker heran, und auch die Kuh wurde vielerorts wieder Spanntier. Selbstverständlich ist dies aber nur ein mühevoller Notbehelf.

Schließlich versagte auch eine dritte Arbeitsquelle, die Heizmittel für die Maschinen. Petroleum und seine Derivate, Benzol usw. wurden für Heereszwecke zurückbehalten; nur die elektrische Kraft stand wohl überall ohne Einschränkung zur Verfügung und hat namentlich dort, wo das elektrische Dreschen bereits eingeführt war, gute Dienste geleistet.

IV. Die zweite schmerzlichst empfundene Lücke wurde durch das Ausbleiben der gewohnten Hilfsstoffe geschlagen, in erster Linie des Kunstdüngers und der Futtermittel. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, in welchen ungeheuren Mengen diese Stoffe bisher aus dem Auslande bezogen wurden, das nun durch Englands Gewaltpolitik so gut wie gänzlich verschlossen war. Die Knappheit wurde finanziell noch stärker empfunden, weil sie zugleich durch den Zwischenhandel kräftig ausgebeutet wurde, ehe der Staat regelnd eintrat. »Es setzte«, wie es in einer fachmännischen Schilderung heißt, »eine gewaltige Nachfrage nach Futtermitteln ein, vorwiegend von Leuten, die kein Stück Vieh hielten, in ihrem Leben überhaupt nichts von derartiger Ware je gesehen hatten; Kapitalisten, deren Gelder durch den Krieg brachgelegt wurden, kauften um jeden Preis an den Börsen Futtermittel auf und sperrten sie ein; der Bedarf mußte ja kommen«. Rechnet man hinzu, welche Futterverteuerung für viele Landwirte in dem aus Rücksicht auf die menschliche Ernährung erlassenen Verbot der Verfütterung des (auch in eigener Wirtschaft gewonnenen) Brotgetreides liegt, so ergibt sich eine außerordentliche Steigerung der Produktionskosten sowohl für Vieh wie für tierische Produkte. In Mitteldeutschland kosteten 100 kg einiger wichtiger Futtermittel:

	Frühjahr 1914	September 1915
Baumwollsaatmehl .	18,5 Mk.	50 Mk.
Futtergerste	15,2 »	30 » (Höchstpreis)
Palmkernschrot . . .	14,4 »	60 »

Bei diesen Preisen errechnet sich eine Erhöhung der Kosten der Fütterung von Milchkühen mit Kraftfutter (unter Zugrundelegung der Kellnerschen Futterrationen) bei 10 Liter Milchertrag um 130 Proz., bei 15 Liter Milchertrag um 181 Proz.

Diese Sachlage führte zunächst zu einer möglichst intensiven Ausnutzung der vorhandenen Futterquellen. Die Maßnahmen der Reichsregierung, der Landesregierungen und der sonstigen in Betracht kommenden Stellen können hier nicht geschildert werden; sie haben in ihrer Tendenz mehrfach geschwankt. Für die Schweine besann man sich auf die Abfälle der städtischen Haushaltungen; man zog weiter die Rückstände der Schlachthäuser heran. Im Winter 1914/15 wurde die Furcht vor dem »inneren Feind«, dem Schwein, so groß, daß man sich zu einer Massenabschlachtung von Millionen entschloß, die bei der starken Generationskraft und Schnellwüchsigkeit des Schweines zu Bedenken für die Zukunft keinen Anlaß gab. Der Mangel an Fetten durch die Absperrung der Zufuhr führte im Winter 1915/16 zu dem umgekehrten Vorgehen; der preußische Staat stellte für 500 000 Schweine Futter zu angemessenen Preisen und unter Zusicherung von Mastprämien zur Verfügung, sofern die Verpflichtung übernommen wurde, Schweine in 3 Monaten im Gewichte von 220 Pfund und darüber (je schwerer, desto besser) zu liefern. Diese Fettschweine sollten das fehlende Fett geben.

Die Einschränkung der Kraftfuttereinfuhr führte nach dem Aufhören des Weideganges, Spätherbst 1915, zu einer fühlbaren Milch- und Butterknappheit sowie auch zu einer Beschränkung der Fleischproduktion. Erst nachdem durch das Handelsabkommen mit Rumänien vom 7. April 1916 und namentlich durch den günstigen Grünfutterstand des Frühjahrs 1916 wieder größere Futtermengen zur Verfügung standen, begann zunächst die Milchknappheit nachzulassen.

Günstiger haben sich die Verhältnisse bezüglich des Kunstdüngers gestaltet. Auch hier hat man nach Möglichkeit Ersatz gesucht (z. B. Klärschlamm); durch eine Großtat der deutschen Wissenschaft ist es aber gelungen, während des Krieges ein Verfahren durchzuführen, durch das die Gewinnung stickstoffhaltiger Verbindungen aus dem unerschöpflichen Vorrat der Luft in hinreichendem Maße ermöglicht wurde. Dadurch wird der Ausfall desjenigen Düngemittels gedeckt werden können, für das wir bisher im wesentlichen auf das Ausland angewiesen waren.

V. Der landwirtschaftliche Betrieb ist so während des Krieges auf das mannigfachste durch die Folgen des Krieges selbst wie durch die Unterbrechung der Verbindung mit dem Auslande gehemmt und behindert. Nicht weniger tief in seinen Betrieb aber schnitten die mannigfachen amtlichen Maßnahmen ein, die durch die Sorge für die Verpflegung des Heeres, für die Volksernährung, für die Sicherstellung der Gewinnung unbedingt erforderlicher Rohstoffe notwendig wurden. Die Summe dieser teils vom Bundesrat, teils von den Regierungen der Einzelstaaten und den ihnen nachgeordneten Behörden, teils endlich von den militärischen Stellen erlassenen Verordnungen und Verfügungen ist ganz außerordentlich groß; die vom Deutschen Landwirtschaftsrat veröffentlichte »Übersicht« über die diesbezüglichen Maßnahmen umfaßt) bis zum sechsten (am 31. März 1916 abgeschlossenene Nachtrage schon gegen 1900 Seiten. Nicht nur die Anordnungen selbst, auch die vielfach damit notwendigerweise verbundenen Kontrollen stellen in einer großen Reihe von Fällen schwere Betriebshemmungen dar, die natürlich getragen werden mußten, während in anderen Fällen auch Erleichterungen gewährt wurden. Es sind namentlich die Bestimmungen über die Verwendung des Brot- und Futtergetreides und der Kartoffeln, daneben die Höchstpreisfestsetzungen, die einen solchen hemmenden Einfluß übten.

VI. Wie sich der landwirtschaftliche Betrieb in Deutschland nun überhaupt während des Krieges gestaltet hat, ist nur in den Umrissen bekannt, zumal Zahlen aus naheliegenden Gründen nur spärlich veröffentlicht werden. Ein wesentliches Aktivum in der Bilanz ist die wahrscheinlich recht umfangreiche Gewinnung neuen Kulturbodens. Es handelt sich dabei einmal um städtisches Bauland sowie die

nicht unbeträchtlichen, im Besitz industrieller Werke (namentlich Bergwerke) befindlichen Landflächen, die allerdings später wieder anderweitiger Verfügung zugeführt werden; dann aber vor allem um die Moor- und Ödlandflächen. Durch Verwendung von Kriegsgefangenen für diesen Zweck, in Verbindung mit einer entsprechenden Enteignungs- und Subventionsgesetzgebung, ist es gelungen, einen großen Teil dieses früher ungenutzten Bodens sogar während des Krieges für die Nahrungsmittelgewinnung fruchtbar zu machen.

Ferner ist durch die Fürsorge der Heeresverwaltung und der ihr beigegebenen Zivilverwaltungsorgane in den besetzten feindlichen Gebieten durchweg für die möglichste Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Betriebes gesorgt worden. In den von der Bevölkerung verlassenen Strichen direkt hinter der Front wurde der Bodenanbau vielfach von militärischen Kräften besorgt.

Im übrigen freilich bedeutet der Krieg eine starke Hemmung der wirtschaftlichen Entfaltung für die Landwirtschaft. Zwar ist im großen und ganzen wohl der landwirtschaftliche Betrieb im engeren Sinne, d. h. der Bodenanbau, ziemlich unverändert aufrechterhalten worden, aber doch nur unter beträchtlichen Schwierigkeiten und mit großen Opfern. Von der Verteuerung aller Produktionsmittel war schon die Rede; dazu kommt dann die Verteuerung der Gegenstände des sonstigen Lebensbedarfs, die teilweise (wie etwa das Petroleum) auch zugleich Produktionsmittel sind. Die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte an Menschen und Tieren sind zum großen Teil minderwertig; Kunstdünger war weniger vorhanden oder teurer; Neuanschaffungen von Maschinen wie überhaupt Inventarergänzungen waren vielfach unmöglich. So haben sich zwar im Kriegsjahre 1915 (abgesehen von dem Einfluß der Dürre) die Erträge des Ackerbaues kaum vermindert; dieses Ergebnis war aber doch vielerorts den Landwirten nur möglich durch »Abbau der alten Kraft ihrer Äcker und des im Frieden hochgezüchteten Leistungsvermögens ihrer Pferde- und Viehbestände« (A. Schulz).

In der Viehzucht zeigt sich, abgesehen von den Folgen der Massenabschlachtung der Schweine im Winter 1914/15, namentlich der Ausfall an Futtermitteln, daneben aber auch der Mangel an geschulten Arbeitskräften als recht störend; der weit schwerer als die Schweine zu ersetzende Rindviehbestand mußte, wie erwähnt, im Winter 1915/16 stark herabgemindert werden. Leider sind auch, mangels Höchstpreisen für Rindvieh, große Mengen von den Konservenfabriken aufgekauft und abgeschlachtet worden. Dadurch wurde namentlich der Betrieb der Abmelkwirtschaften und der Mästereien lebhaft beeinflußt, zumal durch die immerhin behinderten Transportverhältnisse der Viehbezug aus anderen Landesteilen erschwert wird. Um die erforderliche Ausgleichung anzubahnen, wurde als eine der notwendigsten Maßnahmen zur Wiederauffüllung der Viehbestände der Fleischverbrauch vom Sommer 1916 ab stark eingeschränkt.

Die Abschließung Deutschlands vom Auslande hatte es wünschenswert gemacht, einige Rohstoffe selbst zu gewinnen, welche bisher eingeführt wurden; dies sind namentlich die Faserstoffe und die Ölpflanzen. Von amtlichen Stellen wie auch von anderer Seite ist darauf mit Nachdruck hingewiesen worden, wobei zugleich eine Einschränkung des Zuckerrübenbaues empfohlen wurde (unter dem Gesichtspunkt des Fortfalls oder der Einschränkung der Zuckerausfuhr); auch der Ausdehnung des Brot- und Futtergetreides sowie der Kartoffeln sollte die frei werdende Rübenanbaufläche dienen. Die Rübe ist jedoch im Fruchtwechsel so tief verankert, daß eine wesentliche Einschränkung wohl kaum erfolgt ist. Für die Beibehaltung des Rübenanbaues sprachen auch noch andere, von der Regierung später anerkannte Gründe.

VII. Die künftige Produktionspolitik der deutschen Landwirtschaft wird von dem Kriegsgedanken auf tiefste beeinflußt bleiben. Es wird nach wie vor ihre Aufgabe sein, innerhalb der Reichsgrenzen das Höchstmaß der Erzeugung an menschlichen Nährstoffen, Futtermitteln und industriellen Rohstoffen zu ermöglichen. Es kommen (abgesehen von der Frage der Rentabilität) zwei Gesichtspunkte in Betracht, nämlich die Menge und die Art der zu gewinnenden Erzeugnisse. Der Gedanke der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutschlands wird zunächst zu dem Versuche führen, überhaupt möglichst viel aus dem deutschen Boden herauszuholen. Hier ist die Zuckerrübe nun wieder deshalb so wichtig, weil sie, auf das Hektar berechnet, bei weitem das größte Quantum Stärkewert von allen wichtigen Kulturpflanzen ergibt und bezüglich des Eiweißgehaltes nur vom Luzerneheu übertroffen wird. Dazu kommt ihre vielseitige Verwendbarkeit für die Zwecke der menschlichen und tierischen Ernährung. Der hohe Arbeitsaufwand, den sie erfordert, erschwert allerdings den Anbau; dies wird aber wiederum dadurch ausgeglichen, daß die Zuckerrübe auf den dazu geeigneten Böden die denkbar beste Vorfrucht ist.

Es wird also eine Auswahl der anzubauenden Pflanzen wie der zu züchtenden Tiere unter dem Gesichtspunkt der höchsten Produktion zu erfolgen haben, wie es übrigens schon längst in der Richtung der modernen rationellen Landwirtschaft liegt.

Was den Anbau der bisher aus dem Auslande gelieferten landwirtschaftlichen Erzeugnisse betrifft, so werden die Bemühungen fortzusetzen sein, sowohl einheimische Gespinstpflanzen (Brennessel usw.) wie Ölfrüchte zu begünstigen. In erster Linie freilich müssen die Lebensmittel stehen, und zwar hier wiederum zuerst die dem unmittelbaren menschlichen Verzehr dienenden. Eine Einfuhr von Futtermitteln aus dem Ausland ist dann verhältnismäßig unbedenklich, wenn dadurch ein »Viehkapital« in Gestalt der rasch zu nutzenden Schweine gewonnen wird, das gegebenenfalls, unter vorheriger Bereitstellung der erforderlichen technischen Behelfe, wie Räucheranstalten, Gefrierhäuser usw., sofort nach Kriegsausbruch oder bei später eintretendem Futtermangel in Dauerform umgewandelt werden muß. Eine gewisse Ergänzung durch eine vorsichtig zu handhabende Vorratswirtschaft, deren Schwierigkeiten aber nicht übersehen werden dürfen, wird unumgänglich sein. Diese dauernde Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft oder gar die Steigerung ihrer Leistungen hat zur Voraussetzung, daß die aufzuwendenden Kosten in Gestalt entsprechender Preise wieder eingebracht werden, sowie daß ihr ferner das Kapital, die Arbeitskräfte, die geistigen Hilfsmittel zu Gebote stehen. Hier ist der Punkt, wo die Landwirtschaftspflege und die Agrarpolitik zusammenmünden.

Literatur: »Übersicht über die amtlichen Maßnahmen während des Krieges, die für Landwirtschaft, Volksernährung und Verpflegung von Heer und Marine besonderes Interesse haben.« Mit Nachträgen herausgegeben vom

Deutschen Landwirtschaftsrat (Berl. 1914 ff.); H. Schumacher, Deutsche Volksernährung und Volksernährungspolitik im Kriege (das. 1915); Jaroslaw, Zur Erschließung des deutschen Heidelandes (das. 1915); Paul Jacobs, Zuckerindustrie und Zuckerhandel im Kriegsjahre 1914/15 (Münch. 1915); Arthur Schulz, Sind die Angriffe gegen die deutsche Landwirtschaft berechtigt? (in »Sozialistische Monatshefte«, 1915, Bd. 3); »Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft« (Berlin); »Der Landmann, Landwirtschaftliche Wochenschrift«, herausgegeben unter Mitwirkung des deutschen Generalgouvernements in Belgien (Brüssel 1915 ff.).

Sicherstellung der Volksernährung Deutschlands während des Krieges

A. Die Nahrungsmittelversorgung

von Privatdozent Dr. Emil Lederer in Heidelberg

Die Eigenart des modernen Krieges, von welcher an anderer Stelle[1] die Rede war, bringt es mit sich, daß die gesamte Volkskraft im Kriege eingesetzt und vom Gegner bekämpft wird. Was daher sonst nur gegenüber feindlichen Heeren als Mittel der Kriegführung betrachtet wurde, kann zum Kampfmittel schlechthin werden, und so ist im modernen Krieg (übrigens schon in den Napoleonischen Kriegen) die Gesamtheit des Volkes so gut Objekt, wie sie Subjekt der Kriegführung ist. Schon lange vor diesem Kriege war Deutschland darauf gefaßt (die Begründung der Zollpolitik zeigt es auf das deutlichste), im Kriegsfall von den überseeischen Zufuhren oder — je nach der politischen Konstellation — von den Landzufuhren abgeschnitten zu werden. Das Deutsche Reich, gelagert zwischen Staaten, mit welchen es seit langem politisch auf gespanntem Fuß stand, mußte damit rechnen, im Kriegsfall von den Hochstraßen des Weltverkehrs ausgeschaltet zu werden. Zumal sobald sich England am Kriege beteiligte, war die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß überseeische Zufuhren nur schwer oder gar nicht nach Deutschland würden gelangen können. Die einzige Zufuhr konnte dann nur von den Balkanstaaten erwartet werden, aber auch das war bei Kriegsbeginn infolge der durchaus unsicheren Lage sehr ungewiß. Tatsächlich haben sich ja auch die Balkanstaaten (namentlich Rumänien) erst sehr spät und in geringem Umfang zur Ausfuhr entschlossen. Daß Österreich-Ungarn nur mit Hintansetzung der eigenen Versorgung etwas abgeben konnte, zeigt die Ausfuhrstatistik der Monarchie deutlich.

Wenige Ziffern sollen die agrarwirtschaftliche Bilanz Deutschlands veranschaulichen, wobei hervorgehoben werden muß, daß 1913 auch in Deutschland eine seltene Rekordernte erzielt wurde.

Nach den amtlichen Ernteergebnissen und den Daten der Ein- und Ausfuhrstatistik standen in Deutschland zur Verfügung:

	1913[2]	1914[3]
Roggen	11 640 000 t	10 426 000 t
Weizen	6 663 000 t	3 972 000 t
Gerste (einschließlich Futtergerste)	6 754 000 t	3 138 000 t
Kartoffeln	54 171 000 t	45 569 000 t
Hafer	9 558 000 t	9 038 000 t
Wiesenheu	29 156 000 t	29 185 000 t

Das sind Bruttobeträge, von welchen der Bedarf an Saatgut (etwa 6—7 Proz.) noch nicht abgezogen ist. Dadurch würde sich die Spannung, die sich beim Brotgetreide ergibt, noch vergrößern. Diese Ziffern geben auch deshalb noch kein zutreffendes Bild, weil hierbei die Roggenausfuhr, welche vor Kriegsbeginn infolge des Einfuhrscheinsystems aus Deutschland stattfand, nicht in Betracht gezogen ist. Ferner hat sicherlich, besonders in den ersten Kriegsmonaten, in erheblichem Umfang Verfütterung von Getreide stattgefunden, ebenso wie man auch einen gesteigerten Verbrauch von Getreide für die ersten Kriegsmonate in Rechnung setzen muß. Endlich mußte auf die Einfuhr der in Deutschland nicht gebauten Nahrungsstoffe verzichtet werden, nämlich Mais, Reis, ferner in großem Umfang Bohnen, Erbsen, Linsen und exotische Früchte, die zur Herstellung von Pflanzenfetten dienen, und vieles andere. Ballod[1] berechnet, daß sich die heimischen pflanzlichen Nährstoffe (Getreide, Hülsenfrüchte usw. sowie Futtermittel) zu den eingeführten (Getreide und namentlich Kraftfuttermitteln) verhalten wie 62,4 : 37,6; dem Nährwert nach sei das Verhältnis noch ungünstiger.

Tatsächlich blieb zunächst die Menge der zu Kriegsbeginn vorhandenen Nährstoffe gegenüber dem Friedensbedarf sehr zurück. Die Ernteerträge waren bedeutend kleiner als im Durchschnitt der früheren Jahre (1913 war, wie erwähnt, ein Rekordjahr), die Futtermittelknappheit mußte bei dem außerordentlich hohen Viehstand sehr drückend werden und die Getreidevorräte vermindern, und dazu kam noch die Unmöglichkeit, überseeische Produkte ins Land zu bringen — Gründe genug, um sofort mit Kriegsbeginn die Nahrungsmittelversorgung systematisch zu regeln. Es bleibe dahingestellt, ob man sich über die Erntemengen täuschte oder die Kriegsdauer viel geringer einschätzte oder doch mit der Möglichkeit von Zufuhren aus dem Ausland rechnete, die ja aus neutralen Ländern anfangs in erheblichem Umfang erfolgt sein mögen (Daten sind nicht veröffentlicht worden; man schätzt die Einfuhr auf etwa 400 000 t Brotgetreide), jedenfalls hat die Reichsregierung zu Kriegsbeginn keinerlei Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung getroffen. Sie hat insbesondere anfangs von ihren weitgehenden Befugnissen (der Bundesrat konnte nach dem Gesetz vom 4. August 1914 »wirtschaftliche Maßnahmen« jeder Art ergreifen; auch die Erlassung von Höchstpreisen war gleich anfangs dem Bundesrat anheimgestellt) keinen Gebrauch gemacht.

Bei Beginn des Krieges gab es mehrere Möglichkeiten:

a) Man konnte auf jede Regelung verzichten, die Preisbildung dem freien Spiel der Kräfte überlassen. Namentlich wenn die ersten sehr optimistischen Ernteschätzungen zugetroffen hätten, man außerdem mit einer kurzen Kriegsdauer, wenigstens mit einer baldigen Niederwerfung Frankreichs rechnete, konnte man hoffen, ohne jede Regelung des Marktes und

---

[1] Vgl. »Die deutsche Volkswirtschaft im Kriege«, S. 382. — [2] Ernte und Einfuhrüberschuß. — [3] Ernteergebnis.

[1] »Schmollers Jahrbuch« 1916, 1. Heft, S. 79.

Bedarfes durchzukommen. Die Gestaltung der Preise, konnte man annehmen, würde den Bedarf ganz von selbst einschränken, besonders da eine weitgehende Herabminderung des Verbrauchs fürs erste nicht notwendig erschien.

b) Wenn man aber eine Regelung für notwendig hielt, boten sich verschiedene Mittel dar: Sicherstellung der wichtigsten vorhandenen Nährstoffe (insbes. von Getreide) für menschlichen Gebrauch (Verbot der Verfütterung und gewerblichen Verwendung), sparsamerer Verbrauch durch Strecken der Vorräte (durch Erhöhung der Ausmahlprozente, Mischungsvorschriften) und Höchstpreise. Aber diese Vorschriften konnten (ihre Durchsetzung angenommen) nur dann ausreichen, wenn schon dadurch die Menge der zur Verfügung stehenden Nährstoffe dem Bedarf angepaßt werden konnte. Wurde aber zu den Höchstpreisen mehr nachgefragt, als vorhanden war, reichte die Streckung der Vorräte nicht aus, um die Menge auf den Marktbedarf zu steigern, so drängte gerade die Erlassung von Höchstpreisen zu durchgreifenderen Maßnahmen. Denn Höchstpreise schränken nur die Preisbildung ein und wirken (wofern sie den von selbst sich herstellenden Preisstand herabdrücken wollen) auf den Bedarf anspornend. Höchstpreise haben immer eine bestimmte Marktlage zur Voraussetzung. Ist diese nicht gegeben, so muß sie, damit die Verbraucher selbst die Höchstpreise nicht über den Haufen werfen, geschaffen werden, und das ist nur möglich durch Einschränkung der Nachfrage. Wird die Nachfrage mit der auf dem Markte vorhandenen Menge in Einklang gebracht, dann kann jeder Höchstpreis durchgesetzt werden.

Es zeigte sich bald nach Kriegsbeginn, daß nur das eine oder andere Extrem durchgeführt werden konnte: entweder Verzicht auf jede Regelung und infolgedessen Einschränkung des Verbrauchs durch »freie Preisbildung«, also durch Hungersnotpreise, oder: vollständige Regelung des Verbrauchs, nicht nur Preis-, sondern auch Verbrauchsregelung. Bei der großen militärischen Wichtigkeit, die einer entsprechenden Regelung des Bedarfs zukommt, konnte es keinem Zweifel unterliegen, daß die Regierung über kurz oder lang, wenn der Krieg andauerte, zu ganz durchgreifenden Maßnahmen gelangen mußte. Allerdings glaubte man zunächst, ohne solche auskommen zu können. Drei Monate vergingen, in welchen lediglich örtliche Höchstpreisfestsetzungen erfolgten. Erst am 28. Oktober 1914, als die Preise fortgesetzt steigende Tendenz zeigten, als die Vorräte zurückgehalten wurden und sich schon Störungen in der Versorgung bemerkbar machten, entschloß sich die Regierung zu dem ersten energischeren Schritt: der Festsetzung von Höchstpreisen. Diese sind allerdings weder auf Grund der Selbstkosten, noch auf Grund der Weltmarktpreise nebst einem den Zollsätzen entsprechenden Zuschlag, noch im Einklang mit der Zahlungskraft der Bevölkerung, sondern einfach im Anschluß an die gerade erreichte Preishöhe verfügt worden[1]. Die Kriegsrente der Getreidebesitzer und -erzeuger (soweit sie noch im Besitz der Vorräte waren) wurde also nicht angetastet. Nur ein weiteres Steigen sollte verhütet werden. Eine frühere Festsetzung der Höchstpreise hätte eine bedeutend billigere Versorgung ermöglicht. Sie erfolgte absichtlich in dieser Höhe, um zugleich auf den Verbrauch einschränkend zu wirken.

Ohne bei den ergänzenden Maßnahmen zu verweilen (die infolge der mehrfachen Verwendungsfähigkeit von Getreide, für industrielle Zwecke und zur Verfütterung, nötig waren), sei nur erwähnt, daß die Regelung unzureichend sein mußte. Zunächst bedeutete sie nur eine Festsetzung der Großhandelspreise; sie erstreckte sich weiterhin nicht auf die Mehl- und Brotpreise, führte also zu übermäßigen Gewinnen der Mühlen, nicht zu einer Verbilligung des Verbrauchs. Ergänzung der Höchstpreise durch örtliche Verfügung aber mußte natürlich wirkungslos bleiben. Ferner mußte die Bindung der Preise für einige Gegenstände (selbst wenn sie nicht überschritten wurden) die Preise der anderen Nahrungsmittel (bei im ganzen knapper Nährstoffmenge) über ihren bisherigen Stand hinaustreiben. Daher konnte man damals schon erwarten, daß man bei weiterer Kriegsdauer zu einem ganzen System von Höchstpreisen gelangen werde. Auch dieses aber mußte auf die Dauer in der Luft stehen, wenn nicht eine Regelung des Marktes die ökonomischen Verhältnisse derart veränderte, daß tatsächlich die Höchstpreise durchgesetzt werden konnten.

Es wurde also nach und nach bis zum Ende des sechsten Kriegsmonats in den wichtigsten Nahrungsmitteln (ausgenommen Fleisch) eine Begrenzung des Preisstandes angestrebt, der Hand in Hand mit einer ausgedehnten Sparsamkeitspropaganda Verschwendung verhüten und zugleich Versorgung zu erschwinglichen Preisen gewährleisten sollte. Alle Maßnahmen dieser ersten Periode sind insofern einheitlicher Art, als sie nur durch Begrenzung der Preisbildung und mittelbar die Nahrungsmittelversorgung sicherstellen, jedoch nirgends die Verteilung der vorhandenen Vorräte beeinflussen wollen. Sie sind nur Schutz der Käufer, nicht Regelung des Verbrauchs.

Die Wirkungslosigkeit der getroffenen Maßnahmen, Überschreitung der Höchstpreise, fortgesetzt hoher Verbrauch trotz steigender Preise nötigte endlich (nach mehreren Zwischenmaßnahmen, insbesondere Enteignung von Vorräten von Fall zu Fall) die Regierung, die überdies durch das Ergebnis einer Vorratsermittlung (vom 1. Dezember 1914) aller Getreide- und Mehlmengen in lebhafte Besorgnis versetzt wurde, zu einer gründlichen Regelung, wie sie schon Monate vorher von seiten der Verbraucher, aber auch der agrarischen Kreise und von Nationalökonomen gefordert worden war. Nachdem sich nämlich zeigte, daß wahrscheinlich bei fortgesetzt unvermindertem Verbrauch von Getreide und Mehl, bei der Unmöglichkeit, mittelbar den Verbrauch einzuschränken, die Vorräte in den letzten Monaten vor der neuen Ernte aufgezehrt werden würden; da ferner die Versuche, Vorräte für diese letzten Monate zurückzulegen, gerade die Knappheit beschleunigten; da es sich auch als unmöglich erwies, die Zuteilung bloß an die einzelnen Verwaltungskörper (Gemeinden) zu vollziehen, innerhalb dieser das freie Spiel der Kräfte bestehen zu lassen — so blieb als einziger Ausweg für den Bundesrat, den gesamten Verkehr mit Getreide, Mehl und Brot auf das Reich zu übernehmen. Der Bundesrat überwand mit seinen eingehenden bahnbrechenden Vorschriften vom 25. Januar 1915 restlos die Auffassung, den Verbrauch durch die freie Preisbildung zu regeln. Es wurden also zunächst alle Vorräte von Weizen, Roggen und Mischkorn im gan-

[1] Es betrugen die Preise für:

	Weizen	Roggen
Juli 1914	206,30 Mark	173,66 Mark
19. bis 24. Oktober 1914 . .	266,83 »	234,17 »
Höchstpreis	260,00 »	220,00 »

zen Reich für die Kriegsgetreidegesellschaft in Berlin (welche bereits vorher für weniger weitgehende Zwecke gegründet worden war), die Mehlvorräte für den Kommunalverband, in dessen Bezirk sie sich befanden, beschlagnahmt. Alle Verwendungen, namentlich Verfütterung, waren verboten. Darauf erfolgte je nach Bedarf die *Enteignung* zu den Höchstpreisen. Die Kriegsgetreidegesellschaft bedeutet ein Reichsgetreide- und -mehlmonopol, da nur sie über Getreide oder Mehl im Reich verfügen darf. Alle Getreidebesitzer wurden zu Verwahrern ihrer Vorräte, alle Mühlen wurden zu Lohnmühlen (allerdings zeigte sich leider auch hier, daß die Behörden von ihren Befugnissen nur geringen Gebrauch machten; so wurde der außerordentliche, gegenüber Friedenszeiten aufs Doppelte gestiegene Mahllohn beibehalten und dazu kamen noch Zuschläge unter den verschiedensten Titeln). Alle gewerblichen Betriebe letzter Hand (Bäckereien, Mehlhandlungen) wurden zu Verteilungsstellen. — Zur Kriegsgetreidegesellschaft trat eine Reichsverteilungsstelle, welche den einzelnen Unterverwaltungskörpern, den Kommunalverbänden, die ihnen zustehenden Vorräte zu übermitteln hatte. Kommunalverbänden oder Gemeinden wurde die Regelung des privaten Verbrauchs (das notwendige Schlußstück des ganzen Gesetzgebungswerks) übertragen, wobei ihnen die Wahl der Mittel anheimgegeben wurde. Sehr bald aber setzte sich allgemein (von Berlin ausgehend) das Kartensystem (gleiche Kopfquoten) durch, welches auch für die Berücksichtigung der schwer Arbeitenden Spielraum ließ.

Damit wurde zum erstenmal in durchaus umfassender Weise ein wichtiges Lebensmittel »sozialisiert«. Es wurde gleichmäßiger Konsum der wichtigsten Lebensmittel, also Sicherung der Ernährung der breiten Massen als wichtiges öffentliches Interesse anerkannt. Auch militärische Gründe mögen mitgespielt haben, da der Ernährungszustand der Bevölkerung in der Zeit der allgemeinen Wehrpflicht, bei der fortgesetzten Heranziehung neuer Reserven aus der Bevölkerung von weitaus größerer Bedeutung ist als bei Söldnerheeren. Wir haben darum hierin keinen Sozialismus zu erblicken. Denn Sozialismus erstrebt ja in erster Linie Regelung der Erzeugung und erst als Folge derselben Regelung der Verteilung; auch handelt es sich hier um eine Verbrauchsmaßnahme, die, wie die ganze Höchstpreisregelung, mit der Verflechtung in den Weltmarkt nach dem Kriege von selbst hinfällig werden muß. Endlich ist nicht unwichtig, zu betonen, daß die *Gleichheit* der Brotversorgung nur eine scheinbare ist. Tatsächlich bedeutet sie eine starke Ungleichheit zuungunsten der breiten Massen, deren Brotverbrauch in Friedenszeiten weitaus größer war als die jetzt geltende Kopfquote, während die wohlhabenden Schichten weitaus weniger Getreide bzw. Brot verbrauchten[1].

Daraus folgt eine wesentliche Einschränkung des Brotverbrauchs. Sie wird von Ballod mit 1/3 des Friedensverbrauchs (durchschnittlich) angenommen. Man mußte also voraussetzen, daß sich die Nachfrage infolgedessen mit wachsender Stärke *anderen* Nahrungsmitteln, und zwar in erster Linie den Kartoffeln, zuwenden würde. Wenn auch für diese Höchstpreise erlassen waren, so mußten diese beim Fehlen einer Regelung wirkungslos bleiben, da ja Kartoffeln nunmehr in höchstem Maße als Nahrungs- und Futtermittel in Anspruch genommen wurden. Überhaupt mußten sich, wenn die Brotversorgung wirklich eine durchgreifende war, bei Knappheit an Nährstoffen die Schwierigkeiten nur *verschieben*, ohne endgültig gelöst zu sein.

So sahen wir sofort nach der Brotregelung bei Kartoffeln das Spiel, das sich fortan bei allen Nahrungsmitteln wiederholt: Verschwinden vom Markte, spekulative Preissteigerung, Verfügung von Höchstpreisen, Versuch der Beschlagnahme, ein unerquicklicher Kampf zwischen Erzeugern und Regierung, der regelmäßig mit der Erhöhung der Höchstpreise endigte (daher Verbitterung bei den Landwirten schaffend, die verkauften, hingegen eine Ermutigung für die Spekulanten bedeutend), ohne die Versorgung wirklich sicherzustellen. Was schon nach den einfachen, durchgreifenden und wirksamen Maßnahmen zur Sicherung des Getreideverbrauchs aus der Mitte der Bevölkerung und von wirtschaftlichen Kreisen gefordert wurde: eine planvolle, die ganze Lebensmittelerzeugung umspannende Vorsorge für die Volksernährung, deren Maßnahmen im besonderen der Eigenart der einzelnen Lebensmittel angepaßt sein mußten, erwies sich bei der durch die Weiterdauer des Krieges geschaffenen Lage immer mehr als notwendig, zumal auch die Ernte des Jahres 1915 leider hinter den Erwartungen zurückblieb (zum Teil wohl infolge der Witterungsunbill, zum Teil wegen Mangels an Düngemitteln und Arbeitskräften). Daher häuften sich die Maßnahmen, wurden ständig ergänzt und verbessert.

Im August 1916 näherte man sich bereits einem Höchstmaß von Organisation, das für den Fall eines langdauernden Krieges als letzte Folge der Knappheit an Nährstoffen erreicht werden mußte. Der Grundsatz der Rationierung, der gleichen Kopfquote, in Verbindung mit Höchstpreisen griff allmählich durch. Es mußte in immer größerem Umfang zur Anwendung kommen, da die einzelnen Agrarerzeugnisse (schon während *derselben* Produktionsperiode) untereinander ohne weiteres die Form wechseln können. Getreide kann nicht nur in Brot, sondern durch Verfütterung auch in Fleisch verwandelt werden, desgleichen können Kartoffeln in Fleisch verwandelt werden. Da nun die Preisbildung für Fleisch die längste Zeit auf dem freien Markte erfolgte, konnte die Knappheit an Futtermitteln zu höchster Preissteigerung führen. So entstand die privatwirtschaftlich unhaltbare Lage, daß der Landwirt sein Getreide und namentlich die Kartoffeln zu Preisen verkaufen mußte, die weit unter dem Futtermittelwert dieser Erzeugnisse standen. Diesen ökonomischen Zusammenhang, besser gesagt die *Identität* der Nahrungs- und Futtermittel hatte man durch Verfütterungsverbote zu zerbrechen gesucht. Diese reichten aber naturgemäß nicht aus; man mußte, wenngleich widerstrebend, schließlich zur zwangsweisen Niedrighaltung von Futtermittel- und Fleischpreisen gelangen, die sich nur bei gleichzeitiger

[1] Die Kopfquote ist mit Einschränkungen auf 9 kg Getreide (bzw. die entsprechende Menge Brot oder Mehl, und zwar 9 kg Getreide = 6 kg Mehl) festgesetzt. Zeitweise wurde die Ration um 1/3 erhöht. Nach der zur Verfügung stehenden Literatur muß man schließen, daß der Brotverbrauch in manchen ländlichen Gegenden in Friedenszeiten ein Vielfaches dieser Menge ausmachte. Aber auch in der städtischen Arbeiterbevölkerung kann mit einem Brotverbrauch von 1 Pfund täglich (= 15 kg monatlich) im Durchschnitt gerechnet werden, so daß die Kopfquote tatsächlich in der arbeitenden Bevölkerung, deren Hauptnahrungsmittel eben nicht mehr die Kartoffeln bilden, eine wesentliche Umschaltung der Nahrungsgewohnheiten bedeutet.

Einschränkung des Verbrauches erreichen ließ. Um so das Höchstpreissystem wirksam zu gestalten, gelangte man also (sehr spät und meist, ohne erhebliche Kriegsgewinne verhindern zu können) dazu, daß alle wichtigeren Nahrungsmittel durch Höchstpreise gebunden wurden. Darüber hinaus haben überall, wo die Menge der verfügbaren Quantitäten begrenzt ist, schon die Schwierigkeiten der Beschaffung zur Rationierung gedrängt. Von wichtigeren Nahrungsmitteln waren hauptsächlich nur Fisch, Käse und Gemüse durch Höchstpreise (und nicht durch Kopfrationen) gebunden. Das Rationensystem hat also auch auf diejenigen Nahrungsmittel Anwendung gefunden, denen gegenüber die Bedenken am größten waren: so, von weniger wichtigen abgesehen, auf Fleisch, Kartoffeln (nicht durchweg und nicht ständig) sowie Butter. Die Gestaltung des Rationensystems hat sich sehr verfeinert (die Kopfquoten meist Höchstquanten, die nicht garantiert werden), anderseits haben sich die Schwierigkeiten (namentlich für Fleisch und Butter), die Versorgung im ganzen Reich einheitlich und gleichmäßig sicherzustellen, eher vermehrt. Sie wurden zunächst auch durch die Schaffung eines Kriegsernährungsamtes[1] nicht überwunden.

Als letzte wesentliche Maßnahme sind die immer ausgedehnteren Massenspeisungen zu erwähnen. Im letzten Grunde bedeuten sie eine Verstaatlichung der Ernährung, eine unmittelbare Verknüpfung von Erzeugung und Verzehr durch das Reich, eine völlige Ausschaltung aller Zwischenglieder und weitestgehende Ausgleichung der Ernährung. Die Dauer des Krieges und der Ausfall der Ernte bedingen den Umfang der Massenspeisungen. Sie sind die letzte Folge des Strebens nach einer Ausgleichung der Ernährung — aber nur für die großstädtische Bevölkerung. Denn je einschneidender die Einschränkungen für diese wurden, desto stärker zeigte sich das Mißverhältnis zwischen der Ernährung der ländlichen und städtischen Bevölkerung, da die Durchführung des Rationensystems für die ländliche Bevölkerung, die die Nahrungsmittel selbst erzeugt, sich nicht erzwingen läßt.

B. Verbrauchsregelung, Höchstpreis-Gesetzgebung und Maßnahmen gegen die Preistreiberei

von Oberlandesgerichtsrat Dr. Warneyer in Dresden

I. Von durchschlagender Wichtigkeit — so führt die Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges aus —, aber auch besonders schwierig war die Aufgabe, die Volksernährung überhaupt und zu Preisen sicherzustellen, die unter den gespannten Verhältnissen des Kriegszustandes noch annehmbar erschienen. Für die Ernährung des deutschen Volkes stand während des Krieges an Bodenfrüchten im wesentlichen nur die eigene Ernte zur Verfügung. Sie deckte etwa den inländischen Bedarf an Roggen, Hafer und Kartoffeln, nicht aber den an Weizen und Gerste. Nach den aufgestellten Berechnungen würden die bei Kriegsbeginn vorhandenen Vorräte unter gewöhnlichen Verhältnissen nur bis zur nächsten Ernte im Sommer 1915 gereicht haben. Es mußte aber darauf Bedacht genommen werden, daß man am 1. August 1915 über ebenso reichliche Vorräte verfügen konnte, wie sie vor Anfang des Erntejahres 1914 vorlagen. Dasselbe galt wiederum von dem 1. August 1916, da der Krieg zu diesem Zeitpunkt noch andauerte. Um dieses politisch und wirtschaftlich gleich wichtige Ziel zu erreichen und die Ernährung der deutschen Bevölkerung auf alle absehbare Kriegszeit hinaus unbedingt zu sichern, wurde eine große Zahl ineinandergreifender Maßnahmen getroffen. Die Verordnungen, durch die sie bewirkt wurden, im einzelnen aufzuzählen und, wenn auch noch so kurz, inhaltlich wiederzugeben, würde zu weit führen, zählt doch die zweite Folge der im Guttentagschen Verlag erschienenen Kriegs-, Zivil- und Finanzgesetze allein aus dem Jahre 1915 zweihundertundvierzig solcher Verordnungen auf!

Die Maßnahmen des Jahres 1914 zielten in der Hauptsache auf folgendes hin:

a) Durch Einschränkung des Durchschnittsbrandes der Brauereien — Verordnung vom 15. Oktober 1914 — sollten bedeutende Ersparnisse an Roggen und Kartoffeln gemacht werden, um diese für die menschliche Ernährung zu gewinnen;

b) durch die Bekanntmachung vom 28. Oktober 1914 über das Verfüttern von Brotgetreide und Mehl wurde die Verfütterung von mahlfähigem Roggen und Weizen, auch von geschrotetem, sowie von Roggen- und Weizenmehl, das zur Brotbereitung geeignet ist, verboten und unter Strafe gestellt. Damit sollte einer Gefährdung der Brotversorgung der Bevölkerung vorgebeugt werden, die durch ein bei der Knappheit der Futtermittel im Jahre 1914 naheliegendes Verfüttern von Roggen möglich war;

c) durch die Bekanntmachung vom gleichen Tage über das Ausmahlen von Brotgetreide wurde vorgeschrieben, daß zur Mehlherstellung der Roggen mindestens bis zu 72 Proz. und der Weizen mindestens bis zu 75 Proz. durchgemahlen werden muß, wobei leistungsfähigeren Mühlen überlassen wurde, noch größere Mehlmengen auszumahlen;

d) durch die weitere Bekanntmachung vom selben Tage über den Verkehr mit Brot wurde bestimmt, daß dem in den Verkehr gebrachten Weizenbrot (d. h. alle weißen Backwaren, Brötchen, Semmeln, Hörnchen usw.) mindestens 10 Proz. Roggenmehl zugesetzt sein müsse, während dem Roggenbrot mindestens 5 Gewichtsteile Kartoffelflocken, Kartoffelwalz- oder Kartoffelstärkemehl oder 20 Gewichtsteile gequetschter oder geriebener Kartoffeln zugesetzt werden müssen.

Die unter b) bis d) aufgeführten Verordnungen wurden im Laufe des Jahres 1915 aufgehoben und durch neue ersetzt. Diese bewegten sich in denselben Bahnen, wiesen jedoch viele Neuerungen auf, von denen die wichtigsten die der Bekanntmachungen vom 25. Januar und 28. Juni 1915 über die Beschlagnahme sowie über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 sind.

Danach wurde das gesamte, im Reiche angebaute Brotgetreide mit der Trennung vom Boden für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk es gewachsen war. Die Kommunalverbände mußten alles Brotgetreide an die Reichsgetreidestelle abliefern, sofern sie nicht Selbstwirtschaft hatten. In diesem Falle beschränkte sich die Pflicht zur Ablieferung auf dasjenige, was über ihren Bedarfsanteil hinausging. Grundsätzlich sollte allen Kommunalverbänden, die den vom Gesetz aufgestellten Anforderungen genügten, die Selbstbewirtschaftung ihres Brotgetreides im Rahmen ihres Bedarfsanteils zu-

[1] Dessen Tätigkeit sowie die weitere Gestaltung der Dinge wird in der Fortsetzung des vorliegenden Werkes geschildert.

stehen. Erforderlich war der Nachweis, daß sie zur geeigneten Finanzierung und Lagerung der Vorräte in der Lage waren, eine Mehlverteilungsstelle für ihren Bezirk errichtet hatten, die Abgabe von Mehl und Brot außerhalb ihres Bezirkes verboten, schon bisher eine genaue Verbrauchsregelung eingeführt und ausreichende Maßnahmen zur Überwachung der Selbstversorger getroffen hatten. Oberstes Organ war die Reichsgetreidestelle, die für die Verteilung und zweckmäßige Verwendung der bis zum 15. August 1916 vorhandenen Vorräte zu sorgen hatte, soweit nicht die Selbstwirtschaft der Kommunalverbände in Frage kam, für welchen Fall besondere Vorschriften galten. Jeder Kommunalverband mußte eine Mehlverteilungsstelle einrichten, ein Ausfuhrverbot für Mehl und Backwaren aus seinem Bezirk erlassen, die schon erwähnten Maßnahmen zur Überwachung der Selbstversorger treffen und eine Verbrauchsregelung durch Brotkarten oder Brotbücher einführen.

Die lange Dauer des Krieges machte auch für andere Nahrungsmittel besondere Maßnahmen im Interesse der Allgemeinheit notwendig. So war namentlich die Volksernährung mit Kartoffeln, Fleisch, Milch, Butter und anderen Fetten sicherzustellen, dem gesteigerten Zuckerbedarf durch entsprechende Anordnungen Rechnung zu tragen, der durch das Verbot des Verfütterns von Getreide bedingte Ausfall an Futtermitteln zu ersetzen usw. Allen diesen Maßregeln mußten zuverlässige und erschöpfende Vorratserhebungen vorausgehen, die wiederum durch eine große Zahl von Verordnungen in die Wege geleitet wurden.

II. »Auch wenn an sich genügende Vorräte zur Versorgung der Bevölkerung vorhanden sind«, so führte die amtliche Begründung an, »steigen erfahrungsmäßig unter den besonderen Verhältnissen, wie sie ein Krieg mit sich bringt, an manchen Orten die Gegenstände des täglichen Bedarfs plötzlich stark im Preise, weil der normale Verlauf der Versorgung gestört ist. Um übertrieben hohen Preissteigerungen entgegenzuwirken, die nicht in der Natur der Verhältnisse begründet sind, sondern auf spekulative oder unlautere Machenschaften einzelner zurückgehen, empfahl es sich, die Möglichkeit zu schaffen, daß unüberschreitbare Höchstpreise für bestimmte Gegenstände des täglichen Bedarfs festgesetzt werden können.« Deshalb erklärte das Gesetz vom 4. August 1914 betreffend Höchstpreise während der Dauer des gegenwärtigen Krieges die Festsetzung von solchen für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungsmittel aller Art sowie für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, für zulässig. Auf Grund dieses Gesetzes wurden in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch vielerorts Höchstpreise im Kleinhandel, zum Teil auch für Großhandelswaren, festgesetzt. Da das nicht allenthalben auf natürliche Ursachen zurückzuführende, vielfach durch spekulative Antriebe veranlaßte Anziehen der Preise weiter anhielt, so machte sich das Bedürfnis nach Höchstpreisen immer stärker geltend. Um nun die Möglichkeit zu schaffen, diese nach einheitlichem Gesichtspunkt und von einer Stelle aus zu bestimmen, wurde durch die Bekanntmachung über Höchstpreise vom 28. Oktober 1914 angeordnet, daß sie vom Bundesrat festzusetzen seien; nur soweit er die Festsetzung nicht vornimmt, können es die Landeszentralbehörden tun. Durch die am 17. Dezember 1914 abgeänderte Fassung des Höchstpreisgesetzes wurde weiter bestimmt, daß das Eigentum von Gegenständen, für die Höchstpreise galten, durch Anordnung der Behörde einer von ihr bezeichneten Person übertragen werden könne. Der an den Besitzer zu richtenden Anordnung habe eine Aufforderung zur Überlassung vorherzugehen. Nach erfolgter Aufforderung würden alle Verfügungen über die beschlagnahmten Gegenstände nichtig. Mit dem Zugehen der Aufforderung gehe das Eigentum über. Der dafür zu zahlende Übernahmepreis werde unter Berücksichtigung des Höchstpreises sowie der Güte und Verwertbarkeit der Gegenstände von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung von Sachverständigen endgültig festgesetzt. Die zuständige Behörde könne auch den Besitzer von Gegenständen, für die Höchstpreise gelten, auffordern, die Gegenstände zu diesen Preisen zu verkaufen. Weigere sich ein Besitzer, der Aufforderung nachzukommen, so könne die zuständige Behörde die Gegenstände übernehmen und auf Rechnung und Kosten des Besitzers zu den festgesetzten Höchstpreisen verkaufen, soweit sie nicht für dessen eigenen Bedarf nötig seien. Das Überschreiten der Höchstpreise, die Aufforderung dazu sowie das Erbieten zur Zahlung höherer als der festgesetzten Preise, das Beiseiteschaffen von beschlagnahmten Gegenständen, das Verheimlichen von Vorräten solcher Gegenstände, für die Höchstpreise galten, wurde mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bedroht.

Durch die Festsetzung der Höchstpreise wurden laufende Verträge an sich nicht berührt. Das führte in vielen Fällen zu einer empfindlichen Schädigung des Käufers oder Verkäufers. So konnte beispielsweise derjenige, der zu einem wesentlich höheren als dem nachmals festgesetzten Produzentenhöchstpreis eingekauft hatte, dadurch erhebliche Verluste erleiden, daß er zu den inzwischen festgesetzten Kleinhandelspreisen verkaufen mußte. Solche Ungerechtigkeiten nach Kräften zu verringern, war der Zweck der Bekanntmachung betreffend Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge vom 11. November 1915. Danach galten Verträge über Lieferung von Butter, Kartoffeln, Fischen, Wild, Milch, Buchweizen und Hirse und deren Verarbeitungen, Obstmus und Fettersatzstoffe zum Brotaufstrich, Obst, Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut, die zu höheren Preisen als zu den durch die verschiedenen Verordnungen festgesetzten Höchstpreisen abgeschlossen waren, mit dem Inkrafttreten des Höchstpreises als zu diesem abgeschlossen, soweit die Lieferung noch nicht erfolgt war. War der Höchstpreis vor dem 11. November 1915 festgesetzt worden, so trat er insoweit an die Stelle des Vertragspreises, als Lieferung vor dem 11. November 1915 noch nicht erfolgt war. Dagegen konnte ein bereits vorher gezahlter, den Höchstpreis übersteigender Preis nicht zurückgefordert werden. Ergaben sich bei Anwendung dieser Bestimmungen Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien darüber, zu welchen Bedingungen der Vertrag zu erfüllen war, so konnte jede Partei eine schiedsgerichtliche Entscheidung beantragen. Das Schiedsgericht, von der Landeszentralbehörde bestellt, setzte die Vertragsbedingungen nach freiem Ermessen fest; doch konnten Lieferfristen nur mit Zustimmung der Parteien geändert werden. Der Lieferungspflichtige hatte ohne Rücksicht auf die Anrufung des Schiedsgerichts zu liefern, der Käufer vorläufig den von ihm für angemessen erachteten Preis zu zahlen. Der Vorsitzende

des Schiedsgerichts konnte vorläufige Anordnungen über die Verpflichtungen der Parteien erlassen und ihre Vollstreckung herbeiführen. Das Verfahren vor dem Schiedsgericht war gebührenfrei; der Schiedsspruch war endgültig und für die Gerichte bindend.

III. Nicht in allen Fällen waren, wie schon angedeutet, die Preissteigerungen im Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere mit Lebensmitteln, durch die Verhältnisse bedingt; vielfach war verwerflicher Eigennutz die Triebfeder zu **Preistreibereien**, d. h. zu übermäßigen, nicht begründeten Steigerungen der Preise namentlich auf dem Lebensmittelmarkt. Da dieser **Lebensmittelwucher** mit der bestehenden Gesetzgebung — in Frage kamen die Nichtigkeit wucherischer Geschäfte nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches und die Strafbarkeit des gewerbs- oder gewohnheitsmäßigen Sachwuchers nach § 302e des Strafgesetzbuches — nicht wirksam genug bekämpft werden konnte, wurde am 23. Juli 1915 eine besondere Verordnung erlassen, die sich richtet **gegen die übermäßige Preissteigerung** beim Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere mit Nahrungs- und Futtermitteln aller Art, rohen Naturerzeugnissen, Heiz- und Leuchtstoffen. Einerseits wurde die Möglichkeit der Enteignung vorgesehen für die Fälle, wo jemand derartige Gegenstände, die von ihm erworben oder erzeugt sind, zurückhielt. Anderseits wurden diejenigen Erzeuger oder Händler mit empfindlichen Strafen — Gefängnis bis zu einem Jahr, Geldstrafe bis zu 10000 Mark, Einziehung der Vorräte, öffentliche Bekanntgabe der Verurteilung, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte — bedroht, die für die obengenannten Gegenstände sowie für solche des Kriegsbedarfs Preise forderten oder sich oder einem andern gewähren oder versprechen ließen, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthielten. Weiter wurde in derselben Weise bestraft, wer Gegenstände solcher Art, die von ihm zur Veräußerung erzeugt oder erworben wurden, zurückhielt, um durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen; wer, um den Preis solcher Waren zu steigern, Vorräte vernichtete, ihre Erzeugung oder den Handel mit ihnen einschränkte oder andere unlautere Machenschaften vornahm; endlich wer an einer Verabredung oder Verbindung zu solchen Zwecken teilnahm.

Nachdem sich auch die Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 nicht als ausreichend erwies, wurde durch die Bekanntmachung **zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel** vom 23. September 1915 die Möglichkeit gegeben, den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, wie sie die Verordnung gegen die Preistreiberei umschrieb, sowie mit Gegenständen des Kriegsbedarfs überhaupt zu untersagen, wenn Tatsachen vorlagen, die die Unzuverlässigkeit des Handeltreibenden in bezug auf den Handelsbetrieb dartaten. Ebenso durfte der Beginn des Handels mit solchen Gegenständen von einer vorherigen Erlaubnis abhängig gemacht werden, die unter derselben Voraussetzung zu versagen war. Bei der Feststellung der Tatsachen über die Unzuverlässigkeit in bezug auf den Handelsbetrieb waren insbesondere Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Höchstpreise, Vorratserhebungen, Preisaushang und übermäßige Preissteigerung zu berücksichtigen.

IV. Die umfassendsten Vorschriften gegen die Auswüchse im Lebens- und Futtermittelhandel wurden auf Grund der Bestimmung über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 in der Verordnung über den **Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels** vom 24. Juni 1916 (mit Ergänzungsverordnung vom 29. Juli 1916) getroffen. Maßgebend waren nach der amtlichen Denkschrift hierfür folgende Erwägungen: Der Kettenhandel verschiebt die Ware von Hand zu Hand. Er enthält sie zeitweise dem Verbrauche vor und treibt ihren Preis in die Höhe ohne Rücksicht auf die Gestehungskosten, den Bedarf und die Verderblichkeit der Ware, lediglich zur mühelosen Erzielung eines höheren Gewinns. Die große Zahl der täglichen Anzeigen in Zeitungen, in denen Preisangebote gefordert und Lebensmittel in großen Mengen zu Höchstpreisen angeboten wurden, gab einen Einblick in den Umfang dieses Schiebehandels, der beträchtlichen volkswirtschaftlichen Schaden und große Erbitterung hervorrufen mußte. Demgemäß wurde bestimmt, daß der Handel mit Lebens- und Futtermitteln nur noch mit ausdrücklicher Genehmigung zulässig sei. Die Erlaubnis kann aus allgemeinen, volkswirtschaftlichen, persönlichen oder sonstigen Gründen versagt werden. Die Steigerung des Preises durch unlautere Machenschaften, insbes. Kettenhandel, wurde unter Strafe gestellt. Ferner wurde verboten, in periodischen Druckschriften Anzeigen zum Erwerb von Lebens- und Futtermitteln oder zur Aufforderung von Preisangeboten auf solche zu erlassen. Ebenso wurde untersagt, bei Ankündigung über Erwerb und Veräußerung oder Vermittlung von Geschäften in Lebens- und Futtermitteln Angaben zu machen, die geeignet sind, einen Irrtum über geschäftliche Verhältnisse des Anzeigenden, über Anlaß und Zweck des Ankaufs, Verkaufs oder der Vermittlung zu erwecken.

Endlich wurde zur wirksameren **Bekämpfung des Kriegswuchers** in Preußen bei dem Polizeipräsidium zu Berlin eine Abteilung unter der Bezeichnung »Kriegswucheramt« errichtet mit der Aufgabe, die Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften zu einer wirksameren Bekämpfung des Kriegswuchers anzuregen und sie hierbei zu unterstützen.

Verwaltung, Wirtschaft und Rechtspflege im besetzten Feindesland

von Prof. Dr. Josef Kohler in Berlin

Allgemeine Rechtslage.

Der okkupierende Staat erlangt mit der Besetzung ein Hoheitsrecht, er tritt also nicht etwa bloß in ein faktisches, sondern in ein Rechtsverhältnis ein. Was er tut, gilt nicht etwa bloß kraft tatsächlicher Gewalt, sondern kraft des Rechtes, das ihm die völkerschaftliche Stellung gewährt. Das Hoheitsrecht ist ein souveränes Hoheitsrecht mit gesetzgebender, richterlicher und verwaltender Gewalt im vollen Umfange staatlicher Autorität, insbesondere auch mit staatlicher Zwangs- und Strafgewalt. Das Hoheitsrecht ist allerdings insofern beschränkt, als ihm eine auflösende Bedingung anhaftet, denn erst durch den Friedensschluß treten endgültige Zustände ein. Die Folge dieser auflösenden Bedingung zeigt sich weniger in der Behandlung des Landes, als in den Verhältnissen der Bevölkerung. Das Land des okkupierten Staates ist für den Okkupationsstaat Eigenland. Die Bevölkerung aber kann noch nicht losgelöst werden von dem ursprünglichen Staatsverband; eine derartige durchgreifende Änderung der Verhältnisse setzt ein Definitivum voraus. Die Bevölkerung bleibt also in ihrem bisherigen Staatsverhältnis; die Belgier bleiben Belgier, die Russen Russen, welches Verhältnis auch von uns respektiert werden muß; wir dürfen sie insbes. nach völkerrechtlichen Grundsätzen nicht zu Feindseligkeiten gegen ihren eigenen Staat zwingen; uns gegenüber sind und bleiben sie Ausländer.

Das Hoheitsrecht des Okkupationsstaates beruht völkerrechtlich auf den Grundsätzen unserer Kulturordnung; überall soll Ordnung und Regel herrschen, nie Willkür, und darum hat der Okkupationsstaat eine Regelung der Verhältnisse herbeizuführen; das ist sein Recht und auch seine Pflicht. Staatsrechtlich beruht diese Herrschaft bei uns auf der kaiserlichen Kommandogewalt; es ist die Autorität des Kaisers, welche den Gouverneur des Okkupationsgebietes einsetzt und von der auch die übrigen Beamten ihre Normstellung ableiten. Es ist daher selbstverständlich, daß die Anordnung des Kaisers in diesem Gebiete ebenso wenig der Kontrasignatur bedarf als sonstige Äußerungen der Kommandogewalt, und daß sie nicht unter irgendwelcher parlamentarischen Kontrolle steht.

Im einzelnen bietet die Haager Konvention (Landkriegsordnung) einige völkerrechtliche Leitsätze; allein, was sie sagt, ist teils unvollkommen, teils überflüssig; was daran richtig ist, ergibt sich schon aus allgemeinen Grundsätzen von selber, und was man zur Vervollständigung im einzelnen erwarten könnte, wurde im Haag nicht gesagt. Die Hauptsache muß juristisch aus der Betrachtung der Lebensverhältnisse abgeleitet werden.

Die Ausländereigenschaft der Inwohner ergibt sich aus einer Verordnung für Belgien vom 16. Juli 1915, wonach jeder Ausländer mit Strafe bedroht ist, in dessen Besitz sich Waffen oder Munition irgendwelcher Art befinden; diese werden eingezogen.

Folgerungen aus dem Charakter des Okkupationsverhältnisses.

1) Das Hoheitsrecht soll wie alle staatlichen Hoheitsrechte ausgeübt werden im Interesse der Kultur; die Regierung soll dahin streben, Verhältnisse zu schaffen, welche geordnete kulturwürdige Zustände gewährleisten; sie soll für wirtschaftliche wie für erzieherische Maßregeln sorgen.

Die Naturhilfsquellen des Landes darf die Okkupationsregierung ausbeuten wie eine andere Regierung. Dies gilt insbesondere auch von Bergwerken und Wäldern. Sie soll für eine ordentliche Verwaltung sorgen und keinen Raubbau treiben, sie soll auch dafür sorgen, daß keine Verwüstungen stattfinden, sie soll bei der Frage, ob etwas ausgebeutet werden soll, nicht bloß die Gegenwart, sondern auch die Zukunft zu Rate ziehen. Steuern, Abgaben, Zölle kann sie erheben, sie kann sie auch feststellen und verteilen, wobei sie eine sachgemäße Verteilungsweise befolgen soll. Dafür trägt der Okkupationsstaat die Kosten der Justiz und Verwaltung, denn hierfür sind in erster Reihe diese Abgaben bestimmt (Haager Landkriegsordnung § 48).

Was dem okkupierten Staat gehört, nimmt der Okkupationsstaat an sich. Gelder werden sein Eigentum, ebenso Kriegs- und Verkehrsmaterialien, die dem besetzten Staat gehören, und ebenso alles, was zur Förderung des Krieges dienen kann; nur hat er, was die Verkehrsmaterialien betrifft, tunlich dafür zu sorgen, daß der okkupierte Staat nicht der Verkehrsmittel entblößt wird, denn dies würde seiner Aufgabe als verwaltender Staat widersprechen. Das Privateigentum soll er aufrechterhalten; es steht ihm aber die freie Befugnis der Enteignung und namentlich auch der Enteignung zum Zwecke der bloßen Benutzung zu; er kann also das einer Privatgesellschaft gehörige Eisenbahnmaterial unter entsprechender Entschädigung für sich verwenden. Zur Schonung des Privateigentums gehört es auch, daß er Stiftungs- und Zweckinstitute nicht antasten soll, auch dann nicht, wenn sie mit dem Staate in nächster Beziehung stehen: so vor allem nicht das Vermögen von Bildungsanstalten und von Sammlungen künstlerischer oder wissenschaftlicher Art. Sollte dieses Vermögen auch nicht ein vom Staatsvermögen abgesondertes Eigentum sein, so bedeutet doch der Zweck, daß ihm eine besondere abgetrennte Behandlung zuteil werden soll (fiduziarische Stiftungen, Anstaltsvermögen).

Übrigens ist die ganze Bestimmung über die Schonung des Privateigentums nur völkerrechtlicher Natur und lediglich Sache völkerrechtlicher Verantwortung. Durch seine Gesetzgebung kann der Staat das Eigenrecht auch seiner eigenen Untertanen ohne Entschädigung entziehen, um so mehr natürlich das Eigenrecht Fremder; was er daher kraft seiner verordneten Gewalt den Mitgliedern des okkupierten Staates entzieht, das entzieht er mit rechtlichem Erfolg. Er kann allerdings hierfür völkerrechtlich verantwortlich werden, aber nur anderen Staaten gegenüber, nicht gegenüber den verletzten Eigentümern, welchen ein völkerrechtlicher Anspruch gegen den besetzenden Staat nicht gegeben ist.

Jede Regierung hat die Befugnis, für sich und ihren Bestand zu sorgen, denn die Ordnung des Ganzen ist mit ihrem Bestande verknüpft. Dies gilt insbesondere von dem besetzenden Staate. Er kann nicht nur Bestimmungen treffen, die das ihm untertänige Land, sondern auch, die seine eigene Regierung angehen und sie gegen feindliche Maßnahmen sichern sollen; dies gilt um so mehr, als zwischen dem okkupierenden Staat und der Bevölkerung häufig Gegensätze herrschen, welche die Regierung überwinden muß, wenn sie überhaupt bestehen und lebenskräftig bleiben soll.

2) Aus dem eigenartigen Charakter des Okkupationsverhältnisses, wonach das okkupierte Land für den **Okkupationsstaat Eigenland, die Bevölkerung aber fremde Bevölkerung** ist, ergibt sich:

Landes- und Kriegsverrat gegenüber Deutschland und dem Deutschen Reiche, auf diesem Okkupationsgebiet begangen, wird auch an Ausländern, namentlich an der Innenbevölkerung bestraft, ebenso gewisse andere Delikte. Es gelten hierüber die Bestimmungen von § 160, 161 des Militärstrafgesetzbuches; hiernach sind Kriegsverrat und Plünderung und alle Delikte gegen deutsche Truppen nach deutschem Rechte zu bestrafen. Dazu kommt noch die kaiserliche Verordnung vom 28. Dezember 1899, wonach alle nicht zu den Truppen des Feindes gehörigen Personen, einschließlich der Zivilbeamten der feindlichen Regierung, die Todesstrafe verwirken, wenn sie es unternehmen, dem Feinde Vorschub zu leisten oder den deutschen Truppen Nachteile zuzufügen.

Die Inwohner des okkupierten Gebietes sind zwar Ausländer, aber sie stehen als ständige Innenbevölkerung unter unserem Schutz; daher können sie nicht ausgewiesen werden und sind auch gegenüber einem Auslieferungsbegehren wie Inländer zu behandeln und daher nicht auszuliefern, sondern nötigenfalls bei uns zu bestrafen.

Ihr Verhältnis zu ihrem eigenen uns feindlichen Staate ist uns gegenüber zerrissen, und wir respektieren es nicht nur nicht, sondern wir bestrafen jede uns feindselige Betätigung eines derartigen Verhältnisses als Landesverrat. Daher versteht sich von selbst, daß die strafrechtlichen Bestimmungen ihres Strafgesetzbuches über Hoch- und Landesverrat gegenüber ihrem eigenen Staate bei uns keine Anwendung finden können, also wegfallen, ebenso die Bestimmungen über Militärpflicht und Militärverhältnisse gegenüber ihrem eigenen Staate.

3) Aus dem Charakter des Okkupationsverhältnisses als eines dem **Okkupationsstaat** als solchem zustehenden Hoheitsrechtes ergibt sich:

Das okkupierte Land und das Eigenland stehen sich als **Inland und Inland**, nicht als In- und Ausland gegenüber. Dies gilt allüberall, wo der Begriff In- und Ausland in Betracht kommt, also in völkerrechtlicher wie in interner strafrechtlicher Beziehung.

Zwischen dem okkupierten Land und dem Eigenland findet **Rechtshilfe** statt; die Behörden haben einander Unterstützung zu leisten wie zwischen Mutterland und Kolonien.

Der okkupierende Staat hat das besetzte Gebiet nicht **isoliert**; aus den Hilfsquellen dieses Gebietes darf er daher nicht nur für dieses Gebiet, sondern auch für sein Staatsganzes sorgen, ebenso wie die Erträgnisse von Kolonien nicht nur für die Kolonien, sondern auch für das Mutterland verwendet werden können. Allerdings gibt die Haager Landkriegs-Ordnung (§ 49) die einschränkende Bestimmung, daß außerordentliche Geldauflagen nur für Bedürfnisse des Landes oder des Heeres erfolgen sollen. Dies gilt aber nur für Geldauflagen, nicht für die Benutzung sonstiger Hilfsquellen; außerdem sind die Bedürfnisse eines modernen Heeres so groß, daß auch auf diesem Wege dem besetzten Lande unbeschränkte Lasten auferlegt werden können; die Schranke liegt nur in seiner Leistungsfähigkeit.

4) Von organisiert besetztem Gebiet zu unterscheiden ist das Gebiet mit **Etappenverwaltung**, das wir zu dem Zweck innehaben, um mit dem kämpfenden Heer in ständiger ungehinderter Verbindung zu stehen. Auch hier haben wir, soweit tunlich, für Ordnung und Ruhe zu sorgen, und es gilt auch hier, daß, was Kriegsverrat, Plünderung, Förderung des Feindes und Delikte gegen unsere Truppen betrifft, dieses Gebiet wie ein inländisches zu betrachten und diese Delikte von uns nach unserem Gesetze zu bestrafen sind; ebenso gilt auch hier, daß die Armeeverwaltung Verordnungen und Anordnungen mit eventueller Strafsatzung treffen darf. Die kaiserliche Verordnung vom 18. Dezember 1899 sagt ausdrücklich, daß eine Proklamation in diesem Sinne alsbald nach Festsetzung in einem solchen Gebiete erfolgen soll. Die Verwaltungshandlungen werden sich in diesem Rahmen abspielen, die Rechtspflege, auch die Zivilrechtspflege, wird in solchem Falle, soweit die Zivilbehörden versagen, durch das Etappenkommando geführt. Wie auch hier für Geldmittel gesorgt werden kann, das zeigt der Fall verschiedener Gemeinden in Flandern, welche sich zusammengetan und Gutscheine auf bestimmte Geldbeträge ausgegeben haben, die statt Geld zirkulieren und deren Einlösung die Gemeinden auf die Zeit von 6 Monaten nach dem Friedensschluß garantiert haben.

Außerdem gilt noch die Bestimmung der kaiserlichen Verordnung vom J. 1899 (§ 18). Hiernach sind

die höheren Kommandoführer befugt, kraft der ihnen über die feindlichen Untertanen zustehenden Gewalt diejenigen polizeilichen Maßregeln vorzunehmen, welche von ihnen zur Sicherheit der Truppen für erforderlich erachtet werden, z. B. Verhaftung feindlicher Untertanen, Freiheitsentziehung auf bestimmte oder unbestimmte Zeit, Abführung nach dem Inlande usw.

Daraus geht hervor, daß der Kommandoführer nicht nur durch Strafe wirken, sondern durch direkte Maßregeln eingreifen und seinen Willen mit Gewalt durchführen kann.

5) Das **Repressalienrecht** ist natürlich stets vorbehalten, insbesondere der Kriegsgebrauch, feindliche Einwirkungen auf frischer Tat sofort auch mit dem Tode zu ahnden.

6) In bezug auf die **Requisitionen** gilt die bekannte Bestimmung, daß sie nur gegen Zahlung oder gegen Gutschein erfolgen sollen. Wer die Gutscheine zu honorieren hat, bestimmt der Friedensschluß. Die Gutscheine bleiben, auch wenn nachträglich eine Okkupation des Gebietes eintritt; dann kann aber eine vorläufige Regelung eintreten. So ist es in Belgien geschehen.

Belgien.

Die Tätigkeit der **deutschen Verwaltung in Belgien** ist besonders reichhaltig und vielseitig gewesen. Es ist wohl noch nie vorgekommen, daß ein Okkupationsstaat eine solche Fürsorge entfaltet und zu gleicher Zeit aber auch die Rechte des eigenen Staates in gleich gerechtem und billigem Sinne aufrechterhalten hat. Vielfach ist das Ziel erreicht worden: Deutschlands Interessen wurden allen verderblichen Bestrebungen gegenüber kräftig gewahrt, im Innern wurde Außerordentliches geleistet zur Herstellung normaler Verhältnisse und zur Förderung der Lebensbedingungen, so daß trotz aller Schwierigkeiten ein erfreulicher Aufschwung des Landes eingetreten ist.

Allgemeine Maßnahmen. Um die **deutschen Interessen** besonders durch Zurückdrängung fremder gefährlicher Elemente und durch eine heilsame Zucht der Bevölkerung zu wahren, wurde ein bis ins einzelne durchgeführtes Paßwesen mit Identitätsnach-

weisen angeordnet (Nr. 111, 129[1]), ein Verbot der Entfernung aus dem Lande (Nr. 95) erlassen und das eigentümliche Mittel der Abwesenheitssteuer (Nr. 33 und 30) eingeführt; denn Bevölkerung soll ins Land ziehen, dem Lande dienen und nicht im Ausland ihr Vermögen verzehren, dadurch Unruhe und Unzufriedenheit in die Welt hinaustragend. Daher wurde bestimmt, daß die Belgier, die nach Ausbruch des Krieges freiwillig ihren Wohnsitz verlassen und sich länger als 2 Monate aufhalten, einen starken Steuerzuschlag zu entrichten haben, sofern sie nicht innerhalb einer bestimmten Zeit in Belgien ihren Wohnsitz nehmen. Die eine Hälfte dieser Steuer soll an das Gouvernement fallen, die andere an die Gemeinde.

Der deutschen Sicherung entsprachen ferner das Verbot der Landkartenherstellung (Nr. 123), das Verbot des Photographierens auf öffentlichen Plätzen (Nr. 129), die Bestimmung über das Betreten von Eisenbahnen (Nr. 98), die Bestimmung, daß den deutschen Soldaten kein Branntwein gereicht werden darf (Nr. 86), das Verbot der deutschfeindlichen Umtriebe, die Einführung der Zensur, die straffe Regelung des Vereins- und Versammlungswesen. Auch die Bestimmung ist noch zu erwähnen, daß die Beschlagnahme von Gehaltsforderungen der Beamten nicht in der französischen Weise vor sich zu gehen hat; es gilt vielmehr darüber folgendes:

Nr. 95. Forderungs-Pfändungen oder Zahlungsverbote (Saisie-Arrêt ou Opposition, Art. 557 und ff. der belgischen Zivilprozeßordnung) dürfen deutschen Behörden gegenüber nicht vorgenommen werden.

Will ein Gläubiger eine Forderung, die seinem Schuldner gegen eine deutsche Behörde zusteht, mit Beschlag belegen, so hat er auf Grund einer besonderen Erlaubnis, die von dem Präsidenten des Gerichts erster Instanz des Wohnortes des Schuldners nach Prüfung der Rechtslage erteilt wird, ein Gesuch an diese Behörde zu richten. Die deutsche Behörde wird dann in den ihr geeignet erscheinenden Fällen den von dem Gläubiger beanspruchten pfändbaren Betrag der Forderung bei der Hinterlegungskasse (Caisse des Dépôts et Consignations) hinterlegen. Die Pfändung selbst erfolgt hierauf nach den Vorschriften der Artikel 557 und ff. der belgischen Zivilprozeßordnung bei dieser Kasse.

Kriegsfürsorge. Eine Reihe Kriegsfürsorgeverordnungen entsprechen ähnlichen deutschen Gesetzen[2]. So die Gesetze über die Nahrungsmittelbeschlagnahme und Verteilungsnormen (vgl. das Verordnungsblatt 10, 13, 23, 29, 32, 36, 42, 46, 65, 75, 103, 136, 91, 100, 102 u. a.), auch über die Beschlagnahme des Heues (vgl. 104), sodann die üblichen Verordnungen über das Zahlungsverbot, über Zwangsverwaltung von Filialen ausländischer Geschäfte, über die Hemmung des Fristablaufes und der Verjährung und die Erstreckung der Fristen der Protesterhebung. Die deutsche Bestimmung über die richterliche Befugnis, dem einzelnen Schuldner Stundung zu gewähren, fand bereits in dem a. 1244 Code Napoléon eine gesunde Stütze. Dazu kam auch die deutsche Bestimmung über die Erstreckung der Patentprioritätsfrist (Nr. 90), das Verbot des Handels mit französischen Münzen und Banknoten (Nr. 77) sowie die Regelung der Warenausfuhr (Nr. 45).

Zivil- und Gewerberecht. Die bisherige Gesetzgebung des Zivil- und Gewerberechts blieb im allgemeinen bestehen; doch wurde mannigfach weitergebaut, so was die Bestimmung über die Gemeindehaftung für Ausschreitungen betrifft (vgl. Nr. 37, 60, 131). Es ist ein allgemeiner Grundsatz, der allerdings bei uns nicht durch deutsches Reichsgesetz, sondern durch Einzelstaatengesetze geregelt ist, daß die Gemeinden für die durch Landfriedensbruch und Aufruhr entstehenden Beschädigungen aufkommen müssen[1]; die Verordnung hat hier neue Regeln gegeben und insbesondere Schiedsgerichte zur Feststellung des Schadens angeordnet. Ebenso wurde (in Nr. 20) das gewerbliche Gesetz über Jugend- und Frauenarbeit näher bestimmt, (in Nr. 58) für Arbeitsunfälle und den Beitrag der Unternehmer weitere Vorsorge getroffen und die Verpflichtung, bei allgemeiner Gefahr zur Hebung derselben mitzuwirken, verschärft (Nr. 155), ja der Behörde die Befugnis erteilt, berufliche Arbeiten im öffentlichen Interesse in berufsgemäßer Weise zu verlangen (Nr. 108). Auch das Autowesen wurde neu geregelt (Nr. 79 und 113), wobei zur Vermeidung von Mißbräuchen bestimmt wurde, daß bei Verletzungen von Deutschen und deutschem Eigentum der Schaden durch das Gouvernement einseitig festgesetzt wird. Außerdem wurden Verordnungen über die Schäden durch wilde Kaninchen (Nr. 74) und gegen die Gefahr der Hundetollwut (Nr. 59) erlassen. Auch der Tierschutz wurde erweitert und das grausame Blenden von Vögeln verboten u. a.

Wie das Rechtsleben in Belgien seinen geregelten Gang nahm, beweist auch der Umstand, daß dort nach den Grundsätzen des belgischen Rechtes[2] Erfindungspatente in großer Anzahl angemeldet wurden. Wir finden vom 22. Juli 1915 an eine große Reihe von Einträgen vermerkt (Nr. 120, 129). So wurde ferner der Rechnungshof und seine Funktion aufrechterhalten usw.

Die Zivilgerichte betätigten sich nach dem bisherigen Recht.

Die Strafrechtspflege ist großenteils an die Kriegsgerichte übergegangen, so in den oben bezeichneten Fällen, so in den Fällen der Strafverordnungen des Gouvernements, so in den Fällen der behördlichen Strafanordnungen (Anordnungen bei Strafvermeiden). In einer Reihe von solchen Bestimmungen ist ausdrücklich gesagt, daß die Kriegsgerichte zuständig sind. Im übrigen heißt es in Verordnung Nr. 117:

Soweit die Militärgerichte zur Aburteilung von Zuwiderhandlungen gegen eine Verordnung des Generalgouverneurs für zuständig erklärt worden sind und keine Zuständigkeit nach der Militärstrafgerichtsordnung besteht, sind die Vorschriften der Kaiserlichen Verordnung über das außerordentliche Verfahren gegen Ausländer vom 28. Dezember 1899 auch dann anzuwenden, wenn der Beschuldigte kein Ausländer ist.

Für das Verfahren ist wichtig die Zulassung der polizeilichen Strafverfügung und der unbefristeten Beschwerde. Es heißt hierüber (in VO. Nr. 86), daß in leichteren Fällen bei Zuwiderhandlung gegen Strafverordnungen oder Strafanordnungen polizeiliche Strafverfügungen ergehen können.

Verkehr, Schule, Sitte. Das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen wurde vollständig von Deutschland übernommen, Gas- und Elektrizitätswerke wurden unter die Botmäßigkeit der deutschen Verwaltung gestellt.

Das Schulwesen fand, wie es sich bei einer deut-

[1] Die Nummern bedeuten hier und im folgenden die Nummern des Gesetz- und Verordnungsblattes für die okkupierten Gebiete Belgiens, das in deutscher, flämischer und franz. Sprache erscheint.

[2] Vgl. Kohler, Jurisprudenz und Krieg (in »Deutsche Kraft«, Berl. 1915, Heft 14).

[1] »Enzyklopädie der Rechtswissenschaft«, II, S. 136.

[2] Kohler und Mintz, Patentgesetze aller Völker, II, S. 495 f.

schen Verwaltung von selbst versteht, eingehende Pflege. Die allgemeine Schulpflicht bildet die Grundlage (vgl. Nr. 48, 103); die Gründung einer flämischen Universität in Gent, welche in Angriff genommen worden ist, wird dem Flamentum eine neue Stütze bieten. Die Museumsverwaltung geht ihren geregelten Gang weiter: die Kunstschätze werden in gutem Stande erhalten, die heiligen Stätten künstlerischer Erbauung in Brüssel, Antwerpen, Brügge gesichert und den Gefahren entzogen.

Besondere Fürsorge bedurfte die Sittenpolizei gegenüber den geradezu skandalösen Entartungen, welche die belgische Gesellschaft vor allem in Brüssel zeitigte, die zu gleicher Zeit eine furchtbare hygienische Gefahr darstellten; es wurden hier (in Nr. 39 und 52) wichtige Verordnungen erlassen.

Finanzen. Die Staatsbetätigungen verlangen eine finanzielle Organisation der Staatswirtschaft. Daher wird auch für Belgien ein Etat, ein Staatshaushalt, aufgestellt, wobei in üblicher Weise die Ausgaben auf die verschiedenen Ministerien verteilt werden. So wurden in dem Etat von 1915 (Nr. 72) die Staatsausgaben auf 198 159 529 Fr. festgestellt, die Ausgaben für das Justizministerium auf etwas über 26¼ Millionen, des Ministeriums des Innern auf über 4 Millionen, des Ministeriums der Wissenschaften und Künste auf beinahe 34 Millionen, des Ministeriums der Industrie und Arbeit auf über 11 Millionen, des Ministeriums des Ackerbaues auf über 25 Millionen. Als ordentliche Staatseinahmen wurden 175 159 529 Fr. angesetzt aus Grundsteuern, Zöllen, Registriereinnahmen, Domänen usw., so daß sich hierbei ein Fehlbetrag ergab, der aber noch kraft besonderer Verordnungen ergänzt werden sollte.

Das Banknotenwesen mußte auf ganz neuer Grundlage aufgebaut werden, da die belgische Notenbank (Nationalbank) ihren Goldbestand nach London gebracht hatte und ihre Organe in einer den Interessen Deutschlands widersprechenden Weise verfuhren. Deshalb wurde die Société générale zur Notenbank erhoben und ihre Geschäftsführung und ihre Notenausgabe durch eine Verordnung (in Nr. 78) genau geregelt.

Verwaltungsorganisation. Was die äußere Organisation der Verwaltung betrifft, so sind die Gemeinden nach der bisherigen Ordnung geblieben; in den Städten besteht neben dem Stadtvorstand eine Stadtverordnetenversammlung; sie führen ihre eigene Finanzverwaltung und dürfen in beschränktem Kreise Anleihen aufnehmen.

Über die Provinzialverwaltung bestimmte eine Verordnung vom 3. Dezember 1914:

Art. 2. Die nach den Gesetzen über die Provinzial- und über die Gemeindeverwaltung den Provinzialgouverneuren zustehenden Befugnisse werden von den Kaiserlich Deutschen Militärgouverneuren ausgeübt, in deren Namen die diesen zugeteilten Präsidenten der Zivilverwaltung die laufenden Geschäfte der Provinzialverwaltung sowie die Geschäfte und den Vorsitz in den Députations permanentes führen. Die dem König der Belgier zustehenden Befugnisse werden von mir als dem Kaiserlichen Generalgouverneur ausgeübt.

So sind die ständigen Provinzialausschüsse unter Vorsitz des Zivilpräsidenten in regelmäßiger Tätigkeit, während die Provinziallandtage bis Frühjahr 1916 nur zur Beschlußfassung über Kriegskontribution zusammengetreten sind; diese wurde durch ein Syndikat von 75 Banken finanziert, nachdem die 9 Provinzen die gesamtschuldnerische Haftung übernommen hatten.

In den Kreisen fungiert ein militärischer Kreischef mit einem Zivilkommissär.

In der Zentralverwaltung trat neben dem Gouverneur eine Reihe von Ministerien ins Leben, das Ministerium des Innern, das Ministerium für Ackerbau und öffentliche Arbeiten, das Ministerium für Wissenschaft und Künste, das Justizministerium, Finanzministerium und das Ministerium für Industrie und Arbeit. Ein Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, ein Kriegsministerium, ein Marineministerium und ein Kolonialministerium wurden nicht eingesetzt, ebensowenig ein Eisenbahn-Ministerium und ein Ministerium für Post und Telegraphie. Dagegen besteht bei dem Generalgouverneur eine politische Abteilung, welche vor allem den Verkehr mit den Vertretern neutraler Staaten unterhält und außerdem Preßwesen und Handelsverkehr zu beaufsichtigen hat, daneben noch eine Bankabteilung für Banken, Geld- und Zahlungswesen.

Soviel wie tunlich suchte man die bisherigen Arbeitskräfte beizubehalten und aus der früheren Verwaltung her zu übernehmen. Natürlich sind sie nunmehr deutsche Beamte geworden und zu derjenigen Treue verpflichtet, die bei einem Beamten unentbehrlich ist, weshalb man sie gegen Loyalitätserklärung in ihre Posten einsetzte; sie beziehen ihr volles Gehalt weiter. Andere Beamte, die willig waren, aber nicht verwendet werden konnten, wurden mit ⅔ ihres Gehaltes in den Ruhestand versetzt; die Beamten, welche den Eintritt in deutsche Dienste verweigerten, wurden ohne weiteres entlassen. Die Zuziehung heimischer Kräfte war vielfach, namentlich im Kreise der Subalternen, recht wesentlich; so ist es beispielsweise gelungen, die bisherigen Briefträger in den Dienst zu nehmen.

Sonstige Verwaltungseinrichtungen. Neben den offiziellen Verwaltungskörpern haben sich sonstige publizistische Bildungen hervorgetan, teils im Anschluß an die Gemeinden, teils in Anlehnung an die Zentrale. Eine Bildung ersterer Art erwuchs aus der englisch-amerikanischen commission for relief. Als England und Amerika Nahrungsmittel einführten unter der Bedingung, daß diese nicht für das deutsche Heer verwendet würden, erwies es sich als nötig, ein Comité national de Secours et d'Alimentation zu bilden, welches, da ihm große Mittel zu Gebote standen, zu gleicher Zeit soziale Aufgaben der verschiedensten Art erfaßte, um die vielen, durch die Zeitläufte entstehenden sozialen Nöte zu lindern; so wurde das Komitee zu einer auf die Gemeindeverwaltung gestützten Wohlfahrtseinrichtung ersten Ranges, welche natürlich von der Okkupationsregierung wohlwollend gefördert wird, soweit sie keine unseren Interessen widersprechende politische Richtung einschlägt.

Ebenso haben sich auf Grund der Getreidebeschlagnahme Kommissionen gebildet, um die Ernteerträgnisse festzustellen, die Ernte nach Abzug des Saat- und Vorratsgetreides aufzukaufen und planmäßig auf das Land zu verteilen. Die Zentrale der Kommission besteht aus Vertretern der deutschen Zivilverwaltung, der Bankabteilung, der politischen Abteilung und der Armeeintendantur und des Vertreters des Comité national. In den Provinzkommissionen tagen deutsche Mitglieder der Provinzialverwaltung und außerdem Vertreter einheimischer Interessen. Ähnlich wie für das Brotgetreide wurde auch eine Gerstenkommission geschaffen und für etwaige Streitigkeiten ein Schiedsgericht gebildet; ebenso wurde

in die Zivilverwaltung eine Kohlenzentrale mit aufgenommen, welche die Produktion von Steinkohle, Koks usw. überwacht und die Verteilung besorgt, und auch für andere Zweige der Produktion sind solche Verwaltungsstellen geschaffen worden zu dem Zwecke, in den schwierigen Zeiten eine geregelte Erzeugung wichtiger Produkte und eine sachgemäße Verteilung zu erzielen.

Polen.

Allgemeine Maßnahmen. In Polen (jetzt Generalgouvernement Warschau) waren die Verhältnisse bedeutend schlimmer. Die Not an Kohlen und Lebensmitteln war beispielsweise in Lodz aufs höchste gestiegen, und es bedurfte einer gesteigerten Tätigkeit, um Feuerungsmaterial herbeizuschaffen und die Bevölkerung mit dem nötigsten Lebensbedarf zu versehen. Die Zahl der Armen und Notleidenden war außerordentlich groß, die Krankenhäuser bedurften außergewöhnlicher Zuschüsse, die Geldverhältnisse waren im mißlichsten Stande. Überall hatte sowohl die russische Wirtschaft lähmend gewirkt, als auch der Krieg die schwersten Wunden geschlagen. Der Zustand des Städtewesens war außerordentlich kläglich, und von einer Fürsorge für die höhere Lebensführung war fast keine Rede, vor allem waren die Schulverhältnisse in jämmerlicher Verfassung. Hier zeigte sich ganz besonders die Tragweite der Vorschrift, daß der Okkupationsstaat für Ordnung und Regelung sorgen müsse, und es wurde in dieser Beziehung bereits sehr Bedeutendes geleistet.

Natürlich ergingen auch hier eine Reihe von Verordnungen zur Wahrung spezieller deutscher Interessen, so die Verordnung über das Verbot des Waffenbesitzes; Waffen und Munition müssen abgeliefert werden, ihre Veräußerung ist verboten, eine Befreiung kann nur kraft Erlaubnisscheines stattfinden, und vorsätzliche Zuwiderhandlung soll sogar mit dem Tode bestraft werden; doch unterliegen Deutsche bloß einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten an; es handelt sich eben um die Zurückdrängung deutschfeindlicher Elemente. Dasselbe gilt von der Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Versammlungen unter freiem Himmel, Aufzüge auf öffentlicher Straße sind verboten; verboten sind ferner öffentliche Versammlungen, in denen politische Angelegenheiten erörtert werden, sonstige Versammlungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung. Alle politischen Klubs und Vereine werden geschlossen, die Zuwiderhandelnden haben Geldstrafe bis zu 5000 Rubel oder einem Jahr Gefängnis zu gewärtigen; so eine Verordnung vom 4. April 1915. Ebenso wurde der Nachtverkehr geregelt und Paß- und Fremdenverkehr einer strengen Ordnung unterworfen.

Die Gesundheits- und Wirtschaftspolizei betreffen die Verordnungen über Infektionskrankheiten, über die Regelung der Prostitution und über die Behandlung der Viehseuchen.

Bergbau. Für den Bergbetrieb gelten im allgemeinen die bisherigen Gesetze, doch soll einstweilen der Erwerb neuer Gerechtsame gesperrt und die Schürfarbeit untersagt sein; der Bergwerkbetrieb soll regelmäßig nur deutschen Staatsangehörigen gestattet sein; Angehörigen anderer Staaten kann die Genehmigung ohne Entschädigung jederzeit entzogen werden, russische Angehörige sind vom Betrieb gesetzlich ausgeschlossen, Bergwerksrechte sind der Veräußerung entzogen.

Bildungswesen. Auf das Schulwesen wurde die größte Sorgfalt verwendet, und als Krone des Ganzen steht die Gründung der polnischen Universität Warschau. In dieser Beziehung ist zu bemerken:

Eine polnische Rechtsschule bestand in Warschau bereits im 18. Jahrhundert; im Jahre 1815 wurde eine polnische Universität gegründet, die unter der Russenherrschaft im Jahre 1831 aufgehoben, im Jahre 1862 zwar wieder eingeführt, aber im Jahre 1869 vollständig russifiziert wurde. Seit 1882 war sie bloß mit russischen Professoren besetzt, und von 1905—08 blieb sie vollständig geschlossen. Sie hat unter der Russenherrschaft nichts, gar nichts geleistet, und die besten polnischen Elemente wurden einfach verdrängt und mußten auswärts ihre Belehrung suchen. Das war das Gebaren eines Landes, welches sich anheischig machte, inmitten des Vierverbandes für Kultur und Freiheit zu wirken.

Es war eine der ersten Taten Deutschlands nach Überwindung Polens, die polnische Universität, und zwar mit polnischen Vortragskursen, aufzurichten. Sie wurde am 15. November 1915 eröffnet und begann ihre Vorlesungen am 16. November. Von der Einführungsordnung sei folgendes hier wiedergegeben:

Die Universität zu Warschau hat die Aufgabe, die ihrer Pflege zugewiesenen Wissenschaften unabhängig von Parteien zu lehren und durch selbständige wissenschaftliche Arbeiten und Untersuchungen zu fördern. Sie hat die allgemeine und besondere wissenschaftliche Ausbildung der studierenden Jugend sachgemäß weiterzuführen und sie für Berufe, zu welchen eine höhere wissenschaftliche Bildung erforderlich oder nützlich ist, tüchtig zu machen.

Es ist daher die Hauptpflicht sämtlicher Lehrer, daß sie zur Erreichung dieses Zweckes nicht nur das ihrer besonderen Pflege überwiesene Lehrfach würdig vertreten, sondern auch auf die Entwicklung der Sitten und des Charakters der Studierenden eine heilsame Einwirkung, frei von politischer Beeinflussung jeder Art, zu erwerben und auszuüben sich bemühen.

Neue Städteordnung. Bei dem allgemeinen Darniederliegen des wirtschaftlichen und geistigen Lebens war vielfach ein neuer Aufbau erforderlich. So mußte insbesondere durch eine Städteordnung, welche in großen Zügen der Städteordnung der sechs östlichen Provinzen Preußens entnommen ist, eine Neuregelung der Gemeindewesen angebahnt werden. Wie in Preußen waltet an der Spitze der Magistrat, bestehend aus dem Bürgermeister, einem stellvertretenden Bürgermeister, einer Anzahl von Schöffen; dazu kommt als ordnendes Organ die Stadtverordnetenversammlung. Auch das Städtebürgerrecht wurde hier geregelt. Jeder männliche volljährige Einwohner, der seit einem Jahr Einwohner ist und entweder eine selbständige Wohnung hat oder zu einer direkten Staatssteuer veranlagt ist, hat das Bürgerrecht; es kann sogar durch Ortsstatut bestimmt werden, daß weibliche Einwohner zu einzelnen unbesoldeten Ehrenämtern zugelassen werden. Über den Gemeinden steht die Kreisregierung mit dem Zivilchef und den entsprechenden Beamten. Ihre polizeilichen Befugnisse, ihre Verordnungsgewalt und ihre Gewalt des Polizeigebotes ist näher geordnet; die Zwangsmittel können bis auf 5000 Rubel aufsteigen, in den Polizeiverordnungen kann Freiheitsentziehung bis 6 Monate angedroht werden; die Strafen können durch Polizeistrafverfügungen in einer endgültigen, der Anfechtung nicht unterworfenen Weise erkannt werden.

Rechtsbestimmungen. Auch die Gerichtsverhältnisse bedurften in Polen einer Regelung. Die wichtige Verordnung vom 21. März 1915 (später in

einigem geändert) regelt die Gerichtsverhältnisse wie folgt: Als unterste Gerichte fungieren die Gemeindegerichte mit einem Friedensrichter als Vorsitzenden und Schöffen als Beisitzern. Die Zuständigkeit der Gemeindegerichte in bürgerlichen Sachen geht bis auf 1000 Rubel; gewisse Gegenstände aber, wie z. B. Ehesachen, Erfindungssachen, Grundstücksachen, sind ihnen unter allen Umständen entzogen; für Streitigkeiten aus ländlichen Grunddienstbarkeiten sollen sie sogar ohne Rücksicht auf den Streitwert zuständig sein. Sodann die Bezirksgerichte, bestehend aus Bezirksrichtern, welche in der Besetzung von einem Bezirksrichter und zwei Beisitzern entscheiden. Sie sind zu gleicher Zeit auch die zweite Instanz bei Berufungen und Beschwerden gegen die Gemeindegerichte. Außerdem wurde ein Obergericht geschaffen, das in der Besetzung von einem Präsidenten und zwei Beisitzern entscheidet; Urteile der Bezirksgerichte, welche einen Streitwert von 3000 Rubel repräsentieren, können durch Berufung oder Beschwerde an das Obergericht gezogen werden. In Strafsachen haben die Gemeindegerichte eine ähnliche Zuständigkeit wie unsere Schöffengerichte, und die Bezirksgerichte dienen als zweite Instanz. Die höheren Strafsachen kommen an die Bezirksgerichte; ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Bezirksgerichte gibt es nicht.

Wichtig ist die Bestimmung, daß zum Bezirksrichter ein solcher ernannt werden kann, der entweder die Fähigkeit zum Richteramt nach deutschem Rechte erworben hat oder unter russischer Herrschaft als vereidigter Rechtsanwalt oder als Richter in dem besetzten polnischen Gebiete tätig war. Das gleiche gilt auch von den Mitgliedern des Obergerichts. Sodann soll bei den Bezirksgerichten eine Staatsanwaltschaft, bei den Gemeindegerichten nach Bedarf eine Amtsanwaltschaft eingerichtet werden. Die Gerichtssprache ist Deutsch und Polnisch, je nach der Sprachkunde der Beteiligten; der Tenor der Urteile ist in allen Fällen in polnischer Sprache zu geben.

Für den Zivilprozeß und Strafprozeß sollen im allgemeinen die deutschen Gesetze gelten; nur bei den Gemeindegerichten wird die bisherige Norm des Verfahrens beibehalten. Ein Anwaltszwang besteht nicht; ob eine Person als Vertreter zuzulassen ist, entscheidet der Vorsitzende des Gerichts. Dagegen ist in Strafsachen dem Angeschuldigten unter Umständen ein Verteidiger zu stellen. Für die Einlegung der Rechtsmittel gelten besondere erleichternde Bestimmungen.

Was das materielle Recht, Zivilrecht, Handelsrecht, Hypothekenrecht und Konkursrecht betrifft, so konnte man es im wesentlichen bei den bisherigen Zuständen belassen. Einiges wurde geändert; die Hinterlegungsstellen wurden neu bestimmt (Nr. 14), gewisse Vollstreckungsvorrechte der Sparkassen aufgehoben (Nr. 5), der Rubelkurs normiert (Nr. 7).

Für das Strafrecht soll das russische Strafgesetzbuch von 1903 maßgebend sein, jedoch mit einigen Abänderungen, welche sich aus unseren früheren Ausführungen von selbst ergeben. Die Delikte, die sich als Hochverrat oder Landesverrat gegen Rußland darstellen, fallen weg, ebenso die Delikte, welche sich auf die Verpflichtung zum russischen Wehrdienst beziehen. Sodann mußte im Strafensystem einiges geändert werden, da gewisse Strafen unserer Rechtspflege fern sind, Zwangsarbeit (Katorga) und Verschickung (nach Sibirien) sind ausgeschlossen, an ihre Stelle tritt Zuchthausstrafe; auf Todesstrafe kann in Fällen erkannt werden, in welchen das russische Gesetzbuch nur eine schwere Freiheitsstrafe setzt, so im Falle von Mord, Raub, Brandstiftung. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über Bestrafung des Ungehorsams gegen Beamte und Behörden wurden wesentlich verschärft.

Im übrigen gelten für Kriegsverrat, Plünderung, Delikte gegen die deutschen Truppen und Behörden, sowie für die Übertretung von Strafverordnungen und Strafanordnungen die bekannten Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches und der Verordnung vom 28. Dezember 1899.

Kriegsfürsorge. Die Kriegsfürsorgeverordnungen wurden auch in Polen erlassen, so die Verordnung über das Zahlungsverbot an die feindlichen Staaten, über den gerichtlichen Zahlungsaufschub, über die Geschäftsaufsicht, die Verschiebung der Wechselprotestfrist, die Zwangsverwaltung von Geschäften, welche vom Feinde geleitet werden oder deren Kapital zum wesentlichen Teil Angehörigen der Feinde zusteht, ebenso die bekannten sozialpolitischen Bestimmungen über Beschlagnahme von Getreide, Hafer, Erbsen und sonstigen wirtschaftlichen Erzeugnissen und über die Preisregulierung und die Maßnahmen zur gerichtlichen Verteilung.

Register.

Druck vom Bibliographischen Institut in Leipzig.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig.

Enzyklopädische Werke.

M. Pf.

Meyers Grosses Konversations-Lexikon, *sechste Auflage.* Mit 16831 Abbildungen, Karten und Plänen im Text und auf 1522 Illustrationstafeln (darunter 180 Farbendrucktafeln und 343 Kartenbeilagen) sowie 160 Textbeilagen.
Gebunden, in 20 Halblederbänden . . . . 200 —
Gebunden, in 20 Liebhaber-Halblederbänden, Prachtausgabe . . . . 240 —

Ergänzungsband und drei Jahres-Supplemente *dazu.* Mit vielen Illustrationstafeln, Karten und Plänen. Gebunden, in Halbleder . . . . je 10 —
Gebunden, in Liebhaber-Halblederband . . . . je 12 —

Kriegsnachtrag. Mit vielen Karten, Plänen, Kunstblättern, Textbildern und statistischen Beilagen. *Erster Teil.* Gebunden, in Leinen . . . . 9 —

Meyers Kleines Konversations-Lexikon, *siebente Auflage, durch einen Ergänzungsband erneuerte Ausgabe.* Mit 680 Illustrationstafeln (darunter 90 Farbendrucktafeln u. 153 Karten u. Pläne) sowie 133 Textbeilagen.
Gebunden, in 7 Liebhaber-Halblederbänden . . . . 100 —

Kriegsnachtrag. Mit vielen Karten, Plänen, Kunstblättern, Textbildern und statistischen Beilagen. *Erster Teil.* Gebunden, in Leinen . . . . 9 —

Meyers Hand-Lexikon des allgemeinen Wissens, *sechste Auflage.* Mit 1220 Abbildungen auf 80 Illustrationstafeln (darunter 7 Farbendrucktafeln), 32 Haupt- und 40 Nebenkarten, 35 selbständigen Textbeilagen und 30 statistischen Übersichten. Gebunden, in 2 Liebhaberbänden . . . . 24 —

Naturgeschichtliche Werke.

M. Pf.

Brehms Tierleben, *vierte Auflage.* Mit über 2000 Abbildungen im Text und auf mehr als 500 Tafeln in Farbendruck, Ätzung und Holzschnitt sowie 13 Karten. Gebunden, in 13 Halblederbänden . . . . 182 —
Bd. I: Wirbellose, Bd. II: Insekten, Bd. III: Fische, Bd. IV und V: Lurche und Kriechtiere, Bd. VI—IX: Vögel, Bd. X—XIII: Säugetiere. Jeder Band . . . . 14 —

Brehms Tierleben, Kleine Ausgabe. *Dritte, neubearbeitete Auflage von* Dr. ***Walther Kahle.*** Mit etwa 500 Abbildungen im Text und 150 Tafeln in Farbendruck, Ätzung und Holzschnitt. Gebunden, in 4 Leinenbänden . . . . 56 —
Erschienen ist: Bd. II (Fische, Lurche und Kriechtiere) 13 M.; Bd. III (Vögel) 15 M.
In Vorbereitung: Bd. I (Wirbellose) 13 M., Bd. IV (Säugetiere) 15 M.

Brehms Tierbilder. 3 Teile mit je 60 farbigen Tafeln aus „Brehms Tierleben". Mit Text von Dr. V. Franz. In 3 Leinenmappen . . . . 32 —
I. Teil: Die Kaltblüter. 10 M. — II. Teil: Die Vögel. 12 M. — III. Teil: Die Säugetiere. 10 M.

Der Mensch, von Prof. Dr. ***Joh. Ranke.*** *Dritte Auflage.* Mit 695 Abbildungen im Text, 64 Tafeln in Farbendruck, Tonätzung und Holzschnitt und 7 Karten. Gebunden, in 2 Halblederbänden . . . . 30 —

Völkerkunde, von Prof. Dr. ***Fr. Ratzel.*** *Zweite Auflage.* Mit 1103 Textbildern, 6 Karten und 56 Tafeln in Farbendruck usw. Geb., in 2 Halblederbänden 32 —

Die Pflanzenwelt, von Prof. Dr. ***Otto Warburg.*** Mit etwa 900 Abbildungen im Text und 80 Tafeln in Farbendruck und Ätzung. (Im Erscheinen.)
Gebunden, in 3 Halblederbänden . . . . 51 —

Pflanzenleben, von Prof. Dr. ***A. Kerner von Marilaun.*** *Dritte, von Prof. Dr. A. Hansen neubearbeitete Auflage.* Mit 472 Abbildungen im Text, 3 Karten und 100 Tafeln in Farbendruck, Ätzung und Holzschnitt.
Gebunden, in 3 Halblederbänden . . . . 42 —

Erdgeschichte, von Prof. Dr. ***Melchior Neumayr.*** *Zweite, von Prof. Dr. V. Uhlig bearbeitete Auflage.* Mit 873 Abbildungen im Text, 4 Karten und 34 Tafeln in Farbendruck und Holzschnitt. Gebunden, in 2 Halblederbänden . . . 32 —

Das Weltgebäude. Eine gemeinverständliche Himmelskunde. Von Dr. ***M. Wilhelm Meyer.*** *Zweite Auflage.* Mit 291 Abbildungen im Text, 9 Karten und 34 Tafeln in Farbendruck, Ätzung und Holzschnitt. Gebunden, in Halbleder 16 —

Ausführliche Ankündigungen zu den einzelnen Werken stehen kostenfrei zur Verfügung.

	M.	Pf.
Die Naturkräfte. Ein Weltbild der physikalischen und chemischen Erscheinungen. Von Dr. ***M. Wilhelm Meyer.*** Mit 474 Abbildungen im Text und 29 Tafeln in Farbendruck, Ätzung und Holzschnitt. Gebunden, in Halbleder . .	17	—
Leitfaden der Völkerkunde, von Prof. Dr. ***Karl Weule.*** Mit einem Bilderatlas von 120 Tafeln (mehr als 800 Einzeldarstellungen) und einer Karte der Verbreitung der Menschenrassen. Gebunden, in Leinen	4	50
Bilder-Atlas zur Zoologie der Säugetiere, von Professor Dr. ***W. Marshall.*** Beschreib. Text mit 258 Abbildungen. Gebunden, in Leinen .	2	50
Bilder-Atlas zur Zoologie der Vögel, von Professor Dr. ***W. Marshall.*** Beschreibender Text mit 238 Abbildungen. Gebunden, in Leinen . . .	2	50
Bilder-Atlas zur Zoologie der Fische, Lurche und Kriechtiere, von Prof. Dr. ***W. Marshall.*** Beschreibender Text mit 208 Abbildungen. Gebunden, in Leinen	2	50
Bilder-Atlas zur Zoologie der Niederen Tiere, von Prof. Dr. ***W. Marshall.*** Beschreib. Text mit 292 Abbildungen. Gebunden, in Leinen	2	50
Bilder-Atlas zur Pflanzengeographie, von Dr. ***Moritz Kronfeld.*** Beschreibender Text mit 216 Abbildungen. Gebunden, in Leinen	2	50
Kunstformen der Natur. 100 Tafeln in Farbendruck und Ätzung mit beschreibendem Text von Prof. Dr. ***Ernst Haeckel.*** In zwei eleganten Sammelkasten 37,50 M. — Gebunden, in Leinen	35	—
Kunstformen der Natur, Kleine Ausgabe. Unter Mitwirkung des Bibliographischen Instituts bearbeitet von Prof. Dr. ***Ernst Haeckel.*** 22 farbige und 8 schwarze Bildertafeln mit Kunstformen der anorganischen und der organischen Natur, nebst erläuterndem Text. In Leinenmappe	6	—

Geographische Werke.

	M.	Pf.
Allgemeine Länderkunde, Kleine Ausgabe, von Prof. Dr. ***Wilh. Sievers.*** Mit 62 Textkarten und Profilen, 33 Kartenbeilagen, 30 Tafeln in Farbendruck, Ätzung und Holzschnitt und 1 Tabelle. Gebunden, in 2 Leinenbänden. . .	20	—
Die Erde und das Leben. Eine vergleichende Erdkunde. Von Prof. Dr. ***Friedrich Ratzel.*** Mit 487 Abbildungen im Text, 21 Karten und 46 Tafeln in Farbendruck, Ätzung und Holzschnitt. Gebunden, in 2 Halblederbänden	34	—
Afrika. *Zweite Auflage* von Prof. Dr. ***Fr. Hahn.*** Mit 173 Abbildungen im Text, 11 Karten und 21 Tafeln in Farbendruck, Ätzung usw. Geb., in Halbleder	17	—
Australien, Ozeanien und Polarländer, von Prof. Dr. ***W. Sievers*** und Prof. Dr. ***W. Kükenthal.*** *Zweite Auflage.* Mit 198 Abbildungen im Text, 14 Karten und 24 Tafeln in Farbendruck, Ätzung usw. Gebunden, in Halbleder	17	—
Süd- und Mittelamerika, von Prof. Dr. ***Wilh. Sievers.*** *Dritte Auflage.* Mit 54 Abbildungen, Kärtchen, Profilen usw. im Text, 9 Kartenbeilagen, 20 Doppeltafeln in Ätzung usw. und 6 Tafeln in Farbendruck. Gebunden, in Halbleder	18	—
Nordamerika, von Prof. Dr. ***Emil Deckert.*** *Dritte Auflage.* Mit 86 Abbildungen, Kärtchen, Profilen usw. im Text, 13 Kartenbeilagen, 27 Doppeltafeln in Ätzung und Holzschnitt und 10 Tafeln in Farbendruck. Gebunden, in Halbleder	16	—
Europa, von Prof. Dr. ***A. Philippson.*** *Zweite Auflage.* Mit 144 Abbildungen im Text, 14 Karten und 22 Tafeln in Farbendruck usw. Geb., in Halbleder	17	—
Das Deutsche Kolonialreich. Eine Länderkunde der deutschen Schutzgebiete. Herausgegeben von Prof. Dr. ***Hans Meyer.*** Mit 12 Tafeln in Farbendruck, 66 Doppeltafeln in Kupferätzung, 55 farbigen Kartenbeilagen und 159 Textkarten, Profilen und Diagrammen. Gebunden, in 2 Leinenbänden	30	—
Meyers Physikalischer Handatlas. 51 Karten zur Ozeanographie, Morphologie, Geologie, Klimatologie, Pflanzen- und Tiergeographie und Völkerkunde. Gebunden, in Leinen	4	—

	M.	Pf.
Geschichte der Italienischen Literatur, von Prof. Dr. ***B. Wiese*** und Prof. Dr. ***E. Pèrcopo.*** Mit 158 Textabbildungen und 31 Tafeln in Farbendruck, Kupferätzung und Holzschnitt und 8 Faksimilebeilagen. Geb., in Halbleder	16	—
Weltgeschichte der Literatur, von ***Otto Hauser.*** Mit 62 Tafeln in Farbendruck, Tonätzung und Holzschnitt. Gebunden, in 2 Leinenbänden . . .	20	—
Geschichte der Kunst aller Zeiten und Völker, von Prof. Dr. ***Karl Woermann.*** *Zweite Auflage.* Mit mehr als 2000 Textabbildungen und über 300 Tafeln in Farbendruck usw. Geb., in 6 Leinenbänden etwa	75	—
Erschienen ist: Band I: Urzeit und Altertum. 14 Mark. — Band II: Farbige Völker und Islam. 13 Mark. In Vorbereitung: Band III: Christliche Frühzeit und Mittelalter. — Band IV: Renaissance. — Band V: Barock. — Band VI: Rokoko, Klassizismus und Neuzeit.		

Wörterbücher.

	M.	Pf.
Duden, Rechtschreibung der deutschen Sprache u. der Fremdwörter. *Neunte Auflage.* Gebunden, in Leinen	3	—
Duden, Kleines Wörterbuch der deutschen Rechtschreibung. Gebunden	1	10
Fremdwort und Verdeutschung. Ein Wörterbuch für den täglichen Gebrauch, herausgegeben von Prof. Dr. ***Albert Tesch.*** Gebunden	2	—
Handwörterbuch der deutschen Sprache, von Dr. ***Daniel Sanders.*** *Achte Auflage* von Dr. ***J. Ernst Wülfing.*** Geb., in Leinen . .	10	—

Technik.

	M.	Pf.
Moderne Technik. Die wichtigsten Gebiete der Maschinentechnik und Verkehrstechnik allgemeinverständlich dargestellt und erläutert durch zerlegbare Modelle. Herausgegeben von Ingenieur ***Hans Blücher.*** Mit 1391 Abbildungen im Text und 15 zerlegbaren Modellen. Gebunden, in 2 Leinenbänden . .	40	—
(Die „Moderne Technik" ist auch in 11 selbständigen, einzeln käuflichen Sonderabteilungen erschienen.)		
Technischer Modellatlas. 15 zerlegbare Modelle aus den Gebieten der Maschinen- und Verkehrstechnik mit gemeinverständlichen Erläuterungen. Herausgegeben von ***Hans Blücher.*** Neue, wohlfeile Ausgabe. In Pappband . .	9	—

Meyers Klassiker-Bibliothek.

	M.	Pf.
Arnim, herausgeg. von *J. Dohmke*, 1 Band	2	30
Brentano, herausg. von *M. Preitz*, 3 Bände	7	50
Bürger, herausg. von *A. E. Berger*, 1 Band	2	30
Chamisso, herausg. von *H. Tardel*, 3 Bände	6	90
Eichendorff, herausg. von *R. Dietze*, 2 Bände	4	60
Freiligrath, herausg. von *P. Zaunert*, 2 Bände	4	60
Gellert, herausg. von *A. Schullerus*, 1 Band	2	30
Goethe, herausgegeben von *K. Heinemann*, kleine Ausgabe in 15 Bänden . . .	34	50
— große Ausgabe in 30 Bänden . . .	69	—
Grabbe, herausgegeben von *A. Franz* und *P. Zaunert*, 3 Bände	6	90
Grillparzer, herausg. von *R. Franz*, 5 Bände	11	50
Gutzkow, herausgeg. von *P. Müller*, 4 Bände	9	20
Hauff, herausg. von *M. Mendheim*, 4 Bände	9	20
Hebbel, herausg. von *Fr. Zinkernagel*, kleine Ausgabe in 4 Bänden	9	20
— große Ausgabe in 6 Bänden . . .	13	80
Heine, herausgeg. von *E. Elster*, 7 Bände .	18	10
Herder, herausg. von *Th. Matthias*, 5 Bände	11	50
Hoffmann, herausgegeben von *V. Schweizer* und *P. Zaunert*, 4 Bände	9	20
Immermann, herausg. von *H. Mayne*, 5 Bände	11	50
Jean Paul, herausg. von *R. Wustmann*, 4 Bde.	9	20
Kleist, herausgegeben von *E. Schmidt*, 5 Bde.	11	50
Körner, herausg. von *H. Zimmer*, 2 Bände	4	60
Lenau, herausg. von *C. Schaeffer*, 2 Bände	4	60
Lessing, herausg. von *G. Witkowski*, 7 Bde.	16	10
O. Ludwig, herausg. von *V. Schweizer*, 3 Bände	6	90
Mörike, herausgeg. von *H. Mayne*, 3 Bände	6	90
Nibelungenlied, herausg. von *G. Holz*, 1 Bd.	2	30
Novalis u. Fouqué, herausg. v. *J. Dohmke*, 1 Bd.	2	30
Platen, herausgegeben von *G. A. Wolff* und *V. Schweizer*, 2 Bände	4	60
Reuter, herausgegeben von *W. Seelmann*, kleine Ausgabe, 5 Bände	11	50
— große Ausgabe, 7 Bände	16	10
Rückert, herausg. von *G. Ellinger*, 2 Bände	4	60
Schiller, herausgegeben von *L. Bellermann*, kleine Ausgabe in 8 Bänden . . .	18	40
— große Ausgabe in 14 Bänden . . .	32	20
Shakespeare, *Schlegel-Tieck*sche Übersetzung. Bearbeitet von *A. Brandl.* 10 Bände	23	—
Tieck, herausgeg. von *G. L. Klee*, 3 Bände	6	90
Uhland, herausgeg. von *L. Fränkel*, 2 Bände	4	60
Wieland, herausgeg. von *G. L. Klee*, 4 Bände	9	20

*Preise gelten für **Leineneinband**; in **Halbledereinband** kostet jeder Band 1 Mark mehr*

Gedruckt vom Bibliographischen Institut in Leipzig.

